500 Jahre
Berliner Geschichte.

Vom Fischerdorf zur Weltstadt.

Zweiter Band.

500 Jahre
Berliner Geschichte.

Vom Fischerdorf zur Weltstadt.

Geschichte und Sage

von

Adolf Streckfuß.

Vierte Auflage.

Zweiter Band.

Berlin.
Verlag von Albert Goldschmidt.
1886.

X. Abtheilung.

Berlin zur Zeit der Franzosenherrschaft (1806 bis 1813).

Erstes Kapitel.

Der König und die Königin Louise während des Krieges. — Der unglückliche Krieg. — Wer nie sein Brod mit Thränen aß! — Friedensunterhandlungen. — Hardenberg's Rath. — Ein Brief der Königin an ihren Vater. — Der Frieden von Tilsit. — Fassung des Königs und der Königin. — Sparsamkeit. — Glückliches Familienleben.

In der Zeit der Noth enthüllt sich der wahre Charakter. Friedrich Wilhelm, der im Glück sich oft muthlos und schwankend gezeigt hatte, bewies im tiefsten Mißgeschick eine bewundernswerthe Fassung. Wie verschieden der König auch von den Geschichtsschreibern seiner Zeit je nach der Parteirichtung derselben aufgefaßt und geschildert worden ist, in Einem stimmen alle überein, in der Bewunderung der Entsagung, welche der unglückliche König in jenen trüben Jahren bewiesen hat. Mehr aber noch als ihn bewundern sie die Königin Louise, welche tröstend und ermuthigend dem Gemahl zur Seite stand und ihm durch ihre echt weibliche Festigkeit die treueste Stütze in der schweren Unglückszeit war.

Als der Krieg begonnen wurde, folgte die Königin ihrem Gemahl in das Hauptquartier. Bald aber zeigte es sich, daß dort ihres Bleibens nicht sein könne. Die zarte Frau durfte nicht den Wechselfällen des Krieges ausgesetzt werden. Der König bestimmte deshalb, daß sie nach Berlin zurückkehre. Sie hatte die Hauptstadt noch nicht erreicht, als schon die Schlacht bei Jena geschlagen worden war.

Berlin wurde von den Franzosen bedroht und die Königin mußte daher weiter flüchten. In Küstrin traf sie am 20. October 1806 mit Friedrich Wilhelm zusammen. Hier konnte sie einige Tage rasten, dann aber mußte sie abermals weiter, denn täglich kamen neue Unglücksbotschaften, täglich mußte das königliche Paar die traurigsten Erfahrungen über Feigheit und Verrath der preußischen Heerführer machen — die traurigsten in Küstrin selbst.

Als am Morgen des 26. October Friedrich Wilhelm die Festung verließ, gelobte ihm der Commandant, Oberst von Ingersleben, mit Hand und Wort, den wichtigen Platz bis auf's Aeußerste zu halten; wenige Tage später, am 1. November, übergab er Küstrin, ohne nur einen Versuch zur Vertheidigung zu machen, einem ganz unbedeutenden französischen Corps.

Ganz ähnlich handelten die übrigen preußischen Festungs-Commandanten mit wenigen Ausnahmen, sie wetteiferten in Feigheit und Verrath.

Das königliche Paar hatte sich nach Graudenz begeben. Hier erhielt es die Nachricht von der Uebergabe Küstrins und von dem Unglück, welches Schlag auf Schlag die preußische Krone traf; Friedrich Wilhelm wurde durch den Verrath der Männer, denen er bisher das höchste Vertrauen geschenkt hatte, tief gebeugt. Aber den Muth verlor er nicht; vertrauend auf die thatkräftige Hülfe des Kaisers von Rußland beschloß er, den Kampf fortzusetzen. Er begab sich zur Besprechung mit den russischen Generalen nach Pultusk, später nach Königsberg; hierhin folgte ihm die Königin.

Auf der Reise wurde sie von einem heftigen Schneesturme überfallen, sie mußte in einem Bauernhause Zuflucht suchen. Es war am 5. December. Allein in der Bauernstube, schrieb sie, überwältigt vom Schmerz, in ihr Tagebuch die Worte des Dichters, welche ihr eigenes Schicksal so treffend bezeichneten:

„Wer nie sein Brod mit Thränen aß,
Wer nie die kummervollen Nächte
Auf seinem Bette weinend saß,
Der kennt euch nicht, ihr himmlischen Mächte!

Ihr führt in's Leben uns hinein,
Und laßt den Armen schuldig werden;
Dann überlaßt ihr ihn der Pein,
Denn alle Schuld rächt sich auf Erden!"

Als der Sturm etwas nachgelassen hatte, setzte die Königin die Reise fort. Endlich gelangte sie in Königsberg an, aber so erschöpft und erkältet, daß sie unmittelbar darauf in ein heftiges Nervenfieber verfiel, welches sie dem Tode nahe brachte.

Die Schlacht bei Pultusk wurde geschlagen und verloren, Königsberg erschien nicht mehr

sicher; so mußte denn die kaum in der Genesung begriffene Königin abermals die Reise fortsetzen. Noch im Dezember wurde sie nach Memel gebracht, wohin ihr die ganze königliche Familie folgte.

Der Krieg währte fort. Die Schlacht bei Eylau wurde am 7. und 8. Februar 1807 geschlagen. Beide Parteien schrieben sich den Sieg zu, und jedenfalls war es schon ein Erfolg, daß Napoleon im unaufhaltsamen Vorwärtsschreiten aufgehalten wurde, daß er sich willig zeigte, Frieden zu schließen.

Er schickte den General Bertrand nach Memel, um mit Friedrich Wilhelm III. zu unterhandeln; er machte diesem Friedensbedingungen, welche so vortheilhaft waren, wie der König sie nach seinen vielen harten Verlusten kaum hätte erwarten können; nur forderte Napoleon den Bruch des Bündnisses, welches Preußen mit Rußland und England geschlossen hatte.

Um den Preis eines Wortbruchs konnte Friedrich Wilhelm nicht nur den Frieden, sondern auch sein Königreich, welches Napoleon zu räumen zusagte, sich zurückerkaufen, aber gerade dieser Preis widersprach der Ehrenhaftigkeit und Treue.

Wohl gab es in der Umgebung des Königs viele Männer, wie Köckeritz und Zastrow, welche dringend riethen, die Friedensbedingungen anzunehmen. Einer aber, dessen Rath jetzt eingefordert wurde, Hardenberg, sprach sich anders aus.

Napoleon, so sagte er, habe nur die Absicht, Preußen und Rußland zu trennen, dem Könige die Achtung der europäischen Fürsten zu rauben, um ihn vollständig von seinen Verbündeten, dem Kaiser von Rußland und dem Könige von England, zu trennen und ihn zum endlichen Sklaven zu machen. Die Ehrenhaftigkeit gebiete, daß die Vorschläge des französischen Kaisers sofort nach Petersburg und London gemeldet würden. Der König müsse erklären, daß er fest und ehrlich bei dem Bündnisse bleiben wolle.

Friedrich Wilhelm III. fand in Hardenberg's Worten ganz das ausgedrückt, was er selbst fühlte, er schwankte deshalb auch keinen Augenblick. Obgleich er sich wohl bewußt war, daß er im eigenen Lande schwer die Mittel zu einem ferneren Kampfe finden würde, vertraute er doch auf die feste Bundesgenossenschaft, welche ihm der Kaiser von Rußland versprochen hatte. Er theilte die Friedensvorschläge dem russischen Hofe mit, dafür erhielt er denn vom Kaiser Alexander die Zusage, dieser wolle sich eher der Gefahr aussetzen, seine eigene Krone zu verlieren, als dulden, daß der König von Preußen auch nur eines Sandkornes seiner Staaten beraubt werden solle.

Im festen Vertrauen auf ein solches Wort, wies Friedrich Wilhelm den vortheilhaften Frieden zurück. Er sollte für seine Treue und Gewissenhaftigkeit schlecht belohnt werden!

Nach der Schlacht bei Eylau war der Hof wieder nach Königsberg übergesiedelt, aber schon im Juni 1807 mußte er nach Memel zurückkehren. Dort traf ihn die Nachricht von der unglückseligen Schlacht bei Friedland (14. Juni 1807), durch welche ganz Preußen bis auf wenige Quadratmeilen in die Gewalt der Franzosen kam. —

Das Maß des Unglücks war durch die Schlacht bei Friedland noch nicht erschöpft. Kaiser Alexander von Rußland vergaß die hochherzige Treue, welche ihm Friedrich Wilhelm III. nach der Schlacht bei Eylau bewahrt hatte, er vergaß sein feierliches Versprechen, daß er eher seine eigene Krone verlieren, als einen Verlust des Königs von Preußen dulden wolle. Zu Tilsit schloß er mit Napoleon seinen Frieden, ohne das Schicksal seines Bundesgenossen sicher zu stellen, diesen der Gnade des französischen Kaisers überlassend.

Friedrich Wilhelm III. wurde durch diesen Verrath gezwungen, sich allen Bedingungen zu unterwerfen, welche Napoleon stellen wollte. Er mußte persönlich mit dem übermüthigen Kaiser unterhandeln, mußte sich dessen fast unhöfliche Aufnahme gefallen lassen. Mit männlichem Muthe harrte er aus, größer im Unglück, als er je im Glück gewesen war. Als treue Stütze stand ihm die Königin zur Seite. Wie drückend es ihr auch sein mochte, mit dem Kaiser, der sie so vielfach beleidigt hatte, zu verkehren, sich gegen ihn freundlich und liebenswürdig zu zeigen, sie that es dennoch, als ihr vorgestellt wurde, sie sei vielleicht im Stande, auf Napoleon einen Einfluß auszuüben, günstig auf die Friedensunterhandlungen zu wirken. Mit schwerem Herzen reiste sie nach Tilsit, mit echt weiblichem Tact trat sie Napoleon gegenüber.

Damals schrieb sie in ihr Tagebuch:

„Welche Ueberwindung es mich kostet, das weiß mein Gott, denn wenn ich gleich den Mann (Napoleon) nicht hasse, so sehe ich ihn doch als den an, der den König und sein Land unglücklich gemacht hat. Seine Talente bewundere ich, aber seinen Charakter, der offenbar hinterlistig und falsch ist, kann ich nicht lieben. Höflich und artig gegen ihn zu sein, wird mir schwer werden. Doch das Schwere wird einmal von mir gefordert. Opfer zu bringen bin ich gewohnt."

Die Demüthigung, welche die Königin sich auferlegte, wurde vergeblich gebracht, denn Napoleon war nicht der Mann, der aus Galanterie gegen eine schöne Frau auch nur ein Atom von seinen Forderungen aufgegeben hätte. Er besaß die Macht, den Frieden zu dictiren, und er gebrauchte sie schonungslos. Preußen, welches vor dem Frieden einen Besitzstand von

	5570½ □m. m.	9,743,000 E.
gehabt hatte, wurde nach dem Frieden auf	2877 „ „	4,938,000 „
beschränkt; es hatte also einen Verlust von	2693½ □m. m.	4,805,000 E.

Und damit nicht genug, der Frieden brachte nicht einmal die Räumung der dem Könige verbliebenen Provinzen durch die französischen Trup-

pen, diese sollte erst erfolgen, nachdem die dem Lande auferlegten Contributionen, welche der Festsetzung durch eine besondere Commission vorbehalten waren, bezahlt worden seien.

Die preußischen Commissarien berechneten später die Höhe der Contributionen auf 19 Millionen Franken, die französischen Commissarien dagegen forderten 154½ Millionen Franken, und sie ließen sich nur mit Mühe auf 112 Millionen herabhandeln.

Auch diese Summe war für das im Kriege ausgesaugte Land eine unerschwingliche, sie konnte nicht bezahlt werden, und so erhielt Napoleon das Recht, das Land zwischen Weichsel und Elbe mit einem Heere von 150,000 Mann und 25,000 Pferden auf preußische Kosten besetzt zu halten. So blieben auch die Festungen Glogau, Stettin und Küstrin noch in den Händen des Feindes.

Der schmachvolle Frieden von Tilsit war fast ein größeres Unglück, als es der unselige Krieg gewesen war. Aber auch diese Fügung ertrug das Königspaar mit jener würdigen Fassung, welche wahrhaft der Bewunderung werth ist. Die Königin schrieb damals in ihr Tagebuch:

„Der Friede ist geschlossen, aber um einen schmerzlichen Preis: unsere Gegner werden künftig nur bis zur Elbe gehen, dennoch ist der König größer, als sein Widersacher. Nach Eylau hätte er einen vortheilhaften Frieden machen können, aber da hätte er freilich mit dem bösen Princip unterhandeln und sich mit ihm verbünden müssen — jetzt hat er unterhandelt, gezwungen durch die Noth, und wird sich nicht mit ihm verbinden. Das wird Preußen einst Segen bringen. Auch hätte er einen treuen Alliirten verlassen müssen, das wollte er nicht. Noch einmal: diese Handlungsweise des Königs wird Preußen Glück bringen, das ist mein fester Glaube."

Der königliche Hof blieb auch nach dem Frieden in Memel, er wurde mit der höchsten Sparsamkeit gehalten. Friedrich Wilhelm III., der niemals ein Verschwender gewesen war, der stets sich bestrebt hatte, dem Lande die Kosten für den Königshof zu mindern, glaubte doch jetzt nicht das Recht zu haben, einen größeren Luxus zu beanspruchen, als ihn irgend ein wohlhabender Bürger genoß.

Die Königin sorgte für Küche und Haus, wie eine einfache Bürgersfrau; meist gab es nur ein Gericht, graue Erbsen und Pökelfleisch waren eine Lieblingsspeise auf dem königlichen Tisch. König und Königin gingen meist zu Fuß durch die Straßen der Stadt, selbst im Regen, dann hielt der König seiner Gemahlin den Regenschirm, er trug wohl auch eins von den Kindern auf dem Arm.

Diese Einfachheit des Familienlebens aber bot der Königin den besten Trost für die schweren Verluste, welche sie betroffen hatten; in ihrer Häuslichkeit fand sie ein reines, schönes Glück, wie es Fürsten selten genießen. Sie schildert uns dies selbst in einem Briefe, den sie im Mai 1808 an ihren Vater schrieb:

„Gern werden Sie, lieber Vater, hören, daß das Unglück, welches uns getroffen, in unser eheliches und häusliches Leben nicht eingedrungen ist, vielmehr dasselbe befestigt und uns noch werther gemacht hat. Der König, der beste Mensch, ist gütiger und liebevoller, als je. Oft glaube ich in ihm den Liebhaber, den Bräutigam zu sehen. Mehr in Handlungen, wie er ist, als in Worten ersehe ich die Aufmerksamkeit, die er in allen Stücken für mich hat, und noch gestern sagte er schlicht und einfach, mit seinen treuen Augen mich ansehend, zu mir: „Du, liebe Luise! bist mir im Unglück noch werther und lieber geworden. Nun weiß ich aus Erfahrung, was ich an Dir habe. Mag es draußen stürmen — wenn es in unserer Ehe nur gut Wetter ist und bleibt. Weil ich Dich so lieb habe, habe ich unser jüngst gebornes Töchterchen Luise genannt. Möge es eine Luise werden." — Bis zu Thränen rührte mich diese Güte. Es ist mein Stolz, meine Freude und mein Glück, die Liebe und Zufriedenheit des besten Mannes zu besitzen, und weil ich ihn von Herzen wieder liebe, und wir so miteinander Eins sind, daß der Wille des Einen auch der Wille des Andern ist, wird es mir leicht, dies glückliche Einverständniß, welches mit den Jahren inniger geworden ist, zu erhalten. Mit einem Worte, er gefällt mir in allen Stücken und ich gefalle ihm, und uns ist am wohlsten, wenn wir zusammen sind. Verzeihen Sie, lieber Vater! daß ich dies mit einer gewissen Ruhmredigkeit sage; es liegt darin der kunstlose Ausdruck meines Glückes, welches Keinem auf der Welt wärmer am Herzen liegt, als Ihnen, bester, zärtlicher Vater! Gegen andere Menschen, auch das habe ich von dem Könige gelernt, mag ich davon nicht sprechen; es ist genug, daß wir es wissen.

„Unsere Kinder sind unsere Schätze, und unsere Augen ruhen voll Zufriedenheit und Hoffnung auf ihnen. Der Kronprinz ist voll Leben und Geist. Er hat vorzügliche Talente, die glücklich entwickelt und gebildet werden. Er ist wahr in allen seinen Empfindungen und Worten und seine Lebhaftigkeit macht Verstellung unnütz. Er lernt mit vorzüglichem Erfolge Geschichte und das Große und Gute zieht seinen idealischen Sinn an sich. Für das Witzige hat er viel Empfänglichkeit, und seine komischen, überraschenden Einfälle unterhalten uns sehr angenehm. Er hängt vorzüglich an der Mutter, und er kann nicht reiner sein, als er ist. Ich habe ihn sehr lieb und spreche oft mit ihm davon, wie es sein wird, wenn er einmal König ist.

„Unser Sohn Wilhelm*) (erlauben Sie, ehrwürdiger Großvater, daß ich Ihre Enkel nach der Reihe Ihnen vorstelle) wird, wenn mich nicht Alles trügt, wie sein Vater, einfach, bieder und verständig. Auch in seinem Aeußern hat er die meiste

*) Kaiser Wilhelm I.

Aehnlichkeit mit ihm; nur wird er, glaube ich, nicht so schön. Sie sehen, lieber Vater, ich bin noch in meinen Mann verliebt. Unsere Tochter Charlotte macht mir immer mehr Freude; sie ist zwar verschlossen und in sich gekehrt, verbirgt aber wie ihr Vater, hinter einer scheinbar kalten Hülle ein warmes und theilnehmendes Herz. Scheinbar gleichgültig geht sie einher, hat aber viel Liebe und Theilnahme. Daher kommt es, daß sie etwas Vornehmes in ihrem Wesen hat. Erhält sie Gott am Leben, so ahne ich für sie eine glänzende Zukunft. Carl ist gutmüthig, fröhlich, bieder und talentvoll; körperlich entwickelt er sich eben so gut als geistig. Er hat oft naive Einfälle, die uns zum Lachen reizen. Er ist heiter und witzig. Sein unaufhörliches Fragen setzt mich oft in Verlegenheit, weil ich es nicht beantworten kann und darf; doch zeigt er Wißbegierde — zuweilen, wenn er schlau lächelt, auch Neugierde. Er wird, ohne die Theilnahme an dem Wohl und Wehe Anderer zu verlieren, leicht und fröhlich durch's Leben gehen. — Unsere Tochter Alexandrine ist, wie Mädchen ihres Alters und Naturells sind, anschmiegend und kindlich. Sie zeigt eine richtige Auffassungsgabe, eine lebhafte Einbildungskraft und kann oft herzlich lachen. Für das Komische hat sie viel Sinn und Empfänglichkeit. Sie hat Anlage zum Satyrischen und siehet dabei ernsthaft aus, doch schadet das ihrer Gemüthlichkeit nicht. Von der kleinen Luise läßt sich noch nichts sagen. Sie hat das Profil ihres redlichen Vaters und die Augen des Königs, nur etwas heller. Sie heißt Luise; möge sie ihrer Ahnfrau, der liebenswürdigen und frommen Luise von Oranien, der würdigen Gemahlin des großen Kurfürsten, ähnlich werden.

„Da habe ich Ihnen, geliebter Vater, meine ganze Gallerie vorgeführt. Sie werden sagen: Das ist ja eine in ihre Kinder verliebte Mutter, die an ihnen nur Gutes siehet und für ihre Mängel und Fehler keine Augen hat. Und in Wahrheit, böse Anlagen, die für die Zukunft besorgt machen, finde ich an Allen nicht. Sie haben, wie andere Menschenkinder, auch ihre Unarten; aber diese verlieren sich mit der Zeit, so wie sie verständiger werden. Umstände und Verhältnisse erziehen den Menschen, und für unsere Kinder mag es gut sein, daß sie die ernste Seite des Lebens schon in ihrer Jugend kennen lernen. Wären sie im Schooße des Ueberflusses und der Bequemlichkeit groß geworden, so würden sie meinen, das müsse so sein. Daß es aber anders kommen kann, sehen sie an dem ernsten Angesicht ihres Vaters und an der Wehmuth und den öfteren Thränen der Mutter. Besonders wohlthätig ist es dem Kronprinzen, daß er das Unglück schon als Kronprinz kennen lernt; er wird das Glück, wenn, wie ich hoffe, künftig für ihn eine bessere Zeit kommen wird, um so höher schätzen und um so sorgfältiger bewahren. Meine Sorgfalt ist meinen Kindern gewidmet für und für, und ich bitte Gott täglich in meinem sie einschließenden Gebete, daß er sie segne und seinen guten Geist nicht von ihnen nehmen möge. Mit dem trefflichen Hufeland sympathisire ich auch in diesen Stücken. Er sorgt nicht blos für das physische Wohl meiner Kinder, auch für das geistige derselben ist er bedacht; und der biedere, freimüthige Borowski, den der König gern sieht und lieb hat, stärkt darin. Erhält Gott sie uns, so erhält er meine besten Schätze, die Niemand mir entreißen kann. Es mag kommen, was da will, mit und in der Vereinigung mit unsern guten Kindern werden wir glückselig sein.

„Ich schreibe Ihnen dies, geliebter Vater, damit Sie mit Beruhigung an uns denken. Ihrem freundlichen Andenken empfehle ich meinen Mann, auch unsere Kinder alle, die dem ehrwürdigen Großvater die Hände küssen, und ich bin und bleibe, bester Vater, Ihre dankbare Tochter

Louise."

Der Brief ist von Königsberg aus geschrieben, wohin die königliche Familie, nachden die preußische Hauptstadt und das Land bis zur Weichsel von den Franzosen geräumt worden, am 15. Januar 1808 übersiedelte, wo sie aber ebenso einfach und anspruchslos als in Memel lebte. Ein kleines Landhaus in der Nähe von Königsberg diente der Königin zum Sommeraufenthalt. Hier widmete sie ihre Zeit ganz der Erziehung ihrer Kinder und ihrer eigenen wissenschaftlichen Ausbildung. Sie beschäftigte sich eifrig mit dem Studium der Geschichte unter der Leitung des Professor Süvern. Darüber schrieb sie in der ihr eigenen liebenswürdigen Bescheidenheit an ihre Schwester:

„Ich habe die Bekanntschaft des Professor Süvern gemacht. Das hat mich etwas in Verlegenheit gesetzt, denn Süvern sagte mir ein Lob, von dem ich fühle, wie wenig verdient es ist — sagte mir: mein Urtheil über seine Geschichte sei so treffend als schmeichelhaft für ihn. Doch — unwissend, wie ich bin, kann nur die Majestät, die mich umgiebt ihn über mein Urtheil geblendet haben, und tief durchdrungen von dieser Ueberzeugung, habe ich von seinem Geist an sein Gemüth appellirt — denn Gemüth hat er — und ich habe ihm darauf geantwortet, daß mein Beifall unmöglich Werth für ihn, den Kenner, haben könne! Dagegen möge der Gedanke ihm einen kleinen Ersatz gewähren, daß er in dieser Zeit des Unglücks und der Thränen meinem müden Geiste aus dem Quell der Wissenschaft ein Labsal verschafft habe, wofür ich ihm stets Dank wissen würde. Er hat mich hoffentlich verstanden, was ich damit sagen wollte — wo nicht, so wird er wohl von Scheffner hören: daß Wahrheit mir über Alles geht, und daß ich diese als die Seele eines Geschichtsgelehrten ansehe."

Neben dem Studium der Geschichte beschäftigte die Königin vorzüglich das der besten Schriften über den Volksunterricht; ihr klarer, scharfer Verstand hatte erkannt, daß die Zukunft Preußens nicht durch die im innersten Wesen verderbten höheren Stände begründet werden könne, daß sie getragen werde durch die große Masse des Volks. Diese geistig und sittlich heranzubilden, erschien

daher als die höchste und schönste Aufgabe für die Fürstin. Pestalozzi's Schriften nahmen die höchste Aufmerksamkeit der Königin in Anspruch.

Zweites Kapitel.

Das größte Unglück das größte Glück. — Der König während des Krieges. — Stein's Entlassung. — Hardenberg. — Rathlosigkeit des Königs nach dem Frieden — Napoleon's Rath der Zurückberufung Stein's. — Sybel und Arndt über Stein. — Die Zurückberufung Stein's. — Briefe Hardenberg's und der Prinzessin Radziwil. — Stein's Rückkehr, sein Empfang. — Ein Brief der Königin. — Hardenberg's Verdienst um die preußische Staatsreform. — Hardenberg's Denkschrift. — Stein's Programm.

Wohl mochte König Friedrich Wilhelm III., der an den Prunk eines Hofes gewöhnte König, manchen Selbstkampf zu überwinden haben, als er in Memel und Königsberg seinen Haushalt ganz nach dem Muster eines einfachen Bürgers einrichtete, als er jedem Luxus, ja selbst jedem Comfort entsagte, um mit peinlichster Sparsamkeit zu leben; schwerer aber wurde es ihm jedenfalls nach dem Tilsiter Frieden sich loszusagen von allen den Grundsätzen, nach denen er bisher die Alleinherrschaft geführt hatte, und doch mußte er dies thun.

Das schwere Unglück des Krieges und des Friedens war ein Glück für Preußen!

Hätten in den Jahren 1806 und 1807 die preußischen Waffen gesiegt, dann würde die Adelspartei am Hofe aus dem Siege neue Kraft geschöpft haben; schon damals wäre das traurige Bündniß zwischen Preußen, Rußland und Oesterreich, welches später der freiheitlichen Entwickelung so unheilvoll werden sollte, zu Stande gekommen, schon damals hätten die drei absoluten Monarchen ihre vereinigte Macht ebensowohl gegen den gemeinsamen Feind: Frankreich, nach Außen, als gegen die aus der französischen Revolution entsprungenen Freiheitsbewegungen nach Innen gewendet, und hier mußte ihnen ein leichter Sieg werden, denn dem Volke fehlte ja noch die geistige Kraft, um die ihm aus jener Revolution entsprungenen Errungenschaften festzuhalten.

Ein Sieg wäre daher für die freiheitliche Entwickelung in Preußen das höchste Unglück gewesen. Die innere Freiheit hat sich ein Volk in einem monarchischen Staate noch niemals durch Siege gegen einen äußeren Feind erkämpft; solche Siege haben stets nur die Macht des Monarchen erhoben, niemals die des Volkes, und gar zu häufig haben die Herrscher vergessen, daß sie dieselbe errungen durch das Herzblut der Völker. Daß auch das preußische Volk in jener Zeit nicht die entfernteste Hoffnung gehabt hätte, aus sich heraus sich die Freiheit nach einem Siege zu erkämpfen, ist wohl unzweifelhaft; daß aber Friedrich Wilhelm III. sie ihm freiwillig in einem solchen Falle nicht gegeben haben würde, geht aus der Verfassungsgeschichte Preußens nach dem Jahre 1815 unwiderleglich hervor.

Nur durch das größte Mißgeschick konnte der harte Sinn des Königs gebrochen werden. Der Frieden von Tilsit sollte zu diesem Ziele führen. Kaum die Hälfte des früheren Staats hatte der König aus dem Schiffbruch gerettet, und auch diese Hälfte war durch den Krieg so vollkommen zerrüttet, daß es fast ein hoffnungsloses Unternehmen schien, in dem neuen Preußen wieder ein wohl organisirtes Staatswesen errichten zu wollen. Das schon durch Contributionen bis auf's Mark ausgesogene Volk sollte die fast unerschwinglichen, nachträglichen Forderungen Napoleon's aufbringen; bis dies geschehen, blieben die französischen Besatzungen im Lande und mußten von diesem ernährt werden.

Nur scheinbar hatte daher der Frieden dem Könige sein Land zurückgegeben; so lange die Franzosen die preußischen Provinzen und die besten Festungen besetzt hielten, war thatsächlich Napoleon noch immer der eigentliche Herrscher Preußens.

Wie aber sollten die kolossalen Forderungen Napoleon's bezahlt, wie das Land von der französischen Besatzung befreit werden? Der höchsten Opferfreudigkeit des gesammten Volkes wäre dies äußerst schwer geworden; eine Opferfreudigkeit aber war, dies hatte die jüngste Vergangenheit gezeigt, überhaupt in Preußen kaum vorhanden.

Rathlos stand Friedrich Wilhelm vor der furchtbaren Aufgabe, den durch innere Fäulniß und äußere Gewalt zertrümmerten preußischen Staat wieder aufzubauen, nicht nur ein neues Heer und eine neue Regierung, sondern auch ein neues Volk zu schaffen.

Schwer hat damals der König mit sich selbst kämpfen müssen; er, dem im tiefsten Grunde des Herzens jede radikale Reform verhaßt war, der so gern das Alte bewahrte, und nur vorsichtig und langsam das Fehlerhafte daran zu bessern suchte, sollte jetzt neu schaffen, mit rücksichtsloser Energie die alte Gesetzgebung, das alte Heerwesen, die alte Staatsverfassung über den Haufen werfen, um ein revolutionäres neues Staatsgebäude zu errichten. Seinem innersten Wesen widerstrebte eine solche Thätigkeit, und doch, dies sagte ihm sein einfacher, klarer Verstand, mußte er sie beginnen; die Pflicht gegen sich selbst, gegen sein königliches Haus, gegen sein Volk gebot es ihm.

Die liebedienernden Geschichtsschreiber Preußens haben Friedrich Wilhelm III. oft schmeichelnd den Heldenkönig genannt. Wie unwahr auch ein solcher Name nach dem Sinne, wie man ihn gewöhnlich mit dem Worte Heldenkönig zu verbinden pflegt, sein mag, im heldenmüthigen Kampfe mit sich selbst hat ihn Friedrich Wilhelm III. verdient; der Sieg, den er in jenen Tagen über seine eigenen Vorurtheile gewann, giebt dem

König ein vollgültiges Recht auf die dankbare Anerkennung des preußischen Volkes, ein Recht, welches auch durch seine spätere Regierung nicht verwirkt werden konnte.

Wenn die Parteigeschichte den König zum größten Monarchen zu stempeln versucht hat, indem sie ihm das großartige Reformwerk, welches unter seiner Regierung durch Stein und Hardenberg in's Leben gerufen wurde, als ein von ihm freiwillig ausgehendes unterschiebt, so hat sie wahrlich ihren Zweck verfehlt. Friedrich Wilhelm verdient gerade um deshalb eine höhere Anerkennung, weil er gegen sein eigenes Wollen im Kampfe mit sich selbst die Reformen geschaffen hat; die Selbstüberwindung des Königs ist sein höchster Ruhm!

Schon unmittelbar nach der Schlacht bei Jena, als damals das herrliche, auf den Paradeplätzen so ausgezeichnete Kriegsheer sich auflöste, als die Offiziere sich zum Theil der infamsten Feigheit schuldig machten, als Festung nach Festung ohne Gegenwehr fiel und nur einzelne tapfere Commandanten und Generäle durch heldenmüthige Vertheidigung die Ehre des Heeres zu retten suchten, hatten sich die Augen des Königs geöffnet. Er sah jetzt die Krebsschäden, welche am Mark der Armee fraßen, er erkannte, daß er mit unbeugsamer Strenge unter die Offiziere fahren müsse, wenn er sie zu ihrer Pflicht zurückführen wolle. Am 21. December 1806 erließ er von Ortelsburg aus einen allerhöchsten Befehl an die Armee, in welchem er zum Schluß sagte:

„Um aber ähnlichen Pflichtvergessenheiten für die Zukunft vorzubeugen, haben Se. Königliche Majestät folgende Beschlüsse gefaßt:

1) Alle Gouverneurs und Kommandanten, die künftig aus bloßer Besorgniß vor einem Bombardement, oder unter dem Vorwande, daß ihnen die zur Vertheidigung nöthigen Mittel mangeln, oder aus einem andern nichtigen Grunde, er sei, welcher er wolle, die Festung nicht mit den angestrengtesten Kräften bis auf das Aeußerste behaupten, werden erschossen ohne Gnade. Derjenige Gouverneur, der zu seinem eignen und zum Besten seiner Untergebenen Bequemlichkeits-Artikel in der mit dem Feinde abgeschlossenen Kapitulation hinzufügt, wie solches namentlich in Magdeburg der Fall gewesen, wird in Zukunft kassirt.
2) Jedes Regiment, welches den erhaltenen Befehl, anzugreifen, nicht vollzieht, wird kassirt und untergesteckt.
3) Jeder Offizier, der sich Pflichtvergessenheit zu Schulden kommen läßt, oder das Schlachtfeld, ohne blessirt zu sein, verläßt, ist infam kassirt; der Soldat, der auf der Flucht seine Waffe wegwirft, wird erschossen.
4) Jeder Offizier, welcher Versprengte antrifft, hat die Verbindlichkeit, solche zu sammeln und auf sichre Art zu ihrem Korps, oder den bestimmten Versammlungsorten zu befördern; thut er es nicht, so wird er zur Verantwortung gezogen.

Friedrich Wilhelm."

Durch seinen „Allerhöchsten Befehl" legte Friedrich Wilhelm schonungslos die Schäden blos, welche sich tief in das preußische Militärwesen hineingefressen hatten, aber er zeigte auch, daß er entschlossen sei, sie mit scharfem Messer auszuschneiden. Er fühlte, daß eine vollständige Reorganisation der Armee gebieterisch nothwendig sei; für den Augenblick aber mußte er auf dieselbe verzichten. So lange der Krieg dauerte, so lange der größte Theil der preußischen Provinzen noch vom Feinde besetzt war, konnte der König nicht daran denken, das Alte zu vernichten, Neues aufzubauen.

Erst in der Zeit der Ruhe, welche nach dem Frieden von Tilsit den Kriegsstürmen folgte, konnten die großartigen Reformen im preußischen Heerwesen ins Leben gerufen werden, jene Reformen, welche dem preußischen Staate die Kraft verliehen, den Kampf gegen den Welteroberer Napoleon später siegreich durchzuführen.

Den Niederlagen bei Jena und Auerstädt, den schmachvollen Kapitulationen der preußischen Festungen, den Verlusten, welche bis zum Frieden von Tilsit die preußischen Waffen erleiden mußten, verdanken wir die demokratische allgemeine Wehrpflicht.

Mit der Reorganisation des Heerwesens allein konnte dem in seinem innersten Grund erschütterten preußischen Staat nicht geholfen werden. Während Friedrich Wilhelm III. fern von der Hauptstadt Berlin in Königsberg und Memel weilte, lernte er endlich erkennen, daß eine Wiedergeburt Preußens nur durch eine radikale Reform aller staatlichen Einrichtungen ermöglicht werden könne, aber freilich kam ihm diese Ueberzeugung erst nach langem, schwerem Kampfe.

Friedrich Wilhelm mußte noch härtere Erfahrungen machen, als die der ersten unglücklichen Kämpfe, ehe er sich entschließen konnte, sich ganz der Leitung des einzigen Mannes zu überlassen, der im Stande war, dem tiefzerrütteten Staatsleben in Preußen ein neues Leben einzuflößen. Er vertraute zwar dem Minister von Stein, aber doch schenkte er diesem kein volles ganzes Vertrauen.

Friedrich Wilhelm konnte sich nicht über die wichtigen Dienste täuschen, welche ein solcher Minister dem Staate in schwerster Zeit zu leisten vermochte. Er liebte zwar Stein nicht, sein Vorurtheil gegen den genialen Mann war im Gegentheil herber als jemals früher, aber er bedurfte der Dienste Stein's. Im Ministerium des Auswärtigen glaubte er dessen Kraft am besten verwerthen zu können. Hardenberg wollte er nicht wieder berufen, Haugwitz hatte mit Rücksicht auf die überall in Preußen gegen ihn herrschende Stimmung seinen Abschied genommnn; es wurde deshalb im Geheimen Kabinet beschlossen, Stein für das Ministerium des Aeußern zu gewinnen.

Beyme und Köckeritz übernahmen die Verhandlungen, Stein aber weigerte sich, das Portefeuille anzunehmen, selbst zu einer interimistischen Amtsführung konnte er sich nicht entschließen, wie er sagte, wegen Unkenntniß der Sachen und Formen, in der That aber, weil er nicht glaubte, neben dem Kabinet im auswärtigen Ministerium irgend Ersprießliches leisten zu können. Er hielt es deshalb für seine Pflicht, abermals auf die Nothwendigkeit der Auflösung des Geheimen Kabinets zurückzukommen. Er machte von Neuem seine Vorschläge, aber auch jetzt konnte der König zu einer solchen Maßregel sich nicht entschließen.

Es gab zwischen dem Minister und dem Kabinet ernste Unterhandlungen. Beyme, ein redlicher, damals sehr freisinniger Mann, der gern Frieden stiften wollte, machte im Namen des Königs den Vorschlag, das Kabinet solle zwar bestehen bleiben, aber neben demselben ein leitender Ministerrath aus den Ministern der Finanzen, des Krieges und des Auswärtigen gebildet werden, mit dem der König unter Zuziehung eines Kabinetsraths alle bedeutenderen Staatsangelegenheiten berathen und beschließen solle. Stein aber wollte sich auf eine solche halbe Maßregel nicht einlassen. Mit ihm waren Rüchel und Hardenberg eingeladen worden, den Ministerrath zu bilden — auch sie lehnten am 14. Dezember 1806 ihre Theilnahme mit Entschiedenheit ab, sie forderten wie Stein die vollständige Auflösung des Geheimen Kabinets.

Hardenberg fügte dieser Erklärung noch ein besonderes Schreiben an den König bei, in welchem er in sehr ehrerbietiger, aber sehr bestimmter Weise aussprach, daß es jetzt vor Allem darauf ankomme, das Vertrauen des Volks und der befreundeten Fürstenhöfe zu gewinnen; hierdurch allein sei Rettung zu hoffen, deshalb müßten Männer wie Beyme und Lombard geopfert werden; er selbst könne die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten nur übernehmen, wenn er des vollen königlichen Vertrauens gewiß sein dürfte, in seiner jetzigen halb offiziellen Stellung, in der er nicht wisse, ob er im Amte sei oder nicht, vermöge er nicht länger zu bleiben, deshalb müsse er um seinen definitiven Abschied bitten.

Die Unterhandlungen wurden noch mehrere Tage fortgesetzt, der König aber blieb fest auf seinem Willen; auf Hardenberg's Brief gab er keine Antwort, aber an dessen Stelle ernannte er den General von Zastrow zum Minister des Auswärtigen. Stein dagegen erklärte ebenso bestimmt, daß er weder mit Beyme, noch ohne Hardenberg in den Ministerrath eintreten werde, und ähnlich sprach sich auch der General von Rüchel aus.

Friedrich Wilhelm III. war nicht gewöhnt an einen Widerspruch seiner Unterthanen, er glaubte, ein einfaches Machtgebot müsse den Willen eines Mannes wie Stein beugen. Deshalb erließ er nach dem Beyme'schen Entwurf ein Kabinets-Schreiben an Rüchel, Stein und Zastrow den Ministerrath zu bilden.

Abermals lehnte Stein seine Betheiligung ab, trotzdem erhielt er den Befehl, eine bestimmte Arbeit für das Kabinets-Ministerium zu beginnen, und als er jetzt wiederholt sich weigerte, erließ der König am 3. Januar 1807 ein eigenhändiges Schreiben an ihn, in welchem er dem Minister in der herbsten Form und mit den bittersten Worten seinen Ungehorsam verwies. Das Schreiben schloß:

„Aus allem Diesen habe ich mit großem Leidwesen ersehen müssen, daß ich mich leider nicht anfänglich in Ihnen geirrt habe, sondern, daß Sie vielmehr als ein widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener anzusehen sind, der, auf sein Genie und seine Talente pochend, weit entfernt, das Beste des Staats vor Augen zu haben, nur durch Capricen geleitet, aus Leidenschaft und aus persönlichem Haß und Erbitterung handelt.

„Dergleichen Staatsdiener sind aber gerade diejenigen, deren Verfahrungsart am allernachtheiligsten und gefährlichsten für die Zusammenhaltung des Ganzen wirkt. Es thut mir wahrlich wehe, daß Sie mich in den Fall gesetzt haben, so klar und deutlich zu Ihnen reden zu müssen.

„Da Sie indessen vorgeben, ein wahrheitsliebender Mann zu sein, so habe ich Ihnen auf gut deutsch meine Meinung gesagt, indem ich noch hinzufügen muß, daß, wenn Sie nicht Ihr respectwidriges und unanständiges Betragen zu ändern willens sind, der Staat keine große Rechnung auf Ihre ferneren Dienste machen kann.

„Königsberg, den 3. Januar 1807.

Friedrich Wilhelm.

Nach einem solchen Briefe konnte Stein mit Ehren nicht länger Minister bleiben. Kurz entschlossen antwortete er dem Könige:

„Eurer Königlichen Majestät Allerhöchste Kabinets-Ordre, d. d. 3. Januar a. c., habe ich in dem Augenblick erhalten, wo ich mich zu einer, in sehr vielen Hinsichten beschwerlichen und bedenklichen Reise nach Memel vorbereitet hatte und im Begriff war, diese Nacht abzugehen.

„Da Höchstdieselben mich für einen „„widerspenstigen, trotzigen, hartnäckigen und ungehorsamen Staatsdiener ansehen, der, auf sein Genie und Talente pochend, weit entfernt, das Beste des Staats vor Augen zu haben, nur durch Capricen geleitet, aus Leidenschaft und persönlichem Haß handelt““, und ich gleichfalls überzeugt bin, daß „„dergleichen Staatsbeamte am allernachtheiligsten und gefährlichsten für die Zusammenhaltung des Ganzen wirken““, so muß ich Ew. Königliche Majestät um meine Dienstentlassung bitten, der ich hier entgegensehe, da ich unter diesen Umständen den Vorsatz, nach Memel zu gehen, aufzugeben genöthigt bin.“

Noch hatte das Unglück den Sinn Friedrich Wilhelm's III. nicht so gebeugt, daß er es über sich vermocht hätte, einen Minister im Dienst zu behalten, der ihm mit so stolzen Worten gegen-

über trat. Er nahm die Entlassung Stein's an. Am 4. Januar erwiderte er:

„Da der Herr Baron von Stein unter gestrigem Dato sein eigenes Urtheil fällt, so weiß ich nichts hinzuzufügen."

So sah sich denn Stein plötzlich entlassen. In demselben Augenblick, wo der preußische Staat von der schwersten Gefahr bedroht war, in demselben Augenblick, wo dem Könige ein Rathgeber von der Kraft und Einsicht Stein's am nothwendigsten war, wurde dieser verstoßen.

Hardenberg fühlte sich durch Stein's Entlassung schwer verletzt, noch hatte er keine Antwort auf sein eigenes Abschiedsgesuch bekommen und immer länger verzögerte sich die Entscheidung; er war im Dienst und doch hatte er nichts zu thun, sein Rath wurde nicht verlangt, der unfähige von Zastrow fungirte als Minister des Auswärtigen.

Damals würde Hardenberg auf das Bestimmteste seinen Abschied von Neuem gefordert haben, hätte ihn nicht die Freundlichkeit, die ihm die Königin Louise offen zeigte, und die Hoffnung, sich das Vertrauen des Königs wieder zu erringen, davon abgehalten. Auch Kaiser Alexander von Rußland, der Verbündete des Königs, bemühte sich, Hardenberg dem Staatsdienste zu erhalten, und ihm gelang es, sowohl auf den König, als auf den Minister einzuwirken.

Schon im April 1807 finden wir Hardenberg wieder als Minister mit den auswärtigen und Finanz-Angelegenheiten, sowie mit der Truppen-Verpflegung betraut. Er hatte ein schweres Amt, ein doppelt schweres, weil er gegen viele Hofkabalen zu kämpfen hatte. Große Erfolge konnte er nicht erzielen, aber schon dadurch erwarb er sich ein hohes Verdienst, daß er es verstand, die tüchtigsten Kräfte des Landes um sich zu schaaren, Männer wie Schön, Niebuhr, Stegemann u. A. in höhere Wirkungskreise zu berufen.

Von langer Dauer konnte Hardenberg's Thätigkeit nicht sein. Napoleon forderte vor dem Friedensschluß zu Tilsit seine Entlassung und der König mußte nachgeben.

Hardenberg forderte seinen Abschied, am 6. Juli 1807 reiste er nach Riga ab, der letzte Rath, welchen er dem Könige gab, ging dahin, Friedrich Wilhelm möge Stein zurückrufen, der sei der einzige Mann, welcher es vermöge, Preußen zu retten.

So sprach nicht Hardenberg allein, von allen Seiten her hörte Friedrich Wilhelm das gleiche Wort. Alle, die es wahrhaft gut mit Preußens Zukunft meinten, hatten nur einen Gedanken, den — Stein müsse zurückkehren.

Die Königin Louise sprach sich offen aus, selbst Beyme, der durch Stein so tief Gekränkte, vergaß seine persönliche Verletztheit, er rieth dem Könige, Stein an Hardenberg's Stelle zu berufen. Derselbe Rath kam auch von der Seite, von der man ihn am wenigsten hätte erwarten sollen. Als der König sich bei den Friedensunterhandlungen gegen Napoleon geäußert hatte, Hardenberg sei ihm unentbehrlich, wurde ihm der merkwürdige Rath, er möge Stein wieder an die Spitze der Geschäfte stellen. Napoleon kannte damals wohl Stein's großartiges Verwaltungstalent, aber er wußte noch nicht, welchen furchtbaren Feind er in dem genialen Minister besaß.

Vor wenigen Monaten erst hatte Friedrich Wilhelm III. Stein mit der höchsten Ungnade entlassen, und jetzt sollte er denselben Mann, den er tief beleidigt hatte, der ihm seinem ganzen Wesen nach zuwider war, gewissermaßen um Verzeihung, um seine Rückkehr bitten. Wie schwer kämpfte dagegen sein königlicher Stolz und der ihm natürliche Eigensinn! Aber Friedrich Wilhelm III. überwand sich, er brachte seine eigenen Gefühle dem Interesse des Staats zum Opfer. Leicht wurde es ihm nicht, er konnte sich einmal nicht an das Wesen Stein's gewöhnen, dessen Schroffheit ihn bei jeder Gelegenheit verletzte.

Es mag hier der Ort sein, über die Persönlichkeit des großen Mannes, der von so gewaltigem Einfluß auf die Geschichte Preußens und dadurch auf Berlin gewesen ist, einige Worte zu sagen. Heinrich von Sybel beschreibt ihn uns mit folgenden wenigen treffenden Worten:

„Stein war aus einem alten reichsritterschaftlichen Geschlecht, nicht weit von Nassau ansässig, schon in jungen Jahren im preußischen Staatsdienste thätig. In jeder Stellung hatte er sich unterrichtet, scharfsinnig, feurig gezeigt, überall ohne jegliche Rücksicht auf die Sache gewandt, eine Natur von schwerem und großem Style, herben und eckigen Formen, herrisch, schöpferisch, überwältigend. Eine eher kleine als große Gestalt, eine starkknochige Eulennase, büschige, über die Nase hoch aufgezogene Braunen, große, dunkele, blitzende Augen, dabei ein derbes, wuchtiges, formloses Auftreten, ein stets gedankenschweres, ungeduldig vorbrechendes Gespräch, ein Sinn ohne Vorurtheile und Selbstsucht, ohne Eitelkeit und ohne Ehrgeiz, vor Allem aber ohne Furcht, ein Geist, immer auf das Große, Aechte, Ganze gerichtet, und deshalb fest in sich und mächtig in jeder Umgebung."

Poetischer schildert Ernst Moritz Arndt den großen Mann. Er sagt:

„Auf Stein's Angesicht waren zwei Welten. Auf dem obern Theile desselben wohnten fast immer die glanzvollen und sturmlosen Götter. Seine prächtige, breite Stirn, seine geistreichen, freundlichen Augen, seine gewaltige Nase verkündeten Ruhe, Tiefsinn und Herrschaft. Davon machte der untere Theil seines Gesichts einen großen Abstich. Der Mund war offenbar der oberen Macht gegenüber zu klein und fein geschnitten, auch das Kinn nicht stark genug. Hier hatten gewöhnliche Sterbliche ihre Wohnung, hier trieben Zorn und Jähzorn ihr Spiel und oft die plötzlichste Heftigkeit, die, Gottlob, wenn man ihr begegnete, sich bald wieder beruhigte. Aber das ist wahr, daß, wenn dieser schwächere, untere

Theil im Zorne zuckte, und der kleine, bewegliche Mund mit ungeheuerlicher Geschwindigkeit seine Aussprudelungen vollführte, die oberen Theile wie ein schöner, sonniger Olymp noch zu lächeln und selbst die blitzenden Augen nicht zu dräuen schienen, so daß, wenn man vor der unteren Macht erschrack, man durch die obere getröstet wurde. Sonst sprach aus allen Zügen dieses herrlichen Mannes Redlichkeit, Frömmigkeit und Muth. Stein glich ganz auffallend dem Philosophen Fichte. Dieselbe Gestalt ungefähr, kurz, gedrungen, breit. Dieselbe Stirn, nur noch breiter und mehr zurückgebogen. Dieselben kleinen, scharfen, funkelnden Augen, fast dieselbe, nur noch mächtigere Nase; die Worte derb, klar, fest, mit kurzer Geschwindigkeit, gleich Pfeilen von dem Bogen gerade in das Ziel geschnellt. Dieselbe Fichte'sche, unerbittliche, sittliche Strenge."

Von allen Seiten bestürmt, entschloß sich der König, Stein zurückzurufen. Aber würde dieser dem Rufe folgen? Konnte er, der tief Gekränkte, der ungerecht Entlassene, die Vergangenheit vergessen? Mit banger Sorge erfüllte diese Frage die Umgebung des Königs.

Hardenberg hatte den Auftrag erhalten, ihn zur Rückkehr im Namen des Königs aufzufordern. Er schrieb noch am Tage des Friedensschlusses an Stein.

Der Brief enthielt die Mittheilung, daß Stein mit den Herren von Goltz und von Knesebeck einen gemeinschaftlichen Rath, dessen Seele er selbst sein werde, bilden solle, daß auch Beyme ihn sicherlich in seiner Thätigkeit nicht stören werde, denn dieser habe sich in letzter Zeit vorzüglich patriotisch gezeigt; er mißbillige jetzt selbst eine Kabinets-Regierung ohne Verantwortlichkeit und werde gewiß gegen Stein so zuvorkommend wie möglich sein, sich auch wahrscheinlich ganz zurückziehen. Um dem Brief Hardenberg's ein noch größeres Gewicht zu geben, ergriff auch die Prinzessin Louise Radziwil die Feder. Sie schrieb an Stein und bat ihn dringend, dem König wieder seine Dienste zu widmen.

Diese Briefe und noch manche andere von politischen Freunden, unter Anderen von der Frau von Berg, welche im Auftrage der Königin Louise bittend an Stein schrieb, trafen ihn auf dem Krankenlager. Er hatte sich nach Nassau auf seine Güter zurückgezogen, dort war er erkrankt.

Es war gewiß für den stolzen Freiherrn ein Augenblick süßer Genugthuung, als er alle diese Zuschriften empfing, als sie ihn überzeugten, daß endlich sein wahrer Werth anerkannt worden sei. Aber es war auch ein schwerer Entschluß für ihn, zurückzukehren in eine Stellung, welche ihm der Sorgen und Mühen so viele, der Freuden so wenig zu bringen versprach.

Er hatte die geringschätzenden Worte noch nicht vergessen, mit denen ihn Friedrich Wilhelm III. vor so kurzer Zeit erst seines Dienstes entlassen hatte. Er durfte sich nicht verhehlen, daß dieselben trüben Erfahrungen, wie er sie erst vor so kurzer Zeit gemacht hatte, ihm auf's Neue drohten. Trotzdem bedachte sich Stein nicht einen Augenblick. Preußen, nicht der König allein bedurfte seiner, es bot sich ihm die Gelegenheit, seine großartigen Pläne für die Reorganisation des Staates zur Ausführung zu bringen; er ergriff sie ohne Zögern.

Zu Anfang September war Stein endlich so weit hergestellt, um sein Versprechen erfüllen zu können. Er reiste ab. Am 30. September 1807 traf er in Memel ein, um sein denkwürdiges Ministerium zu beginnen, jenes Ministerium, welches nur wenig über ein Jahr (bis zum 24. November 1808) dauerte, aber für Preußens Zukunft von der höchsten Bedeutung werden sollte.

Stein fand den Hof vollkommen verändert; der König und die Königin empfingen ihn auf das Zuvorkommendste. Von den alten Streitigkeiten war nicht mehr die Rede; Hardenberg hatte ihm nicht zu viel versprochen. Der König war beseelt vom besten Willen. Gerade weil er durch den Frieden tief entmuthigt war, weil er fast an der Zukunft Preußens verzweifelte, zeigte er sich geneigt, in Allem Stein's Rathschlägen zu folgen.

Stein's Gegenwart allein wirkte auf das Königspaar schon ermuthigend; er zeigte sich so stark, so zuversichtsvoll, daß Friedrich Wilhelm keinen Zweifel haben konnte, das sei der rechte Mann, um in der schweren Zeit das Staatsruder zu führen. Schon von vornherein trat Stein so kräftig auf, wie er stets gewohnt war. Er forderte die Entfernung Beyme's und die alleinige oberste Leitung aller inneren und äußeren Staatsangelegenheiten, er forderte, daß er auch zu den Berathungen der Militair-Organisations-Commission Zutritt habe, kurz, daß er der eigentliche Herrscher Preußens sei. Mochten solche Forderungen auch den Stolz Friedrich Wilhelms III. verletzen, in jenen Tagen war er bereit, Alles zu thun, was Stein von ihm verlangte.

Jeder Wunsch des Ministers wurde bewilligt, Stein erhielt sogar als eine besondere Auszeichnung den Stern des rothen Adlerordens.

Am 4. October erließ der König eine Kabinets-Ordre an Stein, in welcher er sagte:

„Mein lieber Staatsminister Freiherr von Stein! Die jetzige Lage des Staats und seine Wiedereinrichtung macht eine gänzliche Einheit in der Verwaltung wünschenswerth. Nach der Euch schon mündlich geäußerten Absicht vertraue ich Euch hierdurch die Leitung aller Civil-Angelegenheiten Meines Staats."

Das war eine andere Sprache, als die, welche der König früher gegen den „widerspenstigen, trotzigen, hartnäckigen und ungehorsamen Staatsdiener" geführt hatte. Friedrich Wilhelm zeigte sich mit höchst anerkennenswerther Selbstüberwindung bereit, dem Minister überall freundlich entgegenzukommen, ihm in allen Stücken sein eignes Vorurtheil zu opfern. Stein dagegen gab jetzt auch in Kleinigkeiten nach. Beyme konnte vor-

läufig bleiben, der König aber versprach, ihn in kurzer Zeit zum Präsidenten des Kammergerichts in Berlin zu ernennen.

Die Königin, welche fürchtete, durch diesen Wunsch des Königs könne Stein verletzt werden, trat als Vermittlerin auf. Sie schrieb an Stein eigenhändig und in deutscher Sprache, während sie sich sonst stets nur des Französischen bediente. Ihr Briefchen lautete:

„Ich beschwöre Sie, haben Sie nur geduldt mit den ersten Monathen. Der König hält gewiß seyn Wort, Beyme kömmt weg, aber erst in Berlin. So lange geben Sie nach. Daß um gotteswillen das Gute nicht um 3 Monath Gedult und Zeit über den Hauffen falle. Ich beschwöre Sie um König, Vaterland, meine Kinder, mein selbst willen darum. Geduldt!
Louise." *)

Stein gab den Wünschen des Königs und der Königin nach, Beyme, dessen Macht gebrochen war, konnte ihm nicht mehr gefährlich werden. Dieser zeigte sich außerdem bescheiden und dienstwillig, so daß sein vorläufiges Verbleiben im Amte kein Bedenken hatte. Auch die übrigen früheren Gegner Stein's, jene Geheimen Räthe und Generale, welche ihm bei jeder Gelegenheit feindlich gewesen waren, beugten sich jetzt vor ihm.

Die alten Gegner waren besiegt und Stein konnte endlich an die Begründung des großartigen Reformwerkes gehen, durch welches er den preußischen Staat neu gestalten, das preußische Volk neu beleben sollte, zu dem Reformwerke, welches gewöhnlich in der Geschichte ihm allein zugeschrieben wird, dessen Verdienst aber ebensowohl Hardenberg zukommt.

Stein, der geniale, gewaltige Mann, hat die Augen der Zeitgenossen so geblendet, daß Hardenberg neben ihm für den Augenblick verschwand, ihm allein gilt daher die Bewunderung, welche dem Begründer des neu erstehenden preußischen Staats gezollt wurde. Darüber fühlte sich Hardenberg tief verletzt, und zwischen beiden großen Staatsmännern erwuchs hieraus nach und nach eine Nebenbuhlerschaft und Eifersucht, welche sich um so leichter erklären läßt, als Hardenberg in der That gegründete Ursache hatte, den Ruhm, ein Mitschöpfer des neuen Preußen zu sein, in Anspruch zu nehmen. Er führte nicht nur, als Stein nach seinem kurzen Ministerium den preußischen Staatsdienst wieder verlassen mußte, die wesentlichsten Reformen, zu denen Stein nur den Grund zu legen vermocht hatte, erst wirklich in's Leben ein, ihm gebührt auch das Verdienst, den König durch seinen Rath für die neue Staatsverfassung zugänglich gemacht zu haben, und dadurch hat er sie wesentlich mitbegründet.

Auch nach seiner Verbannung war Hardenberg der treue Rathgeber Friedrich Wilhelm's III. geblieben. In Riga arbeitete er eine Denkschrift aus über die Grundsätze, nach denen fortan der preußische Staat regiert werden müsse, und diese sendete er am 12. September 1807 nach Memel. Der König erhielt sie, ehe Stein bei ihm eingetroffen war.

Es war ein höchst denkwürdiges Schriftstück; auf 85 Folio-Seiten enthielt es die Grundsätze, welche in einer demokratisch regierten Monarchie zur Geltung gebracht werden müssen. Hardenberg hat in späterer Zeit (am 8. Februar 1820) seine Denkschrift an Varnhagen von Ense gegeben, um zu beweisen, daß nicht Stein allein das Verdienst an der Reorganisation des preußischen Staats gebühre. Durch Varnhagen besitzen wir einen Auszug des höchst bedeutungsvollen Aufsatzes, aber auch dieser ist leider noch zu umfangreich, als daß wir ihn unsern Lesern übergeben könnten.

Die Denkschrift, wurde vom Könige sehr gnädig aufgenommen. Friedrich Wilhelm III. erkannte, daß er den Grundsätzen, welche Hardenberg ausgesprochen hatte, gemäß regieren müsse, und gerade in dieser Erkenntniß gab er dem Freiherrn von Stein, welcher nach eben solchen Grundsätzen sein Reformwerk beginnen wollte, unbedingte Vollmacht. Steins Programm lautet:

„Was dem Staat an extensiver Größe abgeht, muß er durch intensive Kraft gewinnen. Das Alte ist vergangen. Es muß Alles neu werden, wenn das zertrümmerte Preußen wieder Bedeutsamkeit im europäischen Staatenbunde erhalten soll. In dem Ueberbleibsel des ehemaligen größeren Staats sind feindselige Elemente vorhanden. Diese müssen weggeschafft werden, damit Alles ein Ganzes werde.

„Die verschiedenen Stände im Staat sind wegen der Gunst, die der eine genoß, mit den minder begünstigten im Streit. Eintracht giebt Stärke. Gleiches Recht, was alle Staatsglieder umfaßt und dem einen Stand nicht mehr gewährt, als dem andern, muß herrschen, wenn Eintracht einkehren soll. Allen Einwohnern gleiche Pflichten gegen den Staat.

„Jeder muß persönlich frei sein und nur einen Herrn haben, den König mit seiner Gesetztafel in der Hand; und damit Pflicht und Recht gleich und die erstere keinem Einzelnen drückend werde, eine Nationalrepräsentation, durch deren Mitwirkung bessere Gesetze zu Stande kommen, als durch Beamtenrath.

„Freier Gebrauch seiner Kräfte, Fähigkeiten und Geschicklichkeiten muß jedem Menschen im Staate gewährt werden, so lange er nicht die Schranken verletzt und durchbricht, welche Religion, Sittlichkeit und Staatsgesetze, die das Ganze umfassen, vorschreiben.

„Alles Grundeigenthum im Staate muß jedem Erwerber zugänglich sein. Erleichterung des Besitzes und Erwerbes muß durch eine tüchtige Gesetzgebung gefördert werden. Die Bevormundung der Kommunen durch die Behörden oder

---

*) Die Orthographie der Königin wird unsern Lesern auffallen; sie selbst grämte sich sehr darüber, daß sie es nicht verstand, orthographisch richtig zu schreiben.

durch einzelne Privilegirte ist ein gefährlicher Uebelstand, der allen Gemeinsinn unterdrückt.

„Sie muß enden. Niemand im Staate, weder eine Korporation noch ein Individuum, dürfen Richter in eigener Sache sein. Daher Trennung der Justiz von der Verwaltung. Für Alle die nämlichen Gesetze, also auch nur eine richterliche Behörde, deren gesetzlicher Ausspruch für den Höchsten wie für den Niedrigsten gilt. Keiner unfrei im Staate, nur der Verbrecher, der Religion, Sittlichkeit und heiliges Gesetz mit Füßen tritt. Auch der Dienstbote ist persönlich frei. Sein Vertrag, der den Grundsätzen staatsbürgerlicher Freiheit nicht entgegen sein darf, bindet ihn an seinen übernommenen Dienst. Dasselbe Gesetz schützt ihn und seinen Herrn.

„Bildung erhebt ein Volk und der höhere Grad derselben weist ihm seine höhere Stellung im Vereine der civilisirten Staaten an. Sie ist die wahre Lebensbedingung gedeihlicher Fortschritte in Ordnung, Kraft und Wohlfahrt. Der Staat muß diese Bildung fördern."

Stein's Programm und Hardenberg's Denkschrift waren beide aus demselben Geiste entsprossen, sie ergänzten sich gegenseitig, wie sich die beiden größten Staatsmänner Preußens gegenseitig ergänzt haben. Beiden, Stein und Hardenberg gemeinschaftlich gebührt das Verdienst der Wiedergeburt Preußens und ihnen steht der Schöpfer des Volksheeres als Dritter zur Seite, der edle Scharnhorst.

Drittes Kapitel.

Scharnhorst und die Heeresreform. — Friedrich Wilhelm selbstthätig bei der Reform. — Scharnhorst und der König. — Friedrich Wilhelm's Vorschläge für die Heeresreform. — Scharnhorst's erste Denkschrift. — Entwurf für die Verfassung der Provinzialtruppen. — Die militärische Reform der Schulen. — Die Kriegsartikel. — Die Latten.

Die tief in das Volksleben eingreifenden Reformen, welche in den dem Frieden von Tilsit folgenden Jahren von Stein, Hardenberg und Scharnhorst im preußischen Staatsorganismus begründet wurden, gehören zwar der allgemeinen Landesgeschichte und nicht der Specialgeschichte Berlins an, trotzdem müssen wir sie wenigstens flüchtig unsern Lesern schildern, weil sie auch in die Geschichte Berlins durch ihre, alle Verhältnisse durchdringenden Folgen tief eingreifen. Wir beginnen mit einem Blick auf die Heeresreform und ihren Begründer Scharnhorst.

Scharnhorst, der königlich preußische General-Major, war einer der wenigen Bürgerlichen, denen es gelungen war, sich durch Verdienste einen hohen militärischen Rang zu erwerben; der Sohn eines einfachen Pächters im Hannöverschen, der sich nur durch seine Tüchtigkeit emporgearbeitet hatte, war er frei von allen den Vorurtheilen, welche die altadeligen übrigen Generale beseelten. Er war wie kein Anderer geeignet, Friedrich Wilhelm III. als Rathgeber bei der Reorganisation der preußischen Armee zu dienen.

Der unglückliche Krieg der Jahre 1806 und 1807 hatte den König überzeugt, daß eine völlige Umgestaltung der preußischen Heeresverfassung geboten sei. Gleich seinen Vorfahren und Nachkommen war Friedrich Wilhelm III. mit Vorliebe Soldat, die Heeresreform war sein Gedanke bei Tag und bei Nacht. Wenn er die neue Organisation des Staatswesens dem Freiherrn v. Stein fast vollständig überließ, bei der Heeresreform wollte er mitschaffen und mitwirken.

Er machte dadurch dem General Scharnhorst oft schwere Tage, dieser aber wußte die königliche Laune zu ertragen; er verstand es trefflich, gegen die oft widerstrebenden Ansichten des Königs seine eigenen durchzusetzen.

Wenn Friedrich Wilhelm einen Vorschlag unwillig zurückwies, dann schwieg Scharnhorst und nahm die Sache zurück. Am andern Tage aber kam er wieder mit derselben, abermals zurückgewiesen fing er am dritten Tage gerade da wieder an, wo er Tags zuvor geblieben war. Unwillig rief dann wohl der König: „Will's nicht haben, das ist schon hundertmal dagewesen, sollen mir damit vom Halse bleiben, will nichts weiter davon hören!"

Scharnhorst ließ sich dadurch nicht stören, er blieb einige Wochen still, dann aber kam er mit dem schon so oft zurückgewiesenen Vorschlag von Neuem hervor, ihn durch neue triftige Gründe befürwortend. Der König, wenn er auch unwillig war, hörte dann doch dem Vortrage des Mannes, dem er ein hohes Vertrauen schenkte, zu, und endlich gab er seine Einwilligung, indem er meinte: wenn der Scharnhorst gar so sehr auf die Sache versessen sei, müsse sie doch wohl gut sein.

Friedrich Wilhelm III. hatte mit seinem klaren gesunden Verstande die Grundursachen wohl durchschaut, aus denen die Demoralisation des preußischen Heeres entstanden war. Er zeigte dies, indem er schon wenige Tage nach dem Tilsiter Friedensschluß dem General Scharnhorst einen Aufsatz übergab, den er eigenhändig niedergeschrieben hatte und in welchem er sich über diejenigen Maßregeln aussprach, die bei der Neugestaltung des Heeres in's Auge zu fassen seien.

In Beziehung auf das Rekrutirungs-System meinte Friedrich Wilhelm III., daß künftig weniger Ausnahmen bei der Einziehung der Rekruten gemacht werden dürften, als bisher; damit eng verbunden aber sei eine völlige Umänderung der Kriegsartikel. Die militärischen Strafen müßten einen anderen Charakter gewinnen, sie sollten ebenso streng bleiben, wie bisher, aber nicht mehr schändend für Denjenigen sein, der vielleicht eines geringen Vergehens wegen bestraft werde. Spießruthen und Stockprügel müßten abgeschafft werden.

Scharnhorst, der des Königs Aufsatz empfan-

gen hatte, übergab infolge dessen am 31. Juli 1807 dem König eine Denkschrift über die Vertheidigungsmittel des preußischen Staats. In derselben führte er zuerst seine Ansichten über die Errichtung einer Landmiliz, welche später den Namen Landwehr erhalten hat, aus, er zeigte, daß bei einer Bevölkerung von 5 Millionen sehr wohl eine Arme von 120—150,000 Mann errichtet werden könne. Freilich könnte das Land seiner Finanzlage nach eine solche Armee nicht erhalten, deshalb müsse wenigstens vorläufig das Heer auf höchstens 68—70,000 Mann beschränkt werden, diese Beschränkung aber derart erfolgen, daß jederzeit die Armee schnell wieder vermehrt werden könne.

Indem Scharnhorst die Vorzüge einer Landmiliz schilderte, sagte er u. A. zum Schluß:

„— — Würde diese Miliz, wenn günstige Umstände zur Vertheidigung des Landes eintreten sollten, sehr bald ohne Aufsehen vermehrt werden und mit den stehenden Truppen dienen können. Sie würde zur Vertheidigung der Flüsse, Posten und im durchschnittenen Terrain in Verbindung mit Linientruppen verwendet werden und bald den Dienst guter, leichter Truppen leisten. Nur in der Hinsicht, daß die Einrichtung jetzt ohne Aufsehen angeordnet und in der Folge vielleicht zu großen Zwecken dienen kann, bringe ich sie Ew. Königl. Majestät als einen Gegenstand, der eine nähere Untersuchung verdient, allerunterthänigst in Anregung.

„Memel, den 31. Juli 1807."

Wir ersehen aus dieser Andeutung, welche Scharnhorst hier machte, daß er bereits unmittelbar nach dem Tilsiter Friedensschluß darauf sann, für Preußen ein Volksheer zu begründen, daß er für dieses die Aufgabe im Sinne hatte, dereinst das Vaterland von dem französischen Druck zu befreien. Rastlos arbeitete er den Gedanken weiter aus.

Nicht mit einem Male ist die preußische Landwehrverfassung, welche dem Lande zu bewahren seine Abgeordneten lange bestrebt waren, entstanden!

Im Januar 1808 überreichte Scharnhorst dem Könige eine Denkschrift, welche den Titel: „Vorläufiger Entwurf der Verfassung der Provinzialtruppen" führte. Auf den Grundsatz, daß jeder Bewohner des Staats ein geborner Vertheidiger desselben sei, hatte er eine neue Wehrverfassung begründet.

In dieser Wehrverfassung, welche beim Aufstande des Volks wenige Jahre später zur Ausführung kam, lag schon der Kern des Landwehrsystems.

Um das Volk von frühester Jugend an für den Gebrauch der Waffen reif zu machen, um ein wahres Volksheer vorzubereiten, glaubte Scharnhorst auch die Schulen schon militärisch organisiren zu müssen; er forderte deshalb, daß in den Stadtschulen eine völlig militärische Disciplin eingeführt werde. Jede Schule sollte ihren Exerciermeister halten, die Klassen sollten sich in Compagnien formiren, die Schüler ihre Offiziere selbst wählen und unter diesen nach den Grundsätzen der Kriegsdisciplin im Kleinen ihre Exercitien halten. Die Leibesübungen, welche auf den Krieg und die Haltung des Körpers Bezug haben, wie Fechten, Schwimmen, Voltigiren u. s. w., sollten kräftig gepflegt werden, da sie den Schülern zu gleicher Zeit als eine Erholung dienen könnten. In Beziehung auf den Unterricht sollte eine besondere Rücksicht auf die Mathematik genommen werden.

Diese Vorschläge theilte Scharnhorst dem Minister von Stein mit, der sich einverstanden erklärte. Die beiden großen Männer, der Soldat und der Staatsmann waren bestrebt, in Preußen diejenigen Einrichtungen in's Leben zu rufen, welche in der republikanischen Schweiz die Grundlage des dort herrschenden Milizsystems sind.

Scharnhorst und die Reorganisations-Commission, an deren Spitze er stand, arbeiteten mit unermüdlichem Fleiße. Ein Resultat ihrer Bestrebungen waren die Kriegsartikel vom 3. August 1808, welche das königliche Versprechen enthielten, daß jeder Unteroffizier und Soldat die Aussicht haben solle, nach Maßgabe seiner Kenntnisse und Fähigkeit ohne Rücksicht auf seine Geburt zum Offizier und zu den höchsten Rangstufen befördert zu werden. Das barbarische Spießruthenlaufen und die Stockschläge, welche bisher die Offiziere und Unteroffiziere ganz willkürlich über die Soldaten verhängt hatten, fielen nach den Kriegsartikeln künftig fort, höchst merkwürdiger Weise aber wurde eine neue Strafe eingeführt, welche kaum weniger barbarisch als die Stockschläge erscheint, die Latten.

Die Kriegsartikel bestimmten, daß außer den bisher üblichen Graden des Arrestes noch ein dritter eingeführt werde. Nach diesem sollte der Verurtheilte in einen engen, finstern Raum gesperrt werden, dessen Fußboden mit scharfkantigen Latten so benagelt war, daß der Gefangene weder gehen, noch stehen, noch liegen konnte, ohne auf den scharfen Kanten sich die größten Schmerzen zuzufügen. Immer am vierten Tage sollte der Verurtheilte einen Strohsack erhalten, um sich auf demselben zu erholen, und warmes Essen, um sich zu stärken, während er an den andern Tagen Wasser und Brod erhielt.

Die Kriegsgerichte konnten bis zu vier Wochen Lattenstrafe verhängen. Ein solches Urtheil war aber fast der Todesstrafe gleich zu achten, denn die fürchterlichen Folterqualen, welche die Gefangenen in dem Lattengefängniß erduldeten, rieben die Gesundheit derselben auf und erzeugten eine Nervenerregtheit, welche bei einem vierwöchentlichen Arrest leicht zum Tode führen konnte.

Es erscheint im höchsten Grade wunderbar, daß in einer Zeit des Fortschritts eine solche Strafe in die Kriegsartikel neu aufgenommen werden konnte; wir müssen aber bedenken, daß, wie wir schon mehrfach erwähnt haben, das erste Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts eine Uebergangszeit war, daß selbst die Reorganisatoren der preußischen Armee sich noch nicht vollständig lossagen konnten von dem Alten und Veralteten. So sind

denn die Latten im preußischen Heere eingeführt worden und die barbarische Strafe ist viele, viele Jahre vollstreckt worden, selbst noch in einer Zeit, wo sie von allen Seiten her einstimmig verdammt wurde.

Die Verheißung, daß fortan die Bürgerlichen ebenso gut Offiziere werden könnten, als die Adligen, und die Abschaffung der Stockschläge machten dem Adel und den alten Offizieren der Armee viel böses Blut; der Adlige glaubte sich in seinem theuersten Privilegium gefährdet, die alten Offiziere aber meinten, mit der Disciplin sei es vorbei, wenn man nicht mehr prügeln könne.

Eine große Partei am Hofe versuchte es, gegen Scharnhorst's Reformen den Kampf aufzunehmen und das Vertrauen, welches der Reformator beim Könige besaß, zu untergraben. Vergebliches Bemühen! Noch war das Unglücksjahr 1806/7, noch der schimpfliche Friedensschluß von Tilsit nicht vergessen, noch Friedrich Wilhelm III. nicht geneigt die Männer seines Vertrauens zu entlassen. Trotz des Junkergeschreies wurde die Reformation kräftig fortgesetzt.

Viertes Kapitel.

Dreifache Aufgabe Stein's. — Verhandlungen über die Kriegscontribution — Die Geldnoth in Preußen.. — Vergebliche Versuche, eine Anleihe zu beschaffen — Der Domänenverkauf. — Die Junkerpartei im Bündniß mit den Franzosen. — Stein in Berlin. — Daru, Mitglied der Berliner Akademie. — Die Feinde Stein's. — Die Berliner Kritiker. — Zastrow.

Während Scharnhorst unabläßig bestrebt war, die Heeresreformation zu vollenden, arbeitete Stein nicht minder thätig daran, den tief gesunkenen preußischen Staat wieder zu erheben. Er hatte eine dreifache, in allen ihren Theilen gleich schwierige Aufgabe zu erfüllen.

Vor allen Dingen mußte Preußen innerhalb derjenigen Grenzen, auf welche es durch den Tilsiter Frieden beschränkt worden war, von der französischen Besatzung befreit werden, welche noch die Hauptstadt des Landes und den größten Theil der Provinzen inne hatte. Zu diesem Zwecke war es nöthig, daß alle die Contributions-Ansprüche, welche Napoleon machte, genau festgestellt und daß alle Kräfte der Nation aufgeboten würden, um die Zahlung und die Räumung des Landes zu ermöglichen.

Erst wenn dies erzielt war, konnte Stein seine zweite Aufgabe mit Erfolg in Angriff nehmen, erst dann war es möglich, die Reorganisation des Staats im Innern zur Vollendung zu bringen, dann endlich konnte es gelingen, dem preußischen Staat auch nach Außen — dies war die dritte Aufgabe Stein's — wieder diejenige Stellung zu geben, welche er früher besessen hatte.

Daß während Stein's Wirksamkeit die drei verschiedenen, gleich schweren Aufgaben nicht abgesondert neben einander zur Erfüllung gelangen konnten, versteht sich wohl von selbst. Wenn wir sie trotzdem gesondert betrachten, geschieht es nur, um ein klares Bild von Stein's Wirken zu geben. Zu erfüllen vermochte der Minister in dem kurzen Zeitraum, der ihm für sein Wirken gegeben war, keine der drei Aufgaben, es war ihm nicht einmal vergönnt, sein erstes Streben, Preußen ganz von der französischen Besatzung zu befreien, zu verwirklichen. Ebenso wenig vermochte er die Reorganisation im Innern auch nur annähernd der Vollendung zuzuführen; nur die Städte-Ordnung hat er als ein abgeschlossenes Ganze uns hinterlassen.

In allen übrigen Zweigen der Reform konnte er nur Andeutungen, Anfänge geben; überall aber hat er den Grund gelegt, auf dem seine Nachfolger später fortbauen konnten.

Die erste Aufgabe, für die Räumung der preußischen Provinzen durch die Franzosen zu sorgen, erschien fast als die schwierigste. Daru, der in Berlin an der Spitze der französischen Civilverwaltung stand und von Napoleon mit den betreffenden Verhandlungen betraut war, hatte den ausdrücklichen Auftrag erhalten, seine Forderungen so hoch wie möglich zu stellen. Napoleon wollte Preußen, so lange dies irgend anging, besetzt halten.

Sofort nach seiner Ernennung zum Minister war Stein auf das Eifrigste bestrebt, zur Erfüllung der ersten Aufgabe thätig zu sein. Auf der Reise nach Memel hielt er sich deshalb drei Tage in Berlin auf; er knüpfte Verbindungen mit den großen Banquierhäusern an, um durch diese eine Anleihe zu ermöglichen. Zu gleicher Zeit suchte er sich mit den hervorragensten Persönlichkeiten Berlins bekannt zu machen, dann erst reiste er nach Memel.

Im October sollte, den Friedensbedingungen gemäß, die Räumung Preußens vollendet sein, bis zu diesem Monat hatte Daru mit jeder Erklärung zurückgehalten, erst am 7. October stellte er seine Forderung, im Ganzen etwa 32 Millionen Thlr., welche halb in Domänen, halb in baarem Gelde gezahlt werden sollten. Er erklärte, daß, wenn diese seine Forderung sofort bewilligt würde, die Franzosen bis auf 40,000 Mann das Land räumen würden.

An eine solche sofortige Bewilligung konnte Stein nicht denken, erschien doch die geforderte Summe als unerschwinglich. Sobald Daru diese Erklärung von Memel erhielt, ließ er die von den Franzosen besetzten Provinzen als erobertes Land behandeln, sämmtliche Abgaben wurden für die französischen Kassen eingezogen, und dagegen gab es kein Mittel des Widerstandes, denn alle Klagen und Vorstellungen in Paris blieben fruchtlos.

Stein mußte deshalb vor allen Dingen darauf denken, die französischen Forderungen soweit wie

möglich zu erfüllen, um nur endlich den verhaßten Feind aus dem Lande loszuwerden. Woher aber das Geld nehmen?

Die durch den Krieg bis auf's Aeußerste ausgesogene Bevölkerung durch neue Steuern zu belasten, erschien unmöglich. Stein machte deshalb den Versuch, eine auswärtige Anleihe zu Stande zu bringen. Er wandte sich an reiche holländische Kapitalisten. Niebuhr, der mit den Verhältnissen und den Personen in Amsterdam genau bekannt war, wurde mit den Unterhandlungen betraut. Diese aber blieben fruchtlos, obgleich sich selbst der Bruder Napoleon's, König Ludwig, für die Anleihe verwandte. Preußen hatte allen Kredit im Auslande verloren, Niemand glaubte an den Fortbestand der preußischen Monarchie. Die reichen Holländer dachten deshalb nicht daran, ihre Kapitalien in einer preußischen Anleihe zu gefährden. Nur Einige fanden sich, welche bereit waren, das Wagestück zu unternehmen, diese aber forderten einen Zinsfuß bis zu 20 Prozent, der unmöglich gewährt werden konnte.

So blieb denn nur noch eine Geldquelle übrig: die Domänen mußten verkauft werden, um der Staatskasse Geld zu schaffen!

Durch Testamente der Vorfahren Friedrich Wilhelm's III. und durch manche alte Gesetze war der Verkauf der Domänen streng verboten, jetzt aber forderte ihn die Noth des Staats.

Der König konnte sich zu einem solchen Schritte schwer entschließen. Die Pietät gegen seine Vorfahren, sein eigenes Vorurtheil verbot ihm den Verkauf, er weigerte sich deshalb lange, seine Zustimmung zu geben, aber Stein wußte ihn endlich zu überzeugen. Die alten Hausgesetze konnten nicht ohne Weiteres umgeworfen werden, sämmtliche Mitglieder des königlichen Hauses, alle Prinzen mußten dazu ihre Zustimmung ertheilen. Sie thaten es mit anerkennenswerther Bereitwilligkeit.

Ein neues Hausgesetz, dessen Publizirung indessen erst am 6. November 1809 stattfand, wurde beschlossen. Die Domänen sollten dazu dienen, durch die aus ihnen gelösten Millionen die Forderung Napoleon's zu decken. Auf welche Weise dies indessen geschehen könne, darüber waren die Ansichten sehr verschieden.

Daru forderte eine Abtretung der Domänen an Frankreich bis zur Hälfte der geforderten Contribution. Dies schien allerdings der einfachste Weg der Zahlung, und die Berliner Commission unterstützte denselben. Stein aber blickte tiefer, nur im dringendsten Nothfalle wäre er auf einen solchen Ausweg eingegangen.

Kamen die Domänen an Frankreich, dann hatte der Kaiser Napoleon einen umfassenden Grundbesitz in Preußen und durch diesen konnte er immer von Neuem auf die inneren Verhältnisse des Landes einwirken. Stein machte deshalb die äußersten Anstrengungen, um deutsche Käufer, besonders befreundete Fürsten zu gewinnen, und um den Preis der Domänen nicht völlig herabzudrücken, bestimmte er, daß überhaupt nur für 12 Millionen Thaler, und auch diese nur allmälig, verkauft werden sollten. Um schnell Geld zu erhalten, sollten die Domänen verpfändet werden, diese Pfandbriefe wollte man als Zahlungsmittel an die französische Regierung benutzen.

Stein ging rüstig mit der Ausführung dieser Beschlüsse vorwärts, da aber erhoben sich neue Schwierigkeiten, und diese gingen nicht von den französischen Bevollmächtigten allein, sondern zum Theil auch von der preußischen Junkerpartei, welche, fern von jedem Patriotismus, sich um die französischen Machthaber geschaart hatte, aus.

Die Junkerpartei nannte sich damals die Friedenspartei und unter dem Vorgeben, den Frieden, ein festes Bündniß zwischen Preußen und Frankreich, bewirken zu wollen, verband sie sich mit den Franzosen; in der That aber war sie nur dem reformirenden Minister Stein feindlich gesinnt, ihm wollte sie Schwierigkeiten in den Weg legen, ihn stürzen, damit er sein Reformwerk nicht vollenden könne. Durch die gemeinsten Kreaturen wirkte sie, und es gelang ihr wirklich, Daru für ihre Zwecke zu gewinnen. Sie wußte ihn gegen die preußische Friedens-Commission einzunehmen.

Daru erklärte, daß der Vorsitzende der Commission, der Herr von Sack, kein ihm ebenbürtiger Unterhändler sei. Die Verhandlungen geriethen durch das Treiben der Junkerpartei in's Stocken das aber war dieser eben recht, sie glaubte Stein stürzen zu können, wenn dieser in den Unterhandlungen mit den Franzosen nichts auszurichten vermochte. Und so schien es in der That, denn alle Bemühungen, von den Franzosen bessere Bedingungen, eine schleunigere Räumung des Landes zu erzielen, waren fruchtlos.

Vergeblich überwand die Königin Louise ihren Stolz und ihre Abneigung gegen den Kaiser Napoleon, indem sie an diesen ein eigenhändiges Schreiben mit der Bitte um Schonung des Landes richtete; vergeblich reiste der Prinz Wilhelm, der 25jährige Bruder des Königs, nach Paris. Napoleon empfing den Prinzen wohl freundlich, doch für seine Vorstellung hatte er ein taubes Ohr, er verwies ihn einfach an den Minister des Auswärtigen Champagny; dieser aber erklärte die ganze Sache sei in Daru's Hand gelegt, er müsse dem Bevollmächtigten freies Spiel lassen.

So ungünstig die Aussichten standen, Stein verlor dennoch den Muth nicht. Er entschloß sich, die Unterhandlungen persönlich zu führen. Am 29. Februar 1808 reiste er nach Berlin, nachdem er Vorkehrungen getroffen hatte, daß bedeutende Geldsummen sofort disponibel seien, um an die Franzosen gezahlt zu werden.

Es war für den stolzen Freiherrn, der die Franzosen von ganzem Herzen haßte, gewiß eine schwere Aufgabe, sich fast bittend an Daru zu

wenden, aber er überwand seinen Stolz; er war den Franzosen gegenüber der feinste, zuvorkommendste Hofmann und verstand es, Daru ganz für sich zu gewinnen, ja er verschmähte zu diesem Zwecke selbst das Mittel einer kleinen Schmeichelei nicht.

Daru, der eiteler auf seine philosophische Gelehrsamkeit, auf seine philologischen Kenntnisse (er hatte einst eine schlechte Uebersetzung des Horaz herausgegeben), als auf seine staatsmännischen Leistungen war, wurde von der Berliner Akademie der Wissenschaften zu ihrem Mitgliede ernannt, und dies geschah auf Antrag des stolzen Freiherrn von Stein. Er war dafür dankbar und ließ sich in seinen Forderungen herabstimmen. In den ersten Tagen des März schloß er mit Stein einen Vertrag ab, nach welchem er sich mit 100 Millionen Francs, etwa 27 Millionen Thalern, begnügen wollte; er genehmigte zugleich, daß diese Summe zur Hälfte in Domänen-Pfandbriefen, zur Hälfte in Wechseln gezahlt werde; die Räumung des Landes sollte im Laufe des Monats April stattfinden, während für die Einlösung der Wechsel ein Jahr gestattet wurde.

Am 9. März wurde der Vertrag nach Paris an den Kaiser Napoleon gesendet, dieser aber zeigte sich mit demselben keineswegs einverstanden; er machte Anfangs einige Schwierigkeiten, indem er noch andere Forderungen stellte, und als diese befriedigt waren, antwortete er bis zum 11. August auf alle an ihn gerichteten Schreiben gar nicht.

Stein war in Verzweiflung. Er wartete ungeduldig auf Antwort, von Tag zu Tag hoffte er diese zu erhalten, um den Vertrag abschließen zu können. So verlängerte sich denn sein Aufenthalt in Berlin bis zum Mai hin. Aber er wartete vergeblich, und endlich mußte er die Hauptstadt verlassen, um nach Königsberg zurückzukehren, denn dort war seine Gegenwart dringend nothwendig.

In seiner Abwesenheit waren seine Gegner nicht unthätig gewesen. Die Junkerpartei — an ihrer Spitze stand in Königsberg der alte Feldmarschall Kalkreuth — bemühte sich, den König von Stein abzuziehen, indem sie gegen diesen Verdächtigungen aller Art vorbrachte. Sie arbeitete im Geheimen, aber um so thätiger. Auch in Berlin hatte sie ihre Verbündeten und zwar merkwürdiger Weise in einem Kreise, von dem man dies am wenigsten hätte erwarten sollen, im Kreise der Gelehrten.

Schon damals hatte sich in Berlin eine gelehrte Clique gebildet, welche es als ihre höchste Aufgabe betrachtete, die Kritik als solche zur Geltung zu bringen. Auch an Stein's Schöpfungen legte sie den Maßstab derselben an, und da es nichts Vollkommenes in der Welt giebt, fand sie auch an den Stein'schen Reformen, von denen wir bald weiter zu sprechen haben, genug zu tadeln.

Die gelehrten Kritiker fragten nicht, ob das, was Stein gewirkt hatte, unter den gegebenen Umständen das Beste sondern nur, ob es das absolut Beste sei. Sie zogen jeden Fehler des großen Staatsmannes unbarmherzig an die Oeffentlichkeit, und sie konnten dies unter dem Schutze der Franzosen ungestraft thun.

Von Patriotismus wußten diese Männer nichts; daß sie mit ihrem, oft wohl berechtigten Tadel das Vertrauen gegen den Mann, auf dessen Thätigkeit damals das Wohl des Vaterlandes beruhte, bei der urtheilslosen Menge zerstörten, war ihnen gleichgültig; ebenso wenig kümmerten sie sich darum, daß sie, wenn auch ohne es zu wollen, die Verbündeten der Junkerpartei wurden. Durch ihre Hülfe verstärkte sich diese in Königsberg so sehr, daß sie immer offener gegen Stein auftreten konnte. Noch aber hatte der Minister auch in den höchsten Kreisen treue Freunde. Die Königin Louise selbst schrieb ihm und warnte ihn vor den Kabalen, welche hinter seinem Rücken geschmiedet würden.

Er entschloß sich deshalb zur schleunigsten Rückkehr nach Königsberg. Da der Geheime Rath von Sack von Daru bei den Unterhandlungen nicht als ebenbürtig betrachtet wurde, übergab Stein dem früheren Minister von Voß, einem großen märkischen Gutsbesitzer, die Fortführung der Unterhandlungen, indem er ihn zum Vorsitzenden der Friedens-Commission einsetzte. Er ahnte nicht, daß er hierdurch auch in Berlin der Junkerpartei einen Führer gab, um den sie sich schaaren konnte, denn Voß wurde bald Stein's und seiner Reformbestrebungen eifrigster Gegner.

Es war die höchste Zeit, daß der Minister nach Königsberg zurückkam, denn die bisher nur im Geheimen gesponnenen Intriguen traten jetzt an's offene Tageslicht. Die Junkerpartei versuchte offen, den verhaßten Minister zu stürzen und an seiner Stelle einen ihrer Anhänger, den General von Zastrow, in das Ministerium des Aeußern zu bringen. Die Erfolglosigkeit der Stein'schen Unterhandlungen diente ihren Bestrebungen zur Grundlage.

Zastrow selbst überreichte dem Könige eine ausführliche Vorstellung, in welcher er behauptete, Stein habe um deshalb nichts zu erreichen vermocht, weil er eine dem Kaiser Napoleon höchst mißliebige Persönlichkeit sei; er selbst, Zastrow, dagegen stehe beim Kaiser der Franzosen in so hoher Gunst, daß dieser erklärt habe, nur mit ihm in Unterhandlungen treten zu wollen.

Der König las die Denkschrift, sein Vertrauen zu Stein aber war jetzt so groß, daß er nicht einen Augenblick anstand, dem Minister das Machwerk Zastrow's zur Kenntnißnahme zu übergeben. Damit war die ganze Kabale gescheitert, denn Stein erstattete dem Könige einen Bericht über das Schriftstück, in welchem er in seiner derben und spöttischen Weise alle die Behauptungen Zastrow's in ihr jämmerliches Nichts zurückwies

Fünftes Kapitel.

Stein's treulose Politik. — Stein's Denkschrift. — Gneisenau. — Die Friedenspolitik des Königs. — Aufforderung an Friedrich Wilhelm III., dem Rheinbund beizutreten. — Kaiser Alexander in Königsberg. — Die Champagny'schen Forderungen. — Der berühmte Stein'sche Brief. — Die Berliner Zeitungen. — Prinz Wilhelm in Paris. — Die Unterzeichnung der Champagny'schen Konvention. — Stein's Feinde und Freunde. — Lobgedichte auf Stein. — Die Denkschrift der Sieben. — Stein's Entlassung. — Die Achtserklärung. — Stein's Flucht nach Oesterreich.

Der Angriff war abgeschlagen, Stein konnte sich wieder ganz der Arbeit für die innere Reform Preußens hingeben. Aber bald genug wurden seine friedlichen Bestrebungen auf's Neue unterbrochen durch die immer bedenklicher sich gestaltenden äußeren Verhältnisse.

Zwischen Oesterreich und Frankreich drohte von Neuem der Krieg auszubrechen, und wieder trat an Friedrich Wilhelm III. die Frage heran, ob er neutral bleiben oder ob er als Bundesgenosse des Kaisers von Oesterreich oder Napoleon's theilnehmen solle am Kriege. Hardenberg hatte in seiner Denkschrift, dem Könige den Rath gegeben, „eine ehrliche, gerade treue Politik ohne List und Trug" zu üben. Anderer Ansicht war Stein; dieser forderte, der König müsse die Convention mit Frankreich abschließen und sich selbst, wenn Napoleon dies wolle, nicht scheuen, ein Bündniß mit ihm einzugehen, damit nur bald die preußischen Provinzen von der französichen Besatzung geräumt würden. Vor allen Dingen müsse man Freiheit der Bewegung haben, um im Innern rüsten zu können. Zu gleicher Zeit solle Friedrich Wilhelm mit Oesterreich ein geheimes Bündniß schließen und Alles vorbereiten, damit das preußische und deutsche Volk in einem allgemeinen Aufstande sich gegen die französiche Unterdrückung erheben könne. Sobald der Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich ausbreche, solle Preußen sich mit Oesterreich und England offen vereinigen, dann solle die deutsche Nation zum Aufstande gerufen werden. England werde Waffen, Munition und Montirungen, sowie die nöthigen Geldmittel geben, auch vielleicht ein kleines Hülfscorps entsenden, um den Volksaufstand zu stärken.

Für solche Ansichten war der König, das wußte Stein, schwer zu gewinnen; er arbeitete deshalb eine ausführliche Denkschrift aus, welche er am 11. August 1808 übergab.

In dieser Denkschrift erklärte Stein, daß es erlaubt sei, Napoleon mit seinen eigenen Waffen zu schlagen, gegen ihn so treulos zu handeln, wie er selbst sei, ja sogar mit ihm ein Bündniß zu schließen zum Schein, nur zu dem Zwecke, die französiche Besatzung loszuwerden.

„Ueberläßt man Napoleon auch ein Truppencorps, so kann man es doch so einleiten, daß es zur bestimmten Zeit sich mit Oesterreich vereinige und gegen den allgemeinen Feind wirke. Die Allianz muß nur zum Deckmantel dienen der Anstalten, die man treffen wird, um sich loszureißen, und dieses müßte man gleich einzelnen vertrauten Personen eröffnen, z. B. dem Erzherzog Ferdinand und Herrn Canning."

Stein stand mit solchen Ansichten nicht allein, die tüchtigsten Militärs, Scharnhorst und Gneisenau, glaubten wie er, daß die Zeit zum Losschlagen gekommen sei; sie waren mit ihm auch der Ueberzeugung, daß man nicht nöthig habe, Napoleon gegenüber eine ehrliche Politik zu treiben.

Der Oberstlieutenant von Gneisenau überreichte dem Könige eine Denkschrift über Volksbewaffnung in Verbindung mit stehenden Truppen.

Auch Scharnhorst legte seine Ansicht in einer Denkschrift nieder, welche von Stein dem Könige am 21. August übergeben wurde. Er sagte:

„Eine kleinliche Eifersucht hat die Staaten Europa's in's Verderben geführt, nur Vertrauen und Einigkeit im Glück und Unglück kann sie wieder herstellen; also: fort mit der elenden Sprache der Diplomaten, die sich nur wechselseitig betrügen wollen; eine grade, freie Sprache sei unter den Mächten, die das große Werk, die Befreiung Europa's, auf sich nehmen; vereint zu siegen oder zu fallen, sei ihre ganze, ihre innigste und heiligste Verbindung."

Das waren kräftige, energische Worte, wie sie selten zu einem Fürsten gesprochen werden; aber die große Zeit hatte auch große Männer geboren, Männer von kühnen, gewaltigen Entschlüssen, welche nicht zurückbebten vor den Consequenzen ihres Strebens.

Friedrich Wilhelm las alle die Denkschriften mit der gebührenden Aufmerksamkeit; er erkannte das Gewicht der Gründe, welche Stein, Scharnhorst und Gneisenau für das Losschlagen anführten, aber zur That konnte er sich nicht entschließen. Er hatte das Vertrauen nicht nur zu sich selbst, sondern vor Allem auch zu seinem Volke so vollständig verloren, daß er von einem Volksaufstand gar nichts hoffte. Das erklärte er den Dreien, welche er zu einer Audienz beschied, mit aller Offenheit.

Hatte er Unrecht? Gewiß nicht! War es wohl zu erwarten, daß dasselbe Volk, welches in den Jahren 1806 und 1807 so träge und opferwiderwillig sich gezeigt hatte, jetzt, kaum ein Jahr später, mit dem Enthusiasmus, der allein einen Sieg möglich macht, die Waffen ergreifen werde, um den Vernichtungskampf gegen die Franzosen zu beginnen? Nur die kühne Begeisterung eines Stein, Scharnhorst, Gneisenau, Schill ꝛc. konnte eine solche Erwartung hegen.

Oesterreich war ein unzuverlässiger Bundesgenosse, der sicher im Augenblicke der Gefahr seinen Separatfrieden schließen, Preußen im Stiche lassen und der Vernichtung durch Napoleon preisgeben würde, wie dies dereinst Rußland beim Tilsiter

Friedensschluß gethan hatte. Friedrich Wilhelm erklärte deshalb, er werde an einem Kriege gegen Frankreich nur Theil nehmen, wenn auch Rußland in das Bündniß trete. Er erwartete in kurzer Zeit den Kaiser Alexander zu einem Besuch in Königsberg. Das so berühmt und berüchtigt gewordene Rendezvous der beiden Kaiser Alexander und Napoleon sollte in Erfurt stattfinden, auf der Reise dorthin wollte Alexander einige Tage in Königsberg zubringen. Diesen Besuch war Friedrich Wilhelm entschlossen zu benutzen, Kaiser Alexander sollte dann den Ausschlag geben, welche Politik künftig von Preußen einzuhalten sei.

Wie wenig gerechtfertigt auch das Vertrauen des Königs auf den Kaiser Alexander, den Bundesgenossen, der seine Treulosigkeit bereits bewiesen hatte, sein mochte, ein Glück war es gewiß für Preußen und Deutschland, daß Friedrich Wilhelm III. den Rathschlägen Stein's nicht nachgab; das Volk gewann hierdurch Zeit, im Genuß der ihm gewährten Freiheiten sich zu kräftigen, im Patriotismus zu erstarken und sich vorzubereiten zu dem Kampfe, welchen es wenige Jahre später so glänzend bestehen sollte, zu dem es aber im Jahre 1808 sicherlich noch nicht die Kraft und den Muth hatte.

Stein gab trotz der bestimmten Erklärung, welche der König in der Audienz gemacht hatte, doch seine Hoffnung nicht auf, und fast schien es, als sollte diese noch zur Erfüllung kommen, denn gerade damals stellte Napoleon an den König Anforderungen, welche Friedrich Wilhelm unmöglich erfüllen konnte.

Prinz Wilhelm, der sich noch immer in Paris aufhielt, enpfing in jener Zeit von dem Minister Champagny die lange ersehnte Antwort des Kaisers auf die von Daru mit Stein abgeschlossene Convention wegen Räumung der preußischen Provinzen. Napoleon erklärte sich bereit, auf die Bedingungen einzugehen, wenn Preußen sich außerdem verpflichte, seine Armee auf 40,000 Mann*) zu reduziren. Zugleich erließ der Kaiser an den König die Aufforderung, dem Rheinbunde beizutreten. Dies wurde zwar nicht unbedingt als maßgebend für den Abschluß der Convention, sondern mehr als Wunsch des Kaisers hingestellt, aber die Wünsche Napoleon's mußten ja als Befehle betrachtet werden!

Die Fürsten des Rheinbundes, schmachvollen Angedenkens waren längst herabgesunken zu den servilen Dienern des französischen Kaisers. Der König mußte sich deshalb in seinem Stolze tief verletzt fühlen, als ihm die Anmuthung wurde, die Zahl der gekrönten Diener Napoleon's zu vermehren. Er neigte sich wieder mehr der Kriegspartei zu und Stein schöpfte neue Hoffnung. Aber er sah diese getäuscht. Zwar lehnte Friedrich Wilhelm den Beitritt zum Rheinbunde mit voller Bestimmtheit ab, zu weiteren Schritten aber war er nicht zu bewegen, er wollte sich nicht entscheiden, ohne Rücksprache mit dem einzigen Verbündeten, dem er vertraute, dem Kaiser Alexander, genommen zu haben, und auch neue exorbitante Forderungen, welche Anfangs September in Beziehung auf die Räumung der preußischen Provinzen von Napoleon gestellt wurden, konnten ihn in seinem Vorsatze nicht untreu machen.

Am 18. September traf Kaiser Alexander in Königsberg ein, er wollte nur drei Tage verweilen, um sich dann nach Erfurt zu begeben. Stein suchte die Zeit zu benutzen. Durch die Königin ließ er dem Kaiser eine Denkschrift überreichen, in welcher er mit großer Entschiedenheit und Freimüthigkeit die Nothwendigkeit eines allgemeinen Bündnisses gegen Napoleon schilderte. Seine Bemühungen aber waren vergeblich.

Kaiser Alexander dachte damals an keinen Krieg gegen Napoleon, er war durch dessen Freundschaftsversicherungen ganz bethört; in Erfurt hoffte er mit dem großen Manne, den er sehr bewunderte, ein festes Freundschaftsbündniß abzuschließen. Alexander würdigte daher Stein's Denkschrift kaum einer Aufmerksamkeit und, selbst entschlossen zum Frieden, suchte er natürlich auch Friedrich Wilhelm III. von einem Bündnisse mit Oesterreich zurückzuhalten. Er versprach, in Erfurt dafür zu wirken, daß Napoleon seine Forderungen ermäßige, er ermahnte den König, sich in Geduld zu fügen, und seine Worte hatten den gewünschten Erfolg, obgleich Napoleon durch seine neuen ausschweifenden Forderungen die Friedensliebe Friedrich Wilhelm's III. stark erschüttert hatte.

Napoleon war durch seine Spione, deren er auch in Königsberg viele besaß — selbst unter den Hofleuten des Königs befanden sich die Kreaturen des Kaisers —, von der kriegslustigen Stimmung Stein's, Scharnhorst's und anderer hochgestellter Männer, sowie von dem Schwanken des Königs unterrichtet worden. Er hoffte nicht mehr, in dem bevorstehenden Kampfe gegen Oesterreich Preußen zum Bundesgenossen zu gewinnen, deshalb wollte er wenigstens das Land besetzt halten, um den geheimen Feind unschädlich zu machen. Champagny, sein Minister, mußte zu diesem Zwecke mit neuen Forderungen hervortreten, die weit die früheren überragten. Napoleon kümmerte sich wenig darum, daß er diese bereits genehmigt hatte; wenn es politisch zweckmäßig war, scheute er sich niemals, sein Wort zu brechen.

Champagny verlangte statt der 100 Millionen Francs Daru's 141 Millionen, also mehr als 37 Millionen Thaler. Die ganze ungeheure Summe sollte binnen 18 Monaten baar an die französische Regierung gezahlt werden. Auch bei

*) Diese Bedingung war im Tilsiter Friedensschluß noch nicht enthalten und wurde, wie wir bald sehen werden, erst später angenommen, da aber alle die im Jahre 1808 zwischen Preußen und Frankreich gepflogenen Unterhandlungen dem Tilsiter Frieden entsprossen sind, wird auch die Reduzirung des preußischen Heeres in den meisten Geschichtswerken mit Recht zu den Bedingungen desselben gezählt.

Annahme dieser Bedingungen sollte die Räumung Preußens keine sofortige sein, sondern in den Festungen Stettin, Küstrin und Glogau je 10,000 Mann zurückbleiben und auf preußische Kosten verpflegt werden. Das preußische Heer wurde auf 42,000 Mann beschränkt, mit Einschluß aller Bürgergarden und Landwehren, 16,000 Mann sollten Napoleon zur Disposition stehen.

Stein hatte sich, als die neuen Champagny'schen Forderungen eintrafen, sofort für die unbedingte Verwerfung erklärt, der König aber wollte auch hierüber sich nicht entscheiden, ehe er mit dem Kaiser Alexander Rücksprache genommen. Diese Rücksprache war jetzt erfolgt. Alexander hatte zur Fortsetzung der Unterhandlungen, bei denen er sein mächtiges Fürwort einlegen wollte, gerathen, und der König sich diesem Rathe gemäß entschlossen. Stein selbst sollte nach Erfurt reisen, um persönlich den Kaiser Napoleon zu milderen Bedingungen zu bewegen.

So ungern Stein einen solchen Auftrag übernahm, er mußte sich dennoch dazu entschließen. Schon machte er sich reisefertig, als ein unerwartetes Ereigniß alle seine Pläne zerstörte.

Stein hatte am 15. August von Königsberg einen Brief an den früheren preußischen Gesandten in Kassel, den Fürsten Wittgenstein, der sich gerade im Seebade zu Doberan aufhielt, geschrieben, in welchem er sich, da das Schreiben ein äußerst vertrauliches war, auch offen über die preußische Politik aussprach. Er sagte u. A.:

„Nach dem Rathe der Grafen G. und W.*) hat man dem Prinzen Wilhelm wiederholt aufgetragen, eine Allianz, ein Hülfstruppencorps anzubieten und eine Verminderung oder Fristung der Contributionen zu erbitten; sollte aber der Kaiser wieder zu neuen Unternehmungen abreisen, auf eine anständige Art sich zu entfernen. Nimmt der Kaiser unter den gegenwärtigen Umständen, wo wir ihm nützlich sein können, dieses unser Anerbieten nicht an, so beweist er, daß er entschieden ist, uns zu vernichten, daß wir Alles erwarten müssen. Die Erbitterung nimmt in Deutschland täglich zu, und es ist rathsam, sie zu nähren und auf die Menschen zu wirken. Ich wünschte sehr, daß die Verbindungen in Hessen und Westphalen erhalten würden und daß man auf gewisse Fälle sich vorbereite, auch eine fortdauernde Verbindung mit energischen, gut gesinnten Männern erhalte und diese wiederum mit anderen in Berührung setze. Sollten Euer Durchlaucht mir hierüber Eröffnungen thun können, so bitte ich Sie, mir Herrn K. oder sonst einen vertrauten Mann herzuschicken."

Stein, der sich wohl bewußt war, daß ein solcher Brief, wenn er in die Hände der Franzosen fiel, ihm die größten Unannehmlichkeiten zuziehen mußte, hatte sich zur Absendung desselben nicht der Post bedient, denn er wußte ja sehr gut, wie diese von den Franzosen verwaltet, wie freventlich das Briefgeheimniß in den schwarzen Kabineten verletzt wurde. Ein Regierungs-Assessor Koppe, den er für einen höchst zuverlässigen und treuen Mann hielt, empfing den Auftrag, den Brief persönlich zu überbringen. Stein schärfte ihm noch besonders ein, er möge ja die höchsten Vorsichtsmaßregeln anwenden, damit das Schreiben richtig an seine Adresse gelange.

Treu war nun der Assessor Koppe wohl, aber zuverlässig nicht, sondern unvorsichtig im höchsten Grade. Anstatt den Brief auf das Sorgfältigste zu verstecken, trug er ihn offen in der Brusttasche. Als Koppe in Berlin ankam, rühmte er sich dort offen sogar seiner wichtigen Sendung, und natürlich kamen seine Worte bald zu den Ohren der französischen Befehlshaber, denn in allen Kreisen der Berliner Gesellschaft gab es damals geheime französische Spione.

Koppe glaubte vollkommen sicher reisen zu können, da er als ein königlich preußischer Courier mit den besten Pässen versehen war, das Völkerrecht verbot den Franzosen, ihn anzugreifen — so meinte denn Koppe, daß er nichts zu befürchten habe. Der Marschall Soult aber, der damals in Berlin kommandirte, fragte wenig nach dem Völkerrecht, er wußte durch seine Spione, daß Koppe einen wichtigen Brief Stein's an den Fürsten Wittgenstein bei sich trage, den wollte er unter jeder Bedingung kennen lernen. Französische Gensd'armen erhielten deshalb den Auftrag, den Courier in der Nähe von Spandau aufzuhalten, ihm seine Depeschen und Briefe abzunehmen und ihn als Gefangenen nach Berlin zurückzubringen. Und so geschah es.

Stein's Brief fiel in die Hände der Franzosen, Koppe wurde als Gefangener nach Frankreich geführt, wo er bis zum Jahre 1810 blieb.

Der Stein'sche Brief war für Napoleon ein hoch willkommener Fund, der Moniteur mußte ihn sofort veröffentlichen und auch den Berliner Zeitungen ging er zu diesem Behufe zu. Sie mußten dem Machtgebote der französischen Befehlshaber gehorchen und den Brief mit den Bemerkungen des Moniteur dem Publikum mittheilen. So erschien er im Telegraphen, der gern einem derartigen Befehle nachkam, und in der Spenerschen und Vossischen Zeitung, welche sich dazu gezwungen sahen.

Die Berliner Blätter schrieben Folgendes:

„Ein Preußischer Assessor, Namens Koppe, war als ein Unterhändler von Ränken bezeichnet. Da der Marschall Soult in dem Falle gewesen war, ihn verhaften und nach Spandau führen zu lassen, so bemächtigte man sich seiner Papiere, worunter man das Original des Briefes gefunden hat, welchen man hier lesen wird. Wir glauben ihn veröffentlichen zu müssen als ein Denkmal der Ursachen des Gedeihens und des Sturzes der Reiche. Er enthält die Denkungsweise des preußischen Ministerii und er lehrt besonders Herrn von Stein kennen, welcher während langer Zeit das Ministerium verwaltet hat und der jetzt fast

---

*) Golz und Wartensleben.

ausschließlich mit der Leitung der Geschäfte beauftragt ist. Man wird den König von Preußen beklagen, ebenso ungeschickte, als verkehrte Minister zu haben."

Dieser Einleitung folgte der Abdruck des Briefes.

Prinz Wilhelm befand sich, als der Brief im Moniteur erschien, noch als Unterhändler in Paris. Sein Schrecken war groß, er fürchtete das Schlimmste für Preußen von dem Zorne des Kaisers, und seine Befürchtungen wurden erhöht durch den Minister Champagny, der ihm unmittelbar nach dem Erscheinen des Schriftstücks im Moniteur den Rath ertheilte, schleunigst die Convention wegen Räumung der preußischen Provinzen von den französischen Truppen, wie sie französischerseits gefordert worden war, zu unterzeichnen, denn Preußen habe von dem Zorne des Kaisers, der jetzt gegen Stein auf das Höchste erregt sei, das Schlimmste zu befürchten.

Prinz Wilhelm und der preußische Gesandte von Brockhausen ließen sich durch die Drohungen des Ministers einschüchtern, sie unterzeichneten sofort den schmählichen Vertrag, dessen Hauptinhalt wir bereits kennen. Wir bemerken nur noch, daß in einem geheimen Artikel ausdrücklich die Verpflichtung enthalten war, der König solle während der nächsten zehn Jahre vom 1. Januar 1809 an nur folgende Truppen halten: Königliche Garden 6000 Mann, 10 Regimenter Fußvolk: 22,000 Mann, 8 Regimenter zu Pferd: 8000 Mann, Artillerie und Ingenieure 6000 Mann. Das Errichten einer Landmiliz, sowie die Unterhaltung von Nationalgarden über diese Zahl hinaus war dem Könige untersagt. Friedrich Wilhelm mußte außerdem versprechen, zu jedem Kriege gegen Oesterreich 16,000 Mann zu stellen, für das nächste Jahr war die Zahl seiner Hülfstruppen jedoch auf 12,000 Mann beschränkt.

So schmachvoll dieser Vertrag war, der Prinz unterzeichnete ihn, weil er von einem Zögern die schlimmsten Folgen für Preußen fürchtete.

Stein empfing die erste Nachricht von dem Schicksal seines unglücklichen Briefes, als er eben im Begriff war, die Reise nach Erfurt anzutreten. Ein Adjutant Blücher's, der Hauptmann von Thiele war eiligst nach Königsberg gereist, Tag und Nacht war er unterwegs gewesen, um dem Minister ein Blatt des Moniteurs zu überbringen, welches ihm der Marschall Soult gezeigt hatte. Der Marschall war so aufgebracht über Stein, daß er zornig ausgerufen hatte: „Hier sehen Sie, die Minister bringen ihren König um sein Land!"

Jetzt konnte von einer Reise nach Erfurt nicht mehr die Rede sein. Stein begab sich mit dem Zeitungsblatte, welches ihm Thiele gebracht hatte, sofort zum Könige; er erklärte diesem, daß er bereit sei, seinen Abschied zu nehmen, denn sein längeres Verbleiben im Ministerium könne leicht schwere Verlegenheiten nach sich ziehen, möglicherweise sogar gefährlich werden; deshalb bat er um seine sofortige Entlassung, jedenfalls aber um die Genehmigung, daß er nicht nach Erfurt reise. Das Letztere fand der König natürlich, Graf Goltz wurde statt Stein's nach Erfurt geschickt, dagegen erklärte Friedrich Wilhelm, daß er in Stein's Entlassung vorläufig nicht willigen könne; ehe er sich hierüber entscheide, müsse er erst Rücksprache mit dem Kaiser Alexander nehmen, bis zu dessen Rückkehr solle Stein daher ohne Weiteres in seinem Amte bleiben.

Bald nach dem mit Courierpferden nach Königsberg gebrachten Blatte des Moniteur trafen auch die Berliner Zeitungen ein; die Veröffentlichung derselben gab den Feinden Stein's neues Leben. Jetzt endlich durften sie hoffen, den verhaßten Minister und mit ihm sein Reformwerk zu stürzen, und sie waren thätig, ihren Zweck zur Erfüllung zu bringen. Alle Mittel wurden in Bewegung gesetzt!

In Königsberg umlagerten die Hofschranzen den König, um ihm von Neuem Verdächtigungen jeder Art gegen den verdienstvollen Minister in's Ohr zu raunen; in Berlin war das Organ der Franzosen, das Schandblatt: der Telegraph, thätig, dem Begründer der Bürgerfreiheit das Vertrauen des Volkes zu entziehen.

Aber auch die Freunde Stein's schwiegen nicht. Eine große Anzahl angesehener preußischer Gutsbesitzer und Bürger von Königsberg unterzeichneten eine Petition, in welcher sie den König um die Beibehaltung des trefflichen Ministers baten. Damals kam der Ehrenspruch auf, der Stein's Wirken richtig bezeichnete und der unter seine Portraits gesetzt zu werden pflegte:

Des Guten Grund-Stein,
Des Bösen Eck-Stein,
Der Deutschen Edel-Stein.

Stein ließ Feinde und Freunde ruhig gewähren. Er wußte wohl, daß die Zeit seines Wirkens, vorüber sei; wenn er auch die ihn bedrohenden Gefahren noch nicht in ihrem vollen Umfange würdigte, so war ihm doch klar, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen seine bisherige Stellung nicht mehr lange werde ausfüllen können. Er suchte deshalb die kurze, ihm noch gegönnte Zeit zu benutzen, um sein Reformwerk sicher zu stellen, daran arbeitete er mit unermüdlichem Fleiße.

Während dieser letzten Zeit seiner Amtsführung hatte Stein noch manchen schweren Kummer zu ertragen. Er, der bisher das vollste Vertrauen des Königs genossen hatte, sah sich jetzt übergangen bei der wichtigsten Staatsangelegenheit. Friedrich Wilhelm, der von Erfurt aus durch Goltz Berichte über die Stimmung Napoleon's erhielt, genehmigte am 29. September 1808 die schmachvolle Champagny'sche Convention, ohne Stein zu fragen, ohne ihm darüber auch nur eine Mittheilung zu machen. Erst aus den Akten erfuhr dies der Minister.

Das war ein schwerer Schlag, denn Stein hatte immer noch gehofft, der König werde solche

Bedingungen verwerfen und sich demnächst eng an Oesterreich anschließen. Jetzt aber war die Unterzeichnung geschehen und Stein mußte versuchen, zu retten, was noch zu retten war.

Gneisenau hatte dem Könige eine Denkschrift über die deutsche Volkserhebung eingereicht, welche Stein zur Begutachtung erhalten hatte. Er benutzte diese Gelegenheit, um zugleich seine Ansicht über die Convention auszusprechen. Am 12. October 1808 schickte er Gneisenau's Aufsatz dem König zurück; er sagte in dem begleitenden Schreiben:

„Unterzeichnen Ew. Majestät den Traktat, um ihn bei Gelegenheit, und zwar wenn ein Krieg mit Oesterreich ausbricht, zu brechen, so bedienen Höchstdieselben sich nur einer List gegen Verruchtheit und Gewaltthätigkeit. Soll dem Kaiser Napoleon allein erlaubt sein, an die Stelle der Wahrheit Lüge, an die des Rechtes Willkür zu setzen? — — —

„Ich wiederhole meinen Rath, sich Oesterreich zu nähern und alle physischen und moralischen Mittel im Innern vorzubereiten, um bei dem Ausbruche eines Krieges die französischen Ketten zu brechen, und ich wiederhole meine Bitte, nach Maßgabe des Entschlusses, den man faßt, die Anhänger der einen oder der anderen, dem gefaßten Entschlusse entgegengesetzten Meinung zu entfernen“

Indem Stein dem Könige rieth, den Vertrag, nachdem er vollzogen, zu brechen, sobald es ihm vortheilhaft dünke, trat er in Widerspruch mit einer Reihe von Männern, welche ihn bisher auf das Aeußerste bei allen seinen Bestrebungen unterstützt hatten. Dies zeigte eine Denkschrift, welche, unterzeichnet von Scharnhorst, Gneisenau, Schön, Grolmann, Süvern, Nicolovius und Röckner, ihm am 14. October übereicht wurde. Sie war an Stein persönlich gerichtet, aber für den Vortrag beim Könige bestimmt. Die Unterzeichner, welche noch nichts davon wußten, daß der Vertrag bereits vom Könige genehmigt sei, sprachen sich mit besonderer Freimüthigkeit gegen den Abschluß der Convention aus, sie zeigten, wie unmöglich deren Anforderungen zu erfüllen seien, dann fuhren sie fort:

„Oder hat man etwa im Sinne, den Traktat zu vollziehen, um ihn nach wenig Tagen oder Wochen wieder zu brechen? Das verhüte Gott! Lasse man doch endlich, durch harte Erfahrung belehrt, von der kleinlichen Politik der Schwächlinge, die mit List umgehen, welche verborgen sein soll und doch hell am Tage liegt! Durch nichts, als ein offenes Handeln mit großem Sinne kann die feinere List des Feindes bekämpft werden. — — — Der Bruch eines, in der Meinung, ihn zu brechen, geschlossenen Vertrages ist ein Flecken auf unserer Seele, den nichts löschen, eine Vergiftung der Quellen unseres Handelns, die nichts tilgen kann. Mit welchem Vertrauen kann man alsdann wohl zum Volke sprechen und es aufbieten zum Verfechten einer Unredlichkeit, die es weit von sich stoßen wird. — — — Darum ist der einstimmige Wunsch der unterzeichneten, ihren König und das Vaterland liebenden Männer, die Convention möge nicht ratificirt werden, und Ew. Excellenz, welche besser, als wir sie vorstellen können, alle Gründe gegen die Ratifikation erwägen, mögen allen Ihnen eigenen Nachdruck anwenden, um sie zu verhindern. — — — Auf jeden Fall aber giebt es ein Mittel, die Ratifikation zu verzögern, dem der Feind nicht ohne seinen Schaden entgegen sein könnte, indem es zugleich das Volk mit dem Interesse des Königs verknüpft — nämlich: das Volk in seinen zu berufenden Stellvertretern darum zu befragen. So gewinnt man Zeit, den günstigen Augenblick abzuwarten, den ja jeder nächste Tag uns bringen kann. Werde man aber gedrängt, so möge dann die Ratifikation beschlossen werden oder nicht; der König ist alsdann nicht allein für sie verhaftet, sondern die ganze Nation hat ein und dieselbe Sache mit ihrem Oberhaupte und muß tragen, was aus ihrem Entschlusse folgt.“

Das Schreiben hatte natürlich gar keinen Erfolg, aber bedeutungsvoll ist es, daß von einer Reihe hochgestellter Männer bereits damals der Rath ertheilt wurde, das Volk in seinen Vertretern zum Richter über eine der wichtigsten Staatsactionen zu berufen.

Stein hatte die letzte Zeit seines Ministeriums zu benutzen versucht, um seine Reformen sicher zu stellen; er hatte deshalb dem Könige eine Proklamation an das Volk vorgeschlagen, in welcher Friedrich Wilhelm diesem die Zusicherung der Freiheiten, welche gewährt werden sollten, ertheilen sollte. Zu einem solchen Schritte aber konnte der stets schwankende Fürst sich nicht entschließen, wenn er auch sonst seinem Minister zeigte, daß er entschlossen sei, das Reformwerk desselben auch nach seiner Entlassung aufrecht zu erhalten. Den besten Beweis hierfür gab der König, indem er er in den letzten Tagen vor und kurz nach der Entlassung Stein's die Genehmigung zur Veröffentlichung der wichtigsten Gesetze Stein's ertheilte. Am 6. November wurde das neue Hausgesetz veröffentlicht, am 13. November genehmigte Friedrich Wilhelm die Grundsätze Stein's für das neue Staatsdiener-Gesetz, am 19. November die Publikation der neuen Städte-Ordnung, am 24. November ertheilte er seine Einwilligung zu der von Stein vorgeschlagenen Verordnung über die veränderte Organisation der obersten Verwaltungsbehörden, und am 26. Dezember genehmigte er Stein's Entwurf für die Gestaltung der mittleren Regierungsbehörden.

Stein hatte bereits mehrfach um seine Entlassung gebeten, der König aber seine Einwilligung immer versagt, endlich jedoch mußte sich Friedrich Wilhelm wohl entschließen, denn immer unzweideutiger zeigte es sich, daß Napoleon, auf den jetzt die höchste Rücksicht zu nehmen die Staatsklugheit gebot, gegen Stein auf das Aeußerste erzürnt war. Graf Goltz machte da-

rüber in jedem seiner Briefe die unzweifelhaftesten Mittheilungen.

Am 24. November erhielt endlich Stein seine Entlassung mit einem sehr schmeichelhaften Schreiben des Königs.

Zu seinem Nachfolger hatte Stein den Geh. Rath v. Schön, den freisinnigsten und entschiedensten seiner Räthe, vorgeschlagen; von Schön wußte er, daß dieser die Reform mit aller Kraft aufrecht erhalten und weiter führen werde. Aber der König ging auf diesen Vorschlag nicht ein, obgleich er ebenso wenig die Wünsche der Junkerpartei, welche die Ernennung des Ministers von Voß vorschlug, berücksichtigte.

An Schön's Stelle erhielt der Geh. Finanz-Rath v. Altenstein, ein freisinniger aber schwacher Mann, der ganz unter dem Einflusse seines intriguanten Verwandten, des Geh. Raths Nagler, stand, das Finanz-Ministerium, er wurde der Nachfolger Stein's.

Stein begab sich nach seiner Entlassung nach Berlin. Er sollte nicht lange ruhig dort bleiben, denn Napoleon zeigte jetzt offen, daß er ihn für einen gefährlichen Gegner hielt. Er erließ aus Madrid am 16. Dezember 1808 folgende Achts-Erklärung gegen Stein:

„1) Der Namens Stein, welcher Unordnungen in Deutschland zu erregen sucht, wird hierdurch für einen Feind Frankreichs und des Rheinbundes erklärt.

2) Die Güter, welche der genannte Stein, sei es in Frankreich oder im Gebiete des Rheinbundes vielleicht besitzen möchte, werden sequestrirt.

Der genannte Stein wird aller Orten, wo er durch unsere Truppen oder die unserer Verbündeten erreicht werden kann persönlich zur Haft gebracht. Napoleon."

Glücklicher Weise für Stein gehörte der französische Gesandte in Berlin, St. Marsan, nicht zu den Männern, welche eine Freude an der Vollziehung von Achtsbefehlen haben. Stein wurde gewarnt, der Gesandte selbst veranlaßte dies; er ließ dem Geächteten sagen, daß ein Befehl Napoleon's eingetroffen sei, alle Beziehungen mit der preußischen Regierung abzubrechen, sobald Stein noch im Dienst sei oder auch nur in Preußen sich aufhalte. Natürlich reiste Stein unmittelbar darauf ab.

Am 5. Januar 1809 verließ er Berlin. Zuerst ging er nach Schlesien, von dort nach Prag. Es war die höchste Zeit, denn der Napoleonische Achtbrief wurde jetzt in ganz Deutschland verkündet. Die servile Berliner Polizei ging so weit, an den Ecken der Straßen Berlins die Aufforderung, Stein gefangen zu nehmen, anschlagen zu lassen.

Von Prag aus wendete sich Stein an den Grafen Stadion, den Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Oesterreich, und bat um eine Freistatt in diesem Staate. Er erhielt bald darauf ein überaus zuvorkommendes Schreiben, in welchem ihn Stadion benachrichtigte, der Kaiser sei hoch erfreut, einen Mann in seinen Staaten aufzunehmen, der ebenso ausgezeichnet sei durch die trefflichen, seinem Könige geleisteten Dienste, als durch das Unglück, welches ihn in Folge derselben betroffen habe. Brünn, Mährens Hauptstadt, wurde ihm zum Aufenthaltsorte angewiesen.

Am 24. November 1808 hatte Stein seine Entlassung erhalten; kurze Zeit darauf erfolgte die von ihm so eifrig erstrebte Räumung der preußischen Provinzen durch die Franzosen, aber nicht durch ihn war sie herbeigeführt, sondern gegen seine Ansicht, gegen seinen Willen. So sehen wir denn, daß der große Mann in seinem kurzen Ministerium selbst diejenige Aufgabe, welche er als seine wichtigste betrachtete, nicht zur Ausführung hatte bringen können.

Sechstes Kapitel.

Stein's Reform. — Die Befreiung des Bauernstandes. — Die Leibeigenschaft. — Das folgenreiche Gesetz vom 9. October 1807. — Die Befreiung des Bürgerstandes. — Das Zunftwesen. — Lächerliche Verordnung des Berliner Magistrats. — Die Städte-Ordnung vom 19. November 1808. — Magistrat und Stadtverordnete. — Bürger und Schutzverwandte. — Das Wahlrecht. — Beschreibung der Stadtverordneten-Wahl. Die Pflichten der Stadtverordneten. — Die Bezirksvorsteher. — Die Verwaltungs-Deputationen. — Die Reorganisation der gesammten Staatsbehörden.

Wir haben im letzten Kapitel die Bemühungen Stein's für die Befreiung von der französischen Besatzung, seine Kämpfe mit der widerwilligen und selbstsüchtigen Junkerpartei erzählt; es wird jetzt unsere Aufgabe sein, Stein's Reformprojecte unsern Lesern darzustellen.

Stein's Ziel war, Deutschland von der Napoleonischen Herrschaft frei zu machen, zu diesem Zwecke mußten alle im Volke schlummernden Kräfte erweckt werden. Wohl wußte er, daß eine in den Fesseln der Knechtschaft liegende Nation nicht die Kraft der Begeisterung besitze, um ihr Alles einzusetzen im Kampfe gegen die Fremdherrschaft; deshalb war es sein Bestreben während seines ganzen hoch denkwürdigen Ministeriums, das Volk von diesen Fesseln zu befreien, mit denen eine mittelalterliche Gesetzgebung es noch immer belastete, denn nur freie Männer können für die Freiheit kämpfen!

Stein fand für seine Reformbestrebungen einen so günstigen Boden, wie ihn wohl noch kein anderer preußischer Minister je gefunden hatte. Der König zeigte ihm ein unbedingtes Vertrauen, er hatte ihm die oberste Leitung der gesammten Staatsverwaltung übertragen, das Geheime Kabinet stand nicht mehr störend zwischen König und Minister, wöchentlich viermal hielt Stein seinen Vortrag in regelmäßigen Conferen-

zen, an denen außer ihm noch der Minister des Auswärtigen Graf Goltz, der General-Adjutant Scharnhorst und ein Kabinetsrath Theil nahmen. Unter Stein arbeitete der talentvolle und freisinnige Minister von Schrötter, der das Provinzial-Ministerium zu leiten hatte, außerdem die Geheimräthe von Altenstein, von Klewitz, Stägemann, von Schön und Niebuhr, sämmtlich Männer, denen Stein ein großes Vertrauen schenkte, welches sie auch in vollem Maße verdienten, denn Alle waren freisinnig und thätig, vor allen Andern aber von Schön, der Bedeutendste von ihnen.

Während diese Männer für die inneren Verhältnisse thätig waren, wirkten in der Militair-Organisations-Commission neben Scharnhorst, Gneisenau und Grolmann, später auch Boyen und Clausewitz.

Von solchen Kräften unterstützt, konnte Stein das gewaltige Werk der politischen Neugestaltung Preußens beginnen und er hoffte es sicher zum Ziele zu führen. Sein erstes Streben war, den Aufbau des Staats von unten auf zu beginnen, alle Staats-Angehörigen sollten für die Interessen der Allgemeinheit thätig mitwirken, sie mußten sich bewußt werden, daß sie Bürger eines Staats, nicht mehr willenlose Unterthanen seien; Bauern- und Bürgerstand mußten aus der tiefen moralischen Versunkenheit, in welche sie gefallen waren, wieder aufgerichtet werden, dazu bedurften sie vor allen Dingen das Recht der freien persönlichen Selbstbestimmung. Dieses Recht aber waren mehr als drei Viertel der Bevölkerung Preußens beraubt.

Der größte Theil des Bauernstandes befand sich in einem Verhältniß, welches nicht weit von der Sklaverei entfernt war. Er war den Gutsherren unterthänig, durfte weder über den Grund und Boden, den er bearbeitete, frei verfügen, noch über seine Person, über seine Familie, er war hörig den Gutsbesitzern. Stein's erstes Werk mußte daher die Schöpfung eines freien Bauernstandes sein, zugleich mußte er sich bestreben, dem freigewordenen Bauer auch die Arbeitskraft frei zu machen, nur dadurch konnte dieser seine würdige Stelle im preußischen Unterthanenverbande einnehmen.

Stein wurde in seinen Bestrebungen für die Befreiung des Bauernstandes eifrig unterstützt durch den Geheimrath von Schön und den Minister von Schrötter, Beide hatten schon seit langer Zeit auf dasselbe Ziel hingearbeitet, und auch der König gab gern seine Zustimmung zu der beabsichtigten Aufhebung der Erbunterthänigkeit, und so kam denn das Gesetz vom 9. October 1807, eines der großartigsten Reformgesetze Preußens, zu Stande.

Für alle die Bauern, welche ihre Güter auf Erbzins und Erbpacht besaßen, hörte das Unterthänigkeits-Verhältniß mit der Publikation des Gesetzes auf, für alle andern, die bisher den Gutsherren hörig gewesen waren, mit Martini 1810. Von diesem Tage an sollte es in Preußen keinen unfreien Mann mehr geben; nie wieder, so bestimmte das Gesetz, dürfe ein Unterthänigkeits-Verhältniß, unter welcher Form dies auch sein möge, begründet werden. Die Frohnden freilich wurden nicht abgeschafft, für einen solchen Schritt erschien die Zeit noch nicht reif genug, dagegen aber bestimmte das Gesetz, daß jeder preußische Staatsangehörige berechtigt sein solle, alle Arten von Grundbesitz zu kaufen und jedes Gewerbe zu treiben, welches er treiben wolle; jedes Grundstück sollte von dem Besitzer verkauft und getheilt werden können nach Belieben.

Das war ein gewaltiger Fortschritt! Bisher hatten die Bürgerlichen Rittergüter nicht kaufen dürfen, während den Adligen der Betrieb der Gewerbe verboten war. Adel und Bürgerstand waren hierdurch von einander getrennt, durch Stein's neue Gesetzgebung aber wurden sie vereinigt zu einem großen Ganzen; den Söhnen verarmter adliger Familien war es gestattet, sich das Leben zu erhalten durch einen freien Gewerbebetrieb, die Bürger durften ihre Intelligenz und ihr Vermögen verwerthen durch den Ankauf und die Bewirthschaftung von Rittergütern.

Am 28. October wurde eine Kabinets-Ordre veröffentlicht, durch welche alle Einsassen der königlichen Domänen im Umfange des ganzen Staates sofort frei gemacht wurden, auf den Domänen wurde die Leibeigenschaft vollständig aufgehoben.

Nach Stein's Reformprojecte war indessen damit die Emancipation des Bauernstandes nicht vollendet, er wollte dem für das Land so hochwichtigen Stande auch eine selbstständige Thätigkeit für die gemeinsamen Standes- und Lokal-Interessen eröffnen; es war seine Absicht, eine Landgemeinde-Ordnung zu schaffen und den Bauern dadurch die Gelegenheit zu einer Art Selbstregierung zu geben.

Hätte Stein's Ministerium eine längere Dauer gehabt, dann wäre er sicher auch zu diesem Ziele gelangt, in einem kurzen Jahre aber konnte er nicht Alles schaffen.

Nicht minder wichtig als die Befreiung des Bauernstandes war die des Bürgerstandes in den Städten. Hier handelte es sich freilich nicht um die Befreiung der Person, denn die Bürger in den Städten waren in vollem Besitz der persönlichen Freiheit, Niemandem dienstbar und unterthänig, aber wohl handelte es sich um die Befreiung der Arbeitskraft, darum, die bisher in der Verwaltung der städtischen Interessen von oben her bevormundeten Bürger selbständig zu machen.

Stein war entschlossen, auch das Gewerbe frei zu machen, wie er den Grundbesitz frei gemacht hatte; er wollte die zahlreichen Schranken, welche die Freiheit der Erwerbsthätigkeit hemmten, die Zunftordnung, den Gewerbezwang, die Privilegien u. s. w. ebenso beseitigen oder reorganisiren, aber er glaubte nicht hiermit anfangen zu dürfen. Daß die Reorganisation des gesammten Erwerbswesens hoch nothwendig war, erkannte er vollkommen.

Stein war entschlossen, dereinst die unsinnigen Beschränkungen des Gewerbeverkehrs, welche ein Emporblühen des Wohlstandes des Landes verhinderten, zu stürzen, aber er glaubte, ehe er diese Riesenarbeit begann, zuvor den Bürgern die Selbstständigkeit der Regierung ihrer Städte zurückgeben zu müssen. Nachdem der Bürger, von der Bevormundung des Staats in der Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten befreit, sich daran gewöhnt hatte, selbstthätig zu wirken und selbst zu denken, war er vorbereitet, auch ohne die Bevormundung der Zunftgesetze sein Gewerbe zu betreiben.

Stein's erstes und vorzüglichstes Werk galt daher der Begründung einer neuen Städte-Ordnung, deren Zweck es war, den Städten die volle Freiheit der Selbstverwaltung, welche sie in früheren Jahrhunderten genossen hatten, in einer der Neuzeit entsprechenden Verfassung zurückzugeben, jener berühmten Städte-Ordnung vom 19. November 1808, welche die Grundlage der heute noch bestehenden, freilich vielfach revidirten, aber nicht verbesserten Städte-Ordnung ist. Betrachten wir sie in ihren Grundzügen etwas näher.

Die Staatsregierung sollte sich in die Gemeinde-Verwaltung nur mischen, um die allgemeinen Staatsgesetze aufrecht zu erhalten und die Vermögens-Controle der Städte zu überwachen, außerdem dann, wenn es galt, Streitigkeiten zwischen den Gemeinde-Behörden zu schlichten.

Zur Selbstregierung der Gemeinden sollten zwei Behörden, eine gesetzgebende, die Stadtverordneten, und eine verwaltende, der Magistrat, eingesetzt werden; beide sollten in collegialischer Form berathen und beschließen, die Stadtverordneten von der Bürgerschaft, der Magistrat von den Stadtverordneten gewählt werden, für die Wahl des letzteren aber behielt sich die Staatsbehörde die Zustimmung vor — für die damalige Zeit gewiß eine nothwendige Bestimmung, da von den der Selbstregierung vollständig entwöhnten Bürgern kaum zu erwarten war, daß sie die richtigen Männer zur Executive in jedem Falle erwählen würden.

Um die Wahl der Stadtverordneten durch die Bürgerschaft zu organisiren, war bestimmt, daß jede Stadt in Bezirke abgetheilt würde. Berlin wurde in 102 Bezirke, die lange Zeit bestanden haben, geschieden.

Für die Theilnahme an den Wahlen der Stadtverordneten wurde jeder Unterschied von Stand, Geburt und Religion, d. h. der christlichen Religion, aufgehoben. Wahlberechtigt und wählbar waren indessen nur die Bürger der Stadt, nicht die sogenannten Schutzverwandten, Einwohner, welche das Bürgerrecht nicht erworben hatten.

Der Unterschied zwischen eigentlichen Bürgern und Einwohnern ohne Bürgerrecht, welcher noch aus dem Mittelalter stammte, wurde, wie wir sehen, auch in der Stein'schen Städteordnung festgehalten. Nicht in allen Stücken vermochte Stein sich von den alten Vorstellungen loszusagen; so erschien ihm denn diese Eintheilung der Einwohner einer Stadt naturgemäß. Der Gelehrte, der weder ein städtisches Grundstück besaß, noch ein Gewerbe betrieb, hatte nach seiner Anschauung wenig Interesse am städtischen Gemeindewesen, er sollte in der Stadt wohnen können, ohne nöthig zu haben, Bürger zu werden und die damit verbundenen, oft recht lästigen und kostspieligen Bürgerpflichten zu erfüllen; natürlich fehlten ihm dann aber auch die Bürgerrechte.

Jeder Einwohner einer Stadt, welcher ein Gewerbe betrieb oder sich mit Grundbesitz ansässig machte, war genöthigt, das Bürgerrecht zu erwerben, er mußte die städtischen Aemter, die ihm übertragen wurden, unentgeltlich verwalten und sich auch zu persönlichen Diensten zur Sicherheit der Stadt, z. B. bei Feuersgefahr, stellen, dafür aber hatte er allein auch die Bürgerrechte, war Wähler und wählbar.

Entsprach die Unterscheidung zwischen Bürgern und Schutzverwandten nicht ganz den Ansprüchen der Neuzeit, so war auch die Beschränkung des Wahlrechts der Bürger nach ihrem Einkommen noch ein Vorurtheil, von dem Stein sich nicht loszusagen vermochte. Einen Vorwurf dürfen wir ihm daraus freilich kaum machen, da ein halbes Jahrhundert nicht genügt hat, dieses Vorurtheil zu stürzen. Nach § 74 der Städte-Ordnung war das Wahlrecht für die Stadtverordneten nur denjenigen Bürgern gewährt, welche in kleinen Städten ein reines Einkommen von 150 Thlrn., in größeren Städten von 200 Thlrn. nachweisen konnten.

Die wahlberechtigten Bürger waren zur Wahl nicht nur berechtigt sondern auch verpflichtet; konnten sie nicht bei derselben erscheinen, dann mußten sie sich hinreichend entschuldigen. § 83 der Städte-Ordnung enthielt sogar folgende Bestimmung: „Sollte Jemand so wenig Bürgersinn besitzen, daß er, ohne sich auf eine gesetzliche Art entschuldigt zu haben, wiederholentlich nicht erschiene, so sollen die Stadtverordneten befugt sein, ihn durch einen Beschluß des Stimmrechts und der Theilnahme an der öffentlichen Verwaltung für verlustig zu erklären, oder auf gewisse Zeit davon auszuschließen.“

Die Stadtverordneten wurden auf drei Jahre gewählt, ebenso auch ihre Stellvertreter, welche in Krankheits- und Todesfällen u. s. w. für sie eintreten sollten. Zwei Drittel von ihnen mußten Hausbesitzer sein. Alljährlich schied ein Drittel aus, um neu gewählt zu werden, die Bürgerschaft konnte dann durch Wiederwahl zeigen, ob die Gewählten noch ihr Vertrauen besaßen oder nicht.

Die Wahl selbst war eine ganz eigenthümliche, von dem heutigen Wahlmodus durchaus abweichende.

Alljährlich versammelten sich die stimmfähigen Gemeindewähler der Stadt zur Wahl der Stadtverordneten. Den Wahlakt leitete jedesmal eine

gottesdienstliche Handlung ein. Ein Commissarius aus der Mitte des Magistrats oder ein Bezirksvorsteher hatte die Wahl als Vorsitzender zu leiten. Vierzehn Tage vor dem Wahltage mußten durch die Zeitungen oder durch öffentliche Anschläge, sowie durch Proklamationen von den Kanzeln die Einladungen zur Wahl bewirkt werden.

Der Magistrats-Commissarius las zuerst die auf die Wahl bezüglichen Paragraphen der Städte-Ordnung vor, er machte dann bekannt, wie viele Personen in den betreffenden Bezirken zu wählen und wie viel Hausbesitzer unter denselben sich befinden müßten. Die Versammlung wählte dann selbst einen Wahlaufseher und drei Beisitzer aus ihrer Mitte. Die Wahl wurde durch Handaufheben bewirkt.

Nach Beendigung dieser Förmlichkeiten wurde mit der Aufstellung der Kandidaten begonnen. Jeder stimmfähige Bürger hatte das Recht, einen Kandidaten vorzuschlagen und ihn der Versammlung zu empfehlen. Der Vorgeschlagene wurde dann in die Liste der Wahlkandidaten verzeichnet, nur wenn er nicht wahlfähig war, durfte der Magistrats-Commissarius mit Angabe des Grundes gegen seine Einzeichnung protestiren.

Ueber jeden Wahlkandidaten wurde abgestimmt und zwar durch weiße und schwarze Zeichen, von denen jenes für, dieses wider den Kandidaten galt. Die Zeichen wurden in einem verdeckten Gefäß gesammelt. In Gegenwart der Versammlung mußte der Wahlaufseher das Gefäß, welches die Stimmen enthielt, öffnen und prüfen, ob es so viele Zeichen enthielt, als Wähler gegenwärtig waren. Wer nicht die Stimmenmehrheit für sich hatte, wurde von der Kandidatenliste gelöscht, Diejenigen, welche die Majorität besaßen, in die Kandidatenliste eingeschrieben. Bei Stimmengleichheit entschied die Stimme des Commissarius.

Demnächst wurde geprüft, wie viele von Denen, die die Majorität erhalten hatten, Hausbesitzer seien. Waren nicht genug von diesen gewählt, so mußten neue Kandidaten sich entweder selbst melden oder in Vorschlag gebracht werden, und eine neue Abstimmung erfolgte. Diejenigen von den Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhielten, waren zu Stadtverordneten, die übrigen zu Stellvertretern gewählt. Hatten mehr Kandidaten, als Stadtverordnete oder Stellvertreter gewählt werden sollten, die Majorität erlangt, so schieden die mit den wenigsten Stimmen aus. Jedenfalls mußte die nöthige Anzahl der Grundbesitzer gewählt sein, diese erhielten vor Nichtbesitzern den Vorzug, bis ihre Zahl erreicht war, auch wenn sie weniger Stimmen erhalten hatten. Bei Stimmengleichheit entschied das Loos.

Die gewählten Stadt-Verordneten hatten die Pflicht, bei der Verwaltung der städtischen Angelegenheiten die Bürgerschaft zu vertreten.

„Das Gesetz und ihre Wahl sind ihre Vollmacht, ihre Ueberzeugung und ihre Ansicht vom gemeinen Besten der Stadt ihre Instruction, ihr Gewissen aber die Behörde, der sie deshalb Rechenschaft zu geben haben. Sie sind im vollsten Sinne Vertreter der ganzen Bürgerschaft, mithin so wenig Vertreter des einzelnen Bezirks, der sie gewählt hat, noch einer Corporation, Zunft ꝛc., zu der sie zufällig gehören."

So schildert §. 110 die Aufgabe, welche den Stadtverordneten ihr Amt auferlegte. Sie allein hatten das Recht, Beschlüsse in allemeinen Angelegenheiten im Namen der Bürgerschaft und für diese bindend zu fassen, doch zur Ausführung bringen konnten sie ihre Beschlüsse nicht, dies Recht stand allein dem Magistrat zu.

Der Magistrat war die Excutivbehörde. §. 141 bestimmte, daß er nur aus Mitgliedern der Bürgerschaft bestehe, die das Vertrauen derselben genießen. Die Bürger also sollten auch im Magistrat vertreten sein, die Verwaltung nur durch Bürger geführt werden. Die meisten Mitglieder des Magistrats sollten unbesoldet sein, nur diejenigen für ihre Amtsführung entschädigt werden, welche ihre Zeit derselben ganz widmeten.

In großen Städten sollte der Magistrat aus einem besoldeten Ober-Bürgermeister, einem bis zwei besoldeten gelehrten Stadträthen, gesetzeskundigen Männern, die für die öffentliche Geschäftsführung vollständig ausgebildet waren, einem besoldeten Stadtrath für das Baufach, einem besoldeten Stadtrath als Syndikus, einem besoldeten Stadtrath als Kämmerer und 12 bis 15 unbesoldeten Stadträthen bestehen. Die besoldeten Stadträthe wurden auf 12 Jahre, die übrigen nur auf 6 Jahre gewählt. Jährlich sollte von den Letzteren in größeren Städten ein Theil ausscheiden und durch neue Mitglieder ersetzt werden.

Sämmtliche Mitglieder des Magistrats, mit Ausschluß des Ober-Bürgermeisters, wurden von den Stadtverordneten Namens der Bürger erwählt, ihre Bestätigung erfolgte von der Provinzialbehörde. Zu dem Posten des Ober-Bürgermeisters hingegen hatten die Stadtverordneten drei Kandidaten dem Könige zu präsentiren, von denen dieser Einen als Ober-Bürgermeister bestätigte.

Die besoldeten Magistrats-Mitglieder waren nach zwölfjähriger Dienstleistung zu bestimmten Pensionen, die aber von der Stadtverordneten-Versammlung, wenn diese mit der Amtsführung der Betreffenden besonders zufrieden war, beliebig erhöht werden konnten, berechtigt.

Als Unterbeamte des Magistrats waren für jeden Stadtbezirk Bezirksvorsteher zu wählen, angesehene, im Bezirk angesessene Hausbesitzer. Der Stadtverordneten-Versammlung stand ihre Wahl, welche auf 6 Jahre erfolgte, zu, der Magistrat mußte dieselbe bestätigen. Dem Bezirksvorsteher lag die Aufsicht über Straßen, Brücken, Brunnen, Wasserleitungen ꝛc. in dem Bezirke, die Controle über die Beleuchtung und die Nachtwachen ob, er hatte sich um alle Angelegenheiten des Gemeinwesens in seinem Bezirke zu kümmern und die

Aufträge des Magistrats in demselben zur Ausführung zu bringen.

Ueber das Verhältniß zwischen Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung zu einander waren die Bestimmungen, welche die Städte-Ordnung gab, ziemlich unbestimmt; es sollte den beiden Behörden überlassen bleiben, einen richtigen Weg des Zusammenwirkens selbst zu finden, nur wo sie diesen zu finden nicht vermochten, sollte die Staatsregierung entscheidend eintreten.

Die Stadtverordneten waren die berathende und controlirende, der Magistrat die ausführende Behörde und zugleich die städtische Obrigkeit; keine von beiden Behörden war der andern untergeordnet. Die Stadverordneten standen als einzelne Personen nur dann unter dem Magistrat, wenn sie bei der Verwaltung mitbetheiligt waren, als Versammlung niemals; ebenso wenig aber war der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung untergeordnet, wenn er auch verpflichtet war, sich ihrer Kontrole überall zu unterwerfen.

Um die Bürgerschaft ebenfalls so viel wie möglich zur Selbstverwaltung heranzuziehen, bestimmte § 175 der Städte-Ordnung:

„Alle Angelegenheiten, womit Administration verbunden, oder die wenigstens anhaltende Aufsicht und Controle oder Mitwirkung an Ort und Stelle bedürfen, werden hingegen durch Deputationen und Commissionen besorgt, welche aus einzelnen oder wenigen Magistrats-Mitgliedern, dagegen größtentheils aus Stadtverordneten und Bürgern bestehen, die von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt und vom Magistrat bestätigt werden."

Zur Geschäftsführung solcher Deputationen gehörten gerade die wichtigsten Verwaltungszweige, die kirchlichen Angelegenheiten, die Schulsachen, das Armenwesen, die Feuersocietäts-Angelegenheiten, die Sicherheits-Anstalten, als: Nachtwachen, Feuerdienst ꝛc., die Sanitätspolizei, die Bau-Angelegenheiten, die Curatel über die Kämmereikasse, das Serviswesen ꝛc.

Wir haben im Vorstehenden die wesentlichsten Bestimmungen der Städte-Ordnung vom 19. November 1808, der großartigen Stein'schen Schöpfung, unsern Lesern mitgetheilt. Wenn wir heute geneigt sind, in dieser Städte-Ordnung manche Uebelstände, besonders für Berlin zu finden, so müssen wir bedenken, eine wie lange und ereignißreiche Zeit seit ihrem Erlaß vergangen ist.

Hat sich Berlin doch seit jener Zeit in ungeahnter Weise vergrößert und an Einwohnerzahl gewonnen! Wenn heute das Bedürfniß einer Decentralisation sich täglich dringender geltend macht, während die heutige, aus der Stein'schen entsprungene Städte-Ordnung die Centralisation gebietet, so war damals ein solches Bedürfniß in keiner Weise vorhanden, im Gegentheil standen die Uebelstände, welche aus der getrennten Verwaltung, die früher in den verschiedenen Stadttheilen bestanden hatte, entsprossen waren, noch im frischen Andenken.

Die Städte-Ordnung war für die ganze preußische Monarchie berechnet und in dieser gab es damals keine Stadt, die so groß gewesen wäre, daß sie eines besonderen Organisations-Gesetzes bedurft hätte; auch für Berlin war es nicht nöthig, eine solche Rücksicht zu nehmen.

Es war gewiß eine freudige Genugthuung für Stein, daß er sein größtes und bedeutendstes Reformwerk noch während seiner Amtsthätigkeit gesichert, die Städte-Ordnung publicirt sah;*) er durfte sich dessen um so mehr freuen, als so viele seiner übrigen Reform-Ideen in der kurzen Zeit eines Jahres nicht zur Ausführung gebracht werden konnten.

Wir erwähnten bereits, daß er gern die Bürger, wie er sie selbstständig machte in der Verwaltung ihrer städtischen Angelegenheiten, auch frei gemacht hätte von den drückendsten Fesseln, welche auf dem Handel und dem Handwerk lagen. Wenn er auch vermöge seiner, in vielen Stücken noch mittelalterlichen Institutionen sich zuneigenden Anschauungen schwerlich daran dachte, das Zunftwesen als solches völlig aufzuheben — er sah in demselben eine Corporativ-Gemeinschaft der demselben Lebensberuf angehörigen Handwerker, die sich sehr wohl in den neuen Staatsorganismus einreihen ließ —, so wollte er doch den Zunftzwang beseitigen und dem Handel freie Bahnen durch Abschaffung der lästigen Monopole schaffen. Er zeigte dies klar durch die Maßregeln, welche er ergriff, um wenigstens den Handel mit Lebensmitteln frei zu machen, durch die Aufhebung des Mühlenzwanges (29. März 1808), nach der jedem Eigenthümer auf dem Lande gestattet wurde, Mühlen zu erbauen, durch die Aufhebung des Zunftzwanges und des Verkaufsmonopols der Bäcker-, Schlächter- und Hökergewerbe (24. Oktober 1808), infolge deren der Handel mit den wichtigsten Nahrungsmitteln vollkommen frei gegeben wurde.

Anfangs waren diese Verordnungen allerdings nur für die preußischen Provinzen erlassen, nach dem Abzuge der französischen Truppen aber wurden sie auf das ganze Land ausgedehnt. Dem späteren Hardenberg'schen Ministerium blieb es vorbehalten, den Bürgern die volle Gewerbefreiheit zu gewähren.

Wir haben die wichtigsten von Stein in's Leben gerufenen Gesetzesreformen unsern Lesern ge-

*) Stein hielt die Begründung einer neuen Städte-Ordnung für so dringend nothwendig, daß er unmittelbar nach seinem Amtsantritt den Geh. Kriegsrath und Polizei-Director Frey in Königsberg mit dem Entwurf derselben beauftragte. — Der Minister v. Schrötter und die Geheimen Räthe v. Schön, v. Altenstein, Wilkens, Morgenbesser und Friese haben an dem trefflichen Werke fleißig mitgearbeitet. Am 9. November 1808 überreichten die Minister v. Stein und v. Schrötter dem König den fertigen Entwurf nebst der Instruktion für die Stadtverordneten und am 19. November 1809 erhielt derselbe die königliche Bestätigung.

schildert, so weit es innerhalb des Rahmens dieses Buches möglich war.

Es würde uns zu weit führen, wollten wir dem genialen Manne folgen bei allen seinen Reformbestrebungen, welche leider auf den meisten Gebieten nur Anfänge schufen, wohl aber müssen wir noch einen Blick werfen auf ein Werk, welches fast zu vollenden er im Stande war, auf die Reform des gesammten Regierungs- und Verwaltungsorganismus. Wir werden, wenn wir auch diese Reform in's Auge fassen, von der tiefsten Bewunderung für den großen Mann erfüllt, der, während er den Staat von unten auf neu aufbaute, zu gleicher Zeit auch die Formen für das neue Staatsgebäude, von oben herab zu schaffen im Stande war. Wenn Stein in späteren Jahren als ein ältlicher, viel gekränkter, getäuschter und erbitterter Mann dem Werke untreu wurde, welches er in der Zeit seiner besten Kraft geschaffen hatte, so kann uns selbst dies nicht veranlassen, dem großen Reformator unsere Dankbarkeit zu verweigern.

Bei der Gründung seines neuen Staatsorganismus wurde Stein durch folgenden Gedanken geleitet: die höchste Behörde, der Staatsrath, sollte einen festen Mittelpunkt zur verantwortlichen obersten Leitung der gesammten Staatsregierung bilden. Er hatte die Aufgabe, für alle Zweige der Verwaltung die leitenden Grundsätze festzustellen, alle allgemeinen Gesetze zu erlassen und die Kontrole über die Ausführung derselben auszuüben. Im Staatsrath sollte sich die Verwaltung nach den verschiedenen Geschäftszweigen gliedern, an der Spitze jedes Geschäftszweiges (Departements) sollte ein Minister stehen, der zugleich dem Staatsrath angehörte und mit der vollen Verantwortlichkeit, natürlich demgemäß auch mit voller Machtbefugniß, innerhalb der durch den Staatsrath festgestellten Regierungsgrundsätze das Gebiet seines Geschäftskreises beherrschte.

Stein bestimmte für die gesammte Staatsregierung fünf Hauptdepartements: das des Innern, der Finanzen, der auswärtigen Angelegenheiten, des Krieges und der Justiz. Die an der Spitze jedes Departements stehenden Minister bildeten zu gleicher Zeit das Kabinet des Königs, sie hatten diesem entweder insgesammt oder einzeln Vortrag zu halten. Sämmtliche königliche Kabinets-Ordres mußten von einem Minister ausgefertigt und gegengezeichnet werden.

Jedes Ministerium wurde in Haupt-Abtheilungen eingetheilt, welche bestimmte Geschäftszweige des Departements zur selbstständigen Verwaltung erhielten. Ein geheimer Staatsrath, der zugleich Mitglied des großen Staatsraths war, sollte an der Spitze der Hauptabtheilungen stehen, und unter dem Vorsitz des Ministers sollten wöchentlich Versammlungen aller geheimen Staatsräthe in dem Ministerium abgehalten werden; die Staatsräthe aber hatten nur eine berathende Stimme, das Votum des Ministers blieb entscheidend.

Die Räthe, welche in der Haupt-Abtheilung dem geheimen Staatsrath untergeordnet waren, standen zu ihm in demselben Verhältniß, wie er zu dem Minister.

Die Eintheilung der Ministerien war folgende:

Zum Ministerium des Innern, dem wichtigsten aller Ministerien und deshalb demjenigen, welchem in Zukunft der Ministerpräsident angehören sollte, gehörte fast das ganze Gebiet der inneren Staatsverwaltung: die allgemeine Polizei unter der unmittelbaren Direction des Ministers selbst, die Abtheilung der Gewerbepolizei, der Kultus und der öffentliche Unterricht, die allgemeine Gesetzgebung für das Innere und die Finanzen, die Abtheilung für den Bergbau, die Münze, die Salzfabrikation, die Porzellan-Manufaktur und die für das Medizinalwesen. Unsere Leser sehen, daß dem Ministerium des Innern in der Neuzeit viele und bedeutende Geschäftszweige abgenommen worden sind.

Zum Ministerium der Finanzen gehörte das Gebiet sämmtlicher Staatseinnahmen einschließlich der Domänen. Das Ministerium zerfiel in die Abtheilungen für das General-Kassen-, Bank- und Lotteriewesen, für Domänen und Forsten, für die directen und indirecten Abgaben.

Zum Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gehörte merkwürdiger Weise auch die Censur für politische Schriften und die geheime Polizei, welche von dem Minister des Auswärtigen in Gemeinschaft mit dem Minister des Innern beaufsichtigt wurde. Sämmtliche Gesandtschaften und Konsulate und das Staatsarchiv standen unter dem Ministerium des Auswärtigen. Alle Landes-Kollegien waren verpflichtet, ihm Auskunft zu ertheilen. Besondere Abtheilungen waren in diesem Ministerium nicht gebildet.

Der Minister der Justiz, der Groß-Kanzler, hatte die gesammte Rechtspflege, die Vollziehung sämmtlicher Kriminalstrafen, das gesammte Pupillen- und Hypothekenwesen unter sich.

Zum Ministerium des Krieges gehörten die Abtheilungen für Militär-Verfassung und Commando, sowie die für die ökonomische Verwaltung des Militärwesens.

So waren in den fünf Ministerien die früher bestehenden 13 Oberbehörden, welche ohne einen inneren Zusammenhang neben einander verwaltet hatten, zu einem geschlossenen einheitlichen Organismus verschmolzen.

Unter dem Staatsrath und Staatsministerium standen die Regierungen als ausführende und verwaltende Behörden; an ihrer Spitze stand ein dirigirender verantwortlicher Präsident, unter ihm die Regierungsräthe, welche ein Kollegium zu gemeinsamen Berathungen bildeten. Die Regierungen waren wieder abgetheilt in Abtheilungen, welche vollständig der Gliederung der einzelnen Ministerien entsprachen. Jede Regierung

war auf ihrem Gebiete selbstständig, der Präsident dem Minister verantwortlich.

An der Spitze der Provinzen standen die Ober-Präsidenten, welche die Aufgabe hatten, die durch den Staatsrath festgestellten leitenden Regierungsgrundsätze in der Verwaltung zur Geltung zu bringen.

So hatte Stein den Organisationsplan der höhern preußischen Staatsbehörden bis in die Details hinein entworfen, auch für die mittleren Behörden hatte er einen Organisationsplan ausgearbeitet und er hatte die Freude, für diese Reformen die königliche Genehmigung zu erhalten, ehe er von seiner Amtsthätigkeit zurücktreten mußte. —

Siebentes Kapitel.

Regungen des Patriotismus im Volke. — Der Tugendbund. — Königliche Genehmigung des Tugendbundes. — Berühmte Mitglieder. — Der Tugendbund in Berlin. — Auflösung des Bundes.

Wie am königlichen Hofe und in der preußischen Regierung nach dem schmachvollen Tilsiter Frieden sich ein schneller Umschwung vollzog, so auch im preußischen Volke.

Die Ueberzeugung brach sich Bahn, daß das Vaterland von der drückenden Herrschaft des verhaßten französischen Einflusses nur befreit werden könne, wenn das gesammte deutsche Volk sich erhoben aus der sittlichen Verkommenheit, in welche es versunken war und welche es schwach gemacht hatte gegen den äußern Feind.

Wenn der Minister von Stein bestrebt war, die Bürger und Bauern durch seine Gesetzgebung zu denkenden, selbstständigen Menschen zu erheben, die Unterthanen zu Staatsbürgern zu machen und hierdurch auf ihr patriotisches Gefühl zu wirken, so suchten andere in der Mitte des Volkes stehende patriotische Männer durch Rede und Schrift die geistige Trägheit zu bekämpfen, welche das Volk unfähig gemacht hatte, den siegreichen Franzosen energischen Widerstand zu leisten. —

Das ganze preußische Volk hatte sich schwach, eigensüchtig, sklavisch gezeigt in der Zeit der Noth, vorzugsweise aber die in Lastern und eitlen Vergnügungen verkommene Bürgerschaft von Berlin. Aber das Unglück und die harten Schläge des Leidens waren nicht wirkungslos gewesen, ein besserer Geist schien zu erwachen, und diesen zu befördern mühten sich viele tüchtige Männer, welche eine Hoffnung für die Zukunft nicht nur in einer Neugeburt des Staats, sondern in der des Volkes selbst sahen.

Das Volk mußte emporgehoben werden aus seiner sittlichen Versunkenheit, durch die Bildung mußte es frei gemacht werden, durch die Freiheit gebildet! Von diesem Gedanken bewegt hatten sich im Frühling des Jahres 1808 in Königsberg 10 patriotisch gesinnte Männer, meist Freimaurer zusammengefunden und den Entschluß gefaßt, einen Verein zu bilden, dessen Aufgabe es sein sollte, die innere sittliche Kraft des Volkes neu zu erwecken, um eine einstige Erhebung vorzubereiten. Der Verein sollte sich über ganz Preußen, womöglich dereinst über Deutschland erstrecken, er sollte in allen bedeutenderen Städten Unterabtheilungen haben, überall die wahrhaft patriotisch gesinnten Männer in sich aufnehmen.

Das Vereinswesen war in jener Zeit noch so wenig ausgebildet, daß als Beispiel für eine derartige Verbindung fast nur der Freimaurerorden vorlag. Wie die Freimaurer ihre idealen und rein humanen Bestrebungen in den Schleier des Geheimnisses hüllten und dadurch vielleicht einen nicht unbeträchtlichen Theil ihrer Anziehungskraft auf die abergläubische Menge ausübten, so glaubten auch die Gründer des neuen Vereins mit ihrer Schöpfung nicht unbedingt an das Licht der Oeffentlichkeit treten zu dürfen. Aber sie waren weit entfernt davon, eine geheime Verbindung stiften zu wollen, die hohe Obrigkeit sollte nicht nur von der Organisation und den Bestrebungen des Vereins unterrichtet werden, sie sollte sogar ihre Genehmigung geben.

Zu diesem Zwecke wendete sich der Ober-Fiscal Mosqua*) an den damals gerade in Königsberg anwesenden geheimen Kabinets-Rath Beyme. Er schrieb: „Ich will es freimüthig heraussagen, die deutschen Tugenden sind schon sehr tief untergraben. Aber noch stehen ihre Grundfesten unerschüttert da; noch ist es Zeit, dem Ungeziefer entgegenzuarbeiten, welches dazu gebraucht wird, das deutsche Vaterland zu zerstören. Noch sind wir Deutsche! Von allen Tugenden, die noch in uns leben, will ich nur Eine hervorheben: es ist die echtdeutsche Treue. Brudertreue hat bei uns allerdings schon schwer gelitten. Männer- und Weibertreue ist durch Einwirkung fremder Untugenden großen Theils dahin. Aber Bürgertreue, Unterthanentreue, die Treue des Volkes hat alle Prober bestanden; sie ist noch felsenfest. (?!). Die grausamsten Schläge des Schicksals haben uns nur noch fester mit dem Königlichen Hause verbunden. Auf dem Grunde dieser Ersten aller staatsbürgerlichen Tugenden aber kann die Wiedergeburt aller übrigen nicht fehlen, es kommt dabei nur auf die zweckmäßigsten Mittel an. Diese aufzufinden, und sie für Wiederbelebung altdeutscher Tugenden wirksam zu machen, das ist das Ziel meiner Bestrebungen. Ich habe mit Gleichgesinnten viel darüber gesprochen; sie sind Alle mit mir einig: es fehle an einem Vereinigungspunkte. Die Schriften unserer Schriftsteller, die Predigten unserer Geistlichen, die Beispiele unserer

*) Nach Johann Voigt's „Geschichte des sogenannten Tugendbundes oder des sittlich-wissenschaftlichen Vereins" war Mosqua der eigentliche geistige Schöpfer des Vereins, während Baersch in seinen Beiträgen zur Geschichte des sogenannten Tugendbundes ihm diese Ehre nicht zuerkennen will.

Kriegshelden sind dazu weder geeignet noch hinreichend, für diesen Zweck mit Erfolg zu wirken."

„Nur eine Gesellschaft deutscher Biedermänner von Kopf und Herz ist im Stande, mit vereinten Kräften dem Uebel entgegenzuarbeiten, welches uns mit gänzlicher Vernichtung bedroht. Zu ihrer Vereinigung wünsche ich aus rein patriotischem Eifer die erste Hand anlegen zu dürfen, ohne mich an die Spitze stellen zu wollen. In die heutige Politik, in die Staatsverwaltung und was sonst zu den öffentlichen Angelegenheiten gehört, darf ein solcher Verein durchaus nicht eingreifen. Um aber den Feinden der guten Sache den Anlaß zu benehmen, sie sogleich im Beginn zu verdächtigen, glaube ich, daß die Gesellschaft einstweilen unbekannt bleiben und blos im Stillen Gutes zu thun suchen müßte. Ihre Statuten aber dürften wohl von ihren Stammgliedern nur dann erst entworfen und zur landesherrlichen Bestätigung vorgelegt werden, wenn es mir zuvor erlaubt würde, sie zur näheren Berathschlagung darüber zusammenzuberufen."

Die Eingabe des Ober-Fiscal Mosqua ist ein für die Charakteristik jener Zeit hochwichtiges Actenstück. Sie zeigt uns recht klar die seltsamen phantastischen Anschauungen, denen im Anfange dieses Jahrhunderts selbst recht bedeutende und verständige Männer sich hingaben. Die Bürger- und Unterthanentreue, so schrieb Mosqua, stehe felsenfest, doch hatte gerade das letzte Jahr bewiesen, daß eben die Bürgertreue aufs Tiefste untergraben war. Eine geheime Verbindung sollte geschaffen werden, um die alten deutschen Tugenden zu beleben, um die Wiedergeburt des Staates zu fördern, aber eine geheime Verbindung unter besonderer obrigkeitlicher Genehmigung, eine Verbindung, welche sich gar nicht um Politik kümmern sollte.

Ein solches Unternehmen war in sich selbst so widersprechend, daß es den Todeskeim schon bei der Geburt trug und dennoch war er bedeutungsvoll. Ueberall im Lande zerstreut lebten thatkräftige, opferfreudige Männer, welche den Druck der französischen Eroberung schwer und schmerzlich fühlten, welche freudig bereit waren, Leben und Gut für die Erhebung des Vaterlandes zu opfern. Aber sie kannten sich gegenseitig nicht, sie waren vereinzelt, sie fühlten sich deshalb schwach; das Bewußtsein ihrer Kraft gewannen sie erst durch die Verbindung mit Gleichgesinnten; diese gab ihnen den Muth zum Wirken. Sie begrüßten daher die Bildung des Tugendbundes, so wurde der neue Verein, der sich selbst den Namen des sittlich-wissenschaftlichen Vereins gab, genannt, an manchen Orten recht freudig.

Der Tugendbund erhielt die Königliche Genehmigung durch eine Kabinets-Ordre vom 30. Juni 1808.

Der Bund war jetzt staatlich anerkannt, er konnte seine Wirksamkeit beginnen, aber er machte anfangs nur langsame Fortschritte, er gewann nur eine geringe Anzahl von Mitgliedern.

Den feurigen Patrioten widerstrebte das Verbot der Politik, die Furchtsamen witterten unter der Maske der Humanitat tiefer gehende politische Plane. Schwache, unselbstständige Männer waren zur Aufnahme ungeeignet, starken, denkenden aber war die Geheimnißkrämerei zuwider, vor Allem jedoch die gehorsame Unterordnung unter die Vereinsbehörden, welche durch Handschlag versprochen und durch die Unterschrift des folgenden Reverses bekräftigt werden mußte:

„Ich, der Unterschriebene habe mich dem sittlich-wissenschaftlichen Verein durch Handschlag verpflichtet, mich eines würdigen und anständigen Lebens ganz vorzüglich zu befleißigen, als Preußischer Staatsbürger meine Pflichten mit größter Aufmerksamkeit zu erfüllen und dem jetzigen Könige und seinem Hause mit ganz besonderer Treue anzuhängen, mich der Controle des Vereins in Rücksicht meines öffentlichen nud privaten Lebens zu unterwerfen, mich allen mir nach dem Geist und den Gesetzen des Vereins von seinen Behörden gemachten Aufträgen, Anordnungen und Befehlen zu unterziehen, gesetzmäßig über mich verhängte Strafen willig zu übernehmen und selbst nach freiwilligem oder durch den Verein veranlaßten Austritt mich jedes öffentlichen Tadels desselben oder gehässigen Gegenwirkens zu enthalten. Ich habe mich für den Fall der Nichterfüllung dieser Verpflichtungen der Geringschätzung und Verachtung aller besser gesinnten Menschen freiwillig unterworfen und mich ihres Umgangs überall unwürdig erklärt."

Erst als der Verein tüchtige Agenten aussandte, um zuverlässige Mitglieder zu gewinnen, als die Agitatoren des Tugendbundes von Stadt zu Stadt reisten, sich überall in Verbindung mit anerkannten Patrioten setzten, breitete er sich schnell über die Provinzen Preußens aus. Viele tüchtige Männer traten bei. Wir nennen beispielsweise nach Voigt folgende: den Major von Boyen (nachmals Kriegs-Minister), den Lieutenant von Witzleben (späterhin ebenfalls Kriegsminister), den Major von Grolmann (nachmals General der Infanterie), Prinz Hermann von Hohenzollern-Hechingen damals Major in Peußischem Dienst, den Herzog von Holstein-Beck, von Ingersleben, damals Capitain (späterhin Ober-Präsident in Pommern und am Rhein), von Thile, damals Capitain im Generalstabe, von Ladenberg, damals Kammerdirector zu Marienwerder, Staatsrath von Ribbentropp, Merkel, damals Regierungsrath zu Breslau (späterhin Ober-Präsident von Schlesien), von Mathy, damals Dompropst zu Frauenburg (Bischof von Kulm), Professor Krug, damals in Königsberg, später nach Leipzig berufen, Professor Eichhorn an der Universität zu Frankfurt, der Geschichtsschreiber Preußens Professor von Baczko in Königsberg (der aber im April 1809 aus dem Verein austrat), Professor und Rector Manso in Breslau, die Professoren Rohde und Elsler, ebenfalls in Breslau, Professor Gubitz in Berlin u. m. A.

Ob die Genannten und manche Andere im Tugendbunde nur einen sittlich-wissenschaftlichen Verein sahen, ob sie entschlossen waren, sich von jeder Einmischung in die Politik fern zu halten, ob sie nicht vielmehr den Verein als ein Mittel zu einer weitgreifenden politischen Thätigkeit betrachteten, ist höchst zweifelhaft. Es ist darüber viel gestritten worden. Die Mitglieder des Vereins leugneten allerdings, daß er über seine statutarischen Bestimmungen hinausgehe, das Volk aber glaubte ihnen nicht, es betrachtete den Tugendbund als eine geheime Verschwörung gegen die französische Herrschaft, und gerade dadurch, daß dieser Glauben sich allgemein verbreitete, gewann er Bedeutung. Der Gedanken, daß eine Erhebung des deutschen Volkes, welche die Verschwörer anstreben sollten, überhaupt möglich sei, wurde geweckt, das Volk gewöhnte und befreundete sich mit demselben, es legte daher der sogenannten Verschwörung eine viel größere Wichtigkeit bei, als sie je gehabt hat und es gewann Vertrauen zu derselben.

Eins der thätigsten Mitglieder des Vereins, der damalige Regierungs-Assessor Bardeleben, bereiste Schlesien und die Mark Brandenburg, um hier Mitglieder zu gewinnen. Er versuchte sein Glück auch in Berlin, aber mit schlechtem Erfolge. Gerade die Männer, deren patriotische Hingebung über jedem Verdacht eines Zweifels stand, erklärten sich gegen den Beitritt. Als einst in einem kleinen Verein, zu welchem auch Schleiermacher gehörte, die Sache zur Sprache kam, als ein Mitglied die Statuten des Bundes besprach und die Genossen zum Beitritt aufforderte, von ihnen Gelöbniß und Handschlag verlangte, erklärte Schleiermacher, für wahrhaft tüchtige Männer sei jedes solches Erkennungszeichen überflüssig, diese hätten nicht nöthig, sich in die freimaurerischen Formen zu hüllen.

Das treffende Wort machte auf Männer, wie den Kammergerichtsrath Eichhorn, Buttmann, von Roeder u. A. einen tiefen Eindruck, von einem Beitritt zum Tugendbund war fortan nicht mehr die Rede.

Bardeleben sah seine Erwartungen arg getäuscht. In einem Bericht über die Art und Weise, wie in Berlin für den Verein gewirkt werden müsse, schrieb er ärgerlich: „Dieses Volk läßt sich vorzüglich bei Weisbier und Tobak ergreifen und bearbeiten. Auf diesem Wege dürfte die Masse in Berlin ergriffen werden können. Auch in Frankfurt wird mit Glück die Sache von dieser Seite angefaßt, da leider mit dem geistlichen Stande überall wenig anzufangen ist.“ Und später: „Freudige Gerüchte machen die leichtsinnigen Berliner stets gleichgültig gegen vieles Gute. Nur im Unglück wird man nach uns greifen, im Glück uns aber vergessen.“

Die Bürgerschaft zeigte gar kein Interesse für den Tugendbund, nur unter den Beamten fanden sich einige Mitglieder und gerade solche, welche gar nicht geeignet waren, den Credit des Bundes in der Hauptstadt zu erhöhen. Im August des Jahres 1808 konnte Bardeleben in Berlin nur drei Mitglieder gewinnen, seinen Schwiegervater, den Geheim Sekretair Jochmus, den Kriegsrath von Ahlefeld und den Geheimen Rath Schmalz, der sich später einen recht berüchtigten Namen in der preußischen Geschichte machen sollte.

Die drei neuen Mitglieder sollten einen Unter-Verein in Berlin stiften, Schmalz als Direktor an die Spitze desselben treten. Bardeleben hatte zu ihm ein besonderes Vertrauen, weil Schmalz sich mit großem Enthusiasmus über die herrliche Idee der Stiftung eines mächtigen über ganz Preußen verbreiteten Vereins geäußert hatte.

Die Drei begannen ihre Thätigkeit, einige unbedeutende Männer wurden dem Bunde als Mitglieder zugeführt. Da aber zeigte es sich plötzlich, daß der Geheime Rath Schmalz kein Freund sondern ein Gegner des Bundes sei. Er hat sich über seine Gründe später (im Jahre 1815) mit folgenden Worten ausgesprochen:

„Das Statutenbuch des Tugendvereins nahm ich mit großen Erwartungen in die Hand. Aber jede Zeile stimmte diese Erwartungen und meine Freude herab. Die Weitschweifigkeit kleinlicher Organisationsgesetze, welche sogar sehr umständlich einen bedeutungslosen Rang in den verschiedenen Sitzungen bestimmten, schien fast ein leeres Spiel. Aber vergebens suchte ich bestimmte Andeutung des Zweckes und seiner Grenzen. Ich sollte viel Patrioten anwerben, und konnte keinem eigentlich sagen, wozu? Zu meinem Widerwillen gegen alles unbekannte Gutesstiften durch solche Vereine, kam auch die Furcht gefährlichen Mißbrauchs des unbestimmten Guten für bestimmtes Böse. Auch fand ich wirklich Manches, was mir keineswegs gut schien, z. B. daß die Mitglieder genau die Staatsbeamten, vorzüglich die im Bunde, beobachten und nöthigenfalls denunziren sollten, — eine geheime Vehm-Polizei, welche nothwendig dem rechtschaffenen Manne die Unbefangenheit rauben muß, in Verwaltung seines Amts nur dem Willen seines Monarchen und seinem eigenen Gewissen zu folgen, dagegen ihn an Rücksicht auf das Gutfinden seiner Verbündeten fesselt.“ —

Was Schmalz im Jahre 1815 drucken ließ, äußerte er schon 1808 gegen die Berliner Mitglieder des Bundes und vergeblich bemühte sich Jochmus, ihn zu widerlegen. Nach manchen fruchtlosen Debatten erklärte Schmalz endlich, daß er austreten müsse und er bewog den Kriegsrath von Ahlefeld zu demselben Schritt.

So war bis zum November 1808 in Berlin fast Nichts für die Verbreitung des Tugendbundes gethan, im Ganzen zählte der Verein in Berlin nicht mehr als 4 Mitglieder und zwar nur unbedeutende Männer, denn der Professor Gubitz, der später definitiv beitrat, hatte sich hierüber damals noch nicht bestimmt ausgesprochen.

Bardeleben schrieb deshalb im Herbst 1808 höchst unmuthig aus Berlin nach Königsberg:

„Die Berliner Kammer ist in Unordnung gerathen durch die Feigheit und Unentschlossenheit des Schmalz und von Ahlefeld; sie eignen sich Beide nicht für die gute Sache. In Berlin hat sich die Idee eingeschlichen, als enthalte der Verein Jacobiner, denn das Volk hat keinen andern Maßstab als Frankreich. Es ist der Quelle nachgespürt; sie fließt aus einer Absichtlichkeit, die nicht sowohl sich auf Böses, als auf Unkunde der Sache gründet. Der Märkische Adel neigt sich überhaupt wenig zur Sache. Die Kammer in Berlin aber muß neu constituirt werden."

Im Anfang des Jahres 1809 kam der Lieutenant Bärsch, ebenfalls ein sehr thätiges Mitglied des Bundes, nach der Hauptstadt. Er übernahm es, für den Bund zu wirken, vom Hauptverein aber war ihm die Pflicht auferlegt worden, nur ausgezeichnete Männer in den Verein aufzunehmen, von der Aufnahme solcher Personen aber, welche keinen anerkannten Namen hätten, oder welche gar geneigt seien, in dem Verein politische Tendenzen zu verfolgen, abzustehen.

Bärsch gab sich große Mühe, seinen Auftrag auszuführen, aber auch er konnte nicht einmal einen Zweigverein in Berlin bilden, es gelang ihm nur, einige Personen zur Mitgliedschaft zu bewegen; und daber blieb es.

Auch in den Provinzen zeigte sich bald eine ähnliche Erscheinung. Der Tugendbund konnte zu einer rechten Thätigkeit um so weniger kommen, als sich bald von allen Seiten her Angriffe gegen ihn richteten. Die Freimaurer erhoben ihre Stimmen, sie sahen in dem Bund gewissermaßen ein Konkurrenzunternehmen und in verschiedenen Logen wurde es den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, dem Vereine nicht beizutreten oder aus demselben zu scheiden, wenn sie schon beigetreten waren.

Die französisch gesinnten Zeitungen und die französischen Behörden betrachteten den Bund als eine gefährliche Verschwörung, während umgekehrt gerade die besten Patrioten ihn als unbedeutend bezeichneten und an einer halben Spielerei nicht theilnehmen wollten.

Auch die hohen Schützer waren ihm nicht hold, der Minister von Stein erklärte offen seine Unzufriedenheit mit dem ganzen Unternehmen und selbst der König ließ sich gegen dasselbe einnehmen. Er dekretirte endlich am 31. Dezember 1809 die Auflösung des Vereins, wie von vielen Seiten behauptet wird, auf Befehl Napoleon's, nach andern Nachrichten, weil er fürchtete, der Tugendbund strebe nach einer politischen Geltung und beginne daher gefährlich zu werden.

In Berlin hatte der Verein als solcher, wie wir erzählten, nie eine Bedeutung gehabt, wohl aber fanden seine Bestrebungen in der Hauptstadt mit jedem Monat eine günstigere Aufnahme. Hatten früher nur Einzelne es gewagt, das Volk zu einem kräftigen Patriotismus zu mahnen, so änderte sich dies, nachdem die Fanzosen die Stadt verlassen hatten.

Die Lehrer an den Schulen bemühten sich, die Jugend zur Vaterlandsliebe und zum Franzosenhaß anzufeuern; am Werderschen Gymnasium verstand es vorzüglich der Professor Spillecke, die Gemüther der Knaben zu begeistern, indem er die Geschichtsstunden zur Darstellung des Lebens und der Thaten großer deutscher Freiheitshelden benutzte, um die Vaterlandsliebe zu entflammen und in den jugendlichen Gemüthern den Haß gegen die Unterdrücker zu säen.

Das neue Geschlecht wuchs kräftig empor; die Knaben brachten aus den Schulen die empfangenen Lehren in ihr Vaterhaus zurück und dort wirkten diese weiter. Bald genug sollte es sich zeigen, daß im Geiste des Volkes eine merkwürdige Veränderung vorgegangen war.

Achtes Kapitel.

Der Krieg des Jahres 1809. — Volksversammlungen unter den Linden. — Kriegslust der Berliner. — Schill, — seine Volksbeliebtheit. — Gneisenau über Schill. — Brutus, Du schläfst. — Die Brieftasche der Königin. — Romberg. — Schill's Auszug aus Berlin. — Seine Rede an die Husaren. — Aufregung in Berlin nach Schill's Ausmarsch. — Getäuschte Erwartungen Schill's. — Der Armeebefehl des Königs. — Schweigen der Berliner Zeitungen über Schill's Unternehmung. — Der Friede.

Von neuem entbrannte in Deutschland der Krieg, jener denkwürdige Kampf Oesterreichs gegen Napoleon im Jahre 1809. Mit dem höchsten gespanntesten Interesse verfolgten die Bewohner Berlins den Gang der Kriegsereignisse, die Zeitungen wurden, sobald sie erschienen, verschlungen, in allen Bier- und Weinhäusern gab es nur ein Gespräch: den Krieg.

Unter den Linden sammelten sich täglich vor den Hotels der Gesandten Tausende von Menschen, jeder eintreffende Courier wurde angehalten und nach Neuigkeiten gefragt. Oft sandten die improvisirten Volksversammlungen Deputirte ab, welche in die Wohnungen der Gesandten drangen, um von diesen eine Bestätigung der unzähligen Gerüchte, die sich durchkreuzten, zu fordern.

Der Unfug wurde so arg, daß der Polizei-Präsident Gruner eine Verordnung gegen die Aufläufe unter den Linden erlassen mußte. Aber sie hatte wenig Erfolg und selbst als die eingehenden authentischen Nachrichten durch Extrablätter der Zeitungen, denen sie offiziell zugingen, veröffentlicht wurden, hörten die Volksversamlungen unter den Linden doch nicht auf. Erst die ernste Drohung, die der Polizei-Präsident am 16. Juni 1809 durch die Vossiche Zeitung bekannt machte, er werde mit Waffengewalt einschreiten und unfehlbar Alle, die noch ferner in die Gesandten-Wohnungen eindringen, oder vor denselben sich versammeln würden, verhaften lassen, wirkte.

Es war nicht das Interesse an den fernen

Erfolgen oder Mißgeschicken der österreichischen Waffen allein, welches die Bürgerschaft bewegte, weit näher lag die Frage: soll Preußen abermals ruhig zuschauen, während Oesterreich und Frankreich mit einander kämpfen?

Hatte sich im Jahre 1806 vor dem unglücklichen Kriege in der Bürgerschaft Berlins ein Strohfeuer des Enthusiasmus entflammt, drängte damals eine thatendurstige Partei unverständig zum Kampfe, ohne sich der Tragweite ihrer Forderung bewußt zu sein, waren damals die Bürger in dem thörichten Wahn von der Unbesieglichkeit der preußischen Heere durchdrungen, so zeigte sich jetzt ein ganz anderer Geist.

Auch im Jahre 1809 wurde der Wunsch, Preußen möge von Neuem die Waffen ergreifen, überall rege; nicht die Offiziere allein, auch die Bürger hegten ihn; aber sie kannten jetzt den Krieg, sie waren sich der Gefahren bewußt, mit denen derselbe das durch den Frieden von Tilsit so sehr geschwächte Preußen bedrohe, sie glaubten nicht mehr in eitler Selbstüberhebung an unfehlbar leichte Siege. Deshalb schwiegen auch die Bardengesänge in den Zeitungen, die bramarbasirenden Herausforderungen zum Kampfe. Mit tiefem Ernst wurde die Nothwendigkeit, einen Kampf zu beginnen, besprochen.

Sollte abermals Oesterreich allein stehen gegen den mächtigen Feind? Sollte Preußen ruhig warten, bis Napoleon gesiegt hatte, um dann ganz vereinzelt der treulosen Politik des Eroberers als willkommene Beute preisgegeben zu werden?

Man hörte, daß die bedeutendsten Offiziere des preußischen Heeres, Männer wie Scharnhorst, Gneisenau, Boyen, Grolmann u. A. den Zeitpunkt für günstig hielten, um den Krieg zu beginnen.

Vom Tilsiter Frieden an hatten Scharnhorst und seine Gesinnungsgenossen keinen andern Gedanken, als den gehabt, das Land zu einer bewaffneten Volkserhebung vorzubereiten. Jetzt glaubten sie, sei der Augenblick gekommen, in welchem der Aufruhr beginnen könne. Ein Vertilgungskrieg gegen die Franzosen müsse diesen die Operation gegen die Oesterreicher erschweren, das preußische Heer könne in dem großartigen Kampfe, der sich entwickeln mußte, den Ausschlag geben.

Solche Ansichten wurden auch in den Bürgerhäusern ausgesprochen, und obgleich Niemand sich verhehlte, wie schwer der Kampf werden würde, welche furchtbaren Gefahren er mit sich führen müsse, so war doch der Enthusiasmus für den Krieg allgemein.

Schon im Jahre 1809 hatte das Beispiel der großartigen Volkserhebung in Spanien und Tyrol auch auf die trägen Norddeutschen anfeuernd gewirkt, schon damals hatte sich in den Gemüthern eines großen Theils der Berliner Bürgerschaft der Umschwung zum Bessern vollzogen.

Der Kriegsenthusiasmus des Jahres 1809 war nicht mehr der elende Taumel des Jahres 1806, sondern der selbstbewußte Drang des Volkes nach der Befreiung vom französischen Joch.

Die Blicke der Berliner Bürger waren in jenen Tagen vorzugsweise auf den Major von Schill, den kühnen Parteigänger, der sich durch die Streifzüge vor Colberg einen Waffenruhm wie kaum ein anderer Offizier erworben hatte, gerichtet. Der Name Schill war auf aller Lippen.

Da gab es kaum eine Bürgerstube, in welcher nicht das Bild des verehrten Mannes, mit Kränzen umgeben, an der besten Stelle geprangt hätte, in allen Tabaks- und Branntweinläden wurden Schill-Tabake und Schill-Branntweine verkauft. Seit der tapfere Soldat in Berlin eingezogen war, hatte sich die Begeisterung für ihn nur noch gesteigert. Wo er sich auf der Straße sehen ließ, folgte ihm die Jugend in einer großen Heerde nach. Vivat Schill! so ertönte der Ruf. Kaum ging an Schill irgend ein Bürger vorüber, ohne ehrerbietig den Hut zu ziehen.

Schill's liebenswürdige Persönlichkeit trug viel dazu bei, seine Volksbeliebtheit zu steigern. Jedermann wußte, wie freundlich er mit seinen Soldaten war, wie seine braven Husaren und Jäger ihn liebten. Jeden von diesen kannte der Führer, mit Jedem sprach er freundlich anfeuernd. Strenge im Dienst, war er doch stets gerecht, seine Offiziere und Soldaten sprachen deshalb offen aus, daß sie bereit seien, für ihn in den Tod zu gehen, daß sie unter seiner Führung keinen Feind fürchteten.

Unter dem vornehmen Pöbel hatte Schill freilich manche Gegner. Schon seine schnelle Beförderung, in zwei Jahren war er vom Lieutenant zum Major gestiegen, hatte ihm Neider erregt, und die höheren Offiziere waren ihm desbalb zum großen Theil mißgünstig. Der aber, der vor allen Andern Ursache gehabt hätte, mit Schill unzufrieden zu sein, weil sein eigener Kriegsruhm durch dessen Volksbeliebtheit geschmälert wurde, war es nicht. Gneisenau, dem das Hauptverdienst der Vertheidigung Colbergs gebührte, ließ es gern geschehen, daß das Volk Schill allein für den eigentlichen Helden hielt.

Als einst ihm ein Freund Nachricht gab, wie glänzend Schill in Berlin empfangen worden sei, daß er weit über seine Verdienste hinaus geehrt werde, antwortete Gneisenau ihm:

„Seien Sie unbesorgt darum, daß die unserm Schill in Berlin und anderwärts erwiesenen Huldigungen meine Eifersucht rege machen könnten. Mag die Welt immerhin glauben, daß er Colberg vertheidigt hat, für den Staat ist das darum desto besser. Schill ist noch jung und kann der großen deutschen Sache noch wichtige Dienste leisten. Mit mir geht es bergab. Durch Schills Popularität und allverbreiteten Namen können noch schöne Dinge gethan werden; wir müssen daher solchen ver herrlichen, soviel wir können. — —

Ich habe nur Eins im Auge: **Unabhängigkeit** und für diesen Zweck opfere ich Alles."

Der Brief Gneisenaus ist ein ebenso ehrenvolles Zeugniß für Schill, wie den Schreiber selbst.

Noch ehe der Krieg Oesterreichs gegen Frankreich begann, hatte sich nicht nur in der Bürgerschaft Berlins, sondern auch in weiteren Kreisen die Ueberzeugung geltend gemacht, Schill sei der Mann, welcher dereinst die Erhebung des Volkes gegen die französische Gewalt in's Leben zu rufen bestimmt sei. Schon im Dezember 1808 hatte deshalb der Major von einer hohen Dame Geldmittel zur Verfügung erhalten, um für einen Aufstand zu wirken. Er hatte diese verwendet, indem er sie nach Kassel, der Hauptstadt des neu gebildeten westphälischen Königsreichs, der schmachvollen Schöpfung Napoleons, sendete. Er stand in innigster Verbindung mit dem Obersten von Dörnberg, der es unternommen hatte, in Westphalen eine Revolution ins Leben zu rufen.

Als nun aber die Kriegsaussichten näher rückten, da regten sich in Preußen überall die Patrioten, geheime Verbindungen entstanden und auf Schill richteten die Verschwörer ihr Augenmerk, er sollte sie führen, an ihn sendeten sie ihre Boten, welche ihn aufforderten, das Signal zum Ausbruch des Kampfes zu geben.

Mehrmals fand Schill in seinem Zimmer Zettel, auf denen nur die wenigen Worte: „Brutus, Du schläfst" geschrieben waren. Der kühne Soldat, der selbst vor Begierde brannte, den Kampf gegen die Franzosen zu beginnen, wurde durch solche Mahnungen zur raschen That angefeuert.

Es war kein Geheimniß, daß König Friedrich Wilhelm III. zurückbebte vor dem Gedanken, die Existenz des preußischen Staats durch eine Kriegserklärung gegen Napoleon auf die Chance einer einzigen Karte zu setzen, aber Schill wußte auch, daß am preußischen Königshofe die Kriegspartheі abermals kräftig wirkte, daß sie auf den Abschluß eines Bündnisses mit Oesterreich drang, daß der König schwankte zwischen dem Wunsch, die Scharte der Jahre 1806 und 1807 auszuwetzen und der Furcht vor neuen Niederlagen.

Schill durfte wohl auf Verzeihung hoffen, wenn es ihm gelang, einen Volksaufstand in den Elb- und Weser-Provinzen zu organisiren und dazu machten ihm seine Freunde die besten Hoffnungen. Täglich bekam er Berichte, daß man nur auf ihn warte, daß das Volk in den Königlich Westphälischen Ländern durch die Contributionen zur Verzweiflung getrieben sei, daß es sich wie ein Mann erheben werde, sobald der Retter erscheine.

Es galt einen kräftigen Anfang zu machen; erhob sich das Volk zum Kampfe, dann wurde wohl König Friedrich Wilhelm III. zu einem muthigen Entschluß gedrängt. Noch schwankte Schill, da erhielt er eines Tages von der Königin Louise, die er hoch verehrte, das Geschenk einer von ihr selbst gestickten Brieftasche, in welche sie mit eigener Hand geschrieben hatte: „Für den braven Herrn von Schill, Louise." Ein solches Geschenk mußte ihn zur That anfeuern und er wurde fast zu dieser durch ein höchst unglückliches Ereigniß früher gezwungen, als er wohl selbst gewünscht hatte.

Ein Landmann aus dem Amt Heyde bei Bielefeld Namens Romberg, ein begeisterter Patriot, war nach Berlin gekommen, um wegen einer Erhebung im Ravensbergischen Rücksprache mit Schill zu nehmen. Als er zurückkehrte, gaben ihm die Genossen Schills Briefe und Proklamationen zur Verbreitung in Westphalen mit; dort hatten sich mehrere angesehene Männer bereit erklärt, sich an die Spitze des Aufstandes zu stellen. An diese waren die Briefschaften gerichtet.

Romberg wurde in Magdeburg verhaftet, nach Kassel als Gefangener geführt, dort vor ein Kriegsgericht gestellt und erschossen. Die Briefschaften, welche man bei ihm gefunden hatte, und die Proklamationen, erregten eine tiefe Mißstimmung der französischen Behörden gegen den Preußischen Hof.

Der preußische Gesandte von Küster in Cassel erhielt Mittheilung von dem Vorgange und er beeilte sich dem Könige Bericht zu erstatten. Ein Freund Schills, der von der Verhaftung Rombergs Kenntniß erhalten hatte, eilte mit Courierpferden nach Berlin, er brachte dem Freunde die unglückliche Kunde. Jetzt durfte Schill nicht länger zögern. Wollte er handeln, dann mußte es gleich geschehen, ehe von Königsberg aus der Befehl zu seiner Verhaftung, zu welcher der König gezwungen gewesen wäre, erfolgte.

Schill hatte Rücksprache mit mehreren vornehmen Offizieren genommen, diese hatten seine Pläne gebilligt und als er nun gar von Königsberg her aus der nächsten Umgebung des Königs einen Zettel mit den wenigen Worten: „der König schwankt, Schill, ziehen Sie mit Gott!" erhielt, entschloß er sich zur kühnen That.

Am 28. April des Jahres 1809 Nachmittags 4 Uhr zog Schill an der Spitze seines Husaren-Regiments zum Halleschen Thore hinaus. Es fiel nicht auf, denn der unermüdliche Soldat hatte seine Truppen häufig zu Uebungen, nächtlichem Felddienst, Bivouacs u. s. w. ins Freie geführt; bei solchen Gelegenheiten waren sie stets mit Sack und Pack ausmarschirt.

Das kleine Truppenkorps zog auf dem Wege nach Potsdam; in der Nähe von Steglitz ließ Schill Halt machen, ein Carré bilden, dann wendete er sich mit feuriger Rede an die Krieger. Er sagte ihnen, der Augenblick sei endlich gekommen zum Kampf gegen den Feind, gegen den alle preußischen Soldaten den gleichen glühenden Haß im Busen nährten, gegen den großen Thronräuber, der das Vaterland in Unglück und Jammer gestürzt, der alle Rechte der Menschheit mit Füßen getreten habe, dem kein Vertrag- und Friedensschluß heilig sei, der nur die günstige

Stunde erwarte, um auch Preußen vollständig zu verderben. Nach unzähligen dargebrachten Opfern habe der treulose Tyrann Spanien so behandelt und nicht eher werde er ruhen, bis er auch Preußen vernichtet habe. Eine solche Unthat aber solle ihm nicht gelingen, ganz Deutschland erhebe sich gegen ihn, seine Schicksalsstunde habe geschlagen.

Mit dem Feuer einer wilden Begeisterung hatte Schill gesprochen, seine Husaren jubelten ihm zu, und als er nun die Hand erhob, ihnen die goldgestickte Brieftasche der Königin zeigte, als er ihnen versicherte, er werde dieses Beweises der Königlichen Gnade sich würdig zeigen und nie sich bedenken, für die Wohlfahrt des Königs und der Königin sein Blut zu vergießen und zu sterben, da zogen die Husaren, Offiziere und Gemeine ihre Säbel, im stürmischen Enthusiasmus schwuren sie, in Noth und Tod bei ihrem Führer auszuharren, ihm in den Kampf zu folgen, wohin er sie auch führe.

Die Aufregung, welche Schill's kühnes Unternehmen in Berlin sowohl unter den Bürgern als vorzüglich unter den Soldaten der Besatzung hervorrief, war gewaltig. Handelte er nur nach eigenem Ermessen, war er höheren Orts autorisirt? Das wußte Niemand, die widersprechendsten Gerüchte hierüber verbreiteten sich.

Der General L'Estocq, Gouverneur von Berlin, hatte ihm allerdings sofort einen Offizier nachgeschickt und ihm den Befehl, augenblicklich zurückzukehren, übersendet, da aber Schill nicht Folge leistete, so glaubten Soldaten und Bürger, das Ganze sei nur ein zwischen Beiden verabredetes Spiel zur Täuschung der Franzosen.

Die Bürgerschaft hoffte, auch andere Truppen würden dem Beispiele Schill's folgen, vor allem erwarteten sie dies von dem leichten Infanterie-Bataillon, welches seinen Namen führte, weil es in Pommern von ihm errichtet worden war und unter seiner Anführung vor Colberg gefochten hatte.

In diesem Bataillon zeigte sich sofort nach Schill's Ausmarsch der kühne Geist des früheren Führers. Ein Lieutenant Quistorp II. forderte die Compagnie, bei welcher er stand, mit feurigen Worten auf, dem verehrten Manne zu folgen. Vier Offiziere und 156 Mann verließen in der Nacht vom 2. zum 3. Mai unter seiner Führung Berlin. Auch ihm sendete der General L'Estocq einen Offizier mit einem Commando Cavallerie nach, um ihn zur Rückkehr zu bewegen; nur ein Theil folgte dem Befehl, die übrigen eilten unter Quistorp's Führung den vorausgeeilten Kameraden nach.

Die drei andern Compagnieen des Bataillons versammelten sich am 3. Mai Morgens früh auf dem Alexanderplatz, auch sie beschlossen, ihrem Anführer zu folgen. Vergeblich redeten ihnen mehrere Stabsoffiziere gütlich zu, sie blieben bei ihrem Entschluß. Erst als der Generallieutenant Graf Tauenzien persönlich sich an sie wendete, mit schwerer Strafe drohte und zugleich kräftige Maßregeln ergriff, um den Ausmarsch zu verhindern, kehrten die drei Compagnien in ihre Quartiere zurück. Auch die übrigen Berliner Truppen beruhigten sich auf das Zureden ihrer Offiziere.

Schill hatte gehofft, sein Beispiel werde überall zünden, von den höheren Offizieren, mit denen er in Verbindung stand, würden mehrere sich ihm anschließen. Er sah sich getäuscht. Zum Theil aber selbst trug er die Schuld daran, denn nachdem er einmal zu handeln begonnen hatte, wollte er von Niemandem Rath annehmen.

Grolmann der sofort nach Berlin geeilt und auf jede Gefahr hin bereit war, sich mit Schill zu verbinden, sah seine Rathschläge zurückgewiesen. Er zog es deshalb vor, nach Oesterreich zu gehen und dort gegen Napoleon zu kämpfen, anstatt sich einem Unternehmen anzuschließen, welches er für hoffnungslos halten mußte.

Auch die Hoffnung Schill's, daß der König durch seine kühne That zum Handeln gezwungen werden würde, erfüllte sich nicht, statt einer Billigung fand er eine vollständige Desavouirung.

Friedrich Wilhelm III. erließ am 9. Mai folgenden Armeebefehl:

„Seine Majestät der König machen der Armee bekannt, daß der Major von Schill mit seinem Regimente unter dem Vorwande, vor den Thoren der Garnison zu manövriren, über die Grenze gegangen sind.

Höchstdieselben finden nicht Worte genug, um darüber ihre Mißbilligung in dem Grade auszudrücken, als Sie dies empfinden. Sie vertrauen, daß die Armee von derselben höchsten Mißbilligung durchdrungen sein wird und von einem guten Geiste beseelt ist.

„Der Major von Schill und Alle, die mit ihm gegangen sind, sollen einem strengen Militärgericht unterworfen werden. Seine Majestät erklären der Armee, daß höchstdieselben auf jene unglaubliche That beschlossen haben, die Gesetze des militärischen Gehorsams auch bei der kleinsten Unterlassung geschärft anzuwenden".

Diesen Armeebefehl publizirte die Vossische Zeitung vom 16. Mai 1809.

Die Veröffentlichung desselben und eine im gleichen Geiste gehaltene Proklamation vom 18. Mai 1809 war die erste Kundgebung der Vossischen Zeitung über die Erhebung Schill's; das genannte Blatt hatte bisher ein Ereigniß, welches ganz Berlin in fieberhafte Aufregung versetzte, mit keinem Worte erwähnt. Dasselbe Schweigen beobachtete es auch ferner über die Schicksale des Schill'schen Corps, nur einige flüchtige Notizen finden sich in der viel gelesenen Zeitung über die Thaten fremder Parteigänger, der Name Schill's wird gar nicht genannt.

Wenn die Zeitungen schwiegen, so sprach das Gerücht um so lauter; es erzählte von Schill's Heldenthaten, von großen Schlachten, die er gegen die Franzosen gewonnen haben sollte. Dann aber

kam die Nachricht, daß er in Stralsund den Heldentod gestorben, daß seine tapfere Schaar theils gefallen, theils gefangen, theils zersprengt sei.

Anfangs wollte Niemand daran glauben, man hielt das für eine französische Lüge. Als aber die Vossische Zeitung, freilich wieder ohne Schill's Namen zu nennen, die Nachricht bestätigte und eine ausführliche Beschreibung des furchtbaren Kampfes in Stralsund brachte, mußte man wohl die traurige Wahrheit erkennen.

Die Bürger von Berlin behielten den Helden in dankbarer Erinnerung; sie kümmerten sich nicht darum, daß sein Name geächtet war, ihnen blieb Schill der Freiheitsheld und mit wildem Groll hörten sie später, daß die tapferen Freunde des Gefallenen in Wesel am 16. September 1809 von dem Blutgericht der Feinde zum Tode verurtheilt worden seien. Unter den in Wesel gemordeten Schill'schen Offizieren befanden sich auch drei Berliner, Daniel Schmidt, Friedrich Felgentreu und Ferdinand Galle.

Die Gewehrsalven, welche die treuen Freunde Schill's in's Herz trafen, fanden ihren Wiederhall in Berlin; sie machten den Haß der Bürger gegen die Franzosen nur erbitterter, den Wunsch, daß der König sein Volk zu den Waffen rufe, dringender und manche mißbilligende Stimme wurde laut, als man vernahm, daß Friedrich Wilhelm III. sich nicht zum Kriege entschließen könne. Als aber bald darauf am 14. October 1809 der Frieden von Schönbrunn zwischen Oesterreich und Frankreich geschlossen wurde, verstummte die Kriegslust; selbst die eifrigsten Feinde der Franzosen sahen ein, daß Preußen allein nicht entfernt den Heeren des mächtigen Napoleon gewachsen sei.

Neuntes Kapitel.

Die Städteordnung vom 19. November 1808. — Bedenken gegen die Städteordnung in der Bürgerschaft. — Vorbereitungen zur Einführung derselben. — Die Wahl der Stadtverordneten. — Die ersten Berliner Stadtverordneten. — Die erste Sitzung derselben. — Wahl des Ober-Bürgermeisters, Bestätigung des Königs. — Feierliche Einführung des neuen Magistrats. — Schwere Stellung der Bezirksvorsteher. — Geldmangel in der Stadtkasse. — Die Wanderungen der Stadtverordneten-Versammlung.

Das Jahr 1809 war für die Berliner nach allen Richtungen hin eine Zeit großer Aufregung. Während der Krieg das höchste Interesse in Anspruch nahm, sollte im Innern der Stadt eine vollkommene Umgestaltung aller bürgerlichen Verhältnisse vorbereitet werden.

Die neue Städteordnung vom 19. November 1808, das großartige Reformwerk, welches der Bürgerschaft die Selbstverwaltung ihrer Stadt zurückgab, wurde für Berlin eingeführt. Die Bürger, welche daran gewöhnt gewesen waren, sich in der Verwaltung ihrer städtischen Angelegenheiten ruhig bevormunden zu lassen, erhielten plötzlich die Aufgabe, sich selbst zu regieren, ihre Stadtverordneten und Magistrate selbst zu wählen. Durch ein einziges Gesetz wurden sie aus politischen Kindern zu Männern gemacht.

Gar Manche schüttelten über die Neuerung bedenklich den Kopf, sie hielten es für unmöglich, daß einfache Bürger ein so großes Gemeinwesen, wie das Berlins, verwalten könnten. Zu allen Zeiten haben die Anhänger des Alten das Neue mit Mißtrauen begrüßt. Es konnte nicht fehlen, daß auch die Berliner dasselbe thaten.

„Das Volk ist nicht reif für die Selbstverwaltung," so sprachen die würdigen Philister damals wie sie heute sprechen würden, wenn sie nicht schon seit langer Zeit im Genuß der Städteordnung wären, „es wird drunter und drüber gehen! Wie können unwissende Handwerker sich Stadtverordnete wählen, denen nun gar die Wahl des Magistrats überlassen bleiben soll. Es werden sich Ehrgeizige zu dem wichtigen Amte drängen, Männer, welche nichts von den städtischen Geschäften verstehen, welche glänzen wollen, aber nicht arbeiten. Der Ruin der Stadt muß die unausbleibliche Folge solchen unvernünftigen Vorgehens sein. Wenn nur wenigstens Uebergangsbestimmungen getroffen, Gesetze erlassen worden wären, durch welche das Volk nach und nach an den Genuß der Freiheit gewöhnt würde; eine solche Ueberstürzung aber kann nur Unheil bringen."

Derartige Prophezeihungen hörte man damals oft, die Propheten wußten aber nicht, daß niemals ein Volk anders, als durch die Freiheit, reif für die Freiheit wird. Auch die wunderbaren Erfolge, welche die Einführung der Städteordnung in Berlin hatte, sollten sie nicht bekehren. Blinde lernen einmal nicht sehen.

Neben den Zaghaften gab es in Berlin eine Partei in der Bürgerschaft, welche mit freudiger Hoffnung die Reform begrüßte, aber sie war nicht besonders zahlreich, und die Regierung sah sich deshalb genöthigt, die öffentlichen Blätter zu benutzen, um die Besorgnisse zu zerstreuen, welche gerade von den angesehensten Mitgliedern der Bürgerschaft sehr laut und unverholen geäußert wurden.

Als Beilage zur Vossischen Zeitung vom 11. Februar 1809 erschien ausnahmsweise ein langer offizieller Aufsatz. Unter dem Titel „aus welchem Gesichtspunkt muß die neue Städteordnung betrachtet werden?" besprach er eingehend das neue Gesetz; er wirkte einigermaßen beruhigend auf die besorgte Bürgerschaft.—

Die Vorbereitungen zur Einführung der neuen Städte-Ordnung in Berlin wurden nun rüstig in Angriff genommen. Schon am 2. Februar 1809 hatte das Ministerium des Innern bestimmt, daß unter der oberen Leitung des Ober-Präsidenten Sack eine besondere Kommission die Einführung der Städteordnung bewirken solle. Am 7. März

war der Kammerrath Gruner, der am 1. April die Verwaltung des Polizei-Präsidiums von Berlin übernahm, unter Beistand der Stadträthe Köls und Rück zum Commissarius ernannt worden.

Am 29. März verkündete der Magistrat die Eintheilung der Stadt Berlin in 102 Wahlbezirke. Die Kommission hatte sich inzwischen mit der Bildung des neuen Magistrats beschäftigt. Am 29. März schlug sie dem Ober-Präsidenten Sack vor, daß derselbe aus einem Oberbürgermeister, einem Bürgermeister, zwei Syndicis, einem Baurath, einem Kämmerer, vier gelehrten Stadträthen und fünfzehn unbesoldeten Rathsherren bestehen solle. Diese Zusammensetzung wurde am 21. April vom Ober-Präsidenten genehmigt. Auch das Geschäftsreglement für den Magistrat, welches Gruner einreichte, erhielt mit wenig Aenderung die Bestätigung.

Die Wahlen der Stadtverordneten wurden auf den 18. bis 22. April ausgeschrieben.

Am 7. und 8. April brachten die Berliner Zeitungen eine Bekanntmachung, welche das Publikum benachrichtigte, in welcher Weise die Wahlen vorgenommen werden sollten. Die Wahlhandlung war in die Kirchen verlegt worden, alle Stimmfähigen sollten zu ihrer Legitimation Atteste erhalten, welche sie zum Einlaß in die Kirchen berechtigten. An den bestimmten Tagen hatten sie sich Morgens um 9 Uhr einzufinden; durch ein zweimaliges Läuten sämmtlicher Glocken von den Kirchthürmen der Stadt um 8½ und 9 Uhr sollten sie daran erinnert werden, daß die Pflicht des Wählens ihnen obliege.

In der Bürgerschaft zeigte sich für die Wahl ein reges Interesse, selbst diejenigen, welche gar nicht zufrieden mit dem neuen Gesetz waren, meinten doch, da es einmal da sei, müßten sie schon wählen. Die Vossische Zeitung feuerte zur Theilnahme durch ein Gedicht an, welches zwar nicht gerade poetisch aber doch sehr wohl gemeint war.

Auch von den Kanzeln herab wurden die Bürger ermahnt, recht sorglich und tüchtig zu wählen. Am 16. April fanden in allen an jenem Tage sehr besuchten Kirchen Vorbereitungspredigten auf die Wahl der Stadtverordneten statt.

An den festgesetzten Tagen wurde die Wahl vorgenommen und schon hierbei zeigte es sich, wie vollständig sich die Unheilspropheten getäuscht hatten. Die Wahl war eine ruhige, äußerst verständige, sie traf fast ausschließlich geachtete, durch ihre bürgerliche Tüchtigkeit bekannte Männer, meist Kaufleute, Handwerker, Fabrikanten, Apotheker u. s. w. Dem Gelehrtenstande gehörten nur wenige Gewählte an. Die Bürger hatten das richtige Gefühl bewiesen, daß es nicht ihre Aufgabe sei, glänzende Rednertalente und berühmte Männer in die Stadtverordneten-Versammlung zu schicken, ihre Gewählten sollten ächte Bürgerrepräsentanten sein und dies waren sie denn auch in ihrer großen Mehrzahl. Schon die Namen bezeugen es. Wir lassen sie hier folgen, weil gewiß viele unserer Leser unter den ersten Berliner Stadtverordneten liebe Angehörige finden werden.

Gewählt wurden: Heilige Geist-Straßen-Bezirk: Rentier Glaser. — Graue Kloster-Bezirk: Kammmacher Remmin. — Rathhaus-Bezirk: Kaufmann Höne. — Köllnischer Fischmarkt-Bezirk: Kaufmann Westphalen. — Brüder-Straßen-Bezirk: Kaufmann Humbert — Zeughaus-Bezirk: Kaufmann Dietrich. Salzhof-Bezirk: Fabrikant Neumann. — Neue Hospital-Bezirk: Elbschiffer Bandow. — Schlesiche Thor-Bezirk: Kalkscheunen-Pächter Woderb. — Louisenstädtischer Kirch-Bezirk: Essigbrauer Teichert. — Jerusalems Kirch-Bezirk: Gips-Fabrikant Kühne. — Rondel-Bezirk: Kattun-Fabrikant Chmelick. — Mohren-Straßen-Bezirk: Schneidermeister Wagener. — Achteck.-Bezirk: Destillateur Benjamin Claude. — Behrenstraßen-Bezirk: Jouvelier Geiß. — Quarree-Bezirk: Eigenthümer Bauer. — Thierarzneischul-Bezirk: Steinsetzmeister Trippel. — Sophienkirch-Bezirk: Fabrikant Herter. — Münzstraßen-Bezirk: Kaufmann Sello. — Kaiserstraßen-Bezirk: Fabrikant Schlag. — Landsberger Thor-Bezirk: Brandtweinbrenner Joach. Fr. Stachow. — Rathsholzmarkt-Bezirk: Gärtner Grunow. — Königsbrücker-Bezirk: Kaufmann Löhder. — Gouvernements-Bezirk: Kaufmann Wetzke. — Post-Bezirk: Apotheker Lezius. — Insel-Bezirk: Fabrikant Kapke. — Breite Straßen-Bezirk: Kaufmann Joh. Joach. Schulze. — Münz-Bezirk: Papierhändler Eysenhardt. — Spittel-Markt-Bezirk: Huf- und Waffenschmied Fränckel. — Neue Roßstraßen-Bezirk: Apotheker Gottl. W. Bergemann. — Prinzen Holzmarkt-Bezirk: Rentier Vogel. — Schindlersche Waisenhaus-Bezirk: Kattun-Fabrikant Dan. Reimann.— Erster Charlottenstraßen-Bezirk: Hof-Maurermeister Joh. Gottl. Weltz. — Kochstraßen-Bezirk: Kaufmann Friedr. Wilh. Eyssenhardt. — Friedrichsstädtischer Scharren-Bezirk: Buchdrucker Späthen. — Städte-Kassen-Bezirk: Kaufmann Heyl. — Französische Straßen-Bezirk: Obrist Jordan. — Dorotheenstädtischer Kirch-Bezirk: Kaufmann Hayard. — Posthof-Bezirk: Huf- und Waffenschmiedemeister Haack. — Rosenthalerthor-Bezirk: Formstecher Finckbein. — Neue Schönhauserstraßen-Bezirk: Posamentiermeister Chr. Ludw. Hyan. — Schützenstraßen-Bezirk: Tabagist Kellstädt. — Domkirchhof-Bezirk: Posamentiermeister Friedrich. — Frankfurter Thor-Bezirk: Gärtner Jean Pierre Bouché. — Neue Markt-Bezirk: Posamentiermeister Jacob Tancré. — Kleiner Jüdenhof-Bezirk: Bau-Inspector Joh. Andr. Förstner. — Parochial-Kirch-Bezirk: Huf- und Waffenschmied-Meister J. C. Ritze. — Molkenmarkt-Bezirk: Seifensiedermeister J. Christ. Kühns. — Schickler-Bezirk: Kaufmann Carl Heinr. Woltersdorff. — Hausvoigteiplatz-Bezirk: Kaufmann Ferd. Hermanni. — Dresdner-Straßen-Bezirk: Tabackspinnermeister J. Chr. Reichert. — Neue Grünstraßen-Bezirk: Gärtner Matthieu. — Erster Markgrafenstraßen-Bezirk: Kaufmann Dori. — Friedrich-Wilhelms-Gymnasium-Bezirk: Maurermeister Joh. Kasp. Bergemann. — Schinkenbrücken-Bezirk: Huf- und Waffenschmiedemeister

J. L. Raabe. — Dom-Hospital-Bezirk: Kaufmann Joh. Gottfr. Braumüller. — Zweiter Charlottenstraßen-Bezirk: Bau-Inspektor Aug. Ferd. Mandel. — Dreifaltigkeits-Kirchbezirk: Buchhalter Benjamin Schüler. — Ordens Palais-Bezirk: Apotheker Fr. J. Jak. Wendlandt jun. — Hospitalstraßen-Bezirk: Gastwirth Joach. Fried. Schulze. — Haaksche Markt-Bezirk: Steinsetzmeister Joh. Christ. Moser. — Gipsgassen-Bezirk: Fabrikant Carl Dan. Gottl. Vaß. — Prenzlauerstraßen-Bezirk: Gastwirth Joh. Fr. Heidemann. — Ordonnanzhaus-Bezirk: Branntweinbrenner Chr. Fr. Köhler. — Neue Georgen Kirchhof-Bezirk: Seidenwirker Joh. Fried. Gottl. Possin. — Landschafts-Bezirk: Banquier Salomon Veit. — Marien Kirchhof-Bezirk: Dr. G. F. Mozelewsky gen. Bandow. — Waisenhaus-Bezirk: Braueigen August Wilhelm Bier. — Nicolai Kirch-Bezirk: Kaufmann Carl Heinrich Ulrici. — Rittergassen-Bezirk: Seifensiedermeister Jean Tancré. — Schloß-Bezirk: Zimmermeister Joh. Balth. Glatz. — Raules-Hof-Bezirk; Rentier Sabatier. — Stallschreibergassen-Bezirk: Zimmermeister Carl Ludw. Richter — Kammergerichts-Bezirk: Wollfabrikant Fr. Adolph Wagener. — Dönhoffscher Platz-Bezirk: Kaufmann Joh. Georg Bernh. Gaum. — Zweiter Markgrafenstraßen-Bezirk: Kaufmann Dan. Fr. Schmeel. — Böhmische Kirch-Bezirk: Kaufmann Georg Ludw. Schaner. — Anspachsche Palais-Bezirk: Kaufmann Hoffmann. — Ecole de Charité-Bezirk: Kaufmann Dav. Gottl. Pätow. — Letzte Straßen-Bezirk: Buchdrucker Chr. Siegmund Spener. — Hamburger Thor-Bezirk: Polizei-Kommissarius Chr. Gottl. Pausewang. — Laufgassen-Bezirk: Töpfermeister Joh. Franz Sam. May. — Prenzlauer Thor-Bezirk: Ackerbürger Joh. Friedr. Schindler. — Alexander-Platz-Bezirk: Kommissionär Joh. Chr. Sucrow. — Georgen Kirchhof-Bezirk: Apotheker Joh. Carl Schrader. — Magazinstr.-Bezirk: Gärtner Jean Pierre Bouché. — Garnisonkirch-Bezirk: Kaufmann David Girard sen. — Hohe Steinweg-Bezirk: Lederhändler Jean Pierre Charton. — Kadettenhaus-Bezirk: Kaufmann Joh. Chr. Freitag. — Kreutzgassen-Bezirk: Kaufmann Carl Isaak Böhme. — Jacobskirchhof-Bezirk: Hof-Courtier Joh. Philipp Weiß. — Hallesche Thor-Bezirk: Kaufmann Samuel Contal. — Bau-Akademie-Bezirk: Eigenthümer Joh. Philipp Schäffer. — Gensd'armes-Markt-Bezirk: Präsident Carl Friedr. Leop. v. Gerlach. — Taubenstraßen-Bezirk: Pol.-Agent Bildhauer J. G. Pfeffer. — Akademie-Bezirk: Schlossermeister Jean Pierre Violet. — Bauhof-Bezirk: Kaufmann J. Chr. Engel. — Monbijou-Bezirk: Polizei-Kommissarius Chr. Ferd. Lehne. — Schönhauserthor-Bezirk: Bäckermeister Joh. Heinr. Jac. Grube. — Landsbergerstraßen-Bezirk: Gastwirth Friedr. Wilh. Palm. — Holzmarktstraßen-Bezirk: Kaufmann Heinrich Pietsch. — Kottbusser Thor-Bezirk: Seifensiedermeister Mart. W. Lehmann.

Am 25. April traten die neu gewählten Stadtverordneten zu ihrer 1. Sitzung, berufen durch den Polizei-Präsidenten Gruner, zusammen. Nachdem der Präsident die Versammlung eröffnet hatte, übernahm der Rentier Glaser als ältester Bürger den Vorsitz. Man schritt zur Wahl der Vorsteher und diese traf mit großer Majorität den Präsidenten von Gerlach und als dessen Stellvertreter den Kaufmann Humbert, der später in die Vorsteherstelle einrückte.

In der zweiten Versammlung der Stadtverordneten am 28. April wurden die Gehalte für die zehn besoldeten Magistrats-Mitglieder bestimmt. Für den Ober-Bürgermeister wurden 4000 Thlr., für den Bürgermeister 2500 Thlr., für jeden der Syndici 1800 Thlr., für den Kämmerer 1500 Thlr., für den Baurath 1400 Thlr. und für jeden der vier übrigen gelehrten Rathsmänner 1200 Thlr. jährlich ausgeworfen. Zugleich nahm die Stadtverordneten-Versammlung das ihr vom Präsidenten Gruner vorgelegte Geschäfts-Reglement für den Magistrat und ihre eigene Geschäfts-Ordnung vorläufig an. Am 1. Mai trat sie zur Ober-Bürgermeisterwahl zusammen. Einstimmig sprach sie sich für die Wahl des Präsidenten von Gerlach aus; außerdem erhielt der Stadtpräsident Büsching 54 gegen 45 und der Stadtrath Laspeyres 50 gegen 49 Stimmen.

Diese drei Kandidaten präsentirten die Versammlung in einer von dem Tage datirten Eingabe dem Könige, sie bat zugleich um die Bestätigung des Präsidenten von Gerlach als Ober-Bürgermeister. Der König antwortete durch folgende bestätigende Kabinets-Ordre:

„Seine Königliche Majestät von Preußen nehmen es mit besonderer Theilnahme auf, daß, nach der Anzeige der Stadtverordneten vom 1. d. Mts. das allgemeine Vertrauen den Präsidenten von Gerlach wieder zu einer öffentlichen Wirksamkeit ruft, von welcher Allerhöchstdieselben ihn nur ungern nach seinem eigenen Verlangen zurücktreten sahen. Sehr gern bestätigen daher Seine Majestät den u. s. w. von Gerlach als Ober-Bürgermeister der Stadt Berlin, geben der Berliner Bürgerschaft durch die Erfüllung ihrer Wünsche einen werthen Beweis Ihres vorzüglichen Wohlwollens und bezeugen den Stadtverordneten Ihre besondere Zufriedenheit über ihre so zweckmäßige Wahl, wodurch sie selbst ihren Beruf so ganz bewährt haben.

Königsberg, den 8 Mai 1809.

Friedrich Wilhelm.

An die Stadtverordneten in Berlin.

Auch die Wahl der übrigen Magistrats-Mitglieder wurde nun ungesäumt von der Stadtverordneten-Versammlung vorgenommen und schon am 6. Juli 1809 konnte in der Nikolai-Kirche die feierliche Vereidigung des neuen Magistrats erfolgen.

Es sind gewählt und bestätigt worden: 1) Zum Ober-Bürgermeister: Geheimer Ober-Finanzrath und Kammer-Präsident von Gerlach. 2) Zum ersten Stadtrath und Bürgermeister: Geheimer

Kriegsrath und Stadt-Präsident Büsching. Zu Syndicis: 3) Stadt-Syndikus Wernitz. 4) Stadt-Syndikus Metzing. Zu Stadträthen: 5) Stadtrath Laspeyres. 6) Stadtrath Drake. 7) Stadtrath Carow. 8) Stadtrath und Kämmerer Oeding. 9) Stadtrath Langerhanns, für das Baufach. 10) Kaufmann und Gilde-Aeltester Becker. 11) Rathszimmermeister Oertel. 12) Knopfmachermeister Meinhoff. 13) Banko-Buchhalter Piper. 14) Kriegsrath und Assessor Spener. 15) Bäckermeister Witte. 16) Buchhändler Maurer. 17) Maurermeister Schülsky. 18) Kaufmann Jury. 19) Assessor Friedländer. 20) Bankier Beneke. 21) Bäcker-Altmeister Schulze.

So waren dem gemäß der neuen Städteordnung die städtischen Behörden constituirt und konnten ihre Amtsthätigkeit beginnen. —

Die Bürgerschaft fühlte die Bedeutung der ihr gewährten Freiheit. Anfangs allerdings war ihr diese zuerst ungewohnt, es kamen manche kleinere und größere Versehen vor, aber das dauerte nicht lange, schon in wenigen Jahren waren die Schwierigkeiten überwunden. Am wenigsten leicht wurde es den Bezirksvorstehern, mit den oft noch recht widerhaarigen Bürgern fertig zu werden. Noch am 13. März 1810 mußte der Magistrat deshalb folgende Bekanntmachung erlassen:

„Das Publikum wird hierdurch wiederholentlich aufgefordert, sich aller Beleidigungen und alles unanständigen Betragens gegen die Bezirksvorsteher bei Ausübung ihres Amtes zu enthalten, und dies ohnedem schon lästige Amt nicht auf diese Weise ihnen noch zu erschweren, widrigenfalls dies ernstliche und harte Ahndung nach sich ziehen soll.

Berlin, den 13. März 1810.

Ober-Bürgermeister, Bürgermeister und Rath hiesiger Königlicher Residenzien
von Gerlach."

Die Ermahnungen halfen wohl nicht viel, wie denn solche Strafandrohungen meistens wirkungslos sind, die Zeit aber führte von selbst ein besseres Verhältniß herbei. Die Bezirksvorsteher, welche sich Anfangs im Gefühl ihrer Würde mitunter ein wenig überhoben hatten, lernten es, mit den Bürgen umzugehen und diese dagegen gewannen Vertrauen zu den bürgerlichen Beamten, so daß der Klagen von beiden Seiten nach und nach immer weniger wurden.

Es ist die schnelle Gewöhnung der Berliner an die neue städtische Verfassung umsomehr anzuerkennen, als die Stellung der Stadtbehörde gerade damals durchaus keine leichte war. Durch den Krieg, die Contributionen, die herrschende Armuth befanden sich die Stadt-Kassen in dem traurigsten Zustande. Berlin war mit Schulden überbürdet, und das Geld, diese zu bezahlen oder auch nur die drängendsten Bedürfnisse des Stadthaushalts zu befriedigen, fehlte. Schon bald nach ihrer Wahl, am 17. Juni 1809, mußten sich die Stadtverordneten an die bemittelten Einwohner wenden, um von diesen Vorschüsse für die Stadtkasse zu erbitten, damit nur die nothwendigsten Zahlungen geleistet werden konnten.

Die gesammte Verwaltung mußte neu geschaffen werden, die städtischen Behörden hatten die Aufgabe, gewissermaßen aus dem Nichts heraus aufzubauen. Wie mühselig dies selbst in scheinbar geringfügigen Kleinigkeiten war, möge ein einzelnes Beispiel zeigen.

Die erste Versammlung der Stadtverordneten war von dem Polizei-Präsidenten Gruner nach dem Palais des Prinzen Heinrich, der jetzigen Universität, berufen worden. Hier aber konnte die Versammlung nicht ferner tagen, denn der Hofmarschall von Massow hatte die Räumlichkeit nur für eine, höchstens zwei Sitzungen zur Disposition gestellt. Es war nicht leicht, ein Unterkommen zu finden; das Cölnische Rathhaus war durch die Servis-Deputation und das Gymnasium besetzt, im Berliner Rathhause tagte der Magistrat und das Stadtgericht. Nirgends war Platz für die neue Behörde und die Stadtverordneten mußten es daher dankend anerkennen, daß ihnen der Hof-Marschall von Massow auf besondere Bitten einstweilen gestattete, ihre Sitzungen im Palais fortzusetzen, aber freilich nur unter der Bedingung, daß sie sich möglichst fleißig nach einem andern Unterkommen umsehen möchten.

Sie sahen sich auch fleißig um, aber das Finden war schwer. Säle in denen 102 Personen für eine Berathung Platz hatten, gab es überhaupt damals nicht viele in Berlin und die wenigen vorhandenen konnten nur durch theure Miethen erkauft werden. Zu diesen aber fehlte das Geld, hatte man doch bisher nicht einmal die Bänke anschaffen können, auf denen die Väter der Stadt Platz nehmen sollten, um das Wohl und Wehe ihrer Kinder zu berathen, war man doch gezwungen gewesen, diese aus dem Opernhause zu borgen, damit die Stadtverordneten wenigstens sitzen könnten.

Endlich nach langem Suchen fand sich ein Lokal; in dem Hause Kurstraße Nr. 50 miethete die Stadtverordneten-Versammlung die Bel-Etage bestehend aus einem Saal, 7 Stuben, einem Kabinet, 2 Kammern, einer Küche und 2 Holzböden auf ein halbes Jahr, vom 1. Oktober 1809 bis 1. April 1810 für den Preis von 125 Thlr. klingenden Courantes. Sie zog demnächst in ihre neue Wohnung, welche sie indessen nicht ganz für sich behielt, sondern von der sie zur Kostenersparung einen großen Theil an den Generalstab der Bürgergarde abgab. Auch für einige Sitzbänke mußte sie bald sorgen, denn die Opernvorstellungen fingen an, da brauchte denn der Direktor des National-Theaters die Bänke selbst und es war natürlich wichtiger, daß die Zuschauer im Parterre sitzen konnten, als daß die Stadtverordneten noch länger im Besitz der geborgten Inventarien blieben.

Der Miethsvertrag war nur auf ein halbes Jahr abgeschlossen worden; nach Ablauf dieser

Zeit mußte sich die Versammlung abermals auf die Wanderung begeben. Nach langem, beschwerlichem Suchen fand sie endlich eine neue Wohnung. Sie miethete in der Niederlagstraße Nr. 1 die große Bel-Etage für 500 Thlr. jährlich und 12 Thlr. Müll- und Schornsteinfegergeld. Ein so ungeheurer Preis wäre nicht zu erschwingen gewesen, hätte nicht abermals der Generalstab der Bürgergarde einen großen Theil der Wohnung zu seiner Benutzung erhalten und hätte man nicht noch einen Theil der übrigen Räumlichkeiten an Privatpersonen vermiethen können. Der Contract war ursprünglich auf zwei Jahre geschlossen, er wurde jedoch später auf neue zwei Jahre verlängert. Dann aber, im Jahre 1814 wurde das Quartier gekündigt und noch immer war es nicht möglich, in den städtischen Rathhäusern einen Raum für die Stadtverordneten zu gewinnen, diese mußten wie jeder andere Miether ziehen und sie konnten von Glück sagen, daß sie eine Zufluchtsstätte in der Börse fanden, in der sie für 300 Thlr. jährliche Miethe und 6 Thlr. Müll- und Schornsteinfegergeld für eine Reihe von Jahren sich heimisch machten. Wenn auch das Geschrei der Schiffer, der Lärmen, der mit den Arbeiten auf dem in der Nähe des Sitzungssaales befindlichen Ausladeplatz nothwendig verbunden war, die Berathungen mitunter störte, so wußten sich doch die Stadtverordneten in Geduld zu fassen, sie trösteten sich mit der Hoffnung, daß endlich die Zeit kommen müsse, in der ihnen eins der Rathhäuser seine Thore öffnen werde.

Zehntes Kapitel.

Friedrich Wilhelm's III. Schreiben an den Berliner Magistrat. — Der König will keinen festlichen Empfang in Berlin. — Verzögerung der Rückkehr des Königs. — Die Reise nach Petersburg. — Stein dagegen. — Die Stimmung in Berlin. — Demonstrationen im Theater. — Die Geburtsfeiern am 10. März und 3. August 1809. — Die Steuer auf Gold- und Silbergeschirr. — Berliner Defraudanten. — Gedicht der Vossischen Zeitung über den Mangel an Patriotismus.

Die Franzosen hatten Berlin, die preußische Residenzstadt, verlassen; nichts stand jetzt der Rückkehr des Königs mehr im Wege. Friedrich Wilhelm hegte auch wohl die Absicht, bald mit seinem gesammten Hofstaate die Reise nach Berlin anzutreten und die Hauptstadt des Landes wieder zum Mittelpunkt der Regierungsthätigkeit zu machen. Dafür spricht die Antwort, welche er gnädig am 17. Dezember 1808 auf die Bitten des Berliner Magistrats ertheilte. Er sagte in derselben:

„Ich eile und hoffe, in wenigen Wochen meine Provinzen jenseits der Weichsel wieder zu sehen, welchen ich so manche Beweise musterhafter Treue verdanke, und werde besonders meine Rückkehr nach Berlin beschleunigen, um meinen dortigen treuen Unterthanen meine Dankbarkeit für ihr standhaftes und gutes Betragen, meine Liebe und mein Wohlwollen zu bestätigen. Ich eröffne Euch dieses mit dem Befehle, meiner lieben und treuen Bürgerschaft der dortigen Städte Solches bekannt zu machen."

Die Berliner hofften infolge des gnädigen Bescheides, in wenigen Wochen die königliche Familie wieder in den Mauern der Residenz zu sehen, sie bereiteten sich zu einem feierlichen Empfange, zu einer prachtvollen Illumination vor. Der Festesjubel sollte sie entschädigen für manche trübe Stunde. Aber ihre Hoffnung wurde in jeder Beziehung getäuscht. Zuerst erhielten sie die Nachricht, der König wolle von einem glänzenden Empfange, von einer prächtigen Illumination nichts wissen.

Der Ober-Präsident veröffentlichte am 14. Januar 1809 in der Vossischen Zeitung einen Erlaß des Ministers Grafen von Dohna, in welchem, wenn auch mit den freundlichsten Worten, erklärt wurde, daß Se. Majestät sich jeden Empfang verbitte.

So freundlich, ja gnädig der König die Festlichkeiten, welche die Berliner zu seinem Empfange vorbereiteten, zurückwies, die Vereitelung der Hoffnung auf prächtige Feste machte doch auf die Bürgerschaft einen trüben Eindruck, denn zu allen Zeiten hat das vergnügungssüchtige Völkchen jede Gelegenheit zum Festesjubel gern benutzt, für ein prächtiges Fest haben die Berliner immer Geld übrig gehabt, selbst unter den schwersten Drangsalen.

Erschien es den Bürgern Berlins schon traurig, daß sie das Vergnügen einer Prachtillumination verlieren sollten, bei Weitem trübseliger noch war die Nachricht, daß die Ankunft des Königs vielleicht noch Monate werde auf sich warten lassen.

Friedrich Wilhelm III. hatte beschlossen, ehe er seine Residenz von Königsberg nach Berlin verlegte, noch einen Besuch bei dem Kaiser Alexander in Petersburg zu machen, zu welchem er die Einladung erhalten hatte, als auf der Rückreise von Erfurt nach Rußland Alexander sich kurze Zeit in Königsberg aufhielt.

Der König war schwer zum Entschluß gekommen, die ungeheure Summe von 70,000 Dukaten, die zu der Reise erforderlich war, bei der hohen Geldnoth des Landes zu einem solchen Zwecke zu verwenden; er hatte um so mehr gezögert, als auch Stein noch in der letzten Zeit seines Ministeriums ernst abrieth.

Die Königin Louise aber wünschte die Reise so sehr, daß sie höchst unwillig auf Stein war, weil er, ohne Rücksicht auf ihren Wunsch zu nehmen, bei seinem Rathe blieb. Der intriguante Geheimrath Nagler, der sich bei der Oberhofmeisterin von Voß Zutritt zu verschaffen gewußt hatte, schürte im Geheimen; er wünschte seinen

Schwager Altenstein an Stein's Stelle zu sehen, deshalb mußte er diesen verdächtigen. Er erklärte die Reise nicht nur für nützlich, sondern für nothwendig, damit das gute Verhältniß zwischen den beiden Höfen, dem preußischen und russischen, erhalten bleibe, und so kam es, daß Stein in der letzten Zeit seines Ministeriums auch von der Königin verlassen wurde, daß Friedrich Wilhelm sich zu der kostspieligen Reise entschloß.

Am 27. Dezember 1808 verließen der König und die Königin mit ihrem Gefolge Königsberg, am 10. Februar 1809 trafen sie nach vollendeter Reise wieder in der ostpreußischen Residenzstadt ein.

Jetzt, so hofften die Berliner, würde der König sein Versprechen der baldigsten Rückkehr erfüllen, aber sie sahen sich abermals getäuscht; nur Graf Goltz, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, verlegte am 30. März 1809 seinen Wohnsitz nach Berlin, weil sich sämmtliche fremde Gesandten, mit Ausnahme des russischen, hier aufhielten. Der König und sein Hof, sowie die übrigen Minister blieben in Königsberg.

Die Ansicht Friedrich Wilhelm's III. hatte sich geändert, noch glaubte er in Berlin nicht mit voller Sicherheit seine Residenz aufschlagen zu können, er fürchtete einerseits, daß bei der kriegerischen Stimmung der sogenannten Exaltirten, Derjenigen, welche ein Bündniß Preußens mit Oesterreich gegen Frankreich forderten, ein Volksaufstand ausbrechen könne, der ihm schwere Verlegenheiten bereiten mußte, wenn er sich in der Mitte der Aufständischen befand; andererseits glaubte er auch, in Berlin den französischen Truppen zu nahe zu sein. Durch einen Handstreich, nach einem kurzen Eilmarsch konnte die Hauptstadt wieder von den Franzosen besetzt werden, selbst die Gefahr, bei einer Ueberrumpelung in französische Gefangenschaft zu gerathen, lag für den König nahe.

Die Uebersiedelung des Hofes nach der Hauptstadt wurde deshalb vorläufig bis auf bessere Zeiten verschoben. Mochte die von den Franzosen befürchtete Gefahr vielleicht vorhanden sein, über die Wahrscheinlichkeit eines Volksaufstandes täuschte sich der König. Wir haben gesehen, wie ruhig sich das gute Volk von Berlin, welches an einen Aufstand in seiner großen Mehrheit wahrlich nicht dachte, selbst bei dem Ausmarsch des allgeliebten Majors von Schill verhielt. Noch waren die Berliner eines so thatkräftigen Enthusiasmus nicht fähig, dafür aber zeigten sie bei jeder Gelegenheit, wie dringend sie die Rückkehr des Hofes wünschten, wie theuer ihnen das Andenken an den König und die Königin sei.

Im Theater wurde jede in einem Stücke vorkommende Anspielung benutzt, um daran eine Demonstration zu knüpfen. So berichtet die Vossische Zeitung vom 7. Februar über eine Aufführung der Jungfrau von Orleans:

„Königliches Nationaltheater.

Den 3.: Die Jungfrau von Orleans.

„Mit dem Enthusiasmus des Talents wurde sie gegeben, mit dem Enthusiasmus des Gefühls aufgenommen. Das bekannte Stück schien neu; man lebte nicht in der Erinnerung, man sah die Gegenwart sich entfalten. Das Gedächtniß war nichts, der Augenblick Alles, und als das Volk auf dem Theater rief: „„Es lebe der König!““ waren Johanna und Carl verschwunden, und man sah nur den König, hörte nur das einstimmige „„Es lebe der König!““ Logen und Parterre, wie vom elektrischen Funken getroffen, schmolzen in Eins zusammen, und lange ertönte im Saale nichts, als das beständig wiederholte: Es lebe der König! Jeder Ausdruck, jede Aeußerung von Anhänglichkeit und Treue wurde lebendig aufgefaßt und lebhaft zurückgegeben. Im Aufzuge zu Rheims, in der Krönungshymne Domine Salvum fac regem, sah man den Einzug des Königs, hörte man das ihm bereitete Tedeum. Dergleichen Stücke, durch Parallele zur Wirklichkeit erhoben, durch Umstände in das Wesen der Monarchien verwebt, dürfen nicht oft gegeben werden; sie ergreifen, erschüttern, überwältigen zu sehr. Sie sind ein Genuß, den man mit dem Herzblute, mit einem Nervenerdbeben erkaufen muß.“

Der 10. März, der Geburtstag der Königin, wurde nicht nur durch ein offizielles Fest, welches der Gouverneur der Stadt, General-Lieutenant von L'Estocq, gab und zu dem er auch viele angesehene Einwohner Berlins einlud, sondern durch zahllose kleine Festlichkeiten in öffentlichen Lokalen und in Bürgerhäusern gefeiert. Im Theater wurde ein neues Ballet: „Das Opfer der Liebe“ gegeben, in welchem am Schluß das Standbild der Königin bekränzt und mit Blumen bestreut wurde.

Noch glänzender war die Feier des 3. August, des Geburtstags des Königs, sie wurde zu einem wahren Volksfest. Außer den üblichen Diners, Bällen, Festversammlungen und der Theatervorstellung wurden 4500 Arme festlich gespeist, die Stadtverordneten hatten zu diesem Behufe 1500 Thaler gesammelt. Am Abend war Berlin glänzend beleuchtet.

Weniger hervorragend als bei diesen Festlichkeiten bewiesen die Berliner ihren Patriotismus, als es galt, denselben mit dem Geldbeutel zu bewähren. Am 11. März 1809 erschien in der Vossischen Zeitung eine königliche Verordnung vom 12. Februar, welche viel böses Blut besonders unter den wohlhabenden Bürgern, die sie fast allein betraf, erregte.

Der König erklärte in dieser Verordnung, daß es zur Zahlung der Kriegskontribution an Frankreich nothwendig sei, das in ungemünzten edlen Metallen und in Juwelen im Lande todt liegende Kapital möglichst in Umlauf zu bringen und zu benutzen, da mit einer Veräußerung der Domänen und Forsten nur nach und nach vorgegangen werden könne. — Um die Metallvorräthe nutzbar zu machen, verordnete der König:

daß die Münzämter angewiesen werden sollen, goldenes und silbernes Geräthe anzukaufen;

II. das gegenwärtig vorhandene edle Metallgeräth, welches die Besitzer der Münze nicht verkaufen wollen, ist einer Abgabe von einem Dritttheil des Werthes und zu dem Ende einer Stempelung unterworfen; von Juwelen wird ein Sechstheil des Werthes entrichtet.

III. Alles künftig verarbeitete und verkaufte edle Metall wird mit einer Abgabe des vierten Theils vom Werth belegt und einer Stempelung unterworfen.

IV. Der Gebrauch einer mit Tressen von Gold oder Silber besetzten Kleidung für Bedienten ist nur gegen eine jährliche Abgabe von 5 Thalern gestattet."

Es wurde ferner bestimmt, daß für das Gold- und Silbergeräth, welches die Besitzer zu verkaufen wünschten, der Werth in neu auszugebenden Münzscheinen, also nicht in baarem Gelde, gezahlt werden sollte.

Die Verordnung machte in Berlin ein ungeheures Aufsehen. Gar viele wohlhabende Bürger hatten in der Kriegsnoth ihr Silbergeschirr und ihre Goldsachen als einen erst für den letzten Nothfall anzugreifenden Schatz aufbewahrt, jetzt sollten sie dasselbe, vielleicht ein liebes Erbtheil, vielleicht die Frucht langer Sparsamkeit, entweder theuer versteuern oder es hingeben gegen Münzscheine von einem höchst zweifelhaften Werth, denn es ließ sich voraussehen, daß die Münzscheine ebenso und sogar noch mehr im Course fallen würden, als die Tresorscheine traurigen Andenkens.

Die Besteuerung der Gold- und Silbersachen traf nicht das ganze Volk, sondern nur die Wohlhabenden, und diese, welche sich keineswegs durch einen besonders hohen Patriotismus auszeichneten, fühlten sich durch eine so ungerechte Belastung schwer gekränkt. In das Theater gingen sie wohl gern, dort zeigten sie durch stürmische Lebehochrufe auf den König, durch Klatschen bei jeder patriotischen Anspielung ihre Vaterlandsliebe, auch waren sie bereit, dies durch eine glänzende Beleuchtung ihrer Häuser bei einer Illumination, durch Festessen u. s. w. zu thun, aber von ihrem Silbergeschirr, ihrem Gold- und Juwelenschmuck trennten sie sich eben so ungern, wie sie ihn besteuern ließen.

Damals wurden in Berlin eben so viele Silber- und Goldsachen vergraben, wie zur Franzosenzeit, man hielt die Schmucksachen fast noch geheimer, als damals; mußten doch die reichen Defraudanten fürchten, daß ihre Diener sie belauerten und zur Anzeige brachten, denn das Gesetz bestimmte, daß jeder verhehlte Schmuck konfiszirt werden und daß in den Werth desselben sich der Denunziant und die Ortsarmenkasse theilen sollten; der Defraudant aber sollte gezwungen werden, den doppelten Abgabebetrag zu zahlen, sein Name fiel außerdem der schmachvollen Veröffentlichung durch die Zeitungen auf seine Kosten anheim.

Die Vossische Zeitung vom 21. März 1809 geißelte den Egoismus Derer, welche ihr Gold versteckten, um es nicht zu versteuern, durch folgendes Gedicht:

Hier, hier ist Gold —
Hier sind Juwelen — Schmelzt mein Silber ein —
Verkauft, verpfändet meine Schlösser — leihet
Auf meine Güter u. s. w.
Für seinen König muß das Volk sich opfern,
Das ist das Schicksal und Gesetz der Welt.
Nichtswürdig ist die Nation, die nicht
Ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre u. s. w.

Wie sehr sind nicht die schönen Verse hier
Aus Schiller's Jungfrau im Theater oft
Mit ungestümem Beifall applaudirt —
Und jetzt — O Egoismus, Geist der Hölle,
Wie Vieler Herzen hast du nun verkehrt!
Bleich, zitternd schleichen sie mit ihren Schätzen,
Sich selbst entehrend, einem Dämon zu,
Ihm feil zu bieten Vaterland und Ehre,
Und Silber. Ihr habt kein Vaterland! —
Der Egoismus ist es, dem Ihr huldigt
Und heimlich vorwurfsvoll die Knie beugt. —
Bedauert sie, ihr Edlen, deren Busen
Von Ehr' und Vaterlandesliebe schwillt,
Und die Ihr Eure Pflichten treu erfüllt,
Mit Hoheit fühlt Ihr Euren bessern Werth.
Mit reinem Herzen freut Ihr Euch des Opfers,
Das jetzt das Vaterland von Euch begehrt —
Und kommt er endlich, unser Landesvater,
So theilt Ihr, nicht aus Neugier blos, den Jubel,
Nein, herzlich froh seid Ihr, denn Ihr seid Seiner werth.

Das Gedicht war gewiß sehr wohlgemeint, aber es fruchtete nicht mehr, als eine Reihe von Aufsätzen, welche in den verschiedenen Zeitungen erschienen und zum opferfreudigen Patriotismus mahnten. Gerade die Reichsten zeigten sich am wenigsten bereit, Opfer zu bringen, die Summe der von den reichen Bürgern eingelieferten oder versteuerten Gold- und Silbersachen blieb weit hinter der Erwartung zurück, welche man von dem Gold- und Silbersitz Berlins hegen konnte.

Im grellen Gegensatze zu der betrügerischen Selbstsucht, welche die reichen Berliner bei dieser Gelegenheit zeigten, stand der festliche Empfang, den der König in seiner Residenzstadt erhielt, als er endlich in dieselbe einzog.

Elftes Kapitel.

Der Umzug des Hofes von Königsberg nach Berlin. — Die Reise des Königspaares. — Kosten der Reise. — Die Einzugsfeierlichkeiten.

Der Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich war beendet. Von der Gefahr einer Gefangennahme des Königs konnte jetzt keine Rede mehr sein, denn Napoleon hatte, nachdem Preußen sich durchaus neutral verhalten, keine Veranlassung,

feindlich vorzugehen. Er beruhigte Friedrich Wilhelm III. sogar durch einen eigenhändigen Brief über alle etwaigen Besorgnisse. Ebenso wenig war Veranlassung, noch ferner einen Volksaufstand zu befürchten. Der König beschloß deshalb gegen Ende des Jahres 1809, endlich dem so dringend ausgesprochenen Wunsche der Berliner, welchem sich auch seine sämmtlichen Hofleute, die weit lieber in Berlin, als in Königsberg wohnten, anschlossen, die Erfüllung zu gewähren.

Im Anfange des Dezember 1809 begann der Umzug des Hofes von Königsberg nach Berlin. Am 8. und 13. Dezember trafen die Prinzen Heinrich und Wilhelm, die Brüder Friedrich Wilhelms III., in der Residenz ein. Ihnen folgten verschiedene Behörden und einzelne Hofleute. Am 9. Dezember verließ der Leibarzt des Königs, Hufeland, mit den kleineren königlichen Kindern und deren Gefolge Königsberg, bald folgten auch die älteren Prinzen und Prinzessinnen. Alle fuhren indeß nur bis nach Freienwalde, wo sie das Königspaar erwarteten, um mit ihm gemeinschaftlich die Reise nach Berlin fortzusetzen.

Endlich war Alles vorbereitet, so daß auch der König und die Königin die Reise nach Berlin antreten konnten. Am 15. Dezember 1809 verließen sie die ostpreußische Residenz, in welcher sie so schwere Tage verlebt hatten, am 22. trafen sie in Freienwalde ein. Es war bestimmt, daß sie am folgenden Tage die Reise nach Berlin weiter fortsetzen sollten.

In neun Tagen hatte das Königspaar einen Weg von 88 Meilen gemacht. Nach den Verhältnissen jener Zeit war die Reise schnell genug gegangen, wenn wir bedenken, daß der König und die Königin unterwegs in allen Städten festlich empfangen wurden,*) daß sie gezwungen waren, unzählige Festreden und feierliche Begrüßungen mit anzuhören, wenn wir ferner die große Schwerfälligkeit, die durch die zahlreiche Begleitung hervorgebracht wurde, in Betracht ziehen. Einige Zeilen werden uns hiervon ein Bild geben.

„Auf jeder Station waren für die 36 Wagen des Königs und seines Gefolges allein 222 Pferde erforderlich, außerdem für den Fourierjäger noch 2 Wagenpferde und für 2 Fourierjäger und 3 Vorreiter 5 Reitpferde, zusammen 229 Pferde, ohne die sonst gestellten Reservepferde.

„Diese ganze Reise hatte außer den Anstrengungen der Provinzen, die durch solche berührt wurden, dem Könige 11,600 Thlr. 8 Gr. 10 Pf. gekostet.“ **)

Ueber den festlichen Empfang, welchen der König und die Königin in Berlin fanden, liegt uns von einem trefflich unterrichteten Manne, dem Wirklichen Geheimen Rathe von Bassewitz, eine ausführliche Darstellung vor. Wir wollen sie unsern Lesern mittheilen; es wird ihnen jedenfalls interessant sein, da sie in letzter Zeit selbst so manchen feierlichen Einholungen beigewohnt haben, die Festlichkeiten jener Zeit mit denen der unsrigen zu vergleichen.

„Am 23. Dezember trat das Königspaar, im Gefolge der älteren Prinzen und Prinzessinnen, seine Reise nach Berlin an. In Weißensee wurde dasselbe vor dem zu einer Ehrenpforte reich umgestalteten Portal des schön mit Blumen und Kränzen ausgeschmückten Landhauses des Ober-Hofbauraths Moser durch eine Deputation von acht Stadtverordneten Berlins, an deren Spitze sich der Geheimrath Büsching als Deputirter des Magistrats befand, empfangen und gebeten, ein Frühstück in jenem Hause einzunehmen. Die Königlichen Herrschaften nahmen dies an, verließen ihre Reisewagen und gingen auf einem, mit Blumen bestreuten Moosteppich innerhalb der reich mit Guirlanden geschmückten Allee in's Haus des Moser. Dort wurden sie von 12 jungen Mädchen der Stadt Berlin und der Tochter des Weißenseer Gutsbesitzers von Schenkendorf bewillkommnet, und von der Tochter des Bürgermeisters Büsching ihnen die Gefühle der Berliner Einwohner bei ihrer Rückkehr durch ein Gedicht ausgesprochen, auch solches, schön geschrieben, auf einem grünen Kissen mit reichen Emblemen verziert, die vom Rector Frisch entworfen und vom Professor Schumann gemalt waren, überreicht.

Nach dem Frühstück besahen die hohen Herrschaften den Staatskutschwagen und die dazu gehörigen 4 Paar Geschirre, welche die Stadt der Königin verehrt und welchem der Königliche Marschall 8 preußische Pferde in den bemerkten geschmückten Geschirren vorgelegt hatte.

Dann bestieg die Königin den Kutschwagen nebst ihrer Tochter Charlotte, ihrem Sohne Karl, ihrer Schwestertochter Friederike und der Oberhofmeisterin Gräfin von Voß, um darin ihren Einzug in Berlin zu halten. Der König aber setzte sich zu Pferde und besah in Begleitung des Gouverneurs von Berlin, Generals-Lieutenants von L'Estocq, und der sonstigen, nicht zu der Garnison von Berlin gehörigen Offiziere, die in dieser Gegend 200 Schritte von der Chaussee unter Führung des General-Lieutenants Grafen Tauenzien aufgestellten, damals in Berlin theils garnisonirenden, theils kantonnirenden Truppen. Nach dieser Besichtigung und dem Parade-Vorbeimarsch der Truppen, welchem die Königin im Wagen mit beiwohnte, wurde der Einzug des Königspaars nach Berlin in folgender Art angetreten:

1) Voraus ritten 3 Trompeter, welchen 24 Postillone unter Anführung von 5 Postsecretairen folgten.

2) Hinter diesen kamen, unter Anführung des Altmeisters, die Schlächtermeister und Gesellen dieser Zunft, nach gewohnter Weise stattlich uniformirt, zu Pferde. Ihre Musik bestand aus 8 Trompetern und einem Pauker, gleichfalls zu Pferde.

---

*) Seine ursprüngliche Absicht, jeden Festempfang zu vermeiden, hatte der König aufgegeben; er glaubte dieselbe jetzt, da die Gefahr eines Krieges nicht mehr drohte, nicht aufrecht erhalten zu können.

**) von Bassewitz: Die Kurmark Brandenburg in den Jahren 1809 und 1810.

3) Dann eine Abtheilung es berittenen Schützencorps.

4) Hierauf der General-Lieutenant Graf Tauenzien.

5) Das Regiment Garde du Corps.

6) Der König allein. Hinter ihm folgten seine Söhne, der Kronprinz und Prinz Wilhelm, Prinz Friedrich, Sohn seines verstorbenen Bruders Ludwig, seine Brüder Heinrich und Wilhelm und deren gesammtes Gefolge.

7) Hierauf 2 reitende Königl. Feldjäger, denen 6 Königl. Stalloffizianten in Galla-Uniform folgten.

8) Die Königin im vorbeschriebenen, ihr geschenkten Kutschwagen. Neben den Gespannen ritten zu beiden Seiten und hinter dem Wagen eine Abtheilung des Schützenkorps, die beiden Schützenmeister Möhring und Dehül aber neben den beiden Kutschenschlägen.

9) Diesem folgte ein sechsspänniger Königl. Gallawagen mit den Hofdamen der Königin.

10) Dann kamen die sämmtlichen, bei Weißensee aufgestellt gewesenen Truppen, denen vorangingen 2 Bataillone Garde unter Anführung des Oberstlieutenants von Kessel und welche geschlossen wurden durch 2 reitende und 2 Fußartillerie-Batterieen (zusammen 32 Geschütze) unter Anführung des Chefs der gesammten Artillerie, Prinz August von Preußen.

11) Hierauf folgten die 21 Compagnien Bürgergarde und 28 Bürgercompagnien, welche auf den Straßen die Chaine gebildet hatten und sich nach dem Vorbeimarsch der Truppen in Zügen an selbige anschlossen.

12) Auf dem Alexanderplatz waren die Gewerke mit ihren Fahnen und anderen, ihnen eigenthümlichen Insignien unter Anführung ihrer Altmeister und Altgesellen aufgestellt, die sich gleichfalls dem Festzuge anschlossen und solchen beschlossen.

Unmittelbar außerhalb des jetzigen Königsthores (damals Bernauer genannt*), welches festlich ausgeschmückt und mit einer Compagnie Bürgergarde besetzt war, wurde der König vom Magistrate, den Stadtverordneten und der gesammten Geistlichkeit Berlins unter Glockengeläute von allen Kirchen erwartet und vom Ober-Bürgermeister von Gerlach durch eine kurze, aber sehr gediegene Anrede bewillkommnet. Se. Majestät erwiderten huldvoll und schlossen mit der Versicherung, daß das Wohl der Stadt Ihnen stets am Herzen liegen werde. Eben diese Bewillkommnung erfolgte auch gegen die Königin, welche zu diesem Zwecke den Schlag ihres Kutschwagens hatte öffnen lassen und die Anrede des von Gerlach in den gnädigsten Ausdrücken beantwortete.

*) Im Andenken an den festlichen Einzug des Königs erhielt die Bernauer Straße und das Bernauer Thor die Namen Neue Königsstraße und Königsthor. Der Polizei-Präsident Gruner machte dies am 20. April 1810 bekannt. Anm. d. Verf.

Auch der Prediger Rolle von der Sanct Georgenkirche, in dessen Sprengel sich die Königin befand, trat vor und drückte ihr die Gefühle der Geistlichkeit und seiner Gemeinde bei ihrer Rückkehr aus, worauf vier Töchter dieser Kirchengemeinde ihr zwei Exemplare eines Gedichts auf einem reich gestickten Kissen übergaben, und die eine derselben ihr zugleich die Gefühle der Einwohner Berlins am heutigen Tage mit einigen Worten aussprach. Diese Worte waren:

Laß Dich von Unschuld und von Lieb' empfangen,
O Mutter! Allverehrte Königin!
Erhört ist unser innigstes Verlangen,
Und dankend blicken wir zur Gottheit hin.
Heil uns! das erste herzliche Willkommen
Bringt Dir durch uns die treue Königstadt —
O, würde gnädig von Dir angenommen,
Was sie in Demuth Dir geopfert hat!

Die Königin dankte huldvoll und fuhr zur Stadt hinein, wo alle Thürme mit weißen großen Fahnen geschmückt waren, und schloß sich dem Zuge des Königs wieder an. Bei dem unablässigen Freudenruf des Volkes und dem begrüßenden Winken mit Tüchern aus den mit Zuschauern überfüllten Fenstern der Straßen waren König und Königin sehr bewegt und dankten gerührt nach allen Seiten auf's Freundlichste. Als Allerhöchstdieselben beim Königlichen Palais anlangten, marschirten die Garden in Parade auf, salutirten und ließen Marsch schlagen, während die Königin im Palais abstieg. Dort wurden König und Königin von entgegenkommenden Mitgliedern der Königlichen Familie empfangen (worunter sich auch der Vater der Königin, Herzog von Mecklenburg-Strelitz, befand), und trafen sie die gesammte Dienerschaft auf dem Flur, die Hofchargen aber, sowie den Hofmarschall mit seinem Personale im ersten Zimmer. Nachdem das Regiment Garde du Corps seine Standarte im Palais abgegeben hatte, setzte sich der König wieder zu Pferde und ließ die sämmtlichen Truppen bei sich vorbei defiliren. Vom Balkon des Palais sahen das Königspaar und die übrigen Herrschaften der Königlichen Familie den Rest des Zuges, die Bürgergarde, die Bürgerkompagnien und die Gewerke vorbeiziehen.

Hierauf speis'ten der König und die Königin beim Prinzen Ferdinand, ihrem Großoheim, und ertheilten nach ihrer Zurückkunft im Palais dem französischen Gesandten, Grafen St. Marsan, Audienz.

Mit Einbruch der Nacht war die ganze Stadt erleuchtet und auf Veranlassung des Prinzen August Ferdinand das dem Palais gegenüber liegende Zeughaus glänzend beleuchtet. In dem von der Stadt der Königin geschenkten Wagen nahm das Königspaar die Erleuchtung mehrerer der vornehmsten Straßen in Augenschein.

Nach ihrer Rückkehr ward ihnen von allen in Berlin anwesenden Offizieren unter Anführung des Prinzen August Ferdinand und des General-Lieutenants Grafen Tauenzien ein dreimaliges Vivat gebracht, welches die Feldmusik aller an-

wesenden Regimenter mit einer Serenade begleitete.

Von dem schönsten Wetter war dieser Tag und Abend begünstigt, die Volksmenge betrug sich höchst anständig, so daß weder in den Straßen, noch im gedrängten Nationaltheater, wo „der dankbare Sohn" und „das Opfer der Liebe" gegeben wurde, ein Unglück sich ereignete. Der König äußerte sich deshalb am 24. Dezember sehr gnädig und mit großer Rührung gegen den Ober-Präsidenten Sack, welcher dies auch bekannt machte."

Zwölftes Kapitel.

Die Königin Louise. — Trübe Stimmung der Königin. — Iffland und die Königin. — Der alte Erman auf dem Ordensfest. — Todesahnungen der Königin. — Die Tage des Glücks in Paretz. — Der Besuch der Königin im Vaterhause. — Der letzte Brief der Königin, ihre Krankheit. — Der alte Heim. — Friedrich Wilhelm III. am Sterbebett seiner Gemahlin. — Tod der Königin. — Die Reise der Leiche nach Berlin. — Die Parade-Ausstellung des Sarges. — Die Beisetzung im Dom. — Trauer des Königs. — Der Maler Ternite und der König. — Bemalte Büsten. — Rauch's Meisterwerk.

Bei den zahlreichen Festen, welche zur Feier des Einzuges stattfanden, zeigte die Königin Louise nicht die herzliche Fröhlichkeit, durch welche sie in früherer Zeit der Mittelpunkt aller Hoflustbarkeiten gewesen war. Wohl freute sie sich, daß sie endlich wieder nach Berlin hatte zurückkehren können, daß sie ihre Lieblingsorte Charlottenburg und Paretz bald wiedersehen sollte, aber sie vermochte es nicht mehr, sich ganz dem Gefühle des Glückes hinzugeben; der Schatten der trüben Vergangenheit lag über den Festen der Gegenwart.

Gegen die alten Freunde, welche sie in Berlin wiedersah, zeigte die Königin freilich nichts von dem Trübsinn, der sie seit längerer Zeit unfähig machte, ein Vergnügen recht froh und ohne Nebengedanken zu genießen; gegen sie war die schöne und liebenswürdige Frau nicht minder freundlich und herzlich, als jemals, sie wußte deshalb auch die Herzen wie immer zu fesseln, da sie es verstand, Jedem, der in ihre Nähe kam, etwas Angenehmes zu sagen, da sie gegen Alle, welche in schwerer Zeit dem Könige treu geblieben, eine fast rührende Dankbarkeit offen zeigte.

Als sie das erste Mal das Theater wieder besuchte, ließ sie Iffland in ihre Loge rufen und zollte sie ihm ihren Dank für jenen Geburtstagswunsch, den er so sinnig unter der französischen Herrschaft der Gefahr trotzend, ihr geweiht hatte. Am nächsten Ordensfeste erhielt er außerdem vom Könige den rothen Adlerorden. Noch niemals war bis jetzt ein Schauspieler mit einem Orden belohnt worden.

Der alte Prediger Erman wurde von der Königin noch mehr ausgezeichnet. Sie hatte das kühne Wort vernommen, welches Erman für sie gegen Napoleon ausgesprochen hatte. Als nun das Ordensfest des Jahres 1810 kam, zu welchem auch Erman eingeladen war, ließ sich die Königin ein Glas Wein reichen, mit diesem trat sie zu Erman und bat ihn, mit ihr anzustoßen; sie sagte: „Ich kann mir die Genugthuung nicht versagen, mit dem Ritter auf sein Wohl anzustoßen, der den Muth hatte, eine letzte Lanze für die Ehre seiner Königin zu brechen, als alle Andern schwiegen."

Bei den Festlichkeiten, welche sich in den ersten Tagen des Einzuges einander jagten, that sich die Königin wohl den Zwang an, fröhlich mit den Fröhlichen zu sein, ein freundliches Gesicht zu zeigen, damit sie das Vergnügen Anderer nicht störe; wenn sie aber allein war, überließ sie sich oft der trübsten Stimmung.

Seit dem Tilsiter Friedensschluß hatte sie sich nie mehr mit vollem Herzen der Freude hingeben können, der Schmerz über das Unglück des Landes drückte ihren natürlichen Frohsinn nieder und auch körperliches Unwohlsein trug dazu bei, ihre Stimmung noch trüber zu machen.

Schon auf der Reise nach Petersburg hatte sie sich nicht ganz wohl gefühlt, auch in Königsberg, wo sie ihrem letzten Kinde, dem Prinzen Friedrich Heinrich Albrecht, am 4. Oktober 1809 das Leben gab, kränkelte sie oft.

Nach ihrer Genesung wurden die Vorbereitungen zur Rückkehr nach Berlin getroffen. Sie freute sich auf diese Reise, aber daß auch diese Freude nicht frei von Schmerz war, zeigen die Worte, welche sie in ihr Tagebuch schrieb:

„So werde ich denn bald wieder in Berlin sein, und zurückgegeben so vielen treuen Herzen, welche mich lieben und achten. Mir wird es bei dem Gedanken ganz beklommen vor Freude und ich vergieße so viele Thränen hier, wenn ich daran denke, daß ich Alles auf dem nämlichen Platze finde, und doch Alles so ganz anders ist, daß ich nicht begreife, wie es dort werden wird. — Schwarze Ahnungen ängstigen mich; immer möchte ich allein hinter meinem Schirmleuchter sitzen, mich meinen Gedanken überlassen; ich hoffe, es soll anders werden."

Als die Königin nun wieder nach Berlin zurückgekehrt war, besserte sich ihre Stimmung nicht, dieselben trüben Ahnungen, welche sie oft in Königsberg gequält hatten, peinigten sie auch in Berlin. Bei der Festfeier ihres Geburtstages im März 1810 war sie so unruhig bewegt, daß sie dies, trotz der Freude über die Herzlichkeit, mit der der König und der ganze Hof sie beglückwünschten, nicht verbergen konnte.

Zu einer Vertrauten sprach sie: „Ich glaube, es ist das letzte Mal, daß ich meinen Geburtstag feiere; ich kann mich nicht mehr so freuen, wie sonst, wenn ich auch dankbar für alle Beweise der Liebe und Theilnahme bin, die ich hier erhalte."

Ihre Gesundheit war in jener Zeit sehr schwankend, oft kränkelte sie. Einmal war sie sogar ernstlich krank am Brustkrampf. Gegen Ende April schien sich indessen ihr Zustand zu bessern. Der König führte deshalb seine Gattin nach Potsdam, hier sollte sie den Sommer zubringen, um in der schönen freien Natur wieder zu erstarken. In Potsdam erholte sie sich schnell, sie fühlte sich dort außerordentlich wohl, und auch in Paretz verlebte sie wieder mit dem Könige einige glückliche Tage. Eylert schildert uns diese:

„Es war im Frühling 1810, die Wiesen waren wieder grün, die Bäume blühten, die Schwalben durchschwirrten die helle Luft, die Nachtigallen schlugen, die Störche waren wieder da und gingen auf und ab; ein warmer, erquickender Hauch wehte sanft durch neu belebte Felder, Fluren und Gärten. Der König und die Königin eilten voll heiterer Sehnsucht nach ihrem lieben stillen Paretz. Es war kurz vor ihrer gewünschten Reise nach Mecklenburg, also das letzte Mal, daß sie dort war. Sie begrüßte wieder an der Seite ihres geliebten Gemahls die trauten Stätten alle, wo sie so oft glücklich gewesen war, und vergaß das Unglück, das sie inzwischen betroffen. Der einsame, stille, angenehme Ort war derselbe geblieben; dieselbe die in ihrem festen Kreislauf ewige Natur, geschmückt mit frischer, immer von Neuem blühender Kraft. Beide gingen Arm in Arm auf und ab, und genossen, was dem reinen Herzen nicht genommen werden kann. Am längsten ruhten und verweilten sie an dem Orte, den sie besonders liebte, da, wo die Aussicht im Parke sich aufthut und man eine offene An- und Fernsicht auf die im malerischen Farbenspiel daliegenden üppigen Wiesen und die fernen Kirchdörfer hat, deren Glockentöne, getragen von sanften Lüften, geisterhaft herüberhallen. Hie und da sieht man im hellen Lichte den Havelstrom durchschimmern, auf demselben schwimmen still und ruhig Schiffe mit gefüllten Segeln und hohen Masten. In der umschatteten, halbdunkeln, auf dieser Stelle gelegenen Grotte war die Königin oft und gern gewesen, hier hatte sie oft gesessen und an den frohen Spielen ihrer Kinder Freude gehabt; hier hatte sie in stiller, froher Einsamkeit manches unterhaltende Buch gelesen; hier war in seliger Lust sie oft mit dem Könige auf und ab gegangen. Hier war es auch, wo sie — ach! sie ahnte es nicht — zum letzten Male in der wohlthuenden sanften Stimmung der Wehmuth einen schönen Frühlingsabend genoß, sie konnte sich nicht von diesem lieben Orte trennen, und als beim Untergang der Sonne der König daran erinnerte, daß es Zeit zum Aufbruche sei, bat sie, um den Aufenthalt zu verlängern, daß sie nicht erst zu dem entfernt liegenden Schlosse zurückzugehen brauchten, sondern die Wagen auf der nahen Landstraße heranfahren und sie sich da hineinsetzen könnten. Ehe dies bestellt und geschehen, verging noch einige Zeit, wo die Königin an dem prächtigen Schauspiele der untergehenden Sonne ihre stille Erbauung hatte. Sie stand auf, faßte den König an — an seinem Arme ging sie langsam und sinnend den Steig zum Fahrweg hinab, durch die Pforte zu dem vorgefahrenen Wagen; es war das letzte Mal, daß sie in Paretz war; sie sah es nie wieder!"

Seit langer Zeit hatte die Königin den großen Wunsch gehabt, ihrem Vater einen Besuch zu machen, die politischen Ereignisse waren indessen der Erfüllung stets entgegengetreten. Jetzt endlich war es möglich, die Reise anzutreten. Am 25. Juni reiste die Königin ab, sie wollte acht Tage in Strelitz verweilen.

Von ihrem Vater und ihren Geschwistern wurde sie mit der höchsten Liebe empfangen, auch ihre alte, 81jährige Großmutter war hoch beglückt, die geliebte Enkelin endlich wieder zu sehen. Am 28. Juni kam auch Friedrich Wilhelm III. in Strelitz an, er wollte einige Tage mit der Gattin in deren Heimath verleben, und diese Tage waren eine kurze Zeit des Glückes vor der schwersten Prüfung.

Die Königin Louise war so heiter wie sie seit Jahren nicht gewesen. Zu ihrem Bruder sagte sie, als ihr Gatte angekommen war: „Nun erst, lieber Georg, bin ich ganz glücklich!" Dann setzte sie sich an den Schreibtisch ihres Vaters und dort schrieb sie ein kurzes Briefchen:

„Mein lieber Vater! Heut bin ich sehr glücklich, denn ich bin Ihre Tochter und die Frau des besten der Männer.

Neu-Strelitz, 28. Juni 1810. Luise."

Es war der letzte Brief den sie schreiben sollte.

Am Abend des Tages, an welchem Friedrich Wilhelm in Neu-Strelitz angekommen war, wurde eine Lustpartie nach dem Schlosse Hohen-Zieritz gemacht. Unterwegs erkrankte die Königin. Am folgenden Tage jedoch schien es, als ob es besser mit ihr gehe, indessen blieb sie doch krank genug, so daß der Leibarzt Hieronymi ihr nicht erlauben konnte, den König, wie sie es gewünscht hatte, nach Rheinsberg zu begleiten.

Am 2. Juli schien das Befinden der Königin sich so sehr zu bessern, daß Friedrich Wilhelm, der dringende Geschäfte in Berlin hatte, sich entschloß, am 3. dorthin abzureisen. Aber die Hoffnung auf eine Genesung war trügerisch. Die Kräfte der Kranken nahmen mit jedem Tage mehr und mehr ab, häufige Ohnmachten waren ein gefährliches Anzeichen.

Als Friedrich Wilhelm die Nachricht von der immer bedenklicher werdenden Krankheit seiner Gemahlin empfing, lag er selbst von einem heftigen Unwohlsein befallen, in Charlottenburg. Er schickte augenblicklich den berühmtesten Arzt Berlins, Dr. Heim,*) und den General-Chirur-

*) Der damals schon alte Geheimrath Heim war einer der beliebtesten Männer Berlins. Durch seine rege Pflichttreue, seine Wohlthätigkeit, seine

gus Görke nach Hohen-Zieritz, die beiden berühmten Aerzte sollten in Gemeinschaft mit dem Dr. Hieronymi die Kranke behandeln.

Die beiden Berliner Aerzte vermochten ebenfalls nichts gegen die Krankheit, welche sich als ein organisches Leiden zeigte, zu thun. Immer heftiger wurden die Erscheinungen, die Sehnsucht der Königin nach ihrem Gemahl und ihren Kindern, ihre Besorgniß um die Krankheit Friedrich Wilhelm's übten außerdem einen üblen Einfluß aus. Wohl suchte sie die trüben Stimmungen, welche sie oft ergriffen, ihren Umgebungen zu verheimlichen, sie zwang sich, heiter zu erscheinen, aber oft genug überwältigte sie doch der Schmerz. Ihre Schwester, die Prinzessin von Solms, welche sie stets ausnehmend geliebt hatte, war ihre treueste Pflegerin.

Am Montag, den 16. Juli, gegen 8 Uhr Morgens, wurde die Königin von einem heftigen Brustkrampf befallen. Fünf Stunden lang schwebte sie in Lebensgefahr. Eilboten gingen an den König ab, um diesem die traurige Nachricht zu melden. Heim, der nach Berlin zurückgereist war, wurde wieder gerufen, andere bedeutende Aerzte folgten ihm. In Uebereinstimmung mit dem Dr. Hieronymi erkannten sie, daß die Krankheit ein organischer Herzfehler sei, daß ihr Ausgang einen baldigen Tod erwarten lasse.

Die Königin selbst wußte zwar nichts von der Gefahr, in welcher sie schwebte, wohl aber fühlte sie dieselbe in banger Vorahnung. Sie litt entsetzlich. Oft rief sie angstvoll: „Luft! Luft!" und einst, als sie sich tief ermattet fühlte, sagte sie schmerzlich: „Ich bin wohl eine Königin, aber ich habe nicht die Macht, auch nur meinen Arm zu bewegen!"

---

ausgezeichneten ärztlichen Leistungen hatte er sich die höchste Achtung der gesammten Bürgerschaft erworben. Seine Derbheit, sein oft treffend schlagender Witz machten ihn zum Liebling der Berliner. Unzählige Geschichtchen wurden vom alten Heim erzählt, wie er hier einen unverschämten vornehmen Patienten abgetrumpft und beschämt, dort dagegen aber einen armen unglücklichen Kranken nicht nur geheilt, sondern auch reich beschenkt und aus der bittersten Noth gerettet habe. Eylert berichtet über ihn:

„Heim war ein geborener Arzt; als solcher hatte er einen richtigen, scharfen Blick, er durchschaute den ganzen Menschen, und viele Krankheiten erkannte er richtig schon durch den Geruch, und er überschaute mit seinen gesunden, fröhlichen Sinnen jedesmal den vorliegenden Zustand mit allen seinen Symptomen. Einst wurde er zu einem Bürger gerufen, den, an der Mundklemme leidend, schon die Aerzte aufgegeben hatten. Heim, der aufmerksam den Kranken betrachtete, fragte die Ehefrau: „ob ihr Mann vor kurzer oder längerer Zeit sich verwundet hätte?" Die Frau antwortete: „Daß ich nicht wüßte. Doch fällt mir eben ein, daß er, bei einer Schmiede vorübergehend, in einen Radnagel getreten und sich den Plattfuß verwundet hat; doch war dies bald durch ein aufgelegtes Pflaster geheilt." Heim, nachdem er den Fuß besehen, schnitt alsbald in die Kreuz und Quere hinein, so daß Blut erfolgte. Es währte nicht lange, so konnte der Patient wieder den Mund öffnen und Heim stellte ihn glücklich wieder her. So wurde er der Wohlthäter vieler Tausender. Es ist unbegreiflich, wie er in einer so weitläufigen Stadt 40—80 Krankenbesuche bestreiten konnte; aber ihm, immer heiter, ging Alles, was er vorhatte, flugs von Statten. Man sah ihn ebenso vergnügt in die Hütten der Armen kriechen, als in die Paläste der Reichen gehen. Darum war er auch der Liebling des Volkes. Darum, weil er im Volke und für dasselbe lebte, hatte er in seinem ganzen Sein und Wesen etwas Freies und Lakonisches, was ihn, dem die Jovialität zur andern Natur geworden, auch dann nicht verließ, wenn er mit den höhern und höchsten Ständen umging. Er war Leibarzt der Prinzessin Amalie, der Königin der Niederlande, des Kurfürsten von Hessen, während ihrer Anwesenheit in Berlin, und der Prinzessin Ferdinand. Diese hohe Frau hatte einen vortrefflichen, biederen, gutmüthigen Charakter; sie und ihr Hof hatten aber noch die Färbung von Friedrich dem Großen, der alle Leute Er nannte. Es fiel folgende charakterisirende Scene vor. Die Prinzessin sitzt in einem prächtigen Audienzsaale in einem Sopha und besieht durch ein Vergrößerungsglas von der Fußsohle bis zum Scheitel den geforderten, vorgelassenen und eingeführten Heim. „Tret' Er näher!" spricht sie und fährt dann fort: „Ich höre von Seiner Geschicklichkeit und von Seiner großen und glücklichen Praxis sehr viel Rühmliches. Ich bin darum entschlossen, Ihn zu meinem Leibarzt zu ernennen; und solches habe ich Ihm kund thun wollen." „Ew. Königl. Hoheit danke ich für Ihr Vertrauen; aber die Ehre, Ihr Leibarzt zu sein, kann ich nur unter Bedingungen annehmen." Dies sagt Heim nach seiner Gewohnheit in einem heiteren, jovialen Tone. Lachend sagt die Prinzessin: „**Bedingungen**? die hat mir in meinem ganzen Leben noch Niemand gemacht." „Nicht?" antwortet Heim scherzend, „dann ist es hohe Zeit, daß Sie das lernen." „Nun," erwidert sie, „ich bin neugierig, diese Bedingungen kennen zu lernen; laß Er hören!" „Die erste ist," antwortet Heim humoristisch, „daß Ew. Königliche Hoheit mich nicht Er nennen, das ist nicht mehr an der Zeit; der König thut das nicht, selbst meinen Bedienten nenne ich nicht Er. Die zweite Bedingung ist, daß Sie mich dann nicht, wie so eben geschehen, so lange antichambriren lassen; ich habe keine Zeit zu verlieren, der längste Tag wird mir stets zu kurz. Die dritte ist, daß Ew. Königliche Hoheit mir nicht so nach den Füßen sehen; ich kann nicht en escarpins, sondern nur in Stiefeln und im bequemen Oberrock kommen. Die vierte ist, daß Sie nicht verlangen, ich soll zu Ihnen zuerst kommen; ich komme nach Beschaffenheit der Krankheit, nach Lage der Straßen und Häuser. Die fünfte ist, daß Sie mich nicht zu lange aufhalten und nicht von mir verlangen, ich soll mit Ihnen von der wetterwendischen Politik und von Stadtneuigkeiten schwatzen, dazu habe ich keine Zeit. Endlich die sechste, daß Sie mich, weil Sie eine Königliche Hoheit sind, königlich honoriren."

Solcher Geschichten wußte man viele von Heim zu erzählen, aber gerade dieser genialen Derbheit wegen liebte das lustige Berliner Volk den trefflichen Mann.

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag kehrten die Brustkrämpfe in verstärktem Grade wieder. Angstvoll sagte sie zu dem Geheimen Rath Heim: „Meine Beklemmung ist so groß, wenn ich nur nicht einmal bei diesem Krampf bleibe, es wäre doch hart, wenn ich sterben sollte — der König und die Kinder!"

Morgens 4 Uhr am 19. Juli kam Friedrich Wilhelm, der ununterbrochen, sogar die Nacht gefahren war, mit dem Kronprinzen und dem Prinzen Wilhelm an. Seine erste Frage an die Aerzte war: „Wie geht es ihr?" Er erhielt die trübe Antwort: nach menschlichem Ermessen sei keine Hoffnung mehr. Er war tief schmerzlich ergriffen, und als die alte Großmutter der Königin ihn zu trösten suchte, ihm sagte: Gott sei ja allmächtig, bei ihm kein Ding unmöglich, er könne noch Hülfe senden, wenn auch keine menschlische Hülfe mehr wäre, da gab er die bittere, verzweifelte Antwort: „Sie würde leben, wenn sie nicht mein wäre, da sie aber meine Frau ist, stirbt sie gewiß."

Er trat an das Sterbebett der Gattin, er umarmte sie; so tief aber war er vom Schmerz ergriffen, daß er zitterte, daß er nicht sprechen konnte. „Was bist Du denn so traurig," fragte sie ihn liebevoll, „steht es denn so gefährlich mit mir?" Er zwang sich, den Schmerz zu verbergen, zitternd suchte er sie zu beruhigen: nur deshalb, weil er sie so sehr leiden sehe, sei er so bewegt. Er erzählte ihr, daß er die beiden Söhne Fritz und Wilhelm mitgebracht habe. Darüber war die Kranke hoch erfreut.

Friedrich Wilhelm vermochte die Thränen kaum mehr zurückzuhalten, er verließ das Krankenzimmer unter dem Vorgeben, daß er die Söhne holen wolle.

Die Königin schaute ihm nach. Als er sie verlassen, wendete sie sich an ihre Kammerfrau. „Wie freue ich mich, daß er hier ist," sagte sie zu ihr, „aber doch hat mich seine Erscheinung tief erschüttert, er hat mich so heftig und stürmisch umarmt, als wollte er mir Lebewohl sagen, als sei es das letzte Mal, als müßte ich ganz gewiß sterben!"

Der Kronprinz und Prinz Wilhelm traten an das Bett der Mutter. Beide vermochten ihre Thränen nicht zurückzuhalten. Die Aufregung verschlimmerte den Zustand der Kranken, bald traten die Brustkrämpfe wieder ein, die Prinzen mußten sich vom Sterbebett der Mutter entfernen.

Der König blieb bei ihr, er hielt die eine ihrer Hände, die andere lag in der Hand der Schwester, der Prinzessin Solms. Immer heftiger wurden die Krämpfe. „Herr Jesus, kürze meine Leiden!" rief die Königin, dann beugte sie den Kopf zurück, mit einem tiefen Seufzer schloß sie die Augen — sie war verschieden, bald nach 9 Uhr Morgens am 19. Juli 1810.

Der König küßte noch einmal das gebrochene Auge, dann führte er schweigend seine Söhne an das Todtenbett der Mutter, um mit ihnen an demselben zu trauern. Vom Vater ließ er sich den letzten, kurzen Brief der Geliebten geben, ihn bewahrte er als ein theures Andenken, von dem er sich niemals trennen wollte. Als ihn später der Geheime Rath Heim bat, er möge ihn doch einmal diesen Brief sehen lassen, da erwiderte er: „Nein, das, was die Unvergeßliche zum letzten Male geschrieben hat, gebe ich nicht aus meinen Händen. Der Brief bleibt mir als mein schönstes Erbe, aber Sie sollen ihn trotzdem erhalten, ich will ihn Ihnen selbst abschreiben." Und er ging an sein Schreibepult und schrieb die letzten schriftlichen Worte der Königin ab, die Heim ebenfalls als kostbares Andenken sich bewahrte.

Die Nachricht vom Tode der Königin Louise verbreitete in ganz Preußen die tiefste Trauer, besonders in Berlin war die Theilnahme des Volkes allgemein, die schöne Königin war ja so beliebt gewesen, wie wohl selten eine Fürstin.

Die Leiche der theuren Verstorbenen wurde in feierlichem Zuge nach Berlin gebracht.

Am 30. Juli, Abends gegen 8 Uhr, erfolgte die einstweilige Beisetzung des Sarges in der Sacristei der Domkirche mit den üblichen Feierlichkeiten.

Für Friedrich Wilhelm war der Verlust seiner geliebten Gattin, welche so treu und stark mit ihm das Unglück getragen hatte, der schwerste Schicksalsschlag, welcher ihn treffen konnte, und auch für das preußische Volk war er ein Unglück von unermeßlichen Folgen. D e r g u t e E n g e l d e s K ö n i g s w a r v o n i h m g e w i c h e n!

Stets verschlossen und menschenscheu, wurde es Friedrich Wilhelm III. nach dem Tode der Geliebten noch bei Weitem mehr. In finsterer Schwermuth brütete er über seinen Schmerz, ohne ihn durch Mittheilung zu erleichtern. An nichts hatte er mehr Freude, düster und in sich gekehrt zog er sich von jedem Umgang zurück. Er wurde grämlicher und abstoßender in seinem Wesen, als er es jemals früher gewesen war, aber gerade hierdurch nahm merkwürdigerweise seine Beliebtheit beim Volke von Berlin in einem Maße zu, wie nie zuvor.

Ein glückliches Eheband war in jener entarteten Zeit eine so große Seltenheit, daß besonders die Frauen mit Liebe und Bewunderung auf einen Fürsten schauten, der stets der beste Gatte gewesen war und der jetzt der Dahingeschiedenen eine so aufrichtige Trauer weihte. Die Liebe für die Königin Louise übertrug sich auf den König, der doch so gar nichts that, um sie sich zu erwerben, der finster und menschenscheu jede Sympathie zurückwies.

Es dauerte Monate, ehe nach und nach der Schmerz ein wenig sich linderte, ehe die Zeit auch bei Friedrich Wilhelm III. ihren besänftigenden Einfluß ausübte. Das Andenken an die Geschiedene aber blieb ihm immer gleich theuer.

Er wünschte vor Allem ein recht ähnliches Bild der Geliebten zu besitzen. Wenn er auch kein Gefühl und Verständniß für die Kunst hatte, so zeigte ihm doch sein klarer Verstand die Mängel der vielen vorhandenen Bildnisse, welche zu verschiedenen Zeiten während des Lebens gemalt,

im Schlosse zerstreut sich befanden, besonders die Mängel der Aehnlichkeit.

Damals kam der Maler Ternite, der auf Befehl des Vaters der Verstorbenen diese als Leiche nach der Natur gezeichnet hatte und das Bild in Kupfer stechen zu lassen beabsichtigte, nach Berlin. Er mußte sich zu seinem Vorhaben die königliche Genehmigung verschaffen; er erhielt sie nicht nur, sondern der König gab ihm auch den Auftrag, nach dem Bilde der Leiche mit Hülfe aller andern vorhandenen ein neues Portrait der Königin zu malen, und zwar unter Friedrich Wilhelm's spezieller Aufsicht. Neben dem Speisesaale wurde dem Künstler sein Atelier eingerichtet, und hier mußte er zeichnen. Der König besuchte ihn dabei oft, um die Fortschritte der begonnenen Arbeit zu prüfen.

„Immer" — so erzählt uns der Künstler selbst — „kam er um 10 Uhr in mein Malzimmer, blieb dort, zuweilen auch mit dem Durchlesen von Papieren beschäftigt, oder er ging auf und ab und blickte, wenn ich arbeitete, von Zeit zu Zeit auf das Bild. Er machte dann einen kurzen Spazierritt und kehrte, wenn die Tafel aufgehoben war, zu dem Bilde wieder zurück. Oft brachte Er einige von den geladenen Gästen mit, aber wenn Er diese entlassen hatte, blieb Er selbst noch einige Zeit. Bisweilen besuchte Er, wenn ich des Abends spät schon weggegangen war, das Malzimmer noch mit Licht, um nachzusehen, was noch gearbeitet war; und dann fand ich des Morgens um 8 Uhr, wo ich mich einfand, Papierzettel mit einer Nadel am Bilde geheftet, worauf Er Seine Bemerkungen über das Geleistete mit Bleistift geschrieben hatte. Auf Seinen Befehl müßte das Fräulein von Reinbrecht, Kammerfrau der hochseligen Königin, sich ebenso ihre Haare ordnen, als die Vollendete getragen, und mußte mir dazu sitzen.

„Eines Tages öffnete sich langsam die Thüre, der König, beide Arme beladen, öffnete sie mühsam und vorsichtig, und brachte mir Bilder der Königin, die Er im Palais zusammengesucht und die ich benutzen sollte. So entstanden einige Gemälde der Hochseligen in verschiedenen Anzügen. Aber wie ich damals noch in Pastell malte, sagte der König: „„Die Pastellfarben verbleichen; ich möchte das Bild in Oel haben; wissen Sie einen jungen Maler, der Talent hat? Der soll es treu und einfach kopiren."" Wach nannte ich, der, von der Prinzessin Radziwil dazu aufgefordert, dann auch zur Zufriedenheit des Königs es kopirte. Noch immer hatte der König das Bild der Leiche nicht gesehen. Die Oberhofmeisterin Gräfin von Voß hatte mir gedrohet: „„wenn ich es je dem Könige zeigte, so müsse ich fort, oder sie nähme den Abschied""; ich hatte darum stets Ausflüchte gesucht, wenn der König danach fragte. Endlich sagte er eines Nachmittags: „„Ich kann mir wohl denken, warum Sie mir das Bild nicht zeigen wollen; ich bin aber darauf vorbereitet, ich habe heute die Maske von Strelitz bekommen, ich will es jetzt sehen."" Da mußte ich gehorchen. Kaum hatte Er aber einen Blick darauf geworfen, als Er in ein lautes Weinen ausbrach. „„Schrecklich wahr! Nie wiedersehen!"" rief Er aus und verließ tief erschüttert das Zimmer.

„Eines Nachmittags sagte Er zu mir in Seiner milden, fast verschämten Weise: „„Ich möchte Ihnen wohl was anmuthen, wenn Sie es nicht unter Ihrer Würde halten; müssen aber nicht davon sprechen, — die Herren von der Akademie und Kunstkenner würden mich sonst in den Bann thun. Da die Büste von Rauch die Augen geschlossen hat und Ruhe und Schlaf ausdrückt, so sollen Sie es mal versuchen, die Büste mit der Farbe des Lebens zu beseelen; wir können wenigstens probiren, ob es geht. Weiß wohl, dies ist wider die Regel, aber die Natur ist überall die erste Lehrerin.""

Da nun die Büste von Gips war und die Oelfarbe einsog, so mußte sie erst in Oel getränkt werden; damals wußte ich selbst nicht damit Bescheid. Es wurde also Provencer Oel aus der königlichen Küche besorgt, und der König betupfte selbst mit dem Pinsel die Büste, um sie zu sättigen. Das Diadem, womit sie geschmückt war, wurde durch einen Bildhauer in die gewöhnliche Haartracht der Königin umgemeißelt, und sowohl dem Kopf und den Haaren, wie dem Ganzen Lebensfarbe gegeben. Ehe die Büste fertig war, reiste der König zu der Zusammenkunft nach Dresden. Als Er zurückkehrte, wurde sie Ihm vorgestellt. Doch war Er, wie vorauszusehen, nicht befriedigt. Noch liegen im Schlosse zu Potsdam zwei solcher angemalter Büsten in einem Schranke verschlossen.

Wenn die Versuche des Königs, die treffliche Büste Rauch's mit Farben bemalen zu lassen und dadurch das schöne Kunstwerk zu verderben, kein günstiges Zeugniß für sein Kunstverständniß ablegen, um so lauter sprechen sie für seinen natürlichen Wunsch, eine möglichst ähnliche Büste der Geliebten zu besitzen. Dieser Wunsch sollte ihm durch Rauch's Meisterhand erfüllt werden.

Rauch, welcher der Unterstützung der Königin seine künstlerische Ausbildung zum großen Theil verdankte, hat durch ein herrliches Werk die Wohlthäterin geehrt, durch das Monument im Mausoleum von Charlottenburg, welches im Jahre 1811 begonnen, im Jahre 1815 vollendet wurde.

Im März des Jahres 1811 kehrte Rauch nach einem längeren Aufenthalte in Italien nach Berlin zurück. Dem Könige lagen zu einem Monument für die Dahingeschiedene von mehreren Künstlern Entwürfe vor, und auch Rauch wurde beauftragt, ebenfalls einen Entwurf zu fertigen.

Friedrich Wilhelm wünschte die Königin weder als eine erstarrte Todte auf einem mittelalterlichen Monument zu sehen, noch meinte er, daß es passend sei, den irdischen körperlichen

Schla; darzustellen. Rauch kam auf den glücklichen Gedanken, einen Mittelzustand zwischen Schlaf und Tod in seiner Skizze auszudrücken. Der König wurde dadurch so befriedigt, daß der treffliche Künstler den Auftrag erhielt, das Monument zu fertigen; es sollte seinen Platz in dem inzwischen vollendeten Mausoleum zu Charlottenburg erhalten.

Friedrich Wilhelm hatte Charlottenburg zur Aufstellung des Kunstwerkes gewählt, weil dort die Verstorbene während ihrer glücklichen Tage sich besonders gern aufzuhalten pflegte. Im schattigen, schönen Schloßgarten an Louisen's Lieblingsstelle war das Mausoleum erbaut worden.

Am 23. Dezember 1810, an demselben Jahrestage, an welchem vor zwölf Monaten die angebetete Königin ihren Festeinzug in Berlin gehalten hatte, wurde ihre Leiche nach Charlottenburg gebracht und dort im Mausoleum beigesetzt.

Rauch hatte Anfangs die Absicht, das Monument in Berlin auszuführen. Bei seinen ersten Arbeiten, bei der Vollendung des Modells, hatte ihn der König täglich besucht und durch manchen guten Rath die Arbeit gefördert. Die Ausführung des Monuments selbst dagegen hatte in Berlin große Schwierigkeiten. In der bewegten Zeit, bei den Märschen der Franzosen nach Rußland, erschien es unsicher, den Marmor von Italien kommen zu lassen. Rauch ging deshalb selbst nach Carrara, um den Marmorblock auszuwählen, diesen führte er dann nach Rom, um das Werk zu vollenden.

Unmittelbar nach dem Frieden war er mit seiner Arbeit fertig und konnte dieselbe nach Preußen schicken. Ein Zufall nur war es, daß das prächtige Bildwerk glücklich in Berlin eintraf. Damals herrschte zwischen Amerika und England ein Krieg. Das unter englischer Flagge segelnde Schiff, welches das Monument an Bord hatte, wurde von einem Amerikaner genommen, glücklicher Weise aber jagte ein englischer Kaper dem amerikanischen Fahrzeuge seine Beute wieder ab und brachte sie nach England. Das Kunstwerk wurde von dort aus bereitwillig dem Könige ausgeliefert. Am 10. Mai 1815 kam es in Charlottenburg an und dort erhielt es im Mausoleum seinen Platz.

Durch eine dunkle Trauer-Allee gelangt man nach dem Mausoleum. Ueber der Gruft ist das Monument aufgestellt. Ein einfaches, leichtes Todtengewand umgiebt die zarten Glieder der ruhenden Königin, um ihren Mund spielt ein schmerzlich-süßes Lächeln. — Wer das herrliche Kunstwerk in seiner hohen Einfachheit und seiner Größe betrachtet, wird unwillkürlich von dem Geiste des Fiedens, der in demselben lebt, ergriffen.

„Du schläfst so sanft! — Die stillen Züge hauchen
Noch Deines Lebens schöne Träume wieder;
Der Schlummer nur senkt seine Flügel nieder,
Und heil'ger Friede schließt die klaren Augen!

So schlumm're fort, bis Deines Volkes Brüder,
Wenn Flammenzeichen von den Bergen rauchen,
Mit Gott versöhnt, die rost'gen Schwerter brauchen,
Das Leben opfernd für die höchsten Güter!

Tief führt der Herr durch Nacht und durch Verderben;
So sollen wir im Kampf das Heil erwerben,
Daß uns're Enkel freie Männer sterben!

Kommt dann der Tag der Freiheit und der Rache:
Dann ruft Dein Volk; dann, deutsche Frau! erwache,
Ein guter Engel für die gute Sache!"

So begrüßte der Dichter und Held, Theodor Körner, die Schlummernde. Die Tage der Freiheit und der Rache, welche die Königin Louise so sehnsüchtig herbeigewünscht hatte, welche sie aber nicht erleben sollte, sie kamen wenige Jahre nach ihrem Scheiden.

Dreizehntes Kapitel.

Der Freiherr von Altenstein durch Hardenberg empfohlen. — Das Ministerium Altenstein-Dohna. — Nagler. — Beyme. — Die Kriegspartei am Hofe. — Schwanken des Königs. — Die Unterhandlungen mit Oesterreich. — Demüthigung Preußens. — Hofetiquette und Ordensstiftung. — Die Geldnoth. — Altenstein's Entschluß, Schlesien zu opfern; seine Denkschrift. — Wittgenstein. — Hardenberg in der Verbannung, sein Rath. — Hardenberg's demüthiger Brief an Napoleon. — Hardenberg zu Gnaden angenommen. — Entlassung des Ministeriums Altenstein.

Stein hatte während seines Ministeriums fast in allen Zweigen der Regierung neue Organisationen begonnen, die meisten aber waren, wie wir unseren Lesern bereits mitgetheilt haben, erst im Keime vorhanden. Sollten sie zur gedeihlichen Ausführung kommen, dann mußten die Nachfolger des großen Staatsmannes, der der Schöpfer einer neuen Zeit war, wenigstens tüchtige Organisatoren, feste, charakterkräftige Männer sein, welche entschlossen waren, in den von Stein ihnen vorgezeichneten Bahnen weiter zu arbeiten.

Deshalb hatte Stein den Ostpreußen von Schön, seinen treuesten Gehilfen bei dem Reformwerk, zu seinem Nachfolger vorgeschlagen, ohne aber leider mit seinem Vorschlage durchzudringen. Durch die Intriguen des listigen, ränkesüchtigen, bei Hofe beliebten Geheimraths Nagler war der König für den Freiherrn von Altenstein, Nagler's Schwager, um so leichter gewonnen worden, als auch Hardenberg, der um Rath gefragt wurde, diesen Mann empfahl.

Kannte Hardenberg den Freiherrn von Altenstein nicht, traute er ihm größere Fähigkeiten zu, als jener besaß? Vielleicht. Aber von anderer Seite wird behauptet, Hardenberg habe schon damals die Hoffnung gehegt, wieder an die Spitze der preußischen Regierung zu treten, er habe

Schritte gethan, um den Unwillen Napoleon's, der wegen seiner früheren Amtsführung noch immer auf ihm lastete, zu mildern, und wenn er auch im Augenblicke noch nicht so weit gewesen sei, um selbst die Regierung übernehmen zu können, so habe er doch gehofft, in kurzer Zeit zu diesem Ziele zu gelangen. Es sei ihm daher gerade recht gewesen, wenn ein unfähiges Ministerium vorläufig erwählt worden sei, dadurch habe er um so sicherer darauf rechnen können, bald gerufen zu werden und durch sein Talent um so höher zu glänzen, je weniger bedeutend seine Vorgänger gewesen seien.

Ob diese Beschuldigungen, welche mehrfach gegen Hardenberg ausgesprochen worden sind, in Wahrheit begründet waren, müssen wir dahingestellt sein lassen, auffällig aber bleibt es jedenfalls, daß Hardenberg Altenstein empfahl, während er sicher sein durfte, daß der geniale Schön ganz im Geiste der Reformen, die von Stein begonnen worden waren und die Hardenberg selbst für den preußischen Staat im Auge hatte, als Minister wirken würde.

Das Ministerium Altenstein-Dohna trat seine unglückliche Regierung an. Es war in keiner Weise der Aufgabe gewachsen, welche ihm Stein hinterlassen hatte und welche die Verhältnisse des preußischen Staats so gebieterisch ihm auferlegten.

Altenstein, der gewissermaßen das Haupt des Ministeriums bildete, war durchdrungen von Eigendünkel. Er wollte überall selbst regieren, deshalb erschien ihm die Schöpfung eines organisch gegliederten Staatsraths, die Mitwirkung einer Volksvertretung, welche Stein im Auge gehabt hatte, als ein Hemmniß jeder freien Bewegung; deshalb suchte er sie baldmöglichst zu beseitigen. Von den Bedürfnissen des Volks wußte er wenig, ihm kam es nicht darauf an, sich einen Namen in der Nachwelt zu verschaffen, er wollte sich den Dank des hohen Adels und des Hofes erwerben. Die Reformen, welche Stein vorbereitet hatte, ließ er deshalb ruhig liegen und wo er sie ausführte, verdarb er sie.

Ihm zur Seite stand sein Schwager Nagler, der auf ihn einen unbedingten Einfluß besaß und der schon damals jene reaktionäre Wirksamkeit begann, durch welche er später so viel Unglück über den preußischen Staat heraufbeschwören sollte.

Nächst Altenstein war der Graf Dohna, der Minister des Innern, der bedeutendste Mann im Ministerium. Auch er ließ Alles beim Alten, weil er die Verantwortlichkeit fürchtete, welche ihn treffen konnte, wenn er die kühnen Stein'schen Reformpläne zur Ausführung brachte. Ihm fehlte das Vertrauen zur eigenen Befähigung, zum eigenen Urtheil, der Muth zu einer kühnen Initiative. Er gab sich deshalb ganz zum Werkzeuge Altenstein's und Nagler's hin.

Beyme, der das Justiz-Ministerium als Groß-Kanzler erhielt, hätte wohl gern das von Stein begonnene Werk kräftig durchgeführt; er war ein freisinniger Mann und hatte sich überzeugt, daß nur auf dem von Stein eingeschlagenen Wege ein Heil für Preußen zu ersehen sei. Aber er stand allein, nur Scharnhorst unterstützte ihn, und Beide hatten zu großen inneren Reformen um so weniger die Macht, als der König, nachdem ihn Stein verlassen, von Neuem schwankend geworden war und ganz den Einflüsterungen der Hof- und Adelspartei sein Ohr lieh. Beyme beschäftigte sich deshalb nur mit seinem eigenen, dem Justiz-Ministerium, und er zwang dadurch Scharnhorst, dasselbe zu thun und seine Thätigkeit lediglich auf das Militairwesen zu beschränken.

Auch der Minister des Auswärtigen, Graf Goltz, dachte nicht daran, zu einer Ausführung der Stein'schen Reformprojekte zu drängen. So geschah denn nichts, um das von Stein begonnene Werk fortzuführen. Es war eine Zeit des Stillstandes, ja sogar der Reaktion. Die Männer, welche bisher Stein kräftig bei seinem Werke unterstützt hatten, zogen sich grollend zurück. Schön, der vergeblich für die Berufung einer Volksvertretung zu wirken gesucht hatte, übernahm den Posten eines Regierungs-Präsidenten in Gumbinnen, Gneisenau und Grolmann verließen den preußischen Dienst. Nur Niebuhr blieb, weil er sich mit den Machthabern gestellt hatte und auf diese einen bedeutenden Einfluß ausübte; seine Eitelkeit, die Hoffnung auf eine glänzende Staatscarriere hielt ihn.

Wenn im Innern nichts geschah, so war auch bei diesem Ministerium ein kräftiges Wirken nach Außen unmöglich.

Der Krieg Napoleon's gegen Oesterreich hatte begonnen. Unsere Leser erinnern sich, daß Friedrich Wilhelm nach langem Schwanken sich endlich entschlossen hatte, sich nicht mit Oesterreich zu verbinden. Als nun aber das Waffenglück sich auf Seiten der Oesterreicher zu neigen schien, als die Schlacht bei Aspern von deutschen Waffen siegreich geschlagen wurde, gewann die Kriegspartei am Hofe zu Königsberg neuen Spielraum.

Der König begann auf's Neue zu schwanken. Ein österreichischer Gesandter, der Oberst von Steigentesch, kam in Königsberg an und brachte Freundschaftsversicherungen seines Kaisers, sowie Anträge zu einer festen Bundesgenossenschaft. Scharnhorst rieth abermals zum Kriege, auch Blücher schrieb an den König und Beyme sprach sich fast leidenschaftlich für den Krieg aus.

Friedrich Wilhelm aber konnte sich nicht entschließen; er wagte es weder, den österreichischen Gesandten kurz fortzuschicken, ihn zu verweisen auf den Vertrag, welchen Preußen mit Frankreich geschlossen hatte, noch auch ein Bündniß mit Oesterreich einzugehen.

„Versetzen sie dem Feinde noch einen Schlag, dann werde ich einen Offizier ohne Uniform in Ihr Lager senden, um über ein Bündniß zu verhandeln." So sprach er zu dem Obersten von Steigentesch, und er ließ durchblicken, daß er den Versprechungen Oesterreichs mißtraue, daß er nur

unter bestimmten Bedingungen sich zum Abschluß eines Vertrages bewegen lassen werde.

Die Minister neigten sich zur Kriegsparthei, sie gaben dem Könige den Rath, sich mit Oesterreich zu verbünden, aber weder Altenstein noch Dohna besaßen einen so großen Einfluß, daß ihr Rath gehört worden wäre. Der König blieb seiner schwankenden Politik, der unglücklichsten, die es unter den damaligen Verhältnissen geben konnte, treu, er wartete so lange auf neue Erfolge der österreichischen Waffen, bis Napoleon glänzend gesiegt und den Frieden erzwungen hatte.

Die Unterhandlungen mit Oesterreich waren kein Geheimniß geblieben; Steigentesch selbst hatte sie dem westphälischen Gesandten am preußischen Hofe verrathen, um dem Könige jedes Zurücktreten unmöglich zu machen, auch waren genug französische Spione in der Umgebung Friedrich Wilhelm's, welche genaue Berichte über Alles lieferten, was dort geschah, die jedes unvorsichtige Wort auffingen und es getreulich dem Kaiser schrieben.

Die Berichte der Spione wurden durch die Thatsachen bestätigt. Napoleon konnte sich nicht darüber täuschen, daß Friedrich Wilhelm ein höchst zweifelhafter Freund sei, denn Altenstein war während des Krieges mit den Zahlungen, zu denen Preußen sich gegen den französischen Kaiser verpflichtet hatte, in Rückstand geblieben, theils um nicht für den Fall eines Bündnisses mit Oesterreich dem Feinde Geldunterstützungen zu gewähren, theils auch, weil alle Versuche, große Geldsummen flüssig zu machen, fruchtlos gewesen waren. Es war ihm weder gelungen, eine namhafte Anleihe zu Stande zu bringen, noch hatte die von uns bereits erwähnte Besteuerung des Gold- und Silbergeräthes den gehofften Erfolg gehabt.

So sah sich denn das unglückliche Ministerium Altenstein-Dohna nach dem Friedensschluß in der unglücklichsten Lage: es sollte den schwer beleidigten Kaiser Napoleon versöhnen und zugleich die Summe von 7 Millionen Thalern, die schuldige Contribution, deren sofortige Zahlung Napoleon gebieterisch verlangte, aufbringen. Eine schwere Aufgabe, auch für einen fähigeren Minister, als es Altenstein war.

Um den Kaiser zu versöhnen, wurde eine Gesandschaft nach Paris geschickt, die die unterthänigsten Glückwünsche des preußischen Königs darbringen mußte; zu gleichem Zwecke wurde auch wohl der Tugendbund aufgehoben. Die Willfährigkeit gegen die Wünsche des Kaisers sollte zum Zeugniß der völligen Unterwerfung Preußens unter den Willen Napoleon's dienen.

Zur Aufbringung des Geldes wußte Altenstein keinen Rath. Er hatte freilich zu jener Zeit auch sehr wichtige Geschäfte, welche ihm wohl die Zeit nicht ließen, seine volle Aufmerksamkeit den Finanzoperationen zu widmen. Zwei hochwichtige Verordnungen mußten erlassen werden; es galt, dem Königshofe einen neuen Glanz zu verschaffen und das Verdienst sowohl bewährter Staatsmänner, als tapferer Krieger zu belohnen. Wenn die Fürsorge, welche das Ministerium in dieser Beziehung endlich traf, mehr Dank beim hohen Adel als beim Volke und der Nachwelt gefunden hat, so ist dies nicht die Schuld der Minister, welche über ihre Fähigkeiten hinaus nicht zu handeln vermochten.

Der König war nach Berlin zurückgekehrt, er hatte in Petersburg den glänzenden Kaiserhof gesehen. Wie kleinlich erschien ihm dagegen der preußische Hof! Gerade weil der Frieden von Tilsit das früher so mächtige Preußen herabgedrückt hatte zu einem Staate untergeordneten Ranges, gerade deshalb mußte der äußere Schein um so eifriger bewahrt werden.

Wenn auch Friedrich Wilhelm III. entschlossen war, für seine Person die alte Einfachheit sich zu erhalten, sein Königshof sollte doch dem größerer Staaten gleich stehen. Deshalb wurde schon am 29. Dezember folgende Verordnung erlassen:

„Bei künftigen Courtagen sollen sämmtliche Hofchargen in Funktion sein und alle in Berlin anwesenden Wirklichen und Titular-Kammerherren sich dabei einfinden. In Hinsicht auf die Hoffähigkeit bleibt es wie vormals, daß Diejenigen, welche bis jetzt, nach bestehenden Grundsätzen, Zutritt bei Hofe gehabt haben, auch fernerhin dieses Vorzuges genießen, so wie dieses Vorrecht auch mit allen älteren und neueren Civil- und Militairchargen und Würden, vom Präsidenten der Landes- und Provinzial-Collegien an gerechnet, aufwärts bis zum Geheimen Staatsminister verbunden bleibt. Den Frauen, deren Männer hoffähig sind, steht es frei, die Präsentation bei der Königin durch die Oberhofmeisterin nachzusuchen, unterdessen können sie nicht früher, als nach erfolgter Präsentation erscheinen. Es versteht sich übrigens von selbst, daß alle Königlichen Diener, welche, vermöge ihres Dienstes, zur Tragung einer Dienstuniform berechtigt sind, nur in dieser, und weder in einer ständischen, noch Ordens- oder sonstigen Uniform bei Hofe erscheinen können."

Der Adel freute sich über diese Verordnung, ebenso auch mancher höhere Staatsbeamte, der für sich und seine eitle Frau die Theilnahme an Hoffesten ersehnte, beim Volke aber fand sie keinen sehr günstigen Boden; besonders machten sich die Berliner mit ihrer immer scharfen und zum Spotte geneigten Zunge darüber lustig, daß die Ordnung künftiger Courtage in so schwerer Zeit die hohen Staatsbeamten beschäftige.

Zum Glanze des Hofes trägt auch die Schaffung neuer Ordenszeichen, mit denen gute Staatsdiener belohnt werden, bei. Der Hofordnung folgte daher bald eine Erweiterungs-Urkunde für die preußischen Orden und Ehrenzeichen vom 18. Januar 1810.

Der §. 12 derselben bestimmte: „Unsere sämmtlichen Orden und Ehrenzeichen geben ihren Besitzern das Recht, außer den Amtsverhältnissen als die Ersten ihres Ranges und Standes geehrt zu werden." Dieses Recht haben die Besitzer von Orden noch heute; da aber leider das Straf-

gesetzbuch keinen Paragraphen enthält, der den mit keinem Orden Begnadigten eine bestimmte Strafe auferlegt, wenn sie die Dekorirten nicht gebührend honoriren, so ist für diese die Auszeichnung, als die Ersten ihres Ranges und Standes geehrt zu werden, oft illusorisch und nur ihrem eigenen gehobenen Bewußtsein vorbehalten, besonders in Berlin, der frivolen Stadt.

So erfolgreich das Ministerium Altenstein-Dohna für die Erweiterung der Orden und Ehrenzeichen wirkte, so wenig Erfolg hatte es in seinen Bemühungen, den Kaiser Napoleon durch Glückwünsche u. dergl. zu besänftigen. Napoleon verlangte mit unabweislicher Dringlichkeit, ja drohend, baares Geld statt der Glückwünsche, die vollständige Erfüllung der von Preußen übernommenen Contributions-Verpflichtungen. Geld aber aufzutreiben fühlte sich Altenstein außer Stande.

Durch den preußischen Gesandten in Paris, General von Krusemark wurde er auf den Gedanken gebracht, Napoleon statt des Geldes eine Landabtretung anzubieten. Krusemark hatte von dem französischen Minister Herzog von Cadore gesprächsweise gehört, der Kaiser werde sich wohl zufrieden erklären, wenn Preußen bei der Schwierigkeit, die Kriegsgelder zu zahlen, ihm einen Theil seines Ländergebietes abtrete. In andern Kreisen war sogar davon gesprochen worden, Kassel sei für das Königreich Westphalen nicht eine geeignete Hauptstadt, der König von Westphalen, der Bruder des Kaisers, bedürfe einer größeren Residenz, Napoleon habe Berlin dafür in's Auge gefaßt.

Dies war eine schwere Drohung. Der Minister Altenstein glaubte derselben nicht besser entgegentreten zu können, als wenn er freiwillig nach einer andern Richtung des preußischen Gebiets hin einen Theil Preußens opfere, und als der Minister Herzog von Cadore dem Gesandten von Krusemark die Erklärung abgab: eine Abtretung, in welcher Berlin mit inbegriffen sei, werde von Frankreich nicht verlangt werden, er habe in dieser Beziehung ohne Auftrag nur seine eigene Idee ausgesprochen; wenn der König bereit sei, im Osten seines Reiches Landabtretungen zu machen, so werde damit der Kaiser vollständig zufrieden sein, — so erschien diese Aeußerung als ein direkter Wink Napoleon's, der für den Minister Altenstein nicht verloren ging: er entschloß sich, Schlesien zu opfern, weil er kein anderes Mittel sah, Preußen zu retten.

Wohl wußte Altenstein, daß Friedrich Wilhelm III. nur schwer zu einem solchen Schritte zu bewegen sein dürfte; gerade Schlesien, die so schwer errungene Eroberung Friedrich's des Großen, an der die Erinnerung des höchsten Kriegsruhms, der glorreichsten Zeit des preußischen Herrscherhauses haftete, lag dem König fast mehr als eine der anderen Provinzen am Herzen. Trotzdem aber mußte der Versuch gemacht werden, denn Altenstein wußte eben keinen anderen Rath.

Eine Denkschrift wurde ausgearbeitet, welche das glänzendste Zeugniß für die Unfähigkeit und Muthlosigkeit des Ministeriums Altenstein-Dohna ablegte, sie endete mit der Erklärung, daß es nur ein Mittel gebe, aus den drückenden Geldverpflichtungen gegen Napoleon sich zu befreien, die Abtretung Schlesiens, also eine neue Zerstückelung des preußischen Staats, eine neue Schwächung desselben, durch welche der dann ganz ohnmächtige König das willenlose Werkzeug des französischen Kaisers werden mußte.

Ehe Altenstein seine Denkschrift dem Könige übergab, nahm er über den Inhalt derselben Rücksprache mit dem Ober-Kammerherrn Fürsten von Wittgenstein, mit einem Manne, der hoch im Vertrauen Friedrich Wilhelm's III. stand.

Der Fürst war äußerst erschreckt, daß das Ministerium nur die Idee einer neuen Landabtretung habe fassen können; er beeilte sich, dem Könige und der Königin Mittheilung von den Plänen Altenstein's zu machen, aber Beide wollten kaum glauben, daß ein solcher Antrag möglich sei. Friedrich Wilhelm erklärte, daß er auf derartige Vorschläge niemals eingehen werde.

Wittgenstein suchte jetzt zu vermitteln, aber sowohl Altenstein, wie der Minister von Goltz bestanden auf ihrer Ansicht, sie sprachen dem Fürsten ihre Ueberzeugung aus, daß eine Abtretung Schlesiens das einzige Rettungsmittel für Preußen sei, da auf keine Weise die zur Contributionszahlung nöthigen Gelder beschafft werden könnten.

Am 11. März nahm Fürst Wittgenstein mit zwei der bedeutendsten Banquiers in Berlin Rücksprache. Diese waren anderer Ansicht, als der Minister der Finanzen, sie meinten, wenn man nur die richtigen Maßregeln ergreife, werde sich das Geld schon schaffen lassen. Wittgenstein faßte hierdurch neuen Muth. Die ganze Nacht hindurch arbeitete er eine ausführliche Darstellung des Sachverhalts aus, welche er am 12. März dem Könige übergab. Dieser erklärte sich mit dem Schreiben vollständig einverstanden, und als nun die beiden Minister ihre Denkschrift einreichten, bezeigte Friedrich Wilhelm III. ihnen über den Inhalt derselben sein höchstes Mißfallen; er berief Wittgenstein zu sich und befahl diesem, mit Altenstein sich über einen anderen Plan, die nöthigen Gelder zur Kriegscontribution zu schaffen, zu einigen, bei welchem von einer Landabtretung nicht die Rede sein dürfe.

Altenstein blieb bei seiner Ansicht, jede Besprechung war fruchtlos, und auch als zwei tüchtige Staatsbeamte, vertraute Räthe des Ministers, beauftragt wurden, die Vermittlung mit ihm zu übernehmen, war er nicht zu bewegen, von seiner Ansicht abzugehen. In Gemeinschaft mit seinem Schwager Nagler, der im auswärtigen Ministerium thätig war, und dem Geheimen Rath Niebuhr, der sich für den Augenblick ganz seinen Interessen hingegeben hatte, arbeitete er eine neue Denkschrift aus, die, im leidenschaftlichsten Tone abgefaßt, die Nothwendigkeit der Abtretung Schle-

siens darlegte, den König aber nicht mehr überzeugte, als die frühere.

In dieser Zeit der schwersten Verlegenheit — Friedrich Wilhelm hatte das Vertrauen zu seinen Ministern verloren, und doch bedurfte er der kräftigsten Thätigkeit derselben, um die Napoleonischen, immer drückender werdenden Forderungen zu befriedigen — rieth der Fürst Wittgenstein dem Könige, sich mit Hardenberg in Verbindung zu setzen, der werde wohl Rath wissen.

Hardenberg stand sowohl beim Könige, als bei der Königin im besten Andenken. Der Rath Wittgenstein's erschien daher gut; ein Courier wurde sofort nach Grohnde, wo der Freiherr bei seinem Bruder lebte, abgesendet, um die Einladung zu einer geheimen Besprechung zu bringen; ein Brief Wittgenstein's wurde ebenfalls abgesandt, in welchem der Fürst Hardenberg genau mit der augenblicklichen Sachlage bekannt machte.

Noch schwebte über Hardenberg der Bann, den Napoleon über ihn verhängt hatte, noch war der Befehl, der ihm verbot, sich der Residenz des Königs auf 20 Meilen zu nähern, nicht aufgehoben; trotzdem folgte er sofort dem Rufe.

Auf der Pfaueninsel bei Potsdam hatte er eine geheime Unterredung mit dem Könige und der Königin, eine zweite mit der Königin allein bei Frau von Berg, und bei Beeskow, in der Nähe von Potsdam, traf er zum zweiten Male mit dem Könige zusammen. Er war bereit, seinen besten Rath zu geben. Dies that er erst mündlich, dann aber gab er schriftlich ein vernichtendes Gutachten über das System des Ministeriums Altenstein-Dohna und über dessen Denkschrift ab.

Hardenberg's klare Darlegung überzeugte den König völlig. Da dieser das Vertrauen zu Altenstein durch den verhaßten Vorschlag der Abtretung Schlesiens verloren hatte, war er dem guten Rathe Hardenberg's um so leichter zugänglich. Er entschloß sich, das unfähige Ministerium zu entlassen und Hardenberg wieder an die Spitze der Regierung zu berufen. Aber freilich bedurfte er hierzu der Einwilligung Napoleon's, gegen dessen mächtigen Willen er in dieser traurigen Zeit der Unselbstständigkeit nichts thun durfte.

Hardenberg hatte schon Schritte gethan, um den Kaiser zu versöhnen, jetzt zögerte er nicht, den französischen Gesandten in Berlin, Grafen St. Marsan, einen wohlwollenden Mann, um seine Vermittelung anzugehen. Er übergab ihm einen Brief an Napoleon, der in den demüthigsten und unterthänigsten Ausdrücken abgefaßt war. St. Marsan beförderte das Schreiben nach Paris und begleitete es mit Zeugnissen über die Ergebenheit des preußischen Staatsmannes.

Napoleon zeigte sich versöhnlicher, als man irgend hatte erwarten können. Er bedurfte des Geldes; eine Volkserhebung in Deutschland fürchtete er nach den verschiedenen unglücklichen Versuchen, welche zu einer solchen im Jahre 1809 gemacht worden waren, nach seinem Siege über Oesterreich und dem Frieden von Schönbrunn nicht mehr; Preußen erschien daher vorläufig unschädlich. Es kam ihm mehr darauf an, die baaren Summen der Kontribution, als ein Stück Landes zu erhalten. Er vertraute dem Genie Hardenberg's, daß dieser im Stande sein werde, die Mittel zur Zahlung herbeizuschaffen; er wußte, daß Hardenberg wenigstens der einzige preußische Staatsmann sei, der dies vermöge. Deshalb gab er am 16. Mai 1810 den Bescheid, daß er nichts gegen Hardenberg's Ernennung zum Minister des Innern habe und es sogar mit Vergnügen sehen würde, wenn ihm auch die Leitung des auswärtigen Ministeriums anvertraut werde. Die ungünstigen Ansichten, welche er früher über den Baron von Hardenberg gehabt habe, seien jetzt völlig berichtigt.

So war denn jede Schwierigkeit gehoben, Hardenberg, der das volle Vertrauen des Königs besaß, konnte von Neuem an die Spitze der Regierung treten. Er that es unter der Bedingung, daß die bisherigen Minister entlassen würden; mit Altenstein und Beyme, sowie mit dem Geheimen Rath Nagler und dem Grafen Dohna wollte er nicht zusammen arbeiten.

Sein Wille wurde erfüllt. Die genannten Männer erhielten ihre Entlassung, mit ihnen aber auch Scharnhorst; dieser trat von der oberen Leitung des Kriegswesens scheinbar zurück, weil Hardenberg dem Kaiser Napoleon, der Scharnhorst mit Recht als einen gefährlichen Gegner betrachtete, gefällig sein wollte. Im Geheimen aber blieb Scharnhorst so thätig wie je zuvor, im vollsten Einverständniß mit Hardenberg wirkte er für die Organisation des preußischen Heeres weiter.

Am 6. Juni 1810 erhielt der Minister Hardenberg seine Ernennung zum Staatskanzler, als solcher wurde er vom Könige mit der Leitung der äußeren und inneren Angelegenheiten des Staats beauftragt. Es wurde ihm eine Macht übertragen, wie sie vor ihm kaum je ein anderer Minister gehabt hatte.*)

Vierzehntes Kapitel.

Die Persönlichkeit Hardenberg's nach Eylert. — Lang und Niebuhr. — Hardenberg's Ehrgeiz. — Seine Höflingsnatur. — Seine Liebesabenteuer. — Hardenberg's Kabinetsregierung. — Die Verordnung vom 27. October 1810. — Die Minister. — Niebuhr's Eigensinn; — seine Entlassung, seine Thätigkeit als Geschichtsforscher. — Schön. — Hardenberg's Verständigung mit Stein. — Die geheime Zusammenkunft in der Riesengebirgsbaude.

Das preußische Volk verdankt nächst Stein dem Freiherrn Hardenberg die Reorganisation des

*) Der Freiherr Eberhard von Dankelmann ist der einzige Minister, dessen Stellung unter dem Kurfürsten Friedrich III. etwa der Hardenberg'schen gleichgestellt werden kann.

verrotteten preußischen Staats. Es wird daher unsere Leser gewiß interessiren, wenn wir ihnen die Persönlichkeit des großen Staatsmannes, wie sie uns die Zeitgenossen schildern, näher beschreiben, ehe wir zur Darstellung seiner ferneren politischen Thätigkeit übergehen.

Der Bischof Eylert, der fast täglich Gelegenheit hatte, Hardenberg zu sehen und oft vertraulich mit ihm zu verkehren, giebt uns ein Lichtbild von der Person, den körperlichen und geistigen Vorzügen des Mannes, den er hoch verehrte, ein Bild, welches nur den Fehler hat, daß ihm der Schatten ganz fehlt. Es ist deshalb nur nach einer Seite hin wahr. Eylert schreibt:

„Man durfte ihn nur sehen, um ihn ebenso zu verehren als lieb zu gewinnen. Sein Gesicht war der klare schöne Spiegel seines Innern. Die hohe gewölbte Stirn glänzte, als ruhete auf ihr das Licht. Die Augen waren geistreich, umsichtig und klug; sah er Einen an, so fühlte man die Nähe eines außerordentliches Mannes. Die Nase war etwas gebogen und vornehm. Um den Mund schwebte Gutmüthigkeit, Wohlwollen und ein Anflug von Satyre. Das Kinn war rund und fest; die ganze Physiognomie so, daß man mit Wohlgefallen sie ansah; sie hatte etwas wahrhaft Vornehmes. Die Gestalt war von mittlerer Größe, der ganze Leib nicht mager, weniger noch korpulent; aber das Ganze schön geformt. Das Haar voll und lockigt. — — So war die äußere Gestalt Hardenberg's; noch reicher war sein Inneres. — — — Sein Verstand war klar, hell und tief und vor seinen geistigen Blicken standen enthüllt alle Hindernisse, die sich seinen Zwecken entgegenstellten. — — Er war ruhig, gemäßigt und konnte warten. Sah er aber ein, daß er nicht durchkommen konnte, so umging er mit gewandter Klugheit alle feindseligen Kräfte, ließ sie aus dem Spiele, und erreichte seine Absicht auf einem anderen Wege. — — Unbefangen und heiter ging er durch alle Intriguen, als wenn sie nicht da wären; er that, als sähe er sie nicht, — und doch sah und wußte er Alles. Er war ein geborener Diplomatiker, schlau, glatt und gewandt und geschickt in der Manipulation obwaltender Verhältnisse. Mit dieser Lebensklugheit, die man Sagacität nennen kann, verband er, was sehr selten, aber um so rühmlicher ist, Taubeneinfalt. Er war gutmüthig, wohlwollend und treuherzig. Er scheuete den Schmerz und mochte ihn bei andern nicht sehen. Sein klarer Verstand und sein edles Gemüth durchblickte die Menschen und ihre Verhältnisse, wie sie sind und wie sie sein sollen. Er war frei im vollsten Sinne des Wortes und losgeworden von dem Vorurtheile der Geburt und des Standes. — — Er verließ die befahrenen Wege des herkommlichen Schlendrians und war ein Feind des todten Buchstabens und Controlirens. Sich selbst frei bewegend, entfernte er alle unnützen und lähmenden Fesseln. Wo er Talent fand, hob er es und gab ihm freien Spielraum. Mit diesen Eigenschaften eines ausgezeichneten Geschäftsmannes, dessen wahren Gehalt er fördernd besaß, verband er die angenehmsten Formen. Er war die Humanität und Liebe selbst und kam Jedem, auch dem Geringsten, mit Wohlwollen entgegen. Seine Höflichkeit war aber nicht eine angenommene und studirte, sondern eine natürliche, aus dem Herzen kommende. — — Vielleicht hat es keinen hochgestellten Herrn gegeben, der so wenig die Sorgen und Furchen schwerer, oft verwickelter Geschäfte auf seiner Stirn trug und so heiter und angenehm in den Stunden der Erholung war, als er. Er aß und trank gut, lebte wie ein Fürst; er machte, wie es ihm zukam, ein großes Haus und sah oft Fürsten, Diplomaten und andere angesehene Personen bei sich. Er liebte die Freuden und Genüsse der Tafel; scherzte, erzählte, ermunterte und war der angenehmste Wirth. „Meine Herren und Freunde," pflegte er, wenn er sich mit seinen Gästen zu Tische gesetzt hatte, zu sagen: „jetzt wollen und müssen wir Alles vergessen, was Menschen von Menschen trennt. Nach treuer Arbeit behagt auch der Genuß; wir wollen fröhlich sein. Herzlich willkommen!" Und er nahm das gefüllte Glas und stieß an. Seine Heiterkeit, welche jedoch nie die Würde verlor, theilte sich mit und man war guter Dinge."

Aehnlich schildert uns auch der Ritter von Lang die Liebenswürdigkeit, welche Hardenberg im persönlichen Umgange zeigte. Er sagt:

„Zu Berlin wurde ich von Hardenberg wie ein Kind des Hauses empfangen. Ueberhaupt ist dem, der nur kleine, deutsche, steife, schulmeisterische, hinter einem halben Dutzend Vorzimmern verschlossene und von Bettelvolk umlagerte Minister kennt, von der Leutseligkeit, Liebenswürdigkeit und Zugänglichkeit Hardenberg's kein Begriff zu geben. Er lauschte seinen Untergebenen ordentlich in der Miene ab, was ihnen angenehm sein konnte, nahm Kenntniß von ihren innersten häuslichen Verhältnissen, kam, wo er irgend einen von seiner Lage gedrückt glaubte, mit Vorschüssen und Remunerationen entgegen und konnte beinahe empfindlich darüber werden, wenn ein solcher zu verstockt war, sich ihm anzuvertrauen. Er ließ Jeden möglichst in das Fach übergehen, wo er am liebsten arbeitete, riß wider Willen und ohne große Verbesserung keinen aus seinen Verhältnissen; wo er abschlagen mußte, suchte er ängstlich etwas Anderes auf, was einstweilen trösten und entschädigen konnte."

Ganz anders klingt das Urtheil Niebuhr's über Hardenberg, wie er es in einem vertrauten Briefe an Stein im Jahre 1810 aussprach.

„Ueber die Lage eines unglücklichen Staates, der Ew. Excellenz nicht gleichgültig sein kann, läßt sich in wenigen Worten schon deshalb nichts sagen, weil alles klein und jämmerlich ist. Ein Ministerialwechsel, welcher das Reich dünkelvoller Egoisten (Altenstein, Beyme, Nagler) beendigt hat, gründet dasjenige einer noch schlechteren Raçe. Was sagen Ew. Excellenz zu Scharnweber und Oelssen als den Begeisterern des durch-

aus unfähig gewordenen, durch die Kabrau'sche Schrift zu einer finanziellen Tollheit instigirten Herrn von Hardenberg? und zu dem Fürsten Wittgenstein, als seinem anerkannten Patron, unter dessen Schutz und durch dessen Schliche er in das gelobte Land des Ministeriums zurückgekehrt. Stumm muß man werden bei der Frechheit, womit die flache Unwissenheit Orakel verkündet, bei der Selbstzufriedenheit, womit der schwache Thor sich unter den Klippen Glück wünscht, worauf seine ungeschickte Hand das morsche Schiff in wenig Tagen unfehlbar wirft. Es scheint mir die letzte Phasis unserer Verwirrung vor dem völligen Untergange zu sein."

So verschiedene Urtheile würden sich kaum zusammen reimen lassen, wenn wir nicht wüßten, daß Eylert ein begeisterter Verehrer Hardenberg's, Niebuhr dagegen dessen erbitterter, in seinem Ehrgeiz und seiner Eitelkeit gekränkter Gegner war. Die Wahrheit liegt wie immer in der Mitte.

Eylert's Schilderung ist durchaus wahr, nur übersieht der eifrige Freund alle Fehler des Mannes, den er so hoch preist. Eylert erzählt nichts von dem brennenden Ehrgeiz, der die Triebfeder Hardenberg's in seiner ganzen politischen Laufbahn war, der ihn stets streben ließ, der Erste im Staate zu sein und zu bleiben, von diesem Ehrgeiz, dem er auch die politische Ueberzeugung zu opfern nur zu gern bereit war. Wir werden in einem späteren Abschnitte unserer Geschichte Berlins hierfür manches Beispiel zu erzählen haben.

Hardenberg's persönliche Liebenswürdigkeit, die Leichtigkeit, mit der er im Umgange für Jedermann die richtige Form zu finden verstand, mit der er sich das Vertrauen auch des so leicht mißtrauischen Königs zu erwerben wußte, entsprang einer Biegsamkeit des Charakters, die den Staatsmann zugleich zum vollendeten Höflinge machte und welche es ihm ebenso erlaubte, an Napoleon den unterthänig schmeichelnden Brief zu schreiben, als sie es ihm später möglich machte, im Strome der Reaktion zu schwimmen und seine eigenen Schöpfungen zu verderben.

Der freie Geist, der im Hardenbergischen Hause herrschte und der bewirkte, daß jeder Gast sich in demselben wohl fühlte, entsprang ebensowohl einer gewissen Gutmüthigkeit Hardenberg's, die ihn antrieb, für die Freude seiner Gäste zu sorgen, als der Leichtfertigkeit, die der schon bejahrte, mehr als 60jährige Mann noch in so hohem Grade besaß, daß er mit Recht oft scharf getadelt wurde.

Seine zahlreichen Liebeshändel waren skandalös genug, und sie hatten selbst auf die Staatsregierung häufig einen ungünstigen Einfluß, weil Hardenberg es gern sah, wenn untere Staatsdiener seine Maitressen heiratheten, um diese zu scheinbar ehrbaren Frauen zu machen und weil er nicht zögerte, solche Liebesdienste durch Beförderung zu belohnen.

Die Feinde Hardenbergs's fanden der Angriffspunkte gegen den Staatskanzler viele, welche sie redlich benutzten, um das Vertrauen des Volkes gegen den ersten Rath des Königs zu erschüttern.

Im Juni 1810 begann Hardenberg's Amtsthätigkeit, seine schon im Beginn derselben bedeutende Macht wurde durch eine Verordnung vom 27. Oktober 1810, welche das Verhältniß der verschiedenen Staatsbehörden zu einander bestimmte, bis zu einer Grenze ausgedehnt, welche in dem Stein'schen Reorganisationsplane nicht vorgesehen worden war.

Stein's Organisationswerk wurde geändert, um dem neuen Staatskanzler Preußens die Regierung fast unumschränkt in die Hände zu legen. Hardenberg, der bis dahin selbst mit der größten Energie gegen eine Kabinetsregierung gekämpft hatte, trat jetzt selbst eine solche an; statt der früheren Kabinetsräthe stellte er sich zwischen die Minister und den König. Es ist dies die erste Inkonsequenz, zu der sein Ehrgeiz ihn verleitete.

Im dem Erlaß vom 27. Oktober 1810 war zwar ebenfalls bestimmt, daß die Staatsgeschäfte von fünf Ministern bearbeitet würden und daß jeder Staatsminister unmittelbar dem Könige verantwortlich sei, aber die Berichte der Minister sollten sämmtlich erst durch die Hände des Staatskanzlers gehen und dieser wurde ermächtigt, nicht allein die Berichte aufzuhalten, beliebige Auskünfte von den Ministern zu verlangen, sondern sogar ministerielle Anordnungen aus eigener Machtvollkommenheit aufzuheben.

Als Staatskanzler war Hardenberg Mitglied und Vorsitzer des Staatsraths, er wurde in dem Erlaß als der erste und nächste Rath des Königs bezeichnet und in Gemeinschaft mit einem Kabinetsrath und einem des Kriegswesens kundigen Rath hatte er den Vortrag beim König. Die Leitung aller auswärtigen Angelegenheiten, die gesammten Staatseinkünfte und Angelegenheiten des Königlichen Hauses, der höheren Polizei, kurz alle die wichtigsten Angelegenheiten des Staats waren ihm zur oberen Leitung anvertraut.

Es versteht sich fast von selbst, daß bei der unbeschränkten Gewalt, welche Friedrich Wilhelm in Hardenberg's Hände gelegt hatte, diesem auch die Ernennung der Minister anvertraut war. Es wurden der Graf von der Goltz für das Auswärtige, der Geh. Staatsrath von Heydebreck mit den Einkünften des Staats, die Geheimen Staatsräthe l'Abbaye, Stägemann und von Oelssen mit den Kassen und Geldanstalten betraut. Der Oberst von Haacke erhielt das Kriegswesen, obgleich Scharnhorst im Geheimen stets der Leiter desselben blieb.

Die meisten der genannten Männer waren nur von geringer Bedeutung, aber allerdings konnte man Hardenberg hierüber keinen Vorwurf machen, denn gern hätte er von den alten Freunden Stein's wenigstens zwei sich erhalten, um mit ihrer Hilfe sein Reformwerk zu beginnen und zu vollenden. Schön und Niebuhr würde er mit Freuden in den einflußreichsten Stellen gesehen haben; Beide aber zogen sich grollend zurück, weil

sie nicht glaubten, mit Hardenberg gemeinschaftlich wirken zu können.

Hardenberg hätte besonders gern Niebuhr's tüchtige Finanzkenntnisse benutzt, da der einsichtsvollen Finanzmänner in Preußen leider gar zu wenige waren. Niebuhr selbst machte dies leider unmöglich.

Es war Hardenberg's erste und vorzüglichste Aufgabe, Geld zur Deckung der französischen Contributionen zu schaffen, da er entschlossen war, unter keiner Bedingung eine Provinz zu opfern.

Von einer großen Anzahl Personen waren zu diesem Zwecke Pläne vorgelegt worden, alle aber zeigten sich unausführbar. Der König wünschte, Hardenberg möge sich mit den bisherigen Ministern über den Weg, welchen er einschlagen wolle, berathen. Auch dies war nicht möglich, denn die in ihrer Eitelkeit verletzten Männer zeigten sich so empfindlich, daß es zu einer Verständigung nicht kommen konnte. Trotzdem meinte Hardenberg, in einer so hochwichtigen Angelegenheit nicht ganz selbstständig handeln zu dürfen, jedenfalls wollte er den Rath bewährter Fachmänner hören.

Er wendete sich deshalb zuerst an Niebuhr. Diesem legte er einen Finanzplan vor, den er bereits früher vollkommen ausgearbeitet hatte, einen Plan, der auf gleiche Vertheilung der Steuern, auf die Befreiung des Grundeigenthums von den auf demselben noch immer liegenden Lasten, auf die Belebung des Handelsverkehrs durch Freiheit der Gewerbe und auf die Befestigung des Staatskredits infolge des erhöhten Landeswohlstandes berechnet war.

Hardenberg bat Niebuhr um ein Gutachten über diesen Finanzplan, aber er erhielt eine sehr wenig erfreuliche Antwort. Hardenberg selbst schrieb über dieselbe entrüstet folgende Zeilen:

„Sie wissen, daß ich meinen Finanzplan dem geheimen Staatsrathe Niebuhr mitgetheilt und ihn um sein Gutachten gebeten habe. Dies Gutachten ist eingegangen und verwirft jenen Plan nicht allein im Ganzen, sondern auch in allen einzelnen Theilen von einem Ende zum andern, und das obenein zum Theil in sehr bittern, hämischen Ausdrücken. Ich habe ihn hiernach aufgefordert, seinerseits einen andern Plan aufzustellen, den ich gern annehmen wollte, wenn er besser sei. Darauf hat er erwidert: er sei dazu außer Stande, und es helfe auch nichts, wenn er nicht die oberste und alleinige Ausführung habe, d. h. also Finanz-Minister sei. Ich habe ihm wiederholt geschrieben, zuvörderst müsse doch ein Plan aufgestellt, geprüft und angenommen sein. Es sei seine heiligste Pflicht, sich darüber vollständig auszusprechen; ich habe aber noch keine Antwort bekommen. Ich halte mich wahrlich nicht für unfehlbar, ich bitte um Rath, ich höre gern jede Meinung; allein ich halte auch den geheimen Staatsrath Niebuhr nicht für unfehlbar, und wäre er noch zehnmal so gelehrt, als er ist. Ich will nur das Rechte, das Wahre; ich gebe Ihnen den Bericht, das Gutachten, die ganze Correspondenz zwischen mir und Niebuhr. In jenem Gutachten finden Sie Nummern, ich habe dazu Bemerkungen gemacht, theile Ihnen diese aber nicht mit, damit Sie ganz frei und unbefangen prüfen können."

Selbst durch Niebuhr's harte Zurückweisung ließ sich Hardenberg nicht abschrecken, er wendete sich noch mehrmals an den Mann, dessen Kenntniß vom Finanzwesen er besonders hochschätzte. Er forderte ihn auf, seinerseits Vorschläge über die künftige Organisation des preußischen Finanzwesens zu machen, aber Niebuhr blieb unversöhnlich, ja er ging in seiner Abneigung gegen Hardenberg so weit, daß er dem Könige einen Aufsatz überreichte, in welchem er sich in einer harten Kritik über den Staatskanzler ergoß, diesen Alles umwälzender und auflösender Pläne beschuldigte. Er bat dabei den König, Se. Majestät möge Hardenberg von der Anklage nichts sagen oder merken lassen.

Friedrich Wilhelm, der das vollste Vertrauen zu seinem Minister hatte, ging auf eine solche Bitte nicht ein, er übergab Hardenberg Niebuhr's Schreiben, und von diesem Zeitpunkt an konnte natürlich von einer gemeinschaftlichen Thätigkeit der beiden Staatsmänner nicht mehr die Rede sein.

Vergeblich bemühte sich Stein, durch einen lebhaften Briefwechsel mit seinem alten Anhänger, diesen versöhnlicher zu stimmen, Niebuhr hielt fest an seinem Vorurtheil gegen Hardenberg, welches wir aus einem seiner Briefe kennen. Er trat endlich ganz aus dem Finanzministerium; auf seinen Wunsch erhielt er die durch den Abgang des berühmten Johannes von Müller erledigte Stelle eines preußischen Historiographen. Diese benutzte er, um sich ganz dem Studium der Geschichte, zwar nicht der preußischen, sondern vorzugsweise der römischen hinzugeben. Er hat als Historiker sich einen hochberühmten Namen geschaffen.

Dem Könige Friedrich Wilhelm war es freilich nicht ganz recht, daß der preußische Historiograph sich nur mit römischer Geschichte beschäftigte. Er zeigte dies in späterer Zeit durch eine treffende Antwort, welche er Niebuhr bei einem Besuche in Rom im Jahre 1822 ertheilte.

Der gelehrte Forscher stritt sich mit Alexander v. Humboldt über eine kaum leserliche Inschrift, die er in einem Winkel der Bäder des Diocletian gefunden hatte. Aergerlich über diesen Streit, der ihn langweilte, rief der König aus: „Will ein preußischer Historiograph sein, hätte besser die Berliner Inschriften studiren sollen; hier wird wohl dasselbe stehen, wie dort: „„Dieser Ort darf nicht verunreinigt werden!"" Zufälligerweise hatte Friedrich Wilhelm III. richtig gerathen, die lateinische Inschrift enthielt das von ihm angegebene Verbot.

Auch Schön entzog sich der Mitwirkung an

Hardenberg's Reformwerk, er kehrte zu seiner Präsidentenstelle nach Gumbinnen zurück, obgleich Stein dies Schmollen auf das Höchste mißbilligte, und ihm derb die Wahrheit sagte.

So mußte Hardenberg denn allein vorgehen, aber er suchte wenigstens den Rath des Mannes einzuholen, den er selbst als den Meister in der Staats- und Finanzkunst betrachtete. Er hatte seinen Finanzplan dem Könige übergeben und denselben durch folgende Worte charakterisirt:

„Mein System beruht darauf, daß jeder Einwohner des Staats gänzlich frei sei, seine Kräfte auch frei benutzen und enwickeln könne, ohne durch die Willkür eines Andern daran behindert zu werden; daß die Gerechtigkeit strenge und unparteiisch gehandhabt werde; daß das Verdienst, in welchem Stande es sich finde, ungehindert emporstreben könne, und das endlich durch Erziehung, durch echte Religiosität und durch jede zweckmäßige Einrichtung im Vaterlande ein Interesse und ein Sinn gebildet werde, auf dem unser Wohlstand und unsere Sicherheit gegründet werden könne."

Obwohl Friedrich Wilhelm den Plan billigte, wollte ihn Hardenberg dennoch nicht zur Ausführung bringen, ohne den Rath Stein's gehört zu haben. Er übersandte diesem deshalb den Plan mit sämmtlichen Briefen und Schriften, welche er mit Niebuhr, Schön u. A. ausgetauscht hatte, und bat um sein Urtheil.

Stein war nicht in allen Punkten mit Hardenberg einverstanden, wenn er auch die Grundprinzipien billigte, auf welche der Staatskanzler das neue Finanzwesen Preußens gründen wollte. Es gab deshalb lebhafte Unterhandlungen zwischen den beiden großen Reformatoren Preußens. Ein liberaler Aristokrat, der Graf Arnim-Boitzenburg, der für Stein's Reformen schwärmte, übernahm es, nach Prag zu reisen, um mit Stein Rücksprache zu nehmen. Diese fand statt.

Stein übergab dem Grafen Arnim eine Denkschrift, in welcher er sich auf das Eingehendste über alle Pläne und Vorschläge Hardenberg's aussprach. Er empfahl eine Radikalreform.

Stein's Denkschrift enthielt so wichtige Vorschläge, deren Berücksichtigung Hardenberg dringend nothwendig erschien, daß der Staatskanzler vor Allem wünschte, sich persönlich mit seinem Vorgänger auszusprechen. Eine persönliche Zusammenkunft war indessen ein gefährliches Unternehmen, denn überall wachten die Spione Napoleon's und Hardenberg durfte nicht wagen, seinen kaum beim Kaiser gewonnenen Kredit auf's Neue zu gefährden, was sicher geschehen wäre, wenn Napoleon erfahren hätte, daß der gegenwärtige Staatskanzler mit dem früheren Premier-Minister, dem erklärten Feinde Frankreichs, freundschaftlich verkehre.

Eine geheime Zusammenkunft wurde deshalb verabredet. Als Ende August Friedrich Wilhelm III. nach Schlesien reiste, wurde Stein durch einen vertrauten Boten benachrichtigt, daß Hardenberg ihn in einer einsamen Baude auf dem Kamm des Riesengebirges erwarten wolle.

Stein folgte freudig der Einladung, und am 16. September fand die Zusammenkunft der beiden Staatsmänner statt. Sie einigten sich leicht, in allen Grundprinzipien waren sie ja einverstanden. Die nächsten Reformen Hardenberg's, mit denen er bald energisch vorgehen sollte, fanden Stein's vollkommene Billigung, und wenn später beide Männer in ihren Meinungen auseinander wichen, wenn sie selbst politische Gegner wurden — damals waren sie vollkommen einig. Sie schieden, indem sie sich gegenseitig Freundschaft und Unterstützung versprachen.

Fünfzehntes Kapitel.

Hardenberg's Reformen. — Das Edikt über die Finanzen. — Versprechen der Grundsteuer-Aufhebung und der Berufung einer Volksvertretung. — Konsumtions- und Luxussteuern. — Die Einziehung der Klostergüter. — Die Aufhebung des Zunftzwanges. — Die Gesinde-Ordnung. — Die Befreiung der Juden. — Die Reaktion. — Adel und Spießbürgerthum. — Die gelehrten Kritiker. — Der Berliner Magistrat gegen die Gewerbefreiheit. — Die Berufung der Notabeln. — Die Junkerpartei. — Adam Müller und von der Marwitz. — Die Beschwerdeschrift der adligen Gutsbesitzer gegen Hardenberg.

Nachdem Hardenberg sich mit Stein über die Grundsätze seiner Staatsverwaltung geeinigt hatte, begann er in dem denkwürdigen Monat Oktober des Jahres 1810 das Reformwerk, welches in wenigen Wochen fast vollendet war, ein Werk, dem viele Schriftsteller eine ebenso große Bedeutung für Preußen beilegen, als sie die Jahre dauernde blutige französische Revolution für Frankreich im Gefolge hatte.

Nicht alle Versprechen, welche Hardenberg damals gab, wurden in späterer Zeit gehalten, nicht alle Gesetze, welche er unter der Beistimmung des Königs proklamirte, wurden zur Ausführung gebracht, aber es war dies nicht Hardenberg's Schuld, die Verhältnisse waren mächtiger als er. Trotzdem bleibt das, was er gethan, hoch bedeutungsvoll.

Den Beginn der Hardenberg'schen Reform bildete das berühmte Edict über die Finanzen des Staats vom 27. Oktober 1810. In diesem legte der König seinem Volke Rechenschaft ab über die an Frankreich leider erst halb gezahlten Kriegskontributionen, er gab die Versicherung, daß der Verkauf der Domänen hinreichen werde, um auch die andere Hälfte zu decken; da es aber nicht möglich sei, diesen Verkauf augenblicklich vorzunehmen, die Domänen sofort in baares Geld zu verwandeln, so müßten andere Mittel ergriffen werden. Deshalb sei es nothwendig, daß das Volk Opfer, ja große Opfer bringe, aber diese

sollten erleichtert werden dadurch, daß die Besteuerung im ganzen Lande zu einer gleichmäßigen gemacht werde.

Alle die bisher von der Grundsteuer befreiten Güter sollten zahlungspflichtig gemacht, Zunftzwang und andere derartige Hemmnisse des Verkehrs abgeschafft werden; künftig sollten alle Einwohner der Monarchie nach ihrem Vermögen gleichmäßig die Steuern tragen, diese aber vorzugsweise die Consumtion und den Luxus treffen. Die geistlichen Güter sollten eingezogen werden, nur diejenigen erhalten bleiben, welche für Schulen und fromme Stiftungen erforderlich seien; für den Augenblick aber freilich sei es nothwendig, durch eine Anleihe das erforderliche Geld zu beschaffen. Das Edict schloß endlich mit dem folgenden Versprechen:

„Der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation, sowohl in den Provinzen, als für das Ganze zu geben, deren Rath Wir gern benutzen, und in der Wir nach Unseren landesväterlichen Gesinnungen gern Unseren getreuen Unterthanen die Ueberzeugung fortwährend geben werden, daß der Zustand des Staats und der Finanzen sich bessere und daß die Opfer, welche zu dem Ende gebracht werden, nicht vergeblich sind. So wird sich das Band der Liebe und des Vertrauens zwischen Uns und Unserem treuen Volk immer fester knüpfen."

Das königliche Versprechen, welches im Drange der Zeit, die eine Anspannung aller Kräfte der Nation erforderte, gegeben wurde, um die Opferfreudigkeit anzufeuern, welches später mehrfach wiederholt wurde, fand seine thatsächliche Ausführung erst im Jahre 1848. Noch länger aber ließ die Erfüllung eines zweiten Versprechens auf sich warten, die Aufhebung der Steuerfreiheit des grundbesitzenden Adels, welche das Edict zusagte.

Mehr als 50 Jahre sollten vergehen, ehe das Versprechen zur gesetzlichen Ausführung kommen konnte, und auch dann geschah es nur unter reicher Entschädigung der Grundbesitzer für den Verlust der ihnen bisher gewährten Grundsteuerbefreiung.

Dem Finanz-Edict vom 27. Oktober folgte schon in den nächsten Tagen eine Reihe wichtiger Verordnungen. Der 28. Oktober allein brachte deren vier. Die erste verordnete die Einrichtung einer neuen Consumtions- und Luxussteuer. Durch die Consumtionssteuer wurde endlich die verhaßte bisherige Accise, die den Handel innerhalb des Landes so unendlich erschwerte, aufgehoben.

Das Gesetz über die Luxussteuer enthielt Bestimmungen, welche unserer heutigen Anschauung allerdings etwas fern liegen, damals aber allgemeine Billigung fanden. Für alle männlichen Bedienten, Haushofmeister, Köche, Kunstgärtner 2c. mußte eine Steuer gezahlt werden, und zwar für jeden jährlich 6 Thaler; wer zwei Bedienten hielt, mußte für jeden 8 Thaler zahlen, und so stieg die Steuer so, daß bei sechs Bedienten für jeden 20 Thaler jährlich zu zahlen waren. Ebenso war auch für die weiblichen Dienstboten, aber nur eine Steuer von 2 Thalern festgestellt. Ein Dienstmädchen durfte in der Familie unversteuert gehalten werden; bei der Zahl der Dienstmädchen fand in der Steuer für jedes mehr gehaltene eine Steigerung statt. Das gleiche Verhältniß war für Reit- und Kutschpferde, für Hunde, mit Ausnahme von Hirten- und Ziehhunden, und für Equipagen festgestellt; natürlich blieben indessen die Pferde, welche den Gliedern der königlichen Familie gehörten, steuerfrei, da nach den Begriffen jener Zeit die Würde der königlichen Familie durch eine Besteuerung verletzt worden wäre. —

Die anderen drei Verordnungen betrafen die Aufhebung der Vorspann-Verpflichtungen der Bauern, der Bannrechte und die Festsetzung einer neuen Mühlenordnung. Künftig sollten die Bauern nicht mehr nöthig haben, den in Dienstgeschäften reisenden Beamten Wagen und Pferde frei zur Verfügung zu stellen, sie waren nicht mehr gezwungen, auf bestimmten Rittergütern und in bestimmten Städten schlechtes Bier oder dünnen Branntwein zu kaufen.

Am 30. Oktober erschienen abermals zwei Verordnungen; die eine hob die Verpflichtung auf, Brod und Futter für das Heer in Friedenszeiten zu liefern, die zweite ordnete die versprochene Einziehung der sämmtlichen Kloster- und Stiftsgüter an, indem sie nur diejenigen erhalten wissen wollte, welche zur Krankenpflege oder zur Erziehung der Jugend dienten.

Ganz im Geiste der Oktober-Verordnungen fuhr Hardenberg auch in der nächstfolgenden Zeit mit seiner Reform fort. Wir können, ohne weit über der Zweck unseres Werkes hinauszugehen, unseren Lesern nicht die ganze Reihenfolge der Hardenberg'schen Gesetzgebung schildern und erwähnen deshalb nur die wichtigsten, gerade für unsere Stadt bedeutungsvollsten Gesetze des Staatskanzlers.

Am 2. November erschien eine Verordnung, welche eine allgemeine Gewerbesteuer einführte, dafür aber auch dem Zunft- und Innungswesen insofern ein Ende machte, als sie den Zunftzwang aufhob. Auch die Beschränkung der Handwerke auf die Städte wurde aufgehoben, in Zukunft konnten die Bauern in ihren eigenen Dörfern ihre Wagen bauen und ihre Stiefeln flicken lassen, während sie früher gezwungen gewesen waren, auch der kleinsten Arbeiten wegen sich an die theuern Handwerker der oft weit entfernt liegenden Stadt zu wenden.

Im November 1810 wurde eine Gesinde-Ordnung veröffentlicht. Diese trug allerdings in vielen Punkten noch den Charakter der vergangenen Zeit an sich, sie ist ein Uebergangsprodukt aus dem vorigen Jahrhundert in das neue. Das Gesinde, städtisches und ländliches, war immer noch in seinen bürgerlichen Rechten schwer zurückgesetzt, die Herrschaft durfte es durch Scheltworte und geringe Thätlichkeiten beleidigen,

ohne daß dafür eine gerichtliche Genugthuung gefordert werden konnte; nur gegen grobe Mißhandlungen schützte die Gesinde-Ordnung die Dienstboten.

Wie wenig vollkommen aber auch das Gesetz sein mochte, gegen die früheren Zustände, in denen das Gesinde der Herrschaft gegenüber gar kein Recht gehabt hatte, bildete es einen bedeutenden Fortschritt, denn es stellte zwischen Herrschaft und Dienstleuten das Verhältniß eines rechtlichen Vertrages her, und machte es überhaupt möglich, daß ein Dienstbote vor Gericht Recht gegen den Herrn zu erlangen vermochte.

Von besonderer Wichtigkeit für den gesellschaftlichen und gewerblichen Verkehr Berlins war eine Verordnung vom 11. März 1812, welche die Juden in Preußen von vielen Ausnahme-Bestimmungen befreite, denen sie bisher unterworfen gewesen waren. Die besonderen Judenabgaben sollten fortan wegfallen, die Juden brauchten nicht mehr zu den Ehebündnissen, die sie schließen wollten, eine höhere Genehmigung zu erfordern. Das Gesetz vom 11. März warf alle diese Freiheitsschranken nieder. Die bisher im Staate heimisch gewesenen Juden sollten fortan als preußische Staatsbürger anerkannt werden, sie erhielten, wie sie gleiche Lasten mit den übrigen Bürgern tragen mußten, auch gleiche Rechte. Das ließen sich nun wohl die Juden gern gefallen, vielen von ihnen aber, die mit strenger Orthodoxie an den alten Sitten hingen, war es höchst lästig, daß dasselbe Gesetz von ihnen forderte, einen bestimmten Familiennamen zu führen, daß sie im schriftlichen Verkehr sich der deutschen oder einer anderen lebenden Sprache, nicht mehr der hebräischen bedienen, daß sie ihren Namen auch in offiziellen Urkunden nur mit deutschen oder lateinischen Buchstaben unterzeichnen sollten.

Die großartigen, tief in das Volksleben einschneidenden Reformen Hardenberg's erweckten diesem bald dieselbe Opposition, gegen welche Stein so schwer zu kämpfen gehabt hatte. Alle jene Männer des Rückschritts, welche, stets eigensüchtig und opferwiderwillig, nur ihre Standes- und Gewerbsinteressen im Auge hatten, während ihr Mund überfloß von Versicherungen des reinsten Patriotismus, erhoben sich einhellig gegen Hardenberg, jene Männer der Reaktion, deren Geschlecht nie ausstirbt, welche heute wie vor funfzig Jahren sich mit ihrem Schein-Patriotismus brüsten, um dadurch ihren Vortheil zu sichern.

Sie hatten freilich ein Recht, gegen Hardenberg eine erbitterte Feindschaft zu hegen, denn die Gesetze des Reformators durchschnitten ihnen den Lebensnerv. Der Adel verlor durch die versprochene Aufhebung der Grundsteuerbefreiung sein letztes wichtigstes Privilegium; das Spießbürgerthum in den Städten, welches schon durch Stein's Städte-Ordnung und den infolge derselben im Volke erwachenden freieren Geist gefährdet worden war, wurde fast vernichtet durch die allgemeine Gewerbefreiheit, denn in den Zünften fand es seine sicherste Zufluchtsstätte, und diese wurde ihm jetzt zerstört.

War es zu verwundern, daß Adel und Spießbürger sich gleichmäßig erhoben, um laut zu klagen und anzuklagen? Sie beschuldigten Hardenberg, er sei ein gedankenloser Revolutionär, der die ehrwürdigsten Institutionen, auf denen allein die Sicherheit des Thrones beruhe, mit frevelnder Hand umstürze, um Mangelhaftes, Neues, das im Sturme der Zeit nicht Bestand haben könne, zu schaffen. Sie prophezeiten den Untergang Preußens als eine Folge der revolutionären Gesetzgebung.

Ihnen schloß sich der ganze Troß jener gelehrten Kritiker an, welche schon gegen Stein so eifrig Partei genommen hatten. Diese waren nicht die am wenigsten gefährlichen Feinde, denn ihren scharfen Worten bot in der That die Hardenberg'sche Gesetzgebung manche Blöße. Bei der Schnelligkeit, mit welcher der Staatskanzler, der nicht überall von den besten Räthen unterstützt wurde, mit seinem Reformwerk vorging und vorgehen mußte, war manches Gesetz nicht in allen seinen Consequenzen vorbedacht, nicht überall sorgfältig genug gefeilt und durchgearbeitet worden, hier und da mußten Erläuterungen, Umarbeitungen ꝛc. erfolgen, welche die Praxis der Ausführung gebot. An alle Blößen klammerte sich die böswillige Kritik der Feinde Hardenberg's, ohne die Großartigkeit der gesammten Reformpläne zu würdigen.

Hardenberg hatte, wie Stein, schwere Kämpfe zu bestehen; am leichtesten wurde er noch mit den Spießbürgern fertig.

Vergeblich suchten und fanden die Anhänger des Zunftgesetzes Schutz bei den städtischen Behörden, vergeblich versuchte besonders der Berliner Magistrat, gegen die neue Gewerbefreiheit anzukämpfen; es nutzte ihm nichts, alle Verordnungen, welche er erließ, um das alte Unwesen aufrecht zu erhalten, mußte er auf Befehl der königlichen Staatsregierung ohne Weiteres wieder aufheben. Beim Volke von Berlin fand er in seinem Kampfe für die Zünfte nur geringen Beistand, denn die große Mehrzahl sah sehr wohl ein, daß erst jetzt nach Aufhebung des verhaßten Accisezwanges und der drückendsten Zunftbeschränkungen sich Handel und Gewerbe unserer Stadt blühend entfalten konnten.

Schwerer war der Kampf, welchen Hardenberg gegen den Adel zu bestehen hatte, denn dieser fand in der nächsten Nähe des Königs am Hofe eifrige Unterstützung, und Friedrich Wilhelm selbst war wenig geneigt zu strengen Maßregeln gegen die ersten Männer des Staats, sogar wenn sie bestrebt waren, überall die Thätigkeit des Staatskanzlers zu untergraben.

Die Unzufriedenheit mit den neuen Gesetzen war unter dem gesammten Adel des Landes verbreitet. Hardenberg glaubte Etwas zur Beruhigung thun zu müssen. Er selbst hielt sein Reformwerk so lange für unvollendet, als es nicht gekrönt war durch die Einsetzung einer Volksver-

tretung. Eine solche zu schaffen war damals dem Staatskanzler noch nicht möglich, er wollte aber wenigstens versuchen, den Schatten einer Repräsentation der Nation herzustellen. Deshalb beschloß er, aus allen Provinzen eine Anzahl der angesehensten Männer als Vertrauensmänner zu berufen, um ihnen die neuen Besteuerungs-Grundsätze zur Berathung vorzulegen.

Hardenberg hoffte, die Berufenen von der Reinheit seiner Absichten, von der Nothwendigkeit der Reformen zu überzeugen, und dadurch in ihnen Verbündete gegen die widerstrebende Junkerpartei zu gewinnen. Gerade zu diesem Zweck wurde die Mehrzahl der Vertrauensmänner aus der Zahl angesehener Rittergutsbesitzer, die Minderzahl aus dem Bürger- und Bauernstande, von dem eine Opposition nicht zu befürchten war, gewählt.

Am 23. Februar 1811 fand die erste Versammlung der Vertrauensmänner im königlichen Schlosse zu Berlin statt. Hardenberg eröffnete sie mit einer Rede, in welcher er die Berufenen bewillkommnete und die königliche Zusage, daß eine National-Repräsentation geschaffen werden solle, wiederholte, und ihnen zugleich mittheilte, welche Aufgaben sie zu erfüllen haben würden, daß sie nicht berufen seien, ihre Meinung über das neue Steuersystem zu sagen, sondern um bei der Ausführung desselben durch ihren Rath behülflich zu sein.

Die Macht, welche nach dieser Auseinandersetzung die Versammlung haben sollte, war eine außerordentlich geringe, oder vielmehr eine verschwindende; die angesehensten Männer des Landes waren berufen, nicht um die Grundsätze des neueren Besteuerungssystems, sondern nur um die Ausführung desselben zu berathen; ihre Aufgabe sollte es in Zukunft sein, daß sie sich gewissermaßen als Regierungswerkzeuge gebrauchen ließen. Und dies war ihnen mit offenem Wort gesagt.

Wenn auch die Vertreter des Bürger- und Bauernstandes, welche ohnehin den Hardenberg-schen Reformen geneigt waren, sich durch die Machtlosigkeit der Versammlung nicht gedrückt fühlten, um so mehr wurde ein Theil der Rittergutsbesitzer dadurch zum Widerstande gereizt, und die Versammlung zeigte sich daher keineswegs so lammfromm, als der Staatskanzler wohl gehofft hatte.

Die Junkerpartei brachte ihre Beschwerden und Forderungen oft in anmaßendem Tone vor, und wenn Hardenberg den Sprechern Anfangs sehr mild und schonend geantwortet hatte, so sah er sich doch endlich gezwungen, ihnen ernst und entschieden entgegenzutreten. Dadurch aber wurde das Uebel nur größer, und als der Staatskanzler am 28. Juni 1811 die Versammlung schloß, konnte er sich nicht verhehlen, wenn er dies auch nicht aussprach, daß die Resultate nicht sonderlich befriedigend gewesen waren, ja daß sogar die Opposition der Junker durch einen Theil der Vertrauensmänner selbst einen Rückhalt erhalten habe.

Die Junkerpartei hatte dies klar genug durch die Offenheit gezeigt, mit der sie seit Berufung der Versammlung gegen das Hardenberg'sche System in den Kampf eingetreten war. Den Anfang machte ein Heißsporn der Junkerpartei, ein Herr von der Marwitz.

Es lebte damals in Berlin ein namhafter Gelehrter Adam Müller, der als staatswissenschaftlicher Schriftsteller ziemlich berühmt war. Er gehörte zu der in jenen Tagen, wie leider auch heute, ziemlich zahlreichen Klasse der Schriftsteller, welche ihre Feder gern und um jeden Preis verwerthen, selbst um den einer Meinungsänderung.

Müller hatte die Absicht, in Berlin eine Anstellung im höheren Staatsdienste zu erwerben, zu diesem Zweck wollte er dem Staatskanzler zeigen, daß er ein ebenso gefährlicher Gegner wie ein beredter Vertheidiger und Lobredner sein könne. Er fertigte eine Schrift an, in welcher er sich in Lobpreisungen Hardenberg's ergoß, in der er aber zu gleicher Zeit ganz im Sinne der Adelspartei mit großer Geschicklichkeit die Hardenberg'schen Reformen angriff.

Diese Schrift sollte von einer großen Anzahl Adliger unterschrieben und dem Staatskanzler überreicht werden. Aber nur Einer, von der Marwitz, fand sich dazu bereit; ein Theil der Adligen, die erst ihre Zustimmung gegeben hatten, wollte nicht in die schmeichelnden Lobeserhebungen einstimmen, mit denen Müller Hardenberg für die Pläne der Adelspartei zu ködern suchte, ein anderer Theil aber war zu furchtsam, um offen gegen den höchsten Beamten des Staats aufzutreten.

Müller erreichte seinen Zweck nicht, Hardenberg legte das Schriftstück unbeachtet zur Seite, er widmete dem Verfasser keine Aufmerksamkeit, und dieser mußte sich endlich, weil er in Berlin für seinen Ehrgeiz keinen Boden fand, entschließen, nach Oesterreich überzusiedeln.

Bedeutungsvoller war eine andere Schrift, zu welcher sich eine Anzahl sehr angesehener Rittergutsbesitzer vereinigte. Sie erließen gemeinschaftlich eine Vorstellung an den König, in der sie mit ungezügelten Worten Beschwerde über Hardenberg's Reformen führten. Die Schrift ist im höchsten Grade interessant, fast möchten wir beim Lesen derselben glauben, sie sei der heutigen Zeit entsprossen, von unseren modernen Junkern abgefaßt worden. Aber:

Das ist eine alte Geschichte,
Doch bleibt sie ewig neu.

Wir können unseren Lesern nur einige Sätze des sehr umfangreichen Schriftstückes mittheilen, sie werden durch Schlagworte, wie: gepriesene Gewerbefreiheit, neumodischer Judenstaat 2c., lebhaft an den Zuschauer unserer Kreuzzeitung erinnert werden.

„Es scheint gar keine Nothwendigkeit vorhanden gewesen zu sein, alles Bestehende umzustürzen,

und ebenso wenig wird die gepriesene Gewerbefreiheit allein das erwähnte Uebel zudecken, noch das so sehr gewünschte Geldvermögen verschaffen, weil ihr die zwei nothwendigsten Erfordernisse zu ihrem Gedeihen fehlen: Absatz und Sicherheit von außen. Das eitle Streben nach Geld wird sich also auch hier, wie immer, von selbst bestrafen und vernichten. — — —

Der uns mitgetheilte Entwurf zu einem Edicte über die bürgerlichen Verhältnisse unter einander redet von den großen ländlichen Besitzungen, die man sonst wohl Rittergüter nennt. Den Juden hingegen (um nur ein Beispiel anzuführen) giebt man auch ihren Namen nicht mehr — aber aus dem entgegengesetzten Grunde, nämlich weil man ihn für zu schlecht für sie hält. — In der Verordnung, wo ihnen Grundeigenthum zu acquiriren erlaubt wird, heißen sie: die Bekenner der mosaischen Religion. Diese Juden, wenn sie ihrem Glauben treu sind, die nothwendigsten Feinde eines jeden bestehenden Staats, wenn sie ihrem Glauben nicht treu sind — Heuchler — haben die Masse des Geldes in ihren Händen, sobald aber das Grundeigenthum so in seinem Werthe gesunken sein wird, daß es für sie mit Vortheil zu acquiriren ist, wird es sogleich in ihre Hände übergehen, sie werden, als Grundbesitzer, die Hauptrepräsentanten des Staats, und so unser altes, ehrliches, brandenburgsches Preußen ein neumodischer Judenstaat werden. Wir wagen es zu sagen, daß, wenn die Grundsätze der Willkür, der Gleichmachung der Stände und der Mobilisirung des Grundeigenthums wirklich durchgeführt werden, nun keine Rettung für diesen Staat und für Ew. Kgl. Majestät hohes Haus mehr erscheint. Der mit seinem Eigenthume stets handelnde Grundbesitzer ist losgerissen vom Staate und will dahin, wo mehr Geld zu erwerben ist. Dadurch wird Alles Spekulation und mit dem Verfalle des Ackerbaues tritt allgemeine Nahrungslosigkeit ein, die Gleichmachung aller Stände macht die unteren, ungebildeten trotzig, sie sehen nur sich und den Werth ihrer Person, Niemand über sich, denn der König steht ihnen zu ferne — dazu das nothwendige Wechseln der Systeme und der Administration, doch da keines mehr durch Grundgesetze festgehalten und das entgegengesetzte nicht ausgeschlossen wird, alles dies muß nothwendig einen solchen bürgerlichen Egoismus, eine solche politische Irreligiosität erzeugen, die den Staat wie eine bloße Zwangsanstalt betrachtet, daß ein Jeder den ersten Anlaß ergreift, sich von ihr loszumachen, und lieber Gewalt selbst zu üben, als sie zu dulden.

Wir haben das schreckhafte Beispiel solcher Zeit in unseren Tagen erlebt, wir sagen uns los von der Theilnahme an den Grundsätzen, die sie auch in diesem Lande herbeiführen werden.

Unterschrieben war die Beschwerde „Die Stände des Lebusschen, Storkow- und Beeskowschen Kreises", sie trug die Namen von folgenden Rittergutsbesitzern:

C. Reichsgraf von Finkenstein; v. d. Marwitz, auch in Vollmacht der Fürstin von Schönburg-Waldenburg auf Gusow; v. Burgsdorf; Lehmann, auch in Vollmacht der Fräulein von Viereck; von Flemming; v. Eckardstein; v. Massow; v. Alvensleben; Karbe; Wilhelm v. Schütz; von Löschbrand; u. A.

Eine große Anzahl von Rittergutsbesitzern hatte ihre Unterschrift verweigert. Welche Schritte sollte der König einschlagen gegen Männer, welche offenbar die Ehrfurcht vor der königlichen Majestät verletzt hatten? Der Justizminister von Kircheisen wurde um seinen Rath befragt, er meinte, ein nachdrücklicher Verweis sei eine hinreichende Strafe. Dem aber wiedersetzte sich Hardenberg, er forderte strenge Maßregeln.

„Ein bloßer Verweis — worauf der Justizminister Kircheisen angetragen" — so sagte Hardenberg, hilft nicht nur nichts, er wirkt schädlich. Man wird immer dreister werden. In unseren stürmischen Zeiten ist es in allen Stücken dringend nothwendig, halbe Maßregeln zu vermeiden, und besonders den Gehorsam und die Autorität des Gouvernements kräftig zu sichern. Und dieses ist noch nothwendiger auf die vornehmeren Stände, die die gebildeteren sein wollen, als bei den geringeren, denn sonst wandeln wir auf trüglichem, grundlosem Wege."

Gewiß hatte Hardenberg mit seiner Forderung, daß eine strenge Strafe eintrete, Recht, denn der Uebermuth des Adels mußte gebrochen werden.

Friedrich Wilhelm III. entschloß sich nur ungern, dem Ansinnen seines Staatskanzlers nachzukommen. Endlich freilich konnte er nicht umhin, dies dennoch zu thun. Der Graf Finckenstein und von der Marwitz wurden gefangen genommen und nach Spandau gebracht, sie mußten auf Beschluß des Kammergerichts die Kosten der gegen sie eingeleiteten Untersuchung tragen. Andere Gutsbesitzer erhielten einen Verweis. Der Landrath Lehmann sollte seines Amtes entsetzt werden, aber alle diese Maßregeln wurden nur zum Schein getroffen, nur um Hardenberg wenigstens einigermaßen den Willen zu thun.

Schon am 31. Juli wurden die nach Spandau abgeführten geistigen Urheber der Schrift, die Häupter der wiederspenstigen Adelspartei, durch königliche Gnade wieder auf freien Fuß gestellt und am 6. August erfolgte der Befehl, daß auch der Landrath Lehmann in seiner amtlichen Wirksamkeit belassen werden solle.

Hardenberg mußte unter solchen Umständen wohl erkennen, daß der Kampf gegen den Adel für ihn zu gefährlich sei. Sein Ehrgeiz trieb ihn vor allen Dingen sich an der Spitze der Staatsverwaltung zu erhalten, er fürchtete, bei weiteren Schritten gegen die Adelspartei sich selbst zu verderben, deshalb ließ er den wesentlichsten Theil seines Finanzplanes, die Aufhebung der Grundsteuerbefreiung, unausgeführt, obgleich er den im September noch einmal berufenen Vertrauens-

männern in der Eröffnungsrede der Versammlung ausdrücklich versicherte, es sei ein Frevel, wenn Jemand nur im Geringsten daran denke, daß er sein System verändern werde; seine Grundsätze würden stets bleiben: Gleichheit vor dem Gesetz, freie Disposition und Benutzung des Eigenthums, Gewerbefreiheit und Abgaben ohne Bevorzugung eines einzelnen Standes, und er werde diese Grundsätze zur Durchführung bringen.

Sechszehntes Kapitel.

Vergnügungsluft der Berliner. — Die Weihnachtswanderungen. — Die kunstlosen Kunstausstellungen. — Mangel an Kunstverständniß in Berlin. — Der Brand der Petrikirche. — Der Weihnachtsrezensent der Spener'schen Zeitung. — Das Theater. — Iffland. — Ein nachachtungswerthes Circularschreiben Iffland's. — Die Luftschifffahrten.

Die Rückkehr des Königs und des Hofes hatte ein neues Leben nach Berlin gebracht. Waren in den vergangenen traurigen Jahren die Bürger durch Einquartierungsnoth und andere Lasten von den öffentlichen Vergnügungen vielfach zurückgehalten worden, so wollten sie jetzt sich entschädigen; sie hofften ja auf neuen Verdienst vom Hofe, da konnten sie schon eine Ausgabe mehr machen als früher, wenn sie auch thatsächlich sich noch keineswegs in besseren Geldverhältnissen befanden, sondern im Gegentheil recht schwer zu kämpfen hatten, selbst um das Nothwendigste zu beschaffen.

Der allgemein in allen Ständen herrschende Geldmangel hielt die Berliner nicht ab, sich eifrig den zahlreich sich ihnen darbietenden Vergnügungen hinzugeben. Es ist ja charakteristisch für das lebenslustige Volk Berlins, daß es stets eben so bereit ist, dem Vergnügen den letzten Groschen zu opfern, ja vielleicht die Betten und den nothwendigsten Hausrath zu versetzen, als es mit höchster Anspannung aller Kräfte arbeitet, um die Mittel zu einem lustigen Leben zu erwerben.

Nicht nur die Feste, welche zu Ehren der Rückkehr des Königs in den verschiedensten Kreisen gefeiert wurden, fanden die allgemeine Theilnahme, auch alle anderen Vergnügungen blühten, sie wurden so fleißig besucht, als herrsche in der Hauptstadt der glänzendste Wohlstand. Besonders war dies der Fall bei den sogenannten Kunstausstellungen, einem eigenthümlichen Produkt der Berliner Industrie zur Weihnachtszeit. Einige schwache Reste derartiger Ausstellungen haben sich bis auf unsere Tage erhalten, damals aber standen sie im höchsten Flor.

Es war Mode in der Weihnachtswoche, von einer Ausstellung zur andern zu wandern; nur die Noth der vergangenen Jahre hatte die Schaulust der guten Berliner Bürger etwas zurückgehalten, denn der Besuch jeder Ausstellung kostete 2—10 Groschen; eine Familie, welche mehrere besuchen wollte, und dies war eben die allgemeine Sitte, mußte daher schon den Geldbeutel tüchtig anstrengen. Nach der Rückkehr des Königs thaten die Bürger dies und das Weihnachtsgeschäft wurde daher über alle Erwartungen glänzend.

Die sogenannten Weihnachtskunstausstellungen wurden meist von Konditoren, Spielwaarenhändlern, Buchbindern ꝛc. veranstaltet, sie zeigten gewöhnlich eine mehr oder weniger schlecht gemalte Landschaft, welche durch einige Dekorationsstücke plastisch gemacht wurde, die Staffage bestand häufig aus Marionetten. Das Ganze war, nur wenige Ausstellungen ausgenommen, so kindisch wie möglich, aber besucht wurden selbst die schlechtesten Ausstellungen, obgleich die Zeitungen sie mit lobenswerth offener Kritik besprachen.

Der Mangel an Kunstverständniß, der noch im Anfang unseres Jahrhunderts in der Haupt- und Residenzstadt Berlin fast unter allen Ständen herrschte, obgleich die Berliner sich gern mit Stolz als echte Kunstkenner gebehrdeten, zeigt sich nirgends klarer als in den zahlreichen Besuchen gerade dieser sogenannten Kunstausstellungen. Die besten derselben waren die des Konditors Weide hinter der Petrikirche, d. h. am Petriplatz, denn die Kirche stand leider nicht mehr,*) sowie die beiden Ausstellungen der Herren Gropius sen. und jun. in der Brüderstraße und Breitenstraße, — sie zeigten die Landschaften, welche von anerkannten Künstlern gemalt waren.

Vergeblich klagten die kunstsinnigeren Schriftsteller über die herrschende Geschmacklosigkeit, ihre Worte hatten der allgemeinen Mode entgegen keine Wirkung. Die Spenersche Zeitung enthielt im Januar 1810 einen langen Artikel, in welchem sie die Aussteller ernstlich ermahnte, Besseres als bisher zu leisten, aber die Worte waren natürlich in den Wind gesprochen und als im Dezember

*) In der Nacht vom 19. zum 20. September des Jahres 1809 brannte die Petrikirche ab. Es standen zu jener Zeit rings um die Kirche herum 42 Krambuden, auch diese geriethen in Flammen, außerdem 7 Häuser in der Gertraudtenstraße. Es war ein Feuer, wie es seit langen Jahren in Berlin nicht gesehen worden war. Alle umliegenden Straßen wurden von den Flammen so hell erleuchtet, als sei es lichter Tag, mehrere Häuser in der Gertraudtenstr., Roß-, Fischer-, Petri- und Grünstraße wurden durch die Gluthhitze schwer beschädigt, sogar der Thurm der weit entlegenen Waisenhauskirche am Ende der Stralauer Straße wurde vom Flugfeuer ergriffen und brannte ab, ohne indessen der Kirche zu schaden. Obgleich es schon am 20. September gelang, des Feuers Herr zu werden, so daß weiterer Schaden verhindert werden konnte, brannte doch das Innere der Kirche noch 9 Tage. Erst im Jahre 1852 sind Kirche und Thurm auf der alten Stelle wieder hergestellt worden. Der Verlust, welcher durch die Feuersbrunst der Berliner Bürgerschaft erwuchs, war außerordentlich groß, er traf die Stadt um so schwerer, als sie ohnehin durch die Kriegsnoth verarmt war. Er wird auf 94,000 Thaler berechnet, wobei die Kirche noch nicht mitgerechnet ist.

1810 die neuen Weihnachts-Ausstellungen begannen, waren sie gerade so schlecht wie die vorjährigen. Der Spenersche Kunstkritiker mußte von seiner eigenen Ermahnung in Nr. 154 der Zeitung vom Jahre 1810 sagen:

„Es ist hier gerade eben so ergangen, wie es in dem, dem Pater Abraham a Sancta Clara nachgebildeten Liede, über die Predigt des heiligen Antonius an die Fische, heißt:

Die Predigt geendet,
Ein jedes sich wendet;
Die Krebse geh'n zurücke,
Die Stockfisch' bleiben dicke,
Die Karpfen viel fressen,
Die Predigt vergessen u. s. w.

oder mit andern Worten: die Predigt hat nichts gefruchtet, es ist Alles beim Alten geblieben. Wo sich von Seiten der Unternehmer so wenig Empfänglichkeit für das Bessere zeigt, als in Vergleichung der diesmaligen mit den vorjährigen Ausstellungen, da scheint guter Rath im Allgemeinen so ziemlich entbehrlich und selbst da, wo die Rüge sonst wohl am rechten Orte wäre, jedweder Tadel vergeblich zu sein.

Weit mehr als durch die Kunstausstellungen wurde der Geschmack der guten Berliner gebildet durch das Theater, welches jetzt wieder zahlreiche Besuche empfing. Iffland, der treffliche Director, der im Jahre 1810 den Titel „General-Director der königlichen Schauspiele" und die gesammte Leitung des ganzen Schauspielwesens erhielt, dem selbst die beiden Kapellmeister der bisherigen italienischen Oper, Righini und Himmel, und der Musikdirector des deutschen Schauspiels Anselm Weber untergeordnet wurden, überwachte die Vorstellungen sowohl im großen Opernhause, als im neuen Schauspielhause.

Im Opernhause wurden fortan die großen Opern und Ballette, die sogenannten Spektakelstücke und diejenigen Schauspiele gegeben, bei denen ein übergroßer Andrang von Zuschauern zu erwarten war; die übrigen Schau- und Trauerspiele, komische Opern, Lustspiele und Possen, kleinere Balette 2c. wurden im Schauspielhause aufgeführt.

Iffland sah sich jetzt durch den glänzendsten Erfolg für die traurige Zeit, die er unter der französischen Herrschaft hatte verleben müssen, entschädigt.

Es ist gewiß für den Schauspieler eine schwere Aufgabe, vor leeren Bänken zu spielen, und das hatte gerade bei klassischen Stücken in der Franzosenzeit oft geschehen müssen. Iffland's Kunsteifer aber war hierdurch nicht abgekühlt worden, dies beweist ein Cirkular, welches er in der schwersten Zeit, des französischen Druckes und der Theilnahmlosigkeit der Berliner an künstlerischen Bestrebungen, als das Theater allabendlich fast leer stand, an seine Schauspieler erließ und in welchem er unter Anderem sagte:

„Die Schauspieler dieser Bühne sind in diesen Zeiten mehr als je verpflichtet, dem hiesigen Publikum durch präzise, gute, lebendige und gefällige Darstellungen die wenigen Stunden, wo man im Theater seine Lage zu vergessen strebt, angenehm vorübergehen zu machen. Sie sind um so redlicher dazu verpflichtet, da die Administrationen ihnen Antheil bewiesen haben, und die Schauspieler unter Allen, welche von den gegenwärtigen Zeitumständen leiden, gerade die Klasse ausmachen, welche am wenigsten gelitten hat, rücksichtlich behandelt worden ist, und nur weniger die Nachtheile der Zeitgeschichte empfindet, als die Schauspieler der vielen Städte in Deutschland ihn tragen und getragen haben, wohin der Krieg gekommen ist. — — — Die möglichste Anstrengung sollte um so mehr jetzt von dem eigenen Ehrgefühle erwartet werden, da wir jetzt größtentheils vor einem fremden Publikum spielen, welches bei sich zu Hause einer sehr sorgfältigen Bühne, der größten Pünktlichkeit, Decenz und Lebhaftigkeit gewöhnt ist. Da dieses Publikum, ungeachtet es in der großen Mehrheit unserer Sprache nicht kundig ist, gleichwohl die Rücksicht beweiset, kein Theater seiner Sprache hierher kommen zu lassen, und also dadurch unsere Erhaltung möglich macht, so ist es die erste Schuldigkeit, ihm in vernehmlicher Sprache und faßlich genauer Mimik verständlich zu werden."

Ifflands's Circular, welches im Ganzen wenig bekannt ist, verdient allen Schauspielern, auch unserer jetzigen Zeit, zur steten Nachachtung in Erinnerung gebracht zu werden.

Die bessere Einnahme des Theaters, welches nach der Rückkehr des Hofes stets gefüllt war, machte es Iffland möglich, die besten Kräfte zu gewinnen und in das Repertoir eine reiche Abwechselung zu bringen. Wenn er auch dem herrschenden Geschmack gemäß nicht vermeiden konnte, die Kotzebue'schen und andere derartige Machwerke dem Publikum vorzuführen, hat er sich doch durch die Einführung klassischer Stücke ein unsterbliches Verdienst um unsere Bühne erworben.

Im Winter beschäftigten Theater, Kunstausstellungen, Bälle und andere große Gesellschaften das Berliner Publikum und führten es von einem Vergnügen zum andern. Auch im Sommer blieb dieselbe Sucht nach Zerstreuungen jeder Art, nach den beliebten Landparthien und Schaustellungen im Freien, dem Schützenplatz und anderen derartigen althergebrachten Vergnügungen. Damals waren besonders die Luftfahrten sehr modern.

Unter ungeheurem Zulauf machten verschiedene Luftschiffer ihre gefährlichen Reisen. Einen großen Ruf erwarb sich besonders der Professor Robertson, der mehrere glückliche Luftfahrten unternahm und bei denselben jedesmal das Publikum durch eine Fülle von Gedichten, die er aus der Höhe herabregnen ließ, erfreute. Auch kam damals zuerst das Schauspiel der Figuren-Ballons, welche zum Ergötzen der Zuschauer in die Luft gesendet wurden, auf.

Wichtiger, als durch die reiche Fülle der Ver-

gnügungen, welche sich den Residenzlern im Jahre 1810 bot, wurde das denkwürdige Jahr für die Berliner durch die Begründung eines wissenschaftlichen Instituts, welches von der höchsten Bedeutung für die Hauptstadt werden sollte, der Universität.

Siebenzehntes Kapitel.

Die wissenschaftlichen Institute Berlins. — Die Vorlesungen. — Fichte und seine Zuhörer. — Der Plan zur Begründung einer Universität in Berlin. — Einwendungen dagegen. — Friedrich Wilhelm III. als Gegner des akademischen Lebens. — Beyme an Wolf. — Schmalz und Friedrich Wilhelm III. — Stein als Gegner der Berliner Universität. — Wilhelm von Humboldt. — Die ersten Vorlesungen im Heinrich'schen Palais. — Die Eröffnung der Universität. — Konflikte zwischen Bürgern und Studenten. — Patriotismus der Studenten.

Der Gedanke, in Berlin eine hohe wissenschaftliche Lehranstalt zu errichten und mit der Akademie der Wissenschaften zu verbinden, war schon in den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts rege geworden und bis zum Jahre 1806 mehrfach wieder aufgetaucht.

Die Hauptstadt erschien für die Errichtung einer Universität oder eines ähnlichen wissenschaftlichen Instituts besonders geeignet, weil sich in derselben ohnehin eine große Anzahl wissenschaftlicher Anstalten, an denen viele namhafte Gelehrte thätig waren, befanden. Da gab es die Akademie der Wissenschaften und Künste, die Militair-Akademie für Offiziere, die Artillerie- und Ingenieur-Schule, das Kadettenhaus, das Bürgereleven-Institut und die vielen Gymnasien, an denen allen wissenschaftlich gebildete Männer, zum Theil anerkannte Gelehrte wirkten. Es gab sogar für eine Wissenschaft, die Medizin, bereits eine Art von Universität, eine geschlossene medizinische Fakultät, deren Aufgabe es war, junge Aerzte für die Armee vorzubilden. In derselben lehrten 20 Professoren, theils die rein medizinischen, theils die Hilfswissenschaften: Physik, Chemie, Botanik. Sie hielten öffentliche Vorlesungen ebensowohl wie private gegen Honorar, die Studirenden wurden förmlich immatrikulirt, kurz, die Fakultät unterschied sich kaum von den übrigen medizinischen Fakultäten an Universitäten, nur daß sie akademische Würden nicht ertheilen konnte.

Auch die übrigen Zweige der Wissenschaft waren seit Friedrich des Großen Zeit in Berlin durch Vorlesungen vielfach vertreten. Wissenschaftliche Vorträge jeder Art wurden in der Hauptstadt gehalten und fanden beim großen Publikum einen außerordentlichen Beifall. Die Gelehrten, welche in den verschiedenen Anstalten thätig waren, die Akademiker und Professoren, selbst die im Staatsdienst angestellten Verwaltungsräthe und Geistlichen traten als Lehrer auf; sie erhielten gern von der Ortspolizei die nothwendige Genehmigung, Vorlesungen zu halten, und schafften sich dadurch recht ansehnliche Nebeneinnahmen, denn alle derartige Vorträge wurden nach den Verhältnissen jener Zeit gut bezahlt.

Es war Mode in Berlin, den wissenschaftlichen Vorlesungen beizuwohnen. Als Marcus Herz über Experimental-Physik las, erschienen selbst die jüngeren Brüder Friedrich Wilhelm's III. unter seinen Zuhörern. In jedem Halbjahre zeigten die Zeitungen neue Vorträge an, alle Ostern und Michaelis finden wir in ihnen ein Verzeichniß von Vortragenden, welche meistens die Zuhörer in die Hörsäle der öffentlichen Anstalten einluden.

Selbst die schwere Kriegszeit vermochte diese Thätigkeit nur für kurze Zeit zu unterbrechen; fuhr doch Fichte auch während Berlin von den Franzosen besetzt war, fort, seine trefflichen Vorlesungen zu halten, welche er zuerst im engeren Freundeskreise im Winter von 1801 zu 1802 begonnen hatte.

Fichte's Philosophie war schnell in die vornehmen Klassen der Berliner Gesellschaft gedrungen, ein reicher Zuhörerkreis drängte sich in den Jahren 1803 und 1804 um den berühmten Philosophen. Die Führer der vornehmen Welt, die ersten Räthe des Königs, die Gelehrten und Tagesschriftsteller mußten, wenn sie in der Gesellschaft ihren Namen erhalten wollten, Fichte gehört haben. Da fand man Beyme, Altenstein, den österreichischen Gesandten, den Fürsten Metternich, die Gelehrten Zeune, A. W. Schlegel und den Schriftsteller Kotzebue, sowie viele Andere in bunter Reihe neben einander.

Beyme, der vielvermögende, ja fast damals fast allmächtige Kabinetsrath des Königs, war regelmäßig unter den Zuhörern und ein eifriger Bewunderer Fichte's.

Es wird unsere Leser interessiren, eine Tagesanzeige zu hören, durch welche Fichte am 1. Januar 1804 seine Vorlesungen bekannt machte. Sie lautet:*)

„Der Unterschriebene erbietet sich zu einem fortgesetzten mündlichen Vortrage der Wissenschaftslehre, d. h. der vollständigen Lösung des Räthsels der Welt und des Bewußtseins mit mathematischer Evidenz. Er wählt diesen Weg der Mittheilung um so lieber, da er das Resultat seiner neuen vieljährigen Untersuchungen nicht durch den Druck bekannt zu machen gedenkt, indem diese Philosophie sich nicht historisch erlernen läßt, sondern ihr Verständniß die Kunst zu philosophiren voraussetzt, welche am sichersten durch mündlichen Vortrag und Unterredung erlernt und geübt wird."

---

*) Wir folgen bei der Gründungsgeschichte der Berliner Universität vorzugsweise dem trefflichen Werke von Rudolph Köpke: „Die Gründung der Königlichen Friedrich Wilhelms - Universität zu Berlin."

Die Vorlesungen vieler bedeutender Gelehrten, so wichtig sie auch für die Erweckung des wissenschaftlichen Lebens in Berlin waren, konnten doch eine Universität nicht ersetzen, da ihnen der innere Zusammenhang fehlte. Der Gedanke, sie zu einem festen Ganzen in einer höheren Lehranstalt zu vereinen, wurde daher in den gelehrten Kreisen Berlins immer lebendiger, aber doch erhoben sich dagegen auch gewichtige Stimmen.

Die Hauptstadt, so meinten Viele, sei der schlechteste Ort für die Begründung einer Universität, das sittenlose Leben der Residenzler, die herrschende Halbbildung und Seichtigkeit wirke ungünstig auf die Studirenden. Durch den Strudel der Vergnügungen würden die jungen Leute abgezogen von den Studien, die Entfernungen der großen Stadt verhinderten ein inniges Zusammenleben der Studirenden unter einander und mit den Lehrern, und doch sei ein solches zur Erzeugung eines wissenschaftlichen Wetteifers durchaus nothwendig, auch würden die Studenten um so sicherer sich allen möglichen Lastern ergeben, als die große Stadt es ihnen möglich mache, ihre Ausschweifungen geheim zu halten.

Der Streit, ob Berlin der geeignete Ort für die Begründung einer höheren wissenschaftlichen Lehranstalt sei, wurde damals in einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von Flugschriften geführt. Friedrich Wilhelm III. hatte für derartige gelehrte Streitigkeiten kein sonderliches Interesse, er liebte die Studenten nicht, das rohe Treiben, welches auf den meisten Universitäten und besonders im nahen Frankfurt an der Oder zu Haus war, widerte ihn an, und selbst die Genialität, welche oft aus den wüsten Kneipgelagen und Raufereien der Musensöhne noch hervorleuchtete, mißfiel ihm. Wie wenig empfänglich er für die Idee einer akademischen Freiheit war, hatte er klar durch eine Verordnung vom 23. Juli 1798 gezeigt, in der er befohlen hatte, daß alle Exzesse von Studenten auf das Strengste untersucht und bestraft werden sollten, nicht etwa nur mit Gefängniß, sondern sogar mit Prügeln. Vom Könige war daher kaum zu erwarten, daß er die Errichtung einer Universität in seiner Residenzstadt befördern werde.

Glücklicherweise fühlte ein hoher und einflußreicher Staatsbeamte, der Kabinetsrath Beyme, ein großes Interesse für eine Berliner Universität. Beyme, der Gegner Stein's, ist als solcher vielfach angegriffen worden, man hat ihn für einen Anhänger des Alten und Veralteten gehalten; diesen Vorwurf aber verdient er nicht. Er war ein aufgeklärter, philosophisch durchgebildeter Mann, ein Freund und Anhänger Fichte's, der freudig jeden Fortschritt in der Wissenschaft begrüßte. Der Plan, in Berlin eine wissenschaftliche Hochschule zu errichten, fand bei ihm die lebhafteste Theilnahme. Daß er sich mit demselben schon seit längerer Zeit beschäftigt hatte, beweist ein Brief vom 5. September 1807, in welchem er an den berühmten F. A. Wolf schrieb:

„Die mitgetheilte Idee, in Berlin ein neues allgemeines Lehr-Institut zu errichten und mit der Akademie der Wissenschaften in angemessene Verbindung zu setzen, hat mir um desto mehr Freude verursacht, als ich diesen Gedanken schon vor acht Jahren als sehr nützlich gefaßt, mit dem seligen Engel, der mir auch einen Plan dazu hinterlassen, oft mich darüber unterhalten hatte."

Durch den Krieg des Jahres 1806 war der Plan der Universitäts-Begründung in Berlin wieder in den Hintergrund getreten, mit dem Tilsiter Frieden aber erwachte er auf's Neue. Von den drei Landes-Universitäten: Königsberg, Frankfurt a. d. O. und Halle, war die wichtigste — Halle — von Berlin losgelöst und dem westphälischen Königreiche zugetheilt worden; ein Ersatz dafür erschien um so nothwendiger, als Königsberg weit entlegen war, Frankfurt aber in keinem besonderen Rufe stand. Auch Friedrich Wilhelm schien jetzt zur Errichtung einer Universität in Berlin geneigt. Er äußerte sich gegen den bisherigen Professor der Jurisprudenz in Halle Schmalz, der später so berüchtigt werden sollte, in klaren Worten. Schmalz erzählt selbst in seiner Berichtigung der Bredow-Venturinischen Chronik:

„Als die Nachricht vom Tilsiter Frieden und der Abtretung der Länder über der Elbe nach Halle kam, schlug ich sofort der Deputation des Universitäts-Conciliums vor, Reil und Froriep mit mir nach Memel zum Könige zu senden und vorzustellen: die Universität Halle gehöre nicht zum Gebiete Magdeburgs; ihre Privilegien erklären sie zur allgemeinen Landes-Universität des königlichen Hauses und hätten ihre Verlegung an einen andern Ort ausdrücklich vorbehalten. Darum bäten wir Se. Majestät im Gefühl dankvollster Anhänglichkeit an Sr. Majestät höchste Person, die Universität über die Elbe zu nehmen, wo kein Ort dafür schicklicher scheine, als Berlin. Die Deputation genehmigte dies. Herr Froriep 2c. reisten ab, und am 10 August 1807 standen wir vor dem Monarchen mit unserer Bitte. Des Königs Antwort und eigenste Worte waren: „„Das ist recht, das ist brav! Der Staat muß durch geistige Kräfte ersetzen, was er an physischen verloren hat."" Nur setzen Se. Majestät unmittelbar hinzu: die Universität Halle über die Elbe zu nehmen, könne unangenehme Verwickelungen mit der westphälischen Regierung herbeiführen, es solle also vielmehr eine ganz neue Universität in Berlin gestiftet werden."

Beyme erhielt durch eine Kabinets-Ordre vom 4. September 1807 den Auftrag, die nöthigen Schritte für die Errichtung einer Berliner Universität zu thun. Er setzte sich sofort mit einer Reihe berühmter Männer der Wissenschaft in Verbindung, er lud sie ein, nach Berlin zu kommen, und sicherte ihnen recht ansehnliche Gehalte zu; von Anderen forderte er Pläne für die neue Universität ein, da er beabsichtigte, sie abweichend von den bisherigen Formen zu begründen.

Inmitten seiner eifrigen Thätigkeit wurde

Beyme durch Stein's Berufung in das Ministerium unterbrochen; die Verhandlungen standen stille, denn Stein war kein Freund des Planes, er hielt Berlin nicht für den geeigneten Ort zur Errichtung einer Universität, auch war seine Arbeitskraft zu sehr von seinem großartigen staatlichen Reformwerk in Anspruch genommen als daß er sich mit einem Plane hätte beschäftigen können, den er nicht einmal billigte.

Erst als Wilhelm von Humboldt, der berühmte Gelehrte und Staatsmann, welcher bisher Gesandter in Rom gewesen war, für die Section des Unterrichtswesens als Geheimer Staatsrath in das Ministerium berufen wurde (am 20. Februar 1809), gewannen die Verhandlungen wegen Errichtung einer Berliner Universität neues Leben.

Humboldt nahm sich mit großer Kraft der Sache an, aber er hatte manche Schwierigkeiten zu überwinden. Vor Allem fehlte es an Geld. Humboldt ließ sich hierdurch nicht abschrecken, er wußte den König ganz zu gewinnen.

Es fiel damals schwer in's Gewicht, daß eine berühmte Universität in der Residenz der preußischen Krone neuen Glanz verleihen würde, dafür mußten denn wohl Opfer gebracht werden. Friedrich Wilhelm III. genehmigte, daß das prächtige Prinz Heinrich'sche Palais unter den Linden, in welchem sich noch heute die Universität befindet, dieser überlassen werde; mehrere früher für die Universität Halle bestimmte Fonds sollten für die Berliner Hochschule verwendet, die sonst nöthigen Mittel auf die Domänen-Einkünfte angewiesen werden.

Humboldt ging nun energisch an's Werk. Schon im Winter-Semester 1809 durften Wolf, Schleiermacher, Schmalz — der nach Berlin übergesiedelt war — und Fichte im Prinz Heinrich-schen Palais ihre Vorlesungen halten, sie eröffneten damit gewissermaßen die neue Universität, deren vollständige Begründung indessen noch ein Jahr auf sich warten ließ.

Am 2. November begann Schmalz seine Vorlesungen über römisch-deutsches Recht und Staatswissenschaft, Wolf las über Aristophanes und griechische Komödie in lateinischer Sprache, Schleiermacher über christliche Sittenlehre und die Hermeneutik, Fichte, der erst am 5. Dezember zu lesen begann, über die Kunst des Philosophirens als Einleitung in die Philosophie.

Es galt vor Allem, tüchtige Kräfte als Lehrer für die Universität zu gewinnen, die Lehrstühle sollten mit wissenschaftlichen Größen ersten Ranges besetzt werden, um der Residenz Ehre zu machen. In der inneren Einrichtung war noch viel zu thun, hier zeigte sich Schleiermacher, der mit Süvern und Uhden in einer, „zur Einrichtung der Universität" gebildeten Commission mit unermüdlichem Fleiße arbeitete, besonders thätig.

Die wissenschaftlichen Größen waren schwer zu gewinnen, sie zögerten, der Einladung Humboldt's zu folgen. Es erschien vielen Gelehrten von Namen gefährlich, gute Stellungen aufzugeben, um einem Rufe nach der preußischen Residenz zu folgen, da selbst die fernere Existenz des Königreichs Preußen damals keineswegs gesichert war. Andere waren weniger ängstlich, und es gelang Humboldt, 15 Gelehrte ersten Ranges für die Universität zu gewinnen, Männer wie den Juristen Savigny, die Mediziner Hufeland, Reil, Rudolphi, Horkel, Bernstein, die Philosophen Klapproth, Tralles, Wildenow, Gauß, Oltmanns, Erman, Bekker, Hermbstädt, Fischer — Juristen, Mediziner, Philosophen und Naturforscher, welche zum Theil ihre Namen durch die gediegensten wissenschaftlichen Werke unsterblich gemacht haben.

Humboldt hatte nicht die Freude, das Werk, welches er so rüstig gefördert, vollenden zu können, er konnte sich mit der Gesammtpolitik des Ministeriums Altenstein-Dohna nicht einverstanden erklären, deshalb nahm er seine Entlassung und ging als Gesandter nach Wien. Er hatte aber so weit vorgearbeitet, daß jetzt nur noch die letzten Schritte zu thun waren, um die Universität vollkommen zu organisiren, so daß im Oktober 1810 die Vorlesungen in geordneter Reihenfolge beginnen konnten.

Das erste Verzeichniß der Lesenden zählte nach Köpke 58 Docenten, darunter 24 Ordinarien, 9 Extraordinarien, 14 Privatdocenten, 6 Mitglieder der Akademie und 5 Lektoren neuer Sprachen. Von den 24 Ordinarien kamen auf die theologische Fakultät 3: Schleiermacher, Marheincke, de Wette; auf die juristische 3: Biener, Savigny, Schmalz; auf die medizinische 6: Hufeland, Graefe, Horkel, Knape, Reil, Rudolphi; auf die philosophische 12: Fichte, Böckh, Erman, Heindorf, Hirt, Klaproth, Oltmanns, Rühs, Tralles, Weiß, Willdenow, Wolf. Von den 9 Extraordinarien gehörte der juristischen Fakultät 1: Schmedding; der medizinischen 1: Reich; der philosophischen 7: Eytelwein, Fischer, v. d. Hagen, Hermbstädt, Hoffmann, Thaer, Zeune. Privatdocenten waren in der theologischen Fakultät 1: Bellermann; in der medizinischen 7: Bernstein, Friedländer, Horn, Kohlrausch, Reckleben, Stabe-roh, Wolfart; in der philosophischen 6: Bernhardi, Himly, Lichtenstein, Siegwart, Stein, Tourte. Die theologische Fakultät hatte keinen Extraordinarius, die juristische keinen Privatdocenten. Lesende Mitglieder der Akademie waren Bode, Burja, Buttmann, Grüson, Niebuhr, Spalding; die Lectoren: für Englisch und Italienisch Graßhoff und Montucci, für Spanisch Liagno, für Französisch die reformirten Prediger Reclam und Theremin. Nicht aufgeführt war der noch in Paris verweilende Extraordinarius Bekker. Mit Ausschluß der 5 Lectoren zeigten die 53 Docenten 116 Vorlesungen an, von denen auf die theologische Fakultät 10, auf die juristische Fakultät 10, die medizinische 34, die philosophische 62 kamen.

Am 28. September wurden durch königliche Kabinets-Ordre Schmalz zum Rektor, Schleiermacher, Biener, Hufeland und Fichte zu Dekanen

nannt. Am 15. Oktober eröffnete Hufeland die neue Hochschule durch den Beginn seiner Vorlesungen. Es gab zur Feier dieses Ereignisses nicht, wie es sonst üblich gewesen war, glänzende Feste, feierliche Aufzüge und dergleichen, ohne alles Gepränge wurde die ernste wissenschaftliche Thätigkeit begonnen.

Die Begründung der Universität war für die Stadt Berlin von den bedeutsamsten Folgen. Anfangs schien es, als sollten Diejenigen Recht behalten, welche behauptet hatten, die Residenz passe nicht für eine Universität, es gab gar manche Konflikte zwischen Bürgern und Studenten.

Wenn nach dem Beispiel, wie es in kleineren Universitätsstädten ganz an der Tagesordnung war, die Studenten in bunter, auffallender Tracht, mit den Rappieren an der Seite, durch die Straßen zogen und sangen, so fiel dies den ruhigen Berliner Bürgern unangenehm auf. Der Berliner Witz ergoß sich oft in ungebundener Weise über die Musensöhne, welche dies schwer übel nahmen, so daß es zu Streitigkeiten und manchmal gar zu Prügeleien mit den Philistern kam. Der Studententon, der besonders von den aus Frankfurt a. d. O. kommenden alten, bemoosten Häuptern angeschlagen wurde, paßte einmal für Berlin durchaus nicht.

Der König erfuhr solche Mißhelligkeiten, die ihn um so mehr zum Zorn aufregten, als sie selbst einmal Leute des königlichen Hofes betroffen hatten. Er drohte mit strengen Maßregeln, wenn nicht Ordnung gehalten werde.

Der Rektor hatte in der ersten Zeit viel zu thun, um hier und dort zu versöhnen, denn auch die Studenten beklagten sich über die Bürger und außerdem darüber, daß ihnen gar manche Unordnung zugeschrieben werde, die gar nicht von ihnen veranlaßt sei. Sie forderten deshalb, es solle für die Studenten eine besondere Uniform eingeführt werden. Dieser Wunsch wurde ihnen zwar nicht erfüllt, aber sie erhielten Erkennungskarten, durch welche sie sich bei Conflicten mit der Polizei legitimiren konnten.

Erst nach und nach gewöhnten sich Bürger und Studirende an einander, die Ersteren lernten es, den jugendlichen Uebermuth nachsichtiger zu beurtheilen, die Studirenden dagegen sahen bald genug ein, daß sie in einer großen Residenz ein anderes Leben, als in einer kleinen Universitätsstadt führen müßten; sie ließen die auffallenden Kleider und die Rappiere zu Haus und trugen sich wie andere bürgerliche Menschen. Dagegen übte der frische Geist, der von der Universität aus die Stadt durchwehte, einen wohlthätig belebenden Einfluß auf die Bürgerschaft aus.

Wo ein Fichte lehrte, da keimte in den jugendlichen Gemüthern der Patriotismus kräftig empor. Die Berliner Studentenschaft leuchtete der deutschen Jugend voran durch das Feuer einer edlen Begeisterung, welche in ihr für die Freiheit des Vaterlandes glühte. Und diese Begeisterung wirkte zurück auch auf Diejenigen, deren Herz längst für ein solches Gefühl erstorben schien, auf die alten, in ihren Berufsgeschäften ergrauten Bürger die sich an dem jugendlichen Feuer von neuem erwärmten.

Auf der Universität und in den Schulen Berlins bereitete sich in jenen Jahren der tiefsten Erniedrigung Preußens der gewaltige Umschwung vor, von welchem bald das ganze preußische Volk ergriffen werden sollte.

Achtzehntes Kapitel.

Ludwig Jahn. — Seine Lehrmethode. — Der Turnplatz in der Hasenhaide. — Der Einfluß der Turner auf die Berliner Jugend. — Das Kneipenleben und das Turnerleben. — Erwachender Patriotismus. — Die Abhärtung der Knaben. — Die Turnfahrten. — Rellstab's Erinnerungen. — Die Deutschthümelei und ihre Ausartung. — Das Reglement für die Berliner Bürgergarde.

Im Jahre 1809 war nach Berlin ein Mann gekommen, der auf die Jugend in den Schulen und auf den Gymnasien während der Jahre bis zu 1813 einen Einfluß gewann, wie ihn wohl kaum je vor ihm oder nach ihm ein Lehrer gehabt hat: Friedrich Ludwig Jahn.

Jahn war 31 Jahr alt, als er nach der Hauptstadt zog, um hier eine Stellung als Lehrer zu suchen. Er fand sie in der Plamann'schen, nach der Pestalozzi'schen Erziehungsmethode eingerichteten Schulanstalt, in welcher er als Erzieher und Lehrer angestellt wurde. Er lernte hier seinen späteren treuen Gefährten Friedrich Friesen, der nächst Jahn das höchste Verdienst auf die Erweckung eines besseren Geistes unter der Berliner Jugend sich erworben hat, kennen. Beide befreundeten sich bald, denn Beide beseelte ein gleiches Streben, der gleiche Wunsch, für die Befreiung Deutschlands vom französischen Joche zu wirken.

Im Jahre 1810 wurde Jahn als Lehrer an dem Berlinischen Gymnasium zum grauen Kloster, welches er früher als Schüler besucht hatte, angestellt. Hier fand er die beste Gelegenheit, mit seiner eigenthümlichen Lehrmethode auf die Knaben zu wirken. Er wollte sie nicht nur unterrichten, vor Allem kam es ihm darauf an, sie zu erziehen und zwar zu echten, tüchtigen deutschen Männern, die dereinst mit dem Schwerte in der Hand für die Freiheit ihres Vaterlandes kämpfen sollten.

Deshalb genügte es ihm nicht, in den Lehrstunden Unterricht zu ertheilen, er widmete seinen ganzen Geist, sein ganzes Wesen den Schülern. Mit diesen zog er hinaus in's Freie nach der Hasenhaide, dort spielte er mit ihnen das beliebte Spiel „Räuber und Wanderer", dort leitete er sie zu kräftigen Leibesübungen im Springen, Ringen und Laufen an, und zu glei-

cher Zeit erzählte er ihnen von der ruhmreichen Geschichte der Deutschen. In jeder Weise wußte er ihre Aufmerksamkeit und ihre Lernbegierde zu fesseln.

Mit dem Frühjahr des Jahres 1810 wurden alle schulfreien Nachmittage, die Mittwoche und Sonnabende, zu solchen Exkursionen in Feld und Wald benutzt. Anfangs schlossen sich nur einige Schüler dem Lehrer an, denn die Berliner Knaben waren an weite Spaziergänge nicht gewöhnt; in ihrer Verweichlichung saßen sie lieber zu Haus. Bald aber wußten die, welche Jahn begleitet hatten, so Herrliches zu erzählen von den Freuden, die sie dort draußen durchlebt hatten, daß ihnen Andere folgten, daß mit jedem neuen Mittwoch und Sonnabend die Zahl sich vermehrte. Und als nun endlich die Hundstagsferien kamen, da wußte Jahn kaum Rath zu schaffen unter der großen Menge Derjenigen, die mit ihm wandern wollten.

Im Frühling des Jahres 1811 eröffnete er den ersten Turnplatz in der Hasenhaide. Das Wort „Turnplatz“ hatte er selbst erfunden, es wurde bald ein allgemein gebrauchtes Wort in ganz Deutschland. Jahn selbst sagt darüber:

„Jetzt wurde im Freien, öffentlich und vor Jedermanns Augen von Knaben und Jünglingen mancherlei Leibesübungen unter dem Namen Turnkunst in Gesellschaft getrieben. Damals kamen die Benennungen Turnkunst, turnen, Turner, Turnplatz und ähnliche mit einander zugleich auf.

„Das gab nun bald ein gewaltig Gelaufe, Geschwätz und Geschreibe. Selbst durch französische Tagesblätter mußte die Sache Gassenlaufen. Aber auch hier zu Lande hieß es Anfangs: „„Eine neue Narrheit, die alte Deutschheit wieder aufbringen wollen.““ Dabei blieb es nicht, Vorurtheile wie Sand am Meer wurden von Zeit zu Zeit ruchbar. Sie haben bekanntlich niemals vernünftigen Grund, mithin wäre es lächerlich gewesen, da mit Worten zu widerlegen, wo das Werk deutlicher sprach.“

Ein Werk, wie das Jahns, mußte wohl Feinde finden. Aber ein tüchtiger Mann kümmert sich nicht um seine Gegner. Und so fuhr denn Jahn fort, in der Hasenhaide die Schüler des grauen Klosters turnen zu lassen. Bald kamen auch die des Friedrich-Werderschen Gymnasiums hinzu.

Schon diese ersten Anfänge des Turnens hatten für die Berliner Jugend eine hohe Bedeutung. Die Schüler wurden gewonnen für ein höheres, reineres Streben, während sie sich bisher, besonders die der oberen Gymnasialklassen, nur zu häufig schon den Ausschweifungen hingegeben hatten, zu denen das Leben in einer sittenlosen Residenz so leicht verführt.

Die Primaner und Secundaner hatten bisher den Studenten nachgeahmt, mit ihnen die Kneipen besucht, hier mit der langen Tabakspfeife im Munde hinter den Bierkrügen gesessen und jene erbärmlichen Gassenhauer, die unter den verwilderten Musensöhnen Frankfurts an der Mode waren, gesungen.

Einem solchen Leben trat Jahn auf das Entschiedenste entgegen; er wußte auch die älteren Knaben so innig an sich zu fesseln, daß sie gern die Kneipen im Stich ließen, daß sie ihm auf den Turnplatz folgten, daß sie dort, statt in den sittenlosen, gemeinen Liedern, ihre hellen Stimmen im schönen deutschen Volksliede erhoben.

Mit den älteren Schülern sprach Jahn offen über seine Hoffnungen für die Wiedererhebung Deutschlands, sie ermahnte er, sich zu rüsten, daß sie in jedem Augenblicke dem Rufe „zu den Waffen“ zu folgen bereit seien; sie machte er zu seinen Vertrauten und Freunden, in ihr Herz säete er den Haß gegen die Franzosen, indem er ihnen das Elend des unterdrückten deutschen Vaterlandes schilderte. Die älteren Knaben wendeten sich wieder an die jüngeren, sie flößten diesen ihre eigene Begeisterung ein, und bald war keiner von denen, Groß und Klein, die hinauszogen nach dem Turnplatze in der Hasenhaide, der nicht geglüht hätte vor Lust bei dem Gedanken, dereinst das Schwert zu führen im Kampfe gegen die verhaßten Franzosen.

Zu diesem Kampfe mußten die Knaben sich vorbereiten durch die Spiele des Turnens, die sämmtlich darauf berechnet waren, die Körperkraft zu erwecken, die Knaben abzuhärten gegen die Einflüsse der Witterung und sie zu gewöhnen an alle die Entbehrungen, die der Soldat im Felde etwa sich auferlegen mußte.

Die Söhne der reichen und vornehmen Kaufleute, welche bisher im üppigsten Luxus gelebt hatten, denen jedes weichliche Vergnügen von den Eltern gegönnt war, entsagten jetzt freiwillig allen den Genüssen, für welche sie bis dahin fast allein gelebt hatten, sie arbeiteten wie die Tagelöhner mit ihrem geliebten Lehrer, um den Turnplatz zu umzäunen. Einige gruben Löcher für die Pfähle, Andere schnitten Ruthen und Zweige und flochten sie, und wenn endlich die ermüdende Arbeit vollendet war, dann wurde ein Mahl genossen, bestehend aus einem Stückchen Brod und Wasser, dazu gab es höchstens als besondere Delikatesse Kartoffeln und Salz, und selten einmal einen Schluck Bier! Und doch hielten die Knaben ein solches Mahl unter freiem Himmel für weit höher und schöner, als die prächtigste Festmahlzeit im elterlichen Hause, denn hier draußen würzte Jahn die Speise durch seine Erzählungen, sein belebendes Wort.

Als der höchste Lohn für die Turner galt es, wenn Jahn mit ihnen eine Turnfahrt unternahm; dann ging's fröhlich hinaus in das Land unter Singen und Spielen, da war kein Graben zu breit, über den die rüstigen Turner nicht hinwegsprangen, oder den sie nicht geschickt mit Weidengeflecht überbrückten.

Bei der größten Sommerhitze zogen die glücklichen Turner durch die öden dürren Sandsteppen

der Mark Brandenburg, immer froh, immer frisch und freudig.

Und noch eine andere Einwirkung hatte das Leben des Turnplatzes auf die Knaben. Hier vergaßen sie die Unterschiede des Ranges und des Standes, hier nannten sie sich gegenseitig Du, während es sonst schon längst Sitte gewesen war, daß in den oberen Gymnasialklassen die Knaben sich mit dem steifen Sie anredeten und daß sie mit Stolz herabblickten auf die Schüler der unteren Klassen, bei denen noch das Du gebräuchlich war und die auch von den Lehrern geduzt wurden. Jahn selbst und Friesen gaben und empfingen als echte Turner das Du; selbst der Unterschied zwischen Lehrer und Schüler wurde in dieser Beziehung verwischt.

Wie trefflich Jahn es verstand, die Knaben an sich heranzuziehen, davon giebt uns Ludwig Rellstab in seinen Jugenderinnerungen ein frisches Bild. Er erzählt:

„Eines Tages hatte ich mit meinem Vater einen Spaziergang in die Hasenhaide gemacht. Wir trafen dort eine Schaar junger Leute, vielleicht zwanzig oder dreißig, die sich unter einem älteren Führer, einem kräftigen, freundlichen Manne, im Werfen eines, an der Spitze mit Blei beschwerten Stockes nach einem Ziele übten. Wir schauten zu; der Führer der jungen Leute trat freundlich auf mich zu und fragte, ob ich auch einen Versuch machen wolle? Ich that es, er fiel glücklich aus und ich gewann mir seinen Lobspruch. Das war meine erste Begegnung mit dem später so berühmten, seltsamen, aber hoch ehrenwerthen Jahn, damals noch ein ganz ungekannter Mann. Ich theilte die Uebungen und Spiele des Nachmittags noch ferner, machte später auch das nachmals so beliebt und unter der Jugend Berlins berühmt gewordene Spiel „Räuber und Wanderer“ mit, und verlebte so einen ungemein beglückenden Nachmittag. Mein Vater dankte, als der Abend uns endlich herein nöthigte, dem Leiter unserer Uebungen und Freuden, Ludwig Jahn, herzlichst und ich erhielt Erlaubniß, öfters wieder zu kommen. Es geschah noch einige Male, aber doch nicht sehr häufig.

„Erst im Sommer darauf wurde der Turnplatz zu einer allgemeinen öffentlichen Einrichtung; in den Gymnasien geschah die Aufforderung zur Theilnahme, und es gestaltete sich nun im Großen, was ich in der Vobereitung kennen gelernt. — — —

„Auf dem Turnplatze wagte sich schon freier heraus, was in den Gymnasien nur angedeutet werden konnte. Wir wurden hier geradehin zu Hassern der Franzosen erzogen. Das Wort „Franzose“ war ein schmachvoller Schimpfname.*) Ja, Hund und Franzose waren in den stärksten Epochen der Erbitterung gleichbedeutende Schimpfbezeichnungen auf dem Turnplatz. Wer dort ein Stück Kuchen kaufte oder aß, dem wurde es — es war ein Turner-Recht — ohne Weiteres von dem ersten besten Mitturner aus der Hand in den Sand geschlagen mit dem einfachen Wort: „Franzose!“ Ich haßte diese Uebertreibungen; doch sie sind nicht unwichtig als Symptome des Geistes, der in dem Institute waltete, und ihr Zuweitgehen hindert nicht, daß Ursprung und Ziel tüchtigster, ehrenwerthester Art waren.

„Auch bleiben das Alles Einzelheiten des Turnplatzes. Seine Freuden und Erholungen im Ganzen verkürzten sich darum, für mich wenigstens, nicht wahrnehmbar. Wir jubelten und jauchzten im freudigsten jugendlichen Muth und Uebermuth auf dem Turnplatz. Die großen gemeinsamen Uebungen, z. B. die Dauerläufe, wo man in einer auf dem Rasen bezeichneten Bahn in Gestalt einer Acht und Doppelacht hinter einander mit in die Seite gestemmten Armen mäßig, aber doch ziemlich rasch zu Viertel-, halben, ja ganzen Stunden lief, waren in der That abhärtend. Ich habe später, als Soldat, öfter Gelegenheit gehabt, wahrzunehmen, daß ich in dergleichen Dingen ausdauernder war, als selbst starke Männer. Einzelne Leistungen erfüllten uns mit knabenhafter Bewunderung z. B. das Hinanklettern des großen Mastes, den ich kaum bis zu einem Drittheil seiner Höhe hinaufkam — eine Uebung, in der ich später selbst die berühmten Gamins von Paris bei dem Preisklettern in den elyseischen Feldern schwach fand, gegen unsere Hauptturner. Ferner waren der Riesensprung über das große hölzerne Pferd, der Todtensprung, wobei man frei vom Boden aufspringend sich in der Luft überschlug, das Hinabspringen von den steilen Rändern der Lehmgruben auf der Ostseite der Rollberge (was Einige mit einer Kühnheit trieben, die mich noch jetzt in Erstaunen setzt, da die Höhe doch gegen 30 Fuß betrug und der Boden unten keineswegs ein tiefer, weicher Sandboden war), in der That außerordentliche Dinge. Einem Ungeschickten konnte ein solcher Sprung beide Füße kosten. — Die Bewunderung der körperlichen Kraft, die der Jugend so eigen und natürlich ist, wie der Jugend der Nationen, wurde auch damals auf literarischem Wege gepflegt. Wie in den Homerischen Helden, so wurde von uns in denen der Fouqué'schen Romane und in den von ihm und Anderen bearbeiteten nordischen Mythen, auch in Abbildungen selbst, die Körperkraft der Helden mit Begeisterung erwähnt, und das Gemüth des Knaben war stets damit beschäftigt. Dies Alles aber hatte auch seine politische Wurzel, seinen politischen Hintergrund; denn im Geiste sahen

*) Haben wir, die Söhne und Enkel jener jugendlichen Franzosenhasser, wohl ein Recht, die in den Jahren 1870 und 1871 tief gedemüthigten Franzosen so sehr, wie es vielfach geschehen, darüber zu tadeln, daß sie die deutschen Sieger hassen, daß sie den deutschen Namen verabscheuen und von Rache träumen? — Der Rückblick in unsere eigene Geschichte sollte uns gerechter machen! —

wir uns stets als die Bekämpfer der Franzosen und wir erglühten von der Hoffnung, daß in unseren bewunderten Helden des Turnplatzes die Bezwinger des Weltbezwingers aufwuchsen."

Es war ein eigenthümlicher Geist, der damals durch Jahn in der Berliner Jugend erweckt und der von dieser mit echt jugendlicher Begeisterung weiter ausgebildet wurde. Bald waren die feinen Berliner, die Söhne der reichsten Kaufleute und vornehmsten Beamten gar nicht mehr wieder zu erkennen, sie suchten eine Ehre darin, nach Jahn's Muster echt deutsch zu erscheinen, jedes Fremdwort zu vermeiden, sich loszusagen von den Genüssen der vornehmen Welt, auch zu Haus so einfach wie möglich zu leben, den Körper zu kräftigen, die Kleidung nach deutscher Art von der französischen Mode abweichend zu tragen, den Franzosenhaß öffentlich zur Schau zu stellen.

Beim Studium der alten Geschichte waren die Spartaner die Lieblinge der Berliner Gymnasiasten, und wäre es angegangen, dann hätten die Knaben sich im elterlichen Hause nur die berühmte schwarze Suppe kochen lassen. Es war natürlich und der Jugend ganz entsprechend, daß die Deutschthümler bald in das Extrem verfielen, daß manche Ausartungen die Folge der Jahn'schen Lehrmethode werden mußten.

So häßlich der übermäßige Gebrauch der Fremdwörter war, noch häßlicher und oft ganz unverständlich wurde die Uebersetzung von Worten, welche längst aufgehört hatten, Fremdwörter zu sein, da sie in den Sprachgebrauch des ganzen deutschen Volkes übergegangen waren. Die spartanische Entsagung von allen feineren Lebensgenüssen wurde oft lächerlich, die angenommene Einfachheit und Derbheit der Sitten artete in Rohheit, der Franzosenhaß in Brutalität aus. Trotzdem aber war dennoch Jahn's Wirken von größter Bedeutung für die Berliner und für ganz Deutschland. Vor Allem mußte die feige Theilnahmlosigkeit, an der bisher das Volk gekrankt hatte, einem energischen Denken und Handeln weichen, und dieser Umschwung wurde jedenfalls erreicht.

Wenn die Berliner Knaben bisher in großstädtischer Sittenlosigkeit Körper- und Geisteskräfte durch grobe Ausschweifungen vergeudet hatten, so war selbst das Extrem der Enthaltsamkeit, die Rohheit im gesellschaftlichen Leben, welche der Jahn'schen Erziehung entsproß, dagegen ein wesentlicher Fortschritt. Zu wehrhaften, kräftigen Männern, nicht mehr zu Modeherren und abgezehrten Wüstlingen wollten die Knaben sich ausbilden, um das Vaterland zu retten von der Schmach der französischen Unterdrückung; das sprachen sie aller Orten frei und öffentlich aus. Da schämten sich denn wohl manche von den Männern, welche selbst bisher fast öffentlich gesündigt und welche früher den Uebermuth der Franzosen geduldig ertragen hatten. Die Bürger Berlins nahmen etwas von dem Geiste der Jugend in sich auf und wurden mehr und mehr aus der schlaffen Selbstsucht, durch die sie sich früher so schmachvoll ausgezeichnet hatten, erweckt.

Schon die Städte-Ordnung, welche die Bürger zur Theilnahme an der Verwaltung ihrer Gemeinde-Angelegenheiten zwang, hatte sie emporgerüttelt aus dem alten Schlendrian, jetzt waren sie auch wieder wehrhaft geworden. Durch das Reglement für die Bürgergarde Berlins vom 31. Oktober 1810 war ihnen das Recht und die Pflicht auferlegt worden, Waffen zu tragen. Dadurch kam ein anderer Geist unter die Bürger.

Wir wollen einen kurzen Blick auf dies Reglement werfen, welches insofern interessant ist, als es zum Vorbilde für eine spätere, freilich sehr abweichende Verfassung einer Berliner Bürgerwehr gedient hat. Der Eingang des Reglements lautete:

„Se. Königliche Majestät von Preußen ꝛc. ꝛc. ꝛc. haben in Erwägung der guten Dienste, welche die bisher hieselbst bestandene Bürgergarde zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung in der Stadt geleistet hat, beschlossen, selbige mit den alten Instituten der bürgerlichen Reiterei, der Schützengilde und den Bürger-Compagnien zu vereinigen, und diesem Bürgercorps nachstehende Verfassung zu geben:

„§. 1. Jeder Bürger ist zum persönlichen Dienste in der Bürgergarde verpflichtet; nur eine mit wirklicher Seelsorge verknüpfte geistliche Function, oder ein Alter von 60 Jahren und darüber, oder unzweifelhaftes körperliches Unvermögen entbindet davon. — — —

„§. 3. Die körperlich Unvermögenden leisten dagegen bis zum erreichten 60. Jahre einen jährlichen Beitrag von 6 bis 12 Thalern zu der Kasse der Bürgergarde. — — —

„§. 5. Dienstfähige Bürger zwischen 40 und 60 Jahren haben die Wahl, ob sie den Dienst persönlich oder durch einen beständigen Stellvertreter verrichten wollen. Als Stellvertreter können jedoch nur Söhne oder Neffen hiesiger Bürger angenommen werden, und auch diese nur:

a) sofern sie wenigstens 18 Jahr alt und körperlich dienstfähig sind;
b) sich dergestalt unbescholten betragen haben, daß sie deshalb nicht von der Erlangung des Bürgerrechts ausgeschlossen werden könnten;
c) und vollständig uniformirt gestellt werden."

Die Bürgergarde war verpflichtet, sich selbst zu uniformiren, nur die gänzlich Unvermögenden wurden von dieser Pflicht befreit, dafür aber war den Gardisten auch gestattet, außer Dienst mit der Uniform als einem Ehrenkleide zu prangen.

An der Spitze der gesammten Bürgergarde stand ein Chef, der den Rang eines Obersten hatte und vom Könige aus drei Kandidaten erwählt wurde, von denen einer durch den Magistrat einer durch die Stadtverordneten-Versammlung, einer durch den Generalstab der Bürgergarde vorgeschlagen werden mußte. Die übrigen Offiziere wurden durch die Garde selbst erwählt. Um

im Dienst Regelmäßigkeit zu erzeugen, waren strenge Strafen, theils Geldstrafen, theils Haus- und Wachtarrest, gegen Dienstnachlässigkeit oder gar gegen Subordinationsvergehen festgesetzt.

Neunzehntes Kapitel.

Die Kontinentalsperre; ihre Einwirkung auf den Handel Berlins. — Hardenberg und die englischen Schmuggler. — Kriegsbefürchtungen. — Hardenberg's Stellung. — Spionerie. — St. Marsan und von der Linden. — Hardenberg's feine Politik. — Napoleon's Härte gegen Preußen. — Die Parteien am Hofe. — Schwanken des Königs. — Praktische Treulosigkeit Hardenberg's. — Hatzfeld, berüchtigten Andenkens. — Rüstungen. — Hardenberg's Denkschrift. — Der Bundesvertrag mit Frankreich.

Hardenberg hatte mit Lust und Liebe sich der Ausführung seines Reformwerkes hingegeben; daß er in demselben unterbrochen wurde, lag ebenso an dem unbesieglichen Widerstande, den ihm der Adel entgegensetzte, als in den täglich drückender werdenden äußeren Verhältnissen.

Napoleon hatte den Frieden von Tilsit nie ehrlich gemeint, er benutzte die Schwäche Preußens, um dem unglücklichen Lande fortdauernd neue Lasten aufzuerlegen. Sein Machtgebot mußte befolgt werden, auch Preußen gehörte zu denjenigen Ländern Europa's, welche zwar nicht direkt, aber indirekt vollkommen abhängig gemacht worden waren.

Eine Gelegenheit, den Druck seiner Gewalt täglich fühlbar zu machen, bot für Napoleon die schon seit dem Jahre 1806 von ihm angeordnete sogenannte Kontinentalsperre, zu der alle ihm unterworfenen Länder verpflichtet waren.

Napoleon wollte Englands Macht dadurch brechen, daß er den handeltreibenden Inselstaat von jedem Verkehr mit dem europäischen Festlande ausschloß. Alle europäischen Hafenplätze sollten gesperrt, alle Küsten strenge bewacht werden; deshalb wurde bei jedem Friedensschluß als die erste Bedingung von dem Ueberwundenen gefordert, daß er den Handelsverkehr mit England breche und die Kontinentalsperre zur Ausführung bringe.

Daß durch eine solche Maßregel Handel und Verkehr des überwundenen Landes schwer gefährdet wurden, wußte der Kaiser, hatte er doch selbst in Frankreich erfahren müssen, daß die englischen Waaren ein unabweisliches Bedürfniß der Bevölkerung bildeten, machte er doch mit besonderen Licenzscheinen (Erlaubnißscheinen) zum Handel mit englischen Waaren ein recht gutes Geschäft — aber das Schicksal der Unterjochten war ihm gleichgültig, deshalb litt er von den Regierungen der von Frankreich abhängigen Länder den Verkauf der Licenzscheine, welchen er sich selbst vorbehielt, nicht.

Der Berliner Handel litt, wie der gesammte preußische, durch die Continentalsperre auf das Schwerste; aber Hardenberg konnte trotzdem nicht umhin, wenigstens zum Scheine die Befehle Napoleon's zur Ausführung zu bringen. Am 9. März 1810 erschien eine Erklärung, nach der auf jede Waare, die nicht aus irgend einer Frankreich befreundeten Gegend stammte, Beschlag gelegt werden mußte. Am 19. Juli wurde dieselbe Erklärung auch auf die von amerikanischen Schiffen nach Europa gebrachten Waaren ausgedehnt. Es wurde ferner Befehl gegeben, daß alle confiscirten Waaren unnachsichtig verbrannt werden sollten.

Die Preise aller Erzeugnisse Englands und der englischen Colonien stiegen infolge solcher Maßregeln in Berlin zu einer fabelhaften Höhe. Zucker und Kaffee wurden Luxusartikel, die nur den höchsten Ständen, den Reichsten zugänglich waren, da ihr Preis von den Aermeren nicht gezahlt werden konnte.

Hardenberg fügte sich allen Anforderungen Napoleon's, aber er war nach Kräften, und zwar nicht immer auf dem rechtlichsten Wege, bemüht, sie möglichst unschädlich zu machen. Höchst bezeichnend für die Schlangenwindungen der Hardenberg'schen Politik ist das Verhalten des Staatskanzlers gegen die englichen Schmuggler.

Wenn auch die Gesetze den englichen Handel vollkommen aufhoben, wenn die strengsten Verfügungen erlassen worden waren, um Napoleon's Gebote zu erfüllen, so dauerte doch der Schleichhandel in den Häfen der Ostsee fort; Hardenberg benutzte ihn, aus dem Schmuggelhandel flossen dem preußischen Staatsschatze bedeutende Summen zu. Die Waaren, welche verbrannt werden sollten, wurden ihrer größeren Menge nach zu guten Preisen verkauft, und nur hier und da ließ der Staatskanzler ein Feuer anmachen und einige unbedeutendere Vorräthe den Flammen opfern, um die Franzosen zu täuschen.

Schon die Continentalsperre hatte auf den gesammten preußischen und dadurch auch naturgemäß auf den Berliner Handel eine überaus nachtheilige Wirkung gehabt, vollständig gelähmt aber wurde der gewerbliche Verkehr abermals, als sich im Frühjar 1811 das Gerücht verbreitete, zwischen Napoleon und Kaiser Alexander sei eine so große Spannung eingetreten, daß ein Krieg der beiden, damals größten europäischen Mächte, hoch wahrscheinlich sei. Ein solcher Krieg mußte wieder ein Weltkrieg werden, auch Preußen konnte, darüber war kein Zweifel, unmöglich neutral bleiben.

Aber welche Stellung sollte der König einnehmen?! Die Parteien stritten sich, ob Friedrich Wilhelm in den Kampf ziehen werde für seinen Freund und Verwandten, den Kaiser Alexander von Rußland, den alten Verbündeten, oder als ein gehorsamer Vasall des mächtigen Kaisers Napoleon. Von hoher Wichtigkeit für die Entscheidung dieser Frage war es, wie Hardenberg über dieselbe dachte.

Der Staatskanzler hielt an der Ansicht fest,

Preußen müsse dem französichen Kaiser gegenüber sich bemühen, sich Vertrauen zu erwerben und zu erhalten, zugleich aber sei es an der Zeit, alle Kräfte aufzubieten, um die Befreiung vom Joche der Fremdherrschaft vorzubereiten.

Freilich schien es schwer, beide Ziele zu gleicher Zeit zu erreichen. Französische Spione umgaben den Staatskanzler aller Orten, sie füllten selbst die Gemächer des königlichen Schlosses; unter den Hofherren und Räthen Friedrich Wilhelm's III. waren gar manche mit französischem Golde bezahlte Späher, nur aus seiner eigenen nächsten Umgebung hatte Hardenberg sie zu entfernen gewußt. Keiner seiner höheren Räthe stand mit der französischen Regierung in irgend einer Verbindung. Männer wie der Kabinetsrath Albrecht, wie Boyen, Haake u. A. waren erklärte Franzosenfeinde.

Ein Glück für Preußen war es, daß der französische Gesandte von St. Marsan, ein durchaus rechtlicher und ehrenhafter Mann, keine besondere Freude am Spionenwesen fand, er wurde deshalb von Napoleon scharf beobachtet, ja dieser hatte ihm sogar einen geheimen Polizisten auf den Nacken gesetzt. Der westphälische Gesandte Freiherr von der Linden war dazu ausersehen, die Maßregeln St. Marsan's zu überwachen, und der vornehme deutsche Herr gab sich gern zu diesem nichtswürdigen Dienste her.

Man kannte in Berlin die Rolle, welche der Freiherr von der Linden spielte, deshalb war der Kundschafter nicht gefährlich. Oft genug ließ Hardenberg ihm Mittheilungen machen, von denen er wollte, daß sie Napoleon als ein Geheimniß zu Ohren kämen, und es gelang ihm stets, ein solches Ziel zu erreichen.

Die Thätigkeit, welche der Staatskanzler entfalten mußte, um Napoleon guter Laune zu erhalten und doch in Preußen fortwährend im Geheimen auf den Krieg zu rüsten, entsprach ganz seinem politischen Geschmack, es war für ihn fast ein Lebensgenuß, sich aalglatt durch die größten Schwierigkeiten hindurchzuwinden, und es gelang ihm denn auch wirklich, den sonst so scharfblickenden Kaiser Napoleon zu täuschen. Dieser erklärte einst: „Man sieht, daß (in Preußen) ein Mann von Geist an der Spitze der Staatsgeschäfte steht. Ich weiß wohl, daß Herr von Hardenberg mir nicht gewogen ist, aber er weiß, was der Vortheil seines Vaterlandes verlangt. So muß man verfahren, wenn man sich mit der Leitung der Geschäfte befaßt." Hätte Napoleon gewußt, welch' eifrigen und geschickten Gegner er in Hardenberg hatte, wie dieser unablässig gegen ihn rüstete, er würde sich wahrlich nicht so gnädig ausgedrückt haben.

Während Hardenberg durch alle offiziellen Schritte die größte Dienstwilligkeit gegen Frankreich zeigte, gelangte er dahin, daß durch seine geheimen Rüstungen das Heer, obgleich es, wie Napoleon befohlen hatte, nicht über 42,000 Mann zählte, doch derartig organisirt war, daß nach wenigen Wochen, gegen 200,000 Mann schlagfertiger Truppen unter den Waffen stehen konnten.

Die Fügsamkeit, die Hardenberg gegen die Napoleonischen Befehle zeigte, wurde ihm von manchem heißblütigen Feinde Frankreichs schwer verdacht, um so mehr, als sie nicht einmal einen Nutzen hatte, denn der Kaiser, wenn er sich auch freundlich über Hardenberg's Persönlichkeit aussprach, zeigte sich doch hart und rücksichtslos gegen Preußen. Während Napoleon die strengste Beobachtung der geschlossenen Verträge von den besiegten Staaten forderte, kümmerte er sich selbst weder um dieselben, noch um sein sonst gegebenes Wort.

Die Festung Glogau sollte, so war versprochen worden, von den französischen Truppen geräumt werden, wenn die preußische Kriegsschuld zur Hälfte getilgt sei. Dies Letztere war längst geschehen, aber die Franzosen dachten nicht daran, den wichtigen schlesischen Platz aufzugeben. Alle Beschwerden über willkürliche Bedrückung gegen die französischen Befehlshaber waren in Paris fruchtlos, bei jedem Konflikte mußten stets die französischen Feldherren Recht behalten. In den drei Oderfestungen sollten nur 10,000 Mann französischer Besatzungstruppen liegen und von den Preußen verpflegt werden, Napoleon vermehrte ihre Zahl ohne irgend eine Berechtigung auf 23,000 Mann in jedem der drei Orte, ohne sich zu einer Entschädigung für die ungeheuren Mehrkosten der Verpflegung zu verstehen.

Alles dies mußte Hardenberg sich gefallen lassen, denn Preußen stand nach allen Richtungen hin dem Einmarsch französischer Heere offen, und noch war die Zeit nicht gekommen, in der ein offener Widerstand anders als ein wahnsinniges Beginnen hätte betrachtet werden können.

Napoleon besaß die Macht, ganz nach Belieben Besitz von dem Königreich Preußen zu ergreifen, nur eines kaiserlichen Befehls bedurfte es zu diesem Zwecke. Gneisenau schrieb darüber am 29. Juli 1811:

„Ich hatte vorhergesagt, die Absicht der Franzosen sei, in die Festungen der Oder, sowie nach Danzig viele Truppen nach und nach zu legen, somit Berlin zu umstellen, dann schnell von der Elbe und aus Mecklenburg Truppen nach der Hauptstadt rücken zu lassen, sich der Regierung und des Hofes zu bemächtigen und solchen zu jedem Unterwerfungs-Vertrage zu nöthigen. — — Alles erfolgte, wie ich es vorhergesehen hatte, nur der letzte Akt ist noch nicht begonnen, aber wir dürfen buchstäblich erwarten, daß in der nächsten Stunde uns die Nachricht zukomme, feindliche Truppen seien hierher im Anzuge. Es wird dann sehr viel Muth, Einsicht und — Glück dazu gehören, den König zu retten, der, er gehe nun nach Pommern oder Schlesien, immer durch ein Nadelöhr gehen muß."

Die Gefahr für den König und das ganze Land erschien groß, und es war daher nur natürlich, daß sich am Hofe sowohl, als unter den

höchsten Staatsbeamten sehr verschiedenartige Stimmen darüber erhoben, nach welcher Seite hin sich der König in dem Kriege, der zwischen Rußland und Frankreich auszubrechen drohte, zu wenden habe.

Der Wunsch der meisten Offiziere war es, Rache an Frankreich für die erlittenen Niederlagen zu nehmen; sie forderten daher laut, der König solle sich mit den Russen verbinden, solle diese veranlassen, rasch in Preußen vorzurücken, um dann sofort den Angriff gegen Frankreich zu beginnen. Besonders ungestüm sprach sich Blücher aus, aber auch Gneisenau war für einen schleunigen Angriff und er meinte, daß diesem unmitelbar ein Volksaufstand in ganz Deutschland folgen werde.

Unter den Prinzen und Prinzessinnen war die russische Partei ebenfalls bedeutend; Prinz Wilhelm, Prinz August und die Prinzessin Louise von Radziwill sprachen energisch für die Verbindung mit dem Kaiser Alexander, während der Oheim des Königs, der Prinz Ferdinand, in einem offenen Bündniß mit Rußland den Untergang Preußens sah. Der alte Feldmarschall Kalkreuth, der längst an der Spitze der Friedenspartei gestanden hatte, warnte ebenfalls und selbst Fürst Wittgenstein glaubte, ein solches Wagniß dürfe nicht unternommen werden.

Daß die Franzosenfreunde, alle die von dem Gelde Napoleon's gewonnenen Beamten und Hofherren ein festes Bündniß mit Frankreich statt mit Rußland forderten, versteht sich wohl von selbst.

Zwischen beiden Parteien stand unschlüssig, von einer zur andern schwankend, König Friedrich Wilhelm. Er vermochte nicht zu einem Entschlusse zu kommen. Seine Sympathien zogen ihn zu Rußland, er liebte den Kaiser Alexander, während er Napoleon haßte. Das russische Bündniß war stets sein innigster Wunsch gewesen, aber wenn er den französischen Kaiser auch haßte, mehr noch fürchtete er ihn. Er hatte die Genialität des großen Mannes genugsam kennen gelernt und er wußte, daß er nicht im Stande sein werde, Frankreich die Spitze zu bieten. Selbst im Bündniß mit Rußland war dies schwer, vielleicht unmöglich. Eine Niederlage entschied den völligen Untergang Preußens, d. h. des preußischen Königshauses. Friedrich Wilhelm theilte besiegt, darüber konnte kein Zweifel sein, das Schicksal der vielen Fürsten, denen Napoleon ihren Thron genommen hatte.

Hätte in jener Zeit Stein noch an der Spitze der preußischen Regierung gestanden, dann würde er vielleicht den König trotz der Furcht vor Napoleon zu einem entscheidenden Entschluß gedrängt haben. Das aber war nicht die Art Hardenberg's. Wenn der Staatskanzler auch selbst ein Bündniß mit Rußland wünschte, hielt er doch die Zeit zu einem offenen Abschluß noch nicht für gekommen. Er suchte daher nach wie vor Anknüpfungen sowohl mit Rußland, als mit Frankreich zu finden, und mit meisterhafter diplomatischer Geschicklichkeit wußte er sowohl in Paris, wie in Petersburg die Unterhandlungen zu führen. Dem Kaiser von Rußland gab er Versicherungen der innigsten Freundschaft, Napoleon solche der größten Ergebenheit, Beiden bot er ein preußisches Bündniß an.

In Petersburg unterhandelte der preußische Gesandte von Schöler, in Paris erhielt der dortige Gesandte Freiherr von Krusemark den bestimmten Auftrag, die Verbindung mit Frankreich zu einem festen Vertrage zu führen. Ein Schutz- und Trutzbündniß sollte zwischen Napoleon und Friedrich Wilhelm III. geschlossen werden!

Preußen war bereit, sich zu verpflichten, an allen Kriegen Frankreichs, die in Deutschland oder an den Grenzen geführt, die preußische Interessen irgendwie berührten, mit Hilfstruppen Theil zu nehmen, Napoleon sollte dagegen nur den gegenwärtigen Bestand des preußischen Staats garantiren.

Der Fürst von Hatzfeld, berüchtigten Angedenkens aus dem Jahre 1806, ein Mann, der ganz dem französischen Interesse ergeben war, wurde eigens nach Paris geschickt; er erhielt Vollmacht, ein derartiges Bündniß abzuschließen.

Zu gleicher Zeit aber wurde im Geheimen immer weiter und mit vorzüglichem Eifer gerüstet. Blücher ließ in Pommern alle drei Monate neue Rekruten — Krümper nannte man sie — einberufen und auf das Schleunigste einexerciren, dann wurden sie entlassen als tüchtige Soldaten, um Anderen Platz zu machen. Die Festungswerke von Colberg wurden in Stand gesetzt für eine Belagerung, Scharnhorst berief alle von der Garnison nach Berlin Beurlaubten zu den Waffen. Die Festungswerke von Spandau wurden neu ausgebaut, damit nöthigenfalls die Festung eine Stütze der Hauptstadt gegen einen Angriff der Franzosen bilde, denn Alles mußte gegen einen plötzlichen Ueberfall Berlins und gegen eine etwaige Aufhebung des Königs gethan werden.

Solche Thätigkeit konnte den Spionen Napoleon's nicht verborgen bleiben. Der Kaiser war darüber sehr erzürnt, er äußerte schon am 30. April 1811, daß ihm die Einberufung von Rekruten höchst verdächtig erscheine; wenn Preußen rüste, könne es nur gegen ihn selbst geschehen. „Ich werde das Land besetzen!“ rief er; „es ist lächerlich, uns einreden zu wollen, die Rüstungen seien gegen die Engländer gerichtet, von denen eine Landung nicht zu befürchten ist.“

Einige Tage später sprach sich Napoleon noch offener aus: „In Berlin intriguirt die Kriegspartei auf's Neue, sie will den König drängen, daß er sich für Rußland rüstet. Der arme König, vielleicht giebt es nach vier Wochen nicht mehr einen König von Preußen, sondern nur noch einen Markgrafen von Brandenburg.“

Hardenberg, der von dem Unwillen des Kaisers gut unterrichtet war, bemühte sich sogleich, Maßregeln zu treffen, welche zur Besänftigung des mächtigen Feindes, der noch als Freund be-

trachtet werden mußte, dienen sollten. Er veranlaßte den König, daß dieser selbst an Napoleon im friedlichsten Tone einen Brief richtete; die Schanzarbeiten bei Spandau wurden eingestellt, sie waren freilich beinahe vollendet — Blücher mußte den Oberbefehl an den General Tauenzien abtreten und sich in Berlin zu seiner Rechtfertigung stellen. Tauenzien aber fuhr ganz in Blücher's Sinne fort und von einer Rechtfertigung in Berlin war nicht die Rede.

Alle diese versöhnenden Maßregeln waren wie die Nachgiebigkeit gegen die Wünsche Napoleon's nur ein eitler Schein, denn in derselben Zeit, in welcher Hardenberg's Mund von Ergebenheits-Versicherungen gegen Napoleon überfloß, unterhandelte in Petersburg Scharnhorst wegen eines russisch-preußischen Bündnisses. Und es gelang ihm, ein solches zu Stande zu bringen. Am 27. September erfolgte ein Abschluß, über den uns freilich die näheren Details fehlen.

So standen die Verhältnisse, als im October 1811 auch Napoleon sich zum Abschluß eines Vertrages mit Preußen bereit erklärte, freilich nur unter Bedingungen, welche wesentlich von denen, die Hardenberg gestellt hatte, abwichen und die nur schwer, fast unmöglich von Preußen zu erfüllen waren.

Unter diesen Umständen glaubte sich Hardenberg verpflichtet, dem Könige zur entscheidenden That zu rathen. Er that es in einer ausführlichen Denkschrift vom 2. November 1811, sie enthielt folgenden Rath: —

„Ich mag es überlegen von welcher Seite ich will, so finde ich in der Lage, darin die Sachen sind, keine andere Rathschläge, als folgende:

1) Sobald als immer möglich mit Rußland insgeheim abzuschließen.
2) Eben so geheim mit England Unterhandlungen anzuknüpfen, um sich Geld, Waffen und Hilfen, auf den Fall des Krieges, zu verschaffen.
3) Mit Oesterreich auf den Grund zu negoziren, den der Baron Jacobi gelegt hat.
4) In der Stille Alles weiter vorzubereiten, um den Kampf zu bestehen.
5) Unterdessen Alles beizutragen, was die Umstände irgend möglich machen, um den Frieden zu erhalten.
6) Vorerst die Unterhandlungen mit Frankreich fortzusetzen, Bemerkungen über die erhaltenen Gegenpropositionen zu machen und dem Grafen von St. Marsan mitzutheilen, die Bezug auf unsere früheren Anträge nehmen.
7) Auf die Sicherheit des Königs und seiner Familie Bedacht zu nehmen, daher Berlin bald zu verlassen, wenigstens sobald man irgend weitere Truppen-Bewegungen vernimmt." — — —

Ob der Rath Hardenbergs befolgt wurde? Darüber liegt noch heute der Schleier des Geheimnisses.

Es fehlen uns zuverlässige Nachrichten über die damals an den verschiedenen Höfen gepflogenen Unterhandlungen, über die Schlangenwege der Hardenberg'schen Politik, über die Pläne, mit welcher sich die Feinde oder Freunde Napoleon's trugen; die Glaubwürdigkeit mancher uns überlieferter Berichte wird angezweifelt und wir können über dieselben um so eher hinweggehen, da sie der allgemeinen Geschichte, nicht der Spezialgeschichte unserer Stadt angehören. Historisch festgestellt ist nur, daß der Oberst v. Knesebeck als Friedensvermittler nach Rußland reiste und daß er zugleich den Auftrag erhielt, dem Kaiser Alexander Versicherungen unwandelbarer Freundschaft Friedrich Wilhelm's zu überbringen. Geschichtlich erwiesen ist ferner, daß französische Heeresmassen die preußische Grenze überschritten, daß sie unter Davoust in Pommern, unter Oudinot in die Mark eindrangen, daß Friedrich Wilhelm in jedem Augenblicke besorgen mußte, in Berlin und Potsdam von den Franzosen aufgehoben zu werden, wenn er zögerte, ein Bündniß mit Napoleon zu schließen. Er mußte endlich seinem Schwanken ein Ende machen.

Am 24. Februar 1812 wurde der traurige Vertrag abgeschlossen, der den preußischen Staat ganz der Willkür des französischen Herrschers preisgab. Fast das ganze Land wurde durch den Vertrag den französischen Heeren geöffnet, welche es nach allen Richtungen hin in einer Stärke von mehr als einer halben Million durchziehen konnten. Auch die Hauptstadt Berlin sollte französische Einquartierung erhalten. Die durchziehenden Franzosen mußten während ihres Marsches, so lange sie in Preußen waren, verpflegt werden. Freilich sicherte der Vertrag dem Könige zu, daß die Kosten der Verpflegung auf die noch rückständige preußische Kriegsschuld in Anrechnung gebracht werden sollten, aber die Erfüllung einer solchen Verpflichtung war kaum zu hoffen, denn Napoleon beeilte sich niemals, seine Versprechungen zu halten. Preußen mußte außerdem ein Hülfsheer von 20,000 Mann gegen Rußland zum Kriege stellen.

So drückend der Vertrag seinem ganzen Inhalte nach war, noch drückender wurde er dadurch, daß die Franzosen weit über die ihnen zustehenden Rechte das Land aussaugten und es fast als ein feindliches behandelten. Obwohl die Festungen Spandau und Pillau in dem Vertrage nicht genannt waren, mußten sie doch den französischen Truppen geöffnet werden.

Das Bündniß mit Frankreich war geschlossen, aber noch nicht vom Kaiser genehmigt. Noch immer schwankte man am preußischen Hofe zwischen Furcht und Hoffnung. Nur 8000 Mann schützten das preußische Hoflager, von allen Seiten her drängten die Hunderttausende der Franzosen gegen Berlin an.

Die Besorgniß, Napoleon werde im letzten

Augenblicke den Befehl der Aufhebung Friedrich Wilhelm's III., der Zerstückelung Preußens geben, wurde mit jedem Tage reger. Auch Hardenberg fürchtete einen Gewaltschritt. Im Auftrage des Königs ging er zum französischen Gesandten und erklärte diesem, wenn nicht in den nächsten acht Stunden eine Genehmigung des Bundesvertrages eintreffe, fühle er sich verpflichtet, um jeden Preis den König vor einer plötzlichen Ueberrumpelung zu sichern; er werde Generalmarsch schlagen lassen, das preußische Heer werde sich um den König schaaren und versuchen, sich durch die Franzosen durchzuschlagen, um sich mit den Russen zu vereinen.

Der Gesandte gab die größten Freundschaftsversicherungen, er erwartete jeden Augenblick das Eintreffen der kaiserlichen Genehmigung, und wirklich, ehe die acht Stunden um waren, erschien der Graf Henkel in Berlin. Er überbrachte den von Napoleon bestätigten Vertrag.

Zwanzigstes Kapitel.

Unzufriedenheit der Berliner über den Vertrag mit Frankreich. — Unzufriedenheit in der Armee. — York. — Die Franzosen in Berlin. — Franzosenhaß der Berliner. — Napoleon's Besorgniß. — Die Parade in Insterburg. — Stein in Rußland. — Der Berliner Polizei-Präsident Gruner in Prag. — Stein's Aufruf an die Teutschen. — Gruner's revolutionäre Thätigkeit, seine Verhaftung. — Die Berliner Studenten. — Jahn und Friesen. — Eine Verschwörung in Berlin. — Die französischen Flüchtlinge und Verwundeten in Berlin.

Der Abschluß des französich-preußischen Bündnisses erregte in ganz Preußen und besonders in Berlin eine tiefe Entrüstung. Die Saat, welche Schleiermacher, Fichte, Jahn, Friesen und noch manche andere tüchtige und zuverlässige Patrioten ausgestreut hatten, begann zu keimen.

Das Berliner Volk war nicht mehr das von 1806. In alle Schichten der Bürgerschaft war ein nationales Bewußtsein gedrungen, der Patriotismus war erweckt, der Haß gegen die Franzosen galt jetzt als eine Tugend, Freundschaft für die Unterdrücker deutscher Freiheit als die äußerste Schmach.

In allen öffentlichen Lokalen, in den Weinstuben, in denen die vornehmsten Stände verkehrten, ebensowohl, wie in den Weißbierkneipen der kleinen Bürgerschaft, wurde ohne Scheu vor der französichen Spionirerie über das Unglück des französichen Bündnisses gesprochen, überall zeigte sich die gleiche Entrüstung gegen die unnatürliche Freundschaft mit den Franzosen.

Wenn auch die Russen damals noch keineswegs beliebt waren — man hatte dem Kaiser Alexander den Treubruch beim Tilsiter Frieden nicht vergessen —, so erschienen sie doch als die natürlichen Bundesgenossen. Das Volk, welches nicht eingeweiht war in die ränkevollen politischen Unterhandlungen Hardenberg's, deren endliches Resultat der verhaßte Vertrag vom 24. Februar 1812 war, hielt den Abschluß desselben für ein Werk erbärmlicher Feigheit.

Und nicht nur die große Menge dachte so, sondern auch die hervorragenden Staatsmänner waren zum Theil ganz gleicher Ansicht, und mehr noch die Offiziere, die keine andere Sehnsucht kannten, als die, im Kampfe gegen Napoleon die Scharten der Jahre 1806/7 auszuwetzen.

Sobald der Abschluß des Vertrages in der Armee bekannt wurde, erklärte sofort eine große Anzahl von Offizieren, daß sie unter keiner Bedingung gegen Rußland und für Napoleon kämpfen würden. Gneisenau schrieb am 10 März: „Ich bin nicht Willens, mich als Werkzeug zur Ausführung des Unterwerfungs-Vertrages gebrauchen zu lassen, deshalb habe ich meine Entlassung gefordert und erhalten.“ Und ebenso dachten viele Andere: Clausewitz, Boyen, Chazot, Pfuel forderten wie Gneisenau ihren Abschied. Ihrem Beispiele folgten viele andere hohe Offiziere von allen Waffengattungen. Wie unwillig der König auch sein mochte, er mußte den Abschied gewähren.

Die Franzosenfeinde verließen zum großen Theil Preußen, sie zogen nach Rußland, um in der dortigen russich-deutschen Legion zu dienen, Andere traten auch in Spanien unter die englisch-deutsche Legion, welche dort heldenmüthig gegen Napoleon kämpfte.

Scharnhorst wurde aus der Nähe des Königs entfernt, er verließ Berlin und zog sich nach Breslau zurück, weil er als Napoleon höchst mißliebig nicht länger ein vertrauter Rath des Königs bleiben konnte.

Nicht alle Offiziere indessen dachten wie Gneisenau, Boyen, Clausewitz rc., es gab gar manche, welche nicht weniger ungehalten als diese über das französiche Bündniß waren, aber es dennoch für ihre Pflicht hielten, treu auszuharren beim Könige, gerade weil sie fürchteten, es werde in kürzester Zeit ein böses Geschick über Preußen hereinbrechen. Zu den Ausharrenden gehörte auch York; dieser ließ sich sogar durch einen sehr freundlichen Brief des Königs bewegen, als zweiter Befehlshaber bei dem preußischen Hilfskorps, welches an der Seite der Franzosen gegen Rußland kämpfen sollte, zu bleiben, obgleich seine Eigenliebe dadurch sehr verletzt werden mußte, daß den Oberbefehl auf Napoleon's Wunsch der General-Lieutenant von Grawert erhielt.

Der König hatte an York geschrieben: „Es ist Mir äußerst viel daran gelegen, daß Sie die Ihnen bestimmte Stelle annehmen, da Mir Ihre bewährte Treue, Anhänglichkeit und Kriegserfahrenheit zur Genüge bekannt sind, und ein solcher zuverlässiger Mann bei diesem Corps und unter solchen Umständen unumgänglich nothwendig wird. Ich werde jede Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen dafür meine Dankbarkeit zu beweisen.“

Solcher Bitte vermochte York die Gewährung

nicht zu versagen, er blieb im Dienst, wie schwer ihm dieser fortan auch werden mußte.

Im März des Jahres 1812 zogen abermals französische Truppen in Berlin ein, diesmal nicht als Feinde, sondern als Verbündete des Königs, aber als solche wurden sie nur von den Behörden empfangen, nicht vom Volke. Rellstab erzählt aus seinen Jugenderinnerungen:

„Wir empfanden, als im März jenes verhängnißvollen Jahres die Truppen des Kaisers als unsere Verbündeten in Berlin einrückten, nicht anders, als sechs Jahre zuvor. Die Feinde waren da; der Schmerz, der Haß der vergangenen Jahre blieben ganz die alten.

„Im März rückten die Franzosen, 25,000 Mann, wie das Gerücht wohl übertreibend sagte, am nämlichen Tage in die Hauptstadt ein. Ansehnlich muß die Zahl gewesen sein, da meines Vaters Haus eine solche Menge dieser Gäste erhielt, daß wir ihnen die Hälfte unserer Wohnung im Vorderhause einräumen mußten. Mit Erbitterung sah ich unser Wohnzimmer, einen hellen, behaglichen Saal von vier Fenstern, der fast die Hälfte des Stockwerks einnahm, von Soldaten besetzt, Matratzen und Stroh auf dem Fußteppich ausgebreitet, zwischen und über den Kupferstichen an den Wänden Patrontaschen und Seitengewehre aufgehangen, den schwarzen Ausguß vom Putzen der Gewehre schmutzig über den Fußboden verbreitet. Die Zimmer, die sonst so wohnlich, zierlich waren, hatten plötzlich das berüchtigte kasernenartige Ansehen gewonnen; ich empfand es tief, wie arg die Unbill, der Druck sei, der den friedlichen Besitzer so rücksichtslos von der gewohnten lieben Stätte seines täglichen Thuns und Verkehrs verjage, den geheiligten Altar der Häuslichkeit umstürze."

Es war ein knabenhafter Zorn, der sich damals in dem 13jährigen Ludwig Rellstab über die Entweihung der elterlichen Wohnung durch die ungebetenen Gäste regte. Aber wie der Knabe, so dachten und fühlten auch die Männer. Sie drängten sich nicht wie früher zu den öffentlichen Vergnügungen, um an der Seite der Franzosen sie zu genießen. Die Weinstuben, in denen die französischen Officiere verkehrten, wurden vermieden, nur einige stets dienstwillige Beamte zeigten sich freundlich gegen die Verbündeten.

Die Bürgerschaft verhielt sich finster schweigend, sie durfte nicht offen ihren Haß gegen die Franzosen zeigen, dafür sorgten die französischen Kriegsgerichte, welche kein Erbarmen kannten, sondern den Tod durch Pulver und Blei unbarmherzig über jeden Rebellen zu verhängen drohten; aber sie versuchte es auch nicht, freundlich zu heucheln.

Napoleon war über die Mißstimmung, welche in Preußens Hauptstadt gegen ihn herrschte, sehr wohl unterrichtet, er fürchtete, daß der Haß des Volkes sich in gewaltsamen Ausbrüchen Luft machen, daß diese das Signal zu einem Aufstande in Nord-Deutschland geben könnten. Deshalb schrieb er am 22. April von St. Cloud aus:

„Während des Monats Mai hat der Herzog von Belluno (Marschall Oudinot) nichts weiter zu thun, als sein Korps zu organisiren, um Preußen im Zaume zu halten und über die Erhaltung der Ruhe im ganzen Lande zwischen der Weichsel und dem Rheine zu wachen. — — — So wie wir weiter kommen, rücken wir dem Kriege näher, und man muß daher die Festigkeit und Wachsamkeit verdoppeln. Mein Wille ist folgender: Nach dem Geiste des Traktates darf kein preußischer General, kein preußischer Offizier in Berlin kommandiren; es dürfen daselbst keine preußischen Truppen stehen und es muß dort kein Dienst anders, als auf Befehl des französischen Generals versehen werden. Die Paar Mann regulärer Truppen, die noch in Berlin geblieben sind, sollen nur für die Wache des Schlosses da sein, allein auch diese müssen den Befehl von dem französischen Kommandanten erhalten. Spandau muß als die Citadelle von Berlin angesehen werden; es ist für mich von der größten Wichtigkeit, wegen dieses Platzes auch nicht die mindeste Besorgniß zu haben..... Man muß das Berliner Zeughaus besetzen, aber Alles, was Eigenthum des Königs ist, wohl erhalten und nichts als gegen Quittung entnehmen. Es ist aber wichtig, ein wachsames Auge darauf zu haben, daß weder in Berlin, noch in der Umgegend ein Waffendepot oder irgend ein Geschütz sich befinde, dessen der Pöbel sich bemächtigen könnte.... Es müssen gar keine preußischen Truppen in Preußen stehen, ausgenommen 1800 Mann in Potsdam und 3000, wenn der König daselbst residirt, 4000 in Colberg, 3000 in Graudenz und 10,000 in Ober-Schlesien..... Sie werden dem Herzog von Belluno kund thun, daß die Landesverwaltung ganz und gar den Beamten des Königs überlassen bleibt, daß aber die Aufsicht über die Zeitungen und alle anderen Druckschriften und alle Polizeimittel in seinen Händen sein müssen, damit nichts dem Volke einen gefährlichen Anstoß gebe und das Land gar keine Mittel habe zur Empörung..... Sie werden dem Herzoge von Belluno bekannt machen, daß ich befohlen habe, daß drei oder vier gut unterrichtete französische Offiziere in Colberg und Graudenz aus- und eingehen..... Das Recht, eine preußische Besatzung zu haben, ist eigentlich nur für Colberg vorbehalten, wie Potsdam die einzige Stadt ist, durch welche französischen Truppen der Durchmarsch nicht gestattet ist. Es ist jedoch angemessen, das Volk von Potsdam daran zu gewöhnen, viele französische Offiziere zu sehen. Diese müssen daselbst oft übernachten, unter dem Vorwande, die Merkwürdigkeiten der Stadt zu besehen; treibt sie die eigene Neugierde nicht dazu, so muß man sie dazu anreizen..... Jede, einem Franzosen zugefügte Beleidigung muß durch ein Kriegsgericht nach unserm Brauche gerichtet werden..... Es ist nothwendig, eine hohe

Polizei bei dem General-Gouverneur von Berlin zu organisiren, um zu wissen, was vorgeht, und ein wachsames Auge auf alle Umtriebe zu haben.*) — Ist man auf diese Weise in Sicherheit über Stettin, Küstrin, Glogau, Torgau, Spandau, Sachsen und Magdeburg, sind Reservekorps vorhanden, hat man ein wachsames Auge darauf, daß nirgends bewaffnete Zusammenrottungen stattfinden, kluge Offiziere in Colberg, und schickt man dann und wann vertraute Adjutanten dahin, so wird man in der Verfassung sein, nichts von der Treulosigkeit der Preußen zu befürchten zu haben, wenn sie nach einem unglücklichen Ereigniß zu einem Abfall geneigt sein sollten. . . . . Der Herzog von Belluno wird unter allen Umständen die größte Ehrerbietung gegen den König von Preußen und die preußische Regierung bezeigen müssen, was sogar bei allen Festen und öffentlichen Veranlassungen bis zur Affectation gehen muß."**)

Napoleon hegte gegen Friedrich Wilhelm III. einen Widerwillen, welchen er kaum verhehlte. Trotzdem glaubte er jetzt den König noch schonen zu müssen, wenn er auch wahrscheinlich entschlossen war, ihn nach siegreicher Beendigung des russischen Feldzuges das Schicksal der vielen entthronten europäischen Fürsten theilen zu lassen. Er beschied ihn nach Dresden, wo der stolze Kaiser vor dem russischen Feldzuge noch einmal die seinem Herrscherwillen unterthänigen deutschen Fürsten, die Mitglieder des schmachvollen Rheinbundes, versammelt hatte, um ihre Huldigungen entgegen zu nehmen. Friedrich Wilhelm mußte der Einladung, welche ebensowohl ein kaiserlicher Befehl genannt werden konnte, folgen. Hardenberg begleitete ihn nach Dresden, um durch seine höfische Geschmeidigkeit das wieder gut zu machen, was vielleicht Friedrich Wilhelm durch sein abstoßendes Wesen verderben konnte.

Am 29. Mai reiste Napoleon von Dresden ab über Posen, Thorn, Danzig nach Ostpreußen. In Insterburg ließ er bei einer Parade das preußische Armeekorps, welches ihn nach Rußland begleiten sollte, vor sich vorbeimarschiren.

Stumm zogen die preußischen Krieger einher; als tüchtige Soldaten wollten sie sich dem französischen Kaiser zeigen, deshalb strengten sie sich an, so regelmäßig wie möglich vorbei zu marschiren; aber kein „Vive l'empereur!" brachte Napoleon eine Huldigung dar. Trotzdem sprach der Kaiser seine Zufriedenheit aus, er belobte Offiziere und Soldaten. Damals lag es in seinem Interesse, ihnen zu schmeicheln.

Die Geschichte des Feldzuges nach Rußland, die Erzählung der Schlachten, welche geschlagen wurden, des Brandes von Moskau, des grauenhaften Rückzuges der französischen Armee, ihres Unterganges durch Hunger und Kälte, müssen wir als unseren Lesern bekannt voraussetzen; wir haben nur zu erzählen, wie sich in Deutschland und besonders in Berlin die großartige Volkserhebung, welche eine Folge des Feldzuges vom Jahre 1812 werden sollte, vorbereitete.

Stein, der ewig rührige, niemals rastende, unversöhnliche Feind Napoleon's, war auf die dringende Einladung des Kaisers Alexander nach Rußland gegangen. In russische Dienste zu treten weigerte er sich, denn mit klarem Blick sah er die Möglichkeit voraus, daß dereinst nach einem Siege über Napoleon Kaiser Alexander selbst Gelüste, die deutsche Unabhängigkeit zu bedrohen, empfinden könne. Dem deutschen Volke wollte Stein dienen, nur diesem, weder dem russischen Kaiser, noch irgend einem Fürsten. Im Augenblick aber glaubte er nirgends besser, als auf russischem Boden für Deutschland wirken zu können.

Es war ihm schwer genug geworden, Deutschland zu verlassen, immer noch hatte er darauf gehofft, der König von Preußen werde einen kühnen Entschluß fassen und den Kampf gegen Napoleon wieder beginnen. Als aber das preußisch-französische Bündniß geschlossen war, gab er diese Hoffnung auf.

Von oben, von den Fürsten Deutschlands erwartete Stein keine Hilfe, auf das Volk nur hatte er seine Hoffnung gebaut, auf das Volk allein wollte er daher wirken. Er vertraute darauf, daß die Deutschen in ihrer tiefsten Verzweiflung über den Druck der französischen Gewaltherrschaft sich gegen diese mit aller Energie erheben würden, wie es die Spanier gethan hatten; nur aus einem allgemeinen Aufstande des ganzen Volkes sah Stein Rettung aus der französischen Knechtschaft. Er hatte sich deshalb, schon ehe er die Einladung des Kaisers Alexander, nach Rußland zu kommen, annahm, mit vielen einflußreichen Männern in Verbindung gesetzt und von ihnen die Versicherung erhalten, daß sie mit aller Kraft auf die Vorbereitung eines Volksaufstandes hinarbeiten wollten. Der wichtigste dieser Verbündeten war der frühere Polizei-Präsident von Berlin, der Staatsrath Justus Gruner.

Gruner, ein eifriger Patriot und erbitterter Franzosenfeind, hatte am 12. Februar 1811 sein Amt als Polizei-Präsident von Berlin nieder-

*) Bekanntlich verwendete Napoleon große Summen auf die geheime Polizei; deutsche Fürsten waren gefällig genug, von dem französischen Kaiser sich dafür bezahlen zu lassen. Der Fürst von Neufchatel und Wagram schreibt aus Dresden den 26. Mai 1812 an den Fürsten Schwarzenberg nach Wien: „Se. Majestät befehlen, daß Sie eine geheime Polizei errichten, um die inneren Bewegungen kennen zu lernen. Ich werde Ihnen die Ausgaben, die Sie für diesen Gegenstand haben können, erstatten lassen. Indessen haben Se. Majestät befohlen, daß sie auf den Etat der geheimen Ausgaben mit 12,000 Fr. monatlich gestellt werden."

**) Förster: Neuere und neueste preußische Geschichte.

gelegt,*) er hatte Preußen verlassen und seinen Wohnsitz in Prag genommen. Er war durch seine frühere amtliche Wirksamkeit mit den bedeutendsten Männern in Berlin genau bekannt geworden, er hatte in der Hauptstadt Preußens sowohl, als in den Provinzen überall Verbindungen mit zuverlässigen Gesinnungsgenossen angeknüpft. Niemand war daher geeigneter, die Vorbereitungen zu einem Aufstande in Deutschland zu treffen, als Gruner, Niemand aber auch williger dazu.

Dieses Bundesgenossen hatte sich Stein versichert, ehe er nach Rußland ging. Am 12. Juni 1812 traf er in Wilna ein, wo er vom Kaiser Alexander auf das Freundlichste empfangen wurde. Wenige Tage später, schon am 18. Juni, überreichte er dem Kaiser eine Denkschrift über die Mittel, die Theilnahme Deutschlands an einem Kriege gegen Frankreich anzuregen und zu erhalten.

In seiner meisterhaften Art schilderte er die deutschen Verhältnisse, die Unzufriedenheit des Volkes mit der französischen Gewaltherrschaft, den dringenden Wunsch desselben, seine Unabhängigkeit wieder zu erringen, den Mißmuth darüber, daß die deutschen Fürsten ihrem Vortheil das Blut und Vermögen der Unterthanen geopfert hätten, um ein augenblickliches schmachvolles Dasein zu fristen. Die Völker seien überall bereit, ihre Ketten zu brechen, deshalb sei es an der Zeit, die allgemeine Stimmung zu benutzen und die herrschende Aufregung zu nähren, indem man in Deutschland Schriften verbreite, wie der mit großer Kraft und entscheidender Wahrheit geschriebene zweite Theil von Ernst Moritz Arndt's „Geist der Zeit", der, in Schweden gedruckt, in Deutschland nicht habe eindringen können. Stein schlug vor, einen neuen Abdruck dieses Werkes zu veranstalten und es in Deutschland zu verbreiten; Gruner in Prag, der flüchtige preußische Polizei-Präsident, werde sein Möglichstes thun. Außerdem forderte Stein die Berufung Arndt's nach Rußland, damit dieser mit seiner kräftigen Feder Flugschriften verfasse, die in Deutschland verbreitet, bei der leselustigen Nation einen gewaltigen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben würden. Er forderte, daß die deutschen Schriftsteller in jeder Art durch Auszeichnungen geehrt würden, er machte besonders auf Schleiermacher in Berlin, Steffens und Bredow in Breslau, Luden in Jena und Andere aufmerksam. Es sei ferner nothwendig, den Unternehmungen des Feindes durch die Bildung kleiner bewaffneter

*) Der unmittelbare Nachfolger Gruner's war der Stadtgerichts-Director von Schlechtendahl, auf diesen folgte am 24. April 1812 der Staatsrath Le Coq als Polizei-Präsident von Berlin. Damals war es nothwendig, einen Mann an der Spitze der Berliner Polizei zu stellen, der sich gut mit den französischen Befehlshabern zu stellen wußte, und dies verstand der würdige Staatsrath Le Coq trefflich.

Haufen zu schaden; diese sollten die Aufgabe haben, Couriere zu überfallen und sich nach glücklich ausgeführten Streichen sofort wieder zu zerstreuen; auch zu diesem Zwecke werde Gruner die nöthigen Schritte thun und sich gewiß höchst nützlich erweisen. Ebenso müsse man darauf bedacht sein, die deutschen, besonders die westphälischen und tyrolischen Truppen, welche an der Seite der Franzosen kämpfen sollten, durch geschickte Unterhändler zu bearbeiten. Zu diesem Zwecke sollten Proklamationen unter ihnen vertheilt werden, die sie zum Verlassen der französischen Fahnen aufforderten. Alle Ueberläufer sollten in besonderen Legionen gesammelt und an die Spitze derselben Männer von in Deutschland geachtetem Namen, wie die Herzöge von Oldenburg und Braunschweig, Oberst Gneisenau, Chazot und Andere, gestellt werden. Um alle die genannten Mittel zur Ausführung zu bringen, sei es nothwendig, ein besonderes Comité zu bilden, welches in steter Thätigkeit bleibe.

Kaiser Alexander las die Denkschrift mit der höchsten Aufmerksamkeit und er zeigte sich durch den Inhalt derselben so befriedigt, daß er noch an demselben Tage antwortete: Er habe in dem Schreiben Stein's dessen ausgezeichnetes Genie von Neuem erkannt, er stimme Allem, was Stein wolle, bei und werde der Ausführung der dargelegten Pläne seine vollste Unterstützung angedeihen lassen.

Im russischen Hauptquartier wurde sofort ein deutsches Comité gebildet. Der Kaiser ernannte zu Mitgliedern desselben seinen Schwager, den Prinzen Georg von Oldenburg, den Geheimen Rath Kotschubei und Stein. Letzterer war die Seele des deutschen Comité's oder besser gesagt, er allein bildete dasselbe, denn seine beiden Genossen waren nur Figuranten, welche die gesammte Thätigkeit dem eigentlichen Agitator überließen.

Auf Stein's Antrag wurde ein von ihm selbst entworfener Aufruf an die Teutschen*) beschlossen, in welchem mit glühenden Worten die Teutschen zur Erhebung gegen die schmachvolle französische Herrschaft, die Offiziere und Soldaten zum Eintritt in den russischen Dienst und zum Kampf gegen die Franzosen aufgefordert wurden.

Arndt, Gneisenau, Dörnberg und andere deutsche Patrioten erhielten von Stein dringende Aufforderungen, sich nach Rußland zu begeben; hier sollten sie den Mittelpunkt einer gemeinsamen deutschen Bewegung gegen Napoleon bilden und zu gleicher Zeit dazu dienen, auf die Entschließung des Kaisers Alexander zu wirken, denn Stein fürchtete, daß Alexander nur zu leicht zu einem Frieden bewegt werden könne. An Gruner in Prag wurden umfassende Instructionen

*) Die Schreibart mit einem T war damals in den Kreisen der Patrioten besonders beliebt. In der Spenerschen Zeitung forderte ein Anonymus das Volk dazu auf, das weiche D in dem Worte Deutsch mit dem harten T zu vertauschen, denn es sei an der Zeit, jede Weichlichkeit abzuwerfen.

gesendet, mit ihnen auch die Summe von 4000 Dukaten, damit er die nöthigen Mittel für die Agitation in Deutschland besitze. Stein*) schrieb selbst an Gruner.

Gruner gab sich mit wahrem Feuereifer einer rastlosen Thätigkeit hin. Er organisirte im Rücken der französischen Armee ein über ganz Deuschland verbreitetes Spionirsystem. Ueber Alles, was die Franzosen in Deutschland thaten, über ihre Truppenmärsche, über den Zustand der Festungen 2c., zog er Nachrichten ein, er theilte sie Stein mit. Zu gleicher Zeit ließ er durch Wort und Schrift auf die öffentliche Meinung zu Gunsten Rußlands wirken.

Mit besonderem Geschick war er thätig, überall einzelne kleine Freischaaren, welche nur aus wenigen Genossen bestanden, zur Aufhebung der französichen Couriere zu bilden. Vierzig bis fünfzig zuverlässige Männer, meistens frühere preußische Beamte, auch einige alte Studenten, gewesene Offiziere 2c., wurden gewonnen, um als Agenten für die Revolutionirung von Deutschland und als Kundschafter benutzt zu werden. Die Meisten folgten freudig Gruner's Rufe, ohne für ihre anstrengende und gefährliche Thätigkeit die geringste Belohnung zu fordern; nur 16 von ihnen wurden besoldet, sie erhielten einen Monatsgehalt von etwa 60 bis 100 Thalern.

Der Kaiser Alexander hatte Gruner monatlich etwa 2000 Thaler bewilligt und mit dieser Summe reichte der geschickte Mann vollständig aus. Er ging ebenso klug als energisch vorwärts. Nur Wenigen schenkte er sein volles Vertrauen, die meisten Agenten kannten ihn persönlich gar nicht, sie hatten nur mit seinen Vertrauten zu verkehren.

Die Agenten verbreiteten überall die neue Auflage von Arndt's „Geist der Zeit", die in Leipzig heimlich gedruckt worden war. Eine zweite Druckerei an der sächsisch-böhmischen Grenze lieferte Flugblätter, Kriegsberichte, Lieder, welche zum Aufstande aufforderten, und auch diese wurden in vielen Tausend Exemplaren unter das Volk zerstreut. Durch seine Verbindung mit den Behörden war es Gruner außerdem möglich, für mehrere tüchtige Offiziere Päſſe nach Rußland zu besorgen.

Eine Thätigkeit, wie Gruner sie entfaltete, konnte der forschenden Napoleonischen Polizei nicht ganz verborgen bleiben, und da sowohl Preußen, als auch Oesterreich mit Frankreich durch ein Bündniß verknüpft waren, mußten auch die deutschen Polizeibehörden gegen den Agitator einschreiten.

Der Chef der höheren preußischen Polizei, der Geheime Rath von Bülow in Berlin, ein persönlicher Feind Gruner's, denunzirte dessen Treiben bei dem in Oesterreich allmächtigen Metternich und verlangte die Verhaftung des gefährlichen Mannes. Metternich kam dem Wunsche nach. Am 22. September wurde Gruner mit einigen Freunden verhaftet, seine Papiere wurden mit Beschlag belegt — sie ergaben, wie zahlreiche Verbindungen der Verhaftete in Preußen habe, und der preußischen Regierung erwuchsen deshalb aus der von ihr requirirten Beschlagnahme die größten Nachtheile.

Metternich fand es für gut, den französischen Gesandten in Wien zu warnen, indem er mit scheinheiligen Worten die Gesinnung des Königs rechtfertigte: Se. Majestät widerstrebe jeder Feindseligkeit gegen Frankreich, aber das preußische Volk sei durch und durch revolutionär.

Gruner mußte vier Monate auf einer Festung sitzen, erst dann wurde er befreit, als die Verhältnisse sich änderten und der Kaiser von Oesterreich sich bereit zeigte, den Bitten des Kaisers Alexander um seine Freigebung willfährig zu sein.

Mit Gruner's Verhaftung war plötzlich allen Agitationen in Deutschland der Mittelpunkt genommen; es war nicht möglich, einen zweiten Mann zu finden, der ebenso geschickt und thätig wie der frühere Polizei-Präsident die Organisation zur Vorbereitung des Aufstandes herstellte. Aber die Nachwirkung der Gruner'schen Bemühungen erhielt sich in Deutschland, der Gedanke, daß das Volk sich gegen den Feind erheben müsse, war angeregt und bildete sich weiter aus. Ueberall wurden Vorbereitungen getroffen, von Hand zu Hand gingen die patriotischen Schriften, welche freilich nicht öffentlich verkauft werden durften, dafür aber desto eifriger gelesen wurden.

In Berlin hatten Gruner's Anregungen einen besonders günstigen Boden gefunden. Hier wirkten Schleiermacher, Fichte und Jahn belebend und erhebend auf das Volk.

Der Haß gegen die Franzosen zeigte sich jetzt mit jedem Tage schärfer, die Wenigen, welche sich freundlich gegen den Feind benahmen, wurden mit unverhehlter Verachtung behandelt.

Am wenigsten vermochten die Studenten ihre Gefühle zu verbergen. Als am 3. August, dem Geburtstage Friedrich Wilhelm's III., zu der veranstalteten Feierlichkeit die Universität einer höheren Anweisung folgend, auch den französischen Gouverneur und Kommandanten einlud und Böckh seine lateinische Festrede vor einem Auditorium von Studenten und französischen Offizieren hielt, da blieb zwar äußerlich Alles scheinbar ruhig, aber die Studenten wußten es doch so einzurichten, daß sie die französischen Offiziere durch beleidigende Worte kränkten, und mehrere Duelle waren die Folge des Tages.

Jahn und Friesen waren unablässig bestrebt gewesen, durch ihren Einfluß auf die Jugend erhebend zu wirken; aber diese Thätigkeit genügte ihnen jetzt nicht mehr, sie sahen voraus, daß die

*) Wir müssen es uns versagen, Stein's weitere Thätigkeit in Rußland, so bedeutungsvoll sie ist, den Lesern zu schildern, um nicht den der allgemeinen Geschichte gewidmeten Raum zu sehr auszudehnen.

Zeit zu kräftigem Handeln nahe sei, eine Zeit, welche den wehrhaften Arm der Männer erfordern werde.

Obgleich ein Feind jeder geheimen Verschwörung, fühlte Jahn doch die Nothwendigkeit, sich mit Gleichgesinnten zu verbinden, damit im rechten Augenblicke die rechten Mittel ergriffen werden könnten, um das Joch der französischen Zwingherrschaft abzuwerfen. Das konnte in einer von den Feinden besetzten Stadt nicht öffentlich, es mußte im Geheimen geschehen. Jahn und Friesen stifteten zu diesem Zwecke einen sogenannten „deutschen Bund", sie verbanden sich mit Zeune, Graßhof und anderen Patrioten, sie traten in Verkehr mit Gruner in Prag und ganz im Geiste Stein's wirkten sie in Berlin.

Dr. Heinrich Pröhle schildert uns in seiner Biographie Jahn's (Friedrich Ludwig Jahn's Leben von Dr. Heinrich Pröhle) die Thätigkeit des deutschen Bundes folgendermaßen:

„Befreiung des Vaterlandes von der Fremdherrschaft war der Zweck des deutschen Bundes, der aber im Einzelnen sehr verschieden angegeben wird. Herr von Köln behauptete später, daß der deutsche Verein alle Fürsten, mit Ausnahme des Königs von Preußen, habe vernichten und diesem die Alleinherrschaft als Wahlkaiser über ganz Deutschland übertragen wollen. Ganz anders lauteten die Angaben eines Mannes, der mit Friesen, Jahn, Zeune, Otto, Preuß und dem Denunzianten des Bundes, Janke, den Bund gestiftet hatte und als seinen Zweck angab, Zutrauen im deutschen Unterthan gegen seinen Fürsten zu erwecken, die Uebung der Waffen allgemeiner zu machen, eine bessere Volkserziehung zu bewirken und deutsche Wissenschaften und Künste zu befördern, um so den Nationalsinn zu erhöhen. Wie Jahn durch das Turnen auf eine Erneuerung der Körperkraft der Nation wirken wollte, so wollte er offenbar dem ganz entsprechend auf ihre geistige Wiedergeburt wirken durch den deutschen Verein. So mochte der Verein ebensowohl Anknüpfungspunkte bieten für die, denen es um die Politik zu thun war, wie auch für jene harmloseren pädagogischen Bestrebungen, die indessen mit der sittlichen Erhebung der Nation innig verwachsen waren. Um die Regierung nicht zu kompromittiren, sollte der Bund, wie gesagt, ein geheimer sein. Indessen wurde schon 1812 im Herbst bei einem Beamten, der Mitglied war, das Archiv des sogenannten „deutschen Bundes oder Ordens" in Beschlag genommen und die Sicherheitsbehörden hatten ein wachsames Auge auf ihn. Ein weiteres Verfahren gegen einzelne Bundes-Mitglieder unterblieb damals nur in Folge eines, vom geheimen Staatsrath von Bülow unmittelbaren an den König eingesandten Berichts. Nur gegen diejenigen Bundes-Mitglieder, welche von dem vormaligen Staatsrath Gruner als Agenten benutzt sein möchten, wollte Bülow durch seine Eingabe ein Einschreiten nicht hindern. Damit steht anscheinend im Widerspruch, daß Jahn nicht allein damals nicht verfolgt wurde, sondern schon unterm 28. September mit einem schmeichelhaften Schreiben von Hardenberg 20 Stück Friedrichsd'or erhalten hatte, weil sich bei der Nachforschung durch die neue Organisation des Departements der gesammten Sicherheits-Polizei gefunden, daß er auf Gruner's Antrag seine Reise zum Besten des Staats nach Mecklenburg unternommen und daß ihm dafür nichts als die baaren Reise-Auslagen ersetzt war.

„Der Bund bestand damals ungestört fort. Als er aber 1813 zu Felde ging, wahrscheinlich am 13. Februar, da sprach auf Friesen's Zimmer „„Jahn selbst"" zu den Andern: „„Nun lebt wohl! Es ist jetzt Alles aus. Thue Jeder jetzt seine Schuldigkeit. Unser Gelübde ist abgethan!""

Bei Jahn, der an der Ecke der Markgrafen- und Lindenstraße ein bescheidenes Zimmer bewohnte, fanden sich die Verschworenen, wenn wir sie so nennen können, zusammen, Studenten, Beamte, Offiziere, ja selbst Schüler aus den oberen Klassen der Gymnasien. Nicht alle waren eingeweiht in das Geheimniß, denn nicht Allen konnte Jahn ein solches anvertrauen, trotzdem aber wußte er, daß Jeder bereit sei, zur rechten Zeit die Waffen zu ergreifen, und darauf anfeuernd zu wirken, war sein Bestreben.

Wie eifrig auch die französischen Spione wachen mochten, eine solche Thätigkeit vermochten sie dennoch nicht zu hemmen, und von Tag zu Tag zeigte es sich klarer, daß auch das Volk von Berlin vorbereitet sei, sich im Aufstande gegen den Feind des Vaterlandes zu erheben, daß es dazu nur einer günstigen Gelegenheit harre.

Die Nachricht vom Brande Moskau's, vom Rückzug der Franzosen, von den fürchterlichen Verlusten des Heeres an der Beresina, von der Flucht des Kaisers kam nach Berlin. Die Zeitungen schwiegen freilich, oder sie brachten falsche Siegesnachrichten, sie durften ja nur das drucken, was ihnen die französische Censur erlaubte, aber unterdrücken ließen sich die ungücklichen Berichte, welche von Mund zu Mund gingen, nicht mehr. Jahn trug redlich dazu bei, sie zu verbreiten. Er wußte sich durch seine vielfachen Verbindungen genaue Nachrichten über das Unglück Napoleon's in Rußland zu verschaffen, diese wurden abgeschrieben und in alle Fuhrmannskneipen, gerade da, wo das gewöhnliche Volk verkehrte, gebracht; andere Blätter ließ er durch Schüler in den Straßen verstreuen, wo sie von den Vorübergehenden aufgefunden wurden, und von Mund zu Mund wanderten nun die Kriegsberichte.

Noch schwankten die Berliner zwischen Furcht und Hoffnung, als das Gericht kam, das gewaltige, mehr als eine halbe Million Krieger zählende Heer Napoleon's sei auf dem Rückzuge durch Hunger, Kälte und Angriffe der Kosacken fast ganz vernichtet, nur eine schwache Schaar unglücklicher Verwundeter kehre mit erfrorenen Gliedmaßen zurück, der Gesunden und Kampftüchtigen seien so wenige, daß sie kaum beachtet zu werden

verdienten. Da hielten selbst die leichtgläubigsten Enthusiasten einen solchen Erfolg des Feldzuges für unmöglich, trotzdem aber rüsteten sie sich zum Kampfe, denn jetzt oder nie, das fühlten Alle, war die Zeit gekommen.

Der Ungläubigste mußte indessen wohl endlich Glauben gewinnen, als von den Flüchtlingen auch viele in Berlin eintrafen. Der Jubel des Volkes war groß, aber auch in der Freude über die Niederlage der verhaßten Feinde vergaßen doch die Berliner jene schöne Menschlichkeit nicht, durch welche sie sich zu allen Zeiten ausgezeichnet haben. Rellstab erzählt uns:

„Der Anblick der Unglücklichen war grausenerregend, und selbst die aufathmende Freude über das Ereigniß im Großen mußte in solchen Augenblicken dem Eindruck weichen, den das namenlose Elend hervorbrachte, das die unschuldigen Einzelnen, die Opfer der Unersättlichkeit des Führers, erduldet hatten, und noch erduldeten. Erbarmen trat an die Stelle des Hasses. Oefters habe ich gesehen, wenn die mit Stroh gefüllten Bauerwagen, auf denen die gräßlich entstellten Unglücklichen lagen, irgendwo anhalten mußten, weil in der Enge der Straße eine Stopfung der Fuhrwerke entstand, wie die Hausbewohner mit Erquickungen, Kleidungsstücken, wärmenden Getränken herbeieilten, um die halb erstarrten Opfer zu beleben, durch Bouillon, Kaffee, oder was eben zur Hand war, oder sie mit Geld zu unterstützen. Entsetzlich war der Geruch, den diese Transporte verbreiteten. Die faulig-eiternden, vielleicht brandig gewordenen Wunden hauchten einen wahren Pestdunst aus, der in der scharfen kalten Luft um so weiter getragen, um so widriger empfunden wurde. Ein Grausen durchrieselte Alle, die solcher Scene beiwohnten. Aber die waltende Hand des Himmels empfand sich auch in diesen Schreckbildern, und der Zorn gegen Den, der in seiner noch nie in der Welt erhörten Ueberhebung alles dies Elend verschuldet hatte, schwoll immer heftiger an."

Der Haß gegen Napoleon wurde genährt durch die patriotischen Volksführer, welche kräftiger und kühner als je das Wort erhoben. Rellstab erzählt:

„In den Schulen wurde das verhängnißvolle Ereigniß von den Lehrern besprochen, auf die Folgen desselben für das Vaterland hingedeutet. Wir waren zwar noch in der Macht der Franzosen, aber ihre Macht war nicht mehr in ihrer Hand. Sie ertrugen Vieles, sogar von Einzelnen, und schienen froh zu sein, wenn sich nicht die Gesammtheit gegen sie richtete. — Es ist freilich nicht rühmlich, den hilflosen Feind zu verspotten, doch kann ich uns Knaben nicht davon freisprechen, mich selbst am wenigsten. Ich benutzte mein geringes Französisch vielfach, um den Soldaten, die bei uns im Quartier lagen oder die ich sonst sah, die Schicksale ihrer Armee in Rußland vorzuhalten und den Schrecken zu schildern, der die sonst so Unbesiegbaren ergriffen hatte. Das Alles war nicht löblich, allein aus der Stimmung der Zeit nur allzu begreiflich. Und wurde uns doch sogar das öffentliche Beispiel gegeben. Das namenlose Elend der großen Armee, welches man schon in den einzelnen Splitterchen davon nur mit Grausen gesehen, und das man freilich nie anders, als mit der menschlichen Theilnahme für menschliches Leid hätte besprechen und behandeln sollen, entging nicht dem bittersten Hohne. Man sah in allen Bilderläden, ja auf der offenen Straße selbst, in den damals üblichen Straßen-Bildergallerien, wo die schlechten Kupferstiche und sonstigen Schildereien zwischen Bindfadenleinen an die Mauern der Häuser befestigt waren, eine Karrikatur und Abbildung des Schicksals der Armee in Rußland. Es war ein Trupp Soldaten dargestellt in dem elendesten Zustande. Ein Marschall auf einem, nur noch in der Haut hängenden verhungerten Pferde ritt voran; ihm folgten Offiziere und Soldaten, alle mit erfrorenen Nasen und Ohren, in die abenteuerlichsten Kleidungsstücke gehüllt, in Judenpelze, Weiberröcke oder zusammengeraffte Lumpen, zwischen denen die militärischen Abzeichen und Uniformen durchblickten. An ein im Schnee liegendes gefallenes Pferd hatte sich die Schaar der Hungrigen gemacht und hieb begierig die ekle Speise mit den Säbeln herunter. Ueber der, trotz des Versuchs der lächerlichen Darstellung, grauenhaft blickenden Gruppe schwebte ein hungriger Adler, aus dessen Schnabel ein Papierstreifen mit den Worten: „Ça ira! Ça ira!" hing. — Die Vorübergehenden blieben und wir Schulknaben zumal, vor diesem Jammerbilde stehen und weideten sich, manche sogar spottend, an der Gräßlichkeit des Elends;" — das Elend aber, welches sie im Bilde verhöhnten, vermochten sie, wenn es ihnen in der Wirklichkeit entgegentrat, nicht zu ertragen. In dem Verwundeten und Kranken sahen sie, so lange er litt, nicht mehr den Feind, sondern nur den unglücklichen Menschen. Gerade die, welche vor dem Bilde am herzlosesten gespottet hatten, zeigten sich am liebevollsten, wenn sie die Noth der Verwundeten und Kranken lindern konnten."

Auch preußische Truppen waren dem französischen Kaiser nach Rußland gefolgt; sie hatten, glücklicher als die übrigen Bundesgenossen, nicht das Schicksal der großen französischen Armee getheilt; unter York's einsichtsvoller Führung waren sie verschont geblieben von jenen fürchterlichen Leiden, welche die Hunderttausende der Franzosen und Rheinbündler hinrafften. Das wußte man in Berlin, aber mit banger Erwartung schauten die Bürger nach dem Osten, besorgt über das endliche Geschick der Freunde. Da kam plötzlich die ebenso unerwartete, als freudige Nachricht, General York habe die verhaßte französische Bundesgenossenschaft gebrochen und am 30. Dezember 1812 die berühmte Konvention von Tauroggen mit den Russen abgeschlossen.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Schöler in Dorpat und Petersburg. — Geheimer Briefwechsel. — York und Friedrich Wilhelm III. — Seydlitz in Berlin. — York's Entscheidung. — Die Konvention von Tauroggen. — Eine gestörte Abendgesellschaft bei Marschall Augereau in Berlin. — York's Absetzung. — Des Königs Schwanken. — Hardenberg's treulose Politik. — Der Chevalier Dupe. — Die Sendung Natzmer's. — Die gefahrvolle Lage des Königs. — Friedrich Wilhelm III. verläßt Berlin. — Die neuen Tresorscheine. — Aufregung in Berlin.

Friedrich Wilhelm III. hatte während des Krieges, während die preußischen Truppen an der Seite der Franzosen gegen die Russen kämpften, eine fortwährende vertraute Verbindung mit dem Kaiser Alexander unterhalten. Der frühere preußische Gesandte in Petersburg von Schöler mußte natürlich abberufen werden; aber er war nur nach Dorpat gegangen; unter der Vorspiegelung einer plötzlichen Krankheit, welche eine Weiterreise unmöglich machte, hatte er sich dort einige Wochen aufgehalten, dann war er nach Petersburg zurückgekehrt. Der Kaiser berieth mit ihm persönlich, auf welche Weise eine Korrespondenz mit dem Könige Friedrich Wilhelm unterhalten werden könne, er wollte selbst, daß Preußen in keiner Weise bloßgestellt werde, und deshalb rieth er zur größten Vorsicht.

Nur durch die zuverlässigsten Boten und auf großen Umwegen wurden Briefe besorgt, meistens über Kopenhagen, von wo die geheimen Depeschen sicher nach Berlin besorgt werden konnten. Als Schöler anrieth, die russischen und preußischen Vorposten für den Briefwechsel zu benutzen, damit dieser schneller von Statten gehe, verweigerte hierzu Alexander seine Einwilligung, weil er im Falle einer Entdeckung des Geheimnisses um das Schicksal Friedrich Wilhelm's besorgt war.

Selbst die vornehmsten preußischen und russischen Offiziere sollten nichts von den Verhandlungen wissen; nur wenn das Geheimniß der kleinsten Anzahl von Personen bekannt war, durfte man hoffen, daß es nicht verrathen werde. Und so blieb es denn in der That geheim. Die zuverlässigsten Spione Napoleon's wurden vollständig getäuscht. Niemand außer den Eingeweihten erfuhr während des Krieges etwas von diesem Briefwechsel.

Trotz der großen Freundschaft, welche Friedrich Wilhelm für den Kaiser Alexander empfand, wagte er dennoch nicht, sich offen als dessen Bundesgenossen zu zeigen, und selbst als schon Napoleon sein Heer in Rußland verlassen und sich nach Frankreich geflüchtet hatte, als durch Hunger und Kälte die große französische Armee fast vernichtet war, blieb der König dennoch seiner schwankenden, zögernden Politik treu.

York, der, nachdem Grawert schon im Beginn des Krieges durch Erkrankung gezwungen worden war, das Ober-Kommando niederzulegen', vom zweiten zum ersten Befehlshaber der preußischen Hülfs-Armee avancirt war, schickte vergebens Boten nach Berlin, um vom Könige Verhaltungsbefehle zu erhalten. Statt bestimmter Weisungen empfing er nur nichtssagende Briefe. Seine Couriere wurden oft wochenlang in Berlin aufgehalten, ehe sie überhaupt irgend eine Antwort vom Könige erlangen konnten.

Und doch drängte die Zeit mächtig zur Entscheidung. Marschall Macdonald, der französische Ober-Befehlshaber, mißtraute dem preußischen Bundesgenossen; er wußte, daß York von dem russischen Feldherrn vortheilhafte Anerbietungen erhalten hatte, wenn die Preußen die verhaßte französische Bundesgenossenschaft aufgeben wollten. Jeder Tag, der verloren wurde, war kostbar, denn die preußische Hülfs-Armee von 20,000 Mann konnte jetzt einen bedeutsamen Einfluß auf den Erfolg des Krieges ausüben; blieb sie dem französischen Bündniß treu, dann vermochte sie vielleicht die Russen im weitern Vorschreiten zu hindern, da Kaiser Alexander zu einer Fortführung des Krieges noch keineswegs hinreichend gerüstet war; verband sie sich mit den Russen, dann konnte sie den Krieg nach Deutschland herüberspielen, und einen neuen Feldzug gegen Napoleon, der so eben erst ein Heer von einer halben Million verloren hatte, beginnen

York wünschte die Entscheidung von ganzem Herzen, aber er zögerte, auf eigene Verantwortung einen Schritt zu thun, der, wenn er mißlang, ihm den Kopf kosten konnte. Deshalb schickte er mehrere Couriere nach Berlin, indessen ohne zu einem Resultate zu gelangen. Der König mahnte ihn nur, die Selbstständigkeit der preußischen Truppen zu bewahren, im Uebrigen aber die Schritte zu thun, welche, so schrieb Friedrich Wilhelm, „mein und des Kaisers von Frankreich eng verbundenes Interesse erfordern."

Der dritte Courier, den York nach Berlin sandte und der hier am 13. Dezember 1812 eintraf, der Major von Seydlitz, wurde von Friedrich Wilhelm III. in einer Audienz empfangen. Seydlitz hoffte, bestimmte mündliche Weisungen zu erhalten, wenn er auch auf schriftliche Befehle vielleicht nicht rechnen konnte. Aber auch in dieser Hoffnung sah er sich getäuscht.

Der König sagte nur warnend: „nicht über die Schnur hauen", und als Seydlitz dringender um bestimmte Befehle bat, erwiderte Friedrich Wilhelm, der Kaiser Napoleon sei ein gewaltiges Genie, der wisse immer Hülfsmittel zu finden.

Noch immer gab sich Seydlitz nicht zufrieden, er bat flehentlich, Se. Majestät möge sich klarer aussprechen, York müsse doch wissen, ob er streng bei der französischen Alliance bleiben müsse. Alle Bitten aber waren vergeblich, der König, so wird erzählt, antwortete nur: „nach den Umständen", und mit diesen Worten wurde Seydlitz entlassen.

Ohne irgend eine Instruktion von seinem Könige, mußte York sich endlich entschließen, auf

eigene Verantwortung zu handeln*). Er that es, indem er die französische Bundesgenossenschaft brach und am 30. Dezember 1812 die berühmte Convention von Tauroggen schloß. Seine Truppen führte er glücklich über die preußische Grenze, am 1. Januar 1813 zog er, vom Volke jubelnd empfangen, in Tilsit ein. Von hier aus sandte er einen Bericht an den König.

Früher als dieser Bericht York's traf in Berlin schon am Abend des 4. Januar der Eilbote ein, welchen Macdonald an den französischen Gesandten St. Marsan entsendet hatte. Er brachte die Nachricht von der Convention. Macdonald selbst hatte zürnend geschrieben, er erlaube sich keine Bemerkungen über das Verhalten York's, da es die Entrüstung eines jeden Mannes von Ehre hervorrufen müsse.

St. Marsan befand sich gerade in einer Abend-Gesellschaft bei dem Herzoge von Castiglione, dem Marschall Augereau; außer ihm waren auch der Graf Narbonne, den Napoleon nach Berlin entsendet hatte, um St. Marsan zu überwachen, der Fürst Hatzfeld und der Staatskanzler von Hardenberg bei der Gesellschaft. Ein Adjutant Macdonald's ließ sich melden und nicht abweisen, er übergab St. Marsan die wichtigen Depeschen.

Der Gesandte erbleichte, als er die Briefe las, er theilte den Inhalt derselben sofort den Gästen mit.

Hardenberg zeigte sich über York's Untreue auf das Höchste entrüstet und erklärte, daß er sogleich zum Könige eilen müsse. Und das that er. Er überbrachte Friedrich Wilhelm die merkwürdige Nachricht. Der König soll ausgerufen haben, als er die unerwartete Neuigkeit hörte: „Da möchte einen ja auf der Stelle der Schlag rühren!"

Hardenberg mußte noch um Mitternacht zum französischen Gesandten zurückkehren, um ihm mitzutheilen, daß York seines Commando's entsetzt sei, General Kleist erhalte dasselbe, der Verräther solle verhaftet und bestraft werden, der König denke nicht daran, die Konvention zu billigen oder zur Ausführung zu bringen. Einer seiner Flügeladjutanten solle sofort an Murat, den König von Neapel, nach Königsberg entsendet werden, um diesem Mittheilung über die gegebenen Befehle zu machen.

Am nächsten Morgen, kaum war es 5 Uhr, kam der Bote York's der Major von Thiele, in Berlin an, er wurde sofort zum Könige geführt, da dieser befohlen hatte, ihn in jeder Stunde der Nacht zu wecken, sobald ein Courier eintreffe. Thiele traf im königlichen Vorzimmer einen Kameraden, den Major von Natzmer; dieser war reisefertig, um nach Königsberg abzugehen, er sollte den Befehl zu York's Verhaftung und Absetzung dem Könige von Neapel überbringen.

Thiele wurde sofort empfangen. Der König war ruhiger als am Abend vorher. Damit, daß York nutzlos Menschenopfer vermieden habe, war er ganz zufrieden, um so unzufriedener aber mit dem übrigen Verhalten des Generals, da dieses einen durchaus politischen Charakter trage und daher die preußische Regierung leicht bei Napoleon compromittiren könne.

In der That war die Lage des Königs in jener Zeit gefährlich. Er befand sich ganz in der Gewalt der Franzosen, welche die Hauptstadt besetzt hatten, und wohl oder übel mußte er Schritte thun, um den Verdacht von sich abzulenken, als sei er einverstanden mit dem Bruch der französischen Bundesgenossenschaft, dessen sich York durch die Convention von Tauroggen schuldig gemacht hatte.

Es ist später vielfach behauptet worden, alle die Maßregeln, welche sofort ergriffen wurden, um Napoleon zu beruhigen, seien nur eitler Schein gewesen, berechnet, den Kaiser zu täuschen, um sein Verderben desto sicherer herbeizuführen; Hardenberg, der Meister in der Politik, habe es verstanden, den stets argwöhnischen Napoleon vollkommen zu überlisten.

Wahr ist es, daß Hardenberg sofort nach Eingang der wichtigen Nachricht sein diplomatisches Ränkespiel von Neuem mit seltener Kühnheit, Geschicklichkeit und Treulosigkeit begann, daß er zu gleicher Zeit mit Napoleon und Kaiser Alexander unterhandelte, daß er Beiden die Versicherung der unwandelbarsten Freundschaft und Treue gab, daß er klug abwartete, welches Bündniß das vortheilhaftere sei, daß er endlich auch im Geheimen alle Maßregeln traf, um den König durch eine Uebersiedlung des Hofes nach Breslau von dem Druck, den die französische Besatzung Berlins auf seine Entschließungen ausüben mußte, zu befreien. Aber ebenso wahr ist es auch, daß Friedrich Wilhelm noch bis zum letzten Augenblicke schwankte, daß er sich zu einem festen Entschluß erst erheben konnte, als er von allen Seiten dazu gedrängt wurde. —

*) Später, nach beendetem Feldzuge, hat man von oben herab, wie es scheint geflissentlich, es im Ungewissen zu lassen befohlen: ob York auf eigne Faust, oder aus Vollmacht geheimer Instruktionen gehandelt habe. Als Seydlitz 1820 das Manuskript seines Tagebuchs von 1812 der militärischen Censurbehörde einreichte, wurden mehrere Stellen als bedenklich zu Allerhöchster Entscheidung vorgelegt; unter diesen eine, in der es hieß: „daß York bei Uebernahme seines Commando's weder eine öffentliche, noch geheime Instruktion erhalten habe." Diese Stelle wurde gestrichen auf Grund folgender eigenhändiger Bemerkung des Königs: „Der Nicht-Existenz geheimer Instruktionen für den General York darf keine Erwähnung geschehen." Als Seydlitz durch General Valentini dem General York die ihm geliehenen Papiere zurücksendete, schrieb Letzterer (den 14. März 1823) an Valentini: „Vielleicht, daß durch diese Papiere in der Zukunft einmal bewiesen wird, daß ich aus eigenem Gefühl gehandelt. Jetzt glaubt Mancher noch, ich habe geheime Befehle gehabt und sei anderer Seits impulsirt worden. Mein Sohn kann einst Gebrauch davon machen, wenn man, wie es in der Regel geschieht, meine Handlungen verkümmern will." (Förster's Neuere und neueste Preußische Geschichte.)

Hätte damals Napoleon sich herbeigelassen zu irgend nennenswerthen Zugeständnissen, um sich die Bundesgenossenschaft Preußens zu erhalten, hätte er seinen Stolz und seine Abneigung gegen Friedrich Wilhelm III. überwunden, diesem die geraubten Provinzen zurückgegeben, dann, dafür sprechen alle Thatsachen, würde der König schwerlich einer solchen Verlockung widerstanden haben. Napoleon aber hatte noch nicht begriffen, daß sein Stern im Fallen war, er konnte sich zu keinem wesentlichen Opfer entschließen; das einzige Zugeständniß, welches er machte, war die Erlaubniß, das Heer über die Zahl von 42,000 Mann zu erhöhen; er hatte selbst umfassende Rüstungen in Preußen vorgeschlagen, weil er glaubte, über die gesammte preußische Heeresmacht unumschränkt gebieten zu können.

Hardenberg war entschlossen, die Gunst der Verhältnisse zu benutzen. Um Napoleon zu beruhigen, äußerte der Staatskanzler zu dem französischen Gesandten so freimüthig seine Entrüstung über York, seine Ueberzeugung, daß Preußen verloren sei, wenn es nicht am französischen Bündniß festhalte, daß St. Marsan in seinen Depeschen nach Paris mehrfach wiederholte, weder vom Könige noch von Hardenberg sei das Geringste zu befürchten. Um Napoleon ganz sicher zu machen, wurde ein Gesandter nach Paris geschickt und zu diesem Amte wieder der würdige Fürst Hatzfeldt, der begeisterte Franzosenfreund, gewählt. Er erhielt einen geheimen Auftrag, der ihm den charakteristischen Namen Chevalier Dupe verschafft hat, weil später allgemein behauptet worden ist, die ganze Gesandtschaft und der Auftrag seien eitel Spiegelfechterei gewesen; aber freilich, diese Behauptung hat man erst aufgestellt, als Napoleon entthront war.

Hardenberg ließ dem Kaiser zur Befestigung des preußisch-französischen Bündnisses die Vermählung des Kronprinzen mit einer Prinzessin aus dem Hause Buonaparte vorschlagen. St. Marsan schrieb darüber:

„Die Absicht des Freiherrn von Hardenberg, nachdem er durch eine Staatsverbindung das Dasein Preußens gesichert hat, geht dahin, durch eine Familienverbindung, die jeden Verdacht, jeden Rückhalt ausschließen, und Frankreich veranlassen werde, Preußen in richtiger Stellung zu einer Schutzwehr des Nordens zu machen, auch die Wiederherstellung des Staates zu erlangen."

Friedrich Wilhelm III., so meldete der Gesandte weiter, sei allerdings im Allgemeinen nicht sehr geneigt, zu einem Ehebündniß zwischen einem preußischen Prinzen und einer französischen Prinzessin, aber beträchtliche Vortheile für die Krone würden seine Abneigung sicherlich zum Schweigen bringen, nur müßten solche Vortheile auch wirklich geboten werden.

Mit dieser Bemerkung stimmte das vollkommen überein, was der Gesandte über die persönlichen Aeußerungen des Königs berichtete. Friedrich Wilhelm III. sollte sich mit bestimmten Worten darüber ausgesprochen haben, daß er dem französischen Bündniß treu bleiben werde. Es sei nur die Illusion von Thoren, wenn man glaube, Napoleon sei zu Boden geworfen, der große Mann werde sicherlich bald die Mittel finden, um seinen Feinden zu zeigen, daß er noch immer der Alte sei. „Sagen Sie dem Kaiser, daß ich zwar nicht im Stande bin, weitere Geldopfer zu bringen, aber wenn er mir Mittel zukommen läßt, dann werde ich 50—60,000 Mann an Truppen ausheben und bewaffnen. Es ist ein Glück, daß gegenwärtig Preußen ruhig ist, denn wenn es hier einen Aufstand gäbe, so würde das ein Funken sein, der durch ganz Deutschland zündete."

Diese Aeußerung sollte der König gethan haben, Hardenberg hatte sie dem französischen Gesandten berichtet, fast aber scheint es, als sei sie von Hardenberg erfunden worden zur Beruhigung Napoleon's.

Während aller dieser Freundschaftsversicherungen war Hardenberg im Geheimen bestrebt, sich darauf vorzubereiten, daß Preußen, wenn der Bruch dennoch eintreten sollte, gerüstet sei. In demselben Augenblicke, wo Fürst Hatzfeld reisefertig war, um nach Paris zu gehen, beschäftigte sich der Staatskanzler mit Plänen zum Kampfe gegen Frankreich.

Der Staatsrath Hippel war gerade bei ihm, als sich Hatzfeld melden ließ, um die letzten Befehle zu erhalten. „Lassen Sie den nichts merken," äußerte der Staatskanzler gegen Hippel, „Niemand darf weniger als er wissen, was hier vorgeht!"

Am zweideutigsten, am treulosesten zeigte sich Hardenberg's Politik in dem Verhalten gegen York. Der Major von Natzmer, der zu diesem entsendet wurde, erhielt doppelte Instructionen, solche, welche den Franzosen verborgen bleiben sollten und andere, für den König von Neapel berechnete.

Friedrich Wilhelm III. schrieb an Murat: Der eigenmächtige Schritt York's habe ebenso sehr sein Erstaunen wie seine Entrüstung erregt; der Major von Natzmer überbringe dem General Kleist den Befehl, York abzusetzen, zu verhaften, und selbst sofort das Kommando des preußischen Korps, welches nach dem Bündnisse mit Frankreich in Allem den Anforderungen des Kaisers und des Königs von Neapel gehorchen müsse, zu übernehmen. Se. Majestät der König von Neapel möge deshalb den General Kleist mit Befehlen versehen und diese dem Major von Natzmer mittheilen.

Natzmer traf am 9. Januar in Elbing mit Murat zusammen, er fand eine freundliche Aufnahme. Weniger zuvorkommend empfing ihn Macdonald, der nicht mehr an eine Treue der Preußen glauben wollte. Als von Natzmer mittheilte, er habe den Auftrag, durch die russischen Vorposten hindurch sich zum Korps York's zu begeben, zögerte Macdonald, ihm dies zu gestatten, da aber die Befehle des Königs von

Neapel sehr bestimmt zu Gunsten Natzmer's lauteten, mußte er wohl gehorchen.

Natzmer, der in das russische Lager geführt wurde, erklärte hier dem General Wittgenstein ganz offen, er habe den Auftrag, York zu verhaften und seines Kommandos zu entheben. Natürlich gestattete ihm der russische General nicht, einen solchen Auftrag zur Ausführung zu bringen, dagegen genehmigte er gern, daß der Major dem Kaiser Alexander ein Schreiben Friedrich Wilhelm's III. überbringe.

Im russischen Hauptquartier begann Natzmer, dem zweiten Theile seiner Instruktion folgend, sofort über ein russisch-preußisches Bündniß zu unterhandeln. Er hatte den geheimen Auftrag erhalten, dem Czaren ein Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen anzutragen, wenn Alexander sich verpflichte, den Krieg gegen Napoleon mit Aufgebot aller ihm disponiblen Mittel fortzuführen und unmittelbar die Weichsel und Oder zu überschreiten.

Ein solches Anerbieten konnte dem Kaiser von Rußland nur willkommen sein, bereitwillig ging er auf die preußischen Wünsche ein; Natzmer erhielt den Befehl, dies Friedrich Wilhelm III. zu versichern. So wurde denn in derselben Zeit, in der Hatzfeld sich auf dem Wege nach Paris befand, der Grund zu dem russisch-preußischen Bündniß gelegt. Fast gleichzeitig gab auch Friedrich Wilhelm III. durch eine öffentliche Erklärung in der Berliner Zeitung vom 19. Januar (Spener'sche Zeitung, Jahrgang 1813, Nr. 8.) sein allerhöchstes Mißfallen über York's Verhalten kund.

Hardenberg hatte diese Erklärung veröffentlicht, weil es ihm dringend nothwendig erschien, Napoleon zu beruhigen, denn er glaubte zu erkennen, daß die Franzosen den festen Plan, sich der Person des Königs zu bemächtigen, gefaßt hätten.

Friedrich Wilhelm befand sich in Potsdam, wo mit französischer Genehmigung eine Garnison von 3000 Preußen stand, während Berlin von französischen Truppen unter dem Befehl des Herzogs von Castiglione (Augereau) besetzt war. Der Major von Anhalt hatte die Aufgabe, als Mittelsperson zwischen den preußischen und französischen Truppen zu dienen.

Schon mehrere Tage vor dem 19. Januar wurde das Gerücht verbreitet, die Franzosen beabsichtigten einen Angriff auf die Person des Königs, deshalb mußte die Besatzung von Potsdam Tag und Nacht unter den Waffen bleiben; fortwährende Streifwachen wurden auf die Straße nach Berlin entsendet und alle Anstalten getroffen, welche eine etwaige Vertheidigung des Königs erforderten.

Am Sonntag den 17. Januar besuchte der Major von Anhalt in Berlin den Staatskanzler Hardenberg. Er erklärte, daß er von den Franzosen Aeußerungen gehört habe, welche mit Sicherheit auf einen verrätherischen Plan gegen den König schließen ließen. Seine Mittheilung war so bestimmt, daß Hardenberg sofort nach Potsdam eilte. Aber es geschah nichts. Allerdings blieben auch die französischen Truppen über Nacht unter den Waffen, aber sie machten keinen Angriff gegen die Potsdamer Garnison, und es ist deshalb vielfach behauptet worden, daß man den Franzosen die bösen Absichten gegen den König nur angedichtet habe. Seltsam indessen erscheint es, daß wirklich in jener Nacht ein französisches Truppenkorps, welches nicht der Berliner Garnison angehörte, Einlaß in Potsdam verlangte und sich erst zurückzog, als es sah, daß die ganze preußische Besatzung bereit war, es zu empfangen.

Mochten die Besorgnisse einer Aufhebung des Königs nun gegründet oder ungegründet sein, jedenfalls war eine freie Entschließung Friedrich Wilhelms so lange unmöglich, als er sich von der französischen Berliner Besatzung bedroht sah. Hardenberg hatte deshalb die Uebersiedelung des Hofes nach Breslau schon längst in der Stille vorbereitet.

In der Nacht vom 19. auf den 20. Januar kam der Major von Natzmer nach Berlin zurück, er brachte die Freundschaftsversicherungen Alexander's und theilte mit, daß dieser bereit sei, auf ein festes Bündniß einzugehen, den König aber dringend bitten lasse, nicht länger in der Hauptstadt zu bleiben, in welcher er keinen Augenblick seines Lebens und seiner Freiheit sicher sei.

Der Rath des Kaisers beschleunigte den Beschluß, der wohl schon seit längerer Zeit gefaßt war. Am 22. Januar 1813 verließ Friedrich Wilhelm III. plötzlich Berlin. Die Spener'sche Zeitung vom 23. Januar enthielt darüber die Bekanntmachung Hardenberg's, in welcher der Staatskanzler u. A. sagte:

„Se. Majestät der König haben beschlossen, Allerhöchstihre Residenz, auf einige Zeit, nach Breslau zu verlegen und während der Abwesenheit von hier eine Ober-Regierungs-Kommission anzuordnen, zu deren Mitgliedern

der Geheime Staats-Minister Graf von der Golz,

der Geheime Staats- und Justiz-Minister von Kircheisen,

der Geheime Staatsrath von Schuckmann und

der Geheime Staatsrath von Bülow

allergnädigst ernannt sind.

„Die gedachte Kommission ist ermächtigt worden, im Namen Sr. Majestät des Königs über Fälle zu entscheiden oder Verfügungen zu treffen, in welchen entweder eine schnelle Entschließung erforderlich ist, oder wo Se. Majestät durch Höchstihre Entfernung von hier verhindert werden, dieselbe Höchstselbst zu nehmen, und alle Militär- und Civilbehörden sind schuldig, solche unweigerlich zu befolgen; insbesondere aber soll sie die freundschaftlichen Verhältnisse mit den Kaiserlich Französischen Militärbehörden sorgfältig erhalten, die bisher zur höchsten Zufriedenheit Sr. Majestät durch das gerechte und zuvorkommende Benehmen des Herrn Reichs-

marschalls Herzogs von Castiglione und die von demselben gehandhabte gute Manneszucht bestanden haben. — — —

„Se. Königliche Majestät ermahnen Ihre sämmtlichen getreuen Unterthanen und insbesondere die guten Bürger der Residenzstadt Berlin: sich in allen Stücken gegen das Kaiserlich Französische Militär so zu betragen, als es den Verhältnissen gegen Alliirte und dem bestehenden freundschaftlichen Vernehmen mit Sr. Majestät dem Kaiser Napoleon, dessen Abgesandter Se. Majestät den König nach Breslau begleitet, gemäß ist. Höchstdieselben haben den oberen Behörden die nöthigen Befehle ertheilt, mir aber, der ich Sr. Majestät nach Breslau folge, aufgegeben, diese Anordnung, wie hiermit geschieht, zu Jedermanns Wissenschaft zu bringen.

„Berlin, den 22. Januar 1813.

Der Staats-Kanzler.
Hardenberg."

Die Aufregung in Berlin war groß, als die Nachricht von der Abreise des Königs sich verbreitete. Jetzt zweifelte Niemand mehr daran, daß endlich der Würfel gefallen, das verhaßte französische Bündniß faktisch gelöst sei. Wenn auch Hardenberg's Bekanntmachung noch immer von dem freundlichen Verhältniß zu Frankreich sprach, so glaubten doch die Bürger solchen Worten, welche sie für leere, zur Beruhigung der französischen Besatzung hingeworfene Redensarten hielten, nicht. Sie wurden um so mehr in ihrer Ansicht bestärkt, als gleichzeitig die Zeitungen ein Gesetz enthielten, dessen Eingangsworte klar genug aussprachen, daß der König Willens sei, die Selbstständigkeit Preußens, also die Abwerfung des französischen Joches, anzustreben. Sie lauteten:

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

„Die gefahrvolle Lage, in die der Krieg zwischen Frankreich und Rußland Unsere Staaten versetzt hat, fordert Uns zu Maßregeln auf, durch welche die Vertheidigung des Vaterlandes bewirkt, die Selbstständigkeit Unseres Reichs erhalten und das Wohl Unserer getreuen Unterthanen behauptet werden kann.

„Mit Vertrauen erwarten Wir von ihrer Ergebenheit, von ihrer Vaterlandsliebe und von ihrem anererbten Muth in Zeiten der öffentlichen Noth, daß ihnen kein Opfer zu schwer sein werde, Uns hierbei zu unterstützen. Wir sehen Uns genöthigt, Uns ohne Aufschub zu Anstrengungen zu entschließen, durch welche die Gefahr von Unsern Staaten abzuwenden steht, und da die Einziehung der hierzu unentbehrlichen Geldmittel von Unsern einzelnen Unterthanen einen zu großen Zeitverlust mit sich führen würde, so haben Wir beschlossen, Uns zu den unvermeidlichen Ausgaben der schon vorhandenen Tresorscheine zu bedienen."

Die Bestimmungen über die neue Ausgabe der Tresorscheine, deren Summe auf 10 Millionen beschränkt war, bildeten den Inhalt des Gesetzes.

Daß Hardenberg eine solche Maßregel nicht ergreifen konnte, daß er nicht auf's Neue das Land mit Tresorscheinen überschwemmen würde, ohne die Absicht, sofort zum Schwerte zu greifen, erschien der gesammten Bürgerschaft Berlins klar. Die Freude war deshalb groß. Der Haß gegen die Franzosen machte sich in so ungezügelter Weise Luft, daß der französische Ober-Kommandant ernste Besorgnisse empfand; er glaubte in jedem Augenblicke einen Aufstand der Berliner befürchten zu müssen.

Er hatte in Erfahrung gebracht, daß sich viele preußische Offiziere von verschiedenen Truppentheilen im Geheimen in Berlin aufhielten, diese sollten die Leiter einer Empörung gegen die Franzosen sein. Augereau erließ deshalb einen Befehl, daß alle diejenigen Subaltern-Offiziere und Beamten, welche, zur Armee gehörend, ihre Korps, ohne dazu ermächtigt zu sein, verlassen hätten, sich binnen 24 Stunden zu denselben begeben sollten; sämmtlichen Gastwirthen wurde streng verboten, irgend einen Offizier, selbst gegen Bezahlung, aufzunehmen, ohne eine besondere Erlaubniß des General-Kommandanten des Platzes.

Die Bekanntmachung sprach zwar nicht direkt von preußischen Offizieren, sie konnte daher ebensowohl auf die Franzosen bezogen werden, welche versprengt nach Berlin gekommen waren; aber diesen galt sie nicht, nur deshalb war sie so unbestimmt gehalten, weil der Marschall seine Besorgnisse nicht öffentlich zeigen wollte.

Die Berliner verstanden, was er meinte, sie fühlten um so mehr die Hoffnung, daß in kürzester Zeit der Aufstand wirklich losbrechen würde. Mit Furcht und Hoffnung schauten sie nach Breslau, von dort, wo am 25. Januar der König eingetroffen war, erwarteten sie das Signal, um mit den Waffen in der Hand den Kampf gegen die Franzosen zu beginnen.

XI. Abtheilung.

Berlin zur Zeit der deutschen Volkserhebung.

Erstes Kapitel.

Der König in Breslau. — Der Aufruf vom 3. Februar 1813. — Der Aufstand der Nation. — Berlin im Februar 1813. — Die Berliner Studenten. — Die Knaben in Waffen. — Die Berliner Freiwilligen. — Die Rubrik „Vaterlandsliebe" in der Spener'schen Zeitung. — Gold für Eisen.

König Friedrich Wilhelm III. hatte mit seinem Hofe die Hauptstadt verlassen. Am 25. Januar 1813 war er in Breslau eingetroffen; hier konnte er sicher vor einem plötzlichen Ueberfall der Franzosen, in voller Freiheit sich entschließen, welche Stellung er in dem großen bevorstehenden Kampfe einnehmen wollte.

Während in Berlin die Bürger hofften, jetzt werde unverzüglich das verhaßte französische Bündniß gebrochen werden, während sie sich im Geheimen rüsteten, während in der Provinz Preußen das Volk sich bereits offen gegen Frankreich erklärte — Stein war vom Kaiser Alexander bevollmächtigt worden, die Regierung von Ost- und Westpreußen zu übernehmen, York war von den Behörden des Landes wie von dem Kaiser als General-Gouverneur eingesetzt, die ostpreußischen Landstände hatten sich offen, ohne eine Berufung des Königs abzuwarten, als die Vertreter der Nation versammelt und die Einberufung der Landwehr beschlossen —, während hier alle Vorbereitungen zum Kriege getroffen wurden, zögerte Friedrich Wilhelm III. in Breslau immer noch mit einer offenen Erklärung.

Der französische Gesandte Graf St. Marsan war dem König nach Schlesien gefolgt, er wurde am Hofe so freundlich wie je zuvor aufgenommen. Die Unterhandlungen mit Napoleon wurden fortgesetzt, Hardenberg ließ wie früher versichern, daß Preußen treu zu Frankreich halte.

Noch war nach keiner Seite hin ein entscheidendes Wort gesprochen worden, als am 3. Februar 1813, nicht vom König, sondern nur von Hardenberg unterzeichnet, der berühmte Aufruf an das preußische Volk zum freiwilligen Eintritt in das Heer erschien. Der König hatte seinen Namen nicht unter das verhängnißvolle Schriftstück setzen wollen, weil er, durchdrungen von Mißtrauen gegen den Volksgeist, nicht daran glaubte, daß die Nation freiwillig sich zu Opfern bereit finden lassen werde: Hardenberg aber kannte die herrschende Stimmung besser, er wußte, was er von dem preußischen Volk erwarten durfte. Der Aufruf lautete:

„Die eingetretene gefahrvolle Lage des Staats erfordert eine schnelle Vermehrung der vorhandenen Truppen, während die Finanzverhältnisse keinen großen Kostenaufwand verstatten. Bei der Vaterlandsliebe und der treuen Anhänglichkeit an den König, welche die Bewohner der Preußischen Monarchie von jeher beseelt und sich in den Zeiten der Gefahr immer am lebhaftesten geäußert haben, bedarf es nur einer schicklichen Gelegenheit, diesen Gefühlen und dem Durste nach Thätigkeit, welcher so vielen braven jungen Leuten eigen ist, eine bestimmte Richtung anzuweisen, um durch sie die Reihen der älteren Vertheidiger des Vaterlandes zu verstärken und mit diesen in der schönen Erfüllung der ersten von den uns obliegenden Pflichten zu wetteifern.

„In dieser Hinsicht haben Seine Majestät der König die Formirung von Jäger-Detachements bei den Infanterie-Bataillonen und Kavallerie-Regimentern der Armee zu befehlen geruht, um besonders diejenige Klasse der Staatsbewohner, welche nach den bisherigen Kantongesetzen vom Dienste befreit und wohlhabend genug sind, um sich selbst bekleiden und beritten machen zu können, in einer ihrer Erziehung und ihren übrigen Verhältnissen angemessenen Form zum Militairdienst aufzufordern, und dadurch vorzüglich solchen jungen Männern Gelegenheit zur Auszeichnung zu geben, die durch ihre Bildung und ihren Verstand sogleich gute Dienste leisten und demnächst geschickte Offiziere oder Unteroffiziere abgeben können.

„Zur Erreichung dieser allerhöchsten Absichten haben des Königs Majestät folgende nähere Bestimmungen zu erlassen geruht:

„1) Die Jäger-Detachements bestehen nur aus Freiwilligen, die sich selbst kleiden und beritten machen. Sie können zu jeder Zeit den

Dienst verlassen, nur nicht im Laufe des Feldzuges und nicht detachementsweise. — —

„3) Die Jäger haben die Besoldungen der Truppengattung, mit der sie dienen, stehen aber übrigens in dem Verhältniß des Feldjägerkorps zu Fuß. — —

„5) Aus diesen Jäger-Detachements werden nach Umständen Offizier- und Unteroffizierstellen in den Bataillonen und Regimentern besetzt, wenn die Individuen diese Anstellung wünschen, sich dazu eignen, und sich die Gelegenheit darbietet. —

„6) Die Jäger-Detachements werden bei ihren Regimentern und Bataillonen zum Detaschiren, zum Dienst der leichten Truppen u. s. w gebraucht. Ihre vorzüglichste Uebung ist, ihre Waffen gehörig brauchen zu können. Zum innern Dienst in Garnisonen, zu Schildwachen — außer zur Sicherheit des Regiments, Bataillons ꝛc. — werden sie nicht gebraucht, auch nicht zu Arbeits-Kommando's, Ordonnanzen, Transport- und Bagage-Kommando's.

„7) Sie sind übrigens den allgemeinen militärischen Gesetzen gleich den Jägerkorps unterworfen. — —

„10) Diejenigen, welche bei diesen Detachements sich durch Tapferkeit, Diensteifer und Patriotismus auszeichnen, sollen auch in ihrer dereinstigen Civildienstlaufbahn vorzugsweise berücksichtigt werden, soweit es ihre Qualifikation erlaubt.

„Vorstehende allerhöchste Vorschriften werden hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht mit der vertrauensvollen Erwartung, daß der bekannte Gemeinsinn der in oben gedachter Klasse befindlichen Staatsbewohner nicht verabsäumen werde, durch zahlreichen Beitritt zur Vertheidigung des Vaterlandes den darauf gegründeten Hoffnungen zu entsprechen.

„Breslau, den 3. Februar 1813.

Hardenberg."

In dem denkwürdigen Schriftstück war nichts gesagt von dem Feinde, gegen welchen die freiwilligen Jäger aufgerufen wurden. Sollten sie kämpfen gegen die Franzosen oder gegen die Russen? Noch stand ja der König im Bündniß mit Frankreich, noch im Kriege gegen Rußland. Hatte er doch den General York erst vor so kurzer Zeit seiner Stellung wegen der Konvention von Tauroggen enthoben und die strengste Untersuchung gegen ihn anbefohlen.

Obgleich im Aufruf vom 3. Februar der Feind nicht genannt war, so zweifelte doch fast Niemand in ganz Preußen, daß nur die Franzosen gemeint sein könnten; gegen diese aber kämpfen zu dürfen, war der sehnsüchtigste Wunsch aller Patrioten.

Das Volk fragte nicht, es handelte. In allen preußischen Provinzen erhoben sich die Jünglinge, um begeistert zu den Waffen zu greifen; in jenen Tagen war die ganze Nation gleichmäßig von einem glühenden Enthusiasmus für die Befreiung des Vaterlandes ergriffen. Da schwanden die Unterschiede von Rang und Stand, von Arm und Reich; was die Waffen tragen konnte, ergriff sie.

Die Armen, denen die Mittel fehlten, sich selbst zu bewaffnen, boten freudig ihren einzigen Besitz, ihr Leben, dem Vaterlande zum Opfer dar. Daß sie es thun konnten, dafür sorgten die wohlhabenderen Mitbürger, indem sie die Mittellosen bewaffneten und equipirten.

Vor allen Städten des Landes zeichnete sich in glühender Opferfreudigkeit die Hauptstadt Berlin aus. Wie gewaltig hatte sich in wenigen Jahren die Stimmung geändert! Die Berliner vom Jahre 1806 und die vom Jahre 1813! Die selbstsüchtigen Residenzler, welche den Franzosen schmeichelten und für sie spionirten, und die begeisterten Kämpfer für die Freiheit, welche 1813 aus dieser Stadt zogen, um freudig in den Tod zu gehen — welch' wundersamer, kaum glaublicher Gegensatz!

Am bedeutendsten zeigte sich der erwachte Volksgeist auf der Universität und in den Gymnasien. Die Frucht, deren Samen, Fichte, Schleiermacher und Jahn gestreut, deren Keim sie so sorgfältig durch manche Jahre hindurch gepflegt hatten, war jetzt gereift.

Einem Zauberwort glich der Ruf vom 3. Februar in seiner Wirkung; die Hörsäle der Universität wurden plötzlich leer, die Vorlesungen, welche bisher mit dem größten Eifer besucht worden waren, lösten sich von selbst auf. Mit begeisterten Worten entließen die Professoren ihre Schüler und nahmen Abschied von ihnen, in der Hoffnung, sich wieder zu treffen auf dem Schlachtfelde. Lehrer und Lernende waren von gleichem Enthusiasmus beseelt.

Fichte erinnerte, indem er seine Vorlesungen abbrach, noch einmal an das, was er schon früher in seinen Reden an die deutsche Nation gesagt hatte: nicht auf die körperliche Kraft, sondern auf den Geist des Volkes, der von den Schulen der Wissenschaft ausgehen und sich durch die gesammte Nation verbreiten solle, rechne das Vaterland. Deutschland solle das große Beispiel eines Stammes, der sich in allen seinen Ständen ohne Ausnahme erhebe, um sich zu befreien, geben; dazu müsse in dem großen Augenblicke Jeder seine Kräfte widmen, Jeder da, wo sie am besten benutzt werden könnten. Rudolphi schloß seine Vorlesungen, indem er den Studenten begeistert zurief: im nächsten Sommer werde er wieder lesen, er hoffe dann aber vor einem Auditorium von Krüppeln.

Es war am 9. Februar, als sich die Studirenden im Fechtsaale der Universität versammelten und dort beschlossen, in größeren Abtheilungen nach Schlesien zu wandern, um sich unter die Fahnen des Königs zu stellen. Der Rektor und Senat nahmen sich der Bewegung an, sie sorgten dafür, daß alle Diejenigen, welche die Waffen ergreifen wollten, dazu die Mittel erhielten; die bedürftigen Studenten wurden auf das Zeugniß

eines Lehrers hin mit den erforderlichen Summen unterstützt.

Am 10. Februar forderte ein Anschlag am schwarzen Brett diejenigen Studirenden, die dem Aufrufe des Königs folgen wollten, auf, sich vor dem Rektor in die Liste der Freiwilligen einzutragen, eines Abgangszeugnisses bedürfe es dazu nicht. Von diesem Augenblicke an wurde das Senatszimmer von Denen, die sich meldeten, nicht mehr leer. In den Hörsälen fragten sich die thatendurstigen Jünglinge nicht Einer den Andern, ob er dienen wolle, sondern nur: „Zu welcher Waffe willst Du gehen?" Niebuhr schrieb am 13. Februar: „Das Gedränge von Freiwilligen, die sich eintragen lassen, ist heute so groß, wie vor einem Bäckerladen bei einer Theuerung."

Bis zum 16. Februar hatten sich 258 Studenten gemeldet, und diese Zahl erschöpfte nicht die der Freiwilligen, denn Viele hatten die förmliche Meldung nicht abwarten wollen, sie waren ohne diese zum Heere geeilt.

Alle waren gleichmäßig vom Kampfesdurst beseelt, Alle freuten sich des Tages, der sie zuerst mit den Waffen in der Hand den Franzosen gegenüber sehen würde, Alle beseelte gleichmäßig ein frommer, freier, frischer Geist. Keine Fakultät war zurückgeblieben, auch die theologische nicht, die mit der juristischen die höchste Anzahl Kämpfer gestellt hatte, jede von beiden 88. Einer der Theologen, Friedrich Wilhelm Sachse, schrieb an seinen Bruder, der, wie er, zu den Fahnen geeilt war: „Sei fromm und vertraue Gott! der Einzelne muß untergehen, damit das Ganze hervorgehe. Sterbliches wird gesäet und Unsterbliches blüht daraus hervor. Wir wollen uns opfern für das Vaterland, damit aus edlem Samen edle Früchte hervorgehen."

Und wie die Studirenden, so auch die Professoren; die, welche irgend körperlich kräftig waren, griffen zu den Waffen, die, welche nicht kämpfen konnten, widmeten entweder dem Heere ihren Dienst in anderer Weise oder wenn sie in Berlin zurückblieben, suchten sie wenigstens für die Bekleidung und Bewaffnung der Kämpfer zu sorgen und später beim Landsturm thätig zu sein.

Ebenso eifrig zeigten sich die älteren Schüler auf den Gymnasien. Rellstab erzählt:

„Prima leerte sich fast ganz, Secunda halb, aus Tertia traten doch Einige zu den Waffen. Die, welche wir gestern noch, mit der Schulmappe unter dem Arm, dem Gebote des Lehrers unterworfen gesehen, sahen wir heute mit der Büchse in der Hand, ähnlichem Gebot des Vaterlandes folgend! Wie groß, auf welcher Gipfelhöhe des Lebens erschienen sie uns! Die Schüler Tertia's, die schon in dem kampffähigen Alter standen, waren bis dahin nicht der Ruhm der Klasse, nicht die Geachtetsten. Jetzt plötzlich war ihre ganze tadelvolle Vergangenheit ausgelöscht, vergeben, vergessen, und sie standen im Glanz vor uns. Denn die säumig, die träg gewesen in den Pflichten der Schule, sie waren nicht säumig, nicht träg in den Pflichten gegen das Vaterland! Dieselben Lehrer, die ihnen sonst nur Tadel, Schmach sogar zuwandten, drückten ihnen jetzt die Hand, schlossen sie an's Herz, da sie in die Klassen traten, Abschied zu nehmen von den alten Schülern, die traurig zurückblieben! Thränen innerster Bewegung füllen mir noch heute das Auge, wo ich mit ergrautem Haar, der Neige des Lebens nahe, diese Zeilen der Erinnerung niederschreibe an die schweren und doch so unvergeßlich hohen Stunden der Jugend und Knabenzeit!"

In drei Tagen hatten sich in Berlin nicht weniger als 9000 Freiwillige gemeldet. Zu Fuß, zu Roß und zu Wagen zogen sie nach Breslau. In den Straßen der alten schlesischen Hauptstadt entfaltete sich damals ein reges kriegerisches Leben, Breslau wurde der Mittelpunkt des preußischen und deutschen Volksaufstandes.

Als wenige Tage, nachdem der Aufruf vom 3. Februar erlassen worden war, der König Friedrich Wilhelm III. neben Scharnhorst am Fenster stand, wurde die Annäherung eines großen Zuges von Wagen mit Freiwilligen gemeldet. Und er kam. Achtzig Wagen mit Berlinern, die jubelnd und singend, Lebehochs auf den König ausbringend, in Breslau einfuhren! Junge, kräftige Leute, die meisten den höheren Bürgerständen angehörend!

Da fragte Scharnhorst den König, der bis dahin noch an dem Kampfesdurst und der Opferfreudigkeit seines Volkes gezweifelt hatte, ob er jetzt wohl überzeugt sei. Friedrich Wilhelm antwortete ihm nicht, aber ein Paar Thränen, die aus seinen Augen rollten, sprachen besser als Worte.

Auch in Gaben der Liebe für die, welche in das Feld zogen, stand Berlin in erster Reihe. Die Berliner Zeitungen enthielten täglich unter der Rubrik „Vaterlandsliebe" Mittheilungen über die reichen Gaben, welche nicht nur Wohlhabende, sondern auch die Unbemittelten, die nicht selbst in das Feld ziehen konnten, zur Ausrüstung freiwilliger Jäger machten, oder Bitten von Jünglingen, denen die Mittel fehlten, sich zu rüsten, und die doch gern an dem ruhmvollen Kampfe Theil nehmen wollten. Gar manche dieser Mittheilungen sind höchst charakteristisch für den Geist der Zeit. Wir wollen unseren Lesern einige derselben, welche die Spener'sche Zeitung in den nächsten Monaten dem Publikum brachte, überliefern.

„Sollte ein junger Mann, der sich zu den von Sr. Majestät angeordneten Freischützen stellt, nicht bemittelt genug sein, um sich Waffen anzuschaffen, der melde sich bei mir.

Zeune,
in der Blinden-Anstalt auf dem Georgen-Kirchhof."

„Die Königliche Aufforderung an die gebildeten Jünglinge unseres Vaterlandes tönt in die Herzen wie eine Stimme Gottes. Ich erbiete mich, drei unvermögenden jungen Männern, die sich den edlen Freischützen anschließen wollen, zur vorschriftsmäßigen Bekleidung und zum Ersatz der Zehrkosten bis Breslau behülflich zu sein.

Der Buchbinder Friedrich Braunes,
Stechbahn 3."

„Ein junger Mann, der seinen Lieblingswunsch, dem Vaterlande seine Kräfte darzubieten, nicht anders realisiren kann, als wenn er einige von seinen Sachen in Geld umzusetzen sucht, ist entschlossen, in der Mohrenstraße 64 parterre eine Kupferstich- und Landcharten-Sammlung in Rähmen und in Mappen, sowie eine Harfe von vorzüglich gutem Ton nebst Kasten sogleich aus freier Hand zu verkaufen."

„Unbemittelten Lehrern an hiesigen Anstalten, die dem Aufruf, für's Vaterland zu streiten, folgen, will ich recht gern, so weit es meine Zeit irgend gestattet, durch eigene Uebernahme ihres Unterrichts in der deutschen und lateinischen Sprache, in der Logik, Rhetorik, Geographie, Geschichte, im Brief- und Geschäftsstyl, im Schönschreiben und Rechnen, ihren Verdienst sichern und unverkürzt monatlich nachsenden.

Franz Lami, Neue Roßstraße 1."

„Alles! Alles, was ich habe!
Ist diese ganze kleine Gabe,
Wär' die Zeit jetzt nicht so schwer,
Gerne! gerne gäb' ich mehr!"

Ein Paar goldene Ohrringe nebst anderem Ring $\frac{7}{16}$ Loth, ein silbernes Theesieb und die silbernen Enden von einem Paar Strickscheiden, zusammen $1\frac{7}{8}$ Loth, und eine eiserne Medaille mit goldener Einfassung.

Der Unternehmer des Museums, einer Zeitungshalle, welche damals viel besucht wurde und längere Zeit der Sammelplatz der Berliner Politiker war, kam auf einen guten Gedanken, den Eintausch goldener Ringe gegen eiserne. Er erließ in der Spener'schen Zeitung vom 3. April folgende

Aufforderung.

„Während die Blüthe des Volkes, die jüngeren Söhne des Vaterlandes, muthig das Leben selbst einsetzen für die große heilige Sache, die jetzt alle Gemüther bewegt, um die höchsten Güter des Menschen, Freiheit, Ehre und Eigenthum, wieder zu gewinnen oder ruhmvoll unterzugehen, regt sich gewiß hin und wieder in so mancher Brust der Gedanke, daß man minder glücklich als jene am väterlichen Heerde stille verweilen müsse und durch den schweren Druck der Zeit selbst nicht einmal der Mittel genug besitze, um Jenen, die handeln, nur einigermaßen durch bloßes Geben nachzueifern, und so den Pflichttheil für König und Vaterland abzutragen. Diesen Allen biete ich eine Gelegenheit dar, ihr Herz zu erleichtern, und durch eine Gabe, die sie für solche Zwecke gern opfern werden, gewiß nicht geringe Schätze dem allgemeinen Wohl darzubringen. — Fast jede Familie dürfte einen oder mehrere goldene Trau- oder Verlobungsringe, zum Theil noch von Eltern und Großeltern herstammend, besitzen. In Hinsicht auf den Metallwerth sind sie ihnen ein todtes Kapital; nur die Veranlassung und das Andenken geben ihnen diesen Ringen Werth.

„Diese Veranlassung und dieses Andenken sollen nicht untergehen, sie sollen den Besitzern unverletzt bleiben und noch heiliger werden durch die große Anwendung, die sie von dem bloßen Metallwerth der Ringe machen, indem sie dafür andere, gleiche Zeichen, erhöht durch die stete Erinnerung an diese große Anwendung, eintauschen, nämlich Ringe von Eisen mit der Inschrift:

Gold gab ich für Eisen 1813.

„So wird, was ein Familienschatz war, ein solcher bleiben, und noch ein höherer, ein Vaterlandsschatz, gleichsam ein Amulet werden, das mit dem ganzen Inbegriff häuslicher Tugenden auch noch jene höhere, die jetzt die außerordentliche Zeit entfaltet, auf Kind und Kindeskinder forterbt.

„Allen, die demnach ihre goldenen Ringe herzugeben bereit sind, biete ich mich zur Empfangnahme und zum Umtausche gegen jene eisernen Ringe, welche ich zu diesem Zweck sauber anfertigen lasse, an. Ein Allerhöchst verordnetes Militär-Gouvernement hat mich hierzu geneigtest autorisirt.

„Auch alle andern Gegenstände von Gold und Silber, die dem Geber leicht entbehrlich sind, werde ich gern annehmen, darüber, wie über obige Ringe quittiren und in den öffentlichen Blättern die strengste Rechenschaft von dem Erfolge meiner Aufforderung geben, und demnächst die mir überlieferten Pretiosen mit der gewissenhaftesten Nachweisung an den zur Empfangnahme aller Beiträge zur Bekleidung, Bewaffnung und Unterstützung der freiwilligen Jäger beauftragten Rendanten, Direktor Zimmermann, abliefern.

Das Bureau zur Annahme obiger Pretiosen befindet sich Jägerstraße 25 auf dem Hofe zur Linken, eine Treppe hoch, gerade über der Bibliothek, und ist jeden Morgen von 9 bis 12 Uhr offen.

„Berlin, den 31. März 1813.

Rudolph Werkmeister,
Unternehmer des Museums."

Werkmeister's Idee hatte einen merkwürdig glücklichen Erfolg. Schon am ersten Tage nach der Aufforderung wurden 150 goldene Trauringe gegen eiserne vertauscht, in der Folgezeit mehrte sich die Zahl derselben in's Unglaubliche, über 160,000 goldene Ringe, Ohrgehänge, Ketten und

andere Schmucksachen sollen gegen ein eisernes Andenken eingetauscht worden sein.

Genug der speziellen Mittheilungen, mit denen wir viele Bogen füllen würden, wenn wir auch nur einen kleinen Theil der damals in den Berliner Zeitungen veröffentlichten patriotischen Gedichte, Aufrufe 2c. hier unsern Lesern wiederholen wollten. Die Gaben flossen von allen Seiten so reichlich, daß der Commissionsrath Heun in Breslau, der mit der Sammlung freiwilliger Beiträge betraut war, den Betrag in einem langen Bericht auf etwa 1000 Thaler täglich angab.

Diese directen Geschenke waren indessen das kleinste Opfer, welches das Volk damals brachte. Die Spener'sche Zeitung vom 22. Mai 1813 sagt in einer Mittheilung über den Heun'schen Bericht:

— — — „Aber alle diese und in den übrigen Provinzen vereinnahmten Beiträge stehen in keinem Verhältniß mit den Gaben, die in der Stille gemacht worden sind, in keinem Verhältniß mit den Kosten, die Eltern und Verwandte, und junge Leute selbst, auf die Ausrüstung ihrer Kinder, Freunde oder ihrer eigenen Person verwendet haben. Alle diese Leistungen zu Gelde berechnet, würde den Betrag von Millionen erreichen.

„Wenn dies von dem preußischen Staat überhaupt gilt, so leidet es auf Berlin gewiß ganz besondere Anwendung. Berlin hat nicht nur seine eigene junge Mannschaft, sondern auch viele Auswärtigen, die sich hier aufhielten, oder um equipirt zu werden, hierher kamen, ausgerüstet, auch bedeutende Geldsummen zu diesem Zwecke versandt. Ohne Uebertreibung kann man sagen: Berlin habe so viel Freiwillige gestellt und ausgerüstet, als erforderlich sein würden, nicht nur um Ein Regiment, sondern um mehrere Infanterie- und Kavallerie-Regimenter daraus zu formiren." — — —

Zweites Kapitel.

Besorgniß der Franzosen in Berlin. — Fouqué. — Frisch auf zum fröhlichen Jagen! — St. Marsan in Breslau. — Steffens. — Flauheit am preußischen Königshofe. — Die Junkerpartei. — Die Abschwächung der Volksbewegung. — Knesebeck beim Kaiser von Rußland. — Stein in Breslau beim Könige. — Das russisch-preußische Bündniß. — Des Königs Dank an Stein. — Stein's Gasthofs-Irrfahrten. — Kaiser Alexander in Breslau. — Der Aufruf: „An mein Volk."

Die wunderbare, fast zauberhafte Wirkung, welche der Aufruf vom 3. Februar auf die Bürgerschaft Berlins hervorbrachte, erfüllte die Franzosen mit Staunen und banger Besorgniß. In den ersten Tagen nahmen die französischen Offiziere den Drang der Berliner Jugend zu den Waffen günstig auf, waren doch die Preußen noch immer Bundesgenossen Napoleon's, nur für diesen durften sie kämpfen und als Bundesgenossen wurden sie daher betrachtet.

Bald genug aber sahen die Franzosen ein, wie gewaltig sie sich getäuscht hatten, denn die Freiwilligen machten gar kein Hehl daraus, daß sie eher ihr Schwert zerbrechen, als es für Napoleon ziehen würden.

Die Zeitungen, welche bisher in jeder Nummer unter der Rubrik „Vaterlandsliebe" die unsern Lesern bekannten Mittheilungen gebracht hatten, erhielten den Befehl, sich künftig derartiger Veröffentlichungen zu enthalten. Sie mußten gehorchen. So lange die Franzosen Berlin noch besetzt hielten, schwiegen die öffentlichen Blätter über die Gaben begeisterter Patrioten zur Bewaffnung Freiwilliger. Damit war freilich noch wenig gethan. Der Ausmarsch der Freiwilligen selbst sollte verhindert werden.

In Köpnick hatte der Vice-König von Italien sein Hauptquartier genommen, von dort aus befahl er, daß die Bewaffnung der Freiwilligen eingestellt werden sollte, ja er verbot bei strenger Strafe, daß die bereits unter die Waffen Getretenen Berlin verließen, weder Einzelne, noch ganze Abtheilungen sollten sich nach Breslau begeben. Zu spät!

Die Zeit war vorüber, in der die Berliner Bürger sklavisch die Befehle der französischen Machthaber befolgt hatten. Seit aus Rußland die Schaaren der jammervollen Flüchtlinge durch die Hauptstadt gekommen waren, fürchteten die Bürger die Franzosen nicht mehr, sie ließen sich jetzt nicht zurückhalten; alle Drohungen waren vergeblich. Die freiwilligen Jäger zogen wie früher aus den Thoren Berlins; wenn die französischen Wachtposten sie aufhalten wollten, machten sie sich auch wohl gewaltsam Bahn.

Es erschien zu gefährlich, mit Waffengewalt gegen die begeisterten Jünglinge einzuschreiten, noch bestand ja kein Krieg zwischen Frankreich und Preußen, die Freiwilligen folgten nur dem Rufe ihres mit Napoleon verbündeten Königs, und jede Gewaltthat konnte leicht dem König Friedrich Wilhelm III. einen Grund zu einer gerade damals sehr wenig wünschenswerthen Kriegserklärung geben; deshalb fügten sich die früher so übermüthigen französischen Befehlshaber in das, was sie doch nicht ändern konnten.

In Potsdam lag keine fremde Besatzung, dort konnten sich die Freiwilligen noch ungestörter als in Berlin sammeln, dorthin zogen deshalb auch Viele, welche gern einen Conflict mit den französischen Posten vermeiden wollten. Unter den Ersten, die von Potsdam aus eine Freiwilligenschaar nach Breslau zum Könige führten, war der Freiherr de la Motte-Fouqué, der berühmte Dichter der Undine, dessen Namen damals in Aller Mund war, wenn er auch heute leider schon halb vergessen ist.

Auf dem Marsch nach Breslau dichtete Fouqué sein beliebt gewordenes Lied:

Frisch auf! zum fröhlichen Jagen,
Es ist schon an der Zeit,
Es fängt schon an zu tagen,
Der Kampf ist nicht mehr weit.

Auf! laßt die Faulen liegen,
Gönnt ihnen ihre Ruh';
Wir rücken mit Vergnügen
Dem lieben König zu.

Der König hat gesprochen:
Wo sind meine Jäger nun?
Da sind wir aufgebrochen,
Ein wackeres Werk zu thun.

Wir woll'n ein Heil erbauen
Für all' das deutsche Land,
Im frohen Gottvertrauen
Mit rüstig starker Hand 2c.

Wie der Vice-König von Italien, so mußte auch der französische Gesandte in Breslau, Graf St. Marsan, besorgt werden über den ungeahnten Erfolg, welchen der Aufruf des Königs hatte.

In Breslau zeigte sich der Enthusiasmus des Volkes für einen Krieg gegen Frankreich noch weit unzweideutiger, als in Berlin. Dort forderte der bei der Studentenschaft äußerst beliebte Professor Steffens, ein eifriger Patriot, in einer feurigen Rede die Studirenden auf, sich mit dem Schwerte zu gürten; er versprach, selbst mit ihnen den Kampf gegen den Erbfeind Deutschlands zu theilen. Den Namen Napoleon's nannte er allerdings nicht, aber er bezeichnete den Feind so deutlich, daß Niemand über ihn in Zweifel sein konnte. Er hielt auch bald sein Wort, als Freiwilliger ging er in den Krieg. Aber große Heldenthaten hat er freilich nicht verrichtet. Die Studirenden sangen deshalb später über ihn ein Verschen:

„Im Anfang des Treffens
Drückte sich Steffens."

St. Marsan sah täglich die jubelnd in Breslau einziehenden Freiwilligen. Er konnte keinen Zweifel mehr darüber hegen, daß das preußische Volk nur deshalb so bereitwillig dem Rufe des Königs folgte, weil es überzeugt war, der Krieg gegen Frankreich werde in kürzester Frist erklärt werden. Er fühlte sich dadurch veranlaßt, dringend nähere Erklärungen über die Rüstungen zu fordern, welche die im Vertrage mit Frankreich festgesetzte Truppenzahl weit überschritten, ja selbst die Zahl, welche der Kaiser in neuester Zeit gestattet hatte.

Hardenberg antwortete auf das Verbindlichste: der König bleibe fest bei dem Bündniß mit Napoleon; er beschwor den Gesandten dem Kaiser mitzutheilen, Alles, was in Breslau vorgehe, Alles, was der König thue und anordne, sei nur eine Folge der dringendsten Umstände, der äußersten Nothwendigkeit. Friedrich Wilhelm müsse diese Schritte thun, um die öffentliche Aufregung zu beschwichtigen.

Die von Preußen aufgebotenen Kräfte, so meldete St. Marsan, der durch Hardenberg überzeugt worden war, nach Paris, würden sicher zu Gunsten des Bündnisses mit Frankreich verwendet werden. Wenn Se. Majestät der Kaiser Napoleon die Erhaltung Preußens in seinem Interesse finde, wenn er dem Könige ein wirkliches Wohlwollen zeige und etwas für diesen thue, würde es nicht schwer sein, den König bei dem bisherigen Bündniß zu erhalten. Als ein Beispiel führte St. Marsan an, daß die preußische Regierung bestrebt sei, die vorlauten jungen Leute niederzuhalten, daß sie sogar dem Professor Steffens wegen seiner Reden zu den Studenten eine ernste Rüge ertheilt habe.

Der Gesandte hatte vielleicht nicht ganz Unrecht, wenn er die Hoffnung aussprach, der König werde sich noch jetzt, noch im letzten Augenblicke, zur ferneren Bundesgenossenschaft mit Frankreich gewinnen lassen, wenn ihm nur Napoleon wirklich wesentliche Vortheile biete. Am Hofe war der Enthusiasmus für einen Krieg gegen Frankreich bei Weitem nicht so groß, wie im Volke; die ungeheure Aufregung, welche in ganz Preußen durch den Aufruf vom 3. Februar nicht erzeugt, aber zum Ausbruch gekommen war, erregte gerade in den Regierungskreiser recht ernste Besorgnisse.

Scharnhorst und manche andere groß denkende Offiziere, die nach Preußen zurückgekommen waren, um der deutschen Sache ihr Schwert zu leihen, freuten sich allerdings des kühnen Muthes, der die Schaaren der Freiwilligen zu den Fahnen trieb; mit einem von glühender Begeisterung beseelten Heere hofften sie den mächtigen Feind besiegen zu können.

So aber dachte die franzosenfreundliche Junkerpartei nicht. Ihr erschien es hoch gefährlich, das Volk zum Bewußtsein seiner Kraft zu erwecken, sie wollte nichts wissen von Freiwilligen, von einem Volksaufstande. Nicht erst in späterer Zeit, schon damals hat sie versucht, die Begeisterung zu trüben, dem Aufruf des Königs vom 3. Februar die Spitze abzubrechen, um behaupten zu können, nicht der Enthusiasmus für eine gute Sache habe das Volk zu den Waffen getrieben, sondern der sklavische Gehorsam gegen den Befehl seines Königs.

Der Aufruf vom 3. Februar hatte sich an den Patriotismus der Preußen gewendet; der freie Wille, nicht der Unterthanengehorsam sollte den Jünglingen und Männern das Schwert in die Hand geben, diese Freiwilligkeit aber erschien der Junkerpartei, welche noch immer großen Einfluß auf Friedrich Wilhelm III. besaß, gefährlich, und leider ließ sich Hardenberg bereit finden, ihren finsteren Plänen zu dienen. Er gab sich dazu her, eine königliche Verordnung, welche der freiwilligen Meldung zum Heere jedes Verdienst nahm, zu erlassen; die Exemtion, die bisher von der Kantonpflichtigkeit bestanden hatte, wurde aufgehoben und die bisher Eximirten wurden zum

Eintritt in die Armee verpflichtet. Schon am 9. Februar erschien diese Verordnung*).

Die königliche Verordnung machte wohl schon in manchen Kreisen böses Blut, mehr aber noch that es eine Ergänzung derselben, welche am 22. Februar 1813 erlassen wurde und durch welcher, wie aus den folgenden Sätzen ersichtlich, durch Strafandrohungen der Patriotismus erzwungen werden sollte:

1) Alle Diejenigen, denen nachgewiesen werden kann, daß sie aus einem nichtigen Vorwande, z. B. eines reifern oder jüngern Alters, schwächlicher Gesundheit 2c., sich dem Kriegsdienste entziehen, sollen, wenn sie schon Bürger sind und Gewerbe treiben, das Bürgerrecht und den Gewerbeschein verlieren, und wenn sie noch nicht angesessen sind, für ihr ganzes Leben vom Bürgerrechte ausgeschlossen sein. Sie sollen ferner unter Vormundschaft gestellt und wenn sie Grundstücke erwerben, die Besitztitel nicht auf sie, sondern auf ihre Vormünder eingetragen werden. Sie bleiben endlich von der Ehre ausgeschlossen, die National-Kokarde zu tragen und je öffentliche Staats- oder Kommunal-Aemter bekleiden zu dürfen.

2) Verlust des Bürgerrechts, ihrer Aemter, wenn sie in solchen stehen, und der National-Kokarde soll alle diejenigen Väter oder Vormünder treffen, welche ihren Söhnen oder Pflegebefohlenen geflissentlich den Eintritt in den Kriegsdienst erschweren, oder ihnen, wenn sie als Freiwillige dienen wollen, die nothwendigste Ausrüstung nach dem Maßstabe ihres Vermögens verweigern.

Wäre es möglich gewesen, die glühende Begeisterung, von der in jenen denkwürdigen Tagen das ganze preußische Volk ergriffen war, abzuschwächen und abzukühlen, die unwürdige Drohung, welche in dieser Verordnung ausgesprochen war, würde es gethan haben. Aber zum Glück für die Zukunft Deutschlands und Preußens war der Haß, den die Franzosen während der Gewaltherrschaft gesäet hatten, zu tief in das Herz gedrungen, als daß selbst das Königl. Wort vom 22. Februar dauernd den reinen Enthusiasmus hätte trüben können.

Täglich meldeten sich nach wie vor Schaaren von wohlhabenden jungen Männern aller Stände zum freiwilligen Eintritt in das Heer, die Freudigkeit im Opfergeben für das Vaterland dauerte ebenso ununterbrochen fort.

*) Die Verordnung vom 9. Februar würde als der erste Schritt zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht von den Patrioten gewiß mit Freuden begrüßt worden sein, wäre sie nicht gerade in jenen Tagen ein Zeichen für das Mißtrauen, welches der König noch immer gegen die Opferfreudigkeit seines Volkes hegte, gewesen.

Der König konnte sich inzwischen immer noch nicht entschließen, dem Drange seines Volkes nach einer Kriegserklärung gegen Napoleon Folge zu geben. Wenn Scharnhorst und dessen Gesinnungsgenossen einen entscheidenden Entschluß forderten, erwiderte Friedrich Wilhelm zögernd, noch sei es zu einem solchen nicht an der Zeit, Napoleon müsse sich erst in's Unrecht setzen, ehe der bestehende Bundesvertrag gebrochen werden dürfe, und vergeblich blieb die Vorstellung, der treulose Bundesgenosse habe selbst keine der Vertragsbedingungen erfüllt, sich schon zu oft in's Unrecht gesetzt, als daß es nöthig sei, noch weiter Gewaltthätigkeiten von ihm abzuwarten.

Friedrich Wilhelm verharrte bei seiner Weigerung; dies aber verhinderte ihn nicht, die Unterhandlungen, welche zu gleicher Zeit mit Napoleon und dem Kaiser Alexander geführt wurden, fortzusetzen.

Der Oberst v. d. Knesebeck wurde wieder in das russische Hauptquartier entsendet, um die besten Freundschaftsversicherungen zu überbringen, Vorschläge wegen eines Bündnisses zu machen, aber ohne die Vollmacht, einen endgültigen Vertrag abzuschließen.

So zogen sich denn die Unterhandlungen in die Länge und noch immer wäre es Napoleon möglich gewesen, den König von Preußen für sich zu gewinnen, wenn er seinen Stolz gebeugt, ein Opfer gebracht, Preußen irgend bedeutsame Bewilligungen gemacht hätte. Es sollte nicht so sein, in wunderbarer Verblendung wies der Kaiser der Franzosen jeden derartigen Rath zurück.

Stein, der besser als irgend einer der russischen Staatsmänner die schwankende preußische Politik kannte, der sehr wohl wußte, wie leicht Friedrich Wilhelm III. für ein französisches Bündniß gewonnen werden konnte, der auch nicht zweifelhaft darüber war, daß Hardenberg schwerlich der Verlockung eines solchen, wenn es bedeutende Vortheile biete, widerstehen würde, drängte zum Abschluß eines festen Bundesvertrages zwischen Rußland und Preußen. Er überzeugte endlich den Kaiser Alexander, daß mit Knesebeck jetzt weitere Verhandlungen unnütz seien. Er erbot sich gemeinschaftlich mit einem Elsasser in russischen Diensten, einem Herrn von Anstett, der Alexander's Vertrauen besaß, nach Breslau zu reisen, dort werde er mit Leichtigkeit König Friedrich Wilhelm bewegen, ein festes Bündniß zu schließen, wenn er mit den nöthigen Vollmachten versehen werde.

Der Kaiser übergab Stein und Anstett die gewünschten Vollmachten; obgleich Stein gerade damals an den Folgen einer heftigen Erkältung litt, reiste er doch sofort ab. Am 25. Februar traf er in Breslau ein. Er nahm sich nicht die Zeit, erst einen Gasthof zu besuchen, den Reisewagen ließ er vor dem Schloß vorfahren, sich beim Könige melden und in seiner gewohnten derben Weise stellte er Friedrich Wilhelm III. die

dringende Nothwendigkeit eines endlichen Entschlusses vor.

Der gewaltige Wille des mächtigen Mannes übte, wie früher so oft, auch jetzt seinen Einfluß auf den schwankenden König. Friedrich Wilhelm ließ Hardenberg rufen, auch dieser sprach sich für den Abschluß des russischen Bündnisses aus. Da gab denn der König nach, er beschloß, daß Scharnhorst sofort nach Kalisch reisen solle, um das Bündniß abzuschließen.

Am 27. Februar wurde in Breslau zwischen Hardenberg und dem Herrn von Anstett, am 28. in Kalisch zwischen Kutusoff russischer- und Scharnhorst preußischerseits der Bundesvertrag unterzeichnet. Rußland verpflichtete sich 150,000, Preußen 80,000 Mann zum Kriege zu stellen. Beide Staaten sollten weder Waffenstillstand, noch Frieden schließen können ohne gegenseitige Uebereinstimmung. Der Kaiser von Rußland übernahm in einem geheimen Artikel außerdem die besondere Verpflichtung, die alten Grenzen Preußens, die es vor dem Jahre 1806 gehabt hatte, wieder herzustellen; er versprach, nicht eher die Waffen niederzulegen, bis dies Ziel erreicht sei.

Der Erfolg, den Stein erreicht hatte, war gewiß glänzend, er konnte damit zufrieden sein, um so weniger aber mit der Aufnahme, welche er persönlich beim König gefunden hatte. Der unentschlossene Fürst war unwillig über die Entschiedenheit, mit welcher Stein seine Einwilligung zum russisch - preußischen Bündniß gefordert hatte, die frühere Abneigung gegen Stein kehrte zurück, und Friedrich Wilhelm III. zeigte dies gerade in jenen Tagen auf das Deutlichste. Er gab dem Manne, dem er so viel verdankte, nicht einmal eine Wohnung in seinem Schlosse, er überließ es ihm, sich einen Gasthof in Breslau zu suchen, und fast wäre dies ein Ding der Unmöglichkeit geworden, denn alle Gasthöfe waren überfüllt von den wohlhabenden Freiwilligen, welche sämmtliche Zimmer in Beschlag genommen hatten.

Nur durch einen Zufall, durch die Hilfe des Majors von Lützow, erhielt endlich der mächtige Minister ein kleines Dachstübchen im Gasthofe zum Scepter. Hier wohnte Stein während seines Aufenthalts in Breslau. Der Feldmarschall Kalkreuth, sein alter Feind, der Gegner jeder preußischen Volkserhebung, denunzirte dem französischen Gesandten, daß Stein, der unermüdliche Agitator, im Scepter wohne. Sofort umgaben französische Kundschafter das Haus, um alle Diejenigen zu beobachten, welche den gefährlichen Mann etwa besuchen würden. Scharnhorst, Boyen und andere als Franzosenfeinde notorisch bekannte Männer kamen im Abenddunkel nach dem Gasthof, die Hofleute aber blieben aus, denn König Friedrich Wilhelm III. hatte ihnen jede Verbindung mit Stein verboten, und selbst als wenige Tage darauf der „Retter Preußens aus tiefster Noth" an einem Nervenfieber erkrankte und viele Stunden in Lebensgefahr schwebte, blieb er doch einsam in seinem Dachzimmer. Der König zeigte ihm nicht die geringste Theilnahme, er ließ sich nicht einmal nach seinem Befinden erkundigen.

Erst als am 15. März 1813 Kaiser Alexander von Rußland unter dem Jubel des Volkes in Breslau einzog und sofort nach seiner Ankunft zu Stein eilte, um den treuen, kaum wieder genesenen Freund zu begrüßen, als der Kaiser mehrere Stunden mit ihm über das Schicksal Europa's berieth, änderte sich das Verhalten des Hofes. Jetzt mußten die preußischen Hofherren wohl oder übel dem Manne, der als Rathgeber und Freund Alexander's eine Macht war, die gebührende Aufmerksamkeit erweisen.

Nach dem Empfange, den Kaiser Alexander in Breslau gefunden hatte, war es nicht mehr möglich, den französischen Gesandten länger mit Versicherungen der Freundschaft hinzuhalten. Graf St. Marsan erhielt seine Pässe, er reiste von Breslau ab. Hardenberg übersandte ihm eine Erklärung, in welcher alle Beschwerden Preußens gegen Napoleon seit dem Frieden von Tilsit in gedrängten Zügen zusammengefaßt waren, und welche das Bündniß mit Rußland und den Entschluß zum Kriege gegen Frankreich verkündete.

So war denn thatsächlich der Krieg, der so sehnlich von den preußischen Patrioten erwartete, erklärt. Friedrich Wilhelm theilte dies dem Volke am 17. März durch den berühmten Aufruf: „An Mein Volk", der folgendermaßen lautet, mit:

„An Mein Volk!

„So wenig für Mein treues Volk, als für Deutsche, bedarf es einer Rechenschaft über die Ursachen des Krieges, welcher jetzt beginnt. Klar liegen sie dem unverblendeten Europa vor Augen.

„Wir erlagen unter der Uebermacht Frankreichs. Der Frieden, der die Hälfte Meiner Unterthanen Mir entriß, gab uns seine Segnungen nicht, denn er schlug uns tiefere Wunden, als selbst der Krieg. Das Mark des Landes ward ausgesogen. Die Hauptfestungen blieben vom Feinde besetzt, der Ackerbau ward gelähmt, so wie der sonst so hochgebrachte Kunstfleiß unserer Städte. Die Freiheit des Handels ward gehemmt und dadurch die Quelle des Erwerbes und des Wohlstandes verstopft. Das Land ward ein Raub der Verarmung.

„Durch die strengste Erfüllung eingegangener Verbindlichkeiten hoffte Ich, Meinem Volke Erleichterungen zu bereiten und den französischen Kaiser endlich zu überzeugen, daß es sein eigener Vortheil sei, Preußen seine Unabhängigkeit zu lassen. Aber Meine reinsten Absichten wurden durch Uebermuth und Treulosigkeit vereitelt, und nur zu deutlich sahen wir, daß des Kaisers Verträge mehr noch wie seine Kriege uns langsam verderben mußten; jetzt ist der Augenblick gekommen, wo alle Täuschung über unsern Zustand aufhört.

„Brandenburger, Preußen, Schlesier, Pommern, Litthauer! Ihr wißt, was Ihr seit sieben Jahren erduldet habt, Ihr wißt, was euer trauri-

ges Loos ist, wenn wir den beginnenden Kampf nicht ehrenvoll enden, erinnert euch an die Vorzeit, an den großen Kurfürsten, den großen Friedrich. Bleibet eingedenk der Güter, die unter ihnen unsere Vorfahren blutig erkämpften, Gewissensfreiheit, Ehre, Unabhängigkeit, Handel, Kunstfleiß und Wissenschaft. Gedenkt des großen Beispiels unserer mächtigen Verbündeten, der Russen, gedenkt der Spanier und Portugiesen: selbst kleine Völker sind für gleiche Güter gegen mächtigere Feinde in den Kampf gezogen und haben den Sieg errungen, erinnert euch an die heldenmüthigen Schweizer und Niederländer.

Große Opfer werden von allen Ständen gefordert werden, denn unser Beginnen ist groß und nicht gering die Zahl und die Mittel unserer Feinde. Ihr werdet jene lieber bringen für das Vaterland, für euren angeborenen König, als für einen fremden Herrscher, der, wie so viele Beispiele lehren, eure Söhne und eure letzten Kräfte Zwecken widmen würde, die euch ganz fremd sind. Vertrauen auf Gott, Ausdauer, Muth und der mächtige Beistand unserer Bundesgenossen werden unseren redlichen Anstrengungen siegreichen Lohn gewähren.

„Aber welche Opfer auch von Einzelnen gefordert werden mögen, sie wiegen die heiligen Güter nicht auf, für die wir sie hingeben, für die wir streiten und siegen müssen, wenn wir nicht aufhören wollen, Preußen und Deutsche zu sein.

„Es ist der letzte entscheidende Kampf, den wir bestehen, für unsere Existenz, unsere Unabhängigkeit, unsern Wohlstand. Keinen anderen Ausweg giebt es, als einen ehrenvollen Frieden oder einen ruhmvollen Untergang. Auch diesem würdet ihr getrost entgegengehen. Um der Ehre willen, weil ehrlos der Preuße und der Deutsche nicht zu leben vermag. Allein wir dürfen mit Zuversicht vertrauen, Gott und unser fester Wille werden unserer gerechten Sache den Sieg verleihen, mit ihm einen sicheren, glorreichen Frieden und die Wiederkehr einer glücklicheren Zeit.

„Breslau, den 17. März 1813.

Friedrich Wilhelm."

Drittes Kapitel.

Eine Berliner Verschwörung. — Le Coq. — Die Russen kommen. — Der 20. Februar. — Der Straßenkampf in Berlin. — Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. — Augereau. — Die Franzosen verlassen Berlin. — Einzug der Russen in Berlin. — Der Abend des 4. März.

Die Berliner harrten mit Ungeduld der Entscheidung des Königs. Sie hätten gar zu gern derselben vorgegriffen. Es wird erzählt, daß sich eine große Anzahl von Bürgern zu einer geheimen Verschwörung organisirt habe, der Plan, die französische Einquartierung eines Nachts plötzlich anzugreifen, sei gefaßt, aber den Franzosen verrathen worden. In aller Stille habe der Marschall Augerau, einige verabschiedete Offiziere, die Rädelsführer der Verschwörung, aufheben und in der Nähe von Spandau erschießen lassen. Zu weiteren Maßregeln aber habe er nicht gegriffen, weil er fürchtete, einen allgemeinen Volksaufstand hervorzurufen.

Historisch erwiesen ist diese Erzählung nicht, sondern im Gegentheil wahrscheinlich nur eine müßige Erfindung, obgleich sie zu jener Zeit vielfach geglaubt wurde.

Die Aufregung unter der Bürgerschaft war groß. Wie geheim auch die diplomatischen Verhandlungen geführt werden mochten, etwas von ihnen kam doch an die Oeffentlichkeit. So wußte man in Berlin sehr gut, daß der König mit dem Kaiser Alexander wegen eines Bündnisses in Unterhandlungen stehe, und täglich hoffte man auf den Abschluß. Aber Wochen vergingen nach dem denkwürdigen 3. Februar, ohne daß etwas Entscheidendes geschah.

Die Hauptstadt Preußens blieb besetzt von den Franzosen; diese waren nach wie vor die Bundesgenossen des Königs und durften nicht als Feinde behandelt werden, wenn sie auch als solche von den Bürgern betrachtet wurden. Die Zeitungen brachten keine andern Nachrichten, als diejenigen, deren Veröffentlichung der französische Kommandant gestattete.

Mit peinlicher Strenge wachte der Polizei-Präsident Le Coq, ein bei der Bürgerschaft verhaßter Franzosenfreund, darüber, daß die Censur auf das Schärfste gehandhabt wurde. So erfuhren denn die Berliner wenig davon, daß die Russen schon im Anmarsch seien. Aber wenn auch die öffentlichen Blätter schwiegen, die Volksstimme sprach um so lauter. Fremde, welche nach Berlin kamen, brachten Nachrichten mit, und diese gingen von Mund zu Mund; einige eifrige Patrioten ließen sie drucken und in Flugblättern durch die ganze Stadt vertheilen. Dadurch wurde es kund, wie gern die Franzosen dies auch verheimlicht hätten, daß die Russen die Weichsel überschritten hatten, daß sie an der Oder standen und dann, daß sie im Geschwindmarsche sich Berlin nahten.

Der Jubel war groß, und als nun die ersten Flüchtlinge vom Lande herein nach Berlin kamen und erzählten, daß sie mit eigenen Augen die langbärtigen Kosacken und deren zottige Pferde gesehen hätten, da harrten die Berliner mit Furcht und Hoffnung des Tages, der die Russen innerhalb der Stadt sehen würde; mit Hoffnung, weil sie glaubten, dann von der französischen Besatzung erlöst zu werden, mit Furcht, weil sie erwarten mußten, Marschall Augerau werde die preußische Haupt- und Residenzstadt, den wichtigsten Ort des ganzen Königreichs, nicht aufgeben ohne heftigen Kampf, und weil sie von diesem schwere Leiden und Gefahren besorgten.

Daß nicht eine große russische Armee, sondern nur ein schwaches Reiterkorps unter dem General Tschernitscheff und den Obersten von Benkendorf und Tettenborn der Stadt nahe sei, daß wenige

Tausend Reiter ohne Infanterie und Artillerie kaum daran denken konnten, die von mehr als 10,000 Franzosen vertheidigte, mit Geschütz wohl versehene Hauptstadt anzugreifen, davon wußten die Berliner nichts.

Einige kampflustige Freiwillige konnten die Zeit nicht erwarten, sie setzten sich zu Pferde und ritten den Russen bis Landsberg entgegen. Der spätere General von Dobeneck, Alexander von Blomberg und der frühere Schill'sche Lieutenant Bärsch, der eifrige Tugendbündler, befanden sich unter ihnen. Vor den Obersten Tettenborn geführt, versicherten sie diesem, das Volk von Berlin harre so sehnsüchtig des Augenblicks der Befreiung, daß es sich wie ein Mann erheben und über die Franzosen herfallen werde, sobald nur die ersten Kosacken durch die Thore der Hauptstadt sprengen würden.

Die feurigen jungen Männer beurtheilten das ganze Volk nach ihrem eigenen Enthusiasmus, sie vergaßen, daß den Berlinern die Führer fehlten, daß Bürger nicht so schnell zu den Waffen greifen, daß eine wohlorganisirte französische Besatzung leicht jeden regellosen Aufstand niederdrücken konnte.

Oberst Tettenborn ließ sich täuschen. In der Hoffnung auf einen Volksaufstand beschloß er einen Ueberfall Berlins. Er meldete dies dem General Tschernitscheff, von dem er die Zusicherung kräftiger Unterstützung erhielt.

Es war am 20. Februar, als sich Tschernitscheff's und Tettenborn's Reiterschaaren, im Ganzen etwa 3000 Mann, vereinigten. Die Spenersche Zeitung vom 11. März 1813 giebt über den merkwürdigen Ueberfall Berlins durch die Russen folgenden Bericht:

„Die russischen Corps langten ohne Hinderniß in Pankow, eine Meile von Berlin, an. Hier traf die Nachricht ein, daß feindliche Cavallerie aus der Stadt gerückt sei und die Vorposten zurückgedrängt habe. Oberst Tettenborn eilt sogleich an der Spitze eines Regiments Kosaken dem Feinde entgegen, indem sein übriges Detachement als Reserve folgt. Die feindliche Kavallerie widersteht dem Ungestüm des Angriffs nicht und wirft sich in Unordnung in die Stadt zurück, die Kosaken folgen und sprengen den Flüchtlingen nach bis auf den Alexanderplatz, wo feindliche Infanterie und Artillerie weiterer Verfolgung ein Ziel setzte, nicht sowohl durch ihre Contenance, denn die Gewehre zitterten in den Händen der Erschrockenen, sondern weil es unvorsichtig gewesen wäre, zu weit in einer Stadt vorzudringen, in der 6000 Mann Infanterie waren und wo man sich bei allen Querstraßen durch Seitendetachements schwächen mußte. Einzelne Kosaken sprengten indeß durch alle Straßen und verbreiteten überall Schrecken und Verwirrung unter den Franzosen, während sie von den Einwohnern mit lautem Jubel begrüßt wurden. Der Schrecken hatte sich der Gemüther der Franzosen so gänzlich bemächtigt, daß die seltsamsten Wirkungen daraus hervorgingen. Als der Oberst von Tettenborn, umringt von Offizieren, in der Hitze der Verfolgung bis an eine Kaserne sprengte, deren Fenster dicht mit französischen Tiralleurs besetzt waren, so erhielt er auf 15 Schritt eine Gewehrsalve, ohne daß irgend Jemand auch nur verwundet ward. Die außer Fassung gerathenen Tiralleurs hatten Alles überschossen.

„Einzelne Kosaken jagten ganze Haufen Infanterie, und auf dem Schloßplatze sprengte ein von einem Trupp feindlicher Kavallerie verfolgter Kosak so verwegen auf ein Bataillon Infanterie ein, das ihm den Weg versperrte, daß dieses, in seltsamer Betäubung, Platz machte und ihn durchjagen ließ. Der Oberst Tettenborn zog sich nach einigen lebhaften Scharmützeln wieder aus der Stadt zurück und ward vor dem Thore vom General Tschernitscheff aufgenommen. Beide vereint, besetzten eine Höhe, die ungefähr eine Kanonenschußweite vom Thore liegt. Der Feind, der sich vom ersten Schrecken erholt hatte, kam jetzt aus der Stadt, um die Höhe anzugreifen; alle seine Versuche scheiterten jedoch an der Tapferkeit der Kosaken, die sich jedesmal, wenn er die Höhe erreicht hatte, auf ihn stürzten und ihn bis ans Thor zurücktrieben. Das Gefecht endigte damit, daß der Feind wieder zurück in die Stadt zog und die Thore verrammelte. General Tschernitscheff und Oberst Tettenborn hielten darauf die Stadt von der Oderseite her enge eingeschlossen und wiesen einige Ausfälle, die der Feind unternahm, kräftig zurück."

Die Einzelheiten des Kampfes, den uns der vorstehende Bericht schildert, erscheinen kaum glaublich, wir würden sie mit Recht bezweifeln, würden sie nicht bestätigt durch das übereinstimmende Zeugniß vieler Augenzeugen.

Ein Augenzeuge, ein Freiwilliger, erzählt in einem Briefe an einen Freund:

„Denke Dir diese verwegenen Kosaken, vielleicht kaum 150 Mann, sprengten durch verschiedene Thore in die Stadt hinein, ohne von den verdutzten französischen Thorwachen aufgehalten zu werden, bis zum Alexanderplatze. Hier theilten sie sich; ein Theil ritt nach dem Schloßplatze, ein anderer verirrte sich bis zum Dönhofsplatze; selbst unter den Linden will man sie gesehen haben. Unterdessen hatten die Franzosen die Schloß- und Schleußenbrücke mit Kanonen besetzt, in der ganzen Stadt wurde Allarm geschlagen und württembergische leichte Kavallerie verfolgte die Russen. Wäre die Sache besser vorbereitet gewesen und vor Tagesanbruch, nicht am hellen Mittag, unternommen worden, sie hätten das ganze französische Hauptquartier gefangen nehmen können, und wahrscheinlich hatten Tschernitscheff und Tettenborn auf einen Aufstand der Bürger gerechnet. An gutem Willen und Muth fehlte es hier wahrlich nicht, und ich selbst war Zeuge eines Auftritts, der genugsam beweisen kann, wessen sich die Franzosen hier zu versehen haben, wenn sie

sich nicht bald empfehlen. Da ich mehrere Freiwillige in der Jägeruniform auf der Straße sah, zog ich auch meinen grünen Rock an, nahm den Hirschfänger um und schloß mich an die andern an; wir zogen nach dem Schloßplatze. Hier kam uns ein anderer Haufen entgegen mit mehreren schwer verwundeten Bürgern. Bald erscholl der Ruf; „„Nieder mit den Hunden, den Franzosen, sie schießen auf die Bürger!““ Aus der Breiten Straße kam jetzt ein Trupp Handwerker, von einem Grobschmied angeführt. Er schwang einen großen Hammer und rief: „„Folgt mir, wir wollen ihnen die Kanonen vernageln!““ Nun zogen wir nach der Langen Brücke, wo zwei Kanonen standen. Unser Schmied fackelte nicht lange; zwei Schläge rechts und links, und zwei französische Kanoniere lagen am Boden; die andern ergriffen die Flucht, da Alles auf sie losschlug. Jener langte ein Paar Radnägel aus seiner Tasche und schlug sie in das Zündloch der Kanonen. Unterdessen kam Verstärkung von der andern Seite. „„Die will ich schon so lange aufhalten, bis Ihr aufgeräumt habt!““ rief der Schmied uns zu und warf sich, ein zweiter Horatius Cocles, zur Vertheidigung der Brücke den Feinden entgegen. Noch einige Franzosen sanken von seinen Hammerschägen darnieder, da wurde er von zehn Bajonetten niedergestochen. Es gelang dennoch, die Franzosen zu verjagen, und wir trugen den tapfern Vorkämpfer auf einer Tragbahre nach der königlichen Reitbahn in der Breiten Straße. An der Schleusenbrücke ist es ebenso munter hergegangen; eine Kanone nebst Pulverkarren wurde in den Kanal gestürzt."

Interessante Mittheilungen über den Kampf in den Straßen Berlins hat auch ein Theilnehmer desselben, der Lieutenant Baersch, später preußischer Geheimer Rath, im Soldatenfreunde gemacht.

„Im ersten Anlaufe wurde das Bernauer, Schönhauser und Landsberger Thor genommen. Ich selbst erstürmte mit einem Trupp Kosaken das Landsberger Thor, entwaffnete die Thorwache, die nur wenige Schüsse gab, und sperrte sie in die Wachtstube ein. An meiner Seite befand sich mein lieber Freund Alexander von Blomberg, den ich aber im Gewühle bald verlor. Erst längere Zeit nachher erfuhr ich, daß er, von einer feindlichen Kugel getroffen, den Heldentod auf vaterländischer Erde gefunden. Die Russen sammelten sich auf dem Alexanderplatz; Tettenborn wagte aber nicht, weiter vorzugehen, weil er fürchtete, daß die Kosaken sich in der großen Stadt zerstreuen und dann schwer wieder zu sammeln sein möchten. Da ich als ein geborener Berliner, das Terrain genau kannte, befahl mir Tettenborn, mit einigen Kosaken vorzugehen und Nachrichten über die von dem Feinde getroffenen Maßregeln, besonders über die Stellung des Geschützes, einzuziehen. Ich ritt die Schönhauser Straße hinunter bei Monbijou vorbei, durch die Friedrichsstraße und einen Theil der Linden. Mehrere französische Patrouillen, auf welche ich stieß, wurden auseinander gesprengt und niedergehauen. Bei dem Durchgange zwischen dem Palais des Königs und des Prinzen trat eben eine Kompagnie Franzosen an. Mit einem Hurrah! sprengte ich mit meinen Kosaken auf sie zu und warf sie auseinander, nachdem nur einige Schüsse von den erschrockenen Feinden mit unsicherer Hand und daher ohne zu treffen abgefeuert worden waren. Nun ritt ich nach der Kronenstraße, vor dem Hause meines Vaters, an der Ecke der Markgrafenstraße, vorbei und nahm einen französischen Oberst Lambert gefangen. Meine Frau wohnte einige Häuser weiter. Einen erschütternden Eindruck machte es auf mich, daß auf dem Hausflur ein Sarg stand; zu meiner Beruhigung erfuhr ich, daß meine Frau wohl und gesund mit einigen Freundinnen nach dem Thurme der Marienkirche gegangen sei, um von dort aus das Gefecht zu beobachten. Nun stürmte ich auf die von 30 Franzosen besetzte Wache an der Dreifaltigkeitskirche. Nachdem die Besatzung einige Schüsse gethan, mußte sie das Gewehr strecken und wurde in die Wachtstube eingesperrt. Die Gewehre wurden der Bürgergarde übergeben. Gleiches Schicksal hatte die aus 15 Mann bestehende Wache am Potsdamer-Thor. Die Wache am Halleschen Thor war schon im Begriff, die Waffen zu strecken, als sie eine bedeutende Verstärkung, wenn ich nicht irre, aus Würzburg'scher Cavallerie bestehend, erhielt, was mich veranlaßte, mich zurückzuziehen. In der Meinung, daß Tettenborn auf mehrere Meldungen, welche ich ihm von Zeit zu Zeit durch die Kosaken gemacht, vorgerückt und die Stadt in den Händen der Russen sei, ritt ich gegen Mittag mit den wenigen Kosaken, welche ich bei mir hatte, zur Wohnung meiner Frau, um mich und meine ermüdeten Leute zu erquicken. Mehrere Schüsse, welche auf Kosaken, die noch in der Stadt herumritten, fielen, veranlaßten mich, wieder aufzusitzen und mit meinen Kosaken vorwärts zu gehen. Nun erfuhr ich, daß die Russen, aus der Kaserne am Frankfurter-Thor mit Kartätschen beschossen, sich zurückgezogen und die Stadt verlassen hatten. Ich hoffte noch das Potsdamer-Thor forciren und mich dort durchhauen zu können, wurde aber von einem heftigen Gewehrfeuer empfangen und mußte mich zurückziehen. Nun wandte ich mich zum Köpnicker Thore und griff die Wache an, da mir aber 20 Mann Würzburger Kavallerie in die Flanke kamen, so mußte ich mich auch hier zurückziehen. Mit meinen Kosaken hielt ich mich nun in der Nähe des Köpnicker Feldes und warf noch einige französische Patrouillen zurück. Als es anfing dunkel zu werden, sammelten sich einige Bürger um mich, baten mich, doch nicht unnütz mein und meiner Leute Leben aufzuopfern, und führten mich und meine Leute in eine geräumige Scheune. Die Bürger vertheilten die Kosaken unter sich und versprachen, solche sicher zu verbergen und mit

allem Bedarf gehörig zu versorgen. Ich erhielt einen Kittel und einen Blechhelm, den Anzug, den damals die Spritzenleute trugen, und ging so zu meinem Schwager, dem Direktor der Porzellan-Fabrik, der damals am Dönhofsplatze wohnte. Dieser führte mich auf Umwegen nach der Porzellan-Fabrik und ließ mich in einen Brennofen steigen, der nicht mehr im Gebrauch war."

Baersch flüchtete acht Tage später glücklich aus Berlin.

Der Kampf hatte den Russen nur wenige Opfer gekostet. Eins der ersten war der Freiwillige Alexander von Blomberg, der in der Nähe des neuen Königsthors fiel. Sein Andenken bewahrte eine am Thor befindliche Tafel, welche in goldenen Buchstaben folgende Inschrift trug:

ALEXANDER
Freiherr
von BLOMBERG
geb zu Iggenhausen
den 31. Jan. 1788
fiel als erstes Opfer im deutschen
Freiheitskampfe
am 20. Februar
1813.

Auch von den Bürgern Berlins waren mehrere gefallen, theils im Kampfe, theils auch nach demselben. Einige Nachtwandler waren von den französischen Schildwachen, denen sie das Losungswort nicht geben konnten, niedergeschossen worden.

Der Oberst Tettenborn, der sich der süßen Hoffnung hingegeben hatte, sein Erscheinen in Berlin werde das Signal zu einer Revolution sein, und der, wenn auch ohne große Verluste, doch auch ohne einen Vortheil errungen zu haben, sich zurückziehen mußte, war wüthend über die Berliner. In einem Berichte an Stein, nannte er sie „Bestien, die kein Blut, sondern Wasser in den Adern haben." Den Polizei-Präsidenten Le Coq empfahl er auf gut russische Art ohne Weiteres hängen zu lassen, weil „der Racker" an der Seite Augereau's in den Straßen herumgeritten sei, um jede Empörung der Bürger zu unterdrücken und weil er zu diesem Behufe sogar viele Verhaftungen habe vornehmen lassen.

Der Herr Polizei-Präsident hatte wirklich sein Möglichstes gethan, um am 20. Februar die Bürger von einem unbesonnenen Schritte zurückzuhalten. Er fürchtete für sein eigenes Schicksal, auch vielleicht für das der Stadt Berlin, wenn die Einwohner sich am Kampf betheiligten. An einen dauernden Erfolg der Russen glaubte er nicht. Er gehörte zur großen Zahl Derer, welche Napoleon für unüberwindlich hielten und deshalb hofften, Friedrich Wilhelm III. werde noch in letzter Stunde das französische Bündniß aufrecht erhalten. Er meinte, als er durch Gens'darmen und Bürgergarden vereinzelte Russenfreunde, welche sich bewaffnen und gegen die Franzosen kämpfen wollten, verhaften ließ, ebensowohl nach den Intentionen des Königs zu handeln, als im Interesse der Stadt, die von Napoleon schwere Strafe, vielleicht gar eine Plünderung zu erwarten hatte, wenn das wechselnde Kriegsglück jetzt die Russen und später wieder die Franzosen begünstigte.

Der Abend des 20. Februar brachte den Bürgern Berlins Stunden schwerer Sorge. Die Russen hatten die Stadt wieder verlassen, nur einige versprengte Kosaken waren noch innerhalb der Thore, sie wurden, das wußte man, von treugesinnten Freunden verborgen; um so mehr aber fürchtete man die Rache der Franzosen. Diese hatten alle Maßregeln getroffen, um einem etwaigen zweiten Ueberfall ernster entgegenzutreten, als es im ersten Schrecken über die Ankunft der Kosaken am 20. geschehen war.

Der Schloßplatz, der Lustgarten, der Alexanderplatz und die andern großen Plätze wurden mit Geschütz besetzt, welches alle Hauptstraßen beherrschte, die Thore wurden verrammelt und mit starken Wachen versehen, die französische Besatzung blieb unter den Waffen; mit geladenen Gewehren bivouakirte sie auf den Straßen und Plätzen, jeden Augenblick bereit, den Kampf wieder zu beginnen, denn das Gerücht meldete, die große russische Armee werde in den nächsten Stunden vor Berlin eintreffen und die Stadt stürmen.

Patrouillen zogen von Stunde zu Stunde durch die Straßen, sie riefen jeden Nachtwandler an und machten, wenn sie keine genügende Antwort erhielten, kurzen Prozeß. Gar mancher Unschuldige mußte es in jener Nacht mit dem Leben büßen, daß er nicht gelernt hatte, fertig französisch zu sprechen, und daher auf den Anruf keine Antwort geben konnte.

Geschlafen haben in der Nacht vom 20. zum 21. Februar die Berliner wenig. Mit banger Sorge erwarteten sie den folgenden Tag und einen neuen Angriff durch die Russen. Aber der Morgen kam und die feindlichen Freunde ließen sich nicht mehr blicken. Auch die Besorgniß, daß die Franzosen schwere Rache an den Bürgern wegen des freundlichen Empfanges der Kosaken nehmen würden, zeigte sich unbegründet.

Die in der Stadt residirenden königlichen Ober-Regierungskommissare hatten sich bittend an den Marschall Augereau gewendet, er möge aus den Vorfällen des 20. keine Veranlassung zu harten Maßregeln gegen die Berliner nehmen. Ehe sie noch eine Antwort erhielten, hatten sie durch eine Bekanntmachung die Bürgerschaft zur Ruhe aufgefordert.

Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! das große Wort galt auch jetzt noch in vielen Beamtenköpfen, und die Ober-Regierungs-Kommission suchte es auch in Berlin in anderer Form wieder in Erinnerung zu bringen. Dies hatte den besten Erfolg.

In der That wäre es ein Wahnsinn gewesen, hätten die Bürger jetzt noch, nachdem der russische Ueberfall abgeschlagen war, versuchen wollen, gegen den gerüsteten Feind den Kampf zu beginnen.

Das fühlten selbst die feurigsten Patrioten und sie zügelten deshalb ihre glühenden Wünsche.

Marschall Augereau zeigte sich milder, als die Berliner erwartet hatten. Er hielt es nicht für politisch, eine volkreiche Stadt durch harte Maßregeln, welche der Bürgerschaft den Muth der Verzweiflung geben konnten, zu belasten; daher antwortete er der Ober-Regierungs-Kommission freundlich genug.

Die folgenden Tage vergingen für die Bürger Berlins in steter Erwartung großer Ereignisse. Langsam schlichen die Stunden hin, denn die Neuigkeiten, auf welche Jedermann mit höchster Spannung harrte, blieben aus. Man erfuhr nur, daß die Russen sich momentan etwas zurückgezogen hätten, daß der Vice-König von Italien in Köpnick französische Truppen zusammengezogen habe und daß er entschlossen sei, Berlin und die Spreelinie gegen die heranziehenden Russen zu halten.

Ein schweres Geschick schien der Stadt, die der Mittelpunkt eines heftigen Kampfes werden sollte, zu drohen. Um so größer war der allgemeine Jubel, als am 4. März 1813 am frühen Morgen die Bürger mit der Nachricht geweckt wurden, das französische Heer habe Berlin verlassen.

Und so war es wirklich! Der Vice-König hatte in bestimmte Erfahrung gebracht, daß die russische Avantgarde unter dem Befehl des Fürsten Repnin bei Güstebise über die Oder gegangen sei, daß ihr die russische Hauptarmee unter Graf Wittgenstein bald folgen werde und daß Friedrich Wilhelm III. einen Bundesvertrag mit Rußland abgeschlossen habe.

Der Vice-König gebot allerdings über eine Armee von mehr als 16,000 Mann, aber wenn es auch wichtig war, Berlin und die Spreelinie zu halten, so erschien es doch höchst gefährlich, dies zu versuchen; in jedem Augenblick mußte ein Aufstand der Berliner Bürgerschaft befürchtet werden, der jetzt um so bedenklicher war, da die Russen von den Berlinern als Bundesgenossen ihres Königs betrachtet wurden; es ließ sich kaum bezweifeln, daß auch den Bürgern das Gerücht von dem preußisch-russischen Bündniß zugekommen sei.

Eine aufständische Stadt von mehr als 200,000 Einwohnern in Ruhe zu halten und sie zugleich gegen eine feindliche Armee zu vertheidigen, schien mehr als nur gefährlich, ein unsinniges Wagstück, welches vielleicht den Verlust der ganzen französischen Besatzung zur Folge haben konnte.

Mit schwerem Herzen beschloß deshalb der Vice-König, Berlin aufzugeben; er that es erst im letzten Augenblicke, als schon die Russen vor den Thoren waren.

In der Nacht vom 3. zum 4. März verließen die Franzosen in aller Frühe Berlin. Es war 5 Uhr Morgens, als ihre Nachhut sich dem Halleschen Thore nahte. Zu gleicher Zeit aber rückten auch die Russen vom Norden her in die Stadt ein. Die Spener'sche Zeitung vom 9 März 1813 berichtet darüber:

„Am 4. März räumte die französische Garnison vor Tagesanbruch die Stadt und defilirte zum Halleschen Thor hinaus. Während dies auf der Südseite der Stadt geschah, drang von der Nordseite die russische leichte Cavallerie unter dem General Tschernitscheff gegen das Oranienburger Thor. Die Kosaken ebneten mit Hacken und Schaufeln augenblicklich die von den Franzosen veranstalteten Erdaufwürfe und Gräben, und um 6 Uhr zogen, unter Anführung des commandirenden Generals, die russischen Truppen in die Stadt. Ihr Einmarsch ging durch die gedrängten Reihen des Volkes, das von allen Seiten hinzuströmte und ihnen den freundlichsten Willkommen entgegenbrachte. Der das 18. Kosaken-Regiment Grecov commandirende Major Graf von Mussin-Puschkin hatte zur Versicherung seiner friedlichen Gesinnungen gegen die Bürger seine gesammte Mannschaft die preußische National-Kokarde anstecken lassen, und so traten sie, mit dem Ausruf: „„Es lebe König Friedrich Wilhelm III.!““ in die Stadt. Jener Zuruf ward von dem Volke mit dem „„Hoch lebe Kaiser Alexander!““ erwidert. Bei dem Cavallerie-Corps des Generals Tschernitscheff befanden sich namentlich die Obersten Graf Dolon, Wlasow und Efremo III.

„Die siegreichen russisch-kaiserlichen Truppen stürzten ohne den mindesten Zeitverlust den ausrückenden französischen Truppen nach und erreichten die letzten Bataillone derselben noch innerhalb des Halleschen Thors. Diese gaben auf dem großen Platze, dem Rondel, auf die eindringenden Kosaken Feuer, wodurch von beiden Seiten Mehrere blieben und verwundet, auch russischerseits Gefangene gemacht wurden. Die Russen verfolgten hiernächst auf mehreren Straßen den Feind und wiederholten ihre Angriffe, namentlich in der Nachbarschaft der Dörfer Schöneberg und Steglitz, wobei die Franzosen an Todten und Gefangenen gegen viertehalbhundert Mann verloren.

„An Nachzüglern und Verspäteten waren in der Stadt 218 Mann aufgegriffen worden, und in den Hospitälern an Verwundeten und Kranken ungefähr 1600 Mann in russische Gefangenschaft gerathen."

Die Freude, welche das Volk von Berlin erfüllte, als sich am Morgen die Nachricht verbreitetete: „Die Franzosen sind fort, die Russen sind da!" läßt sich kaum beschreiben. Die ersten Kosaken hatte man nicht so begrüßen können, wie dies ein Herzensbedürfniß für die Berliner war, zu schnell hatten die flüchtigen Reiter die Friedrichsstraße durcheilt, um die Franzosen zu verfolgen; als aber um 11 Uhr Morgens das unter dem Befehl des Fürsten Repnin stehende Avantgarde-Corps in die Stadt rückte, blieb kein Berliner zu Haus, die ganze Bevölkerung war auf den Straßen, um die Freunde zu empfangen.

Rellstab erzählt:

„Mir stehen nur noch lange Züge von Kosaken und Baschkiren lebendig vor Augen, welche

die Friedrichsstraße vom Oranienburger Thor her herabmarschirten. Fast an jeden Steigbügel hingen sich ein Paar Jungen, neben jedem Sattel marschirten als Seitentrabanten Berliner Bürger mit lautem Jubelgeschrei. Sie drückten den Reitern die Hände, zogen sie halb herab, um sie zu küssen, und unablässig gingen die gefüllten Flaschen mit Branntwein und Bier von einer Hand in die andere. — Daß die Bewohner der asiatischen Steppe nicht in der strengsten militärischen Haltung und Subordination in die preußische Hauptstadt einrückten, läßt sich begreifen."

Sie sahen freilich etwas schmutzig aus, diese guten Freunde mit ihren verwilderten, struppigen Bärten. Danach aber fragten die Berliner nicht. die häßlichsten Kosaken und Baschkiren erschienen ihnen gegen die verhaßten Franzosen wie Engel des Lichts.

Unter dem Schall der Feldmusik und den Gesängen ihrer Nationallieder zogen die Russen nach dem Lustgarten. Hier stellten sie sich auf. Da aber der Raum zu eng war, wurden einige Abtheilungen nach andern großen Plätzen geführt, auf denen sie bivouakiren sollten. Nur die Generalität und die höchsten Offiziere nahmen Quartier in den vornehmsten Gasthöfen und einigen Privathäusern.

Ein lustiger Abend folgte dem frohen Tage. Auf allen großen Plätzen erschallte Musik, es wurde gesungen, gejubelt, gezecht. Nicht nur die städtischen Behörden ließen ganze Wagen voll Bier, Branntwein und Lebensmittel in den russischen Bivouaks abladen, auch die Bürger brachten jeder, was er entbehren konnte, zur Erquickung der ersehnten Gäste.

Ganz Berlin war auf den Beinen, selbst die Frauen der vornehmsten Stände brachten persönlich den Kosaken und Baschkiren Erquickungen in ihre Lager. Als der Abend kam und es zu dunkeln begann, strahlten plötzlich alle Fenster der Stadt im hellsten Lichterschmuck. Das war keine anbefohlene oder auch nur verabredete Illumination; Niemand wußte, was der Andere thun würde, und dennoch war bis in die kleinsten Nebengassen hinein ganz Berlin festlich erleuchtet, denn Alle waren vom gleichen Gefühl der Freude über die Befreiung der Hauptstadt von der Franzosenherrschaft durchdrungen.

Im Schauspielhause war für den Abend das Trauerspiel „Othello" angekündigt. Von Trauer aber wollte man nichts wissen; anstatt der versprochenen Tragödie ließ Iffland eine Oper, „die Dorfsängerin", und ein fröhliches Ballet aufführen. Die russischen Heerführer wurden bei ihrem Eintritt in die für sie bestimmte Loge mit einem freudigen Hurrah, in welches das Orchester mit einem Tusch einfiel, empfangen.

Die ganze Nacht hindurch dauerte der Jubel auf den Straßen und Plätzen, obgleich der Abend eine traurige Mahnung an den Ernst der Zeit gebracht hatte; denn gegen 7 Uhr sahen die Berliner am Horizonte dunkle Rauchwolken aufsteigen, die ihnen verkündeten, daß der Vice-König die Vorstädte der Festung Spandau und die umliegenden Dörfer habe abbrennen lassen, obgleich er zwei Tage vorher ausdrücklich versprochen hatte, diese Maßregel solle nur im äußersten Nothfalle, wenn eine Belagerung dies durchaus erfordere, zur Ausführung gebracht werden.

Am 5., Morgens um 11 Uhr, wurde auf dem Lustgarten von den dort aufgestellten russischen Truppen ein Dankfest gefeiert; eine Salve von 21 Kanonen donnerte, während der Segen ertheilt wurde, dann brachten die Soldaten und das zahlreich versammelte Volk dem König Friedrich Wilhelm III. und dem Kaiser Alexander ein donnerndes Lebehoch.

Ein Theil der Russen verließ Berlin und marschirte weiter, während andere Abtheilungen als vorläufige Besatzung in der Stadt blieben. Der Fürst Repnin übernahm das Militair-Gouvernement Berlins.

Viertes Kapitel.

Freuden- und Festtage in Berlin. — Die russischen Gäste. — Einzug des Grafen Wittgenstein. — Einzug York's in Berlin. — Festlichkeiten. — Der König wieder in Berlin. — Die Vorbereitungen zum Kriege. — Der Prinzessinnen-Verein. — Kotzebue's Berliner Amazonen. — Eleonore Prohaska. Die neue deutsche Literatur. — Veredlung des Behördenstils. — Die Kriegspoesie. — Theodor Körner.

Der Monat März des Jahres 1813 war für die Berliner ein wahrer Wonnemond. Das vergnügungssüchtige Völkchen lebte in einem fortdauernden Rausch. Vergnügungen aller Art, Einholungen, Illuminationen, Festtheater-Vorstellungen, Ballete ꝛc. jagten sich einander.

Die in der Hauptstadt anwesenden Prinzen, die hohen Staatsbeamten, der vornehme Adel und die angesehensten und reichsten Kaufleute wetteiferten in glänzenden Festlichkeiten, welche sie den Russen, den Befreiern der Stadt, boten. Auch die Bürgerschaft folgte dem von oben gegebenen Beispiel, sie empfing in kleinen Kreisen die russischen Gäste mit echt deutscher Gastfreiheit und suchte ihnen das Leben in Berlin so angenehm wie möglich zu machen.

In allen öffentlichen Lokalen wurden die russischen Offiziere mit der höchsten Zuvorkommenheit bewirthet, und selbst die Gemeinen, die oft gar nicht sehr appetitlich aussehenden und duftenden Kosaken und Baschkiren, erhielten in den Bürgerhäusern die freundlichste Aufnahme; sie wurden mit guten Speisen reichlich bewirthet und, was ihnen das Liebste war, sie empfingen den kräftigsten Schnaps, der ihnen stets in hinreichendem Maße geliefert wurde.

In den ersten Tagen wußten die Söhne der östlichen Steppen sich kaum zu retten vor den

Liebkosungen, mit welchen die Berliner sie überhäuften. Dies aber ließ bald etwas nach, nachdem man die unangenehme Bemerkung gemacht hatte, daß allzu nahe persönliche Berührungen mit den würdigen Freunden nicht ohne Gefahr seien, daß sie oft Krätze und Ungeziefer aller Art im Gefolge hätten. Man betete sie seitdem mehr aus der Ferne an und sorgte, sie durch reichliche Branntweinspenden in guter Laune zu erhalten, was den Kosaken auch weit lieber war.

Ein Hauptfest gab es in Berlin, als am 11. März der russische General Graf Wittgenstein seinen feierlichen Einzug in die Stadt hielt.

Eine zahllose Volksmasse hatte vor dem Thore, in der Königstraße und auf dem Schloßplatze die Russen erwartet. Tausende und abermal Tausende von weißen Tüchern wehten aus allen Fenstern, selbst die Dächer der Häuser waren zum Theil abgedeckt, um der Zuschauermasse Platz zu verschaffen. Die Hurrahs für den Kaiser Alexander, die Lebehochs auf König Friedrich Wilhelm III. wollten gar nicht enden.

Mittags war beim Prinzen Heinrich großes Diner, zu welchem die russischen Generale und höheren Offiziere geladen waren. Nach aufgehobener Tafel begab sich Graf Wittgenstein nach dem Opernhause; hier wurde ein preußisches Nationalstück: „Der dankbare Sohn" gegeben. Kaum hatte sich Wittgenstein in der Loge gezeigt, als das ganze Publikum sich erhob und unter dem Schmettern der Trompeten ihm ein donnerndes Lebehoch ausbrachte. Ein Kotzebue'sches Singspiel, „Feodora", folgte dem ersten Stück. Als in dem Singspiel der Czaar erschien und von dem Chor mit den Worten:

„Heil ist dem Hause widerfahren,
Das ein guter Fürst betritt"

bewillkommnet wurde, erschallte aus dem ganzen Hause ein nicht enden wollendes Beifallklatschen. Den Beschluß des Abends machte ein Ballet: „Apelles und Campaspe", oder „Die Großmuth Alexander's."

Auch an diesem Abende war Berlin auf das Glänzendste erleuchtet.

Den Glanzpunkt aller Festlichkeiten bildete ein großartiger Ball, der am Sonnabend den 13. März zu Ehren der Russen von den vornehmsten und reichen Einwohnern Berlins gegeben wurde.

War schon der Empfang der Russen ein freudiger gewesen, so überbot sich das Volk im Jubel selbst, als endlich am 17. März die preußischen Truppen, geführt von dem General York, in Berlin einzogen.

York, über dessen Haupt Absetzung, Schande, ja selbst Todesgefahr geschwebt hatte, so lange Friedrich Wilhelm III. zwischen einem Bündniß mit Frankreich und Rußland schwankte, war jetzt der gefeiertste Mann des Tages.

Der Erfolg hatte ihm Recht gegeben. Die Convention von Tauroggen war nicht mehr ein Verrath, sondern eine große, durch die Nothwendigkeit gebotene That. Der König hatte am 11. März von Breslau aus dem viel geschmähten Manne eine Ehrenerklärung gegeben, indem er durch Parole-Befehl bekannt gemacht hatte, daß York nicht nur das Kommando des ihm untergebenen Korps behalten solle, sondern daß ihm auch als Beweis besonderer königlicher Zufriedenheit und des ungetheilten vorzüglichen königlichen Vertrauens noch der Oberbefehl über die Truppen des General-Majors von Bülow übertragen worden sei.

Das Volk von Berlin bedurfte solcher Beweise der königlichen Gunst nicht, um dem „eisernen" York seine Sympathien entgegenzutragen, es betrachtete den Feldherrn als den Schöpfer einer neuen Zeit, die Convention von Tauroggen als den Uranfang des Bündnisses zwischen Rußland und Preußen.

Die Bürger hatten York's Thätigkeit in Ostpreußen mit Bewunderung verfolgt, und als nun der berühmte General in Berlin einzog, fand er die ungetheilte Liebe und Bewunderung. Er wurde mit endlosem Jubel empfangen.

In Weißensee bewillkommneten ihn Prinz Heinrich von Preußen, der Graf Wittgenstein, Fürst Repnin und die übrigen preußischen und russischen Generale, sowie der Generalstab der Bürgergarde, die ihm von Berlin aus entgegengezogen waren. Der Einzug selbst fand mit denselben Feierlichkeiten statt, welche wenige Tage vorher für den Grafen Wittgenstein veranstaltet worden waren. Auch wurde dem preußischen Feldherrn ebenso wie dem russischen von den vornehmsten Einwohnern der Stadt ein glänzender Ball gegeben, der diesmal im Opernhause stattfand, weil vorauszusehen war, daß kein anderes Lokal Berlins die gewaltige Zahl der Gäste würde fassen können. Das Parterre war zum Niveau des Theaters emporgehoben worden, dadurch hatte man einen Ballsaal geschaffen, der durch seine Dimensionen und die Schönheit seiner architektonischen Verhältnisse einen imposanten Anblick gewährte. Das Fest verlief in ungestörter Harmonie.

Kaum waren die dem General York zu Ehren gegebenen Feste vorüber, als ein neuer feierlicher Einzug die Berliner beschäftigte. Der König Friedrich Wilhelm III. war von Breslau zurückgekehrt. Nach einem kurzen Aufenthalte in Potsdam zog er am 24. März 1813 in Berlin ein. Er wurde von dem russischen und preußischen Militair und ebenso von der Berliner Bürgerschaft empfangen.

Daß der König nach dem Empfang die übliche Parade abnahm, daß ihn auf seinem Wege viele tausendstimmige Lebehochs begrüßten, daß Abends die Stadt abermals glänzend erleuchtet war, erwähnen wir eben nur; wir wollen unsere Leser nicht durch eine detaillirte Beschreibung der Festlichkeiten, welche ganz den bei gleichen Gelegenheiten hergebrachten glichen, ermüden.

Der König blieb nur wenige Tage in Berlin, schon am 30. März verließ er seine Hauptstadt

wieder, um sich nach Breslau zurück zu begeben.

Während in Berlin die glänzendsten Feste sich in fast ununterbrochener Reihe folgten, machte doch auch der Ernst der Zeit sich oft recht fühlbar geltend. Alle Vorbereitungen zum Kriege wurden von der Regierung und vom Volke mit großer Energie getroffen. Die Rubrik „Vaterlandsliebe", welche in der Zeit der Franzosenherrschaft aus den Zeitungen verschwunden war, erschien auf's Neue und vollzähliger als zuvor.

Die städtischen Behörden Berlins stellten sich an die Spitze der Bewegung, der Magistrat erließ am 20. März 1813 einen Aufruf an die Einwohner Berlins, durch welchen er diese zu freiwilligen Gaben aufforderte und eine Annahmestelle im Rathhause eröffnete.

Der Magistrats-Aufruf hatte einen so glänzenden Erfolg, daß Friedrich Wilhelm III. sich verpflichtet fühlte, den Bürgern der Stadt Berlin seinen besonderen Dank auszusprechen, den der Magistrat mit Stolz veröffentlichte.

Die Prinzessinnen des königlichen Hauses wollten nicht zurückstehen hinter der Bürgerschaft Berlins, sie betraten — ein bisher unerhörtes Beispiel in der preußischen Geschichte — den Weg der Oeffentlichkeit, sie wandten sich an die Frauen im preußischen Staate, um einen Frauen-Verein zum Wohl des Vaterlandes zu bilden.

Daß Prinzessinnen selbstthätig öffentlich auftreten, sich unter das Volk mischen, mit gewöhnlichen Bürgerfrauen gemeinschaftlich einen Verein bilden könnten, hätte noch in den ersten Tagen des Jahres 1813 Niemand für möglich gehalten, im März aber wunderte sich kein Mensch mehr darüber; man fand das Unerhörte nur natürlich. Der glühende Patriotismus hatte ja Aller Herzen ergriffen, in dem allen Ständen gemeinsamen Gefühle war jeder Rangunterschied erloschen.

Hören wir die Worte der Prinzessinnen, welche die Spener'sche Zeitung vom 1. April 1813 zur Oeffentlichkeit brachte.

„Aufruf an die Frauen im Preußischen Staate.

„Das Vaterland ist in Gefahr! so sprach der König zu seinen treuen, ihn liebenden Unterthanen, und Alles eilt herbei, um es dieser Gefahr zu entreißen. Männer ergreifen das Schwert und reißen sich los aus dem Kreise ihrer Familien; Jünglinge entwinden sich der zärtlichen Umarmung liebender Mütter, und diese — voll edlen Gefühls — unterdrücken die heilige Mutterthräne. Alles strömt zu den Fahnen, rüstet sich zu dem blutigen Kampfe für Freiheit und Selbstständigkeit; die Flamme, die in dem Busen eines Jeden lodert, sichert den glücklichen Ausgang. Aber auch wir Frauen müssen mitwirken, die Siege befördern helfen, auch wir müssen uns mit den Männern und Jünglingen einen, zur Rettung des Vaterlandes. Darum gründe sich ein Verein, er erhalte den Namen: **Der Frauen-Verein zum Wohle des Vaterlandes.** Gern stellen Wir Uns, die Wir dem Vaterlande angehören, an die Spitze dieses Vereins. Wir hegen das feste Vertrauen, es wollen die edelmüthigen Frauen und Töchter jedes Standes mit Uns dazu beitragen, daß Hilfe geleistet werde den Männern und Jünglingen, die für das Vaterland kämpfen, damit es wieder in der Reihe der glücklichen Staaten stehe, in welcher der Friede seine Segnungen ausströmen könne.

„Zu diesem Zweck wird gegen eine, mit einem Siegel versehene und von einer Kommission, die Wir ernennen werden, unterzeichnete Quittung in einem Lokale, welches noch näher angezeigt werden wird, jede Gabe, jedes Geschenk nicht nur dankbar angenommen, sondern auch gesammelt, verzeichnet, in einem der Tugend und Vaterlandsliebe geheiligten öffentlichen Blatte genannt und wöchentlich aufgeführt werden.

„Diese Gaben und Geschenke geben fortan das Recht, sich Theilgenossin des Frauen-Vereins zum Wohle des Vaterlandes zu nennen, und vorzugsweise das zur Ausrüstung vorzustellende Individuum der Kommission zu empfehlen.

„Nicht blos baares Geld wird dieser Verein, als Opfer dargebracht, annehmen, sondern jede entbehrliche werthvolle Kleinigkeit — das Symbol der Treue, den Trauring, die glänzende Verzierung des Ohres, den kostbaren Schmuck des Halses. Gern werden monatliche Beiträge, gern Materialien, Leinwand, gesponnene Wolle und Garn angenommen, und selbst unentgeltliche Verarbeitung dieser rohen Materialien als Opfer angesehen werden.

„Alles, was auf diese Art gesammelt wird, gehört dem Vaterlande. Diese Opfer dienen dazu, die Vertheidiger, die es bedürfen, zu bewaffnen, zu bekleiden, ausrüsten, und wenn die reiche Wohlthätigkeit der Frauen Uns in den Stand setzt, noch mehr zu thun, dann sollen die Verwundeten gepflegt, geheilt und dem dankbaren Vaterlande wiedergegeben werden, damit auch von unserer Seite erfüllt werde das Große, das Schöne, damit das Vaterland, das in Gefahr ist, auch durch unsere Hilfe gerettet werde, sich neu gestalte und durch Gottes Kraft aufblühe.

Marianne Prinzessin Wilhelm von Preußen. — Wilhelmine Prinzessin von Oranien. — Auguste Kurprinzessin von Hessen. — Wilhelmine verwittwete Prinzessin von Oranien. — Prinzessin Ferdinand von Preußen. — Louise Prinzessin von Preußen Radziwill. — Louise verwittwete Erbprinzessin von Braunschweig. — Caroline Prinzessin von Hessen. — Marie Prinzessin von Hessen.

„Berlin, den 23. März 1813."

Der Aufruf der Prinzessinnen hatte einen glänzenden Erfolg, weil er sich mit Frauenwort an Frauenherzen wandte, weil er kein Opfer edler Weiblichkeit verlangte, sondern dem Frauen-Verein eine Stellung anwies, welche seiner Natur gemäß ihm zukam.

Dagegen fiel ein anderer Aufruf vollkommen in's Wasser, den Kotzebue, der kaiserlich russische Staatsrath und Spion, der frivole Lustspieldichter, welcher mit seinen inhaltlosen Stücken leider immer noch die Bühne beherrschte, an die Berliner Frauen erließ. Kotzebue forderte in einem von ihm geschriebenen, damals weit verbreiteten russisch-deutschen Volksblatt die edlen deutschen Frauen und Mädchen auf, ihre verlorene Ehre von den Franzosen zurück zu erkämpfen, in Berlin eine Amazonenschaar zu bilden und an der Seite der Männer in den heiligen Krieg zu ziehen.

Auf einige phantastische Mädchen und Frauen mag Kotzebue's Aufruf gewirkt haben, vielleicht hätten diese aber auch ohne sein Zuthun das Schwert ergriffen. Es ist ja bekannt genug, daß unter den freiwilligen Jägern sich Frauen befanden, daß Eleonore Prohaska, die 18jährige Tochter eines invaliden Unteroffiziers in Potsdam, das elterliche Haus heimlich verließ, daß sie unter dem Namen August Renz in „Lützow's wilder verwegener Jagd" tapfer kämpfte daß sie endlich im Gefecht an der Göhrde am 16. September 1813 den Kriegertod fand.

Aber nur einzelne Frauen und Mädchen verleugneten ihre Weiblichkeit so sehr, daß sie selbst in den Kampf zogen; die meisten zeigten in reinerer und besserer Art ihren Patriotismus durch reiche Opfergaben, durch freudige, aufopfernde Thätigkeit bei der Pflege der Verwundeten und Kranken.

Kotzebue's Aufruf wurde von den Berliner Frauen mit gerechter Entrüstung zurückgewiesen, das Gefühl der Begeisterung, von dem die ganze Nation gleichmäßig ergriffen war, konnte in seiner schönen Reinheit so ekle Auswüchse, wie der frivole Kotzebue sie forderte, nicht erzeugen und machte sich anderer, edlerer Weise geltend durch den Kampfesmuth, mit welchem die Jünglinge und Männer das Schwert ergriffen, durch die reichen Spenden, die durch die Kampfunfähigen, sowohl Männer als Frauen, den freiwilligen Kriegern gewidmet wurden. Es machte sich geltend auch durch eine neue Aera in der Literatur.

In jener großen, gewaltigen Zeit veredelte sich der früher so pedantische, hölzerne Stil, der in den zahllosen Aufrufen, welche Behörden und Private an das Volk erließen, einen genialen, begeisterten Schwung gewann.

Die Größe des Gedankens und die Tiefe des Gefühls machten sich auch in der Form geltend, sie gaben der Prosa des Behördenstils einen poetischen Anflug, sie durchdrangen die Verse der deutschen Dichter.

In jenen Tagen sind viele, gar herrliche Lieder entstanden, Lieder, die kaum dem Geiste des Dichters entsprungen, schnell sich über ganz Deutschland verbreiteten, die in tausendfältigen Abschriften von Hand zu Hand gingen, ehe sie noch gedruckt werden konnten

Eine eigene Kriegspoesie wurde geboren, ehe noch der Kampf begonnen war, ihre eigentliche Ausbildung aber fand sie während des Krieges selst. Die wild-poetischen Kampflieder Theodor Körner's, des kühnen Lützowers, der — ein Sachse — nach Breslau geeilt war, um unter den Ersten sich zu den preußischen freiwilligen Jägern zu stellen, tönten überall im deutschen Vaterlande wieder, sie stählten den Muth, sie kräftigten die Begeisterung des Volkes; denn wie kein Anderer verstand es Theodor Körner, aus dem Herzen zum Herzen zu sprechen.

„Hinter uns, im Grau'n der Nächte,
Liegt die Schande, liegt die Schmach,
Liegt der Frevel fremder Knechte,
Der die deutsche Eiche brach.
Uns're Sprache ward geschändet,
Uns're Tempel stürzten ein;
Uns're Ehre ist verpfändet:
Deutsche Brüder, löst sie ein!
Brüder, die Rache flammt! Reicht euch die Hände
Daß sich der Fluch der Himmlischen wende!
Löst das verlor'ne Palladium ein!

Vor uns liegt ein glücklich Hoffen,
Liegt der Zukunft gold'ne Zeit,
Steht ein ganzer Himmel offen,
Blüht der Freiheit Seligkeit.
Deutsche Kunst und deutsche Lieder,
Frauenhuld und Liebesglück,
Alles Große kommt uns wieder,
Alles Schöne kehrt zurück.
Aber noch gilt es ein gräßliches Wagen,
Leben und Blut in die Schanze zu schlagen:
Nur in dem Opfertod reift uns das Glück.

Nun, mit Gott! wir wollen's wagen,
Fest vereint dem Schicksal steh'n,
Unser Herz zum Altar tragen
Und dem Tod' entgegen geh'n.
Vaterland! Dir woll'n wir sterben,
Wie Dein großes Wort gebeut!
Uns're Lieben mögen's erben,
Was wir mit dem Blut befreit.
Wachse, Du Freiheit der deutschen Eichen,
Wachse empor über unsern Leichen! —
Vaterland, höre den heiligen Eid!" —

So sang Theodor Körner, so fühlte mit ihm das Volk, und deshalb wurde Körner ein Lieblingsdichter vorzugsweise der Berliner, weil er in seinen Liedern das aussprach, was Alle fühlten und dachten.

Fünftes Kapitel.

Hippel. — Stiftung des eisernen Kreuzes. — Errichtung der Landwehr und des Landsturms. — Bedenken gegen den Landsturm. — Das Volk in Waffen. — Die Revolution in der Zwangsjacke der Bureaukratie. — Der Landsturm in Berlin. — Fichte, Schleiermacher, Schadow und Iffland als Landstürmer. — Der Berliner Witz.

Durch den Aufruf: „An Mein Volk!" hatte der König sich selbst den Rückschritt unmöglich gemacht; hätte er jetzt noch einmal versuchen

wollen, das Bündniß mit Napoleon wieder aufzunehmen, es wäre ihm dies nicht gelungen, denn die Volkskraft und der Volkswille waren entfesselt.

„Das Volk steht auf,
Der Sturm bricht los!"

der Sturm, der nicht mehr zu besänftigen war.

Scharnhorst und Gneisenau hatten redlich dazu beigetragen, daß der entscheideude Schritt endlich gethan werde. Allabendlich hatten sie sich in der letzten Zeit mit mehreren anderen patriotisch gesinnten Männern von Einfluß beim Staatskanzler zusammengefunden, um dort die Schritte zu berathen, durch welche der König zu festem Handeln bestimmt werden könne.

Der Regierungsrath Hippel, dem wir wichtige Nachrichten aus jener Zeit verdanken, hatte den Vorschlag gemacht, einen Aufruf an das Volk zu erlassen. Gneisenau billigte diese Idee, auch der König genehmigte den Vorschlag, und so wurde denn Hippel zum Entwurfe jener Proklamation: „An Mein Volk!" veranlaßt, welche, vom Könige genehmigt und veröffentlicht, so ungeheures Aufsehen in Europa machte.

Mit einem Aufruf, so bedeutungsvoll er auch sein mochte, war doch nur wenig gethan; jetzt, wo jeder Rücktritt unmöglich erschien, mußte nach allen Richtungen hin gewirkt, der Volksbewegung die richtige Bahn angewiesen, die Begeisterung der Nation immer rege erhalten werden. Daß eine der ersten Thaten des Königs in der gegenwärtigen Zeit die Stiftung eines neuen Ordens war, daß diese sogar dem Aufruf: „An Mein Volk!" vorausging, ist ein Zeugniß für die nicht gerade großartige Auffassung des Volksgeistes an höchster Stelle.

Noch immer glaubte Friedrich Wilhelm III. nicht recht an die Aufopferungsfreudigkeit des Volkes. Wie er der Aufopferung zum freiwilligen Eintritt in's Heer die Spitze abgebrochen hatte, indem er durch die späteren Bestimmungen mit Zwangsmaßregeln und Strafen drohte, so suchte er jetzt durch die Stiftung eines neuen Ordens, durch das Versprechen eines Lohnes für Tapferkeit und Verdienst das Volk anzufeuern, denn nur, wenn auf der einen Seite die Belohnung winkte, auf der andern die Strafe drohte, konnte nach dem kleinlichen Glauben einer am Hofe noch mächtigen Partei der Ehrgeiz der trägen Volksmasse angestachelt werden.

Schon am 10. März, dem Geburtstage der verewigten Königin Louise, hatte Friedrich Wilhelm III. die Urkunde über die Stiftung des eisernen Kreuzes vollzogen, veröffentlicht wurde sie in den Berliner Zeitungen an demselben Tage, der auch den Aufruf: „An Mein Volk!" brachte. Der Eingang lautete:

„In der jetzigen großen Katastrophe, von welcher für das Vaterland Alles abhängt, verdient der kräftige Sinn, der die Nation so hoch erhebt, durch ganz eigenthümliche Monumente geehrt und verewigt zu werden. Daß die Standhaftigkeit, mit welcher das Volk die unwiderstehlichen Uebel einer eisernen Zeit ertrug, nicht zur Kleinmüthigkeit herabsank, bewährt der hohe Muth, welcher jetzt jede Brust belebt und welcher, nur auf Religion und auf treue Anhänglichkeit an König und Vaterland sich stützend, ausharren konnte.

„Wir haben daher beschlossen, das Verdienst welches in dem jetzt ausbrechenden Kriege, entweder im wirklichen Kampfe mit dem Feinde, oder außerdem, im Felde oder daheim, jedoch in Beziehung auf diesen großen Kampf um Freiheit und Selbstständigkeit, erworben wird, besonders auszuzeichnen, und diese eigenthümliche Auszeichnung nach diesem Kriege nicht weiter zu verleihen.

„Demgemäß verordnen Wir wie folgt:

„1) Die nur für diesen Krieg bestehende Auszeichnung des Verdienstes Unserer Unterthanen um das Vaterland ist

das eiserne Kreuz

von zwei Klassen und einem Großkreuz u. s. w."

Den Entwurf zu dieser Stiftungsurkunde hatte Scharnhorst aufgesetzt; wir wissen nicht, ob er dies freiwillig gethan, ob auch er geglaubt hat, durch ein Ordensversprechen die Volksbegeisterung zu erhöhen, oder ob er nur den Wünschen des Königs gefolgt ist; wohl aber wissen wir, daß er sich mit solchem Scheinwerk nicht begnügte, daß er rastlos arbeitete, um jetzt endlich seinen lang gehegten Plan, die Errichtung einer preußischen Landwehr und eines Landsturms, in's Leben zu rufen.

Schon im Februar hatte er an Hippel den vollendeten Entwurf zu einer Landwehrverfassung zur Durchsicht und Feile übergeben; am 17. März erließ der König den Aufruf zur Landwehr, in welchem er sagte:

„Ein vor Augen liegendes Beispiel hat gezeigt, daß Gott die Völker in seinen besonderen Schutz nimmt, die ihr Vaterland im unbedingten Vertrauen zu ihrem Beherrscher mit Standhaftigkeit und Kraft gegen fremde Unterdrücker vertheidigen.

„Preußen, würdig des Namens, theilt Ihr dies Gefühl! Auch Ihr hegt den Wunsch, vom fremden Druck Euch zu befreien. Mit Rührung werde Ich die Beweise davon gewahr, in dem Eifer, mit welchem die Jünglinge aus allen Ständen zu den Waffen greifen und unter die Fahnen Meines Heeres sich stellen; in der Bereitwilligkeit, mit welcher gereifte Männer, voll Verachtung der Gefahr, sich zum Kriegsdienst erbieten, und in den Opfern, mit welchen alle Stände, Alter und Geschlechter wetteifern, ihre Vaterlandsliebe an den Tag zu legen. Ein mit Muth erfülltes Heer steht mit siegreichen und mächtigen Bundesgenossen bereit, solche Anstrengungen zu unterstützen. Diese Krieger werden kämpfen für unsere Unabhängigkeit und für die Ehre des Volkes, gesichert aber werden Beide nur werden, wenn jeder Sohn des Vaterlandes diesen Kampf für Freiheit und Ehre theilt!

„Preußen! Zu diesem Zweck ist es nothwendig, daß eine allgemeine Landwehr auf das Schleunigste errichtet und ein Landsturm eingeleitet werde. — Ich befehle hiermit die Erste und werde den Letzteren anordnen lassen. Die Zeit erlaubt nicht, mit Meinen getreuen Ständen darüber in Berathung zu treten, aber die Errichtung der Landwehr ist nach den Kräften der Provinzen entworfen, die Regierungen werden selbige den Ständen mittheilen. Eile ist nöthig, der gute Wille jedes Einzelnen kann sich hier zeigen. Mit Recht vertraue Ich auf ihn.

„Mein getreues Volk wird in dem letzten entscheidenden Kampf für Vaterland, Unabhängigkeit Ehre und eigenen Heerd Alles anwenden, den alten Namen treu zu bewahren, den unsere Vorfahren uns mit ihrem Blute erkämpften.

„Wer aber aus nichtigen Vorwänden und ohne Mangel körperlicher Kraft sich Meinen Anordnungen zu entziehen suchen sollte, den treffe nicht nur die Strafe des Gesetzes, sondern die Verachtung Aller, die für das, was dem Menschen ehrwürdig und heilig ist, das Leben freudig zum Opfer bringen.

„Meine Sache ist die Sache Meines Volkes und aller Gutgesinnten in Europa.

„Gegeben Breslau, den 17. März 1813.

Friedrich Wilhelm."

In Berlin wurde die Berufung der Landwehr sofort in Angriff genommen. Ein Ausschuß, an dessen Spitze der Polizei-Präsident Le Coq stand, wurde gebildet; er erließ schon am 26. März eine Bekanntmachung, in welcher er alle männlichen Einwohner Berlins vom 17. bis 40. Jahre, mit alleiniger Ausnahme der in wirklichem Dienste stehenden Präsidenten und Direktoren und der aktiven Militairpersonen, aufforderte, sich zur Landwehr zu stellen und sich darüber zu erklären, ob sie frei willig in den aktiven Dienst treten wollten. Unter Denen, welche eine solche Erklärung nicht abgeben würden, sollte demnächst geloost werden.

Der Platz im Thiergarten vor den Zelten wurde zum Sammelpunkt bestimmt, und dort gab es an den betreffenden Tagen so viel freiwillige Landwehrmänner, als der Polizei-Präsident Le Coq nur irgend wünschen konnte.

Die versprochene Bildung des Landsturms ließ länger als die Errichtung der Landwehr auf sich warten. Die Letztere war die Ergänzung des stehenden Heeres, der Landsturm aber nichts Anderes, als das ganze Volk in Waffen, und dagegen erhoben sich bei den ängstlichen Gemüthern am Hofe vielfache kleinliche Bedenken.

Es erschien gefährlich, das Volk aufzubieten. Die jetzt gegen den Feind nach Außen gerichteten Waffen konnten seiner Zeit auch gegen den Feind im Innern gerichtet werden! Die Bildung eines Landsturms war eine so revolutionäre Maßregel, daß das Wiener Kabinet, mit welchem Preußen damals über ein Bündniß verhandelte, ernstlich davor warnte.

Vergeblich aber bemühten sich die kleinmüthigen Hofpolitiker, sich dem dem Drängen der großen Zeit entgegen zu stemmen; der Strom riß sie mit sich fort, sie mochten wollen oder nicht. Am 21. April wurde die Landsturm-Verordnung erlassen. Noch zögerte man einige Tage mit der Veröffentlichung, aber auch diese mußte am 8. Mai erfolgen, denn schon bildete sich hier und da der Landsturm freiwillig, und ein solches Vorgehen erschien noch gefährlicher, als wenn er auf Befehl des Königs auf der Grundlage eines Gesetzes errichtet wurde.

Die Verordnung über die Bildung des Landsturmes ist eines der denkwürdigsten Dokumente in unserer preußischen Geschichte, sie giebt uns das klarste Bild des Geistes, von dem in jener großen Zeit das ganze Volk durchdrungen war, des Geistes, von dem, wenn auch widerwillig, selbst die Regierung Zeugniß ablegen mußte, den sie nicht verleugnen konnte, wenn sie sich auch bemühte, ihm, wo sie es irgend vermochte, Fesseln anzulegen.

Der Eingang der Verordnung lautete:

„Ich habe Meinem getreuen Volke die Vollendung der Landesbewaffnung durch den Landsturm verheißen. Die Landwehr ist, wie Ich mit dankbarer Anerkennung solches Eifers und solcher Anstrengungen erfahre, in allen Provinzen für errichtet anzunehmen.

„Es soll daher überall sofort zur Einrichtung des Landsturms mit der bisherigen Thätigkeit geschritten werden, damit der Feind, wie auch die Erfolge unserer Waffen, die in Gottes Hand liegen, sein mögen, gewahr werde, daß ein Volk nicht besiegt werden kann, welches eins mit seinem Könige ist.

„Diese Unüberwindlichkeit hängt nicht von einer besonderen Beschaffenheit eines Terrains ab. Die Sümpfe der alten Deutschen, die Gräben und Kanäle der Niederländer, die Hecken und das Buschwerk der Vendée, die Wüsten Arabiens, die Berge der Schweizer, der wechselnde Boden der Spanier und Portugiesen haben, vom Volke vertheidigt, stets ein und dieselbe Folge erzeugt.

„Hat der Gebirgsbewohner den Vortheil unangreifbarer Höhen, Schlupfwinkel durch Felsen gesichert, so hat der Bewohner der bebauten Ebene seine Seen, Wälder und Sümpfe und den Vortheil leichter eine gewisse Menge auf einem Fleck zu versammeln, als die zerstreut liegenden Wohnungen in den Bergen dies gestatten.

„Hat auch der Angreifer die Wahl des Angriffspunktes für sich, Vaterlandsliebe, Ausdauer, Erbitterung, nähere Hilfsquellen geben, auf die Länge, dem Vertheidiger das Uebergewicht.

Allgemeine Bestimmungen.

„§ 1. Jeder Staatsbürger ist verpflichtet, sich dem andringenden Feinde mit Waffen aller Art zu widersetzen, seinen Befehlen und Ausschreibungen nicht zu gehorchen, und wenn der Feind solche mit Gewalt beitreiben will, ihm durch alle nur aufzubietenden Mittel zu schaden.

„§ 2. Um diese Verpflichtungen mit mehr Zweckmäßigkeit zu erfüllen, sollen die im Lande befindlichen Streitkräfte, wenn der Feind dem Lande sich naht, zu einem Landsturm aufgeboten werden. — — —

„§ 5. Jeder Staatsbürger, der nicht schon bei dem stehenden Heere oder der Landwehr wirklich fechtend gegen den Feind steht, ist verpflichtet, sich zum Landsturm zu stellen, wenn das Aufgebot eintritt.

„Steht die Landwehr also noch nicht gegen den Feind, so gehört sie mit zum Landsturm.

„§ 6. Nur die weiter unten zu bestimmenden Personen haben das Recht, den Landsturm aufzubieten.

„Ein Zusammenlaufen ohne Aufgebot wird als Meuterei bestraft.

„§ 7. Ist der Fall des Aufgebots eingetreten, so ist der Kampf, wozu der Landsturm berufen wird, ein Kampf der Nothwehr, der alle Mittel heiligt.*) Die schneidendsten sind die vorzüglichsten, denn sie beenden die gerechte Sache am siegreichsten und schnellsten.

„§ 8. Es ist daher die Bestimmung des Landsturms, dem Feinde den Einbruch, wie den Rückzug zu versperren, ihn beständig außer Athem zu halten; seine Munition, Lebensmittel, Couriere und Rekruten aufzufangen; seine Hospitäler aufzuheben, nächtliche Ueberfälle auszuführen, kurz: ihn zu beunruhigen, zu peinigen, schlaflos zu machen, einzeln und in Trupps zu vernichten, wo es nur möglich ist. Dränge selbst der Feind vorwärts und wäre 50 Meilen weit, so bringt es ihm geringen Vortheil, wenn der Strich, den er einnimmt, keine Breite hat, wenn er nicht mehr wagen darf, kleine Detachements zum Fouragiren und Recognosciren auszusenden, ohne die Gewißheit, daß sie ihm erschlagen werden, und wenn er nur in Masse und auf gebahnten Wegen vordringen kann, wie das Beispiel von Spanien und Rußland lehrt."

Das in Rußland und Spanien gegebene Beispiel also hatte die preußische Regierung zur Nachahmung angefeuert; das gesammte Volk mußte aufgeboten werden, um dem so furchtbaren Feinde entgegenzutreten. Nicht mehr auf die eingeschulte, regelmäßige Armee glaubte sich der König verlassen zu können, das Volk selbst, das ganze Volk sollte die Waffen zum Vernichtungskampfe ergreifen und diesen mit allen, den Bürgern und Bauern zu Gebote stehenden Wehrmitteln führen.

Dies war der großartige, durch und durch revolutionäre Plan Scharnhorst's, den anzunehmen die preußische Regierung durch die Noth gezwungen worden war. Aber den preußischen Staatsmännern graute vor dem Landsturm, den sie selbst in's Leben riefen, vor dieser entfesselten Volkskraft, vor dem Volk in Waffen. Das Schicksal des Goethe'schen Zauberlehrlings, der die gerufenen Geister nicht zu bannen vermochte, stand ihnen drohend vor Augen. Sie waren deshalb bemüht, wenigstens die äußerste Gefahr aus der Berufung des Landsturms zu beseitigen, der freien Volksbewegung eine lästige Fessel anzulegen.

Wie war in Spanien und Rußland der Landsturm, wenn wir den deutschen Ausdruck auch auf jene Länder anwenden wollen, zusammenberufen worden? Jeder, der das Vertrauen des Volkes besaß, der den Beruf in sich fühlte, mit ganzer Kraft sich der Vertheidigung des Landes zu widmen, hatte auch das Recht gehabt, zu den Waffen zu rufen. Eine Volksbewegung ließ sich nicht in feste Formen bannen, es war kein Landsturmgesetz, welches die Spanier in die Gebirge trieb, von denen aus sie ihre Guerillaschaaren gegen die Franzosen entsendeten; der freie Volkswille, die ungezügelte Begeisterung rief jene Thaten der höchsten Selbstaufopferung hervor, welche die Bewunderung der Mit- und Nachwelt erhalten haben.

Wo der Feind in's Land gedrungen war, hatte der Erste, Beste, der des Vertrauens seiner Mitbürger gewiß sein konnte, diese zu den Waffen gerufen; hier war es ein Beamter, dort ein Schankwirth, Fuhrmann oder vielleicht sogar ein Schmuggler gewesen, hier ein Sprößling des vornehmsten Adels, dort der Sohn eines Bettlers!

So sollte in Preußen nicht verfahren werden! Noch immer klebte der Regierung der Zopf der alten Bureaukratie an; selbst ihre revolutionärsten Gesetze waren von demselben nicht frei. Sie wollte Revolution machen und doch dabei so viel als irgend möglich die bureaukratische Ordnung erhalten. Zu diesem Zweck bestimmte § 12:

„Alle Armee- und Corps-Commandanten haben das Recht, diejenigen Landsturm-Bezirke in Thätigkeit zu setzen und so viele Mannschaften derselben zu sich zu rufen, als sie erspriеßlich erachten. Ebenso alle Militair-Gouverneurs, Kreis- und Bezirksvorsteher des Landsturms, letztere Beide jedoch nur von dem Bezirk und dem Kreise, worüber sie gesetzt sind. Bei Todesstrafe darf sich Niemand, außer den gedachten Personen, das Recht anmaßen, den Landsturm aufzubieten oder auch nur durch Reden zum Zusammentreten zu verführen."

Todesstrafe Demjenigen, der es wagte, unbefugt den Landsturm zu berufen! Todesstrafe auch dem kühnen Volksredner, der sich unterfing, die Menge aufzureizen, wenn die Beamten nicht den Muth besaßen, ihre Pflicht zu thun! Welchen seltsamen Widerspruch bildet dieser Paragraph mit dem Geiste, aus dem das Landsturmgesetz im Großen und Ganzen geflossen war.

*) Wie schnell die Menschen vergessen, davon haben uns die neuesten Zeiten wieder einen Beweis gegeben! Mit welchen Schmähungen sind in den deutschen Zeitungen die Franctireurs überhäuft worden, welche im Kampfe für ihr Vaterland zu denjenigen Mitteln gegriffen haben, die in dem preußischen Landsturmgesetz den preußischen Patrioten direkt anbefohlen worden! — Man sollte auch gegen den Feind gerecht sein können! —

Auch mehrere andere Paragraphen der denkwürdigen Verordnung zeigen die gleiche Aengstlichkeit der Regierung. Den Mannschaften des Landsturms war die Wahl ihrer Offiziere und Unteroffiziere überlassen; so bestimmte es § 36. Aber er enthielt zugleich die Einschränkung:

„Alle diese Wahlen können aber zuerst nur auf Grundbesitzer und Eigenthümer, Staats- und Kommunalbeamte, Schulzen und Oekonomie-Verwalter, Schöppen, Förster, Schullehrer gerichtet werden."

Zu diesem Vorsichts-Paragraphen stehen im grellen Gegensatze alle Bestimmungen über die Bewaffnung und über die eigentliche Thätigkeit des Landsturms, Bestimmungen, welche ihn zu einer durchaus revolutionären Staats-Institution stempeln.

„§ 42. — — — Vorgeschriebene Waffen giebt es eigentlich nicht, jedoch hat sich jeder Reiter wenigstens mit einer Pike, einem Beile, das Fußvolk mit einem Beile und einer Heugabel zu versehen. Einen Tornister oder Brodsack und eine Feldflasche, und für die Reiter einen Futtersack, darf Niemand vergessen.

„§ 43. Die Waffen sind: alle Arten von Flinten mit und ohne Bajonnet, Spieße, Piken, Heugabeln, Morgensterne, Säbel, Beile, gerade gezogene Sensen, Eisen 2c. Zur Munition für die Flinten kann in Ermangelung von Kugeln jede Art von grobem Schrot benutzt werden, daher die Besitzer von Feuergewehren beständig Pulver und Blei hinreichend vorräthig haben müssen.

§ 44. Die Waffendepots sind nie an der Heerstraße, sondern in Wäldern und wenig zugänglichen Oertern anzulegen. Sie können allenfalls leicht verschanzt werden und dienen an Sonn- und Feiertagen zu Exerzierplätzen. Sie sind die Sammelplätze der Landsturmhaufen. Wachen, nicht zu selten abgelöset, sind dort beständig aufgestellt und haften dafür, daß nichts entwendet oder verdorben werde.

„§ 45. Wer dem Feinde ein Waffendepot verräth, wird erschossen.

„§ 46. Das Exerzieren des Landsturms soll an Sonn- und Festtagen, sowie in den Abendstunden geschehen und darin bestehen: die Mannschaft zu gewöhnen, in Massen und Gliedern zusammen zu stehen und sich zu bewegen, geräuschlos und schweigend zu marschiren, mit Piken und Heugabeln umzugehen, damit die feindliche Kavallerie zurückzuweisen, Diejenigen, die Feuergewehre haben, im Schießen zu üben; mit einem Trupp sich in Thälern, hinter Höhen und Waldungen fortzuschleichen, sich einzeln auf Kundschaft zu legen und zu patrouilliren; hinter Dörfern und Scheunen, in Waldungen, hinter Höhen sich in Trupps zu verstecken, dann plötzlich und unvermuthet hervorzubrechen, schwärmend und geschlossen anzugreifen, sich in Gräben, hinter Hecken, Zäunen, Häuser zu postiren, sich getheilt oder in Masse zurückzuziehen. — — —

„§ 48. Die Signale, den Landsturm zu berufen, ob durch Glockengeläute, Raketen, Feuerstangen 2c., sind dem Lokale gemäß zu verabreden. Sie müssen zugleich ausdrücken: ob der Feind zu verfolgen, ob man sich in Masse vor ihm zurückzuziehen habe.

„Auf das erste Sturmzeichen eilt Alles zu den Waffendepots. — — —

„§ 50. Jeder Landstürmer trägt, wo möglich, eine hellgellende Pfeife bei sich, um sich unter einander in der Dunkelheit zu erkennen und zu verständigen. — — —

„§ 59. Das System der Ordonnanzen, Boten, Spähet, um fortwährend gute und häufige Nachrichten einzuholen, ist auf's Schnellste und Fleißigste zu verbreiten und in Ausführung zu bringen.

„§ 60. Wie bei einer Fußpost sind täglich von Meile zu Meile Boten abzuschicken. Auch Weiber und Kinder von 12 bis 15 Jahren sind hierzu brauchbar.

„§ 61. Bei nahender Gefahr stellt man Späher auf alle Kreuzwege, Berge und Hügel. Genau ist zu berechnen, in wie viel Zeit Jeder seinen Weg zurücklegen oder seine Ordre überbringen könne (auf welcher die Abgangsstunde zu notiren ist).

„§ 62. Muthwillige und nachlässige Verspätungen sollen durch körperliche Züchtigungen geahndet werden. Schärfer noch absichtlich lügenhafte Berichte, um zu täuschen oder sich wichtig zu machen.

„§ 64. Diese Späherei, weit entfernt verächtlich zu sein, ist Pflicht gegen den Feind und vom höchsten Werthe, und muß daher überall aufgemuntert werden. Keine Unternehmung kann ohne sie gelingen. Nur Spionirerei als Handwerk und für den Feind ist Verbrechen und beschimpfend.

„§ 78. Wer dem Feinde eine Wasserfurth freiwillig verräth, Mann oder Weib, oder ihm als Wegweiser dient, wird erschossen. — Wer es gezwungen gethan, ist wegen Mangels an Standhaftigkeit zur Verantwortung zu ziehen und überall hintenan zu setzen. Auch steht einem Solchen der Beweis zu, daß er Zwang erlitten.

„§ 84. Die Bildung der National- oder Bürgergarden unter Einfluß und Aufsicht des Feindes ist bei Strafe schimpflicher Landesverweisung untersagt. Diese scheinbaren Ordnungsmittel haben dem Feinde zu oft schon Garnisonen in den eroberten Städten gespart. Es ist weniger schädlich, daß einige Ausschweifungen zügellosen Gesindels stattfinden, als daß der Feind frei im Schlachtfelde über alle seine Truppen gebiete.

„§ 85. In einer vom Feinde besetzten Stadt wird, wie bei tiefster Trauer, verboten, irgend ein Schauspiel, Ball oder öffentliche Lustbarkeit zu besuchen. Kein Geistlicher darf darin ohne besondere Erlaubniß einer dem Feinde nicht unterworfenen höheren Behörde ein Paar ehelich einsegnen.

„Ich erachte es als überflüssig, Meine getreuen Unterthanen besonders zu ermuntern, gegenwärtige Verordnung unverzüglich und strenge in Ausübung zu bringen.

„Alles, was Ich um Mich her erblicke, verbürgt ihre Liebe zu ihrem Könige und Vaterlande, ihr Vertrauen, ihren Gehorsam. Zur besonderen Pflicht aber mache Ich es dabei noch allen Behörden des Staats, der Geistlichkeit, sowie den Kommandanten dieses allgemeinen Aufgebots, ganz vorzüglich dahin zu sehen und zu wachen, daß sich diese Maßregeln des Landsturms, wenn sie eintreten, nie ohne Noth gegen das Eigenthum selbst kehren oder Einzelne sich dadurch verleiten lassen, sich ihren Pflichtleistungen zu entziehen. Was Nothwehr gegen den Feind ist, arte nie in verderbende Zügellosigkeit aus.

„Dem biedern Sinn Meiner getreuen Unterthanen vertraue Ich, sie werden Beides nie mit einander verwechseln. Sie wissen und fühlen, daß jede ungewöhnliche Maßregel, wodurch das Eigenthum des Einzelnen gefährdet werden könnte, Meinem väterlichen Herzen wehe thut, daß daher blos die feste Ueberzeugung: nur auf diesem Wege sei es möglich, die größeren Güter, Ruhe, Glückseligkeit und Selbstständigkeit, zu erringen, Mich vermögen konnten, sie, wo es noth thut, zu gebieten.

„Ein solches Volk und solche Anstrengungen segnet Gott!

„Gegeben Breslau, den 21. April 1813.

Friedrich Wilhelm."

Die Landsturm-Verordnung war kaum erlassen, als schon aller Orten das Volk sich waffnete, um, dem Gesetze gemäß, zur Vertheidigung der Heimath bereit zu sein; ja, in verschiedenen Districten war sogar die Bildung des Landsturms schon vor sich gegangen, ehe noch das Gesetz veröffentlicht wurde.

Auch in Berlin war die gesammte Bürgerschaft freudig bereit, sich dem Landsturm anzuschließen. Vor Allen eifrig zeigten sich die Männer der Wissenschaft und Kunst. Die Professoren der Universität, die Mitglieder der Akademie, die Schauspieler unter Iffland's Führung, die Künstler ließen sich in die Liste der Landsturmmänner einzeichnen. Mit gewissenhafter Pünktlichkeit erschienen sie auf dem Allarm- und Exerzierplatz zu den Uebungen.

Fichte, der große Philosoph, kam auf das Abenteuerlichste bewaffnet, um auch seine körperliche Kraft, wie seine geistige dem Vaterlande zu widmen. Ein breiter Ledergurt, der fast einem Küraß glich, umschloß seinen Leib, zwei gewaltige Pistolen, sowie ein mächtiger Pallasch, der hinter ihm auf dem Straßenpflaster herrasselte und Funken aus demselben schlug, vollendeten seine Bewaffnung.

Schleiermacher war Lanzenträger, und in den Reihen der Landsturmmänner ließ er sein Wort so kräftig und patriotisch erschallen, wie sonst vom Katheder und von der Kanzel herab.

Der Director Schadow von der Akademie der Künste führte die Schaar der Apollosöhne, Maler, Bildhauer, Musiker folgten ihm; aus den Künstlerateliers hatten sie die alten Ritterwaffen, mit denen sie sonst ihre Modelle zu schmücken pflegten, hervorgeholt, um sie sich selbst umzuhängen.

Iffland brachte die Schauspieler zum Appellplatz. Auch diese waren prunkvoll bewaffnet. Die Theater-Garderobe hatte die Bühnenschwerter und Harnische hergeben müssen. Iffland selbst trug den Brustharnisch und das Schild der Jungfrau von Orleans.

Der Berliner Witz machte sich in jenen Tagen mit seiner gewohnten Schärfe über die Professoren und Künstler her. Freilich sahen diese in ihren seltsamen Kostümen gar nicht sehr fürchterlich und kriegerisch, sondern im Gegentheil recht komisch aus. Es erschienen Bilder, welche Fichte als Landstürmer mit der Brille auf der Nase im vollen Waffenschmuck darstellten. Auch andere Gelehrte und Künstler wurden in gleicher Weise geneckt, die Verspotteten aber ließen sich dadurch nicht abhalten, ihre Pflicht zu erfüllen, und die Spötter folgten ihrem Beispiel. — Lachend, über den eigenen abenteuerlichen Aufzug witzelnd, ergriffen sie die Waffen; sie waren deshalb nicht weniger fest entschlossen, diese mit größter Kraft und Tapferkeit gegen die Franzosen zu gebrauchen.

Die Berliner haben zu allen Zeiten gern gute und schlechte Witze gerissen, am liebsten über sich selbst, so lachten und witzelten sie denn auch damals. Der Landsturm wurde nach allen Richtungen hin ein Gegenstand des Scherzes, aber nichtsdestoweniger suchten sich nur Wenige, sehr Wenige ihrer Pflicht zu entziehen.

In merkwürdig kurzer Zeit wurde der Berliner Landsturm organisirt, und das Militair-Gouvernement konnte bereits am 12. Mai 1813 eine Proklamation erlassen, in welcher es bekannt machte, daß der Landsturm formirt, vereidet und mit den gehörigen Offizieren versehen sei. Als Militair-Commandant Berlins wurde für die Friedrichsstädtische Seite der General-Major von Brauchitsch und für die Königstädtische Seite der General-Major von Schenk ernannt.

Sechstes Kapitel.

Der heilige Krieg. — Der Ausmarsch der York'schen Krieger. — Die ersten Siegesnachrichten. — Berliner Kinder bei Groß-Görschen. — Die Belagerung und Kapitulation Spandau's. — Drohende Gefahr. — Stimmung in Berlin. — Die Befestigung Berlins. — Straffe Ordnung in Berlin. — Das Bülow'sche Korps. — Glänzende Opferfreudigkeit der Berliner. — Das Gefecht bei Luckau. — Merkwürdige Hinrichtung in Berlin.

Ein Fremder, der in den letzten Tagen des März 1813 die wegen ihrer frivolen Vergnügungssucht in ganz Europa berüchtigte Stadt Berlin

besucht hätte, würde kaum geglaubt haben, daß er sich in der nordischen Residenz unter den leichtfertigen Berlinern befinde. Nach den glänzenden Festen, durch welche der Märzmonat in der Residenz sich ausgezeichnet hatte, kam es einer religiösen Weihe gleich über das Volk, als die preußischen Krieger nun wirklich zum Kampf ausrückten.

Die plötzliche Umwandlung der Volksstimmung, der Uebersprung von Festliedern zu Chorälen gehört zu den Eigenthümlichkeiten der an seltsamen inneren Widersprüchen so reichen Zeit.

Ueberall in Preußen wurden die in den Krieg ziehenden Schaaren durch Priester gesegnet, der bevorstehende Kampf sollte den Charakter eines heiligen Krieges für des Volkes höchste Güter, für Recht, Freiheit und Heimath erhalten. Auch in Berlin wurde den Ausziehenden die religiöse Weihe gegeben, und wie geneigt sonst das leichtfertige Volk sein mochte zu Spott und scharfem Witz, wie wenig es sich zur Frömmelei hingezogen fühlte, in jenen Tagen hielt es die lose Zunge im Zaum, ja es drängte sich zu den öffentlichen Plätzen, um Theil zu nehmen an den religiösen Feierlichkeiten, welche dem Ausmarsch der Truppen vorhergingen.

Mit besonderer Rührung wurden die York'schen Krieger aus der Hauptstadt entlassen. Auf dem Lustgarten war von Trommeln ein Altar errichtet; vor diesem stand am 27. März Morgens der Prediger Schulz im einfachen Predigergewand, unter freiem Himmel hielt er eine Predigt, in der er die Krieger ermuthigte. Dann ertheilte er ihnen den Segen, während die Domglocken läuteten.

Das Volk hatte sich in dichten Schaaren herbeigedrängt. Da waren gar viele Frauen, die Abschied nehmen mußten von ihren Männern, die mit den Kindern gekommen waren, um die Kleinen noch einmal dem in den Tod ziehenden Vater zu zeigen; da gab es Bräute, die mit muthigem Wort den Verlobten zum Streite gegen die Franzosen anfeuerten, da weihte die Mutter den einzigen Sohn zum Kampfe für das Vaterland.

Aber nicht Alle waren so muthig: viele Frauen schluchzten und weinten. Die Soldaten konnten sich auch der Rührung nicht enthalten, bis endlich der eiserne York an den Feldaltar trat und mit weithin tönender Stimme eine kurze Rede an seine Krieger hielt. Er sagte:

„Kammeraden! Drei Tugenden sind des Soldaten höchster Ruhm: Tapferkeit, Ausdauer, Mannszucht; von uns aber, die wir in den Kampf für eine heilige Sache ziehen, erwartet das Vaterland noch etwas Höheres: ein edles menschliches Betragen selbst gegen den Feind. Um aber das Höchste der Güter, die Befreiung des Vaterlandes, zu erkämpfen, müssen wir auch bereit sein, das Höchste einzusetzen. Von diesem Augenblicke an gehört Keinem von uns mehr sein Leben, Keiner muß darauf rechnen, das Ende des Kampfes erleben zu wollen; ein Jeder sei freudig bereit, in den Tod zu gehen für das Vaterland und für den König."

Indem er sich zu dem Leibregiment wendete, fuhr er mit laut gehobener Stimme fort:

„Soldaten! jetzt geht es in's Feuer! Ihr sollt mich an eurer Spitze sehen; thut eure Pflicht; ich schwör' es euch: nur ein freies und glückliches Vaterland sieht mich wieder, ein unglückliches nie!"

Das war ein rechtes Wort zur rechten Zeit. Der Oberst Horn, ein alter Soldat, der Commandeur des Leibregiments, umarmte den Feldherrn. „Das geloben wir!" rief er, „ich und das Leibregiment, wir wollen alle dem Beispiel unseres Generals folgen!" Und die Soldaten in Reih' und Glied bestätigten mit lautem Rufe das Versprechen ihres Obersten. „Das soll ein Wort sein!" riefen sie.

Und es war ein Wort! Sie haben es redlich gehalten.

Es war in jenen letzten Märztagen leicht vorherzusehen, daß die ausziehenden Krieger bald genug zum Kampfe kommen würden, denn der Vice-König von Italien hatte in der Gegend von Magdeburg ein Heer von 30—40,000 Mann gesammelt, mit welchem er, wenn es ihm gelang, einen Sieg zu erringen, leicht Berlin ernstlich bedrohen konnte. Mit banger Spannung erwarteten daher die Bürger Berichte von den ersten Erfolgen der preußischen Waffen.

Damals führten noch keine Chausseen von Berlin nach der Elbe. Die Heerzüge mußten auf Wegen marschiren, auf denen die Soldaten bis an die Knöchel in den tiefen Sand sanken und die jedes schnelle Vorrücken unmöglich machten. Mehr als eine Woche verging nach dem Ausmarsch des York'schen Korps, ohne daß nennenswerthe Nachrichten nach Berlin kamen. Um so größer war die allgemeine Freude, als die Zeitungen vom 8. April zwei Siege zugleich verkündeten.

Die Generäle Dörnberg und Tschernitscheff hatten Lüneburg genommen und das Morand'sche Korps vernichtet, die Preußen unter York hatten bei Möckern ihr Wort glänzend eingelöst, gegen eine weit überlegene französische Macht den entscheidenden Sieg erkämpft.

Die Begeisterung der Berliner kannte, als die Siegesnachrichten sich durch die Stadt verbreiteten, keine Grenze. Wohl hatten die Bürger nicht daran gezweifelt, daß der endliche Sieg auf deutscher Seite sein werde, aber sie waren doch für das erste Gefecht besorgt gewesen, da zum Theil neue Truppen, junge Freiwillige und wenig geübte Rekruten den alten, sieggewohnten französischen Kriegern entgegengeführt werden mußten.

Jetzt endlich war jede Furcht gehoben, die braven Preußen hatten sich bei Möckern glänzend geschlagen. Sie beklagten nur 380 Mann an Todten und an Verwundeten, während die Franzosen 1200 Mann, darunter 2 Generäle und 38 Offiziere, verloren hatten. Das Gefecht von Möckern gehört nicht nur zu den rühmlichsten

Waffenthaten der preußischen Armee, es hatte auch für die Berliner eine besonders hohe Wichtigkeit, weil es sie für einige Zeit von der Sorge eines Angriffs der Franzosen befreite.

Es liegt weit außerhalb des Bereichs einer Geschichte Berlins, sich in Details des Freiheitskrieges vom Jahre 1813 einzulassen. Wir müssen uns deshalb auf die Darstellung derjenigen Vorgänge beschränken, welche in jener so ereignißreichen Zeit Berlin direkt oder indirekt berührten; jedes weitere Eingehen in die hochinteressante allgemeine Geschichte ist uns leider durch den begrenzten Raum dieses Werkes untersagt. Wir können aus diesem Grunde die denkwürdige Schlacht bei Groß=Görschen eben nur erwähnen, weil sich in ihr die Berliner Freiwilligen besonders auszeichneten.

Das Garde=Jäger=Bataillon bestand zum größten Theil aus Berliner Kindern; die Studenten hatten sich mit Vorliebe zu diesem Bataillon gewendet. Als es während der Schlacht galt, Groß=Görschen, welches vom Feinde genommen war, wieder zu erobern, da ritt Blücher zu den Gardejägern heran und rief ihnen zu: „Kinder, jetzt gilt's die Ohren steif zu halten; brav druff losgehen, wenn's auch nicht gehauen und gestochen ist! die Hauptsache ist, die Rackers todtzuschlagen!"

Ein donnerndes Hurrah war die Antwort der braven Berliner, und ohne sich zu besinnen, stürzten sie sich gegen die Batterien der Franzosen. An 500 Todte und Verwundete blieben bei der Wiedernahme Groß=Görschens auf dem Platze, gar viele Söhne reicher Berliner Bürger, Viele, die kaum das 16. Lebensjahr zurückgelegt hatten, Kaufleute, Studenten, junge Männer aus den besten Ständen.

Die Nachricht von dieser Schlacht, in welcher beide Theile sich den Sieg zuschrieben, wurde am 8. Mai in Berlin proklamirt; bei Sonnenuntergang läuteten alle Glocken. Am 9. wurde der sogenannte Sieg durch ein Tedeum in allen Kirchen gefeiert. Die Ressource der jüdischen Kaufleute zeichnete sich bei dieser Gelegenheit durch ihre Freigebigkeit aus, sie schenkte 700 Thlr. zur Pflege der verwundeten braven Krieger.

Kurz vor Eingang der Siegesnachricht von Groß=Görschen hatte ein anderes Kriegsereigniß die Aufmerksamkeit der Residenzbewohner auf das Höchste erregt: die Belagerung und Kapitulation von Spandau. Die Festung, in welcher der französische General von Bruny commandirte, während der preußische General von Thümen die Belagerung leitete, mußte unter allen Umständen den Franzosen entrissen werden. Die Belagerung wurde daher während des April mit dem höchsten Eifer fortgesetzt; man konnte in Berlin täglich den Donner der Kanonen hören

Am 20. April entschloß sich Thümen, der die Stadt Spandau gern geschont hätte, jetzt aber gezwungen war, jede Rücksicht zu vergessen, das Bombardement zu beginnen. Die Wirkung war furchtbar. Fast ein Viertel der Stadt brannte nieder und auch in dem Theil, welcher stehen blieb, wurde eine große Anzahl von Häusern schwer beschädigt.

Die Noth der Bürger von Spandau war groß — in der Stadt und Festung der Feind, die Franzosen, draußen die befreundeten Preußen und Russen, welche, ohne zu schonen, im Bombardement fortfuhren. Während des Feuers rückten die Belagerungstruppen näher an die Festung, um einen Sturm wenigstens zu versuchen, aber bald genug zeigte es sich, daß nur mit schweren Menschenverlusten ein Erfolg zu erkämpfen sein würde. Die Belagerer zogen sich daher zurück in der Hoffnung, General Bruny werde sich durch das Bombardement veranlaßt sehen, bald eine Kapitulation einzugehen.

Diese Erwartung rechtfertigte sich. Wenige Tage nach dem Bombardement erklärte sich der Kommandant der Festung bereit, zu kapituliren. Die Spener'sche Zeitung zeigte dies denkwürdige Ereigniß den Berlinern mit folgenden Worten an:

„Berlin vom 25. April.

„Spandau hat kapitulirt. Die Besatzung darf bis zu einem festgesetzten Termin nicht gegen Preußen und dessen Alliirte dienen, alles Eigenthum, was dem französischen Gouvernement gehört, bleibt zurück, und es ist der Besatzung nur erlaubt, ihr Privateigenthum mitzunehmen. Die Bagage wird deshalb sorgfältig untersucht. Die Kapitulationspunkte können dem Publikum erst durch den Herrn General en chef bekannt werden.

„Man hat bei der Kapitulation auf Alles, was die Ehre der preußischen Waffen und das allgemeine Wohl des Staats fordert, aber auch besonders auf die Ruhe und Sicherheit der Residenz und der freien Wasser=Kommunikation, Rücksicht genommen."

Am Dienstag den 27. April feierte der General von Thümen die Kapitulation der Festung in der Stadtkirche durch ein Dankfest; aus sämmtlichen Batterien wurde eine Salve gegeben und Victoria geschossen. Die Berliner hatten sich zahlreich zu dem Feste eingefunden.

Auch beim Abzug der französischen Besatzung waren neugierige Residenzler als Zuschauer gegenwärtig, sie überschütteten die Franzosen mit Spötteleien, die nicht immer gerade allzu fein waren, und sie erregten den Zorn der Gedehmüthigten dadurch so sehr, daß General Bruny sich später bitter über die Beschimpfung beklagte, welche seine Truppen von dem Berliner Pöbel zu erleiden gehabt hatten.

Die unglücklichen Bewohner von Spandau, welche durch das Bombardement vom 20. zum Theil ihr gesammtes Hab' und Gut verloren hatten, wurden von den Bürgern Berlins mit großartiger Wohlthätigkeit unterstützt. In allen öffentlichen Lokalen der Hauptstadt fanden Sammlungen statt und trotz der allgemeinen Noth hatten diese doch einen glänzenden Erfolg.

Um den Ertrag noch zu erhöhen, griff das

Militär-Gouvernement zu einem eigenthümlichen Mittel. In der Voraussicht, daß aus Berlin und der gesammten Umgegend Tausende von Neugierigen nach Spandau wandern würden, um die eingeäscherte Stadt zu besuchen, um mit eigenen Augen die Wirkungen, welche das Bombardement auf die Festung gehabt hatte, zu sehen, wurde ein Eintrittsgeld für das seltene Schauspiel gefordert. Jeder Besucher der Stadt mußte 2 schlechte Groschen zahlen, die Besichtigung der Citadelle kostete sogar 4 Groschen Courant. Der Ertrag dieser eigenthümlichen Abgabe war lediglich zur Unterstützung der unglücklichen Bewohner Spandau's bestimmt.

Die Berliner fühlten sich ein ganzes Theil leichter, als sie nicht mehr von Spandau her einen Ueberfall durch die Franzosen, welche in der Festung einen Stützpunkt für ihre Kriegsoperationen gehabt hatten, fürchten mußten. Bald aber kamen von Neuem drohende Nachrichten.

Man hörte, daß ein großes französisches Korps im Anmarsch auf Berlin sei, daß Napoleon sich furchtbar an der Hauptstadt für die glänzende Aufnahme der Russen rächen werde. Die Besorgniß war groß und allgemein. Daß sie nicht unbegründet sei, bewies die Vorsicht, mit welcher die königlichen Behörden bestrebt waren, die Kassen und die Kronjuwelen in Sicherheit zu bringen, die Magazine zu entleeren und ihre Vorräthe nach Gegenden zu befördern, welche entfernter vom Kriegsschauplatze lagen als Berlin.

Solche Maßregeln beförderten die Furcht vor einem drohenden Ueberfall der Hauptstadt, und das Gerücht, Marschall Ney, der Bravste der Braven, wie Napoleon ihn nannte, stehe nur noch wenige Meilen vor den Thoren, gewann allgemeinen Glauben.

In jenen Tagen zeigte sich, welche großartige Veränderung im Zeitraum weniger Jahre mit der Bürgerschaft Berlins vorgegangen war. Wohl gab es noch im Mai 1813 in der großen Stadt gar manche Feiglinge, besonders zeichneten sich mehrere vornehme Beamte durch jämmerlichen Kleinmuth aus; wohl rafften einige reiche Spießbürger eiligst ihre Schätze zusammen und verließen die bedrohte Stadt, mit ihnen zogen jene Beamte, ohne nur Urlaub genommen zu haben. Die große Mehrzahl der Bürger aber blieb treu zur Stelle, entschlossen, wenn es die Noth erfordere, tapfer für den heimathlichen Heerd zu kämpfen.

Ein damals nicht unbekannter Mann, der Schriftsteller Julius von Voß, der früher Offizier gewesen war, sich aber einem leichtfertigen Leben hingegeben hatte und so herabgekommen war, daß er im Berliner Voigtlande in einer Schlafstelle lag, hatte einen Plan für die Anlegung der Vertheidigungslinien gemacht. Diesem Plan gemäß wurden auf den Bergzügen vor dem Halleschen Thor, dem heutigen Kreuzberge, auf den Rollbergen und anderen kleinen Erhöhungen Schanzen aufgeworfen, um Berlin wenigstens vor einem plötzlichen Ueberfall sicher zu stellen.

Vornehm und gering, Alt und Jung eilte hinaus vor die Thore, um mit dem Spaten in der Hand zu helfen an dem Vertheidigungswerk. Es war ein rastloser Eifer, der die Berliner anfeuerte, Jeder wollte mit Hand an's Werk legen. Durch die kräftige Arbeit stellte sich Muth und Frohsinn selbst bei den bisher Zaghaften bald wieder her, die Bürgerschaft erwartete ruhig den Feind.

Während dieser Zeit der Spannung herrschte die straffste Ordnung in Berlin. Das Militair-Gouvernement hielt sie mit Strenge aufrecht. Es unterrichtete das Publikum von den Kriegsereignissen, zu gleicher Zeit aber verbot es die Verbreitung falscher Nachrichten, welche unnachsichtig bestraft werden sollte. So sagte es in einer seiner Bekanntmachungen:

„— — — Unnütze Politiker und schwachköpfige Neuigkeitskrämer werden wir unter diesen Umständen, nach dem Wunsch aller Gutgesinnten, recht scharf bestrafen und ebenso auch Diejenigen mit den gehörigen Ordnungsstrafen unnachsichtlich belegen lassen, welche sich Unordnungen zu schulden kommen lassen, namentlich, wie gestern und vorgestern, auch selbst durch Freude-Schießen auf den Straßen zeigen, daß sie weder den Werth des Pulvers, noch den Sinn für Ordnung und Folgsamkeit kennen, ohne welche keine andere als schädliche Folgen aus den angemessensten Einrichtungen hervorgehen können.

„Jeder rechtschaffene Bürger, dem es um die gute Sache Ernst ist, wird — das sind wir von der Mehrzahl der Berliner fest überzeugt — den Polizei-Offizianten und Gensd'armen gewiß hierunter allen Beistand leisten.

„Halten wir Alle fest und innig an einander, und vertraut das Publikum dem General-Lieutenant von Bülow und uns, daß kein Mittel zur Deckung Berlins unversucht bleibt, und vorzüglich, daß die verbündeten Armeen von dem herrlichsten Geiste beseelt sind, so wird Alles gut gehen und Berlin nicht in die Hände des Feindes gerathen, der unsere tapferen Krieger hinlänglich kennen gelernt hat."

Der General-Lieutenant von Bülow sorgte denn auch wirklich dafür, daß der Feind fern von Berlin blieb. Er hat sich schon damals und auch später um unsere Stadt ein unsterbliches Verdienst erworben, welches um so höher zu schätzen ist, als er mit den schwierigsten Verhältnissen zu kämpfen hatte, nicht nur mit einem stärkeren Feinde, sondern auch mit bitterem Mangel.

Die Anstalten zur Verpflegung des Bülowschen Korps waren so schlecht getroffen, die Lieferanten erfüllten ihre Verpflichtungen so unregelmäßig, daß die braven Soldaten oft empfindlichen Hunger litten, denn aus den durch den Krieg bereits ausgesogenen Dorfschaften der Mark Brandenburg konnte der Proviant für ein Heer nicht beigetrieben werden.

Die Nachricht, daß die Vertheidiger Berlins mit Hunger und Noth zu kämpfen hatten, kam nach der Hauptstadt. Der Polizei-Präsident Le Coq veröffentlichte sie am 20. Mai und zugleich forderte er die Bürger zu freiwilligen Gaben von Nahrungsmitteln jeder Art für die tapferen Soldaten auf.

Selten hat wohl ein Wohlthätigkeits-Aufruf einen ähnlichen Erfolg gehabt, wie der des Polizei-Präsidenten Le Coq. Gleich in den ersten 24 Stunden war der Zufluß von Lebensmitteln so stark, daß 12 vierspännige Wagen beladen und an Bülow entsendet werden konnten. Alle Stände wetteiferten in reichlichen Gaben, täglich konnten neue Fuhren abgeschickt werden, und bald hörte beim Bülow'schen Korps jede Noth auf.

Hat sich niemals der Wohlthätigkeitssinn der Berliner besser bewährt als damals, so ist er auch niemals glänzender belohnt worden. Mit seinen erfrischten Truppen konnte Bülow am 4. Juni den Franzosen das glänzende Gefecht bei Luckau liefern. Durch seinen Sieg zwang er den Marschall Oudinot, den Plan, gegen Berlin zu marschiren, aufzugeben. Das Gefecht von Luckau ist deshalb für die Geschichte Berlins von höchster Wichtigkeit.

Wäre Bülow den Franzosen nicht zuvorgekommen, hätte er sich von ihnen schlagen lassen, dann stand ihnen auf der Straße nach Berlin kein Hinderniß mehr im Wege, die Hauptstadt Preußens wäre ohne Rettung abermals von ihnen besetzt und sicherlich schwer bestraft worden.

Die Berliner erwarteten dies. Bis zum Abschluß des Waffenstillstandes schwebten sie in fortwährender Besorgniß, die sie aber nicht abhielt, einem merkwürdigen Ereigniß ihre Aufmerksamkeit zu schenken, einer traurigen Exekution, welche einige Tag lang die Gemüther fast mehr bewegte, als selbst die drohende Kriegsgefahr.

Am 28. Mai 1813 war Berlin der Schauplatz einer Hinrichtung, welche an die dunkelsten Zeiten des Mittelalters erinnert. Zwei lebensfrische, junge, kräftige Menschen, ein Mann von 30 und ein Mädchen von 22 Jahren, wurden auf einem Scheiterhaufen lebendig verbrannt!

Die in den Zeitungen erlassene und an den Straßenecken angeschlagene obrigkeitliche Bekanntmachung lautete:

Warnungs-Anzeige.

„Johann Christian Peter Horst ist am 22. März 1783 zu Jerichow an der Elbe geboren und der Sohn eines Hirten. In einem Zeitraum von sechs Jahren hat er mit Gehülfen in wenigstens 45 Städten, Marktflecken und Dörfern in den preußischen, österreichischen und sächsischen Staaten geständlich Feuer angelegt, entweder mit eigener Hand, oder er half durch Wachehalten, Rath und Anleitung. Insonderheit wurde von ihm und seinen Genossen vom 28. Oktober 1809 bis zum 29. September 1810 im Dorfe Rosow bei Stettin, im Choriner Kruge, in Stargard, Groß-Rischow, Freienwalde, im Dorfe Stendal bei Schwedt, im Döllen-Kruge, in Neuensund, Hammelspring, Nassenheide, Schönerlinde, Zehlendorf, Bensdorf, Groß-Kreuz, Steglitz und Schöneberg Feuer angelegt, überall, um unter Begünstigung des Feuers stehlen zu können.

„In Neuensund, wo er mit eigener Hand das Feuer angelegt, und in Schönerlinde, wo er, nach vorhergegangener Verabredung, Wache hielt, wie gewöhnlich während des Brandes stahl und sich als Anführer auszeichnete, büßten durch das Feuer sechs Menschen ihr Leben ein.

„Den Schaden, welcher durch alle diese Brandstiftungen angerichtet worden ist, kann man füglich auf 300,000 Thaler annehmen. Der Vortheil, welchen Horst für seine Person durch die Diebstähle erlangte, welche er während des Brandes verübte, wird die Summe von 200 Thalern nicht übersteigen.

„Friederike Luise Christiane Delitz ist am 12. Oktober 1791 in Berlin geboren und die uneheliche Tochter eines Maurergesellen. Von Dieben und Diebeshehlern erzogen, erlangte sie schon als Kind Fertigkeit in Marktdiebstählen, trieb sich von ihrem 12. Jahre an mit andern Dieben von Profession in den preußischen und sächsischen Staaten umher, bestahl überall die Märkte und führte bis zu ihrer Verhaftung fast ununterbrochen ein herumschweifendes, höchst lüderliches Leben.

„Mit einem ihrer Liebhaber gesellte sie sich im August 1810 zu dem ihr schon bekannten Horst und seinen Genossen und nahm Theil an den Brandstiftungen von Neuensund aus bis Schöneberg. Früherhin will sie schon bei einigen andern Brandstiftungen gegenwärtig gewesen sein.

„Das Dorf Schönerlinde, wo durch das Feuer vier Menschen ihr Leben einbüßten, steckte sie geständlich mit eigener Hand in Brand.

„Das, was sie bei Gelegenheit des Feuers stahl, ist unbedeutend; sie begnügte sich größtentheils damit, mit dem Gesindel, zu welchem sie sich gesellt hatte, zu zehren.

„Die gegen den Horst und die Delitz rechtskräftig erkannte Strafe:

> daß sie zur Richtstätte zu schleifen und allda mit dem Feuer vom Leben zum Tode zu bringen,

ist am 28. Mai 1813 an ihnen vollzogen worden.

„Berlin, den 29. Mai 1813.

Die Kriminal-Deputation des Königl. Stadtgerichts."

Und so geschah es im zweiten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts in Berlin, der Stadt der Aufklärung und der Intelligenz!

Morgens 6 Uhr am 28. Mai 1813 wurden die beiden Verbrecher aus ihrem bisherigen Gefängniß der Stadtvogtei unter Begleitung reitender Polizei, der Gensd'armerie und unter militärischer Bedeckung, einem Detachement der Schützengilde und der reitenden Nationalgarde, auf zwei großen Leiterwagen abgeholt. Auf dem ersten derselben befand sich der Brandstifter Horst stehend

unter der Bewachung von drei Gerichtsdienern, von denen ihn zwei an den Armen festhielten.

Auf dem zweiten Wagen folgte die Delitz, welche auf einem Bunde Stroh, mit dem Rücken gegen den ersten Wagen gerichtet, saß. Neben ihr hatten zwei Gerichtsdiener zu ihrer Bewachung Platz genommen.

Der Zug ging langsam zum Oranienburger Thor hinaus nach dem eine halbe Stunde von der Stadt belegenen Acker, auf welchem am Tage vorher schon der Scheiterhaufen errichtet war. An zwei in demselben eingerammten Pfählen waren Sitze für die Hinzurichtenden angebracht.

Der Platz selbst war vom frühesten Morgen an mit einer doppelten Reihe von Nationalgarden, Infanterie und Kavallerie umgeben.

Fast eine Stunde hatte es gedauert, bis der Zug zur Richtstätte gekommen war. Gegen 7 Uhr langte er an der äußersten Chaine der Nationalgarde an. Die Verbrecher mußten von den Wagen steigen, das Erkenntniß wurde ihnen nochmals vorgelesen. Dann wurde eine Kuhhaut ausgebreitet, auf diese mußten sie sich, die Rücken gegen einander gekehrt, setzen, mit der Kuhhaut wurden sie bis vor die auf den Scheiterhaufen führende hölzerne Treppe geschleift.

Tausende und Abertausende von Zuschauern waren von Berlin ausgewandert, um das seltene Schauspiel mitanzusehen, Männer und Frauen, selbst Kinder, und nicht nur aus den gewöhnlichen Ständen, sondern auch aus den höchsten und vornehmsten; in Equipagen waren reiche Kaufleute und Beamte mit ihren Familien gekommen, der grauenhaften Scene beizuwohnen.

Die beiden Hauptschauspieler des entsetzlichen Drama's zeigten eine Keckheit und einen Muth, der ihnen lauten Beifall vom Volke einbrachte. Horst warf noch einmal keck seinen Hut in die Höhe, dann folgte er seiner Geliebten, der 22jährigen, sehr hübschen Christiane Delitz, welche vor ihm auf den Scheiterhaufen geführt worden war. Hier umarmte er sie vor dem Tode noch einmal, dann nahm er zu ihrer Linken seinen Platz ein. Ruhig ließ er sich mit dem Leib, den Armen und dem Halse an die Pfähle seines Sitzes festbinden. Die Scharfrichterknechte zogen darauf den Verbrechern die Mützen über das Gesicht, sie zündeten den Scheiterhaufen an. Der starke Wind fachte das Feuer bald zu hellen Flammen an, so daß die Körper der Sterbenden den Augen der Zuschauer entschwanden.

Siebentes Kapitel.

Der Waffenstillstand. — Mißmuth im Heere. Proklamation des Königs. — Arndt's Kriegsruf. — Theodor Körner's Trostlied. — Bülow in Berlin. — Friedrich Wilhelm III. in Berlin. — Unzufriedenheit der Berliner. — Die Berliner Geldsäcke. — Bülow und die Berliner Geld-Aristokratie. — Rüstungen während des Waffenstillstandes. — Trauriger Zustand der Landwehr. — Kriegsstärke der Verbündeten beim Wiederbeginn des Kampfes. — Bernadotte und die Nordarmee. — Bernadotte's laue Kriegführung. — Bülow. — Bernadotte, der zweite Gustav Adolph, in Berlin. — Drohende Pläne Napoleon's gegen Berlin. — Das Beispiel Hamburgs.

Der Krieg war bis zum Juni 1813 von den Verbündeten mit wechselndem Glück geführt worden. Die begeisterten Hoffnungen des mit heldenmüthiger Hingebung aufgestandenen Volkes waren nicht erfüllt worden.

Napoleon hatte wohl kleine Verluste erlitten, aber noch immer war er im Großen und Ganzen glücklich gewesen. Nach zwei verlorenen Hauptschlachten hatten die Verbündeten sich an die Oder zurückziehen müssen.

Von Neuem schien es, als werde, wie früher, der Sieg sich an die kaiserlichen Adler heften, von Neuem erhoben die Franzosenfreunde, welche in letzter Zeit kleinmüthig geschwiegen hatten, kühner wieder ihr Haupt.

Das aber waren nur Einzelne. Die große Mehrzahl des Volkes harrte treu und tapfer aus; dies zeigten besonders die preußischen Landwehrmänner, welche sich durch eine Niederlage nicht einschüchtern ließen, sondern geschlagen so tapfer kämpften, als hätten sie gesiegt.

Nur Ein Gedanke, nur Ein Wunsch beseelte in jener großartigen Zeit das deutsche Volk: der Gedanke nach Freiheit, der Wunsch nach Rache. Die preußischen Krieger, Berufssoldaten, Freiwillige und Landwehrmänner, brannten gleichmäßig vor Begierde, wieder und immer wieder gegen den Feind geführt zu werden. Keine Niederlage vermochte ihnen den Muth zu rauben, jeder Sieg erhöhte ihre frohe Zuversicht.

Da plötzlich verbreitete sich das Gerücht, am 4. Juni sei zwischen den Verbündeten und Napoleon ein Waffenstillstand geschlossen worden.

Ein Waffenstillstand! Dies war eine Schreckensnachricht für das gesammte preußische Heer. Mit der äußersten Entrüstung nahmen die tapferen Krieger die Kunde auf. Sie glaubten sie zuerst kaum; aber als sie endlich glauben mußten, da zeigten sie die tiefste Entrüstung. Sie fürchteten die Thätigkeit der Helden der Feder, der Diplomaten, von der sie nichts Anderes erwarteten, als daß die Unterhandlungen mit einem schmachvollen Frieden für Preußen endigen würden, denn einen andern Frieden, als einen solchen, das wußten sie, werde Napoleon nicht schließen.

Bei verschiedenen Corps weigerten sich die Freiwilligen, die Waffen niederzulegen. Als die Nachricht von dem abgeschlossenen Waffenstillstande durch Parlamentäre des Feindes, die, einen Trompeter voran, mit weißen Tüchern sich nahten, gebracht wurde, wollten die Freiwilligen von einem solchen Vertrage nichts hören; er sei, so riefen sie, eine französische Kriegslist. Auf eigene Faust wollten sie weiter kämpfen, und nur zähneknirschend und mit Thränen fügten sie sich endlich dem Befehl, welchem sie den Gehorsam nicht länger verweigern durften.

Fast in allen Truppentheilen zeigte sich ein ähnlicher Geist. Die Stimmung im Heere wurde so bedrohlich, daß der König sich verpflichtet fühlte, die Besorgniß, ein fauler Friede werde dem Waffenstillstand folgen, durch ein königliches Wort zu zerstreuen. Aus seinem Hauptquartier zu Obergröditzberg erließ er folgende Proklamation, welche auch in den Berliner Zeitungen veröffentlicht wurde:

„Der Feind hat einen Waffenstillstand angeboten. Ich habe ihn mit Meinem Alliirten angenommen. Dies ist geschehen, damit die Nationalkraft, die Mein Volk bis jetzt so ruhmvoll gezeigt hat, sich völlig entwickeln könne. Rastlose Thätigkeit und ununterbrochene Anstrengung werden uns dahin führen.

„Bis jetzt war uns der Feind an Zahl überlegen und wir konnten nur den alten Waffenruhm wieder gewinnen; wir müssen jetzt die kurze Zeit benutzen, um so stark zu werden, daß wir auch unsere Unabhängigkeit erkämpfen.

„Beharrt in Eurem festen Willen, vertraut Eurem König, wirkt rastlos fort und wir werden auch diesen heiligen Zweck erringen.

Friedrich Wilhelm."

Das königliche Wort trug wohl etwas zur Beruhigung bei, aber es vermochte doch nicht die Besorgniß vollständig zu zerstreuen. Krieg wollte damals das Heer, Krieg die ganze Nation, nichts fürchtete sie mehr als den Frieden, denn sie glaubte mit Recht, dieser werde so lange nur ein Scheinfrieden sein, als Napoleon noch die Macht besaß, die Freiheit des deutschen Volkes zu erdrücken. Damals schrieb Ernst Moritz Arndt:

„Krieg! — Krieg! schallte es von den Karpathen bis zur Ostsee, vom Niemen bis zur Elbe; Krieg! rief der Edelmann und der Landbewohner, der verarmt war; Krieg der Bauer, der sein letztes Pferd unter Vorspannen und Fuhren todt trieb; Krieg der Bürger, den die Einquartierungen und Abgaben erschöpften; Krieg der Tagelöhner, der keine Arbeit finden konnte; Krieg die Wittwe, die ihren einzigen Sohn in's Feld schickte; Krieg die Braut, die den Bräutigam zugleich mit Thränen des Stolzes und des Schmerzes entließ."

Wahrhaft niederschmetternd wirkte die furchtbare Nachricht von dem Abschlusse des Waffenstillstandes und das Gerücht, demselben werde ein ruhmloser Frieden folgen, auf das gesammte Volk.

Am schwersten fühlten sich die Krieger des Bülow'schen Corps, welche noch an demselben Tage, an welchem der Waffenstillstand abgeschlossen worden war, so ruhmreich gegen den Feind gekämpft hatten, dadurch getroffen, daß sie in ihrer Siegesbahn innehalten mußten. Mißmuthig folgten sie ihrem Feldherrn, der sein Hauptquartier am 12. Juni nach Berlin verlegte.

Die Offiziere und Soldaten äußerten ihren Unwillen so offen, daß ihre Worte sogar zu den Ohren des Königs drangen, den sie schwer beleidigten. Am 14. Juli traf Friedrich Wilhelm III. unerwartet aus Schlesien in Charlottenburg ein, am folgenden Tage besichtigte er die bei Berlin stehenden Bülow'schen Truppen.

Es war ihm mitgetheilt worden, wie sich die Offiziere über den Waffenstillstand ausgesprochen hatten. Er zeigte ihnen seine Verstimmung, indem er sich mit hartem Tadel über einige geringe Verstöße, welche bei der Parade vorgefallen waren, ausließ. Die Stabsoffiziere, welche bei ihm am 16. zur Tafel geladen waren, redete er mit folgenden Worten an:

„Mit wahrhafter Trauer habe ich das Armee-Korps gesehen. Sie haben die Zeit des Waffenstillstandes gar nicht benutzt, und die Truppen sind in Allem noch so zurück, daß, da in wenigen Tagen der Krieg wieder angeht, ich Ursache habe, alles Mögliche zu befürchten. Ich will aber den Herren sagen, woran es liegt. Anstatt sich mit ihren Bataillons zu beschäftigen, bekümmern sie sich zu viel um die Politik und haben es getadelt, daß ich den Waffenstillstand eingegangen bin. Meine Herren! ein Jeder bleibe bei seinem Leisten! Thun Sie Ihre Schuldigkeit und bekümmern Sie sich gar nicht um mich! Ich werde schon wissen, was ich zu thun und zu verantworten habe!"

Ein Augenzeuge jener Scene, der Graf Henkel von Donnersmark, hat uns die Worte des Königs mitgetheilt. Ob Friedrich Wilhelm sich auch mißfällig gegen Bülow selbst ausgesprochen hat, hören wir nicht.

Der König war überhaupt in jenen Tagen nicht in besonderer Laune; er zeigte sich über die Vertheidigungs-Arbeiten Berlins sehr unzufrieden — mit solchen unbedeutenden Werken, meinte er, werde man gar nichts thun können. Er befahl, größere Verschanzungen anzulegen. Durch seinen Tadel kränkte er die Bürger, die mit so vielem Eifer bei den Schanzarbeiten thätig gewesen waren, auf das Empfindlichste, und als er nun gar sich mißmuthig über die mit schlechten Piken bewaffnete Bürgerschaft aussprach, als er später den Berliner Landsturm auflöste und die Errichtung von Bürger-Bataillonen unter militärischer Leitung anbefahl, wurden gar viele von den Landsturm-Offizieren schwer verletzt.

Die Stimmung in Berlin war damals eine keineswegs günstige. Nur eine kleine Partei gab es, die sich darüber freute, daß durch die Maßregeln des Königs jede Aussicht eines Kampfes der Bürgerschaft gegen den Feind in weite Ferne gerückt war, die Partei, welche nichts mehr wünschte,

als einen Frieden um jeden Preis. Wenn aber auch diese Partei klein an Zahl war, so hatte sie doch einen nicht unbedeutenden Einfluß, denn sie zählte in sich gerade einige der reichsten Männer Berlins, solche, welche auch in den städtischen Behörden Sitz und Stimme hatten. Während das ganze übrige Volk und die Aermsten am meisten sich durch Opferfreudigkeit ausgezeichnet hatten, waren die Männer des Geldsackes hart und unempfindlich gegen die Leiden des Vaterlandes geblieben, sie mußten durch Zwangsmaßregeln zur Erfüllung ihrer Bürgerpflicht angehalten werden.

Förster erzählt:

„Während des Waffenstillstandes, oder unmittelbar nach Aufhebung desselben, schickte der Staatskanzler Hardenberg den Geheimen Finanzrath Rother nach Berlin mit dem Auftrage, bei den vornehmsten Banquiers und Geldmännern eine Anleihe von einigen Millionen Thalern zu negociiren. Diese weigerten sich, die verlangten Wechsel auf Wien, Amsterdam ꝛc. auszustellen. Rother wandte sich an Bülow und fragte bei ihm an: ob er ihm zur Durchführung seines Auftrages ein Bataillon zur Verfügung zu stellen geneigt sei. Bülow sagte ihm ein ganzes Regiment zu. Jetzt versammelte Rother jene Herren nochmals bei sich, erklärte ihnen, welche Maßregeln er zu nehmen sich gezwungen sehe, und theilte ihnen das ihm von Bülow gemachte Anerbieten mit, wobei er ihnen ankündigte, daß keiner das Zimmer verlassen werde, bis er die auf ihn repartirte Summe der Zwangsanleihe baar oder in Wechseln angewiesen. Da der Ausgang des Krieges ein glücklicher war, haben diese Herren schließlich ein sehr gutes Geschäft gemacht, Kapital und Zinsen pünktlich zurückerhalten."

Die Männer der Geldaristokratie haben es Bülow nie verzeihen können, daß er sich so schnell bereit erklärte, Zwangsmaßregeln gegen sie zu ergreifen.

Der Waffenstillstand ging zu Ende, er hatte nicht das Resultat gehabt, welches vom preußischen Heer und Volk befürchtet worden war. Napoleon war es nicht gelungen, durch diplomatische Winkelzüge das Bündniß zwischen Rußland und Preußen zu lösen, sich mit Oesterreich zu verbünden, sein Heer so zu verstärken, daß er bei Wiederbeginn des Krieges den Feind, wie er gehofft, mit Leichtigkeit vernichten konnte.

Gerade das Gegentheil von Allem, was er erwartet hatte, war eingetroffen. Beim Ende des Waffenstillstandes sah er fast ganz Europa gegen sich im Felde, und er hat später selbst ausgesprochen, daß der Abschluß jenes Vertrages der größte politische Fehler, den er je begangen, gewesen sei, denn dem König von Preußen war es durch denselben möglich geworden, sich auf das Kräftigste zu rüsten.

Noch im Mai 1813 waren die preußischen Landwehrmänner keineswegs so mit Waffen versehen, daß sie mit der Aussicht auf einen günstigen Erfolg überall im Felde hätten gebraucht werden können. Die meisten Reserve-Bataillone konnten nur zur Einschließung der Festungen verwandt werden. Den kurmärkischen Landwehrmännern fehlten brauchbare Gewehre, sie waren bewaffnet mit Lanzen von raupenfräßigem Holz, die mitunter schon brachen, wenn man sie nur in der Luft schwenkte. Denen, die sich nicht selbst Schuhwerk, Geschirr, Brodbeutel u. s. w. hatten anschaffen können, fehlte dies ganz, viele Abtheilungen glichen nur dem Landsturm.

Die Wehrmänner hatten zwar das Kreuz vor der Stirn, aber sie zeigten nichts, was sie sonst den Soldaten gleichgemacht hätte; ohne Uniform in gewöhnlichen Bauernkleidern zogen sie einher.

Auch die übrigen Landwehr-Abtheilungen waren nicht viel besser daran. Die uniformirten sahen oft fast noch trauriger aus, als die, denen es ganz an Uniformen mangelte. Bald war der Uniformrock so eng, daß er hinten und vorn offen stand, bald schlotterte er an den Gliedern, Keinem paßte er recht. Die Gewehre ließen sämmtlich viel zu wünschen übrig. Zum Schießen waren sie meistens wenig oder gar nicht geeignet, dagegen haben sie sich freilich später beim Dreinschlagen mit dem Kolben tüchtig bewährt.

An Offizieren fehlte es überall bei der Landwehr. Mitunter befand sich bei einem ganzen Bataillon nur ein einziger Hauptmann, der im Stande war, die ungeübten Mannschaften einzuexerziren. Freilich ersetzte die Begeisterung und der kriegerische Geist, von welchem die preußische Landwehr beseelt war, zum Theil die Kriegsübung; trotzdem aber erschien es doch gefährlich, mit solchen Truppen gegen die in der besten Kriegsschule alt gewordenen Veteranen Napoleon's zu kämpfen.

Der Waffenstillstand diente dazu, die Bewaffnung der preußischen Landwehr zu verbessern, die Bataillone derselben zu formiren und einzuexerziren, die Reserve-Bataillone von den Festungen fort in's Feld zu schicken und sie zu Regimentern zu organisiren. Wohl hunderttausend Landwehrmänner konnten schlagfertig in's Feld geführt werden, als im August der Krieg von Neuem begann.

Auch die Russen hatten frische Truppen heranziehen können; Oesterreich hatte sich dem allgemeinen Bündniß gegen Napoleon angeschlossen und der Kronprinz von Schweden, der frühere französische Marschall Bernadotte, war schon vor dem Abschluß des Waffenstillstandes eingetroffen, um das schwedische Heer gegen seinen großen Landsmann zu führen.

Die Verbündeten hatten einen Feldzugsplan berathen und angenommen, nach welchem ihre gesammten Armeen in drei großen Heeresabtheilungen vereinigt den Krieg führen sollten. Eine dieser Abtheilungen, das Nordheer, unter dem Befehle Bernadotte's, hatte die Aufgabe erhalten, die Mark Brandenburg und Berlin gegen die Franzosen zu schützen. Diese Abtheilung allein darf uns daher

bei unserer weiteren Geschichtserzählung beschäftigen.

Die Nordarmee nahm eine weitläufige und zersplitterte Stellung ein; zur Deckung der Elbübergänge hatten größere Abtheilungen verwendet werden müssen, und so blieben denn nur etwa 80,000 Mann unter Bernadotte's Oberbefehl zum Schutze Berlins; das Bülow'sche Korps, ein Theil des Tauenzien'schen Korps, die Schweden und das russische Korps unter Wintzingerode. Auch diese aber hatten ziemlich zerstreute Aufstellungen.

Die Schweden lagen bei Charlottenburg, die Russen bei Spandau, Bülow war südlich von Berlin gegen Potsdam, Trebbin, Mittenwalde und Wusterhausen vorgeschoben, ein Theil des Tauenzien'schen Korps dehnte sich von der Spree nach der Oder hin aus.

Den Kern der gesammten Macht Bernadotte's bildete das Bülow'sche Korps, der beste Theil der preußischen neuen Wehrkraft, Truppen, die sämmtlich hoch begeistert waren für ihre ehrenvolle Aufgabe. Ein Theil von ihnen hatte sich schon bei Luckau die ersten Lorbeeren errungen und die neu hinzugekommenen Landwehren brannten vor Begierde, es den älteren Kameraden gleich zu thun.

Mit solchen Truppen, meinte Bülow, müsse man zum Angriff gegen den Feind schreiten. Deshalb forderte er, Bernadotte solle nicht träge bei Berlin stehen bleiben, sondern die Preußen gegen Leipzig vorschieben.

Das aber lag nicht im Plane des Kronprinzen von Schweden, der ganz andere Absichten hatte. Was kümmerte er sich um den Krieg der Deutschen gegen Frankreich? Für ihn kam Alles darauf an, sich die ihm in Aussicht stehende Königskrone Schwedens zu erhalten, vielleicht sogar sich eine andere, noch glänzendere Krone nach dem Siege über Napoleon zu erwerben, und deshalb wollte er es mit den Franzosen nicht vollkommen verderben, jedenfalls aber sein kleines schwedisches Herr nicht der Gefahr, bei heftigen Kämpfen aufgerieben zu werden, aussetzen.

Bernadotte hat in jenem Kriege eine mehr als zweideutige Rolle gespielt. Von vielen Seiten ist ihm vorgeworfen worden, er habe darauf spekulirt, Napoleon's Nachfolger zu werden, und dafür spricht in der That sein ganzes Verhalten, welches ebensowohl eine erbitterte Feindschaft gegen die Person Napoleon's, als die größte Rücksichtnahme für die französische Nation zeigt.

Zur Zeit des Ablaufs des Waffenstillstandes waren solche Gerüchte über Bernadotte in Berlin noch nicht im Umlauf. Der Kronprinz von Schweden wurde im Gegentheil als ein zweiter Gustav Adolph von den leicht zum Enthusiasmus geneigten Residenzlern hoch verehrt.

Die Bürgerschaft wußte, daß der Oberfeldherr mit den deutschen Generälen und besonders mit Bülow nicht im besten Einvernehmen stehe, aber sie schob die Schuld auf Bülow, der als schwer umgänglich, halsstarrig und mürrisch bekannt war, und der in letzter Zeit durch manche strengen militärischen Maßregeln viel von seiner kurzen Beliebtheit bei den Berlinern verloren hatte.

Bernadotte, der ruhmgekrönte Feldherr, der Erbe des schwedischen Königsthrons, war damals der Liebling der Berliner. Wenn er in vornehm-lässiger Haltung, gefolgt von seinen Offizieren, durch die Straßen ritt, folgten ihm jubelnd und Lebehoch rufend die Gassenbuben, und die Bürger zogen tief ihre Hüte vor dem Manne, den sie mit unbegrenztem Vertrauen für den treuesten Schützer der Stadt ansahen. Auch die Behörden huldigten dem Kronprinzen in tiefer Demuth.

Daß mit dem Wiederbeginn des Krieges Napoleon's erstes Bestreben dahin gehen werde, einen Hauptangriff gegen Berlin zu richten, wurde allgemein und, wie sich bald herausstellen sollte, mit Recht geglaubt. Gleich nach Abbruch der Friedensunterhandlungen am 13. August hatte Napoleon den Marschall Oudinot beauftragt, am 17. von Baruth aus gegen Berlin vorzudringen und zugleich die Verbindung mit Magdeburg und Wittenberg, sowie mit der unteren Elbe herzustellen. Ein Korps von 12,000 Mann sollte ihn von Magdeburg aus unterstützen, auch erhielt der Marschall Davoust den Befehl, von Hamburg aus mit 40,000 Mann gegen Berlin vorzudringen.

So waren denn mit den Oudinot'schen Heeresmassen gegen 120,000 Mann bestimmt, Berlin von verschiedenen Richtungen her anzugreifen. Der Kaiser hoffe, so ließ Napoleon an Oudinot schreiben, daß es mit einer solchen Armee leicht gelingen werde, den Feind zurückzutreiben, Berlin einzunehmen, die Einwohner zu entwaffnen, die ganze Landwehr und den Schwarm von Gesindel (den Landsturm) zu zerstreuen.

„Sollte Berlin Widerstand leisten," so fuhr der Kaiser in seinem Befehle fort, „so können Ihre Zwölfpfünder Bresche schießen und 50 Haubitzen die Stadt in Brand stecken. Auf diese Weise haben wir Wien, Madrid und andere Hauptstädte zur Uebergabe gezwungen."

Napoleon hielt Berlin für den eigentlichen geistigen Brennpunkt der norddeutschen Volkserhebung, hier konnte er diese tödtlich treffen, wenn er ein furchtbares Exempel statuirte. Das wußten auch die Berliner, sie hatten ja das Beispiel Hamburgs vor Augen, wo erst vor kürzester Zeit Napoleon gezeigt hatte, bis zu welchem Uebermaß der Grausamkeit er gegen seine Feinde fähig war.

Hamburg hatte wie Berlin die russischen Befreier einst jubelnd empfangen, wie Hamburg sollte auch Berlin behandelt werden. Am 7. Mai 1813 hatte Napoleon dem Marschall Davoust folgenden Befehl übersendet:

„Sie werden auf der Stelle alle Hamburger Unterthanen verhaften lassen, die unter dem Titel Senatoren Stellen angenommen; Sie lassen sie vor eine Militair-Kommission stellen und die

fünf Schuldigsten davon erschießen. Sie schicken dann die Andern unter guter Bedeckung nach Frankreich, um sie in ein Staatsgefängniß zu sperren; ihre Güter stellen Sie unter Sequester und erklären Sie für konfiszirt. Sie lassen die Stadt entwaffnen, alle Offiziere der hanseatischen Legion füsiliren und alle Andern, die in der Legion gedient haben, schicken Sie nach Frankreich auf die Galeeren. — — — Sie stellen eine Liste der Rebellen auf und verzeichnen die 1500 reichsten Individuen der 32. Militair-Division, die sich am schlechtesten benommen haben. Sie lassen sie verhaften und ihre Güter mit Beschlag belegen. — — — Sie werden auf Hamburg und Lübeck eine Kriegssteuer von 50 Millionen legen. — — — Vergessen Sie vornehmlich alle die Hamburger Häuser nicht, die sich übel benommen haben und deren Gesinnungen schlecht sind; man muß das Eigenthum wechseln, sonst wird man dieses Landes nie sicher sein. — — Alle diese Maßregeln sind streng zu vollziehen; der Kaiser erlaubt Ihnen nicht, auch nur eine davon zu modifiziren."

Davoust hatte ganz dem kaiserlichen Befehle getreu gehandelt. Die angesehensten Bürger Hamburgs waren theils füsilirt, theils ihres Vermögens beraubt und in die französische Gefangenschaft fortgeführt worden; die Stadt hatte der Marschall mit Kriegssteuern belastet, welche unbarmherzig eingetrieben wurden, obgleich sie fast unerschwinglich waren.

Ein gleiches Schicksal drohte auch den Berlinern! Oudinot und Davoust sollten ja in der preußischen Residenz zusammentreffen. Da ließ sich leicht voraussehen, daß der pflichteifrige Davoust auch für Berlin die Befehle des Kaisers empfangen und getreulich zur Ausführung bringen werde.

Es war eine schwere Zeit banger Sorge für die Berliner, als sie hörten, daß jetzt der Krieg von Neuem beginne, daß die Franzosen mit mächtigen Heeresmassen im Anmarsch auf ihre Stadt seien; aber sie vertrauten auf das Feldherrngeschick Bernadotte's und die erprobte Tapferkeit des Bülow'schen Korps.

Achtes Kapitel.

Berlin vom Feinde bedroht. — Bernadotte's Rückzugspläne. — Was ist Berlin? — Bülow's Knochen sollen vor Berlin bleichen. — Der 23. August 1813. Groß-Beeren. — Dat fluscht besser! — Berlin während der Schlacht. — Rellstab's Erinnerungen. — Die Siegesnachricht. — Die Wanderung der Berliner nach Groß-Beeren. — Der Berliner Magistrat auf dem Schlachtfelde. — Bernadotte über die Schlacht. — Bülow's Bericht und die Berliner Censoren. — Der Sieg bei Dennewitz. — Bernadotte und Bülow. — Die Sieges-Medaille. — Der Berliner Witz über den zweiten Gustav Adolph.

Der neue Feldzug begann. Am 17. August ging der Waffenstillstand zu Ende, und sofort setzten sich die französischen Heeresmassen gegen Berlin in Bewegung. Am 22. August nahmen sie Trebbin und forzirten den Uebergang über die Nuthe, nach heftigen Kämpfen standen sie am Abend auf der Linie von Thyrow, Wittstock und Jühnsdorf nur 5 bis 6 Stunden weit von Berlin entfernt.

Zwischen den Franzosen und der Hauptstadt lagen keine schwierigen Defiléen mehr, nur ein durch einzelne Seen und Sümpfe durchbrochener Wald. War dieser Wald passirt, dann gelangten die Feinde auf eine sandige Ebene, welche sich südlich von Berlin ausbreitet und welche, ohne irgend eine Schwierigkeit zu bieten, den Marsch nach der Hauptstadt gestattete.

Die Gefahr für Berlin war groß. Jetzt sollte es sich zeigen, ob Bernadotte, der gefeierte Held, der zweite Gustav Adolph, dem Vertrauen, welches ihm die Berliner so freudig entgegengetragen hatten, entsprach.

Varnhagen erzählt in seinem „Leben des Generals Grafen Bülow von Dennewitz":

„Der Kronprinz von Schweden hielt am 22. Nachmittags in seinem Hauptquartier zu Philippsthal bei Saarmund einen Kriegsrath, zu welchem alle höheren Befehlsführer einberufen waren. Wiederholt erklärte er, eine Schlacht liefern zu wollen, allein die Anstalten, die er traf, und selbst seine Reden ließen den Ernst dieses Vorsatzes sehr bezweifeln. Er äußerte Bedenklichkeiten aller Art, setzte Mißtrauen in die Leistungen der Truppen, der vielen Landwehr die zum ersten Mal den Feind sähe; er sprach von der Möglichkeit, daß Napoleon selbst vielleicht mit aller Heeresmacht im Anmarsche sein könne. In diesem Falle, meinte er, sei der Rückzug fortzusetzen und nördlich von Berlin eine Stellung zu nehmen. Für diesen Zweck sei die Brücke zu Charlottenburg glücklich vorhanden, und habe er eine zweite aus Vorsicht auch schon bei Moabit schlagen lassen. Bülow erhob sich gegen diese Ansicht mit allem Nachdruck und erklärte, Berlin dürfe in keinem Falle ohne Schlacht aufgegeben werden. Der Kronprinz rief aus: „Was ist Berlin? eine Stadt!" worauf Bülow mit Lebhaftigkeit erwiderte, die Hauptstadt Preußens sei einem Preußen etwas mehr, als der Kronprinz meine, und er versichere, daß er und seine Truppen von jenen Brücken keinen Gebrauch zu machen wünschten, sondern lieber vor Berlin mit den Waffen in der Hand fallen wollten. Der Kronprinz bemerkte, noch seien keine Nachrichten vom Anmarsche Napoleon's da, bis dahin habe man noch Zeit; mit dem Feinde, der jetzt gegenüberstehe, dürfe man es aufnehmen, und der Beschluß, eine Schlacht zu liefern, sei gefaßt. In der That gab er jetzt Befehle, die solchem Vorsatze gemäß erschienen, und entließ in diesem Sinne die Generale zu ihren Truppen, um Alles in Bereitschaft zu setzen. Bülow's Zutrauen aber war tief erschüttert, und im Wegreiten rief er unwillig: „Den hab' ich weg, der ist nicht der Mann, den wir brauchen!" — Er

sagte ferner: „Mich bekommt er nicht gutwillig dazu, daß ich über seine Brücke bei Moabit zurückgehe! Unsere Knochen sollen vor Berlin bleichen, nicht rückwärts!"

Bülow hatte in seinem tiefen Mißtrauen gegen Bernadotte nur eine Furcht, die, der Oberfeldherr werde die Schlacht, welche er zu liefern versprochen hatte, trotz dieses Versprechens zu vermeiden suchen und Berlin preisgeben. Deshalb war Bülow entschlossen unter keiner Bedingung einen Verrath — und als einen solchen betrachtete er das Preisgeben Berlins — zu dulden; selbst auf die Gefahr hin, wegen eines Ungehorsams zur Rechenschaft gezogen zu werden, wollte er nach bestem, eignem Ermessen handeln. Dies that er denn auch am folgenden Tage, an dem denkwürdigen 23. August 1813.

Schon am Morgen war es zu Gefechten gekommen. Die Franzosen rückten vor, ohne daß Bernadotte Anstalten zur Schlacht machte, er gab im Gegentheil am Nachmittage den Befehl, den Rückzug auf Berlin anzutreten. Bülow empfing die Ordre, als er sich gerade fertig zum Angriff gegen das Reynier'sche Korps, welches Groß-Beeren genommen und in Brand gesteckt hatte, machte. Er hatte geahnt, daß die Franzosen versuchen würden, bei Groß-Beeren das Nordheer zu durchbrechen, um auf Berlin loszudringen; jetzt war die Gefahr, daß ein solcher Plan dem Feinde gelingen werde, dringend, aber noch war es möglich, sie zu beseitigen.

Oudinot führte drei Armeecorps heran, diese aber waren noch nicht vereinigt, nur das Reynier'sche Korps war vorgeschoben. Durch einen raschen Angriff konnte es geschlagen werden, ehe Oudinot seine 70,000 Mann starke Armee vereinigt hatte.

Bülow war entschlossen, den Angriff zu wagen; er berief seine Offiziere zu einem Kriegsrathe, und diese waren sämmtlich der gleichen Ueberzeugung, ein rascher Angriff, nicht ein demoralisirender Rückzug sei Pflicht.

Der Befehl Bernadotte's, den Rückzug auf Berlin anzutreten, lautete zwar bestimmt genug, auch hatte der Kronprinz versprochen, vor Berlin eine Schlacht zur Rettung der Hauptstadt anzunehmen; aber Bülow traute solchen Worten nicht. Er fürchtete, daß Bernadotte die Schlacht, die er jetzt in günstiger Lage verschmähte, sicherlich nicht annehmen werde, nachdem zu seinem Nachtheil die Verhältnisse sich geändert hatten. Jedenfalls war es unwahrscheinlich, einen Sieg über Oudinots ganzes Heer zu erringen, wenn man jetzt das vereinzelte Reynier'sche Korps nicht zu schlagen vermochte.

Unter solchen Verhältnissen faßte Bülow den kühnen Entschluß auf eigene Hand, ohne Befehle anzugreifen. Der Major Reiche wurde von ihm an den Kronprinzen entsendet, um diesem Mittheilung zu machen und ihn um Beistand zu bitten, dann brach Bülow auf gegen den Feind.

Bülow befehligte 40,000 Mann, eine Macht, die mehr als hinreichend war, um dem Reynier'schen Korps eine Niederlage beizubringen. Freilich waren die preußischen Truppen in den letzten Tagen schwer mitgenommen worden in fortwährenden ermüdenden Märschen bei strömendem Regen; das aber vergaßen sie, als sie hörten, es gehe vor gegen den Feind, und selbst eine Truppen-Abtheilung, die so eben erst eingetroffen war, nachdem sie einen Marsch von vier Meilen in vollem Regen zurückgelegt hatte, jubelte laut auf, als ihr der Befehl zum Angriff wurde. Ohne auszuruhen und ohne zu essen, gingen die braven Soldaten der Borstell'schen Brigade gegen den Feind.

Der Major Reiche erfüllte seine Sendung. Als er bei Bernadotte eintraf, hatte schon bei Groß-Beeren die Kanonade begonnen. Der Kronprinz von Schweden konnte jetzt nichts mehr ändern. Er war hoch erzürnt über Bülow und dessen Eigenmächtigkeit; von einer Unterstützung der preußischen Truppen wollte er nichts wissen. Das Aeußerste, was Reiche von ihm erlangen konnte, war, daß er den Angriff nachträglich billigte und den Befehl ertheilte, Bülow solle Groß-Beeren wiedernehmen, was sicher geschehen wäre auch ohne diesen Befehl.

Es war schon 5 Uhr Nachmittags vorüber, als die Preußen gegen Groß-Beeren ein kraftvolles Geschützfeuer eröffneten. Eine Stunde später drangen ihre Bataillone im Sturmschritt zum Bajonnet-Angriff vor.

Mit freudigem Hurrah warfen sich die preußischen Landwehrmänner auf die Kartätschen speienden französischen Batterien und auf die feindliche Infanterie. Wohl versuchten sie es anfänglich, eine Salve auf den Feind zu geben, aber der Regen hatte die Gewehrläufe mit Wasser gefüllt, so daß das Pulver nicht Feuer fangen wollte.

Darüber waren die Landwehrmänner erst recht ärgerlich. „Wat helpen uns nu de Scheetprügel," riefen sie, als die Gewehre versagten; „ja, wenn wir Wagenrungen, Scheemelbeene und Dischföte hätten!" Wagenrungen hatten sie nun freilich nicht, wohl aber die Gewehre, die sie als solche benutzen konnten, wenn sie sie beim Laufe ergriffen und mit den Kolben zuschlugen.

Und das thaten sie. „Dat fluscht better!" jubelten die Wehrmänner, als den fürchterlichen Streichen, die mit pommerscher Kraft geführt wurden, die Franzosen erlagen. Von Groß-Beeren stammt die so bekannte und beliebt gewordene Redensart her.

Es fluschte besser! Unwiderstehlich drangen die Preußen vorwärts, Alles vor sich niederwerfend. Pardon wurde in dem erbitterten Kampfe jenes Tages wenig gegeben, am wenigsten den Sachsen, welche im französischen Heere kämpften und die sich übermüthig gerühmt hatten, sie wollten bei der Erstürmung Berlins keinen Stein auf dem andern lassen.

Die wüthenden Wehrmänner kannten keine Gnade, am wenigsten, wenn diese mit deutscher Zunge erfleht wurde. Erbarmungslos schmetterten

sie mit Kolbenschlägen die knieenden Feinde nieder.

Ein glänzender Sieg war die Frucht des heldenmüthigen Kampfes, ein Sieg allein von den Preußen erfochten, denn nur um noch den geschlagenen Franzosen einige Schüsse nachzufeuern, waren die Schweden erschienen. Die Franzosen hatten 3—4000 Mann darunter 1500 Gefangene, verloren, außerdem 14 Kanonen und 2000 Gewehre, während die Preußen nur 150 Todte und 900 Verwundete zu beklagen hatten.

Die Einwohner Berlins hatten, während die Schlacht bei Groß-Beeren geschlagen wurde, wahre Folterqualen der Ungewißheit ausgestanden. Schon einige Tage vor dem 23. August waren in Berlin die Vorboten des Anmarsches der Franzosen eingetroffen, Flüchtlinge, die in der großen Stadt Sicherheit vor dem beutegierigen Feinde suchten. Rellstab erzählt:

„Aeußerlich war der Anblick der Stadt gleichfalls ein sehr bezeichnender. Die Landleute aus der Umgegend waren größtentheils nach Berlin gepflüchtet, und täglich sah man noch Wagen, beladen mit den besten Habseligkeiten der Unglücklichen, durch die Straßen fahren. Oftmals lagen auch Kranke darauf in Stroh und Betten. Kindbetterinnen, mit dem Neugeborenen im Arm, schauten bleichen Antlitzes, erschöpft aus den tiefen Kissen hervor. Wiegen mit kleinen Kindern sah man auf den Leiterwagen stehen! Auch geflüchtetes Vieh wurde in die Stadt gebracht. Fast in jedem Hause hatte irgend eine auf diese Art ausgewanderte ländliche Familie ein Unterkommen gefunden. In dem meiner Eltern befand sich eine aus Groß-Beeren, deren Habseligkeiten zum Theil auf dem Hofe standen, während das Vieh in Ställen, die Menschen in den freistehenden Wohnungen untergebracht waren."

Die Berliner mußten auf den Empfang der ungebetenen Gäste bedacht sein, sie bewaffneten sich. Wer nur ein Schwert tragen konnte, zog hinaus zu den Schanzen vor dem Halleschen und Kottbusser Thore. Schleiermacher und Buttmann, Fichte, Iffland und andere Gelehrte und Künstler boten sich zum Dienste an, sie waren freudig bereit, gegen die Franzosen zu kämpfen. Ein Glück aber war es doch für die Berliner, daß man dieser Kämpfer nicht bedurfte.

Am Nachmittage des 23. August hörte man in Berlin den Donner der Kanonen ganz deutlich von dem nicht fernen Schlachtfelde. Mit namenloser Spannung harrten die Berliner auf nähere Nachrichten. Rellstab erzählt;

„Wagen mit Verwundeten kamen herein, man umdrängte sie, ihnen Erquickungen zu bieten und sie über den Stand der Schlacht zu befragen, deren dumpfe Donner noch immer aus der nämlichen Ferne, wie es schien, zu uns herüber schallten. Hier gab es manche rührende Erkennungsscene! Es wurden später viele Einzelfälle erschütternder Art erzählt. Ein Vater, der mit seinem, wohl mit Erqickungen bepackten Wagen hinausfährt, um sie den Bedürftigen zu spenden, trifft einen Wagen mit Verwundeten; er fährt heran und erkennt seinen Sohn — dem beide Füße weggeschossen sind! Zwei junge Mädchen ziehen vor's Thor, um Nachrichten von der Schlacht und womöglich von einem freiwilligen Kämpfer zu empfangen, der der Bruder der Einen, der Bräutigam der Andern ist. Auf dem ersten Wagen der Verwundeten, dem sie begegnen, treffen sie den Gesuchten, allein so tödtlich getroffen, daß er ihnen nur noch zulächeln kann und dann das Auge für immer schließt.

„„Wer zählt die Opfer, zählt die Thränen!"" — —

„Der Abend sank allmälig herab, und in gleichem Maße stieg die Hoffnung; wenigstens für diesen Tag war das äußerste Geschick abgewendet."

Nicht eitler Neugierde allein aber gaben sich die Berliner an jenem Tage hin, sie waren auch thätig, ihre draußen bei Groß-Beeren kämpfenden Brüder kräftig zu unterstützen und die Verwundeten oder Kranken, welche vom Schlachtfelde zur Stadt gebracht wurden, helfend zu empfangen. Fortwährend wurden Wagen, mit Brod, Fleisch, Wein und Branntwein, mit Allem, was irgendwie die Speisekammern der Bürger bieten konnten, beladen und nach dem Schlachtfelde geschickt.

In der Stadt wurden aller Orte Lazarethe eingerichtet, freiwillig räumten dazu die Bürger ihre Wohnungen ein; wer nur irgend ein überflüssiges Zimmer hatte, bot sich an, Verwundete oder Kranke aufzunehmen; auch hatten sich in den letzten Zeiten Frauenvereine gebildet, die sich erboten, die Pflege der Kranken in den Lazarethen zu übernehmen.

Als die Erwartung der Berliner am höchsten gespannt war, kamen endlich Eilboten vom Schlachtfelde an mit der Nachricht, ein glänzender Sieg sei erkämpft, die Stadt gerettet, die Franzosen seien auf dem Rückzuge.

Da erhob sich in Berlin ein namenloser Jubel. Auf den Straßen theilte Einer dem Andern die Nachricht mit. Wildfremde Menschen umarmten sich gegenseitig, das Glück kannte keine Grenzen.

Jetzt wurden die Wagen noch eifriger als zuvor bepackt. Kaum war Raum genug auf der Straße nach Groß-Beeren, so drängten sich die Fuhrwerke, die nach dem Schlachtfelde geschickt wurden, um Lebensmittel und Erfrischungen dorthin zu bringen, um Verwundete nach der Stadt zurückzuschaffen.

Und als nun der Morgen des 24. August anbrach, an dem sonst die Berliner gewohnt gewesen waren, nach Stralau zum Fischzuge hinauszuwandern und ein fröhliches Volksfest zu feiern, da gab es nur Wenige, die dem eitlen Vergnügen zueilten. Stralau war an jenem Tage leer von Besuchern, Tausende und Abertausende dagegen strömten hinaus zum Halleschen und Potsdamer Thore, um den Weg nach Groß-

Beeren einzuschlagen. Die zurück blieben aber waren ebenfalls nicht unthätig. Frauen und Kinder saßen zu Haus, Alle beschäftigt, Charpie zu zupfen und Leinwand für den Verband der Verwundeten zurecht zu machen.

Es war eine wahre Völkerwanderung der Berliner, die am 24. August nach Groß-Beeren stattfand. Aber nicht die Neugierde trieb die Berliner nach dem Schlachtfelde, sondern rege, wahre Theilnahme. Keiner ging mit leeren Händen, Jeder brachte etwas mit zur Stärkung der gesunden Krieger oder zur Pflege der Verwundeten.

Auch der Berliner Magistrat schickte, wie Varnhagen von Ense erzählt, eine Deputation nach Groß-Beeren mit dem Auftrage, den Kronprinzen von Schweden wegen des Sieges zu beglückwünschen und ihm für denselben zu danken. An Bülow gingen die Magistratsmitglieder achtlos vorüber, nur dem Kronprinzen, dem hohen Sieger, brachten sie ihre Huldigungen dar.

Der Magistrat von Berlin hat später amtlich bestritten, daß er mit Uebergehung Bülow's den Kronprinzen auf dem Schlachtfelde beglückwünscht habe; zu diesem Zweck ist eine amtliche Berichtigung 41 Jahre nach der Schlacht bei Groß-Beeren, im Jahre 1854, in der Spener'schen Zeitung erschienen. Sie dürfte aber nicht die vollste Zuverlässigkeit besitzen, da es sehr wohl zu denken ist, daß am 24. August eine Deputation des Magistrats das Schlachtfeld besucht haben kann, ohne daß die Akten darüber einen Vermerk enthalten. An einem Tage so hoher Aufregung, wie sie am 24. August 1813 herrschte, mag wohl Manches nicht ordnungsgemäß geschehen sein. Auch ist es denkbar, daß nicht ein förmlicher Beschluß für die Absendung einer Deputation gefaßt worden ist, daß aber die Mitglieder des Magistrats, welche, wie viele andere Bürger, das Schlachtfeld besuchten, sich als Deputirte des Magistrats gerirt haben.

Der Kronprinz, der nichts zum Gewinn der Schlacht gethan hatte, suchte doch den Ruhm derselben für sich in Anspruch zu nehmen, und er gebrauchte zu diesem Zweck höchst kleinliche Mittel. Ohne seine Erlaubniß durften die Berliner Blätter keine Kriegsberichte bringen, und diese Erlaubniß ertheilte er nicht. So finden wir denn bis zum 26. August 1813 die Schlacht bei Groß-Beeren in den viel gelesenen Berliner Blättern nicht erwähnt, obgleich Bülow sofort Sorge dafür getragen hatte, daß die Bürgerschaft über die Geschichte des hochwichtigen Kampfes genaue Nachrichten empfange. Die dienstwilligen Censoren, welche sich dem Kronprinzen gern zu Gebote stellten, ertheilten für Bülow's Berichte die Druckerlaubniß nicht.

Erst am 26. August enthielt das Donnerstags-Blatt ein Bulletin des Kronprinzen von Schweden über die Kämpfe des 23. August, das Bulletin aber hatte nur den einen Zweck, Bülow's Verdienst zu schmälern, die denkwürdige Schlacht als ein nicht bedeutendes, wenn auch tapfer geführtes Gefecht zu schildern. Am Schluß des Berichts wird des Gefechts von Groß-Beeren Erwähnung gethan; dabei lobte denn freilich der Kronprinz die kaltblütige Ruhe, mit der die Truppen zum Angriff geschritten seien, aber in ziemlich kühlen Worten.

Bülow war über das Bulletin Bernadotte's auf das Aeußerste empört. Er schrieb darüber seiner Frau am 27. August aus Trebbin:

„In diesem Augenblicke lese ich in den Zeitungen eine Uebersetzung des elenden Machwerks, was der Kronprinz von Schweden hat drucken lassen. Es ist nicht wahr, daß er mir befohlen, den Feind komplet anzugreifen; seine Idee war, ich sollte nur den Vorposten bei Groß-Beeren wieder nehmen. Ich forderte ihn mehrere Male auf, mit den Schweden vorzugehen, da er dann dem Feinde den Rückzug abschneiden konnte; er that nichts, es freut mich, daß wir Alles allein gethan haben."

Es konnte dem preußischen Feldherrn nicht gleichgültig sein, daß ein so ungenauer Bericht in den Zeitungen enthalten war, er suchte deshalb eine richtige Darstellung in die Oeffentlichkeit zu bringen. Aber vergeblich! Der Polizei-Präsident Le Coq strich den Aufsatz, den der Sieger von Groß-Beeren in die Zeitungen rücken lassen wollte; die einzige Entschuldigung, die er für sein Verfahren für sich hatte, war der Befehl Bernadotte's, daß nichts über die Kriegsereignisse veröffentlicht werden dürfte, was nicht von ihm selber komme. Diese Antwort gab der Fürst Wittgenstein an Bülow, der dagegen erwiderte: „Ich verliere hierbei nichts, denn ich habe 40,000 Zeugen für mich, wohl aber das Volk, dem eine genaue Kenntniß von dem, was die vaterländischen Truppen gethan haben, zur Aufrechterhaltung der allgemeinen guten Stimmung nothwendig ist. Nur dieses habe ich bezwecken wollen, nicht meinen Ruhm, nicht den meiner Truppen, denn der steht fest bei den 50,000 Schweden und Russen, die sie kämpfen sahen."

Wie Bernadotte sich das Verdienst des Sieges von Groß-Beeren zuzueignen bestrebt war, so nahm er auch die Huldigungen für eine zweite großartige Waffenthat Bülow's, für den Sieg bei Dennewitz, schamlos entgegen.

Durch die Schlacht bei Groß-Beeren war der Marsch der Franzosen auf Berlin unterbrochen, die Hauptstadt augenblich von der Gefahr, erobert und verwüstet zu werden, befreit worden. Eine wirkliche Entscheidung aber brachte der glänzende Kampf nicht, denn in freventlicher Nachlässigkeit oder aus selbstsüchtiger Ueberlegung versäumte Bernadotte eine energische Verfolgung des Feindes. In 11 Tagen legte er nicht mehr als 11 Meilen zurück.

Es war für Napoleon so unendlich wichtig, Berlin wieder zu gewinnen, daß er Ney, demjenigen seiner Marschälle, zu welchem er das höchste Vertrauen besaß, den Auftrag ertheilte, die Nordarmee zu sprengen und gegen die preußische

Hauptstadt vorzudringen. Nur Bülow's thatkräftigem Entschluß, abermals nach eigenem Ermessen zu handeln und dadurch die zögernde und widerwillige Politik Bernadotte's zu nichte zu machen, verdanken die Berliner, daß Ney nicht im Stande war, den ihm gewordenen Befehl zur Ausführung zu bringen.

Bülow griff, wie am 23. August bei Groß-Beeren, so am 6. September bei Dennewitz die Franzosen ohne Befehl an, nachdem er dem Oberfeldherrn nur einfach die Meldung gemacht hatte, daß er angreifen werde. Nach einer mörderischen Schlacht erkämpfte er abermals einen Sieg, weit glänzender als den von Groß-Beeren.

Kaum 50,000 Preußen, welche nur durch zwei Reiter-Regimenter und zwei Jäger-Bataillone der Schweden und Russen unterstützt wurden, schlugen 70,000 Franzosen so vollständig, daß Ney offenherzig an seinen Kaiser schrieb: „Ich bin total geschlagen, und weiß noch nicht, ob sich meine Armee wieder gesammelt hat." Er gestand ein, daß die französischen Truppen infolge dieser furchtbaren Niederlage sich in der vollsten Demoralisation befänden.

15,000 Gefangene, 80 Kanonen und Hunderte von Wagen waren die Beute dieses Tages, der allerdings den Preußen auch 9000 Mann kostete. Der großartigste Erfolg der Schlacht aber war es, daß jetzt jede Gefahr für die preußische Hauptstadt beseitigt war.

Auch den Ruhm dieses Sieges nahm Bernadotte für sich in Anspruch. Obgleich er diesmal nicht umhin konnte, Bülow wenigstens mit einigen Worten gerechte Anerkennung zu Theil werden zu lassen, so gestand er doch nicht zu, daß die Niederlage des Feindes einzig durch Jenen entschieden worden sei.

Bülow und alle anderen preußischen Generale, Offiziere, sowie die gesammten Truppen vernahmen das neue Bulletin Bernadotte's mit tiefer Entrüstung. Die Offiziere drangen in Bülow, er solle einen wahrheitsgetreuen Bericht der Oeffentlichkeit übergeben. Dies geschah. In einfachen Worten, ohne irgend eine Anschuldigung gegen Bernadotte, wurde der Bericht verfaßt, aber wieder wurde er gestrichen, er durfte ebenso wenig in den Berliner Zeitungen erscheinen, wie der Bericht über die Schlacht von Groß-Beeren.

Um wenigstens den König genau von dem Hergang der Schlacht und davon zu unterrichten, daß diese allein von den Preußen geschlagen und gewonnen worden sei, schrieb Bülow an den Hauptmann von Thiele einen Brief, der darauf berechnet war, daß er dem Könige vorgelegt werden könne. Er sagte in demselben:

„Der Kronprinz für seine Person ist niemalen auf dem Schlachtfelde erschienen, noch hat er in Absicht der Schlacht weder die mindeste Veranstaltung getroffen, noch Ordres ertheilt. — Der Kronprinz ließ mich fragen, ob die Schlacht gewonnen? Ich antwortete: Allerdings, der Feind sei im völligen Rückzuge. Zum zweiten Mal ließ er mich fragen, ob der Sieg vollständig und der Feind in Unordnung zurückginge? Ich bejahte dies abermals."

Dann fuhr er fort, wahrheitsgemäß zu berichten. Er theilte insbesondere mit, daß er von den Schweden nur zwei reitende Batterien gesehen habe.

Wie Bülow über die Berliner Behörden, welche fortdauernd dem Kronprinz von Schweden schmeichelten, und über diesen dachte, zeigte er außerdem durch ein Schreiben an seine Frau, in welchem er sagte:

„Die Berliner haben eine Deputation an den Kronprinzen geschickt, welche ihn gebeten, zu erlauben, daß sie zum Andenken seiner, als des Retters von Berlin, eine Medaille mit seinem Bildnisse dürften prägen lassen, wo aber auf der andern Seite mein und Tauenzien's Name, sowie die der schwedischen Generale Stedingk, Adlercreutz und Tawast, und der russischen Generale Woronzoff und Wintzingerode stehen sollten. Da ich dieses erfuhr, habe ich an's Gouvernement geschrieben und verbeten, daß mein Name auf dieser Medaille geprägt werde. Beiliegend erhältst Du das Brouillon dieses Schreibens. Theile es der Prinzeß Luise mit, es wird ihr Spaß machen."

Die Medaille auf den edlen Kronprinzen wurde geprägt, denn die Behörden betrachteten Bernadotte als den wahren Retter Berlins. So sagte z. B. das Militair-Gouvernement in einer Bekanntmachung vom 8. September unter Anderem:

„Dankt es, treue Bewohner der Hauptstadt und unseres Gouvernements, dankt es der weisen Führung des erhabenen Fürsten, daß es der vereinigten Armee von Norddeutschland gelungen ist, unter dem Beistand des Allmächtigen das 70,000 Mann starke feindliche Armee-Corps unter dem Befehle des Fürsten von der Moskwa, Marschall Ney's, vorgestern in der Ebene von Jüterbogk gänzlich auf's Haupt zu schlagen u. s. w."

Das Volk von Berlin war gerechter, als sein Magistrat und als das Militair-Gouvernement. Wenn auch die Censur verbot, die Wahrheit zu berichten, durch der Soldaten Mund wurde der richtige Thatbestand kund. Schon wenige Tage nach der Schlacht wußte Jedermann in Berlin, daß wie bei Groß-Beeren, so auch bei Dennewitz Bernadotte sich einen Sieg angemaßt habe, zu dem er nichts beigetragen hatte.

Der früher angebetete Held, der neue Gustav Adolph, verlor ebenso schnell seine Beliebtheit, als er sie gewonnen hatte, während Bülow's Verdienst die gerechte Würdigung fand. Der beißende Berliner Witz geißelte die Anmaßungen des eitlen Franzosen mit schneidender Schärfe. Auf der Medaille, so hieß es, müsse folgender Vers als Inschrift stehen:

Ein süßer Trost ist ihm geblieben:
Er zählt die Häupter seiner Lieben,
Und sieh', es fehlen ihm nur — Sieben.

Daß Bernadotte so vornehm-nachlässig zu Pferde sitze und sich meist ein wenig zurückwende, komme daher, so meinten die Berliner, daß er sich stets umsehe, ob nicht Bonaparte ihm auf den Fersen sei.

Neuntes Kapitel.

Siegesnachrichten. — Die Völkerschlacht bei Leipzig. — Der Einzug des Königs. — Gottesdienst zur Feier des Einzugs. — Festjubel in Berlin. — Die letzten Monate des Jahres 1813. — Gehaltsherabsetzungen.

Nach der Schlacht bei Groß-Beeren lag Berlin dem Schauplatz des Kampfes so fern, daß die Hauptstadt von den Kriegsereignissen selbst nicht mehr berührt wurde, wohl aber verfolgten die Bürger den Gang derselben mit dem gespanntesten Interesse und mit lärmender Freude begrüßten sie jede Siegesnachricht.

Gar oft wurden in jenen Tagen die Böller gelöst und Freudenschüsse knallten in den Straßen, obwohl derartige Aeußerungen des Patriotismus von den Polizei-Behörden streng verboten waren; in den Kirchen wurden Dankfeste gefeiert und Abends strahlten die Häuser nach jeder eingegangenen Siegesnachricht im Glanz der Illumination.

Die Hoffnung der Berliner auf eine glückliche Beendigung des Kampfes stieg von Woche zu Woche; die bis zur Schlacht von Dennewitz recht oft getrübte Stimmung hob sich und im freudigen Selbstbewußtsein, im gläubigen Vertrauen auf Preußens tapfere Kriegerschaaren sah die Bürgerschaft der Zukunft entgegen.

Auch als die Nachricht eintraf, bei Leipzig konzentrire Napoleon sein Heer, dort werde in den nächsten Tagen eine wahre Völkerschlacht geschlagen werden, verloren die Bürger den Muth nicht, wohl aber harrten sie mit namenloser Spannung auf Nachrichten vom Kriegsschauplatz.

Schon am 18. Oktober hörte man, Blücher habe am 16. einen glänzenden Sieg über die Franzosen gefeiert, aber die entscheidende Schlacht stehe noch bevor. Endlich am 21. Oktober kam die offizielle Nachricht von der Völkerschlacht bei Leipzig in Berlin an; am Nachmittage brachte sie der als Kourier vom Hauptquartier abgesendete Rittmeister und General-Adjutant von Auer vom Leibhusaren-Regiment. Er wurde feierlich von den Militär-Behörden eingeholt, eine Abtheilung reitender Polizei und 32 blasende Postillone unter Anführung von 4 Postsekretären ritten ihm voraus.

Vom Potsdamer Thor aus ging der Zug unter beständigem Blasen der Postillone, während alle Glocken läuteten und das Volk in zahllosen Massen herzuströmte, durch die Leipziger- und Wilhelmsstraße die Linden entlang nach dem Schlosse. Dort wurde Halt gemacht und die Siegesnachricht vor dem Balkon verlesen. Dann ging der Zug weiter durch die Hauptstraßen der Stadt. An mehreren Orten wurde wiederholt der Sieg verkündet.

Die nächsten Tage waren ganz der Festesfreude gewidmet; jeder Brief, jeder Bericht, der vom Schlachtfelde eintraf, bestätigte den ungeheuren Sieg, und als nun der König den Kriegsschauplatz verließ, am 23. Oktober in Potsdam und am Sonntag den 24., Mittags 12 Uhr, in Berlin eintraf, da kannte der allgemeine Jubel keine Grenzen.

Zum Einzuge Friedrich Wilhelm's III. in seine Hauptstadt waren zwar nicht die glänzenden Vorbereitungen getroffen, mit denen sonst derartige Ereignisse verherrlicht zu werden pflegen, aber die ungeheuchelte Freude des Volkes machte doch den Tag zu einem Festtage, wie er nur selten in Berlin gefeiert worden ist, zu einem Festtage, der auch seine religiöse Weihe erhielt, denn es entsprach ganz dem herrschenden Volksgeiste, daß Friedrich Wilhelm III., der seinen Einzug durch das Brandenburger Thor hielt und durch freundliches Grüßen die vieltausendstimmigen Lebehochs beantwortete, direkt mit seinem Gefolge nach der Domkirche ritt. Hier wohnte er mit allen in Berlin anwesenden Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses und den höchsten Staatsbeamten dem Gottesdienste, dem Tedeum und der Predigt des Hofpredigers Stosch bei.

Beim Anfange des Dankgebetes nach der Predigt ließ sich der König zuerst auf die Kniee nieder, die königliche Familie, alle Staatsbeamten und die gesammte Zuhörerschaft folgten seinem Beispiel. Es war ein natürliches Gefühl, welches König und Volk beseelte, kein eitler Prunk mit Frömmigkeit, wie er wohl manches Mal später gezeigt worden ist.

Der König war tief gerührt, und als er aufstand, meinten Manche, sie hätten Thränen in seinen Augen gesehen. Nach dem beendeten Gottesdienst verkündeten 101 Kanonenschüsse im Lustgarten der Stadt das geendete Dankfest.

Auch in den übrigen Kirchen wurde feierlicher Gottesdienst abgehalten und selbst auf dem Opernplatze unter freiem Himmel, da es nicht möglich gewesen war, die ganze Garnison in den Kirchen zum Gebete zu versammeln. Wie in dem Dom, so knieten auf dem Opernplatze die Krieger und die zahlreich anwesenden Zuhörer nieder, um ein feierliches Dankgebet zu halten.

Nach dem Gottesdienste wurde die übliche Parade abgenommen, Abends war wieder die ganze Stadt festlich erleuchtet. Der König erschien im Theater. Früher hatte er sich stets in seine kleine Hofloge zurückgezogen, es war ihm unangenehm gewesen, wenn ihn die Zuschauer begrüßten. Heute aber machte er von seiner alten Gewohnheit eine Ausnahme. Als er mit tausendstimmigen Lebehochs und mit dem Liede: „Heil Dir im Siegerkranz", welches in 1000 Exemplaren unter die Zuschauer vertheilt worden war, empfangen wurde, bog er sich weit aus der großen

Mittelloge, in der er Platz genommen hatte, vor und dankte mit freundlichem Kopfnicken.

Auch die folgenden Tage waren Freudentage. Der König empfing die Deputationen der Bürgerschaft, der Stadtverordneten und des Magistrats, er sprach ihnen seinen Dank aus für die Opferfreudigkeit, welche die Berliner in der schweren Kriegszeit bewährt hatten. Die nächsten Tage blieb er abwechselnd in Berlin, Potsdam und Charlottenburg, erst am 8. November kehrte er wieder zum Heere zurück.

Die letzten Monate des Jahres 1813 boten den Berlinern weniger Gelegenheit zu Freudenfesten. Nach der Schlacht bei Leipzig hatten die Kriegsberichte an allgemeinem Interesse verloren. Daß Napoleon Deutschland verlassen mußte, war nach so glänzenden Erfolgen der Verbündeten selbstverständlich, der Rhein bildete wieder die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland, und etwas Weiteres verlangten in jener Zeit nur wenige eifrige Patrioten.

Man hatte sich so sehr daran gewöhnt, den Kaiser von Frankreich als den Herrscher Europa's zu betrachten, daß mehr als die Rheingrenze für Deutschland zu fordern, unmöglich schien, sogar die preußischen Heerführer waren im Jahre 1813 noch meistens dieser Ansicht. Die dürftigen, unvollständigen und oft gefälschten Berichte, welche die Zeitungen nur nach offiziellen Mittheilungen über die ferneren Kriegsereignisse nach der Schlacht von Leipzig brachten, konnten den Berlinern kein wahres Bild der Verhältnisse geben; deshalb erfuhr man in der Hauptstadt nichts von der lauen und nachlässigen Verfolgung des geschlagenen Erbfeindes, nichts davon, daß schon damals sich im Lager der verbündeten Fürsten Widerwilligkeit, Trägheit, und Egoismus geltend machten, daß der Kaiser von Oesterreich, weit davon entfernt, eine Vernichtung der Macht Napoleon's zu wünschen, vielmehr eine zu große Erhöhung der preußischen Machtentwickelung fürchtete, daß er absichtlich die Verfolgung hemmte und es Napoleon dadurch möglich machte, jenseits des Rheins von Neuem ein Heer zu sammeln, mit dem er den Krieg weiter zu führen vermochte. Erst die spätere Zeit hat Aufschlüsse über die traurige Kriegführung, welche nach der Schlacht von Leipzig begann, gegeben.

Im November und Dezember des Jahres 1813 zeigte sich in Berlin jene natürliche Erschlaffung, welche der übergroßen geistigen Anspannung der vorhergegangenen Zeit nothwendig folgen mußte. Noch immer nahm indessen der Krieg das allgemeine Interesse so sehr in Anspruch, daß alle Spekulationen, kaufmännische und andere, sich lediglich auf die Kriegserfolge basirten.

Die bekannten Berliner Weihnachts-Ausstellungen wurden nur besucht, wenn sie Schlachtdarstellungen brachten. Am meisten Zulauf hatte das mechanische Theater von Gropius, Französische Straße Nr. 43, weil es ein ziemlich gelungenes Tableau der Schlacht bei Leipzig darstellte.

Wie die Weihnachts-Ausstellungen, mußte sich auch der Buchhandel dem herrschenden Geiste fügen. Es ist interessant, die für jene Tage charakteristischen Bücher-Ankündigungen in den Zeitungen zu verfolgen, sie betreffen fast nur militärische und patriotische Werke, weil andere gar nicht gekauft wurden.

Aehnlich ging es auch mit allen anderen Waaren. Nur die gewöhnlichsten Lebensbedürfnisse und diejenigen Artikel, welche durch den Krieg erforderlich waren, wurden gekauft, alle andern Geschäfte stockten.

Das Geld war knapp und die Opferwilligkeit des Volkes hatte sich in dem Maße vermindert, als die allgemeine Noth gestiegen war und die Kriegführung an spannendem Interesse verloren hatte. Die Anforderungen, welche die Unterhaltung des Heeres an den Staat machte, waren dagegen mit jedem Monat größer geworden und dennoch verringerten sich zugleich die Erträge der Steuern und die freiwilligen Opfergaben. So blieb denn der preußischen Regierung nichts Anderes übrig, als zu allerhand seltsamen Auskunftsmitteln zu greifen, um sich das nöthige Geld zur Kriegführung zu schaffen. Eins dieser Auskunftsmittel, welches in den Beamtenkreisen Berlins recht böses Blut machte, war die Herabsetzung der Gehalte und Pensionen aller Beamten, die Friedrich Wilhelm III. im Dezember 1813 durch eine Kabinets-Ordre proklamirte.

Zehntes Kapitel.

Der Pariser Frieden. — Mißstimmung im Volke. — Das diplomatische Federvieh. — Die magern Zeitungsberichte. — Die neue Organisation der Ministerien. — Stein ist vergessen. — Die rückkehrenden Krieger. — Doctor Blücher. — Die Rückkehr des Königs. — Vereitelter Festempfang. — Die Feier des 7. August. — Berliner Illuminations-Poesie. — Das Fest zu Ehren der Russen. — Traurige Folgen desselben.

Mit dem Beginn des Jahres 1814 wurde die Aufmerksamkeit der Berliner auf's Neue reger zu den Ereignissen auf dem fernen Kriegsschauplatz gezogen. Die Verbündeten hatten den Rhein überschritten, sie waren in Frankreich eingedrungen, sie richteten ihren Marsch auf Paris.

Im Januar, Februar und März hatten die Berliner oft genug Gelegenheit, die Couriere, welche Siegesnachrichten brachten, zu begrüßen und sich zu freuen über die blasenden Postillone, welche den Siegesboten üblicherweise vorausritten.

Endlich am ersten Osterfeiertage 1814 kündigte schon am frühen Morgen der Donner der Kanonen einen neuen wichtigen Sieg der Verbündeten an. Die Bürger eilten auf die Straßen. Da erfuhren sie denn, daß Paris genommen war, daß Friedrich Wilhelm III. und Kaiser Alexander ihren

Einzug in die Hauptstadt Frankreichs gehalten hatten. Durch Dankgottesdienst, durch Theatervorstellungen, durch eine glänzende Illumination wurde gewohntermaßen das wichtige Ereigniß gefeiert.

Napoleon's Abdankung, seine Uebersiedlung nach Elba, die Nachricht, daß über den Frieden verhandelt werde, endlich die, daß der Frieden am 30. Mai 1814 geschlossen worden sei, erregte in Berlin neuen Jubel; noch kannte man ja die Bedingungen des Friedens nicht, noch setzte Jedermann voraus, nach so glänzenden Siegen werde der König Entschädigung für alle die schweren Opfer, welche sein Volk gebracht hatte, gefordert und erhalten haben.

Als nun aber die Vossische Zeitung vom 11. Juni 1814 den Friedenstraktat in deutscher und französischer Sprache wörtlich veröffentlichte, als man hörte, daß Frankreich nicht nur die alten Grenzen vom Jahre 1792, sondern sogar eine wesentliche Gebietsvermehrung erhalten hatte, daß Landschaften, welche vor der französischen Revolution deutsch gewesen waren, jetzt französisch werden sollten, daß von durchgreifenden Entschädigungen für die Kriegsopfer, welche das preußische Volk gebracht hatte, nicht die Rede sei, daß nicht einmal die sämmtlichen, von den Franzosen zusammengeraubten und nach Paris geschleppten Kunstschätze zurückgegeben werden würden — da änderte sich die Stimmung, mancher Mißton wurde laut und verstummte auch nicht, als verkündet wurde, die vom Brandenburger Thor fortgeführte Victoria werde Berlin zurückgegeben werden.

Nach der Schlacht bei Leipzig hatten die eifrigsten Patrioten, wie erwähnt, kaum etwas Besseres, als die Rheingrenze für Deutschland gehofft; nach der Einnahme von Paris waren indessen andere Forderungen rege geworden, Forderungen, welche zu erfüllen die Kaiser von Oesterreich und Rußland keineswegs Willens waren, denn Beiden erschien ein zu großes Anwachsen der preußischen Macht höchst bedenklich.

Für derartige politische Erwägungen hatte das Volk kein Gefühl und Verständniß; es erinnerte sich an das Wort des Marschall Vorwärts, des alten, tapfern Blücher, der oft mit Unmuth vom diplomatischen „Federvieh" gesprochen und die Befürchtung geäußert hatte, die Federhelden würden wohl wieder verderben, was die Soldaten mit ihrem Blute gut gemacht hätten.

In den Kreisen der Bürgerschaft wurde ganz offen über die Unbestimmtheit des Friedens und darüber geklagt, daß Preußen sich habe betrügen lassen. In den Zeitungen freilich las man davon nichts, denn die Censur strich noch ebenso unbarmherzig jedes freisinnige, tadelnde Wort, wie sie es vor dem Kriege gethan hatte. Die Berliner Zeitungen brachten daher nach wie vor nur offizielle Aktenstücke, am 18. Juni die Proklamationen, durch welche nach dem Frieden am 3. Juni König Friedrich Wilhelm III. sein Volk und Heer begrüßte, sowie die Dankschreiben, in welchen er Hardenberg und Blücher die Erhebung in den Fürstenstand, York die in den Grafenstand mittheilte.

Außer den Genannten hatten auch noch andere Feldherren rühmliche Auszeichnungen und das Versprechen der Verleihung liegender Güter erhalten. Die Generale von Kleist, von Bülow und von Gneisenau waren in den Grafenstand erhoben worden, Kleist hatte den Beinamen von Nollendorf, Bülow den von Dennewitz erhalten. Graf Tauentzien erhielt den Namen Tauentzien von Wittenberg.

Die Zeitung, welche alle diese Beweise der Dankbarkeit des Königs gegen seine verdienten Feldherren veröffentlichte, enthielt auch ein anderes hochwichtiges Aktenstück, eine Kabinets-Ordre Friedrich Wilhelm's III. an den Staatskanzler Hardenberg, welche eine neue Organisation der Ministerien bestimmte. Es heißt in derselben:

„Das Ministerium soll unter Ihrem Vorsitze bestehen:

1) aus dem der auswärtigen Angelegenheiten,
2) der Justiz,
3) der Finanzen und des Handels,
4) des Krieges,
5) der Polizei,
6) des Innern,

sich wöchentlich einmal und, falls es nöthig ist, mehrmals versammeln, und allgemeine Gegenstände, desgleichen solche, wo die Ressorts in einander greifen und eine gemeinschaftliche Ueberlegung erforderlich ist, mit einander berathen.

„Ihre Verhältnisse als Staatskanzler bleiben im Ganzen dieselbigen, wie sie in der Verordnung vom 27. November 1810 bestimmt sind. Alle Berichte des Ministerii und der Minister an Mich werden Ihnen ohne Ausnahme zugeschickt, damit Sie die Uebersicht der ganzen Verwaltung behalten und nöthigenfalls Mir Ihre Meinung darüber abgeben können. Sie legen mir sodann, nach Beschaffenheit der Gegenstände, diese Berichte selbst vor und machen mir entweder daraus Vortrag oder überlassen solches den Ministern oder den bei Meinem Militair- und Civil-Kabinet angestellten vortragenden Personen.

„Ich finde es zweckmäßig, daß die auswärtigen Angelegenheiten in einer Hand bleiben und von Ihnen allein geleitet werden, daher will Ich dem Grafen von Goltz, unter Bezeigung Meines Wohlwollens und Meiner Zufriedenheit mit seinen bisherigen Dienstleistungen, einen andern Wirkungskreis anweisen."

Die übrigen Ministerien wurden folgendermaßen geordnet: das Justiz-Ministerium erhielt der Justizminister von Kircheisen, das der Finanzen der Minister von Bülow, das Kriegs-Ministerium wurde dem General-Major von Boyen übertragen, das Polizei-Ministerium dem Fürsten zu Sayn und Wittgenstein, der die gesammte Polizei zu überwachen hatte; das Ministerium des Innern

erhielt der Geheime Staatsrath von Schuckmann, das Postwesen der General-Postmeister von Seegebarth.

Und Stein, der thätigste, verdienstvollste Feind Napoleon's, der Mann, dem Preußen vor allen Andern seine Erhebung aus tiefster Schmach verdankte, der es verstanden hatte, in einem demoralisirten Volk durch seine großartigen Verfassungs-Reformen das Bewußtsein der Kraft zu wecken, der der eigentliche geistige Schöpfer der gewaltigen Volkserhebung des Jahres 1813 gewesen war Stein, der von Napoleon Geächtete und Verfolgte, der das Bündniß zwischen Rußland und Preußen bewirkt, der bis zum Friedensschluß nicht einen Augenblick geruht hatte, um stets zum kräftigsten Handeln zu treiben, fand er jetzt, nachdem Friedrich Wilhelm III. wieder ein freier Fürst geworden war, keine Stelle in dessen Rathe? —

Sein Name wurde nicht einmal genannt; für ihn gab es weder ein Fürstenthum, noch eine Dotation, nicht einmal einen Grafentitel, für den der stolze Reichsfreiherr sich freilich wahrscheinlich bedankt haben würde!

Wenn auch Stein's Verdienste nicht ganz vergessen waren, so hatte doch sein Name nicht mehr den früheren Klang am preußischen Hofe. Hardenberg war jetzt des Königs vertrautester und beliebtester Rath; als feiner Hofmann wußte sich der Staatskanzler in der königlichen Gunst so festzusetzen, daß Friedrich Wilhelm III. seine Verdienste weit höher als die Stein's schätzte.

Nach dem Pariser Frieden hätte Stein allerdings wieder in den preußischen Dienst treten können, aber welche Stelle sollte er einnehmen? Sollte er unter Hardenberg dienen in einem untergeordneten Ministerium? Das war unmöglich, Stein würde ein derartiges Anerbieten mit Entrüstung zurückgewiesen haben. Ebenso unmöglich aber erschien es auch, ihm eine Stelle neben Hardenberg anzuweisen. Von den beiden großen Staatsmännern konnte Einer oder der Andere herrschen, nicht Einer neben dem Andern!

Hatte das Bekanntwerden des Friedenstraktats hier und da in Berlin den Jubel über den glücklich vollendeten Feldzug ein wenig gedämpft, so hob sich doch bald wieder die allgemeine Stimmung, denn die vergnügungslustigen Berliner erhielten in den nächsten Monaten Gelegenheit, Fest nach Fest zu feiern.

Am 4. Juli kamen die ersten entlassenen Freiwilligen von Paris zurück. Natürlich wurden sie feierlich eingeholt. Alle Häuser waren mit Kränzen und Blumen geschmückt, die weißgekleideten Ehrenjungfrauen durften auch nicht fehlen. Theatervorstellungen und Illuminationen schlossen sich am Abend an die Feier des Tages.

Aehnliche Feste gab es noch mehrere im Monat Juli, sie wiederholten sich beim Empfang der hervorragendsten Feldherren und der größeren zurückkehrenden Truppen-Abtheilungen.

Am 29. Juli kam Blücher in Berlin an, er hatte keinen feierlichen Einzug gehalten, weil er nicht an der Spitze eines Truppenkorps, sondern als einfacher Reisender in der Residenz eintraf. Kaum aber verlautete es, daß der Marschall Vorwärts in Berlin sei und unter den Linden wohne, als sich sofort das Volk in Massen versammelte und mit jubelnden Lebehochs dem Helden dankte.

Am folgenden Tage beeilten sich Magistrat und Stadtverordnete, dem Feldherrn durch eine Deputation die Verehrung der Berliner Bürgerschaft auszudrücken. Auch die Universität gab dem Marschall Vorwärts ein Zeichen ihrer Anerkennung, indem sie ihm am 3. August zur Feier des Geburtstags des Königs das Doktordiplom ertheilte. Ein Doktordiplom dem Helden, der zwar trefflich den Säbel, aber um so schlechter die Feder führte, dessen Briefe von den bösartigsten orthographischen Fehlern wimmelten! — Daran kehrten sich die gelehrten Herren der Universität in ihrer Verehrung für den siegreichen Marschall Vorwärts nicht, sie folgten gern dem Beispiel anderer Universitäten, welche Blücher denselben Ehrentitel gewährt hatten.

Blücher wiederholte bei dieser Gelegenheit einen guten Witz, den er schon bei gleicher Veranlassung früher gemacht hatte; er meinte, wie man ihn zum Doktor ernenne, so müsse man doch Gneisenau mindestens zum Apotheker machen, denn er habe die Abführungspillen, welche der Doktor für Napoleon verschrieben, gedreht und ihm eingegeben.

Friedrich Wilhelm III. hatte nicht unmittelbar nach dem Friedensschluß die Reise nach Berlin angetreten, er war einer Einladung des Prinz-Regenten von England gefolgt, nach London gereist und dann nach manchen anderen Besuchen in seine Staaten zurückgekehrt. Am 3. August war er in aller Stille in Potsdam eingetroffen.

Am 7. August, so hieß es in Berlin, werde der König seinen feierlichen Einzug halten. Die Bürgerschaft bereitete sich vor, ihm den Empfang so glänzend wie möglich zu machen; Magistrat und Stadtverordnete trafen die umfassendsten Anordnungen, an diesem Tage sollte von den sonst so sparsamen städtischen Behörden kein Geldopfer gescheut werden.

Berlin mußte den höchsten Glanz aufbieten, um ein der großen Vergangenheit würdiges Fest zu feiern zum Empfange seines siegreichen Königs.

Alle Arbeiter waren in voller Thätigkeit bei der Ausschmückung der Linden und des Brandenburger Thores. Da verbreitete sich plötzlich am 5. August die Schreckensnachricht: „der König ist schon da, ohne Sang und Klang ist er eingezogen, aus dem ganzen Jubelfest wird nichts!"

Er war wirklich da! Im einfachen Wagen war er schnell durch die Straßen nach seinem kleinen Hause am Opernplatze gefahren, dort war er abgestiegen und befand sich in der Residenz, ehe nur die Berliner eine Ahnung von seiner Anwesenheit hatten.

Unmittelbar nach seiner Ankunft ließ der König die Minister und die obersten Militär-

und städtischen Behörden Berlins zu sich rufen. Er trat den Eingeladenen freundlich entgegen; er sei absichtlich, so sagte er, früher, als man erwartet habe, nach Berlin gekommen, weil er gehört habe, welche Anstalten man zu seinem Empfange getroffen habe. Preußens Volk und die Hauptstadt Berlin hätten in den letzten Jahren durch große Anstrengungen und Opfer, durch Ausdauer, Entbehrungen und freudige Erfüllung schwerer Pflichten so viele Beweise der Liebe und treuen Anghänglichkeit gegeben, daß diese dem Herzen des Königs weit wohlthuender, als jedes andere Zeichen derselben wären, deshalb danke er seinem guten Volke auch in diesem Augenblicke mit Rührung; alle Feierlichkeiten aber, welche mit Glanz und Siegesgepränge verbunden seien, müsse er von sich ablehnen, weil die Annahme von Huldigungen dieser Art von jeher außer seinem Charakter und seinen Grundsätzen gelegen habe. Diese Gesinnung hätten ja die Berliner schon mehrfach kennen zu lernen Gelegenheit gehabt.

Das war ein schweres Wort für Magistrat und Stadtverordnete! Schon fürchteten sie, der König wolle gar nichts von einer Einholungs-Feierlichkeit wissen. Da aber tröstete sie Friedrich Wilhelm, indem er fortfuhr: Wenn das dankbare Vaterland dem Heere und seinen ruhmvollen Führern durch die bereits verabredete Feier einen Beweis der Anerkennung dessen, was Jene geleistet, geben wollte, dann würde er gern der Erste sein, der sich an dies gerechte und die Nation ehrende Gefühl anschließe, und in dieser Voraussetzung genehmige er die getroffenen Anordnungen; er beabsichtige sogar, die kommandirenden Generale der Armee-Korps, welche sich eben in Berlin befänden, vor Allen den würdigen Feldmarschall Fürsten Blücher, an seiner Seite zu versammeln, um mit ihnen die königliche Garde, welche in diesem Augenblicke als würdige Repräsentantin aller ihrer Waffenbrüder, gleichsam als eine Deputation der gesammten Armee angesehen werden könne, in die Hauptstadt einzuführen.

Magistrat und Stadtverordnete mußten sich wohl dem königlichen Willen fügen, sie mochten wollen oder nicht. Bedauerten sie auch, daß sie den König selbst nicht empfangen konnten, so waren sie wenigstens glücklich darüber, daß ihr schönes Fest nicht ganz in's Wasser gefallen war, und sie fuhren daher fort, die weiteren Vorbereitungen zum Empfange der Garden zu treffen.

Am 7. August fand die feierliche Einholung der rückkehrenden Sieger statt. Der Magistrat hatte keine Kosten gescheut, um die Straßen und Plätze prächtig auszuschmücken, der schönste Schmuck aber der die Heimkehrenden begrüßte, war die aus Frankreich zurückgeholte Victoria, die wieder auf dem Brandenburger Thor prangte. — Wir wollen unsere Leser nicht durch die Schilderung der Feierlichkeiten, über welche die Vossische Zeitung vom 9. August einen langen Bericht brachte, ermüden und nur noch die glänzende Illumination des Abends erwähnen.

Die Vossische Zeitung füllte mit der Beschreibung der am prächtigsten beleuchteten Straßen und einzelnen Häuser drei volle zweispaltige Quartseiten und eine zweite Nummer vom 11. enthielt auch noch zwei volle Quartseiten über die Beschreibung verschiedener merkwürdiger Transparente, besonders solcher, in denen die Berliner ihrem poetisch-patriotischen Gefühl freien Lauf gelassen hatten. Als Beispiel dieser Volkspoesie mögen zwei Transparent-Inschriften dienen:

In der Nähe der Spittelbrücke las man an einem Privathause rechts unter sieben Sternen die Worte: „Ein edler König ist Gottes schönstes Werk," links unter einem Landwehrkreuz die Verse:

Das heil'ge Kreuz der Tapferkeit
Hat uns von vielem Kreuz befreit.

Ein Schlächtermeister in der Markgrafenstraße stellte vor seinem Hause einen großen, transparent gemalten Ochsen auf mit der kräftigen Inschrift:

Wer meinen König thut verachten,
Thu' ich, wie diesen Ochsen, schlachten!!

Mit der großartigen Einzugsfeier am 7. August war die Zahl der militärischen Feste noch nicht erschöpft, denn auch die durchziehenden Russen mußten auf Befehl des Königs feierlich empfangen werden; für diese wurde sogar das besondere Vergnügen einer Mahlzeit unter freiem Himmel veranstaltet.

Ein unbefangener Augenzeuge, Ludwig Rellstab, giebt uns von den Vorgängen bei und nach jenem Festessen folgende Beschreibung:

„Im Lustgarten und die ganze Strecke der Linden entlang waren gedeckte Tische aufgestellt, mit Speisen und Getränken im Ueberfluß, wo der Soldat nach Belieben zulangen konnte. Der Anblick war charakteristisch und überaus heiter. Die weißen Tischtücher glänzten unter den grünen Bäumen; die Soldaten in ihren Glanzuniformen bewegten sich bunt durch einander, das Volk zog in Schwärmen jubelnd daneben und dazwischen her. Musik erschallte überall; es wurde getanzt, auch Schaukeln waren, als ein Lieblingsvergnügen der Russen, errichtet. Der Gesang ihrer Nationallieder ertönte. Dennoch veranlaßte dies fast viele traurige Folgen. Daß der Russe, wo ihm geistige Getränke unentgeltlich in beliebiger Weise gespendet wurden, nicht nüchtern blieb, so wenig wie es der Deutsche, der Preuße, der Soldat aller Nationen geblieben wäre, liegt nahe. Man hatte zwar manche Vorsichtsmaßregel getroffen, um dem Uebermuthe des Genusses zum eigenen Besten der Leute zu wehren: allein die Aufseher mochten wohl selbst bald die Fähigkeit der Beaufsichtigung verloren haben, genug, es trat ein Zustand der Trunkenheit ein, der sich bei Vielen bis zur völligen Bewußtlosigkeit steigerte. Sie wurden in Häuser und Höfe getragen oder sonst untergebracht. Man hätte sie gern den grausamen Mißhandlungen und

Strafen entzogen, doch es war wenigstens nicht überall möglich. Die Trunkenheit hatte aber auch einen entsetzlichen Grad erreicht. Ich sah einige Gemeine in einen Hof unter den Linden tragen. Sie waren völlig bewußtlos. Der Unteroffizier, der ihnen folgte, war wüthend. Sie wurden unter den Brunnen gelegt und Ströme Wassers über sie ergossen; sie rührten sich nicht. Erbittert zog der Unteroffizier das Seitengewehr und hieb, zwar flach, aber mit rasender Wuth auf die am Boden Liegenden ein, so daß sie ein gräßliches Jammergeschrei ausstießen, nichtsdestoweniger bewußtlos starr blieben oder sich in wilden Schmerzzuckungen wälzten. Die Umstehenden wollten solchen Qualen Einhalt thun, doch der Wüthende ließ sich durch nichts abhalten, schleppte mit Hülfe einiger nüchternen Kameraden die Trunkenen immerfort wieder, Einen nach dem Andern, unter die unaufhörlich bewegte Wasserpumpe und begann ebenso immer auf's Neue die furchtbare Mißhandlung durch Schläge mit der flachen Klinge. — Solche Schlußscenen, wenn auch vereinzelt, mußten den Gesammteindruck des Festes natürlich sehr verderben."

Elftes Kapitel.

Boyen als Nachfolger Scharnhorst's. — Der Uebergang vom Werbesystem zur Landwehr-Verfassung — Die Rückschrittspartei gegen die allgemeine Wehrpflicht. — Der Soldatenstand von 1813. — Umschwung der Ansichten. — Das Gesetz vom 3. September 1814. — Bedenken gegen das Gesetz. — Aufstand in Breslau. — Die städtischen Behörden Berlins gegen die allgemeine Wehrpflicht. — Ungnädige Kabinets - Ordre Friedrich Wilhelm's III.

Im Festesjubel, im Rausch der Siegesfreude vergaß das gute Volk von Berlin fast die schweren Opfer, welche es für den Krieg gebracht hatte, es vergaß auch die dunklen Besorgnisse, die bei Bekanntwerden des Pariser Friedens im Wortlaut hier und da geäußert worden waren, es vergaß, daß über die künftige Gestaltung Deutschlands, selbst über die Landentschädigungen, welche Preußen für so manche schweren Verluste erhalten sollte, noch nichts bestimmt war, daß erst ein Kompromiß der Fürsten hierüber entscheiden sollte.

Wenn auch hier und da eine mahnende Stimme sich erhob, um inmitten des Jubels das Volk hinzuweisen auf den Ernst der Zeit, darauf, daß es jetzt einen Lohn für seine selbstaufopfernde begeisterte Erhebung fordern müsse, so wurden solche Warnungsrufe in Preußen doch wenig gehört, denn die Zeitungen durften sie nicht bringen und die Broschüren-Literatur, sowie die auswärtigen Tagesblätter, unter denen sich der „Rheinische Merkur" durch Freiheit des Worts auszeichnete, waren der großen Masse der Bürgerschaft nicht zugänglich.

Diese Zeit der freudigen Aufregung nach Sieg und Frieden benutzte der geistvolle und weitschauende Kriegsminister von Boyen, um eingehend in des trefflichen, leider schon am 28. Juni 1813 in Prag gestorbenen Scharnhorst's Pläne, die Wehrhaftmachung des ganzen preußischen Volkes zur gesetzlichen Durchführung zu bringen und organisch zu regeln.

Noch war die allgemeine Wehrpflicht nicht eingeführt, nur kurze Zeit während des Krieges selbst hatte sie bestanden, denn das Gesetz vom 9. Februar 1813 war eben nur für die Dauer des Krieges gültig und sogar durch eine Kabinets-Ordre vom 27. Mai 1814 ausdrücklich wieder aufgehoben worden.

Friedrich Wilhelm III. hatte unmittelbar vor dem Friedensschluß, als nur noch die Formalitäten desselben zu erfüllen waren, die damals hart erscheinende allgemeine Wehrpflicht wieder nichtig gemacht, indem er in einer, an den Staatskanzler Hardenberg gerichteten Kabinets-Ordre sagte:

„Nachdem der Zweck der großen Anstrengungen Meiner Unterthanen so glücklich erreicht worden ist und Ich infolge dessen bereits verfügt habe, daß die Detachements der freiwilligen Jäger aufgelöst werden sollen, damit letztere zu ihrem früheren Berufe und zu ihren früheren Geschäften zurückkehren können, will Ich nun auch die frühere Bestimmung, nach welcher jeder Jüngling, der das 17. Jahr vollendet hat, ohne Ausnahme zum Militairdienst sich zu stellen schuldig ist, in Absicht derer hierdurch aufheben, welche nach der bisherigen Verfassung nicht kantonpflichtig sind."

Durch diese Kabinets - Ordre war in der Heeresverfassung der Zustand, wie er vor dem Kriege bestanden hatte, wiederhergestellt, jener Uebergangszustand von dem früheren Werbesystem zu der neuen Landwehrordnung, den Scharnhorst so lange hatte dulden müssen, als Preußen durch Napoleon's Machtgebot gezwungen war, die Stärke seines Heeres nicht über 42,000 Mann zu erhöhen.

Die Werbung hatte allerdings aufgehört, aber die sogenannte Kantonfreiheit war geblieben und durch diese lastete die Wehrpflicht fast allein auf der ärmeren Landbevölkerung. Die gebildeten und wohlhabenden Klassen des Volkes waren von dem Militärdienst befreit, auch genossen größere Städte, wie Berlin und Breslau, die Kantonfreiheit. Gerade deshalb hatte der Eifer, mit dem die Berliner im Frühjahr 1813 sich zu den freiwilligen Jägern drängten, besondere Bewunderung erregt.

Scharnhorst's großartiger Reformplan war dahin gegangen, daß er das ganze preußische Volk ohne alle Ausnahme zum Waffendienste herangezogen wissen wollte; zu diesem Zwecke mußte die Kantonfreiheit fallen, die allgemeine Wehrpflicht durch alle Stände eingeführt werden, keine einzelne Stadt durfte mehr, wie bisher die Residenz Berlin, auf ihre alten Privilegien sich berufen, die Residenzler mußten ebensowohl wie

die Bauer- und Bürgersöhne in kleinen Städten unter die Fahnen gerufen werden können.

Eine solche radikale Reform zur Durchführung zu bringen, erschien aber vor dem Jahre 1813 nach zwei Richtungen hin schwer, ja fast unmöglich. Einerseits war Scharnhorst gebunden durch den Vertrag mit Frankreich, der eine weitere Ausdehnung der Volksbewaffnung, die Einführung eines durchgreifenden Landwehrsystems unmöglich machte, andererseits lehnte sich gegen die allgemeine Wehrpflicht sowohl die Rückschrittspartei, als ein großer Theil des Volkes selbst auf.

Die Rückschrittspartei sah in der Volksbewaffnung, in der allgemeinen Wehrpflicht mit Recht eine revolutionäre Maßregel. Sie fürchtete das Volk in Waffen. Sie nannte die Scharnhorstschen Pläne jakobinisch, sie prophezeite, daß die Durchführung derselben den Sturz des Königsthums zur Folge haben werde.

Das Volk selbst aber war gerade in seinen wohlhabenden und gebildeten Klassen gar nicht geneigt, Scharnhorst zu unterstützen, denn dieselben besaßen ja bisher das Recht der Kantonfreiheit.

Der Soldatenstand genoß damals noch keineswegs die Achtung, welche ihm heute gezollt wird. Heute, wo Niemand weiß, ob in der bunten Jacke des gemeinen Soldaten nicht vielleicht ein hochgebildeter, ja studirter Mann steckt, wo alle Stände sich in einem, dem Soldatenstand vereinigen, denkt Niemand mehr daran, den gewöhnlichen Soldaten mit einer gewissen Verachtung anzuschauen. Anders dachte man im Anfang dieses Jahrhunderts.

Man erinnerte sich noch ganz gut, daß, so lange das Werbesystem bestanden hatte, nur der Abschaum der Gesellschaft den Kriegsdienst als Handwerk wählte. Die schimpflichen Strafen, mit denen die Soldaten behandelt wurden, Stockschläge und Spießruthenlaufen konnten so schnell nicht vergessen werden.

War nun auch die Werbung abgeschafft, so hatte doch die Kantonverfassung nicht vermocht, den Soldatenstand ganz zu Ehren zu bringen, denn immer noch wurden ja die gemeinen Soldaten nur aus den armen und ungebildeten Klassen der Bevölkerung rekrutirt, und es war daher nur natürlich, wenn die Wohlhabenden und Gebildeten sich gegen die Aufhebung eines Rechts, welches sie bisher genossen hatten, sträubten.

Die begeisterte Erhebung des ganzen Volkes im Frühjahr 1813 hatte urplötzlich einen wunderbaren Umschwung in der Volksstimmung bewirkt. Der Soldatenstand war ein Ehrenstand geworden, seitdem alle Stände ihm angehörten, seitdem die Söhne der reichsten Bürger und vornehmsten Adligen, die einflußreichsten Beamten freudig die Waffen ergriffen hatten, um theils als freiwillige Jäger, theils in der Landwehr als gemeine Soldaten gegen die Franzosen zu kämpfen.

Ehrlos galt der, der feig zurückblieb. Nicht klarer kann die allgemeine Volksstimmung bezeichnet werden, als durch Theodor Körner's viel gesungenes, derbes Lied:

Das Volk steht auf, der Sturm bricht los;
Wer legt noch die Hände feig in den Schooß?
Pfui über Dich Buben, hinter dem Ofen,
Unter den Schranzen und unter den Zofen!
  Bist doch ein ehrlos erbärmlicher Wicht;
  Ein deutsches Mädchen küßt Dich nicht,
  Ein deutsches Lied erfreut Dich nicht
  Und deutscher Wein erquickt Dich nicht. —
    Stoßt mit an,
    Mann für Mann,
  Wer den Flamberg schwingen kann.

Wenn wir die Schauer der Regennacht
Unter Sturmespfeifen wachend vollbracht:
Kannst Du freilich auf üppigen Pfühlen
Wollust träumend die Glieder fühlen.
  Bist doch ein ehrlos erbärmlicher Wicht;
  Ein deutsches Mädchen küßt Dich nicht,
  Ein deutsches Lied erfreut Dich nicht
  Und deutscher Wein erquickt Dich nicht. —
    Stoßt mit an,
    Mann für Mann,
  Wer den Flamberg schwingen kann!

Wenn uns der Trompeten rauher Klang,
Wie Donner Gottes zum Herzen drang:
Magst Du im Theater die Nase wetzen
Und Dich an Trillern und Läufern ergötzen.
  Bist doch ein ehrlos erbärmlicher Wicht;
  Ein deutsches Mädchen küßt Dich nicht,
  Ein deutsches Lied erfreut Dich nicht
  Und deutscher Wein erquickt Dich nicht. —
    Stoßt mit an,
    Mann für Mann,
  Wer den Flamberg schwingen kann!

— — — — — — — — — — —

Und schlägt unser Stündlein in Schlachtennoth,
Willkommen dann, sel'ger Soldatentod! —
Du verkriechst Dich in seidene Decken,
Winselnd vor der Vernichtung Schrecken;
  Stirbst als ein ehrlos erbärmlicher Wicht.
  Ein deutsches Mädchen beweint Dich nicht,
  Ein deutsches Lied besingt Dich nicht
  Und deutsche Becher klingen Dir nicht. —
    Stoßt mit an,
    Mann für Mann,
  Wer den Flamberg schwingen kann!

So betrachtete man damals die Zurückbleibenden. Der Soldatenrock war plötzlich ein Ehrenkleid geworden, und diese Anschauung blieb, als die Freiwilligen aus Frankreich zurückkehrten, als sie überall in der Heimath mit Jubel und glänzenden Ehrenbezeugungen empfangen wurden.

Eine günstigere Zeit, die allgemeine Wehrpflicht in Preußen endlich einzuführen, konnte unmöglich jemals gefunden werden; bestand die Verpflichtung doch thatsächlich noch, wenn sie auch durch die Kabinets-Ordre vom 27. Mai gesetzlich wieder aufgehoben war.

Boyen, der echte Patriot, der würdige Nachfolger Scharnhorst's der ganz im Geiste des Verewigten zu wirken entschlossen war, erkannte seine Zeit richtig. Er wußte, daß ein solcher Moment nicht verloren gehen dürfe. Er drang

in den König, den Entschluß einer kräftigen Entscheidung zu fassen, die günstige Gelegenheit zu ergreifen, um ein Gesetz zu erlassen, welches in jenen Tagen des Siegesrausches, vielleicht aber auch nur in dieser Zeit gegeben und durchgeführt werden konnte, das Gesetz der allgemeinen Wehrpflichtigkeit.

Auch der preußische Königshof wurde damals fortgerissen von dem Enthusiasmus, der das ganze Volk beseelte; noch hatten die Männer des Rückschritts, die Junker, die bezopften Bureaukraten, die Anhänger des Alten, nicht wieder ihre volle Macht erlangt, noch umlagerten sie nicht den Thron, noch wagten sie nicht, die Freiheitsbewegung des Jahres 1813 zu verunglimpfen, die schöne Volksbegeisterung, der Preußen seine glänzende Wiedererhebung verdankte, zu verdächtigen, den König vor revolutionären Strömungen zu warnen. Damals durfte noch keine Stimme sich für das alte Militairsystem, welches soviel Unglück im Gefolge gehabt hatte, erheben, und Boyen setzte daher als Kriegsminister seinen Entschluß durch.

Das berühmte Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 3. September 1814 wurde erlassen, jenes Gesetz, welches dem ganzen preußischen Volk die Wehrpflicht und das Wehrrecht gab.

Die Bestimmungen des Gesetzes vom 3. September 1814 waren im Wesentlichen folgende: Jeder Preuße, der das 20. Jahr zurückgelegt hatte, war zur Vertheidigung des Vaterlandes verpflichtet. Damit indessen diese Verpflichtung besonders im Frieden auf solche Art ausgeübt werden könne, daß dadurch die Fortschritte in den Wissenschaften und Gewerben nicht gestört würden, war folgende Abstufung in Hinsicht der Dienstleistung und der Dienstzeit getroffen worden:

Die bewaffnete Macht sollte bestehen:

1) aus dem stehenden Heere,
2) der Landwehr ersten Aufgebots,
3) der Landwehr zweiten Aufgebots,
4) dem Landsturme.

Die Stärke des stehenden Heeres und der Landwehr sollte jedesmal nach den Staatsverhältnissen festgestellt werden.

Das stehende Heer war bestimmt, fortwährend kriegsgerüstet zu sein, um in das Feld rücken zu können, es sollte die Hauptbildungsschule der ganzen Nation für den Krieg sein und bestehen aus Denjenigen, die mit Rücksicht auf weitere Beförderung sich freiwillig zum Dienst meldeten und die vorgeschriebene Prüfung bestanden, aus den Freiwilligen, die keine Prüfung bestehen konnten, und aus einem Theil der jungen Mannschaft der Nation vom 20. bis zum 25. Jahre. Die drei ersten Jahre sollte die Mannschaft des stehenden Heeres bei den Fahnen bleiben, dann als Reserve zu der sie zwei Jahre gehörte in ihre Heimath entlassen werden. Junge Leute aus den gebildeten Ständen, die sich selbst kleiden und bewaffnen konnten, sollten die Erlaubniß erhalten, in den Jäger- und Schützencorps eine einjährige Dienstzeit abzuleisten, und demnächst zwei Jahre zur Reserve gehören, nach den abgelaufenen drei Dienstjahren aber in die Landwehr des ersten Aufgebots treten; ihnen sollten die ersten Ansprüche auf Offizierstellen vorbehalten bleiben.

Die Landwehr ersten Aufgebots war bestimmt, für den Krieg zur Unterstützung des stehenden Heeres zu dienen, im Frieden sollte sie nur zu ihren Uebungen zusammentreten, sonst in die Heimath entlassen werden. Die Landwehr bestand aus allen jungen Männern vom 20. bis zum 25. Jahre, die nicht in der stehenden Armee dienten, sowie aus den Mannschaften vom 26. bis zum zurückgelegten 32. Jahre.

Die Landwehr des zweiten Aufgebots sollte im Kriege die Garnisonen bilden und im Nothfalle auch zur Verstärkung des Heeres gebraucht werden. Jeder Waffenfähige bis zum 39. Jahre gehörte dem zweiten Aufgebot an. Im Frieden sollte sie nur an einzelnen Tagen in ihrer Heimath versammelt werden.

Der Landsturm, der aus allen Männern bis zum 50. Jahre, auch aus denjenigen bestand, die nicht in das stehende Heer oder die Landwehr eingetheilt waren, sowie aus allen rüstigen Jünglingen vom 17. Jahre an, sollte die ihm schon früher durch das Landsturmgesetz angewiesene Wirksamkeit erhalten.

Dies sind im Wesentlichen die Bestimmungen des großartigen, tief in das Volksleben einschneidenden Boyen'schen Gesetzes, welches in Preußen schon bald nach seinem Erscheinen einen heftigen Meinungskampf hervorrief.

Die Anhänger des Alten, die Federhelden, welche sich während des Krieges fein säuberlich zu Haus gehalten hatten, erhoben jetzt ihre Stimmen, und sie, die sonst jeder Volksfreiheit abhold waren, sprachen von der Beschränkung der bürgerlichen Freiheit und des Rechts der Bürgerschaft, von ungerechtfertigtem Zwang zum Waffendienst; Andere wieder verdammten das Wehrsystem als demokratisch und revolutionär.

Das Volk war in der ersten Zeit noch kaum recht klar über die Tragweite des Gesetzes, und als nun bald darauf, wie wir schon in den nächsten Kapiteln zu erzählen haben werden, die der äußern Verhältnisse eine neue Volkserhebung erforderten, schwieg der Streit über das Landwehrgesetz und erhob sich erst von Neuem, nachdem die äußere Gefahr beseitigt war und daher die innere Entwickelung das Gesammtinteressen zu fesseln vermochte.

Als die Landwehrordnung vom 21. November 1815 und die zur Ausführung derselben erlassenen verschiedenen Instruktionen des Gesetzes vom 3. September 1814 praktisch in's Leben geführt wurden — da erst zeigte es sich, daß das Wehrrecht doch auch lästige Pflichten im Gefolge hatte, und es dauerte eine geraume Frist, manche Jahre hindurch, ehe besonders in den früher kantonfreien Städten die Bürger sich an den Verlust ihres Privilegiums gewöhnen konnten.

In Breslau gab es einen offenen Aufruhr. In Berlin kam es zwar dazu nicht, wohl aber zu recht ernsten Debatten im Magistrat und in der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Vertreter der Berliner Bürgerschaft glaubten gegen die Verletzung der hauptstädtischen Privilegien, welche in der Aufhebung der Kantonfreiheit lag, protestiren zu müssen. Sie fürchteten, Berlin werde im gewerblichen Verkehr schwer beschädigt werden, wenn die jungen Kaufleute und Handwerker drei Jahre lang ihren Geschäften ganz entrissen und unter das Militair gesteckt würden.

Die guten Berliner waren von Altersher so sehr daran gewöhnt, sich selbst, als die Bewohner der Haupt- und Residenzstadt, für besser als die einfachen Bürger kleiner Städte und die vor Kurzem noch leibeigenen Bauern zu halten, daß sie auch jetzt meinten, den Berlinern dürfe man nicht zumuthen, was für andere Städte schon ganz recht sei. Für sich forderten sie die Aufrechterhaltung des Privilegiums, die Kantonfreiheit.

Magistrat und Stadtverordnete gaben nur der Stimmung der Bürgerschaft Ausdruck, als sie sich bittend an den König wendeten. Natürlich aber wurden sie abschläglich beschieden. Durch eine einmalige Abweisung ließen sie sich nicht abschrecken, sie glaubten ein wohl begründetes Recht zu haben, ein juristisches Gutachten bestärkte sie in diesem Glauben. Sie wendeten sich daher mit einer zweiten Vorstellung, der sie das juristische Gutachten beifügten, an den König. Hierauf erhielten sie folgende recht ungnädige Antwort:

„Mit gerechtem Unwillen habe Ich einen wiederholten Antrag der Stadtverordneten von Berlin auf die Befreiung der Verpflichtung zum Kriegsdienst erhalten. Es kann Mich nur schmerzlich befremden, in der durch so viele Verhältnisse vor allen Anderen begünstigten Hauptstadt Meines Landes Einwohner zu finden, die sich von einem, für alle Staatsbürger gleichen Gesetz lossagen und die Erfüllung einer heiligen Pflicht mit egoistischem Sinne auf ihre übrigen Mitbürger wälzen wollen. Nur in einer gleichen und willigen Erfüllung der zur Erhaltung des Reichs nöthigen Gesetze, nicht in ihrer eigenmächtigen Deutung oder in beliebten Ansichten kann Ich wahrhafte Beweise treuer Anhänglichkeit finden. Ich gebe daher Meinem Staatsministerium den Auftrag, allen Denen, die den gedachten Antrag wiederholten, Meine höchste Ungnade zu erkennen zu geben, und halte Ich die wohlverdiente ernstere Ahndung dieser sträflich erneuerten Vorstellung blos deshalb zurück, weil Ich Mich nicht von der Hoffnung trennen mag, daß nur in einem kleinen, vielleicht noch dazu irregeleiteten Kreise, nicht aber unter allen Einwohnern solche egoistische und unbesonnene Vorstellungen sich bilden konnten. Sämmtlichen Behörden mache Ich es zur Pflicht, alle nöthigen Maßregeln zu ergreifen, damit nicht solche unwürdigen Gesinnungen sich weiter verbreiten, und sind Mir nöthigenfalls die Urheber derartiger Veranlassungen anzuzeigen, damit diese außer ihrer Bestrafung auch noch als traurige Ausnahme von den guten Gesinnungen Meines Volkes öffentlich bekannt gemacht werden können, da Ich es nie zugeben werde, daß die von Mir wohlwollend verliehenen Verfassungen zur Zersplitterung der Kräfte des Staats und zur Befriedigung unpatriotischer Gesinnungen gemißbraucht würden.

„Berlin, den 2. Januar 1817.

Friedrich Wilhelm."

Nach diesem königlichen Bescheide mußten sich die Väter der Stadt wohl fügen. Die Zeit der Privilegien war vorüber; die Bewohner der Residenz durften vor den Bürgern anderer Städte und den Einwohnern des ganzen Landes kein besonderes Recht mehr in Anspruch nehmen.

Zwölftes Kapitel.

Abreise des Königs nach Wien. — Die erste Jahresfeier der Leipziger Schlacht. — Jahn wieder in Berlin. — Blücher auf dem Turnplatz in der Hasenhaide. Das Turnfest am 19. Oktober. — Der Wiener Kongreß. — Länder- und Völkerschacher. — Preußische Ansprüche auf Sachsen. — Der König von Sachsen in Friedrichsfelde. — Die Unterhandlungen über die Einverleibung Sachsens. — Zerwürfniß des Kongresses. — Kriegsrüstungen. — Kriegerische Stimmung in Berlin. — Blücher über die „Kongreßluderei" und die „Hundsfötter von Diplomatikern". — Was sie geschürzt, das Eisen soll's auf ihrem Kopf zerhauen.

Der Pariser Frieden hatte nur vorläufig den Krieg abgeschlossen, noch aber waren die wichtigsten Verhältnisse ungeordnet. Die Landkarte Europa's mußte neu revidirt werden, nachdem die durch Napoleon geschaffenen Reiche nach dem Sturze des Schöpfers auseinander gefallen waren.

Preußen, Rußland, Oesterreich verlangten Entschädigungen für die großen Opfer, die ihnen der Krieg gekostet hatte; der König von Preußen insbesondere baute auf die Versprechungen des Kaiser Alexander, der vor dem Kampfe ja die festeste Zusage gegeben hatte, er wolle das Schwert nicht eher aus der Hand lassen, ehe nicht Preußen in den alten Grenzen, die es vor dem Jahre 1806 gehabt, wiederhergestellt worden sei.

In Wien sollte die Entscheidung über alle die noch zweifelhaft gebliebenen Fragen getroffen werden, dorthin begaben sich daher im Herbst des Jahres 1814 die Fürsten Europa's, begleitet von ihren vorzüglichsten Staatsmännern.

Auch Friedrich Wilhelm III. verließ am 18. September 1814 Berlin, um sich nach Wien zu begeben und persönlich die Unterhandlungen zu überwachen, welche für Preußen der Staats-

kanzler Fürst Hardenberg und der Minister Wilhelm von Humboldt führen sollten.

Nach der Abreise des Königs von Berlin hörten die glänzenden Feste, welche in der letzten Zeit die Residenzler in einem wahren Rausch von Vergnügungen erhalten hatten, auf; es wurde wieder still in der Hauptstadt, und nur die Jahresfeier der Schlacht bei Leipzig unterbrach mit neuem Festgepränge das ruhige Leben der Berliner in den letzten Monaten des Jahres 1814.

Das Andenken der Völkerschlacht, welche Napoleon's Macht gebrochen, durch die das deutsche Volk seine Freiheit wieder erobert hatte, sollte in ganz Deutschland festlich gefeiert werden. Aller Orten wurden dazu, ohne irgend eine gemeinsame Verabredung, die Vorbereitungen getroffen, das natürliche Gefühl des Volkes trieb es überall zu der gleichen Festesfeier. Wie großartig diese begangen wurde, zeigt uns ein im Jahre 1815 erschienenes Buch: „Des Teutschen Volkes feuriger Dank- und Ehrentempel, oder Beschreibung, wie das aus zwanzigjähriger französischer Sklaverei durch Fürsteneintracht und Volkskraft gerettete Teutsche Volk die Tage der entscheidenden Völker- und Rettungsschlacht bei Leipzig am 18. und 19. Oktober 1814 zum ersten Male gefeiert hat. Gesammelt und herausgegeben von Karl Hoffmann zu Rüdesheim. Auf Kosten des Herausgebers."

Das umfangreiche Werk, welches nicht weniger als 1146 Seiten zählt, enthält nichts, als eine ziemlich gedrängte Beschreibung der Festfeiern, welche zum Gedächtniß der Schlacht bei Leipzig im Oktober 1814 in etwa 770 deutschen Orten gehalten wurden.

Daß auch Berlin nicht zurückstehen durfte und nicht zurückstand, versteht sich von selbst. Das Fest wurde in der preußischen Residenz so feierlich wie in irgend einer andern Stadt begangen; es gab Paraden, Festessen, Theatervorstellungen 2c., diese glichen ganz den bei ähnlichen Veranlassungen oft gesehenen. Neu und eigenthümlich aber war die Feier, welche Jahn auf dem Turnplatz in der Hasenhaide veranstaltete.

Seit dem 1. August 1814 war Jahn, aus dem Feldzuge zurückgekehrt, wieder in Berlin; er hatte seinen Abschied genommen und sich verheirathet. Das Vermögen seiner Frau benutzte er, um den Turnplatz in der Hasenhaide recht praktisch einzurichten, denn die Vervollkommnung des Turn-Unterrichts hatte er sich zur Lebensaufgabe gemacht.

Jahn wurde bei seinem Bestreben unterstützt durch viele hervorragende Männer, besonders Offiziere, welche gesehen hatten, wie brav die Berliner sich im Felde hielten. Der Kriegsminister Boyen und der alte Held Blücher besuchten oft und gern den Turnplatz.

Blücher liebte es, sich mit den lebensfrischen Jünglingen freundlich zu unterhalten; er ermahnte sie, fleißig zu turnen, wenn sie bis zum 24. Jahre dies gethan hätten, dann könne er ihnen ein gesundes und fröhliches Alter und die schönsten und besten Weiber versprechen.

Bei solcher Unterstützung wurde es Jahn leicht, das Interesse der Berliner Jugend mehr und mehr für den Turn-Unterricht zu fesseln. Der Turnplatz wurde fleißig besucht und besser eingerichtet. Noch im Herbst 1814 wurde ein 60 Fuß hoher Kletterthurm erbaut, von dessen Spitze aus eine prächtige Aussicht über die weite Ebene sich den rüstigen Turnern darbot.

Am 19. Oktober 1814 wurde das Sommerturnen für dies Jahr beendet und zu gleicher Zeit der Siegestag von Leipzig von den Turnern feierlich begangen. In der Nacht vom 18. zum 19. hatten die Turner in Verbindung mit einer Gesellschaft von Bürgern in der Nähe von Berlin sechs gewaltige Freudenfeuer angezündet. Alle loderten auf den südlichen Höhen der Rollberge und der Hasenhaide in die Höhe, von fern leuchtete ein mächtiges Feuer, das auf dem Steglitzer Berge, und ein anderes, welches auf den Müggelbergen angezündet wurde, antwortend herüber.

Der großartigste der Berliner Scheiterhaufen war der in der sogenannten Kanonenschanze, gerade über dem Wirthshause des dustern Kellers.

Die Feuer brannten von 7 Uhr bis Mitternacht; bei ihnen waren die Berliner Turner beschäftigt, sie hielten die Scheiterhaufen in Brand, sie sangen patriotische Lieder und ein Theil von ihnen übte sich im nächtlichen Wettlauf die Rollberge hinan.

Auf dem Turnplatz selbst leuchtete auf der Spitze des Kletterthurms ein Signalfeuer weit in die Ferne. In der Mitte des Platzes war ebenfalls ein Feuer angezündet, welches mit ganzen Eichenstämmen genährt wurde. Rings um dasselbe hielten die Turner ihre gymnastischen Uebungen, Jahn brachte Lebehochs auf den König und alle die Tapferen, die bei Leipzig mitgekämpft hatten, aus und nach Schluß des nächtlichen Festes wurde von allen Turnern jubelnd das Lied: „Heil Dir im Siegerkranz" gesungen.

Am Nachmittage des 19. October versammelten sich die Turner abermals auf dem Platz in der Hasenhaide und hielten hier ein großes Schauturnen ab durch Springen, Schwingen, Schweben, Hangen, Hangeln, Klettern, Klimmen, Harfen, Ringen, Ziehen, alle Arten des Laufs, Slangeln, Schneckenlauf, Schlangenlauf, Wettrennen, Steiglauf und Sturmlauf.

Eine ungeheure Menge von Zuschauern hatte sich auf dem Turnplatz vereint, über 10,000 sollen es gewesen sein.

In gedrängten Reihen umgaben die Berliner den weiten Platz. Auch die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses waren gekommen, um das Fest, welches ein wahres Volksfest wurde, mitanzuschauen. An jenem Tage beschlossen die Turner, daß alljährlich am nämlichen Orte und auf gleiche Weise der 19. October durch ein Dankfest des Volkes gefeiert werden solle.

Die Jahresfeier der Schlacht bei Leipzig hatte für einige Tage die Aufmerksamkeit der Berliner beschäftigt, bald aber wendete diese sich wieder ernsteren Dingen, den Berathungen des Wiener Kongresses zu. Mit um so größerer Spannung sahen die Berliner den Resultaten der Fürstenzusammenkunft entgegen, je weniger sie auf offiziellem Wege von den Verhandlungen erfuhren und je mehr sie daher auf dunkle, mündliche Gerüchte angewiesen waren.

Die Vossische und Spener'sche Zeitung brachten zwar in jeder Nummer spaltenlange Berichte aus Wien, vergeblich aber suchten die Berliner nach politischen Neuigkeiten, diese konnten sie nur durch Privatbriefe erhalten, denn die Zeitungen enthielten lediglich lange Beschreibungen der prächtigen Feste, bei denen die Monarchen und ihre Minister sich in der schönen Kaiserstadt Wien amüsirten. Von den schwebenden, recht ernsten und für den künftigen Frieden Europa's recht gefährlichen Unterhandlungen durften weder die Vossische, noch die Spener'sche Zeitung irgend ein Wort schreiben.

Der Wiener Kongreß hatte die schwere Aufgabe, die Landkarte Europa's zu revidiren. Gerade in den Tagen unmittelbar nach der Leipziger Schlachtfeier wurden in dieser Beziehung eingehende Verhandlungen gepflogen, welche über das Schicksal der Länder und Völker entscheiden sollten; die Völker selbst wurden natürlich dabei nicht gefragt. Die deutschen Fürsten und der russische Kaiser bestimmten in Verbindung mit den Gesandten Englands und sogar Frankreichs die künftigen Grenzlinien der Staaten; man handelte um Landstriche und um Seelen, insofern nämlich die Letzteren steuerzahlenden und waffentragenden Individuen angehörten und vermöge ihrer Zahl zur Machtentwickelung eines Staats beitrugen. Man suchte die Länder zu vertheilen ohne Rücksicht darauf, ob ihre Bevölkerung für den Monarchen, dem sie künftig gehorchen sollte, Sympathien hatte oder nicht; darauf nahm man damals ebenso wenig Rücksicht, als heutzutage.

Die schwierigste Frage bot die Entschädigung Preußens. Oesterreich hatte in einem mit Bayern am 9. Oktober 1813 zu Ried abgeschlossenen Vertrage dem Könige von Bayern ausdrücklich den ungeschmälerten Besitz der von Napoleon Preußen entrissenen fränkischen Fürstenthümer garantirt; diese also sollte Preußen verlieren und außerdem einen großen Theil seiner polnischen Besitzungen, welche Rußland als Entschädigung für die im Kriege gebrachten Opfer forderte.

Der Ersatz für solche Verluste erschien leicht, er war fast von selbst durch das Königreich Sachsen gegeben, da dieses als ein erobertes Land betrachtet werden durfte und der König von Sachsen durchaus keinen Anspruch auf Schonung zu machen hatte.

König Friedrich August hatte im Kriege des Jahres 1813 als der Treueste der Treuen bei Napoleon ausgehalten. In der Völkerschlacht bei Leipzig hatten die sächsischen Truppen neben den Franzosen gegen die Verbündeten gekämpft und nicht auf den Befehl ihres Königs, sondern auf eigene Verantwortung waren sie erst im Moment der Entscheidung, in letzter Stunde zur deutschen Sache übergegangen.

König Friedrich August war als Gefangener mit einem Theil seines Hofstaates nach Berlin entsendet worden, hier weilte er noch zur Zeit des Kongresses. Das freundliche, im schönen Park gelegene Schloß Friedrichsfelde, eine halbe Meile von Berlin, war ihm zur Residenz eingeräumt.

Nichts erschien natürlicher, als daß König Friedrich August von Sachsen jetzt die Folgen seiner Freundschaft für Napoleon tragen, daß er für seine Untreue gegen Deutschland mit dem Verlust seiner Krone bestraft werden müsse; nichts natürlicher, als daß das bisherige Königreich Sachsen Preußen einverleibt werde. Noch unmittelbar nach der Schlacht bei Leipzig hatte Hardenberg dies als selbstverständlich betrachtet, aber er fand auf dem Wiener Congreß einen energischen Widerstand gegen seine Pläne.

Die Verhandlungen des Kongresses über die Einverleibung Sachsens in Preußen gewannen mehr und mehr einen scharfen Ton; es zeigte sich bald, daß Metternich nichts ärger fürchtete, als eine zu große Stärkung der preußischen Macht, daß die alte Eifersucht Oesterreichs gegen den emporstrebenden norddeutschen Staat selbst durch den gemeinschaftlichen Kampf gegen Napoleon nicht ausgerottet war, sondern sich in alter Kraft erhalten hatte.

Die Parteien auf dem Kongreß traten sich endlich so scharf entgegen, daß eine friedliche Lösung kaum mehr möglich schien. Im Geheimen schürte Talleyrand, der französische Botschafter, den Unfrieden. Er versprach Metternich 300,000 französische Bajonette, wenn es zum Kriege zwischen den bisher Verbündeten kommen sollte. Und dazu schien die Sache angethan.

Oesterreich rüstete, in Böhmen wurden Truppen zusammengezogen und der Kaiser Franz erklärte: „Der König von Sachsen muß halt sein Land wieder haben, sonst schieß ich." Die Rheinbundsfürsten, besonders der König von Baiern, benutzten solche Stimmung, um ihrem Preußenhaß Genüge zu thun, sie sagten Oesterreich ihre thatkräftige Hilfe zu. Der bairische Feldherr Wrede sollte die Truppen seines Königs nach Böhmen führen und zum Lohne dafür den Oberbefehl des gemeinschaftlichen Heeres übernehmen.

Auch in Berlin hatten sich die Köpfe erhitzt. Die Kunde von den Verhandlungen in Wien war durch die Broschüren-Literatur bekannt geworden. Die Schriften von Varnhagen: „Die deutsche Ansicht von der Vereinigung Sachsens mit Preußen", von Eichhorn: „An die Widersacher der Vereinigung Sachsens mit Preußen", von Niebuhr: „Preußische Rechte gegen den sächsischen Hof" und andere Broschüren, welche sämmt-

lich für die Einverleibung Sachsens in Preußen sprachen und die Nothwendigkeit derselben schlagend bewiesen, wurden in vielen Exemplaren verbreitet und mit Begierde gelesen. Nicht Hardenberg, so sprach man in Berlin, Blücher müsse nach Wien geschickt werden, um den Knoten, den die diplomatischen Federfuchser geschürzt hätten, zu durchhauen.

Der alte Marschall Vorwärts trug wesentlich dazu bei, die Mißstimmung zu erhöhen; er sprach offen seine Ansicht aus, daß bei der „Kongreß-Luderei" doch nichts herauskommen würde, er schimpfte weidlich auf die „Hundsfötter von Diplomatikern" und ihm stimmten auch Gneisenau, Grolmann, Kleist, Bülow und andere berühmte Generale bei. Diese entwarfen schon den Plan zu einem neuen Feldzuge.

Das Selbstbewußtsein des Volkes hatte sich infolge der errungenen Siege so sehr gehoben, daß man in Berlin fast mit Freude den bevorstehenden Krieg begrüßte und sich wenig darum kümmerte, daß bei demselben Preußen nur im Bündniß mit Rußland gegen Frankreich, Oesterreich, die Rheinbundsfürsten und vielleicht sogar England würde kämpfen müssen. Die entlassenen Landwehrmänner und freiwilligen Jäger suchten schon wieder ihre Waffen hervor; man hörte damals in den Berliner Bierstuben fast kein anderes Wort, als Gespräche über den Krieg gegen Oesterreich. In tausend Abschriften wurde ein Lied von Stägeman verbreitet, welches der allgemeinen Stimmung einen kräftigen Ausdruck gab.

„Die Fahne Brandenburgs, mein Lied,
Die schwinge noch einmal!
Und noch einmal, erzürnt' Gemüth,
Ergreif' den tapfern Stahl!

Denn dort ein feiger Mameluk
Und hier ein Jesuit —
Das grins't uns an, weil uns ein Schmuck
Von Ehren reich umblüht.

Das hängt an unser Hochgesims
Pechkranzes brennend Reis
Und hetzt die Hund' auf uns voll Grimms
Und mehr noch voll Geschrei's —

Die Hunde Frankreichs, noch nicht heil
Von Wunden uns'rer Jagd.
Auf, Kugelblitz! Auf, Lanzenpfeil!
Die Hunde wollen Schlacht.

Sie haben sie! Geschoß Apoll's,
Verkünd' es durch die Gau'n:
Was sie geschürzt, das Eisen soll's
Auf ihrem Kopf zerhau'n!"

Das Stägemann'sche Lied kannten die Freiwilligen, besonders die Lützower, auswendig, die Schlußstrophe:

„Was sie geschürzt, das Eisen soll's
Auf ihrem Kopf zerhau'n!"

wurde oft jubelnd wiederholt.

Die heißblütigen Kämpfer für die deutsche Freiheit trugen sich damals mit manchen seltsamen abenteuerlichen Ideen. Man erzählte sich, eine große Anzahl von Landwehrmännern und Freiwilligen sei im Geheimen zusammengetreten, sie warteten nur darauf, daß der König sich von Neuem an sein Volk wende, und thue er das nicht bald, dann wollten sie ihrerseits einen Aufruf des Volkes an den König erlassen.

In Wien verwirrten sich inzwischen die Berathungen mehr und mehr.

Die Sieger von 1813 und 1814 waren in zwei große Heerlager geschieden, auf der einen stand Preußen und Rußland, auf der andern Oesterreich und England im Bunde mit Frankreich. Napoleon, der auf der Insel Elba mit scharfem Blick die Verhandlungen überwachte, hatte wohl das Recht, sich wieder kühnen Hoffnungen zu überlassen, wenn es zum Kriege kam zwischen den bisher gegen ihn Verbündeten, die ihn vom Kaiserthron gestoßen hatten, dann hatte er die wohl gegründete Aussicht, sich diesen wieder zu erringen und zu erhalten.

Dreizehntes Kapitel.

Englands Vermittlung. — Versöhnung. — Die Theilung Sachsens. — Die preußischen Entschädigungen. — Offizieller Artikel der Spener'schen Zeitung. — Unzufriedenheit in Berlin. — Hardenberg und der Naumburger Kutscher. — Die deutsche Bundesverfassung. — Deutsche Volkswünsche. — Der Rheinische Merkur. — Stein als Vertheidiger der deutschen Grundrechte. — Metternich als Freiheitskämpfer. — Der russische Kaiser soll den Deutschen Einheit und Freiheit geben. — Die Kleinstaaten. — Hardenberg und Humboldt Gegner Stein's in der deutschen Frage. — Bundesstaat oder Kaiserreich? — Die Bundesakte.

Der Abbruch der Unterhandlungen, das Auseinandergehen des Kongresses schien in den ersten Tagen des Januar 1815 bevorzustehen. Es kam dazu nicht. Lord Castlereagh, der englische Bevollmächtigte, suchte eine Versöhnung vorzubereiten. Seinen Bemühungen gelang es, den Verhandlungen wieder eine ruhigere Form zu geben.

England wollte es nicht zum Kriege kommen lassen und auch Oesterreich begann bedenklich zu werden.

Metternich schlug eine Theilung Sachsens vor und Hardenberg glaubte sich nicht länger widersetzen zu dürfen. Er hielt es um so mehr für dringend geboten, sich nachgiebig zu zeigen, als Kaiser Alexander anfing, die preußischen Interessen minder warm als bisher zu vertheidigen, und als daher die Gefahr nahe gerückt schien, auch dieser Verbündete werde untreu werden.

Nach eingehenden Unterhandlungen legte Hardenberg am 8. Februar der Konferenz seinerseits diejenigen Vorschläge vor, deren Erfüllung Preußen unter allen Umständen beanspruchen müßte, am 10. erklärte Oesterreich seine Zustimmung, und

damit war der Streit, der vom Friedens-Kongreß aus einen Weltkrieg in Aussicht stellte, geschlichtet, denn auf den Widerspruch des Königs von Sachsen, der sich noch immer nicht fügen wollte, wurde keine Rücksicht weiter genommen.

Von den früher polnischen Provinzen erhielt Preußen Westpreußen, den Netzedistrikt, Thorn und einen Theil von Großpolen, im Ganzen ein Gebiet mit 830,268 Seelen. Sachsen wurde etwa in zwei Hälften getheilt; die größere, aber weniger bevölkerte Hälfte mit 855,305 Seelen fiel an Preußen, außerdem Landstrecken am linken Rheinufer mit 1,100,000 Seelen und die oranischen Länder am rechten Rheinufer, das Großherzogthum Berg, Königswinter, das Herzogthum Westphalen, Corvey, Dortmund und die Hälfte von Fulda, im Ganzen mit 629,893 Seelen. Die Entschädigungen, welche Preußen erhalten hatte, stellten den Staat, wenn man die Seelenzahl berechnet, etwa auf den Stand von 1805. Der Zuwachs war nicht so groß, wie ihn die zehnjährige Volksvermehrung erheischt hätte.

Hardenberg fühlte selbst, daß ein solches Resultat der Unterhandlungen weit hinter denjenigen Anforderungen zurückblieb, die das preußische Volk an ihn zu stellen berechtigt war. Er fühlte sich deshalb verpflichtet, sich in der Presse zu vertheidigen. Das that er nun freilich nicht mit seiner Namensunterschrift, aber in offiziellen Artikeln, die er den Berliner Zeitungen zuschickte. Die Spener'sche Zeitung vom 16. und 18. Februar 1815 enthielt einen solchen Bericht, der ihr von der Behörde zugegangen war. Er zählte die Länder auf, welche Preußen um des lieben Friedens willen hatte opfern müssen, und sprach mit Bedauern besonders von dem Verlust Baireuths und Anspachs, aber zugleich erklärte er die Gründe welche es nöthig gemacht hatten, solche Opfer zu bringen.

Die Berliner lasen keineswegs mit großer Zufriedenheit die Mittheilungen, welche ihnen die Zeitungen brachten. Sie hatten Anderes erwartet. Nach den glänzenden Erfolgen der preußischen Heere hatten sie geglaubt, Preußen werde den Frieden dictiren, die Stimmen Friedrich Wilhelm's III. und seines Staatskanzlers Hardenberg würden im Wiener Kongreß den Ausschlag geben; jetzt aber mußten sie sehen, daß der König kaum entschädigt wurde für Opfer, wie sie kein anderer Fürst gebracht hatte.

Schärfer wie je sprach sich Blücher gegen die verdammten Federfuchser aus. Die namhaftesten Patrioten machten gar kein Hehl daraus, daß man diese politische Niederlage der jammervollen Schwäche der preußischen Staatsmänner und vorzüglich der des vielgerühmten Staatskanzlers Hardenberg, der sich von Metternich und Talleyrand vollständig habe hinter das Licht führen lassen, verdanke. Gerade in den intelligentesten Kreisen der Berliner Gesellschaft wurde geltend gemacht, daß Preußen mehr verloren als gewonnen habe, daß es also für alle Opfer an Gut und Blut nicht entschädigt, sondern im Gegentheil geschädigt worden sei. Dann wurde hervorgehoben, daß durch das Opfer Ostfrieslands die Verbindung mit der Nordsee leichtsinnig preisgegeben sei, daß man die treuen Ostfriesen und Franken, die stets mit Gut und Blut zu Preußen gestanden hätten, vertauscht habe gegen französisch gesinnte Rheinländer, daß wohlhabende Gebiete gegen verarmte und ausgesogene dem preußischen Staate entrissen worden seien; das langgestreckte Gebiet des Staats, die Vertheidigungslinie von Memel bis Saarbrücken, die Gefahr eines Angriffs von Osten her durch Rußland, von Westen her durch Frankreich, die Theilung Preußens in zwei Hälften, die getrennt seien durch die beiden feindseligen Mittelstaaten Hannover und Hessen — wurden mit scharfen Worten kritisirt.

Der fernere Länder- und Völkerschacher auf dem WienerKongreß, die Verhandlungen über die Abgrenzung dieses oder jenes deutschen Landes oder Ländchens können uns nicht weiter beschäftigen. Wir haben nur noch einige Worte zu sagen über das wichtigste und traurigste Werk des Kongresses, über die Herstellung der deutschen Bundesverfassung.

Schon als im Frühjahr 1813 das Volk sich überall einmüthig erhob, um die Franzosen zu bekämpfen, als aus den verschiedensten deutschen Ländern die Freiwilligen nach Preußen zogen und sich einreihen ließen unter die Jäger, war der Wunsch, daß ein freies, einiges Deutschland die Folge des bevorstehenden Krieges sein möge, ein allgemeiner im ganzen deutschen Vaterlande. Mit dem glücklichen Kampfe hob sich der Nationalsinn des Volkes, und als nun zu Neujahr 1814 die verbündeten Heere den Rhein überschritten, schaute das Volk mit den freudigsten Erwartungen der Erfüllung seines sehnsüchtigsten Wunsches entgegen.

Damals schrieb Görres im Vorwort zu seinem später so berühmt gewordenen Rheinischen Merkur:

„Durch alle Völkerschaften geht ein Geist freudiger Entsagung und muthigen Zusammenhaltens, eine schöne Begeisterung glüht in Aller Herzen, statt der vorigen dumpfen Betäubung ist eine muntere Regsamkeit eingetreten, eine klare Anschauung der Weltverhältnisse nimmt die Stelle kläglichen Unverstandes ein, das Talent, das wie versiegt schien in flacher Erbärmlichkeit, hat in allen Fächern sich hervorgethan, und ein edler Gemeingeist, der den Deutschen so fremd geworden, umschlingt den großen Bund."

Noch gewaltiger zeigte sich die Volksstimmung, als der Friede geschlossen, Napoleon nach Elba verbannt war. Eine wahre Fluth von Broschüren erschien. Die in den kleineren deutschen Ländern frei gewordene Presse beschäftigte sich vorzugsweise mit der deutschen Frage. Vor allen andern Zeitungen war es der Rheinische Merkur, der unablässig die Forderung eines einigen freien Deutschlands wiederholte. Männer wie Stein und Arndt unterstützten Görres in seinem Streben und selbst die patriotisch-freisinnigen Kriegshelden jener Zeit

verschmähten es nicht, das Schwert mit der Feder zu vertauschen, um als Zeitungsschreiber im Rheinischen Merkur für ihre Ueberzeugung zu kämpfen.

Eine Verfassung, welche Fürst und Volk in Treue und Liebe zusammenhält, welche Deutschland nach Außen Schutz verleiht und nach Innen gedeihlich wirkt, das war es, was Görres forderte; den Weg zur Erfüllung dieser Forderung aber vermochte er nicht anzugeben. Der Rheinische Merkur litt, wie fast die gesammte Presse jener Tage, an jener verschwommenen Unbestimmtheit, welche in Zeiten der Entwickelung so leicht sich geltend macht.

Bestimmter als Görres zeigte Arndt den Weg, der eingeschlagen werden sollte. Auf Stein's Veranlassung hatte er eine Schrift über künftige ständische Verfassungen in Deutschland herausgegeben, in dieser verlangte er, Deutschland solle ein gemeinsames Oberhaupt, einen Kaiser oder König, dem alle deutschen Fürsten und Völker unterthan sein müßten, eine gemeinsame Kriegsordnung und Kriegsübung erhalten. Gleiche Gesetze sollten im ganzen Reiche gelten, ein Reichsgericht die oberen Rechtshändel entscheiden. Ein deutscher Reichstag, der jährlich in öffentlicher Berathung zusammentreten und dessen Mitglieder von den Ständen der einzelnen deutschen Staaten zu wählen seien, müsse dem Kaiser zur Seite stehen.

Solche Gedanken fanden überall in Deutschland die günstigste Aufnahme. Das Volk sah mit gespanntester Erwartung dem Wiener Kongreß entgegen, denn dieser sollte ja die künftigen deutschen Verfassungen berathen. Hatten doch während des Feldzuges selbst die Fürsten ausdrücklich festgesetzt, Deutschland solle eine Bundesverfassung erhalten, hatte doch der Pariser Frieden diese Verabredung bestätigt in der Bestimmung, daß die deutschen Staaten durch ein föderatives Band vereinigt werden sollten.

Unter den Diplomaten war der eifrigste Agitator für die Begründung eines kräftigen deutschen Reichs der Freiherr von Stein. Schon im März hatte er dem Kaiser von Rußland eine Denkschrift über die künftige deutsche Verfassung überreicht, in der er forderte, daß der künftige deutsche Bundesstaat auf der festen Basis von Grundrechten, die die Freiheit gewährleisteten, gebaut werde. Jeder deutsche Staat müsse eine landständische Verfassung erhalten. Vor allen Dingen sei es nothwendig, allen Deutschen die persönliche Freiheit, die Freiheit der Presse und das Recht, nur von ihren zuständigen Richtern verurtheilt zu werden, zu garantiren.

Stein arbeitete mit jener Rastlosigkeit, welche wir schon oft bei ihm zu bewundern Gelegenheit gehabt haben, für die Realisirung seiner Pläne. Wenige Wochen nach dem Pariser Frieden kam er in Frankfurt a. M. mit Hardenberg und dem Grafen Solms-Laubach zusammen, mit diesen gemeinschaftlich arbeitete er einen Plan für eine deutsche Bundesverfassung aus, den Hardenberg nach Stein's Denkschrift vom März aufgesetzt hatte; er hoffte, der Kongreß werde schneller zum Ziele kommen, wenn ihm etwas Fertiges übergeben würde, aber als nun der Kongreß zusammen kam, da zeigte es sich sofort, daß eine Einigung Deutschlands in einer freien Bundesverfassung von allen Seiten auf Widerstand stieß. — Baiern und Württemberg fürchtete den Verlust der staatlichen Selbstständigkeit, Oesterreich die Freiheiten, welche dem deutschen Volke gewährt werden sollten.

Stein war tief entrüstet über die heuchlerische Treulosigkeit Metternich's und das undeutsche Vorgehen Württembergs und Baierns; auf Hardenberg rechnete er kaum mehr, dieser hatte sich so nachgiebig und unselbstständig gezeigt, daß von ihm mehr zu fürchten, als zu hoffen war, deshalb entschloß sich Stein, die Hilfe des Kaisers Alexander von Rußland anzurufen; er schrieb an ihn, indem er ihn an seine Versprechungen beim Beginn des Krieges erinnerte, er forderte ihn auf, einzutreten für die Bildung eines deutschen Bundesstaats.

Es war in der That weit gekommen, daß der Kaiser von Rußland angerufen werden mußte, um dem deutschen Volke Einheit und Freiheit zu bringen, daß er sich auf Stein's Bitte an Oesterreich und Preußen wendete, daß er mahnte, das deutsche Verfassungswerk zu vollenden.

Außer dem Kaiser von Rußland suchte und fand Stein noch andere Verbündete: die deutschen Kleinstaaten, welche im Verfassungs-Ausschuß nicht vertreten waren und deshalb sich dagegen auflehnten, daß Württemberg und Baiern als Repräsentanten der übrigen deutschen Staaten gelten sollten.

Neunundzwanzig souveräne Fürsten und Städte, denen sich später noch drei anschlossen, vorzüglich aus Norddeutschland, verbanden sich, sie forderten, an der Konstituirung des deutschen Bundes Theil nehmen zu dürfen; zugleich aber erklärten sie, daß sie bereit seien, zum Besten des Ganzen die Opfer ihrer Souveränetät zu bringen, die als nothwendig erkannt und als verbindlich für Alle beschlossen werden würden. Sie erklärten sich einverstanden, landständische Verfassungen einzuführen, den Ständen das Recht der Steuerbewilligung und Mitwirkung an der Gesetzgebung der Staatskontrole u. s. w. zu garantiren. Sie sprachen zum Schluß ihre Ueberzeugung dahin aus, daß eine deutsche Verfassung nur dann von Bestand und von segensreicher Wirkung sein könne, wenn ein gemeinsames Oberhaupt an der Spitze von ganz Deutschland stehe, ein Oberhaupt, welches die Macht habe, die Bundesgesetze zur Ausführung zu bringen, die Saumseligen oder sich Weigernden mit Nachdruck zur Erfüllung des Bundesvertrages anzuhalten und das Kriegsheer des Bundes zu führen.

Die deutschen Kleinstaaten verlangten anstatt des aristokratisch - republikanischen Bundesstaats

den Kaiserstaat, und sie wollten denselben gründen auf freie Verfassungen in den Einzelstaaten und feste, straffe Handhabung der Gesetze im deutschen Gesammtstaate! Das war ein neues Programm, welches weit von dem in den bisherigen Verhandlungen aufgestellten abwich.

Stein hatte sich früher oft für ein deutsches Kaiserreich ausgesprochen. Wenn er in neuester Zeit den Verhältnissen Rechnung getragen und den deutschen Bundesstaat empfohlen hatte, so begrüßte er doch mit Freude die Forderungen der Kleinstaaten, er nahm sich derselben warm an und bemühte sich, auch den Kaiser Alexander für den neuen Plan zu gewinnen.

Oesterreich sollte nach Stein's Ansicht die erbliche Kaiserkrone erhalten, Preußen aber dadurch befriedigt werden, daß der Kaiser nur in Verbindung mit drei Fürsten, von denen einer der König von Preußen sein müsse, über die Kriegsmacht und Heeresbildung Deutschlands zu bestimmen habe.

Der Kaiser Alexander wurde durch Stein's Vorstellungen gewonnen, Oesterreich schwankte noch, aber es war kaum zu bezweifeln, daß die lockende Aussicht auf die erbliche Kaiserkrone die Unschlüssigkeit Metternich's und des Kaisers Franz besiegen würde. Alles kam daher darauf an, daß Preußen seine Einwilligung gebe, dann konnte auch gegen die Wünsche der Rheinbund-Könige das neue deutsche Kaiserreich geschaffen werden. Stein wendete sich deshalb an Hardenberg, aber er fand bei diesem nicht die günstige Aufnahme, welche er gehofft hatte.

Hardenberg hatte, als ihm Stein am 11. Februar 1815 die erste Eröffnung machte, die Niederlage, welche er bezüglich der Einverleibung Sachsens in Preußen durch Oesterreich erlitten, nicht vergessen. Jede Machtentwickelung Oesterreichs in Deutschland erschien ihm hoch gefährlich, und er äußerte dies offen, indem er sagte: als preußischer Minister könne er unmöglich in eine Vermehrung der österreichischen Macht willigen, er könne dies um so weniger thun, als es bekannt sei, daß Metternich sich nur zu sehr geneigt zeige, mit Frankreich und Baiern ein Bündniß gegen Preußen und Rußland zu schließen. Räume er Oesterreich in Deutschland einen derartigen Einfluß, wie ihn die erbliche Kaiserkrone biete, ein, dann müsse er fürchten, daß sich das Volk in Berlin gegen ihn empöre. Er dürfe die preußischen Patrioten nicht derartig vor den Kopf stoßen.

Hardenberg blieb trotz aller Zureden Stein's bei seiner Weigerung, und seiner Ansicht war auch Wilhelm von Humboldt.

Die wichtige Frage: ob Kaiserreich? ob Bundesstaat ohne Oberhaupt? beschäftigte in jenen Tagen nicht nur den Congreß, sondern ganz Deutschland. Täglich erschienen neue Broschüren, welche zum Theil die seltsamsten und abenteuerlichsten Pläne enthielten; aber geschaffen wurde dadurch nichts. Im wüsten Durcheinander schwankten die Meinungen. Da kam plötzlich die Nachricht, daß Napoleon Elba verlassen habe, daß er in Frankreich gelandet und im Triumphe in Paris eingezogen sei.

Der Eindruck, welchen das furchtbare Ereigniß auf die in Wien versammelten Fürsten und Staatsmänner machte, ist unbeschreiblich. Wir werden im nächsten Kapitel Gelegenheit haben, hierauf zurückzukommen.

Jetzt galt es, einig zu sein, das deutsche Verfassungswerk zu vollenden. Die kleineren deutschen Fürsten und die Reichsstädte drängten dazu; aber immer noch zogen sich die Unterhandlungen hin, bis endlich Metternich dem Kongreß einen Verfassungsentwurf vorlegte, über den die österreichischen und preußischen Bevollmächtigten vom 8. Mai ab in Unterhandlung traten. Aus den Berathungen ist die traurige deutsche Bundesverfassung hervorgegangen, welche 50 Jahre lang Deutschland zum Spott für das Ausland gemacht hat. Hardenberg und Humboldt zeigten sich so nachgiebig gegen die Anforderungen Metternich's, daß sie ihre oft und laut verkündeten Grundsätze kleinmüthig preisgaben.

Am 23. Mai 1815 war die jammervolle Arbeit vollendet, von diesem Tage ab wurde sie von den Bevollmächtigten aller deutschen Bundesstaaten berathen und vielleicht gerade deshalb mit geringen Aenderungen am 8. Juni angenommen, weil sie weder die Volksfreiheit garantirte, noch ein einiges, kraftvolles deutsches Reich schuf. Am 10. Juni wurden die Bundesakte von allen deutschen Bundesgliedern, mit Ausnahme von Baden und Württemberg, welche erst später beitraten, unterzeichnet.

Es ist hier nicht der Ort, auf die deutsche Bundesverfassung ausführlicher einzugehen, wenige Worte müssen zu ihrer Charakteristik genügen. Der deutsche Bundesstaat wurde als ein freier Bund von 39 selbstständigen und unabhängigen Staaten gebildet, alle Bundesmitglieder erhielten gleiche Rechte. Ueber die gemeinsamen Angelegenheiten berieth und beschloß die Bundesversammlung, die unter dem Vorsitz Oesterreichs in Frankfurt am Main zu residiren hatte. In derselben hatten selbst bei den wichtigsten Angelegenheiten die kleinen Staaten eine Stimme, die größten nicht mehr als vier Stimmen. Zu jedem wichtigen Beschluß war Stimmeneinheit nothwendig, der kleinste Fürst also im Stande, jede Reform der Bundesverhältnisse zu verhindern. Den einzelnen Staaten war das Recht vorbehalten, Bündnisse zu schließen, sie mußten nur auf solche verzichten, die gegen die Sicherheit Deutschlands gerichtet waren. Bei Streitigkeiten der einzelnen Bundesstaaten unter einander sollte die Bundes-Versammlung schiedsrichterlich urtheilen.

Und die Freiheitsrechte des Volkes? Eine leere Versprechung sollte für diese Sorge tragen, der kurze Artikel XIII. der Bundesakte: in allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung

stattfinden! Außerdem gewährte Artikel XVI. allen christlichen Religions-Parteien gleiches Recht und Artikel XVIII. versprach Freizügigkeit der Deutschen aus einem Bundesstaat in den andern.

Dies war die Bundesverfassung, welche sich das deutsche Volk durch seinen Freiheitskampf, durch die freudige Selbstaufopferung für seine Fürsten im Kriege gegen Napoleon errungen hatte!

Vierzehntes Kapitel.

Napoleon's Rückkehr von Elba. — Wirkung der Schreckensnachricht auf den Kongreß. — Napoleon's Siegeszug. — Fruchtlose diplomatische Kunststücke. — Die Achtserklärung gegen Napoleon. — Preußens nicht benutzte günstige Stellung. — Der zweite Aufruf: „An Mein Volk!" — Das Gesetz vom 22. Mai 1815 über die künftige preußische Verfassung. — Pertz und Scherr über das Gesetz.

Die Fürsten und Diplomaten Europas intriguirten auf dem Kongreß in Wien nach Herzenslust, der Länder und Völkerschacher war im besten Gange. Da kam plötzlich die Nachricht, Napoleon habe Elba verlassen.

Die seltsame Neuigkeit verbreitete sich im Laufe des 7. März schnell durch Wien. Die Karossen der Diplomaten waren an jenem Tage viel in Bewegung, denn die hohen Herren wußten sich vor Unruhe nicht zu lassen, Einer wollte von dem Andern Neues hören und doch wußte noch Keiner etwas Bestimmtes. Nur die eine Nachricht, Napoleon hat Elba verlassen, ging von Mund zu Mund, und dies allein war freilich schon erschreckend genug.

Am Abend war das Theater dicht gefüllt und auch eine Gesellschaft bei der Kaiserin war zahlreich besucht. Die Herren von der Feder wollten es sich nicht merken lassen, mit welcher bangen Sorge sie die unerwartete Flucht des noch immer gefürchteten Mannes erfüllte. Sie überließen sich deshalb scheinbar sorglos dem Vergnügen, aber im Theater und in der Gesellschaft steckten sie die Köpfe zusammen. Kein anderer Gegenstand des Gespräches, als die Flucht des Kaisers konnte aufkommen. Einer fragte den Andern, wohin Napoleon wohl gegangen sein möge. Die Diplomaten und Generale erschöpften sich in Vermuthungen, manche von ihnen, nicht diejenigen, welche in der Feldschlacht den meisten Muth gezeigt hatten, prahlten, daß sie sich gar nichts aus diesem abenteuerlichen Ereignisse machten. Einige Generale äußerten laut, es sei an der Zeit ein Beispiel zu statuiren, der wortbrüchige Despot verdiene keine Gnade, er müsse ohne Erbarmen vernichtet werden. Das hörte auch König Friedrich Wilhelm III., der nicht fern von den Worthelden stand, mit an. Er nickte ruhig mit dem Kopfe und sagte: „Ganz gut, meine Herren, erst aber müssen wir ihn haben!"

Hatte schon die Nachricht, daß Napoleon Elba verlassen habe, die Diplomaten in die heftigste Aufregung versetzt, so wuchs diese naturgemäß, als man hörte, der Kaiser sei glücklich in Frankreich gelandet, als täglich neue Berichte von den überraschenden und glänzenden Erfolgen seines Siegeszuges in Wien eintrafen.

Im Frieden hatten die widerstrebenden Interessen der verbündeten Mächte die Freundschaft gelockert, jetzt aber war der gemeinsame Feind von Neuem erschienen, jetzt galt es, einig zu sein, um ihn zu besiegen. Darüber waren auf dem Kongreß alle Fürsten einer Meinung.

Napoleon hatte bei seinem kühnen Unternehmen wesentlich auf die Streitigkeiten zwischen den Verbündeten gerechnet. War ihm doch mitgetheilt worden, daß Oesterreich und Preußen gegen einander rüsteten, daß der Kaiser von Rußland gegen Metternich auf das Tiefste erbittert sei und erklärt habe, er wolle mit diesem treulosen Diplomaten nichts mehr zu schaffen haben. Napoleon hielt das gefährliche Bündniß, welches fast sämmtliche Fürsten Europa's zu seinem Sturze geschlossen hatten, für gelöst. Durch Friedensversicherungen glaubte er die Monarchen, durch Freiheitsversprechungendie Völker täuschen zu können, und mit beiden war er daher freigebig genug.

Das Glück begünstigte ihn; er, der am 1. März als irrender Abenteurer an der französischen Küste gelandet war, zog am 20. wieder als Kaiser der Franzosen in Paris ein, nachdem König Ludwig XVIII. so eilig geflüchtet war, daß er sogar die wichtigsten Staatspapiere hatte im Stiche lassen müssen. Unter diesen befand sich auch die Urkunde eines geheimen Vertrages, den Frankreich mit Oesterreich und England gegen Rußland und Preußen geschlossen hatte. Napoleon versäumte nicht, sie dem Kaiser Alexander zu übersenden in der Hoffnung, diesen durch einen solchen Beweis der Treulosigkeit seiner bisherigen Verbündeten für sich zu gewinnen oder wenigstens von Oesterreich zu lösen.

Napoleon's künstliches diplomatisches Spiel mißglückte. Er kam zu spät, denn Kaiser Alexander hätte zu jener Zeit, selbst wenn er es gewollt, mit Ehren nicht mehr zurücktreten können. Das Bündniß gegen Napoleon war auf's Neue und fester als zuvor geschlossen.

Schon am 13. März hatten die auf dem Kongreß versammelten Fürsten eine förmliche Achtserklärung*) gegen den Störer des europäischen Friedens erlassen, in welcher sie sagten:

„Die Mächte, welche den Traktat von Paris unterzeichnet, im Kongreß zu Wien versammelt, haben die Entweichung Napoleon Bonaparte's und seinen Eintritt mit bewaffneter Hand in

*) Die Achtserklärung wurde in Berlin durch die Spener'sche Zeitung vom 21. März veröffentlicht.

Frankreich vernommen, und sind es ihrer eigenen Würde und dem Interesse der gesellschaftlichen Ordnung schuldig, die Empfindungen, welche diese Begebenheit in ihnen erweckt hat, in einer feierlichen Erklärung an den Tag zu legen. Bonaparte hat, indem er den Vertrag brach, der ihm die Insel Elba zum Wohnorte anwies, den einzigen Rechtstitel vernichtet, an welchen seine Existenz geknüpft war. Indem er den französischen Boden mit dem Vorsatz, Unruhe und Zerrüttungen herbeizuführen, betrat, hat er sich selbst alles gesetzlichen Schutzes beraubt und im Angesicht der Welt ausgesprochen, daß mit ihm weder Friede noch Waffenstillstand bestehen kann. Die Mächte erklären daher, daß Napoleon Bonaparte sich von den bürgerlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen ausgeschlossen, und als Feind und Störer der Ruhe der Welt den öffentlichen Strafgerichten preisgegeben hat."

Die verbündeten Mächte erklärten zugleich, daß sie entschlossen seien, unverbrüchlich an den Bedingungen des Pariser Friedens und den später in Wien auf dem Kongresse getroffenen Verabredungen festzuhalten.

Die Acht gegen Napoleon! Das war ein großes Wort, aber es genügte nicht, denn jetzt galt es, dem Wort die That folgen zu lassen, und dazu bedurften die Verbündeten vorzüglich der preußischen Waffen.

Preußen allein war noch so vollkommen kriegsgerüstet, daß es sofort in den Kampf gegen den gemeinsamen Feind treten konnte, während Oesterreich und Rußland dazu noch mancher Vorbereitungen bedurften.

Wie wurde jetzt Metternich plötzlich geschmeidig! Wie rücksichtsvoll zeigte sich Talleyrand gegen die preußischen Bevollmächtigten! Hätten diese es nur verstanden, die günstige Gelegenheit, den Augenblick, in welchem die Verbündeten des preußischen Heeres benöthigt waren, zu benutzen! — Waren auch die Verhandlungen über die Theilung Sachsens schon geschlossen, damals hätten sie um so leichter wieder aufgenommen werden können, als der König von Sachsen sich stolz weigerte, denselben seine Zustimmung zu geben; damals hätte Hardenberg auf's Neue die bestimmte Forderung auf ganz Sachsen stellen können und schwerlich wäre sie ihm verweigert worden!

So dachten auch manche namhafte preußische Patrioten. Gneisenau und selbst Wilhelm von Humboldt sollen allen Ernstes den Gedanken ausgesprochen haben, Preußen müsse sich mit Napoleon gegen Oesterreich und England verbünden, um seine auf dem Congreß verkürzten Rechte wieder zu gewinnen.

Friedrich Wilhelm III. dachte nicht so. Seinem geraden Charakter widerstrebte es, zu feilschen und zu markten. Er hielt es für seine erste und heiligste Pflicht, den alten Verbündeten treu zu bleiben gegen den Erbfeind Preußens, Napoleon, und auch der alte Politiker Hardenberg, dessen Haupttugend die Ehrlichkeit doch sonst keineswegs war, zeigte sich schwach genug, den günstigen Augenblick ungenutzt vorübergehen zu lassen.

Am 25. März 1815 wurde in Wien zwischen Oesterreich, Rußland, England und Preußen ein neuer Allianzvertrag geschlossen, in welchem die vier Mächte sich verpflichteten, jede ein Heer von 150,000 Mann gegen Napoleon zu stellen, und diesem Vertrage traten auch die übrigen auf dem Kongreß vertretenen Mächte bei.

Es galt, den Kampf abermals zu beginnen. Preußens Kriegerschaaren sollten wieder in erster Reihe stehen. Die entlassenen freiwilligen Jäger und Landwehrmänner wurden deshalb zu den Fahnen gerufen; mit kräftigem Wort forderte König Friedrich Wilhelm III. das Volk zu neuen Opfern auf. Wie im März 1813 erließ er im April 1815 einen Aufruf an sein Volk.

Da es aber in jenen Tagen galt, die höchste Kraft des Volkes aufzubieten, um mit einem gewaltigen Schlage Napoleon für immer zu vernichten, da zu diesem Zweck auf's Neue die größten Opfer erfordert wurden, so drängten Hardenberg und Wilhelm von Humboldt den König, jetzt endlich aus freier königlicher Entschließung seinem Volke das feste Versprechen einer konstitutionellen Verfassung zu geben, in Erfüllung des Artikel XIII der Bundesakte, über denselben hinausgehend, die Volksrepräsentation zu gewähren.

Friedrich Wilhelm III. gab dem Rathe seiner bewährten Minister nach, am 22. Mai 1815 erließ er das berühmte Gesetz über die künftige preußische Verfassung. Es lautete:

„Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc.

„Durch Unsere Verordnung vom 30. v. Mts. haben Wir für Unsere Monarchie eine regelmäßige Verwaltung mit Berücksichtigung der früheren Provinzial-Verhältnisse angeordnet.

„Die Geschichte des preußischen Staats zeigt zwar, daß der wohlthätige Zustand bürgerlicher Freiheit und die Dauer einer gerechten, auf Ordnung gegründeten Verwaltung in den Eigenschaften der Regenten und in ihrer Eintracht mit dem Volke bisher diejenige Sicherheit fanden, die sich bei der Unvollkommenheit und dem Unbestande menschlicher Einrichtungen erreichen läßt.

„Damit ist jedoch desto fester begründet, der preußischen Nation ein Pfand Unseres Vertrauens gegeben und der Nachkommenschaft die Grundsätze, nach welchen Unsere Vorfahren und Wir selbst die Regierung Unseres Reichs mit ernstlicher Vorsorge für das Glück Unserer Unterthanen geführt haben, treu überliefert und vermittelst einer schriftlichen Urkunde, als Verfassung des preußischen Reichs, dauerhaft bewahrt werden, haben Wir Nachstehendes beschlossen:

§ 1.

„Es soll eine Repräsentation des Volkes begründet werden.

§ 2.

„Zu diesem Zwecke sind:

a) die Provinzialstände da, wo sie mit mehr oder minder Wirksamkeit noch vorhanden sind, herzustellen und dem Bedürfnisse der Zeit gemäß einzurichten.

b) Wo gegenwärtig keine Provinzialstände versammelt sind, sie anzuordnen.

§ 3.

„Aus den Provinzialständen wird die Versammlung der Landes-Repräsentanten gewählt, die in Berlin ihren Sitz haben soll.

§ 4.

„Die Wirksamkeit der Landes-Repräsentanten erstreckt sich auf die Berathung über alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche die persönlichen und Eigenthumsrechte der Staatsbürger mit Einschluß der Besteuerung betreffen.

§ 5.

„Es ist ohne Zeitverlust in Berlin eine Commission niederzusetzen, die aus einsichtsvollen Staatsbeamten und Eingesessenen der Provinzen bestehen soll.

§ 6.

„Diese Commission soll sich beschäftigen:

a) mit der Organisation der Landstände;

b) mit der Organisation der Landes-Repräsentanten;

c) mit der Ausarbeitung einer Verfassungs-Urkunde nach den aufgestellten Grundsätzen.

§ 7.

„Sie soll am 1. September d. J. zusammentreten.

§ 8.

„Unser Staatskanzler ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt und hat Uns die Arbeiten der Commission demnächst vorzulegen. Er ernennt die Mitglieder derselben und führt darin den Vorsitz, ist aber befugt, in Verhinderungsfällen einen Stellvertreter für sich zu bestellen.

„Urkundlich unter Unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel. So geschehen Wien, am 22. Mai 1815.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

C. Fürst Hardenberg."

— — — —

„Diese im Augenblick eines neu beginnenden Kampfes auf Leben und Tod erlassene Verordnung bezeugt des Königs ernsten Willen, seinen alten und in den schwersten Prüfungen bewährten Unterthanen, wie den neuen, eine feste Bürgschaft über ihre ständischen Rechte zu ertheilen; es wird damit zugleich vor ganz Deutschland ausgesprochen, was der König für heilsam und nothwendig hielt, und dem leeren Ausdruck des Bundesverfassungs-Entwurfs sein Inhalt gegeben. Sind späterhin Umstände eingetreten, welche den König bewogen haben, eine in solchem Augenblicke für solchen Zweck erlassene Verordnung nicht in ihrem ganzen Umfange ausführen zu lassen, so hat das folgende Geschlecht für diesen Aufschub ruhiger und friedlicher Entwickelung schwer zu büßen gehabt."

So urtheilt Pertz in seinem Leben Stein's über das Gesetz vom 22. Mai 1815. Weniger rücksichtsvoll drückt sich ein anderer berühmter Geschichtsschreiber, Johannes Scherr, aus, indem er sagt:

„Am 22. Mai 1815 erließ Friedrich Wilhelm III. von Preußen seine „Verordnung über die zu bildende Repräsentation seines Volkes," worin er seinem Lande, dessen Gut und Blut er ja abermals zur Bekämpfung des Napoleon höchst nöthig hatte, eine konstitutionelle Verfassung feierlich versprach. Nachdem dann der gute Mohr von preußischen Volk seine Dienste abermalen gethan hatte, ist dieses Versprechen zum Vergessen geworden, aus Gründen „höherer Staatsweisheit" natürlich und unbeschadet der „fleckenlosen Redlichkeit" des „Heldenkönigs". Die großen Herren, Angesichts der wiederum von Seiten des Schlachtenmeisters ihrem Besitz und Behagen drohenden Gefahren, waren überhaupt nicht unbereitwillig, den Völkern zur Erhöhung ihrer guten Laune sich auf's Neue als „Futter für Pulver" verbrauchen zu lassen, wenn auch keine Brote, so doch Steine darzureichen, wie dann ein solcher Stein, genannt „deutsche Bundesakte", am 8. Juni den geduldigen Söhnen Germaniens allergnädigst dargereicht wurde."

Fünfzehntes Kapitel.

1815. — Trübe Stimmung in Deutschland. — Die Franzosenfreunde. — Görres. — Kriegsmuth der Berliner. — Blücher, der Liebling der Berliner. — Blücher's Leben in Berlin. — Die Patrioten und die Censur in Berlin. — Deutschthümelei der Berliner. — Jahn, Theodor Heinsius. — Mamsell, Edelfräulein oder Kunkel? — Arndt und die teutsche Kleidertracht. — Vorschläge einer teutschen Frau. — Franzosenhaß der Berliner. — Kampfeslust der Berliner Jugend.

Nach dem gewaltigen Aufschwung, welchen der Volksgeist in Deutschland im Jahre 1813 erhalten, nach der Aufregung, welche der siegreiche Feldzug im Jahre 1814 gebracht hatte, war eine Zeit der Ruhe gefolgt, und mit dieser eine Art Erschlaffung eingetreten. Die Verhandlungen des Wiener Kongresses, soweit sie überhaupt in die Oeffentlichkeit traten, waren nicht geeignet, die Begeisterung des deutschen Volkes im Schwung zu erhalten. Das diplomatische Ränkespiel in Wien erschien so widerlich, so wenig der großen Siege der Jahre 1813 und 1814 würdig, daß der Enthusiasmus der deutschen Patrioten wohl abgekühlt werden mußte, daß die Hoffnungen, welche das Volk Anfangs auf den Kongreß gesetzt hatte, eine nach der andern schwanden und an die Stelle derselben eine traurige Enttäuschung trat.

Die Nachricht, daß Napoleon zurückgekehrt sei, daß er glänzende Erfolge feiere, daß die Verbündeten auf's Neue die Waffen ergreifen würden, rief unter solchen Verhältnissen im größten Theile Deutschlands nicht jenen freudigen Kampfesmuth hervor, der im Jahre 1813 die ganze Nation durchdrungen hatte. Die Stimmung war außerordentlich getheilt.

In Sachsen, Bayern, Württemberg, Hessen und in den rheinischen Provinzen erhoben die Franzosenfreunde wieder kühn ihr Haupt; die alten Offiziere, welche im französischen Heere mitgekämpft und sich das Kreuz der Ehrenlegion erworben, dasselbe aber schweigend in den Kasten gelegt hatten, seit Napoleon entthront war, holten es jetzt freudig hervor und ließen es an ihrer Brust prangen. Sie hofften, abermals unter Napoleon's Führung sich Ehren und Auszeichnungen zu erwerben, und offen sprachen sie davon, der Rheinbund werde wieder aufleben und unter Napoleon's Schutz würden die süddeutschen Fürsten die verhaßte Vormundschaft Preußens, Oesterreichs und Rußlands abschütteln.

Manche Flasche wurde damals in den Weinhäusern der rheinischen, sächsischen und süddeutschen Städte auf das Wohl des Kaisers geleert. Die unpatriotischen Sonderbündler begrüßten den Wiedergekehrten als den Retter vor der preußischen Vergewaltigung. Sie fanden beim Volke jener Landestheile nur geringen Widerstand. Der Wiener Kongreß hatte ja dafür gesorgt, daß der feurige Patriotismus des Jahres 1813 erloschen war, ja daß gar manche freigesinnte Männer sich ernsthaft fragten, ob das Volk nicht wirklich eine politische Freiheit eher von dem französischen Kaiser, als von den deutschen Fürsten erwarten könne.

Nicht alle die rheinischen Politiker dachten so es gab auch manche, welche laut ihre Stimmen erhoben, um zu fordern, daß Napoleon gegenüber jeder innere Zwiespalt schweigen, daß das deutsche Volk so einmüthig wie im Jahre 1813 die Waffen zum Kampfe ergreifen müsse. Im Rheinischen Merkur, der in Coblenz erschien, machte sich diese Forderung gebieterisch geltend.

Görres hatte bisher manches ernste Wort gegen die Reaktion des Kongresses geschrieben, sein Blatt war durch die Preßfreiheit, welches es genoß, begünstigt, es zeichnete sich daher vor allen andern Zeitungen in seiner entschiedenen Sprache aus. Jetzt aber wollte Görres von inneren politischen Zwistigkeiten nichts mehr wissen; streng mahnend wendete er sich an die deutschen Fürsten und Völker.

Seine Worte verhallten nicht ungehört, aber sie vermochten doch die Freudigkeit zum Kampfe nicht zu erzeugen, mit der zwei Jahre früher das Volk sich erhoben hatte. Die Stimmung blieb in Süd- und Westdeutschland eine sehr zweifelhafte. Anders gestalteten sich die Verhältnisse in Berlin.

Auch in der preußischen Hauptstadt hatten die Kongreß-Verhandlungen, wie unsere Leser sich erinnern, den ungünstigsten Eindruck gemacht. Das Volk war in seinen gerechten Erwartungen betrogen und eine tiefe Mißstimmung hatte die Patrioten ergriffen; diese schwand aber in demselben Augenblick, in welchem das preußische Volk wieder zur That aufgerufen wurde.

Nirgends in Deutschland ist die Rückkehr Napoleon's nach Frankreich, die Aussicht auf einen neuen Krieg wohl so freudig begrüßt worden, wie in Berlin. Die Berliner Patrioten gaben sich jetzt den süßesten Hoffnungen hin. Je mehr sie durch die Erfolge des Wiener Kongresses getäuscht worden waren, je mehr hofften sie, die preußischen Staatsmänner würden jetzt endlich belehrt sein, sie würden die günstige Gelegenheit ergreifen, für Preußen die Entschädigungen zu fordern, zu denen die im Kriege gebrachten Opfer berechtigten, sie würden nicht wie früher bedingungslos das preußische Volk und Heer zur Disposition der Verbündeten stellen, um später im Frieden schmählich betrogen zu werden, sondern zur rechten Zeit der Bedeutung der preußischen Wehrkraft entsprechende Forderungen stellen.

In allen Kreisen der Berliner Bürgerschaft hörte man im März des Jahres 1815 nur eine Ansicht, es sei ein Glück, daß der Krieg wieder beginne, diesmal aber müsse er zu andern Resultaten führen, als im Jahre 1814, diesmal dürfe sich Preußen nicht wieder durch einen Pariser Frieden oder durch einen Wiener Kongreß um die Frucht des Sieges betrügen lassen. Am lautesten sprach eine solche Ansicht der alte Held Blücher aus.

Blücher war seit der Beendigung des Feldzuges der Liebling der Berliner geworden. Der alte Feldmarschall verstand es prächtig, mit dem leichtmüthigen Völkchen umzugehen. Sein derber, oft treffender Witz, seine kräftige Naturwüchsigkeit, sein offenes, ächt soldatisches Wesen verschafften ihm eine Popularität, um welche er viel beneidet wurde. Er wohnte, wenn er sich in Berlin aufhielt, in seinem Hause am Pariser Platz, welches ihm der König geschenkt hatte. Von hier aus machte er seine Spaziergänge durch die Stadt, meist in bürgerlicher Kleidung, denn er verschmähte es, mit dem Uniformrock zu prunken, wenn er nicht im Dienste war. Wo er ging, da grüßten ihn die Bürger mit liebevoller Ehrerbietung, oft wurde er mit jubelndem Hurrah und Lebehoch empfangen, wenn er sich unter das Volk mischte.

Alle diese Ehrenbezeugungen nahm der alte Feldmarschall freundlich auf, ohne sie geradezu zu suchen.*) Er sprach harmlos und einfach mit Jedermann, und es machte ihm Vergnügen, wenn

*) Gerade hierin unterschied sich Blücher von einem andern Feldherrn, der es später versucht hat, als ein zweiter Marschall Vorwärts sich dessen Volksbeliebtheit zu erwerben, ohne es aber weiter als zu einer Copie des trefflichen Originals zu bringen.

die Berliner Gassenbuben ihm freudig ihr Lebehoch nachriefen.

Ein Tugendspiegel war Blücher niemals, er gab sich auch nicht dafür aus. Bis in sein hohes Alter huldigte er dem Spiele, der Liebe und dem Wein. Eine heitere Geselligkeit gehörte zu seinem Lebensbedürfniß, deshalb nahm er gern Einladungen an, besonders wenn er in den Gesellschaften eine Hazardspielpartie fand, zu der er stets seine Zuflucht nahm, nachdem er die Polonaise getanzt und die ganze Damenwelt entzückt hatte.

Vorzüglich gern besuchte er als eifriger Freimaurer die Loge Royal York in Berlin. Bei den Festen, die ihm zu Ehren in der Loge gegeben wurden, nahm er mehrfach das Wort, um sich zu bedanken, dann sprach er mit einer einfachen Beredtsamkeit, welche tiefer ergriff, als die kunstvollen, wohl einstudirten Reden, durch die die Berliner Phrasenmacher sich schon damals auszeichneten.

Als er zum ersten Mal nach seiner Rückkehr aus dem Feldzug in der Loge war und vom Meister vom Stuhl als Retter des Vaterlandes bei der festlichen Tafel begrüßt wurde, da antwortete er in einer längeren Rede, und mit wahrer Begeisterung lehnte er von sich ein Verdienst ab, welches vorzugsweise dem edlen, leider so früh dahingeschiedenen Scharnhorst gebühre. Es machte einen gewaltigen Eindruck auf die Versammlung, als Blücher mit Thränen in den Augen und mit erhobener Stimme seine Rede schloß, indem er ausrief: „Bist Du gegenwärtig, Geist meines Freundes, mein Scharnhorst, dann sei Du selbst Zeuge, daß ich ohne Dich nichts würde vollbracht haben!“

Ein ähnliches bedeutungsvolles Wort, welches überall in Berlin nacherzählt wurde, sprach Blücher bald darauf bei einem andern ihm zu Ehren gegebenen Festmahl aus, ein Wort, welches historisch geworden ist. Er brachte einen Toast aus auf die glückliche Verbindung des Krieger- und Bürgerstandes vermittelst der Landwehr!

Blücher erhielt die Nachricht, daß Napoleon Elba verlassen habe, durch einen Eilboten, welchen ihm Hardenberg von Wien aus sandte. Scherr erzählt:

„In Berlin hatte der alte Vorwärts die große Neuigkeit kaum erfahren, als er in frühester Morgenzeit in das Hotel des englischen Gesandten eilte und den Erstaunenden mit der Frage aus dem Schlafe weckte: „Hat England eine Flotte im Mittelmeer?“ — „Eine Flotte? Ja wohl, ich denke.“ — „Ich will Ihnen sagen, was ich denke. Nämlich wir müssen, Gott straf mir! von vorn anfangen und daran seid Ihr Engländer schuld!“ Sprach's, ging heim, vertauschte seinen bürgerlichen Rock mit der Feldmarschalls-Uniform und verfügte sich unter die Linden, wo das Volk den alten Recken kaum in seinem Kriegskleid erblickt hatte, als es jubelnd losbrach: „Hurrah, Papa Blücher, nun geht's wieder vorwärts!“

Von diesem Tage an war Blücher wieder ganz Soldat. In voller Uniform zeigte er sich dem Volke, täglich erschien er zu Pferde im Thiergarten, täglich auf der Parade. Er sammelte die Offiziere der Garnison um sich, die Waffengefährten, die ihn bei dem früheren Feldzuge begleitet hatten, mit ihnen sprach er über den Krieg. Die Damengesellschaft floh er und vom Hazardspiel wollte er gar nichts mehr wissen. Ueber die „Schufte von Diplomaten“ sprach er sich dagegen mit rücksichtslosester Offenheit aus. Er soll sich damals geäußert haben: „Daß Napoleon jetzt wieder Unruhe in Europa mache, das komme davon her, weil man den Rath nicht befolgt habe, den er seiner Zeit in Paris gegeben. „Ich hätte die Kriegskosten mit 1 Groschen bestritten,“ so soll der alte Marschall gesagt haben, „denn mehr hätte der Strick nicht gekostet, um ihn zu hängen.“

Blücher's Beispiel wirkte belebend auf die Berliner Patrioten; diese suchten durch Wort und Schrift den Enthusiasmus des Volkes anzufeuern: sie wurden dabei indessen nicht unterstützt durch die königlichen Behörden, denn die Censoren duldeten es nicht, daß ein gar zu freies Wort gedruckt wurde, besonders stand der hohe Rath in Wien unter ihrem Schutz, und als Dr. Förster geharnischte Sonette gegen den Kongreß erscheinen lassen wollte, strich sie der Censor, Geheime Rath Renfner in Berlin. Das gleiche Schicksal theilte das folgende, an Blücher gerichtete Sonett aus demselben Grunde:

Blücher, bei der Nachricht von der Heimkehr Napoleon's von Elba.

Ich wußte heut' nicht, was mein Rappe scharrte,
Und was mein Säbel in der Scheide klirrte,
Krieg! heißt die Zeitung, wie's Euch auch verwirrte,
Er ist entfloh'n von seiner Inselwarte.

Du kommst mir, wie gerufen, Bonaparte,
Wenn's auch den Schreibern vor den Augen flirrte,
Schon rief ich, daß man mir mein Schlachtroß schirrte,
Bei Seite legt' ich Würfelspiel und Karte.

Wie werden nun die Herr'n in Wien geschmeidig,
Ihr stumpfer Federwisch taugt nicht zum Fegen,
Sie sehen bang sich um nach einem Degen.

Nun, Gott sei Dank! noch ist der meine schneidig.
Ja, ja, ruft nur nach Blücher, Eurem Alten,
Ich komme schon, den Schädel ihm zu spalten!

Förster wollte sich die Rothstiftstriche des Censors nicht ohne Weiteres gefallen lassen, er wendete sich beschwerend an Blücher, dieser aber erwiderte ihm, indem er das Manuscript der Sonette zurückgab: „Ne, mit die Censoren hier mag ich mir nicht befassen; über die hat der T . . . . Gewalt, aber ich nicht. Packen Sie man Ihre Schriften ein und nehmen Sie sie mit nach Paris; da hab' ich zu befehlen, hier nicht.“

Den guten Rath befolgte Förster, der als

Freiwilliger den Krieg mitgemacht hatte und im Felde zum Lieutenant avancirt war. Als er bald darauf im ferneren Siegesmarsch der Preußen wieder in Paris eintraf, löste der alte Blücher sein Wort ein, Förster's Sonette durften in einer deutschen Feldzeitung gedruckt werden, und der verrufene Censor aus Berlin, Geheimer Rath Renfner, hatte den Aerger, die von ihm gestrichenen poetischen Ergüsse lesen zu müssen.

Aehnlich wie Förster erging es in jenen Tagen manchen andern patriotischen Schriftstellern in Berlin. Die Censoren erlaubten wohl Aufrufe an das Volk, um es zum Eintritt in das Heer und zu Opfergaben für das Vaterland aufzufordern, aber jeder, auch der leiseste Tadel der Regierung und des hohen Kongresses in Wien wurde unbarmherzig gestrichen. Wir vermissen deshalb in den Erzeugnissen der Berliner Presse, welche im Frühjahr 1815 gedruckt wurden, jenen frischen, begeisterten Schwung, der die des Jahres 1813 auszeichnete, obgleich im Berliner Volke sich trotzdem ein merkwürdiger Enthusiasmus für den Krieg bemerklich machte.

Das deutsche National-Bewußtsein hatte sich in Berlin in den letzten Jahren außerordentlich gehoben. Ganz im Gegensatz zu früheren Zeiten wollte jetzt Jedermann deutsch sein. Die Mode verlangte dies und die vornehme Welt ging der untern Bevölkerung mit gutem Beispiele voran; hatte sich doch sogar am Hofe unter der Führung des Prinzen Karl ein deutscher Sprachbund gebildet, der den Zweck verfolgte, die häßlichen Fremdwörter aus unserer Sprache auszumerzen.

Jahn wirkte in Berlin für die Sprachreinigung mit unabläſſigem Eifer und er fand auch bei manchen andern namhaften Männern rege Unterstützung, besonders standen ihm die Professoren Theodor Heinsius, der deutsche Grammatiker, und Zeune, der Vorsteher der Blinden-Anstalt, mit einem Eifer bei, der sich oft ebenso wie bei Jahn bis zur Lächerlichkeit steigerte.

Wenn Jahn in seinen Schriften die seltsamsten deutsch klingenden Worte zum Ersatz der viel gebrauchten französischen, bereits volksthümlich gewordenen schuf, wenn er dadurch oft unverständlich wurde, wenn er die deutsche Sprache, statt sie zu veredeln, verunstaltete, so kämpfte Theodor Heinsius in den Zeitungen mit einem wahrhaft komischen Ernst für die Einführung deutscher Anreden statt der unangemessenen französischen, und Zeune stimmte ihm zu.

Als ein Spaßvogel in der Vossischen Zeitung vom 23. März 1815 den Vorschlag machte, die häßliche französische Anrede „Mamsell" durch das biedere, ächt deutsche Wort „Kunkel" zu ersetzen, lehnte sich dagegen Theodor Heinsius allen Ernstes auf,*) er fand sich hierzu um so mehr veranlaßt, als er selbst schon vorher unter dem Titel: „Jedem das Seine" in der Spener'schen Zeitung vom 14. Februar 1815 seiner Ansicht nach recht geeignete, jedenfalls aber dem alten deutschen Standeszopf vollständig entsprechende Titulaturen für Frauen und Mädchen vorgeschlagen hatte, und zwar für Mädchen adligen Standes die Anrede: „Edelfräulein". Er vertheidigte dies in seinem Artikel: „Jedem das Seine" folgendermaßen:

„Das Wort ist verständlich und keiner hämischen Deutung unterworfen, denn es stützt und lehnt sich an die bekannten: Edelmann, Edelherr, Edelfrau, Edelknabe, Edelknecht; auch ist es nicht gar so neu, denn Rüdiger hat es schon vor langen Jahren in Vorschlag gebracht und es ist bereits in mehrere Schriften übergegangen. So würde denn die ganze Rang- und Ehrenleiter des unverheiratheten weiblichen Geschlechts aus den drei Stufen E d e l f r ä u l e i n, F r ä u l e i n und J u n g f e r bestehen, die in sittlicher Beziehung ihren Vereinigungspunkt in dem höchsten Ehrenworte J u n g f r a u finden.

„Etwas schwieriger ist es, für Madam einen Ersatz zu geben. Das Wort Frau gewährt ihn nicht, weil es ohne Beisatz (gnädige, liebe) nie als gesellschaftliche Ehrenbenennung in der Anrede gebraucht wurde und daher dem Gefühl einen Widerstand macht, besonders wenn man nicht den Namen der Person hinzufügt, den man ja oft nicht weiß. Madam ist unter uns ein Titel derer, die keinen bürgerlichen Titel haben; Frau soll es erst werden. Dazu aber ist wenig Hoffnung, da das Wort immer eine allgemeine Bezeichnung aller verheiratheten Frauenzimmer bleiben wird und muß, und darum keine besondere Auszeichnung gewähren kann. Ich finde einen nicht unschicklichen Ersatz in dem Worte E h r e n f r a u, das, sprachmäßig gebildet, unsern gesellschaftichen Verhältnissen angemessen und zugleich gemüthlich ist. Vielleicht aber spricht es mehr an, zu sagen: edle Frau, weil dies dem Ausdruck g n ä d i g e F r a u so bedeutsam zur Seite steht."

Wie Jahn, Heinsius und Zeune für die Reinigung der deutschen Sprache von französischen und andern ausländischen Brocken, so hatte Ernst Moritz Arndt für die Herstellung alter deutscher Sitte und Kleidertracht gekämpft, indem er bei

*) „Das in der Vossischen Zeitung (vom 23. d. M.) für M a m s e l l vorgeschlagene Wort K u n k e l hatte ursprünglich die Bedeutung von Spinnrocken, und wurde dann figürlich zur Bezeichnung des weiblichen Geschlechts **überhaupt** gebraucht. Außer der Rechtssprache, die daraus einige Zusammensetzungen (Kunkeladel, Kunkellehen) gebildet hat, ist es dem Hochdeutschen fremd und gilt im gemeinen Leben nur als spöttische und verächtliche Benennung eines alten geschwätzigen Weibes, wie der landschaftliche Ausdruck K u n k e l f u s e n (unerlaubte Heimlichkeiten) sattsam zeigt. Ein solches Wort den Berlinern in Vorschlag bringen, heißt nicht nur den Anstand und die Würde vergessen, die jeder Schriftsteller seinem Publikum schuldig ist, sondern auch der guten Sache geradezu entgegenwirken und dem Spotte des Auslandes Rechnung geben."

dem an und für sich anerkennenswerthen Bestreben ebenfalls bis zur Lächerlichkeit ging. Er hatte eine Broschüre geschrieben und ihr den Titel gegeben: „Ueber Sitte, Mode und Kleidertracht. Ein Wort aus der Zeit von E. M. Arndt.“ Das Motto jener Schrift lautete:

Fein sittiglich, fein sittiglich
Halt' Seel' und Leib zusammen,
Doch wälsch und leicht und liederlich
Das löscht der Tugend Flammen:
Bedenk' dies wohl und halt' daran,
Du, welcher teutsch geboren,
Durch Wälsches ging gar mancher Mann,
Gar manches Weib verloren.

Die Vorrede des Schriftchens schloß Arndt mit den energischen Worten:

„Wir Teutsche bleiben elende Knechte, wenn wir die fremde Art, Sitte und Sprache nicht aus unsern Gränzen vertilgen, und auf unser Volk, unsere Art und Sitte uns den Stolz erfassen, den sie verdienen. — — —

„Der teutsche Mann trägt gewöhnlich Stiefeln, die höchstens bis an die Kniebeuge hinaufgehen; bei feierlichen Gelegenheiten nur trägt er Schuhe.

„Seine Beinkleider halten die Mitte zwischen zu eng und zu weit.

„Um den Leib und halb über die Arme bis an den Ellenbogen trägt er in der kälteren Jahreszeit einen kurzen, den ganzen Leib umschließenden und bis auf die Hüften hinabgehenden Wamms. Damit er sich auf das Leichteste und Bequemste bewegen könne, mag er sich bei Arbeiten und Leibesübungen bis auf diesen entkleiden.

„Sein gewöhnliches Kleid ist der alte deutsche Leibrock, welcher, nirgends ausgeschnitten, schlicht herabfällt, so daß er die Hälfte der Schenkel über dem Knie bedeckt.

„Wenn er bewaffnet einhergeht, ist um denselben das Wehrgehäng, sonst ein leichter Gürtel geschnallt.

„Bei feierlichen Gelegenheiten trägt er immer ein Schwert, und hängt über diesen Leibrock einen leichten Mantel, der etwas über die Knie hinabreicht.

„Den Hals befreit er von dem knechtischen Tuche und lässet den Hemdkragen über den kurzen Rockkragen und auf die Schultern fallen.

„Bei Feierlichkeiten und Festen wird ein Federhut mit den Volksfarben getragen; sonst mag er seinen Kopf bedecken und schmücken, wie es ihm gefällt.

„In solcher bestimmten Tracht, welche alle Männer tragen müßten, die ihre eigenen Herren sind, würden die teutschen Männer wieder stattlich, ernst und würdig erscheinen.

„Auch für die teutschen Frauen in ihrem Geschlecht müßte eine Volkstracht erfunden werden, welche die angemessenste, schönste und züchtigste wäre.“ — — —

So beschrieb Arndt die von ihm verlangte Volkstracht der Deutschen.

War schon die Arndt'sche Schrift nicht von dem Vorwurfe der Lächerlichkeit frei, so wurde sie doch weit überboten durch andere Vorschläge für Einführung einer echt deutschen Kleidertracht, welche eine von der Vossischen Zeitung empfohlene Schrift an Deutschlands Frauen enthielt. Die Verfasserin verlangte, die deutsche Frau solle fortan folgende Kleidung tragen: Ein schwarzes, fest anliegendes, bis auf die Füße herabsinkendes Sammetkleid, einen feinen indischen Schleier und Brabanter Spitzen um den Busen, goldene Ketten, Ringe, Perlen und Granaten nach Belieben, ein goldenes Band um das Haar oder ein Geflecht um die Stirn, durch einen Edelstein oder eine Gemme verknüpft, oder ein sammetnes Baret mit Federn.

Damit die theure Tracht in ganz Deutschland eingeführt und überall nach gleichem Muster auf das Geschmackvollste angefertigt werde, fügte die geniale Verfasserin ihrem ersten Vorschlage einen zweiten hinzu: aus jeder über 5000 Einwohner fassenden deutschen Stadt sollte eine Frau und ein Mädchen ein bejahrter und ein junger Mann von ihren Mitbürgern aus den am geschmackvollsten Gekleideten erwählt und nach Weimar gesendet werden. Dort sollten diese Muster des Geschmacks sich zu einer allgemeinen Ausstellung vereinigen, über die künftige allgemeine deutsche Nationaltracht sich berathen und für ihre Beschlüsse die Sanctionirung von den deutschen Fürsten erbitten.

So lächerlich alle derartigen Vorschläge waren, eine Bedeutung für die Entwicklung des Volksgeistes hatten sie dennoch. Sie zeigen uns den wunderbaren Umschlag der allgemeinen Stimmung, der seit den ersten Jahren des Jahrhunderts sich vollendet hatte, ebenso geben für diesen auch Zeugniß die in den Zeitungen sich fast täglich wiederholenden Ausbrüche eines grimmigen Hasses gegen die Franzosen, Ausbrüche, welche häufig genug sich wie die Deutschthümelei bis zur Albernheit erhoben. Als Beispiel dafür mögen zwei Gedichte aus der Spener'schen Zeitung dienen, welche den herrschenden Geist charakterisiren:

Diebes-Essig.

In einem neuen Kessel thu'
Auf einem starken Feuer
Davoust, Bertrand und Ney, dazu
Füg' noch das Ungeheuer
Den Polizei-Chef Savary;
So siede, koch' und schmore sie,
Und klär' die Brühe mit dem Siebe —
Das giebt den Essig der vier Diebe.

Willst Du den wichtigsten Effekt erwarten,
So thu' die Gallen aller Bonaparten
In einen Aufguß von Vandammens Blut
Und misch' es mit dem ob'gen gut;
So hast Du ohne Widerspruch und Zweifel
Den Extra-Essig aller Teufel.

* * *

Abrechnung des Marschalls Ney mit Napoleon.

Es ist einerlei,
Sagt nun Marschall Ney,
Dein Eid
Ist Meineid;
Und mein Eid?
Ist — Dein Eid.

Wir könnten unsern Lesern noch eine Blumenlese anderer ähnlicher Poesien mittheilen, glauben aber, daß die beiden kleinen Gedichte für unsern Zweck vollständig genügen.

In würdigerer Form machte sich der Enthusiasmus der Berliner für ein einiges Deutschland und der Haß gegen die Franzosen geltend bei den zahlreichen Festen, welche zur Erinnerung an die bedeutungsvollsten Ereignisse der Jahre 1813 und 1814 gefeiert wurden. Da gab es Feste zum Andenken an den Aufruf vom 3. Februar 1813, an den Ausmarsch der Berliner Freiwilligen, an die großen Schlachten von Großbeeren, Dennewitz und Leipzig, an den Einzug in Paris 2c. Bei allen wurden Reden gehalten, welche ganz geeignet waren, die Volksbegeisterung zum ferneren Kampfe gegen die Franzosen frisch zu erhalten, und dies gelang so vollkommen, daß, wie wir bereits erwähnten, gerade in Berlin die Aussicht auf die Erneuerung des Krieges gegen Napoleon wegen dessen unerwarteter Wiederbesteigung des französischen Kaiserthrons mit allgemeinem Jubel aufgenommen wurde.

Des Königs Aufruf an die freiwilligen Jäger fand die Berliner Jugend so freudig bereit, zum Schwert zu greifen, wie sie es im Jahre 1813 gewesen war. Die kaum entlassenen Freiwilligen ließen sich abermals einkleiden, und ihnen gesellten sich die Knaben zu, welche in den letzten zwei Jahren zu Jünglingen herangewachsen waren, jene Knaben, welche im Frühjahr 1813 nichts sehnlicher gewünscht hatten, als ihren Kameraden in den Kampf zu folgen, die aber damals durch ihr jugendliches Alter zurückgehalten worden waren.

Wieder wie im Frühjahr 1813 leerten sich die Klassen der Gymnasien und anderer Schulen. Die Jünglinge aller Stände wollten theilnehmen an dem Kampfe. Wie groß der allgemeine Drang der Berliner Jugend zum freiwilligen Kriegsdienste war, dafür giebt uns eine eigenthümliche, an das Kriegsministerium gerichtete Eingabe Zeugniß. Mehrere Jünglinge, welche das 17. Lebensjahr erreicht hatten und dringend wünschten, sich den freiwilligen Jägern anzuschließen, aber durch die zärtliche Besorgniß ihrer Eltern zurückgehalten wurden, reichten dem Kriegsminister eine Petition ein, in welcher sie baten, er möge ein Gesetz erlassen und durch dasselbe alle 17jährigen waffenfähigen Preußen zum Eintritt in das Heer verpflichten. Eltern und Vormünder sollten nicht ferner das Recht haben, ihre Pflegebefohlenen von der Erfüllung patriotischer Pflichten abzuhalten. Das Kriegsministerium gab darauf folgende Antwort, welche es in den Zeitungen veröffentlichte:

„Vor wenigen Tagen ist eine Vorstellung, unterzeichnet:

„„Ein Theil der Berliner Jugend über 17 Jahren““ bei dem Kriegsministerio eingegangen. Sie enthält die Bitte, durch einen Zwangsaufruf einigen jungen Leuten zu Hilfe zu kommen, die zum Kampfe für König und Vaterland hinreichend Kräfte zu haben glauben und sich selbst zu equipiren im Stande sind, aber durch Verhältnisse und Verwandte abgehalten werden, ihrer schönen Neigung zu folgen.

„Das unterzeichnete Ministerium, welches Gelegenheit hat, sich zu überzeugen, daß der angedeutete Theil der Berliner Jugend nur ein äußerst geringer sein kann, ersucht die achtungswerthen jungen Leute, aus denen er besteht, sich vorläufig bei der in der Zeitung erschienenen obrigkeitlichen „„Bekanntmachung vom 15. d. Mts.““ zu beruhigen, da einestheils der freudige Enthusiasmus jugendlich aufstrebender Gemüther auch nicht den Anschein eines Zwanges tragen darf, anderntheils, die vielleicht nur zu zärtlich gesinnten Verwandten in der erwähnten Bekanntmachung wahrscheinlich von selbst Veranlassung finden werden, durch zweckmäßige Nachgiebigkeit gegen die hochherzigen Neigungen eines sich kühn entwickelnden Geschlechts, den Unbequemlichkeiten vorzubeugen, welche mit der Publicität eines, von den Ansichten des Königlichen Hauses und neunundneunzig Hunderttheilen des preußischen Volkes abweichenden Verfahrens verbunden sein dürften.

„Berlin, den 18. April 1815.

Königl. Preuß. Kriegsministerium.
In Abwesenheit des Königl. Kriegsministers:
Schoeler.“

Mit diesem Bescheide mußten sich die Berliner Jünglinge begnügen; nicht Alle aber fügten sich, Viele verließen heimlich das elterliche Haus und es gelang ihnen, Aufnahme in das Heer zu finden.

Sechszehntes Kapitel.

Kriegslarm in Berlin. — Die Frauenvereine. — Abschied Blücher's. — Ein militärisches Fest. — Ausmarsch der Garden. — Belle-Alliance. — Siegesfeste. — Frohe Erwartungen. — Blücher in Paris. — Feier des 400jährigen Hohenzollern-Jubiläums in Berlin. — Das Volksfest auf dem Exercierplatz. — Kaiser Alexander in Berlin.

Die Monate April und Mai des Jahres 1815 waren in Berlin wieder eine Zeit der größten kriegerischen Aufregung. Nach dem Aufrufe des Königs an sein Volk, nach der Wiedereinberufung der Freiwilligen am 7. April erfolgte am 15. Mai 1815 eine Verordnung, welche den Landsturm und das zweite Aufgebot der Landwehr zur Thätigkeit berief; was nur die Waffen tragen konnte, ergriff sie, und wie im Frühjahr 1813 war auch im Sommer 1815 Berlin erfüllt mit dem Waffenlärm der Freiwilligen, der Landwehrmänner und der Landstürmer.

Die, welche nicht in den Krieg ziehen konnten, suchten wenigstens, wie vor zwei Jahren, durch freiwillige Geldopfer ihren Patriotismus zu zeigen. Der Magistrat forderte am 12. April die Bürgerschaft Berlins zu Geldgaben und Darlehen auf, er stellte sich an die Spitze der patriotischen Bewegung, und wenn er auch nicht dieselben Erfolge hatte wie damals, so zeigte doch auch im Jahre 1815 das Volk von Berlin eine anerkennenswerthe Opferfreudigkeit.

Ein Verein deutscher Mädchen bildete sich, die jungen Berlinerinnen sammelten Handarbeiten jeder Art ein und stellten sie zum öffentlichen Verkauf aus. Der Zweck des Vereins war, durch diese echt weiblichen Gaben Mittel zur Erquickung und Verpflegung der Verwundeten zu erzielen.

Auch die Prinzessin Marianne, die Gemahlin des Prinzen Wilhelm von Preußen, stellte sich abermals an die Spitze eines Wohlthätigkeits-Vereins, der die Verpflegung verwundeter Krieger aus den Jahren 1813, 1814 und 1815 zu seiner Aufgabe machte. Sie forderte die Bewohner Berlins auf, dieser Verpflegungs-Anstalt eine kräftige Unterstützung angedeihen zu lassen. Die Geistlichen aller Konfessionen der Residenz sagten der Anstalt ihre besondere Theilnahme zu und bald flossen dem neuen Verein reichliche Beiträge zu. Unter der Leitung der Geistlichen wurden sie von den Kirchendienern in den Pfarrsprengeln eingesammelt. Damit auch die Aermsten sich nicht aus falscher Scham von Liebesgaben auszuschließen brauchten, war die ausdrückliche Bestimmung getroffen, daß Niemand mehr als wöchentlich 2 Groschen Münze geben dürfe; indessen war es erlaubt, für mehrere Personen einzuzahlen, und dadurch wurde den Reicheren Gelegenheit gegeben, unter dieser Form sich mit höheren Beiträgen zu betheiligen.

Inmitten aller dieser Vorbereitungen zum neuen Kampfe herrschte in Berlin ein froher, frischer Geist. Das Volk war voll Siegeshoffnungen, es vertraute seinem trefflichen Heere und den bewährten Feldherren desselben, vor allen Andern aber dem Helden Blücher. Als es bekannt wurde, daß dieser sich am Montag den 10. April zur Armee begeben wolle, fanden sich am Abend des Sonntags in seinem Hause die Offiziere der Garnison ein, um ihn zu beglückwünschen. Eine zahllose Volksmenge begleitete sie und brachte dem Volksliebling donnernde Lebehochs. Die Musikchöre aller in Berlin anwesenden Regimenter waren auf dem Pariser Platz aufgestellt, um dem alten Helden eine Serenade zu bringen.

Auch als der König am 30. Mai von Breslau in Charlottenburg eintraf, wurde er mit freudiger Siegeszuversicht vom Volke festlich empfangen. Seine Rückkehr gewährte den Berlinern Gelegenheit, am 31. Mai Zeugen eines großartigen militärischen Festes zu werden.

Die Truppen der Berliner Garnison erhielten theils neue Fahnen, theils Fahnenspitzen, welche mit dem eisernen Kreuz und dem Bande des allgemeinen Ehrenzeichens geziert waren. Sie waren auf dem Exercierplatze im Thiergarten aufgestellt, dort ertheilte ihnen der König diese Ehrenzeichen. In die neuen Fahnen schlug er selbst den ersten Nagel ein. Eine gottesdienstliche Handlung und demnächst eine Parade schlossen sich an das Fest, welches in jener kriegerischen Zeit dem Volke als höchst bedeutend erschien.

Wenige Tage später, am 3. Juni, rückten Morgens 6 Uhr die sämmtlichen königlichen Garden, welche bisher in Berlin gestanden hatten, sowie das Kaiser Alexander- und Kaiser Franz-Regiment aus der Stadt aus, um sich nach dem Kriegsschauplatz zu begeben. Vor dem Ausmarsch waren die Truppen auf dem Leipziger Platz aufgestellt, hier hielt der Brigade-Prediger Weber in Anwesenheit der Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses an die Soldaten eine eindringliche Rede. Er verrichtete ein kurzes Gebet, dann wurde dem Könige ein freudiges Lebehoch gebracht.

Friedrich Wilhelm III. ließ die Garden an sich vorübermarschiren, dann zogen diese zum Thore hinaus, begleitet von einer zahllosen Menschenmenge, von allen Denen, die ihren Lieben wenigstens noch eine kurze Strecke Weges das Geleit geben wollten.

Die nächsten Wochen brachten den Berlinern eine kurze Zeit der Ruhe. Die Berichte vom Kriegsschauplatz waren nicht von großer Bedeutung. Erst am 24. Juni, Morgens 3 Uhr, traf ein Courier Blücher's, der Lieutenant Nernst, in der Hauptstadt ein; er brachte dem Feldmarschall Grafen von Kalkreuth den Bericht über den glorreichen Sieg, den gleich nach Eröffnung der Feindseligkeiten die preußische Armee in Verbindung mit der englischen bei Belle-Alliance über Napoleon erkämpft hatte. Im Laufe des Vormittags wurde die Siegesnachricht den Berlinern durch Extrablätter verkündet.

Um 1 Uhr Mittags wurde nach der üblichen Art der Lieutenant Nernst von 24 blasenden Postillonen zu Pferde, die von königlichen Postsekretären mit gezogenen Degen angeführt wurden, unter dem Jubel des ihm entgegenströmenden Volks in die Stadt, welche er, um feierlich eingeholt zu werden, wieder verlassen hatte, geführt. Während der Courier die schon allgemein bekannte Nachricht offiziell verkündete, donnerte auf dem Lustgarten eine Salve von 101 Kanonenschüssen.

Daß die Freude in Berlin über die Siegesnachricht unendlich groß war, daß die üblichen Feste, Illuminationen u. s. w. gefeiert wurden, ist wohl selbstverständlich. Die überaus gehobene Stimmung der Residenzbewohner konnte kaum mehr gesteigert werden, als am 11. Juli die zweite Kapitulation von Paris, welche am 3. abgeschlossen und am 4. ratifizirt worden war, verkündet wurde.

Nach so schnellen und glänzenden Erfolgen, welche vorzüglich den preußischen Waffen zu ver-

danken waren, erwartete das Volk von Berlin mit vollem Recht, daß die preußischen Staatsmänner diesmal den Sieg besser benutzen würden, als ein Jahr vorher. Und diese Hoffnung schien sich zu bewähren. Mit freudiger Erregung hörte man, daß Napoleon für immer des Thrones verlustig erklärt sei, daß die Verbündeten ihm die so schnöde mißbrauchte kaiserliche Gewalt entzogen hätten, daß er als ein Gefangener nach der fernen, im atlantischen Ocean liegenden Insel St. Helena gebracht werde; dort konnte er nicht ferner den Frieden Europa's bedrohen.

Der alte Blücher war in Paris; der, so meinten die Berliner, werde jetzt schon dafür sorgen, daß ein ehrenvoller und für Preußen vortheilhafter Frieden geschlossen werde, und alle Briefe, die aus Frankreich ankamen, schienen dies zu bestätigen.

Man hatte in Berlin die besten Hoffnungen auf den Frieden; auch wurden diese nicht zerstört, als man erfuhr, daß am 26. September 1815 die beiden Kaiser und Friedrich Wilhelm III. einen Vertrag unterzeichnet hatten, den sie den heiligen Bund nannten, und in welchem sie sich feierlich verpflichteten, die Lehre des Evangeliums, der christlichen Liebe und der Gerechtigkeit zur Richtschnur ihres künftigen Verhaltens zu nehmen.

Der heilige Bund erschien als ein Ausfluß jener religiösen Begeisterung, welche dem Kriege gegen Napoleon den Namen des heiligen Krieges gegeben hatte, und deshalb hielt ihn auch das Volk von Berlin nicht für gefährlich. Niemand ahnte, wie schwer er schon nach kurzer Zeit die Volksfreiheit bedrohen sollte.

Am 19. Oktober 1815 traf König Friedrich Wilhelm III., nach kurzem Aufenthalt in Potsdam, wieder in Charlottenburg ein; auf eine feierliche Einholung hatten diesmal die guten Berliner verzichtet; sie begnügten sich mit freudigen Lebehochs, die sie ihrem Könige bei einer großen Parade auf dem Exercierplatz im Thiergarten brachten, stand ihnen doch schon in den nächsten Tagen ein anderes seltenes Fest bevor, dessen Feier sie für die versäumte Einholung zu entschädigen versprach: das 400jährige Hohenzollern-Jubiläum.

Am Sonntag den 20. Oktober 1415 hatten im hohen Hause zu Berlin die Stände der Mark Brandenburg dem ersten Kurfürsten aus dem Hause Hohenzollern die Erbhuldigung geleistet. Am Sonntag den 22. Oktober 1815 sollte die Erinnerung dieses hochwichtigen Ereignisses in der Residenz durch ein glänzendes Fest gefeiert werden, durch ein Fest, bei welchem militärische Schaustellungen, Paraden u. s. w. mit Volksbelustigungen verbunden sein sollten.

Bisher hatte die Hauptstadt eigentliche Volksfeste noch wenig gesehen. Früher waren die Erinnerungstage des königlichen Hauses nur durch Hofbelustigungen, Bälle und Theater gefeiert worden, auch hatte man gern gestattet, daß die Bürgerschaft sich durch prächtige Beleuchtung ihrer Häuser betheilige, aber von besonderen Vergnügungen für das Volk war nie die Rede gewesen. Anders wurde es im Herbst des Jahres 1815 gehalten.

Das Hohenzollern-Jubiläum sollte nicht nur ein Hoffest, sondern auch ein Volksfest sein, und ein solches wurde es in der That.

Am Sonntag den 22. Oktober fand während des Vormittags die militärische und kirchliche Feier statt. Um 9 Uhr Morgens stand die ganze Garnison von Berlin, einschließlich der Charlottenburger Garde du Corps, längs der Linden und durch das Brandenburger Thor auf dem Wege nach Charlottenburg zur Parade aufgestellt. Sämmtliche Prinzen des königlichen Hauses, die preußischen und fremden Generale, welche in Berlin anwesend waren, begaben sich bald nach 9 Uhr auf den Weg nach Charlottenburg, dort erwarteten sie den König, der sich an die Spitze der überaus glänzenden Suite setzte und die ganze Linie hinaufritt. Unter Hurrahrufen der Truppen und dem Freudengeschrei des in zahlloser Menge herbeigeströmten Volkes präsentirten die Soldaten bataillonsweise das Gewehr.

Auf dem Platz zwischen dem Lustgarten und dem Schloß ließ der König die Truppen bei sich vorübermarschiren. Die Infanterie stellte sich innerhalb, die Cavallerie außerhalb des Lustgartens auf. Dann begab sich der König mit den Prinzen und dem Hofe nach dem Dom, um dort die Predigt mitanzuhören. Nach Beendigung derselben und während im Dom das Tedeum gesungen wurde, gab die im Lustgarten mit der Front nach dem Schloßgarten aufgestellte Infanterie ein Lauffeuer von etwa 60,000 Schüssen, die in einer Zeit von einer halben Viertelstunde fielen; zu gleicher Zeit wurde von der am Kupfergraben aufgestellten Artillerie die bei festlichen Gelegenheiten gewöhnliche Anzahl von 101 Schüssen gelöst.

Unter abermaligem donnernden Hurrahruf der Truppen und den Lebehochs des Volkes begab sich der König nach seinem Palais.

Interessanter für uns als die militärische Feier ist das Volksfest, zu welchem auf dem großen Exercierplatz im Thiergarten die umfassendsten Vorbereitungen getroffen waren. Der Exercierplatz war damals noch bedeutend größer als heute, wo ein Theil desselben von dem Kroll'schen Etablissement eingenommen ist, er bildete ein längliches Viereck von 750 Schritt Länge und 320 Schritt Breite. Hier waren die Einrichtungen für alle möglichen Volksbelustigungen getroffen, zwei Rennbahnen für Wettläufer, jede 200 Schritt lang und 60 Schritt breit, eine von der andern durch einen Zwischenraum von 200 Schritt getrennt, waren abgesteckt worden. Achtzig Schritt von den Rennbahnen befanden sich zwei Plätze, jeder 20 Schritt lang und 15 Schritt breit, die zu Hahnenschlägen eingerichtet waren. Außerdem hatte man Mastbäume von 70 Fuß Höhe errichtet, an deren, mit Baumzweigen gekrönten Gipfeln auf wagerecht stehenden Wimpeln die Namen der denkwürdigsten Siegesorte Leipzig und Belle-Alliance zu lesen waren. Ungefähr 15 Fuß unter den Gipfeln hingen in einem, mit Laubwerk geschmückten Kreise die Gewinne, welche sich die kühnen Kletterer von den Mastbäumen holen sollten. Ferner waren zwei Gerüste aufgestellt für die Musikchöre, die während des Festes

zum Tanze spielen sollten. Zwischen den beiden Chören war ein besonderer Platz eingerichtet, von dem aus man Luftballons in die Höhe steigen lassen wollte.

Um alle die einzelnen Spielplätze herum waren Schnüre gezogen, die den zu großen Andrang des Publikums abzuhalten bestimmt waren. Man vertraute damals, und mit Recht, darauf, daß das Volk die leichten Schnüre besser respektiren werde, als wenn zu diesem Zwecke ein Zwang angewendet würde.

Nachmittags um 3 Uhr gab ein gelöster Kanonenschlag das Zeichen zum Beginn des Festes, die Musik ertönte und die Spiele begannen. Auf den Rennbahnen bezeichneten zwei, auf Fußgestellen aufgesteckte Fahnen das Ziel, ein grüner Kranz an den Fahnen bildete das Sinnbild des Sieges, zwei Kampfrichter saßen an einem Tisch, um über die Rechtmäßigkeit des erlangten Siegespreises zu entscheiden, dem Sieger den Preis zu geben und seinen Namen niederzuschreiben. Die Preise selbst bestanden in Kleinigkeiten: seidenen Halstüchern, Westen, Tabakspfeipfen, Brieftaschen und dergleichen mehr.

Ehe ein Wettlauf begann, wurde jedesmal der Preis am Ziele emporgehalten, um die Kämpfer zu größeren Anstrengungen anzufeuern. Es fanden sich bald Preisrenner genug; die Berliner Jugend hat sich von jeher bei dergleichen Spielen ausgezeichnet und mit besonderer Liebhaberei nahm sie an dem Wettlaufe Theil.

Viele, viele Tausend Menschen — es wird die Zahl von 60,000 genannt — hatten sich auf dem Exerzierplatz versammelt. Nicht nur die Berliner, sondern auch die Bewohner der ganzen Umgegend, aus Spandau, Potsdam und allen andern nahe gelegenen Städten und Dörfern wollten das Hohenzollern-Jubiläum in der Hauptstadt mitfeiern.

Das Publikum drängte sich rings um die Bahnen und die andern Spielplätze, aber überall achtete es die einfachen Schnüre, nirgends störte es durch unbescheidenes Eindringen in den abgesteckten Raum den Fortgang der Spiele.

Die glücklichen Gewinner auf den Rennbahnen wurden mit lautem Jubel begrüßt, während ein Hohngelächter die zu Langsamen oder auch die Ungeschickten, die im schnellen Laufe hinpurzelten, empfing. Aehnlich ging es beim Hahnenschlag zu.

Bedeutendere Preise und von größerem Werthe, als auf den Rennbahnen waren für die Sieger im Stangenklettern ausgesetzt: einige silberne Uhren, silberne Eß- und Theelöffel, eine Weste mit seidenem Halstuch, mit Chemiset und dergleichen mehr.

Die Berliner Turnerschaft hatte die Preisrichter für diese Uebungen gestellt und aus ihr gingen auch die Sieger beim Spiel hervor. Ein kleiner, kaum 12jähriger Turner war als der gewandteste zuerst auf dem einen Mastbaum, er hatte nur 10 Minuten mit Klettern zugebracht. Einen besonderen Jubel gab es für die Zuschauer, wenn hier und da einer der Preisbewerber kaum bis zur Mitte des Baumes gelangte und dann, wenn ihn die Kräfte verließen, schnell wieder hinabglitt.

Am gedrängtesten standen die Zuschauer um den Platz, von welchem die Luftballons in die Höhe stiegen. Es waren nicht einfache Ballons, sondern meist Charakterfiguren, die unter dem Beifallklatschen der Menge sich in die Lüfte erhoben.

Mit einbrechender Dunkelheit verkündete eine Anzahl Kanonenschläge den Anfang eines Feuerwerks, welches glücklich abgebrannt wurde, obgleich das feuchte Wetter einzelne Feuerwerkskörper verdorben hatte. Wenn aber auch nicht Alles gelang, so waren die Berliner damaliger Zeit doch schon mit Wenigem zufrieden, denn Feuerwerke waren immer ein seltenes Schauspiel, und da gerade die prächtigsten Stücke glücklich gelöst wurden, so war der Jubel groß.

Als das Feuerwerk zu Ende war, flammten auf den rings um den ganzen Platz gestellten Kandelabern, welche Feuerbecken trugen, mächtige Kienfeuer in die Höhe, deren Licht dazu diente, der zahllosen Menge den Nachhauseweg zu erleuchten.

Dies erste wirkliche Volksfest, welches in Berlin gefeiert wurde, verlief in ungestörter Ruhe so glücklich, daß die Zeitungen von den Erfolgen desselben nicht genug zu erzählen wußten.

Dem Volksfeste folgten bald andere Feierlichkeiten, bei denen die Residenzstadt Berlin den höchsten Glanz aufbot. Für die Geschichte haben sie kein Interesse, da sie sich nur in den uns bekannten Formen wiederholten.

Kaiser Alexander von Rußland hielt seinen Einzug in die preußische Hauptstadt, ihm folgten bald die durchziehenden russischen Truppen. Der Empfang war so glänzend, wie ihn der russische Herrscher nur irgend wünschen konnte.

Kaiser Alexander war damals in Berlin beim Volke sehr beliebt; die große Menge wußte ja nichts von dem diplomatischen Ränkespiel, durch welches gerade dieser Fürst sich neuerdings so sehr ausgezeichnet hatte. Sie wußte nichts davon, daß Alexander eifersüchtig jede Machtvergrößerung Preußens beim Friedensschluß zu verhindern gesucht hatte, daß er seit dem Siege über Napoleon der preußischen Entwickelung ein gefährlicherer Feind geworden war, als selbst der französische Kaiser es gewesen. Das Volk sah in dem russischen Czaren nur den treuen Freund und Verbündeten seines Königs, und als bald darauf die Zeitungen verkündeten, die Freundschaft zwischen Friedrich Wilhelm III. und Alexander solle durch Familienbande noch enger geknüpft werden, am 4. November sei dem Hofe die Verlobung des russischen Thronfolgers Nicolaus mit der Tochter Friedrich Wilhelms III., der Prinzessin Charlotte, bekannt gemacht worden, fand das gute Volk von Berlin neue Gelegenheit zu Freudenfesten, die am Hofe und in Bürgerkreisen gefeiert wurden.

XII. Abtheilung.

Berlin unter der Regierung Friedrich Wilhelm's III. bis zu dessen Tode.

Erstes Kapitel.

Der zweite Pariser Frieden. — Hardenberg's Denkschrift. Die Politik des Kaisers Alexander. — Diplomatische Intriguen gegen Preußen. — Nachgiebigkeit des Königs. — Die Junkerpartei in Berlin. — Kabalen gegen Hardenberg. — Judenhaß der Berliner. — Unser Verkehr. — Die bürgerlichen Werkzeuge der Reaktion. — Ancillon. — Janke, schmählichen Andenkens. — Schmalz und die Schmalzgesellen. — Der berüchtigte Kriegsrath von Cölln als Reaktionswerkzeug. — Schmalz und der König. — Hardenberg's Schwäche. — Blücher. — Maßregeln gegen die Presse. — Unterdrückung des Rheinischen Merkur. — Der Broschürenstreit über die Schmalz'sche Schrift.

Am 20. November 1815 war zu Paris der formelle Abschluß des Friedens erfolgt, und wieder hatte, wie ein Jahr vorher, die hohe Staatspolitik der verbündeten Monarchen über das gute Recht triumphirt. Auf die von dem preußischen Volk abermals gebrachten schweren Opfer war nur geringe Rücksicht genommen worden. Der Friede entsprach in keiner Weise den berechtigten Erwartungen, welche die preußischen Patrioten im Bewußtsein der guten Dienste, die gerade die preußischen Waffen den Verbündeten geleistet hatten, hegten. Wie im Jahre 1814, so hatten die preußischen Diplomaten auch im Jahre 1815 Blücher's kerniges Wort bewährt:

Die Federfuchser haben verdorben,
Was des Soldaten Schwert erworben.

Nach der Einnahme von Paris hatten die vier verbündeten Hauptmächte einen Ministerrath niedergesetzt und ihm das Friedens-Geschäft übertragen. Für Oesterreich gehörten zu demselben der Fürst Metternich und der Freiherr von Wessenberg, für Preußen Fürst Hardenberg und Wilhelm von Humboldt, für England Lord Wellington und Lord Castlereagh, für Rußland die Grafen Nesselrode und Rasumoffski.

Die Verbündeten hatten volle Macht, den Frieden zu diktiren; auf jede Bedingung, welche sie fordern mochten, mußte Frankreich eingehen, auch auf die härteste. Jetzt endlich war es möglich — und das hofften und erwarteten die deutschen Patrioten, — daß alle deutschen Länder, welche seit dem 30jährigen Kriege nach und nach vom deutschen Reich losgerissen und unter französische Herrschaft gekommen waren, wieder mit Deutschland vereinigt werden konnten, — jetzt war es möglich, die Contributionen zurückzufordern, welche Napoleon im Laufe des letzten Jahrzehnts erhoben hatte. Jedes Opfer, welches es auch sein mochte, konnte von Frankreich gefordert und erreicht werden.

Hardenberg und Humboldt, die beiden preußischen Bevollmächtigten, glaubten beim Beginn der Friedensunterhandlungen Bedingungen stellen zu können, welche wenigstens annähernd die Forderungen der patriotischen Volksmänner erfüllten. Am 4. August 1815 übergab Hardenberg der Conferenz eine Denkschrift, in welcher er unter Anderm sagte:

„Will man einen dauerhaften und festen Frieden, wie man so oft angekündigt und ausgesprochen hat, will Frankreich selbst aufrichtig einen solchen Frieden mit seinen Nachbarn — so muß es seinen Nachbarn die Vertheidigung zurückgeben, die es ihnen genommen hat, an Deutschland das Elsaß und die Festungen der Niederlande, der Maas, Mosel und Saar. Dann erst wird Frankreich sich in seiner wahren Vertheidigungslinie finden, in den Vogesen und seinen beiden Festungslinien von der Maas bis zum Meere, und dann allein wird Frankreich ruhig bleiben.

„Läßt man es nicht in diese, auf einer Karte genau bezeichnete Grenze zurücktreten, so werden die Nachbarvölker ihre Vertheidigung gegen Frankreich nicht zurückerhalten, und der Vortheil der geographischen und Kriegslage dieses Landes und die ihm belassene Freiheit, weiter zu gehen, werden so sehr auf seine Politik einfließen, auf den Ehrgeiz und den Charakter des Volkes, endlich auf seine öffentliche Meinung und sein Kabinet, daß, wie man vorhersehen kann, Frankreich bei

den ersten günstigen Umständen abermals versuchen wird, seine Grenzen bis zum Rhein auszudehnen; und dann ist keine Grenze mehr, denn von diesem Augenblick an wird sein Einfluß auf Deutschland so groß sein, daß es gegen seinen Willen fortgerissen werden wird, Europa's Ruhe zu stören.

„Lassen wir zu Europa's, zu Frankreichs Wohl den günstigen Augenblick nicht entwischen, der sich uns darbietet, um einen dauerhaften und festen Frieden zu gründen. Heute vermögen wir es. Die Hand der Vorsehung hat sichtbar diese Gelegenheit herbeigeführt. Läßt man sie entwischen, so werden Ströme Bluts fließen, um dieses Ziel zu erreichen, und der Schrei dieser Unglücklichen wird von uns Rechenschaft dafür fordern".

Hardenberg sprach prophetisch! — Der furchtbare Krieg der Jahre 1870 und 1871 hat seine Voraussagungen erfüllt, damals aber fanden diese kein Gehör, denn es schien sowohl dem Kaiser von Oesterreich als dem Kaiser Alexander gefährlich, Frankreich zu sehr zu schwächen. Die Eifersucht gegen die heranwachsende Macht Preußens gebot ihnen eine Schonung des niedergeworfenen Feindes.

So standen denn die beiden preußischen Minister im Kampfe für die deutsche Sache allein, und wie eifrig sie diese auch vertheidigten, sie vermochten nur wenig zu erreichen. Preußen hätte seine Forderungen vor Wiederbeginn des Krieges stellen müssen, damals würden die drei andern Verbündeten sie schwerlich zurückgewiesen haben; jetzt aber war es zu spät, zu spät auch, weil König Friedrich Wilhelm III. sich keineswegs geneigt zeigte, ein ernstes, entschiedenes Wort zu sprechen.

Der König war seinem alten Bundesgenossen, dem Kaiser Alexander, so freundschaftlich nahe getreten, daß er gern jede Möglichkeit, diesen zu beleidigen, vermied. Er hatte überhaupt kein Talent für die politische Intrigue, die feinen Pläne russischer Politik zu durchschauen vermochte er nicht. Ebenso wenig hatte er die Fähigkeit einer großartigen geschichtlichen Auffassung der Verhältnisse. Ihm genügte es, daß Preußen seine alten Grenzen wieder erhalten hatte, daß der preußische Waffenruhm wieder hergestellt war. Etwas Weiteres begehrte er nicht; bei ihm konnten aus diesem Grunde auch die preußischen Minister keine Stütze für ihre Bestrebungen finden. Niemals würde Friedrich Wilhelm sich entschlossen haben, die berechtigten Forderungen Preußens nöthigenfalls mit Waffengewalt gegen Rußland durchzusetzen.

Um nur den Abschluß des Friedens zu erreichen, entschloß sich Hardenberg nachzugeben, nachdem ihm einige kleine Bewilligungen gemacht worden waren, und so wurde denn der zweite Pariser Frieden unter Bedingungen abgeschlossen, welche nur wenig härter für Frankreich waren, als die des ersten. Statt der Grenzen des Jahres 1792 wurden die des Jahres 1790 festgehalten, Frankreich mußte einige unbedeutende Landstrecken abtreten und eine Kriegssteuer von 700 Millionen Franken zahlen. Wahrlich, ein unendlich schwacher Ersatz für die großen Opfer, welche allein das letzte Jahr den Verbündeten gekostet hatte. Die lästigste Bestimmung des Friedens für die Franzosen war die, daß eine Armee der Verbündeten von 150,000 Mann 5 Jahre lang in Frankreich bleiben sollte, um darüber zu wachen, daß die französische Eroberungssucht nicht von Neuem den Frieden Europa's störe.

Als die Friedensbedingungen in Deutschland bekannt wurden, erregten sie unter den denkenden Patrioten eine tiefe Verstimmung. In Berlin fühlten sich besonders die Männer, welche so freudig den Wiederbeginn des Krieges gegen Frankreich begrüßt hatten, schmerzlich enttäuscht. Sie sahen jetzt mit ernster Sorge in die Zukunft, denn sie durften sich nicht verhehlen, daß bei der Schwäche, welche Hardenberg in den äußeren Verhandlungen gezeigt hatte, auch für die Aufrechterhaltung der von ihm angestrebten und angebahnten freiheitlichen Reformen im Innern die schwerste Besorgniß gerechtfertigt sei. Dafür sprachen bedeutsame Zeichen der Zeit, die schon im Jahre 1815 den klarer schauenden Politikern den Sieg der sich wieder erhebenden Reaktion prophezeiten.

Die Junkerpartei, die Trägerin des Rückschritts, hatte, wie unsere Leser sich erinnern, in der Zeit des Sturmes und Dranges schweigen müssen. Stein und Hardenberg waren rastlos mit den inneren Staatsreformen vorgegangen, und der König hatte sie gewähren lassen. Sein großes Verdienst war es gewesen, daß er seine liebsten Vorurtheile dem Wohle des Staats zum Opfer gebracht, daß er sich in die neue Gesetzgebung gefügt, seine freisinnigen Minister überall gegen die Verleumdungen und Anfeindungen, mit denen sie von der Hofpartei reichlich bedacht worden waren, geschützt hatte.

Schweigen mußte nun zwar in jenen Jahren die Reaktion, sie durfte sich nicht offen gegen das Reformwerk der beiden großen Staatsmänner auflehnen, aber im Stillen blieb sie thätig, nur auf den Augenblick wartend, in dem sie ihr finsteres Werk von Neuem beginnen könne. Niemals gab sie die Hoffnung, einen endlichen Erfolg zu erringen, auf, denn sie wußte nur zu gut, daß Friedrich Wilhelm III. selbst lediglich durch die gebieterische Nothwendigkeit gezwungen worden war, zu den Radikal-Reformen Stein's und Hardenberg's seine Zustimmung zu geben.

Die Schwäche, welche Hardenberg bei den Wiener Verhandlungen gezeigt hatte, lud die Hofpartei unmittelbar zum Kampfe ein. Der Staatskanzler erschien ihr nicht mehr als ein furchtbarer Gegner, sie entschloß sich, ihn und seine Staatsreformen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mit-

teln zu bekämpfen, und groß waren diese Mittel immer noch!

Die reaktionäre Adelspartei stützte sich auf den König selbst, der nur zu geneigt war, auf die Einflüsterungen seiner nächsten Umgebungen zu hören. An ihrer Spitze stand der Minister Fürst Wittgenstein, den Stein einst mit schneidender Wahrheit als einen Mann ohne Kenntniß und Gehalt, geld- und ehrgeizig, schlau und kriechend, als einen vollendeten, in heimlichen Wegen und verdächtigen Diensten eingeschulten Intriguanten charakterisirt hatte.

Wittgenstein und der Geheimrath von Kamptz standen an der Spitze der preußischen Polizei, durch diese Beiden war die Polizei für die Reaktion gewonnen; durch Wittgenstein hatte die Partei außerdem den mächtigsten Einfluß auf den König, da Friedrich Wilhelm III. dem Fürsten fast unbedingt vertraute.

Außer Wittgenstein und Kamptz waren die Minister Graf von der Goltz, Kircheisen und Schuckmann und die Staatsräthe von Lottum und von Bülow, sowie der General von Knesebeck die einflußreichsten Leiter der reaktionären Partei; diese Männer standen sämmtlich in hohem Ansehen beim Könige, sie hatten die Macht, auf den Monarchen zu wirken, und sie thaten es, indem sie sich im Geheimen zum Sturze des Staatskanzlers verbanden.

Stein, der mit seinem klaren Blick das Treiben der Reaktion durchschaute, hatte zur rechten Zeit Hardenberg gewarnt und ihn aufgefordert, die Führer der aristokratischen Hofpartei aus der Umgebung des Königs zu entfernen, vor Allen die Minister von der Goltz und Wittgenstein. Aber seine Warnungen waren nicht gehört worden, denn Hardenberg hielt sich für so sicher, daß er die Gegner nicht fürchtete, vielleicht auch glaubte er, daß diese in der Gunst des Königs zu hoch ständen, um sie mit Erfolg anzugreifen.

Nächst Hardenberg traf der Haß der reaktionären Führer die Feldherren und Staatsmänner, welche zur Bewaffnung des gesammten Volkes aufgefordert und sich der freisinnigen Richtung angeschlossen hatten. Scharnhorst, Blücher, Gneisenau und Grolmann wurden nicht weniger von der Reaktion gefürchtet, als Stein und dessen Freunde, der Geheimrath Eichhorn und Gruner, nicht weniger, als die Männer des Volkes, die Arndt, Görres und Jahn.

Welche bedeutende Macht selbst im Jahre 1813 die Reaktion besaß, bewies sie bei der Kriegsführung, indem sie oft lähmend auf dieselbe einwirkte und in Uebereinstimmung mit den österreichischen Staatsmännern handelte.

Im Jahre 1815 wurde der Einfluß des Fürsten Wittgenstein und seiner Genossen noch erhöht, indem Kaiser Alexander von Rußland, der geliebte Freund und Bundesgenosse des Königs, an ihre Seite trat. So gekräftigt, konnte die reaktionäre Adelspartei wohl hoffen, zu ihrem Ziele zu kommen. Aber vorsichtig ging sie nur Schritt für Schritt vorwärts.

Vor allen Dingen kam es darauf an, die Ausführung der durch das Gesetz vom 22. Mai 1815 versprochenen Verfassung zu verhindern, das Ansehen des Staatskanzlers zu erschüttern, den König mißtrauisch zu machen gegen Hardenberg und gegen das Volk.

Die Adelspartei handelte nach einem fein angelegten Plan, zu dessen trefflicher Ausführung sie sich brauchbare Werkzeuge zu verschaffen wußte.

Hardenberg bot der reaktionären Partei selbst die Mittel, sein Ansehen, wenn auch nicht beim Könige, so doch beim preußischen Volke nach und nach zu vernichten. Hatte früher sein kräftiges Vorschreiten auf der Bahn der freiheitlichen Reformen sein lasterhaftes Privatleben, seine Verschwendung, seine Begünstigung elender Kreaturen, die ihm durch seine Maitressen empfohlen wurden oder sich sonst bei ihm beliebt zu machen wußten, vergessen lassen, so erhob sich schon im Jahre 1814 die öffentliche Stimme um so lauter gegen ihn, je mehr gerade ihm von allen Seiten der Vorwurf der Schwäche gemacht, je mehr die Beschuldigung, er allein sei verantwortlich für die geringen Erfolge der preußischen Politik, geglaubt wurde.

Wenn solche Vorwürfe vorzugsweise von der freigesinnten patriotischen Partei in Berlin ausgingen, verbreitet und geschürt wurden sie von Hardenberg's reaktionären Gegnern, die unablässig bemüht waren, die Popularität des Staatskanzlers völlig zu zerrütten. Selbst auf den unwürdigen Judenhaß der urtheilslosen Menge spekulirten sie, indem sie das Gerücht verbreiteten, Hardenberg wolle die Juden noch mehr bevorzugen, als es bisher durch die Gesetzgebung schon geschehen sei, er wolle ihnen zum Danke dafür, daß sie ihm für seine Maitressenwirthschaft die Geldmittel gewährten, den gesammten Handel Berlins unterwürfig machen.

Solchen Unsinn glaubte in jenen Tagen das leicht zu täuschende Volk von Berlin wirklich, und als die bekannte Posse „Unser Verkehr" in der Residenz gegeben werden sollte, bereitete sich das hohe Handels- und Gewerkspublikum im Bündniß mit der Reaktion vor, eklatante Demonstrationen des Judenhasses im Theater vorzunehmen. Die Absicht hierzu wurde so laut und unverhohlen ausgesprochen, daß Hardenberg sich veranlaßt sah, die Aufführung der Posse zu verbieten. Sie wurde erst im Sommer 1815, nachdem der Staatskanzler zu den Friedensunterhandlungen nach Paris gereist war, gegeben.

Die Agitationen gegen Hardenberg im Volke waren nur vorbereitende Schritte der Reaktion; wichtiger erschien es, den gehaßten Mann beim Könige zu diskreditiren. Das aber war nicht leicht, denn durch seine gefällige Liebenswürdigkeit, durch sein feines, hofmännisches, einschmeichelndes Wesen, welches doch weit entfernt war von

serviler Unterwürfigkeit, hatte sich der Staatskanzler bei Friedrich Wilhelm III. so beliebt gemacht, daß es gefährlich gewesen wäre, den persöhnlichen Kampf gegen ihn zu beginnen. Die reaktionäre Partei mußte sich begnügen, sich vorläufig gegen seine Werke zu richten. Auch hierbei ging sie nicht direkt vorwärts. Sie suchte nach dienstwilligen Werkzeugen und solche fanden sich im Bürgerstande unter den angesehenen bürgerlichen Staatsmännern, welche sich bereit finden ließen, den traurigen Zwecken der adligen Reaktion zu dienen.

Der Staatsrath Ancillon, der frühere Erzieher des Kronprinzen, ein wegen seiner Gelehrsamkeit und seines Talentes hoch geachteter Mann, gab eine Schrift über Souveränität und Staatsverfassung heraus, in der er ganz zu Gunsten der alten Stände auftrat und die Behauptung aussprach, das Volk habe das Bedürfniß, wie Kinder regiert zu werden. Er begehrte deshalb, daß alle Gesetze nur langsam aus den alten Zuständen heraus entwickelt werden dürften und wendete sich mit scharfen Worten gegen die durch den Geist der Neuerung diktirten allgemein geforderten neuen Verfassungen.

Die Schrift war wichtig, denn sie war berechnet auf die Anschauungen Friedrich Wilhelm's III., der sein Versprechen einer Volksrepräsentation vom 22. Mai 1815 nur gegeben hatte, weil er zu demselben durch den damals drohenden Krieg mit Napoleon und durch den ernsten Rath des Staatskanzlers gedrängt worden war.

Friedrich Wilhelm III. war jetzt nach dem Siege wieder durchdrungen von dem vollen Bewußtsein eines absoluten Monarchen und er fand sich daher durch das gegebene Versprechen unangenehm beengt. Aber der König war ein rechtschaffener Mann, der nicht leicht, wenn er einmal sein Wort gegeben hatte, bewegt werden konnte, dasselbe zu brechen; man mußte ihm beweisen, daß er die Pflicht dazu habe, die Pflicht gegen sich selbst, gegen sein königliches Haus und gegen sein Volk. Er war stets zum Mißtrauen geneigt, darauf mußte hingewirkt, der Glaube in ihm erzeugt werden, er stehe auf einem Vulkan, dessen Ausbruch in jedem Augenblick zu befürchten sei, ihm drohe eine durch die Staatsreform Hardenberg's vorbereitete Revolution, die nur durch strenge Maßregeln niedergehalten werden könne, der man nicht durch die Einführung einer Verfassung neue Nahrung geben dürfe. Mit großem Geschick wurden von der Hofpartei auch zu diesem Zwecke die gefügigen Werkzeuge unter den Berliner Beamten gesucht und gefunden.

Der Hofrath Janke arbeitete als Expedient im Büreau des Geheimen Staatsraths von Bülow. Janke, der sich als verächtlicher falscher Denunziant entschleierte, hatte schon während des Wiener Congresses sich an Hardenberg gewandt und das wilde Freiheitsgeschrei der Arndt und Görres verdächtigt, dem Staatskanzler auch den Bestand eines geheimen deutschen Bundes angezeigt, der von Fichte's Reden angeregt, durch Gruner, Friesen, Jahn u. A. nach der Auflösung des Tugendbundes gestiftet worden sei.

Janke's Anzeigen waren fruchtlos geblieben, weil Hardenberg den sogenannten deutschen Bund genau kannte und weil er wußte, daß derselbe mit dem Beginn des Kampfes im Jahre 1813 sein Ende erreicht habe. Janke wendete sich deshalb, wahrscheinlich veranlaßt durch den Staatsrath von Bülow mit seiner Anzeige direkt an den König, dem er am 14. August 1815 schriftlich die Mittheilung machte, in Berlin existire eine republikanische Verschwörung. Er griff in seiner Eingabe in die Geschichte zurück, er erwähnte zuerst den Tugendbund, er erzählte von einem Charlottenburger Verein, der versteckte hochverrätherische Tendenzen gehabt, aber sich aufgelöst habe, als im Jahre 1812 die von jedem Bessern längst ersehnte Allianz Preußens mit Frankreich zu Stande gekommen sei. Dann ging er über zu dem in Berlin gebildeten deutschen Bund, den er mit folgenden Worten schilderte:

„Ihr, der Mitglieder, Zweck war, im Stillen eine Macht gegen Frankreich zu bilden. Mit der Zeit bildete sich unter ihnen die Idee der Begründung einer Republik aus, in welcher Freiheit und Gleichheit herrschen und wahre Rechtswohlfahrt befördert werden sollte. Menschen aus allen Ständen und Verhältnissen wurden aufgenommen. Jeder gehörte nach der Aufnahme der jungen Republik als freier Bürger an, Eidgenossen genannt. Ein großer Rath besorgte die Regierungsgeschäfte der Republik, ein kleiner aber vertrat die Rechte der einzelnen Gemeinden, aus deren Vorstehern er zusammengesetzt war. Sie hatten ihre Anwalte, Schatzmeister, Sittenrichter. Die Gemeinden versammelten sich zur Berathung und Regulirung der künftigen Verfassung unter ihren Vorstehern. Das ganze deutsche Volk sollte mit der Zeit umfaßt werden, dann würde von selbst die Republik als ein frischer Phönix entstehn, oder einem Schmetterlinge gleich die Puppenhülle monarchischer Verfassung brechen. Man ging umher überall Proselyten zu machen. Ein Glimpfsbuch enthielt die Namen der Aufnahme würdigen, ein Schimpfsbuch die Namen undeutscher, ihren Zwecken entgegenarbeitender Männer. Die Vehme, über irgend jemand ausgesprochen, flog durch den ganzen Bund, wie es auch noch jetzt bei dem großen, von Arndt gepredigten deutschen Bund der Fall ist. Jahn schrieb unter Leitung und Aufsicht seines großen Lehrers Friesen, eines ausgezeichneten Kopfes, die Bundesverfassung nieder. In den Gemeinden wurde wöchentlich die vorgerückte Arbeit geprüft und angenommen oder verworfen. So kam ihr sogenanntes Buch zu Stande, vielfältig im kleinsten Format abgeschrieben u. s. w."

Die reaktionäre Partei hatte schwerlich die Absicht, durch die Janke'sche Anzeige schon im Sommer 1815 einen Hochverrathsprozeß gegen die

Führer der patriotischen freisinnigen Bewegung in Berlin herbeizuführen, sie wollte nur den Saamen für die künftige Reaktionsernte streuen und sie that dies mit gutem Erfolge. Eine einzelne Denunziation war indessen zu diesem Zwecke nicht genügend, andere Kräfte mußten zur Hülfe aufgeboten werden.

Der nächste Kämpfer, der in das Feld gerufen wurde, war der geheime Rath Schmalz, der Schwager Scharn horst's. Er gab unter dem Titel: „Berichtigung einer Stelle in der Bredow-Venturinischen Chronik für das Jahr 1808. Ueber politische Vereine" eine kleine Schrift von 16 Seiten heraus, in welcher er die heftigsten Vorwürfe gegen die politischen Vereine erhob, ohne irgend einen Beweis für seine Angaben zu führen, erzählte er von weit verbreiteten deutschen Verbindungen, die aus dem Tugendbunde entstanden seien und die strafbarsten Staatszwecke verfolgten, um durch ruchlose Mittel ihr Ziel, den Umsturz der Throne und der Altäre und dadurch die deutsche Einheit zu erreichen. Aus der Macht dieser Verbindungen, so erklärte Schmalz, sei das Verlangen der Völker nach Anerkennung ihrer Rechte entsprungen. Zugleich eiferte der Verfasser mit wahrer Wuth gegen diejenigen patriotischen Schriftsteller, welche die Behauptung aufgestellt hatten, das Volk sei freudig aufgestanden, um im letzten Kriege seine Freiheit zu erkämpfen und die sich rühmten, eine Begeisterung erweckt zu haben, von der gar nicht die Rede gewesen sei. Nur dem Befehle seines Königs habe das Volk Gehorsam geleistet, es sei zu den Waffen geeilt, gerade so, wie man bei Feuerlärm aus Bürgerpflicht zum Löschen einer Feuersbrunst eile, deshalb seien auch alle die volksthümlichen Gesetze und Freiheitsverheißungen aus den letzten Jahren zwecklos, schädlich und unverbindlich.

Neben Schmalz traten zu dem gleichen Zwecke noch andere Schriftsteller auf. Dem Könige wurde eine handschriftliche Abhandlung unter dem Titel: „Was haben wir von geheimen politischen Verbindungen in Deutschland zu fürchten und zu hoffen" überreicht. In dieser erging sich der Verfasser in den unwürdigsten Anklagen gegen die hervorragenden Patrioten, er beschuldigte diese offen der beabsichtigten Revolution, und er rieth, Männer wie Gneisenau, Gruner, Görres 2c., die er als Mitglieder derartiger Bündnisse denunzirte, ohne Weiteres von ihren Stellen zu entfernen oder wenigstens ihnen einen neuen Wirkungskreis anzuweisen, indem sie nicht schädlich sein könnten.

Als der Vierte im traulichen Bunde der Schriftsteller, welche sich in Anklagen gegen die politischen Vereine ergingen, ließ sich der oft erwähnte Kriegsrath von Cölln, der Verfasser der vertrauten Briefe, vernehmen. Ihm war, dies ist in der späteren Untersuchung gegen Arndt aktenmäßig durch sein eigenes Zeugniß erwiesen worden, von dem Geh. Staatsrath von Bülow der eigenhändig geschriebene Plan zu einem Werke über die geheimen deutschen Verbindungen zugestellt worden. Der Zweck des deutschen Bundes war dahin angegeben, daß derselbe ganz Deutschland in eine Republik umschaffen wolle. Nach diesem Plane sprach sich Cölln mehrfach in seinen Schriften, besonders im dritten Heft der „neuesten Ereignisse in ihren Folgen für die Menschheit" dahin aus, daß der deutsche Bund offen erklärt habe, eine Republik sei für Deutschland die beste Regierungsform. Man müsse nur dahin kommen, die Nation dafür zu bilden. Von unten herauf müßten mehrere kleine Gemeinden von Bundesgliedern in's Leben gerufen werden, dann müsse man nach oben steigen und dadurch werde sich die Revolution von selbst machen.

Die wichtigste und folgereichste der angeführten Schriften war die des Geh. Rath. Schmalz. Sie erregte um so größeres Aufsehen in Berlin, als Schmalz ein bisher geachteter Mann gewesen war, der sich in der Wissenschaft und bei der Begründung der Berliner Universität manche Verdienste erworben hatte.*) Die reaktionäre Partei gab sich die größte Mühe, seine ganz in ihrem Sinne geschriebene Broschüre zu verbreiten. Und dies gelang ihr. Unterzog sich doch sogar die viel gelesene Spener'sche Zeitung der ihr von reaktionärer Seite her gestellten Aufgabe, das Schmalz'sche Machwerk zu empfehlen.

War so für die Verbreitung und Wirkung im Volke gesorgt, so erschien es noch bei Weitem wichtiger, der Schrift eine gewisse offizielle Wichtigkeit zu geben. Auch dies geschah, indem Fürst Wittgenstein und Genossen sie dem Könige überreichten und ihn veranlaßten, mit Umgehung des Staatskanzlers, den unwürdigen Verfasser durch den Lohn eines Ordens auszuzeichnen. Friedrich Wilhelm III. stellte sich dadurch auf den Standpunkt des Autors, er verleugnete die großartige Erhebung des deutschen Volkes, welche Preußen zur früheren Macht erhoben hatte, der er den neuen Glanz seiner Krone verdankte. Er verleugnete gewissermaßen auch den Minister, dessen langjähriges Bestreben es gewesen war, das

*) Fr. Förster, der schon in jener Zeit als Gegner des Schmalz aufgetreten ist und diesen allerdings nicht ganz unparteiisch betrachtet, giebt uns von dem vielgenannten Manne folgende Charakteristik: Schmalz war Professor der Staatswirthschaft an der Universität zu Berlin; er hatte weniger durch seine gelehrte und juristische Begabung, als dadurch, daß er nach dem Tilsiter Frieden von Halle nach Berlin übersiedelte und bei Errichtung der neuen Universität mitwirkte, einigen Ruf erworben. Den Studenten suchte er seine langweiligen Vorlesungen durch stereotype Witze, welche sich am Rande seines Heftes verzeichnet befanden, und durch Freitische schmackhaft zu machen; in der Gesellschaft galt er für einen redseligen Schwabbelhans, als eifriger Freimaurer, für einen Bruder Saalbader, in seiner Häuslichkeit war er ein gutmüthiger Polterer.

preußische Volk aus seiner Lethargie zu wecken und es fähig zum allgemeinen Aufstand zu machen, der vor allen Andern auf die Gewährung von Verfassungs-Versprechungen gedrungen hatte.

Daß Schmalz für seine Schrift mit einem Orden bedacht wurde, daß dies ohne Vorwissen Hardenberg's geschah, war ein direkt gegen den Staatskanzler geführter Schlag; so faßten auch Blücher, Gneisenau und alle namhaften Patrioten die Sache auf.

Blücher polterte in seiner derben Art heraus, er warf „mit den Hundsföttern von Federvieh" freigebiger um sich, als je früher. Humboldt und Gneisenau riethen dem Staatskanzler mündlich, Stein schriftlich, er solle die Sache bis auf's Aeußerste verfolgen, nur dann könne er der Zustimmung Grolmann's, Arndt's, Justus Gruner's und aller andern Patrioten sicher sein.

Gruner äußerte sich damals über Hardenberg zu Varnhagen:

„Geben Sie Acht, er hat eine Schlappe hingenommen, nun wird man ihm eine nach der andern bieten, und er wird eine nach der andern hinnehmen. Um jeden Preis hätte er diesen Streich auf die Gegner zurückschleudern müssen; er wird es bitter bereuen, dies versäumt zu haben."

Hatte Gruner Recht? Was that Hardenberg und was konnte er thun?

Wenn er früher berechtigt war, seine Gegner mit einer gewissen Verachtung zu betrachten und sie gewähren zu lassen, weil er sich stark im Vertrauen des Königs fühlte, jetzt mußte er jedenfalls einsehen, daß die Reaktion festen Fuß am Hofe gefaßt hatte, daß ihr Friedrich Wilhelm III. gläubig sein Ohr lieh; jetzt galt es den ernsten Kampf gegen die adlige Rückschrittspartei, wenn Hardenberg sein Reformwerk zur Durchführung bringen wollte.

Vor wenigen Jahren noch würde vielleicht der geniale Staatsmann sich zu einem solchen Kampfe entschlossen haben, diese Zeit aber war vorüber, er fühlte sich nicht kräftig genug mehr. Die letzten Jahre hatten seine Gesundheit geschwächt. Wenn er auch trotz seines hohen Alters noch immer mit einer wahrhaft bewundernswerthen Ausdauer arbeitete und daneben sogar Zeit fand, sich dem geselligen Leben mit alter Lust hinzugeben, seine geistige Kraft war doch gebrochen.

Hatte er schon im Jahre 1811 gezögert, den Kampf gegen die Adelspartei aufzunehmen, jetzt konnte er es um so weniger, als er fast mit Sicherheit das Unterliegen voraussehen mußte.

Sein Ehrgeiz war mit den Jahren gewachsen, er konnte den Gedanken nicht ertragen, daß er im Falle einer Niederlage aus dem Amte scheiden und künftig wie ein einfacher Privatmann leben müsse. Diese Niederlage aber hielt er für gewiß, denn er traute selbst seinen Freunden nicht recht, waren ihm diese doch in letzter Zeit oft hart und scharf genug entgegengetreten.

Blücher hatte ihm über die Friedens-Unterhandlungen manch' böses Wort gesagt. Der alte Held wollte von dem wankelmüthigen Staatskanzler, der mit seiner Nachgiebigkeit an allem Unheil Schuld sei, nichts mehr wissen. Von Aachen aus schrieb er an Friedrich Wilhelm III. einen Brief, in welchem er über die Vorgänge in Paris und über den Friedensschluß sich ganz unverholen äußerte und insbesondere den Frieden ein elendes Machwerk nannte; in Folge desselben stehe Preußen wieder trotz aller seiner Anstrengungen als von der ganzen Welt betrogen da.

Der alte Feldmarschall war aus Aerger fast zum Revolutionär geworden. Auf der Rückreise von Paris traf er mit Görres zusammen und diesem sagte er: „Schreiben Sie man immer zu, gegen wen es auch sei; ich nehme alles uf mir. Wenn's man wahr ist, so mögen Sie Alles drucken; aber das sage ich Sie, wahr muß es sind."

Nicht weniger scharf und mißbilligend hatte sich Stein ausgesprochen und auch die andern Freunde waren kalt geworden, denn sie hatten das Vertrauen zu ihrem früheren Mitkämpfer für die Freiheit Preußens verloren.

So stand Hardenberg denn ziemlich vereinsamt da, und es ist wohl natürlich, daß er sich scheute, unter solchen Verhältnissen einen Kampf gegen die immer mächtiger werdende Adelspartei zu beginnen. Am sichersten konnte er sich seine Macht erhalten, wenn er sich, wie er dies später gethan hat, mit den früheren Gegnern zu gemeinsamem Wirken verbündete. Auch hierzu aber wollte er sich nicht entschließen.

Es ist nicht leicht, eine ruhmvolle Vergangenheit gänzlich preis zu geben. Hardenberg war stolz auf das von ihm begründete Reformwerk und wünschte dasselbe weiter auszubauen. Zu diesem Zwecke war er bereit, schwere Opfer zu bringen. Noch hatte ihn sein Ehrgeiz nicht so weit auf der abschüssigen Bahn der Demüthigung geführt, daß er sich hätte entschließen können, selbst an der Vernichtung aller der Reformen Theil zu nehmen, für die er so lange Jahre hindurch ehrenhaft gekämpft hatte.

Ein thätiger Bundesgenosse der Reaktion wollte er noch nicht werden, um aber als Staatskanzler in Amt und Macht zu bleiben, entschloß er sich, das Unabänderliche zu ertragen. Er duldete das Vorgehen der adligen Hofpartei. Persönlich nahm er eine vermittelnde Stellung ein. Den König suchte er durch Nachgiebigkeit wieder zu gewinnen, während er zugleich bestrebt war, auch die alten Freiheitsfreunde durch milde Worte und persönliche Liebenswürdigkeit zu versöhnen.

Im grellen Widerspruch aber zu der persönlichen Zuvorkommenheit des Staatskanzlers gegen die Führer der patriotischen Partei standen die Regierungsmaßregeln, welche offiziell von ihm ausgingen oder welche er wenigstens geschehen ließ und die sich vorzugsweise gegen die Freiheit der Presse richteten, obgleich Hardenberg noch im Anfang des Jahres 1815 in einem Briefe an Görres diesem ausdrücklich versichert

hatte, daß er nichts mehr verabscheue als Zwangsmaßregeln gegen die Presse. Ein halbes Jahr später, gegen Ende des Jahres 1815 erhielt trotzdem der General-Gouverneur von Sack von Berlin aus Befehl, den rheinischen Merkur zu unterdrücken. Er zögerte, den Auftrag zu erfüllen, weil das in ganz Deutschland viel gelesene Blatt, welches sich in der Zeit der Gefahr große Verdienste durch die unerschrockene Vertheidigung des deutschen Rechts erworben hatte, eine wirkliche Macht geworden war.

Görres hätte vielleicht durch Nachgiebigkeit noch für kurze Zeit dem rheinischen Merkur eine Fortdauer sichern können, aber er verschmähte es, diesen Weg zu betreten. Er eiferte ernster als je zuvor gegen die Reaktion in Preußen.

Das Blatt wurde unterdrückt, Görres selbst verlor die ihm von Gruner verliehene Stelle eines Direktors des öffentlichen Unterrichts und als er sich beschwerdeführend an den König und an den Staatskanzler wendete, blieben drei seiner Eingaben von Beiden unbeantwortet.

Mit ähnlichen Maßregeln gegen die Presse war die Reaktion auch in Berlin schon vorgegangen. Sie hatte sich von einer wahrhaft kleinlichen Verfolgungssucht beseelt gezeigt, wurde doch einem von Brentano zu Ehren Blücher's verfaßten Gedicht nur aus dem Grunde von Ancillon die Erlaubniß, in den Zeitungen gedruckt zu werden, untersagt, weil es auf die Melodie: „Heil Dir im Siegerkranz" gesungen werden sollte und weil diese Melodie nur für den König und das königliche Haus bestimmt sei.*)

Die Schmalz'sche Broschüre hatte unter allen freigesinnten Schriftstellern eine tiefe Entrüstung erregt, der Name des Verfassers war gebrandmarkt worden. Schmalz, Kamptz, Kotzebue, Janke und Cölln wurden als jammervolle Verräther der deutschen Freiheit betrachtet, sie waren der öffentlichen Verachtung preisgegeben. Schmalzgesellen nannte man die Anhänger und Lohnschreiber der Reaktion. A. L. Follen verewigte den Ekelnamen später in einem Liede:

Nun auf, ihr Burschen, frei und schnell,
Ihr Brüder Du und Du,
Noch bellt der Kamptz- und Schmalzgesell.
Beel- und Kot-zebue.

Stägemann schrieb damals an Varnhagen:**)

„Unsern Schmalz habe ich noch nicht gesehen. Doch soll er vorgestern auf dem Schloß gespeist haben neben dem Obersten der Stadtverordneten, der auch mit dem eisernen Kreuz begnadigt worden, weil man ihm schon verziehen, daß er im Namen der Stadtverordneten von Berlin wider die Errichtung der Landwehr protestirt hat. Der ehrliche Mann heißt Humbert, sprich Häng'bär (etwas Berlinisch e oder ä statt ü, damit das Hängen herauskommt)."

Mit solchen Worten begnügten sich indessen die freisinnigen Berliner Schriftsteller nicht. Eine Reihe von Broschüren, in denen alle die Schmalzschen Schmähungen nicht nur widerlegt, sondern oft mit wahrer Erbitterung bekämpft wurden, erschien und nicht nur namenlose Leute, sondern die ersten Gelehrten Berlins, die tüchtigsten Staatsmänner in Preußen führten diesen Kampf, Männer wie Niebuhr, Schleiermacher u. A.

Dem König konnte eine solche Stimmung des Volkes nicht verborgen bleiben. Die reaktionäre Hofpartei sah sich gefährdet, sie mußte befürchten, Friedrich Wilhelm werde über den Mißgriff, den er begangen, als er Schmalz mit einem Orden begnadigte, aufgeklärt werden, deshalb forderte sie die Unterdrückung aller Schriften, die gegen die Schmalz'sche Broschüre noch veröffentlicht werden würden.

Hardenberg gab sich dazu her, die eigenen Freunde zu verleugnen. Am 6. Januar 1816 erschien eine Kabinets-Ordre, welche jeden ferneren öffentlichen Streit in Druckschriften über politische Gesellschaften bei strenger Geld- und Gefängnißstrafe verbot.

Von diesem Augenblick an war die Scheidewand zwischen Hardenberg und seinen früheren Freunden errichtet, die Partei der Reaktion hatte einen neuen Sieg erkämpft resp. ihre Macht befestigt.

Zweites Kapitel.

Die freisinnige Partei in Berlin während des Krieges und nach demselben. — Getäuschte Erwartungen. — Zerfahrenheit der Liberalen. — Die romantische und die kritische Schule. — Jahn's Wirken in Berlin. — Der Turnplatz in der Hasenhaide. — Jahn's Vorlesungen. — Jahn's künstliche Wüste. — Steffens über Jahn. — Steffens als Gegner des Turnens. — Die preußische Regierung gegen das Turnen. — Steffens in Berlin bei Hardenberg und Reimer.

Wie zeigte sich, während die Reaktion wuchs, die liberale Partei? Sie war uneinig, haltlos, in sich zerfallen!

Während der Dauer des Freiheitskampfes hatten die Liberalen es für Pflicht gehalten, jede politische Meinungsverschiedenheit zu unterdrücken. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind aller Deutschen erforderte die höchste Einigkeit der ganzen Nation. Wurden hier und da einmal mißbilligende Stimmen laut, so verstummten sie doch bald wieder, und zwar nicht nur deshalb, weil besonders in Berlin die strenge Censur jede freisinnige Aeußerung unterdrückte, dagegen würde man schon Mittel gefunden haben, wie sie in der

*) Ueber derartige kleinliche Censurmaßregeln schreibt Stägemann an Varnhagen: „Welche Skandale hier vorgehen, wissen Sie zum Theil aus den Zeitungen, aber doch streicht Renfner das Beste; z. E. daß wir keinen Epimenides, sondern J, wie nennen Sie des (oder mit Lewzons Nachtrag J, wie gemene is des), und keinen Zivil-Verdienst-Orden, sondern Zuviel-Verdienst-Orden haben."

**) Aus dem Nachlaß Varnhagen's von Ense.

Franzosenzeit gefunden worden waren, sondern aus dem bessern Grunde, weil gerade die freisinnige Partei der Regierung, so lange der Krieg dauerte, keine Schwierigkeiten machen wollte. Jede Selbstsucht war durch die gewaltige Zeit erstickt. Alle Partei-Interessen schwiegen, der Kampf des Volkes um seine Befreiung vom fremdländischen Joch war aller freigesinnten Männer erstes und letztes Ziel. Anders aber gestalteten sich die Verhältnisse, nachdem der Sieg erkämpft, der Frieden geschlossen war.

Die freisinnige Partei zerfiel fast in ebenso viele mit einander hadernde, zum Theil sogar sich bekämpfende Fraktionen, wenn wir das moderne Wort anwenden dürfen, als sie bedeutende politisch hervorragende Männer enthielt, denn fast Jeder von diesen verfolgte ein anderes Ziel und ging zu demselben seinen eigenen Weg.

Während die Partei des Rückschritts einig, fest und geschlossen dastand, war die Volkspartei tief zerspalten, und dadurch erleichterte sie dem ohnehin schon so mächtigen Gegner den Sieg.

Gneisenau, Grolmann, Boyen und selbst Blücher, Stein, Niebuhr, Vincke, Gruner, Humboldt, Stägemann, Eichhorn, Schön, Schleiermacher, Görres, Arndt, Steffens, Jahn u. A. standen alle an der Spitze der liberalen Partei und doch wie unendlich verschieden waren ihre Bestrebungen, wie kämpften sie oft mit Erbitterung gegen einander, während sie gerade in jener Zeit recht einig hätten sein sollen! Aber freilich, es ist schwer, eine große Partei einig zu erhalten, wo selbst die Zielpunkte, nicht nur die Wege zu denselben verschieden sind!

Die freisinnigen Generale und unter ihnen vorzugsweise Gneisenau, Boyen und Grolmann, strebten, wie die übrigen Staatsmänner der neueren Schule, nach der Verwirklichung eines großartigen, wahrhaft freien Staatslebens, sie waren Gegner des Rückschritts, aber sie beschränkten ihre Thätigkeit vorzugsweise auf das militärische Feld. Sie kämpften nicht mit demselben Eifer wie die übrigen für eine Verfassung, denn sie glaubten auch in einer gut organisirten absoluten Monarchie durch eine freie Presse die Volksfreiheit gewährleistet. Besonders lässig zeigte sich in dieser Beziehung Gneisenau, über den später, am 6. März 1819, Stägemann an Varnhagen schrieb:

„Die diesseitigen Beförderer der repräsentativen Verfassung, denen an sich gar keine Stärke einwohnt, einige Haarspalterei, einiger Jesuitismus, viel Furchtsamkeit, viel Beschränktheit, glauben in Gneisenau einen hitzigen Verfechter zu haben, und sind sehr im Irrthum. Gneisenau ist, außer seiner soldatischen Sphäre, eine weiße Salbe und ein Spiel in der Hand der gescheudteren Aristokraten, z. B. des Staatskanzlers."

Wenn Gneisenau sich wenig um eine Volksrepräsentation kümmerte, so sahen dagegen die meisten andern deutschen Volksführer in derselben, in der Einführung einer Verfassung das einzige Mittel für eine dauernde, freie Entwickelung des Staatslebens; aber über die Verfassung selbst und deren Grundprinzipien waren sie im eifrigsten Streit.

Görres begann bereits für die mittelalterlichen Institutionen des Staatswesens zu schwärmen und zu schreiben, er schlug schon damals den Weg ein, der ihn bald zur vollen Reaction führen mußte, Stein wollte ständische Vertretungen im aristokratischen Sinne, Schleiermacher dagegen mit seinem feinen, klaren Urtheil näherte sich den demokratischen Bestrebungen der Neuzeit, während Jahn seinen eigenen, ganz unpolitischen Weg ging und doch für den größten Revolutionär gehalten wurde.

Aeußerlich hielten im Jahre 1815 und in der nächstfolgenden Zeit die Führer der freisinnigen Partei wohl noch zusammen, innerlich aber waren sie völlig geschieden. Sie waren es schon vor dem Ausbruch des Krieges gewesen, damals aber hatte sich der Meinungskampf nicht auf das politische Feld werfen können, er hatte sich auf dem wissenschaftlichen und belletristischen bewegen müssen, auf diesem aber war er mit Erbitterung geführt worden.

Bis zur Zeit der Stein'schen Reformen gab es in Berlin, wie unsere Leser sich erinnern, kaum politische Parteien, wohl aber wissenschaftlich streng geschiedene, welche den politischen der späteren Zeit entsprachen. Berlin war recht eigentlich die Stätte des belletristischen und philosophischen Meinungskampfes, hier stritten die Anhänger der romantischen Schule mit denen der modernen Kritik, hier kämpfte Schelling gegen jede Aufklärung, Fichte gegen Krug und Nicolai, es wurden literarische Schlachten in Broschüren und Zeitschriften und selbst in Vorlesungen geschlagen. Wenn diese auch von jeder politischen Färbung frei waren, so bereiteten sie doch die späteren politischen Kämpfe vor.

Beide Richtungen, die romantische und die rein kritische, fanden sich nach dem Kriege auf demselben Kampfplatz wieder, freilich mannigfach verändert sowohl in den Personen, als in dem Ziele des Kampfes, denn letzteres war ein politisches geworden und neue Kämpfer waren mit in die Reihen, alte aus denselben getreten. Der Kampf aber blieb doch im Wesentlichen derselbe.

Unmittelbar nach dem Kriege konnten die verschiedenen Richtungen der freisinnigen Partei noch nicht zur vollen Klarheit über ihre Grundverschiedenheiten und über das, was sie gemeinsam anzustreben hatten, kommen. Einig waren sie allerdings in der allgemeinen Unzufriedenheit, sonst aber bewegten sie sich in Rede und Schrift wirr durcheinander. — Das lag zum Theil in der nothwendigen Entwickelung, da politische Parteien einer gewissen Zeit des Kampfes bedürfen, um sich in ihren Prinzipien zu klären und zu sondern, zum Theil aber lag die Schuld auch an einem einzelnen Manne, an dem Abgott der Berliner, ja der deutschen Jugend, an Friedrich Ludwig Jahn.

Jahn war während des Krieges im Jahre 1815 von dem Fürsten Hardenberg als Kourier benutzt und nach Paris geschickt worden. In der französischen Hauptstadt zeichnete er sich durch seine Sonderbarkeiten aus.

Seine seltsamen Anschauungen aber übergipfelten sich, als er seinen Wohnsitz wieder in Berlin nahm, wohin er im Herbst des Jahres 1815 zurückkam. Er hatte es sich zur Lebensaufgabe gemacht, das deutsche Volk zum Deutschthum, wie er es verstand, zurückzuführen; zu diesem Zwecke sprach und schrieb er, suchte er eine wunderliche deutsche Sprache, welche er rein nannte, einzuführen, predigte er den Franzosenhaß und bemühte er sich vor allen Dingen, die Jugend zu kräftigen durch den Turnunterricht, damit sie dereinst im deutschen Kampfe tapfer streiten könne.

Um den Turnunterricht hat sich Jahn unsterbliche Verdienste erworben. Ihm vorzugsweise ist es zu danken, daß das Turnen während der Reaktionszeit nicht untergegangen ist, denn er hat es verstanden, alle die jugendlichen Turner so sehr für ihre Kunst zu begeistern, daß sie noch im späten Alter mit jugendfrischer Kraft für die Wiedereinführung des Turnunterrichts gewirkt haben. Mit Recht verehren daher die Turner Jahn als den wahren Vater des ganzen Turnwesens.

Mit Aufopferung des Vermögens seiner ersten Frau hatte Jahn den Turnplatz in der Hasenhaide geschaffen; hier sammelte er die Berliner Jugend nach seiner Rückkehr von Paris um sich, hier war er trotz oder vielleicht wegen seiner Seltsamkeiten der gefeierte Held, der Abgott der Knaben, ein Mann von höchster Bedeutung, der den nachhaltigsten Einfluß auf das Berliner Volksleben üben sollte.

Heinrich Pröhle, der Biograph Jahn's, schildert ihn uns auf dem Turnplatze und bei den Turnfahrten:

„Die Turnzeit war eine Festzeit für die Knaben und Jünglinge. Sobald Jahn in weiter Ferne erblickt wurde, jubelte Groß und Klein. Mit dem Augenblicke, wo er auf dem Platze ankam, begannen die Spiele, deren er stets neue anzugeben wußte und zu denen die Hasenhaide trefflich Gelegenheit bot. Jahn's Anreden, die stets gern an die Geschichte erinnerten, wirkten bei besonderen Gelegenheiten auf die Turner wie Donner und Blitz. Fast wurde er vergöttert. „„Wir sahen,““ schreibt uns ein alter Turner, „„einen deutschen Mann vor uns, welcher Gott gleich — aus nichts, als seiner eigenen Kraft — den schönsten Turnplatz nicht nur geschaffen, sondern auch mit dem heiligen Feuer der Vaterlandsliebe erleuchtet hatte. Ihn über die Verdienste Luther's und über die Größe desselben sprechen zu hören, war das Großartigste, was ich in dieser Art erlebt habe. Man bedurfte zur Erholung nach der Berufsarbeit in der ganzen Welt nichts weiter als den Turnplatz, dessen Einrichtung eine Kenntniß vaterländischer Sitten und Einrichtungen zur nothwendigen Folge hatte, wie sie sonst nicht zu erlangen ist.““ Der Turnplatz war für seine Jünger das deutsche Vaterland, von welchem Arndt fragte, was es sei. Und so schien sich, wenn auch nur vorbildlich, auf dem Turnplatze wieder einer von Jahn's Jugendträumen, ein Volksthum zu erfüllen; Reisen, jedoch nur solche nach dem Sprüchwort: „„Bleibe im Lande und nähre Dich redlich““, — vaterländische Wanderungen hatte er dort sehr empfohlen. Dem Gebildeten sollten sie polizeilich erleichtert werden, die Bürgermeister sollten gereiste Leute sein und streng sollte man auf die Wanderjahre der Handwerker halten. Selbst der Wallfahrten war hierbei nicht ganz unfreundlich gedacht, das ganze Volk einer großen, sich liebenden Familie verglichen, die sich zu ihren Geschäften sondert, dann aber zum Wechselgenuß wieder sammelt, und deren Auseinandergehen am Morgen doch nur ein Wiederzusammenkommen am Abend ist. Eine solche deutsche Familie bildeten nun die wanderlustigen Turner.

„Jahn's Ruf zog sie aus allen Ecken auf den Berliner Turnplatz. Wer in Noth war, dem wurde geholfen. Die Turnplätze waren damals die Wahrzeichen für die reisende Jugend. Dort kamen die Handwerker unter gebildete Gesinnungsgenossen und glaubten sich körperlich und geistig bei ihnen besser aufgehoben, als in der Herberge.

„An Sonn- und Festtagen wurden kleine Turnfahrten nach Groß-Beeren und nach den Pichelsbergen, auch in die Brüche nach der Spree gemacht. Hier mußte jeder Theilnehmer eine Springstange haben. Wer nicht ganz über die vollen Gräben hinübersetzte, sondern hineinplumpste, wurde ausgelacht. Nebenbei wurde damals das Schwimmen von Jahn sehr begünstigt. Durch seine Vermittelung fand jeder unbemittelte Turner umsonst Zutritt in der Pfuel'schen Schwimm-Anstalt. — — —

„Charakteristisch für das Jahr 1817 ist eine Turnfahrt Jahn's durch Pommern und Rügen, auf der wir ihn im Sommer 1817 mit mehreren Turnern finden. Uebertriebene Scheu vor seinen Bestrebungen verbreitete das Gerücht, daß er hin und wieder auf derselben höchst unziemliche Reden gehalten habe. In den Straßen der Städte fiel, wie der Regierungs-Chef-Präsident Pachelbel aus Stralsund nach Berlin berichtete, Jahn's und seiner Begleiter schmutziges Aeußeres und originalgemeine Kleidung, sowie Singen unangemessener Lieder allgemein auf. — Als das verfänglichste der gesungenen Lieder wurde angegeben: „„Ich hab' mein Sach' auf Nichts gestellt““, zum sichtlichen Ergötzen T. A. Hofmann's, des Referenten in der späteren Jahn'schen Untersuchung. Bekanntlich ist dies Liedchen von Göthe.“

Nicht nur als praktischer Lehrer auf dem Turnplatze und auf Turnfahrten wirkte Jahn für das Turnen, sondern auch durch die Schrift. Im Jahre 1816 erschien sein Turnbuch mit zwei Kupferplatten unter dem Titel: „Die deutsche

Turnkunst zur Errichtung der Turnplätze, dargestellt von Fr. L. Jahn und Ernst Eiselen auf Kosten der Herausgeber.

Das Turnbuch war hervorgegangen aus den Berathungen der Berliner Turner, die gemeinschaftlich alle Erfahrungen, die sie im Laufe der Jahre gemacht, zusammengestellt hatten. Das Ganze wurde von Jahn redigirt. „Meister, Gesellen, Lehrlinge und Handlanger" haben, wie die Verfasser sagen, treu und redlich daran gearbeitet und „mit Blick und Schick das Ihrige beigetragen."

Das Turnbuch erhielt bald eine große Wichtigkeit. Auszüge desselben wurden schriftlich an alle Diejenigen, welche sich für das Turnen interessirten, gesendet. Weithin durch ganz Deutschland ging der Briefwechsel der Berliner Turner; aus vielen deutschen Städten verlangten die Schullehrer Pläne für die Herrichtung von Turnplätzen und Belehrungen über die beste Art, den Turnunterricht zu leiten.

Das Turnen war für Jahn nur ein Mittel zu dem großen Zweck, dem er sein Leben gewidmet hatte, zur Erzeugung eines kräftigen Deutschthums. Leider war er mit andern Mitteln zu demselben Zweck weniger glücklich, ja er gefährdete durch sein seltsames, abenteuerlich, oft geradezu närrisches Auftreten nicht nur sich selbst, sondern, was schlimmer war, die Sache, der er diente. Jahn hat mehr, als irgend ein anderer Volksführer jener Zeit die Mitschuld getragen, daß König Friedrich Wilhelm III. von ängstlichem Mißtrauen gegen die Volksbewegung erfüllt wurde, daß er sogar das unschuldige Turnen als höchst gefährlich betrachtete.

Schlimmer vielleicht noch war es, daß sich durch Jahn's barockes Auftreten die Kämpfer für die deutsche Freiheit trennten, daß im Schooße der freisinnigen Partei offener Zwiespalt ausbrach, daß die gute Sache einem großen Theil der verständigen Bürgerschaft Berlins lächerlich wurde.

Hätte Jahn sich auf die Jugenderziehung, auf den Turnunterricht und die Wirksamkeit zur Vorbereitung des Turnens beschränken können, dann würde sein Name als einer der ersten unter seinen Zeitgenossen glänzen. Wurde doch das Verdienst, welches er sich durch diese Bestrebungen erworben hatte, damals schon in ganz Dentschland so sehr anerkannt, daß ihm zwei Universitäten, Jena und Kiel, das Ehrendoktor-Diplom ertheilten. Im Kieler Diplom wurde ihm bezeugt, daß er durch die von ihm erfundene Turnkunst die deutsche Kraft und Tapferkeit erneuert, daß er sich um das Vaterland, welches er einzig und über Alles liebe, als er es von den Furien der Fremdherrschaft geknechtet und erniedrigt gesehen, durch kluge Rede, ernstes Mahnen und tapferes Fechten verdient gemacht und dadurch ewigen Ruhm davongetragen habe. Er wurde als ein Retter der deutschen Zunge von den Kieler Gelehrten selbst mit Luther verglichen.

Bei solcher Anerkennung glaubte Jahn sich zu einer weiteren Wirksamkeit, als der eines Jugendlehrers berufen; er wollte auch in größeren Kreisen unter Erwachsenen für seine Ansichten Propaganda machen, und zu diesem Zweck begann er am 27. Januar 1817 Privatvorlesungen, welche er nach sorgfältig ausgearbeiteten Manuscripten hielt. Er erging sich bei diesen Vorlesungen in der ihm eigenthümlichen, kräftig drastischen Weise gegen die Diplomaten und Hofleute, welche er grimmig haßte. Pröhle, der das Manuscript der Vorlesungen verglichen hat, erzählt:

„Er warf nicht allein den Diplomaten vor, „„daß sie Alles, was mit dem Schwerte errungen worden, mit der Feder wieder verloren hätten"", nannte nicht allein Hunde, H . . . ., Schauspieler, Operntänzer, Kühe, Pferde u. s. w. die „„neun Musen der Staatsmänner""; er erklärte nicht allein die Embleme am Monument des großen Kurfürsten, welche die besiegten Völker andeuten sollten, dadurch, als wollten sie sagen: „„Kusch, Volk, Du Futter für Pulver!"" sondern er nannte auch die Amtsblätter „„Angstblätter"", und äußerte dabei, daß die Deklarationen der Gesetze blos deshalb so häufig erfolgten, damit die Pränumeranten doch etwas für ihr Geld erhielten. Die Vorlesung, worin diese Bemerkungen vorkamen, hatte schon eine Verhandlung mit dem Staatskanzler Fürsten Hardenberg, den er nachweisbar wenigstens bis Ende des Jahres als seinen Gönner betrachtete, zur Folge. In seiner Vorlesung am 7. März sagte er: „„Wer seinen Kindern die französische Sprache lehren läßt, ist ein Irrender; wer darin beharrt, sündigt gegen den heiligen Geist; wenn er aber seinen Töchtern französisch lehren läßt, so ist das ebenso gut, als wenn er ihnen die H . . . . . lehren läßt."

Waren schon solche Aeußerungen des Franzosenhasses seltsam genug, so übergipfelten sie sich doch zum wahrhaft lächerlichen Unsinn durch den Vorschlag, das Reisen in das Ausland solle verboten werden, damit das Nationalgefühl der Deutschen erstarke. Zwischen Deutschland und Frankreich dürfe nicht die geringste Verbindung stattfinden, deshalb müsse eine Wüste zwischen beiden Ländern angelegt werden, um diese für immer von einander zu trennen. Schon in Altdeutschland sei ein Stamm und Ort um so berühmter gewesen, je größer und undurchdringlicher der Wald sein Gebiet ummarkt habe, und die alten Deutschen hätten sich gegen ihre Feinde durch eine solche Hamme gehalten. Es sei gar nicht schwer, eine Wildniß anzulegen und dadurch ein Land von dem andern abzusperren und es zu schützen. Freilich müsse der Natur durch Kunst nachgeholfen werden. Ebenso gut wie Menschenhand die Erde verschönern könne, vermöge sie auch eine undurchdringliche Wüste hervorzubringen, und dies müsse zum Wohl des Vaterlandes geschehen. So schlägt denn Jahn vor, behufs Hervorbringung einer Wüste solle man Marschen vermorasten, Auen einsumpfen, Höhen versurten, Niederungen verbruchen, gewässerte Thäler durch Wall und Mauern zu Seen stauen. In diese

Wüste sollen dann Roth- und Schwarzwild, Elennthiere, Auerochsen und zuletzt Raubthiere aller Art hineingesetzt werden. „Aus alten Klöstern entstehen dann Eulenschläge, Adlerhorste aus ausgebrannten Thurmzinnen, durch Feuersbrünste ist zu Hyänenbauen vorgearbeitet, unterirdisch aufgebaute Irrgebäude dienen gleich Schneckenbergen zu Werken für Giftschlangen. Die mit einer Doppelreihe von Verwallungen und Dornhecken eingezäunte Wüste ist wenigstens einen Grad breit, kein Leichtfuß kann sie ohne Rast durchhüpfen. Hungrige Wölfe, Bären u. dergl. passen Einschleichern, Kundschaftern und Landstreichern auf den Dienst; beginnen die reißenden Thiere sich einander selbst zu verspeisen, so werden sie mit Drehern und Seglern von Schafen, Franzosenkühen, unbrauchbaren Pferden ꝛc. gefüttert und der beständige Kampf, den die in der Wüste wohnenden Leute mit ihnen zu führen genöthigt, ist die beste Vorschule zur Landwehr."

Wenn wir heut solche Vorschläge lesen, begreifen wir kaum, daß sie damals dem hochgebildeten Publikum der viel berühmten Haupt- und Residenzstadt Berlin in öffentlichen Vorlesungen gemacht und ruhig ernsthaft mit angehört werden konnten; wohl aber ist es uns verständlich, daß ein Mann wie Stein sich mit Abscheu von Jahn abwendete, daß auch andere weniger aristokratisch, als der stolze Reichsfreiherr von Stein gesinnte Führer der Volkspartei, dies thaten.

Am entschiedensten sprach sich Steffens gegen Jahn aus. — Mit Staunen sah er, wie seine alten Parteigenossen Schleiermacher, Reimer, Raumer u. A. Jahn ruhig gewähren ließen. Er konnte nicht begreifen, daß einsichtige Männer sich nicht auflehnten gegen die wahrhaft barbarische Deutschthümelei des Turnvaters. Gerade daß Jahn der Abgott der Berliner Jugend war, daß er auch weit über das Weichbild der Hauptstadt hinaus einen gewaltigen Einfluß auf die Bildung der deutschen Jünglinge durch das Turnen ausübte, erschien ihm doppelt gefährlich und er entschloß sich, gegen Jahn und selbst gegen das Turnen aufzutreten.

Steffens stand mit seinen Besorgnissen nicht allein unter den Anhängern der freisinnigen Partei. Auch manchen anderen bedeutenden Männern erschien der eigenthümliche Geist, der sich durch Jahn's Lehren und Beispiel unter der Jugend zu entwickeln begann, gefährlich. So sprach sich u. A. Niebuhr besorgt über die Verwilderung der Jugend aus, er befürchtete, daß aus dieser „eine stürmische Zukunft, ein gänzlicher Untergang des sinnigen Geisteslebens der Vergangenheit" erwachsen werde.

Mit solchen Andeutungen begnügte sich Steffens nicht, er trat gegen Jahn und das Turnen direkt mit Wort und Schrift auf. Seine Veröffentlichung machte gewaltiges Aufsehen. Daß von dieser Seite ein Angriff auf das Turnen erfolgen würde, hatte Niemand erwartet, am wenigsten die freisinnige Partei in Berlin. Steffens wurde fast in den Bann gethan, so erzürnt waren die Berliner Volksmänner, daß einer der ihrigen sein Wort gegen die Ausschreitungen der neuen Zeit erhob.

Daß seine Schriften unter den Parteigenossen in Berlin Aufsehen und böses Blut machen würden, hatte Steffens wohl vorausgesehen, nicht aber daß sie eine so allgemeine Entrüstung erregen könnten und noch viel weniger, daß sie Billigung an einer Stelle finden würden, wo er es durchaus nicht wünschte.

Der kühne Geist, der sich auf den Turnplätzen unter der deutschen Jugend regte, der durch Jahn in der Berliner Turngemeinde vorzugsweise angefeuert wurde, hatte schon längst die preußische Regierung besorgt gemacht und in ihr den Wunsch erzeugt, dem sogenannten Unwesen ein Ende zu machen. Einen direkten Angriff auf das Turnwesen hatte man bisher noch nicht gewagt, wohl aber mehrfach versucht es in den Augen des Publikums zu diskreditiren und dazu fanden sich feile Federn, welche in den Berliner Zeitungen darauf aufmerksam machten, daß die müßige Kunst schwere Körpergefahren für die Knaben und Jünglinge im Gefolge habe. Eltern und Vormünder wurden gewarnt, ihre Pflegebefohlenen an den Spielen in der Hasenhaide Theil nehmen zu lassen; die Lohnschreiber der Regierung suchten sie durch Erzählung von Arm- und Beinbrüchen, ohne die es freilich beim Turnen nicht immer abging, zu schrecken.

Das Mittel war unglücklich gewählt, es wurde verlacht. Unmittelbar nach dem Freiheitskriege erschien die Gefahr, daß unter Tausenden von Knaben einer einmal beim stürmischen Spiel ein kleines Unglück haben könne, so geringfügig, daß sie eher anreizte als abschreckte. Jetzt aber trat plötzlich Steffens, ein Mann von Namen, mit gewichtigen Gründen gegen das Turnen auf. Er wurde als willkommener Bundesgenosse von der Regierung begrüßt; diese hoffte von ihm, der mit allen Führern der Volkspartei eng verbunden war, werthvolle Aufschlüsse über das Turnwesen zu erhalten, solche, welche ein allgemeines Verbot des Turnens rechtfertigen könnten.

Auf geheimnißvolle Weise erhielt Steffens einen Brief des Staatskanzlers Fürsten Hardenberg, in welchem er aufgefordert wurde, nach Berlin zu einer Besprechung mit dem Fürsten zu kommen. Zu gleicher Zeit aber wurde ihm auferlegt, über die Ursache dieser Reise nichts verlauten zu lassen.

Steffens folgte dem Rufe, er fand sich bei Hardenberg ein, hier aber hörte er zu seiner hohen Verwunderung, daß der Fürst von ihm Denunziationen erwartete, daß er Aufklärung haben wollte über hochverrätherische Absichten, die den Turnlehrern und Turnern inne wohnen sollten.

„Durchlaucht irren sich!" rief Steffens entrüstet. „Ueber die Ansichten, die auf den Turnplätzen herrschen, habe ich geschrieben, von den Absichten der Turner weiß ich nichts! Zwischen

mir und meinen besten Freunden, zwischen denen, die ich schätze und liebe, die die treuesten Bürger, die besten Unterthanen, die trefflichsten Menschen sind, ist ohnehin schon ein Streit über meine Schriften. Mit blutendem Herzen habe ich die, welche ich hochachte, bekämpft."

Zwei Stunden lang dauerte die Audienz, ohne daß sie zu einem Resultate führte. Mit schwerem Herzen verließ Steffens den Fürsten, um seine Freunde zu besuchen. Er fand einen traurigen Empfang, alle waren ihm untreu geworden; selbst Schleiermacher, der mildeste von ihnen, äußerte sich ernst mißbilligend: „Du weißt nicht, was Du gethan hast, Steffens!"

Weit zorniger zeigten sich die übrigen Parteifreunde. Sie waren nicht nur kalt, sondern sogar beleidigend. Als sich Steffens Abends bei Reimer einfand, wo er Gesellschaft traf, da wurde er fast als ein Verräther gebrandmarkt. Der Streit wurde so heftig, daß Steffens die Thränen nicht zurückhalten konnte, daß er aus der erregten Versammlung entlief. Ein junger Mann rief ihm nach: „Ich fluche Dir, denn Du hast das Heiligste verrathen!"

Drittes Kapitel.

Das freie Wort in Berlin. — Die Studenten-Landsmannschaften und Burschenschaft. — Der 18. Oktober 1817. — Das Wartburgfest und seine Folgen. — Das Reformationsfest in Berlin. — Hardenberg's Stellung. — Der Kongreß zu Aachen. — Metternich und Hardenberg. — Stourdza's Schrift.

Es ist eine schwere, fast unlösbare Aufgabe, ein klares scharfes Bild der politischen Bewegung, wie sie sich in den Jahren 1815—1820 in Berlin entwickelte, zu zeichnen. Die Quellen zu diesem Zweck fehlen fast gänzlich und die vorhandenen sind im höchsten Grade mangelhaft. Wir sind angewiesen auf Biographien und Briefsammlungen, auf magre Memoiren, welche wohl einzelne Begebenheiten recht anschaulich schildern, aber uns meist im Dunkeln lassen über den ganz eigenthümlichen Geist, der gerade jene Zeit durchwehte. Noch weniger Aufschluß finden wir in den Zeitungen, welche in Berlin erschienen sind. Wollen wir überhaupt etwas über die Berliner Verhältnisse jener Zeit erfahren, dann sind wir gezwungen, auswärtige Tagesblätter zu lesen, deren Berichte sich oft ungenau und absichtlich falsch gefärbt erweisen; denn dafür, daß die Vossische und Spenersche Zeitung sowie die kleineren Lokalblätter Berlins über den politischen Geist, der in der Residenz herrschte, gar keine Berichte gaben, sorgte mit unbarmherziger Strenge die Censur.

In einem höchst eigenthümlichen Gegensatz zur vollendeten Unfreiheit des geschriebenen Worts in Berlin stand die ebenso unbeschränkte Freiheit des Gesprochenen. Varnhagen von Ense erkennt es in seinen Denkwürdigkeiten lobend an, daß während schon fast überall in Deutschland im Jahre 1817 Spione jedes gesprochene Wort belauerten und das Gehörte oft verfälscht den hohen Polizeibehörden hinterbrachten, von derartiger Spionirerei in Berlin wenig die Rede gewesen sei.

Eine unumschränkte Redefreiheit im Privatgespräch und in kleineren Gesellschaftskreisen haben sich die Berliner niemals, auch in den schlimmsten Zeiten nicht, rauben lassen. Die Ungebundenheit in der Rede, welche in Berlin herrschte, trug zum Theil die Schuld, daß in fremden Zeitungen die Berliner Verhältnisse so grundfalsch, wie es geschehen, dargestellt wurden, denn bei dem chaotischen Durcheinanderwogen der Parteien in der Gesellschaft mußten fremde Berichterstatter durch das, was sie hörten, nur verwirrt werden, die Berliner selbst aber färbten ihre Berichte in den auswärtigen Zeitungen nach dem Parteistandpunkte, den sie gerade einnahmen. Wie schwer es selbst einem politisch durchgebildeten Manne war, sich damals in den Berliner Parteiverhältnissen zurechtzufinden, darüber giebt uns Varnhagen, der doch in der Residenz auf das Genaueste bekannt war, Aufschluß, indem er erzählt:

„Das Turnwesen durchdrang alle Klassen, die altdeutsche Tracht erschien überall, sie überwältigte beinahe die militärische, und die würdigsten Männer gingen gleich den Studenten in langen gescheitelten Haaren einher. Schwer würden eigentliche politische Parteien in diesem Gewirre zu unterscheiden gewesen sein, als feste gegliederte Gebilde bestanden sie auch wirklich nicht, es waren eher Meinungsgruppen, die sich zusammenstellten und wieder auflösten, weil man wohl öfters über Einen, aber selten über mehrere Gegenstände gleich dachte, und noch nicht gelernt hatte, Einer Hauptmeinung viele andere einstweilen unterzuordnen. Ein aufmerksamer Beobachter konnte jedoch einige Richtungen nicht verkennen, die sich schon deutlicher hervorhoben. So war in den obern Ständen der Drang des Mißvergnügens am nachdrücklichsten gegen den Staatskanzler gerichtet, während er in den untern noch bei Schmalz und andern Namen verweilte, die von geringer Bedeutung waren. Der Fürst von Hardenberg war das Ziel mächtiger und beharrlicher Angriffe, und schon häufig dahin gebracht, ihnen lieber auszuweichen und nachzugeben als zu begegnen. Die Leitung der Dinge lag längst nicht mehr in seiner Hand, wiewohl die höchste Amtsmacht ihn noch bekleidete und er sie auch im Großen und Kleinen meist ungehemmt ausübte, wodurch der Schein bewahrt blieb, als übe er sie noch ungeschmälert. Unter den Staatsbeamten hatte er viele Theilnehmer seiner Gesinnungen und Absichten, aber wenig persönliche Freunde, und manche, denen er vertraute, in denen er Gehülfen voraussetzte, waren ihm schon entgegen. Hätte ihn Humboldt oder Gneisenau — denn diese Beiden nannte man — damals abgelöst, so wäre er auf dem Gipfel des Ruhmes von den

Staatsgeschäften geschieden, denen damit manche trübe Verwickelung und Hemmung erspart worden wäre, und rüstigere Hände hätten vielleicht vollbracht, was seinen schon matteren nicht mehr gelingen wollte. Allein er dachte nicht daran sich zurückzuziehen, sondern hielt Stand, so gut er konnte."

Bildeten die Person des Staatskanzlers, die Freundschaft für ihn, der Kampf gegen ihn und seine Bestrebungen in den höheren Beamtenkreisen Berlins den Mittelpunkt der politischen Kämpfe, so bewegten sich diese unter der Bürgerschaft in andern Sphären; hier waren deutscher Sinn, deutsche Einheit und Freiheit die vorzüglichsten Losungsworte. Um die Person des Staatskanzlers aber kümmerte man sich nicht mehr, denn man hatte sich längst daran gewöhnt, ihn als einen Anhänger der reaktionären Partei anzusehen selbst in einer Zeit, in welcher ihm ein derartiger Vorwurf noch durchaus nicht gemacht werden konnte. Von dem Staatskanzler hoffte die freisinnige Partei nichts weiter, desto mehr aber von der eigenen selbstständigen Thätigkeit des Volks, durch welches die Regierung zu Fortschritten gedrängt werden sollte, von dem kräftigen Freiheitsgeist, der sich unter der deutschen Jugend regte und der vorzugsweise auf den Universitäten sich lebendig zeigte.

Während der Freiheitskriege hatten die deutschen Universitäten verödet gestanden, denn die meisten Jünger der Wissenschaften waren zu den Waffen geeilt; wie sie aus Berlin gezogen waren, um mitzukämpfen unter den Freiwilligen, so hatten sie auch die übrigen Musenstädte verlassen. Nach dem Kriege aber waren sie zurückgekehrt zu den Beschäftigungen des Friedens. Der muthige kühne Sinn, den sie im Kampfe bewährt, begleitete sie aus dem Feldlager in die Hörsäle.

Es war ein kräftiges, kühnes Geschlecht, welches damals die Universitätsstädte bewohnte, der beste Kern der deutschen Jugend. Beseelt von frischen Hoffnungen für die Freiheit traten die Studenten in das bürgerliche Leben zurück. Sie mußten um so tiefer verletzt werden, als die Schmalz'sche Schrift erschien. Sie, die sich dessen wohl bewußt waren, nicht willenlose Werkzeuge gewesen zu sein, nicht aus blindem Gehorsam zu den Waffen gegriffen zu haben, fühlten sich auf das Empfindlichste durch die Schmähungen der preußischen Beamten beleidigt.

Auf allen Universitäten ertönte ein Wuthschrei gegen Schmalz und Genossen, gegen die servilen Denunziationen Janke's, gegen die Bestrebungen der Reaktion.

Ein neues Leben that sich nach dem Kriege in den Universitätsstädten auf. Früher hatte die Studentenschaft ein Bild des zerrissenen deutschen Vaterlandes dargestellt; auf allen Universitäten waren die Studirenden in verschiedene Landsmannschaften getheilt gewesen, die stets unter einander im Streit lebten, sich mit einander rauften und sich im wüstesten Leben gegenseitig überboten. Die aus dem Felde zurückgekehrten Jünglinge, welche für eine heilige Sache ihr Leben gewagt hatten, konnten vor solchem Treiben nur Ekel empfinden. Sie, die den Ernst des Lebens kennen gelernt hatten, wollten sich den kindischen Spielereien der Landsmannschaften nicht mehr hingeben, sie beschlossen eine totale Reform des akademischen Lebens nach denjenigen Grundsätzen, welche der unsterbliche Fichte schon im Jahre 1795 in Jena bei der Begründung eines Vereins von Deutsch-Jüngern ausgesprochen hatte. An die Stelle der wüsten Gelage sollte ein verständiges, wissenschaftliches, dem Vaterlande gewidmetes Streben treten.

In den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts mußte jeder Versuch, dem studentischen Unwesen, welches zu tief eingewurzelt war, entgegen zu treten, scheitern; auch als Fichte während der Zeit des französischen Drucks in Berlin auf's Neue die Anregung zu ernsten studentischen Verbindungen gab, als er mit Vorwissen Hardenberg's eine Burschenschaft gründete, deren Urkunde von ihm herrührte, mißglückte das Unternehmen und als Fichte leider schon am 27 Januar 1814 starb, wurden alle derartigen Bestrebungen unterbrochen.

In Jena nahmen die Studenten nach dem Krieg Fichte's Werk von Neuem auf. Nach der Urkunde der Berliner Burschenschaft bildete sich eine allgemeine deutsche Burschenschaft, die an die Stelle der Landsmannschaften treten sollte. Die Mitglieder stellten sich die Aufgabe, den Ruhm der Studenten nicht ferner in brutalen Raufereien und Saufereien, sondern in einem ernsten wissenschaftlichen Streben, in sittlicher Reinheit und in Tüchtigkeit des Charakters zu suchen.

Die Burschenschaft ist von der Zeit ihrer ersten Bildung an ein Gegenstand vielfacher Angriffe geworden; alle diejenigen, welche die Universitäten nur für höhere Knabenschulen ansahen, welche den Studenten kein Recht zugestehen wollen, sich um Staatsangelegenheiten zu kümmern, kurz alle Gegner einer wahren akademischen Freiheit waren und sind abgesagte Feinde der Burschenschaft, außer ihnen aber auch manche freigesinnte Männer, welche nicht ohne Grund darauf hinweisen, daß die strengen Gesetze der Burschenschaft, wenn sie befolgt werden, leicht die Lebensfrische und die übersprudelnde Heiterkeit der studirenden Jugend ertödten, daß sie, wenn sie nicht befolgt werden, zur Heuchelei und Verachtung der selbstgegebenen Verfassung führen. Mögen solche Vorwürfe vielleicht einen Theil der heutigen Burschenschafter treffen, damals bildete die neue Verbindung unter allen Umständen einen großartigen Fortschritt gegen die verwilderten und sittenlosen Landsmannschaften.

Durch die Begründung der Burschenschaft war die Universität Jena der Mittelpunkt der akademischen Bewegung in Deutschland geworden. Der

Geist der Freiheit, welcher die Burschenschaft durchdrang, konnte in Jena um so kräftiger emporblühen, weil das kleine Großherzogthum Sachsen-Weimar, Dank seinem edlen Fürsten, dem kunstsinnigen Carl August, fast das einzige wirklich freisinnig regierte Land in Deutschland war.

Von Jena aus ging die Burschenschaft über nach fast allen deutschen Universitäten und auch in Berlin, von wo sie ursprünglich ausgegangen war, fand sie auf's Neue ihre Stätte, wenn sie auch hier vermöge der großstädtischen Verhältnisse nicht die Bedeutung erhalten konnte, welche sie in kleineren Universitätsstädten besaß. Dafür aber empfing die Burschenschaft von Berlin durch die innige Verbindung mit Jahn immer auf's Neue Anregung, die Studirenden wurden Jahn's begeisterte Anhänger, die eifrigsten Deutschthümler, die feurigsten Freunde der Turnkunst.

Bis zum Herbst 1817 bewegte sich das Parteileben in Deutschland mit einer gewissen Ruhe; noch wagte es die Reaktion nicht, grell und schneidend sich in das Volksleben einzudrängen. Bei der würdigen Mäßigung der freisinnigen Zeitungen war es nicht möglich, diese zu unterdrücken und wenn auch die Burschenschafter hier und da ein feuriges Wort sprachen, so gab auch dies noch zu keinem Konflikte mit den Regierungen Veranlassung. Da aber sollte ein an und für sich geringfügiges Ereigniß, ein Jugendübermuth plötzlich wesentlich dazu beitragen, die Stimmung in den höchsten Kreisen zur energischen Feindschaft gegen die Burschenschaften aufzurufen und dadurch eine Umwandlung der politischen Verhältnisse anzubahnen.

Der 18. Oktober d. J. 1817 war nahe. Wieder rüstete sich das Volk in ganz Deutschland, den Tag der Schlacht bei Leipzig festlich zu begehen. Verband sich doch in jenem Jahre mit dieser Festesfeier eine zweite, die des 300jährigen Jubiläums der Reformation!

In Preußen hatte König Friedrich Wilhelm III. getreu dem religiösen Zuge seines Stammes den Entschluß gefaßt, das Reformationsjubiläum durch eine großartige Schöpfung, durch die Vereinigung der bisher getrennten lutherischen und reformirten Kirche in der evangelischen Union zu verherrlichen.

Der König begab sich mit seinem Hofe nach Wittenberg, um in der historisch wichtigen Stadt den Grundstein zu einem Denkmal für Luther zu legen. In Berlin selbst sollte die Reformationsfeier später begangen werden.

Der Schlachttag von Leipzig wurde in der preußischen Hauptstadt wie gewöhnlich durch eine Turnfeier und durch viele andere Festlichkeiten verherrlicht. Tausende von Zuschauern waren nach den Rollbergen gezogen, um dort den großartigen Anblick der Oktoberfeuer zu genießen. Alles ging mit höchster Ruhe vor, aber hier und da wurde doch von den Turnern ein kräftiges Wort gesprochen, welches die Berliner Behörden stutzig machte. Am 19. gab es lange Gesichter in den Beamtenkreisen, man hörte harten Tadel über die dreisten Jünglinge, die es wagten, die Institutionen des Staates besprechen zu wollen, vor Allen aber gegen Jahn, der mit seinen ungezügelten Reden als ein Jugendverführer geschildert wurde.

Wichtiger als das Turnfest ist Berlin und verhängnißvoll für die Freiheitsbewegung in ganz Deutschland war die großartige Feier, welche von der Jenenser Burschenschaft auf der Wartburg bei Eisenach vorbereitet worden war.

An alle deutsche Universitäten waren von Jena aus die Einladungen ergangen, sich bei dem Feste zu betheiligen; eine dreifache Bedeutung sollte diesem gegeben werden: die Feier des Reformations-Jubiläums, der Schlacht bei Leipzig und der ersten Zusammenkunft deutscher Burschenschafter aus allen Universitätsstädten.

Von nah und fern zogen die Studenten nach Eisenach, dem Zufluchtsorte Luther's in der Zeit der Gefahr. Die Zahl der Musensöhne, die sich auf der Wartburg vereinigen wollten, betrug wohl gegen 500. Es gab ein lustiges Fest; unter dem mächtigen schwarz-roth-goldenen Banner, dem Zeichen der deutschen Einheit, zogen am Morgen des 18ten die Studenten in feierlichem Zuge nach der Wartburg.

Freiheitglühende Reden wurden gehalten, schon diese allein würden sicherlich genügt haben, um gegen das Fest auf der Wartburg den Unwillen der gesammten reaktionären Partei in Deutschland, aller Fürsten und Fürstendiener heraufzubeschwören; wie viel mehr mußte dies geschehen, als sich am Abende nach Beendigung des eigentlichen Festes, nachdem schon ein Theil der Gäste mit den Professoren sich entfernt hatte, plötzlich ein nie dagewesenes Schauspiel entwickelte.

Eine Anzahl Studenten zog mit einem Korbe gedruckten Papiers lachend zu demjenigen der angezündeten Scheiterhaufen, der mit der höchsten Flamme emporloderte. Schnell sammelte sich hier der Kreis der Studenten, jeder wollte Zeuge des seltsamen sich entwickelnden Schauspiels sein. Maßmann von Berlin, ein begeisterter, tüchtiger Turner, trat vor, er hielt eine Rede an die Versammlung, er erinnerte daran, daß dereinst Luther die päpstliche Bulle verbrannt habe und nach dem Beispiele des großen Reformators forderte er auf, ein gleiches Gericht über die Schandschriften der letzten Zeit zu üben.

„So tretet denn heran zu dem zehrenden Fegefeuer," rief er, „und schaut, wie Gericht gehalten wird über die Schandschriften des Vaterlandes. Möge das höllische Feuer sie alle verzehren und vernichten, wie arge Tücke oder die Jämmerlichkeit und Erbärmlichkeit sie eingab!" Und nun wurde der Korb ausgepackt, sein reicher Inhalt ward den Flammen übergeben. Ancillon's Schrift „über Souveränetät und Staatswissenschaft" begann die Reihe, dann folgten viele andere, unter ihnen der Codex der Gensd'armerie des Preußischen Geh. Raths von Kamptz, die schlechten

Bücher von Janke und Schmalz, eine Reihe reaktionärer Zeitschriften u. s. w.

Jede Schrift wurde einzeln in die Flammen geworfen, ihre Verbrennung wurde begleitet durch einen auf den Inhalt bezüglichen Kernspruch. Ancillon erhielt den Rath: „Fröhne Du fortan dem Zwingherrn der Hölle!" — „Pfui über Dich, Du Zwingherrnprediger!" wurde Janke zugerufen.

Den Schriften folgten die Attribute der Reaktion und der Verweichlichung; ein Zopf, ein Corporalstock und eine Schnürbrust wurden auf dem Scheiterhaufen mit verbrannt.

Die Feier des Wartburgfestes machte in ganz Deutschland einen außerordentlichen Eindruck; günstig wirkte sie auf den Universitäten, indem sie die Burschenschaft überall befestigte und im Volke, welches laut über die Verbrennung der reaktionären Bücher jubelte; desto ingrimmiger aber waren die Anhänger der Hofpartei und die geschmäheten Schriftsteller, deren Geistesprodukte dem Feuer überantwortet worden waren. Sie führten laute Klagen, sie schilderten das Fest als den Anfangspunkt einer werdenden Revolution, sie forderten Genugthuung und strenge Strafen.

Besonders wüthend zeigte sich der Preuße von Kamptz, der nicht nur eine geharnischte Schrift gegen die verwilderten Professoren und verführten Studenten schrieb und eine Beschwerde an den Großherzog richtete, sondern auch zu bewirken wußte, daß König Friedrich Wilhelm III. den Fürsten Hardenberg eigends nach Weimar entsendete, um den Thatbestand genau zu prüfen. Auch von österreichischer Seite kam ein Botschafter zu gleichem Zwecke in das Großherzogthum.

Es zeigte sich zwar bald genug, daß eigentlich nichts geschehen sei, trotzdem aber wußten die Bevollmächtigten der beiden Großstaaten zu bewirken, daß auch in Weimar Maßregeln gegen die freie Presse ergriffen wurden.

Die Wartburgfeier hatte den Führern der reaktionären Partei, welche am Hofe den König Friedrich Wilhelm III. umgaben und bei ihm williges Gehör fanden, volle Gelegenheit gegeben, vor den Gefahren zu warnen, mit denen die liberale Partei den Thron bedrohe. Ein Fest, welches in Berlin gefeiert wurde, trug dazu bei, das Mißtrauen des Königs zu erhöhen. Varnhagen erzählt:

„Das Fest der Reformation wurde am Schlusse des Oktobers und in den ersten Tagen des Novembers auf vielfache Art gefeiert. Die Theilnahme war groß und allgemein, das Volk verstand dieses Fest; die religiöse Stimmung des gemeinen Mannes verlangt Vorstellungen des Muthes der Tapferkeit, hier fand sie solche in dem Helden des Tages, dem gepriesenen Dr. Luther, der aus der alten Zeit wie von selbst an die Seite Blücher's trat, und in Wittenberg eben jetzt auch im ehernen Standbilde sichtbar wurde. Lieder, Reden, Lebensabrisse, Denkmünzen, Kupferstiche, Steindrücke erschienen in Menge, das würdigste Denkmal aber neben dem ehernen war die Reformationsgeschichte Marheineke's, welche längst vorbereitet in diesem Zeitpunkt herauskam. Daß auch das Theater die Reformation feierte, kann beweisen, wie gering noch die Neigung war, Aergerniß zu nehmen; damals besuchten auch die Prediger noch ohne Bedenken das Schauspiel. Aber den Luther Zacharias Werner's auf die Bühne zu führen, den verweichlichten, fast albernen, des schon katholisch gewordenen Dichters, konnte allerdings ein Mißgriff dünken. Die Theaterverwaltung beging ihn, die Behörden thaten keinen Einspruch, und auch das Publikum hätte vielleicht geschwiegen; nur die Jugend zeigte hier ein empfindlicheres Gefühl und hielt ihrerseits schon den Maßstab an, der später der herrschende wurde; kaum war der Schauspieler, der die Rolle Luther's spielte, hervorgetreten, so riefen die Studenten: „Der Reformator von der Bühne!" und da ein großer Theil des Publikums einstimmte, so wurde die angekündigte Scene aus der Weihe der Kraft förmlich ausgepocht. Die neue Anklage, welche hieraus gegen die Jugend hervorging, fand in diesem besonderen Fall ihre angesehenen Vertheidiger, und die Sache ging ungeahndet vorüber. —

„Ernsthafter und umfangreicher war bald nachher ein Fest, das die Gesellschaft für deutsche Sprache Abends im Börsensaale gab. Die namhaftesten Männer der Stadt, unter ihnen Staegemann, Nicolovius, Suvern, Wolf, waren als Mitglieder oder als Gäste zugegen. Hier war fast alles in altdeutscher Tracht und Jahn und seine Turnbrüder hatten das Uebergewicht. Die Lieder, welche gesungen wurden, die Trinksprüche, die ihnen folgten, der laute und kräftige Jubel, welcher sie begleitete, setzten die Haltung mancher steifen Herren auf harte Proben. Die ganze Versammlung, in der wie gesagt die Turner sich in der Mehrzahl sahen und daher mit größter Zuversicht ihre Stichwörter auswarfen, eines rauschenden Beifalls im Voraus gewiß, — hatte etwas Herausforderndes und Kriegerisches, das den Sinn mächtig ansprach, aber freilich auch erschrecken konnte. Schon waren wilde Aeußerungen genug vorgekommen, allein der besonnene Ordner der Gesellschaft, Dr. Carl Müller, wußte immer wieder das Feuer zu dämpfen, und leitete zuletzt durch eine längere, gediegene und wohlgesprochene Rede die Aufgeregten zur Mäßigung zurück, worauf er sein Amt niederlegte und das Festmahl für geendigt erklärte. Doch die Gesellschaft wollte darum noch nicht auseinandergehen, im Gegentheil, jetzt der bindenden Ordnung entledigt, nahm der Taumel erst rechten Aufschwung. Die Sitze wurden verlassen, Arm in Arm geschlungen, wandelten Gruppen singend auf und ab, in der großen Gesellschaft bildeten sich kleinere, jede hatte ihre Gespräche und Gesundheiten für sich; nirgends aber, das verdient bemerkt zu werden, war eine Spur von Trunkenheit. Da versuchte Jahn nochmals mit gewaltiger Stimme durchzudringen, und brachte das Wohl derer aus, die auf der Wartburg ein so herrliches Beispiel ge-

geben; die Gläser klangen und heller Jubel, aber gleich darauf erfolgte eine große Stille; man besann sich, bedachte die Umstände, und viele selbst der näheren Freunde Jahn's tadelten seinen Uebermuth, denn sie fühlten, daß aus dem Wartburgfest viel Unheil hervorgehen könne, sahen sich und ihre Sache nicht wenig bedroht, und glaubten daß die Umstände eher Klugheit als Trotz anrathen müßten. Jahn selbst wollte das nicht in Abrede stellen, meinte aber, was für die Andern gelte, gelte noch nicht für ihn, und zu allem, was er schon zu verantworten habe, könne er auch das, was er eben gesagt, noch nehmen. Zuletzt, als der Saal schon leerer geworden, rief er die Uebriggebliebenen noch zusammen, und hielt aus dem Stegreif eine Rede zu Ehren Luther's und der deutschen Sprache, so kräftig, frisch, kurz und rasch, und so zweckmäßig und unverfänglich, daß alle Hörer entzückt, und auch die schüchternen befriedigt waren, denn das ganze Fest empfing dadurch einen so harmlosen als glänzenden Schluß, zu dem sich Jedermann bekennen durfte."

Für die Festgenossen war ein solcher Abschluß befriedigend genug, selbst für diejenigen, welche Anfangs ängstlich gewesen waren; nicht aber für die Reaktionspartei, welche aus den Vorgängen des Festes Kapital für ihre Pläne zu machen verstand. Schon wurde ernstlich darüber berathschlagt, ob entscheidende Maßregeln zu ergreifen seien, man sprach von der Schließung aller Turnplätze in Preußen, da von diesen wesentlich der böse Geist, der unter die studirende Jugend gefahren sei, ausgehe, von Amtsentsetzung freisinniger Staatsbeamten und dergl. m. Noch aber erschienen solche energische Schritte verfrüht und daher bedenklich; für's Erste ließ man in Hoffnung auf bessere Zeiten die liberale Partei gewähren.

Hardenberg nahm bei allen diesen Verfolgungen am Hofe jene vermittelnde Stellung ein, durch die er sich im Besitze der Macht zu erhalten hoffte; aber er gewann dadurch nichts, seine Schwäche diente eben nur dazu, seine Feinde zu kräftigen, ihnen täglich neuen frischeren Muth zu geben. Sie harrten nur auf eine günstige Gelegenheit, den Staatskanzler, den sie haßten, obgleich er sich so milde gegen sie zeigte, zu stürzen.

Der greise Staatsmann mußte bald genug erkennen, daß seine Stellung immer einsamer und gefährlicher wurde. Die früheren Freunde zogen sich fast alle von ihm zurück, nur wenige, welche ihren Vortheil bei ihm suchten, blieben ihm treu und diese waren nicht die besten.

Hardenberg sah den König umringt von seinen Feinden; er durfte sich nicht verhehlen, daß der Einfluß des Fürsten Wittgenstein und der übrigen Führer der Adelspartei in demselben Maße stieg, als sein eigener fiel, seine Hoffnungen, wenigstens das preußische Verfassungswerk noch zu Rande zu bringen, wurden, wie wir in einem anderen Kapitel noch näher erörtern werden, immer geringer; machte ihm doch sogar Friedrich Wilhelm III. heftige Vorwürfe über eine Unterredung, welche der Staatskanzler mit Görres gehabt und deren an frühere Zeiten erinnernden freisinnigen Inhalt Görres veröffentlicht hatte.

Verdächtigt von Freunden und Feinden, im Gefühl der Schwäche, welche eine Folge seiner vereinsamten Stellung war, fühlte Hardenberg nicht mehr den Muth, auch nur die vermittelnde Stellung, welche er bisher eingenommen hatte, zu bewahren, er neigte sich mehr und mehr der Reaktionspartei zu, deren wachsender Macht er bei fernerem Kampf zu erliegen fürchtete. Offen mit seiner Vergangenheit brach er zuerst während der Verhandlungen auf dem berühmten Kongreß zu Aachen im Spätherbst des Jahres 1818.

Die Kaiser von Rußland und Oesterreich und der König von Preußen hatten beschlossen, in Aachen einen Kongreß zu halten, dessen offen ausgesprochener Zweck die Regelung der Besatzungsverhältnisse mit Frankreich und einiger anderer minder wichtiger Fragen war, der aber in Wahrheit vorzüglich dazu dienen sollte, eine geheime Rücksprache über die deutschen Angelegenheiten zu nehmen und diejenigen Maßregeln zu berathen, welche von den Häuptern des heiligen Bundes gegen das Umsichgreifen des revolutionären Geistes auf den deutschen Hochschulen getroffen werden konnten.

Ehe noch die Monarchen in Aachen eintrafen, um dort zu berathen, hatten schon Metternich und Hardenberg sich auf Schloß Johannisberg getroffen, freundschaftlich Rücksprache genommen und sich zu gemeinschaftlichem Vorgehen gegen die freisinnige Partei verständigt.

Metternich, der mit ernster Sorge in Süddeutschland die neuen constitutionellen Ideen immer festere Wurzeln fassen sah, der befürchtete, daß wenn auch in Preußen eine wirkliche Volksvertretung, eine constitutionelle Verfassung eingeführt würde, Oesterreich seine Bedeutung in Deutschland verlieren müsse, bot Alles auf, um Hardenberg für sich zu gewinnen.

Der preußische Staatskanzler war bis dahin recht eigentlich der Vertreter des von Metternich gefürchteten Zeitgeistes gewesen. Ihn seiner eigenen Partei untreu zu machen erachtete Metternich für eine Aufgabe jedes Preises werth. Die preußische Adelspartei hatte ihm vorgearbeitet. Wie es heißt, soll Hardenberg auch durch anstößige Privatverhältnisse sich veranlaßt gesehen haben, sich die Freundschaft Metternich's zu erwerben, weil er in diesem eine Stütze für die Beibehaltung seines Amtes in Preußen sah.

Was auf dem Johannisberg zwischen den beiden Staatsmännern besprochen und ausgemacht worden ist, darüber ruht noch immer der Schleier des Geheimnisses; nur Eins ist gewiß, Beide kamen einträchtig nach Aachen, Beide wirkten fortan gemeinsam gegen die deutsche Freiheit.

Auch über die Verhandlungen des Kongresses, soweit sie die deutschen Angelegenheiten betrafen, wissen wir noch wenig, sicher ist nur, daß in

Aachen folgewichtige Beschlüsse gefaßt wurden, über die wir eine Andeutung erhalten durch eine Schrift, die von dem russischen Staatsrath von Stourdza verfaßt, unter Fürsten und Diplomaten auf dem Kongresse verbreitet wurde. Sie führte den Titel: „Denkschrift über den gegenwärtigen Zustand Deutschlands."

In grellen Farben schilderte Stourdza die deutschen Zustände; er behauptete, Deutschland stehe vor dem Ausbruch einer höchst gefährlichen Revolution, die Fürsten müßten derselben zuvorkommen, wenn sie nicht vernichtet werden wollten. Die Wartburgfeier, die Studentenverbindungen, das Turnwesen, die Freiheit ja Frechheit der Presse sollten den Beweis für diese Behauptung geben. Stourdza forderte in seiner Denkschrift eine Umformung des öffentlichen Unterrichts, die Beschränkung der Universitäten, die Aufhebung der Preßfreiheit und die Unterdrückung sämmtlicher freiheitlicher Vereine.

Eine Bedeutung würde die Schrift ihrem Inhalte nach nicht gehabt haben, da sie weder geistreich abgefaßt war, noch etwas anderes als das, was die reaktionären Broschüren und Zeitungen schon längst behauptet hatten, enthielt, aber trotzdem erschien sie wichtig genug, denn es war ein offenes Geheimniß, daß der russische Staatsrath nur höheren Eingebungen bei der Abfassung seines Machwerks gefolgt war, daß die Denkschrift die volle Billigung der drei verbündeten Monarchen und der beiden mächtigen Staatsmänner, Metternich's und Hardenberg's hatte.

Viertes Kapitel.

Die Folgen der Stourdza'schen Schrift. — Kotzebue, der russische Spion und Jugendverderber. — Sand. — Kotzebue's Ermordung. — Der Mordversuch gegen Ibell. — Urtheile über Sand's That. — Die Stimmung in Berlin. — Preußen an der Spitze der deutschen Reaktion. — Die Schließung der Turnplätze. — Die Staats-Zeitung. — Die Demagogenriecher. — Jahn's Verhaftung und Prozeß. — Lieber und die Goldkörnlein aus Vater Jahn's Munde. — Jahn's Freisprechung.

Fast mit Gewißheit läßt sich annehmen, daß auf dem Aachener Kongreß von den verbündeten Monarchen beschlossen worden ist, energisch vorzugehen gegen die liberale Partei, Zwangsmaßregeln zu ergreifen gegen die Presse und das Vereinswesen, sowie zur Unterdrückung der Burschenschaften und der Turngemeinden. Metternich und Hardenberg hatten sich verständigt; noch aber schien die Zeit nicht gekommen zur offenen Gewalt, noch widerstrebte dieser der jeder kräftigen That abholde König von Preußen. Vorläufig konnten nur kleine, scheinbar unbedeutende Schritte gethan werden und vielleicht wären Jahre vergangen bis zur vollen Herrschaft der Reaktion, wenn nicht ein furchtbares Ereigniß ihr plötzlich den Boden geebnet, alle Bedenken Friedrich Wilhelm's III. beseitigt hätte.

Die Stourdza'sche Schrift war von Aachen aus weiter verbreitet worden, sie hatte großes Aufsehen gemacht. Die freisinnigen Professoren ergriffen die Feder, um die geliebten Universitäten gegen die gehässigen Vorwürfe des russischen Staatsmannes zu vertheidigen. Krug wies nach, daß die Schrift die geheimen politischen Absichten des Kaisers auf die innere Beherrschung Deutschlands verrathen habe, Oken sprach sich nicht minder heftig über Stourdza aus.

Viel grimmiger aber als die Professoren zeigten sich die Studenten. Zwei derselben forderten Stourdza, den Beleidiger der deutschen Jugend, zum tödtlichen Kampfe mit den Waffen. Der geängstigte Schriftsteller fürchtete für sein Leben, er entfloh und bat den Senat in Jena, daß dieser für die Rücknahme der Forderung wirken möge, er habe ja seine Schrift nur auf Befehl seines Kaisers gedacht und geschrieben.

Die Forderer verzichteten in Folge dieser jämmerlichen Entschuldigung auf das Duell, von einer „Denk-, Schreib- und Handlungsmaschine" bedurften sie keiner Genugthuung.

Vielleicht wäre Stourdza's Schrift bald wieder vergessen worden, hätte nicht ein anderer Schriftsteller von Namen, Kotzebue, sich derselben angenommen und sie in seinem literarischen Wochenblatte belobt. Das erregte auf's Neue eine Entrüstung unter den Studirenden, die um so größer war, als der Verdacht, Kotzebue sei ein russischer Spion, er schicke Berichte über die politischen Ereignisse in Deutschland nach St. Petersburg, in letzter Zeit sich zur Gewißheit erhoben hatte.

Durch einen Zufall war einer der Kotzebue'schen Berichte in unrechte Hände gekommen, eine Abschrift desselben war an Luden geschickt worden und dieser veröffentlichte ein Bruchstück in seiner Nemesis, gerade ein solches, in welchem Eichhorn und Luden ihrer freisinnigen Richtung wegen auf's Heftigste angegriffen waren.

Der politische Verräther billigte nun auch Stourdza's Schrift, er machte sich dadurch um so mehr verhaßt, als er früher selbst ein Anhänger der freisinnigen Partei gewesen war. Mehr noch als seine politische Verrätherei zog Kotzebue's andere schriftstellerische Thätigkeit ihm den Haß und die Verachtung der deutschen Burschenschafter zu. Diese warfen ihm vor, er verderbe durch seine schlechten Theaterstücke Herz und Geist des deutschen Volkes. Gerade weil er es verstehe, das Interesse der Zuschauer zu spannen, seien seine Machwerke um so gefährlicher; unter dem Schein sittlicher Strenge beförderten sie die Unsittlichkeit.

Kotzebue, der Apostel der Unsittlichkeit, der Verräther, der freche Spötter, der sein Talent als Schriftsteller mißbrauchte, um Alles das zu verhöhnen, was den begeisterten Jünglingen heilig und schön erschien, wurde von den Burschen-

schaftern eben so sehr verachtet wie gehaßt, sie hielten den seichten Tagesschriftsteller, der nirgends Bedeutung besaß, nicht einmal von der russischen Regierung geachtet wurde, für viel gefährlicher, als er war.

Diese Ansicht erweckte in einem jungen, überspannten, phantastischen Mann, dem Jenenser Studenten Carl Ludwig Sand einen unglückseligen Entschluß. Er wollte Deutschland von dem Verführer der Jugend befreien.

Dem Entschlusse folgte die That. Am 23. März 1819 fiel Kotzebue in Mannheim unter dem Dolche Sand's.*)

Sand's That blieb nicht vereinzelt, ihr folgte wenige Monate später eine zweite ähnliche, in ihren Motive völlig unaufgeklärte.

Ein junger Apotheker, Namens Löhning, machte am 1. Juli 1819 einen Mordversuch gegen den Nassauischen Regierungs-Präsidenten Ibell, einen in allgemeiner Achtung stehenden Mann.

Die That mißlang. Ibell wehrte sich kräftig, er hielt den Mörder fest bis Hülfe kam. Löhning wurde verhaftet und in's Gefängniß geführt, in diesem nahm er sich das Leben, so daß über die Motive seiner That nichts sicher bekannt wurde.

Der Eindruck, welchen die Ermordung Kotzebue's und der Mordanfall auf Ibell in ganz Deutschland machte, ist kaum zu beschreiben. Varnhagen berichtet:

„Der erste Schrecken, den die grause Mordthat verbreitete, war sinnverwirrend, eine Bestürzung, wie ich eine ähnliche nur im Jahre 1848 zu Berlin erlebt, als der König von dem Volksaufstande besiegt schien, die Truppen entfernte und die Farben der Barrikadenfahnen zu den seinigen machte. Doch als das Besinnen allmählich zurückkehrte, war es begleitet von den Gefühlen des Hasses, der Rache, von dem Eifer, alles niederzutreten, was mit solcher That im Entferntesten zusammenhing,**) und wie Sand um der Freiheit zu dienen, nicht gescheut hatte, Blut zu vergießen, so wollte man auch kein Blut schonen, um in den alten Vorrechten fortan sicher festzusitzen, und sie möglichst zu mehren. Jetzt war von keinem Fortschreiten mehr die Rede, von keiner Nachgiebigkeit gegen den Zeitgeist, von keinen Gewährungen der Volkswünsche, im Gegentheil verhärtete man sich, im rohen Streben die Willkürgewalt zu behaupten, die Freiheitsregungen zu unterdrücken, das Heraufbilden des Volkes zur Selbstständigkeit auf alle Weise zu verhindern. Die That Sand's wurde für Deutschland ein Wendepunkt in der Entwickelung seiner innern Verhältnisse zwischen Regierung und Volk, oder sollte es wenigstens werden, gemäß dem Wollen und Trachten derjenigen Hochgestellten, sowohl Fürsten als Minister, die mit überwiegendem Ansehn die Staatssachen leiteten. — — In Berlin wußte man sich auf unsichrem, unterhöltem Boden, überall sah man altdeutsche Tracht, die Turner und Burschenschafter waren im ganzen Lande ausgebreitet, man wußte, daß es geheime Vereine gab, und glaubte sie mächtig und furchtbar; was hinderte, fragten die Aengstlichen, daß plötzlich hundert Mörder aufgeboten würden, sobald die geheimen Obern den Befehl gäben? Die ganze Jugend sei fanatisirt, und unter dem Scheine der Frömmigkeit und Tugend zu den schrecklichsten Thaten leicht anzureizen. Die Größe der Furcht weckte hier den Muth, ihr zu begegnen. Der Staatskanzler theilte zwar diese Stimmung und Besorgniß nicht, er lächelte nur, als man auch ihn als bedroht angab; allein er mußte es geschehen lassen, daß die obern und untern Staatsbehörden im Sinne jener Voraussetzungen alle Kräfte anstrengten, um staatsgefährliche Dinge zu entdecken, zu bestrafen. Der Minister v. Schuckmann und der Geh. Rath v. Kamptz fanden hier ein reiches Feld ihrer beflissenen Thätigkeit."

Auch die freisinnige Partei war durch Sand's That in ihrer großen Mehrzahl auf's Tiefste erschreckt; einige Fanatiker billigten wohl das frevelhafte Unternehmen, manche Burschenschafter sprachen offen aus, Sand habe nur ausgedrückt, was in unendlich vielen Herzen lebe, er besitze mehr geistige Mitschuldige, als man irgend glaube. Auch von Jahn wird erzählt, er habe nach dem Morde im Gespräche empfohlen, über diesen die Ansichten Johannes v. Müller's über Tell und des Cicero über die Tödtung Caesars zu lesen. Solche Ansichten aber standen doch ziemlich vereinzelt und Görres bezeichnete die öffentliche Stimmung in Deutschland richtig, wenn er sagte, bei Billigung der Motive werde die Handlung selbst gemißbilligt.

Die einsichtigen Freunde des Fortschritts beklagten das unglückliche Ereigniß um so tiefer, als sie voraussahen, daß es der mächtigen kleinen Adelspartei zur willkommenen Unterstützung für ihre Reaktionspläne dienen werde. Die nächste Zeit schon sollte lehren, daß ihre Befürchtungen nur zu begründet seien.

Metternich konnte keinen günstigeren Augenblick finden, um die längst gehegten Absichten zur Ausführung zu bringen. Bei einer persönlichen Zusammenkunft, welche er mit dem König Friedrich Wilhelm III. in Teplitz hatte, wußte er diesen vollkommen von der Nothwendigkeit durchdringender Maßregeln zu überzeugen, zu denen Hardenberg sich bereitwillig hergab.

Preußen trat fortan an die Spitze der Reaktionsbestrebungen in Deutschland, nachdem schon vorher in Berlin eine Reihe kleinlicher Willkürmaßregeln durchgeführt worden war.

In der ganzen preußischen Monarchie wurden die Turnplätze geschlossen. Ganz ruhig ging es dabei nicht ab. Hier und da leisteten die Turner

---

*) Sand hatte versucht, nach der That sich selbst das Leben zu nehmen; es war ihm indessen mißglückt, er wurde in's Gefängniß geführt und am 20. Mai 1820 hingerichtet.

**) Es wiederholt sich doch Alles in der Geschichte!

Widerstand. In Berlin brachten 80 derselben ihrem verehrten Vater Jahn ein Ständchen, bei welchem sie „Lützows, wilde verwegene Jagd" und „Eine feste Burg ist unser Gott" sangen.

Solches Unterfangen war ein Haupt- und Staatsverbrechen. Doppelt gefährlich erschienen jetzt die Turner und ihr Vater Jahn. Die Preußische Staatszeitung*) veröffentlichte eine Reihe von Artikeln, in denen die Behauptung aufgestellt war, man besitze die vollen Beweise, daß hochverrätherische Umtriebe im Schwange seien. Eine Untersuchung darüber wurde angeordnet und zur obersten Leitung derselben eine Commission niedergesetzt, in welcher der Geh. Rath von Kamptz, der Todfeind der Burschenschafter und der Minister Fürst von Wittgenstein, der Gesinnungsgenosse Metternich's, der Führer der adligen Reaktionspartei, Sitz und Stimme erhielten.

Sogleich beim Beginn ihrer Geschäfte zeichnete sich die Commission dadurch aus, daß sie in jedem Angeklagten auch einen Schuldigen sah, daß sie die Verhaftung von Gymnasiasten, Handlungslehrlingen und andern unreifen Knaben anbefahl und in den phantastischen Aussagen der jungen Leute vollgültige Beweise für das Vorhandensein einer gefährlichen Verschwörung fand.

Die Kommission ging so energisch vor, daß ihre Wirksamkeit selbst diejenigen Anhänger der Regierung, welche wirklich an die Existenz hochverrätherischer Verbindungen glaubten, für die Zukunft besorgt machte.

Eins der ersten Opfer, welche die Kommission in Berlin sich ausersehen, nachdem sie einige unbedeutende Turner, unter ihnen den Gymnasiasten Sieber verhaftet hatte, war der Vater des Turnwesens, der Liebling der deutschen Jugend, der „Alte im Bart" Dr. Jahn. Er mußte natürlich der Urheber aller hochverrätherischen Umtriebe sein, da er der Schöpfer der Turnkunst war.

Vom Sterbebett eines Kindes fort wurde Jahn in der Nacht vom 13. zum 14. Juli 1819 verhaftet und zuerst nach Spandau, dann nach Küstrin, wo man ihm Ketten anlegte, geschleppt. Und was hatte er verbrochen? Er war Mitglied jenes deutschen Bundes gewesen, der vor dem Freiheitskriege sich gebildet hatte, um den Volksaufstand gegen Napoleon vorzubereiten.

Die patriotische Thätigkeit jener Tage wurde jetzt im Jahre 1819 zum Verbrechen gestempelt. Frivole Denunzianten, Männer wie der Regierungsrath Janke und der Kriegsrath v. Cölln*) wagten zu behaupten, der deutsche Bund sei ein hochverrätherisches Unternehmen gewesen, welches den Zweck gehabt habe, ganz Deutschland zu einem einigen republikanischen Staate mit Repräsentativverfassung zu machen. Eine Consequenz eines solchen Strebens sollte die Entsetzung sämmtlicher Regenten der verschiedenen deutschen Staaten sein. Als Zeitpunkt für die innere Vereinigung der deutschen Volksstämme war, so behaupteten die Ankläger, der Augenblick nach der Abwälzung des französischen Joches ausersehen. Allerdings hätten die Verschworenen sich verpflichtet, jede Gelegenheit zum Kampfe gegen die Franzosen freudig zu ergreifen und dies auch im Kampfe des Jahres 1813 zur Ausführung gebracht, aber es sei keineswegs ihr Zweck gewesen, hierbei stehen zu bleiben, sie hätten auf das Kräftigste an der Zustandebringung der ganzen deutschen Republik weiter arbeiten wollen.

Wörtlich wurde in der Anklage gesagt:

„Befreiung des deutschen Volkes von seiner langen Schmach, Einigung aller seiner Gauen zu

---

*) Es ist eine eigenthümliche Erscheinung jener Zeit, daß die Preußische Regierung unmittelbar nach dem Aachener Kongreß, als sie bereits begonnen hatte, die Presse noch mehr als früher einzuschränken, doch zugleich die Macht derselben anerkannte, indem sie sich entschloß, am 1. Januar 1819 ein eigenes politisches Organ, die Staatszeitung, zu begründen, und zum Redacteur derselben einen Mann zu ernennen, der im Rufe der Freisinnigkeit stand, aber von Zeitungsgeschäften gar keinen Begriff hatte. Staegemann, der erwählte Redakteur, schrieb hierüber am 12. Dezember 1818 an Varnhagen:

„Der Herr Staatskanzler hat die Herausgabe einer allgemeinen preußischen Staatszeitung mit dem 1. Januar beschlossen, und zugleich bestimmt, daß ich die obere Leitung übernehmen soll. Ich würde nichts dagegen haben, wenn ich irgend etwas von solchen Sachen verstände. Da die C.-O. aber da ist, so muß ich mich schon unterwerfen, und für's erste nur dahin sehen, daß ich mich nicht zu arg prostituire.

Vielleicht daß es mit der Zeit geht.

Denken Sie, welche Schwierigkeiten aller Art dabei zu überwinden sind, namentlich die Persönlichkeit des Königs, der sich jetzt mehr als je an Kleinigkeiten stößt.

Die Zeitung trat wirklich am 1. Januar 1819 in die Oeffentlichkeit. Sie machte kein Glück. Am wenigsten mit ihr zufrieden war Staegemann, der Redakteur, selbst, der sich von allen Seiten angegriffen sah. Er fühlte sich bald in seiner Stellung höchst unbehaglich. Gezwungen Artikel aufzunehmen, die er mißbilligte, konnte er dadurch nicht einmal die reaktionäre Partei zufrieden stellen, obgleich er die liberale schwer beleidigte.

---

*) Ueber die Rolle, welche Cölln in jener Zeit
spielte, schrieb Staegemann an Varnhagen: Daß
wir auf Veranlassung der Sand'schen Geschichte
eine Reform unseres Universitätswesens vornehmen
werden, besorge ich nicht. Auch hier wird des Kö-
nigs Consens und Besonnenheit uns sehr zu statten
kommen. Wie sehr solche Kauze, als Herr v. Cölln,
darauf hinarbeiten, ergiebt die „Allgem. Zeitung",
deren berlinische Artikel den Herrn v. Cölln zum
Verfasser haben. Der Artikel der Staatszeitung
über das Universitätswesen hat ihm Gichter ver-
ursacht. Das ist nun der Kerl, der die „vertrauten
Briefe" und die „Feuerbrände" schrieb. Daß solche
Miserable den Thron nicht stützen, wohl aber stür-
zen, weiß der König recht gut. In der hiesigen
„Voß'schen Zeitung" haben auch einige Artikel ge-
standen, die darauf hinzielten und nach allgemeiner
Meinung den Herzog Karl von Mecklenburg zum
Verfasser haben.

einem großen Ganzen in freier Verfassung, Zertrümmerung aller bestehenden monarchischen Verfassungen von Deutschland, dies wurde im Allgemeinen als Zweck des deutschen Bundes angegeben; auch Preußen sollte davon nicht ausgeschlossen sein. Jeder Eidgenosse sollte in sich die Ueberzeugung befestigen, daß er mit dem Staate, worin er lebte, nur sofern verbunden sei, als es zu seiner vorzüglichen Pflicht gehöre, die in der Konstitution enthaltenen Grundsätze empfänglichen Gemüthern mitzutheilen und sie für den neuen Staat zu gewinnen. Wenn dereinst aller Orten im deutschen Vaterlande freie Eidgenossenschaften fest gegründet wären, so stürzten dann von selbst alle bestehenden monarchischen Verfassungen in sich selbst zusammen, die Hülle bräche und der junge deutsche Freistaat träte als Schmetterling hervor."

Auf solche unbestimmte unsinnige Verdächtigung hin wurde der Mann, der so viele Beweise seines feurigen Patriotismus gegeben hatte, verhaftet und sogar mit Ketten belastet. Vergeblich aber forschten die dienstwilligen Werkzeuge der Reaktion nach Beweisen für die Schuld Jahn's, vergeblich nahmen sie Verhaftungen nach Verhaftungen vor, hielten sie Haussuchungen bei den Schülern und Freunden Jahn's, durchstöberten sie deren Papiere, sie konnten nichts finden als ein kleines Büchlein, welches ein halb wahnsinniger Gymnasiast, Franz Lieber mit dem Titel „Goldkörnlein aus Vater Jahn's Munde" niedergeschrieben hatte, ein Büchlein, welches schon vor Jahn's Verhaftung in die Hände der Kommission gefallen war.

Lieber, der den Vater Jahn auf's Höchste verehrte und viel mit ihm verkehrte, hatte jede unzusammenhängende Aeußerung, die als Goldkörnlein dem Munde Jahn's entfallen war, getreulich zu Papier gebracht. In dem Büchlein fanden sich nun allerdings merkwürdige Worte. Da hieß es: „Noch sei keine Verfassung ohne Blut entstanden. — Der Mensch könne dreist nach der höchsten Höhe blicken, er werde nicht schwindeln. — Mit Dräuen greift kein Feldherr an; hätte ich das Schwert, ich wollte mit Christus drunter fahren. — An jedem Baum bis Charlottenburg muß Einer hängen und in der Stadt auch noch. Ich wollte mir Luft machen."

Das schlimmste Wort unter den Goldkörnlein deutete darauf hin, daß Jahn die beabsichtigte Ermordung des Geh. Raths von Kamptz gebilligt habe. Lieber hatte notirt, daß einst Jahn auf seine Frage: wäre es wohl ein Unrecht, Kamptz zu tödten, geantwortet habe: „Wort gegen Wort, Feder gegen Feder, Hand gegen Hand. Nehmen sie mich fest, wohlan!"

Solche und noch manche andere seltsame Worte standen in den Goldkörnlein und diese sollten um so mehr zum Beweise der Schuld Jahn's dienen, als bei dem Turner auch zwei Dolche gefunden worden waren und als natürlich ein Besitzer von derartigen Waffen ein Hochverräther und Meuchelmörder sein mußte, denn auch Kotzebue war ja erdolcht worden!

Die Untersuchung wurde mit äußerster Energie geführt, aber sie ergab nichts. Die jammervollen Denunzianten widersprachen sich in ihren Aussagen so sehr, daß sie als völlig unglaubwürdig erschienen, daß der Vertheidiger Jahn's, der Justiz-Kommissarius Schulz, mit vollem Rechte eine Untersuchung gegen Janke wegen falscher Denunziation beantragen konnte. Nur das Lieber'sche Buch, die „Goldkörnlein aus Vater Jahn's Munde" blieb zur Belastung des Verfolgten noch übrig, aber es zeigte sich ebenso unzuverlässig wie die Janke'sche Denunziation, denn Lieber erklärte bei seiner Vernehmung wörtlich zu Protokoll:

„Es hat seine Richtigkeit, daß ich auf dem linken Ohr harthörig bin, ich habe in dem Feldzug 1815 einen Schuß in die Brust und in den Hals bekommen, woher sich dieses Uebel schreibt u. s. w. Ich war in meinem siebzehnten Jahre in's Feld gegangen und hatte während der Kriege die Welt in machen Beziehungen kennen gelernt; dadurch und durch außerordentliche Schicksale, so daß ich drei Tage hülflos auf dem Schlachtfelde und nachher monatelang im Lazareth gelegen, war meine Phantasie auf das Aeußerste erregt und als ich nach Berlin zurückkehrte, lernte ich auf dem Turnplatze viele junge Leute kennen, durch deren Umgang meine ganze Aufmerksamkeit auf mein inneres Leben und meine Sittlichkeit rege wurde. Dies übertrug sich wieder auf das Turnen, weil dies die Veranlassung gegeben hatte, jene Bekanntschaften zu machen und weil ich überhaupt durch das Turnen die Gemeinschaft mit ihnen unterhielt. Weil nun Jahn der Erfinder der Turnkunst ist und sein ganzes Wesen besonders auf mich wirkte, so hielt ich ihn nicht blos für einen außerordentlichen Mann, sondern für ein in Fleisch und Blut erschienenes Ideal und alles, was er sprach, gleichsam für Orakelsprüche. Deshalb entstand bei mir der Gedanke, seine Aussprüche aufzuzeichnen und da diese Reden größtentheils auf der Straße geführt wurden, so ist es natürlich, daß ich einestheils den Zusammenhang derselben nicht immer genau im Gedächtniß behalten konnte, anderntheils absichtlich nur dasjenige, was mich besonders ansprach, außer dem Zusammenhang niedergeschrieben habe. Ja, es ist wohl häufig geschehen, daß ich das, was mir gerade passend schien, zusammenstellte, wenn es auch keineswegs in dieser Verbindung gesprochen worden. Ueberdies habe ich dergleichen Aufzeichnungen oft monatelang später, als die Veranlassung des Gesprächs war, niedergeschrieben und kann ich daher keineswegs behaupten, daß Jahn diese Aeußerung gemacht oder sie in dem niedergeschriebenen Zusammenhange ausgesprochen hat ꝛc."

Obgleich die völlige Nichtigkeit aller gegen Jahn erhobenen Anklagen erwiesen war, blieb der Angeschuldigte dennoch in Haft. Vergeblich be-

mühte sich der ehrenhafte Untersuchungsrichter Kammergerichtsrath E. T. A. Hofmann*) in einem ausführlichen amtlichen Gutachten, welches er am 15. Februar 1820 einreichte, die völlige Schuldlosigkeit Jahn's nachzuweisen und seine Entlassung aus der Haft zu beantragen. Jahn blieb trotzdem seiner Freiheit beraubt, er wurde nach der Festung Kolberg gebracht. Hier lebte er, bis endlich im Jahre 1825, nachdem er inzwischen eine Verurtheilung hatte erfahren müssen, seine Freisprechung in der zweiten Instanz mit der Bemerkung erfolgte, daß ihm wegen der erduldeten langen Haft eine Entschädigung zuzubilligen sei. In welchem Sinne diese geleistet wurde, geht aus folgender ministeriellen Verfügung an die Commandantur zu Colberg hervor:

Nachdem des Königs Majestät mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 3. d. Mts. in Beziehung auf den dort sich aufhaltenden Dr. Jahn zu bestimmen geruht hat:

> daß demselben in Zukunft der Aufenthalt weder in Berlin noch in einem Umkreise von zehn Meilen, noch in einer Universitäts- und Gymnasialstadt erlaubt werde, und derselbe da, wo er seinen Wohnsitz wählt, unter polizeilicher Aufsicht bleiben, ihm dagegen, so lange er diese Bedingungen hinsichtlich seines Aufenthaltes pünktlich erfüllt und so lange sein Betragen tadellos bleibt, die Pension von 1000 Thlr., die er jetzt bezieht, belassen werden soll;

so ersuche ich die königliche hochlöbliche Kommandantur ergebenst, dies dem Dr. Jahn zu Protokoll eröffnen und ihn zugleich zur pünktlichen Folgeleistung, sowie zur Angabe des von ihm gewählten künftigen Aufenthalts auffordern zu lassen, die darüber aufgenommene Verhandlung mir aber gefälligst mitzutheilen.

Berlin, 4. Mai 1825.

Der Minister des Innern und der Polizei
(gez.) von Schuckmann.

Jahn wählte Freiberg an der Unstrut zum Aufenthaltsort. Hier blieb er, obgleich völlig freigesprochen, unter fortdauernder polizeilicher Aufsicht**) und diese wurde erst auf sein Ansuchen im Jahre 1840 nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm's IV. aufgehoben, ihm auch die freie Wahl seines Aufenthaltortes gestattet. — Er war endlich wieder ein freier Mann, nachdem er viele Jahre lang unschuldig gelitten hatte! —

*) Der berühmte Verfasser der Phantasiestücke, des Kater Murr, der Serapionsbrüder.

**) Jahn's Prozeß, seine Verurtheilung und Freisprechung und nach dieser seine Stellung unter Polizeiaufsicht geben uns ein treffendes Bild der von jämmerlichen Lobhudlern so viel gerühmten Gerechtigkeitspflege jener traurigen Zeit. —

Fünftes Kapitel.

Schwäche der liberalen Partei in Berlin. — Polizeiwirthschaft in Berlin. — Die Werkzeuge der Reaktion. — Der biedere Tzschoppe. — Stein's Urtheil über die Demagogenverfolgungen. — Gneisenau. — Schleiermacher. — Die Karlsbader Beschlüsse. — Vernichtung der Preßfreiheit. — Die Central-Untersuchungs-Kommission. — Proklamation der Karlsbader Beschlüsse in Berlin. — Hardenberg als bereitwilliger Bundesgenosse der adligen Reaktionspartei. — Die Wiener Schlußakte.

Wir haben, um Jahn's Schicksal den Lesern im Zusammenhange erzählen zu können, der Zeit vorgegriffen und müssen zurückkehren zu den Julitagen des Jahres 1819.

Jahn's Verhaftung machte auf die Anhänger der liberalen Partei in Berlin einen tiefen Eindruck. Jetzt mußte es sich zeigen, ob alle Kämpfer für die Freiheit fest und geschlossen zusammenstehen würden in der Stunde der Gefahr, denn daß Alle von Jahn's Schicksal bedroht seien, ließ sich kaum mehr bezweifeln.

Niemals war die größte Einigkeit nothwendiger, niemals war es für die Liberalen dringender geboten, sich zu energischem Widerstand zusammenzuschließen, niemals haben sie sich schwächer und zersplitterter gezeigt!

Die Kamptz-Wittgenstein'sche Clique, deren Beginnen der König billigte und Hardenberg duldete, wenn nicht beförderte, nutzte den günstigen Augenblick zu den umfassendsten Gewaltmaßregeln aus. Die Regierungsblätter verdächtigten alle die freisinnigen Männer, welche als Patrioten bekannt waren, alle diejenigen, die irgend anderer politischer Ansicht waren, als eben die adlige Junkerpartei.

Die geheime Polizei entfaltete die größte Thätigkeit; sie suchte überall nach Fäden burschenschaftlicher Verbindungen, jeden der irgend mit den Universitäten in Verbindungen stand, hielt sie im Verdacht derselben, insbesondere aber Männer wie Schleiermacher, Arndt u. A. Bei diesen kam es theils zu Haussuchungen und Wegnahme ihrer Papiere, theils sogar zu Verhaftungen. Unschuldige Studenten wurden zur Untersuchungshaft geführt, in der sie jahrelang blieben.

Gefügige Werkzeuge für ein solches Beginnen gab es genug, vor allen andern zeichnete sich der biedere Geh. Rath Tzschoppe aus. Charakteristisch für den Geist dieses trefflichen Staatsbeamten war es, daß er schon den Beginn seiner amtlichen Thätigkeit mit einer gemeinen Denunziation einleitete.

Der Geh. Legations-Rath Eichhorn, dem er sich vorstellte, warnte ihn vor der Theilnahme an den demagogischen Verfolgungen, diese sei ebenso verderblich für den Staat als unehrenhaft für die Verfolgenden. Tzschoppe ging direct von Eichhorn zum Fürsten Wittgenstein und denunzirte den Mann, der ihm nur eine freundschaftliche

väterliche Warnung ertheilt hatte. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß in Folge dessen Eichhorn dem ärgsten Haß der Reactionspartei ausgesetzt war, daß jeder Versuch gemacht wurde, ihn aus dem Amte zu verdrängen; nur dem Vertrauen und der Achtung, welche Hardenberg dem tüchtigen Beamten schenkte, verdankte dieser es, daß er nicht selbst hineingezogen wurde in die Untersuchungen, die man über viele seiner Freunde verhängte. Er wurde indessen ebenso wie andere Staatsbeamte, die irgend im Verdacht der Freisinnigkeit standen, umgeben von geheimen Spionen.

Das gleiche Schicksal hatte auch Gneisenau und eben so wenig wurde Stein verschont. Alle die früheren Freunde Hardenberg's, die Männer, die mit ihm und Stein gemeinschaftlich für eine freiheitliche Gesetzgebung in Preußen und für die Erhebung des Volkes gegen das Napoleonische Regiment gewirkt hatten, sahen sich jetzt dem Verdachte hochverrätherischer Umtriebe ausgesetzt.

Gegen Arndt, gegen die beiden Professoren Welker, selbst gegen Justus Gruner, der jetzt Preußischer Gesandter in der Schweiz war, wurden Schritte gethan; ihre Papiere wurden mit Beschlag belegt und den unfähigsten Untersuchungsrichtern zur Durchsicht übergeben. Jedes im unbewachten Augenblicke geschriebene Wort wurde sorgfältig aus denselben hervorgezogen, vertraute Briefe von Freunden dienten dazu, auch diese theils in Verdacht zu bringen, theils sogar in die Untersuchung zu verwickeln.

In Berlin wurde bei dem freisinnigen Buchhändler Reimer, dem Freunde Schleichermacher's und Jahn's eine sorgfältige Haussuchung vorgenommen. Man fand natürlich wenig oder nichts von Bedeutung. Görres sollte verhaftet werden, er entzog sich dem durch die Flucht. Widerstand wurde solchen Maßregeln von keiner Seite geleistet, war doch ein Theil der Bedrohten mit denselben fast einverstanden, glaubten doch manche früher als die ersten Träger des Fortschritts bekannte Männer, unter diesen z. B. Staegemann, es sei dringend nöthig, dem wüsten Treiben der Demokratie, so bezeichneten sie die burschenschaftliche Bewegung auf den Universitäten, Einhalt zu thun.

Stein gehörte ebenfalls zur Zahl derer, die in jener Zeit der Gefahr fast gehässiger gegen die demokratische Partei als gegen die Reaktion eiferten; damals schrieb er an Capo d'Istria:

„9. August. Seit dem Augenblicke unserer Trennung im verflossenen Herbste haben verschiedene Erscheinungen stattgehabt, die alle Freunde der Ordnung und Gesetzlichkeit betrüben. Meuchelmorde, die man zum Range patriotischer Handlungen erhebt, Verbrechen, die durch verkehrte Anwendung der edelsten und ehrwürdigsten Grundsätze hervorgebracht sind, heldenmüthige Erhebung, die sich bis zum Begehen einer Handlung der gräulichsten Treulosigkeit verirrt, eine Verbindung von Lehrern der Jugend, um ihr Grundsätze beizubringen, welche die sittliche, religiöse und gesellschaftliche Ordnung zerrütten, und welche durch die verabscheuungswürdigsten Mittel zur Ausführung gebracht werden sollen — alles das möchte diejenigen zum Verzweifeln bringen, welche aufrichtig das Glück der Menschheit wünschen, so weit es möglich und in diesem Leben zu erreichen.

Ich hoffe daher, daß die Preußische Regierung von dem gesetzlichen Mittel zur Unterdrückung Gebrauch machen, aber dabei nicht zurückgehen, sondern die Wünsche eines Volkes befriedigen wird, welches seinem Herrscher Treue und grenzenlose Hingebung im allgemeinen Unglück bewiesen, obgleich dieses durch die Rathschläge leichtsinniger und grundsatzloser Minister verursacht war."

Stein hatte zwar keine offizielle Stellung mehr, er lebte als einfacher Privatmann, aber sein Einfluß in den höchsten Kreisen war doch noch so bedeutend, daß er durch ein ernstes entschiedenes Wort sehr viel hätte wirken können. Er sprach es nicht. In seiner Erbitterung gegen alle Gegner seiner politischen Ueberzeugung ließ er die Reaktion ruhig gewähren, weil er gar nicht ungern sah, daß die Feinde zur Linken unschädlich gemacht wurden.

Ebenso theilnahmlos, ja schwach, zeigte sich Gneisenau, auf dessen kräftige Unterstützung damals viele Freiheitsfreunde hofften. Er wußte, daß seine Briefe ausgespäht wurden, daß ihn Spione umgaben und dies setzte ihn in solche Verlegenheit, daß er sich von seinen früheren Freunden zurückzog, statt tapfer an ihrer Seite auszuhalten.

Dies schwächliche Zurückweichen zeigte, wie unfähig der berühmte General, der, wie Gervinus sagt, „statt keck die Feldherrnstirn zu zeigen, wie Arndt erwartet hatte, seit Sand's That Schleiermacher nicht mehr sah und Arndt nicht mehr grüßte," zum Führer der freisinnigen Partei war.

Nur wenige Führer der Liberalen erhielten sich den frischen Muth und blieben ihren Ansichten treu, obgleich sie sehr wohl wußten, daß sie umgeben von Spähern in jedem Augenblicke auf Haussuchungen und Verhaftungen gefaßt sein mußten. Zu diesen Muthigen gehörte in erster Linie Schleiermacher, der damals am 7. August 1819 mit bitterer Ironie über die Berliner Verhaftungen an Blanc schrieb:

„Arretirt also bin ich nicht, wie Sie sehen, auch meine Papiere sind mir nicht genommen. Wie weit es aber daran gewesen ist, will ich nicht entscheiden. Man hat hier überhaupt sehr milde operirt gegen die furchtbare Verschwörung. Jahn ist doch der einzige, der ohne Urtheil und Recht auf die Festung geschleppt wird, und Reimer nächst ihm der einzige angesessene Mann, dessen Papiere weggenommen sind. Das andere sind doch nur junge Leute, die nun seit vier Wochen festsitzen, sie wissen nicht warum. Ein Paar haben sie sogar schon freigelassen, aber leider ihnen das Ehrenwort abgenommen: nichts von dem zu sagen, was mit ihnen verhandelt worden, so daß

wir um nichts gebessert sind und immer noch nicht wissen, ob die Verschwörung hat zu Lande oder zur See ausbrechen sollen. Aber die Leichtigkeit, mit der man sich an diese Arresiationen und Versiegelungen gewöhnt, giebt mir nun eine Vorstellung von der Heiterkeit der Franzosen mitten in der ärgsten Schreckenszeit. — Arndt hat auch nicht Stadtarrest, wie einige Zeitungen verkündigen, sondern das ärgste, was ihm widerfahren ist, ist, daß sie ihm bei der Wegnahme seiner Papiere die Taschen am Leibe visitirt haben. Wenn das nicht gerade nobel ist, so ist es doch zutraulich. Doch genug von diesem großen Staatsstreich."

Schleiermacher hatte vollständig Recht, wenn er sagte, die Berliner gewöhnten sich an Haussuchungen, Verhaftungen u. s. w. Dies war auch in der That der Fall. Man sprach in der Residenz wohl einige Tage davon, wenn wieder ein angesehener Mann unter den Willkürmaßregeln der Regierung hatte leiden müssen, man bedauerte z. B. den berühmten Professor de Wette, der seines Amtes entsetzt worden war und Berlin verlassen mußte, weil er der Mutter Sand's einen freundlichen Trostbrief geschrieben hatte. Damit aber glaubten die freisinnigen Berliner alles Mögliche gethan zu haben. Niemand dachte daran, den Willkürmaßregeln der Regierung den geringsten Widerstand zu leisten und die Opfer der neuen Reaktion wären bald genug ganz vergessen worden, hätten nicht immer neue Gewaltthätigkeiten dafür gesorgt, daß die Erinnerung frisch blieb.

Bei der Besprechung, welche König Friedrich Wilhelm III. mit Metternich in Teplitz gehabt hatte, waren gemeinsame Schritte, die allen deutschen Fürsten vorgeschlagen werden sollten, verabredet worden. Eine Minister-Konferenz trat am 6. August 1819 in Karlsbad zusammen, sie erhielt den Auftrag, solche Schritte zu berathen, und erfüllte ihn, wie sich fast von selbst versteht, ganz im Geiste ihres Schöpfers Metternich. Dieser war die Seele der Konferenzen, ihm leistete der Däne Graf Bernstorff, der unlängst preußischer Minister des Auswärtigen geworden war, den kräftigsten Beistand.

Oesterreich und Preußen wetteiferten um den Siegespreis bei Unterdrückung der deutschen Freiheit.

Das Prinzip, welches den Beschlüssen der Karlsbader Konferenzen von Metternich zum Grunde gelegt war, klang recht freiheitlich und schön. Deutschland, so hieß es, müsse endlich ein einiges staatliches Ganze werden, deshalb sei es nothwendig, die Exekutivmacht der Bundes-Versammlung zu erhöhen, diese müsse berechtigt sein, alle diejenigen Maßregeln zu treffen, welche zur Erhaltung der äußeren Unabhängigkeit des gesammten Vaterlandes und der inneren Ruhe desselben nothwendig seien. Mehr konnte doch wahrlich die freisinnige Partei nicht verlangen! Das war ja die deutsche Einheit, die man bisher so schmerzlich in der Bundesversammlung vermißt hatte. Freilich eine Einheit nach Metternich'scher Auffassung, denn der Minister-Kongreß wollte sie nur, um den Bundestag zur kräftigen Reaktion mächtig zu machen.

Der erste Schlag wurde gegen die Preßfreiheit geführt. Fortan mußten in allen deutschen Staaten die Druckschriften unter 20 Bogen unbedingt der Censur unterworfen werden, die Bundes-Versammlung sollte das Recht erhalten, Werke über 20 Bogen zu verbieten, allen Einzelstaaten aber außerdem gestattet werden, nach freiem Ermessen die Censur zu schärfen und sie auf Werke jeder Bogenzahl beliebig auszudehnen.

Noch wichtiger schien es, auf den Universitäten die freie burschenschaftliche Bewegung zu unterdrücken. Zu diesem Zweck wurde eine Einrichtung angenommen, die jede Freiheit des Lehrens und Lernens vernichtete. Für jede Universität sollte ein Regierungs-Bevollmächtigter ernannt und diesem die Aufgabe ertheilt werden, die Vorlesungen der Professoren und das Verhalten der Studenten zu überwachen.

Dies war ein Schritt für die Zukunft, aber für die Gegenwart mußte man vor allen Dingen sorgen. Zu diesem Zweck wurde eine eigene Behörde zur Verfolgung demagogischer Umtriebe unter dem Namen der Central-Untersuchungs-Kommission beliebt, die in Mainz ihren Sitz und das Recht haben sollte, für alle deutschen Bundesstaaten ihre Thätigkeit zu entfalten.

Es war zu befürchten, daß der freisinnige Großherzog von Sachsen-Weimar keine besondere Thätigkeit aufbieten würde, um auf seiner Universität Jena das freie Studentenleben zu vernichten, deshalb mußte schon Vorsorge getroffen werden, ihn dazu zu zwingen. Die Untersuchungs-Kommission in Mainz hatte zu einen solchen Zwange die Berechtigung.

Um das Reaktionswerk zu vollenden, wurde auch der berühmte Artikel 13 der Bundes-Verfassung, der allen deutschen Ländern eine Verfassung versprach, einer neuen Berathung unterzogen.

In stürmisch aufgeregter Zeit war der unglückliche Artikel in die Bundes-Verfassung gekommen, jetzt war er nicht mehr zeitgemäß. Der Kongreß wies deshalb darauf hin, daß unter „Verfassungen", wie sie die Bundesacte versprach, unter keiner Bedingung wirklich Constitutionen mit Volksvertretungen verstanden werden dürften, diese seien mit echt deutschem Leben unverträglich, nur landständische Verfassungen entsprächen demselben und nur diese seien in der Bundesakte gemeint.

Wir haben in Kurzem den Inhalt der berüchtigten Karlsbader Beschlüsse angegeben. Es erschien fast als ein bitterer Hohn, daß sie in Berlin am 18. Oktober 1819 verkündet wurden.

Auf dem Turnplatz in der Hasenhaide hatten die Berliner am 18. Oktober ein Volksfest zur Feier des Leipziger Schlachttages veranstaltet.

Schon loderten rings auf den Bergen die Freudenfeuer empor, patriotische Lieder wurden gesungen, da rückte plötzlich Gensd'armerie heran und trieb die fröhliche Menge mit Gewalt auseinander! — Die Feier der Leipziger Schlacht auf dem Jahn'schen Turnplatz erschien der hohen Polizei des Herrn von Kamptz als ein staatsgefährliches Unternehmen! —

Die Reaktion hatte in der That einen glänzenden inneren Sieg erkämpft, denn es gelang ihr durch denselben alle diejenigen hohen Staatsbeamten zu stürzen, welche bisher noch dem allzustürmischen Rückschritt entgegengetreten waren und die das Versprechen des Königs nach Gewährung einer freien Verfassung aufrecht erhalten hatten. Zu diesem Siege trug wesentlich Hardenberg bei, der jetzt im offnen Bündniß mit Wittgenstein treulos gegen seine früheren Parteigenossen und Freunde kämpfte.

Die Minister Humboldt, Boyen und Beyme hatte sich im Staatsrathe ernst und energisch gegen die Karlsbader Beschlüsse ausgesprochen und das Benehmen des Preußischen Bevollmächtigten Grafen Bernstorff entschieden getadelt. Sie waren so weit gegangen, in einem Bericht an den König diesen Tadel aufrecht zu erhalten. Friedrich Wilhelm III. antwortete höchst ungnädig und als trotzdem die drei Minister in ihrem Widerstande verharrten, als sie sogar darauf antrugen, Preußen möge zurücktreten von jenen Beschlüssen, welche die Selbstständigkeit des Staats vernichteten, als sie offen aussprachen, es sei unwürdig des Staats Friedrich des Großen, wenn Preußische Unterthanen einem fremden Gerichte der Mainzer Untersuchungs-Kommission ausgeliefert würden, — als sie zugleich darauf hindeuteten, die Stellung des Staatskanzlers zu dem Könige und den Ministern sei nicht weniger verderblich für die gesammte Staatsentwickelung, als früher das Geheime Kabinet, da war ihr Geschick entschieden.

Hardenberg, der sich direkt angegriffen sah, trat jetzt offen in das Bündniß mit Wittgenstein und der österreichischen Partei, zu der er sich längst im Geheimen hingeneigt hatte; er selbst führte den Sturz seiner drei tüchtigsten früheren Freunde herbei, ohne zu bedenken, daß er dadurch fortan vollkommen machtlos ein reines Spielwerk in den Händen der verbündeten Adels- und österreichischen Partei sein müsse.

Als Boyen und der General von Grolmann, die sich zugleich gegen eine beabsichtigte reaktionäre Veränderung in der Landwehr erklärt hatten, ihren Abschied forderten, wurde ihnen dieser am 25. Dezember vom Könige, der lange geschwankt hatte, aber auf Hardenberg's Rath sich entschied, gewährt. Mit Jahresschluß erhielten auch Humboldt und Beyme ihre Entlassung.

Der Minister-Kongreß in Karlsbad war keine Behörde, welche für Deutschland Gesetze geben konnte, deshalb wurden seine Beschlüsse der Bestätigung der Bundes-Versammlung unterbreitet. Schon am 20. September 1819 ging diese freudig auf die vorgeschlagenen Maßregeln ein, sie erklärte, die Bundes-Versammlung habe das Recht, alle einzelnen Staaten zur Vollziehung ihrer Beschlüsse nöthigenfalls mit Waffengewalt zu zwingen.

Das war ein erster Sieg der österreichischen Reaktion im deutschen Bunde. Mit diesem aber stellte sich Metternich nicht zufrieden. Die Erklärung des Artikels 13 der Bundes-Versammlung genügte ihm nicht, die Bundes-Akte mußte einer neuen Berathung unterworfen werden; mochten doch einzelne Fürsten Deutschlands den Artikel 13 so verstehen, wie das Volk ihn verstand. Dies mußte unter allen Umständen verhindert werden.

Metternich lud die deutschen Regierungen, deren Bereitwilligkeit, ihn bei seinen Reaktionsplänen zu unterstützen, er in Carlsbad kennen gelernt hatte, zu einem zweiten Minister-Kongreß in Wien ein. Am 25. November wurde derselbe eröffnet; 6 Monate tagte er, dann vollendete er das Werk, zu welchem er zusammenberufen worden war.

Die 65 Paragraphen starke Wiener Schlußakte, welche den Abschluß der deutschen Verfassung bilden sollte, war der Erfolg Metternich'scher Bestrebungen. Der wichtigste Artikel derselben ist Artikel 58. Er lautet:

„Die im Bunde vereinigten souveränen Fürsten dürfen durch keine landesständische Verfassung in der Erfüllung ihrer landesmäßigen Verpflichtungen gehindert oder beschränkt werden."

Am 16. Mai 1820 wurde die Wiener Schlußakte von den Bevollmächtigten der einzelnen Staaten unterzeichnet, am 8. Juni 1820 wurde sie in der Bundes-Versammlung einstimmig zum Grundgesetz des deutschen Bundes erhoben. Ein glänzendes Gastmahl bei dem österreichischen Gesandten, dem Grafen Buol-Schauenstein feierte den Sieg der Reaktion. Unter dem Jubel der Bundestagsgesandten wurde die deutsche Freiheit zu Grabe getragen.

Sechstes Kapitel.

Berlin ist ruhig. — Die Demagogenverfolgungen. — Der deutsche Männer- und Jünglingsbund. — Die Polizeiwirthschaft in Berlin. — Arnold Ruge's Erzählung aus früherer Zeit. — Berliner Demagogen-Gefängniß. — Die traurigste Zeit Preußens. — Hardenberg's Stellung. — Hardenberg's Tod.

Wie nahm das deutsche Volk den Verlust seiner so schwer errungenen Freiheit auf? Was geschah in Berlin, der Stadt, in welcher 1813 der Patriotismus sich am glänzendsten bewährt hatte, in der auch bei Wiederbeginn des Krieges im Jahre 1815 der Kampfesmuth am feurigsten entglüht war?

Nichts, gar nichts geschah. Mit Worten

waren die Berliner vorweg wie immer. Ohne sich um die Polizeispione zu kümmern, schimpften sie redlich auf die Karlsbader Beschlüsse und die Wiener Schlußakte, über Demagogenriecherei und dergl. mehr. Damit aber hatten sie ihrem Freiheitsdrange Genüge gethan, sie ließen über sich ergehen, was eben kam. Keine Willkürmaßregel, keine Freiheitsbeschränkung fand beim Volke von Berlin den geringsten Widerstand.

Die Presse wurde schärfer als je bewacht. Die Censur strich jede Aeußerung des Mißvergnügens, selbst der leiseste Tadel irgend einer staatlichen Einrichtung oder der Amtshandlung eines Beamten galt als unzulässig und wurde vom Censor vor dem Druck aus dem Manuscript entfernt.

Die Bundes-Kommission, welche zur Untersuchung der demagogischen Umtriebe in Mainz niedergesetzt worden war, zeigte bald eine außerordentliche Thätigkeit, die nur übertroffen wurde von der Preußischen Kommission, die in Koepenick ihren Sitz hatte und theils auf eigene Hand, theils zur Unterstützung der Bundes-Kommission mit einem Wetteifer sondergleichen das edle Geschäft des Ausspürens und der Reinigung der Staatsgesellschaft von den hochgefährlichen Demagogen betrieb.

Da wurden Aktenstöße über Aktenstöße niedergeschrieben. Gymnasiasten und junge Studenten wurden tagelang verhört. Jedes, auch das geringste Wort, wurde getreulich zu Protokoll genommen. — Den unbefangensten Aeußerungen, die mündlich oder schriftlich gefallen waren, legten die gelehrten und gewissenhaften Untersuchungsrichter eine Bedeutung und Wichtigkeit bei, als hänge das Wohl des Staats davon ab, daß ein unglücklicher Student ein paar Jahre auf die Festung komme.

Die Gefängnisse füllten sich von Jahr zu Jahr mehr, das Spionenhandwerk wurde immer gewinnbringender. Das Auffangen und Oeffnen der Briefe auf den Postanstalten war bald in Deutschland so sehr an der Tages-Ordnung und wurde besonders in Berlin mit solcher Rücksichtslosigkeit betrieben, daß jeder irgend politisch hervorragende Mann Anstand nahm, seine Briefe dem Postverkehr anzuvertrauen, wenn sie irgend politische Aeußerungen enthielten.

Jeder, der ein Mal gewagt hatte, anders als die Machthaber zu denken, war dem Verdachte der Demagogie verfallen. Daß Männer wie Schleiermacher, Gneisenau, Stein, Hans von Gagern rc., wenn auch nicht offen beschuldigt, doch im Geheimen immer und immer wieder verdächtigt wurden, wie oft auch schon ihre vollkommene Unschuld erwiesen worden war, versteht sich von selbst. Dasselbe Schicksal aber traf auch Beamte, die weit entfernt waren, den freisinnigen Ideen eines Schleiermacher oder auch den aristokratisch liberalen eines Stein zu folgen, die nur hier und da ein Wort der Mißbilligung gegen die Demagogenriecherei ausgesprochen hatten.

Stein war wüthend, daß auch ihn der Verdacht der Spione treffen könne. Er sprach sich in einem Briefe offen darüber aus, obgleich er wußte, daß wahrscheinlich die Kopie des Schriftstückes an die Untersuchungs-Kommission gelangen würde. Es sei eine viehische Dummheit, eine teuflische Bosheit und ein nichtswürdiger, aus durchaus verfaultem Herzen entstehender Leichtsinn, so sagte er, ihn der Theilnahme an einer, wenn sie existire, ebenso verruchten, wie aberwitzigen Verschwörung zu zeihen.

Die preußische Untersuchungs - Commission strengte alle Mittel des Scharfsinns an, um den Beweis zu führen, daß in der That eine große und gefährliche Verschwörung bestehe. In der Preußischen Staatszeitung veröffentlichte sie fortwährend Enthüllungen der allerabenteuerlichsten Art, diese wurden als reine Wahrheit dem Berliner Publikum aufgetischt, obgleich wenige Jahre später dieselbe Staats - Zeitung zugestehen mußte, daß nicht ein Wort von ihnen wahr gewesen sei. Da hieß es, ein geheimer Männerbund stehe an der Spitze der deutschen Verschwörung. Durch Meuchelmord sollten alle Feinde der Freiheit aus dem Wege geschafft werden. Sand sei ein Sendling dieses Männerbundes gewesen. Auf den Universitäten bestehe ein Jünglingsbund, der seine Wurzeln in den Burschenschaften finde und die geheimen Vereine auf den Universitäten leite.

Der geheimnißvolle Männerbund war nichts anderes als eine geniale Erfindung einiger Enthusiasten, die in jener Zeit, in welcher die große Masse des Volkes zum Mysticismus nur zu geneigt war, um so eher eine Bedeutung zu erlangen hofften, wenn sie unbekannte Obere, welche großartige Volksbewegungen in's Leben rufen sollten, dem gläubigen Publikum fingirten. Die Forschungen nach dem Männerbund waren daher durchaus vergeblich und niemals ist es den Behörden gelungen, eine Spur von demselben zu entdecken, weil er nicht existirte. Der Jünglingsbund dagegen bestand allerdings, man kann nicht einmal sagen, im Geheimen, obgleich er eine sogenannte geheime Verbindung war, denn die unbesonnenen Burschenschafter sprachen laut und öffentlich in ihren Kneipen von dem Bunde, der die Aufgabe hätte, seine Jünger zu begeisterten Kämpfern für die deutsche Freiheit auszubilden.

Der Jünglingsbund, von dessen Gefährlichkeit die liebedienernden Zeitungen so unendlich viel schwatzten, war nur eine abenteuerliche, ganz ungefährliche Verbindung einiger enthusiastischer junger Studenten, welche ihre Unbesonnenheit bald mit schweren Freiheitsstrafen büßen mußten. Er sollte und mußte aber durchaus eine hochverrätherische Unternehmung sein, deshalb wurden Verhaftungen auf Verhaftungen gehäuft, deshalb langjährige Untersuchungen geführt.

Ueber die Qualen, welche die unglücklichen Studenten zu leiden hatten, die der Demagogie verdächtig in Berlin in das Gefängniß geworfen wurden, giebt uns Arnold Ruge, der selbst dies

Schicksal erlitten hat, folgende anschauliche Schilderung: —

„Am andern Morgen packte man mich und meinen Koffer wieder auf einen Wagen und fuhr mich nach Berlin in das große Stadtgefängniß zurück, wo ich in ein schauerliches Loch geworfen wurde. In der Wand waren große dicke Eisenringe, um die Einwohner dieser Zelle gelegentlich, daran festzuschließen. Das Fenster war so hoch daß man es nicht erreichen konnte, und stand offen, schiefe Bretter, durch die man nur den Himmel sah, und Eisenstäbe verwahrten es; ein Stuhl, ein Tisch und ein Bett waren die Ausstattung dieser neuen Behausung. Als es still wurde, kam eine Ratte aus einem Loch am Fenster vor und fraß an dem Talglicht, das im Fenster stand, das Glasfenster war herausgenommen, auf den Boden gesetzt und an die Wand gelehnt. Ich hob es auf und besah es. Da fand ich den Namen meines Freundes „Heinrich Geßner" auf die Scheibe geritzt.

„Die Sache wurde schlimmer, als ich mir's hätte vorstellen können. Kaum war ich zu Bett gegangen und warm geworden, so fielen Wanzen in solcher Menge und mit solchem Heißhunger über mich her, daß ich erwachte und sehr bald in Verzweiflung aus dem Bette sprang. Da stand ich im Hemde, im Dunkel der kalten Zelle. Was konnte ich thun? Ich rückte mir den Wachstuchtisch in die Mitte des Zimmers, setzte mich darauf und hüllte mich in meine Kleider ein, um mich dort vor den scheußlichen Thieren zu sichern. Ich schlief auch ein. Aber die Wanzen krochen in dickem Geschwader an den Wänden hinauf, an der Decke entlang, ließen sich an der Decke auf mich herabfallen, und bissen mich bald wieder wach. Da saß ich nun und vertheidigte mich so gut ich konnte, gegen meine zahlreichen unermüdlichen Feinde, diese widerwärtigen Bundesgenossen der beleidigten Staatsgewalt, und hörte alle Viertelstunden das verwünschte Glockenspiel, das auf einem der benachbarten Kirchthürme im Gange war, und mir diese grauenvolle Nacht mit unerbittlicher Pünktlichkeit in kleine, mir aber unendlich lange Viertelstunden theilte.

„Wenn ich einnicken konnte, war es gut; wenn ich aber wach sein mußte — und dies war immer die längste Zeit — um das Glockenspiel und das Niederklecksen der Wanzen zu hören, die bei mir vorbeischossen, dachte ich theils an den armen Heinrich Geßner, der vor mir in diesem Höllennest ebenso gequält worden war, theils auf Mittel, wie ich mich der bösen Feinde erwehren könne. Ich hatte gehört, sie könnten den Geruch von Kampfer nicht vertragen. Als daher der Wärter mit dem Frühstück kam, ließ ich mir einigen Kampfer kaufen und streute das Bett damit aus, um es den Tag über recht davon durchziehen zu lassen.

„Es half aber nichts. Kein Kampfergeruch schützte mein hochverrätherisches Blut gegen diese königlich gesinnten Wanzen. Ich mußte mich noch einmal auf den Tisch flüchten, und diesmal war ich so müde und erschöpft, daß die Leute mich des Morgens fest eingeschlafen auf dem Tische sitzen fanden."

Die Folter gab es in Preußen nicht mehr. Durch komplizirte Marterwerkzeuge konnte man die Gefangenen nicht quälen und sie durch den Schmerz zu einem Geständniß zwingen, aber kein Gesetz gebot die Ausrottung der Wanzen in den Gefängnissen, keines verbot die kleinlichen Chikanen, durch welche die Untersuchungsrichter, die Werkzeuge der Kamptz, Wittgenstein und Genossen, Männer wie „Onkel Dambach" berüchtigten Andenkens, die unglücklichen Opfer ihrer Politik quälten, bis sie fast in Verzweiflung geriethen und oft Geständnisse machten, um nur endlich wirklich bestraft zu werden, da sie auf den Festungen wenigstens auf ein erträgliches Leben hoffen konnten.

Das Jahrzehnt von 1819—1829 gehört besonders in seiner ersten Hälfte zu den trübsten in der Geschichte Berlins. In der preußischen Hauptstadt einigten sich die Fäden zu allen den jammervollen Maßregeln, durch welche die Preußische Regierung jener Zeit schnell die Achtung wieder verlor, welche sie sich vom Jahre 1808 an in Deutschland erworben, welche sie in den Jahren 1813—1815, wie alle Freiheitsfreunde glaubten, für immer befestigt hatte.

Von Berlin gingen die schmachvollen Gesetzesverletzungen und Auslegungen, an denen jene Zeit so reich ist, aus.

Um die Willkürmaßregeln, welche zur Verfolgung der Demagogen für nothwendig gehalten wurden, in Ausführung bringen zu können, mußten theils neue Gesetze gegeben, theils die alten in Berücksichtigung spezieller Fälle umgestaltet oder gebrochen werden. So wurde eine neue Zensurvorschrift schon am 18. Oktober 1819 gegeben. Alle antimonarchischen Theorien, alle Verunglimpfungen befreundeter Regierungen wurden vom Druck ausgeschlossen, die Censurfreiheit, welche bisher die Akademie der Wissenschaften und die Universitäten gehabt hatten, wurde aufgehoben. Die Beschlüsse der Bundesversammlung gegen die Universitäten wurden auch auf Königsberg ausgedehnt, obgleich doch diese Stadt gar nicht zum deutschen Bunde gehörte. Die Regierungs-Bevollmächtigten erhielten am 7. Juni 1821 die Berechtigung, alle diejenigen Studirenden, die nur der Theilnahme an einer verbotenen Verbindung verdächtig waren, ohne irgend eine Beweisaufnahme von den Universitäten zu entfernen. Die hohe Preußische Regierung führte fast einen Krieg gegen die Universitäten und zwar einen Krieg, in welchem sie die kleinlichsten Mittel als Waffen gebrauchte. So wurde in Berlin die Frage: „ob nicht bestimmte, damals von den Studenten viel getragene altdeutsche Röcke zu verbieten seien, ob nicht jeder Student, der einen derartigen Rock trage, schon dadurch zu den Verdächtigen gehöre, im Ministerium wochenlang eifrig berathen.

Bei dem Verfahren gegen die angesehenen Professoren und gegen Männer wie Arndt, Jahn, die beiden Welker u. A., wurden Gehässigkeiten der Gewalt in's Leben gerufen, die man bisher in Deutschland für unmöglich gehalten hatte. So wurde Arndt vom Untersuchungsrichter lange vernommen und mit Fragen über die Bücher gequält, die er im Auftrage der Regierung selbst geschrieben hatte, man hielt ihn um deshalb hoch verdächtig, weil man ihm Worte zur Last legte, die man unter seinen Papieren fand und aus denen man folgern wollte, er sei ein zum Meuchelmorde von Geistlichen entschlossener Hochverräther; und die Worte, welche diese seine Schuld beweisen sollten, waren nichts anderes, als die Bemerkungen, die König Friedrich Wilhelm III. selbst am Rande der Landsturm-Verordnung gemacht und welche Arndt sich abgeschrieben hatte.*)

Werfen wir heute einen Rückblick in jene trübe Zeit, dann steigt in uns unwillkürlich die Frage auf: Wie war es möglich, daß Hardenberg, der alte Anhänger einer gesetzmäßigen Freiheit, der immer noch als Staatskanzler an der Spitze der Regierung stand, einen solchen Zustand dulden, ja befördern konnte, wie war es möglich, daß unter einem Fürsten, dem manche preußische Geschichtsschreiber den Beinamen des „Gerechten" gegeben haben, die Gesetze so freventlich verletzt und verhöhnt werden konnten, wie es damals geschah.

König Friedrich Wilhelm III. hatte den freien Ueberblick über die Verhältnisse des Staats längst wieder verloren, seitdem er sein Ohr ganz den Rathschlägen eines Fürsten Wittgenstein und der Genossen dieses Mannes geöffnet hatte. Umgeben von den Anhängern der reaktionären Junkerpartei, welche fast alle Hofstellen ausfüllten und zu denen auch die beim Könige beliebtesten höheren Offiziere gehörten, vernahm Friedrich Wilhelm stets nur bittere Klagen über die täglich sich drohender entfaltende Macht der Revolution.

Alles Geniale war ihm von jeher äußerst zuwider gewesen, das ganze Treiben der Burschenschaften mußte ihm daher durchaus mißfallen, ja ihm gefährlich erscheinen.

Vorgänge wie die beim Wartburgfest waren ihm deutliche Kennzeichen der sich entwickelnden Revolution und als nun gar Sand den verhängnißvollen Dolchstoß gegen Kotzebue führte, glaubte der König mit äußerster Strenge gegen die Revolutionspartei einschreiten zu müssen. Er befürchtete, der Sturz der Monarchie, der Untergang des Staates, werde die Folge einer unzeitigen Milde sein.

Persönlich waren dem Könige die Gewaltmaßregeln gegen Jahn und die übrigen im Juli 1819 Verhafteten sehr zuwider. Hatte Friedrich Wilhelm III. auch stets eine Abneigung gegen des „Alten im Bart" rohes und sonderbares Benehmen gehabt, so hätte er doch gern dem rüstigen Kämpfer aus dem Jahre 1813 die Verhaftung erspart. Dies aber ging unmöglich an, denn gerade Jahn wurde ja von Kamptz und Genossen als der gefährlichste Revolutionär, der sogar dem biedern Kamptz nach dem Leben strebe, geschildert.

Man faselte damals am Hofe von Berlin viel von einer ganz entsetzlichen Verschwörung der Turner und Turnfreunde, welche vielleicht bei der Verhaftung Jahn's zum Ausbruch kommen werde, man befürchtete einen Volksaufstand in Berlin und Fürst Wittgenstein rieth deshalb dem Könige, er möge die Hauptstadt verlassen und nach Breslau reisen, um von den Ereignissen, welche eine Folge der Jahn'schen Verhaftung sein müßten, nicht unmittelbar berührt zu werden.

Diesem Rathe kam Friedrich Wilhelm nach, nicht zum Vortheile seines Ansehens unter den deutschen Fürsten, wie dies ein Gespräch des Großherzogs von Baden mit Varnhagen v. Ense beweist.

„Der Großherzog wollte wissen, ob Freunde von mir unter den Verhafteten seien, was ich mit entschiedenem Nein beantwortete. Dann fragte er, warum der König vor dem Ausbruch der Sache nach Breslau gereist sei? Da ich keine Ursache anzugeben wußte, so platzte er heraus: „Das kann ich Ihnen sagen! Er hat sich gefürcht't! Er hat sich gefürcht't!" Auf meinen lebhaften Einspruch versetzte er dann begütigend: „Nehmen Sie das nicht so schlimm, ich dien' ihm so gut wie Sie, und was wir hier unter uns reden das schadet nichts."

Lebte der König in dem traurigen Wahn, nur durch Willkür- und Gewaltmaßregeln könne man die Revolution niederhalten, so darf doch zu Gunsten Hardenberg's eine solche Selbsttäuschung nicht angenommen werden. Der Staatskanzler war sehr gut unterrichtet, aber er hatte einmal den traurigen Entschluß gefaßt, um sich in der Macht zu erhalten, sich auf die Wittgenstein'sche Partei zu stützen. Seinem kleinlichen Ehrgeiz opferte er seine ruhmvolle Vergangenheit, ohne dabei doch sein Ziel zu erreichen, denn wenn er auch den leeren Titel des Staatskanzlers und den Schein der Macht behielt, die Macht selbst entschlüpfte ihm, er war nach seiner Verbindung mit der Wittgenstein'schen Partei kaum mehr als ein willenloses Werkzeug in deren Händen. So änderte sich denn auch die preußische Politik nicht, als Hardenberg am 26. November 1822

*) Die Bemerkungen, welche sich Arndt abgeschrieben hatte, waren sehr bösartiger Natur. Wie mögen sich der würdige Kamptz und der biedere Tschoppe gefreut haben, als sie lasen: Aufstand in Masse — Executive Predigererschießung u. s. w.; um so dümmer aber zeigte sich ihr Gesicht bei Entdeckung des wahren Schuldigen, den sie unmöglich nach Koepenick schicken konnten. Sie sahen jetzt wohl ein, daß sie sich lächerlich gemacht hatten, dies hinderte sie aber nicht, nach wie vor ihre neuesten Entdeckungen durch die Staats-Zeitung zu veröffentlichen, obgleich sich häufig genug schon nach kürzester Frist die Unwahrheit solcher offizieller Mittheilungen herausstellte.

auf einer Reise in Genua zu spät für seinen Ruhm, starb.

Als die Kunde seines Todes in Nassau eintraf, schrieb Stein an Meerveldt:*)

„Unterdessen erhalten wir von Frankfurt die Nachricht, den Staatskanzler habe in Genua der Schlag gerührt und er sei todt; wenn er nur wirklich ernstlich und zum letzten Mal todt ist, so gratulire ich zuerst der Preußischen Monarchie zu diesem glücklichen Ereigniß, sodann wünsche ich, daß der König dem Kronprinzen die wichtigsten Zweige der Verwaltung übertrage und daß dieser ein tüchtiges Ministerium bilde, damit er Werkzeuge habe, um eine recht gründliche Umformung des Bestehenden vorzunehmen, und Sparsamkeit, Gründlichkeit, Ordnung wieder in alle Zweige einzuführen, denn statt ihrer ist Insubordination, Oberflächlichkeit, Verschwendung und gehaltlose Großthuerei."

Nicht milder äußerte er sich einige Monate darauf in seinem Lebensabriß. Da heißt es von Hardenberg:

„Herr von Hardenberg hatte die Gutmüthigkeit und Freundlichkeit sanguinischer genußliebender Menschen, einen Verstand, der leicht faßte, Thätigkeit, ein vortheilhaftes Aeußere. Es fehlte aber seinem Charakter sowohl an einer moralischen religiösen Bahn, als an Größe, intensiver Kraft und Festigkeit, seinem Verstande an Tiefe, seinen Kenntnissen an Gründlichkeit, daher seine Schwäche, sein Uebermuth im Glück, seine weinerliche Weichheit in Widerwärtigkeiten, seine Oberflächlichkeit, die durch seine Sinnlichkeit, Stolz und Falschheit geleitet, so vieles Uebel verursachten. Er entfernte alle tüchtige Menschen, umgab sich nur mit mittelmäßigen, oft schlechten, die ihn mißbrauchten und unanständig behandelten, seine Lieblingsunterhaltung waren unzüchtige Reden; der vertraute Umgang mit nichtswürdigen Weibern, die mit seinen grauen Haaren, seinem Stolz, seiner Würde contrastirten, machte ihn noch verächtlicher, er untergrub den alten preußischen Geist der Sparsamkeit und des Gehorsams, und als er starb, hinterließ er die Finanzen zerrüttet, und die Staatsgeschäfte in den Händen einer Ueberzahl schlecht ausgewählter Beamten. Nicht nach dem Großen und Guten strebte er um des Großen und Guten willen, sondern als Mittel zu eigenem Ruhm, daher begriff er es nicht, erreichte es nicht und ging dahin, nicht beachtet, nicht betrauert."

Nach Hardenberg's Tode richteten sich die Augen der gesammten liberalen Partei in Preußen auf den Freiherrn von Stein. Man hoffte, dieser werde der Nachfolger des Staatskanzlers sein. Ein öffentliches Geheimniß war es ja, daß er nur um deshalb nicht wieder hatte in den preußischen Staatsdienst treten können, weil er neben oder unter Hardenberg niemals eine Stellung eingenommen haben würde, der König aber ihm eine Stellung über Hardenberg nicht zu geben vermochte.

Jetzt war wieder die Zeit für Stein gekommen, jetzt war der Nebenbuhler, sein früherer Freund, sein Gegner in der letzten Zeit vom Schauplatz der Geschichte abgetreten.

Stein war, so glaubte nicht nur die freisinnige Partei, so glaubte die Mehrzahl der Nation, der natürliche Nachfolger Hardenberg's. Auch Stein selbst mochte ähnliche Ansichten haben, er hielt sich bereit, einem Rufe des Königs zu folgen und in mehreren Zeitungen wurde schon die Nachricht verbreitet, er sei aufgefordert worden, nach Berlin zu kommen, unter ihm werde die Preußische Regierung einen neuen Aufschwung nehmen.

Aber Stein wurde nicht gerufen. Der Minister von Voß und dessen Nachfolger der Feldmarschall Kleist, welche gewissermaßen an Hardenberg's Stelle traten, starben nach kurzer Amtsdauer. Man glaubte, diese beiden Männer hätten nur einen Uebergang zum Stein'schen Ministerium bilden sollen, von Neuem hoffte das Volk auf die Berufung des größten preußischen Staatsmannes. Dieser Berufung aber stand die ganze reaktionäre Adelsclique mit dem Fürsten v. Wittgenstein an der Spitze entgegen. Wittgenstein's Einfluß auf König Friedrich Wilhelm III. behauptete sich, Graf Lottum wurde zum ersten Minister ernannt und von Stein's Berufung war fortan nicht mehr die Rede.

Siebentes Kapitel.

Der Verfassungskampf nach dem Kriege. — Die Zögerungspolitik der Reaktion. — Ordnung der Finanzen. — Der Staatsrath. — Wiederholte Verfassungsversprechungen des Königs. — Hardenberg's Eröffnungsrede. — Der Verfassungsausschuß. — Humboldt's Thätigkeit und Verbannung. — Stimmung in der Rheinprovinz. — Die rheinische Monstrepetition. — Görres und Hardenberg. — Wilhelm von Humboldt und Hardenberg. — Das Scheitern der Verfassungsarbeit. — Bischof Eylert über das königliche Versprechen.

Wir haben die Geschichte der Reaktion und der Demagogenverfolgungen in Berlin bis zum Tode Hardenberg's erzählt, müssen jetzt aber, ehe wir fortfahren, einen flüchtigen Blick werfen auf diejenigen Vorgänge, welche bewirkten, daß das vom Könige freiwillig gegebene Verfassungsversprechen unerfüllt blieb.

Am 1. September 1815 sollte nach § 7 der Verordnung vom 22. Mai 1815 eine Kommission zusammentreten, um eine Verfassungs-Urkunde auszuarbeiten. Sie trat nicht zusammen; weil,

*) Pertz: das Leben des Ministers Freiherr von Stein.

so erzählte man sich in Berlin noch manche Vorbereitungen getroffen werden mußten, weil der Staatskanzler mit diplomatischen Verhandlungen zu sehr beschäftigt sei, um der Verfassungsberathung die nöthige Aufmerksamkeit zu widmen u. s. w.

„Wie die Geschichte des preußischen Verfassungswerkes und seiner Verkümmerung, die die Zeit, von der wir handeln, ganz ausfüllt, im Einzelnen verlaufen ist, läßt sich mit pragmatischer Sicherheit nicht überall ausmitteln. Denn in diesem Staate der Intelligenz ist bis dahin der Absolutismus noch immer so mächtig, daß das eigentlich aufschließende Material der Geschichtschreibung hier so gut fehlt wie in Rußland oder Oesterreich; so daß an den wichtigsten Stellen der Nachschlüssel der Kombination aushelfen muß, wo der ächte Schlüssel, die Bekanntschaft mit den Beweggründen der Handelnden, abgeht. In Bezug übrigens auf die Verfassungsfrage gerade ist man oft auch versucht gewesen, nach einem Schlüssel mühsam zu suchen, wo in der That ganz offene Thüre war. Denn über diesen Gegenstand wie über die Gründe der wichtigsten Thatsachen ist hier der Aufschluß lediglich in dem Charakter des Fürsten zu suchen, wie es in allen unumschränkt regierten Staaten der Fall ist, wo sich der Fürst um die Landesdinge bekümmert."

So urtheilt Gervinus in seiner Geschichte des 19. Jahrhunderts.

Aus dem eigen gearteten Charakter Friedrich Wilhelms III. leitet Gervinus die Entwicklung der Verfassungsfrage in Preußen her und er schildert uns die merkwürdigen Kämpfe und Intriguen, welche in der Umgebung des Königs zwischen Reformfreunden und Reformfeinden abgespielt wurden, um den Monarchen zur Erfüllung seines Versprechens zu treiben oder von derselben abzuhalten.

Die Hofpartei, welche den Charakter des Königs genau kannte, blieb in unausgesetzter Thätigkeit, ihre Führer, der Fürst Wittgenstein und der Herzog Karl von Mecklenburg, ließen kein Mittel unversucht, um auf Friedrich Wilhelm III. und dessen Abneigung gegen das konstitutionelle Wesen zu wirken.

Zeit gewonnen war Alles gewonnen. Gelang es nur, die Erfüllung des Königlichen Versprechens jahrelang hinauszuschieben, dann konnte sich die Reaktion so sehr befestigen, daß sie für die Zukunft nichts mehr zu befürchten hatte.

Schwer, vielleicht unmöglich wäre es gewesen, den König zum offenen Bruch seines Wortes zu bewegen, leicht gelang es, die Erfüllung zu verzögern und dadurch einfach zu beseitigen; Gründe für eine Verzögerung gab es ja genug. Eine Verfassung, welche ein Werk für Jahrhunderte sein sollte, durfte nicht im stürmischen Drange der Zeit geschaffen, sie mußte sorgfältig vorbereitet werden, wenn sie gedeihlich wirken sollte.

Solchen Gründen war Friedrich Wilhelm III. nur zu leicht zugänglich, fügte sich ihnen doch auch der Mann, der seiner politischen Vergangenheit nach am meisten verpflichtet gewesen wäre, auf die sofortige Erfüllung des Königlichen Versprechens zu dringen, der Fürst Hardenberg.

Nach dem Schlage, welchen er in der Schmalzschen Angelegenheit ruhig hingenommen, hatte Hardenberg den offenen Kampf gegen die aristokratische Hofpartei aufgegeben, nur auf Umwegen versuchte er zu dem Ziele zu gelangen, welches er noch immer im Auge behielt. Auch in den traurigen Jahren nach den Freiheitskriegen war er bestrebt, durch einzelne bedeutsame Gesetze die Grundsätze, welche er früher so oft ausgesprochen hatte, zur Geltung zu bringen und dadurch das endliche Zustandekommen der Verfassung zu ermöglichen.

Nichts erschien nach dem zweiten Pariser Frieden dringlicher, als das tief zerrüttete Finanzwesen des Preußischen Staats zu ordnen. Der Krieg hatte so ungeheure Summen verschlungen, das Heer forderte diese noch unablässig, daß es äußerst schwer erschien, gerade hier etwas zu thun, und doch mußte es geschehen, da Preußen aus dem Frieden nicht geeint, nicht mit starken Grenzen, sondern nur zerrissener und schwächer befestigt gegen das Ausland als früher hervorgegangen war, da um so mehr ein starkes stehendes Heer für den von Feinden umringten Staat geboten erschien.

Vor Allem mußte Rath geschafft werden für die Ordnung der Finanzen. Die Tresorscheine und Staatspapiere, welche während des Krieges auf die niedrigsten Course gesunken waren, mußten gehoben und damit in der Kaufmannswelt für das preußische Finanzwesen neues Vertrauen erweckt werden.

Zu diesem Behufe wurde bald nach Beendigung des Krieges die Einziehung aller der Staatspapiere verordnet, die nur der dringendsten Noth ihre Entstehung verdankt hatten. Die Zinsen der Staatsschulden wurden pünktlich bezahlt, die Staatsdiener erhielten ihre Besoldungen regelmäßig und hierdurch gelang es, daß die weit unter pari stehenden Tresorscheine und andere Papiere bald wieder zu einem höheren und regelmäßigen Course sich hoben. Aeußerlich wenigstens wurde der Kredit Preußens einigermaßen wieder hergestellt, wenn es auch vorläufig nicht möglich war, mit den vorhandenen Mitteln auszukommen, wenn auch das Defizit des einen Jahres sich in das andere schleppte.

Die Ordnung der Finanzen, Maßregeln zur Aufschließung der Kräfte des Landes durch Beförderung des Handels- und der Gewerbefreiheit, auf deren Einzelheiten wir hier nicht näher eingehen können, beschäftigten den Staatskanzler in den nächsten Jahren und bei dieser Thätigkeit fand er die volle Zustimmung des Königs, dessen praktischer Sinn für derartige Fortschritte leicht zu gewinnen war.

Auch das Königliche Versprechen vom 22. Mai 1815 hielt Hardenberg noch immer aufrecht; bei jeder günstigen Gelegenheit suchte er es von Neuem in Erinnerung zu bringen, um hierdurch

seine Erfüllung doch endlich zu erreichen, wenn er sich auch vorläufig damit begnügte, die künftige Verfassung nur vorzubereiten.

Ein Schritt hierzu war die Errichtung des schon durch die Verordnungen vom 27. Oktober 1810 und 4. Juni 1814 verheißenen Staatsrathes.

Am 20. März 1817 wurde die Verordnung über die Einführung des Staatsraths vom Könige unterzeichnet. Nach derselben sollte die neue Behörde ganz von der Verwaltung getrennt sein und auch keinen Einfluß auf diese haben. Sie hatte die Aufgabe, die erste berathende Behörde für alle Verwaltungsgrundsätze zu bilden, alle Gesetze und allgemeinen Maßregeln vor dem Erlaß zu erwägen.

Die Stimmen über die neue Verordnung waren im Publikum sehr getheilt; die Hoffnungsfreudigen begrüßten sie als den ersten Schritt im Verfassungswerke. Sie sahen mit Befriedigung, daß zu Mitgliedern des Staatsraths die tüchtigsten Männer in Preußen berufen wurden, nicht nur solche, welche als Anhänger der aristokratischen Hofpartei sich einen verhaßten Namen im Volke gemacht hatten, sondern auch Staatsmänner und Militärs, die im Rufe der Freisinnigkeit standen und von denen man sehr wohl wußte, daß sie höheren Orts nicht gerade beliebt waren, Männer wie Humboldt, Boyen, Grolmann, Gneisenau, Staegemann, Eichhorn, Savigny u. A.

Von solchen Staatsmännern hofften manche Mitglieder der liberalen Partei eine recht gedeihliche Thätigkeit, ein energisches Eintreten für die Erfüllung des Verfassungsversprechens. Damals dachten noch Wenige daran, daß Männer wie Staegemann, Eichhorn u. A. ebenso wie Hardenberg die liberalen Grundsätze, für welche sie jahrelang gekämpft hatten, feige verleugnen würden.

Andere freilich urtheilten weniger günstig über die neuen Einrichtungen. Humboldt selbst hatte ernste Befürchtungen, er zweifelte daran, daß er etwas Tüchtiges ausrichten werde und Stein in seiner tiefen Verbitterung sprach offen aus, der Staatsrath sei ein überflüssiges Schaugericht, welches der von der Reaktion untergekrempelte Staatskanzler dem Volke auftische, um ihm den Appetit nach der versprochenen Verfassung in derselben Art zu stillen, wie man einem aufwartenden Pudel Butter auf die Nase streiche.

Am 30. März 1817 wurde der Staatsrath unter dem Vorsitze des Staatskanzlers von diesem eröffnet. In seiner Anrede sprach Hardenberg sich so freisinnig wie jemals aus und er erregte hierdurch in Berlin um so mehr die Hoffnung, daß jetzt das verheißene Verfassungswerk rüstig gefördert werden würde, als schon am 30. März 1817 durch eine Cabinetsordre die Bildung einer Commission aus dem Staatsrath anbefohlen wurde, der der König die Ausarbeitung einer Verfassungsurkunde übertrug

Zu dieser Commission des Staatsraths, welche unter Hardenberg's Vorsitz tagte, gehörten die bedeutendsten Männer der Versammlung: Humboldt, Boyen, Staegemann, Grolmann u. A., neben ihnen aber auch Wittgenstein, Ancillon und deren Anhänger.

Die Commission ging gar langsam und vorsichtig vorwärts. Hardenberg, der längst den Muth und die Kraft zu energischem, schnellem Handeln verloren hatte, und der abermals die Hoffnungen seiner Freunde täuschte, wagte keine entscheidende Initiative mehr; er wollte nichts übereilen.

Vor lauter Vorbereitungen ging die kostbarste Zeit verloren. Die adlige Hofpartei konnte sich kräftiger und fester als jemals früher einigen.

Hardenberg dagegen verlor mit jedem Tage mehr an Macht und Einfluß und was das schlimmste für ihn war, an Vertrauen bei seinen alten Freunden; auch Humboldt entfremdete sich ihm mehr und mehr.

Er sprach in Freundeskreisen ohne Rücksicht seine Ansicht darüber aus, daß der schwache Greis, der durch sein unsittliches Privatleben, durch den Einfluß, den er den niedrigsten Creaturen seiner Maitressen gestattete, jede öffentliche Achtung verscherzt habe, unfähig zur Leitung des Staates sei.

Solche Worte gingen nicht verloren, sie wurdem dem Staatskanzler hinterbracht und dieser sah fortan in Humboldt seinen erklärten Feind, den er zwar im persönlichen Umgange stets mit der ihm eigenen, feinen, liebenswürdigen Höflichkeit behandelte, im Geheimen aber zu stürzen entschlossen war.

Im Herbst des Jahres 1817 wurde Humboldt als Gesandter nach London in eine ehrenvolle Verbannung geschickt. Hardenberg hatte sich dadurch selbst des Beistandes eines Mannes, der ihm im Kampfe gegen die Wittgenstein'sche Partei ein kräftiger Bundesgenosse sein konnte, beraubt.

Das Verfassungswerk lahmte, die Vorbereitungen wollten nicht zu Ende kommen; viel zu langsam für die Hoffnungen der Freiheitsfreunde schritten sie vor und ein tiefer Mißmuth ergriff diese. Besonders machte sich eine solche Stimmung in Berlin und in den Rheinprovinzen geltend.

Die zu Preußen nach dem Abschluß der Wiener Conferenzen zugeschlagenen Landschaften waren ohnehin nicht sonderlich günstig gestimmt. Unter der französischen Regierung waren viele Einrichtungen getroffen worden, deren wohlthätige Folgen sie beim Volke beliebt gemacht hatten.

In einer neuen Provinz, welche durch ein so loses Band an den alten preußischen Staat geknüpft war, hätte eine Anhänglichkeit nur durch die Gewährung politischer Freiheiten erzeugt werden können. Davon aber war nach dem Jahre 1815 nicht mehr die Rede, wurde doch sogar der rheinische Merkur, die viel gelesene und hoch beliebte Zeitung, wie unsere Leser sich erinnern werden, unterdrückt.

In den Rheinprovinzen machte sich mehr als in den alten preußischen Ländern der Drang nach

Gewährung einer Verfassung für das gesammte preußische Reich geltend und je länger die Erfüllung des Königlichen Versprechens auf sich warten ließ, je mehr wuchs die allgemeine Unzufriedenheit, welche recht offen und besorgnißerregend sich aussprach.

Als der König und der Kronprinz eine Reise durch die Rheinlande machten, sahen sich sich mit Bittschriften überschüttet, sie hörten überall Klagen, sie konnten sich nicht verhehlen, daß ein Geist der Unzufriedenheit mit der Regierung, mit der Verwaltungsform, mit den Beamten herrschte, wie kaum in irgend einer andern preußischen Provinz.

Eine oppositionelle Partei von großer Stärke hatte sich in den rheinischen Städten gebildet und der Führer derselben war der viel genannte Görres. Sein Einfluß hatte eine große Bedeutung erlangt und er benutzte in zu einem Schritt, der für die preußische Verfassungs-Entwickelung verhängnißvoll werden sollte.

Die Feier des 18. Oktober 1817 bot ihm Gelegenheit, eine Petition, in welcher dringend um die Beschleunigung der Verfassungsangelegenheit gebeten wurde, auszuarbeiten und in der Rheinprovinz zur Unterschrift cirkuliren zu lassen. Sie fand einen unerwarteten Anklang, bald war sie mit Tausenden von Unterschriften bedeckt. Männer aller Stände vereinigten sich hier zu einem Schritt, der damals noch vollkommen neu war, und deshalb in weiten Kreisen Aufsehen erregte.

Im Dezember des Jahres 1817 hatte Hardenberg sich nach der Rheinprovinz begeben, um die Verhältnisse des Landes durch eigene Anschauung kennen zu lernen. Im Januar 1818 traf er in Coblenz ein. Görres und seine Freunde erhielten hierdurch Gelegenheit, die Petition, welche mittlerweile 5000 Unterschriften erhalten hatte, dem Staatskanzler selbst zu überreichen.

Siebzehn Abgeordnete der Stadt und der Landschaft, an deren Spitze Görres als Sprecher stand, begaben sich zum Staatskanzler. Sie wurden von ihm am 12. Januar empfangen.

Görres hielt eine Anrede an den Fürsten. Mit kräftigem Wort stellte er den dringenden Wunsch des Volkes dar. Hardenberg antwortete ihm in seiner gewohnten liebenswürdigen und geistreichen Weise. Er erklärte, daß auch sein Wunsch sei, die Verfassung sobald als möglich in's Leben zu rufen, daß nur die Schwierigkeit der Vorarbeiten die Angelegenheit bis jetzt verzögert habe.

Freudig erregt verließ die Deputation den Staatskanzler, um den Freunden Bericht zu erstatten. Damit aber begnügte sich Görres nicht. In einer Schrift stellte er den ganzen Hergang der Unterredung dar. Möglichst wortgetreu gab er die freisinnigen Aeußerungen des Staatskanzlers, welche dieser vielleicht etwas unbesonnen und vorschnell gethan hatte, wieder. Den Bericht ließ er drucken und übersendete je ein Exemplar dem Könige, dem Kronprinz und dem Staatskanzler selbst.

Hardenberg antwortete sehr freundlich, er behielt sich einige Berichtigungen vor; der Kronprinz aber sendete die Schrift an Görres in seinem eigenen Namen und in dem des Königs zurück, indem er mit Strenge die Unschicklichkeit einer solchen Veröffentlichung rügte. Zugleich erschien am 21. März 1818 ein Königlicher Kabinetsbefehl, in welchem Friedrich Wilhelm III. erklärte, er behalte denjenigen Zeitpunkt, welchen er selbst zur Gewährung der verheißenen Verfassung für den angemessensten erachten werde, seinem eigenen freien Ermessen vor. Nicht ferner könne es gestattet werden, daß für Petitionen Unterschriften im Lande gesammelt würden, wenn es auch Einzelnen, wie Korporationen, frei stehe, an den Landesherrn Gesuche einzureichen.

Alle bei der Deputation und beim Sammeln von Unterschriften Betheiligten erhielten strenge Verwarnungen, die rheinischen Behörden aber den ernsten Befehl, solche bedenkliche Agitationen nicht ferner zu dulden.

Die Rheinische Monstrepetition hatte im ganzen Deutschland und besonders in der Rheinprovinz großes Aufsehen erregt. Dem Fürsten Hardenberg machte sie schweren Verdruß, er mußte bittere Vorwürfe vom Könige hören, daß er so unbesonnen freisinnig sich geäußert habe und die Hofpartei in Berlin säumte natürlich nicht, die günstige Gelegenheit zu benutzen, um das Ansehen des verhaßten Staatskanzlers zu untergraben.

Hardenberg hätte in solcher Lage sich wieder den früheren Freunden mehr nähern sollen; er that es nicht. Noch war vielleicht Humboldt wieder zu gewinnen und hierzu bot sich eine treffliche Gelegenheit.

Der König, welcher bereits im Herbst 1817 ein eigenes Ministerium für den Kultus geschaffen und an die Spitze desselben den Freiherrn von Altenstein gestellt hatte, entschloß sich, auch das Ministerium des Auswärtigen wieder einem besonderen Minister anzuvertrauen. Kein Staatsmann erschien für ein solches Amt geeigneter als Wilhelm v. Humboldt und dessen Ernennung erwartete daher auch die gesammte freisinnige Partei. Aber Humboldt hatte sich als Hardenberg's Gegner gezeigt. Schon war der Staatskanzler viel eifersüchtiger auf die Freunde zur Linken als auf die Feinde zur Rechten; diese suchte er durch Nachgiebigkeit zu versöhnen, jene zu bekämpfen.

Nicht Humboldt wurde daher zu dem wichtigen Amt berufen, sondern ein Däne, der Graf von Bernstorff, der bisher dänischer Gesandter in Berlin gewesen war und sich in dieser Stellung das Vertrauen des Königs und Hardenberg's erworben hatte. Mit Bernstorff hoffte Hardenberg einträchtig zusammenwirken zu können. Und er täuschte sich nicht, denn der neue Minister des Auswärtigen ging mit ihm Hand in Hand bei den Ver-

handlungen in Aachen und Carlsbad und auch ferner.

Humboldt, der sich über die Ernennung Bernstorff's verletzt fühlte, wollte seinen Abschied aus dem preußischen Staatsdienste nehmen, seinen Freunden aber gelang es, ihn zum Bleiben zu bewegen, auch seine Zurückberufung nach Berlin zu bewirken. Er erhielt im Ministerium des Innern ein eigenes für ihn gebildetes Departement, ihm wurden die ständischen Angelegenheiten, die Verhandlungen mit den Ständen, die städtischen und Kommunalsachen, das Provinzial- und Kommunal-Schulwesen, die landschaftlichen Kreditsachen überwiesen, zugleich erhielt er Sitz und Stimme im Ministerium.

Am 12. August 1819 trat Humboldt seinen neuen Wirkungskreis in Berlin an. Er hätte zu keiner unglücklicheren Zeit kommen können, denn gerade damals war ja die Residenz der Mittelpunkt der Demagogen-Verfolgungen, gerade damals hörte der König so gläubig wie nie zuvor auf die Einflüsterungen der Wittgenstein'schen Clique.

Humboldt hatte sich schon, ehe er nach Berlin kam, wieder angelegentlich mit der preußischen Verfassungsfrage beschäftigt und sogar im Einverständniß mit Stein einen Entwurf ausgearbeitet, der freilich selbst nach dem Maßstabe jener Zeit keineswegs besonders freisinnig war, im Gegentheil sowohl den Neigungen des Königs nach einem absoluten Regimente, als den Bestrebungen des Adels nach Privilegien überreichlich Rechnung trug; der aber doch, wenn er zu Stande gekommen wäre, einen Fortschritt zum Besseren gebildet haben würde, da er wenigstens auf die unverzügliche Einberufung von Reichsständen drang.

Auch Hardenberg war für seinen alten Lieblingsplan nicht unthätig gewesen; noch vor Humboldt's Berufung hatte er Schritte gethan, um die Verfassungsarbeit wieder in Gang zu bringen und fast schien es, als solle ihm dies gelingen. Um so schmerzlicher wurde er betroffen, als plötzlich die Nachricht von Kotzebue's Ermordung in Berlin eintraf. Damals soll sein erstes Wort der Ausruf gewesen sein: „Nun ist die Verfassung unmöglich.“ Doch aber schien es, als sei sie trotzdem möglich, Humboldt wenigstens meinte, gerade jetzt sei es dringender als je früher geboten, die aufgeregten Gemüther durch die Gewährung einer Verfassung, welche dem Fürsten die volle Regierungsgewalt belasse, zu beschwichtigen.

Trotz der Ungunst der Verhältnisse zeigte sich damals der König noch immer nicht abgeneigt, sein Wort zu erfüllen. Er genehmigte, daß ein kleiner Ausschuß sich von Neuem mit der Verfassungsfrage beschäftige. Unter dem Vorsitze Hardenberg's traten zu diesem Zweck die Minister v. Humboldt und v. Schuckmann, die Geheimen Räthe Ancillon, Daniels und Eichhorn zusammen.

Die Kommission berieth in fruchtloser Arbeit, denn bald genug ging die schwere Zeit über ihr Werk dahin.

Die Karlsbader Beschlüsse erregten ein neues Zerwürfniß zwischen Hardenberg und Humboldt. Ersterer ging, wie wir bereits erwähnt, ganz und gar in das Lager der Reaktion über und Humboldt erhielt seinen ungnädigen Abschied.

Das Wenige, was von jener Zeit an noch in Preußen in der Verfassungsfrage geschah, war nichts als eitler Schein. Hardenberg mußte sich mit leeren Versprechungen begnügen, diese wiederholte er noch einmal bei dem Königlichen Erlasse vom 17. Januar 1820 über die Staatsschuld; indem diese auf 180 Millionen festgesetzt wurde, versprach der König, daß ferner neue Anleihen nur unter Zuziehung und Mitberathung der Reichsstände gemacht werden dürften. Es war ein billiges Versprechen, denn die Staatsschuld war so hoch gegriffen, daß wahrscheinlich neue Anleihen niemals gemacht zu werden brauchten, wenn nicht besondere Umstände dieselben erforderten.

Zwei Monate nach dem Erlasse brachte die Zeitung ein Schreiben des Staatskanzlers zur öffentlichen Kenntniß, in welchem er ermahnte, man möge der Regierung auch in Zukunft Zutrauen schenken. Die preußische Verfassung werde ausgearbeitet werden nach den Grundsätzen, die in dem Edikt vom 22. Mai 1815 aufgestellt worden wären.

Ob Hardenberg selbst noch die Hoffnung gehabt hat, solche Versprechungen dereinst zur Ausführung zu bringen, muß zweifelhaft bleiben, jedenfalls besaß er die Macht dazu nicht mehr. Von einer Volksvertretung war fortan in Preußen keine Rede weiter, so lange Friedrich Wilhelm III. regierte; statt der im Gesetz vom 22. Mai 1815 versprochenen Repräsentation des Volkes erhielt das Land die Provinzial-Landtage.

Nach Hardenberg's Tode durfte schließlich Niemand mehr wagen, an das Königliche Versprechen vom 22. Mai 1815 zu erinnern. Die Censur erhielt strengen Befehl, solche unbequemen Mahnungen nicht zum Druck kommen zu lassen; konnte doch aus denselben ein Vorwurf gegen den König, der noch immer sein Wort nicht eingelöst hatte, entnommen werden.

Was ein Fürst in der Welt auch thun mag, Lobpreiser wird er immer finden. Ein sprechendes Beispiel hierfür giebt uns der Bischof Eylert, der in dankbarer Verehrung für König Friedrich Wilhelm III. auch in der Nichterfüllung des Versprechens vom 22. Mai 1815 ein hohes Verdienst seines Königlichen Helden erblickt. Eylert sagt hierüber:

„Allerdings schritt Er, wie die ganze Reorganisation des Staates beweist, mit der Zeit vorwärts und benutzte ihre Resultate; aber er bewegte sich vorwärts auf der festen Grundlage der alten absolut monarchischen Verfassung. Im Reiz der Neuheit und in dankbarer Schätzung dessen, was das treue Volk für die Erlösung vom ge-

meinschaftlichen Feinde gethan, aufgeopfert und gelitten, hielt Er eine sogenannte Konstitution für besser, und Er, der nichts wollte, als das allgemeine Beste, versprach eine solche. Als Er aber in anderen konstitutionellen Staaten Mängel, Unvollkommenheit und Hemmungen, die in den neuen Einrichtungen ihren Grund hatten, wahrnahm, und Er, voraneilend auf kürzerem Wege, das Bessere faktisch hinstellte, ließ Er es bald bei dem unbeschränkt monarchischen Prinzip. Dies sah Er, nicht aus Ehrgeiz, der nach Allein- und Selbstherrschaft strebt, — eine solche Tendenz lag nicht in Seiner Philantropie, — sondern aus Ueberzeugung, als das Bessere für das Ganze an. — — — **Er handelte in diesem Stücke wie ein weiser Vater**, der, gerührt von der anhänglichen Liebe seiner Kinder, an seinem Genesungs- und Geburtsfeste gefällig ist, und in ihre Wünsche eingeht; dann aber mit Ruhe dieselben modifizirt und seine väterliche Autorität, von der er in seiner natürlichen Stelle sich nichts vergeben will und darf, aufrecht erhält."

Achtes Kapitel.

Politische Gleichgültigkeit der Parteien. — Sonderung der Stände in Berlin. — Bevorzugung des Adels. — Das Beamtenthum. — Die Kreise der Gelehrten und Künstler. — Politische Unreife der Bürger Berlins. — Das Jahr 1830. — Unruhe in Berlin. — Die Schneiderrevolution. — Die Berliner Zeitungen und die Revolution. Gewaltthätigkeiten der Polizei.

Die großen politischen Tagesfragen, welche in den zwanziger Jahren alle gebildeten Kreise beschäftigten, hatten in Berlin nicht diejenige Bedeutung gewonnen, welche sie am Rhein und in Süddeutschland besaßen.

Die große Masse des Volkes war in der preußischen Residenz so wenig politisch durchgebildet, daß sie kaum ein Verständniß, viel weniger ein Interesse für die Form der Regierung besaß. Was kümmerte es den Arbeiter und den einfachen Bürger, ob Preußen eine konstitutionelle oder eine absolute Monarchie war? Ihnen erschien es höchst gleichgültig, ob Reichsstände über die Aufrechterhaltung der Gesetze wachten und sie gaben, oder ob es der König persönlich that. Der Arbeiter hatte in keinem Falle dabei ein Wort mitzureden, denn an eine demokratische Mitbetheiligung des ganzen Volkes an der Regierungsgewalt dachten ja damals selbst die vorgeschrittenen Liberalen nicht, am wenigsten aber Männer wie Humboldt, Stein u. A., die eben nur eine aristokratisch-constitutionelle Monarchie wollten, und für deren Bestrebungen daher das eigentliche Volk durchaus kein Verständniß besaß.

Die Unzufriedenheit über die Nichterfüllung des Königlichen Versprechens vom 22. Mai 1815 zeigte sich deshalb nicht im ganzen Volke, sondern nur in den beschränkten Kreisen der politisch Gebildeten, der Männer der Wissenschaft, und selbst die harten Maßregeln, welche die Regierung gegen alle Anhänger der liberalen Partei nahm, wurden ebenfalls nur den gebildeten Klassen, auf welche sie sich beschränkten, fühlbar.

Vor den Befreiungskriegen hatte in Berlin die schroffste Absonderung der Stände von einander stattgefunden. Die Jahre 1813, 1814 und 1815 hatten diese allerdings für kurze Zeit aufgehoben, Adlige und Bürgerliche, Beamte, Kaufleute und Handwerker waren mit gleichem Enthusiasmus zu den Fahnen geeilt, um dem Vaterlande zu dienen, sie hatten im Kampfe neben einander gestanden und sich dadurch auch gesellschaftlich einander genähert. Bald nach dem Kriege aber war diese schöne Eintracht wieder zerstört worden.

Der Adel hatte sich wie früher abgesondert vom Bürgerthum, er suchte seine exclusive Stellung wieder einzunehmen, und wenn es ihm auch nicht gelang, die alten Vorrechte zurückzuerobern, gesellschaftlich wollte er wenigstens den ersten Stand im Staate bilden. Noch immer waren die meisten höheren Stellen in der Staatsverwaltung und in der Armee durch Adlige besetzt; kein Gesetz bestimmte dies, kein Gesetz verbot den Bürgern, zu den höchsten Staats-Aemtern emporzusteigen, oder in der Garde die Offizierstellen in Anspruch zu nehmen, trotzdem aber wurden schon bald nach dem Kriege die Adligen wieder überall bevorzugt, und besonders in der Armee standen die Offizierstellen in der Garde ihnen fast allein offen.

Allerdings waren noch viele Bürgerliche theils Offiziere, und selbst hohe Offiziere, theils Staatsbeamte in den höchsten Aemtern, aber die so Bevorzugten schlossen sich ganz dem Adel an, und blickten meistens mit nicht weniger Stolz, als dieser, auf das eigentliche Bürgerthum herab. Der Adel bildete in Berlin bald nach dem Befreiungskrieg wieder gesellschaftlich einen scharf abgeschlossenen Kreis, in den er nur hier und da einen vornehmen bürgerlichen Beamten, einen berühmten Mann der Wissenschaft, einen ausgezeichneten Künstler eindringen ließ.

Nicht minder schloß sich das Beamtenthum gesellschaftlich vom eigentlichen Volke ab. Der alte Büreaukratenstolz erwachte von Neuem. Ein höherer Beamter hielt sich vom Umgange mit Kaufleuten oder gar mit Handwerkern kühl zurück. Wie ihn eine unsichtbare, aber doch täglich unangenehm gefühlte Scheidewand von den Adelskreisen trennte, so zog er eine solche auch gegen die von ihm als tiefer stehend betrachtete bürgerliche Gesellschaft. Wie es nur wenige hochgestellte Adlige wagten, dem Standesvorurtheil zu trotzen und sich ihre Gesellschaft lediglich nach ihrem Geschmack zu wählen, so meinten auch die meisten hohen Beamten, ihrer bevorzugten Stellung etwas zu vergeben, wenn sie herabstiegen in die Kreise des niedern Bürgerthums.

Gesellschaftlich frei lebten nur die Männer

der Wissenschaft und Kunst. Sie allein hatten Zutritt in die Adelskreise und in die Gesellschaften der höheren Beamtenwelt, weil bei der in Berlin seit Friedrich des Großen Zeit modernen und stets zur Schau getragenen Liebe der höheren Gesellschaft für alle wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen Wissenschaft und Kunst ihren Trägern eine vom Stand abgesonderte gesellschaftliche Stellung gewährten. Diese mußten daher auch ihrerseits duldsam sein. Aber wenn sie auch auf Rang und Stand keine Rücksicht nahmen, wenn sie den fein gebildeten jüdischen Kaufmann eben so gern in ihre Gesellschaft zogen, als den Minister oder Offizier, so zeigten sie sich um so ausschließlicher gegen alle diejenigen, welche ihnen geistig nicht ebenbürtig waren.

Der eigentliche Bürgerstand Berlins stand bald nach den Befreiungskriegen der höheren Gesellschaft so fern wie jemals vor denselben. Er hatte kaum irgend eine Berührung mit den Kreisen des Adels, der höheren Beamten, der Männer der Wissenschaft und Kunst. In dieser gesellschaftlichen Abgeschlossenheit war der Bürger außer Stande, sich politisch fortzubilden, die Mittel, welche er hierzu heut zu Tage hat, fehlten ihm damals ganz.

Politische Vereine gab es nicht, die stets wachsame Polizei hätte ihre Entstehung nicht geduldet. Die Presse wurde durch die strengste Handhabung der Censur von jeder politischen Thätigkeit abgeschlossen. Keine der Zeitungen durfte es wagen, die Tagesfragen freimüthig zu besprechen. Ueber das, was in Preußen vorging, konnte aus preußischen Zeitungen sich Niemand unterrichten, auswärtige wurden, wenigstens von der eigentlichen Bürgerschaft, damals in Berlin nicht gelesen, und ein geselliger Verkehr mit den höher Gebildeten fand nicht statt. Woher hätte also der Bürger, der einfache Handwerker seine politische Bildung schöpfen sollen? Er versank nach und nach in eine vollständige Gleichgültigkeit gegen alle diejenigen staatlichen Fragen, welche nicht direkt seine materiellen Interessen berührten. Es war ihm gleichgültig, ob dieser oder jener hochgestellte Staatsmann, ob ein Wittgenstein oder Stein, ob ein Hardenberg oder Humboldt in der Regierung den höchsten Einfluß besaß; alle waren ihm gleich fremd und standen ihm gleich fern; er hatte weder für die Bestrebungen des Einen noch für die des Andern irgend ein Interesse. Er kümmerte sich wenig darum, ob eine Anzahl Professoren und Doktoren ihrer Stellungen entsetzt wurden, ob in Köpenick oder Frankfurt a. M. die Untersuchungs-Kommissionen mit gewaltsamer Härte gegen die hochverrätherischer Umtriebe Verdächtigten verfuhren, ihn trafen ja die Verfolgungen der Polizei nicht, er konnte ebenso wie früher in der Weißbierkneipe räsonniren nach Herzenslust, ohne daß die Spione der Polizei seine Reden auffingen und ihn in gehässige Untersuchungen verwickelten, an ihm gingen daher alle harten, oft gesetzlosen und ungerechten Maßnahmen der wieder mächtig gewordenen Reaktionspartei, ohne einen Eindruck zu machen, vorüber.

Das Bürgerthum Berlins versank nach und nach in einen tiefen politischen Schlaf, es lebte nur für den gewerblichen Verdienst und für den Genuß des Erworbenen.

So stand es in Berlin, als das Jahr 1830 plötzlich in ganz Deutschland ein neues politisches Leben erweckte, ein Leben, aus welchem die Freiheitsfreunde neue Hoffnungen schöpften.

Die Juli-Revolution in Paris hatte auch in Deutschland revolutionäre Bewegungen zur Folge. In Braunschweig, Kassel, Dresden und andern Orten regte sich das Volk, es machte seine Revolutiönchen nach dem Muster der französischen Revolution, und auch in Preußen gab es in manchen Städten unruhige Auftritte.

In jenen stürmischen Tagen richteten sich die Blicke mancher begeisterter Anhänger der liberalen Ideen erwartungsvoll nach Berlin, der preußischen Haupt- und Residenzstadt. Wenn Berlin dem Beispiele von Paris folgte, wenn das preußische Volk sich erhob, um die versprochene Verfassung zu fordern, wenn es gelang, den König zur Erfüllung seines Versprechens zu zwingen, dann hatte in ganz Deutschland die Verfassungspartei gesiegt!

Welche Bedeutung hatten die kleinen Erfolge in Hessen, Sachsen u. s. w.? Ein Sturm im Glase Wasser! Nur in Berlin konnte für das ganze deutsche Volk die Freiheit erkämpft werden! Nirgend aber waren die Verhältnisse für eine Revolution ungünstiger, als gerade in Berlin. Hatten doch hier nicht einmal die heißblütigsten Mitglieder der Verfassungspartei für einen gewaltsamen Umsturz rechte Sympathien.

Wie kleinlich sich die preußische Regierung auch in den Verfassungsfragen gezeigt hatte, wie wenig alle berechtigten Erwartungen des Volkes auf Gewährung freiheitlicher Institutionen erfüllt waren, so ließ sich doch nicht verkennen, daß Preußen in recht vielen und wesentlichen Beziehungen den andern deutschen Staaten weit vorausgeeilt war. Der Minister v. Altenstein hatte das Volksschulwesen auf eine Höhe gehoben, welche in keinem andern deutschen Lande erreicht war. Für Wissenschaft und Kunst wurde Seitens der Regierung viel gethan, die Finanzen waren geordnet, Handel und Gewerbe blühten wieder empor, weil die Regierung, in gewerblicher Beziehung freisinnig, die hemmenden Schranken derselben eine nach der andern fortgeräumt hatte. Selbst zu einem wenigstens in gewerblicher Beziehung einigen Deutschland hatte Preußen im Jahre 1828 den ersten Schritt gethan, indem es durch die Verbindung mit mehreren Kleinstaaten den Grund zum Zollverein legte.

Solche Fortschritte konnten nicht durch den Scheinkonstitutionalismus, an welchem die süddeutschen Staaten krankten, aufgewogen werden, ja der freisinnige Absolutismus erhielt durch dieselben eine Art von Glorie.

Eine Revolution fand unter solchen Umständen in Berlin den unfruchtbarsten Boden. Trotzdem aber ging doch ein Geist der Unruhe auch durch unsere Stadt. Man ahnte, daß irgend etwas geschehen werde, was aber, das wußte kein Mensch. Man war unzufrieden, aber man hatte kein klares Bewußtsein worüber? Wenigstens die große Menge des Volkes ahnte kaum die politischen Ziele, nach denen nur eine kleine Minderheit strebte. Es war ein Zustand fieberischer Ungewißheit, der bei dem politisch durchaus unreifen und ungebildeten Volke keine bestimmte sichere Richtung annehmen konnte, wohl aber zu einem gewaltsamen Ausbruch irgend einer Art führen mußte.

Und dieser Ausbruch kam. Er war so kleinlich und erbärmlich, so ohne jede gerechte Veranlassung, ohne Zweck und Ziel, daß er den Spottnamen der Schneider-Revolution, den ihm die witzelnden Berliner selbst gegeben haben, wohl verdient.

Während des ganzen August des Jahres 1830 herrschte in der Residenz eine eigenthümliche gereizte Stimmung unter der Bürgerschaft. Die Regierung erkannte dies wohl, sie bereitete sich auf ernste Unruhen vor. Von welcher Seite diese aber ausgehen würden, zu welchen Zielen sie führen sollten, davon hatte weder die Regierung noch die Bürgerschaft die geringste Ahnung.

Die Veranlassung zum Ausbruche war so sonderbar, daß wir fast geneigt sein möchten, zu glauben, Größeres sei im Geheimen vorbereitet, aber rechtzeitig unterdrückt worden, wenn nicht übereinstimmende Berichte aller Zeitgenossen dies ableugneten. Es liegt trotzdem ein gewisses Dunkel auf jenen Tagen, welches auch heut noch nicht vollständig aufgehellt ist und vielleicht niemals aufgehellt werden wird, weil sie zu unbedeutend sind, um zu einer eingehenden historischen Forschung herauszufordern. Als geschichtliches Material können vorläufig nur die Akten der Behörden und die offiziösen Berichte der Zeitungen dienen, denn andere als solche durften die Berliner Blätter nicht bringen.

Vergeblich sucht man in der Vossischen und Spenerschen Zeitung nach eingehenden wahrheitsgetreuen Schilderungen der eigenthümlichen Vorgänge. Während am 16 September die ersten unruhigen Auftritte stattfanden, schwiegen doch beide Zeitungen so lange, bis die Staatszeitung sich äußerte, und auch dann wagten sie nur den Artikel des amtlichen Blattes abzudrucken. Sie konnten nicht anders, denn jede selbstständige Meinungsäußerung hätte der dienstbeflissene Censor unweigerlich gestrichen.

Am Freitag den 24. September endlich, nachdem schon am 18. die Unruhen vollständig aufgehört hatten, brachte die Spenersche Zeitung einen längeren Artikel über die Revolution, der den Stempel seines offiziösen Ursprungs offen an der Stirn trägt. Er lautet folgendermaßen:

„Es ist das gewöhnliche Loos der Begebenheiten, bald vergrößert, bald verkleinert, oder sonst auf irgend eine Weise entstellt, vorgetragen zu werden. Nicht unwillkommen mag daher folgende Mittheilung über die neuesten Vorgänge in Berlin sein, welche ein unbefangener Augenzeuge, theils aus eigener Wahrnehmung, theils aus sorgsam geprüften Aeußerungen anderer zuverlässiger und wohlunterrichteter Personen schöpfte. Am 15. September hatte man einen Schneidergesellen verhaftet, der unter seinen Zunftgenossen Neuerungen predigend, von diesen selbst der Behörde war angegeben worden. Dies mochte wohl einen Polizeibeamten dazu geführt haben, am folgenden Tage ohne gehörige Prüfung, einige andere Gesellen als arbeitslose Herumtreiber zu verhaften, die es nicht waren. So beklagenswerth das Verfahren dieses Beamten auch sein mag, so konnte es selbstredend den übrigen Gesellen niemals weder ein Recht, noch eine Veranlassung geben, die Loslassung ihrer Gewerksgenossen eigenmächtig bewirken zu wollen, die nur dem prüfenden Urtheil der Behörde zusteht, welche jederzeit Untersuchung und Bestrafung des schuldigen Theils ungesäumt anordnet und auch hier schon angeordnet hatte. Dessenungeachtet erfolgte am Abend des 16. September in der zehnten Stunde ein Zusammenlauf von Gesellen auf dem Cölnischen Markt, welche mit Geschrei die Loslassung der Verhafteten verlangten. Diese Unordnung veranlaßte das Herzuströmen der Neugierigen in nicht geringer Menge, wodurch der ganze Schloßplatz gefüllt wurde. Schnell erschienen die Behörden, deren Amtspflicht das Einschreiten in solchen Momenten gebietet. Ihre einfache Ermahnung genügte, die Neugierigen zu zerstreuen. Einige der Unruhestifter und solche Personen, welche sich auf die geschehene Ermahnung nicht entfernten, wurden verhaftet und um 11 Uhr war auch auf diesen Plätzen die völlige Ruhe zurückgekehrt, die schon in den angrenzenden Straßen und im ganzen übrigen Theile der Stadt nicht einen Augenblick war unterbrochen worden. Am 17. Abends zwischen 7 und 8 Uhr lockte die Neugier, ob die gestrigen Vorgänge sich wiederholen würden, eine Menge Müssiggänger auf den Cölnischen Markt und den nahen Schloßplatz. Ohne ihr Erscheinen würde es kein Ruhestörer gewagt haben, sich heute zu zeigen, doch in der Menge versteckt, erlaubten sie sich unziemliches Geschrei, und insultirten durch mehrfache Steinwürfe die Polizei und die Gends'armerie, die einen solchen Unfug nicht dulden durften, und nun nach diesen geschehenen Thätlichkeiten, und da sie nicht anders zum Weichen zu bringen war, ohne weiteres die ganze Masse zerstreuen mußten, nur die Widersetzlichen zogen sich gefängliche Haft oder Verwundung zu, durch flache Säbelhiebe, von denen in der Dunkelheit und im Gewühl manche scharf gefallen sein können. Um 10 Uhr war auch hier Ruhe und Ordnung hergestellt, die, so wie am vorigen Abend, in keinem andern Theile der Stadt auch nur auf Augenblicke gestört wurde."

Betrachten wir diese Darstellung näher, so ergiebt sich uns ein eigenthümliches Bild jener Tage: Ein Schneidergeselle wird verhaftet, weil seine Zunftgenossen ihn als Prediger der Unordnung denunziren. Daraus nehmen Polizeibeamten Veranlassung, einige beliebige andere Schneidergesellen als arbeitslose Herumtreiber einzusperren, obgleich diese gar nicht arbeitslos und gar keine Herumtreiber waren.

Die Verhaftung ist der Funke, der ins Pulverfaß fällt. Berlin mußte sein Revolutiönchen haben, wie alle anderen größern Städte Deutschlands. Der längst erwartete Ausbruch findet jetzt statt, und verpufft natürlich so jämmerlich, wie die ganze Farce begonnen hatte.

Tumultreich genug ging es übrigens an jenen Abenden in Berlin zu. Der Skandal war hinreichend groß, um sowohl der Bürgerschaft als der Regierung ernste Besorgnisse einzuflößen. Daß Letzteres der Fall war, zeigt am klarsten die Brutalität, mit welcher gegen die Excedenten eingeschritten wurde, auch geht es unwiderleglich aus einem Artikel hervor, der am 18. Septbr. in der Staatszeitung erschien und der nach einer kurzen Darstellung der Ereignisse schließt:

„Die wohlgesinnten Einwohner Berlins können im Uebrigen versichert sein, daß ein jeder Versuch, den Böswillige etwa machen möchten, fernerhin eine Störung der öffentlichen Ruhe zu bewirken, durch die kräftigsten und nachdrücklichsten Vorkehrungen und Maßregeln sofort im Keime erstickt werden würde. Da die vorgestern verhafteten Schneidergesellen unschuldig befunden worden, und sich aus der diesfälligen Ermittelung ergeben hat, daß der Polizeibeamte, welcher sie arretirt, über seine Befugniß gegangen war, so sind jene sofort in Freiheit gesetzt und dieser ist auf ausdrücklichen Befehl Sr. Maj. vom Amte suspendirt und zur Untersuchung gezogen worden. Es geht aus diesem einfachen Akt der Gerechtigkeit hervor, daß die Vorfälle des vorgestrigen Tages doppelt tadelnswerth waren. Wo Einzelne auf ungesetzlichem Wege sich Recht verschaffen wollen, wird das Wohl Vieler verletzt und Niemandem Genugthuung gewährt."

Magistrat und Stadtverordneten waren über die Unruhen in ihrer friedlichen Stadt ernstlich besorgt, sie legten denselben eine größere Wichtigkeit bei, als sie in der That besaßen. Der Magistrat erließ am 18. Septbr. eine Bekanntmachung, welche an die Hauseigenthümer, die Kommunalbeamten und an die Gewerke vertheilt wurde; er mahnte in derselben die Grundeigenthümer mit dringenden Worten, sie möchten dafür sorgen, daß sowohl Erwachsene als auch besonders Jüngere sich vom Finsterwerden an zu Hause hielten, damit nicht durch Neugierige der Zulauf zu Volksansammlungen vermehrt werde und sogar diese verursacht würden.

Gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Magistrats erschien auch eine der Polizei, welche jedes Zusammenstehen von mehr als fünf Personen Abends auf den Staßen bei Strafe der Verhaftung verbot.

Die Stadtverordneten glaubten als Repräsentanten der Bürgerschaft vor Allem die Verpflichtung zu haben, auch ihrerseits über die Maßregeln zur Verhütung weiterer Unruhen in Berathung zu treten. Sie vereinigten sich am Abend des 18. September in einer außerordentlichen Versammlung und beschlossen, zwar nichts zu thun, da jedes Eingreifen nicht als zweckmäßig erschien, sich aber einem Schreiben des Magistrats an den König, in welchem die städtischen Behörden ihr Bedauern über die stattgehabten Unruhen ausdrücken wollten, anzuschließen.

Sie versicherte in Verbindung mit dem Magistrat dem Könige in einer Adresse, daß die beklagenswerthen Vorfälle nur einzelnen Muthwilligen zur Last fielen, daß aber die gesammte Bürgerschaft von der Gesinnung der ehrfurchtvollsten Treue und der innigsten Anhänglichkeit für Sr. Majestät durchdrungen sei.

Mit der gnädigen Antwort, welche der König auf diese Adresse gab, wäre wohl für die städtischen Behörden Berlins diese Angelegenheit erledigt gewesen, denn die Unruhen hatten sich nicht wiederholt, wären die Stadtverordneten nicht von allen Seiten gedrängt worden, sich der Bürgerschaft, deren Vertreter sie seien, anzunehmen. Gerade die ruhigsten Bürger der Stadt waren empört über die Vorfälle am 16. und 17. September. Hatten sie auch keine Sympathien mit den lärmenden und schreienden Volksschaaren, welche an jenen Abenden durch die Straßen Berlins gezogen waren, so fühlten sie sich doch tief entrüstet über die brutale Gewalt, mit der manche Polizisten und Soldaten gegen das Volk aufgetreten waren, und zwar nicht allein gegen die Tumultuanten, sondern auch gegen ruhige Bürger, die zufällig des Weges gekommen und nur einige Augenblicke stehen geblieben waren, um mit der den Berlinern so eigenen Neugierde, den „Witz" mit anzusehen.

Man erzählte in den Bürgerkreisen von wahrhaft empörenden Brutalitäten, deren sich Gensd'armen und Soldaten schuldig gemacht haben sollten, mehrere Stadtverordnete waren selbst Augenzeugen von Gewaltmaßregeln gewesen, außerdem aber gingen der Versammlung auch schriftliche und mündliche Anzeigen aus der Mitte der Bürgerschaft zu.

In der Versammlung der Stadtverordneten vom 23. September 1830 kamen zahlreiche derartige Klage zur Sprache. Die Versammlung fühlte sich daher verpflichtet, die Rechte der Bürgerschaft wahrzunehmen. Sie wendete sich an den Magistrat und ersuchte ihn, bei den höchsten Behörden die strengste Untersuchung gegen diejenigen Polizeibeamten, welche ihre Amtsbefugnisse überschritten hätten, zu beantragen, denn es sei dringend nothwendig, daß endlich die Grenzen

festgestellt würden, innerhalb deren die Polizeibeamten sich bewegen dürften*).

Das anerkennenswerthe Streben der Stadtverordneten-Versammlung hatte keinen Erfolg. Die Polizei war damals so allmächtig in Berlin, daß der Magistrat Anstand nahm, in dieser Angelenheit weitere Schritte zu thun. Er lehnte den Antrag der Stadtverordneten ab, indem er erklärte, daß bei den bestehenden Ressortverhältnissen nur die Betheiligten selbst sich mit Beschwerden gegen die Polizei-Beamten und Gensd'armen an die diesen vorgesetzte Behörde, also das Polizei-Präsidium, wenden könnten, die städtischen Behörden aber kein Recht hätten, hier einzugreifen.

Neuntes Kapitel.

Inniges Bündniß zwischen Preußen und Rußland. — Die Cholera in Rußland. — Die mangelhafte Grenzsperre. — Ungnädiger Bescheid an den Königsberger Magistrat. — Die Cholera in Danzig und Königsberg. — Die Cholerafurcht in Berlin. — Die Berliner Contagionisten. — Der Geh. Rath Rust. — Die Censur. — Das drakonische Choleragesetz. — Das Gesundheits-Comité in Berlin. — Die Contumaz im Schlößchen vor dem Frankfurter Thor. — Die Cholera-Verordnungen für Berlin. — Urtheil eines Reisenden über die Choleraangst der Berliner. — Der erste Choleraanfall in Berlin. — Kabinets-Ordre des Königs. — Die Ausbreitung der Krankheit. — Der Berliner Witz und die Cholera. — Der Cholera-Sperling. — Die Cholera-Zeitungen. — Der Hof und die Cholera. — Tod und Begräbniß des Philosophen Hegel. — Milderung der Cholera-Verordnungen. — Aufhören der Epidemie.

Die Schneider-Revolution war leicht unterdrückt worden, ruhig wurde es deshalb in Berlin dennoch nicht, es blieb das allgemeine Mißbehagen, welches durch die ganze Politik der preußischen Regierung täglich neue Nahrung erhielt. Preußen zeigte sich damals so gefügig gegen alle Wünsche Oesterreichs und Rußlands, daß jede Aussicht auf eine freie Entwickelung im Innern mehr und mehr schwand.

Recht augenscheinlich wurde das innige Bündniß mit Rußland im Jahre 1831 bei den vielfachen Verletzungen der Neutralität, welche Preußen im Kampfe zwischen Polen und Rußland einzunehmen sich verpflichtet hatte.

Auch der Berliner Bürgerschaft, welche sich sonst doch so wenig um äußere Politik bekümmerte, flößte gerade damals die blinde Theilnahme der Regierung für Rußland ernste Besorgnisse ein, denn sie drohte ihr einen fürchterlichen Gast, die Cholera, zu bringen.

In Rußland und Polen hauste die Cholera mit entsetzlicher Wuth, sie entvölkerte den Osten Europas und näherte sich mehr und mehr den deutschen Grenzen. Noch heut hat die Wissenschaft diese räthselhafte Krankheit weder in ihren Ursachen noch ihrer Natur klar zu ergründen vermocht. Noch immer streiten die Aerzte darüber, ob und in welcher Art die Cholera ansteckend sei, damals aber wußte man fast noch nichts über das Wesen jener Krankheit. Der allgemeine Glaube neigte sich dahin, daß sie, wie die Pest, durch Contakt anstecke, daß ihre Verbreitung durch strenge Abschließung der Länder, in denen die Krankheit herrsche, verhindert werden könne.

Gerade in Berlin hatte der Glaube an die kontagiöse Ansteckung am festesten Wurzel gefaßt, weil er hier durch einen der ersten und berühmtesten Aerzte, den Geh. Rath und Präsidenten Rust, gepredigt wurde, weil auch die Staatsbehörden, durch den Einfluß dieses Mannes veranlaßt, sich für die Ansteckungstheorie erklärten und hiernach ihre Maßregeln trafen.

Nur durch die strengste Grenzsperre gegen Rußland und Polen konnte, so glaubte man in Berlin fast allgemein, die fürchterliche Krankheit von Deutschland fern gehalten werden. Daß die preußische Regierung einen militärischen Grenzkordon zog, der den russisch-preußischen Handel fast vernichtete, verargten deshalb auch nur wenige vorurtheilsfreie Männer den Leitern des Staats, um so bitterer aber wurde es empfunden, daß Preußen seine Neutralität verletzte, daß zwischen den in Polen kämpfenden russischen Truppen und den preußischen Grenzfestungen ein reger Verkehr stattfand, daß die Russen von hier aus mit Kriegsmaterial und Lebensmitteln vielfach reichlich unterstützt wurden.

Dem einfachen gesunden Verstande des Volkes erschien es widersinnig, wenn auf der einen Seite Handel und Verkehr des ganzes Landes gestört wurden, um die Ansteckung abzuschneiden, während auf der andern Seite jede solche Vorsichtsmaßregel außer Augen gesetzt wurde, wenn es galt, die russischen Truppen zu unterstützen.

Der Magistrat von Königsberg richtete deshalb eine Adresse an den König, in welcher er sich darüber aussprach, daß eine solche Maßregel, die Sperrung der Grenze, welche zur Vernichtung des Handelsverkehrs führe und dagegen die Aufhebung der Sperre behufs Verpflegung der verpesteten russischen Truppen jeder gesetzlichen Ordnung Hohn spreche. Er erhielt eine höchst ungnädige Antwort. Der König, so hieß es in derselben, habe aus der Eingabe des Königsberger Magistrats mißfällig ersehen, wie ungemessen sich der Magistrat über die höheren Behörden äußere. Der Magistrat habe als Obrigkeit der Stadt die Verpflichtung, das Vertrauen der Bürger zu den Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung zu wecken und zu erhalten, deshalb sei es seine Pflicht gewesen, das Volk zu beruhigen, statt mit vermeintlicher besserer Einsicht Besorgnisse laut werden zu lassen.

*) Ein frommer Wunsch, der noch heut der Erfüllung harrt! —

Aehnlich wurden auch Adressen aus andern Städten auf das ungnädigste beantwortet; aber die Königlichen Worte trugen in keiner Beziehung zur Beruhigung bei. Die Unzufriedenheit über die Regierung vergrößerte sich, und sie erhielt um so mehr Nahrung, als nun wirklich die Cholera nach Preußen kam, als sie in Danzig, Posen und Königsberg zu wüthen begann und als jetzt plötzlich die Behörden gegen die Krankheit Maßregeln ergriffen, welche ganz geeignet waren, den Wohlstand der unglücklichen, von der Cholera ergriffenen Städte für viele Jahre zu vernichten. Besonders schwer wurde Danzig betroffen. Man schnitt die Stadt von jedem Verkehr mit dem übrigen Lande ab und ruinirte dadurch ihren Handel auf lange Zeit, ohne das Geringste zu erzielen, denn unaufhaltsam drang die furchtbare Krankheit weiter.

Noch war die Seuche von Berlin viele Meilen weit entfernt, und doch herrschte in der Residenz schon eine fabelhafte Furcht vor derselben, welche durch die Regierungs-Behörden fortwährend genährt wurde. Es gab damals nur ein Thema des Gesprächs in allen Kreisen der Gesellschaft Berlins: die Cholera! Wird sie auch nach der Hauptstadt kommen? welche Maßregeln sollen ergriffen werden, um sie abzuhalten, welche, um sich vor ihr zu schützen, wenn sie dennoch kommt?

Eine Fluth von Schriften über die Krankheit überschwemmte den Büchermarkt; die meisten waren ohne den geringsten wissenschaftlichen Werth, aber sie wurden trotzdem eifrig gekauft, ebenso die zahlreich feilgebotenen und angepriesenen, oft geradezu unsinnigen Heil- und Vorbeugungsmittel. Die ganze Broschürenmasse aber folgte einer Richtung, in allen Schriften wurde die Ansteckungstheorie gepredigt, in allen die strengste Abschließung der von der Cholera ergriffenen Ortschaften, die hermetische Absperrung der Häuser, in denen sich ein Kranker befand, die Desinfizirung und das Heer der andern Maßregeln, auf welche wir noch zurückkommen werden, gefordert.

Die Ausschließlichkeit der einen Theorie hatte ihren Grund in der engherzigen Anschauung der Medizinal-Behörden. Der Geh. Rath Rust, der das preußische Medizinalwesen damals fast despotisch beherrschte, duldete keine der seinigen entgegengesetzte Ansicht. Seinem Einfluß gelang es, jede Meinungsäußerung zu unterdrücken, welche der Ansteckungstheorie widersprach. Die Censoren wurden angewiesen, mit unbarmherziger Strenge Alles zu streichen, was die Ansicht des Herrn Rust bekämpfte.

Eine wirklich eingehende und fruchtbringende wissenschaftliche Erörterung wurde hierdurch natürlich unmöglich gemacht. Die Kontagionisten, die Anhänger der Ansteckungstheorie, durften schreiben, was sie wollten, während die Censur ihre Gegner mundtodt machte.

Schon im Winter hatte die Regierung eine Deputation von Aerzten nach Moskau gesendet, um sich über das Wesen der Cholera zu unterrichten. Als einer dieser Aerzte das Resultat seiner Beobachtungen, welches einer kontagiösen Ansteckung widersprach, veröffentlichen wollte, nahm weder die Preußische Staatszeitung den Aufsatz auf, noch durfte er in einem andern Berliner Blatte erscheinen; der preußische Arzt mußte, um ihn drucken zu lassen, zum Hamburger Korrespondenten seine Zuflucht nehmen.

„Während man den Kontagionisten aller Art, sowohl Laien als Aerzte es gestattete, förmlich Mißbrauch mit der Presse zu treiben, verweigerte man den gediegensten Aufsätzen ausgezeichneter Aerzte, welche es sich angelegen sein ließen, gründliche Untersuchungen über das rein Wissenschaftliche der Frage anzustellen, das imprimatur; während die Staatszeitung ihre Kolumnen mit den abgeschmacktesten Histörchen und geflissentlich verdrehten Thatsachen zum Beweise der Kontagiosität füllte, erlaubte man damals nicht einmal derselben oder andern Berliner Blättern, die Gegenbeweise aufzunehmen. Ja, die Sache wurde soweit getrieben, daß, als von zweien, den gleichen Namen führenden Berliner Aerzten (welche außer diesem nichts mit einander gemein haben), der Eine, als krasser Kontagionist, seine Ansicht in der Staatszeitung sehr breit geltend gemacht hatte, man dem Andern die Aufnahme der bloßen Anzeige, daß nicht Er Verfasser des gedachten Aufsatzes sei, verweigerte! und zwar unter welchem Grunde? — weil in diesem Nichtanerkennenwollen eine stillschweigende Mißbilligung des Inhaltes jenes Aufsatzes enthalten sei."*)

Immer näher kam die Krankheit, sie durchbrach die auch innerhalb des Landes gezogenen Kordons. Vergeblich war die Aufstellung einer Militairkette an der Oder, vergeblich der Erlaß eines wahrhaft drakonischen, gegen diejenigen, welche etwa wagen würden, die Grenzsperrungslinie zu durchbrechen gerichteten Gesetzes, eines Gesetzes, welches am 15. Juni 1831 erlassen wurde, aber aus dem Mittelalter zu stammen scheint. Wir führen nur einige Paragraphen dieses Gesetzes an. So lautete

§ 1.

Alle diejenigen, welche die gezogenen Cordons oder Sperrungslinien auf anderen, als den durch die angeordneten Quarantaine-Anstalten dazu bestimmten Wegen überschreiten wollen oder überschritten sind, und auf den Zuruf und die Androhung der daselbst stationirten Wachen und Patrouillen nicht sofort zurückbleiben oder sich zurückbegeben, setzen sich, außer der sonst noch verwirkten gesetzlichen Strafe der Landesbeschädigung, dem Gebrauche der Waffen aus, und sie können ohne weitere Rücksicht auf der Stelle niedergeschossen werden.

*) Aus einer im Jahre 1832 in Altenburg erschienenen Broschüre: „Freimüthige Beleuchtung des Benehmens der Berliner verordneten Kontagionisten in Bezug auf die Cholera."

§ 2.

Wer mit Hintergehung der Wachen und Patrouillen, oder unter Vereitelung der Kontumaz, die Cordons oder Sperrungslinien übertreten hat, wird als Landesbeschädiger angesehen und mit mehrjähriger Festungs- und Zuchthausstrafe belegt, welche, nach Maßgabe der daraus entsprungenen Gefahr, bis auf 10 Jahre erhöht, und im Falle eines wirklich dadurch entstandenen Nachtheils bis zur Todesstrafe ausgedehnt werden kann.

§ 10.

Gegen diejenigen, welche aus den Kontumaz-Anstalten, aus gesperrten Häusern oder aus Kastellen, Hospitälern u. dergl., Sachen entwenden, soll, neben der Strafe des unter erschwerenden Umständen begangenen Diebstahls, auf die höchste Strafe der Landesbeschädigung erkannt, wofern aber durch den Vertrieb der gestohlenen Sachen die Ansteckung bewirkt oder vermehrt sein sollte, die Todesstrafe gegen sie verhängt werden.

Die drei angeführten Paragraphen werden zur Kennzeichnung des ganzen Gesetzes genügen. Das Gesetz selbst aber giebt uns ein klares Bild von der Angst, welche die Gesetzgeber zu solchem Werke treiben konnte.

Dem Gesetze über die Sperre und Quarantaine zum Trotz kam die Cholera immer näher nach Berlin. Die Contagionisten hätten vernünftigerweise einsehen sollen, daß alle ihre Sperrungsmaßregeln nur den gewerblichen Verkehr hemmten, ohne den Fortschritt der Krankheit aufhalten zu können. Zu solcher Erkenntniß aber kamen sie noch nicht, sie glaubten im Gegentheil, die bisherige Sperrung des Landes sei nicht streng genug gewesen; trotz derselben hätten einige Uebertretungen stattgefunden, also sei eine noch größere Strenge geboten. Vor Allem sei es nöthig, das Volk von Berlin in die höchste Furcht vor der Cholera zu jagen, dann werde es willig sich allen den gehässigen Sperrungs-, Contumaz- und Desinfizirungs-Maßregeln unterwerfen.

In Berlin wurde auf Königl. Befehl aus hohen Militair-, Staats- und städtischen Beamten ein Gesundheits-Comité gebildet, welches unter Leitung des Stadt-Kommandanten General-Lieutenant von Tippelskirch über die zu ergreifenden Maßregeln berathen sollte; zu den Mitgliedern dieses Comité's gehörten außerdem noch mehrere Aerzte.

Ueber alle in die Stadt einpassirenden Fremden wurde die strengste Kontrole geübt; an den Thoren standen Wachen und Polizeibeamte, welche zu prüfen hatten, ob etwa die Fremden aus verdächtigen Gegenden kamen. Auch die Gasthöfe wurden zu diesem Zwecke noch extrascharf überwacht. Der Unglückliche, dessen Heimath der Cholera verdächtig war oder der auf seiner Reise einen verdächtigen Landstrich passirt hatte, wurde ohne Weiteres in die Kontumaz gebracht, um dort 10 Tage Quarantaine zu halten. Darauf, ob ihm aus dieser Maßregel die schwersten Verluste erwuchsen, nahm man nicht die geringste Rücksicht. Zur Kontumaz-Anstalt war das sogenannte Schlößchen vor dem Frankfurter Thore eingerichtet.

Wichtiger wäre es wohl gewesen, Fürsorge anderer Art zu treffen, z. B. Cholera-Lazarethe in genügender Zahl einzurichten, um für den Empfang des schauerlichen Gastes gerüstet zu sein. Dies aber geschah nur in höchst unzureichendem Maße, weil Stadt und Staat im Streite lagen, von welcher Seite die Kosten solcher Einrichtungen zu tragen seien. So wurde denn vorläufig nur das Pockenhaus in der Kirsch-Allee vor dem Oranienburger Thor mit 13 Betten, sage 13 Betten!! — eingerichtet und erst als die Krankheit wirklich ausgebrochen war, kam man dahin, weitere Fürsorge für die Aufnahme der Kranken zu treffen.

Wenn man saumselig mit wirklich praktischen Maßregeln beim Ausbruch der Krankheit war, so zeigte man sich um so fleißiger mit dem Erlaß von Verordnungen, mit Warnungen an die Einwohner, mit Verbreitung von Schriften über die Cholera und des bei der Krankheit anzuwendenden Heilsverfahrens, durch die man nichts erzielte als eine Vergrößerung der allgemein herrschenden Unklarheit und Furcht.

Lesen wir heut die am 28. Juni 1831 erlassenen Verordnungen für den Fall eines plötzlichen Ausbruchs der Cholera in Berlin, dann wird es uns wahrlich schwer, zu glauben, daß dieselben im neunzehnten Jahrhundert gegeben sind, solchen wunderbaren Mischmasch von vernünftigen Anordnungen und kaum zu glaubendem Unsinn, dessen geistiger Urheber der Herr Präsident Rust war, bildeten jene Gesetze. Wir müssen zur Charakteristik der Zeit auf dieselben etwas näher eingehen.

Unter der Oberleitung des bereits erwähnten Gesundheits-Comité's wurde unter dem Vorsitz des Polizei-Präsidenten von Berlin ein Lokal-Comité eingesetzt, und diesem die Aufgabe ertheilt, für Anschaffung und Beaufsichtigung von Cholera-Heil-Anstalten und Cholera-Kirchhöfen, von Contumaz-Anstalten ꝛc. zu sorgen. Das Lokal-Comité hatte außerdem für die Verpflegung der Armen in ihren Wohnungen und in den Contumaz-Anstalten zu sorgen, Aufsichts- und Wärter-Personal anzustellen und überhaupt die Oberaufsicht über alle für Berlin zu treffenden Maßregeln zu führen, auch bildete es die vorgesetzte Behörde der Bezirksschutz-Kommissionen.

Die Bezirksschutz-Kommissionen wurden von den Stadtverordneten aus Bürgern der Stadt erwählt, um ihrerseits in ihrem Bezirke die sanitätspolizeiliche Aufsicht zu führen. Zu jeder Bezirksschutz-Kommission gehörten außer den Bürgern auch ein Arzt und ein Polizeibeamter, die vom Polizei-Präsidenten zu ernennen waren. Die Schutz-Kommission hatte sich nach dem etwaigen Ausbruch der Krankheit täglich zweimal zu versammeln, ihren Mitgliedern wurden die Befugnisse obrigkeitlicher Personen gewährt. Gleich nach ihrem Zusammentreten waren die Kommissionen

verpflichtet, die Häuser und Wohnungen in ihrem Bezirk zu untersuchen, um über die Gesundheitsverhältnisse ihrer Bewohner Bericht zu erstatten. Sie hatten für die höchste Reinlichkeit im Bezirk Sorge zu tragen, ihren Befehlen mußten die Einwohner gehorchen. Jeder Hauseigenthümer wie jeder Miether war verpflichtet, den Mitgliedern der Schutzkommission unweigerlich Eintritt in sein Haus und seine Wohnung zu gestatten, ihm auch jede gewünschte Auskunft zu ertheilen.

Die Schutz-Kommission hatte ihre Aufmerksamkeit auch auf diejenigen Fremden zu richten, welche nach Berlin kamen. Sollte es ja einem Reisenden gelungen sein, die Wachen zu umgehen, und so der gehaßten Quarantaine zu entfliehen, so mußte die Schutz-Kommission dies sofort der Polizei mittheilen, damit der Verdächtige noch nachträglich zur Contumaz befördert werden konnte.

Nach dem Ausbruch der Krankheit in Berlin hatte die Schutz-Kommission außerdem das Amt, ihre Aufmerksamkeit auf die erkrankten Personen zu richten. Sie hatte zu diesem Behufe das Recht, sich von dem Befinden jedes einzelnen Einwohners im Bezirk zu überzeugen.

Konnten schon diese weitgehenden Befugnisse der Schutz-Kommissionen manche Besorgnisse erregen, so waren doch weit bedenklicher die Maßregeln, welche zur Vermeidung der Verbreitung der Cholera in den Verordnungen anbefohlen wurden.

Jeder Arzt wurde verpflichtet, sobald er bei einem Kranken die Zeichen der Cholera fand, sich sofort mit dem Eigenthümer des Hauses, in welchem der Patient wohnte, in Verbindung zu setzen und dafür zu sorgen, daß bis zur Benachrichtigung der betreffenden Schutz-Kommission alle Ausgänge der Krankenwohnung und des Hauses geschlossen würden. Weder Personen noch Waaren irgend einer Art durften aus dem Hause gelassen oder in dasselbe gebracht werden. Den Miethern mußten die Hausschlüssel abgenommen werden, alle Kommunikation sowohl mit der Nachbarschaft als innerhalb des Hauses mit der Wohnung des Kranken mußte aufhören.

Da es nothwendig war, dem Kranken sofort Medizin zu geben, so hatte der Arzt sich mit irgend einer Person außerhalb des Hauses durch Zuruf zu verständigen; dieser sollte er sein Rezept und die Anzeige an die Schutz-Kommission übergeben. Die Papiere mußten aber vorher einige Minuten lang mit Essig und Chlor geräuchert werden.

Der Schutz-Kommission lag es demnächst ob, für die vollständige Sperrung des Hauses oder, wenn die Wohnung abgesondert werden konnte, mindestens der Wohnung, in welcher der Kranke mit seinen Angehörigen und denjenigen Personen, die etwa mit ihm in Berührung gekommen waren, sich befand, Sorge zu tragen. Der Eingang sollte durch ein besonderes Schloß verschlossen und durch ein gezogenes Seil die Grenze bezeichnet werden, wie weit wohl die Ansteckung reichen könne.

Ein Schutzdiener und ein Militärwachtposten hatten für die Sicherung der Absperrung zu sorgen. Ueber den Haupteingang des Hauses und den Eingang der Wohnung des Kranken sollte eine Warnungstafel mit der Aufschrift „Cholera" gehängt werden. Jeder Zugang zu dem abzusperrenden Raum mußte auf das Sorgfältigste verschlossen werden.

Der Schutzdiener, der am Eingang in das Lokal aufgestellt war, erhielt den Schlüssel mit der Aufgabe, jede unerlaubte Annäherung oder gar die Uebertretung der Grenze nöthigenfalls mit Hilfe des Wachtpostens zu verhindern. Zu den abgesperrten Räumen hatten nur die Aerzte der Schutz-Kommission und wenn es nöthig war, ein Geistlicher Zutritt. Damit aber auch diese nicht etwa die Ansteckung fortschleppen könnten, wurden sie verpflichtet, eine besondere Kleidung anzulegen und über derselben einen Mantel von Wachstaffet zu tragen. Angerathen war auch eine Maske von gleichem Stoffe. Jedesmal, wenn sie das Lokal verließen, mußten sie sich mit desinfizirenden Lösungen waschen und räuchern.

Auch im Innern der Häuser war der Verkehr der einzelnen Bewohner beschränkt, insbesondere durfte mit den nächsten Angehörigen des Kranken Niemand sich einlassen. Um jeder weiteren Ansteckung vorzubeugen, gebot § 41 der Verordnung ausdrücklich, daß alle entbehrlichen Hausthiere, z. B. Hunde, Katzen u. s. w., welche durch ihr rauhes Fell besonders geeignet seien, den Ansteckungsstoff weiter zu tragen, getödtet würden. Dem Federvieh sollten die Flügel kurz abgestutzt werden.

Die Schutz-Kommissionen erhielten demnächst die Pflicht, für die Verpflegung der Bewohner in den abgesperrten Lokalien zu sorgen. Die in den §§ 44 und 45 zu diesem Zweck anbefohlenen Maßregeln können wir nicht umhin, unsern Lesern wörtlich mitzutheilen:

„Wenigstens zweimal täglich, namentlich Morgens vor 9 Uhr und Nachmittags vor 5 Uhr begiebt sich ein (der Ansteckung nicht exponirter) Schutzdiener an die Grenze des gesperrten Raumes, um über die Bedürfnisse der Bewohner Erkundigung einzuziehen. Zur Erleichterung des Verkehrs ist es wünschenswerth, daß von den abgesperrten Personen schon etwas früher eine schriftliche Notiz über ihre resp. Bedürfnisse an Lebensmitteln ꝛc. mit genauer Bemerkung der Bestellenden und der Nummer des Hauses angefertigt und das zu deren Anschaffung bestimmte Geld dieser Notiz beigefügt werde, falls letzteres nicht, was hauptsächlich zu wünschen, durch einen Seitens der Abgesperrten gleich Anfangs und ein für alle Mal eröffneten Kredit, für die einzelnen Fälle entbehrlich gemacht worden ist. Jedenfalls nimmt der Schutzdiener die schriftlichen oder mündlichen Aufträge aus dem gesperrten Raume, unter Beobachtung der im folgenden Paragraphen näher angegebenen Vorsichtsmaßregeln entgegen

und überliefert sie der Schutz-Kommission. Diese läßt die geforderten Bedürfnisse durch ein oder das andere, speziell mit der Verpflegungspartie zu beauftragende Mitglied anschaffen, und den Bewohnern des abgesperrten Lokals durch die Schutzdiener, gleichfalls unter gehöriger Vorsicht, zustellen. Für die Beschaffung guter und preiswürdiger Lebensmittel ꝛc. und die sichere Ablieferung derselben haben die betreffenden Mitglieder der Schutz-Kommissionen vorzugsweise zu sorgen.

Bei plötzlich eintretenden Bedürfnissen wird der am Eingange des Lokals aufgestellte Schutzdiener deren Besorgung durch Herbeirufung eines andern, nöthigenfalls durch Vermittelung der übrigen Hausbewohner bewirken. — — — Dieser Verkehr muß mit sorgfältiger Vermeidung jeder unmittelbaren Berührung zwischen den Schutzdienern und den abgesperrten Bewohnern geschehen.

Zu diesem Behufe ist nahe an dem Eingange des gesperrten Lokals von jenen ein Tisch oder eine Bank zu setzen, und sobald der Schutzdiener seine Ankunft durch Klopfen, Klingeln oder ein sonst verabredetes Zeichen zu erkennen gegeben, jener Bestellzettel, desgl. etwaiges Papiergeld von einem der abgesperrten Einwohner, Wärter u. s. w. auf diesen Tisch ꝛc., Metallgeld aber in ein darauf zu stellendes, mit Essig gefülltes Geschirr zu legen, worauf diese Person sich zurückzieht. Der vor dem Eingange aufgestellte Wächter schließt sodann die Thür auf, und der Schutzdiener, welcher eine eiserne Zange, einen eisenblechernen Löffel und eine Schachtel bei sich führt, nimmt das für ihn auf dem Tische Bereitliegende in Empfang. Er faßt namentlich den Bestellzettel mit der Zange, und wirft ihn nach einer auf der Stelle zu bewirkenden Durchräucherung mit Chlorgas in die Schachtel, die er sogleich verdeckt; auf gleiche Art nimmt er Papiergeld in Empfang, Metallgeld aber mit dem Löffel nach einigem Umrühren aus dem Essig heraus und an sich. Der Wächter verschließt den Eingang und jener entfernt sich, nachdem er sich noch mit Chlorauflösung gewaschen, um Alles im Lokal der Schutz-Kommission abzuliefern, woselbst die aus dem infizirten Hause gebrachten Papiere, incl. Papiergeld, einer nochmaligen Desinfektion unterworfen werden. Mündliche Bestellungen bei Gelegenheit von persönlicher Ueberlieferung des Zettels an den Schutzdiener dürfen nur so gemacht werden, daß letzterer von dem Bestellenden möglichst weit absteht und jedenfalls alle unmittelbare Berührung vermeidet. Bringt der Schutzdiener nach einiger Zeit die geforderten Lebensmittel ꝛc., so stellen die Abgesperrten, nach vernommener Anmeldung seiner Ankunft, Körbe, Schüsseln oder andere Gefäße, namentlich auch einen mit Wasser gefüllten Eimer auf den an dem Eingange befindlichen Tisch ꝛc., und ziehen sich wieder zurück. Der Wächter öffnet, der Schutzdiener legt die Lebensmittel in die dazu bestimmten Gefäße, das Fleisch wirft er in den Wassereimer, und nachdem er auch den Bestellzettel beigefügt, entfernt er sich wieder und der Eingang wird wieder verschlossen wie vorher."

Da es auf der Hand lag, daß die so vollständig von der Außenwelt abgeschlossenen Bewohner abgesperrter Häuser Verluste durch Privatgeschäfte haben konnten, welche ohne Nachtheil für ihr eigenes oder Anderer Wohl nicht unterbleiben konnten, so erhielten die Schutz-Kommissionen die Verpflichtung, solche Angelegenheiten gewissenhaft zu besorgen. Nur durchaus nothwendige Staatsdiener, deren Geschäfte vielleicht nicht durch ein einfaches bürgerliches Mitglied einer Schutz-Kommission besorgt werden konnten, wurden nach genügender Räucherung und Kontumazirung aus dem Hause gelassen, um ihr Amt selbst zu verwalten.

Der Regel nach sollten die Kranken aus dem Hause geschafft werden, um in irgend einem Lazarethe ihre Heilung zu erwarten, indem hierdurch die Absperrung der betreffenden Häuser für kürzere Zeit nothwendig war. Zum Transport der Kranken waren theils Wagen, theils Tragekörbe bestimmt. Vier Krankenträger, welche in schwarze Glanzleinewand gekleidet waren, eine glanzlederne Mütze und desgleichen Handschuhe trugen, hatten den Transport zu besorgen. Er sollte auf den kürzesten Wegen mit möglichster Vermeidung der bewohnteren Straßen geschehen. Auch wenn der Kranke im Tragekorbe fortgeschafft wurde, mußte der Bürgersteig vermieden werden.

Ein Polizeibeamter hatte den Transport zu leiten und jede Gemeinschaft mit den Vorübergehenden durch Hilfe von zwei Mann Wache zu verhindern. Durch eine Klingel wurde das Nahen eines Cholerakranken bezeichnet. Ein Mann Wache ging mindesten fünf Schritt vor, der zweite folgte ebenso weit hinter dem Korbe. Geschah der Transport nach eingetretener Dunkelheit, so trugen die Krankenträger Laternen.

War ein Kranker im Hause geblieben, so dauerte die Kontumaz desselben und aller derjenigen, welche mit ihm eingesperrt worden waren, bis zwanzig Tage nach der Genesung; starb er, so wurde die Kontumazzeit vom Tage des Todes für die Miteingeschlossenen berechnet.

Die Beerdigung der an der Cholera verstorbenen geschah in besonderen Leichenwagen, die Leichenträger waren ebenso, wie die Krankenträger kostümirt, auch galt für die Leichentransporte dieselbe Regel wie für die Krankentransporte, nur war bestimmt, daß die ersteren lediglich in der Nacht vorgenommen werden durften.

Sämmtliche an der Cholera Verstorbenen Personen sollten nicht auf dem gewöhnlichen Kirchhofe, sondern auf besonders eingerichteten Cholera-Friedhöfen beerdigt werden. Die Begleitung der Leiche war den Leidtragenden verboten.

Mit den Anordnungen, von denen wir unsern Lesern soeben einen Auszug gegeben haben, wurden noch eine Reihe anderer Bestimmungen ver-

öffentlicht, welche getroffen waren, um die Ansteckung durch Gegenstände, von denen man nicht wissen konnte, ob sie nicht hier und da vielleicht doch mit einem Kranken oder Angesteckten in Berührung gekommen waren, zu verhindern. So war es z. B. geboten, daß alles geprägte Geld, welches aus verdächtigen Orten komme, oder auch solches, welches in verdächtigen Wohnungen vorgefunden worden sei, in einer starken Lösung von grüner Seife durchgewaschen werden müsse, ehe es weiter gebraucht werden könne. Papiergeld mußte eine Viertelstunde lang geräuchert werden. Aehnlich wurden andere Gegenstände behandelt: Briefe, die aus verdächtigen Orten kamen, mußten ebenfalls geräuchert werden. Sie erschienen als besonders gefährlich, weil vielleicht die Hand eines von der Cholera Angesteckten auf dem Papiere beruht hatte.

Die seltsamen und widersinnigen Anordnungen, von denen wir nur einen kleinen Theil aus der Vergessenheit hervorgezogen haben, erregten in der Hauptstadt eine wahrhaft panische Furcht vor der entsetzlichen Krankheit. Ein Reisender der unmittelbar vor dem Ausbruch der Cholera das leichtfertige Berlin besuchte, erzählt, daß er die preußische Residenz gar nicht wiedererkannt habe. Es sei nicht möglich gewesen, von einem Berliner ein vernünftiges Wort herauszubringen. „Spricht man von Politik, so ist die Antwort: man soll schon in Charlottenburg einen Cholerafall beobachtet haben; fragt man nach dem Theater, so wird erwidert: einen Dampfapparat müsse doch jeder vorsichtige Mann im Hause haben. Cholera! Cholera und nichts als Cholera! Wo man geht und steht, hört man von Cholera. Im Gasthofe an der Mittagstafel, im Theater während der Zwischenakte, im Familienkreise des Handwerkers wie auf den Hofbällen, giebt es nur ein Gespräch: die Cholera! ja selbst in der Kirche hört man während der Predigt hier und da das leise geflüsterte Wort: Cholera!"

Die Cholerafurcht nahm so überhand, daß sie zum Wahnsinn ausartete. Eine alte Frau erhängte sich, um nicht die Cholera zu bekommen. In allen Familien wurden Vorbereitungen getroffen, um für den Ausbruch der Krankheit gerüstet zu sein. Man verproviantirte sich, um so wenig wie möglich mit andern Menschen in Berührung zu kommen. Cholera-Apotheken wurden angeschafft, Dampfapparate konstruirt, und alle Präservativmittel, welche die Staatszeitung in reicher Fülle anpries, hatten einen hohen Preis.

Am 29. August 1831 wurde der erste Fall gemeldet: Auf einem Torfkahn bei Charlottenburg starb ein Schiffer, und schon am folgenden Tage brach die Krankheit auf einem Kahn, der am Schiffbauerdamm lag, in Berlin selbst aus.

Das Heer der Verordnungen sollte nun in Kraft treten, Berlin völlig abgesperrt werden, um nicht das übrige Land zu verpesten. Von diesem Schicksal, welches schwere Verluste für den gesammten Handel und Verkehr unausbleiblich zur Folge gehabt haben würde, blieb indeß die Hauptstadt verschont.

Die Nutzlosigkeit der Militair-Cordon's hatte sich so augenscheinlich gezeigt, daß König Friedrich Wilhelm III. mit dem ihm eigenen klaren Verstande wohl erkannte, es sei nöthig, der unsinnigen Sperre ganzer Ortschaften und Landstriche Einhalt zu thun. Er hätte vielleicht auch die übrigen seltsamen Verordnungen aufgehoben, denn er soll selbst nicht recht an den Erfolg derselben geglaubt haben, — das aber gab der Herr Geheime Rath Rust nicht zu. Er verharrte noch immer fest bei seiner Ansicht, daß die Verbreitung der Krankheit nur durch die strengsten Absperrungsmaßregeln gegen Kranke und der Ansteckung Verdächtige verhindert werden könne. Die meisten der unsern Lesern bekannten Verordnungen blieben deshalb in Kraft, während durch eine Kabinets-Ordre vom 6. September wenigstens die militairischen Cordon's beseitigt wurden.

Die Krankheit nahm nach dem Ausbruch in Berlin langsam zu. Es erkrankten in den ersten 3 Tagen 17 Personen, am 5ten Tage 20, am 8ten 26, am 13ten 43 ꝛc.

Die Berliner hatten sich die Seuche viel schlimmer vorgestellt, trotzdem zeigten sie in den ersten Wochen der Epidemie noch immer jene wahnsinnige Furcht, welche von dem Geheimen Rath Rust und seinen Gesinnungsgenossen erzeugt und genährt worden war.

Ich war beim Ausbruch der Cholera in Berlin ein Knabe von 8 Jahren. Mein Gedächtniß ist nicht besonders stark und viele wichtigere Ereignisse meiner Kindheit sind mir entschwunden, aber die Eindrücke, welche die erste Cholerazeit in Berlin machte, sind unverlöschlich geblieben. Ich sehe noch den traurigen Zug*) eines Kranken, der im Korbe nach dem Lazareth getragen wurde. Vor der warnenden Klingel flüchteten voll Grauen alle Begegnenden in die nächsten Häuser, aber die Neugierde trieb sie doch, aus den halb geöffneten Thüren dem Zuge nachzuschauen, dessen Aeußeres, das abenteuerliche Kostüm der in schwarzen Glanz-Taffet gekleideten Träger, schon Entsetzen erregte.

Unvergeßlich wird mir ein kecker, übermüthiger Schusterjunge sein, der neben dem Zuge her bald auf den Füßen, bald auf den Händen, den Bürgersteig entlang lief und dabei unaufhörlich schrie: „Man nich jraulich machen, ick kriege keene Cho-

---

*) Der Anblick des ersten Cholera-Krankentransports hatte zwar auf mich und meine, einige Jahre älteren Brüder einen tiefen, schauerlichen Eindruck gemacht; dies hinderte uns aber nicht, uns, als wir nach Hause zurückgekehrt waren, mit vollem Appetit an die unreifen Pflaumen im Garten zu wagen, ohne daß wir davon einen andern Nachtheil gehabt hätten, als den einer recht empfindlichen körperlichen Strafe. Der Vater überraschte uns bei unserer angenehmen Beschäftigung und machte uns die Schädlichkeit unreifen Obstes bei Cholerazeiten auf schlagende Weise klar

lera", bis ihn endlich der vorangehende Polizist durch ein paar tüchtige Jagdhiebe verscheuchte.

Die Berliner Straßenbuben zeigten sich in jener Zeit mit ihrer naturwüchsigen Unverschämtheit am tapfersten und sie haben wesentlich dazu beigetragen, die alberne Cholerafurcht zu verscheuchen. Die unglücklichen Aerzte, welche in den ersten Tagen mit Wachstuchmantel und Maske in den Straßen erschienen, um ihre Cholerakrankenbesuche zu machen, wurden so unbarmherzig von den Gassenbuben verspottet, daß sie bald genug sich gezwungen sahen, die auffallende Tracht zu Haus zu lassen.

Mehr und mehr brach die gesunde Vernunft sich Bahn, als die Bürger von Berlin beobachteten, daß einerseits die Krankheit so fürchterlich, wie sie geschildert worden, gar nicht sei*), und daß andererseits alle die unsinnigen Absperrungsmaßregeln, Räucherungen, Desinfizirungen des Geldes und der Waaren sich als völlig nutzlos erwiesen.

Der gute Muth kam bald den Berlinern wieder, der alte Berliner Witz machte sich geltend und wendete seine Schärfe gegen die Kontagionisten, am meisten gegen den Herrn Geheimen Rath Rust, den Urheber aller unsinnigen Verordnungen. Es erschien eine viel verbreitete Karrikatur. Sie zeigte einen Sperling mit dem Gesicht des Geh. Rathes, der in das berühmte Cholerakostüm gekleidet war und die einfache Unterschrift passer rusticus trug. Herr Rust erhielt seitdem den Spottnamen des „Cholera-Sperlings".

Während beim Anfang der Epidemie die Furchtlosen eine seltene Ausnahme in Berlin gewesen waren, wurden bald die Furchtsamen verlacht und verspottet. In den ersten Wochen hatten alle über die Cholera handelnden Druckschriften, die Präservative, die Dampfapparate und Medikamente einen so starken Absatz gehabt, daß die Handeltreibenden mit diesen Artikeln die glänzendsten Geschäfte machten. Bald aber hörte der Verkehr darin fast ganz auf, man hatte sich von der Nutzlosigkeit derselben überzeugt. Ja, man konnte es sogar riechen, daß der Glaube im Publikum an die Zweckmäßigkeit der Desinfizirungen ꝛc. gewichen sei, denn in den ersten Tagen drang aus allen Häusern dem Spazierengehenden der Dampf von Chlor und anderen Räucherungsgegenständen in die Nase. Wohin man kam, wurde man mit Desinfektionsprozeduren ennuyirt, weil jeder in dem Verdachte stand, er könne die Ansteckung bringen. Davon war schon im Oktober wenig, im November fast gar nichts mehr zu spüren.

*) Es erkrankten während des ganzen bis zum Schluß des Jahres dauernden Epidemie in Berlin im Ganzen 2271 Personen, von denen 1426 starben, also auf 1000 Seelen (Berlin zählte damals etwa 249,000 Einwohner) etwa $5\frac{1}{2}$ Todter, während die Epidemie von 1866 bei 670000 Einwohnern 6174 Todesfälle, also auf 1000 Seelen mehr als neun Todte ergab.

Die Theater und anderen Vergnügungsorte, welche Anfangs leer gewesen waren, füllten sich wieder, die große Zahl des Publikums ging wie früher den Geschäften und den Lustbarkeiten nach.*)

Ein wesentliches Verdienst für die Befreiung der Berliner von der albernen Furcht hat sich eine eigenthümliche Zeitschrift erworben. Gleich nach dem Ausbruch der Krankheit in Berlin wurden zwei Cholerazeitungen gegründet, welche nichts brachten, als Nachrichten über den Stand der Krankheit, Geschichten bemerkenswerther Kuren ꝛc. Die eine dieser Zeitungen wurde von dem Medizinalrath Casper, die andere von dem praktischen Arzt Dr. Sachs redigirt. Die erstere war das amtliche Organ, die zweite hingegen ein freies Unternehmen, welches sich die Aufgabe stellte, der gesunden Vernunft das Wort zu reden.

Anfangs hatte Dr. Sachs schwere Kämpfe zu bestehen. Die Censur strich unbarmherzig alle Artikel, welche sich gegen die contagiöse Ansteckung, gegen Sperrungsmaßregeln ꝛc. richteten. Bald aber änderte sich die herrschende Strömung, die Redaktion erhielt größere Freiheit und kämpfte nun mit beißendem Witz und glänzendem Erfolg gegen die Theorie des Herrn Geh. Rath Rust. Sie bewies so unwiderleglich die völlige Nutzlosigkeit der meisten angeordneten Sperrmaßregeln, der Kontumazen ꝛc., daß die Behörden nach und nach weniger peinlich in der Durchführung derselben wurden.

Der Magistrat fühlte sich veranlaßt, die Vorsteher der Bezirksschutz-Commissionen über die Nützlichkeit der Sperrmaßregeln zu befragen. Er erhielt eine überraschende Antwort. Von 59 Vorstehern erklärten 51 sich für die vollständige Auf-

*) Wie leichtfertig schon im Oktober von manchem Berliner die so sehr gefürchtete Krankheit betrachtet wurde, davon giebt uns die amtliche Berliner Cholerazeitung einen recht augenscheinlichen Beweis. Sie erzählt unter dem 3. November, daß ein Schneidergeselle fast sämmtliche Berliner Choleralazarethe, sowohl die von den Behörden, als die von Privaten gegründeten zu seinem Privatvergnügen durchgemacht habe. Er hatte in Erfahrung gebracht, daß in den Lazarethen die Beköstigung vorzüglich sei und daß auch die Verpflegung während der Kontumaz, welche der Krankheit folgte, sich durch Reichlichkeit und Güte auszeichne. — Um dieser Wohlthat theilhaftig zu werden, warf er sich in der Nähe eines Cholera-lazareths auf der Straße nieder und erheuchelte einen Choleraanfall. Sofort wurde er nach dem Lazareth gebracht, bald als nicht krank erkannt, dann aber während der gesetzlichen Zeit in der Kontumaz verpflegt. Kaum entlassen ging er nach dem nächsten Lazareth und machte in der Nähe desselben dasselbe Manöver. So vollendete er seine Wanderung durch den größten Theil der Krankenanstalten. Er hätte sie vielleicht alle zu besuchen Gelegenheit gehabt, hätte ihn seine diebische Natur nicht verführt, in einer derselben mehrere Gegenstände zu entwenden. Er wurde ertappt und nach vollendeter Kontumaz der Polizei übergeben. Hierdurch wurde seine seltsame Industrie entdeckt.

hebung, weil diese Maßregeln 1) niemals vollständig durchzuführen und schon deshalb unnütz, 2) wahrscheinlich nicht nothwendig, 3) kostbar und störend für den Verkehr und 4) sogar schädlich für die Kranken seien, indem vielfach Bürger aus Furcht vor den Kontumaz-Anstalten, nicht vor der Cholera, sich weigerten, den Kranken hülfreiche Hand zu leisten, da sie durch solche Hülfe 5 resp. 10 Tage lang ihren Geschäften entzogen würden.

Auch am Königlichen Hofe hatte sich bei Beginn der Epidemie die kleinliche in ganz Berlin herrschende Furcht geltend gemacht. Schloß und Park von Charlottenburg, wo die Königliche Familie residirte, waren von jedem Verkehr mit dem Publikum abgesperrt worden, aber der gesunde Sinn des Königs ließ diesen bald das Thörichte der Cholerafurcht erkennen, die Absperrungsmaßregeln wurden deshalb schon nach kurzer Zeit aufgehoben.

Da der Hof sich so vorurtheilsfrei zeigte, glaubten die Behörden auch nachsichtig sein zu müssen. Als Anfang November der berühmte Philosoph Hegel an der Cholera erkrankte und starb, gaben sie dem allgemeinen Wunsche seiner vielen Verehrer nach. Hegel wurde 48 Stunden nach seinem Tode am Tage ganz in üblicher Weise ohne die albernen für Choleraleichen gebotenen Formalitäten auf dem gewöhnlichen Kirchhof begraben und zahllose Freunde folgten dem Dahingeschiedenen. Das Gesetz war damit durchbrochen, es wurde nicht wieder in voller Strenge zur Durchführung gebracht. Alle die von uns erwähnten Verordnungen wurden eine nach der andern entweder förmlich aufgehoben oder stillschweigend nicht mehr ausgeführt, bis sie endlich durch das Erlöschen der Epidemie von selbst sich erledigten.

Zehntes Kapitel.

Ancillon. — Die Reaktion in Preußen. — Die Provinzialstände. — Anleihe ohne reichsständische Bewilligung. — Das Hambacher Fest. — Die geheimen Verbindungen. — Die radikale Partei in Berlin. — Das Frankfurter Attentat und seine Folgen. — Neue Demagogenverfolgungen in Preußen. — Censurjammer. — Der Censor John. — Die Feuerwerks-Revolution in Berlin.

Die Cholera hatte während der letzten Hälfte des Jahres 1830 die Berliner so ausschließlich beschäftigt, daß sie an Politik kaum zu denken vermochten. Mit der schwindenden Furcht vor der entsetzlichen Krankheit wandte sich indessen die Aufmerksamkeit, wenigstens der gebildeten Kreise wieder den öffentlichen Angelegenheiten zu, welche gerade in jener Zeit des Interessanten, wenn auch nicht des Erfreulichen, genug boten.

Die Reaktionspartei war in Preußen so mächtig wie jemals, sie herrschte unumschränkt am Königlichen Hofe. Einer ihrer Führer, der frühere Erzieher des Kronprinzen, Ancillon, war, lediglich gehoben durch die Verdienste, die er sich um die Wiederherstellung des Absolutismus erworben hatte, trotz seiner bürgerlichen Herkunft am 31. August 1831 zum Minister des Aeußern befördert worden, — ein deutliches Zeichen, daß Preußen mit unverbrüchlicher Festigkeit im Schlepptau Metternich'scher Rücksichtspolitik verharren werde. Dies zeigten klar und deutlich auch andere Maßregeln der Preußischen Regierung. Verbot doch damals ein Ministerial-Reskript, daß in den Schulen von Politik im Geringsten die Rede sei, machte es doch besonders auch auf die Schreibevorschriften der Kinder aufmerksam, damit in diesen ja kein politischer Gegenstand berührt werde. Eine Reihe freisinniger Bücher wurde verboten, u. a. auch Rotteck's Weltgeschichte. Der Skandal war so arg, daß der Regierungsrath von Raumer, ein Mitglied des Zensur-Kollegiums, es nicht mit seiner Ehre vereinen konnte, länger in einer Behörde Sitz und Stimme zu haben, welche mit solcher Strenge verfuhr. Die Reaktionspartei dagegen konnte schreiben und drucken was sie wollte; das von Jarke herausgegebene politische Wochenblatt führte mit wahrhaft bodenloser Frechheit den Kampf gegen die freisinnigen Lehren.

Während das Jahr 1830 den meisten übrigen deutschen Staaten wenigstens einen Schein-Konstitutionalismus gebracht hatte, suchte man in Preußen selbst diesen ängstlich zu vermeiden. Durch das Patent vom 5. Juni 1823 hatte Friedrich Wilhelm III. die Einführung von Provinzialständen für die einzelnen Provinzen der Monarchie statt der am 22. Mai 1815 versprochenen Volksvertretung angeordnet. Obgleich diese Provinzialstände sowohl durch ihre Zusammensetzung, vermöge deren der Adel in ihnen fast unumschränkt herrschte, als durch ihre Machtlosigkeit, sie hatten nur berathende Stimme und durften sich lediglich mit den vom Ministerium ihnen vorgelegten Gegenständen beschäftigen, kaum irgend eine Bedeutung besaßen, betrachtete sie doch die preußische Regierung mit mißtrauischem Auge.

Als im Jahre 1832 auf einigen Provinzial-Landtagen der Wunsch laut wurde, für ihre Verhandlungen die Genehmigung der Oeffentlichkeit zu gewinnen, wies die Regierung derartige Anträge höchst ungnädig zurück. Sie erreichte damit wenig, denn jede freisinnige Rede, welche einmal auf einem der Landtage, freilich selten genug, gehalten wurde, kam trotzdem in die Oeffentlichkeit, obgleich sie nicht gedruckt werden durfte. In Berlin zirkulirten Tausende von Abschriften solcher Reden, die mit um so größerer Aufmerksamkeit gelesen wurden, weil sie verboten waren.

Durch das Edikt vom 17. Januar 1820 hatte sich die preußische Regierung verpflichtet, den Staatsschulden-Etat für immer zu schließen und neue Anleihen nur unter der Zuziehung der künftigen reichsständigen Versammlung zu machen.

Auch dieses Versprechen wurde eben so wenig gehalten als das vom 22. Mai 1815.

Als im Jahre 1832 sich die Nothwendigkeit einer Anleihe herausstellte, suchte und fand die Regierung Mittel, um ihr feierlich gegebenes Wort zu umgehen; durch Erhöhung von Beamten-Kautionen erzielte sie 5 bis 6 Millionen Thaler. Eine Anleihe von 12 Millionen Thaler wurde nicht vom Staate, sondern, um der Form zu genügen, von der Seehandlung aufgenommen.

Ein Tadel dieser Maßregeln konnte natürlich in Preußen nicht laut werden, dafür sorgte die Censur. Galt es doch damals und noch manche Jahre später als ein bemerkenswerthes Wagniß, nur an das königliche Versprechen vom 22. Mai 1815 zu erinnern.*)

In Preußen war es der Regierung gelungen, jede freiheitliche Bewegung im Keime zu ersticken. Mit Besorgniß aber schaute sie nach Süddeutschland, wo im Jahre 1832 das freiere Volksleben frische Kraft gewann.

In den süddeutschen Volksvertretungen wurden freie Reden gehalten, ein Preßverein zur Beförderung der freiheitlichen Presse bildete sich, ein großartiges Volksfest wurde auf dem Bergschloß Hambach bei Neustadt an der Hardt am 24. Mai 1832 unter dem Zulauf von vielen Tausenden gefeiert, und bei demselben sprachen begeisterte Redner glühende Worte für die Volksfreiheit.

Solchem Treiben mußte Einhalt gethan werden, wenn es nicht weiter um sich greifen sollte, dazu war ja der Bundestag da.

Schon im Spätherbst des Jahres 1831 waren von Wien aus vertrauliche Eröffnungen an das Berliner Kabinet gemacht worden, Vorstellungen, wie nothwendig es sei, dem bestehenden Unwesen in den kleineren deutschen Staaten — d. h. der dort beginnenden, gesunden Verfassungsentwickelung — ein Ende zu machen.

Solche Vorstellungen fanden am preußischen Hofe einen günstigen Boden. Metternich durfte auf die freudigste Theilnahme Preußens bei jeder Reaktionsmaßregel zählen, denn der preußische Bundestagsgesandte von Nagler, war ebenso wie der Minister des Aeußern Ancillon, ein treuer Bundesgenosse der Metternich'schen Politik. —

Geheime Verhandlungen erfolgten, deren Resultate ganz nach dem Wunsche des österreichischen Staatskanzlers ausfielen, denn auch die übrigen deutschen Regierungen waren gern bereit. Die berüchtigten Bundesbeschlüsse vom 28. Juni und 5. Juli 1832 wurden im allseitigen Einverständniß gefaßt; durch militairische Rüstungen, welche aller Orten getroffen wurden, um einen etwaigen Aufstand sofort zu unterdrücken wurde die Ausführung gesichert.

Durch die Bundesbeschlüsse wurden die Fürsten Deutschlands verpflichtet, jeder Machtvergrößerung der Landstände energisch entgegenzutreten.

Strenge Maßregeln gegen die Presse, das Verbot aller politischen Vereine und Volksversammlungen, die Aechtung der deutschen Farben in Kokarden und Fahnen, die alten Bedrückungen der Universitäten, die Wiederherstellung der lästigsten polizeilichen Ueberwachung des Fremdenverkehrs schlossen sich würdig den allgemeinen politischen Bestimmungen der Bundesversammlung an.

Die Beschlüsse vom 28. Juni und 5. Juli wurden überall in Deutschland in weitester Ausdehnung zur Ausführung gebracht, alle freisinnigen Zeitungen wurden ohne Weiteres von Bundeswegen verboten, und die Einzelregierungen veranlaßt, gegen diejenigen Männer einzuschreiten, welche sich aus den vergangenen Jahren bei der freiheitlichen Bewegung betheiligt hatten.

Hatte das Hambacher Fest schwere Folgen, diente es der Reaktionspartei, um für ganz Deutschland neue freiheitsfeindliche Maßregeln durch die Bundesbeschlüsse in's Leben zu rufen, so sollte doch bald ein Ereigniß eintreten, welches noch weit nachtheiliger auf die freiheitliche Entwickelung Deutschlands wirken mußte.

Es bestand schon damals in unserem Vaterlande eine kleine republikanische Partei, deren Mitglieder besonders dem Süden angehörten. In Berlin hatte sie nur eine sehr geringe Anzahl von Anhängern, und diese wenigen durften nicht wagen, sich irgend bemerklich zu machen, denn sie fanden nicht einmal bei den fortgeschrittenen Liberalen, viel weniger beim Volke Sympathien.

In Süddeutschland war die Zahl der Radikalen größer, besonders in den Universitätsstädten, wo sie sich bald in geheimen Verbindungen vereinigten, da sie öffentlich aufzutreten durch die Wachsamkeit der Polizei verhindert waren.

Es bildeten sich Verschwörungen, hinter verschlossenen Thüren wurden freiheitglühende Reden gehalten, die jugendlichen Enthusiasten glaubten, weil sie selbst den politischen Druck, der auf dem deutschen Volke ruhte, so schwer empfanden, das ganze Volk müsse mit ihnen fühlen, es werde sich in Massen für die Freiheit erheben, wenn ihnen dazu nur die Gelegenheit gegeben werde. In ihrer Verblendung sahen sie nicht, daß im ganzen Norden und vorzugsweise in Preußen von einer Begeisterung für die Freiheit kaum eine Spur vorhanden war.

Die Sendlinge der süddeutschen Radikalen kamen auch nach Berlin. Sie traten mit einigen Enthusiasten in Verbindung, die ihnen zwar nicht verhehlten, daß in der preußischen Residenz der Boden für eine Revolution so ungünstig als möglich sei, sich aber doch für ihre Person hoffnungsreich zeigten. Ein allgemeiner Aufstand in

*) Varnhagen schrieb am 16. Februar 1838 in sein Tagebuch: Gutzkow hat es gewagt, in seinem Telegraphen, bei Gelegenheit der Cölnischen Sachen von der Stütze und der Kraft zu sprechen, welche Preußen in einer Repräsentativ-Verfassung jetzt fände, wenn es die versprochene hätte! Das kühne Wort verdient angemerkt zu werden.

Deutschland, so sprach sich einer der Berliner aus, werde Berlin und Preußen ebenfalls mit fortreißen.

Auf die ungünstigen Verhältnisse in Preußen glaubten die Verschworenen keine Rücksicht nehmen zu dürfen, sie beschlossen, mit frischer That vorwärts zu gehen — und sie thaten es.

Am 3. April 1833 gegen ½10 Uhr Abends überfielen etwa 70 der Verschworenen zwei Wachen in Frankfurt a. M. Einige Soldaten wurden getödtet oder verwundet. Der kleine Sieg hatte keinen Erfolg, denn die Verschworenen fanden beim Volk von Frankfurt nicht die gehoffte Unterstützung, sie blieben allein. Die für den Augenblick überraschten Frankfurter Soldaten sammelten sich schnell, die Verschworenen wurden auseinandergejagt, etwa 30 von ihnen verhaftet, den Uebrigen gelang es, zu entfliehen.

Das Frankfurter Attentat war ein kopfloses unsinniges Unternehmen. Es scheiterte, wie es scheitern mußte. Den Regierungen hätte es zum Beweise dienen können, wie wenig sie von der damals noch so kleinen republikanischen Partei zu befürchten hatten; sie nutzten es im Gegentheil aus, um noch eifriger als früher die letzten Reste der Volksfreiheit zu unterdrücken, indem sie es in ihren offiziellen Akten als hoch bedeutend hinstellten, als den Beginn einer republikanischen Bewegung, welche nur mit dem Aufgebot der höchsten Strenge niedergehalten werden könne.

Die Reaktion triumphirte. Sie war entschlossen, den günstigen Augenblick zu benutzen. Das erklärte Metternich offen dem damaligen österreichischen Bundesgesandten in einem Schreiben, welches seitdem zur Oeffentlichkeit gekommen ist. Er war längst darauf vorbereitet, kräftig zu handeln, denn ihm waren die Pläne der Frankfurter Verschworenen kein Geheimniß gewesen, da er durch seine Spione, die sich unter die Verschworenen einzuschleichen gewußt hatten, vorher von dem beabsichtigten Attentat unterrichtet worden war. Es wäre ihm ein Leichtes gewesen, das Complot vor seinem Ausbruche zu vereiteln. Das aber wollte er nicht, auf ein paar Menschenleben kam es ja nicht an.

Jetzt, nachdem in Frankfurt a. M. Blut geflossen war, zeigte der treffliche Staatsmann den regsten Eifer, eine unermüdliche Thätigkeit, bei der er die treueste Unterstützung auch bei den preußischen Behörden fand. Alle deutschen Regierungen wurden zur Ergreifung strenger Maßregeln aufgefordert, zur eingehenden Untersuchung gegen alle Theilnehmer der Verschwörung, sowie gegen alle Mitglieder derselben.

Eine solche Aufforderung fand naturgemäß die bereitwilligste Folgsamkeit. Ohne Rücksicht auf das Gesetz wurden in allen deutschen Staaten und vorzugsweise in Preußen, Verhaftungen vorgenommen. Wie früher in Mainz, so wurde jetzt in Frankfurt a. M. eine Central-Untersuchungs-Kommission gegen die demagogischen Umtriebe festgesetzt, die eine umfangreiche Thätigkeit begann. Dies alles aber waren nur vorbereitende Schritte, denen entschiedenere Maßregeln folgen sollten.

Oesterreich, Preußen und Rußland vereinigten sich, um energisch den freiheitlichen Geist, der in den Völkern sich zu erheben drohte, zu unterdrücken, es fanden in Teplitz, Münchengrätz, Wien in dem nächsten Jahre Konferenzen statt, deren Resultat ein gemeinsames Vorgehen der Fürsten aller deutschen Länder gegen die Volksvertretungen, eine Erneuerung der Demagogenverfolgungen war.

Die Gefängnisse in Berlin vermochten kaum die Masse der Verhafteten zu fassen. Die Verfolgung gegen demagogische Umtriebe wurde mit rastlosem Eifer geführt und nicht nur gegen diejenigen, welche etwa verdächtig waren, an dem Frankfurter Attentat mitgewirkt zu haben, sondern gegen alle, die vor Jahren einmal einer Burschenschaft angehört hatten. Briefe wurden auf der Post erbrochen und ihr Inhalt genügte, um gegen die Schreiber, oft wegen höchst unbedeutender Veranlassungen Verfolgungen herbeizuführen.

Jahrelang dauerte dieser ungesetzliche Zustand in Preußen. Am 3. Novbr. 1836 schrieb Varnhagen in sein Tagebuch:

Ein hiesiger Student hat an den gewesenen französischen Minister Thiers ein Belobungsschreiben gerichtet, daß er seinen Abschied genommen. Auf der Post hier ist der Brief geöffnet und zurückbehalten worden. Der Student wurde vom Senat der Universität verurtheilt, hier nicht weiter studiren zu dürfen. Bei Gelegenheit dieses Vorganges kam es zur Sprache, daß hier in allen Behörden der frühere freie und selbstständige Geist erstickt sei, daß namentlich die Gelehrten überall nur die dienstfertigste Knechtsgesinnung zeigten, und nirgends mehr ein kühnes wackres Wort gehört werde; bei den Offizieren, in der Justiz, und in den Regierungen nun gar, sei gleichfalls die angstvollste Demuth; und der ganze Staat sei blos dadurch ein anderer geworden, daß man seit 20 Jahren nur in einer gewissen Richtung befördere, belohne, vorziehe, so daß in allen wichtigen Aemtern nur Leute stehen, die Alles gutheißen und thun, was eben gerade in Gunst ist.

An anderer Stelle, am 31. Januar 1837, lesen wir in Varnhagen's Tagebuch:

Alexander von Humboldt, tief betrübt über den Tod des Malers Gérard in Paris; ergrimmt und empört über unsere hiesigen Zustände: Wenn in der allgemeinen Stagnation noch etwas geschieht, so ist es gewiß nur jammervolles! Professor Stenzler in Breslau, der Sanskritgelehrte, ist abgesetzt, weil entdeckt worden, daß er vor zehn Jahren zur Burschenschaft gehört hat! Diese Untersuchungen werden mit Gehässigkeit, Unverstand und mit Verletzung aller Gerechtigkeitsformen geführt; die ganze Justiz ist bei uns demoralisirt; das Kammergericht hat bei diesen Untersuchungen seinen alten Ruf vollkommen eingebüßt. Ich kann über die Thatsachen nicht urtheilen, aber die Wirkung im Publikum ist un-

leugbar. Herr von Kamptz soll auf das Verderben unserer Justiz den größten Einfluß gehabt haben, und man sagt es laut, da sehe man es, was für ein Schaden es sei, wenn ein dummer, unfähiger Mann auf hohem Posten stehe.

Der Censurjammer nimmt auch kein Ende. Der Censor John ist erfinderisch in neuen Quälereien, er ist witzig in Anwendung stets neuer Chikanen, Bedenklichkeit und Weitläufigkeiten. Wenn er nicht von Tollheit befallen ist und aus Verrücktheit handelt, so ist er ein infamer Schuft!

Der Censurjammer war in Preußen und vorzugsweise in Berlin wirklich bis zu einer kaum glaubenswerthen Höhe gestiegen. Der Censor John zeigte eine raffinirte Lust, die Geistesprodukte der Schriftsteller zu verstümmeln. Er wurde dafür durch den rothen Adlerorden belohnt, und andere Censoren sowohl in Berlin als im ganzen Lande ahmten ihm nach, um sich gleicher Anerkennung theilhaftig zu machen.

Bis zu welchen wahrhaft lächerlichen Streichungen die Censoren sich hergaben, dafür mögen ein paar ergötzliche Beispiele dienen. Der beliebte Novellist Carl Seidel, ein sehr loyaler, durchaus nicht im Geruch der Freisinnigkeit stehender Mann, hatte eine kleine Novelle geschrieben und in dieser erzählt, daß ein Liebespaar, welches sich im Postwagen kennen gelernt hatte, und mit diesem umgeworfen worden war, durch dies eigenthümliche Schicksal endlich zur Heirath gekommen sei. Der Censor John strich die Novelle, da ein preußischer Postwagen nicht umwerfen dürfe, eine solche Erzählung sei eine Verhöhnung der Königlichen preußischen Post!

Ein anderes, nicht minder lächerliches Beispiel bietet Varnhagen's Tagebuch in folgender Notiz vom 17. Juni 1837:

Kläglicher Censurjammer, unglaubliche Beispiele! Ekelhaft! In Böttiger's Lebenserinnerungen aus der früheren weimarischen Zeit über Goethe, Lenz, Lavater u. s. w. hat der Censor Grano kurzweg alle adligen Namen gestrichen, auch wenn nichts Schlimmes dabei vorkam; er meinte, man könne doch nicht wissen, ob solcher Familie die bloße Nennung nicht mißfällig sei!

Das Volk von Berlin ließ alle diese Maßregeln seiner Regierung über sich ergehen, ohne sich zu rühren. In kleineren Kreisen wurde wohl mit Unwillen, ja mit Erbitterung über die herrschende Reaktion geklagt, man konnte selbst in den Restaurationen und Bierhäusern manches scharfe Wort hören, wie es zu allen Zeiten in Berlin gesprochen worden ist, aber zu einem höheren Aufschwung brachte man es nicht, und wenn im Jahre 1835 die Hauptstadt wieder der Schauplatz von scheinbar recht ernsten Unruhen war, so hatten diese doch einen ebenso läppischen Ursprung, wie die Schneiderrevolution von 1830 und standen der Politik ebenso fern wie jene.

Der 3. August, der Geburtstag des Königs, war seit langen Jahren von den Berlinern zu Volksfestlichkeiten aller Art benutzt worden. Die Polizei, welche sonst in der preußischen Hauptstadt sich fast übermäßig diensteifrig zeigte, und mit größter Strenge darauf achtete, daß in den Straßen jeder Unfug unterblieb, ließ am 3. August das lustige Berliner Volk ungestört bei seinen Vergnügungen. Erschien doch selbst ein Uebermaß der Heiterkeit an einem solchen Festtage als der Ausdruck eines überströmenden Patriotismus, der sich wohl am Geburtstage des geliebten Königs durch einige Excedenzen Luft machen durfte.

Am 3. August waren schon am frühen Morgen die Straßen Berlins belebter als sonst. Die Schuljugend hatte einen Feiertag, und sie benutzte ihn, meist begünstigt durch das Wetter, um sich auf den Straßen lärmenden Spielen zu überlassen. Hier und da auf den öffentlichen Plätzen wurde von den Jungen unter Jubelgeschrei ein Kanonenschlag gelöst und ein besonderes Vergnügen machte es der ausgelassenen Schaar, wenn sie dadurch die Vorübergehenden gründlich erschrecken konnte.

An anderen Tagen hätte die Polizei solchem Unfug schnell ein Ende gemacht, am 3. August aber übersah sie ihn ganz.

Nachmittags begann die eigentliche Feier des Tages. Die Werkstätten und Fabriken wurden fast ohne Ausnahme geschlossen. In allen öffentlichen Lokalen war Musik, hier und da wurden besondere Festlichkeiten arrangirt.

Den Hauptsammelplatz bildeten an jenem Tage für die Berliner die Linden und der Thiergarten. Während des ganzen Nachmittags und Abends bis spät in die Nacht hinein zogen jubelnde, lärmende Schaaren von Arbeitern die Linden entlang. Das Lied: „Heil Dir im Siegerkranz" wurde mit lauter Stimme gesungen und vor dem kleinen Hause des Königs (dem jetzigen, durch einen Aufbau bedeutend vergrößerten kronprinzlichen Palais) ertönten unaufhörlich stürmische Lebehochs.

Der rechte Jubel aber begann erst des Abends. Ganz Berlin schien am 3. August der Schauplatz eines allgemeinen Feuerwerks zu sein. Wo man ging, sah man Raketen, Leuchtkugeln und Schwärmer fliegen, auf allen Straßen knallten Freudenschüsse aus kleinen Pistolen und selbst aus Gewehren, hier und da wurde auch ein Kanonenschlag gelöst.

Die großen Plätze, der Lustgarten, Dönhofsplatz ꝛc. konnte man ohne Gefahr kaum passiren. Man mußte fortwährend besorgt sein, durch einen der zahllosen Feuerwerkskörper verbrannt zu werden.

Am Tollsten ging es auf dem großen sandigen Exerzierplatz, dem jetzigen Königsplatz, vor dem Brandenburger Thor zu, dort dauerte der Lärm bis tief in die Nacht hinein.

Viele Jahre lang hatte das Berliner Volk in dieser Weise den Königs-Geburtstag gefeiert, ohne je von der Polizei incommodirt zu werden. Der 3. August wurde deshalb von den zu jedem Unfug stets aufgelegten Berliner Gassenbuben als ein Tag angesehen, an dem die Polizei überhaupt

nichts zu sagen habe; sie betrachteten es endlich als ihr gutes Recht, an diesem Volksfesttage ohne irgend eine Aufsicht Alles zu thun, was sonst verboten war, ja die Kühnsten wagten sogar, Abends auf den Straßen und im Thiergarten offen ihre Cigarren zu rauchen.

In den dreißiger Jahren war die Volksfeier des Königs-Geburtstags noch lärmender gewesen als früher, so daß endlich die Behörden glaubten, der stürmischen Lust doch einen Zügel anlegen zu müssen. Besonders toll ging es am 3. August 1834 zu, der Lärm war größer als je, das Schießen auf den Straßen, das Abbrennen von Feuerwerkskörpern wurde in einem solchen Umfange getrieben, daß es mehrere ernste Unglücksfälle veranlaßte.

Der Magistrat wendete sich deshalb an das Königliche Polizei-Präsidium mit dem dringenden Ersuchen, solchem Unfug endlich ein Ziel zu setzen und dieselbe Aufforderung kam auch von mehreren angesehenen Staatsbeamten, sogar von einer sehr hochgestellten, aber beim Volke wenig beliebten Person, von der man erzählte, sie sei von den übermüthigen Proletariern zur Feier des Königs-Geburtstages arg mißhandelt worden. Man sprach von einem Schwärmer, den ein toller Schusterjunge dem hohen Herrn gerade unter der Nase abgebrannt habe. Andere wollten sogar wissen, einige böswillige Burschen hätten sich soweit vergessen, den betreffenden Herrn trotz seines bevorzugten Blutes wie einen gewöhnlichen Menschen durchzuprügeln, weil er sich erlaubt habe, ein Dämchen ihrer Gesellschaft unzart anzureden.

Ein Reskript des Ministeriums des Innern und der Polizei vom 14. August 1834, welches eine besonders strenge Handhabung der polizeilichen Ordnung auf den Straßen der Residenz gerade am Geburtstage des Königs ausdrücklich vorschrieb, folgte der Missethat auf dem Fuße. Es befahl, die gesetzlichen Straf-Bestimmungen gegen Straßenunfug, welche bisher am 3. August ganz unbeachtet geblieben waren, fortan an diesem Tage mit Strenge zur Ausführung zu bringen und durchaus keine Nachsicht walten zu lassen.

Die Berliner hörten mit Staunen, daß ihr Lieblingsfest ihnen gestört werden solle; aber sie glaubten nicht recht an den Ernst des Ministerial-Rescripts. Um so mehr wurden sie überrascht, als das Polizei-Präsidium in Gemeinschaft mit dem Gouvernement am 19. Juni und 24. Juli 1835 eine Bekanntmachung erließ, in welcher es auf das ungesetzmäßige Schießen und Abbrennen von Feuerwerkskörpern auf den Straßen aufmerksam machte und diesen Unfug auf das Strengste verbot.

Die Bekanntmachung wurde in der Vossischen und Spenerschen Zeitung zweimal veröffentlicht, außerdem erschien sie auch im Staats- und Intelligenzblatt und das letzte Mal wurde sie mit gesperrter Schrift gedruckt, damit sie keinem Berliner entgehen könne. Die Polizei-Kommissarien in allen Revieren der Stadt wurden außerdem verpflichtet, mündlich die Bevölkerung vor dem polizeiwidrigen Schießen und Feuerwerken noch besonders zu warnen; Niemand sollte sich mit Unkenntniß des Gesetzes entschuldigen können.

Der 3. August nahete heran. In ganz Berlin sprach man schon mehrere Tage vorher davon, daß die Anordnungen der Behörden sicherlich schwere Unruhen herbeiführen würden. Daß die Presse geknebelt war, daß politisch Verdächtige in Unzahl verhaftet und nach summarischem Prozesse auf die Festungen geschickt wurden, daß dem Volke die seit Jahren versprochene Verfassung nicht gewährt wurde, das Alles ließen sich die guten Berliner ruhig und geduldig gefallen, unmöglich aber konnten sie ihre einzige Freiheit, am 3. August den Feuerwerkunfug in den Straßen zu treiben, sich ohne Widerstand rauben lassen. Sie waren entschlossen, der Polizei sich ernstlich zu widersetzen und die Polizei wußte dies, sie hatte deshalb ihre ganze Macht aufgeboten, um Siegerin in dem bevorstehenden Kampfe zu bleiben.

Alle Polizeibeamte und Gensdarmen waren auf den Beinen. Sie hatten besondere Anweisungen bekommen, wie sie die Ordnung aufrecht erhalten sollten. Der größere Theil derselben war nach dem Thiergarten beordert worden, die Wachen am Brandenburger Thor, am Unterbaum und Potsdamerthor waren verdoppelt. So glaubte die Polizei mit Ruhe die kommenden Ereignisse erwarten zu dürfen.

Am Nachmittage hatte sich auf dem Exerzierplatz vor dem Brandenburger Thor eine Masse von Lehrburschen und Gesellen versammelt und allerlei Muthwillen getrieben. Ein Schuß fiel. Der Thäter wurde verhaftet und in einem Wagen fortgeschleppt, ohne daß Widerstand geleistet wurde. Mit dem Anbruch der Dunkelheit aber änderte sich das Benehmen der Menge. Jetzt knallte es plötzlich an allen Orten aus Pistolen und Gewehren, Kanonenschläge wurden abgebrannt, Raketen und Schwärmer stiegen in die Luft, überall erglänzten die Leuchtkugeln in ihrem bunten Lichte.

Anfangs suchten die Polizeibeamten und Gensdarmen durch gütliches Zureden, dann durch ernste Aufforderungen die Ordnung wieder herzustellen. Als aber alle Worte nichts nutzten, verhafteten sie einzelne der Widerspenstigen, und nun brach plötzlich ein wilder Tumult aus.

Die Beamten wurden verhöhnt; Schaaren von Jungen sammelten sich und suchten die Verhafteten zu befreien. Die Polizisten griffen zu den Waffen, besonders strenge zeigten sich die überhaupt verhaßten Gensdarmen, sie machten mehrfach scharfen Gebrauch von ihren Säbeln und erregten dadurch die Wuth der Masse. Einige Buben rafften Steine auf und gebrauchten diese gegen Polizei und Gensdarmen. Es kam zu einem

wirklich heftigen Kampfe, bei dem mehrere Polizisten, aber auch viele der Excedenten verwundet wurden.

Eine Rotte der Aufrührer wandte sich nach dem Circus-Gebäude, welches damals auf dem Exerzierplatz aufgebaut war, und suchte die Thore zu erbrechen. Sie wollten vom Dache herab die Steine auf die Gensdarmen schleudern.

Der Skandal war so arg geworden, daß die Polizei desselben nicht mehr allein Herr werden konnte. Sie requirirte Militair und mit dessen Hilfe gelang es ihr, das Volk zum Brandenburger Thore hinein in die Stadt zu treiben. Hier aber entfaltete sich jetzt der tollste Unfug.

Der lärmende Haufen zertrümmerte unter den Linden die Straßenlaternen; die eisernen Stangen der Barriere wurden mit wunderbarer Kraft aus den Steinpfeilern gerissen und zum Theil krumm gebogen, viele Bänke der Promenade wurden zerstört, und die Straßenbuben machten sich ein besonderes Vergnügen daraus, die Fenster in den Häusern mit Steinen einzuwerfen.

Vom Brandenburger Thor her folgte das Militair den Excedenten. Es hieb scharf ein. Besonders zeigten sich die Kürassiere, die mehrfach durch Steinwürfe beleidigt worden waren, erbittert; mit ihren schweren Pallaschen verwundeten sie viele der Aufrührer. Sie sprengten auf die Volkshaufen ein und suchten diese hierdurch zu zerstreuen, selbst einzelne ruhige Spaziergänger wurden von den auf's Aeußerste gereizten Soldaten mit Pallaschhieben mißhandelt.

In der Nacht um 1½ Uhr war endlich die Ruhe hergestellt; auch in den Straßen, wo ebenfalls die Laternen zertrümmert worden waren, war das Volk auseinandergetrieben.

Von den Schußwaffen hatten weder Militair noch Polizei Gebrauch gemacht, um so kräftiger aber, wie wir erzählten, von den Hiebwaffen und zwar hauptsächlich gegen Unschuldige, die nur aus Neugierde sich unter das Volk gemischt hatten und im Gefühle ihrer Schuldlosigkeit nicht schnell genug entflohen waren, während die leichtfüßigen Unheilstifter sich der Verfolgung stets bald zu entziehen wußten.

Auch bei den zahlreichen Verhaftungen war die Polizei mit großer Unparteilichkeit vorgegangen. Sie hatte den ersten Besten ergriffen, der sich ihr gerade darbot, ohne besonders strenge zu prüfen, ob er bei dem Unfuge betheiligt oder zufällig unter den Menschenstrom gekommen sei. Eigenthümlich z. B. klingt es gewiß, wenn der Polizeibericht meldet, daß sich unter den Verhafteten der an den Füßen gelähmte ehemalige Färbergesell und Almosenempfänger W. befinde, der beschuldigt worden sei, sich Abends 11 Uhr unter den Linden an die Spitze eines Haufens der Excedenten gestellt und diese durch aufrührerische Reden zur Widersetzlichkeit gegen Soldaten, Polizei-Beamte und Gensdarmen und zur Zertrümmerung von Straßenlaternen besonders angereizt zu haben.

Der Tumult des 3. August machte in Berlin viel von sich reden. Man hatte ihn erwartet und vielleicht deshalb war er gekommen; aber er hatte größere Umrisse angenommen, als dies vorauszusehen war.

Die ruhige Bürgerschaft mißbilligte den Pöbel-Skandal, wenn sie auch die vielfachen Uebergriffe der Polizei und Gensdarmen nicht gut heißen konnte. Daß gerade durch die Art des Einschreitens, durch das Gewaltsame bei den Verhaftungen, durch das barsche Wesen der Gensdarmen, welche das Volk zum Auseinandergehen aufgefordert hatten, viel geschehen war, um den Tumult größer zu machen, als er sonst geworden wäre, wurde allgemein behauptet.

Ein politischer Hintergrund fehlte dem Skandal gänzlich, jeder Vernünftige mußte dies einsehen, und dennoch gab es einige, freilich sehr wenige überspannte Männer, welche glaubten, aus der Pöbelemeute einen Volksaufstand machen und ihn zu politischen Zwecken gebrauchen zu können.

Man wußte in Berlin, daß am 4. August der Tumult sich wiederholen werde, dies war laut genug von den Pöbelhaufen, indem sie sich zerstreuten, ausgesprochen worden. Hierauf bauten einige Leute aus den besseren Ständen, thörichte Politiker, welche weder ihre Zeit noch ihr Volk kannten. Sie beschlossen, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen.

Am Morgen des 4. August benachrichtigte eine Bekanntmachung des Polizei-Präsidiums die Berliner von den Ereignissen des vergangenen Tages. Am Schlusse wurde das Verbot des Schießens auf den Straßen wiederholt. Einen Erfolg hatte die Bekanntmachung nicht, denn schon am Vormittag begannen die Unruhen von Neuem.

Gegen 10 Uhr fand sich eine große Menschenmasse auf dem Exerzierplatz zusammen. Sie stürmte den Zirkus und demolirte das Innere des Gebäudes, ja einige der böswilligsten Burschen legten sogar Feuer an und versuchten den Zirkus in Brand zu stecken. Zum Glück kam noch zur rechten Zeit ein Militär-Detachement herbei und hinderte die Brandstiftung.

Einige Bürger, welche neugierig sich ebenfalls auf dem Exerzierplatz eingefunden hatten, und welche versuchten, durch gütliches Zureden die Ordnung aufrecht zu erhalten, wurden von der Menge mißhandelt und mit Steinwürfen bis in die Stadt, wohin sie flohen, verfolgt.

Am Nachmittag wuchs der Skandal und am Abend wurde er endlich fast toller wie am dritten August. Im Prinzessinnen-Palais, im Kommandantur-Gebäude und in vielen Privathäusern wurden die Fensterscheiben eingeworfen. Die noch bestehenden Straßenlaternen wurden zum Theil ausgerissen, die Barrieren unter den Linden vollends demolirt. Polizei und Militär vermochten nur mit äußerster Anstrengung des Tumults Herr zu werden.

Abends 9 Uhr wurde das Halle'sche, Potsdamer, Brandenburger und Unterbaumsthor ge-

schlossen. Wieder gab es nicht unbedeutende Kämpfe, aber gegen 11 Uhr gelang es, die Ordnung wieder herzustellen.

Man hatte an diesem Tage unter den Excedenten manche besser gekleidete Männer gesehen, einige von diesen wurden verhaftet unter der Beschuldigung, den Pöbel aufgewiegelt und zur Fortsetzung der Excesse ermuntert zu haben.

Am Morgen des 5. August erließ der Magistrat durch öffentlichen Anschlag eine Aufforderung an die Einwohner Berlins, in welcher er die Bürger dringend bat, zur Verhütung ähnlicher Excesse wie die am 3. und 4ten verübten, mitzuwirken, namentlich durch Ermahnung und Verwarnung der Meister an ihre Gesellen und Lehrlinge, der Familienväter an ihre Söhne und Untergebenen. Auch ein Anschlag des Polizei-Präsidenten erschien, in welchem die Strafen, die auf die Zertrümmerung von Straßenlaternen und Fensterscheiben, sowie auf die Beschädigung öffentlicher, zum Gebrauche des Publikums bestimmter Anlagen 2c. aus Muthwillen und Bosheit gesetzt waren, in Erinnerung gebracht wurden. Für jede Nachweisung eines derartigen Frevels wurde eine Geldbelohnung von 10 Thaler verheißen.

Früh Morgens am 5ten bildeten sich auf dem Exerzirplatz wieder Zusammenrottungen, jedoch von geringerer Bedeutung. Es gelang, diese leicht zu zerstreuen, und die aufgestellten Mannschaften duldeten fernere Zusammenläufe nicht. Erst bei anbrechender Dunkelheit begann der Unfug von Neuem unter den Linden, aber nicht in dem Maße, als Abends zuvor.

Militärpatrouillen gingen fortwährend die Linden auf und nieder; sie wurden hier und da noch durch Steinwürfe empfangen, besonders von einer Rotte, die zum größeren Theile aus dem lüderlichsten Gesindel Berlins bestand. Die Excedenten hatten sich mit Steinen und Knütteln bewaffnet und sich die letzteren dadurch verschafft, daß sie die Stützen der jungen Bäume unter den Linden losgebrochen hatten. Schreiend und tobend zogen sie die Linden auf und nieder, rissen noch einige Stangen aus den Barrieren und suchten endlich das Kranzler'sche Etablissement zu stürmen. Diesen Vorsatz aber vermochten sie nicht auszuführen, weil es den Militär-Patrouillen gelang, sie zu zerstreuen. Schon gegen ½11 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt.

Am 6. August wiederholten sich die unruhigen Auftritte nicht. Das Gesindel, welches den Kern derselben gebildet hatte, jene unruhigen Geister, die in allen großen Städten zu finden sind und deren höchste Freude im Zerstören liegt, hatte seine Lust gesättigt, und die wenigen Ueberspannten, die gehofft hatten, die Wuth des Pöbels für ihre Zwecke ausbeuten zu können, waren glücklicherweise zu der Ueberzeugung gekommen, daß hier jede Hoffnung vergeblich sei.

Der Skandal der vergangenen Tage hatte übrigens doch recht ernste Folgen. Es waren nicht weniger als 152 Personen verhaftet worden, meist Arbeiter, Gesellen und Lehrburschen, aber auch einige Männer aus den besseren Ständen, ein Offizier a. D., ein Student, ein Referendarius u. A., welche beschuldigt wurden, sich am zweiten Tage an die Spitze der Excedenten gestellt und sie zum Kampfe gegen das Militair aufgefordert zu haben.

Die Verwundungen waren zahlreich, sowohl unter dem Volk, als unter dem Militair und den Polizeimannschaften. Das Volk hatte als Waffen nur Knüttel und Steine gehabt, mit diesen aber so energisch gekämpft, daß 32 Gensd'armen und 40 Soldaten erheblich und eine große Anzahl Mannschaften leicht verwundet worden war. Auch der Polizei-Präsident von Gerlach hatte eine tüchtige Steinwunde abbekommen. Wie groß die Zahl der Verwundungen unter dem Volke war, hat natürlich nicht festgestellt werden können, weil die Verwundeten aus Furcht, in eine Untersuchung verwickelt zu werden, sich wohl hüteten, selbst Meldung zu machen. So konnten denn nur diejenigen, welche schwer verletzt auf dem Platze blieben, gezählt werden, und deren waren 25, von denen zwei bald ihren Wunden erlagen. Einem Schneidergesellen war der rechte Arm vollständig abgehauen worden, er starb kurze Zeit darauf im Lazareth.

Dem Könige war von einer gewissen Seite her der Pöbelskandal als der Anfang einer politischen Revolution dargestellt worden, man hatte am Hofe viel von fein gekleideten Herren erzählt, die sich an die Spitze der Arbeiter gestellt, Geld unter diesen vertheilt und Lebehochs auf die Republik ausgebracht hätten.

Gar zu gern hätte die Reaktionspartei die Feuerwerks-Revolution, so nannten die Berliner den Tumult, dem Frankfurter Attentat an die Seite gestellt, und sie wie dieses ausgebeutet. Dies aber gelang nicht. Friedrich Wilhelm III. erkannte mit richtigem Blick die Bedeutungslosigkeit des ganzen Vorfalls, er bewies durch folgende Kabinets-Ordre, welche er an den Berliner Magistrat richtete:

Ich halte Mich der treuen und anhänglichen Gesinnungen, welche der Magistrat als Vorstand und in Vertretung der hiesigen Bürgerschaft gegen Mich ausgesprochen hat, ebenso sehr, als ihres Gehorsams gegen die Gesetze zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung, versichert und weiß, daß die strafbaren Ausschweifungen, welche kürzlich die Ruhe der Stadt gestört und bis zu gewaltsamer Widersetzlichkeit gegen die bewaffnete Macht sich gesteigert haben, nicht der Bürgerschaft, sondern nur einem zügellosen Haufen der niedrigsten Volksklasse zur Last zu legen sind.

Indem Ich die Unfälle bedauere, von denen einzelne, unbetheiligte Personen zufällig, oder aus Anlaß einer unzeitigen Neugier dabei etwa betroffen worden, und die in solchen Fällen unvermeidlich sind, habe Ich zugleich ernstliche Maßregeln angeordnet, der Wiederkehr eines solchen Unfugs und den Folgen vorzubeugen, welche noch

unglücklicher hätten werden können, wenn sie diesesmal nicht durch die Mäßigung verhindert worden wären, mit der die Militairgewalt von ihrer gesetzlichen Autorität Gebrauch gemacht hat. Von der Bürgerschaft erwarte Ich hierbei, mit völligem Vertrauen, an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit diejenige Theilnahme, zu welcher die Gesetze jeden Einzelnen in seinem Wirkungskreise anweisen und verpflichten.

Berlin, den 20. August 1835.

gez. Friedrich Wilhelm.

An den hiesigen Magistrat.

Berlin war wieder ruhig, aber, so glaubte man allgemein, nur für kurze Zeit. Von den Verhafteten hatten Mehrere ausgesagt, daß es am 24. August beim Stralauer Fischzuge zu neuen Excessen kommen werde und erwartungsvoll sah man daher diesem Festtage entgegen.

Die Polizei traf umfassende Vorbereitungen, um jeden Versuch eines Aufruhrs sofort zu unterdrücken. Auch der Magistrat that seine Pflicht; er wendete sich am 21. August 1835 an die Altmeister sämmtlicher hiesiger Gewerke und Innungen, und forderte sie auf, auf das Ehr- und Rechtsgefühl der Gesellen und Lehrlinge zu wirken. Die Meister sollten das Schimpfliche des Skandals am 3. und 4. August ihren Gesellen und Lehrlingen darstellen und sie durch Wort und Handschlag zu dem Gelöbniß veranlassen, keinen Theil an solchen Excessen zu nehmen.

Der Magistrat schloß diese Bekanntmachung mit den Worten: „Wir halten uns völlig überzeugt, daß von Seiten jedes Gewerksmitgliedes bereitwillig mitgewirkt werden wird, daß der gute Ruf der Einwohner der Stadt, die sich als die erste der Monarchie stets durch Sitte und Anstand ausgezeichnet hat, nicht befleckt werde."

Der 24. August brach an. Mit dem frühesten Morgen schon eilten Tausende nach Stralau, um ja keinen Augenblick des interessanten Schauspiels der neuen Revolution zu versäumen. Als die Masse das Thor passirte, fiel ihr ein Anschlag in die Augen, ein großer Bogen Papier, der weit über Mannshöhe an den Thorpfeiler geklebt war, und in mächtigen, weithin lesbaren Buchstaben folgende Inschrift trug:

„Wegen Unpäßlichkeit des Schusterjungen Herrn Friedrich Schulze kann heute die große Berliner Revolution nicht stattfinden!"

Und die große Berliner Revolution fand in der That nicht statt. Der Stralauer Fischzug verlief wie gewöhnlich. Einige Prügeleien, die ja bei einem Berliner Volksfeste nicht fehlen dürfen, ausgenommen, ging es in Stralau ganz ruhig zu, vielleicht weil die Polizei sich sehr friedlich zeigte und nirgend in das Vergnügen eingriff.

Auch in den folgenden Jahren bot der Königs-Geburtstag keine Veranlassung wieder zu unruhigen Auftritten. Die städtischen Behörden hatten durch die Bewilligung von 600 Thaler zur Veranstaltung von Volks-Lustbarkeiten vor den Thoren dafür gesorgt, daß die Berliner sich amüsirten, und mehr verlangte ja das damals politisch gänzlich theilnahmlose Völkchen nicht.

Elftes Kapitel.

Das Jahrzehnt von 1830—1840. — Politische Windstille. — Alexander von Humboldt und Varnhagen von Ense über das Leben in Berlin. — Herzog Carl von Mecklenburg. — Der Verfassungsbruch in Hannover. — Die Göttinger Sieben. — Herr von Rochow und der beschränkte Unterthanenverstand. — Das Ständchen für Gans. — Ein Vivat den Sieben, pereat Tzschoppe. Der König von Hannover in Berlin.

Die traurige Feuerwerks-Revolution bildete im Berliner Leben während des Jahrzehnt von 1830—1840 eine Episode, welche ohne die geringste Bedeutung blieb. Sie hatte nicht einmal den Einfluß, die Reaktionspartei in der Preußischen Regierung zu strengeren Maßregeln zu veranlassen.

Die Staatsverwaltung ging ihren alten gewohnten Gang vorwärts, sie zeigte sich freisinnig in allen Maßregeln, welche auf die Förderung des Schulwesens, des Handels und der Gewerbe Bezug hatten. Sie förderte Wissenschaft und Kunst, während sie unablässig bemüht war, jede politisch freie Bewegung im Keime zu unterdrücken. Es gelang dies in Berlin auch scheinbar im vollsten Maße.

Jedes politische Leben schien in der preußischen Hauptstadt erstorben; die Bürgerschaft ging ihren Geschäften und ihren Vergnügungen nach, sie ließ sich ruhig von den Behörden bevormunden und fühlte sich dabei gar nicht besonders unglücklich. Selbst in den Kreisen der höher Gebildeten wurde die Theilnahme für die Staats-Angelegenheiten mit jedem Jahr mehr und mehr eingeschläfert, so daß die wenigen bedeutenderen Männer, welche ihrem höheren Streben treu geblieben waren, sich oft recht scharf und mißfällig über das Leben in der preußischen Hauptstadt äußerten.

Damals nannte Alexander von Humboldt in einem Schreiben an Varnhagen von Ense Berlin eine intellektuell verödete, kleine, unliterarische und dabei überhämische Stadt. Er seufzte nach Freiheit, Berlin wurde ihm langweilig, besonders der Kreis, in welchem er zu leben gezwungen war.

Varnhagen schrieb im Februar und Dezember 1839 in sein Tagebuch:*)

---

*) Die Tagebücher Varnhagen's, denen wir die nachstehende Stelle entnommen haben, und welche wir auch ferner noch vielfach benutzen werden, sind eine treffliche Quelle für die Erkenntniß des in Berlin unter den gebildeten Klassen herrschenden Geistes, obgleich sie mit großer Vorsicht benutzt werden müssen, da Varnhagen seine flüchtigen Gedanken ohne sonderliche Auswahl und daher auch recht viel Falsches oder nur ihm Eigenthümliches niedergeschrieben hat.

Freitag, den 8. Febr. 1839.

„Steigende Klagen über den aufgelösten Zustand in unserer ganzen Staatsleitung; Stocken, innerer Krieg, Verdruß und Unlust, Schwäche und Schlaffheit. „Ein stilles Jena und Auerstädt ohne Krieg, mit Ballet und Kour!“

— — — — — — — — — — — — — — — —

Sonnabend, den 7. Dez. 1839.

„In der That bin ich nahe daran, mit meinem hiesigen Leben bankerott zu machen. Mit meinem hiesigen, denn die Schuld liegt mehr an Berlin, als an mir selbst. Wie ist der Ort durch bekannte Einflüsse zu Grunde gerichtet, auf wenigstens ein paar Generationen hinaus! Einfacher Wechsel kann hier nicht helfen; es muß erst wieder ein Zwischenspiel von Unglück eintreten, um freien Raum zu schaffen. Der ganze Staat ist von hier aus angesteckt, mit Schalheit und Mattigkeit, Verdruß und Langeweile. Humboldt fühlt das auch, und klagt schrecklich darüber, P. ebenso, wiewohl aus fremderen Gesichtspunkten, als Humboldt und ich sie haben, die wir das Alte gekannt. Auch * kennt den Zustand, Gans kannte ihn, aber sie hatten keine Vergleichungspunkte in der Vergangenheit. — Keinerlei Nahrung bringt mir der Tag, immer ohne Ausbeute kehr ich ein, und aussäen kann ich auch nichts. Politisches Leben ist nicht hier, das gesellige haben sie entartet, das literarische niedergedrückt, die Wissenschaft muß in ihren engsten Schranken wie in Klostermauern leben, der Geschmack ist verdorben, das Theater tief heruntergebracht. Soll uns etwa die schöne Gegend schadlos halten? — — O Berlin, Berlin!“

Das Urtheil, welches Humboldt und Varnhagen über das damalige Berlin fällten, hatte zwar seine Begründung, aber es war dennoch nicht ganz gerecht, denn bei vielen Veranlassungen zeigte es sich, daß das politische Leben in der Hauptstadt zwar schlief daß es aber nicht vollkommen ertödtet war.

Hier und da gaben selbst die niedern Volksmassen den Beweis, daß auch sie sich ein Gefühl für den Druck, der auf der ganzen Nation lastete, bewahrt hatten, indem sie ihren Haß gegen die Träger der Reaktion in charakteristischer Weise äußerten.

Als einer der ersten Führer der Reaktions-Partei, als der Urheber vieler der verhaßtesten freiheitsfeindlichen Maßregeln galt der an dem preußischen Hof lebende Herzog Carl von Mecklenburg-Strelitz, dem das Schloß Monbijou zu seinem Aufenthalt in Berlin eingeräumt war.

Herzog Carl war bei dem Könige sehr beliebt; Friedrich Wilhelm III., der bis an sein Lebensende mit größter Pietät an dem Andenken der verewigten Königin Louise hing, hielt auch den Bruder der Verstorbenen in hohen Ehren. Er hatte ihn zum General der Infanterie und zum Kommandeur des Garde-Korps ernannt. Bei den meisten wichtigen Staatsfragen hörte er seinen Rath, und der Einfluß, den der Herzog besaß, und den er stets zum Nachtheile der Volksfreiheit anwendete, war daher sehr bedeutend. Man wußte dies in Berlin, und es gab wenig hochgestellte Männer in der Residenz, welche so allgemein gehaßt wurden, als der Herzog Carl.

Varnhagen von Ense charakterisirt den Herzog mit folgenden Worten:

„Niemand mochte ihn leiden, er war ehrgeizig ohne Mittel, boshaft ohne Charakter, klug ohne höheren Sinn. Eigentlich war er doch nur ein beschränkter Kopf, voll Hoffahrt, prinzlicher und militairischer, die selbst den Prinzen und dem Militair lästig war. Seine poetischen Erzeugnisse bei Hoffesten sollten für gewaltige Leistungen gelten, sind aber höchst mittelmäßig.“

Das Urtheil Varnhagen's, wenn es auch vielleicht zu scharf ist, stimmte doch mit dem allgemein über den Herzog gefällten überein. Man erzählte in Berlin von dem hohen Herrn eine Reihe wenig erquicklicher Geschichten und besonders gern wurde ein Vers citirt, den, wie man sich mittheilte, der Kronprinz über seinen Oheim gemacht haben sollte*), als dieser sich bei einer Hofvorstellung des Faust in der Rolle des Mephisto durch glänzendes Spiel ausgezeichnet hatte. Der Vers war am Morgen nach der Vorstellung an das Monbijou-Palais angeheftet worden. Er lautete:

Als Fürst, als Mensch, als Feldherr schofel,
Doch einzig nur als Mephistophel.

Am 22. September 1837 starb der Herzog nach kurzer Krankheit. Die Beisetzung seiner Leiche fand schon am 23sten mit allen den seinem hohen Range gebührenden militairischen Feierlichkeiten statt. Es folgten der Krönungswagen und die Staatswagen sämmtlicher Prinzen. Die Prinzessinnen befanden sich in der Domkirche, der König sah vom Fenster des Schlosses aus der Feierlichkeit zu. Auf seine ausdrückliche Anordnung wurden dem Herzog, der nur General der Infanterie gewesen war, doch alle Ehrenbezeugungen eines Feldmarschalls gewährt.

Das Leichenbegängniß zeichnete sich in seinen Formalitäten in Nichts von den Feierlichkeiten, welche bei ähnlichen Gelegenheiten üblich waren, aus. Trotzdem aber machte es in Berlin viel von sich reden und erregte bei Hofe eine gewisse Bestürzung, weil sich die Volksstimme in einer höchst unliebsamen Weise laut gemacht hatte.

Es war zum offenen Scandal gekommen! Unter der zahlreich versammelten Menge waren Hurrahrufe ertönt, und hier und da hatte man höchst verfängliche Aeußerungen wie: Gott sei Dank, daß der Kerl todt ist und dergl. mehr gehört, Aeußerungen, von denen man bei Hofe

---

*) Varnhagen nennt in seinen Tagebüchern Stägemann als den Verfasser des bekannten Verses, in Berlin aber glaubte man damals allgemein, der geistreiche und witzige Kronprinz habe selbst die beißende Charakteristik seines Oheims verfaßt, der Name Stägemann sei nur der Schicklichkeit wegen vorgeschoben.

wohl wußte, daß sie weniger der Person als der politischen Stellung des Verstorbenen galten.

Charakteristischer noch als durch den kleinlichen Unwillen, der sich beim Leichenbegängniß des Herzogs Carl Luft gemacht hatte, zeigte die Berliner Bevölkerung, daß ihr Interesse an der Politik nicht ganz erstorben sei bei einer wichtigen Frage, welche in jenen Tagen die allgemeine Aufmerksamkeit beschäftigte.

In Hannover hatte der König Ernst August bei seiner Thronbesteigung 1837 sich geweigert die von seinem Vorgänger dem Lande im Jahre 1833 gegebene Verfassung anzuerkennen.

Nach der Aufhebung der Verfassung wurde von den Beamten der Huldigungseid verlangt. Manche derselben weigerten sich, ihn zu leisten, indem sie erklärten, sie seien an den Eid gebunden, den sie bereits auf die Verfassung von 1833 abgelegt hätten. Unter diesen Beamten befanden sich sieben berühmte Professoren der Universität Göttingen: Dahlmann, Gervinus, Ewald, die Gebrüder Jacob und Wilhelm Grimm, Albrecht und Weber, Männer von der verschiedensten politischen Ueberzeugung, die aber in dieser einen Frage des gleichen Sinnes waren. Sie wurden ihrer Stellen entsetzt, und drei von ihnen mußten binnen drei Tagen das Land verlassen.

Die Göttinger Sieben, diesen Namen erhielten die abgesetzten, verfassungstreuen Professoren, gehörten in ihrer Mehrzahl keineswegs zu den fortgeschrittenen Liberalen, aber sie waren gewissenhafte Männer, die mit ihrem Eide nicht spielten, und gerade dies machte sie populär in Deutschland. Aller Orten erhob sich für sie die öffentliche Meinung eben so kräftig, als sie sich verdammend gegen den König von Hannover und gegen seinen bereitwilligen Diener, den Minister von Scheele, richtete.

Ueberall wurden Sammlungen veranstaltet für die Göttinger Sieben. Anerkennungs-Adressen und Petitionen zu Gunsten der berühmten Männer der Wissenschaft wurden in vielen preußischen Städten eifrig betrieben. Auch von Elbing, einer Stadt, welche sich stets durch Freisinnigkeit ausgezeichnet hatte, wurde eine solche Adresse veranlaßt und durch den Landtags-Abgeordneten von Riesen abgesendet. Dies gab dem Minister von Rochow Veranlassung, sich höchst ungnädig auszusprechen. Herr von Rochow ertheilte den Elbingern einen derben Verweis, er sprach in seiner Zurückweisung von dem „beschränkten Unterthanenverstande", der nichts von den wohlbedachten Maßnahmen erleuchteter Behörden verstehe, und der sich daher nicht unterfangen dürfe, ein Urtheil über dieselben zu äußern.

Der Verweis wurde zu Händen des Herrn von Riesen abgesandt. Er machte ein gewaltiges Aufsehen nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland. Herr von Riesen ließ ihm die beste Würdigung angedeihen. Um ihn möglichst bekannt zu machen, wurde der Ministerialbescheid unter Glas und Rahmen im Vorzimmer aufgehängt, damit jeder Besucher ihn lesen und — darüber lachen könne.

Das geflügelte Wort vom beschränkten Unterthanenverstande ist seitdem oft wiederholt worden, es hat Herrn von Rochow zum berühmten Manne gemacht, der er sonst seinen geistigen Fähigkeiten nach sicher nicht geworden wäre.

In Berlin koursirte der Rochow'sche Brief in Hunderten von Abschriften, in allen Restaurationen wurde er vorgelesen und überall lachte man über den beschränkten Unterthanenverstand, denn die Redensart war zu trivial, als daß man über sie hätte entrüstet sein können.

Die Hannoversche Verfassungsfrage bot in jener Zeit in allen gebildeten Kreisen der Residenz das Hauptthema der Unterhaltung dar. Die Gewaltthat des Königs Ernst August trug wesentlich dazu bei, das politische Interesse der Berliner neu zu beleben. Am regsten zeigte es sich auf der Universität.

Die Dozenten und Studenten betheiligten sich mit Eifer bei den Sammlungen, die veranstaltet wurden, um vorläufig für die Existenz der abgesetzten sieben Professoren zu sorgen, obgleich der Minister von Rochow auch an den Rektor der Berliner Universität ein sehr ungnädiges Schreiben richtete, in welchem er diesen anwies, das Sammeln von Beiträgen in der Stille zu verhindern und abzustellen, wenn es aus gesetzlich nicht strafbar sei.

Der Rektor antwortete kurz, er wisse von nichts, und die Sammlungen gingen weiter. Sie wurden so öffentlich betrieben, daß Jedermann von ihnen unterrichtet war.

Am Hofe sah man die Theilnahme, welche die vertriebenen Professoren auf der Universität fanden, mit großer Unzufriedenheit. Man war umsomehr darüber entrüstet, als sich an die Spitze der Sammlungen Männer von Ruf gestellt hatten. Wie Varnhagen erzählt, äußerte sich einer der Königlichen Prinzen zu dem jungen Herrn von Savigny, der sich ihm vorstellen ließ: „Sie sind ein Sohn des Mannes, der die Infamie begangen hat, für die Göttinger Professoren Geld zu sammeln."

Die Ungnade eines Prinzen konnte die Studirenden nicht abschrecken, auch ferner den verfassungstreuen Professoren ihre Theilnahme zu bezeugen.

Ein freierer Geist regte sich wieder auf der Berliner Universität. Die Studirenden zeigten offen ihre Verachtung auch gegen die einheimischen Träger der Reaktion. Am 22. März war der Geburtstag des allgemein beliebten Professor Gans. 600 Studenten vereinigten sich im Jahre 1838, um ihrem Lehrer eine Abendmusik zu bringen; der eigentliche Zweck derselben aber war eine Huldigung der Göttinger Sieben.

Da die Polizei zu einem öffentlichen Aufzuge und zur Musik auf offener Straße ihre Genehmigung nicht ertheilt hatte, durfte das Ständchen

nur auf dem Hofe des Professors gebracht werden, die Hausthür aber stand offen. So füllte sich denn der Hof, der Hausflur und die ganze Straße mit Menschen, die dem Ständchen beiwohnten.

Allgemein war es bekannt geworden, daß das Ständchen zu einer Demonstration für die Göttinger Professoren benutzt werden solle und es hatte daher die regste Theilnahme gefunden. Die Musik eines Garde-Regiments spielte. Die Studirenden brachten dem Professor Gans ein donnerndes Lebehoch. Gans dankte ihnen und damit hätte eigentlich das Ständchen beendet sein sollen, statt dessen aber brachten die Studenten noch ein zweites Vivat den sieben Göttingern, in welches die Gardemusik mit dem üblichen Tusch einfallen mußte.

Zufälligerweise wohnte in demselben Hause mit dem Professor Gans, zwei Treppen höher der Geh. Rath Tzschoppe, ein sehr berüchtigter, bei den Demagogenverfolgungen viel betheiligter Staatsbeamter. Er stand am Fenster und hörte das Ständchen mit an. Da plötzlich ertönte aus der Mitte der Studenten der laute Ruf: „Pereat dem, der hier spionirt, und zum Kontrast im Hause wohnt!" Lautes Gelächter erschallte! Die meisten Studenten, welche dem Professor keine Ungelegenheiten machen wollten, riefen zwar St! St!, aber das Pereat war doch einmal gebracht und vom Volke wurde es mit Gelächter und Jubel aufgenommen.

Am Tage darauf war großer Lärm in Berlin; die Polizei war in eifriger Bewegung. Der Universitätsrichter sollte durchaus herausbringen, von wem das Pereat ausgebracht worden sei. Das aber war vergeblich. Man erwartete allgemein, ein strenger Kabinets-Befehl des Königs werde über die Studirenden eine Strafe dafür verhängen, daß auf der einen Seite der würdige Herr von Tzschoppe mit einem Pereat bedacht worden war, während die Göttinger Sieben ein Vivat erhalten hatten. Der Kabinets-Befehl aber kam nicht. Der König begnügte sich, seine Theilnahme für die Hannover'sche Verfassungs-Angelegenheiten dadurch zu zeigen, daß er den Minister von Scheele mit dem rothen Adler-Orden I. Klasse begnadigte.

Ein Mann, der, wie damals Dahlmann schrieb, von vielen Millionen Deutschen als ein gemeiner Verbrecher betrachtet wurde, der wegen Eidbruch und Landesverrath bestraft werden müsse, wurde mit einem der ersten preußischen Orden geschmückt!

Bald darauf, im Mai des Jahres 1838 kam der König von Hannover zum Besuch nach Berlin. Er wurde bei Hofe mit großer Aufmerksamkeit, vom Berliner Volk aber mit ebenso großer Abneigung*) empfangen. Ziemlich öffentlich wurde davon gesprochen, man müsse dem verhaßten Manne die Fenster einwerfen und ihm eine Katzenmusik bringen. Das aber geschah nicht, die Polizei sorgte für die Sicherheit des Königlichen Gastes. Auf anderer Weise zeigte indessen die großstädtische Menge ihre Gesinnung. Während sie den gleichzeitig in Berlin zum Besuche anwesenden Kaiser von Rußland, wo er sich blicken ließ, mit Jubel begrüßte, blieben vor dem Könige von Hannover alle Köpfe bedeckt. Schweigend blickten die Berliner dem Könige nach, hier und da ertönte auch wohl aus der Masse ein verhöhnender Pfiff. Mehr aber wagte Niemand, denn die Polizei war wachsam. Bei solchen Demonstrationen blieb es; sie waren zwar an und für sich geringfügig, aber sie gewannen doch dadurch eine Bedeutung, daß sie dazu beitrugen, das politische Denken selbst im gewöhnlichen Berliner Volke wieder zu beleben.

*) Man erzählte damals in Berlin eine niedliche Anekdote, welche zeigt, daß auch die Beamten sich nicht scheuten, ihre Abneigung gegen den König von Hannover und ihre Theilnahme für die Göttinger Sieben offen zu äußern. Der Direktor der Sternwarte, Enke, erhielt die Nachricht, der König von Hannover wolle die Sternwarte besehen. „Ganz gut," erwiederte der berühmte Astronom, „ich werde ihm das Siebengestirn zeigen!"

Zwölftes Kapitel.

Der religiöse Zug im Charakter Friedrich Wilhelm III. — Religiöse Toleranz in Berlin. — Schleiermacher und seine Unionsvorschläge. — Die Union vor der Union in Berlin. — Die Amtskleidung der Geistlichen. — Liturgie und Agende. — Schleiermacher's Urtheil. — Friedrich Wilhelm's theologische Studien. — Regelung der protestantischen Kirchenverfassung. — Begründung der Union. — Kabinetsordre vom 27. September 1817. — Die Berliner Synode. — Die Abendmahlsfeier am 30. Oktober 1817, der Beginn der Union. — Die neue Agende. — Der Streit um diese Agende. — Die Berliner Geistlichkeit gegen die Agende. — Friedrich Wilhelm als theologischer Schriftsteller. — Die altlutherischen Auswanderer in Berlin. — Religiöser Kampf in Berlin. — Die Pietisten und Mucker in Königsberg und Berlin.

Von nicht geringerer Wichtigkeit für Berlin und für ganz Preußen, als die poltitischen Streitfragen, welche in den letzten Jahren der Regierung Friedrich Wilhelm III. die gebildete Welt beschäftigten, waren die religiösen.

Auch Friedrich Wilhelm III. hatte sich schon von früher Jugend an mit Eifer und Ernst religiösen Studien hingegeben; er neigte sich einer strengen, selbst einer orthodoxen Auffassung des Glaubens zu, aber sein klarer Verstand und sein treffliches Herz hielten ihn ab, sich einer solchen rücksichtslos hinzugeben, und er zeigte dies schon beim Beginn seiner Regierung, durch die so berühmt gewordene Kabinets-Ordre an den frömmelnden Minister Wöllner.

Das Sektenwesen, welches in der protestantischen Kirche herrschte, war dem Könige im höchsten Grade zuwider. Die scharfe Trennung der Protestanten, der Lutheraner und Reformirten, erschien ihm als unnütz und nachtheilig. Schon mehrere seiner Vorfahren hatten sich bemüht, eine Einigung der beiden getrennten Kirchen hervorzurufen; sie konnten aber keine Erfolge erzielen, weil in früherer Zeit der Glaubenseifer so stark war, daß die Prediger beider Konfessionen, die mit starrsinniger Konsequenz an ihren Glaubenssatzungen hingen, zu einer Einigung unmöglich zu kommen vermochten, und weil auch die große Masse der Bevölkerung sich ihren Lehrern mit gleich blindem Eifer anschloß.

Seit der Zeit Friedrich's des Großen aber hatten sich in Berlin die Anschauungen gewaltig geändert und auch die Regierung Friedrich Wilhelm II. war nicht im Stande gewesen, bei den Residenzlern den früheren Glaubenseifer wieder zu erzeugen.

Ein großer Theil der Berliner Bevölkerung war in Glaubenssachen sehr indifferent geworden, die ganze Bürgerschaft aber zeichnete sich durch eine religiöse Toleranz aus, wie sie kaum in irgend einer anderen Stadt in gleichem Maße herrschte. Ein wesentliches Verdienst in dieser Beziehung hatte sich der allgemein hochgeachtete und beliebte Schleiermacher, der große Theologe, erworben. Schon im Jahre 1803 waren von ihm: „zwei unvorgreifliche Gutachten in Sachen des protestantischen Kirchenwesens zunächst in Beziehung auf den Preußischen Staat" veröffentlicht worden. In dem ersten derselben hatte er sich über die Trennung der beiden protestantischen Kirchen ausgesprochen und die Nachtheile, welche diese Trennung mit sich führe, nachgewiesen. Das religiöse Interesse werde gefährdet, sie wirke auf die allgemeine Moralität und den wahren Kultus nachtheilig, ja sie gefährde sogar das Interesse des Staats.

Deshalb forderte Schleiermacher die Herstellung einer Kirchengemeinschaft, durch welche die Unterschiede im Lehrbegriffe und die Abweichung im Ritual beider Kirchen nicht angetastet werden solle. Er bemerkte dabei, daß wenn solche Kirchengemeinschaft herbeigeführt werde, man nicht mehr bei der Berufung von Predigern nach der Konfession zu fragen brauche; eine bessere Einrichtung der kirchlichen Oberaufsicht und der Verwaltung werde herbeigeführt, auch würde der Zwiespalt, der noch jetzt in vielen Familien herrsche, gehoben werden, denn gemeinschaftlich könnten Lutheraner und Reformirte die Feier des Abendmahls begehen.

Die Schleiermacher'schen Gutachten waren durch den Staatskanzler Beyme zur Kenntniß des Königs gebracht worden. Friedrich Wilhelm III. freute sich derselben um so mehr, als er selbst in gemischter Ehe lebte, er gehörte ja der reformirten, die Königin Luise aber der lutherischen Kirche an, und es war ihm stets störend gewesen, daß eine solche Trennung zwischen ihm und der so geliebten Gattin stattfand.

Auch er hatte schon viel darüber nachgedacht, wie eine Union der beiden protestantischen Kirchen herbeigeführt werden könne, jetzt sah er einen Weg vor sich, auf dem er später rüstig vorgeschritten ist.

Schleiermacher hatte damals den Antrag erhalten, nach Würzburg überzusiedeln. Friedrich Wilhelm III. verhinderte dies; er gab den Befehl, den trefflichen Theologen dem Dienste der Kirche in Preußen zu erhalten. Und dies geschah.

In Berlin fand Schleiermacher für seine Bestrebungen einen trefflichen Boden. Schon längst hatten die Prediger in der Hauptstadt aufgehört, die Scheidelehren der beiden protestantischen Kirchen in ihren Predigten besonders hervorzuheben, sie hätten dafür keine aufmerksamen Zuhörer gefunden. Auch beim Konfirmationsunterricht der Kinder war die Berliner Geistlichkeit in dieser Beziehung freisinnig. Kein Prediger durfte es wagen, den Haß gegen die Andersgläubigen Berliner Kindern einzuimpfen zu wollen.

Wohl herrschten in den Formen des Kultus in den lutherischen und reformirten Gemeinden noch einige äußerliche Verschiedenheiten, über diese aber sah man leicht fort. Das konfessionelle Bewußtsein in den Gemeinden war mehr und mehr geschwunden, und meistens kümmerten sich die Berliner, wenn sie Erbauung suchen wollten, wenig darum, ob sie in eine reformirte oder in eine lutherische Kirche gingen; jeder suchte den Prediger auf, der seiner Ueberzeugung nach am besten predigte.

Auch im häuslichen Leben herrschte die gleiche Toleranz. Bei der Schließung der Ehen wurde nach der Konfession selten gefragt; hatte doch selbst der Probst Spalding seine Tochter einem Andersgläubigen, dem späteren Bischof Sack, zur Ehe gegeben. An Schulen und Gymnasien wurden die Lehrer angestellt, ohne daß man Rücksicht auf ihr Glaubensbekenntniß nahm.

So hatte sich denn in Berlin thatsächlich schon eine Union der beiden Kirchen vollzogen, ehe noch eine solche staatlich begründet worden war.

Während der Kriegsjahre war es dem König Friedrich Wilhelm III. unmöglich gewesen, sich mit demjenigen Eifer, welchen der Gegenstand ihm einflößte, seiner Lieblingsidee, der Vereinigung der beiden protestantischen Kirchen, zuzuwenden; seine Thätigkeit war nach anderen Richtungen hin zu stark angespannt gewesen. Aus den Augen aber ließ er die Sache selbst in jener schweren Zeit nicht, er beschäftigte sich fortwährend mit dem Gedanken einer kirchlichen Reform, aber er wagte doch noch nicht ernst mit derselben vorzugehen. Charakteristisch für den König ist es, daß er den Beginn seiner kirchlich reformatorischen Thätigkeit mit einer ziemlich kleinlichen Aeußerlichkeit machte, daß derselbe die Amtskleidung der Geistlichen betraf.

In Anfange des 18. Jahrhunderts war das

frühere weite, faltige Gewand, welches die Prediger trugen, zusammengeschrumpft zu einem kleinen, dünnen, seidenen Mäntelchen, welches die Unterkleidung kaum bedeckte. Die meisten Prediger trugen auf dem Kopf einen dreieckigen Hut mit aufgeschlagener breiter Krämpe; einige behielten nach dem alten Muster die Perrücke bei. Der letzte Prediger in Berlin, der eine solche getragen hat, war der Prediger Koblank an der Luisenstädtischen Kirche.

Unter dem seidenen Mäntelchen trug jeder Geistliche eine Kleidung, wie sie ihm gerade gefiel oder wie die Mode sie gebot. Die jüngeren Pfarrer richteten sich nach der letzteren, die älteren nach ihrer alten Gewohnheit.

Die Verschiedenheit, welche hierdurch in der Amtstracht bedingt wurde, fiel dem Publikum, welches daran gewöhnt war, nicht mehr auf, sie störte auch gewiß die Frömmigkeit der Gemeinden nicht, — die Andacht pflegt ja von solchen Aeußerlichkeiten nicht abhängig zu sein; wohl aber war sie dem strengen Ordnungssinn des Königs zuwider.

Wie Friedrich Wilhelm III. beim Militär ein besonderes Gewicht auf die Gleichmäßigkeit der Uniformen legte, wie es ihm später vorzüglich peinlich war, daß die Landwehren in den Befreiungskriegen sich so wenig vorschriftsmäßig trugen, so beleidigte auch die willkürliche Tracht der Geistlichen sein Auge und sein Gefühl.

Dieser Anschauung gemäß wurde durch eine Kabinets-Ordre vom 20. März 1811 allen evangelischen Geistlichen der Monarchie die Anschaffung einer neuen Amtstracht, bestehend in Talar und Barett, befohlen. Sie war nach dem Muster des alten Luthergewandes vorgezeichnet, und damit eine völlige Gleichmäßigkeit erzielt werde, wurde ein Bild des Talars sämmtlichen Predigern übersendet. In Berlin predigten die Geistlichen zuerst zu Pfingsten 1811 im Talar.

Diejenigen Geistlichen, welchen die Mittel fehlten, sich das Amtsgewand anzuschaffen, wurden hierin vom Staat unterstützt. Später, im Jahre 1816, als Friedrich Wilhelm III. mehrere evangelische Bischöfe ernannte, wurde diesen außer dem goldenen Bischofskreuz die Auszeichnung eines seidenen Talars als Amtstracht, den auch die bevorzugten Ober-Hofprediger Ehrenberg und nachdem Strauß als besondere Gnade erhielten.

Mit der Uniformirung der Geistlichen, wenn wir uns dieses Ausdrucks bedienen dürfen, begann Friedrich Wilhelm die von ihm angestrebte Kirchenreformation. Er verlor darüber aber den ernsten Inhalt derselben nicht aus den Augen, denn fortwährend beschäftigte ihn selbst in der schweren Zeit des Jahres 1813 der Gedanke einer Vereinigung der beiden getrennten protestantischen Kirchen.

Sobald die kriegerischen Ereignisse dem Könige wieder Zeit ließen, war sein erster Gedanke die Kirchenreformation. Zunächst beschäftigten ihn die Liturgie, die Form der Gottesverehrung, die Reihenfolge der Gebete, und die Agende, das kirchliche Gesetz über alle heiligen Amtshandlungen der Geistlichen.

Wie früher die Amtstracht der Prediger eine willkürliche gewesen war, so hielt auch jeder Geistliche die Liturgie entweder nach seinem Belieben, oder nach dem Brauch, wie er gerade in seiner Kirche herrschte. Selbst in der Hof- und Garnisonkirche, welche der König vorzugsweise mit seiner Familie besuchte, war dies der Fall.

Die Garnisonkirche war seit der Zeit König Friedrich Wilhelm I. eine Simultankirche, d. h. eine solche, welche beide Konfessionen, die lutherische wie die reformirte, gemeinschaftlich als Gotteshaus benutzten. Die reformirte Gemeinde hatte andere Formen als die lutherische, und in letzterer wurde sogar der Gottesdienst fast formlos gehalten, denn der lutherische Prediger, der Feldprobst Offelsmeyer richtete sich nicht nach den alten Vorschriften. Er bewegte sich bei allen Funktionen seines Amtes ohne feste Formen, wie er es der Andacht der Gemeinde nach gerade für nöthig fand.

Dem König war jede solche Freiheit, welche er Willkür nannte, im Grunde der Seele zuwider. Wie er in der Amtstracht eine Gleichmäßigkeit, eine Art Uniformirung durchgesetzt hatte, so wünschte er auch die Formen des Gottesdienstes gleichmäßig zu machen, sie gewissermaßen zu uniformiren. Er äußerte sich darüber mit großer Entschiedenheit zu Eylert:

„Von allem Schlimmen in der Welt ist das Schlimmste die Willkür. Sie tritt und reißt da ein, wo die Gesetze nicht mehr gelten und man ihre Autorität nicht mehr ehrt. In der Willkür offenbart sich der Egoismus, der Alles besser wissen und besser machen will. Aus der Selbstsucht und ihren Anmaßungen kommt alles Elend in der Welt, im Hause, im Staate und in der Kirche. Auch in dieser taugt sie nicht. So lange einsichtsvolle Männer Abänderungen treffen, mag es hingehen, es liegt wenigstens Verstand darin. Wenn aber jeder unverständige Priester seine ungewaschenen Einfälle zu Markte bringt, modeln und abändern will, was die unsterblichen Reformatoren Luther und Melanchthon gemacht und angeordnet haben, was wird und kann da aus der Sache werden? — — — Solchen Unfug kann, darf und werde ich nicht mehr ruhig mit ansehen. Es soll und muß darin anders werden. Das ist meine Meinung; Sie haben sie gehört, und können jetzt gehen."

Dem Worte folgte bald die That. Der König ernannte durch Kabinets-Ordre vom 17. September 1814 eine Commission aus den Berliner Predigern Hanstein, Hecker, Ribbeck und Sack, und aus den Potsdamer Geistlichen Eylert und Offelsmeyer, welchen er den Auftrag ertheilte, neue liturgische Formen, die in allen Kirchen gebraucht werden sollten, aufzustellen.

Die Sache machte Aufsehen. Bald nach der öffentlichen Bekanntmachung begrüßte Schleier-

macher die Kommission durch eine anonyme Schrift, in welcher er nachwies, daß sie ihre Aufgabe schwerlich werde erledigen können. Er rieth ihr, das vom Könige ihr bewiesene Vertrauen dadurch zu ehren, daß sie ihre Mission für unausführbar erkläre.

Ein ähnliches Geschick hatte denn in der That auch die Kommission, denn obgleich sie fleißig arbeitete, obgleich sie öffentlich zur Einsendung von Beiträgen, Rathschlägen und Mittheilungen aufforderte und deren ein reiches Material erhielt, brachte sie doch nichts Sonderliches zu Stande. Nicht von ihr ging eine neue Liturgie aus, die auf Königlichen Befehl im Jahre 1816 in der Berliner Garnisonkirche und in der Hof- und Garnisonkirche zu Potsdam eingeführt wurde. *)

Wer der eigentliche Verfasser dieser Liturgie war, hat man nie erfahren, wohl aber deutet es Eylert an, indem er uns erzählt, mit welchem Eifer der König selbst sich dieser Sache widmete. Alle Liturgien und Agenten seiner Ahnherren waren im Studirzimmer Friedrich Wilhelm's aufgestapelt, er studirte dieselben mit tiefster Andacht. Das Werk Luther's und seiner Gehülfen verglich er mit dem vorhandenen Material; aus Luther's und der übrigen Reformatoren Schriften machte er sich Excerpte und suchte aus der gewaltigen Fülle das Passende für die Neuzeit auszulesen.

Je größeren Antheil Friedrich Wilhelm an der neuen Liturgie vielleicht persönlich hatte, je mehr mußte es ihn verdrießen, daß sie eine scharfe Kritik erfuhr, und zwar von einer Seite, von der er sie nicht erwartet hatte.

Schleiermacher sprach sich mit der ihm eigenthümlichen Klarheit gegen das dem Könige so liebe Werk aus, welches hierdurch bald beim Publikum in Mißkredit kam. Da es vorläufig nur für zwei Kirchen bestimmt war, hatte die Sache keine große Bedeutung, für den König aber war sie wichtig; er verdoppelte jetzt seinen theologischen Eifer, um eine Form des Gottesdienstes herzustellen, von der er hoffte, daß sie allgemeine Billigung finden würde; auch glaubte er die Zeit gekommen, um nun endlich die langersehnte Union der beiden protestantischen Kirchen thatsächlich zu begründen.

Zuerst wurde die protestantische Kirchen-Verfassung am 13. März 1817 fest geregelt. Der König verordnete, daß in jedem Kirchspiel ein Presbyterium oder Kirchen-Kollegium hergestellt werde. Unter dem Vorsitz eines Superintendenten sollten die protestantischen Geistlichen jedes Sprengels eine Kreissynode bilden und über die Beförderung der Ausbildung der Geistlichkeit, über die Handhabung der Disziplin der Geistlichen und Kandidaten, über die inneren Angelegenheiten der Kirche berathen, so wie die Aufsicht über die Ausbildung der Kandidaten- und die Volksschulen, besonders aber über den Religionsunterricht der Schüler führen. Ueber die Kreissynoden wurden die Provinzialsynoden gestellt, die aus den sämmtlichen Superintendenten der Provinz unter einem General-Superintendenten bestanden. Alle fünf Jahre sollte eine Generalsynode nach Berlin berufen werden, um über die Vorschläge der Kreis- und Provinzial-Synoden zu berathen.

Der Feststellung der Kirchenverfassung folgte die Begründung der Union. Als der geeignetste Zeitpunkt für dieselbe erschien die bevorstehende Jubelfeier der Reformation. Am 8. Oktober 1817 wurde die vom 17. Septbr. 1817 datirte denkwürdige Königliche Proklamation veröffentlicht, in welcher der König u. A. sagte: —

„Eine wahrhaft religiöse Vereinigung der beiden, nur durch äußere Unterschiede getrennten, protestantischen Kirchen ist den großen Zwecken des Christenthums gemäß; sie entspricht den ersten Absichten der Reformatoren, sie liegt im Geiste des Protestantismus; sie befördert den kirchlichen Sinn; sie ist heilsam der häuslichen Frömmigkeit; sie wird die Quelle vieler nützlichen, oft nur durch den Unterschied der Konfession bisher gehemmten Verbesserungen in Kirchen und Schulen.

Dieser heilsamen, schon so lange und auch jetzt wieder so laut gewünschten, und so oft vergeblich versuchten Vereinigung, in welcher die reformirte Kirche nicht zur lutherischen und diese nicht zu jener übergeht, sondern beide eine neubelebte, evangelisch-christliche Kirche, im Geiste ihres heiligen Stifters werden, steht kein in der Natur der Sache liegendes Hinderniß mehr entgegen sobald beide Theile nur redlich und ernstlich in wahrhaft christlichem Sinne sie wollen, und von diesem überzeugt, würde sie würdig den Dank aussprechen, welchen wir der göttlichen Vorsehung für den unschätzbaren Segen der Reformation schuldig sind, und das Andenken ihrer großen Stifter in der Fortsetzung ihres unsterblichen Werkes durch die That ehren.

Aber so sehr Ich wünschen muß, daß die reformirte und lutherische Kirche in Meinem Staate diese Meine wohlgeprüfte Ueberzeugung mit Mir theilen möge, so weit bin Ich, ihre Rechte und Freiheit achtend, davon entfernt, sie aufdringen und in diesen Angelegenheiten Etwas verfügen und bestimmen zu wollen. Auch hat diese Union nur dann einen wahren Werth, wenn weder Ueberredung noch Indifferentismus an ihr Theil haben, wenn sie aus der Freiheit eigener Ueberzeugung rein hervorgeht und nicht nur eine Vereinigung in der äußern Form ist, sondern in der Innigkeit der Herzen, nach ächt biblischen Grundsätzen, ihre Wurzeln und Lebenkräfte hat." —

Der König hatte ein großes Wort gesprochen, groß wegen seiner Folgen, groß wegen der religiösen Toleranz, welche den Inbegriff desselben

*) Die Einführung der Liturgie geschah, ohne daß vorher der Minister der geistlichen Angelegenheiten darüber ein Wort gehört hatte, speziell auf Königlichen Befehl.

bildete. Es wurde vom überwiegenden Theil des preußischen Volks und vorzugsweise von den Berlinern mit gerechter Freude aufgenommen; gab es doch der in Berlin thatsächlich schon bestehenden Union jetzt einen gesetzlichen Ausdruck.

Am 1. Oktober 1817 war die gesammte deutsche Geistlichkeit Berlins von beiden evangelischen Bekenntnissen zu einer Synode zusammengetreten; sie hatte Schleiermacher, nicht den Ersten im Range unter den Berliner Predigern, wohl aber den Ersten seiner geistigen Ueberlegenheit nach, zum Vorsitzenden gewählt, denselben Mann, der schon vor Jahren den Gedanken der Union so glücklich angeregt hatte, und der jetzt mit wahrer Herzensfreude das Königliche Wort begrüßte.

Die Synode beschloß, sich zu einer gemeinschaftlichen Feier des Abendmahls nach Einem Ritus am zweiten Tage des Reformations-Jubiläums, den 1. November in der Nikolaikirche zu verbinden. Sie meldete dies dem Könige; Friedrich Wilhelm aber hielt diese Feier für so bedeutungsvoll in ihren Folgen, daß sie durch einen besonderen Tag ausgezeichnet werden müsse, und die Synode verlegte deshalb mit Genehmigung des Königs die Abendmahlsfeier auf den Vorabend des Festes, den 30. Oktober.

Der Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin beschlossen, ebenfalls an der Feier Theil zu nehmen. Für sie hatte dieselbe noch besondere Bedeutung, denn die Nikolaikirche, welche durch Friedrich Wilhelm neu ausgebaut und umgestaltet worden war, sollte durch dieselbe eingeweiht werden.

Am 30. Oktober fand das Fest in der Nikolaikirche statt. Nach einem feierlichen Gottesdienste empfingen 63 Geistliche beider Konfessionen, die Doktoren und Professoren der Theologie an der Universität, die Mitglieder des Konsistoriums, außerdem auch viele hohe Staatsbeamte, die Direktoren und Lehrer der Gymnasien, der Magistrat, die Stadtverordneten und Bezirksvorsteher von Berlin gemeinschaftlich das Abendmahl, während sämmtliche Glocken der Stadt dazu läuteten. Am Nachmittage wurde in Gegenwart des Königs und des ganzen Hofes in der Garnisonkirche der Messias von Händel aufgeführt.

Die Union war schnell und glücklich in's Leben geführt, sie fand bei der Geistlichkeit beider Konfessionen weniger Widerstand, als man irgend hätte voraussehen können, in Berlin gar keinen, nur in den Provinzen zeigten sich hier und da einige starre Anhänger der lutherischen Lehre bedenklich.

In der Presse trat gleich Anfangs ein Ausländer, der Prediger Claus Harms in Kiel, gegen das Unionswerk auf, aber er wurde derb zurückgewiesen durch Schleiermacher, der in einer geistreichen Gegenschrift die Nichtigkeit aller vom altlutherischen Standpunkt gegen die Union gemachten Einwendungen nachwies.

Schleiermacher hatte es verstanden, seine Gründe so populär zu machen, daß seine viel gelesene Schrift wesentlich dazu beitrug, das Volk über die Tendenz der Union klar zu machen. Auch die Altlutheraner würden sich nach und nach vielleicht überall zur Annahme der Union verstanden haben, hätte nicht König Friedrich Wilhelm III. in seinem theologischen Gleichmachungseifer über das Ziel hinausgeschossen.

Die Union allein genügte ihm nicht, er wollte nun auch die Gleichmäßigkeit des Gottesdienstes in allen uniirten Kirchen durch eine gemeinsame Agende eingeführt sehen, daran arbeitete er unablässig. Alle seine Mußestunden widmete er mit rastlosem Eifer den theologischen Studien, den Nachforschungen über die Agende in der ersten Zeit der Reformation; fortwährend hielt er Rücksprache mit den Geistlichen, denen er sein Vertrauen schenkte, und endlich war die neue Agende fertig, mit der er das Unionswerk zu krönen gedachte, während er in der That durch dieselbe den Zwiespalt der früher getrennten Kirchen neu belebte.

Im Jahre 1821 erschien die neue Agende, welche nach einem Kabinets-Befehl vom 14. Februar 1822 sofort bei allen Garnison-Gemeinden und Militair-Instituten eingeführt werden mußte. Durch Ordre vom 19. Februar 1822 wurde sie an alle Konsistorien mit der Aeußerung, der König werde es wohlgefällig bemerken, wenn sie die Einführung dieser Agende bewerkstelligen würden.

Die Agende fand einen merkwürdigen Widerstand. Eine große Anzahl von Geistlichen erklärte sich mit ihr nicht einverstanden und verweigerte die Einführung. Es erhob sich ein heftiger religiöser Streit. Schriften für und gegen, die letzteren in großer Zahl, erschienen. Die Gemüther erhitzten sich, und nicht nur die Geistlichkeit, auch das Volk nahm Theil an dem Streit.

Der König war für sein Werk so sehr eingenommen, daß er alle möglichen Mittel ergriff, um es durchzusetzen. Diejenigen Geistlichen, welche sich für die Agende und deren Einführung interessirten, wurden durch Ordensertheilungen, Gehaltserhöhungen und Beförderungen belohnt.

Wohl ließen sich manche Geistliche durch Ordensverleihungen bestimmen, sie gaben aber den Gegnern damit nur um so schärfere Waffen in die Hand.

Nach verschiedenen anderen vergeblichen Bemühungen stellte am 4. Juli 1825 ein Ministerial-Rescript den Geistlichen die Alternative, entweder die neue Agende anzunehmen oder sich lediglich der rechtsbeständigen alten, mit landesherrlicher Genehmigung eingeführten, zu bedienen, keinenfalls solle die Ordnung des Gottesdienstes der Willkür der Geistlichen überlassen bleiben.

Gegen dieses Ministerial-Rescript reichten zwölf der ersten und angesehensten Geistlichen Berlins, unter ihnen auch Schleiermacher, eine Vorstellung ein, und auch der Magistrat von Berlin als Patron verschiedener Berliner Kirchen wendete sich an das Ministerium, und legte demselben die

Gründe dar, die ihn verhinderten, die Annahme der Agende in den Kirchen seines Patronats befördern zu können. Der Magistrat sowie die Berliner Prediger erklärten, daß die neue Agende zwar den Inhalt der alten Agende vollkommen wiedergebe, sie behaupteten aber, daß der evangelische Glaube durch die Forschungen frommer und erleuchteter Theologen in den letzten drei Jahrhunderten ein umfassenderer und inhaltreicherer geworden sei, als er unmittelbar nach der Reformation habe sein können. Das gesprochene Wort des sechszehnten Jahrhunderts könne nicht mehr dem gegenwärtigen Standpunkt der Bildung zusagen und genügen, und somit sei es unmöglich, daß die alte Agende, der die neue nachgebildet sei, nach Form und Inhalt befriedigen könne. Die neue Liturgie verfehle deshalb vollkommen ihren Zweck.

Der Agende-Streit machte dem Könige viele schwere Stunden. Er hatte fortwährend mit demselben zu thun. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten, der Freiherr von Altenstein, war mehr mit Verfügungen über die Agende, als mit allen anderen Arbeiten beschäftigt. Er war selbst mit der Agende nicht recht einverstanden, trotzdem mußte er dem Königlichen Willen genügen, war doch die neue Agende Friedrich Wilhelms eigenstes, sein Lieblingswerk.

Der König erlebte es jetzt, daß selbst die eifrigsten Freunde der Union sich ihm widersetzten, ja, daß sie lieber die Union opfern, als sich zur Agende zwingen lassen wollten. Hatten doch Schleiermacher und seine befreundeten Amtsgenossen am 27. Juni 1826 an den Minister von Altenstein eine Vorstellung eingereicht, in welcher sie die Bitte aussprachen, Se. Excellenz wolle sich hochgeneigtest bei Sr. Majestät dahin verwenden, daß die Annahme der neuen Agende der Ueberzeugung eines Jeden anheimgestellt bleibe; falls dies aber nicht zu erreichen sein sollte, dann würde in dieser niederschlagenden Bedrängniß nichts übrig bleiben, als die zweite Bitte, daß Se. Majestät geruhen wolle, das unter so freudigen Aussichten geschlossene, gesegnete Band der Union wieder aufzulösen.

Die Erklärung der zwölf Berliner Geistlichen war ein schwerer Schlag für den König, der nicht gern mit Strenge gegen die ersten und beliebtesten Prediger seiner Residenz vorgehen wollte. Er entschloß sich zu einem Schritt, der ihm gewiß nicht leicht geworden ist.

Friedrich Wilhelm III., der Feind aller literarischen Fehden, der Fürst, der so gerne sich in sich selbst zurückzog, der nichts mehr haßte als ein öffentliches Auftreten, entschloß sich, eine schriftstellerische Arbeit der Oeffentlichkeit zu übergeben. Im Jahre 1827 erschien eine Schrift unter dem Titel:

„Luther, in Beziehung auf die Preußische Kirchen-Agende vom Jahre 1822, mit den im Jahre 1823 bekannt gemachten Verbesserungen und Vermehrungen. 1. Corinther 14 V. 33. Gott ist nicht ein Gott der Unordnung, sondern des Friedens. 1. Corinther 14 V. 40. Lasset Alles ehrlich und Alles ordentlich zugehen. Epheser 4 V. 3. Seid fleißig, zu halten die Einigkeit im Geiste durch das Land des Friedens. Berlin, Posen und Bromberg 1827."

Der Autor hatte sich nicht genannt, daß aber die Schrift eines hohen Schutzes genieße, bewies ihre Versendung an alle evangelischen Geistlichen durch die vorgesetzten Behörden.

Das Schriftchen machte Aufsehen, aber so wohlgemeint es war, den Agendenstreit vermochte es nicht beizulegen, ja es diente sogar dazu, dem Königlichen Verfasser noch manchen Aerger zu bereiten. So wendete sich z. B. ein eifriger Altlutheraner, der Professor und Prediger Scheibel in Breslau mit einer Vorstellung direct an den König und suchte in derselben das Unstatthafte der Schrift nachzuweisen. Er erklärte, der Bischof Eylert sei ihr Verfasser, der sei ein verkappter Reformirter, der bei der Union nur das Interesse seiner eigenen Konfession bezwecke.

Eylert erzählt, er habe den König nie unwilliger gesehen, nie erbitterter, als bei Empfang dieses Briefes. Friedrich Wilhelm nannte den Professor einen fanatischen Widersprecher, der sich nicht überzeugen lassen wolle. Er könne nicht leugnen, daß er die Schrift geschrieben habe, gerade Scheibel's und seiner Anhänger wegen, um diese Menschen zu überzeugen und von ihren Vorurtheilen zurückzubringen; jetzt aber müsse man den halsstarrigen Narren laufen lassen.

„An Allem", so rief der König, „was er in seiner Vorstellung sagt, ist auch nicht Ein wahres Wort. Miserable Redensarten. Ich werde ihm antworten!" Und Scheibel erhielt eine Antwort, die er, wie Eylert meint, sich gewiß nicht hinter den Spiegel gesteckt habe.

Auch Schleiermacher trat als Gegner des Königlichen Autors auf und kränkte diesen hierdurch bitter.

In Berlin dauerte der Agendestreit unter großer Aufregung noch einige Jahre fort, bis endlich der König in einigen Punkten, die Geistlichkeit in andern nachgab. Am 12. April 1829 wurde die neue Agende in ihrer veränderten Gestalt, durch welche die Hauptbedenken der zwölf Prediger erledigt waren, in allen Kirchen Berlins eingeführt und damit war für die Residenz der Agendestreit beendet. In der Provinz aber dauerte er noch fort, und hier gestaltete er sich besonders in Schlesien wesentlich als ein Kampf gegen die Union, der vorzugsweise von den Altlutheranern geführt wurde und schließlich fast den traurigen Charakter einer religiösen Verfolgung annahm.

Mehrere Prediger, unter ihnen auch der genannte Scheibel in Breslau, wurden gefänglich eingezogen und ihrer Aemter entsetzt. Aber die Gemeinden hingen treu an ihnen, und es kam in Preußen, in dem Staate der Union, der den in Oesterreich ihres Glaubens wegen verfolgten Zillerthalern gerade damals ein gastliches Asyl

bot, dahin, daß eine große Zahl altlutherischer Familien nach Amerika auswanderte, um ihrer religiösen Ueberzeugung treu bleiben zu können. Die Auswanderer kamen auch nach Berlin. Varnhagen schreibt darüber:

„Die auswandernden Lutheraner, die am Sonntage hier auf zwei Kähnen die Spree hinabfuhren, haben bei allen, die sie gesehen, einen tiefen Eindruck hinterlassen. Man schätzte sie auf 400 Personen, Greise darunter und Säuglinge; sie zeigten ein entschlossenes, doch mildes Wesen, ihr Prediger hielt eine gemäßigte Erbauungsrede. Eine größere Anzahl wird nachkommen. Die Zeitungen hier haben Befehl, des Durchzugs gar nicht zu erwähnen. Nachdem die guten Leute schon ganz fertig waren zum Abzuge, wurden sie von ihren Bezirksbehörden noch vier Wochen aufgehalten und mußten ihr spärlich beigebrachtes Reisegeld unnütz verzehren; man wollte ihnen die Erklärung abgewinnen, daß sie auswanderten, um ihre Lage zu verbessern, nicht, um freie Religionsübung zu haben; aber sie beharrten dabei, nur den letzteren Grund anzugeben. Man hört überall sehr herbe Anklagen über diese Verfolgung; seit 200 Jahren sei dergleichen in Preußen nicht vorgekommen; man begreife den König nicht, noch seine Rathgeber, die solche Schmach ruhig zuließen; die Aufnahme der Zillerthaler werde daneben ein ärgerliches Possenspiel. Die Katholiken nehmen triumphirend diese Eingriffe des Königs in Religionssachen auf, um ihren Kampf als eine Sache der Glaubensfreiheit vorzustellen. Es ist eine häßliche Geschichte und setzt den Namen Preußen tief herab. Man schämt sich, besonders auch deswegen, weil die Regierung selber sich schämt!"

Friedrich Wilhelm war durch den oft gehässig geführten Agendestreit in seiner religiösen Ueberzeugung nur noch mehr bestärkt worden. Schon früher hatte er sich einer strengen Auffassung zugeneigt, in seinem Alter war dies noch mehr der Fall. Er erklärte oft mit scharfen Worten seine Abneigung gegen den religiösen Rationalismus, der unter der gebildeten Welt besonders in Berlin zahlreiche Anhänger fand.

Es entwickelte sich in jenen Jahren in Berlin ein merkwürdiger religiöser Kampf, vorzugsweise in der höheren Gesellschaft. Die Extreme berührten sich. Während auf der einen Seite die religiöse Freiheit, die rationelle Anschauung immer weiter um sich griff, fand der Mysticismus und Pietismus auf der andern Seite eine Reihe von hochangesehenen Anhängern.

Man wußte, daß der alternde König sich für Bibel- und Missions-Gesellschaften, für Traktaten-Vereine u. dergl. mehr interessirte, daß sein beliebter General-Adjutant v. Witzleben die frommen Konventikeln besuchte. Natürlich beeilten sich deshalb die Karrieremacher, um auch ihrerseits sich als fromme Männer zu zeigen, um so mehr, als sie hoffen durften, sich dadurch auch bei dem Kronprinzen einzuschmeicheln, dessen streng religöse Richtung Allen bekannt war.

Ein Minister, der sonst keineswegs im Geruch der Frömmigkeit stand, wurde Chef-Präsident der Bibelgesellschaft, andere hohe Staatsbeamte zeigten sich als eifrige Mitglieder der Traktätchen-Vereine. Bet- und Erbauungsstunden wurden in vielen vornehmen Häusern gehalten. Eine Engländerin, Mistreß Fry, war die Löwin der Berliner hohen Aristokratie. Sie schwärmte für einen exzessiven Pietismus, sie hielt in den einflußreichsten Zirkeln der Residenz Vorträge für die bessere Behandlung der Strafgefangenen, die sie durch mystische Gebete würzte, und der berühmte Prediger Tholuck verdolmetschte der erlesenen Zuhörerschaft die überschwänglichen Predigten jener Dame. Eine Prinzessin des Königlichen Hauses erklärte sich zur Beschützerin der Mystreß Fry, es wurde unter den Hoffräulein und Edeldamen Mode, nach Spandau zu pilgern und Bibeln und Gesangbücher an die Zuchthäusler zu verschenken.

Das höchste Streben der Pietisten war, den König ganz für ihre Richtung zu gewinnen. Gelang dies, dann hatte die Reaktion den glänzendsten Sieg gefeiert, dann durfte sie hoffen, auch die freie Entwicklung der Schule, die bisher unter Altenstein's Schutz so kräftig vor sich gegangen war, sich zu unterwerfen. Zum Glück für das preußische Volk aber gelang dies nicht. —

Der Mysticismus hatte gerade in den letzten Jahren sich von einer so verächtlichen Seite gezeigt, daß seine Ausschweifungen den wahrhaft frommen König ebenso sehr zurückstießen, wie er sich verletzt fühlte durch das Rütteln an den Grundsätzen der Religion, welches er den Rationalisten Schuld gab. In Königsberg hatte sich das Unwesen des Pietismus in seiner ganzen Nacktheit entschleiert.

Schon seit langer Zeit erzählte man sich in Berlin seltsame Geschichten von den sogenannten Muckern, einer pietistischen Gesellschaft, welche in der zweiten preußischen Hauptstadt unter dem höchsten Adel sehr verbreitet war, und die auch ihre Bekenner in Berlin haben sollte. Man wußte im Publikum nichts Bestimmtes über die Mucker, aber plötzlich lichtete sich das Dunkel, und was man nun erfuhr, ging weit über die vorher verbreiteten Gerüchte.

Die Mucker versammelten sich, wie amtlich ermittelt wurde, nächtlich zu ihren Religionsübungen. Auf ein gegebenes Zeichen entkleideten sich Männer und Frauen, sie wurden von dem Geistlichen ermahnt, sich des sinnlichen Genusses zu enthalten, obgleich die Lichter ausgelöscht waren.

Lange Jahre hatten dergleichen Zusammenkünfte stattgefunden; als nun aber der Wahnsinn der Mucker sich zum höchsten Grade steigerte, als man beschloß, die junge Gattin eines Grafen F. solle auserwählt werden, um den Messias neu zu gebähren, da fand der Gemahl der jungen Dame die Sache nicht nach seinem Geschmacke.

Er denuncirte die Sekte den Behörden und das Unglaubliche wurde nach eingehenden amtlichen Untersuchungen als wahr befunden. Ein Dr. Sachs aus Königsberg, der früher selbst der Sekte angehört hatte, übergab eine Darstellung derselben der Oeffentlichkeit.

Zwei Prediger in Königsberg, die als Päpste der Sekte fungirt hatten, wurden ihres Amtes entsetzt und in Untersuchung gezogen. Der Skandal war furchtbar.

Solcher Unfug mußte den König zurückschrecken von dem Pietisten-Unwesen, und wenn er auch in seinen letzten Regierungsjahren die strenge religiöse Richtung mehr als früher begünstigte, vermochten ihn doch die Mystiker niemals ganz zu gewinnen. Der Freiherr v. Altenstein, der den Frömmlern ein Stein des Anstoßes war, blieb trotz ihrer fortwährenden Bemühungen bis zu seinem Tode im Ministerium der geistlichen Angelegenheiten, und auch der ihnen nicht weniger verhaßte Bischof Neander behielt seinen Einfluß beim Könige bei*)

Dreizehntes Kapitel.

Friedrich Wilhelm als Familienvater. — Die Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses. — Fürstenbesuche in Berlin. — Einholung der Kronprinzessin. — Festlichkeiten. — Fackelzug. — Illumination. — Naive Reklame der Spener'schen Zeitung. — Ein schreckliches Ereigniß. — Rellstabs Erzählung. — Servile Sprache der Fest-Berichte.

Nach den sturmbewegten Jahren von 1806 bis 1815 war dem Könige Friedrich Wilhelm noch eine 25jährige Regierung beschieden. Er lebte glücklich im Kreise seiner zahlreichen Familie. Seine Söhne und Töchter waren sein Stolz. Wie ein bürgerlicher Familienvater verkehrte er mit ihnen. Er wollte nicht ihr König, sondern ihr Vater sein; dies zeigte er bei jeder Gelegenheit.

Im Umgange zwischen Vater und Kindern waren die Formen der steifen Hof-Etiquette verbannt; das trauliche Du herrschte in der Königlichen Familie. Die Prinzen und Prinzessinnen, so verschiedenartig sie auch ihrem Charakter und ihrer geistigen Befähigung nach waren, lebten als Geschwister zusammen. Von den gehässigen Partei-Intriguen, welche an andern fürstlichen Höfen die Verwandten trennen, hat man am Berliner Hofe nie etwas gehört.

Die Prinzen und Prinzessinnen nach ihren Persönlichkeiten näher zu schildern, werden unsere Leser uns erlassen; es muß dies der späteren Geschichtsschreibung vorbehalten bleiben. Wo ein Tadel über die Lebenden durch die Strafgesetze verpönt ist, würde jede lobende Bemerkung, selbst wenn sie gerecht wäre, als niedrige Schmeichelei, deren wir uns nicht schuldig machen wollen, erscheinen. Wir begnügen uns daher, einfach die Namen der Königlichen Kinder und Schwiegerkinder zu nennen.

Von den Söhnen des Königs vermählte sich der älteste, der Kronprinz, später König Friedrich Wilhelm IV., im Jahre 1823 mit der katholischen Prinzessin Elisabeth von Baiern. Im Jahre 1829 vermählte sich Prinz Wilhelm, — unser späterer Kaiser — mit Prinzessin Auguste von Weimar,*) Prinz Karl im Jahre 1827 mit Marie von Weimar, Prinz Albrecht 1830 mit Marianne, Prinzessin der Niederlande, mit der er in einer unglücklichen Ehe, die im Jahre 1849 endlich definitiv gelöst worden ist, lebte.

Die älteste Tochter des Königs, Charlotte Alexandra, vermählte sich 1817 mit dem Thronfolger Rußlands, dem spätern Kaiser Nicolaus, die Prinzessin Alexandrine im Jahre 1822 mit dem Erbgroßherzog von Schwerin, und die Lieblingstochter des Königs, Luise, im Jahre 1825 mit dem Prinzen Friedrich der Niederlande.

Durch seine zahlreichen Schwiegersöhne und Schwiegertöchter war Friedrich Wilhelm III. mit vielen europäischen Fürsten in nähere Berührung gekommen. Da er das verwandtschaftliche Band höher hielt, als es andere Fürsten zu thun pflegen,

*) Auf den hoch interessanten Kampf der preußischen Regierung gegen die Uebergriffe der katholischen Kirche, auf die Verhaftung des Erzbischofs von Köln ꝛc. können wir hier leider nicht näher eingehen, da, so wenig diese Angelegenheit auch für die allgemeine Landesgeschichte ist, sie die Geschichte Berlins durchaus nicht näher berührt.

*) Ueber die Vermählung berichtet die „Vossische Zeitung“: Die Verheirathung des hohen Brautpaares erfolgte am 11 Juni 1829; der Hochzeit wohnte Kaiser Nicolaus mit seiner Gemahlin, geb. Prinzessin Charlotte von Preußen, sowie der damalige Großfürst Thronfolger, der jetzige Kaiser Alexander II., der in jenen Tagen seinen ersten Besuch dem Berliner Hofe abstattete, nebst einer großen Anzahl anderer Fürstlichkeiten bei. Am 10. Juni, Nachmittags 5 Uhr, hielt die hohe Braut von Charlottenburg aus ihren feierlichen Einzug in Berlin und wurde an der Weichbildgrenze vom Oberbürgermeister Büsching namens der Stadt begrüßt; Abends war Kour bei der Kaiserin von Rußland. Am 11. Juni, Abends 7 Uhr, wurde das hohe Brautpaar in Gegenwart einer äußerst zahlreichen Gesellschaft in der jetzt zu einer Paradekammer umgewandelten alten Kapelle vom Bischof Eylert getraut; 72 Kanonenschüsse verkündeten den harrenden Berlinern das Wechseln der Ringe. Hieran reihte sich eine große Kour im Weißen Saale. Die Ceremonientafel war im Rittersaale aufgebaut; der historische Fackeltanz, welchen die Minister v. Motz, Graf Dankelmann, v. Hake, v. Klewitz, Graf Lottum, Fürst zu Sayn-Wittgenstein, v. Schuckmann, v. Beyme und v. Brockhausen vollführten, bildete den Schluß des Festes, nach welchem Oberhofmeisterin Frau v. Jagow das Strumpfband vertheilte. Den nächsten Morgen, den 12. Juni, erfolgte der feierliche Einzug in das — jetzt königliche — Palais.

da er die Schwiegersöhne und Schwiegertöchter gern in den trauten Familienkreis zog und da er es gern sah, wenn die fernen Verwandten nach Berlin zum Besuch kamen, so wurde die Residenz häufig der Schauplatz recht glänzender Festlichkeiten, die durch die Besuche fremder Fürsten hervorgerufen waren.

So sparsam Friedrich Wilhelm III. für gewöhnlich war, so einfach er für seine Person nach den Befreiungskriegen, wie vor denselben, lebte, sparte er doch nichts, wenn es galt, einen fremden fürstlichen Gast zu ehren. Auch die Familienfeste, die Vermählungen der Söhne und Töchter, die Taufen u. s. w. wurden oft recht glänzend begangen.

Wir würden Bände füllen und unsere Leser nur ermüden, wollten wir alle diese Festlichkeiten schildern oder auch nur erwähnen. Ein Interesse haben sie überdies für die Geschichte Berlins nicht, da sie zum großen Theil lediglich in den Hofkreisen gefeiert wurden und das Volk an ihnen nur in so weit Theil nahm, als es den Theatervorstellungen, Paraden u. s. w. zuschauen durfte. Wir wollen deshalb aus der großen Zahl der Hoffestlichkeiten in den letzten 25 Jahren der Regierung Friedrich Wilhelm's III. nur eine, welche ein allgemeines Interesse gewährt, die Einholung der Kronprinzessin, beschreiben. —

Die Einholung der Kronprinzessin zeichnete sich weniger durch außergewöhnliche Festlichkeiten aus, denn das Festprogramm entsprach im Großen und Ganzen den bei ähnlichen Gelegenheiten üblichen, als durch ein trauriges Ereigniß, welches sich an die Feier knüpfte. Wir werden unsern Leser daher den Verlauf der Festlichkeit selbst nur mit einigen kurzen Worten schildern.

Am 28. November 1823 hielt die Kronprinzessin Elisabeth ihren feierlichen Einzug in Berlin, nachdem sie schon am Tage vorher in Potsdam festlich eingeholt und von der Königlichen Familie begrüßt worden war. Von Charlottenburg, wohin sie sich am 28sten früh begeben hatte, wurde die Fahrt nach Berlin angetreten.

Dem goldenen, mit 8 Pferden bespannten Wagen ritten, wie üblich, einige Züge Garde du Korps voraus; ihm folgten eine Abtheilung derselben und die 6 spännigen Wagen mit den Hof-Damen. Im Thiergarten wurde der Zug von den berittenen Korps der Bürgerschaft empfangen, diese setzten sich an die Spitze des Zuges, dem 40 blasende Postillone voranritten.

Am Brandenburger Thor erwartete eine Anzahl der höchsten Staatsbeamten und Offiziere die Prinzessinn. Sobald der Wagen durch das Thor einzog, begann im Lustgarten der Donner der Geschütze, 72 Schüsse wurden abgefeuert.

Innerhalb der Stadt wurde die Prinzessin am Thore von den städtischen Behörden empfangen. Längs den Linden waren die Gewerke in Gallatracht aufgestellt.

Daß eine ungeheure Menschenmenge sich versammelt hatte, daß alle Bäume der Linden und der Alleen im Thiergarten mit Zuschauern bedeckt waren, daß fortwährend donnernde Lebehochs erschallten, haben wir wohl kaum nöthig zu erwähnen.

Unmittelbar vor der Schloßbrücke war eine Ehrenpforte erbaut, bei dieser brachte eine Anzahl von Ehrenjungfrauen der Kronprinzessinn ihre Huldigung dar. Bemerkenswerth war die einfache Kleidung der jungen Mädchen. Dieselben trugen weiße Merinokleider mit breitem hellblauen Besatz und eine hellblaue Schärpe; sie waren sämmtlich geschmückt mit einer einfachen goldenen Kette, an der ein Kreuz hing und einem Kranz von Eichenlaub, den sie im Haar trugen.

Von der Ehrenpforte aus fuhr der Zug über die im Jahre vorher begonnene, jetzt eben fertig gewordene Schloßbrücke. Die Kronprinzessin befuhr dieselbe zum erstenmal. Im Schloß wurde die Prinzessin vom Bräutigam und von der Königlichen Familie empfangen und begrüßt.

Sobald die Dunkelheit anbrach, brachte die Studentenschaft der Prinzessin zum Zeichen ihrer Verehrung einen solennen Fackelzug. Die ganze Stadt war prächtig erleuchtet, die Illumination so glänzend, wie man sie selten in Berlin gesehen hatte. Sie zeichnete sich besonders durch eine große Menge von Transparenten mit Inschriften aus. Wir wollen nur eins derselben erwähnen, das der Spener'schen Zeitung, welche die Gelegenheit ziemlich naiverweise benutzte, um für sich Reklame zu machen und dem Publikum anzuzeigen, daß sie ihr altes Expeditionslokal von der Schloßfreiheit Nr. 9 nach dem Hause an der eisernen Brücke Nr. 1 verlegt habe. Zu diesem Zweck prankte Schloßfreiheit 9 folgende Inschrift:

Ihr werthen Leser seid gewohnt seit vielen Jahren
Durch uns allhier das Neueste zu erfahren;
Entwöhnt Euch dessen nicht und bleibet uns getreu!
Dafür geloben wir hiermit auf's neu:
Euch stets das Allerneueste treulich zu verkünden;
Obgleich die Zeitungs-Expedition aus guten Gründen
Von hier nach Nr. 1 dicht an der Eisenbrücke
Verleget ist. Drum wendet Eure Tritt und Blicke
Sogleich dorthin, es wird Euch nicht gereun,
Von Herzen werdet Ihr des Neusten Euch erfreun,
Denn wißt: das Neueste, was Euch heut zugekommen,
Soll nicht nur Euch, auch Euren Kindeskindern frommen.
Die Haude- und Spener'sche Zeitungs-Expedition.

Am Tage darauf, am 29. November, wurde die Vermählung des Kronprinzen und der Kronprinzessin unter den üblichen Ceremonien gefeiert, bei denen natürlich auch der Fackeltanz nicht fehlte, und eine Reihe von Hoffesten schloß sich hieran, von denen vorzugsweise eine große Freiredoute, zu der 6000 Billets vertheilt wurden, zu nennen ist.

Dies war im Auszuge der Hergang der Festlichkeiten, wie ihn die Zeitungen jener Tage und die offiziellen Berichte, unter anderem ein eigenes in Berlin bei Enslin im Januar 1824 erschienenen Werkchen schildern. Von dem traurigen Ereignisse, welches sich an den Einzug knüpfte und

Berlin in Schrecken und Trauer versetzte, wissen sie nichts; der Censor hätte jeden Bericht über dasselbe gestrichen, denn nur von Glückseligkeit und Freude durfte an einem Festtage der Königlichen Familie in Berlin die Rede sein, nicht von Trauer und Elend, welches durch mangelhafte Anordnung der Behörden hervorgerufen war. Wir wollen deshalb den Bericht eines Augenzeugen, der sich glücklich aus dem Gedränge rettete, unsern Lesern mittheilen. Ludwig Rellstab erzählt:

„Ein Ereigniß aber gab es im Laufe des späteren Tages, das aus der Kurzweil binnen wenigen Minuten ein furchtbares Entsetzen bereitete. Die Stadt war zum Abend illuminirt; alle öffentlichen Gebäude prangten in den schönsten Lampenausschmückungen, namentlich war die Akademie herrlich beleuchtet. Ich war allein ausgegangen, um mir die Illumination zu beschauen, hatte aber ein paar Freunde getroffen, mit denen ich gemeinsam wanderte; es waren der Lieutenant Dannhauer (jetzt General) und ein junger Mann Namens Gerth, der als Sohn im Hause des Geh. Finanzrath Paalzow auferzogen war, welcher damals als Referendar in Berlin lebte. Er ist längst abgeschieden, doch General Dannhauer kann die Wahrheit des Geschehenen noch bezeugen. Auf verschiedenen Wegen, die wir durch die Stadt machten, trafen wir auch den Fackelzug der Studirenden, und in entsinne mich, mit einem der Führer (Geh. Rath Fließ, der auch noch am Leben ist), über die Richtung, die der Zug nehmen wollte, gesprochen zu haben. Wir begleiteten denselben eine Strecke, und hatten vor, dem Gaudeamus igitur, welches im Lustgarten gesungen werden sollte, und dem Verbrennen der Fackeln daselbst beizuwohnen. Bei den verschiedenen Wegen, die wir hier nahmen, hatten wir im Schloß schon einen kleinen Vorgeschmack des ungeheuren Drängens, indem dasselbe in dem einen Durchgang so heftig wurde, daß die jungen Mädchen aufkreischten und eines derselben mit verlorenem Kamm sich aus dem Getümmel wieder in's Freie drängen mußte. Doch wir jungen Leute nahmen dies alles nur von der lustigen Seite, da unsere Natur von solchen Scenen nicht angegriffen wurde.

Die Darbringung des Fackelzuges vollendete sich und die Studirenden zogen auf den Lustgarten, um in seiner damals freien Mitte einen Rundkreis zu bilden, das Gaudeamus zu singen und die Fackeln zu verbrennen. Kaum aber hatte dies begonnen, als sie von den herzuströmenden Volksmassen, die gerade dies Schauspiel sehen wollten, auf das Furchtbarste bedrängt wurden. Alles steuerte gegen die Mitte des Platzes und wir mußten uns anfassen und mit aller Macht rückwärts drängen, damit nur die Studenten nicht in das Feuer ihrer eigenen Fackeln gestoßen würden. Allmälig ging indeß dieser ziemlich ernste Kampf vorüber und wir beschlossen nun, zu der großen Feier des Festes zurückkehren, wozu uns aus dem Lustgarten nur die kleine am Zeughause errichtete Laufbrücke blieb. Denn die Schloßbrücke, über welche Vormittags die höchsten Herrschaften, begrüßt von den 300 jungen, blau und weiß gekleideten Reviermädchen, gefahren waren, blieb für den Abend gesperrt. Wir langten denn bei der Brücke mit einem mächtigen, dichten Strom von Menschen an, glaubten aber in wenigen Minuten den Engpaß zu überwinden. Ernsthaft rückten wir dem Ziele näher, indem wir den Boden der Brücke unter unseren Sohlen fühlten und allmälig darauf vorschritten. Da staute sich plötzlich die ungeheure Masse so auf, daß sie wie eine Mauer stille stand. Von hinten her erfolgte jedoch immer neuer Andrang. Vor uns hörte man angstvolle Töne von Frauen und Kindern. Ich blickte noch vergnügt und ahnungslos umher. Jetzt aber erhob ein Gensdarm, der etwa zehn Schritte vor uns auf der Brücke hielt, ein heftiges Geschrei, weil ihn die Volksmasse mit dem Pferde gegen das Geländer drängte. Erschrocken sah ich umher und entdeckte, daß mein Nachbar, der Lieutenant Dannhauer, neben mir erblaßte; wenn ich mich recht erinnere, war ihm der Degen, der sich etwas verschoben hatte, so heftig in die Seite getrieben. Jetzt überfiel auch mich eine Ahnung des Schlimmsten. Indeß ich dachte doch nur, daß die Entgegenkommenden uns auf Augenblicke festhalten und eine oder die andere Partei siegen müsse. Um das Letztere für unsere Seite zu befördern, riefen Dannhauer, Gerth und ich mit lauter Stimme den uns zunächst stehenden ein ermuthigendes Vorwärts entgegen und sie drängten, sich mit uns vereinigend, aus aller Macht den Linden zu. Aber wir gewannen nur einen oder zwei Schritte Feld, dann war Alles wieder festgerannt und die furchtbare Enge war um desto empfindlicher gestiegen. Nachgerade hatten wir die eisernen Charniere unter unseren Füßen gefühlt, also die Hälfte der Brücke erreicht und durften hoffen, die Sieger zu sein. Jetzt aber stand alles wieder festgebannt und nur das entsetzliche Geschrei Einzelner, die sich von der Gewalt des Gedränges wie zermalmt fühlten, war aus der tobenden Menge zu vernehmen. Da öffnete sich, wo wir es am wenigsten vermutheten, plötzlich ein Weg rückwärts. Die Strömung ging nach dem Lustgarten zurück. In solchen Momenten hat stets die Gegenwart ihr Recht. Wir folgten ihr nachgebend und hatten wieder das Wonnegefühl einer freien Brust. Da hemmte uns plötzlich ein neuer Knäuel von Menschen. Es waren bei der Flucht nach rückwärts einige gestürzt und lagen, in Gefahr zertreten zu werden, auf der Erde. Mit aller Macht hielten wir die Nachstürmenden zurück und rissen die Gefallenen wieder empor. Bei diesem Tumult wurde ich von meinen Freunden getrennt. Ich blickte seitwärts, sah das Geländer der Brücke weggebrochen, schräg gelehnt; die Rettung war da, wenn ich hinüber sprang. Ich führte es aus, indem ich aus dem sich vor mir windender Knäuel einen kleinen Knaben

emporraffte, ihn in den Arm nahm und mit ihm den Sprung in's Wasser versuchte. Doch indem ich auf das Geländer trat, entdeckte ich die unten angebrachte Waschbank, entschlossen sprang ich hinab und erreichte glücklich das Ziel. Es hatten sich schon eine Menge Menschen dort unten versammelt. Aus ihnen stürzte eine Frau plötzlich auf mich zu, umarmte das Kind, welches ich auf dem Arm hatte, als ihr eigenes und dankte Gott laut für dessen wunderbare Rettung. Dies war mir der merkwürdigste Augenblick. — Ich ließ ihr den Knaben und blickte umher, was weiter zu thun sei. Drüben, jenseit der Brücke, sah ich verschiedene Personen rasch von ihr herab in's Wasser gleiten, ebenso sprangen auch zu uns noch andere herunter. Dies lehrte mich, daß unsere Stellung durch den Augenblick sehr bedingt sei, deshalb griff ich rasch nach einer der Kahnspitzen, die neben der Brücke lagen, schwang mich hinauf und erreichte so, über verschiedene Kähne kletternd, wieder den Lustgarten. Von dort schlug ich meinen Weg, dem ersten Plan entsprechend, ein und gelangte mit Umwegen und unter großem Getümmel, aber doch nicht mit erneutem gefährlichen Gedränge, nach den Linden. Hier erblickte ich an der Akademie plötzlich meine beiden Freunde und wir begrüßten einander mit Umarmung und Kuß wie auferstanden. Ein Beweis, daß wir jetzt erst die Größe der Gefahr, in der wir geschwebt hatten, recht einsahen! — Wir gingen mit einander in das Weinhaus zu Lutter und Wegener, wohin wir die ersten Nachrichten von dem geschehenen Unglück brachten; dieselben vervielfältigten sich jeden Augenblick, indem neue Gäste eintraten. Es wurde viel von ähnlichen Verhältnissen gesprochen, unter Anderem erzählte der Baron Hertefeld von einer Illumination in London, bei welcher er unter einem Kohlenwagen eine Zeit lang Schutz gefunden hatte, bis gegen Morgen das Menschengetümmel sich verminderte und er wieder in's Freie hinaus konnte. — Das Wesentlichste, was geschehen war, ist mir heut nur ungefähr erinnerlich; es waren 26 oder 28 Todte, theils zermalmt, theils ertrunken; das Unglück war durch einen zerbrochenen Wagen, der die Brücke gesperrt hatte, veranlaßt. Der Kommandant soll die neu erbaute Schloßbrücke gesperrt gehalten haben. Verzeblich aber wird man durch die Zeitungen eine nähere Belehrung suchen; es ist kein Wort über den ganzen Vorfall darin enthalten! Ein Beweis, wie unsere Angelegenheiten damals verschleiert geführt wurden!"*)

---

*) Im grellsten Gegensatze zu diesem absichtlichen Verschweigen eines großen Unglücks, welches nicht einmal bedauert werden durfte, steht die wahrhaft ekelhafte, servile Sprache, mit welcher die offiziellen Berichte die Volksfreude beim Einzuge der Kronprinzessin schilderten. Als Beispiel möge folgende Stelle dienen:

„Der erste Kanonenschuß brachte auf einmal ein neues Leben in die große Masse und lenkte die Aufmerksamkeit der Schauenden, welche sich bis jetzt an den bunten Aufzügen der Gewerke ergötzt hatten, entschieden nur auf einen Punkt, den goldenen Wagen, von dem der Adler mit hohem Haupt und ausgebreiteten Flügeln weithin glänzte. Wo er schwebte, dort wußte man, war Sie, die ersehnte Kgl. Braut und langsam, wie sein Flug sich zu nahen schien, nahete unter entzückender Ahnung der Augenblick, wo Ihres Angesichts holde Milde das ängstliche Pochen aller Herzen in den lautesten Freudenschlag verwandelte. Die Entferntesten hörten von den Näheren und Nahen den stürmischen Jubel dieser Freude, die, wie vom Winde aufgeregte Wogen, bald höher schlagend, bald gedämpfter, fortrollten, denn sobald der Wagen der gefeierten Prinzessin hielt und die Anführer der einzelnen Gewerke, welche in Parade unter den Linden aufgestellt waren, Ihrer Königlichen Hoheit ihre ehrfurchtsvollsten Huldigungen darbrachten, schaute Alles mit stiller Begeisterung nach Ihren Augen und Jeder hätte gern die Worte von Ihren Lippen gelesen, mit welchen die durchlauchtigste Prinzessin Ihre Gnade und Ihre Huld verkündigte, aber das ungemessenste Freudengeschrei brach um so stärker wieder aus, sobald der Zug weiter fortrückte. Es wehten die weißen Tücher der Damen aus allen Stockwerken der hohen Prachtgebäude, oft von Thränen der zartesten Theilnahme und der überströmenden Freude genetzt und das Bild der hohen Königstochter, Ihre Majestät und Ihre Anmuth im schönsten Einklange, übten ihre stille aber sichere Gewalt über alle Herzen: in Wahrheit wurde die Prinzessin auf den Händen getragen und während Freude und Rührung Alle hinriß, hätte jeder Einzelne gern Ihr sein Herz besonders zum Opfer dargebracht. Hörte man nicht Stimmen in der wogenden Menge, daß sogar das, was Allen jetzt das Theuerste war, der Gruß der Erhabenen Braut, wie gern! entbehrt worden wäre, weil auch das Neigen Ihres Hauptes dem Volke ein zu großer Lohn für seine Huldigung schien, da er der Angebeteten vielleicht einige Anstrengung kostete!"

Vierzehntes Kapitel.

Einsames Leben des Königs. — Die Gräfin Harrach. — Vor der Vermählung. — Gespräch des Königs mit dem Bischof Eylert. — Richtet nicht! — Die geheime Trauung. — Nach der Trauung. — Berliner Klatschereien. — Die Stellung der Fürstin Liegnitz. Eine Fürstenehe. — Aenderung der Volksstimmung — Die treue Krankenpflegerin. — Volksbeliebtheit des Königs. — Die Berliner Straßenjungen. — Der Empfang des Königs nach seiner Genesung im Theater.

Friedrich Wilhelm hatte die verewigte Königin Luise lange und innig betrauert, das Andenken der so früh Geschiedenen blieb ihm unvergeßlich. Er hat es in treuem Herzen bis zu seinem Tode bewahrt. Trotzdem aber erwachte in dem alternden Manne das Bedürfniß, eine Gefährtin für sein einsames Leben zu finden.

Der düstre Charakter des Königs, die Scheu, sich frei und ganz mitzutheilen, sich innig anzu-

schließen, hatte es ihm unmöglich gemacht, einen Freund zu finden. Die Männer, welche seine nächste Umgebung bildeten, waren nur seine Diener, vielleicht hochgeachtete, selbst gewissermaßen geliebte und vertraute Diener, denen er oft einen großen, mitunter zu großen Einfluß einräumte, aber doch nur Diener, nicht Freunde.

Auch im Kreise seiner Familie fand Friedrich Wilhelm nicht diejenige Befriedigung, deren er bedurfte; wie sehr ihn seine Söhne und Töchter liebten, wie innig auch das Verhältniß zu denselben war, niemals konnten ihm die Kinder die Gattin ersetzen.

Von den Töchtern waren zwei vermählt, die dritte, seine Lieblingstochter Luise, die ihm von allen Kindern am nächsten stand, sollte ihn nun auch bald verlassen, ihre Vermählung mit dem Prinzen Friedrich der Niederlande war beschlossen und Friedrich Wilhelm sah eine trübe Zeit gänzlicher Einsamkeit vor sich. Er entschloß sich zu einer zweiten Vermählung, ein Entschluß, der ihm schwer genug geworden sein mag, denn er wußte genau voraus, daß der Schritt, den er thun wollte, ein gewaltiges Aufsehen machen würde, und nichts war ihm unangenehmer und peinlicher, als das Bewußtsein, ein Gegenstand übelwollender Klatschereien zu sein. Dennoch forderte er diese jetzt förmlich heraus, indem er, der 54jährige Mann sich entschloß, ein junges 24jähriges Weib zu nehmen, und mit ihr, was in seinem Hause bisher unerhört war, eine morganatische Ehe einzugehen.

Er hatte bei seinen jährlichen Reisen nach Töplitz eine junge Gräfin, Auguste von Harrach kennen und lieben gelernt. Sein Antrag, daß sie seine zur linken Hand angetraute Gemahlin werde, war angenommen worden.

Das es dem Könige nicht leicht wurde, den verhängnißvollen Schritt zu thun, geht aus einer langen Unterredung hervor, welche er mit dem Bischoff Eylert vor seiner Vermählung führte, ehe noch irgend Jemand in Berlin von derselben etwas wußte.

Eylert hatte im Anfange des Monat November 1824 über das Thema: „richtet nicht" gepredigt, und die Gemeinde vor lieblosem Absprechen gewarnt. Der König, der in der Kirche anwesend war, ließ den Bischof zu sich kommen. Als dieser in das Königliche Zimmer trat, empfing ihn Friedrich Wilhelm mit den Worten: „Nun wird das Richten angehen" und er wiederholte das Wort, dem Bischof näher tretend, ausdrucksvoll.

Der Angeredete war betroffen; er glaubte in seiner Predigt ein Versehen begangen zu haben, und suchte sich zu entschuldigen. Aber der König unterbrach ihn mit den Worten: „Weiß wohl, aber das Richten wird doch angehen und zwar über mich selbst!"

Erstaunt bemerkte der Bischof, daß ein Fürst es sich zwar gefallen lasse müsse, wenn das Publikum ihn und sein Thun beurtheile, den König aber könne dies nicht treffen, da er so geehrt und geliebt vom Volke sei.

„Hilft nichts," wendete der König ein, „das Richten über mich wird dennoch ergehen. Will Ihnen nur sagen: will wieder heirathen."

Die Nachricht traf den würdigen Bischof so überraschend, daß er erschreckt zusammen fuhr.

„Erschrecken wohl?" fragte der König. „Die ganze Sache ist noch ein Geheimniß; es hängt damit so zusammen:" Er ließ sich nun des Weiteren über seinen Plan aus. Hören wir seine eigenen Worte, welche der Bischof Eylert unmittelbar nach der Unterredung in sein Tagebuch niedergeschrieben hat:

„Ich bin in meinem häuslichen Leben von schweren Verlusten getroffen. Nun verläßt mich auch die letzte Tochter, Luise; ich werde sie sehr vermissen. Nur damit kann ich mich trösten, daß sie den besten Menschen in der Welt, den Prinzen Friedrich der Niederlande, heirathet. Sie ist ein gutes Kind, freundlich und liebevoll, wie ihre selige Mutter, eine zweite Luise. Ich sympathisire mit ihr und sie hängt mit ganzer kindlicher Seele an mir. Sie besorgt alle meine Häuslichkeiten; versüßt mir meine einsamen Stunden; liest mir vor; sitzt an meinem Bett, wenn ich krank bin; macht mir alles recht, versteht mich — erinnert mich an meine selige Vergangenheit! Oh! behielt' ich sie, ich würde nicht an's Wiederheirathen denken. Der Umgang mit einem sanften, verständigen, gemüthlichen weiblichen Wesen ist mir durch meine Frau und Tochter zum Bedürfniß, zur andern Natur geworden. Ohne das kann ich nicht leben. In der That giebt es Stimmungen des Gemüths, die nur Anklang finden bei einem verwandten weiblichen Herzen; es ist damit ganz etwas anderes, wie mit einem Freunde, den ich, so viel Mühe ich mir auch darum gegeben aber auch nicht habe. Es giebt ein Stillesein und Schweigen, ein Sprechen und Mittheilen, ein Helfen und Beistehen, ein Holen und Bringen, ein Kommen, Gehen und Anblicken, welches, umflossen von weiblicher Anmuth, angenehm ist, und auch bei der trübsten, widerwärtigsten Stimmung angenehm bleibt. Und dann giebt es besonders in kranken verdrießlichen Tagen Hilfeleistungen und Erleichterungen, die kein Laquai, kein Arzt, kein Freund, die nur eine sanfte weibliche Hand, oft auch selbst nicht mal die einer guten Tochter, sondern nur die einer lieben, freundlichen Ehefrau leisten und geben kann. Ich muß also wieder heirathen; um so mehr, da ich alt und hinfällig werde."

Bis hierher hatte der König, an einen Tisch gelehnt, stehend gesprochen; jetzt ging er schweigend im Zimmer auf und ab, und fuhr dann fort:

„Eine Königin darf es nicht sein; die habe ich gehabt. Eine Luise bekomme ich nicht wieder, wir Beide waren jung; die Zeiten sind hin, — auf immer hin! Eine Königin muß einen Hofstaat haben, der ist kostbar und kostet dem Hause und Lande viel Geld. Eine Königin genirt mich, und

ich genire mich nicht gern; ist sie gar herrschsüchtig und mischt sich in Dinge, die sie nichts angehen, bilden sich geheime Parteien bei Hofe, so wird mir vollends mein bischen Leben verbittert. Eine junge Fürstin, die noch bessere Aussichten hat, nimmt mich aus wahrer Liebe nicht, und eine alte, eine Hagebutte, die einst eine Rose war, will ich nicht. Das Erstemal wählte ich aus Neigung, und ich gewann das größte Loos; ich hoffe, auch das Zweitemal wird es mir wohl gehen: ein junges liebenswürdiges Mädchen, welches durch die Verbindung mit mir glücklich wird, ist meine Braut. Von der menschlichen Freiheit, welche in diesen Stücken Jedermann hat, habe auch ich Gebrauch gemacht; ich bin meinem Herzen und seinem inneren Zuge gefolgt"

Aus diesen Gründen, so erklärte der König weiter, wolle er mit der Gräfin Auguste von Harrach eine morganatische Ehe eingehen. Er wisse wohl, daß diese Ehe Aufsehen machen, daß auch die junge Gräfin eine schwierige Stellung erhalten werde. Deshalb habe er ihr erst vor zehn Tagen noch einmal geschrieben und sie gebeten, sich den Schritt wohl zu überlegen. Wenn es ihr im geringsten leid sei, wolle er sie ihres Wortes entbinden und sie ansehnlich ausstatten, damit sie nach ihrer Herzensneigung einen Andern heirathen könne. „Aber," so fuhr Friedrich Wilhelm fort:

„Die edle Gräfin hat mir geantwortet: sie sei durch meinen Brief nur noch mehr in ihrem Beschlusse befestigt; sie liebe mich von Herzen, sie achte mich aufrichtig, und ihr ganzes Bestreben werde nur dahin gehen, mich so glücklich zu machen, als sie könne."

„Die Sache ist also fertig. Nun denn in Gottes und Jesu Namen! Ich thue nichts mehr und nichts anderes, als was jeder Privatmann thut und thun soll, ich wähle frei aus Neigung die Lebensgefährtin, weil nur so eine glückliche Ehe zu erwarten ist. Aber dennoch fühle ich wohl, dies weicht von den gewöhnlichen Verhältnissen, wie es bei Königen herkömmliche Sitte ist, ganz ab, und darum wird, was ich hasse, das Richten angehen. Um es abzukürzen, soll man erst die Sache erfahren, wenn sie geschehen ist; Sie bewahren sie also als ein Geheimniß, und kommen künftigen Donnerstag, den 9. d. Mts. nach Charlottenburg, um mich und die Gräfin von Harrach in der Schloßkapelle im Stillen zu trauen. Sie können eine den Umständen angemessene kurze Rede halten, und ich darf Ihnen nicht erst sagen, daß Sie darin Alles vermeiden, was die schüchterne Braut embarassiren könnte. Uebrigens will ich, was sich von selbst versteht, nach der Agende getraut sein. Vor Gott sind alle Menschen gleich; die Ehe ist ein heiliger Bund, es mag ihn schließen ein König oder ein gemeiner Mann; die heilige Handlung im Namen der Kirche muß also die nämliche sein. Wenn aber am Schlusse des Formulars von „Nachkommen" gesprochen wird, so können Sie das weglassen; denn davon kann nicht mehr die Rede sein. Leben Sie wohl bis zum Wiedersehen in Charlottenburg, um 10 Uhr."

Die Trauung fand im tiefsten Geheimniß in der Schloß-Kapelle von Charlottenburg am 9. November 1824 statt. Zeugen derselben waren außer den Eltern der Braut und dem Kronprinzen nur einige der Vertrautesten des Königs, unter ihnen der Fürst Wittgenstein und der Kabinets-Rath Albrecht.

Nachdem die heilige Handlung vollendet war, ging der König zum Kronprinzen.

„Wissen die Unsterblichen die Werke der Sterblichen hier auf Erden: so wird Deine verewigte Mutter sich dieser Stunde freuen. Du wirst sie in ihrer Verpflichtung im Herzen behalten. Du wirst länger leben, als ich und nach meinem Tode meiner christlich rechtmäßigen Gemahlin ein treuer Freund und Gönner sein."

So sprach Friedrich Wilhelm mit ernster Feierlichkeit. Der Kronprinz wollte dem Vater die Hand küssen, der aber umarmte ihn lange und innig. Friedrich Wilhelm IV. hat niemals vergessen, was er an jenem Tage seinem Vater gelobte.

Der Trauung folgte ein einfaches Frühstück, welches stehend genommen wurde, dann fuhren der Graf und die Gräfin Harrach mit ihrer Tochter in einer gewöhnlichen Miethskutsche zurück in ihren Gasthof, die Stadt Rom in Berlin unter den Linden.

Die Vermählung des Königs, wie geheimnißvoll sie auch betrieben worden war, konnte doch nicht lange verborgen bleiben. Friedrich Wilhelm III. veröffentlichte sie selbst in den nächsten Tagen durch eine Bekanntmachung, welche in der Gesetzsammlung aufgenommen wurde.

Erst durch die Erklärung des Königs selbst erfuhren die Berliner, was am 9. November im Schlosse zu Charlottenburg geschehen war. Sie machte daher einen fast überwältigenden Eindruck in der Residenz. Auf allen Straßen sah man kleine Menschengruppen stehen, welche das merkwürdige Ereigniß besprachen. Einer erzählte es dem Andern, Jeder wollte nähere Details wissen, die doch Keiner zu geben vermochte. Die Wenigen, welche einmal in Töplitz gewesen waren, und dort die Gräfin von Harrach vielleicht flüchtig gesehen oder auch nur von ihr gehört hatten, wurden als Wundermenschen betrachtet, sie mußten erzählen; ihre Worte flogen verdreht und entstellt durch die Stadt und die merkwürdigsten Geschichten gingen von Mund zu Mund.

Die Einen wollten wissen, die Gräfin sei ein zartes wunderschönes junges Mädchen, welches von ihren Eltern dem alternden König für eine ungeheure Summe gewissermaßen verkauft und unter Thränen zum Altar geschleppt worden sei; Andere erzählten, sie habe durch wohlberechnete Koquetterie den hohen Herrn systematisch zu sich herangelockt und endlich zu einer morganatischen Ehe gezwungen. Selbst von einer romantischen Liebesgeschichte

und einer Entführung, so wenig eine solche sich mit dem Charakter des Königs zusammenreimen ließ, war die Rede.

Die einfache natürliche Wahrheit kannte Niemand, auch wäre sie in jenen Tagen schwerlich geglaubt worden, denn die guten Berliner wollten und mußten durchaus irgend etwas Wunderbares und Abenteuerliches in dieser Vermählung sehen.

Friedrich Wilhelm hatte wohl Recht gehabt, als er zum Bischof Eylert sagte: „jetzt wird das Richten über mich angehen," er kannte sein Berliner Volk. Es richtete und wahrlich mit spitzer schneidender Zunge.

Eine morganatische Ehe! Davon hatte man in Berlin noch nichts gehört. Das war so gut wie eine wilde Ehe oder gar keine Ehe und so etwas mußte man an diesem Könige erleben! So urtheilten besonders die schönen Berlinerinnen, welche ihren König bisher gerade deshalb abgöttisch verehrt hatten, weil er das Muster eines Ehemanns und eines Wittwers gewesen war. Es dauerte lange Zeit, ehe die Begriffe sich klärten und manches Jahr verging, ehe die Vorurtheile des Volkes und vorzugsweise die der Frauen beseitigt werden konnten.

Als man aber täglich hörte, daß Friedrich Wilhelm III. mit seiner zweiten Gemahlin nicht minder glücklich als mit der verewigten Königin Luise lebe, daß das eheliche Verhältniß zwischen Beiden ein echt bürgerliches sei, wie es zwischen Mann und Frau sein soll, da schwiegen nach und nach die Lästerzungen und die Wahrheit brach sich Bahn.

Auch in den gebildeten Kreisen Berlins war Anfangs die Nachricht von der zweiten Vermählung des Königs nicht günstig aufgenommen worden. Man fürchtete, daß die junge Frau, welche die Gemahlin des Königs und doch keine Königin war, sich bestreben werde, die Gewalt der Liebe zu benutzen, um sich durch diese die Königliche Macht, welche ihr das Gesetz nicht zuerkannte, zu verschaffen, daß sie sich in Staats-Angelegenheiten mischen, Intriguen aller Art anzetteln, Günstlinge heben, bewährte Staatsdiener stürzen, kurz die traurige Rolle einer herrschsüchtigen Favoritin spielen werde.

Alle diese Befürchtungen zerfielen schon in kürzester Zeit in nichts. Die Fürstin Liegnitz, diesen Titel hatte der König seiner Gemahlin verliehen, zeigte in ihrer schwierigen Stellung einen bewundernswerthen Takt. Sie mischte sich niemals in Staatsgeschäfte, sie nahm nicht einmal Bittschriften, welche ihr in Masse zukamen, an, alle verwies sie ohne Weiteres direkt an den König. Von jeder Intrigue hielt sie sich fern, sie wollte nichts sein und war nichts, als eine einfache Frau, die sich die Lebensaufgabe gestellt hatte, ihren Gatten glücklich zu machen. Und dies erreichte sie.

Völlig versöhnt wurden die Berliner mit der zweiten Vermählung des Königs als sie erfuhren, daß die Fürstin von Liegnitz ihren Gatten wie eine rechte Bürgerfrau in Krankheiten pflege und nicht dulde, daß ihm ein solcher Liebesdienst von bezahlten Händen geleistet werde.

Am 14. November des Jahres 1826 wollte der König Morgens nach dem Vortragszimmer gehen. Er hielt einige Akten unter dem Arm und hatte dabei das Unglück, auf der Treppe auszugleiten, nieder zu fallen und ein Bein zu brechen.

Der König befand sich in einem Alter, in welchem ein Beinbruch keine leichte Sache ist. Er selbst machte zwar nicht viel daraus, er sagte: „Begegnet Vielen, bin nicht besser als Andere auch. Wer weiß, wozu es gut ist." Um so besorgter aber waren die Aerzte, welche dauernde Folgen von dem Unglück befürchteten, ebenso besorgt zeigte sich auch die Fürstin. Mit musterhafter Treue pflegte sie den Gatten auf dem langen Krankenlager. Alles ordnete sie selbst an; Tag und Nacht wachte sie, keinem Anderen überließ sie die Handreichungen und Dienstleistungen; sie führte die Anordnungen der Aerzte und Chirurgen, von denen stets Einer anwesend sein mußte, selbst aus, so weit dies nicht von dem Arzte geschehen mußte. Was den Kranken stören konnte, wußte sie zu beseitigen. Er liebte Stille und Ruhe, sie sorgte dafür, daß kein Geräusch in dem Flügel des Palais, in dem der König lag, gemacht werden durfte. Sie war die unermüdliche heitere Gesellschafterin des Kranken, welche die oft mürrischen Launen desselben mit sanfter Nachgiebigkeit ertrug.

„Wer weiß, wozu es gut ist," hatte der König gesagt, als ihn das Unglück betraf und er erfuhr jetzt, wozu es gut war. Er erkannte in dieser Krankheit die treue Liebe seiner Lebensgefährtin und zugleich auch die Liebe, welche ihm das Volk von Berlin bewahrt hatte.

Es ist ein merkwürdiges Ding um die Liebe eines Volkes zu seinem Fürsten! Viele gekrönte Häupter streben mit allen möglichen Kunstgriffen nach derselben und können sie nicht erwerben, Andere thun nichts dazu und erhalten sie sich doch. So erging es auch dem König Friedrich Wilhelm III. Er, der schweigsame, in sich zurückgezogene Monarch, der jedes öffentliche Auftreten scheute, fast nie mit dem Volke in persönliche Berührung kam, der so leicht durch seine abgebrochene harte Rede beleidigte und zurückstieß, dessen Regierungs-Maßregeln seit dem Jahre 1815 so große Veranlassung zur Unzufriedenheit gegeben hatten, war beliebt, wie wenige Fürsten.

Alles was Gutes in Preußen geschah, schrieb man dem Könige persönlich, seinem klaren Verstand, seiner Gutmüthigkeit, seiner Gerechtigkeit und dem Wunsche, das Volk glücklich zu machen, zu, die Demagogenverfolgungen aber, die Uebergriffe der Polizei, die Verletzung des Königlichen Versprechens vom 22. Mai 1815 und die ganze Summe der anderen unbeliebten Maßregeln den Ministern und den übrigen Rathgebern des Monarchen.

Das Volk gedachte in seiner unerschöpflichen Gutmüthigkeit nur der bösen Zeit, welche es mit dem Könige gemeinsam durchlebt hatte und es blieb trotz Allem, was seit jenen Tagen geschehen war, **unerschütterlich** in seiner Liebe zu dem alten Könige, davon gab diesem seine Krankheit den besten Beweis.

In einem Zimmer des Königlichen Palais nach der Straße hin waren Bogen ausgelegt, in welche Jeder, der sich nach dem Befinden des Königs erkundigte, seinen Namen einschreiben konnte. Tausende thaten dies; Männer aller Stände und nicht etwa nur solche, welche hofften, sich dadurch beliebt zu machen, sondern viele Bürger, die durch kein anderes Motiv, als das ihrer Theilnahme, getrieben wurden.

Man war damals in Berlin noch nicht so weit, wie heut zu Tage, wo man durch patriotische Adressen 2c. sein Glück zu machen versucht. Diejenigen, welche sich in die Listen einzeichneten, wußten sehr wohl, daß sie davon gar keinen persönlichen Nutzen haben würden, aber sie glaubten dem alten Herrn durch ein Zeichen der Theilnahme eine Freude zu machen und deshalb schrieben sie ihren Namen ein.

Als der König zum ersten Male wieder vom Krankenlager aufstand und an das Fenster trat, um auf die Straße zu schauen, erhielt er einen komischen Beweis der Volksbeliebtheit.

Während der ganzen Krankheit waren fortwährend viele Menschen vor dem Palais versammelt gewesen, welche sich nach dem Befinden des Hohen Kranken bei denen, die sich eingeschrieben hatten, erkundigten. Auch an jenem Tage war dies der Fall. Der Genesende blickte auf eine bunt durcheinanderwogende Menschenmenge, unter der sich auch eine recht ansehnliche Zahl tüchtiger Berliner Straßenjungen befand.

Kaum wurde die Volksmenge des Königs am Fenster ansichtig, als sie in lauten Jubel und donnernde Lebehochs ausbrach. Diese aber unterbrach plötzlich der Gesang eines der Straßenjungen, der mit heller Stimme die Volkshymne begann, dieselbe aber nach eigener Erfindung umdichtete:

Heil Dir im Siegerkranz,
Unserm König sind die Beene wieder ganz!

Lachend und jubelnd fiel die übrige Straßenjugend in das Lied ein. Auch der König amüsirte sich über den neuen Vers und ließ den ganzen Schwarm mit Kuchen und Obst beschenken.

Ein nicht minder glänzendes Zeichen der Volksbeliebtheit wurde dem Könige auch, als er das erste Mal nach seiner Krankheit am 9. März 1827 im Theater erschien. Er wollte sich den Lebehochs der Zuschauer entziehen, deshalb hatte er sich ganz in den Hintergrund seiner Loge, der kleinen Eckloge rechts von der Bühne, zurückgezogen. Aber er wurde dennoch bemerkt, zuerst durch die berühmte Sängerin Catalani, welche vom Publikum aufgefordert worden war, das englische Volkslied: God save de King zu singen und zu diesem Zweck bis zu den Lampen vorgetreten war.

Zufällig warf die Catalani einen Blick in die Loge des Königs. Sichtbar erstaunt trat sie zurück und verbeugte sich in tiefer Ehrerbietung dreimal. Hierdurch wurde das Publikum aufmerksam gemacht. Aller Augen richteten sich auf die Königliche Loge.

Friedrich Wilhelm konnte sich nicht mehr verbergen, er trat vor und dankte. Der Ruf: der König, der König! ging von Mund zu Mund. Ein endloser Jubel erschallte, alle Zuschauer ohne Ausnahme erhoben sich von ihren Sitzen und von Tausend Stimmen ertönte ein donnerndes Lebehoch. Es wollte nicht wieder enden, als der König, sichtbar bewegt, sich verbeugend dankte. Endlich winkte er mit der Hand, da wurde denn nach und nach die Ruhe wieder hergestellt.

Die Catalani sang ihr God save the King und als sie dies geendet hatte, begann sie das Lied: Heil Dir im Siegerkranz, in welches das gesammte Publikum begeistert einstimmte. Die Freudenbezeugungen, mit denen die Zuschauer im Theater den König empfingen, waren nicht gemacht, nicht geheuchelt. Im Volke von Berlin lebte eine tiefe Anhänglichkeit an die Person des Monarchen, welche bis zum Tode Friedrich Wilhelm's diesem unerschütterlich treu blieb.

Fünfzehntes Kapitel.

Leben des Königs nach seiner Krankheit. — Die Reise nach Töplitz. — Die Gesellschafter des Königs. — Alexander von Humboldt. — Der Bischof Eylert. — Tagesordnung des Königs. — Der Fürst von Wittgenstein. — Der Landaufenthalt des Königs. — Charlottenburg. — Die Pfaueninsel. — Friedrich Wilhelm's Theaterliebhaberei. — Besuch der Proben und Coulissen. — U. A. w. g. — Feststellung des Repertoirs durch den König. — Das verhängnißvolle Jahr 40. — Aberglaube. — Der Wahrsager Sohn. — Die letzte Krankheit Friedrich Wilhelm's. — Sein Tod.

Die Krankheit des Königs war für dessen ferneres Leben nicht ohne Bedeutung, er konnte nach derselben nie wieder die früher so feste Gesundheit gewinnen und sichtlich alterte er. Er fühlte selbst, daß er nicht mehr so kräftig sei, wie in früheren Jahren, deshalb muthete er sich auch weniger zu.

Fast jährlich hatte er bisher nicht unbedeutende Reisen in's Ausland gemacht, theils um die freundschaftlichen Verbindungen mit den verbündeten Monarchen aufrecht zu erhalten, um bei persönlichen Zusammenkünften wichtige Angelegenheiten zu besprechen, theils auch zur eigenen Belehrung und Unterhaltung. Dies unterblieb fortan. Er beschränkte seine Reisen auf nahe Orte.

Am liebsten besuchte er auch ferner das Bad Teplitz, wo er die Fürstin Liegnitz kennen gelernt

hatte. In Teplitz konnte er sich ohne alle Scheu dem vertrauten Leben mit seiner jungen Gattin widmen. Hier waren alle in Berlin und Potsdam doch oft störenden Fesseln der Etiquette abgestreift. Die Fürstin fühlte sich hier ganz als die Gattin des ihr durch die Kirche Verbundenen, während sie in der preußischen Residenz häufig genug durch die Hofsitte daran erinnert wurde, daß sie nur eine Gemahlin linker Hand sei, wenn auch der König selbst sie dies niemals fühlen ließ.

Je älter Friedrich Wilhelm wurde, je mehr fühlte er das Befürfniß eines freundlichen Zusammenlebens mit seiner Familie. Andere Gesellschaft liebte er nicht sehr, am wenigsten die von geistig hervorragenden Männern, die ihm ja stets unbequem gewesen war.

Männer von gesundem Verstand, aber mittelmäßiger Begabung waren ihm die angenehmsten Genossen, die unangenehmsten aber Fachgelehrte, deren überlegenes Wissen ihn incommodirte. Eine Ausnahme von dieser Regel machte nur Alexander von Hnmboldt, der große Reisende und Naturforscher, der sehr oft, fast täglich, zur Königlichen Tafel geladen wurde und den Friedrich Wilhelm auch auf Reisen gern in seiner Umgebung sah.

Alexander von Humboldt hatte das große Talent, alle Eigenschaften eines hervorragenden Gelehrten mit denen eines feinen Hofmannes zu verbinden. Er kannte den Charakter des Königs genau und wußte sich demselben zu fügen. Friedrich Wilhelm, der meist sehr schweigsam war, fühlte sich incommodirt, wenn das Gespräch stockte, da er selbst es nicht wieder begann. Er liebte deshalb vorzugsweise solche Gesellschafter, die es verstanden, ehrfurchtsvoll die Unterhaltung fortzuführen, auch wenn er mit seinen Fragen längst zu Ende war; er hörte dann gern zu und warf nur hier und da eine Bemerkung in die Unterhaltung.

Gerade in der Kunst zu reden war Alexander v. Humboldt ein Meister. Er erzählte mit unendlicher Zungengeläufigkeit von seinen Reisen und Studien, er wußte es stets so einzurichten, daß seine Darstellungen die Fassungskraft seines Königlichen Zuhörers nicht überstiegen. Ihm kam es nicht darauf an, durch seinen Geist zu glänzen, deshalb brachte er auch den König nicht in Verlegenheit, wie dies manche andere Gelehrte thaten.

Auch der Bischof Eylert war aus dem gleichen Grunde vom König sehr gern gesehen. Der würdige Bischof war kein besonderes Licht, aber er konnte sprechen und zwar über religiöse Themata, von denen Friedrich Wilhelm sich so gern unterhielt. Wenn Eylert etwas redeselig, mitunter fast geschwätzig war, so wußte er doch bei seinem verehrten Königlichen Herrn dieser Neigung soweit Zügel anzulegen, wie dies dem schweigsamen Fürsten angenehm erschien.

Friedrich Wilhelm konnte die Ja-Sager nicht leiden, noch mehr aber haßte er die Widersprecher. Eylert verstand es musterhaft, seine Meinung in respektvoller Weise aufrecht zu erhalten, um sich endlich vom Könige durch dessen bessere Gründe überzeugen zu lassen. Er hat uns in seinem Werk über Friedrich Wilhelm III. eine Reihe von Gesprächen, die er mit dem Könige gehalten, hinterlassen, aus denen dies recht klar hervorgeht.

Das Leben des Königs war von jeher ein sehr streng geregeltes gewesen, nach seiner Krankheit war dies in erhöhtem Grade der Fall.

Morgens früh um 6 Uhr stand Friedrich Wilhelm auf. Er kleidete sich sofort vollständig an. Gewöhnlich trug er einen einfachen Militärüberrock ohne Epauletten; beim Ausfahren bediente er sich einer bequemen Militairmütze.

Die Tagesarbeit wurde schon am frühen Morgen mit dem Oeffnen und Lesen der eingegangenen Briefe begonnen. Hierfür waren zwei Stunden bestimmt; dann folgten die Vorträge des Kabinets-Raths Albrecht für Civilsachen und des General-Adjutanten von Witzleben für Militärsachen. Beide Männer achtete der König hoch und er gewährte ihnen einen nicht unbedeutenden Einfluß.

Nachdem die Vorträge gehalten waren, wurden sofort die nöthigen Sachen expedirt, dann theilte der König die Parole aus und überließ sich bis zum Mittag der Erholung, meist auf einer Spazierfahrt in einer einfachen, mit zwei prächtigen Rappen bespannten Kalesche. Gewöhnlich begleitete ihn ein Ordonnanz-Offizier.

Um 2 Uhr war die Speisestunde. Friedrich Wilhelm liebte einen einfachen aber gut besetzten Tisch. Nach dem Diner unterhielt sich der König gewöhnlich mit dem Fürsten von Wittgenstein, seinem Kabinets-Minister, dem einzigen, mit dem er arbeitete. Er liebte es von alter Zeit her nicht, mit den übrigen Ministern zu konferiren.

Der Fürst von Wittgenstein war der große Liebling des Königs, er genoß dessen ungetheiltes Vertrauen und beutete dasselbe für seine Partei-Interessen aus. Da der Fürst an der Spitze der Reaktionspartei stand, da er die Seele aller Reaktionsmaßregeln war, so hat das Vertrauen, welches Friedrich Wilhelm ihm schenkte, oft die schwersten Nachtheile für das preußische Volk gehabt.

Auch am Nachmittag arbeitete der König gewöhnlich bis zur Theaterstunde. Punkt 6 Uhr erschien er im Schauspiel, der Oper oder dem Ballet. Nach dem Theater brachte er den Abend bei der Fürstin Liegnitz zu, zu der auch die Prinzen und Prinzessinnen gewöhnlich kamen. Häufig ließ sich der König, nachdem der Thee getrunken war, von seinem Flügel-Adjutanten aus neu erschienenen Werken etwas vorlesen. Aber nicht immer hörte er aufmerksam zu, oft nickte der alternde Mann während des Vorlesens ein.

Zu den Abendzirkeln bei der Fürstin Liegnitz wurde meist auch Alexander von Humboldt eingeladen. Er unterhielt den König theils von seinen Reisen, theils auch durch Mittheilungen über die neuesten Erscheinungen der Literatur, und gerade hierdurch wurde er dem Monarchen ein fast unentbehrlicher Gesellschafter.

So gestaltete sich das Leben Friedrich Wilhelm's wenn er sich in der Stadt befand. Eine kleine Abwechselung brachte der Landaufenthalt, dem er sich mit besonderer Vorliebe hingab. Charlottenburg, Paretz, Sanssouci und die Pfaueninsel waren seine Lieblings-Aufenthalte.

In Charlottenburg wohnte er nicht im eigentlichen Schlosse, dies war ihm für einen Landaufenthalt viel zu groß und prächtig. In den weiten Räumlichkeiten, in den hohen Sälen fühlte er sich nicht behaglich, deshalb hatte er sich beim Schlosse eine eigene Wohnung bauen lassen, welche ganz dem Landsitze eines wohlhabenden Privatmannes entsprach.

Von dem Königlichen Hause aus konnte man auf der einen Seite den großen breiten Platz in der ganzen Länge des Schlosses überschauen, auf der andern hatte man durch eine Allee von alten Linden die Aussicht nach der Spree und den jenseits derselben gelegenen Wiesen.

Das Königliche Haus in Charlottenburg war einfach und wohnlich eingerichtet. Im Wohnzimmer lagen auf den Tischen die Briefe der abwesenden Töchter und die Geschenke, mit denen sie den Vater an seinem Geburtstage erfreut hatten. Friedrich Wilhelm liebte es, wenn seine Töchter und Schwiegertöchter mit eigener Hand ihm eine weibliche Arbeit machten. Natürlich brachte ihm sein Geburtstag Stickereien aller Art.

Neben dem Wohnzimmer lag das kleine Schlafzimmer. Die Decke des Königlichen Bettes war ein schönes großes Umschlagetuch, welches die verstorbene Königin Luise lange und vorzugsweise gern getragen hatte. Am Morgen mußte der Diener, der das Bett machte, das Tuch auf den vor demselben stehenden Stuhl zusammengefaltet legen. Abends, wenn Friedrich Wilhelm sich zur Ruhe legte, breitete er seine geliebte Decke jedesmal selbst aus.

Charlottenburg war dem Könige durch die Erinnerung an die unvergeßliche Luise besonders lieb. Oft besuchte er das Mausoleum, den Schlüssel zum untern Grabgewölbe bewahrte er stets selbst auf.

Während sich Friedrich Wilhelm in Charlottenburg befand, war der Schloßgarten Vormittags geschlossen, weil er es nicht liebte, von dem spazierengehenden Publikum gestört zu werden. Glänzende Hoffestlichkeiten wurden nicht mehr in Charlottenburg gegeben; hier, wo die Königin ruhte, sollte Stille und Frieden herrschen.

Von allen seinen ländlichen Besitzungen war dem Könige die Pfaueninsel die liebste. Die liebliche Insel mit ihrer schönen Aussicht bot ihm die Gelegenheit, sich ganz, wie er es wünschte, von dem Geräusche der Welt zurückziehen zu können. Das kleine romantische Schloß auf derselben mit den traulichen Gemächern war ihm eine angenehme Wohnung. Er hatte es auf der Insel ganz und gar in seiner Gewalt, sich vom großen Publikum völlig abzuschließen. Wenn auch die Insel an zwei Wochentagen geöffnet war so blieb sie doch, während der König sich dort befand, für Jedermann geschlossen, da die Ueberfahrt nur auf der bestimmten Fähre gemacht werden durfte. An andern Uferstellen war jede Landung streng verboten; so konnte jeder Besuch dadurch abgeschnitten werden, daß kein Fremder übergeholt wurde.

Eylert erzählt uns, daß Friedrich Wilhelm, sobald er das Schiff betrat, um nach der Pfaueninsel zu fahren, sich unwillkürlich den eng geschlossenen Rock aufgeknöpft und wie aus freierer Brust geathmet habe. Mit fast jugendlicher Rüstigkeit sprang er aus dem Kahn an's Ufer und mit wahrer Behaglichkeit schlenderte er, die Hand auf den Rücken gelegt, dem Schloß und seinem kleinen Wohnzimmer zu. Auch auf der Pfaueninsel arbeitete er fleißig, dann aber machte er seine Spaziergänge. Bald hier, bald da blieb er vor einem Blumenbeete stehen oder vor einem der Käfige mit seltenen Thieren, welche in jener Zeit auf der Insel gehalten wurden.

Eine kleine Menagerie, welche später nach dem zoologischen Garten gebracht wurde und den Stamm desselben gebildet hat, wurde damals auf der Pfaueninsel gehegt, sie bildete ebensowohl einen Anziehungspunkt für die schaulustigen Berliner, als die geschmackvollen Gartenanlagen, auf welche Friedrich Wilhelm viel gab.

Einen merkwürdigen Kontrast zu dem einsamen Leben, welches der König so gern führte und zu seiner orthodoxen Glaubensrichtung bildet seine eigenthümliche Liebhaberei für das Theater, welche den Berlinern viele Jahre lang Stoff zu Klatschereien aller Art gegeben hat.

In seinen jüngeren Jahren hatte der König keine Neigung für das Schauspiel gehabt; nur ungern besuchte er dasselbe. Er duldete es nur, weil eine Residenzstadt ein gutes Schauspielhaus haben mußte, er betrachtete es als eine für Einheimische und Fremde nothwendige Belustigung. Nur selten, nur wenn ein besonders Aufsehen machendes Stück gegeben wurde, etwa eins von Schiller, oder wenn Iffland spielte, besuchte er selbst die Vorstellung, meist mußte ihn die Königin Luise erst dazu auffordern; ihr zu Gefallen und in ihrer Begleitung ging er, häufig auch kam die Königin ohne ihn.

Nach dem Jahre 1815 änderte sich in dieser Beziehung sein Geschmack vollständig. Seit er in Paris gewesen war und dort häufig das Theater besucht hatte, zeigte er eine große Neigung für Schauspiel, Oper und Ballet, und zwar eine Neigung, die mit den Jahren immer mehr zunahm.

Es erschien dies einem Theil der treuesten Verehrer des Königs völlig räthselhaft, besonders den Pietisten, welche die Hoffnung hegten, Friedrich Wilhelm werde durch seinen kirchlichen Sinn endlich doch in ihre Reihen geführt werden. Sie klagten laut über seine sündhafte Liebhaberei und als im Jahre 1817 das Schauspielhaus abbrannte, behaupteten sie offen, dies sei eine Strafe

des Himmels für solche sündliche Freuden, eine Strafe auch dafür, daß das Teufelshaus auf dem Gensd'armen-Markt zwischen zwei Kirchen gestanden habe.

Sie suchten beim Könige dahin zu wirken, daß das abgebrannte Haus nicht wieder aufgebaut werde. Aber Friedrich Wilhelm kümmerte sich um das Geschrei der Frömmler nicht; auf der alten Stelle wurde das neue Schauspielhaus gebaut und der Monarch war der fleißigste Besucher desselben.

Der Jammer im Reiche Gottes war groß. Die frommen Männer, welche ihren König gern aus den Krallen des Teufels gerettet hätten, machten dazu alle möglichen Versuche. Eine Fluth von religiösen Schriften erschien, die alle mit kühnen Behauptungen den Besuch des Schauspielhauses als der Seele schädlich verdammten. Sie stellten die verführerische sündhafte Macht des im Schauspiel gegebenen bösen Beispiels umständlich dar, sie zeigten, daß es eine Pflicht der Hochgestellten sei, dem Volke in der Tugend voranzuleuchten und daß diese Pflicht nur durch den Nichtbesuch des Theaters erfüllt werden könne. Es fehlte nur, daß der König mit Namen genannt wurde, denn daß er gemeint sei, konnte jeder zwischen den Zeilen lesen.

Die religiösen Broschüren machten Aufsehen. Friedrich Wilhelm las sie und sie gefielen ihm recht wohl, aber einen Einfluß auf ihn übten sie nicht, denn nach wie vor besuchte er, besonders im Winter, allabendlich das Theater.

Die Biographen des Königs haben alle möglichen Gründe hervorgesucht, um seine Theaterliebhaberei zu entschuldigen — als ob sie überhaupt einer Entschuldigung bedürfte!

Da wird erzählt, Friedrich Wilhelm habe seinen Hang nach dem Alleinsein in dem menschengefüllten Hause am besten befriedigt, denn während des Schauspiels habe er stets ungestört nachdenken können, ohne daß ihn Jemand unterbrechen durfte.

Andere Verehrer des Königs meinen, Friedrich Wilhelm habe sich gesehnt, unter seinem Volke zu erscheinen, ohne durch eine nähere Berührung die Königliche Majestät zu gefährden, dazu sei das Theater der rechte Ort gewesen. Noch manche ähnliche Entschuldigungen hören wir von denen, welche Friedrich Wilhelm III. gern als das fehlerlose Ideal eines Monarchen hinstellen möchten, alle aber zerfallen gänzlich in sich selbst, wenn wir sie genauer prüfen.

Weder der Hang zum Alleinsein unter Tausenden, noch der Wunsch, die Majestät beim Erscheinen unter dem Volk zu bewahren, konnte den alternden Monarchen veranlassen, auch die Proben der Ballete zu besuchen, oder in den Zwischenakten hinter die Koulissen zu gehen — und doch that er dies vorzugsweise gern.

Es machte ihm großes Vergnügen, die hübschen jungen Tänzerinnen bei ihren Proben zu beobachten, jede kannte er persönlich, er sprach mit ihnen auf das freundlichste, und manche ist von dem freigebigen Könige bei ihrer Verheirathung ausgestattet worden.

Die Kinder, welche bei den Balletten mitzuwirken hatten, wurden oft auf königliche Kosten mit Kuchen bewirthet. Die Schauspieler und Tänzer sowie die weiblichen Mitglieder der Bühne konnten freier mit dem Könige sprechen als mancher Rath.*) Er belobte sie nach den Proben und Vorstellungen und erwies ihnen sogar manche kleine Aufmerksamkeit.

Als einst in Potsdam das kleine Stück: U. A. W. G. oder die Visitenkarte von Kotzebue gegeben wurde, und der Komiker Unzelmann belustigend gespielt hatte, ging Friedrich Wilhelm am Abende in den Scherz des Stückes ein. Am Ende des Stückes werden die Buchstaben U. A. W. G. verschieden erklärt: „Um Antwort wird gebeten"; „Und Abends wird gespeist"; „Und Abends wird geklatscht". Friedrich Wilhelm befahl, dem Unzelmann nach der Vorstellung ein Geschenk von Ananas und Tockayer zu machen, und er schrieb dazu:

Und Ananas werden gegessen
Und Ausbruch wird getrunken.

Aus allen diesen kleinen Zügen geht hervor, daß der König ebenso viel Interesse an dem Bühnenpersonal als an der Bühne selbst nahm. Er behielt dasselbe bis wenige Jahre vor seinem Tode. Nur in den letzten Jahren, als er schon alt und kränklich war, verabsäumte er es, die Proben zu besuchen, auch verbrachte er nicht mehr die Zwischenakte hinter den Koulissen. Das Interesse für die Bühne aber blieb ihm.

Nach wie vor ließ er sich regelmäßig das Repertoir der Schauspiele für die nächste Woche von dem General-Intendanten vorher zur Genehmigung vorlegen. Er strich die Stücke, welche ihm nicht gefielen und befahl auch wohl, ein lange nicht gesehenes Schauspiel, welches er liebte, aufzuführen. Dabei aber nahm er stets Rücksicht auf die Liebhaberei des Publikums. Gefiel ein Stück den Berlinern so sehr, daß ihn die häufigen Wiederholungen ermüdeten, so ließ er dasselbe doch zu, er besuchte dann selbst entweder das Königsstädtische Theater oder ließ in Potsdam

*) Trotz aller Liebhaberei für das Schauspiel und trotz der Vertraulichkeit, welche Friedrich Wilhelm den Bühnen-Mitgliedern erzeigte, hatte er doch das Vorurtheil gegen Schauspieler und Schauspielerinnen nicht ganz abgelegt. Nie gab er einem Schauspieler einen Orden. Als ihm einst durch den Kriegsminister von Rauch und den General von Witzleben der Hofschauspieler Schneider als Kandidat zur Ordensertheilung vorgeschlagen wurde, erwiderte der König: „Ist gegen meine Grundsätze. Der Schneider ist ein braver Mann, habe nichts gegen ihn, aber den Orden kann er nicht bekommen, ist ein Komödiant." Nur mit Iffland hatte Friedrich Wilhelm einst eine Ausnahme gemacht; dieser aber war nicht nur Schauspieler, sondern auch, als Direktor des Schauspiels, Beamter.

sich ein kleines Schauspiel aufführen. Auch dabei aber nahm er Rücksicht auf den Geschmack der Potsdamer, denn er erkundigte sich stets, welches Stück dem Publikum dort am besten gefallen habe.

In leidlicher Gesundheit, wenn auch nicht verschont von den Beschwerden seines hohen Alters, trat Friedrich Wilhelm das Jahr 1840 an. Schon in drei Jahrhunderten war die Jahreszahl 40 verhängnißvoll für die Fürsten aus dem Hause Hohenzollern gewesen. Im Jahre 1440 war Kurfürst Friedrich I., im Jahre 1640 Kurfürst George Wilhelm, im Jahre 1740 König Friedrich Wilhelm I. gestorben.

Friedrich Wilhelm III. war nicht ohne Aberglauben, und vielleicht hatte dieser dazu beigetragen, das wahr zu machen, was er fürchtete. Er war überzeugt, daß er das Jahr 1840 nicht überleben werde. Dies äußerte er mehrfach gegen seine nächste Umgebung und vergeblich suchte diese ihm seine Besorgniß auszureden.

Es wird erzählt, der König habe während seines Aufenthalts in Paris sich von der berüchtigten Wahrsagerin Mademoiselle Lenormand die Zukunft prophezeihen lassen, und diese habe das Jahr 1840 als sein Todesjahr bezeichnet; dieselbe Prophezeihung hatte auch ein Berliner, der Wahrsager Sohn*), der damals viel von sich reden machte, ausgesprochen.

Ob der König an diese Phropheзeihungen glaubte oder ob nur das merkwürdige Jahr 1840 ihn mit bangen Ahnungen erfüllte, muß dahin gestellt bleiben, jedenfalls war die Ueberzeugung, daß er in diesem Jahre sterben werde, fest in ihm, und der gleiche Glaube lebte auch im Berliner Volke.

Schon im Januar 1840 erzählte man sich allgemein; die weiße Frau sei wieder im Schlosse erschienen. Auch der König erfuhr dies, wie sorgfältig seine Umgebung auch bemüht war, ihm das alberne Gerede zu verschweigen.

Im Frühjahr zeigte sich eine bedeutende Abnahme der Kräfte des Königs, er fühlte seinen Tod herannahen und auch die Aerzte zuckten die Achseln, denn alle ihre Bemühungen, den Kranken zu stärken, waren vergeblich.

Am 25. April kam der an die Berliner Universität berufene berühmte Arzt Dr. Schönlein in der Residenz an. Der König consultirte ihn, aber auch Schönlein's Kunst bewies sich als unzugänglich.

Am 1. Juni fühlte sich Friedrich Wilhelm schon so krank und schwach, daß er der Grundsteinlegung für das Denkmal Friedrich's des Großen, welche an jenem Tage unter großer Feierlichkeit stattfand, nicht mehr beiwohnen konnte, nur aus dem Fenster beobachtete er den Gang der Festlichkeiten eine Zeit lang.

Er litt an einer Grippe, deren Anfälle sich wiederholt hatten und welche bei dem Alter und der Schwäche des Patienten gefährlich erschien. Schon am 3. Juni war die Entkräftung des Kranken so sehr gestiegen, daß die Aerzte das Schlimmste befürchteten.

Die Nachricht: „der König ist krank, der König stirbt", verbreitete sich durch Berlin, und sie rief eine Aufregung hervor, von der nur derjenige sich einen Begriff machen kann, der jene Zeit mit durchlebt hat. Die Krankheit des Königs bildete das allgemeine, ja das einzige Stadtgespräch. Wohin man auch kommen mochte, überall war die erste Frage, welche man hörte, die nach dem Befinden des Königs.

Vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein stand Kopf an Kopf vor dem Königlichen Palais eine dicht gedrängte Volksmenge. Die Neugier hatte sie nicht zusammengebracht, sondern wahre, innige Theilnahme. Wieder zeigte es sich auf das Unzweideutigste, wie beliebt der alte Herr noch immer war.

Wer aus dem Palais kam, mußte Nachricht geben, wie es dem Kranken gehe, das Volk kümmerte sich dabei nicht um Rang und Stand. Die Prinzen wurden so gut befragt, wie die Bedienten, und sie mußten Antwort geben wie diese.

Am ersten Pfingstfeiertage, es war am 7. Juni Nachmittags gegen 3 Uhr, befand ich mich ebenfalls unter dem zahlreich versammelten Volk. Die Nachrichten, welche die vielen aus- und eingehenden Herren brachten, lauteten nur trübselig. Der König lag im Sterben.

Es mochte gegen ¼4 Uhr sein, als ein vornehm aussehender Herr aus dem Palais trat. Es soll der Fürst Wittgenstein gewesen sein. Er wurde sofort umringt und gefragt, aber zu antworten vermochte er nicht. Er zog eiligst das

*) Der Wahrsager Sohn ist lange Zeit in Berlin eine stadtbekannte Persönlichkeit gewesen und viele abergläubische Menschen, Vornehm und Gering, haben ihn besucht, um sich von ihm die Zukunft prophezeihen zu lassen. Durch einen merkwürdigen Zufall ist Sohn zum Wahrsager geworden. Er war ursprünglich ein jammervoller Flickschneider. Einem Freunde zu Gefallen prophezeite er der Geliebten desselben, daß diese, welche gern einen Andern heirathen wollte, die Frau seines Freundes werden würde. Das Mädchen ließ sich dadurch bewegen, den ihr gemachten Heirathsantrag anzunehmen, und sie erzählte nun gläubig ihrer Herrschaft, wie der Wahrsager Sohn ihr die Zukunft prophezeit habe. Die Herrin des Mädchens, eine Schlächterfrau, hatte nichts Besseres zu thun, als auch ihrerseits den Wahrsager zu besuchen und bald kam dieser unter der niederen Bürgerschaft einigermaßen in Ruf. Das Geschäft des Wahrsagens ging indessen noch so schlecht, daß Sohn sich veranlaßt sah, sich als Bedienter zu vermiethen. Als solcher hat er mehrere Jahre im Dienste meines Vaters gestanden. Er war ein gewitzter, brauchbarer Mensch, mußte aber endlich das Haus meiner Eltern verlassen, weil er auch uns Kindern die Zukunft zu prophezeien begann, und uns zu diesem Zwecke ein Buch, dessen ich mich noch sehr wohl erinnere, brachte. Es enthielt dasselbe eine große Anzahl von Abbildungen der Hand, nach deren Linien das Schicksal bestimmt werden sollte.

Taschentuch vor und bedeckte seine Augen, aus denen Tränen rollten; die Hand erhob er zum Himmel.

Das war die Todesnachricht. Jeder verstand die Geberde. Tausende waren in jenem Augenblicke vor dem Palais versammelt, aber kaum Ein Auge blieb thränenleer.

Auch im Innern des Königlichen Hauses herrschte der tiefste Schmerz. An dem Bette des Kranken hatten sich alle seine Kinder versammelt; ununterbrochen Tag und Nacht blieben sie in den Königlichen Gemächern, sie erschöpften sich in Liebesbeweisen gegen den theuren Vater. Hoffnung auf Genesung hatten sie nicht mehr.

Am Morgen des 7. Juni traf der Kaiser Nikolaus von Rußland in Berlin ein. Er eilte sofort an das Bett des Schwiegervaters. Friedrich Wilhelm erkannte ihn zuerst nicht, erst nachdem der Kaiser eine Zeitlang an dem Bett gestanden hatte, zeigte das Gesicht des Kranken, daß er den Besuchenden erkannt habe. „Comment cela va-t-il?“ fragte Nikolaus. Mit matter Stimme erwiderte Friedrich Wilhelm: „cela va mal.“ Dies war sein letztes Wort. Nachmittags gegen 3 Uhr schlummerte der Kranke ein. Bald erklärte der Arzt, daß er aus diesem Schlummer nicht wieder erwachen werde.

Sämmtliche Mitglieder des Königlichen Hauses sammelten sich am Bette des Sterbenden; der Kronprinz hielt die eine Hand desselben, die andere hielt die Fürstin von Liegnitz.

Nach wenigen Minuten hauchte Friedrich Wilhelm den letzten Athemzug aus. Der Kronprinz erwies dem Todten den letzten Liebesdienst, indem er ihm die Augen zudrückte.

Sechszehntes Kapitel.

Verschönerung Berlins durch Friedrich Wilhelm III. — Prachtgebäude. — Schinkel. — Das Denkmal auf dem Kreuzberg. — Die Statuen Scharnhorst's, Bülow's und Blüchers. — Der Opernplatz. — Der Festungsgraben. — Die neue Wache. — Die Sing-Akademie. — Die Schloßbrücke. — Der Lustgarten. — Das Museum. — Der Dom. — Der neue Packhof. — Die Bau-Akademie. — Die Werder'sche Kirche. — Das Schauspielhaus. — Die Artillerie-Schule. — Die Kolonade. — Das Palais des Prinzen Wilhelm. — Die neue Sternwarte. — Die Privatbauten. — Die neuen Stadttheile. — Das Köpenicker Feld. — Das Geheime-Raths Viertel. — Die Potsdamer Eisenbahn. — Die Friedrich-Wilhelmsstadt.

In 25 Friedensjahren von 1815 bis 1840 hatte die Haupt- und Residenzstadt Berlin einen mächtigen Aufschwung genommen, sie war gewaltig gewachsen an Einwohnerzahl und Umfang, viele neuen Straßen waren entstanden, die schönsten Plätze der Stadt waren geschmückt worden durch Prachtgebäude, welche dem König ihre Entstehung verdankten.

Friedrich Wilhelm war ein sparsamer Fürst, trotzdem aber scheute er niemals die Verwendung selbst bedeutender Geldsummen, wenn es galt, die Haupt- und Residenzstadt Preußens in einer des werdenden Großstaats würdigen Weise auszuschmücken. Das Geld zu prächtigen Bauten fehlte ihm nie.

Die Finanzen waren in den 25 Friedensjahren trefflich geordnet, die Steuern gingen pünktlich und reichlich ein, der Staatsschatz füllte sich, und es gab außerdem keine Volksvertretung, welche sich ein mißliebiges Veto gegen Ausgaben erlaubt hätte, die dem Könige lieb waren. Des Königs Wille war in Preußen das höchste Gesetz, eine Kabinets-Ordre genügte ja, um Alles zur Ausführung zu bringen, was Friedrich Wilhelm wollte.

Berlin hat von dieser hohen Machtvollkommenheit des Königs manchen Vortheil genossen; Bauten und Verschönerungen, welche in neuerer Zeit vielleicht aus der Stadtkasse hätten bestritten werden müssen, wurden damals auf Königliche Kosten bewirkt.

Eine Reihe von prächtigen Gebäuden ist in jenem Zeitraum errichtet worden. Die meisten von ihnen zeichnen sich durch ihre künstlerische Ausführung sehr vor den in einer früheren Periode gebauten aus, sie dienen der Residenz zum würdigsten Schmuck.

Friedrich Wilhelm III. besaß zwar selbst kein besonderes Verständniß für Architektur, aber er hatte das Glück, den Plan und zum Theil auch die Ausführung seiner Bauten einem Baumeister übertragen zu können, der sich um die Verschönerung Berlins unvergeßliche Verdienste erworben hat, dem unsterblichen Schinkel.

Schinkel's Bauten zeichnen sich ohne Ausnahme durch ihre klassische Einfachheit aus. Er hatte sich die Meisterwerke der griechischen Baukunst in ihrer schönsten Blüthezeit zum Muster genommen, und wie kein Anderer verstand er es, die edle griechische Form zu bewahren und trotzdem sie nicht sklavisch nachzuahmen, sondern dem jemaligen praktischen Bedürfniß unterzuordnen, Zweckmäßigkeit und Schönheit zu verbinden.

Er fand für sein ideales und dabei doch praktisches Streben in Berlin einen glücklichen Boden. In einer Reihe großartiger Gebäude konnte er seine Pläne zur Ausführung bringen; auch wurde ihm das glückliche Loos weniger Künstler, daß er die Früchte seines Schaffens genoß, daß ihm schon während seines Lebens die Anerkennung sowohl von seinen Berufsgenossen, als von den Behörden wurde.

Er stieg zu den höchsten Ehrenstellen, zu denen im preußischen Staate ein Baumeister überhaupt steigen kann. Schon im Jahre 1811 nahm die Königliche Akademie der Künste ihn unter ihre ordentlichen Mitglieder auf, im Dezember 1820 wurde er Professor und Mitglied des akademischen Senats, nachdem er im Jahre 1815 Geh. Ober-

Baurath geworden war. Im Jahre 1839 erhielt er die höchste Stelle im Staate für das Baufach, die eines Ober-Landes-Bau-Direktors.*)

Die meisten großartigen und herrlichen Bauwerke, welche von 1815—1840 entstanden sind, verdanken Schinkel ihren Ursprung. —

Schon kurze Zeit nach dem Kriege begann Friedrich Wilhelm III. das Verschönerungswerk Berlins durch herrliche Monumente, Statuen Gebäude und Brücken.

Von den auf den Krieg selbst bezüglichen Monumenten ist das bedeutendste das auf dem Kreuzberge, der durch dasselbe erst seine Namen erhalten hat, früher hieß er der Tempelhofer Berg.

Am 19. September des Jahres 1818 fand die Grundsteinlegung zu dem Denkmal statt, durch welches der König den Antheil, den das Volk an den Ereignissen der Jahre 1813, 1814 und 1815 genommen hatte, zu verherrlichen beschlossen hatte. Auf der Spitze des Tempelhofer Berges soll es sich erheben und von weither sichtbar sein.

56 Geschütze gaben während der Grundsteinlegung eine dreimalige Salve, dann hielt Bischof Eylert die Einweihungsrede.

Bis zur Vollendung und Einweihung des Denkmals selbst verflossen 2 Jahre und 7 Monate, sie fand am 30. März 1821 unter den bei solchen Gelegenheiten hergebrachten Feierlichkeiten statt.

Das Denkmal ist nach einer Zeichnung von Schinkel gefertigt, es besteht aus Gußeisen und ist in der hiesigen Königlichen Eisengießerei gegossen. Es wiegt 2297 Centner. Die in den Blenden stehenden Statuen sind nach Modellen von Rauch, Tieck und Wichmann gefertigt.

An der Vorderseite des Unterbaues liest man die einfache Inschrift: „Der König dem Volke, das auf seinen Ruf hochherzig Gut und Blut dem Vaterlande darbrachte. Den Gefallenen zum Gedächtniß, den Lebenden zur Anerkennung, den künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung."

Neben dem Denkmal auf dem Kreuzberge dienen die Statuen, welche Friedrich Wilhelm III den drei Helden Scharnhorst, Bülow und Blücher am Opernplatze errichten ließ, zur Erinnerung an die Befreiungskriege. Die Denkmale sind Werke Rauch's. Blüchers Statue**) ist nach dem Rauch'schen Modell von Lequine gegossen und von Vuarin ciselirt.

Die Statuen Scharnhost's und Bülow's sind im Jahre 1822, die Blücher's am 18. Juni 1826 dem Schlachttage von Belle-Alliance, aufgestellt worden.

Der Opernplatz, welcher durch die drei Statuen geschmückt war, und die Umgebung des Schlosses wurden durch Friedrich Wilhelm III. sehr verschönert. Diese Gegend, auf welche schon im Anfange des Jahrhunderts die Berliner so stolz waren, sollte den Ruf, in welchem sie nach der Ansicht des Berliner Volkes stand, die schönste in allen Großstädten Europa's zu sein, auch wirklich verdienen.

Unsere Leser erinnern sich, daß im Anfange des Jahrhunderts noch eine häßliche hölzerne Brücke die Linden mit dem Lustgarten verband, daß dieser ein großer, wüster, mit Pappeln umsäumter Platz war, daß an der Stelle, wo heut das Museum steht, ein breiter Graben die beiden Spreearme verband, der keineswegs zur Verschönerung diente. Ebensowenig war hierzu der Festungsgraben, der sogenannte Operngraben, geeignet, dessen langsam fließendes Wasser oft so häßliche Ausdünstungen gab, daß der Kronprinz, wie erzählt wird, einst mit Recht ein Brieschen an seine Schwester adressiren konnte: „an die Prinzessin Luise, wohnhaft am stinkerigen Graben." Auch die alte Artillerie-Wache, welche in der Nähe des Zeughauses stand, war durchaus kein Schmuck dieser Gegend und contrastirte seltsam mit dem Prachtgebäude des Zeughauses.

Hier that wirklich Verschönerung Noth, und Friedrich Wilhelm bewirkte sie, ohne Geld zu sparen.

Der Operngraben wurde theils eingeengt, so daß sein Wasser einen schnelleren Fluß bekam — der Graben ist schon seit längerer Zeit ganz zugeschüttet — theils überwölbt; die alte Artillerie-Wache wurde im Jahre 1818 abgerissen und an ihrer Stelle nach Schinkel's Entwurf die schöne Neue Wache erbaut, der die Idee eines alten römischen Castrums zum Grunde gelegt worden war. Auch die baufällige Büchsenschäfterei, welche ebenfalls nicht mehr in diese Gegend paßte, wurde abgebrochen und nach dem Kupfergraben verlegt.

Auf dem durch die Verengerung des Operngrabens entstandenen Raume zwischen diesem und dem Finanzgebäude, erbaute die Gesellschaft der Singakademie sich ein eigenes Haus und schmückte durch dasselbe die Gegend des Kastanienwaldes.

Das kleine Palais des Königs hatte schon früher eine Veränderung erlitten, es war durch einen bedeckten Bogengang mit dem Ludwig'schen Palais, welches später die Fürstin Liegnitz bewohnte, verbunden worden.

Die häßliche Hundebrücke wurde abgerissen und durch die schöne steinerne Schloßbrücke, zu der Schinkel die Zeichnung lieferte, im Jahre 1823 ersetzt.

Noch bedeutsamer war die Umgestaltung des

*) Schinkel überlebte den König Friedrich Wilhelm III. nicht lange. Schon im Jahre 1840 erkrankte er; ein organisches Gehirnleiden entwickelte sich schnell und am 19. Oktober 1841 erlag er demselben, tief betrauert von allen Künstlern und Kunstfreunden.

**) Ueber die Blücher-Statue ist seiner Zeit in Berlin viel gesprochen worden. Der gezogene Säbel, die trotzige kühne Haltung und die herausfordernde Bewegung des rechten Armes wurden von den Kritikern nicht für angemessen erachtet. Man citirte oft lachend einen Straßenjungen-Witz, der die Bewegung des Armes charakterisirt, indem er Blücher sagen läßt:

Komm keener mir uf meinen Ofen,
Ick hab alleene keenen Platz!

Lustgartens. Der Graben, welcher die beiden Spreearme verband, wurde zugeschüttet und diente theilweise zum Baugrund für das Neue Museum. Es war eine schwierige und auch kostspielige Arbeit, das Fundament zu legen, welches den Prachtbau tragen sollte. Im Jahre 1824 geschah dies; aber vorher mußte ein Pfahlrost den unsicheren sumpfigen Baugrund befestigen.

Mehrere Tausend über 50 Fuß lange Baumstämme wurden eingerammt, dann erst konnte die eigentliche Bau-Arbeit beginnen. Im Jahre 1828 war der Bau, zu welchem Schinkel die Zeichnung geliefert hatte, vollendet, nur die innere Einrichtung fehlte noch, und auch diese wurde so schnell hergestellt, daß die Eröffnung am 3. August 1830, am Geburtstage des Königs, stattfinden konnte.

Der ganze Bau hatte einschließlich der bedeutenden Grundstücks-Erwerbungen, der Umbauten in der Akademie, der Brücken- und Schälungsanlagen, doch nur etwas über 800,000 Thlr. gekostet, ein Beweis, wie wohlfeil damals der Grund und Boden in bester Stadtgegend waren und mit wie verhältnißmäßig geringen Mitteln so Großes erreicht werden konnte.

Das Museum erhielt die Bestimmung, alle Sammlungen älterer Kunstwerke jeder Art, aber nur solche verstorbener Meister aufzunehmen. Es sollte, wie auch die auf Schinkel's Ersuchen von Hirt entworfene und aus 24 Vorschlägen vom Könige gewählte Inschrift:

„Fridericus Guilelmus studio Antiquitatis omnigenae et Artium liberalium Museum constituit MDCCCXXVIII"*)

besagte, vorzugsweise dem Studium der alten Kunst dienen, und zu diesem Zwecke sowohl dem großen Publikum geöffnet sein, als den Künstlern Gelegenheit zum Copiren älterer Meisterwerke bieten.

Die in Berlin schon befindlichen Königlichen Sammlungen wurden dem Museum einverleibt, außerdem aber ließ der König auch noch bedeutende Ankäufe von Kunstwerken machen. Sie sind leider zum großen Theil nicht ganz befriedigend ausgefallen, so daß das Museum als Kunstsammlung in jener Zeit nicht die Bedeutung hatte, wie manche andere Sammlungen selbst in kleineren Residenzstädten.

Durch das Museum war der Lustgarten auch auf der vierten Seite würdig abgeschlossen, nachdem schon im Jahre 1817 die Domkirche nach Schinkel's Plan umgebaut worden war.

Der Lustgarten selbst mußte jetzt seiner ursprünglichen Bestimmung wiedergegeben und seinem Namen entsprechend eingerichtet werden. Dies geschah durch geschmackvolle Anpflanzungen. In der Mitte wurde der Springbrunnen angelegt und vor dem Museum die Granitschale aufgestellt, welche von Cantian aus einem kolossalen, bei Fürstenwalde gefundenen Granitblock gearbeitet worden war. Sie erhielt leider schon im ersten Winter nach der Aufstellung einen Sprung, wahrscheinlich weil man verabsäumt hatte, ihr ein Dach zu geben. Das in der Schaale angesammelte Wasser soll sie beim Gefrieren gesprengt haben.

Hinter dem Museum am Kupfergraben wurde nach Schinkel's Zeichnung das neue Packhofsgebäude gebaut. Der alte Packhof hatte sich bisher zwischen der Schleusenbrücke und der Schloßbrücke befunden. Er wurde niedergerissen und an seiner Stelle entstand ein neuer Prachtbau Schinkel's: die Bau-Akademie.

Gleichzeitig mit dem Museum wurde im Jahre 1824 bis 1830 nicht fern der Bau-Akademie, ein anderes Meisterwerk Schinkel's, die Werder'sche Kirche aufgerichtet, leider auf einem so beschränkten Raum, daß es schwer ist, einen günstigen Ueberblick der im gothischen Styl erbauten Kirche zu gewinnen.

Wandern wir von der Werder'schen Kirche wenige Schritte weiter die Jägerstraße entlang, nach dem Gensd'armen-Markt, so bewundern wir in dem neuen Schauspielhaus abermals ein Werk Schinkel's. Es wurde im Jahre 1819—1820 an der Stelle des, wie erwähnt, im Jahre 1817 abgebrannten Hauses erbaut, und schon am 10. Februar 1821 konnte der prächtige Concert- und Ballsaal durch einen Subscriptionsball eingeweiht werden; am 26. Juni 1821 wurde das Schauspielhaus selbst eröffnet.

Auch unter den Linden entstand eine Reihe schöner Gebäude, welche theils von Privatleuten, theils vom König gebaut wurden. Zu den letzteren gehört die nach Schinkel's Zeichnung gebaute Artillerie- und Ingenieur-Schule an Stelle des ehemaligen häßlichen Pontonhofes.

Zu erwähnen ist auch die Kolonnade Nr. 76, welche ebenfalls nach Schinkel's Zeichnung aus-

*) Die Inschrift des Museums hat viel von sich reden machen. Die Vossische Zeitung berichtet hierüber: „Gegen diese Inschrift erhob zuerst Süvern am 15. Okt. 1827 begründeten Einspruch, ebenso Ludwig Tieck, der eine deutsche Inschrift („Friedrich Wilhelm III. denen Werken bildender Künste, ein Denkmal des Friedens, erbauet im Jahre 1828") vorgeschlagen hatte. Alexander von Humboldt schrieb am 20. Oktober 1827 dem Geh. Kabinetsrathe Albrecht, daß „unser großer Philologe" Böckh sich von dem Verdachte reinigen müsse, „als habe er seine Zustimmung zu einer so überaus sprachwidrigen, abgeschmackten Inschrift geben können", die nun „in ihrer großen, von ganz Deutschland erkannten Lächerlichkeit ausgeführt sei." Der König ordnete nun die Einholung eines Gutachtens von der historisch-philologischen Klasse der Akademie der Wissenschaften an. Hirt suchte sich unmittelbar beim Könige zu rechtfertigen, die Akademie-Klasse verwarf die Inschrift jedoch, indem sie sie sehr abfällig kritisirte; sie schlug die nachstehende vor: „F. G. III. Rex signis tabulisque arte vetustate eximiis collocandis thesaurum exstruxit A. MDCCCXXIII." Die Hirt'sche Inschrift blieb jedoch, nachdem der Minister Altenstein erklärt hatte, daß die Entfernung der alten und die Anbringung einer neuen Inschrift zu viel Geld kosten würde.

geführt wurde; sie bildete den Durchgang nach der neu angelegten Neuen Wilhelmsstraße. Für die jetzigen Berliner hat sie eine traurige Berühmtheit dadurch erlangt, daß die Stadt gezwungen worden ist, das Gebäude für eine gewaltige Summe anzukaufen, um die dem gewachsenen Verkehr nicht mehr genügende Durchfahrt zu verbreitern.

Von andern in diesem Zeitraum errichteten Gebäuden unter den Linden nennen wir nur noch das Palais des Kaiser Wilhelm, welches in den Jahren von 1834—1836 vom Baurath Langhans erbaut worden ist.

Auch in andern Stadtgegenden hat Friedrich Wilhelm III. durch eine Reihe von Bauten zur Verschönerung Berlins beigetragen. Es würde uns zu weit führen, wollten wir alle in jenem Zeitraum errichteten Gebäude hier bezeichnen, nur einige der erwähnenswerthesten wollen wir nennen. Zu diesen gehört die von Schinkel in den Jahren 1833—1836 erbaute neue Sternwarte in der Lindenstraße, durch welche ein dringend gefühltes wissenschaftliches Bedürfniß befriedigt wurde, denn die alte Sternwarte in der Dorotheenstraße genügte längst nicht mehr auch den bescheidensten Anforderungen der Astronomen.

Zu erwähnen sind außerdem die Kaserne und das Exerzierhaus in der Karlsstraße und das Militär-Arresthaus in der Lindenstraße.

Die Königlichen Bauten, welche zum großen Theil, wie unsere Leser bemerkt haben, nach Zeichnungen Schinkel's errichtet wurden, trugen wesentlich dazu bei, den Baustyl in Berlin zu verbessern.

Der unablässig sich vermehrenden Zahl der Einwohner*) mußte durch Neubauten Rechnung getragen werden. In allen Stadttheilen wurden deshalb die kleinen niedrigen Häuser abgerissen und an ihre Stelle traten oft wahre Prachtgebäude. Häuser zu erbauen, wurde eine gewinnbringende Spekulation, denn die Miethspreise stiegen in Berlin mit unglaublicher Geschwindigkeit von Jahr zu Jahr.

Betrachten wir die in jenem Zeitraum entstandenen Privathäuser, so finden wir eine wesentliche Verbesserung im Geschmack gegen die Bauten der vergangenen Zeit. Wir bemerken überall das Streben nach einer würdigen Einfachheit, die allerdings oft bis zur Schmucklosigkeit übertrieben wurde.

Da der Häuserbau fast lediglich auf Geldspekulation beruhte, so konnte es nicht fehlen, daß die Baumeister den theuren Grund und Boden möglichst zu verwerthen suchten. Die Häuser erhielten hierdurch oft ein kasernenartiges Aeußere, denn es kam darauf an, in ihnen recht viele Wohnungen zu schaffen. Die neu gebauten Straßen litten an einer gewissen Monotonie, da die meisten Gebäude nach derselben Schablone errichtet waren, aber die Häuser zeichneten sich meistens durch praktische und oft durch elegante innere Einrichtung aus. Für mehr als 137,000 Menschen, um so viel hatte sich die Einwohnerschaft in den letzten 25 Jahren vermehrt, mußte neuer Wohnungsraum geschaffen werden, theils durch Bauten innerhalb der alten Straßen, theils durch Anlegung ganz neuer Straßen und Stadttheile.

Am bedeutendsten breitete sich der Anbau auf dem sogenannten Köpenicker Felde, vor dem Potsdamer Thore, in der Friedrich-Wilhelmsstadt und vor dem Oranienburger Thore aus.

Das Köpenicker Feld war, wie unsere Leser sich erinnern, ein wirkliches Fruchtfeld, in welchem der städtische Anbau fast fehlte. Es blieb ein solches auch nahezu bis zum Ablauf der Geschichtsperiode, mit der wir uns beschäftigen. Noch im Jahre 1840 führte die Schäfergasse, jetzt Annenstraße, nur mit wenigen schlecht gebauten Häusern direkt auf das freie Feld. Die Köpenicker Straße bot noch Stellen unergründlichen Sandes auf dem Wege nach dem Schlesischen Thore. Von allen den prächtigen Palästen, mit welchen jetzt der neue Stadttheil geschmückt ist, war noch nicht die Rede. Aber doch begann schon die Bebauung sich dieser Stadtgegend zuzuwenden. Die in das Feld hineinreichenden Straßen dehnten sich weiter aus, und bald sollte wie durch Zauber der neue Stadttheil plötzlich sich erheben.

Bedeutsamer war der Anbau vor dem Potsdamer Thore, dort entstand schon in den letzten Regierungsjahren Friedrich Wilhelm's III. das sogenannte Geheime-Raths-Viertel. Die neue Stadtgegend wurde belebt durch die Potsdamer Eisenbahn, die erste im preußischen Staate, welche am 21. September 1838 zuerst zwischen Berlin und Zehlendorf eröffnet wurde.

Es war ein großes Fest für die Berliner, als sie zum ersten Male mit dem Dampfwagen fahren konnten, aber ganz zufrieden waren sie mit der neuen Einrichtung doch nicht, sie hatten sich die Schnelligkeit des Fahrens noch viel größer gedacht. Bald nach der Eröffnung der Eisenbahn wendete sich ein boshafter Anonymus mit der scherzhaften Bitte an die Behörden, man möge doch Sorge tragen, daß die Passagiere nicht zu sehr durch das Betteln belästigt würden, besonders daß nicht Invaliden mit Stelzfüßen neben dem Zuge hinliefen, um eine milde Gabe zu fordern; dies sei nicht schicklich.

Wenn ein Theil des Publikums nicht zufrieden war mit der bei den ersten Fahrten allerdings ziemlich gemäßigten Schnelligkeit, so hielt dagegen ein anderer Theil diese für so bedeutend und gefährlich, daß gar manche wohlbedächtige und vorsichtige Bürger sich vermaßen, niemals mit der Eisenbahn zu fahren.

Selbst die Geistlichkeit nahm in dem Eisenbahnstreit, der damals die Berliner viel beschäftigte, Partei. Einige pietistische Helden meinten, es sei eine Sünde, in solcher Weise, wie dies auf

*) Die Einwohnerzahl Berlins betrug im Jahre 1815 etwa 191,500, 1840 328,7000 Seelen.

den Eisenbahnen geschehe, der natürlichen Fortbewegung, wie sie Gottes Wille sei, zu spotten.

Nach kurzer Zeit hatten indessen die Berliner sich so sehr an das Eisenbahnfahren gewöhnt, daß jeder Widerstand gegen dasselbe fortfiel. Bemerkenswerth ist es, wie wunderbar sich die Frequenz des Personenverkehrs zwischen Berlin und Potsdam durch die Eisenbahn, als sie erst fertig war, vergrößerte. Man hatte es bis dahin als etwas ganz Besonderes erachtet, daß täglich sechs Mal zwischen beiden Städten durch eine Postverbindung, die Journaliere, der Verkehr vermittelt wurde. Für unmöglich hielt man es, wenn man die Personen, die mit der Post und den übrigen Fuhrwerken befördert wurden, zählte, daß die Eisenbahn sich jemals rentiren könne. Und doch sah man nun plötzlich, daß durch die Erleichterung des Verkehrs, durch die schnellere und häufigere Fahrt auch die Zahl der zwischen beiden Städten Hin- und Herreisenden sich in unglaublicher Weise vermehrte.

Der Potsdamer Bahn folgte bald die Anhaltische, deren Erbauung die Veranlassung zum Durchbruch der Anhaltstraße und zur Anlegung des Anhaltthors gab.

Der rege Verkehr, der durch beide Eisenbahnen erzeugt wurde, hatte den schnellen Anbau der Gegend vor dem Anhalts- und Potsdamer Thore zur Folge.

Vor dem Oranienburger Thor begann ebenfalls in den letzten Regierungsjahren Friedrich Wilhelm's III. sich die Arbeitervorstadt zu entwickeln. Ihr schnelles Wachsen und ihre gewaltige Ausdehnung erhielt sie indessen erst später durch die sich mächtig hebende Bedeutung der Maschinenbau-Anstalten.

Am großartigsten zeigte sich das Wachsthum Berlins in der Friedrich-Wilhelmsstadt, in jenem Stadttheil zwischen der Friedrichsstraße, dem Schiffbauerdamm und der Stadtmauer, in welchem wir bei unserer Wanderung durch Berlin im Anfang des Jahrhunderts nur vereinzelte Häuser bemerkt haben, der noch im Jahre 1815 innerhalb der Ringmauer fast nur Gärten, Wiesen und selbst Sümpfe zeigte.

Dort entstanden prächtige Straßen. Den Namen Friedrich-Wilhelmsstadt erhielt der Stadttheil im Jahre 1828 und wie ihm der Name des Königs ertheilt wurde, so wurden die meisten Straßen in ihm nach den Prinzen und Prinzessinnen des Königlichen Hauses benannt. So die Karlsstraße, die Albrechtstraße, die Luisenstraße, die Marienstraße. Nur die Schumannstraße erhielt ihren Namen nach dem des Mannes, der die ersten Anlagen jener Gegend gemacht hatte.

Um die Hauptstraße des Stadttheils, die Luisenstraße mit der Wilhelmstraße zu verbinden, mußte die Neue Wilhelmstraße nach den Linden durchgebrochen und über die Spree eine Brücke, die Marschalls-Brücke, nach dem Fürsten Blücher genannt, erbaut werden.

Die Friedrich-Wilhelmsstadt wuchs schnell empor, durch ihre schönen Häuser erhielt sie ein durchaus großstädtisches Aeußere und bald kam sie in Mode. Die Bauspekulation warf sich während einer Reihe von Jahren hauptsächlich auf diese Gegend. Viele der Spekulanten aber hatten sich böse verrechnet, statt den gehofften Gewinn zu erzielen, erlitten sie schwere Verluste, manche ruinirten sich ganz.

Der großentheils sumpfige Baugrund konnte die mächtigen Häuser nicht tragen, diese begannen sich zu senken und erhielten so bedenkliche Risse, daß sie umgebaut werden mußten. Ein Haus in der Luisenstraße, welches sich durch unzählige Risse ganz besonders auszeichnete, erhielt deshalb durch den Berliner Witz den Spottnamen die Sau, weil es so viele Borsten habe.

Siebenzehntes Kapitel.

Die großstädtischen Einrichtungen Berlins. — Königliche Initiative. — Geldmangel und Sparsamkeit der städtischen Behörden. — Die Straßenreinigung. — Die Latrinenreinigung. — Das städtische Erleuchtungswesen. — Geschichte der englischen und städtischen Gasanstalt.

Wie Berlin durch seine neu angelegten Straßen und Stadttheile, durch die Prachtgebäude in der alten Stadt mehr und mehr ein großstädtisches Aeußere gewann, so wurden auch in den Jahren 1815—1840 manche communalen Einrichtungen getroffen, welche dem großstädtischen Leben in der preußischen Haupt- und Residenzstadt entsprachen. Langsam genug aber ging es mit denselben, und es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß Berlin in dieser Beziehung recht beträchtlich hinter andern Großstädten zurückblieb.

So weit durch Königliche Initiative die großstädtischen Einrichtungen bewirkt werden konnten, geschah es, wo sie aber durch die städtischen Behörden in's Leben gerufen werden mußten, stockten sie, und doch konnte die Bürgerschaft ihrer Vertretung, dem Magistrat und den Stadtverordneten daraus kaum einen Vorwuf machen.

Der Krieg hatte so schwer auf Berlin gelastet, die lange französische Einquartierung so bedeutende Kosten verursacht, es waren von der Stadt so gewaltige Opfer gebracht worden, die Armenverwaltung kostete fortwährend so enorme Summen, daß die städtischen Behörden vor allen Dingen verpflichtet waren, zuerst Ordnung im Finanzwesen zu schaffen, ehe sie sich mit Verschönerungen und dergleichen mehr beschäftigen konnten. Sie mußten selbst wirkliche Verbesserungen auf das Nothwendigste beschränken, da es ihnen nur bei peinlichster Sparsamkeit möglich war, mit den disponiblen Mitteln den Stadthaushalt zu bestreiten. Vorzugsweise war dies in den dem Kriege unmittelbar folgenden Jahren der Fall.

Magistrat und Stadtverordnete waren gemeinsam bestrebt, jeder irgend zu vermeidenden Ausgabe auszuweichen, um der herrschenden Finanznoth abzuhelfen. Wenn sie in diesem Streben mitunter zu weit gegangen sind, wenn oft ihre Sparsamkeit bis zur Kleinlichkeit ausgeartet ist, wenn manche vortheilhafte, ja fast nothwendige Verbesserungen der kommunalen Einrichtungen nicht ausgeführt worden sind, so ist dies doch leichter zu verzeihen, als wenn Magistrat und Stadtverodnete leichtfertig die städtischen Mittel verschwendet hätten. Sie haben es ihren Nachfolgern die einen geordneten Finanzzustand vorfanden, möglich gemacht, ein anderes System zu befolgen.

Daß heut nicht Berlin unter einer erdrückenden Schuldenlast seufzt, das danken wir den städtischen Behörden jener Zeit.

Einen wesentlichen Fortschritt machte in dem Zeitraum von 1815—1840 die Straßenpflasterung Berlins.

Bisher waren selbst in den belebtesten Stadttheilen Berlins die Fahrdämme mit ihrem unregelmäßigem Pflaster von schlechten Feldsteinen eine wahre Marter für alle Fahrenden gewesen. Die Fremden, welche nach der preußischen Hauptstadt kamen, wußten nicht genug von dem abscheulichen Pflaster zu erzählen. In den entfernteren Straßen aber war es noch schlimmer, da fehlte das Pflaster zum Theil ganz, man konnte in manchen Stadttheilen noch Sandwege finden, in denen zwei kräftige Pferde nur mit Mühe leichte Fuhrwerke fortzuschleppen vermochten.

Die Bürgersteige, welche von den Hausbesitzern unterhalten werden mußten, entsprachen den Straßendämmen; wo sie gepflastert waren, lagen unregelmäßige spitze Steine, auf denen schon ein kurzer Spaziergang schmerzende Füße machte, und doch sehnte man sich in gar vielen Straßen selbst nach diesen abscheulichen Steinen, wenigstens bei schlechtem Wetter, man konnte, wo sie lagen, doch nicht in den tiefen Morast bis über die Knöchel einsinken.

Diesen Uebelständen wurde durch die Königlichen Behörden abgeholfen, die Dämme erhielten ein neues besseres Pflaster, meist aus behauenen Granitsteinen bestehend und auch für die Bürgersteige wurde gesorgt.

Im Jahre 1825 sprach der König den Wunsch aus, daß in den besseren Stadtgegenden die sogenannten Trottoirs, breite Granitbahnen, gelegt würden. Da die Hauseigenthümer verpflichtet waren, die Bürgersteige in Stand zu halten, so mußte der Magistrat mit ihnen in dieser Beziehung ein Uebereinkommen treffen. Zuerst wurden vier Straßen, die Leipziger-, die Jäger-, die neue Friedrich- und die Königstraße als solche bezeichnet, in welchen der König die Anlage der Trottoirs vorzugsweise wünsche; er gab das Versprechen, daß wenn die Bürger sich bereit erklärten, Trottoirs zu legen, daß dann auch vor allen Königlichen Gebäuden der Bürgersteig in gleicher Weise auf Königliche Kosten verbessert werden solle.

Der Magistrat bestrebte sich, den Wünschen des Königs zu entsprechen. Nicht nur in vier Straßen, sondern auch in einer Anzahl anderer bedeutender Vekehrswege wurden Unterhandlungen mit den Eigenthümern gepflogen, und durch diese gelang es, auch in der Breitenstraße, der Brüderstraße, auf dem Schloßplatz u. s. w. die Hauseigenthümer zu den von ihnen geforderten Opfern zu gewinnen.

Es war der erste Schritt zum Bessern. Durch eine Königliche Kabinets-Ordre vom 18. Mai 1828 wurde demnächst bestimmt, daß überall, wo nach sachverständigen Ermessen die Instandsetzung der Bürgersteige in den Straßen Berlins und an den Plätzen polizeilich nothwendig erachtet werde, die Hauseigenthümer angehalten werden sollten, Trottoirs von Granitplatten anzulegen.

Die Königliche Kabinets-Ordre disponirte ohne Weiteres über den Geldbeutel der Hauseigenthümer, sie legte diesen eine Last auf, zu der sie durch kein Gesetz verpflichtet waren, und es konnte nicht fehlen, daß manche Beschwerden dagegen einliefen. Wie groß auch die Annehmlichkeit für das Publikum war, welche die Granitbahnen gewährten und so wünschenswerth es erschien, diese zu fördern, so ließ sich doch nicht bestreiten, daß viele wenig bemittelte Hauseigenthümer schwer durch die Königliche Cabinets-Ordre getroffen wurden.

Die Granitbahnen waren ein theurer Artikel und gerade die Besitzer kleinerer Häuser konnten kaum die Mittel erschwingen, um sie zu legen. Das sahen die städtischen Behörden ein. Als die Klagen der Hausbesitzer sich mehrten, beschlossen sie, ihnen abzuhelfen und nicht ferner zu verlangen, daß die Besitzer allein die Kosten für die Legung der Trottoirs trügen, sondern städtischerseits dazu einen Beitrag und zwar einen bedeutenden Beitrag zu liefern.

Unter dem 26. Mai 1829 beschloß die Kommune, daß die Hauseigenthümer nur mit $\frac{1}{3}$ der Kosten herangezogen werden sollten, daß aber $\frac{2}{3}$ derselben durch eine neu einzuführende Steuer, die Hundesteuer, aufgebracht werden müßten, daß ferner die Legung der Trottoirs, soweit der aus der Hundesteuer fließende Fonds reiche, straßenweise ausgeführt werde.

Im Jahre 1830 wurde die Hundesteuer eingeführt und im Jahre 1835 ein eigenes Reglement erlassen, welches die Bestimmungen über die regelmäßige Legung der Trottoirs enthielt und den Grundbesitzern die Zurückerstattung von $\frac{2}{3}$ des Kostenpreises zusicherte.

Durch die Einführung dieses Reglements gelang es bis zum Jahre 1840, die meisten irgend belebten Straßen der Stadt mit Trottoirs zu versehen.

Eine wunde Stelle der Großstadt Berlin bot in dem Zeitraum von 1815 bis 1840 noch immer die Straßenreinigung. Der schlechte Witz: „Die Berliner Rinnen (Berlinerinnen) stinken

sehr" wurde oft gehört und hatte seine Berechtigung.

Selbst in den besten Stadttheilen konnte man es in den Sommermonaten kaum vor dem pestilenzialischen Geruch der stagnirenden Rinnsteine aushalten. Dämme und Bürgersteige starrten vor Schmutz und an heißen trocknen Tagen lagerte über der ganzen Stadt eine dichte Staubwolke.

Nur unter den Linden wurde der mittlere Spaziergang auf öffentliche Kosten besprengt, sonst blieb die Straßensprengung den Hauseigenthümern überlassen und wurde von diesen naturgemäß sehr lässig betrieben. Um Eis und Koth von den Plätzen und Brücken forzuschaffen, waren in ganz Berlin 18 Straßenknechte unter 3 Schirrmeistern angestellt. In den Straßen selbst lag die Reinigung den Hauseigenthümern ob, welche den angehäuften Gassenkoth und im Winter Eis und Schnee auf ihre Kosten aus der Stadt schaffen sollten.

Die Folge einer solchen Einrichtung waren die stinkenden Rinnsteine, der unergründliche Schmutz bei nassem, der unerträgliche Staub bei trockenem Wetter.

Zu dem namenlosen Gestank, der die Straßen Berlins verpestete, trug auch die völlige Regellosigkeit der Latrinenreinigung bei, ein Uebelstand, den die heutigen Berliner kaum begreifen können. Eine große Stadt, welche weder eine Canalisirung noch ein regelmäßiges Abfuhrsystem hat, muß wohl an den üblen Gerüchen schlecht gereinigter Latrinen leiden. Damals war dies auch in Berlin in heute kaum glaublichem Maße der Fall, und schon in den zwanziger Jahren erkannte man, daß eine Abhülfe des Uebelstandes dringend noth thue.

Man glaubte ein Mittel gefunden zu haben. Ein Schweizer Namens Fauche-Borel erhielt ein Patent auf die Anlegung geruchloser Latrinen und die Verwerthung der menschlichen Exkremente zu Dungstoffen, die unter dem Namen Urate und Poudrette verkauft wurden. Mehrere Kasernen und öffentliche Anstalten wurden dem Patentinhaber zur Anlegung geruchloser Latrinen überwiesen. Das Modell einer solchen wurde in der Poudrette- und Urate-Fabrik am Fuße des Kreuzberges hinter dem dustern Keller ausgestellt. Aber das Unternehmen blieb ohne Erfolg, weil die Latrinen-Einrichtung zu schwierig und kostbar war, und sich überhaupt nicht bewährte.

Einen bedeutsamen großstädtischen Fortschritt machte in dem Zeitraum von 1815—1840 das Erleuchtungswesen, aber auch hier ging wieder die Initiative nicht von den städtischen Behörden, sondern von der Regierung aus.

Bis zum Jahre 1826 war Berlin nur durch Oellampen beleuchtet, traurige Laternen, welche kaum das tiefe Dunkel in den Straßen auch nur einigermaßen zu erhellen vermochten. Eine Verbesserung des Beleuchtungswesens wurde mit dem Anwachsen der Stadt der öffentlichen Sicherheit und der Sittlichkeit wegen zur unbedingten Nothwendigkeit, und es durfte daher als ein Fortschritt begrüßt werden, als am 21. April 1825 das Ministerium des Innern und der Polizei mit einer englischen Gesellschaft einen Vertrag abschloß, durch welchen diese sich verpflichtete, den größten Theil der innerhalb der Ringmauern Berlins belegenen Straßen und Plätze durch Gas zu erleuchten. Die städtischen Behörden wurden dabei nicht weiter gefragt, der Vertrag auf 21 Jahre bis zum 1. Januar 1847 abgeschlossen, ohne Magistrat und Stadtverordnete über die Bestimmungen desselben zu hören.

Nach diesem Vertrage belief sich die die Zahl der aufzustellenden Laternen im Ganzen auf 2719, von denen 1789 durch Gas, 930 mit Oellampen erleuchtet werden sollten.

Die Imperial-Kontinental-Gas-Association verpflichtete sich, die Straßenlampen 1300 Stunden jährlich brennen zu lassen; sie erhielt dafür eine jährliche Entschädigung von 31,000 Thalern; austerdem übernahm sie durch den Vertrag die Verpflichtung, Theater, Kaffeehäuser, Läden, Privatwohnungen auf Verlangen mit Gaslicht unter billigen Bedingungen in denjenigen Straßen, durch welche sie ihre Röhren führen würde, zu beleuchten, während sie andererseits dazu das ausschließliche Privilegium erhielt.

Am 19. September 1826 strahlten unter den Linden die ersten Gasflammen ihr Licht aus, und damals glaubten die Berliner, als sie in dichten Schaaren von den Linden bis zur Schloßbrücke auf und ab wandelten und die prächtigen Gasflammen anstaunten, es sei etwas Rechtes geschehen.

Die Gesellschaft setzte ziemlich billige Preise für die Neueinrichtung und für den Verbrauch fest. Von Gasmessern war damals noch nicht die Rede, sondern von sogenannten Tarifflammen, welche während einer gewissen Zeit brennen durften. Privatleute zahlten für eine Flamme, die von eintretender Dunkelheit bis etwa 11 Uhr Abends aus einem 12-Lochbrenner brannte, 15 Thaler jährlich, nach der Größe der Flamme und der längeren Brennzeit erhöhte sich der Preis. Viele Gewerbtreibende fanden sich durch diese billigen Bedingungen veranlaßt, Gas in ihre Geschäftslokalitäten, selbst in ihre Wohnungen ziehen zu lassen; nach und nach vergrößerte sich die Zahl der Leitungen, denn wo der Eine voranging, durfte der Andere nicht nachbleiben. Die zwingende Konkurrenz erforderte schon nach Verlauf nicht zu vieler Jahre, daß jeder anständige Laden im Glanze hellleuchtender Gasflammen strahlte.

Bald nach Einrichtung der Gasleitung zeigte es sich, daß für die Straßenbeleuchtung eine Brennzeit von 1300 Stunden jährlich durchaus ungenügend sei. Manche unserer Leser erinnern sich wohl noch der ägyptischen Finsterniß, welche in gar vielen Nächten auf den Straßen herrschte, und auch als die Brennzeit auf 2000 Stunden für die Gasflammen erhöht worden war, blieben doch immer noch die stockdunkeln Nächte, in denen

Mondschein im Kalender stand, obgleich statt der früher stipulirten 31,000 Thlr. der Gesellschaft für die Beleuchtung der Straßen 56,000 Thlr. jährlich bezahlt wurden.

Die Beleuchtung der Stadt durch die englische Gesellschaft gab bald zu vielen mehr oder weniger begründeten Klagen Veranlassung. Die Gesellschaft benutzte ihr Privilegium und suchte dasselbe, da sie naturgemäß in den ersten Jahren Schaden machen mußte, in den spätern möglichst auszubeuten. Die ursprünglich so billig gestellten Gaspreise wurden in die Höhe geschraubt, nachdem eine hinreichende Anzahl von Privatleuten sich an das Gasbrennen in Läden und Wohnungen gewöhnt hatte. Auf die Interessen der Stadt kam es naturgemäß der privilegirten Gesellschaft nicht an, sondern nur darauf, daß sie die möglichsten Vortheile aus ihrem Privilegium ziehen konnte.

Da wir in Zukunft auf die Geschichte der Gaserleuchtung in Berlin nicht zurückkommen werden, diese aber von einem hohen kommunalen Interesse ist, so wollen wir über den Zeitraum von 1815—1840 hier hinausgreifen und unsern Lesern mit Zugrundelegung des städtischen Verwaltungsberichts der Jahre 1850—1860 die fernere Geschichte unserer Gaserleuchtung erzählen.

Die englische Gesellschaft hatte ihr Privilegium auf 21 Jahre erhalten. 21 Jahre sind eine lange Zeit, sie vergehen aber doch endlich, und als nun der Zeitpunkt zum Ablauf für das Privilegium nahte, da machte sich im Publikum laut und gebieterisch die Forderung geltend, daß eine Verlängerung nicht stattfinde. Auch die Staatsbehörden wurden zweifelhaft, ob es sich empfehlen dürfe, den Engländern von Neuem das Recht der alleinigen Gasfabrikation für Berlin zu gewähren.

Schon im Jahre 1841 machte das Königliche Polizei-Präsidium dem Magistrat von Berlin die Mittheilung, daß es sich vergeblich bemüht habe, die Association zu einer Verbesserung der Beleuchtung durch eine größere Ausdehnung des Gaslichts, namentlich auf der Friedrichstadt, zu bewegen, die Gesellschaft habe die Erleuchtung der entfernteren Stadttheile durch Gas abgelehnt, sich indessen bereit erklärt, einen neuen Kontrakt für die Dauer von 21 Jahren vom 1. Januar 1847 ab abzuschließen, in welchem sie jedoch höhere Preise für ihre Gasflammen von der Stadt forderte und außerdem den Anspruch machte, daß ihr zur Erbauung einer dritten nothwendigen Gaserleuchtungs-Anstalt ein Kapitalsvorschuß von 150,000 Thalern gemacht und ein Stück Land unentgeltlich bewilligt werde; die städtische Erleuchtung würde nach diesen Forderungen 69,800 Thaler jährlich gekostet haben.

So gut die Engländer sonst zu rechnen pflegen, in diesem Falle hatten sie doch falsch gerechnet. Sie glaubten so hohe Anforderungen machen zu können, weil sie im Besitz waren und weil sie von den schwerfälligen Deutschen nicht glaubten, daß diese sich zur Begründung eines so bedeutenden Unternehmens, wie die Errichtung einer Gas-Anstalt für Berlin, emporschwingen könnten.

Die Forderungen der Engländer, das ganze bisherige Verfahren der Gas-Association, die enorme Steigerung des Preises für die Privatgasflammen hatten im Berliner Publikum eine gerechte Entrüstung hervorgerufen. Die städtischen Behörden fühlten sich in Folge dessen verpflichtet, im März 1842 zu erklären, daß sie von der Prolongation des bisherigen Vertrages mit der Imperial-Kontinental-Gas-Association oder der Abschließung eines neuen Vertrages mit derselben gänzlich Abstand nehmen und die Erleuchtung Berlins mit Gas durch eigene Einrichtungen und Anstalten bewirken wollten.

Diese Erklärung der Berliner Behörden machte ein gerechtes Aufsehen im Publikum, die Zeitungen schrieben damals unendlich viel für, unendlich viel gegen einen derartigen Beschluß.*) Es war fraglich, in welcher Weise eine städtische Gas-Anstalt in's Leben gerufen werden sollte. Am liebsten hätten wohl Magistrat und Stadtverordnete gesehen, wenn sich eine unternehmungslustige deutsche Gesellschaft gefunden hätte, die in Concurrenz mit den Engländern getreten wäre, aber eine solche Gesellschaft fand sich nicht und die Behörden mußten daher selbstständig vorgehen. Sie hatten Anfangs die Absicht, eine Aktiengesellschaft zu gründen und die Aktien bei denjenigen Bürgern und Hauseigenthümern, in deren Interesse es liegen mußte, billiges Gas zu erzielen, unterzubringen, aber auch eine solche Unternehmung versprach bei der Indifferenz der meisten Berliner und bei dem Risico, welches mit einer derartigen Kapitalanlage verbunden war, geringen Erfolg. Dagegen aber, daß die Stadt auf ihre eigenen Kosten eine Gasfabrik einrichte, erhoben sich vielfache Bedenken; man fürchtete, die Stadt mit einer gewaltigen Schuldenlast zu überbürden, und doch die Konkurrenz mit den Engländern, welche die Erfahrung für sich hatten und deren Röhren bereits in die meisten Privathäuser geleitet waren, nicht bestehen zu können.

Die Engländer glaubten sich daher ziemlich gesichert; sie wußten manche Feder für sich zu gewinnen, und hofften, daß die städtischen Behörden nicht zu dem Entschluß, selbstständig vorzugehen, kommen würden; hierin aber lag ihr Irrthum, denn der Magistrat und die Stadtverordneten gingen vor; sie wandten sich direkt an den König

*) Derselbe Interessenstreit, welcher vor nicht langer Zeit in den Berliner Zeitungen sich breit machte, als es sich um die Begründung städtischer Schlachthäuser und eines städtischen Viehhofes handelte, wurde damals von käuflichen Literaten gegen die Errichtung einer städtischen Gasanstalt geführt. Wir finden sogar fast dieselben Schlagworte „von der Unfähigkeit städtischer Behörden zur Verwaltung technischer Etablissements" u. s. w. in den über so verschiedenartige Institutionen und in so verschiedenen Zeiten geschriebenen Artikeln wieder.

mit der Bitte, der Stadtgemeinde Berlin vom 1. Januar 1847 die ausschließliche Berechtigung zu ertheilen, an Privatpersonen und öffentliche Gebäude Gaslicht abgeben zu dürfen, insoweit nicht diese Berechtigung bereits der englischen Gesellschaft ertheilt worden sei.

Die Regierung erforderte die Ausarbeitung eines bestimmten Planes, ehe sie sich über eine Zusage entscheiden könne. Die städtischen Behörden gingen sofort auf diese Forderung ein. Ein Techniker, der sächsische Kommissionsrath Blochmann wurde gewonnen und alles vorbereitet, um den Plan, eine städtische Gasanstalt in's Leben zu rufen, in Ausführung zu bringen.

Jetzt fingen die Engländer denn doch an, etwas besorgt zu werden. Sie wendeten sich an das Polizei-Präsidium und nahmen dessen Vermittelung in Anspruch, um in Unerhandlungen wegen einer Verlängerung ihres Kontrakts zu treten. Diese Unterhandlungen begannen denn auch, aber es zeigte sich bei denselben, daß die englischen Bevollmächtigten außerordentlich bemüht waren, die Sache in die Länge zu ziehen, und der Verdacht entstand, in den städtischen Deputirten, daß die englische Gesellschaft, von dem Grundsatze ausgehend „Zeit gewonnen, Alles gewonnen" nur beabsichtige, bis zum Ablauf ihres Vertrages die Verhandlungen hinzuziehen, um dann beliebige Forderungen stellen zu können.

Die städtische Kommission, der die Unterhandlung übertragen war, trat deshalb mit großer Entschiedenheit in ihren Forderungen auf, und bewirkte dadurch, daß die Engländer mit den Preisen schon bedeutend zurückgingen, auch auf die Forderung eines Kapital-Vorschusses und einer freien Baustelle verzichteten, trotzdem aber waren die gestellten Preise und Bedingungen noch immer nicht der Art, daß es möglich gewesen wäre, auf dieselben einzugehen.

Noch immer glaubten die Engländer nicht recht an den Ernst der städtischen Behörden; als aber die Stadtverordneten-Versammlung am 18. Januar 1844 dem Magistrat eine Summe von 150,000 Thaler bewilligte, um die ersten Ankäufe zur Begründung einer Gas-Anstalt zu machen, als sie am 6. Juni 1844 genehmigte, daß 1½ Millionen Thaler neue Stadtobligationen zu 3½ pCt. angefertigt würden, um als Stammkapital für eine solche Anstalt zu dienen, da wurde ihnen denn doch etwas unheimlich. Auf allen irgend zu Gebote stehenden Wegen suchten sie jetzt den Plan, der bei dem Magistrat und den Stadtverordneten bereits feststand, eine städtische Gas-Anstalt zu errichten, zu hintertreiben. Die Zeitungen waren voll von Artikeln, welche nachwiesen, wie unvortheilhaft ein solches Unternehmen sei, wie billig Berlin mit Gas versorgt werde, im Verhältniß zu andern Städten; die Engländer machten direkten Schaden und die Stadt würde noch größeren machen. Auch an das Ministerium wendete sich die Gesellschaft und bat, daß ihr der von der Stadt eingereichte Plan mitgetheilt werde, damit sie im Stande sei, zu beweisen, daß er durchaus falsch angelegt wäre. Diese Bitte aber wurde nicht erfüllt. Das Ministerium ordnete allerdings eine genaue technische Prüfung der eingereichten Pläne an, ohne indessen dabei die Engländer zu Rathe zu ziehen.

Alle Bemühungen der englischen Gesellschaft, das Projekt zu hintertreiben, waren vergeblich. Am 6. September 1844 erhielt der Magistrat den Bescheid, daß der König genehmigt habe, die Stadtgemeinde Berlin dürfe ein Kapital von 1½ Millionen Thalern in Stadtobligationen zur Begründung einer städtischen Gas-Anstalt ausgeben, welches mit 3½ pCt. zu verzinsen und vom Jahre 1852 ab jährlich mit 1 pCt. zu amortisiren sei. Vom Jahre 1847 an bis zur Zeit, wo die Amortisation vollendet sein würde, höchstens aber auf 50 Jahre erhielt die Stadt das Privilegium, Privatpersonen und öffentliche Gebäude mit Gas zu versorgen, der englischen Gas-Association blieb natürlich ihr durch den Vertrag vom 21. April 1825 erworbenes Recht zur Gaslieferung an Privatleute 2c. vorbehalten.

Der König drückte zugleich den Wunsch aus, daß noch ein Versuch der Unterhandlung mit den Engländern gemacht werde. Dies geschah. Aber obgleich die englische Gesellschaft jetzt etwas billigere Bedingungen stellte, unter andern die, daß sie, wenn überall Gasometer angeordnet würden, den Abnehmern von Privatflammen 100 Kubikfuß Gas für 8 Sgr. 4 Pf. liefern wolle, während der bisherige Preis 10 Sgr. für 100 Kubikfuß gewesen war, obgleich sie auch den Preis für die Straßenflammen ermäßigte, so entsprachen doch auch diese Bedingungen noch keineswegs den Anforderungen der städtischen Behörden. Es gab wieder langwierige Unterhandlungen, und immer deutlicher zeigte es sich, daß es in der That das Bestreben der Engländer sei, die Sache hinzuhalten. Als einst eine Konferenz, zu der ein eigener englischer Bevollmächtigter erwartet wurde, angesagt war, erschienen die Vertreter der Gesellschaft gar nicht, und einige Stunden nach der fruchtlos angesetzten Konferenz theilte der Bevollmächtigte der Gesellschaft den städtischen Behörden mit, er sei der deutschen Sprache nicht mächtig genug, um mündliche Unterhandlungen führen zu können.

Unter solchen Umständen mußten die Unterhandlungen erfolglos bleiben und am 14. Oktober wurden sie definitiv abgebrochen.

Die städtischen Behörden gingen nun rüstig an die Ausführung ihres Planes. Am 1. Juli 1845 wurden die ersten Gasleitungsröhren in die Erde gelegt und am 1. Januar 1847 war das Werk so weit gediehen, daß mit der Straßenbeleuchtung von Berlin auf städtische Kosten begonnen werden konnte, auch wurden bereits einer nicht unbedeutenden Anzahl von Bürgern, welche sich im richtig verstandenen Interesse an die städtischen Behörden gewendet und bei diesen

ihren Gasbedarf bestellt hatten, die nöthigen Gasflammen geliefert.

Die neue Anstalt hatte gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden. Alle Mittel, die nur denkbar waren, wurden in Bewegung gesetzt, um das Publikum gegen die Unternehmung der städtischen Behörden aufzuregen. Fast täglich erschienen Aufsätze in den Zeitungen und in Broschüren, welche auf das Klarste bewiesen, die Bürger müßten mit einer gewaltigen Schuldenlast durch ein so thörichtes Unternehmen überbürdet werden, ein Unternehmen, welches um so weniger Erfolg haben könne, als die Engländer schon am 21. September 1846 erklärt hatten, sie würden das Gas stets 5 pCt. niedriger liefern als die städtische Gas-Anstalt, und als sie außerdem bereits den Preis des Gases von 3 Thlr. 10 Sgr. für 1000 Kubikfuß auf 2 Thlr. bei einem Kontrakt auf 14 Jahre herabgesetzt hatten.

Es war natürlich das Streben der englischen Gesellschaft, durch jedes Mittel der städtischen Anstalt Konkurrenz zu machen. In dieser Konkurrenz aber lag der Segen für die Bewohner Berlins. Sie hat es bewirkt, daß Berlin die billigsten Gaspreise von fast allen europäischen Großstädten hat.

Die städtischen Behörden konnten natürlich nicht umhin, in dem Preise den Engländern zu folgen, wenn es auch für den ersten Beginn des Unternehmens schwer war, mit der alten Gesellschaft Preis zu halten, ebenso konnte es nicht fehlen, daß auch mannichfache gerechtfertigte Klagen laut wurden. Das Gas brannte nicht hell und nicht lange genug, die Privatabnehmer wurden zu langsam bedient u. s. w. Ein neues Unternehmen konnte aber nicht gleich das Vollkommene leisten! —

Der Magistrat griff zu dem richtigen Mittel, zu dem der Oeffentlichkeit, um dem neuen Institut Vertrauen zu erzeugen. Er leugnete die vorhandenen Fehler nicht ab, aber er wandte sich in mehrfachen Bekanntmachungen an die Bürger Berlins, in denen er diesen die Vortheile auseinandersetzte, welche aus der Begründung der städtischen Gas-Anstalt endlich erwachsen müßten.

Leider hatte das Institut bei seinem ersten Beginn nicht nur mit den Engländern, sondern auch mit vielen Berlinern zu kämpfen, welche auf Kosten der Allgemeinheit sich Privatvortheile verschaffen wollten, indem sie bei den Tarifflammen, d. h. denjenigen, die nach der Zeit des Brennens und der Größe des Brenners, nicht nach dem durch den Gasmesser ermittelten Gasverbrauch bezahlt wurden, — sich bedeutender Defrauden schuldig machten. Diese wurden so stark, daß eine Berechnung im Jahre 1850 30 Mill. Kubikfuß defraudirtes Gas ergab, ein Verlust von nicht weniger als 50,000 Thlr. für die Anstalt.

Trotz aller dieser Uebelstände, trotzdem natürlich auch im Anfange die Fabrikation des Gases durch nicht ganz zweckmäßige Einrichtungen eine theure war, zeigte sich doch schon nach kurzer Zeit, nach wenigen Jahren, welchen ungeheuren Vortheil die Stadt Berlin durch die Einrichtung der städtischen Anstalt gewonnen hatte.

Im Zeitraum von 21 Jahren, während des englischen Privilegiums, hatte sich die Zahl der in Berlin brennenden Gasflammen von 1789 auf 1863 vermehrt, am Schlusse des Jahres 1860, also in 13 Jahren, von dem Entstehen der städtischen Gas-Anstalt an, hatte sie sich auf 4146 vermehrt. Unter der Herrschaft der Engländer brannte jede Flamme jährlich nur 2000 Stunden, am 31. Dezember 1850 war die jährliche Brennzeit der öffentlichen Flammen schon bis zu 2500 Stunden angewachsen, indem 100 Stunden jährlich für die dunklen Mondscheinnächte berechnet waren, gegenwärtig aber brennen sämmtliche Flammen 3600 Stunden jährlich vom Dunkelwerden bis zum Tagesanbruch, ohne Rücksicht auf Mondschein im Kalender.

Von einem ganz ungeheuren Erfolg aber ist die Einrichtung der städtischen Gas-Anstalt für den Privatgasbedarf gewesen, und gerade in dieser Beziehung haben weder der Magistrat, noch die Stadtverordneten, als sie die städtsche Gas-Anstalt in's Leben riefen, eine Ahnung gehabt, wie Bedeutsames sie schufen. Die Einrichtung wurde getroffen für 25,000 Flammen, und man glaubte damit das höchste Maß, welches je in Anspruch genommen werden könne, zu erreichen. Schon am 31. Dezember 1850, beim Beginn der Verwaltungsperiode, betrug die Zahl der öffentlichen Flammen 3350 Stück, der Privatflammen 15,114 Stück, in Summa also 18,464 Stück. Am 31. Dezember 1860, am Schluß der Verwaltungsperiode, war die Zahl gewachsen auf 4146 öffentliche Flammen und 100,486 Privatflammen, in Summa 104,632 Flammen, also mehr als das Vierfache von dem, was als höchstes Maß erwartet wurde, und sie ist, wie wir wohl nicht hinzuzufügen brauchen, im stetigen gewaltigen Wachsen geblieben. Enorme Summen werden jährlich der Bürgerschaft durch die billigere Gaserzeugung erhalten, viele Hunderttausende, die in den Seckel der englischen Compagnie geflossen wären, während sie gegenwärtig der Berliner Industrie zu Gute kommen.

Die Quantität des gewonnenen Gases hat sich im Laufe der Verwaltungsperiode von 158,057,967 Kubikfuß im Jahre 1851 bis auf 458,357,000 Kubikfuß im Jahre 1860 vermehrt. Daß bei einer so bedeutenden Vergrößerung des Betriebes die vorhandenen Anstalten, auch in ihren Baulichkeiten und in der Vermehrung und Erweiterung gleichen Schritt halten mußten, versteht sich wohl von selbst. Die ursprüngliche Anlage von zwei Gas-Anstalten genügte nicht mehr, man hatte zur Errichtung einer dritten Gas-Anstalt schreiten müssen, und diese Anstalt war so angelegt worden, daß ihr Betrieb annähernd den der beiden anderen bestehenden zusammengenommen erreichen konnte. Ebenso hatte die Anstalt Bedacht nehmen müssen, das Röhrensystem verhältnißmäßig zu erweitern, nicht nur dadurch, daß die Gasröhren weit aus

den Thoren hinausgelegt wurden, sondern auch durch eine Umlegung der Hauptröhren, deren weitester Durchmesser, für die geringe Flammenzahl berechnet, früher 10 Zoll betrug, während sie in späterer Zeit durch 20=, 15= und 12zöllige Röhren ersetzt wurden. Zu den alten Hauptröhren wurden neue gelegt, um dem Bedarfe zu genügen.

Schon im Jahre 1860 betrug die Länge sämmtlicher Röhren 866,000 laufende Fuß, circa 36 deutsche Meilen. Das ganze Röhrensystem wurde mit einander verbunden, so daß es jeder der Anstalten möglich war, die andere zu unterstützen.

Die Zweifel, welche gegen die Rentabilität der städtischen Gas-Anstalt bei Begründung derselben von so vielen Seiten aufgestellt wurden, sind glänzend widerlegt worden. Schon der Verwaltungsbericht von 1850—60 theilt uns mit, daß die Passiva der Erleuchtungs-Kasse nur die Summe von 1,818,896 Thlr. betrugen, die Aktivmasse dagegen 2,667,135 Thlr., so daß der Ueberschuß der Aktiva nicht weniger als 848,239 Thlr. betrug.

Achtzehntes Kapitel.

Die städtische Verwaltung Berlins. — Die Stadtverordneten in den Verwaltungsdeputationen. — Streit mit dem Magistrat. — Hardenberg's Entscheidung. — Magistrat und Stadtverordneten. — Zerwürfnisse im Magistrat. — Der Berliner Stadtklatsch. — Die Rehfeldt'sche Schrift. — Stürmische Magistratssitzung. — Bärensprung und Rehfeldt. — Der Berliner Witz. — Der Streit über die Präsidialbefugnisse des Ober-Bürgermeisters. — Ungünstiger Einfluß auf die städtischen Geschäfte. — Die Entscheidung des Ministers. — Neue Streitigkeiten. — Der Herzog Karl und die städtischen Behörden. — Anrufung der Königlichen Entscheidung. — Mißglückter Versöhnungsversuch. — Das octroyirte Beschäftsregulativ. — Pensionirung des Oberbürgermeister v. Bärensprung.

Die Jahre von 1815—1840 waren für die innere Verwaltungsgeschichte unserer Stadt von hoher Wichtigkeit. Wir sind leider außer Stande, unsern Lesern einen ausführlichen Bericht über die Thätigkeit der städtischen Behörden in dieser Zeit zu übergeben, er würde allein Bände füllen. Wir müssen uns daher auf das Interessanteste und Wichtigste beschränken. Wichtig und interessant aber vor Allem ist die Entwicklung des kommunalen Selbstregimentes, wie es der Geist der Städte-Ordnung vom 19. November 1808 erheischte, welches seinen Ausdruck in dem Verhältniß der städtischen Behörden, des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung gegen einander und in ihren Beziehungen zur Königlichen Staats-Regierung findet.

Es war der Zweck der Städte-Ordnung vom 19. November 1808, die Bürgerschaft zur Selbstverwaltung der städtischen Angelegenheiten heranzubilden. Zu diesem Zweck erschien es nothwendig, sie auch praktisch bei der Verwaltung zu betheiligen. — Nur wenn die Stadtverordneten sich eine genaue Kenntniß aller Details der Verwaltung verschafften, konnten sie die Kontrole mit Erfolg üben; eine solche Kenntniß war aber am leichtesten und sichersten zu erreichen durch eine persönliche Theilnahme an der Verwaltung, welche außerdem auch den Bürgern eine größere Garantie, als die Thätigkeit gewöhnlicher Beamten, gegen etwaige Mißbräuche bieten mußte, und da sie unentgeltlich ausgeübt wurde, endlich für den Stadtsäckel von hoher Bedeutung war.

Diese Vortheile, welche aus der Theilnahme der Stadtverordneten an den Verwaltungs-Deputationen hervorgehen, waren gewiß von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung; — indessen traten doch auch mancherlei Nachtheile hervor, welche im Laufe der Jahre zu vielfachen unerquicklichen Verhandlungen in der Stadtverordneten-Versammlung oder zwischen dieser und dem Magistrat führten.

Der Magistrat mußte naturgemäß wünschen, daß seine Mitglieder in der Deputation stets die Stimmenmehrheit hätten, sein Bestreben war es daher, den Verwaltungs-Deputationen so viel Magistratsmitglieder wie möglich zuzugesellen, dagegen die Mitgliederzahl aus der Stadtverordneten-Versammlung möglichst zu beschränken. — Dies Bestreben gab im Jahre 1822 zu vielfachen Klagen seitens der Stadtverordneten-Versammlung und endlich zu einer Beschwerde des Magistrats an die Regierung Veranlassung.

Die Antwort, welche vom Fürsten Hardenberg unter dem 4. September 1822 an den Magistrat und die Stadtverordneten erging, giebt einen interessanten Beleg dafür, daß auch damals noch die preußische Regierung bestrebt war, die Bürger zur Selbstregierung, wenigstens in kommunalen Angelegenheiten, anzuleiten. Der Fürst Hardenberg erklärte, daß die Stadtverordneten-Versammlung in der Wahl ihrer Mitglieder zu den Verwaltungs-Deputationen nicht beschränkt werden dürfe. Er sprach sich außerdem mißbilligend über die Beschwerde selbst aus, da Magistrat und Stadtverordnete besser gethan hätten, sich, ohne die Regierung anzurufen, unter einander zu einigen. Er sprach hierüber: „Ich gebe dem Magistrat zu erwägen, nicht blos, welche entbehrlichen Belästigungen für die oberen Behörden daraus hervorgehen, wenn sie jede auch noch so unwesentliche Diskussion zwischen den Magisträten und den Stadtverordneten schlichten sollen, sondern auch, wie sehr die Absicht des Gesetzgebers, eine selbstständige, die Staatsbehörde so wenig als möglich einmischende Städteverwaltung zu stiften, dadurch erschwert und verfehlt wird."

Die Rüge, welche der Staatskanzler dem Magistrat ertheilte, trug gute Früchte. Magistrat und Stadtverordnete schlichteten etwaige kleinliche Meinungsverschiedenheiten unter sich, ohne die Staats-

behörden weiter zu belästigen. Der Magistrat zeigte sogar ein höchst anerkennenswerthes Bestreben, jede Differenz zu vermeiden, indem er in der gefälligsten Weise der Stadtverordneten-Versammlung entgegenkam, selbst wenn diese vielleicht ihre Machtbefugnisse überschritt und sich in Angelegenheiten mischte, welche lediglich Magistratssachen waren.

Die Stadtverordneten ihrerseits dehnten den Begriff des ihnen zustehenden Kontrolrechts ziemlich weit aus. Sie meinten die gesammte Geschäftsführung des Magistrats beaufsichtigen zu müssen und zu diesem Behufe überwachten sie mit größter Aufmerksamkeit auch alle Vorgänge innerhalb des Magistrats-Kollegiums. Sie erhielten sich in steter Kenntniß des Geschäftsganges, indem sie von Zeit zu Zeit vom Magistrat Berichte über die Vertheilung der Geschäfte unter dessen einzelne Mitglieder einforderten und stets bereitwillig eingeliefert erhielten.

Wo ihnen irgend etwas auffällig war, monirten sie, und der Magistrat gab gern Auskunft. Sogar als ihm einst von den Stadtverordneten Vorhaltungen darüber gemacht wurden, daß in seinen Sitzungen den wichtigen Vortragssachen nicht Aufmersamkeit genug geschenkt würde, daß oft bei denselben nicht alle Räthe gegenwärtig seien, und als die Versammlung bestimmte Vorschläge machte, wie es in den Magistrats-Sitzungen künftig gehalten werden möge, ließ sich der Magistrat nicht nur diese Einmischung in seine innere Geschäfts-Ordnung gefallen, sondern er antwortete sogar auf die höflichste Weise. Am Schlusse seines Schreibens an die Stadtverordneten-Versammlung versicherte er, durch das in den Sitzungen eingeführte Verfahren würden die Wünsche Einer Wohllöblichen Stadtverordneten-Versammlung in Beziehung auf die Art des Vortrags beim Magistrats-Kollegium möglichst zu erreichen gesucht, Es werde aber auch dem Präsidium des Magistrats stets zur besonderen Genüge gereichen, Alles zu thun, was eine möglichst gemeinsame Berathung über alle wichtigen städtischen Angelegenheiten befördern könne.

Ebenso wenig zeigte sich der Magistrat empfindlich, als im Jahre 1831 die Stadtverordneten-Versammlung monirte, es sei zu ihrer Kenntniß gekommen, daß er nicht, wie üblich, zwei Sitzungen, sondern nur eine wöchentlich halte. Er antwortete freundlich. Durch eine eingehende Darlegung der Gründe, welche ihn zu seinem Verfahren veranlaßt hätten, wußte er die Stadtverordneten von der Zweckmäßigkeit seines Geschäftsverfahrens zu überzeugen.

Da die beiden städtischen Behörden bestrebt waren, in Eintracht mit einander zu leben, da sie außerdem jede in sich einig waren, so gingen die Geschäfte trotz der schwierigen Verhältnisse, mit denen Magistrat und Stadtverordnete zu kämpfen hatten, doch ihren ruhigen Gang. Sie wurden kräftig gefördert.

Während der Amtsdauer der beiden ersten Ober-Bürgermeister von Berlin, von Gerlach und Büsching, entwickelte sich die Verwaltung unserer Stadt in erfreulicher Weise. Ein wesentlich anderes Verhältniß aber trat sehr bald ein, nachdem der bisherige Bürgermeister von Bärensprung sein neues Amt als Ober-Bürgermeister angetreten hatte.

Die Zerwürfnisse im Magistrat, welche durch den Oberbürgermeister von Bärensprung veranlaßt wurden, haben für Berlin eine geschichtliche Bedeutung gewonnen, weil sie die Veranlassung zu einem scharfen Eingreifen der Regierung in unsere städtischen Verhältnisse geworden sind. Sie fielen unglücklicher Weise in jene Zeit der reaktionären Maßregelungen, in welcher die Staats-Regierung ohnehin nur zu geneigt war, jede Freiheit zu beschränken und das büreaukratische Formwesen in allen Zweigen der Verwaltung zu befördern.

Leider gab ein Streit im Magistrat, der auch in der Stadtverordneten-Versammlung seinen Wiederhall fand, und bei dem von allen Theilen schließlich die Entscheidung der Staatsbehörden gefordert wurde, diesen Gelegenheit, einzugreifen, und Maßregeln zu treffen, welche eine weittragende Bedeutung haben sollten.

Die ganze Angelegenheit machte ihrer Zeit in Berlin ungeheures Aufsehen, sie beschäftigte jahrelang alle Kreise der Bevölkerung, und je weniger diese sich um hohe Politik kümmern konnten, je mehr interessirten sie sich für die städtische Politik, für den kleinen Kampf, der im Berliner und Köllner Rathhause spielte.

Die Berliner Zeitungen konnten zwar Details über die merkwürdigen Vorgänge nicht bringen, da weder die Sitzungen der Stadtverordneten noch die des Magistrats öffentlich waren, und die Censur ausführliche Darstellungen, welche zur öffentlichen Kritik der städtischen Behörden herausgefordert haben würden, nicht geduldet hätte; trotzdem aber wurden doch alle Einzelnheiten des eigenthümlichen Streites schnell und genau bekannt. Es zirkulirten Abschriften von Schriftstücken, die in den Akten hätten verborgen bleiben müssen, und Niemand wußte, wer sie verbreitet hatte.

Man hörte Darstellungen aus den Sitzungen des Magistrats, die mit der größten Umständlichkeit alles aufführten, was im Sitzungssaal gesprochen und gethan worden war, Darstellungen, die nur von Magistrats-Mitgliedern veranlaßt sein konnten, und doch wollte Niemand etwas ausgeplaudert haben. Es konnte nicht fehlen, daß die Nachrichten, welche von Mund zu Mund gingen, entstellt wurden, daß sie bald zu höchst abenteuerlichen Gerüchten anwuchsen.*)

Die ganze Angelegenheit gehört jetzt der Geschichte an. Die Rücksichten, welche früher die

*) Ich erinnere mich noch sehr wohl, daß in jener Zeit eines Tages das Gerücht zirkulirte, der Oberbürgermeister von Bärensprung und der Bürgermeister Rehfeldt hätten sich im Magistrats-

Behörden veranlaßt haben, den Streit trotz der theilweisen Oeffentlichkeit doch geheim zu halten, walten nicht mehr, da die betreffenden Personen längst nicht mehr leben. Unsere Leser werden es uns daher Dank wissen, wenn wir näher auf jenes eigenthümliche Zerwürfniß innerhalb der städtischen Behörden eingehen. Die Veranlassung zu demselben gab ein an und für sich ziemlich unbedeutender Vorfall.

Im Sommer des Jahres 1832 schwebten wichtige Verhandlungen zwischen den Staats-Behörden und dem Magistrat über die Regelung des Armenwesens und den Beitrag, welcher von der Staatskasse zur Armenverwaltung Berlins zu leisten sei. Der Magistratsdezernent war der Bürgermeister Rehfeldt, der zur Darlegung seiner Ansicht ein umfangreiches Schriftstück aufgesetzt hatte, in welchem er sich mit einiger Rücksichtslosigkeit über die Verpflichtung der Staats-Regierung und deren Nichterfüllung aussprach.

Der Magistrat beschloß, die Schrift drucken und an die Magistrats-Mitglieder vertheilen zu lassen, damit diese vor der eingehenden Berathung sich genauer über den Gegenstand unterrichten könnten. Der Beschluß wurde zur Ausführung gebracht; die Druck-Exemplare erhielten die Bezeichnung Korrektur-Exemplar, sie wurden ohne Zensor herausgegeben, weil sie nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren.

Etwa 8 Tage nach der Vertheilung an die Mitglieder des Magistrats theilte der Ober-Bürgermeister von Bärensprung in einer Magistratssession mit, die Schrift des Bürgermeister Rehfeldt habe bei den höhern Staatsbeamten eine große Aufregung hervorgerufen und deren gerechte Unzufriedenheit erregt. Er wisse nicht, wie es möglich sei, daß sie in andere Hände als die von Magistrats Mitgliedern gekommen sei; ja, ein auswärtiges Blatt, die neue Hamburger Zeitung, habe sich sogar gemüßigt gefunden, ihrer Erwähnung zu thun. Von der Schrift werde jetzt überall in Berlin gesprochen, sie habe die allgemeine Aufmerksamkeit so sehr auf sich gezogen, daß sogar das Polizei-Präsidium beauftragt worden sei, sich ein Exemplar zu verschaffen. Ein solches sei denn auch dem Polizei-Präsidium durch den Drucker übergeben worden.

Die Nachricht, welche der Ober-Bürgermeister dem Magistrat mittheilte, befremdete diesen sehr. Wenn auch die Magistrats-Mitglieder in den Bürgerkreisen, in denen sie verkehrten, nirgends von der Unzufriedenheit der Bürgerschaft über die Schrift etwas gehört hatten, wenn sie sich auch nicht besonders darüber bekümmerten, daß eine auswärtige Zeitung über die Sache geschrieben hatte, so war es ihnen doch nicht gleichgültig, daß von Seiten der Staats-Regierung, dies behauptete ja der Ober-Bürgermeister, dem Magistrat ein Vorwurf über ein Schriftstück gemacht wurde, welches noch gar nicht in dessen Sitzung berathen und daher nur das Werk eines einzelnen Mitgliedes, ein noch nicht beschlossener Entwurf war. Es trug trotzdem die Firma des Magistrats: „Oberbürgermeister, Bürgermeister und Rath hiesiger Königlicher Residenzien", so nämlich war es unterschrieben und mit dieser Unterschrift abgedruckt und vertheilt worden, obgleich der Magistrat von seinem Inhalt noch gar keine Kenntniß hatte.

Diesem Umstande wurde es zugeschrieben, daß die Staatsbehörden dem Entwurf die Bedeutung eines förmlichen Kollegialbeschlusses beilegten. Um fernere Unannehmlichkeiten zu vermeiden, ging das Kollegium auf den Vorschlag des Bürgermeisters Rehfeldt ein, es beschloß, die Unterschrift des Magistrats zu streichen. Man stimmte darin überein, daß dem Schriftstück keine größere Publizität gegeben werden dürfe.

Der Ober-Bürgermeister äußerte sich mehrmals in der Debatte, daß er den Entwurf vor dem Abdruck noch kaum zur Hälfte gelesen und ihn gezeichnet habe, ohne den Inhalt zu kennen. Er sprach sich so entschieden darüber aus, daß alle Magistrats-Mitglieder glaubten, er habe auch die Unterschrift Ober-Bürgermeister 2c. 2c. nicht genehmigt, und die Schuld, diese ohne die Erlaubniß des Magistrats-Kollegiums gebracht zu haben, trage daher lediglich und allein der Verfasser des Schriftstücks, der Bürgermeister Rehfeldt.

Schon während der Debatte, welche über diesen Gegenstand geführt wurde, hatte sich der Ober-Bürgermeister von Bärensprung sehr mißliebig gemacht. Aus allen seinen Aeußerungen war hervorgegangen, daß er den Bürgermeister Rehfeldt sowie einige Stadträthe im Verdacht habe, sie hätten das Amtsgeheimniß verletzt und sich sogar mit der Hamburger Zeitung zu diesem Zwecke in Verbindung gesetzt, obgleich bisher von einem Amtsgeheimniß in dieser Angelegenheit, die ganz rücksichtslos behandelt worden war, kaum die Rede sein konnte.

Herr von Bärensprung hatte sich in ziemlich verletzenden Ausdrücken ausgesprochen, und es mußte daher die Mitglieder des Magistrats um so mehr befremden und beleidigen, als ihnen nach der Sitzung plötzlich vom Oberbürgermeister schriftlich das Anmuthen gestellt wurde, sie sollten die in ihren Händen befindlichen Druckexemplare zurückliefern. Diese Anforderung erhielt durch die Dringlichkeit, welche ihr beigelegt wurde, den Charakter eines ungerechten Mißtrauens; trotzdem gaben die meisten Stadträthe die Schrift ohne Weiteres zurück. Nur Einer, der Stadtrath R*, ließ sich mehrfach mahnen, und sprach schließlich den Wunsch aus, von dem hoch interessanten Aufsatz später ein neues Exemplar zu erhalten.

Ein Anderer, der Stadtrath C*, war verreist, er konnte deshalb der Rücklieferungsordre nicht entsprechen. Da es dem Ober-Bürgermeister darauf

---

Sitzungssaal mit den Akten geprügelt und wären nur mit Mühe von den anwesenden Stadträthen auseinandergebracht worden. Solcher übertriebenen Geschichten wurden tagtäglich neue erzählt.

ankam, alle Exemplare der Schrift wieder in seine Hände zu bekommen, beauftragte er einen Subaltern-Beamten des Magistrats, sich das Korrektur-Exemplar, damit es nicht in unrechte Hände komme, von der Familie des Verreisten zurück zu erbitten. Der Beamte erwiderte hierauf schriftlich, trotz der genauesten Nachsuchung habe sich das Korrektur-Exemplar in der Wohnung des verreisten Stadtrath nicht auffinden lassen. Es wurde später, als Herr C* von seiner Reise zurückkehrte, von diesem freiwillig dem Oberbürgermeister überliefert.

Die ganze Sache hatte unter den Magistrats-Mitgliedern viel böses Blut gemacht, und der Mißmuth derselben wurde erhöht durch das Benehmen des Ober-Bürgermeisters, der bestrebt war, in den Sitzungen des Magistrats sich als der hohe Vorgesetzte zu zeigen, während bisher ein kollegialisches Verhältniß in der Behörde geherrscht hatte. Nach manchen kleinen Häkeleien kam die allgemeine Unzufriedenheit endlich in einer Sitzung am 2. November zum stürmischen Ausbruch.

Als wieder über die Zurücklieferung der Druck-Exemplare gesprochen wurde, äußerte der Stadtrath R* ganz unverhohlen seine Unzufriedenheit über das dadurch ausgedrückte Mißtrauen; andere Stadträthe stimmten ihm bei und erklärten, der Ober-Bürgermeister habe seine Amtsbefugnisse überschritten, indem er die durch Kollegialbeschluß bestimmte Vertheilung einseitig rückgängig gemacht habe.

Schon war die Debatte erregt, aber sie wurde stürmisch, als der Stadtrath C* sich ernstlich beklagte, daß während seiner Abwesenheit der Ober-Bürgermeister sogar eine Haussuchung nach dem Druck-Exemplar habe halten lassen. Dies ginge denn doch zu weit. Keine Präsidialbefugniß könne den Oberbürgermeister berechtigen, das Hausrecht zu verletzen.

Herr C* hatte mit seinem Vorwurf unrecht. Dem Ober-Bürgermeister war es gar nicht in den Sinn gekommen, eine Haussuchung zu befehlen, denn obgleich, wie wir erwähnten, von dem Subaltern-Beamten, der den Auftrag erhalten hatte, sich die Schrift von der Familie des Herrn C* zu erbitten, die Meldung gemacht worden war, das Druck-Exemplar sei trotz genauer Nachsuchung nicht aufzufinden gewesen, so beruhte die Meldung doch auf einer schlechten Fassung. Wie sich später herausstellte, hatte der Beamte die Wohnung des Stadtraths C* persönlich gar nicht betreten, sondern nur die Nachricht, wie er sie bei einer Nachfrage erhalten, nie[illegible]geschrieben.

Der Ober-Bürgermeister erklärte dies, aber er fand keinen Glauben, und als nun der Stadtrath C* in sehr gereiztem Tone erwiderte, er berufe sich auf den Wortlaut der gemachten Meldung des Beamten, nach dem doch eine Haussuchung stattgefunden haben müsse, fühlte sich Herr von Bärensprung in seiner Amtsehre gekränkt. Er nahm einen hohen Ton an und behauptete, wenn auch wirklich eine Nachsuchung stattgefunden hätte, so sei er zu einer solchen kraft seiner Präsidialbefugniß berechtigt, und er werde in allen künftigen Fällen sich dieses Rechtes nach Belieben bedienen, auch überall da solche Nachsuchungen halten lassen, wo er es irgendwie für nothwendig finde. Beschwerden über sein Verhalten habe er nicht mit dem Magistrats-Kollegium, sondern mit jedem Einzelnen und nöthigenfalls mit seinen vorgesetzten Behörden zu verhandeln. Nur den Befehlen der Staatsbehörden, nicht den Beschlüssen des Kollegiums, die er ja nach Belieben als Oberbürgermeister suspendiren könne, habe er Folge zu leisten. Ueberhaupt betrachte er sich nicht sowohl als Kommunalbeamter, sondern vielmehr als Staatsbeamter.

Immer aufgeregter wurde die Diskussion, und als nun der Vorschlag gemacht wurde, um den Zwiespalt auszugleichen, möge der Ober-Bürgermeister die Schrift von Neuem unter die Stadträthe vertheilen lassen, da erwiderte Herr von Bärensprung, darum müsse er erst den Herrn Minister befragen, das Kollegium könne ja gar nicht wissen, welche Verpflichtungen er gegen den Staat eingegangen sei.

Diese Aeußerungen des Ober-Bürgermeisters riefen im Magistrat einen wahren Sturm der Entrüstung hervor. Ein Ober-Bürgermeister von Berlin erklärte, daß er nicht sowohl Kommunalbeamter als vielmehr Staatsbeamter sei; er ließ durchblicken, daß er dem Minister gegenüber Verbindlichkeiten eingegangen sei, von denen der Magistrat nichts wisse. Er behandelte die Stadträthe von oben herab als ihr Vorgesetzter, während sie ihn nur als den Ersten unter Gleichen betrachteten.

Der Ober-Bürgermeister stand plötzlich seinem ganzen Kollegium feindlich gegenüber; er sprach mit gehobener zorniger Stimme und ebenso wurde ihm von den Räthen und von dem Bürgermeister Rehfeldt, der gegen Herrn von Bärensprung Partei nahm, geantwortet.

Der Lärm war so groß, daß die Subaltern-Beamten in den benachbarten Büreaus die Thüren öffneten, um zu hören, was denn eigentlich im Sitzungssaale vorgehe. Und doch war der Skandal noch nicht zu seinem Gipfelpunkt gelangt, denn als nun die Rede auch auf die Unterschrift des Druck-Exemplars kam und der Ober-Bürgermeister erklärte, alle Unannehmlichkeiten rührten nur daher, daß der Entwurf des Herrn Rehfeldt mit der Firma des Magistrats versehen sei, und als deshalb mehrere Stadträthe dem Bürgermeister Vorwürfe machten, wies dieser sie mit Entschiedenheit zurück. Nicht ihn treffe die Schuld, sondern lediglich den Ober-Bürgermeister, von diesem sei, gegen seine (des Rehfeldt) ausdrückliche Anordnungen, dem Kanzlei-Direktor der Befehl ertheilt worden, die Firma des Magistrats unter die Korrektur-Exemplare zu setzen.

Der Ober-Bürgermeister leugnete, der Bürgermeister bestand auf seiner Behauptung.

Von Neuem gab es einen heftigen Streit.

Als der Ober-Bürgermeister sich erbot, den Kanzlei-Direktor vernehmen zu lassen, ging der Bürgermeister so weit, die Ernennung eines Deputirten aus dem Magistrats-Kollegium zu fordern, weil Herr von Bärensprung Partei in der Sache sei und man ihm daher nicht trauen könne.

Endlich vereinigte man sich. Der Kanzlei-Direktor wurde in die Sitzung gerufen um vor versammeltem Magistrat Zeugniß abzulegen. Er bestätigte die Worte des Bürgermeisters und Herr von Bärensprung mußte zugestehen, daß er sich geirrt habe. Er that dies aber in so wenig friedlicher Weise, daß die Aufregung seiner Gegner nur stieg, daß sogar der Streit fast heftiger wurde als zuvor.

Nur mit der größten Mühe gelang es den übrigen Magistrats-Mitgliedern endlich, die beiden erbitterten Männer einigermaßen zu beruhigen, eine Art von Versöhnung herbeizuführen. Man kam überein, der unangenehmen Scene solle nicht weiter Erwähnung gethan werden, da sie keineswegs dazu angethan sei, das Ansehen des Magistrats in Berlin zu heben.

Durch die geöffneten Thüren hatten die Subaltern-Beamten den ganzen Skandal mit angehört. Sie waren zu keiner Amtsverschwiegenheit verpflichtet, und glaubten diese auch um so weniger bewahren zu müssen, als Herr von Bärensprung bei ihnen durchaus nicht sehr beliebt war. Vielleicht hielten auch die Stadträthe selbst nicht alle reinen Mund. Gewiß ist, daß schon am folgenden Tage in ganz Berlin von nichts Anderem gesprochen wurde, als von dem Zank im Magistrat, der wie wir bereits erwähnten, durch viele interessante Details im Volksmunde ausgeschmückt wurde.

Damals erschien auch ein sogenannter Berliner Witz mit Abbildung, der unter der Hand verbreitet wurde: das Gespräch zweier Eckensteher, von denen der Eine fragte: „Na, wat wird denn nanu eegentlich aus dem Streit im Magistrat werden?“ Antwort: „Nischt! Bärensprung schlägt sich und Rehfeldt verträgt sich.“

So wäre vielleicht in der That die Sache abgelaufen, hätte der Ober-Bürgermeister derselben weiter keine Folge gegeben und seinem Versprechen gemäß sie vergessen. Er zeigte indessen bald, daß dies nicht der Fall sei, indem er dem Stadtrath R*, der ihm nächst dem Bürgermeister am energischsten entgegengetreten war, den Befehl ertheilte, aus der Armen-Direktion, deren Mitglied R* schon als Stadtverordneter mehrere Jahre gewesen war, auszuscheiden.

R* und mit ihm das gesammte Magistrats-Kollegium, betrachtete diesen Befehl als einen Akt der Rache. R* weigerte sich, zu gehorchen und behauptete, der Ober-Bürgermeister sei gar nicht berechtigt, einen derartigen Befehl zu erlassen, denn die Besetzung der Verwaltungs-Deputationen sei nicht Sache des Ober-Bürgermeisters, sondern des Magistrats-Kollegiums, nur dieses habe über sein Ausscheiden oder Verbleiben in der Armen-Direktion zu entscheiden.

Der Ober-Bürgermeister dagegen hielt seinen Befehl aufrecht, indem er die Geschäftsvertheilung unter die Mitglieder des Magistrats als ein natürliches Präsidialrecht in Anspruch nahm.

R* stützte seine Ansicht auf ein Geschäfts-Reglement für den Magistrat, welches zwischen diesem und den Stadtverordneten vereinbart worden sei, der Ober-Bürgermeister leugnete die Existenz eines rechtsgültig zu Stande gekommenen Reglements ab und wendete sich beschwerdeführend an die Königliche Regierung. Die Regierung entschied seinem Wunsche gemäß, sie erklärte, daß der Ober-Bürgermeister unzweifelhaft das Recht habe, den Magistrats-Mitgliedern ihre Geschäfte anzuweisen.

Hierdurch war ein neuer Streitpunkt zwischen dem Magistrat und seinem Vorsitzenden geschaffen, denn der gesammte Magistrat nahm sich jetzt der Sache des Stadtrath R* an. Er verfügte zwar, daß sich R* vorläufig der Entscheidung der Regierung fügen müsse, zugleich aber beschloß er nun seinerseits, nachdem der Bürgermeister Rehfeldt vergeblich versucht hatte, den Ober-Bürgermeister zur Versöhnung zu stimmen, höheren Orts, und zwar beim Minister des Innern von Brenn, Beschwerde zu führen. Ebenso wendete sich auch der Ober-Bürgermeister mit einer Beschwerde an den Minister.

Beide Parteien machten der Stadtverordneten-Versammlung Mittheilung von ihren Schritten und so wurde auch diese in den unseligen Streit hineingezogen.

Der Magistrat stützte sich auf das vorhandene Geschäfts-Reglement, zu welchem allerdings die Genehmigung der Regierung nicht eingefordert worden war. Es bestimmte, daß die Besetzung der Deputationen durch das Plenum des Magistrats verfügt werde. Der Ober-Bürgermeister dagegen bestritt, daß ein solches Reglement überhaupt rechtlich durch übereinstimmenden Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten zu Stande gekommen sei, obgleich er aus den Akten mit Leichtigkeit ersehen konnte, daß dies in der That geschehen war.

Beide Theile kämpften mit großer Erbitterung für ihre Ansicht, und es gab fortan kaum eine Sitzung des Magistrats, in welcher nicht persönliche Bemerkungen der gehässigsten Art gefallen wären.

Es konnte nicht fehlen, daß der Zwiespalt in der ersten städtischen Behörde vom ungünstigsten Einfluß auf die Abwickelung der Amtsgeschäfte sein mußte. Die Thätigkeit des Ober-Bürgermeisters war völlig lahm gelegt. Mit dem besten Willen vermochte er nichts zu wirken, da er überall auf den Widerstand der sämmtlichen Räthe stieß, an deren Spitze sein Stellvertreter, der Bürgermeister Rehfeldt, stand. Ebenso wenig vermochte auch der Magistrat etwas Tüchtiges zu leisten, da der Ober-Bürgermeister sich nicht als Mitglied,

sondern als Gegner desselben zeigte, indem er sich eine persönliche Registratur angelegt hatte und häufig dem Plenum die Einsicht wichtiger Aktenstücke verweigerte.

Herr von Bärensprung hatte sich, wie in der Angelegenheit wegen der Unterzeichnung jenes erwähnten Schriftstücks über die Armenpflege, so auch später mehrfacher Widersprüche und Abweichungen von dem Thatbestande schuldig gemacht. Er hatte dadurch das Vertrauen in seine Wahrheitsliebe so sehr erschüttert, daß der Magistrat glaubte, es seien von ihm thatsächlich unrichtige oder mindestens entstellte Darstellungen der Vorgänge im Magistrat ergangen. Er beschloß deshalb die Absendung einer Deputation an den Minister von Brenn.

Einen gleichen Beschluß faßte auch die Stadtverordneten-Versammlung, welche sich den Anschauungen des Magistrats gegen den Ober-Bürgermeister vollständig angeschlossen hatte.

Beide Deputationen wurden von dem Minister von Brenn sehr wohlwollend aufgenommen; sie erhielten die Versicherung, die Staatsbehörde werde sich bestreben, die im Magistrat entstandene Differenz genau zu prüfen und im Geiste der Städte-Ordnung zu schlichten.

Während noch die höhere Entscheidung schwebte, wiederholten sich im Magistrat fortwährend die unerquicklichsten Scenen. Mit jedem Tage nahm die gegenseitige Gereiztheit zu. Die Schriftstücke, welche der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung überreichte, trugen häufig spezielle Zusätze des Ober-Bürgermeisters, in welchen er seine abweichende Ansicht mit scharfen Worten aussprach; andererseits enthielten sie oft recht gehässige Klagen gegen den Vorsitzenden des Collegiums.

Manchen Magistratsvorlagen fehlte die Unterschrift des Dirigenten ganz, ja es kam das bisher Unerhörte vor, daß der Bürgermeister sich persönlich an die Stadtverordneten-Versammlung wandte, um einen der Zusätze, welchen der Ober-Bürgermeister zu einem Aktenstück gemacht hatte, zu widerlegen.

Die Bürgerschaft Berlins erwartete mit großer Spannung den Ausgang des Streites, der gewissermaßen eine politische Färbung angenommen hatte. Herr von Bärensprung gehörte der entschiedensten Richtung der conservativen Partei an; man wußte, daß er in hoher Gunst bei dem Herzog Karl und manchen andern Parteiführern dieser Richtung stand. Der Stadtrath R* dagegen war als ein liberaler Mann bekannt, der niemals von seinen freisinnigen Anschauungen ein Hehl gemacht hatte und in früheren Jahren deshalb vielfach angefeindet worden war. Man fürchtete daher fast allgemein, der Minister werde seine Entscheidung unter Berücksichtigung der Parteistellung der beiden streitenden Theile treffen.

Um so freudiger war die Bürgerschaft überrascht, als bekannt wurde, der Minister habe dem Ober-Bürgermeister unrecht gegeben, er habe anerkannt, daß nach dem bisherigen Geschäfts-Reglement nicht dem Ober-Bürgermeister, sondern dem Magistrat die Berechtigung zu den Wahlen der Deputationen und Commissionen zustehe, daß er aber zugleich eine definitive Regelung der Angelegenheit durch ein neues zwischen Stadtverordneten und Magistrat zu vereinbarendes und von der Regierung zu genehmigendes Geschäfts-Reglement fordere. Besonders erfreut war die Bürgerschaft darüber, daß, wie allgemein erzählt wurde, der Minister in seinem Schreiben an den Magistrat sich ernst tadelnd über das Verhalten des Ober-Bürgermeisters ausgesprochen haben sollte.

Hätten nach der Entscheidung des Ministers beide Theile den ernsten Willen gehabt, fortan in Frieden die städtischen Geschäfte zu verwalten, so würde vielleicht eine Versöhnung möglich gewesen sein. Aber leider fehlte der gute Wille; beide Theile trugen gleiche Schuld an den Zwistigkeiten, welche auch ferner in ununterbrochener Reihe sich folgten.

Der Magistrat mißbrauchte im Siegesjubel die Macht, welche ihm die ministerielle Verfügung beilegte. Als er der Stadtverordneten-Versammlung den Entwurf eines neuen Geschäfts-Reglements vorlegte, schloß er den Ober-Bürgermeister von den Berathungen an demselben, die er einer besonders erwählten Deputation übertragen hatte, aus, er veranlaßte dadurch die Stadtverordneten, in diesem Punkte auf die Seite des keineswegs beliebten Ober-Bürgermeisters zu treten, auch zog er sich selbst eine durchaus gerechtfertigte Rüge höheren Orts zu.

Auf der andern Seite gab auch der Ober-Bürgermeister von Neuem Gelegenheit zu schweren Klagen durch Eigenmächtigkeiten, welche sogar die materiellen Interessen der Bürgerschaft verletzten.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen hatten die Bürger, welche mit Einquartierung belegt wurden, das Recht, je 2 Mann in einem Bett schlafen zu lassen. Hieraus waren sowohl in Bezug auf die Sittlichkeit als auf den Gesundheitszustand der Mannschaften mancherlei Uebelstände erwachsen, und die Servis-Deputation beschloß deshalb vom 1. Juli 1833 ab bei allen neu angemeldeten Ausmiethungsquartieren darauf zu sehen, daß nur einschläfrige Bettstellen benutzt würden. Der Ober-Bürgermeister hatte als Vorsitzender der Servis-Deputation diesen Beschluß zur Ausführung zu bringen. Er that es in durchaus willkürlicher Art. Um sich, so wurde ihm wenigstens vorgeworfen, höheren Orts beliebt zu machen, erließ er Namens der Servis-Deputation am 20. Juni eine Bekanntmachung, in welcher er den nur für die neu angemeldeten Ausmiethungsquartiere gefaßten Beschluß auf alle Ausmiethungs-Quartiere ausdehnte, und dadurch der Bürgerschaft eine nicht unerhebliche, ganz ungesetzliche Last auferlegte.

Die Bekanntmachung erregte allgemeine Entrüstung. Die Stadtverordneten-Versammlung reklamirte sofort beim Magistrat und forderte diesen zur strengsten Untersuchung der Sache auf.

Den Gegnern des Ober-Bürgermeisters kam diese Aufforderung eben recht, sie benutzten sie zu einem Vorgehen, welches nur dazu beitragen konnte den herrschenden Zwiespalt auf's Aeußerste zu treiben. Der Ober-Bürgermeister wurde vom Magistrat seines Vorsitzes in der Servis-Deputation entsetzt, und als er bei der Berathung über den Gegenstand das Wort nehmen wollte, aufgefordert, den Sitzungssaal zu verlassen. Er weigerte sich dessen, es kam wieder zu einer stürmischen Scene, und der Magistrat beschloß endlich ohne den bei dieser Angelegenheit betheiligten Ober-Bürgermeister eine Sitzung abzuhalten, zu der der Bürgermeister die Mitglieder berief.

Auch diese Vorgänge erhielten in kurzer Zeit die größte Oeffentlichkeit, sie wurden in allen Gesellschaftskreisen besprochen und trugen wesentlich dazu bei, die ganze Angelegenheit noch skandalöser zu machen, als sie schon bisher gewesen war.

Der Herzog Karl äußerte sich über dieselbe in einem Schreiben an den Garnison-Repräsentanten welches in Abschrift den städtischen Behörden zuging, dessen Abschrift aber auch in der Stadt circulirte, höchst ungnädig. Er sprach von einem Zustande innerer Verwirrung und Anarchie, der in den Kommunal-Behörden herrsche, von einem Zustande regelloser Willkür, dem ein Ende gemacht werden müsse.

Durch das Schreiben des Herzogs, der offenbar für den Ober-Bürgermeister Partei nahm, durch die harten Ausdrücke, die in demselben gegen die Kommunal-Behörden gebraucht waren, fühlten sich Magistrat und Stadtverordnete um so schwerer verletzt, als diese Ausdrücke nicht ohne Berechtigung waren, obgleich die städtischen Behörden dies nicht gern zugestehen mochten. Sie beschlossen deshalb, sich direkt an den König zu wenden, theils um sich zu entschuldigen, und die ihnen gemachten Vorwürfe zu entkräften, theils um durch Königliche Entscheidung den inneren Zwiespalt zu lösen.

Es war wahrlich weit in Berlin gekommen, die Selbstverwaltung hatte eine traurige Frucht getragen!

Friedrich Wilhelm III. war umgeben von Freunden des Ober-Bürgermeisters; der Herzog Karl hatte mit ihm schon über die Sache gesprochen und ihm die Vorgänge im Magistrat nach seiner Art geschildert. Dem König mußte die Auflehnung der Stadträthe gegen den Ober-Bürgermeister nach seinen militärischen Anschauungen fast als ein Akt der Insubordination erscheinen, trotzdem aber konnte er doch weder den Stadtverordneten noch dem Magistrat direkt Unrecht geben, denn diese stützten sich auf ein bisher in Uebung gewesenes Geschäfts-Reglement und waren nur in der Form vielleicht zu weit gegangen.

Der König beschloß daher durch einen besonderen Kommissarius einen Versöhnungsversuch zwischen dem Ober-Bürgermeister und dem Magistrat machen zu lassen, zu gleicher Zeit aber auch Bestimmungen zu treffen, durch welche in Zukunft derartigen Vorkommnissen gesteuert würde. Seiner Ansicht nach gab es hierzu nur ein Mittel, die Erhöhung der Machtbefugnisse des Ober-Bürgermeisters.

Die Städte-Ordnung vom 19. November 1808 besagt allerdings, daß das Geschäfts-Reglement des Magistrats durch Uebereinstimmung von Magistrat und Stadtverordneten zu Stande kommen solle. Der König bestimmte dagegen, daß unter diesem Geschäfts-Reglement nur dasjenige verstanden werden solle, welches den Geschäftsgang zwischen Magistrat und Stadtverordneten regle, das Regulativ über die Geschäfte innerhalb des Magistrats gehe die Stadtverordneten nichts an, es sei lediglich von der Königlichen Regierung abzufassen und von dem Minister des Innern zu bestätigen. Als Grundsatz für dasselbe aber sei festzustellen, daß der Ober-Bürgermeister in der Ausübung der Dienstdisciplin nirgends beschränkt, daß ihm die nothwendige Autorität gewahrt werde, daß er insbesondere Vollgewalt in der Vertheilung der Geschäfte an die einzelnen Magistrats-Mitglieder erhalte.

Der König bestimmte außerdem ausdrücklich, daß der Ober-Bürgermeister sofort wieder in den Vorsitz der Servis-Deputation eingesetzt werde. Eine weitere Untersuchung der Sache lehnte er als unersprießlich ab.

Der Versöhnungsversuch wurde nach dem Königlichen Befehl gemacht. Am 29. Oktober 1833 versammelte der Wirkliche Geh. Ober-Regierungsrath Köhler das Magistrats-Kollegium zu diesem Zwecke. Er verkündete demselben den Königlichen Willen und ermahnte zu Frieden und Eintracht. Natürlich erhielt er von allen Seiten die besten Zusicherungen. Einen andern Erfolg aber hatte der gut gemeinte Versuch nicht. Bald nach demselben kam es zu neuen Zwistigkeiten, da die gegenseitige Mißstimmung zwischen dem Ober-Bürgermeister und den Magistrats-Mitgliedern zu weit gediehen war, als daß sie durch einen Versöhnungsversuch hätte ausgeglichen werden können.

Alle die ferneren kleinlichen Streitigkeiten hier zu berühren, hat kein Interesse; wir übergehen sie mit Stillschweigen.

Der Zustand des innern Unfriedens, die fortwährenden Zänkereien innerhalb des Magistrats waren endlich kaum mehr zu ertragen. Weder der Ober-Bürgermeister noch irgend ein anderes Mitglied des Magistrats konnte mit Freudigkeit seinen Dienstgeschäften obliegen, diese mußten stocken und unberechenbarer Schaden drohte dadurch der Stadt. Die Stadtverordneten sahen ein, daß es nur Ein Mittel gebe, den Frieden wieder herzustellen, freilich ein kostspieliges Mittel, aber das einzig mögliche, die Pensionirung des Ober-Bürgermeisters.

So sparsam die Stadtverordneten-Versammlung jener Zeit war, so schwer es ihr wurde, einen arbeitskräftigen Mann zu pensioniren und die

große Summe des Gehalts für einen andern Ober-Bürgermeister zu zahlen, so entschloß sie sich doch zu diesem Opfer, und sie begann zu diesem Behufe Unterhandlungen mit Herrn von Bärensprung, welche zu dem gewünschten Ziele führten.

Herr von Bärensprung wurde pensionirt, an seine Stelle trat im Oktober 1834 als Ober-Bürgermeister von Berlin der Geh. Justiz-Rath Krausnick. Es machte in Berlin einen ganz eigenthümlichen Eindruck, als man hörte, daß dem Scheidenden die Königliche Regierung eine besondere Belobigung über seine große Thätigkeit, seinen rühmlichen Diensteifer, seine energische und nützliche Dienstführung ertheilt habe.

Vor dem Eintritt des neuen Ober-Bürgermeisters in sein Amt war unter dem 14. Juli 1834 von der Königlichen Regierung ein Regulativ über das Geschäftsverfahren des Magistrats in Berlin erlassen und von dem Minister des Innern am 18. Juli bestätigt worden. Es übertrug dem Ober-Bürgermeister alle diejenigen Rechte, welche Herr von Bärensprung seiner Zeit unberechtigt in Anspruch genommen hatte.

So war denn endlich der Streit beendet und welche Früchte hatte er getragen? Die ohnehin auf's Tiefste erschütterte Stadtkasse mußte die Pension für einen Mann zahlen, dessen anerkannt tüchtige Arbeitskraft der Kommune verloren ging. Die Person des Ober-Bürgermeister hatte gewechselt, für Herrn von Bärensprung war Herr Krausnick eingetreten.

Vor dem Streit war der Ober-Bürgermeister der Erste unter Gleichen im Magistrat gewesen, nach demselben war er der Vorgesetzte der Magistrats-Mitglieder. Vor dem Streit hatte kein Zweifel darüber bestanden, daß Magistrat und Stadtverordnete das Geschäfts-Reglement für den Magistrat zu vereinbaren und höchstens der Regierung zur Bestätigung vorzulegen hatten, jetzt war es den städtischen Behörden octroyirt worden.

Der Magistrat hatte alle Rechte, welche er früher dem Ober-Bürgermeister gegenüber besessen, verloren und er durfte sich darüber nicht einmal beklagen, denn er erntete die Früchte, die er gesäet: die von ihm und den Stadtverordneten heraufbeschworene Einmischung der Staats-Behörden in die innere Verwaltung der Stadt.

Das schlimmste Resultat des unglücklichen Streites aber war eine noch jahrelang dauernde Mißstimmung der staatlichen Behörden gegen die städtischen und des Publikums gegen diese. Es dauerte lange Zeit, ehe Magistrat und Stadtverordnete sich wieder die volle Hochachtung der Bürgerschaft, welche durch die vielfach besprochenen Vorgänge tief erschüttert war, erringen konnten.

Neunzehntes Kapitel.

Das Armenwesen Berlins. — Das Königliche Armen-Direktorium. — Die Uebernahme der Armen-Verwaltung durch die städtischen Behörden Berlins. — Die Armen-Kommissionen. — Die Bettelvögte. — Das Thürmchen.

Zu den kommunalen Einrichtungen, deren Entwickelung in dem Zeitraum von 1815—1840 ein allgemeines Interesse gewährt, gehört vor Allem das Armenwesen Berlins, theils weil es der Kommune die schwersten Opfer auferlegte, theils weil seine Geschichte uns die gewaltigen Schwierigkeiten, mit denen die städtischen Behörden bei der Durchführung der Selbstverwaltung in der preußischen Haupt- und Residenzstadt zu kämpfen hatten, recht augenscheinlich zeigt.

Das Armenwesen Berlins war in früherer Zeit durch das Königliche Armen-Direktorium geleitet worden. Die nothwendigen Armenunterstützungen flossen theils aus milden Gaben, theils aus den Zinsen der Stiftungs-Kapitalien, theils auch wurden sie aus Staatsmitteln gewährt.

Durch die Städte-Ordnung vom 19. November 1808 trat für Berlin die Entwickelung des Armenwesens in ein durchaus neues Stadium. Nach den Bestimmungen der Städte-Ordnung sollten die Städte auch die Armenpflege unter ihre Obhut nehmen. Die Armenverwaltung war daher jetzt gesetzlich dem Magistrat und den Stadtverordneten untergeordnet, praktisch aber konnte dieses Verhältniß noch nicht sogleich in's Leben geführt werden.

Wenn auch in den Provinzialstädten die Bestimmungen der Städte-Ordnung sich mit Leichtigkeit zur Ausführung bringen ließen, so war dies doch in Berlin mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden, denn hier hatte sich nach und nach ein festes Band zwischen dem Königlichen Armen-Derektorium und den übrigen Staatsbehörden gebildet. Flossen doch der Armenverwaltung aus den Königlichen Staatskassen höchst namhafte Einnahmen zu, waren doch viele der für die Armen Berlins bestimmten Anstalten keineswegs für diese allein eingerichtet. So dienten die Charité und das Arbeitshaus ebensowohl andern staatlichen Zwecken, als der Armenpflege der Hauptstadt.

Diese verwickelten Verhältnisse ließen sich nicht mit einem Schlage lösen, obwohl die Nothwendigkeit einer Veränderung der Armenverwaltung im Sinne der Städte-Ordnung sich gerade in Berlin drängend genug zeigte.

Das Königliche Armen-Direktorium stieß überall auf Widerstand, nicht nur bei den Armen selbst, sondern auch bei den Bürgern, denn der büreaukratische Geschäftsgang der Königlichen Behörde hatte sich beim ganzen Berliner Publikum so ausnehmend verhaßt gemacht, daß die milden, zur Armenverwaltung bestimmten Gaben höchst sparsam flossen, daß die Stadtverordneten sich

weigerten, bei der Einsammlung derselben thätig zu sein und daß daher die Thätigkeit des Armen-Direktorium durchaus keine ersprießliche sein konnte.

Im Juli 1809 wurden vom Ministerium des Innern Schritte gethan, um die Bestimmung der Städte-Ordnung, daß die Armenverwaltung wieder den Händen der Bürger anvertraut werde, zur Ausführung zu bringen. Magistrat und Stadtverordnete wurden zu Konferenzen aufgefordert, in denen über die Ordnung der verwickelten Frage berathen werden sollte; aber schon in der ersten Konferenz zeigte es sich, wie schwierig es sein werde, die faktischen Verhältnisse mit den Bestimmungen des Gesetzes in Einklang zu bringen.

Der Kommissarius der Regierung, Präsident von Schewe, erklärte zwar, daß das Ministerium bereit sei, der Stadt die Armenverwaltung zu übergeben, daß dann aber auch die Königlichen Unterstützungen zum Theil fortfallen müßten, und daß der Staat diejenigen Institute, welche bisher zum größten Theile für die Berliner Armen bestimmt gewesen waren, denselben aber nicht ausschließlich gehört hatten, zurückhalten werde. Dahin gehörten die Charité, welche zugleich als Bildungsanstalt der Aerzte und Chirurgen für den Staat zu betrachten sei, ebenso das Arbeitshaus, welches zwar für die Aufnahme der Bettler bestimmt, zugleich aber auch eine Besserungsanstalt für Bestrafte, die der Staat zum allgemeinen Besten benutzt und eingerichtet habe, sei; auch das Waisenhaus und einige andere Anstalten wurden von den Königlichen Behörden aus diesem Gesichtspunkte betrachtet. Eine von der Stadtverordneten-Versammlung niedergesetzte Kommission berechnete, daß die Stadt bei einer selbstständigen Armenverwaltung, nachdem die Königlichen Zuschüsse zurückgezogen worden seien, mindestens mit einer jährlichen Summe von 134,800 Thlr. mehr belastet werden würde.

So sehr die städtischen Behörden bestrebt waren, den Kreis ihrer Befugnisse zu erweitern, so glaubten sie doch ein solches Opfer für die Selbstverwaltung nicht bringen zu dürfen. Sie verhandelten weiter mit den Staatsbehörden und das Resultat der Unterhandlungen war die Niedersetzung einer interimistischen, gemischten Verwaltung, welche zum Theil aus Königlichen Beamten, zum Theil aus Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten und Bürger-Deputirten bestand, welche aber nicht den städtischen Behörden untergeordnet war.

Das neue Armen-Direktorium konnte sich das Vertrauen der Berliner ebenso wenig erwerben, wie das frühere, vielleicht weil es eben so büreaukratisch verfuhr, vielleicht auch, weil bei der drängenden Noth der Kriegsjahre die Ansprüche an das Armen-Direktorium in einer nicht zu befriedigenden Weise gewachsen waren. Es verfuhr Anfangs diktatorisch genug, indem es unter dem 4. Januar 1810 bestimmte, daß jeder Bettler, der sich nach dem 15. Januar noch auf den Straßen Berlins sehen lasse, aufgegriffen und ohne Weiteres in's Arbeitshaus gesperrt werden solle, aber es vermochte solche Beschlüsse nicht zur Ausführung zu bringen, und seine Wirksamkeit wurde durch die Ungunst, die ihm überall entgegentrat, gelähmt.

Die Berliner mißtrauten der Behörde, welche nicht Fisch, nicht Vogel, nicht Königlich und nicht städtisch war, sie befürchteten, daß die Gaben der Mildthätigkeit, welche sie den Armen zuwenden wollten, in die Taschen der Beamten flössen, und diese Gaben wurden daher täglich geringer.

Die Bezirksvorsteher hatten damals ein böses Amt; sie mußten persönlich bei ihren Bezirksgenossen umherwandern, um Beiträge für das Armenwesen einzufordern oder dies durch ihre Familienangehörigen und durch befreundete Bürger thun lassen, während sie selbst verantwortlich für die Sammlungen waren. Wohin sie mit der Kollekte kamen, da wurden sie mit bitteren Worten empfangen. „Wir haben selbst nichts", war die Antwort, welche sie oft genug erhielten, und häufiger noch die: „wir wollen nichts geben."

War es ein Wunder, daß die Bezirksvorsteher in ihrem Eifer erlahmten, daß sie das gehässige Geschäft lau betrieben? Mehr und mehr schrumpften die freiwilligen Beiträge zusammen, manche Bezirke fielen endlich ganz aus, so z. B. der Kottbusser Thorbezirk. Nur mit höchster Mühe vermochte der Stadtverordnete des Bezirks, der in Gemeinschaft mit einem Geistlichen von Haus zu Haus ging, die wohlhabenden Einwohner zusammen zu einem monatlichen Beitrag von 7 Thlr. 7½ Sgr. zu bewegen. Von 4000 Thaler monatlich sanken die gesammten Beiträge der Berliner Bürgerschaft nach einer Bekanntmachung des Armen-Direktoriums vom 11. März 1818 auf 1400 Thlr., d. h. auf 2 Sgr. 4 Pf. jährlich für den Kopf der Berliner Bevölkerung.

Die drängende Noth zwang daher das Armen-Direktorium, das Kapitalvermögen anzugreifen, um nur die gemachten Schulden bezahlen zu können. Ueberall Mangel an Zutrauen, überall Mangel an Geld. Die Armenverwaltung stockte, das Bettlerunwesen nahm wieder in erschreckendem Maße überhand und konnte durch die verhaßten Bettelvögte um so weniger beseitigt werden, als das Volk von Berlin immer, wenn es Streitigkeiten zwischen diesen Beamten und den aufgegriffenen Bettlern gab, für letztere und zwar oft mit Thätlichkeiten, Partei nahm.

Solche Verhältnisse durften nicht für die Dauer bestehen. Neue Verhandlungen zwischen der Regierung und den Stadtbehörden begannen, um den letzteren die Gesammtleitung der Armenverwaltung im Sinne der Städte-Ordnung zu überlassen, wieder aber zeigte sich dieselbe Schwierigkeit wie im Jahre 1809.

Die städtischen Behörden verlangten die Armenverwaltung ganz und getheilt, während die Re-

gierung sich die Leitung einiger wichtiger Institute vorbehalten wollte.

Die Stadtverordneten theilten die Ansichten des Magistrats, die Regierung blieb dagegen bei der ihrigen und stützte sich dabei auf eine Kabinets-Ordre vom 23. Mai 1818, in welcher der König bestimmt hatte, daß zwar die Orts-Armenpflege als eine Kommunal-Angelegenheit, der Städte-Ordnung entsprechend, der Stadt überwiesen werde, dagegen aber die Charité, das Waisenhaus, das neue Hospital und das Arbeitshaus in ihrer eigenthümlichen Verfassung unter einer anderen Behörde einstweilen fortbestehen sollten.

Bei solcher Meinungsverschiedenheit schleppten sich die Unterhandlungen resultatlos hin, bis endlich eine Kabinets-Ordre vom 3. Mai 1819 die Wünsche der städtischen Behörden erfüllte, indem sie bestimmte, daß fortan die Verwaltung des Armenwesens dem Inhalte der Städte-Ordnung gemäß der Stadtgemeinde Berlin übertragen werden sollte; mit der Verwaltung des bisherigen Armen-Direktoriums sollten auch die von demselben ressortirenden Anstalten in die Stadtgemeinde übergehen, mit Ausnahme der Charité.

Die städtischen Behörden wären mit den Zugeständnissen, welche die Kabinets-Ordre vom 3. Mai gewährte, ganz zufrieden gewesen, wenn diese nicht auch zwei bedenkliche Stellen enthalten hätte. Der König sagte nämlich bezüglich der Unterstützungen, welche er bisher dem Berliner Armenwesen gewährt hatte: „Was die Dauer der jetzigen Bewilligungen anlangt, so ist es zwar Meine Meinung, dieselben der Berliner Stadtgemeinde, insoweit sie derselben wirklich bedürftig ist, und so lange sie einen weisen Gebrauch davon macht, am wenigsten aber den Ortsarmen die Mittel ihrer Erhaltung zu entziehen. Ich behalte Mir aber vor, bei weiterer Regulirung des Finanzwesens der Berliner Stadtgemeinde darüber nach den Umständen weiter zu beschließen, ob und in welchem Maße jene Hülfe zurückzuziehen und die Stadtgemeinde wegen dieses Theils ihrer Kommunal-Verpflichtungen auf ihre eigenen Mittel zurückzuweisen ist."

Die Königlichen Unterstützungen waren hierdurch als Gnadenbewilligungen hingestellt, welche jeden Augenblick zurückgezogen werden konnten; der Magistrat beschloß indessen, sich bei diesem Bescheide zu beruhigen und die Mittel zur städtischen Armenverwaltung, wenn es nöthig sein sollte, auf andere Weise aufzubringen.

Bedenklich erschien auch eine andere Stelle der Kabinets-Ordre, welche lautete: „Bei den bedeutenden Summen, welche die Staatskassen für die hiesige Armenpflege zahlen, ist es nothwendig, durch einen besondern Kommissarius dahin wirken zu lassen, daß das Armenwesen mit Umsicht, Eifer und reger Theilnahme bearbeitet werde."

Durch die Ernennung eines Königlichen Kommissarius mit unbestimmten Befugnissen wurde die Selbstständigkeit der städtischen Verwaltung bedroht; dem konnten sich Magistrat und Stadtverordnete nicht fügen. Der Magistrat remonstrirte, indem er seine Gründe auseinandersetzte, erhielt aber vom Ministerium des Innern eine scharfe abweisende Antwort: „Der König habe so befohlen, dem Königlichen Befehle müsse der Magistrat sich unweigerlich fügen und er dürfe nicht durch weitere Gegenvorstellungen die allerhöchst demselben schuldige Ehrerbietung verletzen!"

Das Ministerium war glücklicherweise königlicher als der König, denn dieser erließ auf den Antrag des Magistrats am 13. September 1809 eine Kabinets-Ordre, in welcher er sagte: „Ich will auf den Antrag des Magistrats der Stadt Berlin das hiesige Armenwesen ganz der Kommune, ohne Konkurrenz eines Kommissarii in den Grenzen, welche die Städte-Ordnung bestimmt, überlassen, indem Ich das Zutrauen hege, daß auf diesem Wege der Zweck einer besseren Armenpflege in hiesiger Residenz am besten erreicht werden wird. Zu dem Ende sollen denn auch alle in der Kabinets-Ordre vom 3. Mai d. J. enthaltenen Bestimmungen, durch welche die Städte-Ordnung modifizirt wird, wegfallen."

So war denn endlich das Streben der städtischen Behörden erfüllt. Am 29. Dezember 1819 legte das Königliche Armen-Direktorium sein Amt nieder und mit dem Jahre 1820 übernahm die städtische Armen-Direktion die Verwaltung des Armenwesens in Berlin. Sie erhielt für die Erfüllung ihrer Zwecke aus den Königlichen Kassen einen jährlichen Zuschuß von 75,000 Thlr., der indessen im Jahre 1826 auf 55,000 Thlr. herabgesetzt wurde.

Die neue städtische Armen-Direktion bestand aus dem Ober-Bürgermeister als Vorsteher, 4 Stadträthen, wobei ein Syndikus, 8 Stadtverordneten, dem Königlichen Polizei-Intendanten, einem Geistlichen, 2 Aerzten, worunter der Stadtphysikus, und 5 andern angesehenen Bürgern der Stadt. Sie konnte nicht sofort nach ihrem Amtsantritt etwas Neues schaffen, sondern mußte naturgemäß zuerst den Geschäftsgang ganz so fortführen, als das frühere Königliche Armen-Direktorium. Sie that dies aber nicht für lange Zeit, denn die städtischen Behörden waren in anerkennenswerther Weise bestrebt, ein frischeres Leben in die Verwaltung zu bringen, indem sie nach Möglichkeit die Bürger der Stadt bei derselben betheiligten. Sie beriethen außerdem eifrig über eine neue Armen-Ordnung für Berlin, welche die Fehler der alten Verwaltung vermeiden und dem Publikum Vertrauen zur Armen-Direktion einflößen sollte.

Eine solche Armen-Ordnung konnte nicht einseitig von den städtischen Behörden erlassen werden, sie bedurfte der Genehmigung der Regierung. So verging denn manches Jahr, ehe sie zu Stande kam.

Vor Allem erschien es nothwendig, in der

Decentralisation der Armenverwaltung fortzufahren, der Armen-Direktion alle die kleinlichen Details der Armenpflege, die Unterstützung der Einzelnen, ganz abzunehmen, ihr nur die allgemeine Leitung vorzubehalten.

Es wurde zu diesem Behufe von den städtischen Behörden beschlossen, in allen Stadtbezirken Armen-Kommissionen einzurichten. Um aber erst Erfahrungen über die Wirksamkeit dieser neuen Einrichtung zu sammeln, wurde nicht gleich über die ganze Stadt ein Netz von Kommissionen ausgebreitet, sondern man machte im Jahre 1821 mit vier Kommissionen gewissermaßen einen ersten Versuch.

Nach dem Entwurf der Instruktion für die Bezirks-Armen-Kommissionen hiesiger Residenz, welcher am 9. November 1820 veröffentlicht wurde, sollten die Armen-Kommissionen eine Unter-Behörde des Magistrats und der Armen-Direktion bilden, um die Geschäfte, welche die Armenpflege den Bezirken vorbehalte, zu besorgen. Die Kommissionen bestanden aus 5 Mitgliedern, dem Bezirksvorsteher, seinem Stellvertreter, dem zuletzt im Bezirk gewählten Stadtverordneten und Stadtverordneten-Stellvertreter und angesehenen Bürgern, die von der Armen-Direktion vorgeschlagen, von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt und vom Magistrat bestätigt werden mußten. Die Kommissionen hatten die Aufgabe, die Verhältnisse aller derjenigen zu untersuchen, welche Almosen erhalten wollten. Um diese Untersuchung genauer vornehmen zu können, wurde der Bezirk unter die Mitglieder der Kommission derartig eingetheilt, daß jedes eine gewisse Anzahl Häuser erhielt. Die Bewilligungen von Unterstützungen durften nur in Nothfällen von einzelnen Mitgliedern in Verbindung mit dem Vorsteher der Armen-Kommission ertheilt werden, sonst blieben sie den Berathungen der Kommissionen vorbehalten.

Von Bedeutung ist besonders, daß in dem Entwurfe bereits die Grundsätze klar ausgesprochen wurden, nach denen fortan Unterstützungen gewährt werden durften. Die bisher üblichen monatlichen fortlaufenden Unterstützungen, so heißt es in dem Entwurf, arten in etatsmäßige Pensionen aus und bilden in den sogenannten Almosenempfängern einen eigenen Stand. Dergleichen fortlaufende Unterstützungen können von keiner Kommission mehr bewilligt werden, da der Zweck derselben sich nur auf die dringende und augenblickliche Noth einschränken muß. Nachdenken und Erfahrung lehren, daß dem so leicht um sich greifenden Uebel der Armuth und Verarmung keineswegs dadurch abgeholfen werde, wenn man dem Stande der Almosenempfänger einen für die meisten Menschen anziehenden Reiz dadurch giebt, daß ihnen ein gewisses Einkommen ohne Arbeit im Voraus gesichert wird; sie werden dadurch sogleich von dieser Seite in eine günstigere Lage versetzt, als der redliche Arbeiter, der der Kommune nicht zur Last fallen will, indem er sich und die Seinigen durch eigene Anstrengung ernährt!

Der Geschäftskreis der Armen-Kommissionen erstreckte sich auch auf die Armen-Aufnahme in die Hospitäler, die Waisenhäuser und die Beaufsichtigung der in Familien untergebrachten Waisenkinder, auf die Beerdigung der Armen, die Sorge dafür, daß der Nachlaß dem Gesetze gemäß nicht für die Kommune verloren gehe, die Verpflegung der Armen-Kranken, die Zuweisung der Armen-Kinder zu den Freischulen und die Einsammlung der monatlichen Armen-Beiträge.

Die neuen Armen-Kommissionen bewährten sich. Da es indessen ziemlich lange dauerte, ehe sie recht vertraut mit ihren umfangreichen Geschäften wurden, so konnten nur nach und nach weitere Kommissionen eingerichtet werden und erst im Jahre 1824 gelang es, die Zahl von 55 Kommissionen, welche die Armenpflege für die ganze innere Stadt zu verwalten hatten, herzustellen.

Die Armen-Direktion war nach Kräften bemüht, die Mißliebigkeit, welche auf dem früheren Armen-Direktorium gelastet hatte, von sich abzuschütteln. Sie wählte den richtigen Weg, indem sie ihrer Verwaltung die größtmögliche Oeffentlichkeit gab, um zu beweisen, daß das Geld, welches sie vereinnahmte, auch wirklich für die Armen, nicht aber zu dem Unterhalte einiger Beamten bestimmt sei. Sie schilderte ihren Geschäftsgang in ausführlichen Berichten, welche nicht allein todte Zahlen enthielten, sondern wirklich einen Blick in die Verwaltung gestatteten. So erschien unter dem Titel: „Die öffentliche Armenpflege in Berlin mit besonderer Beziehung auf die 4 Verwaltungsjahre 1822 bis 1825, dargestellt von der Armen-Direktion", ein ziemlich umfangreiches Buch, aus welchem alle diejenigen, die sich für die Entwickelung der Armenverwaltung in Berlin interessiren, die genauesten Aufschlüsse über jene Zeitperiode erhalten. Trotzdem gelang der Armenverwaltung ihr Bestreben nicht so bald, denn die alte Armen-Direktion war unter den Bürgern so gründlich verhaßt, daß es vieljähriger Arbeit bedurfte, um für die neue Behörde Vertrauen zu gewinnen. Der Erfolg der Sammlungen in den Häusern zeigte indessen, daß nach und nach doch das alte Mißtrauen mehr und mehr schwand. Während der Betrag der Bezirks-Kollekte im Jahre 1822 nur 12,750 Thaler betragen hatte, hob er sich im Jahre 1825 bis auf 24,668 Thaler. Freilich war dies nur eine geringfügige Summe für die große Stadt und die Armen-Direktion klagte in dem erwähnten Buche mit Recht darüber, daß sich noch viele wohlhabende Einwohner den freiwilligen Beiträgen theils ganz entzögen, theils nur unbedeutende Gaben darreichten.

Unter dem 3. Oktober 1826 wurde endlich auch die nach langen Berathungen vollendete Armenordnung für die Stadt Berlin veröffentlicht, durch welche vorläufig die Regelung des städtischen Armenwesens ihren Abschluß erhielt. Es wurde in derselben die Niedersetzung der Armen-Kommissionen beibehalten und der Armen-Direktion nur die Aufsicht über das ganze Kommunal-

Armenwesen und die Verwaltung und Kontrole desselben vorbehalten.

Auf alle Einzelheiten der Armenverwaltung, auf die verschiedenen Streitfragen, welche noch viele Jahre lang mit der Regierung schwebten, auf die zahlreichen Wohlthätigkeits-Anstalten, auf die verschiedenartigen Einrichtungen, die städtischer Seits getroffen wurden, theils um die Armen zu unterstützen, theils um der Verarmung vorzubeugen, hier näher einzugehen, verbietet uns der zugemessene Raum dieses Werkes. Wir konnten unsern Lesern eben nur eine allgemeine Darstellung der Entwickelung der Armenverwaltung Berlins geben, wollen indeß eine Spezialität doch näher betrachten, welche unsere Leser interessiren wird, weil sie von Bedeutung für das Berliner Volksleben war, auf die Einrichtung, welche zur Verhütung der Straßenbettelei getroffen wurde.

Vor dem Jahre 1820 waren 12 Armenwächter, die sogenannten Bettelvögte, und ein Wachtmeister angestellt, welche die Aufgabe hatten, die Bettler aufzugreifen, zugleich auch verpflichtet waren, die aufgefundenen Leichen von Selbstmördern und Verunglückten nach dem Obductionshause, dem sogenannten Thürmchen, auf welches wir weiter zurückkommen werden, zu transportiren.

Zur Belebung ihres Diensteifers, erhielten die Armenwächter für jeden aufgegriffenen Bettler, den sie zur Bestrafung beförderten, eine Belohnung von 2½ Silbergroschen.

In alten Zeiten war das Amt eines Büttels ein unehrliches gewesen, das der Bettelvögte galt in den Augen des Berliner Volkes auch noch im Jahre 1820 für unehrenhaft. Kein Beamter der Polizei wurde so gehaßt und verachtet, als der Bettelvogt, den das niedere Volk fast unter den Schinderknecht stellte.

Einen Bettelvogt zu necken und zu höhnen, war die höchste Wonne der Berliner Straßenjugend; wo diese dem verachteten Beamten einen Schabernak spielen, wo sie ihn bei der Erfüllung seiner Amtspflicht stören konnte, that sie es nur zu gern und sie erhielt stets bereitwillige Unterstützung auch von Erwachsenen, von allen Arbeitern und ärmeren Leuten, die jene Beamten als ihre natürlichen Feinde betrachteten.

Die Bettelvögte lebten im Kriege mit aller Welt. Wo man einen Bettelvoigt in seiner alterthümlichen Uniform sah, da konnte man sicher sein, auch ein Rudel pfeifender Straßenjungen zu treffen. Häufig genug gab es in den Straßen lustige Jagden. Der Bettelvogt bemühte sich einen flüchtigen Bettler zu greifen, vor und hinter ihm aber trabte ein Rudel Buben einher, welche ihn verhöhnten. Bald kam einer scheinbar zufällig dem Beamten in den Weg, daß er nicht vorwärts konnte, bald hingen sich ein paar verwegene Burschen ihm an den langen blauen Rock, um ihn aufzuhalten; aber sofort ließen sie los, wenn er sich nach ihnen umwendete, und pfeilgeschwind entflohen sie der Verhaftung, die ihnen drohte.

Bei jeder Amtsverrichtung, nur nicht beim Transport der Leichen, dem die Straßenjungen gern scheu von fern zuschauten, wurden die Bettelvögte von dem lustigen Völkchen, welches stets Partei für die Bettler nahm, gehindert.

Es konnte nicht fehlen, daß sich zu dem verhaßten Amt nur wenige und nicht die besten Bewerber fanden. Nur ganz gefühllose und nicht besonders ehrliebende Menschen setzten sich über die allgemeine Verachtung fort, welche sie traf und solche Beamte mißbrauchten naturgemäß später ihr Amt, sie wurden wirklich eine Geißel der Armen und verdienten ganz gründlich den Haß, der sie traf.

Als im Jahre 1820 die Kommune die Armenpflege übernahm, erschien es ihr vor allen Dingen nothwendig, neue Einrichtungen zu treffen. Den Armenwächtern mußte eine größere Autorität geschaffen werden, wenn sie überhaupt irgend etwas wirken sollten. Die bisherigen Bettelvögte, meistens alte abgelebte Invaliden, wurden pensionirt, jüngere rüstigere Männer angeworben. Sie erhielten eine neue, mehr den Zeitverhältnissen angemessene Uniform und ein tüchtiger Mann wurde als Wachtmeister angestellt. Ihm ertheilte man die Uniform eines Stadt-Sergeanten, damit er nicht ferner dem Spotte und der Verfolgung, welche seine Vorgänger zu erdulden hatten, ausgesetzt sei.

Vor Allem kam es darauf an, den Bettelvögten bei ihrer Amtsverrichtung eine größere Autorität zu verschaffen. Zu diesem Zwecke wurde ihnen eine gedruckte Instruktion übergeben und es ihnen zur Pflicht gemacht, sich jedes Schimpfens und jeder Thätlichkeit gegen die Bettler zu enthalten; sie sollten diese mit Schonung behandeln und Alles vermeiden, was das Publikum gegen sie einnehmen könnte.

Nach dem Geiste jener Zeit glaubten die städtischen Behörden dabei nicht stehen bleiben zu können. Hatte der Staat seine geheime Polizei, so mußte auch die Stadt sie haben. Es wurde ein nichtuniformirter Armenwächter angestellt, der den Auftrag erhielt, den Bettlern, die sich der Verhaftung durch die uniformirten Beamten etwa entzögen, unbemerkt zu folgen, um ihre Wohnungen und Verstecke zu entdecken, sie demnächst anzuzeigen und nachträglich ihre Verhaftung zu bewirken. Vorzugsweise war dieser Beamte angewiesen, auf die bettelnden Kinder zu achten, da stets die öffentliche Verhaftung eines Bettelkindes am sichersten die Entrüstung des gutmüthigen Berliner Volkes hervorrief.

Die bisherige Prämie von 2½ Silbergroschen für die Einlieferung eines Bettlers hatte höchst nachtheilig gewirkt und oft genug waren alte Leute, die gar nicht an Betteln gedacht hatten, von den übereifrigen Bettelvögten aufgegriffen worden, nur zu dem Zweck der Prämienerlangung; deshalb wurde die Einlieferungsprämie ganz abgestellt.

So wesentlich die von den Kommunalbehörden angeordneten Verbesserungen waren, einen rechten Erfolg hatten sie doch nicht. Die neuuniformirten Armenwächter behielten im Volksmund den verhaß-

ten Namen der Bettelvögte und auch auf sie vererbte sich die Verachtung, welche ihre Vorgänger sich erworben hatten. Jetzt wie früher wurden sie verhöhnt und beleidigt. Häufig genug gab es, da die kräftigen Männer sich den Beleidigungen widersetzten, förmliche Kämpfe mit dem Volke, die zu ganz bedenklichen Aufläufen führten.

Eine Zeitlang versuchten es die Armenwächter, ihre Autorität aufrecht zu erhalten; bald genug aber sahen sie ein, daß sie der großen Uebermacht doch weichen mußten. Sie setzten sich nicht ferner den Gefahren von Mißhandlungen aus und vermieden es stets, sich mit jungen rüstigen Bettlern, auf die zu achten doch vorzugsweise ihre Pflege gewesen wäre, in einen Streit einzulassen. Um etwas zu thun, beschränkten sie ihre Wirksamkeit vorzugsweise auf dir Arretirung alter bettelnder Leute und bettelnder Kinder. Hierdurch aber regten sie naturgemäß das Mitleiden des Publikums und die Verachtung gegen sich noch mehr an.

Die gänzliche Abschaffung der nicht mehr zeitgemäßen Bettelvögte wurde endlich zur dringenden Nothwendigkeit. Nach langen Unterhandlungen mit den Königlichen Behörden gelang es dem Magistrat endlich im Jahre 1839 zum Ziel zu kommen. Die Polizei übernahm die Verpflichtung, die Bettler aufzugreifen, sie erhielt dafür von Seiten der Stadt die jährliche Summe von 3000 Thalern.

Die Bettelvögte konnten entlassen werden. Fast mit Bedauern sahen manche Berliner sie scheiden; sie waren stadtbekannte Figuren geworden und hatten oft genug zum Scherz und zur Erheiterung des Publikums gedient! Für das Geschäft des Leichentransports nach dem Thürmchen genügten 4 Träger uno ein Wachtmeister.

Das Thürmchen, welches wir schon mehrfach erwähnt haben, hatte in jener Zeit einen stadtbekannten Namen, an den sich manche grauenhafte Erzählung knüpfte.

Da wo heut die große Hamburgerstraße die Auguststraße durchschneidet, in dieser Nr. 59, stand ein kleines verwittertes höchst unansehnliches einstöckiges Haus; auf dem niederen Dach knarrte eine rostige Wetterfahne, über der schmutzigen Hausthür zeigte eine einfache hölzerne Tafel die Bedeutung des Hauses an. Mit halb verwischten Buchstaben standen auf derselben die Worte: „Koppe'sches Armenhaus." Im Volksmunde aber trug das Haus den Namen „das Thürmchen" von einem kleinen Thurme, der früher das Dach geschmückt hatte, aber seiner Baufälligkeit wegen abgenommen worden war.

Das Koppe'sche Armenhaus, über dessen Begründung bestimmte Nachrichten fehlen, ist wahrscheinlich im Anfange des achtzehnten Jahrhunderts entstanden und von dem Rathmanne und Stadtwachtmeister Koppe, der der Stadt den hinter dem Hause belegenen großen Platz zur Anlegung eines Armenkirchhofes geschenkt hatte erbaut worden.

Es war ein Hospital der traurigsten Art. 20 bis 24 alte Weiber fanden in demselben ihr Unterkommen. Sie waren in drei gar nicht besonders große Stuben zusammengepfercht und die geringen Mittel der Stiftung gewährten jeder nur täglich 1 Silbergroschen 3 Pfennige; davon sollten die Unglücklichen ihren Lebensunterhalt bestreiten. Der Armen-Todtengräber führte über sie die Aufsicht. Wahrlich ein trauriges Amt, denn nur die Aermsten, denen kein anderes Mittel blieb, das Leben zu erhalten, suchten in dem unheimlichen Thürmchen ihre letzte Zuflucht.

Die jammervollste, ja die schmutzigste Armuth herrschte in dem Hause. Der Flur war zugleich die Küche für die sämmtlichen Bewohnerinnen.

Auf dem Hofe hinter dem Hause linker Hand befand sich das Grabgewölbe der Koppe'schen Familie; eine Berliner Merkwürdigkeit, von der wohl die meisten Bewohner der Hauptstadt jener Zeit gehört, die aber nur wenige gesehen hatten, weil das Grauen vor dem berüchtigten Thürmchen die Neugierigen von dem Besuche desselben abhielt.

Das Aeußere des Grabgewölbes war nicht von Bedeutung, es war einfach und schlicht. Ein im Winkel des Hofes bis zur Erde reichendes Zinkdach, starke Mauern von altmodischer Bauart boten weiter kein Interesse. Um so interessanter aber war das Innere.

Wenn man einige unbequeme Stufen hinabstieg, so trat man in ein niedriges Tonnengewölbe, dessen weißgraue Wände von den Salzen, die sich auf denselben krystallisirt hatten, erglänzten. Das kleine Gewölbe erhielt ein dürftiges Licht von zwei Luftlöchern, die in den dicken Wänden angebracht waren. Es herrschte deshalb eine schwüle dumpfige Luft, an die man sich erst gewöhnen mußte, obgleich man von einem eigentlichen Leichengeruch nicht belästigt wurde.

Auf dem Boden standen ungeordnet zwölf Säge verschiedener Größe, theils von eichenem, theils von kiehnenem Holz, in ihnen ruhten die Leichen der Koppe'schen Familie, die sich sämmtlich gut erhalten hatten. Durch die im Gewölbe herrschende eigenthümliche Luft waren sie zu einer Art Mumien verdorrt.

Besonders gut erhalten war der Leichnam des Rathmanns Koppe selbst. Eine braune pergamentähnliche Haut bedeckte die Knochen, und man konnte noch die Gesichtszüge des Verstorbenen einigermaßen unterscheiden. Auch die übrigen Leichen waren mumienartig zusammengetrocknet. Am meisten hatte die Verwesung die Körper der Frauen ergriffen.

Hinter dem Hofe des Armenhauses dehnte sich ein wüster Platz, der Armenkirchhof aus, der Begräbnißplatz der Unglücklichen, deren Angehörige für die letzte Ruhestätte nicht die schweren Abgaben anderer Kirchhöfe opfern konnten oder wollten In einem abgelegenen Winkel ruhten

diejenigen, welche Verzweiflung zum Selbstmorde getrieben hatte.

Der Armenkirchhof ist im Jahre 1840 geschlossen worden. Die Gräber sind verschwunden, heut tummelt sich auf dem schönen, zum Theil schon von eleganten Häusern umgebenen Koppen-Platz eine lustige Kinderschaar.

Das Armenhaus und der Armenkirchhof machten den Berlinern jener Zeit einen unheimlichen Eindruck, mehr aber noch das kleine einstöckige, verwitterte Haus, welches auf dem Kirchhofe stand, das eigentliche Thürmchen, oder wie es mit dem amtlichen Ausdruck genannt wurde, das Obduktionshaus, wohin vom Jahre 1810—1840 die in den Straßen der Stadt, in den Armen der Spree und in den zur Stadt gehörigen Wäldern aufgefundenen Leichen der Selbstmörder, der Verunglückten und Ermordeten von den Bettelvögten gebracht werden mußten, damit über sie die gerichtliche Todtenschau gehalten und nöthigenfalls die Sektion an den Körpern vorgenommen werde.

Jeder Berliner kannte den Nasenquetscher (den unheimlichen hölzerner Kasten, der von zwei Bettelvögten gezogen und nach dem Thürmchen gefahren wurde); er enthielt die Leiche irgend eines Verunglückten. Mit scheuer Neugier folgte ihm stets eine Schaar von Gassenbuben, die aber eine ganze Strecke von dem Thürmchen entfernt stehen blieb, um zu schauen, wie der Nasenquetscher nach dem Armenkirchhofe und Obduktionshause gefahren wurde.

Die Brutalität, mit welcher die fühllosen Bettelvögte die Leichen behandelten, wenn sie sie mit eisernen Haken aus dem Wasser zogen und wie den Cadaver eines Stückes Vieh in den Nasenquetscher warfen, trug wesentlich dazu bei, diese Beamten verachtet und verhaßt zu machen.

Werfen wir jetzt einen Blick in das eigentliche Thürmchen, das damalige, längst verschwundene Obductionshaus.

Wir treten in das Haus; zuerst in eine Art Küche mit Rauchmantel und Feuerheerd, die aber ihrem eigentlichen Zweck nicht mehr diente, denn hier wurde nichts gekocht. Unser Blick fällt auf einige schmutzige, zusammengeschnürte Bündel von Kleidungsstücken, von denen jedes mit einem Zettel versehen ist. Es sind die Kleider der Verunglückten, welche man hier aufbewahrt; an ihnen allein erkannten oft die Hinterbliebenen die Leichen, deren halb verweste Züge kein Bild des Geschiedenen mehr gaben.

Von der Küche führten rechts und links Thüren in innere Zimmer. Die zur linken Hand befindliche Thür gewährte den Eingang in ein zweifenstriges, weiß getünchtes Gemach, in die Todtenkammer. Drei rohe hölzerne Pritschen standen neben einander, meist waren sie, besonders im Sommer, mit halb verwesten Leichen bedeckt. Hier wurden die aufgefundenen Leichname bis zum Begräbnisse ausgestellt: hier suchten die Verwandten solche Personen, welche plötzlich verschwunden waren und oft genug fanden sie dieselben.

Der Geruch, den die Leichen aushauchten, war fürchterlich. Zur Sommerzeit vermochte man es kaum in der verpesteten Atmosphäre einige Augenblicke auszuhalten.

Die andere Thür zur rechten Hand der Eingangsküche führte ebenfalls in ein zweifenstriges Zimmer. Ein großer Tisch von rothem Tannenholz, drei alte Lehnstühle, ein schwarzer, gewaltiger Ofen, ein hölzerner Schrank, in dem sich chirurgische Instrumente befanden und in einer Vertiefung mit gemauertem Estrich eine mannlange Tafel bildeten das Meublement des dürftigen Zimmers, welches theils als Verhörs-, theils als Sektionszimmer diente.

Die Tafel war der Sektionstisch; auf die Lehnstühle um den Tisch von rothem Tannenholz setzten sich die Richter, um die Verbrecher zu verhören, welche stets hergeführt wurden, damit sie, von dem Anblick der Leichen der von ihnen Gemordeten erschüttert, leichter zum Geständniß gebracht würden. In diesem Zimmer haben gar manche Verbrecher sich selbst das Todesurtheil gesprochen, indem sie im Angesicht der verstümmelten Leichen nicht ferner zu leugnen wagten.

Zwanzigstes Kapitel.

Wissenschaft und Kunst in Berlin. — Der Minister von Altenstein, seine Verdienste. — Der König und die Wissenschaft. — Berlin als Universitätsstadt. — Die Männer der Wissenschaft. — Die gelehrten Gesellschaften. — Der Gesellschaftskreis des Präsidenten Rust. — Das Beer'sche Haus. — Varnhagen's Haus. — Die Kunst. — Die Akademie. — Maler. — Bildhauer. — Die Musik. — Musikalische Kämpfe in Berlin.

Die Entwickelung der Wissenschaften und Künste in Berlin im Zeitraum von 1815—1840 war eine ganz eigenthümliche.

Während die preußische Regierung unablässig bemüht war, jedes politische Leben im Volke zu ersticken, zeigte sie doch für die Förderung des geistigen Lebens der Nation, soweit es nicht in die Politik eingriff, den regsten Eifer. Der Minister von Altenstein erwarb sich in dieser Beziehung unsterbliche Verdienste. Er hat unendlich viel gethan und noch heute wird sein Name von vielen älteren Gelehrten mit Ehrfurcht und Dankbarkeit genannt, denn die meisten von ihnen danken diesem Minister die eifrigste Unterstützung ihres wissenschaftlichen Strebens.

Die Berliner vor Allen haben die Pflicht, den Namen Altenstein in hohen Ehren zu halten, da sie dem Träger desselben den Ruhm verdanken, daß ihre Stadt die wissenschaftliche und künstlerische Hauptstadt Deutschlands geworden ist, ein Ruhm, der sich in dem Namen Spree-Athen, welchen Berlin in jener Zeit sich erwarb, aussprach.

In trüber Zeit hatte der Freiherr von Altenstein sich eine traurige Berühmtheit erworben.

Als Nachfolger Stein's in der Regierung hatte er in einem kurzen aber unheilvollen Ministerium sich schwere und gerechte Vorwürfe zugezogen und als er im Jahre 1817 von Neuem in die Regierung trat, indem er das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten übernahm, wurde sein Geschäftsantritt von der freisinnigen Partei in Preußen keineswegs mit Freuden begrüßt.

Alle Besorgnisse, welche die Patrioten an seine Vergangenheit knüpften, zeigten sich bald als nichtig; das Altenstein'sche Ministerium wurde ein wahrer Segen für Preußen. Die Geschichte desselben war zugleich die Geschichte der Wissenschaft und Kunst im preußischen Staat.

Altenstein's hohes Verdienst um die Förderung der Wissenschaft in Preußen und vorzugsweise in Berlin zeigt sich uns in noch glänzenderem Lichte, wenn wir die gewaltigen Schwierigkeiten betrachten, mit denen der Minister der geistlichen Angelegenheiten zu kämpfen hatte. Wir müssen hier wieder auf die Persönlichkeit des Königs zurückkommen.

Friedrich Wilhelm III. hat sich in der Geschichte den Ruhm eines Förderers der Wissenschaften und Künste erworben. Er verdankt ihn vorzugsweise dem Ministerium Altenstein, denn sein eigenes Verdienst besteht nicht sowohl in dem, was er selbst gethan und angeregt, als in dem, was er gegen seinen Wunsch hat geschehen lassen.

Welche Kämpfe Altenstein mit dem Könige zu bestehen hatte, um zu diesem Ziele zu gelangen, darüber liegen uns keine geschichtlichen Nachrichten vor, interessiren aber wird unsere Leser das Bild derselben, welches uns Prutz*) giebt, indem er sagt:

„Man begreift, welche Noth der Minister mit diesen murrenden, knurrenden König, der, bei dem edelsten und reinsten Herzen, es sich nun einmal zur Gewohnheit gemacht hatte, auch die besten Thaten mit Murren zu thun und nichts zu gewähren, nur Alles sich abnöthigen zu lassen — man begreift, sage ich, welche Noth der Minister mit diesem Könige schon unter gewöhnlichen Umständen haben und welche Arbeit es kosten mußte, die oft so künstlichen, so verwickelten Windungen geistiger Zustände dem argwöhnischen Auge zurechtzulegen. Wie nun gar erst zur Zeit der Demagogenuntersuchungen, da die Universitäten geächtet und verfehmt wurden als Heerde des Aufruhrs und der Empörung? da in Bonn, dieser Lieblingsschöpfung, diesem eigensten Kinde des Altensteinischen Ministeriums, die Arndt und Welcker suspendirt und die kaum gesäeten Keime der Bildung mit gänzlicher Vernichtung bedroht wurden? da die Freiheit der Wissenschaft, die Würde des Lehrerstandes, in denen Altenstein, weil selbst ein freier und würdiger Charakter, die eigentlichen Stützen des ihm anvertrauten Ministeriums erkannte, geknechtet wurden und verstümmelt und eingeschnürt in das Netz der Karlsbader Beschlüsse? Wie in den dreißiger Jahren, als Hegel, den Altenstein nach Berlin gebracht und mit nicht geringer Anstrengung in Ansehen und Gunst erhalten, nach seinem Tode plötzlich erkannt ward als das, was er, seinem innersten Wesen nach, allerdings jederzeit gewesen, ein unerbittlicher Zertrümmerer der alten Vorurtheile, ein Mauerbrecher der Freiheit? da die Frommen im Herrn ein Geschrei anhuben durch's ganze Land und riefen Zeter über den freidenkerischen, den glaubenlosen Minister, der die Philosophen in's Land gerufen und hatte die Kirche des Herrn gegeben in die Hände der Aufklärer und hatte Weltweise und Schriftgelehrte erhöhet auf den Stuhl der Gläubigen? da die Geistesrohheit, die rohe Empirie, unter dem Vorwande der praktischen Nutzbarkeit, sich erhob und wollte mit ihrem plumpen Realismus die großartige ideelle Anlage der preußischen Gelehrtenschulen über den Haufen werfen? da endlich, das Gefährlichste von Allem! am Hofe selbst, in der Nähe des alternden Königs, ein neuer mächtiger Einfluß sich geltend machte: der Einfluß einer sehr gebildeten, sehr geistreichen, ja großherzigen, — aber bei alledem einer Persönlichkeit, die aus zu entgegengesetzten Elementen gemischt war, in zu anderm Boden wurzelte, als daß sie umhin gekonnt hätte, Altenstein's Pläne zu kreuzen und zu hindern? als es auf die Kunde davon herbeikroch und kam hervorgehuscht aus allen Winkeln, das niedrige, schnappende Gewürm, das jedesmal der neu aufgehenden Sonne vorankriecht, wie die Spinne vor dem Regen, und zerrte und neckte den 70jährigen Mann? als es endlich dahin kam, daß Herr von Altenstein bei Hofe nur noch kalte, verlegene Gesichter fand, dermaßen, daß er den Hof zu vermeiden anfing und nur allein noch die amtlichen Beziehungen aufrecht erhielt?" — —

Am 14. Mai des Jahres 1840 starb Altenstein, tief betrauert von allen Jüngern der freien Wissenschaft und Kunst.

Den Mittelpunkt des gelehrten Lebens in Berlin bildete naturgemäß die Universität. Sie blühte nach den Befreiungskriegen schnell und glänzend empor.

Die früher gehegte Befürchtung, daß Berlin sich nicht zur Universitätsstadt eigne, zeigte sich bald als gänzlich unbegründet. Wenn auch einzelne Studirende den Verführungen der großen Stadt nicht zu widerstehen vermochten, und sich zügellosen Ausschweifungen hingaben und endlich in denselben untergingen, so war doch ihre Zahl eine verschwindend kleine. Gerade der Umstand, daß in der großen Stadt die Studirenden fast verschwanden, daß sie nicht im Stande waren, sich die Geltung zu verschaffen, die sie in kleinen Universitätsstädten besaßen, trug wesentlich dazu bei, dem Universitätsleben in Berlin die Ausschreitungen fern zu halten, durch welche es in andern Städten oft befleckt wurde.

*) Zehn Jahre. Geschichte der neuesten Zeit von Robert Prutz.

Paukereien und Saufereien kamen wohl auch vor, aber sie bildeten nicht die gewöhnliche Tages-Ordnung. Die Studirenden, welche fleißig sein wollten, konnten sich von den Trinkgelagen zurückziehen ohne aufzufallen, und sich doch nach vollendeter Arbeit in Zerstreuungen aller Art erholen; sie konnten selbst an den studentischen Verbindungen Theil nehmen, ohne diesen ihre ganze Zeit widmen zu müssen.

Für die eigentlichen Corpsstudenten war freilich Berlin kein angenehmer Ort. Sie fühlten sich in der Großstadt nicht wohl, denn sie fanden in derselben keinen günstigen Boden für ein renommistisches Studententhum. Deshalb wählten sie meist für die ersten Jahre des Studiums andere kleinere Universitäten, und erst wenn sie sich die Hörner ein wenig abgelaufen hatten, in den letzten Semestern des Trienniums, kamen sie nach Berlin, um hier tüchtig zu arbeiten und das nachzuholen, was sie in den ersten Jahren versäumt hatten.

So stellte sich denn bald genug die Erfahrung heraus daß gerade auf der Berliner Universität die Vorlesungen am fleißigsten besucht wurden, daß die Universität eine wahre Arbeits-Universität war.

Hierzu trugen freilich auch die trefflichen Kräfte bei, welche durch Altenstein's Fürsorge für alle Fächer der Wissenschaft gewonnen worden waren, und welche der Berliner Universität*) einen weit über die Grenzen Deutschlands reichenden Ruf verschafften.

Aus allen europäischen Ländern vereinten sich in Berlin die Jünger der Wissenschaft, theils um die Vorlesungen der Universität zu hören, theils um sich in Verbindung zu setzen mit den zahlreichen Gelehrten, welche in der preußischen Hauptstadt ihren Wohnsitz genommen hatten, ohne eigentlich zur Universität zu gehören, theils um die wissenschaftlichen Institute, die Bibliothek, die Sammlungen, die Laboratorien und die öffentlichen Kranken-Anstalten zu besuchen.

Nur um unsern Lesern ein Bild der reichen Vereinigung wissenschaftlicher Kräfte in Berlin zu geben, wollen wir einige Namen nennen, da eine detaillirte Geschichte der Wissenschaft in Berlin uns viel zu weit führen würde.

Die Naturwissenschaften wurden mit besonderer Vorliebe von den Berlinern getrieben. Wo Männer wie Alexander von Humboldt, Erman, Link, Lichtenstein, Hermbstädt, Weiß, Mitscherlich, Heim, Ehrenberg, von Schlechtendal, Kunth, die Gebrüder Rose, Wiegmann, Schulz u. A. wirkten, da mußte wohl Gedeihliches geschaffen werden

Für Geographie und Geschichte waren Ritter, Alexander von Humboldt, Leopold von Buch, von Raumer, Wilken und andere thätig.

In den Sprachwissenschaften hatte Bopp, der Sanskrit-Gelehrte, der Forschung neue Bahnen gebrochen; er wurde kräftig unterstützt durch Wilhelm von Humboldt, den früheren Minister und genialen Gelehrten, durch Boeckh, Becker, Wolf u. A.

Die philosophische Fakultät war der Stolz der Berliner Universität. Wir dürfen nur den Namen Hegel nennen, um die Bedeutung, welche Berlin in dieser Wissenschaft besaß, zu bezeichnen.

Neander und Schleiermacher nahmen die ersten Plätze in der Theologie ein; ihnen gegenüber stand Hengstenberg, der frühere Burschenschafter, der von einem Extrem in's andere übergeschlagen war, und sich zum Haupt der Pietisten emporgeschwungen hatte, deren Fahne er in der evangelischen Kirchenzeitung erhob.

Savigny, Klenze, Gans u. A. erwarben der juristischen Facultät einen wohlverdienten Ruf.

Die medizinische Fakultät, aus der heraus die Universität erwachsen war, zeigte eine reiche Fülle berühmter Namen. Die Zahl der Mediziner, welche nach Berlin kamen, um hier ihre Studien zu machen, war deshalb auch besonders groß; bot doch Berlin außer den Vorlesungen den Jüngern der Wissenschaft durch seine Krankenhäuser, durch die naturwissenschaftlichen Sammlungen, durch die Leichtigkeit, Leichname zur Section zu gewinnen, durch die große Zahl tüchtiger Aerzte, welche sich in der Hauptstadt vereinigten, nach allen Richtungen hin Gelegenheit, sich weiter auszubilden.

Von den berühmten Universitätslehrern nennen wir Hufeland, Kluge, Jüngken und wollen auch den Dr. Kranichfeld nicht vergessen, der eben so gern sich mit pietistischen als mit medizinischen Vorlesungen abgab. Von berühmten Aerzten erwähnen wir außer den Universitätslehrern nur noch Heim, Barrez, Dieffenbach.

Wir haben unsern Lesern nur einige wenige Namen genannt, um ihnen ein schwaches Bild von dem Kreise hoch berühmter Männer der Wissenschaft, welche sich in Berlin vereinigten, zu geben. Ganz unmöglich ist es uns leider, näher einzugehen auf die glänzenden Erfolge, welche so

*) Als Vorschulen für die Universität dienten eine Reihe von Gymnasien, an denen vortreffliche Lehrkräfte vereint waren. Die Berliner Gymnasien hatten sich einen berechtigten Ruf erworben, sie vereinten viele Zöglinge aus den Provinzen in sich. In dem Zeitraum von 1815—1840 bestanden bereits das Joachimsthal'sche Gymnasium, das Kloster, das Friedrich-Werdersche Gymnasium, das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in der Friedrichstraße, mit dem auch die Realschule und eine Mädchenschule unter dem Namen Elisabethschule verbunden waren, das französische Gymnasium, das Cölnische Realgymnasium. Von anderen höhern Schul-Anstalten nennen wir: die Gewerbeschule und das Schullehrer-Seminar in der Oranienburgerstraße. Zur Vorbereitung für die Gymnasien dienten viele höhere Knabenschulen, welche meistens von Privatvorstehern geleitet wurden. Der Volksunterricht wurde in den sogenannten Parochialschulen und in eilf Armenschulen ertheilt; er war in vieler Beziehung noch mangelhaft und erst nach dem Jahre 1840 hat er sich durch die Fürsorge der städtischen Behörden bedeutend gehoben.

großartige Kräfte in wissenschaftlicher Beziehung erhielten.

Die Gelehrten fanden zur Erreichung ihrer Ziele überall in Berlin die freudigste Unterstützung, denn mehr als jemals früher war es in jenem Zeitraum in Berlin unter allen Klassen der gebildeten Gesellschaft Mode geworden, für Wissenschaft und Kunst zu schwärmen.

Jeder gebildete Mann mußte mitreden können über die neuesten Fortschritte der Wissenschaft. In den Theegesellschaften wurden philosophische Themata abgehandelt und es gab oft recht hitzige geistige Kämpfe zwischen den Hegelianern und den Anhängern anderer philosophischen Schulen.

Die populären wissenschaftlichen Vorlesungen, welche einige Gelehrte hielten, wurden von Herren und Damen fleißig besucht und viele Kaufleute betrachteten es als Ehrenpflicht, dieser oder jener wissenschaftlichen oder künstlerischen Gesellschaft anzugehören.

Die Zahl solcher Gesellschaften hatte sich daher außerordentlich vermehrt. Wir nennen nur einige der vorzüglichsten: die Gesellschaft naturforschender Freunde, die philomatische Gesellschaft, den Verein für Heilkunde, die medizinisch-chirurgische Gesellschaft, die Gesellschaft für Natur- und Heilkunde, die pharmaceutische Gesellschaft, die Gesellschaft für deutsche Sprache, die griechische Gesellschaft, den Berliner Schullehrer-Verein, die Gesellschaft für wissenschaftliche Kritik, die Humanitätsgesellschaft, die literarische Mittwochsgesellschaft. Von den Künstler-Vereinen: den Berliner Künstler-Verein, den Verein der Kunstfreunde und den Architekten-Verein.

Auch mehrere technische Gesellschaften blieben doch den wissenschaftlichen Bestrebungen nicht fremd, wenn ihr Zweck auch nicht direkt ein wissenschaftlicher war. Zu diesen Gesellschaften gehörten: der Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes, der Verein zur Beförderung des Gartenbaues, der Verein für Pferdezucht und Pferdedressur.

Sehr zahlreich besucht waren auch die theologischen Gesellschaften, welche durch die in den vielen vornehmen Kreisen herrschende pietistische Richtung eine rege Unterstützung fanden. Die vorzüglichsten derselben waren: die Gesellschaft zur Beförderung des Christenthums unter den Juden, die Hauptbibelgesellschaft, der Verein für Verbreitung christlicher Erbauungsschriften, die Berliner Missions-Gesellschaft, die Gesellschaft zur Beförderung evangelischer Mission unter den Heiden und der Verein für die Besserung der Strafgefangenen

Die gelehrten Gesellschaften hatten in jenem Zeitraum für Berlin eine nicht zu unterschätzende Wichtigkeit. Sie boten Sammelpunkte für die geistigen Kreise der Hauptstadt, von ihnen gingen vielfach Anregungen zu wissenschaftlichen Forschungen aus und da sie sich gegen Laien meistens nicht hermetisch abschlossen, sondern jeden Freund der Wissenschaft gern in sich aufnahmen, auch wenn er kein Gelehrte von Fach war, so wirkten sie belebend und anregend auf den wissenschaftlichen Verkehr der Hauptstadt, während sie auf der andern Seite freilich auch den häufig schädlich wirkenden wissenschaftlichen Dilettantismus, zu dem die Berliner von jeher nur zu geneigt waren, beförderten.

Einige Privatgesellschaften dienten nicht weniger als die gelehrten und künstlerischen Vereine dazu, den Sinn für Wissenschaft und Kunst in Berlin rege zu erhalten.

Wir haben schon bei einer früheren Gelegenheit erwähnt, daß die Wissenschaft das Band war, welches die verschiedenen Stände gesellschaftlich vereinigte. Die herrschende Mode gebot Achtung vor dem Geiste. Viele hoch gestellte und reiche Männer sahen es daher für ihre erste Pflicht an, ihre geistige Bildung dadurch zu bekräftigen, daß sie Gelehrte und Künstler in ihren Gesellschaftskreis zogen und hoch ehrten. Ging ihnen doch in dieser Beziehung der geistreiche, damals sehr freisinnige Kronprinz, der stets einen kleinen auserwählten Kreis genialer Männer um sich versammelte, mit denen er oft harmlos genug verkehrte, mit bestem Beispiel voran.

So hatte der Präsident Rust allwöchentlich einen gesellschaftlichen Abend, zu welchem alle irgend namhaften Gelehrten, Schriftsteller und Künstler eingeladen wurden, um in den glänzenden Gesellschaftssälen mit Freunden der Kunst und Wissenschaft, mit hohen Beamten und reichen Kaufleuten zu verkehren. Berühmte Musiker ließen sich auf diesen Soireen gern hören, sie wurden hierdurch am besten in das feinere Publikum eingeführt. Junge Gelehrte fanden Gelegenheit, sich den einflußreichen Staatsbeamten vorzustellen, Künstler und Schriftsteller machten an solchen Abenden die Bekanntschaft von Männern, die ihnen, wenn auch nur um der Mode zu fröhnen, nützlich werden konnten.

Aehnliche Gesellschafts-Abende waren auch von andern angesehenen Männern eingeführt worden und besonders zeichneten sich in dieser Beziehung einige reiche jüdische Banquiers aus, die mit den Gelehrten und Künstlern Parade zu machen versuchten.

Den glänzendsten geselligen Vereinigungspunkt wissenschaftlicher und künstlerischer Größen bildete in jener Zeit das Haus des reichen Banquier Beer. Eine Einladung in das Beer'sche Haus war für junge Gelehrte, Künstler und Schriftsteller das Ziel des höchsten Strebens, denn in den geistreichen Kreis, der sich hier vereinigte, aufgenommen zu werden, galt für ebenso ehrenvoll, wie angenehm.

Das Beer'sche Haus ist dadurch für die wissenschaftliche Entwickelung Berlins in jener Zeit von hoher Bedeutung geworden Es zeichnete sich vor andern gesellschaftlichen Vereinigungspunkten dadurch aus, daß den gastfreien Wirth nicht eitle Prunksucht, sondern ein feines richtiges Gefühl bei den Einladungen leitete. Er hatte

nicht nöthig, seinem Namen durch die Gäste, die er bei sich sah, einen Nimbus zu geben, der Name Beer glänzte ohnehin als leuchtender Stern am Himmel der Wissenschaft und Kunst, dafür hatten die drei Söhne Beer gesorgt: Michael Beer, der geniale Dichter, Meyer-Beer der große Componist und Wilhelm Beer der ernste Gelehrte und Astronom, der sich durch seine Mondkarten einen bedeutenden Ruf erworben hatte.

Von ähnlicher Wichtigkeit für die gelehrten Berliner Gesellschaften wie das Beer'sche Haus, wenn auch von ganz anderem Charakter, war der Gesellschaftskreis Varnhagen's von Ense, dessen Mittelpunkt die unvergeßliche Rahel, Varnhagen's Gattin, bis zu ihrem Tode im Jahre 1833 bildete.

Varnhagen's ausgesprochene freisinnige politische Gesinnung gab diesem Kreise eine besondere Bedeutung, alle Größen der freisinnigen Partei verkehrten vorzugsweise gern mit Varnhagen, aber auch die politischen Gegner waren von seiner Gesellschaft nicht ausgeschlossen, wenn sie nur Geist genug besaßen, um sich in dem genialen Kreis, den sie hier fanden, halten zu können.

Die Künste fanden in dem Zeitraum, welcher uns beschäftigt, in Berlin nicht minder als die Wissenschaften, eine gedeihliche Pflege. Obgleich Friedrich Wilhelm III. selbst kein Kunstkenner war (wir erinnern an seine Bemalungsversuche der Rauch'schen Büsten,) obgleich er ein eigentliches Interesse für die Kunst nicht besaß, so hielt er es doch für seine Pflicht, sie zu fördern nach bester Kraft. Wir haben bereits gesehen, wie unter seiner Regierung die Baukunst durch Schinkel's glänzende Bauwerke in Berlin emporblühte.

Auch für die Entwickelung der übrigen Künste in unserer Stadt waren die 25 Friedensjahre nach den Befreiungskriegen von höchster Bedeutung. Schon die Begründung des Museums schloß der Kunstentwickelung in Berlin eine neue Aera auf.

Eine Reihe tüchtiger Meister aus allen Zweigen der Kunst zog sich nach der preußischen Residenzstadt. Die alle zwei Jahre stattfindenden Kunstausstellungen wurden mit jeder Wiederholung glänzender und reicher und auch das Diorama der Gebrüder Gropius, eine unentgeltliche Ausstellung von verkäuflichen Werken Berliner Künstler, erzielte für einige Zeit recht bedeutende Erfolge.

Eine eigentliche Kunstschule aber wurde Berlin nicht. Die Akademie der Künste sollte zwar dazu dienen, junge strebende Künstler auszubilden, aber sie erreichte diesen Zweck nicht, es fehlte ihr der freie, frische Geist. Der Unterricht wurde schablonenmäßig ertheilt und bei Anstellung der Lehrer war oft der bureaukratische Zopf mehr maßgebend als die künstlerische Befähigung.

Höchst nachtheilig wirkte es auch auf die Akademie, daß Wilhelm Schadow zum Direktor der Kunst-Akademie in Düsseldorf ernannt wurde. Mehrere seiner talentvollsten Schüler folgten ihm dorthin, wo sie ein freieres akademisches Leben als in der Hauptstadt fanden.

Berlin wurde deshalb von Düsseldorf überflügelt und auf allen Ausstellungen ernteten die Düsseldorfer Bilder weit größeren Beifall, als die Werke Berliner Künstler, obgleich sich bald eine gewisse Einseitigkeit der Düsseldorfer Schule herausstellte, während die Berliner Kunstwerke, gerade weil es in der Hauptstadt eine eigentliche Kunstschule nicht gab, ihre volle Individualität bewahrten.

Trotz der Mangelhaftigkeit der Akademie wurde doch auch in Berlin mancher tüchtige Künstler herangebildet, allerdings weniger in der Staatsschule, als in den Privatateliers talentvoller Meister. Besonders berühmt waren die Ateliers der Maler Wach und Begas.

Von nahmhaften Malern, deren Bilder in jener Zeit auf den Ausstellungen Aufsehen machten, nennen wir Hensel, Dähling, Schoppe, Klöber, Herbig, Pistorius, Schröter, F. Krüger, der Pferde-Krüger genannt, Magnus, Krause, Rösel, W. Schirmer, Agricola, Biermann, Völcker u. s. w.

Unter den Bildhauern nahmen Schadow und Rauch die erste Stelle ein, ihnen schlossen sich Tieck und die beiden Gebrüder Wichmann an. Erst in den letzten Jahren des Zeitraums, der uns beschäftigt, wurde auch Kiß viel genannt, er machte sich durch seine Amazone*) einen berühmten Nahmen.

Von allen Künsten ging die Musik am meisten in das Volk über, sie nahm in Berlin fast die

---

*) Kiß hatte schwere Kämpfe zu bestehen, ehe er sein Meisterwerk, welches jetzt das Museum schmückt, zur Vollendung bringen konnte. Das Modell war im Lagerhause ausgestellt, es wurde viel bewundert, aber auch schwer getadelt. Varnhagen schrieb darüber in sein Tagebuch:

Dienstag, den 26. Febr. 1839.

„Heute Vormittag nach dem Lagerhaus gefahren und die Amazone mit dem Tiger besehen. Der Bildhauer heißt Kiß und ist ein Schüler von Tieck. Das Werk ist groß und kühn, ausdrucksvoll und gewaltig; das Furchtbare ist im besten Kunstsinn; man sieht, das Pferd ist verloren, aber der Mensch siegt, die schöne, in geistiger Ueberlegenheit strahlende Amazone wird sich retten und das arme Pferd wenigstens rächen. Der dem Pferde auf Brust und Hals angesprungene Tiger ist gräßlich, eine wulstige Masse; ich zöge vor, denselben mit den Hintertatzen noch auf der Erde und gestreckten Leibes zu sehen; ich weiß wohl, daß das Ganze dadurch unendlich an Energie verlöre, aber dennoch!"

König Friedrich Wilhelm III. war nicht Varnhagen's Ansicht. Dieser erzählt: „Als der König die Amazone von Kiß besah, äußerte er spöttisch zu dem Adjutanten, er möchte wohl wissen, wer der Narr sein werde, das Geld herzugeben, sie in Erz gießen zu lassen! Man hatte der Prinzessin Albrecht zureden wollen, dies zu thun; nach obiger Aeußerung aber wagte man es nicht mehr. In Gyps wird sie nun doch ausgeführt!"

erste Stelle ein. Es gab wenige gebildete Familien, die nicht einen Flügel oder mindestens ein tafelförmiges Klavier besessen hätten. Der Klavierunterricht gehörte zu den ersten Anforderungen der Jugendbildung. Jedes junge Mädchen der bessern Stände mußte Klavier spielen können.

Die Konzerte zureisender berühmter Musiker wurden zahlreich besucht, und die sonst ziemlich sparsamen Berliner opferten für den Genuß eines Konzerts gern ihren Thaler, ja als Paganini nach Berlin kam, sogar das bisher unerhörte Eintrittsgeld von 2 Thalern für ein Billet.

Es war Mode, sich kunstsinnig zu zeigen, und selbst diejenigen, denen das Verständniß und das Gefühl für die Musik abging, wagten dies nicht zu gestehen. Sie besuchten die Opern und Konzerte, sie gaben sich ebenfalls zum Schein dem Enthusiasmus hin, der für eine Henriette Sontag oder für die Catalani herrschte. Um nicht als Barbaren zu erscheinen, hörten sie in den Konzerten höchst andächtig die Tonwerke Beethoven's, Haydn's, Mozart's, Gluck's, Händel's und Bach's, wenn sie sich dabei auch noch so sehr langweilten und nichts davon verstanden.

In jeder Gesellschaft bildete die Musik den ersten Unterhaltungs-Gegenstand. Die reichen Banquiers fühlten sich geehrt, wenn bedeutende Künstler ihre Salons besuchten und sie opferten zu diesem Zweck im Geheimen recht bedeutende Summen, die sie als Honorar zahlten, während die Künstler scheinbar freiwillig als eingeladene Gäste in der Gesellschaft anwesend waren.

In den Bürgerhäusern verstieg man sich so hoch freilich nicht, aber irgend ein kleiner Künstler fand sich doch wohl, wenn es auch nur ein Violinist aus der Königlichen Kapelle war, und konnte auch ein solcher nicht aufgetrieben werden, dann mußten die musikalischen Talente der Tochter vom Hause und der jungen Damen aus der Bekanntschaft herhalten.

Die Musik war das Lieblingsthema der Gespräche aller auf Bildung Anspruch machenden Kreise und oft genug wurde mit Heftigkeit in den Gesellschaften über die verschiedenen Schulen gestritten. Die Anhänger der deutschen Klassiker, wenn wir uns dieses Ausdrucks bedienen dürfen, standen in erbitterter Feindschaft den Freunden der leichten italienischen und französischen Musik gegenüber

Ueber die Werke Spontini's, dessen Anstellung als General-Musikdirektor schon in vielen Kreisen böses Blut gemacht hatte,*) gab es die heftigsten Kämpfe. Die Einen erzählten triumphirend, Zelter habe, als er aus Spontini's Oper Alcidor heimkehrend den Zapfenstreich hörte, freudig ausgerufen: „endlich doch wieder eine ruhige, vernünftige Musik!" Die andern wußten die Großartigkeit Spontini'scher Tonwerke nicht genug zu preisen.

Ebenso heftig wie über die Kompositionen Spontini's entbrannte in der Gesellschaft der Streit über die Meyerbeer's. Gerade weil der Komponist ein Berliner war, fand er in der Hauptstadt ebenso viele Feinde wie Freunde. Die Berliner Kritiker rissen zum Theil die Meyerbeerschen Opern jämmerlich herunter; sie tadelten in so ungemessenen Ausdrücken, daß der Verdacht persönlicher Feindschaft nahe lag. Man erzählte, die gehässigen Recensionen gingen von solchen Schriftstellern aus, welche vergeblich versucht hätten, Eingang in das Beer'sche Haus zu erhalten. Gegen solche Anfeindungen Meyerbeer's trat Adolf

*) Ein Zeitgenosse, Adolf von Schaden, giebt uns über die Vorgänge bei Spontini's Anstellung folgende interessante Schilderung:

„Auf Betrieb des sehr wissenschaftlich gebildeten Königlichen General-Adjutanten, Generals von Witzleben kam jener Tondichter im Jahre 1820 nach Berlin. Der Ruhm war ihm vorausgegangen, die Vorstellungen seiner Opern: die Vestalin und Cortez gehörten zu den glänzendsten auf dem hiesigen Theater, so war auch der Empfang des Künstlers ungemein schmeichelhaft; vor ihm hatte auch nie ein Kapellmeister hier ein reicheres Einkommen gefunden, als Spontini. Allein es währte nicht lange, so erreichten ihn auch mannigfache Unannehmlichkeiten. Erst lieferte sein Amtstitel den Stoff. Kapellmeister zu heißen schien zu geringlautend, man wollte ihn daher General-Intendant der Musik nennen; ein Prädikat, welches übrigens in ältern Zeiten schon Duport geführt hatte. Dem General-Intendanten der Schauspiele, Grafen Brühl, war es jedoch mißfällig, dünkte ihm Eingriff, Gleichstellung. Einen General-Direktor, aber keinen Intendanten der Musik wollte er zugeben, und man las im Freimüthigen etliche Briefe über diesen hochwichtigen Titular-Gegenstand.

Der Kapellmeister Weber fand sich noch tiefer gekränkt, vom zeitherigen ersten Kapellmeister auf die zweite Stufe herabversetzt zu sein und ein viel geringeres Dienstgehalt zu beziehen. Weber hatte sich in der That Verdienste um die Ausbildung des Orchesters erworben, manche seiner Kompositionen z. B. die Oper Deodata, die Wette, früherhin Muderra, die Melodramen Hero, der Gang nach dem Eisenhammer u. a. m. waren beliebt. Die Kränkung gewann um so mehr Platz, als Weber bei Spontini's Ankunft kränklich und immer empfindlich war. Spontini stattete ihm einen Besuch ab, und sprach bei dieser Gelegenheit: er wolle den Zustand der hiesigen Musik — verbessern, dies nahm Weber gewaltig übel, und meinte, jener hätte wohl höflicher und glimpflicher sich ausdrücken können: er wolle dies und das verändern, und seine Kollegen dabei zu Rathe ziehen. Spontini ist aber offen, ohne daß man ihm Stolz zur Last legen dürfte. Wäre Weber gesund gewesen, so hätte sich ohne Zweifel eine beiderseitige Freundschaft angesponnen, indeß nahm Weber's Uebel zu und er besuchte im Sommer 1820 das Bad in Ems; Witzlinge sagten, er seine an Spontini krank. Bei dem allen war er schon seit einigen Jahren mit Leiden an Brust und Unterleib behaftet. Der Gesundbrunnen half nicht, nach Weber's Zurückkunft trat ein Blutsturz ein, woran er den Winter siechte und im März 1821 starb. Bei dem solennen Begräbniß zeigte sich Spontini und äußerte Rührung.

v. Schaden als eifriger Verehrer des berühmten Tondichters in der Vossischen Zeitung auf. Der Recensent der Spenerschen Zeitung antwortete durch ein Epigramm:

„Bewahr' uns lieber Gott, in allen Gnaden
Die Opposition hat nun einen Schaden!"

Die Vossische Zeitung entgegnete darauf:

„Durch Schaden wird man klug! — d'rum rief man auch den Schaden;
Ihr aber sprecht: dafür bewahr' uns Gott in Gnaden!"

In ähnlicher Weise stritt man sich auch in den Gesellschaftskreisen, und dabei warf religiöser Haß und religiöse Feindschaft ein gewaltiges Gewicht in die Wagschale. Während in den Zirkeln der jüdischen Banquiers Meyerbeer vergöttert wurde, schrieben andere Kreise den gewaltigen Erfolg des Componisten lediglich dem Reichthum desselben zu; sie behaupteten, Meyerbeer habe seinen Ruf durch Gold erkauft.

Auch in die Kreise des untersten Bürgerstandes hatte sich die Musikliebhaberei verbreitet. Es gab in Berlin kein Vergnügen ohne Concert. Wie die Vornehmen und Reichen ihre Thaler opferten um Paganini zu hören, so zahlten die kleinen Handwerker ihre Zweigroschenstücke für das Trompeten-Concert im Freien, wobei dann freilich die Weiße und die lange Pfeife, die Cigarren waren noch ein Luxus-Artikel, zum gemüthlicheren Genuß das ihrige thaten.

Die allgemeine Musikliebhaberei wurde auch von obenher gefördert. Professor Zelter leitete an der Universität den Unterricht im Gesange und im Generalbaß, die höchsten Staatsbeamten wurden theils persönliche Mitglieder der unter Zelter's Leitung stehenden Sing-Akademie, theils ließen sie ihre Töchter und Söhne an der Akademie Theil nehmen.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Das Theater. — Heut und damals! — Der Theaterenthusiasmus. — Der Hund des Aubry. — Der Freischütz. — Euryanthe. — Zelter und Weber. — Göthe's Faust und die Pietisten. — Seydelmann. — Devrient. — Lutter und Wegener. — Die schöne Henriette. — Theaterskandalgeschichte. — Denkwürdige Kabinets-Ordre. — Clara Stich und Charlotte v. Hagn.

Das Theater! Die Zeit des Ludwig Devrient, des Wolff'schen Ehepaares, der jugendlichen Madame Stich, der göttlichen Henriette Sontag und dann später die Seydelmann's, der Madame Crelinger und Charlotten's v. Hagn oder die des liebenswürdigsten liederlichen Kleeblattes Schmelka, Plock und Beckmann!

Mit Entzücken sprechen ältere Theaterfreunde von jenen glücklichen Zeiten, in denen die Berliner Bühne die erste Deutschlands war; sie wollen das heutige, entartete Schauspiel kaum gelten lassen, weil ihnen die Erinnerung an jene glänzende Zeit den Vergleich mit dem Jetzt unwillkürlich aufdrängt, und weil dieser doch gar zu traurig ausfällt.

Es ist wahr, das Theater hatte in dem Zeitraum von 1815—1840 einen ganz andern Charakter als gegenwärtig, es genoß eines Ansehens und einer Bedeutung, die es zum Theil dem Schutz verdankte, welchen ihm Friedrich Wilhelm's III. Liebhaberei verschaffte, und die ihm die besten Kräfte Deutschlands zuführte, theils aber auch und vorzüglich dem lebendigen Antheil, welchen alle Klassen der Berliner Bevölkerung an den Darstellungen nahmen.

Iffland hatte die Berliner Bühne ihrer höchsten Bestimmung zugeführt, er hatte sie zu einer wahren Volksbildungsschule gemacht, und auch nach seinem Tode (22. September 1814) blieb es noch lange Zeit.

Die heutigen Berliner vermögen nur schwer sich einen Begriff von dem Enthusiasmus zu machen, der in jenen Tagen in ihrer Stadt für das Theater herrschte und der sich bei jeder Gelegenheit oft stürmisch genug äußerte.

Wir haben auch heut Theaterliebhaber, aber nicht solche, wie die jener Zeit. Die Kunstenthusiasten, welche sich nur glücklich fühlten, wenn sie vor den bunten Brettern saßen, die nie eine Vorstellung versäumten und mit gleichem Genuß ein Stück zum fünfzigsten wie zum ersten Male sahen, fehlen uns, während ihre Zahl damals übergroß war.

Berühmte Schauspieler und Schauspielerinnen werden auch heut noch stürmisch beklatscht, meist aber ist es eine bezahlte Claque, welche das Zeichen zum Beifall giebt, und die schöne Sängerin weiß häufig genau genug, wo die ihr gespendeten Kränze gekauft worden sind und wieviel sie kosten.

Von dem Beifallssturm, den damals eine bedeutende Kunstleistung hervorrief, von dem Jubel, mit dem z. B. Henriette Sontag vom Publikum empfangen wurde, von der Dankbarkeit, welche die Berliner in jener Zeit den großen Künstlern weiheten, haben wir heut kaum mehr, als die Erinnerung.

Die Berliner lebten im Theater, in den Vorstellungen und mit den Schauspielern; ihre ganze Aufmerksamkeit, welche so selten für politische Fragen in Anspruch genommen wurde, concentrirte sich auf das Theater, und da es nur zwei Bühnen, das Königliche und das Königsstädtische Theater gab, allein auf diese, denn die kleinen Liebhaber-Theater Concordia und Urania waren nicht mitzurechnen, indem sie dem großen Publikum nicht geöffnet wurden.

Alles, was das Theater anbetraf, war interessant. Die sonst so mageren Zeitungen weiheten der Theaterkritik einen bedeutenden Raum; Stücke und Personen wurden auf das Aufmerksamste besprochen und häufig genug gab es in der Kritik die heftigsten Kämpfe für und wider, die sich

dann in die Privatgesellschaften verpflanzten und in diesen mit einem Ernst und Eifer geführt wurden, der heut nur noch den politischen Parteikämpfen eigen ist. Ein paar Beispiele werden unsere Leser interessiren.

Nachdem Iffland sich mit Erfolg bemüht hatte, dem klassischen Drama Eingang auf die Berliner Bühne zu verschaffen, um dadurch den Geschmack des Publikums zu bilden, brachte schon zwei Jahre nach dem Tode des Direktors die Königliche Bühne ein Stück zur Aufführung, welches lediglich auf die Neugierde der großen Menge berechnet war, ein Stück, welches besser für eine Affen-Komödie, als für ein Theater paßte.

Am 4. Oktober 1816 wurde „Der Hund des Aubry" zum erstenmale gegeben und zwar vor einem zum Erdrücken gefüllten Hause. Ein wohldressirter Hund spielte in diesem Stücke die Hauptrolle. Ein Theil, und zwar gerade der bessere Theil der Kritiker äußerte sich mit gerechter Entrüstung über eine solche Profanirung des Kunsttempels, ein Schrei der Entrüstung hallte in allen ästhetisch gebildeten Gesellschaften wieder. Auch der Berliner Witz äußerte sich beißend genug, indem man sagte: der Hund sei auf die Bühne gekommen, dadurch komme die Bühne auf den Hund! Trotzdem aber fand das Stück längere Zeit solchen Beifall, es füllte, wenn es gegeben wurde, die Theaterkasse so sicher, daß der sonst so kunstsinnige Graf Brühl, der Nachfolger Iffland's, diesem verdorbenen Geschmack Rechnung tragen und vielfache Wiederholungen veranstalten mußte.

Von ganz anderer Art war der Beifall, den Weber's berühmtes Tonwerk, der Freischütz erntete. Er wurde am 18. Juni 1821 zum erstenmale gegeben und mit schwer zu beschreibendem Enthusiasmus begrüßt.

Bei dem Kampf der musikalischen Parteien, der, wie erwähnt, damals in der Berliner Gesellschaft stattfand, konnte es nicht fehlen, daß die Melodien Weber's die begeistertsten Freunde und die erbittertsten Gegner fanden. Zu den Letzteren gehörte auch Zelter, der sich mehrfach sehr mißliebig über die neue Oper äußerte und dadurch den Komponisten tief kränkte. Am meisten aber ärgerte sich der angefeindete Künstler über einen schlechten Berliner Witz, den die Gegner des Freischütz in Umlauf setzten und der sich bis zum heutigen Tage erhalten hat, über die Umdrehung des Namens der Oper in „Schreifritz" statt „Freischütz"

Trotz aller Anfeindungen hatte doch der Freischütz einen dauernden, glänzenden Erfolg. Er wurde, was damals unerhört war, in dem Zeitraume von 6 Monaten nicht weniger als 18mal gegeben; heut freilich würde eine derartige Zahl von Vorstellungen in einem halben Jahre sehr kleinlich erscheinen.

Bis zum Jahre 1840 erlebte der Freischütz 200 Vorstellungen und brachte der Theaterkasse nicht weniger als 94,000 Thaler ein.

Einen ähnlichen Erfolg, wenn auch nicht einen so großartigen, feierte auch desselben Meisters Oper Euryanthe.

Auch über die Euryanthe äußerte sich Zelter sehr ungünstig. Er schrieb über die Oper an Goethe:

Die Musik zur Euryanthe setze ich über die des Freischützen (den ich freilich nicht ausstehen kann), auch ist. wie in allen Weber'schen Kompositionen, viel Gesuchtes, Gepritzeltes, aus feinen Häppchen Zusammengesetztes, Schwieriges und Fremdes darin. Ertrotzte Lebhaftigkeit und dazwischen gute Stellen und ein Fleiß, den ich mit Schrecken bewundere, weil's der ganze Bettel nicht verdient

Sehr interessant war der geistige Kampf, den die Aufführung des Goethe'schen Meisterwerks, des Faust in Berlin verursachte. Der Wunsch, den Faust auf der Königlichen Bühne dargestellt zu sehen, war während des ganzen Zeitraums, der uns beschäftigt, vielfach angeregt, aber auch von den verschiedensten Seiten bekämpft worden. Der Faust, so hieß es, eigne sich überhaupt nicht zur Aufführung, nur beim Lesen vermöge man das großartige Werk zu verstehen, auch fehlten die Kräfte zur Darstellung, da jede Rolle einen Meister verlange.

Fand so der Faust in den literarischen Kreisen schon Gegner genug, so war doch der Widerstand gegen seine Aufführung noch weit heftiger seitens der damals so mächtigen pietistischen Partei: den Faust aufführen, heiße die Unmoralität von Staatswegen zur Nachahmung empfehlen, heiße Gott beleidigen und dem Teufel huldigen.

So predigten die Mucker, und lange Zeit gelang es ihnen, die Darstellung des Meisterwerks zu verhindern. Endlich aber setzte Graf Redern, der Nachfolger des Grafen Brühl in der Intendantur der Königlichen Schauspiele, die Aufführung dennoch durch. Am 15. Mai 1838 wurde der Faust zum erstenmal gegeben. Varnhagen schrieb über diese erste Vorstellung in sein Tagebuch:

„Mittwoch, den 16. Mai 1838.

„Die gestrige Vorstellung des „Faust" macht großen Lärm und wird allgemein besprochen. Die Vornehmen und Frommen sind verletzt und aufgebracht durch manches Wort, das auf sie gefallen, und das vom Publikum lebhaft goutirt worden ist. Der Hof hat das Flohlied sehr unanständig gefunden, die ganze hohe Welt ist voll dumpfer Unzufriedenheit. Warum kam der Hof zu dergleichen! Es war allerdings vieles beißend und schlagend, hauptsächlich durch solche Gegenwart. Da sie nun doch nicht geradezu den ganzen „Faust" von Goethe zu verwerfen wagen, so muß Seydelmann um so mehr herhalten, er habe die Sache, heißt es, so arg und gemein gemacht. Man ist der Meinung, dergleichen sollte nicht oft wiederholt, sondern in der Stille wie-

der beseitigt werden. Ich sehe schon, die Sache fällt!

Seydelmann hat sich allerdings vergriffen, die Rolle nicht fein und elegant genug gehalten, sich selber viel zu widrig angethan. Aber unser ganzes Schauspielwesen steht nicht auf der Höhe solcher Dichtungen. Auch Shakespeare wird jedesmal verhunzt. — Seydelmann hat zu sehr für den Sinn, zu wenig für die Phantasie gespielt. Beim „Faust" muß nothwendig die Phantasie der Zuhörer mit in Thätigkeit gebracht, daß Meiste nur angedeutet, nicht aber gezeigt werden. Das versehen unsere Schauspieler fast immer, auch Seydelmann fehlte diesmal hierin."

Das strenge Urtheil, welches Varnhagen über Seydelmann fällte, wurde von vielen Seiten getheilt, während der größere Theil des Publikums in Entzücken über die wunderbare Leistung des größten damals lebenden deutschen Schauspielers schwelgte*).

Der heftigste Streit aber erhob sich im Publikum bei den spätern Vorstellungen über die Rolle des Gretchen. Zwei Rivalinnen in der Gunst der Theaterbesuchenden theilten sich in diese Rolle und spielten sie abwechselnd, Clärchen Stich, die Tochter der Madame Crelinger aus erster Ehe, und Charlotte von Hagn.

Clare Stich bezauberte durch ihre frische Jugend, ihre sanfte, melodische Stimme, durch den Hauch der Unschuld, der auf ihrem ganzen Wesen ruhte: sie war ganz das Gretchen, wie der Dichter es gedacht haben mußte — Charlotte von Hagn dagegen riß durch die Vollendung ihres Spiels, durch die Macht ihrer Leidenschaft fort.

Welcher von Beiden sollte die Palme des Sieges ertheilt werden!? Beide waren entzückend, für Beide erhob sich die Schaar der begeisterten Verehrer in der Kritik, sowohl der gedruckten als der ungedruckten, bis endlich eine Art von Vertrag zu Stande kam. Man einigte sich darüber, daß Clara Stich in den ersten Akten als das unschuldige Gretchen, Charlotte von Hagn dagegen in der Wahnsinnsscene unübertrefflich sei.

Dieselbe Begeisterung, mit der die Berliner die neuen Stücke begrüßten, widmeten sie auch den Personen der Schauspieler und Schauspielerinnen. Waren diese früher von dem vorurtheilvollen Volke als unehrlich betrachtet worden, so schlug damals die Volksstimmung in das andere Extrem über, man machte halbe Götter aus ihnen.

Die Damen, selbst die der vornehmen Welt, kleideten sich nach dem Geschmacke berühmter Sängerinnen, die Männer ahmten den Sitten und Gewohnheiten hervorragender Schauspieler nach und diese erhielten hierdurch einen unberechenbaren Einfluß auf das gesammte Berliner Leben.

Als Ludwig Devrient, der Unvergeßliche, im Jahre 1815 nach Berlin kam, sammelte er schnell einen geistreichen Freundeskreis um sich, dessen Mitglieder allen Ständen angehörten. Devrient und der Kammergerichtsrath Hoffmann, der Verfasser der Serapionsbrüder, der Phantasie-Stücke und des Kater Murr saßen allabendlich in der Weinstube von Lutter und Wegener am Gens-d'armenmarkt, hier bildeten sie den Mittelpunkt der geistreichsten und originellsten Gesellschaft, welche Berlin wohl jemals besessen hat.

Der Wein floß in Strömen; bis tief in die Nacht hinein wurde gezecht und dennoch feierte die lustige Gesellschaft keine Orgien, und jeder, der an dem Gelage Theil genommen hatte, brachte Abends außer dem Rausch doch noch ein gutes Theil gewonnener Erkenntniß mit nach Hause.

Die Weinstube von Lutter und Wegener wurde durch Devrient und Hoffmann hoch berühmt, sie zog mit zauberischer Gewalt die geistreichen Köpfe der Residenz an. Kein Fremder von bedeutendem literarischen oder künstlerischen Namen durfte nach Berlin kommen, ohne zu Lutter und Wegener zu gehen, und jeder, der zugelassen wurde zu der genialen Tafelrunde, rühmte sich dessen mit Stolz und Freude. Aber auch diejenigen, die nur von fern der Unterhaltung lauschen durften, freuten sich dessen und trugen die erbeuteten Witze und Gedankenspähne, den Abfall des berühmten Kreises, in die Berliner Gesellschaft, in der sie mit Bewunderung nacherzählt wurden.

Ein Zeitgenosse giebt uns in den „vertrauten Briefen über Preußens Hauptstadt" folgende Schilderung Devrient's und jener berühmten Gesellschaft.

„Für Berlin begann nun das Zeitalter Lutter und Wegener, halb Materialismus, halb Spiritualismus, Hoffmann und Devrient wurden die Repräsentanten desselben; um sie versammelte sich eine Societät des Champagners und der Phantasie in jenem berühmten Wirthshause am Gens'darmenmarkt; die beiden mephistophelichen Gestalten mit den langen, hagern Gesichtern und den scharfen ausgeprägten Phantasiezügen, der Eine mit den kleinen grauen Augen des Kater Murr, der Andere mit den glänzenden großen Feuerkugeln, den beiden laternis magicis, in welchen sich Shylok, Franz Moor und Lear die Hand boten, waren der Wendepunkt einer neuen Berliner Aera. Die Hasenheide war vergessen, die Poesie spukte in Hoffmann's Schriften und auf dem Hoftheater; denn Hoffmann und Devrient waren ein paar Nachtgestalten, ein paar lebendige Seitenstücke in Callot's Manier, poetische Gespenster, elektrische

---

*) Ich habe Seydelmann auch als Mephisto gesehen. Er wird mir stets unvergeßlich bleiben. Eine Kunst-Kritik vermochte ich freilich nicht an das Spiel des Meisters anzulegen. ich war noch zu jung, zu unerfahren, noch zu wenig literarisch durchgebildet. Wohl aber erinnere ich mich, daß mir wochenlang nach der Vorstellung, im Wachen und im Träumen, das Bild dieses diabolischen Mephisto vorschwebte, daß ich, so oft es mein ziemlich karges Taschengeld erlaubte, wieder und immer wieder den Faust sah, der mit jeder neuen Vorstellung einen erhöhten, bezaubernden Reiz auf mich gewann.

Phänomene. Ihr Materialismus bei Lutter und Wegener war die Bedingung ihres Spiritualismus an dem Schreibtisch und auf der Bühne; Hoffmann mußte seine Phantasie durch Champagner zu jenem Irrlichtsglanze steigern, der seine Dichtungeu färbt; Devrient mußte im Champagner die Außenwelt abspülen, um sich ganz und gar seinem Genius überlassen zu können, der dann eine Dichtung der Darstellung schuf, die weit über diese Welt hinaus lag, da, wo Hölle und Himmel an einander streifen und sich Engel und Teufel bedrohen. Devrient ließ sich nie definiren, sondern nur fühlen, er war eine Welt voll romantischer Dämonie, er beschwor Geister auf die Bühne, die man nie geahnt hatte, er war, was seine Kunst betrifft, der personificirte Ausspruch Shakespeare's: „Es giebt Dinge zwischen Himmel und Erde, wovon sich unsere Philosophie nichts träumen läßt."

Was Devrient der darstellenden Kunst war, das war Hoffmann der Literatur. Subjektiv, wie jener, gab er sich seiner Phantasie hin. Wenn Devrient durch den darzustellenden Charakter in etwas an die Welt gehalten wurde, an die Objectivität, an das Leben, so verlor sich Hoffmann ganz und gar in seinen Phantasmagorien, nachdem er Abends den juristischen Aktenstaub in Champagner abgespült hatte und nun gereizt und magnetisirt nach Hause schritt durch die öden Gassen, auf welchen die Mitternacht ruhte, durch die langen steinernen Häuserreihen, jenem alterthümlichen Gebäude in der Spandauerstraße an der Ecke der Königsstraße vorüber, das ihm Stoff zu einer Dichtung bot. Er setzte sich an den Schreibtisch, in Nacht und Nebel aufgelöst, in mephistophelischer Verklärung und ließ seine „Serapionsbrüder" erzählen.

Devrient und Hoffmann fanden sich Einer in dem Andern. Man behauptet, dieser habe außer dem großen Kater, der sein steter Gesellschafter war, keinen innigeren Freund gehabt, als jenen großen Mimen. Als aber Hoffmann endlich seiner Phantasie erlag, und Devrient verlassen und allein bei Lutter und Wegener saß, da zog es ihn häufig hinaus zu dem Grabe des Freundes und er trank daselbst mit dem Schatten Hoffmann Champagner wie einst mit dem leibhaftigen, und die frühere Zeit umrauschte ihn; er hörte nicht auf zu trinken, bis er aller ihrer Phantasien habhaft wurde und in heilige Erinnerungen versank. Dann nahm sich der Todtengräber seiner an, und ließ ihn in seinem Hause den Rausch ausschlafen.

Devrient war der dramatische Hoffmann, Hoffmann war der literarische Devrient; beide lernten von einander und hörten und sahen sich beim Weinglase die Phantasie ab. Natürlich mußte Devrient durch die gewaltsame Vernichtung seines irdischen Theils, welche er einen Tag wie alle vornahm, am Ende das physische Leben lähmen und der Auflösung entgegen führen. Die Mittel, die er zur Restauration des Körpers anwandte, die Schläge der Elektrisirmaschine, denen er sich jeden Morgen preisgab, um das Nervensystem bei einiger Kraft zu erhalten, konnten für die Länge keine Hilfe bieten; sein Körper konnte dem Geiste nicht mehr Gehorsam leisten. Aber Devrient war vielleicht der einzige Schauspieler, der selbst ohne Arme und Füße ein großer Künstler geworden wäre. In seinem Auge vermochte er die ganze Darstellung am ganzen Körper zu concentriren und das bewirkte denn auch noch in der letzten Zeit seiner Kunst eine Vollendung in ihm, die alle Mängel übersehen ließ. Gerade zur rechten Zeit seines Ruhms wurde er abgerufen."

Ludwig Devrient übte einen weitreichenden Einfluß aus, aber nur auf die Männerwelt und zwar gerade auf die geistreichsten und genialsten Elemente derselben, Henriette Sontag aber, die schöne Henriette, die göttliche Henriette, so wurde sie allgemein genannt, bezauberte Männer und Frauen gleichmäßig.

Der Sontag-Enthusiasmus wurde eine förmliche Krankheit der Berliner jener Zeit. Auch heutzutage finden berühmte Sängerinnen feurige Anbeter, ihre Photographien hängen an allen Kunstläden und werden eifrig genug gekauft, aber der Enthusiasmus, der für die Größen unserer Tage vom kunstliebenden Publikum an den Tag gelegt wird, bietet nun einen schwachen Abklatsch der Begeisterung, welche damals in allen Ständen, in ganz Berlin, für die göttliche Henriette herrschte.

Die Marmor- und Alabasterbüsten der berühmten Sängerin, ihre Bilder in Kupferstich und Lithographie waren ein glänzender Handelsartikel, denn Jedermann kaufte sie. Wie auf dem Schreibtische des Königs die Marmorbüste der Sontag neben der der Fürsten von Liegnitz stand, so schmückte das Bild der Sängerin in billiger Lithographie die einfache Stube des Handwerkers.

Die Triumphe, welche Henriette Sontag auf dem Theater feierte, übertrafen Alles, was man bisher in Berlin erlebt hatte, sowohl in jener Zeit, als sie auf dem Königsstädtischen Theater bei jeder Vorstellung das Haus bis auf den letzten Platz füllte, als später bei den Gastrollen, welche sie im Opernhause gab.

Nicht ganz so glänzend als die Erfolge der Sontag waren auch die anderer berühmter Sängerinnen und Sänger, Schauspielerinnen und Schauspieler.

Nicht nur die Darstellungen der Künstler, auch das Privatleben derselben beschäftigte die Berliner jener Zeit auf das angelegentlichste. Wie Henriette Sontag sich kleidete, wie oft sie badete, welche Essenzen sie in ihr Waschwasser mischte, dies alles waren Gegenstände von höchster Wichtigkeit. Von einem Theaterzank hinter den Coulissen zwischen zwei berühmten Schauspielerinnen wurde in der Berliner Gesellschaft mehr und länger gesprochen, als von den wichtigsten Staatsangelegenheiten.

Die Theaterscandal-Geschichte gewann dadurch eine Bedeutung, welche sie heutzutage längst ver-

loren hat. Ein solcher Theaterscandal ist sogar von geschichtlicher Wichtigkeit geworden, weil er eine höchst denkwürdige Kabinets-Ordre des Königs, die niemals vergessen werden sollte, hervorgerufen hat.

Der Schauspieler Stich war schon seit langer Zeit eifersüchtig auf seine Frau, die er in dem Verdacht hatte, sie begünstige die allzustürmischen Huldigungen eines Offiziers, des Lieutenant von Blücher im 1sten Husaren-Regiment.

Als Stich eines Tages früher als er erwartet werden konnte, nach Hause kam, traf er auf der Treppe den Offizier, der eben aus der Wohnung des Schauspielers kam. Stich mochte um so mehr den Verdacht haben, daß die Absichten des Herrn von Blücher keine lauteren gewesen seien, da der Besucher nicht die Uniform, sondern Civilkleider trug.

Es gab eine stürmische Scene. Lieutenant von Blücher griff, so hat er wenigstens später bei der Untersuchung behauptet, um sich vor thätlichen entehrenden Mißhandlungen zu schützen, zu einem Dolch, den er bei sich führte, und stieß mit demselben den beleidigten Ehemann nieder.

Das traurige Ereigniß machte ein furchtbares Aufsehen in Berlin, es erregte die tiefste Entrüstung, die auch durch die Verurtheilung des Lieutenant von Blücher zu dreijährigem Festungsarrest nach einem Erkenntniß des Kriegsgerichts nicht besänftigt wurde, denn die gelinde Strafe widersprach dem Rechtsgefühl des Volkes.

Auch König Friedrich Wilhem III. theilte die Ansicht der Berliner, auch er fand die Strafe dem Verbrechen nicht angemessen, und sprach dies durch folgende denkwürdige Kabinets-Ordre aus:

„Ich habe das Kriegsgerichts-Erkenntniß, welches den Lieutenant von Blücher des 1sten Husaren-Regiments wegen Verwundung des Schauspielers Stich durch einen Dolchstoß zu einem 3jährigen Festungsarrest verurtheilt, heute bestätigt, obwohl die Schwere des Verbrechens gesetzlich eine weit härtere Strafe verdient hätte. Wenn jedoch die Mehrzahl der Mitglieder des Kriegsgerichts den Beweggrund, von der Strenge des Gesetzes abzugehen, daraus hergenommen hat, daß der Lieutenant von Blücher sich bei dem Vorfall im Stande der Nothwehr befunden habe, indem er von dem Schauspieler Stich in seiner Verkleidung erkannt und angegriffen, sich seines Dolches um so mehr habe bedienen müssen, als ihm bei seinem schwächlichen Körper kein anderes Mittel zur Erhaltung seiner Ehre übrig geblieben sei, so kann ich nur dieser unrichtigen und höchst verdammungswürdigen Ansicht um so mehr Mein lebhaftes Mißfallen zu erkennen geben. — Ich will nicht, daß die Offiziere Meiner Armee die Aufrechterhaltung der Würde des Standes in der blutigen Erwiderung selbstverschuldeter Beleidigungen suchen, sondern ich fordere von ihnen, daß sie dieselbe durch ein anständiges und sittliches Betragen und durch Unterlassung von Handlungen bewähren, die nach den Gesetzen der Moral und der Ehre gleich verwerflich sind. Ich trage Ihnen auf, dieses der Armee bekannt zu machen und bemerke dabei, daß es schmerzlich ist, durch diese Veranlassung einen gefeierten Namen auf solche Weise berührt zu sehen."

Madame Stich war bisher sowohl als Mädchen (Fräulein Dühring), als nach ihrer Verheirathung mit dem Schauspieler Stich, der Liebling des Publikums gewesen, lange Zeit aber dauerte es, ehe sie wieder auftreten konnte. Durch ihr meisterhaftes Spiel versöhnte sie endlich die in ihrem Gefühl tief gekränkten Berliner mit der Vergangenheit.

Nicht so tragisch endete eine andere spätere Theaterscandal-Geschichte, welche ihrer Zeit ebenfalls ganz Berlin in Aufregung versetzte. Wir greifen sie aus der großen Zahl anderer zur Charakteristik des damaligen Theaterlebens heraus.

Clara Stich und Charlotte von Hagn waren, wie erwähnt, Rivalinnen in der Gunst des Publikums, sie haßten sich deshalb auch so gründlich, wie zwei Schauspielerinnen sich nur zu hassen vermögen. Einst sollte Hermann und Dorothea gegeben werden und Charlotte von Hagn in dem Stück die Titelrolle spielen. Sie befand sich nicht ganz wohl und meldete sich krank in der Hoffnung, daß der Theaterzettel eine Aenderung erfahren werde. Zu ihrem höchsten Verdruß aber vernahm sie, Clara Stich habe sich erboten, die Rolle der Dorothea zu spielen, das Stück war deshalb nicht abbestellt worden.

Sie entschloß sich, auf die Gunst des Publikums bauend, zu einem kühnen Schritt. Ohne Rücksicht auf ihre Krankheit zu nehmen eilte sie nach dem Theater und plötzlich erschien sie im vollen Kostüm hinter den Koulissen, als eben das Stück begonnen hatte.

Clara Stich wollte sich die Rolle nicht nehmen lassen, die Hagn forderte sie als die ihrige. Zwischen beiden Schönen entspann sich ein Streit, der so laut geführt wurde, daß die wenig melodischen Töne der Zankenden sogar im Publikum gehört wurden.

Das sanfte Clärchen vertheidigte mit Kraft sein Recht, die leidenschaftliche Charlotte forderte mit stürmischer Energie das ihrige. Der vor dem versammelten Schauspiel-Personal begonnene Zank wurde mit rücksichtslosester Heftigkeit geführt. Im Publikum erzählte man später von einer Ohrfeige, von zerkratzten Wangen und zerzausten Frisuren.

Für den Augenblick wurde der Streit durch die Energie der Madame Crelinger beigelegt, welche für ihr Töchterchen den Sieg durch schnelle Besonnenheit errang — sie schob im richtigen Augenblick Clara Stich auf die Bühne.

Die besiegte Charlotte von Hagn war darüber so außer sich, daß sie in Ohnmacht sank und wirklich ernstlich krank wurde. Mehrere Wochen lang vermochte sie nicht aufzutreten.

Der hinter den Koulissen geführte Kampf fand im Publikum seine Fortsetzung, er wurde in allen seinen Details und gewiß auch mit vielen Ueber-

treibungen erzählt. Die Verehrer der Hagn rüsteten sich, um ihr bei ihrem ersten Wiederauftreten einen namenlosen Triumph zu verschaffen, dagegen aber schaarten sich die Freunde der schönen Clara zusammen, um die Huldigung der Hagn, welche eine Niederlage für Clara Stich gewesen wäre, zu nichte zu machen.

Endlich erschien der erwartete Tag. Der „Ball zu Ellerbrunn" sollte gegeben werden und Charlotte von Hagn zum ersten Mal nach ihrer Krankheit auftreten. Der Kampf der beiden feindlichen Parteien konnte beginnen.

Das Theater war völlig ausverkauft. An jenem Tage war selbst die Gallerie mit dem vornehmsten Publikum besetzt. Glücklich pries sich derjenige, der überhaupt ein Billet erhalten hatte, wenn es auch nur eins zum Olymp war, wenn er es auch mit Gold hatte aufwiegen müssen.

Bis zum Auftreten der Erwarteten ging es ziemlich ruhig im Theater zu, als aber Charlotte von Hagn die Bühne betrat, erhob sich ein Sturm, wie er vielleicht im Königlichen Theater zu Berlin nicht vorher und gewiß auch nicht später gehört worden ist.

Donnerndes Beifallklatschen, Jubelgeschrei, Zischen, Pfeifen und Pochen wirrten durcheinander. Die geängstigte Schauspielerin verbeugte sich demüthig. Sie wollte sprechen, man sah die Bewegung ihrer Lippen, aber in dem fürchterlichen Lärm war kein Ton zu vernehmen. Erst nach Minuten legte sich der Sturm, aber er begann von Neuem, als die Verehrer der Hagn die gewonnene Ruhe benutzen wollten, um durch Beifallklatschen ihre Huldigung darzubringen. Das Pfeifen, Zischen und Toben dauerte fort, bis die zur Verzweiflung getriebene Schauspielerin auf den Knieen mit flehender Geberde Abbitte leistete.

Jetzt endlich waren die Gegner wenigstens halb versöhnt; sie schwiegen. Charlotte von Hagn konnte ihr Spiel beginnen. In der ersten Scene war sie etwas befangen, als aber reicher Beifall sie ermunterte, den nur wenige Zischer zu unterbrechen wagten, faßte sie Muth. Mit bewunderungswürdiger Geisteskraft überwand sie die Aufregung, in welche sie der stürmische Empfang gesetzt hatte, sie bot den ganzen Schatz ihres reichen Talentes auf — nie hat sie glänzender gespielt, nie einen gewaltigeren Erfolg errungen als an jenem Abend.

Alle Gegner waren versöhnt. Als der Vorhang fiel, wurde mit einstimmigem, donnerndem Beifall die Künstlerin beehrt. Sie erschien; jetzt wollte der Beifall kein Ende finden! Selbst die eifrigsten Verehrer der Clara Stich wagten nicht mehr ein Zischen laut werden zu lassen, sie hätten sicherlich durch ein Zeichen des Mißfallens sich den schwersten Gefahren ausgesetzt.

Die tief bewegte Schauspielerin wurde mit Blumensträußen und Kränzen fast überschüttet und als schon längst der Vorhang wieder gefallen war, dauerte noch immer das stürmische Klatschen fort.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Das königliche Theater. — Iffland's letzte Zeit. — Graf Brühl und sein Wirken. — Der Brand des Schauspielhauses. — Das neue Schauspielhaus. — Brühl und Schinkel. — Graf Redern und seine Verwaltung.

Das Berliner Theater hatte in den letzten Jahren unter Iffland's Direktion viel von seinem alten Glanz verloren. Iffland war kränklich geworden, er hatte seine Kraft in der schweren Zeit der französischen Fremdherrschaft, die der Fortbildung des Theaters so ungünstig wie möglich war, aufgerieben, und so besaß er denn in seinen letzten Lebensjahren nicht mehr die Frische und Energie, welche nöthig gewesen wäre, um die zahllosen Schwierigkeiten, welche sich gerade damals ihm entgegenstellten, zu überwinden. Er blieb zwar bis zu seinem letzten Auftreten der große Schauspieler, der in manchen Rollen nicht wieder erreicht worden ist, aber seine Direktion ließ sowohl in der Auswahl der Stücke*) als in der

*) Wenn sich auch nicht verkennen läßt, daß die Auswahl der Stücke in den letzten Jahren der Iffland'schen Direktion vielfache Angriffe rechtfertigt so müssen wir doch, um gerecht zu sein, auch die Hindernisse aller Art in's Auge fassen, welche einer besseren Auswahl im Wege standen. Iffland mußte nach allen Richtungen hin Rücksichten nehmen, Rücksichten auf den damaligen Geschmack des Publikums, auf die schwache Theaterkasse auf die politische Strömung und auf die Wünsche der Polizei. Wie kleinlicher Art oft die letzteren waren, dafür giebt uns das Schicksal eines Stückes, welches später ein beliebtes Zugstück wurde, während Iffland es zurückweisen mußte, ein Beispiel.

Wolff's Preciosa wurde abgewiesen, weil in dem Stücke eine räuberische Zigeunerbande spielte, und weil gerade in jener Zeit in Berlin eine Mordbrennerbande im Untersuchungsgefängniß saß, deren Häupter bald darauf hingerichtet wurden. (II. 89.) Iffland schrieb deshalb hierüber an Wolff:

„Die Mordbrennerbande, welche seit drei Jahren bis dicht vor die Stadt gebrannt und geraubt, ja in einer Woche zwei Dörfer nahe vor Berlin angezündet hat, sitzt 130 Personen stark, hier auf der Hausvoigtei.

„Der Prozeß dieser Menschen, welche sich Ehrentaschen ꝛc. zubilligten, und sehr verschmitzte charakteristische Menschen sind, interessirt aus mehreren Gründen, je nach Verschiedenheit der Menschen, mehr oder minder, doch allgemein. Besonders aber interessirt die Hauptsünderin, die schöne Luise, ein Mädchen, die aus Kinderfett Brandlichter machte, und kalten Blutes alles anlegte, die Neugier. Es giebt Menschen, die ihre verbrecherische Naivität — oder wie ich es sonst nennen soll — frappirt. Andere werden von ihrer Schönheit angezogen, Alle beschäftigt sie; Viele verlangen für sie das Unfeuer, Andere ihre Freisprechung wegen ganz mangelnder Bildung.

„Genug der Umstand der Bande und der schönen Luise forderte von mir die Einreichung des Stückes, dessen Darstellung ich, bei der Lage der Dinge, nicht allein übernehmen konnte. Die Antwort, wie

Energie der Geschäftsführung und in der Ausstattung viel zu wünschen übrig.

Da er stets mit dem Defizit in der Theaterkasse kämpfen mußte, hatte er sich endlich daran gewöhnt, dem Geschmack des Publikums gar zu sehr nachzugeben und solche Stücke zur Aufführung zu bringen, bei denen auf eine gute Einnahme gerechnet werden konnte. Zu diesen gehörten besonders die Machwerke Kotzebue's, von denen wir schon früher gesprochen haben; auch seine eigenen Arbeiten und solche Stücke, in denen er selbst eine dankbare Rolle hatte, begünstigte Iffland mehr als billig.

Der Direktor einer großen Bühne hat, wenn er selbst Schauspieler ist, Rücksichten zu nehmen, welche einem Intendanten fremd bleiben. Er wird stets dem Argwohn der unter ihm stehenden Schauspieler ausgesetzt sein, daß er bei der Vertheilung der Rollen nur an sich denke. Um sein Personal in guter Laune zu erhalten, muß er oft zu nachsichtig sein, weil Strenge ihm leicht falsch ausgelegt werden könnte.

Auch Iffland mußte diese Erfahrung machen, und da außerdem auch Krankheit seine natürliche Energie abschwächte, ging es auf der Königlichen Bühne in Berlin oft ziemlich bunt zu.

Das Theater kam in Verfall, besonders die Oper, für welche Iffland kein besonderes Interesse fühlte. Auch die Ausstattung der Stücke war oft jammervoll genug, denn Iffland legte darauf nur einen geringen Werth.

Der zum Nachfolger Iffland's im Jahre 1815 als General-Intendant der Königlichen Schauspiele ernannte Graf Brühl hatte keine leichte Aufgabe, als er sein Amt antrat. Die Ernennung eines vornehmen Kavaliers zum Intendanten erregte Anfangs in manchen Kreisen des Berliner Publikums Unzufriedenheit. Man gedachte Iffland's mit Liebe und glaubte das Schauspiel könne nur gedeihen, wenn ein tüchtiger Schauspieler als Direktor an der Spitze desselben stehe, denn nur ein Künstler könne sich hineindenken in die Seele der Künstler, nur er vermöge die technischen Schwierigkeiten der Aufführung zu verstehen und zu überwinden. Man fürchtete, der frühere Offizier und Kammerherr werde durch militärisches Regiment den frischen Geist der ihm untergebenen Schauspieler ertödten.

Graf Brühl zeigte bald genug, daß alle diese Befürchtungen grundlos waren. Er führte allerdings eine etwas strengere Ordnung auf der Bühne ein; die aber that auch wirklich Noth und sie wirkte nicht schädlich, sondern höchst wohlthätig.

Vor Allem war er bestrebt, die vernachlässigte, äußere Ausstattung des Theaters wieder zu heben und sie des Kunsttempels der preußischen Residenz würdig zu machen*).

Durch Iffland's Tod war unter die Zahl der Schauspieler eine tiefe Lücke gerissen. Graf Brühl füllte sie aus, indem er Ludwig Devrient, den größten deutschen Mimen, mit dem schon Iffland Unterhandlungen angeknüpft hatte, für die Berliner Bühne gewann.

Während seiner ganzen Verwaltung war Graf Brühl bemüht, die tüchtigsten Kräfte des Schauspiels und der Oper zum Berliner Theater heranzuziehen. Er engagirte das Wolff'sche Ehepaar, die Milder, Eduard Devrient, Bader, Krüsemann, Weiß, Franz, Louis Schneider, Fräulein von Schaetzell, Stawinski und andere tüchtige Künstler und Künstlerinnen, außerdem suchte er durch Einladung der besten Kräfte des Schauspiels und der Oper zu Gastspielen in Berlin dem kunstliebenden Publikum in der Residenz die ersten Größen der gesammten deutschen Bühne vorzuführen.

Auch das Repertoir war Graf Brühl bestrebt, nach bester Kraft zu erweitern und zu verbessern. Der Hofrath Teichmann, der langjährige, treue Mitarbeiter Brühl's, berichtet darüber:

„Calderon's Werke: „Der standhafte Prinz", „Das Leben ein Traum", „Der Arzt seiner Ehre", Moreto's „Donna Diana" wurden zuerst gegeben. Mit den „Brüdern" des Terenz und den „Gefangenen" des Plautus wurden am 6. Oktober 1815 und am 21. Juni 1816 der erste Versuch der Masken gemacht. Der Kreis der Shakespeareschen Dramen wird durch „Heinrich IV., I. und II. Theil", „König Johann", „Richard", „Was ihr wollt", „List und Liebe", „Weiber von Windsor" 2c. erweitert. Arbeiten unserer besten Dichter als Goethe, Z. Werner, H. v. Kleist, Körner, Müllner, Oehlenschläger, Raupach, Grillparzer, Houwald, Schenk, Fouqué, Robert, Auffenberg, sowie die ersten Gaben jüngerer, in dieser Zeit aufblühender Talente, als Holtei, W. Alexis, M. Beer, Maltitz und Uechtritz, wurden auf das Freudigste begrüßt.

---

es gewöhnlich geht, hat sich verzögert, und ist unterm 21. Juni verneinend ausgefallen.

„Ich darf Ihnen nicht erst sagen, wie unangenehm mir das ist, da es mir eine Angelegenheit ist, Sie zu verbinden, und Ihnen so viel nur an mir ist, Beweise der Achtung zu geben, welche ich für Sie und Ihre liebe Gattin empfinde.

„Sie denken zu rechtlich und empfinden zu zart, als daß Sie bei einem solchen Anlaß Sich nicht ganz in meine Lage denken sollten, und in die Eigenthümlichkeit meiner Art zu denken.

„Dieses ist, was mich einigermaßen beruhigt, indem ich so ganz gegen Wunsch und Willen das Manuscript der Preciosa in Ihre Hände zurückgeben muß.

*) „In Bezug auf Decorationen gereichte der Bühne die innige Freundschaft des Grafen mit dem Ober-Baudirektor Schinkel zum ersprießlichsten Vortheile. Wir wollen nur an die Aufführung der Zauberflöte erinnern, wo wirklich wie durch einen Zauberschlag die ersten, nach Schinkel's Ideen von seinem Schüler Carl Gropius ausgeführten Dekorationen an's Licht traten; desgleichen an die Jungfrau von Orleans. Aus Teichmann's literarischem Nachlaß.

Den Reigen der musikalischen Feste eröffnet Mozarts's „Zauberflöte", Gluck's „Alceste", „Armide" und „Iphigenia", Beethoven's „Fidelio", Hoffmann's „Undine", Spohr's „Jessonda", Cherubini's „Abencerragen", Meyerbeer's „Emma von Rodburg", Auber's „Maurer", „Der Schnee", Boildieu's „Weiße Dame", folgten; Spontini's Opern gingen mit allem Glanze in Scene, Rossini ließ sich in „Tankred", „Othello", im „Barbier von Sevilla", in der „Diebischen Elster" und „Elisabeth" hören. Auch die Kunst des Tanzes wurde gepflegt. Mit einem Wort: kein dramatisches Produkt von entschiedenem Werthe, insofern es nur irgend darstellbar war, blieb dem Publikum fremd."

Zu den gewaltigen Schwierigkeiten, mit denen Graf Brühl zu kämpfen hatte, und welche er glücklich überwunden hat, um dem Berliner Theater einen weltberühmten Ruf zu verschaffen, kam noch eine, die größte von allen, der Brand des Schauspielhauses.

Am 28. Juli 1817 war in dem alten Hause mit dem neuen Schauspiel von Kotzebue „Der kranke Mann und die vornehmen Leute" die Reihe der Vorstellungen geschlossen, denn am folgenden Tage ging das Theater in Flammen auf.

Das Feuer entstand während der Probe der Räuber. In dem literarischen Nachlaß Teichmann's finden wir folgende, dem Tagebuch des Schauspielers Ferdinand Rüthling entnommene Schilderung jenes unglücklichen Ereignisses.

„Dienstag, den 29. Juli 1817, Mittags 12 Uhr, war Probe von den „Räubern". Paulmann vom Theater zu Riga sollte den Franz Moor spielen. Es war 10 Uhr, da kam mein Freund Carlsberg, der seit 14 Tagen engagirt war, und besuchte mich auf dem Direktionszimmer, wo er bis 12 Uhr blieb. Herr Unzelmann, der als Regisseur die Probe leitete, klingelte zum Anfang der Probe. Da ich den Daniel zu spielen hatte, so ging ich mit Carlsberg zur Probe hinab, die auch 5 Minuten nach 12 Uhr ihren Anfang nahm. In der zweiten Scene des 5. Akts, denn nur dieser wurde probirt; da die ersten Akte einige Tage vorher probirt waren, habe ich die Worte zu sagen: „Eilt, helft, rettet, gnädiger Herr, das ganze Schloß steht in Brand!" Als diese Worte gesagt waren, fehlte Herr Bessel, und es war daher nöthig, sie zu wiederholen. Es geschah; doch hatte ich kaum die Worte gesagt, so fiel durch die Oeffnung, wo die Krone hing, ganz langsam ein Funken Feuer in's Parterre, gerade vor Herrn Maurer's Vater nieder, der zufällig die Probe mit ansehen wollte. Es sehend, so wie wir alle, rief er: „Hier aber muß es brennen! Feuer! Feuer!"

„Ich warf meinen Blick auf das Amphitheater, und gewahrte, daß beide Luftöffnungen desselben glühroth waren, von da gleitete mein Blick in die Höhe, und ich sah, daß der große Vorhang im Proscenio in vollen Flammen stand und herabzufallen drohte. Maurer Sohn rief: „Fort zur Maschinerie!" und einige Statisten folgten ihm den Weg, bei der Gitterloge vorbei, zur Maschinerie. Ich hörte nur noch Herrn Unzelman rufen: „Ruhig, Kinder, den Kopf nicht verloren! nicht zu laut, vielleicht können wir es so dämpfen." Ich lief nun den Gang entlang an den Damengarderoben vorbei und so die Treppen hinauf bis zu meiner Garderobe, die dicht an der Maschinerie lag. Hier fand ich die Maschinenthür angelehnt und riß dieselbe auf, um hinauf zu eilen, aber ein furchtbar schwarzer, heißer und alle Luft benehmender Qualm stürzte mir entgegen, so daß ich meine Begleiter nicht mehr sehen konnte, die ich auch nicht zu nennen weiß, denn ich bemerkte nur auf der Treppe, daß Carlsberg und Rehfeldt hinter mir waren. Im ersten Augenblicke taumelte ich zurück, aber schnell kehrte die Besinnung wieder, und nun bemühte ich mich, meine Garderobenthür zu sprengen, was mir aber, trotz wiederholter Anstrengungen nicht gelingen wollte, da ich nur Schuhe angezogen und also nicht die nöthige Kraft im Absatz hatte. Während dieser Bemühungen wurde es Nacht um mich und die Luft so heiß und drückend, daß mir der Athem verging, ich griff daher zum Geländer der Treppe, fühlte mich glücklich hinunter, und stürzte in mein Arbeitszimmer, um dort aus den anliegenden Zimmern zu retten, was ich konnte. Ich kehrte den großen Holzkorb um, warf alle Papiere aus meinem Schreibpulte hinein und trug ihn in das vordere Zimmer, wo ich mein Bücherspind öffnete und an Büchern hineinwarf, was ich vermochte. In dieser Arbeit fand mich der Logenschließer Heyne, der sich erbot, mir zu helfen, was ich mit Freuden auch annahm und ihm auftrug, noch mehrere Bücher einzupacken, derweilen ich in die hintern Zimmern eilte, um nach unserm Direktionsbuche zu greifen. Als ich eintrat, war es hier Nacht geworden, denn der verderbliche Rauch hatte sich den Gang entlang bis in die offen stehenden Zimmer verbreitet, auch war er durch die offen stehenden Fenster eingedrungen, so daß ich Herrn Esperstedt im Zimmer kramen hörte, aber nicht sah und so geschah es, daß ich gegen einen Menschen lief und ihm, ohne ihn zu erkennen, das unter seinem Arm tragende Direktionsbuch entriß, welches ich am Gefühl erkannte und nur später erfuhr, daß es der Druckerbursche, mit einer Korrektur zu mir wollend, war, der auch zur Rettung von Papieren zu Herrn Esperstedt geeilt war, welcher ihm das Buch zugesteckt hatte. Ich eilte nun, das Schnupftuch vor den Mund haltend, zurück, um den Korb zu retten, fühlte mich auch bis dahin zurecht, aber Heyne hatte das Zimmer, den Korb stehen lassend, verlassen, weil er zu ersticken glaubte, denn Athem zu holen war unmöglich. Die Gefahr einsehend, bemühte ich mich, den Korb selbst zu retten, aber er war überfüllt und so schwer, daß ihn nicht bewegen, viel weniger tragen konnte. Jetzt war es die höchste Zeit, auf meine eigene Rettung bedacht zu sein, da

mein so lange angehaltener Athem mir die Brust zu sprengen drohte. Meinen Stock, der aus dem Korbe hervorragte, zog ich heraus und fühlte mich glücklich bis zur Treppe, die ich auch kaum hinunter war, als durch ein darüber befindliches Fenster, das zum Theater ging, die helle Flamme über das Treppengeländer schlug und so die noch im Zimmer Gebliebenen, wobei Herr Esperstedt war, verhinderte, die Treppe zu passiren; unfehlbar hätte dieser verbrennen müssen, wenn er nicht glücklicherweise den Schlüssel zum Konzertsaal bei sich gehabt, durch welchen er sich retten konnte. — — —

Sonderbar zeigte sich der Haß gegen die Juden abermals, denn noch am selbigen Tage hieß es in der Stadt, die Juden hätten das Schauspielhaus angezündet, weil sie im Stücke Abends vorher so mitgenommen worden. Am andern Morgen kam die traurige Bestätigung, daß der arme Carlsberg verbrannt sei. Wahrscheinlich war er oben im verfinsterten Gange erstickt, als er sich von der Maschinerie retten wollte. Erst am 7. August fand man einige Knochen und die halbverbrannten Eingeweide desselben.

Heute als am 11. August, Abends 7 Uhr, brennt der Schutt und die Kohlen noch ganz hell in den gewölbten Gängen. Die Gebeine des armen Carlsberg wurden von der Polizei in Empfang genommen und durch Aerzte besichtigt. Am 14. August, um 7 Uhr, versammelte sich die Gesellschaft in der Probstwohnung an der katholischen Kirche und geleitete von da aus die Ueberreste des unglücklichen Carlsberg zur Ruhe auf den katholischen Kirchhof.

Nach meiner Muthmaßung und Kenntniß des Hauses entstand das Feuer in der Gegend oder vielleicht in der Kronenkammer selbst, denn von dort aus wüthete das Feuer nach allen Seiten, und dies war auch die Ursache, daß wir auf dem Theater keinen Rauch bemerkten, weil er noch eine beträchtliche Höhe bis an's Dach und den Malerboden zu steigen hatte, sich also unbemerkt oben verbreiten konnte.

Die Entstehung des Feuers selbst ist bis jetzt unbekannt und gehen dieserhalb mancherlei Gerüchte, so viel ist gewiß, daß ein Theil unserer Maschinisten Vormittags bei einem unverdeckten Lichte gearbeitet und dieses vielleicht brennen gelassen, als sie die Maschinerie verließen."

Die Zerstörung des Schauspielhauses war zwar für die Residenz ein schwerer Verlust, der Energie des Grafen Brühl aber verdankten es die Berliner, daß die Theatervorstellungen ohne Unterbrechung fortgesetzt wurden. Im großen Opernhause wurden fortan Stücke jeder Gattung zur Aufführung gebracht

Der Bau eines neuen Schauspielhauses war für die preußische Residenzstadt eine unbedingte Nothwendigkeit. Friedrich Wilhelm III. gab deshalb schon im Jahre 1817 den Befehl zum Wiederaufbau. Die Zeichnungen verschiedener Künstler sollten ihm zur Prüfung vorgelegt werden. Viele Berliner und auswärtige Architekten sandten ihre Pläne ein, alle aber erwiesen sich unbrauchbar. Freilich war die Aufgabe keine leichte, denn der König hatte ausdrücklich befohlen, daß die stehen gebliebenen Umfassungsmauern des alten Hauses beibehalten werden sollten, und das in dem neuen für Räumlichkeiten gesorgt werden müsse, in denen Konzerte, Bälle und ähnliche Feste veranstaltet werden könnten; das Theater selbst sollte etwas kleiner als das frühere angelegt werden, damit es geeigneter für die Darstellung kleiner Opern, Schauspiele und Lustspiele werde.

Graf Brühl hatte natürlich bei der Auswahl der Pläne eine bedeutsame Stimme, ihm gelang es, dem Plane Schinkel's vor allen andern den Vorzug zu sichern.

Nach dem Schinkel'schen Plan sollte der Aufbau beginnen und schon am 4. Juli 1818 wurde der Grundstein mit den üblichen Feierlichkeiten gelegt. Im Jahre 1821 konnte, wie wir bereits erzählten, das herrliche neue Schauspielhaus eröffnet werden.

Im Jahre 1828 wurde Graf Brühl durch den Verlust seines ältesten Sohnes so schwer betroffen, daß er ernstlich erkrankte. Zum tiefen Bedauern aller Künstler und Kunstfreunde bat er den König um seine Entlassung, weil er nicht mehr die Kraft fühlte, sein schwieriges Amt ferner gedeihlich zu verwalten. An seine Stelle trat als General-Intendant der königlichen Schauspiele der Graf Wilhelm von Redern.

Graf Redern fand die Berliner Bühne im Zenith ihres Glanzes; ein Schauspiel, in welchem Ludwig Devrient, Rebenstein, Gern Vater und Sohn, Weiß, die Wolff, die Crelinger, eine Oper, in der Bader, die Milder, die Schulz, das Fräulein von Schaetzell und andere tüchtige Kräfte zusammen wirkten. Graf Redern hatte daher nur die Aufgabe, das was sein Vorgänger genial geschaffen, gewissenhaft zu erhalten, für die ausscheidenden Kräfte neue, gleichbedeutende zu gewinnen und das Repertoir mit dem Neuesten und Besten der dramatischen Literatur zu bereichern. Diese Aufgabe hat er im Großen und Ganzen erfüllt. Teichmann äußert sich hierüber:

„Dauernd war es des Grafen Redern eifrigstes Bestreben, das Königliche Theater, welches er in einem glänzenden Stande übernommen, zu erhalten und nach Möglichkeit zu heben. Er wurde hierbei vom Glücke begünstigt, wiefern seine Verwaltung in eine Zeit des Friedens und der Industrie fiel, während Iffland und Graf Brühl mit Krieg und Theaterbrand zu kämpfen hatten. Sein Repertoir bereicherte er mit dem Besten, was die Zeit bot. An Raupach und an die Prinzessin Amalie von Sachsen schlossen sich: Bauernfeld, R. Benedix, Toepfer, C. Blum, Lebrun, Ed. Devrient, C. v. Holtei, Alexander Cosmar, Adalbert von Thale, L. Schneider, Gutzkow, Friedrich Hebbel, Pauline Werner, Ch. Birch-Pfeiffer, L. Werder, Laube, Halm, von Heyden, H. Schmidt, W. Vogel, L. Feldmann u. A. m.

Zu den früher genannten Opern traten vom Jahre 1832 Meyerber's „Robert der Teufel" und „die Hugenotten"; Auber's „Feensee" und „die Krondiamanten"; Bellini's „Familien Capuletti und Montecchi", „Puritaner", „Nachtwandlerin" und „Norma" hinzu, sowie verdienstliche Gaben der Meister Lortzing, Taubert, Herold, Donizetti, Rossini, Halevy, Adam u. A. Glänzender aber als Alles war der vom besten Erfolg gekrönte Versuch, Goethe's Riesenwerk: „Faust" in den engen Raum der Bühne zu bringen."

Für die schweren Verluste, welche die Königliche Bühne durch den Tod ihrer besten Schauspieler, wir nennen nur Rebenstein und vor allen andern Ludwig Devrient, während der Redern'schen Verwaltung erlitt, suchte der Graf durch neue Engagements Ersatz zu schaffen. Und dies gelang ihm. Er gewann während seiner Amtsthätigkeit bis zum Jahre 1842 für das Theater von Berühmtheiten die Schauspieler Seydelmann, Rott, Grua, die Schauspielerinnen Charlotte von Hagn, Clara und Bertha Stich, die Sänger Mantius, Zschiesche, Bötticher, Fischer, die Sängerinnen von Faßmann, Tuczek, Grünbaum, Sophie Loewe und Hänel. Die bedeutendsten Kräfte sämmtlicher deutschen Schaubühnen wurden außerdem zu Gastspielen nach Berlin gezogen.

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Das Königsstädtische Theater. — Cerf's Konzession. — Die Königsstädtische Aktiengesellschaft. — Die erste Direktion. — Herz Beer. — Henriette Sontag. — Die komische Oper auf der Königsstadt. — Intriguen wegen des Schnee's. — Wechsel der Direktion. — Subhastation des Theaters. — Direktor Cerf, Anekdoten und Gerüchte über ihn. — Eckensteher Nante. — Saphir und die Schnellpost. — Berliner Witze. — Die Nante-Literatur Berlins. — Das junge Deutschland. — Verkommenheit der literarischen Zustände Berlins.

Neben den Königlichen Theatern*) gab es in dem Zeitraum, welcher uns beschäftigt, in der Residenz nur noch eine Bühne von Bedeutung, die der Königsstadt. Schon unmittelbar nach dem Kriege im Jahre 1815 hatte sich der Schauspiel-Direktor Döbbelin um die Concession für ein zweites Theater in Berlin, welches ein Volkstheater werden sollte, beworben. Er wollte auf demselben nur kleinere leichte Stücke, Operetten, kleine Schauspiele und Lustspiele aufführen. Als Graf Brühl von dieser Bewerbung hörte, wendete er sich an den König, und stellte diesem die Nachtheile vor, welche die Ausführung eines derartigen Projektes für die Königliche Bühne haben müsse; noch sei diese keineswegs im Stande, mit Erfolg gegen ein Konkurrenz-Unternehmen zu kämpfen, beide Theater müßten darunter leiden. Er erbot sich indessen, wenn die Begründung eines Volkstheaters nöthig befunden werden sollte, selbst ein solches in einer Vorstadt zu errichten, es schnell und mit der größten Sparsamkeit herzustellen.

Auf diesen Plan ging der König nicht ein. Die Angelegenheit blieb eine Zeit lang schwebend, aber sie wurde von Neuem angeregt, als durch den Brand des Schauspielhauses der Residenz das einzige nur für das Schauspiel bestimmte Theater geraubt worden war. Graf Brühl machte sofort wieder Vorschläge zur Errichtung eines Vorstadttheaters, dessen Direktion er selbst führen wollte. Seine Vorschläge wurden abermals zurückgewiesen, dagegen erhielt einige Jahre später am 13. Mai 1822 der frühere Kaufmann Friedrich Cerf für sich und seine Nachkommen die Konzession zur Errichtung eines zweiten Theaters in Berlin, welches unter dem Namen des Königsstädtischen begründet werden sollte. Die Fonds zur Ausführung dieses Unternehmens verschaffte er sich durch die Begründung einer Aktiengesellschaft.

Um den Widerstand des Grafen Brühl zu besiegen, wurden an die Konzession viele erschwerende Bedingungen geknüpft. Jedenfalls sollten die Einnahmen des Königlichen Theaters nicht beeinträchtigt werden, deshalb wurde das Repertoir des neuen Instituts auf das Aeußerste beschränkt. Alle Trauerspiele, größeren Opern, Ballets und eingelegten Tänze wurden verboten, auch von Lustspielen, Possen u. s. w. durften nur solche zur Aufführung gebracht werden, welche zwei Jahre lang auf dem Königlichen Theater nicht gegeben worden waren. Endlich mußte Cerf sich verpflichten, niemals ein Mitglied des Königlichen Theaters zu engagiren, welches nicht mindestens zwei Jahr lang von demselben entlassen worden sei.

Für das Königsstädtische Theater wurde das Cerf'sche Haus am Alexanderplatz bestimmt. Der Bau wurde mit so großer Schnelligkeit betrieben, daß schon am 4. August 1824 die Eröffnung des Theaters stattfinden konnte.

Das Königsstädtische Theater wurde in der ersten Zeit seines Bestehens durch eine Aktiengesellschaft verwaltet. Mehrere reiche Banquiers, enthusiastische Theaterfreunde, hatten sich an die Spitze des Unternehmens gestellt und Herrn Cerf seine Konzession für 3000 Thaler jährlich abgepachtet. Die Aktionäre erwählten eine Direktion, welche aus sieben Mitgliedern bestand, und zwar aus den Banquiers Benecke von Gröditzberg, Herz Beer, Joseph Mendelssohn, Fränckel, Martin Ebers und J. D. Müller. Das siebente Mitglied der Direktion, zugleich der Syndikus und Geschäftsführer, war der Justiz-Rath Kunowski.

*) Die Königlichen Theater umfaßten das Schauspiel, die Oper, das Ballet und das französische Theater. Die Vorstellungen des letzteren fanden indessen nur im Winter statt. Sie wurden naturgemäß nicht für das größere Publikum, sondern für einen kleineren Kreis von Gebildeten berechnet.

Die Direktion übernahm mit großer Liebe zur Sache ihr nicht leichtes Amt. Sie bemühte sich nach Kräften, alle die zahllosen Schwierigkeiten zu überwinden, welche das Privilegium des Königlichen Theaters ihr in den Weg legte, sie suchte die besten Kräfte für ihre Bühne zu gewinnen und sparte zu diesem Zwecke keine Kosten.

Die Seele der Direktion war Herz Beer, der Vater der drei berühmten Söhne, der sich mit unermüdlicher Selbstaufopferung den Bühnengeschäften widmete. Carl von Holtei, welcher bei der neuen Königsstadt als Theaterdichter und Sekretär angestellt war, giebt von Beer's Eifer für die Sache folgende niedliche Schilderung:

„Das Königsstädter Theater, neu erbaut, kürzlich gegründet, von einer aus Aktionairen erwählten siebenköpfigen Direktion geleitet (als deren Secretär ich fungirte), war Vater Beer's Puppe. Dort wirksam, nützlich, dafür eifrig, hieß zugleich bei Herz Beer heimisch, hieß: ein Kind seines Hauses sein. Wenn ich draußen bei ihm getafelt hatte — denn das war ein süßes onus des Theaterdichters und Secretairs, der trotz aller Leckerbissen manchmal gern in seinem stillen Stübchen bei Hausmannskost geblieben wäre — und wenn dann die Theaterstunde schlug, dann litt es den dicken Herrn nicht länger im Thiergarten, mochte der Abend noch so lieblich, mochte die Gesellschaft noch so auserlesen sein. Zur bestimmten Stunde hielt Kutscher Lindner vor dem Eingangsportale, und hinein ging es in die staubige Stadt. Lindner war ein guter Kutscher, aber ein Pfiffikus daneben, der es verstand, auf seine Weise sich anzuschmeicheln. In der Königsstraße wußte er es gewöhnlich so geschickt einzurichten, daß er mit anderen Wagen in Conflikt gerieth, daß er ein Weilchen still halten mußte. Erscholl die Frage heraus: Was giebt's denn, Lindner? So kam regelmäßig die Antwort zurück: „Ach, Herr Beer, es geht ja nicht vom Flecke; seitdem das „Königsstädter" steht, giebt's hier um die Theaterstunde ein ewiges Gedränge!" Diese so barsch wie möglich ertheilte Auskunft schmeckte dem Protektor des neuen Musentempels angenehmer als die reinste Raffinade aus seiner Zuckersiderei! „Ich muß Ihnen sagen," wandte er sich dann lächelnd zu mir, „ich hab' ein großes Vergnügen von der Sache!"

Guter Herz Beer; redliches, wohlwollendes, oft getäuschtes Herz, auch dabei lief manche Täuschung mit unter. Denn es fügte sich wohl an schönen heißen Sommertagen, daß wir das Theater (d. h. wo Henriette Sontag nicht auf dem Zettel stand) ganz leer fanden, und dann unterlag es keinem Zweifel: Lindner hatte abscheulich geflunkert. Doch darüber vermeiden wir jegliche Auseinandersetzung"*).

Trotz aller Bemühungen der Direktion wollte es Anfangs dennoch nicht recht gelingen, das Theater in Flor zu bringen. Die Beschränkung des Repertoirs zeigte sich überall hinderlich; die zum Theil veralteten Wiener Zauberpossen, die Angely'schen Uebersetzungen aus dem Französischen und die wenig kleineren neuen Originale konnten, trotz vorzüglicher Besetzung nicht lange die Aufmerksamkeit der Berliner fesseln.

Die Einnahmen wurden geringer, und die Direktion sah sich daher gezwungen, nach andern Mitteln zu greifen, um wieder ein volles Haus zu machen. Sie entschloß sich, das Repertoir der Königsstadt durch die komische Oper zu erweitern und für diese eine Sängerin zu gewinnen, deren Namen schon damals einen vortrefflichen Klang hatte: Henriette Sontag.

Eine Deputation, zu der auch Carl von Holtei gehörte, wurde nach Leipzig gesendet, wo die schöne Henriette Gastrollen gab, und ihren Bemühungen gelang es, sie zu engagiren, obgleich ihr auch durch den Grafen Brühl für das Königliche Hoftheater recht bedeutende Anträge gemacht worden waren.

Ueber die erste Vorstellung der komischen Oper auf der Königsstadt schreibt Holtei in seinen 40 Jahren:

„Am 3. August 1825 war es also, wo wir mit unserer Oper begannen. Rossini's „Italiana" eröffnete den Reigen. Und obwohl Jäger's Tenor schon damals im Sinken, und sein persöhnliches Erscheinen sehr geeignet schien, verhöhnt zu werden, so hatte dieser primo amoroso doch immer noch so viel Mittel, um seine Methode geltend zu machen, und durch Kunst und Seele für viele andere Mängel zu entschädigen. Wächter's schöner Baß stand in voller Blüthe. Spizeder fand nun rechte Gelegenheit, seinen Ruf als erster Buffo Deutschlands zu befestigen. Madame Spizeder genügte als zweite Sängerin. Henriette Sontag aber — — —

Ich habe schönere Frauen gesehen; größere Schauspielerinnen; habe gewaltigere Stimmen gehört; vielleicht auch höhere Virtuosität des Gesanges; das will ich nicht leugnen. Aber einen so innigen Verein von: Anmuth, Reiz, Wohllaut des Organs, Ausbildung aller künstlerischen Fähigkeiten, Darstellungsgabe, besonnener Anwendung der gegebenen Mittel, bescheidener Koketterie, wüßte ich nie und nirgend bewundert zu haben. — — —

Der Andrang von Seiten des Publikums war ungeheuer; nur mit Lebensgefahr konnte man im Billet-Verkaufs-Büreau durch die sich stoßende und schlagende Masse dringen, und die schriftlichen Meldungen um Plätze für viele Tage voraus blieben stoßweise liegen, ohne berücksichtigt werden zu können. Wer die „Italienerin" noch nicht gehört, konnte in Gesellschaft kaum erscheinen; Albrecht ging so weit, zu behaupten, man dürfe anständigerweise eigentlich nur noch mit denen umgehen, welche sie nie versäumt."

Der Erfolg, welchen das Königsstädtische Theater durch die erste komische Oper und durch die göttliche Henriette Sontag erzielt hatte, ging

*) Charpie. Eine Sammlung vermischter Aufsätze von Carl von Holtei.

über alle Erwartungen hinaus; aber die Freude, welche die Direktion darüber empfand, wurde doch sehr getrübt durch die Schwierigkeiten, welche es machte, eine neue Oper auf das Repertoir zu bringen. Holtei giebt uns davon in seinen 40 Jahren eine recht anschauliche und die Theaterzustände jener Zeit charakterisirende Schilderung. Er erzählt:

„Während unsere erste Oper Fanatismo erregte, — hatten wir keine zweite. Von *komischen* Opern — und andere gestattete uns ja die streng bewachte Concession keine, — sahen wir nichts vor uns, als einige auf dem Hoftheater noch nicht gesungene von Rossini. Eine solche jedoch unmittelbar der „Italienerin" folgen zu lassen, weigerte sich die Sontag, die mit ihrem sicheren Takt vermeiden wollte, zweimal hinter einander dasselbe Kleid zu tragen. Sie bestand auf einer Rolle anderer Gattung; am lebhaftesten wünschte sie Auber's „Schnee", worin sie in Wien als „Bertha" durch ihr feines Spiel so sehr gefallen hatte. Dieser „Schnee" war vor einem Jahre auf dem Königlichen Hoftheater bereits gefallen; — gefallen in jedem Sinne, und deshalb nach zwei matten Vorstellungen liegen geblieben. Aber deshalb war er uns noch nicht verfallen; denn dazu gehörten 2 Jahre nach dem Gesetz. Nun herrschte, bezüglich der gegenseitigen Repertoirstreitigkeiten noch ein anderes Gesetz: Am 1. jeden Monats reichte das Hoftheater uns, am 15. reichten wir dem Hoftheater einen Entwurf derjenigen Neuigkeit ein, welche künftig gegeben werden sollten. Uns zwang die gebieterische Noth Alles, im Bereich unserer Concession liegende, in jene schriftlichen Entwürfe aufzunehmen, was durch Zeitschriften, namentlich durch Pariser, besprochen wurde, und häufig konnten wir für unser Repertoir keinen anderen Vortheil davon ziehen, als den negativen, daß wir es dem Hoftheater entrückten. Dieses zeigte seinerseits gleichen Eifer. So entstand denn eine förmliche Hetze. Was vom 15. bis zum letzten des Monats in den Journalen als neu verkündigt worden, das fanden wir auf dem Repertoir des Königlichen, was vom ersten bis zum 14. erwähnt wurde, fanden die Königlichen auf dem unseren. Und weil durch diese neidische Gegnerschaft das Publikum auf die Länge um gar Manches gekommen sein würde, hatte Fürst Wittgenstein (die oberste Behörde für Theater-Angelegenheiten) bestimmt, daß bei noch nicht gegebenen, sondern nur auf den Repertoirs-Entwürfen genannten Sachen, die Verfallzeit auf 6 Monate beschränkt werden, und nach deren Ablauf für solche Neuigkeiten eine gegenseitige Concurrenz eintreten solle. Dabei konnten wir nur gewinnen, besonders unsere Oper, weil Herr Ritter Spontini, Gott lohn' es ihm, dafür sorgte, daß sich die Königliche Oper niemals übereilte. Nun hatte beim letzten Repertoirs-Entwurf die General-Intendanz der Königlichen Schauspiele vergessen, eine neue Operette von Auber, „Das Konzert am Hofe", deren erste Annonce allerdings in ihre vierzehn Tage gefallen war, zu notiren. Bevor aber noch unsere Frist abgelaufen, und uns der kleine Triumph gestattet war, jenes jenseitige Versehen zu unserem Vortheil zu benutzen, kam ein Schreiben des Grafen Brühl, in welchem er die nachträgliche Aufnahme des durch einen Irrthum vergessenen Werkes deklariren wollte. Dagegen protestirten wir entschieden, und es entspann sich ein heftiger Briefwechsel, welcher endlich dahin führte, daß wir uns Willens zeigten, die Entscheidung des Fürsten, nöthigenfalls des Königs, nachzusuchen, indem wir aussprachen, daß unter diesem Druck unsere, mit so theuren Opfern erkaufte Existenz nicht länger möglich sei. Jetzt schlug Graf Brühl einen Vergleich vor, und ich wurde — mit unumschränkter Vollmacht ausgerüstet — zu einer mündlichen Unterhandlung abgesendet. Ich führte keine andere Instruktion bei mir, als welche mir die Sontag heimlich ertheilt, diese lautete auf „Schnee!" obgleich wir im heißen August schmorten.

Graf Brühl war ein guter, lieber Mann. Was er gegen unsere Anstalt that, mußte in seiner Stellung, wollt' er sich nicht tausend Vorwürfen aussetzen, geschehen. Er wandelte auch nicht auf Blumen, und leider fehlt' es niemals an Menschen, die dem Aermsten das Leben schwer zu machen, den schönsten Willen hatten. Sie haben ihn krank geärgert.

Meine Konferenz mit ihm war höchst komisch. Beide Theile hielten vorsichtig zurück und wir sprachen anfänglich mehr in Andeutungen und in Fragen, als in bestimmten Ausdrücken. Doch hatt' ich den großen Vortheil, bestimmt zu wissen, was ich wollte. Nachdem ich nun mit vielen Redensarten auseinandergesetzt, wie wichtig uns die kleine Auber'sche Operette (von der ich übrigens nichts wußte als den Titel) und ihr Gewinn für unsere Bühne sei, nachdem der Graf mir offen und redlich erklärt, daß er alles anwenden wolle, sie für die ihm anvertraute Anstalt zu behaupten, — (die Partitur lag schon auf seinem Tische) — so rückte ich mit der einen, kleinen, inhaltschweren Sylbe „*Tausch*" hervor, und stellte den Antrag unsere Rechte (die doch *mindestens* zu einer Berufung an des Fürsten Autorität geeignet schienen), dadurch abzukaufen, daß uns eine ältere komische Oper für unser Repertoir bewilligt würde. „Das glaub' ich", rief der Graf, „was werden Sie da begehren: „Don Juan", oder: „Figaro's Hochzeit", oder Rossini's „Barbier", oder" — Nichts von solchen Zierden Ihrer Oper, Herr Graf, entgegnete ich, dazu sind wir zu bescheiden. Wir verlangen nur ein bei Ihnen durchgefallenes, bei Seite gelegtes, schon vergessenes Singspiel, und sehen uns genöthigt, damit zufrieden zu sein, lediglich um dem Eigensinn unserer Prima Donna zu genügen, welche darauf besteht; obgleich für unsere Kasse jede andere Musik vortheilhafter wäre; mit einem Worte, wir verlangen: „den Schnee!" — Der Graf sah mich mitleidig an. Er mochte denken, was für einen Esel haben sie

mir da herübergeschickt!? „Nun", hub er an, „es freut mich, daß Sie mir's so leicht machen, auf diese Weise kommen wir friedlich auseinander." In fünf Minuten waren wir klar. Unser Protest gegen die nachträgliche Aufnahme des „concert à la cour" war gelöscht und die schriftliche Erlaubniß zur Darstellung des „Schnee's" hatt' ich in der Tasche. Als ich, bei glühender Mittagshitze, den langen Weg aus der Dorotheenstraße nach meiner Wohnung zurücklegte, griff ich unzählige Male nach dem Papier, ob ich es auch bei mir trüge? Und als ich in's Speisezimmer trat, das Blatt in der Luft schwenkend und ausrufend: ich bring' ihn! da sprang die erfreute Sängerin an mich heran und ein Kuß brannte auf meiner Wange, der allen Schnee der Alpen hätte schmelzen können! Der Schnee hatte auf dem Königsstädter Theater einen so unerhörten Succeß, daß er den der Italienerin fast noch überbot. So oft mußt er fallen, daß die Schneeflocken von einer Woche zur andern schmutzig wurden und viel reine Papierschnitzel nöthig waren, um ihn zu säubern.

Während einer der ersten Aufführungen kam Graf Brühl im Zwischenakte nach der Garderobe der Sontag, ihr seine Huldigungen zu bringen. Ich saß in einer Ecke. — Verläumder haben behauptet, ich hätte mich allzuoft in jener Ecke eingefunden. Das ist falsch. Ich saß immer nur da, um zu warten, bis ich nach gänzlicher Vollendung der Toilette den nächsten Akt beginnen lassen dürfe? Immer nur als Regisseur, nie als Mensch! Als der Graf mich erblickte und ich mich erhob, ihn zu begrüßen, droht' er mir mit dem Finger und sagte lächelnd: Sie haben einen guten Tausch gemacht."

Die komische Oper, welche dem Königstädtischen Theater einen weltberühmten Namen und an einigen Abenden der Woche auch ein fast zum Brechen gefülltes Haus verschaffte, forderte doch so ungeheure Opfer, daß der Stand der Aktien sich trotz der über jede Erwartung hinausgehenden Erfolge nicht besserte, daß die schweren Lasten, welche das Theater zu tragen hatte, sich eher vermehrten als verminderten.

Die Aktionäre waren deshalb mit der kunstsinnigen Direktion nicht so zufrieden, wie das Berliner Publikum. Manche Klagen wurden laut, und zum Unglück für das Theater starb kurz vor der Zeit, in welcher die General-Versammlung der Aktionäre über eine Bestätigung der bisherigen Direktion oder eine Neuwahl beschließen sollte, der beliebteste der Direktoren, Herz Beer.

Die Neuwahl erfolgte, die alte Direktion wurde nicht wiedergewählt. Neue Männer, welche gar nichts vom Theaterwesen verstanden, traten an die Spitze des Unternehmens. Sie vermochten die Finanzverhältnisse noch weniger zu verbessern, als ihre Vorgänger und mit jedem Monate verschlimmerte sich der Kassenzustand, bis endlich die Katastrophe hereinbrach und das Theater nebst gesammtem Inventar zur Subhastation kam.

Der Inhaber der Konzession, Herr Friedrich Cerf, hatte sich bei der Verpachtung derselben an die Aktionäre das Vorkaufsrecht ausbedungen. Er machte jetzt von seinem Rechte Gebrauch und erstand das Königsstädtische Theater 20 Prozent unter der gerichtlichen Taxe, da Niemand mehr bieten wollte oder konnte.

Woher er die Mittel zu diesem Kauf nahm, darüber zerbrachen sich die Berliner viel die Köpfe. Thatsache war, daß er die Zahlungen mit großer Präcision leistete. Das Gerücht hatte deshalb freien Spielraum, und es behauptete, Cerf habe die Gelder vom Könige erhalten, dieser sei der eigentliche Käufer. Dem Publikum gegenüber aber trat Herr Cerf als selbstständiger Direktor auf.

Er war vielleicht der seltsamste Schauspieldirektor, der jemals eine hauptstädtische Bühne dirigirt hat. Man erzählte in Berlin merkwürdige Geschichten über seine Vergangenheit und über die Gründe, welche den König veranlaßt hätten, gerade ihm die vielbegehrte Concession zu verleihen.

Eigenthümliche Gründe mußten es freilich sein, denn es war notorisch, daß dem neuen Theaterdirektor jede literarische Bildung abging, daß er nicht einmal lesen und schreiben konnte, daß ihm jedes Gefühl für die Kunst fehlte und ihm kein anderes Interesse für das Theater inne wohnte, als das, möglichst viel Geld zu verdienen.

Am glaubwürdigsten erschien das vielfach verbreitete Gerücht, Cerf habe im Kriege dem Könige wichtige Dienste und zwar solche geleistet, von denen nicht gern gesprochen werde, die aber eine ausgezeichnete Belohnung erheischten. Diese Belohnung habe Cerf in der Theater-Konzession für sich und seine Erben erhalten. Für die Wahrheit dieses Gerüchtes sprach auch das Interesse, welches der König fortdauernd für Cerf zeigte, das Wohlwollen und die kräftige Unterstützung, welche er dem Königsstädtischen Theater unausgesetzt gewährte.

Cerf wurde bald eine stadtbekannte Persönlichkeit, man erzählte von ihm Hunderte von Anekdoten, welche sämmtlich seinen Mangel an Bildung bezeichneten. Einige mögen hier ihre Stelle finden, weil sie ebenso charakteristisch sind für den Berliner Stadtklatsch jener Zeit, wie für die Achtung, welche das Publikum dem Theater-Direktor und seiner Befähigung zollte.

Als der König das neue Theater zuerst besuchte und sich, um sich umzuschauen, weit aus seiner Loge beugte, rief ihm Cerf ängstlich zu: „Majestät, nehmen Sie sich in Acht, sie spucken von oben!" — Cerf, der wie alle ungebildeten Menschen, sich gern geistreich zeigen mochte, pflegte häufig ein selbstgemachtes Räthsel aufzugeben: „Die erste bin ich, die zweite ist meine Tochter Jette, das Ganze legt man auf den Schooß (Cerf — Jette, Serviette.). — Seine Kenntnisse zu zeigen, hatte Cerf einst eine günstige Gelegenheit. Ein Schauspieler sprach auf der Bühne

von Orestes und Pylades und er betonte dabei die zweite Silbe des letzten Namens. Das Publikum lachte und wurde unruhig. Kaum hörte dies Cerf, als er aus seiner Loge nach der Bühne hinunterstürzte und aus den Koulissen heraus so laut, daß das ganze Publikum es hören mußte, dem Schauspieler zurief: „Wie heißt! Wissen Sie denn nicht, daß man sagt Orestes und Pilatus!?"

Ein Direktor, dessen Bildung derart war, daß Anekdoten, wie die erzählten, über ihn in der ganzen Stadt koursirten und allgemeinen Glauben fanden, wenn sie auch nur gut erfunden waren, sollte das neue Theater leiten. Dies schien kaum möglich und doch erlebte wunderbarer Weise die Königsstädtische Bühne unter Cerf's Direktion eine recht glänzende Zeit. Das, was sie ihrer eigentlichen Bestimmung nach werden sollte, ein Volkstheater, wurde sie freilich nicht, aber doch bewahrte sie sich ihren weit berühmten Namen.

Cerf hatte das Glück oder den Verstand, für sein Theater hervorragende Kräfte zu gewinnen. Die kleine Oper und das Singspiel blieben noch einige Jahre auf ihrer Höhe. Auch in der Posse und im Lustspiel leistete das Königsstädtische Theater viele Jahre hindurch Ausgezeichnetes. Schmelka, Plock und Beckmann, besonders der Letztere, verstanden es meisterhaft, die Lachlust des Publikums zu erregen.

Obgleich das Repertoir des Theaters außerordentlich beschränkt war, und der General-Intendant der Königlichen Schauspiele streng darauf achtete, daß seine Privilegien nicht verletzt wurden, gab es doch für die Königsstadt Stücke genug, welche auf die lachlustigen Berliner um so mehr einen dauernden Reiz ausübten, als sie von so trefflichen Komikern dargestellt wurden.

Louis Angely, ein echter Berliner, obgleich er aus der französischen Kolonie stammte, sorgte dafür, auch nachdem er sich vom Theater zurückgezogen hatte, um ein behäbiger Gastwirth zu werden.*) Holtei widmete ebenfalls dem Königsstädtischen Theater seine Dichterkräfte, obgleich er sein Amt als Theatersekretär schon damals aufgegeben hatte, als die erste Direktion nicht wiedergewählt worden war.

Die Holtei'schen und Angely'schen Arbeiten wurden zum Theil wahre Zugstücke, aber sie erreichten doch bei Weitem eine kleine Posse nicht, welche zum Verfasser den Komiker Friedrich Beckmann hatte. „Der Eckensteher Nante im Verhör" war der Titel des Stückes, welches ein wahrhaft unglaubliches Aufsehen machte, unendlich oft und immer vom rauschendsten Beifall begleitet gegeben wurde.

Die Eckensteher, welche jetzt völlig ausgestorben sind, denn die heutigen Dienstleute gleichen ihnen nicht mehr, als das heutige Berlin dem damaligen, waren berühmt wegen ihres dreisten Witzes und ihrer Trunksucht. Beckmann hatte einen von ihnen, Nr. 22, zum Helden seines Stückes gemacht, und da er selbst mit unübertrefflicher Meisterschaft die Titelrolle spielte, so hatte er das Berliner Publikum so bezaubert, daß Eckensteher Nante fortan eine stadtbekannte Person wurde.

Den heutigen, an reich mit politischen Anspielungen gewürzte Couplets gewöhnten Berlinern würde der kleine Scherz wahrscheinlich kaum ein Lächeln abgewinnen, die damaligen Berliner riß er zu wahrhaft stürmischen Ausbrüchen der Lachlust hin, besonders wurde das Schlußlied immer und immer wieder da capo verlangt. Einige Verse mögen hier ihre Stelle finden, um ein Beispiel für den veränderten Geschmack des Berliner Theaterpublikums zu geben.

Det beste Leben hab' ich doch
Ick kann mir nich beklagen,
Pfeift och der Wind durch's Ermelloch,
Det will ick schon verdragen.
Det Morgens, wenn mir hungern duht,
Eß ick 'ne Butterstulle;
Dazu schmeckt mich der Kümmel jut
Aus meine volle Pulle (trinkt).

Ein Eckensteher führt' auf Ehr'
Det allerschönste Leben,
Man friert anjetzt zwar manchmal sehr,
Doch bald is det zu heben.
Von außen hau ick mit de Faust
Mir in de Seit' und Rücken,
Un wenn een Schneegestöber saust,
Muß Kümmel mir erquicken (trinkt).

Ick seh' manchmal, wenn große Herrn
Hinein ins Wirthshaus gehen,
Da steh' ick denn so still' von fern,
Duh uf den Kümmel sehen
Un denk bei mir, 's is ganz ejal
Ob Wein, ob Schnaps im Glase,
Von Beeden kriegt man allemal
Doch eene rothe Nase (trinkt). — — —

Das Eckensteherlied ging auf alle Leierkasten über, man hörte es überall in Berlin. Wenig gute Volkslieder sind so allgemein gesungen worden, wie jenes Nantelied.

Es ist gewiß für die Geschmacksrichtung der Berliner jener Zeit höchst bezeichnend, daß nicht

*) Der Verfasser der vertrauten Briefe schreibt darüber: „Ich wohne im Gasthof zum russischen Kaiser. Wenn Dir derselbe nicht bekannt ist, so wird Dir dafür der Name Angely desto bekannter sein. Der Verfasser der „sieben Mädchen in Uniform", der „Wilddiebe", des „Fest's der Handwerker", jener Gluck, der einst auf der Königsstädter Bühne die Berliner so sehr belustigte, hat sich von der dramatischen Kunst zurückgezogen und lebt zur Zeit von Gastwirthschaft und Uebersetzungen. Ich lernte den kleinen behenden Mann an der Table d'hôte kennen, wo er nicht nur als Wirth, sondern auch in der Unterhaltung präsidirte. Er schwelgte in dem Ruhme, den ihm neuerlich das Lustspiel „Die Reise auf gemeinschaftliche Kosten" in Berlin verschafft hatte, und ließ keinen Andern zu Worte kommen, indem er von jenen Witzen überfloß, die die Würze seiner Lokalpossen ausmachen."

nur auf dem Theater, sondern auch in der Literatur der Eckensteher Nante eine Bedeutung hatte.

Die Berliner sind ihres Witzes wegen von alter Zeit her bekannt gewesen, niemals aber hat der Berliner Witz eine größere Berühmtheit gewonnen, als in dem Zeitraum von 1820—1840, damals erstand eine besondere Witzliteratur, die sich bis auf unsere Tage erhalten hat, und in einigen bekannten Witzblättern noch immer ihren Ausdruck findet.

Die Saphir'sche Schnellpost, welche im Jahre 1826 begründet wurde, war zwar eigentlich eine ausländische Pflanze, aber sie gedieh in dem Berliner Boden vortrefflich. Saphir, der witzige Schriftsteller, der Verspötter des Sonntags-Enthusiasmus, wurde in Berlin bald ebenso bekannt und beliebt als die schöne Henriette; sein Bild prangte wie das der lieblichen Sängerin an den Schaufenstern der Läden. Waren die Marmor- und Alabaster-Büsten der schönen Henriette ein gesuchter Artikel, so wurden nicht weniger die kleinen Pappfiguren gekauft, welche den berühmten Humoristen mit der Brille auf der Nase und dem üppigen Haarwuchs darstellten.

„Der „Unvergleichliche" hat großen Einfluß auf die belletristische Journalistik Berlins ausgeübt, vortheilhaften, aber auch nachtheiligen. Den Berliner Aesthetikern: Gubitz, Holtei, Hering, Cosmar, Angely &c. bewies er, wie wenig sie eigentlich geeignet seien, der öffentlichen Meinung vorzustehen; er streifte so manchem eingebildeten Kunstrichter die Löwenhaut ab und persiflirte ihn in jener ergötzlichen Weise, die so vielen Anklang fand in ganz Deutschland."

So schrieben die vertrauten Briefe, und auch Holtei, der eifrigste Gegner Saphir's, kann nicht umhin, diesem Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, indem er erzählt:

„Die Sontag, Angely und ich, wir drei wurden vor Allen seiner Aufmerksamkeit gewürdigt. Er ließ keine Gelegenheit vorübergehen, mich zum Gegenstande seines Spottes zu machen. Das Wenigste davon hab' ich gelesen. — — — Was ich aber zufällig las oder durch sogenannte Freunde zu hören bekam, enthielt gewöhnlich, wenn auch bittre, feindselige, doch Wahrheit. Einigemale mußt' ich, trotz allem Aerger über die mir gewidmeten Artikelchen selbst lachen."

Die Schnellpost Saphir's gab den ersten Anstoß zu der Berliner Witzliteratur, welche sich bald mit großer Schnelligkeit, aber keineswegs sehr gedeihlich entwickelte. Durch den Erfolg Saphir's gelockt suchten auch andere Schriftsteller und zwar nicht die besten, ihm nachzuahmen. Witz um jeden Preis, das war in jenen Tagen die Losung und da der Witz sich nicht auf das Feld der Politik werfen konnte, warf er sich auf das der Persönlichkeiten.

Die Aufführung und der glänzende Erfolg des Nante gaben der Witzliteratur plötzlich eine neue Richtung. Das Berliner Volksleben wurde jetzt der Gegenstand derselben; eine eigene Nante-Literatur erstand. Einige Titel der in jener Zeit in übergroßer Zahl gedruckten Witzschriften mögen als Beispiel dienen.

Nante im Bierkeller, oder das öffentliche und mündliche Berlin. Von Hans in allen Gassen.

Der Eckensteher im anderen Kostüm oder Nante und sein Rock.

Nante et Komp. oder: Spaß muß sind! sagt Neumann u. s. w.

Die meisten der Nanteschriften, von denen wir nur einige Titel erwähnt haben, zeichneten sich ebensowohl durch Witzlosigkeit wie durch Gemeinheit aus, sie übten den nachtheiligsten Einfluß auf den Geschmack des Berliner Publikums.

Nur Einer unter den zahllosen Schriftstellern, welche sich damals hervorthaten, hat vermocht, sich einen dauernden Namen zu machen, weil er weder ein Nachahmer Saphir's noch ein Nachtreter Beckmann's war, sondern mit eigenem unverwüstlichem Humor direkt aus dem Leben schöpfte — Adolph Glasbrenner, der unter dem Namen Brennglas das Berliner Volksleben in einer Reihe bunter Bilder geistreich und witzig schilderte.

Die Nante-Literatur war ein krankhafter Auswuchs des geistigen Lebens Berlins, sie wucherte deshalb so üppig empor, weil die bis zur Lächerlichkeit strenge Censur in dem sogenannten Spree-Athen die literarische Entwickelung niederhielt. Während nach der Juli-Revolution in ganz Deutschland sich ein freierer Geist regte — ein neues Schriftstellergeschlecht „Das junge Deutschland" brach sich Bahn — blieb Berlin todt für diesen geistigen Fortschritt.

Die Namen der Schriftsteller, welche sich der freieren Richtung angeschlossen hatten, waren in der preußischen Residenz geächtet. Die Werke der Mitglieder des jungen Deutschlands wurden in Leihbibliotheken verboten, und noch im Jahre 1840 galt es für ein Ereigniß, daß ein Gutzkow'sches Stück in Berlin zur Aufführung gelangen konnte. Varnhagen schrieb darüber in sein Tagebuch:

Montag, den 4. Mai 1840.

„Im Schauspielhause wurde „Richard Savage" gegeben, Trauerspiel von Gutzkow, bei vollem Hause, vor dem Könige, dem Kronprinzen, unter lebhaftem Beifall, mit Herausrufung des Autors, der aber nicht erschien. Der Minister von Rochow und Herr von Tzschoppe haben Alles aufgeboten, um die Aufführung zu hintertreiben, oder wenigstens den Namen des Verfassers, als eines Mitgliedes des jungen Deutschland, streichen zu lassen; aber beim Theater walten andere Mächte und in dieser Region gilt Madame Crelinger und Fräulein Stich oft mehr, als die Polzeigewalt jener Leute. So erlebt denn das junge Deutschland in Gutzkow hier einen Glanz und Sieg, den sich vor vier Jahren Niemand träumen ließ. Und Mundt und Laube hier, frei und schriftstellernd! Zum schnöden Gegensatz und albernen Widerspruche fehlte dagegen noch neulich in der Anzeige von Knebel's Werken in der Staats-

zeitung der Name Mundt's, des Herausgebers, und nur der meine war genannt. Wie kleinlich und erbärmlich!"

Nicht klarer könnte die Verkommenheit der literarischen Zustände Berlins dargestellt werden, als durch diese wenigen Worte, welche Varnhagen im Zorn über dieselben seinem Tagebuche anvertraut hat. Es ist völlig überflüssig, auf eine nähere Darstellung der literarischen Bestrebungen der Berliner Schriftsteller in jener Zeit hier näher einzugehen. Sie beschränken sich, wenn wir von wissenschaftlichen Werken absehen, fast lediglich auf meist ziemlich unbedeutende Gedichte, auf tendenzlose Novellen, uninteressante Romane und kritische Erörterungen. Von einer politischen Literatur konnte naturgemäß bei der strengen Censur gar nicht die Rede sein. Die drei Zeitungen, die Vossische und Spenersche, sowie die Staatszeitung brachten, wie in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts, so bis zum Jahre 1840 über die inneren Verhältnisse Preußens fast gar nichts und aus dem Auslande ein dürftiges Gerippe solcher politischer Nachrichten, deren Veröffentlichung die hohe Censur gestattete. Neben den politischen Zeitschriften erschien eine Fluth von kleinen, meist belletristischen Tages- und Wochenblättern, deren wesentlichster Inhalt in Theater- und Kunst-Kritiken bestand. Auch diese Erzeugnisse der Literatur waren fast sämmtlich Eintagsfliegen und wir verschonen daher unsere Leser selbst mit den Titeln derselben.

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Sittliches Leben in Berlin. — Das Beispiel des Hofes. — Einfaches Leben. — Die Putzstube. — Das Proletariat. — Diebesbanden. — Die jüdischen Gauner. — Das weibliche Proletariat. — Vergnügungslokale. — Das Colosseum. — Onkel — Vater Gräbert. — Die Diebesspelunken. — Die lederne Flinte. — Der Türkenkeller. — Der Verbrecherkeller. — Der Silberladen.

Auch für die Entwickelung des geselligen und sittlichen Lebens der Berliner ist die Geschichte der Jahre von 1815—1840 nicht ohne Interesse. Die große durchlebte Zeit, der alle Stände durchdringende Freiheitsdrang, welcher sich in den Befreiungskriegen so glänzend Bahn gebrochen hatte, die Revolution in allen staatlichen Einrichtungen, die Volk und Regierung gemeinsam durchgekämpft hatten, war von einem mächtigen Einfluß auf das Volksleben gewesen.

Das Berlin vor dem Jahre 1806 und das nach dem Jahre 1815 waren zwei völlig verschiedene Städte. Die leichtfertigen, sittenlosen Residenzler, deren frivoles Vergnügungsleben wir früher geschildert haben, schienen nach den Befreiungskriegen völlig umgewandelt. Aber diese Umwandlung hatte keinen sonderlich langen Bestand.

Der sittliche Läuterungsprozeß, den die Turner und Burschenschafter auf das Volk übertrugen, wurde durch den traurigen Sieg der Reaktion unterbrochen. In demselben Maße, in welchem die Berliner theilnahmloser für die politische Entwickelung wurden, wendeten sie sich wieder ihren früheren Liebhabereien zu.

Aus den Schilderungen mancher Zeitgenossen ersehen wir, daß schon in dem Jahrzehnt von 1820—1830 die Berliner Gesellschaft fast eben so sehr in tiefe Entsittlichung versunken war, als im Anfang des Jahrhunderts. Holtei erzählt uns in seinen 40 Jahren mit cynischer Offenheit von den Orgien, welche er in dem Gartenhaus eines Freundes mitgefeiert hat, und auch andere Zeitgenossen bestätigen die wüste Vergnügungssucht, die Lust an Ausschweifungen, welche sich in fast allen Klassen der Gesellschaft, fast nur den eigentlichen Handwerkerstand ausgenommen, geltend machte.

Wie im staatlichen so war im gesellschaftlichen Leben die Reaktion der Revolution gefolgt, aber sie bildete nur einen Uebergang zu einer Entwickelung zum Bessern, die sich vorzugsweise in dem achtungswerthen kleineren Bürgerstand der Hauptstadt vollzog und nach und nach auch in die höhere Sphäre hineindrang.

Der Samen, welchen Jahn in die jungen Herzen seiner Schüler gelegt hatte, war nicht völlig ausgerottet worden, und wenn er auch für kurze Zeit vom Unkraut überwuchert wurde, er trieb endlich doch empor und trug seine Früchte. Das neue heranwachsende Geschlecht zeigte sich stärker und sittlicher, als das alte, absterbende.

Gerade unter den gebildeten Ständen herrschte ein anderer Geist als früher, das Leben derselben war nicht mehr lediglich der Befriedigung der Sinnenlust zugewendet, es erhielt höhere, reinere Ziele.

Das Beispiel des Königlichen Hofes hatte früher einen mächtigen Einfluß auf die Gewohnheiten der Residenzbewohner ausgeübt, oft einen wohlthätigen, oft einen schädlichen. Dieser Einfluß aber wurde mit dem Heranwachsen Berlins zur wirklichen Großstadt zum Vortheil für die Residenz von Jahr zu Jahr schwächer. Hierzu trug die Abgeschlossenheit, in welcher Friedrich Wilhelm III. von seinem Volke lebte, wesentlich bei.

Ein Hof, der fast ohne Verbindung mit dem eigentlichen Volke war, von welchem dieses nur bei einzelnen prunkvollen Festlichkeiten etwas sah und hörte, konnte das sittliche und gesellschaftliche Leben der Residenzler nicht mehr beeinflussen. Mochten auch einige hochgestellte Männer des Hofes sich den zügellosesten Ausschweifungen hingeben, eine Bedeutung für den Sittenzustand der Hauptstadt hatte dies nicht. Man sprach zwar viel von schmählichen Festen, welche in einem gewissen Hause vor der Stadt gegeben wurden, und dies Haus erhielt noch in

etwas späterer Zeit eine traurige Berühmtheit: man erfuhr, daß dort ein hochgestellter Herr die durch dienstwillige, niedrige Kuppler vornehmen Standes ihm zugeführten Opfer seiner Lust aufnehme. Aber derartige Ausschweifungen riefen umsomehr nur Worte des Abscheus hervor, als man wußte, daß sie auch an höchster Stelle tiefste Mißbilligung fand.

Galt es im Anfange des Jahrhunderts fast als Regel, daß jede verheirathete Frau ihren Liebhaber, jeder Mann seine Maitresse unterhalte, fand man skandalöse Abenteuer der jungen Mädchen aus allen Ständen nur interessant, galt ein junger Mann, der sich nicht dem üppigsten Lebens- und Sinnesgenuß hingab, fast für einen Philister und wiederholten sich diese traurigen Anschauungen zum Theil auch in dem Jahrzehnt von 1820—1830, so verloren sie sich doch in dem folgenden Jahrzehnt schon vollständig.

Es versteht sich von selbst, daß Berlin deshalb noch kein Tempel reiner Sittlichkeit wurde, daß das Laster in Berlin, wie in jeder andern großen Stadt, viele geheime und öffentliche Zufluchtsstätten hatte, aber es war doch schon ein großer Fortschritt, daß die Sittenlosigkeit nicht mehr offene Billigung fand, daß sie in der guten Gesellschaft geächtet war und nur im Geheimen betrieben werden durfte.

Allerdings galt dies mehr für das weibliche als für das männliche Geschlecht, denn einem jungen unverheiratheten Manne wurden sinnliche Ausschweifungen nicht besonders hoch angerechnet; junge Wüstlinge vornehmen Standes machten sich noch immer eine solche tolerante Ansicht gern gründlich zu Nutze. Wir werden bald Gelegenheit haben, bei der Schilderung der Berliner Vergnügungslokale den Beweis zu führen, wie tief noch immer die männliche Jugend Berlins sich in den Strudel der Ausschweifungen versenkte.

Zur Hebung der Sittlichkeit in der preußischen Hauptstadt trug wesentlich eine gänzliche Veränderung in der Lebensweise der Bewohner bei, eine Veränderung, welche sich schon bald nach den Befreiungskriegen recht deutlich bemerklich machte. Nicht mehr wie früher war das ganze Denken der Residenzler auf Vergnügungen aller Art gerichtet; der Bürgerstand zeichnete sich durch rastlose Arbeit und im Großen und Ganzen auch durch Einfachheit im häuslichen Leben aus, ja er zeigte bei seinen öffentlichen Vergnügungen oft sogar eine bis zum Geiz gehende Sparsamkeit. Es war nichts Ungewöhnliches, eine ziemlich wohlhabende Bürgerfamilie in einem Gartenkonzert zusammen um den Tisch sitzen zu sehen, auf dem eine einzige „Weiße" die Labung Aller bildete; mitgebrachte „barfüßige Butterstullen" genügten zur Sättigung des Hungers, und wenige Groschen reichten daher hin, der Familie ein Sonntagsvergnügen zu machen.

Aehnlich lebten auch die kleinen Beamten, deren niedriges Gehalt ihnen die peinlichste Einschränkung gebot. Ein anständiges Quartier, bei welchem eine Putzstube nicht fehlen durfte, war der einzige Luxus, den Bürger und kleine Beamte sich erlaubten, dafür wurde manches Opfer gebracht. Ohne Putzstube glaubte eine Familie des besseren Standes nicht leben zu können; um sie zu erhalten, pferchten sich Eltern und Kinder zusammen in die engsten Räume ein. Die Putzstube wurde mit den besten Möbeln versehen und nur geöffnet, wenn Besuch kam; sonst blieb sie ein verschlossenes Heiligthum, welches die Kinder niemals betreten durften. Mittags gab es vielleicht nur Kartoffeln und Salz, jedem Lebensgenuß wurde entsagt, aber die Putzstube mußte erhalten bleiben.

Auch die Gesellschaften in den gebildeten Kreisen des kleinen Bürger- und Beamtenstandes zeichneten sich im Allgemeinen durch Prunklosigkeit aus. Von dem früheren, übertriebenen Luxus war in dem Zeitraum, welchen wir schildern, fast nirgends die Rede. Die von uns schon erwähnte Mode der musikalischen Abendgesellschaften trug ihre guten Früchte. Wenn nur der Wirth es verstand, für ein musikalisches Amusement zu sorgen, dann begnügten sich seine Gäste freudig mit einer Tasse Thee und einem kaum belegten Butterbrode. Ansprüche an eine glänzendere Bewirthung wurden nicht gemacht.

Im Gegensatz zu dieser Einfachheit des Lebens im Bürger- und kleinen Beamtenstande zeigte der reiche kaufmännische und höhere Beamtenstand einen Luxus, der an frühere Zeiten erinnerte und für die Beamten oft die Quelle schwerer Sorgen wurde. Gesellschaften und zwar glänzende Gesellschaften mußten gegeben, deshalb ein großes, elegantes Quartier gemiethet werden. Die Töchter mußten Bälle besuchen und gebrauchten dazu eine geschmackvolle theure Toilette; die Söhne studirten, denn der Beamtenstolz litt nicht, daß sie eine andere als die Staatslaufbahn einschlugen. In seinem ganzen Auftreten mußte der hohe Staatsbeamte Achtung gebieten, und doch war sein Gehalt verhältnißmäßig so gering, daß er kaum die Mittel zum einfachen, anständigen Leben hatte und in keiner Weise mit dem prunkvollen Treiben der reichen Banquiers und Fabrikanten rivalisiren konnte.

Mit den traurigsten Entbehrungen im innern Familienleben allein vermochten jene unglücklichen Opfer ihrer bevorzugten Stellung den äußern Glanz zu erkaufen. Mancher Geheime Rath, an dessen Gesellschaftstafeln Abends Offiziere, Gelehrte und Künstler schwelgten, war gezwungen, von dem Abhub dieser Tafel die ganze Woche lang seine Familie kümmerlich zu speisen; um vielleicht alle Vierteljahre ein glänzendes Fest geben zu können, war Schmalhans für die Dauer der Monate Küchenmeister in dem vornehmen Hause.

Das Leben in den vornehmen Kreisen unserer Stadt haben wir bei Gelegenheit der musikalischen Parteikämpfe und an anderen Orten besprochen.

Wir können daher übergehen zur Betrachtung eines andern socialen Kreises, der in dem Zeitraume von 1815—1840 für Berlin eine stets steigende Wichtigkeit gewann.

Ein großer Theil der kleinen Bürger Berlins war in Folge der Kriegsnoth so verarmt, daß es ihm zur Unmöglichkeit wurde, sich im Frieden wieder zu erholen. Unter den niederen Ständen der Hauptstadt herrschte eine furchtbare, erdrückende Armuth, und alle Anstrengungen der städtischen Behörden, diese zu lindern, zeigten sich um so mehr fruchtlos, als ja leider die Mittel, welche die Stadt zu diesem Behufe aufbieten konnte, nur zu geringe waren.

Die Zahl der Bettler hatte sich in unglaublichem Maße vermehrt, und vom Betteln zum Stehlen ist nur ein Schritt. Aus dem Kriegssturm ging für die Residenz ein in tiefster Armuth verkommenes und durch Verbrechen jeder Art herabgewürdigtes Proletariat hervor, eine Bevölkerungsklasse, welche in vollkommener Abgeschlossenheit von allen übrigen Ständen lebte, welche ihre eigenen Sitten und Gewohnheiten, ihre eigene Moral, ja selbst ihre eigene Sprache hatte.

Unsere Leser wollen mit diesem großstädtischen Proletariat, welches sich nach den Befreiungskriegen in Berlin mit reißender Schnelligkeit vermehrte, nicht den ehrenwerthen Arbeiterstand verwechseln. Dieser blieb dem hauptstädtischen Gesindel vollkommen fremd; er hatte überhaupt in jener Zeit in Berlin noch nicht die Bedeutung, welche er erlangt hat, seitdem die Hauptstadt zugleich eine mächtig emporblühende Fabrikstadt geworden ist.

Die Arbeiter, deren Fleiß und Tüchtigkeit in Berlin stets besonders anerkennungswerth gewesen ist, standen mit den kleinen Handwerkern ganz auf einer Stufe, meist gingen sie auch, wenn sie sich verheiratheten, in den Handwerkerstand durch selbstständige Etablirung über, denn von jenen großartigen Fabriketablissements, welche Tausende niemals selbstständig werdender Arbeiter beschäftigen, an denen jetzt unsere Stadt so reich ist, existirten damals ja nur erst wenige.

Aber auch die verhältnißmäßig geringe Zahl der eigentlichen Arbeiter, welche zu jener Zeit in Berlin lebten, zeichnete sich durch Fleiß, Rechtlichkeit und Tüchtigkeit aus, wenn auch naturgemäß einzelne verkommene Subjekte sich dem Proletariat einreiheten.

Die Bevölkerungsklasse, mit welcher wir uns beschäftigen wollen, war das arbeitsscheue, nur auf Armenunterstützung oder unredlichen Erwerb spekulirende Gesindel, welche einen Krebsschaden aller Großstädte bildet. In Berlin wuchs seine Zahl nach dem Jahre 1815 unglaublich schnell und ein eigener Verbrecherstand ging aus ihm hervor.

Die Kriegsjahre waren dem Gedeihen eines Verbrecherstandes besonders günstig gewesen. Diebsbanden hatten sich zusammengefunden und organisirt; in den entlegeneren Vierteln der Stadt fanden sich sichere Verstecke, von denen aus sie ihre verbrecherischen Operationen bei Tag und Nacht betreiben konnten.

Manche dieser Banden wurden entdeckt und zur Strafe gezogen. Wir erinnern an jene, von welcher Iffland an Wolff schrieb. Andere aber blieben unentdeckt und konnten in rastloser Thätigkeit weiter arbeiten. Auch nach dem Kriege wurden sie begünstigt dadurch, daß die Polizei ihre Thätigkeit fast mehr gegen die unschädlichen Demagogen als gegen die gemeingefährlichen Diebe aufbieten mußte.

Die Berliner wurden in den, dem Freiheitskriege zunächst folgenden Jahren vielfach durch Verbrechen gegen das Eigenthum beunruhigt. Einen wahrhaft erschreckenden Charakter nahmen diese mit dem Beginn des Jahres 1826 an. Die kühnsten Verbrechen wurden begangen sowohl bei Nacht als am hellen Tage und ein geheimnißvolles Dunkel umhüllte dieselben.

Kein reicher Mann hielt sich mehr sicher, nachdem von frechen Dieben in immer steigender Progression verwegene Einbrüche in Kassenlokale, sogar in die wohlverwahrte Universitätskasse begangen wurden. Die Gleichartigkeit der Ausführung solcher Einbrüche, die bei denselben angewendete Gewalt und der merkwürdige Umstand, daß meist nur Geld und Geldeswerth geraubt wurde, ließ darauf schließen, daß alle diese Verbrechen gegen das Eigenthum von einer und derselben Vereinigung von Dieben, denn nicht ein einzelner konnte sie begangen haben, herrühren mußten.

Die Polizei bot vergeblich die höchste Thätigkeit auf, um den Dieben auf die Spur zu kommen, aber bis zum Jahre 1830 entdeckte sie nichts. Erst im Jahre 1831 gelang es ihr endlich, die Verbrecher zu entlarven und zur Strafe zu ziehen.

Eine Diebesbande der gefährlichsten Art, welche fast nur aus Juden*) bestand, hatte Berlin zum Mittelpunkt ihrer Thätigkeit gemacht. Die Führer der Bande wohnten in der Hauptstadt, die Mitglieder derselben aber waren im Lande zerstreut. Die Mehrzahl hatte ihr Domizil im Großherzogthum Posen und zwar vorzugsweise in dem kleinen Orte Betsche, der ein wirkliches Diebesnest war.

Von Berlin aus gingen die Fäden, welche die mehrere Hundert Personen umfassende Gaunerbande zusammenhielten. Die Mitglieder unterstützten sich gegenseitig bei den Verbrechen, welche sie im großartigsten Maßstabe verübten. Fremde

*) Ein unter dem Titel: „Die jüdischen Gauner in Deutschland, ihre Taktik, ihre Eigenthümlichkeiten und ihre Sprache von A. F. Thiele" im Jahre 1842 erschienenes Werk giebt die genauesten Nachweise über das Treiben jener berüchtigten Gaunerbande, welche Berlin jahrelang in Schrecken gesetzt hat. Diejenigen unserer Leser, welche ausführlichere Mittheilungen, als die uns durch den zugemessenen Raum erlaubten, wünschen, verweisen wir auf das Thiele'sche Buch.

Diebe kamen nach Berlin, um Einbrüche zu machen, zu denen die Berliner Genossen ihnen die Gelegenheit ausspionirt hatten, dann verschwanden sie plötzlich wieder, keine Spur hinterlassend. Die Berliner dagegen machten ihrerseits Reisen in die Provinzen, wenn sie in der Hauptstadt nicht genügende Beschäftigung fanden.

Wie gefährlich für die gesammte Gesellschaft diese Diebesbande war, zeigt uns schon die enorme Zahl der Mitglieder. Als es im Jahre 1831 durch die Haussuchung bei einem berüchtigten jüdischen Verbrecher gelungen war, Spuren zu finden, welche auf die Entdeckung vieler bisher mit tiefem Geheimniß umhüllter Verbrechen führten, und als der Verhaftete gegen das Versprechen eigener Straflosigkeit sich zu Geständnissen entschloß, welche eine immer erweiterte Untersuchung im Gefolge hatten, stellte es sich heraus, daß nicht weniger als 520 Personen, größtentheils jüdischen Glaubens, mit der Bande liirt waren. Wirklich zur Untersuchung, welche drei Jahre dauerte, wurden gezogen 197 Diebe und Betrüger, unter denen sich einschließlich von 3 getauften Juden nur 19 Christen befanden. Von ihnen haben 111 ein mehr oder weniger umfangreiches Geständniß abgelegt. Etwa 150 sind zu Freiheitsstrafen von verschiedener Dauer verurtheilt worden.

Siebenzehn Personen der Bande lebten in Berlin und unter ihnen befanden sich die eigentlichen geistigen Leiter, welche mit vieljährigem Zuchthaus bestraft wurden. Sie hatten das Geschäft so sehr in's Große getrieben, daß der Raubantheil der Einzelnen sich auf Tausende belief.

Unter den Berliner jüdischen Dieben waren besonders zwei Brüder von Bedeutung, Männer von hervorragendem Verstand. Sie hatten ihr zusammengestohlenes Geld so gut verborgen, daß es trotz aller Bemühungen der Polizei nicht aufgefunden werden konnte. Wahrscheinlich legte es später, als die beiden Gauner ihre Zuchthausstrafe verbüßt hatten, den Grund zu dem bedeutenden Vermögen, welches sie sich erwarben.

Die Brüder sind in späterer Zeit in Berlin stadtbekannte Männer geworden; nur wenige Berliner wissen, daß die beiden reichen Banquiers und Häuser-Spekulanten, welche in glänzenden Equipagen einherfuhren, dereinst als Führer der jüdischen Gauner auf dem Zuchthause gesessen haben, daß sie aus einer Verbrecherfamilie stammen, deren männliche Mitglieder Diebe und Einbrecher, die weiblichen aber feile Dirnen waren*).

Außer den jüdischen Gaunern, welche in der Verbrecherwelt Berlins einen durch Geldmittel bevorzugten Stand bildeten, gab es in jener Zeit noch eine große Anzahl kleinerer Diebesbanden, ja man kann behaupten, daß fast alle Diebe der Stadt in einer Art von Zusammenhang standen, daß sie sich wenigstens gegenseitig mehr oder weniger kannten.

Ausgeschlossen von jedem Umgang mit ehrlichen Leuten, von ihnen als eine Pestbeule der Gesellschaft betrachtet, verachtet und gemieden, bildete und bildet noch heut das Verbrecherproletariat eine Welt für sich.

Die Unglücklichen, welche sich einmal hatten hinreißen lassen, die das Eigenthum schützenden Gesetze zu verletzen, und von denen dies durch ihre Bestrafung bekannt geworden war, hatten alle bürgerlichen Rechte verloren; sie waren der polizeilichen Disziplinargewalt in jedem Augenblick unterworfen, und da Niemand aus der bessern Gesellschaft mehr mit ihnen etwas zu thun haben wollte, so waren sie lediglich auf den Verkehr unter sich, mit Gleichgesinnten, angewiesen. Mit ihren Diebesgenossen kamen sie an den bestimmten Orten, an denen fast nur Diebesgesindel verkehrte, zusammen. Ihre Bräute, Weiber und Töchter waren dem gleichen Schimpf verfallen und meist der Prostitution ergeben. Im Arbeits- oder Zuchthause war die persönliche Bekanntschaft der Diebe unter einander zur Freundschaft geworden.

Wer einmal in diese Genossenschaft eingeweiht worden war, vermochte selten oder nie sich derselben wieder zu entziehen, er war ihr verfallen auf immer, er mußte ihre Sitten und Gewohnheiten annehmen.

Die Diebe hatten und haben ihre eigene Ehre; die Kühnheit und List, mit welcher ein Verbrechen ausgeführt worden ist, wird in diesen Kreisen wie eine Heldenthat glorificirt, sie haben sogar, wie wir erwähnten, ihre eigene Sprache, welche von allen wirklichen Gaunern verstanden wird, sie besteht zum größten Theil aus verdorbenen hebräischen Worten*), ein Beweis, daß die jüdischen Gauner bei der Erfindung derselben vorzugsweise thätig gewesen sind.

Im engen Zusammenhange mit dem Diebesproletariat und zum Theil mit demselben auf das Innigste verbunden oder vielmehr aus demselben oft entsprießend steht das weibliche Proletariat der Prostituirten, der öffentlichen Dirnen, welche ebenfalls nach den Befreiungskriegen in Berlin eine mehr und mehr um sich greifende Bedeutung gewannen.

In dem Zeitraum, welcher uns beschäftigt, gab es in Berlin noch öffentliche Häuser. Ganze Straßen, wie die Petristraße und Königsmauer, waren der Prostitution verfallen. Aber doch war die Zahl der hier lebenden Dirnen verhältnißmäßig sehr klein gegen die der Mädchen, welche sich auf den Straßen umhertrieben, um aus der

*) In den sechziger Jahren hat einer der beiden Brüder durch allzukühne, aber nicht allzugewissenhafte Häuser-Spekulationen einen großen Theil seines Vermögens verloren. Mit dem Rest ist er unsichtbar geworden. Er soll, so wird erzählt, nach Amerika geflüchtet sein.

*) Verschiedene Werke, z. B. Thiele's „Jüdische Gauner" und Zimmermann's „Die Diebe in Berlin" enthalten kleine interessante Wörterbücher der Gaunersprache.

Unzucht ein schmähliches Gewerbe zu machen. Je mehr in den Kreisen der gebildeten Gesellschaft das Laster geächtet wurde, je mehr blühte es im Geheimen auf und gerade das Jahrzehnt von 1830—1840, in welchem, wie wir erwähnten, dieser sittliche Läuterungsprozeß in der Gesellschaft sich vollzog, zeigt uns, daß die Prostitution die bedenklichsten Fortschritte in Berlin machte*).

Die jungen Männer aller Stände, denen die Gelegenheit zu Liebesabenteuern mit Mädchen der bessern Klassen durch die Vorsorglichkeit der Eltern mehr und mehr abgeschnitten wurde, ließen sich durch ihr heißes Blut zu Ausschweifungen anderer Art treiben und sie fanden zu denselben die reichste Gelegenheit in den zahllosen Vergnügungslokalen, an denen Berlin damals besonders reich war. Einige dieser Lokale, welche sich besonders berühmt gemacht haben, wollen wir unsern Lesern schildern.

Das größte und berühmteste war das Colosseum.

Zu Anfang dieses Jahrhunderts befand sich in dem Hause Alte Jakobstraße 64 eine einfache Tanztabagie mit Gartenvergnügen, welche, für den kleinen Bürgerstand bestimmt, im Berliner Volksmunde den eigenthümlichen Namen das Hundeleben führte. In dem schattigen Garten belustigten sich die Handwerker mit ihren Familien während der Sommerszeit; am Sonntag und am blauen Montag verkehrten auch im Winter Gesellen und Soldaten mit ihren Liebchen, die meist aus Dienstmädchen bestanden, in dem Lokale, an den übrigen Wochentagen besuchten Handwerker mit ihren Frauen und Töchtern dasselbe.

Berühmt war das Hundeleben durch die große russische Schaukel im Garten, damals die einzige in Berlin. Einen noch größeren Ruf aber hatte es sich erworben, weil hier das bekannte Berliner Wort „Keilerei und Gartenvergnügen" allsonntaglich zum vollsten Ausdruck kam. Die Gesellen und Soldaten rauften sich in jeder Woche und oft gab es ziemlich blutige Kämpfe.

Im Jahre 1822 wurde das ziemlich baufällige Haus abgerissen und an der Stelle des Hundelebens entstand ein ziemlich brillantes Tanzlokal unter dem Namen des Wiener Saales. Natürlich änderte sich jetzt das Publikum nicht gerade in der günstigsten Weise. In dem Maße, als das Herrenpublikum feiner wurde, zeigte sich das der Damen gemischter.

Der Wiener Saal hatte kein langes Leben; der Besitzer desselben, Krüger, verwandelte ihn in ein neues Lokal, das Colosseum, welches im Jahre 1831 eröffnet wurde. Er hatte in der Ausschmückung des neuen Etablissements eine Pracht aufgeboten, wie sie bisher in Berlin noch nicht gesehen worden war, und obgleich er Anfangs ein für die damalige Zeit sehr theures Entré, 20 Silbergroschen für die Person nahm, so war doch der Zudrang des Publikums so groß, daß die weiten Räume kaum die Menge der Besucher zu fassen vermochten.

Wochenlang wurde in Berlin von nichts Anderem gesprochen, als von dem prächtigen Colosseum, Jedermann mußte es gesehen haben. Die feine Welt drängte sich nach dem neuen Vergnügungslokal und in der ersten Zeit war in diesem ausschließlich das vornehmste Publikum der Stadt versammelt.

In der That hatte Herr Krüger das Außerordentlichste für jene Zeit geleistet. Prächtig verzierte Säle strahlten im hellsten Lichterglanze. Die Bälle im Colosseum vereinten die vornehmste Gesellschaft, ja für die Königliche Familie war eine mit fürstlicher Pracht ausgestattete Loge eingerichtet und wurde von ihr besucht. Eine Reihe von kleineren Sälen und hübschen Zimmern dienten den einzelnen Familien zur Erholung nach dem Tanze. Unter dem Lokal befand sich auch ein Tunnel, wo geraucht werden durfte und wo daher die älteren Herren gern ein Glas Bier tranken, während ihre Töchter oben tanzten.

Im Jahre 1835 wurde das Lokal noch durch einen neuen großen Saal, der Orangeriesaal genannt, vergrößert.

Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, welche sich zu allen Zeiten in Berlin wiederholt hat, daß ein für die vornehmen Stände eingerichtetes Vergnügungslokal sich nur kurze Zeit zu halten vermag. So erging es auch dem Colosseum.

Der Anfangs so zahlreiche Besuch verminderte sich bald, unter die vornehmen Gäste drängten sich Andere zweifelhaften Rufes und die Damen aus den besseren Ständen wurden deshalb bald bedenklich, ob sie wohl anständigerweise noch ferner im Colosseum tanzen könnten, da sich unter sie auch solche Damen mischten, deren Ruf sehr anrüchig war.

Herr Krüger mußte das Entré auf 15 Silbergroschen und endlich auf 10 Silbergroschen herabsetzen. Die anständigen Damen blieben fortan weg, dafür aber fand sich eine andere Gesellschaft ein, die in den Toiletten noch eleganter als die frühere war, über deren Ruf aber kein fernerer Zweifel bestehen konnte.

Der Besitzer des Colosseums trug Sorge dafür, daß stets ein reicher Damenflor sein Lokal schmückte, denn die Schönen erhielten unentgeltlichen Zutritt, nur die Herren hatten nöthig, ihr Eintrittsgeld zu zahlen.

Von dieser Zeit an war das Colosseum der Sammelpunkt der vergnügungssüchtigen jungen Männer und derjenigen Damen, welche das Lokal

*) Wir können auf das zwar interessante, aber wenig erquickliche Thema hier näher nicht eingehen. Eine Reihe von Werken, welche in den vierziger Jahren erschienen sind, behandelt die Prostitution in Berlin auf das Eingehendste. Einige dieser Werke, z. B. das von Röhrmann: „Der sittliche Zustand von Berlin" enthält sogar eine Reihe von Lebensgeschichten feiler Dirnen.

nur benutzten, um für ihre zur Schau gestellten Reize Käufer zu finden.

Aeußerlich herrschte im Colosseum stets ein gewisser Anstand, denn der Besitzer übte über sein Damen-Publikum eine strenge Polizei aus, er duldete ein zu freches Wesen nicht. Diejenigen Mädchen, welche es wagten, ihr Gewerbe zu augenscheinlich zu zeigen, wurden mit Entfernung aus dem Lokal bestraft. Auch die Herren waren gezwungen, sich der Polizei des Wirthes zu unterwerfen. Wenn einer derselben die äußerliche Sitte verletzte, so ertönte sofort der laute Ruf: „Raus" und im nächsten Augenblick erfaßten ihn ein paar kräftige Hände; einige professionirte „Rausschmeißer", welche in dieser Arbeit eine unglaubliche Geschicklichkeit besaßen, waren engagirt, um jeden Ruhestörer sofort aus dem Lokale zu entfernen.

Nach solchem Intermezzo, welches stets durch ein schallendes Gelächter sämmtlicher Gäste begleitet wurde, fuhr man ruhig im Tanze fort.

Während der Carnevalszeit gab es im Colosseum Maskenbälle, welche einzig in ihrer Art waren. Auch nach Mitternacht war es erlaubt, maskirt zu bleiben und hierdurch wurde es möglich, während des ganzen Abends unerkannt dem Feste beizuwohnen. Diese Gelegenheit benutzten Männer und selbst Damen der vornehmsten Stände.

Niemals ist wohl in irgend einem Vergnügungslokale Berlins die Gesellschaft eine so gemischte gewesen, als in dem damaligen Colosseum bei den Maskenbällen. Selbst Prinzen und andere vornehme Männer fanden sich, durch die Maske geschützt, in dem Lokale ein.

Der Glanz des Colosseums dauerte bis zum Jahre 1843. Am Donnerstag den 17. März war es zum letzten Male geöffnet. Einige Tage darauf ging es plötzlich in Flammen auf und wurde nicht wieder aufgebaut.

Neben dem Colosseum bestanden noch einige andere ähnliche Lokale, in denen ebenso wie dort ein sehr gemischtes Herren-Publikum verkehrte, deren Besucherinnen aber fast ohne Ausnahme dem Dienste der Venus sich weiheten. Die vorzüglichsten dieser Lokale waren die Friedrichstädtische Halle in der Krausenstraße und Villa-Bella vor dem Oranienburgerthor.

Weit tiefer als diese Lokale standen andere, welche aber ebenfalls in Berlin einen vielgenannten Namen hatten. Wir erwähnen nur zwei vom Ruf besonders begünstigte, den „Onkel" in der Dorotheenstraße und das Gräbert'sche Tanz-Lokal in der kleinen Waldemarstraße.

Das unter dem Namen „Onkel" bekannte Tanz-Lokal gehörte zu den ältesten Berlins. Schon unter der Regierung Friedrich Wilhelm's II. bestand es und damals hatte es seine glänzendste Zeit; es wurde sogar vom Hofe besucht. Wie alle ähnlichen Lokale kam es nach und nach herunter. Die Nähe der Universität machte es zum Sammelplatz der Studenten, welche sich bei „Onkels" einfanden und dort mit Berliner Dirnen Orgien feierten, von denen unglaubliche Dinge in der Stadt erzählt wurden.

Die Bewohnerinnen der öffentlichen Häuser fanden sich allmonatlich am Mittwoch nach dem ersten in großer Zahl bei Onkels ein, dann gab es Polonaisen über den Hof fort und durch die Logen bei denen Scherze der zweideutigsten Art getrieben wurden. Außer den Studenten kamen auch viele Schüler der Artillerie-Schule in Civil zu Onkels und neben diesen fanden sich auch Kellner, Bediente und die Liebhaber der öffentlichen Dirnen ein.

Exzesse jeder Art, blutige Schlägereien konnten bei einem so gemischten Publikum nicht ausbleiben, sie wurden so arg, daß den Studenten der Besuch bei Onkels durch Anschlag am schwarzen Brett verboten werden mußte, und als auch dies nichts half, wurde endlich im Jahre 1840 das altberühmte Lokal gänzlich geschlossen.

Das Gräbert'sche Lokal verdankte seinen Ruf vorzugsweise den theatralischen Vorstellungen und den Balleten, welche in demselben gegeben wurden. Der Montag war der Tag für Louis Gräbert. Nach der entfernten Waldemarstraße zogen dann die Berliner aller Stände, um einen lustigen Abend zu verleben. Meist war das Lokal so gefüllt, daß Hunderte fortgehen mußten, ohne Einlaß zu erhalten.

Die pantomimischen Darstellungen, die Tänze, besonders die Stelzentänze der Damen hatten einen weit verbreiteten Ruf erlangt, nicht sowohl ihrer Kunstfertigkeit als ihrer Indecenz wegen.

Das Publikum spielte bei den Vorstellungen durch schlechte Witze aller Art mit. Die Seele des Vergnügens aber war der dicke Vater Gräbert selbst. Wenn der Skandal zu arg wurde, ermahnte er seine Gäste mit einer komischen Rede zur Ruhe und Sittlichkeit. Diese Reden waren so beliebt, daß oft nur Skandal gemacht wurde, damit Vater Gräbert seine Rede halte, und wenn er gar zu lange auf sich warten ließ, dann erschallte der hundertstimmige Ruf: „Rede halten! Gräbert: Rede halten!" dem er selten zu entsprechen unterließ.

Der Skandal wurde mit den Jahren immer toller und endlich so groß, daß die Sittenpolizei sich in's Mittel legen mußte. Noch heut besteht das Gräbert'sche Lokal, aber ein Tanzsaal der gewöhnlichen Art für feine Herren und unter dem Namen Ballhaus.

Von ganz anderem Charakter als die genannten, waren viele Vergnügungs-Lokale, deren Namen heut schon fast vergessen sind; sie bildeten den Sammelpunkt der Verbrecher jeder Art, welche sich hier zusammen fanden, um mit den Prostituirten der Residenz die Früchte der Diebstähle und des Betruges zu verjubeln. Hier und da wagte sich wohl auch ein neugieriger Fremder in diese Spelunken, aber er verließ sie meistens bald wieder, weil ihm unheimlich wurde unter einer Gesellschaft, in der alle Mitglieder sich gegenseitig

auf das Genaueste kannten und in der alle ihn mit mißtrauischen Augen als einen Eindringling und Spion betrachteten.

Die Polizei kannte die Lokale, aber sie duldete sie gern, weil es ihr häufig gelang, in denselben durch plötzlichen Ueberfall Verbrecher zu fangen, welche bisher allen Nachstellungen entgangen waren. Diebe, die im sichern Versteck den Nachforschungen der geschicktesten Polizisten, selbst denen des berühmten Polizeiraths Duncker hätten trotzen können, vermochten doch der zauberischen Anziehungskraft dieser Vergnügungs-Lokale nicht zu widerstehen. Um einen wonnigen Abend zu feiern, verließen sie ihre Zufluchtsstätten und häufig fielen sie dann der Polizei in die Hände.

Zu den berühmtesten Spelunken dieser Art gehörte die sogenannte „lederne Flinte" in der Jerusalemerstraße 23.

Das niedere Volk jener Zeit hatte eine große Liebhaberei für Vorstellungen von Puppenspiel. Puppen-Theater, für geringes Geld gezeigt, wurden zahlreich besucht. Diese brachten ihrem Publikum alle Novitäten des Königlichen und Königsstädter Theaters natürlich in einer besonders für die Zuschauer eingerichteten Form. Außerdem aber hatten sie auch eigene Stücke; „Der bairische Hiesel" und „Die Königin von Golkonda" waren Zugstücke für das große Publikum.

Ein solches Puppentheater befand sich auch in der ledernen Flinte. Abends prangte vor der Hausthür des kleinen unscheinbaren Hauses eine Transparenttafel mit den Worten: „Theater von Richter." Durch einen engen Gang, welcher wahrscheinlich dem Lokale seinen Namen verschafft hatte, kam man nach dem eigentlichen Schauspielhause, welches zugleich ein Ballsaal und der Versammlungspunkt des niedrigsten Pöbels war.

Die berüchtigsten Diebe und ihre Dirnen verkehrten hier an den Wochentagen, nur an den Sonntagen kamen auch Gesellen und Soldaten mit ihren Liebchen, den Dienstmädchen, aber nur mit denen der niedrigsten Sorte, in die lederne Flinte.

Für die ganze Stadtgegend war das Lokal ein Stein des Anstoßes. Bis spät in die Nacht hinein verkehrten hier die Diebe und Betrüger, welche ihr leicht erworbenes Geld mit liederlichen Frauenzimmern auf die unsinnigste Weise verpraßten. Der dunkle Gang wurde von den Besuchern in der schamlosesten Weise benutzt und selbst die Hausflure der benachbarten Häuser bildeten Stätten der Unsittlichkeit.

Die gerechten Klagen der Nachbarn führten endlich die Schließung des Lokales herbei, zu welcher die Polizei sich indeß lange genug nöthigen ließ, da sie gerade hier ihre besten Fänge zu machen pflegte.

Der ledernen Flinte in Charakter und Ruf nahe stand das Monno'sche Lokal in der Grenadierstraße 33 und der Türkenkeller an der neuen Promenade 3. Auch der berüchtigte Verbrecherkeller in der Leipzigerstraße an der Ecke der Jerusalemerstraße, der ununterbrochen Tag und Nacht geöffnet war, zog eine seinem Namen entsprechende Gesellschaft an. Ebenso waren der „Schmoortopf" in der Mulacksgasse 3, der Patzkopf, Linienstraße 35 und 36 und Spiegelberg's Tanzsaal vor dem Prenzlauer-Thor Sammelpunkte für das Gaunergesindel der Residenz. Bei Tage fand sich dasselbe gern in dem sogenannten Silberladen, der elegant eingerichteten Kröcher'schen Destillation in der Königsstraße zusammen. Der Silberladen bildete gewissermaßen die Verbrecherbörse. Hier sind unzählige Diebstähle und Einbrüche verabredet worden.

XIII. Abtheilung.

Berlin vom Regierungsantritt Friedrich Wilhelm's IV. bis zum 18. März 1848.

Erstes Kapitel.

Der König ist todt! — Das Volk im Sterbezimmer des Königs. — Die Vereidigung der Truppen. — Die Deputation der städtischen Behörden Berlins. — Falsche Gerüchte. — Die Ausstellung des Paradesargs. — Das feierliche Leichenbegängniß. — Erste Proklamation Friedrich Wilhelm's IV. — Der letzte Wille Friedrich Wilhelm's III.

Der König ist todt! — Mit Blitzesschnelle verbreitete sich die erschütternde Nachricht durch ganz Berlin. Nach kaum einer Stunde war sie allgemein bekannt und aus den entlegensten Stadttheilen zogen Tausende von Menschen den Linden zu, um nach dem Palais des Verstorbenen zu wallfahrten.

Das Königliche Haus stand in den ersten Nachmittagsstunden dem Volke offen; Jedermann war es gestattet, noch einmal die Züge des Entseelten zu schauen und viele Tausende machten von dieser Erlaubniß Gebrauch. Männer und Frauen aller Stände drängten sich in die Königlichen Gemächer.

So groß die Zahl derer, die das Sterbezimmer betraten, auch war, so wurde doch kaum ein lautes Wort gehört. Es war nicht eitle Neugierde, sondern wahre innige Theilnahme und Liebe zu dem Entschlafenen, welche die meisten der Besucher herführte, und die wenigen, welche vielleicht geneigt gewesen wären, irgend eine frivole Aeußerung zu thun, waren doch klug genug, sie zu unterdrücken; sie erkannten, daß hier nicht der Ort dazu sei, daß sie ihres Lebens vielleicht nicht sicher gewesen wären, wenn sie sich nicht beherrscht hätten.

Nach einigen Stunden wurde der Zudrang zu dem Königlichen Sterbezimmer so massenhaft, das Gedränge so bedenklich, daß das Palais dem Volke geschlossen werden mußte, vor demselben aber wogte bis in die tiefe Nacht hinein eine unzählbare Menge auf und nieder. Mit leiser Stimme erzählten diejenigen, welche im Palais gewesen waren und die, welche die Hofbedienten gesprochen hatten, von den letzten Augenblicken des Königs. Niemand wagte laut zu sprechen. Obgleich viele Tausende sich vor dem Königlichen Hause versammelt hatten, hörte man doch kaum ein Geräusch, nur ein eigenthümliches Summen, welches durch die Flüstertöne der Erzählenden verursacht wurde.

Hier und da theilte sich plötzlich die Menge, eine Abtheilung Soldaten marschirte nach dem Palais — es waren die Kommando's der verschiedenen Regimenter, welche kamen, um ihre Fahnen und Standarten zu holen. Auf den Kasernenhöfen fand Abends die Vereidigung für König Friedrich Wilhelm IV. statt. In aller Stille wurden dann die Fahnen zugebracht.

Am folgenden Tage, am 8. Juni 1840, überreichte eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, welche durch den Ober-Bürgermeister Krausnick und den Stadtverordnetenvorsteher Desselmann geführt wurde, dem Könige Friedrich Wilhelm IV. eine Beileidsadresse der beiden städtischen Behörden.

Man sprach in jenen Tagen viel von dieser Adresse und von dem Empfang, welchen die Deputation beim Könige erhalten habe. Gerüchte der verschiedensten Art verbreiteten sich. In der Adresse, so hieß es, sollten die Stadtverordneten Andeutungen gemacht haben, daß das preußische Volk von dem Könige die Gewährung einer Konstitution erwarte. König Friedrich Wilhelm IV. habe die Deputation sehr gnädig empfangen und in seiner Antwort klar hervorgehoben, daß er es für seine Pflicht halte, das Versprechen seines verewigten Königlichen Vaters vom 22. Mai 1815, welches Friedrich Wilhelm III. zu erfüllen durch die Zeitverhältnisse verhindert worden sei, heilig zu halten.

Was man wünscht, glaubt man; die Berliner sind zu allen Zeiten nur zu geneigt gewesen zur Erfindung von ihren Wünschen entsprechenden Gerüchten. So geschah es auch hier, denn von Allem, was allgemein und mit größter Bestimmtheit erzählt wurde, war auch nicht Ein Wort wahr.

Einige Stadtverordneten hatten allerdings in kleineren Kreisen sich darüber berathen, ob es wohl an der Zeit sei, dem Könige über die Wünsche des Volkes Aufschluß zu geben, aber sie

hatten davon Abstand genommen, weil sie es nicht für schicklich hielten, gerade jetzt an das alte Königliche Versprechen zu mahnen, darin könnte ein Vorwurf für den Verstorbenen gefunden werden, der den trauernden Sohn, den jetzigen König, schmerzlich berühren müsse.

Die Adresse der städtischen Behörden überschritt deshalb mit keiner Silbe die Grenze der herkömmlichen Beileidsbezeugungen und Treueverheißungen, und ebenso wenig sprach König Friedrich Wilhelm IV. bei dem huldreichen Empfange der städtischen Behörden ein Wort über seine künftigen Regierungsabsichten.

In der Nacht vom 8. auf den 9. Juni wurde in aller Stille die Leiche des Königs von dem Palais nach dem Königlichen Schlosse gebracht und hier im Thronzimmer aufgestellt. Während dieser Nacht und am folgenden Tage erhielten einige der vornehmsten Beamten und Offiziere die Erlaubniß, noch einmal den Entschlafenen zu sehen. Am Abende wurde der Sarg geschlossen.

Die öffentliche Ausstellung des Paradesarges fand am 10. Juni statt. In dem verdunkelten Thronsaale brannten 8 große silberne Kandelaber mit vielen Kerzen. Der Sarg stand auf einer unter dem Thron errichteten, zum Theil mit schwarzem Tuch beschlagenen und mit einer Decke von violettem Sammet bekleideten Estrade. Die Reichsinsignien, die Königliche Krone, der Reichsapfel, das Reichsinsiegel, der Kurhut, das Reichsscepter, das Reichsschwert, die Kette des schwarzen Adlerordens und das Kurschwert lagen auf Tabourets, welche zu den Seiten des Sarges aufgestellt waren. Auf dem Sarge selbst lagen der Reichshelm, die Schärpe des Königs, dessen entblößter Degen kreuzweis mit der Scheide, der Commandostab, die goldenen Sporen und das Band des schwarzen Adlerordens.

Einige höhere Offiziere hielten die Wache beim Sarge.

Von Morgens 9—12 Uhr und am Nachmittage von 3—7 Uhr war es dem Volke gestattet, den Paradesarg zu schauen; die Königlichen Trauergemächer waren geöffnet, und das stets schaulustige Berliner Publikum machte im reichsten Maße von der ihm gegebenen Erlaubniß Gebrauch.

Viele, viele Tausende von Menschen aller Stände hatten sich schon am frühen Morgen vor dem Portal auf dem Lustgarten eingefunden. Ein wahrhaft lebensgefährliches Gedränge entstand. Trotzdem herrschte unter der versammelten Menge ein wunderbarer Geist. Fast Jeder war in Trauerkleidung gekommen, auch die Aermsten trugen irgend ein Zeichen der Trauer, mindestens ein schwarzes Florband.

Wenn sonst bei großem Gedränge in Berlin laute Witze gerissen werden, wenn Streitigkeiten vorkommen, so herrschte an jenem Tage unter der zahllosen Menge ein tiefes würdiges Schweigen. Als nun endlich das Königliche Trauergemach geöffnet und der Zutritt gewährt wurde, da gingen die Schauenden auf den Zehen durch den Thronsaal; kaum wagten sie zu athmen, keiner hielt sich neugierig länger auf, als es eben nöthig war.

Am 11. Juni fand das feierliche Leichenbegängniß statt. König Friedrich Wilhelm III., der so gern still und einfach gelebt hatte, der ein Feind jedes Prunkes gewesen war, hatte selbst alle Anordnungen zu demselben getroffen und dabei ebenso wohl die übermäßige Pracht vermieden wissen wollen, als er der Nothwendigkeit, einer solchen Feier eine gewisse Würde zu geben, Rechnung getragen hatte.

Wenige Tage nach Beendigung der Trauerfeierlichkeiten, am 17. Juni 1840, erließ König Friedrich Wilhelm IV. folgende vom 12. datirte Bekanntmachung:

An das Staatsministerium.

Ich befehle, zwei kostbare Dokumente der Oeffentlichkeit zu übergeben, welche Mir, nach dem Willen Meines in Gott ruhenden Königlichen Vaters und Herrn, am Tage seines Heimganges eingehändigt worden, wovon das eine bezeichnet ist:

„Mein letzter Wille", das andere

„Auf Dich, Meinen lieben Fritz u. s. w."

anfängt, und welche beide von Seiner eigenen Hand geschrieben, und vom 1. Dezember 1827 datirt sind.

Der Heldenkönig aus unserer großen Zeit ist geschieden und zu Seiner Ruhe, an der Seite der Heißbeweinten und Unvergeßlichen, eingegangen. Ich bitte Gott, den Lenker der Herzen, daß Er die Liebe des Volkes, die Friedrich Wilhelm III. in den Tagen der Gefahr getragen, Ihm sein Alter erheitert und die Bitterkeit des Todes versüßt hat, auf Mich, Seinen Sohn und Nachfolger übergehen lasse, der Ich mit Gott entschlossen bin, in den Wegen des Vaters zu wandeln. Mein Volk bete mit mir um Erhaltung des segensreichen Friedens, des theuren Kleinods, das Er uns im Schweiße seines Angesichts errungen und mit treuen Vaterhänden gepflegt hat: — das weiß Ich — sollte dies Kleinod je gefährdet werden, — was Gott verhüte — so erhebt sich Mein Volk wie Ein Mann auf Meinen Ruf, wie Sein Volk sich auf Seinen Ruf erhob.

Solch' ein Volk ist es werth und fähig, Königliche Worte zu vernehmen, wie die, welche hier folgen, und wird einsehen, daß Ich den Anfang Meines Regimentes durch keinen schöneren Akt als die Veröffentlichung derselben bezeichnen kann.

Sanssouci, den 12. Juni 1840.

(gez.) F. W.

Mein letzter Wille.

Meine Zeit mit Unruhe, Meine Hoffnung in Gott!
An Deinem Segen, Herr, ist Alles gelegen!
Verleihe Mir ihn auch jetzt zu diesem Geschäfte.

Wenn dieser Mein letzter Wille Meinen innigst geliebten Kindern, Meiner theuren Auguste und übrigen lieben Angehörigen, zu Gesichte kommen

wird, bin Ich nicht mehr unter ihnen und gehöre zu den Abgeschiedenen. Mögen sie dann bei dem Anblick der ihnen wohlbekannten Inschrift: — **Gedenke der Abgeschiedenen:** — auch Meiner liebevoll gedenken.

Gott wolle Mir ein barmherziger und gnädiger Richter sein, und Meinen Geist aufnehmen, den Ich in seine Hände befehle. Ja, Vater, in Deine Hände befehle Ich Meinen Geist! In einem Jenseits wirst Du Uns alle wieder vereinen, möchtest Du Uns dessen, in Deiner Gnade, würdig finden, um Christi Deines lieben Sohnes Unsers Heilandes Willen, Amen.

Schwere und harte Prüfungen habe Ich nach Gottes weisem Rathschlusse zu bestehen gehabt, sowohl in Meinen persönlichen Verhältnissen (insbesondere, als Er Mir vor 17 Jahren das entriß, was Mir das Liebste und Theuerste war), als durch die Ereignisse, die Mein geliebtes Vaterland so schwer trafen. Dagegen aber hat Mich Gott, ewiger Dank sei ihm dafür: auch herrliche, frohe und wohlthuende Ereignisse erleben lassen. Unter die ersten rechne Ich vor allen die glorreich beendeten Kämpfe in den Jahren 1813, 14 und 15, denen das Vaterland seine Restauration verdankt. Unter die letztern, die frohen und wohlthuenden, aber rechne Ich insbesondere die herzliche Liebe und Anhänglichkeit, und das Wohlgelingen Meiner geliebten Kinder: sowie die besondere unerwartete Schickung Gottes, Mir noch in Meinem fünften Decennium eine Lebensgefährtin zugeführt zu haben, die Ich als ein Muster treuer und zärtlicher Anhänglichkeit öffentlich anzuerkennen Mich für verpflichtet halte.

Meinen wahren, aufrichtigen und letzten Dank Allen, die mit Liebe, Treue, und durch ihre persönliche Anhänglichkeit, Mir ergeben waren.

Ich vergebe allen Meinen Feinden: auch denen, die durch hämische Reden, Schriften oder durch absichtlich verunstaltete Darstellungen, das Vertrauen Meines Volkes, Meines größten Schatzes (doch Gottlob nur selten mit Erfolg) Mir zu entziehen, bestrebt gewesen sind.

Berlin, den 1. Dezember 1827.

(gez.) Friedrich Wilhelm

„Auf Dich, Meinen lieben Fritz, geht die Bürde der Regierungsgeschäfte mit der ganzen Schwere ihrer Verantwortlichkeit über. Durch die Stellung, die Ich Dir in Beziehung auf diese angewiesen hatte, bist Du mehr als mancher andere Thronfolger darauf vorbereitet worden. An Dir ist es nun, Meine gerechten Hoffnungen und die Erwartungen des Vaterlandes zu erfüllen — wenigstens darnach zu streben. Deine Grundsätze und Gesinnungen sind Mir Bürge, daß Du ein Vater Deiner Unterthanen sein wirst.

Hüte Dich jedoch vor der so allgemein um sich greifenden Neuerungssucht, hüte Dich vor unpraktischen Theorien, deren so unzählige jetzt im Umschwunge sind, hüte Dich aber zugleich vor einer fast eben so schädlichen, zu weit getriebenen Vorliebe für das Alte, denn nur dann, wenn Du diese beiden Klippen zu vermeiden verstehst, nur dann sind wahrhaft nützliche Verbesserungen gerathen.

Die Armee ist jetzt in einem seltenen guten Zustande, sie hat seit ihrer Reorganisation Meine Erwartungen wie im Kriege, so auch im Frieden, erfüllt. Möge sie stets ihre hohe Bestimmung vor Augen haben, möge aber auch das Vaterland nimmer vergessen, was es ihr schuldig ist.

Verabsäume nicht, die Eintracht unter den Europäischen Mächten, so viel in Deinen Kräften, zu befördern; vor allen aber möge Preußen, Rußland und Oesterreich sich nie von einander trennen; ihr Zusammenhalten ist als der Schlußstein der großen Europäischen Allianz zu betrachten.

Meine innig geliebten Kinder berechtigen mich Alle zu der Erwartung, daß ihr stetes Streben dahin gerichtet sein wird, sich durch einen nützlichen, thätigen, sittlich reinen und gottesfürchtigen Wandel auszuzeichnen; denn nur dieser bringt Segen, und noch in Meinen letzten Stunden soll dieser Gedanke Mir Trost gewähren.

Gott behüte und beschütze das theure Vaterland!

Gott behüte und beschütze unser Haus, jetzt und immerdar.

Er segne Dich, Mein lieber Sohn und Deine Regierung, und verleihe Dir Kraft und Einsicht dazu, und gebe Dir gewissenhafte, treue Räthe und Diener und gehorsame Unterthanen. Amen!

Berlin, den 1. Dezember 1827.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

Zweites Kapitel.

Hoffnungen beim Regierungsantritt Friedrich Wilhelm's IV. — Friedrich Wilhelm IV. als Kronprinz. — Der Kronprinz als Soldat und als Staatsmann. — Der geistreiche Witz des Kronprinzen. — Friedrich Wilhelm IV. als Gelehrter und Künstler. — Gerüchte in Berlin über die religiöse Richtung Friedrich Wilhelm's IV. — Der Empfang der Deputationen. — Persönliche Liebenswürdigkeit Friedrich Wilhelm's IV. Schöne Königliche Worte. — Ein Gespräch Friedrich Wilhelm's IV. mit Alexander von Humboldt. Der König der erste Bürger des Landes. — Vereinzelte Zweifler. — Die Umgebung des Königs. — Herr von Rochow. — Wittgenstein, Kamptz und Nagler. — Boyen. — Arndt. — Die Brüder Grimm. — Die allgemeine Amnestie.

Es ist eine alte geschichtliche Erfahrung, daß bei jedem Regierungswechsel die Völker mit froher Hoffnung, mit großen meist übertriebenen Erwartungen den neuen Regenten begrüßen, um später, wenn diese Erwartungen nicht erfüllt werden, sich häufig schwer enttäuscht zu finden. Auch beim

Regierungsantritt Friedrich Wilhelm's IV. sollte sich diese Erfahrung abermals bewähren.

Alle Parteien hofften, der Nachfolger Friedrich Wilhelm's III. werde in ihrem Sinne regieren, jede glaubte, Friedrich Wilhelm IV. gehöre ihr an, die Feudalen wie die Liberalen, die Pietisten wie die Rationalisten hofften gleichmäßig, und Alle wurden getäuscht, denn Friedrich Wilhelm IV. hatte weder für die eine noch für die andere Partei ein ausschließliches Interesse. In seinem reichen Geiste kreuzten sich die wundersamsten Widersprüche. Bald schien er sich dieser, bald jener Richtung zuzuneigen, bald erregte er die Hoffnung dieser, bald die jener Partei, ohne jemals eine volle Befriedigung zu gewähren.

Friedrich Wilhelm IV. war als Kronprinz dem Volke nur wenig bekannt geworden. Man hatte wohl von ihm viele Anekdoten gehört, hier und da war in kleinen Kreisen von seinem Privatleben, von der Gesellschaft geistreicher Männer, in der er sich vorzugsweise gern bewegte, gesprochen worden, aber Näheres, Bestimmtes über ihn wußte man nicht und konnte man nicht wissen, denn in der sehr gut organisirten Maschinerie des absoluten Staates unter Friedrich Wilhelm III. war für den Kronprinzen kein Platz, auf welchem er seine Regierungstalente hätte zeigen können.

Er war Chef eines Armeekorps gewesen, aber ein Feldherr war er nicht, kaum ein Soldat, darüber waren die Officiere einig, die unter ihm gedient hatten. Der kleinliche Gamaschendienst, der nach 25-jährigem Frieden sich in der preußischen Armee wieder eingebürgert hatte, widerstrebte dem geistreichen Prinzen, der sich dem Anschauen der Paraden, der größten Lust seines Königlichen Vaters, entzog, wo er nur irgend konnte. Zeigte er hier und da bei einem Manöver einmal einen fast übertriebenen Eifer, so geschah dies sicherlich nur, um dem Könige Friedrich Wilhelm III. Freude zu machen, nicht aus eigenem, inneren Antriebe.

Die Natur selbst schien bestimmt zu haben, daß der Kronprinz sich als Soldat nicht auszeichne. Seine ganze Gestalt paßte nicht zur Uniform; sein etwas weichliches Gesicht hatte durchaus nichts militairisches und seine Kurzsichtigkeit erschwerte ihm sicherlich den Dienst sehr.

Ein Feldherr, ein Soldat also war der Kronprinz nicht, aber war er ein Staatsmann? Von vielen Seiten wurde es bezweifelt, von anderen mit größter Bestimmtheit behauptet, etwas Gewisses darüber wußte man nicht.

Als Statthalter von Pommern hatte sich der Prinz außerordentlich beliebt gemacht, aber diese Beliebtheit war mehr persönlicher Natur; man konnte nicht sagen, daß er sie durch seine Thätigkeit als Staatsmann erworben habe, denn schwer ließ sich beurtheilen, welche Maßregeln ihm, welche den Beamten oder den Ministern zugeschrieben werden mußten. Die Statthalterwürde war ja ohnehin kaum mehr als ein Ehrentitel.

Der Prinz war ein sehr thätiges Mitglied des Staatsraths gewesen, aber die Berathungen dieser höchsten Landesbehörde entzogen sich ganz und gar der Beurtheilung des Publikums, sie waren in tiefes Geheimniß gehüllt und nur durch vage Gerüchte erfuhr man hier und da, welche Stellung ein oder das andere Mitglied bei wichtigen Fragen eingenommen hatte.

Solche Gerüchte erzählten auch, der Prinz habe sich im Staatsrath meist in der Opposition befunden, er habe vielfach freisinnige Maßregeln anempfohlen, ohne aber mit seinen Ansichten durchdringen zu können.

Die beste Gelegenheit, sich dem Volke zu zeigen hatte der Kronprinz im Jahre 1838 gehabt, bei einer Reise durch die Rheinprovinzen, welche unternommen wurde, um die Mißstimmung in diesen Landestheilen zu beseitigen.

Die Reise war vom glücklichsten Erfolge gekrönt worden. Der geistreiche, witzige, liebenswürdige Prinz, dem die Gabe des beredten Wortes wie Wenigen verliehen war, hatte am Rhein die Herzen im Sturm erobert. Aber persönliche Liebenswürdigkeit macht noch keinen Staatsmann und über die Befähigung des Prinzen als solcher vermochte also auch die rheinische Reise keinen Aufschluß zu geben.

Konnte das Publikum Zweifel setzen in die staatsmännischen Talente des Prinzen, so war es außer Zweifel über dessen eminente geistige Begabung, über seine Liebe zur Kunst und Wissenschaft. Unzählige Anekdoten, geistreiche, oft recht scharfe Witze wurden vom Kronprinzen erzählt, und darunter gewiß viele, welche gar nicht von ihm herrührten, aber doch im Publikum gern geglaubt wurden.

Die Berliner fühlten sich gerade deshalb zu dem Kronprinzen besonders hingezogen, den sie seines drastischen Witzes wegen als echtes Berliner Kind betrachteten. Auch daß er einen feinen Sinn für die Kunst besitze, ja daß er selbst als Künstler betrachtet werde konnte, wußte man, hatte doch der Kronprinz gern Künstler und Gelehrte in seinen zwanglosen Gesellschaftskreis gezogen, war doch durch die von ihm Geehrten sein Ruhm mit freudiger Geschwätzigkeit überall verkündet worden

Man wußte, daß der Kronprinz mit genialen Gelehrten wie mit Seinesgleichen verkehre, daß er mit unermüdlichem Fleiß studire, daß er Zeichnungen und Entwürfe zu großartigen Bauwerken gemacht habe, welchen selbst große Architekten, z. B. ein Schinkel, die aufrichtigste Anerkennung zollten.

Künstler und Gelehrte waren einstimmig des Lobes über den Kronprinzen voll, beide hofften von seiner Regierung eine neue Aera für den preußischen Staat. Die Gelehrten insbesondere verkündeten laut, der freisinnige Prinz werde die Fesseln lösen, durch welche die Wissenschaft bisher in Berlin gehemmt worden war, ihm sei die geisttödtende Censur im Grunde der Seele verhaßt.

unter seiner Regierung werde Wort und Gedanke freigegeben werden.

Aber seltsam genug! — an die Hoffnungen, welche von Künstlern und Gelehrten gehegt wurden, knüpfte doch das Gerücht auch düstere, ihnen ganz widersprechende Befürchtungen. Der kunstsinnige, geistreiche, witzige, oft übersprudelnd lustige Kronprinz sollte, so wurde erzählt, ganz in den Banden der finstern Frömmler liegen, jener Pietisten, welche in den letzten Regierungsjahren Friedrich Wilhelms III. eine so große Macht im Lande erhalten hatten und die dem lebenslustigen, rationalistischen Berliner Volke besonders verhaßt waren, ja man behauptete sogar, er neige sich im Geheimen zum Katholizismus, und daran trage die Schuld die Kronprinzessin, welche zwar aus Staatsrücksichten äußerlich aber niemals innerlich ihren Glauben gewechselt habe. Man erzählte sich, der romantische Sinn des Prinzen ziehe ihn unwillkürlich zu mittelalterlichen Anschauungen sowohl in der Religion als in der Politik. Die berüchtigten Schriften über Staatswissenschaft des Herrn von Haller seien sein liebstes Studium. Friedrich Wilhelm habe von seinen alten Lehrern Delbrück, Niebuhr, Savigny und Ancillon vorzugsweise die Anschauungen des Letzteren angenommen, dafür spreche die unbegrenzte Zuneigung, welche der Prinz Männern wie Radowitz und und Bunsen widmete, Radowitz, dem geistreichen genialen Offizier, der trotz seines glänzenden Geistes ein fanatischer Katholik war, Bunsen, dem kunstsinnigen gelehrten Diplomaten, der im Rufe des ausschweifendsten Pietismus stand.

Solche Gerüchte durchkreuzten sich beim Regierungsantritt Friedrich Wilhelm's IV. und mit gespannter Erwartung sah daher das Volk den ersten Regierungshandlungen, welche Aufschluß über die künftige Richtung des Königs geben sollten, entgegen.

Die ersten Nachrichten, welche in das Publikum kamen, waren die Erzählungen über den Empfang der verschiedenen Deputationen, die von den städtischen Behörden Berlins, Charlottenburgs und Breslaus zu Beileidsbezeugungen entsendet worden waren.

Der König hatte mit den einfachen Bürgern so leutselig und zutraulich gesprochen, daß Alle ganz entzückt von ihm waren. Jeder Deputation hatte er etwas Angenehmes zu sagen gewußt. Die Berliner waren stolz darauf, daß Friedrich Wilhelm IV. sie unvorbereitet empfangen und gesagt hatte, daß es so immer zwischen dem Könige und den Deputirten der Residenz gehalten werden solle. Die Chartottenburger fühlten sich geehrt durch das Versprechen, Friedrich Wilhelm werde nie den Ort vergessen, wo seine zärtlich geliebte Mutter und sein unvergeßlicher Vater ruheten. Die Breslauer freuten sich der Zusage eines baldigen Besuchs in der Provinz. Alle die städtischen Deputirten waren des Lobes voll, sie wußten von der Liebenswürdigkeit und Bürgerfreundlichkeit des Königs nicht genug zu erzählen.

Gleich taktvoll zeigte sich Friedrich Wilhelm IV. auch bei der feierlichen Eidesleistung der Minister, welche am 12. Juni 1840 in Charlottenburg stattfand und bei der Begrüßung der Repräsentanten der Justiz. Gegen letztere hat er sich eingehend geäußert: Er erkenne mit hoher Freude die treue musterhafte Pflege und die unbezweifelte Integrität der preußischen Justizbehörden an, aber verhehlen dürfe man sich dennoch nicht, daß auch die preußische Justiz, wie alle menschlichen Dinge mancherlei Mängel besitze, die beseitigt werden müßten. Immer schwerer und ernster würden die Zeiten, immer größer die Anforderungen, die an jeden Einzelnen zu stellen seien, und deshalb dürfe man auch niemals aufhören, nach Fortschritt und Verbesserung zu streben. Er hoffe daher viel von einer Revision der Gesetze, die freilich, wenn auch nicht in allzulanger doch nicht in allzukurzer Zeit vollendet sein werde, denn alles Gute fordere seine Zeit.

Auch von der Rede, welche der König an die Minister gehalten hatte, wurde viel gesprochen: Friedrich Wilhelm hätte ihnen seinen Dank für den Eifer ausgesprochen, den sie seinem Dienste widmen wollten, er kenne und schätze die höchsten Diener seines Vater gerade deshalb, weil sie niemals bestrebt gewesen wären, der aufgehenden Sonne zu huldigen. Wenn er bisher nicht immer einer Ansicht mit den Ministern gewesen sei, so habe er doch niemals daran einen Zweifel gehabt, daß sie mit bestem Wissen und Gewissen nur im Interesse der Sache, nicht in dem der Person ihre Meinung ausgesprochen hätten und er hoffe, daß dies auch in Zukunft der Fall sein werde. Ueberall wolle er die Wahrheit hören auch da, wo sie ihm unangenehm wäre.

Das waren schöne Worte! Ein Dank dafür, daß die Minister nicht dem Kronprinzen gehuldigt hatten, war gewiß etwas höchst Ungewöhnliches, und die Aufforderung, stets die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie dem Königlichen Ohr unangenehm klinge, war jedenfalls höchst anerkennenswerth.

Die Königliche Rede erzeugte daher allgemein ein Gefühl hoher Befriedigung; nur ganz vereinzelte Stimmen ließen sich hören, welche es beklagten, daß doch eigentlich in den allgemein gehaltenen Worten gar keine Andeutung über die Richtung enthalten sei, welche die Regierung nehmen wolle. Solche Zweifler wurden im Publikum schnell mundtodt gemacht, man verwies sie auf eine Unterredung, welche Friedrich Wilhelm IV. in den ersten Tagen nach seiner Thronbesteigung mit Alexander von Humboldt gehalten haben sollte.

Es wurde erzählt, der König habe den berühmten Gelehrten, seinen Liebling, ernst gefragt, was wohl eigentlich im Volke über ihn gedacht und gesprochen werde. Mit anerkennungswerther Aufrichtigkeit habe Alexander von Humboldt geantwortet: das Volk liebe den König von Herzen und erwarte von ihm Großes, aber es fürchte, er werde den Adel sehr bevorzugen.

„Da irrt man," sollte der König lebhaft ausgerufen haben, „wenn ich als Kronprinz der erste Adlige meines Landes war und sein mußte, so bin ich jetzt als König nur der erste Bürger!" —

Einen tiefen Eindruck machte es auf die Berliner, als Friedrich Wilhelm IV. den letzten Willen seines Vaters der Oeffentlichkeit übergab.

Friedrich Wilhelm III. hatte sich dem Volke stets so fern gehalten, daß dieses Heraustreten seines Sohnes aus der Königlichen Abgeschlossenheit, diese direkte Ansprache an das Volk hoch gerühmt wurde. Aber schon in jenen ersten Tagen des allgemeinen Entzückungsrausches tauchten einzelne mißbilligende Stimmen auf.

In dem Erlaß an das Staats-Ministerium hatte der König gesagt: „solch' ein Volk ist es werth und fähig, Königliche Worte zu vernehmen." So geschmeichelt sich die loyalen Bürger durch ein derartiges Lob fühlten, wollten andere in dieser Wendung ein Uebermaß Königlichen Stolzes sehen und meinten, ein Fürst, der erklärt habe, er wolle der erste Bürger des Landes sein, dürfe nicht so zum Lande sprechen.

Auch in dem mit den Worten: „auf Dich mein lieber Fritz" beginnenden Dokument wurden bedenkliche Stellen wie die Warnung vor Neuerungssucht, die Mahnung zum steten Zusammenhalten mit Rußland und Oesterreich, durch welches die deutsche Freiheit bisher so schwer gelitten hatte, gefunden. Indem Friedrich Wilhelm IV. diese Mahnung seines Vaters der Oeffentlichkeit übergab, übernahm er, so meinten die Bedenklichen, gewissermaßen die Verpflichtung, auch ihnen gemäß seine Regierung zu regeln; man habe daher wohl nur geringe Hoffnung, daß die berechtigten Erwartungen des Volkes in Erfüllung gehen würden. Es werde alles beim alten Schlendrian bleiben.

Wer waren diese Zweifler? Meist junge unbedeutende Männer. Schriftsteller ohne berühmten Namen, die Jünger der neuen literarischen Schule, welche unter dem Namen des jungen Deutschland bekannt waren. Solche Leute konnten keinen Einfluß auf die allgemeine Stimmung gewinnen.

Die Berliner schwammen in Entzücken über die Veröffentlichung der Königlichen Worte, auf eine Prüfung derselben ließen sie sich gar nicht ein. Magistrat und Stadtverordnete bewilligten namhafte Summen, um die vom Könige publizirten Dokumente auf städtische Kosten drucken zu lassen; in allen Häusern wurden sie unentgeltlich vertheilt, jeder Berliner sollte im Besitz dieser köstlichen Worte sein

Auch andere Städte im Lande thaten das Gleiche, der Buchhandel bemächtigte sich der Sache. Der letzte Wille Friedrich Wilhelm's III. und die begleitenden Worte Friedrich Wilhelm's IV. wurden in Zeichnungen, in Schönschrift und Kupferstich zu vielen Tausenden verkauft. In den meisten Bürgerstuben traf man unter Glas und Rahmen die kostbaren Dokumente als Zimmerschmuck.

Die Berliner hatten Recht, wenn sie glaubten, daß nicht Alles beim Alten bleiben werde. Dies zeigte sich wirklich schon in der nächsten Zeit. Man erfuhr, daß im Kabinet des Königs über eine umfassende Amnestie für alle politischen Verbrecher berathen werde, daß Friedrich Wilhelm IV. selbst sie in Anregung gebracht und gegen manche Bedenken der Minister vertheidigt habe, daß wahrscheinlich der Tag der bevorstehenden Huldigung ausersehen sei, um den zahllosen Unglücklichen, welche infolge der Demagogenuntersuchungen noch in den Kerkern schmachteten, die Freiheit zu bringen.

Ein solcher Akt war allerdings ein Bruch mit der Vergangenheit, ein kräftiges Heraustreten aus dem ängstlichen und grausamen politischen Verfolgungssystem, unter welchem ganz Deutschland seit dem Jahre 1819 so schwer gelitten hatte.

War aber ein derartiger Fortschritt überhaupt möglich, so lange die alten Diener Friedrich Wilhelm's III. noch dessen Nachfolger umringten?

Der Herr von Rochow, der Erfinder des beschränkten Unterthanenverstandes, stand an der Spitze des Ministeriums des Innern. Er war mit dem Kronprinzen eng befreundet gewesen und genoß noch jetzt das Vertrauen des Königs. Konnte der starre Büreaukrat sich mit irgend einem Fortschritt befreunden? Man hoffte es im Volke; nicht weil man irgend Vertrauen zu dem Minister gehabt hätte, sondern weil man erwartete, er werde vor allen Dingen im Amte bleiben wollen.

Weit bedenklicher erschienen manche der übrigen Minister. Da stand der Fürst Wittgenstein als Oberkammerherr noch an der Spitze des Ministeriums des Königlichen Hauses. War auch seine ministerielle Thätigkeit vielleicht nicht bedeutend gewesen, so hatte er doch auf Friedrich Wilhelm III., wie sich unsere Leser erinnern, den bedeutendsten und nachtheiligsten Einfluß ausgeübt. So lange dieser Mann zur nächsten Umgebung des Königs gehörte, so lange meinte man, werde man schwerlich auf eine Aenderung im Regierungssystem hoffen können. Dagegen wurde vielfach erzählt, Fürst Wittgenstein werde allerdings vom Könige aus Pietät für das Andenken seines Vaters geduldet, Friedrich Wilhelm ehre ihn als einen Freund des Verstorbenen, aber der Einfluß des bisher so mächtigen Mannes sei gebrochen.

Diejenigen Minister, an welche das Volk die traurigsten Erinnerungen und die größten Besorgnisse knüpfte, waren der Justiz-Minister von Kamptz berüchtigten Andenkens von den Demagogenverfolgungen her, ein Absolutist vom reinsten Wasser, ein erbitterter Feind jedes freiheitlichen Gedankens, und der Minister von Nagler, der Chef des Postwesens, der zwar um die Einrichtungen der preußischen Posten sich wesentliche Verdienste erworben, aber trotzdem seinem Namen eine traurige Berühmtheit verschafft hatte. Früher war er als Bundesgesandter in Frankfurt thätig gewesen und stets hatte er sich als ein eifriger

Anhänger Metternich'scher Politik gezeigt. Auch schon in früherer Zeit war er ein Gegner jener großartigen legislatorischen Reformen unter Stein gewesen. Von einem solchen Manne konnte man auch für die Zukunft nichts Gutes erwarten. Die übrigen Minister, der Herr von Ladenberg, der die Domainen und Forsten unter sich hatte, der Chef der Seehandlung und des Bankwesens Rother, ein trefflicher Fachmann, der Finanzminister von Alvensleben, der Minister des Aeußern von Werther und der Minister des Krieges von Rauch waren von geringerer Bedeutung; man traute ihnen keinen besonderen Einfluß zu und deshalb fürchtete man sie auch weniger, als Wittgenstein, Kamptz und Nagler.

Das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten, vielleicht im Augenblicke das wichtigste in Preußen, war seit Altenstein's Tode noch nicht wieder besetzt worden, alle Hoffnungen und Befürchtungen konzentrirten sich daher auf die Wahl, welche der König für dies Ministerium treffen werde.

Mit den gegenwärtigen Ministern konnte der König, darüber war man im Publikum einig, ein neues Regiment nicht beginnen, man erwartete daher allgemein eine völlige Umgestaltung, die Entlassung und Ersetzung der verhaßten Rathgeber Friedrich Wilhelm's III., der vorzüglichsten Repräsentanten der Reaktion.

Man hoffte vergeblich. Trotzdem aber zeigte Friedrich Wilhelm IV., daß er entschlossen sei, manches alte Unrecht gut zu machen. Der General von Boyen, der freisinnige Soldat, der Mitbegründer der Landwehr der verdienstvolle frühere Kriegsminister, der beim Beginn der preußischen Reaktionsperiode seinen Abschied genommen (II. 308) und seitdem in stiller Zurückgezogenheit gelebt hatte, wurde wieder in den Staatsdienst gezogen, zunächst als Mitglied des Staatsraths. Ebenso wurde Ernst Moritz Arndt, der für deutsche Freiheit glühende Gelehrte, in seine Professur wieder eingesetzt und die beiden Brüder Grimm, die berühmtesten der Göttinger Sieben, welche amt- und mittellos in Kassel lebten, erhielten im Auftrage des Königs durch Alexander von Humboldt schmeichelhafte Aufforderungen, ihre wissenschaftlichen Kräfte dem preußischen Staate zu widmen.

Schon diese vereinzelten Maßregeln machten einen günstigen Eindruck. Mit einer Freude ohne Gleichen aber wurde ein wahrhaft hochherziger Regierungsakt des Königs begrüßt, die schon viel besprochene Amnestie, welche am 10. August verkündet wurde.

Als ein großes Werk des Königs erschien es, daß er so vielen politischen Verbrechern Verzeihung gewährte, größer noch aber die Art, wie er es that. Sprach Friedrich Wilhelm doch in seinem Dekret aus, daß er eingedenk des Königlichen Wortes der Verzeihung, welches sein Vater in seinem letzten Willen ausgesprochen habe, allen denen, welche sich durch politische Verbrechen irgend einer Art vergangen hätten, die zuerkannten Strafen ganz und völlig erlassen, daß er alle schwebenden Untersuchungen niedergeschlagen, daß er allen denen, welchen bisher die Anstellungsfähigkeit abgesprochen worden sei, diese zurückgeben wolle. Auf persönlichen Dank rechne er nicht, er sei beglückt durch das Gefühl, ein heiliges Vermächtniß seines Vaters erfüllt und an das Andenken desselben Segen geknüpft zu haben.

Die Amnestie erregte einen namenlosen Jubel. War der König vor derselben schon beliebt gewesen, jetzt wurde er angebetet. Jeder Mund pries den hochherzigen König. Das Gefühl der Dankbarkeit war um so wärmer, als Niemand den Erlaß der Amnestie vor der Huldigung erwartet hatte. Der König selbst, so erzählte man in Berlin, habe darauf gedrungen, sie zu beschleunigen, denn es thue seinem edlen Herzen wehe, die Gefangenen deshalb noch wochenlang im Kerker schmachten zu lassen, weil die Huldigung nicht sofort vorgenommen werden könne. Aus diesem Grunde habe er auch allen Festungs-Commandanten den Befehl zugehen lassen, noch vor offizieller Bekanntmachung der Amnestie sämmtliche politische Gefangene auf freien Fuß zu setzen, er wolle ihr Unglück auch nicht um eine Stunde verlängern.

Doppelt groß war die Freude über die Amnestie, als man erfuhr, daß diese nicht ein vereinzelter Akt Königlicher Gnade sei, denn zugleich wurde die berüchtigte Ministerial-Commission, welche bei allen Anstellungsgesuchen die politische Vergangenheit der Anzustellenden prüfen mußte, welche jeden des Freisinns Verdächtigen vom Staatsdienste, oder wenn er angestellt war, von der Beförderung ausgeschlossen hatte, aufgelöst.

Die Zeit der Kamptz, der Tzschoppe und Dambach, der berüchtigten Demagogenverfolger, war, so durfte man jetzt hoffen, in Preußen für immer vorüber!

Drittes Kapitel.

Die Huldigung in Königsberg in früherer Zeit. — Veränderte Verhältnisse. — Der Huldigungslandtag. — Der Heinrich'sche Antrag. — Beginn der konstitutionellen Bewegung in Preußen. — Königliche Antwort. — Die Huldigungsrede Friedrich Wilhelm's IV. — Allgemeine Begeisterung. — Nüchterne Betrachtungen. — Die Opposition der Reaktion. — Festlicher Einzug des Königs in Berlin. — Denkwürdige Kabinets-Ordre vom 4. Oktober 1840. — Umschlag in der allgemeinen Stimmung.

Nachdem der Jubel über die Amnestie sich ein wenig gelegt hatte, wendete sich die Aufmerksamkeit der Berliner den Festlichkeiten zu, welche in nächster Zeit bevorstanden. Die Huldigung sollte am 10. September in Königsberg und am 15. Oktober in Berlin stattfinden.

Merkwürdigerweise waren die Berliner fast mehr gespannt auf die Königsberger Feierlichkeit, als auf die in ihrer eigenen Stadt, weil mit dem

Feste in der fernen Provinz eigenthümliche politische Bedenken verbunden waren.

Man fragte sich in vielen Kreisen, zu welchem Zweck denn eine Huldigung in Königsberg dienen solle, ob sie überhaupt nothwendig oder nur wünschenswerth sei?

In früheren Jahrhunderten hatte die preußische Huldigung ihren guten Sinn gehabt, denn das Herzogthum Preußen nahm im Staate eine Ausnahme-Stellung ein; die Stände desselben besaßen bestimmte Rechte und bei der Huldigung wurde gewissermaßen ein Vertrag des Landesherrn mit den Ständen geschlossen. Ersterer verpflichtete sich feierlichst, alle Rechte und Privilegien der Stände aufrecht zu erhalten, diese dagegen leisteten den Eid der Treue und des Gehorsams.

Anders lagen die Verhältnisse im Jahre 1840. Durch die Staatsreform der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung und deren Vollendung in den Einrichtungen der Provinziallandstände waren alle die historischen Rechte und Privilegien des Herzogthums Preußen vollständig vernichtet worden, ja die alten preußischen Stände hatten als solche sogar aufgehört zu existiren. Die Provinz Preußen stand zum Gesammtstaat Preußen in keinem andern Verhältniß als jede andere Provinz.

Wenn daher der König eine preußische Huldigung für nothwendig hielt, so hätte eigentlich jede andere Provinz das gleiche Recht beanspruchen können.

Die Huldigung in Königsberg erschien der kleinen Zahl denkender Politiker als ein mittelalterliches Reis, welches auf den Verfassungsbaum der Neuzeit gepfropft wurde und von dem man befürchtete, es werde vielleicht nur zu üppig treiben. Sie war ein künstlich gemachtes Werk, welches, um Leben zu gewinnen, eigens von Neuem konstruirt werden mußte.

Da die alten Stände nicht mehr bestanden, mußten an ihre Stelle die Provinzialstände treten und da diese gar keine besonderen Rechte in Anspruch nehmen konnten, erhielt die Königsberger Huldigung ganz den Charakter eines romantischen mittelalterlichen Schauspiels ohne inneren Gehalt.

Mit gespannter Erwartung sahen die Berliner den Festtagen in Königsberg entgegen. Man hoffte, Friedrich Wilhelm IV. werde bei dieser Gelegenheit, wie er ja stets gern that, zum Volke sprechen, und über das Regierungssystem, welches er zu befolgen gedenke, klaren Aufschluß geben.

Am 29. August 1840 traf der König in der preußischen Hauptstadt ein. Er wurde glänzend empfangen. Königsberg hatte die höchste Pracht fast über die Mittel der Stadt hinaus aufgeboten, um das Huldigungsfest so großartig als möglich zu machen. Die Zeitungen füllten täglich viele Spalten mit der Beschreibung der herrlichsten Festlichkeiten.

Am 5. September endlich wurde der viel besprochene Huldigungs-Landtag eröffnet. Von 95 Mitgliedern desselben gehörten 45 der Ritterschaft, 28 dem Stande der Städte, 22 den Landgemeinden an.

Die Befugniß des Landtags war eine außerordentlich geringfügige, die auf ihm vertretenen Stände hatten lediglich das Recht darüber zu berathen.

1) ob und welche Bestätigung noch bestehender Privilegien sie in Antrag bringen wollten;

2) ob sie nach altem Rechte 12 Mitglieder der ostpreußischen Ritterschaft zur Vertretung eines Herrenstandes bei der Huldigung zu erwählen gesonnen seien.

Dieser unbedeutende Landtag sollte indessen bald viel von sich reden machen, aus seiner Mitte entsproß eine politische Bewegung, welche sich schnell über das ganze Land verbreitete.

Am 6. September brachte der Deputirte der Stadt Königsberg, Kaufmann Heinrich, einen Antrag ein, dessen ungeheure Tragweite er vielleicht selbst kaum ahnte. Er betraf die Privilegien, deren Aufrechterhaltung und Wiederbefestigung die Stände etwa fordern könnten. Nach einer gründlichen historischen Beleuchtung der ständischen Rechte sagte Herr Heinrich in seinem Antrage:

„Wenn wir nun aber nach unsern Rechten, nach unsern Privilegien fragen, so mögen wir nicht an die Einschränkungen der Gesammtheit zum Besten Einzelner denken. Die Zeiten solcher engherzigen Einschränkungen sind vorüber. Unsere allgemeinen Rechte, unsere ständischen Rechte hat Unser gütiger, nunmehr in Gott ruhender Landesvater erhalten. Er sicherte uns die Repräsentation des Volkes in einer schriftlichen Urkunde als Verfassung des preußischen Reichs und der Landesrepräsentation die Berathung über alle Gegenstände der Gesetzgebung, die das persönliche und Eigenthumsrecht sowie die Besteuerung betreffen, zu. Dieses sind unsere Rechte, unsere Privilegien. Um die Bestätigung dieser haben wir nur zu bitten. Wir hoffen keine Fehlbitte zu thun. Seine Majestät Unser gnädigster König hat seit der kurzen Zeit seines Regierungsantrittes schon bewiesen, wie sehr genau ihm die Verhältnisse des Staates und der Staatsbürger bis in's Einzelne bekannt sind. Sein ausgezeichneter Geist, die Vorliebe für Alterthümer und althergebrachte Gewohnheiten, verbunden mit spezieller Kenntniß der jetzigen Verfassung lassen es voraussetzen, daß ein mit so bevorzugten Gaben ausgerüsteter Regent die einmal betretene Bahn rüstig verfolgen werde. — Wir dürfen es daher wagen, Ihn, Unsern jetzigen Landesvater, mit der unterthänigsten Bitte anzugehen 1) Unsere ständische Verfassung, wie sie uns in der Verordnung über die zu bildende Repräsentation des Volkes vom 22. Mai 1815 und demnächst insbesondere für das Königreich Preußen vom 1. Juli 1823 zugesagt ist, allergnädigst anzuerkennen und zu bestätigen; demnächst aber 2) gemäß § 6 der Verordnung vom 22. Mai 1815 der zu Berlin zu ernennenden Kommission

mit Zuziehung der Provinzialstände die Ausarbeitung „einer schriftlichen Urkunde als Verfassung des preußischen Reiches“ nach den in dieser Verordnung aufgestellten Grundsätzen aufzutragen und dieselbe der preußischen Nation allergnädigst und huldreichst zu verleihen.“

Der Antrag des Kaufmann Heinrich erregte eine höchst lebendige Debatte; kräftige, bedeutende Worte fielen. Der Ober-Präsident von Schön, der Ober-Bürgermeister von Königsberg, Rudolph von Auerswald und dessen Bruder der Landschaftsrath Alfred von Auerswald, der Oberstburggraf von Brünneck, der Vice-Marschall des Landtages von Saucken-Tarputschen, der Landrath von Bardeleben und andere Mitglieder der Ritterschaft, vornehme und angesehene Männer, unterstützten die Ansicht des Antragstellers und vertheidigten sie mit beredten Worten.

Man wußte, daß die Herren von Auerswald und von Saucken in inniger Verbindung mit dem Könige standen, dessen Jugendgefährten, wie man erzählte, sie gewesen seien. Jedermann glaubte, daß sie ganz im Geiste und Sinne des Monarchen sprächen, daß dieser jedenfalls von dem Heinrich-schen Antrage vorher unterrichtet worden sei, vielleicht sogar seine Einbringung in den Landtag gewünscht habe.

Mit 90 von 95 Stimmen beschloß der Huldigungs-Landtag, den Antrag des Herrn Heinrich zu dem seinigen zu machen. Er that es, indem er eine Denkschrift erließ, welche nebst zwei andern, die übrigen Beschlüsse des Landtags betreffenden am 7. September dem Könige überreicht wurde.

Der Huldigungs-Landtag hatte ein großes Werk begonnen. Statt mittelalterliche Privilegien für sich zu erbitten, hatte er im Namen des ganzen Landes für dieses hochherzig die Erfüllung des Königlichen Versprechens vom 22. Mai 1815 gefordert. Diese halb vergessene Versammlung erhielt hierdurch plötzlich eine hervorragende, geschichtliche Bedeutung.

Hatte man in Königsberg bisher nur an die Feste und gar nicht an den Landtag gedacht, so wurde jetzt nur von diesem gesprochen und mit fieberhafter Erwartung sah man der Antwort entgegen, welche der König im Landtagsabschiede geben würde.

Man fürchtete und hoffte. Während die Einen mit Zuversicht erwarteten, Friedrich Wilhelm IV. werde die Machtüberschreitung des Huldigungs-Landtages, dessen unbefugte Forderung einer Verfassung für den ganzen preußischen Staat, welche mit den Privilegien eines vereinzelten Landtages gar nichts zu thun habe, ungnädig zurückweisen, glaubten die Andern, der König werde sich der Erfüllung des von seinem Vater gegebenen Versprechens um so weniger entziehen wollen, als er selbst, wie allgemein behauptet wurde, ein Feind des Absolitismus sei.

Beide Parteien wurden getäuscht; der König äußerte sich weder ungnädig noch zustimmend; er lehnte die Forderungen des Landtages ab, aber mit den liebenswürdigsten, durchaus anerkennenden Worten, er lobte den Patriotismus der Stände, erklärte aber, daß er ganz im Geiste seines verstorbenen Vaters weiter handeln werde, der um sein gegebenes Wort zu erfüllen, — „von den herrschenden Begriffen sogenannter allgemeiner Volksvertretung, um des wahren Heiles Seines Ihm anvertrauten Volks willen, Sich fern haltend, mit ganzem Ernste und mit innerster Ueberzeugung den naturgemäßen, auf geschichtlicher Entwickelung beruhenden und der deutschen Volksthümlichkeit entsprechenden Weg eingeschlagen habe. Das Ergebniß Seiner weisen Fürsorge sei die allen Theilen der Monarchie verliehene provinzial- und kreisständische Verfassung.“

Die Antwort des Königs war gewiß klar genug, sie enthielt trotz der freundlichsten Sprache doch eine unzweifelhafte und entschiedene Ablehnung der Forderung des Landtags und die Behauptung, daß das Versprechen Friedrich Wilhelm's III. vom 22. Mai 1815 dem preußischen Volk eine Verfassung zu gewähren, durch die Schöpfung der provinzial- und kreisständischen Verfassung erfüllt sei. — Merkwürdigerweise aber wurde sie so durchaus nicht betrachtet. Als am Mittag des 9. September der Landtags-Kommissarius Ober-Präsident von Schön die Königlichen Worte in der Landtagssitzung verlas, wurden sie mit so großem Jubel, mit so inniger Genugthuung von den Mitgliedern der Versammlung begrüßt, als brächten sie die Gewährung aller gestellten Bitten und Forderungen.

Wir können heutzutage schwer begreifen, wie selbst die am meisten politisch durchgebildeten Staatsmänner jener Tage sich so leicht trügerischen Hoffnungen überließen; wir verstehen es kaum, wie sie aus den Königlichen Worten Zusagen entnahmen, die gar nicht in ihnen enthalten waren, daß sie in namenlosen Jubel ausbrachen, wo sie in der That eine feste Zurückweisung erfahren hatten. Damals aber verstanden nur sehr Wenige den wahren Sinn des Landtagsabschiedes, und diese Wenigen wurden verspottet, als sie ihre Bedenken äußerten.

Das ganze Volk schwelgte in einem Rausch des Entzückens, es überließ sich den froheſten Hoffnungen, um später, als diese sich nicht erfüllen sollten, auf das schmerzlichste enttäuscht zu werden. Es wurde nach nicht zu langer Zeit in den politischen Kreisen darüber geklagt, König Friedrich Wilhelm IV. habe durch schöne Worte das Volk getäuscht. Kein Vorwurf kann ungerechter sein als dieser. Der König hatte klar und entschieden gesprochen, ihm war es sicherlich nicht zuzuschreiben, wenn in seltsamer Verblendung die Stände und mit ihnen das Volk, welche ihn nicht verstanden, sich selbst täuschten. Er hatte sie nicht getäuscht.

Auch die Rede, welche am Huldigungstage, am 10. September, Friedrich Wilhelm IV., die gewohnten Formen solcher Feierlichkeiten durch-

brechend, an das Volk hielt, trug denselben Charakter wie der Landtagsabschied. Sie lautete:

„Und Ich gelobe hier vor Gottes Angesicht, und vor diesen lieben Zeugen allen, daß ich ein gerechter Richter, ein treuer sorgfältiger, barmherziger Fürst, ein christlicher König sein will, wie Mein unvergeßlicher Vater es war! Gesegnet sei sein Andenken! Ich will Recht und Gerechtigkeit mit Nachdruck üben, ohne Ansehn der Person; Ich will das Beste, das Gedeihen, die Ehre aller Stände mit gleicher Liebe umfassen und fördern — und Ich bitte Gott um den Fürstensegen, der dem Gesegneten die Herzen der Menschen zueignet und aus ihm einen Mann nach dem göttlichen Willen macht — ein Wohlgefallen der Guten, ein Schrecken der Frevler!

Gott segne Unser theures Vaterland! Sein Zustand ist von Altersher oft beneidet, oft vergebens erstrebt! Bei uns ist Einheit an Haupt und Gliedern, an Fürst und Volk, im Großen und Ganzen herrliche Einheit des Strebens aller Stände, aller Volksstämme, aller Bekenntnisse, nach einem schönen Ziel, — nach dem allgemeinen Wohle in heiliger Treue und wahrer Ehre. Aus diesem Geiste entspringt unsere Wehrhaftigkeit, die ohne Gleichen ist. — So wolle Gott unser preußisches Vaterland sich selbst, Deutschland und der Welt erhalten. Mannigfach und doch Eins! Wie das edle Erz, das aus vielen Metallen zusammengeschmolzen, nur ein einziges edelstes ist, — keinem andern Roste unterworfen, als allein dem verschönernden der Jahrhunderte."

Der König hatte mit Begeisterung gesprochen. Solche Worte waren von Königlichen Lippen in Preußen noch niemals ertönt! Sie erregten einen Jubel des Entzückens, welcher alle Formen der bei Huldigungsfeierlichkeiten hergebrachten Etiquette rücksichtslos durchbrach.

Die ernsten Männer, welche zur Huldigung berufen waren, die Mitglieder der Ritterschaft, die Deputirten der Städte und Landgemeinden, die hohen Beamten und Geistlichen überließen sich einem jugendlichen Enthusiasmus. Mit Thränen in den Augen umarmten sie sich. Alte Gegner schüttelten sich die Hände und vereinten sich im gemeinsamen Taumel des Glückes.

Wieder täuschten sich die Enthusiasten selbst, sie wurden nicht getäuscht vom Könige, der mit wahren, herzlichen Worten dem Gefühle, welches ihn mächtig bewegte, Ausdruck gegeben hatte.

Wer nur die Augen offen behielt und sich nicht selbst im Taumel der Freude blendete, konnte schon damals leicht erkennen, daß König Friedrich Wilhelm IV. weit entfernt davon war, der modernen, nach einem konstitutionellen Staat hintreibenden Zeitrichtung sich zu ergeben. Erinnerten doch die zahlreichen Gnadenbezeigungen, die Verleihungen von Grafen-, Freiherrn- und Adelstiteln, die sämmtlich an das Grundeigenthum geknüpft waren, an Anschauungen, welche denen der Neuzeit durchaus fremd waren.

Solche Bedenken aber wurden damals nicht von Vielen erhoben, am wenigsten in Berlin. Das leicht bewegte Volk der Residenz schwamm in Entzücken, es legte den Königlichen Worten den Sinn unter, welchen es mit denselben verbunden zu sehen wünschte. Nur die wenigen Anhänger des Alten waren unzufrieden, die starren Bureaukraten, welche fürchteten, ihre Macht werde unter der Regierung Friedrich Wilhelm's IV. zusammenbrechen. Sie begannen sich zu vereinigen, von ihnen ging eine Opposition gegen das neue Regiment aus, welche bald mächtig emporwuchern sollte.

Die große Masse der Bürgerschaft kümmerte sich um politische Bedenklichkeiten wenig oder gar nicht; sie rüstete sich, den König bei seiner Rückkehr von Königsberg festlich zu empfangen, seinen Einzug in die Haupt- und Residenzstadt so glänzend als möglich zu feiern.

Die Stadtverordneten und der Magistrat trafen umfassende Vorbereitungen. Da kam plötzlich die Schreckensnachricht, Friedrich Wilhelm IV., dessen Reise bisher ein wahrer Triumphzug gewesen war, der in jeder Stadt mit Ehrenpforten, Ehren-Jungfrauen und dem übrigen Zubehör empfangen worden war, der überall lange Reden hatte mit anhören müssen, wünsche ganz stille in Berlin einzuziehen. Er habe sich geäußert, Berlin sei ja seine Vaterstadt, schon unzählige Male sei er von hier abgereist und wieder zurückgekehrt, zu was seien nun jetzt solche Feierlichkeiten unter Mitbürgern und alten Bekannten nöthig?

Die guten Berliner waren trotz dieser vertraulichen Königlichen Worte doch an ihrer empfindlichsten Stelle angegriffen, sie sollten verzichten auf das Schaugepränge einer feierlichen Einholung. Das ging unmöglich. Magistrat und Stadtverordnete mußten nothwendig als echte Vertreter der Bürgerschaft einen letzten Versuch machen, für die Hauptstadt die Glückseligkeit eines glänzenden Festtages zu erobern.

Der Stadtrath de Cuvry und der Stadtverordnete Holfelder wurden in aller Eile nach Stargardt entsendet, um die unterthänigste Bitte der Berliner Bürgerschaft dem Monarchen vorzutragen. Und es gelang ihnen, die so sehr gewünschte Erlaubniß zu einer feierlichen Einholung zu erlangen.

Der König äußerte sich sehr gnädig: „er wolle seiner getreuen Hauptstadt nicht ein Fest entziehen, das sie nicht nur ihrem Könige, sondern auch sich selbst und ihrer Liebe und Treue zu ihm geben zu dürfen so angelegentlich wünschte". Glücklich über den errungenen Sieg kehrten die städtischen Deputirten nach Berlin zurück und hier wurde nun mächtig gerüstet, um den Einzug des Königs der Hauptstadt würdig herzustellen.

Die Erzählung der Einzugsfeierlichkeiten erlassen uns wohl unsere Leser. Es genüge zu erwähnen, daß am 21. September 1840 die Stadt mit Laub und Blumengewinden prächtig geschmückt war, daß die übliche Ehrenpforte stand, daß die

weiß gekleideten Jungfrauen nach alter Sitte in poetischen Worten den König und die Königin begrüßten.

Daß der Ober-Bürgermeister im Namen der Stadt den König anredete und daß dieser gnädig antwortete. Daß endlich die ganze gutgesinnte Bürgerschaft Berlins in einem Meere von Entzücken schwamm.

Der Jubel war maßlos. Aber schon nach wenigen Tagen wurde er minder laut und endlich verstummte er ganz, denn ein bitterer Tropfen fiel in den Freudenkelch, eine Kabinets-Ordre, welche Niemand erwartet hatte, wurde veröffentlicht.

Es war dem Könige nicht unbekannt geblieben, daß der Landtagsabschied und seine Worte in Königsberg Erwartungen im Volke erregt hatten, welche zu befriedigen er keineswegs beabsichtigte. Er erfuhr, daß er falsch verstanden worden war, wo er sich doch so klar und deutlich ausgedrückt hatte! Wie wenig Friedrich Wilhelm IV. den Wunsch hegte, seinerseits zu täuschen, zeigte er, indem er dem Minister von Rochow am 4. Oktober 1840 von Sanssouci aus befahl, sämmtliche Aktenstücke, welche den Königsberger Landtags-Abschied betrafen, zu veröffentlichen. Die denkwürdige Kabinets-Ordre, welche am 6. Oktober in der Staats-Zeitung abgedruckt wurde, lautete:

„Da Ich aus Ihrem Bericht vom 28. v. Mts. ersehen habe, daß durch ein Mißverständniß nur das Propositionsdekret vom 21. Juli d. J. und der Landtags-Abschied an die Stände der Provinz Preußen vom 9. v. Mts. zum Druck befördert worden sind, so veranlasse Ich Sie hierdurch, die vollständigen Verhandlungen und namentlich die Denkschrift der preußischen Stände, auf welche die Entscheidung über die Verfassungsfrage in dem Landtags-Abschiede ergangen ist, zu veröffentlichen, um jeder irrigen Ansicht entgegen zu treten, als ob ich durch den Landtags-Abschied oder durch die Anerkennung, welche Ich in demselben und mündlich den treuen Gesinnungen der Stände habe widerfahren lassen, Meine Zustimmung zu dem in der Denkschrift enthaltenen Antrage auf Entwickelung der Landesverfassung im Sinne der Verordnung vom 22. Mai 1815 ausgesprochen hätte.

Sanssouci den 4. Oktober 1840.

Friedrich Wilhelm.

An den Staatsminister von Rochow.

Das klare, bündige, Königliche Wort erregte in Berlin und im ganzen Lande eine tiefe Sensation.

Der Jubel verstummte, der Enthusiasmus schlug schnell in seinen Gegensatz über, man fing an, die Königliche Rede zu bekritteln.

Die Opposition gewann plötzlich eine ungeahnte Stärke. Der Umschwung in der öffentlichen Meinung vollzog sich ebenso wunderbar schnell als der Enthusiasmus unnatürlich emporgeflackert war. Mit derselben Ungerechtigkeit, mit welcher die öffentliche Stimme an die früheren Königlichen Worte Hoffnungen geknüpft hatte, zu denen sie nicht berechtigt war, erging sie sich jetzt in fast allen politisch gebildeten Gesellschaftskreisen über die entschiedene Zurückweisung dieser Hoffnungen. Der Mißmuth war unter den gebildeten Ständen, die sich damals noch allein mit Politik beschäftigten, allgemein, und während wenige Tage vorher nur Einzelne gezweifelt hatten, waren es jetzt nur noch Einzelne, welche zur Hoffnung anregten und behaupteten, so und nicht anders habe der König handeln können; man solle nur die Zeit abwarten, Friedrich Wilhelm IV. werde sicherlich die Erwartungen der Nation erfüllen, aber er dürfe nicht übereilt ein großes Werk für Jahrhunderte beginnen.

Viertes Kapitel.

Vorbereitungen zur Berliner Huldigung. — Reges Leben in Berlin. — Das Huldigungsreglement. — Unzufriedenheit der städtischen Deputirten. — Die Ernennung Eichhorn's. — Der Feensee. — Der 15. Oktober 1840. — Die Huldigung. — Königliche Reden. — Festlichkeiten. — Der große Berliner Festsaal.

Die Mißstimmung, welche die Kabinets-Ordre vom 4. Oktober bei den Berlinern erregte, würde vielleicht noch schärfer sich fühlbar gemacht haben, als es geschah, wären nicht gerade in jenen Tagen die guten Berliner auf das emsigste beschäftigt gewesen, ihre Stadt auszuschmücken und vorzubereiten auf das große Huldigungsfest, welches am 15. Oktober stattfinden sollte.

Berlin durfte in prächtiger Ausstattung hinter dem Glanz, den Königsberg aufgeboten hatte, nicht zurückstehen, das wäre ja eine nicht zu verwindende Schmach für die Residenz gewesen.

Alle Zeitungen waren täglich angefüllt mit Anzeigen, in welchen den Huldigungs-Deputirten und Fremden, die zu dem Feste nach Berlin zu kommen beabsichtigten, Wohnungen und Verkaufsartikel jeder Art angeboten wurden. Die Hausbesitzer und die Inhaber größerer Wohnungen richteten sich ein, zu maßlosen Preisen Zimmer für die fremden Gäste zu gewähren, man wußte ja, daß über 1500 Deputirte aus allen Landestheilen nach der Hauptstadt kommen würden, daß viele von diesen ihre Frauen und Kinder mitzubringen beabsichtigten, daß der Fremdenzufluß aus ganz Deutschland, ja aus ganz Europa, nach der preußischen Residenz zum 15. Oktober ein ungeheurer werden müsse. Es ist berechnet worden, daß an jenem Tage mehr als Dreißigtausend Gäste in der Stadt anwesen waren, und so viele erwartete man auch.

Alle Preise der Lebensmittel stiegen unglaublich; die Miethskutscher wußten kaum mehr, was sie fordern sollten. Die Straßen Berlins waren schon vom 8. Oktober an so belebt, wie man sie kaum jemals gesehen hatte. Nicht nur die Frem-

den, welche die Sehenswürdigkeiten der Stadt besichtigten, auch die Einheimischen, die dem bunten Verkehr zuschauen wollten, hatten nicht Ruhe im Innern der Häuser.

Die Landtags-Deputirten hatten meistens ihre Equipagen mitgebracht und die größte Pracht aufgeboten, um ihrem Stande Ehre zu machen. In der Nähe des Königlichen Schlosses drängten sich die Zuschauermassen vorzugsweise zusammen. Hier wurde rüstig gearbeitet.

Die Stadt Berlin ließ auf dem Platz zwischen dem Opernhaus und der Bibliothek einen prächtigen Saal aufbauen, in welchem 1400 Personen speisen sollten, und der mit dem Opernhause verbunden war. In kurzer Zeit wuchs das Bauwerk wie durch Zauber aus der Erde hervor. Ebenso schnell wurde vor dem ersten Stockwerk des Schlosses ein großer Altan gebaut, auf welchem der König die Huldigung des Volkes empfangen wollte.

Die Häuser unter den Linden und am Schloßplatz wurden mit Blumen, Flaggen und Bändern verziert, ebenso die Standbilder Blücher's, Bülow's und Scharnhorst's. Auf den Granitwürfeln der Schloßbrücke, auf denen damals die Marmor-Statuen noch nicht standen, wurden Standbilder der Tugenden, durch welche ein Reich groß und glücklich wird, errichtet.

Auf dem Lustgarten, zwischen dem Schloß und dem Dom, und zwischen diesem und der Börse, neben dem Museum und vor der Säulenhalle und der Freitreppe der letzteren wurden für viele Tausende von Zuschauern Tribünen errichtet, der Lustgarten selbst aber durch Schranken bezeichnet, innerhalb deren die große Masse des Volkes und ein Theil der Deputirten Platz erhalten sollten.

Ueberall, in allen Straßen sah man Vorbereitungen zu einer glänzenden Erleuchtung, die am Abende des Huldigungstages stattfinden sollte.

Während das Berliner Volk in froher Aufregung des Festes harrte, und sich des Lebens freute, welches die vielen Deputirten der Provinzen in ihre Stadt gebracht hatten, war ein Theil der Männer, die als Abgesandte der Städte nach Berlin gekommen waren, keineswegs sehr froher Laune.

Das Reglement für die Huldigung war erschienen, es enthielt einen Paragraphen, der viel böses Blut machte.

Die Ritterschaft durfte dem Reglement nach im weißen Saal huldigen, die Deputirten der Städte und Landgemeinden sollten im unfreundlichen naßkalten Oktoberwetter, vielleicht im strömenden Regen unter freiem Himmel vor dem Schloß im Lustgarten warten, bis die vornehmen Herren ihre Feierlichkeit beendet hätten, bis sie selbst an die Reihe kommen würden, und auch dann noch ausharren bis zur Vollendung des Huldigungsaktes.

Eine solche Bevorzugung des Adels mußte wohl die Bürger beleidigen. Man sprach in Berlin viel davon, daß die Stadtverordneten sich höchst mißbilligend geäußert hätten, daß sie kaum durch die Bemühungen des Oberbürgermeisters von auffallenden Manifestationen ihres Mißmuths zurückgehalten worden seien.

Auch die Deputirten der Provinzialstädte sprachen laut ihre Unzufriedenheit aus, sie äußerten sie gegen den Minister von Rochow so unverholen, daß dieser sich entschloß, die sämmtlichen städtischen Deputirten zu einer Versammlung zu berufen, und sie durch freundliche Worte zu besänftigen. Er versicherte ihnen, der König umfasse alle Stände mit gleicher Liebe, nur die räumlichen Verhältnisse und gewisse uralte Privilegien der brandenburgischen Ritterschaft hätten den verhaßten Paragraphen des Reglements veranlaßt. Bei allen früheren Huldigungen habe die Ritterschaft das Recht ausgeübt, im Schlosse selbst zu huldigen und jetzt könne man ihr doch unmöglich dieses Recht absprechen. Früher hätten sich auch die Provinzialstädte der Stadt Berlin angeschlossen, diese aber sei berechtigt gewesen, mit ihrer ganzen Bürgerschaft zu erscheinen, und da die Bürgerschaft aus vielen Tausenden von Berlinern bestehe, so würden alle Räume des großen Schlosses nicht groß genug sein, die Huldigung im Schlosse selbst möglich zu machen. Um indeß den Beweis zu geben, daß Seine Majestät keinen Stand geringer achte, solle den Deputirten der Städte mit Einschluß der als Deputation von Berlin zu betrachtenden Behörden der Residenz die freie Wahl gelassen werden, ob sie sich von der allgemeinen Bürgerschaft von Berlin trennen und ebenfalls nebst den Deputirten der Landgemeinden im weißen Saal huldigen oder ob sie vor dem Schloß auf dem Lustgarten unter freiem Himmel in Gegenwart aller übrigen Stände und Abgeordneten und vor dem Angesicht der vielen Tausende des Publikums mit der Bürgerschaft von Berlin die Huldigung gemeinschaftlich ableisten wollten. Sie würden in dieser Weise an dem Akte Theil nehmen, den der König selbst als den Hauptakt der Huldigung bezeichnet und als solchen geweiht habe.

Nach langen Debatten, nachdem manches harte Worte gefallen war und der Minister mehrfach ausdrücklich erklärt hatte, es sei der persönliche Wunsch des Königs, den Haupthuldigungsakt im Angesicht des ganzen versammelten Volks zu vollziehen, siegte endlich die Gewohnheit des Gehorsams. In das über den Vorgang aufgenommene Protokoll konnte am Schluß der Verhandlung wörtlich aufgenommen werden:

„Daß die Deputirten der Städte es für feierlicher hielten, mit der Bürgerschaft Berlins und den Deputirten der Landgemeinden auf dem Platze vor dem Königlichen Schlosse und unter freiem Himmel zu huldigen, und deshalb diesen Platz wählten, dabei auch bäten, Sr. Majestät ihren ehrerbietigen Dank für die huldreiche Freilassung der Wahl des Huldigungsortes abzustatten."

Die Deputirten der Städte hatten sich gefügt, aber vergessen hatten sie die Zurücksetzung gegen

den Adel nicht. Ihre Stimmung blieb eine mißmuthige und sie wurde auch nicht gehoben durch eine Ministerernennung, welche in jenen Tagen viel von sich reden machte, obgleich die Huldigungsfeierlichkeiten natürlich vorzugsweise die allgemeine Aufmerksamkeit beschäftigten.

Die seit dem Tode Altenstein's unbesetzt gebliebene Stelle eines Ministers der geistlichen Angelegenheiten wurde vom Könige gerade in jenen Tagen, am 10. Oktober dem Geheimen Rath Eichhorn übertragen.

Das Ministerium der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten wurde fast als das wichtigste von allen Ministerien betrachtet, gerade dieser Ernennung hatten alle Parteien mit der höchsten Spannung entgegengesehen. Die Freisinnigen fürchteten nach den letzten Vorgängen, irgend ein vornehmer Aristokrat oder ein bibelfester Frömmler werde berufen werden, den Freiherrn von Altenstein zu ersetzen, etwa der Graf von Stolberg oder Bunsen, der fromme Freund des Königs.

Das allgemeine Erstaunen war groß, als man erfuhr, Eichhorn, an den Niemand gedacht, sei der Auserkorene, Eichhorn, der einstige Liberale, der Anhänger Stein's, der Freund Arndt's, der früher viel Verdächtigte, der neben Reimer, Perthes u. A. eine Zeit lang sogar in Gefahr gestanden hatte, in die Demagogenverfolgungen verwickelt zu werden.

Aber war es auch wirklich noch derselbe Eichhorn? Seit jenen Tagen, wo er mit kühnem Muth bei der Erhebung des Volkes in den Befreiungskriegen thätig gewesen war, waren mehr als 25 Jahre, seit der Zeit, in der ihn der Verdacht zu großer Freisinnigkeit getroffen hatte, fast 20 Jahre vergangen.

Wie Viele hatten seitdem ihre Gesinnung geändert! Wie groß war die Zahl der früheren Freiheitshelden, die sich herabgewürdigt hatten zu bereitwilligen Dienern des Absolutismus. Gehörte auch Eichhorn zu diesen?

Man wußte es nicht. Wäre seine Ernennung in den ersten Tagen der Regierung Friedrich Wilhelm's IV. erfolgt, dann würde das Volk ihr freudig zugejubelt haben. Nach der Kabinets-Ordre vom 4. Oktober war es schon bedenklich geworden, es vertraute nicht mehr unbedingt. Als ein Erfolg wurde es allerdings begrüßt, daß weder ein Adliger noch ein erklärter Pietist Kultusminister geworden war. Aber von manchen Seiten hörte man schon äußern, damit sei wenig gewonnen, der frühere Liberale würde sicher nicht berufen worden sein, wenn er nicht Zusicherungen seiner Fügsamkeit gegeben hätte.

Der Huldigungstag, der 15. Oktober, zugleich der Geburtstag des Königs, der sein fünfundvierzigstes Jahr vollendet hatte, nahete heran. Schon am 14ten begannen die Festlichkeiten mit einer Prachtoper, der Feensee von Auber zu welcher die Billets nicht verkauft, sondern an die zur Huldigung in Berlin anwesenden Mitglieder der Stände und deren Angehörige, sowie an höhere Beamte und sonst bevorzugte Gäste vertheilt wurden.

Das Opernhaus bot an jenem Tage einen merkwürdigen Anblick. Selbst die Galerien, die sonst nur vom niedern Volk besucht werden, glänzten durch Gäste in blitzenden Uniformen, durch Damen, welche die kostbarste Toilette aufgeboten hatten.

Der König und die Königin erschienen für kurze Zeit in der großen Königlichen Mittelloge. Nach der Oper fand ein Fackelzug statt, der von jungen Kaufleuten, vorzüglich Handlungsdienern, dem Könige gebracht wurde. Er mochte wohl aus tausend Fackeln bestehen. Eine Deputation der Fackelträger wurde vom Könige und der Königin sehr gnädig empfangen.

Der 15. Oktober brach an, ein kalter windiger Herbsttag.

Der Himmel war bewölkt, nur für Minuten brach die Sonne hervor, um sich bald wieder hinter den dichten Wolken zu verstecken.

Wenn es etwas zu schauen giebt, pflegen sich die guten Berliner nur wenig um die Ungunst des Wetters zu kümmern. So hielt sie denn auch am 15. Oktober 1840 der drohende kalte Herbstregen nicht ab, in endlosen Schaaren nach dem Lustgarten zu pilgern.

Schon in der ersten Frühe des Tages war ganz Berlin in Bewegung. Es war noch kaum 6 Uhr, als sich schon der Lustgarten zu füllen begann. Jeder wollte gern seinen Platz einnehmen. theils auf den Tribünen, theils im Freien, weil man besorgte, beim spätern Gedränge nicht zu demselben gelangen zu können. Männer und Frauen waren im besten Putz, obgleich sie befürchten mußten, viele Stunden hindurch dem häßlichen Oktoberwetter Trotz bieten zu müssen, ohne die Möglichkeit, sich vor demselben durch einen Rückzug zu schützen.

Die Mitglieder die Gewerke versammelten sich auf den öffentlichen Plätzen der Stadt mit ihren Fahnen und Insignien, die Bürgerschaft bei den Bezirksvorstehern, die Stände in den Lokalen, die ihnen zu Sammelplätzen angewiesen worden waren. Von hier aus zogen sie einzeln nach den für sie bestimmten Plätzen in den Schranken.

Von 8 Uhr Morgens an war der Lustgarten mit einer dichten Menschenmasse gefüllt. Gleich nach 8 Uhr begann das Geläut der Domglocken. Aller Augen waren nach dem über dem zweiten Schloßportal erbauten Thronbalkon gerichtet, dort sollte der König zuerst erscheinen.

Von dem Balkon führte eine breite Treppe zum Lustgarten herab. Daß der Balkon, die Treppe, und die Tribüne zu beiden Seiten derselben, welche für die Königliche Dienerschaft bestimmt waren, auf das Prächtigste ausgeschmückt waren, haben wir wohl kaum zu erwähnen nöthig.

Endlich erschien der König mit seinem Gefolge. Er wurde von einem tausendstimmigen Jubelrufe empfangen. Er nahm den Weg nach dem Dome,

um dort dem Gottesdienst beizuwohnen. Auch die Königin war in einem 8spännigen Wagen langsam vom Schloß nach dem Dome gefahren.

Geduldig harrte die zahllose Menschenmenge in dem Lustgarten, bis der Gottesdienst vollendet war, und der König nach dem Schloß zurückkehrte. Sie begrüßte den Monarchen abermals mit dem unausbleiblichen Jubelruf.

Friedrich Wilhelm IV. begab sich nun nach dem Rittersal. Hier huldigten ihm die katholischen Bischöfe, die ehemaligen reichsunmittelbaren Fürsten und Grafen, sowie die Fürsten und Standesherren, dann begab sich der König nach dem weißen Saal, in welchem inzwischen die Vertreter der Ritterschaft zusammengekommen waren, um deren Huldigung zu erwarten.

Friedrich Wilhelm IV. ließ sich auf seinem Thron nieder, den die Prinzen, die Inhaber der Erbämter, der Königliche Hof und die ganze Schaar der höchsten Staatsbeamten und Generäle umgab. Die Königin mit ihrem Gefolge hatte auf einer Galerie des weißen Saales Platz genommen.

Nachdem der Minister von Rochow die Stände begrüßt, diese durch den Ober-Dechanten des Hochstiftes Brandenburg geantwortet hatten, sollte dem Programm gemäß die Vereidigung erfolgen. Ehe diese aber vorgenommen werden konnte, erhob sich der König und richtete an die Anwesenden folgende Worte:

„Es war früher Herkommen, daß die Stände der teutschen Lande ihre Huldigung nicht eher leisteten, als bis die Huldigungsassekuranzen eingegangen waren. Ich will Mich gleichsam dieser Sitte anschließen. Ich weiß zwar und ich bekenne es, daß Ich Meine Krone von Gott allein habe und daß es Mir wohl ansteht, zu sprechen: Wehe dem, der sie anrührt! — Aber Ich weiß auch und bekenne es vor Ihnen Allen, daß Ich Meine Krone zum Lehn trage von dem Allerhöchsten Herrn und daß Ich Ihm Rechenschaft schuldig bin von jedem Tage und von jeder Stunde Meiner Regierung. Wer Gewährleistung für die Zukunft verlangt, dem gebe ich diese Worte. Eine bessere Gewährleistung kann weder Ich noch irgend ein Mensch auf Erden geben. — Sie wiegt schwerer und bindet fester als alle Krönungseide, als alle Versicherungen auf Erz und Pergament verzeichnet, denn sie strömt aus dem Leben und wurzelt im Glauben. — Wem von Ihnen nun der Sinn nicht nach einer sogenannten glorreichen Regierung steht, die mit Geschützesdonner und Posaunenton die Nachwelt ruhmvoll erfüllt, sondern wer sich begnügen lassen will mit einer einfachen, väterlichen, ächt teutschen und christlichen Regierung, der fasse Vertrauen zu Mir, und vertraue Gott mit Mir, daß Er die Gelübde, die Ich täglich vor Ihm ablege, segne und für unser theures Vaterland ersprießlich und segensreich machen werde!"

Die Königliche Rede machte, wie stets die glänzenden, gedankenschweren Worte Friedrich Wilhelm's IV. einen tiefen Eindruck auf die Versammlung, sie wurde mit donnerndem Jubel- und Lebehoch-Ruf begrüßt. Eine offiziöse Darstellung des Huldigungsfest*) schildert die höchst eigenthümliche Scene wahrheitsgetreu folgendermaßen:

„Der Eindruck, den die Königlichen Worte auf die Herzen der Stände gemacht, gab sich kund durch ein stürmisches, kaum zu stillendes Lebehoch, welches durch die Kanonensalven begleitet ward und dem sich nun nach gelesener Vorhaltung das einem rauschenden Strome vergleichbare Nachsprechen des Eides anschloß. Kaum war das Amen gesprochen, als die Versammlung auf's Neue in ein enthusiastisches Lebehoch ausbrach, das erst verhallte, nachdem seine Majestät den Saal verlassen hatten."

Im Rittersaal nahm darauf der König die Huldigung der Abgeordneten der Universitäten entgegen.

Die Feierlichkeiten im Schlosse, die Reden und Gegenreden hatten zwei volle Stunden gedauert; während dieser Zeit standen die Deputirten der Städte und der Bauern sowie die Bürger von Berlin und viele viele Tausende von Zuschauern (ihre Zahl wird auf etwa 40—50 Tausend bemessen), im strömenden Regen unter freiem Himmel auf dem Lustgarten.

Lange hatte das Volk geduldig gewartet. Als aber immer und immer der König noch nicht kam, als der Regen die Harrenden mehr und mehr durchnäßte, da hörte man manches unzufriedene Wort: die Herren dort oben hätten freilich keine Eile, die säßen im Trocknen; für die Bürger und Bauern sei es gut genug, im Regen und in der Kälte zu harren, bis die Standesherren, die Geistlichen und Ritter genug geredet hätten!

Endlich, nach vollen zwei Stunden, erschien der König auf der vor dem Schloß erbauten Tribüne, von der die große Freitreppe nach dem Lustgarten herabführte. Er wurde mit vieltausendstimmigem, donnerndem Jubelruf begrüßt, als er auf dem Thron Platz nahm. Auf den Stufen der Freitreppe stellten sich zu beiden Seiten die Inhaber der Erbämter auf. Auch die Ritterschaft war inzwischen in die für sie reservirten Plätze eingezogen.

Der Minister von Rochow eröffnete, an den Stufen des Thrones stehend, die Feierlichkeit mit einer schwungvollen Rede, welche aber ohne be-

*) Der offiziöse Bericht führt den Titel: „Der Preußen Huldigungsfest, nach amtlichen und andern sichern Nachrichten und eigener Anschauung zusammengestellt." Er ist von dem Schriftsteller Ludwig Rellstab und dem Geh. Ober-Regierungs-Rath Streckfuß, dem Uebersetzer des Dante, Ariost und Tasso bearbeitet worden. Das ziemlich umfangreiche Buch enthält außer dem Text eine Anzahl interessanter Kunstbeilagen.

sonderen Eindruck zu machen, vorüberging, weil nur die nächst Stehenden sie verstanden.

Der Ober-Bürgermeister von Berlin, Krausnick, hatte die Aufgabe, zu antworten. Er stand am Fuße der ungeheuern Freitreppe, nur einige Stufen derselben durfte er emporsteigen, dann sprach er entblößten Hauptes im strömenden Regen von unten herauf zum Könige.

Ein seltsames Schauspiel! — der Vertreter der mächtigen Haupt- und Residenzstadt unten, am Fuße der Treppe, während die Ritterschaft oben im weißen Saale gehuldigt hatte!*)

Die Rede des Oberbürgermeisters zeichnete sich durch nichts aus, sie enthielt die üblichen Versicherungen der Liebe, Treue und des Gehorsams, welche sie an die vom Könige in Königsberg gesprochenen Worte anknüpfte.

Die Eidesleistung sollte beginnen, da erhob sich Friedrich Wilhelm IV. Wie in Königsberg sprach er zum Volk; ohne auf den heftigen Regen zu achten, der trotz des Thronhimmels auch ihn traf, blieb er entblößten Hauptes, während er redete. Nur von Wenigen konnten seine Worte verstanden werden, denn der sausende Wind, das Geräusch des heftig fallenden Regens, das Summen, welches über der ungeheuren Volksmenge schwebte, übertönte die Stimme des Königs. Die ferner Stehenden vermochten nicht einmal einen Ton derselben zu vernehmen, sie sahen nur die ausdrucksvollen Bewegungen, mit denen Friedrich Wilhelm IV. seine Rede begleitete.

Es schwebte ein Unstern über der Berliner Huldigungsfeier. Die mächtigen Worte des Königs würden, wenn sie nur von den vielen Tausenden gehört und verstanden worden wären, ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Das gesprochene Wort wirkt anders als eine gedruckte Rede, welche stets zur Kritik herausfordert. Die Worte des Königs aber hörten nur Einzelne, erst aus dem spätern Abdruck in der Staatszeitung wurden sie dem Volke bekannt.

Friedrich Wilhelm IV. sprach:

„Im feierlichsten Augenblicke der Erbhuldigung meiner teutschen Lande, der edelsten Stämme des edelsten Volkes, und eingedenk der unvergeßlichen Stunde zu Königsberg, die sich jetzt wiederholt, rufe Ich zu Gott dem Herrn, Er wolle mit Seinem Allmächtigen Amen die Gelübde bekräftigen, die eben erschollen sind, die jetzt erschallen werden, die Gelübde, die Ich zu Königsberg gesprochen, die Ich hier bestätige. — Ich gelobe, Mein Regiment in der Furcht Gottes und in der Liebe der Menschen zu führen, mit offenen Augen, wenn es die Bedürfnisse Meiner Völker und Meiner Zeit gilt. Ich will, so weit Meine Macht und Mein Wille reichen, Friede halten zu Meiner Zeit — wahrhaftig und mit Allen Kräften das edle Streben der hohen Mächte unterstützen, die seit einem Viertel-Jahrhundert die treuen Wächter über den Frieden Europas sind. Ich will vor Allem dahin trachten, dem Vaterlande die Stelle zu sichern, auf welche es die göttliche Vorsehung durch eine Geschichte ohne Beispiel erhoben hat, auf welcher Preußen zum Schilde geworden ist für die Sicherheit und die Rechte Teutschlands. In allen Stücken will Ich so regieren, daß man in mir den echten Sohn des unvergeßlichen Vaters, der unvergeßlichen Mutter erkennen soll, deren Andenken von Geschlecht zu Geschlecht im Segen bleiben wird. Aber die Wege der Könige sind thränenreich und thränenwerth, wenn Herz und Geist ihrer Völker ihnen nicht hülfreich zur Hand gehen. Darum, in der Begeisterung Meiner Liebe zu Meinem herrlichen Vaterlande, zu Meinem in Waffen, in Freiheit und in Gehorsam gebornen Volke —"

Die letzten Worte hatte der König mit hoch erhobener Stimme und gesteigertem Accent gesprochen; sie waren einem großen Theile der Versammelten verständlich geworden und hatten einen lange anhaltenden Jubelruf veranlaßt, der sich erst legte, als Friedrich Wilhelm IV. mehrmals ungeduldig winkte. Endlich wurde die Ruhe wieder hergestellt. Der König fuhr fort:

„Darum richte ich an Sie, meine Herren, in dieser ernsten Stunde eine ernste Frage! Können Sie, wie Ich hoffe, so antworten Sie Mir, im eigenen Namen, im Namen Derer, die Sie entsendet haben! Ritter! Bürger! Landleute! und von den hier unzählig Geschaarten Alle! die Meine Stimme vernehmen können — Ich frage Sie: wollen Sie mit Herz und Geist, mit Wort und That und ganzem Streben, in der heiligen Treue der Teutschen, in der heiligen Liebe der Christen Mir helfen und beistehen, Preußen zu erhalten, wie es ist, wie Ich es so eben, der Wahrheit entsprechend, bezeichnete, wie es bleiben muß, wenn es nicht untergehen soll? Wollen Sie mir helfen und beistehen, die Eigenschaften immer herrlicher zu entfalten, durch welche Preußen mit seinen nur 14 Millionen den Großmächten der Erde zugesellt ist? — nämlich: Ehre, Treue, Streben nach Licht, Recht und Wahrheit, Vorwärtsschreiten in Alters-Weisheit zugleich und heldenmüthiger Jugendkraft? Wollen Sie in diesem Streben Mich nicht lassen noch versäumen, sondern treu mit Mir ausharren durch gute wie durch böse Tage — O! dann antworten Sie Mir mit dem klaren, schönsten Laute der Muttersprache, antworten Sie Mir ein ehrenfestes Ja!" —

Das Rauschen des Windes und Regens war so mächtig gewesen, daß nur Einzelne die Aufforderung des Monarchen verstanden hatten.

*) Varnhagen schrieb darüber in sein Tagebuch: „Ein fallender Regen störte weniger, als daß man den Bürgermeister von Berlin ganz unten auf den Stufen der ungeheuren Treppe entblößten Hauptes seine Rede halten sah; die Ritterschaft hatte eben gehuldigt, er durfte nicht hinauf, ich dachte an den tiers-état in Frankreich, der seine Anträge dem Könige knieend vorbringen mußte. Der Kanonendonner erquickte mich!"

Der Oberbürgermeister und Einige der nächst Stehenden antworteten Ja, in welches nun auch ein Theil der versammelten Volksmenge einfiel. Der größere Theil aber, der gar nichts gehört und verstanden hatte, glaubte, die Rede sei zu Ende und ein Lebehoch nöthig. Dies brach denn auch mit donnerndem Geschrei aus und erst neues, ungeduldiges Winken des Königs ließ die Jubelrufe verstummen und erlaubte dem Redner fortzufahren. Er schloß seine Ansprache an das Volk mit folgenden Worten:

„Die Feier des Tages ist wichtig für den Staat und die Welt — Ihr Ja aber war für Mich — das ist Mein eigen — das lass' Ich nicht — das verbindet uns unauflöslich in gegenseitiger Liebe und Treue, das giebt Muth, Kraft, Getrostheit, das werde Ich in Meiner Sterbestunde nicht vergessen! — Ich will Meine Gelübde, wie Ich sie hier und zu Königsberg ausgesprochen habe, halten, so Gott Mir hilft. Zum Zeugnisse hebe ich Meine Rechte zum Himmel empor! — — Vollenden Sie nun die hohe Feier! — — Und der befruchtende Segen Gottes ruhe auf dieser Stunde!"

Nach der Königlichen Rede wurde der Huldigungseid abgenommen. Gegen zwanzig Tausend Menschen sprachen ihn nach; unter dem Donner der Kanonen und dem Geläut der Glocken sang die ganze versammelte Menge das Lied „Nun danket Alle Gott."

Damit war die Feierlichkeit beendet, denn die Bekanntmachung der zahlreichen Standeserhöhungen, der Ertheilung von Fürsten-, Grafen-, Freiherrn- und Adelstiteln, der Verleihung von Orden 2c., welche ursprünglich ebenfalls öffentlich erfolgen sollte, wurde des anhaltenden starken Regens wegen vorläufig ausgesetzt; sie erfolgten erst später im Königlichen Schlosse selbst.

Vollständig durchnäßt, triefend von Wasser, kehrten die Theilnehmer und Zuschauer des Huldigungsaktes vom Lustgarten aus in ihre Wohnungen zurück. Sie waren meistens nicht in der gehobensten Stimmung, denn die beste Begeisterung wird durch nasse Kleidungsstücke abgekühlt.

Zahlreiche Festlichkeiten schlossen sich an die Huldigungsfeierlichkeit, wir wollen unsere Leser mit der Beschreibung derselben nicht ermüden und erwähnen nur das große Festmahl welches die Stadt Berlin dem Könige gab, zu dem, wie wir bereits erwähnten, zwischen dem Opernhaus und der Bibliothek ein eigener Festsaal gebaut worden war. Die städtischen Behörden hatten in der That das Möglichste geleistet, was in der Kürze der Zeit überhaupt geleistet werden konnte.

Der Saal, welcher doch nur die Aufgabe hatte, einige Tage der Schauplatz von Festen zu sein, um dann wieder abgebrochen zu werden, zeichnete sich durch seine prächtige Ausschmückung aus. Das Festmahl fand am 17. Oktober statt, es waren von der Stadt Berlin zu demselben etwa 1400 Gäste, die alle in dem Saal bequem Platz fanden, geladen worden. Von den Toasten, die ausgebracht waren, ist nur einer bemerkenswerth, der, mit welchem der König das auf ihn ausgebrachte Lebehoch des Oberbürgermeisters Krausnick beantwortete. Friedrich Wilhelm IV. sagte:

„Ich wünsche, auf das Wohl der Stadt Berlin zu trinken. Ich habe 45 Jahre hindurch die Geschicke des Staates in der Stadt Berlin durchlebt und habe sie und die Gesinnungen ihrer Bewohner bei verschiedenen Gelegenheiten kennen gelernt. Ich habe die Stadt in Meinen Jugendjahren gesehen; da ist sie Mir liebenswürdig erschienen. Ich habe sie zweimal in Trauer gesehen; da war sie ehrwürdig. Ich sah sie im Frühjahr des Jahres 1813 kurz vor der Schlacht bei Lützen; da war sie heldenmürhig. Ich habe sie in den eben durchlebten letzten Tagen gesehen; diese Tage werden mir stets unvergeßlich bleiben. Somit will ich denn der Stadt Berlin stets ein gnädiger König, und Meiner geliebten Vaterstadt immer ein treuer Mitbürger sein, und so fordere Ich Sie nun, meine Herren, die mit Mir heute Gäste der Stadt Berlin sind, auf, auf das Wohl der heldenmüthigen und getreuen Stadt Berlin zu trinken. Sie lebe hoch!"

Der prächtige Saal wurde am folgenden Tage, am Abend des 18. Oktober noch einmal und zwar gemeinschaftlich mit dem Opernhause zu einem großartigen Fest benutzt, welches die Ritterschaft der Provinz Brandenburg gab. Am 20. Oktober schlossen die Huldigungsfestlichkeiten mit einem großen Ball und Souper auf dem Königlichen Schlosse, zu welchem gegen 5000 Personen, darunter auch viele Bürger von Berlin, eingeladen waren.

Fünftes Kapitel.

Erwachen des politischen Interesses in Berlin. — Begünstigung des Pietisten Thile. — Wachsende Unzufriedenheit in Berlin. — Umschlag Eichhorn's. — Berufung Stahl's. — Studentenskandal. — Schelling. — Hassenpflug's Berufung nach Berlin. — Das Rheinlied und seine Berliner Parodie. — Der erste schmerzliche Tag in der Regierung Friedrich Wilhelm's IV. — Finstere Gerüchte. — Theaterskandal. — Das Freiwilligen-Fest. — Schön's Woher und Wohin? — Johann Jacoby's „Vier Fragen."

Die Huldigungsfeste waren vorübergerauscht. Das Volk von Berlin hatte seine Schaulust befriedigt, es wollte wieder eine kräftigere Geisteskost genießen, als die weitläufigen Schilderungen von Festlichkeiten, welche die Spalten der Berliner Zeitungen füllten.

Seit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelm's IV. hatte sich plötzlich im Volke von Berlin ein neuer Geist geregt; das Interesse an der Politik, welches jahrelang geschlafen, war wieder erwacht. Brachte doch jeder Tag etwas Neues,

bald diese bald jene Erzählung vom Könige und seinen Plänen für die Reformen veralteter Mißbräuche, an welche man sich zwar unter der Regierung Friedrich Wilhelm's III. einigermaßen gewöhnt hatte, von denen man aber erwartete, daß sie durch den neuen König schnell beseitigt werden würden.

Vorzüglich erschien der Druck, der auf der Presse des Landes und zwar am härtesten auf der Berliner lastete, jetzt fast unerträglich. Daß Friedrich Wilhelm III., der alte Herr, dem jede Genialität zuwider war, der nichts mehr haßte als beunruhigt zu werden, dem der Sinn für die Entwickelung der freien wissenschaftlichen Forschung ganz fehlte, die Aufrechterhaltung der Censurgesetze in vollster Strenge überwachte und selbst die geringsten Ausschreitungen freisinniger Schriftsteller nicht geduldet hatte, fanden die Berliner ganz natürlich; von Friedrich Wilhelm IV. aber erwarteten sie etwas Anderes.

Der geistreiche Fürst, der Künstler und Gelehrte der seinen Umgangskreis am liebsten unter genialen Männern wählte, mußte über die Fesselung des freien Gedankens durch die Censurvorschriften und die polizeilichen Unterdrückungen freisinniger Schriften andere Ansichten haben als sein Vater, ihm mußte selbst daran gelegen sein, daß die bisher so mageren dürftigen Zeitungen der Residenz, die Tante Voß und Onkel Spener, so wurden sie im Volksmunde genannt, und die ganze Schaar der kleineren politischen und unpolitischen Wochenschriften sich geistig regsamer zeigen möchten, um politische Bildung verbreiten zu können.

Es schien nicht mehr zu ertragen, daß Berlin, die Stadt der Intelligenz, das Spreeathen, eigentlich gar keine Presse besaß, daß die Berliner, wenn sie sich über innere preußische Verhältnisse unterrichten wollten, zu fremden Zeitungen greifen mußten, weil sie in den von der Censur so streng überwachten eignen Zeitungen nichts fanden.

Die Stimmung wurde in Berlin nach dem Huldigungsfest mit jedem Tage trüber und ungünstiger für die neue Regierung. Dazu trug wesentlich ein unnatürliches Bündniß bei, welches unbewußt die entgegengesetzten Parteien schlossen. Die Liberalen murrten, weil ihnen nicht genug, die Büreaukraten, weil ihnen zu viel geschah. Die Ersteren waren unzufrieden, daß der König nicht ohne weiteres Besinnen eine Konstitution für Preußen bewilligte, daß er zögerte, volle Preßfreiheit zu verkünden; die Büreaukraten konnten es nicht verzeihen, daß Friedrich Wilhelm IV. mit seinen Reden die alt hergebrachten Formen verletzte, daß er sich vielfach mißfällig über den starren Büreaukratismus aussprach.

Zwischen beiden Parteien stand eine kleine Zahl freidenkender Männer, welche dem Könige Gerechtigkeit widerfahren ließen und ihm Zeit lassen wollten zu Reformen, Männer, welche ganz einverstanden damit waren, daß er nicht allzu stürmisch vorging. Aber auch diese Wenigen wurden bedenklich, als schon die nächsten Monate nach der Huldigung Regierungsmaßregeln, Standeserhöhungen und Ernennungen zu hohen Staats-Aemtern brachten, welche allerdings geeignet waren, recht trübe Aussichten für die Zukunft zu eröffnen.

Daß der Minister von Rochow, der Erfinder des beschränkten Unterthanenverstandes, mit dem rothen Adlerorden I. Klasse in Brillanten geschmückt wurde (am 25. Oktober) erregte schon Mißmuth in vielen Kreisen Berlins, denn man hielt gerade diesen Minister für den traurigsten Rathgeber des Königs; seinem Einfluß schrieb man die Kabinets-Ordre vom 4. Oktober zu. Weit größer aber zeigte sich die Unzufriedenheit darüber, daß am 20. Oktober der General-Lieutenant von Thile zum Staats- und vortragenden Kabinets-Minister ernannt wurde. Thile der eingefleischte Pietist, Minister und zwar vortragender Kabinets-Minister! In der That hatten die rationalistischen Berliner, welche den Pietismus fast ärger als den Absolutismus fürchteten, wohl ein Recht, besorgt zu sein.*)

Bei der allgemein werdenden Unzufriedenheit machte es keinen Eindruck, daß die früher so freudig begrüßte Hoffnung, die Gebrüder Grimm nach Preußen berufen zu sehen, sich erfüllte, daß die berühmten Brüder durch eine Kabinets-Ordre vom 22. Oktober unter den günstigsten Bedingungen an die Berliner Universität berufen wurden, daß auch der alte Turnvater Jahn endlich seine volle Freiheit wieder erhielt.

Vor wenigen Wochen noch hätte die Berufung der Gebrüder Grimm und die späte Gerechtigkeit gegen Jahn einen namenlosen Jubel erregt. Jetzt ging Beides spurlos vorüber. Dagegen aber sprach man um so besorgter von mehreren Ernennungen in den Staatsrath, welche vorzugsweise unvolksthümliche Männer getroffen hatten.

Mit jedem Tage sahen die Berliner klarer, wie wenig berechtigt ihre frühere Selbsttäuschung gewesen war, denn auch der Minister, dessen Ernennung von vielen Seiten als eine Burgschaft für freisinnige Regierungsmaßregeln begrüßt worden war, zeigte, daß er seine Vergangenheit durchaus vergessen habe. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten, Eichhorn, gab sich widerstandslos den Pietisten und Adelsfreunden hin.

Die Universität hatte sich bisher durch die

---

*) (Varnhagen's Tagebücher): „Ueberall sollen Fromme eintreten. Man hört die wunderlichsten Reden. Unabhängigkeit der evangelischen Kirchenbehörde von denen des Staats. Begünstigungen für die katholische Kirche, Vorliebe für Majorate und Patrimonialjustiz. Ueberall Beterei und Glaubenseifer, die Anstellung des Generals von Thile macht viel böses Blut. Nun kommen noch Bunsen, Radowitz, Hassenpflug, Beckedorff, Goetze und weiß der Himmel wer noch Alles? Da verschwinden Humboldt, Eichhorn, Willisen. „Sehen Sie doch nur hin, wer wirklich beim Könige gilt, Einfluß und Gunst hat, ihm wahrhaft nahe steht, das ist entweder ein Betbruder oder ein Adelseiferer."

treueste Pflege der Hegel'schen Philosophie ausgezeichnet, sie war eine Stätte der freien philosophischen Forschung gewesen. Gans, der geistreichste Schüler Hegel's, hatte mit glänzendem Erfolge bis zu seinem Tode (5. Mai 1839) gelehrt. Die philosophische Schule Berlins war der Stolz der Universität und der Stadt. Der lange unbesetzt gebliebene Lehrstuhl, den Gans so würdig ausgefüllt hatte, sollte jetzt einen neuen Inhaber, Gans einen Nachfolger erhalten. Ein Schrei der Entrüstung erhob sich auf der Universität und im wissenschaftlich gebildeten Publikum Berlins, als man erfuhr, daß der Mann, der Gans ersetzen sollte, dessen schärfster Gegner war. Der Erlanger Professor Stahl, der erklärte Feind Hegels, der Anhänger der rechtsphilosophischen Schule von Haller's Stahl, der für das Königthum von Gottes Gnaden, für das göttliche Recht der Fürsten, für die Offenbarungsgläubigkeit gekämpft hatte, sollte Gans ersetzen. Stahl nahm die Berufung nach Berlin an.

Am 26. November begannen seine Vorlesungen. Schon an diesem ersten Tage aber fand er, daß der Boden in Berlin für ihn kein günstiger sei. Das Auditorium war zwar gefüllt, denn den berühmten Redner wollten naturgemäß die Studirenden alle gern hören. Als er aber mit der ihm eigenen Energie und Rücksichtslosigkeit seine Vorlesung mit scharfen Angriffen auf Hegel und Gans begann, da erhob sich in dem Auditorium ein wilder Lärm. Die Zuhörer pfiffen und tobten, ein Theil von ihnen verließ lärmend den Hörsal. Stahl mußte mit seiner Vorlesung aufhören, ehe die Zeit um war. Auch als er zum zweitenmal das Katheder betrat, hatte er ein gleiches Schicksal. Das Toben, Zischen und Pochen wiederholte sich, der Tumult war fast ärger als am ersten Tage; er galt nicht allein dem unbeliebten Professor, dem Feinde der hochverehrten Lehrer Hegel und Gans, sondern auch dem Minister Eichhorn, der den Lichtfeind nach Berlin berufen hatte.

Es war ein erster und bedeutungsvoller Ausbruch der Opposition gegen die Regierung. Stahl würde vielleicht auch ferner in allen seinen Vorlesungen unterbrochen worden sein, wenn er sich nicht nachgiebig gezeigt hätte. Nur dadurch, daß er versprach, sich ferner einer „verurtheilenden Kritik“ zu enthalten, machte er es möglich, überhaupt gehört zu werden.

An die Berufung Stahl's reihte sich wenig später auch die Schelling's, des einst berühmt gewesenen, aber längst gealterten und veralteten christlichen Philosophen.

Der Pietismus hatte sich siegreich des Monarchen bemächtigt, darüber konnte man in Berlin nach Thile's und Stahl's Berufung, nachdem auch manche andere gleichartige Beförderungen im Staatsdienst erfolgt waren, kaum mehr im Zweifel sein. Man erfuhr, daß seine erste Blüthe ein neues Ehescheidunggesetz sein solle, welches schon eifrig berathen werde.

Wie aber stand es mit der politischen Richtung des Königs? Man brachte in Berlin in Erfahrung, daß die Vorliebe Friedrich Wilhelm's IV. für Mittelalterliche Adels-Privilegien ihren Ausdruck in einer Kabinets-Ordre gefunden habe, welche jede Beschränkung der Patrimonialgerichtsbarkeit, dieses verhaßten Vorrechts der Rittergutsbesitzer, untersagte. Das war schlimm genug, aber schlimmer war die Berufung eines Mannes, der gehaßt wurde, wie wenige deutsche Staatsmänner, des früheren kurhessischen Ministers Hassenpflug nach Berlin an den höchsten Gerichtshof des Landes, zum Ober-Tribunal.

Als das Gerücht von der Berufung sich zuerst verbreitete, wurde es kaum geglaubt. Das sei zu viel, das sei unmöglich, solch' gehässiges Gerücht sei erfunden von Böswilligen, welche dem Könige seine Popularität erschüttern wollten! Und doch bestätigte sich diese unglaubliche Nachricht. Hassenpflug, der in ganz Deutschland den bösartigen Spottnamen „von Haß und Fluch“ trug, der Frömmler, Absolutist und Büreaukrat zugleich war, der als hessischer Minister auf das gröbste die beschworene Verfassung verletzt hatte, wurde wirklich an das Ober-Tribunal nach Berlin berufen und zwar, obgleich er der jüngste Rath desselben war, mit doppeltem Gehalt. Die Kabinets-Ordre, welche seine Anstellung befahl, begründete diese durch die „bewährte Gesinnung“ des allverhaßten Mannes.

Das Aufsehen, welches die Berufung Hassenpflug's in Berlin machte, ist schwer zu schildern. Es herrschte in der Residenz eine fast fieberhafte Aufregung, welche sich selbst in Kreise verpflanzte, die der Politik bisher unzugänglich gewesen waren. Was wußten die Berliner Handwerker, die selten einen Blick in die Zeitungen warfen, von Hassenpflug und seiner Vergangenheit? Der Namen war ihnen ganz unbekannt; jetzt aber plötzlich erhielt er eine traurige Berühmtheit. Man erzählte merkwürdige Geschichtchen von dem neuen Ober-Tribunalsrath, der fortan in Preußen das Recht wahren sollte, erfundene und nicht erfundene. Die meisten liefen darauf hinaus, daß die persönliche Ehrenhaftigkeit des Mannes von bewährter Gesinnung, seine Begriffe über die Befugnisse hoher Beamter, sich persönliche Vortheile durch ihr Amt zu verschaffen, stark verdächtigt wurde.

Es war damals die Zeit des Deutsch-Enthusiasmus; politische Verwickelungen, deren weitere Ausführung nicht unserer Spezialgeschichte angehört, ließen einen Krieg mit Frankreich befürchten. Man glaubte, daß die Franzosen Gelüste auf die Rheingrenze hätten und das ganze deutsche Volk erhob einmüthig seine Stimme, um von den Regierungen den kräftigsten Widerstand zu fordern. Das an und für sich ziemlich unbedeutende Becker'sche Rheinlied:

> Sie sollen ihn nicht haben,
> Den freien, deutschen Rhein, —

wurde mit wahrem Enthusiasmus begrüßt, am

freudigsten vom Volke Berlins, welches seine echt deutsche Gesinnung nie verleugnet hat.

In allen Gesellschaftskreisen wurde das Rheinlied gesungen, im Saale des reichen Banquiers ebensowohl wie in der Handwerkerstube; man hörte es in den Bierkellern und auf den Straßen. Im Konzertsaale mußte es das Orchester auf Verlangen des Publikums, auf den Höfen der Leierkasten spielen. Dieses allgemein gesungene und gespielte Rheinland benutzte der Berliner Witz zu einer Parodie. Folgendes Gedicht wurde plötzlich in vielen tausend Abschriften in Berlin verbreitet; bald war es in Jedermanns Hand und es wurde gesungen wie das Rheinlied.

Wir wollen ihn nicht haben,
Den Herrn von Hassenpflug,
Den eine Schaar von Raben
Zu Preußens Adlern trug!

Scheinheiliger Gespiele
Im frommen Knechtlingstroß
Der Rochow, Stolberg, Thile,
Der Radowitz und Voß.

Den stets die Zwingherrn rufen,
Den stets das Volk verschmäht,
Sei auch auf Thronesstufen
Dein Richterstuhl erhöht.

Wenn gleich mit Kreuz und Bändern
Man schwarz und roth Dich schmückt,
Du kannst den Titel ändern
Uns hast Du nicht berückt.

So wollen wir nicht haben
Den Herrn von Haß und Fluch,
Den Holland, Hessen, Schwaben
Verdammt mit einem Spruch!

Das Lied fand seinen Weg auch in das Königliche Schloß. König Friedrich Wilhelm IV. hörte von demselben, er wollte es sehen, lesen, der Minister von Rochow selbst mußte es herbeischaffen. Der König las es; er war tief bewegt. „Dies ist der erste schmerzliche Tag meiner Regierung!“ so soll er endlich ausgerufen haben!

Bisher hatte nur der König nur von dem Jubel gehört, der alle seine Worte begleitete; er war stolz gewesen auf seine Volksbeliebtheit. Daß diese im Schwinden sei, ahnte er nicht, denn seine höfischen Umgebungen hüteten sich wohl, ihn von der Stimmung, welche in Berlin herrschte, zu unterrichten. Das Hassenpfluglied öffnete ihm plötzlich schmerzvoll die Augen.

Friedrich Wilhelm IV. war um so trüber gestimmt, als er sich bewußt war, einen Umschwung der Volksmeinung nicht verdient zu haben. Nach seiner besten Ueberzeugung that er, was recht war; er ließ sich daher auch durch die gewonnene Einsicht in die Volksstimmung nicht bewegen, abzugehen von dem Wege, den er eingeschlagen hatte, und den er für den einzig richtigen hielt. Vor Allem war er bestrebt, seiner religiösen Ueberzeugung Anerkennung zu verschaffen und in diesem Bestreben wurde er unterstützt durch die bereitwilligen Dienste des Minister Eichhorn.

Die streng orthodoxe und pietistische Richtung wurde von obenher in jeder Weise begünstigt.

Waren unter Friedrich Wilhelm III. die Alt-Lutheraner oft in ungerechtfertigter Weise wegen ihres Widerstandes gegen die Union bestraft worden, so erhielten sie jetzt nicht nur Gerechtigkeit und Duldung, sondern sogar offenen Schutz und ungerechte Bevorzugung; freisinnige Prediger dagegen wurden mit Verwarnungen bedacht und mit Amtsentsetzung bedroht, wenn sie es wagen würden, von der Kanzel herab die in der Agende niedergelegten evangelischen Kirchenlehren in Zweifel zu ziehen.

Solche Maßregeln mußten gerade in Berlin die Unzufriedenheit stetig vermehren. Nirgend fand der Pietismus einen größeren Widerstand als in der rationalistischen Residenz. Der freie Geist, der aus der Hegel'schen Philosophie entsprossen war, hatte in Berlin sich in den gebildeteten Kreisen so mächtig Bahn gebrochen, daß sich ihm selbst die Beamten und Offiziere nicht entziehen konnten. Waren diese auch jedem politischen Fortschritt abhold, dem religiösen Rückschritt widerstrebten sie mit anerkennenswerther Offenheit.

Düstre Gerüchte verbreiteten sich. Man erzählte sich seltsame Dinge von dem Ehegesetz, welches vorbereitet wurde. Ja man ging weiter. Man sprach von einem Gesetz über die Sonntagsfeier und endlich sogar von einem Religionsedikt, welches dem Könige schon zur Bestätigung vorliegen solle und dessen Veröffentlichung man in nächster Zeit erwarten könne. Bestimmte Angaben wurden gemacht, eine strenge Kirchendisciplin sollte eingeführt, alle Staatsdiener und Beamte der Kontrole über den regelmäßigen Kirchenbesuch und über den Genuß des Abendmahls unterworfen werden.

Das Gerede war so weit verbreitet, daß es sogar in die höchsten Kreise drang, und auch als die Staatszeitung am 8. Januar 1841 alle diese Gerüchte als leere Erfindungen und jedes Grundes entbehrend bezeichnete, war diese offizielle Erklärung dennoch nicht im Stande, das erschütterte Vertrauen wieder herzustellen.

Das Schlimmste bei solchen Gerüchten war, daß sie von den Berlinern nicht allein dem Minister Eichhorn, den man nur für einen willenlosen Beamten hielt, sondern dem Könige persönlich zur Last gelegt wurden. Wie tief die Mißstimmung schon am Schluß des Jahres 1840 und beim Beginn des Jahres 1841 unter den gebildeten Klassen Berlins wurzelte, zeigte recht klar und deutlich ein seltsamer Vorfall im Königlichen Theater.

Friedrich Wilhelm IV. hatte gewünscht, daß Racine's Meisterwerk Athalie zur Aufführung komme. Gerade der poetisch religiöse Stoff sprach den König an, die kirchliche Erhabenheit des Stückes, welches ursprünglich für die Zöglinge eines Klosters geschrieben worden war. Was aber dem Könige gefiel, gefiel den Berlinern

nicht. Die Aufführung der Athalie erschien ihnen als ein Werk des Pietismus.

Was bisher in der Hauptstadt unerhört gewesen war, geschah. Dasselbe Publikum, welches früher jede patriotische Anspielung im Theater mit Enthusiasmus begrüßt hatte, nahm jetzt plötzlich offen Partei gegen den König. Varnhagen von Ense schreibt darüber in sein Tagebuch:

„Hier ist noch immer große Aufregung in Betreff des Königs. Die Stadt ist voll von Erzählungen, Witzworten, Liedern, Zerrbildern. Eine der auffallendsten Geschichtchen war im Theater bei Aufführung der „Athalia" am Sonntage den 3. Januar 1841. Man wußte, daß sie auf Anempfehlung des Königs durch Raupach neu bearbeitet worden und der König die Aufführung bestellt habe; auch war der Hof zugegen. Die Stellen vom Beten und Königthum wurden besonders hervorgehoben und schienen dem Hofe zu gefallen, mißfielen aber dem Publikum. Zum Unglück war die Aufführung schlecht, das Ganze höchst ermüdend, und nun suchte man sich durch Zischen und Pochen schadlos zu halten. Diese Bewegung galt nicht dem Meisterwerke Racine's, sondern der Absicht, die man damit verbunden argwohnt. Der König erhob sich und stand vor dem Weggehen einen Augenblick an der Brüstung der Loge, aber das Pochen und Zischen dauerte fort; der Prinz von Preußen rief zornig in das Parterre hinab: „Ruhig!" aber ohne allen Erfolg. Gestern wurde die Aufführung wiederholt; es war äußerst leer, aber gepocht und geschrieen wurde abermals. — — —

Man trägt hier jetzt folgendes Wortspiel herum: „Der König hat sich umgeben mit Stahl, Zink-Eisen, Grimm, Haß und Fluch."

Nicht nur im Theater, sondern auch bei einer andern öffentlichen Feier zeigten die Berliner, daß sie selbstständig zu denken begannen, daß die politische Theilnahmlosigkeit, durch welche sich bisher die Residenz zu ihrem Nachtheil ausgezeichnet hatte, zu schwinden anfing. Wagten sie doch sogar eine politische Demonstration zu machen, wenn auch eine im bescheidensten Maßstabe.

Alter Sitte gemäß sollte am 3. Februar 1841 das sogenannte Freiwilligenfest gefeiert werden. Die Veteranen aus den Jahren 1813—1815 pflegten alle Jahre am 3. Februar diesen Gedenktag in Gesellschaft jüngerer Freunde feierlich zu begehen. Bei der Tafel gab es stets eine Reihe patriotischer Trinksprüche. Die alten Krieger überboten sich in Versicherungen ihrer Liebe und Treue gegen den König und das ganze Königliche Haus. Von Politik war natürlich bei einem solchen Feste niemals die Rede.

Das erste Freiwilligenfest nach dem Tode Friedrich Wilhelm's III. hatte eine besondere Bedeutung. Man durfte erwarten, daß der Patriotismus sich in der Erinnerung an den Verstorbenen noch überschwenglicher äußern werde, als in den Jahren vorher. Um so mehr war man erstaunt und bei Hofe unangenehm überrascht, als man erfuhr, daß gerade dies patriotische Fest benutzt worden sei zu politischen Anspielungen höchst unbequemer Art.

Als die Gäste den Festsaal betraten, fanden sie ihn auf das würdigste ausgeschmückt. Das Fest sollte der Erinnerung an den verstorbenen König geweiht sein, deshalb hatte das Comité die Wände durch Schilder geschmückt, welche alle bedeutenden Regierungsakte und Gesetze des Verewigten mit der Jahreszahl und dem Datum des Erlasses trugen. Eine gedruckte Beschreibung erklärte diese Erlasse noch näher. Da las man denn ein Stück aus dem Censuredikt vom 4. Februar 1804, in welchem gesagt war, daß eine schickliche Art der Oeffentlichkeit das sicherste Mittel für Regierung und Publikum gegen die Sorglosigkeit und unlautere Absicht der Behörden bilde und daher in Schutz genommen zu werden verdiene. Mit goldenen Buchstaben war auch das Datum des 22. Mai 1815 zu lesen und die Erklärung brachte die Einleitung und den ersten Paragraphen des Gesetzes, der dahin lautet: es solle eine Repräsentation des Volkes gebildet werden.

Heutzutage würde man in einer derartigen Ausschmückung eines Festsaales nichts Besonderes finden, damals erschien die dreiste Erinnerung an das Königliche Versprechen vom 22. Mai 1815 und an das Censuredikt vom 4. Februar 1804 gerade bei dem Freiwilligenfest als ein Akt der höchsten Verwegenheit. Und doch ging dieser aus von einem Manne, der selbst in den Freiheitskriegen sich als patriotischer Kämpfer ausgezeichnet hatte, der, wie man allgemein wußte, bei Hofe in großer Gunst stand, vom Hofrath Förster.

Der General von Boyen wohnte dem Feste als Ehrengast bei; er blieb indeß nicht lange. Nach dem Anfange des Mahles entfernte er sich, und man erzählte später in Berlin, er habe dies wohl thun müssen, um nicht ein Mitschuldiger des verwegenen Festordners zu werden.

Im Berliner Publikum erregte Förster's Kühnheit großen Jubel, der Minister von Rochow dagegen war über dieselbe auf's äußerste erzürnt. Es wurde erzählt, er habe beabsichtigt, eine Criminaluntersuchung gegen Förster einleiten zu lassen und sei davon nur durch den speziellen Befehl des Königs, dem das sonstige Arrangement sehr gefallen habe, zurückgehalten worden.

Ein größeres Aufsehen als selbst das Freiwilligenfest erregten in dieser Zeit, im Beginn des Jahres 1841 zwei Broschüren, welche weder von Berlinern ausgehend, noch in Berlin erschienen, doch den mächtigsten Einfluß auf die politische Entwickelung der Hauptstadt und des ganzen Landes gewinnen sollten.

Man sah damals mit gespannter Erwartung der Eröffnung der Provinzial-Landtage entgegen. Früher hatten diese Landtage gar keine Bedeutung gehabt, Niemand hatte sich um sie bekümmert, die Berliner erfuhren kaum, wann und ob sie abgehalten wurden. Im Jahre 1841 aber erwartete

man mit höchster Spannung die Eröffnung und die Verhandlungen der Landtage, denn die Berliner waren überzeugt, daß die Forderungen des Huldigungs-Landtages in Königsberg ein Echo in allen Provinzen finden würden*).

Die Worte Konstitution, Reichsstände, Verfassung hatten plötzlich in Berlin eine Bedeutung gewonnen. Während man noch vor einem Jahre nur von Theater und Musik gesprochen hatte, gab es jetzt in den Berliner Gesellschaften kaum ein anderes Thema der Unterhaltung als die Verfassungsfrage, von der man hoffte, daß sie auf den Provinzial-Landtagen gründlich erörtert werden würde. Es zeigte sich dabei indessen die merkwürdige Erscheinung, daß gerade diejenigen Männer, welche früher am meisten für die preußische Verfassung geschwärmt hatten, die alten Freunde Stein's, Hardenberg's und Wilhelms von Humboldt, sich jetzt am lauesten zeigten; mit Ausnahme des zum Minister beförderten Ober-Präsidenten von Schön, der seiner Vergangenheit treu geblieben war, erschien es den meisten Altliberalen bedenklich, den früheren politischen Kampf auf's Neue wieder aufzunehmen. Aeußerte sich doch in ähnlicher Art selbst Varnhagen von Ense, der damals in sein Tagebuch schrieb:

„Ich werde gefragt, ob ich denn nicht mehr so konstitutionell gesinnt sei, wie ehemals? Ich antwortete, o ja, im Wesen vollkommen so wie sonst; aber in der Anwendung auf die Zeitumstände müsse ich für Preußen jetzt große Zweifel haben. — — Ich wäre mit Mirabeau, mit Lafayette gegangen; mit Robespierre und Saint-Just nicht. — — In jener früheren Zeit wäre ich mit Wilhelm von Humboldt, Stein, Beyme, Altenstein, Stägemann, Gruner, Oelsner, Ludwig Wieland, Weitzel, Eichhorn, Schleiermacher und vielen Aehnlichen gewesen; mit wem sollt' ich jetzt sein? Mit der unwissenden, rohen Menge? mit der überdreisten, erfahrungslosen Jugend, die das Wort in den Tageblättern führt? Wie häufig muß ich Unsinn und Frevel anhören, der mich froh sein läßt, daß solcherlei noch nicht in Schrift und Wort mächtig werden kann! — Diese Betrachtungen sind es, denen ich folge. Deshalb vermag ich im Augenblicke nicht einzustimmen in den unbestimmten Ruf nach Konstitution, nach Reichsständen. Ueberdies möcht' ich dem Könige Zeit gelassen sehn, sich zu entwickeln und einzurichten. Er meint es gewiß vortrefflich, er hat große geistige Gaben, sehen wir doch erst, was er leisten wird, welche Gestalt seine Regierung annimmt. Die jetzige Verstimmung kann noch nichts entscheiden, das Gewölk zieht vielleicht vorüber, und der Tag steht als ein heitrer und segenvoller da. Ich möchte es dem Könige nicht zu Leide thun, jetzt von Konstitution zu reden; aber wenn nicht dafür, so auch gewiß nicht dagegen; gar nicht, ist für den König am Besten. —"

Weniger vorsichtig als Varnhagen von Ense waren die jüngeren Politiker, welche mit vollem Enthusiasmus sich der neu erwachten politischen Strömung hingaben, der Strömung, die eine bestimmte Richtung durch die zwei erwähnten aus Ostpreußen kommenden Broschüren erhielt.

Die eine: „Woher und wohin" betitelt, hatte den Minister von Schön zum Verfasser. Mit würdiger Ruhe und überzeugender Klarheit beantwortete der berühmte Freund Stein's die Frage: Woher der Ruf nach allgemeinen Ständen komme und wohin die Erfüllung desselben führen werde. Er wies schlagend nach, daß die Einberufung von Generalständen ein eben so großer Vortheil für das Land, als für den König selbst sein werde.

Die Denkschrift des Minister von Schön erregte ein verdientes Aufsehen. In der heimathlichen Provinz Schön's verschaffte sie dem Verfasser Ovationen, wie sie bisher noch keinem Privatmanne gebracht worden waren, dagegen aber rief sie auch eine Reaktion wach, welche sich in der Bildung eines patriotischen Adelsvereins unter dem Vorsitz des Landraths von Hacke zeigte.

In Berlin ging die Denkschrift zuerst in Abschriften, dann gedruckt von Hand zu Hand, sie wurde in allen gebildeten Kreisen gelesen und besprochen. Aber ein wie großes Aufsehen sie auch machte, so verschwand dies doch gegen die gewaltige Wirkung, welche wenige Wochen später eine winzig kleine Druckschrift hervorbrachte. Es waren nur ein paar Bogen, betitelt: „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen, gedruckt und verlegt in Manheim in Baden."

An ein und demselben Tage war das Schriftchen in allen Städten des preußischen Staats vertheilt worden, auch an den entferntesten Punkten des Landes. Nach Berlin war es zuletzt gekommen, aber auch hier wurde es plötzlich verbreitet, ehe die Polizei etwas davon erfuhr und ehe sie die Verbreitung verhindern konnte, ja König Friedrich Wilhelm IV. erhielt selbst ein Exemplar zugeschickt, ehe noch der Minister v. Rochow von der Existenz der Schrift etwas wußte.

Die vier Fragen bes Ostpreußen lauteten: „Was wünschten die ostpreußischen Stände? Was berechtigte sie? Welcher Bescheid ward ihnen? Was bleibt ihnen zu thun übrig?" Und die Antwort, welche darauf gegeben wurde, war so leicht faßlich selbst für den einfachsten, ungebildetsten Mann, sie war so logisch scharf und klar, sie bewies so unwiderleglich das, was der Verfasser beweisen wollte, daß die kleine Schrift von Jedem, der sie las, verstanden werden mußte.

So volksthümlich hatte noch Niemand geschrieben, so einleuchtend, so ergreifend und unwiderleglich!

Die Antwort, welche der Verfasser auf die vier

*) „Man fürchtet entsetzlich die nächsten Provinzialstände, sie werden in allen Provinzen diesmal zugleich Statt haben, es soll unmöglich sein, dies abzuändern; der Minister von Rochow soll nicht gewagt haben, dazu einen Vorschlag zu machen. Man fürchtet, daß sogar die märkischen Stände von Konstitution reden werden."
(Varnhagen's Tagebücher.)

Fragen gab, war der Beweis, daß das preußische Volk ein vollbegründetes Recht auf eine konstitutionelle Verfassung habe und daß die Stände verpflichtet seinen, das was sie bisher als Genuß erbeten, nunmehr als Recht in Anspruch zu nehmen.

Die „vier Fragen" fanden in Berlin eine Verbreitung wie wohl selten vorher oder später irgend eine andere Broschüre, sie wurden von den einfachsten Handwerkern mit einem Interesse gelesen, welches diese bisher nur der gewöhnlichen Roman-Literatur gewidmet hatten. In ihrer einfachen Klarheit verbreitete die kleine Schrift plötzlich ein Verständniß der politischen Fragen in einer Bevölkerungsklasse, die bisher hatte theilnamlos sein müssen, weil sie unwissend gewesen war. Durch die vier Fragen wurde eine neue politische Aera geschaffen, sie zogen die große Masse des Volks in den Verfassungskampf hinein.

Wer aber war der Verfasser jener merkwürdigen Schrift? Man zerbrach sich darüber vergeblich den Kopf. Einige meinten, der Minister von Schön selbst, andere riethen auf diesen oder jenen berühmten Publizisten. Man war fast enttäuscht, als man erfuhr, der Autor der so überaus wirkungsreichen Worte sei ein bisher ganz unbekannter Mann, der Hausarzt des Minister von Schön, Dr. Johann Jacoby in Königsberg.

Man wollte das erst nicht glauben, aber jeder Zweifel verschwand, als man hörte, Dr. Johann Jacoby habe muthvoll selbst seinen Namen dem Könige genannt, dessen Antwort darauf der Befehl zur Einleitung einer Kriminal-Untersuchung gewesen sei. Diejenigen, welche es am treuesten mit dem Monarchen meinten, schüttelten darüber bedenklich den Kopf und noch besorgter wurden sie, als der Adelsverein in Ostpreußen durch den Minister von Rochow im Auftrage des Königs darüber belobt wurde, daß er eine Schmähschrift gegen den Verfasser der vier Fragen erlassen hatte, eine Schrift, die natürlich von Versicherungen des treuesten, allerunterthänigsten Gehorsams überfloß.

Die Einleitung der Kriminal-Untersuchung gegen den so schnell berühmt und beliebt gewordenen Verfasser der vier Fragen und die Belobigung des gehaßten Adelsvereins, dessen Vorsitzender, der Landrath Hake, inzwischen in eine Untersuchung wegen verübten Kassendefekts gekommen war, dienten, so meinten die Verehrer des Königs, keineswegs dazu, die schwindende Popularität des Monarchen wieder zu heben.

Sechstes Kapitel.

Das Gesetz vom 5. Juni 1823. — Die Stände. — Die Kompetenz der Landtage. — Uebermacht des Adels. — Geheime Verhandlungen. — Große Erwartungen des Volks von der Thätigkeit der Provinzial-Landtage. — Die Wahlbewegung des Jahres 1841. — Adressen und Petitionen. — Ein Berliner Carnevalsskandal. — Wirkung desselben auf die Stimmung der Berliner. — Die Untersuchung. — Die Verhandlungen der Landtage. — Der König und die Breslauer.

Mit fieberhafter Spannung sah das preußische Volk im Beginn des Jahres 1841 der Eröffnung der Provinzial-Landtage entgegen. Wir haben schon erwähnt, daß früher Niemand diese Landtage beachtet hatte, während sie jetzt plötzlich betrachtet wurden als die natürlichen Träger der konstitutionellen Idee, die sich so unerwartet schnell, Dank dem: „Woher und wohin" und den „vier Fragen" unter dem lange Jahre politisch theilnahmlosen Volke verbreitet hatte.

Konnten denn aber die Landtage die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllen? War ihnen dies überhaupt nach ihrer Zusammensetzung und ihrer Machtvollkommenheit möglich? Danach fragte das Volk in jenen Tagen nicht, am wenigsten das Volk von Berlin, welches sich leichtmüthig wie zu allen Zeiten der herrschenden Strömung überließ. Wir aber müssen, um jene merkwürdige Zeit beurtheilen zu können, einen Rückblick auf die Entstehung der Landtage werfen.

Die Provinzial-Landtage hatte König Friedrich Wilhelm III. dem preußischen Volke statt der im Gesetz vom 22. Mai 1815 versprochenen Volksvertretung gegeben, einen Theil, ein Etwas statt des Ganzen, ein Etwas, welches vielleicht weniger war als das Nichts!

Das Gesetz vom 5. Juni 1823 hatte die Landtage geschaffen. In dem Gesetz sagte der König, er wolle als neues bleibendes Pfand seiner landesväterlichen Huld und seines Vertrauens die Landtage geben zu dem Zweck, die ständischen Verhältnisse zu begründen; deshalb sollten im Geiste der älteren deutschen Verfassungen Provinzialstände geschaffen werden, wie sie die Eigenthümlichkeit des Staats und das wahre Bedürfniß der Zeit erforderten.

Die Provinzialstände sollten nach diesem Versprechen des Königs gewissermaßen den Anfang, die Grundlage für die künftige reichsständische Versammlung geben, ihre Einführung war oder sollte wenigstens sein der Beginn der Erfüllung des Versprechens vom 22. Mai 1815.

Das Gesetz selbst bezeichnete die Provinzialstände als das gesetzmäßige Organ der verschiedenen Stände in jeder Provinz. Nicht etwa die gesammte Einwohnerschaft der Provinz sollte ihre Vertretung in den Provinzialständen haben, sondern diese sollten nur der Ausdruck der verschiedenen Klassen und zwar der besitzenden Klassen sein,

denn die erste Bedingung für das Recht zur Theilnahme an den Landtagen war der Besitz des Grundeigenthums.

Man war in jener Zeit über die Maßen vorsichtig, den Ständen nicht zu große Rechte einzuräumen, und deshalb setzte auch schon das Gesetz die Kompetenz der Provinzialstände auf das tiefste Maß herunter; sie waren lediglich eine berathende Versammlung. Alle die Gesetze, welche speziell eine Provinz betrafen, sollten ihnen zur Berathung vorgelegt werden; allgemeine Gesetze, welche Veränderungen im Personen- und Eigenthumsrechte und in den Steuern zum Gegenstande hatten, nur soweit, als sie die Provinz betrafen.

Zu Bitten und Beschwerden wurde den Provinzialständen allerdings das Recht gegeben, aber auch nur mit der Einschränkung, daß sie das spezielle Wohl und Interesse der Provinz oder eines Theils derselben betreffen mußten, selbst die Beschlüsse in rein kommunalen Angelegenheiten der Provinz blieben immer an die Königliche Genehmigung gebunden.

Bei den Berathungen der Landtage war die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, alle Anträge mußten schriftlich eingereicht werden und zu jedem gültigen Beschluß waren $^2/_3$ der Stimmen erforderlich, die Zusammensetzung der Landtage aber war derartig, daß auf ihnen die adligen Mitglieder, wenn sie unter sich einig waren, jede Wirksamkeit der Vertreter der Städte und Bauern unmöglich zu machen vermochten.

Jedem Politiker unserer heutigen Tage wird es leicht, den Stab zu brechen über die Provinzial-Landtage. Die Begriffe haben sich geklärt und geläutert, die Erfahrung hat gezeigt, was mit derartigen Versammlungen bewirkt werden kann. Im Jahre 1841 aber wußte die große Masse des Volks von den Landtagen kaum etwas anderes, als daß vom Königsberger Huldigungs-Landtage der erste Anstoß zu der neuen politischen Bewegung, welche sich so schnell in ganz Preußen verbreitet hatte, gegeben worden war, und sie glaubte daher auch, die Provinzial-Landtage würden ein gleiches Beispiel des freisinnigen Patriotismus geben.

Mit voller Sicherheit erwartete man dies vorzugsweise von den preußischen und rheinischen Provinzialständen. Zum ersten Male gewannen deshalb die Landtagswahlen, welche bisher stets ganz unbemerkt vorübergegangen waren, ein allgemeines Interesse. Was bisher unerhört gewesen war, geschah jetzt. Die allgemeine Aufmerksamkeit wendete sich diesen Wahlen zu, die Zeitungen wagten es sogar, Kandidaten in Vorschlag zu bringen, gegen andere sich auszusprechen, die politische Gesinnung hervorragender Männer zu rühmen, vor der anderer zu warnen.

Das Partei-Interesse erwachte, man hörte von politischen Debatten, die sich im Schoße der wahlberechtigten Körperschaften, so unter Andern in der Stadtverordnetenversammlung zu Breslau entsponnen hatten.

In Berlin war von einer derartigen Parteiagitation freilich nicht die Rede, aber dennoch wendete sich auch hier das allgemeine Interesse den Landtagswahlen zu. Die Zeitungen, welche Berichte über die Parteikämpfe aus den Provinzen brachten, wurden begierig ergriffen und mit der höchsten Aufmerksamkeit lasen die Berliner, daß sich die Agitation in Königsberg, Danzig, Breslau sowie in den meisten anderen größeren Provinzialstädten keineswegs auf den Wahlkampf selbst beschränke, sondern daß das Volk beginne, die Initiative zu ergreifen, um in Adressen und Petitionen die Stände dazu aufzufordern, daß sie im Geiste des Königsberger Huldigungs-Landtages von der Regierung die Erfüllung des Königlichen Versprechens vom 22. Mai 1815 fordern möchten.

In diese Zeit der politischen Regsamkeit fiel für Berlin ein an und für sich höchst unbedeutsames Ereigniß, welches aber Bedeutung durch die Wichtigkeit, die ihm von den Berlinern beigelegt wurde, erhielt.

In der Residenz war im Jahre 1841 der Karneval in gewöhnlicher Weise durch Bälle, Redouten ꝛc. gefeiert worden. Der erste Karneval nach dem Tode des alten sittenstrengen Königs, der die junge vornehme Welt stets sorgsam überwacht und jeden Unfug derselben hart gerügt hatte, sollte den hochgebornen Wüstlingen Veranlassung geben, einmal ihrer Lust recht toll und wild die Zügel schießen zu lassen. Auf einer öffentlichen Redoute erschien ein Schwarm von jungen Männern. Die meisten gehörten dem Adel, einer sogar einem Fürstenhause an; fast alle waren Garde-Offiziere. Ohne Rücksicht auf das zahlreich versammelte Publikum zu nehmen, überließen sie sich ihrem Vergnügen; sie feierten ein wildes Zechgelage und bald waren sie so trunken, daß sie kaum noch als zurechnungsfähig betrachtet werden konnten. In diesem Zustande mischten sie sich unter die übrigen Gäste, nachdem sie schon vorher durch lautes Geschrei in ihrer Loge und dadurch, daß einige der Trunkensten, so wurde wenigsten damals erzählt, volle Weingläser über das Publikum ausgeschüttet hatten, sehr mißliebig geworden waren.

Mit cynischer Frechheit begannen die trunkenen Wüstlinge die Damen in den unverschämtesten Worten anzureden, ohne deren bürgerliche Begleiter einer Beachtung zu würdigen, ja sie verhöhnten dieselben sogar recht geflissentlich.

Die Zeit, in welcher ein Edelmann sich Alles erlauben durfte, der Bürger ruhig jede Beleidigung eines vornehmen Offiziers einstecken mußte, war längst vorüber. Seit im Jahre 1808 die Bürgerschaft in den Vollgenuß der staatlichen Mitberechtigung getreten war, hatte sie die heilige Scheu und Ehrfurcht vor dem Adel völlig vergessen. Die Frechheit der vornehmen jungen Leute erschien daher deshalb nicht weniger widrig, weil der Prinz eines fürstlichen Hauses sich unter

ihnen befand, und weil, wie wenigstens erzählt wurde, gerade dieser Prinz sich durch unzüchtige Redensarten gegen die Damen und durch Unverschämtheit gegen deren Begleiter besonders hervorthat.

Es kam zu höchst skandalösen Auftritten; die adligen Rücken machten die Bekanntschaft derber bürgerlicher Fäuste. Auch der Prinz wurde nicht verschont, er mußte sich in die Lampenkammer retten, um nur den härtesten Mißhandlungen zu entgehen.

Der Redouten-Skandal machte in jenen Tagen in Berlin ein kaum zu beschreibendes Aufsehen. Was lag Besonderes darin, daß ein paar junge unbesonnene Männer betrunken und im Zustande der Unzurechnungsfähigkeit sich höchst unanständig benommen hatten? In andern Zeiten würde man darüber kaum ein Wort verloren haben, höchstens hätte die chronique scandaleuse für einige Tage Stoff zu Anekdoten erhalten. Damals aber wurde die Sache von einem andern Gesichtspunkte aus betrachtet.

Die Vorliebe, welche der König so offen für den Adel zeigte, gab diesem den Uebermuth und die Anmaßung zurück, welche die Junker vor dem Jahre 1806 so verhaßt gemacht und welche Preußens tiefste Schmach verschuldet hatten. Schon begann überall das Junkerthum sich wieder über den Bürgerstand zu erheben. Der Redouten-Skandal sei nur eine Konsequenz der Anschauung, daß ein Adliger und gar ein Prinz sich gegen die bürgerliche Kanaille Alles erlauben dürfe, — so urtheilten die Berliner Bürger, deren Stimmung ohnehin seit der Huldigung durchaus keine günstige war.

Auch in den vornehmen Kreisen war man betroffen und ungehalten über den Redouten-Skandal, vorzugsweise deswegen, weil er zeigte, wie gänzlich sich der Respekt gegen den Adel verloren hatte. Wagten es doch sogar die sonst so überaus gefügigen und geduldigen Berliner Zeitungen, Berichte zu bringen, und die Censur ließ dieselben im Druck erscheinen, wenn sie nicht gar zu schlimm waren, erschienen doch Spottgedichte, welche jene Vorfälle schilderten, in Menge, und zu Tausenden wurden die Abschriften in Berlin verbreitet.

Der ganze militärische Adel war tief erbittert über eine solche Frechheit und über die Schwäche der Censur, welcher duldete, daß der erste Stand des Landes in öffentlichen Blättern hämisch angegriffen werden dürfe. Unerhört schien es, daß Widerlegungen und Berichtigungen wahrer und falscher Gerüchte um der Ehre des Offizierstandes wegen in den verachteten bürgerlichen Blättern veröffentlicht werden mußten.

König Friedrich Wilhelm IV. war hoch erzürnt, als er von den unangenehmen Vorfällen hörte, er sprach seinen ernstesten Unwillen aus und befahl die strengste Untersuchung. Von wem aber wurde die Untersuchung geführt? Natürlich von den Vorgesetzten der Offiziere, die selbst Offiziere waren und ein reges Interesse daran hatten, daß die Ehre des Offizierkorps nicht durch die Entschleierung des Skandals noch mehr verletzt werde, als es leider durch die Oeffentlichkeit der ganzen Sache ohnehin schon geschehen war. Wenn sie wirklich unparteiisch sein wollten, so mußten sie es trotzdem doch gern sehen, daß die Betheiligten alle möglichen Mittel ergriffen, um den Skandal so unbedeutsam als möglich darzustellen.

Man erzählte damals, der Prinz, der besonders stark betheiligt gewesen sei, habe dem Herrn H. die Summe von tausend Gulden bezahlt, damit H. bei seiner Zeugenvernehmung aussage, er habe an jenem Abende Niemanden geschlagen, also auch den Prinzen nicht; Herr H. sei gern auf diesen Vorschlag eingegangen, denn der Prinz habe ja seine Prügel fort und tausend Gulden seien jedenfalls nicht zu verachten.

In der That kam bei der Untersuchung wenig heraus; einigen der betheiligten Offiziere wurde der Hof verboten, andere wurden von der Garde zur Linie versetzt, erhielten vielleicht auch einige Tage Arrest. Das war alles, ein Resultat, welches nur dazu beitrug, die herrschende Unzufriedenheit zu erhöhen.

Die Untersuchung über den Redouten-Skandal hatte keine weitere Folgen; die an und für sich unbedeutende Angelegenheit würde mit derselben erledigt und bald vergessen worden sein, hätte sie nicht dazu beigetragen, den Verdacht, der König wolle den Adel gegen den Bürgerstand begünstigen, wieder neu zu beleben.

In jene Zeit fiel, am 28. Februar 1841, die Eröffnung der Provinzial-Landtage. Mit wahrer Begierde wurde am ersten Tage nach der Staats-Zeitung gegriffen, in welcher man die Eröffnungsdekrete und die Anträge, welche die Regierung den Landtagen zu stellen hatte, zu finden hoffte.

Die Staats-Zeitung brachte an jenem Abende manche interessante Nachricht, die interessanteste aber war die, daß sie die bedeutendsten Verhandlungen der Landtage, sobald dies irgend thunlich sei, veröffentlichen werde. Dies war in der That ein Fortschritt, die Regierung gab dadurch ein Zugeständniß für den so allgemein ausgesprochenen Wunsch einer größeren Oeffentlichkeit der Landtags-Verhandlungen. Fast alle Adressen und Petitionen, die in den verschiedenen Städten an die Landtage erlassen wurden, forderten gerade diese Oeffentlichkeit an erster Stelle. Man erkannte es dankend an, daß die Regierung gerade diesen Wunsch zuerst, wenigstens theilweise, erfüllte; aber freilich that sie es eben nur theilweise, denn wenige Tage später erfuhr man, daß die Namen der Redner nicht veröffentlicht werden dürften, daß sogar den Censoren der bestimmte Befehl zugegangen war, nicht zu dulden, wenn irgend eine Zeitung andere Berichte, als die durch die Staats-Zeitung vorher veröffentlichten, brächte

Die Eröffnungsdekrete überraschten das Berliner Publikum abermals durch jene eigenthümliche schwungvolle Sprache, welche Friedrich Wilhelm IV. so ganz eigen war, man erkannte, daß der König persönlich der Verfasser jener Dekrete sein müsse, denn mit diesen schönen ausdrucksvollen Worten verstand eben kein Anderer zu sprechen als Friedrich Wilhelm IV.

Von besonderer Wichtigkeit war das Eröffnungsdekret der preußischen Stände, welches noch schwungvoller als die übrigen in der Sprache gehalten war und sich bestimmter über die herrschende politische Strömung aussprach. Die Stände wurden an die Erbhuldigung in Königsberg und an die Zusicherungen, welche ihnen der König ertheilt habe, erinnert; diese Zusicherungen wurden wiederholt, aber mit dem Zusatze, daß der König dies thue im Gefühl seiner Verantwortlichkeit vor dem höchsten Herrn, von dem er das Reich empfangen habe, er rechne auf die Mitwirkung der preußischen Stände, dadurch allein könnten die in der Zeit liegenden, nicht wegzuleugnenden und deshalb scharf in's Auge zu fassenden Bestrebungen, Mißtrauen zwischen Haupt und Gliedern zu säen, zu Schanden gemacht werden. Aus freiem Antriebe habe der König die Zusage einer Entwickelung des ständischen Wesens ertheilt, und wie ernstlich er sie meine, könnten die Stände aus den Vorlagen der Regierung ersehen.

Der Eindruck, welchen die Eröffnungsdekrete auf das Volk machten, war ein ganz eigenthümlicher.

Man fand, daß zu viel und zu wenig gegeben worden sei. Die Anhänger des alten büreaukratisch-absolutistischen Staates fürchteten, der König werde selbst durch die kleinste Nachgiebigkeit gegen die Volkswünsche endlich zu weit gehenden Konzessionen gezwungen werden, die Liberalen dagegen fanden in der Bildung der ständischen Ausschüsse gar keinen eigentlichen Fortschritt.

Zufrieden mit den Eröffnungsdekreten war daher eigentlich Niemand, und schon damals tauchte vielfach die Frage auf, ob man denn überhaupt eine Erweiterung der Befugnisse der so unvolksthümlich zusammengesetzten Provinzial-Landtage wünschen dürfe, da diese ja seit zwanzig Jahren gezeigt hätten, daß sie zu einer eigentlichen Volkvertretung ganz und gar nicht geeignet seien.

Diese Ansicht, welche Anfangs nur leise und beiläufig geäußert werden durfte, gewann schnell Anhänger, und dazu trug alles, was man in Berlin durch die Staats-Zeitung und durch gelegentliche Privatberichte über die ständischen Verhandlungen hörte, wesentlich bei. Daß die brandenburgischen und pommerschen Stände, in denen das märkische und pommersche Junkerthum dominirte, sich in tiefster Unterwürfigkeit äußerten, fand man natürlich, von dem preußischen Landtage aber erwartete man, er werde die Forderungen, welche der Huldigungs-Landtag gestellt hatte, auf's neue und kräftig erheben; konnte er sich doch stützen auf die zahlreichen Petitionen und Adressen, welche ihm zugegangen waren. Auch vom schlesischen Landtage hoffte man ein gleiches, da Magistrat und Stadtverordnete von Breslau, der dritten Hauptstadt des Landes, dem Landtage eine Denkschrift einreichten, in welcher sie nach ausführlicher Motivirung sagten:

„Daher ergeht hiermit unser ganz ergebenster Antrag dahin: daß ein hoher Provinzial-Landtag Sich vereinigen möge, des Königs Majestät allerunterthänigst zu bitten:

> die verheißene reichsständische Verfassung nach den Grundzügen der Verordnungen des hochseeligen Königs vom 22. Mai 1815 und 17. Januar 1820 nunmehr gnädigst einzuführen.

Gewiß ist das preußische Volk wegen seiner stets bewiesenen Treue, Loyalität und aufopfernden Hingebung dieser Verfassung ebenso würdig, als es nach seiner Bildungsstufe für dieselbe vollkommen befähigt ist; von unauslöschlichster, freudigster Dankbarkeit aber würde die Nation gegen den hochherzigen König beseelt sein, welcher durch Verleihung solcher allgemeinen Landesverfassung ein ruhmvolles Denkmal Seiner landesväterlichen Regierung begründet, und ein sicheres Pfand für eine dauernde Beglückung des Vaterlandes gegeben hätte."

Von allen den Hoffnungen, welche das Volk auf die Landtage gesetzt hatte, wurde keine erfüllt.*)

Die Landtage beriethen, sie zeigten, daß sie in keiner Weise durchdrungen waren von dem Geiste, der schon damals alle gebildeten Stände des preußischen Volkes belebte. Die viel erwarteten Verhandlungen trugen keine Frucht, sie gingen vorüber, ohne weder dem Volke noch der Regierung einen Nutzen zu stiften.

Die Freiheitswünsche des Volkes, die konstitutionellen Ideen fanden in jenen ständischen Versammlungen nur wenige Vertheidiger; selbst denen, die gern eingetreten wären für die Forderung einer preußischen Verfassung, für die sie ebenfalls den Wunsch im Herzen trugen, fehlte doch meistens der Muth, andern fehlte die Einsicht oder der Willen.

So wurde von dem schlesischen Landtage die Petition der städtischen Behörden Breslaus verworfen, obgleich der Breslauer Deputirte sich mit kräftigem Wort dafür erhob. Auch der ostpreußische Landtag wurde sich selbst untreu; er, der früher so beredt für die Erfüllung des Versprechens vom 22. Mai 1815 gesprochen hatte,

*) „Die Provinzialstände fangen schon an, die Leute zu langweilen. Sie haben eine erbärmliche Phraseologie, lauter knechtische Bücklinge, und vor Betheurungen und Lobreden auf die Regierung behalten sie keinen Athem für freie Mannesrede! — Das muß anders kommen, sonst wird nichts!"
(Tagebücher Varnhagen's von Ense.)

lehnte jetzt alle die Petitionen ab, die ihm in dieser Beziehung zugegangen waren.

Unendlich wenig war auf den Landtagen erreicht worden, aber auch dies Wenige wurde an höchster Stelle ungünstig aufgenommen und als ein ungestümes Drängen nach Reformen, die der König seinem eigenen freien Ermessen vorbehalten wissen wollte, betrachtet.

Die Landtagsabschiede, welche im Laufe des Jahres veröffentlicht wurden, zeigten dies, sie wiesen selbst die bescheidensten Wünsche, so den des rheinischen Landtages, daß die Namen der Redner in die Protokolle aufgenommen werden dürften, mit Entschiedenheit zurück; besonders scharf und ungnädig faßte der König jede Erinnerung an das Königliche Versprechen vom 22. Mai 1815 auf. Er zeigte seinen Unwillen über das Drängen nach einer Erfüllung jenes Versprechens gegen den Magistrat und die Stadtverordneten von Breslau, die sich ja unterfangen hatten, an den schlesischen Provinzial-Landtag die erwähnte Denkschrift zu richten.

Weil die städtischen Behörden es gewagt hatten, den mißliebigen Antrag an den Provinzial-Landtag zu richten, weigerte sich Friedrich Wilhelm IV. die Einladung derselben zu einen Besuch in Breslau anzunehmen und auch als er endlich sich nach vielfachen Bitten bewegen ließ, nach der schlesischen Hauptstadt zu reisen und den feierlichen Empfang durch die Stadtbehörden anzunehmen, zeigte er bei diesen Empfang, daß er ihren an den Provinzial-Landtag gerichteten Antrag nicht vergessen habe. Er sagte: —

„Ich bedaure, daß eine finstre Wolke an Unserem Horizonte heraufgezogen war, aber Ich freue Mich, daß sie wieder verschwunden ist. Ich **kann die politischen Institutionen besser als Sie beurtheilen.** Der Antrag, den Sie gestellt haben, ist nach Meinem sorgfältigen Studium von 25 Jahren und nach Meiner innigsten Ueberzeugung unausführbar. Irrthümer, die von Einzelnen begangen werden, sind leicht zu beseitigen; aber von ganzen, ehrenwerthen Kommunen begangene, mußten Mich um so schmerzlicher berühren, da Ich besonders darüber Mich deutlich ausgedrückt zu haben wähnte. Ich habe jedoch Alles vergessen und vergeben, und hoffe, es wird nicht wieder vorkommen. Meine Bürger dürfen der Zeit nicht vorgreifen wollen, was kommen soll, wird doch nicht ausbleiben, und was Ich versprochen habe, werde Ich halten; aber keine Macht der Erde wird Mich zwingen können, gegen Meine Ueberzeugung zu handeln.

Sie sehen, Meine Herren, Ich habe als ehrlicher Mann frei und offen zu Ihnen gesprochen, wie Ich es liebe, wenn man Mir offen entgegenkommt; lassen Sie uns nur immer wie ehrliche Leute mit einander reden!"

Die Königlichen Worte machten einen tiefen, unerlöschlichen Eindruck, nicht nur auf die Vertreter der Stadt Breslau, an welche sie gerichtet waren, sondern im ganzen preußischen Lande. Sie waren so klar, so offen und ehrlich, daß sie von Niemandem mißverstanden werden konnten. Und dennoch erhöhten sie die herrschende Unzufriedenheit.

„**Ich kann die politischen Institutionen besser als Sie beurtheilen.**" Diese Worte erinnerten an den beschränkten Unterthanen-Verstand, den Herr von Rochow erfunden hatte. „**Keine Macht der Erde wird mich zwingen können, gegen Meine Ueberzeugung zu handeln!**" So klar und königlich entschieden hatte noch selten ein Fürst gesprochen, aber gerade diese Entschiedenheit schien alle Hoffnungen auf eine freiere Entwickelung des preußischen Staatslebens zu knicken.

Siebentes Kapitel.

Politischer Fortschritt in Berlin. — Verdienst des Königs. — Entwickelung der Berliner Presse. — Ansichten des Königs über die Censur. — Die Censur eine „Sauerei." — Widerspruchsvolle Behandlung der Presse. — Prozeß gegen Johann Jacoby. — Jacoby's Verurtheilung und Freisprechung. — Anerkennung der Macht der Presse durch die Regierung. — Das Berichtigungsbüreau. — Die Staats-Zeitung. — Preßverfolgungen. — Hoffmann von Fallersleben. — Ungnädiges Schreiben des Königs an Willibald Alexis. — Stimmung in Berlin. — Demonstration der Berliner zu Gunsten Hoffmann's von Fallersleben. — Allgemeine Opposition. — Bülow-Cummerow.

Die Verhandlungen der Provinzial-Landtage, die Landtagsabschiede, der Konflikt zwischen der Stadt Breslau und dem Könige, die Worte Friedrich Wilhelm's IV. an die Vertreter der schlesischen Hauptstadt hatten zusammengewirkt, um auf das neu erwachte politische Leben in Preußen einen Druck auszuüben, der um so schwerer war, als auch außerdem noch manche andere Maßregeln der Regierung zeigten, daß die früher von den Liberalen gehegten Besorgnisse nicht ohne Grund gewesen waren.

Wie freudig hatte das Volk gehofft bis zum 4. Oktober des Jahres 1840 und wie schmerzlich waren jetzt alle Erwartungen enttäuscht. In dieser Enttäuschung aber übersah man, daß dennoch im Laufe der wenigen Monate ein Fortschritt in der politischen Entwickelung sich geltend gemacht hatte, dessen Bedeutung nicht hoch genug anzuschlagen war und der besonders klar sich in Berlin zeigte.

Vor dem Jahre 1840 politischer Schlaf im eigentlichen Volk der Residenz. Im Jahre 1840 plötzliches Erwachen und nach demselben eine Regsamkeit und Theilnahme an allen öffentlichen Angelegenheiten, welche sich bei jeder Gelegenheit augenscheinlich geltend machten.

Und diesen Fortschritt verdankte das Volk von

Berlin dem Könige, ihm allein den geistigen Impuls, den er der politischen Entwickelung gegeben hatte! Dankbar dafür aber war es nicht, denn jetzt erst fühlte es die gesetzlichen Fesseln, welche die freie geistige Regsamkeit hemmten, jene Fesseln, die es im politischen Schlaf, ohne sie zu fühlen und deshalb auch ohne zu murren, getragen hatte.

Das Volk wußte selbst nicht, wie groß der Fortschritt war, den das letzte Jahr ihm gebracht hatte. Wir aber, die wir heut unparteiisch die Geschichte jener Zeit betrachten, wir vermögen seine Bedeutung zu ermessen. Ein Blick in die Literatur jener Tage, vorzugsweise in die Zeitungen, eine Vergleichung derselben mit denen eines Jahres früher genügt dazu.

Wären wohl noch im ersten Halbjahr 1840 in Preußen Schriften wie das „Woher und Wohin" und die „Vier Fragen" überhaupt nur möglich gewesen? Hätten die Berliner Zeitungen damals gewagt, irgend ein Wort über die innern Staatsverhältnisse zu schreiben, nach irgend einer Richtung hin sich oppositionell zu zeigen? Wer hätte vor der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm's IV. daran gedacht, daß nicht nur in den politisch durchgebildeten Gesellschaften, nein, in allen Kreisen der Residenz ernst und eingehend über die künftige Verfassung des preußischen Staats gesprochen werden würde, daß der Wunsch nach Oeffentlichkeit der Landtagsverhandlungen und der Verhandlungen der Stadtverordneten, nach Preßfreiheit, nach Erfüllung des Königlichen Versprechens vom 22. Mai 1815 überall, selbst in den Weißbierstuben der gewöhnlichsten Handwerker einen Gegenstand der Gespräche in Berlin bilden könnten!

Friedrich Wilhelm IV. hatte durch seine glänzenden genialen Reden selbst die Berliner aus ihrem politischen Schlaf erweckt! Das Volk war erwacht, es hatte angefangen politisch zu denken und dieser ungeheure Fortschritt gegen die Vergangenheit drängte zur Konsequenz, zum weitern Fortschritt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

An einen Rückschritt wollte Niemand mehr denken, ja jeder Stillstand, selbst jeder zu langsame Fortschritt erschien dem schnell sich entwickelnden Volksgeist als verhaßtes Zurückgehen.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend faßten die Berliner alle jene Maßregeln der Regierung auf, welche an und für sich schon bedenklich genug erschienen.

Ohne daß in der Preßgesetzgebung irgend etwas geschehen war, hatte, wie gesagt, die gesammte politische Literatur von sich aus einen Umschwung gewonnen. Vor dem Jahre 1840 hatten die Schriftsteller kaum daran gedacht, sich in Zeitungen oder Broschüren über innere Fragen oppositionell auszusprechen, und keine Censur würde gewagt haben, auch nur den entferntesten derartigen Versuch zu dulden. Nachdem aber Friedrich Wilhelm IV. selbst sich in bald genug bekannt gewordenen Privatgesprächen mehrfach dahin ausgesprochen hatte, er hasse die allzudiensteifrige, geistestödtende Censur, er wünsche eine größere Freiheit der Presse, ein Lautwerden von liberalen Meinungen, wenn diese nur sich in den Schranken einer wohlwollenden Kritik hielten, waren die Censoren bedenklicher bei der Anwendung ihres Rothstifts, sie wollten sich nicht Rügen aussetzen und unter der Königlichen Preußischen Censur erschienen daher Aufsätze, welche früher nicht hätten gedruckt werden dürfen.

Der Fortschritt war groß, aber den Berlinern erschien er bei weitem nicht groß genug, denn jetzt erst fiel es recht mißfällig auf, daß die Censur überhaupt existirte, und daß außerdem die Polizei berechtigt war, sogar die unter der Censur erscheinenden Schriften zu verbieten und zu verfolgen. Jetzt erst gewannen Maßregeln, welche unter der Regierung Friedrich Wilhelm's III. fast als selbstverständlich betrachtet worden waren, den gehässigsten Charakter.

König Friedrich Wilhelm IV. wünschte in der That eine größere Freiheit der Presse, er haßte die kleinlichen Chikanen, mit denen bisher die Censoren jede freiere Gedanken-Entwickelung unterdrückt hatten. Aeußerte er doch einst gegen den bekannten Herrn von Brünneck: die ganze Censur sei „eine Sauerei von einem Ende zum andern," und später sprach er sogar aus, er liebe eine gesinnungsvolle Opposition. Wo aber diese Opposition sich gegen ihm lieb gewordene Ideen und Standeseinrichtungen erhob, da fühlte er sich leicht verletzt und persönlich beleidigt.

Man hat in früherer und auch in neuerer Zeit oft gesagt, die Völker können nur nach und nach reif werden für eine freie Presse! Der Satz ist richtig, aber nicht umfassend, denn die Fürsten haben dasselbe Schicksal wie die Völker. Auch sie müssen sich erst gewöhnen daran, daß sie eine Opposition gegen ihre liebsten Pläne ertragen, daß sie dieselbe als ebenso heilsam für sich selbst wie für die Allgemeinheit erkennen lernen.

Gewöhnt an das ausschweifendste Lob, an die unbedingteste Huldigung fühlte Friedrich Wilhelm IV. sich bei dem leisesten Anflug eines Tadels schwer verletzt, er nahm denselben als eine persönliche Beleidigung seiner geheiligten Majestät auf. Aus diesem innerlichen Widerspruche entsprang gerade in der Behandlung der Presse eine widerspruchsvolle Politik der Regierung, welche vom ungünstigsten Einfluß auf die Volksstimmung sein mußte.

Auf der einen Seite Erleichterung der Censur Verfügungen an die Censoren, welche für jene Zeit als durchaus freisinnig bezeichnet werden müssen, auf der andern Seite Bücher- und Verlagsverbote, Konfiskationen, Verfolgungen von Schriftstellern.

Johann Jacoby's vier Fragen wurden verboten, gegen den Verfasser wurde die Untersuchung eingeleitet. Die Anklage sprach von den vier Fragen, von dem Buche, welches so ungeheures Aufsehen gemacht, im ganzen Volke so ungetheilte Anerkennung gefunden hatte, als von

einem frechen Libell, sie stellte den einfachen, gesetzestreuen Schriftsteller als einen Aufwiegler des Volkes hin.

Eine böswillige Entstellung der Landesverfassung, einen frechen unehrerbietigen Tadel der Landesgesetze, Aufregung zu Mißvergnügen sollten die wenigen Blätter enthalten, und nicht nur dies — sogar Majestätsbeleidigung und Hochverrath sollte den Inhalt derselben bilden.

War die Anklage begründet, dann traf den Schriftsteller langwierige Festungshaft, ja unter Umständen, wenn Hochverrath in dem Buche gefunden wurde, konnte selbst die Todesstrafe gegen ihn erkannt werden. Wie wunderbar stach der leidenschaftlich-gehässige Ton dieser Anklage, ihre geflissentliche Uebertreibung und Verdrehung der Worte Jacoby's von der leidenschaftslosen würdigen Haltung des angeklagten Buches ab! Niemals früher oder später hat wohl eine andere Anklage einen so tiefen und niederdrückenden Eindruck auf das Volk gemacht, als die, welche gegen die Schrift Jacoby's gerichtet worden war.

Einen Hochverrath sollte Jacoby begangen haben. Ueber dies Verbrechen hatte das Kammergericht in Berlin zu urtheilen, ihm wurde daher die Untersuchung übertragen. Das Kammergericht aber erklärte sich für inkompetent, es wies die Anklage an das Königsberger Gericht und durch Kabinets-Ordre vom 30. August wurde das Ober-Landesgericht zu Königsberg mit der Fortsetzung der Untersuchung beauftragt.

Für Jacoby wäre es jedenfalls vortheilhaft gewesen, wenn er in seinem Heimathsort Königsberg sich dem Gericht gestellt hätte. Dagegen aber sprach sein lebendiges Rechtsgefühl. Er wollte keinen Vortheil für sich, er wollte die Aufrechterhaltung des Gesetzes; deshalb forderte er, wenn er einmal als Hochverräther angeklagt werden sollte, daß diese Anklage vor dem zustehenden Gerichtshofe erhoben werde. Er erbat dies durch eine Eingabe beim Könige und am 11. Dezember gab Friedrich Wilhelm IV. diesem Verlangen nach.

Mit großer Spannung erwartete die gesammte liberale Partei im ganzen Lande den Rechtsspruch des Berliner Kammergerichts. Man erinnerte sich des alten Rufes, den gerade dieses Gericht im preußischen Volke besaß. Um so schwerer fühlte man sich enttäuscht, als das Kammergericht den allverehrten Schriftsteller wegen frechen, unehrerbietigen Tadels der Landesgesetze und wegen Majestäts-Beleidigung zu $2^1/_2$ Jahren Festungsstrafe und zum Verlust der Nationalkokarde verurtheilte.

Jacoby hatte sich selbst schriftlich vertheidigt, seine Vertheidigung war ein Meisterwerk an Klarheit und ruhiger sachgemäßer Darlegung der Gründe. Die Richter aber waren auf diese Gründe nicht eingegangen, sie hatten trotz derselben die Verurtheilung ausgesprochen.

Jacoby beruhigte sich nicht, er legte Appellation beim Ober-Tribunal, dem höchsten Gerichtshofe des Landes ein. Präsident des Ober-Tribunals war damals der greise Herr von Grolmann; eine der letzten Amtshandlungen desselben war die Freisprechung des berühmten Schriftstellers, die im Januar 1843 erfolgte und in Berlin, in Preußen, ja in ganz Deutschland, einen unbeschreiblichen Jubel erregte.

Der Jacoby'sche Prozeß, der sich beim Berliner Kammergericht und Ober-Tribunal abwickelte, war, ein so großes Interesse er erregte, und so bedeutend seine geschichtliche Wichtigkeit erschien, doch nur ein einzelner Ausfluß des unglücklichen Verfolgungssystems gegen freisinnige Schriftsteller, welches höchst seltsam mit den vielfach vom Könige geäußerten Meinungen kontrastirte. Gerade die Behandlung der Presse charakterisirt am Klarsten jene an innern Widersprüchen so reiche, stets zwischen Fortschritt und Rückschritt schwankende Zeit.

Eine Reihe von Kundgebungen, Maßregeln und Gesetzen war unzweifelhaft dem Streben nach einer Befreiung der Presse entsprossen. Es machte einen tiefen Eindruck auf das ganze preußische Volk, als schon im Juni 1841 folgendes Schreiben des Oberburggrafen von Brünneck an den Oberbürgermeister von Auerswald zu Königsberg bekannt wurde:

„Seine Majestät der König haben mich ausdrücklich beauftragt, die mir unterm 8. d. Mts. mündlich erklärte, vollste Zufriedenheit mit den Arbeiten des preußischen Landtages weiter bekannt zu machen. Sie geruhten dabei ganz besonders unsere Aeußerung in Betreff der zu wünschenden freien Presse mit dem Bemerken zu beloben, daß solche mit Allerhöchst Ihrer eigenen Absicht vollkommen übereinstimmen."

Daß Friedrich Wilhelm IV. nicht beim Wort stehen bleiben, daß er es zur That machen wollte, zeigte das Weihnachtsgeschenk, welches er seinem Volke mit einem Ministerialreskript vom 24. Dezember 1841 über die mildere Handhabung der Censur machte. Am Eingange des Reskripts hieß es: Seine Majestät der König erkenne den Werth und das Bedürfniß einer freimüthigen und anständigen Publicität; er habe deshalb das Staatsministerium beauftragt, um schon jetzt die Presse von unstatthaften Beschränkungen zu befreien, jeden ungebührlichen Zwang der schriftstellerischen Thätigkeit zu mißbilligen. Er habe es ermächtigt, die Censoren von Neuem zur Beachtung des Censurgesetzes vom Jahre 1819 anzuweisen. Die Censur habe nach jenem Gesetz durchaus nicht den Zweck, eine ernsthafte und bescheidene Untersuchung der Wahrheit zu hindern, sie solle den Schriftstellern keineswegs ungebührlichen Zwang auferlegen und ebensowenig den freien Verkehr des Buchhandels hemmen. Nur das habe sie zu unterdrücken und zu verhüten, was die Moral beleidige, religiöse und politische Begriffsverwirrungen befördere, die Würde und Sicherheit Preußens und der übrigen Bundesstaaten verletze. Nur in diesem Sinne dürfe die Censur gehandhabt

werden, aber in keiner Weise engherzig über das Gesetz hinausgehen. Auch eine freimüthige Besprechung der innern Landesangelegenheiten müsse die Censur gestatten. Wie schwer es auch sei, hierfür die richtigen Grenzen aufzufinden, so dürfe doch dadurch niemals der Censor zur übertriebenen Aengstlichkeit verleitet werden. Umsichtige Censoren würden sicherlich die richtige Mitte zwischen den Extremen finden und ebensowohl der Pflicht rechtlichen Schutzes als dem Bedürfniß freier wissenschaftlicher Erörterungen genügen können. Es dürften keineswegs diejenigen Schriften, in welchen die Staatsverwaltung im Ganzen und in ihren einzelnen Zweigen besprochen, Gesetze, sowohl erlassene als zu erlassende, geprüft, Fehler und Mißgriffe aufgedeckt und Verbesserungen angedeutet oder in Vorschlag gebracht würden, deshalb verworfen werden, weil sie etwa in einem andern, als dem Sinne der Regierung geschrieben seien. Natürlich müsse vorausgesetzt werden, daß die Fassung anständig, die Tendenz wohlmeinend sei.

Bedenklicher als der für jene Zeit gewiß freisinnige Inhalt des Ministerialrescripts erschien der Schluß desselben, der für spätere Zeit manche Konflikte in Aussicht stellte, indem er nicht nur alle neu erscheinenden Zeitungen von der höchsten Genehmigung abhängig machte, sondern sogar bestimmte, daß zur Redaktion nur völlig unbescholtene, wissenschaftlich befähigte und loyale Männer von Stellung und Charakter zuzulassen seien.

Dem Ministerial-Reskript, welches eine größere Freiheit der Presse anbahnte, folgte am 4. Oktober 1842 eine Kabinets-Ordre, welche die Censur für Bücher von 20 Bogen und darüber, ganz aufhob und nur die Einreichung derselben bei der Polizei 24 Stunden vor der Ausgabe anbefahl*).

Auch die spätere Einrichtung eines Ober-Censurgerichts, an welches die Schriftsteller sich klagend wenden konnten, wenn die Censoren ihrer Ueberzeugung nach unbefugter Weise ihre Geistesprodukte verstümmelt hatten, war immerhin ein Fortschritt zu nennen.

Außerhalb des Gebietes der Gesetzgebung wurden in Bezug auf die Presse von der Regierung ebenfalls mancherlei Maßregeln getroffen, die offenbar dem herrschenden Zeitgeist huldigten.

Trotz aller Einwendungen der Mucker und der vornehmen Rückschrittler wurde auf Königlichen Befehl die Veröffentlichung der Werke Friedrich's des Großen, in denen doch so manche gar nicht ungefährliche Lehren enthalten waren, eifrig betrieben.

Die Regierung, welche unter Friedrich Wilhelm III. nie daran gedacht hatte, ihre Anordnungen in den Zeitungen zu vertheidigen, die stets schweigenden Gehorsam verlangt hatte, rief jetzt selbst die öffentliche Meinung auf, indem sie versuchte, einen Theil der Presse für sich zu gewinnen. Höchst beachtenswerth war in dieser Beziehung eine Kabinets-Ordre vom 14. Oktober 1842 an sämmtliche Ober-Präsidenten, in welcher der König diese aufforderte, in der Presse selbst durch thatsächliche Berichtungen der Verbreitung von Unwahrheiten entgegenzutreten und hierdurch auf das Volk zu wirken.

Wenn die Kabinets-Ordre vielleicht zuviel von dem schlechten Geiste der Tagespresse und von deren Entartung sprach, so erkannte sie doch indirekt die ungeheure Macht des gedruckten Wortes an und es war schon viel gewonnen, daß der König selbst die Tagespresse als das beste Mittel betrachtete, um Propaganda für seine Ansichten zu machen. Die Regierung trat dadurch als Partei in den Meinungskampf ein, sie verlangte nicht ferner jenen stummen gedankenlosen Gehorsam, der Alles für gut erachten mußte, was die Regierung that, eben weil sie es that. Ein Grundpfeiler auf dem das Gebäude des Absolutismus ruhte, wurde hierdurch gewaltig erschüttert.

Die Anschauungen des Königs, welche sich in der Kabinets-Ordre an die Ober-Präsidenten aussprach, hatten in Berlin schon manche Maßregeln hervorgerufen, die ebenfalls nicht ohne Bedeutung waren. Im Ministerium des Innern war ein Zeitungs-Büreau errichtet worden, dessen ausgesprochener Zweck dahin ging, von allen in den Zeitungen vorkommenden Artikeln über Preußen Notiz zu nehmen und sie zu widerlegen, falls sie thatsächliche Unrichtigkeiten enthielten.

Die im Duncker'schen Verlage erscheinende literarische Zeitung wurde von der Regierung gewonnen, um als ein halbamtliches Blatt politische Flugschriften zu kritisiren und in eigenen Aufsätzen die preußischen Interessen zu fördern.

Auch die Staats-Zeitung, welche bisher nur das trockene offizielle Material verarbeitet hatte, wurde endlich umgewandelt in eine „Allgemeine Preußische Zeitung", sie erhielt in dem Dr. Hermes, der in der Kölnischen Zeitung sich durch manche

---

*) Varnhagen schrieb hierüber:

Dienstag, den 24. Oktober 1842.

„Der König hat nun wirklich die Censur für alle Druckschriften, deren Text nicht unter 20 Bogen besteht, aufgehoben. Wie viel oder wenig es sei und wirke, gleichviel, vom Könige bleibt es eine ungeheure That, eine That des Muthes und Freisinns, die kein Anderer so leicht ausgeführt hätte. Man ist erstaunt wie über ein Wunder, man traut seinen Augen kaum, von so viel Knechtschaft und Schmach erlöst zu sein. Dennoch wird der König wenig Dank haben, und sehr natürlich, denn die Forderung ist noch weit voraus, und seine Gabe scheint nur eine kleine Abzahlung von einer großen Schuld. Was es in ihm ist, und von ihm heißt, daß er so viel thut, daran denken die Wenigsten."

Das dem Könige so häufig vorgeworfene Zuviel und Zuwenig bewahrheitete sich auch bei diesem neuen Zugeständniß, welches er den Volkswünschen machte. Er hatte von demselben in der That, wie Varnhagen prophezeite, wenig Dank. Die Befreiung der Bücher von 20 Bogen und darüber zeigte auf's Neue, wie schwer der Druck der Censur auf allen Schriften von kleinerer Bogenzahl lastete, wie dringend nothwendig die völlige Freigebung der Presse sei.

leidlich freisinnige Aufsätze einen Ruf erworben hatte, einen neuen Redakteur. Sie sollte fortan öffentlich die Prinzipien, von denen die preußische Regierung geleitet wurde, vertheidigen.

Alle diese Maßregeln bildeten sicherlich einen bedeutungsvollen Fortschritt gegen die Vergangenheit; mit ihrer Tendenz aber im schroffsten Kontrast stand ihre Ausführung, standen andere gleichzeitige Anordnungen der Regierung.

Das Zeitungs-Büreau im Ministerium des Innern artete schnell aus zu einem sogenannten Berichtigungs-Büreau, wie es vom Volkswitze genannt wurde und zu einer Art Inquisitionsgericht über die Presse. Die Mitglieder desselben entfalteten im Auftrage des Ministeriums einen unermüdlichen Eifer, überall in den Zeitungen Aufsätze zu suchen, die irgend bedenklich erscheinen konnten, sie zu denunziren und hierdurch zu Konfiskation und zu Verfolgungen Veranlassung zu geben.

Statt die Berichtigung falscher Angaben in der Presse zu veranlassen, erließ das Zeitungs-Büreau häufig falsche Berichtigungen, diese bestanden in Ableugnung allbekannter Thatsachen, und mehr als einmal geschah es, daß die nichtamtlichen Zeitungen die Berichtigungen des Berichtigungs-Büreaus berichtigen konnten.

Schon kurze Zeit nach seiner Entstehung hatte das Zeitungs-Büreau die allgemeine Erbitterung gegen sich erweckt.

Die Staats-Zeitung und später die Allgemeine Preußische Zeitung verstand es in keiner Weise, ihre Stellung auszufüllen. Feodor Wehl charakterisirt die offizielle Zeitung in seinen 1843 erschienenen Berliner Wespen treffend folgendermaßen:

Die „Allgemeine Preußische Zeitung" ist um kein Haar breit anders, als sie es als „Preußische Staats-Zeitung" gewesen. Sie ist noch immer so theuer, und noch ebenso langweilig. Sie ist wie eine Schenke, die ihr Aushängeschild gewechselt, aber die schlechten Speisen und Getränke behalten hat. — — — Die „Preußische Allgemeine" hat mit ihrem Titel auch ihre Mitarbeiter gewechselt, wodurch es den Anschein gewonnen, als habe es an diesen, den Ausgeschiedenen, gelegen, daß ihre Tendenz nichtsbedeutend und servil gewesen. Da aber seit der Theilnahme neuer Mitarbeiter ihre Tendenz dieselbe geblieben und um nichts verändert worden ist, so geht daraus deutlich hervor, daß diese, wie auch recht und billig, allein dem Institute zugesprochen werden muß. Das Institut ist nichtsbedeutend und servil, Dr. Hermes, der früher durch seine freisinnigen Artikel in der Kölnischen Zeitung Aufsehen erregt hatte, ist durch den Uebertritt zur „Preußischen Allgemeinen" völlig zu Grunde gerichtet worden. Ebenso achtungswerth seine frühere Stellung erschien, ebenso zweideutig erscheint seine jetzige. Was will er, was thut er? Es ist, als hätt' er seinen Geist mit seinen Händen zugleich in die Hosentasche gesteckt" — — — — — — — — — — — — — — —*).

Auch die literarische Zeitung konnte ebenso wenig wie die Staats-Zeitung und Allgemeine Preußische Zeitung die ihr gewordene Aufgabe erfüllen. Dies zeigte sie schon in ihren ersten Blättern, über welche Varnhagen scharf, aber gerecht urtheilt:

„Die ersten Blätter der neuen „literarischen Zeitung", welche nun ein halbamtliches Ministerialblatt geworden ist, durchgesehen. Verstellte Freimüthigkeit, die doch nur Dienstbeflissenheit ist. Schlechte Mitte zwischen Altabgestandenem und Neugährendem, Süßlichkeit und Plumpheit zusammen, keine scharfe Richtung, keine wesentlichen Grundsätze, keine Philosophie, nur Groll gegen die Hegel'sche. Twesten führt da das Wort, vielleicht Trendelenburg. Der Minister Eichhorn hat ein wohlwollendes Auge darauf. Für mich ist das lauter Stroh."

Noch trauriger als mit diesen Schöpfungen des Ministeriums sah es mit der Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen zur Erleichterung der Censur aus. In derselben Zeit, in welcher König Friedrich Wilhelm IV. sich dahin ausgesprochen hatte, daß die von dem preußischen Landtage gewünschte Einführung einer freien Presse mit seinen eigenen Ansichten vollständig übereinstimme, häuften sich in Berlin Bücher-Konfiskationen und Verbote, ja es kam dahin, daß sogar die Worte Friedrich Wilhelm's III. als censurwidrig betrachten werden konnten, denn am

*) Die Vorwürfe, welche Wehl der Redaktion der Preußischen Allgemeinen Zeitung und speziell dem Dr. Hermes macht, sind insofern nicht ganz gerecht, als er die namenlosen Schwierigkeiten, mit denen die unglücklichen Redakteure zu kämpfen hatten, nicht in's Auge faßt. Schon über die Staats-Zeitung schrieb Varnhagen:

„Große Klagen über die Quälereien, die bei der „Staats-Zeitung" nicht aufhören. Alle Augenblicke ist der König unzufrieden mit irgend etwas, und schilt dafür den Redakteur durch Kabinetsschreiben, mit Ueberspringung aller Behörden."

Dieselben Klagen, welche die Redakteure der Staats-Zeitung erhoben, äußerte auch Dr. Hermes in seinen Blicken aus der Zeit in die Zeit. Er sagt:

„Es liegt außer meinem Plane, die Geschichte der allgemeinen preußischen Zeitung und meiner von Anfang gelähmten, keinen Augenblick freien und bald völlig auf nichts zurückgebrachten Thätigkeit für dieselbe in allen ihren Einzelheiten zu erzählen; es würde dadurch für jetzt nach keiner Seite hin das geringste genützt und höchstens eine am Skandal sich erfreuende Neugierde befriedigt werden. Für meinen gegenwärtigen Zweck genügt es, wenn ich sage, daß selbst die doch wahrlich nichts weniger als vortheilhaften Bedingungen, die mir sehr ungroßmüthig aufgenöthigt waren, nicht gehalten wurden, und daß ich während der ganzen Dauer meiner geschäftigen — Nichtbeschäftigung bei der allgemeinen preußischen Zeitung es mit einem Gemische der niedrigsten und erbärmlichsten Leidenschaften zu thun hatte, denen ich, gegen hinterrücks geführte Streiche nicht gewaffnet, nothwendig erliegen mußte, und vor denen ich deshalb mich bei Zeiten auf das neutrale Gebiet der strengen geschichtlichen Forschung zurückgezogen habe."

11 August 1841 wurde der Wiederabdruck des Gesetzes vom 22. Mai 1815 in Berlin als aufregend verboten.

Die Regierung beschränkte sich nicht darauf, einzelne Schriften durch Konfiskationen und Verbote unschädlich zu machen, sie that mehr, sie dehnte die Verfolgung auf ganze Reihen von Büchern aus, auf gegenwärtige und zukünftige, vorhandene und nicht vorhandene, gute und schlechte, indem sie den gesammten Verlag der Hofmann und Campe'schen Buchhandlung in Hamburg verbot. Weil bei dieser Buchhandlung einige mißliebige Werke, u. a. auch die berühmten, „unpolitischen Lieder" Hoffmann's von Fallersleben erschienen waren, durfte der gesammte Hofmann Campe'sche Verlag in Preußen nicht verkauft werden.

Das Verbot mochte vielleicht für die Buchhändler eine Strafe sein, eine größere aber war es sicherlich für das gesammte lesende Publikum, welchem durch dasselbe viele gute Bücher entzogen wurden.

Mit Konfiskationen und Verboten gingen Hand in Hand die Verfolgungen freisinniger Schriftsteller und das Verbot an alle Beamte, bei Strafe der Amtsentsetzung ohne Erlaubniß der Vorgesetzten über Staatsangelegenheiten drucken zu lassen.

Hoffmann von Fallersleben, dessen harmlose witzige unpolitische Lieder damals gerade von dem niederen Handwerkerstand Berlins ihrer leichten Faßlichkeit wegen viel gelesen und gesungen wurden, wurde von seiner Professur in Breslau suspendirt und der reizenden Lieder wegen in eine Kriminaluntersuchung gezogen, er sollte in denselben eine Majestätsbeleidigung begangen und zum Mißvergnügen angeregt haben. Sogar der Aufenthalt in Berlin wurde ihm nicht gestattet, die Polizei wies den Gelehrten und Dichter aus der sogenannten Stadt der Intelligenz aus.

Das Ministerialreskript über die freiere Handhabung der Censur und die Befehle, welche der König hierüber erlassen hatte, gaben nur für kurze Zeit der Presse eine größere Freiheit, denn diejenigen Censoren, welche jetzt glaubten, die Zügel etwas lockerer halten zu müssen, wurden bald höheren Orts mißliebig und wenn sie gar zu freisinnig zu sein wagten, durch gesinnungstreue Beamte ersetzt.

Auch die Errichtung des Ober-Censurgerichts erwies sich als wenig bedeutungsvoll, mindestens für die Zeitungspresse, da sogar im günstigsten Falle die Freigebung eines von dem Censor gestrichenen Artikels den Zeitungen nur selten nützlich sein konnte. Für den Moment geschriebene Zeitungsberichte waren längst veraltet, wenn sie endlich durch das Ober-Censurgericht die Druckerlaubniß erhielten.

Der Versuch, durch den König direkt eine Abhilfe gegen ungerechtfertigte Verzögerungen der Druckerlaubniß zu erzielen, schlug gänzlich fehl. Ein namhafter Berliner Schriftsteller Häring (Willibald Alexis), der diesen Versuch machte, indem er sich beklagte, daß mehrere von ihm für die Vossische Zeitung geschriebene sehr harmlose politische Artikel von der Censur ungebührlich lange angehalten würden, erhielt folgende höchst ungnädige Antwort:

„Ich habe Ihre Eingabe empfangen und geprüft. Die Censoren des mit derselben eingereichten Artikels für die Zeitung haben bei Behandlung desselben nicht gegen die Censurvorschriften gefehlt, es ist also kein Grund zur Beschwerde wegen der gestrichenen Stellen vorhanden. Glaubten Sie wegen ungebührlicher Verzögerung sich beklagen zu müssen, so war diese Klage zuerst an den Minister des Innern zu richten. Mit Widerwillen habe ich einen Mann von Ihrer Bildung und literarischen Bekanntheit durch jenen Artikel unter der Klasse derer gefunden, die es sich zum Geschäft machen, die Verwaltung des Landes durch hohle Beurtheilung ihres nicht von ihnen begriffenen Geistes vor der großen, meist urtheilslosen Menge herabzusetzen und dadurch ihren schweren Beruf noch schwerer zu machen. Von Ihrer Einsicht wie von Ihrem Talent hätte ich Anderes erwartet und sehe mich ungern enttäuscht."

Mit diesem Königlichen Bescheide harmonirte durchaus die Behandlung aller Zeitungen, welche es versuchten, die inneren Verhältnisse in freisinnigen Aufsätzen zu beleuchten. Die Censoren erhielten Befehl zur strengsten Ueberwachung und als trotzdem noch immer der Geist solcher Zeitungen sich nicht änderte, griff die Regierung zu andern Mitteln.

Die rheinische Zeitung wurde einfach unterdrückt; die Königsberger Zeitung, deren Haltung, obgleich liberal doch so gemäßigt und loyal war, daß eine Unterdrückung nicht thunlich erschien, wurde wenigstens in ihrem Hauptmitarbeiter, dem Oberlehrer Witt, bestraft, indem diesen der Minister Eichhorn vom Amt suspendirte. —

Selbst auf Zeitungen und Zeitschriften wissenschaftlichen Inhalts, welche noch nicht erschienen waren, sondern erst erscheinen sollten, erstreckte sich die übereifrige Fürsorge der Regierung. Die Professoren Benary, Rothe und Vatke in Berlin beabsichtigten eine „kritische Zeitschrift für Leben und Wissenschaft" herauszugeben. Der Minister Eichhorn verweigerte ihnen hierzu die Genehmigung, denn die Professoren, alte Schüler Hegel's, würden, so sagte der Minister mit prophetischer Weisheit, ihre Zeitschrift vom Standpunkte der Hegel'schen Philosophie aus redigiren, und diese sei unverträglich mit der Kirche und dem Staate.

Die Frucht, welche die Gesetze zur Erleichterung der Presse getragen hatten, war, wie unsere Leser sehen, thatsächlich nur gering, aber dennoch erschien sie der Regierung gefährlich und schon der Anfang des Jahres 1843 brachte neue gesetzliche Bestimmungen, deren Zweck es war, der schlechten Presse, diesen Ausdruck haben ja

zu allen Zeiten die Regierungen gern gebraucht, zu steuern.

Der Berliner Witz warf sich im Anfange der vierziger Jahre vorzugsweise auf Karrikaturen, die allerdings oft recht beißend waren und jede unfreisinnige Maßregel mit Bitterkeit verspotteten. Der König erließ deshalb an die Staats-Minister eine Kabinets-Ordre, in welcher er ausdrücklich eine strenge Unterdrückung aller derjenigen Karrikaturen, Zerr- und Spottbilder anbefahl, welche nicht die Genehmigung der Polizeibehörde erhalten hätten.*) Unmittelbar auf diese Kabinets-Ordre erfolgte eine neue Censur-Instruktion. Diese trug zwar an ihrer Spitze noch immer den Ausspruch, daß eine ernsthafte und bescheidene Untersuchung der Wahrheit nicht gehindert werden solle, § 2 aber bestimmte, daß die Censur alle diejenigen Schriften nicht erscheinen lassen dürfte, welche mit den Hauptgrundsätzen der Religion im Allgemeinen und des christlichen Glaubens im Besonderen in Widerspruch ständen. Unzulässig zu drucken sei Alles, was die Moral und die guten Sitten beleidige, die Würde sowie die innere und äußere Sicherheit der Staaten verletze oder Theorien gegen die bestehenden Verfassungen entwickele, also mit anderen Worten auch jeder Tadel gegen die herrschenden Mißstände, der früher, sobald er wohlgemeint war, doch ausdrücklich gestattet sein sollte.

Der Eindruck, welchen der Ministerial-Erlaß vom 24. Dezember 1841 und die Beseitigung der Censur für Bücher über 20 Bogen beim Volke gemacht hatte, wurde durch Maßregeln, die wir erwähnten, vollständig vernichtet. Die allgemeine Unzufriedenheit wurde sogar noch größer, weil der Hoffnung die Enttäuschung folgte.

Die Berliner erkannten in ihrem Mißmuth nicht, daß trotz aller neuern Maßregeln der Regierung doch die Presse einen gewaltigen Schritt vorwärts gethan, daß ihr Kreis sich erweitert hatte, daß die Zeitungen weit freier schrieben, als in früherer Zeit. Die Residenzler waren selbst in der politischen Ausbildung so schnell vorwärts geschritten, daß ihnen der langsamere Fortschritt der Presse in keiner Weise genügte, sondern sogar als ein Rückschritt erschien.**)

*) Die Kabinets-Ordre verfehlte gänzlich ihren Zweck, denn der Karrikaturenhandel blühte nach derselben, wenn auch im Geheimen kräftiger als jemals, empor. Ja, das Verbot reizte nur zum Ankauf! —

**) So groß der Fortschritt der politischen Entwickelung Berlins sich dem heutigen unbefangenen Beobachter zeigt, so gering erschien er der jungen radikalen Schriftstellerschule, welche damals zuerst ihre Schwingen entfaltete. Die Radikalen jener Tage schimpften recht weidlich über das materialistische Berlin, dessen eben zu politischem Leben erwachte Bewohner ihrem raschen Fluge allerdings nicht zu folgen vermochten. Ein eifriges Mitglied der radikalen Schriftstellerschule war Feodor Wehl, dessen scharfe Feder sich damals manche Freunde und viele Feinde schuf.

Wie das Volk von Berlin über jede Preßbeschränkung und jede Verfolgung freisinniger Schriftsteller dachte, zeigte es bei den verschiedensten Gelegenheiten ohne alle Scheu. Als Hoffmann von Fallersleben, der berühmte Verfasser der unpolitischen Lieder nach Berlin kam, wurde er hier mit wahrem Enthusiasmus aufgenommen. Ein den Gebrüdern Grimm gebrachter Studenten-Fackelzug bot die Gelegenheit, auch dem von der Staatsbehörde zur Untersuchung gezogenen Dichter eine glänzende Ovation zu bereiten; die Studenten brachten ihm, der sich zufällig bei den Gebrüdern Grimm befand, ein donnerndes Lebehoch, in welches auch das zahlreich versammelte Volk mit Begeisterung einstimmte.

Der Polizei war dies Lebehoch im höchsten Grade unangenehm, es erschien als eine offene Auflehnung gegen die Regierung, und diesen Charakter erhielt es um so mehr, als sich an den Fackelzug noch andere Demonstrationen geschlossen hatten.

Beim Löschen der Fackeln auf dem Exerzirplatz hatten die Studenten auch die Göttinger Sieben leben lassen, dann waren sie nach den Zelten gezogen, nicht zu einer gewöhnlichen Kneiperei, sondern, was bis dahin unerhört war, um eine Art politischer Versammlung abzuhalten. Statt der sonst bei den Studentengelagen nach einem Fackelzug üblichen Lieder waren Reden ertönt, deren Inhalt die Regierung keineswegs befriedigte. Wir sehen, daß das neu erwachte politische Leben in Berlin seine Blüthen zu treiben begann.

Das Lebehoch für Hoffmann von Fallersleben hatte bemerkenswerthe Folgen. Für Hoffmann selbst keine angenehmen, denn er wurde aus Berlin ausgewiesen. Damit aber begnügte sich die Polizei nicht, sie glaubte weiter gehen zu müssen, denn das Nachspiel des Fackelzuges schien ihr darzuthun, daß sie es hier nicht mit einem einfachen Lebehoch auf einen verfolgten Dichter, sondern mit einer gefährlichen politischen Demonstration zu thun habe, sie glaubte, daß diese veranlaßt sei durch jene ruchlosen Unzufriedenheit säenden radikalen Literaten, die man schon damals gern als die Staatsverderber, die Unruhestifter, als das böse Element der politischen Entwickelung darstellte.

Man hatte einige Literaten beim Fackelzug gesehen, unter ihnen auch den Dr. Eduard Meyen, einen jungen talentreichen Schriftsteller, der als Redakteur der schon im Jahre 1841 unterdrückten Zeitschrift „Das Athenäum“ kräftig für die viel angefeindete Hegel'sche philosophische Schule gekämpft hatte und deshalb besonders mißliebig war. Was erschien natürlicher, als daß die hohe Polizei von Berlin glaubte, Meyen und seine Freunde seien die geistigen Urheber des Lebehochs auf Hoffmann und der späteren Demonstration.

Eine polizeiliche Untersuchung wurde eröffnet. Die verdächtigen Literaten wurden mehrfachen

Verhören unterworfen. Aber die Untersuchung ergab nichts und konnte nichts ergeben, da sowohl das Lebehoch als die Versammlung unter den Zelten nur einem augenblicklichen Impulse der Theilnehmer am Fackelzuge entsprossen war.

Trotz aller Maßregelungen und Verfolgungen gegen die Zeitungen und ihre Mitarbeiter war doch der einmal erwachte freiere Geist nicht wieder zu unterdrücken. Die Presse konnte sich der Besprechung der inneren Frage gar nicht mehr entziehen und es ist bezeichnend für den Fortschritt der Zeit, daß sie sich durch keine Gefahr zurückschrecken ließ, es zu thun. — Die Berathung im Staatsrath über ein neues Ehegesetz, welches, wie man hörte, nach dem besonderen Wunsche des Königs erlassen werden sollte, hatte eine Fluth von Broschüren, Gedichten, Karrikaturen und Zeitungsartikeln, in denen sich wieder die Vossische Zeitung*) auszeichnete, zur Folge.

Selbst gegen ein Gesetz, welches vom Könige auf das Aeußerste gewünscht wurde, konnte die Presse sich wenden, ja sie konnte sogar, wenn auch nur im Gewande des Witzes, wie es durch Glasbrenner geschah**), die am Hofe protegirte überfromme Richtung angreifen.

Fast die gesammte Berliner, ja fast die ganze preußische Presse wendete sich mehr und mehr der Opposition zu und diese wurde so mächtig, daß sogar sehr konservative Schriftsteller nicht umhin konnten, sich ihr anzuschließen. Zu diesen letzteren gehörte u. A. der damals sehr berühmte Bülow-Cummerow.

Bülow-Cummerow war sicherlich kein Radikaler, nicht einmal ein gemäßigt Konstitutioneller, sondern ein Monarchist vom reinsten Wasser, ein Politiker, der eine rein monarchische Verfassung wollte, der nicht einmal wünschte, den Landständen irgend einen Antheil an der Regierungsgewalt zu geben, der kein volles Steuerbewilligungsrecht forderte. Bei jeder Gelegenheit hatte er seine höchste Loyalität bewiesen und doch trat auch er in die Reihen der Opposition. Er that dies vorzugsweise durch eine Schrift über Preußen, seine Verwaltung und sein Verhältniß zu Deutschland, welche er im Jahre 1842 herausgegeben hatte.

In dieser Schrift zeigte Bülow-Cummerow die höchste Verehrung für die hohen Gaben und den edlen Willen des Königs, er sprach sich als ein durchaus loyaler Kernpreuße aus. Nur die wahrhaft wunden Stellen der preußischen Verwaltung deckte er auf und forderte die Mittel zur Heilung.

Ein zweiter Theil seiner Schrift erschien im Jahre 1843. In diesem forderte er die Vollendung der Verfassung, die Friedrich Wilhelm IV. selbst angebahnt habe, er sprach von der Ungeduld, die sich in den Provinzen sichtbar zeige, von der Mißstimmung, die um sich greife, von dem Mißtrauen des Volkes gegen manche der angestellten höchsten Beamten; er zeigte die Nothwendigkeit, daß die Einnahmen und Ausgaben des Staats einer ständischen Kontrole unterworfen würden, daß auch die Stände, wenn auch nicht alle Steuern, so doch die außerordentlichen und neuen zu bewilligen hätten. Er forderte eine größere Oeffentlichkeit für neu zu erlassende Gesetze, über welche das Publikum, ehe sie erlassen würden, gehört werden müsse, damit die Regierung sich über die Volksstimmung unterrichte. Er forderte endlich eine höhere Feiheit der Presse und offen sprach er aus, jede Verwaltung, welche die Presse ungebührlich beschränke, erkläre sich selbst dadurch für schwach, sie erkenne an, daß noch wesentliche Mängel im Staate beständen, die sie abzuändern nicht beabsichtige, und in Preußen sei bisher die Presse ungebührlich beschränkt worden.

Die Bülow'sche Schrift, welche in der mäßigsten Form doch manche herbe Wahrheit sagte, machte ungeheures Aufsehen. Am Hofe erregte sie eine wahre Entrüstung, obgleich der König in ihr mit den wärmsten Worten gelobt wurde. Sie erschien, gerade weil ihr Verfasser als ein durchaus konservativer Mann betrachtet werden mußte, um so gefährlicher. Eine Reihe von Gegenschriften wurden von hohen Beamten und von solchen Schriftstellern, die in gewisser Berührung mit der Regierung standen, erlassen. Die besoldeten Blätter schimpften nach Herzenslust; aber sie erreichten dadurch nichts anderes, als daß die Bülow-Cummerow'schen Worte noch weitere Verbreitung fanden, daß die Schrift eine Reihe von Auflagen hinter einander erlebte.

---

*) „In der Vossischen Zeitung stand gestern ein gewaltiger Artikel gegen das Ehegesetz, der die entschiedene Hoffnung aussprach, daß der Staatsrath es verwerfen werde. Ein Meisterstück ruhigen Ausdrucks und doch starken Eifers! Andrerseits bietet der König alles auf, um gerade dies Gesetz durchzubringen. Man sagt, er sei über die Artikel der hiesigen Zeitungen so aufgebracht, daß wieder verboten werden solle, dergleichen allgemeine Betrachtungen an die Spitze des Blattes zu stellen."
(Varnhagen's Tagebücher.)

**) Glasbrenner's „Berlin, wie es ißt und trinkt", Nr. 20, worin die schrecklichsten Dinge gesagt werden, im Volkstone die Könige lächerlich gemacht werden, die Reden des Königs, die Frömmelei, zum Theil mit gutem Witz, zum Theil mit gemeinem, aber immer ganz heillos. Die kleinen, von aller Welt gelesenen Hefte, deren Inhalt sich mündlich wiederholt, sind von unberechenbarer Wirkung. — Als ernster Gegensatz erscheint Dahlmann's Buch („Geschichte der englischen Revolution") verhältnißmäßig auch im Volkston und von so scharfem Inhalt, daß es geradezu wider unsere Zustände geschrieben ist, den erklärten oder vermutheten Absichten des Königs schroff entgegentritt!"
(Varnhagen's Tagebücher.)

Achtes Kapitel.

Stets wachsende Unzufriedenheit in Berlin. — Der Prinz von Preußen. — Einfluß der reaktionären Partei. — Volksdemonstrationen. — Welker in Berlin. — Das Welker-Ständchen. — Königs Geburtstag. — Der Berliner Witz. — Stimmung des Königs. — Die Abend-Gesellschaft des Königs. — Romantischer Sinn des Königs. — Die Bauten und Gartenanlagen. — Das Berliner Dombauprojekt. — Das neue Museum. — Der Brand des Opernhauses. — Das neue Opernhaus. — Der Liszt-Wahnsinn der Berliner.

Das unglückliche Schwanken zwischen Fortschritt und Rückschritt, zwischen dem Eingehen in die Forderungen der Neuzeit und dem Zurückgehen in fast mittelalterliche Ideen, welche der preußischen Regierung so schnell die kaum gewonnenen Sympathien des Volkes wieder raubten, zeigte sich im Anfange der vierziger Jahre wie in der Preßgesetzgebung und in deren Ausführung auch in allen übrigen Gebieten des staatlichen Lebens in Preußen*), es machte sich bemerkbar ebensowohl in Kunst und Wissenschaft als in der eigentlichen Staatsregierung und in der Ausbildung der Landesverfassung. Naturgemäß hatte es beim Berliner Volke überall dieselbe Wirkung. Mehr und mehr untergrub es das Vertrauen und die Liebe zur Regierung, es erweckte eine immer tiefer um sich greifende Unzufriedenheit, welche sich bei den Berlinern theils durch offene Demonstration, theils durch jenen eigenthümlichen Witz, der den Residenzlern zur zweiten Natur geworden war, äußerte.

Die Unzufriedenheit war allgemein, sie herrschte in allen Parteien, von denen keine glaubte, Friedrich Wilhelm IV. habe ihr genug gethan, ja sie sprach sich fast schärfer als im eigentlichen Volke unter den Anhängern der alten Reaktion, denen jeder Fortschritt ein Greuel war, aus.

Die Rückschrittler schaarten sich eng zu einer mächtigen Partei zusammen, welche sich höchst ungerechtfertigterweise die Partei des Prinzen von Preußen nannte.

Der Prinz von Preußen, später Kaiser Wilhelm I., wurde vom Volke als der Erbe der vorzüglichsten Charaktereigenschaften seines verewigten Vaters, des Königs Friedrich Wilhelm III., betrachtet; gerade deshalb sei er, so suchten die Anhänger des Alten und Veralteten zu verbreiten jeder Neuerung seines Königlichen Bruders abhold, er mißbillige aus ganzer Seele die größere der Presse gewährte Freiheit, das offene Auftreten des Königs in seinen glänzenden Reden an das Volk, die Begünstigung des Bürgerthums, die so weit gehe, daß Bürgerliche sogar oft und freundlich bei Hofe empfangen würden, die Herabdrückung der Macht des Militairadels.

Der Prinz von Preußen hatte niemals zu solchen Anschauungen durch irgend ein öffentliches Auftreten Veranlassung gegeben, trotzdem aber benutzte die reaktionäre Partei seinen Namen, um ihn als Fahne zu gebrauchen und hierdurch fand sie Anhang vorzugsweise in den höhern Klassen und unter dem Militair. Sie wurde in kurzer Zeit sehr mächtig und vermochte, einen traurigen Einfluß auf die politische Entwickelung auszuüben.

Die Unzufriedenheit der Rückschritts-Partei äußerte sich in versteckten Anfeindungen der Regierung, in einem heimlichen und deshalb um so gefährlicheren, geschäftigen Wirken, die des Volkes von Berlin in offener und häufig ziemlich rücksichtsloser Opposition, sowie darin, daß die Berliner jedem freigesinnten Manne ihre Theilnahme, ja ihre innigste Verehrung bezeugten, während sie stumm blieben gegen die Träger und Diener der Gewalt, darin, daß sie mit beißendem Witz alle Maßregeln der Regierung welche dem Geiste der Zeit nicht entsprachen, verspotteten.

Im September 1841 kam der Professor Welker, der berühmte Vorkämpfer für die freisinnige Richtung in der badenschen Deputirten-Kammer nach Berlin. Er fand hier die freundlichste Aufnahme. Seine Anwesenheit in der preußischen Residenz gab Gelegenheit zu einer politischen Demonstration, welche ebensowohl dienen sollte, der Regierung zu zeigen, welche Sympathien das Volk von Berlin für die freisinnig konstitutionelle Richtung, die Welker vertrat, empfinde, als dazu, dem berühmten Mann ein Zeugniß der Verehrung der Berliner für ihn zu geben.

Am 28. September 1841 wurde dem Badenschen Oppositions-Deputirten eine glänzende Serenade gebracht, für welche er in einer feurigen Rede dankte.

Die Reaktion war wüthend. Es wurde in Berlin erzählt, der Minister von Rochow habe dem Könige vorgestellt, das Ständchen für Welker sei nicht mehr und nicht weniger als ein versteckter Angriff gegen die allerhöchste Person. Es sei dringend nothwendig, die Anstifter resp. Theilnehmer des Ständchens auf das Strengste zu bestrafen. Ein Exempel müsse statuirt werden, sonst würde die Frechheit der Radikalen mehr und mehr überhand nehmen.

Die übertriebensten Gerüchte verbreiteten sich. Es wurde behauptet, Dr. Rutenburg, Dr. Zabel und Köppen seien in Kriminaluntersuchung gezogen, weil sie die Urheber des Skandals gewesen. So schlimm aber war die Sache nicht, denn für eine eigentliche Untersuchung fand sich kein Anhalt.

Das Ständchen war ganz ordnungsmäßig von den Unternehmern polizeilich angemeldet und von

*) „Man fragt, wohin wir gehen, was wir wollen? Niemand weiß es, alle Behörden schwanken in Ungewißheit, die Widersprüche häufen sich, Eifer und Folgerichtigkeit verschwinden. Mittelalter, Liberalismus, Kirchlichkeit, Aufsichtsstrenge und Preßfreiheit, Adelsvorliebe und Bürgerlichkeit, alles läuft neben einander her, und Maß und Ziel fehlen in Allem." (Varnhagen's Tagebücher.)

einem unschuldigen, in der Politik wenig bewanderten Polizeikommissar, der von dem Namen Welker noch nie etwas gehört hatte, die Erlaubniß dazu ertheilt worden. Von einer Strafe gegen die Unternehmer und Theilnehmer an der Serenade konnte daher nicht füglich die Rede sein. Trotzdem aber fanden doch mehrfache Vernehmungen der Angeschuldigten statt und diese hatten endlich ein eigenthümliches Resultat.

Die Theilnehmer an der Serenade, in welcher der Polizei-Präsident allerdings mit einem gewissen Rechte eine Demonstration gegen die Regierung zu sehen glaubte, wurden verwarnt, sie mußten eine Erklärung dahin ausstellen, daß sie bei dem Ständchen keinen bestimmten politischen Zweck, noch viel weniger eine Beleidigung Sr. Majestät des Königs im Sinne gehabt und nichts anderes bezweckt hätten, als dem Professor Welker eine Ehre zu erweisen.

Von den Betheiligten wurden drei unter besondere polizeiliche Aufsicht gestellt. Natürlich protestirten sie gegen jede Beschränkung ihrer Freiheit und auch gegen die ganze vom Polizei-Präsidenten ihnen ertheilte Verwarnung.

Gewonnen hatte durch diesen keineswegs glänzenden Ausgang der Untersuchung die Regierung nichts; ihr Vorgehen erschien sogar kleinlich, und selbst sehr loyal gesinnte Beamte meinten, das Polizei-Präsidium würde besser gethan haben, wenn es das Ständchen ganz ignorirt hätte, denn nur durch das Vorgehen gegen die Unternehmer habe es in den Augen des Volkes den Charakter einer politischen Demonstration erhalten.

Die tief eingewurzelte Unzufriedenheit der Berliner zeigte sich recht augenscheinlich in ihrem Verhalten an denjenigen Festtagen, welche früher stets die Veranlassung zu lauten Freudenbezeugungen gegeben hatten. Mit welchem Jubel war Königsgeburtstag während der Regierungszeit Friedrich Wilhelm's III. sonst gefeiert worden, jetzt ging es ziemlich still vorüber. Wenn auch die städtischen Behörden noch immer ihre üblichen Festlichkeiten abhielten, das Volk von Berlin betheiligte sich daran wenig oder gar nicht. Die Polizei hatte nicht mehr nöthig, vor allzustürmischen Ausbrüchen des Patriotismus zu warnen, diese blieben von selbst aus.

Schlechte Gedichte in den Zeitungen, ein althergebrachtes Vivat im Theater, einige patriotische Gastmahle — das war Alles, von einem Volks-Jubelfest spürte man nichts.

Ebenso still ging ein anderer Tag vorüber, der früher gewiß den Berlinern die erwünschte Veranlassung zu glänzenden Freudenfesten gegeben haben würde. Am 16. Februar 1842 kehrte der König von einer Reise nach England in die Residenz zurück. Sein Empfang wurde durch einige amtliche Festlichkeiten gefeiert, das Volk aber verhielt sich fast theilnahmlos.

Die Veränderung, welche in der öffentlichen Meinung seit dem 4. Oktober des Jahres 1840 vor sich gegangen war, zeigte sich so klar und augenscheinlich, daß sie dem Könige nicht verborgen bleiben konnte. Wie abgeschlossen auch der Herrscher von seinem Volke lebte, hier und da erfuhr er doch, was in den Bürgerkreisen vorging. Er konnte sich nicht mehr darüber täuschen, daß jener Enthusiasmus, mit welchem die Berliner beim Beginn seiner Regierung jeden seiner Befehle begrüßt hatten, längst verrauscht war.

Friedrich Wilhelm IV. legte ein hohes Gewicht auf die Volksliebe. Die freudigen Zurufe, mit denen er früher begrüßt worden war, hatten ihm wohlgethan. Er empfand es jetzt schmerzlich, daß sie verstummt waren. Oft erkundigte er sich bei seinen Vertrauten angelegentlichst, wie das Volk von Berlin über die Regierung denke, wie es sich äußere, und jeder der beißenden Witze, an denen jene Zeit so reich war, der ihn persönlich oder die von ihm beschützten Minister betraf, verletzte ihn tief.

Der Berliner Witz stand damals in seiner vollsten Blüthe, er heftete sich an jede mißliebige Regierungsmaßregel, an die Hoffeste, selbst an die persönlichen Liebhabereien des Königs. Jedes Witzwort verbreitete sich mit Blitzesschnelle durch die ganze große Stadt, es ging von Mund zu Mund und fand gelegentlich auch seinen Weg in das Schloß und bis zum Könige.

Friedrich Wilhelm IV., der selbst geistreich und witzig wie Wenige war, kämpfte anfangs mit dem Witz gegen den Witz. Er äußerte einst lachend: „In den ersten Tagen meiner Regierung haben mich die Berliner vor Liebe fressen wollen, jetzt aber thut es ihnen leid, daß sie es damals nicht gethan haben." In dem Scherzwort des Königs, so lustig es klang, lag doch der Seelenschmerz, der ihn erfüllte, verborgen, ein Schmerz, der sich von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr erhöhte.

Ueberall fand der König Widerstand, bei Allem, was er that, feindliche und oft ungerechte Beurtheilung, nirgends erntete er Dank, und doch war der geistreiche Monarch sich wohl bewußt, daß der unverkennbare Fortschritt der Zeit zum großen Theil seiner Initiative zugeschrieben werden müsse. Um so tiefer fühlte er sich verletzt, um so schwerer fühlte er die drückende Bürde der Krone, die ihm im Anfange seiner Regierung, als die begeisterte Volksliebe sie ihm hatte tragen helfen, so leicht erschienen war.

Sein Leben wurde immer freudenloser. Früher, als er noch Kronprinz gewesen war, hatte er sich umgeben mit einem kleinen Kreise geistreicher Männer, in deren vertrautem Umgange er sich bei zwangloser Unterhaltung glücklich fühlte. Auch diese harmlose Geselligkeit fehlte ihm jetzt. Aus den gemüthlichen Abendunterhaltungen, welche den Kronprinzen erheitert und zu den Geschäften gestärkt hatten, waren steife Gesellschaften geworden, die den König langweilten, weil sie weder seinem Geiste noch seinem Gemüth genügen konnten.

„Man klagt, daß die Abende beim Könige nichts weniger als gesellig eingerichtet seien. Drei

Tische stehen in der Reihenfolge, nur oben getrennt, an dem ersten sitzt die Königin, der König und wer sonst von fremden oder einheimischen hohen Personen da ist, an dem zweiten die eingeladenen Personen, denen gleich beim Eintritt ein bestimmter Platz angewiesen wird, am dritten die Hofdamen, Adjutanten u. s. w. Es wird wenig gesprochen, hin und wieder eine laute Frage, die eine laute Antwort nöthig macht, sonst nur leises Gespräch mit dem Nachbar; die Königin schweigt fast immer, der König zeichnet oder nimmt auch wohl einen Begünstigten abseits und spricht mit dem allein. Thee wird gemacht, nachher auf Strohunterlagen Jedem ein Teller gesetzt und ein paar Schüsseln herumgereicht. Wenn vorgelesen wird, so sieht man das als eine Erleichterung an."

So schildert uns der gut unterrichtete Varnhagen die Abendgesellschaften des Königs. Sie konnten freilich nicht dazu beitragen, die Wunden zu heilen, welche der tägliche Kampf des Lebens dem Gemüthe des Herrschers schlug. Mehr und mehr zog sich Friedrich Wilhelm IV. in sich selbst zurück. Der Kronprinz hatte Freunde besessen, der König kannte nur Diener; ihm fehlte der offene Freundesrath, der ihm leicht die Mittel hätte zeigen können, durch welche die verlorne Liebe des Volks wieder zu gewinnen war.

Friedrich Wilhelm IV. war ganz auf sich selbst angewiesen, deshalb verfolgte er in seiner Regierung auch ferner genau den Weg, den er einmal beschritten hatte, jenen Weg, der ihm der Mühseligkeiten und Schmerzen in der Zukunft noch so viele bereiten sollte.

Nach wie vor suchte er seine im romantischen Mittelalter wurzelnden historischen Anschauungen zu vereinigen mit dem modernen geistigen Fortschritt des 19. Jahrhunderts, und hieraus entsprang jenes von uns bereits erwähnte fortwährende Schwanken, jenes Vorwärts und Rückwärts, welches die preußische Entwickelung vom Jahr 1840 bis 1848 charakterisirt.

Der dem romantischen Mittelalter zugewandte Sinn des Königs gab sich vorzugsweise in den künstlerischen Plänen kund, deren Ausführung Friedrich Wilhelm IV. zu bewirken suchte. Die Architektur war seine Lieblingskunst, er zeichnete mit großem Talent und seine architektonischen Entwürfe, wenn sie auch von manchen Fehlern nicht frei waren, trugen doch stets den Charakter der Genialität.

Seine Neigung führte den König weniger zu Nützlichkeitsbauten als zu solchen von Kirchen, Schlössern und Kunstgebäuden. Sein Schönheitssinn trieb ihn auch auf einem nahe liegenden Gebiet weniger zur Anlegung von dem gemeinen Verkehr dienenden Straßen 2c. als zu Projekten von Gartenanlagen und zur Verschönerung des Thiergartens. Viele der lieblichsten durch den Gartendirektor Lenné angelegte Partien dieses den Berlinern so lieben Parks sind nach den Zeichnungen Friedrich Wilhelm IV., der fast täglich mit Lenné arbeitete, angelegt.

Wie groß das Interesse des Königs für die Schöpfungen des Mittelalters war, zeigte sein Befehl, daß alle Ruinen im Lande, die einen architektonischen Werth hatten, vor dem gänzlichen Verfall bewahrt werden sollten. Mehrere derselben ließ der König restauriren und einige Schlösser von alterthümlicher Schönheit gänzlich wieder herstellen.

Der Dom zu Cöln, das herrliche unvollendete, mittelalterliche Bauwerk erregte sein höchstes Interesse. Den Weiterbau dieses prächtigen Werkes unterstützte er deshalb mit größter Freigebigkeit, zugleich aber hegte er den Wunsch, auch in Berlin, seiner Residenz, ein dem Cölner Dom ebenbürtiges Bauwerk zu errichten.

An der Stelle des alten Doms im Lustgarten sollte sich ein neues Gotteshaus erheben, ein Dom von kolossaler Ausdehnung und Höhe, der zugleich ein campo santo, die Ruhestätte des königlichen Hauses umschließen sollte. Auf 9 Millionen Thaler, so erzählte man in Berlin, war vorläufig der Bauplan des gewaltigen Domes berechnet.

Außer dem Dombau beschäftigten noch zahllose andere Bauprojekte den König. Am 6. April 1843 legte er den Grundstein zu dem neuen Museum, in welches die zahlreichen Kunstschätze Berlins, die im alten Museum nicht Raum genug fanden, untergebracht werden sollten. Ein großer Neubau, der des Opernhauses, wurde fast in derselben Zeit begonnen und schnell vollendet.

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend vom 18. zum 19. August 1843 brach im Opernhause eine Feuersbrunst aus. Am 18. Abends waren noch drei Stücke: „Der grade Weg ist der beste", „Der Verschwiegene wider Willen" und ein Ballet: „Der Schweizersoldat" gegeben worden. Schon war die Vorstellung beendet und das Theater geschlossen, als kurze Zeit nach 10 Uhr auf der Seite nach der katholischen Kirche zu aus einem Fenster die Flammen emporschlugen. Wahrscheinlich hatte ein glimmender verflogener Gewehrpfropfen bei dem Gewehrfeuer im Ballet die Feuersbrunst veranlaßt, die erst bemerkt wurde, als es bereits zu spät war zu retten.

Mit unglaublicher Schnelligkeit verbreiteten sich die Flammen, die Garderobe und die Bühne wurden zuerst ergriffen, bald aber brannte das ganze Haus in seinem gesammten Innern.

Es war eine Nacht der Angst für die Berliner. Die furchtbare Feuersbrunst verbreitete eine so entsetzliche Hitze, daß man glaubte, für die Königliche Bibliothek, für die katholische Kirche, für die Palais des verstorbenen Königs und des Prinzen von Preußen das Schlimmste fürchten zu müssen. Fast eine halbe Stunde vom Brandorte entfernt konnte man in jener Nacht in den Zimmern lesen, so hell leuchteten die Flammen.

Gegen 1 Uhr Morgens brach der Concertsaal zusammen, um 8 Uhr bildete das ganze Gebäude nur noch eine trostlose Ruine, von der allein die

Umfassungsmauern standen, während im Innern ein noch wochenlang glühender Aschenheerd sich gebildet hatte. Das alte Opernhaus hatte im Ganzen beinahe 101 Jahr gestanden.

Der König gab kurze Zeit nach dem Brande den Befehl, der Baurath Langhans solle an derselben Stelle und in der gleichen Form wie das abgebrannte ein neues Opernhaus erbauen. Graf Redern führte die Aufsicht über den Bau, der so schnell gefördert wurde, daß die Richtung des Gebäudes schon nach 68 Arbeitstagen am 19. Oktober 1843 und die Eröffnung am 7. Dezember 1844 stattfinden konnte.

Die Bauten des Königs fanden bei den Berlinern wenig Interesse und noch weniger Sympathien. Der Bau des Museums und besonders des Opernhauses*) erschien allerdings für die Hauptstadt als nothwendig, desto weniger aber befriedigten die zahlreichen Ruinen-, Schlösser- und Kirchenbauten, ja das Projekt des neuen Doms erregte sogar ein recht gründliches Mißbehagen. Die alten Kirchen ständen des Sonntags leer, so meinten die frivolen Berliner, wozu noch eine großartige neue bauen? 9 Millionen auf Eisenbahnen verwandt, würden dem Staate und der Stadt mehr Nutzen bringen, als der prächtigste Dom. Man hörte damals in Berlin recht ernste mißbilligende Worte darüber, daß das Staatseinkommen für Luxusbauten verschwendet werde.

---

*) Die Leidenschaft der Berliner für die Musik, welche sie den schnellen Aufbau des Opernhauses freudig begrüßen ließ, hatte sich im Beginn des Jahres 1842 wieder durch den enthusiastischen Beifall für die Leistungen des Klaviervirtuosen Franz Liszt ausgesprochen. Die Sontagbegeisterung, von der wir unsern Lesern erzählt haben, verschwand fast vor dem Liszt-Wahnsinn.

Der große Virtuose wurde von Vornehm und Gering vergöttert, man erzählte sich darüber in Berlin ergötzliche Geschichten, die nicht gerade sämmtlich ästhetischer Art waren. Die Damen verfielen oft, um ihrer Verehrung für den Künstler zu genügen, auf ganz eigenthümliche Einfälle. So kaufte die Gattin eines hoch angesehenen Bankiers für theures Geld ausgekämmte Haare des göttlichen Liszt und ihrem Beispiele folgten andere begeisterte Verehrerinnen.

Liszt's Abreise von Berlin erregte den tiefsten Schmerz der enthusiastischen Kunstliebhaber, sie gab Veranlassung zu einer Demonstration, welche am Hofe viel böses Blut machte. Varnhagen erzählt: „Wie bei der Huldigung war der Schloßplatz, die Königsstraße u. s. w. mit Menschen gefüllt, welche Liszt's Abreise sehen wollten; bis nach Friedrichsfelde war alles voll Wagen und Fußgänger. Tausendstimmiger Leberuf erschallte. Der König und die Königin waren nun in der Stadt spazieren gefahren, um den Jubel zu sehen. Man sagt, der Hof und Adel sei außer sich, daß ein Musikant wie ein König geehrt werde, ja für den Augenblick diesen verdunkele."

Neuntes Kapitel.

Eichhorn. — Friedrich Wilhelm IV. — Die Wissenschaft. — Die Friedensklasse des Ordens pour le mérite. — Eröffnung des Berliner Turnplatzes. — Die Pietisten. — Der Bund zum historischen Christus. — Der Senat und der Minister Eichhorn. — Der akademische Leseverein. — Der Studentenkrieg. — Die Absetzung Nauwerk's. — Der Studentenzug. — Zeitungsstreit Nauwerk's mit dem Minister Eichhorn. — Ausgesprochene Regierungsgrundsätze Eichhorn's. — Die Forderungen der Pietisten. — Die pietistischen Vereine. — Die Wiedertäufer. — Skandalöse Taufe im Rummelsburger See. — Das Ehegesetz. Die Sonntagsfeier. — Der Kriegsminister und die Pietisten. — Das Bisthum Jerusalem. — Der Schwanenorden.

Der dem Könige Friedrich Wilhelm IV. eigenthümlichen Anschauungsweise entsprach die Thätigkeit der preußischen Regierung in der Beförderung der Wissenschaft.

Der Minister der geistlichen Angelegenheiten, Eichhorn, hatte sich so ganz in die Ideen des Königs hineingelebt, daß er dieselben auf allen Gebieten des wissenschaftlichen Lebens zur Ausführung zu bringen und sich die höchste Zufriedenheit seiner Fürsten zu erringen vermochte. Dies wußte man in Berlin. Es war nicht unbekannt, daß Eichhorn selbst da, wo er auf eigene Hand, ohne vorher die Genehmigung des Königs eingeholt zu haben, seine Maßregeln erließ, doch stets im Geiste Friedrich Wilhelm's IV. handelte, deshalb betrachteten ihn die Berliner nur als den bereitwilligen Vollstrecker Königlicher Befehle. Man warf ihm allerdings vor, daß er seinen früher so freisinnigen Grundsätzen untreu geworden sei, alle die alten Freunde wendeten sich entrüstet von ihm, sein Name wurde mißliebiger beim Volke und unzählige Karrikaturen, auf denen das Eichhörnchen eine große, nicht gerade schöne Rolle spielte, erschienen, trotzdem aber wurden alle seine Maßregeln nicht eigentlich ihm, sondern dem Könige zugeschrieben.

In der absoluten Monarchie giebt es keine verantwortlichen Minister, deshalb fiel auch die moralische Verantwortlichkeit für alles, was geschah, auf den König selbst.

Wie hoch Friedrich Wilhelm IV. die Wissenschaft achtete und wie gern er bereit war, ihre Träger zu ehren, zeigte er, indem er den berühmtesten preußischen Orden pour le mérite, der bisher nur für glänzende Tapferkeit auf dem Schlachtfelde ertheilt worden war, in einer Friedensklasse den Männern der Wissenschaft und Kunst zugänglich machte.

Damals wurde von Gelehrten und Künstlern noch viel Gewicht auf einen Orden gelegt, sie nahmen es daher hoch auf, daß Friedrich Wilhelm IV. sie gerade mit diesem im höchsten Ansehen stehenden Zeichen seiner Anerkennung beehrte und daß er dabei weder auf religiöse noch auf

politische Parteistellung Rücksicht nahm, sondern lediglich das Verdienst für Kunst und Wissenschaft beachtete. Männer wie Chateaubriand, Arago, Thomas Moore, Daguerre, Thorwaldsen, Rossini und Liszt waren Ausländer von hohem Verdienst, die man gern mit dem neuen Orden geschmückt sah, weniger erfreulich erschien es allerdings, daß auch Fürst Metternich für seine sehr zu bezweifelnden gelehrten Verdienste den Orden bekam. Dagegen wurde er den Künstlern Meyerbeer, Schadow dem Vater, Schnorr von Karolsfeld, den Dichtern Ludwig Tieck, August Wilhelm von Schlegel und Rückert und den trefflichen Gelehrten Alexander von Humboldt und Jacob Grimm von allen Seiten gegönnt. Daß von den Deutschen Jacob Grimm, der berühmteste der Göttinger Sieben, von den Franzosen Arago, der bekannte Republikaner, den Orden pour le mérite empfangen hatten, zeigte, wie großherzig Friedrich Wilhelm IV. über die politische Parteistellung gefeierter Männer der Wissenschaft fortsah. Auch die Berufung freisinniger Professoren, eines Dahlman u. A. an preußische Universitäten gab dafür den Beweis.

Wohl durfte man hoffen, die Wissenschaft werde unter der Regierung dieses Königs sich wieder in voller Freiheit wie unmittelbar nach den Befreiungskriegen entfalten können, dafür sprach auch die am 13. Juni 1841 erfolgende feierliche Eröffnung eines öffentlichen Turnplatzes in Berlin, welche den Beweis gab, daß die frühere engherzige Beschränkung der Gymnasiasten und Studenten, die sich vorzugsweise der Turnkunst zuneigten, in Zukunft fortfallen solle. Aber alle die Hoffnungen, welche durch solche Maßregeln der Regierung hervorgerufen wurden, verwandelten sich bald durch andere Regierungsverfügungen in die ernstesten Befürchtungen.

Die Freiheit der Wissenschaft ist eng verbunden mit der Freiheit der religiösen Forschung. Nur in einem Staate, in welchem diese herrscht, wird jene gedeihen können. Wenn sich Berlin zum Spree-Athen, zur Heimathstätte der freiesten wissenschaftlichen Forschung in ganz Deutschland emporgeschwungen hatte, so verdankte die preußische Hauptstadt diesen Ruhm der durch den großen Friedrich begründeten religiösen Freiheit, der auch Friedrich Wilhelm III. bis zu seinen letzten Regierungsjahren gehuldigt hatte, jener rationalistisch-religiösen Anschauung eines Altenstein, die es möglich gemacht hatte, daß sogar in den Jahren der traurigen Reaktion Hegel und Gans an der Berliner Hochschule frei lehren konnten. Die Berliner Universität war hierdurch und durch die akademische Freiheit, welche den Studirenden nach den Kriegsjahren gewährt wurde, zur schnellen Blüthe gekommen.

Welchen Eindruck mußte es auf Lehrer und Studirende, auf alle Freunde der Wissenschaft machen, als schon kurze Zeit nach dem Amtsantritt des Ministers Eichhorn offenbar wurde, daß die Regierung nur zu geneigt sei, die akademische Freiheit zu beschränken, daß in Preußen und vorzugsweise in Berlin, dem Stammsitze der Hegel'schen Philosophie, die orthodox-kirchliche Richtung eifrige Beförderung, die rationalistisch-religiöse Forschung die erklärte Gegnerschaft der Regierung fand.

Und dafür sprachen alle Zeichen der Zeit. Nicht nur die Berufung eines Stahl, die Auszeichnung pietistischer Geistlichen, sondern auch Maßregeln, welche direkt gegen die Studirenden und Lehrenden gerichtet waren. Alle diese einzelnen Maßregeln näher zu erörtern, liegt außerhalb des Bereichs dieses Werkes, wir werden nur einige aufführen, welche für die Berliner Studirenden eine besondere Wichtigkeit hatten und daher in einer Geschichte Berlins nicht fehlen dürfen.

In den letzten Jahren der Regierung Friedrich Wilhelms III. hatte sich, wie unsere Leser sich erinnern werden, in Berlin eine kleine, aber in den höchsten Keisen angesehene pietistische Partei gebildet, deren Einfluß unter Friedrich Wilhelm IV. mächtig wuchs. Die Karrieremacher unter den Theologen neigten sich dieser Partei zu, sie durften durch die Konnexion derselben mit Gewißheit auf Beförderung, auf gute Pfarrstellen und Professuren, selbst auf Stellen im Ministerium rechnen. Auch einige Professoren an der Berliner Universität gehörten der strengsten pietistischen Richtung an, und unter den Studirenden fanden sie zwar nicht viele aber doch einige Anhänger, junge Theologen, die zum Theil dem Drange einer inneren Ueberzeugung folgten, zum Theil auch geleitet wurden durch Rücksichten auf ihre künftige vortheilhafte Anstellung.

Diese jungen Glaubenshelden beschlossen auf Anregung ihrer Professoren, einen Studentenverein zu begründen, der ihnen das Wohlwollen des Ministeriums Eichhorn und des Königs erwerben sollte. Zweck des Vereins sollte es sein, die verderblichen Neuerungen im Glauben schon im Keime auf der Universität zu vernichten, deshalb hatten sie zum Symbol den historischen Christus gewählt und ihrem Verein den Namen eines Bundes zum historischen Christus gegeben.

Die glaubenseifrigen jungen Theologen wendeten sich an den Senat der Universität und erbaten die erforderliche Genehmigung für die Begründung ihres Vereins. Sie erhielten sie nicht, denn der Senat sah voraus, daß der Bund zum historischen Christus schwere Zerwürfnisse und einen durchaus nicht wünschenswerthen religiösen Parteikampf unter den Studirenden hervorrufen werde.

Die Abgewiesenen beruhigten sich nicht; sie beschwerten sich beim Minister Eichhorn und dieser ließ sich zu einer strengen Zurechtweisung des Senats herbei: Ein Verein, wie der Bund zum historischen Christus, welcher die Absicht habe, das Christenthum vor dem Eindringen der neueren Philosophie zu schützen und die studirende Jugend auf dem Wege des einzig wahren Glaubens zu

erhalten, müsse geschützt und gefördert, nicht verboten werden.

Der Senat entgegnete hierauf: Er habe den Bund verboten, weil, wenn ein solcher Verein gestattet sei, auch diejenigen Vereine gestattet werden müßten, die die entgegengesetzten Bestrebungen zu ihrer Aufgabe machten. Dieser Grund fand indessen beim Minister nicht die geringste Würdigung, im Gegentheil, Herr Eichhorn ertheilte dem Senat eine strenge Weisung, den Bund zum historischen Christus zu gestatten. Zugleich sprach er aus, daß andere Vereine von entgegengesetzter Färbung als unchristlich und verwerflich nicht die Genehmigung des Senats erhalten dürften. Der Minister drückte in seinem Schreiben sein Befremden über den Schritt des Senats aus, da doch höheren Orts bereits auf den Universitäten Bonn and Halle die Zustimmung zur Stiftung ähnlicher Vereine nicht nur gegeben worden sei, sondern solche Vereine sogar gewünscht würden. Jetzt, sagte der Minister, sei die Zeit gekommen, wo man den wahren Glauben mit den kräftigsten Mitteln aufrecht erhalten müsse.

Die Duldung des Vereins zum historischen Christus machte unter den Berliner Studenten um so mehr böses Blut, weil fast zu gleicher Zeit der Minister zeigte, daß ihm auch die unschuldigsten Studentenverbindungen gefährlich erschienen.

Mehrere Berliner Studenten beschlossen einen Leseverein zu begründen. Jeder Theilnehmer sollte einen geringen Geldbeitrag zahlen, dafür wollten die Vereinsmitglieder sich ein Lokal miethen, Zeitungen und wissenschaftliche Zeitschriften halten.

Ein derartiger Verein hätte in der großen Stadt ein oft gefühltes Bedürfniß befriedigt; trotzdem wurde ihm die Genehmigung auf Anordnung des Ministers Eichhorn versagt, denn diesem erschien es gar nicht unbedenklich, wenn die Studenten überhaupt die Zeitungen lasen.

Was öffentlich nicht zu thun erlaubt war, geschah im Geheimen und eine Zeitlang mit Glück, bald aber entdeckte die Polizei, daß die Studenten ihr eine Nase drehten, und nun entwickelte sich zwischen jenen und den Behörden ein eigenthümlicher Wettstreit, den Varnhagen ergötzlich in folgenden Worten beschreibt:

„Der Minister des Innern, verbunden mit dem des Kultus, führt einen wahren Krieg gegen die Studenten, die ihrerseits die Sache lustig nehmen. Wenn sie in ihren Kneipen — sie kommen zu 2—300 zusammen — sich von Polizeispähern belauscht wissen, so lassen sie den Polizei-Präsidenten von Puttkammer hoch leben, die gesammte Polizei, die Pedelle, unter dem größten Gelächter! Dieser Studentenkrieg hat aber eine sehr ernste Bedeutung; er zeigt die ganze — — — — der obersten Behörden, die sich kleinlich in jede Jugendäußerung einmischen."

In ähnlicher Weise wie gegen die Studenten, verfuhr das Ministerium Eichhorn auch gegen die Universitätslehrer; denjenigen, welche sich durch der ministeriellen Ansicht nach zu weitgehende religiöse oder politische Freisinnigkeit auszeichneten, wurde die Fortsetzung ihrer Vorlesungen untersagt. Dies Schicksal traf in Berlin im Anfang des Jahres 1844 den sehr bekannten und beliebten Privatdocenten Dr. Nauwerk.

Der Minister Eichhorn übersendete der philosophischen Fakultät in Berlin mehrere Aufsätze und Schriften Nauwerks mit dem Bemerken, daß der Verfasser offenbar die Tendenz habe, zur Unzufriedenheit mit der bestehenden Verfassung aufzureizen, sowie Gesetze und Einrichtungen des Staates durch gehässige Beurtheilung herabzusetzen. Der Minister fragte bei der Fakultät an, ob ein so rücksichtsloser Verfechter zerstörender Theorien wohl länger im Preußischen Staate einer Korporation der Universität angehören dürfe.

Herr Eichhorn hoffte, daß die Fakultät selbst die Ausschließung Nauwerks aussprechen werde. Darin aber sah er sich getäuscht. Wenn auch die Professoren der Berliner Universität recht oft gute Miene zum bösen Spiele machten und sich der Regierung unterwürfig genug zeigten, so weit wie der Minister es wünschte, gingen sie denn doch nicht. Mit Einstimmigkeit erklärte die philosophische Fakultät in einem ausführlichen Gutachten, sie könne in den mitgetheilten Schriften des Dr. Nauwerk keinen Grund sehen, ihrerseits gegen denselben einzuschreiten.

Trotz dieses Bescheides ließ der Minister die Sache nicht ruhen. Was die philosophische Fakultät nicht gewagt hatte, das wagte er. Aus eigener Machtvollkommenheit befahl er, daß Nauwerks Vorlesungen „über die Geschichte der vorzüglichsten Systeme der philosophischen Staatslehre" geschlossen werden sollten.

Das Urtheil über diese Maßregel war in Berlin einstimmig. Nauwerk erhielt durch die gegen ihn verübte Willkür einen Einfluß, wie er ihn vorher nie besessen hatte. Die Studenten und das wissenschaftliche Publikum beeilten sich, ihm ihre Theilnahme theils in Briefen, theils auch in einer besonderen Demonstration zu bezeigen. Viele Studenten, nicht nur solche, die bisher Nauwerks Zuhörer gewesen waren, sondern alle, die überhaupt ein Interesse für die freie Entwickelung der Wissenschaft besaßen, vereinten sich; schweigend zogen sie in dicht gedrängter Schaar durch die Straßen nach Nauwerks Wohnung, um durch eine Deputation ihm das Beileid und die Hochachtung der Studirenden auszusprechen.

Eine unzählbare Volksmasse schloß sich dem Studentenzuge an. Für längere Zeit waren die Straßen jedem Verkehr gesperrt, bis sich endlich die Menge wieder verlief.

Die den Dr. Nauwerk betreffende Ministerialverfügung veranlaßte auch einen Zeitungsstreit, der keineswegs zum Vortheil des Ministeriums ausfiel. Nauwerk veröffentlichte in der Vossischen Zeitung eine Erklärung, in welcher er sich gegen die ihm vom Ministerium gemachten Beschuldigun-

gen verantwortete. Er that es mit großer Mäßigung, aber auch mit eben so großer Entschiedenheit. Dagegen brachte in gewohnter Weise die Staatszeitung einen geharnischten Artikel. Um zu zeigen, wie richtig der Minister bei dem Verbote der Nauwerkschen Vorlesungen verfahren habe, gab die Staatszeitung, wie sie erklärte, nach Frankfurter Blättern Auszüge aus der ersten, bereits erschienenen Vorlesung.

Fast schien es, als habe ein Schalk sich einen bösen Scherz mit der Staatszeitung gemacht, denn gerade die veröffentlichten Stellen waren geistreich und vortrefflich, von schlagender Wahrheit. Der Staatszeitungsartikel wurde deshalb viel gelesen und viel bespöttelt. Die Berliner meinten, wenn das Ministerum immer auf diese Weise verfahre, werde das Volk am Besten aufgeklärt werden.

Dem Verhalten des Ministers der geistlichen Angelegenheiten gegen die Studirenden und die Universitätslehrer entsprach auch seine übrige Amtsführung. Bei jeder Gelegenheit zeigte er, daß er es für seine höchste Aufgabe halte, die gerade den Berlinern so außerordentlich widerwärtige überfromme pietistische Glaubensrichtung zu fördern, ja er sprach dies verschiedentlich öffentlich aus, am klarsten bei Gelegenheit des 25jährigen Bestehens des Prediger-Seminars zu Wittenberg.

Er entwickelte hier in einer längeren Rede die Grundsätze, welche ihn in den kirchlichen Angelegenheiten bewegten. Die obere Leitung der kirchlichen Angelegenheiten, so meinte er, dürfe durchaus nicht indifferent, sie müsse vielmehr parteiisch, ganz parteiisch sein; nur dadurch könne das Wohl der Kirche gefördert werden. Die Lehrfreiheit dürfe nur so weit gestattet werden, als sie sich in den Schranken der kirchlichen Symbole und des kirchlichen Glaubens bewege, anders gesinnte Lehrer werde er nicht dulden.

So konnte der Minister Eichhorn sprechen, weil er wußte, daß seine Ansichten am Hofe eine mächtige Stütze fanden, daß der König selbst der streng religiösen Partei eifrig zugethan war.

Die Pietisten fühlten sich durch die Unterstützung des Königs und des Ministers Eichhorn so sehr gehoben, daß sie gewaltige Anstrengungen machten, sich die Herrschaft im Staate zu erringen. Zu keiner Zeit waren sie so offen und rückhaltslos aufgetreten, wie in den ersten Jahren der Regierung Friedrich Wilhelms IV. Die unduldsamen Glaubenseiferer predigten von den Kanzeln herab die Verdammung gegen alle Ungläubigen und Freisinnigen. Hengstenberg's evangelische Kirchenzeitung zeigte den geistlichen Hochmuth und die Verfolgungssucht der alten Inquisition.

Die pietistischen Prediger brachten jetzt in Berlin Forderungen zum Vorschein, welche zu stellen sie unter der Regierung Friedrich Wilhelm's III. nicht gewagt haben würden. Sie begehrten, daß die protestantischen Geistlichen das Recht haben sollten, alle Familien in den Häusern zu besuchen, und sich von dem Glauben und dem Lebenswandel der Eltern wie der Kinder Kenntniß zu verschaffen, um zu prüfen, ob ihre Gemeinde-Angehörigen auch gut kirchlich christlich gesinnt seien. In den pietistischen Zeitungen wurde offen ausgesprochen, es sei dringend nothwendig, daß den Geistlichen das Recht des Kirchenbannes und das der Ausschließung vom Abendmahl als Strafe für die Ungläubigen zurückgegeben werde. Vor Allem sei es nothwendig, daß bei der Anstellung jedes Jugendlehrers sowie jedes Predigers dessen rechtgläubige Gesinnung auf das Schärfste erforscht werde, denn nur hierdurch könne man eine Garantie dafür gewinnen, daß dem Volke nicht Irrlehren eingeprägt würden.

Der Minister Eichhorn ging zum Theil auf diese Forderungen ein, er befahl, daß zum Religionsunterricht an den Gymnasien nur fromme Kandidaten zugelassen werden sollten, und was der Minister unter fromm verstand, das wußte man. Fromm war in seinem Munde nur ein anderes Wort für orthodox und pietistisch.

Die überfromme Partei machte gewaltige Anstrengungen, um auch im Volke Boden zu gewinnen. Freilich nur mit geringem Erfolge.

Eine Reihe von religiösen Vereinen entstand in Berlin, so ein Verein zur Beförderung einer würdigen Sonntagsfeier, ein Traktätchen-Verein, ein Frauen-Missions-Verein, der unter dem Vorsitz der Frau Ministerin Eichhorn tagte, u. a.

Selbst die finsterste der religiösen Sekten, die der Wiedertäufer, erhielt jetzt in Preußens Hauptstadt den Muth, sich öffentlich zu zeigen. Sie hielt im Rummelsburger See ihre Taufen Erwachsener ab. Man sprach von denselben damals viel in Berlin, vorzugsweise erzählte man sich merkwürdige Geschichten von der Taufe eines wunderschönen jungen Mädchens, welche durch Eintauchen der vollständig Entkleideten in den See vollzogen worden sein sollte.

Es läßt sich nicht verkennen, daß die Pietisten in Berlin mit einer anerkennenswürdigen Rührigkeit kämpften; ihnen genügte selbst das redliche Streben des Ministers Eichhorn bei Weitem nicht, sie wollten die günstige Zeit benutzen, um schnellere und glänzendere Erfolge auch in der Gesetzgebung zu feiern.

Die Berathungen über das Ehegesetz im Staatsrath gingen ihnen viel zu langsam; sie sendeten deshalb Petitionen über Petitionen an den König, in denen ihre Geistlichen den dringenden Wunsch aussprachen, Se. Majestät möge den Entwurf, der auf große Erschwerung der Ehescheidung und auf einen erhöhten Einfluß der Geistlichkeit hinauslief, ohne Weiteres auch gegen den Wunsch des Staatsraths zum Gesetz erheben.

Hengstenberg war in diesem Sinne thätig und eine Anzahl höchst frommer Berliner Prediger verabredeten sich, das Gesetz, ehe es noch erschienen war, zur praktischen Ausführung zu bringen, und nach katholischem Gebrauch geschiedenen Paaren ohne Weiteres die Trauung einer neuen Ehe zu verweigern.

Auch eine strenge Sonntagsfeier nach englischem Muster suchten die frommen Geistlichen in Berlin zur Durchführung zu bringen, dahin wirkte vorzüglich der schon erwähnte Verein. Alle Verkaufsläden und Vergnügungslokale sollten Sonntags nicht nur während der Predigt, sondern während des ganzen Tages geschlossen sein, damit der Tag des Herrn nur der beschaulichen Muße, dem Gottesdienste und Gebet gewidmet werden könne. 34 Geistliche vertheilten zu diesem Zweck in Berlin eine Schrift, welche den Titel: „die christliche Sonntagsfeier, ein Wort der Liebe an unsere Gemeinde beim Anfange des neuen Kirchenjahres" führte.

Manche der frommen Herren gingen noch weiter, sie wendeten sich an den Kriegsminister mit der Bitte, er möge die Sonntagsübungen bei der Landwehr als eine Entheiligung des Sabbaths einstellen lassen. Mit diesem Gesuch kamen sie freilich bei dem alten Soldaten schlecht an, er antwortete ihnen in einer kräftigen Resolution, in der er sagte: die Uebungen der Landwehr zur Vertheidigung des Vaterlandes könnten keineswegs als eine Entheiligung des Sonntags gelten, sie seien fast so heilig wie die Religion selbst.

Sogar der Minister Eichhorn durfte nicht wagen, dem stürmischen Eifer der pietistischen Partei Genüge zu leisten; die längst bestehenden Vorschriften über die Sonntagsfeier, das Verbot, die Verkaufs-Lokalitäten während des Gottesdienstes offen zu halten, wurden zwar auf's Neue eingeschärft und mit größerer Strenge als bisher durchgeführt, weiter aber wagte die Regierung doch nicht zu gehen, denn sie fühlte, daß sie sonst bei dem gesammten Volk, selbst bei ihren eigenen Beamten auf Widerstand stoßen würde. Sie hatte dies bei mehreren Gelegenheiten erprobt, bei denen die Volksstimme mächtig und nachdrucksvoll laut geworden war, obgleich ihre Opposition den König direkt und persönlich betraf.

Als Friedrich Wilhelm IV., von seinem romantisch-frommen Sinn geleitet, bekannt machte, daß er einen namhaften Beitrag zur Dotation eines evangelischen Bisthums in Jerusalem bestimmt habe, als in allen Kirchen Berlins für diesen Zweck Sammlungen angeordnet wurden, machte sich darüber der Berliner Witz in beißendster Weise lustig. Sogar ein Theil der Berliner Geistlichkeit zeigte sich unwillfährig; die unter Marheinecke's Vorsitz versammelte Berliner Synode beschloß, die zum Besten des projektirten Bisthums angeordneten Sammlungen nicht auszuführen, ehe ihr nicht die Aktenstücke über die mit England des Bisthums wegen abgeschlossene Konvention vorgelegt worden seien.

Nicht minder rückhaltslos sprach sich die öffentliche Stimmung in Berlin über die im Jahre 1843 vom Könige angeordnete neue Begründung des frommen Schwanenordens aus.

Schon im Beginn des Jahres 1843 hatte man in Berlin vielfach davon gesprochen, der König beabsichtige den alten, von seinem Vorfahren, dem Kurfürsten Friedrich II., im Jahre 1443 gestifteten, aber längst überlebten und wieder vergessenen frommen Schwanenorden auf's Neue einzuführen. Damals war es der Regierung aus verschiedenen Gründen nicht angenehm, wenn über die Sache gesprochen wurde. Sie erließ deshalb in der Allgemeinen Preußischen Zeitung eine Berichtigung, deren Werth sich recht augenfällig zeigte, als nach nicht allzulanger Zeit, im Dezember 1843, dieselbe Zeitung das Königliche Patent über die Einführung des Schwanenordens brachte.

Der Berliner Witz ergoß sich über den Schwanenorden, der eben so unbeliebt war, wie das Bisthum in Jerusalem, in einer Fülle von boshaften Karrikaturen, welche den König, der seine wohlgemeinte Absicht verkannt sah, auf's Neue tief kränkten und verletzten.

Zehntes Kapitel.

Veränderungen im Ministerium — Die ständischen Ausschüsse in Berlin. — Petitionen. — Die Landtage vom Jahre 1843 — Städtische Selbstverwaltung. — Theilnahmlosigkeit der Bürger. — Petitionen um Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen. — D. A. Benda. — Verhandlungen der städtischen Behörden Berlin's über die Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen.

Es wirkten damals merkwürdigerweise die verschiedensten Umstände zusammen, um Allem, was der König auch thun mochte, den Anstrich der Unpopularität zu geben. Er traf Veränderungen in seinem Ministerium, er entließ den verhaßten Minister von Rochow. Aber auch dadurch befriedigte er nicht, denn Rochow's Nachfolger, der Graf von Arnim, war zwar kein Pietist, aber bekannt als entschiedener Gegner der liberalen Zeitströmung, und die übrigen Veränderungen im Ministerium, auf welche wir hier nicht weiter eingehen, trugen in keiner Weise den Wünschen des Volkes Rechnung, ja die Entlassung des Minister von Schön, welche unmittelbar der Rochow's voranging, sowie die Ersetzung Schön's durch ein bekanntes Mitglied der kirchlichen Partei, durch den Geheimen Rath Böttcher, rief sogar recht ernste Bedenklichkeiten hervor.

Nicht mehr mit freudiger Zuversicht, sondern mit trüber Besorgniß sah daher das preußische Volk in den Jahren 1842 und 1843 auf die Entwickelung der ständischen Verhältnisse, zu der es das Vertrauen gänzlich verloren hatte.

Am 18. Oktober 1842 traten in Berlin die im Jahre vorher bei Eröffnung der Provinziallandtage verkündeten ständischen Ausschüsse zusammen. Sie sollten, dies war vom Könige als ihre Bestimmung verheißen, ihr Gutachten abgeben über solche Regierungs-Vorlagen, welche

allgemeine Staatsangelegenheiten beträfen. Der Kreis ihrer Funktion war daher ziemlich eng gezogen und eine Bedeutung konnten die ständischen Ausschüsse nur dann haben, wenn auf ihr Gutachten von der Regierung Gewicht gelegt wurde, wenn das Ministerium seine Entschließung über die den Ausschüssen zur Berathung vorgelegten Fragen erst traf, nachdem die Ausschüsse berathen hatten.

Durch die Kabinetsordre vom 19. August 1842 hatte der König zur Berathung für die Ausschüsse bestimmt: einen Steuererlaß, der bereits den Provinzial-Landtagen versprochen war, und der mit dem 1. Januar 1843 beginnen sollte, die Herstellung umfassender Eisenbahn-Verbindungen unter Beihülfe des Staats und einen Gesetzentwurf über die Benutzung von Flüssen.

Es waren wichtige Fragen, wenn die Regierung den Ausschüssen volle Freiheit gewährte. Das aber geschah nicht; gerade bei den beiden wichtigsten Vorlagen: über den Steuererlaß und über das Eisenbahnnetz, war die Regierung schon vor der Berufung der ständischen Ausschüsse einig mit sich darüber, was sie thun wolle; die Berathung sank dadurch zu einer leeren Form herab. Und dennoch war diese erste parlamentarische Versammlung in Berlin wichtig genug, dennoch erhielt sie eine Bedeutung für die Entwickelung unseres Verfassungslebens, denn es regte sich in ihr ein oppositioneller Geist, der bei ihrer aristokratischen Zusammensetzung kaum zu erwarten gewesen war.

Obgleich die Verhandlungen der Oeffentlichkeit entzogen wurden und die Staatszeitung nur magere und gefärbte Referate über dieselben brachte, drangen doch aus dem Sitzungssaale Nachrichten über die dort gehaltenen Reden in's Volk; man erfuhr so manches und was man erfuhr trug wesentlich dazu bei, die herrschende Unzufriedenheit zu fördern.

Die Verhandlungen über die Eisenbahnfrage hatten den Ausschüssen zuerst Gelegenheit zu lebhaften Debatten gegeben. Die Regierung beabsichtigte, Berlin mit den Provinzen und diese unter sich durch eine Reihe von Eisenbahnen zu verbinden. Die Ausschüsse erkannten mit 90 gegen 8 Stimmen das Bedürfniß für ein solches Werk an, als aber die Regierung ihnen die Frage vorlegte, ob der Staat, um den Bau der Eisenbahnen durch Private zu ermöglichen, eine Garantie für die Zinsen des Anleihe-Kapitals leisten solle, da erhoben sich viele Stimmen für und gegen. Der vortragende Minister sprach sich energisch für die Garantie aus, dagegen aber meinten mehrere der ständischen Deputirten, es sei weit besser, wenn das Schienennetz auf Staatskosten, nicht durch Private, sondern durch den Staat selbst gebaut werde.

Drei Tage dauerten die Berathungen über diesen Gegenstand ohne Erfolg. Wie nutzlos sie waren, ergab sich aus einer Erklärung des Finanzministers, daß die Regierung bereits ohne Mitwirkung der Ausschüsse unwiederruflich entschieden habe. Der Staat werde den Bau nicht selbst übernehmen, die Versammlung habe kein Recht zu besonderen Petitionen.

Die Gegner der Regierung hatten gute Gründe, weshalb sie den Bau der Eisenbahnen durch die Regierung selbst wollten. Für einen solchen waren die Gelder nicht vorhanden. Die Regierung hätte eine Anleihe machen und zu diesem Zweck nach dem Gesetz vom 17. Januar 1820 die Reichsstände berufen müssen. Gerade aus dieser Ursache befürwortete die Opposition den Staatsbau und aus derselben Ursache wollte ihn die Regierung vermieden wissen.

Als die Opposition erkannte, daß sie nach den Erklärungen des Ministers keine Aussicht habe durchzudringen, stellte sie ihrerseits die Behauptung auf, daß eine Zinsengarantie ihrem Wesen nach einer neuen Anleihe gleich komme, denn sie belaste wie diese den Staat und erfordere daher ebenfalls nach dem Gesetz vom 17. Januar 1820 die Genehmigung der Reichsstände.

Es gab heftige und aufgeregte Verhandlungen, bei denen mehrere Mitglieder einen vollständigen Nachweis über den Staatshaushaltsetat forderten und dadurch den Minister zu der Erklärung veranlaßten, daß er hierzu nicht ermächtigt sei.

Ein praktisches Resultat hatten diese Debatten nicht, denn die gehorsame Majorität beschloß ganz dem Willen der Regierung gemäß, aber sie zeigten doch, daß selbst in den aristokratischen ständischen Ausschüssen der Oppositionsgeist erwacht war.

Durchgesetzt hatte die Opposition nichts. Die Majorität war höchst unterthänig gehorsam gewesen und der König hatte daher volle Veranlassung, den Abgeordneten seine Zufriedenheit damit auszusprechen, daß sie „keine Repräsentanten des Windes, der Meinung und der Tageslehren" gewesen seien. — Es war deshalb auch kaum zu hoffen, daß die Provinzial-Landtage, welche sich im Jahre 1843 wieder versammeln sollten, größere Resultate haben würden.

Trotzdem war die Regsamkeit im Volke groß. Im ganzen Lande wurden Petitionen an die Landtage vorbereitet, in welchen diese gebeten wurden, Anträge auf Gewährung der vorzüglichsten Volkswünsche bei der Regierung zu stellen.

Hoffnung auf Erfüllung ihrer Bitten hatten die Petenten nicht, aber es war doch schon etwas werth, daß jetzt derartige Wünsche frei und öffentlich ausgesprochen werden konnten. Bedeutungsvoll erschien es, daß die Petitionen nicht nur von Privaten ausgingen, sondern daß in mehreren großen Städten die städtischen Behörden an die Spitze der Bewegung traten, daß die Stadtverordneten-Versammlungen von Königsberg, Breslau, Posen, Elbing und anderen Städten unter den Petenten waren.

Die Volkswünsche, wie sie sich in den Petitionen kundgaben, richteten sich in jenen Tagen vor-

zugsweise auf den Erlaß eines die Preßfreiheit sichernden Preßgesetzes, auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in der Rechtspflege, auf Oeffentlichkeit bei den Sitzungen der Landtage und der Stadtverordneten-Versammlungen, auf Erweiterung der Wählbarkeit zum Landtage. Die städtischen Petitionen wollten eine vergrößerte Vertretung der Städte und mehrfach wurde in denselben erklärt, daß in der gegenwärtigen Landtagsverfassung in keiner Weise, auch nicht durch die vereinigten ständischen Ausschüsse, das Gesetz vom 22. Mai 1815 seine Erfüllung gefunden habe.

Am 5. März 1843 traten die Landtage zusammen, der rheinische erst am 14. Mai. Es zeigte sich bald, daß in den letzten zwei Jahren der Fortschritt der politischen Bewegung auch die Landtags-Deputirten mehr oder weniger ergriffen hatte.

Daß die pommerschen und brandenburgischen*) Junker von allen Forderungen des Volkes nichts wissen wollten, daß sie ihr Ohr völlig für die allgemein laut gewordenen Wünsche verschlossen, war selbstverständlich, auch der schlesische und westphälische Landtag zeigte sich nicht freisinniger, der sächsische blieb ebenfalls sehr zahm, aber er sprach sich doch wenigstens für die Oeffentlichkeit der Gemeinde-Versammlungen aus.

Von Bedeutung waren dagegen die Verhandlungen des posenschen, preußischen und rheinischen Landtags, welche zeigten, daß doch schon ein großer Theil des Adels ergriffen war von dem oppositionellen Zeitgeiste.

Der posensche Landtag wendete sich bald nach seiner Eröffnung mit einer Adresse an den König. Er sprach sich in derselben aus für die Erhaltung der polnischen Nationalität, für die Freiheit der Presse, welche durch die neueste Censur-Instruktion, die den schmerzlichsten Eindruck gemacht habe, nur auf's Neue beschränkt worden sei, und endlich für die Verfassung. Die Wirkung der vereinigten Ausschüsse könne nur dann zu voller Bedeutung gelangen, wenn mit diesen Ausschüssen auch diejenigen Institutionen in's Leben träten, welche durch die Königliche Verordnung vom 22. Mai 1815 verheißen worden seien.

Der König antwortete so ungnädig als möglich. Er würde, so sagte er, die Adresse unbeantwortet haben zurückgehen lassen, wenn er nicht hätte jeden Zweifel darüber beseitigen wollen, daß er die in der Adresse ausgesprochenen Gesinnungen und Anträge im hohen Grade mißbillige.

Von großer Wichtigkeit in diesem Königlichen Antwortschreiben war diejenige Stelle, welche sich auf die weitere Ausbildung der ständischen Verfassung bezog. Sie lautete wörtlich:

„Die übereilte Beurtheilung der Wirksamkeit der ständischen Ausschüsse ist nicht geeignet, einen Einfluß auf Unsere wohlerwogene Absicht bei Gründung dieses Instituts zu üben. Wir wollen in Gnade die Aeußerungen nicht näher erörtern, welche auf ein Gebiet übergreifen, das Unserer Erwägung und Entschließung vorbehalten bleiben muß, noch die unangemessene Berufung auf eine Verordnung (vom 22. Mai 1815), welche, wie Wir dies bereits in dem Landtags-Abschiede für das Königreich Preußen vom 9. September 1840 ausdrücklich erklärt haben, **völlig unverbindlich für Uns** ist, da schon Unsers in Gott ruhenden Herrn Vaters Majestät, von denen dieselbe ausgegangen, ihre Ausführung mit dem Wohle Ihres Volkes nicht vereinbar fanden und das Gesetz vom 5. Juni 1823 an ihre Stelle treten ließen."

Der Eindruck, welchen das Königliche Wort, die Erklärung Friedrich Wilhelm IV. betrachte die Verheißungen der Verordnung vom 22. Mai 1815 als völlig unverbindlich für sich, auf das preußische Volk machte, ist kaum zu beschreiben. Selbst das Verbot, diese Verordnung wieder abzudrucken, hatte so niederschlagend nicht gewirkt. Die Verbindlichkeit jenes Königlichen Versprechens war ja bisher noch nicht in Zweifel gezogen worden, nur die Art und Zeit seiner Ausführung, jetzt aber wurde das Versprechen selbst vom Könige verleugnet. Welche Hoffnungen konnten da wohl noch dem Volke für die Erfüllung seiner konstitutionellen Wünsche bleiben?

Die Landstände der Provinzen Posen, Preußen und Rheinland ließen sich trotzdem nicht entmuthigen. Sie beriethen über die eingegangenen Petitionen, als ob der ungnädige Königliche Bescheid niemals erlassen worden wäre, sie faßten Beschlüsse, welche ganz den Wünschen des Volkes entsprachen und vorzugsweise zeichnete sich der preußische Landtag aus, der jetzt wieder ganz die Stellung einnahm, die er sich in der Volksmeinung als Huldigungs-Landtag dereinst erworben hatte.

Einen praktischen Erfolg hatte diese Thätigkeit nicht, denn als am 30. Dezember 1843 die Landtagsabschiede publizirt wurden, zeigte sich das erwartete Resultat: Der König lehnte jeden Antrag, der eine allgemeine politische Bedeutung hatte, mit zum Theil recht ungnädigen Worten ab, bezüglich der Anträge auf Preßfreiheit entgegnete der König z. B. dem preußischen Landtage, daß, wenn freche und boshafte oder auf Untergrabung der göttlichen oder menschlichen Gesetze gerichtete Tendenzen sich durch die bestehenden Verordnungen beengt oder belästigt fühlten, dies vollkommen der Absicht des Königs entspreche.

Wir sind in der vorstehenden Darstellung weder näher eingegangen auf die Landtagsverhandlungen noch auf die Petitionen, welche von allen Seiten den Landtagen bei ihrem Zusammentritt überreicht worden waren. Nur einen Punkt derselben müssen wir hier zum Schlusse des Kapitels näher berühren

*) Der brandenburgische Landtag übertraf selbst die kühnsten auf ihn gesetzten Erwartungen der Reaktion. Er erklärte sich nicht nur gegen alle freisinnigen Petitionen, sondern sogar für die Anwendung körperlicher Züchtigung auch bei Frauen.

weil er auch für unsere Stadt von spezieller Wichtigkeit war.

Die Städte-Ordnung vom Jahre 1808 hatte in den meisten Städten des Landes nicht diejenige Frucht getragen, welche von der Selbstregierung der Bürger zu erwarten gewesen war. Es herrschte im Großen und Ganzen unter der Bürgerschaft noch immer ein bedauerlicher Mangel an Interesse für die städtischen Angelegenheiten. Die Städter ließen sich, nachdem die Städte-Ordnung überall eingeführt worden war, von den Magistraten und Stadtverordneten-Versammlungen regieren wie früher von den Königlichen Behörden, ohne sich viel darum zu kümmern, daß sie selbst bei dieser Regierung ein Wort mitzureden hatten. Die städtischen Aemter wurden meistens nicht als Ehrenämter betrachtet, die Uebernahme derselben galt fast allgemein als eine drückende schwer zu erfüllende Pflicht, der sich gerade die Gebildeten und Wohlhabenden, wo sie nur irgend konnten, zu entziehen suchten. Die Wahlen zu den Stadtverordneten-Versammlungen gingen vorüber, ohne daß sich für dieselben in der Bürgerschaft das geringste Interesse gezeigt hätte. Man fand gerade in großen Städten oft kaum die hinreichende Anzahl von Kandidaten, ja es kostete Mühe, nur einigermaßen befähigte Männer zu überreden, daß sie der Stadt ihre Dienste als Stadtverordnete widmeten. Von einer Bewerbung um ein städtisches Ehrenamt war fast niemals die Rede.

Die Frage, woher die seltsame Theilnahmlosigkeit der Bürger an der Selbstverwaltung, die doch so wichtig für sie war, komme, hatte schon oft in den größeren Städten die Kommunalbehörden beschäftigt. Von denkenden, mit den Verhältnissen genau bekannten Männern wurde sie dahin beantwortet: die Bürger könnten ein Interesse für die Verhandlungen ihrer Vertreter nicht gewinnen, so lange es ihnen unmöglich sei, irgend einen Einblick in die Verwaltung der Stadt zu thun, so lange nach den Bestimmungen der Städte-Ordnung alle Berathungen der Stadtverordneten sich der allgemeinen Kenntnißnahme entzögen. Welches Interesse könne die Wahl bei den Bürgern erregen, wenn sie nach derselben sich niemals zu überzeugen vermöchten, ob die Gewählten ihr Mandat verständig und pflichttreu erfüllten. Als einziges Mitlel, die allgemeine Theilnahmlosigkeit zu besiegen und ein regeres Interesse in die Selbstverwaltung der Städte zu bringen, wurde die Oeffentlichkeit der Stadtverordneten Versammlungen gerade von den eifrigsten und intelligentesten Anhängern der Städte-Ordnung vom Jahre 1808 anerkannt.

Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen! Das war im Beginn der vierziger Jahre eine allgemein gehörte Forderung. Eine Reihe von Stadtverordneten-Versammlungen gab derselben in Petitionen an die Provinzial-Landtage des Jahres 1843 Worte. Solche Petitionen wurden von Königsberg, Breslau, Magdeburg, Halle, Tilsit, Elbing, Potsdam und andern Städten eingereicht.

Auch in Berlin hatte sich der Ruf nach Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlung erhoben. In der Vossischen Zeitung forderte der Rentier D. A. Benda, ein sehr geachteter und bekannter Mann, die Bürger auf, nur solche Männer zu Stadtverordneten zu wählen, welche für die Oeffentlichkeit stimmen würden und diese Aufforderung wurde in der Vossischen Zeitung gedruckt, obgleich sie Anfangs der Censor gestrichen hatte, da das Censurgericht den Druck erlaubte.

Alle freisinnigen Zeitungen erhoben sich für die Oeffentlichkeit, vor Allen andern auch das einflußreichste Organ des eigentlichen Bürgerthums: die Vossische Zeitung.

Die Berliner Bürger erwarteten, ihre Vertreter würden, gleich denen anderer größerer Städte, sich mit einer Petition um Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen an den brandenburgischen Provinzial-Landtag wenden. Sie erwarteten dies, obwohl sie wußten, daß ein solcher Schritt ganz fruchtlos sein würde, denn von den märkischen Junkern war keine Erfüllung irgend eines freisinnigen Gesetzes zu hoffen. Aber bedeutungsvoll wäre es trotzdem gewesen, wenn die städtischen Behörden der Haupt- und Residenzstadt, ohne sich um die augenblickliche Erfolglosigkeit zu bekümmern, dem Beispiele Königsbergs, Breslaus und selbst Potsdams gefolgt wären.

Die Stadtverordneten Berlins thaten dies nicht, aber ganz unthätig in dieser wichtigen Frage waren sie dennoch nicht.

Schon unmittelbar nach dem Erlaß der Städte-Ordnung hatte sich die Nothwendigkeit, über die Verhandlungen der Stadtverordneten etwas zu hören, im Publikum geltend gemacht. Der Herausgeber des Berliner Wochenblattes, der Professor Wadzeck, wendete sich deshalb im Mai 1809 an die Stadtverordneten und bat sie um die Mittheilung ihrer Beschlüsse, damit er sie in seinem Blatte veröffentlichen könne. Damals aber erschien selbst die geringste Oeffentlichkeit der Verhandlungen einer Behörde als etwas ganz Ungeheuerliches. Die Stadtverordneten faßten daher den Beschluß, dem Professor Wadzeck zu antworten, sie könnten es eben so wenig nützlich als nöthig finden, alle und jede Beschlüsse dem Publikum mitzutheilen. Sollte der Fall eintreten, daß solche Beschlüsse gefaßt würden, deren Bekanntmachung durch des Herrn Wadzeck's Blatt von Nutzen sein könnte, so würde man ihm solche mittheilen.

Trotz dieses abweisenden Beschlusses fühlten doch die Stadtverordneten, daß sie sich nicht fortwährend mit einem ihrer Stellung zur Bürgerschaft nicht angemessenen Geheimniß umgeben durften; sie erließen daher von Zeit zu Zeit Berichte über ihre Wirksamkeit.

Jahre vergingen, ehe etwas Weiteres von ihnen gefordert wurde, bis im Jahre 1822 der Stadtverordnete Junge mit dem Antrage an die

Versammlung kam, sie möge höheren Orts um die Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen petitioniren. Er fand keine Erhörung. Die Beschlußnahme über diesen Antrag wurde von 6 Monaten zu 6 Monaten vertagt und endlich ganz ausgesetzt. Auch als im Jahre 1826 ein neuer Antrag an die Versammlung kam, sie möge ein Kommunal-Wochenblatt herausgeben, fand dieser keine Zustimmung.

Erst im Jahre 1842 regte sich auch in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung jener Geist des Fortschritts, der sich schon längst in Königsberg und Breslau bei den städtischen Behörden glänzend gezeigt hatte. Der Stadtverordnete Bernard erwarb sich das Verdienst, zuerst in Berlin den Anstoß zu einer neuen Bewegung zu geben. Er veranlaßte die Stadtverordneten, eine Deputation mit dem Auftrage zu ernennen, daß dieselbe darüber berathe, in welcher Art eine größere Theilnahme der Bürgerschaft an den kommunalen Angelegenheiten der Stadt herbeigeführt werden könne und ob dies vielleicht durch eine Oeffentlichkeit der Berathungen der Stadtverordneten zu erreichen sein dürfte.

Die Kommission von 24 Mitglieder trat zusammen. Sie erörterte den Gegenstand auf das Eingehendste; jedes Mitglied entwickelte seine Ansichten für und gegen. Alle nur erdenklichen Gründe der Freunde wie der Feinde der Oeffentlichkeit wurden redlich protokollirt, mehrere Mitglieder hatten weitläufige schriftliche Gutachten abgegeben, welche den Protokollen ebenfalls einverleibt wurden. Diese Verhandlungen bilden für die Geschichte jener Zeit ein höchst werthvolles Material und zum Glück sind sie uns erhalten worden, nicht nur in den Akten, sondern auch in einer Druckschrift, die allerdings nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war, aber doch in viele Hände gekommen ist.*)

Die Gründe, welche die Freunde der Oeffentlichkeit für ihre Ansicht anführten, näher zu erörtern, dürfte hier überflüssig sein; sie sind jetzt so allgemein anerkannt, daß es wohl Niemandem mehr einfallen wird, nach Gründen für die Oeffentlichkeit, welche als selbstverständlich betrachtet wird, zu fragen. Um so interessanter aber ist es, die Gründe der Gegner zu betrachten, welche uns zum Theil ein recht anschauliches und amüsantes Bild von der alten Stadtverordneten-Versammlung geben.

Hören wir einige Sätze aus den gedruckten Gutachten einiger damaliger Stadtverordneten.

*) Um die wichtigen Verhandlungen allen Stadtverordneten zugänglich zu machen und diese zu befähigen, ein recht reifes Urtheil abzugeben, beschloß die Stadtverordneten-Versammlung, sie als Manuskript drucken und an ihre Mitglieder vertheilen zu lassen. Eins der Exemplare dieser Druckschrift, von denen noch mehrere erhalten worden sind, liegt dem Verfasser dieses Werkes vor.

Ein Mitglied der Kommission äußerte sich folgendermaßen:*)

„Der Stadtverordnete hat nur folgende Instruktion:

§ 110. Das Gesetz und ihre Wahl sind ihre Vollmacht; ihre Ueberzeugung und ihre Ansicht vom gemeinen Besten der Stadt ihre Instruktion, ihr Gewissen aber die Behörde, der sie deshalb Rechenschaft zu geben haben.

Nur denen, zu welchen durch ihre Wahl ihre Mitbürger ein solches Vertrauen ausgesprochen haben, daß sie ihnen diese, in der ganzen Welt nicht wieder für einen Deputirten vorkommende, Vollmacht übergeben, will der Gesetzgeber gestatten, das Wohl ihrer Mitbürger zu berathen; fern sollen sie sein vom Getümmel der Leidenschaft, unter sich, unbeobachtet. Bei den Stadtverordneten ist nicht von einer zweiten Kammer die Rede, die ihre Beschlüsse umstoßen kann; so lange uns Niemand eine Gesetzwidrigkeit nachzuweisen vermag, ist unser Beschluß bindend für alle Stadteinwohner ohne Appellation und ohne Remedur. Daher sollen wir, wir allein, ohne Zeugen berathen und beschließen, ohne daß ein fremder Einfluß sich einmenge, der nicht berechtigt, mit dem Vertrauen nicht beehrt worden, das uns umgiebt. — Wäre dies noch bei der Oeffentlichkeit der Fall? Würden nicht viele Fragen sofort der Gegenstand der Diskussionen in den öffentlichen Blättern werden? Würde durch diese nicht ein Einfluß ausgeübt, der nicht durch das Vertrauen der Bürgerschaft berechtigt ist? Würden Einschüchterungen ausbleiben und wäre das Resultat unserer Berathung nur unser und nur unsere Ueberzeugung? —

Wer unter uns würde nun den Muth haben, bei geöffneten Thüren sich tadelnd über einen Mann auszusprechen auf die Gefahr hin, ihm unten auf der Treppe oder am Abend irgendwo zu begegnen, und Rechenschaft über sein Votum handgreiflich geben zu müssen. Wer über Umtriebe, oder Unredlichkeiten einer Corporation, die ihn den andern Tag vor den Richter schleppen würde, wo ihm die nöthigen Beweise fehlen, deren er hier, wo wir uns gegenseitig, kraft unserer Vollmacht, Vertrauen schuldig sind, nicht bedarf? Wo bliebe die Freiheit der Debatte, die Freimüthigkeit in der Aeußerung? — Aber angenommen, einzelne hätten den Muth auf die Gefahr hin, wie würde es mit den übrigen Collegen werden, deren Meinung uns so ehrenwerth wie irgend eine andere ist, die uns gern und willig mit ihrer Erfahrung unterstützen, die sich aber nicht mehr dazu berufen fühlen würden, ihrer Familie Wohl und Wehe auf's Spiel zu setzen, um dem Allgemeinen einen zweifelhaften Dienst

*) Wir haben bei diesem wie bei den folgenden Gutachten nur einige der bemerkenswerthesten Sätze hier aufnehmen können, da der Wiederabdruck der gesammten Gutachten einen zu großen Raum beanspruchen und auch kaum interessant sein würde.

zu leisten? Jetzt hat es nämlich nichts zu sagen, wenn sie überstimmt werden; ganz anders aber würde es einer Minorität gehen, welche im allgemeinen Interesse Privat-Interessen verletzt hätte. Bedenken wir wohl, meine Herren, daß eine Menge von uns vom Publico leben und mithin gute Gründe haben, es zu schonen. Wo bleibt mithin, wenn wir die gemeinte Oeffentlichkeit verlangen, der Werth unserer Unabhängigkeit? — —

Ich glaube, daß wir, um unserer Vollmacht uns wahrhaft würdig zu bezeugen, um uns des hohen in uns gesetzten Vertrauens ferner theilhaftig zu machen, — daß wir, sage ich, die Oeffentlichkeit in dem gewünschten Sinne werden verweigern müssen. Wir zerreißen die freisinnige Städte-Ordnung von 1808, wir handeln ganz gegen ihren Geist, wenn wir es nicht thun. — — — Die Repräsentanten der Hauptstadt Preußens werden den Muth haben, der sogenannten, doch keineswegs wahren öffentlichen Meinung, d. h. der der Zeitungs-Correspondenten mit der Städte-Ordnung von 1808 in der Hand, entgegen zu treten, und durch den Beschluß bei derselben unverändert und ungeschmälert stehen zu bleiben, die wahre Freiheit der preußischen Kommunal-Verfassung aufrecht zu erhalten. — — — Berlin ist nicht in der Aufklärung zurück, denn es hat mehrfach die Oeffentlichkeit berathen und verworfen, und wird es am deutlichsten jetzt Europa dadurch beweisen, daß es unwandelbar an seiner Städte-Ordnung von 1808 festhält, die, ich wiederhole es nach meiner durchdrungensten Ueberzeugung, mit Ihrem Beschluß, meine Herren, ohne Widerrede steht oder fällt."

Ein anderes Mitglied sagte:

„Man hat den Grundsatz aufgestellt, daß bei Oeffentlichkeit der Sitzungen die Wähler Gelegenheit haben würden, ihre gewählten Stadtverordneten näher kennen zu lernen und dadurch über ihre Tüchtigkeit zu urtheilen. — Nun bedenke man aber, wie wenigen von unsern Herren Kollegen die Gabe der Rede so zu Theil geworden ist, um vor einem großen Auditorio aus dem Stegreif bündig zu sprechen. — Schon jetzt muß man es als eine Begünstigung ansehen, wenn man einmal zu Worte kommen kann, da mehrere unserer Herren Kollegen gern gleich sprechen, ohne abzuwarten, ob vielleicht ein anderer das Wort nehmen möchte? — Wie mancher unserer geehrten Kollegen hat gesunden Menschenverstand, hinlängliche Kenntnisse, um über einen vorgetragenen Gegenstand richtig urtheilen zu können, allein er kommt nicht zu Worte, weil ein Anderer schon mit Ungeduld darauf wartet, ihm zuvor zu kommen. — — — Wären nun die Sitzungen öffentlich, und der Grundsatz sollte gelten, nur die Sprecher sind zu Stadtverordneten befähigt, so würden nur wenige darauf rechnen können, einmal wieder gewählt zu werden, und ich wage zu behaupten, daß auch ruhige Gemüther eine recht gesunde Ansicht haben können und sehr wohl befähigt sind, über das Kommunalwesen zu berathen. — — — Wozu führt die beabsichtigte Neuerung und welchen Nutzen hat sie? — Vorerst wird sie die Eitelkeit einzelner Mitglieder rege machen, sich durch Reden auszuzeichnen und dadurch sich den Beifall der Menge zu erwerben, ob aber zum Vortheil der Sache? — wer vermag dies vorauszubestimmen? Dann aber wird es andere abschrecken, ihre Meinung laut zu äußern, denn es ist wahrlich ein großer Unterschied, vor einem kleinen Kreise ihm bekannter Männer und Kollegen zu sprechen, als vor einem großen unbekannten Auditorio. — — —

Ueberdies werden wir einräumen müssen, daß unsere Sitzungen nur selten recht interessante Gegenstände zur Sprache bringen, und schon deshalb eine rege Theilnahme für die Zuhörer nicht erweckt werden kann, man wird selten Personen finden, die fleißig, noch weniger aber dergleichen, welche regelmäßig die Sitzungen besuchen, es müßten denn Zeitungsschreiber sein, welche Stoff sammeln möchten, um über Personen und Sachen öffentlich Meinungen auszusprechen, und dadurch oft aus Unkunde des Vorhergegangenen falsche Angaben gedruckt werden können. — Wollen wir uns denn etwa darauf einlassen, dergleichen in den öffentlichen Blättern zu widerlegen und einen Federkrieg beginnen? — Wohl nur Wenigen von uns möchte dazu die Zeit vergönnt sein! — — — Ein wesentlicher Vortheil würde bei der Oeffentlichkeit der Sitzungen dadurch herbeigeführt werden, daß dann wohl nur selten mehrere Redner zu gleicher Zeit sprechen würden, welches jetzt leider nur zu oft geschieht und selbst bei freundlichen und ernsten Ermahnungen Seitens des Herrn Vorstehers, dessen Amt dadurch sehr erschwert wird, nicht unterbleibt; allein ich sollte glauben, auch diesem Uebelstande könnte ohne Oeffentlichkeit abgeholfen werden, wenn jeder einzelne Stadtverordnete nur den ernsten Vorsatz fassen wollte, die Lokal-Statuten, welche wir uns selbst gegeben haben, aufrecht zu erhalten, wozu besonders gehört, daß Jeder seinen Platz während der Sitzung behalte, nur Einer nach dem Andern spreche und zwar nach der bestimmten Reihenfolge ihrer Sitze; dadurch würde vermieden werden, daß Einzelne stets und Andere nie das Wort führen."

Entrollt sich durch diese naive Darstellung eines Stadtverordneten uns nicht ein recht anschauliches Bild der Bürgervertretung jener Tage? Wir sehen jene Ungeduldigen vor uns, welche nicht warten können, bis sie das Wort erhalten; auch jene Geduldigen, die in ihrer Lammfrommheit stets warten und warten, aber nie dazu kommen, zu sprechen, sondern sich stets nur mit dem Händeaufheben begnügen müssen. Wir hören das Gewirr der Redner, die zu gleicher Zeit sprechen, und sich weder durch freundliche noch durch ernste Ermahnungen des Vorstehers aufhalten lassen, wir hören die Unruhe, welche durch die plaudernden umherstehenden und gehenden Stadtverordneten erzeugt wird.

Solche Frucht hatte der Ausschluß der Oeffentlichkeit erzeugt. Die Stadtverordneten fühlten sich

in ihrer abgeschlossenen Heimlichkeit so harmlos gemüthlich, daß sie sich um parlamentarische Gesetze gar nicht mehr kümmerten. Höchst naiv erscheint auch der Verbesserungsvorschlag, daß nur Einer nach dem Andern spreche und zwar nicht etwa nach der Reihenfolge der Meldung zum Worte oder nach dem für oder gegen, sondern nach der zufälligen Reihenfolge der Sitze.

Lesen wir heut die Gutachten jener Stadtverordneten, die sich damals gegen die Oeffentlichkeit aussprachen, die Warnungsrufe, die Anschuldigungen gegen die doch in damaliger Zeit so unendlich zahme Presse, und bedenken wir, daß die Männer, welche so sprachen, noch keineswegs der eigentlichen Reaktionspartei angehörten, sondern zum großen Theil recht wohlmeinende und in ihrer Art freisinnige Bürger waren, dann bietet sich uns für die Beurtheilung des geistigen Fortschritts, den unsere Stadt seit jener Zeit-Epoche gemacht hat, die glänzendste Vergleichung dar. —

In der Kommission gewann die Ansicht, daß eine Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen durch Zulassung von Zuhörern auf die Tribünen nicht rathsam sei, die Majorität und dahin richtete sich ihr Antrag, der aber bei der Stadtverordneten-Versammlung selbst keine Annahme fand.

Allerdings beschloß die Versammlung in einer außerordentlichen Sitzung am 7. Februar 1843, eine unbedingte Oeffentlichkeit nicht in Antrag zu bringen, dagegen entschied sie sich in der Sitzung vom 14. Februar für eine bedingte Oeffentlichkeit, für die Zulassung der stimmfähigen Bürger als Zuhörer, und ersuchte den Magistrat, die erforderlichen Schritte bei der Königlichen Regierung zu thun.

Dem Magistrat erschien auch diese beschränkte Oeffentlichkeit bedenklich, er forderte, ehe er der Regierung den Wunsch der Stadtverordneten-Versammlung übermittele, zuerst eine Darlegung der Gründe für denselben. Diese Forderung führte zu Verhandlungen zwischen den städtischen Behörden, dieselben aber führten zu keinem Resultat, denn die Stadtverordneten-Versammlung ließ durch Beschluß vom 1sten Februar 1844 auf Antrag des Magistrats ihren früher gefaßten Beschluß fallen, nachdem durch eine Regierungsverfügung vom 13. September 1843 der ganzen auf Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlung hingerichteten Bewegung dadurch die Spitze abgebrochen worden war, daß die Regierung selbst den Magistrat aufforderte, für die Veröffentlichung der Beschlüsse der Stadtverordneten, für die regelmäßige Publikation von Jahresverwaltungsberichten u. s. w. zu sorgen, damit die Bürgerschaft mit dem Gange der Kommunalverwaltung möglichst bekannt werde.

Von einer Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen, von Zulassung der stimmfähigen Bürger oder anderer Zuhörer auf die Tribünen war in dieser Verfügung nicht die Rede, daß eine solche überhaupt nicht in den Absichten der Regierung liege, erwiesen die Landtagsabschiede, in welchen ausdrücklich erklärt wurde, daß die Veränderung der städtischen Verfassung, welche aus der Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen hervorgehen würde, nicht genehmigt werden könne. Da die städtischen Behörden sich bei der Regierungsverfügung beruhigten, so fanden die Verhandlungen über die Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Sitzungen in Berlin vorläufig ihren Abschluß.

Elftes Kapitel.

Versuchter Königsmord. — Glückliche Rettung des Königs. — Verhaftung des Verbrechers. — Uebertriebene Gerüchte. — Adresse der städtischen Behörden an den König. — Patriotische Demonstration der Berliner. — Buchhändlerspekulationen. — Der Berliner Volkswitz. — Attentatspoesie. — Der Bürgermeister Tschech. — Tschech's früheres Leben. — Tschech in Storkow. — Tschech's Aberglaube. — Tschech's Verarmung. — Seine Uebersiedelung nach Berlin. — Vergebliche Versuche, um Anstellung zu erhalten. — Tschech's Vorbereitungen zum Attentat. — Die Reise des Königs.

Am Morgen des 26. Juli 1844 wollte König Friedrich Wilhelm IV. eine Reise nach Erdmannsdorf und von dort nach dem Bade Ischl antreten. Der Tag der Abreise war dem Volke bekannt geworden und wie es zu geschehen pflegt, wenn die Berliner Tag und Stunde der Abreise Sr. Majestät vorher genau kennen, so hatte sich an jenem Morgen schon in aller Frühe eine schaulustige Menge im Schloßhofe versammelt, um den König und die Königin zu sehen.

Unter den Zuschauern befand sich ein ältlicher Mann, der den Nebenstehenden dadurch auffiel, daß er trotz des warmen Sommertages einen weiten großen Mantel trug. Er ging unruhig im Schloßhofe auf und nieder. Mehrmals versuchte er es, sich durch die Menschenmenge so nah wie möglich nach der Stelle zu drängen, wo der königliche, bereits zur Abreise bepackte und angespannte Wagen stand. Obgleich er verschiedene Male von den Wache habenden Krongardisten fortgewiesen wurde, kehrte er doch stets wieder zur selben Stelle zurück.

Gegen 8 Uhr erschienen der König und die Königin. Die Königin kam zuerst vom Schloß herab. In dem Augenblick, als sie in den Wagen steigen wollte, drängte sich eine schwarz gekleidete, bleiche Frau an sie heran und übergab ihr mit flehender Geberde eine Schrift. Die Königin eröffnete diese sogleich, dann nahm der König, welcher seiner Gemahlin folgte, dieser das Papier ab und übergab es einem der Laquaien.

Nachdem die Königin in den Wagen gestiegen war, folgte ihr der König, der eines der Fenster herabließ. Der Wagen setzte sich eben in Be-

wegung, da trat plötzlich jener ältliche Mann an das Wagenfenster, er warf den Mantel zurück, mit einer Doppelpistole zielte er auf den König. Zwei Schüsse fielen unmittelbar nach einander.

Der erste Schuß hatte den König getroffen, die Kugel war durch die zufälliger Weise mehrfach übereinander liegenden Falten des Mantels, sowie durch den Ueberrock gedrungen, dadurch aber in ihrer Kraft geschwächt worden, so daß sie nur eine leichte Quetschung auf der Brust verursacht hatte. Die zweite Kugel war dicht über dem Haupte der Königin fort in das Holzgestell des Wagens geschlagen; wie es später hieß, hatte sie das Unterfutter des Hutes der Königin zerrissen.

Die unerhörte That erfüllte für einen Augenblick das umstehende Volk und die Wachen mit solchem Schrecken, daß alle starr standen, daß selbst der Krongardist und die Wachen nicht wußten, was sie thun sollten. Im nächsten Augenblick aber schon stürzten sich Alle auf den Verbrecher, er wurde umringt, zu Boden gerissen und nach der Schloßwache geschleppt. Nur mit Mühe gelang es einigen ruhigen Männern, ihn vor den äußersten Mißhandlungen zu schützen.

Der König, der sich schnell von dem Schrecken erholt hatte, befahl dem Kutscher zuzufahren, die Equipage rollte aus dem Schloßhof heraus. Vor dem Schloß befahl jedoch der König zu halten, er fühlte, daß er unverletzt sei und wünschte, daß dies noch vor seiner Abreise das Volk von Berlin erfahren solle. Deshalb stand er im Wagen auf; mit großer Freundlichkeit begrüßte er das Volk, welches sich schnell versammelt hatte.

Nur ein Theil der Umstehenden hatte sich auf den Verbrecher geworfen, die Anderen waren dem fortfahrenden Wagen nachgeeilt, um sich von den Folgen der That zu überzeugen.

Friedrich Wilhelm IV. schlug den Mantel zurück. „Es ist ein dummer Spaß", rief er, „ich bin nicht verwundet!" Er sprach aus, daß wahrscheinlich das Pistol gar nicht scharf geladen gewesen sei, und erkundigte sich nach dem Thäter, über welchen natürlich Niemand Auskunft geben konnte.

Nachdem der König auf diese Weise das Publikum beruhigt hatte, gab er den Befehl zum Weiterfahren und schnell rollte der Wagen von dannen. Friedrich Wilhelm trat seine Reise an.

Die Nachricht von dem Attentat verbreitete sich in wenigen Stunden über die ganze Stadt hin bis in die entlegensten Straßen, und wie es nicht anders sein konnte, mit vielen Uebertreibungen. Man erzählte, der König sei schwer getroffen; nur mit Aufbietung seiner letzten Kraft habe er, um das Volk zu beruhigen, sich diesem im Wagen gezeigt, dann sei er bewußtlos zusammen gesunken; jetzt liege er zum Tode verwundet im Schlosse Schönhausen, dorthin habe man ihn auf einem Umwege gebracht, jeden Augenblick könne man seinen letzten Athemzug erwarten.

Um der Verbreitung falscher Gerüchte vorzubeugen, erließ das Staats-Ministerium noch an demselben Tage eine Proklamation, welche an die Straßenecken angeheftet wurde. Sie lautete:

„Ihre Majestäten der König und die Königin wollten heute früh um 8 Uhr eine Reise zuerst nach Erdmannsdorf in Schlesien und weiter nach dem Bade Ischl antreten. Der Reisewagen war in dem Schloßportal vorgefahren und nahm zuerst Ihre Majestät die Königin, nachdem sie die Bittschrift einer Ihrer harrenden Frau abgenommen hatte, Ihren Platz ein; Se. Majestät der König folgten; in dem Augenblicke, wo Allerhöchstdieselben sich niedersetzten und der Lakai sich bückte, um den Wagenschlag zu schließen, trat ein Mann aus der umstehenden Menge dicht an den Wagen und feuerte ein Doppelpistol in zwei schnell auf einander folgenden Schüssen auf den Wagen ab, der in demselben Augenblick abfuhr.

Noch auf dem Schloßplatz ließen Se. Majestät den Wagen halten, zeigten dem in ängstlicher Spannung herandrängenden Volke durch Zurückschlagen des Mantels, daß Sie unverletzt seien, dankten für die sich kundgebende Theilnahme, ließen dann den Wagen weiter fahren und setzten die Reise auf der Frankfurter Eisenbahn fort. Erst auf dem Bahnhofe fand man, bei näherer Besichtigung des Wagens, daß wirklich beide Kugeln in das Innere desselben gedrungen waren, und es daher als eine besondere Gnade der Vorsehung angesehen werden darf, daß die hohen Reisenden unversehrt geblieben sind.

Der Verbrecher wurde auf frischer That ergriffen und mit Mühe vor der Volkswuth gesichert, der Wache abgeliefert, demnächst zum Kriminalgefängniß abgeführt. Daselbst gab er sich als der vormalige Bürgermeister Tschech an und wurde als solcher anerkannt. Derselbe ist 56 Jahre alt, war früher Kaufmann, demnächst mehrere Jahre Bürgermeister zu Storkow in der Kurmark und nahm im Jahre 1841, nach einer sehr tadelnswerthen Dienstführung, seinen Abschied. Seitdem hielt er sich größtentheils in Berlin auf und suchte bei den Behörden Anstellung im Staatsdienste nach, die ihm aber, da er aller Ansprüche entbehrte, nicht zu Theil werden konnte; auch von des Königs Majestät wurde er mit dem gleichen Gesuch im vorigen Jahre zurückgewiesen. Er war als ein sehr heftiger, im hohen Grade leidenschaftlicher Mann bekannt.

Bei seiner ersten polizeilichen Vernehmung hat er sich zu dem Attentate unbedingt bekannt, und als den Grund der Frevelthat die Absicht angegeben, sich wegen der ungerechten Zurückweisung seiner Anstellungsgesuche zu rächen, zugleich aber ausdrücklich versichert, daß er das Verbrechen aus eigenem, freien Antriebe begangen und Niemand seine Absicht mitgetheilt habe. Die Kriminaluntersuchung ist sofort eingeleitet.

Wir erfüllen die traurige Pflicht, in Vorstehen-

dem die näheren Umstände eines in der preußischen Geschichte bis dahin unerhörten Verbrechens zur öffentlichen Kenntniß zu bringen; sie wird alle getreuen Unterthanen Sr. Majestät des Königs mit dem lebhaftesten Schmerze erfüllen, aber auch ihre Herzen zu dem Danke gegen die Vorsehung des Allerhöchsten erheben, welche so gnädig die Gefahr von dem theuern Königspaar abwendete und das Vaterland vor einem unersetzlichen Verlust bewahrte.

Berlin, den 26. Juli 1844.

Das Königl. Staats-Ministerium.

(gez.) von Boyen. Mühler. v. Savigny. Bülow. Bodelschwingh. Flottwell.

Eine fieberhafte Aufregung herrschte am 26. Juli 1844 in Berlin. Auf allen Straßen und freien Plätzen sah man dicht gedrängte Gruppen von Menschen, welche sich um irgend einen Erzähler schaarten, der etwas näheres über den Vorfall und über die Person des Mörders wußte oder wissen wollte.

Ein Attentat auf die geheiligte Person des Königs! Wer hätte in Berlin je an ein solches Verbrechen, welches bisher unerhört in der preußischen Geschichte war, gedacht! Die alte, fast eingeschlummerte Liebe zum Könige erwachte von Neuem mit ganzer Kraft. Ueberall in den auf den Straßen zusammengelaufenen Volkshaufen hörte man Verwünschungen gegen den Mörder und so feurige Lobpreisungen des Königs, daß man sich in die schönste Zeit des Jahres 1840 zurückversetzt glauben konnte.

Der Magistrat erfüllte deshalb nur seine Pflicht als eine Vertretung der Bürgerschaft, indem er sich noch an dem Vormittage des 26. Juli versammelte und den Beschluß faßte, sofort dem Könige durch eine Adresse, welche eine nachreisende Deputation dem Monarchen überbringen sollte, die Theilnahme der städtischen Behörden und der Bürgerschaft Berlins auszudrücken. Einen gleichen Beschluß faßte auch der Vorsteher der Stadtverordneten, weil die ganze zahlreiche Versammlung nicht sofort berufen werden konnte.

Die Deputation der beiden städtischen Behörden traf am Morgen des 27. Juli gegen 5 Uhr in Christiansstadt ein, wo der König und die Königin übernachtet hatten. Schon um 7 Uhr wurden sie empfangen. Friedrich Wilhelm war heiter und freundlich. Mit sichtlichem Wohlgefallen nahm er die Adressen der Kommunalbehörden aus der Hand des Ober-Bürgermeister Krausnick und des Stadtverordneten-Vorstehers Desselmann entgegen. Auf die Anrede des Ober-Bürgermeisters erwiderte er einige herzliche Worte. Der Schluß derselben lautete: „Nichts kann mein Vertrauen zu meinem Volke erschüttern, am allerwenigsten eine solche That. Das Verhältniß zu meinem Volke bleibt dasselbe, ich lege ruhig mein Haupt in den Schooß jedes Einzelnen."

Wie die Stadtbehörden so war die Bürgerschaft Berlins in allen Kreisen der Bevölkerung am 26. Juli und an den folgenden Tagen bestrebt, ihren Abscheu gegen das Attentat und ihre treue Liebe zum Könige durch Demonstrationen aller Art zu bethätigen. Die erste Gelegenheit hierzu gab das Theater.

Die Vossische Zeitung berichtet über die Vorstellung in der Königsstadt vom 26. Juli:

„Der Abend des 26. Juli, eines Tages, der, neben dem Entsetzen über unerhörte Frevelthat, das frohlockendste Dankgefühl brachte, den begeisterten Volksjubel über die glückliche Rettung aus der Gefahr, der Abend dieses bewegten Tages erweckte im Königstädtischen Theater die lebendigsten Aeußerungen patriotischer Stimmung, die enthusiastisch hervorbrachen und den feurigsten Anklang fanden in dem ebenso glänzend als zahlreich besetzten Hause. Nach der Ouvertüre spielte das Orchester plötzlich die preußische Volkshymne: „Heil Dir im Friedenskranz!" und wie Ein Mann erhob sich im Augenblick die elektrisirte Versammlung mit begeisterter Stimme einfallend, und ein Donner von Applaus, ein wahres Beifallsjauchzen mischte sich in den schmetternden Trompetentusch, der den Refrain bildete von jedem Verse der Volkshymne, die hier als unmittelbares, den Herzen aller Anwesenden entströmendes Danklied ertönte. Erst am Schlusse desselben ließ die Versammlung sich wieder nieder und die freudvollste Aufregung blieb die ganze Vorstellung hindurch herrschend, die ihren Gipfelpunkt erreichte, als Herr Grobecker, in der Rolle des Gefreiten ein mit glücklicher Eingebung improvisirtes Kouplet vortrug und darin aussprach: daß Jeder gern für seinen König sterben würde! Ein allgemeiner Applaus brach von Neuem aus, ein förmliches Beifallstoben, das gar nicht enden zu wollen schien und es dauerte lange, bis man die Darsteller wieder ruhig zu Worte kommen ließ."

Nach dem Theater war ein Theil der Stadt illuminirt und bis spät in die Nacht hinein zeigten die loyalen Berliner, welche sich in den erleuchteten Straßen drängten, durch Absingung des Liedes: „Heil Dir im Siegerkranz", durch stürmische Hurrah's und Lebehochs auf den König und die Königin ihren feurigen Patriotismus.

Auch während der folgenden Tage machte sich die gleiche Stimmung durch Demonstrationen mancher Art bemerkbar. Die Kirchen waren am nächsten Sonntage, am 28. Juli, so besucht wie selten. Schon am Abend des Sonnabend hatte ein feierliches Läuten von allen Thürmen zu dem Dankgottesdienst eingeladen, der am folgenden Tage dargebracht werden sollte. Magistrat und Stadtverordnete befanden sich in der Nicolaikirche und die übrigen Kommunalbeamten in den Kirchen ihrer Bezirke. An jenem Tage waren sogar die Berliner aus Patriotismus fromm.

In der nächsten Woche mußte noch jedes oppositionelle Gelüst gegen die Regierung schweigen. Die Berliner Zeitungen füllten ihre Spalten mit Gedichten und Eingesandts, welche von Loyalität und treuer Königsliebe sowie von Abscheu gegen den ruchlosen Mörder überschäumten,

sie enthielten spaltenlange Berichte aus allen größeren und kleineren Städten des Landes über die Festlichkeiten, welche in denselben zu Ehren der Rettung des Königs gegeben wurden, sie druckten die Adressen*) und Glückwunschschreiben aller nur möglichen Magistrate und anderer Behörden ab.

Die überschwengliche Königsliebe machte sich in jenen Tagen oft in ziemlich lächerlicher Weise Luft; die Gedichte und Eingesandt's waren in ihrer überpathetischen Weise zum Theil recht komisch. Wir wollen nur ein Eingesandt der Vossischen Zeitung als Beispiel mittheilen. Es lautet:

„Der Preußen Rache. Zum ersten Male ertönten die altersgrauen, ehrwürdigen Mauern unsers Schlosses von dem verrätherischen Schalle einer mit Schande bedeckten Waffe und zum ersten Male wurde die lautere Stelle unserer angestammten Königsburg durch eine zum Himmel schreiende Frevelthat unterbrochen. Wir Alle, das ganze Volk, sind durch einen Einzelnen im Innersten beleidigt, unser schönstes Erbtheil, das unser Stolz war, die deutsche Treue seit Jahrtausenden, hat einen Hohnsprecher gefunden — und wenn wir auch alle wissen, daß dieser Eine zu ohnmächtig ist, um auch nur ein Fünkchen von dieser unsrer heiligen, ewig in uns ernährten Gluth zu löschen, so faßt doch ein tiefer Schauder unsere Gemüther, wie er die Griechen erfaßte, als ein einziger Verräther die freien Söhne des von Allen geliebten Vaterlandes den Persern verrieth. — Soll denn auch in unsern Gauen eine düstere Hand sich strecken zwischen uns und unsere Fürsten, sollen sie auch in Deutschland nicht mehr mitten unter uns treten können mit dem freudigen Bewußtsein, daß die Brust eines Jeden ein lebenswarmes Schild für sie ist, daß wir alle sie schützen? Ja, das sollen sie auch ferner; darin sind wir Alle wie Ein Mann, das Volk ist beleidigt, das Volk will Rache! Aber nicht eine stürmische, unchristliche, auch das Gesetz soll seinen Lauf haben, sondern eine, die wir Alle von Gott ermächtigt sind zu üben, eine klare, geistige, reine. Mag keine künstlerische Hand die hohe Kunst so entweihen, daß sie das Bild jenes Unwürdigen der Nachwelt überliefert, keine spekulative Geldgier mag sein Andenken hinüberbringen in kommende Zeiten, wenigstens wollen wir solche Andenken nicht erwerben, unsere Theilnahme sei erloschen. Die Spekulation, die sich auch darauf schon geworfen hätte, möge in sich verfallen, in unsre Schriften soll dieser Makel nicht eindringen und wenn auch die Geschichte nicht ganz davon wird schweigen können, so soll sie wenigstens auch berichten von der **vereinten heiligen Rache** des preußischen Volkes."

Der wohlgemeinte Vorschlag des anonymen Einsenders nützte nicht viel, denn die Spekulation bemächtigte sich doch eines Ereignisses, welches ein zu hohes allgemeines Interesse darbot, um nicht von betriebsamen Buchhändlern ausgebeutet zu werden. Sie that es sogar schon unmittelbar nach dem Attentat mit bewunderungswürdiger Schnelligkeit. Alles, was über die finstre That nur irgend zu erfahren war, alle Nachrichten, wahre und falsche, die in der Geschwindigkeit über den Mörder Tschech aufgetrieben werden konnten, wurden auf das Eiligste in einer Broschüre zusammengestellt und diese erschien unter dem Titel: „Kurze Charakteristik des Bürgermeister Tschech" schon am 28. Juli.

Wie die Spekulation, so bemächtigte sich auch der Volkswitz der Sache. Spottlieder wurden damals über jedes merkwürdige Ereigniß verfaßt, wie ernst es auch sein mochte. Die frivolen, witzelnden Berliner mußten singen und lachen; sie sangen und lachten ebensowohl über Hassenpflug, wie über das Bisthum Jerusalem, über das Ehegesetz, wie über den Schwanenorden, sie sangen und lachten selbst über den Königsmörder, den Bürgermeister Tschech.

Eine große Anzahl von Spottgedichten wurde in Abschriften durch die Stadt verbreitet, man hörte sie häufig genug von den lustigen Straßenjungen öffentlich singen. Eins derselben begann mit dem Vers:

Wer war jemals wohl so frech,
Als der Bürgermeister Tschech,
Denn der traf bei einem Haar
Unser theures Königspaar
Der verruchte Hochverräther,
Königsmörder, Attentäter,
Er schoß uns'rer Landesmutter
Durch das gnäd'ge Unterfutter.

Ein anderes fing an:

Braun behutet, grau bemantelt
Kam er nach dem Schloß gewandelt,
Duncker hätte gleich errathen,
Daß er wollte attentaten.

Von einem dritten erwähnen wir folgende Verse:

Ravaillac bracht' Heinrich um,
Ankarström war gar nicht dumm,
Und Fieschi, der Verräther
War ein großer Attentäter.

Ferner:

Auch der König tritt heraus,
Sieht noch ganz verschlafen aus,
An den Wagen thut er treten,
Und sein Vaterunser beten.

Dann:

Wie er Tschech'en nun erblickt,
Von Gendarmen rings umstrickt,

*) Nur beiläufig wollen wir erwähnen, daß auch aus Storkow von den Kommunal- und Königlichen Behörden am 30. Juli eine Adresse an den König abgesandt wurde, in welcher es unter Anderem hieß: „Wir fühlen uns bewogen, unsere Theilnahme besonders auszusprechen, da der verworfene Verbrecher in unserer Stadt mehrere Jahre gelebt und als Bürgermeister fungirt hat. Er war schon hier als ein hinterlistiger, gefährlicher Mensch bekannt, der der Stadt namenloses Unglück bereitet hat, und dessen Umgang von allen rechtlichen Beamten gemieden wurde."

Kriegt der König gleich Kourage,
Vorwärts rollt' die Equipage.

Der Schluß eines vierten lautete:

Und die Moral von der Geschicht?
Traut Eurem Bürgermeister nicht! —

Der Witz der meisten dieser Lieder war schwach, nur dadurch haben sie eine Bedeutung, daß sie Zeugniß ablegen von der eigenthümlichen Frivolität, mit welcher damals die Berliner auch die ernstesten Ereignisse bespotteten.

Das Attentat bot dem neugierigen Berliner Volke viele Tage und Wochen Stoff zu anregender Unterhaltung. Von dem Königsmörder wußte man wenig, man kannte in der ersten Zeit kaum mehr als seinen Namen und die kurzen Notizen, welche das Staatsministerium sowie einige Berichte der Zeitungen über ihn gebracht hatten. Um so freierer Spielraum war den verschiedensten Gerüchten gegeben, welche sich täglich in veränderter Gestalt durch die Stadt verbreiteten.

Am meisten geglaubt wurden zwei sich widersprechende Nachrichten, von denen die eine behauptete, Tschech sei Mitglied einer geheimen revolutionären Gesellschaft, in deren Auftrag er den Königsmord versucht habe; die andere Nachricht erzählte dagegen, er sei von dem König persönlich beleidigt worden. Er habe um eine Staatsanstellung zu erbitten, eine Audienz nachgesucht und erhalten, während des Gesprächs habe er sich so freisinnig geäußert, daß Friedrich Wilhelm IV. in den äußersten Jähzorn gerathen sei. Eine persönliche Mißhandlung durch den Monarchen, man sprach von einem Fußtritt &c., habe den ehrliebenden Mann auf das Aeußerste erbittert und zur schwersten Rache herausgefordert.

Beide Nachrichten waren ebenso unwahr wie die Gerüchte, welche sich über den Charakter Tschech's verbreiteten. Während die Einen ihn als einen tief denkenden aber überspannten Politiker, als einen Fanatiker der Revolution schilderten, wollten die Andern in ihm nur ein verkommenes, jeder besseren Regung unfähiges, nur aus verletzter Eitelkeit und Rachsucht zu seiner That bewegtes Subjekt sehen.

Noch heute sind die Motive, welche Tschech zu dem Attentat getrieben haben, nicht völlig aufgeklärt. Ueber sein früheres Leben und über seinen Charakter haben wir ziemlich genaue Nachrichten.*)

Wir wollen versuchen, unsern Lesern ein Bild des für die Berliner Geschichte so merkwürdigen Mannes zu geben.

Tschech wurde am 29. April 1789 in einem Dorfe Ober-Schlesiens, wo sein Vater das Amt eines Oberpredigers bekleidete, geboren. Der Knabe erhielt eine gute wissenschaftliche Erziehung. Er wollte die Rechte studiren; zu diesem Zweck bezog Tschech als ein Jüngling von 18 Jahren die Universität Breslau, später siedelte er nach Frankfurt a. O. über.

Seine Studien wurden unterbrochen. Wahrscheinlich durch ein Duell aus seiner Staatskarriere gerissen, begab er sich im Jahre 1810 nach Berlin und widmete sich hier Privatgeschäften, bei denen er sich wohl bürgerliche Achtung erworben haben muß, denn er wurde als Assessor beim Aichungsamte angestellt und auch zu einem Kommunalamt gewählt, in welchem er sich recht thätig erwies.

Sonderliches Glück hatte er nicht. Seine Ausgaben überstiegen seine Einnahmen und noch in Berlin setzte er einen Theil des Vermögens seiner Frau, welches er nach dem Tode derselben mit etwa 10,000 Thalern erbte, zu. Er entschloß sich deshalb, sich um eine feste Anstellung zu bewerben. Diese erhielt er, er wurde von den Stadtverordneten in Storkow zum Bürgermeister gewählt und in Jahre 1832 trat er sein Amt an.

Ueber die Amtsführung Tschech's in Storkow sind sehr widersprechende Gerüchte aufgetaucht. Thatsache ist, daß der Bürgermeister im steten Kampfe mit der Stadtverordneten-Versammlung lag, daß er bei einem großen Theil der Bürgerschaft sich auf das Aeußerste verhaßt machte, vielleicht weil er, wie seine Tochter behauptet, in einer Gegend, deren ganze Bewohnerschaft den Holzdiebstahl nicht als ein besonderes Vergehen betrachtete, streng auf das Recht hielt, weil er, ohne Rücksicht auf Gevatterschaften zu nehmen, sein Amt führte, und dadurch viel angesehene Stadtverordnete und Magistrats-Mitglieder verletzte, vielleicht auch, indem er nach den Erzählungen der Storkower voll Hochmuth auf die Bürgerschaft herabschaute und im Bewußtsein seiner Würde als regierender Bürgermeister sich Willkürlichkeiten und Rechtsverletzungen verschiedener Art erlaubte. Thatsache ist, daß er bald in Storkow völlig isolirt dastand, daß er keinen andern Umgang als den seiner Tochter hatte, weil sich alle Bürger scheu vor ihm zurückzogen, daß er schon nach wenigen Jahren der Stadtverordneten-Versammlung, dem Magistrat und der Bürgerschaft ebenso feindselig gegenüber stand, wie dem Landrath und seinen vorgesetzten Behörden.

Ob Tschech den allgemeinen Haß, der ihn traf, verdiente, wissen wir nicht, daß er trotzdem nicht ohne gute Eigenschaften war, daß er sich durch seine Zärtlichkeit gegen seine Familie auszeichnete, beweist die abgöttische Liebe, welche seine Tochter für ihn fühlte. Die parteiische Schilderung, welche Elisabeth Tschech in ihrem Buch von dem Vater giebt, läßt uns doch manche bemerkenswerthe

*) Im Jahre 1849 ist in Bern ein kleines Buch erschienen, welches den Titel führt: „Leben und Tod des Bürgermeisters Tschech, welcher am 26. Juli 1844 auf den König von Preußen schoß und den 14. Dezember 1844 in Spandau hingerichtet wurde. Herausgegeben von seiner Tochter Elisabeth Tschech." Das Buch enthält viele interessante Notizen, welche allerdings mit großer Vorsicht aufgenommen werden müssen, da Elisabeth Tschech für ihren Vater eine fast abgöttische Verehrung fühlte und bestrebt war, ihn als eine Art Märtyrer zu zeichnen.

Charakterzüge erkennen, wenn wir mit unparteiischer Kritik lesen. Wir überzeugen uns von seiner Hoffahrt und Eitelkeit, von seinem Starrsinn und dem seltsamen Aberglauben, der wahrscheinlich wesentlich dazu beigetragen hat, das Verbrechen zu erzeugen, durch welches Tschech seinen Namen beflecken sollte.

Tschech glaubte an Träume, er bildete sich ein, daß bei allen bedeutenden Wendepunkten seines Lebens die Träume ihm Jahre vorher seine Zukunft zeigten, ehe er noch eine Ahnung von ihrer Erfüllung haben könne. Auch in Storkow hatte er einen oft wiederkehrenden Traum über den uns seine Tochter erzählt:

„Schon seit Jahren träumte er zuweilen, er solle hingerichtet werden*), weshalb, wurde ihm jedoch nie klar. Er nahm dann (im Traume) in einer Nacht von mir und seinen Hausgenossen Abschied, wobei auch fremde Personen zugegen waren. Alle zeigten sich gefaßt, er ganz besonders. Er sprach dann noch über irdische Angelegenheiten, von seinem nahen Tode und einem Zusammentreffen im Jenseits mit den vorangegangenen Lieben. Auch kam er in diesen Träumen zuweilen so weit, daß er den Augenblick des Abschieds von den ihn Umgebenden durchlebte. Er nahm dann mich an sein Herz und sagte den Andern Lebewohl.

Wenn er dann am Morgen wohl solch' einen schweren Traum erzählte, empfand ich damals schon ein Vorgefühl desselben Schmerzes, den ich in der Nacht vor seinem Tode in so vollem Maße kosten mußte. — — —

Und sprachen wir wohl über diesen Traum, wobei der Gedanke an eine mögliche Erfüllung kam, so sagte mein Vater hier wie bei ähnlichen Gelegenheiten, die mir eine Vorbedeutung schienen, oft: „Dergleichen Stimmen giebt's, doch Warnungsstimmen möcht' ich die nicht nennen, die uns das Unvermeidliche verkünden."

Tschech's Stellung in Storkow wurde endlich ganz unhaltbar. Sein Hochmuth hatte ihn zu einer Lebensweise geführt, die in keiner Beziehung seinen Mitteln entsprach. Der Bürgermeister der ein Gehalt von nur 300 Thlrn. bezog, glaubte seiner Würde ein ziemlich luxuriöses Leben schuldig zu sein. Er bewohnte ein geräumiges, von ihm angekauftes Haus. Seiner Tochter gab er eine kostspielige Erziehung, er schickte sie für einige Jahre in eine Pensionsanstalt nach Frankfurt a. O. Theure Vergnügungen, große Gesellschaften u. dgl. machte er allerdings nicht mit, aber er hielt sich ein Reitpferd, auf welchem er täglich spazierenritt.

Bei solchem Leben schmolz sein kleines Vermögen schnell zusammen. Des Kapitals und also auch der Zinsen wurde immer weniger, er sah voraus, daß er bald nur noch auf die kümmerlichen 300 Thaler angewiesen sein würde. Dazu der ewige Streit und Hader mit den städtischen Behörden, der Bürgerschaft, dem Landrath und der Regierung. Tschech beschloß sein Amt niederzulegen. Er reichte sein Entlassungsgesuch ein, indem er zugleich um eine andere für ihn geeignete Anstellung im Staatsdienste bat.

Die Entlassung wurde ihm gern im Mai des Jahres 1841 gewährt, die Bitte um eine Anstellung aber abgeschlagen, denn eine solche könne ihm nicht zu Theil werden, da ihm nach dem Gesetz Versorgungsansprüche in keiner Weise zur Seite ständen. Einen andern Bescheid konnte Tschech nicht erhalten, denn er hatte in der That nicht die geringsten Ansprüche auf eine Staatsanstellung, am wenigsten berechtigte ihn dazu seine Amtsführung in Storkow. Sein Recht bestand nur in seiner Einbildung und in dem Glauben an seine eigene Vortrefflichkeit.

Tschech verließ Storkow, um nach Berlin zurückzukehren. Den Rest seines Vermögens wendete er dazu an, um sich hier in der Hauptstadt behaglich, weit über seine Verhältnisse hinaus einzurichten und auf eine Staatsanstellung zu warten, von der er überzeugt war, diese müsse seinem Verdienst doch endlich werden. Obgleich er den Tag nahe sah, an welchem er seinen letzten Thaler verzehrt haben würde, miethete er doch eine bequeme Wohnung und hielt zur Bedienung für sich und seine einzige Tochter, welche sehr gut die geringe Hausarbeit selbst hätte verrichten können, ein Dienstmädchen.

Elisabeth Tschech erzählt selbst: „Der Verkauf des Hauses in Storkow und des Reitpferdes meines Vaters, was Beides im Anfang unseres Aufenthaltes in Berlin geschah, betrugen eine Summe, die noch eine Zeitlang zur Bestreitung unserer Bedürfnisse ausreichte. So konnten wir eine anständige Lebensweise nach außen hin noch erhalten. Im Innern war dieselbe höchst einfach und wir entbehrten Manches dabei. — — — Wenn auch abgeschieden von dem, was man geselligen Umgang nennt, lebten wir auch ohne diesen noch immer ziemlich glücklich durch uns selbst. Die einzige Ausgabe, welche wir einem Vergnügen widmeten, war die, welche gemacht wurde, um einmal das Theater oder im Sommer Gartenkonzerte besuchen zu können. Dies gewährte uns noch immer einen hohen Genuß, und die Freude an den Künsten konnte durch Kummer und eine dunkle Zukunft in meinem Vater nicht erstickt werden.

Sie zu genießen und mir eine Freude, eine Zerstreuung bereiten zu können, ließ ihn dann auf Stunden wieder heiter sein — denn auch er

*) Tschech's Traum und seine Erfüllung sind von Abergläubigen mehrfach als einer der Beweise dafür, daß Träume doch so bedeutungslos nicht seien, angeführt worden. Für Tschech selbst war sein Traum freilich nicht bedeutungslos, denn der abergläubische Mann gewöhnt sich daran, an die Möglichkeit einer Hinrichtung zu denken. Er verlor den Abscheu vor einer solchen Idee und im finstern Brüten erzeugte sich in ihm der Gedanke, der endlich zur That wurde und die Erfüllung des Traumes herbeiführte.

war zum Entbehren aller Lebensgenüsse nicht geschaffen."

Um eine Anstellung zu erhalten, scheute Tschech keine Mühe, indem er sich an die Ministerien und alle Behörden, an die einflußreichsten Männer im Staate, zum Beispiel an Alexander von Humboldt, an die Königlichen Kabinetsräthe, endlich an den König selbst und an den Prinzen von Preußen mit Bittschriften wendete; natürlich aber immer vergeblich, da ihm weder ein Recht noch ein Verdienst zur Seite stand.

Vom Ministerium erhielt er den Bescheid, es lägen keine Resultate vor, wonach man sich ferner eine befriedigende Wirksamkeit von ihm versprechen könne, auch habe er sich die Unzufriedenheit eines allgemein geachteten Landraths sowie des größten Theils der Storkower Bürgerschaft zugezogen. Andere Behörden antworteten ihm gar nicht.

Der Bescheid des Königs war klar und scharf ablehnend, ohne Motivirung der Gründe, und auch die Königin, an welche Tschech fast drohend schrieb: wenn seine Bitte abgeschlagen werde, könne er für die Folgen nicht stehen, lehnte jede Vermittelung ab.

Zwei Jahre vergingen über diesen Versuchen Tschech's, dessen Existenzmittel während dieser Zeit sich mehr und mehr verminderten. Die drohendste Noth stand ihm bevor. Schon waren die meisten Werthsachen verkauft oder in's Leihhaus gewandert, schon hatte er eine kleine billige Wohnung miethen müssen. Das Elend klopfte an seine Thür, er sah eine Zukunft in Hunger und Noth vor sich.

In jener trüben Zeit der schweren Sorgen ist wahrscheinlich erst der feste Plan zu einem Attentat auf den König in Tschech entstanden. Die damals allgemein herrschende Unzufriedenheit mit der Regierung erfüllte naturgemäß auch ihn, den überall von den Behörden und von dem König selbst mit seinen Bitten Zurückgewiesenen im vollsten Maße. Da er keine ernste Beschäftigung fand, brütete er über finstere Pläne. Seine Träume, an die er glaubte, mögen den ersten Gedanken an das Attentat in ihm hervorgerufen haben.

Oefter sprach er die Ansicht aus: „es sei im Interesse des Volkes nöthig, die ganze Herrscherdynastie unschädlich zu machen mit allen ihren Gehilfen und Dienern. Da dies aber sich jetzt nicht wohl möglich mache, müsse damit begonnen werden, das Oberhaupt aus dem Wege zu schaffen. Sei durch dessen Fall eine Lücke entstanden, die das Eindringen in die Verschanzungen der Despotie erleichtert, so werde eine Umgestaltung der Dinge schon nachfolgen. Er glaubte, mit der Feder ließe sich das nicht allein herbeiführen, es müsse dabei auch die Waffe zu Hilfe kommen und Einer einmal dazu den Anfang machen."

„Sollte aber vielleicht noch einmal ein Nachfolger des Gefallenen den Thron besteigen und die Zeit nicht schon unmittelbar heraufgeführt sein, wo es keine Fürsten mehr geben wird, so nehme hoffentlich sich jener ein Beispiel an dem Geschehenen, zur Lehre, zur Strafe und Züchtigung, zur Besserung in der Gerechtigkeit." *)

Ehe der Plan zum festen Entschluß wurde, vergingen indessen Monate, während deren Tschech sich auf dem Schützenplatze im Scheibenschießen übte. Seiner Tochter machte er, wie sie versichert, von seiner Absicht keine direkte Mittheilung, wohl aber ahnte sie sein Vorhaben. **)

Mit eiserner Ruhe und Kaltblütigkeit bereitete Tschech sich auf sein Verbrechen vor. Seine Eitelkeit ließ ihn glauben, der Mord des Königs, der doch nur seiner Verzweiflung, seinem Mangel an jeder Lebenshoffnung entsprang, werde ihn zum berühmten Mann machen. Wie krankhaft diese Eitelkeit war, geht aus seinem Auftreten bei einem Daguerreotypisten hervor, den er besuchte, damit sein wohlgetroffenes Bildniß der Nachwelt bewahrt bleibe. Er verlangte in einer höchst theatralischen Stellung abgebildet zu werden. Die eine Hand hatte er auf die Brust gelegt, die andere und den Blick gen Himmel erhoben, indem er ausrief: „Kraft von oben!"

Als der Daguerreotypist ihm bemerkte, er habe viel Aehnlichkeit mit einem beliebten verstorbenen Schauspieler, erwiderte Tschech, das habe er oft genug gehört und fügte hinzu: „auf den Brettern eine Rolle zu spielen ist keine Kunst, wohl aber auf dem großen Welttheater." Dann stellte er sich hin und deklamirte mit pathetischer Stimme die Worte: „Durch diese hohle Gasse muß er kommen." Beim Abschied versprach er dem Daguerreotypisten, er werde von seiner Arbeit großen Nutzen ziehen können, denn ganz Europa solle sein Bild sehen.

Tschech war zur That entschlossen. Vielleicht hätte er mit der Ausführung noch einige Tage oder Wochen gezögert, aber die beabsichtigte Reise des Königs schrieb ihm den letzten Termin vor.

Durch welche Zufälligkeit das mit so großer Kaltblütigkeit begonnene Unternehmen fehl schlug, ist nicht mit Sicherheit zu bestimmen. Man erzählte damals, der König trage einen wattirten Panzer unter der Kleidung, vielleicht aber wurde die Kraft der Kugeln auch durch die vielfachen Falten des dicken Tuchmantels gebrochen, vielleicht war die Ladung nicht stark genug, oder das neu gekaufte Doppelpistol, aus welchem Tschech beide Schüsse abfeuerte, war eine unzuverlässige Waffe.

Der Mordversuch mißlang, Tschech wurde gefangen genommen und der König konnte ungestört seine Reise antreten.

Diese Reise war ein wahrer Triumphzug. Im ganzen Lande bemühte sich das Volk, seinen Abscheu gegen das in Preußen unerhörte Verbrechen

*) Leben Tschech's von seiner Tochter.

**) „Nie hatte er mit bestimmten Worten, seitdem es sein fester Vorsatz war, zu mir geäußert, daß er den König erschießen wolle. Jedoch ahnte ich jetzt, daß irgend eine Katastrophe nahe bevorstehe."

durch so große Demonstrationen der Liebe und Treue gegen den König zu erweisen, daß Friedrich Wilhelm IV. voll Rührung für solche Anhänglichkeit folgende Dankproklamation erließ:

„Ich kann den vaterländischen Boden nicht, wenn auch nur auf kurze Zeit verlassen, ohne öffentlich den tiefgefühlten Dank in Meinem und der Königin Namen auszusprechen, von dem Unser Herz bewegt ist. Er ist durch die unzähligen mündlichen und schriftlichen Beweise der Liebe zu Uns erzeugt worden, die das Attentat vom 26. Juli hervorgerufen hat — der Liebe, die Uns im Augenblick des Verbrechens selbst entgegenjauchzte, als die Hand des Allmächtigen das tödtliche Geschoß von Meiner Brust zu Boden geworfen hatte. Im Aufblick zu dem göttlichen Erretter gehe Ich mit frischem Muthe an Mein Tagewerk, Begonnenes zu vollenden, Vorbereitetes auszuführen, das Böse mit neuer Siegesgewißheit zu bekämpfen und Meinem Volke das zu sein, was Mein hoher Beruf Mir auflegt und Meines Volkes Liebe verdient.

Erdmannsdorf, den 5. August 1844.

(gez.) Friedrich Wilhelm."

Daß die Rückkehr des Königs nach Berlin am 25. September 1844 zum dauernden Aufenthalt in der Residenz der städtischen Behörden und der Bürgerschaft Veranlassung zu einem höchst glänzenden Empfang und Abends zu einer prächtigen Illumination gab, wollen wir eben nur erwähnen, ohne unsere Leser durch detaillirte Beschreibungen der Festlichkeiten, welche sich nicht wesentlich von früher beschriebenen unterscheiden, zu ermüden.

Zwölftes Kapitel.

Tschech im Gefängniß. — Elisabeth Tschech. — Die Untersuchung gegen Tschech. — Das Todesurtheil. — Geheime Ministersitzung. — Der Abend vor der Hinrichtung. — Erzählung der Elisabeth Tschech. — Der König am Abend vor der Hinrichtung. — Die Hinrichtung. — Warnungs-Anzeige. — Beurtheilung der Hinrichtung durch die Berliner. — Schicksale der Tochter Tschech's.

Tschech war nach dem mißlungenen Attentat gefangen genommen und nur mit Mühe den Mißhandlungen des empörten Volkes entzogen worden. Er ergab sich mit Ruhe und, die Gerechtigkeit gebietet es zu sagen, mit Würde in sein Schicksal. Nicht einen Augenblick zeigte er Schwäche oder gar Furcht. Nur darüber, daß seine That ihm nicht gelungen sei, sprach er sein Bedauern aus. Er erfuhr dies übrigens spät, nach vielen Tagen, denn er glaubte sicher, den König getödtet zu haben. Als er die Mittheilung erhielt, Friedrich Wilhelm IV. lebe, schlug er sich an die Stirn und rief schmerzlich bewegt aus: „O mein Gott, ich war doch meiner Sache so gewiß."

Es kam bei der Untersuchung gegen Tschech natürlich vorzugsweise darauf an, zu ermitteln, ob er Mitschuldige habe, ob das schnell verbreitete Gerücht, er sei Mitglied einer Kommunisten-Verschwörung, begründet sei. Hierfür ergab sich nicht der geringste Anhalt und es ist wohl vollkommen unzweifelhaft, daß Tschech ganz für sich allein gehandelt hatte.

Nur gegen eine Person schien der Verdacht der Mitschuld einigermaßen begründet, gegen seine Tochter. Eine schwarz gekleidete Dame hatte der Königin unmittelbar vor dem Attentat eine Bittschrift überreicht, der Verdacht entstand, diese Dame sei Tschech's Tochter gewesen, sie habe die Aufmerksamkeit des Königs auf sich ziehen wollen, um ihrem Vater sein Vorhaben zu erleichtern.

Elisabeth Tschech wurde verhaftet, bald aber ergab es sich, daß die Bittstellerin die Frau eines zu einer längeren Freiheitsstrafe verurtheilten Kaufmanns aus der Provinz war, und damit fiel jeder Verdacht einer Mitschuld der Tochter Tschech's fort. Nach kurzer Haft wurde sie aus dem Gefängniß entlassen und auf spezielle Anordnung des Königs in einer geachteten Familie untergebracht.

Ihre Freiheit wurde nicht beschränkt, ebensowenig aber auch der Wunsch, ihren Vater im Gefängniß besuchen zu dürfen, erfüllt. Nur selten erhielt sie die Erlaubniß, ihm zu schreiben, nur einmal die, einen Brief von ihm zu empfangen, den sie nicht einmal behalten durfte.

Der Prozeß gegen Tschech wurde in aller Stille mit dem Geheimniß, welches damals über dem preußischen Gerichtswesen ruhte, fortgeführt. Sein Ausgang konnte nicht zweifelhaft sein, denn Tschech war ja auf frischer That ergriffen worden, er leugnete auch gar nicht, sondern rühmte sich seiner That, er sprach nur sein Bedauern darüber aus, daß sie nicht ein besseres Resultat gehabt habe. Für ihn sprach nichts, als der gegen seinen Willen erfolgte glückliche Ausgang, nichts, als daß der König nicht wirklich verletzt worden war, Tschech also kein Blut vergossen hatte.

Aber auch der erfolglose Versuch, den Monarchen zu tödten, mußte ja nach den Landesgesetzen mit dem Leben gebüßt werden. Tschech wußte dies, er wollte keine Begnadigung. Er rechnete auf den Tod, und mit einer Standhaftigkeit und Ruhe, welche einer bessern Sache würdig gewesen wäre, erwartete er ihn.

Anders aber dachte das Volk von Berlin. Es glaubte, eine Verurtheilung des Verbrechers zum Tode sei nicht anzunehmen, keinenfalls könne das Urtheil vollstreckt werden.

Ein Todesurtheil gewinnt erst Rechtskraft, nachdem es vom Könige bestätigt worden ist. Durfte der König das Urtheil gegen Tschech, wenn es gefällt wurde, bestätigen? Die Berliner glaubten es nicht. Eine solche Bestätigung, so meinten sie, würde den Charakter nicht der Gerechtigkeit, sondern der persönlichen Rache gewinnen und diese liege sicher dem Könige fern, dafür spreche

die durchaus humane Behandlung, die Tschech im Gefängniß genieße.

Die Berliner waren in jener Zeit trotz ihrer konstitutionellen Sympathien doch noch völlig verwachsen mit den Anschauungen einer absoluten Monarchie. Sie betrachteten den König als die Quelle und den Inbegriff des Gesetzes. Daß er nur der Ausführer desselben sein durfte, vermochten sie nicht zu begreifen. Deshalb kam ihnen auch der Gedanke gar nicht, daß der Monarch sein Begnadigungsrecht nur dann ausüben dürfe, wenn besondere Umstände es nöthig machten, die eiserne Strenge des Gesetzes zu mildern, nicht aber, wenn sein persönlicher Wunsch oder gar sein persönliches Interesse dafür sprachen. Sie begriffen nicht, daß eine unmotivirte königliche Begnadigung nicht viel weniger als eine Verletzung des zu Recht bestehenden Gesetzes war.

Daß König Friedrich Wilhelm IV. von dem richtigen Grundsatze bei seinem Verhalten gegen Tschech ausging, zeigten die später erst bekannt gewordenen Verhandlungen. Der König glaubte nicht das Recht der Begnadigung zu haben, wenn nicht irgend ein Milderungsgrund, ja selbst der kleinste Ausspruch des Bedauerns über seine That Seitens Tschech's oder eine Bitte um Milderung der Strafe hierzu die Veranlassung gebe. Er kämpfte, nachdem die Untersuchung durch die Verurtheilung Tschech's zum Tode geschlossen war, ernst mit sich selbst, ob er den nur menschlichen und natürlichen Wunsch, die Begnadigung auszusprechen, erfüllen könne und dürfe. Endlich kam er zu dem anerkennenswerthen Entschluß, nicht persönlich zu entscheiden, wo sein persönliches Interesse so scharf betheiligt war, sondern sich dem Rathe seiner Minister zu unterwerfen.

Es fand eine geheime Ministersitzung statt, an welcher außer den Staatsministern auch der Prinz von Preußen und die Geheimen Kabinets-Räthe Theil nahmen. Der Justizminister Uhden trug das Tschech'sche Urtheil vor, er berichtete über die Persönlichkeit und den Charakter des Verbrechers, über die von dem Vertheidiger für Tschech angeführten mildernden Umstände, die er zu widerlegen versuchte. Endlich stellte er den Antrag, Se. Majestät möge das Urtheil des Gerichtshofes bestätigen und er unterstützte diesen Antrag mit allen ihm zu Gebote stehenden Gründen des Straf- und Staatsrechts.

Der König antwortete nicht sogleich, er forderte die sämmtlichen Anwesenden auf, sich ohne Scheu darüber auszusprechen, ob sie der Ansicht des Justizministers seien oder nicht. Die Minister waren übereinstimmend in dem Urtheile, die Todesstrafe müsse vollstreckt werden.

Noch immer blieb Friedrich Wilhelm IV. zweifelhaft, er fragte, ob es nicht vielleicht angemessen sei, die Sache dem Staatsrathe vorzulegen und dessen Gutachten einzuholen, aber der anwesende Präsident des Staatsraths erklärte, auch diese Behörde werde sich ebenso wie die Minister für die Vollstreckung der Todesstrafe aussprechen müssen, da auch der Staatsrath die Sache nicht anders als vom strafrechtlichen Standpunkte aus betrachten könne.

Jetzt erst entschloß sich der König, das Erkenntniß zu bestätigen; er behielt sich indessen vor, trotzdem noch die Begnadigung auszusprechen, wenn Tschech nach der Verkündigung des Todesurtheils die geringste Reue bezeige, oder wenn er um sein Leben bitte. Die Strafe des Rades, welche im Gesetze vorgeschrieben und durch den Gerichtshof ausgesprochen war, milderte der König in die des Beiles. Er gab außerdem noch dem Kammergerichts-Präsidenten von Kleist, der mit einer Gerichts-Kommissiom beauftragt war, der Vollstreckung des Todesurtheils beizuwohnen, den bestimmten Auftrag, noch im letzten Augenblick einzuschreiten und die Strafhandlung zu inhibiren, wenn Tschech um sein Leben bitte oder Reue zeige.

Am Abend des 13. Dezember gegen 9 Uhr wurde Tschech, der im Hausvogteigefängniß saß, das Todesurtheil verkündet. Die Frage, ob er etwas hinzuzufügen habe, verneinte er und als ihm mitgetheilt wurde, der König sichere ihm Begnadigung zu, wenn er unter Bezeugung von Reue um sein Leben bitte, besann er sich einen Augenblick, dann aber erklärte er, ein schneller Tod sei das Beste für ihn. Er hatte nur noch den Wunsch, seine Tochter zu sehen, und dies wurde ihm gewährt.

Elisabeth Tschech hatte, als sie aufgefordert wurde, in die Hausvogtei zu ihrem Vater zu kommen, noch keine Ahnung von dem Ausgange des mit dem tiefsten Geheimniß umhüllten Prozesses, sie wußte ebenso wenig wie irgend Jemand sonst außer den Behörden etwas von der Verurtheilung ihres Vaters, den sie nach dem Tage des Attentats zum erstenmal wieder sehen sollte. Sie erzählt uns die letzte Zusammenkunft mit ihrem Vater in ergreifenden Worten. Mögen unsere Leser sie selbst hören:

„Endlich nun erschien der Direktor Dambach. Nach einigen mit dem Inspektor leise gewechselten Worten entfernte sich dieser und Herr Dambach näherte sich mir darauf mit der Frage: „Fühlen Sie sich stark genug, Ihren Vater zu sprechen?" Ich fühlte meine Knie zittern und lehnte mich an den hinter mir stehenden Ofen, dann erwiderte ich: ob ich der Kraft dabei bedürfe, was jener bejahete und hinzufügte: „Ihr Vater nannte Sie ja seine so „starke Tochter."" Ich entgegnete jetzt, daß ich auf Alles gefaßt sein werde.

Hierauf vernahm man im anstoßenden Zimmer männliche, näher kommende Schritte. Die Thür zu dem nächst liegenden Zimmer stand offen und in dasselbe trat nun — mein Vater, gefolgt vom Inspektor, ein.

Ich eilte auf ihn zu — in seine geöffneten, mir entgegengebreiteten Arme und sank an sein Herz. Ich fühlte einen Kuß, einen Vaterkuß — nach fünf langen, ewigen Monaten das erste Wiederfinden! Dann sagte mein Vater mit be-

wegter Stimme und thränenfeuchten Augen:*) „O, meine liebe Elisabeth, habe ich Dich wieder, — ach, wie freue ich mich, Dich zu sehen!“

Wir traten nun in das Zimmer, wo die Uebrigen waren und mein Vater nahm unter ihnen einen Platz ein und mich auf seine Knie. Lange und innig sah er mich an und sagte dann: „O, wie freue ich mich, Dein liebes Gesicht wieder zu sehen, wie oft habe ich mich danach gesehnt.“

Er fragte mich nun nach meinem Ergehen, ich sollte ihm jetzt davon Vieles erzählen, und er schien ein ruhiges Gespräch mit mir beginnen zu wollen. Aber dies gelang nicht und ich konnte das Glück des Wiedersehens nicht genießen, bevor ich seinen Zweck wußte. Deshalb fragte ich meinem Vater jetzt, warum wir hier zusammen seien und was dies Alles zu bedeuten habe? Es schien ihn zu schmerzen, diese kurze Freude schon jetzt stören zu sollen. Er sah mich wehmüthig, aber ruhig und fest an, und sprach: „Ja nun, was würdest Du thun, wenn ich Dir sage, daß ich morgen früh in Spandau hingerichtet werde? —

Da wurde es Nacht vor meinen Sinnen und ich wollte und konnte das Schändliche nicht glauben. „Das ist nicht möglich, das können sie nicht thun,“ war Alles, was ich erwiderte.

Aber er neigte bejahend das Haupt und sagte mit heller Stimme: „Ja, ja.“ Mich überfiel Verzweiflung; ich sprang von seinem Schooße auf und brach in Lachen aus, wobei ich zu den Uebrigen sagte: „Da habt Ihr euren gerechten König.“ Dann wollte ich an dem Dasein Gottes verzweifeln, wogegen mein Vater einsprach. Ich kehrte dann zu ihm zurück und sammelte jetzt Kraft und Ruhe, um diese letzten Stunden unseres Lebens noch zu genießen im Zusammensein und Alles zu hören und mitzutheilen, was wir einander noch sagen wollten.

Wir sprachen nun von meinem Ergehen seit der Zeit unserer Trennung und ich theilte ihm daraus mit, was er nicht schon aus meinen Briefen erfahren hatte. Freilich erstaunte er da über Manches, besonders, daß man mir sein Bild genommen, sowie seinen einzigen aus dem Gefängniß an mich gerichteten Brief.

Dann theilte er mir von seinen Erlebnissen manches mit, meist Dinge, die ich schon im Laufe der Zeit erfahren und oben angeführt hatte. Was konnten wir überhaupt hier, von vielen fremden Augen und Ohren bewacht, sprechen? Auf meine Frage, wie man ihn im Anfange seiner Gefangenschaft behandelt, erwiderte er: „O, gut,“ aber Miene und Stimme harmonirten nicht ganz mit dieser Antwort.

Er sagte dann, wie er sich in der langen Zeit der Trennung oft nach meiner Gegenwart unendlich gesehnt und wie er den König brieflich gebeten, daß ich ihn besuchen dürfe. Wie er ihm mit großer Eindringlichkeit unser inniges Verhältniß dargestellt — aber es habe zu nichts geführt und sein höchster Wunsch sei unberücksichtigt geblieben.

Während dieses Gesprächs hatte ich Zeit, ihn mir recht zu betrachten. Sein Aussehen war wie ehedem, und schien nur sein Gesicht etwas schmäler und blässer, die Stirne gefurcht und an den Seiten seines Hauptes bemerkte ich manch' graues Haar zwischen den schwarzen hindurchblicken. Auch an ihm war das Kerkerleben nicht ganz ohne Spuren vorübergegangen, und diese Entdeckung war unendlich schmerzlich für mich. Vielleicht bemerkte er dies, denn seine Worte, jetzt als Frage an mich gerichtet, „daß ich ihn doch unverändert, wohl und kräftig anträfe?“ — sollte wohl auch zugleich eine Beruhigung für mich sein.

Er äußerte dann auch seine Freude, mich so gefaßt zu finden, wie er es auch erwartet habe. Man hätte erst den Vorsatz gehabt, mich durch Fremde mit seiner Todesnachricht bekannt zu machen, welches Geschäft er jedoch für sich erbeten habe; denn von ihm selbst, aus seinem Munde sollte ich's erfahren und würde ich's am besten hören können. — — — —

Dann sagte er, daß er bereits seit gestern Abend seinen bevorstehenden Tod wisse, welche Nachricht der Kabinetsrath von Uhden ihm überbracht, der dies mit vieler Freundlichkeit gethan (nicht wie ehemals, als mein Vater eine Anstellung wollte und er ohne Antwort an ihm vorüber eilte). Er sprach nun noch mit wenigen Worten seine Ansichten aus und fügte die Gründe hinzu, die ihn zum Attentat bewogen hatten. Er halte diese Handlung für recht und könne nicht anders als auf diesen Glauben sterben. Von Gott, vor dem er bald stehen werde, erwarte er sein Urtheil darüber. Dieser allein könne entscheiden Möge nie eine Zeit kommen, wo der König bereuen werde, für seinen Tod gestimmt zu haben. — Er scheide gern aus einer solchen Welt, und wüßte er, daß der Augenblick seines Todes auch der meine wäre, so würde er sogar freudig sterben. Nur der Gedanke, mich zurückzulassen, allein ohne ihn auf der Welt zurückzulassen, erschwere ihm den Tod und breche das Herz. — Ich versicherte ihm hierauf bald zu folgen — und es glitt da ein Strahl von Freude über seine Züge. — — — So war es bald 11 Uhr geworden und einer der anwesenden Herren erinnerte jetzt, daß es Zeit sein werde, uns zu trennen. Warum gönnte man uns nicht diese ganze letzte Nacht? Mein Vater fragte den Direktor, ob es nicht erlaubt werden könne, mich später, gegen Morgen, noch einmal sehen zu dürfen, und ob ich bis dahin nicht in der Wohnung des Inspektors bleiben könne. Die Uebrigen unterstützten diesen unsern beiderseitigen Wunsch, da — wie sie meinten — man höhern Orts gegen diese letzte Bitte wohl nichts einzuwenden hätte, und der Direktor, im Augenblick von bessern, weichen Gefühlen bewegt,

*) Die einzigen Thränen in dieser Nacht und sie galten der Freude; für den Schmerz hatten wir keine.

wobei mein Vater ihn an den kürzlichen Verlust seiner Gattin erinnerte — gab diesen Wünschen nach und gestattete gegen Morgen uns noch eine Zusammenkunft. Der Polizeibeamte Herr Lindstädt bot meinem Vater jetzt ein gutes „Nachtessen nebst Wein an", aber jener lächelte fast ob dieses Anerbietens und dankte dafür, indem er, „wie sonst", sein einfaches Abendbrod eingenommen habe. Der Pfarrer, welcher zugegen war, bot meinem Vater seine Begleitung am Morgen an, welche dieser jedoch höflich, aber entschieden ablehnte, für alle seine ihm abgestatteten Besuche dankte und ihm hier Adieu sagte. Hierauf sagte jener auch mir Lebewohl, wünschte mir all' die Kraft, welche ich bedürfte und entfernte sich dann mit dem Direktor.

Mein Vater, nachdem er die frohe Ueberzeugung ausgesprochen, mich für diese letzten Stunden in seiner Nähe zu wissen und zum erstenmal Abschied von mir genommen, ging dann, vom Inspektor begleitet, in sein Gefängniß zurück. — — Man hatte auf meine Bitte mir Schreibmaterial gegeben und ich setzte jetzt auf, was ich erfahren, denn es lag mir viel daran, es zu bewahren. Es war das Einzige, was ich noch für meinen Vater thun konnte — ich faßte es von jetzt als Lebenszweck auf, all' meine Kräfte wuchsen mit seiner Ausführung, Ruhe und Sammlung kam da über mich und alle andern Gefühle waren getödtet in mir. So ging Mitternacht vorüber und der 14. Dezember brach an. Mittlerweile kehrte der Inspektor wieder, bereitete Kaffee und ging dann mit zu meinem Vater hinauf. — — — — Es konnte zwei Uhr sein, als der Inspektor wieder eintrat, und mir die gefüllte und wohl bekannte Tasse meines Vaters anbot. Nach Verlauf einer halben Stunde kam er mit meinem Vater herunter, und ein tiefer Schmerz durchzuckte mich bei seinem Anblick. Er war bleicher als das erste Mal, trug einen Schlafrock und in beiden Händen Gegenstände die er zum Andenken für ihm liebe Personen zurücklassen wollte. Er setzte sich auf das Sopha nieder und ich mich dicht an seine Seite. Ich wollte mich an ihn schmiegen, ihn noch einmal recht innig umarmen, aber ich wagte es nicht, um den Schmerz nicht zu vergrößern. Auch in ihm kämpften ähnliche Gefühle, aber wir unterdrückten sie gewaltsam und suchten ruhig zu scheinen. Während dieser Nacht hatte ich fortwährend die Zähne fest aufeinander gebissen, wodurch ich meine Kräfte zu stärken glaubte und wie man zur Unterdrückung großer Schmerzen zu thun pflegt. Niemand als der Inspektor und Herr Lindstädt waren jetzt zugegen und diese forderten uns auf, ohne Rückhalt zu reden. Ihre Nähe solle uns nicht stören, sie ständen jetzt hier nur als Menschen und Freunde, — diese letzten Stunden aber gehörten Gott.

Zuerst bezeichnete mein Vater die mitgebrachten Effekten und bestimmte mir, wem ich sie zu übergeben habe mit seinen letzten Worten und Grüßen dabei. An Henrietten*) erhielt ich den Auftrag, er lasse ihr sagen, sie solle mich nicht verlassen. Mir gab er eine Haarlocke. Dann wiederholte er noch einmal seinen „einzigen Schmerz" mich zurücklassen zu müssen, wobei er die Worte sprach: „O, denken Sie, meine Herren, ein liebes Kind zurücklassen zu müssen," und im Schmerz des Augenblicks bot er ihnen seine Rechte und bat sie als Männer und Freunde, mich zu schützen und mir zu helfen, so viel sie es vermöchten, was Beide bewegt bejahten. Dann führten ihn seine Gedanken auf Tod und Wiedersehen und er freute sich innig, mit meiner Mutter bald vereint zu sein. — — — — Ich sagte ihm jetzt, daß ich einem Schriftsteller Mittheilungen aus seinem Leben gemacht und dieser eine Biographie danach ausgearbeitet habe, welche mit Nächstem erscheinen werde. Dies schien eine angenehme, erwünschte Nachricht zu sein, denn er hatte noch so eben seine Trauer darüber ausgesprochen, „ohne jede Rechtfertigung, ohne jede Aufklärung, die Welt verlassen zu müssen." Ich gelobte ihm und mir im Innern, nicht eher zu ruhen, als bis ich dies Ziel erreicht habe. — — — — Er erinnerte sich nun noch besonderer Stunden aus seiner Gefangenschaft und dabei auch wie er zuweilen am Fenster gestanden und die grauen emporragenden Dächer der nächsten Häuser gesehen, in dessen einem ein Jugendfreund mit seiner einzigen Tochter glücklich und still lebe. Da sei die Sehnsucht nach mir gewaltig erwacht und eine Hoffnung in ihm aufgestiegen, die ihm zuflüsterte: auch vielleicht für uns kämen solche Tage noch wieder. Zuweilen habe er geglaubt, durch die Katastrophe vom 26. Juli werde der König zum Nachdenken gelangen; er werde menschlich fühlen und auch andere glücklich machen.

Es war jetzt 4 Uhr. — — — — Draußen schellte es jetzt. Man hörte öffnen und gleich darauf trat eine hohe männliche Figur herein. Gesicht, Haltung und die unter dem Mantel hervorglänzende Uniform verriethen einen hohen Beamten. Der Eingetretene wünschte meinen Vater allein zu sprechen; wir entfernten uns. Ich erfuhr jetzt, daß der Mann mit der steinernen Miene der Kriminalgerichtspräsident von Kleist sei. Die erwartungsvollen bleichen Züge meiner Umgebung verriethen, daß man in gespannter Unruhe sei und nach einigen bangen Minuten hielt mich nichts mehr zurück und ich ging hinein zu meinem Vater. Man schien eben ein Gespräch beendet zu haben, denn als ich eintrat, redete Niemand. Ich ging an die Seite meines Vaters, worauf mich dieser jenem Herrn vorstellte und zu mir sagte: „Der Herr Präsident von Kleist, der mir die bestimmte Nachricht von meiner Hinrichtung so eben überbracht hat. Ich hatte den König um eine Audienz bitten lassen — der Herr Präsident bringt mir die

*) Henriette war eine dem Tschech'schen Hause nahestehendes Mädchen, halb Dienerin, halb Freundin der Elisabeth Tschech.

Antwort: wie ich glauben könne, der König werde mit einem Verbrecher, wie ich bin sprechen? . . . Beide Majestäten wollten aber für mich beten." Ich fragte jetzt den Präsidenten von Kleist, ob es nicht möglich sei, daß ich den König sprechen könne und das Leben meines Vaters mir rette? Jedoch ein kaltes monotones Nein erhielt ich zur Antwort. Ich konnte meine Blicke von diesem Menschen nicht abwenden, gern hätte ich ihn damit getödtet. Da wandte er sich plötzlich und sagte, der Thür zuschreitend: „Leben Sie wohl." — Mein Vater schwieg. Ich erwiderte: „Leben Sie wohl, Herr Präsident."

Nachdem dieser sich entfernt, kamen die andern Beiden wieder herein, wo mein Vater ihnen die erhaltene Nachricht mittheilte und hinzufügte, daß man um 5 Uhr ihn abholen werde. Er nahm hierauf zum zweiten Mal von mir Abschied und ging, vom Inspektor begleitet, hinauf, um sich anzukleiden. Danach wollte er zurückkehren und bis zum Augenblick des Scheidens bei mir bleiben.

Eine halbe Stunde verging — dann kam er wieder. Sein Anzug war wohl geordnet, wie in früheren Tagen. In derselben Kleidung war ich oft an seiner Seite so froh gewesen. Noch einmal setzten wir uns auf dem Sopha nieder. Er war blaß, aber ruhig, milde und sehr freundlich, seine ganze Erscheinung trug eine gewisse Verklärung an sich. Dies sagten Alle, die ihn jetzt und bis zum letzten Augenblicke sahen. Er äußerte jetzt seine Besorgniß, wovon ich vorerst meinen Unterhalt bestreiten werde, worauf man jedoch erwiederte: Der König werde, wie bisher auch ferner für mich sorgen. Freilich bitter für uns, von ihm noch ferner nehmen zu müssen, wenn er auch nur einen Theil seiner Schuld damit tilgte. Als die Rede auf unsere jetzt versiegelten Effekten kam, äußerte mein Vater: „Diese würden nun unbezweifelt verkauft werden, da es im Erkenntniß heiße: „Tod durch das Rad — durch Königliche Gnade in Beil verwandelt, mit Confiszirung des Vermögens." Man sagte uns nur, daß am Morgen Henriette gleich zu mir beschieden werden sollte, um vorerst bei mir bleiben. Eine Zusicherung, die ihn freute, die ihn beruhigte, wie er sagte. Dann gab er mir die Weisung, die Nachricht seines erfolgten Todes abzuwarten; er werde sie mir durch seinen Inquirenten überbringen lassen.

Während dessen schlug wieder die Uhr — die Stunde der Trennung war nahe. — Mein Vater fragte den Inspektor, ob er ihn nicht begleiten wolle; doch jener lehnte es mit den Worten ab: „Ich kann es nicht."

Das Gespräch richtete sich nun auf unbedeutende Gegenstände. Man unterhielt es nur, um keine Pausen eintreten zu lassen, die fürchterlich waren. Alles Wichtigere war abgemacht. Kaum begonnen wurden wir unterbrochen — denn es schellte jetzt stark und hastig. Tiefe Stille trat in unserm kleinen Kreise ein — dann hörte man männliche Schritte der Thüre nahen, die nun geöffnet wurde. Herein traten: Der Präsident von Kleist, der Direktor Dambach, Polizeirath Dunker, ein Polizeisergeant und ein Gendarm. Zuletzt folgte der Gefängnißprediger, welcher gestern Abend hier zugegen gewesen und dessen Begleitung mein Vater damals schon dankend abgelehnt hatte. Mein Vater redete sie mit den Worten an: „Nun, meine Herren ist's so weit, wollen Sie mich haben?" Es bejahte dies einer aus diesen in Galla-Uniform mit Säbel, „Schwerter und Stangen" Bewaffneten.

Was die Gefühle des Augenblickes meinem Vater eingaben, sprach er jetzt noch aus. Noch einmal sagte er in Gegenwart dieser Versammlung: „Er wisse, wofür er gelebt, wofür er jetzt sterbe. Wie er sich freue, — zu mir gewandt — auf das Wiedersehen mit meiner Mutter und Schwester, und wie sein einziger Wunsch sei, mich mitnehmen zu können. Sein letzter Gedanke, sein letztes Wort werde mein Name sein. Ich versprach ein Gleiches und ihm bald folgen zu wollen. Dann fiel ich nieder, umfaßte seine Knie, küßte seine Füße, denn ein wahnsinniger Schmerz drohte mich zu erfassen. Meine Kraftanstrengung war zu Ende; ich konnte mich nicht mehr beherrschen. Freilich erregte dies den Jammer der Trennung noch mehr. Mein Vater sagte jetzt mit einer Stimme, in der aller Schmerz seiner Seele lag, zu den Umstehenden: „O, Gott, sehen Sie . . . . ." Hier war es nun, wo ich in Worte ausbrach, die, wie man sagte, spätere Folgen für mich herbeiführten. Erinnerlich sind mir die geblieben: Wir haben viele Freunde — für Deine Sache geschieht etwas. Meine Blicke fielen jetzt auf die Umstehenden. Von Kleist blieb kalt und stand mit dem ehernen Gesicht wie eine Bildsäule ohne Regung da. Herr Dambach war bleich und sein sonst blasses Kolorit nahm jetzt eine Todtenfarbe an. Seine Bewegungen verriethen Unruhe. Herr Dunker schien thränenfeuchte Augen zu haben. Die andern Polizisten waren unruhig und der Pfarrer ging mit scheuen, nichtssagenden Zügen ungeduldig hin und her. Der Inspektor und Herr Lindstädt standen im Hintergrund und meine Blicke fanden sie nicht.

Zuerst sagte mein Vater jetzt diesen Adieu, denn der Abschied von mir sollte das Letzte sein. Er dankte dem Inspektor für seine Freundschaft, bat, seine Familie zu grüßen, wünschte dieser, wie ihm, stetes Wohlergehen und sie möchten seiner zuweilen gedenken. Dieser war sehr bleich und erwiderte: Das werde er gewiß thun. Dann wandte mein Vater sich zu mir, sagte: Nun, mein einzig liebes Kind, lebe wohl; Adieu, Elisabeth, nahm mich in seine Arme und drückte seine Lippen fest und immer fester auf die meinen. — — —

Es kämpfte, ob ich gleich wie todt an seinem Herzen lag, es kämpfte in mir etwas, das wie ein Angstschrei sich herauswinden wollte. Ich drückte die Zähne fest auf einander und blieb still und kalt. Ich fühlte nur seinen letzten, langen Kuß, der sich krampfhaft an meine Wange schloß und wie beißend daran sich festsog. — Endlich

ließ er mich und wandte sich um zu gehen. Meine Augen waren geschlossen und ich fiel rücklings über, wo mich Herr Lindstädt aufhielt. In diesem Moment öffnete ich die Augen und sah meinen Vater umkehren und mit ausgebreiteten Armen auf mich zueilen. Aber es war ja genug für Beide. Ich winkte mit der Hand — fort, — fort da wandte er sich und ging mit schnellen, festen Schritten aus dem Zimmer. Ihm folgte der Inspektor nach.

Ich eilte zum Sopha und verbarg mich in die Kissen, um nichts mehr zu hören und zu sehen. Ich hörte da die Thüre sich öffnen und die Anwesenden sich entfernen."

Friedrich Wilhelm IV. war am Nachmittage des 13. Dezember nach Charlottenburg gefahren; hier erwartete er die Mittheilung des Kammergerichtspräsidenten von Kleist. Er hegte im Geheimen immer noch die Hoffnung, Tschech werde um Gnade bitten und daher das Urtheil nicht vollstreckt werden. Gegen 11 Uhr Abends traf der Courier ein, den der Präsident von Kleist entsendet hatte und der den Bericht über Tschech's Festigkeit und Unerschütterlichkeit brachte.

Schon seit längerer Zeit war die Anordnung getroffen, daß Hinrichtungen nicht mehr in Berlin, sondern in Spandau stattfinden sollten. Tschech mußte deshalb von der Hausvoigtei aus nach Spandau gebracht werden und auf diesem Wege durch Charlottenburg kommen. Es war dem Könige peinlich, in der Nähe des Verurtheilten zu sein. Gleich nach 11 Uhr Abends gab er daher den Befehl, die Equipage anzuspannen, er fuhr durch den Grunewald nach Potsdam. Die Direktion der Berlin-Potsdamer Eisenbahn wurde beordert, während der ganzen Nacht zwei Lokomotiven geheizt stehen zu lassen, damit augenblicklich sobald eine Nachricht vom Kammergericht komme, diese dem Könige nach Potsdam übersendet werden könne.

Immer noch hoffte Friedrich Wilhelm IV. auf eine Bitte Tschech's um Gnade. Aber die Hoffnung war vergeblich, denn der unerschütterlich feste Mann wünschte nicht ferner zu leben, auf keinen Fall durch eine Bitte um Gnade, die er für ehrlos und erniedrigend hielt, sein Leben zu erkaufen.

Am frühen Morgen wurde Tschech im geschlossenen Wagen nach Spandau geführt. Er zeigte während der kleinen Reise eine so große Ruhe, daß die ihn begleitenden Beamten ihn nicht genug zu bewundern vermochten. Kurz vor Spandau sagte er: „Es ist doch seltsam, daß man bei vollen Kräften sich selbst sagen kann, in wenigen Minuten wirst Du nicht mehr leben." Ebenso ruhig blieb Tschech bis zum letzten Augenblicke auf dem Schaffot.

Die Hinrichtung ging schnell und exakt vor sich. Nur wenige zufällig zusammengekommene Landleute waren außer den Beamten Zeugen derselben.

Einige Stunden nach der Hinrichtung wurden die Berliner von derselben durch folgende an die Straßenecken angeschlagene Proklamation unterrichtet:

Warnungs-Anzeige.

Heinrich Ludwig Tschech, welcher, nachdem er in den Jahren 1832—41 die Stelle des Bürgermeisters in Storkow bekleidet hatte, dieselbe niederlegte, und seitdem fortgesetzt Anspruch auf eine Versorgung im unmittelbaren Staatsdienste machte, mit seinen darauf gerichteten, gesetzlich nicht gerechtfertigten Anträgen aber wiederholt zurückgewiesen worden war, hat am Morgen des 26. Juli d. J. aus einer Doppelpistole in unmittelbarer Nähe auf Se. Majestät den König in der Absicht, Allerhöchst denselben zu tödten, zwei Kugeln abgeschossen, von welchen die erste, durch mehrfache Falten des Mantels hindurch in den Ueberrock dringend, auf der Brust eine Quetschung verursachte, die zweite dagegen dicht über dem Haupte Ihrer Majestät der Königin in das Holzgestell des Wagens eindrang. Dieser That geständig und überführt, ist der Tschech durch die gleichlautenden Erkenntnisse des Kriminal-Senats und des Oberappellations-Senats des Kammergerichts vom 19. September und 26. Oktober d. J. wegen Hochverraths des Rechts, die Preußische Nationalkokarde zu tragen, aller bürgerlichen Ehre und seines sämmtlichen Vermögens für verlustig erklärt und zur Schleifung zur Richtstätte und zur Todesstrafe des Rades von oben herab verurtheilt worden. Mittelst Allerhöchsten Reskripts vom 10. d. Mts. haben Se. Majestät der König der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen befohlen, unter der Maßgabe, daß die erkannte Strafe des Rades von oben herab mit Wegfall der Schleifung zur Richtstätte in die des Beils verwandelt worden. Demgemäß ist der Heinrich Ludwig Tschech heut auf der Richtstätte zu Spandow mittelst des Beils vom Leben zum Tode gebracht worden.

Berlin, den 14. Dezember 1844.

Königlich Preußisches Kammergericht.

Ein starres Erstaunen ergriff die zahlreich vor den Plakaten sich sammelnden Leser. Varnhagen erzählt:

„Die Ueberraschung der Leute war ungeheuer, man hatte die Sache bisher für unmöglich gehalten; die Schnelligkeit und Heimlichkeit, mit der die Hinrichtung betrieben worden, macht den übelsten Eindruck, selbst bei solchen Leuten, die der Hinrichtung beistimmen. Allein die Mehrzahl thut letzteres keineswegs, man ist erschrocken, daß der König nicht Gnade geübt, daß er sich nicht auf gleiche Höhe mit König Louis Philippe und Königin Victoria gestellt, man findet es häßlich für ihn, häßlich für Preußen, man bedauert ihn! — — — Die Minister, Gerichtsleute, Höflinge, Schmeichler triumphiren über die gute Bewahrung des Geheimnisses, über die gelungene Ueberraschung. Das Volk ist weit entfernt, sie zu rühmen, der rohere Theil sieht sich um ein Schauspiel betrogen, auf das er ein Recht zu haben glaubt, die Klügeren lachen höhnisch ob

der Furcht und Angst, die zur Heimlichkeit ihre Zuflucht genommen. Ich selbst hörte einen Bedienten sagen: „das ist ja Feigheit, das kommt auf die spanischen Geschichten.“ Zwar hört man in den Gruppen vor den Maueranschlägen auch Leute, die da rufen: „das ist recht!“ allein man hat bemerkt, daß ein und derselbe Kerl vor drei, vier Anschlägen stehen blieb, als läse er die Sache zum erstenmal, und stets mit Heftigkeit seine Aeußerung wiederholte, auch blickten sich die Leute scheu um, sie witterten Polizei. Was zu dieser und dem Hofe gehört, affektirt die größte Befriedigung; rief doch der junge Graf von * auf der Treppe mein Hausmädchen Minna an, ob sie schon wisse? . . . und jubelte, als sei ihm schon zu Weihnachten bescheert worden. — — — Auf die Feier zur Einweihung des Opernhauses, auf die Hoffeste, auf all' den Prunk des Winterlebens fällt es wie ein düsterer, blutiger Schimmer! Die Leute fragen, wie muß dem Könige zu Muthe sein? wie der Königin? diesen frommen, diesen christlichen Personen! — — — Durch das Weihnachtsfest ging eine düstere Stimmung. Die Hinrichtung Tschech's liegt den Leuten im Sinne, sie wird allgemein mißbilligt und man blickt mit Besorgniß in die Zukunft. Man tanzt, hört Musik, sieht Schauspiele, das geht seinen Gang, aber die Unruhe und Unzufriedenheit geht mit, sie läßt sich nicht wegleugnen.

Großer Haß gegen den Präsidenten von Kleist giebt sich kund. Man sagt laut, das er blutdürstig sei. Man rühmt den alten Kamptz, wie sogar der noch menschlicher fühle und denke, als dieser Kleist.“ —

Elisabeth Tschech wurde am Tage nach der Hinrichtung ihres Vaters abermals verhaftet. Auf ihre Frage, mit welchem Rechte man sie der Freiheit beraube, erhielt sie die Antwort: „Nach den Preußischen Landesgesetzen würden Kinder und Familien-Mitglieder der Hochverräther, besonders wenn sie gefährlich schienen und die Gesinnungen und Ansichten derselben theilten, lebenslänglich gefangen gehalten oder Landes verwiesen. Wahrscheinlich hatten die in der Verzweiflung in der Nacht vor dem Tode ihres Vaters von ihr unvorsichtig gesprochenen Worte: „wir haben viele Freunde. Für Deine Sache geschieht etwas!“ den Verdacht, die Tochter sei eine Mitschuldige des Vaters, von Neuem veranlaßt.

Die Untersuchung wurde indessen nicht ernstlich aufgenommen, nach wenigen Tagen erhielt Elisabeth Tschech wenigstens den Schein der Freiheit zurück. Sie wurde in Begleitung eines Polizeibeamten und ihrer früheren Dienerin Henriette nach Kamen in Westphalen geschickt, dort sollte sie fortan im Hause eines strengorthodoxen Predigers leben.

Der König bezahlte für sie und die Dienerin eine Pension.

Wie unglücklich sich die Tochter Tschech's in dem frommen Hause fühlte, geht am besten daraus hervor, daß sie aus demselben entfloh, obgleich sie ohne alle Mittel war. Sie zog es vor, arm in der Freiheit, anstatt auf Königliche Kosten im Hause des Gottesdieners, zu leben.

Sie entkam glücklich nach Frankreich, später nahm sie ihren Aufenthalt in der Schweiz.

Dreizehntes Kapitel.

Die religiöse Bewegung. — Der heilige Rock. — Die Völkerwanderung nach Trier. — Johannes Ronge und sein Brief. — Czerski. — Deutsch-katholische Gemeinden. — Der Berliner Witz im Kampf für Ronge. — Die Lichtfreunde. — Parteinahme des Königs. — Der Magistrat von Berlin im Kampfe für die religiöse Freiheit. — Der Magistrat vor dem Könige. — Der Gustav-Adolfs-Verein in Berlin. — Ausschließung Rupp's. — Die Synoden.

Die Geschichte Berlins in den Jahren 1844 bis 1847 ist arm an großen Ereignissen, aber dennoch gewährt sie ein nicht unbedeutendes Interesse, denn selbst die kleinen Tagesbegebenheiten sind wichtig für die Erkenntniß der innern Entwickelung des preußischen und vorzugsweise des Berliner Volkes. Gerade in dieser Beziehung sind die Jahre von 1844—1847 von hoher Bedeutung als eine Vorbereitungsschule für die gewaltigen Bewegungen des Jahres 1848.

Es gährte in Preußen in allen Provinzen; eine politische Aufregung herrschte, welche sich von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr mehr steigerte, eine Unzufriedenheit, welche fortwährend im Wachsen war.

Das Attentat Tschech's hatte für kurze Zeit die früher so allgemeinen Loyalitätsbezeugungen wieder heraufbeschworen. Friedrich Wilhelm IV., der so freudig bewegt alle die Versicherungen der Liebe und unerschütterlichen Treue von Land und Stadt empfangen hatte, sollte sich bald genug überzeugen, daß wohl der Abscheu gegen das Verbrechen Tschech's ganz allgemein im Lande war, daß aber das Volk trotz aller Treueversicherungen doch auf religiösem, sozialem und politischem Gebiete, unbeirrt durch die augenblickliche überpatriotische Strömung, dem Fortschritt treu blieb, wie wenig dieser auch dem Königlichen Geschmacke zusagen, wie herbe und entschieden sich auch der König gegen die herrschende Richtung des Zeitgeistes öffentlich aussprechen mochte.

Wohin Friedrich Wilhelm IV. seinen Blick wandte, überall sah er die gleiche Erscheinung. In der Hauptstadt wie in den Provinzen regte sich der freie Geist des Fortschritts in religiöser, sozialer und politischer Beziehung, in den Provinzen fast noch stärker als in Berlin, denn die Hauptstadt ging damals dem Lande in der Bewegung noch nicht voran, aber sie folgte dem Beispiele, welches ihr vorzugsweise von Ostpreußen und den Rheinlanden gegeben wurde. Obwohl nicht der erste Impuls der das Land durchdringenden freiheitlichen Bewegung von ihr ausging,

wurde sie doch bald der natürliche Mittelpunkt derselben, weil sie sich ihr nicht verschloß.

Der Meinungskampf auf dem religiösen Gebiete gewann gerade in jenen Jahren eine besondere Schärfe und Wichtigkeit, hierzu trug wesentlich bei die starre Gegnerschaft der Regierung, welche sich mehr und mehr der Orthodoxie zuneigte und jede freiere religiöse Auffassung fast mit Erbitterung bekämpfte. Sie rief dadurch den ernstesten und kräftigsten Widerstand der Opposition hervor und unterstützt wurde diese in ihrem Streben durch eine freireligiöse Bewegung in der katholischen Kirche, welche im Jahre 1844 sich aus einer an mittelalterliche Anschauungen erinnernden religiösen Demonstration eines katholischen Kirchenfürsten Preußens entwickelte.

Die Domkirche in Trier befand sich im Besitz einer Reliquie, eines Gewandes, welches nach der schon im Mittelalter verbreiteten Sage Jesus Christus in seinen letzten Lebensjahren getragen haben sollte. Der Bischof Arnoldi von Trier beschloß im Jahre 1844 das heilige Gewand Jesu für alle Gläubigen öffentlich zu zeigen und er erhielt hierzu die nachgesuchte Genehmigung der Königlich Preußischen Regierung.

Daß „dies unschätzbare Kleinod des ungenähten Rockes des Herrn und Heilandes Jesu Christi" vom 18. August ab 6 Wochen lang in der Domkirche zu Trier zu schauen und zu verehren sein würde, daß allen denjenigen, welche zur Verehrung des heiligen Gewandes nach Trier wallfahrten wollten, für ein Billiges vollkommener Ablaß in Aussicht gestellt wurde, machte in ganz Deutschland ein ungetheiltes Aufsehen.

Die gläubigen Katholiken freuten sich der mittelalterlichen Feierlichkeit, die Freigesinnten aber schüttelten den Kopf darüber, daß eine derartige Schaustellung im neunzehnten Jahrhundert noch möglich sei. Der preußischen Regierung wurde es von vielen Seiten und am meisten von intelligenten Katholiken schwer verdacht, daß sie ihre Genehmigung zu dem Unternehmen des Bischof Arnoldi gegeben habe. Welche bedeutenden Folgen dasselbe aber haben werde, ahnte damals Niemand; fast allgemein glaubte man, eine kleine Zahl von frommen Abergläubigen werde nach Trier pilgern um die von der Sage behauptete Wunderthätigkeit des heiligen Rockes zur Heilung von Krankheiten und zur Vergebung der Sünden in Anspruch zu nehmen und damit werde die ganze Sache sich erledigen.

Diese Erwartungen wurden nicht erfüllt. Jetzt plötzlich zeigte es sich, was Niemand geahnt hatte, wie ungewöhnlich groß die Zahl der Wundergläubigen noch war. Aus allen Provinzen Preußens, aus allen deutschen Ländern, ja selbst aus der Schweiz, aus Frankreich und anderen ferneren Staaten strömten die Wallfahrer nach Trier, besonders zahlreich natürlich kamen sie aus den benachbarten rheinischen und westphälischen Städten und Landschaften.

Je größer der Triumph der bigotten Katholiken war und je lauter er sich äußerte, je ernster wurde auch der Widerstand, den die Ausstellung des heiligen Rockes nicht nur bei den Protestanten, sondern auch bei den freisinnigen Katholiken fand. Diese waren nicht weniger empört über die Scenen der Unsittlichkeit, zu denen die Wallfahrer Veranlassung gaben, über die Wiederholung einer mittelalterlichen, an Tetzel's Ablaßkram erinnernden Schaustellung, als die Protestanten selbst, ja sie waren es fast mehr als diese, denn unter den letzteren nahm die lichtfeindliche streng-orthodoxe Fraktion sogar Partei für den heiligen Rock.

Hengstenberg's evangelische Kirchen-Zeitung in Berlin und andere derartige Blätter lobten den frommen Eifer der nach Trier wallfahrenden Katholiken mit warmer Anerkennung und ebenso sprachen sich alle feudalen und hoch-conservativen Zeitungen aus, weil sie wohl begriffen, daß ihr Partei-Interesse von ihnen die Unterstützung der von der preußischen Regierung genehmigten Schaustellung erfordere. Als Beispiel möge die Schilderung dienen, welche der aristokratische Biograph Friedrich Wilhelms IV. Hermann von Schmettau*) von der Ausstellung des heiligen Rockes giebt:

„Im Jahre 1844 hatte der Bischof Arnoldi in Trier den dort befindlichen Rock Christi öffentlich zur Verehrung, nicht zur Anbetung ausgestellt. Es war dies schon früher geschehen, und die Unechtheit des Rockes kann nicht bewiesen werden. Unter allen Umständen ist es keine Sünde, und kein gläubiger Christ, mag er angehören welcher Konfession er will, wird daran Anstoß nehmen, wenn fromme Seelen mit Ehrfurcht das Kleid betrachten, welches ihr Heiland getragen hat. Mehr als 2 Millionen Katholiken wallfahrteten nach den Rheinlanden, aus Belgien und sogar aus der Schweiz nach Trier, um den heiligen Rock zu sehen und dazu den bischöflichen Segen zu empfangen. Daß es wirklich noch so viele gläubige Seelen gab, ärgerte aber die Feinde des Glaubens. In Laurahütte, in Ober-Schlesien lebte ein ehemaliger Kaplan der katholischen Kirche, Johannes Ronge, früher zu Grottkau angestellt, abei vom Amte suspendirt, weil er sich nicht der Kirchendisciplin hatte fügen wollen. Dieser nun hielt sich für berufen, den Luther des neunzehnten Jahrhunderts zu spielen. Er veröffentlichte in den „Sächsischen Vaterlandsblättern", einem liberalen Tageblatte, einen Brief an den Bischof Arnoldi, dessen anmaßende Grobheit höchstens der theologischen Unwissenheit des Verfassers entsprach. Er verhielt sich zu Luther's berühmten fünfundneunzig Sätzen wie die Karrikatur zum Bilde."

Der von den Sächsischen Vaterlandsblättern am 15. Oktober veröffentlichte Brief Ronge's an den Bischof Arnoldi, welchen der edle Herr von Schmettau mit so liebenswürdiger und wohl-

*) Friedrich Wilhelm IV. König von Preußen. Ein geschichtliches Lebensbild, dem deutschen Volke gewidmet von Herrman von Schmettau.

wollender Kritik behandelt, machte in ganz Deutschland ein Aufsehen, welches weniger durch die große Bedeutung des Briefes selbst als dadurch erzeugt wurde, daß Ronge mit einfachen klaren Worten das aussprach, was alle freidenkenden Katholiken und Protestanten längst gefühlt und gedacht hatten.

Ronge's Brief enthielt keine neuen Lehren und Anschauungen, aber er gab den allgemein bekannten einen kräftigen verständigen Ausdruck und besonders bedeutungsvoll erschien es, daß dies von einem katholischen Priester selbst geschah.

Fast gleichzeitig mit Ronge sagte sich ein zweiter katholischer Pfarrer Czerski in Schneidemühl mit einem Theil seiner Gemeinde von der römisch-katholischen Kirche los; er setzte ein Glaubensbekenntniß auf, welches er das christkatholische nannte, während sich Ronge's Anhänger, die in Breslau im Dezember 1844 eine kleine Gemeinde bildeten, die Bezeichnung „Deutsch-Katholische" beilegten.

Die Bewegung in der katholischen Kirche verbreitete sich schnell. Auf einem Konzil in Leipzig wurde ein neues Glaubensbekenntniß aufgesetzt und schon nach kurzer Zeit hatten sich in allen größeren Städten Deutschlands deutsch-katholische Gemeinden gebildet. Auch Berlin blieb nicht zurück. In der preußischen Residenz trat schon im Februar 1845 eine deutsch-katholische Gemeinde zusammen.

Die von Ronge und Czerski angeregte Bewegung verdankte ihren schnellen und glänzenden Erfolg vorzüglich dem Widerstande, der ihr von der conservativen Partei geleistet wurde. Je mehr die Reaktion sich bemühte, die Deutschkatholischen als politische Wühler zu verdächtigen, je reger zeigte sich das Interesse des Volks für dieselben, denn die freisinnig-religiöse Partei war damals eng verbunden mit der der politisch-freisinnigen. Gerade in Berlin zeigte sich dies recht augenscheinlich.

Während die evangelische Kirchenzeitung weidlich auf Ronge schimpfte, nahm die Vossische Zeitung, das Organ des bürgerlichen Liberalismus, eifrig Partei für den Angegriffenen. Sie kämpfte wacker mit kräftigem Wort, obwohl die Vertheidigung Ronge's nicht ungefährlich war.

Die Anschauungen der Vossischen Zeitung fanden in Berlin allgemeine Billigung sowohl bei dem niederen Volk als bei den gebildeten Klassen. Nur von der kleinen Partei des Rückschritts wurden sie verdammt. Ronge's Bild wurde auf dem Weihnachtsmarkt ein gesuchter Handelsartikel; eine Adresse an den Reformator des neunzehnten Jahrhunderts, diesen hochtönenden Titel gaben die begeisterten Anhänger Ronge's dem einfachen Manne, erhielt eine große Anzahl von Unterschriften.

Selbst der Berliner Witz trat für Ronge mit manchen drastischen Demonstrationen ein. Karrikaturen des heiligen Rockes und der frommen Wallfahrer erschienen in Menge. Auf einem Maskenballe in der Friedrichsstädtischen Halle trug ein Witzling ein altes weißes Hemd mit der Inschrift: „Heiliger Rock" und erregte dadurch großes Gelächter, bis sich die Polizei in's Mittel legte und ihn zwang, das Hemd auszuziehen. Bei einer maskirten Studentenschlittenfahrt, welche am 1. März 1845 stattfand, figurirten ebenfalls karrikirte Bilder des Papstes und des heiligen Rockes.

Die außerordentlich schnelle Ausbreitung des Deutschkatholicismus in Berlin wurde wesentlich dadurch begünstigt, daß zu gleicher Zeit auch in der evangelischen Kirche eine ähnliche Bewegung stattfand, ein Kampf des Lichtes gegen die Verdunkelung, der Jünger des lebendigen Fortschritts gegen die Anhänger der starren Orthodoxie.

Schon längst hatten sich die Freunde einer rationalistisch-religiösen Anschauung enger mit einander verbunden, um Kraft zum gemeinsamen Wirken zu erlangen. Mehrere beliebte Prediger, wie Uhlich, Wislicenus, König, Rupp u. A. hatten sich an die Spitze der Bewegung gestellt, sie nannten sich protestantische Freunde, wurden aber vom Volk mit dem bezeichnenderen Namen Lichtfreunde belegt.

In Köthen fanden Versammlungen statt, in denen die Lichtfreunde sich über die Lehren beriethen, auf Grund deren sie neue Religionsgemeinden zu stiften beabsichtigten. Die Bewegung war entstanden in den Provinzen, in diesen hatte sie ihre vorzüglichsten Führer; aber sie fand in Berlin den regsten Antheil. Die Berliner sprachen sich eben so entschieden für die Lichtfreunde aus wie für die Deutschkatholiken.

Friedrich Wilhelm IV. sah mit Schmerz, ja mit Entrüstung, wie lawinenartig die Zahl derer wuchs, von denen er glaubte, sie seien abgefallen vom einzig wahren christlichen Glauben. Er glaubte, es sei seine Pflicht, mit allen Mitteln seiner Königlichen Gewalt der Weiterverbreitung einer religiösen Bewegung, die er für durchaus verderblich und verwerflich hielt, entgegen zu treten. Deshalb nahm er oft persönlich an dem Kampfe Theil, deshalb förderte er eifrigst jede Regung der orthodoxen und pietistischen Partei*), während er sich den

*) Die General-Konzession, welche die unter Friedrich Wilhelm III. so eifrig verfolgten Alt-Lutheraner am 23. Juni 1845 erhielten, und vermöge deren sie alle Rechte einer gesetzlich anerkannten Kirchengemeinschaft zurückempfingen, giebt für das Streben Friedrich Wilhelm IV., die orthodoxe Richtung zu befördern, einen schlagenden Beweis. Auch die Gründung des Krankenhauses Bethanien, in welchem evangelische barmherzige Schwestern nach dem Beispiele katholischer Nonnen einen Theil der Krankenpflege übernehmen sollten, spricht dafür. Am 23. Juli 1845 legte Friedrich Wilhelm IV. den Grundstein zu dem Krankenhause, welches schon am 10. Oktober 1847 eingeweiht werden konnte. Im Herbst des Jahres 1845 ließ der fromme König auch den Bau einer großartigen schönen Kapelle im Schloß zu Berlin beginnen, diese wurde indessen erst am 18. Januar 1854 eingeweiht. Der

Lichtfreunden bei den verschiedenen Gelegenheiten direkt feindlich zeigte. Mit scharfen klaren Worten geschah dies z. B. in Halle. Friedrich Wilhelm IV. antwortete dem Buchhändler Dr. Schwetschke, welcher als der Sprecher einer Deputation sich über die Sympathieen des Landes für Wislicenus äußerte:

„Glauben Sie nicht, daß man mir durch Sympathieen imponirt. Ich lasse mir nicht imponiren und wenn sich noch so viele Lichtfreunde zusammenthäten. Ich bin ein mächtiger Herr (ich sage es ungern), aber ich dulde keine eidbrüchigen Priester. Solche Opposition kann auch nur zum entgegengesetzten Extreme führen: ich werde die Zügel straffer fassen!“

Er zog die Zügel straffer an; in Berlin und später im ganzen preußischen Staate wurden die öffentlichen Versammlungen der Lichtfreunde verboten, eine Versammlung wurde sogar polizeilich aufgelöst. Die Beamten und Offiziere erhielten gemessenen Befehl, sich jeder Theilnahme an den religiösen Bewegungen zu enthalten. Gegen die Führer der freireligiösen Partei wurden Untersuchungen und Amtsentsetzungen verhängt, aber alle diese Schritte vermochten doch die immer weitere Ausbreitung des religiösen Fortschritts nicht zu verhindern, ja sie reizten sogar zum Widerstande auf und zu diesem fühlten sich selbst manche Geistliche ermuntert, da sie sahen, daß sie nicht nur im Volk, sondern auch unter ihren Amtsgenossen und Vorgesetzten Verbündete fanden.

Der stets wachsende Einfluß der Hengstenbergischen Partei, die Verfolgungssucht derselben gegen alle freisinnigen Geistlichen, die Bevorzugung, welche die Pietisten von obenher genossen, erregte das Mißvergnügen von Männern, die gewiß weit entfernt waren, sich der rationalistischen Bewegung hinzugeben, die aber glaubten, die protestantische Freiheit*) auch für ihre Gegner in Anspruch nehmen zu müssen. Männer wie die Bischöfe Eylert und Dräsicke sprachen sich derart aus. Eilf Berliner Prediger erklärten im Mai 1845 in den Zeitungen: Das Gerücht, sie hätten einen Antrag auf Absetzung des Wislicenus unterschrieben, beruhe auf einer böswilligen Erfindung, denn ein solcher Schritt würde ihrer Ueberzeugung und ihrer Ehre zuwider sein.

Die freireligiöse Bewegung hatte in Berlin so feste Wurzeln gefaßt, sie war so tief in alle Schichten des Volkes eingedrungen*), daß sich ihr auch der sonst so wohldenkende und patriotische Magistrat von Berlin nicht entziehen konnte. Es ist gewiß ein bedeutsames Zeichen jener Zeit, daß diese bürgerliche Behörde ebenfalls unwiderstehlich vom Strome der Bewegung mit fortgerissen wurde, daß sie sich entschließen konnte, ja entschließen mußte, um dem Drängen der Bürgerschaft zu entsprechen, sich dem Könige mit einer Adresse zu nahen, von der die Väter der Stadt vorher wußten, daß sie die Allerhöchste Ungnade erregen würde.

Der Magistrat von Berlin nahm offen die Partei der Lichtfreunde; in einer Eingabe an den König beschwerte er sich über den Mangel an Gewissensfreiheit, über den Rückschritt in religiöser Beziehung, über die Weigerung vieler Prediger, eine gesetzlich erlaubte Ehe einzusegnen, wenn einer der beiden Theile geschieden worden sei.

Die Beschwerde war in ernsten kräftigen Worten abgefaßt, der Magistrat hatte sich sogar nicht gescheut, Namen zu nennen (Hengstenberg), um die finstere kirchliche Richtung zu bezeichnen.

Die Beschwerdeschrift des Magistrats erregte den ernsten Unwillen des Königs. Friedrich Wilhelm IV. glaubte Anfangs, sie sei einem augenblicklichen Impuls entsprossen und möge vielleicht wieder zurückgenommen werden. Der Minister von Thile unterzog sich der Aufgabe, den Magistrat hierzu zu bewegen. Damit wäre am einfachsten und leichtesten die ganze unangenehme Sache erledigt worden.

Herr von Thile machte mit seiner Vermittelung schlechte Geschäfte. Er schrieb dem Magistrat, er habe dessen Eingabe dem Könige noch nicht vorgetragen, da es unmöglich schicklich sein könne, Sr. Majestät schriftlich Dinge zu sagen, die man doch nicht wagen würde, ihm von Angesicht zu Angesicht auszusprechen, deshalb sei es jedenfalls besser, wenn der Magistrat seine Eingabe zurücknähme. Ein ähnliches eindringliches Schreiben richtete der Minister an den Ober-Bürgermeister Krausnick, dieser aber konnte unmöglich in der Sache etwas thun, denn der Magistrat würde sich gänzlich des Vertrauens der Bürgerschaft beraubt haben, wäre er jetzt, nachdem er den ersten Schritt gethan hatte, muthlos geworden.

Bau der Kuppel, durch welche das Schloß gekrönt wurde, war schon im Jahre 1848 so weit vollendet, daß am 15. Oktober 1848 die Inschrift, welche mit fußhohen goldenen Buchstaben auf blauem Grunde die Kuppel umgürtet, enthüllt werden konnte. Die für die Glaubensrichtung Friedrich Wilhelm IV. bezeichnende Inschrift lautet: „Es ist in keinem andern Heil, ist auch kein anderer Name den Menschen gegeben, denn in dem Namen Jesu, zu Ehren Gottes des Vaters. Daß in dem Name Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind.“

*) Marheinecke, einer der Vorkämpfer für die protestantische Freiheit an der Berliner Universität, erhielt von den Studenten, seinen Zuhörern, zum Dank für seine Thätigkeit als Geschenk einen schönen silbernen Pokal, der folgende von Georg Herwegh verfaßte Inschrift trug:

Nur Eins ist gut, das halt ich fest,
Und will es nicht verlieren,
Das ist mein christlicher Protest
Mein christlich Protestiren.

*) Der Berliner Witz zeigte sich damals wie immer durchaus lichtfreundlich und fortschrittlich. Die neu erbaute Rampe vor dem Königlichen Schlosse wurde allgemein der Hengstenberg genannt und die beiden Rossebändiger erhielten den Namen der beförderte Rückschritt und der gehemmte Fortschritt.

Herr von Thile erhielt die Antwort, der Magistrat beharre auf seiner Eingabe und jedes seiner Mitglieder sei bereit, den Inhalt derselben auch mündlich Sr. Majestät dem Könige gegenüber zu vertreten.

Jetzt war nichts mehr zu ändern. Der König entschloß sich die Adresse anzunehmen, aber nur unter der Bedingung, daß sie ihm vom Magistrat persönlich überreicht und vorgelesen werde. Dazu hoffte er, würden weder Herr Krausnick noch seine Kollegen den Muth haben. Aber sie hatten den Muth und sie folgten der Einladung des Königs, der sie zum Donnerstag, den 2. Oktober, Morgens 9 Uhr, auf das Schloß beschied.

Es war inzwischen im Volke bekannt geworden, daß der Magistrat beim Könige eine Audienz haben werde. Die Bürgerschaft billigte die Eingabe ihrer städtischen Behörde so aus dem Grunde des Herzens, daß sie den Wunsch hegte, dem Magistrat ein Zeichen der Verehrung zu geben. Dies aber war nicht nach dem Sinne der herrschenden Partei und von dieser wurde daher das Gerücht verbreitet, die Audienz solle um 11 Uhr stattfinden, während sie um 9 Uhr Morgens angesetzt war. Es hatten sich deshalb nur einige hundert Bürger vor dem Schloß versammelt, welche die Väter der Stadt freudig begrüßten.

Friedrich Wilhelm IV. empfing den Magistrat ernst und nicht mit der gewinnenden Freundlichkeit, welche er sonst bei solchen Gelegenheiten zu zeigen pflegte, aber doch nicht eigentlich ungnädig. Er ließ sich die Adresse vorlesen, dann antwortete er:

„Ich habe dem Magistrat von Berlin eine geraume Frist gestattet, über den gegenwärtigen Schritt nachzudenken. Ich habe die Bedingung gemacht, die Adresse nur dann entgegen zu nehmen, wenn sie Mir vom Magistrat selbst überbracht und vorgelesen würde. Ich hegte die schöne Hoffnung, daß der Magistrat eine andere Ansicht von diesem Schritte gewinnen würde und daß er es am Ende selbst sonderbar finden müsse, in Meiner Gegenwart und von Angesicht zu Angesicht eine lange theologische Abhandlung vorzulesen. Sie haben es dennoch gewünscht, meine Herren, und Ich habe Ihren Wunsch erfüllt. Ich gestatte gern der ersten Behörde Meiner lieben Vaterstadt, was Ich Andern abschlagen würde. Die Gesinnungen echter Königs- und Vaterlandstreue, mit welcher der Magistrat von jeher allen Einwohnern vorgeleuchtet hat, entschuldigt diese Bevorzugung. Sie haben geredet — Ich habe gehört. Ich will jetzt antworten, so gut Ich es nach Anhörung der Adresse vermag."

Und er antwortete! —

Mit scharfen Worten vertheidigte er Hengstenberg und die orthodoxe Partei, klagte er die Lichtfreunde an, von denen er behauptete, daß sie den Abfall predigten und das Volk aufregten. Er sprach seine ernste Mißbilligung darüber aus, daß der Magistrat von Berlin „gegen dieses unerhörte Treiben kein Wort gerechter Entrüstung" gesprochen, während er „so harte Anklagen gegen die Treuen" erhoben habe.

König Friedrich Wilhelm IV. hatte mit der ernsten Offenheit, welche überall zu zeigen er sich zur Pflicht gemacht hatte, zum Magistrat gesprochen. Er wünschte, daß Niemand in Zweifel bleiben solle über seine Ansichten und Absichten. Deshalb gab er den Befehl, sowohl die Adresse des Magistrats als seine Antwort durch die Staatszeitung zu veröffentlichen. Und dies geschah.

Die Veröffentlichung trug nur dazu bei, den Zwiespalt zwischen der religiösen Anschauung des Königs und der der großen Majorität des Landes noch zu verschärfen, ähnliche Adressen wie die des Berliner Magistrats auch in anderr Städten des Landes in's Leben zu rufen.

Eine Anzahl von liebedienernden und carrieresüchtigen Geistlichen fügte sich indessen jetzt dem Willen des Monarchen; die Folgsamen erhielten bald Gelegenheit, von ihrem guten Willen ein glänzendes Pröbchen abzulegen.

Der Gustav-Adolf-Verein, der sich mit dem Zwecke, hilfsbedürftige evangelische Gemeinden in katholischen Ländern zu unterstützen, gebildet hatte, umfing Mitglieder aller religiösen Parteien. Der König hatte das Protektorat des Vereins übernommen. Im September 1846 sollte in Berlin eine Generalversammlung stattfinden, zu der als Deputirter von Königsberg der Führer der dortigen Lichtfreunde, Julius Rupp, der sich öffentlich von der Kanzel herab von der Landeskirche losgesagt hatte, entsendet worden war.

Es war ein öffentliches Geheimniß, daß Rupp dem Könige besonders mißfiel und es wurde erzählt, Friedrich Wilhelm IV. habe erklärt, er werde das Protektorat des Vereins niederlegen, wenn ein Mann wie Rupp, der gar kein Christ sei, als Deputirter der Generalversammlung beiwohnen dürfe.

Die Versammlung fand am 8. September 1846 auf Tivoli statt. Den wichtigsten Gegenstand der Berathungen bildete gleich beim Beginn die Frage, ob Rupp als Deputirter Königsbergs anerkannt werden dürfe. Der hart angegriffene Kämpfer für das Licht fand eifrige Vertheidiger; die Majorität aber hielt das Unglück, welches für den Verein aus der Königlichen Ungnade erwachsen müsse, für so groß, daß sie sich entschloß, lieber Unrecht zu thun, als Unrecht zu leiden: Rupp wurde nach heftigen Debatten exkludirt.

Es war ein kläglicher Sieg, der traurige Früchte trug. Der Gustav-Adolf-Verein erlitt einen schweren Schlag. Viele Mitglieder traten aus und Andere erklärten laut ihre Mißbilligung. Rupp bekam von allen Seiten Zuschriften, in welchen ihm erklärt wurde, seine Ausschließung schände nicht ihn, sondern die, welche sie liebedienernd beschlossen hätten.

Die pietistische Partei, welche Anfangs über den errungenen Erfolg gejubelt hatte, mußte bald genug erkennen, daß er weit schlimmer war als eine Niederlage, denn selbst recht strenge Anhän-

ger der Kirche lehnten sich doch gegen die Intoleranz, welche Rupp's Ausschließung veranlaßt hatte, auf.

Nicht besser als im Gustav-Adolf-Verein erging es den Pietisten in den Synoden, auf deren bereitwilligste Dienste sie mit voller Sicherheit gerechnet hatten. Auch Friedrich Wilhelm IV. hoffte von der Thätigkeit der Synoden viel, wie er es schon gegen den Berliner Magistrat geäußert hatte. Aber er wurde nicht weniger enttäuscht als Hengstenberg und seine Genossen.

Schon im Jahre 1843 waren die Kreissynoden, welche aus den Pfarrgeistlichen der einzelnen Sprengel bestanden und unter dem Vorsitz der Superintendenten über die Bedürfnisse der Kirche zu berathen hatten, berufen worden. Ihre Rathschläge und Gutachten wurden im Jahre 1844 den Provinzialsynoden zur weiteren Prüfung übergeben. Diese Rathschläge und Gutachten enthielten die wundersamsten Neuerungen: die Forderung einer Kirchenzucht, welche noch weit über die strenge katholische hinausging.

Da sollte dem Pfarrer das Recht gegeben werden, alle seine Pfarrkinder zum Zwecke seelsorglicher Einwirkung vor sich zu laden und in ihre Wohnungen einzudringen, ohne daß sie sich seinen Besuchen entziehen dürften, die Privatbeichte sollte wieder hergestellt, die Pfarreingesessenen sollten verpflichtet werden, alle Meldungen von Taufen, Aufgeboten, Begräbnissen u. s. w. beim Pfarrer persönlich zu machen, — der Kirche sollte durch solche Bestimmungen ein selbst die Befugnisse der staatlichen Polizeibehörde überschreitendes Herrschaftsrecht über alle Bekenner der christlich-protestantischen Religion gewährt werden.

Man sah im ganzen Lande mit ernster Besorgniß den Berathungen der Provinzialsynoden entgegen, denn man wußte ja, daß der König nur zu geneigt war, den Rathschlägen dieser geistlichen Versammlungen nachzukommen, wenn dieselben im Geiste der orthodoxen Glaubensrichtung erfolgen würden. Die Presse nahm sich der religiösen Freiheit mit Ernst und Kraft an, in Berlin vorzüglich die Vossische Zeitung, deren Worten Friedrich Wilhelm IV. oft genug Beachtung schenkte, weil er wohl einsah, daß gerade dieses Blatt einen weit reichenden Einfluß auf die Berliner Bürgerschaft ausübte.

Mit der gebotenen Vorsicht, aber doch mit anerkennungswerther Entschiedenheit trat die Vossische Zeitung in den nicht unbedenklichen Kampf.

„Protestantische Christen, welche einen Begriff von ihrer eigenen Würde, von der Erhabenheit der Religion, welche sie bekennen, und von dem in dieser Religion die Menschheit durchdringenden Gleichheitsgrundsatze haben, können nicht anders als mit Unwillen diese anscheinend auf Herstellung hierarchischer Gewalt abzielenden Vorschläge ansehen. Politiker, welche die Lage der Dinge zu übersehen im Stande sind, werden nicht ohne einen gewissen Grad von Mitleid diese Vorschläge von Stadt- und Dorfpfarrern lesen, welche meinen, das zu einer allgemeinen Geltung in dem großen und gewaltigen Reiche des Gedankens erheben zu können, was ihnen etwa in ihren kleinen Gemeinden zur Zeit mit Gendarmen-Hilfe noch ab und zu gelingen könnte. Wie? Will man einem Volke, das zur Befreiung seiner geistigen Kraft das höchste Opfer vollzogen hat, welches überall von einem Volke gebracht werden kann, einem Volke, das, um die Hierarchie Roms zu zerbrechen, im mörderischen Bruderkampfe geblutet hat, nun nach zweihundertjähriger Freiheit des Glaubens die Hierarchie der Pastoren aufdrängen?"

Die Worte der Vossischen Zeitung machten tiefen Eindruck in Berlin, sie sind deshalb von großer Bedeutung, weil sie klar aussprechen, was damals fast die ganze Berliner Bürgerschaft und mit ihr sogar die freigesinnte Geistlichkeit dachte.

Es gab einen heftigen Kampf in den Provinzial-Synoden, der in der zu Berlin tagenden fast erbittert wurde. Die Parteien traten sich mit höchster Schärfe gegenüber, in Berlin kämpfte der wackere Bischof Neander kräftig und erfolgreich gegen die Finsterlinge. Er wurde von diesen dafür freilich mit äußerstem Haß verfolgt und viel verleumdet.

Die Pietisten mußten die traurige Erfahrung machen, daß sie, mit Ausnahme der Stettiner Synode, überall in der Minderheit blieben, obgleich sie des höchsten Schutzes genossen. Recht augenscheinlich zeigte sich dies auf einer allgemeinen evangelischen Kirchenkonferenz, welche von fast allen protestantischen Staaten Deutschlands beschickt im Januar 1846 in Berlin abgehalten wurde und in der kurze Zeit darauf nach Berlin berufenen allgemeinen Landessynode (Generalsynode).

In beiden Versammlungen blieben die Pietisten *) in der entschiedensten Minderheit, sie vermochten mit ihren weitgehenden Vorschlägen nicht durchzudringen.

*) Ein hervorragendes Mitglied der pietistischen Partei aus der Provinz machte zur Zeit der Generalsynode in Berlin viel von sich reden. Der fromme Herr meinte so unbekannt in der Hauptstadt zu sein, daß er, ohne seinem Rufe zu schaden, ein sehr anrüchiges Haus besuchen dürfe. Er hatte sich getäuscht, denn er wurde erkannt und mit wunderbarer Schnelligkeit verbreitete sich die Erzählung eines seltsamen Abenteuers, welches der würdige Herr bei dieser Gelegenheit erleben mußte, durch die Stadt. Die Glaubensgenossen des hart Angegriffenen nahmen sich seiner zwar an, sie behaupteten, der fromme Diener des Herrn, dessen Sittlichkeit über jeden Zweifel erhaben sei, habe, weit entfernt von unlautern Absichten, nur seiner Pflicht Genüge geleistet, er sei in das bewußte Haus gegangen, um unter den Priesterinnen der Venus vielleicht noch eine halb verlorne Seele durch christlichen Zuspruch dem Himmel wieder zu gewinnen, aber diese Auslegung wollten die skeptischen und oft ziemlich boshaften Berliner nicht recht glauben.

Vierzehntes Kapitel.

Die soziale Bewegung. — Die Webernoth in Schlesien. — Das Todtschweigungssystem. — Der Weberaufstand. — Arbeitseinstellung in Berlin. — Die Berliner Industrie-Ausstellung. — Der Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen — Der Handwerkerverein. — Pietistische Gegenvereine.

Die tiefe Mißstimmung, welche in den Jahren 1844—1847 fortdauernd wuchs, wurde genährt durch eine soziale Bewegung, die in jener Zeit sich mit der religiösen und politischen vereinte.

Man war in Preußen bisher stolz gewesen auf die gedeihliche Entwickelung, welche Handel und Gewerbe infolge der Gewerbefreiheit und der Handelserleichterungen, die der Zollverein gewährte, gewonnen hatten. Die Berliner erfreuten sich des wachsenden Wohlstandes ihrer Stadt, des Emporblühens reicher Handlungshäuser, des Entstehens vieler Fabriken, welche schon anfingen, der Residenz mehr und mehr den Charakter einer bedeutenden Handels- und Fabrikstadt zu geben. Daß neben dem Reichthum auch die Armuth wuchs, daß sich ein Fabrikarbeiterproletariat bildete, daß viele kleine Handwerker nach und nach zu gewöhnlichen Arbeitern herabsanken, weil sie die Konkurrenz mit den Fabrikanten nicht zu bestehen vermochten, sah man damals noch nicht! War doch die Arbeiternoth in Berlin erst im Entstehen, zeigte sie sich doch noch nicht offen. Daß aber diese Noth kommen könne, ja daß sie kommen müsse, wenn einmal durch unglückliche politische oder merkantilische Konjunkturen die Thätigkeit der neu angelegten Fabriken lahm gelegt würde, trat plötzlich den bisher so Sorglosen klar vor die Augen, als sich ihnen im Jahre 1844 das schauervolle Bild des Elends, welches unter der Fabrikbevölkerung in Schlesien herrschte, enthüllte.

Im schlesischen Gebirge waren seit Jahren die dortigen Weber mehr und mehr verarmt. Zahlreiche Fabriken hatten sich der Leinwandweberei bemächtigt und kaum vermochten die Handarbeiter auch mit äußerster Anstrengung ihrer Kräfte sich neben den Fabrikanten zu erhalten.

So lange die schlesische Leinwand auf allen europäischen, ja auf allen Weltmärkten ein gesuchter Handelsartikel gewesen war und deshalb hoch im Preise gestanden hatte, war auch den Handarbeitern noch die Möglichkeit geblieben, sich wenigstens das liebe Leben mit ihren Webestühlen zu fristen. Als aber theils durch die Verschlechterung der Waare in Folge chemischer Bleichen, theils durch politische Einflüsse, auf die wir hier nicht näher eingehen können, sich der Absatz verminderte, brach unter den Webern eine fürchterliche Noth aus, die durch Theuerung der Nahrungsmittel noch erhöht wurde.

Schon im Herbst des Jahres 1843 ertönten manche Warnungsstimmen, aber sie wurden überhört, und diejenigen, welche es wagten, von der unter den schlesischen Webern herrschenden Verzweiflung, welche diese zu den äußersten Schritten treiben müsse, zu sprechen, welche forderten, die Regierung solle kräftig helfend einschreiten, wurden als unbefugte Störenfriede zurückgewiesen, ja sie wurden sogar als Erreger von Mißvergnügen unter den Staatsbürgern, als wühlerische Demagogen verdächtigt und denunzirt.

Die Noth der Weber sollte todtgeschwiegen werden, aber sie war mächtiger als die hohe Polizei. Die hungernden Arbeiter, für welche nichts geschah, wurden endlich zu verzweifelten Schritten getrieben. Sie schrieben ihr Elend nicht dem alle Nahrungsmittel vertheuernden Mißwachs, nicht den unglücklichen Handelskonjunkturen, nicht den politischen Fehlern der preußischen Regierung, welche ihnen auswärtige Marktplätze verschlossen hatte, sondern den Maschinen zu, welche die Handarbeit entwertheten, den reichen Fabrikherren, welche schwelgten, während die Arbeiter hungerten. Gegen die Fabrikanten und die diesen gehörenden Maschinen richtete sich daher ihr Zorn, der am 4. Juni 1844 einen gewaltsamen Ausbruch fand.

In Peterswaldau und Langenbielau empörten sich die Arbeiter, sie zerstörten die Fabriken und die Maschinen in denselben. Die Handelsbücher der Fabrikanten wurden zerrissen, auch verbrannt, selbst Werthpapiere, Quittungen und Wechsel den Flammen überliefert.

Aus Schweidnitz wurde Militair herbeigerufen. Es gab einen heftigen Kampf, Todte und Verwundete. Die Arbeiter blieben Sieger, aber bald erhielt das Militair Verstärkung und nun wurde schnell der Aufruhr unterdrückt, dessen Anstifter später zu schweren Freiheitsstrafen verurtheilt wurden.*)

Der unglückliche Aufstand trug eine segensreiche Frucht. Jetzt war es nicht mehr möglich, die Noth der Weber todt zu schweigen! Alle deutschen Zeitungen enthielten Berichte über das grenzenlose Elend, welches im schlesischen Gebirge herrschte, entsetzenerregende und dennoch nicht übertriebene Schilderungen desselben.

Die Berliner sahen vor ihren Füßen einen Abgrund gähnen, dessen Vorhandensein sie nicht einmal geahnt hatten. Die vorher in der Hauptstadt kaum erwähnte soziale Frage erhielt plötzlich eine schwere Bedeutung.

Waren auch die Arbeiterverhältnisse in der Hauptstadt mit denen im schlesischen Gebirge nicht zu vergleichen, so zeigte sich doch bald genug, daß sie ebenfalls wohl geeignet waren, Besorgniß zu erregen. In mehreren Fabriken stellten die Kattundrucker die Arbeit ein, indem sie behaupteten,

---

*) Zahlreiche Straferkenntnisse gegen die Weber in Schlesien; die höchste Strafe ist neun Jahre Zuchthaus! Die Regierung deckt ihre eigene Schuld mit Abstrafen der Leidenden! Ein Arzt, der seine Kranken prügelt! (Varnhagen's Tagebücher.)

für den bisherigen Lohn nicht mehr arbeiten zu können; wenn sie einmal hungern sollten, so zögen sie es vor nichtarbeitend zu hungern. Sie verübten zwar keine Exzesse und die Polizei sorgte dafür, daß die „Arbeitsscheuen" zu ihrer „Pflicht" zurückkehrten, daß sie sogar wegen ungesetzlicher Verabredung zur Arbeitseinstellung bestraft wurden; aber die Sorge, daß solche Auftritte sich wiederholen, daß sie sogar zu ähnlichen Exzessen wie in Schlesien führen könnten, wurde durch das Einschreiten der Polizei und die Bestrafung einiger Arbeiter nicht beseitigt.

Im grellen Gegensatz zu der offenbar gewordenen Noth der Arbeiter stand eine Schaustellung der Wohlhabenheit, des Reichthums, des Emporblühens der Gewerbs- und Fabriksthätigkeit, des Fortschritts auf allen Gebieten der Industrie, welche gerade damals in Berlin stattfand.

Am 15. August 1844 wurde in der preußischen Hauptstadt eine allgemeine deutsche Gewerbe-Ausstellung eröffnet. Der König hatte derselben das Zeughaus eingeräumt; sie war aus allen Ländern des Zollvereins reich beschickt worden.

Die Eröffnung geschah durch den Finanzminister von Bodelschwingh, der sich mit den übrigen Ministern und vielen hohen Staatsbeamten nach dem Zeughaus begeben hatte und eine schwungvolle Rede an die um ihn versammelten Aussteller hielt. Er sprach viel von dem gewaltigen Fortschritt, welchen die deutsche Industrie unter den Segnungen eines vieljährigen Friedens, unter dem Schutze großherziger Regierungen und unter der heilbringenden Einwirkung des die Fesseln und Schranken eines freien Handelsverkehrs brechenden Zollvereins gemacht habe — aber von den hungernden Arbeitern sprach er nicht; er dankte in warmen Worten dem Könige, der mit gewohnter Großmuth das Zeughaus der Ausstellung eingeräumt habe, dem Kriegsminister, der es von den Waffenvorräthen geleert, der Ausstellungs-Kommission, die es ausgeschmückt und die Ausstellung geordnet habe — aber den fleißigen Arbeitern, aus deren kunstreichen Händen die ausgestellten Erzeugnisse der Gewerbthätigkeit hervorgegangen waren, dankte er nicht.

Ueber die Ausstellung wollen wir die Vossische Zeitung vom 16. August 1844 in einem kurzen übersichtlichen Bericht, der uns ein treues Bild giebt, sprechen lassen. Sie sagt:

„Der untere Raum des Zeughauses ist den schweren, im Raum ausgedehnteren Gegenständen gewidmet; gleich beim Eintritt sehen wir uns rechts und links von einer eleganten Wagenburg umgeben, hinter der sich die Fülle der Maschinen und Modelle aller Art von beiden Seiten ausbreitet. Charakteristisch für unsere Zeit ist die große Anzahl der Druckpressen. Der Geist stützt sich hier auf die ausgebeutete Kraft mechanischer Werkzeuge. Nächst ihnen macht der Dampf, gewissermaßen ein Mittelgeschöpf zwischen Geist und Körper, seine Herrschaft geltend; als Symbol einer unberechenbar wichtigen Richtung der Industrie unserer Zeit stellt sich die mächtige Lokomotive vor uns hin. Arbeiten in Eisen, Stein, Thon, Holz, z. B. reiche Parkettirungen, ferner chemische Apparate, größere Glaserzeugnisse 2c. helfen diese Wölbungen füllen. Wir möchten diese Abtheilung die der Pracht und des Staunens nennen. Steigen wir die imposante und schön geschmückte Treppe hinan, so gelangen wrr in die der Geschicklichkeit und des Reizes. Daß beide Gattungen sich in beiden Räumen auch mischen, bedarf keiner Erinnerung. — Im oberen Geschoß begrüßt uns zunächst an der Treppe die Büste Sr. Majestät des Königs, in einer rosig durchschimmernden Halbrotunde, umgeben von edelsten plastischen Kunstwerken, aufgestellt. Der Vorschrift folgend nehmen wir sodann unsern Weg rechts und wandern die Prachtstraße dahin, die auf der inneren Seite, uns zur Rechten, sich mit den mannigfaltigsten gewebten Stoffen, zur Linken vorzugsweise mit den Erzeugnissen in Glas, Porzellan, feinen Metallen 2c. schmückt. Wahrhaftig staunenswürdig sind die Kunst und der vielgestaltige Geschmack, mit welchem die Anordnung der gewebten Stoffe, in bogengewölbten Nischen, deren Zahl gewiß in die hundert geht, getroffen ist. — In der Eckwendung, die wir zunächst erreichen, werden wir fast geblendet von der Fülle der Silbergeräthe, die uns hier entgegenstrahlen, und über denen der Kronleuchter schwebt, der wie wir schon früher in diesen Blättern berichtet, dem Pascha von Aegypten zum Geschenk bestimmt ist. Eine in der Ecke aufgestellte camera clara zeigt uns die belebte Lindenpromenade. Am meisten wird das Auge in den Hallen überrascht, welche eine größere Vertiefung des Raumes gestatten, und daher auch zur Aufstellung einer größeren Masse zum Ganzen geordneter Gegenstände des Luxus dienen konnte, als Meubles, Teppiche, Vasen, Metallgeräthe, Lampen, Spiegel u. s. w. — Als eine Einzelheit von überraschender Zierlichkeit dürfen wir eine ganze Laube von Korbgeflecht nicht übergehen. Der brennendste Farbenglanz in gewebten Stoffen findet sich da, wo die Erzeugnisse der Seidenwirkerei in ihrer üppigen Pracht ausgestellt sind. — Genug, wohin der Fuß, wohin das Auge sich wendet, überall Fülle des Glanzes, des Geschmacks in den Erzeugnissen, wie in der Anordnung, Gediegenheit vereinigt mit dem höchsten Reiz der Aeußerlichkeit. Zwischen den Eingangs- und Ausgangspforten befinden sich, eine symbolische Andeutung aussöhnender Harmonie des Ganzen, die musikalischen Instrumente aufgestellt, unter denen wir im Ueberblick einige vierzig Pianofortes! zählten. — Wir stehen am Schluß des Raums, aber noch kaum am Anfang der gewonnenen festen Eindrücke; vielfältig wiederholte lange Wanderungen allein können uns in diesem letztern vorwärts bringen."

Die Schilderung der Gewerbe-Ausstellung, welche uns der Berichterstatter der Vossischen Zeitung gegeben hat, ist nicht übertrieben. Die Ausstellung war in der That schön, sie gab ein hoch

erfreuliches Zeugniß für den Fortschritt der Industrie und vorzugsweise der Berliner Industrie. Trotzdem aber erregte sie doch gerade in jenen Tagen auch recht ernste Betrachtungen, denen Varnhagen von Ense in seinen Tagebüchern Worte giebt, indem er sagt:

„Vormittags eine Stunde in der Gewerbe-Ausstellung; blos um eine Uebersicht davon zu haben. Großer Reichthum an schönen Sachen, vortreffliche Anordnung. Das ganze Zeughaus ist angefüllt. Die Vervollkommnung der Technik ist bewundernswerth, gebietet Ehrfurcht, der Aufschwung des Handwerks ist eine Veredelung des Menschlichen, ein weitwirkender Segen. Aber auch andere Betrachtungen drängen sich auf! Die Fortschritte sind groß, die Fülle des Erzeugens, der Wetteifer der Erfindung und des Fleißes verdienen Anerkennung; aber die große Menge, die Masse des Volks, hat wenig Vortheil davon, geht unberührt nebenher! Selbst diese Dresch- und Säemaschinen, an unsere Bauern gelangen sie nicht. Der Vortrab unserer Civilisation, die Reichen und Gebildeten, verzehrt Alles, und der nachziehende Haupttrupp, oder gar der Troß, kommt kümmerlich weiter.“

Aehnliche Ansichten wie die, welche Varnhagen aussprach, wurden damals in Berlin von vielen Seiten geäußert. Der schlesische Weberaufstand hatte sie hervorgerufen. Es mußte etwas zur Linderung der Noth der arbeitenden Klasse geschehen, darüber waren alle denkenden Köpfe einig, nicht einig aber waren sie über die zu ergreifenden Mittel.

Schon dadurch, daß die sociale Frage überhaupt jetzt in allen Kreisen, vom Hofe herab bis in die Bürgerstuben, eifrigst besprochen wurde, war viel gewonnen, wenn auch noch wenig oder nichts erreicht wurde.

Aus dem allgemeinen Drange, den Arbeitern zu helfen, entsprossen in jener Zeit zwei Vereine, welche später eine nicht unbedeutende Wirksamkeit erhalten sollten, der Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen und der Handwerker-Verein.

Der erste war ein Verein von sehr wohldenkenden und meistens auch recht freisinnigen Männern, welche eifrigst darüber berathschlagten, wie den unteren Volksklassen von oben herab zu helfen sei. Zu diesem Zweck sollten in möglichst vielen Städten sich Lokalvereine bilden, was auch in Berlin, Köln und andern größeren Städten geschah. Die Lokalvereine sollten mit dem in Berlin residirenden Centralverein in steter Verbindung bleiben. Als Aufgabe für die Lokalvereine wurde die Beförderung von Spar- und Prämienkassen, Kranken- und Sterbe-Kassen 2c. hingestellt, sie sollten außerdem in ihren Bezirken den sittlichen und wirthschaftlichen Zustand der arbeitenden Klasse durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel befördern. Dem Central-Verein in Berlin blieb die obere Leitung aller Lokalvereine anvertraut.

Das Interesse für den Verein war in jener Zeit ein allgemeines; viele hohe Beamte schlossen sich ihm an, da sie sahen, daß selbst der König mit günstigen Augen auf die Bestrebungen, den Arbeiterklassen aufzuhelfen, sah; hatte er doch dem Comité des Central-Vereins ein eigenes Königliches Handschreiben übersendet, worin er sein großes und lebhaftes Interesse an dem Vorhaben und seine thätige Unterstützung zusicherte und dem Verein sogar die Summe von 15,000 Thaler zur Disposition stellte. Die Staatszeitung brachte mit großen Buchstaben diese erfreuliche Nachricht. Das Volk sollte wissen, daß der König seine ganze Aufmerksamkeit und Theilnahme den socialen Bestrebungen zuwende.

15,000 Thaler waren ein schöner Anfang, dem aber der Fortgang des Unternehmens nicht entsprach. Die Lokalvereine, wie das Comité des Central-Vereins, beriethen lange und fruchtlos über die Statuten. Es fanden Versammlungen statt, die oft ziemlich tumultuarisch wurden, weil Niemand recht wußte, was denn eigentlich geschehen solle. Viele ganz unausführbare und recht unvernünftige Vorschläge zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen wurden gemacht, Vorschläge, welche nicht angenommen werden konnten, andere vernünftige und zweckmäßige erregten die Besorgniß in den höheren Kreisen, daß die Vereine sich eine zu große Macht anmaßen wollten. Die im Central-Verein betheiligten Beamten erklärten geradezu, man müsse höchst vorsichtig zu Werke gehen, wenn man nicht des allerhöchsten Schutzes verlustig gehen wolle. Jeder Antrag, der eine wirkliche praktische Thätigkeit bezweckte, wurde mit solchen Gründen abgewiesen.

Der Verein, dem ein weites Feld der Thätigkeit offen stand, wurde schon kurze Zeit nach seinem ersten Beginnen mit Mißtrauen von der Regierung betrachtet. Weil in den Sitzungen der Lokalvereine hier und da ein freies, in die Politik tief eingreifendes Wort geäußert wurde, erschien er gefährlich und wurde dem Könige verdächtigt, denn, so äußerten sich vorsichtige Staatsmänner, unter der Maske der sozialen Bestrebungen seien politische Agitationen verborgen, deren Mittelpunkt der Central-Verein werden solle, während die Lokalvereine die Aufgabe hätten, in den Provinzen revolutionäre Propaganda zu machen.

Die Polizei erhielt den Befehl, die Lokalvereine auf das Schärfste zu überwachen. Dem Kölner Lokalverein wurde schon nach der ersten Versammlung die Abhaltung weiterer Sitzungen untersagt und der Berliner Lokalverein erhielt vom Ministerium des Innern nicht die Genehmigung seiner Statuten.

Die Polizei schränkte den Verein derart ein, daß die Mitglieder selbst die Lust verloren, etwas zu thun, und daß der Verein wenigstens vorläufig außer Stande war, eine nennenswerthe Wirksamkeit auszuüben.

Der Central-Verein, welcher von oben herab das Loos der Arbeiter verbessern wollte, siechte in einem Zustande zwischen Leben und Sterben dahin.

Weit besser und kräftiger entwickelte sich ein anderer mehr auf die Selbsthilfe der Arbeiter berechneter Verein — der Handwerker-Verein. Er hatte sich die Aufgabe gestellt, Bildung und Gesittung unter den Handwerkern und Arbeitern zu verbreiten. Die Mitglieder waren selbst Handwerker und Arbeiter, sie vereinten sich, um unter der Leitung tüchtiger Lehrer etwas zu lernen und nach dem Unterricht in gesitteter Geselligkeit genußreiche Abende zu verleben.

Der Handwerker-Verein hielt sich von der Tagespolitik durchaus fern, er erschien daher ungefährlich und wurde geduldet, wenn auch eifersüchtig überwacht. Mehrere Schriftsteller und Gelehrte, zum Theil Männer, welche sich später einen berühmten Namen gemacht haben, schlossen sich freudig dem Verein an, um ihm ihre wissenschaftlichen Kräfte zu leihen, um theils durch geordneten Unterricht, theils durch gediegene freie Vorträge ihm nützlich zu werden.

Mit frischem gesundem Sinn gaben sich die jungen Handwerker Berlins dem Vereine hin. Hatten sie früher ihre freien Abende trinkend und singend in den Kneipen zugebracht, so besuchten sie jetzt den Handwerker-Verein, in dem sie neben der Belehrung eine veredelnde Geselligkeit fanden, durch die sie im freundschaftlichen Umgange mit ihren wissenschaftlich gebildeten Lehrern zu einer höheren Bildungsstufe erhoben wurden.

Die pietistische Partei sah das Emporblühen des Handwerker-Vereins nicht ohne Besorgniß, sie hatte versucht, sich selbst der Führung zu bemächtigen. Ihre Bestrebungen aber waren an dem gesunden Sinn der jungen Handwerker gescheitert, da diese weder politische noch religiöse Streitigkeiten in ihren Versammlungen duldeten, und durchaus nicht geneigt waren, den Frömmlern einen Einfluß auf sich zu gestatten. Es blieb den Pietisten daher nichts weiter übrig, als selbstständig einen frommen Jünglings-Verein zu begründen, der aber in Berlin niemals einen rechten Anklang und eine bedeutendere Wirksamkeit finden konnte.

Fünfzehntes Kapitel.

Petitionen an den Landtag. — Die städtischen Behörden Berlins. — Polizei-Maßregeln gegen die Petitionen. — Verfassungsgerüchte. — Ansicht des Königs über die künftigen Reichsstände. — Mittheilungen des Ministers von Bülow an Varnhagen von Ense.

Die soziale Bewegung hatte zwar in Berlin augenblicklich keine bedeutsamen praktischen Folgen, wie sehr sie aber in Verbindung mit der religiösen dazu beitrug, das Volk aufzuklären und politisch vorzubilden, bewies schon am Schluß des Jahres 1844 der Inhalt der vielen Petitionen, welche in allen Provinzen an die im Jahre 1845 bevorstehenden Landtage gerichtet wurden.

Die Ansprüche des Volks waren seit dem Jahre 1840 bedeutsam gewachsen. In jenem Jahre galt eine ständische Verfassung für das ganze Land als der Inbegriff aller Wünsche. Seitdem aber hatte sich schon Vieles geändert.

In den Petitionen, welche die Magistrate und Stadtverordnetenversammlungen vieler Städte an die Provinziallandtage richteten, wurde viel dringender wie früher die Einführung von Reichsständen, Preßfreiheit, öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren und sogar eine volle Judenemancipation, — gleiches Recht für Alle im Staat gefordert.

Die Berliner hatten sich bisher bei den früheren Landtagen nicht an den diesen zu überreichenden Petitionen betheiligt, sie waren ruhige Zuschauer geblieben, während überall im Lande das politische Leben sich regte. Wohl hatten sie die Zeitungen eifrig gelesen und für jeden Fortschritt ein großes Interesse an den Tag gelegt, ohne aber selbst zu handeln. Die Bürgerschaft wollte ihren städtischen Behörden nicht vorgreifen und diese waren so überaus patriotisch gewesen, daß sie sich nicht entschließen konnten, den König durch Forderungen an die Landtage zu verletzen.

Im Jahre 1845 aber zeigte es sich, daß auch unter den Stadtverordneten der Residenz ein neuer Geist rege geworden war. Schon am 28. November 1844 hatte die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, eine Veröffentlichung von Auszügen aus ihren Sitzungsprotokollen selbstständig zu veranstalten und den Magistrat zu ersuchen, eine Konzession höheren Orts dazu auszuwirken. Jedes Mittel, die Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Sitzungen zu befördern, sollte ergriffen werden, deshalb faßte die Stadtverordneten-Versammlung den erwähnten Beschluß und vergeblich protestirten dagegen einige konservative Mitglieder.

Die Stadtverordneten gingen über den Protest zur Tagesordnung über; sie thaten noch mehr; ungeachtet aller Widerreden und Abmahnungen ihrer konservativen Kollegen aus der Minorität schritten sie rüstig vorwärts auf dem eingeschlagenen Wege. Am 9. Januar 1845 faßten sie den Beschluß:

„Die wegen Gestattung der Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen erforderlichen Anträge nicht in die vom Magistrate den Landtags-Deputirten zu übergebende Instruktion aufzunehmen, vielmehr solche für sich allein weiter zu verfolgen und die desfallsige Denkschrift dem Landtage selbst zu überreichen."

Die Agitation für die Petitionen aller Art an die Landtage war in ganz Preußen so allgemein, daß die Regierung mit Besorgniß erfüllt wurde. Es erschien ihr höchst gefährlich, daß in vielen Städten Versammlungen stattfanden, in denen eifrigst debattirt wurde über so ernste politische Gegenstände wie Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, der Stadtverordneten-Versammlungen, wie volle Preßfreiheit, wie die Einführung von Reichsständen 2c. Derartige politische De-

batten mußten die allgemeine Unzufriedenheit befördern, sie konnten höchst bedenkliche Folgen haben, deshalb erließ der Minister von Arnim schon im Januar 1845 den Befehl an die Polizei, daß diese keine Versammlung zur Unterzeichnung von Petitionen an die Landtage dulden solle. Ebenso sendete er ein Rundschreiben an die Censoren, in welchem er diesen anbefahl, die Veröffentlichungen von allen Bitten und Beschwerden an die Landtage zu unterdrücken, die von Einzelnen oder Versammlungen Einzelner ausgehen und eine allgemeine Vertretung des Volkes, Preßfreiheit, Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen, Erlaß einer Verfassungsurkunde und Aehnliches zum Gegenstande haben würden.

Mit diesen kleinlichen Maßregeln, zu denen die Preußische Regierung ihre Zuflucht nahm, um die freie Meinungsäußerung im Volke zu unterdrücken, standen im grellen Gegensatz Gerüchte, welche sich schnell verbreiteten: der König beabsichtige, dem Provinziallandtage die Vorlage einer reichsständischen Verfassung zu machen, an der er schon seit Jahren mit Eifer gearbeitet habe.

Alle preußischen und auch die übrigen deutschen Zeitungen beschäftigten sich eifrigst mit diesen Gerüchten. Die Berliner Korrespondenten schrieben nach allen Provinzen hin: „die Nachrichten über eine uns bevorstehende Verfassung werden immer klarer, die Gerüchte gewinnen immer mehr Bestand."

Man hörte von wohlunterrichteten Leuten, die Bekannte am Hofe hatten, daß die höchsten Beamten von der bevorstehenden Verfassung so sprachen, als könne gar kein Zweifel mehr darüber bestehen. Die Diplomaten äußerten sich in ähnlicher Weise.

Mit jedem Tage wurden die Gerüchte vestimmter, zeigten sie eine präcisere Form und bald war es ein öffentliches Geheimniß, daß der König nur deshalb noch mit dem Erlaß einer Verfassung zögere, weil der Prinz von Preußen ihm in dieser Beziehung Opposition mache. Wer zweifeln wollte an der Wahrheit solcher Nachrichten, der wurde als ein Gegner des Königs und als ein Anhänger des Prinzen von Preußen betrachtet. Man sprach laut aus, gerade die Zweifler seien es, die der Verfassung entgegenwirkten, jetzt sei die Zeit, dem Könige vertrauensvoll entgegen zu kommen, man müsse daher bei Petitionen an die Landtage mit der höchsten Vorsicht und Rücksicht verfahren, damit der König nicht beleidigt seine wohlwollenden Absichten ändere.

So unglaublich alle diese Gerüchte nach dem, was der König bisher geäußert hatte, erschienen, dennoch lag ihnen ein wahrer Kern zu Grunde. Varnhagen von Ense, der in inniger Freundschaft mit Alexander von Humboldt und dem Minister von Bülow verbunden war und der von seinen Freunden sehr genaue Mittheilungen über die Vorgänge bei Hofe erhielt, giebt uns über diese in seinen Tagebüchern höchst interessante und ausführliche Berichte.

Friedrich Wilhelm IV. hatte schon als Kronprinz den Plan gehegt, dereinst, wenn er zur Regierung gekommen sein würde, Reichsstände in's Leben zu rufen, aber er wollte es thun aus freier Königlicher Initiative, er wollte dem Volke ein Geschenk geben, nicht die Erfüllung einer gebieterisch geltend gemachten Forderung.

Die Ansichten des Königs über die Machtbefugnisse und die Zusammensetzung der Reichsstände wichen weit von denen ab, welche im Volke verbreitet waren. Während die liberale Partei eine Konstitution nach dem Muster der französischen und derer der süddeutschen Staaten wünschte, war alles konstitutionelle Wesen dem Könige im Grunde der Seele verhaßt. Seinen romantisch-mittelalterlichen Anschauungen nach durften die Reichsstände niemals eine moderne Volksvertretung werden, sie mußten sich stützen auf die alten halb vergessenen und verwischten Stände, aus denen sie auch hervorgehen sollten, ihre Befugnisse mußten so weit eingeschränkt werden, daß sie niemals der Königlichen Machtbefugniß gefährlich werden konnten, daß sie im Gegentheil dieser durch ihren Beirath eine Stütze sein sollten.

Durch die Einführung derartiger Stände glaubte der König alle berechtigten Wünsche des Volkes zu erfüllen, weiter gehende Forderungen erschienen ihm als ein Verbrechen gegen Seine geheiligte Majestät*) und er bekämpfte sie daher mit aller Energie, während er sich gleichzeitig fleißig mit der Ausarbeitung einer reichsständischen Verfassung beschäftigte und seine persönlichen Freunde Radowitz, Bunsen und andere Vertraute gleichfalls mit solchen Arbeiten betraute.

„Der König scheint mißvergnügt in dem Gefühl des Abfalls der Meinung von ihm, er scheint diese um jeden Preis wieder gewinnen zu wollen, er empfindet das Bedürfniß, etwas Großes zu thun, etwas, worüber die Welt staunt. Die Stellung der konstitutionellen Fürsten in Deutschland reizt und ärgert ihn, er sieht, wie sie ihn

---

*) Friedrich Wilhelm IV. hielt sich selbst für sehr liberal, und er war es auch nach seiner Art. Varnhagen giebt uns als Beweis hierfür folgende interessante Mittheilung:

„Nachdem der König den Herrn von Flottwell zum Finanz-Minister ernannt, fragte er ihn: „Nun, wie werden Sie denn mit den andern Ministern stehen?" Flottwell erwiderte: „Mit Graf Arnim sehr schlecht, denn er ist ein ganz aristokratischer Mensch, am schlechtesten aber mit Eichhorn, dem ich ganz entgegengesetzt bin, der die schlechteste Richtung verfolgt und schon großen Haß auf Ew. Majestät Regierung gebracht hat." Den Grafen Arnim kann der König nicht leiden, und vertheidigte ihn nicht, desto lebhafter sprach er für Eichhorn, mit dem er durchaus zufrieden sei, der den treuesten Eifer zeige und dem man sehr unrecht thue. Am Schlusse der Unterredung sagte gleichwohl der König: „Ich sehe wohl, für Ihre liberale Richtung werden Sie im Staatsministerium also eigentlich nur auf Boyen und auf mich rechnen können."

mißbrauchen wollen zum dunklen Hintergrund, von dem sie sich nur desto heller abheben und wie sie doch ihre konstitutionelle Macht gern auf seine absolute stützen, so daß sie ihn bitten, doch ja nicht weiter zu gehen in Freiheit der Presse, während sie gegen ihre Stände thun, als seien sie nur durch Preußen gehindert."

So schildert Varnhagen treffend im Jahre 1845 die Stimmung des Königs, nachdem er wenige Tage vorher von dem Minister von Bülow die bestimmte Mittheilung erhalten hatte, der König werde schon den nächsten Landtagen Eröffnungen über seine Absicht, Reichsstände zu gewähren, machen. Varnhagen schrieb sein Gespräch mit Bülow unmittelbar nach demselben in sein Tagebuch. Die Notiz ist ein interessantes und wichtiges historisches Aktenstück.

Varnhagen sagt:

„Der Minister vertraute mir sodann unaufgefordert, der König habe beschlossen, Reichsstände zu berufen, eine Konstitution zu geben, und den Entwurf dazu in den Hauptsachen eigenhändig ausgearbeitet; vieles sei darin, was sich der Gunst des Publikums nicht erfreuen werde, vieles aber auch, was alle Erwartungen überfliege. — — Das wird in Wien und auch in St. Petersburg Nothschreie geben! Aber der König will sich darum nicht kümmern. Den nächsten Provinzial-Landtagen soll eine schickliche Eröffnung der Absicht des Königs gemacht werden. Er ist auf Unsinn, Frevel, Ausschweifungen und Uebertreibungen gefaßt, aber will sich daraus nichts machen und hofft, der gute Geist der Nation wird schon Alles in's Gleiche setzen. Auch muß man darauf rechnen, daß dann die Kraft und das Talent der fähigern Beamten wie eine Phalanx für die Regierung stehen und den Uebergriffen der Reichsstände wehren werden. (Diese Aeußerung klang mir ein wenig wie ein persönlicher Anspruch an mich, denn längst meint Bülow, ich sollte dem Staat mit meiner Feder dienen.) Vor wenigen Tagen, im Staatsministerium, trat der Prinz von Preußen mit einem Vortrag auf, worin er die Unmöglichkeit darlegte, mit acht ständischen Versammlungen zugleich fertig zu werden, die Provinzialstände alle maßten sich an, was ihnen nicht zukomme, sie seien alle von schlechtem Geiste erfüllt, sie könnten nur immer ärger werden und er müsse darauf dringen, daß man mit ernster Gewalt jetzt gegen sie angehe. Tiefes Schweigen der Minister, die im Geheimnisse des Königs sind, folgte dem Vortrage des Prinzen, der von dem Beschlusse des Königs nichts ahnte. Darauf stellten Bülow und der Graf von Arnim dem Könige vor, in welcher falschen Rolle sie gegen den Prinzen ständen, der König möchte doch diesem die Sache mittheilen. Dies ist heute geschehen! Der Prinz wird außer sich sein. Wenn man aber eine Konstitution bekäme und der Prinz zeigte, daß er sie mißbillige, oder er machte Opposition, das wäre ein großes Uebel, solche Spaltung muß um jeden Preis vermieden werden. Die Krisis wird ungeheuer sein, es ist, als ob man in den Krieg ginge, den fängt man auch nur an in der Hoffnung des Siegs und Gelingens, aber man weiß, daß die Gefahr da ist, auch zu unterliegen. Indessen thun müssen wir etwas, und jedenfalls gegen unsere acht Provinzialstände sind allgemeine Reichsstände das kleinere Uebel, das leichtere; zuvörderst sinken durch diese jene gleich auf geringere Bedeutung herab. Der König hat auch den Ehrgeiz, eine große, für ganz Deutschland musterhafte Schöpfung aufzustellen, eine Verfassung, die alle bestehenden der kleinern Staaten verdunkeln soll; mit unsern Kräften, meint er, lasse sich etwas leisten, was bisher nicht dagewesen, die Zustimmung der übrigen Deutschen werde uns nicht fehlen und unsere Kraft verdoppeln. Der König hat dem Prinzen von Preußen eine Abschrift der entworfenen Grundzüge mitgegeben, damit er sie ruhig erwägen und seine Bemerkungen daneben schreiben könne. Die Bunsen'schen Ausarbeitungen sind es nicht, die den König geleitet haben, er hat nach eignem Sinn alles aufgesetzt, nachdem er alle Vorschläge, die er früher eingefordert, gehörig geprüft hat. Mit französischen Einrichtungen zu regieren, hat er gesagt, sei ihm zuwider, er wolle den Deutschen zeigen, daß mit ihren ächten deutschen Elementen die Sache gebildet werden könne.

Mit diesen aufregenden, mich fast verwirrenden, ungeheuern Neuigkeiten, die mir ohne sichtbaren Anlaß und Grund so rückhaltlos vertraut wurden, verließ ich den Minister und konnte auf dem Wege mich kaum erholen von den gewaltigen Eindrücken." —

Die Aeußerungen des Minister von Bülow an Varnhagen zeigen uns die Schwierigkeiten, mit welchen Friedrich Wilhelm IV. bei der Durchführung seiner Pläne zu kämpfen hatte. Diese Schwierigkeiten waren so groß, daß der König seine ursprüngliche Absicht, schon den Provinzialständen des Jahres 1845 Eröffnungen über die künftigen Reichsstände zu machen, aufgeben mußte, da noch gar zu viel zu ordnen war, ehe er hoffen durfte, seine Pläne zur Ausführung zu bringen. Er wollte nicht mit leeren Worten, mit Versprechungen, deren Erfüllung vielleicht lange auf sich warten lassen würde, sondern mit der vollendeten That vor das Volk treten, deshalb enthielten die am 9. Februar 1845 von der Staatszeitung gedruckten Eröffnungsdekrete kein Wort von den künftigen Reichsständen; die Gerüchte, welche so viel von der Absicht des Königs gesprochen hatten, erschienen jetzt als leere Erfindungen und als solche wurden sie von den bisher so hoffnungsreichen politischen Zeitungen Preußens bezeichnet.

Sechszehntes Kapitel.

Die Landtage des Jahres 1845. — Verhandlungen zwischen Magistrat und Stadtverordneten über die Oeffentlichkeit der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. — Petition der Stadtverordneten an den König. — Allgemeine Opposition. — Widerspruchsvolle Maßregeln der Regierung. — Verfolgungssucht. — Die Ausweisung der Deputirten von Itzstein und Hecker aus Berlin. — Entlassung des Ministers von Arnim. — Die Verschwörung im Hirschberger Thal. — Das polizeiliche Wirken des Herrn Stieber. — Die Polenverschwörung. — Die Verfassungsarbeit des Königs.

Die Sitzungen der Provinzial-Landtage wurden am 9. Februar 1845 eröffnet. Die Vorlagen, die den Landtagen von der Regierung gemacht wurden, waren unbedeutend, trotzdem aber zeigte es sich bald, daß die Verhandlungen der Stände sich lebendiger zeigten, als jemals früher. Die vielen Petitionen, welche sich über die wichtigsten Fragen des Staatslebens verbreiteten, trugen hierzu das ihrige bei. Selbst die brandenburgischen Stände, auf welche man naturgemäß in Berlin die geringsten Hoffnungen gesetzt hatte, bewiesen, daß in einer solchen Zeit Niemand ganz unempfindlich für die Volksstimmung bleiben könne. Nahmen sie doch eine Petition auf Juden-Emancipation wenigstens so weit an, daß sie eine Revision der bisher bestehenden Verordnungen beantragten.

Ein Resultat hatten die Landtage vom Jahre 1845 ebensowenig, wie die früheren. Erst zu Ende Dezember des Jahres erschienen die Landtagsabschiede. Sie waren in keiner Weise erfreulich. Nicht die leiseste Andeutung war in ihnen für die bevorstehende Entscheidung der Verfassungsfrage gegeben, keine Zeitfrage von allgemeinem Interesse war berührt, alle die von den einzelnen Landtagen ausgesprochenen Wünsche und gestellten Forderungen wurden, wie gewöhnlich, ohne Weiteres zurückgewiesen.

Die Stadtverordneten Berlins hatten schon vor dem Erscheinen der Landtagsabschiede von den brandenburgischen Ständen den Bescheid erhalten, daß diese auf ihren Antrag um Gewährung der Oeffentlichkeit für die Stadtverordneten-Sitzungen nicht eingehen könnten. Sie waren mit diesem Bescheide so wenig zufrieden, daß sie beschlossen, weiter zu gehen. Deshalb forderten sie am 14. Oktober des Jahres 1845 den Magistrat auf, direkt beim Könige den Antrag zu wiederholen, den sie bereits vergeblich dem Landtage eingereicht hatten.

Der Magistrat hielt es augenblicklich für nicht zeitgemäß, sich mit einer Petition an den König zu wenden, er beschloß erst abzuwarten, wie die Landtagsabschiede ausfallen würden, und als in diesen die Regierung sich mit voller Bestimmtheit gegen die Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen aussprach, meinte er, es sei nicht richtig, jetzt noch einmal einen Versuch zu machen, der doch jedenfalls ein vergeblicher sein werde. Am 27. Januar 1846 theilte der Magistrat diese seine Ansicht den Stadtverordneten mit, diese aber beruhigten sich bei dem Magistrats-Bescheide nicht, am 4. März 1846 forderten sie den Magistrat abermals auf, mit ihnen gemeinschaftlich den König um die Ertheilung der Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen zu bitten.

Der Magistrat berieth jetzt ernst und eingehend über die wichtige Frage. Er zeigte sich nicht ganz abgeneigt, auf die Wünsche der Stadtverordneten einzugehen, aber er knüpfte an dieselben Bedingungen; vorzugsweise forderte er, daß, wenn den Stadtverordneten-Sitzungen eine Oeffentlichkeit gewährt werde, man auch ihm die Möglichkeit geben müsse, sich in den Stadtverordneten-Versammlungen durch Kommissarien vertreten zu lassen, diese sollten die Berechtigung haben, den Sitzungen beizuwohnen und verpflichtet sein, an der Erörterung und Diskussion theilzunehmen; da, wo es nöthig erscheine, sowohl wenn es von der Stadtverordneten-Versammlung selbst, als auch wenn es vom Magistrat nöthig erachtet werde, die Vorträge der Referenten zu ergänzen und zu vervollständigen.

Die vom 8. Mai 1846 datirte Antwort des Magistrats erregte unter den Stadtverordneten eine große Unzufriedenheit. Die Versammlung sah in dem Verlangen der Absendung von Kommissarien in ihre Sitzungen einen Uebergriff in ihre Rechte. Es ist für diejenigen, welche Antheil nehmen an der Entwickelung der städtischen Selbstverwaltung von hohem Interesse, zu beobachten, wie die Vertreter der Bürgerschaft erst nach und nach sich hineinleben konnten in gesundere Anschauungen über das Wesen der Rechte und Pflichten einer Stadtverordneten-Versammlung. Den damaligen Stadtverordneten erschien der völlig natürliche und gerechtfertigte Wunsch des Magistrats, in öffentlichen Sitzungen ebenfalls mit seinen Gründen durch seine Kommissarien gehört zu werden, das Recht der Vertheidigung seiner Anträge, der Berichtigung von faktischen Irrthümern zu haben, als eine unerhörte Anmaßung; sie glaubten, der Magistrat werde durch seine Kommissarien eine ganz unberechtigte Einwirkung auf die Abstimmung ausüben und dies dürfe in öffentlichen Sitzungen gerade am wenigsten geschehen, weil sich dadurch das Vertrauen der Bürgerschaft leicht von der Stadtverordneten-Versammlung ab und lediglich dem Magistrat zuwenden könne; die Magistrats-Kommissarien hätten stets vor den Stadtverordneten die größere Aktenkenntniß voraus und würden daher leicht ein Uebergewicht in der Stadtverordneten-Versammlung gewinnen, welches man ihnen nicht gewähren dürfe.

Solche Anschauungen entsprangen einem beklagenswerthen Mangel an Selbstvertrauen; sie waren so fest eingewurzelt, daß es am 14. Juli

1846 über die Magistrats-Vorlage sehr heftige Debatten in der Versammlung gab, nach denen endlich folgender Beschluß gefaßt wurde:

„In der Angelegenheit wegen der gewünschten Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Sitzungen erklärt die Versammlung sich mit Entschiedenheit gegen den vom pp. Magistrate, als Bedingung seiner Befürwortung dieser Oeffentlichkeit gemachten Vorschlag, bei den öffentlichen Sitzungen Magistrats-Kommissarien zuzulassen, indem dieselbe sich von der behaupteten Nützlichkeit einer solchen Maßregel gar nicht überzeugen kann, selbige vielmehr für unangemessen erachten muß. — Dagegen will die Versammlung sich nunmehr ihrerseits direkt an des Königs Majestät mit der Bitte um Gestattung der Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen wenden."

Eine Deputation wurde niedergesetzt, um die Petition an den König zu berathen und zu entwerfen. Sie entledigte sich nach langen eingehenden Berathungen dieses Auftrags und am 4. Februar 1847 beschloß die Stadtverordneten-Versammlung, die ihr vorgelegte Petition direkt an den König zu senden und dem Magistrat eine Abschrift mitzutheilen.

Das Vorgehen der so überaus loyalen Berliner Stadtverordneten zeigt uns recht klar den Geist des Widerstandes gegen die Regierung, von welchem damals der größere Theil des preußischen Volkes durchdrungen war, jenes Geistes einer Opposition, der sich in allen Schichten der Bevölkerung zeigte und der in der Presse sich täglich geltend machte.

Die preußische Regierung fand diese allgemeine Opposition auf allen Gebieten ihres Wirkens, überall traf sie auf Widerstand, der sich zwar nicht gerade in offener Widersetzlichkeit äußerte, aber doch recht drohend und lästig fühlbar machte.

Für eine absolute Regierung giebt es einem unzufriedenen Volke gegenüber nur zwei vernünftige Wege, ihre Macht aufrecht zu erhalten: sie muß entweder den dringendsten Volkswünschen nachgeben und einlenken in die Bahn des Konstitutionalismus, oder wenn sie dies nicht will und kann, dann muß sie mit unbeugsamer Energie jede freie Gedankenäußerung unterdrücken, jedes konstitutionelle Gelüste bestrafen, nur auf die Gewalt darf sie sich stützen, denn durch diese allein vermag sie sich zu erhalten.

Die preußische Regierung schlug einen unglücklichen Mittelweg ein. Wie König Friedrich Wilhelm IV. von Beginn seiner Regierung an stets entweder zu viel oder zu wenig gewährt und sich dadurch alle Parteien entfremdet hatte, so wollte er auch jetzt sich weder zu neuen Konzessionen drängen lassen, noch mit allzu brutaler Gewalt das absolute Königthum aufrecht erhalten. Er glaubte Strenge und Milde vereinigen zu können; eine gewisse Preßfreiheit sollte bestehen bleiben, aber jede Ueberschreitung der Grenzen, welche er selbst für die richtigen hielt, bestraft werden. Unzufriedenheit und freches Raisonniren sollten die Polizeibehörden nicht dulden, am wenigsten in der Residenzstadt Berlin; ungestüme Schreier waren sie verpflichtet, durch harte Strafen unschädlich zu machen.

Alle Mittel des Gesetzes, und das Gesetz reichte in dem absoluten Preußen weit, sollten aufgeboten werden, um gewaltsam die Mißstimmung zu unterdrücken, die durch geringfügige der Volksstimmung gemachte Konzessionen leicht hätte beseitigt werden können. Aus diesen Grundsätzen entwickelte sich in den Jahren von 1844 bis 1847 ein ganz eigenthümliches Regierungssystem, in welchem sich die schon früher von uns beobachteten Gegensätze, jenes eigenthümliche Schwanken zwischen versöhnenden und herausfordernden Maßregeln noch weit greller als früher zeigten, ein System, welches um so traurigere Früchte trug, als es dem persönlichen Willen des Königs zugeschrieben wurde.

Daß die geheime Polizei wieder eine energische Thätigkeit begann und sich bemühte, politische Verschwörungen aufzuspüren, daß die Reaktion immer kühner ihr Haupt erhob, daß in vielen Garnisonen, besonders in Königsberg die Offiziere ganz die frühere Anmaßung und Verachtung des Bürgerstandes zeigten, wie im Anfang des Jahrhunderts, war schlimm genug, schlimmer aber war es, daß der König solche Uebergriffe zu billigen schien. Es machte einen überaus peinlichen Eindruck auf das ganze Land, als man erfuhr, Friedrich Wilhelm IV. habe dem Magistrat und den Stadtverordneten von Königsberg, welche sich über das Mißverhältniß zwischen den Bürgern und dem Militär beklagt hätten, in einem höchst ungnädigen Kabinets-Schreiben geantwortet: es sei verwundend für sein Gemüth, daß die beiden großen kommunalen Kollegien seiner preußischen Haupt- und Residenzstadt nicht wüßten oder vergessen hätten, wie die r i t t e r l i c h e T r e u e g e g e n d e n L a n d e s h e r r n noch in ihrer U e b e r t r e i b u n g s c h ö n und h e r z e r w ä r m e n d sein k ö n n e, während hingegen die noch so indirekte Schonung entgegengesetzter Tendenzen unschön und herzerkältend sei!

Mit Gewalt sollte die Unzufriedenheit unterdrückt werden; zu diesem Behufe wurden die freisinnigen Schriftsteller mit größerem Eifer als jemals früher verfolgt, viele wurden zu harten Freiheitsstrafen verurtheilt. Die Gerichte fanden in jeder mißliebigen Aeußerung Majestätsbeleidigungen und frechen, unehrerbietigen Tadel der Landesgesetze.

Die Bestrafung oppositioneller Schriftsteller, die Ausweisung eines derselben, des Doktor Dronke aus Berlin, machte wohl böses Blut, aber durch ganz Deutschland ertönte ein Schrei der Entrüstung, als der Minster des Innern Graf Arnim seine Verfolgungssucht auch auf zwei berühmte badische Abgeordnete ausdehnte.

Die Herren von Itzstein und Hecker, waren auf einer Vergnügungsreise am 21. Mai 1845 nach Berlin gekommen. Politische Zwecke führ-

ten sie nicht in die preußische Residenz, sie wollten hier nur die Sehenswürdigkeiten in Augenschein nehmen, um dann weiter nach Stettin zu reisen.

Am 23. Mai Morgens 5 Uhr erschien der Polizeirath Hofmann in der Wohnung der Reisenden und erklärte ihnen, daß sie laut höheren Befehls mit dem nächsten Bahnzuge Berlin und die preußischen Staaten verlassen müßten. Auf die Frage nach den Gründen eines so ungewöhnlichen Befehls erwiderte der Polizeirath, Gründe habe und kenne er nicht, er sei nur das Werkzeug höherer Anordnungen, diese aber müßten befolgt werden, widrigenfalls er Gewalt anzuwenden beauftragt sei.

Gegen einen solchen Befehl ließ sich nicht streiten. Die beiden Reisenden versuchten es, durch den badenschen Gesandten einen längeren Aufenthalt in der preußischen Hauptstadt zu bewirken; aber dies gelang ihnen nicht, sie mußten Berlin verlassen.

Die Ausweisung von zwei berühmten Landtags-Abgeordneten machte ein außerordentliches Aufsehen; fast alle deutschen Zeitungen sprachen über den ungewöhnlichen Vorgang, aber es ist charakteristisch genug, daß sie eben nur deshalb darüber sprachen, weil die beiden Ausgewiesenen zwei berühmte Männer waren. Als einige Tage später ein einfacher Buchhändler aus Cöln verwiesen wurde, erhob sich darüber gar kein Murren, während die Presse nicht genug von der Ehrenkränkung der Baden'schen Deputirten schreiben konnte. Daß gleiches Recht für Alle gelten müsse, war damals noch keineswegs vollkommen im Bewußtsein des Volkes lebendig geworden.

Die Ausweisung der Herren von Itzstein und Hecker hatte bedeutungsvolle Folgen, sie zeigte von Neuem, welche Gewalt die öffentliche Meinung bereits erhalten hatte. Der Minister von Arnim versuchte es vergeblich, sich zu entschuldigen. Als in der Vossischen Zeitung am 7. Juni eine Erklärung Itzstein's erschien, gab die Polizei derselben einen Nachsatz, in welchem sie behauptete, die Ausweisung der beiden berühmten Männer sei nur der mangelhaften Pässe wegen erfolgt. Das glaubte natürlich Niemand und der Skandal wurde durch die nichtssagende Entschuldigung ärger als zuvor; er ging so weit, daß er endlich die Veranlassung zur Entlassung des Ministers von Arnim wurde.

Wer hätte es bisher für möglich gehalten, daß ein preußischer Minister dem Geschrei der Literaten weichen würde, und doch geschah dies. Am 12. Juli brachte die Staatszeitung die Nachricht von der Entlassung Arnim's, dem der Minister von Bodelschwingh im Amte folgte.

Der Jubel war groß in Berlin, aber die vorsichtigen Politiker warnten vor zu weitgehenden Hoffnungen, denn mit Recht erklärten sie, ein Ministerwechsel habe in Preußen keine sonderliche Bedeutung, da ja die Minister nur die Werkzeuge des Königlichen Willens seien; durch die Entlassung Arnim's werde im herrschenden Systeme nichts geändert. Und so war es in der That. Das Regierungssystem blieb dasselbe, die allgemeine Unzufriedenheit konnte daher auch durch die Entlassung des einen Ministers nicht beschwichtigt werden, sie wuchs sogar an Kraft durch die ihr gemachte kleine Konzession, sie war so groß, daß ein gewaltsamer Ausbruch derselben unvermeidlich schien.

Ein Sturm stand bevor, darüber war Niemand im Zweifel, nur wann er ausbrechen würde, wußte man nicht. Man sprach in Berlin in allen Kreisen davon, daß die Hoffnung auf eine friedliche Entwickelung Preußens zur konstitutionellen Monarchie wohl kaum mehr gehegt werden könne. Alle Zeichen der Zeit deuteten auf eine nahe Revolution hin, schien es doch, als bereite sich diese vorzugsweise in den Provinzen vor.

Im Mai des Jahres 1845 kam plötzlich die Nachricht nach Berlin, im Hirschberger Thale in Schlesien sei eine höchst gefährliche unter den bessern Klassen ebensowohl wie unter den Arbeitern verbreitete Verschwörung entdeckt worden. Ein Kommunistenbund habe sich gebildet, der nicht nur darauf ausgehe, die Regierung gewaltsam zu stürzen, sondern auch die besitzenden Klassen ihrer Güter zu berauben. Man hörte von zahlreichen Verhaftungen, welche zum Theil sehr angesehene Männer betrafen.

Ein Gutsbesitzer Schlöffel, der sich einen Namen dadurch erworben hatte, daß er dem Landtage eine Petition wegen Erlaß einer Habeas-Corpus-Akte überreicht hatte, und der außerdem auch durch seine Bemühungen, den arbeitenden Klassen zu helfen, berühmt geworden war, wurde plötzlich gefänglich eingezogen und ganz in der Stille nach Berlin abgeführt. Bei dem Lehrer Wander, einem Manne, der sich durch 18jähriges treues Wirken die Achtung und Liebe aller seiner Umgebungen erworben hatte, wurde Haussuchung gehalten und er seines Amtes entsetzt. Manche andere Verhaftungen erfolgten.

Ein Referendar aus Berlin, Namens Stieber, der zur Polizei übergegangen war, reiste unter dem falschen Namen Stein im Hirschberger Thale umher; er gab sich für einen Maler aus, als solcher fand er Zutritt in verschiedene Häuser und Familien, den er benutzte, um demnächst bei der Polizei Angaben zu machen, die die Verhaftung Verdächtiger nach sich führten.

Die Verhafteten, meist Weber und Handwerker, wurden nach Berlin in die Hausvoigtei gebracht, aber bald genug zeigte es sich, daß doch keine hinreichenden Gründe, einen Prozeß gegen sie zu erheben, vorhanden waren. Auch der Gutsbesitzer Schlöffel, der das Haupt der Verschwörung sein sollte, mußte nach 4monatlichem Gefängniß entlassen werden, ohne daß es nur möglich gewesen war, gegen ihn ein Erkenntniß zu Stande zu bringen.

Die schlesische Verschwörung löste sich in Nichts auf, dennoch aber war sie von Bedeutung, denn

sie bestärkte das Volk in dem Glauben, daß ein gewaltsamer Umsturz in Preußen möglich sei; etwas, so meinten die Berliner Bürger, müsse doch wohl hinter dieser Verschwörung stecken, die Polizei habe es nur nicht recht erforscht, man werde schon sehen! Eine drohende Zukunft, eine Revolution stehe in sicherer, nicht zu ferner Aussicht.

Die äußeren Verhältnisse nährten einen solchen Glauben. In allen ehemals polnischen Ländern regte sich mächtig der Drang nach der Neubegründung eines selbstständigen Königreichs Polen; eine weit verbreitete Verschwörung unter dem polnischen Adel fand auch in den preußisch-polnischen Provinzen rege Theilnahme. Am 21. Februar 1846 sollte der Aufstand ausbrechen, aber ehe es geschehen konnte, wurde die Verschwörung entdeckt. Es gelang, die preußischen Führer derselben zu verhaften. Mehr als 250 schwer verdächtige Polen wurden nach Berlin in das neu gebaute Zellengefängniß gebracht, um hier der Anklage auf Hochverrath unterworfen zu werden.

Während die Sturmwolken am politischen Horizonte sich immer düsterer zusammengezogen, arbeitete König Friedrich Wilhelm IV. eifrig weiter an seinem Lieblingswerke, der reichsständischen Verfassung, welche er dem preußischen Volke geben wollte. Nur wenige hochgestellte Männer, denen er ein besonderes Vertrauen schenkte, seine Minister und einige persönliche Freunde, waren in das Geheimniß eingeweiht, sie mußten ihre Entwürfe zu der Verfassung liefern, die der König prüfte und meistens ganz verwarf, weil sie sich zu sehr den modernen Konstitutionen näherten.

Friedrich Wilhelm IV. war schwer zufrieden zu stellen. Er pflegte oft zu sagen, er wolle als ein freier Fürst über ein freies Volk herrschen, jede Volksfreiheit aber beschränkt naturgemäß die absolute Fürstenfreiheit. Die alten mittelalterlichen Stände sollten in der reichsständischen Verfassung neu belebt werden und doch waren sie unvereinbar mit den weit vorgeschrittenen Anschauungen der Neuzeit.

Die Hauptmitarbeiter des Königs an dem Verfassungswerke waren seine Minister von Boyen und von Bülow, außerdem der Gesandte in Wien von Kanitz und der Landtags-Marschall der Rheinischen Provinzialstände, der Fürst von Solms-Lich.

Nach der Verabschiedung des Ministers Graf von Arnim erkrankte unglücklicherweise auch der Minister von Bülow; Herr von Kanitz wurde aus Wien herbeigerufen, um die Verfassungsarbeiten an Bülow's Stelle zu leiten. Er trat, als Bülow endlich seiner Krankheit wegen ganz ausschied, an die Stelle desselben als Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Die Arbeit ging mühsam und langsam vorwärts, der König selbst war dabei ununterbrochen thätig, nicht nur bei der Ausarbeitung des Gesetzes, sondern am liebsten in schönen Zeichnungen, denen er gern seine Zeit widmete. Die Ausschmückungen des einstigen Ständesaals, die Kostüme, durch welche sich, wie er wünschte, die einzelnen Stände auszeichnen sollten, wurden von königlicher Hand gezeichnet. Solche Aeußerlichkeiten hatten für Friedrich Wilhelm IV. ein hohes Interesse.

Die größte Schwierigkeit für den Erlaß eines Verfassungsgesetzes bot die Abneigung des Prinzen von Preußen gegen dasselbe. Wenn auch der König sich nicht verpflichtet fühlte, den Ansichten seines Bruders Zugeständnisse zu machen, denn er sah das Verfassungswerk als sein alleiniges Königliches Recht, in welches Niemand ihm einsprechen dürfe, an, so wollte er doch seinem einstigen Nachfolger in der Regierung einen Einfluß auf diese Arbeit nicht abschneiden. Er hatte ursprünglich nur die Absicht gehabt, eine einzige Kammer der Stände zu begründen, der Prinz hielt dies für gefährlich, er trat für das Zwei-Kammer-System ein und darin gab der König nach, indem er den sogenannten Herrenstand, von dem wir noch weiter sprechen werden, schuf.

Endlich waren alle Schwierigkeiten überwunden, der Prinz hatte seine Zustimmung gegeben, das Verfassungswerk konnte noch einmal durchgearbeitet und revidirt werden. Am Schluß des Jahres 1846 war es vollendet. Friedrich Wilhelm IV. gab sich der frohen Hoffnung hin, daß er schon im Beginn des Jahres 1847 sein Volk mit einer Gabe überraschen werde, von der er fest überzeugt war, sie müsse alle irgend berechtigten Volkswünsche erfüllen. Er sollte schwer enttäuscht werden.

Siebenzehntes Kapitel.

Preßverfolgungen. — Die Berliner Zeitungs-Halle. — Raumer's Vortrag über Friedrich den Großen. — Der akademische Brief. — Die Berliner Bürgergesellschaft. — Der Handwerkerverein. — Polizeiliche Thätigkeit. — Die Kommunistenverschwörung in Berlin. — Das Patent vom 3. Februar 1847. — Die Volksstimmung. — Unzufriedenheit des Adels. — Die Presse über den vereinigten Landtag. — Annehmen oder Ablehnen?

In den ersten Tagen des Jahres 1847 verbreitete sich in Berlin abermals die Nachricht, der König beabsichtige in der nächsten Zeit seinen lange gehegten Plan, Preußen eine Verfassung zu geben, zur Ausführung zu bringen. Schon so oft hatten derartige falsche Gerüchte herbe Enttäuschungen im Gefolge gehabt, daß jetzt wohl der Zweifel, mit welchem die neue Nachricht aufgenommen wurde, um so natürlicher erschien, als gerade in dieser Zeit die preußische Regierung durch besondere Härte und Gehässigkeit gegen die Presse, durch Maßregeln gegen jeden Versuch einer freien Erörterung politischer Verhältnisse in den Bürger-Versammlungen, durch Verfolgung mißliebiger Politiker sich mehr noch als früher hervorthat.

Alle freisinnigen Schriftsteller waren fort-

währenden und zum Theil sehr kleinlichen Verfolgungen ausgesetzt, die Censoren zeichneten sich durch unbarmherzigen Gebrauch ihres Rothstiftes aus, trotzdem aber waren dennoch die Schriftsteller nicht vor gerichtlichen Verurtheilungen geschützt und mehrere wurden gerade damals zu Freiheitsstrafen verurtheilt.

Die Berliner Zeitungs-Halle, eine von dem talentvollen Gustav Julius neu begründete Zeitung, die erste, welche in Berlin im großen, dem französischen Muster nachgebildeten Format erschien, konnte unter dem Titel „Deutsche polizeilich-sociale Konflikts-Zeitung“ eine eigene Rubrik für Preßverfolgungen u. s. w. eröffnen, die durch zahlreiche Nachrichten aus der Residenz und der Provinz stets gedeihliche Nahrung fand.

Fürst Wittgenstein, der doch wahrlich nicht an übermäßigem Freisinn litt, sprach sich in jenen Tagen gegen Varnhagen folgendermaßen aus:

„Ich bin elf Jahre Polizei-Minister gewesen, aber mein Lebtag habe ich nicht so viel von Bücherverboten, Untersuchungen, Schriftstellerverhaftungen und dergleichen gehört, wie jetzt. Der vorige König verstand in solchen Sachen auch keinen Spaß, aber von zehn Sachen die an ihn kamen, sagte er gewiß bei neun: „Dummes Zeug!“ und ließ sie fallen.“

Jede Opposition gegen die Regierung, wie wohl gemeint und zahm sie auch sein mochte, wurde mit Härte und auch mit Willkür zurückgewiesen, selbst anerkannte Gelehrte hatten unter dem herrschenden System zu leiden, wurde doch sogar die freie wissenschaftliche Forschung durch Chikanen jeder Art und tadelnde Bemerkungen von höchster Stelle her beeinträchtigt.

Friedrich von Raumer, der berühmte Forscher und Gelehrte, hielt am 28. Januar 1847 in der Akademie der Wissenschaften zur Feier des Geburtstages Friedrich des Großen in einer von zahlreichen Zuhörern besuchten öffentlichen Versammlung den üblichen Vortrag, der den Verdiensten des großen Königs galt. Außer den Ministern, den namhaftesten Gelehrten, wie Alexander von Humboldt u. A., den Prinzen des Königlichen Hauses war auch Friedrich Wilhelm IV. als Gast anwesend.

Bei der jährlich wiederkehrenden Nothwendigkeit, das Andenken des großen Königs in einer akademischen Rede zu feiern, war es schwer, etwas Neues zu sagen. Friedrich von Raumer fand den richtigen Weg; er wendete sich in seiner Rede gegen die schweren Angriffe, welche gerade in letzter Zeit Friedrich der Große seiner kirchlichen Richtung wegen von einigen berühmten Predigern erlitten hatte. Einer derselben, Tholuck, hatte in einer Predigt gesagt, Friedrich, der auf Erden den Namen der Große erhalten habe, würde im Himmel nur Friedrich der Kleine genannt werden können wegen seiner atheistischen Freigeisterei. Raumer vertheidigte den großen König und besonders dessen bekanntes Wort: „In meinem Lande kann Jeder nach seiner Façon selig werden.“ Er wies nach, daß durch eine solche Toleranz, durch die freie Entwickelung der Kirche, die durch keine hemmenden Gesetze beschränkt werden dürfe, allein die in einem modernen Staate nothwendige Entwickelung sich vollziehen könne.*)

Die Rede Raumer's hatte auf alle Zuhörer einen tiefen Eindruck gemacht. Das sonst so schweigsame Auditorium der Akademie war durch die treffenden Worte des Gelehrten merkwürdig bewegt worden. Bei einigen Stellen, welche recht scharf die pietistischen Gegner Friedrich des Großen trafen, so bei der, wo der Redner von Friedrich dem Großen auf Erden und Friedrich dem Kleinen im Himmel sprach, hatten einige der Zuhörer, die Gegenwart des Königlichen Gastes vergessend, laut gelacht.

Friedrich Wilhelm IV. war über diesen Mangel an Rücksicht eben so wohl als über die Rede Raumer's selbst tief empört. Beim Verlassen der Akademie sagte er zu Humboldt: „Ueber Dinge, die zum Weinen wären, muß man hier lachen hören.“ Er schrieb sofort einen Brief an den Minister Eichhorn, in welchem er sich über die Raumer'sche Rede höchst ungnädig äußerte und erklärte, er werde zum letzten Mal einer derartigen Vorlesung beigewohnt haben.

Die gelehrten Herren von der Akademie hörten zu ihrem tiefsten Schrecken, welche Wirkung die Raumer'sche Rede auf den König gehabt hatte, sie fürchteten die Allerhöchste Ungnade und um diese von sich abzuwenden, schrieben sie einen schweifwedelnden Brief an Seine Majestät, sie baten in tiefster Unterthänigkeit um Verzeihung für jedes unangemessene Wort, für Ton und Haltung der Rede, welche das Allerhöchste Mißfallen erregt habe, zugleich sprachen sie ihre Ueberzeugung aus, daß der Redner nicht aus sträflicher Absicht, sondern nur durch unvorsichtige Wahl des Gegenstandes und der Ausdrücke gefehlt habe und daß er gewiß jede Zurechtweisung ohne Widerrede hin-

---

*) Der Vortrag Raumer's, welcher unmittelbar, nachdem er gehalten worden war, gedruckt erschien, enthielt u. a. folgende Stelle, welche von der pietistischen Partei im Lande für einen schweren persönlichen Angriff gegen Friedrich Wilhelm IV. betrachtet wurde.

„Gutmüthige, oder eigensinnige und halsstarrige Fürsten haben sich den schweren Irrthum eingeredet oder einreden lassen: ihre Regierungsweise müsse sich auf Alles erstrecken und lediglich auf ihrer persönlichen Ueberzeugung beruhen. Größere Geister erkennen den Werth der Persönlichkeit, und halten deren Unterjochung für Tyrannei. Eben weil Friedrich II. nicht gleichgültig war gegen das ewige Wohl seiner Unterthanen, weil er religiöse Ueberzeugungen für unendlich wichtig, für geheiligt hielt, wollte er nicht mit den eisernen Händen eines weltlichen Herrschers hineingreifen, oder sich „weiche Handschuh“ überziehen und als Kirchenfürst dasselbe versuchen.“

nehmen werde, wie es sich einem Vater, einem Könige, gegenüber gebühre.*)

Die Raumer'sche Angelegenheit machte in jener Zeit viel von sich sprechen, weil sie den Beweis gab, daß selbst ein so hoch berühmter Gelehrter nicht wagen durfte, seiner Ueberzeugung gemäß zu sprechen, daß sogar die erste gelehrte Körperschaft des Landes, die Akademie, nur durch tiefste Unterwürfigkeit gegen den Königlichen Willen sich die Allerhöchste Gnade erhalten konnte.

Weit rücksichtsloser wurden natürlich die Geister geringeren Grades behandelt, die Schriftsteller, die niederen Beamten und die einfachen Bürger, welche sich unterfingen, oppositionell sein zu wollen, ja selbst die, von denen die Regierung nur glaubte, sie könnten es einmal werden.

Seit dem Oktober des Jahres 1846 hatte sich in Berlin eine Gesellschaft von Bürgern vereinigt, deren Zweck, wie in den Statuten stand, die Beförderung des geistigen und geselligen Verkehrs der Bürger Berlins unter einander sein sollte. Die Gesellschaft trug den einfachen Namen Bürgergesellschaft. Die 18 Paragraphen enthaltenden Statuten waren dem Polizei-Präsidium unmittelbar nach der Konstituirung der Gesellschaft zur Genehmigung eingereicht worden. Um den geistigen Verkehr der Gesellschaft zu beleben, wollte diese sich wöchentlich einmal versammeln, ein Mitglied oder eingeladener Gast sollte durch einen wissenschaftlichen Vortrag für die Belehrung sorgen, außerdem sollten gesellige Zusammenkünfte zur Erheiterung der Mitglieder dienen.

Die Bürgergesellschaft hatte keine bestimmte politische Parteistellung, wohl aber gehörten ihr manche freisinnige Stadtverordnete an, und deshalb hegte das Polizei-Präsidium den dringenden Verdacht, es habe hier eine oppositionelle Vereinigung vor sich. Durch ein vorläufiges Rescript war der Gesellschaft erlaubt worden, sich wöchentlich zu versammeln, nachdem aber vier Vorträge stattgefunden hatten, wurden plötzlich vom Polizei-Präsidenten die Fortsetzungen der Versammlungen verboten. Obwohl die Statuten ausdrücklich Gespräche über politische und religiöse Angelegenheiten untersagten, wurde doch vom Polizei-Präsidium die Gesellschaft nach der Bundesgesetzgebung, welche alle Versammlungen zu politischen Zwecken für unerlaubt erklärte, behandelt und mit Hinweisung auf dieselbe ihr die Genehmigung für ihre Statuten versagt. Nur in rein geselliger Weise durfte die Bürgergesellschaft sich noch ferner vereinen.

Auch der Handwerkerverein wurde von den Behörden mit mißtrauischem Auge betrachtet, obgleich er unter der Leitung eines sehr angesehenen und durchaus nicht revolutionär gesinnten Mannes, des Stadtsyndikus Hedemann stand und obgleich er sich niemals mit politischen oder religiösen Fragen beschäftigte. Er würde vielleicht ebenfalls ganz verboten worden sein, hätten nicht die Behörden gefürchtet, die ohnehin durch die Theuerung der Lebensmittel sehr aufgeregten niederen Volksklassen noch mehr zu erregen, und wäre nicht der Verein mit fast mehr als gerechtfertigter Vorsicht jeder Möglichkeit gegen die höheren Orts herrschenden Ansichten zu verstoßen, aus dem Wege gegangen. Trotzdem aber wurde er eifersüchtig überwacht und das Damoklesschwert einer polizeilichen Schließung bei erster günstiger Gelegenheit schwebte fortwährend über ihm.

Die Polizei war in Berlin beim Beginn des Jahres 1847 in unausgesetzter Thätigkeit; sie witterte überall aufrührerische Tendenzen und sogar geheime Verschwörungen. Weil die Noth im Lande groß war, weil in Schlesien der Hungertyphus herrschte, weil auch in Berlin die Arbeit stockte und die Arbeiter bei der täglich steigenden Theuerung kaum mehr das liebe Leben hatten, glaubten die Behörden, daß ein Aufruhr ernstlich zu besorgen sei, welcher bei der allgemein zum politischen Fortschritt drängenden Strömung gefährliche Umrisse annehmen konnte. Wenn sogar die so zahmen und gesinnungstreuen Stadtverordneten Berlins in den ersten Tagen des Januar 1847 mit großer Majorität beschlossen hatten, um völlige Emancipation der Juden zu petitioniren, wenn sich Stadtverordnete herbeiließen, in der verdächtigen Bürgergesellschaft Vorträge zu halten, was war dann von der übrigen unzufriedenen Volksmasse zu erwarten?

Die Polizei hatte in Erfahrung gebracht, daß von der Schweiz aus revolutionäre Flugschriften in Menge unter den Arbeitern verbreitet worden seien und daß die bekanntlich stets thatenlustigen Schneider sie mit besonderer Begierde verschlingen sollten. Es war den Behörden nicht unbekannt, daß ein Handel mit verbotenen Büchern und Broschüren im ausgedehntesten Maßstabe von den Berliner Buchhandlungen betrieben wurde, ja daß verbotene Schriften sogar vom Publikum weit lieber als nicht verbotene gekauft wurden. Es gab Lesegesellschaften, die sich lediglich mit dieser beliebten Waare nährten.

Man konnte in jenen Tagen trotz aller Polizei-Verbote, trotz der Begierde, mit welcher offne und geheime Polizisten auf die Uebertreter des Gesetzes fahndeten, in Berlin zu jeder Zeit jedes verbotene Buch erhalten.

Was war natürlicher, als daß die Behörden von einem so verderbten Volke das Schlimmste erwarteten! Hoch gezählt gab es vielleicht in Berlin 40 oder 50 halb verrückte Kommunisten, die den von der Schweiz aus verbreiteten Lehren anhingen, trotzdem aber witterte das Polizei-Präsidium auch in der preußischen Hauptstadt eine nicht nur auf den Umsturz der Staatsverfassung, sondern auf den Raub und die Plünderung bei den Wohlhabenden, auf die Theilung aller Staats- und Privatgüter gerichtete kommunistische Verschwörung, deren Häupter sie in einigen ganz un-

*) Der Brief wurde gegen den Willen Raumer's, der sich durch denselben tief beleidigt fand, abgesendet.

bedeutenden nnd unschädlichen, wenn auch etwas enthusiastischen Handwerkern gefunden zu haben glaubte. Einige unvorsichtige Worte in den Weißbierkneipen, ein paar mehr alberne als gefährliche, unvorsichtig abgeschickte und von der Polizei aufgefangene Briefe genügten, um Verhaftungen vorzunehmen und das Gerücht in die Welt hinauszuposaunen, eine kommunistische Verschwörung sei entdeckt.

Trotz der Strenge, welche die Regierung gegen jede freisinnige Richtung im Volke zeigte, trotz der Verfolgungssucht, durch welche sie sich gerade im Beginn des Jahres 1847 verhaßt machte, gewannen doch die Gerüchte über den bevorstehenden Erlaß einer Verfassung täglich mehr Boden und man sprach außerdem davon, daß auch noch andere freisinnige Gesetze in kürzester Zeit zu erwarten seien. Unter diesen wurde besonders hervorgehoben ein sogenanntes Toleranz-Edikt, welches die Religionsfreiheit auch für die Deutsch-Katholiken und die Lichtfreunde begründen sollte. Die Verbreiter derartiger Gerüchte beriefen sich darauf, daß seit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm's IV. stets der Widerspruch zwischen der Theorie und Praxis, der freisinnigen Gesetzgebung und der unfreisinnigen Ausführung der Gesetze, geherrscht habe, daß auch noch in letzter Zeit die Regierung durch die Gewährung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens in Kriminalsachen ihren guten Willen, dem Fortschritt zu dienen, gezeigt habe.

Alle Zweifel wurden endlich gelöst, als am Abend des 3. Februar 1847 die Staatszeitung das berühmte Königliche Patent über die Einführung des Vereinigten Landtages brachte in demselben sagte der König:

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. thun kund und fügen hiermit zu wissen: Seit dem Antritt unserer Regierung haben wir der Entwickelung der ständischen Verhältnisse unseres Landes stets unsere besondere Sorgfalt zugewendet. Wir erkennen in dieser Angelegenheit eine der wichtigsten Aufgaben des von Gott uns verliehenen Königlichen Berufs, in welchem uns das zwiefache Ziel vorgesteckt ist: die Rechte, die Würde und die Macht der uns von unsern Vorfahren ruhmreichen Andenkens vererbten Krone unversehrt unsern Nachfolgern in der Regierung zu bewahren, zugleich aber auch den getreuen Ständen unserer Monarchie diejenige Wirksamkeit zu verleihen, welche, im Einklange mit jenen Rechten und den eigenthümlichen Verhältnissen der Monarchie, dem Vaterland eine gedeihliche Zukunft zu sichern geeignet ist. — — —

Indem wir sonach über die Zusagen unseres höchstseligen Herrn Vaters Majestät hinaus, die Erhebung neuer sowie die Erhöhung der bestehenden Steuern an die im Wesen deutscher Verfassung begründete Zustimmung der Stände gebunden und dadurch unsern Unterthanen einen besondern Beweis unseres Königlichen Vertrauens gegeben haben, erwarten wir mit derselben Zuversicht auf ihre so oft erprobte Treue und Ehrenhaftigkeit, mit welcher wir den Thron unserer Väter bestiegen haben, daß sie uns auch bei diesem wichtigen Schritte getreulich zur Seite stehen und unsere — nur auf des Vaterlandes Wohl gerichteten — Bestrebungen nach Kräften unterstützen werden, damit denselben unter Gottes gnädigem Beistande das Gedeihen nicht fehle. — —“

Ueber die Zusagen seines verstorbenen Vaters hinausgehend hatte König Friedrich Wilhelm IV. seiner Ueberzeugung nach dem Volke eine Verfassung gegeben. Werfen wir auf dieselbe, wie sie die das Patent begleitenden Verordnungen vom 3. Februar uns darstellen, einen flüchtigen Blick, um zu sehen, wie weit ihr Inhalt den Königlichen Worten entsprach.*)

Die bisherigen Provinzialstände zusammengenommen sollten den Vereinigten Landtag bilden. Er war in zwei Kurien getheilt, die erste, die Herren-Kurie, vereinte den Stand der Fürsten, Grafen und Herren, sie bestand aus den volljährigen Prinzen des Königlichen Hauses, den früher Reichsunmittelbaren, den Standesherren und aus allen mit Virilstimmen versehenen Stiften und Körperschaften, welche das Recht hatten, auf dem Provinziallandtage zu erscheinen. Die zweite Kurie vereinigte die Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte und Landgemeinden. Das Zahlenverhältniß war natürlich dasselbe wie auf dem Provinziallandtage. Die erste Kurie umfaßte 80 Stimmen, in der zweiten Kurie zählte der Stand der Ritterschaft 231 Stimmen, der der Städte 182 und der der Landgemeinden 124 Stimmen, so daß auf dem Vereinigten Landtage bei im Ganzen 617 Stimmen die Städte und Landgemeinden deren zusammen nur 306 zählten.

Die Vereinigung der bisherigen Provinziallandtage zu einem einzigen Vereinigten Landtage konnte für eine besonders großartige Schöpfung wohl kaum gelten, denn neu in derselben war eigentlich nur die Theilung in eine Erste und Zweite Kammer, wenn wir uns dieses Ausdrucks bedienen dürfen, und die Eigenthümlichkeit, daß beide Kurien bei den meisten Gegenständen für sich allein berathen sollten, hingegen bei denjenigen Vorlagen, die Staatsanleihen oder Veränderungen im Steuerwesen betrafen, zusammen zu treten hatten.

Die Beschlüsse der Kurien waren nach Stimmenmehrheit zu fassen; Petitionen, Beschwerden und dergleichen aber durften nur dann an den König gebracht werden, wenn sich in jeder von beiden Kurien mindestens zwei Drittel der Stimmen dafür erklärten. Wir sehen, die Regierung nahm vorsorglich Bedacht, daß der König nicht

---

*) Einen wortgetreuen Abdruck der Verordnungen erlassen uns wohl unsere Leser um so eher, als ja der Vereinigte Landtag nur ein sehr kurzes Leben hatte.

übermäßig mit Beschwerden und Bitten belästigt werde.

Für die Einführung neuer und für die Erhöhung bestehender Steuern sowie für Staatsanleihen sollte die Zustimmung des Vereinigten Landtages erforderlich sein. Aber auch hier enthielten die §§ 6 und 10 der Verordnung vom 3. Februar eine Einschränkung des Steuer-Bewilligungs- und Anleiherechts für den Landtag. Der § 6 nämlich bestimmte, daß, wenn im Falle eines zu erwartenden oder ausgebrochenen Krieges Darlehen nothwendig seien, die Einberufung des Vereinigten Landtages aber nicht zulässig befunden werden sollte, dann die ständische Mitwirkung einer Deputation für das Staats-Schuldenwesen, die vom Landtage zu ernennen sei, übertragen werden sollte. § 10 gestattete auch der Regierung, daß sie im Falle eines Krieges außerordentliche Steuern ausschreiben dürfe und verpflichtete sie nur, nach Beendigung des Krieges, sobald die Umstände es gestatteten, dem Vereinigten Landtag den Zweck und die Verwendung der erhobenen außerordentlichen Steuern nachzuweisen.

In der Gesetzgebung hatte der Vereinigte Landtag nur eine berathende und begutachtende Stimme. Allerdings war jeder der Kurien ein Petitionsrecht über innere nicht nur provinzielle Angelegenheiten übertragen, aber auch dieses Recht war durch die erforderliche zwei Drittel Majorität beschränkt, und damit es ja nicht durch stürmische von außen in den Landtag getragene Forderungen zum Mißbrauch ausarte, bestimmte § 20 der Verordnung, daß Bitten und Beschwerden beim Vereinigten Landtag von Andern als den Mitgliedern desselben weder eingebracht noch zugelassen werden durften.

Die Vereinigten ständischen Ausschüsse, welche im Jahre 1842 errichtet waren, sollten in Zukunft alle vier Jahre einberufen werden, ihnen waren die meisten Befugnisse des Vereinigten Landtages übertragen, nur das Recht der Zustimmung zu Anleihen und Steuererhöhungen blieb diesem vorbehalten.

Das Patent vom 3. Februar und die dasselbe begleitenden Verordnungen machten im Volke einen ganz eigenthümlichen Eindruck. Sie befriedigten nirgends. „Wir baten Dich um Brod und Du giebst uns einen Stein!“ so rief ein Vorkämpfer für die konstitutionelle Freiheit dem Könige mit schneidendem Witz zu und sein Wort fand ungetheilte Billigung.

Friedrich Wilhelm IV. hatte wieder einmal zuviel und zuwenig gegeben; zu viel, denn selbst eine Versammlung, wie der Vereinigte Landtag war unvereinbar mit dem absoluten Königthume, zu wenig, denn der machtlose Landtag, der in keiner Weise als ein Ersatz für die von Friedrich Wilhelm III. am 22. Mai 1815 versprochene Volksrepräsentation betrachtet werden konnte, der nur eine Wieder-Auffrischung der längst überlebten Stände war, genügte den Forderungen des Volks durchaus nicht.

Man hörte bald nach dem 3. Februar in allen politischen Kreisen Berlins nur scharf verurtheilende Stimmen über die neue Verfassung. Varnhagen schrieb damals in sein Tagebuch:

„Gestern Abends saß ich beim Schreiben, da kam die Staats-Zeitung, ich ließ sie erst lange liegen, dann nahm ich sie und fand zu unserm größten Wunder die Königlichen Verordnungen über die Reichsstände vom 3. Februar. Doch Reichsstände heißt das Ding nicht, sondern „Vereinigter Landtag“. Alles engherzig, kleinlich, verkümmert, mit Anspruch auf Großmuth alles verschnürt und beschwert, — ridiculus mus! war mein erster Ausruf, als ich die Erbärmlichkeit gelesen hatte. Mich übernahm der Ekel. Ich wandte mich ab und sang, nicht ça ira, sondern ça n'ira pas.“

Aehnlich urtheilten viele freisinnige Männer und noch schärfer die Anhänger des Alten, denen jede Volksvertretung, welcher Art sie auch sein mochte, ein Greuel war. Der ritterschaftliche Adel, besonders der in der Mark und Pommern, war wüthend über den Herrenstand, durch den er sich erniedrigt fühlte. Die märkischen Junker meinten, ihre Vorfahren hätten früher in der Kurmark gesessen, als selbst die Hohenzollern; sie fühlten sich schwer beleidigt, daß man ihnen gegenüber einen höhern Adel der Fürsten, Grafen und Herren mit besonderen Rechten schaffen wollte. Jeder von ihnen glaubte ebensoviel Anspruch auf einen Sitz in der Herren-Kurie zu haben wie irgend einer dieser schlesischen, westphälischen und rheinischen Fürsten, deren Adelsbriefe ja zum Theil den ihrigen an Alter nicht gleichkamen.

Der König hatte gehofft, das Volk werde mit freudiger Dankbarkeit sein Verfassungsgeschenk aufnehmen; er sah sich jetzt bitter getäuscht. In einigen Provinzialstädten wurden zwar Festlichkeiten zum Dank für das Patent arrangirt, aber sie fielen ziemlich lahm aus, denn die nähere Prüfung des Gegebenen zeigte, wie wenig es war.

Friedrich Wilhelm IV. wurde tief verstimmt über die Undankbarkeit des Volkes und er wäre es noch mehr geworden, hätten ihn nicht die Anordnungen, welche für den Empfang des Vereinigten Landtages getroffen werden mußten, die Zeichnungen für die Ausschmückung des Saales und dergleichen amüsante Kleinigkeiten mehr, recht angenehm beschäftigt.

Höchst eigenthümlich war das Verhalten der Presse gegen die neue Schöpfung des Königs. Vergeblich mühte sich die Staats-Zeitung ab, durch lange lobpreisende Artikel über Ständesachen zur Nachahmung anzufeuern; die Zeitungen ließen sich dazu nicht herbei. Was sollten sie auch schreiben? Scharf und bitter tadeln, wie sie gewünscht hätten, durften sie nicht und loben konnten sie nicht; sie brachten deshalb nur kurze unbedeutende Artikel, welche weder dem König, der mit Begierde auf die Kundgebungen der Zeitungen harrte, noch dem Volke genügten.

Der Berliner Witz war thätiger: für einen

Sechser wurden Konstitutions-Pfannenkuchen auf den Straßen verkauft, denen der Inhalt fehlte.

Das Schweigen der Zeitungen wurde unerträglich; die Staats-Zeitung forderte deshalb in einem direkt von höherer Stelle herstammenden Artikel zur Erörtung der ständischen Verordnungen auf, jede Besprechung würde, auch wenn sie tadelnd sei, gestattet werden, falls sie sich nur auf gesetzlichem Boden hielte. Das half, aber auch nur in beschränktem Maße, denn die Verurtheilung freisinniger Schriftsteller, an denen die letzte Zeit so reich gewesen war, mahnte zur Vorsicht.

Die Zeitungen äußerten sich mit jedem möglichen Rückhalt: unter der Voraussetzung, daß sich aus dem Vereinigten Landtage eine wahre Volksvertretung entwickele, daß der Landtag eine Reihe nothwendiger freiheitlicher Gesetze veranlassen werde, erklärten sie, das Gegebene dankbar annehmen zu wollen.

Weit kräftiger als in diesen zahmen Zeitungsartikeln erhob sich die Stimme einiger freigesinnter Schriftsteller in einer Reihe von Broschüren, welche in nächster Zeit erschienen. In diesen lautete das Urtheil fast durchweg verurtheilend über das Königliche Werk. Am schärfsten sprach sich ein von dem Stadtgerichtsrath Heinrich Simon in Breslau verfaßtes, berühmt gewordenes kleines Buch aus, welches unter dem Titel: Annehmen oder Ablehnen? erschien. Mit schlagender Beweisführung wies Simon nach, daß das Patent vom 3. Februar in keiner Weise das am 22. Mai 1815 vom Könige Friedrich Wilhelm III. gegebene Versprechen erfülle, daß es weit hinter demselben zurückbleibe, sogar das im Augenblick gültige Volksrecht kürze und daher abgelehnt werden müsse.

Achtzehntes Kapitel.

Die Berufung des Vereinigten Landtags. — Die Vertreter Berlins. — Das Toleranzedikt. — Das Eröffnungsprogramm. — Mittelalterlicher Pomp. — Das Geschäfts-Reglement. — Landtagseröffnung. — Die Thronrede. — Wirkung der Thronrede. — Die Adreßverhandlungen. — Bildung der altliberalen Partei. — Die Adresse. — Parlamentarische Opposition. — Vincke. — Die Landtagsverhandlungen. — Petitionen. — Die Herren-Kurie. — Schluß des Landtags. — Kabinets-Ordre über die Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen — Die erste öffentliche Sitzung der Berliner Stadtverordneten.

Der erste Vereinigte Landtag war zum 11. April nach Berlin berufen. Schon am 8. Februar hatte zu diesem Behufe Friedrich Wilhelm IV. eine Kabinets-Ordre erlassen, in welcher er sagte, daß zwar die während eines langen und gesegneten Friedens völlig geordnete Finanz-Verwaltung keineswegs die Nothwendigkeit einer solchen Vereinigung der Provinzialstände bedinge, daß er aber das Bedürfniß fühle, das wichtige Ereigniß der Bildung regelmäßiger ständischer Central-Versammlungen durch die Versammlung der getreuen Stände zu bezeichnen. Zu Landtags-Marschällen wurden vom Könige für die Herren-Kurie der Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich, der Landtags-Marschall der Rheinprovinz, und für die Versammlung der Abgeordneten des Ritterstandes, der Stadt- und Landgemeinden der Landtags-Marschall der Provinz Brandenburg Adolph von Rochow ernannt. Der Minister von Bodelschwingh erhielt das wichtige Amt, als Landtags-Kommissarius zu fungiren.

Mit großer Spannung sahen die Berliner der Eröffnung des Vereinigten Landtags entgegen.

Man erwartete Großes von dem Landtage, obgleich Niemand sich verhehlte, daß die Hoffnungen nicht zu hoch geschraubt werden dürften, da ja die ständische Zusammensetzung und der Mangel an Machtbefugniß jener Versammlung jede entscheidende That unmöglich machte, wohl aber konnte dieselbe schon durch das Wort unendlich viel wirken.

Besonders gespannt war man auf das Verhalten der Regierung gegen den Landtag. Daß der König jetzt den ernsten Willen habe, manche freiheitliche Wünsche des Volkes zu befriedigen, bewies er durch einige Gesetze, welche noch unmittelbar vor dem Zusammentritt des Landtages proklamirt wurden, und von denen vorzugsweise eins, das sogenannte Toleranz-Edikt, vom 30. März 1847 freudig begrüßt wurde, weil es den zahlreichen, in den letzten Jahren auch in Berlin neu begründeten Religions-Gesellschaften der Deutsch-Katholiken und der freien Gemeinden endlich eine sichere Stellung im Staats-Organismus gab.

Durch das Toleranz-Gesetz wurden zwar den bestehenden Staatskirchen ihre alten Gerechtsame bestätigt; um aber denen, die sich neuen Religions-Gesellschaften zugewendet hatten, und aus der Staatskirche getreten waren, ihre bürgerlichen Rechte zu sichern, bestimmte es, daß der Austritt aus der Kirche ohne Einbuße der bürgerlichen Rechte gewährt sein sollte. Wie den Juden sollte es den Dissidenten erlaubt sein, durch die Civilehe eine bürgerlich rechtsgültige eheliche Verbindung zu schließen, ohne ihr Gewissen durch eine kirchliche Trauung zu beschweren. Das Toleranz-Edikt war seinem Wesen nach freiheitlich, wenn es auch freilich noch manche drückende Bestimmung für die Dissidenten enthielt. Es wurde deshalb als ein wesentlicher Fortschritt vom Volke angesehen.

Günstig wirkte auch die Ausdehnung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens auf Civilsachen. Dagegen erregte die Veröffentlichung des Programms für die feierliche Eröffnung des Vereinigten Landtages und das Geschäfts-Reglement fü denselben manche ernste Besorgnisse.

Das Programm zeigte, daß der König seine romantisch-mittelalterlichen Anschauungen auch bei

der Eröffnung des Landtages von Neuem zur Geltung bringen wollte und dies gab einen Fingerzeig für den Gesichtspunkt, von dem aus er diese Versammlung überhaupt betrachtete.

Das Geschäfts-Reglement vom 9. April 1847, welches die Unterschrift des Königs, des Prinzen von Preußen und der Minister trug, und daher als ein Gesetz angesehen werden mußte, zeigte die ängstliche Fürsorge, welche Friedrich Wilhelm IV. für nothwendig hielt, um dem Landtage nicht eine zu große Selbstständigkeit und Freiheit in den Berathungen zu gewähren.

Der Landtag konnte weder seine Vorsitzenden selbst wählen, diese waren die vom Könige ernannten Marschälle, noch seine Sekretäre, welche von den Landtags-Marschällen ernannt wurden, selbst die vorberathenden Abtheilungen hatte der Marschall zu ernennen; der Landtags-Kommissarius mußte zu jeder Zeit zum Worte verstattet werden, eben dies Recht hatten auch die Prinzen des Königlichen Hauses, obgleich sie doch eigentlich nur einfache Mitglieder der Herren-Kurie sein sollten. Mit der Regierung direkt konnte der Landtag nicht in Verkehr treten, er hatte lediglich mit dem Regierungs-Kommissarius zu verhandeln.

Es würde uns zu weit führen, wollten wir alle die kleinen und kleinlichen Bestimmungen hier anführen, durch welche die freie Thätigkeit des Landtags eingeschränkt werden sollte.

Schon einige Tage vor dem 11. April fanden sich die ersten Landtagsmitglieder in Berlin ein, um Vorsprechungen über ihre Thätigkeit zu halten. Sie konnten indessen zu keinem rechten Resultat kommen, und mußten schon abwarten, was die Zeit ihnen bringen werde.

Am 11. April 1847 fand ganz dem Programm gemäß die Eröffnungsfeier statt. Sie begann mit einem Gottesdienst im Dom, dem die eigentliche Feier im weißen Saal des Schlosses folgte.

Der König wurde, als er in den Saal trat, mit den üblichen Lebehochs begrüßt, und auch als er die Rede, mit der er die Stände willkommen hieß, beendet hatte, ertönte abermals ein Lebehoch, aber schwächer als das vorige; mancher Mund, der vor der Königlichen Rede recht laut gerufen hatte, blieb jetzt stumm.

Von der ganzen Feierlichkeit ist die Rede des Königs allein werth, erwähnt zu werden.

Friedrich Wilhelm IV. sprach 35 Minuten lang mit jenem nachdrücklichen, zum Herzen dringenden Ton, mit jenem Redefluß, jener scharfen Pointirung, welche alle seine Reden so sehr auszeichnete. 35 Minuten! Eine lange Thronrede und eine solche, wie sie wohl nie ein Fürst der Landesvertretung gehalten hatte.

Wenn sonst Thronreden meist inhaltslos, nur konventionelle Aktenstücke sind, die, welche Friedrich Wilhelm IV. an den ersten Vereinigten Landtag hielt, war der glühende Erguß eines vollen Herzens, in ihr sprach sich das ganze Wesen und Denken des Königs in unbeschränkter Freiheit und Freimüthigkeit aus!

Die Thronrede machte auf alle diejenigen, welche sie hörten, und welche sie noch am Abende des Tages, an welchem sie gehalten worden war, gedruckt lasen, einen unauslöschlichen Eindruck Friedrich Wilhelm IV. hatte mit unvergleichlicher Offenheit gesprochen. An seinen klaren, unzweideutigen Worten konnte nichts gedeutelt, nichts mißdeutet werden; er hatte rücksichtslos seine Gefühle, sein ganzes Wesen der Oeffentlichkeit preisgegeben. Ein Dank dafür wurde ihm nicht.

Je weniger eine Mißdeutung der Königlichen Worte möglich war, je schärfer, ja je erbitterter ergoß sich über dieselben die Kritik in allen politischen Kreisen Berlins, sowohl in denen der Landtags-Abgeordneten, als selbst in denen der Bürgerschaft. Und dies war nur zu natürlich, denn die Königliche Rede widersprach in Allem ebenso sehr den Erwartungen, welche das Volk gehegt hatte, wie der romantisch-mittelalterliche Sinn des Königs dem Geiste der Zeit, in welcher Friedrich Wilhelm IV. lebte, widersprach.

Es machte einen fast erschütternden Eindruck auf die hoffnungsreichen Abgeordneten, die nach Berlin gekommen waren, um Theil zu nehmen an einer Versammlung, von der sie glaubten, sie werde einen bedeutsamen Einfluß auf die Geschicke Preußens ausüben, als sie hörten, der König betrachte sich als den Erben einer ungeschwächten Krone, die er seinen Nachfolgern unversehrt bewahren müsse und solle, als Friedrich Wilhelm IV. mit unzweideutiger Bestimmtheit aussprach, daß er über die von ihm dem Vereinigten Landtage gewährten Rechte nun und nimmermehr etwas Weiteres gewähren wolle. Und doch waren diese Rechte so unbedeutend, sie besagten so eigentlich fast gar nichts.

Allgemein hatte sich die Ueberzeugung bereits festgestellt, daß das Patent vom 3. Februar in keiner Weise die Verheißungen vom 22. Mai 1815 erfülle, während der König ausdrücklich aussprach, er sei weit über die Verheißungen des hochseeligen Königs hinausgegangen. Es berührte die Mitglieder der Stände höchst unangenehm, als ihnen der König sagte, er werde den Vereinigten Landtag auch in Zukunft zusammenberufen, sobald er es für gut und nützlich halte, aber freilich nur dann, wenn dieser Landtag ihm den Beweis gebe, daß er es könne, ohne höhere Regentenpflichten zu verletzen. Und wie der König diese Regentenpflichten auffaßte, das hatte er scharf und klar genug ausgesprochen, sein Wort bedeutete kaum etwas anderes als: dieser Vereinigte Landtag werde der erste und der letzte sein, wenn er überhaupt nur eine Opposition gegen den Königlichen Willen wage.

Klarer konnte Friedrich Wilhelm IV. nicht sprechen, als indem er sagte: „Wie im Feldlager ohne die allerdringendste Gefahr und größte Thorheit nur Ein Wille gebieten darf, so können dieses Landes Geschicke, soll es nicht

augenblicklich von seiner Höhe fallen, nur von Einem Willen geleitet werden. —

Edle Herren und getreue Stände! Es drängt Mich zu der Erklärung: daß es keiner Macht der Erde je gelingen soll, Mich zu bewegen, das natürliche, gerade bei uns durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältniß zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu wandeln, und daß ich es nun und nimmermehr zugeben werde, daß sich zwischen unseren Herr Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt, gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte heilige Treue zu ersetzen."

Wie fest hatten gerade die Deputirten der Stände darauf gehofft, aus dem Patent vom 3. Februar werde sich ein constitutionelles Regiment für Preußen entwickeln; jetzt aber hörten sie, daß dies nun und nimmermehr geschehen solle und dürfe. Wenn der König so unendlich viel von dem finstern Geiste des Verderbens, der Aufforderung zum Umsturze und der frechsten Lüge, der in der Presse wohnen sollte, sprach, so berührte auch das die Abgeordneten und mehr noch die Schriftsteller im Volke, die ihrer Ueberzeugung trotz aller Preßgefahren gefolgt waren, auf das Schmerzlichste. Der König hatte gesagt: „Vor allem sollte man meinen, müßte die Presse Dankbarkeit und Zufriedenheit allseitig verbreiten; denn Ich darf es wohl sagen, daß gerade die Presse Mir in besonderem Maße ihren Dank schuldet. Edle Herren und getreue Stände! Ich fordere Ihre deutschen Herzen auf, diesen Dank zu würdigen! Bei aller Anerkennung des ehrenhaften Strebens, die Presse durch einen edlen und gewissen Geist zu heben, ist's doch unzweifelhaft, daß in einem Theile derselben ein finsterer Geist des Verderbens herrscht, ein Geist der Auflockerung zum Umsturz und frechster Lüge, schmachvoll für die deutsche Treue und die preußische Ehre. Ich weiß es, daß der reine Volkssinn feststeht, doch täuschen wir uns darum ja nicht über die argen Früchte des argen Baumes, die uns unter der Gestalt der Verstimmung, des Mißtrauens und schmählicher Einschüchterung vor dem Liberalismus entgegentreten und — an der Hand noch schlimmerer Erfahrungen: offenen Ungehorsams, geheimer Verschwörung, erklärten Abfalls von Allem, was guten Menschen heilig ist, versuchten Königsmords. — Ja bis in unsere Landeskirche hinein zeigen sich diese Früchte neben dem zwiefachen Tode in Gleichgültigkeit und Fanatismus. Aber das Kirchliche gehört nicht vor die Stände. Es hat in beiden Konfessionen seine rechtmäßigen Organe. Ein Bekenntniß vermag Ich doch heute nicht zu unterdrücken, eingedenk des entsetzlichen Beginnens, Mein Volk um sein heiligstes Kleinod zu betrügen: um den Glauben an seinen und unser Aller göttlichen Heiland Herrn und König. Dies Bekenntniß aber lautet: Ich und Mein Haus, Wir wollen dem Herrn dienen. — Ja wahrhaftig!" —

Friedrich Wilhelm IV. war getragen von einer tiefen Ueberzeugung, er sprach aus warmem, vollem Herzen, aber besser wäre es vielleicht gewesen, wenn er gerade diese Worte unterdrückt hätte. Hing doch ein großer Theil des preußischen Volkes der freireligiösen Richtung an, waren doch durch das Toleranz-Edikt die unendlich vielen Freunde einer rationalistischen Bewegung nur halb versöhnt! jetzt wurde durch die Worte des Königs der alte Haß gegen die pietistische obere Leitung auf's Neue angeregt. Vorzugsweise geschah dies in Berlin.

Wenn auch die Berliner aus einer gewissen religiösen Leichtfertigkeit, welche dem materialistisch-gesinnten Volke inne wohnte, sich zum großen Theil nicht direkt bei der Bildung freier protestantischer oder deutschkatholischer Gemeinden betheiligt hatten, so widmeten sie diesen doch ihre volle Sympathie.

Die Abgeordneten des Landtages waren vor Allem darüber nicht nur erstaunt, sondern zum Theil auch entrüstet, daß der König ihnen ausdrücklich sagte: „Sie, meine Herren, sind deutsche Stände im althergebrachten Wortsinn, d. h. vor Allem und wesentlich Vertreter und Wahrer der eigenen Rechte, der Rechte der Stände, deren Vertrauen den bei weitem größten Theil dieser Versammlung entsendet. Nächstdem aber haben Sie die Rechte zu üben, welche Ihnen die Krone zuerkannt hat. Sie haben ferner der Krone den Rath gewissenhaft zu ertheilen, den dieselbe von Ihnen fordert. Endlich steht es Ihnen frei, Bitten und Beschwerden, Ihrem Wirkungskreise, Ihrem Gesichtskreise entnommen, aber nach reiflicher Prüfung, an den Thron zu bringen.

Das sind die Rechte, das die Pflichten germanischer Stände, das Ihr herrlicher Beruf. Das aber ist Ihr Beruf nicht: „Meinungen zu repräsentiren," Zeit- und Schulmeinungen zur Geltung bringen zu sollen. Das ist vollkommen undeutsch und obenein vollkommen unpraktisch für das Wohl des Ganzen, denn es führt nothwendig zu unlösbaren Konflikten mit der Krone, welche nach dem Gesetze Gottes und des Landes und nach eigener freier Bestimmung herrschen soll, aber nicht nach dem Willen von Majoritäten regieren kann und darf, wenn „Preußen" nicht bald ein leerer Klang in Europa werden soll! Meine Stellung und Ihren Beruf klar erkennend und fest entschlossen, unter allen Umständen dieser Erkenntniß gemäß zu handeln, bin Ich in Ihre Mitte getreten und habe mit Königlichem Freimuth zu Ihnen geredet. Mit derselben Offenheit und als höchsten Beweis Meines innigsten Vertrauens zu Ihnen, edle Herren und getreue Stände, gebe Ich Ihnen hier

nun Mein Königliches Wort, daß ich Sie nicht hierher gerufen haben würde, wenn ich den geringsten Zweifel hegte, daß Sie Ihren Beruf anders deuten wollten und ein Gelüst hätten nach der Rolle sogenannter Volksrepräsentanten." Durch diese Worte zeigte sich recht unwiderleglich, wie wenig das Patent vom 3. Februar geeignet war, die Verheißungen des 22. Mai 1815 zu erfüllen.

Friedrich Wilhelm III. hatte eine Volksrepräsentation versprochen; der von Friedrich Wilhelm IV. geschaffene Vereinigte Landtag sollte aber eine solche nach des Königs eigenen Worten in keiner Weise sein. Alle diese Fürsten, Grafen und Herren, diese Ritter, Bürger und Bauern hatten nach der Aufforderung in der Thronrede nur die Aufgabe, sich selbst und ihre Stände zu vertreten, die ganze große Masse des Volks blieb nach wie vor ohne Vertretung dem absoluten König unterthan.

Daß die Aufgabe der Abgeordneten nicht sei, Meinungen zu repräsentiren und zur Geltung zu bringen, daß nun und nimmermehr ein König von Preußen nach dem Willen der Majorität regieren könne und dürfe, wenn Preußen nicht bald ein leerer Klang in Europa werden solle, daß der König sich fest entschlossen erklärte, unter allen Umstanden dieser Erkenntniß gemäß zu handeln und daß er ausdrücklich die Abgeordneten warnte, niemals ein Gelüst nach der Rolle sogenannter Volksrepräsentanten zu haben, bezeichnete so klar und scharf die ganze Haltlosigkeit der sogenannten aus dem Patent vom 3. Februar hervorgehenden Verfassung, daß ein Zweifel darüber nicht mehr bleiben konnte. Sprach dies doch auch der König auf das Direkteste aus, indem er sagte: daß die Zeit der Ungewißheit über die Gestaltung des ständischen Wesens vorüber sei und indem er sogar eine indirekte Drohung für alle diejenigen, welche es in Zukunft noch wagen würden, Opposition zu machen, hinzufügte; sagte er doch ausdrücklich, daß forthin Manches, was die Nachsicht bisher entschuldigen konnte, keine Entschuldigung mehr haben solle.

Die Thronrede, so herrlich und schön sie in ihrer Form, so tief und wahr sie ihrem Inhalte nach war, entfernte doch den König weiter von seinem Volke, als er es je gewesen war. Die Zeitungen vermochten allerdings bei der strengen Censur der Meinung, welche die allgemein herrschende war, keinen Ausdruck zu geben, desto lauter aber sprach sich die Volksstimme in allen Privatkreisen, in Restaurationen und Konditoreien, sowie in den Lesekabineten aus.

Schon am Abend des 11. April hörte man in Berlin über die Thronrede so rücksichtslose, ja erbitterte Worte, daß die überall gegenwärtigen geheimen Polizisten ihren Vorgesetzten recht beunruhigende Berichte machen mußten.

Vor dem Büreau der Staatszeitung in der Behrenstraße hatte sich fast ein Volksauflauf gebildet. Eine neugierige Menge drängte sich dort, sie wartete auf das Abendblatt, welches den Wortlaut der Thronrede bringen sollte. Als es endlich erschien, wurde die Rede auf offener Straße vorgelesen und von den Zuhörern mit Bemerkungen begleitet, welche keineswegs gutmüthiger Natur waren. Bei der Stelle, in welcher sich der König auf sein Volk berief, an dasselbe appellirte, hörte man sogar einige Uebelwollende recht geflissentlich laut lachen.

In den Kreisen der Abgeordneten wurden ebenfalls Aeußerungen laut, die sehr besorgnißerregend klangen.

Die Verstimmung über die in der Thronrede ausgesprochenen Grundsätze war vorzugsweise unter den Ostpreußen so groß, daß viele von diesen erklärten, sie wollten den Landtags-Sitzungen gar nicht erst beiwohnen, sondern Berlin verlassen, denn von den Verhandlungen einer Versammlung, die gar keine Rechte habe, sei auch nichts Ersprießliches zu erwarten; jedes dort gesprochene Wort sei überflüssig und zwecklos, der unbeugsame Sinn des Königs werde niemals durch Reden von Abgeordneten zu dem einzig vernünftigen Ziele einer Verfassung für Preußen gewendet werden.

Am Abende des 11. April fand eine Versammlung der meisten zur liberalen Partei gehörigen Abgeordneten statt. Die Ostpreußen erklärten sich in der Mehrzahl für die sofortige Abreise, die Rheinländer dagegen meinten, ein solcher Schritt sei verfrüht, man müsse den gegebenen Boden benutzen, um auf demselben für die Erreichung eines Verfassungs-Lebens zu kämpfen. Noch sei ja nichts verloren; sähe der König nur, daß auf dem Vereinigten Landtage die große Majorität sich für die konstitutionellen Prinzipien ausspreche, dann werde er hoffentlich nachgeben. Aber selbst, wenn er es nicht thue, habe der Landtag doch eine unendlich große moralische Macht; da ihm die Oeffentlichkeit nicht verschränkt werden dürfte, könnten die Redner einen Einfluß auf das Volk gewinnen, der auf keine andere Weise zu erlangen sei. Was sonst die Zeitungen zu drucken nicht wagen würden, dürften sie jetzt ungescheut der Oeffentlichkeit übergeben, indem sie die freisinnigen Reden der Landtags-Abgeordneten veröffentlichten.

Die große Majorität sprach sich für die Grundsätze der Rheinländer aus und die Ostpreußen mußten wohl oder übel sich fügen; sie blieben und traten in die Verhandlungen des Vereinigten Landtages ein, dessen erstes Geschäft der Erlaß einer Adresse an den König war.

Schon bei dieser Gelegenheit gab sich die tiefe Verstimmung der freisinnigen Abgeordneten recht deutlich kund. Am 12. April trat der Landtag in den Vereinigten Kurien zusammen. Obgleich eine solche Vereinigung beider Kurien eigentlich nur bei Finanzfragen stattfinden sollte, brach doch gleich die erste Sitzung diesen Grundsatz.

Der Graf von Schwerin, ein Mitglied der Pommerschen Ritterschaft, forderte die Versamm-

lung auf, eine Adresse an den König zu richten und in dieser den Dank für die Schöpfung des Vereinigten Landtages auszusprechen, zu gleicher Zeit aber auch die ehrerbietigen Bedenken nicht zurückzuhalten, die sich vom Gesichtspunkte des Rechtes aus gegen mehrere Bestimmungen des Patents und der Verordnungen vom 3. Februar aufdrängen müßten.

Der Antrag fand allgemeine Zustimmung, er wurde angenommen, von Einigen, weil sie gern für einen Dank stimmen wollten, von Andern, weil es ihnen darauf ankam, eine Rechtsverwahrung in der Adresse so bald wie möglich nieder zu legen. Die Letzteren, und es waren deren nicht wenige, fanden sich höchst unangenehm überrascht, als sie nach der Sitzung in den Zeitungen lasen, der Vereinigte Landtag habe eine Dankadresse an den König beschlossen.

Eine eigentliche Debatte hatte nicht stattgefunden, der Landtags-Marschall nur die Frage gestellt, ob eine Adresse an den König erlassen werden solle, im Protokolle aber war das Wort Dankadresse gebraucht worden zum großen Mißvergnügen derer, die an nichts weniger als an einen Dank dachten.

Es gab hierüber schon in der nächsten Sitzung recht erregte Debatten, viel heftigere aber über die Adresse selbst. Tüchtige Redner traten auf und sprachen sich mit anerkennungswerther Offenheit aus über die Mängel des Patents vom 3. Februar, über die Pflicht der Abgeordneten, das Volksrecht zu wahren und aus der mangelhaften durch das Patent geschaffenen Verfassung eine vollkommenere, volksthümlichere zu bilden.

Schon in jenen ersten Sitzungen bildete sich der Kern einer politischen Partei, welche sich damals große Verdienste um die Förderung der politischen Freiheit erwarb. Verdienste, welche nicht vergessen werden sollten, wenn auch die Führer dieser Partei später dem stürmischen Fortschritt, den das Jahr der Revolution brachte, nicht zu folgen vermochten.

Die Herren Hansemann, Camphausen, Beckerath, Vincke, Alfred v. Auerswald u. A. sprachen frei und gut und ihre Worte fanden einen Wiederhall in den Herzen des Volkes; gerade durch die Reden dieser Männer, welche zum erstenmal unverkürzt durch die Zeitungen in das Publikum gebracht wurden, hob sich das politische Interesse, und der Vereinigte Landtag gewann eine Wichtigkeit, welche er sonst durch seine Zusammensetzung und seine Machtlosigkeit niemals errungen haben würde.

Die Altliberalen, oder wie sie in weit späterer Zeit mit einem Spottnamen genannt worden sind, die Gothaer, haben sich das große Verdienst erworben, zuerst und in der schwersten Zeit eine parlamentarische Opposition in Preußen zu begründen.

Nach langen, ziemlich stürmischen Berathungen kam die Adresse endlich zu Stande und zwar nach einem Entwurfe des ostpreußischen Abgeordneten Alfred von Auerswald. Sie wurde mit 487 gegen 107 Stimmen angenommen, obgleich der Prinz von Preußen dagegen gestimmt hatte und obwohl sie keineswegs eine leere Dankadresse war, denn sie enthielt, wenn auch in mildester Form, doch eine Rechtsverwahrung.

König Friedrich Wilhelm IV. hatte mit hochgespannter Aufmerksamkeit die Adreß-Verhandlungen im Vereinigten Landtage verfolgt. Er wurde durch dieselben sehr schmerzlich berührt, denn statt Dank und Zustimmung zu erhalten, stieß er auf einen Widerspruch, der ihn trotz der gemäßigten Form doch verletzte.

Man erzählte sich damals in Berlin: der König sei so empört über die Reden der Opposition, daß er auf jede Hoffnung, durch den Vereinigten Landtag etwas zu erreichen, verzichte. Man sprach davon, eine sofortige Auflösung werde die Folge der unvorsichtigen Opposition sein, aber das Gerücht bewahrheitete sich nicht, denn es kam dem König darauf an, daß der Landtag eine Reihe wichtiger, die materiellen Interessen des Landes betreffender Vorlagen berathe, und im Sinne der Regierung über dieselben beschließe. Friedrich Wilhelm mußte das begonnene Werk vollenden, deshalb antwortete er auch dem Landtag auf seine Adresse so frei und offen wie immer, um jede zu weit gehende Hoffnung niederzuschlagen. Er erklärte, daß er dem Vereinigten Landtag durchaus keine andere Befugnisse zuzuerkennen vermöge, als die, welche er ihm selbst und freiwillig durch das Patent vom 3. Februar ertheilt habe. „Die Gesetzgebung vom 3. Februar dieses Jahres ist in ihren Grundlagen unantastbar." So sprach sich der König mit festem Worte aus, aber er fügte hinzu, daß deshalb seine Gesetzgebung doch nicht als abgeschlossen, sondern als bildungsfähig zu betrachten sei. Er erwarte in dieser Beziehung die Anträge des Landtages. Zugleich machte Friedrich Wilhelm IV. den Ständen eine Konzession dadurch, daß er ihnen versprach, der Vereinigte Landtag solle in Zukunft alle vier Jahre zusammen berufen werden, auch wenn dazu keine außerordentliche Veranlassung vorliege. Da bisher von einer periodischen Zusammenberufung des Vereinigten Landtages noch gar nicht die Rede gewesen war, da der König in dieser Beziehung durchaus keine Zusicherung gegeben hatte, so war das allerdings nicht besonders weit gehende Versprechen, den Vereinigten Landtag alle vier Jahre zu berufen, doch immerhin ein Zugeständniß.

Die Opposition auf dem Landtage, welche sich zuerst bei der Adreß-Debatte Geltung verschafft hatte, gewann bei den folgenden Verhandlungen an Stärke. Der Grundsatz, daß durch das Patent vom 3. Februar das alte aus der Kabinets-Ordre vom 22. Mai 1815 und der Verordnung vom 17. Januar 1820 ersprießende Recht des preußischen Volkes auf eine Verfassung verletzt sei, wurde mit steigender Kraft aufrecht erhalten und besonders von dem Freiherrn von Vincke mit siegender Beredtsamkeit vertheidigt. In der zweiten Kurie

wurde dieser Grundsatz zur vollen Durchführung gebracht, indem dieselbe z. B. die geforderte Garantie des Staats für die Landrentenbank sowie eine Anleihe von 30 Millionen für die Anlegung einer Eisenbahn zwischen Berlin und Königsberg mit großer Majorität verwarf, weil, wie der gewandteste Gegner der Regierung, Herr von Vincke, aussprach, der Landtag, dem alle ihm gebührenden Befugnisse einer reichsständischen Versammlung fehlten, nicht befugt sei, irgend eine Staatsgarantie auszusprechen, auch nicht für Unternehmungen, welche er selbst wie die Landrentenbank, für nützlich halte. So lange die Königliche Machtvollkommenheit so unumschränkt sei, daß der Monarch die von seinem Vorgänger als unwiderruflich gültig erklärten Gesetze ohne Weiteres aufheben oder abändern könne, wie dies durch das Patent vom 3. Februar mit der Verordnung vom 17. Januar 1820 geschehen sei, so lange fehle dem preußischen Volke und mit diesem dem Vereinigten Landtage jede rechtliche Grundlage, so lange dürfe daher auch der Landtag unter keiner Bedingung eine Garantie beschließen.

Aus demselben Grunde verweigerte die zweite Kurie auch die Genehmigung der 30 Millionen Anleihe.

Fast bedeutungsvoller als die Berathungen über die Königlichen Propositionen waren die über die beim Vereinigten Landtage eingebrachten Petitionen. Obgleich § 20 des Patents vom 3. Februar ausdrücklich bestimmte, daß Petitionen beim Landtage nicht von Außen, sondern nur durch Abgeordnete selbst eingebracht werden dürften, hatten sich die Petenten doch zu helfen gewußt. Sie wendeten sich nicht an den Landtag selbst, sondern an einzelne Mitglieder desselben und bewegten diese, ihrerseits diejenigen Volksforderungen in Petitionen einzubringen, welche sonst direkt der Versammlung zugegangen wären. § 20 verfehlte daher seinen Zweck, denn es fanden sich für jeden Volkswunsch bereitwillige Antragsteller und eine reiche Fülle von Petitionen lief bei dem Landtage ein.

Die wichtigsten Gegenstände der Gesetzgebung und vor Allem das Patent selbst wurden bei Gelegenheit der Petitionsberathungen einer scharfen und schneidenden Kritik unterzogen und diese Berathungen erhielten hierdurch für die politische Entwickelung in Preußen eine hervorragende Wichtigkeit*).

Je weiter die Verhandlungen vorschritten, je entschiedener zeigte sich die Opposition, je härter wurden ihre Worte, obgleich sich diese nach heutigem Begriffe stets innerhalb der Grenzen der zahmsten Loyalität bewegten. Galt es doch im Jahre 1847 schon als etwas Großes, daß überhaupt eine derartige Gegnerschaft gegen die Regierung und gegen die liebsten Pläne des Königs in offener freimüthiger Rede gewagt wurde. Die Mitglieder der Opposition erwarben sich dadurch beim Volke die lebendigsten Sympathien, während die Anhänger der Reaktion, die hochadligen Junker und besonders die Hofklique nicht gehässige Worte genug finden konnten, um über die Vincke, Beckerath, Camphausen 2c. zu skandaliren. Auch einige Mitglieder der Herren-Kurie, wie Graf Dyhrn u. A., traf das gleiche Loos.

Zu einem so harten Auftreten glaubten sich die Reaktionäre um so mehr berechtigt, weil sie sich auf das Beispiel des Königs berufen konnten. Friedrich Wilhelm IV. hatte beim Beginn des Landtages die ihm bekannten oppositionellen Abgeordneten sehr freundlich begrüßt, er hatte sogar dem Herrn von Saucken-Tarputschen die Hand gegeben und ihn seinen „wackern Feind“ genannt; er liebte ja, wie er zu sagen pflegte, eine gesinnungsvolle Opposition, aber bald erschien ihm diese nicht mehr gesinnungsvoll, sondern wühlerisch, freigeistig und revolutionär, denn so betrachtete er ja jeden Widerstand gegen die alleinige Königliche Autorität.

Der König zeigte mit seiner gewohnten Offenheit den oppositionellen Abgeordneten seine Ungnade, aber sie zu bekehren vermochte er nicht, er trieb sie im Gegentheil zu nur kräftigerem und muthigerem Auftreten. Besonders schmerzlich war es dem Könige, daß auch die erste Kurie sich nicht ganz dem Geiste der Zeit entziehen konnte.

---

*) R. Haym sagt in seinem berühmt gewordenen Buche: „Reden und Redner des ersten Vereinigten Preußischen Landtags:

„Was aber in der Adresse eingeflossen, das fand endlich in der Besprechung der auf Abänderung der Februar-Gesetzgebung gerichteten Petitionen einen weiten Platz. Hier war es gestattet, laut und mit Nachdruck zu bekennen, was kurz vorher nur mit Gefahr seiner Freiheit der Schriftsteller hatte sagen dürfen. Während das Buch ein Verbot getroffen hatte, welches zuerst eine scharfe und eindringliche Kritik der neuen Verfassungsbestimmungen gebracht hatte, so war es jetzt das Organ der Regierung, die Allgemeine Preußische Zeitung, welche die schärfste und eindringlichste, gefärbt von der Leidenschaft der Tribüne, über ganz Europa verbreitete. Unter dem Schutze der Gesetzgebung vom 3. Februar ward diese selbe Gesetzgebung einer schonungslosen Prüfung unterworfen und eine starke Majorität wollte Bitten an den Thron gerichtet wissen, welche durch den Nachdruck geltend gemachter Rechtsansprüche Etwas von Forderungen an sich hatten. Alle vorhandenen Kräfte nahmen sich auf diesem Punkte zusammen. Was an Einsicht und Gesinnung, an Geschick und Talent, an Kenntniß und an Begeisterung vorhanden war: Alles ward aufgeboten. Der 3. Februar 1847 ward konfrontirt mit den Tagen vom Mai 1815, vom Januar 1820 und vom Juni 1823, das Erfüllte am Verheißenen gemessen, der Geist der Stein und Hardenberg heraufbeschworen, die Wunden aufgerissen, aus denen das Volk auf den Schlachtfeldern des Befreiungskrieges geblutet hatte, und wie damals jeder Waffenfähige auf dem Kampfplatz, so stand in diesen Tagen jeder Redefähige auf der Tribüne, um dort das Errungene zu schützen.

Nur wenige Mitglieder derselben gehörten der liberalen Partei an, diese verfügte nur über eine sehr geringe Anzahl Stimmen und die Herren-Kurie würde, wenn sie allein gestanden hätte, sicherlich nicht einen einzigen oppositionellen Beschluß gefaßt haben. Aber sie stand nicht allein. Sollte sie zur reaktionären Folie für die zweite Kurie dienen? Sollte sie, wo das ganze Volk Liberalität von dem Vereinigten Landtage verlangte, zurückbleiben? Die Beschlüsse, welche in der zweiten Curie mit großer Majorität gefaßt wurden, waren so loyal, daß auch die Fürsten, Grafen und Herren nicht umhin konnten, ihrerseits ihre Zustimmung zu geben.

Was die zweite Kurie als ein Recht des Landes forderte, das erbat die erste von der Gnade des Königs. Sie sprach sich ebenfalls dafür aus, daß in Zukunft der Vereinigte Landtag mindestens alle zwei Jahre regelmäßig berufen werde.

Die Schlußverhandlung des Vereinigten Landtags fand am 26. Juni 1847 statt.

Der König war keineswegs befriedigt durch die Resultate, welche die Sitzungsperiode gehabt hatte; er zeigte dies, indem er nicht persönlich Abschied von den Ständen nahm, sondern den Landtags-Kommissarius von Bodelschwingh mit der Schließung beauftragte.

Mit dem üblichen dreimaligen Lebehoch auf den König trennte sich die Versammlung.

Die umfangreichen Verhandlungen, die zahlreichen Beschlüsse des Vereinigten Landtags füllen in dem stenographischen Bericht 4 dicke Bände mit 2522 eng gedruckten Seiten. Unsere Leser werden uns Indemnität dafür ertheilen, daß wir nur einen flüchtigen Blick auf diese Verhandlungen geworfen haben, nirgends in dieselben eingegangen sind. Wir glaubten dies um so eher thun zu dürfen, als ja die Beschlüsse des Vereinigten Landtages mehr einen theoretischen als praktischen Werth hatten. Sie legten Zeugniß dafür ab, daß auch die hoch aristokratische Versammlnng sich dem Geiste der Zeit nicht verschließen konnte. Zur Ausführung gebracht aber wurden wenige dieser Beschlüsse, weil die preußische Regierung jedem Fortschritt, den sie selbst nicht angebahnt hatte, den zähesten Widerstand entgegensetzte.

Von großer Bedeutung für das städtische Leben war indeß ein Antrag des Vereinigten Landtages, der in beiden Kurien eine fast an Einstimmigkeit grenzende Majorität erhalten hatte: der auf Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen. Er hatte auch ein praktisches Resultat, denn am 23. Juli 1847 erließ in Folge jenes Antrages König Friedrich Wilhelm IV. folgende Kabinets-Ordre:

„Auf den Antrag des ersten Vereinigten Landtags bestimme Ich hierdurch, daß in allen Städten, in welchen entweder die Städte-Ordnung vom 19. November 1808 oder die revidirte Städte-Ordnung eingeführt ist, auf den übereinstimmenden Antrag des Magistrats und der Stadtverordneten zu den Sitzungen der letzteren auch anderen Personen der Zutritt gestattet werden darf, wenn der Regierung nachgewiesen worden, daß die Vertretung des Magistrats bei den öffentlichen Sitzungen angemessen geordnet und ein dazu geeignetes Lokal vorhanden ist. Die entgegenstehende Bestimmung des § 113 der Städte-Ordnung vom 19. November 1808 wird hiernach abgeändert. Sollte wider Erwarten in einzelnen Städten diese Erlaubniß gemißbraucht werden, so behalte Ich Mir vor, dieselbe solchen Städten wieder zu entziehen. Mein gegenwärtiger Befehl ist durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 23. Juli 1847.

An das Staats-Ministerium.

Friedrich Wilhelm.

Diese Kabinets-Ordre entsprach so sehr den Wünschen der Berliner Stadtverordneten, daß diese schon am 5. August dem Könige den Dank der Communal-Behörden für die gewährte Oeffentlichkeit auszusprechen beschlossen, daß sie zugleich den Magistrat ersuchten, in gemischter Deputation mit ihnen die Maßregeln zu berathen, welche getroffen werden müßten, um die Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlungen der Kabinets-Ordre gemäß herbeizuführen.

In Beziehung auf die Vertretung des Magistrats in der Stadtverordneten-Versammlung gab es zwar zwischen beiden Communalbehörden Anfangs einige kleine Differenzen, diese aber wurden bald ausgeglichen; Magistrat und Stadtverordnete vereinigten sich, um bei der Königlichen Regierung die Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlung in Berlin zu beantragen und am 11. Oktober 1847 erfolgte die nachgesuchte Genehmigung.

Der Sitzungssaal im Kölnischen Rathhause wurde nun sofort erweitert, damit etwa 150 Zuhörer Platz hätten. Die erste Sitzung sollte am 19. November, dem Jahrestage der Städte-Ordnung, stattfinden.

Bei dem geringen der Bürgerschaft gewidmeten Raume konnte freilich die Oeffentlichkeit nur eine ziemlich beschränkte sein, es mußten Einlaßkarten ausgegeben werden, damit nicht ein störendes Gedränge stattfinde*).

Am 19. November hatten sich der Magistrat und die Stadtverordneten mit ihren goldenen Ketten geschmückt Morgens 10 Uhr im Kölnischen Rathhause eingefunden. Der Zuhörerraum war gedrängt voll, auch der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg war anwesend. Patriotische Reden des Stadtverordneten-Vorstehers Fournier

*) So lange die Oeffentlichkeit der Stadtverordneten-Versammlung etwas Neues für die schaulustigen Berliner war, mußten die städtischen Behörden sich vor zu großem Zulauf sichern. Schon nach kurzer Zeit war dies nicht mehr nöthig. Die stets leeren Bänke des Zuhörerraums bewiesen, wie unbegründet die früher gehegten Besorgnisse, die Bürger Berlins würden ihre Arbeit versäumen, um den Versammlungen im Kölnischen Rathhause beizuwohnen, gewesen waren.

und des Oberbürgermeister Krausnick, sowie ein dreimaliges donnerndes Lebehoch auf den König eröffneten die erste öffentliche Versammlung der Berliner Stadtverordneten.

Neunzehntes Kapitel.

Theuerung und Noth in Berlin. — Unzufriedenheit der Arbeiter. — Marktunruhen. — Die Kartoffel-Revolution. — Erstürmung der Bäcker- und Schlächterläden. — Einschreiten des Militärs. — Wachsende Macht der Opposition. — Königs Geburtstag. — Amnestie. — Der Polenprozeß. — Der Freiberg-Wedicke'sche Prozeß. — Die Vereinigten ständischen Ausschüsse. — Offene Kriegserklärung der Opposition gegen die Regierung. — Camphausen. — Politische Wetterwolken.

Während im Weißen Saale des Schlosses zu Berlin der Vereinigte Landtag tagte, herrschte unter der ärmeren Bevölkerung der Hauptstadt eine fast fieberhafte Unruhe. Sie wurde nicht erzeugt durch die ernsten politischen Fragen, die im Weißen Saale vorberathen wurden, sondern durch für die Arbeiter weit wichtigere materielle.

Theuerung und Geschäftslosigkeit hatten eine drückende Noth in der Hauptstadt hervorgerufen, welche sich mit jedem Tage fühlbarer machte. Noch herrschte zwar nicht wie in Schlesien der Hungertyphus in den Vorstädten und Arbeitervierteln, so schlimm war es freilich in Berlin noch nicht, aber dennoch auch schlimm genug.

Die Arbeit stockte. Berlin war im Begriff, sich zu einer Fabrikstadt zu erheben, viele Fabriketablissements waren neu entstanden und hatten zahlreiche Arbeiter an sich gezogen, die jetzt ohne Beschäftigung waren. Den Winter hatten sie glücklich überwunden, im Frühling aber fehlte es an Allem, und dazu kam, daß die Lebensmittel einen kaum zu erschwingenden Preis hatten.

Daß es so kommen würde, hatte sich voraussehen lassen, aber alle Versuche, den drohenden Nothstand abzuwenden, waren vergeblich geblieben. Die Regierung hatte schon im Januar die Einfuhrzölle für Getreide, Mehl ꝛc. gänzlich aufgehoben, trotzdem war bei der allgemeinen Mißernte des vergangenen Jahres doch der Preis aller Lebensmittel im fortwährenden Steigen begriffen.

Die wohlhabenden und reichen Berliner thaten, was sie thun konnten, um die Noth der unteren Klassen zu lindern, aber die Größe derselben spottete jeder Hilfe. Der Central-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen regte sich wieder, ohne indessen eine größere Wirksamkeit als früher erlangen zu können. Man gab Bälle und Konzerte zu Gunsten der Armen, man sammelte in allen Privatgesellschaften. Tausende kamen ein, aber Hunderttausende wären erforderlich gewesen.

Die unter den Arbeitern herrschende Noth erschien nm so bedrohlicher, als durch sie die politische Unzufriedenheit nur noch mehr genährt wurde. War es nicht natürlich, daß die hungernden Arbeiter die Regierung verantwortlich machten dafür, daß nicht frühzeitig fürsorgende Mittel ergriffen worden waren, um den Nothstand fern zu halten? Warum duldete es die Regierung daß die Kornwucherer das Korn und die Kartoffeln aufkauften, um den Preis derselben zu vertheuern und sich zu mästen, reich zu werden auf Kosten der Armen? Eine Schande war es, daß nicht der Marktpreis fixirt wurde und die Bauern schamlos wagen durften, 3 bis 4 Silbergroschen für die Metze Kartoffeln zu fordern, die doch nicht mehr als höchstens 1 Silbergroschen werth war und niemals mehr gekostet hatte? Solche unsinnige Redensarten hörte man damals oft in Berlin. Die kommunistischen Irrlehren, die bisher stets an dem gesunden Sinn des Berliner Volks abgeprallt waren, fanden jetzt Eingang, die herrschende Noth schuf ihnen einen fruchtbaren Boden.

In den Arbeiterkneipen wurde gewaltig politisirt, mehr als je und unfruchtbarer als je. Die Hungernden verlangten Sättigung, die Arbeitslosen Arbeit vom Staat, mindestens aber Polizeigesetze, welche sie schützen sollten gegen die eingebildeten Korn- und Kartoffelwucherer durch die Festsetzung eines bestimmten mäßigen Marktpreises. Es erschien ihnen nur natürlich, daß in dem allmächtigen Polizeistaat Preußen die Polizei Alles machen könne, auch die Marktpreise. Der Glaube hieran war so allgemein, daß er sogar in die Zeitungen Eingang fand. Die sonst sehr gesunden volkswirthschaftlichen Grundsätzen huldigende Zeitungs-Halle ließ sich verführen, am 28. Januar folgende Notiz zu bringen:

„Nach einer Verordnung durfte heute auf sämmtlichen Märkten Berlins die Metze Kartoffeln *nicht über 2 Silbergroschen* verkauft werden. Wer einen höheren Preis stellte, — ob Bauer oder Höker oder Afterverkäufer — dem wurde sein ganzer Vorrath sofort polizeilich konfiszirt. Einem Bauer, welcher der obigen, gleich bei seiner Ankunft ihm mitgetheilten Instruktion nicht nachgekommen war und dem Publikum einen höheren Preis stellte, wurde ein ganzer Wagen voll Kartoffeln konfiszirt. Bei Kundwerdung dieses Falles stellten viele Verkäufer, was sie über die polizeilich festgesetzte Taxe entnommen hatten, dem Publikum von selbst zurück. Letzteres wurde auch aufgefordert, die Uebertheurer anzugeben, oder wenn es dies nicht wolle, sich den Mehrbetrag zurückerstatten zu lassen. Diese Maßregel gilt bis auf weitere Bestimmung für die nächste Zukunft, ob sie sich jedoch auch auf die Nichtmarkttage bezieht, ist uns nicht bekannt geworden."

Die von der Zeitungs-Halle veröffentlichte Nachricht fand nicht nur bei den Berlinern vollen Glauben, sie verbreitete sich auch schnell auf das Land hinaus. Die Bauern erfuhren, es solle

ihnen für ihre Waare ein bestimmter Marktpreis gesetzt werden und zwar ein so niedriger, daß sie nur mit Schaden hätten verkaufen können. Schon am nächsten Tage zeigte sich das Resultat des unsinnigen Gerüchtes; die Märkte waren leer, nur wenige Verkäufer, solche, die nichts von dem Gerüchte gehört hatten, erschienen, und auch diese hätten am liebsten den Markt wieder verlassen; sie blieben nur, weil sie fürchteten, sich Mißhandlungen der empörten Arbeiter, die zu kaufen kamen, auszusetzen. Zu einer Erniedrigung des Preises ließen sie sich indessen nicht bewegen, sie benutzten sogar die geringe Konkurrenz der Verkäufer zu einer Steigerung.

Schon am 30. Januar wurde die Zeitungs-Halle gezwungen, eine Entgegnung des Polizei-Präsidenten von Puttkamer aufzunehmen, in welcher ausdrücklich erklärt wurde, daß die Polizei nicht daran denke, den freien Verkehr zu beschränken, und daß sie die Verkäufer dringend auffordere, im Vertrauen auf den Schutz der Polizei die Berliner Märkte nach wie vor sicher zu besuchen.

Die durch ihr falsches Gerücht sehr bloßgestellte Zeitung mußte sich demüthig entschuldigen, daß sie so leichtgläubig gewesen war. Die Berliner Arbeiter aber meinten, die Polizei nehme Partei gegen sie und für die Kornwucherer; sie murrten und grollten und schon damals hörte man unter ihnen drohende Rede: wenn ihnen die Polizei nicht helfen wolle, dann würden sie sich schon selbst helfen.

Dazu waren sie auch entschlossen. Zur Ausführung aber kam der Entschluß erst einige Monate später, als die Preise der Lebensmittel immer mehr und mehr stiegen, als sie endlich eine Höhe erreichten, die es dem Armen kaum mehr möglich machte, seine hungernde Familie zu sättigen.

Im April 1847 hatte die Noth der arbeitenden Klasse den Kulminationspunkt erreicht. Obgleich die Regierung eifrig bestrebt war, kräftige Maßregeln zur Linderung des herrschenden Elends zu ergreifen, gelang ihr dies doch nicht.

Am 19. April befahl der König durch Kabinets-Ordre, daß die Mahlsteuer bis zum 1. April gänzlich aufgehoben werde. Trotzdem aber wurde das Brod nicht größer, vor der Hand gewannen nur die Berliner Bäcker durch diese Maßregel, denn auswärtige Verkäufer scheuten sich vielfach, die Märkte der Hauptstadt zu besuchen, da sie oft recht drohende Aeußerungen von den Käufern hörten und fürchten mußten, es werde zu gewaltthätigen Auftritten zwischen ihnen und den Arbeitern kommen. Diejenigen, welche die Lust am Gewinn bewegte, der Gefahr zu trotzen, machten ihre Preise ganz denen der Berliner Bäcker konform. Der Steuererlaß konnte nur nach und nach durch die zwingende Konkurrenz eine Preisverminderung des Brodes bewirken, für den Augenblick hatte er keinen Erfolg, und überdies wurde das Hauptnahrungsmittel der Armen, die Kartoffel, durch denselben nicht betroffen.

Mit jedem Markttage wurde die Stimmung der Arbeiter bedrohlicher, es gab oft heftige Wortwechsel zwischen Käufern und Verkäufern, bei denen die ihrer Zungen- und Schimpffertigkeit wegen seit Altersher berühmten Hökerinnen in dem Glauben an den Schutz der Polizei häufig genug die hungernden Käufer, die um den Preis der Kartoffeln handeln wollten, frech verhöhnten. War einmal der Markt schwächer als gewöhnlich durch auswärtige Verkäufer besucht, dann benutzten die Hökerinnen sofort den glücklichen Umstand zu einer plötzlichen Steigerung des Preises, und sie wurden dabei getreulich durch die Bauern unterstützt, welche natürlich für ihre Kartoffeln möglichst hohe Preise zu erzielen suchten.

So geschah es auch am 21. April auf dem Gendarmenmarkt. Eine Hökerin, welche beim Beginn des Marktes noch die Metze Kartoffeln zu 3 Silbergroschen verkauft hatte, schlug plötzlich den Preis bis zu 4 Silbergroschen auf. Ihr Beispiel fand bei den nächstsitzenden Bauern sofort Nachahmung.

Ein wilder Tumult erhob sich. Der unerschwingliche Preis erregte den tiefsten Unwillen der Käufer, die Kartoffeln haben mußten, um die Kinder zu Haus zu sättigen, und sie doch nicht bezahlen konnten. Anfangs gab es nur Schimpf- und Drohreden, die von den Hökerinnen und Bauern derb erwidert wurden, dann aber riß den Arbeiterfrauen, die an ihre hungernden Kinder dachten, der zu straff gezogene Faden der Geduld. Eine Frau war es, die zuerst das Signal zur Gewaltthat gab; mit einem scharfen Messer schnitt sie einen der zum Verkauf ausgestellten Kartoffelsäcke auf, die Kartoffeln rollten auf den Boden und sofort warf sich jubelnd und schreiend die Menge über dieselben. Jeder suchte zusammenzuraffen, was er finden konnte, Niemand dachte mehr an's Bezahlen.

Die Verkäufer schimpften und tobten, sie versuchten ihr Eigenthum zu retten, aber sie wurden zurückgestoßen und mißhandelt.

Wer dachte jetzt noch an das Kaufen! Die Kartoffelsäcke und Brodschragen wurden geplündert und die ohnmächtige Marktpolizei mußte thatenlos zuschauen, denn die wenigen Polizisten vermochten nichts gegen die wüthende Menge auszurichten.

Männer, Frauen und Kinder betheiligten sich mit gleicher Energie bei dem Raubwerk, ja die Frauen waren am kühnsten und rücksichtslosesten.

Auf dem Molkenmarkt hatten sich zu gleicher Zeit ähnliche Excesse zugetragen. War es in Folge einer Verabredung geschehen? Schwerlich! Dieselbe Ursache hatte an verschiedenen Orten dieselbe Folge gehabt.

Mit der Plünderung auf den Märkten war der Skandal nicht beendet, er begann mit derselben vielmehr erst. Die Arbeiter rotteten sich zusammen. Eine wilde Schaar, welche zum großen Theil aus Weibern bestand, zog durch die Straßen, um die

Bäcker- und Fleischerläden zu plündern. Jenes hauptstädtische Diebsgesindel, welches sich sonst am Tage in seinen Schlupfwinkeln zu verbergen pflegt und nur in den entlegensten Vorstädten haust, ergriff freudig die Gelegenheit, um Beute zu machen.

Es verband sich mit den vom bittern Hunger zum Verbrechen Getriebenen, und wo diese nur Brod und Fleisch für die Kinder daheim raubten, stürmten jene die Konditor- und Cigarrenläden. Geld war ihnen lieber als Waare, sie erbrachen die Ladenkassen in einzelnen Geschäften.

Erst spät am Abend gelang es dem energischen Einschreiten der Polizei, die Ruhe wieder herzustellen.

Schon früh am Morgen des 22. April wiederholten sich die Straßenskandale in verstärktem Maße. Aus den Vorstädten zogen singend und jubelnd große Massen zerlumpten Gesindels nach dem Alexanderplatz, wo Markt abgehalten werden sollte. „Wir wollen nach der Revolution!“ schrieen sie den Arbeitern zu, die ihnen auf der Straße begegneten, und forderten sie zur Theilnahme auf.

„Nach der Revolution!“ Dies war das Losungswort an jenem Tage. Der Polizei-Präsident und die städtischen Behörden hatten Proklamationen erlassen, in welchen sie mit ernst mahnenden Worten das Volk von Berlin zur Aufrechthaltung der Gesetze aufforderten, und darauf hingewiesen, daß die Gewaltthaten nur dazu dienen könnten, die Verkäufer von den Märkten fern zu halten und dadurch die Preise zu erhöhen. Alle solche Ermahnungen aber waren fruchtlos.

Was fragten die Hungernden nach dem Gesetze? die Leidenschaft machte sie blind, und das Diebsgesindel, welches sich ihnen angeschlossen hatte, welches am zweiten Tage der sogenannten Kartoffel-Revolution den Hauptbestandtheil der Ruhestörer ausmachte, war naturgemäß jeder Ermahnung unzugänglich.

Auf dem Alexanderplatze wiederholten sich die Scenen des gestrigen Tages. Der Aufruhr gewann sogar einen so gefährlichen Charakter, daß die Ladenbesitzer in vielen benachbarten Straßen die Geschäfte schlossen und die Thüren verrammelten, um sich vor Ueberfällen zu sichern. Den Bäckern nutzte dies nichts, denn ihre Läden wurden trotzdem erstürmt, auch einige andere Geschäftslokale wurden geplündert.

Der Tumult gewann eine solche Ausdehnung, daß Militär einschreiten und die Königsstraße sperren mußte. Während dies aber hier geschah, wurden in andern Stadtgegenden die Läden ungestört geplündert. Zwar gelang es den immer schnell zum Schutz herbeieilenden Militärpatrouillen, eine große Anzahl von Verhaftungen zu bewirken, aber das bedrohte Eigenthum der unglücklichen Bäcker und Schlächter vermochten sie nur in seltenen Fällen zu retten; es war geraubt, ehe sie kamen.

Auch am folgenden Tage, dem 23. April, würde sich der Tumult wiederholt haben, denn wieder kamen die Vorstädter in dichten Schaaren zu den Thoren herein, sie fanden die Stadt aber so vollständig von Militär besetzt, daß sie keine Plünderung wagen durften. Die ganze Garnison war aufgeboten und nach einem durchdachten Plan über die Stadt so verbreitet worden, daß überall im Augenblick jeder Angriff abgeschlagen werden konnte. Es war dies um so leichter möglich geworden, als die Excedenten von der Bürgerschaft naturgemäß nicht die geringste Unterstützung erhielten.

Auch die Dörfer in der Nähe Berlins wurden durch Militär geschützt, denn man hatte in Erfahrung gebracht, daß sich ein Haufen des hauptstädtischen Gesindels zu einem Raubzuge auf das Land begeben wollte. Alle Maßregeln waren mit solcher Umsicht getroffen worden; daß sogar auf dem neuen Markte der Wochenmarkt ungestört abgehalten werden konnte. Die städtischen Behörden ließen dort eine bedeutende Quantität Kartoffeln für den Preis von 2½ Silbergroschen die Metze verkaufen. Natürlich erhielt jeder einzelne Käufer nur so viel, als eben zum Familienbedarf nothwendig war, denn die Höker sollten nicht zu einem gewinnbringenden Geschäft herangelockt werden.

Die Kartoffel-Revolution, diesen Namen hat der unglückliche Aufstand des Proletariats in der Berliner Geschichte erhalten, war mit dem 22. April beendet. Sie hatte nicht den geringsten politischen Hintergrund und dennoch eine Bedeutung, denn sie zeigte, daß in der sonst so ruhigen Stadt Berlin der günstige Moment einen Sturm erzeugen konnte. Ein zusammengelaufener Volkshaufen vermochte zwei Tage lang die Hauptstadt in Schrecken zu setzen, obwohl er ohne Halt in der Bürgerschaft dastand. Was war zu erwarten, wenn die Bürgerschaft sich dem Aufstande anschlösse? Das sollte die Zukunft bald lehren.

So lange der Vereinigte Landtag versammelt war, concentrirte sich das politische Interesse der Berliner auf die Verhandlungen im Weißen Saal. Die Zeitungen hatten durch dieselben eine vorher nicht geahnte Bedeutung gewonnen. Sie wurden mit dem höchsten Eifer gelesen. In allen Bierhäusern hörte man die Reden Vincke's, Camphausen's, Beckerath's und der übrigen Mitglieder der Opposition wiederholen, und die des Landtags-Kommissarius bekritteln; sogar bis in die Kreise der kleinen Handwerker, welche sich früher so wenig um Politik gekümmert hatten, drang das politische Gift des Liberalismus, um uns eines später beliebt gewordenen Ausdrucks zu bedienen.

Die Oppositionsmänner des Landtags wurden in der Stadt bekannte und beliebte Persönlichkeiten. Der König hatte seine Ungnade gegen die oppositionellen Abgeordneten so wenig verhehlt, die Drohung in der Schlußrede des Landtags-Kommissarius war so klar, daß man nach dem Schluß des Landtags allgemein Verfolgungen fürchtete. Man täuschte sich. Die oppositionellen Abgeordneten blieben persönlich unangefochten, obgleich der glänzende Empfang, den sie in ihrer Heimath fanden, wohl zeigte, daß sie vielleicht

gefährlich werden könnten. Die Regierung glaubte zu scharfen Maßregeln, um die Unzufriedenen zu strafen, nicht greifen zu müssen, zeigte sich doch, daß jeder Versuch, den sie machte, den Liberalismus zu unterdrücken, nur dazu diente, ihn zu stärken.

Vergeblich wurde die Polizei strenger als je zuvor, vergeblich war auch die aufmerksamste Wachsamkeit der Censoren, bei jeder Gelegenheit sprach sich klar und augenscheinlich aus, daß die ganze Nation in ihrer ungeheuern Mehrheit sich den liberalen Ideen zuneigte.

Der Berliner Censor John strich unbarmherzig, und dennoch konnte er nicht genug streichen, denn jedes Wort der Zeitungen athmete Opposition. Die Presse war in einen förmlichen Kampf gegen die Regierung getreten, der nicht mehr mit einzelnen Redensarten geführt wurde, sondern aus jeder gedruckten Zeile sprach. Man hätte die ganzen Zeitungen unterdrücken müssen, um die Presse zu besiegen, und das ging doch nicht mehr an.

Königsgeburtstag kam; er sollte glänzend gefeiert werden. Geflissentlich wurde verbreitet, dieser Geburtstag, der erste nach dem Patent vom 3. Februar, müsse ein Volksjubeltag werden; am 15. Oktober solle die Bürgerschaft von Berlin ihren Dank für das Königliche Geschenk aussprechen, der König hatte ja laut und offen an sein Volk appellirt.

Die üblichen Feste der Behörden fanden statt, das Volk aber blieb theilnahmlos, obgleich der 15. Oktober eine Amnestie für diejenigen brachte, die durch bittre Noth getrieben an den Tumulten vom 21. und 22. April sich betheiligt hatten.

Abends sollte eine glänzende Illumination stattfinden. Auch diese schlug fehl, nur wenige Häuser waren beleuchtet. Das Volk tummelte sich wohl auf den Straßen, es zog in dichten Schaaren nach dem Neuen Museum, um die enthüllten und beleuchteten Fresken zu sehen, nach dem Schloßplatz, um den glänzenden Gascandelaber anzustaunen, aber von Festesjubel und patriotischer Begeisterung war wenig zu spüren.

Dem Könige zeigten die Berliner keine Sympathien, wohl aber den gefangenen Polen, deren Prozeß endlich nach langen öffentlichen Verhandlungen im November 1847 zum Schluß kam. Daß acht Todesurtheile gefällt wurden, erregte ein wahres Entsetzen — hatten doch die Unglücklichen nur die Freiheit ihres zerstückelten Vaterlandes gewollt! Das Wort „Freiheit“ wirkte damals so mächtig auf das Volk, daß die Berliner wenig an die Folgen dachten, welche eine glückliche Schilderhebung der Polen für Preußen gehabt haben würde.

Das Jahr 1848 brachte neue Gründe zur Mißstimmung und Aufregung. Schon im Dezember 1847 hatte man viel von einer Verhaftung und einem Steckbriefe gesprochen, welche Männer aus den höheren Ständen betrafen. Der Geheime Rath Wedicke, ein nicht in gutem Ruf stehender, aber wie man sagte, sehr einflußreicher Mann, war verhaftet worden. Dr. Freiberg, einer der Mitunternehmer der neu begründeten Omnibusgesellschaft, der Schwiegersohn des verstorbenen Theater-Direktors Cerf, wurde steckbrieflich verfolgt.

Seltsame Gerüchte verbreiteten sich im Januar 1848 über den Prozeß, der gegen beide eingeleitet wurde. Wir können dieselben hier nicht näher erörtern, weil sie zum Theil noch lebende Familien betreffen und niemals bis zur historischen Gewißheit sich bestätigt haben. Nur erwähnen müssen wir, daß sie, mit merkwürdigen Details erzählt, ein ungeheures Aufsehen machten.

Am 17. Januar traten in Berlin die Vereinigten Ständischen Ausschüsse zur Berathung eines neuen Strafgesetzbuchs zusammen. Das Volk von Berlin erwartete von den Berathungen der Ausschüsse nichts sonderliches, es war ziemlich gleichgültig gegen dieselben. Hatte schon der Vereinigte Landtag keine bedeutenden Resultate gehabt, weshalb sollte man sich denn um die Ausschüsse kümmern, die noch weniger als der Landtag zu bewirken vermochten. Daß ein großer Theil der oppositionellen Abgeordneten jede Betheiligung bei der Wahl der Ausschüsse verweigert hatte, wurde allgemein gebilligt, daß Andere die auf sie gefallene Wahl abgelehnt hatten, erschien ebenfalls sehr achtungswerth; um so weniger aber glaubte man, daß jener kleine Bruchtheil Liberaler, der sich hatte bewegen lassen, in die Ausschüsse einzutreten, irgend eine Wirksamkeit werde entfalten können.

Man täuschte sich. Schon die ersten Verhandlungen, welche durch die Staatszeitung mitgetheilt wurden, erregten allgemeine Aufmerksamkeit, ja sie waren so bedeutungsvoll, daß fast die Verhandlungen des Landtages ihnen gegenüber an Interesse verloren.

Der Graf von Schwerin erneuerte gleich zuerst eine Verwahrung, die seine Freunde bei der Wahl selbst zu Protokoll gegeben hatten, die, daß die Ausschüsse nur mit dem Vorbehalt sich zu Verhandlungen entschließen würden, daß ihnen keine anderen Arbeiten, als die Prüfung des Strafgesetzes übertragen würden. Mehr als 30 Mitglieder traten der auch von Herrn von Auerswald unterstützten Erklärung bei. Dann nahm der rheinische Abgeordnete Camphausen das Wort, um in einer mächtigen, tief ergreifenden Rede sich auszusprechen über das Verhältniß der Abgeordneten zur Regierung.

Diese Rede ist ein historisches Aktenstück geworden, sie hat den Redner wenige Monate später für kurze Zeit an die Spitze der Staatsregierung erhoben. Sie enthält die offene Kriegserklärung der Opposition gegen die Regierung. Die Rede schloß mit folgenden Worten:

In Preußen, wo die Stände bis auf die äußerste Grenze vorrückten und, weit hinübergebogen, die Hand zur Ausgleichung boten, ist diese Hand im Zorne zurückgestoßen worden (Murren in der Versammlung);

in Preußen haben die Stände von Seiten der Regierung Tadel und Nichtbeachtung gefunden, und Aeußerungen des Mißfallens und Unwillens, welche in geringem Einklang mit einem monarchischen Staate stehen, der von den Ständen nur Rath verlangen, sie nur Rath zu ertheilen berechtigen will. Ein Wort hätte hingereicht, den Verfassungsstreit in Preußen auf immer zu beendigen; es ist nicht gesprochen worden, die Folgen müssen getragen werden; die Geschichte aber wird richten zwischen der Regierung und uns."

Die Rede Camphausen's fand lauten Widerhall im Volke. Sie wurden mit Recht bewundert, denn zum ersten Male hatte ein Abgeordneter den Muth gehabt, mit rücksichtsloser Energie der Regierung den Fehdehandschuh hinzuwerfen. „Die Geschichte wird richten zwischen uns und der Regierung." Es war dies eine Appellation an die Zukunft, die sich früher, als der Redner damals glaubte, erfüllen sollte.

Die Verhandlungen der Ausschüsse über das Strafgesetzbuch übergehen wir. Der Kampf der Minorität gegen die siegreiche Regierung, so wacker er geführt wurde, hatte doch das Interesse verloren, denn gerade in jener Zeit bereiteten sich die gewaltigen Ereignisse vor, welche bald Europa erschüttern sollten.

Täglich brachten die Zeitungen neue Berichte über die stets wachsende politische Bewegung in Italien, in Frankreich, in Süddeutschland. Die süddeutschen Kammern hielten aufgeregte Sitzungen, wagte es doch der Baden'sche Abgeordnete Bassermann, den kühnen Antrag auf eine Volksvertretung im deutschen Bunde zu stellen, ein Antrag, der in ganz Deutschland einen Beifallssturm hervorrief.

Die preußische Regierung ließ sich durch alle Vorzeichen eines nahenden Sturmes nicht bewegen, von dem Wege abzugehen, den sie eingeschlagen hatte, und den Friedrich Wilhelm IV. für den einzig richtigen hielt. Der König zeigte den oppositionellen Abgeordneten offen seine tiefe Mißbilligung und er erbitterte dieselben dadurch nur noch mehr. Er sah nicht, daß auch in Preußen die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Bestehenden so groß geworden war, daß sie nur eines äußeren Anlasses bedurfte, um sich gewaltsam Bahn zu brechen, und dieser äußerliche Anlaß kam bald genug. Die Februar-Revolution des Jahres 1848 brach in Paris aus.

Zwanzigstes Kapitel.

Die Februar-Revolution. — Das Gespenst des Kommunismus. — Der König und die Revolution. — Kriegsgelüste. — Das Volk von Berlin und die Revolution. — Die Zeitungs-Halle. — Die Bewegung in Süddeutschland. — Es soll in Preußen Alles beim Alten bleiben. — Die ständischen Ausschüsse. — Politisches Leben in Berlin. — Die erste Zelten-Versammlung. — Der Magistrat. — Die zweite Zelten-Versammlung. — Die Zelten-Adresse. — Verhalten des Polizei-Präsidenten von Minutoli.

Am 26. Februar 1848 kam von Paris die Nachricht, daß dort eine Emeute ausgebrochen, daß das Ministerium Guizot gestürzt sei, daß aber der König der Franzosen Louis Philipp durch die Ernennung eines neuen Ministeriums den Aufstand zu beschwichtigen hoffe. Die Nachricht erregte am Hofe schon manche ernste Besorgniß, aber man hatte sich in Berlin so sehr daran gewöhnt, den schlauen Bürgerkönig für fast untrüglich zu halten; man glaubte so bestimmt, Louis Philipp, der groß geworden in der Revolution, das französische Volk und seinen Revolutionsgeist genauer kannte als irgend ein Sterblicher, werde mit seiner gewohnten Klugheit die Emeute schnell besiegen, daß die ängstlichen Gemüther sich bald beruhigten.

Aber schon am folgenden Morgen, am 27., kamen neue Nachrichten, die noch besorgnißerregender lauteten. Da hörte man, aus der Emeute sei eine Revolution geworden, Louis Philipp habe nicht gewagt, sich auf dem Thron zu halten, er habe abgedankt und seine Schwiegertochter, die Herzogin von Orleans, sei Regentin.

Die Bestürzung am Hofe war ungeheuer. Das Volk hatte also wirklich gesiegt, hatte den Bürgerkönig gestürzt, einer seiner Führer, Odilon-Barrot, war Minister geworden. Und hiermit nicht genug. Kaum war die Schreckensnachricht in Berlin, als derselben fast unmittelbar, schon am Mittage des 27. eine neue folgte: Louis Philipp sei aus Paris und Frankreich entflohen, die Regentschaft der Herzogin von Orleans sei nur ein Werk des Moments gewesen, das Volk habe überall gesiegt, die Republik sei erklärt und eine provisorische Regierung habe sich überall der Gewalt bemächtigt. Die Männer der äußersten Opposition, ein Lamartine, ein Dupont de l'Eure u. A. ständen an der Spitze der Regierung Frankreichs, neben ihnen sei ein Arbeiter von bisher unbekanntem Namen in die provisorische Regierung gezogen. — Ein unbekannter Arbeiter sollte einer der künftigen Herrscher Frankreichs werden!

Die vornehme Welt war von dem plötzlichen Schlage fast betäubt, erstarrt! Hier galt es nicht nur einen gewöhnlichen Regierungswechsel. Es war ein Weltereigniß, welches die furchtbarsten Folgen für ganz Europa nach sich ziehen konnte! —

Auch Preußen war gefährdet, auch auf die

preußische Regierung mußte bei der herrschenden Aufregung im Volke ein Rückschlag der französischen Revolution fallen.

Was wird bei uns geschehen? so fragte man sich, und nicht nur die Junker, die vornehmen Herren, die herrschende Partei im Staate fragte so, selbst diejenigen, welche sich bisher durch Freisinnigkeit ausgezeichnet hatten, jene verdienstvollen Alt-Liberalen, welche zwar eine konstitutionelle Monarchie mit freisinniger Grundlage, niemals aber eine demokratische Konstitution oder gar eine demokratische Republik wollten, selbst diese Männer warfen die gleiche Frage auf, auch sie waren erstarrt, betäubt durch die Pariser Schreckens-Nachrichten.

Ein Arbeiter in der Regierung! Das Gespenst des Kommunismus tauchte auf, zum ersten Male fast greifbar, denn die Frage, ob nicht auch in Berlin die Arbeiter ein Gelüste zur Regierung erhalten könnten, lag ja nahe genug!

Es gab am Hofe damals noch immer eine Zahl von einsichtigen Männern, welche begriffen, daß es nur Ein Mittel gebe, um der in Preußen drohenden Volksbewegung vorzubeugen. Man mußte den Forderungen des Volkes zuvorkommen, mußte einlenken in die vom ganzen Volk gewünschte konstitutionelle Bahn.

Das preußische Volk war so konservativ, so durchaus antirevolutionär, daß die Regierung sich in der besten Position befunden haben würde, wenn sie sich nur zu einer kleinen Nachgiebigkeit gegen die seit langer Zeit geltend gemachten Volkswünsche entschlossen hätte. Zu einer solchen Nachgiebigkeit aber konnte sich Friedrich Wilhelm IV. nicht herbeilassen.

Der König wies die auch gegen ihn geltend gemachte Ansicht, daß die deutschen Fürsten sich den Folgen einer drohenden Revolution nur durch die Gewährung konstitutioneller Formen entziehen könnten, mit Entrüstung von sich. Er sprach mit Verachtung, ja fast mit Hohn von der neuen Republik in Frankreich: es sei nur eine Hand voll Bösewichter, von ehrgeizigen Revolutionären, die den König Louis Philipp gestürzt habe, solch' frevelhaftes Beginnen würde ihnen nicht gelungen sein, wenn nicht ganz augenscheinlich die Hand der Vorsehung gewaltet hätte. Der König, der durch Treulosigkeit ohne Gleichen, durch die Verletzung der Gesetze der Legitimität auf den Thron gekommen sei, habe auch durch das Unrecht wieder gestürzt werden müssen. Auf den Trümmern der Revolution werde sich der rechtmäßige legitime Thron der Bourbonen in kürzester Frist wieder erheben

So hoffte Friedrich Wilhelm IV. und er gab seinen Anschauungen in einem Briefe an Alexander von Humboldt Ausdruck, den er mit den Worten schloß: „lassen wir schweigend die Gerechtigkeit Gottes gewähren!"

Hatten auch den König die Ereignisse in Frankreich für einen Augenblick tief ergriffen, so verloren sie doch schon in den nächsten Tagen jeden Einfluß auf ihn. Selbst als der Prinz von Preußen ihn erinnerte,*) die bevorstehende Entlassung der Vereinigten Ausschüsse sei eine gute Gelegenheit, durch die Gewährung fester Zeitbestimmungen für regelmäßige Wiederkehr des Landtags günstig auf die öffentliche Meinung einzuwirken, rief Friedrich Wilhelm IV. mit voller Ueberzeugung aus: „Niemand solle Forderungen machen, er lasse sich nichts vorschreiben!"

Der König baute auf die bewährte Anhänglichkeit und Liebe des Volks, auf die Treue seines trefflichen Heeres. Es war ja so leicht gewesen, die Kartoffelrevolution zu unterdrücken! Durch umsichtige Dispositionen hatte man den kleinen Aufstand fast im Keime erstickt. Von einer Gefahr für Preußens Königsthron konnte auch jetzt um so weniger die Rede sein, als der König überzeugt war, die neue Republik sei nur ein Eintagswerk.

Das aber war sie nicht. Sie gewann bald an innerer Festigkeit; dies bezeugten alle die Nachrichten aus Paris und dagegen konnte sich schon in den nächsten Tagen kein hellblickendes Auge mehr verschließen.

Trotzdem legte sich am Hofe der erste Schrecken bald. Durch einen Krieg mit Frankreich hofften die Junker den Patriotismus des Volkes wachzurufen und abzulenken von der inneren Entwickelung. Schon am 1. März erschien in der Staatszeitung ein Artikel über die französischen Verhältnisse, der, von obenher inspirirt, Aufschluß gab über die Anschauungen, welche in maßgebenden Kreisen herrschten; er zeigte deutlich, daß die Regierung auf einen Krieg mit der jungen Republik rechne, daß sie entschlossen sei, sich zu demselben zu rüsten.

Dies war in der That der Fall, die preußische Regierung bereitete sich auf den Krieg vor. Es galt vor Allem ein festes Bündniß mit Oesterreich zu schließen und des deutschen Bundes sicher zu sein. Zu diesem Zwecke wurde der General von Radowitz, der vielgenannte Vertraute Friedrich Wilhelm's IV., nach Wien entsendet. Der Prinz Wilhelm, der Oheim des Königs, sollte sich nach Mainz begeben, um für die Rüstung eines Bundesheeres Sorge zu tragen. Der preußische Bundesgesandte erhielt scharfe und klare Anweisungen zum thätigsten Wirken.

Anders als am Hofe wurde die Pariser Februar-Revolution vom Berliner Volke betrachtet. Kaum waren die ersten Nachrichten über dieselbe nach der preußischen Hauptstadt gekommen, als sich hier plötzlich ein öffentliches Leben entfaltete, wie man es sonst in Berlin selbst in den bewegtesten Zeiten nicht gekannt hatte.

Nie waren die Restaurationen, die Lese-Kabinete, die Konditoreien, alle jene öffentlichen Lokale, in denen Zeitungen gehalten wurden, so überfüllt gewesen, wie in jenen Tagen. Die wenigen

*) Varnhagen's Tagebücher.

Blätter, welche Nachrichten aus Paris brachten, genügten der Lesewuth des Publikums in keiner Weise. Sobald eine neue Zeitung ankam, durfte sie nicht ein Einzelner in Beschlag nehmen; der sie erhielt, wurde durch den Ruf der zahlreichen Mitgäste gezwungen, auf einen Stuhl oder Tisch zu steigen und laut den Inhalt zu verlesen. Und kaum war die Vorlesung beendigt, da begann dann sofort eine aufgeregte Debatte über den Inhalt der Zeitung, über die merkwürdigen Nachrichten, über die Ursachen der Revolution in Frankreich. Naturgemäß knüpften sich daran Betrachtungen der inneren Zustände Preußens.

Jede Restauration, jedes Lese-Kabinet wandelte sich nach dem Eintreffen der neuen Zeitungen sofort um in einen politischen Klub, der zwar nicht aus bestimmten Mitgliedern bestand, denn die Gäste wechselten, der sich aber täglich mehrere Male vereinigte und trennte.

Von vorzüglicher Wichtigkeit wurde damals für das öffentliche Leben ein neu entstandenes großartiges Lese-Kabinet, welches der Besitzer der Zeitungs-Halle, Julius, in Verbindung mit seiner neuen Zeitung eingerichtet hatte. Die Zeitungs-Halle, welche im Mittelpunkt der Stadt günstig gelegen war, sie befand sich in der Bel-Etage des Hauses an der Jäger- und Wallstraßen-Ecke, war der Sammelpunkt für eine große Anzahl von Berliner Schriftstellern und freisinnigen Politikern. Hier wurde mit einer Freiheit politisirt, wie sie bis dahin in Berlin unerhört gewesen war. Man sprach ganz unbefangen über die Pariser Barrikaden und benutzte das Thema, um daran förmliche Vorlesungen über den Barrikadenbau zu knüpfen. Zwar gab es der Polizeispione genug, die sich in jede Privat-Versammlung drängten und die damals an allen öffentlichen Orten zerstreut waren, um schnell dem Polizei-Präsidenten Nachrichten über die Stimmung des Volkes zu bringen. Aber man kümmerte sich um die Spione nicht, und diese wagten auch nicht, sich kenntlich zu machen. Selbst wenn sie denuncirten, waren ihre Denunciationen fruchtlos, denn der Polizei-Präsident erkannte sehr wohl, daß er die herrschende Aufregung nicht durch die Bestrafung einiger zu stürmischer Redner schüren dürfe.

Zu irgend praktischen Resultaten führten freilich im Anfang alle diese kleineren und größeren Versammlungen in den Restaurationen und Lese-Kabineten nicht, aber wohl dienten sie dazu, vorzubereiten auf die bald sich drängenden Ereignisse.

Täglich kamen neue Nachrichten aus Süddeutschland, welche mit Begierde von den Lesern der Zeitungen verschlungen wurden; der Blitz der Revolution hatte im Süden schon gezündet, dort regte sich das Volk und der alte Bundestag wurde aus seiner träumerischen Ruhe aufgestöbert, er sah sich gezwungen, dem Strome der Bewegung zu folgen.

Schon am 1. März hatte er sich mit einem Aufruf an die Deutschen gewendet und sie zur Eintracht und Stärke aufgefordert, indem er zugleich jede Förderung der nationalen Freiheit versprach. Aber ehe er noch diese Proklamation erlassen konnte, war sie schon überflügelt worden von den schnell auf einander folgenden Ereignissen.

Die süddeutschen Regierungen hatten auf den Bundestag nicht warten können, sie waren durch die Bewegung des Volkes zu weitgreifenden Koncessionen gezwungen worden, sie mußten die Preßfreiheit, die Geschwornen-Gerichte, Bürgerbewaffnung, die Freiheit der Volks-Versammlungen ꝛc. gestatten und diesen Ereignissen nachhinkend glaubte der Bundestag nichts Besseres thun zu können, als daß er nachträglich erklärte, die früheren Bundesbeschlüsse seien aufgehoben, fortan solle jeder Staat in Deutschland die Berechtigung haben, nach eigenem Ermessen die freiheitlichen Gesetze einzuführen, der Bundestag selbst wolle in eifrige Berathung über alle diejenigen Freiheitsfragen treten, deren Erledigung von der Nation gefordert werden würde.

Während in Süddeutschland schon die französische Revolution ihre Früchte getragen hatte, herrschte in Berlin noch eine so tiefe politische Stille, daß es fast schien, als werde das ungeheure Ereigniß spurlos an der preußischen Residenz vorübergehen, als werde in derselben die Bewegung sich beschränken auf das Vorlesen der Zeitungen in den Lesekabineten und auf unschädliches politisches Kannegießern.

Die Censur wurde von den übereifrigen Censoren noch immer mit der gleichen Strenge, ja sogar mit größerer als früher gehandhabt, die Polizei verbot ungestört wie früher Bücher. Aus den Zeitungen war es schwer, eine genügende Uebersicht über die gewaltigen Ereignisse, welche sich im Westen und Süden entwickelten, zu gewinnen.

Noch immer tagten die ständischen Ausschüsse, obgleich Niemand ihren Verhandlungen eine Aufmerksamkeit schenkte. Es war noch eben Alles beim Alten in Preußen.

Der König wollte sich zu keiner Konzession drängen lassen, er verharrte stolz und ruhig in der Stellung, welche er dem Lande gegenüber eingenommen hatte. Friedrich Wilhelm IV. war fest entschlossen, nun und nimmermehr sich zur Nachgiebigkeit zwingen zu lassen, ja er wollte selbst den Schein derselben vermeiden, deshalb hielt er sogar mit solchen Konzessionen zurück, zu denen er sonst sich wohl geneigt gezeigt haben würde, z. B. mit der sofortigen Einberufung des Vereinigten Landtages, welche von allen Seiten gewünscht wurde.

Es war seine Ueberzeugung, welche durch seine intimsten Rathgeber bestärkt wurde, daß das preußische Volk in seiner großen Majorität ihm zur Seite stehen würde, wenn er mit Festigkeit jedem voreiligen Drängen die Stirne biete.

In 33 Sitzungen hatten die Ausschüsse ihr trauriges Werk vollendet. Am 6. März verabschiedete sie der König persönlich. Er verkündete ihnen daß er fortan den Vereinigten Landtag

periodisch zusammenberufen werde; er schloß seine Rede mit folgenden Worten:

„Was jeder klare Verstand begreift, was jedes edle Herz fühlt, das sprechen Sie, meine Herren, in Ihrer Heimath aus! Rufen Sie einem Jeden die unwidersprechliche Wahrheit zu: Lasset alle Parteien ruhen, sehet nur auf das Eine, was Noth thut, wenn wir mit Ehren und Segen aus dem Sturm hervortreten wollen, den unsere Einmüthigkeit, unsere Haltung, unser Beispiel unter Gottes gnädigem Beistand allerdings beschwichtigen kann. Schaart Euch, wie eine eherne Mauer, im lebendigen Vertrauen um Euren besten Freund! Fern von dem Gedanken an die Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Völker, thue ich Alles, meine Herren, was an mir ist, um durch die Eintracht und das mächtige Wort der Großmächte, vor Allem aber durch Kräftigung des deutschen Bundes einen ehrenvollen Frieden zu sichern, der den Völkern Europas nöthig ist, wenn nicht die Bahn des geistigen und materiellen Fortschritts, welche sie so rüstig betreten, unterbrochen, ja vielleicht auf Jahrhunderte zerstört werden soll. Wenn mein Volk den deutschen Stämmen das Beispiel der Einheit und Kraft giebt, so ist ein großer Schritt zur Erreichung dieses segensreichen Zieles, der Erhaltung des Friedens, geschehen.

Doch sollte es Gottes unerforschlicher Rathschluß anders fügen, sollten die Verträge gebrochen werden, auf denen Europas politisches Gebäude beruht, sollte ein Feind es wagen, das eigene Gebiet oder das meiner deutschen Bundesgenossen anzutasten, dann würde ich, wie es Ehre und Pflicht gebieten, selbst die Gefahren des Krieges einem schmählichen Frieden vorziehen. Ich werde dann mein wehrhaftes Volk zu den Waffen rufen, es wird sich um mich schaaren wie vor 35 Jahren unter den Fahnen meines unvergeßlichen — nun in Gott ruhenden — Vaters, der auch der Vater seines Volkes war; dann wird — das ist meine Zuversicht! — der Heldenmuth der Jahre 1813, 14, 15 nicht fehlen. Sobald die Maßregeln, welche ich für Preußens und Deutschlands Sicherheit und Ehre ergreifen muß, den Beistand meiner getreuen Stände erfordern, spätestens dann, wenn (was Gott gnädig verhüten wolle!) der allgemeine Ruf zu den Waffen erschallen müßte, werde ich Sie, meine Herren, und Ihre Mitstände — den ganzen Vereinigten Landtag — wiederum berufen, um Mir mit Rath und That beizustehen, wohl wissend, daß das Vertrauen Meines Volkes Meine festeste Stütze ist, und um der Welt zu zeigen, daß in Preußen der König, das Volk und das Heer dieselben sind von Geschlecht zu Geschlecht!

Auch das verkünden Sie den Ihrigen in der Heimath und noch einmal ein herzliches Lebewohl!"

Während so am 6. März der König zu den Abgeordneten sprach, begann schon in Berlin die politische Bewegung sich kräftiger zu entfalten. Schon wurden allerhand Wünsche und Forderungen laut, dieselben, welche in Süddeutschland überall vom Volke gestellt und durchgesetzt worden waren.

Eine Anzahl von jungen Künstlern und Gelehrten, welche in der Zeitungs-Halle sich zu treffen pflegten, beschlossen, die Wünsche des Volkes in einer an den König zu richtenden Adresse niederzulegen. In der Stadt selbst erschien es noch immer bedenklich, eine politische Versammlung offen abzuhalten. Zur Berathung der Adresse ergingen deshalb in aller Stille Einladungen zu einer Versammlung nach dem unter dem Namen „der Zelte" bekannten Etablissement im Thiergarten.

Am Montag den 6. März Abends fand diese erste politische Versammlung statt in einem Saale der Zelte. Sie war nur von wenigen Theilnehmern, nur von einigen jungen Künstlern, Gelehrten und Studenten besucht und dennoch sollte sie von großer Bedeutung für die Geschichte Berlins werden. Es gab lebendige, wenn auch noch ziemlich ordnungslose Debatten, man konnte sich nicht gleich über den Inhalt der Adresse einigen; nur darüber war man klar, der König müsse unterrichtet werden über den in Berlin herrschenden Geist. Endlich wurden drei Mitglieder ernannt und beauftragt, eine Adresse zu entwerfen und diese in der nächsten Versammlung zur Berathung und Genehmigung vorzulegen.

Auch der Berliner Magistrat fühlte sich veranlaßt, in Erwägung zu ziehen, ob ihm nicht die Pflicht obliege, den König über die Wünsche des Volks zu unterrichten. Drei Mitglieder, die Stadträthe Duncker, Schulze und Gärtner hatten den Antrag gestellt, der Magistrat solle eine Petition an den König richten und in dieser die Bitte um sofortige Berufung des Vereinigten Landtags, um Freiheit der Presse und Gleichberechtigung aller Konfessionen aussprechen.

Es gab am 7. März im Magistrat eine lange, lebhafte Debatte. In dieser beschwor der Ober-Bürgermeister Krausnick, der loyale Beamte, die Versammlung, sie möge sich nicht zu einem so unzeitigen Schritte bewegen lassen, man müsse der Weisheit des Königs und seiner Minister vertrauen, man dürfe deren in jetziger Zeit ohnehin schwierige Lage nicht noch durch Petitionen vermehren; in solchem Unterfangen liege der Beginn des Umsturzes aller gesellschaftlichen Ordnung. Was solle geschehen, wenn auch in Berlin in Folge dieser Anregung des Magistrats die Revolution ausbräche, er, der Herr Ober-Bürgermeister, habe seinerseits durchaus keine Lust, einen Platz in einer provisorischen Regierung einzunehmen, wozu er, beiläufig gesagt, wohl schwerlich aufgefordert worden wäre.

Durchschlagend für den Magistrat war eine

Mittheilung, welche der Ober-Bürgermeister dem Kollegium machte. Er war so glücklich gewesen, am Tage vorher zu einer Abschiedsgesellschaft, welche der König den Abgeordneten der Ausschüsse gegeben hatte, eingeladen zu werden; bei dieser Gelegenheit hatte er mit dem Könige eine Unterredung gehabt und von Seiner Majestät die Zusicherung erhalten, es werde Alles sich auf das Beste gestalten.

Mit 18 gegen 9 Stimmen lehnte der Magistrat den Antrag der drei Stadträthe ab.

Was der Magistrat zu thun sich scheute, das forderte die Bürgerschaft von den Stadtverordneten; eine Adresse an diese wurde in Berlin verbreitet und fand zahlreiche Unterschriften. Sie sprach aus, die Stadtverordneten möchten sich an den König wenden, um die unverzügliche Einberufung des Vereinigten Landtages zu erbitten und um ihm zugleich die vorzüglichsten Volkswünsche mitzutheilen.

Am Abend des 7. März, am Fastnachtsdienstag, fand unter den Zelten die bereits am Tage vorher verabredete Versammlung statt. Sie hatte einen ganz anderen Charakter, als die vorhergegangene. Während die Versammlung am 6. März nur aus jungen Leuten bestand, hatte sich am 7. März eine große Anzahl von älteren Männern, von Gelehrten, Kaufleuten und sogar Handwerkern eingefunden, um Theil an den Berathungen zu nehmen.

Ein tüchtiger junger Gelehrter, Löwenberg, übernahm die Leitung der Debatten; er führte den Vorsitz so geschickt, als sei er seit Jahren daran gewöhnt, in Volksversammlungen zu präsidiren. Die am Abend vorher gewählte Deputation legte die Entwürfe von zwei Adressen vor. Es gab eine erregte verwickelte Debatte; vier Stunden sprach man, bis endlich eine Adresse mit allen möglichen Amendements fertig geworden war.

Der schwierigste Punkt war indessen noch zu überwinden; man mußte Beschluß fassen über die Art, wie die Adresse denn nun an den König gelangen solle. Man ernannte eine Deputation von zehn Mitgliedern, die beauftragt wurde, am folgenden Tage sich in der Zeitungs-Halle zu versammeln, um über die geeignete Art der Absendung oder der direkten Uebergabe an den König zu berathen. Die Deputation wurde zugleich verpflichtet, der Versammlung Mittheilung über die Erledigung ihres Auftrags zu machen.

Die beschlossene Adresse giebt uns ein recht klares Bild von den Wünschen und Forderungen, welche damals allgemein in Deutschland gestellt wurden, sie zeigt uns auch, wie loyal und königstreu die Berliner, selbst die Männer des stürmischen Fortschritts, die jungen Enthusiasten am Vorabend der Revolution sich zeigten. Wir theilen sie deshalb unsern Lesern wörtlich mit. Sie lautete:

Allerdurchlauchtigster Großmächtigster König,
Allergnädigster König und Herr!

Die ernsten Begebenheiten, welche Europa bewegen, machen ein treues Zusammenhalten der deutschen Fürsten und Völker zur unabweisbaren Nothwendigkeit.

Ew. Majestät haben selbst das deutsche Volk Preußens aufgefordert, sich um seinen König zu schaaren, wie eine feste Mauer, damit die Bahn des geistigen und materiellen Fortschritts, welche die Völker Europas so rüstig betreten haben, nicht durch die Stürme der Zeit unterbrochen werde.

Wir hegen daher die feste Zuversicht, Ew. Majestät werde uns ein huldvolles Gehör schenken.

Aber die Kraft der Begeisterung, welche ein Volk um seinen König schaart, die Kraft der Vaterlandsliebe, wird weder durch den Zufall der Geburt auf der bestimmten Scholle, noch durch die gemeinsame Sprache und Sitte, noch durch den äußerlichen Staatsverband so mächtig in einem Volke erzeugt, als durch die sichere Gewährleistung freier Institutionen, welche Jeden aus dem Volke mit dem gleich freien Mannesstolze bewaffnen, dem andre Völker ihre nationale Größe verdanken.

Das bestimmte, in's Bewußtsein des Volkes übergegangene Bedürfniß nach größerer politischer Freiheit ist der sicherste Maßstab zur Beurtheilung der Reife einer Nation.

Dies Bedürfniß ist vorhanden.

Wir drängen aber mit **Besonnenheit** alle Wünsche zurück, welche erst die weitere Entwickelung des geistigen und materiellen Fortschritts im Volke an den Tag bringen wird und schließen uns den Wünschen der übrigen deutschen Völker an, welche bereits an die deutschen Fürsten gelangt und von Einzelnen gewährt sind. Diese Wünsche sind.

1) Unbedingte Preßfreiheit.
2) Vollständige Redefreiheit.
3) Sofortige und vollständige Amnestie aller wegen politischer und Preßvergehen Verurtheilten und Verfolgten.
4) Freies Versammlungs- und Vereinigungsrecht.
5) Gleiche politische Berechtigung Aller, ohne Rücksicht auf religiöses Bekenntniß und Besitz.
6) Geschwornen-Gerichte und Unabhängigkeit des Richterstandes.
7) Verminderung des stehenden Heeres und Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer.
8) Allgemeine deutsche Volksvertretung.
9) Schleunige Einberufung des Vereinigten Landtags.

Nur die Gewährung dieser Wünsche wird im Stande sein, die Eintracht zwischen König und Volk zu sichern, auf welcher allein die Kraft der Nation nach Innen und nach Außen beruht.

In tiefster Unterthänigkeit gegen Ew. Majestät verharren wir 2c.

Am Vormittage des 8. März erschien, um dieselbe Stunde, in welcher die Abends zuvor von der Zelten-Versammlung gewählten Deputirten in der Zeitungs-Halle zusammen zu kommen beschlossen hatten, der Polizei-Präsident v. Minutoli in der Privatwohnung des Besitzers der Zeitungs-Halle, Herrn G. Julius. Herr von Minutoli kündigte diesem an, daß er gekommen sei, um den Deputirten der Zelten-Versammlnng eine Mittheilung zu machen. Die Mitglieder dieser Deputation seien, wie er erfahren habe, in diesem Augenblicke in dem Lokale der Zeitungs-Halle anwesend, und um Aufsehen zu vermeiden, ersuche er den Besitzer, ihm in dessen Privatzimmer die Unterredung mit den bezeichneten Herren zu gestatten. Julius, dem bisher der Beschluß der Zelten-Versammlung unbekannt geblieben war, ging mit Bereitwilligkeit auf diesen Wunsch des Präsidenten ein, und nachdem er die ihm bezeichneten Herren in dem Institute hatte aufsuchen lassen, fanden sich in seinem Redaktionszimmer vier bis fünf Mitglieder der Deputation ein, darunter die Herren Loewenberg, Dr. Schasler und Dr. Löwinson. Der Polizei-Präsident, der übrigens in voller Uniform erschienen war, empfing die Herren mit der Aeußerung, daß, da er genau von Allem, was in der gestrigen Versammlung vorgekommen, in Kenntniß gesetzt sei, er auch die Namen der Herren wisse, die zu dem von der Versammlung bestimmten Zwecke sich hier versammelt haben, und indem er die Namen der Eingetretenen zugleich mit denen der übrigen Mitglieder genau angab, theilte er Jenen mit: wie er der gestrigen Versammlung durchaus nichts habe in den Weg legen wollen, weil er den Drang der Zeit zu würdigen wisse, wie er ferner sich freue, daß die Leiter der Bewegung einen außerhalb der Stadtmauer Berlins gelegenen Versammlungsort für ihre Zwecke bestimmt haben, wodurch allerdings die Polizei der „unangenehmen Pflicht" enthoben worden sei, Maßregeln gegen das Zustandekommen der Versammlung, die innerhalb der Stadt nicht hätte geduldet werden können, zu ergreifen. Er müsse jedoch jetzt, da ein bestimmter Beschluß der Versammlung vorliege, der, wenn dessen Ausführung versucht, die ganze Thätigkeit der Polizei und die Entfaltung aller ihrer Kräfte provoziren würde, die Bevollmächtigten der Versammlung, zunächst viel mehr als Freund wie als Chef der Polizei, auf die Folgen jenes Beschlusses aufmerksam machen. Sollte die Deputation die Absicht haben, die Adresse unmittelbar vor den Thron zu bringen, sollte, wie er es von der Majorität der Versammlung wisse, diese, vielleicht noch verstärkt durch die Anzahl der neu hinzugekommenen Unterzeichner der Adresse, in großem Zuge bis vor das Schloß die Deputation begleiten wollen, so würde jedes Mittel, welches die Polizei- und Militärgewalt biete, angewendet werden, die Ausführung dieser Absicht zu verhindern; und es würde (wie leid es ihm persönlich thue) wenn der militärischen Gewalt Widerstand entgegengesetzt werden sollte, es würde — er versichere es auf sein Wort — Blut fließen. Der König, fuhr er in seiner Mittheilung fort, wolle eine solche Deputation nicht annehmen, er möge eine derartige Demonstration nicht. Auf die Frage eines der Mitglieder, ob die letztere Mittheilung eine konfidentielle sei, antwortete der Präsident: „Nein, es ist vielmehr eine offizielle. Ich komme soeben vom Könige, dem ich Mittheilung von dem gestern Beschlossenen gemacht habe, und er selbst hat sich so ausgesprochen, wie ich es Ihnen so eben wiederholt." Ein anderes Mitglied machte vorschnell, eingehend auf die Aeußerung des Präsidenten, diesem den in Bezug auf seine eigene Stellung taktlosen Vorschlag, ihm, dem Chef der Polizei, die Adresse zur Weiterbeförderung zu überreichen. Lächelnd lehnte der Präsident dieses freundliche Anerbieten ab, und bezeichnete speziell den Weg durch die Stadtpost als den unter solchen Umständen geeignetsten für eine schnelle Beförderung der Adresse an den König. Er wolle sich mit seinem Ehrenworte dafür verbürgen, daß sie der König pünktlich erhalten werde. Herr Loewenberg und ein anderes Mitglied (Dr. Löwinson) erklärten hierauf, daß sie auf diesen Vorschlag des Präsidenten keine bestimmte Zusicherung geben könnten, da sie zu einer solchen Absendung von der Versammlung nicht beauftragt seien, an diese hielten sie sich verpflichtet, den Vorschlag, zur Fassung eines weitern Beschlusses zu bringen. Es wäre dazu nun erforderlich, daß sie den Termin einer neuen Versammlung bestimmten und dieses könnte durch die Abdrücke geschehen, welche zum Zweck der Unterschriftensammlung lithographirt in öffentlichen Lokalen ausliegen würden. „Wenn Sie, Herr Präsident, nicht wünschen, daß wir diese Adresse öffentlich auslegen, so — — —" „O, nein, ich beabsichtige durchaus nicht, den bisher geschehenen Versuchen, dem Könige Wünsche vorzutragen, irgendwie entgegenzutreten, ich würdige, wie ich schon gesagt, diese Bewegung, ich wollte Sie nur von den Absichten des Königs und den dadurch bestimmten Maßregeln der Polizei in Kenntniß setzen, ich habe weder etwas gegen das Verbreiten der Adresse, noch gegen eine nochmalige Versammlung." Und hiermit empfahl sich der Polizei-Präsident. Das Mitglied aber, welches noch polizeilicher sich geberdete, als der Polizei-Präsident selbst, war der schon vorher erwähnte überfreundliche Deputirte.

Die Polizei war mit dem Embryo der Revolution in Unterhandlung getreten.

Die Folge dieser Unterhandlung war, daß die Deputation sofort den nächsten Abend für eine dritte Versammlung in den Zelten bestimmte. Die Theilnehmer an der früheren Versammlung und die Unterzeichner der Adresse erhielten hiervon durch die letztere selbst Kenntniß, da jedes einzelne Exemplar der lithographirten Adresse

mit dem Zusatze: „Donnerstag, den 9., Abends 8 Uhr, Versammlung in den Zelten" versehen wurde."*)

Einundzwanzigstes Kapitel.

Die Sitzung der Stadtverordneten vom 9. März. — Die dritte Zelten-Versammlung. — Die Kabinets-Ordre vom 8. März. — Die Stadtverordneten am 11. März. — Die Adresse der Berliner Stadtverordneten an den König — Stürmischer Schluß der Stadtverordneten-Versammlung. — Die Studenten. — Empfang der Breslauer Deputation beim Könige. — Konzession des Königs gegen die Volkswünsche. — Vorbereitungen der Regierung, die Revolution zu unterdrücken. — Die Deputation der Zelten-Versammlung.

Am Donnerstag, den 9. März, fand die von der Bürgerschaft Berlins mit großer Theilnahme erwartete öffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, in welcher die hoch wichtigen Tagesfragen erörtert werden sollten, statt.

In den letzten Monaten war der Zuhörerraum der Stadtverordneten-Versammlung meist ziemlich leer gewesen; nur die ersten öffentlichen Sitzungen hatten durch den Reiz der Neuheit die Bürger herbeigelockt. Bald genug aber war dieser Reiz verschwunden; die Verhandlungen der städtischen Behörden, welche sich meist um kleinliche Details drehten, hatten das Interesse verloren und man sah in dem einsamen Zuhörerraum fast nur die Berichterstatter der Zeitungen.

Am 9. März aber erwartete die Bürgerschaft von ihrer Vertretung folgewichtige Beschlüsse. Schon lange vor der Eröffnung der Sitzung war der ganze für die Zuhörer bestimmte Raum von einer dicht gedrängten Menschenmasse gefüllt; bei Weitem nicht Alle, die Zeugen der erwarteten Verhandlung sein wollten, hatten Eingang gefunden, weit mehr noch als im Zuhörerraum Platz fanden, standen draußen auf dem Vorflur, auf den Treppen, selbst bis auf die Straße.

Endlich wurde die Sitzung eröffnet. Eine kurze Stille trat ein, aber das laute Reden der Unzähligen, die auf Flur und Treppen standen, machte es kaum möglich, ein Wort zu verstehen.

Ein Zettel wurde in die Versammlung gebracht; die draußen Stehenden baten, man möge wenigstens die Thüren des Sitzungssaals öffnen, damit sie auch ein Wort hören könnten. Die Stadtverordneten wiesen diesen Antrag zurück, aber sie mußten ihn endlich doch erfüllen, denn der Lärm draußen, der stete Ruf: Aufmachen! aufmachen! ertönte so laut, daß endlich die Thüren geöffnet wurden und die Sitzung beginnen konnte.

Drei wichtige Anträge lagen zur Berathung vor: der erste, von mehreren geachteten Bürgern unterzeichnete, forderte die Vertreter der Stadt auf, eine permanente Kommission zu ernennen, die sich lediglich mit dem Wohl der arbeitenden Klasse beschäftigen sollte, außerdem sollten durch Selbstbesteuerung der wohlhabenden Bürger die Geldmittel zur Ausführung gemeinnütziger Anstalten herbeigeschafft werden.

Nach eingehender Debatte beschloß die Versammlung, diesen Antrag einer Deputation zu übergeben, die sich auf das Schleunigste zu versammeln und in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten habe.

Der zweite Antrag war der auf eine Adresse an den König, in der die Stadtverordneten die Wünsche der Bürgerschaft Seiner Majestät vortragen sollten. Die Adresse sollte die in jenen Tagen überall geäußerten Volkswünsche, die Bitte um eine frei gewählte Volksvertretung, um Preß-, Rede- und Gewissensfreit, um Gewährung des freien Versammlungsrechts enthalten, sie wurde beantragt durch die früher von uns erwähnte Bürgergesellschaft, der in neuester Zeit viele Mitglieder zugetreten waren und zu der auch Dr. Nauwerk, Julius Berends, Mertens und andere einflußreiche Männer gehörten. Die Stadtverordneten-Versammlung vermochte sich über den Antrag nicht schlüssig zu machen, er wurde ebenfalls nach langer Debatte durch die Ernennung einer Deputation erledigt.

Der dritte Antrag ging auf die Errichtung von bürgerlichen Schutzwachen hin. Er bezog sich auf die April-Unruhen des vorigen Jahres und wies darauf hin, daß weder Polizei noch Militair bei denselben dem Eigenthum habe sofortigen Schutz gewähren können. Auch jetzt sei eine gleiche Gefahr vorhanden. Die Stadtverordneten-Versammlung war deshalb von denselben Bürgern, welche auch den ersten Antrag gestellt hatten, aufgefordert worden, die bewaffneten Schutz-Kommissionen, die eine Art Bürgergarde bilden sollten, zu organisiren.

Der Stadtverordnete Seidel, welcher über diesen Antrag referirte, gab zuerst eine Geschichte der Verhandlungen, welche bereits seit längerer Zeit über die Errichtung von Schutz-Kommissionen zwischen den städtischen Behörden und der Regierung geführt worden seien. Bei Gelegenheit von Unruhen in Cöln habe der König selbst gewünscht, daß in Zukunft, ehe bei ähnlichen Fällen das Militär einschreite, die Kommunalbehörden aufgefordert werden sollten, die Ruhestörer durch gütliches Zureden zu entfernen. Es seien in Folge dessen Deputirte der Kommunalbehörden

*) Wir entnehmen die vorstehende interessante Schilderung der Unterredung des Polizei-Präsidenten von Minutoli mit den Deputirten der Volks-Versammlung einem Buche, welches wir unsern Lesern als das beste Quellenwerk der Berliner Revolution von 1848 empfehlen und welches wir auch bei der ferneren Darstellung vielfach benutzen. Der Titel des vortrefflichen Buches ist: „Berliner Revolutions-Chronik. Darstellung der Berliner Bewegungen im Jahre 1848 nach politischen, sozialen und literarischen Beziehungen von Adolf Wolff."

mit denen des Gouvernements zusammengekommen, um Maßregeln, welche den Absichten des Königs entsprechen könnten, zu berathen. Seit dem Jahre 1846 hätten die Verhandlungen geschwebt, sie seien fruchtlos gewesen, so daß am 22. Januar der Magistrat es für geeignet gehalten habe, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Jetzt aber sei die Zeit eine andere geworden. Der Referent schloß sich deshalb den Wünschen der Petenten an, auch er beantragte die Bildung von Schutz-Kommissionen, aber nicht von bewaffneten, denn es sei besser, wenn die Bürger zu den Bürgern durch Vorstellung und Ermahnungen redeten, als wenn sie mit dem Gewehr im Arm Ruhe zu stiften versuchten.

Die Versammlung beschloß, auch diesen Antrag der Deputation zur Vorberathung zu übergeben. Ein bestimmter Beschluß kam also in keiner der drei wichtigen Fragen zu Stande, er wurde auf eine außerordentliche öffentliche Sitzung, die am Sonnabend den 11. März stattfinden sollte, vertagt.

Bald nach dem Schluß der Stadtverordneten-Versammlung fand am Abend des 9. März die dritte Bürger-Versammlung unter den Zelten statt.

In den zwei Zwischentagen hatte sich das Gerücht von den öffentlichen Freiheitsreden, welche unter den Zelten gehalten werden sollten, schon fast durch ganz Berlin verbreitet, und eine große Menschenmenge nach den Zelten herausgelockt.

Es war kaum 8 Uhr, als schon über 3000 Einwohner Berlins, welche den verschiedensten Ständen angehörten, sich unter den Zelten, theils in dem großen Saal des einen Lokals, theils auf dem freiem Platze vor demselben versammelt hatten.

Das Wetter war keineswegs einladend, es war kalt und unfreundlich, der Fußboden im Freien schmutzig und naß; aber das schreckte die Versammelten nicht zurück; im Eifer für die gute Sache ertrugen sie gern die geringen Beschwerden.

Gleich nach 8 Uhr eröffnete der Präsident Löwenberg die Versammlung. Ein Tisch wurde in den Saal in die Nähe der offenen Thür gestellt, und auf diesem stand der Redner, welcher zur Thür hinaus sprach, um Allen, auch den im Freien Stehenden, verständlich zu sein. Löwenberg las zuvörderst noch einmal die Adresse vor und machte dann die Versammlung darauf aufmerksam, daß man über die Art der Uebergabe an den König zu berathen habe. Er wies darauf hin, daß der Polizei-Präsident Herr von Minutoli ihm versichert habe, „er werde den Versammlungen außerhalb der Stadt und der Unterzeichnung der Adresse nichts in den Weg legen, müsse sich aber der Absendung einer Deputation auf das Schloß nöthigenfalls mit Gewalt widersetzen, da der König ihm selbst erklärt habe: er werde die Adresse aus den Händen einer Deputation nicht entgegennehmen.

Es entspann sich nun eine lebhafte Debatte. Etwa dreißig Redner traten hintereinander auf, die weit überwiegende Mehrzahl derselben sprach sich dafür aus, die Forderung des Polizei-Präsidenten unbedingt zu erfüllen und die Adresse durch die Post an Se. Majestät den König zu befördern. Nur einige Redner, unter ihnen drei Schriftsteller, welche damals sämmtlich noch der radikalen Partei angehörten, der sie zum Theil später untreu geworden sind, Buhl, Maron und Wiß, thaten mit energischen Worten dar, daß ein solcher Kleinmuth unwürdig sei, sie empfahlen, die Versammlung solle im großen Zuge sich nach dem Schloß begeben, eine Deputation zum König senden und diesem die Adresse übergeben lassen. Ein anderer Redner, der dasselbe wünschte, fragte ironisch, aus welchem Grunde man denn die Adresse nicht direkt überreichen wolle; sei nicht der König, wie er selbst so oft gesagt habe der Vater des Volkes; seit wann sei es Sitte, daß sich die Kinder, wenn sie von ihrem Vater etwas wünschten, fremder Mittelspersonen bedienten oder gar ihre Briefe an ihn durch die Post entsendeten?

Dagegen aber mahnten andere Redner zur Besonnenheit und mit besonderer Entschiedenheit sprach sich dafür der Dr. Oppenheim aus, der mit grellen Farben den Konflikt schilderte, welcher sich aus einer solchen persönlichen Ueberreichung der Adresse entwickeln würde. „Wissen Sie nicht, fragte er, was die Folgen der beantragten Massenüberreichung sein werden? Eine Reibung zwischen dem Volk und dem Militär, ein Krawall und aus dem Krawall entstehend: Eine Emeute. Wissen Sie was eine Emeute ist? das ist eine verunglückte Revolution!"

Die langen Debatten wollten nicht zum Schlusse kommen, die draußen vor den Thüren Stehenden wurden endlich ungeduldig. Es war ihnen auch keineswegs zu verdenken, denn stundenlang fruchtlosen Reden im naßkalten Märzwetter zuzuhören, ist nicht gerade angenehm.

Der Vorsitzende suchte endlich durch eine Abstimmung einen Beschluß herbeizuführen. Dies aber schien ganz unmöglich, denn bei dem wirren Durcheinander der theils im Saale, theils vor den Thüren befindlichen Versammlung war es durchaus nicht zu beurtheilen, welche Ansicht die Majorität habe.

Man beschloß deshalb, daß alle Theilnehmer sich nach dem freien Platz vor den Zelten begeben sollten. Der Vorsitzende bestieg die Tribüne, die an den Konzerttagen für das Orchester bestimmt war, von dieser herab redete er noch einmal die Versammlung an und forderte sie zu einer ordnungsmäßigen Abstimmung auf. Alle diejenigen, welche sich für die Uebergabe der Adresse direkt an den König erklären wollten, sollten sich zur rechten Hand, diejenigen, welche die Adresse durch die Stadtverordneten dem Könige überreichen lassen wollten, zur linken Hand aufstellen. Eine kleine Majorität entschied sich für die Ueberreichung durch die Stadtverordneten.

Gegen Mitternacht wurde die Versammlung

geschlossen. Die Theilnehmer zogen in kleinen Gruppen mit einander plaudernd der Stadt zu; sie verfügten sich so ruhig, als hätten sie nicht eben erst einer aufgeregten Volksversammlung beigewohnt, nach Haus.

Erst am folgenden Tage erfuhr man, daß die Regierung einen ganz andern Ausgang der Versammlung gefürchtet hatte. Umfassende Vorsichtsmaßregeln waren getroffen worden Militär-Abtheilungen standen bereit, sofort gegen die Versammelten vorzurücken, wenn irgend eine Unregelmäßigkeit vorgekommen wäre.

Die Berathung der Stadtverordneten-Versammlung vom 9. März, die rege Theilnahme, welche die Volksversammlung unter den Zelten beim Berliner Volke gefunden hatte, zeigten der Regierung, daß es doch nöthig sei, zur Beruhigung der wachsenden Aufregung irgend etwas zu thun. Aber was?

Der König wollte sich zu keiner nennenswerthen, keiner das frühere Regierungssystem verleugnenden Konzession herbeilassen. Er fühlte sich so sicher in der Mitte seiner treuen Bürger, unter dem Schutze seines unvergleichlichen Heeres! Jede Nachgiebigkeit gegen die, wie er überzeugt war, unberechtigten Forderungen einiger Unzufriedenheit säenden radikalen Literaten hielt er für eine unverzeihliche Schwäche. Um zu zeigen, daß er sich keineswegs dem freien Geist der Zeit verschließe, hatte er schon am 8. März eine Kabinets-Ordre an das Staats-Ministerium erlassen, in welcher er sagte: Nachdem die deutsche Bundes-Versammlung jedem deutschen Bundesstaat freigestellt habe, die Censur aufzuheben, würde zwar kein Hinderniß mehr obwalten, die Censurfreiheit unter den nöthigen Garantien auch in Preußen einzuführen, aber es halte ihn davon der dringende Wunsch zurück, in dieser wie in vielen andern wichtigen Angelegenheiten ein gemeinsames deutsches Bundesrecht zu erstreben, er beauftrage das Staats-Ministerium, dazu unverzüglich Einleitung zu treffen. Sollten indessen sich hierbei Hindernisse oder Verzögerungen herausstellen, so werde der König selbst mit einer auf Censurfreiheit begründeten durchgreifenden Reform der Preßgesetzgebung vorbehaltlich des späteren ständischen Beiraths interimistisch vorgehen.

Die Kabinets-Ordre sagte wieder zu viel und zu wenig. Zu wenig — statt der Preßfreiheit gab sie nicht, nein sie versprach nur eine Censurfreiheit, obgleich nach dem Bundesbeschluß kein Hinderniß mehr obwaltete, volle Preßfreiheit sofort zu gewähren; zuviel, denn durch sein Versprechen erkannte ja der König die Berechtigung des Volkswunsches nach Preßfreiheit an und er vergrößerte nur dadurch, daß er nicht sofort gewährte, die allgemeine Unzufriedenheit.

Die Kabinets-Ordre, welche schon am 10. März Abends in der Staatszeitung erschien, erreichte daher in keiner Weise den Zweck, den sie erreichen sollte.

Am Vormittag des 10. März überreichte die Deputation der Zelten-Versammlung dem Stadtverordneten-Vorsteher Fournier die Adresse, welche gegen 6000 Unterschriften gefunden hatte, mit dem Ersuchen, die Stadtverordneten möchten dieselbe dem Könige übergeben. Herr Fournier versprach die Sache in der nächsten Sitzung vorzutragen und überwies die Adresse der Deputation, welche von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzt worden war.

Am Sonnabend den 11. März Morgens 9 Uhr fand die außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, welche über die in der letzten Sitzung vom Donnerstag vertagten Anträge beschließen sollte, statt. Wieder hatte sich eine überaus zahlreiche Menge von Zuhörern eingefunden.

Schon eine Stunde vor Beginn der Sitzung war nicht nur der Zuhörerraum, sondern auch der Vorflur und die Treppe von ungeduldig Harrenden erfüllt. Vor dem Cölnischen Rathhaus unten auf der Straße standen Hunderte wartend, was ihre Vertreter dort oben beschließen würden.

Wieder mußten die Thüren des Sitzungssaales geöffnet bleiben, damit die auf den Korridoren und Treppen Stehenden wenigstens etwas hörten.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, er theilte mit, daß ihm durch den Dr. Lövinson eine Adresse an den König übergeben worden sei, mit der Bitte, die Versammlung möge die in derselben enthaltenen Petita zu den ihrigen machen. Es war dies die uns bekannte Zelten-Adresse.

Der Vorsteher erstattete demnächst Bericht über die Verhandlungen der von der Stadtverordneten-Versammlung erwählten Deputation. Diese hätte darauf angetragen, eine Adresse an den König zu richten, um die Wünsche der Bürgerschaft zur Allerhöchsten Kenntnißnahme zu bringen.

Die Berathung beschränkte sich zuerst auf die Frage, ob überhaupt eine Adresse an den König von der Stadtverordneten-Versammlung erlassen werden solle. Nach 1½stündiger Debatte wurde dies einstimmig beschlossen; unter lautloser Stille der Versammlung und der zahlreichen Zuhörer, welche sich während der Berathung selbst oft recht laut und aufgeregt gezeigt hatten, wurde nun der Adreß-Entwurf verlesen. Er lautete:

„An Seine Majestät den König, unsern Allergnädigsten Herrn.

Allerdurchlauchtigster, großmächtigster König,
Allergnädigster König und Herr!

„Die ernsten und verhängnißvollen Ereignisse der letzten Tage, die von einem Lande zum andern sich fortpflanzen, erfüllen die Gemüther mit einer Spannung, wie wir sie noch niemals empfunden haben, mit der Erwartung einer nahen Wiedergeburt des deutschen Vaterlandes, in der das gegenwärtige Geschlecht, seit dreiunddreißig Jahren der Zuschauer der Ereignisse, die ungenutzte und deshalb fast erstorben Thatkraft wiederfinden wird. Das deutsche Volk empfindet es tief und stark,

daß es reif und mündig geworden ist, mit zu sitzen im Rathe seiner Fürsten und durch den würdigen Gebrauch der freien Presse von seinen geistigen und materiellen Bedürfnissen Zeugniß abzulegen.

Ew. Majestät Allerhöchster Wunsch und Wille war es, daß eine solche Zeit das preußische Volk nicht unvorbereitet treffen möge. Mit weiser Voraussicht haben Ew. Majestät seit Allerhöchstihrem Regierungsantritt Stein an Stein gefügt und noch vor wenigen Tagen durch die Allerhöchste Botschaft vom 5. d. einen bedeutsamen Schritt in der Entwickelung der verfassungsmäßigen Rechte des preußischen Volkes gethan. Die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 8. März c. bringt uns ferner die freudige Nachricht, daß Ew. Majestät Fürsorge die Hindernisse beseitigt hat, die sich der Gewährung der seit einem Menschenalter dem deutschen Volke verbürgten Preßfreiheit bisher in den Weg gestellt haben; wir sehen dem verheißenen Preßgesetz in dem Vertrauen entgegen, daß es sich auf die Bestrafung der wahren Mißbräuche der Presse beschränken wird.

Aber der Augenblick drängt, jeder Tag bringt die Kunde neuer Ereignisse, der politische Gesichtskreis kann sich plötzlich verfinstern und zur That herausfordern, noch bevor das Vaterland sich im Rathe geeinigt hat. Die mannichfachsten Wünsche, Fragen und Hoffnungen durchkreuzen sich, das Mißtrauen in eine fraglich gewordene Gegenwart, der ängstliche Hinblick auf eine ungewisse Zukunft lähmen den Verkehr. Handel und Gewerbe beginnen zu stocken, die Arbeit ist bedroht, das Gefühl der nahenden gewerblichen Krisis muß diese Krisis beschleunigen, deren Folgen menschliche Weisheit nicht zu ermessen vermag.

Unter diesen Umständen vereinigen sich Aller Wünsche dahin, daß Ew. Majestät die schleunige Berufung des Vereinigten Landtages zu befehlen geruhen mögen. Im Namen unserer Mitbürger, im Namen ihrer heiligsten und theuersten Interessen legen wir Ew. Majestät diese Bitte an's Herz, um deren Gewährung wir unseren Allergnädigsten König und Herrn aus tief bewegter Seele beschwören. Schon die Gewißheit, daß Ew. Majestät sich in so schwierigen Zeiten mit den Männern umgeben werde, die durch ihre Berathungen vom vergangenen Jahre die Achtung der Wohlgesinnten erworben, die das preußische mit dem deutschen Vaterlande unauflöslich zu verknüpfen begonnen haben, wird Ruhe und Zuversicht den Gemüthern, Sicherheit und Bestand den Verhältnissen des bürgerlichen Lebens wiedergeben.

Es giebt Zeiten, in denen neue Zustände unter der Hülle der alten reif geworden sind, wo es der Anerkennung dieser unwiderstehlichen Thatsachen bedarf, wenn auch fernerhin in gesetzmäßiger Entwickelung stark und besonnen fortgeschritten werden soll. Eine solche Zeit ist die unserige und wir halten es daher für eine heilige Pflicht, Wünsche und Ueberzeugungen, die von Kommunen und Ständen schon seit Jahren ausgesprochen worden sind, in solcher Zeit Ew. Majestät unmittelbar vorzulegen.

Was die übereinstimmende Ansicht der Bürgerschaft vor allen Dingen als die unerläßliche Vorbedingung einer gedeihlichen Zukunft betrachtet, ist die Vollendung des preußischen Verfassungswerkes, dessen allmähliger Ausbau unter den gegenwärtigen Umständen die Stimmung mehr aufregt als beschwichtigt. Als einen treuen Abdruck der Volksmeinung und Volksgesinnung können wir die Stände aber nur in dem Falle betrachten, wenn sie aus einer angemessenen volksthümlichen Vertretung hervorgehen und ein beschließendes Votum bei einfacher Stimmenmehrheit erhalten.

Seitdem Ew. Majestät durch die Einführung der Oeffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens, zunächst in hiesiger Stadt, eine Umgestaltung der Rechtspflege veranlaßt haben, hat sich der Wunsch von Tage zu Tage immer mehr befestigt, auch diesen Neubau durch das Institut der Geschwornen baldigst gekrönt zu sehen.

Die völlige Gleichstellung aller religiösen Bekenntnisse ohne staatliche Bevorzugung des einen vor dem andern, so wie bürgerliche Gleichstellung ihrer Bekenner, ist, als das Ergebniß der milderen und versöhnlicheren Gesinnung unserer Tage, in der Sitte vollzogen, und es ist daher gewiß an der Zeit, daß die Gesetzgebung auch ihrerseits die an das religiöse Bekenntniß geknüpften Beschränkungen fallen läßt.

Wenn Preußens Monarch, auf den in diesem Moment ganz Deutschland mit gespannter Aufmerksamkeit seine Blicke lenkt, in Uebereinstimmung mit seinem Vereinigten Landtage in dieser Richtung vorschreitet, dann wird Deutschland auf der unerschütterlichen Grundlage gemeinsamer politischer Institutionen beruhen, dann wird die glorreiche Erbschaft des hochseeligen Königs, der Zollverein, dann werden auch die hochherzigen Absichten für die Begründung eines deutschen Rechts, die Ew. Majestät durch die von Preußen angeregte Berathung eines deutschen Wechselrechts und Postvertrages an den Tag gelegt haben, mächtig gefördert werden. Die Deutschen werden die Stellung unter den Völkern einnehmen, die ihnen gebührt. Und hat Deutschland, wie die Proklamation des Bundestages eingesteht, diese Stellung bisher nicht einzunehmen gewußt, so müssen wir einen Theil der Schuld in den Mängeln der Bundesverfassung suchen und dürfen dem bewährten deutschen Sinn Ew. Majestät vertrauen, daß diese Verfassung in nächster Zeit gekräftigt werde, um die Interessen der Nation im vollsten Sinne vertreten zu können.

Nur in einem Zwiespalt mit dem übrigen Deutschland erblicken wir eine ernstliche Besorgniß. Ist erst die innige Verbrüderung der deutschen Stämme errungen, ja wird sie nur erst offen und kräftig angestrebt, so kann im Falle eines Krie-

ges, sofern derselbe nicht in diplomatischen Verwickelungen, sondern in der Verletzung des deutschen Bodens seinen Grund hat, von einer Gefahr für Deutschlands Fürsten und Völker nicht mehr die Rede sein.

In tiefster Erfurcht ersterben wir Ew. Königliche Maj. allerunterthänigste treugehorsamste Stadtverordnete zu Berlin.

Die Verlesung war kaum beendet, als sich aus der Versammlung der stürmische Ruf nach sofortiger Abstimmung erhob. Die Stadtverordneten fanden die Adresse so vortrefflich, daß sie gar keine Berathung über dieselbe wünschten. Als sich trotzdem der Dr. Nauwerk erhob und das Wort verlangte, wurde er mit Murren und nicht verhehlter Unzufriedenheit von der Majorität begrüßt. Er ließ sich indessen dadurch nicht abschrecken, er forderte und erhielt das Wort.

Nauwerk, der viel bekannte und wegen seiner Verdienste um die Volkssache in die Stadtverordneten-Versammlung als Vertreter der Bürgerschaft entsendete, gemaßregelte Universitätslehrer gehörte der entschiedensten Partei der Freiheitsfreunde an. Er wisse nicht, so sagte er, ob er recht gehört habe. Jetzt plötzlich werde in der Adresse gerade eine der wichtigsten Fragen, die über die Preßfreiheit ganz anders dargestellt, als sie gestern in der Deputation beschlossen worden sei; gegen die Fassung, wie sie in dem Entwurf enthalten, müsse er protestiren. Als er den Erlaß des Königs vom 8. März gelesen habe, da sei er von einem tiefen Schmerz ergriffen worden, und nicht er allein, sondern dieselbe Unzufriedenheit habe er auch von vielen andern Seiten gehört, deshalb dürfe man in der Adresse an den König nicht von Freude über die Kabinets-Ordre vom 8. sprechen, er verlange, daß statt dessen gesagt werde „wir bedauern, daß Se. Majestät in diesem Augenblick sich noch nicht bewogen finden, ihren Unterthanen ein Recht zu ertheilen, worauf sie 33 Jahre warten und für dessen Verwirklichung nunmehr alle Hindernisse weggefallen sind.“

Eine kurze aber äußerst erregte Debatte entspann sich nach diesem Antrage Nauwerk's, das Resultat derselben war, daß bei der Abstimmung der Adreß-Entwurf nur gegen zwei Stimmen, die der Stadtverordneten Dr. Nauwerk und Julius Berends angenommen wurde. Es wurde beschlossen, die Adresse solle dem Magistrat mitgetheilt und dieser ersucht werden, am folgenden Tage darüber zu berathen, ob er sich bei der Uebergabe derselben betheiligen wolle; wolle er dies nicht, dann solle die Adresse durch eine Deputation der Versammlung allein überreicht werden.

Eine kurze Debatte über die Zelten-Adresse schloß sich an diese Beschlüsse, nur Julius Berends befürwortete es, daß die Deputation der Stadtverordneten auch diese Adresse dem Könige übergebe, denn die Unterzeichner derselben hätten den einzig legalen Weg eingeschlagen, den sie für eine direkte Uebergabe hätten wählen können, nachdem ihnen durch den Polizei-Präsidenten jeder andere direkte Weg verschlossen worden sei.

Der Vorsteher und mehrere andere Mitglieder erklärten dagegen, die Stadtverordneten-Versammlung dürfe sich nicht als Briefträger gebrauchen lassen und die Versammlung lehnte den Antrag mit großer Majorität ab.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung war die Berathung über die bewaffneten Schutz-Kommissionen. Sie war noch lebendiger als die frühere und wurde häufig durch stürmische Zeichen des Beifalls und Unwillens der Zuhörer je nach der Parteistellung der Redner unterbrochen. Dr. Nauwerk, Julius Berends und der Stadtverordnete Mertens forderten mit Energie die Errichtung einer bewaffneten Bürgerwehr, dagegen kämpften ebenso eifrig andere Stadtverordnete, welche die Bürgerbewaffnung für eine unnütze, von den Bürgern schwer zu ertragende Last und selbst für höchst bedenklich erachteten. Ein Stadtverordneter äußerte sogar und rief dadurch einen stürmischen Unwillen der Tribüne hervor, es sei gefährlich für den einzelnen Bürger, sich der Waffen, mit denen er nicht umzugehen verstehe, zu bedienen.

Als es endlich zur Abstimmung kommen sollte, erklärte der Vorsteher Fournier, es liege die Frage vor, ob die Versammlung der Meinung sei, den Magistrat zu ersuchen, er möge die Verhandlungen wegen der alten Schutz-Kommissionen wieder aufnehmen, oder ob sie weiter gehen und die Errichtung einer bewaffneten Bürgerwehr fordern wolle. Er werde die erste Frage stellen, erhalte sie die Majorität, dann falle damit die zweite Frage von selbst.

Während der Fragestellung war sowohl in der Versammlung selbst als auf den Tribünen die Unruhe groß; die meisten Mitglieder hatten die Fragestellung nicht recht verstanden, viele glaubten, über beide Fragen solle abgestimmt werden und sie waren entschlossen, beide zu bejahen. So erhielt denn die erste eine Majorität von 56 Stimmen gegen 34.

Der Vorsteher wollte darauf die Sitzung schließen, mehrere Stadtverordnete protestirten indessen dagegen, sie forderten eine Abstimmung auch über die zweite Frage und als sich der Vorsteher dessen weigerte, weil er ja bestimmt erklärt habe, er wolle über die zweite Frage nur dann abstimmen lassen, wenn die erste verneint werde, erhob sich ein wahrer Sturm der Entrüstung nicht nur in der Versammlung selbst, sondern auch unter den Zuhörern.

Es war ein furchtbarer Lärm, dem der Vorsteher nur durch Schließung der Sitzung zu begegnen wußte, aber auch nachher dauerte er noch fort. Heftige Schimpfreden wurden gegen diejenigen ausgestoßen, welche sich gegen die Bürgerbewaffnung erklärt hatten, und erst, als einige Bürger laut aufforderten, den Sitzungssaal zu verlassen und auf der Straße den Stadtverordneten Nauwerk, Mertens und Berends ein don-

nerndes Lebehoch zu bringen, verließ die aufgeregte Menge den Saal und ging unter Ausbringung des Lebehochs auseinander.

Während die Stadtverordneten sich beriethen, fand auch an einer andern Stelle Berlins eine Versammlung statt, welche zwar kein eigentliches Resultat hatte, aber dennoch nicht ohne Bedeutung war. In dem größten Auditorium der Universität hatten sich die Studirenden vereint, um sich über eine Adresse an den König zu besprechen. Zu einem Beschlusse kam es nicht, es gab ziemlich verworrene Debatten ohne Erfolg, die aber Bedeutung dadurch gewannen, daß sich in ihnen das Rednertalent einiger junger Männer zeigte, die hier zuerst sich einen Ruf und Anhänger unter ihren Kommilitonen verschafften. Wir nennen vorzugsweise die Studenten Edmund Monecke und Paul Börner.

Im Königlichen Schlosse fanden zu gleicher Zeit ebenfalls eifrige Berathungen statt. Eine Deputation der städtischen Behörden Breslaus war in Berlin angekommen, sie wurde am 11. vom Könige empfangen. Die Deputation, an deren Spitze der Ober-Bürgermeister Pinder und der Stadtverordneten-Vorsteher Gräff standen, hatte den Auftrag, dem Könige den Dank der Stadt Breslau für die Gewährung der Periodizität des Landtags zu bringen und ihn zugleich um die baldigste Einberufung des Landtags und um Gewährung der Preßfreiheit zu bitten.

Friedrich Wilhelm empfing die Deputation halb gnädig, halb ungnädig; ihren Dank nahm er entgegen, über die Bitten aber sprach er sich mit ziemlich herben Worten aus: Es seien keine Vorlagen zur Berufung des Landtages vorhanden; er lasse sich nicht drängen, wenn er etwas geben wolle, so gebe er es freiwillig!

Daß die städtischen Behörden von Breslau und Berlin sich der Volkswünsche annahmen, konnte nicht verfehlen, einigen Eindruck auf die leitenden Staatsmänner zu machen; derselbe wurde erhöht, als man erfuhr, daß auch der Magistrat von Berlin in einer Sitzung vom 12. März dem Beschluß der Stadtverordneten beigetreten sei und als am 13. Vormittags eine gemischte Deputation von Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern auf das Schloß kam, um eine Audienz beim Könige zur Uebergabe der Adresse zu erbitten. Sie wurde beschieden, daß sie erst am nächsten Tage, am 14., empfangen werden könne.

Es erschien nicht unbedenklich, daß sich die städtischen Behörden durch ihre Adresse gewissermaßen an die Spitze der Berliner Bewegung zu stellen versuchten, bedenklicher aber noch war es, daß am 12. der Ober-Präsident der Rheinprovinz meldete, er könne nicht länger für die Ruhe der Provinz einstehen, wenn nicht sofort wenigstens der Vereinigte Landtag einberufen würde.

Wie wenig auch der König geneigt sein mochte, der Revolution, so nannte er die sich überall geltend machende Volksbewegung, nachzugeben, dennoch fühlte er, daß dies jetzt, wenn auch im geringsten Maße, geschehen müsse. Er beschloß die Einberufung des Landtages, ja er ging weiter, er wollte mit den Ständen sogar eine Art von Constitution vereinbaren, ihnen Theilnahme an der Gesetzgebung und ein verantwortliches Ministerium gewähren. Zugleich wollte er die Zeit zu einer Reorganisation Deutschlands benutzen, die auf einem bald zu berufenden Fürsten-Kongreß berathen werden sollte. Herr von Radowitz erhielt den Auftrag, hierüber in Wien zu verhandeln.

Mit diesen Konzessionen hoffte die Regierung die ruhige Bürgerschaft ganz für sich zu gewinnen, dem aufrührerischen Pöbel aber, den ungestümen Literaten, welche in den Volksversammlungen beriethen und dort das große Wort führten, durfte man keine Bewilligungen machen, wenn man nicht eine gefährliche Schwäche an den Tag legen wollte; diesen Ruhestörern mußte mit Strenge entgegengetreten werden. Schon die ihnen bisher gezeigte Nachsicht erschien gefährlich, man sprach es am Hofe offen aus, daß die große Volksversammlung am 9. nicht zu Stande gekommen wäre, wenn man sich nicht schwach gezeigt, wenn man nicht die beiden ersten kleineren Versammlungen geduldet hätte.

Nur durch die strengste Aufrechterhaltung der Gesetze und nöthigenfalls durch Waffengewalt konnte der Pöbel im Zaum gehalten werden und hierzu war Alles vorbereitet.

Das Militär war in den Kasernen konsignirt, es wurde zum Einschreiten in jedem Augenblick bereit gehalten. Die Censur wurde schärfer als je gehandhabt, die Polizei entfaltete die höchste Wachsamkeit und alle Maßregeln wurden getroffen, um fernere Volksversammlungen unmöglich zu machen. Von den bisherigen Leitern derselben hatte man nichts zu befürchten, aber andere konnten an ihre Stelle treten.

Die von der Versammlung gewählte Deputation zeigte sich überaus bescheiden. Nachdem sie die Nachricht erhalten hatte, daß die Stadtverordneten-Versammlung ihre Adresse dem Könige nicht übergeben wolle, wendete sie sich an den Geh. Kabinets-Rath Illaire und ersuchte diesen, den König für die Mitglieder der Deputation um eine Audienz zu bitten, damit die mit vielen Tausenden von Unterschriften bedeckte Adresse an Seine Majestät persönlich überreicht werden könne.

Ein solcher Schritt war so ungewöhnlich, daß er das Einschreiten der Polizei erforderte. Noch an demselben Tage nach Absendung der Eingabe wurden die Unterzeichner des Briefes an den Kabinets-Rath Illaire, die Doktoren Loewenberg und Lövinson zum Verhör vor die Polizei geladen. Ein Resultat hatte das Verhör nicht, die Vorgeladenen mußten endlich entlassen werden, nachdem ihnen eröffnet worden war, sie würden für alle Exzesse und Unruhen, die etwa aus ferneren Volksversammlungen oder aus der Ueber-

reichung einer Adresse hervorgehen könnten, verantwortlich gemacht werden.

Am 13. März gegen Mittag erhielt Dr. Lövinson die Antwort des Kabinets-Raths Illaire: der König lehnte die persönliche Ueberreichung der Adresse ab, dagegen erklärte Herr Illaire sich dazu bereit, die Petition Sr. Majestät zu übergeben. Damit schien diese Angelegenheit erledigt. Die Deputation, welche sofort zusammentrat, beschloß, sie ruhen zu lassen und den Hergang durch die liberalen Zeitungen zu veröffentlichen. Sie beschloß zugleich, sich bei ferneren Versammlungen Unter den Zelten nicht zu betheiligen.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Der 13. März. — Kriegerisches Aussehen Berlins. — Unter den Zelten. — Das erste Einschreiten des Militärs. — Unwillen der Berliner. — Die Deputation der städtischen Behörden Berlins beim Könige. — Die Berufung des Vereinigten Landtags. — Der Tumult des 14. März. — Der Morgen des 15. März. — Verhandlungen mit den Behörden. — Herr Dr. Woeniger als Volksvertreter. — Dr. Stieber, auch ein Volksmann! — Die Friedensengel. — Revolution in Wien. — Stürmische Auftritte am Abend des 15. März. — Die Kriegspartei und der Prinz von Preußen. — Der 16. März. — Revolutionäre Stimmung der Berliner. — Ministerconferenz — Die Schutzbeamten. — Stadtverordneten-Sitzung. — Die Studenten. — Blutige Scenen am Abend des 17. März.

Der 13. März des Jahres 1848 war der erste wunderschöne Frühlingstag. Die Handwerker Berlins machten deshalb schon früh blauen Montag, um den Nachmittag im Freien zuzubringen. In Schaaren zogen sie mit Frauen nnd Kindern zum Brandenburger Thor hinaus nach den Zelten. Viele trieb auch die Neugierde nach jenem Saale, in welchem die ersten Volks-Versammlungen gehalten worden waren und in dem man auch am heutigen Abend wieder eine solche Versammlung zu erleben hoffte. Die Neugierde war um so reger, als sich das Gerücht verbreitet hatte, die Polizei wolle heut keine Versammlung dulden, wenn wieder Redner auftreten würden, sollten sie verhaftet werden. Da gab es also etwas zu sehen und zu erleben, was man in Berlin noch nicht kannte, und wo dies der Fall ist, findet sich die schaulustige Menge zu allen Zeiten zahlreich zusammen.

Im Laufe des Tages hatten sich manche beunruhigende Gerücht verbreitet; man hörte, daß der Prinz von Preußen die Truppen in den Kasernen besucht und sich sehr kriegerisch gegen sie geäußert habe; es war bekannt geworden, daß die Regierung Vorsichtsmaßregeln aller Art treffe, um auch in Berlin auf einen Aufstand vorbereitet zu sein. Das Schloß, das Zeughaus, die Bank und andere öffentliche Gebäude waren mit Militair besetzt, durch die Straßen zogen fortwährend kleinere und größere Patrouillen, auch die Kavallerie hatte den Befehl bekommen, sich um 6 Uhr Abends bereit zu halten.

Während des Nachmittags ging es unter den Zelten lebendig genug zu, man hörte hier und da politische Reden, aber zu einer eigentlichen Versammlung kam es nicht. Erst als ein großer Theil der Bürger sich wieder nach Haus begeben hatte, änderte sich der Charakter der dort draußen Versammelten.

Ein Redner bestieg die bereits erwähnte Orchester-Tribüne, andere stellten sich auf Stühle, um von diesen herab dem kleinen Kreis, der sich um sie versammelte, politische Mittheilungen zu machen. Es ging ganz ruhig und friedlich zu, und gegen Abend ordneten sich die kleineren Versammlungen, welche sich gebildet hatten, mehr und mehr zu einer größeren, in der regelrechte Debatten gehalten wurden.

Man erwartete in jedem Augenblick, die Polizei werde erscheinen, um die Versammlung auseinander zu treiben. Dies aber geschah nicht, obgleich der Polizei-Präsident persönlich sich einfand. Er sprach mit einigen Bürgern recht freundlich und forderte sie auf, sie möchten dafür sorgen, daß die Versammlung sich friedlich halte. Zum Dank dafür brachte ihm die Menge ein Lebehoch.

Nach sieben Uhr rückte Militär heran. Zu einem Einschreiten kam es nicht, denn aus der Versammlung selbst ertönte der Ruf, man solle friedlich nach Hause gehen. So bildete sich denn bald ein langer Zug, der von den Zelten aus den Rückweg nach der Stadt antrat. Auffallend war es, daß auf diesem Wege eine Anzahl von unbekannten Leuten Proklamationen, die in einer Arbeiter-Adresse die Bitte an den König um Ernennung eines Arbeiter-Ministeriums enthielten, unter die Spaziergänger vertheilte. Von wem diese gedruckten Zettel ausgingen, wußte man nicht.

Es waren wohl über 10,000 Menschen, die am Abende in das Brandenburgerthor einzogen. Die Thorwache war stark besetzt, unter den Linden standen überall Militairpiquets. Anfangs verhielt sich das Volk ruhig; beim Anblick der Menge Soldaten aber erhob sich Zischen und Pfeifen, besonders that sich eine Heerde Gassenbuben darin hervor, diese machte sich ein Vergnügen daraus, das Militair zu necken. Zu irgend einem ernsten Konflikt aber gaben die muthwilligen Buben keine Veranlassung und Niemand konnte daher erwarten, daß das Militair mit Waffengewalt gegen die im Ganzen ruhige Menge einschreiten werde. Und doch geschah dies.

Auf dem Schloßplatz rückte plötzlich Kavallerie vor. Sie erhielt, von wem ist nicht offenbar worden, den Befehl, die Menge auseinander zu treiben, und sie that es, indem sie theils mit flacher, theils aber auch mit scharfer Klinge unter die Auseinanderstiebenden einhieb.

Mehrere Flüchtende wurden verwundet, selbst Frauen erhielten Säbelhiebe.

In andern Straßen wiederholte sich ein gleiches Schauspiel. Die Menge wurde von der Infanterie durch Kolbenstöße auseinandergetrieben. Eine Gegenwehr versuchte das Volk nur in der Grünstraße, es riß hier das Pflaster auf und errichtete eine Barrikade, die erste in Berlin, darauf wurde die Brücke in die Höhe gezogen. Aber der Versuch war ohnmächtig, denn es fehlte ja an Waffen. Gegen 10 Uhr war die Ruhe endlich vollständig wieder hergestellt.

Das Jahr 1848 hatte auch in der preußischen Hauptstadt seine ersten blutigen Opfer gefordert, ohne irgend eine Veranlassung, so meinten wenigstens die Berliner, denn sie begriffen nicht, aus welchem Grunde eigentlich an jenem Abende das Militair sich seiner Waffen bedient hatte. Das Pfeifen einiger Gassenbuben konnte unmöglich genügen, um den Befehl zum Einhauen zu rechtfertigen. Erst am folgenden Tage hörte man, daß er gegeben worden sei, um Excessen vorzubeugen*). Es war ein trauriger Irrthum, der sich hart bestrafen sollte, denn das Einschreiten des Militairs rief nur Erbitterung auch bei den friedlichsten Bürgern hervor, gerade bei denen, die am wenigsten Sympathie für die Revolution hatten.

Ruhige Spaziergänger waren verwundet worden, sie allein, denn die leichtfüßigen Gassenbuben, die Schreier und Zischer hatten sich zur rechten Zeit aus dem Staube gemacht.

Glaubte die Regierung, um ihre Autorität aufrecht zu erhalten, ein Exempel statuiren zu müssen, so hatte sie den falschesten Weg gewählt. Sie reizte die Berliner nur zu hartnäckigerem Widerstande.

Am folgenden Tage, am Dienstag den 14., erschien eine Proklamation des Magistrats und eine des Polizei-Präsidiums. Beide forderten das Volk zur Ruhe auf — mit welchem Erfolge werden wir bald zu erzählen haben.

Am Nachmittag des 14. um 2 Uhr begab sich die Deputation der städtischen Behörden, an ihrer Spitze der Ober-Bürgermeister Krausnick, auf das Schloß, um dem Könige die Adresse der Stadtverordneten und des Magistrats zu überbringen. Nach einer kurzen Rede verlas der Ober-Bürgermeister die Adresse, dann antwortete der König:

Er fühle die hohe Bedeutung des gegenwärtigen Augenblicks. Es sei ihm ein angenehmes Gefühl, daß er die erste Adresse, welche er in dieser bewegten Zeit von Hand zu Hand entgegennehme, von seiner lieben Hauptstadt, die sich auch in Zeiten der Bewegung in erfreulichster Weise bewährt habe, erhalte. Wenn es ringsum koche, dann dürfe man freilich nicht erwarten, daß in Berlin allein die Stimmung unter dem Gefrierpunkt stehen werde und in Erwägung dessen sei es anerkennungswerth, daß in einer so großen Stadt, in der doch viele Elemente zur Unruhe vorhanden seien, die Ordnung nicht erheblich gestört sei. Was die Adresse anbetreffe, so könne er nur im Konversationston, nicht in wohlstilisirter Rede auf dieselbe antworten. Er freue sich auf die Hauptbitte erwidern zu können, daß sie bereits gewährt sei. Seit mehreren Tagen sei die Einberufung des Vereinigten Landtags beschlossen und das Einberufungspatent bereits vollzogen. Mit vollster Offenheit und vollem Vertrauen würde er, der König, dem Landtage entgegentreten mit der Losung: Freie Fürsten, freie Völker. Die anderen in der Petition enthaltenen Bitten könnten nur durch den Landtag ihre Lösung erhalten. Gegen **einen** Ausdruck der Adresse müsse er, der König, indessen sich erklären, gegen den, welcher eine zu schnelle Entwickelung der Verfassung wolle. Man dürfe nichts übereilen, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, die Sache auf den Kopf zu stellen; nicht in sechs Wochen dürfe man ein Haus bauen, welches zum Bau ein und ein halbes Jahr erfordere, auch nicht auf Sand dürfe man es bauen, wenn es bestehen solle. **Kühn und bedächtig!** das sei das Losungswort jedes guten Feldherrn, nicht Eins dürfe über das Andere vergessen werden. Wie der König dem Volke vertraue, so möge auch ihm das Volk vertrauen und dadurch eine recht innige Vereinigung der Regierung, der Stände und des Volkes bewirken. Nur durch festes Zusammenhalten könne das Unheil von dem deutschen Volke abgewendet werden, welches der Revolutionskrieg über dasselbe bringen würde.

Der König ermächtigte schließlich die Deputirten, die Adresse und seine Antwort ihren Mitbürgern mitzutheilen, und dies that der Magistrat, indem er in der nächsten Nummer der Staats-Zeitung beide veröffentlichte.

Das vom Könige erwähnte Patent über die Einberufung des Vereinigten Landtags erschien schon am 14. Abends in der Staats-Zeitung. Der Landtag wurde auf Donnerstag den 27. April berufen.

*) Die Staatszeitung gab folgenden Bericht über die Ereignisse des Abends:

„Es hatten vor einigen Tagen uner den Zelten im Thiergarten Zusammenkünfte stattgefunden, welche, da sie in Volksversammlungen **auszuarten** drohten, einen **gesetzwidrigen** Charakter annahmen. Infolge Einladungen zu einer solchen Versammlung, wo man namentlich die Klasse der Arbeiter aufzuregen **gedachte**, hatte sich am 13ten Abends eine große Menge Menschen im Thiergarten eingefunden. Das Einschreiten der Polizeibehörde, welche das größere Anwachsen der Menge und Unfug zu verhindern suchte, hatte deren Rückkehr in die Stadt zur Folge, wodurch jedoch in einigen Straßen ein Zusammenstoß größerer Massen veranlaßt wurde. Das zur **Vorbeugung** von Exzessen aufgestellte Militair zerstreute die Volkshaufen, welche sich auf den Straßen gebildet hatten, **ohne daß irgendwie erhebliche Exzesse vorfielen.** Leider wurden aber, wie es bei solcher Gelegenheit nicht zu vermeiden ist, mehrere Personen **beschädigt.**"

Der König hatte den Volkswünschen abermals eine Konzession gemacht und abermals hatte er zuviel und zuwenig gegeben; zuviel, denn die kleine Nachgiebigkeit in einem Punkt reizte nur zu weiteren Forderungen, zuwenig, denn sie befriedigte Niemand und überdies war die Hinausschiebung des Einberufungs-Termins auf Wochen in einer Zeit, in welcher jeder Tag verhängnißvoll werden konnte, ein großer politischer Fehler.

Es läßt sich nicht verkennen, daß die Regierung für die späte Festsetzung des Termins Gründe hatte, welche in einer friedlichen Zeit recht schwer wiegend gewesen wären; der König wollte dem Landtage den Entwurf einer Konstitution vorlegen, dazu war eine mehrwöchentliche Arbeit erforderlich; auch erschien es wünschenswerth, daß die preußische Regierung die mit Oesterreich und den übrigen deutschen Staaten schwebenden Unterhandlungen, welche gegen Ende März auf dem Fürsten-Kongreß abgeschlossen werden sollten, beendigt habe, ehe sie mit bestimmten Vorlagen vor den Landtag treten sollte.

Blieb Berlin ruhig, dann konnte die Regierung mit der Einberufung des Landtags wohl bis zum 27. April warten, und sie glaubte dies zu können, denn die umfassendsten militärischen Maßregeln waren getroffen, um eine Emeute niederzudrücken. An eine Revolution aber dachte noch am 14. März Niemand in Berlin. Und doch gab es der Vorzeichen viele, welche einen stürmischen Ausbruch der Unzufriedenheit des Volkes verkündeten. Schon der Abend des 14. März zeigte dies und bewies nur zu klar für Jeden, der sehen wollte und sehen konnte, daß die Regierung kein schlechteres Mittel, um Unruhen vorzubeugen, hätte ergreifen können, als die Entfaltung der Miltärmacht gegen schreiende und lärmende Straßenbuben.

Am Tage war es in den Straßen der Stadt leidlich ruhig zugegangen. Zwar zeigte sich in denselben eine größere Frequenz, hier und dort blieben an den Ecken wohl einzelne Spaziergänger stehen, um sich in einem kleinen Kreise zu besprechen, aber sie trennten sich immer bald wieder und zu größeren Aufläufen kam es nicht. Unmittelbar nach dem Einbruch der Dunkelheit aber häuften sich auf dem Schloßplatz, in der Breiten- und Brüderstraße große Volksmengen an, die sich auch nicht stören ließen, als starke Militär-Patrouillen die Straßen durchzogen.

Wieder wurden die Soldaten durch Pfeifen und Zischen verhöhnt. Seit mehreren Tagen war das Militär in den Kasernen konsignirt gewesen, es hatte selbst in der Nacht die Waffen nicht ablegen dürfen und war deshalb in der übelsten Stimmung. Es konnte nicht fehlen, daß es aufgereizt wurde durch die Verhöhnungen, die es von den unnützen Buben erdulden mußte, und daß es die erste Gelegenheit ergriff, um dem Aerger Luft zu machen, von dem es erfüllt war.

Bald nach 9 Uhr kam es zu ernsten Konflikten, über deren Entstehung jede Aufklärung fehlt. Die Brüderstraße wurde nach dem Schloßplatz zu abgesperrt, die Volksmenge aus derselben vertrieben. Sie flüchtete sich zum Theil nach dem Petriplatz, zum Theil die Spreegasse entlang. Nur wenige Menschen befanden sich noch in der Straße, zum Theil solche, welche vom Schloßplatz herkamen, und auf ihre Bitten von dem dort befehlenden Officier die Erlaubniß erhalten hatten die Straße zu passiren.

Da jagte plötzlich eine Abtheilung Kavallerie vom Petriplatz her durch die Straße und diese machte gegen die waffenlosen ruhig einherwandelnden Bürger Gebrauch von ihren Palaschen. Mehrere Menschen, die sich in die verschlossenen Häuser nicht zu flüchten vermochten wurden unbarmherzig niedergehauen.

Auch in andern Theilen der Stadt kam es zu ähnlichen Konflikten, erst gegen Mitternacht legte sich der Tumult.

Die Nachricht von dem abermaligen Einschreiten des Militärs, von den Verwundungen, welche friedliche Bürger betroffen hatten, verbreitete sich am Morgen des 15. März schnell durch die ganze Stadt. Schon früh fand sich eine zahlreiche Menschenmenge auf dem Schloßplatz und in der Breitenstraße ein, sie sah mit Entsetzen die Blutspuren, welche die Verwundeten am vergangenen Abend dort hinterlassen hatten. Ueberall bildeten sich Gruppen von Bürgern, die in tiefer Erregung über die Rohheit sprachen, mit der die Küraſſiere gehaust haben sollten. Erzähler traten auf und diese vergrößerten, wie es in solchen Zeiten zu geschehen pflegt, den Skandal, der doch ohnehin groß genug gewesen war. Sie riefen das Volk auf zum Widerstande gegen die Soldaten und der Haß der empörten Menge machte sich gegen einige Offiziere Luft, welche mit Koth beworfen wurden, ohne sich dafür rächen zu können, da sie allein gingen.

Am Vormittage gegen 9 Uhr versammelten sich bei dem in der Brüderstraße wohnenden Justizrath Bergling mehrere angesehene Bürger, welche von ihren Fenstern aus das Einhauen der Kürassiere mit angesehen hatten, sie gaben hier ihre Aussagen zu Protokoll und erwählten eine Deputation, zu der außer einigen sehr geachteten Banquiers und Fabrikanten auch der Schriftsteller Dr. Woeniger zugezogen wurde.

Die Deputation erhielt den Auftrag, sich beschwerdeführend an die höheren Behörden zu wenden. Sie genügte sofort ihrer Pflicht und überall, sowohl beim Polizei-Präsidenten v. Minutoli als beim Stadt-Kommandanten v. Ditfurth und dem Minister v. Bodelschwingh fand sie die wohlwollendste Aufnahme und das Versprechen, daß eine strenge Untersuchung gegen die Soldaten eingeleitet werden solle, welche sich der Mißhandlung friedlicher Bürger schuldig gemacht hätten.

Auch die Stadtverordneten, welche gerade in einer geheimen Sitzung versammelt waren, versprachen, sich der Sache anzunehmen und die

Regierung zu bitten, das Militär ganz zurückzuziehen.

Der Vormittag war über diesen Bemühungen der Deputation verstrichen; erst Nachmittags kehrte sie zur Brüderstraße zurück, wo Tausende von Menschen sie erwarteten. Der Justizrath Bergling brachte eine schriftliche Versicherung des Stadt-Kommandanten und des Minister des Innern mit, in welcher die Untersuchung des „beklagenswerthen Ereignisses“ versprochen wurde. Dr. Woeniger mußte der Menge das Schriftstück vorlesen, es wurde mit Jubel begrüßt, und eine Ansprache, in welcher Herr Dr. Woeniger sich als ein tüchtiger Volksredner erwies, in der er das Volk aufforderte, Vertrauen zu den Behörden zu fassen und zu zeigen, daß die Bürger stark genug seien, um für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen zu können, fand allgemeine Zustimmung.

Auch andere Deputationen von Bürger-Versammlungen, welche sich zufällig in dieser oder jener Restauration gebildet hatten, denn in jenen Tagen dachte Niemand an Geschäfte und die Wein- und Bierhäuser waren daher stets mit Gästen angefüllt, hatten sich an die Staatsbehörden gewendet und um Zurückziehung des Militairs gebeten. Sie waren ebenfalls wohlwollend empfangen und mit den besten Zusicherungen entlassen worden.

Es t bemerkenswerth, daß sich an der Spitze einer dieser Deputationen der Dr. Stieber befand, derselbe Dr. Stieber, der sich durch seine polizeiliche Thätigkeit in Schlesien, durch sein Eindringen in die Familien schlesischer Gutsbesitzer unter falschem Namen und durch die von ihm erwirkte Verhaftung Verdächtiger einen Ruf in Berlin erworben hatte.

Dr. Stieber brachte denen, die ihn abgesendet hatten, die erfreuliche Nachricht, der Minister von Bodelschwingh genehmige die Bildung von Bürgerwachen zur Aufrechterhaltung der Ruhe.

Den befriedigenden Nachrichten, welche die verschiedenen Deputationen von den höchsten Behörden erhalten hatten, entsprach eine Bekanntmachung des Gouvernements und des Polizei-Präsidiums, welche im Laufe des Nachmittags veröffentlicht wurde: sie enthielt das Versprechen, einer strengen Untersuchung.

Nach solchen Vorgängen und dieser Bekanntmachung glaubten die friedliebenden Bürger Berlins, es werde möglich sein, die Ruhe in der Stadt aufrecht zu erhalten. Eine Anzahl von ihnen unternahm es, sich dabei thätig zu zeigen.

Mit weißen Binden um den Arm zogen „die Friedensengel“, so wurden sie von den Spottlustigen genannt, nach dem Schloßplatz, um ihr Beruhigungswerk zu beginnen. Sie fanden dort eine zahllose Menschenmasse. An allen Straßenecken standen kleinere und größere Gruppen, welche sich um irgend einen Redner schaarten, der entweder die Vorgänge des gestrigen Tages erzählte, oder den Umstehenden die neuesten eben in Berlin eingetroffenen Nachrichten verkündete, von denen die wichtigste die war, daß auch in Wien die Revolution ausgebrochen sei, daß auch dort das Volk gesiegt habe. Etwas Näheres über die Vorgänge in der österreichischen Kaiserstadt wußte man noch nicht, aber schon das Gerücht, daß ein Kampf ausgebrochen und das Volk Sieger über die Soldaten geblieben sei, war genügend, die Aufregung zu erhöhen und zur Nachahmung der Wiener Vorgänge aufzufordern. Was in Wien möglich gewesen war, mußte doch auch in Berlin möglich sein!

Vergeblich bemühten sich die Bürger mit den weißen Binden, die Volksmenge zu beruhigen, vergeblich baten sie, man möge auseinandergehen, um nicht neues Unheil heraufzubeschwören; ihre Anstrengungen waren fruchtlos und als nun gar von dem auf dem Schloßhof aufgestellten Infanterie-Bataillon mehrere kleine Pikets auf den Schloßplatz vorgeschoben wurden, da gab es von Neuem lautes Schreien, Zischen und Pfeifen, da wurden wieder die Soldaten verhöhnt und beim Anbruch der Nacht umringten wilde Volkshaufen dieselben, ja es wurden sogar Steine aus dem Pflaster gerissen und gegen das Militair geworfen.

Nach nicht langer Zeit trabte eine Abtheilung Kavallerie herbei; sie ritt sofort auf das Volk ein, Trompetensignale ertönten und als auch diese fruchtlos waren, die Menge sich nicht sofort zerstreute, da drangen Infanterie und Kavallerie gegegen dieselbe vor.

In wilder Flucht zerstreute sich das Volk in die Breite-, Brüder- und Königsstraße; hier versuchte es sich zu setzen, Barrikaden entstanden, aber sie waren so schlecht gebaut und es gab keine Bewaffneten, die sie vertheidigen konnten, so daß sie mit Leichtigkeit zerstört werden konnten.

Waffen! Waffen! so tönte das Geschrei. In der Breitenstraße gab es eine Waffenhandlung. Diese sollte erbrochen werden. Aber dies gelang nicht, die Soldaten kamen zur rechten Zeit herbei, um die Zerstörung zu verhindern.

Vom Schloßplatz her fielen Schüsse, welche einige Ruhestörer verwundeten; von der Brüderstraße aus drangen ein Paar Kompagnien durch die Spreegasse und die Gertraudtenstraße dem Volke nach gegen den Spreearm vor.

Das Volk hatte die Brücke aufgezogen, um hierdurch die weitere Verfolgung zu verhindern. Die wüthenden Soldaten schossen über den Fluß fort. Mehrere der Flüchtenden wurden getödtet, viele verwundet. Erst spät in der Nacht legte sich der Aufruhr.

Am Donnerstag, den 16. März, war schon vom frühesten Morgen an Berlin so lebendig, wie sonst nur an besonderen Festtagen; unter den Linden, auf dem Schloßplatz und in den an denselben stoßenden Straßen wogte die Volksmenge auf und nieder.

In Wien Revolution, das war das Tagesgespräch in allen den unzähligen Gruppen, welche sich schnell um irgend einen Erzähler bildeten, wieder auflösten und wieder bildeten. Man sprach

auch von den Vorgängen des vergangenen Abends, von der tiefen Erbitterung, welche die Soldaten, welche doch selbst aus dem Volke hervorgegangen seien, gegen das Volk gezeigt hätten; daran sei nur die Aufhetzung durch die Offiziere Schuld.

Man erzählte, daß sich am Hofe eine Kriegspartei gebildet habe, an deren Spitze der Prinz von Preußen stehe, daß die höheren Offiziere wüthend über die Mäßigung seien, welche der König gegen das Volk zeige, daß sie die ernstesten Maßregeln, ein Blutbad unter den Empörern forderten, nur durch ein solches könne die Ruhe hergestellt werden. Die unwahrscheinlichsten Gerüchte über das finstere Walten jener militärischen Reaktion fanden Glauben. Eins dieser allgemeinen für wahr gehaltenen Gerüchte erwähnt auch Varnhagen in seinen Tagebüchern, indem er erzählt:

„Gestern hatte Pfuel die Truppen unter den Steinwürfen des Volkes etwas in das Schloßportal zurückgezogen, ließ nicht schießen, aber Reiterei von der Stechbahn her vorsprengen, und es gelang auf diese Weise, einige zwanzig Meuterer zu verhaften. Der Prinz von Preußen aber trat zornig an Pfuel heran und sagte: „Herr General, alles was ich mit so vieler Mühe geschaffen, diese gute Stimmung zum Angriff, haben Sie verdorben, mein ganzes Werk vernichtet, die Truppen demoralisirt, Sie haben die ganze Verantwortung davon, es ist indigne!“ Pfuel antwortete rasch: „Königliche Hoheit, ich beschwere mich sogleich über Sie bei Seiner Majestät; was ich gethan, hatte guten Grund und Erfolg und ich werd' es verantworten.“ Pfuel ging zum Könige, verlangte Genugthuung oder Entlassung; der Prinz kam dazu, bat, ihm seine Uebereilung zu verzeihen, und so war's gut.“

Der Name des Prinzen von Preußen wurde von vielen Seiten her recht geflissentlich genannt, dem Prinzen wollte man die Hauptschuld daran, daß Bürgerblut geflossen war, aufbürden.

Nähere Nachrichten aus Wien, welche den Sieg der Revolution verkündeten, waren im Laufe des Tages eingetroffen, sie fanden schnell Verbreitung und erregten großen Jubel. „Wir werden auch siegen, wenn wir es nur wagen zu kämpfen,“ so hörte man manchen Redner auf offener Straße unter dem Beifall der Umstehenden sprechen.

Das Volk gewöhnte sich an den Gedanken, im offenen Kampf dem Militär zu widerstehen und eine Revolution zu machen. Zu welchem Zweck? Wer fragte danach? In Paris war gekämpft worden, in Süddeutschland, in Wien, überall hatte das Volk Revolution gemacht und gesiegt, in Berlin mußte das Gleiche geschehen. Daß es geschehen würde, darüber war Alles einig, nur wann und auf welche Veranlassung hin, das wußte man nicht.

Es handelte sich bei der großen Volksmenge gar nicht um bestimmte Freiheitsfragen, die sie durchzusetzen entschlossen war. Für sie waren jene Petitionen, die in Adressen dem Könige vorgelegt worden waren, nur leere Phrasen, von denen sie grundwenig verstand. Die Menge wurde getragen durch eine fieberhafte Aufregung, welche sich infolge des militärischen Einschreitens ihrer bemächtigt hatte, sie fühlte den Durst nach Rache, den unbestimmten Antrieb, etwas zu thun, sich nicht an Muth und Energie durch die Wiener überbieten zu lassen. Es war ein unklares Gefühl, welches sie beherrschte. Eine Revolution, welche durch solche Antriebe erzeugt wurde, konnte schwerlich segensreiche Früchte tragen.

In den Regierungskreisen kannte man die Stimmung der Berliner, wenn man sie auch nicht ihrer ganzen Gefährlichkeit nach würdigte.

Schon am Morgen des 16. März hatte eine Minister-Konferenz stattgefunden, zu welcher auch der Gouverneur, der Kommandant, der Ober-Bürgermeister und der Stadtverordneten-Vorsteher zugezogen worden waren. Man hatte beschlossen, schleunigst die bürgerlichen Schutz-Commissionen zu errichten und zu diesem Beschlusse die Königliche Genehmigung erhalten. In den 102 Stadtbezirken sollten unter der Leitung von Kommunalbeamten die Schutz-Kommissionen zusammentreten. Die zu denselben berufenen Bürger sollten eine Art von amtlichen Charakter bekommen und vor der Beleidigung durch das Publikum dadurch geschützt werden, daß man Strafen auf Widersetzlichkeit gegen Befehle der Schutzbeamten festsetzte. Um die Schutzbürger kenntlich zu machen sollten sie eine weiße, mit dem Wort Schutz-Beamter bedruckte Binde um den Arm und in der Hand einen weißen Stab von etwa 1½ Fuß Länge tragen. Um den Volkswünschen gerecht zu werden, sollte das Militär nicht eher einschreiten, als bis die Schutz-Kommissionen erklärt hätten, sie vermöchten nichts mehr zu bewirken, dann erst hatte das Militair das Recht, nachdem ein dreimaliges Signal mit der Trommel oder Trompete gegeben worden, bei einem Aufruhr gegen das Volk die Waffen zu ergreifen.

Unmittelbar nach der Minister-Konferenz fand wieder eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten statt. Die Zuhörer-Tribüne war abermals dicht gefüllt, aber das Publikum ein anderes als an den früheren Tagen. Die Berathung verlief deshalb auch ruhiger als sonst.

Die Stadtverordneten beschlossen, die Schutz-Kommissionen anzunehmen, aber sich nicht damit zu begnügen, daß dieselben unbewaffnet blieben, sondern um Errichtung einer bewaffneten Bürgerwehr zu bitten, zu der indessen die sogenannten Schutzverwandten, die Nicht-Bürger, nicht hinzugezogen werden sollten.

Die Väter der Stadt fürchteten, durch eine Bewaffnung der Arbeiter die Revolution herauf zubeschwören. Um die Arbeiter zu versöhnen, wurde eine Reihe anderer Beschlüsse: Erhöhung des Lohns bei den Arbeitern auf dem Wedding, vergrößerte Zahl der dort beschäftigten Arbeiter ꝛc. gefaßt.

Im Laufe des Tages erschienen Proklamationen

des Magistrats, der die Bildung der Schutz-Kommissionen veröffentlichte und eine des Gouverneurs und des Polizei-Präsidenten, in der unter dem Vorwande, daß der Verkehr nicht gestört werden dürfe, jede Versammlung auf Straßen und Plätzen verboten wurde.

Wie die Stadtverordneten beschlossen auch die Studenten, für die Aufrechthaltung der Ruhe zu sorgen, sie wollten sich den Schutzbeamten anschließen, und mit ihnen gemeinschaftlich ohne Waffen durch gütliches Zureden wirken.

Alle diese Bemühungen, den Frieden zu erhalten, sollten sich als gänzlich erfolglos zeigen. Während noch die Studenten beriethen, fielen schon draußen vor der Universität die ersten Schüsse.

Auf dem Opernplatz hatte sich im Laufe des Nachmittags eine große Volksmenge angesammelt. Es gab einen gewaltigen Lärm, als unter derselben die friedlichen Schutzbeamten mit ihren Binden mit weißen Stäben erschienen. „Fort mit den Ballkellen! laßt die Schwefelhölzer zu Haus!" riefen einige Muthwillige den guten Bürgern zu, die sich dadurch im Bewußtsein ihrer Amtswürde nicht wenig beleidigt fühlten.

Es gab Reden und Gegenreden, denn die Schutzbeamten wollten sich nicht gutwillig verspotten lassen. Sie forderten die Versammelten Anfangs mit guten Worten, dann aber gebieterisch auf, sich zu zerstreuen, dafür ernteten sie nur neuen Spott. Manchem wurde nach beliebter Berliner Manier der Hut angetrieben, Anderen riß der unfuglustige Pöbel die „Ballkellen" und die weißen Binden fort.

Daß die Schutzbeamten nichts ausrichten konnten, war augenscheinlich, aber ein Grund, mit Waffengewalt gegen das Volk einzuschreiten lag nicht vor, denn die versammlte Menge würde ganz von selbst sich verloren haben, hätte man sie nur in Frieden gelassen. Das aber geschah nicht.

Wieder wurden gegen sieben Uhr Abends Militärmassen aufgeboten. Die Trommeln wirbelten als Warnungszeichen dreimal schnell hintereinander, dann erfolgten zwei Gewehrsalven, die eine in die Luft, die andere gegen die Menge.

Mit wildem Geschrei floh das Volk auseinander, einige Verwundete schleppten sich schwerfällig fort, zwei blieben auf dem Platze, der eine todt, der andere tödtlich getroffen.

Die flüchtende Menge stürzte mit dem Rufe: Waffen! zu den Waffen! durch die Straßen, aber noch fand dieser Ruf keinen Wiederhall bei der Bürgerschaft. Wohl sammelten sich selbst in den entferntesten Straßen kleine Gruppen, in denen aufregende Reden gehalten wurden, in denen man von Rache gegen die Soldaten sprach, wohl hörte man verwirrtes Geschrei, wilde durcheinander tönende Rufe, aber dies war auch Alles. Schon früher als an dem vorhergehenden Abend hatte sich die Volksmenge wieder verlaufen.

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Der 17. März. — Volksforderungen. — Bürgerversammlungen. — Der Wunsch nach Volksbewaffnung. — Die beabsichtigte „friedliche Demonstration" der Schutzbeamten. — Revolutionäre Verdienste des Dr. Woeniger. — Der Vorabend der Revolution. — Die Polen, Juden und Franzosen. — Der Polizei-Präsident v. Minutoli über dieselben. — Versammlung auf dem Kölnischen Rathhaus. — Wieder Dr. Woeniger; — seine vorsichtige Zurückgezogenheit. — Berathungen im Königlichen Schlosse. — Konzessionen. — Drohender Aufstand der Rheinprovinz. — Der Morgen des 18. März. — Empfang der rheinischen Deputation durch den König und den Prinzen von Preußen. — Thätigkeit des Magistrats und der Stadtverordneten Berlins am Vormittage des 18. März. — Empfang ihrer Deputation beim Könige. — Volksversammlung auf dem Schloßplatz. — Der König auf dem Balkon. — Volksjubel. — Militär zurück! — Die verhängnißvollen Schüsse.

Am 17. März waren die Berliner schon vom Morgen ab wieder auf den Straßen. Es mußte etwas geschehen gegen das Niederschießen friedlicher Bürger. Aber was sollte geschehen? Man wollte den König bitten, man wollte Deputationen zu ihm schicken, die Bürgerschaft wollte sich vereinen, um selbst den Schutz der Stadt zu übernehmen. Es war an der Zeit, daß auch in Preußen wie überall in Deutschland, wie selbst in Wien, die Volksforderungen gewährt würden, das reaktionäre Ministerium mußte abtreten, um einem freier gesinnten Platz zu machen. Man wollte Preßfreiheit, die schnellste Einberufung des Landtages; die Arbeiter verlangten Arbeit, Schutz durch den Staat, womöglich ein eigenes Arbeiter-Ministerium. Dieses Chaos von Wünschen wurde laut, wo auf den Straßen Menschengruppen zusammentraten, in den Restaurationen und Bierhäusern, überall wo ein Vereinigungspunkt war, denn überall bildeten sich im Augenblick kleinere und größere Klubbs, in denen eifrig politisirt wurde.

Klar über die Tragweite dieser Volksforderungen war eigentlich Niemand, aber daß Berlin nicht zurückstehen dürfe hinter den anderen deutschen Städten, daß diejenigen Volksforderungen, welche dort gewährt worden waren, auch hier gewährt werden müßten, erschien als selbstverständlich. Nur über Eins waren Alle klar und Alle einig, das Volk durfte nicht ferner den Angriffen der Soldaten Preis gegeben sein, das Militär mußte zurückgezogen werden.

Die Bürger konnten selbst für die Ruhe der Stadt sorgen und zu diesem Zweck war eine Bürgerbewaffnung durchaus nothwendig. Einzelne mochten bei dieser Forderung wohl einen Hintergedanken haben, sie mochten daran denken, daß die bewaffneten Bürger ebensowohl zum Kampfe

gegen das Militär als zur Aufrechthaltung der Ruhe dienen dürften, die große Menge aber dachte daran am Morgen des 17. März noch nicht. Erst im Laufe des Tages entwickelte sich diese Ansicht in ihrer vollen Tragweite.

Am Morgen des Tages glaubte noch Niemand an einen bestimmten Zeitpunkt für den Ausbruch einer Revolution, am Abend sagte ihn Jeder voraus.

In verschiedenen größeren Lokalen der Stadt fanden am 17. Versammlungen von Bürgern statt, in denen darüber berathen wurde, wie die Volksbewaffnung zur Ausführung gebracht werden könne. Ueberall wurde nur Ein Weg für möglich erachtet, der einer abermaligen Petition an den König, aber über die Art, wie solche Petition dem Monarchen übermittelt werden sollte, war man in den verschiedenen Versammlungen sehr verschiedener Ansicht.

Hier hielt man die städtischen Behörden, dort beliebte freisinnige Abgeordnete des Vereinigten Landtages für die geeigneten Vermittler; diese Versammlung wollte mit einer Deputation direkt sich an den König wenden, eine andere den Polizei-Präsidenten, wieder eine andere sogar den Minister von Bodelschwingh zum Briefträger machen.

Die wichtigste von allen diesen Versammlungen war die, welche am Nachmittag gegen 3 Uhr in einem Saal der Köpnicker-Straße stattfand. Sie bestand nur aus Schutzbeamten,*) die sich aus etwa 13 verschiedenen Revieren vereinigt hatten. Es war der Antrag gestellt worden, die Bürgerschaft solle die Volkswünsche dem Könige in einer Adresse vorstellen, aber nicht wie früher die Adresse durch eine einfache Deputation übergeben lassen oder gar den Stadtverordneten übersenden, sondern die Gelegenheit benutzen, um die Regierung zum Eingehen auf die Wünsche des Volkes durch eine großartige Demonstration zu zwingen.

Am folgenden Tage, am 18. März Mittags 2 Uhr, sollte eine Deputation der Versammlung dem Könige die Adresse überbringen, die Deputirten aber sollten begleitet werden durch Tausende von Bürgern, durch alle Schutzbeamte der Stadt, die mit der Binde decorirt und mit dem Stabe in der Hand sich auf dem Schloßplatz aufstellen sollten, um Seiner Majestät zu zeigen, die dort unten, die besten Bürger der Stadt, seien es, welche die Wünsche des Volks aussprächen.

Eine solche friedliche Demonstration, so meinten die Antragsteller, werde der Revolution vorbeugen, denn der König könne nicht umhin, so überreichte Wünsche des Volkes zu gewähren.

Einer der Hauptredner in der Versammlung war der Schriftsteller Dr. Woeniger. Er erhielt den Auftrag, die Adresse zu entwerfen. Und das that er, er legte der Versammlung einen Entwurf vor, der sofort genehmigt wurde, die wichtigste Stelle in diesem Adreßentwurf lautete:

„Allergnädigster König! Unerreichbares zu erstreben liegt nicht in unserer Absicht; wir beschränken uns auf das Nothwendigste, dadurch nur die Pfade weiterer Entwickelung anbahnend. Dahin gehört:

1) Zurückziehung der militärischen Macht;
2) Organisation einer bewaffneten Bürgergarde;
3) Gewährung der uns seit einem Menschenalter verbürgten, unbedingten Preßfreiheit;
4) Einberufung des Vereinigten Landtages.

Wird uns dies gewährt, wird es uns sofort gewährt, dann garantiren wir den wahren Frieden unserer Stadt."

Nachdem die Adresse von der Versammlung angenommen worden war, trennte sich diese; sie hatte noch den Beschluß gefaßt, die Schutz-Kommissionen in der ganzen Stadt zu benachrichtigen, daß sie sich am folgenden Tage Punkt 2 Uhr Mittags auf dem Schloßplatz einfinden sollten, um dort die friedliche Demonstration vollenden zu helfen.

Es war ein Beschluß, dessen ungeheure Folge die meisten der guten Bürger, welche ihn gefaßt hatten, durchaus nicht ahnten, am wenigsten vielleicht Dr. Woeniger selbst, der Verfasser der Adresse, der Hauptagitator in der Versammlung.

Was die radikalen Literaten unter den Zelten nicht gewagt hatten, das wagten jetzt wenige Tage später die soliden und friedlichen Schutzbürger: eine Massen-Demonstration, eine revolutionäre Demonstration! Als solche wurde der Beschluß der Versammlung allgemein in Berlin aufgefaßt, als er mit wunderbarer Schnelligkeit bekannt wurde. Die Schutzbürger selbst hatten dies bewirkt.

Nach der Versammlung verbreiteten sich die Mitglieder derselben durch die Stadt; überall, wo sie einen Menschenknäul fanden, traten sie zu diesem und erzählten, sie würden morgen Nachmittag 2 Uhr in corpore auf dem Schloßplatz erscheinen und dem König eine Petition übergeben, Seine Majestät solle sehen, daß nicht, wie er geglaubt, die Hefe, sondern die Elite des Berliner Volks die Zurückziehung des Militärs und die Bewaffnung der Bürgerschaft fordere. Solchen Bitten müsse der König wohl nachgeben.

Manche von den Zuhörern schüttelten über diese freudige Zuversicht wohl die Köpfe, andere begrüßten mit Jubel die revolutionäre Demonstration und am Abend hörte man überall auf den Straßen, wohin man auch kommen mochte, das Wort: „Morgen geht's los!" Was denn? Natürlich die Revolution! — Auf welche Veranlassung hin, mit welchen Mitteln, das hätte schwerlich Jemand zu beantworten gewußt, man fragte auch nicht danach, war es doch genug, daß man wußte: morgen geht's los.

---

*) Die Schutzbeamten waren vorzugsweise Kommunal-Beamte, auch einige nicht im Kommunaldienst stehende, angesehene Bürger der Stadt waren indessen in die Reihe der Schutzbeamten eingetreten.

In einer späteren Zeit sind von den verschiedenen Parteien die seltsamsten sich durchaus widersprechenden Behauptungen über die Revolution vom 18. März aufgestellt worden. Die reaktionären Zeitungen und Broschüren, wir verweisen besonders auf die berühmt gewordene „signatura temporis“ des Professor Leo in Halle, sprechen von einer durch fremde Emissäre und einheimische Revolutionäre systematisch vorbereiteten und organisirten Revolution, von anderer Seite wird dagegen behauptet, noch am 18. März Mittags habe Niemand in Berlin eine Ahnung davon gehabt, daß ein Kampf ausbrechen könne. Beides ist gleich unrichtig.

Die „Polen, Juden und Franzosen“ der Kreuzzeitung sind eine leere Parteierfindung. Wenn auch ziemlich viel Polen sich damals in Berlin aufgehalten haben, einen Einfluß auf das Volk haben sie ebensowenig ausgeübt, wie die wenigen Franzosen, welche vielleicht zufällig, wie zu jeder andern Zeit so auch in jenen Tagen, in der preußischen Residenz zum Besuche anwesend waren. Herr von Minutoli, der Polizei-Präsident, welcher später in Ungnade gefallen ist, sagt hierüber zu seiner Rechtfertigung in einer als Manuskript gedruckten Schrift:

„Man hat mir zum Vorwurf gemacht, daß man Tausende von französischen und polnischen Emissären in Berlin geduldet und solche nicht vor dem 18. März ausgewiesen hätte, da durch diese allein der längst und vollständig vorbereitete Barrikadenkampf geleitet worden wäre. Hierauf bemerke ich, daß allerdings viele Fremde und namentlich Polen damals in Berlin sich aufhielten. Die Fremdenkontrole in den Gasthöfen wurde mit Strenge gehandhabt, Revolutionsmacher wohnen aber nicht in Hotels, sondern in Kneipen, bei Studenten, Handlungskommis und liederlichen Dirnen, und polizeiliche und außeramtliche Meldungen über dergleichen verdächtige Fremde habe ich nicht erhalten; eine entsprechende Beaufsichtigung der kleinen meublirten Wohnungen war in Ermangelung des dazu nothwendigen Beamtenpersonals unausführbar. Mit den, wegen des Polenprozesses anwesenden Polen sollte in Folge hoher Verwendung mit großer Schonung verfahren werden. Ich besorgte gegen Mitte März eine Ueberrumpelung des Pensylvanischen Gefängnisses und einen Versuch zur Befreiung der gefangenen Polen, weshalb ich mit dem Direktor Grabowsky die nöthigen Verabredungen getroffen hatte, um für solche Fälle durch gewisse Signale rasch Hilfe aus der Stadt herbeizuziehen. Wenn auch von den anwesenden Fremden eine Anzahl, namentlich Polen, sich beim Kampfe betheiligt haben, so bestreite ich, bis daß der Gegenbeweis bis zur Wahrscheinlichkeit geführt sein wird, daß Tausende oder viele Hunderte von Franzosen und Polen, um einen Straßenkampf zu organisiren, nach Berlin gekommen wären. Ich zweifle, daß die französische Revolution viele deutsch sprechende Franzosen nach Berlin gespieen hatte, ebenso wie ich zweifle, daß das Berliner Volk sich bei solchen Veranlassungen von Ausländern leiten lassen wird, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Ebenso gehört es in das Bereich der Märchen, daß in der Breiten- und Königsstraße die Wände der Häuser schon vor dem Kampf durchgeschlagen, die Treppen mit Rasenstücken belegt, die Häuser abgedeckt und die Böden mit Steinen angefüllt gewesen wären, weil darüber von den gut gesinnten Hausbewohnern oder Nachbarn mir doch irgend eine Nachricht zugekommen sein würde, um so mehr, da seit dem 13. März von Tag zu Tage die Aengstlichkeit des einen Theils der Bewohner Berlins mit der Erbitterung des andern Theils in gleichem Maße zugenommen hatte.“

Herr von Minutoli ist ein wohlunterrichteter und ein um so glaubwürdigerer Zeuge, als er nur zu geneigt war, Verdacht gegen die revolutionären Polen zu hegen. Die berühmt gewordenen „Polen, Juden und Franzosen“ spuken eben nur in der Phantasie von Leuten, welche es nicht begreifen können, daß die früher so gemüthlichen Berliner sich aufraffen konnten zu einem Muth und einer Verzweiflung, wie sie am 18. März sich kundgeben sollte.

Ebenso unrichtig ist aber auch die Behauptung, das Volk von Berlin sei gar nicht auf eine Revolution vorbereitet gewesen, diese sei urplötzlich durch die zwei Schüsse, von denen wir bald zu erzählen haben werden, entstanden. Ich kann als Augen- und Ohrenzeuge bestätigen, daß ich am Abend des 17. März nicht ein-, sondern wohl hundertmal in verschiedenen kleineren und größeren Versammlungen auf den Straßen das Wort: „morgen geht's los, morgen wird es sich entscheiden“ und Aehnliches gehört habe.

Von einem bestimmten Plan war nirgends die Rede; nur ein unbestimmter namenloser Thatendrang beherrschte die Volksmenge. Sie wollte sich nicht ferner willenlos zusammenschießen lassen. Sie hätte dies freilich überhaupt nicht nöthig gehabt, wenn sie zu Hause geblieben wäre und das Militär nicht geneckt und verhöhnt hätte. Aber solche Reflexionen machte sie nicht. War es doch von jeher ein gutes Recht der Berliner gewesen, überall dabei zu sein, wo „etwas los“ ist, den Berliner Witz überall spielen zu lassen ohne Scheu und jetzt plötzlich wurde, auf Neckereien mit Kugeln geantwortet, jetzt sollte man sich fern halten von jedem Volksauflauf, wenn man nicht Gefahr laufen wollte, die Neugier mit dem Leben zu bezahlen. Das empörte selbst den ruhigsten Berliner Weißbier-Philister, der sich in seinem gutem Recht gekränkt glaubte.

Die Schutzbürger, welche von Gruppe zu Gruppe eilten, waren die eigentlichen Propagandisten für die Revolution, wenn auch ohne es zu wollen. Sie glaubten eine großartige, aber friedliche Demonstration vorzubereiten und sie bereiteten die Revolution vor.

„Morgen geht's los!“ das wußte man am

Abend des 17. März in ganz Berlin. Auch der Polizei-Präsident von Minutoli wußte es und meldete es auf dem Schlosse. Aber er fand keinen Glauben.

Schon waren vom Könige Konzessionen vorbereitet, durch welche Friedrich Wilhelm IV. jedem Volkswunsche gerecht zu werden hoffte. Wir werden hierauf bald zurückkommen.

Der Glaube, daß der folgende Tag, der 18. März, ein entscheidender sein werde, bewirkte, daß der 17. März selbst ruhig verfloß, ohne daß es zu einem Konflikt mit dem Militär kam. Das Volk, welches in den Schutzbürgern jetzt Verbündete sah, folgte den Ermahnungen derselben, auseinander zu gehen, wenn hier und da eine der kleinen Versammlungen auf offener Straße einen zu bedeutenden Umfang anzunehmen drohte. Jeder kleine Konflikt mit den Truppen erschien nutzlos, da es am folgenden Tage doch zum ernsten Kampf kommen sollte.

Am Abend des 17. März fand noch auf dem Cölnischen Rathhause eine Versammlung statt, welche nicht ohne Bedeutung war. Das Cölnische Rathhaus bildete den Hauptsammelplatz der Schutzbürger. Eine ziemlich große Zahl von diesen war vereint, als gegen 8 Uhr Dr. Woeniger mit den Schutzbürgern des Brüderstraßen-Bezirks erschien. Er bestieg die Rednertribüne und hielt mit dem ihm eigenen Wortreichthum eine feurige Ansprache an die Versammlung, in welcher er zeigte, wie bedeutend der gegenwärtige Augenblick sei. Eine Schmach für Preußen würde es sein, wenn es von Oesterreich überflügelt werden sollte. Die Aufgabe der Schutzbürger sei es nicht allein, auf den Straßen das Volk auseinander zu treiben, Unruhen zu dämpfen, sie müßten auch die Regierung mahnen an ihre Pflicht. Er fordere aus diesem Grunde die versammelten Schutzbürger auf, sich am folgenden Tage, am 18. Mittags um 2 Uhr ebenfalls auf dem Schloßplatz einzufinden, um vereint mit der übrigen Schutzbürgerschaft dem Könige die Adresse, welche der Redner vorlas, zu überbringen.

Dr. Woeniger hatte so gut gesprochen, daß ein donnernder Beifall ihm lohnte. Der größte Theil der Versammlung war geneigt, sich sofort für die Mitüberreichung der Adresse zu erklären, nur einige weniger enthusiastische ältere Männer behielten die ruhige Besonnenheit, unter ihnen auch der Stadtrath Gärtner; der meinte, es sei nicht wohlgethan, wenn sich Tausende auf dem Schloßplatz zusammenfänden; mit dem Inhalt der Adresse sei er einverstanden, aber nicht mit der Art der Ueberreichung. Eine Deputation genüge zu derselben, aber die Versammlung der Schutzbürgerschaft in corpore könne bedenkliche Folgen haben.

Auch der Direktor des Cölnischen Gymnasiums, ein seiner Freisinnigkeit wegen allgemein bekannter und geachteter Mann, der Dr. August, erklärte, die friedliche Demonstration des Dr. Woeniger könne leicht zum Ausbruch ernster Unruhen führen, er beschwor deshalb Herrn Woeniger, von diesem Plane abzugehen und Alles zu thun, damit die Massen-Demonstration nicht vorgenommen werde.

Die ruhigen und vernünftigen Worte der beiden älteren Männer fanden bei der Versammlung keine gute Aufnahme. Wilde Debatten und heftiger Streit waren die Folge. Dr. Woeniger erklärte, mit dem besten Willen könne er jetzt nichts mehr thun, es sei zu spät, um die Demonstration zu verhindern, denn schon durchlaufe die Aufforderung zu derselben die ganze Stadt.

Er hatte Recht, es war zu spät. Schon hatte sich die Nachricht von dem Vorhaben durch Berlin verbreitet; es war nicht mehr zurückzunehmen.

Aber bedenklich wurde der wackere Mann doch über das, was er gethan hatte, er begann nachzudenken darüber, daß er eigentlich eine recht fatale Sache angeregt habe. Die Anregung der Demonstration konnte für ihn selbst leicht bedenkliche Folgen haben. Auf den Schutz der Schutzbürger wollte er sich nicht verlassen, deshalb zog er sich für diese Nacht in die Verborgenheit zurück; in seiner Wohnung wäre er leicht einer Verhaftung ausgesetzt gewesen, dieser entzog er sich, indem er weder zu Haus schlief, noch sich weiter am Abend des 17. März irgend wo sehen ließ.*) Wie jeder gute Feldherr verband Herr Dr. Woeniger Tapferkeit mit Vorsicht! —

Während am 17. März die Bürgerschaft sich vorbereitete zu der großen Demonstration, die am folgenden Tage stattfinden sollte, traf die Königliche Regierung ebenfalls ihre Vorbereitungen, aber solche, welche der Revolution vorbeugen sollten. Der in Wien glücklich vollendete Volksaufstand hatte auch den König von der Nothwendigkeit, den Forderungen seines Volkes in wesentlichen Punkten nachzugeben, überzeugt. Zwar warnten noch immer die Anhänger des Alten vor unzeitigen Konzessionen, zwar erklärten die Generale, es sei kein Grund zu irgend einer Besorgniß, mit dem treuen Heere lasse sich jeder Aufstand leicht unterdrücken, aber Friedrich Wilhelm IV. wünschte einen Aufstand zu vermeiden. Es lag ihm nicht an einem blutigen Siege über das Volk, welches er durch Reformen zu gewinnen suchte.

An eine Revolution in Berlin glaubte der König zwar nicht, hielt er doch die Schilderung des Polizei-Präsidenten von Minutoli für übertrieben.

---

*) Herr Dr. Woeniger, der später eine Säule der konservativen Partei war, schillerte damals allerdings etwas röthlich, aber trotzdem hat Niemand ein Recht, zu behaupten, er habe absichtlich und wissentlich den Straßenkampf vom 18. März heraufbeschworen. Wer den Charakter des würdigen Herrn irgend kennt, wird gern bezeugen, daß ihm eine solche Absicht jedenfalls fern gelegen hat. Schon die Vorsicht, mit welcher Hr. Dr. Woeniger sich in der Nacht vom 17. zum 18. März unsichtbar machte, zeugt dafür, daß er nicht die Tollkühnheit, der Urheber einer Revolution zu werden, gehabt haben kann.

Aber auch eine Emeute sollte vermieden werden, und zu einer solchen, so glaubte der durch seine Umgebung irregeleitete König, suchten fremde und einheimische Revolutionäre, die in der Phantasie der Reaktionspartei spukenden polnischen und französischen Emissäre, sowie die radikalen Literaten der Zeitungshalle (vielleicht wurde auch Herr Dr. Woeniger zu ihnen gerechnet) die Berliner anzutreiben, zu einer Emeute, welche nur durch schweres Blutvergießen niedergedrückt werden konnte, wenn sie nicht durch Konzessionen unmöglich gemacht wurde.

Es mag dem Könige, der noch vor so kurzer Zeit ausgesprochen hatte, er lasse sich nicht drängen, kein beschriebenes Blatt solle sich zwischen Gott im Himmel und das Preußische Volk drängen, niemals würde er seine Einwilligung zu einer constitutionellen Verfassung für Preußen geben, schwer genug geworden sein, sich selbst, seine tief wurzelnde Ueberzeugung zu überwinden. Aber er that es. Er war bereit, Opfer zu bringen und dem Rathe, den ihm auch der Minister von Bodelschwingh gab zu folgen.

Eine Verfassung für den Preußischen Staat, Minister-Verantwortlichkeit, Aenderung des Ministeriums, Preßfreiheit und vor Allem eine gänzliche Reform der verhaßten deutschen Bundesgesetzgebung sollte proklamirt und zugleich der Vereinigte Landtag auf das Schleunigste einberufen werden!

Dies waren in der That Konzessionen, die den immer noch bescheidenen Wünschen der Bürgerschaft von Berlin vollkommen genügt hätten, wären sie nur am 17. März veröffentlicht worden.

Preußen sollte sich an die Spitze Deutschlands stellen! Mit diesem großen Wort, wenn es zur rechten Zeit gesprochen wurde, hätte Friedrich Wilhelm jeden Volksaufstand in Berlin unmöglich gemacht. Das Wort sollte gesprochen werden, bald, in einigen Tagen, vielleicht morgen schon! So lange hatte man wohl noch Zeit. Mußten doch manche Unterhandlungen im Ministerium gepflogen, manche Vorbereitungen getroffen werden.

Ein Preßgesetz, welches die Censur aufhob, aber noch Kautionen für Zeitungen und Zeitschriften forderte, wurde schon am 17. März vom Könige und sämmtlichen Ministern unterzeichnet, aber noch nicht veröffentlicht, ein Patent wegen beschleunigter Einberufung des Vereinigten Landtages auf Sonntag den 2. April, welches zugleich die Forderung des Königs für die Abänderung der deutschen Bundes-Verfassung enthielt, war ebenfalls fertig und vom Könige genehmigt. Beide Aktenstücke sollten am 18. März proklamirt und zugleich Graf Arnim an Stelle des Herrn von Bodelschwingh an die Spitze des Ministeriums berufen werden.

Alle diese Konzessionen wurden möglichst beeilt, denn es galt, nicht nur die Berliner, sondern auch die Provinzen zufrieden zu stellen und letzteres erschien vielleicht am wichtigsten, da schon am 17. März eine Deputation aus der Rheinprovinz in der Hauptstadt eingetroffen war, welche auch der Ober-Präsident der Provinz begleitete.

Die Deputation, welche am 18. März vom Könige empfangen werden sollte, brachte die bedenkliche Nachricht, daß ein Abfall der Rheinlande, eine Revolution in denselben drohend bevorstehe, wenn nicht der Landtag sofort einberufen und eine durchgreifende Gesetzes-Reform angeordnet werde.

Die rheinische Deputation wurde am 18. März Morgens 10 Uhr vom Könige in Gegenwart des Prinzen von Preußen empfangen. Ihr Sprecher, ein Mitglied des Kölner Gemeinderaths, Herr von Wittgenstein, redete in tiefer Bewegung den König an. Er verhehlte diesem die volle Wahrheit nicht, er sprach von der Aufregung, von der die ganzen Rheinlande ergriffen seien, die Zukunft der Provinz hänge von der Antwort ab, welche die Deputation mit nach Hause bringe, von der Gewährung der Wünsche, die in einer Adresse der Stadt Köln ausgesprochen waren.

Der König war bewegt, er antwortete in freundlichster und liebenswürdigster Weise: Er freue sich darüber, daß die Wünsche der Stadt Köln völlig übereinstimmten mit dem, was er selbst schon beschlossen habe. Er werde sich an die Spitze der deutschen Bewegung stellen und im Innern Preußens diejenigen Freiheiten gewähren, welche jetzt von allen Seiten gefordert würden; ein Kongreß in Potsdam werde in kürzester Zeit über eine Regeneration Deutschlands zu berathen haben.

Auf die wiederholte Versicherung der Deputirten, daß es dringend nothwendig sei, ganze Maßregeln zu ergreifen, daß die Rheinprovinz nur beruhigt werden könne, wenn die Deputation mit festen Versprechungen in ihre Heimath zurückkehre, erklärte der König, wenn die Deputirten ihre Abreise noch um drei Stunden verzögern wollten, sollten sie die schon im Druck befindlichen Proklamationen, in denen alle Volkswünsche gewährt würden, erhalten und mit nach Hause nehmen.

Mit diesem Bescheide entließ der König die Deputation, an welche der Prinz von Preußen noch einige freundliche Worte richtete. Die Deputation habe jetzt, so meinte der Prinz, den Zweck ihrer Sendung vollständig erfüllt, nun aber möchten die Deputirten auch nach Hause eilen, um beruhigend zu wirken; er selbst, der Prinz, werde ihnen auf dem Fuße folgen, um als Gouverneur der Rheinlande das Seinige zur Wiederherstellung der Ruhe zu thun.

Bald, nachdem die rheinische Deputation entlassen war, erschien auf dem Schloß auch eine Deputation der städtischen Behörden Berlins. Magistrat und Stadtverordnete hatten schon am frühen Morgen Sitzung abgehalten.

Der Ober-Bürgermeister Krausnick war Morgens um 6 Uhr durch den Minister von Bodelschwingh zu einer Konferenz eingeladen worden.

Herr von Bodelschwingh hatte ihm folgenden Brief geschrieben:

„In der vergangenen Nacht hat mir ein Bezirksvorsteher (vom Gensd'armen-Markte) gemeldet, daß mehrere Schutz-Kommissionen, in die sich viele Juden eingedrängt (er glaubt, von der neunten ausgehend) heute um 2 Uhr eine große Demonstration durch Adresse-Ueberreichung vorbereiten. Auch der Polizei-Präsident von Minutoli meldet dieses Vorhaben. Da nun gerade heut, wo sich Vieles bei uns entwickeln dürfte, eine solche Demonstration höchst unangenehm wäre, ja Preußens Schicksal wenden könnte, so halte ich es für meine Pflicht, ihr möglichst entgegen zu wirken, und bitte Ew. Wohlgeboren mir dazu Ihren Beistand leihen zu wollen.

Namentlich wäre es mir sehr erwünscht, wenn Sie heut Morgen um 8 Uhr — womöglich mit dem Syndikus Moewes — zu mir kommen könnten; Herr von Minutoli kommt dann auch."

Dieser Einladung war der Ober-Bürgermeister gefolgt; die gewünschte Konferenz fand statt, es wurde in derselben beschlossen, daß die städtischen Behörden ihre ganze Kraft aufbieten möchten, um durch persönliche Einwirkung die Schutzbürger von der Massen-Demonstration abzuhalten. Herr Krausnick entledigte sich des in der Konferenz erhaltenen Auftrages nach bester Kraft. Die Magistrats-Mitglieder ebensowohl wie die Stadtverordneten zeigten sich geneigt, ihm beizustehen, beide wünschten vor allen Dingen, die beabsichtigte Demonstration der Schutzbeamten, von der sie nach den in der Stadt verbreiteten Gerüchten, sehr gefährliche Folgen fürchteten, zu verhindern. Sie schickten deshalb Deputirte zu den verschiedenen Bürgerversammlungen, welche, wie bekannt geworden war, in mehreren größeren Lokalen abgehalten wurden, und ließen ihnen sagen, sie selbst würden durch eine Deputation dem Könige die Wünsche der Bürgerschaft vortragen lassen.

Die bisher vom Volke so streng abgeschlossenen städtischen Behörden wurden plötzlich in dieser Stunde der Gefahr sich bewußt, daß sie nur im innigsten Verkehr mit der Bürgerschaft eine Bedeutung hätten, deshalb verbanden sie sich fester, als dies je geschehen war, mit den Bürgern, deshalb warfen sie alle ceremoniellen Rücksichten bei Seite, selbst die Bestimmungen der Städte-Ordnung wurden an jenem 18. März nicht mehr beobachtet.

Als aus einer der Bürgerversammlungen eine Deputation an die Stadtverordneten-Versammlung abgesendet wurde, erhielten die Deputirten nicht nur Zutritt, sie wurden sogar eingeladen, in der Versammlung auf den Sitzen der Magistrats-Kommissarien Platz zu nehmen und zu den Stadtverordneten offiziell zu sprechen.

Die Deputation der städtischen Behörden, an deren Spitze der Ober-Bürgermeister stand, hatte inzwischen bei dem Könige Audienz erhalten und ihm die Wünsche der Bürgerschaft auf Preßfreiheit, auf schleunige Einberufung des Landtages, auf eine freie Ständeverfassung mit beschließenden Ständen, auf eine Aenderung des Ministeriums, auf Bürgerbewaffnung, auf Entfernung des Militärs vorgetragen.

Der König war wieder sehr gnädig gewesen, er hatten den Deputirten mitgetheilt, daß sich der Erlaß über Preßfreiheit und das Patent über die Einberufung des Vereinigten Landtages bereits im Druck befänden und daß auch die übrigen Volkswünsche Gewährung finden würden.

Diese Nachricht brachten die Deputirten den Stadtverordneten und erregten durch ihre Mittheilung einen unendlichen Jubel. Die Stadtverordneten und die anwesenden Deputirten der Bürgerversammlung umarmten sich im Rausche des Entzückens. Der Magistrat aber beeilte sich, das Resultat der Deputation in einem großen Plakat zu veröffentlichen, in einem Plakat, welches mit äußerster Schnelligkeit gedruckt werden und schon gegen Mittag vertheilt werden konnte. Es lautete:

Bekanntmachung.

Der Magistrat ist amtlich davon unterrichtet, daß ein auf die freisinnigsten Grundlagen sich stützendes Preßfreiheitsgesetz bereits unwiderruflich vollzogen ist, und bürgt der Magistrat mit seiner ganzen Wirksamkeit für die Bewahrheitung dieser Regierungsmaßregel. Gleichzeitig ist Se. Majestät der König gegenwärtig mit der Vollziehung von Entschließungen beschäftigt, welche das Wohl des Vaterlandes auf dauernde Weise sichern werden.

Der Landtag wird zum 2. April einberufen.

Berlin, 18. März 1848.

Ober-Bürgermeister, Bürgermeister und Rath hiesiger Königlicher Residenzien.

Der Magistrat verbürgte die Bewahrheitung der Regierungs-Maßregeln! Hatte man je so etwas gehört! Und doch fand an jenem Tage Niemand etwas Anstößiges in dieser seltsamen Bürgschaft.

Alles, was das Volk wünschte, war gewährt, jetzt bedurfte es nicht mehr der großartigen Friedensdemonstration, nicht mehr der Deputation der Schutzbürger an den König, die unterstützt werden sollte durch die vielen Tausende von Zeugen auf dem Schloßplatz. Aber doch kamen diese, zum Theil, weil sie noch nichts von den Vorgängen im Schloß, von der weitreichenden Gewährung des Königs wußten, zum Theil um dem Monarchen zu danken, ihm Lebehochs und jubelnde Rufe darzubringen.

Schon vom Vormittage an hatten sich viele Neugierige auf dem Schloßplatz eingefunden. Niemand dachte daran, sie zu stören, das Militär stand im Innern des Schlosses, auf dem Platz ließ es sich nicht blicken. Nach 1 Uhr Mittags vermehrte sich die Zahl der auf dem Schloßplatz Versammelten. Aus allen Stadttheilen kamen die Schutzbürger. Bald war der Platz gefüllt von einer sich drängenden Menge, welche zum

größten Theil der angesehensten Bürgerschaft Berlins angehörte.

Ein lauter Jubel erschallte, als die Magistrats-Plakate vertheilt wurden.

Endlich, es war gegen 2 Uhr, erschien der König auf dem Balkon des Schlosses. Er wurde empfangen mit einem donnernden Beifallsgeschrei, mit einem schallenden Lebehoch.

Wohl 10,000 Menschen waren auf dem Platz versammelt. Der König winkte, er versuchte zu sprechen, aber seine Stimme vermochte das Getöse nicht zu durchdringen. Ein Herr neben ihm, der Minister von Bodelschwingh, so hörte man später, ergriff das Wort und rief mit donnernder Stimme: der König habe die Preßfreiheit proklamirt, den Landtag berufen, er wolle eine Konstitution auf den freisinnigsten Grundlagen für alle deutschen Länder begründen, eine deutsche Nationalflagge solle künftig auf den Meeren wehen, alle Zollschlagbäume in Deutschland sollten fallen, Preußen werde sich dem Willen des Königs gemäß an die Spitze der deutschen Bewegung stellen!

Nicht Viele hatten den Redner verstanden, aber doch Einige und von diesen ging ein neuer donnernder Jubelruf aus.

Der König zog sich zurück; nach kurzer Zeit erschien er abermals. Wieder versuchte er zu sprechen, er wehte mit dem Tuche, aber es war ihm unmöglich, zum Worte zu kommen. Der Jubelruf war so stürmisch, er ertönte von allen Seiten des weiten Platzes her, daß keine menschliche Stimme ihn zu übertönen vermochte. Zum Zeichen des Dankes verneigte sich der König, auch rief der Minister von Bodelschwingh abermals einige Worte zum Volke herunter, in denen er den Dank Sr. Majestät und zugleich den Wunsch aussprach, jetzt möge, nachdem Alles gewährt sei, das Volk sich entfernen.

Auch diejenigen, welche von den Worten des Ministers nichts gehört hatten, sollten im nächsten Augenblicke alle die vom Könige gemachten Konzessionen erfahren. Ein Extrablatt der Allgemeinen Preußischen (Staats-) Zeitung, welches so eben ausgegeben worden war, enthielt die Verordnung über die Preßfreiheit vom 17. März und das Patent über die Einberufung des Vereinigten Landtages. Das Zeitungsblatt wurde in einer Anzahl von Exemplaren auf dem Schloßplatz vertheilt. Sofort ergriffen es einige Männer, die ihren Lungen vertrauen konnten, um es vorzulesen; hier und da wurden sie auf die Schultern Anderer gehoben und unter lauten Jubelrufen vollendeten sie die schwierige Vorlesung. Gerade hierdurch aber hatte sich auf dem Platz ein chaotisches Durcheinanderwirren erzeugt. Das Gedränge war groß geworden.

Ein Theil des Volkes war bis in die Schloßportale hineingedrungen. Hier entdeckte man bedeutende Militär-Abtheilungen, welche auf den Schloßhöfen kampffertig aufgestellt waren. Sofort erschallte der Ruf: „Militär zurück!"

Man erinnerte sich der traurigen Vorfälle der vergangenen Abende. Nicht eher glaubten die Berliner Bürger sich sicher, nicht eher meinten sie den Verheißungen der Regierung trauen zu dürfen, als bis die Soldaten zurückgezogen wären.

Der Ruf: „Die Soldaten fort! das Militär zurück!" verbreitete sich von einem Ende des Platzes zum andern; mit jedem Augenblicke wurde er lauter und stürmischer.

Ein paar Herren traten aus dem Schloß und mischten sich unter das Volk, unter ihnen auch der Minister von Bodelschwingh. Sie bemühten sich vergeblich, den Herandrängenden gut zuzureden; der König habe ja Alles gewährt, was man irgend wünschen könne, auch das Ministerium wolle er entlassen, die beliebtesten Abgeordneten des Landtages, Männer wie Camphausen und Auerswald sollten in die Regierung berufen werden, die der Graf von Arnim bilden werde. Jetzt aber sei es auch an der Zeit, daß das Volk vertraue; es möge sich zurückziehen, den Platz räumen, dem Könige Ruhe gönnen.

Diese gütlichen Worte verhallten ungehört. Das wilde Geschrei: „Militär zurück, Militär zurück!" wurde stürmischer als zuvor. Es mochte wohl denen, welche es in den Königlichen Gemächern oben im Schlosse hörten, bedrohlich genug erscheinen.

Statt des Jubels, der Anfangs die Gewährungen des Königs begrüßt hatte, erschallte jetzt jener vieltausendstimmige Ruf. Die Volksmasse drängte sich gegen die Schloßportale. Beabsichtigte sie vielleicht einen Angriff?

Man sprach im Schloß von fremden Emissären, welche das Volk aufwiegelten, man sprach davon, die ruhigen Bürger hätten längst den Schloßplatz verlassen, diesen fülle jetzt nur eine wilde Pöbelmasse aus, raubgieriges, aufstandlustiges, von Revolutionären geleitetes Gesindel.

Glaubte sich der König persönlich bedroht? fühlte er sich in seiner Königlichen Würde verletzt dadurch, daß das Volk seinen Mahnungen, sich zu zerstreuen, nicht nachgegeben hatte, daß es trotz den ihm gemachten Konzessionen jetzt Neues, die vollständige Zurückziehung des Militärs forderte? Verlangte er nach den Tagen der Aufregung jetzt endlich erschöpft nach Ruhe?

Wir wissen es nicht, historisch erwiesen ist nur, daß er einen verhängnißvollen Befehl gab. Gerade in jenem entscheidenden Augenblick entzog er dem General von Pfuel, dem freisinnigen volksfreundlichen Feldherrn, welchem jedes Blutvergießen ein Gräuel war, den Oberbefehl über die Berliner Truppen und übertrug ihn dem General-Lieutenant von Prittwitz, dem er zugleich die Ordre gab, den Schloßplatz durch Kavallerie säubern zu lassen.

Ein sehr wohlunterrichteter militärischer Schriftsteller giebt uns hierüber folgenden Bericht:*)

---

*) Die Berliner Märztage, vom militärischen Standpunkt aus geschildert. Ein interessantes Buch, dessen zweite Auflage im Jahre 1850 erschienen ist.

„Gegen 2 Uhr erhielt General-Lieutenant von Prittwitz die Nachricht, daß ihm der Oberbefehl über alle in und bei Berlin versammelten Truppen anvertraut worden sei und er sich sofort bei Seiner Majestät zu melden habe. Es geschah, wobei der Monarch in bestimmten Worten verfügte: er möge die Kavallerie nehmen, mit derselben den Schloßplatz säubern und dem dort herrschenden Skandal ein Ende machen. Jedoch solle die Kavallerie nur Schritt reiten und das Gewehr nicht aufnehmen.

Unmittelbar darauf, also kurz nach 2 Uhr, begab sich der Oberbefehlshaber zu dem Rittmeister von Borstell, welcher mit einer Schwadron Dragoner — der einzigen damals vorhandenen Kavallerie — im zweiten Hofe hielt, und führte dieselbe zu dreien, im Schritt und mit eingestecktem Gewehr durch das Portal Nr. 4 über die Schloßfreiheit nach dem Schloßplatze. Vor der Stechbahn angekommen, ließ er Front machen nach der langen Brücke, halten, und ritt, von dem Rittmeister und einem Trompeter begleitet, ein weißes Schnupftuch in der Hand, auf den Volkshaufen zu, welcher sich vor dem Portal Nr. 2 befand. Eine noch größere Masse drang während dem gegen das Portal Nr. 1.

Sobald das Volk die Reiter wahrnahm, stürzte es ihnen mit gewaltigem Geschrei entgegen, wobei nur die Worte: „Militär zurück!" in dem Getöse zu unterscheiden waren. Die Hoffnung, sich einer Menge verständlich machen zu können, die im höchsten Affekt, mit erhitzten Gesichtern und Schaum vor dem Munde andrang, mußte sogleich aufgegeben werden. Unwillkürlich wichen die Pferde vor dem Lärm zurück, bald befand sich der General mit seinen Begleitern bei der Schwadron, deren Pferde ebenfalls unruhig geworden und bereits bis auf die Kellerthüren vor der Stechbahn zurückgetreten waren. Es war unmöglich, das eigene Wort zu hören, deshalb vergingen mehrere Sekunden, bis der Rittmeister von Borstell den Auftrag vernahm, abzuschwenken und in Schwadrons-Kolonnen in Zügen auf dem Platz herumzureiten. Gleichzeitig wurden einige Dragoner vom linken Flügel, welche, um erfahrenen Unbilden zu begegnen, das Gewehr aufgenommen hatten, veranlaßt, dasselbe wieder einzustecken. Da kein Kommando vernehmbar war, riß Herr von Borstell den Säbel aus der Scheide*), um seinen Leuten zu winken; sie verstanden ihn und rückten zehn bis zwanzig Schritt vor, die Volksmasse wich hastig zurück.

Inzwischen waren die Haufen vor dem Schlosse immer zahlreicher, die thätlichen Beleidigungen der Soldaten immer häufiger geworden, weshalb Major von Falkenstein**) die 1. Kompagnie des Kaiser Franz Grenadier-Regiments vor dem Portal Nr. 2 hatte aufmarschiren lassen. Als er den General-Lieutenant von Prittwitz von der tobenden Menge umringt, also in dringender Gefahr bemerkte, führte er die Kompagnie mit Trommelschlag, aber Gewehr über, bis an die Breitestraße vor, wo sie halten blieb. Die 2. Kompagnie folgte, jedoch in der Richtung nach der Langen Brücke zu, die Schwadron Dragoner kam von der Stechbahn aus anmarschirt. Hierdurch wurde der Schloßplatz ziemlich von Menschen gereinigt, nur an den Häusern zwischen der Langen Brücke und Breitenstraße waren noch Viele stehen geblieben, welche durch Schimpfen und Drohen mit den Stöcken eine feindliche Stimmung bezeugten. Um auch diese zu entfernen, ließ der genannte Stabs-Offizier den Schützenzug der 1. Kompagnie unter dem Lieutenant von Preuß von der Breitenstraße-Ecke gegen die Lange Brücke vorrücken. Bei dieser Gelegenheit entlud sich das Gewehr des Grenadier Kühn dadurch, daß derselbe mit dem Hahn des Gewehrs an dem Säbel hängen blieb; ein zweiter Schuß fiel, indem ein Bürger dem Unteroffizier Hettchen auf das Piston schlug. Diese beiden Schüsse schienen die Veranlassung zum sofortigen Auseinandergehen der Menge gegeben zu haben."

Das Vorrücken der Kavallerie und Infanterie gegen die unbewaffnete Volksmenge, unter welcher sich der Kern der Berliner Bürgerschaft befand, das Säubern des Schloßplatzes, jene zufälligen beiden Schüsse, von welchen uns der militärische Berichterstatter erzählt, hatten eine furchtbare Wirkung.

Mit dem Schmerzensruf: „Verrath! Verrath! man schießt auf das Volk!" flohen die Bürger vom Schloßplatz. Nach allen Seiten verbreiteten sie sich. Der Ruf zu den Waffen ertönte. Die beiden verhängnißvollen Schüsse waren das Signal zur Berliner Revolution.

---

*) Es ist später von reaktionärer Seite her behauptet worden, die Dragoner hätten nur mit dem Säbel in der Scheide den Schloßplatz zu säubern versucht, während unzählige Zeugen bekunden, daß die Kavallerie die Säbel gezogen hatte; auch von einem Einhauen der Dragoner ist von anderer Seite her vielfach die Rede gewesen. Gewiß mit Unrecht, denn es ist eine Thatsache, daß auf dem Schloßplatz Niemand durch Säbelhiebe verwundet worden ist, während dies bei einem Einhauen doch nicht hätte ausbleiben können. Bei den sich direkt entgegenstehenden Zeugenaussagen läßt sich nur annehmen, daß ein Theil der Dragoner dem Beispiele ihres Rittmeisters folgend die Säbel ohne Kommando gezogen habe, wie dies ja auch schon vorher geschehen war.

**) Der später so berühmt gewordene Feldherr Vogel von Falkenstein.

XIV. Abtheilung.

Berlin in der Revolutionszeit.

Erstes Kapitel.

Die Revolution. — Reaktionäre und demokratische Irrthümer. — Herr von Unruh über die Revolution. — Letzte Versuche, den Frieden zu erhalten. — Ein Mißverständniß. — Das erste Blut. — Die Schildwache vor der Bank. — Zu den Waffen! — Erstürmung der Waffenläden. — Barrikadenbau. — Die Militärmacht. — Der Schlachtplan des Militärs. — Der erste Angriff des Militärs. — Die Kampfberichte, ihre Unzuverlässigkeit

Die Revolution, die viel geschmähte und viel gepriesene!

Die Revolution, welche zu verleugnen heut als patriotisch gilt und die doch den Beginn einer neuen Zeit bildet!

Die Revolution, aus welcher das absolutistische Preußen durch ein kurzes Stadium der Anarchie als ein Verfassungsstaat hervorging! —

Dem Jubel über die Gewährung der Volkswünsche folgte nach den verhängnißvollen zwei Schüssen ein Ausbruch wilder Wuth, dem Rausche des Entzückens ein Rausch des Hasses, der Begeisterung des loyalen Patriotismus die Begeisterung des revolutionären Kampfes.

Dieser wunderbare, durch zwei in die Luft gehende zufällige Schüsse in keiner Weise genügend motivirte Umschlag in der Stimmung des Volks hat den Feinden der Revolution schon kurze Zeit nach dem 18. März Veranlassung zu der Behauptung gegeben, daß die Revolution erzeugt worden sei durch eine Rotte von Verschwörern, vorzüglich durch fremde Emissäre aus Polen und Frankreich, die sich durch keine Nachgiebigkeit des Königs hätten zurückhalten lassen, daß sie das Werk kluger Vorausberechnung gewesen und systematisch von den Verschwörern, den Anführern bei dem Barrikadenbau geleitet worden sei. Wir könnten zahlreiche Beispiele dafür anführen, wie weit verbreitet diese jeder historischen Begründung ermangelnde, vollständig aus der Luft gegriffene und durch lügnerische Behauptungen unterstützte Ansicht schon kurze Zeit nach der Revolution war. Die reaktionären Zeitschriften, Broschüren und Schilderungen der Märztage bieten uns zu diesem Behufe ein überreiches Material, aber es genügt uns, zwei Zeugen sprechen zu lassen, den berühmten Verfasser der signatura temporis und den militärischen Berichterstatter über die Berliner Märztage. Der Erste erzählt:

„Sofort nach diesen beiden Schüssen war es sichtbar, wie einzelne der vorher so wild auftretenden Haufen in fast geordnet zu nennender Weise davon eilten, wahrscheinlich nach schon vorher bestimmten Sammelplätzen; die Reste jener elenden Haufen, die den ingrimmigsten Kern der zuletzt versammelten Volksmasse gebildet hatten, gebehrdeten sich wie Verzweifelnde; schrieen sie seien verrathen; Schutzmänner, denen es gelungen war, durch die Reihen der vordringenden Infanterie hindurch sich auf dem Platz zu halten, zerbrachen ihre Stäbe, zerrissen ihre Binden und fluchten dem an allen diesen Vorgängen unbetheiligten Könige; Schrecken bemächtigte sich der in das teuflische Komplott nicht Eingeweihten, und in verworrenster Flucht eilten alle noch in der Nähe Weilenden über die anstoßenden Brücken und Straßen von dannen."

Der militärische Berichterstatter theilt uns über die Vorgänge des 17. März Folgendes mit:

„In der Stadt herrschte nicht sowohl Ruhe, als unheimliche Stille. Desto thätiger waren die geheimen Leiter des Aufruhrversuchs in Berathungen. Sie wußten, daß ihnen das Proletariat gehöre, ebenso, daß mit diesem allein wohl eine Emeute, aber keine Revolution zu machen sei, und daß sie dazu des Bürgerstandes bedurften.

Auf die Heranziehung desselben wurde in der Art hingearbeitet, daß man den Bürgern und besonders den Mitgliedern der Schutz-Kommissionen sagte: unmöglich könnten die Berliner hinter den Wienern zurückbleiben wollen, der König müsse durch massenhaftes, aber friedliches Auftreten seiner besten Bürger die Volkswünsche erfahren. Deshalb seien Adressen zu entwerfen, hinsichtlich deren Ueberreichung man sich einigen werde.

Eine höchst richtige Beurtheilung der Menschen überhaupt und der hier bearbeiteten insbesondere, ist diesem Verfahren gewiß nicht abzusprechen. Schon das Wiener Argument war durchschlagend, dazu kam der verführerische Gedanke, mit Stab und Binde des Schutzmannes ausgerüstet, im

Vollgefühl seiner Würde, der Majestät mehr verlangend als bittend gegenüber zu stehen. — Gelang es, die Leute zur angeblich friedsamen Demonstration zu vermögen, so mußte sich das Uebrige finden. Und es hat sich gefunden.

Anderer Natur war die, ebenfalls am 17. in Tivoli stattfindende Berathung, woran vorzugsweise fremde Emissäre Theil nahmen, denn Polen und Franzosen zeigten eine wahrhaft rührende Fürsorge für die deutsche resp. preußische Freiheit. Hier galt es keiner Demonstration, sondern der Lösung des Knotens durch Losschlagen. Gewöhnlich wird angenommen, der 24. sei zum Angriff bestimmt gewesen und der Ausbruch am nächsten Tage nur zufällig, durch die Ungeduld Einzelner erfolgt. Dagegen läßt sich einwenden, daß ein so langes Verschieben der Katastrophe großen Bedenklichkeiten unterlag, deren Gewicht den Unternehmern des Aufruhrs nicht entgehen konnte. Noch bedeutender erscheint der Umstand, daß am 18. die mannigfachsten materiellen Vorbereitungen zum Kampfe sich als vollendet darstellten, namentlich auch die Barrikaden in großer Zahl mit einer Schnell- und Gleichzeitigkeit entstanden, welche ohne vorhergegangene Einleitungen kaum denkbar wären.

Wie dem immer sein möge, es steht über allen Zweifel hinaus die Existenz einer zahlreichen Partei fest, welche an der Spitze des Proletariates auf den Umsturz der bisherigen Staatsformen hinarbeitete."

Mit solchen vagen, durch Nichts erwiesenen Behauptungen, denen sogar das von uns schon angeführte Zeugniß des Polizei-Präsidenten von Minutoli gegenübersteht, waren die Gegner der Revolution bemüht, zu beweisen, diese sei das Resultat fremden Einflusses gewesen, während sie sich ganz naturgemäß aus der Geschichte der vergangenen Tage im Berliner Volke selbst entwickelte. Am 17. war, wie wir erzählten, in ganz Berlin die Ueberzeugung allgemein geworden, der 18. werde der Tag des entscheidenden Kampfes sein. Wäre am frühen Morgen des 18. das Gesetz über die Preßfreiheit vom 17. und das Patent über die Einberufung des Landtages vom 18. in Berlin bekannt gemacht worden, dann würde die Aufregung sich besänftigt haben, das leicht zufrieden zu stellende Volk beruhigt worden sein, jetzt aber wußte von den Königlichen Konzessionen nur ein geringer Theil der Bürgerschaft etwas, der größere Theil harrte der kommenden, ernsten Ereignisse, auf die er vorbereitet war. Die mit Blitzesschnelle strahlenförmig durch die Stadt bis in die entlegensten Vorstädte hinein sich verbreitende Nachricht: „es ist abermals auf das Volk, auf friedliche Bürger geschossen worden" fand überall Arbeiter und Bürger zum Aufstande fertig und geneigt.

Ein politisches Motiv hatte der folgende Kampf am 18. so wenig, wie die stürmischen Auftritte der früheren Tage. Der Ruf: Verrath! zu den Waffen! wirkte elektrisch auf die Massen, die nur durch das unklare, dunkle Gefühl, sie dürften sich nicht ohne Widerstand von den Soldaten niedermetzeln lassen, geleitet wurden. Deshalb erbauten sie Barrikaden, deshalb suchten sie sich zu bewaffnen, deshalb kämpften sie mit der den Norddeutschen zu allen Zeiten eigenen Tapferkeit. Aber zum Angriff schritten sie nirgends, wo es nicht galt, sich Waffen zu verschaffen; an allen andern Orten hielten sie sich lediglich in der Vertheidigung.

Nicht den König, nicht einmal das absolute Königthum betrachtete das Volk von Berlin in jener Nacht als den Feind, gegen den es die Waffen führte, es kämpfte nur gegen die Soldaten, es leistete Widerstand, während es an den Abenden vorher widerstandlos sich hatte niederschießen lassen.

Herr von Unruh, der Vater der gewiß nicht revolutionären nationalliberalen Partei, zeigt uns in einer geistreichen Schrift*) treffend, wie leicht es der Regierung geworden wäre, die Revolution des 18. März im Keime zu ersticken, sie gar nicht zum Ausbruch kommen zu lassen. Er sagt:

„Hätte man das Patent am 17. publizirt, den Rücktritt des Ministeriums und die Berufung der Oppositionsmänner des Landtags im Staatsanzeiger bekannt gemacht: so wäre am 18. kein Blut geflossen.

Noch war aber der Boden der Konzession für die Regierung nicht verloren, selbst dann noch nicht, als man mit Dragonern den Platz säuberte, als am Schloßportal die berühmten zwei Schüsse fielen, und sonst ruhige Bürger in den Ruf: Verrath! Zu den Waffen! Barrikaden! einstimmten.

Ein in die Märzrevolution tief eingeweihter Mann wurde im Juli vertraulich gefragt: „Was wäre geschehen, wenn die Regierung nach allen diesen Fehlern und Vorfällen am 18. März Nachmittags das Schloß, die andern Königlichen Gebäude, einige Thore und Eisenbahnhöfe stark besetzt, das dann noch disponible Militär auf einem Punkt konzentrirt, sich auf den Angriff der Barrikaden gar nicht eingelassen, Angriffe aber energisch zurückgewiesen, gleichzeitig die Entlassung des Ministeriums und die Berufung von Camphausen, Beckerath, Auerswald ꝛc. angezeigt und ein Gesetz, noch nicht so weit gehend, wie das vom 6. April, publizirt hätte?" — Er antwortete: „Nichts, gar nichts wäre geschehen, die Bürger hätten sich für die Regierung erklärt und die Barrikaden wären fortgeräumt worden."

Kannte denn die Regierung ihr so lange bevormundetes Volk, kannte sie die Berliner so wenig? Lag das angegebene Verfahren so fern?"

Herr von Unruh und sein „in die Märztage tief eingeweihter Mann" haben sicherlich Recht, es wäre zum Kampfe am 18. März nicht gekommen, wenn ihn nicht die Regierung oder deren

*) Skizzen aus Preußens neuester Geschichte von Unruh.

übereifrige militärische Diener gegen den Willen des Königs gesucht hätten. Weshalb aber suchte die Regierung den Kampf? Hatte doch der König schon viel gethan, um ihm durch Konzessionen vorzubeugen, war er doch bereit, noch mehr zu thun! Freilich Eins glaubte er am Abend des 18. März noch nicht gewähren zu können, und am Morgen des 19. gewährte er es doch zu spät, die Zurückziehung des Militärs. Die militärische Ehre erfordere, so meinte er damals, daß der Widerstand des Volkes mit Waffengewalt gebrochen werden müsse, diese traurige, von der bürgerlichen in ihren Grundbegriffen so wesentlich verschiedene, militärische Ehre, welche am folgenden Morgen so tief gedemüthigt werden sollte. Es war ein unglückseliges Verhängniß des hoch begabten Königs, dessen Herz so warm für sein Volk schlug, daß er stets zu viel und zu wenig, zu früh und zu spät gewährte, und daß ihm deshalb niemals Dank wurde, auch wo er ihn am meisten zu verdienen glaubte und vielleicht auch verdiente, während jeder Fehler, den er beging, unbarmherzig von seinen Gegnern ausgebeutet ward. Auch am 18. März sollte ihn wieder das zu spät und zu wenig verfolgen, während ihm am 19. das zu früh und zu viel die traurigsten Früchte trug.

Noch im letzten Augenblicke vor dem Kampf, als schon die zwei Schüsse gefallen waren und die Dragoner den Schloßplatz gesäubert hatten, wollte der König den Versuch machen, den Kampf zu vermeiden, selbst als schon überall in der Stadt die Barrikaden, wie wir weiter erzählen werden, sich erhoben hatten. Die beiden Schüsse waren ja nur durch Zufall gefallen, es war ein Mißverständniß, wenn das Volk meinte, das Militär habe mit Waffengewalt die friedlichen Bürger vom Schloßplatz vertreiben sollen. Und dieses Mißverständniß wollte Friedrich Wilhelm IV. beseitigen, er glaubte es durch eine einfache Erklärung thun zu können.

Zwischen 3 und 4 Uhr Nachmittags wurde aus dem ersten Portal des Schlosses her ein großes, zwischen zwei Stangen befestigtes Stück weißer Leinwand, auf welchem mit mächtigen schwarzen Buchstaben die Worte

Ein Mißverständniß,
Der König will das Beste!

geschrieben standen, von zwei Bürgern über den Schloßplatz nach der Kurfürstenbrücke getragen; ein dritter Bürger eilte, den Hut schwenkend voran, er zeigte auf die Leinwand und brachte ein Hoch auf den König aus.

Es waren auf dem Platze nur noch wenige Personen anwesend, solche, die dort nach der Räumung wieder zusammengekommen waren. Aber auch diese wenigen stimmten in den Lebehochruf nicht ein und als die Friedensstifter mit ihrem Banner an der Kurfürstenbrücke erschienen, fanden sie dort nur Verhöhnung, keinen Beifall. Schon hatten sich ja Barrikaden in der Königsstraße erhoben Das Volk glaubte nicht an das Mißverständniß, es glaubte solchen einfachen Zusicherungen nicht, es erwartete den Kampf. Obgleich dieser Versöhnungsversuch vollkommen fruchtlos ausfiel, sollten doch noch andere gemacht werden. Der Graf von Arnim, der am folgenden Tage an die Spitze des Ministeriums treten sollte, erschien zu Pferde vor der Barrikade am Ende der Breitenstraße, er suchte zu versöhnen, aber auch seinen Worten wurde nicht geglaubt. Noch hoffte man im Schlosse, durch Proklamationen wirken zu können. Der Minister von Bodelschwingh erließ eine solche. Sie lautete:

„Es hat sich heute durch die Stadt das entsetzliche Gerücht verbreitet, als sei Mittags 2 Uhr auf dem Schloßplatz auf friedliche, den König freundlich begrüßende Bürger geschossen, und scheint dieses tausendfältig vergrößerte Gerücht einen Hauptgrund zu den blutigen Ereignissen des heutigen Tages gegeben zu haben.

Zur Widerlegung desselben erklärt der Unterzeichnete als Augenzeuge und auf Grund vielfacher glaubwürdiger Zeugnisse aus allen Ständen, daß nur zwei zufällig sich entladende Gewehre, welche Niemand verletzt, den traurigen Irrthum veranlaßt haben!

Mögen alle diejenigen, welche diese Erklärung lesen, deren Inhalt verbreiten und dadurch zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther beitragen, damit weiteres Unglück vermieden werde.

Berlin, 18. März 1848.

Der Minister des Innern.
Bodelschwingh.„

Eine andere Proklamation wurde durch den General-Adjutanten des Königs in dessen Auftrage erlassen:

„Da das Gerücht verbreitet ist, daß eine Abtheilung Dragoner heute Mittag mit aufgenommenem Gewehr und von diesem Gebrauch machend die vor dem Schlosse befindliche Volksmenge angegriffen haben soll, so wird, obgleich Augenzeugen in Menge es sahen, daß diese Abtheilung Dragoner ohne gezogenen Säbel und nur im Schritt den Platz frei machte, auf's Sorgfältigste untersucht werden, was von jenem Gerüchte wahr ist, um nach Ermittelung der Wahrheit etwaige Schuldige zu bestrafen.

Berlin, 18. März 1848.

Im Allerhöchsten Auftrage
von Neumann,
General und General-Adjutant
Sr. Maj. des Königs.„

Beide Proklamationen wurden mit seltener Schnelligkeit in der Decker'schen Geheimen Hof-Buchdruckerei gesetzt und gedruckt, sie sollten überall in der Stadt vertheilt werden, um dem Kampf, der doch schon begonnen hatte, vorzubeugen oder ihn im Augenblick zu beenden. Aber auch dieser Versuch mißglückte vollständig, nicht einmal die Vertheilung der Bekanntmachung gelang.

Schon erhoben sich überall in Berlin die Barrikaden. Am folgenden Morgen fand man

ganze Packete der Proklamationen in den Rinnsteinen zertreten und in Stücke zerrissen, nur Wenigen wurden die friedlichen Worte bekannt und bei den Wengen verhallten sie ungehört.

Während vom Königlichen Schlosse aus diese vergeblichen Versuche gemacht wurden, in letzter Stunde noch den Kampf zu vermeiden, war schon Blut in den Straßen der Residenz geflossen.

Nach den beiden Schüssen hatte sich das Volk unter dem wilden Ruf: „Verrath! zu den Waffen!" nach allen Richtungen der Stadt hin zerstreut. Ein Theil der vom Schloßplatz Fliehenden stürzte die Werder'schen Mühlen entlang nach der Schleuse und Jägerstraße.

„Wir sind verrathen! wir werden ermordet!" so riefen sie in eiligster Flucht sich in die Jägerstraße wendend Jedem zu, der neugierig nach der Ursache ihrer Aufregung fragte. An der Jäger- und Oberwallstraßen-Ecke machten die Flüchtlinge zuerst Halt. Sie erzählten den sie Umringenden die Vorfälle auf dem Schloßplatze sie schilderten sie mit grellen, übertriebenen Farben. Noch wußte man nicht, ob auf dem Schloßplatz Bürger gefallen seien, aber nach den Erzählungen zu schließen mußte ein furchtbares Blutbad unter den friedlichen und waffenlosen Bürgern und Schutzbeamten angerichtet worden sein.

Die Wuth des Volkes wuchs bei der Anhörung solcher Erzählungen mit jedem Augenblick. „Zu den Waffen! zu den Waffen!" so schrie man laut und ein aus etwa hundert Bürgern, Arbeitern und Studenten in buntem Gemisch bestehender Haufen stürzte sich auf die Waffenläden in der Jägerstraße, erbrach dieselben und entleerte sie mit außerordentlicher Geschwindigkeit.

Vor der Bank standen zwei Schildwachen, denen wohl bei dem wüsten Lärm bange werden mochte, welche aber zu gute Soldaten waren, um den ihnen anvertrauten Posten zu verlassen. — Plötzlich bemerkte das Volk die Unglücklichen. „Nieder mit den Hunden von Soldaten!" rief eine rauhe Stimme und im nächsten Moment stürzte sich ein Theil des sich immer vergrößernden Volkshaufens auf beide Soldaten. Man suchte ihnen die Gewehre zu entreißen, aber die Grenadiere widerstanden tapfer; sie hielten ihre Waffen so fest, daß 6 bis 8 kräftige Männer sich vergeblich bemühten, dieselben ihren Händen zu entringen. —

„Laß nur Dein Gewehr los, es geschieht Dir nichts!" rief ein den bessern Ständen angehöriger Mann dem einen Grenadier zu.

„Ich bin Soldat und darf meine Waffe nicht verlassen," erwiderte dieser.

„Aber Du siehst ja, Du kannst sie nicht mehr vertheidigen."

Der Soldat erwiderte nichts. Mit bewunderungswürdigem Muth, mit einer Pflichttreue, welche einen bessern Lohn verdient hätte als ihm ward, kämpfte er um das ihm anvertraute Gewehr. Man sah endlich Messer in der Luft blinken, ebenso auch den Säbel, den einer der Angreifer dem Soldaten aus der Scheide gezogen hatte und jeden Augenblick mußte der Arme das Schlimmste befürchten. Der Kampf wurde immer heftiger, noch aber dachte Niemand daran, dem Unglücklichen in der That etwas zu Leide zu thun. Man wollte nur das Gewehr haben und schlug zu diesem Zwecke dem Grenadier auf Hände und Arme, damit er loslassen solle.

So spann sich der Kampf mehrere Minuten hin, endlich ermatteten die Kräfte des Soldaten. Nur am oberen Ende des Laufs hielt er seine Waffe noch fest, indem er die Mündung gegen seinen Leib drückte. Da — — knallte plötzlich ein Schuß, das Gewehr hatte sich in dem heftigen Kampfe von selbst entladen und die Kugel den Unglücklichen tödtlich getroffen. Seine Hände ließen das Gewehr los, welches er so tapfer vertheidigt hatte, einige Schritte taumelte er rückwärts, dann sank er zusammen, der Erste, der am 18. März fiel!"*)

Dem andern Soldaten ging es glücklicher. Ein Arbeitsmann hielt den Lauf des Gewehrs in die Luft und ein Anderer drückte unten ab. Man wollte nicht morden, nur entwaffnen und gebrauchte daher die oben beschriebene Vorsichtsmaßregel, damit nicht auch dieser, wie sein Kamerad durch einen unglückseligen Zufall um's Leben kommen sollte. Dann ließ man ihn laufen, ja einige Bürger nahmen sich sogar seiner an, um ihn vor Mißhandlungen durch das wüthende Volk zu schützen.

Der ganze eben beschriebene Kampf war das Werk weniger Minuten, aber in diesen wenigen Minuten war außerdem noch viel vorgegangen.

In allen Straßen der Residenz zeigte sich plötzlich ein vorher nie gesehenes Leben. Auf den Ruf: zu den Waffen! der mit unglaublicher Geschwindigkeit sich auch in die entlegensten Stadtviertel verbreitete, eilte fast die ganze männliche Bevölkerung auf die Straßen. Jeder suchte sich zu bewaffnen, so gut er konnte. Wer ein altes Gewehr hatte, brachte es mit, aber auch ein Beil, eine Stange Eisen und jedes andere Werkzeug wurde genommen.

Die Waffenläden wurden entleert, meist räumten die Besitzer sie freiwillig aus und vertheilten ihre Vorräthe an das stürmisch fordernde Volk; wo dies nicht geschah, wurden sie gewaltsam geöffnet und beraubt. In viele Häuser, in welchen Offiziere wohnten, drangen die Arbeiter ein und forderten die dort etwa vorräthigen Gewehre und Säbel. Etwas anderes nahmen sie nicht.

Es ist eine höchst merkwürdige Erscheinung, daß an jenem Tage, an welchem das Volk sich ganz selbst überlassen, keiner polizeilichen Aufsicht unterworfen war, an welchem das hauptstädtische Diebesgesindel die beste Gelegenheit zu stehlen

*) Die reaktionären Schriften haben über den Tod des Grenadier Theißen, des ersten Opfers der Revolution, durchaus entstellte Berichte gebracht. Theißen soll nach ihnen in höchst grausamer Weise vom Pöbel ermordet worden sein. Unsere Schilderung ist die eines Augenzeugen jenes Vorfalls.

gehabt hätte, doch nirgend etwas Anderes als Waffen genommen wurden.

Es galt, die Stadt in Vertheidigungszustand gegen das Militär, dessen Angriff man erwartete, zu setzen. Das Volk erinnerte sich, daß in Paris und Wien Barrikaden auf den Straßen gebaut worden seien und diesem Beispiele folgte es.

Das Straßenpflaster wurden aufgerissen; die vorüberfahrenden Wagen, mochten es Arbeitswagen, Droschken oder Equipagen sein, mußten halten, man warf sie quer über die Straße und nun wurde aus allen Häusern Material jeder Art herbeigeschafft. Hier trug man Balken und Bretter zusammen, dort holte ein fein gekleideter Herr eine alte Tonne aus irgend einem Winkel! die Brunnengehäuse wurden demolirt und zum Bau der Barrikaden verwendet. Tausend und aber tausend Hände halfen und im Zeitraum von wenigen Stunden waren solche unkünstlerische Bauwerke überall in den Straßen Berlins entstanden. Einige derselben, an denen das Volk Zeit hatte, länger zu arbeiten, erhielten eine merkwürdige Festigkeit; man grub die Erde auf, warf sie zwischen die Bretter, Steine und Tonnen, die Pflastersteine wurden dazwischen gerammt, die Trottoire der Bürgersteige benutzt, um ihnen eine noch größere Festigkeit zu geben; selbst Frauen halfen in manchen Gegenden der Stadt bei dieser Arbeit.

Vor den Barrikaden wurden die Pflastersteine fortgenommen und in Säcken auf die Böden der Häuser gebracht, von dort aus sollten sie als Wurfgeschosse gegen das herannahende Militär dienen. Die Ziegel hatte man abgedeckt, überall waren die Hausbesitzer stürmisch aufgefordert worden, den Volkskämpfern freie Benutzung ihrer Böden zu gewähren.

Die Kirchenthüren wurden erbrochen, einige Arbeiter eilten zu den Glockenthürmen und läuteten Sturm.

Es ist später vielfach behauptet worden, weil die Barrikaden in der ganzen Stadt zu gleicher Zeit und mit wahrhaft wunderbarer Schnelligkeit entstanden waren, französische Emissäre hätten sich in die verschiedenen Gegenden vertheilt und überall den Barrikadenbau geleitet; nur dadurch sei es möglich geworden, daß das in der Revolution so völlig unerfahrene Volk von Berlin das Beispiel von Paris mit solchem Erfolge nachgeahmt habe.

Wer am 18. März mit ruhig prüfendem Blicke die barrikadenbauenden Arbeiter beobachtet hat, muß bezeugen, daß nirgends solche französische Emissäre gesehen worden sind. Der beste Beweis dafür aber, daß die Barrikaden von ganz Unkundigen aufgebaut wurden, liegt darin, daß man sie überall unmittelbar an den Straßenecken, die beiden Eckhäuser verbindend, erbaute, und dadurch den Vertheidigern die Flucht nach der Erstürmung der Barrikaden unmöglich machte. Wären die Berliner im Barrikadenbau geübt gewesen oder hätten sie bei demselben eine sachkundige Leitung gehabt, so würden sie jene Schanzen etwas zurückgebaut haben, damit das angreifende Militär im Rücken aus den Eckhäusern hätte beschossen werden können.

Gerade dieser Umstand, die völlige Planlosigkeit des Baues beweist am besten die Falschheit der später erfundenen Gerüchte.

In wenigen Stunden war die ganze Stadt verschanzt; jede Straße enthielt eine Anzahl kleiner Festungen, welche freilich nur von wenigen, meist unbewaffneten Männern vertheidigt wurden, aber die Kampfbegier, welche alle Seelen erfüllte, ersetzte dem Volke die Waffen.

Es war ein schwerer ungleicher Kampf, den die Berliner beginnen wollten. Eine zum größten Theil waffenlose, völlig undisziplinirte und unorganisirte Volksmenge glaubte einem geübten, von tüchtigen Generalen befehligten Heere widerstehen zu können, einem Heere von über 14,000 Mann, welches 36 Feuerschlünde gegen das Volk gebrauchen konnte.

Die Militärmacht, welche am 18. März zum Kampfe gegen die Berliner zur Verfügung der Regierung war, bestand aus folgenden Truppentheilen:

1)	2 Bataillone I. Garde-Regt. z. F.	1200 Mann
2)	dem II. Garde-Regt. z. F.	1800 „
3)	„ Kaiser Alexander Gren.-Regt.	1800 „
4)	„ Kaiser Franz Gren.-Regt.	1800 „
5)	1 Bataillon Garde-Reserve-Regt.	600 „
6)	1 „ „ Schützen	400 „
7)	2 „ II. Inf. (Königs) Regt.	1000 „
8)	dem 8. Infanterie- (Leib) Regt.	2500 „
9)	1 Bataillon 12. Inf.-Regt.	1000 „
10)	dem Füsilier-Bat. 31. Inf.-Regt.	500 „
11)	1 Eskadron Garde du Corps	150 „
12)	dem Garde-Kürassier-Regt.	500 „
13)	„ „ Dragoner „	500 „
14)	„ „ Ulanen „	500 „
	In Summa aus	14,250 Mann

mit 36 Geschützen der Garde-Artillerie.

Der Schlachtplan, welchen der General von Prittwitz, der Oberbefehlshaber, entworfen hatte, war nach dem von uns bereits mehrfach erwähnten militärischen Berichterstatter folgender:

„Unverkennbar wollte General von Prittwitz sich mit Gewalt in den Besitz eines bedeutenden Theiles der Stadt setzen, ihn festhalten, und die Wirkung der Maßregel auf die Bevölkerung abwarten. Sollte der Eindruck nicht stark genug sein, den Widerstand zu brechen, so ging die Absicht des Generals — wie wir mit Bestimmtheit angeben können —, nicht dahin, sich auf einen ferneren Kampf um einzelne Häuser und Straßen einzulassen, sondern die Garnison aus der Stadt zu ziehen, diese eng einzuschließen und wenigstens an einzelnen Punkten bewerfen zu lassen. Es mögen ihm dabei die Urtheile bewährter und gerade in dieser Art von Kämpfen erfahrener, französischer Generale vorgeschwebt haben.

Der vom Unterbaum bis zum Potsdamer

Thor und Königstädter Theater sich erstreckende, im Großen und Allgemeinen durch die Spree, Neue Friedrichstraße, den Spittelmarkt und die Leipzigerstraße begrenzte Stadttheil scheint zum Festhalten gewählt worden zu sein. In diesem Sinne ergingen Befehle an die Garnison und alle außerhalb kantonnirenden Truppen.

Der erste Angriff des Militärs auf eine Barrikade geschah schon bald nach 3 Uhr Mittags und zwar auf die an der Werderschen- und Oberwallstraßen-Ecke errichtete. Sie wurde schnell erobert. In der kurzen Zeit war es nicht möglich gewesen, ihr irgend eine Widerstandsfähigkeit zu geben, auch war sie nur von wenigen meist Waffenlosen besetzt und konnte daher nicht vertheidigt werden.

Die Erbauer, zum großen Theil junge Leute der bessern Stände, mußten die Barrikade verlassen, sie zogen sich in das Eckhaus zurück, um von den Böden desselben mit Steinwürfen das erobernde Militär zu bekämpfen. Es war ein fruchtloses Unternehmen. Die Grenadiere des II. Garde-Regiments säuberten bald die Dächer durch ein Feuer auf dieselben, ein Theil der Soldaten drang in's Eckhaus und nahm ohne Mühe diejenigen, welche sich auf die Dächer nicht zu flüchten vermochten, gefangen. Die Verhafteten wurden nach der Schloßwache gebracht.

Der erste Sieg des Militärs war ein unblutiger und leicht errungener, schwerer sollte er an andern Punkten der Stadt werden, wo das Volk mehr Zeit zur Vorbereitung gehabt hatte.

Wir wollen, um unsern Lesern ein möglichst getreues Bild der Kämpfe des 18. März zu geben, einige Augenzeugen von verschiedenen Parteien sprechen lassen; auf eine zusammenhängende Schilderung aber müssen wir verzichten.

Die Nachrichten, welche uns vorliegen, sind so wenig genau, so parteilich gefärbt, daß sie jeder Zuverlässigkeit entbehren und uns einen Gesammtüberblick völlig unmöglich machen. Die militärischen Berichte erzählen nur von glänzenden Waffenthaten der Soldaten, von deren niemals wankendem Todesmuthe, von der Feigheit und Niederträchtigkeit der sogenannten Barrikadenhelden, die Bürger dagegen rühmen die Tapferkeit der Volkskämpfer und die Erfolge derselben oft in der übertriebensten Weise und häufen eine Fülle der Schmach auf die Gegner, indem sie von wahrhaft bestialischer Grausamkeit und Wuth der Soldaten, von niederträchtiger Ermordung Waffenloser, sogar von Frauen und Mädchen, von Mißhandlungen der Gefangenen, von Raubscenen in den eroberten Häusern sprechen.

Beide Berichte sind gleich unzuverlässig.

Unmittelbar nach den Märztagen brachten die Berliner Zeitungen eine Fülle von Schilderungen einzelner Kampfscenen. Damals gebot die herrschende Strömung die Glorifizirung der Revolution, jeder revolutionäre Kämpfer wollte und sollte ein Held sein; wurde doch einer derselben, der sogenannte Barrikadenheld Hesse, dessen Verdienste später, als sie genauer erforscht wurden, außerordentlich zusammenschrumpften, mehrere Tage vom Berliner Volk wahrhaft vergöttert! Ueberall hörte man in jenen ersten Tagen nach der Revolution nur von glorreichen Thaten der Volkskämpfer und von Niederträchtigkeiten der Soldaten; jede noch so unwahrscheinliche Erzählung wurde geglaubt, wenn sie nur dazu angethan war die Volkskämpfer zu rühmen.

Nach wenigen Monaten aber schon änderte sich in vielen Kreisen die Stimmung und als die Reaktion endlich siegte, wurden im Gegensatz zu den früheren alle die Berichte als glaubwürdig befunden, welche von der tapferen Armee, von der Feigheit der Barrikadenkämpfer, die vor jedem Feuer davon gelaufen seien, erzählten.

Die Herabwürdigung der Märzrevolution zum Pöbelskandal wurde damals Mode, und alles, was zu diesem Zwecke diente, Wahres oder Unwahres, wurde von reaktionären Zeit- und Flugschriften berichtet. Auch diejenigen, welche sich früher oft ihrer eigenen Theilnahme an dem Märzkampfe gerühmt hatten, schwiegen später gern still, um sich der Verfolgung der mächtigen Gegner zu entziehen und so hüllten sich denn jene Kämpfe in ein Dunkel, welches auch heut noch schwer zu lichten ist.

Die Schwierigkeit, eine anschauliche und zusammenhängende Schilderung der Ereignisse des 18. März und der Nacht vom 18. zum 19. zu geben, wird noch dadurch erhöht, daß die Volkskämpfer nirgends in einer bestimmten Verbindung mit einander standen, daß sie überall vereinzelt stritten und daß daher jeder Kampf gewissermaßen eine Episode in der Geschichte jener Nacht bildete. Wir würden daher, um eine zusammenhängende Schilderung zu geben, lediglich auf die militärischen Berichte angewiesen sein, diese aber sind ebenso unzuverlässig wie die in den Berliner Zeitungen unmittelbar nach den Kämpfen erschienenen Einzelberichte über die Vertheidigung dieser oder jener Barrikade.

Zweites Kapitel.

Einzelne Kampfscenen. — Der Kampf am Oranienburger Thor. — Schloß Monbijou. — Der Kampf in der Königsstraße. — Die Barrikade auf dem Alexanderplatz. — Der Kampf am Cölnischen Rathhause. — Das Benehmen der Soldaten während des Kampfes. — Die Einstellung des Kampfes. — Der Sieg der Truppen.

Die folgenden Berichte über einzelne Scenen des Kampfes am 18. März werden genügen, um unsern Lesern ein Bild desselben zu geben: —

Die Maschinenbau-Arbeiter vor dem Oranienburger Thor; der erste Kartätschenschuß*).

(Nach mündlicher Mittheilung in der Maschinenbau-Anstalt von Egells.)

*) Die nachstehende Erzählung ist einem unter

Herr Egells, der Begründer der ersten großartigen Maschinenbau-Anstalt in Berlin, war am 18. März Mittags von seiner Wohnung vor dem Oranienburgerthor, nach der Stadt und zufällig gegen 2 Uhr nach dem Schloßplatz gegangen, wo er als Schutzdeputirter an der freudigen Kundgebung der dort versammelten Bürgerschaft Antheil nahm. Noch nie hatte sich so urplötzlich Sonnenschein in Gewitter, Freude in Leid, Lebehoch! in Rachegeschrei verwandelt, wie hier. Herr Egells hatte seine Tochter am Arm und nur mit Lebensgefahr rettete er sich und sein Kind durch das Gedränge der tobenden Volksmenge, durch die anrückenden Bajonnete und ansprengenden Schwadronen. Nach Verlauf einer halben Stunde hatte er gegen 3 Uhr des Nachmittags seine Wohnung erreicht. Vor ihm her und neben ihm ertönte der Ruf: Verrath! zu den Waffen! In der Friedrichsstraße und deren Nebenstraßen erhoben sich im Nu Barrikaden, an dem Oranienburgerthor und in der Nähe der dortigen Artillerie-Kaserne war das Volk schon versammelt. Ein Adjutant sprengte heran und überbrachte den Befehl: „4 Kanonen nach dem Schlosse." Das Volk ging sogleich daran, durch Barrikaden die Ausführung dieses Befehls zu verhindern; in der Oranienburgerstraße erhoben sich binnen einer halben Stunde fünf und der Abmarsch der Artillerie wurde auf diesem Wege unmöglich; sie machte sich durch die Friedrichsstraße den Weg frei.

In seiner Maschinenbau-Anstalt angekommen fand Egells die Arbeiter in größter Aufregung. Es waren einige Studenten, einer sogar zu Pferde in den Hof angesprengt gekommen und forderten die Arbeiter auf, sich an sie anzuschließen und ihnen in die Stadt zu folgen. Dasselbe thaten sie bei Borsig und in den andern großen Werkstätten in diesem Stadttheile. Nur die jüngeren, besonders die unverheiratheten Arbeiter, erklärten sich bereit; sie waren sämmtlich ohne Waffen, auch von den Studenten hatten nur einige sogenannte Schläger, (Säbel), keiner ein Feuergewehr. Die Arbeiter ergriffen das erste beste Stück Eisen als Waffe; mancher Bursche schleppte so schwere Stücke mit sich, die er weder zum Werfen noch zum Schlagen gebrauchen konnte, andere wieder zu leichte. Einen Burschen sahen wir unter großem Wuthgeschrei eine Feile erheben, als ob es ein Dolch sei, die Besonnensten hatten sich mit Hämmern versehen. — Vor dem Oranienburgerthor befinden sich Grundstück an Grunstück: die Maschinenbau-Anstalten von Borsig, Egells, Rüdiger, Wöhlert, Sigl, Webers und einige große Zimmermeisterbauhöfe mit 3—4000 handfesten Arbeitern, eine sehr respektable Gesellschaft, welche Berlin zum erstenmal nach den Märztagen bei dem Trauerzuge, später auch bei der Einholung des Militärs in geschlossenen Kolonnen beisammen sah. Eine Verabredung zu einem gemeinschaftlichen Aufstande hat in diesen Anstalten nicht stattgefunden, eben so wenig sind hier fremde Emissäre, Aufwiegler und splendide Geldspender von irgend Jemand gesehen worden. Wären die Mannschaften dieser Anstalten auch nur im Entferntesten auf den Kampf vorbereitet oder dazu organisirt gewesen, so würden sie nicht, wie es der Fall gewesen ist, an verschiedenen, entfernt von ihren Werkstätten liegenden Barrikaden gefochten haben, sondern hätten in geschlossenen Reihen zunächst die Artillerie-Kaserne, wozu die Veranlassung sehr nahe lag, gestürmt. Gleich zu Anfang des Tumults hatten die Steueraufseher des Thores die für die Fuhrwerke bestimmte mittlere Einfahrt geschlossen; die Eingänge zu beiden Seiten, welche für die Fußgänger bestimmt sind, blieben geöffnet und die Menge Neugieriger zog hin und her, viele blieben in den Thorhallen stehen, um von hier aus dem Barrikadenbau in der Oranienburgerstraße in gesichertem Rückhalte zuzusehen. Die Besatzung der Garde-Artillerie-Kaserne bestand nach dem Abzuge der nach dem Schlosse gesendeten Kanonen und nachdem der Lieutenant von Reibnitz mit 60 Mann zur Besetzung des Schlosses Monbijou abmarschirt war, aus 30—40 Mann und einem Offizier. Das Volk hatte es vergeblich versucht, den Abmarsch der Kanonen nach dem Schlosse aufzuhalten und von der Barrikade der Oranienburgerstraße her waren Steine gegen die Truppen geflogen, ohne daß von diesen etwas dagegen geschehen war; die geringe Mannschaft, welche zurückblieb, zog sich in die Kaserne zurück, ohne daß ein Sturm auf diese unternommen worden war. Der Kampf beschränkte sich hier eigentlich nur auf Neckereien und das Klügste würde gewesen sein, daß der Offizier mit seiner kleinen Besatzung, welche keine Infanterie-Gewehre hatte, sich im Innern ruhig verhalten und von der nahe gelegenen Kaserne des zweiten Garde-Regiments Unterstützung mit Gewehren herangezogen hätte. Statt dessen machte der Offizier Anstalt, mit seinen, nur mit kurzen Säbeln bewaffneten Leuten, den Bau einer Barrikade vor dem Thor zu verhindern; hier wurden die Artilleristen mit einem Steinhagel empfangen, welcher sie zum schnellsten Umkehren zwang, der Offizier hatte eine schwere Verletzung im Gesicht erhalten. Es trat nach dem Rückzuge der Truppen in die Kaserne Waffenruhe ein; Neugierige, selbst Frauen und Kinder zogen an der Kaserne vorüber, draußen vor dem Thore war man eifrig mit dem Bau der Barrikade beschäftigt, wozu vornehmlich die nächsten Stackete, Balken und anderes in den Maschinenbau-Anstalten vorhandenes Gitterwerk verwendet wurde. Plötzlich fuhren die Artilleristen eine Haubitze auf, welche sie durch ein Hinterthor der Kasernenställe unbemerkt in dem engen Gäßchen zwischen der Kaserne und der Stadtmauer herbeigefahren hatten. Der

---

dem Titel: „Amtliche Berichte und Mittheilungen über die Berliner Barrikadenkämpfe" im Jahre 1848 in Heften erschienenen Werkchen entnommen, welches seinen amtlichen Charakter zwar nur der Buchhändlerspekulation verdankt; dessen Mittheilungen aber sich vor anderen durch Genauigkeit auszeichnen.

blos Neugierigen bemächtigte sich ein gewaltiger Schreck, alle stürzten nach den offenen Seitenthüren des Thores oder nach der Oranienburgerstraße zu; die Keckeren hielten es für eine bloße Drohung, welcher sie die Drohungen, die ihnen zu Gebote standen, entgegensetzten, doch zogen die Vorsichtigern sich in die Thorhallen zurück, in welchen das Gedränge immer größer wurde, zumal in der von der Kaserne am entferntesten gelegenen, rechter Hand. Die Kanoniere ließen sich nicht Zeit, ihre Haubitze bis in die Mitte der Straße zu fahren, sie schienen sogar unschlüssig oder uneins, wohin sie den mörderischen Schlund richten sollten, darüber vergaßen sie, durch Trommelschlag, oder Trompetensignal zum Auseinandergehen aufzufordern oder auch nur anzukündigen, daß scharf geschossen werden würde. Die brennende Lunte, sonst das allgemein bekannte Feuerzeichen, war ebenfalls nicht zu sehen, da auch bei den Kanonen das Abfeuern vermittelst Knallsilbers und eines Schlages geschieht. Die Bombardiere — zu Ehren des Offiziers wollen wir glauben, daß er sich wegen seiner Wunde außer Gefecht befunden habe — gaben in größter Uebereilung der Haubitze die Richtung schräg nach der zweiten engen Thorhalle hin, in welcher das Gedränge am dichtesten war, der mörderische Schuß wurde abgefeuert, die Wirkung war entsetzlich! Eine Kartouche mit 40—50 sechslöthigen eisernen Kugeln wurde auf eine Entfernung von 25 Schritt in die dichte Menschenmasse, welche sich in einer engen Thürhalle des Thores zusammengedrängt befanden, abgefeuert. Fünf Männer stürzten todt nieder, das Wehegeschrei der Verstümmelten und Verwundeten und mehr noch das Wuth- und Rachegeschrei der Nichtgetroffenen war fürchterlich! In wildester Flucht stürzten Männer, Frauen und Kinder fort, die Todten und Schwerverwundeten blieben auf dem Platze liegen, die Artilleristen zogen die Haubitze nach der Kaserne zurück, ohne sich um die Schlachtopfer zu kümmern, deren sich auch von den Bürgern, welche fürchten mußten, daß eine zweite Ladung abgefeuert werden würde, Niemand annahm. Es war ein grausiger Anblick. Erst als man sich überzeugte, daß die Artilleristen es bei diesem Schusse bewenden lassen würden und sich in die Kaserne zurückgezogen hatten, kam man den Verwundeten zu Hilfe und trug die Todten hinweg. Das Unglück würde noch viel entsetzlicher gewesen sein, hätten die Kartätschkugeln sich nicht mehr nach oben als nach unten zerstreut, wie man das an den von ihnen in der Wand der Thorhalle zurückgelassenen Spuren noch jetzt bemerken kann. Diese gegen die Mauern geflogenen Kugeln verletzten und tödteten durch ihr Zurückprallen noch mehr Fernstehende; unter den Todten befand sich ein Mann, welcher so mit Kalkstaub bedeckt war, daß man ihn für einen Müller hielt, während er Arbeiter in einer Schmiedewerkstatt war. Wie ganz unberechenbar der Flug sc tödtlicher Wurfgeschosse ist, hat sich auch hier gezeigt. Obschon die Artilleristen ihre Kanone gegen die Thorhalle, welche als zufälliger Kugelfang noch größeres Unglück verhütete, richteten, sind dennoch mehrere Kugeln in die vor dem Thore gelegenen Gärten und Höfe geflogen. In dem 200 Schritt entfernten Gebäude der Fabrik von Egells sieht man noch Spuren von vielen Kartätschkugeln; eine davon schlug durch den geschlossenen Fensterladen in das Komptoir und wird dort zum Andenken aufbewahrt."

Dieselben sogenannten amtlichen Berichte, denen wir die vorstehende Mittheilung entnommen haben, geben auch eine interessante Schilderung über die Vorgänge beim Schlosse Monbijou, Vorgänge, welche zwar keinen Einfluß auf die Entwickelung des Kampfes gehabt haben, aber wohl geeignet sind, das Verhalten der Bürger und Arbeiter am 18. März zu charakterisiren.

Schloß Monbijou, der damalige Wohnsitz des Prinzen Adalbert von Preußen, enthielt bedeutende Kunstschätze. Außer dem Kupferstich-Kabinet befand sich im Hauptgebäude im Garten das ägyptische Museum und eine Sammlung vaterländischer Alterthümer.

Die sogenannten amtlichen Berichte erzählen: „Am 18. März wurde die Wache durch ein Kommando von 60 Mann Artillerie unter Befehl des Lieutenant von Reibnitz verstärkt, vornehmlich zum Schutze der Wohnung des Prinzen bestimmt. Man hatte den Artilleristen, welche gewöhnlich nur mit kurzen Pallaschen versehen sind, alte Infanteriegewehre gegeben, welche nicht in Stand gesetzt waren, denn sogar die Feuersteine fehlten; von Munition war nicht die Rede. Die Wachmannschaft vom Kaiser Franz-Regiment hatte scharf geladen und war mit Patronen versorgt. In letzter Zeit war es in der Versammlung der Stadtverordneten mehrmals zur Sprache gebracht worden, daß der linke Flügel des Gartenschlosses Monbijou zur Hälfte auf städtischem Grund erbaut worden sei, wodurch die Verbindung des Platzes mit der Oranienburgerstraße auf eine, den Verkehr hemmende, die Fußgänger gefährdende Weise erschwert werde, weshalb der Antrag gestellt worden war, Se. Majestät zu bitten, einen Theil dieses Schlosses abtragen zu lassen. Ein Bescheid auf diese Bitte war noch nicht erfolgt und unter dem Volkshaufen, welcher sich am 18. des Nachmittags, nachdem das Kanonenfeuer in der Königsstraße begonnen hatte, auf dem Monbijouplatze einfand, erhoben sich Stimmen, welche aufforderten, kurzen Prozeß mit der Erweiterung der Straße zu machen und den auf Grund und Boden der Bürger stehenden Flügel des Schlosses, welcher doch nur eine unnütze Gartenboutique sei, zu demoliren. Und gerade in diesem Schlosse befanden sich die erwähnten Handzeichnungen und Kupferstiche von unschätzbarem Werthe. Einer der Konservatoren des Königlichen Museums, Professor Hotho, Sohn eines unserer achtbarsten Bürgerältesten, wohnt in dem Hause seines Vaters in unmittelbarster

August Braß, der spätere hochkonservative Zeitungsredakteur, der im Jahre 1848 ein Buch unter dem Titel Berlins Barrikaden geschrieben hat, behauptet in demselben sogar, daß im eigentlichen Kampfe kaum 75 Bürger gefallen seien, die übrigen wären als Gefangene auf dem Transport zur Schloßwache niedergemacht worden. Wenn auch diese Angabe vielleicht übertrieben ist, so steht doch nach allen Berichten unzweifelhaft fest, daß die Mehrzahl der Gebliebenen ihr Leben nicht im eigentlichen Kampfe, sondern nach demselben in den Häusern, in denen sich wahrhaft grauenhafte Scenen entwickelten, verloren hat und daher schreibt es sich auch, daß der Verlust des Militärs an Todten so unverhältnißmäßig gering gegen den der Bürger war. Wir werden hierauf noch weiter zurückkommen.

Die in allen Bürgerkriegen wiederkehrende Erscheinung, daß die Sieger die Besiegten unbarmherzig zu vernichten bestrebt sind, wiederholte sich auch am 18. März in Berlin. Wir könnten dafür zahlreiche Zeugnisse anführen, da aber aus den meisten ein erbitterter Haß gegen die Soldaten spricht, der ihre Glaubwürdigkeit erschüttert und uns geneigt macht, sie für übertrieben zu halten, so wollen wir sie nicht aus der Vergessenheit ziehen. Mancher noch lebende Soldat, der am 18. März in Berlin mitgekämpft und der sich in der Erregtheit des Augenblicks zu blutigen Thaten hat hinreißen lassen, mag ohnehin heut mit tiefem Kummer und schweren Gewissensbissen auf jene furchtbare Nacht zurückblicken.

Der Kampf in den Straßen Berlins dauerte mit kurzen Unterbrechungen bis gegen 5 Uhr Morgens am 19. März. Um diese Zeit erhielten die Truppen vom Schlosse aus Befehl, nicht ferner angriffsweise zu verfahren, sondern ruhig in ihren Stellungen zu verharren und diese nur im Falle eines Angriffs zu vertheidigen. Ein solcher Angriff erfolgte nicht, der Kampf war daher beendet und zwar überall siegreich für die Truppen, denn nur die Barrikade am Alexanderplatz hatte von ihnen nicht genommen werden können.

Am Morgen des 19. um 5 Uhr hatte das Militär zwar nicht den größten, aber den wichtigsten Theil der Stadt in seiner Gewalt. Die Truppen beherrschten die Linie vom Brandenburgerthor bis zum Alexanderplatz, vom Potsdamerthor bis zur Friedrichsstraße und letztere von der Leipzigerstraßen-Ecke an bis zur Spree. Die Spreebrücken waren besetzt und durch Geschütze vertheidigt, auch der Weg vom Oranienburgerthor bis zum Schlosse konnte in jedem Augenblick frei gemacht werden, die Gegend um das Schloß herum, der Lustgarten bis Monbijou, der Stadttheil zwischen den Linden und der Spree und zwischen den Linden und der Leipzigerstraße mit Ausnahme der Mauerstraße, die ganze Jägerstraße, der Hausvoigteiplatz, die Straßen um die Werder'sche Kirche herum, die Umgebungen der Königsstraße waren im unbestrittenen Besitz des Militärs; in allen anderen Stadttheilen aber standen noch immer die Barrikaden, die von Stunde zu Stunde mehr befestigt wurden und deren Erstürmung, wenn es zu weiteren Kämpfen kam, weit schwieriger werden mußte, als die der bisherigen Barrikaden gewesen war.

Drittes Kapitel.

Friedenshoffnungen während des Kampfes. — Die Studenten und Herr v. Minutoli. — Das Königliche Schloß als Hauptquartier. — Der König. — Die Gefangenen. — Deputation der Bürgerschaft und der städtischen Behörden. — Empfang durch den König. — Der Bischof Neander beim Könige. — Der Major von Vincke. — An meine lieben Berliner. — Briefwechsel zwischen Bodelschwingh und Krausnick. — Ludwig Rellstab vor dem Könige. — Rellstab's fruchtlose Bemühungen. — Der Berliner Witz. — Der König wünscht den Frieden. — Der Kriegsrath — Die Deputation am Morgen des 19. März. — Der Ministerrath. — Der Empfang der sogenannten städtischen Deputation. — Die Zurückziehung des Militärs. — Der Sieg der Revolution.

Der Kampf hatte am 18. März schon längst begonnen, schon waren viele Opfer desselben gefallen und doch wurde die Hoffnung, den Frieden wieder herzustellen noch nicht ganz aufgegeben, weder im Volke noch vom Könige.

Ein unglückliches Mißverständniß hatte den König veranlaßt, das Militär einschreiten zu lassen, so glaubten gar manche der mit inniger Liebe an dem Könige hängenden, seiner Güte vertrauenden Bürger; ein Mißverständniß konnte leicht beseitigt werden. Wenn der Monarch sich entschloß, das Militär in die Kasernen zurückzuziehen, dann hatte der fernere Kampf von selbst ein Ende, denn an einen Angriff des Schlosses dachte ja am 18. März Niemand.

Herr Ludwig Rellstab, der Loyalste der Loyalen, der eifrigste Feind der Revolution, erzählt in einer im September 1849 veröffentlichten Schrift „Zwei Gespräche mit Seiner Majestät dem Könige Friedrich Wilhelm IV." Folgendes:

„Ich stand wieder an der Barrikade vor dem Cölnischen Rathhause. Sie war vollendet, gegen 8 Fuß hoch mit starken Holzmassen gediegen hergestellt. Hinter derselben standen einige hundert Männer in dichtem Gedränge, doch bemerkte ich wenig Bewaffnete unter ihnen. Auf der Höhe der Barrikade bewegten sich einzelne Gestalten; ein Mann hielt eine Rede. Mich hinderte Niemand, die Barrikade an einer niedrigen Stelle zu überklettern. Als ich oben stand, übersah ich mir die dahinter aufgestellte Schaar und hörte dem Redner zu. Man erkannte mich, mein Name wurde vielfach gerufen, ich sollte sprechen! Was hätte ich zu sprechen gehabt? Zum Glück half der Redner der so eben das Wort geführt

hatte, und sich unterbrochen sah, mir auf eine glückliche Wendung. Er rief: „Wollt Ihr denn die Truppen angreifen, wenn sie Euch nicht angreifen?“ Zu meiner höchsten Verwunderung hörte ich ein lautes allgemeines Nein! auch nicht Eine Stimme erhob Widerspruch. Nunmehr ergriff ich das Wort. Ich erinnere mich dessen, was ich sprach, nur im Allgemeinen; es lief darauf hinaus, daß, da ich gesehen hätte, daß von ihrer Seite kein Angriff erfolgen sollte und die Truppen bis jetzt auch ruhig ihnen gegenüber gestanden hätten (man sah sie am Ende der Straße, wo sie den Zugang zum Schloßplatz absperrten) es mir scheine, als sei eine Verständigung möglich. Diese erbot ich mich, zu versuchen. Der Vorschlag wurde mit lautem Beifall aufgenommen. Ich versprach, auf der Stelle auf das Schloß zu gehen und wo möglich bis zum Könige selbst zu dringen, um dort unmittelbar den Frieden zu vermitteln. Doch begehrte ich, daß noch zwei Bürger mit mir gehen sollten. Diese Anerbietungen, wie ich sie in der Aufregung des Augenblicks hinwarf, ohne übersehen zu können, ob und wie sie ausführbar seien, wurden unter stetem Beifallzuruf angenommen. Der Redner von zuvor und noch ein Bürger wurden mir zugesellt; ich vermag die Namen Beider nicht mehr zu nennen. Bedingungen, auf welche wir den Frieden zu schließen suchen sollten, blieben unerörtert. So gingen wir denn. — — — — Wir waren etwa auf die Hälfte der Straße gelangt, als wir plötzlich erstarrt still standen. Lautes Feuern ertönte ganz in der Nähe, von der langen Brücke her. Es setzte sich lebhaft fort. — Wir horchten mit gespanntem Athem; in der ganzen Straße wurde die höchste Aufregung wahrnehmbar. Das Militär vor uns gerieth in Bewegung. Die tiefste Wehmuth bemächtigte sich meiner. „Jetzt“, wandte ich mich zu meinen Begleitern, „ist unser Auftrag beendet! Wir können den Kampf nicht mehr abwenden, denn er ist schon da, entbrannt mit Erbitterung! Unter den Waffen parlamentirt man nicht; nun müssen wir warten, was über uns kommt!“ Nicht lange währte es, und wir hörten auch Kanonendonner. So wuchs denn die Gewalt des Gefechts, und die Hoffnung, es noch zu hindern, war völlig dahin!“

Selbst die Vertheidiger der Barrikade am Cölnischen Rathhaus waren nach der Mittheilung Rellstab's durchdrungen von dem Wunsche, daß der Frieden wieder hergestellt werde, und den gleichen Wunsch theilte die große Mehrzahl der Berliner Bürgerschaft. Von vielen Seiten wurde deshalb während des Kampfes der Versuch gemacht, ein Mittel der Verständigung zu finden.

In der Aula der Universität hatte sich ein Theil der Studentenschaft zusammengefunden; nur ein Theil, denn viele Studenten waren zu den Barrikaden geeilt und hatten sich dem kämpfenden Volke angeschlossen, Andere aber wollten wenigstens den Versuch, Frieden zu stiften, machen.

Eine Deputation wurde zu dem Polizei-Präsidenten von Minutoli gesendet; dieser sollte der Friedensvermittler sein, er sollte sich dem König zu Füßen werfen, ihn anflehen, daß er das Militär zurückziehe.

Herr von Minutoli glaubte nicht an das Gelingen eines solchen Versuchs, trotzdem erklärte er sich dazu bereit; in Begleitung dreier Studenten begab er sich auf die Straße als Friedensvermittler zwischen Volk und König. Einer seiner Begleiter erzählt uns:

„Wohin die Vier ihre Schritte lenkten, empfing Herrn von Minutoli der allgemeinste Jubel; aus allen Fenstern wehten Tücher, aus vielen Häusern rief man: „Schaffen Sie uns Frieden“; über die Barrikaden wurde Herr von Minutoli fast hinübergetragen. Aber fast an jeder stand er und eiferte: es sei kein Feind vorhanden, die treuen Soldaten des Königs thäten Keinem etwas zu Leide; man möge die Barrikaden schnell hinwegräumen, dann sei der Friede da! Flüche waren die Antwort, mitunter Drohungen und heftiges Nachrufen. Nicht verhindert werden konnte, daß auf dem Schloßplatz sich ein großer Haufe von Menschen anschloß, welche sich durch Nichts davon abbringen ließen, mitzuziehen, und deren immer Mehre wurden. Unterweges kam die Nachricht, daß eine bedeutende Anzahl von Studenten sich in der Taubenstraße versammle und zwar bewaffnet. Dahin also galt es baldmöglichst zu gelangen, wenn die Revolution noch zu hintertreiben, wenn der drohende Aufstand nicht zur Revolution werden sollte. Mit der größten Kraftanstrengung indeß vermochten Herr von Minutoli und seine Begleiter nicht, die eingeschlagene Richtung zu verfolgen, noch weniger eine neue nach der Universität einzuschlagen, denn die Masse wuchs mit jedem Schritte, mit jedem Schritte waren die Vier in einem Knäuel eingewickelt, mit Fragen bestürmt, mit Versicherungen, Ausrufungen, Segenswünschen Flüchen, Drohungen überschüttet. Die wildesten Gestalten, bewaffnet theils mit alten verrosteten Waffen, theils mit Aexten, Spaten, Eisenstangen rc. umringten sie bald. Mühsam war der Weg über Barrikaden und jeden Augenblick mußte Halt gemacht werden. — — In der Zimmerstraße öffnete sich dem Polizeipräsidenten und seinen zwei Begleitern eine gastliche Pforte. Bald wäre sie gestürmt; die Hausbewohner geriethen in die höchste Angst. Herr von Minutoli mußte sich entschließen aus dem Fenster zu sprechen und zu fragen, was man denn von ihm wolle. Die mehrhundertstimmige Antwort war, er müßte mit ihnen zum Könige, der König und er, das wären die Einzigen denen sie trauten (!), er solle sorgen, daß der König sie nicht morden ließe. Minutoli versuchte nun, sie zum Auseinandergehen zu bewegen, so trüge Jeder zum Frieden bei. Wildes Geheul unterbrach ihn. Als Alles nicht half, versprach Minutoli zum Könige zu gehen; sie sollten ihm aber nicht folgen. Ueberall leidenschaftlicher Widerspruch! Der Präsident mußte so schnell als möglich aus dieser Lage gerissen und seinem Berufe

wiedergegeben werden, welchem er zu dienen vermeint hatte, als er den jungen Leuten nachgab; keine Minute durfte verloren sein. So stellte Minutoli denn die Bedingung, daß man lautlos zu Zweien oder Dreien ginge. Es geschah; lautlos bewegte sich der lange Zug, wieder aus allen Fenstern wehten Tücher. Bei den Truppen am Gensd'armenmarkt war im Augenblick ein Konflikt zu befürchten. Im Universitätsgarten standen Studenten und riefen dem Zuge zu. Dem Polizei-Präsidenten lag daran, so rasch wie möglich an seinen Posten zu kommen.

Der massenhafte Zug hielt an der Schloßbrücke; noch einmal vernahm Herr von Minutoli die flehentliche Bitte: „Entfernung der Truppen!" Eine Stimme verlangte, daß der König im offenen Wagen durch die Stadt fahre, vor ihm würden alle Barrikaden fallen. Ein Stabsoffizier der Ulanen, der jenseits der Brücke hielt, übernahm es, den Zug zu schützen, bis Nachricht eingetroffen; dieser stellte sich am Lustgarten auf; es herrschte Todtenstille."

Herr von Minutoli begab sich in das Schloß, er traf dort mit dem Rektor und Senat der Universität zusammen, welche ebenfalls für den Frieden wirken wollten. Sie mußten ohne etwas erreichen zu können, umkehren, denn allen ihren Bitten und Vorstellungen wurde die Antwort entgegengesetzt: die militärische Ehre dulde nicht, daß die Truppen zurückgezogen würden, der Frieden könne nur hergestellt werden, wenn das Volk die Barrikaden forträume.

Das Königliche Schloß war in das Hauptquartier eines Feldlagers verwandelt worden, alle Höfe standen voll Soldaten, Geschütze waren aufgepflanzt. In den Gängen und Sälen drängten sich hohe Militärs und Offiziere aller Grade, welche kamen und gingen, Depeschen brachten und Befehle forttrugen. Die Prinzen des Königlichen Hauses, die Minister und höchsten Würdenträger hatten sich ebenfalls im Schlosse eingefunden, um in der Nähe des Königs zu sein, um ihm beizustehen mit ihrem Rathe.

Friedrich Wilhelm IV. hatte sich erschöpft von den Anstrengungen des Tages in seine Gemächer zurückgezogen; seinem treuen Heere überließ er es, die Ruhe in der Hauptstadt wieder herzustellen, seinen Generalen, dafür die nöthigen Schritte zu thun. Der Pöbelskandal, der von einer Rotte fremder „Bösewichter" in's Leben gerufen war, so meinte der König, müßte beendet werden um jeden Preis; dem Volke war ja Alles, was es irgend wünschen konnte, gewährt worden, und noch viel darüber. Friedrich Wilhelm IV. hatte seine liebsten Ansichten dem Drange der Nothwendigkeit geopfert, er hatte Konzessionen gemacht, die er früher nicht für möglich gehalten hatte. Und trotzdem jetzt dieser Aufstand! — Aber der ging nicht von der Bürgerschaft Berlins aus. Der König glaubte selbst in dem Volksgewühl auf dem Schloßplatze jene fremden Emissäre bemerkt zu haben, von denen ihm seine Minister und Räthe viel erzählt hatten, jene Polen, Juden und Franzosen, welche später sprichwörtlich geworden sind; nur ihnen war die Pöbelemeute zuzuschreiben, nicht den ruhigen Bürgern der Hauptstadt, welche sich zu allen Zeiten so loyal, so voll ergebener, ja glühender Liebe für ihren König gezeigt hatten.

Wer waren die Kämpfer hinter den Barrikaden? Lumpengesindel, Zuchthäusler, Pöbel der niedrigsten Art, der für seine Blutarbeit von den Emissären bezahlt wurde. So hatte der König von seinen Generalen gehört. Die Bürger Berlins waren sicherlich nicht minder entrüstet über den Aufstand als der König selbst, sie hätten am liebsten dem Militär beigestanden, aber sie waren im Augenblick machtlos gegen das hauptstädtische Gesindel.

Daß nur der Abschaum am Kampfe Theil nahm, davon glaubte Friedrich Wilhelm IV. sich überzeugt zu haben, hatte er doch die Gefangenen gesehen, welche von den verschiedenen Theilen der Stadt her eingebracht worden waren, um vorläufig in den Schloßkellern verwahrt zu werden, diese aus unverbundenen Wunden blutenden Gefangenen, denen die zerrissenen Kleider vom Leibe herabhingen. Freilich die Gefangenen sahen traurig genug aus, dafür hatten die Eskorten gesorgt!

August Braß giebt uns in seinem Buche über den Transport der Gefangenen folgenden Bericht eines derselben:

„Ruhig und ohne Widerrede überantwortete ich mich den eindringenden Soldaten, aber mit dem Ruf: „Warte Hund, du hast geschossen!" wurde ich zu Boden geworfen, mit Füßen getreten und furchtbar mit Kolbenstößen mißhandelt, dann bei den Haaren drei Treppen heruntergeschleift, auf jedem Treppenabsatz wiederholt mit Fußtritten und Kolbenstößen traktirt, bis man mich endlich auf die Straße hatte. Auf die schamloseste Weise insultirte man mich auf öffentlicher Straße und da man nichts Verdächtiges bei mir fand, ward ich abermals mit Kolbenstößen traktirt und dann auf die empörendste und grausamste Art geknebelt, so daß mir die Haut von beiden Armen, im wahren Sinne des Wortes abgeschunden wurde und mir das Blut in den Adern erstarrte. Die Soldaten schienen sich schon gehörig darauf vorbereitet zu haben, denn einige hatten ziemlich starken Bindfaden theils um den Hals, theils am Mantel befestigt. Bei jeder Bitte um glimpflichere Behandlung wurde mir die wenig tröstliche Antwort: „Hund, du mußt heute noch krepiren". Endlich ging der Transport weiter. Am Schauspielhause angekommen, wurden wir der 3. Schwadron Garde-Ulanen zum Transport übergeben. Hierbei erhielt ich von einem der Ulanen von hinten her einen Fußtritt, daß ich zusammenstürzte, und der unwillkürliche Schrei, den mir diese Behandlung auspreßte, wurde von einem lauten Gelächter der Soldaten begleitet, die dies für einen sehr guten Spaß zu halten schienen. Auch die Ulanen wollten noch ihr Müthchen an uns kühlen. Fortwährend rissen sie die Pferde im Zügel, daß sich die Thiere bäumten und uns

mit den Vorderfüßen traten, was ihnen vielen Stoff zum Gelächter gab. Endlich, gottlob, waren wir im Schloß. In einem Zimmer des unteren Stockes wurden wir von drei Herren in Civilkleidern, welche gemüthlich Rothwein tranken, verhört und dann nach dem Schloßkeller abgeführt."

Der vorstehende Bericht mag übertrieben sein, eine Thatsache aber, welche durch unzählige Zeugen bestätigt wird, ist es, daß die Gefangenen auf dem Transport nach der Schloßwache schweren Mißhandlungen ausgesetzt waren. Die Soldaten ließen an ihnen ihre Wuth aus und wenn die Unglücklichen im Schlosse ankamen, sahen sie wie ein Rudel zerlumpten Gesindels aus, obgleich sich unter ihnen viele recht anständige Bürger und wie sich später herausstellte, gar keine Zuchthäusler befanden.

Der König konnte nur nach dem Augenschein urtheilen, der seine vorgefaßte Meinung und die Berichte seiner vertrauten Diener bestätigte.

Friedrich Wilhelm IV. wünschte noch immer den Frieden, aber er wollte ihn nicht durch feige Nachgiebigkeit gegen die Empörer erkaufen; wenn die Bürgerschaft, von der er glaubte, daß sie keinen Theil an dem Aufstande habe, sich aufraffte, wenn sie dafür sorgte, daß die Barrikaden weggeräumt würden, dann sollte auch das Militär sich zurückziehen, aber nicht früher! Der Bürgerschaft sollte zu jeder Stunde Gelegenheit gegeben werden, dem Könige ihre Wünsche vorzutragen, jede Deputation der Bürger wurde bereitwillig durch die vom Militär besetzten Schloßportale gelassen und erhielt die Erlaubniß, die Minister und selbst den König zu sprechen.

Von dieser Erlaubniß wurde der weitgehendste Gebrauch gemacht. Wir lesen von einer großen Anzahl von Deputationen der städtischen Behörden und der Bürgerschaft, welche von dem Beginn des Kampfes an bis zum Morgen des 19. den König auf dem Schloß persönlich angeredet haben.

Deputationen? An jenem Tage glaubte Jeder auf das Recht, sich den Namen eines Deputirten der Bürgerschaft zuzulegen, Anspruch machen zu dürfen, wenn er auch kein anderes Mandat als seinen eigenen guten Willen besaß. Die städtischen Behörden waren nicht versammelt und konnten sich nicht versammeln, trotzdem erschienen Deputationen derselben auf dem Schloß; einige Stadträthe und Stadtverordnete, welche sich zusammen fanden, gaben sich diesen hochtönenden Titel, sie wußten ja, daß sie, wenn sie auch nicht im Auftrage ihrer Kollegen kamen, doch im Geiste derselben handelten.

Bald nachdem der Rektor und Senat der Universität das Schloß verlassen hatten, kam eine solche sogenannte städtische Deputation. Sie verlangte den König zu sprechen und erhielt bereitwillig Audienz. Die Bitte der Deputation bestand darin, Seine Majestät möge befehlen, daß die Truppen zurückgezogen würden. Die Mitglieder, welche bunt durcheinander sprachen, schilderten die gefährliche Aufregung, in welcher sich die ganze Stadt befinde, sie erklärten, daß unter der Bürgerschaft die Meinung verbreitet sei, das Militär habe auf dem Schloßplatz unter die friedliebenden Bürger geschossen, der Ruf nach Rache werde in allen Stadtgegenden gehört. Ueberall bewaffne man sich, schon beginne der Kampf und die traurigsten Folgen würden entstehen, wenn nicht die Truppen schleunigst zurückgezogen würden.

Der König antwortete fest, das Militär könne nicht eher zurückgezogen werden, als bis alle Barrikaden verschwunden seien. Es sei die Aufgabe der Stadtverordneten und der Magistratsmitglieder, der Väter der Stadt, dahin zu wirken, daß nirgends vom Volke Feindseligkeiten gegen das Militär ausgeübt würden; geschehe dies nicht, würden die schon entstandenen Barrikaden fortgeräumt, dann gebe er sein königliches Wort, daß durch das Militär die Ruhe nicht gestört werden würde.

Mit diesem Bescheide entließ der König die städtischen Beamten.

Andere Deputationen folgten, sie hatten eben so wenig ein Mandat wie die städtischen Beamten vor ihnen, sie bestanden aus achtungswerthen friedliebenden Bürgern, welche gern Alles aufbiten wollten, um dem Kampfe in den Straßen Berlins ein Ende zu machen.

Ueber den Empfang einer dieser sogenannten Deputationen brachten am 20. März die Berliner Zeitungen folgenden Bericht:

„Der Buchhändler Dr. J. S. Gumbinner, der praktische Arzt Dr. Löwe, die Bezirks-Vorsteher Lademann und Ring und der Stadtverordnete Remin, sämmtlich Bewohner der alten Roßstraße, traten zusammen, um ihre Pflicht nach Einsicht zu thun. Sie forderten einige Nachbarn bis zum Cölnischen Rathhause auf, sich ihnen zuzugesellen, aber vergeblich. Durch die bewaffneten und tobenden Haufen drangen sie bis zur Wohnung des Bischofs Neander in der Brüderstraße vor, der mit entschlossenem Muth sich in geistlichem Ornat zu ihnen gesellte. Diese Männer zogen in feierlicher Haltung, entblößten Hauptes, begleitet von dem Beifallsrufen der Bürger, durch die Truppenhaufen nach dem Schlosse. — „Bravo, ihr Friedensstifter" rief das Volk, „bringt uns den Frieden." Nach einigen Schwierigkeiten gelang der Zutritt zum Könige. Die Eintretenden erklärten: das Volk sei kampffertig, Straßen und Dächer zum Widerstande eingerichtet, die Folgen nicht zu berechnen; das Militär möge in seine Kasernen zurückgezogen werden, dann nur sei dem Blutvergießen vorzubeugen.

Seine Majestät antworteten in den gnädigsten und freundlichsten Formen dasselbe, was später in der Proklamation vom 18. zum 19. März ausgesprochen wurde, daß nämlich zuerst das Volk seine Stellungen aufgeben müsse, ehe der König die Truppen zurückziehen könne. Die Deputation an das Fenster führend wies der König nach der von Waffen blitzenden Königsstraße und äußerte: „Sehen Sie, diese Straße

gehört mir!" Er versprach gern, Alles zu gewähren, aber nur der Bitte, nicht der Gewalt. Die Abgeordneten versuchten, während und nachdem sie den Bischof nach Haus geleitet hatten, vergeblich das Volk zur Einwilligung in diesen durch des Königs Wort verbürgten Vertrag zu veranlassen. An den Barrikaden mit Unwillen zurückgewiesen, konnte sich ihre Ueberzeugung nur verstärken, daß keine andere Maßregel als die augenblickliche Zurückziehung der Truppen es vermocht haben würde, die ruhmreiche Nacht des 18.—19. März aus einer Nacht des Blutes in eine Nacht des Jubels und der Brüderlichkeit für alle Parteien zu verwandeln."

Ein Mitglied der Deputation, Dr. Löwe, sah sich veranlaßt, am 21. März diesem Bericht zu widersprechen. Er erklärte in der Zeitung, daß die Deputation gar nicht in einem nach dem Schloßplatz hinausgehenden Zimmer, sondern in einem der hinteren Säle, dessen Fenster nach dem Schloßhofe gehen, vom Könige empfangen worden sei. Der König habe daher die Worte: Sehen Sie, diese Straße gehört mir, auch gar nicht sprechen können, er habe nur geäußert, daß er schon die Königsstraße inne habe und bei größerem Widerstande auch weiter gehen müsse. Indessen habe er die Versicherung gegeben, nicht aggressiv sein zu wollen, wenn die Truppen nicht angegriffen oder gereizt würden.

Es war immer dieselbe Antwort, welche der König den Deputationen gab, zuerst Forträumung der Barrikaden, dann Zurückziehung des Militärs! Wohl wollte Friedrich Wilhelm IV. den Frieden, aber die Bedingungen, welche er für denselben stellte, waren unmöglich zu erfüllen.

Das Volk glaubte in den Barrikaden Schutz gegen den Angriff der Truppen zu finden, es war bereit, sie fortzuräumen, wenn das Militär zurückgezogen wurde, und ein Angriff daher nicht zu befürchten war, es hielt sie aufrecht und vertheidigte sie so gut es konnte, so lange der bewaffnete Feind ihm gegenüber stand.

Bis zum Abend des 18. März hielt der König an der Ansicht fest, daß nur der niedrigste Pöbel hinter den Barrikaden sich verschanzt habe; die übereinstimmenden Berichte aber, welche er von den verschiedensten Deputationen erhielt, machten doch endlich seinen Glauben wankend, um so mehr, als auch ein Mann, in den er Vertrauen setzte, ihm Mittheilung über die wahre Sachlage machte.

Ein alter Offizier, der Major von Vincke, nicht der berühmte Landtags-Abgeordnete,*) befand sich im Schlosse. Herr von Vincke hatte die Gefahr nicht gescheut, er war durch die Barrikaden gedrungen; er hatte sich überzeugt, daß nicht nur der Pöbel, sondern ein großer Theil der Bürgerschaft sich am Kampfe betheiligte und daß sogar diese Betheiligung im Laufe des Abends wuchs. Er kehrte in das Schloß zurück und berichtete.

Der König begann jetzt den Aufstand aus einem andern Gesichtspunkte zu betrachten, bisher hatte er ihn für unbedeutend gehalten; die Pöbelrotte konnte leicht von dem siegreichen Heer vernichtet werden, der Kampf gegen die Bürgerschaft einer ganzen großen volkreichen Stadt aber erschien gefährlicher.

Sogar die Frage, ob es nothwendig sei, Berlin zu verlassen, wurde aufgeworfen. Im Schloßhofe standen Pferde bereit und gesattelt, der Reisewagen der Königin war angespannt, diese aber erklärte mit höchster Entschiedenheit, sie werde sich von ihrem Gemahl nicht trennen und auch der König wollte nicht fliehen, so ernst sich auch beim Beginn der Nacht die Dinge in Berlin gestalteten.

Friedrich Wilhelm IV. war durchdrungen von tiefem Weh darüber, daß in seiner schönen und ihm so lieben Residenz der blutige Kampf entbrannt war. Noch einen Versuch wollte er machen, ihn zu beenden, er wollte sich persönlich an seine Berliner wenden, an ihr Gefühl, an ihre Liebe zu ihm appelliren, ihnen die Augen öffnen darüber, daß sie, verführt von fremden Emissären und Bösewichtern, ganz unnütz die Waffen ergriffen hätten.

Allein in seinem Kabinet, in der Nacht um 12 Uhr, ergriff der König die Feder und schrieb jene merkwürdige, ihm aus dem tiefsten Herzen quellende Proklamation an die Berliner, die das wichtigste Aktenstück des 18. März geworden ist, weil sie uns die Anschauung des Königs über die Tagesereignisse mit durchsichtigster Klarheit wiederspiegelt. Die Proklamation lautete:

An meine lieben Berliner!

Durch Mein Einberufungspatent vom heutigen Tage habt Ihr das Pfand der treuen Gesinnung Eures Königs zu Euch und zum gesammten teutschen Vaterlande empfangen. Noch war der Jubel, mit dem unzählige treue Herzen Mich begrüßt hatten, nicht verhallt, so mischte ein Haufen Ruhestörer aufrührerische und freche Forderungen ein und vergrößerte sich in dem Maße, als die Wohlgesinnten sich entfernten. Da ihr ungestümes Vordringen bis in's Portal des Schlosses mit Recht arge Absichten befürchten ließ, und Beleidigungen wider Meine tapfern und treuen Soldaten ausgestoßen wurden, mußte der Platz durch Kavallerie im Schritt und mit eingesteckter Waffe gesäubert werden, und zwei Gewehre der Infanterie entluden sich von selbst, Gottlob, ohne irgend Jemand zu treffen. Eine Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obgleich aufgesucht, doch zu verbergen gewußt hatten, haben diesen Umstand im Sinne ihrer argen Pläne durch augenscheinliche Lüge verdreht und die er-

*) Auch der Landtags-Abgeordnete von Vincke befand sich am 18 März in Berlin und rieth bei einem Besuch im Schloß dem Könige, den Kampf in der Nacht nicht fortzusetzen, sondern die Truppen um das Schloß zu konzentriren.

hitzten Gemüther von vielen Meiner treuen und lieben Berliner mit Rachedanken um vermeintlich vergossenes Blut! erfüllt, und sind so die gräulichen Urheber von Blutvergießen geworden. Meine Truppen, Eure Brüder und Landsleute haben erst dann von der Waffe Gebrauch gemacht, als sie durch viele Schüsse aus der Königsstraße dazu gezwungen wurden. Das siegreiche Vordringen der Truppen war die nothwendige Folge davon.

An Euch, Einwohner Meiner geliebten Vaterstadt, ist es jetzt, größerem Unheil vorzubeugen. Erkennt, Euer König und treuester Freund beschwört Euch darum, bei Allem, was Euch heilig ist, den unseligen Irrthum! kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barrikaden, die noch stehen, hinweg, und entsendet an Mich Männer, voll des echten alten Berliner Geistes, mit Worten, wie sie sich Eurem König gegenüber geziemen, und Ich gebe Euch Mein Königliches Wort, daß alle Straßen und Plätze sofort von den Truppen geräumt werden sollen und die militärische Besatzung nur auf die nothwendigen Gebäude des Schlosses, des Zeughauses und weniger anderer, und da auch nur auf kurze Zeit beschränkt werden wird. Hört die Stimme Eures Königs, Bewohner Meines treuen und schönen Berlins, und vergesset das Geschehene, wie Ich es vergessen will und werde in Meinem Herzen, um der großen Zukunft Willen, die unter dem Friedenssegen Gottes für Preußen und durch Preußen für Deutschland anbrechen wird.

Eure liebreiche Königin und wahrhaft treue Mutter und Freundin, die sehr leidend darnieder liegt, vereinigt ihre innigen thränenreichen Bitten mit den Meinigen.

Geschrieben in der Nacht vom 18. zum 19. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Der König war überzeugt, sein liebevolles Wort müsse einen Wiederhall in den Herzen der Berliner finden, es müsse die Bürgerschaft anregen, jenen „Bösewichtern" entgegenzutreten, er wußte ja nicht, daß diese Bösewichter, von denen man ihm so viel erzählt hatte, gar nicht existirten.

Friedrich Wilhelm IV. übergab seine Proklamation dem Minister von Bodelschwingh, der sich mit derselben einverstanden erklärte und sie sofort nach der Decker'schen Geheimen Ober-Hof-Buchdruckerei brachte, damit sie schnell gedruckt und schon am frühesten Morgen unter das Volk vertheilt werden könnte. Dann schrieb Herr v. Bodelschwingh an den Oberbürgermeister Krausnick folgenden Brief:

„Der König hat eine sehr freundliche, herzliche Ansprache an seine lieben Berliner niedergeschrieben welche ich so eben selbst in die Decker'sche Hofbuchdruckerei gebracht habe. Sie wird in der Nacht gedruckt. Sie versichert, daß, sobald sie zum Frieden zurückkehren, das Militär auf das Schloß und Zeughaus zurückgezogen werden soll. Lassen Sie sich die Proklamation in aller Frühe holen, setzen Sie sich mit dem &c. Fournier in einen Wagen und vertheilen Sie solche selbst. Gebe Gott, daß dann die Ruhe wiederkehre. Lassen Sie die Proklamation an allen Orten verbreiten."

Der Ueberbringer des Schreibens wurde durch einen Zufall auf dem Rückwege verhaftet. Herr von Bodelschwingh schrieb deshalb zwischen 5 und 6 Uhr noch einmal an Herrn Krausnick und den Stadtverordneter-Vorsteher Fournier folgendermaßen:

„Vielleicht stellt, unter Gottes gnädigen Beistand, die anliegende Ansprache des Königs den Frieden wieder her, wenn Sie vereint persönlich deren Verbreitung sich angelegen sein lassen. Setzen Sie sich in einen Wagen und durchziehen Sie mit ihr die unruhigen Straßen. Lassen Sie es noch andere Mitglieder des Magistrats thun. Ich schickte schon in der Nacht, aber mein Diener ist nicht zurückgekehrt. Mehr Exemplare sind in der Decker'schen Druckerei zu haben."

Die Proklamation an „Meine lieben Berliner" war gedruckt, aber noch nicht vertheilt, als sich beim Könige ein angesehener, im Rufe eines hohen Patriotismus stehender Bürger, der Schriftsteller Ludwig Rellstab, am frühesten Morgen eine Audienz erbat, über deren Resultat wir aus dem bereits erwähnten kleinen Buche Rellstab's genaue Nachrichten erhalten.

Rellstab, der in der Breitenstraße wohnte (im Hause der Vossischen Zeitung, deren Hauptmitarbeiter er war), hatte eine schlaflose Nacht verlebt. Gegen Morgen kam ihm der Gedanke, der Frieden könne hergestellt werden, wenn der König sich persönlich an die Berliner wende. Er entwarf schnell folgende Proklamation:

„Meine Bürger, meine Kinder!

Jeder Tropfen Bluts, der in diesem unglückseligsten aller Kämpfe fließt, ist namenloses Unglück. Ich reiche Euch die Hand, ihn zu enden! Reicht sie mir wieder! — zuerst Friede! Ich betheure es Euch; ewig bejammernswerthe Mißverständnisse haben den Anfangspunkt dieses Kampfes gebildet. Sähet Ihr mein Herz', Ihr würdet mir vertrauen, wie ich Euch vertraue! — Ja, ich vertraue Euch! — Ich werde mitten unter Euch treten! — Ihr sollt mich begleiten in den Schooß der Meinigen zurück. — Kein Schuß soll mehr geschehen! — Alle Truppen ziehen sich in ihre Kasernen zurück. Retten wir gemeinsam das ganze deutsche Vaterland, dessen schönster Tag gestern, so hoffte ich, erblühen sollte.

Am Sonntag, am Tage des Herrn, den 19. März 1848.

Euer König, Euer Vater!

F.— W.— IV.

Mit dieser Proklamation, die in der Druckerei der Vossischen Zeitung gedruckt werden konnte, eilte Herr Rellstab nach dem Schlosse zum Könige. Lassen wir ihn selbst erzählen:

„Ich steckte das Blatt ein, und ging auf die Straße hinunter, um mich nach dem Schlosse zu begeben. — Ich konnte nicht unterlassen, mich

zuvor einige Augenblicke auf dem Kampfplatz umzuschauen; — mit Gefühlen, die keine Feder beschreibt! Einzeln kamen die Bewohner jetzt aus den Häusern, und versicherten sich, ob sie ungefährdet in den Straßen verkehren könnten. Die Dienstboten sah man Bäckerwaaren reichlich einkaufen, denn man wußte nicht, was der Tag bringen werde. Die Nachbarn begrüßten einander stumm, weil Niemand recht wußte, in welchem Sinn er den andern anzureden habe; denn die Ansichten und Gemüther waren an diesem Morgen schon sehr schroff getheilt. Einige hatten in ihren Häusern furchtbare Scenen erlebt; die Rohheit der einzelnen Soldaten war nicht überall zu zügeln gewesen, und, wenn auch durch die äußersten Aufreizungen zu erklären, doch weder zu rechtfertigen, noch von dem, der darunter geduldet, so leicht zu verwinden. — Die Mehrzahl betrachtete stumm, mit innerem Schauder, die Spuren der Verwüstung. — — — — In allen Fenstern der Straße waren die Fensterscheiben zerschmettert, und die Glassplitter bedeckten den Bürgersteig dergestalt, daß man wie auf einer Glasbahn ging.

Ich wandte dann meine Schritte dem Schlosse zu. Eine Kompagnie Infanterie hielt die Straße genau so gesperrt, wie am gestrigen Abend. Die Leute sahen bleich, ernst, abgespannt aus; ein Offizier, noch jung, stand auf dem rechten Flügel. In seinen Zügen war tiefe Erschütterung und doch männliche Fassung zu lesen. Ich trat auf ihn zu und fragte: „Dürfen Sie mich hier durchlassen? Ich habe die Absicht, nach dem Schlosse zu gehen.“

„O ganz unbedenklich!“ war die Antwort.

Ich ging vorüber, die Leute und den Offizier, in ihrer ernsten, bescheidenen und männlichen Haltung, aber mit sehr bleichen Zügen, mehrmals mit einem tief wehmüthigen Blick messend.

Indem ich den Schloßplatz, nach dem nächsten Portale zu, überschritt, erfuhr ich keine Art der Behinderung. Der Platz war an einzelnen Stellen mit Truppen besetzt, alle Zugänge, so weit ich es übersehen konnte, abgesperrt; besonders stark waren beide Portale des Schlosses besetzt. — Doch ließ man mich ungehindert ein. — — — — Im Portal sah man unordentlich hin und wieder verstreutes Stroh; auf den Treppen lagerten einzelne Leute; Offiziere und Gemeine durcheinander. Der Schloßhof glich einem Bivouak. Geschütze standen angespannt; Stroh in größeren Massen zur Lagerstätte für Pferde und Menschen war aufgeschüttet; Kavallerie und Infanterie stand in dicht zusammengezogenen Abtheilungen. Offiziere in Menge, vom General ab, wogten durcheinander; halb im Paradeanzug, halb in Feldkleidung, Mänteln, Ueberröcken, Feldmützen, wie der Augenblick es gebot oder gestattete. Viele erkannten mich. Zunächst ein Hauptmann der Artillerie, ein alter Freund, ein redliches Herz, ein Ehrenmann — er ist seitdem verstorben! Er flog auf mich zu; wir hielten einander umarmt. „Wo kommst Du her? Was bringst Du?“ rief er mich an. In zwei Worten sagte ich meinem Freunde, was ich wollte: „Ja,“ rief er wie neu belebt aus, „versuche es, thue etwas, rette uns aus dieser schrecklichen Lage!“ Seine Hände drückten die meinigen; ich blickte ihm in das treuherzige, bieder-tapfere Angesicht; es war von Pulverdampf geschwärzt und doch bleich! Mein Vorsatz wuchs, Alles an meinen Plan zu setzen, die Erhebung des Augenblickes belebte meine Hoffnung. Mehrere andere Offiziere, darunter einige meiner wenn auch ferneren Bekanntschaft, traten heran; alle faßten den Gedanken, daß ich zum Könige wollte, mit günstiger Lebhaftigkeit auf. Man sah, es war eine Zeit, ein Augenblick, wo man von Jedem Hilfe und Rath annahm oder hoffte, dem man nur den redlichen Willen zutraute, ihn zum Guten geben zu wollen. Man begleitete mich, um mich zu dem richtigen Eingange zu führen. — — — — Wir gingen weiter bis zum Fuß der Wendeltreppe, wo der Aufgang zu den Zimmern des Königs ist. Hier verließen mich meine Begleiter; andere Offiziere umgaben mich. An eine Schwierigkeit hinaufzukommen, war nicht zu denken, ich wurde, da sich verbreitet hatte, was ich wollte, oder vielmehr, daß ich irgend etwas Versöhnendes wollte, fast hinaufgetragen. Ich empfing in dieser düstern Morgenstunde den Gruß und den Händedruck vieler alten Freunde. Jeder gesellte seinen Wunsch meinem Bestreben; meine Kraft hob sich, da ich sah, welch ein Vertrauen man mir entgegentrug.

Oben in den Vorzimmern des Königs bewegten sich Offiziere jeden Ranges, viele Generale, Generalstabs-Offiziere, Minister, hohe Staatsbeamte, zu gleicher Zeit eine Schaar Diener und Königlicher Lakaien durcheinander. Auch die Prinzen gewahrte ich in dem ungewöhnlichen Gedränge. Man ging, man kam, man fragte, forschte, berieth sich. Dazwischen wurde das Frühstück für Alle gemeinsam servirt, über das Mancher mit wahrem Heißhunger herfiel, denn Viele mochten wohl seit gestern Mittag ohne Nahrung geblieben sein, und hatten die Nacht in Aufregung, Arbeit und Gefahr zugebracht.

Ich wurde auch hier sogleich dicht umringt, von allen Seiten begrüßt. Wem ich zuerst anzeigte, was mein dreistes Begehr sei, wer mir zuerst den Weg bahnen half — ich weiß es nicht mehr; allein ich fand bei Vielen Unterstützung, bei Manchem auch Widerspruch. Einen Ehrenmann aber muß ich nennen, den alten, würdigen General von Neumann, den Adjutanten des Königs, der mir seinen Handschlag gab, ich solle den König sprechen, was mancher andere der Herren dort oben, und ich gebe zu, auch nicht ohne gute Gründe, nicht für thunlich oder angemessen hielt. — — — Ich wurde durch mehrere kleine halbdunkle Gemächer geführt, und stand dann in einem Thurmzimmer mit einem Erker; es ist zunächst der Langen Brücke, nach dem Schloßplatz hinaus belegen. Hier verließ mich der General

mit den Worten: „Seine Majestät wird sogleich erscheinen."

Nach wenigen Augenblicken trat der König ein. Sein Anblick nach der furchtbaren, weltgeschichtlichen Nacht hätte Jeden erschüttern müssen, selbst den, welchem es tägliche Gewohnheit gewesen wäre, mit ihm zu verkehren. — — — — Ich war ganz allein mit dem König. Er sah angegriffen, doch ruhig, gefaßt aus, sein Blick war wohlwollend.

„Sie haben mich zu sprechen gewünscht — sagen Sie mir, was Sie mir bringen", waren ungefähr die Worte, mit denen er die Unterredung eröffnete."

Rellstab brachte auf diese Aufforderung des Königs seinen Plan vor. Er verlas die von ihm aufgesetzte Proklamation. Der König erwiderte: „Das ist sehr gut, es sind Gesinnungen, die ich theile, ich habe auch schon etwas Aehnliches selbst aufgesetzt." Er gab sofort den Befehl, daß seine Proklamation: „An meine lieben Berliner" herbeigeholt werde. — Rellstab erzählt weiter:

„Während dessen wandte er sich wieder zu mir, und sprach, auf den Inhalt meines Entwurfs eingehend: „Sie sind also der Meinung, daß ich selbst mich den Bürgern zeige?" Ich führte meine Ansicht mit Feuer aus; mit mehr Enthusiasmus als Ueberlegtheit schilderte ich den Eindruck, den es unfehlbar machen würde, wenn der König sich zu Pferde setze, mit der vor ihm hergetragenen Friedensfahne durch die Stadt reite; ich sprach mit Zuversicht von einer enthusiastischen Begrüßung und wies die Vermuthung einer Gefahr mit vollster Ueberzeugung zurück.

Der König entgegnete sehr ruhig: „Sie sehen die gestrigen Vorgänge doch wohl nicht aus dem richtigen Standpunkte an."

Jetzt wurde die verlangte Proklamation gebracht und der König gab sie mir zum Lesen. Gleich die ersten Zeilen erfüllten mich mit starrem Erstaunen, denn sie waren im vollkommensten Widerspruch mit der Ansicht, die ich von dem Aufstande hatte, und die, so weit irgend meine Wahrnehmungen reichten, in der ganzen Stadt davon verbreitet waren. Jetzt ist es mir allerdings zur festesten Ueberzeugung geworden, daß in der Proklamation des Königs die einzig richtige Ansicht von der Natur des Aufstandes ausgesprochen war*). Jedoch die Stelle: „Eine Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend, die sich seit einer Woche, obgleich aufgesucht, doch zu verbergen gewußt hatten, haben diesen Umstand im Sinne ihrer argen Pläne durch augenscheinliche Lüge verdreht, und die erhitzten Gemüther von vielen meiner treuen und lieben Berliner mit Rachegedanken um vermeintlich vergossenes Blut erfüllt und sind so die gräulichen Urheber von Blutvergießen geworden." Diese Stelle erschien mir in dem Augenblicke, wo ich sie dort las, als eine auf den vollkommensten Irrwahn begründete, den Ueber-Furchtsame oder Ueber-Argwöhnische in der Umgebung des Königs in demselben genährt haben mußten. Der rührende Schluß der Anrede dagegen, welcher der tief leidenden Königin gedachte, hatte mich sichtlich bewegt. Der König fragte mich, da er sah, daß ich zu Ende gelesen: „Glauben Sie nicht, daß diese Proklamation einen guten Eindruck hervorbringen wird?"

„Mangel an Aufrichtigkeit, Ew. Majestät, wäre hier," erwiderte ich, „das größte Vergehen, dessen ich mich schuldig machen könnte; dieser Augenblick fordert die vollste Wahrheit. Ich glaube nicht, daß diese Worte einen günstigen Eindruck machen werden."—

Auf die Frage, was mir einem solchen entgegen zu stehen scheine, erwiderte ich:

„Die ganze Stelle, welche den Aufstand als einen, durch lange vorbereiteten, absichtlichen Verrath erregten darstellt, wird und kann keinen Glauben finden. Niemand hat an Verrath gedacht! Alles war Freude und Jubel! Es ist nur das unselige Mißverständniß, das blinder Schrecken und Erbitterung, wie der fortlaufende Schwung des Gerüchts, tausendfach vergrößert haben, wodurch sich diese allgemeine Aufregung erzeugt hat. Diese von Verrath sprechende Stille wird daher nirgend Glauben finden, so wenig, wie ich daran zu glauben vermag."

Der König entwickelte mir hierauf, indem er meinen so entschiedenen Ausspruch gegen die Wirkung seiner Proklamation durchaus in Wohlwollen aufnahm, mit ruhiger Klarheit alle Gründe, die ihn zu seiner Annahme bestimmten, und ich bekenne, daß ich schon damals einigermaßen schwankend wurde, wenigstens stutzte, jedoch noch immer den Gedanken festhielt, daß die Umgebungen des Königs immer durch allzuleichtgläubige Berichte eine irrige Ansicht der Verhältnisse eingeprägt hätten. Was ich aus seinem eigenen Munde vernahm, war ungefähr Folgendes: „Der ganze Aufstand, Sie dürfen überzeugt davon sein, war, was man einen coup monté (dies war das Wort, das der König gebrauchte) nennt. Es herrschte, wie Sie wissen, unter den Tausenden auf dem Schloßplatze nur die Stimmung der Freude. Ich hatte mich schon zurückgezogen, und auch die Volksmenge begann sich zu zerstreuen, als eine offenbar organisirte Schaar mit Gewalt in das Schloßportal einzudringen suchte. Die Truppen, welche dasselbe besetzt hielten, wurden auf das schmählichste beleidigt, und so gegen sie angedrängt, daß sie sich mit Mühe der thätlichen Angriffe erwehren konnten. Die offen ausgesprochene Forderung dieser Schaar ging dahin, bis zu mir hinaufzudringen, und den Abzug der Truppen mit Un-

*) Rellstab wurde später einer der eifrigsten Vertheidiger jener Fabel von fremden Emissären, von der vorbereiteten Berliner Revolution am 18. März. Als er noch mit einer gewissen ruhigen Unparteilichkeit die Lage der Dinge anschaute, hatte er eine solche Ansicht nicht, er gewann sie erst aus dem Parteitreiben der folgenden Tage.
(Anmerkung des Verfassers.)

gestüm zu verlangen. Es waren dies meist Leute von dem Verdacht weckendsten Aeußern, aber auch Schutz-Kommissarien darunter, natürlich Verkleidete, denn die wackeren Bürger Berlins halte ich solcher That nicht fähig. Alle ruhigen und vernünftigen Zurückweisungen dieses ungestümen Andrängens fruchteten nichts, aber es konnte schlechterdings nicht länger geduldet werden. Nach Reden und Aussehen der Einzelnen war das Aergste von diesen Leuten zu befürchten, unter denen zuverlässig meist Fremde sich befanden, die sich seit einer Woche in Berlin verborgen und kein Mittel, den Aufstand zu schüren, unversucht gelassen hatten. Da der Tumult immer zunahm, mußte ich endlich den Befehl geben, den Platz, wie es in der Proklamation heißt, im Schritt und mit eingesteckter Waffe räumen zu lassen. Die beiden Gewehrschüsse, die man als Signal zum Aufruhr benutzt hat, gingen aufwärts und haben Niemand verletzt. Unmöglich hätten sie eine solche Scene der Verwirrung und Erbitterung veranlassen können, wenn sie nicht mit aller Absicht dazu benutzt worden wären. — — — — Ich bekannte nun offen, ich könne mich noch nicht zu dem Glauben entschließen, daß bösartig angelegter Verrath die Hand im Spiele gehabt habe. Wenigstens dürfe ich das versichern, daß die gesammte Bürgerschaft nur an eine verrätherische Handlungsweise des Militärs, d. h. an einen rohen leidenschaftlichen Mißbrauch seiner Gewalt glaube, und daher das Vertrauen einzig und allein dadurch hergestellt werden könne, daß man die Truppen zurückziehe und der König sich dem Volke selbst zeige. Ich entwickelte nun nochmals meinen schon oft berührten Plan mit aller Wärme der Ueberzeugung und getragen durch den großen feierlichen Augenblick. Daß ich unter solchen Verhältnissen, wo ich einen so entscheidenden Schritt für das Geschick meines Vaterlandes auf meine Verantwortung zu nehmen gewagt hatte, über das Maß ruhiger Besonnenheit hinausgegangen sein mag, will ich gern glauben, und man wird es entschuldigen; wissen kann ich es nicht. Ich weiß nur, daß der König mich ganz aussprechen ließ, und mich in Ruhe und Wohlwollen anhörte.

„Ich würde,“ waren ungefähr seine Worte, als ich geendet hatte, „gewiß auf Ihren Vorschlag eingehen, wenn ich Ihre Ansicht von dem ganzen Verhältniß der Sache hätte, aber ich habe, wie ich Ihnen gezeigt, eine andere. Es ist nicht die Besorgniß um mein Leben, die mich abhält, auf Ihren Vorschlag einzugehen, aber ich muß besorgen, bei dem vielfachen Verrath, der sich eingenistet hat, daß meine Freiheit in Gefahr kommen kann. Und ich würde dann vielleicht einem Zwang unterworfen werden, der das von mir forderte, was ich unmöglich gewähren könnte. Ich darf weder meine Person noch das Land auf ein so gewagtes Spiel setzen. Zu jeder gütlichen Ausgleichung bin ich bereit. Wenn die Bürger die Barrikaden niederreißen und verlassen wollen, soll sich das Militär in die Kasernen zurückziehen. Suchen Sie sie dazu zu bewegen; ich will den Kampf, den ich nicht begonnen habe, auch nicht erneuern.“

Ich äußerte meine Zweifel, daß die Bürger zuerst die Barrikaden wegräumen würden. Die Ueberzeugung steigerte sich in mir immer höher, daß, ohne einen Schritt, wie ich ihn im Sinne hatte, der Kampf mit der äußersten Erbitterung erneuert werden würde. So erfüllte mich eine angstvolle Spannung. Daher bat ich noch einmal den König, ganz aus dem Innersten meiner Seele reden zu dürfen. „Dieser Augenblick, sprach ich, ist zu gewichtig für mich, als daß ich es nicht für einen Frevel halten müßte, auch nur mit einer einzigen Empfindung, einem einzigen Gedanken über die ernste Angelegenheit zurückzuhalten, die mich hergeführt. Darf ich es wagen, Ew. Majestät zu äußern, wie hoch ich den Einsatz halte, der in diesem furchtbaren Spiel gewagt wird? Es handelt sich nicht allein um die Krone Ew. Majestät, sondern vielleicht um die Dynastie der Hohenzollern überhaupt, ja um das Geschick des ganzen deutschen Vaterlandes.

Der König erwiderte mit einer Fassung, die einen um so tieferen Eindruck auf mich machte, jemehr ich selbst mich von den unruhigsten Wogen aufgeregter Empfindungen bewegt fühlte: „Ich weiß, was auf dem Spiele steht. Ich habe mir jeden Ausgang vorgestellt, allein ich bin auf das Vollkommenste darauf vorbereitet.“

Der hohe Ernst, die innerste Bewegung und doch so starke Beherrschung derselben, mit welcher der König diese Worte sprach, erschütterten mich in unvergeßlicher Weise. Worte hatte ich nicht mehr; ich glaubte ein unnennbares Unglück zu sehen, das mir die Brust um so schmerzvoller zerriß, je würdiger, edler, sittlich-größer Derjenige vor mir stand, den es treffen sollte. Und die Königin! — dachte ich, indem mir die letzten rührenden Zeilen der Proklamation wieder einfielen!

„So wäre“, sprach ich endlich mühsam, „mein Versuch, der diesem unseligen Kampfe ein Ziel zu setzen trachtete, denn ein vergeblicher gewesen, und ich soll hoffnungslos scheiden!“

Ich wollte mich verbeugen und zurücktreten, doch der König sprach: „O nein, auch ich wünsche ja nichts sehnlicher, als das Ende dieses traurigsten aller Kämpfe. Sie können mit dazu beitragen. Nehmen Sie diese Blätter (die Proklamation), verbreiten Sie sie unter die guten ehrenhaften Bürger, die ja die große Mehrzahl in Berlin bilden. Sagen Sie ihnen, wie ich denke, und noch besser, bringen Sie mir sogleich 20, 30, 50 Bürger von guter Gesinnung, führen Sie sie hierher; der Weg soll Ihnen durchaus offen stehn, ich will selbst mit Ihnen reden. Eilen Sie! Wir wollen keine Zeit verloren gehen lassen! Ich danke Ihnen herzlich für den Schritt, den Sie gethan haben.“

Mit diesen Worten reichte mir der König die

Hand und drückte sie mir mit Wärme. Mir aber leuchtete ein neuer Hoffnungsblick auf und ich eilte, seinen Auftrag zu erfüllen."

Rellstab eilte nach dem Schloßplatze und der Breiten Straße, er suchte sich seines Auftrags zu entledigen und die Proklamation des Königs: An meine lieben Berliner! zu vertheilen. Aber er hatte damit kein Glück. Sobald die Bürger den Eingang gelesen hatten, die Geschichte der zwei Schüsse, der Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend 2c., warfen sie die Proklamation mit Unwillen von sich, ja Einige zerrissen sie in wilder Wuth, sie sprachen von Lügen, die dem Könige vorgegaukelt seien, sie riefen, daß sie schändlich verrathen seien und traten das Papier mit Füßen.

Ein gleiches Schicksal hatte die vom Könige so wohlgemeinte Proklamation überall in Berlin, wo sie verbreitet wurde; Niemand wollte den Königlichen Worten glauben. Wußten doch die Bürger, daß nicht der Pöbel, sondern sie selbst hinter den Barrikaden gestanden und gekämpft hatten, daß sie nicht verführt worden, sondern freiwillig im Gefühl der höchsten Erregung zum Kampf geeilt seien.

Selbst der Berliner Witz machte sich in giftigster Weise mit der Proklamation zu schaffen. In einem hölzernen Brunnengehäuse der Breitenstraße war ein Stück einer Granate stecken geblieben. Ein Witzbold schnitt von der Proklamation die Ueberschrift und Unterschrift ab. Die Ueberschrift: An meine lieben Berliner klebte er über, die Unterschrift Friedrich Wilhelm IV. unter das Kugelstück.

Mit Mühe gelang es dem wohlmeinenden Rellstab, eine Anzahl von Bürgern zu sammeln und mit ihnen gegen 7 Uhr Morgens in das Schloß zurückzukehren. Wieder wurde er ohne alle Schwierigkeit zum Könige gelassen.

Friedrich Wilhelm IV. empfing die Bürger in Gegenwart vieler höherer Staatsbeamten; er grüßte sie herzlich, vielen reichte er freundlich die Hand und fragte sie nach ihrem Namen und Stand, dann sprach er sein tiefes Bedauern über die Vorgänge der Nacht aus und seine Bereitwilligkeit, dem Kampfe sofort ein Ende zu machen, wenn nur das Volk das Gleiche thue. Er kam auf seine Proklamation zurück und wiederholte, daß das Volk von Bösewichtern schwer getäuscht und verblendet worden sei. Deshalb aber hege er keinen Groll, denn er habe die feste Ueberzeugung, daß die Bürger von selbst zum Vertrauen gegen die Regierung zurückkehren würden. Er sprach auch über den Sieg, den die Truppen erfochten hätten, über die Stärke der Mittel, welche der Regierung zu Gebote ständen, doch, meinte er, ich will davon nicht weiter reden, meine größere Kraft beruht in dem Zutrauen zu Ihnen. Gehen Sie denn überall hin durch die Stadt und verkünden Sie diese meine Gesinnungen des Friedens. Mit diesen Worten entließ der König die Bürger.

Friedrich Wilhelm IV. wollte ernst und wahrhaft den Frieden; noch hielt er zwar seine alte Forderung, daß erst die Barrikaden vom Volke fortgeräumt werden müßten, ehe das Militär zurückgezogen werden könne, fest, aber die übereinstimmenden Bitten aller derer, die er aus der Bürgerschaft gesprochen, hatten ihn doch schon geneigt zum Nachgeben gemacht. Er konnte sich außerdem nicht verhehlen, daß eine Erneuerung des Kampfes, der um 5 Uhr Morgens vorläufig eingestellt worden war, schwere Folgen nach sich ziehen dürfe.

In dem Kriegsrathe, der in der Nacht gehalten worden und aus dem der Befehl an die Truppen, nicht weiter vorzudringen, hervorgegangen war, hatte der General von Prittwitz sich dahin ausgesprochen, daß er sich zwar stark genug fühle, mit den ihm zu Gebote stehenden Truppen die eingenommenen Stellungen zu behaupten, nicht aber stark genug, um die ganze Stadt zu erobern. Wenn die Einwohnerschaft sich nicht freiwillig unterwerfe, werde es nothwendig sein, Berlin eng einzuschließen und in anderer Weise den Kampf fortzusetzen. Diese Ansicht des Ober-Befehlshabers hatte den Befehl zum Stillstand an die Truppen zur Folge. Seitdem aber waren manche nicht eben günstige Nachrichten im Schlosse eingetroffen.

Die Soldaten waren vom langen Kampf erschöpft, während die Bürger am Morgen des 19. mit frischer Kraft an die Barrikaden geeilt waren, vorläufig freilich, ohne im Kampf fortzufahren, da sie nicht angegriffen wurden, aber doch bereit, in jedem Augenblick von Neuem die Waffen zu führen.

Daß das Heer endlich den Sieg über die unorganisirten Bürger erkämpfen würde, darüber war im Schlosse Niemand zweifelhaft, am wenigsten der König. Aber was sollte nach dem Siege geschehen? Lag nicht die Gefahr nahe, daß der in Berlin ausgebrochene Aufstand sich in die Provinzen, vorzugsweise nach der Rheinprovinz, nach Preußen und Posen verpflanzen würde?

Den Siegern fehlte der kühne Siegesmuth, weil der Sieg keine Früchte tragen konnte, weil er vielleicht schlimmere Folgen, als eine Niederlage gehabt haben würde.

Die bürgerlichen Umgebungen des Königs waren deshalb keineswegs geneigt, zur energischen Fortführung des Kampfes zu rathen und sogar die Mehrzahl der Offiziere wünschte den Frieden, dies zeigte der freudige Empfang, den der Friedensstifter Rellstab bei ihnen gefunden hatte, deutlich genug. Auch dem Könige blieb dieser Wunsch seiner Offiziere nicht verborgen.

Die Frage, ob nicht eine kleine Nachgiebigkeit zur Nothwendigkeit geworden, war schon in den ersten Morgenstunden des 19. März zwischen dem Monarchen und seinen nächsten Rathgebern erwogen worden und wenn sie auch vorläufig noch verneint wurde, so trug sie doch dazu bei, Friedrich Wil-

helm IV. in seiner Ansicht schwankend, zur Nachgiebigkeit geneigt zu machen.

Gegen 8 Uhr Morgens hatte sich abermals eine Bürger-Deputation ohne Mandat im Schlosse eingefunden. Es waren etwa 12—15 angesehene Männer, unter ihnen städtische Beamte und auch der Ober-Bürgermeister Krausnick. Der König gewährte ihnen eine Audienz, er erschien an der Seite der Königin, umgeben von seinen Prinzen und Generälen. Mit den freundlichen Worten: „Nun, meine Herren, Sie haben wohl auch diese Nacht nicht schlafen können?“ empfing er die Bürger.

Auf die Bitte des Herrn Krausnick doch ungesäumt alle Maßregeln zu ergreifen, die den Frieden wieder herstellen könnten, antwortete der König, wie früher, daß erst die Barrikaden fortgeräumt werden müßten, ehe die Truppen zurückgezogen werden könnten. Als einer der Bürger bat, Se. Majestät möge die Bürger mit Waffen versehen, und ihnen den Schutz des Königs und der Stadt übertragen, erklärte der König, eine Bürgerbewaffnung vertrage sich nicht mit dem Systeme der Regierung, das Militär allein habe die Pflicht, Ordnung und Gesetz zu schützen und wenn alle seine Königlichen Mahnungen nicht fruchteten, wenn der Aufruhr fortgesetzt würde, dann werde er mit dem Militär allein siegreich sein.

Es war ein schweres Wort, und einer der Bürger, der Kaufmann Neumann, erwiderte in der Aufregung des Augenblicks: „Ein solcher Sieg, Majestät, würde eine Niederlage sein!“ Der König nahm das kühne Wort mit Freundlichkeit hin, er unterhielt sich noch kurze Zeit mit den Bürgern, dann entließ er sie.

Ein Resultat hatte auch diese Unterhandlung nicht gehabt, aber die Worte, welche die Bürger zum Könige gesprochen hatten, waren in sein Herz gedrungen und deshalb nicht erfolglos. Kurze Zeit nach der Entlassung der sogenannten Deputation rief Friedrich Wilhelm IV. die im Schlosse anwesenden Minister sowie andere hohe Militär- und Civil-Beamte zu einer Berathung, die unter seinem Vorsitz stattfand, um die Frage zu erwägen, ob es nicht rathsam sei, mit dem Zurückziehen der Truppen zu beginnen, auch ehe die Barrikaden abgebrochen worden seien.

Es gab heftige Debatten unter den Ministern und Generalen; die große Mehrzahl erklärte, daß nur das Zurückziehen der Truppen zum schnellen Frieden führen könne, während andere Offiziere den Kampf energisch fortgeführt sehen wollten. Endlich wurde mit Genehmigung des Königs der Beschluß gefaßt, die Truppen sollten langsam zurückgezogen werden, das Schloß, das Zeughaus und andere öffentliche Gebäude aber militärisch besetzt bleiben.

Während diese Berathung stattfand, hatten sich im Schlosse mehrere Bürger, unter ihnen der Stadtrath Duncker, der Bezirksvorsteher Vollmer und der frühere Polizist Dr. Stieber, der sich in neuerer Zeit einen Namen als gerichtlicher Vertheidiger gemacht hatte, eingefunden. Zu ihnen gesellte sich auch der Bürgermeister Naunyn.

Herr Naunyn war der Einzige von diesen Herren, der gewissermaßen ein Mandat besaß. Er kam von einer in der großen Friedrichsstraße in der Nähe der Zimmerstraße errichteten Barrikade. Dort war ihm von den Vertheidigern derselben der Auftrag ertheilt worden, für die Zurückziehung des Militärs zu wirken.

Um Herren Naunyn, den Bürgermeister von Berlin, sammelten sich die übrigen im Schlosse anwesenden Bürger, weil sie ihn als ihren natürlichen Führer und Sprecher betrachteten. Weil der Bürgermeister von Berlin sich als Sprecher der übrigen Herren zeigte, hat man später vielfach von einer Deputation der städtischen Behörden gesprochen, auch die Minister von Bodelschwingh und von Arnim haben zur Bezeichnung der Deputation diesen Ausdruck gebraucht; aber ohne alle Berechtigung, denn wie wir bereits erwähnten: die städtischen Behörden hatten in der Nacht vom 18. zum 19. März gar keine Gelegenheit gehabt, als solche zu fungiren. Die Deputation wurde von dem Minister von Bodelschwingh empfangen.

Herr Naunyn stellte diesem die unabweisbare Nothwendigkeit des augenblicklichen Zurückziehens sämmtlicher Truppen von allen Straßen und Plätzen Berlins vor, wenn ein neues Blutbad und dessen Folgen, die unabsehbar seien, vermieden werden solle. Der Minister versprach dem Bürgermeister sofort eine Audienz beim Könige. Diese fand bald darauf statt.

Friedrich Wilhelm IV. empfing die Bürger in Gegenwart der Prinzen, Minister und Generäle. Zu seiner Rechten stand der Minister von Bodelschwingh, zu seiner Linken der neuernannte Minister Graf von Arnim. Wieder brachte die Deputation die so oft geäußerten Wünsche vor, sie erklärte, daß die Barrikaden sofort geräumt werden würden, wenn das Militär sich zurückziehe, ja an einigen Punkten der Stadt habe das Volk sogar mit der Forträumung der Barrikaden schon einen Anfang gemacht.

Der König sprach gütiger und freundlicher als zu allen früheren Deputationen, er unterhielt sich fast eine Stunde mit den einzelnen Mitgliedern und versprach, das Militär solle die Stadt theils verlassen, theils in die Kasernen zurückkehren. Die Wünsche des Landes sollten erfüllt werden, auch eine Veränderung im Ministerium eintreten, dagegen aber vertraue er, daß die Deputation ihren Einfluß aufbieten werde, um die Ruhe wieder herzustellen, daß die Barrikaden endlich fortgeräumt würden.

Nachdem der König der Deputation so erfreuliche Zusicherungen gemacht hatte, zog er sich mit den beiden Ministern von Bodelschwingh und Graf von Arnim in sein Kabinet zurück, indem er die Deputation ersuchte, noch einen Augenblick zu warten. Die weiteren Vorgänge wollen wir den mehrerwähnten militärischen Berichterstatter erzählen lassen:

„Bald nachher erschien Herr von Bodelschwingh allein und erklärte: „da man begonnen habe, die Barrikaden zu räumen, und versprochen, damit fortzufahren, und die Ordnung aufrecht zu erhalten: „so befehle Se. Majestät der König, daß die Truppen von den Straßen und Plätzen zurückgezogen würden.“ Eine hohe Person unterbrach den Minister mit den Worten: Schloß, Zeughaus, Schloßplatz, Lustgarten müßten doch besetzt bleiben; Herr von Bodelschwingh aber erwiderte: die Ausdrücke Sr. Majestät seien bestimmt gewesen „von Straßen und Plätzen.“ Ein Mitglied der Deputation schlug vor, man möge erklären, von den Straßen und öffentlichen Plätzen, unter letzteren wären Schloßplatz und Lustgarten nicht verstanden. Minister von Bodelschwingh rief jedoch in aufgeregtem, heftigem Tone: an einem Königlichen Wort dürfe nicht gedeutelt werden, es sei der letzte Befehl, den er als Beamter brächte 2c. Einige Mitglieder der Deputation riefen: nun nur rasch die Stabsoffiziere bestimmen, welche zu den Truppen reiten, denn unseren Worten allein wird nicht geglaubt; andere äußerten Bedenken über die völlige Entfernung der Truppen. Der kurz vorher eingetretene General von Prittwitz erklärte bestimmt, daß bei dem augenblicklichen Zustande der Straßen ein allmähliges, schritt- und bedingungsweises Zurückgehen der Truppen unausführbar, das Verschwinden derselben von Straßen und Plätzen ganz unmöglich sei. Er erklärte weiter, daß, wenn dieses Verschwinden eintreten solle, nur übrig bleibe, die fremden Truppen nach den Cantonnirungen, die einheimischen nach den Kasernen abrücken zu lassen. Damit gehe aber sofort die Verbindung der einzelnen Truppentheile, nicht allein unter sich, sondern auch mit dem Befehlshaber verloren, Schloß und Zeughaus könnten nicht mehr unterstützt werden und die Truppen sähen sich mit gebundenen Händen dem Gegner überliefert. Auch dieser Erklärung setzte der Minister den bestimmten Königlichen Befehl entgegen, und zwar in lebhafter, keinen Widerspruch duldender Weise.

General von Prittwitz führte die Deputation nach dem kleinen Schloßhofe und rief hier (es mochte nicht völlig 11 Uhr sein), einige mit Pferden versehene Offiziere zu sich, denen er eröffnete: Se. Majestät habe nicht allein das Aufhören der Feindseligkeiten, sondern auch den Rückzug befohlen, jedoch unter der Bedingung, daß die Gegner die Barrikaden niederlegten. Der Bürgermeister Naunyn erbat sich den Major Graf Rödern zum Begleiter nach der Friedrichsstraße, Oberst Graf Schlieffen ging mit dem Bezirksvorsteher Vollmer, dem Dr. Stieber und Dr. Richter nach dem Dönhofsplatze ab, Lieutenant von l'Lestocq wurde zum General von Möllendorf gesendet. Adjutanten eilten nach allen Punkten, wo sich kleinere Detachements befanden.“

Der Befehl zum Rückzug der Truppen war gegeben. Hatte ihn der König so erlassen, wie ihn der Minister von Bodelschwingh deutete? Ein Dunkel schwebt über den Hergängen jenes Morgens, welches bis zum heutigen Tage noch nicht völlig gelichtet ist. Die am meisten betheiligten Staatsmänner, die Minister von Bodelschwingh und von Arnim und der General von Prittwitz haben jeder die Schuld, daß sie den Königlichen Befehl mißverstanden und in zu weiter Ausdehnung befolgt hätten, von sich abzuwälzen und den Andern zuzuschieben versucht. Sie haben sich völlig widersprechende öffentliche Erklärungen abgegeben. Keiner von ihnen wollte verantwortlich sein für die verhängnißvollen Folgen, welche die Rückzugsordre der Truppen trug, Keiner dafür, daß durch dieselbe das siegreiche Heer zu einem besiegten wurde, daß der Straßenkampf des 18. März, der bis zu diesem Augenblick nicht mehr, als ein gewöhnlicher Volksaufstand gewesen war, den Charakter einer siegreichen Revolution gewann.

Viertes Kapitel.

Der Morgen des 19. März. — Die Waffenruhe. — Todte und Verwundete. — Die Straßen nach dem Kampf. — Die Friedensnachricht. — Gefangennehmung des General von Möllendorf. — Der Rückzug des Militärs. — Bericht des Grafen Lüttichau. — Volksversammlung auf dem Schloßplatz. — Ministerveränderung. — Der Sieg der Revolution. — Der König auf dem Schloßbalkon. — Die Gefangenen frei. — Das Volk auf dem Schloßhof. — Der Ruf nach Volksbewaffnung. — Der König vor den Leichen der Barrikadenkämpfer. — Jesus, meine Zuversicht. — Die Volksbewaffnung gewährt. — Besetzung des Schlosses durch die Bürgerwehr. — Anarchie in Berlin. — Volksjustiz. — Der Oberbürgermeister Krausnick. — Der Handschuhmacher Wernicke. — Der Prinz von Preußen. — Der Major von Preuß. — Der Abend des 19. März. — Die Spandauer Gefangenen.

Es war ein wunderschöner, herrlicher Frühlingsmorgen. So freundlich hatte die Sonne lange nicht geschienen, wie früh am 19. März. —

Als der Tag anbrach hatte das Militär den Befehl erhalten, in seinen Eroberungen nicht weiter fortzufahren, es war eine Stille im Kampf eingetreten; die Geschütze schwiegen, nur hier und da ertönte noch ein vereinzelter Schuß.

Beiden kämpfenden Theilen, den Bürgern wie den Soldaten, war diese Waffenruhe gleich erwünscht, denn Beide waren durch den langen Kampf tief erschöpft; die Bürger verließen meistens die Barrikaden, um sich ein Stündchen ordentlich auszuruhen, nur eine kleine Zahl rüstiger Arbeiter blieb zur Vertheidigung zurück. Diese Wenigen aber lagerten sich hinter den Barrikaden, hier und da wurden auf den Straßen Feuer angezündet und aus den Häusern brachten geschäftige Frauen

Kannen mit Kaffee, um die ermatteten Kämpfer zu stärken.

Auch die Soldaten bedurften einiger Stunden der Erholung, sie waren erschöpft von dem andauernden Kampfe, der furchtbaren Nacht; hier lagerten sie sich auf dem Steinpflaster, dort standen sie an einandergelehnt, um wenigstens einen Augenblick der Ruhe zu genießen, vielleicht nur einen kurzen Augenblick, denn in jeder Minute konnte ja der Kampf wieder beginnen.

Die Straßen Berlins boten an jenem Morgen einen furchtbaren Anblick. Vor den Barrikaden und einzelnen Häusern standen Blutlachen, furchtbar entstellte Leichen der gefallenen Bürger lagen auf dem Pflaster; in der Nacht hatten sie nicht fortgebracht werden können, jetzt erst, in der Zeit des Waffenstillstandes wurden sie auf schnell zubereitete Tragbahren gelegt, um wenigstens in die Häuser getragen zu werden. Neben den Todten lagen Verwundete, die erschöpft von dem Blutverlust der unverbundenen Wunden, kaum noch den Ort zu stammeln vermochten, wohin man sie bringen sollte. Der Verwundeten aber waren nur Wenige, die Soldaten hatten meistens dafür gesorgt, daß die Bürger vor den Barrikaden nur Leichen fanden.

Todte und verwundete Militärs bemerkte man nicht, denn die Truppen hatten ihre Gefallenen und Verwundeten immer gleich fortgeführt.

Bald nach Tagesanbruch regte sich auf den Straßen Berlins wieder ein geschäftiges Leben. Unter den Linden versammelte sich nach und nach eine große Zahl neugieriger Menschen; das Militär ließ sie ruhig passiren, auch in andern Straßen wurde dies gestattet.

An den öffentlichen Gebäuden standen kleine Gruppen, welche die eben erschienene Proklamation des Königs „An meine lieben Berliner" lasen. Sie machte den ungünstigsten Eindruck. Wie sie von den Bürgern, denen sie Ludwig Rellstab gegeben hatte, aufgenommen worden war, so wurde sie überall in Berlin bekrittelt. Statt zu versöhnen, reizte sie nur zu erneutem Widerstand. Die Barrikaden wurden nicht fortgeräumt, sondern in allen den noch nicht vom Militär besetzten Stadttheilen verstärkt. Die Vertheidiger, welche sie, um zu ruhen, verlassen hatten, fanden sich im Laufe des Morgens wieder zusammen, ausgeruht und gekräftigt, auch, besser bewaffnet als am Tage vorher, bereit, den Kampf von Neuem aufzunehmen, sobald die Soldaten den Angriff beginnen würden. Daran aber, selbst anzugreifen, dachten sie noch immer nicht. Sie hatten am Morgen des 19., eben so wie am 18., keinen bestimmt ausgesprochenen Zweck für den Kampf, es fehlte ihnen eben so jede Organisation. Einen politischen Charakter hat die Revolution vom 18. und 19. März erst, nachdem sie vollendet war, erhalten.

Wird es wieder zum Kampfe kommen? Diese Frage beschäftigte naturgemäß am Morgen des 19. das in den Straßen der Residenz sich bewegende Volk. Man hörte von Unterhandlungen, die im Schlosse stattfanden. Das Gerücht, das Militär solle zurückgezogen werden, verbreitete sich mit großer Schnelligkeit durch die Stadt und hier und da begannen schon einzelne ruhige Bürger zur Forträumung der Barrikaden zu mahnen; aber nur an wenigen Stellen mit Erfolg, fast überall wurden die Friedensstifter zurückgewiesen.

„Wir räumen nicht eher die Barrikaden, als bis die Soldaten fort sind!" Mit diesem Bescheide mußten sie sich begnügen und vergeblich war es, daß sie auf die friedliche Haltung der Soldaten und darauf hinwiesen, daß diese fast überall den Unbewaffneten gestatteten, ungehindert die vom Militär besetzten Straßen und Plätze zu passiren.

Endlich kam die bestimmte Nachricht, der König habe den Abzug der Truppen befohlen. Der Jubel war groß. Dieser Rückzug gab den Kämpfern der vergangenen Nacht den Beweis, daß sie gesiegt hatten.

Den vom Schlosse abgesendeten Offizieren, welche die Friedensnachrichten zu verbreiten die Aufgabe hatten, schlossen sich viele Bürger an und mit unglaublicher Schnelligkeit drang das Friedenswort durch die ganze Stadt. Nur an einzelnen Stellen traf es auf Mißtrauen, einige Barrikaden wurden deshalb auch nicht fortgeräumt, die meisten verschwanden aber fast so schnell, wie sie entstanden waren.

Als schon längst vom Könige der Befehl zum Stillstand der Truppen gegeben, aber ehe er noch bekannt geworden war, ereignete sich an der Barrikade am Alexanderplatz ein eigenthümlicher Vorfall, der von beiden kämpfenden Parteien für ihre Zwecke ausgebeutet worden ist: Der General von Möllendorf wurde vom Volke gefangen genommen.

Die Volkskämpfer haben später behauptet, durch diese glorreiche That sei eigentlich der Sieg der Revolution entschieden worden; die Reaktion hat dagegen von einem schändlichen Treubruch, von einem niederträchtigen Verrath gefabelt. Beides ist gleich falsch.

Die Gefangennehmung des General von Möllendorf war kein großes Kunststück, auch hat sie nichts entschieden; ebenso unrichtig ist es aber, einer ordnungslosen, durch einen blutigen Kampf gereizten Volksmasse, welche von dem Gegner selbst nicht als ebenbürtiger Feind betrachtet und behandelt worden war, den Vorwurf des Verraths zu machen, weil sie sich eines unvorsichtigen hohen Offiziers als Geißel für viele gefangene Volkskämpfer bemächtigte. Der Hergang war folgender:

Der General Möllendorf, welcher am Alexanderplatz kommandirte, war nach 8 Uhr des Morgens als Parlamentär persönlich vor die Barrikade am Alexanderplatz getreten und hatte freien Durchgang nach der Alexanderkaserne verlangt, indem er erklärte, er habe die Absicht, dem dortigen

Militär zu befehlen, es solle das Feuern einstellen. Unter den Vertheidigern der Barrikade hatte sich der Thierarzt Urban zum Kommandanten aufgeworfen, er wurde als solcher auch betrachtet; mit ihm unterhandelte deshalb der General.

Urban bewilligte den freien Durchgang. Kaum hatte Herr von Möllendorf sich unter das Volk hinter der Barrikade gemischt, als er sofort sah, das Wort des Herrn Urban werde ihm keinen großen Schutz gewähren. Die Volkskämpfer waren mißtrauisch, sie glaubten, die Truppen hätten sich verschossen, von dem Befehle, nicht weiter anzugreifen, wußten sie ja nichts, offiziel war die Waffenruhe nicht proklamirt worden und sie hatten daher die Ueberzeugung, der General habe nur die Absicht, mit den Truppen der Alexanderkaserne zu verhandeln, damit neue Munition für die Angreifer der Barrikade herbeigeschafft werde. Dies sprachen einige Arbeiter aus und während noch der General sich vertheidigte gegen ein solches Mißtrauen, sprang plötzlich ein Weberlehrling, ein Knabe von etwa 14 Jahren von hinten auf den Offizier zu, indem er ihm den Degen fortriß. Er rief dabei aus: „Sie sind mein Gefangener, General!"

Herr von Möllendorf war tief entrüstet über einen solchen Treubruch, er beklagte sich gegen die ihn umgebenden Arbeiter über den Verrath. Wie von einigen Seiten erzählt worden ist, wurde er trotzdem von mehreren wüthenden Männern angefallen, sogar zu Boden gerissen und gemißhandelt. Nach andern Nachrichten drängten sich wohlmeinende Bürger um ihn und schützten ihn gegen jede Mißhandlung. Nach vielen Zeugenaussagen steht es fest, daß ihm sogar sein Degen zurückgegeben wurde.

Die Erlaubniß, sich zu den Soldaten zurückzuziehen, erhielt er nicht; als Geißel für die gefangenen Volkskämpfer wurde er selbst als Gefangener nach dem Schützenhause geführt; dort übergab er dem Thierarzt Urban die schriftliche Anweisung an den in der Alexanderkaserne kommandirenden Offizier, das Feuer einzustellen.

Während General von Möllendorf auf dem Schützenhaus gefangen saß, verbreiteten auch in andern Stadtgegenden die Friedensboten die Kunde vom Aufhören des Kampfes; sie brachten überall den kommandirenden Offizieren den Befehl, die Truppen zurückzuziehen. Bis gegen 11 Uhr Morgens hatten alle die einzelnen Abtheilungen die Rückzugsordre empfangen und ausgeführt, die auswärtigen Regimenter mußten Berlin verlassen, die Berliner Garnison sich in ihre Kasernen zurückziehen.

Es war für Offiziere und Soldaten gewiß eine schwere Aufgabe, dem Befehle zu gehorchen. Sie glaubten Sieger zu sein und jetzt mußten sie gleich Besiegten das Schlachtfeld verlassen, es dem jubelnden Volke einräumen. Daß nirgends die tief in ihrer militärischen Ehre gekränkten Offiziere den Versuch gemacht haben, sich ungehorsam zu zeigen, ist ein glänzendes Zeugniß für die im preußischen Heere herrschende Disciplin.

Die sich zurückziehenden Truppen wurden überall vom Volke mit Jubelrufen begrüßt, hinter ihnen räumte man meist die Barrikaden fort, nur hier und da blieben diese noch kurze Zeit stehen, weil die mißtrauischen Vertheidiger an einen definitiven Frieden nicht glauben wollten.

Die Militärmusik mußte ertönen, aber nicht in fröhlicher Weise, welche schlecht zu den traurigen Vorgängen der vergangenen Nacht gepaßt hätte, sondern in ernsten Melodien, am liebsten in Chorälen.

Die Truppen vermieden auf ihrem Rückzuge die Straßen, in welchen sie am Tage vorher und in der Nacht siegreich gekämpft hatten. Ein Beispiel hierfür giebt uns der Marsch des Füsilier-Bataillons des Leib-Regiments, welches Graf Lüttichau auf einem ziemlich bedeutenden Umwege zur Stadt hinaus nach Friedrichsfelde führte, ohne die Frankfurterstraße, in welcher dies Bataillon sich am 18. seine Lorbeern errungen hatte, zu berühren.

Der Graf Lüttichau schildert uns anschaulich seinen Rückzng folgendermaßen:

„Als ich das Schloß verließ, befand sich auf dem Schloßplatz eine ungeheure Masse Menschen, Kopf an Kopf, in höchster Aufregung. Die Musik, die die wildesten Thiere bändigt, glaubte ich auch hier in Anwendung bringen zu müssen, und ließ daher die Hörner lustig erschallen. Kaum hatte die Musik begonnen, als Alle gegen die heitere Musik ergrimmten, sie als einen Hohn für die gefallenen Brüder erklärend. Allgemein wurde eine Trauermusik unter den gefährlichsten Bedrohungen verlangt. In der Bestürzung bliesen die Hornisten einen Choral, der allgemeinen Beifall fand, aber meinerseits trotz aller drohenden Protestationen des Publikums sofort untersagt, dagegen aber die „Heimathsklänge" und andere „wehmüthige" Melodien geblasen wurden, die die aufgeregte Masse beruhigten.

Das Bataillon konnte seinen Marsch nicht durch die Roß- und Köpnickerstraße nehmen, da das Volk sich weigerte, die Barrikaden zu öffnen. Ich wurde gezwungen, trotz aller meiner Vorstellungen die ganze Leipzigerstraße bis zum Potsdamer Thor zu passiren und mußte die Kommunikation außerhalb der Stadt gewinnen und war somit genöthigt durch einen Umweg von mindestens einer Meile Friedrichsfelde zu erreichen. — Der Marsch des Bataillons vom Schloß bis zum Potsdamerthor ging gewiß durch eine Masse von 50,000 Menschen, die in aufgeregtem Zustande sich befanden. Das aufgeregte Publikum war hier sichtlich besserer Art, wie das der großen Frankfurterstraße; schon weil es Sonntag, war Alles wohl gekleidet und Niemand trunken, wie am Abend vorher in der genannten Straße. Ueberall ward von den Fenstern von Damen und Herren mit Taschentüchern geweht, unter steter Protestation des mich umgebenden

Publikums gegen die Manifestation der Freude. Aber auch dieses wollte seine Freude zu erkennen geben und ließ die Linie, das Regiment, ja sogar meine Person leben, wogegen ich, so oft es ruhiger wurde, ein Lebehoch auf Se. Majestät ausbrachte, was von allen Seiten auf das Freudigste erwiedert wurde. Von dem Spittelmarkt an waren alle Seitenstraßen, die Kur-, die Wallstraße ꝛc., die Leipzigerstraße bis zur Friedrichsstraße gewiß von 12' hohen Barrikaden der stärksten Art mit davor gezogenen Gräben, und auf der Straße mit einer Masse Bouteillen-Glas-Scherben abgesperrt. — Die mich umgebende Menge öffnete stets die Barrikaden mit der größten Bereitwilligkeit, überbrückte selbst die Gräben, räumte die Glasscherben mit den Händen fort, damit mein Adjutant und ich mit den Pferden ungefährdet hindurchkonnten; ja die Artigkeit des mich umgebenden Publikums ging selbst so weit, daß sie mein Pferd am Zügel über die schmalen Bretter führten, mit welchen sie in aller Eile die Gräben der Barrikade überbrückt hatten. Auf diese Weise überschritt das Bataillon ohne allen Aufenthalt gewiß 10 Barrikaden. Als die letzte Barrikade in der Nähe der Friedrichsstraße passirt war, erscholl in meiner Nähe der Ruf, den Säbel einzustecken; eine Menge Leute stürzten auf mich ein mit diesem Verlangen, was ich aber ebenso bestimmt wie beharrlich verweigerte; es geschah auch erst, als ich das Potsdamerthor erreicht hatte. Hier war ich nicht wenig überrascht, die ziemlich starke Thorwache unter einem Offizier in's Gewehr treten zu sehen; so friedlich sah es in dieser Gegend der Stadt aus. Das Bataillon setzte seinen Marsch längs der äußeren Kommunikation an der Stadtmauer fort, passirte am Oberbaum die Spree und war nicht wenig überrascht, als es die Frankfurter Eisenbahn überschritt, einige Schienen aufgehoben zu finden. Die Offizianten sagten aus: sie selbst hätten es am gestrigen Abend gethan, da das Volk darauf gedrungen."

Die auswärtigen Truppen hatten die Stadt verlassen, die Berliner Regimenter sich in ihre Kasernen zurückgezogen, nur an einzelnen Punkten, so in der neuen Wache, in der Bank und im Königlichen Schlosse waren schwache Besatzungen zurückgeblieben, im Schlosse 6 Kompagnien, die einstweilen im Hofe aufgestellt, dann aber in das Innere des Gebäudes, in die Säle und Gänge zurückgezogen wurden, um das Volk, welches von allen Theilen der Stadt her nach dem Schlosse drängte, vollständig zu beruhigen.

Der Schloßplatz war wieder, wie am Mittage des 18. der Sammelplatz einer zahllosen Volksmenge. Auch die Schloßhöfe wurden ihr geöffnet. Von einem Extrem gingen die leitenden Staatsmänner in das andere über. Vor wenigen Stunden noch hatten sie nicht das geringste Zugeständniß machen wollen, jetzt plötzlich ließen sie das Volk in ungezügelter Freiheit schalten, das vom Kampfe der vergangenen Nacht noch immer tief aufgeregte Volk. Durch eine Minister-Veränderung hoffte der König den Volkswünschen volles Genüge zu leisten. Die Kabinets-Ordre, welche schon am Vormittage mündlich, im Laufe des Nachmittags durch offizielle Anschläge bekannt gemacht wurde, lautete:

„Ich habe bereits gestern früh die von den bisherigen Ministern angebotene Entlassung angenommen und den Grafen Arnim mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt.

Derselbe übernimmt den Vorsitz im Staats-Ministerium und vorläufig die Verwaltung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und der Verfassungssachen.

Dem Grafen Schwerin habe ich das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten übertragen.

Dem noch abwesenden General-Landschaftsrath von Auerswald soll das Ministerium des Innern, mit Ausnahme des oben erwähnten, dem Grafen Arnim vorbehaltenen Theils dessen Ressorts übertragen werden, wenn, wie zu erwarten, derselbe zu dessen Uebernahme bereit ist.

Der Justizminister, die Minister Graf Stolberg und von Rohr bleiben einstweilen bis zur weiteren Beschlußnahme über die Besetzung ihrer Ministerien auf ihren Posten.

Bis zur definitiven Besetzung des Finanz-Ministeriums übernimmt der General-Steuer-Direktor Kühne dessen interimistische Verwaltung."

Berlin, den 19. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Graf Arnim.

Das Volk hatte im Kampfe gesiegt. Darüber konnte jetzt kein Zweifel mehr bestehen; wenn auch an einzelnen Barrikaden geschlagen, waren die Bürger endlich doch im Besitze des Schlachtfeldes geblieben. Die alte Regierung hatte einem neuen Ministerium weichen müssen, in welches sogar einer der früheren Oppositionsmänner, der Graf Schwerin aufgenommen worden war.

Der Siegesjubel schallte durch die Stadt und als Zeichen desselben wurden viele Häuser mit der revolutionären schwarz-roth-goldenen Fahne geschmückt, während aus anderen die weiße Friedensfahne wehete.

Seinen Sieg verdankte das Volk den tapferen Barrikadenkämpfern, von denen so viele ein Opfer ihres Muths geworden waren. Die Leichen der Gefallenen wurden auf Bahren durch die Straßen getragen, man holte sie aus den Häusern, in denen das Militär während der Nacht am furchtbarsten gehaust hatte und legte sie auf schnell herbeigeholte Leiterwagen. Die blutigen Wunden wurden mit Blumen geschmückt. Der Ruf „nach dem Schloß" ertönte und dorthin wurden die Bahren mit den Todten und Verwundeten getragen, dorthin die Leichenwagen, denen Tausende im Trauerzuge folgten, dirigirt.

Unter dem auf dem Schloßplatz versammelten Volk hatten sich, wie am Tage vorher, zahlreiche kleine Gruppen gebildet. Hier und da trat ein Redner auf, der über die Ereignisse des Tages

sprach; ohne daß irgend eine Verabredung getroffen war, wurde doch überall die Ansicht laut, daß der Sieg kein voller, sicherer sei, wenn der König nicht neue Konzessionen mache, vor allen Dingen müßten die Gefangenen der vergangenen Nacht freigegeben und die Volksbewaffnung gewährt werden.

Der Ruf, der König solle sich seinem Volke zeigen, wurde unter der aufgeregten Menge laut und bald wurde er stürmisch von Tausenden wiederholt.

Endlich erschien der König auf dem Balkon. „Die Gefangenen frei!" so riefen viele, viele Stimmen durcheinander. Der König beugte sich zur Menge herab: „Ihr wünscht, daß die Gefangenen der heutigen Nacht freigelassen werden", so sprach er, „ich will sie Euch schicken, Ihr mögt sehen, ob Ihr sie haben wollt!"

Friedrich Wilhelm IV. hatte nur einen Theil der Gefangenen, nur jene, die mit abgerissenen Kleidern, zerzaustem Haar, blutigen Gesichtern in das Schloß geschleppt worden waren, gesehen, er hielt sie für den Abschaum des Pöbels, für ein verbrecherisches Gesindel. Darauf hin deuteten seine Worte. Die Gefangenen, welche sich noch in den Schloßkellern befanden, wurden sofort freigegeben, auch nach Spandau, wohin die Mehrzahl der Gefangenen transportirt worden war, ging sofort der Befehl der Freilassung.

Die auf dem Schloßplatz versammelte Volksmenge vergrößerte sich unaufhörlich nachdem der König sich zurückgezogen hatte; auch die Schloßhöfe waren bald gefüllt, man erwartete hier die Züge von Verwundeten und Leichen, welche ankamen. Die ersteren wurden in die Säle des Schlosses getragen, dort hatte man Fürsorge für ihre Aufnahme und Pflege getroffen.

Ein wildes wirres Durcheinander herrschte auf den Höfen, auf dem Schloßplatz und Lustgarten. Die aufgeregte Menge konnte leicht durch irgend einen Zufall zu Gewaltthaten verführt werden. Häufig genug hörte man inmitten der kleinen Versammlungen, welche sich um einzelne Volksredner gruppirt hatten, drohende Worte, welche gefährlich genug klangen und sich von Mund zu Mund fortpflanzten. Auch das Wort Republik wurde gehört, aber nicht beachtet, an eine republikanische Schilderhebung dachten damals in Berlin kaum ein paar vereinzelte Enthusiasten.

Die Gefahr, daß es zu stürmischen, ja blutigen Auftritten kommen könne, schien trotzdem groß, denn die Aufregung der Menge steigerte sich bei jedem neuen Leichenzuge, bei jedem Transport von Verwundeten, der eintraf. Vergeblich versuchten die Minister von Arnim und Schwerin, welche unter das Volk traten, durch gütliches Zureden die Menge zum Auseinandergehen und zum Verlassen des Schloßhofes zu bewegen. Sie stellten den Bürgern vor, der König habe ja jetzt Alles gewährt, was man billigerweise nur fordern könne, er werde auch ferner jeden berechtigten Wunsch erfüllen, dafür aber möge man ihm endlich Ruhe gönnen.

Solche Worte fanden kein Gehör, und ebensowenig vermochten einige andere Männer, die sich zu Friedensstiftern aufwarfen, etwas auszurichten.

Es war eine bunte Gesellschaft, die sich damals vordrängte, um Einfluß auf das Volk zu gewinnen. Wir finden unter ihr den Fürsten Felix von Lychnowski, den talentvollen, frivolen Junker, der sich im Herrenhause des Vereinigten Landtags einen nicht sehr beliebten Namen gemacht hatte, jetzt aber plötzlich den Bürgerfreund spielte, neben ihm den Dr. Stieber, den früheren Polizisten, der bald wieder zu seinem alten Beruf zurückkehren sollte, damals aber als Volksmann vom reinsten Wasser auftrat, den Dr. Carl Gutzkow, den bekannten und beliebten freisinnigen Dichter, der zwar kein großer Politiker, aber gewiß ein edler Mensch und vom besten Willen beseelt war, einen Herr Karrig, über den seltsame Gerüchte in Berlin umgingen, auf die man aber in jenen stürmischen Augenblicken nicht viel achtete. Auch der würdige Herr Dr. Woeniger war da und hielt Reden an das Volk.

Immer bedrohlicher wurde die Aufregung der sich fortdauernd vergrößernden Menge; man hörte den lauten Ruf nach Volksbewaffnung. Als im Lustgarten der Polizei-Präsident von Minutoli erschien, wurde er von vielen Bürgern umringt und aufgefordert, sofort dem Könige Mittheilung zu machen, daß die Bürger bewaffnet zu werden wünschten, er selbst solle sich an die Spitze der neu zu errichtenden Volkswehr stellen.

Vergeblich versuchte der Polizei-Präsident die zweifelhafte Ehre abzulehnen; er mußte sich gefallen lassen, daß ihn ein paar Bürger als Deputirte der Masse in das Schloß begleiteten. Auch von den auf dem Schloßplatz versammelten Bürgern waren zu gleicher Zeit einige angesehene Männer mit derselben Forderung an den König entsendet worden.

Noch zögerten die neu ernannten Minister, den Volkswunsch zu gewähren, es erschien ihnen gar zu gefährlich, der aufgeregten Masse Waffen in die Hand zu geben; da aber entwickelte sich im Schloßhofe eine furchtbare Scene, welche die Gefahr auf das Höchste steigerte und die Widerstrebenden zur schnellen Nachgiebigkeit zwang.

Ein neuer Leichenzug langte vor dem Schlosse an, er war grauenhafter als einer der früheren. Vier Leichen, die mit grünen Zweigen geschmückt, deren Bahren mit Blumen belegt waren, wurden in das Schloß getragen. Man hatte ihre Wunden entblößt. Vor dem Schloßportal unter dem Balkon des Königs hielten die Träger. In wilder Wuth rief die versammelte Menge, der König solle erscheinen. Die Grafen Arnim und Schwerin traten auf den Balkon, sie versuchten es vergeblich, durch versöhnende Worte das Volk zu beschwichtigen. Immer lauter, immer wilder ertönte der Schrei: „Der König!" Die Minister

vermochten durch den tosenden Lärm nicht mit ihrer Stimme zu dringen.

Die Aufregung wuchs, sie erschien so gefährlich, daß endlich der König sich bewegen ließ, auf den Balkon zu treten. Am Arme führte er die Königin. Als er hinaustrat und die blutigen entstellten Leichen sah, zeigte er sich schmerzlich bewegt, die Königin bebte erschreckt vor dem entsetzlichen Anblick zurück.

Der Ruf: „Hut ab!" erschallte. Der König zuckte beleidigt zusammen, aber er zollte den Todten seine Achtung, indem er das Haupt entblößte. Er wollte zum Volke sprechen; der Lärm war so groß, daß er sich vergeblich bemühte, zum Worte zu kommen. Grüßend trat er zurück, tief erschüttert, tief erschöpft; die Leichen wurden fortgetragen, das Volk aber stimmte den Choral: Jesus, meine Zuversicht an.*)

Nachdem der König sich zurückgezogen hatte, versuchte Graf Arnim zum Worte zu kommen. Es gelang ihm endlich. Er ermahnte zur Ruhe; bald aber wurde er durch den Ruf nach Volksbewaffnung unterbrochen.

Der neue Minister Graf Schwerin, der mit einem donnernden Lebehoch empfangen wurde, richtete ebenfalls einige Worte an das Volk, er erklärte, daß ein neues Ministerium, dem auch er angehöre, gebildet worden sei, und daß der König die Bürgerbewaffnung gewährt habe; der Polizei-Präsident von Minutoli solle sich an die Spitze der Bürgerwehr stellen. Der Jubel war groß und er wurde endlos, als bald darauf der König persönlich auf der Schloßterrasse unter dem Volk erschien und mit eigenem Munde bestätigte, daß er die Bürgerbewaffnung gewährt habe und die Aufrechterhaltung der Ruhe in Berlin der Sorge der Bürgerschaft anvertraue.

Nachdem der König in das Schloß zurückgekehrt war, richtete Herr von Minutoli einige Worte an das Volk, er theilte demselben mit, daß er selbst vorläufig die Leitung der Bürgerwehr übernehme. Ihm schlossen sich freiwillig einige Bürger an. Daß auch Herr Dr. Woeniger dabei nicht fehlte, bedarf kaum der Erwähnung.

Schon am Nachmittage erschien folgende Bekanntmachung:

Bekanntmachung.*)

Seine Majestät der König haben auf den Wunsch der Einwohner Berlins die Bürgerbewaffnung zu genehmigen geruht und ist darüber von den dazu ernannten Unterzeichneten einstweilen folgende provisorische Bestimmung getroffen:

§ 1. Es wird eine Bürgerbewaffnung organisirt.

§ 2. Daran nehmen die Bürger und Schutzbeamten Theil.

§ 3. Die Kosten der Bewaffnung trägt der Staat.

§ 4. Die Schützengilde wird auf der Stelle einberufen und außerdem eine angemessene Zahl von Bürgern sogleich armirt.

§ 5. Alle näheren gesetzlichen Bestimmungen dieser Organisation werden so schnell als möglich in den nächsten Tagen erfolgen.

Berlin, den 19. März 1848.

von Minutoli.

Holbein. Glaue. Haack. Dr. Woeniger.
Devaranne. Krug.

Mit der Bürgerbewaffnung wurde schnell der Anfang gemacht. Die beiden Minister, die Grafen Arnim und Schwerin zeigten sich dabei äußerst thätig, sie leiteten selbst im Zeughaus die Austheilung der Gewehre. Nachmittags gegen 5 Uhr traf eine kleine Abtheilung der Bürgerschützengilde im Schlosse ein. Auf ihrem Wege durch die Königsstraße waren die Bürgerschützen, welche in ihren glänzenden Uniformen nach dem Schlosse zogen, vom Volke mit lautem Jubel empfangen worden. Eine Stunde später besetzte mit den Bürgerschützen gemeinschaftlich eine schnell organisirte Abtheilung der neuen Bürgerwehr das Schloß.

Der König vertraute sich dem Schutze seiner Bürger an, der freilich schwach genug gewesen wäre, wenn das Volk von Berlin überhaupt an eine Fortsetzung der Revolution gedacht hätte. Von einem wirklichen Wachtdienst war nicht viel die Rede. Die neuen Bürgerwehrmänner erzählten sich, während sie Schildwacht standen, harmlos etwas mit den sie umringenden Neugierigen, sie rauchten gemüthlich ihre Cigarren, tauschten mit irgend einem der Vorübergehenden Feuer aus und ließen es sich im Uebrigen wohl in der

---

*) Die erschütternde Scene hat wohl auf Alle, welche Zeugen derselben waren, einen tiefen unauslöschlichen Eindruck gemacht. Sie war der Gipfelpunkt der Revolution; das aber sahen damals nur wenige klar und scharf blickende Politiker ein. Zu diesen Wenigen gehörte ein bewährter Kämpfer für die Freiheit, der Schriftsteller Stein. Ich begegnete ihm eine halbe Stunde später unter den Linden. Von Aufregung glühend rief ich ihm zu: „Wissen Sie schon? die Volksbewaffnung ist gewährt, die Revolution ist beendet!" Er entgegnete ernst: „Wir haben keine Revolution, nur einen blutigen Volksscandal gehabt." „Keine Revolution?" fragte ich im höchsten Grade erstaunt, ja sogar entrüstet. „Nein, nur eine Emeute. Ein Volk, welches ein paar Stunden nach dem Kampfe „Jesus meine Zuversicht" singt, macht keine Revolution." Mit diesen Worten verließ er mich. Ich habe erst viele Monate später erkannt, daß er Recht hatte.

*) Aus einer im Jahre 1852 erschienenen Broschüre des Major und Stadtrath Nobiling „Die Berliner Bürgerwehr" ersehen wir, daß dieser Herr vom Könige zum Kommandeur der Bürgerwehr ausersehen war, aber diese Ehre ablehnte, daß auch Herr von Minutoli nur schwer zu bewegen war, sie anzunehmen. Das theils vom Volk durch Akklamation gewählte, theils freiwillig zusammengetretene Comité, zu dem auch Herr Dr. Woeniger gehörte, hatte nur eine ganz vorübergehende Wirksamkeit.

Wachtstube sein. Der gute Wein, der ihnen aus dem Königlichen Keller geliefert wurde, das Abendbrot, für welches die Königliche Küche sorgte, mundete ihnen vortrefflich.

Auch die Neue Wache wurde durch Freiwillige der Bürgerwehr besetzt, das Militär hielt sie gemeinschaftlich mit den Bürgern nur kurze Zeit, dann zog es sich in die Kaserne zurück.

Von dem Augenblicke an, wo die Truppen zurückgezogen waren, herrschte in Berlin am 19. eine völlige Anarchie. Das Volk regierte sich für einige Tage selbst, denn die Königlichen Behörden waren außer Thätigkeit gesetzt. Daß es nach dem Kampfe nicht ohne einige Exzesse abgehen konnte, ist wohl natürlich genug; niemals aber haben die Berliner einen schlagenderen Beweis für den sie durchdringenden gesetzlichen Sinn gegeben, als an jenem Tage, denn selbst das großstädtische Gesindel, welches die Kartoffelrevolution zu Diebstählen und Plünderung der Ladenkassen benutzt hatte, wurde ohne besondere Anstrengung im Zaume gehalten. Die Bürger übten eine so gute Polizei, daß vielleicht niemals in Berlin weniger gestohlen worden ist, als am 19. März.

Die Pöbelerzesse, welche vorkamen, beschränkten sich auf die Bestrafung einiger Männer, welche das Volk entweder für fanatische Anhänger des absoluten Königthums oder gar für Verräther hielt. Zuerst wurde durch die neue Volksjustiz der Ober-Bürgermeister Krausnick betroffen.

Herr Krausnick war ein alter tüchtiger Beamter, der sich zwar niemals durch politische Freisinnigkeit, wohl aber durch Arbeitslust ausgezeichnet und sich manche Verdienste um die Verwaltung Berlins erworben hatte. Er war trotzdem nicht beliebt, weil die Berliner ihn für einen Büreaukraten und für einen geschmeidigen Diener der Hofpartei hielten.

Als die nach dem Schlosse zuströmenden Schaaren der Volkskämpfer durch die Königsstraße kamen, begegnete ihnen der Ober-Bürgermeister. Er wurde erkannt. „Dort ist Krausnick!" riefen ein paar Arbeiter. Sofort umringte ihn die Menge und rief ihm zu, er solle sich rechtfertigen über seine Thätigkeit am 18. und in der Nacht des 19. März.

Das Schreien wurde so drohend, daß Herr Krausnick sich in ein Haus in der Nähe der Klosterstraße flüchtete. Vor seinem Zufluchtsort versammelte sich aber jetzt eine immer größere Schaar. „Krausnick soll abdanken, sofort abdanken!" schrie die Volksmasse. Einige Männer wurden von ihr als Deputirte in das Haus geschickt, um dem Ober-Bürgermeister zu eröffnen, er habe das Vertrauen der Bürger verloren, weil er an den Vorgängen und dem Kampfe der Nacht einen wesentlichen Antheil trage, man fordere von ihm die Erklärung, daß er abdanken wolle.

Die Volks-Deputirten kamen ihrem Auftrage nach, sie erhielten von Herrn Krausnick indessen keine bestimmte Antwort.

Der Ober-Bürgermeister trat selbst an das Fenster, um zum Volke zu sprechen, er erklärte, er komme vom Könige, Se. Majestät wolle alle Wünsche Ihrer guten Berliner erfüllen, die Verhafteten seien bereits ihres Arrestes entlassen. Der Ruf: „Abdanken! abdanken!" unterbrach die Rede des Ober-Bürgermeisters, der endlich nicht weiter fortzufahren vermochte. Es wurde ihm von der Volksmasse nichts weiter zu Leide gethan; unter dem Schutze einiger Bürger konnte er sich nach dem Schlosse begeben.

Schärfer und gewaltsamer machte das Volk seinem Unwillen gegen zwei Männer Luft, von denen es glaubte, daß sie während des Kampfes Bürgerliche an das Militär verrathen hätten.

Unter den Linden unweit der Friedrichsstraße wohnte der Hof-Handschuhmacher Wernicke. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, Wernicke habe ein paar Polen dem Militär angezeigt und ihre Verhaftung bewirkt.

Ein großer Volkshaufen, unter den man auch viele anständig, ja vornehm gekleidete Männer bemerkte, versammelte sich vor der Thür des Herrn Wernicke, und beschloß, durch einen Akt der Volksjustiz den Verrath desselben auf der Stelle zu bestrafen.

Der Laden wurde erbrochen, und Alles, was sich in demselben befand, theils demolirt, theils auf die Straße geschleppt. Die sämmtlichen Handschuhe wurden in kleine Stücke zerrissen, und überhaupt Alles, was irgend Werth hatte, vernichtet. Eine wunderbare Ordnung zeigte sich bei diesem Vorfalle. Wenn man auch zerstörte, so war man doch weit davon entfernt, irgend etwas zu nehmen, ja man bestrafte einen Knaben, der einen fast werthlosen Lederlappen zu sich stecken wollte, auf der Stelle durch tüchtige Prügel. „Wir sind keine Diebe!" so rief dem Jungen ein Arbeitsmann zu, indem er denselben derb züchtigte, und das war die Meinung Aller. Man wollte strafen, nicht rauben! An die Thür des Ladens schrieb man nach vollbrachter Strafe mit Kreide die Worte: „So straft man einen Verräther!"

Nachdem man auf diese Weise die sämmtlichen Mobilien und Waarenvorräthe des sogenannten Verräthers der Vernichtung preisgegeben hatte, zog der Volkshaufen weiter, dem Pallaste des Prinzen von Preußen zu.

Der Prinz von Preußen wurde vom Volke als eigentlicher Urheber des Straßenkampfes angesehen. Man erzählte, von ihm sei schon in den Tagen vor dem 18. März der Befehl ausgegangen, auf das Volk zu schießen und in der Nacht vom 18. zum 19. habe er vorzugsweise darauf gedrungen, daß das Militär nicht zurückgezogen werde, sondern den Kampf mit äußerster Energie fortsetze. Von welcher Seite her und zu welchem Zwecke diese Gerüchte ausgesprengt wurden, ist nicht bekannt geworden, aber Thatsache ist es, daß sie am 19. März fast allgemein geglaubt wurden.

Erst später haben Augenzeugen Aufschlüsse über die Thätigkeit des Prinzen von Preußen gegeben, aus denen hervorgeht, daß der Prinz in der Nacht vom 18. zum 19. sich geweigert hatte, irgend einen Befehl zu erlassen. Ein Offizier berichtet Folgendes:

„Wir können als Zeugen mit unserer Ehre verbürgen, daß, als ein Offizier, welcher die Friedrichsbrücke unbesetzt gefunden hatte, gegenüber der sich zahlreiche Volksmassen, zum Theil unbewaffnet, versammelten, von woher das Schloß vom Lustgarten aus beschossen werden konnte, die Nothwendigkeit erkannte, die Friedrichsbrücke in rein defensiver Hinsicht mit einer Kompagnie Infanterie zu besetzen, den General von Prittwitz mit seiner Meldung nicht auffinden konnte, vom Kriegsminister aber mit den Worten: „er habe hier nichts anzuordnen" abgewiesen wurde, den Prinzen von Preußen im Schlosse aufsuchte und ihn bat, eine Kompagnie schleunigst nach jenem wichtigen Punkte zu kommandiren, von dem Prinzen mit den Worten: „Sie haben Recht, aber ich habe nichts zu befehlen!" entlassen ward."

Ueber die Thätigkeit des Prinzen von Preußen am 18. März schreibt der Soldatenfreund:

„Daß dem Prinzen von Preußen das Herz geblutet haben mag, wenn in jenen Tagen vor dem wirklichen Ausbruch der offenen Rebellion überall und von allen Seiten nur verlangt wurde, das Militär solle sich zurückziehen und die Bürger allein die Ordnung wieder herstellen lassen, das kann man schon glauben. Jedes Wort aber, was der Prinz als kommandirender General sprach und sprechen mußte, wenn von seinen Truppen die Rede war, wurde mit Entstellungen und Zusätzen auf das Gehässigste verbreitet, und so kam es denn, daß der Prinz von Preußen Alles, was von militärischer Seite gegen die Aufläufe geschah, selbst angeordnet und gut geheißen haben sollte. Als am 16. Abends die Mannschaft der Königswache endlich gegen die gewaltsam andrängende Menge Feuer geben mußte und ein Kaufmannsdiener dabei getödtet wurde, wußte der Prinz gar nicht einmal, was vorging, denn er war im Schlosse beim Könige. Der Prinz scheint aber so wenig geahnt zu haben, was geflissentlich gegen ihn in den aufgeregten Massen verbreitet wurde, daß er gerade in dieser Zeit viel zu Fuß ausging."

Am 19. März waren derartige Berichte noch nicht bekannt, das Volk hielt den Prinzen für seinen erbitterten Feind, es wußte nur, daß derselbe schon am Vormittage Berlin verlassen habe, und das Gerücht, er werde bald an der Spitze einer Armee zurückkehren, um auf's Neue den Kampf zu beginnen, hatte schon Verbreitung und Glauben gefunden.

Gegen die Person des abwesenden Prinzen konnte sich die Wuth der Volksmasse nicht richten, wohl aber gegen sein Eigenthum. Als nach der Zerstörung der Wernicke'schen Ladenvorräthe, sich der Ruf erhob: Nach dem Palais des Prinzen von Preußen, kein Stein soll auf dem andern bleiben, fand er sofort Gehorsam. Der Volkshaufe zog lärmend und schreiend seinem Ziel entgegen.

Zwei Bürger standen vor dem Palais, um dasselbe zu beschützen. Man forderte sie auf, diesen Posten zu verlassen, und wollte dann die Zerstörung beginnen, als eine laute Stimme, alles Geschrei übertönend, aus dem Volkshaufen laut wurde: „Schont das Nationaleigenthum, das Palais des Prinzen von Preußen wird hiermit zum Nationaleigenthum erklärt!" Ein ungeheurer Jubel erhob sich unter dem Volke, der immer lauter wurde, als auf den Balkon ein Redner, Ludwig Eichler, trat, der eine große schwarz-roth-goldene Fahne in der Hand hielt und sie schwenkte; dann aber mit wenigen ergreifenden Worten zur Ruhe mahnte, so lange die für die Freiheit gefallenen Helden noch nicht bestattet seien. Als am folgenden Tage der Tumult vor dem Palais des Prinzen von Preußen sich wiederholte, brachte man vier große Inschriften: „Volkseigenthum", „Nationalgut" und zweimal: „Eigenthum der ganzen Nation" an dem Gebäude an.

Es ist bezeichnend genug für die Urtheilslosigkeit der Volksmasse, daß sie sich durch das leere Wort National-Eigenthum beruhigen ließ. Ludwig Eichler hat sich damals ein großes Verdienst um die Stadt erworben, welches nicht vergessen werden sollte. Einige Wüthende verlangten an jenem Tage, der Palast solle den Flammen überliefert werden. Die Folgen, welche ein solcher Vandalismus, durch den auch die Schätze der angrenzenden Königlichen Bibliothek gefährdet worden wären, gehabt haben würde, lassen sich gar nicht übersehen.

In der Königsstraße fand ein ähnlicher Akt der Volksjustiz, wie bei dem Handschuhmacher Wernicke, statt.

Der Major a. D. von Preuß sollte in der Nacht vom 18. zum 19. mehrere junge Leute, wie man sagte Studenten, unter dem Vorgeben in seine Wohnung gelockt haben, daß sie von den Fenstern derselben mit größerer Sicherheit auf das Militär schießen könnten; dann aber habe er sich, so erzählte man, in Uniform geworfen, habe Soldaten geholt, und diesen befohlen, die jungen Leute zu erschießen.

Eine so furchtbare Anklage mußte die Wuth des Volkes im höchsten Grade erregen, und daß von einer Untersuchung, ob die Anklage begründet sei oder nicht, bei einer Volksaufregung wie die damals herrschende, gar nicht die Rede sein konnte, versteht sich wohl von selbst.

Auch vor der Wohnung des Major von Preuß versammelte sich ein Volkshaufen. Man erbrach die Thür, und brachte Alles, was sich irgend von Werth vorfand, auf die Straße. Die kostbarsten Meubles, herrliche Spiegel und dergl. m. wurden aus den Fenstern geworfen.

Mitten auf dem Damme hatte man ein Feuer angezündet, welches von den Meubeln, die man

aus dem Hause brachte, genährt wurde, und in dieses warf man alles irgend Werthvolle; kostbare Gemälde, silberne Leuchter, ganze Packete von Papiergeld und werthvollen Scheinen wurden in die Flammen geworfen und ohne Gnade vernichtet; Niemand aber nahm auch nur eine Kleinigkeit an sich, Niemand wollte sich mit dem Gute des vermeintlichen Verräthers besudeln.

Der Schaden, welcher dem Major von Preuß durch die Zerstörung seines Eigenthums erwuchs, wurde von ihm selbst später auf über 20,000 Thaler berechnet. Nach einem Zeitungsbericht, der wenige Tage nach dem 19. erschien, war das Schicksal des Herrn von Preuß um so härter, als es ihn ganz ohne sein Verschulden traf. Einige geachtete Bürger bezeugten, daß sie der vielgeschmähte Mann am Nachmittage des 18. März, als sie von dem in das Haus gedrungenen Militär verfolgt wurden, in seiner Wohnung verborgen und ihnen dadurch das Leben gerettet habe.

Andere sogenannte Volksverräther traf ein milderes Schicksal, als Herrn von Preuß, das Volk begnügte sich, ihnen ein Pereat zu bringen und Spottlieder vor ihren Thüren zu singen.

Während auf den Straßen die bewegte Volksmasse sich tummelte und sich ihrer Freude über den gewonnenen Sieg überließ, herrschte im Königlichen Schlosse eine tiefe Entmuthigung. Nach jener traurigen Leichenparade glaubte die Umgebung des Königs das Schlimmste fürchten zu müssen. Die leitenden Staatsmänner und Offiziere bereuten jetzt tief den verhängnißvollen Befehl der Truppenzurückziehung, aber es war zu spät, ihn ungeschehen zu machen.

Ueber das, was in nächster Zukunft geschehen müsse, waren die Meinungen sehr getheilt. Der Polizei-Präsident von Minutoli und mit ihm mehrere ergebene Freunde des Königs meinten, Friedrich Wilhelm IV. solle so schnell wie möglich heimlich Berlin verlassen, um wenigstens seine Person in Sicherheit zu bringen, andere fürchteten, daß ein solcher Schritt bei der im ganzen Lande herrschenden Aufregung die traurigsten Folgen haben und vielleicht hochgefährlich werden könne; es sei genug, daß der Prinz von Preußen die Residenz verlassen habe, thue dies auch Se. Majestät der König, dann würde es gar nicht möglich werden, die Ordnung wieder herzustellen. Gerade die entsetzliche Scene mit den Leichen habe auf's Klarste bewiesen, daß eine eigentliche Gefahr für den Monarchen nicht vorliege, da das Volk selbst in seiner höchsten Aufregung nicht gewagt habe, die geheiligte Person des Herrschers zu verletzen.

Diese Gründe wurden maßgebend. Der König entschloß sich, in Berlin zu bleiben, um dem Volke zu zeigen, daß er den ernsten Willen habe, die gegebenen Versprechungen zu halten und daß er wieder im Frieden mit seinem Volke lebe. Als gegen 6 Uhr die Bürgerwehr das Schloß besetzte, fühlte sich der König einigermaßen vor etwaigen Angriffen durch die rohe Volksmasse sicher.

Am Abend des 19. März war ganz Berlin so glänzend erleuchtet, wie es sonst nur bei besondern Freudenfesten des Hofes, bei Huldigungen, Einholungen 2c. der Fall zu sein pflegte. Heut galt die Illumination dem Siege der Revolution.

In allen Straßen hörte man jubeln und singen; heitere, geputzte Männer und Frauen durchzogen die Stadt, Freudenschüsse knallten, und selbst Feuerräder und Raketen sah man an vielen Orten in die Luft steigen. Alles war voll Freude und Lust. Man vergaß, daß man das Glück des Augenblicks durch den Kampf, durch den Tod von Freunden und Brüdern errungen habe.

Unordnungen und unruhige Auftritte kamen an jenem Abende der Freude nirgends vor, obgleich oder vielmehr weil nirgends Polizisten und andere Freudenstörer in Uniform zu sehen waren. Auf den öffentlichen Plätzen und in mehreren Straßen versammelten sich allerdings große Volkshaufen, aus deren Mitte Redner erstanden, die auf schnell geschaffene Tribünen, einen Kellerhals, einen Eckstein und dgl. traten, und von dort aus dem Volke improvisirte Reden hielten, aber Alles blieb dabei in vollster Ruhe und Ordnung. Die Redner selbst ermahnten zur Ruhe, sie machten das Volk darauf aufmersam, daß es im gegenwärtigen Augenblicke vor Allem die Pflicht habe, sich durch gesetzliches Handeln der Freiheit würdig zu zeigen, die es ruhmvoll erkämpft habe; aber sie fügten auch meistens die Ermahnung hinzu, daß man nicht einschlummern, sich nicht von der Freude berauschen, sondern auf der Hut bleiben solle, bis die Regierung durch Thaten gezeigt habe, daß es ihr Ernst mit ihren Versprechungen sei.

Solche Reden erregten allgemeinen Jubel; wenn sie beendet waren, zerstreute sich der Volkshaufen meistens freiwillig, immer aber sogleich, wenn irgend einer der Bürgergardisten darum bat.

So war es längst Nacht geworden, als in die Thore Berlins kleine Trupps von je zehn Männern einzogen, welche mit neugierigen Blicken um sich schauten und freudig bewegt die festlich erleuchteten Häuser anblickten. Das Aussehen dieser Männer kontrastirte seltsam mit dem der geschmückten Leute, denen sie auf der Straße begegneten. Die meisten Ankommenden schleppten sich nur mühsam vorwärts. Viele hatten schlecht verbundene Wunden und nur Wenige waren unverletzt.

Es waren dies die Gefangenen, welche soeben von Spandau kamen.

Die vom Militär während des Kampfes gemachten Gefangenen hatten am frühen Morgen nach Spandau marschiren müssen. Auf dem Wege waren sie nicht nur von den eskortirenden Soldaten, sondern sogar von den Einwohnern Charlottenburgs und Spandaus auf empörende Weise verhöhnt und vielfach mißhandelt worden. Ueber die Qualen, welche die Unglücklichen auf dem Marsche erleiden mußten, giebt uns die Schrift eines Theilnehmers jenes Zuges, Adalbert Rördanß, eine ausführliche Schilderung.

In Spandau wurden die Gefangenen in die Kasematten geführt und dort einquartiert.

In den mit Ziegelsteinen gepflasterten Raum wurde nicht einmal Stroh gebracht, damit die bis zum Tode Erschöpften etwas ausruhen könnten, zudem herrschte eine eisige Kälte, so daß sie sich in Haufen zusammendrängen mußten, um nur etwas erwärmt zu werden. Die Kälte hörte freilich bald genug auf, denn mehr als 500 Menschen erwärmten den engen Raum schnell, dafür trat aber eine andere, für die Unglücklichen noch viel peinlichere Qual ein. Durch die Ausdünstungen so vieler eng bei einander liegender Menschen wurde die Luft verpestet und das Athemholen beschwerlich. Es kam endlich dahin, daß der Platz an der Thüre, wo man mit dem Mund an das Schlüsselloch gelegt, etwas frische Luft einsaugen konnte, ein beneidenswerther wurde, die nächst der Thür liegenden Gefangenen wechselten mit diesem herrlichen Platze.

Gegen 12 Uhr wurde Kommisbrot unter die Gefangenen vertheilt, welche vor Hunger und Durst ganz erschöpft waren, und mit wahrer Begierde fielen Alle über die grobe ungewohnte Speise her.

Auch ein Eimer Wasser wurde herumgereicht, damit einer nach dem andern aus demselben seinen Durst löschen könne. Man trank, und mit welcher Begierde! In jenem Augenblicke kümmerte sich Niemand darum, daß soeben ein an der Stirn Verwundeter aus dem Eimer getrunken hatte, und daß das Blut aus der offenen Wunde in das Wasser geflossen war. Der Durst kennt keinen Ekel!

So wurde es wieder Abend, denn schon um 3 Uhr Nachmittags trat die Nacht in jenem Gefängnisse ein, da öffnete sich plötzlich die Thür und in kleinen Trupps zu zehn Mann wurden die Gefangenen einzeln herausgelassen; immer nach einer Pause von etwa zehn Minuten öffnete man wieder die Thür für neue zehn Mann, und die Zurückbleibenden wußten nicht, was aus den Fortgeführten wurde.

Den kleinen Trupps, welche man herausgeführt hatte, kündigte zu ihrem höchsten Staunen, denn es wußte ja keiner von ihnen, was in Berlin während dieser Zeit vorgegangen war, ein Offizier der Besatzung ihre Befreiung an, indem er sagte: der König wolle sie begnadigen, weil er davon überzeugt sei, daß die Meisten unter ihnen nur verführt, oder ganz unschuldig wären.

Die Gefangenen wären natürlich gern auf der Eisenbahn oder zu Wagen nach Berlin zurückgekehrt, denn ihre Glieder waren durch die erlittenen Mißhandlungen wie zerschlagen, sie waren todtmüde von den Strapazen der vergangenen Nacht, von denen sie sich auf einem harten Steinlager nicht hatten erholen können, aber auch dies wurde ihnen nicht gestattet, sie mußten auf einem Nebenwege, über die Jungfernheide und Moabit nach Berlin zurückkehren. Nur unter dieser Bedingung gab man ihnen die Freiheit.

So wurde es denn Nacht, ehe die Gefangenen, welche ihre müden Glieder kaum fortzuschleppen vermochten, nach Berlin kamen, und hier zu ihrer unendlichen Freude die Nachricht von dem Siege vernahmen, welchen das Volk von Berlin in der vorigen Nacht erkämpft hatte, von dem Siege, dem allein sie ihre Befreiung verdankten.

Fünftes Kapitel.

Der 20. März. — Die neue Bürgerwehr. — Rauchfreiheit. — Gemüthliche Anarchie. — Das Revolutions-Ministerium. — Empfang der Volks-Deputation. — Volksfreundlichkeit der Minister. — Amnestie. — Der Zug der befreiten Polen durch Berlin. — Der Magistrat hascht nach Popularität. — Herr Krausnick. — Sorge für die Märzkämpfer. — Das Beerdigungs-Comité. — Die Zeitungen. — Politische Wetterfahne. — Extrablatt der Freude. — Kampfberichte. — Rudolph Schramm. — Die Herren Crelinger und Küttge. — Georg Jung. — Die Staats-Zeitung über die Revolution. — Der Abend des 20. März. — Der Prinz von Preußen kommt. — Die Russen sind da!

Am Morgen des 20. März hatte Berlin äußerlich fast wieder sein altes Aussehen gewonnen; die Barrikaden waren fast sämmtlich fortgeräumt, nur hier und da erinnerte das aufgerissene Straßenpflaster noch an den Ort, wo sie gestanden hatten. Die Läden waren wieder wie gewöhnlich geöffnet und die alten lieben Droschken fuhren in ihrem schläfrigen Trabe durch die Stadt. Aber das Leben in der Residenz war wie durch einen Zauberschlag verändert; an Geschäfte dachte auch am 20. März noch Niemand, die Handwerker ließen die Arbeit zu Haus liegen, die Ladenbesitzer standen vor den Thüren und unterhielten sich mit den Nachbarn und den Vorübergehenden.

Vergeblich schaute man sich in den Straßen nach den glänzenden Uniformen der Garde-Offiziere um, sie waren verschwunden; die wenigen in Berlin zurückgebliebenen Offiziere hatten die bunte Tracht mit einem möglichst schäbigen Zivil-Anzuge vertauscht. Nur zwei Männer trugen an jenem Tage Uniform, der König und der Polizei-Präsident.

Aber Soldaten gab es doch in Berlin, wie hätte die preußische Residenz ohne dieselben existiren können! Die guten Bürger, welche sich so schnell wie möglich zur Bürgerwehr organisirt hatten, trabten als Patrouillen, den Kuhfuß, so nannten sie selbst spottweise ihr schweres, aus dem Zeughause empfangenes Gewehr, auf dem Rücken einher. Sie fühlten sich recht wichtig in ihrer neuen Würde und vor Allem glaubten sie die Aufgabe zu haben, jeden etwa entstehenden Auflauf im Keime zu ersticken.

Der Sinn für Gesetz und Ordnung war allen Bürgern Berlins so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie am zweiten Tage nach der

Revolution ihren höchsten Beruf darin fanden, Polizei zu spielen; vorläufig freilich noch in recht gemüthlicher Weise. Die Bürger-Schildwachen und Patrouillen rauchten ihre Cigarren und plauderten mit den Spaziergängern und ihre Polizei-Autorität wendeten sie nur im äußersten Falle an.

Das Volk von Berlin fühlte sich zum ersten Male frei und von dieser neu gewonnenen Freiheit machte es den ausbündigsten Gebrauch, indem es die Cigarren nicht ausgehen ließ. Wie strenge verpönt war bis zum 18. März das Tabakrauchen auf den Straßen und im Thiergarten! jetzt war es plötzlich erlaubt, weil Niemand sich an das alte Polizeigesetz kehrte. Das freie Tabakrauchen auf den Straßen wurde deshalb später in der Zeit der Reaktion vom Berliner Witz als die vorzüglichste, ja als die einzige Errungenschaft der Revolution bezeichnet.

Die Freiheit der Bewegung, welche sich durch die Verachtung des kleinlichen Polizeiverbots kennzeichnete, war überhaupt charakteristisch für das Volksleben in Berlin in den Tagen nach der Revolution. Es gab keine Polizei, außer der, welche das Volk selbst ausübte. Die Behörden hatten jede Einwirkung verloren, und dennoch fanden nur einige verhältnißmäßig unbedeutende Excesse statt, dennoch wurden die alten Gesetze respektirt und nur diejenigen Polizeiverbote übertreten, welche sich so lästig gemacht hatten, daß sie allgemein verhaßt waren.

Man rauchte auf den Straßen, — fliegende Buchhändler erschienen plötzlich und verkauften Zeitungen, Broschüren und Plakate, — die Straßenecken bedeckten sich mit Anzeigen, welche ohne Genehmigung einer hohen Polizei gedruckt und angeschlagen worden waren. Vor vielen Häusern wurden Tische und Stühle mit Becken und Tellern aufgestellt, welche die Ueberschrift trugen: „Für die Hinterbliebenen der im Kampfe Gefallenen" und auch diese Sammlungen wurden natürlich ohne vorher eingeholte polizeiliche Erlaubniß veranstaltet. Die Straßen waren mit schwarz-roth-goldenen Fahnen geschmückt, Kokarden von denselben bisher verpönten Farben prangten an den Hüten, Volksversammlungen wurden berufen; alles dies geschah, obgleich die dagegen sprechenden Verbote noch nicht formell aufgehoben waren.

Hierauf allein aber beschränkten sich auch die Ungesetzlichkeiten der Berliner. Schon am 20. herrschte im Großen und Ganzen in der revolutionären Stadt eine so große Ruhe, eine so ungestörte Sicherheit, als wären Wochen seit dem Straßenkampfe vergangen.

Nicht so schnell als das Volk sammelte sich die Regierung. Sie lebte und handelte noch immer unter dem Eindrucke der Ereignisse des 18. und 19. März.

Daß das Ministerium nicht nur in einzelnen Personen, daß es im Ganzen geändert werden müsse, verstand sich nach dem Vorangegangenen von selbst, und zwar mußten die neuen Minister Männer der früheren Opposition sein, wenn sie dem Volke Vertrauen einflößen sollten. Diesen Oppositionsmännern aber allein die gesammte Regierungsgewalt zu übergeben, erschien doch gefährlich, an ihrer Spitze mußte vorläufig wenigstens noch ein den konservativen Interessen ergebener Mann stehen, der es verstand, der Revolution Rechnung zu tragen, das Volk zu beschwichtigen und dabei doch alle Vorbereitungen zu treffen, damit in günstiger Zeit der verlorene Boden wieder gewonnen werden könne.

Ein seltsam zusammengesetztes Ministerium erstand aus solchen Rücksichten. Graf von Arnim, der den Ausweisungsbefehl an Itzstein und Hecker hatte ergehen lassen, der sich während seiner ganzen früheren Regierungszeit als ein echt preußischer Büreaukrat und Polizeimann gezeigt hatte, der feine kluge Aristokrat, blieb Minister-Präsident und um ihn gruppirten sich die Männer der Landtagsopposition und einige freisinnige, tüchtige Beamte.

Schon am 20. erschien die Kabinets-Ordre, nach welcher der bisherige Präsident des Ober-Censurgerichts Dr. Bornemann zum Justiz-Minister ernannt und auch der Abgeordnete Camphausen in das Ministerium berufen wurde.

Am 21. erhielt der bisherige Gesandte in Paris, Freiherr Heinrich von Arnim, das Ministerium des Aeußern.

Das neue Ministerium befand sich in einer bösen Lage. Von einer eigentlichen Regierungsgewalt war in den ersten Tagen seines Bestehens kaum die Rede, denn alle Behörden waren ja faktisch außer Thätigkeit gesetzt. Es konnte nur vereinzelte Schritte thun, welche theils darauf berechnet waren, zur Beruhigung der noch immer aufgeregten Volksmasse zu wirken, dem Könige seine Popularität wieder zu gewinnen, theils aber künftige Maßregeln vorbereiten sollten. Mit Meisterschaft war besonders Graf Arnim im letzteren Sinne thätig. Wir können ihm in seiner aufopfernden Geschäftigkeit, welche meist der Oeffentlichkeit entzogen war, nicht folgen. Die Resultate seines Wirkens aber werden sich in der schnell erwachenden Reaktion uns bald genug zeigen.

Meisterhaft verstand er es mit ganz unscheinbaren kleinen Maßregeln, welche gar keinen Verdacht erregen konnten, doch Großes zu bewirken. So erließ er schon am 20. März folgenden Befehl:

Die Herren Direktoren der hiesigen Königlichen Behörden ersuche ich, die Beamten Ihres Ressorts anweisen zu wollen, sich, so viel es der Dienst gestattet, der Bürger-Garde anzuschließen. Das Kommando der Letzteren wird dafür Sorge tragen, daß den sich meldenden Beamten Waffen verabfolgt werden.

Graf Arnim.

Was konnte sich gegen einen so echt bürgerfreundlichen Erlaß sagen lassen? War es nicht natürlich, daß auch die Beamten ihrer Bürger-

pflicht genügten und in die Reihen der Bürgerwehr eintraten? Sollten sie etwa von dem beschwerlichen Wachtdienst fern bleiben? Wenn sie durch ihre höhere Bildung bald zu einem Einfluß gelangten, wenn ihnen vorzugsweise die Offiziersstellen anvertraut wurden, wenn sie in systematischer Thätigkeit den Bürgern das Soldatenspielen verleideten, so war dies nicht die Schuld des Ministers, sondern der Bürger selbst. Außer dem scharfsinnigen Staatsmann wußten am 20. März nur wenige Politiker, welche verhängnißvollen Folgen der unscheinbare Befehl des Ministers haben werde.

Recht augenscheinlich war diejenige Thätigkeit der Minister, welche darauf hinzielte, die Regierung beim Volke und zwar vorzugsweise bei den untern Volksklassen und bei der kräftigen waffenbereiten Jugend, also bei den Klassen beliebt zu machen, welche man für die eigentlichen Träger der Revolution hielt.

Graf Schwerin, der durch seinen verdienten Ruf als rechtlicher, ehrenwerther und wirklich freisinniger Mann besonders geeignet war, mit dem Volke in direkten Verkehr zu treten, that es bereitwillig. Er hatte vorzugsweise die Aufgabe, mit den zahlreichen Deputationen zu verhandeln, welche kamen, um die verschiedensten Wünsche vorzutragen. Alle wurden mit gleicher Freundlichkeit empfangen und ein großer Theil derselben erhielt sogar Zutritt zum Könige.

Von der früheren ministeriellen Vornehmheit und der Hofetikette, die nur schwer gestattete, daß irgend ein Unterthan nach langen Vorbereitungen den König zu sprechen vermochte, war nichts mehr zu spüren. Graf Schwerin verkehrte als Bürger mit den Bürgern und zwar nicht mit gemachter Kordialität oder geheuchelter Herablassung, sondern einfach und herzlich, wie es ihm natürlich war. Er wendete sich auch oft persönlich an das Volk. Am 20. erschien er unter den Studenten in der Aula, er hielt an die jungen Leute eine freundliche Ansprache, durch welche er alle Herzen gewann.

Der neue Justiz-Minister Bornemann war zwar weniger populär als Graf Schwerin, aber er war bekannt als ein freisinniger Mann und trefflicher Jurist, von ihm durfte man mit Recht erwarten, daß er die lang ersehnten Schwurgerichte auf's Schleunigste in's Leben rufen werde und dazu that er auch sofort nach seinem Amtsantritt die geeigneten Schritte. Mit unermüdlicher Thätigkeit bereitete er die Reform der preußischen Justizpflege vor.

Die äußerlichen Kundgebungen des Ministeriums wurden sämmtlich vom Berliner Volke mit großer Befriedigung empfangen. Es erschien ein Erlaß, nach welchem auf Königliche Kosten alle Pfänder, welche in den Leihhäusern für 5 Thaler und darunter versetzt waren, eingelöst werden sollten. Ein praktisches Mittel, um gerade bei den Aermsten den König beliebt zu machen; denn wenn nach einem alten Sprichwort bei den Kindern die Liebe durch den Magen geht, geht sie bei den Erwachsenen häufig genug durch den Geldbeutel.

Von großer politischer Tragweite war folgende Königliche Proklamation, welche am Mittage des 20. März an allen Straßenecken Berlins angeschlagen und außerdem in unzähligen Exemplaren in den Straßen vertheilt wurde:

Gestern habe Ich bereits ausgesprochen, daß Ich in Meinem Herzen vergeben und vergessen habe.

Damit aber kein Zweifel darüber bleibe, daß Ich Mein ganzes Volk mit diesem Vergeben umfaßt, und weil Ich die neu anbrechende große Zukunft Unseres Vaterlandes nicht durch schmerzliche Rückblicke getrübt wissen will, verkünde Ich hiermit:

Vergebung allen Denen, die wegen politischer oder durch die Presse verübter Vergehen und Verbrechen angeklagt oder verurtheilt worden sind.

Mein Justiz-Minister Uhden ist beauftragt, diese Meine Amnestie sofort in Ausführung zu bringen.

Berlin, den 20. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Eine allgemeine Amnestie! Der Jubel war groß in Berlin. Die Revolution hatte doch schon eine kostbare Frucht getragen! Saßen doch gar viele freiheitglühende Männer hinter den Gittern der Gefängnisse, Schriftsteller, welche gewagt hatten, ein allzukühnes Wort zu schreiben und vor allen andern jene unglücklichen Polen, welche im Zellengefängnisse ihres weiteren Schicksals, der Abführung zur Verbüßung langjähriger, ja lebenslänglicher Zuchthausstrafen harrten.

Schon am Abend des 19. war dem Grafen Arnim eine Petition zu Gunsten der Polen von ihren in Berlin lebenden Landsleuten übergeben worden. Am Morgen des 20. nahm sich auch der bekannte Vertheidiger im Polenprozeß, Justiz-Commissarius Deycks, der Sache an. Er ging nach dem Schloß und Herr Dr. Woeniger, der Ueberall und Nirgends jener Tage, schloß sich ihm an.

Augenblicklich Zutritt zu den Ministern zu erhalten war damals für Niemand schwer und die beiden Herren konnten daher ihre Bitte um Amnestie dem Grafen Arnim vortragen. Sie unterstützten dieselbe durch die Hinweisung auf die großen Sympathien, welche die Polen wie alle politischen Gefangenen bei dem zahlreich auf dem Schloßplatz versammelten Berliner Volk hätten.

Die Amnestie wurde erlassen, das Volk vor dem Schlosse empfing die erste Kunde derselben und begrüßte sie mit schallendem Jubelruf. Die Menge zog sich nach dem Zellengefängniß. Hier verkündete gegen 1 Uhr Mittags der Staats-Anwalt Wenzel den gefangenen Polen, daß sie frei seien.

Die in ganz Deutschland als leichtfertig, ja als frivol verrufenen Berliner haben bei jeder

Gelegenheit gezeigt, daß sie ein warmes Herz, ein tiefes Mitgefühl für fremdes Leid im Busen tragen. Auch am 20. März 1848 gaben sie hierfür wieder einen glänzenden Beweis.

Die Freilassung der unglücklichen Polen war ein Freudenfest für Berlin. Ludwig von Mieroslawski und Dr. Libelt, die beiden berühmtesten der Gefangenen und zwei polnische Damen mit ihren Kindern nahmen Platz in einem Wagen, die übrigen Polen folgten ihnen zu Fuß. Der Wagen wurde mit einer polnischen Fahne geschmückt, Mieroslawski hielt eine deutsche Fahne in der Hand.

Der Zug der Befreiten durch die Stadt, vom Neuen Thore durch die Louisenstraße, Karlsstraße, Friedrichsstraße und Unter den Linden war ein Triumphzug. Das Volk spannte die Pferde vom Wagen, der durch Menschenhände gezogen wurde. Aus allen Fenstern begrüßte das Wehen weißer Tücher die der Freiheit Wiedergegebenen.

An der Universität wurde zuerst Halt gemacht. Mieroslawski und Dr. Libelt sprachen zum Volk, dann ging der Zug, dem sich auch eine Abtheilung Bürgerwehr als Ehrengarde angeschlossen hatte, weiter nach dem Schloß.

Der König erschien auf dem Balkon und mit ihm die Minister Graf Arnim, Graf Schwerin und Bornemann. Als der Zug sich ihm nahte, grüßte der König freundlich, indem er sogar mehrfach seine Mütze abnahm, und dankend erwiederte das Volk den Königlichen Gruß mit unendlichem Jubelruf.

Der Graf Schwerin sprach nun zum Volk einige Worte, worin er sagte, „der König freue sich darüber, daß man ihm für den großherzigen Akt Königlicher Verzeihung danken wolle, und sei auf dem Balkon erschienen, um diesen Dank entgegen zu nehmen."

Ein lauter Jubelruf und einige von den Polen gesprochene Worte, welche man aber nicht recht verstehen konnte, unterbrachen den Minister und erst nach einer längeren Pause fuhr dieser etwa folgendermaßen fort: „Der König vertraue darauf, daß die Polen sich künftighin enger an Preußen anschließen würden, da sie sähen, von welchen Gesinnungen man für sie beseelt sei."

Wieder ertönte lauter Jubel und dazwischen einige nur halb verständliche Versicherungen der Polen, daß sie diesen Tag nie vergessen würden, und daß sie ihren Dank durch ein festes Zusammenhalten mit Preußen zum Schutze gegen Rußland beweisen würden. Auch Libelt sprach einige sehr schöne Worte in diesem Sinne, welche aber leider nur einem kleinen Zuhörerkreise verständlich waren.

Vom Schloß ging der Zug nach der Universität zurück, mit einigen Reden in der Aula schloß die Feierlichkeit.

Am folgenden Tage sprachen die sämmtlichen befreiten Polen ihren Dank in einem Plakat aus, welches den Titel: „Dank-Adresse der von Sr. Majestät dem Könige amnestirten Polen an das Berliner Volk" trug. Die Polen fühlten an jenem Tage, daß sie ihre eigene Freiheit nur dem frei gewordenen Volke verdankten, das aber haben viele von ihnen später in der polnischen Fraktion der preußischen Volksvertretung vergessen.

Wie das Staats-Ministerium bestrebt war, durch populäre Maßregeln sich Vertrauen und Liebe beim Volk zu erwerben, so auch die städtischen Behörden. Der damalige Magistrat ging in dieser Hinsicht so weit, daß ihm später mit Recht der Vorwurf der Zweizüngigkeit gemacht worden ist. Es erließ eine Proklamation, deren Unwahrheit er schon nach wenigen Monaten öffentlich eingestehen mußte.

Volkshaß und Volksliebe werden in aufgeregten Zeiten oft gleich ungerecht vertheilt. In jenen Tagen war der Oberbürgermeister Krausnick das Opfer eines Volkshasses, den er weniger als viele Andere verdient hatte. Auf seine Schultern allein wurde jede mißliebige Maßregel der städtischen Behörde gewälzt, er allein sollte die Schuld an dem Schwanken derselben in den politisch erregten Tagen vor dem 18. März tragen.

Der Magistrat war schwach genug, seinen Vorsitzenden der ungerechtfertigten Volksstimmung zu opfern. Er erließ folgende Bekanntmachung:

Bekanntmachung.

Der Geheime Ober-Regierungsrath Krausnick hat sein Amt als Oberbürgermeister niedergelegt.

Den Vorsitz im Magistrat hat vorläufig der Bürgermeister Naunyn übernommen.

Berlin, den 20. März 1848.

Der Magistrat.

Die Absetzung des Oberbürgermeisters durch den Magistrat, denn etwas anderes bedeutete die Proklamation nicht, wäre eine echt revolutionäre Maßregel gewesen und hätte vielleicht durch den Drang der Zeit gerechtfertigt werden können; nie aber konnte es gebilligt werden, daß der Magistrat wissentlich eine unwahre Proklamation, nur um die Volksmasse zu beschwichtigen, erließ. Und doch mußte die erste städtischen Behörde später, im Juni 1848, in einer öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten erklären, sie habe sich einer solchen Zweizüngigkeit schuldig gemacht.

Herr Krausnick war weder gezwungen worden, sein Amt niederzulegen, noch hatte er dies freiwillig gethan. Er zog sich vorläufig allerdings von einer öffentlichen Thätigkeit zurück, aber er blieb der Chef des Magistrats und dieser erkannte ihn als solchen an.

Der Magistrats-Kommissarius gab in der erwähnten Stadtverordneten-Sitzung im Juni hierüber eine ausdrückliche Erklärung ab; die Magistratsbekanntmachung am 20. März 1848 sollte eben nur dem Volk Sand in die Augen streuen.

Eine Frage, welche am 20. März und in den nächsten Tagen die Berliner vor allen Andern beschäftigte, war die über das Begräbniß der Gefallenen und die Fürsorge für deren Hinterbliebenen, sowie die Pflege für die Verwundeten. Die städtischen Behörden glaubten mit Recht im Sinne

des Berliner Volks zu handeln, als sie folgende Bekanntmachung erließen:

Bekanntmachung.

Wir machen unseren Mitbürgern bekannt:

1) Unseren im letzten Kampfe gefallenen Brüdern wird ein feierliches Begräbniß auf Veranstaltung und aus den Mitteln der Stadt bereitet werden. Ein aus Mitgliedern der Kommunalbehörde und der Bürgerschaft gebildetes Comité wird die erforderliche Einleitung dazu treffen.

2) Die Fürsorge für die Verwundeten und die Familien der Hinterbliebenen übernimmt die Stadt Berlin.

3) Nach uns zugegangener amtlicher Benachrichtigung sind sämmtliche wegen politischer Verbrechen und Vergehen Verhaftete der Haft entlassen und frei.

Magistrat und Stadtverordnete von Berlin.

Im Anschluß an diese Bekanntmachung bildeten die städtischen Behörden Comités, welche für das Begräbniß sorgen und die Sammlungen für die Märzkämpfer und deren Hinterbliebene kräftig in die Hand nehmen und organisiren sollten. Sie wurden treulich unterstützt durch das Publikum selbst.

Auf allen Straßen, in allen öffentlichen Lokalen wurden Sammlungen veranstaltet; die Zeitungen erboten sich zur Annahme von Beiträgen, welche überreichlich flossen. Nicht immer waren die Gaben ein Resultat der Begeisterung und der Dankbarkeit, oft genug entsprossen sie der Feigheit. Wie in jenen Tagen gerade die früheren eifrigsten Anhänger der absoluten Regierung die größten schwarz-roth-goldenen Kokarden an den Hüten trugen, so beeilten sie sich auch durch Beiträge für die Verwundeten und Hinterbliebenen der Gefallenen ihre Freiheitsliebe und ihre Sympathien für die Revolution zu zeigen. Jenes verächtliche, wetterwendische politische Gesindel, welches stets der Macht zujauchzt, machte sich damals in den Zeitungen und Comités breit, um die Märzhelden, die es später begeifern und beschimpfen sollte, in den Himmel zu erheben.

Die Charlottenburger und Spandauer, welche die unglücklichen Gefangenen verhöhnt und mißhandelt hatten, waren jetzt die Ersten, welche die Revolution verherrlichten. So verbreiteten die städtischen Behörden von Spandau folgende Proklamation in Berlin, die von ihnen wohl ehrlich gemeint war. Sie zeigt den merkwürdigen Umschlag, der in der Meinung dieser Behörden durch die Revolution erzeugt war.

Magistrat, Stadtverordnete und Bürgerschaft von Spandow haben mit tiefster Indignation das Gerücht vernommen, daß ein oder zwei Personen vor dem Transport der Verhafteten ihre Pflichten als Bürger und Menschen gänzlich vergessen haben; sie werden hierdurch als unwürdig der Mitgliedschaft unserer Bürgergemeinde bezeichnet, und fallen der allgemeinen Verachtung anheim.

Bedauern wir es, aus der Eigenthümlichkeit unserer Lage dem Kampf für gesetzliche Freiheit unsere thatkräftige Beihilfe nicht haben leisten zu können, so halten wir es für eine heilige Pflicht, unser Scherflein zum Besten der ihrer Versorger beraubten Familien nach Kräften beizusteuern, die sofort veranstaltete Kollekte hat schon einen Ertrag von 300 Thaler geliefert, welchen wir durch eine Deputation nach Berlin an den Schützengilde-Vorsteher Krug abgesandt haben; unsere Mitbürger werden fortfahren, in diesem Sinne zu wirken. Auf das Gerücht, als befinde sich ein oder der andere Verhaftete hier noch in der Citadelle, hat eine Deputation der Bürgerschaft, an deren Spitze der Bürgermeister Dr. Zimmermann und der Stadtverordneten-Vorsteher Reinicke, sich zum Kommandanten begeben und das Ehrenwort erhalten, daß Niemand mehr in Haft ist.

Auch wir begrüßen einstimmig die Fortschritte der politischen Entwickelung unseres Vaterlandes, die nur durch die wehmüthigen Gefühle, welche vergossenes Bürgerblut hervorrufen, getrübt werden.

Spandow, den 20. März 1848.

Magistrat, Stadtverordnete und Bürgerschaft.

Es macht einen wunderbaren Eindruck, wenn wir heute in den Zeitungen jener Tage die Namen und Titel derjenigen lesen, welche sich damals bei den Sammlungen hervorthaten, wir finden da die Namen von Männern, welche unveränderlich den Freiheitsbestrebungen treu geblieben sind, neben solchen, die schon nach kurzer Zeit als die Träger der äußersten Reaktion genannt werden sollten. Ein kurzer Satz aus Wolff's Revolutions-Chronik mag hierfür Zeugniß ablegen:

Der Advokat-Anwalt Volkmar zeigt an: „Mein Verdienst bis zum 1. Mai d. J. gehört den Hinterbliebenen der gefallenen Opfer." — Die Herren Noack, Hutmacher Sr. Majestät des Königs, und Hutzel eröffnen eine Kollekte „für die bedürftigen Erbauer und Vertheidiger der Barrikaden an den Ecken der Kommandantenstraße", zu welcher der Geh. Kabinetsrath Illaire 10 und die Frau Minister von Mühler 25 Thl. Thlr. beisteuern. — Herr C. Gropius bestimmt die ganze Einnahme des „Diorama" ohne Abzug der Kosten 3 Wochen lang den bedürftigen Angehörigen der Gefallenen. Das Königstädtische Theater giebt „Einmalhundertausend Thaler" eine Posse von Kalisch „zum Besten der Hinterbliebenen der im Kampfe gefallenen Bürger" und läßt zu demselben Zwecke an den folgenden Tagen noch ähnliche Vorstellungen aufführen. — Die Königliche Schauspiel-Regie entschließt sich am 21. im Schauspielhause „Nathan der Weise" und im Opernhause das „Requiem" von Mozart und die „Schöpfung" von Haydn ebenfalls „zum Besten der Verwundeten und der Wittwen und Waisen der im Kampfe Gefallenen" aufführen

zu lassen. — Fast alle Vergnügungsorte, Panoramen, Reiterbühnen, Privattheater u. s. w. kündigen zu gleichem Zwecke Vorstellungen an. — Der Redakteur und Verleger des Unterhaltungsblattes „Stafette", Banquier und Dr. J. Philippi bietet die erste preßfreie Nummer dieses Blattes mit einem Artikel „Die freie Presse" von Fr. Adami allen Denen „gratis" an, die ein Scherflein groß oder klein, zu seiner Sammlung für die unglücklichen Hinterbliebenen beitragen. —

Gegenüber dem feigen Eifer so Vieler, welche nur durch Furcht zum Geben bestimmt wurden, macht es einen wahrhaft wohlthuenden Eindruck, wenn wir zugleich in den Zeitungen die Namen von drei pensionirten Offizieren lesen, welche den Muth hatten, aufzufordern zu Beiträgen für die Wittwen und Waisen der am 18. März Gefallenen und für die Pflege der verwundeten Soldaten. Ehre diesen Männern, dem Oberstlieutenant a. D. von Köbke, Major a. D. H. von Winterfeldt und Obrist a. D. Freiherr von Bülow.

Die Zeitungen, welche am 20. und den folgenden Tagen diese interessanten Aufforderungen zu Beiträgen für die Märzhelden brachten, bieten uns außerdem noch mancherlei Stoff zum Nachdenken. Welche Fülle von Dankschreiben ferner Städte an die Berliner für ihren Heldenkampf enthalten sie, von Dankschreiben, deren Verfasser später nicht gern an ihre März-Begeisterung erinnert werden mochten.

Nicht minder interessant sind die Darstellungen der Ereignisse des 18. März. Die zum ersten Male frei vom Druck der Censur erscheinenden Zeitungen sind natürlich für den herrlichen Kampf begeistert. Die Vossische Zeitung ließ ein Extrablatt der Freude erscheinen! damals war ja Herr Ludwig Rellstab noch nicht wieder in das loyale Fahrwasser eingelaufen. Die andern Zeitungen jubelten ebenfalls, alle waren voll seliger Freiheitshoffnungen für die Zukunft, alle berichteten wunderbar abenteuerliche Schilderungen der Kämpfe des 18. März. Wollte man diesen ersten Kampfberichten Glauben schenken, dann wären die homerischen Helden Stümper gegen die Berliner Barrikadenkämpfer gewesen.

Neben den Kampferzählungen finden wir in den Zeitungen jener Tage eine Reihe von recht verworrenen und unklaren Vorschlägen für die Reformen, die auf das Schleunigste in's Leben gerufen werden müßten. Alle die Politiker, welche bis zum 18. März nur gewagt hatten, in der stillen Studirstube grimmig die Fäuste in der Tasche zu ballen, traten jetzt plötzlich an das Tageslicht und jeder von ihnen glaubte sich berufen, das Licht seiner Weisheit leuchten zu lassen. Es war keine Gefahr mehr dabei.

Die Zeitungs-Halle und die Vossische Zeitnng waren es vorzüglich, welche den neu erstandenen Politikern dienten, um ihre Rathschäge für die Zukunft zu veröffentlichen. Die radikalen Literaten benutzten am liebsten die Zeitungshalle, deren Lesekabinet ihnen ohnehin zum Sammelpunkt diente, die gemäßigten Männer, sogar die reaktionären Schriftsteller wendeten sich mit Vorliebe an das Organ des Berliner Bürgerthums, bei welchem sie am leichtesten Gehör zu finden hoffen durften.

Unter der großen Zahl derer, welche in der Zeitungshalle ihre politischen Herzensergießungen veröffentlichten, finden wir schon in den nächsten Tagen manche Namen, welche später bekannt genug geworden sind, deren Träger aber in ihrer politischen Entwickelung einen Gang genommen haben, den man damals wohl schwerlich bei ihnen vermuthetet hätte.

Rudolph Schramm, der im Sommer 1848 Präsident des blutrothen demokratischen Klubs, dann Flüchtling, später begeisterter Agent des Ministeriums Bismarck und endlich wohlbestallter Konsul werden sollte, erließ schon am 20. März einen Aufruf, der als einige kleine Konzessionen folgendes forderte: 1) sofortige Ertheilung des Bürgerrechts an alle Schutzverwandte, 2) sofortigen Zurücktritt des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, welche das Vertrauen der Bürgerschaft verloren hätten, sofortige Anordnung der Neuwahl, 3) Abschaffung der Herren-Curie, allgemeines Wahlrecht, 4) Mediatisirung aller kleinen Fürsten, 5) volle Wiederherstellung der polnischen Nation, 6) Begräbniß der gefallenen Bürger auf dem Platz vor dem Palais des Prinzen von Preußen, auf dem Platz, der für die Statue Friedrich's des Großen bestimmt war, und die Errichtung eines Obelisken, der die Namen der Gefallenen zum Andenken für die Nachwelt aufbewahren solle. Endlich Nationalbelohnung, dekretirt durch die zu berufende National-Versammlung für die Hinterbliebenen der Gefallenen sowie für die im Kampf arbeitsunfähig gewordenen Kämpfer. Vorläufig weiter nichts!

Der spätere Präsident des schließlich sehr constitutionellen Klubs, Herr Crelinger, erging sich über den Minister Grafen von Arnim und den büreaukratischen Geist desselben in nicht besonders anerkennender Weise. Er schloß seinen Artikel, den er übrigens immer noch vorsichtig nicht mit seinem ganzen Namen, sondern nur mit den Buchstaben Crlgr unterzeichnete, indem er erklärte, künftig dürfe der preußische Wahlspruch nicht mehr: „mit Gott für König und Vaterland" sein, er müsse heißen „mit Gott für Vaterland und König."

Herr Dr. Küttge, der später eine der vorzüglichsten literarischen Stützen der hoch konservativen Partei werden sollte, zeigte sich am 22. März zwar noch sehr demokratisch, aber doch rieth er schon zum Vertrauen zur Regierung und warnte vor dem ungestümen Drängen nach Vorwärts.

Von solchem zahmen Fortschritt wollte Herr Georg Jung, von den vertrauensseligen National-Liberalen späterer Zeit der Vertrauensseligste, damals nichts wissen; er warnte vor dem Ruf

der Aengstlichen nach Ruhe und Ordnung, er forderte die sofortige Berufung einer National-Versammlung, denn der Vereinigte Landtag, der in drei Tagen um drei Jahrhunderte in das Dunkel des Mittelalters zurückgerückt worden sei, könne nichts nützen.

Alle Berliner Zeitungen sprachen sich am 20. März und in den folgenden Tagen in ähnlicher Weise aus, nur eine schien sich selbst treu bleiben zu wollen, die Staats-Zeitung (Allgemeine Preußische Zeitung). Sie brachte über die Ereignisse vom 15. bis 19. März am Abend des 20. eine Schilderung, welche ganz den früher von ihr veröffentlichten Polizeirapporten glich. Einige Sätze kennzeichnen den ganzen Artikel:

„Die von uns bereits gestern mitgetheilte Ansprache Sr. Majestät des Königs an die Berliner giebt uns die näheren Umstände an, welche den Gebrauch der Waffen veranlaßten. Das Vordringen der Truppen trieb die Massen zurück, die in den inneren Stadttheilen errichteten Barrikaden wurden meistens zerstört, und gegen Tagesanbruch war ein weiterer Waffengebrauch nicht mehr nöthig. Tief beklagenswerth ist es, daß zahlreiche Opfer hierbei fielen. Das Militär hatte die Straßen inne und hielt dieselben auch am gestrigen Morgen besetzt. Nachdem Namens der Bürgerschaft Sr. Majestät dem Könige die Bitte vorgetragen war, die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe ihr anzuvertrauen, wofür sie vollständige Bürgschaft übernehme, ertheilte Se. Majestät den Befehl, daß sich das Militär in die Kasernen zurückziehe. Nachdem diesem Befehle genügt war, geruhten Se. Majestät der König die Bildung einer Bürger-Garde zu genehmigen, die auch sofort zusammentrat."

Der Staatszeitungsartikel erregte eine große Entrüstung bei allen Kämpfern des 18. März, welche gewohnt waren, daß ihre Thaten in den Zeitungen mit den überschwenglichsten Worten gepriesen wurden. Die übrigen Zeitungen ergossen sich in Schmähungen über das perfide Regierungsblatt. Eine Deputation von Bürgern besuchte den Redakteur desselben Dr. Zinkeisen und sagte ihm nicht eben freundliche Wahrheiten.

Am Mittage des folgenden Tages versammelte sich ein lärmender und drohender Volkshaufen vor dem Redaktionsbüreau. Da in jenen Tagen alles darauf ankam, das Volk von Berlin in Ruhe und guter Laune zu erhalten, entsetzte Graf Arnim den Redakteur der Staatszeitung seiner Stelle. Dr. Zinkeisen wurde ein Opfer des unglücklichen Artikels, an dem er übrigens nur geringe Schuld trug, wenn folgendes, von ihm in der Zeitungs-Halle mit großen fetten Buchstaben abgedruckte Inserat die Wahrheit spricht:

„In Folge einer aus Berliner Bürgern bestehenden Deputation, welche so eben bei mir erschienen ist, erkläre ich freiwillig, daß mir der in Nr. 81 enthaltene Artikel unter Berlin, über die Ereignisse vom 15.—19. März von der Ministerial-Behörde zur Aufnahme in die Allgemeine Preußische Zeitung zugeschickt worden ist, so daß er, da er diese Ereignisse völlig entstellt, von mir nicht vertreten werden kann. —

Dr. J. W. Zinkeisen."

Der 20. März war in merkwürdiger Ruhe und Ordnung vorübergegangen. Der Abend dieses Tages aber brachte noch eine Scene unbeschreiblicher Aufregung. Als schon die Lichter in den Fenstern der zur Feier der Revolution abermals illuminirten Häuser zu erlöschen begannen und die Bewohner sich eben zur Ruhe niederlegen wollten, ertönte plötzlich der Ruf: „zu den Waffen! zu den Waffen!" durch alle Straßen, jener Ruf, der vom 18. März her noch in schrecklicher Erinnerung war.

Aus den Häusern stürzten die Bürger, jeder bewaffnet, so gut es eben ging, nur wenige mit Gewehren, die meisten mit Aexten, Piken und manchen andern nicht übermäßig gefährlichen Mordwerkzeugen. Bürgerpatrouillen zogen durch die Stadt, reitende Boten jagten nach den Thoren.

Was war eigentlich geschehen? Niemand wußte es, aber die abenteuerlichsten Gerüchte liefen um. „Die Russen kommen, sie sind schon am Schönhauser Thor," hieß es in einer, „der Prinz von Preußen rückt mit einer Armee in das Hallesche Thor ein," in einer andern Gegend der Stadt. Beide gleich unsinnige Gerüchte fanden doch Glauben.

Man fing wieder an, Barrikaden zu bauen; die Bürgerwehr sammelte sich, aber ganz so vollzählig wie am Tage war sie nicht. Die Barrikaden standen da und die Vertheidiger waren bereit, den Feind zu empfangen. Der aber ließ sich nicht blicken.

Die Bürgerpatrouillen, welche vor die Thore entsendet worden waren, kehrten zurück und meldeten, nirgends könne man eine Spur weder vom Prinzen von Preußen und seiner Armee, noch von den Russen entdecken. Auch von dem Schlosse her kam die Nachricht, der König sei persönlich auf der Schloßwache erschienen und habe sein Wort gegeben, daß gar nichts zu besorgen sei. Aehnliche Versicherungen wurden auch von dem Polizei-Präsidenten ertheilt.

Reitende Boten jagten abermals durch die Stadt und trugen die Nachricht herum, es sei nichts, die Bürger möchten nur nach Haus und zu Bette gehen. Dies thaten sie auch, nachdem sie zuvor sich in irgend einem Lokale für die gestörte Nachtruhe mit einer „Weißen" entschädigt hatten.

Am folgenden Tage wurden die Barrikaden überall wieder fortgeräumt. Ein Resultat aber hatte der sonderbare Allarm doch. Um die Bürger gänzlich zu beruhigen, schickte der König das letzte Militär, ein Bataillon Infanterie, welches noch im Schlosse zurückgeblieben war, ebenfalls aus der Stadt. Später erfuhr man, daß das Gerücht vom Ueberfall des Prinzen von Preußen nicht, wie man Anfangs geglaubt hatte, in Folge

eines böswilligen Scherzes sich in der Stadt verbreitet habe, sondern daß zwei nach Berlin zurückkehrende Postillone, welche die Nachricht vom Anrücken der Truppen gebracht hatten, von der Wahrheit ihrer Behauptungen vollständig überzeugt waren. Es mochte dies Mißverständniß daher rühren, daß die in der Nähe Berlins auf den Dörfern cantonnirende Kavallerie vielleicht noch spät am Abend Signale zum Abfüttern gegeben hatte, welche von den Postillonen für Angriff-Signale gehalten worden waren.

Sechstes Kapitel.

Der 21. März. — Eine räthselhafte Proklamation. — Der Ritt des König durch Berlin. — Deutscher Enthusiasmus. — Reden des Königs. — Die Proklamation des Königs: An mein Volk und an die deutsche Nation. — Friedrich Wilhelm IV. stellt sich an die Spitze der deutschen Bewegung. — Pläne der Reaktion.

Als am Morgen des 21. März die Berliner erwachten, schämten sie sich ein wenig der unnöthigen Angst der vergangenen Nacht. Die Barrikaden wurden schnell und geräuschlos fortgeräumt.

Es war Morgens 9 Uhr, als an allen Straßenecken von Zettelträgern Plakate angeheftet wurden, welche große Neugierde erregten. Sie hatten folgenden Inhalt:

„Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für Euch an. Ihr seid fortan wieder eine einige große Nation, stark, frei und mächtig im Herzen von Europa! Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat Sich, im Vertrauen auf Euren heldenmüthigen Beistand und Eure geistige Wiedergeburt, zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesammt-Vaterlandes gestellt. Ihr werdet ihn mit den alten, ehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferde in Eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem Führer des gesammten deutschen Volkes, dem neuen Könige, der freien wiedergeborenen deutschen Nation!“

Von wem ging diese seltsame Proklamation aus, die keine Unterschrift trug? Niemand wußte es; daß sie aber einen offiziellen Ursprung habe, durfte man wohl muthmaßen, denn sie war in der Decker'schen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei gedruckt worden.

Die allgemeine Neugier war erregt, irgend etwas Besonderes mußte geschehen und jedenfalls wurde beim Schloß irgend ein neues Schauspiel aufgeführt. Dorthin zogen daher die Berliner, um Zeugen desselben zu sein.

Hinter der Universität, im Kastanienwäldchen, waren an diesem Morgen die Studenten in großer Anzahl bewaffnet versammelt, um sich zu dem neuen Wachtdienst durch militärische Exercitien vorzubereiten. Da erschien plötzlich der Graf Schwerin in der Universität, und begab sich, begleitet von dem Rektor und Prorektor derselben, den Professoren Müller und Hecker, nach der Aula, wo sich unterdessen die sämmtlichen anwesenden Studenten versammelt hatten. Der Graf Schwerin hielt hier folgende Rede an die Studenten:

„Meine Herren! Ich halte es für meine Pflicht, die akademische Jugend, welche sich in den letzten Tagen so tüchtig bewährt hat bei Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung, von den Maßregeln in Kenntniß zu setzen, welche Se. Majestät im Sinne des Fortschrittes zu nehmen gedenken. Se. Majestät wollen sich an die Spitze des konstitutionellen Deutschlands stellen. Sie wollen die Freiheit unter dem Schutze der konstitutionellen Monarchie nicht nur für Preußen, sondern für ganz Deutschland. Sie haben daher auch die schleunige Bildung eines deutschen Parlaments anzubahnen beschlossen und werden Sich auch hier an die Spitze des Fortschrittes stellen. Der König rechnet dabei auf den Schutz und Beistand seines treuen Volks, sind Sie nicht auch der Meinung, daß er es kann! Der König wird demnächst geschmückt mit den deutschen Farben in den Straßen erscheinen und rechnet darauf, daß die akademische Jugend sich um ihn schaaren werde. Meine Herren, es lebe unser wahrhaft deutscher König! Meine Herren, wir sind Sr. Majestät verantwortliche Minister, aber unsere Seele ist der König, der Fortschritt, die Freiheit seiner Gedanken, für die Ausführung sind wir verantwortlich. — Die Verantwortlichkeit der Minister hoch!“ —

Ein lautes jubelndes Hoch war die Antwort der Studenten, dem noch ein Lebehoch auf den Grafen Schwerin, in welches alle Anwesenden aus vollem Herzen einstimmten, folgte.

Nach wenigen Worten des Dankes entfernte sich der Graf Schwerin, begleitet durch den lauten Beifall der Studirenden, von denen sich ein Theil gleich darauf nach dem Schlosse begab, um dort den König zu empfangen.

Auf dem Schloßplatz hatte sich mittlerweile eine große Menschenmenge versammelt. Mit lautem Jubelschrei verlangte das Volk den König zu sehen, und dieser erschien auch wirklich auf dem Balkon und rief den Versammelten zu, daß er bald zu Pferde unter ihnen erscheinen würde. Er bat zu gleicher Zeit: es möge ihm Jemand eine schwarz-roth-goldene Fahne bringen, denn diese sei fortan sein Panier.

Dem Wunsche wurde sofort Genüge geleistet. Man legte eine Leiter an ein Haus in der Breitenstraße, an welchem eine stattliche dreifarbige Fahne wehte. Der Doktor Stieber sprang schnell auf den Sprossen der Leiter in die Höhe, nahm die Fahne ab und brachte sie dem Könige. Kurze Zeit darauf, es war um 11 Uhr Mittags, bestieg der König ein Pferd, um den vielbesprochenen Umzug in Berlin zu halten. Er war mit der Uniform und dem Helm des ersten Garde-Regiments bekleidet, aber mit den deutschen Farben

geschmückt. Die in Berlin anwesenden Prinzen, die Minister, so wie viele Generäle und mehrere Bürger begleiteten ihn, ein Mitglied der Schützengilde, Herr Krause, trug die schwarz-roth-goldene Fahne voran. Alle Begleiter des Königs trugen die drei deutschen Farben und zwar meistens, wie der König selbst, in Form einer schwarz-roth-goldenen Armbinde.

Es war ein gar seltsamer Zug. Da sah man den früheren Polizisten Dr. Stieber und den Stadtverordneten Gleich, den Bezirksvorsteher Fuhrherrn Wolff aus der Mittelstraße, der sich später durch besondere Wuth gegen die Demokraten auszeichnen sollte und den Barrikadenkämpfer vom Alexanderplatz, den Thierarzt Urban, die Minister und die Generale, alle in deutschbrüderlicher Eintracht um den König geschaart.

Der Zug bewegte sich mit musterhafter Ordnung und dem lautesten Hurrah- und Jubelgeschrei des Volkes vorwärts. Ueberall wurde der König von dem Jauchzen, von den Lebehochs der Menge empfangen, welche sich auf dem Schloßplatz mit einem wahren Enthusiasmus hören ließen, als fast in dem Augenblick, wo der Zug sich in Bewegung setzte, auf dem Schloß eine prächtige schwarz-roth-goldene Fahne aufgezogen wurde.

Gleich anfangs richtete der König folgende Worte an das Volk, welche mit einem unermeßlichen Jubel aufgenommen wurden: „Es ist keine Usurpation von mir, wenn ich mich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einigkeit berufen fühle; ich schwöre zu Gott, daß ich keinen Fürsten vom Throne stoßen will, aber Deutschlands Einheit und Freiheit will ich schützen; sie muß geschirmt werden durch deutsche Treue, auf den Grundlagen einer aufrichtigen constitutionellen deutschen Verfassung."

Nur mit Mühe konnte sich anfangs der Zug Platz machen, da die ungeheure Menge von Menschen, welche auf dem Schloßplatz versammelt waren, sich dem Könige zudrängte, um ihn näher zu sehen, da die ihn Umdrängenden seine Hand drückten und küßten, da ihm fortwährend auf der Straße Bittgesuche u. s. w. vorgetragen wurden.

Der König war gegen Alle, welche ihn umgaben, äußerst freundlich. Er sprach mit Vielen, gewährte einige Bitten auf der Stelle, und ließ sich während des Zuges von dem Dr. Stieber und dem Stadtverordneten Gleich, welche seine nächsten Begleiter waren, die Ereignisse der vergangenen Tage umständlich erzählen.

Der Zug bewegte sich nun in folgender Ordnung der Schloßfreiheit zu. Voran ritten zwei Generäle mit den deutschen Farben um den Arm, dann folgten drei Minister und ihnen die dreifarbige Fahne. Unmittelbar hinter der Fahne ritt der König, geführt von den beiden schon genannten Männern, und umgeben von den Prinzen und Generälen. Wohin der König kam, da empfing ihn der laute Jubel und der begeisterte Zuruf der Menge. Alle Fenster der Häuser, an welchen er vorbeiritt, waren dicht mit Zuschauern besetzt, welche mit weißen Tüchern wehten und in den Jubel des Volkes auf der Straße einstimmten.

Der Zug ging nun die Schloßfreiheit entlang nach den Linden. Bei der Königswache waren die dienstthuenden Bürger in's Gewehr getreten und salutirten. Der König hielt sein Pferd an und sprach folgende Worte zu ihnen:

„Ich sehe Euch hier auf der Wache, ich kann es nicht genugsam in Worte kleiden, was ich Euch danke — glaubt's mir!"

Der König hatte kaum ausgeredet, als sich unter den Versammelten von einzelnen Stimmen der laute Ruf erhob:

„Es lebe der Kaiser von Deutschland!"

„Nicht doch," erwiederte der König scheinbar unwillig, „das will, das mag ich nicht!"

Der Zug setzte sich nun wieder in Bewegung und ging bei der Blücherstatue vorbei über den Opernplatz, wo sich der Polizei-Präsident von Minutoli anschloß, die Behrenstraße entlang, über die Linden zurück.

Vor der Universität, wo die bewaffneten Studirenden, geführt von den Herren Müller und Hecker, in Reih und Glied aufgestellt waren, hielt der Zug auf's Neue in der Nähe des Friedrich-Denkmals. Der König reichte den beiden Professoren freundlich die Hand, und wendete sich dann mit folgenden Worten an die Studenten:

„Mein Herz schlägt hoch, daß es meine Hauptstadt ist, in der sich eine so kräftige Gesinnung bewährt hat. Der heutige Tag ist ein großer, unvergeßlicher, entscheidender. In Ihnen, meine Herren, steckt eine große Zukunft, und wenn Sie in der Mitte oder am Ziele Ihres Lebens zurückblicken auf dasselbe, so bleiben Sie doch ja des heutigen Tages eingedenk. Die Studirenden machen den größten Eindruck auf das Volk und das Volk auf die Studirenden. Ich trage die Farben, die nicht meine sind, aber ich will damit Nichts usurpiren, ich will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einigkeit, ich will Ordnung, das schwöre ich zu Gott, (hier erhob der König seine Rechte gen Himmel). Ich habe nur gethan, was in der deutschen Geschichte schon oft geschehen ist, daß mächtige Fürsten und Herzöge, wenn die Ordnung niedergetreten war, das Banner ergriffen und sich an die Spitze des Volkes gestellt haben, und ich glaube, daß die Herzen der Fürsten mir entgegenschlagen, und der Wille des Volks mich unterstützen werde. Merken Sie sich das, meine Herren, schreiben Sie es auf, daß ich Nichts usurpiren, nichts will, als deutsche Freiheit und Einigkeit. Sagen Sie es der abwesenden studirenden Jugend; es thut mir unendlich leid, daß Sie nicht Alle da sind. Sagen Sie es Allen."

Der Jubel, welcher dieser und den andern Reden des Königs folgte, ist kaum zu beschreiben. Die Studenten klirrten mit den Waffen aneinander, und ein tausendstimmiges Hurrah und Lebehoch war die Antwort des Volks auf die be-

redten Worte. Auch in die Breite- und Königsstraße ritt der König und sprach daselbst verschiedene Male, so auch am Köllnischen Rathhause zu den Stadtverordneten, denen er im Wesentlichen das schon in frühern Reden Erwähnte wiederholte, dann aber mit folgenden Worten schloß:

„Bürger, ich weiß es wohl, daß ich nicht stark bin durch die Waffen meines gewiß starken und tapferen Heeres, daß ich nicht stark bin durch meinen gefüllten Schatz, sondern nur durch die Herzen und die Treue meines Volkes. Und nicht wahr, diese Herzen, diese Treue werdet Ihr mir schenken! Ich schwöre es Euch, ich will nur das Gute für Euch und Deutschland." An alle Wachen ritt der König heran und dankte für die ihm und der Stadt geleisteten mühevollen Dienste.

Nach dem langen Zuge kehrte der König nach dem Schloß zurück und sprach hier noch viel mit seinen Begleitern über die Wünsche der Bürgerschaft in Berlin. Auf die Bemerkung, daß viele Bürger darüber unzufrieden seien, daß die Bürgerwehr allerdings die Gewehre, aber keine Munition erhalten habe und sich solche auch nicht verschaffen könne, da zu den großen Pistons die im Handel gangbaren Zündhütchen nicht paßten, erwiederte der König, daß diesem Uebelstande abgeholfen werden solle, indem an die Bezirksvorsteher vollständige Munition mit passenden Zündhütchen vertheilt werden würde.

Auch die Minister besprachen sich mit den genannten Herren und versicherten diesen, daß der König, um den Bürgern sein Zutrauen zu beweisen, entschlossen sei, nicht eher wieder Militär in die Stadt zu rufen, als bis die Bürger selbst es zur Erleichterung des allerdings schweren Wachdienstes wünschen würden. Die Truppen sollten dann auch nur zu diesem Zwecke dienen, und es würde, wenn die Bürgerschaft eine Vorliebe für bestimmte Regimenter hätte, auch auf die in dieser Hinsicht ausgesprochenen Wünsche die größte Rücksicht genommen werden.

Kurze Zeit darauf mischten sich der König und der Prinz Albrecht noch einmal, und zwar beide zu Fuß, unter das Volk. Sie wurden mit dem größten Jubel, mit wahrem Enthusiasmus aufgenommen, und der Friede zwischen dem Könige und den Bewohnern von Berlin schien völlig wiederhergestellt zu sein. Auch die folgende, am Nachmittage des 21. erschienene Proklamation erregte in den meisten Kreisen allgemeine Freude:

An mein Volk, an die deutsche Nation!

Wir vertrauen, sprach der König vor 35 Jahren in den Tagen großer Gefahr zu seinem Volke, und sein Vertrauen ward nicht zu Schanden, der König, mit seinem Volke vereint, rettete Preußen und Deutschland von Schmach und Erniedrigung.

Mit Vertrauen spreche Ich heute, im Augenblicke, wo das Vaterland in höchster Gefahr schwebt, zu der deutschen Nation, unter deren edelste Stämme sich mein Volk mit Recht rechnen darf. Deutschland ist von innerer Gährung ergriffen und kann durch äußere Gefahr von mehr als einer Seite bedroht werden. Rettung aus dieser doppelten, dringenden Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung hervorgehen.

Ich übernehme heute die Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird sich mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten deutschen Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reiches gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf.

Als Mittel und gesetzliches Organ, um im Vereine mit meinem Volke zur Rettung und Beruhigung Deutschlands voranzugehen, bietet sich der auf den 2. April bereits berufene Landtag dar. Ich beabsichtige, in einer unverzüglich näher zu erwägenden Form den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses Landtages in einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammenzutreten.

Die auf diese Weise zeitweilig sich bildende deutsche Stände-Versammlung wird in gemeinsamer, freier Berathung das Erforderliche in der gemeinsamen, innern und äußern Gefahr ohne Verzug vorkehren..

Was heute vor Allem Noth thut, ist

1) Aufstellung eines deutschen, volksthümlichen Bundesheeres,
2) bewaffnete Neutralitäts-Erklärung. Solche vaterländische Rüstung und Erklärung werden Europa Achtung einflößen vor der Heiligkeit und Unverletzbarkeit des Gebietes deutscher Zunge und deutschen Namens. Nur Eintracht und Stärke vermögen heute den Frieden in unserm schönen, durch Handel und Gewerbe blühenden Gesammt-Vaterlande zu erhalten.

Gleichzeitig mit den Maßregeln zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr wird die deutsche Stände-Versammlung über die Wiedergeburt und Gründung eines neuen Deutschlands berathen, eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, einer Einheit in der Verschiedenheit, einer Einheit mit Freiheit. Allgemeine Einführung wahrer konstitutioneller Verfassungen, mit Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten, öffentliche und mündliche Rechtspflege, in Strafsachen auf Geschwornengerichte gestützt, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiösen Glaubensbekenntnisse und eine wahrhaft volksthümliche, freisinnige Verwaltung werden allein solche höhere und innere Einheit zu bewirken und zu befestigen im Stande sein.

Berlin, den 21. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Graf Arnim. von Rohr. Graf Schwerin.
Bornemann. von Arnim. Kühne.

Außer dieser Proklamation erließ der König

am 21. noch eine Ordre an das Kriegs-Ministerium, welche erst 8 Tage später veröffentlicht wurde. Sie lautete:

„Da Ich Mich ganz der deutschen Sache widme und in der Theilnahme Preußens eine entschiedene Förderung derselben erblicke, so bestimme Ich, daß die Armee sogleich neben der preußischen die deutsche Kokarde anzustecken hat. Das Kriegs-Ministerium hat das Weitere zu veranlassen." — Friedrich Wilhelm.

Friedrich Wilhelm IV. stellte sich an die Spitze der deutschen Reformbewegung, er sprach aus, Preußen gehe fortan in Deutschland auf. Er forderte die Bürgschaft wahrer konstitutioneller Verfassungen und wahrhaft volksthümlicher freisinniger Verwaltungen für die deutsche Freiheit! Es war ein großes Wort und gesprochen zur rechten Zeit, wenn es nur aufrichtig gemeint war. In Berlin zweifelte das Volk daran nicht, wohl aber in Süddeutschland, wo sich über den Umzug des König von Preußen und seine Proklamation ein wilder Schrei der Entrüstung erhob.

Welche Beweggründe konnten die Minister haben, dem Könige zu einem Schritt zu rathen, der in Süddeutschland eine wahre Wuth, die ausschweifendsten Schmähungen gegen Preußen hervorrufen mußte, der auch in Preußen selbst keineswegs allgemeine Billigung finden konnte, denn die zahlreiche konservative altpreußische Partei wollte von einem in der Freiheit geeinigten Deutschland gar nichts wissen.

Die Antwort auf diese Frage ist nicht leicht, wir können sie nur errathen.

Die liberalen Minister Grafen von Schwerin und Heinrich von Arnim sahen unzweifelhaft in der Proklamation des Königs eine neue Bürgschaft für die Entwickelung der preußischen und deutschen Freiheit. Eine andere Ansicht und Absicht hatte vielleicht Graf Arnim, hatten sicherlich jene alten Freunde des Königs, welche ohne Minister zu sein, doch unausgesetzt in seinem Rathe thätig waren, die eigentlichen Träger des früheren Regierungs-Systems. Ueber ihre Zwecke erhalten wir Aufschluß durch die berühmte Leo'sche Schrift signatura temporis. Ihnen war die Idee der deutschen Einheit ein wesenloses, unschädliches Ideal der Volksmasse, welches man benutzen konnte, um das Volk zu zerstreuen und zu blenden und welches man fallen lassen konnte in günstigerer Zeit. Es war „das Aufgreifen des allgemein deutschen Interesses das einzige Terain einer demonstrativen Thätigkeit, durch welche die Intentionen der Revolutionärs zerstreut, und auf ein, in jedem einzelnen Punkte unübersehbares Terrain geleitet werden konnten. Man trat gewissermaßen von dem festen, bekannten Erdreich in eine Wolkenregion, in der man sich eine Zeitlang wenigstens leidlich unschädlich bewegen konnte, bis die Pulse überhaupt wieder einen weniger fieberhaften Schlag angenommen haben würden."

Mit diesen Worten entschleiert uns die signatura temporis die Zwecke der zwar noch nicht offen, aber desto eifriger im Geheimen wieder wirkenden Rückschrittspartei und triumphirend ruft sie über das gewonnene Resultat aus:

„Ein sehr wohlthätiger Rückschlag war gewonnen auf die öffentliche Meinung in Preußen selbst, dessen Bevölkerung sich in den Haß des übrigen Deutschlands verwickelt sah, und nun einen sehr heilsamen Anstoß erhielt, daran zu denken, daß es mit seinem Könige eine untrennbare sittliche Person bilde. Gerade in Folge dieser Vorgänge schlug die patriotische Empfindung Preußens wieder ihre ersten jungen Wurzeln, nachdem die alten in der wilden Gluth der letzten revolutionären Aktionen vor zwei Tagen verdorrt schienen."

Siebentes Kapitel.

Die Vorbereitung zur Beerdigung der gefallenen Revolutionskämpfer. — Sollen Soldaten und Bürger gemeinschaftlich beerdigt werden? — Der „Barrikadenheld" Urban vor dem Könige. — Die Särge in der Neuen Kirche. — Der 22. März. — Verlegenheiten des Beerdigungs-Comités. — Ein Leichenzug ohne Gleichen. — Die Beerdigungsfeier. — Rede Jung's am Grabe der Gefallenen. — Bestattung der gefallenen Soldaten. — Die amtliche Verlustliste.

Die Vorbereitungen für die Feierlichkeit, mit welcher am 22. März, die zahlreichen, im Revolutionskampfe Gefallenen beerdigt werden sollten, nahmen am 21. die Aufmerksamkeit der Berliner, so sehr in Anspruch, daß selbst der Umzug des Königs mit den deutschen Farben nur ein vorübergehendes Interesse darbot; man betrachtete ihn als eins der vielen seltsamen Schauspiele, an welche man sich in den letzten paar Tagen gewöhnt hatte, und schon eine Stunde, nachdem er beendet war, sprach man kaum mehr darüber. Desto eifriger aber wurde die Begräbnißfrage auf Straßen und Plätzen, in öffentlichen und geschlossenen Lokalen berathen.

Daß die Feierlichkeit eine großartige, erhebende sein müsse, darüber war man einig; die Sorge für die technischen Vorbereitungen überließ man getrost dem aus Mitgliedern der städtischen Behörden und angesehenen Bürgern bestehenden Komitè, welches im Cölnischen Rathhause in permanenter Sitzung vereinigt war; desto eifriger aber wurde in allen Kreisen der Stadt die Frage erörtert, ob, wie von manchen Seiten vorgeschlagen worden war, die Leichen der gefallenen Bürger mit denen der gefallenen Soldaten gemeinschaftlich beerdigt werden sollten. Mehrere wohlmeinende Männer, welche man durchaus nicht im Verdachte von Rückschrittsgelüsten halten konnte, wie Herr D. A. Benda, Justizrath Pfeiffer u. A. wünschten eine gemeinsame Beerdigung als erstes Zeichen der nach der Revolution vollzogenen Versöhnung zwischen den Kämpfern. Auch das Beerdigungs-

Comité schloß sich dieser Ansicht an; es erließ folgende Bekanntmachung:

An alle Preußen.

Bürger! Im Kriege ist jeder Bürger Soldat!

Soldaten! Im Frieden ist jeder Soldat Bürger!

Bürger und Soldaten! Umarmen wir uns als Brüder desselben Vaterlandes und erweisen unseren gefallenen Mitbrüdern die letzte Ehre.

Ein Friedhof umfasse die Leichen der Gefallenen und ein einiger Trauerzug, Bürger und Soldaten Arm in Arm sei ihr Geleite. Derselbe Frieden, der die Gefallenen im Grabe vereint, möge die Lebenden umschließen.

Das Comité für die Bestattung unserer Todten.
L. Becker, Stadtverordneter. Dove, Professor an der Universität. W. Ermeler, Kommerzienrath. Hedemann, Stadtsyndikus. Karger, Buchdrucker. Lewald, Justiz-Kommissar. Otto Schomburgk. Schulze, Stadtschulrath.

Die Proklamation des Beerdigungscomité's erzeugte einen Sturm der Entrüstung unter einem großen Theile des Berliner Volkes. Die Erinnerung an den Kampf war noch zu frisch, als daß der Haß gegen die Soldaten sich hätte besänftigen können. Wenn Bürger und Soldaten die Gefallenen Arm in Arm zu Grabe geleiten sollten, dann mußte vorher doch das Militär nach Berlin zurückkehren!

Die Anschläge des Comité's wurden von den Ecken herabgerissen und in die Rinnsteine geschleudert! In Gruppen, welche sich auf den Straßen bildeten, hörte man drohende Worte, man werde das Militär, wenn es wage, nach Berlin zurückzukehren, mit Barrikaden empfangen.

So aber dachten nicht alle Kämpfer des 18. März. Der Thierarzt Urban, der sich in diesen Tagen durch seine Thätigkeit bei der Barrikade am Alexanderplatz und durch sein Auftreten als Volksredner bekannt gemacht hatte, meinte die Aufgabe zu haben, jetzt zur Versöhnung beizutragen. Er warf sich zum Vertreter des Volkes auf, als solcher begab er sich auf das Schloß, und es gelang ihm, was ja damals leicht genug war, bis zum Könige zu dringen.

„Majestät", redete er auf die Frage, wer er sei, Friedrich Wilhelm IV. an, „ich heiße Urban, ich habe auf den Barrikaden gefochten, aber auf den Knieen danke ich Ew. Majestät dafür, daß Sie der Stadt den Frieden geschenkt haben." Der König hieß ihn aufstehen. Urban fuhr dann fort, indem er die Bitte aussprach, Se. Majestät möge ihm Vollmacht geben, die Garde-Regimenter und zuerst das Regiment Alexander nach Berlin zurückzuführen. Er erklärte, daß er dem gefangenen General von Möllendorf das Leben gerettet habe, an seiner Seite wolle er das Regiment Alexander in die Stadt einführen.

Eine solche Bitte war ganz nach dem Sinne des Königs, der selbst den Frieden zwischen Volk und Militär so schnell wie möglich hergestellt zu sehen wünschte, und der glaubte, der Barrikadenkämpfer sei ein wahrer Vertreter der Volksmeinung. Friedrich Wilhelm IV. schrieb auf der Stelle eine Vollmacht für Urban folgenden Inhalts:

„Auf den Wunsch des Thierarztes Urban genehmige ich sehr gern, daß derselbe die in Potsdam und der Umgegend liegenden Truppen, namentlich das Kaiser Alexander-Grenadier-Regiment sofort nach Berlin zurückführe.

Selbst geschrieben am 21. März 1848.

F. — W.—

Glücklich über den Empfang des Königlichen Schreibens eilte Urban in Begleitung eines Freundes, der sich ebenfalls in jenen Tagen zum Volksführer aufwarf, des Schneidermeisters Eckert, zum Polizei-Präsidenten von Minutoli, dem er mittheilte, er wolle die Truppen am 22. März in Berlin einführen und das Volk darauf durch eine Proklamation vorbereiten, die er dem Polizei-Präsidenten überreichte, indem er bat, sie in die Zeitungen einrücken zu lassen.

Der Polizei-Präsident kannte besser als der König die Stimmung des Volks und die Gefahren, welche mit der zu schnellen Zurückberufung des Militärs verbunden waren. Er drang deshalb in Urban, unter keinen Umständen vor dem 23. März an die Ausführung seines Vorhabens zu denken und es gelang ihm, den Barrikaden-Hauptmann endlich zu überzeugen.

Wie Herr Urban und das Beerdigungs-Comité wollte auch der Magistrat von Berlin die gemeinsame Beerdigung und vor derselben die Rückkehr des Militärs. Er hatte, um das Volk für seine Ansicht zu gewinnen, ein riesiges Plakat folgenden Inhalts drucken lassen:

Es ist im guten deutschen Sinne von allen Seiten der heiße Wunsch ausgesprochen, die Beerdigung unserer gefallenen Brüder nicht eher geschehen zu lassen, als bis die Sühne des Friedens vollständig über alle Herzen ergangen ist. Auf den dringenden Wunsch der von uns vernommenen Volksstimme haben wir Sr. Majestät des Königs Zusage erlangt, daß von dem Militär die hier garnisonirenden Truppen wieder in unsere Vaterstadt, friedlich von den Studenten, Handwerker- und Gesellenvereinen begleitet, einziehen und mit uns versöhnt das Begräbniß aller Gefallenen feierlich begehen.

Um das Vertrauen zu steigern, haben Se. Majestät der König befohlen: daß vor dem Einzuge in die Stadt das Militär auf die deutsche Verfassung vereidigt werde.

Mitbürger! die Zeit ist groß und dringend.

Suchet den Frieden, damit er uns stark mache in Einheit für Deutschlands Wohl.

Berlin, 21. März 1848.

Der Magistrat.

Zur rechten Zeit noch sah der Magistrat das Vergebliche seiner Bemühungen ein, er unterdrückte daher das Plakat, ehe es angeschlagen wurde. Es ist erst zwei Jahre später in die Oeffentlichkeit gelangt.

Der Polizei-Präsident von Minutoli hat sicherlich bei Hofe nach bester Kraft dahin gewirkt, daß durch eine zu frühe Zurückberufung des Militärs die Ruhe nicht abermals gestört werde. Er mag mit seiner Meinung durchgedrungen sein, der Befehl, daß am 22. noch kein Militär nach Berlin zurückkehre, wurde gegeben. Hierdurch aber war die Frage des gemeinsamen Begräbnisses der Gefallenen noch nicht erledigt.

Deputationen verschiedener Versammlungen trafen auf dem Schlosse ein, um theils für, theils gegen dies gemeinsame Begräbniß sich bei den Ministern zu verwenden. Die letztere Ansicht gewann endlich die Ueberhand, die Militär-Behörden erklärten selbst, daß sie eine gemeinsame Beerdigung nicht wünschten und lösten hierdurch jeden Zweifel.

Die Leichen der Gefallenen waren schon vom Schlosse, aus den verschiedenen Kirchen und Privathäusern nach der Neuen Kirche auf dem Gensd'armenmarkt gebracht worden. Die bei Weitem größte Zahl derselben wurde von Freunden oder Verwandten recognoscirt, 33 aber kannte Niemand.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch traf man die Vorbereitungen zu der am folgenden Mittage angesetzten Trauerfeier. Hunderte von Arbeitern waren beschäftigt, bei dem Scheine von Fackeln auf der großen Freitreppe einen riesenhaften Trauer-Katafalk zu bauen, welcher die Särge aufnehmen sollte.

Die prächtige Säulenhalle vor der Kirche wurde mit Trauerflor verziert, auch mit Blumen und frischem Grün. Ebenso wurden auch die Särge der Gefallenen mit Blumenkränzen geschmückt, selbst die der 33 Unglücklichen, welche nicht recognoscirt worden waren, und welche man daher beerdigen mußte, ohne nur ihre Namen zu kennen. Auch für sie hatten fromme Hände Blumenkränze gewunden und ihnen so ein Zeichen der Liebe mit in's Grab gegeben, welches ihre fernen Freunde ihnen nicht widmen konnten.

Am Morgen des Mittwoch wurden die Särge, 183 an der Zahl, auf den Trauer-Katafalk gebracht, und dort reihenweise aufgestellt; man bemerkte unter denselben auch 5 Särge, in denen Frauen ruhten und 2 mit Knaben. — — —

Die Särge blieben am ganzen Vormittag des 22. März vor der Neuen Kirche öffentlich ausgestellt. Eine endlose Menschenmasse aus allen Ständen der Residenz wogte während dieser Zeit auf dem Gensd'armenmarkt auf und nieder. Fast alle Anwesenden waren in tiefer Trauer, welche sie auch noch vierzehn Tage lang trugen. Aus vielen Häusern wehten neben der dreifarbigen deutschen, schwarze Trauerfahnen.

Die Feierlichkeit der Bestattung sollte am Mittage des 22. beginnen, noch am Morgen aber war es nicht entschieden, welchen Weg der Leichenzug nach dem Friedrichshain, dem Begräbnißplatze, nehmen sollte. Es erschien bedenklich, ihn beim Schlosse vorüberzuführen, stürmische Auftritte ließen sich erwarten, wenn der König in seinen Gemächern blieb, ohne den Todten durch einen Gruß seine Achtung zu bezeugen.

Das Beerdigungs-Comité befand sich in einer nicht geringen Verlegenheit, es ordnete noch kurz vor Mittag eines seiner Mitglieder, den Assessor Wache ab, um Auskunft über die Wünsche Sr. Majestät zu erhalten.

Herr Wache begab sich in Begleitung einiger Bürgerwehrmänner auf das Schloß. Er wurde vom Grafen von Arnim empfangen. Als dieser den Wunsch des Beerdigungs-Comité's gehört hatte, äußerte er, daß er Sr. Majestät nicht rathen könne, sich abermals Beleidigungen, wie das Volk sie dem Könige am 19. zugefügt habe, auszusetzen. Herr Wache wollte das Schloß verlassen, der Minister aber meinte, in einer so wichtigen Angelegenheit nicht allein entscheiden zu können, er müsse mit den übrigen Ministern Rücksprache nehmen. Nach langer Zeit kehrte er in Begleitung des Grafen Schwerin zurück und erklärte, das Ministerium habe Sr. Majestät nicht rathen können, beim Vorüberziehen des Leichenzuges auf den Balkon zu treten, der König aber habe aus freiem Willen geäußert, er wolle sehr gern durch persönliches Erscheinen auf dem Balkon den Todten seine Achtung bezeugen. Mit diesem Bescheide kehrte Herr Wache zum Comité zurück.

Die Trauerfeierlichkeit sollte beginnen.

Eine tiefe Stille herrschte, obgleich viele tausend Menschen auf dem Gensd'armenmarkt sich versammelt hatten, als das Musikcorps den Choral, „Jesus, meine Zuversicht" ertönen ließ. Nachdem drei Geistliche, ein **Protestant**, der Prediger Sydow, ein Katholik, der Kaplan Rulandt, und ein Jude, der Rabbiner Sachs, ergreifende Worte an das Volk gerichtet hatten, setzte sich unter dem Läuten der Glocken von allen Kirchen Berlins der ungeheuere Leichenzug gegen 2 Uhr Nachmittags in Bewegung.

Er nahm den Weg über die Charlottenstraße, die Linden, den Schloßplatz beim Schloß vorbei und dann die Königsstraße entlang.

Die Ordnung des Zuges war folgende: Ein Trauermusikchor schritt voran, dem die Mitglieder der Berliner Schützengilde und die Deputationen anderer Schützengilden, wie die aus Halle, Halberstadt, Magdeburg, Braunschweig, Luckenwalde und Potsdam folgten. Dann kam der Assessor Wache als Trauermarschall, diesem folgte der Bezirksvorsteher Drewitz, welcher ein Kissen von Atlas mit folgender Inschrift trug: „Den gefallenen Helden des 18. und 19. März 1848 die Frauen und Jungfrauen des Neuen Markt-Bezirks." 15 junge Mädchen, deren jede ein weißes Atlaskissen mit einem grünen Kranz trug, folgten nun.

Dann die 183 Särge in endloser Reihe! Je sechs Männer trugen einen Sarg, meistens Freunde oder Gewerksgenossen des Gebliebenen. Die Särge wurden in einzelnen Abtheilungen getragen, je nach den Gewerken, denen die Todten

angehörten; die Gewerke selbst mit ihren Fahnen folgten diesen Abtheilungen.

Der Stadtverordnete Gleich schloß den Zug der Särge, ihm folgte die gesammte Geistlichkeit Berlins mit den leidtragenden Hinterbliebenen der Gefallenen, der Bischof Neander und der Prediger Sydow als Grabredner gingen voran.

Den Geistlichen folgte die Universität im vollen Ornate, an deren Spitze der Rektor und Alexander von Humboldt, dann kamen die sämmtlichen Staatsbehörden, die Akademie, die Künstlervereine, der Magistrat, die Stadtverordneten, die Kommunalbeamten, Deputationen der Bürgerschaft, und eine große Menge von Fabrikarbeitern und andern Leuten, welche in der Nacht vom 18. März gekämpft hatten und die nun ihre gefallenen Kampfgenossen zu Grabe geleiten wollten.

Eine Abtheilung Bürgerwehr, der Herr Dr. Woeniger als Mitglied des Beerdigungs-Comités folgte, bildete den Beschluß.

Es war ein Leichenzug ohne Gleichen in der Geschichte Berlins. Der Anblick der zahllosen Särge machte einen tief erschütternden Eindruck, der sich aber milderte durch die pomphaften Schaustellungen der unzähligen schwarz-roth-goldenen und schwarzen Fahnen, der Gewerksstandarten ꝛc., die im Zuge prangten, durch die blitzenden Säbel, mit denen sich die Studenten geschmückt hatten, durch die allegorischen Darstellungen, die zur Schau einhergetragen wurden. Es war viel unnatürlich Gemachtes, viel Prunk mit der Trauer, aber im Ganzen nur wenig wahre Trauer bei diesem pompösen Leichenbegängniß, welches die Berliner mehr sich selbst, um ihre Revolution und also die Lebenden, zu ehren, als im Leid um die Gefallenen, veranstaltet hatten.

Als die Spitze des Zuges nach dem Opernhause kam, wurde sie durch den auf der Treppe desselben aufgestellten Dom-Chor mit dem Choral „Jesus, meine Zuversicht“ begrüßt. Jetzt näherte sich der Zug dem Schlosse. Aller Augen waren auf den Balkon gerichtet, welcher nach den Zimmern des Königs führt; mit der gespanntesten Erwartung harrte man darauf, ob der König erscheinen, ob er die Leichen der im Kampf gegen ihn Gefallenen begrüßen werde.

Schon war die Spitze des Zuges unter dem Balkon, und der König war noch nicht erschienen, schon murrte man im Volk, schon ließen sich manche Redensarten hören, welche den kaum geschlossenen Frieden wieder zu zerstören drohten, da öffneten sich plötzlich die Flügelthüren. Der König erschien auf dem Balkon, als eben die ersten Särge vorübergetragen wurden. Er war in Generalsuniform und grüßend nahm er den Helm ab, als die Särge kamen.

Der König sah angegriffen aus. Die Minister und Adjutanten umgaben ihn, auch sie blieben natürlich entblößten Hauptes. Zwei große schwarze Trauerfahnen wurden zu beiden Seiten und eine dreifarbige etwa in der Mitte des Balkons grüßend herabgeneigt, als der Zug ankam.

Die Särge wurden, wie wir bereits gesagt haben, in einzelnen Abtheilungen getragen. Jedes Mal, wenn eine derselben vorüber war, trat der König in seine Zimmer zurück, kam aber sogleich wieder auf den Balkon, wenn die nächste Abtheilung der Särge vorübergetragen wurde; er blieb während dieser Zeit fortwährend mit entblößtem Haupte stehen.

Vom Schlosse aus ging der Leichenzug die Königsstraße entlang, über den Alexanderplatz, zum Landsberger Thor hinaus, dem Friedrichshaine zu, wo die ungeheuere Gruft gegraben war.

Die Sonne neigte sich ihrem Untergange zu, als der Zug im Friedrichshain ankam. Das Grab bestand aus vier langen unterirdischen Straßen, in deren Mitte ein viereckige Terrasse stehen geblieben war. In dieser Gruft wurden die Särge nebeneinander beigesetzt, und mit Blumen bestreut, auf der Terrasse stellte sich die Geistlichkeit auf.

Der Prediger Sydow hielt die Leichenrede, nach ihm sprach der Bischof Neander den Segen, dann wurden die Fahnen gesenkt und die Schützengilde gab über das Grab die Ehrensalve. Mit dieser sollte die Feierlichkeit beendet werden. Da aber trat Herr Georg Jung vor, um noch einige Worte zu dem zahlreich versammelten Volk zu sprechen. In einer Versammlung, welche am Abend vorher im Hôtel de Russie getagt hatte, war ihm hierzu der von ihm gewünschte Auftrag geworden.

Das Begräbniß-Comité war zweifelhaft, ob es einem Fremden gestatten sollte, jeder früheren Sitte zuwider, nach dem Geistlichen am Grabe zu sprechen. Es verbot dies Herrn Jung. Der aber ließ sich nicht stören durch den Widerspruch und um Störungen zu vermeiden mußte das Comité sich fügen.

Herr Jung hielt eine begeisterte und begeisternde Rede; seine Verehrer werden es uns gewiß Dank wissen, wenn wir ihnen einige Worte derselben mittheilen.

„Sie haben gehört Worte der Versöhnung, des Friedens; wir sollen verzeihen, wir sollen vergessen. Wohlan denn, ihr Brüder, die Rache mag schwinden, die rohe Rache, die Blut für Blut fordert; aber sühnen wollen wir dieser Todten Blut, indem wir als heiliges Vermächtniß das übernehmen und durchkämpfen, wofür sie gestorben sind. Wir wollen verzeihen, aber nicht vergessen; wir wollen den Frieden, aber nicht die Ruhe; Schmach uns, wenn wir in träger Ermüdung oder in der Furcht vor Aufregung an diesen frischen Gräbern uns niederlassen wollten zu einem schmachvollen Frieden, der dem Sieger die Früchte, den Todten hier die Sühne raubt.

Wohlan, es schweige die blutige Rache, aber statt ihrer entstehe aus dem Blute ein mahnender Geist, ein Geist der geistigen Wachsamkeit, der uns ewig vor jener Versunkenheit, jener Indolenz

bewahre, die das deutsche Volk zum Spielball einheimischer und fremder Politik machte. — — —

Fort, auf ewig in die Nacht der Vergessenheit, mit allen Scheidemauern der Menschen, tragt sie ab die Barrikaden eures Herzens, nachdem ihr die des Kampfes abgetragen habt. Es giebt keinen Pöbel, keinen rohen Haufen, kein Gesindel mehr; denn wir, so sprechen die Todten, haben mit unserm Blute euren Bürger- und Freiheitsbrief besiegelt.

So vermachen wir denn, spricht das Testament, euch Allen gleiche Rechte, gleiches Gericht, gleiche Theilnahme an der Gesetzgebung. Wehe dem, der irgend einen Mann, den das Urtheil eines Volksgerichts nicht gebrandmarkt hat, für unfähig oder unwürdig zu irgend einem dieser Rechte erklären wollte. Das Volk wähle seine Gesetzgeber selbst aus jedem Stande, der ihm beliebt, und schützend wird es die Einrichtungen umstehen, die es sich selbst gegeben hat. — Wehe dem, der dem Geringsten unter ihm das Recht verkümmern wollte, welches wir ihm hier mit unserm Blute vermachen,*) denn wir haben gezeigt, wie auch der Mann des Volks für das Vaterland reden kann, reden mit dem Röcheln der todeswunden Brust. — Wehe dem, der denjenigen, der da sterben konnte für sein Vaterland, für unwürdig, für unfähig erklären will, zu wissen, was ihm gut ist und darnach seine Gesetzgeber zu wählen. — — —

Auf denn, so erwachse aus unserm Blute, statt des wilden Rachegeistes, die Rose der Freiheit und Verbrüderung! O pflegt sie wohl, die edle Blume, und wachet, daß man sie Euch nicht entreiße. Noch ist sie im Keinem, und man erwartet sehnsuchtsvoll ihre Blüte. — Noch sind Euch die wichtigsten Rechte, wie das allgemeine Wahlrecht, Sicherheit der Person vor der Gewalt der Polizei, freie Vereinigung, freie Versammlung, nicht gewährt, noch sind Leute Eure gesetzlichen Vertreter, die nicht Euer Wille, sondern das Privilegium, der zufällige Umstand ihrer Geburt, ihres Besitzes und ihrer Handtierung dazu ernannte. Wir konnten Euch nur das Anrecht auf diese Güter vermachen, und den Weg dazu anbahnen.

O wachet und strebet, und denkt der blutig mahnenden Schatten Eurer Brüder, die wahrlich nicht für ein Kleines zu sterben gedachten."

Nachdem Herr Jung seine Rede beendet hatte, war die merkwürdige Feierlichkeit geschlossen, die Theilnehmer an derselben kehrten in die Stadt zurück. Keine, auch nicht die kleinste Unordnung hatte die Würde des Leichenbegängnisses gestört, die Berliner hatten abermals bewiesen, daß sie wahrlich der Polizei nicht bedurften, um die Ordnung bei einer öffentlichen Feierlichkeit aufrecht zu erhalten.

Der Beerdigung der gefallenen Bürger*) folgte am 24. März die der gefallenen Soldaten.

Von dem Garnison-Lazareth am Brandenburger Thor aus, ging der Leichenzug die Louisenstraße hinunter nach dem Invaliden-Kirchhof.

Gegen 7 Uhr Morgens setzte sich der Trauerzug in Bewegung. Voran schritten Abtheilungen der Schützengilde und der Studirenden, denen eine Sängerchor folgte, dann kamen Deputationen der Bürgergarde, angeführt durch den Chef derselben, den Polizei-Präsidenten von Minutoli, dann folgten die Zöglinge der Malmené'schen Anstalt und diesen die mit Blumen und Kränzen geschmückten Leichenwagen.

Hinter den Leichenwagen gingen katholische und evangelische Geistliche, welche sich bemühten, den Leidtragenden, welche sie begleiteten, religiösen Trost einzuflößen.

Es kamen dann eine Menge hoher in Berlin anwesender Offiziere, die Generale von Natzmer, von Neumann, von Prittwitz, von Hochstetter, der Oberst von Bülow, die Flügeladjutanten des Königs und viele andere Offiziere, deren manche das eiserne Kreuz und den Orden pour le mérite trugen.

Der Berliner Sängerbund und Abtheilungen von Maschinenarbeitern (meistens aus den Borsig-schen und Egels'schen Fabriken), folgten nun in großen Zügen, denen schwarz-roth-goldene Fahnen vorausgetragen wurden. Ein Theil der Bürgergarde machte den Beschluß des Zuges.

In der Nähe des Invalidenhauses wurde der Trauerzug von den Invaliden empfangen, welche sich demselben anschlossen.

Auf dem Invaliden-Kirchhof war ein weites Grab gegraben, in welchem die Särge nebeneinander gestellt wurden. Der Divisionsprediger Ziehe hielt den Gefallenen die Gedächtnißrede, dann sprach auch der Prediger des Invalidenhauses, worauf die Bürger und Schützen über das Grab feuerten.

Zum Schlusse der Feierlichkeit dankte der General von Natzmer der etwa aus 10,000 Menschen bestehenden Versammlung für die Theilnahme, welche sie an dem Schicksale der im Kampfe gefallenen Soldaten gezeigt hatte.

Ein eigenthümlicher Vorfall störte die Ruhe der Versammlung am Schlusse derselben auf einen Augenblick, es ertönte nämlich aus dem Menschenhaufen plötzlich der laute Ruf: — Militär zurück!

*) Wenn wir nicht irren, war es Herr Jung, der sich in neuerer Zeit, ehe durch Herrn von Bismarck das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht für den norddeutschen Reichstag proklamirt war, über eine Petition beim Abgeordnetenhause, welche eine Wiedereinführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts bezweckte, mit ziemlich verächtlichen, zurückweisenden Worten ausgesprochen hat.

*) Von den am 18. März verwundeten Bürgern starben nach dem 22. März noch manche, welche vereinzelt, aber meist mit ehrenvollen Gefolgen beerdigt wurden. Es mögen im Ganzen im Revolutionskampf zwischen 230 bis 240 Bürgerliche gefallen sein. Die Zahl der Verwundeten läßt sich auch nicht annähernd angeben.

Man schaute sich nach dem Schreier um, welcher den Frieden der Versammelten zu stören beabsichtigte, und es wäre diesem vielleicht schlecht ergangen, wenn nicht der General von Neumann aufgetreten wäre und dem Rufer für seinen Wunsch, daß das Militär in die Stadt zurückkehren möge, gedankt hätte. Das beruhigte die Versammlung wieder etwas, ob aber der Herr General ganz im Sinne dessen gesprochen hat, der den Ruf ausgestoßen, wagen wir nicht zu behaupten.

Als die Theilnehmer des Leichengefolges von dem Begräbniß zurückkamen, sprachen sie sich mit hoher Verwunderung über die geringe Anzahl der Särge aus. Es waren nur 15 Leichen beerdigt worden, 4 der Gefallenen hatte man schon am Tage vorher begraben.

Nach allen den bisher veröffentlichten Berichten von dem Heldenmuth der Barrikadenkämpfer war man im Berliner Volk geneigt zu glauben, daß das Militär eine weit höhere Zahl von Todten als die Bürgerlichen zu begraben habe. Da gab es manche sogenannte Helden, welche behaupteten, sie hätten selbst mehrere Feinde niedergestreckt, jeder wollte mit eigenen Augen mehr als 20 haben fallen sehen. In einem Berichte hieß es, die Soldaten hätten mehr als 500, in einem andern, sie hätten mehr als 1000 Todte gehabt, und nun waren im Ganzen 19 begraben worden.

Nur durch eine amtliche Bekanntmachung des Kriegs-Ministeriums konnte das Räthsel gelöst werden, die aber ließ lange auf sich warten. Erst am 11. April wurde die amtliche Verlustliste veröffentlicht, nach der gefallen und an den Wunden verstorben waren 3 Offiziere, 17 Unteroffiziere und Gemeine, verwundet 14 Offiziere 240 Unteroffiziere und Gemeine.

Die amtliche Verlustliste fand wenig Glauben bei den Berlinern, und diese behaupteten, das Kriegs-Ministerium verkleinere die Anzahl der Todten, um den bürgerlichen Kämpfern einen Theil ihres Ruhmes zu rauben. Das Mißtrauen wuchs durch folgendes merkwürdige Inserat, welches am 15. April in der Vossischen Zeitung, und zwar in derselben Nummer, in welcher die amtliche Verlustliste veröffentlicht wurde, erschien:

Mit Bezug auf die Bekanntmachung des Kriegsministeriums vom 11. d. Mts., die Zahl der Todten und Verwundeten Seitens des Militärs aus dem Kampfe vom 18. 19. März c. betreffend, werden die Behörden gebeten, die Wahrheit oder Unwahrheit der in nachstehender Angabe enthaltenen Thatsache zu erforschen und das Resultat veröffentlichen zu wollen: Am 11. d. Mts. erklärte der hiesige Schiffer Maaß in Gegenwart der Unterzeichneten Folgendes: „In der Nacht vom 19. auf den 20. März c. fuhren zwei Schiffe Spree abwärts an meinem Kahne vorüber. Auf meinen Zuruf: „warum sie zur Nachtzeit ihre Kähne in Bewegung setzen und was sie geladen hätten?“ antworteten mir die Schiffer, „„daß sie Militärleichen als Fracht eingenommen und weiter transportirten.““ Die Fahrzeuge hatten einen solchen Tiefgang, daß das eine ca. 1200 Ctr., das andere ca. 800 Ctr. Ladung haben mußte, ein Gewicht, welches ungefähr auf 1200 noch bekleidete Leichen schließen ließe. — Man soll vorher schon mit dem Schiffer Borchardt wegen desselben Leichen-Transportes zu unterhandeln versucht haben, wozu sich dieser aber nicht verstanden hat. Die beiden Schiffer aus Spandau, welche mir, wie angegeben, begegnet sind, kenne ich persönlich, doch weiß ich ihre Namen nicht, welche zu erfragen indeß mir nicht schwierig sein würde.“

Berlin, den 14. April 1848.

Plintzner. Schliewiensky. Julius Müller.
C. Th. Popke. O. Hoffmann. Puls.

1200 Leichen! Dies war eine Zahl, welche respectable erschien, und sie wurde gern geglaubt. Das Kriegs-Ministerium verschmähte es, weiteren Aufschluß zu geben, unter der Hand ließ es verbreiten, der Schiffer Maaß habe sich verhört, es sei ihm nicht Militärtodte, sondern Militär-Brote geantwortet worden. Dies aber wollte Niemand glauben, da in Berlin kein Mensch von Militär-Broten spreche, für die das Wort Kommißbrote gang und gäbe sei und da auch gar kein Grund vorgelegen habe, Brotkähne gerade in dieser Nacht zu transportiren. Erst Monate später wurde erzählt, die Kähne seien nicht mit Broten, sondern mit einer werthvolleren Fracht, die man in Sicherheit habe bringen wollen ohne viel davon zu sprechen, beladen gewesen.

Achtes Kapitel.

Bildung der Parteien. — Die Revolution in den Provinzen. — Die Parteien in den Provinzen. — Die Breslauer Deputation. — Die Deputation vor dem König. — Die Verheißungen des 22. März. — Schüchterne Zurückhaltung der Reaktion. — Die Bittschriften-Kommission. — Kundgebungen der Konstitutionellen. — Die Demokraten. — Das unpolitische Bürgerthum. — Die städtischen Behörden. — Versammlung im Hotel de Russie. — Die Bildung der politischen Klubs. — Der konstitutionelle Klub. — Der Lindenklub. — Dr. Max Schaßler und die Volksversammlungen. — Die Zeitungen. — Gründung der National-Zeitung. — Held's Locomotive. — Die Broschüren-Literatur.

Die Beerdigungsfeierlichkeit der Opfer des 18. März bildete für Berlin den ersten Abschluß der Revolutionsbewegung. Am Abend des 22. athmeten die Ruhe bedürftigen Bürger und die Anhänger des alten Systems zum ersten Male wieder freier auf, nachdem das Leichenbegängniß ohne Ruhestörung vorübergegangen war. Sie hatten gefürchtet, beim Anblick der zahllosen Särge werde die Wuth des Volkes von Neuem erwachen;

jetzt fühlten sie sich sicher, sie hofften wieder auf eine bessere Zukunft.

Auch die revolutionäre Volksmasse fühlte nach dem Leichenbegängnisse eine gewisse Befriedigung. Dieser Zug nach dem Friedrichshain, dem sich alle städtischen und Staatsbehörden angeschlossen hatten, der vom Könige achtungsvoll begrüßt worden war, gab den revolutionären Errungenschaften gewissermaßen einen Rechtsboden.

Erst nach dem 22. März organisirte sich die Revolutionspartei, erst nach diesem Tage sonderten sich aus dem Chaos der Anarchie die verschiedenen Parteien, welche bis dahin bunt durch einander gewogt hatten.

Die Konservativen sammelten sich, die Alt-Liberalen verbündeten sich zum Theil mit ihnen, die Revolutionspartei aber erlitt das Schicksal jeder siegreichen Partei, sie spaltete sich in zwei große Fractionen, deren eine, die der Constitutionellen, zufrieden mit dem Errungenen, dies bewahren wollte und jeden stürmischen weiteren Fortschritt fürchtete, während die zweite, die der radikalen Demokratie, die Erwerbungen des 18. März nur als einen ersten Schritt betrachtete, auf dem sie weiter zu bauen entschlossen war.

Diese Bildung der Parteien, auf welche wir noch mehrfach zurückkommen werden, ging naturgemäß nicht mit einem Male vor sich, sondern nur nach und nach, und nicht allein in Berlin, sondern auch in den Provinzen, in diesen sogar vielleicht früher und energischer als in der Hauptstadt selbst; waren doch bis zum 18. März die Provinzen politisch reifer und regsamer gewesen, als die Königliche Residenz, welche erst durch den Revolutionskampf der wirkliche politische Mittelpunkt nicht nur für Preußen, sondern für einen großen Theil Deutschlands wurde.

Schon in den ersten Märztagen hatte sich in den Provinzen das Volk recht rührig gezeigt. In mehreren größeren Städten war es zu unruhigen Auftritten gekommen, welche in der Rheinprovinz einen so ernsthaften Charakter trugen, daß die rheinische Deputation, von der wir erzählt haben, wohl von einem Abfall der Rheinlande sprechen konnte. Alle diese provinziellen Unruhen aber verschwanden gegen die gewaltigen Ereignisse des 18. und 19. März, durch diese wurde plötzlich die Aufmerksamkeit auf Berlin gelenkt, von der Hauptstadt aus erwarteten fortan die Provinzen die politische Entscheidung.

Als die Nachricht von dem Straßenkampf sich zuerst schon am 18. durch Reisende, welche so glücklich waren, mit den Nachmittagszügen fortzukommen, — später wurden die Schienen aufgerissen und der Verkehr hörte auf, — in die nächsten Städte verbreitete, erregte sie eine wahrhaft fieberhafte Unruhe. In Stettin, Breslau, Magdeburg, Frankfurt a. O. und andern Städten rüsteten sich die freisinnigsten Bürger, um den Berliner Kämpfern zu Hilfe zu kommen*).

In Breslau wurden die Schienen aufgerissen, damit kein Militär ausrücken könne, in andern Städten erklärten die Bürger, sie würden sofort die Waffen ergreifen, wenn die Soldaten Miene machten, nach Berlin zu marschiren.

Der Jubel war in den meisten Orten groß, als die Nachricht von der siegreich vollendeten Revolution am 19. und 20. eintraf. In andern Orten freilich war die Besorgniß nicht minder groß. Es hieß, der König sei vom Volke gefangen und mißhandelt worden, man erwartete die Proklamation der Republik und für diese gab es in Preußen nur geringe Sympathien. Erst als andere Nachrichten aus Berlin eintrafen, beruhigten sich die ängstlichen Gemüther etwas, aber die erste Furcht konnten sie doch niemals ganz los werden. Das revolutionäre Berlin blieb ihnen furchtbar, sie hielten den König in seiner Hauptstadt für bedroht, alle Zugeständnisse, welche er der Revolution gemacht hatte, erschienen ihnen erzwungen und rechtsungültig.

Eine antirevolutionäre Opposition, welche

---

*) Ich kann nicht umhin, meinen freundlichen Lesern eine niedliche Anekdote mitzutheilen, welche höchst charakteristisch für den Geist, der damals so viele freisinnige Männer beseelte, ist. Ein geachteter Kaufmann in Stettin hörte kaum, daß der Kampf in Berlin ausgebrochen sei, als er beschloß, sich an demselben zu betheiligen. Er theilte diese Absicht seiner Schwester mit, welche sie billigte.

Ueberzeugt, einem schweren, gefährlichen Kampf entgegen zu gehen, reiste Herr M. von Stettin ab. Als er in Berlin eintraf, war längst der Frieden wieder hergestellt und schon nach einigen Tagen kehrte er deßhalb, froh des gewonnenen Sieges der Berliner, nach Stettin zurück.

Einige Monate waren vergangen, als Herr M. einen ziemlich kühlen Sommerabend mit einer fröhlichen Gesellschaft von Damen und Herren im Freien verlebte. Er trug zufällig denselben Ueberziehrock, den er bei seiner Berliner Reise angehabt, der aber inzwischen unbenutzt im Schranke gehangen hatte. Das Knittern eines Papieres in der Brusttasche erregte seine Aufmerksamkeit. Er zog es hervor und las mit hohem Erstaunen laut die mit großen Buchstaben geschriebenen Worte: „Man bittet, diese Leiche bei dem Kaufmann Herrn S., B.-Str. Nr. ** abzuliefern". Die Schwester des Herrn M., welche ebenfalls in der Gesellschaft anwesend war, gab etwas verlegen die belustigende Erklärung des seltsamen Zettels.

In der festen Ueberzeugung, der Bruder opfere sich für Vaterland und Freiheit, hatte sie seinen Entschluß zwar nur billigen können, aber ihr weibliches Gefühl empörte sich bei dem Gedanken, daß der Bruder, wenn er gefallen, vielleicht unerkannt als ein Fremder in Berlin beerdigt werde. Sie hatte ihm deßhalb vorsorglich den Zettel in die Tasche gesteckt.

Herr M. hat mir versichert, es sei ihm trotz des bei dieser Erklärung sich erhebenden allgemeinen Gelächters doch ganz eigenthümlich zu Muthe gewesen; die Erinnerung an den ernsten Todesmuth, mit dem er den Entschluß zur Reise nach Berlin gefaßt, habe gar zu seltsam kontrastirt gegen die Lustigkeit der lachenden Gesellschaft.

vorzugsweise in Pommern und unter den märkischen und sächsischen adligen Gutsbesitzern und den Bauern dieser Provinzen Anhänger fand, bildete sich schon in den letzten Märztagen und die Zahl der antirevolutionär Gesinnten wuchs durch manche unüberlegte Schritte der Berliner Revolutionspartei recht ansehnlich.

So standen sich in den Provinzen die Parteien früher und schroffer als in Berlin gegenüber und beide waren bestrebt, ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben, die Bewohner der Hauptstadt mit derselben bekannt zu machen, indem sie Deputationen nach Berlin entsendeten, oder wenigstens in den Zeitungen ihrer Freude oder ihrem Unwillen Luft machten.

Die Berliner Zeitungen füllten sich mit Beglückwünschungs- und Dank-Adressen für die glorreichen Kämpfer, daneben kamen auch Schmähungen der Revolution, bösartige Angriffe auf die Demokratie ꝛc., welche anfangs von den Zeitungen zurückgewiesen wurden, später aber gegen Insertionsgebühren vorzugsweise in der Vossischen und Spenerschen Zeitung Aufnahme fanden. Diese Schmähartikel waren oft recht komisch. So z. B. forderte ein Herr von Wolden das „redliche Volk von Stadt und Land, Pommern von allen Ständen“ auf, Deputirte zu ernennen und gegen Verbürgung freien Geleits nach Berlin zu entsenden, dort sollten sie den Vorstehern der Bürgerschaft eine Erklärung darüber abgeben:

1) daß Pommern keineswegs ihnen den Beruf zugestehe, in der vorgekommenen Weise, deren Meinung zu handhaben und darum dem Beispiele anderer Länder nicht beitrete, die solche Anmaßungen der Hauptstadt unter sich dulden;
2) daß Pommern die Erschlagung seiner Landsleute in den Straßen Berlins, welche den Befehlen des Königs gefolgt, sehr mißfällig betrachte, und
3) sich eine Meinungsäußerung von ihr auszubitten:
   I. ob sie zu der Ehrerbietung, dem Gehorsam und der Treue gegen ihren König zurückkehren wolle, die Pommern demselben unter allen Momenten seiner Geschichte bewahrt,
   II. ob sie mit uns den Frieden in unserm Lande herzustellen sich vereinigen mögen, oder
   III. ob nicht?

Bedeutsamer als die unschädlichen und wirkungslosen Zeitungsglückwünsche und Mißfallensbezeugungen waren einige Deputationen, welche von den Provinzen nach Berlin entsendet wurden. Eine derselben hatte sogar einen entscheidenden Einfluß auf die politische Entwicklung Preußens.

In Breslau hatte die Revolution einen fruchtbaren Boden gefunden. Ehe noch die Berliner Ereignisse vollständig bekannt waren, hatte das Volk sich erhoben, und eine revolutionäre Behörde, eine Sicherheits-Kommission eingesetzt. Auf Antrag derselben beschlossen die städtischen Behörden am 21. eine Deputation nach Berlin zu schicken, um vom Könige abermals die Gewährung aller derjenigen politischen Wünsche zu fordern, welche in jenen Tagen das ganze Volk beseelten. An der Spitze der Deputation stand der frühere Polizeipräsident von Königsberg, der seiner zu großen Freisinnigkeit wegen diesen Posten verloren hatte, der Geheime Rath Abegg; außerdem gehörten zu ihr der Stadtgerichtsrath Simon, der Verfasser des berühmten Buches „Annehmen oder Ablehnen“, der Kaufmann Laßwitz, der Dr. Stein und Andere.

Kaum in Berlin angekommen, wurde die Deputation, welche sich mit einer andern aus Liegnitz verbunden hatte, am Abend des 21. März vom Grafen Arnim empfangen. Der Minister erklärte ihr, er habe sich die Aufgabe gestellt, den Volkswünschen stets um einen Schritt vorauszugehen. Er machte ihr deshalb die besten Hoffnungen.

Am Vormittage des 22. wurde die Deputation durch den Grafen Arnim dem Könige vorgestellt. In kräftigen Worten schilderten die Sprecher die Zustände in Breslau. Einer derselben, der Stadtverordnete Kopisch, wies darauf hin, daß eine extreme Partei den Wunsch habe, Schlesien von Preußen loszureißen, um entweder einen Anschluß an Oesterreich oder gar die Bildung einer schlesischen Republik zu erzielen; ein Frieden mit dieser Partei sei nur möglich, wenn S. Majestät die freiesten Institutionen gewähre.

Die Antwort des Königs veröffentlichte am Abend des 22. März die Allgemeine Preußische Zeitung in einem Extrablatt folgendermaßen:

Berlin, 22. März. Eine Deputation der städtischen Behörden zu Breslau und Liegnitz hatte bei Sr. Majestät dem König, als Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Bewohner dieser Städte, eine konstitutionelle Verfassung beantragt, welche auf eine Vereinbarung zwischen der Krone und den durch Urwahlen berufenen Vertretern des Volks gegründet sei. Sie hatte dabei diejenigen Punkte bezeichnet, welche sie als die nothwendigen Grundlagen der neuen Verfassung betrachte. Se. Majestät geruhten, die Deputation zu empfangen, und ertheilten derselben nach Anhörung ihrer Wünsche den nachfolgenden Bescheid:

Nachdem Ich eine konstitutionelle Verfassung auf den breitesten Grundlagen verheißen habe, ist es Mein Wille, ein volksthümliches Wahlgesetz zu erlassen, welches eine, auf Urwahlen gegründete, alle Interessen des Volkes, ohne Unterschied der religiösen Glaubensbekenntnisse umfassende Vertretung herbeizuführen geeignet ist, und dies Gesetz vorher dem Vereinigten Landtage zur Begutachtung vorzulegen, dessen schleunige Berufung Ich, nach allen bisher Mir zugegangenen Anträgen, für den allgemeinen Wunsch des Landes halten muß. Diesem bisher kundgegebenen Wunsche des Landes würde Ich ent-

schieden zuwider handeln, wenn Ich nach Ihrem Antrage, das neue Wahlgesetz ohne ständischen Beirath erlassen wollte. Sie werden daher, wie Ich zu Ihrer Loyalität vertraue, sich selbst überzeugen und Ihre Kommittenten davon zu überzeugen wissen, daß Ich auf Ihren gedachten Antrag für jetzt und so lange nicht der allgemeine Wunsch des Landes sich dem Ihren anschließt, nicht eingehen kann. —

Der auf jene Weise zu bildenden neuen Vertretung Meines Volkes werden dann auch, Meinen bereits kundgegebenen Entschließungen entsprechend, Vorschläge über folgende Punkte vorgelegt werden:

1) über Sicherstellung der persönlichen Freiheit;
2) über freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht;
3) über eine allgemeine Bürger-Wehrverfassung mit freier Wahl der Führer;
4) über Verantwortlichkeit der Minister;
5) über die Einführung von Schwurgerichten bei Strafsachen, namentlich für alle politischen und Preßvergehen;
6) über die Unabhängigkeit des Richterstandes;
7) über Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, der Patrimonial-Gerichtsbarkeit und der Dominial-Polizeigewalt.

Außerdem werde Ich das stehende Heer auf die neue Verfassung vereidigen lassen. —

Berlin, 22. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Graf Arnim. v. Rohr. Graf Schwerin.
Bornemann v. Arnim. L. Kühne.

Die Verheißungen des 22. März, unter diesem Namen ist die Königliche Proklamation bekannt geworden, haben später ihrem Urheber, dem Grafen Arnim, schwere Vorwürfe von der konservativen Partei zugezogen. Er hat es für gut befunden, sich gegen dieselben in einer eigenen Schrift: „Die Verheißungen des 22. März und die Verfassung vom 5. Dezember von Graf Arnim-Boytzenburg" zu vertheidigen und auszusprechen, daß seine Verheißungen durch den Zustand von Europa im Jahre 1848 geboten gewesen seien, und daß, wenn man sie wirklich und ganz erfüllt hätte, Krone und Land gegen die Stürme der Revolution gesichert worden wäre. Nach dem Jahre 1849 hat freilich Graf Arnim wohl andere Ansichten gewonnen.

Wie in den Provinzen, so trennten sich auch in Berlin die Parteien nach dem 22. März mit jeder Woche mehr und mehr. Die streng Konservativen oder wie sie allgemein bezeichnet wurden, die Reaktionäre, blieben allerdings in der preußischen Hauptstadt in der ersten Zeit nach dem 18. März noch ziemlich still, sie traten nirgends offen mit ihren Ansichten hervor. Durch reichliche Beiträge für die Verwundeten und Hinterbliebenen der Gefallenen des 18. März, durch mächtige zur Schau getragene schwarz-roth-goldene Kokarden suchten sie sich von dem Verdacht der Reaktion zu befreien. Sie ließen gern alles gehen, wie es eben ging, Zeit gewonnen war für sie Alles gewonnen. Aus eben dem Grunde thaten selbst diejenigen Behörden, die durch die konservativsten Beamten geleitet wurden, nichts, irgend einem öffentlichen Skandal zu steuern.

Wagte es doch in jenen Tagen Niemand zu widersprechen, als das Palais des Prinzen von Preußen zum National-Eigenthum erklärt wurde, als sich in den prinzlichen Zimmern aus übelberüchtigten Leuten eine sogenannte Bittschriften-Kommission etablirte, welche, ohne irgend ein Mandat zu haben, es unternahm, Bittschriften des Volkes an den König direkt zu befördern, deren eigentlicher Zweck es aber war, aus prinzlichen Küchen und Kellern gut zu leben. Diese Kommission hatte allerdings nur ein kurzes Dasein, sie wurde aus ihrem angemaßten Asyl verjagt, aber nicht durch die Königlichen Behörden, sondern durch die zur Bürgerwehr gehörigen Studenten und Professoren der Universität.

Erst nach dem 22. März fing die konservative Partei an, in dem Maße wieder Muth zu gewinnen, in welchem sich nach und nach die Ordnung und die Wirksamkeit der staatlichen Behörden herzustellen begann. Die schwarz-roth-goldenen Kokarden an den Hüten wurden kleiner und verschwanden bald ganz. An ein offenes Auftreten zur Vertheidigung der konservativen Interessen aber dachten nur wenige. Nur vereinzelte Stimmen muthiger Männer erhoben sich, um die revolutionären Errungenschaften und den weiteren Fortschritt zu bekämpfen. Merkwürderweise ertönten diese Stimmen meistens von solchen Männern, welche früher ebenso muthig Opposition gegen die absolute Regierung gemacht hatten. Wir nennen z. B. Herrn von Bülow-Cummerow und den Obersten F. von Bülow.

Bedeutender als die Kundgebungen der Konservativen waren die der konstitutionellen Partei, welche an Mitgliederzahl alle andern Parteien in Berlin weit überwog. Die Konstitutionellen füllten die Zeitungen mit Lobpreisungen der Revolution, zugleich aber auch mit Warnungen vor einem zu stürmischen Fortschritt, der leicht alles Errungene gefährden könne. Ihre Wünsche waren durch die Verheißungen des 22. März vollkommen erfüllt, sie fürchteten keine Reaktion, wohl aber eine republikanische Schilderhebung und vor Allem sozialistische oder gar kommunistische Bestrebungen der Arbeiter. Deshalb waren sie auch jetzt geneigt, sich weit eher den Konservativen als der aus der Revolution plötzlich erstehenden, sich stetig vergrößernden demokratischen Partei anzuschließen.

Vor dem 18. März hatte man von Demokratie in Berlin eigentlich gar nichts gehört, jetzt war sie da, die Demokraten ließen ihre Stimmen laut genug hören. Die von der Revolution geborene Partei hatte freilich vorläufig nur ein geringes Ansehen, denn ihre Führer waren fast ohne Ausnahme junge, ganz unbekannte Leute, Schriftsteller ohne Namen, Gelehrte ohne Bedeutung. Von den vormärzlichen Berühmtheiten

gehörten die meisten der konstitutionellen Partei an, nur wenige gingen mit den Demokraten, die sich vorzugsweise auf die Arbeiterbevölkerung stützten, denn nur durch die kräftigen Fäuste der Arbeiter war ja der Revolutionskampf entschieden worden.

Zwischen diesen neu gebildeten Parteien, keiner von ihnen angehörig, stand die eigentliche Bürgerschaft Berlins, bald neigte sie sich der einen, bald der andern zu. Erfüllt von dem gläubigsten Stolz auf ihre Revolution, fühlten sich die Bürger oft zu den Demokraten gezogen, dann aber wieder packte sie die Furcht vor den Arbeitern, vor einem zu stürmischen Fortschritt oder gar vor republikanischen Erhebungen; die Anarchisten, die Radikalen, die Demokraten erschienen ihnen dann als die gefährlichsten Feinde, und sie waren, um diese zu bekämpfen, nur zu geneigt, sich mit den Konstitutionellen, ja selbst mit den Konservativen zu verbünden. Handelten sie, ohne sich dieser Furcht hinzugeben, dann zeigten sie sich revolutionär genug.

Das natürliche Gefühl der immer oppositionslustigen Berliner Bürger zog sie zu den Demokraten, ihr Vortheil aber machte sie zu Gegnern derselben, denn schon zeigten sich in Berlin die Folgen der durch die Revolution erzeugten Geschäftslosigkeit recht drohend.

Von dieser Stimmung legten die städtischen Behörden vielfach Zeugniß ab; bald zeigten sie sich durchaus revolutionär, dann plötzlich wieder furchtsam konservativ. Der Magistat opferte seinen Chef der revolutionären Strömung, er ging in seiner Bewunderung der Barrikadenkämpfer so weit, daß er diesen sogar extra Geldbelohnungen zukommen ließ, auch wenn sie nicht verwundet waren*). Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß in corpore ihr Mandat niederzulegen und die Geschäfte nur so lange fortzuführen, bis eine neue, aus dem Vertrauen des Volkes hervorgegangene Versammlung dieselben aufnehmen könne, sie beschloß die sofortige Einführung der Einkommensteuer, sie zeigte bei jeder Gelegenheit ihre Sympathien für die Revolution, während sie auf der andern Seite die Zurückberufung des Militärs beantragte.

Die verschiedenen Parteien, welche in den ersten Tagen nach dem 18. März noch chaotisch durcheinander wogten, suchten nach dem 22. sich zu sondern und Vereine zu organisiren. Die konservative Partei that dies nur in der Stille, einen öffentlichen Verein zu gründen wagte sie noch nicht. Das unpolitische Bürgerthum fand seine Organisation in den gewerblichen Vereinen und in der Bürgerwehr. Die konstitutionelle und die demokratische Partei bildete zwei große Klubs, welche für die politische Entwickelung Berlins im Jahre 1848 wichtig wurden.

Den ersten Anstoß zur Bildung eines politischen Klubs in Berlin gab eine Versammlung im Hôtel de Russie am 21. März. Der ursprüngliche Zweck der Versammlung, zu welcher Anschläge im Lokal der Zeitungs-Halle aufforderten, war eine Berathung über die Haltung der Presse, die Theilnehmer waren daher zum großen Theil Literaten. Es waren die verschiedensten Fractionen der liberalen Partei vertreten. Neben Herrn G. Julius, dem Redakteur der Zeitungs-Halle, sah man Herrn Dr. Ruthenberg, den Dr. Küttge, Herrn Pröhle, den Assessor Jung, Herrn Rudolph Schramm, den jungen Kaufmann Ottensoser, Ludwig Buhl, Prince-Smith, Dr. Zabel u. A. Es kam bald zu lebendigen Debatten, welche sich, wie am 21. März natürlich, nicht mehr allein um die Presse, sondern vorzugsweise um die Begräbnißfrage und um die deutsche Proklamation des Königs drehten. In dieser Versammlung erhielt Herr Jung den Auftrag, am Grabe der Gefallenen zu sprechen. Auch ein fremder Gast, Max von Gagern, der Bruder des berühmten Hessischen Ministers, erschien im Hôtel de Russie und sprach für ein deutsches Parlament.

In einer zweiten Versammlung, welche am 23. März im Hôtel de Russie stattfand, legte Herr Hoppe den Plan zur Bildung eines politischen Klubs vor. In der Aufforderung zu demselben sagte er u. A.:

Zur Sicherung der Früchte der Revolution, zu ihrer vollkommenen Durchführung ist die Bildung eines politischen Klubs unerläßlich, damit die Kämpfer für die Freiheit nicht wie früher ihre Kräfte einzeln vergeuden oder aufgerieben werden, sondern sich kennen lernen und je einmüthiger, desto kräftiger nach demjenigen Ziele streben, welches sich nach den ersten Versammlungen als das gemeinsame herausstellen wird. Zwar wird ein starres Philisterium nicht säumen, gegen ein Institut Zeter zu schreien, wobei es in seiner Verblendung an Terrorismus, an Jakobiner und Guillotine denkt, doch eben damit es seinen panischen Schreck verliere, muß es einen Klub mit politischen Zwecken in seiner Mitte sehen, und es wird sich zeigen, ob die gefürchteten Radikalen, die Demagogen, die Kommunisten, oder wie man

---

*) Am 29. März erschien folgende Bekanntmachung des Magistrats:

In dankbarer Anerkennung der dem Vaterlande in den Tagen des 18. und 19. März errungenen Güter haben die Kommunalbehörden beschlossen: den Kämpfern, welche der Hilfe bedürftig sind, sofort eine außerordentliche Unterstützung zu Theil werden zu lassen. Demgemäß werden diejenigen hiesigen Einwohner, welche an dem Kampfe Theil genommen haben und der Hilfe bedürftig sind, veranlaßt, wenn sie eine Unterstützung beanspruchen wollen, ihre Theilnahme an dem Kampfe durch ein glaubwürdiges Attest nachzuweisen und mit einem Attest der betreffenden Armen-Kommission über ihre Bedürftigkeit sich bei der städtischen Deputation zur Unterstützung der Verwundeten und Hinterbliebenen im Cölnischen Rathhause zu melden. Auf diejenigen Personen, welche nur beim Bauen der Barrikaden Hilfe geleistet, aber nicht selbst mitgekämpft haben, findet dieser Kommunalbeschluß keine Anwendung und haben dieselben daher auf diese außerordentliche Unterstützung keinen Anspruch. —

Der Magistrat.

sie sonst genannt hat, am Ende nicht gerade diejenigen sind, denen der Muth der Konsequenz die richtige Klugheit eingiebt.

Organisation des Klubs. — Der Klub wird sich in seinem Gros von selbst zunächst aus den Theilnehmern an den Handwerkervereinen und aus Literaten, Publizisten, Journalisten bilden, denn nur da ist, soweit dieses bisher möglich war, tüchtiges, politisches Streben bemerkt worden. Auch aus der Bourgeoisie wird sich die Spreu vom Weizen sondern, und Bürger, Beamte, Studenten werden an einem Klub mit diesen Tendenzen gern Theil nehmen. Einen weiteren Zuwachs an tüchtigen Köpfen und Charakteren haben wir durch die politisch Amnestirten zu erwarten, wir rufen sie herbei: hic Rhodus, hic salta! Desgleichen müssen wir uns bereit halten, ein würdiger Schoß zu sein für die Deputirten des Volks, welche sich in unsere Mitte begeben wollen."

Die Versammlung ging auf den Antrag Hoppe's ein, sie beschloß die Bildung des politischen Klubs und wählte Jung zum Präsidenten.

Die Parteistellung des Klubs war durch sein Programm, aus welchem wir nur einige bezeichnende Worte angeführt haben, klar dargelegt, trotzdem schlossen sich ihm Anfangs viele Mitglieder an, welche ihm bald untreu wurden, um in einen andern Verein überzugehen, dessen politische Färbung ihnen besser zusagte.

Der politische Klub entfaltete vom ersten Tage seiner Bildung an eine außerordentliche Regsamkeit. In allen schwebenden politischen Fragen faßte er Beschlüsse und zwar stets im Geiste der vorgeschrittensten demokratischen Partei. Er gewann hierdurch bei den ruhigen Bürgern bald einen gefürchteten Namen; in ihm hieß es, seien jene Polen, Juden und Franzosen vereint, welche als die Anstifter aller Revolutionen schon damals in den Köpfen aller politischen Gespensterseher zu spuken begannen, jene wüthenden Revolutionäre, welche den Kommunismus zum herrschenden Systeme in der Republik, auf welche sie losarbeiteten, machen wollten.

Der Klub kümmerte sich um die Gespensterfurcht des Berliner Bürgerthums wenig; seine Mitglieder, meist feurige junge Männer, welche mit glühendem Enthusiasmus die neu erworbene Freiheit des Wortes gebrauchten, verhöhnten sogar die ängstlichen Gemüther, deren Schrecken sie verachteten. Manche Beschlüsse wurden gefaßt, welche mehr von revolutionärer Thatkraft und jugendlicher Begeisterung als von politischer Einsicht zeugten und welche selbst denjenigen Mitgliedern zu weit gingen, die auf demselben demokratischen Boden wie die Majorität standen, die aber der Ueberzeugung waren, es lasse sich ein dauernder Sieg nur dann erringen, wenn die Bürgerschaft für die Demokratie gewonnen werde. Diese Männer zogen sich bald vom politischen Klub zurück und überließen ihn ganz jener feurigen Jugend.

Die radikale Demokratie hatte im politischen Klub einen Einigungspunkt gefunden; die konstitutionelle Partei glaubte sich ebenfalls einen solchen durch einen Verein schaffen zu müssen. Sieben Männer von angesehenen Namen, die Herren Ludwig Crelinger, Otto Crelinger, Dr. Küttge, E. Furbach, S. Augustin, Dr. Behr und Professor H. Rose luden am 25. März zu einer Versammlung am 28. im Bahnhofsgebäude der Berlin-Potsdamer Bahn die Bürger aller Klassen ein, um einen Verein zu begründen, dessen Losungswort sein sollte: Ordnung ohne Freiheit ist Despotie, Freiheit ohne Ordnung ist Anarchie! Nichts ohne das Volk, nichts ohne den konstitutionellen König!

In der zahlreich besuchten Versammlung des 28. März wurde der konstitutionelle Klub konstituirt. Den Vorsitz übernahm Herr L. Crelinger. Der Klub erwarb sich, wenn er auch nicht ganz so rührig und feurig wie der politische Klub in die politische Bewegung eintrat, doch durch eine große Zahl ausgezeichneter Mitglieder bald Achtung und politische Bedeutung. Die Bürgerschaft der Hauptstadt fühlte für ihn ein besonderes Interesse, sie meinte, eine solche Versammlung sei ebenso geeignet, die Errungenschaften des 18. März festzuhalten, wie sie sicher dem allzustürmischen Fortschritt der Demokratie entgegenwirken werde.

Auch aus dem politischen Klub traten dem konstitutionellen manche Mitglieder bei, welche sich dort nicht mehr recht wohl fühlten, auf der andern Seite aber erhielt er auch einen nicht sehr wünschenswerthen Zuwachs durch eine Anzahl von Beamten, welche am liebsten einem konservativen Vereine sich zugesellt hätten, in Ermangelung eines solchen aber sich dem konstitutionellen Klub anschlossen, den sie für ihre Zwecke zu gewinnen hofften. So erhielt der Klub denn gleich beim Beginn seiner Wirksamkeit ein seltsames Gemisch von Mitgliedern: vorgeschrittene Konstitutionelle, selbst unzufriedene, aber gemäßigte Demokraten, tagten in ihm neben den Fanatikern der Ruhe und den konservativen Beamten.

Auf die große Masse des Volks, auf die Arbeiter, hatte der konstitutionelle Klub keine Einwirkung, für diese war er viel zu vornehm. Seine Mitglieder gingen nicht wie die des politischen Klubs in die Volksversammlungen und in die sogenannten Straßen-Klubs, welche sich allabendlich unter den Linden bildeten und in denen eifrig politisirt wurde.

Der Lindenklub, — so wurden die freiwilligen und ordnungslosen, sich täglich neu bildenden und auseinanderlaufenden Versammlungen Neugieriger, die fortwährend an der Ecke der Friedrichsstraße und der Linden stattfanden, genannt, — war für die politische Bewegung jener Zeit nicht ohne Bedeutung; in ihm traten oft Volksredner auf, die mit schlagendem Berliner Witz die politischen Ereignisse erzählten und bekrittelten. Einer derselben, der den bezeichnenden Namen Linden-

Müller erhielt, gewann durch sein scharfes Wort bald einen großen Einfluß. Auch Vater Karbe, ein gewisser Reich u. A. wurden stehende Redner des Lindenklubs und machten in diesem ihre Namen bekannt. Bei wichtigen Fragen verschmähten es aber auch die besten Redner des politischen Klubs nicht, sich unter das Volk zu mischen, um hier mit Erfolg für ihre politischen Agitationen zu wirken.

Ein vorzügliches Mittel zu demselben Zweck boten den Rednern des politischen Klubs die Volksversammlungen, welche meist unter den Zelten abgehalten wurden. Ihr Vorsitzender war Dr. Max Schaßler, dem zwar der Berliner Witz damals seiner nicht immer ganz klaren Reden wegen den Spottnamen Dr. Max Quasler gab, der sich aber doch als Präsident großer Versammlungen bewährte. Von Herrn Dr. Woeniger hörte man als Volksredner in jenen Tagen schon weniger.

Von Ende März an wurden diese Volksversammlungen regelmäßig mindestens wöchentlich zweimal, Mittwochs und Sonntags, gehalten. Die Redner des politischen Klubs und manche andere Volksredner, welche gar keinem geschlossenen Verein beitraten, sprachen von der Orchestertribüne zu den immer zahlreich versammelten Zuhörern. Daß die Debatten stets sehr geordnet und besonders geistreich gewesen seien, kann man gerade nicht behaupten, trotzdem aber trugen sie wesentlich dazu bei, die politische Bewegung in Berlin zu erhalten.

Die Arbeiter, welche selten Zeit und Lust hatten, den ganzen Abend in einem Versammlungssaal zu sitzen, um Reden zu hören, zogen doch gern nach den Zelten; aus ihnen bestand die Zuhörerschaft der Versammlung zum großen Theil; die Redner gehörten fast ohne Ausnahme der vorgeschrittensten revolutionären Demokratie an. Es geht dies schon aus dem Programm hervor, welches ein von Dr. Max Schaßler redigirtes „Flugblatt Nr. 1 der Volksversammlung unter den Zelten" veröffentlichte. Wir heben aus demselben folgende Sätze hervor:

„Neben dem „politischen Klub" und dem „konstitutionellen Klub" hat sich am 30 März ein dritter freier Verein gebildet, um die Ergebnisse unserer Revolution für das Volk auszubeuten und fruchtbar zu machen. Es ist ein Volksverein im höchsten und weitesten Sinne des Worts, ein Volksverein, in dem alle Klassen, besonders aber diejenigen vertreten sind, welche den markigen Kern des Volkes bilden: die besitzlosen Arbeiter.

Als die Grundsätze des Volksvereins sind in der Versammlung vom 31. März dreierlei Forderungen ausgesprochen worden:

1) Wahrhafte Volksbewaffnung, als Gegengewicht gegen die Gewaltherrschaft der Bürgerpolizei und des Militärs.
2) Wahrhafte Volksvertretung, als Gegengewicht gegen den falsch verstandenen Patriotismus der Beamtenwillkür und gegen die eigensüchtige Königsliebe der sogenannten Aristokratie.
3) Wahrhafte politische und sittliche Volksbildung, als Gegengewicht gegen die gesinnungslose Vor- und Ueberbildung der mittleren und höheren Stände.

Das Volk soll zum Bewußtsein kommen über seine Pflichten und vor Allem über seine Rechte."

Das wirkungsreichste Mittel für die Parteien, ihre Ansichten zur Geltung zu bringen, und Propaganda für dieselben zu machen, war naturgemäß die Presse, welche nach dem 18. März in Berlin einen unglaublichen Aufschwung gewonnen hatte. Die wenigen Zeitungen waren überfüllt mit politischen Aufsätzen jeder Art, sie erhielten ein so unendlich reiches Material von allen Seiten und allen Parteien zugesendet, daß sie gar nicht im Stande waren, es zu bewältigen, sondern die meisten Aufsätze, mitunter selbst solche, für welche Insertionsgebühren bezahlt werden sollten, ungedruckt lassen mußten.

Die Reaktionspartei hatte im März 1848 nur ein einziges Organ und nicht einmal ein politisches zu ihrer Verfügung, Hengstenberg's evangelische Kirchenzeitung, denn die Allgemeine preußische Zeitung, das Regierungsblatt, mußte wohl oder übel der allgemeinen Stimmung einigermaßen Rechnung tragen, erschien es doch am 22., dem Begräbnißtage der Gefallenen, wie die übrigen Zeitungen, mit einem schwarzen Trauerrande.

Die Spener'sche und die Vossische Zeitung konnten für Organe der constitutionellen Partei gelten, obgleich sie eigentlich nur solche des unpolitischen Bürgerthums waren. Alle die erwähnten politischen Schwankungen und Widersprüche, welche sich im Bürgerthume kund gaben, fanden ihren lebendigen Ausdruck in den beiden ältesten Berliner Zeitungen, diese bieten deshalb für die Erkenntniß der Revolutionsbewegung Berlins im Jahre 1848 das höchste Interesse dar.

Die Zeitungs-Halle wurde das Organ der radikalen Demokratie. Am 24. März nahm sie das Motto „Alles für das Volk, Alles durch das Volk" an. Mit scharfen, schneidigen Worten wendete sie sich gegen die Fanatiker der Ruhe, welche nach kaum beendetem Kampfe nichts sehnlicher wünschten, als die Unterdrückung jeder revolutionären Bewegung. Sie mahnte das Volk sich nicht einschläfern zu lassen.

Die Zeitungs-Halle wurde deshalb von den guten Bürgern Berlins recht grimmig gehaßt, besonders erregte ein Extrablatt vom 23. März, welches einen geharnischten revolutionären Artikel des Redakteurs Julius veröffentlichte, eine so allgemeine Wuth unter den Bürgern, daß es fast zu Thätlichkeiten gegen den Verfasser gekommen wäre. Ueber die Zeitungs-Halle, über dasjenige Blatt, welches bisher die trefflichsten Börsenberichte gebracht hatte und deshalb bei der Kaufmannschaft in großem Ansehen stand, wurde in-

folge des Artikels die bürgerliche Acht verhängt. Auch viele Mitglieder der demokratischen Partei wendeten sich von dem angefeindeten Blatt, als es bei der Schilderhebung der Polen in der Provinz Posen ziemlich offen die Partei derselben nahm.

Nachdem die Zeitungs-Halle sich ganz zum Organ der entschiedensten Demokratie gemacht und in der Polenfrage Partei für die Polen ergriffen hatte, fehlte es an einer Zeitung, welche die Anschauungen der gemäßigten Demokratie und der vorgeschrittenen Konstitutionellen vertrat, die zur Zeitungs-Halle auch schon vor dem Artikel vom 23. März kein rechtes Vertrauen gehabt hatten. Ein Comité trat zusammen und beschloß eine neue Zeitung zu begründen. Es bestand aus namhaften Leuten, aus den Herren Dr. Zabel, Direktor Diesterweg, Runge, Nauwerk, Dr. Ruthenberg, Stadtrath Duncker u. A. Ein Aktienunternehmen sollte gebildet und die Zeitung durch die Herren Ruthenberg und Zabel unter der Aufsicht eines politischen Zeitungsklubs redigirt werden.

Am 1. April 1848 erschien die erste Nummer des Blattes, welches den Namen National-Zeitung erhielt. An demselben Tage erschien auch zum ersten Male die Lokomotive, ein demokratisches kleines Blatt, welches Herr Held, der sich schon als Volksredner einen Namen erworben hatte, herausgab.

Für die große Masse des Volkes, welche sich an das Zeitungslesen noch nicht gewöhnt hatte, war die Fluth der Broschüren und Flugblätter, die im März 1848 erschienen, fast noch wichtiger, als die Zeitungen. Auf allen Straßen boten die fliegenden Buchhändler Plakate und Broschüren feil, welche die Tagesfragen fast ohne Ausnahme im Geiste der entschiedensten Demokratie behandelten. Gedichte erschienen in Massen, sie zeichneten sich weniger durch poetische Empfindung als durch ungezügelte und rücksichtslose Sprache aus. Auch der Berliner Witz machte sich wieder durch einzelne Produktionen in dem Ex Ex Ex und andern Schmähschriften geltend.

In der Broschüren-Literatur nahmen die erste Stelle die Schilderungen des Kampfes vom 18. März ein, deren eine nicht geringe Anzahl erschien. Sie hatten ohne Ausnahme den Zweck, die Revolution zu glorificiren*).

* Auch ich habe damals in einem Erstlingswerk die Revolution vom 18. März und ihre Folgen dem Volke erzählt. Es hat alle Fehler derartiger Schriften in seiner überschwenglichen Schilderung, in der Unvollständigkeit, die bedingt wurde durch das Fehlen zuverlässiger Quellen. Für die Literatur hat es daher nicht den geringsten Werth, für mich selbst aber ist es werthvoll, weil ich beim Lesen meines Buches mich wieder ganz hineinversetzt fühle in die Empfindungen und Gedanken, welche mich damals erfüllten, weil die Ereignisse jener Zeit mir dadurch mit lebendigster Klarheit vor die Erinnerung treten.

Neuntes Kapitel.

Die Bürgerwehr. — Ihre Organisation. — Die fliegenden Corps. — Die Bürgerwehr als Polizei. — Der Wunsch nach Rückkehr der Soldaten. — Der König in Potsdam. — Widerstand des politischen Klubs gegen die Rückkehr des Militärs nach Berlin. — Der festliche Einzug des Militärs. — Die Arbeiter-Frage. — Maßregeln der städtischen Behörden zur Linderung der Noth. — Herr Urban und sein Freund Eckert. — Die Volksversammlung bei der einsamen Pappel. — Die Deputationen der Volksversammlung beim Könige. — Der Streit über die Einberufung des Landtages. — Zwiespalt im Ministerium. — Rücktritt des Grafen Arnim. — Camphausen Ministerpräsident. — Ministerverantwortlichkeit.

Drei wichtige Fragen beschäftigten nach dem 22. März das Volk von Berlin, und ihre Erörterung gab Veranlassung zu manchen unruhigen Auftritten, zu scharfen Debatten in Klubs und Volksversammlungen, zu zahllosen Zeitungsartikeln Plakaten und Broschüren. Die drei Fragen lauteten: Soll das Militär nach Berlin zurückkehren? Wie ist den brodlosen Arbeitern zu helfen? Wird der Vereinigte Landtag noch einmal zusammen kommen, um über die Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung zu berathen, oder wird diese Verfassung vom Könige mit einer freigewählten National-Versammlung vereinbart werden? —

Wird das Militär nach Berlin zurückkehren?! Es war wunderbar genug, daß gerade diese Frage schon wenige Tage nach der Revolution alle Gemüther beschäftigte. Mit wie großem Jubel hatten die Berliner es als den bedeutendsten Erfolg der Revolution begrüßt, daß die Soldaten die Hauptstadt verlassen mußten, daß der Schutz der Residenz der bewaffneten Bürgerschaft anvertraut wurde, und nun plötzlich ertönte der Ruf nach der Rückkehr des Militärs von allen Seiten.

Schon war die Bürgerwehr müde geworden und doch lebte sie erst ein paar Tage!

Durch die furchtbare Scene am Vormittage des 19. März war dem Minister Grafen von Arnim die Einwilligung zur Volksbewaffnung abgezwungen worden. Nur die Besorgniß, Leben und Freiheit des Königs könnte durch das wüthende Volk bedroht werden, hatte ihn bewegen können, seine Genehmigung zur Errichtung der Bürgerwehr zu geben. Und jetzt war es dieselbe Bürgerwehr, welche am lautesten den Wunsch nach der Rückkehr des Militärs aussprach und welche dadurch den ersten Schritt auf der abschüssigen Bahn der Reaktion, zur Vernichtung der Revolution, aus der sie hervorgegangen war, that.

War es kluge Berechnung des Grafen Arnim, daß er der Bürgerwehr es überließ, sich selbst zu organisiren? Wußte er, daß er sie dadurch

der Selbstvernichtung preisgebe? Es wäre leicht gewesen, ein provisorisches Gesetz zu erlassen, der Bürgerwehr eine feste Ordnung zu geben, um sie zu befähigen, daß sie ihre Bestimmung, die Ordnung und Sicherheit der Stadt aufrecht zu erhalten, die gewonnene Freiheit zu schützen, erfülle. Man hatte Muster für ein solches Gesetz in andern Staaten, aber es wurde nicht gegeben.

Graf Arnim überließ die Organisation der Bürgerwehr ganz dieser selbst, er sorgte nur dafür, daß möglichst viele Beamte sich unter die Bürger mischten und Waffen erhielten. Das Uebrige mußte sich finden — und es fand sich.

Im ersten Enthusiasmus wollten alle Bürger die Waffen tragen; man ließ sie gewähren. Die Berufsgenossen fanden sich zusammen, um eigene Abtheilungen der Bürgerwehr, die sogenannten fliegenden Corps, zu bilden. Da gab es fliegende Corps der Künstler, des Handwerker-Vereins, der Studenten, der jungen Kaufleute und sogar der in Berlin anwesenden Polen, letzteres allerdings nur für wenige Tage, denn die Polen kehrten bald in ihre Heimat zurück, um dort sich dem Aufstande anzuschließen.

Neben diesen fliegenden Korps organisirte sich der eigentliche Bürgerwehrstamm unter dem Oberbefehl des Polizei-Präsidenten von Minutoli in den Stadtbezirken, bald standen nahe an 20,000 Bürger unter den Waffen. Herr von Minutoli wurde von den Hauptleuten zum Kommandeur der Bürgerwehr erwählt und provisorische Anordnungen zur Regelung des Dienstes wurden erlassen.

Schon in diesen ersten Tagen nach der Revolution zeigte es sich recht augenscheinlich, daß die Bürgerwehr weit entfernt davon war, sich ihrer höchsten Aufgabe, die Volksfreiheit gegen jeden Feind nach oben oder nach unten zu schirmen, bewußt zu sein. Die provisorischen Anordnungen stellten sie lediglich als eine Bürgerpolizei hin, welche der Staatspolizei untergeordnet sein sollte, denn im § 11 der Anordnung wurde ausdrücklich anbefohlen, daß die Bürgerwehrwachen den Weisungen der öffentlichen Sicherheits-Beamten unbedingt Folge leisten müßten. Eine solche Stellung widersprach zwar dem Gefühl mancher einsichtiger Bürgerwehrmänner, es erschienen Proteste in den Zeitungen, die große Menge der Bürgerwehrmänner aber war ganz einverstanden mit der ihnen vorzugsweise überwiesenen Aufgabe.

Die Patrouillen, welche fortwährend die Straßen durchzogen, zeigten sich als die eifrigsten Polizeimannschaften. Um die Ruhe und Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten, verhafteten sie nach Herzenslust alle Aufwiegler und Ruhestörer, oder die, welche sie dafür hielten*).

Die Führer der Bürgerwehr, meist Staats- und städtische Beamte, waren unablässig bemüht, diese Sucht nach polizeilicher Thätigkeit zu fördern; sie wünschten, wie dies der Stadtrath Nobiling offen in seiner Schrift ausgesprochen hat, die Zurückberufung des Militärs und zur Erfüllung dieses Wunsches verstanden sie, durch Anwendung praktischer Mittel, auch die Mannschaften geneigt zu machen.

Besorgliche Nachrichten von Pöbelskandalen, die bevorstehen sollten, von dem beabsichtigten Ausbruch einer neuen Revolution, die vorbereitet werde durch die ruchlosen Demokraten, die Mitglieder des politischen Klubs, wurden täglich in den Wachstuben verbreitet, Nachrichten, von welchen außer denen, die sie brachten, kein Mensch in Berlin etwas wußte. Natürlich mußten infolge derselben die Wachen verstärkt werden; auch der Patrouillendienst erforderte aus demselben Grunde größere Anstrengung.

So lange im Königlichen Schlosse, wo die größte Zahl der Bürgerwehrmänner zum Schutze des Königs auf Wache war, Küche und Keller herhielten, war der Dienst dort recht angenehm. Die freie Verpflegung hörte aber bald auf, und nun wurde das Wachstubenleben langweilig. Das Soldatenspiel zeigte seine Schattenseiten und schon nach wenigen Tagen wurden die guten Bürger desselben einigermaßen müde, sie meinten, den unbequemen Wachtdienst könnten die dafür bezahlten Soldaten viel besser als sie besorgen, sie sehnten sich recht ernstlich nach der Rückkehr derselben und sprachen dies offen auf den Wachen und sogar in den Zeitungen aus. So lesen wir in der Spener'schen Zeitung:

„Gestern Morgen war ich auf der Schönhauser Thorwache. Von den 32 Bürgern, welche Abends vorher die Wache bezogen hatten, waren am Morgen um 10 Uhr nur noch acht dort; die übrigen waren, weil sie ihr Geschäft, weil sie die Sorge für Weib und Kind nach Hause rief, nicht mehr da. Ein großer Theil gerade unserer werkthätigsten Geschäftsmänner ist Tag und Nacht unter den Waffen. Das kann nicht so fortdauern. Wir

*) Die Geschichte der Berliner Bürgerwehr vom 19. März bis 7. April 1848, welche der Stadtrath Nobiling zur Vertheidigung derselben in Form eines Tagebuches geschrieben hat, giebt uns recht interessante Beläge für den kleinlichen und reaktionären Polizeigeist, der in jenen Tagen unter den Bürgerwehrmännern herrschte. Herr Nobiling erzählt z. B.:

Die Ausgabe der Parole gab einen neuen Aufschwung; Alles was bewaffnet auf der Straße angetroffen wurde, und dieselbe nicht wußte, ward angehalten. Hierdurch gelangte man nicht nur in den Besitz einer großen Menge von Waffen, welche noch aus den früheren Tagen herrührten, sondern man erreichte auch eine Sicherheit der Straßen und des Eigenthums, wie sie lange vorher nicht da gewesen war. Nebenbei wurde dadurch ein großer Theil der bewaffneten Dilettanten verscheucht.

In dem ersten Augenblicke konnte aber auch nicht allen Denen Kenntniß der Parole gegeben werden, welchen dies zustand, und daher kam es, daß Anfangs viele dieser Personen, unter ihnen sogar einige Stadträthe, in die Wache gesetzt wurden.

fühlen die Nothwendigkeit, das Militär wieder unter uns zu haben, aber unter Bürgschaft."

Auch ein anderes Motiv bestärkte die Bürgerwehrmänner in dem Wunsche nach Rückkehr des Militärs; sie fürchteten sich nicht nur vor den revolutionären Arbeitern, vor einem Konflikt mit ihnen und den bösen Demokraten, sondern sogar vor einander. Die fliegenden Korps und von diesen besonders der bewaffnete Handwerker-Verein waren den eigentlichen Stammhaltern des Bürgerthums in der Bürgerwehr ein grauenerregendes revolutionäres Element, welches sie gern beseitigt hätten, wenn es nur möglich gewesen wäre.

Das Militär zurück! Dies war das Losungswort, welches man in den Tagen nach dem 22. März in allen Wachstuben hörte. Eine Petition der Bürgerwehr, welche schnell gegen 15,000 Unterschriften fand, gab diesem Wunsche Ausdruck und die Stadtverordneten schlossen sich ihm an. Auch der Barrikadenheld Urban mit seinen Freunden, dem Schneider Eckert und dem Cigarrenmacher Bremer waren natürlich, wie schon vor dem 22. so auch nach diesem Tage, in gleichem Sinne thätig. Die drei Männer erließen am 28. März an allen Straßenecken eine Proklamation für die Rückkehr der Soldaten, die sie mit ihren Namen „im Auftrage des Comitès der ersten Volksversammlung, Urban, praktischer Thierarzt I. Kl., Eckert, Bürger und Kleidermacher, Bremer, Kattundrucker und Cigarrenmacher" unterzeichneten. Ob sie auch die Kosten des Plakats selbst getragen haben, ist nicht bekannt geworden.

Von hoher Stelle her wurde die Agitation für die Zurückberufung des Militärs eifrig unterstützt; man unterließ nichts, was zur Versöhnung der Bürger mit den Soldaten führen, nichts was das Vertrauen zum Heere wieder herstellen konnte. Vor Allem mußte der Verdacht beseitigt werden, daß der König sich vielleicht der Soldaten bedienen werde, um sich die absolute Macht, welche er vor dem 18. März besessen hatte, zurückzuerobern.

Friedrich Wilhelm IV. reiste deshalb am 25. März nach Potsdam und hielt dort an das Offizier-Korps eine Rede, deren Wortlaut die Vossische Zeitung folgendermaßen veröffentlichte:

„Ich bin nach Potsdam gekommen, um meinen lieben Potsdamern den Frieden zu bringen, und um ihnen zu zeigen, daß ich in aller Beziehung ein freier König bin; den Berlinern aber auch zu beweisen, daß sie von Potsdam aus keine Reaktion zu befürchten haben, und daß alle die beunruhigenden Gerüchte darüber durchaus unbegründet sind. —

Ich habe den gesunden und edlen Sinn meiner Bürger kennen gelernt, in Berlin ist bei dem Mangel an städtischen Sicherheitsbehörden die tiefste Ruhe. — Ich bin niemals freier und sicherer gewesen als unter dem Schutze meiner Bürger. — Was ich gegeben und gethan habe, das habe ich aus vollster und freier Ueberzeugung gethan und längst vorbereitet; nur die großen Ereignisse haben den Abschluß beschleunigt und keine Macht kann und wird mich nun bewegen, das Gegebene zurückzunehmen; auch habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß es zu Deutschlands Heil nothwendig, mich an die Spitze der Bewegung zu stellen. — In Berlin herrscht ein so ausgezeichneter Geist in der Bürgerschaft, wie er in der Geschichte ohne Beispiel ist. — Ich wünsche daher, daß auch das Offizierkorps den Geist der Zeit ebenso erfassen möge, wie ich ihn erfaßt habe, und daß Sie alle von nun an ebenso als treue Staatsbürger sich bewähren mögen, wie Sie sich als treue Soldaten bewährt haben. Sollte in Berlin das Eigenthum gefährdet, oder die Ruhe und Ordnung gestört werden, so wird in dem Falle, daß die Bürgerschaft Militär-Hilfe verlangen sollte, Militär nach Berlin gezogen werden, um mit dem Bürger Hand in Hand gemeinschaftlich für Ruhe und Ordnung zu wirken; über die weitere Gestaltung im Militärwesen sind die desfallsigen Anordnungen abzuwarten."

Die Königlichen Worte hatten eine mächtige Wirkung; zwar wurden sie von der konservativen Partei in den Provinzen nicht gerade sehr günstig aufgenommen, denn sie brachen den reaktionären Bestrebungen vor der Hand die Spitze ab, dafür aber beruhigten sie die vertrauensvollen Bürger von Berlin vollkommen. Jetzt erschien selbst der Gedanke an eine Reaktion, welche mit Hilfe der Truppen bewirkt werden könnte, als ein Frevel, und als nun gar die Garde-Regimenter, welche sich im Straßenkampfe am 18. März besonders thätig gezeigt hatten, nach Schleswig-Holstein geschickt wurden, um für den Fall eines Krieges die deutschen Herzogthümer gegen Dänemark zu vertheidigen, da meinten die Berliner, jetzt sei gar kein Grund mehr vorhanden, weshalb das Militär nicht nach Berlin zurückkehren solle.

Der politische Klub war anderer Ansicht, er kämpfte redlich in Versammlungen, Zeitungen und Plakaten mit Wort und Schrift gegen die zu frühzeitige Rückkehr der Soldaten, aber sein Bemühen war vergeblich, er überzeugte höchstens einige Arbeiter, die große Menge der Bürgerschaft wurde durch seinen Widerstand eher in ihrem Willen gestärkt als von der Thorheit ihrer Wünsche überzeugt. Die Rückkehr des Militärs nach Berlin wurde beschlossen.

Am 30. März wurde folgende Proklamation veröffentlicht:

Im Auftrage des Königlichen Staatsministeriums wird nachstehende Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Nachdem der Wunsch, wieder Truppen in die Hauptstadt zu ziehen, vielseitig ausgesprochen worden ist, hat der König genehmigt, daß das 24. Linieninfanterie-Regiment, 2 Bataillone des 9. Infanterie, das 3. Ulanen-Regiment und die Lehr-Eskadron am 30. März und in den nächstfolgenden Tagen hier einrücken sollen, um den Wachdienst im Gemeinschaft mit der Bürgerwehr zu übernehmen und dadurch die schweren, mit der rühmlichsten Hingebung geleisteten Pflichten

der Bürger zu erleichtern. — Es versteht sich von selbst, daß die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung lediglich der Bürgerwehr überlassen bleibt und die mögliche Hilfsleistung des Militärs nur für den äußersten Nothfall und auch dann nur auf ausdrückliche Anforderung der städtischen oder Civilbehörden erfolgen wird.

Berlin, am 29. März 1848.

Königliches Gouvernement. v. Dittfurth.

Königliches Polizeipräsidium. v. Minutoli.

Trotz dieser Proklamation schien es doch noch im letzten Augenblicke, als ob abermals die Rückkehr der Soldaten verzögert werden solle. Man hörte bei Hofe, daß die Arbeiter sich zusammenrotten, Barrikaden errichten und dem Militär mit Waffengewalt den Einzug in die Stadt wehren wollten. Ein Kampf sollte um jeden Preis vermieden werden, deshalb wurde noch am Morgen des 30. März der Befehl ertheilt, daß das 24. Regiment umkehren und auf den Dörfern kantonniren solle.

Nach den Versicherungen, welche Herr Stadtrath Nobiling in seiner mehrerwähnten Broschüre giebt, gebührt ihm und dem Polizei-Präsidenten von Minutoli das Verdienst, daß dieser Befehl rechtzeitig zurückgenommen wurde. Am Mittag des 30. sollten die Truppen durch das Potsdamer Thor in Berlin einziehen.

Eine große Volksmenge hatte sich versammelt; ob zum friedlichen Empfang, ob zum energischen Widerstand? Wer konnte es wissen. Man hörte drohende Worte. Die zahlreichen Bürgerwehrpatrouillen wurden mit Vorwürfen begrüßt, daß die Bürgerwehr für den Einzug der Truppen petitionirt habe. Bei diesen Worten aber blieb es und einige der Klubredner, welche das Volk zum gewaltsamen Widerstand auffordern wollten, fanden gar kein Gehör.

Gegen 2 Uhr Nachmittags kamen die Truppen an; Maschinenarbeiter aus den Werkstätten von Borsig, Egells, Rüdiger u. s. w. waren ihnen mit dreifarbigen Fahnen entgegen gegangen, ebenso auch starke Abtheilungen der Bürgerwehr, andere bildeten in der Potsdamer und Leipziger Straße zu beiden Seiten des Fahrwegs ein Spalier, durch welches die Truppen marschiren mußten. Außerdem füllten ungeheure Volksmengen die Straßen an, um den so lange entbehrten Anblick bunter Uniformen zu genießen. Alle Fenster der Straßen, durch welche die Truppen ziehen sollten, waren dicht mit Neugierigen besetzt.

Die Truppen waren am botanischen Garten bei Schöneberg aufgestellt, bis dorthin zogen ihnen die genannten Arbeiter mit ihren Fahnen und eine große Menge Volks entgegen, ebenso auch viele Generale und andere Offiziere, welche noch in Berlin geblieben waren, unter denen sich auch der Kommandant von Berlin, General Dittfurth befand.

Der Kommandeur des 24. Regiments, Oberst Erhardt, sprach zu den aus Berlin den Truppen Entgegenkommenden einige herzliche Worte, in denen er sagte, daß sein Regiment nach Berlin komme, um dort Ruhe und Ordnung zu erhalten und den Geist der Freiheit entwickeln zu helfen.

Ein lautes Lebehoch war die Antwort auf diese freundliche Anrede.

Mit klingendem Spiel begann nun das Regiment seinen Marsch nach Berlin, und besonders war es der Marsch: „Schleswig-Holstein meerumschlungen", den das Musikchor häufig spielte, und welcher den allgemeinsten Anklang fand, denn ein tausendstimmiger Gesang begleitete meistens die Musik. Die Deputationen der Arbeiter mischten sich mit ihren Fahnen unter die Soldaten, so daß immer ein Zug Arbeiter und dann wieder ein Zug Soldaten nach einander marschirten. Alle waren mit grünen Zweigen geschmückt, die Soldaten hatten sie um die Helme, die Arbeiter um Hüte und Mützen gewunden.

Selbst zwischen den Reihen der Soldaten sah man junge Handwerker und Arbeiter neben irgend einem Freund oder Bruder gehen.

Aus allen Fenstern der Häuser, bei denen die Truppen vorüberzogen, wehten die Frauen ihnen mit weißen Tüchern Willkommen zu, und wo dies nicht gleich geschah, schrie das mitziehende Volk so lange „Tücher raus wedeln!" bis die Säumigen sich zu dieser oft unfreiwilligen Freudenbezeugung bequemten. Höchst komisch war dies besonders in einem Hause in der Potsdamer Straße, wo ein Dienstmädchen, welches auf einem Balkon stand, ebenfalls zum Wedeln gebieterisch aufgefordert wurde. Das arme Mädchen wußte im ersten Augenblick nicht, was man eigentlich von ihr verlange; sie blickte höchst unschlüssig um sich, und erst, als das Geschrei: „Mit einem weißen Tuch wedeln!" immer lauter und stürmischer wurde, verstand sie den Willen des Volks. Jetzt aber entschloß sie sich schnell, sie eilte in das Zimmer zurück, und erschien gleich darauf wieder auf dem Balkon, mit einem mächtigen weißen Tischtuch, von dem wahrscheinlich eben erst abgedeckten Mittagstisch, welches sie unter dem Volksjubel und allgemeinem Gelächter kräftig schwenkte.

In solcher Weise ging der Zug unter allgemeiner Heiterkeit im Frieden durch das Potsdamer Thor, die Leipziger Straße und Friedrichsstraße hinab, nach der Kaserne des 2. Garde-Regiments, welche das 24. Regiment fortan bewohnen sollte.

Auch das 9. Infanterie-Regiment zog am folgenden Tage unter ähnlichen Freudenbezeugungen in Berlin ein.

Die zweite Frage, welche im März 1848 die Berliner eifrigst beschäftigte, war die: wie kann den brodlosen Arbeitern geholfen werden?

Die Geschäfte stockten infolge der Revolution, die Kapitalisten scheuten sich vor gewerblichen Unternehmungen, die Handwerker hatten keine Arbeit. Wer wollte sich bei der unsichern Zu-

kunft irgend in das Risiko eines Geschäfts einlassen? War doch plötzlich das Vertrauen aller Klassen der Gesellschaft zu den bestehenden Verhältnissen so gründlich erschüttert worden, daß sogar die Berliner Sparkasse in schwere Verlegenheit gerieth, denn alle Sparer strömten ihr zu und wollten ihre kleinen Einlagen zurücknehmen, um einen baaren Nothgroschen im Hause zu haben.

Es waren viele Arbeiter brodlos geworden und diesen mußte geholfen werden; nicht das Mitleid allein gebot es, auch die leidige Furcht, daß die Hungernden die Waffen ergreifen könnten, um sich selbst zu helfen. Das Gespenst des Kommunismus schreckte die guten Berliner Bürger, und mächtig genug stand es allerdings in jenen Tagen vor ihnen.

Staatliche und städtische Behörden gingen der Bürgerschaft mit gutem Beispiel voran, indem sie sowohl durch direkte Hilfe, als durch Beschaffung von Arbeit die herrschende Noth zu lindern versuchten. Der Magistrat machte bekannt, daß sämmtliche Miethssteuerreste bis Ende Dezember 1847, alle Rückstände an Schulgeldern sowie auch die festgesetzten Strafgelder durch Kommunalbeschluß niedergeschlagen worden seien. Eine Reihe von öffentlichen Arbeiten, besonders Bauten und Erdarbeiten wurden durch den Staat und die Stadt in Angriff genommen. Nach einer Bekanntmachung, welche das Comité der gemeinnützigen Baugesellschaft erließ, sollten die am 18. März von ruchlosen Leuten eingeäscherten Wagenhäuser vor dem Oranienburger Thore aufgeräumt und zum Theil abgebrochen werden. Es standen bevor: die Anlage eines schiffbaren Kanals von Moabit nach Spandau, der Abbruch der Gebäude des Pulvermühlen-Terrains, die Planirung desselben, Neubau der Kirche auf dem Stralauer Platz, Abreißung und Neubau des alten Theils des grauen Kloster-Gymnasiums, eine Verstärkung der Arbeiten auf den Boulevards am neuen Kanal vor dem Halle'schen Thore, Neubauten von zwei Kirchen in der Landsberger und Frankfurter Vorstadt u. s. w.

In der Stadtverordneten-Versammlung vom 25. März wurde auf den Antrag des Dr. Veit beschlossen, daß eine gemischte Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten gebildet werde, die sich mit allen denjenigen Maßregeln, welche das Wohl der arbeitenden Klassen zu begründen im Stande wären, beschäftigen solle. Die Deputation sollte den Auftrag haben, täglich Sitzungen zu halten, um in diesen in steter Verbindung mit den Meistern, Gesellen und Arbeitern alles das zu berathen, was irgend den Arbeitern nützen könne.

Der Magistrat machte am 26. März den Beschluß der Stadtverordneten öffentlich bekannt.

Schon am 31. März erstattete die Deputation in der Stadtverordneten-Versammlung den ersten Bericht über ihre Thätigkeit, welche, wie sie behauptete, darauf hin gerichtet gewesen sei, solche Maßregeln zu berathen, und in Vorschlag zu bringen, welche das dauernde Wohl der Gewerbtreibenden und ihrer Gehilfen so viel wie möglich zu begründen im Stande seien. Die Deputation theilte mit, daß die Erdarbeiten auf dem Wedding in größerem Umfange in Angriff genommen worden seien, um möglichst viele Arbeiter zu beschäftigen. Hierdurch sei es gelungen, fast alle Meldungen der männlichen Arbeiter berücksichtigen zu können. Sie schlug vor, es solle bei den Staatsbehörden die Einstellung der gewerblichen und fabrikmäßigen Arbeiten in den Zuchthäusern, bei den Militärbehörden aber beantragt werden, daß sämmtliche für das Militär benöthigten Arbeiten ferner nicht mehr durch das Militär selbst, sondern durch Handwerker beschafft würden. Endlich schlug sie vor, mit der Polizei in Kommunikation zu treten, damit das Zuströmen fremder, in Berlin Arbeit suchender Handwerker möglichst beschränkt werde, auch zu beantragen, daß bei den Königlichen Bauten, insbesondere bei dem Kanalbau nur Berliner Arbeiter beschäftigt würden. Wir sehen, daß die damalige Stadtverordneten-Versammlung an übermäßiger Weitherzigkeit und Freisinnigkeit gewiß nicht litt.

Auch der Central-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen, der so lange geschlafen hatte, gab jetzt wieder Lebenszeichen von sich; es wurde ihm natürlich von der Regierung kein Hinderniß mehr in den Weg gelegt, er erhielt sogar Korporationsrechte, Portofreiheit und die ihm lange versprochenen 15,000 Thaler wurden ihm endlich ausgezahlt.

In großen Kreisen vereinten sich angesehene Bürger, um Mittel zu direkter Hilfe für die brodlosen Arbeiter zu finden. Man kaufte Brode an und vertheilte sie unter die Armen, Sammlungen zu diesem Zweck wurden veranstaltet und erhielten reiche Beiträge.

Den Arbeitern sollte und mußte geholfen werden, diese versuchten es aber auch, sich selbst zu helfen, wobei sie denn freilich nicht immer sonderlich klug zu Werke gingen. Ohne auf die Geschäftslosigkeit Rücksicht zu nehmen, suchten sie sich höhere Löhne und geringere Arbeitszeit zu ertrotzen. Für einen Augenblick gelang ihnen dies oft, denn die furchtsamen Arbeitsgeber fügten sich vielfach den Forderungen ihrer Arbeiter, entließen diese aber nach und nach, weil sie unmöglich mit dauerndem Schaden fabriziren konnten. Die erzwungene Lohnerhöhung wurde hierdurch der schwerste Verlust für die Aermsten.

Der Thierarzt Urban und seine treuen Freunde Bremer und Eckert unternahmen es, die Arbeiterbewegung zu organisiren. Sie verbanden sich mit einigen Gesellen zu einer Deputation für die Abhilfe der Noth und beriefen zum Sonntag, den 26. März, eine Volks-Versammlung nach dem Exerzierplatz vor dem Schönhauser Thor. Die Aufgabe dieser Versammlung sollte es sein, über Mittel zur Abhilfe der Noth zu berathen. Weß

Geistes Kind die Berufer der Volks-Versammlung waren und unter welchen Einflüssen sie handelten, geht am besten daraus hervor, daß sie vor Berufung der Versammlung die Genehmigung hochgestellter Personen einholten, daß sie dies sogar in ihren Plakaten öffentlich aussprachen. Sie sagten am Schluß der Aufforderung:

Vorstehende Aufforderung haben wir dem Herrn Minister Grafen von Arnim, dem Herrn Polizei-Präsidenten von Minutoli, dem Herrn Bürgermeister Naunyn, dem Herrn Stadtverordneten-Vorsteher Fournier, sowie den Herren Landtags-Abgeordneten Schauß, Möwes und Knoblauch, vorgelegt, und haben die volle Zustimmung dieser Herren zu derselben. Der Herr Minister gab unserem Sprecher noch die Zusicherung, Sr. Majestät dem Könige Mittheilung über diesen Gegenstand zu machen.

Die Deputation für die Abhilfe der Noth: Urban, Thierarzt. Bremer, Kattundrucker und Cigarrenmacher. Fichte, Schlossergeselle. Petrie, Richard, Lange, Gesellen. Der Sprecher: Eckert, Kleidermacher.

Die Volks-Versammlung, welche am Sonntag den 26. März auf dem Exerzierplatz vor dem Schönhauser Thor bei der sogenannten einsamen Pappel stattfand, ist eine der interessantesten von allen, welche in Berlin je abgehalten worden sind. Sie war von mindestens 15—20,000 Theilnehmern besucht.

Anfangs herrschte eine musterhafte Ordnung. Nachdem die Landtags-Abgeordneten für Berlin, die Herren Schauß, Moewes und Knoblauch in einigen Worten versprochen hatten, auf dem bevorstehenden Landtage nach Kräften für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen zu sorgen, traten Arbeiter und Gesellen aus den verschiedensten Gewerken auf, um ihre Wünsche auszusprechen. Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit waren das allgemeine Verlangen, daneben aber tauchten noch außerdem die seltsamsten Vorschläge auf. Da meinte der Schlosser Siegerist, man müsse ein Arbeiter-Ministerium schaffen, damit dieses dem Despotismus der Meister steuere, ein solches Ministerium habe die Aufgabe, das Minimum des Lohnes auf 4 Thaler festzusetzen und die Arbeitszeit auf 10 Stunden herabzusetzen, auch müsse es die Verwaltung der gewerblichen Kassen ohne Einmischung des Magistrats beaufsichtigen. Praktischer noch war der Arbeitsmann Vogel, der meinte, es müsse dem Landmann nach dem Verhältnisse seiner Ernte ein Preis für die Lebensmittel vorgeschrieben werden, damit er die Städter nicht zu übertheuern im Stande sei. Der Arbeitsmann Helm wollte, daß bei den Bauten unter keiner Bedingung Handwerker zugelassen würden, nur Arbeitern dürfe es erlaubt sein, als Handlanger zu dienen. Der Arbeiter Bergmann hatte gar den Wunsch, daß es den Droschken verboten würde, Packete von den Eisenbahnen in die Stadt zu fahren, dann würden schon viele Leute Brod bekommen. Der Mustermaler Hermes beschwerte sich über die Zuchthausarbeit und forderte: daß mindestens die Schablonen verboten würden, denn dadurch seien die Fabrikanten im Stande, sechsmal billigere Waaren zu liefern als die Mustermaler. Er trug deshalb auf Abschaffung der Schablonen an. Der Posamentierer Steinhof wollte die Maschinen abgeschafft haben und verlangte, daß alle Mädchen aufhören müßten, auf Posamentierstühlen zu arbeiten, damit die Männer nicht außer Brod kämen.

Nach solchen Spezialvorschlägen wurden auch manche Anträge von allgemeinerem politischen Interesse gemacht. Herr Dr. Woeniger faßte diese in folgende 5 Fragen zusammen: 1) ein Arbeiter-Ministerium, aus Arbeitern und Arbeitgebern zusammengesetzt, 2) Verringerung des stehenden Heeres, 3) Volkserziehung auf Kosten des Staats, 4) Versorgung der Invaliden der Arbeit, 5) Wohlfeilere Regierung. Diese 5 Punkte wurden von der Versammlung einstimmig angenommen.

Einen großen Streit gab es über eine sechste Frage. Es war durch mehrere Redner der Wunsch ausgesprochen worden, daß der zweite Vereinigte Landtag nicht zusammen berufen, sondern daß durch den König ein auf das allgemeine gleiche Wahlrecht begründetes Wahlgesetz zu einer neuen Volksvertretung erlassen werde.

Bei der Fragestellung erhoben sich für den Landtag eine sehr große Menge Hände, aber doch nicht so viele, daß dadurch eine Majorität entschieden herausgetreten wäre. Es mußte daher zur Gegenprobe geschritten werden. Anstatt diese auf die gewöhnliche einfache Weise zu machen und die Mitglieder, welche gegen die Berufung des Landtags stimmen wollten, aufzufordern, die Hände zu erheben, stellte der Dr. Woeniger die Frage auf: Soll der König einseitig ein Wahlgesetz octroyiren? Diese Frage erregte großen Tumult, denn es leuchtete aus derselben die Absicht hervor, durch die schroffe Fragestellung Viele der gemäßigt Liberalen abzuschrecken, welche sonst vielleicht gegen die Zusammenberufung des Landtags gestimmt haben würden.

Ein wildes Tosen, Schreien und Durcheinanderrufen von beiden sich plötzlich gegenüberstehenden Parteien machte für längere Zeit jede parlamentarische Besprechung unmöglich, und so erklärte denn der Sprecher der Versammlung, Herr Eckert, dieselbe für geschlossen, nachdem nachher noch einmal die dem größten Theil der Anwesenden unverständliche Frage: „Soll der Landtag zusammenberufen werden?" gestellt worden war.

Die Versammlung hatte indessen noch nicht Lust, auseinander zu gehen. Der Justiz-Kommissarius Reinhardt nahm die Debatte wieder auf, Anfangs unter dem stürmischen Rufen und Schreien der Versammlung, welche sich erst nach und nach beruhigte. Herr Reinhardt setzte nun die Gründe auseinander, welche die Zusammenberufung des Landtages unzweckmäßig und un-

wünschenswerth erscheinen ließen, und beantragte eine Adresse an den König, welche durch eine Deputation überreicht werden und die Bitte enthalten sollte, Seine Majestät möge aus eigener Machtvollkommenheit ein neues volksthümliches Wahlgesetz geben, und dadurch einen neuen Landtag zusammenberufen. Dieser Antrag ging denn auch mit großer Majorität in der Versammlung durch, und die Deputation wurde ernannt. Sie bestand aus den Herren J. Berends, Bisky, Reinhardt, Meyer, Ries, Brill.

Erst gegen 8 Uhr trennte sich die Versammlung.

In Berlin hatten, während die Volks-Versammlung bei der einsamen Pappel tagte, die Bürger sich vorbereitet, etwaige Unruhen, welche aus derselben entstehen könnten, schnell zu unterdrücken. Die Bürgerwehr wurde aufgeboten. Aber sie fand keine Veranlassung, etwas zu thun, denn in friedlicher Ruhe ging die Versammlung trotz der schließlichen Störung auseinander. Sie hatte ein seltames Resultat gehabt: zwei Adressen an den König, ganz entgegengesetzten Inhalts, waren von ihr beschlossen worden.

Die Herren Urban und Genossen erließen eine Erklärung, nach der sie das später gewählte Comité nicht anerkennen wollten und sich allein berechtigt hielten, die Adresse der Versammlung an den König zu bringen. Hierdurch aber ließ sich das andere Comité, an dessen Spitze Herr Reinhardt stand, nicht abhalten, auch seinerseits um eine Audienz bei Sr. Majestät nachzusuchen. Beiden Deputationen wurde ihr Wunsch gewährt, sie erhielten indessen einen sehr verschiedenen Empfang.

Der König betrachtete Herrn Urban und seine Freunde als die eigentlichen Deputirten der Arbeiter, Herrn Reinhardt und Genossen als Mitglieder jenes Unfrieden säenden politischen Klubs, dessen Agitationen das allerhöchste Mißfallen erregt hatten. Zu den Herren Eckert und Urban sagte der König gerührt:

„Ach! ich liebe das Volk mehr, als es Mich lieben kann! Es hat sich in Berlin so hochherzig gegen Mich benommen, wie es sich vielleicht in keiner andern großen Stadt der Welt benehmen würde. Sagen Sie dies dem Volke!“

Ganz anders lautete der Bescheid, welchen die zweite Deputation bei einer Audienz am 29. März erhielt. Der Justiz-Kommissarius Reinhardt stattete über denselben dem politischen Klub Bericht ab. Als die Deputirten die Wünsche des Volkes den Beschlüssen der Versammlung gemäß vortrugen und dabei Volkserziehung auf Kosten des Staats und wohlfeilere Regierung forderten, sagte der König spöttisch lächelnd: „Das paßt gut zu einander!“ Auf Weiteres ließ er sich nicht ein, er verwies auf den Bescheid, welchen die Breslauer Deputation erhalten habe und bemerkte, daß die einzelnen Anträge der Volksversammlung den geordneten Behörden zur Erledigung übergeben werden würden. Die Deputation wurde nicht sonderlich gnädig entlassen. Der 29. März war schon ein anderer Tag als der 19.!

Die Frage, welche die Volks-Versammlung unter der einsamen Pappel in zwei Parteien zerrissen hatte, ob der Vereinigte Landtag noch einmal zusammenkommen solle, wurde in jenen letzten Tagen des März mit höchster Leidenschaftlichkeit in allen politischen Kreisen debattirt. Daß überhaupt diese Frage aufgeworfen werden konnte, zeigte recht charakteristisch den plötzlichen Umschwung nach dem 18. März. Vor diesem Tage war der Wunsch nach schleunigster Einberufung des Landtags in Berlin wie in den Provinzen allgemein, nach dem 18. März waren es gerade die vorgeschrittensten Liberalen, welche von der Einberufung des Landtags nichts wissen wollten, während die Konstitutionellen und die Konservativen mit höchstem Eifer für die Einberufung kämpften.

Es handelte sich in der That um die Entscheidung eines wichtigen Prinzips. Trat der Landtag zusammen, legte ihm das Ministerium ein Wahlgesetz für die Berufung einer neuen Volksvertretung vor, wurde es, wie nicht zu bezweifeln war, angenommen, dann war ein gesetzlicher Uebergang aus der alten in die neue Zeit gewonnen. Der Straßenkampf des 18. März verlor wieder den kaum gewonnenen Charakter der Revolution, er hatte höchstens die Bedeutung, die Entschlüsse des Königs gezeitigt zu haben; aus der alten Verfassung entstand durch eine einfache Reform, zu der man einer Revolution sicher nicht bedurft hätte, die neue.

Die demokratische Partei sprach sich deshalb einstimmig im ganzen Lande für ein vom Könige selbstständig zu erlassendes, demokratisches Wahlgesetz aus, sie wollte von den alten Ständen, welche durch die Revolution zu Grabe getragen seien und nur eine Verzögerung der neuen Institutionen bezweckten, nichts wissen.

Im politischen Klub und in den Volks-Versammlungen wurden fulminante Reden gegen den Landtag gehalten, Flugblätter gegen denselben erschienen in Masse. Aus den Provinzen kamen Petitionen, Deputationen und Adressen, welche in energischen Worten die Zusammenberufung einer National-Versammlung ohne vorherigen Zusammentritt des Vereinigten Landtages forderten.

War die demokratische Partei thätig, so zeigten sich in dieser hochwichtigen Frage die constitutionelle und conservative Partei, welche jetzt Hand in Hand gingen, nicht weniger rührig. Auch sie wirkten in Versammlungen, in Flugblättern und Zeitungen, und ihnen schloß sich das unpolitische Bürgerthum freudig an.

Magistrat und Stadtverordnete von Berlin erklärten sich für die Berufung des Landtages, in den Wachstuben der Bürgerwehr kursirten darauf bezügliche Adressen, welche zahlreiche Unterschriften fanden. Auch aus den Provinzen kamen gleiche Meinungsäußerungen und es ließ sich bald nicht mehr zweifeln, daß die Gegner des Landtags in

einer verschwindenden Minorität waren. Sie verloren dadurch den Muth nicht.

Eine Deputation aus Köln, welche beim Könige den sofortigen Erlaß eines provisorischen Wahlgesetzes zu beantragen den Auftrag hatte, rief die Bürgerschaft Berlins zu einer Versammlung im Mielentz'schen Saale auf. Es gab in dieser Versammlung, welche am 28. März stattfand, gar heftige Debatten, und zum Theil recht revolutionäre Vorschläge. Herr W. Jordan, der bald zahm genug werden sollte, ging so weit, den Vorschlag zu machen, es sollten sofort Deputationen aus allen Provinzen zusammenberufen werden, ihnen müsse der Auftrag, als provisorische National-Versammlung zu tagen, ertheilt werden. Ein Comité zu diesem Zwecke wurde gebildet, aber einen praktischen Erfolg hatte dieser Vorschlag Jordan's nicht, obgleich er von der Versammlung angenommen worden war. Ebenso wenig konnte die rheinische Deputation beim Könige und dem Ministerium zum Ziele gelangen.

Das Ministerium stützte sich mit Recht auf den im ganzen Lande mit großer Majorität kundgegebenen Wunsch des Volkes und wies alle Petitionen gegen den Landtag zurück.

Man besorgte in Berlin, der politische Klub werde, um seinen Willen durchzusetzen, die Arbeiter aufwiegeln und vielleicht versuchen, eine neue Revolution zu machen.

Den Teufel suchte man durch den Teufel zu vertreiben. Ein Herr Liedtke, seines Standes Buchhalter bei der General-Staatskasse, warb am 1. April eine Bande wüsten Gesindels, um den politischen Klub, der seine Versammlungen am Abende im Mehlhause hatte, auseinanderzusprengen. Jeder Mann erhielt für die Arbeit des Abends und für die Bewaffnung mit einem dicken Knüttel 10 Sgr. Auf dem Armen-Kirchhof in der Linienstraße sammelte Herr Liedtke seine Getreuen, ein paar Hundert Mann, und zog mit ihnen nach dem Mehlhause. Auch eine Bürgerwehr-Abtheilung marschirte hinterdrein, um, wie später behauptet worden ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Aus dem Angriff gegen den politischen Klub wurde indessen an jenem Abend nichts, die Sitzung war schon beendet, als das gekaufte Gesindel beim Mehlhause ankam.

Die große Majorität der Nation hatte sich so entschieden für die Zusammenberufung des Landtages ausgesprochen, daß der Sieg, welchen hierdurch das Ministerium über die Revolution feierte, nicht zweifelhaft sein konnte. —

Graf Arnim, der Minister-Präsident, hatte daher wohl Anspruch auf die höchste Dankbarkeit der konservativen Partei, die ihn später vielfach verketzert hat.

Graf Arnim hat ein merkwürdiges Schicksal gehabt. Wie er früher sein Amt verloren hatte, als er ganz im Geiste des Herrschers die freisinnigen badischen Deputirten von Itzstein und Hecker aus Berlin wies, so verlor er es jetzt und mußte es auf einen Mann der konstitutionellen Partei übertragen, nachdem er dieser den größten Dienst geleistet hatte.

Das Revolutions-Ministerium war aus so heterogenen Elementen zusammengesetzt, daß es einen langen Bestand nicht haben konnte. Neben dem Grafen von Arnim und dem Kriegs-Minister von Rohr, den beiden Anhängern des Absolutismus, standen die Minister von Auerswald, Graf Schwerin, Heinrich von Arnim und Bornemann; auch die zwei andern Koryphäen der früheren Landtags-Opposition, Hansemann und Camphausen, waren aufgefordert worden, in's Ministerium zu treten, aber sie hatten sich geweigert, dem Rufe zu folgen, weil sie nicht glaubten, mit dem Grafen Arnim zusammen regieren zu können.

Das Ministerium hatte kaum den Schrecken der ersten Revolutionstage überwunden, als sich in ihm der innere Zwiespalt schon scharf und schneidig zeigte. Die polnische Frage und die äußere Politik, besonders das Verhalten gegen Dänemark in Bezug auf Schleswig-Holstein gaben hierzu die nächste Veranlassung.

Wir können, da wir uns der übergroßen Fülle des Stoffes willen mehr als je früher von der allgemeinen politischen Geschichte fern halten müssen, auf diese Fragen hier nicht näher eingehen.

Nach manchen Mißhelligkeiten zwischen den Ministern kam es am 29. März dahin, daß im Ministerrath Graf Arnim und der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Heinrich von Arnim erklärten, sie könnten nicht länger in demselben Ministerium zusammen wirken. Da die freisinnigen Minister auf der Seite des Herrn Heinrich von Arnim standen, reichte der Graf beim Könige seine Entlassung ein und erhielt sie; seinem Beispiele folgte auch der Kriegs-Minister von Rohr.

An die Stelle des Grafen Arnim trat Herr Camphausen, und Herr Hansemann nahm jetzt den Ruf in das Finanz-Ministerium an. Der General-Lieutenant von Reyher erhielt interimistisch die Leitung des Kriegs-Ministeriums.

Alle die neuen Minister mit Ausnahme des Herrn von Reyher gehörten der früheren Landtagsopposition und dem Liberalismus an, das Ministerium vereinte die berühmtesten Namen derselben: Camphausen, Hansemann, Graf Schwerin und Auerswald. Jetzt sollten diese Minister zeigen, ob sie, wie sie zu reden verstanden hatten, auch handeln könnten. Der Beginn ihres Regiments war eine hochtönende, aber inhaltsleere Phrase. Sie veröffentlichten folgende Bekanntmachung:

„Ew. Königliche Majestät haben durch die Proklamation vom 21. März dem Volke den Willen zu erkennen gegeben, eine wahre konstitutionelle Verfassung mit Verantwortlichkeit der Minister einzuführen, und damit ausgesprochen, daß, wie Ew. Majestät seit dem Antritte Allerhöchst ihrer Regierung, lediglich von dem Wunsche

geleitet waren, das Wohl des Volkes zu begründen und zu erhöhen, wie dazu die allmälige Entwickelung der ständischen Verfassung zu freieren Staatsformen, als der richtige Weg von Ew. Majestät erkannt wurde, auch nunmehr derselbe Wunsch Ew. Majestät beseele, hingegen die Ueberzeugung gewonnen sei, daß zu dessen Erfüllung der bisherige Weg verlassen, und an die Umgestaltung der Verfassung mit Muth und Kraft die Hand angelegt werden müsse.

Ew. Königlichen Majestät, fest entschlossen, mit der dem ganzen Volke bekannten Treue und Standhaftigkeit der gewonnenen Ueberzeugung entsprechend zu handeln, haben uns mit der Vorbereitung der nothwendigen Maßregeln beauftragt, und wir glauben den Absichten Ew. Majestät zu begegnen, indem wir uns sofort für alle unsere Maßnahmen der künftigen Volksvertretung verantwortlich und den dieserhalb zu erlassenden Gesetzen unterworfen erklären. Wir sehen es als unsere erste Pflicht an, die Folgen des Rathes, den wir ertheilen werden, allein auf unsere Häupter zu laden, damit Ew. Majestät über das wogende Treiben des Augenblicks erhaben, in unantastbarer Ruhe die Entschließungen fassen können.

Unverweilt werden wir die Ehre haben, Ew. Majestät die zunächst erforderlichen Vorschläge rücksichtlich der Landesverfassung vorzulegen, und wenn inzwischen weiterhin, wie seither im reichen Maße geschehen, unmittelbare, die Verfassung betreffende Anträge schriftlich oder mit der Bitte um persönliches Gehör eingehen, so stellen wir Ew. Königlichen Majestät gehorsamst anheim, für jetzt uns zu ermächtigen, die Ansuchenden mit Vorbescheid zu versehen, damit auf uns diejenigen Gefühle sich richten, welche entstehen können, wenn den Anträgen nicht, oder nicht unmittelbar willfahrt werden kann.

Berlin, den 31. März 1848.

(gez.) Camphausen. Graf von Schwerin.
von Auerswald. Bornemann. Hansemann.
von Reyher.

An Se. Majestät den König."

Der König hatte hierauf geantwortet:

„Einverstanden mit den in dem Berichte vom heutigen Tage ausgesprochenen Ansichten und Vorschlägen werde Ich von jetzt an die in Verfassungs-Angelegenheiten an Mich gelangenden Anträge an das Staats-Ministerium verweisen und ermächtige dasselbe, die Bittsteller auf solche Anträge mit Bescheid zu versehen.

Potsdam, den 31. März 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

An das Staats-Ministerium."

Der Jubel der konstitutionellen Partei war groß, als bekannt wurde, daß das neue Ministerium durch die Uebernahme der Verantwortlichkeit den ersten Schritt auf der Bahn des Konstitutionalismus gethan habe. Hatte es ihn aber auch wirklich gethan? Hatte diese Schein-Verantwortlichkeit denn irgend eine Bedeutung, so lange es noch kein Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz gab? Es war ein schönes Wort von gutem Klang, aber ohne einen Inhalt, ein Wort so ohnmächtig wie das Ministerium selbst, welches wohl äußerlich die Regierung führte, hinter welcher aber die eigentlichen Leiter des preußischen Staats mit schnell wiedergewonnener Macht standen. Die Männer der Landtags-Opposition mochten proklamiren und scheinregieren so lange noch die gährende Volksmasse der Beruhigung bedurfte, ihr Ansehen diente zum Schild für eine Partei, die hinter ihnen schon mächtig wirkte und nur der Zeit bedurfte, um das Königthum zum alten Glanz zu erheben. Graf Arnim hatte seine Mission erfüllt, er war jetzt entbehrlich geworden.

Zehntes Kapitel.

Vorversammlung der Landtags-Abgeordneten. — Eröffnung des zweiten Vereinigten Landtags. — Camphausen's Eröffnungsrede. — Die Königliche Proposition. — Die Adreß-Debatte. — Graf Arnim's Bekenntnisse. — Die zweite Sitzung. — Die demokratische Partei und der Landtag. — Die dritte Sitzung — Herr von Thadden-Trieglaff über das Wahlgesetz. — Die Wahl zum deutschen Parlament durch den Landtag. — Proteste der politischen Klubs, der Zeitungen und der städtischen Behörden Berlin's. — Die Schluß-Sitzung.

In den letzten Tagen des März kamen die Landtags-Abgeordneten in Berlin an, um sich vor dem Zusammentritt in Privat-Versammlungen für ihre gesetzgeberische Thätigkeit vorzubereiten. Die meisten derjenigen, welche am 31. März und 1. April sich im Hôtel de Russie zur Vorberathung vereinten, gehörten der liberalen Partei an. Ihre Führer saßen im Ministerium, der bedeutendste derselben war Minister-Präsident. Die Liberalen glaubten daher nichts Besseres thun zu können, als unbedingte Fügsamkeit gegen das Ministerium zu beschließen. Zwar war das Wahlgesetz für die künftige Volksvertretung, welches die Hauptvorlage für den Landtag bilden sollte, noch nicht bekannt, trotzdem aber einigte man sich darüber, daß es angenommen werden müsse, da man in keinem Falle dem Ministerium Opposition machen dürfe. Unsere späteren National-Liberalen hätten nicht loyaler sein können, als die damaligen Landtags-Mitglieder. Auch bereitete man eine Adresse an den König vor, welche ganz nach dem Sinne der Minister sein würde, so waren die Abgeordneten überzeugt.

Am Vormittage des 2. April hatte sich die Berliner Bürgerwehr besonders zahlreich im Königlichen Schlosse versammelt. Man fürchtete wieder einmal einen Volksaufstand, an den aber dachten eben nur die übervorsichtigen Bürgerwehrmänner, das Volk selbst wußte gar nichts von hochverrätherischen Plänen. Es ließ den Landtag zu-

sammen kommen, da es doch nichts mehr ändern konnte; es hoffte und fürchtete nichts von den Vertretern der bevorrechtigten Stände, welche dort oben im weißen Saale des königlichen Schlosses tagen sollten.

Die Arbeiter hatten etwas Besseres zu thun, sie kümmerten sich wenig um die Fürsten, Grafen und Herren dort oben. Auf dem Schloßplatz waren zur Zeit der Landtagseröffnung fast noch weniger Menschen versammelt als im Linden-Klub, der Mittags an Kranzler's Ecke tagte.

Die Hohe Versammlung hatte sich pünktlich um 12 Uhr Mittags am 2. April im weißen Saale eingefunden. Sie bot ein wesentlich anderes Bild dar, als jene glänzende Versammlung, die vor einem Jahre hier zum ersten Male zusammen gekommen war.

Wo waren die prächtigen Uniformen geblieben, in denen damals die Würdenträger des Staates, die zahlreichen Offiziere geglänzt hatten? Heut sah man fast nur schwarze einfache bürgerliche Röcke, der Kriegs-Minister und der Fürst Radziwill allein erschienen in Uniformen.

Der Thron war mit einer Decke verhüllt, da der König die Versammlung nicht persönlich eröffnen wollte, die rechts neben dem Thron für die Prinzen des Königlichen Hauses bestimmten Sessel blieben leer. Die Prinzen fehlten, dagegen waren andere Gäste erschienen, denen man im Jahre 1847 den Weißen Saal sorgfältig verschlossen hatte, die Berichterstatter der Zeitungen und andere Zuhörer, so viele, wie der beschränkte Raum es gestattete.

¼ nach 12 Uhr eröffnete der zum Landtags-Kommissarius ernannte Minister-Präsident Camphausen die Versammlung. Statt der tief ergreifenden schwungvollen Worte, mit denen dereinst Friedrich Wilhelm IV. seine getreuen Stände begrüßt hatte, hörte man jetzt die trockene, fast inhaltslose Rede des bürgerlichen Ministerpräsidenten.

Es hatte eben Alles sich geändert, am meisten die Versammlung selbst, obgleich sie doch fast aus denselben Personen bestand, wie die des Jahres 1847!

Unmittelbar nach dem Schlusse seiner Eröffnungsrede verlas der Minister-Präsident die Königlichen Propositionen. Die eine bot den Königlichen Gruß den zum zweiten Vereinigten Landtage versammelten Ständen. Der König erklärte, daß, um die dem Volke auf der breitesten Grundlage verheißene konstitutionelle Verfassung in's Leben zu rufen, die Vereinbarung ihres Inhalts mit einer Versammlung frei gewählter Volksvertreter erforderlich sei. Er empfahl dem Landtage die Berathung eines vorläufigen Wahlgesetzes zu dieser Versammlung. Der Entwurf zum Wahlgesetz bestimmte, daß jeder 24jährige, im Vollbesitz der bürgerlichen Rechte befindliche Preuße in der Gemeinde, in der er seit Jahresfrist wohne, stimmberechtigter Urwähler sein solle, insofern er nicht entweder in einem dienenden Verhältniß Lohn und Kost beziehe oder Armenunterstützung empfange. Auf 500 Seelen sollte von den Urwählern Ein Wahlmann durch Stimmzettel gewählt werden. Die Wahlmänner hatten Abgeordnete zu wählen, die Wählbarkeit war an das 30. Lebenjahr gebunden. Auch die Wahl der Abgeordneten sollte durch Stimmzettel erfolgen. Ein zweites Propositions-Dekret enthielt den Entwurf für einige Grundlagen der künftigen Preußischen Verfassung, die Erweiterung der durch das Gesetz vom 17. März verliehenen Preßfreiheit durch den Fortfall der Kautionen für neue Zeitungen, das Versprechen, daß künftig alle Staatsverbrechen durch die ordentlichen Gerichte untersucht werden sollten, Sicherung der Unabhängigkeit des Richterstandes, die Berechtigung für alle Preußen, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ohne vorher eine polizeiliche Erlaubniß nachzusuchen, die Unabhängigkeit der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte von dem religiösen Glaubensbekenntniß, das Versprechen, daß den künftigen Vertretern des Volks jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen sowie zur Festsetzung des Staatshaushaltsetats und das Steuer-Bewilligungsrecht zustehen solle.

Nach der Verlesung der Propositionen erklärte der Minister-Präsident den Landtag für eröffnet.

Die Versammlung begann sofort ihre Thätigkeit mit der Berathung eines von dem Fürsten Lychnowski gestellten Antrages auf eine Adresse an den König. Schon diese erste Debatte zeigte den Geist, von welchem die Versammlung durchdrungen war, zeigte den wunderbaren Einfluß, welchen die Revolution auf die Vertreter der alten Stände gehabt hatte. Freisinnig waren sie jetzt alle geworden, alle die hohen Beamten, die Junker und vornehmen Herren, sogar Herr von Meding, der Ober-Präsident und märkische Deputirte, der eine von Freisinn überfließende Rede hielt.

Nur zwei Abgeordnete traten männlich dem allgemeinen Schwindel, dem sich die andern alle beugten, entgegen. Herr von Thadden-Trieglaff und Herr von Bismarck-Schönhausen, der Eine der Veteran, der Andere der jugendliche Heißsporn des Junkerthums. Beiden gebührt die Anerkennung, daß sie mit Muth und Kraft sich jeder feigen Nachgiebigkeit gegen die Zeitströmung widersetzten, daß sie ihre Ueberzeugung so ruhig und furchtlos nach dem 18. März aussprachen, wie im Jahre 1847.

Was aber konnten zwei Männer gegen die allgemeine Strömung thun. Mit einer Schnelligkeit, welche kaum der später deutsche Reichstag aufgeboten haben würde, ging man in der Berathung und Beschlußfassung vorwärts.

Die Adresse wurde beschlossen, eine Deputation zum Entwurfe derselben ernannt und schon nach dreiviertel Stunden wurde der Versammlung ein von Beckerath verfaßter Adreß-Entwurf vorgelegt. Beiläufig gesagt war das Kunststück, welches die Deputation durch ihre schnelle Arbeit vollführte, so enorm groß nicht, denn Herr von Beckerath

hatte schon einen durch die Vorversammlung im Hôtel de Russie acceptirten Adreßentwurf fertig in der Tasche.

Der Entwurf wurde, nachdem sich auch der zurückgetretene Minister Graf Arnim für ihn ausgesprochen und zugleich seine Thätigkeit als Minister-Präsident zu rechtfertigen gesucht hatte, fast einstimmig angenommen. Die Versammlung von Grafen, Fürsten und Herren von Vertretern der alten Stände sprach durch diese Adresse ihre volle Zustimmung aus dazu, daß den künftigen Repräsentanten des Volkes Gesetzentwürfe vorgelegt werden sollten über:

Freiheit der Presse,
Sicherstellung der persönlichen Freiheit,
Freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht,
Unabhängigkeit des Richterstandes,
Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Dominialpolizeigewalt,
Oeffentliche und mündliche Rechtspflege, mit Schwurgerichten in Strafsachen, und insbesondere für alle politischen und Preßvergehen.
Gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiöse Glaubensbekenntnisse,
Allgemeine Bürgerwehr-Verfassung, mit freier Wahl der Führer,
Ein volksthümliches, auf Urwahlen gegründetes, alle Interessen des Volkes vertretendes Wahlgesetz,
Beschließende Mitwirkung der Volksvertretung in der gesammten Gesetzgebung und im Staatshaushalt mit einfacher Majorität,
Verantwortlichkeit der Minister,
Vereidung des Heeres auf die Verfassung.

Die zweite Sitzung des Landtages fand am 4. April statt. Man wollte gar keine Zeit verlieren, deshalb hatten die Abtheilungen am 3. April fleißig gearbeitet und konnten schon am 4. mit ihren Vorlagen vor die Versammlung treten.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung wurde dem Landtage eine neue Königliche Proposition von großer Wichtigkeit vorgelesen. Der König forderte seine getreuen Stände auf, zu einem deutschen Parlamente 113 Vertreter des preußischen Volkes zu wählen. Er stützte diese Aufforderung auf einen Beschluß der deutschen Bundes-Versammlung vom 30. März und gab anheim, ob außer den alten deutschen Ländern auch die Provinzen Preußen und Posen, erstere mit 23, letztere mit 12 Abgeordneten sich bei der deutschen Volksvertretung betheiligen wolle.

Eine zweite Königliche Proposition wurde im Laufe der Sitzung eingebracht, sie forderte vom Landtage die Zustimmung, daß unter Verantwortlichkeit des Ministeriums gegen die demnächst zusammenkommende Volksvertretung die zum äußern Schutze der Monarchie sowohl als zur Wiederherstellung des Kredits und zur Aufrechterhaltung der Industrie erforderlichen außerordentlichen Geldmittel, sei es mittelst neuer oder Erhöhung älterer Steuern erhoben oder durch rechtsgültig zu kontrahirende Anleihen beschafft werden dürften.

Beide Königlichen Vorschläge wurden den Abtheilungen zur Vorberathung überwiesen.

Das Plenum des Landtages beschäftigte sich inzwischen mit der Berathung des Königlichen Entwurfs für einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung. Es nahm die Vorlage mit wenigen Verbesserungen im liberalen Sinne an. Schon am 6. April konnte die Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung durch die Regierung als Gesetz verkündigt werden.

Während der Landtag fleißig arbeitete, um so schnell wie möglich die Königlichen Propositionen zu erledigen, war auch das Berliner Volk nicht unthätig. Nachdem der Landtag gegen den Willen der demokratischen Partei zusammen gekommen war, wollte diese doch versuchen, auf seine Berathungen Einfluß zu gewinnen. In der Volksversammlung unter den Zelten wie im politischen Klub wurden die Grundlagen der preußischen Verfassung sowohl als das Wahlgesetz eifrigst berathen, Proklamationen wurden beschlossen, in denen die Ansichten der demokratischen Partei zur Geltung gebracht werden sollten. Man forderte eine Ausdehnung des Vereinsrechts durch unbedingte Gestattung der Volksversammlungen unter freiem Himmel und eine demokratische Erweiterung des Wahlgesetzes, direkte Urwahlen, Herabsetzung der Altersgrenze auf 24 Jahr für die Wählbarkeit, Wahlfähigkeit der Dienstboten und Armen ꝛc. Der politische Klub kleidete seine Proklamation in die Form eines Protestes, den er auch dagegen erhob, daß der Landtag irgend etwas anderes als das Wahlgesetz berathe. Er schloß den Protest mit folgenden Worten:

Zum Schluß protestirt der Klub gegen jeden ferneren Beschluß des Landtags in Bezug auf die neue Verfassung oder gar zur Ermächtigung neuer Steuern oder neuer Anleihen. Mögen die Minister dies auf ihre Verantwortlichkeit selbst übernehmen, wenn sie sie für nothwendig halten.

Der Landtag kann nun und nimmermehr kompetent sein, sie ihrer Verantwortlichkeit zu entheben.

Der politische Klub.

Wie wenig der politische Klub auch bei der Bürgerschaft Berlins beliebt war, sein Protest gegen die Ermächtigung des Landtags zur Bewilligung neuer Steuern fand doch einigen Anklang. Es hatte allgemein und nicht angenehm überrascht, daß dem Landtag die beiden Propositionen in der Sitzung vom 4. April vorgelegt worden waren, denn Niemand hatte ja früher daran gedacht, daß der alten Ständeversammlung eine andere Befugniß als die der Berathung eines Wahlgesetzes zugestanden werden könne.

Der Landtag kümmerte sich um das, was draußen in Volksversammlungen und Klubs ver-

handelt wurde, wenig, er fuhr fort mit einer bewundernswerthen Geschwindigkeit in der Berathung und Beschlußnahme über die Königlichen Propositionen. In der Sitzung vom 5. April beschäftigte ihn zuerst das Gesetz über die Konstituirung der künftigen Volksvertretung und die Wahl derselben. Auf den Abtheilungs-Antrag hin beschloß er, die zu berufende Versammlung solle nicht nur die kommende Verfassung zu berathen haben, sondern mit allen Rechten der Steuerbewilligung begabt werden. Der Wortlaut des Beschlusses, der einstimmig angenommen wurde, lautete:

„Die Versammlung ist dazu berufen, die Staatsverfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen, und die seitherigen reichsständischen Befugnisse, namentlich in Bezug auf die Bewilligung von Steuern und Staatsanleihen interimistisch auszuüben."

Ueber das Wahlgesetz erhoben sich eingehende und interessante Debatten. Wir dürfen leider auf diese nicht näher eingehen, da der Raum es uns nicht gestattet, können uns aber nicht versagen, wenigstens eine Rede, die des Herrn von Thadden-Trieglaff ihrer originellen Anschauungen wegen unsern Lesern mittheilen. Sie lautete:

„Obschon ich glaube, daß die hohe Versammlung in großer Mehrzahl sich zu den Grundsätzen des neuen Wahlgesetzes bekennt, so finde ich mich doch veranlaßt, mich entschieden dagegen auszusprechen. Fürchten Sie auch heute nicht, daß ich viele Worte machen werde — ich werde mich so kurz als möglich fassen.

(Bravo!)

„Meine Herren, ich erlaube mir aber doch mit einigen wenigen Personalien anzufangen. Ich bin bekanntlich ein sogenannter Konservativer, weil geschrieben steht: „Wer da hat, dem wird gegeben," und als echter Preuße verstehe ich den alten Wahlspruch unseres Hauses: „Suum cuique" nicht blos: behalte, was Du hast, sondern nimm, was Du kriegen kannst, aber wohl verstanden: was Du mit gutem Gewissen bekommen kannst!

(Heiterkeit.)

„Meine Herren! ich verachte eine so träge konservative Gesinnung, die in großen historischen Momenten nur an sich denkt, die dann nicht zu großen Opfern bereit ist, und ich fordere die Männer meiner Provinz aus allen drei Ständen auf, über mich Gericht zu halten, wenn sie mich nicht bereit zu Allem finden, was die Ehre und das Wohl des Vaterlandes als unerläßlich von mir fordert. Aber gerade darum muß ich mich gegen das Wahlgesetz aussprechen, weil es das Grundprizip unserer Verfassung aufhebt und völlig umstößt. Ich protestire gegen jedes neue Wahlgesetz, welches das Prinzip der zwei Kurien und die Gliederung der drei Stände verläßt, obschon ich wahrlich keiner organischen Fortentwickelung unserer Verfassung verschlossen bin.

Verzeihen Sie, daß ich mich vielleicht jetzt zu kurz fasse, aber ich kann ein Grundprizip nicht anerkennen, nach welchem etwa auf 10,000 Pfund Menschenfleisch (inclusive Menschenknochen) ein Wähler kommt und vielleicht 40,000 Centner eben dergleichen einen Abgeordneten stellen.

(Heiterkeit und Tumult.)

„Absolut bin ich also gegen das ganze Wahlgesetz. — Relativ — und da hier die Extreme sich berühren müssen — werde ich aber den Modifikationen beistimmen, die der dienenden und arbeitenden Klasse zu ihrem Rechte verhelfen, und besonders auch dem beitreten, was unseren Armen das vollste Stimmrecht gewährt."

Alle Paragraphen des Wahlgesetzes wurden mit bewundernswerther Geschwindigkeit durchberathen. Nur wenige Redner durften sich ihrer Redelust überlassen, denn die hohe Versammlung wollte beschließen, ohne viele Worte zu machen. Die meisten Paragraphen wurden deshalb ganz nach dem Regierungs-Vorschlag oder doch mit höchst geringen Veränderungen angenommen, nur eine Erweiterung des Wahlgesetzes auf die dienenden Klassen fand, bewußt oder unbewußt, aus konservativen Rücksichten Annahme.

Schon am 8. April konnte das Wahlgesetz durch die Regierung veröffentlicht werden.

Mit der Annahme dieses Gesetzes war nach der im Volke ziemlich allgemein herrschenden Ansicht, die Thätigkeit des Landtages beendet. Auch einige Abgeordnete glaubten dies und protestirten in der Sitzung gegen jede weitere Berathung und Beschlußnahme; aber sie wurden mit ihren Protesten nicht gehört, der Landtags-Marschall erklärte, daß die Wahlen zum deutschen Parlamente am folgenden Tage stattfinden würden. Und sie fanden statt in den Versammlungen der Abgeordneten der einzelnen Provinzen, nur in der Provinz Posen hatte sich die Majorität gegen eine Wahl erklärt.

Ein Resultat hatte diese gehorsame Erfüllung eines Königlichen Befehls nicht, denn infolge der Beschlüsse des deutschen Vor-Parlaments, welches vom 31. März bis 4. April zu Frankfurt a. M. in der Paulskirche tagte, mußte sich die Bundes-Versammlung entschließen, für die Wahl der deutschen Volksvertreter Bestimmungen ergehen zu lassen, welche es unmöglich machten, daß die von den preußischen Ständen gewählten Männer ihr Mandat erfüllen konnten.

Die Wahl der Abgeordneten zum deutschen Parlamente hatte in Berlin eine tiefe Entrüstung gegen den Landtag erregt, welcher nicht nur die demokratische Partei, sondern selbst die ruhige Bürgerschaft Ausdruck gaben. Daß der politische Klub in energischen Worten gegen die Machtüberschreitung des Landtags, dagegen, daß die Mitglieder bevorrechtigter Stände sich anmaßten, für das Volk eine Vertretung wählen zu wollen, protestirte und in diesem Sinne eine Adresse an das Ministerium erließ, daß ähnliche Schritte in den Volks-Versammlungen, welche in Tivoli und unter den Zelten stattfanden, beschlossen wurden, ist

fast selbstverständlich. Bedeutsamer aber war es, daß die Vossische Zeitung ebensowohl wie die Zeitungs-Halle gegen die Wahl durch den Landtag protestirten und daß auch die Stadtverordneten-Versammlung auf den Antrag des Dr. Nauwerk am 5. April beschloß, bei dem Ministerium gegen das Königliche Propositions-Dekret über die Wahl von 113 preußischen Abgeordneten zur deutschen National-Repräsentation durch den Vereinigten Landtag Protest einzulegen, indem die Versammlung nur solche Abgeordnete als wahre Vertreter des preußischen Volkes anerkenne, welche aus Urwahlen hervorgegangen seien. Der Magistrat weigerte sich zwar Anfangs, sich diesem Proteste anzuschließen, aber er trat ihm endlich auch bei.

Am 10. April fand die 4. und letzte Sitzung des Landtages statt. Gleich nach Eröffnung erklärte der Landtags-Kommissarius im Auftrage des Königs, daß die deutsche Bundes-Versammlung den Beschluß vom 30. März aufgehoben und dagegen in der Sitzung vom 7. April beschlossen habe, es solle für die deutsche National-Repräsentation auf je 50,000 Seelen Ein Abgeordneter ohne Beschränkung in Bezug auf Census, Stand oder religiöses Bekenntniß gewählt werden. Hierdurch habe Se. Majestät sich bewogen gefühlt, auf die Abordnung der von dem Vereinigten Landtage Gewählten zu verzichten in der vertrauensvollen Erwartung, daß die getreuen Stände die Nothwendigkeit dieses Entschlusses nicht verkennen würden.

Der Vorschlag der Regierung, die Wahlen zurückzunehmen, erhielt im Landtag eine große Majorität. So wurde denn ohne Weiteres ein folgewichtiger Beschluß kassirt, der wenige Tage vorher trotz des Protestes mancher Mitglieder mit so bedeutender Stimmenmehrheit gefaßt worden war. Der Landtag, der durch manche freisinnigen Beschlüsse begonnen hatte, sich einen guten Namen beim Volke zu machen, verlor ihn infolge seiner Inkonsequenz wieder, die Regierung hatte eine kostbare Gelegenheit vorübergehen lassen, sich freisinniger als der deutsche Bundestag zu zeigen, sie mußte abermals den Beschlüssen desselben nachhinken.

Die Versammlung schritt demnächst zur Berathung der Königlichen Proposition über die Bewilligung der Geldmittel zum Schutze der Monarchie und zur Wiederherstellung des Kredits. In der Debatte, welche sich erhob, hielt der Freiherr von Vincke eine glänzende Rede für das Ministerium, welche einen um so tieferen Eindruck machte, als Vincke sich vorher in der Abtheilung gegen die Bewilligung eines Kredites ausgesprochen hatte. Er schloß mit folgenden Worten:

Diese Männer sind auch auf Dornen, nicht auf Rosen gebettet, erhöhen wir nicht die Schwierigkeiten ihrer Stellung, schenken wir ihnen Anerkennung und Vertrauen! Ein jedes Mißtrauensvotum würde ich als einen Verrath des Vaterlandes erkennen. Ich stimme für das Ministerium!

Herr von Vincke hatte geendet, kaum waren die letzten Worte: „Ich stimme für das Ministerium!" verhallt, da erschallte ein so stürmischer, so anhaltender, so enthusiastischer Beifall, wie ihn der weiße Saal während der Landtagssitzungen noch nicht erlebt hatte. Erst nach einigen Minuten trat eine kurze Pause ein, dann aber begann der Beifallssturm, der nicht enden zu wollen schien, auf's Neue. Die Aufregung war so groß, daß die Debatte erst nach etwa einer Viertelstunde wieder aufgenommen werden konnte, auch konnten überhaupt, da der Ruf nach Abstimmung sich jetzt sehr stürmisch erhob, die vielen noch eingeschriebenen Redner über die vorliegende Frage nicht mehr sprechen, und der Marschall stellte daher nach kurzen Bemerkungen der Herren Milde und Knoblauch die Frage folgendermaßen:

Beschließt die Versammlung die Regierung zu ermächtigen,

1) auf außerordentlichem Wege zum äußern und innern Schutz der Monarchie eine Summe von 15 Millionen Thalern zu beschaffen?
2) zur Herstellung des Kredits im Innern und zur Erhaltung von Handel, Gewerbe und Landwirthschaft Garantieen bis zum Gesammtbetrage von 25 Millionen Thaler unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß möglichst gestrebt werde, Verluste für den Staat, welche diese Garantieen zur Folge haben könnten, zu verhüten.

Fast mit Einstimmigkeit wurde die Frage bejaht.

Der Landtag hatte seine Schuldigkeit gethan, der Landtag konnte gehen. Zwar wollten noch einige Abgeordnete Bemerkungen machen, so auch Herr von Thadden-Trieglaff, der eine Frage an die verantwortlichen Minister zu richten beabsichtigte; dies aber litt die gut gesinnte Majorität nicht. Die unwillkommenen Redner wurden niedergelärmt, man ließ sie nicht zu Worte kommen. Gegen 1½ Uhr Mittags wurde die Sitzung und mit ihr der zweite und letzte Vereinigte Landtag geschlossen.

Elftes Kapitel.

Die soziale Frage. — Bemühungen der städtischen Behörden. — Der Judenkrawall. — Bedenkliche Stimmung der Arbeiter. — Arbeiter-Versammlungen. — Der junge Schlöffel. — Die Brod-Unruhen. — Polizeigeist der Bürgerwehr. — Wahl des General Aschoff zum Kommandeur der Bürgerwehr. — Systematisches zu Grabe tragen der Bürgerwehr. — Berliner Freiwillige für Schleswig-Holstein. — Direkte oder indirekte Wahlen?

Die Landtagsverhandlungen hatten wohl für die geschulten Politiker ein Interesse, die große Masse des Volkes aber kümmerte sich wenig um das, was im weißen Saale berathen und be-

schlossen wurde. Ihr erschien eine Debatte und ein Beschluß der Volks-Versammlung unter den Zelten oder im politischen Klub wichtiger, als alle Reden der vornehmen Herren dort oben.

Die Arbeiter betheiligten sich mehr und mehr bei den Volks-Versammlungen und Klubs, sie hatten hierzu auch alle Veranlassung, denn täglich wurde die Arbeiterfrage verhandelt sowohl in der Volks-Versammlung unter den Zelten als bei der einsamen Pappel, im politischen Klub und in der Sitzung der Stadtverordneten, in den Arbeiter-Versammlungen und im Magistrat. Sogar der konstitutionelle Klub, der doch sehr vornehm war, und nicht gern zu den tieferen Schichten des Volkes herabstieg, konnte nicht umhin, hier und da auch die soziale Frage fruchtlos zu diskutiren. Im Allgemeinen hielt er sich zwar fern von derselben, er arbeitete mehr im Gebiet der höheren Politik, wenn es aber darauf ankam, die Arbeiter für eine bestimmte Ansicht zu gewinnen, oder gegen eine andere, dann schickte er wohl auch seine besten Redner aus, um mit jenen zu unterhandeln.

Die städtischen Behörden hatten vor Allem das Streben, den Berliner Arbeitern Unterhalt durch Gewährung von Arbeit zu verschaffen, damit sie nicht auf revolutionäre Gedanken kommen möchten, zugleich suchten sie die fremden Elemente, vor denen ihnen am meisten bange war, aus der Stadt los zu werden.

Der Magistrat that im Einvernehmen mit der Stadtverordneten-Versammlung, wie er dieser unterm 8. April berichtete, die geeigneten Schritte beim Polizei-Präsidium, damit alle Arbeitslosen, nicht in Berlin Ortsangehörigen, ausgewiesen würden. Er beschäftigte so viele Arbeiter wie möglich, bis 1300 Mann bei den städtischen Arbeiten, und erhöhte ihren Lohn, um sie bei guter Laune zu erhalten, von $12\frac{1}{2}$ Sgr. auf 15 Sgr. täglich. Auch andere Vergünstigungen in Bezug auf Arbeitszeit, auf die Wahl ihrer Aufseher durch die Arbeiter selbst, auf Vergütigung der Zeit, welche Einige von ihnen bei der Bürgerwehr beschäftigt waren &c., wurden von den städtischen Behörden beschlossen, genügten aber keineswegs, um die große Menge der Arbeiter zufrieden zu stellen. Es war ganz unmöglich, Allen Arbeit zu schaffen, und ebenso unmöglich, denen die solche bei Privatarbeitgebern hatten, ihre Forderungen auf Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, Schutz gegen Concurrenz von Frauen &c. zu erfüllen.

Alle politischen Parteien kokettirten in jener Zeit mit den Arbeitern, die Reaktion zog vorzugsweise das wüste und bestechliche Gesindel an sich, um es, wie Herr Liedke schon gethan hatte, durch Geldspenden zum Angriff auf den politischen Klub und etwa gefährliche Volks-Versammlungen seiner Zeit verwenden zu können. Fein gekleidete Herren erschienen auf den Arbeitsstätten bei den Erdarbeitern und machten sich beliebt durch Geldgeschenke oder indem sie Bier und Schnaps vertheilen ließen. Sie erzählten viel von den Juden, deren Wucher an aller Noth Schuld sei und auf welche sie den Haß der Arbeiter zu lenken suchten. Es gelang ihnen hierdurch in der That in den ersten Tagen des April, unruhige Auftritte zu erzeugen, welche unter der Bürgerschaft große Besorgniß erregten.

Ein von einigen arbeitslosen Schneidergesellen geführter Schwarm von Gesindel zog durch die Straßen und erhob ein Geschrei gegen die Kleiderjuden, die angstvoll ihre Läden schlossen. Es blieb indessen bei dieser Demonstration, die freilich traurig genug war, denn sie diente dazu, die Bürgerschaft zu ängstigen und ihr Furcht vor weiteren Fortschritten der Revolution, welche die volle Anarchie im Gefolge habe, zu machen.

Bedenklich erschien die Stimmung der Arbeiter allerdings. Bei den städtischen Erdarbeiten in den Rehbergen und an andern Orten waren große Massen von Arbeitern auf einer Stelle vereinigt, in jedem Augenblick konnten sie sich sammeln und nach der Stadt ziehen. Je weniger auf diesen Arbeitsplätzen gearbeitet wurde, jemehr wurde politisch gekannegießert. Von allen Seiten hörten die Arbeiter, sie seien der eigentliche Kern des Volks, ihr natürliches Menschenrecht werde mit Füßen getreten, der Staat habe die Verpflichtung, für sie zu sorgen, er erfülle diese nicht, sie seien die Heroen der Revolution und ihnen gebühre der Dank für die errungene Freiheit. Alle Parteien bemühten sich, ihnen zu schmeicheln, um die Gunst der schwieligen Fäuste zu erhalten.

War es wohl ein Wunder, wenn die Arbeiter nur zu geneigt waren, mit solchen Schmeicheleien ihre thatsächliche Lage zu vergleichen und sie für unerträglich zu halten? Die Erdarbeiter meinten, der Lumpenlohn, der kaum genüge, ihr Leben zu fristen, dürfe wenigstens nicht durch zu harte Arbeit verdient werden, jemehr sie arbeiteten, desto früher würde das Werk fertig und höre auf; deshalb war Faulenzen ihr höchstes Gebot. Sie litten es nicht, daß Akkordarbeiten gemacht wurden, denn durch diese wurde zu viel gefördert, deshalb erzwangen sie durch Gewalt, daß nur nach Tagelohn gearbeitet werde.

Die Fabrikarbeiter und Handwerksgesellen suchten sich ebenfalls gewaltsam höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu ertrotzen; auch unter ihnen gab es Zusammenrottungen, durch welche z. B. die Kattunfabrikanten in der Köpnickerstraße sich ernstlich bedroht sahen. Der mildeste Schritt war die Niederlegung der Arbeit, und obgleich die Fabrikanten und Meister es oft gern gesehen hätten, wenn sie nur nicht gezwungen worden wären, weiter arbeiten zu lassen, mußten sie doch meistens den Forderungen ihrer Arbeiter und Gesellen nachgeben, denn sie fürchteten nichts mehr, als das die Arbeitslosen, zur Verzweiflung getrieben, sich der Revolutionspartei anschlössen.

Arbeiter-Versammlungen fanden fast täglich statt, in ihnen wurden die unfruchtbarsten Vor-

schläge für die Hebung des Arbeiterstandes, für die Lösung der socialen Frage gemacht. Der politische Klub berief eine große Volks-Versammlung zur Besprechung der Arbeiter-Interessen, und auch die Herren Urban und Eckert blieben nicht zurück, sie sammelten ihre Getreuen am 8. April auf dem Exercierplatz bei der einsamen Pappel vor dem Schönhauserthor. Zu ihrem Schmerz aber mußten sie erkennen, daß die Zahl ihrer Anhänger durch ihre Thätigkeit für die Zurückführung des Militärs nach Berlin sehr zusammengeschmolzen war. Statt der Freunde fanden sie Gegner, Eckert wurde als Präsident von der Versammlung abgesetzt, er verschwand fortan aus dem öffentlichen Leben, dagegen aber empfahl er sich dem Publikum durch die Zeitungen als Schneidermeister und Fleckenreiniger.

Die Herren Urban, Eckert und Genossen, welche die Führerschaft der Arbeiter eine kurze Zeit usurpirt hatten, um im Interesse der Regierung zu operiren, hatten alle Macht verloren, dafür aber gewann ein neuer Führer, der schnell das vollständigste und unbedingte Vertrauen der Arbeiter sich erwarb, ein junger Student Namens Schlöffel, einen desto bedeutenderen Einfluß.

Schlöffel war der Sohn jenes schlesischen Gutsbesitzers, der in der vormärzlichen Zeit als ein Freund der Arbeiter von der preußischen Polizei viel zu leiden gehabt hatte. Schon als Knabe war Schlöffel durch seinen Vater für den Kampf gegen den Absolutismus gewonnen worden. Als ein feuriger enthusiastischer Jüngling trat er jetzt im Jahre 1848 in die Bewegung ein, mit dem redlichen Willen, den Arbeitern zu helfen. Begabt mit hohen Talenten war er befähigt, in einer wilden revolutionären Bewegung eine Rolle zu spielen. Kühner als irgend ein anderer der demokratischen Wortführer, forderte Schlöffel bei jeder Gelegenheit, ohne irgend eine Rücksicht zu nehmen, die weitere Durchführung der Revolution, indem er offen aussprach, daß dieselbe nur durch Gewalt zu erzielen sei. Er verhehlte nie, daß er Republikaner und daß die Republik das Ziel seines Strebens sei, daß er das Königthum hasse.

Seine Offenheit, sein feuriges Wort, seine Zutrauen erweckende Ehrlichkeit machten den jungen Enthusiasten den Arbeitern lieb. Daß Schlöffel ein ganz unerfahrener Jüngling war, daß ihm jedes Verständniß für die Grundgesetze der Volkswirthschaft fehlte, daß seine Vorschläge ebenso unausführbar wie geeignet waren, die Bürgerschaft von der revolutionären Bewegung zurückzuschrecken, kümmerte die Arbeiter wenig; sie liebten den jungen Mann und vertrauten ihm, der in dem von ihm redigirten kleinen Blatt „der Volksfreund" mit ganzer Seele für ihr vermeintliches Interesse eintrat, und der sich mit Stolz der Vertreter der Tagelöhner nannte.

Schlöffel war die Seele der Arbeiter-Bewegung, welche in jenen Tagen immer weitere Umrisse gewann; er suchte eine Vereinigung der Arbeiter zu einem großen Verein anzubahnen, zu diesem Zwecke benutzte er die täglich stattfindenden Versammlungen. Er stellte den Arbeitern vor, daß sie eine Macht nur vereinigt gewinnen, dann aber durch ihre Menge den Bürgern imponiren und ihre Forderungen durchsetzen könnten, namentlich eine, welche in den letzten Tagen in allen Versammlungen zur Sprache gebracht worden war, die, daß der Magistrat angehalten werde, den Bäckern die Lieferung größern Brodes anzubefehlen. Ein 5 Silbergroschen Brod müsse mindestens 9 bis 10 Pfund wiegen! —

Schon in der Sitzung vom 15. April war es bei den Stadtverordneten zur Sprache gekommen, daß seit einiger Zeit in den Bäckerläden Männer erschienen wären, um die vorräthigen Brode zu untersuchen; wo sie dieselben zu klein fanden, da drohten sie nach einigen Tagen wieder zu kommen, die Bäcker möchten das Brod größer backen, sonst sollten sie ohne weiteres aufgehängt werden.

Man hatte infolge dessen in der Stadtverordneten-Versammlung sich gemüßigt gesehen, in Berathung über die Brodtaxe einzutreten und den Magistrat sowie das Polizei-Präsidium um ein Gutachten in dieser Angelegenheit anzugehen. Ehe indessen von den Behörden etwas geschehen konnte, nahmen die Arbeiter die Sache selbst in ihrer Weise in die Hand. Am 17. April sammelten sich plötzlich auf den Straßen ganze Schaaren von Arbeitern, denen Frauen und Kinder folgten; vorzugsweise war dies unter den Linden und in den benachbarten Straßen der Fall. Ein Arbeiter, der eine Wage trug, ging voran, von Bäckerladen zu Bäckerladen. Ueberall wurde das Brod gewogen, wo es ein zu geringes Gewicht hatte, wurde eins genommen und mit einem Nagel an der Ladenthür befestigt. Der untersuchende Arbeiter schrieb das Gewicht darunter und gewöhnlich noch irgend einen Vers dazu: „Das kleine Brod muß größer sein, muß größer sein!" oder etwas anderes derartiges. Bei manchem Bäcker, welcher große Brode gebacken hatte, wurde eine lobende Bemerkung an die Ladenthür geschrieben und die versammelte Volksmenge brachte dem Bäcker ein Lebehoch aus.

Im Ganzen benahmen sich die Arbeiter höflich genug, nur wo sie die Brode zu klein fanden, drohten sie dem Ladenbesitzer mit der künftigen Rache des Volkes.

So unbedeutend an und für sich die Bäckerunruhen waren, welche sich auch am folgenden Tage wiederholten, so wenig gefährlich auch bei dem eigenthümlichen Geist der Berliner Arbeiter ihre Versammlungen und die Festzüge mit den Fahnen, welche sie durch die Straßen hielten, wenn es ihnen gelungen war, einen höheren Lohn zu erzielen, erscheinen mochten, sie trugen doch dazu bei, die Bürgerschaft besorgt zu machen.

Die guten Bürger Berlins glaubten sich auf eine neue Revolution vorbereiten zu müssen, und da sie jetzt als Bürgerwehr die Waffen in der Hand hatten, waren sie entschlossen, von diesen

kräftig Gebrauch zu machen zum Schutze ihres Lebens und Eigenthums, womöglich es aber gar nicht zum Kampfe kommen zu lassen, sondern durch Verhaftung aller Aufwiegler und Ruhestörer die beabsichtigte Revolution im Keime zu unterdrücken.

Der Polizeigeist, der von Anfang an die Bürgerwehr beseelt hatte, entwickelte sich zur Freude aller Feinde der Freiheit in gedeihlichster Weise und wurde von Seiten des Kommandeurs her kräftig genährt.

Am 4. April hatte Herr von Minutoli in der Versammlung der Hauptleute der Bürgerwehr die Mittheilung gemacht, daß er gezwungen sei, sein Amt als Chef der Bürgerwehr niederzulegen, er müsse seine ganze Thätigkeit der Polizeiverwaltung zuwenden. Obgleich einige der Hauptleute wünschten, daß man in Herrn von Minutoli dringe, auch noch ferner Kommandant zu bleiben, so wurde diese Absicht doch aufgegeben, da die Erklärung des Polizei-Präsidenten zu bestimmt lautete, um der Hoffnung auf eine Meinungsänderung Raum zu lassen.

Die Hauptleute und Majore konnten nicht umhin, auf eine Neuwahl Bedacht zu nehmen. Eine Reihe von Vorschlägen wurde gemacht; ein Mitglied der Versammlung wünschte sogar, ein Königlicher Prinz, womöglich Prinz Albrecht, solle an die Spitze der Bürgerwehr gestellt werden, Andere forderten einen vornehmen Offizier, einen General. Es gab eine große Aufregung in der Versammlung. Mehrere Hauptleute machten darauf aufmerksam, wie gefährlich es sei, wenn vielleicht ein Anhänger der Reaktionspartei den Oberbefehl über die Bürgerwehr erhalte, solche Besorgniß aber wurde von anderer Seite zurückgewiesen. Endlich beschloß die Versammlung, sich die Sache reiflich zu überlegen und am 6. April abermals zusammen zu kommen, um sich über die fragliche Wahl zu einigen.

In der am 6. April abgehaltenen Versammlung der Majore und Hauptleute wurde der Kommandeur der 6. Landwehr-Brigade, General-Major von Aschoff zum provisorischen Chef der Bürgerwehr gewählt. Nicht mit großer Majorität, es bedurfte sogar mehrerer Abstimmungen, um die Wahl zu Stande zu bringen, aber doch mit Majorität. Einige Bataillonsführer eilten sofort nach dem Königlichen Schlosse, um Herrn Aschoff das Resultat der Versammlung zu verkünden. Er erklärte die Wahl annehmen zu wollen, jedoch nur provisorisch, bis er durch die gesammte Bürgerwehr bestätigt werde.

Der General zeigte sich bürgerfreundlich genug; er sprach vom brüderlichen Vertrauen, mit dem man sich gegenseitig entgegenkommen müsse, er drückte den Majoren freundlich die Hand und damit hatte er ihr Herz gewonnen. Daß die Wahl auch dem Könige genehm war, zeigte sich dadurch, daß Herr von Aschoff bald darauf auch zum Kommandanten von Berlin ernannt wurde. Das Centralbüreau der Bürgerwehr, welches sich bisher im Gebäude des Polizei-Präsidiums befunden hatte, wurde nach dem Königlichen Schloß und in der nächsten Woche nach dem Gouvernementsgebäude in der Oberwallstraße verlegt, in den untern Räumen desselben erhielt der Kommandant der Bürgerwehr seine Dienstwohnung.

Unter dem Befehl des neuen Kommandeurs, der Herrn Dr. Woeniger zu seinem Adjutanten machte, nahm die Bürgerwehr mehr und mehr den Charakter einer Mannschaft von Polizeisoldaten an. Schon in der letzten Zeit der Amtsführung des Herrn von Minutoli waren die armen Bürger fast allnächtlich oft auf die geringfügigsten Anlässe hin allarmirt worden. In der Stadtverordneten-Versammlung am 6. April hatte deshalb der Stadtverordnete Seidel geklagt, die Bürgerwehr werde durch verkehrte Anordnungen von oben herab systematisch zu Grabe getragen. Unter dem provisorischen Kommandeur Aschoff war die Thätigkeit im „systematischen Zugrabetragen" der Bürgerwehr noch weit erfolgreicher als früher.

Tag und Nacht hatten die guten Bürger keine Ruhe. Sie sollten Wache stehen, Patrouillen ablaufen und außerdem ertönte zu allen Tageszeiten das Signalhorn, welches sie zu den Sammelplätzen rief. Bald gaben Arbeiter-Versammlungen, bald eine Volks-Versammlung, dann wieder ein Zug mit Fahnen, die Bedrohung der Kleiderläden, der Aufstand der Goldschmidtschen Fabrikarbeiter oder gar der Zug gegen die Bäckerläden die Veranlassung zum Allarmsignal. Mitunter auch war keine Veranlassung dazu ersichtlich.

Die Bürger schimpften und fluchten, — nicht auf die unnöthigen Allarmirungen, sondern über die Aufwiegler und Ruhestörer und die Demokraten, welche sie Nachts aus den Betten trieben und bei Tage von ihren Geschäften abriefen. Sie verhafteten die Aufwiegler nach Herzenslust und gingen dabei keineswegs sanft mit ihnen um. Die Verhafteten erlitten häufig rohe Mißhandlungen von den empörten Bürgern. Die Zeitungen theilten fast täglich Berichte über derartige skandalöse Scenen mit, welche nur dazu beitrugen, den Zwiespalt zwischen der eigentlichen Bürgerschaft Berlins und den Arbeitern zu vergrößern.*)

Die Anfangs von der Rückschrittspartei so sehr gefürchtete Bürgerwehr wurde bald von der Regierung als ihre treueste Stütze erkannt und sie erhielt deshalb auch durch folgende Königliche

*) Die in jener Zeit alle Schichten der Bevölkerung durchdringende Theilnahme am Vereinswesen fand auch in der Bürgerwehr ihren Ausdruck. Am 18. April bildete sich ein Bürgerwehr-Klub, dessen Vorsitzender der freisinnige Buchhändler Simion war. Der Klub erklärte es schon in seiner ersten Sitzung für seine Aufgabe, dahin zu wirken, daß die Bürgerwehr nicht von oben herab organisirt werde. Ein Bürgerwehrgesetz solle nur nach vorangegangener Berathung und Zustimmung der Bürgerwehr selbst erlassen werden dürfen.

Kabinets-Ordre vom 19. April weit gehende, sie dem Militär gleichstellende Befugnisse:

„Wir Friedrich Wilhelm 2c. nachdem Wir die Bildung von Bürgerwehren genehmigt haben, so verordnen Wir, zur Beseitigung entstandener Zweifel, daß den mit Zustimmung der Obrigkeit gebildeten Bürgerwehren behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die Befugnisse der bewaffneten Macht nach den gesetzlichen Bestimmungen zustehen. Die Bürgerwehren sind daher insbesondere befugt, von ihren Waffen Gebrauch zu machen, wenn sie bei ihren Dienstleistungen angegriffen oder mit einem Angriff gefährlich bedroht werden, oder Widerstand durch Thätlichkeit oder gefährliche Drohung stattfindet. Ebenso sind sie befugt, bei einem Auflauf von den Waffen Gebrauch zu machen, wenn nach zweimaliger Aufforderung des Befehlshabers die versammelte Menge nicht auseinandergeht.

Gegeben Potsdam, 19. April 1848.

F.— W.—

Die Kabinets-Ordre war vielleicht früher, als sonst geschehen wäre, erlassen worden, weil am 20. April eine revolutionäre Bewegung der demokratischen Partei drohend in Aussicht stand.

Außer mehreren, die Berliner Geschichte nicht direkt betreffenden Fragen, auf welche wir deshalb nicht näher eingehen, wie der Aufstand im Großherzogthum Posen und die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit*) beschäftigte in der Mitte April vorzugsweise das Wahlgesetz die Berliner. Es wurde in Zeitungen, in Broschüren und Flugblättern, in Volksversammlungen und in den Sitzungen aller Klubs auf das Eingehendste und unter großer Aufregung erörtert.

Direkte oder indirekte Wahlen? das war die allgemein besprochene Frage. Wenn sich die demokratische Partei auch allenfalls das von der Regierung mit dem Landtage vereinbarte Wahlgesetz mit indirekter Wahl für die zu berufende Preußische National-Versammlung gefallen lassen wollte so forderte sie doch stürmisch direkte Wahlen für das deutsche Parlament, welches in Frankfurt a. M. tagen sollte. Wurden doch in andern deutschen Staaten die Volksvertreter für Frankfurt direkt gewählt, weshalb sollten die Preußen zurückstehen? Auch die National- und Vossische Zeitung sprachen sich für das direkte Wahlrecht aus, die demokratische Partei aber wollte sich mit solchen theoretischen Aussprüchen nicht begnügen, sondern den Versuch machen, für Frankfurt das direkte Wahlrecht thatsächlich zu erringen.

---

*) Die Berliner haben sich stets durch ihren Deutsch-Enthusiasmus ausgezeichnet. Sie nahmen deshalb auch den regsten Antheil an der Befreiung Schleswig-Holsteins von der dänischen Herrschaft. Das Lied „Schleswig-Holstein meerumschlungen, deutscher Sitte treue Wacht" wurde auf allen Leierkasten gespielt, in allen Kneipen gesungen. In Berlin bildete sich ein Freikorps, welches Theil an dem Befreiungskriege der Schleswig-Holsteiner nehmen wollte. Die erste Abtheilung desselben verließ am 17. April Morgens 6 Uhr die Stadt mit der Hamburger Eisenbahn. Die Spener'sche Zeitung berichtet darüber:

„Um 5 Uhr früh versammelten sich etwa 150 Männer, in grüne Staubhemden gekleidet und sämmtlich mit Büchsen und Schießgewehren bewaffnet, in dem Kastanienwäldchen hinter der Universität. Zugleich mit ihnen trafen zum Ehrengeleit des Korps bewaffnete Abtheilungen der Bürgerwehr, der Studirenden, der Künstler, des Handwerkervereins und der Scharfschützen ein. Gegen 6 Uhr begann der Abmarsch des Korps und der Ehren-Deputationen mit fliegenden Fahnen und einem Musikkorps mit der Melodie „Schleswig-Holstein meerumschlungen". Der Zug ging von der Universität aus, geleitet von einer zahlreichen Menge, die Linden hinab, durch die Neue Wilhelms- und Louisenstraße zum Neuen Thore hinaus nach dem Hamburger Bahnhof, wo sich auch noch ein Ehrengeleit der Erdarbeiter vor den Thoren mit zwei Fahnen einfand. Die Ehrengarden marschirten in zwei Reihen zum Spalier auf und nahmen die Freischaar in die Mitte, um die Verwandten der Abreisenden zum Abschied an sie herantreten zu lassen. Diese Scene war ergreifend. Mehrere Mitglieder des Korps sind verheirathet und lassen Frau und Kinder zum Theil in nicht eben günstigen Umständen zurück. Väter und Mütter, Schwestern und Brüder, Weib und Kind gaben das letzte Lebewohl, bis unter donnerndem Hurrah und Gewehrsalven der Einmarsch in das Bahnhofsgebäude erfolgte. Die Freischärler bestiegen unter Kuß und Händedruck die Wagen. Eine zahllose Volksmenge erfüllte den Bahnhof und unter viel tausendfachem Lebewohl setzte sich der Zug in Bewegung. Zum Abschied stimmte die Musik noch einmal das „Schlesweg-Holstein" an, knallten noch einmal die Büchsen, dann verschwand der Zug schnell aus dem Gesicht, und das Ehrengeleit marschirte zur Stadt zurück. Die jungen Kriegsmänner gewährten einen schönen Anblick, es waren etwa 40 Studenten und ebenso viele Mitglieder des Handwerker-Vereins darunter. Der Adjutant Feenburg, dessen Thätigkeit man hauptsächlich die Zusammenstellung des Korps zu danken hatte, trug ein Staubhemde von grüner Seide, das ihm zwei Tage zuvor von unbekannter, wahrscheinlich schöner Hand, zugesendet worden war. Die meisten Mitglieder des Korps sind Berliner Kinder."

Zwölftes Kapitel.

Das Volkswahlcomité. — Die Deputation des Comités beim Minister-Präsidenten. — Zwiespalt im Wahlcomité. — Ausscheiden der gemäßigten Demokraten. — Schlöffel's Nachruf. — Die beabsichtigte friedliche Demonstration. — Volks-Versammlung unter den Zelten. — Proteste gegen die Demonstration. — Die Stadtverordneten an das Volk von Berlin. — Maßregeln der Behörden. — Mittwoch der 19. April. — Der Massaloup'sche Aufruf. — Die Rehberger in Berlin. — Der 20. April. — Die verunglückte Demonstration. — Volks-Versammlung bei der einsamen Pappel. — Ein Spion. — Brutalität der Bürgerwehr — Schlöffel im politischen Klub. — Schlöffel's revolutionärer Aufruf.

Am 10. April war in einer Volksversammlung, welche unter den Zelten stattgefunden hatte, ein Volkswahlcomité ernannt und diesem die Aufgabe ertheilt worden, alle diejenigen Schritte zu thun, durch welche man zur Aenderung des Wahlgesetzes und Herbeiführung direkter Wahlen gelangen möchte. Das Comité bestand aus folgenden damaligen Führern der demokratischen Partei: Jung, Stadtverordneter Mertens, Constant, Schmidt, Krause, Stadtverordneter Behrens, Eichler, Nauwerk, Runge, Wiß, Born, Graf zur Lippe, Dr. Ries, Ehrenreich Eichholz, Bisky, Professor Ermann, Siegmund, Salis, Mohneke, Blessing, Förster, Türke, Hexamer, Bergenroth, Hoppe, Diesterweg, Thümmel, Prutz, Bader, Köppe, Schaßler, Held, Schlöffel, Fähndrich, Börner, Schomburgk, Englin.

Das Comité enthielt viele widerstrebende Elemente; alle seine Mitglieder waren zwar gute Demokraten und unzufrieden mit der indirekten Wahl, in ihren Ansichten über die Mittel zur Erreichung des gemeinsamen Zieles aber gingen sie himmelweit auseinander. Einer der Gewählten, Runge, nahm sogar die Wahl gar nicht an, weil er, obgleich ein Anhänger der direkten Wahl, doch glaubte, daß bei dem einmal bestehenden Wahlgesetz jede fernere Agitation unnütz und schädlich sei. Andere wollten eine friedliche Agitation, Petitionen und Adressen an das Ministerium, selbst an den König und hofften von denselben eine Aenderung des Wahlgesetzes. Diesen gegenüber standen die Führer der radikalen revolutionären Demokratie, die das direkte Wahlrecht um jeden Preis, und wenn es nöthig sein sollte, selbst um den einer neuen Revolution in's Leben geführt wissen wollten.

In einem Punkt waren Alle einig, darin, daß man die Hoffnung, wenigstens für Frankfurt a. M. die direkten Wahlen herbeizuführen, nicht aufgeben dürfe. Es gab in den Sitzungen des Comité's stürmische Debatten; endlich einigte man sich darüber, daß eine Deputation an den Minister-Präsidenten Camphausen gesendet werden müsse, um diesem die Wünsche des Volkes mitzutheilen.

Am 13. April hatte die Deputation eine Audienz bei dem Minister-Präsidenten. Sie sprach aus, daß aller Wahrscheinlichkeit nach in den meisten deutschen Staaten für das Frankfurter Parlament auf direkte Weise gewählt werden würde, daß also die preußische Vertretung im Nachtheil stehen müßte, wenn sie nicht ebenfalls aus direkter Wahl des Volkes hervorgegangen sei.

Der Minister-Präsident hörte den Sprecher freundlich an, auf die Ansichten des Comité's aber einzugehen vermochte er nicht, er erwiderte, daß ein direktes Wahlrecht nicht ohne Zensus ausführbar sei, daß eine aus direkten Urwahlen hervorgehende Vertretung zur Republik führen werde und daß der Bestand des Ministeriums mit dem erlassenen Wahlgesetz eng verknüpft sei, es werde mit demselben stehen und fallen. Außerdem müsse er auch bemerken, daß aus den Provinzen noch nirgends ein Protest gegen das vom Landtage angenommene Wahlgesetz eingegangen sei.

Die Deputation entgegnete hierauf, daß nachdem am 19. März dem Volke eine Verfassung auf der breitesten Grundlage zugesagt worden sei, das gegenwärtige Wahlgesetz keineswegs den hierdurch erregten Erwartungen entspreche. Eine direkte Vertretung des Volkes sei sowohl mit der konstitutionellen Monarchie vereinbar, als allein im Stande, jene versprochene breiteste Grundlage zu gewähren.

„Breiteste Grundlage?“ fragte der Minister-Präsident, „da müßten ja eigentlich die Frauen und Kinder auch mitwählen.“

Excellenz geruhen eine Karrikatur aus dem zu machen, was ich aus tiefster Seele gesprochen habe, sagte ein Mitglied der Deputation entrüstet. Der Minister blieb indessen bei seiner Ansicht, das gegenwärtige Ministerium werde mit den indirekten Wahlen stehen und fallen. Das direkte Wahlrecht galt eben damals allen Mitgliedern der altliberalen Partei als ein republikanischer Popanz. Sie hätten es sicherlich nicht geglaubt, daß es mit demselben jemals ihrem Gegner aus dem Lager der Feudalen, Herrn von Bismark-Schönhausen, gelingen werde, eine konservative Volksvertretung zu schaffen!

Mit dem Bescheide des Minister-Präsidenten glaubte ein Theil der Comité-Mitglieder sich zufriedenstellen zu müssen, ein anderer Theil aber meinte, die Thätigkeit des Comité's solle jetzt erst beginnen, das Ministerium müsse, wenn es nicht freiwillig die direkten Wahlen geben wolle, dazu gezwungen werden! Zu diesem Zwecke wurde im Comité eine friedliche Demonstration vorgeschlagen. Eine durch viele tausend Männer des Volkes begleitete Deputation solle sich abermals auf das Schloß begeben und das direkte Wahlrecht fordern.

Andere Mitglieder des Comité's und unter ihnen Schlöffel hätten wohl am liebsten gleich einen bewaffneten Zug nach dem Schlosse gehabt, aber auch sie schlossen sich der sogenannten fried-

lichen Demonstration in der Hoffnung an, daß aus derselben die Revolution erwachsen werde.

Die Majorität entschied sich für die Demonstration, die Minorität aber meinte, die Zeit sei zu einer solchen nicht geeignet, sie erkannte, daß die traurigsten Folgen aus einem derartigen Unternehmen erwachsen könnten. Selbst die entschiedensten Anhänger des direkten Wahlrechts waren zum großen Theil keineswegs geneigt, für die Herbeiführung desselben gewaltsame Schritte zu thun. Die demokratischen Bürger hofften, daß eine nach dem indirekten Wahlrecht gewählte National-Versammlung doch insoweit den Wünschen des Volkes Rechnung tragen werde, daß sie das direkte Wahlrecht beschlösse.

Durch den unbesonnenen Vorschlag der sogenannten friedlichen Demonstration entstand ein Zwiespalt innerhalb der demokratischen Partei. Wurde derselbe ausgeführt, dann mußte der schon bestehende Riß zwischen der Bürgerschaft von Berlin und den vorgeschritteneren Politikern ein immer tieferer werden. Deshalb erklärten viele Mitglieder des Comité's ihren Rücktritt aus demselben, da sie durchaus nicht die Verantwortung für die Folgen der Demonstration übernehmen könnten. Es waren die Herren Jung, Julius Berends, Bisky, Born, Ehrenreich Eichholz, Graf zur Lippe, Dr. Lessing, Stadtverordneter Mertens, Carl Nauwerk, Dr. Prutz, Dr. Ries, Max Schaßler, Schomburgk und Sanitätsrath Thümmel. Sie erklärten in einer öffentlichen Anzeige, daß sie mit der Mehrheit des Wahl-Comité's nicht mehr übereinstimmten und deshalb auch nicht mehr mit derselben berathen könnten.

Der Austritt der Minderheit war den feurigen Enthusiasten, welche den Demonstrationsbeschluß herbeigeführt hatten, eben recht, sie fühlten sich einer lästigen Fessel enthoben und Schöffel widmete den Ausgeschiedenen einen spöttischen Nachruf in seinem Volksfreund. Er sagte u. A.:

„So gehe hin, Du besonnene Minorität; auf Dir ruht nicht der Fluch, den einst künftige Geschlechter auf uns wälzen werden, die wir Schuld waren an diesem ungesetzlichen Zuge, an diesem Scheidewege des friedlichen Liberalismus und der Demokratie. Ihr seid unschuldig, sehr unschuldig! das Comité hat sich verstärkt durch Männer, deren Gewissen einen solchen ungesetzlichen Schritt schon auf sich nimmt, wie Lüchow, Michaelis, Edgar Bauer, der bekannte Vorkämpfer für Volksfreiheit, der drei Jahre hindurch in den Kerkern der magdeburger Citadelle die Schrecken der preußischen Tyrannei zu erfahren hatte, Student Lange (aus Mecklenburg), Student Friedrich, Solger."

Die Majorität des Comité's, welche befreit war von den besonnenen Politikern, die ihren stürmischen Feuereifer zurückzuhalten versucht hatten, ging verstärkt durch ihre gleichgesinnten Freunde jetzt energisch vorwärts, um die friedliche Demonstration in's Leben zu rufen.

Am 17. April fand abermals eine Volksversammlung unter den Zelten statt. Eichler berichtete über die Beschlüsse des Comité's und über die beabsichtigte friedliche Demonstration zu Gunsten der direkten Wahl. Eine neue Deputation sollte von Tausenden begleitet auf das Schloß gehen, um dem Minister sagen zu können, sie sei nicht allein, denn auf die Bürger dort unten stütze sie ihren Antrag. Einige Redner, unter ihnen z. B. Max Schaßler, sprachen zwar gegen den Antrag des Comité's, aber sie wurden nur mit Mißfallen gehört und konnten kaum zu Ende kommen. Die große Masse der Versammlung war mit der Majorität des Comité's einverstanden. Die am weitesten gehenden Vorschläge fanden ja damals bei den Volksversammlungen stets am leichtesten Zustimmung.

Niemand sprach es aus, aber Jedermann erinnerte sich daran, daß die Revolution des 18. März ebenfalls durch eine friedliche Demonstration der Schutzbeamten hervorgerufen worden sei. Damals hatte eine waffengeübte Armee das Schloß besetzt, heut nur die harmlose, sicherlich nicht zum Kampfe geneigte Bürgerwehr, damals waren die Arbeiter unbewaffnet, heut hatten die Meisten von ihnen zu Haus wohl ein Gewehr, oder wenigstens wußten sie, wo sie sich ein solches verschaffen konnten. Kam es überhaupt zum Kampfe, daran aber glaubte man nicht einmal, dann war derselbe sicherlich viel leichter siegreich durchzuführen als am 18. März. Daß in den Märztagen die gesammte Bürgerschaft Berlins, wenn sie sich auch nicht überall direkt beim Kampfe betheiligte, doch voll Sympathie für die Kämpfer gewesen war, während sie heut jede neue revolutionäre Bewegung fürchtete, und eher Partei für die Regierung als für die revolutionären Kämpfer ergriff, vergaß man. Von den Folgen, welche die sogenannte friedliche Demonstration haben könne und wahrscheinlich haben würde, wurde in der Volksversammlung nicht gesprochen. Alle Redner betonten den friedlichen Charakter des Zuges nach dem Schlosse. Ludwig Eichler resümirte endlich die Beschlüsse der Versammlung in seiner populären Weise etwa folgendermaßen:

„Ueberall, wo man hinhört, heißt es jetzt: der wiegelt auf, der wiegelt auf! — Nichts als Aufwiegler, und trotz alledem ist Ruhe in der ganzen Stadt. Ich weiß keine breitere Grundlage für die Ruhe als die, daß wirklich Ruhe ist. Die Leute haben kein Vertrauen zu unserer Ruhe, weil sie selbst keine haben. Wenn alle „Ruhe" schreien, so entsteht Skandal, das sehen wir an unseren Versammlungen, die Ruheschreier sind allein die Aufwiegler. Ich will jetzt einmal aufwiegeln in meiner Art (der Redner sagt nun einige allgemein treffende Wahrheiten, und man bringt ihm ein „Hoch") Kinder schweigt doch still, sonst sagen die Leute wieder, ich habe aufgewiegelt (Gelächter). Nun zur Sache. Also Donnerstag um 2 Uhr versammeln wir uns auf dem Alexanderplatz mit den Gewerksfahnen und mit Stangen, an denen

geschrieben steht: „direkte Wahlen, keine Wahlmänner, breiteste Grundlagen; Ordnung aber Freiheit!" damit man sagen kann: Was wollen die Leute? da steht's dran. Dann wird man auch sehen, das ist keine Aufwiegelung, das ist Ordnung. Ich habe 2 Uhr gewählt, weil man auch auf den Magen Rücksicht nehmen muß, denn er erhält den Kopf. — Nach den Fahnen wollen wir etwas Musik haben, hübsche, ernsthafte, anständige Musik. Einige Ordner werden die Abtheilungen der Züge arrangiren. (Alles einstimmig angenommen.)"

Am Tage nach der Versammlung erließ das Comité auch einen Aufruf an die Provinzen, um in diesen gleiche Demonstrationen zu veranlassen. Er lautete:

„Das Berliner Wahl-Comité, in Uebereinstimmung mit seinen Komittenten, einem ansehnlichen Theile der Berliner Bevölkerung, ist fest entschlossen, keinen Schritt breit von der Verwirklichung der errungenen Volks- und Menschenrechte zurückzuweichen. Das preußische wie das süddeutsche Volk sieht in den indirekten Wahlen eine Verkürzung seiner Souveränetät und wird sich geduldig nicht einem Gesetz unterwerfen, das vom vereinigten Landtage uns als Erbstück hinterlassen worden; auf gesetzlichem Wege, aber durch energische Mittel, haben wir beschlossen, die Majorität unserer Ueberzeugung zu beweisen. Eine große friedliche Manifestation wird das Berliner Volk unter unserer Führung am Gründonnerstage hier zu einem feierlichen Zuge mit Emblemen nach dem Schlosse zu vereinigen. Wie fordern Sie, deren Gesinnungstreue und Charakterfestigkeit uns bekannt ist, hiermit auf, in Ihrem Kreise möglichst rasch eine ähnliche Demonstration zu bewerkstelligen, unverzüglich energische Protestationen in den Volksversammlungen abzufassen und an die Minister einzusenden, damit zur Ehre der deutschen Nation das Bewußtsein ihrer Würdigkeit klar an den Tag trete. Berlin, 18. April 1848. Im Namen des Berliner Volks-Wahlcomité's: Dr. A. Ermann, Professor; Held, Redakteur der Lokomotive, H. B. Oppenheim, Dr. jur., Georg Jung, Assessor."

Die beabsichtigte Demonstration erfüllte die Bürger Berlins mit Furcht und Schrecken und die Regierung mit ernster Sorge. Von allen Seiten erhoben sich laute Stimmen gegen das Unternehmen. Aus vielen Stadtbezirken, aus der Bürgergesellschaft, aus dem constitutionellen Klub ergingen theils Proteste gegen die Demonstration, theils Adressen an das Ministerium, theils Proklamationen, in welchen das Volk vor einer Theilnahme an dem Zuge nach dem Schlosse gewarnt wurde. Auch die Stadtverordneten erließen durch riesige Eckenanschläge und durch die Zeitungen eine Ansprache an das Berliner Volk. Sie charakterisirt treffend die Stimmung der Bürger, ihren festen Glauben an die Unvergänglichkeit der März-Errungenschaften und ihr Vertrauen zu dem herrschenden Ministerium. Sie lautet:

„Mitbürger! Freunde! In einigen Volksversammlungen und Druckschriften sind Stimmen laut geworden, welche Mißtrauen gegen unsere jetzige Regierung äußern und hervorrufen. Es ist mehrfach unseren Ministern der Vorwurf gemacht worden, sie hätten die Bahn des Rückschrittes betreten, sie wollten uns die Früchte der errungenen Freiheit verkümmern oder gar vernichten, sie wollten insbesondere durch das indirekte Wahlrecht dem Volke ein großes, ein herrliches Recht vorenthalten, das Recht, seine Abgeordneten und Gesetzgeber unmittelbar zu wählen. — Alle Verständige sind gewiß einig darüber, daß solche Vorwürfe unbegründet und ungerecht sind. Die Ueberzeugung unserer Staats-Minister hat ihnen für den Anfang indirekte Wahlen als die besten erscheinen lassen, und das dem letzten Landtage vorgelegte Wahlgesetz ist von demselben nach mehrfacher Verbesserung angenommen worden. Binnen wenigen Tagen schreitet die ganze mündige Nation zur Wahl ihrer Vertreter; es ist nicht möglich, aber auch nicht nöthig, daß jetzt noch irgend eine Veränderung in dem Wahlgesetz getroffen werde. Wählen wir die rechten Männer unseres Vertrauens und überlassen wir diesen Männern, das künftige Wahlgesetz festzustellen, sie werden dem wahren Willen des Volkes sicherlich nicht widerstreben. — Mitbürger! Freunde! Wir alle haben keinen Grund, wegen des jetzigen Wahlgesetzes unruhig oder besorgt zu sein, wir haben noch weniger Grund, wegen der bisherigen Haltung und der ferneren Maßregeln unserer Regierung irgend eine Gefahr für die Freiheit zu fürchten. Vieles ist noch zu thun übrig, um uns in den vollen Genuß der erworbenen Güter zu setzen, laßt uns aber auch billig sein, laßt uns dasjenige anerkennen, was bereits geordnet und angebahnt ist; laßt uns die Hindernisse und Schutthaufen in Anschlag bringen, welche ein fehlervolles Verwaltungssystem uns überliefert hat. Gewaltige Kräfte gehören dazu, um alte Schäden zu heilen und ein lang Versäumtes nachzuholen. — Darum, theure Mitbürger, wenn Jemand noch nicht Alles erreicht sieht und deshalb die Freiheit bedroht glaubt, — möge er Vertrauen fassen, möge er keinen Schreckbildern Raum geben. Wir Alle wollen die Freiheit, wir Alle fordern, daß Jedermann sein Recht zu Theil werde; wir Alle verlangen und arbeiten dahin, daß aus unserer großen Revolution für immer der Strom der Freiheit und des Glückes für alle Menschen voll und majestätisch dahin walle. Welche Thorheit zu glauben, irgend ein Mensch, irgend eine Macht der Erde könne uns die Freiheit rauben! Wer das glauben kann, der ist der Freiheit nicht würdig. Kein Minister kann fernerhin der ganzen Nation Gesetze vorschreiben; die Nation macht sich selbst ihre Gesetze. Deshalb Mitbürger! Freunde! Gebt Niemandem Gehör, der Euch fälschlich Mißtrauen einflößen will. Sorge

auch Jeder in seinem Kreise, wie es die Staats- und städtischen Behörden gleichfalls thun, daß Ordnung und Gesetz aufrecht erhalten werde, daß Gewerbe und Verkehr die Blüthe erlangen, in welcher die gegenwärtige Uebergangszeit sie gestört hat. Thue Jeder seine Pflicht, so wird Alles gut werden. Vor Allem aber vergesse es Niemand: Ohne Gesetz keine Freiheit! Ohne Ordnung keine Wohlfahrt! Stadtverordnete zu Berlin. Fournier. Schäffer.

Auch der Magistrat erließ eine Mahnung an die Bürgerschaft, der Demonstration fern zu bleiben.

Das Staatsministerium war entschlossen, ein Unternehmen zu verhindern, welches es für den Beginn einer neuen Revolution hielt. Jetzt war die Zeit gekommen, in der es sich entscheiden mußte, ob die Behörden in Berlin wieder die Macht hatten, eine plötzliche Volksbewegung zu unterdrücken, oder ob sie Alles gehen lassen sollten, wie es eben ging. Das Ministerium fühlte sich gestärkt durch die einstimmige Kundgebung der Bürgerschaft, es traf alle Vorbereitungen, um wenn es nöthig sein sollte, Gewalt gegen die Gewalt zu gebrauchen.

Das Gesetz über die Befugnisse der Bürgerwehr wurde auf das Schleunigste erlassen, der Polizei-Präsident und der General Aschoff wurden aufgefordert, die Demonstration zu verhindern. Alle diese Schritte that das Ministerium öffentlich, um zu zeigen, daß wenn die Demonstration dennoch stattfinde, auf einen friedlichen Verlauf derselben nicht gehofft werden könne.

In banger Erwartung sahen die Berliner dem Gründonnerstage, dem 20. April, entgegen. Schon Mittwoch der 19., war wieder ein stürmisch bewegter Tag. Am Morgen erschien an den Straßenecken folgendes Plakat:

Aufruf sämmtlicher Maschinenbau-Arbeiter an die Bürger Berlins!

Bürger Berlins! Vier Wochen sind seit dem Tage verflossen, welcher die Freiheit uns brachte, sage vier Wochen, und was hat in dieser Zeit die Neue Regierung Neues gebracht? Eigentlich Nichts! denn ein Wahlgesetz, wie das vom verstorbenen Landtage berathene, und von unsern sogenannten verantwortlichen Ministern sanktionirte, ist nur ein beklagenswerthes Zeichen des sicheren Rückschritts. Das Vertrauen, was wir noch vor Kurzem in die Minister setzen konnten, ist seit voriger Woche gewichen. Wir können jetzt kein Vertrauen mehr, wir müssen Mißtrauen hegen, da Herr Camphausen einer Deputation des hiesigen Volkswahlcomité's, welches Protest gegen das erlassene Wahlgesetz einlegte, rundweg erklärte, daß das jetzige Ministerium stehen und fallen werde mit den indirekten Wahlen. Des Menschen Wille ist sein Himmelreich! Wir sind dem Herrn Camphausen zu Dank verpflichtet, daß er uns eine so offene Erklärung gegeben, die uns die Binde von den Augen nahm. Was das Volk von diesem jetzigen Ministerium zu halten hat, wissen wir demnach! Wir sind drauf und dran, eben wieder so an der Nase herumgezogen zu werden wie vor dem 18. und 19. März. Daß wir geäfft werden, liegt klar am Tage.

Bürger, Mitkämpfer von den Barrikaden! Fragt Euch selbst, ob nur 20 Todte von Seiten des Militärs geblieben sein können, wo über 14 Stunden lang ein mörderischer Kampf gewüthet? 20 Todte! So heißt's in den lithographirten Listen, welche unter die Bürger vertheilt wurden. 20 Todte! Tod und Hölle! Diese Lüge setzt allen vorangegangenen die Krone auf!

Bürger von Berlin! Fällt Euch endlich die Binde von den Augen? Seht Ihr endlich ein, daß Ihr von A bis Z betrogen wurdet? Die Hohen sogen Euch das Mark aus den Gliedern, und um nun nicht das Schwert der Vergeltung auf ihren Nacken fallen zu lassen, wollen sie Euch mit den Arbeitern zusammenbringen. Wir sollen unsere Knochen aneinander wetzen, damit sie die Früchte davon tragen können. Bürger, Bürger werdet wach! Man lauert wie ein Luchs auf den ersehnten Augenblick, um über unsere junge Freiheit herfallen und sie vernichten zu können. Darum auch die steten Einflüsterungen, welche Euch wurden, daß wir, die Arbeiter, an Eurem Eigenthum, Eurer Habe uns vergreifen und bereichern wollen. Nichtswürdige, Schurken, die solche Aeußerungen unter Euch aussprechen und verbreiten. Werft sie hinaus aus Euren Kreisen, denn sie sind nur feile Diener der gefallenen Macht, sie sind nur Gedungene, um Euch von dem Arbeiter noch mehr zu entfernen, noch mehr mit ihm zu entzweien.

Unsere gegenwärtige Lage ist eine schreckliche, weil aller Handel, aller Verkehr stockt. Und worin liegt diese Stockung hauptsächlich begründet? in dem Mißtrauen, das man auf den Arbeiter geworfen, aber mit Unrecht geworfen hat. — Hätten wir Euren Plunder gewollt, so hätten wir ihn ungestört und ungestraft schon vor 4 Wochen uns nehmen können, wo die Reichsten des Landes noch unter uns waren, die Ihr aber nach und nach habt ausreißen lassen. Wir hätten uns zu Herren Eures Vermögens, Eurer Habe machen können, wir hatten die Macht dazu. Aber Schmach auf den, dem ein solch' unlauterer, gemeiner Gedanken in der Seele aufstiege. Wir haben ein anderes, ein besseres Streben, wir wollen wahrhaft frei werden, da hierin nur allein die Verbesserung der Lage Aller zu suchen ist. Ihr, wir, mit einem Wort: das Volk soll seine bessere Lage sich selbst schaffen und sich nicht auf die Staatsbedienten verlassen. So denkt, so fühlt der Arbeiter! — Schämt Euch daher, zeither solche Gesinnungen von uns gehegt zu haben, da wir ja Viele, wir möchten sagen, wohl die Hälfte unter uns haben, welche in einigen Jahren dasselbe sein werden, was Ihr jetzt seid — Bürger und Meister. Schämt Euch, rufen wir noch einmal,

daß Ihr Euch verleiten ließet, aber Euch bangte vor Eurem Mammon, Eurem Eigenthume. — Lasset ihn unvergraben. Er liegt in Euren Zimmern ebenso sicher, wie im tiefsten Schacht der Erde, denn Ihr schützt ihn Euch nicht allein, **wir** schützen ihn mit. Darum fort mit Eurer Angst, fort mit unserm Groll. Wir wollen vergessen, daß Ihr uns kränktet, daß Ihr uns hintenan setztet, denn Ihr wurdet geblendet und werdet es noch. — Glaubt es uns, Bürger von Berlin, wir haben hellsehendere Augen als Ihr vermeint; wir sehen das Grab, was man für uns beide, für den Bürger und Arbeiter, bereitet, weil man in den höheren Schichten der Gesellschaft noch immer die Hoffnung nicht aufgegeben hat, uns so zu entzweien, daß ein völlig anarchischer Zustand hereinbricht, in welchem wir wuthentbrannt uns beiderseits aufreiben würden. Darum auch jetzt diese Hohlheit, diese Halbheit; anekelnd, bejammernswerth! darum unter Euch die Federfuchser in Waffen, mit den Geheimraths-Physiognomien, aktenbestäubt und bleich, bis auf den Tod erschrocken, wenn ihnen zufällig drei Arbeiter auf einmal begegnen. Diese sind es gerade, die höheren Beamten, die Euch den Kopf verkeilen, die Euch in einemfort vorreden, daß wir Arbeiter plündern, rauben, sengen, brennen, morden und Gott weiß was noch Alles wollen. Die Pest in ihre morschen Knochen! — Bürger! Säubert Eure Reihen von diesen Subjekten, die Euch in den Augenblicken der Gefahr nur offenbaren Schaden bringen dürften. Jagt sie fort, diese Hofschranzen, die Speichellecker mit den süß lächelnden Mienen, die jetzt mit Euch fraternisiren, ja wohl mit Euch eine kühle Weiße vertilgen, die radikal bis zum Ausbrechen geworden sind, während sie noch vor fünf Wochen mit blasirtem Stolze eines Bureaukraten verächtlich auf Euch herabblickten. Und wer muß das Geld mühsam aufbringen zur Fütterung dieser Leute? Die Bürger, Bauern und Arbeiter; darum noch einmal! hört auf unsern brüderlichen Rath! Fort mit diesen Elenden, fort mit diesem Ottergezücht, es vergiftet nur die frische erquickende Luft des Freiheitsmorgens. **Wir** wollen uns dafür die Hände als Brüder reichen, wir wollen ausrufen: **Einig, einig, einig!** und dann gemeinsam an dem Aufbau unseres Tempels arbeiten. Sind wir einig, so ist's der Bauer auch mit uns, und dann giebt es keine Macht, die uns widerstehen könnte, um die Pfeiler unserer Freiheit umzustürzen. In dieser **unserer** Vereinigung wird auch die Fügung der deutschen Lande ihren Anfang finden, denn es ist zur innigsten Vereinigung die höchste Zeit. Wir haben gemeinschaftlich die Freiheit erfochten und mit dem Blute der Unseren theuer erkauft, wir wollen aber auch, wenn es gilt, noch einmal unser Leben für die Erhaltung der Freiheit in die Schanze schlagen.

Bürger, Wehrmänner Berlins! Wir fühlen sehr wohl, wie drückend Euch in Euren anderweiten bürgerlichen Verhältnissen der jetzige Wachtdienst ist, wir fühlen dies und tragen Euch daher unseren Beistand an. Gebt uns Waffen, und wir wollen mit Euch gemeinsam zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe wirken, wir wollen uns gegenseitig diesen Dienst erleichtern, damit aus der Pflichterfüllung keine Last werde. Habt Ihr die Angst vor dem verschrienen Volke erst abgelegt, habt Ihr gefunden, daß es Euch brüderlich zur Seite steht und schützt, so bedarf es wahrlich auch nicht mehr dieser Unmassen von Wachen und Patrouillen. Und sollte hier oder da wirklich auch verborgenes Gesindel auftauchen, so überlaßt es uns, dies aus dem Wege zu räumen. Die Mehrzahl von uns ist ja Soldat gewesen, daß wir mit Nachdruck auftreten, dafür spricht wohl der Kampf in der verhängnißvollen Nacht vom 18. zum 19. März.

Bürger Berlins! Wir halten es für unsere heilige Pflicht, Euch bei der täglich sich drohender gestaltenden Zukunft unsere Gesinnung frei und offen darzulegen, damit Ihr endlich einmal einsehen möget, daß wir Arbeiter die Einzigen sind, die es ehrlich mit Euch meinen.

Berlin, 17. April 1848.

Der Verein sämmtlicher Maschinenbau-Arbeiter.

Das Plakat erregte unter den Bürgern Berlins ein außerordentliches Aufsehen. Ging es wirklich von den Maschinenbauern, den intelligentesten und thatkräftigsten Arbeitern der Hauptstadt aus, entsprach es der Meinung der Mehrzahl derselben, dann war in der That die Gefahr eines bevorstehenden Kampfes drohend genug. Viele Bürger eilten nach den Maschinenbau-Anstalten vor dem Oranienburger Thor, um sich Auskunft zu erholen; auch die Stadtverordneten schickten eine Deputation dorthin, um Nachforschungen zu halten. Diese ergaben, daß der Sekretär des Maschinenbau-Arbeiter-Vereins, ein früherer Beamter Namens Massaloup, von dem Verein den Auftrag erhalten hatte, ein Plakat zu erlassen, in welchem zur Einigung zwischen den Bürgern und Arbeitern aufgefordert werden sollte. Die Form des Plakats war sein geistiges Eigenthum, auch die Zeit der Veröffentlichung von ihm gewählt, nur einige Arbeiter hatte er zu Rathe gezogen.

Herr Massaloup hat sich später im Jahre 1849 bei einem Prozeß vor dem Breslauer Schwurgericht als ein Polizei-Agent entschleiert. Ob er am 19. April sein Plakat in fremdem Auftrage oder selbstständig erlassen hat, ist nicht bekannt geworden.

Proteste von vielen Maschinenbauern gegen den Massaloup'schen Aufruf erschienen. Dagegen erklärten auch viele andere Arbeiter, daß sie mit dem Sinne des ganzen Schriftstückes wohl einverstanden seien, nur vielleicht die Form etwas zu derb fänden.

Außer dem Massaloup'schen Aufruf machte am 19. ein Besuch der Arbeiter von Plötzensee und von den Rehbergen in Berlin die Bürger besorgt. Man erzählte, es zögen Schaaren von

zerlumpten Arbeitern zur Stadt um zu rauben und zu plündern.

Die Bürgerwehr der umliegenden Stadtviertel wurde sofort alarmirt und besetzte das Thor, vor welchem in der That einige Tausend Erdarbeiter mit ihren Hacken und Spaten bewaffnet standen; aber die Leute dachten gar nicht an Rauben und Plündern, sie wollten nur, womöglich auf friedlichem Wege, drei ihrer Kameraden befreien, welche in der Nacht vorher gefangen genommen worden waren, wie es hieß, weil sie einer Deputation der Arbeiter an das Polizei-Präsidium beigewohnt, und bei der Besprechung mit der Behörde nicht die nöthigen Formen der Höflichkeit beobachtet hatten. Es wurden einige Deputationen an das Polizei-Präsidium gesendet, welche denn auch eine Freilassung von zweien der gedachten Arbeiter bewirkten (einer derselben wurde erst am folgenden Tage freigelassen.) Sobald das Resultat der Deputation bekannt war, entfernte sich der Haufe ruhig und willig, ohne irgend einen Exzeß zu begehen, obgleich es in der Zwischenzeit zu einigen harten Worten zwischen den Arbeitern und der Bürgerwehr gekommen war, und obgleich ein unvorsichtiges Benehmen der Bürgerwehrmänner in der That beinahe einen Kampf herbeigeführt hätte.

Am Abend des 19. fanden verschiedene Versammlungen statt, in welchen naturgemäß sowohl das Massaloup'sche Plakat, als die für den folgenden Tag beabsichtigte Demonstration einen Hauptgegenstand der Berathung bildeten. Die Zahl derer, welche geneigt waren, sich bei der Demonstration zu betheiligen, schrumpfte mehr und mehr zusammen, selbst ein Theil der demokratischen Führer, die sich bisher am entschiedensten für die Demonstration ausgesprochen hatten, war schon abtrünnig geworden. Auch Herrn Held und Herrn Jung mochte das Unternehmen jetzt wohl gefährlich erscheinen, sie erklärten, daß sie sich von demselben zurückzögen, weil die Demonstration keine friedliche sein werde. Das hätten sie freilich wohl vorher wissen können.

Am Morgen des 20. April waren die Straßen Berlins so belebt, wie in den Tagen vor dem 18. März. Jedermann erwartete schwere folgenreiche Ereignisse. Alle Straßenecken waren mit Proklamationen der verschiedenen Behörden, mit Warnungen vor einer Theilnahme an der Demonstration, mit Protesten gegen dieselbe und andern Schriftstücken bedeckt.

Die Bürgerwehr sammelte sich, so vollzählig war sie noch selten erschienen. Sie war in einer bösen Stimmung gegen die abscheulichen Demokraten und entschlossen, von den Waffen Gebrauch zu machen, wenn es nöthig sein sollte.

Der Beginn des Zuges war auf Mittag 2 Uhr festgesetzt; große Mengen der Bürgerwehr waren am Schloß, in der Königstraße und auf dem Alexanderplatz zusammengezogen. An verschiedenen Punkten der Stadt hatten die Arbeiter sich versammelt, um in geordneten Reihen nach dem Alexanderplatz zu maschiren und dort sich dem Zuge anzuschließen. Aber die Meisten wurden zweifelhaft, als sie erfuhren, daß die Bürger sich mit Waffengewalt ihrem Vorhaben entgegensetzen würden, und blieben deshalb an ihren Stellen stehen, um abzuwarten, was geschehen würde. Sie warteten vergeblich, denn es geschah nichts.

Noch im letzten Augenblick hatte das Comité den Muth zum Handeln verloren. Am Abend vorher war Ludwig Eichler, der bisher die Seele aller Comité-Berathungen gewesen war, verhaftet und nach dem Schuldgefängniß gebracht worden. Man erzählte, daß den harten Gläubiger bei dieser Verhaftung mehr politische als pekuniäre Rücksichten geleitet hätten, daß ihm vorzüglich die Berliner Bürger den glücklichen Ausgang des gefürchteten 20. April verdankten.

Seines thatkräftigsten und populärsten Führers beraubt, fühlte das Comité, nachdem auch Jung und Held sich von ihm losgesagt hatten, nicht mehr die Kraft, die revolutionäre Bewegung durchzuführen. Unter dem Vorwande, daß es nur eine friedliche Demonstration, nicht einen Kampf mit der Bürgerwehr beabsichtigt habe, bestellte es den Zug nach dem Schlosse ab durch eine Proklamation, indem es einzelne Deputirte zu den Arbeitern schickte. Es lud zu einer Volks-Versammlung unter der einsamen Pappel ein. Dort versammelten sich denn auch am Nachmittage etwa 1500—2000 Mann um einige unbedeutende Reden und Entschuldigungen der Comité-Mitglieder zu hören.

Interessant war diese Versammlung nur durch einen eigenthümlichen Zwischenfall. Plötzlich erhob sich der Ruf, ein Polizeispion befinde sich in der Versammlung und sofort folgte das wüthende Geschrei: „Hängt den Schuft auf!" So unsinnig es war, in einer öffentlichen, von Tausenden besuchten Versammlung einen Spion zu wittern, so erregte doch schon der verhaßte Name eines solchen die Wuth der Arbeiter.

Ein bleicher, vor Angst zitternder Mann wurde nach der Rednertribüne geschleppt, man fand bei ihm einen Zettel, der die Namen verschiedener Redner enthielt. Eine eigenthümliche Scene, gewissermaßen ein Gerichtsverfahren des Volkes entwickelte sich jetzt. Der Spion, denn daß er in der That ein Agent der Polizei sei, glaubte nach den Notizen, die ihm entrissen worden waren, und die ein Redner der Versammlung mittheilte, Jedermann, wurde nach Namen und Stand gefragt. Er nannte sich Hornung und gab an, daß er Rendant sei. Ein Arbeiter, der ihn von früherher kannte, erzählte, er sei ein früherer Vorsteher einer Mädchenschule, dem aber das Amt genommen worden sei, weil er Mißbrauch mit den kleinen Mädchen getrieben habe. Ein Schrei der Entrüstung unterbrach den Redner und erst nach einiger Zeit konnte er fortfahren. Herr Hornung, obgleich damals aus dem Amte gejagt, habe sich doch wieder höheren Orts in Gunst zu setzen gewußt, weil er sich auf die Frömmelei gelegt habe.

Es gab ein langes Hin- und Hersprechen, endlich aber entließ man den vermeintlichen Spion ungekränkt, vorzüglich auf die Veranlassung Jungs, der höchst vernünftig bemerkte, es sei ihm ganz gleichgültig, wenn irgend Jemand seinen Namen aufschriebe, er spreche hier öffentlich und da könne Jedermann notiren, was gesprochen würde. Die Polizei möge es wissen und erfahren, vor der fürchte er sich nicht.

Herr Hornung empfahl sich, nachdem er vorher noch der Versammlung, besonders dem Präsidenten derselben in einer ganz eigenthümlichen Weise seinen Dank ausgesprochen hatte. Später hat sich derselbe Mann einen nicht beneidenswerthen Namen durch seine Leistungen auf dem Gebiete der Geisterseherei gemacht.

Die Versammlung verlief, ohne daß etwas bemerkenswerthes beschlossen wurde. Es kam keine Störung vor, um so erstaunter aber waren die nach der Stadt Zurückkehrenden, als sie das Schönhauser Thor von der Bürgerwehr außerordentlich stark besetzt fanden.

Die Bürger hatten den ganzen Tag unnützerweise unter Waffen zubringen müssen. Sie waren wüthend über die Demokraten und kühlten jetzt ihr Müthchen an denselben. Es gab zahlreiche Verhaftungen ohne irgend eine Veranlassung. Die Verhafteten wurden mit Kolbenstößen traktirt und nur mit Mühe gelang es den Offizieren, der Brutalität ihrer Mannschaften zu steuern. Es zeigte sich damals schon, wie später noch oft, daß die gekränkten Bürger weit schlimmere Polizisten waren, als die früheren Gensd'armen und die späteren Schutzleute.

Den Schluß des Abends machte eine schwach besuchte Sitzung des politischen Klub's, in welcher die Freunde und Gegner der verunglückten Demonstration heftig an einander geriethen. Man machte sich gegenseitig schwere Vorwürfe, besonders wurde Schlöffel hart angegriffen. Zu seiner Vertheidigung las er einen Aufsatz über die Demonstration vor, der am Morgen des 20. April in seinem Volksfreund hatte erscheinen sollen, aber erst am Abend erschienen war. Der Aufsatz, welcher uns ein klares Verständniß der Absichten giebt, welche wenigstens Schlöffel bei der Demonstration gehabt hatte, lautete:

Auf dem grünen Donnerstag wollen wir mit dem Ministerium Camphausen das Abendmahl feiern, auf daß es gekreuzigt werde. Einst haben die Juden Barnabam freigegeben, um einen großen Volksaufwiegler und Revolutionär, der Jahrtausende lang als „Gott" verehrt werden sollte, zu hängen. Morgen wollen wir den Barnabas Camphausen nicht freigeben, und unsere Freiheit, die wir augenblicklich in den Volkswahlen verkörpert sehen, für immer retten. Darum trauet nicht jenen Schriftgelehrten und Pharisäern im konstitutionellen Klub, und jenen Königlichen Kriegsknechten in den Wachtstuben der Bürgerwehr, und dem Pontius Pilatus Minutoli, die Euch alle erzählen, wie gut und vortrefflich der Barnabas ist und wie gefährlich jener politische „Christus", das demokratische Wahlgesetz (denn es führt ja zur Republik), sondern laßt Euch nicht davon abwendig machen, in Masse mit nach Golgatha vor das Königs-Schloß zu ziehen, — — —; dort mag der Minister Camphausen das eigene Kreuz tragen, woran er geschlagen wird, nämlich seine unvergeßliche Blamage. Wir wollen Herrn von Minutoli nicht in die Verlegenheit bringen, unsern „Heiland" zu tödten und sich dann, à la Pilatus, die dienstfertigen Hände in Unschuld zu waschen. Wir wollen nicht gleich jenen Juden zu stillschweigenden Mördern unserer eigenen Freiheit werden und es zugeben, wie durch das schlechte Wahlgesetz, trotz der Bibel, die reichen und ordnungliebenden Kameele durch das Nadelöhr der landräthlichen Wahlkontrole gehen. Wir wollen auch nicht, wie Max Schaßler es will, dem guten Könige geben, was des Königs, und dem Königlich Preußischen Vaterlande, was des Königlich Preußischen Vaterlandes ist. Nein, nein, wir bleiben bei unserm Vorhaben: An's Kreuz mit Barnabas und Konsorten. Wir wollen ihm den Essigschwamm der bittern Wahrheit reichen, und dann kann er unsertwegen in das Paradies seines Privatlebens einkehren und der Republik nach seinen lorbeerwürdigen Thaten in Ruhe entgegensehen. Wir aber wollen uns in seine Kleider theilen und in die 40 Millionen Anleihen, die er uns zu stehlen versucht hat. — Alle Pfarrer auf den Kanzeln loben ihre Makkabäer und sagen, daß es sehr unklug von den Juden gewesen wäre, nachdem sie sich durch die Barrikaden von der Babylonischen Gefangenschaft befreit hätten, nachdem der Prinz Nebukadnezar entwischt war, daß sie den Titus von Gottes Gnaden sammt seinen Dienstträgern (denn weder Titus noch einer seiner Zeitgenossen hatte das Pulver erfunden) nicht haben auch gehen heißen. Das Wahlcomité scheint anderer Meinung zu sein, denn es hat nichts anderes beschlossen, als mit 60,000 Mann sich zu erkundigen, ob das für den Minister Camphausen die Macht der Erde sei, die ihn von den Wahlmännerwahlen abbringen könnte. Er will nicht einmal die andern beiden Volksfreunde sich loskaufen, die der Titus kreuzigen will, die etwa Volksbewaffnung und „befreite Arbeit" heißen. Wir haben doch noch immer einen unnützen Respekt vor diesem Titus und seinen Spießknechten und Bürgerpatrouillen. Wir rufen immer: „Friedlich! friedlich!" und vergessen ganz, daß es der Krieg und nur der Krieg war, der uns das Wenige gebracht hat, was wir von Freiheit besitzen. Denn seht, wenn wir, um auf der Straße rauchen zu können und den unverantwortlichen Barnabas zum verantwortlichen Minister zu erhalten, so und so viel Menschen geopfert haben, was wäre denn dann das Uebrige werth, was wir gern haben möchten und mit allem Bitten, Protestiren und Demonstriren nicht erlangen werden.

Dreizehntes Kapitel.

Der Staatsanwalt von Kirchmann über die Preßfreiheit. — Die Verhaftung Schlöffels. — Schlöffels Verurtheilung, sein Ende. — Reaktionäre Plakate. — Der Polizei-Präsident und die Volks-Versammlung. — Die Wahlbewegung. — Bezirks-Versammlungen und Vereine. — Die Kandidaturen. — Die Wahl-Versammlung im konstitutionellen Klub. — Der Jacobiskandal. — Der Verein für Volksrechte und der patriotische Verein. — Der Reformklub und der Volksklub. — Die blauen und die rothen Demokraten. — Die Wahl der Wahlmänner. — Unparlamentarische Wahlmänner-Versammlungen. — Die Berliner Wahlen.

Die demokratische Partei hatte eine schwere Niederlage erlitten. Die beabsichtigte Demonstration war nicht nur verunglückt, sie hatte gezeigt, daß die Partei in sich selbst zerrissen war, daß die Bürgerschaft keine Sympathie für sie hegte, sondern ihr eher feindlich gegenüber stand.

Die konservative Partei gewann durch den Erfolg, den sie bei dieser Gelegenheit erzielt hatte, einen frischen Muth. Jetzt war es an der Zeit, den Versuch zu machen, das Ansehen der alten Gesetze wieder herzustellen. Es kam darauf an, zu zeigen, daß die Regierung wieder die Macht hatte.

Von allen Volksrednern hatte sich der junge Schlöffel am entschiedensten ausgesprochen; er hatte in Wort und Schrift rücksichtslos die Revolution gepredigt; ihn unschädlich zu machen und zu bestrafen, war die nächste Aufgabe der Behörden.

Die Presse hatte bisher seit dem 18. März sich in vollster Freiheit bewegt, selbst die revolutionärsten Plakate waren von der Polizei ruhig an den Ecken geduldet worden; in den Zeitungen und Broschüren konnte Alles geschrieben und gedruckt werden, ohne daß sich Staatsanwalt und Polizei darum gekümmert hätten.

Schon vielfach war die Staatsanwaltschaft von den ruhedürstenden Berliner Bürgern angegangen worden, der Preßfrechheit, so nannten die Konservativen die unbedingte Preßfreiheit, ein Ende zu machen. Herr von Kirchmann, der Staatsanwalt, hatte sich bestimmt geweigert, einzuschreiten, ja er hatte es für nothwendig erachtet, über seine Stellung zur Presse eine öffentliche Erklärung im amtlichen Theile der Allgemeinen Preußischen Zeitung vom 11. April zu erlassen, eine Erklärung, welche wohl verdient, wieder in Erinnerung gebracht zu werden. Sie lautet:

Der Unterzeichnete ist von vielen Seiten aufgefordert worden, gegen die Uebergriffe der Presse in den letzten Tagen am hiesigen Orte gesetzlich einzuschreiten. Bei der großen Zahl dieser Aufforderungen und ihrer theilweisen Anonymität ist der Unterzeichnete genöthigt, seine Antwort auf diesem Wege zu geben.

So lange die Presse sich nur in dem Felde des Allgemeinen, in Theorieen über Reform des Staats, der Gesellschaft, des Verkehrs bewegt, seien die Vorschläge auch noch so übertrieben, noch so sehr das Bestehende angreifend, so lange hält der Unterzeichnete jedes Einschreiten der Strafgewalt für unzulässig. Gegen die Erzeugnisse des Geistes, selbst des böswilligsten in dieser Sphäre, giebt es keine andere Waffen, als die des Geistes. Zuchthaus, Geldbußen dagegen anzuwenden, erscheint als rohe Gewalt, die nur dazu dient, solchen Ansichten den Schein der Wahrheit zu leihen und ihre Verbreiter zu Märtyrern des Volkswohls zu erheben. Gegen die Unwahrheit giebt es nur ein Mittel, das: sie zu widerlegen, und zwar in der gleichen einfachen, verständlichen Weise, in welcher jene ihre Verbreitung zu erlangen sucht. Je mehr jeder Ansicht, auch der äußersten, Raum gestattet wird, sich öffentlich auszusprechen, um so gefahrloser wird sie. Die Gefahr beginnt erst mit dem Moment, wo die Verfolgung solcher Ansicht sie nöthigt, ihre Verbreitung im Geheimen zu suchen. Wer Preßfreiheit will, muß auch deren Mißbräuche zu ertragen wissen. Die Neuheit der Sache läßt übrigens die Größe der Gefahr wohl überschätzen. Der gesunde Sinn der Bevölkerung wird auch der verführerischsten solcher Theorieen zu widerstehen wissen, wenn ihnen nicht blos Bitten und Ermahnungen entgegen gestellt, sondern das Unhaltbare, für den Arbeiter selbst Verderbliche solcher Lehren ruhig und ernst dargelegt wird. Der Unterzeichnete wird deshalb nur dann gegen Uebergriffe der Presse einschreiten und hält sich im Geiste des neuen Preßgesetzes nur dann dazu befugt, wenn eine Druckschrift, das Gebiet des Allgemeinen verlassend, zu einem bestimmten Verbrechen Rath oder Anleitung geben oder die Ehre und Integrität bestimmter Personen verletzen sollte.

Der Staatsanwalt beim Königlichen Kriminal-Gericht,
von Kirchmann.

Nach einer solchen Erklärung der Staatsanwaltschaft, welche vor 10 Tagen im Regierungs-Blatt erschienen war, wurden die Berliner auf's Aeußerste überrascht, als sie hörten, daß am 21. April der junge Schlöffel wegen des Artikels im Volksfreund, den er im politischen Klub vorgelesen hatte, verhaftet worden war.

Die Verhaftung Schlöffels war ein Ereigniß von hoher politischer Bedeutung, sie war der erste Angriff gegen die schrankenlose Preßfreiheit. Daß der Angriff gerade Schlöffel, den Führer der Arbeiter, den kühnen, revolutionären Republikaner betraf, war besonders bedeutungsvoll.

Jetzt mußte es sich zeigen, ob die revolutionäre Partei die Macht und den Willen besitze, einen der ihrigen gegen die Staatsgewalt zu schützen. Man erzählte in Berlin, daß die Arbeiter beschlossen hätten, sich zusammen zu rotten,

das Gefängniß zu stürmen, den Gefangenen zu befreien. Aber von Alledem geschah nichts!

Im politischen Klub, in den Versammlungen unter den Zelten, in den verschiedenen Arbeiterversammlungen wurde zwar viel geschrieen über die schmachvolle Verletzung der Preßfreiheit und die schnöde Ungerechtigkeit, auf Grund veralteter, durch die Revolution vernichteter Gesetze eine Anklage gegen Schlöffel erheben zu wollen, es wurden Deputationen an den Präsidenten des Stadtgerichts beschlossen und entsendet; man erließ auch eine Zustimmungs-Adresse*) für Schlöffel; weiter aber geschah nichts. Große Worte und kleine oder vielmehr keine Thaten charakterisirten schon damals die Volks-Versammlungen und ihre Leiter; der einzige von den Volksrednern, der vielleicht den Muth zu einer kühnen That gehabt hätte, war eben Schlöffel, der aber saß im Gefängniß.

Er wurde mit großer Leutseligkeit behandelt, durfte er doch aus dem Gefängniß heraus seine schriftstellerische Thätigkeit fortsetzen, und zwar ganz in bisheriger, revolutionärer Weise.

Der Prozeß gegen Schlöffel wurde mit anerkennungswerthem Eifer betrieben, schon am 11. Mai fand die von zahlreichen Zuschauern besuchte öffentliche Gerichtssitzung statt. Schlöffel vertheidigte sich selbst, er trat muthvoll für seine Ueberzeugung ein. Da er in keiner Weise die scharfen Worte seiner im Volksfreund geschriebenen Artikel zu beschönigen oder zu bemänteln suchte, konnte nach der alten Gesetzgebung seine Verurtheilung nicht zweifelhaft sein. Sie erfolgte und zwar wurde Schlöffel wegen versuchter Verleitung zum Aufruhr schuldig erklärt und mit 6monatlichem Festungsarrest bestraft; zugleich wurde die Vernichtung der noch vorräthigen Exemplare der Nr. 5 des Volksfreundes ausgesprochen.

Schlöffel erklärte, daß er der Gewalt weichen und keine weitere Apellation einreichen werde. Er trat seine Strafe an**). Seine Verurtheilung gab für einige Zeit den Klubs und Volks-Versammlungen Stoff zu Reden und Beschlüssen, bald aber wurde sie, da andere wichtige Ereignisse die Aufmerksamkeit des Volkes fesselten, vergessen.

Daß Schlöffel hatte verhaftet werden können, daß ihm der Prozeß gemacht werden konnte, ohne einen Aufruhr seiner zahlreichen Anhänger hervorzurufen, gab der konservativen Partei und den Behörden den besten Beweis dafür, daß sie jetzt wieder thatkräftiger in die Bewegung eingreifen konnten. Die Straßenecken bedeckten sich mit reaktionären Plakaten, welche Warnungen vor den Aufwieglern und Wühlern enthielten, die Zeitungen empfingen Eingesands gleichen Inhalts und Proteste gegen die Revolution. Auch der Versuch, die Volks-Versammlungen und den politischen Klub einzuschüchtern, wurde abermals gemacht, bezahltes Gesindel wurde zum Skandalmachen in die Volks-Versammlungen geschickt. Im politischen Klub erschien z. B. am 29. April ein Schlächtermeister, Namens Mauch, an der Spitze eines Haufens von Erdarbeitern, die mit dicken Knütteln bewaffnet waren, er las ein Schriftstück voll Schmähungen gegen den Klub vor, ohne indessen ein Resultat erzielen zu können, denn die Mitglieder des Klubs waren zu zahlreich, um sich durch solche Drohungen schrecken zu lassen.

Die Polizei begann jetzt auch wieder ihre Macht zu zeigen. Mehrere Ausweisungen erfolgten, sie betrafen theils Polen, theils auch Arbeiter, von denen man fürchtete, sie könnten einen nachtheiligen Einfluß auf ihre Genossen ausüben. Sogar die Volks-Versammlungen wagte der Polizei-Präsident zu bedrohen, indem er am 28. April eine Bekanntmachung erließ, in welcher er darauf aufmerksam machte, daß nach dem §. 4 der Verordnung über einige Grundlagen der künftigen Preußischen Verfassung v. 6. April zwar Versammlungen unter freiem Himmel von der Obrigkeit gestattet werden dürften, sofern sie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefahrbringend seien, daß aber die Ordner von Volks-Versammlungen von jeder beabsichtigten Volks-Versammlung vorher rechtzeitig Anzeige zu

---

*) Aus dieser Adresse des Volksvereins unter den Zelten heben wir folgende Worte hervor:

„Bruder, bald — bald wirst Du frei sein und in unsere geöffneten Arme eilen, und ehe Dich der Sklavengeist wieder in Banden schlägt, eher soll die Welt aus ihren Fugen gehen. Fest und unerschütterlich wie eine junge Eiche stehst Du da auf Deutschlands gesegneten Boden, und die stumpfen Aerte der Despoten-Knechte zersplittern an Deiner Stärke! Und die Freiheit geht auf über Deutschland und der junge Eichbaum wird eine starke Eiche, die dasteht als Hort und Schirmer und ihre Zweige weithin verbreitet. Unsere Herzen schlagen Dir muthig entgegen, und wir brennen vor Lust und Begierde für Dich zu streiten. Allein Du bedarfst unser nicht. Du bist freier in Deinem Kerker als viele Purpur- und Kronenträger auf ihren Thronen. Du wirst dastehen, nicht als Angeklagter, nein, als Ankläger des irrigen Haufens, der mit frevelhaften Händen die heilige blutig errungene Freiheit antastet."

Prahlerische, hochtönende Phrasen neben thatloser Zurückhaltung charakterisirten die Adresse und ihre Urheber, die Mitglieder des Volksvereins unter den Zelten, welche wöchentlich ein paarmal zusammen liefen, um sich Reden halten zu lassen und gewaltige Beschlüsse zu fassen, ohne aber zu deren Ausführung den Muth zu besitzen.

**) Schlöffel hatte seine Strafe in der Festung Magdeburg zu verbüßen. Es gelang ihm, 3 Wochen vor dem Ablauf der 6 Monate zu entfliehen. Später nahm er an dem Aufstande in Baden theil, er trat in das badensche Revolutionsheer ein, in einem Gefecht bei Waghäusel am 21. Juni 1849 wurde er von einer Kanonenkugel niedergerissen. Er ist einer der wenigen Kämpfer aus dem Jahre 1848, welche mit ihrem Leben ihre Freiheitsliebe besiegelt haben.

machen hätten. Von einer solchen Bestimmung stand in dem Gesetze nichts, nirgends war eine vorherige Anzeige gefordert.

Gegen die Ueberhebung der Polizeimacht erließen zwar die Klubs und selbst der konstitutionelle, Proteste, in den Volksversammlungen wurde gewaltig darüber raisonnirt, aber weiter geschah nichts.

Die letzten Tage des April vergingen ohne bedeutendere Ereignisse, interessant und wichtig aber waren sie dennoch, wegen des regen politischen, durch die Vorbereitungen zur Abgeordneten-Wahl erzeugten Lebens.

Die Wahlen der Wahlmänner und selbst der Abgeordneten zur Berliner National-Versammlung und zum Frankfurter Parlament standen bevor, die Parteien rüsteten sich zum Wahlkampf, der unter schwierigen Verhältnissen stattfinden mußte.

Nur wenige Namen von tüchtigen freisinnigen Männern waren aus der vormärzlichen Zeit im Volke allgemein bekannt, gerade gegen diese aber erhob sich jetzt ein gewisses Mißtrauen. Die Männer der Landtagsopposition paßten nicht mehr für die neue Zeit, welche weit über sie fortgegangen war, man fürchtete von ihnen reaktionäre Gelüste, während auf der andern Seite die erst in den letzten Wochen seit dem 18. März bekannt gewordenen Politiker noch nicht ein hinreichendes Vertrauen besaßen, um ihnen ein Mandat zur Volksvertretung zu sichern.

Nicht einmal für die Wahlmännerstellen hatte man recht geeignete, in ihren Bezirken allgemein bekannte und geachtete Kandidaten. Wer hatte sich in Berlin vor dem 18. März um seinen nächsten Nachbar, um seine Bezirksgenossen und ihre politischen Ansichten bekümmert? Jetzt plötzlich trat dies Bedürfniß nach einer genaueren Personenkenntniß hervor, und mit ihm entstanden naturgemäß unzählige kleinere und größere Versammlungen, resp. Vereine, welche allabendlich in den verschiedenen Bezirken zur Wahlvorbereitung abgehalten wurden.

Es ging in diesen Versammlungen oft naiv genug zu. Selbst scheinbar gebildete Männer zeigten eine erschreckende politische Unreife, und es konnte daher nicht fehlen, daß die studirten Leute, diese Staatsbeamten, welche seit dem 18. März über die Maßen bürgerfreundlich und freisinnig geworden waren, in den Versammlungen fast überall einen überwiegenden Einfluß gewannen.

Waren schon in den kleinen Urwähler-Versammlungen, in denen sich die Kandidaten für die Wahlmänner präsentirten und ihre politischen Glaubensbekenntnisse ablegten, die Debatten interessant genug, so boten sie doch ein weit allgemeineres Interesse in den größeren Versammlungen, in denen es sich darum handelte, Abgeordnete für Frankfurt oder Berlin aufzufinden, zu empfehlen oder anzuhören.

An Kandidaten war allerdings kein Mangel, sie meldeten sich schon selbst und den Beginn machte Herr Held, der sich in seiner Lokomotive als Kandidat für Frankfurt a. Main ankündigte. Seinem Beispiel folgten Andere, indem sie sich entweder selbst vorschlugen oder sich durch irgend einen Freund empfehlen ließen. Alle Zeitungen enthielten lange politische Glaubensbekenntnisse. Plakate und Broschüren erschienen, um diesen oder jenen Kandidaten zu empfehlen oder vor der Wahl Anderer zu warnen. Es empfahlen sich neben Held selbst oder wurden empfohlen Arnold Ruge, Georg Jung, Professor Michelet, Landwirth Schönemann, der Humorist Adolph Glasbrenner, der Geheime Rath Heffter, Dr. Oppenheim, Dr. A. Benda, Justizrath Straß, die Stadtverordneten Julius Behrends und Mertens, der Kaufmann Constant, Dr. Diesterweg, Ober-Bürgermeister Grabow, Buchhändler Veit u. v. a.

Die Klubs fühlten natürlich auch die Verpflichtung, sich des Wahlgeschäfts anzunehmen und Einfluß auf dasselbe zu gewinnen, besonders zeigte der konstitutionelle Klub eine außerordentliche Rührigkeit. Seine Versammlungen überwogen in der Zeit vor der Wahl an Interesse weit die des politischen Klubs.

Der Klub wollte eine Reihe von Kandidaten aufstellen, die sämmtlich vor ihm ihre politischen Glaubensbekenntnisse ablegen mußten, und hierdurch Veranlassung zu den aufregendsten Debatten gaben. Eine Kandidatur bewirkte sogar eine Spaltung des Klubs, sie trug viel zu einer neuen Parteibildung bei.

Nach einer großen Zahl von Rednern, welche kandidirten, hatte einer, der berühmte Mathematiker Jacobi, durch eine glänzende Ansprache vorzugsweise die Aufmerksamkeit der Mitglieder des Klubs erregt; er hatte sich begeisterte Verehrer, aber auch heftige Gegner erworben, die Letzteren vorzugsweise durch die Bemerkung, er sei zwar ein Anhänger der konstitutionellen Monarchie, wenn er aber das Wort Republik höre, laufe ihm deshalb noch keine Gänsehaut über den Rücken. Ein solches Wort im konstitutionellen Klub! Es war unerhört und gar vielen Mitgliedern lief wirklich bei dieser Aeußerung eine Gänsehaut über den Rücken. Der Mann mußte mundtodt gemacht werden und es war Gefahr im Verzuge, denn bei der vorläufigen Abstimmung im Klub war der Professor Jacobi unter die Zahl der Kandidaten aufgenommen worden.*)

---

*) Bei 424 Wahlzetteln, welche am 23. April im konstitutionellen Klub abgegeben wurden, erhielten folgende Kandidaten eine Majorität:

Lette, Crelinger, Prutz, Borsig, Schomburgk, Keller, Stern, Diesterweg, Jordan, Jacobi, Dove, v. Raumer, Furbach, Baur, Bisky, v. Grolmann, Nauwerck, v. Humboldt.

Es würde nicht leicht sein, eine buntere Kandidaten-Liste aufzustellen; das Zusammenwürfeln von Männern der verschiedensten politischen An-

Die Gegner Jacobi's wählten für ihre Zwecke das jammervolle Mittel persönlicher Schmähungen und Verdächtigungen; während sie über die oft recht anrüchigen politischen Antecedentien ihrer übrigen Kandidaten kein Wort zu sagen wußten, zogen sie aus dem Leben des Gelehrten einige Vorfälle in die Oeffentlichkeit, welche der vormärzlichen Zeit angehörten: Jacobi hatte einmal dem Könige die Hand geküßt, er war früher mehrfach zur Königlichen Tafel eingeladen worden, er hatte Friedrich Wilhelm IV. einmal ein Buch dedizirt, und endlich hatte er den berüchtigten Brief der Akademie in der Raumer'schen Angelegenheit ohne ihn zu lesen mit unterschrieben.

Diese Missethaten wurden Jacobi in öffentlicher Sitzung vorgeworfen, sie sollten ihn unfähig machen, Kandidat des konstitutionellen Klubs zu werden; der Mann, dessen zu große Freisinnigkeit die Herren Crelinger, Aegidi 2c. schreckte, sollte mit seinen eigenen Waffen abgeschlachtet und verworfen werden, weil er früher nicht freisinnig genug gewesen sei.

Lange, viele Sitzungen hindurch währende Debatten knüpften sich an diese Kandidatur. Die mehr zur Demokratie sich hinneigende Partei des konstitutionellen Klubs schaarte sich um Jacobi, sie schied endlich aus dem Klub aus und bildete einen neuen Verein, der sich erst nur die Linke des konstitutionellen Klubs, dann aber Verein zur Wahrung der Volksrechte nannte. Der neue Verein nahm bald auch Mitglieder des politischen Klubs in sich auf. Unter der Leitung des Justiz-Kommissars Streber wendete er sich mehr und mehr der demokratischen Partei zu und schon nach kurzem Bestehen war er ein durch und durch demokratischer Verein.

Wie die Linke schied aus dem konstitutionellen Klub auch die Rechte aus. Die stürmischen Wahldebatten hatten die konservativen Herren erschreckt; sie fürchteten, der Klub werde ausarten zu einer wilden anarchischen Volksversammlung, er werde den Charakter des politischen Klubs annehmen und dem guten Rufe der Mitglieder Eintracht thun. Viele Mitglieder der monarchisch-konstitutionellen Fraction des Klubs beriefen deshalb auf ein in den Zeitungen veröffentlichtes Glaubensbekenntniß hin eine besondere Versammlung am 29. April. Es waren die Herren Präsident Lette, Major Blesson, Fabrikbes. Egells, v. Jordan u. A.

Das Glaubensbekenntniß der konservativen Fraction des konstitutionen Klubs sprach sich ebensowohl gegen anarchische und republikanische als gegen reaktionäre Bestrebungen aus; es forderte Aufrechterhaltung der Königlichen Versprechungen, Schutz der Arbeiter, um die Arbeiter zu kirren, Unverletzlichkeit der konstitutionellen Monarchie und vor Allem eine künftige National-Repräsentation in zwei von einander unabhängigen legislativen Körpern, deren Genehmigung zu allen Gesetzen erforderlich sein solle.

Etwas später bildete sich auf Grundlage dieses Programms der Patriotische Verein, der zwar die Devise der konstitutionellen Monarchie beibehielt, dem es aber bei dieser weniger auf die konstitutionelle als überhaupt auf die Monarchie ankam.

Ein ähnlicher Läuterungsprozeß, wie im konstitutionellen Klub, ergab sich auch im politischen Klub; von diesem sonderten sich ebenfalls zwei Vereine ab, welche sich Ende April und Anfangs Mai konstituirten. In ihren Grundprinzipien waren sie vom politischen Klub nicht geschieden, wohl aber in ihren Personen.

Der Reform-Klub wurde durch Ludwig Buhl, Julius Faucher, Hoppe, Stein u. A. gebildet, er konstituirte sich ohne nähere Angabe seiner Tendenzen. Der Volksklub versammelte sich auf den Ruf des Professor Agathon Benary, dem sich dessen Brüder Heinrich und Ferdinand Benary, Julius Berends, Nauwerk, Runge u. A. anschlossen. Er erließ ein demokratisches Programm, in welchem das konstitutionelle Königthum auf den breitesten Grundlagen der Volksfreiheit festgehalten wurde. Das Ziel des Klubs sollte ein Streben nach einem einigen, starken Deutschland und nach Freiheit für Alle, für das ganze Volk sein.

Beide Klubs standen dem Vereine für Volkrechte außerordentlich nahe, und traten mit ihm auch vielfach in Verbindung; ja manche Mitglieder gehörten zweien von den drei Vereinen an. Einzelne blieben auch dem politischen Klub treu, obwohl sie einem der neuen Vereine beitraten und bildeten so eine Vermittelung. Die Mitglieder der neuen Vereine wurden gewöhnlich als blaue Demokraten*) von den Mitgliedern des politischen Klubs, welche sich mit Stolz rothe Demokraten nannten, bezeichnet.

Die Wahl der Wahlmänner fand am Montag den 1. Mai statt. Der Wahltag war ein Fest-

schauungen charakterisirt die Unreife des am meisten politisch durchgebildeten Klubs in Berlin.

*) Ich spreche in dieser Geschichte Berlins nicht gern von mir selbst, und werde dies auch in Zukunft möglichst zu vermeiden suchen, will indessen hier bemerken, daß ich zu denjenigen Demokraten gehörte, welche sich sowohl dem Volksklub als dem Vereine für Volksrechte anschlossen; dem politischen Klub beizutreten, konnte ich mich, obgleich von manchen Freunden vielfach aufgefordert, nicht entschließen. Ich habe den Klub einigemal als Gast besucht, aber die Leitung desselben mißfiel mir und ich gewann schon damals die Ueberzeugung, daß durch das ganze Gebahren des Klubs der zur Demokratie sich neigende Theil der Bürgerschaft niemals angezogen werden könnte, daß er im Gegentheil sich abgestoßen fühlen und zum Lager der Gegner hingetrieben werden müßte. Der Verein für Volksrechte und der Volksklub beabsichtigten, vorzugsweise die Bürger für die demokratischen Ideen zu gewinnen; ich hielt dies für die wichtigste Aufgabe der Demokratie, deren Erfüllung allein ihr den Sieg verschaffen könnte und schloß mich deshalb gern beiden Vereinen an.

tag für Berlin. Alle Büreaus der Behörden, alle Läden und Werkstätten waren geschlossen. Die Bürger eilten nach den Wahllocalen, die in allen größeren Sälen der Stadt aufgeschlagen wurden. Mehr als 60000 Urwähler hatten sich versammelt, um in 140 Wahlbezirken, in welche die 102 städtischen Bezirke Berlins eingetheilt wurden, ihr Wahlrecht auszuüben.

Die Wahlmänner für Berlin sollten zuerst, demnächst die für Frankfurt gewählt werden. Die Abstimmung erfolgte durch Stimmzettel, Diskussionen durften beim Wahlakt nicht stattfinden. Es gab schwere und hartnäckige Wahlkämpfe, in einzelnen Versammlungen endeten dieselben erst gegen Mitternacht, weil für jeden einzelnen Wahlmann eine Reihe von Abstimmungen nothwendig war, denn eine Majorität ergab sich nach einer Stimmen-Zersplitterung nur schwer.

Die Ruhe der Stadt wurde am 1. Mai durch die noch nicht wahlberechtigte Jugend aufrecht erhalten. Man besorgte wieder einmal einen Besuch der Rehberger und anderer Arbeiter, deshalb durchzogen fortwährend Patrouillen von jungen Künstlern, Handwerksgesellen, Studenten und Schülern der oberen Gymnasialklassen bewaffnet die Straßen, um an Stelle der wählenden Bürgerwehrmänner das Eigenthum derselben zu beschützen.

Die jungen Leute hatten dabei wohl viel Vergnügen aber wenig Last, denn die Arbeiter dachten an gar keine Ruhestörung. Die Wahlberechtigten waren ebenfalls bei den Wahlen beschäftigt, die Andern benutzten den freien Tag, um sich ein Vergnügen zu machen.

Die Wahlen waren in den meisten Bezirken, wie wir erwähnten, nur nach schweren Kämpfen zu Stande gekommen. Ueber das Resultat derselben ließ sich, auch nachdem sie vollendet waren, noch wenig sagen, denn bei der faktischen Verwirrung, welche damals unter den Parteien herrschte, war es unmöglich, wie es heut zu Tage üblich ist, die Parteistellung der Gewählten im Voraus zu berechnen. Man wußte nur, daß sehr viele Beamte und vorzugsweise solche, welche freisinnige Wahlreden gehalten hatten, gewählt worden waren, daß auch das Bürgerthum stark vertreten war, daß dagegen die Mitglieder des politischen Klubs nur in den vorzugsweise von Arbeitern bevölkerten Bezirken Mandate erhalten hatten; in vielen anderen Bezirken waren sie in der Minorität geblieben.

Die radikale Demokratie hatte, so war man in Berlin überzeugt, bei der Bürgerschaft nur geringe Sympathien, denn ihre Führer wurden von den Bürgern ebensosehr gefürchtet wie gehaßt. In den ersten allgemeinen Versammlungen der Wahlmänner zeigte sich dies in Bezug auf einzelne Persönlichkeiten.

Durch Plakate, welche von vielen angesehenen Männern, meistens Mitgliedern des konstitutionellen Klubs unterschrieben waren, wurden sämmtliche Wahlmänner Berlins, sowohl die für das deutsche Parlament als die für die Berliner National-Versammlung gewählten, zu einer allgemeinen Versammlung auf Mittwoch den 3. Mai Vormittags 11 Uhr nach der Garnisonkirche eingeladen. Sie fanden sich zahlreich ein. Es gab eine wilde stürmische Versammlung, die zu gar keinem Resultate kommen konnte, da ihr jede vernünftige Leitung fehlte. Sie trennte sich endlich, beschloß aber, am Nachmittag 2 Uhr sich im Konzertsaale des Schauspielhauses noch einmal zu vereinigen. Auch diese Versammlung war wieder so stürmisch und aufgeregt, daß es schwer wurde, in derselben irgend eine Abstimmung vorzunehmen.

Es war merkwürdig genug, daß die Volksversammlungen unter den Zelten und bei der einsamen Pappel in letzter Zeit einen guten parlamentarischen Takt gezeigt hatten, daß aber die erste Versammlung der Wahlmänner von Berlin, die doch die Elite des Berliner Bürgerthums in sich faßte, so wild und unparlamentarisch verlief. Der Bürgermeister Naunyn, der Anfangs den Vorsitz geführt hatte, mußte bald abtreten, denn er fühlte sich ganz außer Stande, eine solche Versammlung zu leiten. Erst als der Geheime Revisionsrath Bauer, der mit einer Löwenstimme begabt war, das Präsidium übernahm, gelang es, einige Ordnung in die Debatte zu bringen.

Schon bei der ersten Verhandlung über die Berechtigung der Wahlmänner und über einen beantragten Protest wegen der geringen Anzahl der von der Stadt Berlin zu wählenden Abgeordneten zeigte sich der Haß eines großen Theils der Bürgerschaft gegen die bekannten und beliebten Volksführer Held und Ludwig Eichler. Held wurde durch wüstes Geschrei, Stampfen mit den Füßen und lautes Zischen vielfach unterbrochen, Eichler konnte trotz seiner Stentorstimme den wilden Tumult nicht durchdringen und gar nicht zu Worte kommen.

Etwas parlamentarischer ging es in den folgenden Versammlungen zu, in denen Kandidaten, deren eine Legion sich gemeldet hatte und empfohlen wurde, ihre politischen Glaubensbekenntnisse ablegten und Interpellationen beantworteten. Man prüfte die unglücklichen Kandidaten mit erbarmungsloser Strenge. Sie sollten Auskunft geben nicht nur über ihre politischen Ansichten sondern selbst über ihre intimsten Lebensverhältnisse. Konnten sie von erlittenen Verfolgungen unter dem absoluten Regimente erzählen, dann erhielten sie regelmäßig einen stürmischen Beifall.

So fleißig die Wahlmänner in ihren allgemeinen Versammlungen im Anhören von Kandidatenreden und im Stellen von Interpellationen waren, konnten sie doch auf diesem Wege nicht zum Ziele kommen; der Schwerpunkt der Wahlagitation fiel deshalb in die Partei-Versammlungen, in denen es bald gewaltige Kämpfe gab.

Heut zu Tage haben wir von der Arbeit, der sich damals die Wahlmänner Berlins unterziehen mußten, kaum einen Begriff, sie war überwältigend. In den 8 Tagen der Vorberathung fanden täglich mehrere Sitzungen statt, meist erst spät in der Nacht fanden die gequälten Wahlmänner

Ruhe, um schon am nächsten Vormittag wieder zu beginnen. Endlich kam der Wahltag für die preußische National-Versammlung, der 8. Mai heran. Es wurden gewählt:

Im I. (Nikolaikirch-) Wahlbezirke der Staatsanwalt v. Kirchmann (75 St.) und der Fabrikant F. A. Zacharias (63 St.); im II. (Dorotheenstädtischen-) Wahlbezirke der Geheime Ober-Tribunalsrath Waldeck (64 St.) und der Ober-Bürgermeister Grabow aus Prenzlau (68 St.); im III. (Jerusalemerkirch-) Wahlbezirke der Geheime Revisionsrath Bauer (64 St.) und der Buchdruckereibesitzer Jul. Berends (61 St.); im IV. (Georgenkirch-) Wahlbezirke der Buchdruckereibesitzer Berends und der Geheime Revisionsrath Jonas; im V. (Sophienkirch-) Wahlbezirke Prediger Sydow (63 St.) und der Assessor Jung (64 St.).

Zu Stellvertretern wurden gewählt: Im I. Wahlbezirke Prediger Jonas (72 St.) und Professor Dielitz (50 St.); im II. Wahlbezirke Goldarbeiter Bisky (84 St.) und Bruno Bauer (63 St.); im III. Wahlbezirke Prediger Sydow (60 St.) und Justizrath Geppert (63 St.); im IV. Wahlbezirke Dr. Woeniger und Präsident Lette; im V. Wahlbezirke Geheimer Finanzrath Knoblauch und Stadtrath Dr. Veit.

Für Frankfurt wurden am 10. Mai gewählt:

Zu Abgeordneten: Im I. (Nikolaikirch-) Bezirk der Minister-Präsident Camphausen; im II. (Dorotheenstädt.-Kirch-) Bezirk Major Teichert (mit 59 unter 109 St.); im III. (Marien-Kirch-) Bezirk Minister-Präsident Camphausen (mit 64 unter 109 St.); im IV. (Louisenstädt.-Kirch-) Bezirk Dr. Nauwerk; im V. (Georgen-Kirch-) Bezirk Dr. Nauwerk (mit 57 unter 109 St.); im VI. (Sophien-Kirch-) Bezirk Dr. Moritz Veit (mit 58 unter 113 St.). — Zu Stellvertretern wurden gewählt: Im I. Bezirk Professor Adolph Schmidt; im II. Bezirk Direktor Diesterweg; im III. Bezirk Präsident v. Rönne (90 St.); im IV. Bezirk derselbe; im V. Bezirk derselbe; im VI. Bezirk Hauptmann Zimmermann (mit 59 unter 113 St.).

Da mehrere Doppelwahlen stattgefunden hatten, mußten Nachwahlen bewirkt werden, diese wurden am 19. und 20. Mai vollzogen. Sie trafen für Frankfurt an Stelle Camphausens den Obersten Stavenhagen, für Nauwerk den Professor Friedrich v. Raumer, und an Rönnes Stelle, der dreimal gewählt war, den Geheimen Rath Heffter, Dr. Johann Jacoby aus Königsberg und Dr. Prutz. Für die Berliner Versammlung wurde an Stelle Grabows der Stadtrath Duncker, an die Stelle Julius Berends, Dr. Johann Jacoby und zum Stellvertreter für Jonas und Sydow der Justiz-Komissar Furbach und der Ministerialdirektor Märker gewählt.

Das Resultat der Wahlbewegung in Berlin erregte bei allen Parteien eine hohe Verwunderung. Niemand hatte es vorausgesehen. Der konstitutionelle Klub, so hatte man allgemein geglaubt, werde die Wahl beherrschen und jetzt war es demselben nur gelungen, in der Preußischen Residenz einen einzigen seiner Kandidaten durchzusetzen. Daß der Präsident des politischen Klubs, Georg Jung, den man für einen Republikaner hielt, gewählt werden könne, hatte man nach dem Empfange, den Held und Eichler bei der Wahlmänner-Versammlung gefunden, für ganz unmöglich gehalten, und dennoch wurde er Abgeordneter für Berlin.

Der allgemeinen Verwunderung über die Wahlen gab die Nationalzeitung Ausdruck. Sie sagte u. a.:

„Man betrachte diese Wahlen und erstaune. Wer hätte es den Berlinern zugetraut, daß sie, diese loyalen, viel gerühmten, treuen und lieben Berliner mit solchen Freiheitstrieben begabt sind. Sichtlich haben zwei große Parteien um den Sieg gerungen. Auf der einen Seite stand die radikale Partei und wählte fünf entschiedene Einkammer-Männer, die dem Könige entweder ein sehr bedingtes oder gar kein Veto, und selbst nicht einmal das Recht, Krieg und Frieden zu schließen, lassen wollten. Die Herren v. Kirchmann, Zacharias, Berends (zweimal), und sogar der aus Volks-Versammlungen bekannte republikanische Assessor Jung sind die Vertreter dieser Volks-Partei geworden. Ihr gegenüber hat die gemäßigte Partei gleichfalls fünf Abgeordnete der jetzigen konservativen Richtung durchgesetzt, d. h. jener Richtung, die vor Kurzem noch sehr liberal gewesen wäre. Drei Geheimräthe (Bauer, Waldeck und Jonas) der Prediger Sydow und der Oberbürgermeister Grabow sind die Repräsentanten eines gemäßigten Zweikammer-Systems, mit beschränktem Veto und einer ersten Kammer, die wie die belgische, aus der Klasse der Besitzenden oder einen Census Zahlenden gewählt werden soll. Außer diesen zwei Parteien hat keine andere Anklang gefunden. Das vermittelnde, demokratische System, welches man das amerikanische nennen könnte, das bei beschränktem Veto zwei Kammern, aber beide frei aus dem Volke gewählt, vorschlug und vertheidigte, hat nicht einen seiner Candidaten durchgesetzt."

Es ist bezeichnend für die Unkenntniß der Persönlichkeiten, daß sogar die Nationalzeitung Kirchmann und Zacharias als Abgeordnete der Radikalen, Waldeck dagegen als Abgeordneten der gemäßigten Partei bezeichnete.

———

Vierzehntes Kapitel.

Aufforderung an den Prinzen von Preußen zur Rückkehr nach Berlin. — Die Volksstimmung über den Prinzen von Preußen. — Das Prinz von Preußen-Lied. — Die Zelten-Versammlung und ihre friedliche Demonstration. — Das Volk vor dem Palais des Prinzen von Preußen. — Der 13. Mai. — Vielfache Proteste. — Der 14. Mai. — Aufforderung zur bewaffneten Volks-Versammlung vor dem Minister-Hotel. — Resultatlose Demonstration.

Die Wahlen waren beendet und schon neigte sich die Bevölkerung Berlins dem Glauben zu, es werde nun endlich die Ruhe zurückkehren in die Stadt, denn man schaute ja hoffend auf die National-Versammlung, deren baldiger Eröffnung man freudig entgegensah.

Da erschien plötzlich am Abend des 11. Mai im preußischen Staatsanzeiger folgender Erlaß des Ministeriums, welcher wie ein Blitzschlag aus heiterem Himmel die Bevölkerung Berlins traf.

Aufforderung an den Prinz von Preußen zur Rückkehr nach Berlin.

Ew. Königliche Majestät haben vor der Bildung des gegenwärtigen Ministeriums Se. Königliche Hoheit den Prinzen von Preußen mit einem Allerhöchsten Auftrage nach England zu entsenden geruht. Allerhöchstdieselben wollen uns gestatten, die Gründe ehrerbietigst vorzutragen, aus denen, nach unserer Ansicht, die baldige Rückkehr Sr. Königlichen Hoheit in Ew. Königliche Staaten dringend zu wünschen ist.

Seitdem der Prinz von Preußen am 18. März als erstes Mitglied des damaligen Staats-Ministeriums das Allerhöchste Patent mit unterzeichnete, in welchem die Nothwendigkeit einer constitutionellen Verfassung für alle deutschen Länder von Ew. Majestät anerkannt wurde, ist unter Zustimmung des Vereinigten Landtags ein Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung erlassen worden, die Abgeordneten sind erwählt, und die Einberufung der Versammlung steht nahe bevor. Für den Zeitpunkt nun, wo die Vereinbarung der Staatsverfassung zu Stande gekommen sein wird, erachten wir es für unerläßlich, daß Se. Königliche Hoheit, als der Nächste am Throne, zu deren Anerkennung anwesend sei. Aber auch während der Berathung durch die Versammlung ist es erforderlich, jedem Zweifel, jeder Deutung zu begegnen, wozu die Abwesenheit Sr. Königlichen Hoheit Veranlassung geben könnte, es ist nöthig, daß die Versammlung ihre Berathung mit der vollen Gewißheit beginne und fortsetze, in Ew. Majestät erstem Unterthan einen Mitbürgen der Rechte zu finden, welche Ew. Majestät der Volksvertretung einzuräumen entschlossen sind; es ist nöthig, daß die in ihre Heimath zurückkehrenden Abgeordneten in dem ganzen Lande Zeugniß von Gesinnungen ablegen, welche klar zu erkennen ihnen die Gelegenheit nicht fehlen wird, wie sie uns seither nicht gefehlt hat.

Nicht lange mehr wird die erregte Gegenwart der Ueberzeugung sich verschließen, daß die Ritterlichkeit des Charakters die sicherste Gewähr für das aufrichtige männliche Beharren auf der neuen Bahn darbietet, welche mit Ew. Majestät Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen als ein Bedürfniß für das Wohl des Volks erkannt hat, und diese Ueberzeugung, hervorgerufen und gekräftigt durch den freimüthigen Anschluß an die neuen Zustände, durch das Leben in und mit ihnen, wird von den gemischten Gefühlen eines ebenso muthigen als treuen Volksstammes bald nur die edelsten Bestandtheile zurücklassen. Wir stellen hiernach Ew. Majestät allerunterthänigst anheim, Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen von Preußen die Abkürzung des Aufenthalts in England zu empfehlen.

Berlin, den 10. Mai 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. Graf v. Canitz. v. Patow.

An des Königs Majestät.

Ich bin mit den in dem Berichte des Staats-Ministeriums vom gestrigen Tage vorgetragenen Ansichten um so mehr einverstanden, als Mein Bruder, der Prinz von Preußen, Königliche Hoheit, wiederholentlich Seine volle Zustimmung zu der von Meiner Regierung betretenen neuen Bahn gegen mich ausgesprochen hat. Ich habe deshalb Se. Königliche Hoheit, nach dem Antrage des Staats-Ministeriums, zur baldigen Rückkehr in das Vaterland veranlaßt. Zugleich habe ich, nachdem der bisherige erste Adjutant des Prinzen, Major Graf von Königsmark, schon vor einiger Zeit aus dieser Stellung ausgeschieden ist und der Sr. Königl. Hoheit attachirte Generalstabs-Offizier, Major Oelrichs eine andere Bestimmung erhalten hat, den Major Laue zum ersten Adjutanten des Prinzen von Preußen mit dem Auftrage ernannt, Sr. Königlichen Hoheit Meine Aufforderung zur Rückkehr zu überbringen.

Potsdam, den 11. Mai 1848.

Friedrich Wilhelm.

An das Staats-Ministerium.

Die Aufregung, welche in Folge dieses Erlasses sich über Berlin verbreitete, ist kaum zu beschreiben. Noch am selben Abend sammelten sich in den verschiedenen öffentlichen Lokalen, auf den Straßen und Plätzen und besonders unter den Linden große Volksmengen an, welche sich mit der tiefsten Entrüstung besprachen über die Zurückberufung des Prinzen von Preußen, über diese Maßregel der Regierung, welche fast erschien wie ein herber Spott gegen alle Wünsche, alle Sympathien des Volks.

Der Glaube, daß der Prinz von Preußen der eigentliche Urheber des Blutvergießens am 18. März gewesen sei, daß er, ein erbitterter Gegner der konstitutionellen Monarchie, mit Ungeduld auf den

Augenblick warte, in welchem er an der Spitze seines Heeres gegen Berlin marschiren und alle Revolutionserrungenschaften durch eine Contre-Revolution vernichten könne, war in Berlin noch allgemein verbreitet. Nicht etwa die demokratische Partei allein betrachtete den Prinzen aus diesem irrigen Gesichtspunkt, auch die ruhige Bürgerschaft und selbst die constitutionelle Partei theilte den allgemeinen Irrthum; auch ihr schien die Zurückberufung des Prinzen als Beginn einer contrerevolutionären Bewegung durch das Ministerium.

Zur Aufklärung des Volkes über den wahren Thatbestand war bisher nur wenig geschehen, denn es hatte in den Märztagen und noch im Anfange des April im Interesse der konservativen Partei gelegen, das Volk in seinem Wahn zu lassen. Man hatte es ruhig geduldet, daß viele Geistliche den Namen des Prinzen im Kirchengebete nicht erwähnten. Erst am 28. April erließ der Kultusminister Graf Schwerin ein Rundschreiben, welches diese Auslassung tadelte.

In den Zeitungen waren zwar gegen Ende April hier und da Eingesandt's erschienen, welche für den Prinzen sprachen, das große ihm angethane Unrecht verdammten, aber sie hatten keine Wirkung, weil die Berliner sie für Kundgebungen der reaktionären Partei hielten. Auch daß in der Armee ein vom Lieutenant von Gaudy gedichtetes Kriegslied*) zum Lobe des Prinzen gesungen wurde, befestigte nur den Glauben, daß die reaktionäre Partei ihn als ihr Haupt betrachte, daß sie auf seine Zurückkunft hoffe, um den Kampf gegen die Revolution aufzunehmen.

Das Ministerium, welches in letzter Zeit so manchen Sieg über die revolutionäre Partei erkämpft hatte, ahnte wohl schwerlich, wie allgemein verbreitet die dem Prinzen nachtheiligen Gerüchte im Volke waren. Es glaubte auch bei dieser Gelegenheit auf die Bürgerschaft Berlins rechnen zu dürfen, aber es sah sich plötzlich sehr enttäuscht, denn die Zurückberufung des Prinzen rief eine Bewegung in der Hauptstadt hervor, welche so bedeutend und gefährlich werden sollte, daß sie zu einer neuen Revolution geführt haben würde, wären die demokratischen Führer des Volkes nicht ebenso muthlos wie unfähig gewesen.

Schon am 12. waren alle Straßenecken Berlins mit Plakaten bedeckt, welche Proteste gegen die Zurückberufung des Prinzen enthielten. Eines derselben ging vom politischen Klub aus. Es schloß mit den Worten:

„Wir klagen das Ministerium an, daß es nach dem 18. März die Schuld des Prinzen nicht offiziell konstatirt hat; wir klagen das Ministerium an, daß es ein Recht, das nur der konstituirenden Versammlung zukommt, willkürlich an sich gerissen hat, wir klagen das Ministerium an, daß es durch diese Verletzung des Volksgefühls den Bürgerkrieg provozirt. — Es ist dies ein Frevel an der öffentlichen Meinung, ein Frevel an der unbeugsamen Stimme des Volkes, welcher ein Ministerium, das sich als volksthümlich proklamirt hat, unmöglich macht."

Die Straßen waren am 12. Mai wieder dicht gedrängt von Menschen. Ueberall sah man kleine Klubs, welche in tiefer Aufregung den Erlaß des Ministeriums besprachen. In vielen Lokalen fanden schnell zusammengerufene Bürger-Versammlungen statt, an denen sich auch die Bürgerwehr eifrig betheiligte. Der Bürgerwehrklub trat zusammen, alle Vereine hielten Berathungen und überall herrschte nur eine Meinung, die, das Ministerium müsse seinen Erlaß zurücknehmen, wenn es nicht eine Revolution heraufbeschwören wolle. In diesem Sinne sprachen sich zahlreiche Deputationen aus, welche von allen Seiten an den Minister-Präsidenten Camphausen entsendet wurden, aber stets nur ausweichende Antworten enthielten.

Am Abende fand eine Versammlung unter den Zelten statt, zu der sich wohl über 10,000 Männer eingefunden hatten. Jung leitete die Versammlung und eröffnete sie mit einer Rede, in welcher er die Unfähigkeit des Ministeriums Camphausen, die Rath- und Thatlosigkeit desselben, welche sich in jedem Schritte offenbare, darstellte und nachwies, daß das Ministerium nur da Kraft bewiesen habe, wo es sich um die Unterdrückung der Volksfreiheit, um reaktionäre Bestrebungen handele; die letzte Maßregel des Ministeriums, die Zurückberufung des Prinzen von Preußen, gebe davon den deutlichsten Beweis.

Auf den Vorschlag Jung's wurde eine Deputation ernannt, welche eine von Schaßler schnell entworfene Adresse dem Ministerium überbringen sollte und die Versammlung beschloß, sich dieser Deputation in geordnetem Zuge anzuschließen, um ihr einen größeren Nachdruck zu geben; also eine

---

*) Das Lied lautete:

Mel.: Prinz Eugen, der edle Ritter 2c.

Prinz von Preußen, ritterlich und bieder,
Kehr' zu Deinen Truppen wieder,
Heißgeliebter General!
Weilst Du gleich an fernem Strande,
Schlagen doch im Vaterlande
Herzen für Dich sonder Zahl.

Nur im Frieden uns zu kommandiren,
Nicht im Kriege uns zu führen,
Scheint vom Schicksal Dir vergönnt;
Dir, Soldat von Leib und Seelen,
Der geboren zum Befehlen,
Dir, dem unser Herz entbrennt.

Wer wohl dacht' es, daß es so würd' kommen,
Als Du Abschied hast genommen
Von den Truppen in Berlin!
Sprachst mit gläubigem Vertrauen:
„Auf Euch kann der König bauen,
Ruft er Euch zum Kampfplatz hin."

Führe Du uns, Prinz, wir folgen gerne,
Folgen Dir als uns'rem Sterne,
Folgen Dir bis in den Tod! —
Mag's auch Stein' und Kugeln regnen,
Du, Herr Gott, wirst Waffen segnen,
Die geführt auf sein Gebot.

Demonstration auszuführen ganz in derselben Weise, wie die gegen die indirekten Wahlen, welche am grünen Donnerstag gewaltsam verhindert worden war.

Der Vorschlag wurde sofort ausgeführt. Die Deputation brach auf, und die Versammlung folgte ihr in einem geordneten Zuge, indem je sechs und sechs Männer sich unterfaßten und eine Reihe bildeten.

Durch die Linden ging der Zug nach der Wilhelmsstraße und stellte sich dort vor dem Hause des Ministerpräsidenten auf; die Menschenmasse war während des Zuges von den Zelten her wohl um das Doppelte gewachsen, denn es hatten sich derselben noch viele neu Hinzukommende angeschlossen.

Die Deputation wurde sogleich bei dem Minister vorgelassen; auf dem Hausflur traf sie mit einer Deputation der Bürgerwehr zusammen, welche derselben Angelegenheit wegen dort war.

Den Bericht über die Unterredung der Deputation mit Herrn Camphausen entnehmen wir der Berliner Zeitungshalle; er lautet wie folgt:

In den Zimmern des Herrn Ministerpräsidenten traf die Deputation zuerst mit dem zufällig anwesenden Minister v. Schwerin zusammen, welcher das Verfahren des Ministeriums gegen die Deputation, jedoch nur mit den in dem Schreiben an Se. Majestät den König bereits ausgesprochenen Gründen zu rechtfertigen suchte und hinzufügte, daß die Minister, nicht unbekannt mit der Stimmung, welche in Berlin gegen den Prinzen von Preußen, obwohl ohne Grund, — in Berlin und nicht im ganzen Lande — herrscht, ihren Schritt wohl erwogen hätten, ihn vor dem Landtage verantworten und die Folgen ihrer Handlung tragen würden.

Als Herr Camphausen gleich darauf hinzukam, setzte der Sprecher der Deputation, Herr Assessor Jung, auseinander, daß hier keine künstlich geschaffene Demonstration stattfinde, daß vielmehr die gegenwärtigen Führer der erschienenen Volksmenge dem Strome nur nachgegeben hätten, und seinen Lauf zu regeln beflissen wären; diesem Strom lasse sich nicht entgegen schwimmen, und die Minister müßten deshalb aufgefordert werden, den gewaltsamen Schritt zurückzuthun. — Herr Held behauptete, daß sich bei der Stimmung des Volkes Unglück nicht verhüten lassen werde, wenn der Minister-Präsident nicht sogleich die bestimmte Erklärung gebe, daß die Maßregel zurückgenommen werden solle. —

Herr Camphausen entgegnete mit Recht, daß einseitig von ihm und seinem anwesenden Kollegen ein Beschluß des ganzen Ministerraths nicht umgestoßen werden könnte, und versprach die Angelegenheit am nächsten Morgen zu erneuter Berathung in der Ministerversammlung zu bringen, nachdem er sich nun von der Stimmung der Hauptstadt überzeugt hätte.

Da Herr von Schwerin seine Mißbilligung gegen die Demonstration mit Volksmassen und gegen das Erzwingen eines Beschlusses der Minister mit Massengewalt in einiger Aufregung aussprach, und dabei die Gesetzlosigkeit wiederholt und scharf betonte, so machte Herr Schramm darauf aufmerksam, daß der gesetzliche Boden, auf welchem die Minister sich mit dem deutschen Volke auseinander setzen könnten, noch gar nicht geschaffen sei; er müsse daran erinnern, daß der Zustand nur ein provisorischer sei und daß der Ministerrath nur eine provisorische Regierung bilde, in einem solchen Fall seien außerordentliche Mittel der Verhandlung zwischen Volk und Regierung unvermeidlich.

Herr von Schwerin kam indessen wiederholt darauf zurück, daß den Ministern Gewalt entgegengesetzt worden sei, die Minister seien nur einzelne schwache Persönlichkeiten und diesen gegenüber hätte die Deputation allerdings augenblicklich Macht, wenn Tausende auf der Straße hinter ihr ständen.

Diese Tausende, entgegnete Herr Jung, sind friedlich erschienen, nur um zu zeigen, wie sehr verbreitet, wie allgemein die der ministeriellen Maßregel entgegenstehende Stimmung im Volke sei, nicht um von ihrer physischen Kraft Gebrauch zu machen. —

Da trat Herr Assessor Wache vor, der einer andern, ebenfalls anwesenden Deputation angehörte und sprach:

Wenn der Herr Minister von Schwerin doch immer wieder die Macht und Ohnmacht pointire, so müsse er den Herren Ministern sagen, daß sie in dieser Sache wirklich machtlos seien, nicht deshalb, weil sie nur Zweie den unten erschienenen Zehntausend gegenüber wären, sondern weil diesmal Alles ihnen gegenüberstände, Arbeiter, Studenten, Bürger und Bürgerwehr. „Sie, meine Herren Minister, stehen in dieser Sache gänzlich allein, das ist Ihre Ohnmacht!"

Vermittelnd wandte Herr Camphausen ein, daß man ihm hier die Stimmung der Hauptstadt zeige, aber man möge wohl bedenken, die Hauptstadt sei nicht das ganze Land, die Minister hätten auf das Ganze Rücksicht zu nehmen.

Die Minister, bemerkte G. Julius, haben allerdings noch die Hauptstadt allein sich gegenüber, die Vertretung des Landes sei noch nicht beisammen und habe noch nicht sprechen können, es sei zu glauben, daß Berlin der Gesammtheit des Landes, wenn diese erst gesprochen hätte, sich mit seiner Stimmung unterordnen würde; aber gegenwärtig hätten nur erst die Minister ihre Ansicht geäußert und dabei der Stimmung der Hauptstadt keine Rechnung getragen, welche Stimmung doch für den Augenblick noch das entscheidende Moment sei.

Diese Bemerkung wurde durch die laut und heftig geäußerte Frage eines uns unbekannten Anwesenden: „wer denn das Volk sei, das hier Forderungen machte?" unterbrochen; dieses Volk äußere nur, was ihnen die Herren Jung und

Schaßler in den Sinn und in den Mund hätten legen wollen.

„Das ist eine Lüge!" riefen Herr Schramm und mehrere von der Deputation, und Assessor Jung erklärte nochmals den Zusammenhang der Demonstration. Herr Schaßler gab kurz den Inhalt seiner Adresse an, und Herr Wiß bemerkte gegen Herrn Minister von Schwerin, daß, wenn die Minister ernstlich glaubten, daß ein Konflikt zwischen Berlin und den Provinzen in einer so wichtigen Frage bestände, sie um so weniger es hätten wagen dürfen, diesen Zankapfel vorzeitig in das Volk zu werfen, ehe man in der National-versammlung die Möglichkeit einer friedlichen Ausgleichung geschaffen hätte, das hieße den Bürgerkrieg anfachen.

Der Herr Minister zuckte die Achseln und bemerkte, sie, die Minister, könnten nur nach ihrer Ueberzeugung handeln, was auch daraus entstehe.

Die Minister, bemerkte Herr Schramm, sind nothwendig dem Volke dafür verantwortlich, daß kein Bürgerkrieg entstehe, am wenigsten durch Maßregeln, die von ihnen selber ausgehen.

Nachdem Herr Camphausen nochmals versichert hatte, die Angelegenheit im Ministerrathe zur abermaligen Verhandlung bringen zu wollen, schied die Deputation mit der Erklärung, diesen Bescheid dem versammelten Volke mitzutheilen."

Die Unterredung der Deputation mit dem Minister hatte natürlich etwas lange gedauert, so daß zuletzt die vor dem Palais Versammelten anfingen, ungeduldig zu werden; es zeigte sich in der zahllosen Menge einige Unruhe, welche sich durch Murren kund gab.

Der Dr. Lövinson sprang auf die Rampe, um durch einige Worte die Ungeduld des Volkes zu beruhigen; aber es gelang ihm nicht.

Endlich kehrte die Deputation zurück. Jung trat auf und theilte den Versammelten in kurzen Worten den Bescheid des Minister-Präsidenten mit, daß derselbe sich erst mit dem gesammten Ministerium berathen müsse, ehe er eine bestimmte Antwort geben könne, da die Versammlung nicht Berlin und Berlin nicht Preußen sei.

Diese Antwort genügte der Volksmenge keineswegs; eine große Unruhe gab sich unter den Versammelten kund, jeder flüsterte mit seinem Nachbar und ab und zu ließ sich auch wohl ein wilder, lauter Ausdruck des Mißvergnügens hören, selbst der Ruf: abdanken! ertönte einige Male.

Da sprang Eichler auf die Rampe; trotz seiner Riesenstimme vermochte er sich anfangs kein Gehör zu verschaffen; das Mittel, welches er anwendete, um gehört zu werden, sowie überhaupt seine ganze Art zu sprechen, welche ihn so volksthümlich gemacht hat, ist höchst charakteristisch für den harmlosen und gutmüthigen Sinn der Berliner Bevölkerung.

Als es anfing, ruhiger zu werden, rief Eichler mit einer Stentor-Stimme: „Eichler hat's Wort! Hab' ich's?" —

„Ja!" war die einmüthige Antwort.

„Na, dann haltet Ihr die Schnauze! Es kann nur Einer auf einmal sprechen."

Allgemeines, schallendes Gelächter, und gleich darauf die größte Ruhe.

Eichler ermahnte nun die Versammlung, wieder nach den Zelten hinauszuziehen und nicht in der Stadt Skandal zu machen, dadurch würde sie nur ihre Deputation, welche dem Minister Ruhe versprochen hätte, blamiren, und das wolle sie doch ganz gewiß nicht.

Er schloß mit den Worten: „Na, ich gehe, und ein Hundsfott, wer nicht mitkommt!"

Wieder erschallte ein lautes Gelächter, und Eichler's Zweck wurde erreicht, denn die Menge zerstreute sich augenblicklich, indem ein Theil durch die Leipzigerstraße, ein anderer Theil durch die Linden nach den Zelten zurückzog.

Unter den Zelten hatte sich wieder eine ungeheure Volks-Versammlung gebildet. Verschiedene Redner ergriffen das Wort, um nochmals wegen der Zurückberufung des Prinzen von Preußen zu sprechen; die Versammlung entschloß sich, bis morgen zu warten, ohne etwas Weiteres zu thun, ehe das Ministerium sich ausgesprochen habe.

Dann kam auch der Schlöffelsche Prozeß zur Sprache. Und endlich das Possenspiel, welches die Regierung mit dem Volke getrieben hatte indem sie die Inschrift: „National-Eigenthum" auf dem Palais des Prinzen von Preußen geduldet, vor einigen Tagen aber wieder verlöscht habe; es gab sich darüber die allgemeinste Entrüstung kund.

Endlich wurde der Beschluß gefaßt, gemeinschaftlich nach dem Palais zu ziehen, um die Inschrift „National-Eigenthum" zu erneuern; man schritt sogleich zur Ausführung. —

Es mochte etwa 10 Uhr oder etwas darüber sein, als sich immer größere Menschenmassen vor dem Palais des Prinzen von Preußen sammelten, welche durch die von den Zelten Zurückkehrenden einen beträchtlichen Zuwachs erhielten.

Das Palais war durch Bürgerwache besetzt, welche sich indessen der Volksmasse gegenüber sehr ruhig und würdig benahm, und nur eine Zerstörung des Hauses, welche von einigen Stimmen verlangt wurde, zu verhindern bemüht war; sie gestattete übrigens, daß mit Kreide mit großen Buchstaben wieder an die Thür des Hauses das Wort „National-Eigenthum" geschrieben wurde.

Damit wollte sich indessen die Menge nicht befriedigen lassen, die abenteuerlichsten Vorschläge kamen zum Vorschein; Einige verlangten, es solle das Wort „National-Eigenthum" mit Oelfarbe angeschrieben, Andere wollten gar, es solle unverlöschlich in einen Stein eingemeißelt werden, und zu beiden Arbeiten erboten sich Freiwillige, welche sich das größte Vergnügen daraus gemacht hätten, sich auf diese wohlfeile Weise zu verewigen.

Man hörte sogar Stimmen unter dem Menschenhaufen laut werden, welche verlangten, das ganze Gebäude solle augenblicklich angezündet werden; aber diese wurden sofort unterdrückt, indem der

einfache Einwurf gemacht wurde, daß dadurch die an das Palais angebaute Bibliothek gefährdet sei; es ist gewiß kein übles Zeichen für den gesunden Sinn des Volkes, daß es im Augenblick der Aufregung und der Wuth durch solche Rücksichten sich leiten ließ.

Die Bürgerwehr, welche sich in letzter Zeit oft recht brutal bei Aufläufen benommen hatte, zeigte sich an diesem Abende durchaus volksfreundlich, sie war nur bemüht, Exzesse zu verhindern und dies gelang ihr. Allarmsignale ertönten, der Generalmarsch wurde geschlagen, die Bürgerwehr versammelte sich Unter den Linden und in den umliegenden Straßen, hier bildete sie Spalier und beschränkte sich darauf, weiteren Zulauf des Volkes nach dem Palais des Prinzen zu verhindern. Bis tief in die Nacht hinein dauerte der Skandal vor dem Palais. Endlich verstand es Herr Held, der sich einfand, das Volk zu beruhigen. Er forderte in einer glänzenden Rede auf, nicht zum zweiten Mal eine Komödie zu spielen, wie sie vor demselben Haus schon einmal aufgeführt worden sei. National-Eigenthum sei und bleibe das Palais des Prinzen von Preußen. Die Inschrift sei ein thörichtes Schauspiel. Man brauche Ruhe, denn der nächste Tag erfordere die ganze Manneskraft und Rüstigkeit, deshalb möge man heute zu Hause gehen. Auf diese Aufforderung hin zerstreute sich nach Mitternacht endlich die Volksmasse.

Am Sonnabend den 13. Mai herrschte in Berlin eine gleiche Aufregung, wie am Tage zuvor. Die Plakate an den Straßenecken, welche Proteste gegen die Zurückberufung des Prinzen enthielten, mehrten sich. Sie kamen von allen Seiten, von Einzelnen, von Vereinen, von der Studentenschaft, von der Bürgerwehr; sogar der später als hoch konservativ bekannte Stadtverordnete Buchdrucker Hahn war unter den Protestirenden.

Folgende Proklamation des Ministeriums erschien am Nachmittage an allen Straßenecken, auch die Bäume der Linden und die im Thiergarten waren mit den mächtigen Anschlägen bedeckt:

„Die vom Staatsministerium Sr. Majestät dem Könige vorgeschlagene Zurückberufung Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen hat bei einem Theil der Bevölkerung der Hauptstadt Widerspruch gefunden. Unser von des Königs Majestät genehmigter Vorschlag beruht auf der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, daß der Nächste am Thron nicht außerhalb der Grenzen des Vaterlandes stehen darf, zu der Zeit, wo das neue Verfassungswerk zwischen dem Volke und seinem Könige vereinbart werden soll. Wir erblicken hierin eine Bürgschaft für die Zukunft des Vaterlandes, für die Einigkeit zwischen Thron und Volk, für die Kraft des Staats, doppelt wichtig in einem Augenblick, wo Preußen mit den Waffen an den deutschen Grenzen, mit dem Worte in zwei großen Versammlungen seinen alten Ruhm der Tapferkeit und Intelligenz zu bewähren berufen ist. Wir zweifeln auch nicht, daß die Verhandlungen in der Versammlung, die wir allein als die wahre Vertretung des gesammten preußischen Volks anzuerkennen vermögen, Gelegenheit darbieten werden, den Zweck des Aufenthaltes des Prinzen von Preußen in dem freien England und des seine Heimkehr verzögernden Rückweges über das durch seine Institutionen bewährte Belgien in das wahre Licht zu stellen. Das ganze Land wird dann die Ueberzeugung gewinnen, daß der Prinz mit freudiger Zuversicht die von der Regierung Sr. Majestät des Königs betretene neue Bahn zu verfolgen fest entschlossen ist, und daß die Regierung von ihm eine kräftige Unterstützung bei Ausführung der Vorschläge zu erwarten hat, welche sie im Interesse der Befestigung der Freiheit an die zu berufende Versammlung zu bringen beabsichtigt. Damit werden dann alle Besorgnisse vor reaktionären Tendenzen schwinden, und es wird das leider noch immer gestörte Vertrauen zu Gesetz und Ordnung, zum Heile aller Klassen des Volkes zurückkehren!

„Berlins Bewohner werden mit uns die Ueberzeugung theilen, daß dieses Ziel nicht erreicht werden kann, wenn, wie es am gestrigen Tage geschehen ist, auch ferner Versuche gemacht werden sollten, durch Deputationen in Begleitung großer Massen auf die Entschließung der Regiegierung einzuwirken. Jede geordnete Regierungsgewalt und mit ihr die Herrschaft der Gesetze, worauf allein die wahre Freiheit beruht, ist gefährdet, wenn durch solche Demonstrationen die Abänderung von Regierungsbeschlüssen gefordert wird. So sehr es den Wünschen der Regierung entspricht, daß die öffentliche Stimmung sowohl aus der Hauptstadt als allen Theilen des Landes sich kund giebt, so darf sie doch verlangen, daß dies nur auf geordnetem Wege geschehe. Die schließliche Entscheidung über ihre Maßregeln wird sie von der Volksvertretung erwarten. In dieser, ihrer Ansicht nach allein würdigen Stellung baut die Regierung auf die gute, oft bewährte Gesinnung und auf die Anerkennung der Bewohner Berlins.

Berlin, den 13. Mai 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald.
Bornemann. v. Arnim. Hansemann.
Graf v. Kanitz. v. Patow."

Die Spaziergänger drängten sich um diese Bekanntmachung, aber von wie Vielen sie auch gelesen wurde, nur Wenige befriedigte sie, sie enthielt ja wieder weiter nichts, als eine lauwarme Aufforderung zum Vertrauen und eine Ansprache an das Volk zu Gunsten des Prinzen.

Auch der konstitutionelle Klub, der doch keineswegs revolutionär war, ließ sich so wenig durch den neuen Erlaß des Ministeriums zufrieden stellen, daß er ebenfalls einen Protest beschloß, den er durch Plakate veröffentlichte und durch eine

134*

Deputation dem Minister-Präsidenten überreichen ließ. Der Protest lautete:

Hohes Ministerium! Der konstitutionelle Klub sieht sich genöthigt, sein aufrichtiges Bedauern auszusprechen über den Erlaß v. 10. d. M. betreffend die Rückkehr des Prinzen von Preußen. Er hält diesen Erlaß für einen bei der dermaligen Stimmung unzweckmäßigen und gefährlichen. Er kann sich nicht einverstanden erklären mit der Begründung, welche ein Hohes Ministerium demselben gegeben hat. Er findet es unverträglich mit der Würde eines preußischen Ministeriums, mit der Würde des Volkes, den offenkundigen Thatsachen gegenüber noch ferner von einer Mission des Prinzen von Preußen zu sprechen, er bekennt sich auf's Unangenehmste berührt durch die Erwähnung einer Ritterlichkeit, die nirgends weniger zur Sprache kommen dürfte, als gerade hier; er findet einen Widerspruch mit den jüngsten glorreichen Ereignissen unserer Geschichte in der zweideutigen Art und Weise, mit welcher in diesem Erlaß der Erregung der Gegenwart gedacht wird — einer Erregung, welcher wir eben alles verdanken, was wir in diesem Augenblicke sind, ja der das Ministerium selbst das Dasein schuldig ist. Indem der konstitutionelle Klub in diesem Sinne den übrigen, aus der Mitte unserer Bevölkerung bereits eingereichten Protesten sich anschließt, ersucht er ein hohes Ministerium um sofortige Zurücknahme des gedachten Erlasses.

Der konstitutionelle Klub.

Am Abende des 13. fand abermals eine Volksversammlung unter den Zelten statt. Es ging stürmisch in derselben zu. Mehrere Redner verlangten, die Versammlung solle wieder in corpore vor das Ministerhotel ziehen und das Ministerium zur Abdankung zwingen.

Andere, und unter ihnen Held, wollten einen entscheidenden Schritt bis zum nächsten Tage, dem Sonntage, hinausgeschoben wissen, weil erst dann die Macht des Volkes groß genug sei, einen sichern Erfolg zu erringen. Auch Siegerist schloß sich dieser Ansicht an, indem er die Versicherung aussprach, daß am folgenden Tage 4000 Maschinenarbeiter (von denen er beauftragt zu sein behauptete) sich einer Demonstration anschließen würden; er fügte unter ungeheurem Beifall hinzu, daß sie dann nicht mit leeren, unbewaffneten Händen kommen würden.

Unter Hin- und Herreden zog sich die Debatte mehrere Stunden hin. Endlich gewann die Held'sche Ansicht die Oberhand und es wurde nun von der Versammlung fast einstimmig beschlossen, daß eine Kommission von 30 Mitgliedern ernannt werde, welche sich mit den verschiedenen Klubs und Korporationen Berlins in Verbindung setzen sollte, um mit diesen gemeinschaftlich eine energische Protestation ins Werk zu setzen.

Die Versammlung ging darauf ruhig auseinander und so belebt auch die Straßen Berlins an jenem Abend bis tief in die Nacht hinein waren, blieb doch die Ruhe ungestört.

Am folgenden Morgen erschien an allen Straßenecken nachstehende Bekanntmachung der Kommission:

„An sämmtliche Einwohner Berlins!

Das Ministerium hat eigenmächtig die Rückberufung des Prinzen von Preußen beschlossen.

Nur das Volk und in seinem Namen die Nationalversammlung hat das Recht, die Zurückberufung zu dekretiren.

Trotz der fast einmüthig ausgesprochenen Protestation Berlins gegen die Zurückberufung erklärt das Ministerium diese Maßregeln aufrecht erhalten zu wollen.

Wir fordern daher sämmtliche Einwohner Berlins, welche gegen die jetzige Zurückberufung des Prinzen von Preußen sind, auf, sich am Sonntag, den 14. Mai, Nachmittag 5 Uhr, unter den Zelten einzufinden.

Alle diejenigen, denen das Recht, Waffen zu tragen, zusteht, werden ersucht, in geschlossenen Zügen, zur Sicherung der Ordnung, bewaffnet zu erscheinen.

Berlin, den 13. Mai 1848.

Die von der Volksversammlung unter den Zelten ernannte Kommission."

Die Aufforderung zu einer bewaffneten Volksversammlung war nichts Anderes als die Aufforderung zur Revolution. Als solche wurde sie auch von der Bürgerschaft Berlins und von den Behörden betrachtet. Von vielen Seiten kamen jetzt Proteste gegen einen so ungesetzlichen Schritt.

So viele und sich gegenseitig widersprechende Plakate wie am Sonntag, den 14. Mai, hatte man seit langer Zeit nicht an den Straßenecken Berlins gesehen. Die Majore der Bürgerwehr und die Studentenschaft protestirten gegen die Ungesetzlichkeit einer bewaffneten Volksversammlung und erklärten, sie würden die Ordnung und Gesetze aufrecht zu erhalten suchen. Der Polizeipräsident und der General Aschoff warnten vor einer Theilnahme an der Volksversammlung, da das Mitbringen von Waffen zu derselben nach der Verordnung vom 6. April unstatthaft sei. Der General Aschoff machte die Bürgerwehr noch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sie eine heilige Pflicht gegen ihre Mitbürger und gegen das Vaterland verletzen würde, wenn sie sich bewaffnet an der Volksversammlung betheilige. Folgender Briefwechsel zwischen dem General und dem Ministerpräsidenten wurde zur Beruhigung des Publikums durch Plakate veröffentlicht.

„Es hat sich unter einem großen Theil der hiesigen Einwohner und auch unter der Bürgerwehr das Gerücht verbreitet, daß Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen schon in der Nähe der Hauptstadt, oder doch schon auf deutschem Boden angelangt sei. Obwohl ich nicht an dieses Gerücht glaube, so erlaube ich mir doch, Ew.

Excellenz um eine zur Veröffentlichung geeignete Aufklärung zu bitten.

Berlin, den 14. Mai 1848.

v. Aschoff.

An den Königlichen Minister=Präsidenten Herrn Camphausen Excellenz."

„Ew. Hochwohlgeboren erwiedere ich auf die Anfrage vom heutigen Tage, daß der Prinz von Preußen, Königliche Hoheit, sich gegenwärtig noch in England befindet, seinen Rückweg, der frühestens in einigen Tagen angetreten werden kann, über Belgien nehmen und sich daselbst einige Zeit aufhalten wird. Es ist daher leicht zu berechnen, daß Se. Königliche Hoheit nicht früher als etwa in 14 Tagen in dem preußischen Staate eintreffen kann.

Berlin, den 14. Mai 1848.

Der Minister=Präsident Camphausen.

An den Kommandeur der Berliner Bürgerwehr, Herrn General=Major 2c. 2c. Aschoff, Hochwohlgeboren."

Der Brief des Minister=Präsidenten machte auf das Volk von Berlin nur wenig Eindruck, denn das Versprechen, daß der Prinz erst in 14 Tagen zurückkommen werde, hatte ja keine sonderliche Bedeutung.

Mit hoch gespannter Erwartung sah man dem Ausgang der bewaffneten Volks=Versammlung entgegen.

Nachmittags strömten ungeheure Menschenmassen nach den Zelten, theils durch Neugierde, theils durch den Wunsch getrieben, sich einer jedenfalls bevorstehenden Demonstration gegen das Ministerium anzuschließen.

So hatte sich denn eine Volks=Versammlung gebildet, wie sie bis jetzt noch nicht unter den Zelten gesehen worden war. Von der Tribüne bis zu den Häusern standen die Menschen dicht gedrängt.

Eichler eröffnete die Versammlung, indem er über die Thätigkeit der am vorhergehenden Tage erwählten Kommission sprach. Dann nahm Held das Wort und sprach etwa folgendermaßen:

„Der Zweck dieser Versammlung ist sehr wichtig, es handelt sich darum, dem Ministerium kund zu geben, daß wir und die große Mehrzahl der Bevölkerung Berlins entschlossen, fest entschlossen sind, die Errungenschaften unserer Revolution bis auf das Aeußerste zu vertheidigen, zu erkämpfen und uns nicht das Mindeste davon rauben zu lassen! Die Maßregel des Ministeriums, das den Prinzen von Preußen zurückberufen hat, ist ein Versuch, uns einen Theil unserer Errungenschaften zu rauben; darum müssen wir es durchsetzen, es ist unsere heiligste Pflicht, — daß jene Maßregel zurückgenommen wird. — Die Kommission hat die Stimmung der Bevölkerung Berlins erforscht, sie hat gefunden, daß fast Alles einstimmig auf unserer Seite ist. Wir können also sagen, daß wir die ganze Bevölkerung vertreten. — Die Herren Jung und Berends haben die auf sie gefallene Wahl abgelehnt. — Bürger, es ist vielfach getadelt, daß wir aufgefordert haben, bewaffnet zu erscheinen; die Absicht dieser Aufforderung ist aber mißverstanden worden, sie war auch undeutlich ausgedrückt — die Absicht war nur, für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen: wir wollen nur auf dem Wege des Gesetzes wandeln. — Das Ministerium hat schon eine zweite Antwort auf unsere Wünsche — die zwei Briefe der Herren Aschoff und Camphausen — erlassen. Es ist uns dadurch schon wieder näher getreten; allein nach gewohnter Art ist die Sache wieder so bemäntelt, daß wir sie nicht brauchen können. Wir wollen die nackte, offene, ehrliche Antwort: „Ja" oder „Nein!" der Prinz von Preußen darf nicht eher zurückkommen, als bis die Nationalversammlung ihn ruft. Die Kommission hat Alles in Erwägung gezogen; sie hat aus ihrer Mitte eine Deputation ernannt, zu der dann noch die Deputationen der übrigen Korporationen kommen. Die Namen sind Held, Eichler, Schramm, Braß, Lehmann, Prutz und Salis. — Wer es ehrlich mit unserer Sache meint, der beweise es jetzt dadurch, daß er sich ruhig verhalte."

Eichler forderte darauf die Versammlung auf, sich wieder je sechs und sechs in einer Reihe zu einem Zuge zu schaaren, welcher die Deputation begleiten solle; er ersuchte zu gleicher Zeit aber auch die Waffentragenden, draußen vor den Zelten zu bleiben, um nicht Aufsehen in der Stadt zu erregen; es ist indeß hierbei zu bemerken, daß diese Aufforderung ziemlich unnöthig war, denn in der ganzen großen Versammlung bemerkte man nur sehr wenige Waffen.

Während die verschiedenen Redner sprachen, wurden in der Versammlung Zettel ausgestreut, auf denen ein neu zu bildendes Ministerium vorgezeichnet war. Die Ministerliste war ungefähr folgende:

Minister des Innern: Nauwerk.
" der Justiz: Jung.
" der geistlichen Angelegenheiten: Diesterweg.
" des Auswärtigen: Graf Reichenbach.
" der Finanzen: Hansemann.
" der Arbeit: Berends und Biski.

Diese Liste bietet den besten Beweis dafür, was eigentlich die Demonstration zu sagen hatte; aber auch dafür, wie jämmerlich der Erfolg eines so großartig begonnenen Staatsstreiches war.

Der Zug setzte sich nun in Bewegung und er bot wirklich einen großartigen Anblick dar; denn als die vordersten Reihen schon beim Thore waren, hatten die hintersten noch kaum die Zelte verlassen.

Je weiter der Zug von den Zelten nach der Stadt zuschritt, um so mehr vergrößerte er sich, denn fortwährend schlossen sich neue Reihen ihm an; als er vor dem Ministerhotel angekommen war, mochte er wohl aus 40 bis 50,000 Men-

schen bestehen; die ganze Wilhelmsstraße bis zu den Linden stand Kopf an Kopf.

Während des ganzen Zuges hatte die Versammlung die größte Ordnung und Ruhe beobachtet; sie that dies auch ferner, als die Deputation in das Ministerhotel gegangen war, und erst nachdem sie über eine Stunde auf der Straße in tiefster Stille gewartet hatte, wurden einige Rufe der Ungeduld laut.

Nach etwa fünf Viertelstunden traten der Graf Schwerin und die Mitglieder der Deputation auf den Balkon. Schwerin benachrichtigte die Versammlung, daß der Minister Camphausen nach Potsdam sei, daß er nichts bestimmen könne, daß aber bis zum Montag Nachmittag 4 Uhr die Stadt über die definitive Entschließung des Ministerraths in Kenntniß gesetzt werden solle.

Ehe der Minister geendet hatte, wurde er durch den tausendstimmigen Ruf: „fort, fort: abdanken, abdanken!" unterbrochen und mußte zurücktreten.

Jetzt trat Held auf. Mit seiner furchtbaren Stimme verschaffte er sich Ruhe und erklärte, die Deputation habe beschlossen bis morgen zu warten; wäre dann der Wille des Volkes nicht erfüllt, so würde sie ihre Mission in die Hände des Volkes zurückgeben. Alle gesetzlichen Mittel wären dann vergebens versucht worden. Held wies dabei nicht undeutlich darauf hin, daß mit morgen Nachmittag jede Unterhandlung aufhören und die Gewalt beginnen würde. Die Versammlung trennte sich darauf und kehrte zum größten Theil nach den Zelten zurück, wo sie beschloß, bis zum Montage ruhig zu warten, das aber wäre der äußerste Termin.

So war denn auch der Sonntag ganz ruhig dahin gegangen, so große Befürchtungen man auch für die Ruhe der Stadt gehegt hatte.

Am Montag Morgen erschien die Antwort des Ministeriums auf die Demonstration vom Sonntag; sie lautete folgendermaßen:

„Der unterzeichnete Vorsitzende des Staats-Ministeriums hat schon gestern — in einer Antwort an den Kommandanten der Bürgerwehr — die irrigen Gerüchte über den Zeitpunkt der Rückkehr des Prinzen von Preußen, Königliche Hoheit, widerlegt. Dessenungeachtet ist am gestrigen Abende durch eine Deputation einer Volks-Versammlung eine neue Erklärung begehrt worden. Zur allgemeinen Beruhigung erklären wir demnach:

Se. Königliche Hoheit kann und wird frühestens in vierzehn Tagen, also jedenfalls nach der auf den 22. d. M. unwiderruflich festgesetzten Eröffnung der Versammlung der Volksvertreter, zurückkehren. Vorher wird der Prinz — wie es nie anders die Absicht war — seine volle Zustimmung zu der betretenen neuen konstitutionellen Bahn öffentlich kund geben. Jene Deputation hat gleichzeitig einen Mangel an Vertrauen zu den Mitgliedern des Staats-Ministeriums ausgesprochen. — Wenngleich wir dies bedauern, so können wir doch darum unsere Stellung nicht verlassen, am wenigsten jetzt, wenige Tage vor dem Zusammentritt der neuen Volksvertretung. — Wir sind dies dem ganzen Volke — auch mit Rücksicht auf die in der Hauptstadt, wie aus den Provinzen uns zugegangenen zahlreichen Adressen im entgegengesetzten Sinne — schuldig. Wir sind es der Volksversammlung der Volksvertreter selbst schuldig, welcher wir Rechenschaft über unsere Amtshandlungen abzulegen haben.

Nach dieser nochmaligen öffentlichen Erklärung erwarten wir mit Zuversicht, daß nicht durch wiederholte Demonstrationen die Vorbereitung der Vorlagen für die Volksvertretung, insbesondere des Verfassungs-Entwurfes, ferner gehemmt werde.

Berlin, den 15. Mai 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald.
Bornemann. v. Arnim. Hansemann.
Graf v. Kanitz. Patow."

Also um diesen Bescheid zu erhalten, hatten die beiden großartigen Demonstrationen stattfinden müssen, war ganz Berlin in die größte Aufregung gesetzt worden.

Die demokratischen Führer hatten abermals sowohl den Beweis ihrer Unfähigkeit als den ihrer Muthlosigkeit gegeben. Ihre Entschuldigung, daß sie nie etwas Anderes, als eine friedliche Demonstration gewollt hätten, glaubte Niemand. Sie vermochten wohl, das Volk aufzuregen, aber den Muth sich im entscheidenden Augenblick an die Spitze desselben zu stellen, ihr eigenes Leben und ihre Zukunft einzusetzen, besaßen sie nicht.

In einer Volksversammlung, welche am Abend des Montags stattfand, wurde der Bescheid des Ministeriums mitgetheilt, welcher eine große Aufregung bewirkte; Herr Held bemühte sich indessen, diese zu besänftigen, und es gelang ihm auch, obgleich mit einiger Mühe, denn manche Stimmen gaben sich unter dem Volke kund, welche den früher so beliebten Volksredner der Feigheit beschuldigten. Seine Autorität hatte dadurch bedeutend gelitten, daß er die günstige Stimmung am Sonntag nicht besser zu benutzen gewußt.

Auch in dieser Volksversammlung (am Montag) sprachen noch einige Brauseköpfe von gewaltsamer Absetzung des Ministeriums, aber vergeblich; denn es war Allen klar, daß von einem günstigen Erfolge nicht mehr die Rede sein könne, da die Bürgerwehr durch die Erklärung des Ministeriums befriedigt worden war; der richtige Zeitpunkt war verpaßt durch die Rath- und Thatlosigkeit der Volksführer. Am Sonntag stand es in ihrer Macht, das Ministerium Camphausen zu stürzen, aber sie benutzten den günstigen Augenblick nicht, weil sie fürchteten, sich zu compromittiren.

So ging denn auch die Volksversammlung am Montag auseinander, ohne Etwas gethan zu haben. Die verschiedenen Redner hatten sich ereifert gegen das Ministerium, gegen die Demonstration, gegen Herrn Held, gegen die bisher noch immer nicht vollständig gewährte Volksbewaffnung;

sie hatten, wie gewöhnlich, geschrieen, und geschehen war, wie gewöhnlich, Nichts.

Das Ministerium hatte einen neuen Sieg gefeiert. Es verdankte ihn wahrlich nicht seinem Verdienst, sondern der Unfähigkeit der Gegner; aber bedeutungsvoll war der Sieg dennoch und die demokratische Partei darf sich freuen über die Niederlage, welche sie damals erlitten hat. Welche traurige Entwickelung würde wohl unsere politische Geschichte genommen haben, wenn an jenem Sonntag durch einen nicht zu berechnenden Zufall sich die Demonstration zur Revolution verwandelt hätte, wenn Herr Held, der Liebling der großen, urtheilslosen Volksmasse, von dieser an die Spitze der Bewegung gestellt worden wäre!

Fünfzehntes Kapitel.

Umschlag der Meinung. — Der Preußen-Verein. — Die Neuwahl der Stadtverordneten. — Die Reorganisation des politischen Klubs. — Held's Schein-Rücktritt von der politischen Agitation. — Die Thätigkeit der Minister. — Der König und der Bürgerwehr-Major. — Der lange Kuß. — Der Berliner Witz. — Die ewige Lampe. — Kladderadatsch. — Der Krakehler. — Die freien Blätter.

Die hochgehobene Stimmung, welche die Bewegung gegen die Zurückberufung des Prinzen von Preußen erzeugt hatte, schlug nach der jämmerlich mißglückten Demonstration naturgemäß zum Gegensatz um. Hatte die Berliner Bürgerschaft sich für ein paar Tage revolutionär genug gezeigt, so schämte sie sich jetzt dieses Aufschwunges; sie wurde um so konservativer.

Unter der Bürgerwehr kursirten Adressen, welche zahlreiche Unterschriften fanden, in denen das Ministerium um eine Beschränkung des Vereinsrechts, mindestens der Volks-Versammlungen gebeten wurde. Die konservativen Straßenplakate mehrten sich; die Berliner Landwehrmänner hielten Versammlungen, in welchen stürmische Lebehochs auf den König und den Prinzen von Preußen ausgebracht wurden. Ja, ein neuer Verein bildete sich und fand ziemlich zahlreiche Anhänger, ein Verein, der die in letzter Zeit als reaktionär verschrieene Devise: „Mit Gott für König und Vaterland!" zur seinigen machte und offen aussprach, seine Hauptaufgabe sei es, der Anarchie und dem republikanischen Unfug mit kräftiger Hand entgegen zu treten. Von jedem seiner Mitglieder verlangte er die Eigenschaft eines wahren Preußen und eines echten Patrioten. Der Verein, welcher sich Preußenverein für das konstitutionelle Königthum nannte, wurde von 81 Männern, meist Hoflieferanten, Beamten und Adeligen in's Leben gerufen. Plakate vom 25. Mai brachten die Nachricht seines Bestehens. Unterschrieben waren dieselben unter andern auch von jenem Herrn Liedtke, welcher dereinst den Angriff auf den politischen Klub geleitet hatte.

Die Begründer des Vereins waren sämmtlich Konservative vom reinsten Wasser, Männer, denen jede konstitutionelle Beschränkung des Königthums ein Gräuel war. Trotzdem mußten sie doch die konstitutionelle Maske vornehmen, weil sie wohl wußten, daß sie ohne dieselbe gar keinen Einfluß auf die Bürgerschaft von Berlin ausüben könnten. Es ist bezeichnend für den ungeheuern politischen Fortschritt, welchen die Hauptstadt in wenigen Wochen gemacht hatte, daß sogar der konservative Preußenverein bei seiner Gründung gezwungen war, mit dem Liberalismus zu liebäugeln. Das Einladungsplakat vom 25. Mai lautete folgendermaßen:

Der Preußenverein für konstitutionelles Königthum — bringt hiermit seinen in § 1 seiner Statuten ausgesprochenen Grundsatz zur öffentlichen Kenntniß: Der Preußenverein für konstitutionelles Königthum bezweckt republikanischen wie absolutistischen Bestrebungen dreist und entschieden entgegen zu treten und durch patriotische Reden, Schriften, Anschläge und Handlungen dahin zu wirken, daß die Saat, welche Se. Majestät, unser geliebter König Friedrich Wilhelm IV. durch die Verheißung einer freien konstitutionellen Verfassung ausgestreut hat, aufgehe, kräftig emporwachse und — von Unkraut gesäubert — Früchte trage, deren Genuß die preußische Nationalität kräftige und unserm Vaterlande die ihm im deutschen Gesammt-Vaterlande gebührende Stellung sichere.

Geliebte Mitbürger! wem ein preußisches Herz im Busen schlägt, wer das Vaterland liebt, wird uns verstehen! Es ist Zeit, aus der Betäubung zu erwachen, in die uns die große Umwälzung der Dinge versetzt hat! Die Augen aufzuthun zu dem Treiben der Böswilligen, welche die großen Errungenschaften zu unserm Verderben wenden wollen! die Hände nicht länger in den Schooß zu legen zu dem Unwesen, was auf Straßen und Plätzen mit Wort und Schrift getrieben wird! dem Lande zu zeigen, daß Berlin noch würdig ist, seine Hauptstadt zu sein! Willkommen ein Jeder, der sich hierzu mit uns verbünden will! Unsere Statuten mit den Bedingungen der Aufnahme sind zu finden bei unserm Vorsitzenden, dem General-Major Plümicke, Dorotheenstraße 62, unserm Schriftführer, dem Herrn Staatskassen Buchhalter Liedtke, Linienstraße 76, unserm Rendanten, Schulvorsteher Gericke, Jägerstraße 18, und noch bei folgenden Vereinsmitgliedern: dem Buchdruckereibesitzer Schulz, Roßstraße 8, dem Kanzleirath Spangenberg, Marienstraße 18, dem Calculator Seidel, Kaiserstraße 35. — Der Preußenverein für konstitutionelles Königthum. Plümicke. G. S. Liedtke.

Wie konservativ die Stimmung der Berliner in Folge der von den demokratischen Führern begangenen politischen Fehler geworden war, davon

legte die Stadverordneten-Versammlung ein recht klar sprechendes Zeugniß ab.

Die alten Stadtverordneten hatten, wie unsere Leser sich erinnern, ihr Mandat niedergelegt, um der Bürgerschaft Gelegenheit zu geben, Männer des Vertrauens zu wählen. Sie führten nur interimistisch die Geschäfte fort. Die Neuwahl fand statt. Sie hatte ein höchst unerwartetes Resultat. Von den 102 Stadtverordneten wurden nur 31 wieder gewählt und unter diesen waren gerade die Männer nicht, welche bisher in der Versammlung die demokratische Richtung mit Muth und Erfolg vertreten hatten. Julius Berends, Nauwerk, Runge und Mertens waren bei der Wahl durchgefallen.

Da die Wahl nach den Bestimmungen der alten Städteordnung vollzogen war, nach denen die sogenannten Schutzverwandten kein Wahlrecht besaßen, gab sie das Bild der politischen Anschauung der eigentlichen Bürgerschaft und in dieser Beziehung war sie von großer Wichtigkeit.

Wenn die konservative Partei durch die verunglückte Demonstration an Macht und Einfluß gewonnen hatte, so zeigte doch die demokratische Partei deshalb keine Entmuthigung. Das Vertrauen, welches die bisherigen Volksführer genossen hatten, war allerdings durch ihre Unentschlossenheit, durch ihr unsicheres und taktloses Benehmen tief erschüttert. Dieses aber war keineswegs ein Schaden für die Partei und ihre weitere politische Entwickelung.

Im politischen Klub hatte der Präsident desselben, Herr Jung, sich bei den Mitgliedern sehr geschadet. Man hielt ihn nicht für radikal und entschlossen genug. Man glaubte, daß ihn, seitdem er zum Abgeordneten gewählt worden sei, der Ehrgeiz, eine politische Rolle zu spielen, treibe, daß er sich nicht mehr kompromittiren wolle und bei einer Reorganisation des Klubs, welche vom 16. bis zum 21. Mai stattfand,*) wurde Jung nicht wieder zum Präsidenten gewählt. An seine Stelle trat der Referendarius Rudolf Schramm (der spätere preußische Generalkonsul und ministerielle Agitator), der damals der radikalste der Radikalen war.

Ein schlimmeres Schicksal als Herr Jung hatte Herr Held, der große Volksführer. Hielten die Mitglieder des Klubs Herrn Jung nur für schwach und inkonsequent, so glaubten sie, Herr Held sei ein bewußter Verräther. Man sprach in demokratischen Kreisen laut davon, Held sei bestochen. Im Bewußtsein seines mächtigen Wortes habe er die Demonstration vor dem Ministerhotel, den Aufruf zur bewaffneten Volks-Versammlung erlassen, um im rechten Augenblick das Volk wieder zu beruhigen und damit der demokratischen Agitation den Stempel der Lächerlichkeit aufzudrücken und die Demokratie bei der Bürgerschaft zu diskreditiren.

Daß für solche Behauptungen nicht die geringsten Beweise vorlagen, hinderte ihre Verbreitung nicht. Sie wurden vielfach bereitwillig geglaubt, während auf der andern Seite manche enthusiastische Bewunderer Held's für seine Unschuld eintraten und ihn gegen jeden ihm gemachten Vorwurf vertheidigen.

Es entstand durch diese Parteinahme für und gegen Held ein tiefer Zwiespalt in der kleinen demokratischen Partei. Im Klub hatten die Gegner Held's die Majorität. Sie veranlaßten dessen Ausschließung.

Held hatte inzwischen selbst gefühlt, daß ihm der Boden unter den Füßen zu wanken beginne und daß er seinen Einfluß auf die Volksmasse wenigstens theilweise verloren habe. Er hatte sich deshalb kluger Weise entschlossen, für einige Zeit von einer agitatorischen Thätigkeit zurückzutreten. Es war ein weiser Entschluß. In einer revolutionären Zeit verbrauchen sich die Agitatoren schnell, selbst wenn sie mit einer imponirenden Gestalt, mit dem prächtigsten Barte und der herrlichsten Löwenstimme begabt sind. Solche äußere Mittel verlieren bald durch die Gewohnheit ihren Reiz, aber sie gewinnen ihn wieder, wenn sie eine Zeit lang geruht haben.

Held kannte die Macht seines Rednertalents, die Wirkung seiner äußern Erscheinung und er war klug genug, sie nicht unnütz zu verbrauchen. In einer Riesenproklamation vom 16. Mai verkündete er dem Volk von Berlin, daß er als Demagoge (Volksleiter) ein letztes Wort mit ihm zu reden habe. Er erzählte alle Verfolgungen, mit denen er bis zum Jahre 1848 heimgesucht worden sei, bis ihn endlich die Revolution an die Spitze der Bewegung gestellt habe, jetzt aber werde er von allen Seiten verdächtigt. Gegen die Unvernunft könne er nicht kämpfen, deshalb wolle er sich fortan auf die Wirksamkeit in der Presse und zwar vorzugsweise auf die soziale Frage beschränken. Er schloß seinen Aufruf mit folgenden pathetischen Worten:

„Bürger! Ich setze mich durch meinen Rücktritt neuen, aber doch nur vorübergehenden Verdächtigungen aus. Ein Theil des Volkes wird mir vorwerfen, daß ich es aus Feigheit verlassen, ein anderer Theil, daß ich dazu von der Regierung bestochen worden sei. Beides werde ich in der Zurückgezogenheit ertragen können, wie ich meine früheren Lebensschicksale ertragen gekonnt habe. Es fehlt alsdann, um unser politisches Leben vollständig zu persifliren, weiter nichts, als daß die Regierung mich noch in Anklagestand versetzt und in irgend eine Festung stecken läßt: aber auch dies werde ich zu ertragen wissen!"

Held's Zurücktritt erregte in Berlin großes Aufsehen. Seine Anhänger beklagten ihn tief, aber sie trösteten sich mit der nicht unbegründeten Hoffnung, ihr Apostel werde schon, wenn es an der Zeit sei, wieder als politischer Agitator

*) Der Klub änderte damals auch seinen Namen. Um durch diesen schon seine Tendenz zu bezeichnen, nannte er fortan sich demokratischer Klub.

auferstehen. Die Bürgerschaft freute sich, daß der gefährliche Demagog sich von dem Schauplatz seiner Thaten zurückgezogen habe. Die Gegner Held's aber im politischen Klub glaubten an die ganze Proklamation nicht. Sie hielten dieselbe nur für ein geschicktes Parteimanöver, durch welches Held beabsichtige, den Sturm der Entrüstung über sein Verhalten bei der verunglückten Demonstration austoben zu lassen.

Das Ministerium hatte einen Sieg gefeiert, den es nach Kräften benutzte. Es arbeitete fleißig an einer Verfassungsvorlage für die bevorstehende National-Versammlung. Vorläufig traf es aber seine Maßregeln, um so viel wie möglich die Bürgerschaft, in der es einen Schutz gegen künftige revolutionäre Bewegungen zu finden hoffte, für sich zu gewinnen.

Das aus der Revolution hervorgegangene Ministerium betrachtete von Beginn seiner Thätigkeit an die Revolution als denjenigen Gegner, gegen den es vorzugsweise seine Thätigkeit zu richten habe. Der Ministerpräsident Camphausen, und mit ihm seine Kollegen im Ministerium, fürchtete viel weniger, daß die errungene Freiheit durch eine künftige Reaktion vernichtet werden könne, als daß die demokratische Partei siege und eine republikanische Schilderhebung wage. Er that deshalb auch nichts, um reaktionären Bestrebungen vorzubeugen, während er rastlos thätig war, die königliche Macht wieder zu heben, die konservative Partei zu sammeln und die Bürgerschaft für sich zu gewinnen.

Es war von hoher Wichtigkeit, daß der König in steter inniger Verbindung mit dem Ministerium bleibe, daß er sich hineinlebe in die Anschauungen und Anforderungen der Neuzeit, daß der Einfluß seiner frühern Umgebung gebrochen werde. Nicht minder wichtig war es, an die Spitze der Staatsbehörden Männer zu stellen, welche das Ministerium in seiner Konstitutionsarbeit unterstützten. Nach dieser Richtung hin hätte der Ministerpräsident thätig sein müssen und gerade hier geschah gar nichts.

Der König verließ Berlin. Er schlug seine Residenz in Potsdam auf. Er behielt seine alte Umgebung; die entschiedensten Gegner des konstitutionellen Systems blieben seine bevorzugten Räthe, während er mit seinen Ministern nur, wenn es die Geschäfte unbedingt erforderten, verkehrte. Es gab eine Regierung in Potsdam und eine in Berlin. Die letztere hatte zwar die offizielle Macht und die Verantwortlichkeit; in Potsdam aber wurden gerade in den wichtigsten Fragen Entscheidungen getroffen, deren Ausführung dann den verantwortlichen Ministern oblag. Dabei blieb der ganze altpreußische bureaukratische Organismus ungestört und unverändert, jederzeit zum Gebrauch bereit, wenn etwa das neue konstitutionelle System wieder zusammenbrechen sollte.

Camphausen, der sich die Aufgabe gestellt hatte, einen Uebergang aus der alten in die neue Zeit zu bewirken, ließ doch alles Alte unangetastet. Er wagte es nicht, etwas Neues zu schaffen. Seine Thätigkeit galt der Erhaltung des Bestehenden und der Abwehr von Angriffen gegen dasselbe, weil er selbst die Zukunft mehr als die Vergangenheit fürchtete.

Um das Bürgerthum der Regierung geneigt zu machen, war ein neues Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten geschaffen und dem Herrn von Patow übertragen worden. Jede Maßregel zur Hebung der Verkehrsverhältnisse mußte ja günstig auf die Stimmung der Bürger wirken. Auch die Bürgerwehr von Berlin suchte man in guter Laune zu erhalten. Dazu sollte eine große Parade vor dem Könige beitragen. Sie wurde indessen vorläufig abbestellt, weil sie bei der durch den Zurückberufungsbefehl des Prinzen von Preußen erzeugten Unzufriedenheit gefährlich erschien. Dagegen kam der König nach Berlin und empfing am 16. Mai die Majore und Hauptleute der Bürgerwehr im Schloß.

Eigenthümlich genug war es, daß bei diesem ersten Empfang kein Mitglied des verantwortlichen Ministeriums gegenwärtig, daß der König nur umgeben war von seinen Generaladjutanten und Offizieren. Friedrich Wilhelm IV. zeigte sich außerordentlich freundlich gegen die Bürgerwehr. Er sprach von dem Bedauern, welches er fühle, daß schon zweimal die Parade habe abgesagt werden müssen. Er dankte der Bürgerwehr dafür, daß sie die Sicherheit Berlins und die Sicherheit der Krone bewahrt habe; sowie für ihre aufopfernde Hingebung. Er gab sein königliches Ehrenwort, daß er mit Freuden jede Gelegenheit ergreifen werde, um seine Worte durch die That zu bekräftigen.

Nachdem die einzelnen Herren Sr. Majestät durch den General Aschoff vorgestellt worden waren, schloß die Scene damit, daß der König dem General auf die Schulter klopfte und diesen endlich sogar umarmte und küßte.

Dieser königliche Kuß machte Aufsehen in Berlin, am Tage darauf erschien in einem Witzblatt, dem Berliner Krakehler, ein witziges Lied vom langen Kuß, welches in der Stadt große Verbreitung fand und viel belacht wurde. Nach dem launigen Gedicht habe der General den Kuß an die Majore der Bürgerwehr weiter gegeben, die Majore hätten die Hauptleute, diese die Bürgerwehrmänner geküßt. Nach Hause zurückgekehrt seien von den Bürgerwehrmännern ihre Frauen, von den Frauen die Kinder und von den Kindern die Puppen geküßt worden, so daß beim unschuldigen Spielzeug endlich der königliche Kuß sein Ende gefunden habe.

Der Berliner Witz machte sich überhaupt in dieser Zeit wieder recht scharf und schneidig geltend. Eine Reihe von neuen Witzblättern war entstanden, deren einzelne Nummern auf den Straßen von den fliegenden Buchhändlern ausgeboten und viel verkauft wurden. Zuerst erschien „die ewige Lampe."

Das Blatt hatte seinen Namen von einem

dunklen räucherigen Lokal in der Neumannsgasse erhalten, welches die ewige Lampe genannt wurde, weil zu jeder Tages- und Nachtzeit dort durstige Seelen Eingang fanden, um in dem dunklen Lokal bei Lampenschein Bier zu trinken. Das Lokal der ewigen Lampe wurde von einer geistreichen Gesellschaft, die sich dort zusammengefunden hatte, viel besucht. An der Spitze derselben stand der Schriftsteller Arthur Müller, der das neue Witzblatt herausgab. Es zeichnete sich durch die Schärfe und Bissigkeit, mit der es schonungslos alle Gegner der Demokratie angriff, aus. Es verschmähte nicht, selbst in die intimsten Privatverhältnisse einzudringen, um seine Gegner an den Pranger zu stellen.

Nächst der ewigen Lampe zog der Kladderadatsch die Aufmerksamkeit der Berliner schnell auf sich. Er nannte sich Organ für und von Bummlern. Die jüdischen Gelehrten des Kladderadatsch gaben diesem eine ganz eigenthümliche, das Volk von Berlin sehr ansprechende Färbung.

Auch ein drittes Witzblatt, der Berliner Krakehler, brachte oft ausgezeichnete homuristische Gedichte. Es fand ebenfalls viele Abnehmer. Weniger gut gelang es dem alten bewährten Humoristen Adolph Glasbrenner in seinen freien Blättern den Ton der Neuzeit zu treffen. Die ewige Lampe bemerkte boshaft, die freien Blätter müßten den Namen: „Witzfreie Blätter" führen. Diese Kritik war ungerecht, denn Glasbrenner hatte keineswegs seinen alten guten Humor verloren, aber die Berliner verlangten im Frühling des Jahres 1848 eine schärfere, bissigere Geisteskost. Neben den genannten waren noch einige andre Witzblätter entstanden, welche aber als Eintagsfliegen der Nennung nicht werth sind. Sie verschwanden schnell wieder.

Sechszehntes Kapitel.

Die National-Versammlung. — Unbekannte Namen. — Vorversammlung. — Der Eröffnungsstreit. — Die Eröffnung im weißen Saal. — Die Thronrede. — Der Verfassungsentwurf. — Allgemeine Unzufriedenheit. — Proteste und Demonstrationen. Die Bürgerwehrparade. — Die Katzenmusiken. — Demosthenes von Webern und die Landwehr.

Die Wahlen zur National-Versammlung waren in ganz Preußen unter großer Betheiligung aller Wahlberechtigten vollendet und mit höchster Spannung sah das Volk der Wirksamkeit seiner Vertretung entgegen. Niemand konnte sich nur entfernt ein Bild davon machen, welche Stellung im Kampfe der Parteien die erste preußische National-Versammlung einnehmen werde, denn die Wahllisten enthielten der großen Mehrzahl nach ganz unbekannte Namen.

Die parlamentarischen Größen des vereinigten Landtages waren meistens in das deutsche Parlament nach Frankfurt a. M. gewählt worden. Nur einige vormärzliche Berühmtheiten, wie der frühere Minister von Schön, Dr. Johann Jacoby, der Verfasser der vier Fragen; Uhlig, der berühmte freigemeindliche Prediger, und wenige andere hatten einen Platz in der Berliner Versammlung gefunden; außer ihnen viele junge Politiker, welche in ihren heimathlichen Kreisen sich wohl seit dem 18. März einen Namen gemacht hatten, aber deren Ruf kaum über die Grenzen ihrer Provinz gedrungen war.

Wie alle diese politisch ungeschulten, jedem Parlamentarismus fremden Abgeordneten stimmen würden, darüber vermochte sich Niemand ein Bild zu machen; ebenso wenig, welche Stelle mehrere einfache Bürger kleiner Städte und sogar ein paar Bauern spielen würden, von denen man erzählte, sie könnten weder lesen noch schreiben.

Schon am Sonnabend den 20. Mai hatten sich die meisten Deputirten in Berlin eingefunden und ein Theil derselben war im Saale des Hôtel de Russie zu einer vorläufigen Berathung zusammen gekommen. Gegenstand der Berathung war scheinbar eine reine Formsache.

Es war nämlich zu den Sitzungen der konstituirenden Versammlung die frühere Singakademie eingerichtet worden, aber die erste, die Eröffnungssitzung sollte nicht in diesem Lokale stattfinden. Die Regierung hatte bestimmt, daß die Deputirten im weißen Saale des Königlichen Schlosses die Thronrede des Königs entgegennehmen sollten, indem sie die noch nicht vollendete Einrichtung des Sitzungssaales der Singakademie als Grund für diese auffallende Maßregel vorschützte.

Ein Theil der Abgeordneten fühlte sich durch diese Bestimmung verletzt. Es sei Sitte, so meinten sie, daß der König sich in den Sitzungssaal des Parlaments begebe. Der Würde einer konstituirenden Versammlung entspreche es nicht, wenn die Eröffnungssitzung in einem andern als dem gewöhnlichen Sitzungssaal stattfinde. Man beschloß auf den Antrag des Abgeordneten von Berlin, des Herrn von Kirchmann, eine Deputation an den Minister-Präsidenten zu senden, um nach den Gründen der seltsamen Maßregel zu fragen.

Der Minister-Präsident erklärte, er könne durchaus in der getroffenen Anordnung nichts Bedenkliches sehen, zu ändern vermöge er sie überdies nicht, da sie vom König ausdrücklich gewünscht worden sei.

Der unerquickliche Bescheid wurde der Versammlung überbracht. Sie erklärte mit Majorität, daß ein Protest gegen die unerwünschte Anordnung erlassen werden müsse. Die meisten der Protestirenden glaubten hiermit die Würde der National-Versammlung genügend gewahrt zu haben. Nur einige Wenige unter ihnen, wie die Herren Jung, Berends, von Kirchmann, Brill und andere gingen weiter, sie weigerten sich, der Eröffnungssitzung im weißen Saale beizuwohnen.

Es war am 22. Mai, Mittags gegen 12 Uhr, als etwa 300 Abgeordnete sich im weißen Saal versammelten. Alle Minister waren in voller Uniform anwesend. Der König erschien, die Prinzen Karl, Albrecht, Wilhelm und Friedrich begleiteten ihn. Die Versammlung empfing ihn mit einem dreimaligen Lebehoch, dann nahm der König auf dem Thronsessel Platz und mit bedecktem Haupt verlas er die Thronrede.

Früher hatte Friedrich Wilhelm IV. zu den Vertretern der Nation oder vielmehr zu denen, welche er als Vertreter der Nation betrachtete, zu den Mitgliedern der preußischen Stände aus vollem Herzen gesprochen; seine Reden waren oratorische Meisterwerke gewesen. Heute sprach er zum ersten Male als konstitutioneller König; er las eine von seinem Ministerium berathene Thronrede ab und diese war in kurzen Sätzen so farblos und allgemein gehalten, wie die meisten Thronreden in allen andern konstitutionellen Ländern. Der König sagte:

„Meine Herren Abgeordneten! Mit freudigem Ernste begrüße Ich eine Versammlung, welche, aus allgemeiner Volkswahl hervorgegangen, berufen ist, mit Mir die Verfassung zu vereinbaren, die einen neuen Abschnitt in der Geschichte Preußens und Deutschlands bezeichnen wird. Sie werden, davon bin Ich überzeugt, indem Sie das Werk beginnen, die doppelte Aufgabe sich stellen, dem Volke eine ausgedehnte Theilnahme an den Angelegenheiten des Staates zu sichern und zugleich die Bande enger zu schließen, welche seit mehr als vier Jahrhunderten mein Haus mit den Geschicken dieses Landes unzertrennlich verwoben haben.

Den Entwurf der Verfassung wird Meine Regierung Ihnen vorlegen.

Mit Ihnen zugleich haben sich in Frankfurt am Main die Vertreter des ganzen deutschen Volkes versammelt. — Gern hätte Ich das Ergebniß dieser Versammlung abgewartet, bevor Ich die Vertreter Meines getreuen Volkes zusammenberief. — Das dringende Bedürfniß baldiger Feststellung des öffentlichen Rechtszustandes in unserm engeren Vaterlande hat dies nicht gestattet. — Die Einheit Deutschlands ist Mein unverrückbares Ziel, zu dessen Erreichung Ich Ihrer Mitwirkung Mich versichert halte.

Die innere Ruhe des Landes beginnt sich zu befestigen. —

Die völlige Wiederherstellung des Vertrauens, mit ihr die Belebung des Verkehrs und der gewerblichen Thätigkeit ist wesentlich von dem Erfolge Ihrer Wirksamkeit abhängig. — Mehrseitige Anstrengungen sind gemacht worden, um während der Stockung in vielen Gewerben Gelegenheit zur Arbeit zu verschaffen. — Sie müssen fortgesetzt und ausgedehnt werden. — Bis jetzt hat der gestiegene Geldbedarf die Ersparnisse der Vergangenheit noch nicht erschöpft.

Meinen Bemühungen, den Wünschen der polnischen Bevölkerung der Provinz Posen durch organische Einrichtungen zu entsprechen, ist es nicht gelungen, eine Auflehnung zu verhindern, die, so tief Ich sie beklage, Mich nicht abgehalten hat, den eingeschlagenen Weg unter nothwendiger Berücksichtigung der Ansprüche der deutschen Nationalität zu verfolgen.

Ungeachtet der großen Erschütterungen der letzten Monate sind die friedlichen Beziehungen Meiner Regierung zu den fremden Mächten nur an einem Punkte gestört worden. — Ich darf mich der Hoffnung überlassen, daß eine gerne angenommene freundliche Vermittelung wesentlich dazu beitragen werde, die Beendigung eines Kampfes zu beschleunigen, zu dem Preußen nicht herausgefordert hat, den Ich aber als deutscher Bundesfürst aufzunehmen nicht anstehen durfte, als die Marken des gemeinsamen Vaterlandes bedroht erschienen und der Ruf zu Wahrung eines anerkannten Rechtes vom deutschen Bund an Mich erging.

Meine Politik wird sich auch in diesem Falle als eine uneigennützige und friedliche bewähren, eine Politik, der Ich, im innigen Vereine mit Deutschland, treu zu bleiben entschlossen bin."

Nach Beendigung dieser Rede entfernte sich der König unter einem dreimaligen Hoch der Versammlung. Es wurde dann noch der Alters-Präsident Herr von Schön erwählt und eine Kommission zur Prüfung der Wahlen ernannt. Dann übergab der Minister-Präsident dem Alters-Präsidenten eine königliche Botschaft, den Entwurf der künftigen Verfassung betreffend und hiermit wurde die Eröffnungssitzung geschlossen.

Am Abende des 22. Mai veröffentlichte schon der preußische Staatsanzeiger*) den Verfassungsentwurf. Er enthielt eine Nachbildung der belgischen Verfassung mit manchen Zuthaten des Ministeriums Camphausen. Die Grundrechte der preußischen Staatsbürger waren nach der modern gewordenen Schablone festgestellt. Aber schon waren auch vorsorgliche Bestimmungen gegen etwaigen Freiheitsmißbrauch getroffen worden. So lautete z. B. § 15.:

15. Alle Staatsbürger sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln.

Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Versammlungen unter freiem Himmel, welche in allen Beziehungen der Verfügung des Gesetzes unterworfen sind. Bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes ist von Versammlungen unter freiem Himmel 24 Stunden vorher der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen, welche die Versammlung zu verbieten hat, wenn sie dieselbe für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährlich erachtet.

*) Die allgemeine preußische Zeitung (die frühere Staatszeitung) war am 30. April zur Ruhe gegangen, um als preußischer Staatsanzeiger am 1. Mai wieder aufzuerstehen.

Dem Könige war gegen die Beschlüsse der Volksvertretung ein absolutes Veto eingeräumt. Das viel gewünschte Einkammersystem war verworfen und in dem Entwurf eine erste Kammer vorgeschlagen, durch welche eine neu zu erschaffende Aristokratie, die des Geldes, in den preußischen Staatsorganismus eingeführt werden sollte. Die §§ 38 und 39. lauteten:

§ 38. Die erste Kammer besteht:

1. aus den Prinzen des Königlichen Hauses, sobald sie das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben;
2. aus höchstens 60 vom Könige ernannten Mitgliedern. Dieselben werden aus der Zahl derjenigen Staatsbürger ernannt, welche ein reines Einkommen von mindestens 8000 Thlrn. jährl. beziehen. Sie vererben das ihnen verliehene Recht auf ihre männlichen Descendenten nach den Regeln der Erstgeburt. Das Recht erlischt aber, wenn der Erbe ein reines Einkommen von 8000 Thlrn. jährlich nicht nachzuweisen vermag;
3. aus 180 Mitgliedern, die durch dieselben Wahlmänner gewählt werden, welche die Mitglieder der zweiten Kammer zu wählen haben.

§ 39. Wählbar für die erste Kammer (§ 38. 3.) sind nur solche Staatsbürger, welche das 40. Lebensjahr zurückgelegt haben und ein reines Einkommen von mindestens 2500 Thlrn. jährlich beziehen, oder an direkten Staatssteuern mindestens 300 Thaler jährlich entrichten. Die Mitglieder der höhern Gerichtshöfe, die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften und die Ober-Bürgermeister der Städte von mehr als 25,000 Einwohnern, sofern sie ihr Amt mindestens 6 Jahre verwaltet haben, sind auch dann für die erste Kammer wählbar, wenn sie ein geringeres Einkommen beziehen oder eine geringere direkte Staatssteuer entrichten.

Der Verfassungsentwurf fand, als er unter den Abgeordneten bekannt wurde, bei keiner Partei Billigung. Herr von Unruh berichtet darüber in seinen Skizzen zu Preußens neuester Geschichte:

Am Abend fand sich eine Anzahl Abgeordneter in einem Zimmer beim Restaurateur Milentz ein, darunter viele Mitglieder der nachmaligen rechten Seite, auch mehrere Westphalen. Fast bei Keinem fand die nochmals vorgelesene Verfassung Anklang. Die Zusammensetzung der ersten Kammer wurde allgemein unhaltbar, das ganze Werk aber lückenhaft gefunden. Man vermißte die Fundamentalsätze für die Gemeindeordnung, die Gerichts- und Wehrverfassung. Das Werk schien ein schwacher Abdruck der belgischen Verfassung; die wichtigsten Stellen derselben fehlten oder waren abgeschwächt.

So war denn in einem Lande, dem es bis dahin fast ganz an politischem, ja, an öffentlichem Leben gefehlt hatte, eine aus Urwahlen ohne Census hervorgegangene Versammlung zusammengetreten, der man nichts als eine Verfassung vorlegte, welche selbst von den konservativen Mitgliedern in vielen Hauptpunkten nicht annehmbar gefunden wurde.

Größer noch als in den Kreisen der Abgeordneten war die Unzufriedenheit über den Verfassungsentwurf unter dem Volk von Berlin. In der Verurtheilung dieses Entwurfes waren alle Parteien einig.

Alle Restaurationen und öffentlichen Lokale waren an jenem Abende von Besuchern gefüllt. Der Staatsanzeiger wurde von einer Hand in die andere gerissen, jeder wollte ihn zuerst lesen, jeder sich überzeugen, ob es wahr, ob es möglich sei, daß die Regierung dem Volke einen solchen Verfassungsentwurf vorlegen könne. —

Das also war das Werk der Regierung, das waren die Früchte der Revolution vom 18. März! Die Volkssouveränität war geleugnet, der König erhielt ein absolutes Veto, zu einer alten Adelsaristokratie kam noch eine neue Aristokratie des Geldes, das freie Versammlungsrecht war gefährdet, die Gesetze des alten Polizei- und Militärstaates blieben in Kraft.

Ueberall, wohin man an jenem Abende in Berlin auch kam, hörte man Worte des Zornes und der Entrüstung, überall Schmähungen und Verwünschungen gegen die Regierung, überall hörte man auch den Ausdruck der Verwunderung, des Staunens, denn so wenig man auch in letzter Zeit dem Ministerium Camphausen getraut hatte, so war es doch Niemanden eingefallen, einen solchen Verfassungsentwurf auch nur für möglich zu halten.

Im demokratischen Klub wurde der Verfassungsentwurf vorgelesen und fast bei jedem Paragraphen mit stürmischen Zeichen des Mißfallens begrüßt. Beim § 38 und 39 (von der ersten Kammer) wollte des Zischens und Tobens gar kein Ende werden.

Aehnlich war der Empfang, welchen der Entwurf bei einer in der Villa Colonna versammelten Gesellschaft, dem Central-Verein demokratischer Wahlmänner, welchem sich auch eine große Anzahl von andern Bürgern angeschlossen hatte, erhielt. Auch hier waren die Zeichen der Mißbilligung, welche sich nach beinah jedem Paragraphen erhoben, kaum zu bewältigen, und oft mußte in der Vorlesung inne gehalten werden, weil die allgemeine Entrüstung sich in lauten Worten Luft machte.

Als die Vorlesung des Entwurfs beendet war, dauerte das Pfeifen, Zischen und Toben wohl 5 Minuten und erst dann beruhigten sich die Gemüther wenigstens soweit, daß eine Diskussion möglich wurde.

Ein Redner sprang auf die Tribüne und machte die Versammlung darauf aufmerksam, daß am folgenden Tage eine großartige Parade der gesammten Bürgerwehr vor dem Könige stattfinden solle, er fragte, ob nach einem solchen

Verfassungs-Entwurf es möglich sei, sich an derselben zu betheiligen.

Nein, nein! riefen alle Stimmen wild durcheinander, und wieder dauerte es mehrere Minuten, ehe die Anwesenden sich so weit beruhigten, daß der Redner fortfahren konnte.

Eine Parade der Bürgerwehr vor dem Könige sei ein Zeichen des Vertrauens gegen die Regierung, fuhr der Redner fort, dies könne und wolle man doch jetzt nicht mehr geben und aus diesem Grunde müsse man auf Mittel denken, die auf den folgenden Tag festgesetzte Parade zu hintertreiben.

Dieser Vorschlag fand allgemein Anklang, und nach kurzen Debatten beschloß die Versammlung, sofort ein Plakat an die Straßenecken Berlins anschlagen zu lassen, in welchem die Wehrmänner der Stadt aufgefordert würden, sich nicht bei der Parade zu betheiligen. Ein in der Versammlung anwesender Drucker erbot sich, dies Plakat sogleich zu setzen und abzuziehen, und ein vom Professor Benary vorgeschlagener Entwurf wurde genehmigt.

Die Mitglieder der Versammlung blieben noch einige Stunden beisammen und als das Plakat aus der Druckerei kam, wurde es sofort von ihnen selbst an die Straßenecken angeschlagen. Es lautete folgendermaßen:

„Mitbürger!

Eine Vertrauensparade soll stattfinden; die gestern vorgelegte Verfassung verdient kein Vertrauen, dies zeigt der ganze Inhalt, der jedes schon gewährte Recht theils übergeht, theils durch Hinterthüren so täuschend macht, daß es mehr als genommen ist. Dies zeigen beispielsweise die §§ 38 und 39 und die §§ 15 und 16. (Hier folgt der Wortlaut dieser Paragraphen.) Jeder Mitbürger, dem des Volkes Recht theuer ist, wird demnach urtheilen, ob er einer solchen Vertrauensparade sich noch anzuschließen vermag. Die in „Villa Colonna" versammelt gewesenen Bürger."

Auch an andern Orten waren ähnliche Kritiken des Entwurfs laut geworden. Unter den Linden hatten sich große Menschenmassen versammelt, und in den einzelnen Volkshaufen waren stürmische Reden gehalten worden. Auch die Thronrede wurde scharf kritisirt und erfuhr die heftigsten Angriffe. Da kam Jemand auf die Idee, ein eigenthümliches Volksgericht über den Entwurf auszuüben. Unter allgemeinem Jubel der Umstehenden wurde der Entwurf auf einen Haufen Vossischer Zeitungen gelegt und mit diesen auf offner Straße verbrannt; dann zogen die Versammelten vor die Hotels der Minister Camphausen und Schwerin und brachten diesen eine solenne Katzenmusik, um ihnen ein Zeichen ihrer Achtung und Verehrung zu geben.

In den folgenden Tagen äußerten sich die Zeitungen über den Entwurf. Sie verurtheilten ihn ohne Ausnahme. Die Zeitungshalle kritisirte ihn durch das Motto: „Nichts für das Volk, Alles für die Privilegien." Die Vossische Zeitung gab der National-Versammlung den Rath, sich gar nicht in eine besondere Berathung dieser Vorlage einzulassen. Die Reform*) fiel mit wahrer Wuth über den Entwurf her; sie sagte z. B.:

„Der Entwurf zum Verfassungsgesetz ist eine Schmach, weil er das Volk und den Geist unserer Tage verhöhnt, indem er auf die Dummheit des Volkes speculirt." .... Alle Nichtswürdigkeiten, alle Finten und Rechtsverdrehungen des alten Konstitutionalismus sind in dem Entwurfe gehäuft. Auch dem Blindesten müssen die Augen aufgehen, und wenn die Menschen vor innerer Beschämung verstummen, werden die Steine reden, wie sie schon einmal gethan."

Die Klubs beschäftigten sich in den nächsten Tagen allein mit dem Verfassungsentwurf. Sie erließen insgesammt Proteste resp. Adressen an die National-Versammlung. Eine dieser Adressen, welche vom Dr. Virchow verfaßt worden war, wurde in vielen Lokalen Berlins ausgelegt. Sie fand zahleiche Unterschriften. Ihr Schluß lautete: „Die Unterzeichneten protestirten daher auf's feierlichste gegen den Entwurf der Verfassung, sowie gegen den Gedanken, daß dieselbe durch eine Vereinbarung zwischen Volk und Krone zum Gesetze werden soll. Sie verlangen von der National-Versammlung im Namen der Revolution und der Volkssouveränität, daß sie beides, Entwurf und Vereinbarung, als ihrer unwürdig, bei Seite schiebe, daß sie sich als durch den Volkswillen geschaffenen, unumschränkten Ausdruck der Volkssouveränität betrachte, und nach dem Recht der Revolution und dem Geiste der Zeit aus sich heraus die Freiheit des Volks in ihrer unverkürzten Gestalt gesetzmäßig feststelle."

Die tiefe Entrüstung, welche alle Parteien über den Verfassungsentwurf ergriffen hatte, giebt einen höchst interessanten Beweis für den stürmischen Fortschritt, den das Volk seit den Märztagen gemacht hatte. Vor dem 18. März würde der Verfassungsentwurf weit alle Volkswünsche überflügelt haben. 2 Monate später wurde er als ein Werk der Reaktion einstimmig verdammt. Selbst die ruhigsten Berliner Bürger schlossen sich diesem Verdammungsurtheile an und so äußerte der Entwurf wenigstens die gute Wirkung, daß er zu einer Einigung der Parteien für kurze Zeit beitrug. Wäre er schon am 23. Mai in ganz Berlin bekannt gewesen, dann würde er vielleicht den guten Berliner Bürgern einen schönen Tag verdorben haben. Die oft angesagte, aber immer wieder abgesagte Parade der Bürgerwehr von dem Könige fand an diesem Tage endlich statt.

Der Preußische Staatsanzeiger, welcher den Verfassungs-Entwurf zuerst mittheilte, war am Montag d. 22. Abends sehr spät erschienen, zu

*) Die Reform wurde von Arnold Ruge in Leipzig und Dr. Oppenheim in Berlin redigirt. Sie erschien anfangs in Leipzig, siedelte aber bald nach Berlin über.

einer Zeit, wo ein großer Theil der Berliner Bürger sich bereits zur Ruhe niedergelegt hatte, am Dienstag Morgen war das Zusammentreten der Kompagnieen zur Parade meistens schon um 6 Uhr angesagt und der größte Theil der Wehrmänner kannte daher jenen Entwurf noch gar nicht.

So kam es denn, daß sich doch fast zwei Drittheile der Berliner Bürgerwehr bei der Parade betheiligten.

Die üblichen Hurrahs und Lebehochs wurden dem Könige gebracht, aber es fehlte doch auch nicht an oppositionellen Kundgebungen, so wehte eine Zeit lang von der Universität herab eine schwarze Trauerfahne.

Die Einigkeit, welche der gemeinsame Widerstand gegen den Verfassungsentwurf hervorzurufen geeignet war, hatte keine Dauer. Bald gab eine an und für sich sehr unbedeutende, fast lächerliche Veranlassung Gelegenheit zu Zwistigkeiten zwischen der Bürgerwehr und der großen Masse des niedern Volkes.

Es hatte sich seit dem Sonntag, des 21., in Berlin nach dem Vorbilde von Wien und Breslau ein Katzenmusikkorps gebildet, welches allabendlich bis in die tiefe Nacht hinein durch die Straßen der Residenz zog, um mißliebigen Personen ein Ständchen zu bringen. Es waren diese Katzenmusiken ohne alle politische Bedeutung, denn die Musiker waren mit ihrer Ertheilung so verschwenderisch, daß sie dieselben sowohl einem beim Volk in Ungnade gefallenen Minister, als einem Kaufmann brachten, der seinen Laden nicht zur rechten Zeit schloß, wie seine Ladendiener es wünschten. Jeden Abend wurden sechs bis acht Katzenmusiken gebracht und zwar den verschiedensten Personen, am reichlichsten begabt wurden Herr Aschoff, die Minister Camphausen, Schwerin und Hansemann, die Redaktion der Vossischen Zeitung, der Polizei-Präsident Minutoli und der Schauspieler Louis Schneider, welcher letztere ganz besonders den Haß des Volkes auf sich geladen hatte, weil er seinen Einfluß als Unteroffizier der Landwehr bei vielen Landwehrmännern aufgeboten, um dieselben gegen die übrige Bevölkerung Berlins zu erregen.

Auf die Veranlassung des Herrn Schneider sah man in dieser Woche sehr viele Landwehrmänner durch die Straßen gehen, welche sich durch ein an ihre Mütze gestecktes Landwehrkreuz auffällig und kenntlich machten, und dadurch den Unwillen des Volkes erregten, um so mehr, da es bekannt wurde, daß in einer Versammlung dieser Landwehrmänner höchst ungebürlich über die Revolution und mit Schimpfworten gegen die Barrikadenkämpfer gesprochen worden sei.*)

Es gab wieder viele Klagen gegen die Bürgerwehr und die gegenseitige Erbitterung zwischen dieser und den Arbeitern wuchs um so höher, als gerade die Verhafteten und Gemißhandelten meist harmlose Zuhörer der Katzenmusiken waren, da die leichtfüßigen Gassenbuben, die Hauptvirtuosen bei denselben, sich stets beim Heranrücken der bewaffneten Macht in Sicherheit zu bringen wußten.

Der Unfug wurde so arg, daß die Führer der demokratischen Klubs sich ernstlich bemühten, ihm durch gütliches Zureden zu steuern. Es gelang ihnen hier und da, ein versammeltes Katzenmusikchor zum Auseinandergehen zu bewegen. Meist aber waren ihre Bemühungen fruchtlos.

Der ärgste Skandal fand am 26. Mai statt.

Eine Katzenmusik war gegen Abend auf dem Gensd'armenmarkt gebracht worden, aber sogleich ertönte das Signalhorn und die Bürgerwehr der nächsten Bezirke trat unter die Waffen. Unter den Linden und in der Friedrichsstraße kam es zu einem Zusammentreffen zwischen Bürgerwehr und Volk, bei welchem einige nicht unbedeutende Verwundungen durch Kolbenstöße und Bajonetstiche abfielen. Wüthend, im höchsten Grade aufgeregt, zerstreuten sich die Volkshaufen, sammelten sich indessen sogleich wieder und zogen vor das Haus des Generals Aschoff, dem sie die Hauptschuld an dem gewaltsamen Einschreiten der Bürgerwehr beilegten, um diesen zum Abdanken zu bewegen.

---

*) Ein hochgestellter Offizier, der Generalmajor von Webern, erwarb sich in einer Versammlung der Landwehrmänner am 24. Mai durch eine drastische Soldatenrede bei den Berlinern den Beinamen Demosthenes von Webern. Nach einem Berichte der Zeitungshalle sprach der General etwa folgendermaßen:

„Kameraden, wem haben wir denn eigentlich die Revolution zu verdanken? Doch Niemand anders als den französischen und polnischen Emissären und den verdorbenen Literaten, die werth wären, daß sie alle aufgehängt würden — ich weiß wahrlich nicht, wie ich diese Schurken passend bezeichnen soll" (hier hielt der Herr General inne und besann sich, dann fuhr er fort:) „Mit einem Wort, es sind Sch . . . kerls, und nochmals Sch . . . kerls und zum drittenmale Sch . . . kerls!"

Der General erließ gegen das Referat über seine Rede einige Tage später an die Zeitungshalle eine originelle Zuschrift, welche mit folgenden Worten schloß:

„Wahrheit ist ein gutes Ding, selbst dann, wenn ihre scharfe Säbelspitze in der Hitze des Gefechts auch etwas in den Schmutz gehauen haben sollte, und so nehme ich keinen Anstand zu erklären, daß ich die Wühler und insbesondere das fremde, ausländische Element unter ihnen, welches das gute, gesunde deutsche Blut der treuen Berliner Landwehr haben verderben und anstecken wollen, wirklich als Sch . . . kerls bezeichnet und vor ihnen gewarnt habe. Alle Literaten als Schurken zu bezeichnen, ist mir nicht eingefallen, schon aus dem Grunde nicht, weil ich in meinen alten Tagen selbst beinah einer habe werden müssen. Zur Eintracht und Einigkeit der Deutschen habe ich aber aus vollem Herzen gemahnt und besonders dazu, auch den Verirrten unter ihnen die treue Bruderhand zu bieten, um stark und kampfgerüstet gegen die Gefahr von Außen zu bleiben. Berlin, den 4. Juni 1848. General von Webern."

Vor dem Hause des Generals Aschoff blieb der Volkshaufen mehrere Stunden tobend und schreiend stehen, ohne indessen zu irgend einem Resultate zu gelangen, bis er auch hier wieder durch die mittlerweile herangezogene Bürgerwehr auseinandergetrieben wurde, wobei denn ebenfalls einige Verwundungen vorkamen.

Das Volk zerstreute sich.

Gegen 1 Uhr war die Stadt vollständig ruhig; nichtsdestoweniger wurde aber um 2 Uhr noch einmal nach der beliebten Methode des Herrn Aschoff, der später die Schuld davon auf einen Hauptmann schob, Generalmarsch geschlagen und die ganze Stadt in Allarm gesetzt.

Die Besorgniß, daß die Katzenmusiken zu noch ärgeren Skandalen führen könnten, veranlaßten die Behörden zu Bekanntmachungen, in denen sie vor weiteren Unruhen ernstlich warnten. Der Polizei-Präsident, der General von Aschoff und der Magistrat erließen dergleichen Proklamationen und ihnen schlossen sich auch Privatleute an.

Trotz dieser Bekanntmachungen waren am folgenden Abende dennoch die Straßen Berlins von großen Menschenmassen angefüllt, und es schien wieder eine unruhige Nacht bevorzustehen. Nur den gemeinschaftlichen Anstrengungen vieler wohlmeinenden Bürger, welche sich unter das Volk mischten und überall zur Ruhe redeten, gelang es, die Volkshaufen zum Auseinandergehen zu bewegen, indem sie auf das Dringendste vor jedem Zwiespalt zwischen Volk und Bürgerwehr warnten. So blieb denn Alles ruhig und die Katzenmusiken hörten auf.

Siebenzehntes Kapitel.

Die National-Versammlung. — Unparlamentarische Verhandlungen. — Vermittelnde Politik der Versammlung. — Erklärung des Minister-Präsidenten. — Jung's Interpellation. — Die Adreßfrage. — Die Parteien in der National-Versammlung. — Die Fraktionsbildung. — Die Arbeiterfrage. — Die brodlosen Arbeiter und der Magistrat. — Herr von Patow und die Arbeiter. — Reaktionäre Gerüchte. — Die vernagelten Brücken. — Amtsniederlegung des General Aschoff. — Major Blesson. — Ruf nach Volksbewaffnung. — Der Sicherheitsausschuß. — Das Revolutionsfest.

Die National-Versammlung begann am 25. Mai mit ihrer zweiten Sitzung ihre Wirksamkeit. Mit hochgespannten Erwartungen schaute das Volk auf diese, dem allgemeinen gleichen Wahlrecht entsprossene Versammlung. Es wurde trübselig enttäuscht. Der gänzliche Mangel einer parlamentarischen Ausbildung zeigte sich gleich beim Beginn der Verhandlungen recht augenscheinlich. In einer Volksversammlung unter den Zelten herrschte ein größerer parlamentarischer Takt und größere Ordnung als in der preußischen Volksvertretung. Herr von Unruh schilderte uns die erste Sitzung wahrheitsgetreu folgendermaßen.

Der Alters-Präsident, sonst ein so energischer, geistvoller Mann, litt an einem Halsübel, konnte mit der Stimme nicht durchdringen, schien körperlich und geistig ermattet. Er war unsicher in dem, was er vorgeschlagen und was er gestatten oder ausschließen sollte.

Die Versammlung, an parlamentarischen Takt noch nicht gewöhnt, verstand ihn nicht, er die Versammlung nicht; er beherrschte, führte sie nicht. Man schrie durcheinander. Die unerquicklichsten Debatten über Nebendinge führten zum Lärm. Es trat zuweilen völlige Anarchie ein.

Dieser Umstand war von Wichtigkeit. Es ist nicht schwer, von Hause aus eine Versammlung an eine geordnete Debatte zu gewöhnen, selbst ohne Reglement, wenn der Vorsitzende Kraft, Uebung und Umsicht besitzt; hat sich die Unruhe aber einmal einer Versammlung bemächtigt, sind Unordnungen schon vorgefallen, so hält es schwer, wieder in den geordneten parlamentarischen Gang zu kommen. Dazu kam, daß bis dahin kein politischer Körper in Berlin öffentliche Sitzungen gehalten hatte. Alles war auf die National-Versammlung gespannt und nun dieses unerquickliche, deprimirende Schauspiel! Diese Versammlung sollte dem Lande die konstitutionelle Verfassung geben; der erste Eindruck entscheidet viel! — Von dem moralischen Gewicht ging viel verloren und war schwer wieder zu gewinnen.

Am Schluß der dritten Sitzung wählte man endlich provisorisch einen Präsidenten. Abends zuvor wurde Grabow in Vorschlag gebracht; er litt am Katarrh und lehnte privatim die Wahl ab. Das war wieder sehr zu beklagen; denn Grabow hätte die Versammlung in der nächsten Sitzung durch seine Ruhe und Sicherheit, seine Klarheit und seine geschäftsgewandten Vorschläge zu einem Parlament erhoben. Jedermann fühlte ja, wie die Ordnung und der parlamentarische Takt noth that.

Der Abgeordnete Milde wurde zum Präsidenten gewählt. Mit den parlamentarischen Formen bekannt, brachte er mehr, aber noch lange nicht genügende Ruhe und Ordnung in die Versammlung und die Geschäfte.

Die Thätigkeit der Versammlung zersplitterte sich beim Beginn der Verhandlungen in nutzlose Debatten und Wahlprüfungen, Geschäftsordnungsfragen, Interpellationen u. s. w., da die einzige Regierungsvorlage, der Verfassungsentwurf, doch der Vorberathung bedurfte, ehe im Plenum über ihn entschieden werden konnte. In den meist höchst unerquicklichen Debatten über unbedeutende Fragen zeigte sich, daß die Majorität der Versammlung eben so wenig geneigt war, den Anforderungen der Revolution, als denen der reaktionären Partei zu entsprechen. Wenn von einigen, als entschiedene Demokraten bekannten Abgeordneten, der Volks-Versammlungen und der Revolution erwähnt wurde, dann erhob die Rechte einen

wüsten, wilden Lärm. Dieses geschah z. B. als der Abgeordnete Elsner ein größeres Sitzungslokal forderte, damit das Volk in Berlin, welchem die Versammlung ihre Existenz verdanke, mehr Raum auf den Zuhörertribünen habe.

Auf der andern Seite ging die Versammlung zur Tagesordnung über, als der Abgeordnete Abegg darauf antrug, eine Eingabe an das Ministerium zu richten

„mittelst welcher dasselbe gebeten wird, die „sämmtlichen Polizei- und Justizbehörden „unverzüglich allen Ernstes dazu anzuhalten, „daß sie denjenigen gesetzwidrigen Hand„lungen, durch welche die öffentliche Ruhe „und Ordnung irgend wie gefährdet wird, „von nun ab unnachsichtlich mit der ent„schiedensten Energie in der, durch die zur „Zeit bestehenden Gesetze vorgeschriebenen „Weise entgegentreten."

Auch der Antrag des Abgeordneten Baumstark, des Stimmführers der äußersten Rechten

„die Versammlung ersucht das Hohe Staats„ministerium, nunmehr genügende Maß„regeln zur Wiederherstellung und Erhal„tung der Ruhe und der Sicherheit des „Hauses und der Person in der Stadt „Berlin zu treffen und unterstützt dasselbe „im Namen des preußischen Volkes durch „diese Erklärung zu Protokoll in der Er„füllung seiner desfallsigen Pflichten"

wurde durch Verweisung in die Abtheilung vorläufig beseitigt.

Von allgemeinem Interesse waren aus den ersten Verhandlungen der National-Versammlung nur eine Erklärung des Minister-Präsidenten Camphausen über das Verhalten des Ministeriums, die Beantwortung einer Interpellation des Abgeordneten Jung und die Entscheidung darüber, ob eine Adresse an den König erlassen werden solle oder nicht.

Herr Camphausen äußerte sich am 30. Mai über die Stellung des Ministeriums zur Revolution und zur National-Versammlung folgendermaßen:

„Das am 29. März gebildete Staatsministerium ist bald nach einer Begebenheit zusammengetreten, deren hohe Bedeutung es nicht verkannt hat und nicht verkennt. Diese Begebenheit gehört zu den wesentlichsten mitwirkenden Ursachen der Umgestaltung unserer inneren Staatsverfassung. Wir stehen am Eingange derselben und der Weg vor uns ist weit, dies erkennt die Regierung an. Keineswegs haben wir aber die Lage so aufgefaßt, als sei durch diese Begebenheit eine vollständige Umwälzung eingetreten, als sei die ganze Verfassung unseres Staates umgeworfen worden, als habe alles Vorhandene aufgehört, rechtlich zu bestehen, als müßten alle Zustände rechtlich neu begründet werden. Im Gegentheil. Im Augenblicke seines Zusammentretens hat das Ministerium sich darüber geeinigt, dies als eine Frage seiner Existenz anzusehen, daß der damals zusammenberufene Vereinigte Landtag wirklich und ungeachtet der dagegen eingegangenen Petitionen zusammentrete, daß aus der bestehenden Verfassung heraus, mit den gesetzlichen Mitteln, die sie darbot, in die neue Verfassung übergegangen werde, ohne das Band abzuschneiden, welche das Alte an das Neue knüpft. Dieser unbestreitbar richtige Weg ist innegehalten, dem Vereinigten Landtage ist das Wahlgesetz vorgelegt und mit dessen Beirath erlassen worden.

Später versuchte man, die Regierung zu vermögen, das Gesetz aus eigener Machtvollkommenheit zu verändern, namentlich das indirekte Wahlsystem in das direkte zu verwandeln. Die Regierung hat dem nicht nachgegeben. Die Regierung hat keine Diktatur ausgeübt; sie hat sie nicht ausüben können, sie hat sie nicht ausüben wollen. Wie das Wahlgesetz rechtlich besteht, so ist es auch thatsächlich zur Ausführung gekommen. Auf Grund dieses Wahlgesetzes sind die Wahlmänner, sind die Abgeordneten gewählt. Auf Grund dieses Wahlgesetzes sind sie hier, mit der Vollmacht, mit der Krone eine für die Zukunft hoffentlich dauernde Verfassung zu vereinbaren. Wenn nun hiernach über die staatsrechtliche Kompetenz dieser Versammlung keine Zweifel obwalten können, so halte ich es andererseits für ganz überflüssig, über die Grenzen ihrer Befugnisse in eine ängstliche oder sorgfältige Untersuchung einzugehen. Weniger erhält die Versammlung ihren Einfluß und ihre Macht aus den rechtlichen Befugnissen, die ihr zustehen, als sie aus ihren eigenen Handlungen, aus der Art und Form ihrer Berathungen, aus der Form und dem Inhalt ihrer Beschlüsse hervorgehen wird. In dieser Beziehung ist die Versammlung nicht unabhängig von der öffentlichen Meinung des ganzen Landes, und insofern sie diese Meinung für sich hat, wird sie an Macht gewinnen und sie erhalten. Daß ihre Macht eine große sei, erhellt schon, wenn man erwägt, welches große Unglück es sein würde, wenn der Zweck ihrer Berufung unerfüllt bliebe."

Durch die Erklärung des Minister-Präsidenten wurde die hochwichtige Frage, welche Machtbefugniß eigentlich die National-Versammlung habe, in keiner Weise entschieden und sie blieb auch für die Zukunft ohne Entscheidung, bis diese durch die Gewalt späterer Ereignisse herbeigeführt wurde.

Die Interpellation des Abgeordneten Jung richtete sich an's Kriegsministerium. Sie betraf ein mehreren Offizieren zugegangenes Verbot, sich an Versammlungen und Petitionen zu betheiligen. Jung führte in seiner Rede mehrere Fälle an, durch welche er den Beweis zu führen suchte, daß von oben herab ein reaktionärer Geist in der Armee genährt werde. Der Kriegsminister, Graf v. Kanitz, erwiderte auf die Interpellation:

Es kann nur als Vorurtheil bestehen, wenn man glaubt, daß man zu reaktionären Tendenzen

geneigt sei. Dies ist so wenig begründet und kann so wenig begründet sein, da eben das Heer durch seine Einrichtung, gerade durch eben das Landwehr-Institut mit dem ganzen Volke auf das Innigste vereint ist und keine abgesonderte Kaste mehr bildet. Ich muß diese Vorwürfe, welche vielleicht durch einzelne Fälle mehr oder weniger begründet erscheinen, durchaus zurückweisen und erkläre, daß wenn solche Fälle zur Kenntniß des Ministeriums gelangen, sie durchaus gemißbilligt werden und nicht als der Ausdruck des Ganzen angenommen werden können. Ich muß mich ganz entschieden dagegen verwahren und es möge die ganze Versammlung bezeugen, ob sie die Meinung des vorigen Redners und das Mißtrauen gegen die loyale Gesinnung in der Armee theile und ob sie es angemessen finde, durch eine solche Verdächtigung die Gesinnung der Armee zu verletzen. Ich glaube nicht, daß die Majorität dieser Ansicht ist. (Stimmen: Nein, nein!) In dieser Hinsicht glaube ich, daß einzelne Fälle, welche angeführt worden, und die mehr oder weniger begründet sind, durch unpassende Ansichten Einzelner hervorgerufen sein mögen. Sie sind aber zum Theil nicht zu meiner Kenntniß gekommen; die Fälle aber, welche zu meiner Kenntniß gekommen sind, habe ich, so wie ich sie erfahren, immer gemißbilligt und streng getadelt. Ich muß mich dagegen verwahren, in solchen einzelnen Vorfällen eine reaktionäre Tendenz der Armee zu sehen, die durchaus unbegründet ist.

Der Regierungs-Kommissarius, Oberstlieutenant von Fischer, ging demnächst noch weiter auf die Jung'sche Interpellation ein. Nachdem er erklärt hatte, daß allerdings das Kriegsministerium bewaffneten Korps ein Petitions- und Associationsrecht nicht gestatten könne, verlas er zum Beweis, daß von oben herab keine reaktionären Tendenzen in der Armee genährt würden, einen Ameebefehl vom 1. Mai, nach welchem der König die Krieger des Heeres aufgefordert hatte, dem Gesetz Achtung und Gehorsam zu sichern und die Verfassung aufrecht zu erhalten, welche der König aus freiem Entschluß verheißen habe. —

Die geschickte Antwort, welche der Jung'schen Interpellation seitens des Kriegsministers und seines Vertreters geworden war, befriedigte die Majorität der National-Versammlung, weil sie sich gern befriedigen ließ, obgleich eigentlich der Kernpunkt der Interpellation gar nicht berührt worden war. Niemand hatte verlangt, daß es der Armee gestattet werden solle, in bewaffneten Korps zu berathen. Die Frage war nun, ob Offiziere oder Soldaten getadelt oder bestraft werden könnten, wenn sie in ihren dienstfreien Stunden Volks-Versammlungen und Vereine besuchten und sich an Petitionen, Adressen u. s. w. derselben betheiligten. Diese Frage hatte eben so wenig der Kriegsminister als sein Vertreter beantwortet. Sie war unentschieden geblieben.

Die Majorität der National-Versammlung, welche dem Ministerium keine Unbequemlichkeit machen wollte, drängte nicht nach weiterer Auskunft. Wie geneigt die Majorität war, dem Ministerium zu willfahren und es zu stützen, bewies sie bei der Frage, ob eine Adresse an den König erlassen werden solle oder nicht.

Der Abgeordnete Jung hatte in der Sitzung vom 31. Mai in Folge beunruhigender Gerüchte, auf welche wir noch weiter zurückkommen werden, das Kriegsministerium abermals interpellirt und zwar dahin, ob es wahr sei, daß das Zeughaus allnächtlich stark mit Militär besetzt und verbarrikadirt werde, daß stets geladene Kanonen zum Gebrauche bereit ständen, so daß das Haus einer Festung gleiche.

Der Kommissarius des Kriegsministers hatte den Interpellanten einigermaßen lächerlich gemacht durch die einfache und natürliche Frage: „Wer wird wohl eine Kanone laden, ehe sie gebraucht wird?" Die durch die verunglückte Interpellation Jung's hervorgerufene Stimmung der Versammlung benutzte der Minister-Präsident, er erklärte, daß jede Besorgniß vor einer Reaktion durchaus unbegründet sei. Dann fuhr er fort:

Ich gebe Ihrer Beurtheilung anheim, ob es der richtige Zeitpunkt ist, in einem Augenblicke, wo in Folge des freisinnigsten Wahlgesetzes, die Vertreter des ganzen Volks sich hier versammelt finden. Ob man nicht weit eher reaktionäre Befürchtungen hätte haben können in einer Zeit, wo das Ministerium allein stand, und weder eine solche Stütze, noch einen solchen Wächter zur Seite hatte. Es ist deshalb jetzt am wenigsten eine Reaktion möglich, weil eben gegenwärtig eine Solidarität zwischen der Regierung und und dieser Versammlung im weitesten Umfange eingetreten ist, oder wenn sie noch nicht eingetreten ist, doch nothwendig eintreten muß. Denn, meine Herren, wenn die gegenwärtige Regierung die Garantien gegen die Reaktion nicht darböte, was bedürfte es mehr, als einer einzigen Abstimmung, um diese Harmonie der Versammlung mit der Regierung sofort herzustellen.

(Lebhafter Beifall von beiden Seiten.)

Ich glaube, das beste Mittel, den Gerüchten über reaktionäre Absichten zu begegnen, würde das sein, wenn in einer großen Debatte in dieser Versammlung, die Ansichten der Regierung und der Versammlung ausgesprochen und ausgetauscht würden, sowohl über die Vergangenheit und über die Gegenwart als auch über die Zukunft.

Aus dieser Debatte muß als Resultat die Einheit zwischen der Regierung und der Mehrheit der Versammlung hervorgehen, und dann würden beide, sowohl an das Land als auch an die Stadt Berlin den Anspruch erheben können, daß dieses Resultat als der Wille der Mehrheit angesehen werde. Mein Wunsch ist also der, daß die Versammlung recht bald eine Gelegenheit ergreife, und es würde sich hierzu eine Adresse an Se. Majestät am schicklichsten darbieten. Sie

würde die beste Gelegenheit geben, die Ansichten auszutauschen und festzustellen.

(Lebhaftes Bravo von allen Seiten.)

Der Abgeordnete Dunker fühlte sich durch den vom Minister-Präsidenten ausgesprochenen Wunsch veranlaßt, einen Antrag auf Erlaß einer Adresse noch in derselben Sitzung zu stellen.

Es gab eine stürmische Debatte. Den Ausschlag für das Resultat der Abstimmung gab die Erklärung des Ministers Hansemann, daß der Erlaß der Adresse eine Kabinetsfrage sei. Er wenigstens für seine Person knüpfte sein Verbleiben im Ministerium an die Annahme des Antrages.

Die erste Kabinetsfrage! Die National-Versammlung mußte jetzt zeigen, ob sie bereit sei, das Ministerium zu stützen. Sie that es, indem sie mit Majorität beschloß, eine Adresse zu erlassen und zum Zweck einer Vorberathung eine Kommission zu ernennen.

Das Ministerium hatte in der Versammlung gesiegt, sein Sieg aber kräftigte es nicht, er machte es schwächer; denn viele seiner Anhänger hatten wider ihren Willen, um nur das Ministerium zu halten, für die Adresse gestimmt. Andre waren konsequent geblieben und hatten ihre Stimme gegen die Adresse abgegeben. Sie waren dadurch gegen ihren Willen zu Gegnern des Ministeriums gestempelt worden.

Für die Fraktionsbildung im Hause hatte die Abstimmung einen besonders nachtheiligen Einfluß. Die Parteien wogten in der National-Versammlung ebenso chaotisch durcheinander, wie im Volk selbst. Es gab eine große Anzahl von Abgeordneten, welche sich ihrer Parteistellung überhaupt gar nicht bewußt waren. Es bot daher große Schwierigkeiten, Fraktionen zu bilden, und doch erschien dies nach dem Beispiel anderer parlamentarischer Versammlungen nothwendig, damit die Gleichgesinnten sich vor den Berathungen und Abstimmungen im Plenum über wichtige Fragen verständigen könnten. Beim gänzlichen Mangel an parlamentarischer Uebung und parlamentarischem Takt wurden bei der Fraktionsbildung schwere Fehler begangen. Es gab keine ministerielle Fraktion, mit welcher das Ministerium in steter inniger Verbindung hätte bleiben, auf welche es sich unter allen Umständen hätte stützen können.

Die Minister standen isolirt. Sie hatten in der Versammlung wohl zahlreiche Anhänger, aber keine geschlossene Partei. Die Versammlung theilte sich zuerst in zwei große Hälften, eine Rechte und eine Linke. Dann schieden sich aus beiden noch die wenig zahlreichen Centren aus. Die Rechte umfaßte alle konservativen Elemente, die wenigen Absolutisten, die zahlreichen Altliberalen, die noch zahlreicheren Freunde einer fast demokratisch konstitutionellen Monarchie, welche aber jedem stürmischen revolutionären Fortschritt abhold waren. Die Rechte zählte anfangs etwa 150 Anhänger, schmolz aber schnell zusammen. Von ihr sonderte sich bald ein rechtes Centrum von etwa 20 Mitgliedern, welches sich mehr der Linken zuneigte.

Die Linke umfaßte ebensowohl die feurigen Republikaner, einen D'Ester, einen Grafen Reichenbach und andre, als die energischen Kämpfer für eine konstitutionelle Monarchie, welche auf rein demokratischen Grundsätzen basirt sein sollte. Die Linke war bei weitem nicht so zahlreich wie die Rechte, aber weit konsequenter und thatkräftiger als diese, und hierdurch gewann sie viele schwankende Elemente, während andrerseits sie auch die Absonderung eines linken Centrums begünstigte, welches in den Prinzipien vollständig auf dem Boden der Linken stand, aber nicht zu stürmisch vorgehen wollte, und deshalb geneigt war, das Ministerium zu stützen, von dem es eine friedliche Vermittelung hoffte.

Zwischen den beiden großen Parteien bildete sich endlich vorzugsweise unter der Leitung des Herrn von Unruh das eigentliche Centrum aus, eine Fraktion der Vermittelung, welche oft bei Abstimmungen den Ausschlag geben sollte.

Der größte Fehler einer derartigen Parteibildung bestand darin, daß weder eine äußerste republikanische Linke, noch eine äußerste absolutistische Rechte sich von den großen Parteien ausschied, daß diese daher durchaus nicht in sich einig waren und also auch schwer zu folgerichtigen und konsequenten Parteibeschlüssen kommen konnten.

Die geschilderte Fraktionsbildung ging nicht mit einem Male und nicht in der ersten Zeit des Bestehens der National-Versammlung vor sich; nur nach und nach fanden sich die Mitglieder in den verschiedenen Fraktionen zusammen. Sie wechselten auch häufig, weil bei der herrschenden Unklarheit und dem Mangel unterscheidender Parteiprinzipien oft genug persönliche Häkeleien die Veranlassung zum Anschluß an die Fraktionen oder zum Austritt aus denselben gab.

Während die National-Versammlung ihre Zeit in ziemlich unfruchtbaren Verhandlungen verbrachte, herrschte in den letzten Tagen des Mai und in den ersten des Juni in Berlin wieder eine fieberhafte Aufregung.

Der Verdacht, daß die Reaction mit finstern Plänen zur Vernichtung der kaum gewonnenen Volksfreiheit umgehe, machte die Bürgerschaft besorgt, währen sie sich andrerseits vor den Arbeitern, welche gerade damals sich recht unruhig zeigten, fürchtete.

Die Handwerksgesellen, die in den Gewerken beschäftigten Arbeiter hatten sich nach und nach beruhigt. Ihre Forderungen auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit waren meist bewilligt worden*). So war denn gut für die ge-

*) Auch die Buchdrucker hatten in den letzten Tagen des April durch eine Arbeitseinstellung sich einen höhern Lohn ertrotzt; ihnen war dies leicht geworden, weil bei dem plötzlich mächtigen Auf-

sorgt, welche überhaupt Arbeit hatten, um so schlimmer aber für diejenigen, die arbeitslos waren und blieben, denn bei dem schlechten Geschäft und den hohen Löhnen hüteten sich Fabrikanten und Meister wohl, neue Arbeiter auf- und anzunehmen. Sie entließen sogar, soweit sie es irgend konnten, die bisher beschäftigten, und die entlassenen mußten, um nicht zu verhungern, zu den gewöhnlichen Erdarbeiten bei den Rehbergen ihre Zuflucht nehmen.

Es war ein trauriges Brot. Diejenigen, welche es erhielten, betrachteten es als ein Almosen, welches ihnen nicht aus gutem Willen gegeben wurde, sondern zu dem die Stadt, resp. der Staat verpflichtet sei, um sie nicht hungern zu lassen.

Auf den großen Arbeitsplätzen, auf denen stets viele Hunderte von Arbeitern vereinigt waren, wurde in solchem Sinne die Arbeiterfrage discutirt. Hoher Lohn und wenig Arbeit war die Losung, welche allgemeinen Beifall fand. Jeder Arbeiter, der es etwa wagen wollte, fleißig zu sein, wurde von seinen Mitgenossen verhöhnt und sogar mißhandelt.

Für Tausende von Thalern, welche an Arbeitslohn gezahlt werden mußten, geschah auf den großen Arbeitsstätten so gut wie nichts. Diesem Unwesen mußte endlich gesteuert werden.

Der Magistrat befahl die Einführung von Akkordarbeiten, bei denen der Fleißige gut bestehen, der Faule und Schwache aber freilich nur wenig verdienen konnte.

Die Arbeiter wiedersetzten sich dieser Anordnung. Viele mußten entlassen werden und am 27. Mai sah sich der Magistrat zu folgender Bekanntmachung gezwungen:

„Wir halten uns verpflichtet, zur Kenntniß unserer Mitbürger zu bringen, daß die mit schweren Opfern der Stadt in Treptow und Rummelsburg für Rechnung der Kommune beschäftigten Arbeiter diese ihnen erzeigte Wohlthat mit dem größten Undank gelohnt haben. Der Unordnung und der Trägheit in großer Zahl ergeben, haben sie die nothwendigen Anordnungen zur Umwandelung der von ihnen nicht zu erreichenden, angemessenen Tagearbeit in Akkordarbeit nicht nur von der Hand gewiesen, sondern gegen Mitglieder des Magistrats, wie gegen die Aufseher und Bewohner von Rummelsburg Erpressungen versucht und Mißhandlungen sich erlaubt, Aufläufe veranlaßt, so daß es jede gesetzliche Ordnung vernichten hieße, solchen Personen, mit so großen Opfern der Bürgerschaft, die von ihnen nicht anerkannte Hilfe ferner nutzlos zu leisten. Wir haben daher unter der Mitwirkung freiwillig sich darbietender Bürger-Kompagnien, die sofortige Entlassung dieser Personen von der Arbeit noch heute veranlaßt und rechnen bei diesen Anordnungen auf die kräftigste Unterstützung unserer Mitbürger, deren stark in Anspruch genommene Beisteuer wir nicht auf solche Weise verschwenden lassen dürfen."

Es befanden sich in dieser Zeit ohnehin viele brotlose Arbeiter in Berlin.*). Jetzt kamen noch die vom Magistrat entlassenen hinzu, so wie die von den Staatsarbeiten aus gleichem Grunde wie von dem Magistrat verabschiedeten. Die Noth war groß. Die Arbeiter, welche sich in ihrem Recht gekränkt glaubten, zogen in Schaaren durch die Straßen und umlagerten das Rathhaus, um stürmisch Arbeit zu verlangen.

Auch am 30. Mai hatten sich mehrere hundert Arbeiter vor dem Rathhaus versammelt, um kategorisch Arbeit zu fordern, wenn sie nicht verhungern oder nicht zum Aeußersten getrieben werden sollten. Es war ihnen ausweichend geantwortet worden und sie zogen nun in einem langen Zuge mit Fahnen am Nachmittag gegen 5 Uhr vor die Wohnung des Arbeitsministers Herrn v. Patow, um bei diesem ihre Forderungen zu erneuern. Etwa 7—800 Arbeiter hatten sich

schwung des Preßgewerbes die Prinzipale glänzende Geschäfte machten. Einige Tage konnten selbst die Zeitungen nur in kleinen mageren, von den Prinzipalen und einigen Lehrlingen gesetzten und gedruckten Blättchen erscheinen. Die Straßenecken waren leer von Plakaten, die Broschürenfluth versiegte. Ein solcher Zustand ließ sich in jener stürmisch bewegten Zeit, in welcher der unersättliche Lesedurst stets neue Nahrung verlangte, nicht lange ertragen und die Prinzipale sahen sich daher gezwungen, den berechtigten Forderungen ihrer Arbeiter nachzugeben.

*) Auf Rechnung der Staatskasse wurden täglich 2000, auf Kosten der Stadt 2500 Arbeiter beschäftigt. Diese Zahl aber genügte dem Bedürfniß um so weniger, als die von dem Magistrat auch für die Staatsarbeiten ausgegebenen Arbeitskarten nicht immer mit der nöthigen Sorgfalt an wirklich Arbeitsbedürftige ertheilt wurden. Der Minister von Patow äußerte hierüber in der National-Versammlung:

Bei Austheilung dieser Karten war man indeß im Drange der Zeit etwas zu weit gegangen, man hatte theils mehr solcher Legitimations-Karten ausgestellt, als wirklich Arbeiter beschäftigt werden konnten, theils wohl auch nicht die gehörige Prüfung vornehmen können. Es wurde namentlich darüber geklagt, daß Fremde, die nicht hierher gehörten, mit Karten versehen worden waren, und daß junge Leute, die anderweitig ihr Brod hätten finden können, Karten erhalten hätten, während Bürger und Familienväter, welche der städtischen Behörde näher standen, als diese jungen Leute, ihretwegen zurückstehen mußten. Es wurde deshalb im Einvernehmen mit der städtischen Behörde zur Revision der Arbeiterlisten und Legitimationskarten geschritten, um eine Sichtung der Arbeiter eintreten zu lassen. Mit dieser Operation wurde gleichzeitig die Arbeit in Akkord angeordnet. Wie zuvor bei den städtischen Arbeiten, so wurde auch bei den Staatsbauten, am 27., den Arbeitern die Erklärung gegeben, daß zu einer neuen Art der Beschäftigung geschritten werden müsse und daß bei den neuen Arbeitseinrichtungen nur diejenigen angenommen werden würden, welche neue, auf Grund der vorangegangenen Prüfung ausgestellte Legitimationskarten beibringen könnten.

versammelt, welche bald durch hinzuströmende Neugierige zu einem Haufen von mehreren Tausend Menschen verstärkt wurden. Sie schickten einige Abgeordnete zu Herrn v. Patow, welche die Zusicherung einer sofortigen Arbeit verlangen sollten. Diese zu bewilligen, war dem Minister natürlich nicht möglich, so sehr er auch durch die drohend um seine Wohnung stehenden Haufen bedroht wurde. Er suchte den Zorn der Arbeiter zu beschwichtigen, indem er ihnen einen Almosen von 20 Thaler anbot, aber ohne seinen Zweck zu erreichen, denn höhnisch wurde dies Almosen zurückgewiesen.

„Wir sind keine Bettler, wir sind freie Arbeiter, wir wollen keine Almosen, sondern Arbeit!" so riefen die Versammelten, welche durch das Anerbieten des Ministers beleidigt waren.

Je länger die Verhandlungen dauerten, um so drohender wurden die Reden der vor dem Hause stehenden Arbeiter.

Herr v. Patow sah sich veranlaßt, seine Hausthür zu schließen, um die Massen von dem Eindringen in's Haus abzuhalten. Aber dies war ein unrichtiges Mittel, denn kaum waren die Thüren verschlossen, so ergriffen einige kräftige Arbeiter eine auf der Straße liegende Bohle, um das Thor einzurennen, welches ihnen gleich darauf wieder geöffnet wurde.

Einige Abtheilungen Bürgerwehr marschirten an. Die Führer suchten die aufgeregte Menge zu beruhigen, aber vergeblich und schon schien es, als sollten bald gewaltsame Angriffe auf die Person des Ministers gemacht werden, als August Braß, damals ein bekannter Volksmann, der aber später sehr konservativ werden sollte, aus den Fenstern des Ministers die Arbeiter anredete.

Eine tiefe Stille entstand und jedes Wort des Redners war deutlich trotz der großen Menschenmasse zu hören.

Braß sagte den Versammelten, der Minister verspreche ihnen Arbeit, aber er könne dieselbe nicht sogleich geben, sondern erst in 3 Tagen.

„Aber wir können nicht 3 Tage warten, unter der Zeit verhungern wir!" war die von vielen Stimmen gerufene Antwort.

„Das sollt ihr auch nicht," erwiderte Braß, „der Minister bietet Euch zu diesem Zwecke Jedem ein Darlehn von 10 Sgr. an, welches Ihr ihm, denn Ihr seid ehrliche Leute, wenn Ihr Arbeit habt, wiedergeben werdet. Bis dahin aber müßt Ihr Euch ruhig verhalten.

Der Vorschlag wurde mit Jubel aufgenommen. Die Arbeiter stellten sich auf dem Wilhelmsplatz in Reihe und Glied auf und erhielten von Braß, jeder gegen Vorzeigung seiner Karte, das versprochene Darlehn. Dann zogen sie fort und zerstreuten sich.*)

Die unruhigen, durch die Arbeiter veranlaßten Auftritte machten den Berliner Bürgern schwere Sorge, welche noch erhöht wurde durch fortwährend auftauchende Gerüchte, daß rings um Berlin Truppenmassen zusammengezogen würden; daß der Prinz von Preußen heimlich zurückgekehrt und bereit sei, an der Spitze des Heeres gegen das revolutionäre Berlin zu ziehen.

Manche Zeitungen und vor allen andern Held's Lokomotive machten sich ein Geschäft daraus, derartige Gerüchte zu verbreiten und diese wurden, so unsinnig sie sein mochten, doch gern geglaubt. Der Abgeordnete Jung gab dafür durch seine uns bekannte Interpellation ein Beispiel.

Bald hieß es, das Zeughaus sei zu einer Festung eingerichtet, dann wieder, man schaffe die Waffen aus dem Zeughaus fort, um sie dem Volke zu entziehen und sie zur Bewaffnung von Landleuten, die mit dem Heer gegen Berlin marschiren sollten, zu gebrauchen. Ein paar mit Gewehren und Munition beladene Kähne wurden vom Volk angehalten. Tausende von Menschen versammelten sich vor dem Zeughaus. Die Kähne wurden ihrer Fracht beraubt, man brachte diese in's Zeughaus zurück.

Die Aufregung war groß. In einer der nächsten Nächte, so erzählte man, wolle der Prinz von Preußen Berlin überfallen. Immer toller wurden die Gerüchte, welche unter dem zu vielen Tausenden in der Nähe des Zeughauses versammelten Volke sich verbreiteten.

Plötzlich hieß es, ein Signal von der reaktionären Partei auf dem Schlosse und auf dem Zellengefängniß gegeben, solle für die Truppen das Zeichen zum Einrücken sein. Augenblicklich zogen große Menschenmengen nach dem Schlosse zu, um sich dasselbe zu beschauen und nach demjenigen Punkte zu suchen, von welchem ein Signal wohl möglich wäre.

Ein unschuldiger Blitzableiter auf der Kuppel des Schlosses erregte sogleich die Aufmerksamkeit der Menge und erst als mehrere Abgeordnete derselben durch eigenen Augenschein sich von der Unschädlichkeit des Dinges, welches sie für eine Lärmstange gehalten, überzeugt hatten, kehrte die Ruhe wieder einigermaßen zurück; aber ein anderer Umstand sollte sie bald genug wieder stören. Es verbreitete sich nämlich das Gerücht, der Ueberfall Berlins, den die Truppen beabsichtigten, solle schon in der nächsten Nacht stattfinden. Die Regierung werde daher Vorkehrungen treffen, um den Barrikadenbau möglichst zu verhindern und besonders die Brücken, welche die verschiedenen Stadttheile in Verbindung setzten, und welche bei der ersten Revolution vom Volke aufgezogen waren, in ihre Gewalt bringen.

Dies Gerücht durchlief mit Blitzesschnelle die ganze Stadt.

In allen Straßen sammelten sich große Menschenmassen, und diese hielten sich vorzüglich

*) Daß viele von den Arbeitern das Darlehen als ein solches und nicht als ein erpreßtes Geschenk betrachteten, bewiesen sie, indem sie es versuchten, es zurück zu zahlen. Herr v. Patow nahm indessen die Rückzahlung nicht an.

bei den verschiedenen Brücken auf. Plötzlich kamen einige Arbeiter auf die Idee, daß möglicherweise schon jetzt Vorkehrungen getroffen wären, um das Aufziehen der Brücken zu verhindern, damit der Ueberfall in der Nacht desto sicherer gelinge.

Die Brücken wurden sofort untersucht. Man fand an den Klappen einige eiserne Bolzen, deren Zweck man sich nicht erklären konnte und nun hieß es, die Brücken seien vernagelt. Obgleich der Polizei-Präsident am folgenden Tage, am 1. Juni durch eine Bekanntmachung den sehr einfachen Zweck der Bolzen erklärte, erhielt sich doch das Gerücht der Vernagelung und des beabsichtigten Ueberfalls durch das Heer.

Um die Besorgniß der Bürger zu erhöhen, war gerade in jenen Tagen die Bürgerwehr in sich selbst uneinig. Der General Aschoff hatte durch seine vielfachen unnützen Allarmirungen den Verdacht erregt, er wolle systematisch die Bürgerschaft unzufrieden mit dem Dienst machen.

Von vielen Seiten waren dem General offene Mißtrauensvoten gegeben worden; und am 30. Mai hatte bei einer Abstimmung in den Bezirken sich eine große Majorität der Bürgerwehr dahin ausgesprochen, Herr von Aschoff habe das Vertrauen verloren. Der General legte deshalb sein Amt nieder, welches provisorisch der Major Blesson übernahm. Am 2. Juni wurde dies durch Proklamation bekannt gemacht.

Auch in Herrn Blesson setzte weder die Bürgerwehr, noch das übrige Volk Berlins ein sonderliches Vertrauen, am wenigsten erwartete man, daß er bei einem etwaigen Angriff der Stadt durch das Heer, diesem einen energischen Widerstand zu leisten versuchen werde.

Bei der Gefahr eines Kampfes, den man nahe glaubte, verlangte das Volk eine größere Ausdehnung der Bürgerwehr, eine Bewaffnung der Gesellen und Arbeiter, nicht der bei den Rehbergen und überhaupt bei den Erdarbeiten beschäftigten, sondern der Fabrikarbeiter und vorzugsweise der kräftigen und intelligenten Maschinenbauer.

Deputationen über Deputationen wurden an das Kommando der Bürgerwehr, an den Kriegsminister und an den Minister Camphausen gesendet, aber alle brachten eine abschlägige Antwort zurück, auch eine Deputation der sechs zur damaligen Zeit in Berlin bestehenden demokratischen Klubs erhielt nur eine ausweichende Antwort. Endlich nach langem Hin- und Herschicken wurde eine wenigstens theilweise Bewaffnung der Maschinenarbeiter versprochen, da die Waffenvorräthe vor der Hand zu einer größeren Ausdehnung der Volksbewaffnung nicht hinreichen sollten. Mit diesem Zugeständnisse beruhigte sich das Volk für's Erste.

Wie gefährlich die ganze Bewegung den Behörden erschien, geht am Besten daraus hervor, daß sie sich zu einem echt revolutionären Schritt, zur Begründung eines Sicherheitsausschusses entschlossen, der, aus Deputirten der verschiedenen Behörden bestehend, die Aufgabe haben sollte, nach allen Seiten hin für die öffentliche Ruhe zu sorgen. „Die zu diesem Sicherheitsausschuß ernannten Deputirten der verschiedenen Behörden werden sich, so besagte die am 1. Juni erlassene Bekanntmachung, täglich Morgens 9 Uhr im Diensthause, Oberwallstraße Nr. 4 versammeln, von dem, was die öffentliche Ruhe verletzt oder zu verletzen droht, Kenntniß nehmen und die Thatsachen einer allseitigen und gründlichen Erwägung unterwerfen. Mit Umgehung der unzulänglichen alten Mittel und Formen und mit Vermeidung unnöthigen Schriftwechsels werden sie die geeigneten Schritte verabreden und durch die verschiedenen Kreise der Verwaltung eine schleunige und energische Ausführung der nothwendigen Anordnungen veranlassen. Durch ein solches gemeinsames Zusammenwirken kann nur Schnelligkeit und Sicherheit, verbunden mit der erforderlichen Vorsicht, in den, unter den heutigen Zeitverhältnissen oft sehr schwierigen Geschäftsgang gebracht werden. Besonders aber wird die Bürgerwehr, welche den Schutz der Stadt mit auf sich genommen hat, in den Stand gesetzt werden, den unter ihrem Beirathe gefaßten Beschlüssen der Obrigkeiten auf Erfordern einen gebührenden Nachdruck zu verschaffen.

Mit vollem Vertrauen auf die Theilnahme und Mitwirkung aller Bewohner, besonders des ehrenhaften Standes der Handwerker und Arbeiter beginnen die Deputirten, frei von allen Parteiansichten ihre Bestrebungen, ihren mühevollen Beruf und hoffen, denselben vorzugsweise auf dem friedfertigen Wege der Vermittelung zu Wohlfahrt Aller zu erfüllen.“

Wenn die Errichtung des Sicherheitsausschusses, diesen Namen erhielt die neue Behörde vom Volk, den Zweck hatte, die Bürgerschaft zu beruhigen, so verfehlte sie denselben, denn die Mitglieder besaßen keineswegs ein allgemeines Vertrauen. Man hielt sie fast sämmtlich für mehr oder weniger entschiedene Anhänger der Reaktion. Nur einzelne waren als freisinnig bekannt*).

Der reaktionären Strömung, welche, wie in Berlin erzählt wurde, in den höheren Regionen herrschte, beschlossen die Anhänger der Neuzeit eine Demonstration entgegenzustellen, durch welche Zeugniß abgelegt werden sollte für die revolutionären Sympathien der gesammten Einwohnerschaft Berlins. Hatte der Minister-Präsident in der National-Versammlung kein Wort der Anerkennung für die Revolution gehabt, so sollte diese Anerkennung von der Bürgerschaft ausgehen.

Von der Studentenschaft veranlaßt, beschlossen

---

*) Die Behörde bestand aus dem Geheimen Rath von Puttkammer, dem General von Aschoff, dem Polizei-Präsident von Minutoli, dem Staatsanwalt Temme, dem Bürgermeister Naunyn, den Stadträthen Gärtner und Hedemann, den Stadtverordneten Fournier, Seidel, Schäffer und Fähndrich, sowie einer Deputation der Bürgerwehr.

sämmtliche Klubs Berlins, am 4. Juni ein Erinnerungsfest an die Kämpfe des 18. März durch einen glänzenden Zug nach dem Friedrichshain zu feiern. Auch der konstitutionelle Klub sagte seine Theilnahme zu, nur der patriotische Verein und der Preußenverein schlossen sich aus.

Auch an die Stadtverordneten-Versammlung und die National-Versammlung war eine Einladung zur Betheiligung ergangen, beide aber folgten ihr nicht. Die National-Versammlung ging über den Antrag zur Tagesordnung über; die Stadtverordneten verweigerten zwar auch ihre Theilnahme in corpore, aber sie erklärten wenigstens in ihrer Antwort auf das Einladungsschreiben des Festcomités, daß sie das Verdienst der Revolutionskämpfer jederzeit anerkannt hätten und daß sie das Andenken an die Gefallenen in Ehren halten würden.

Die Festdeputation richtete an den Major Blesson ebenfalls ein Einladungsschreiben und das Ersuchen, die Theilnahme der Bürgerwehr an dem Zuge anzuordnen. Die Antwort war ein Tagesbefehl vom 3. Juni, nach welchem es zwar den Bürgerwehrmännern als Privatpersonen, nicht aber in ihrer amtlichen Eigenschaft, gestattet sein solle, sich zu betheiligen. Zugleich fand indessen Herr Major Blesson für gut, einen geheimen Befehl folgenden Inhalts an sämmtliche Majore zu erlassen:

„Der Herr Major . . . wird ersucht, morgen Nachmittag, während des Zuges, die Mannschaft des Bataillons, welche zu Hause ist, in Bereitschaft zu halten, beim ersten Allarm auszurücken. Der Tambour steht im Hauptquartier."

Herr Blesson hat diesen Befehl in einer später von ihm herausgegebenen Darstellung seiner kurzen Thätigkeit als Bürgerwehrkommandant dadurch zu rechtfertigen gesucht, daß ihm die Meldung zugegangen sei, es werde der Festzug zur Proklamirung der Republik benutzt werden. Wir ersehen hieraus, daß nicht nur das Volk allen thörichten Gerüchten bereitwillig Glauben schenkte, sondern daß auch die Spitzen der Behörden denselben Fehler begingen.

Am Sonntag, den 4. Juni, Nachmittags 4 Uhr, hatte sich auf dem Gensd'armenmarkt eine zahllose Menschenmasse versammelt. Fast alle Vereine, die meisten Gewerke mit ihren Fahnen und Musikchören, viele Abgeordnete und Stadtverordnete, eine große Zahl von Bürgerwehrmännern, die Studentenschaft und unzählige Bürger und Arbeiter waren zusammengekommen, um durch Theilnahme an dem Festzuge ihre Sympathien für die Revolution zu zeigen. Alle Straßen, durch welche der wohl 50,000 Theilnehmer zählende Zug sich bewegte, waren mit schwarzrothgoldenen Fahnen und Blumenguirlanden geschmückt, überall wurde er durch das Wehen weißer Tücher aus den Fenstern, durch den Jubelruf der auf dem Wege ein Spalier bildenden Volksmenge freudig begrüßt. Besonders laut ertönte der Jubel den Abgeordneten der Linken der National-Versammlung, welche vom Schützenkorps begleitet, dem Zuge voranschritten.

Viel Aufsehen machte auch der demokratische Klub, dem eine prächtige, blutrothe seidene Fahne, die er von einer Anzahl Damen geschenkt erhalten hatte, voranwehte. Die Verehrerinnen des Klubs hatten sich ebenfalls dem Zuge angeschlossen. Sie wurden dafür zwar von einem Theil des Volks mit Beifall begrüßt, mußten aber auch von andrer Seite her manch höhnisches Wort über die demokratischen Frauenzimmer, die besser zu Hause bei den Kindern geblieben wären, hören.

Im Friedrichshain bei den Gräbern der Gefallenen eröffnete nach Absingung eines Chorals der Abgeordnete Graf Reichenbach die Feierlichkeit durch eine begeisterte Rede an das Berliner Volk. Ihm folgten andre vorher durch die Vereine bezeichnete Redner. Der Professor Benary sollte nach dem Programm als Sprecher des Volksklubs der letzte Redner sein.

Aber es war vom Volke bemerkt worden, daß Held sich in der Nähe der Rednertribüne befand und sofort forderte ihn ein stürmischer Zuruf auf, die Tribüne zu betreten. Erst zögerte er, aber der Ruf Held, Held, ertönte so stürmisch, daß der Gerufene nicht umhin konnte, ihm zu folgen. Er bestieg die Rednerbühne und ermahnte nun in einer Ansprache, welche mit ungetheiltem Jubel aufgenommen wurde, die Berliner, sich mit den Provinzen zu verständigen und die Revolution zur Wahrheit werden zu lassen, die Provinzen aufzuklären, damit nicht auf Berlin die Schuld falle, wenn ein neues Unglück über das Land hereinbreche.

So wurde Held scheinbar gegen seinen Willen veranlaßt, abermals als Volksredner aufzutreten, nachdem er erst kurze Zeit vorher erklärt hatte, er wolle sich von jeder öffentlichen Thätigkeit zurückziehen.

Die Feier schloß mit der Bekränzung der Gräber durch die Damen. Dem Grafen Reichenbach, dem Festredner der Abgeordneten überreichte eine der Damen einen Lorbeerkranz. Erst spät am Abende wurde der Rückzug in die Stadt angetreten. Nicht die geringste Störung hatte die erste Feier der Revolution entweiht.

Achtzehntes Kapitel.

Der Prinz von Preußen in Wesel und in Potsdam. — Der Minister-Präsident über die Reise des Prinzen. — Ankunft des Prinzen in Berlin. — Der Prinz in der National-Versammlung. — Seine Abgeordnetenrede. — Demonstrationen vor der Singakademie für und gegen den Prinzen. — Der Berends'sche Antrag. — Der 9. Juni. — Volksversammlung vor der Singakademie. — Tiefe Aufregung. — Das Zachariä'sche Amendement. — Der Minister von Arnim und das Volk. — Hängt ihn! — Die Bedrängnisse des Herrn v. Arnim und des Prediger Sydow. — Die Anerkennung der Revolution durch die neue Stadtverordneten-Versammlung.

An demselben Tage, an welchem in Berlin die großartige Revolutionsfeier stattfand, am 4. Juni, veröffentlichte der Staatsanzeiger einen Brief des Prinzen von Preußen an Se. Majestät den König, in welchem der Prinz seine Rückkehr anzeigte. An demselben Tage traf, von den städtischen Behörden und dem Offizierkorps mit Jubel empfangen, der Prinz in Wesel ein. Der Brief des Prinzen von Preußen lautete:

„Eurer Majestät zeige ich unterthänigst an, daß ich, dem mir ertheilten Befehl gemäß, London verlassen und den Kontinent wieder betreten habe. Ich halte diesen Zeitpunkt für den passendsten, um meine, Eurer Majestät schon bekannten Gesinnungen, mit denen ich in die Heimath zurückkehre, nochmals offen auszusprechen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die freien Institutionen, zu deren festerer Begründung Ew. Majestät jetzt die Vertreter des Volkes berufen haben, unter Gottes gnädigem Beistande, sich zum Heile Preußens mehr und mehr entwickeln werden. Ich werde dieser Entwickelung mit Zuversicht und Treue alle meine Kräfte widmen und sehe dem Augenblick entgegen, wo ich der Verfassung, welche Ew. Majestät mit Ihrem Volke nach gewissenhafter Berathung zu vereinbaren im Begriffe stehen, die Anerkennung ertheilen werde, welche die Verfassungs-Urkunde für den Thronfolger festsetzen wird. — Brüssel, 30. Mai 1848. — Prinz von Preußen."

Machte der Brief des Prinzen einen so glücklichen, nachhaltigen Eindruck, daß durch ihn alle früher gehegten Besorgnisse zerstreut wurden? War das Volk von Berlin von seiner thörichten Angst endlich zur Besinnung gekommen? Hatte es eine richtigere Anschauung über die Stellung des Prinzen, über seine Absichten gewonnen, oder dachte die leicht bewegliche, veränderungslustige Volksmasse jetzt an andere Dinge und kümmerte sie sich deshalb weniger um die Rückkehr des Prinzen, weil sie sich mit dem Gedanken an dieselbe vertraut gemacht hatte?

Die Antwort möchte schwer zu geben sein. Thatsache aber ist es, daß die Veröffentlichung in dem Staatsanzeiger am 4. Juni, durch welche die nah bevorstehende Ankunft des Prinzen in Berlin verkündet wurde, nur geringen, fast gar keinen Eindruck auf das Volk von Berlin machte. Die Aufmerksamkeit desselben war jetzt lediglich der Revolutionsfeier und der Frage über die Anerkennung und Aufrechterhaltung der Revolution zugewendet.

Ueber die bisher noch ziemlich räthselhaften Motive der Reise des Prinzen nach England erhielten die Berliner durch eine Erklärung des Minister-Präsidenten in der National-Versammlung Auskunft. Herr Camphausen gab sie in Folge einer Interpellation in der 11. Sitzung am 6. Juni ab. Er sagte:

Nach dem großen Kampfe, welcher in der Stadt Berlin stattgefunden hat, ist am 19. März Sr. Königlichen Hoheit, dem Prinzen von Preußen von seinen Freunden gerathen worden, wegen der großen gegen ihn herrschenden Aufregung die Stadt zu verlassen. Der Prinz hat sich nach Spandau begeben, von dort nach der Pfauen-Insel und hat dort die Tage des 20. und 21. März zugebracht. Bekanntlich hat in jenen Tagen das Gerücht, daß eine große Heeres Abtheilung unter Führung des Prinzen von Preußen heranrücke, die Stadt in die größte Bewegung gesetzt, und wenngleich dieses Gerücht, wie so viele andere, völlig unbegründet war, so haben doch die damaligen Minister geglaubt, Sr. Majestät dem Könige den Wunsch ausdrücken zu müssen, daß zur Beruhigung der Bevölkerung Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen eine Reise in's Ausland antrete. Se. Majestät der König haben diesem Wunsche nachgegeben und deshalb eine mündliche Mittheilung an den Prinzen von Preußen gelangen lassen. Dieselben haben jedoch erklärt, daß Sie auf eine solche mündliche Mittheilnng das Land nicht verlassen würden, daß Sie aber in dem Falle dazu bereit wären, wenn Ihnen ein ausdrücklicher und schriftlicher Befehl von Sr. Majestät dem Könige vorgelegt würde. Demnach haben Se. Majestät der König in einem eigenhändigen Handschreiben dem Prinzen von Preußen den Auftrag ertheilt, sich nach London zu begeben, um dem befreundeten englichen Hofe Aufschluß und Aufklärung über die hiesigen Zustände und die hiesigen Ereignisse zu ertheilen. Später hat der Prinz von Preußen sich angelegentlich mit der Besichtigung der Anstalten für die Marine beschäftigt.

Was die Dauer der Abwesenheit betrifft, so könnte ich mich damit begnügen, zu erklären, daß wir keine aus dem Interesse des Landes hervorgehende Veranlassung gehabt haben, früher auf die Zurückberufung anzutragen. Ich nehme aber keinen Anstand, hinzuzufügen, daß wir nicht glauben, zu einem Schritte rathen zu müssen, der eine bedenkliche Aufregung zu ungeeigneter Zeit erzeugt haben würde. Wenn uns dieserhalb ein Vorwurf trifft, so müssen wir uns demselben unterwerfen. Als aber der Zeitpunkt der Einberufung einer Versammlung, mit welcher die künf-

tige Verfassung des Landes begründet werden soll, herannahte, da haben wir es als unerläßlich erachtet, daß der Thronfolger im Lande anwesend sei, da haben wir es für unsere Pflicht gehalten, unsererseits auf die Rückkehr anzutragen. Ich könnte hiermit schließen, allein ich wünsche noch einige Worte über jenen Antrag hinzuzufügen, wozu sich mir vielleicht künftig nicht Gelegenheit darbieten wird. Wir haben wegen desselben in den ersten Tagen nach seiner Bekanntmachung die bittersten Angriffe erfahren, so als ob wir die Grundsätze unseres politischen Lebens als ob wir die nothwendigen Konsequenzen des eingetretenen Umschwunges in unseren inneren Zuständen verleugnet hätten. Meine Herren, der Antrag war eine rein ministerielle Maßregel. Wir sind und bleiben Ihnen dafür verantwortlich. Was wir gewollt, darf ich kurz ausdrücken. Wir haben geglaubt, daß der Antrag nützlich und nothwendig sei, als eines der Mittel, die Verfassung des Landes sicher und dauernd zu begründen. Wir haben geglaubt, er bezwecke, reaktionäre Hoffnungen und Bestrebungen wenn sie in unserm Lande bestehen, auf die wirksamste und friedlichste Weise zu beseitigen. Wir haben geglaubt, es entspreche dem Geiste einer konstitutionellen Regierung, daß wir uns an die Stelle einer hohen Persönlichkeit setzten, daß wir uns als die Persönlichkeit hinstellten, gegen welche alle Angriffe zu richten seien. Wir haben geglaubt, es der Achtung vor dieser Versammlung schuldig zu sein, daß wir vor ihrem Zusammentritt sie in die Lage setzten, nur über die Minister, nur über eine ministerielle Maßregel ein Urtheil zu fällen zu haben. So ist es geschehen. Wir haben uns als Schild vor die Dynastie gestellt und alle Gefahren und Angriffe auf uns geleitet. Wir haben es verschmäht, vor Ihnen zu erscheinen mit einer unausgesprochenen Meinung, mit dem bequemen Vorbehalt uns je nach den Umständen entweder der einen oder der anderen Meinung anzuschließen. Ihrem Urtheile bieten wir uns dar. Allein, meine Herren, ich spreche dies aus nicht mit herausforderndem Stolze, sondern mit der Demuth, die aus dem Bewußtsein entspringt, daß die hohe Aufgabe, die Ihnen und uns gestellt ist, nur gelöst werden kann, wenn der Geist der Milde und Versöhnung sich auch auf diese Versammlung herabsenkt, wenn wir neben Ihrer Gerechtigkeit auch Ihre Nachsicht finden.

(Anhaltender und lebhafter Beifall von allen Seiten.)

Nach dieser Erklärung des Minister-Präsidenten war die baldige Ankunft des Prinzen in Berlin zu erwarten. Man hörte in der Hauptstadt, daß der Prinz überall im Lande mit Jubel empfangen werde. Plakate von konservativer Seite her und Zeitungsartikel, besonders in der Vossischen Zeitung, bereiteten auch die Berliner auf seine Ankunft vor. Es wurde erzählt, das erste Geschäft des Prinzen werde ein Besuch in der National-Versammlung sein. Er war in Wirsitz zum Abgeordneten gewählt worden und hatte die Wahl angenommen. Als preußischer Volksvertreter wolle er, so hieß es, nach seiner Rückkehr seine staatliche Thätigkeit beginnen.

Am 7. Juni traf der Prinz in Potsdam, am 8. in Berlin ein. Er wurde von dem Minister von Patow und einer kleinen Zahl vorher benachrichtigter Anhänger empfangen. Unmittelbar vom Bahnhof fuhr er nach der Singakademie, um in der National-Versammlung seinen Platz einzunehmen.

Die Versammlung hielt eine jener ziemlich langweiligen Debatten, durch welche sie von ihrem Beginn an sich ausgezeichnet hatte, als ein Lärm außerhalb des Saales die Aufmerksamkeit der Abgeordneten von den Verhandlungen abzog. Gleich darauf trat der Prinz von Preußen in Generalsuniform in den Sitzungssaal; er nahm auf der vordersten Reihe der rechten Seite Platz.

Der Eintritt des Prinzen machte auf die Versammlung einen eigenthümlichen Eindruck. Mehrere Mitglieder der Rechten erhoben sich von ihren Plätzen: dagegen ertönte sofort von der Linken aus der Ruf: Sitzenbleiben. Die Abgeordneten der Rechten folgten schnell dieser Weisung. Der auf der Tribüne befindliche Abgeordnete Temme ließ sich in seiner Rede nicht stören, aber Niemand merkte auf seine Worte, so daß er bald schloß.

Die Augen aller Abgeordneten waren auf den Prinzen von Preußen gerichtet; man erwartete mit Ungeduld eine Kundgebung des neueingetretenen Mitgliedes.

Als Temme geendet hatte, nahm der Präsident das Wort. „Eigentlich," so sagte er, „hätte der Abgeordnete D'Ester das Wort, aber der Abgeordnete des Wirsitzer Kreises wünscht in einer persönlichen Angelegenheit zu sprechen."

Der Prinz erhob sich. Seine Rede theilt uns der stenographische Bericht folgendermaßer mit:

„Prinz von Preußen, als Abgeordneter für den Wirsitzer Kreis:

Vermöge der auf mich gefallenen Wahl bin ich berechtigt, in Ihrer Mitte zu erscheinen. Ich würde bereits gestern hierher geeilt sein, wenn es nicht der Jahrestag unauslöschlicher Trauer gewesen wäre, der mich im Schooße meiner Familie zurückgehalten hätte; heute aber ergreife ich die Gelegenheit, um zuvörderst meinen Dank für das Vertrauen auszusprechen, welches mich in Ihre Mitte berief und wodurch es mir möglich wird, Sie, meine Herren, welche aus allen Provinzen des Landes und allen Ständen hier versammelt sind, herzlich willkommen zu heißen. Nicht nur die Blicke Preußens, die Blicke der Welt sind auf unsere Versammlung gerichtet, da durch Sie eine Vereinbarung mit unserem Könige herbeigeführt werden soll, welche für lange Zeit die Schicksale des preußischen Volks und seiner Könige feststellen soll. Welch ein hoher Beruf! Je heiliger dieser Beruf, je heiliger muß der Geist und die Gesinnung sein, welche unsere Berathungen leiten.

Die konstitutionelle Monarchie ist die Regierungsform, welche unser König zu geben uns vorgezeichnet hat. Ich werde ihr mit der Treue und Gewissenhaftigkeit meine Kräfte weihen, wie das Vaterland sie von meinem, ihm offen vorliegenden Charakter zu erwarten berechtigt ist. Dies ist die Pflicht eines jeden Vaterlandsfreundes, vor Allem also die Meinige, als des ersten Unterthanen des Königs. So stehe ich jetzt wieder in Ihrer Mitte, um mitzuwirken, daß die Aufgabe, welche uns gestellt, zu einem glücklichen Ziele geleitet werde. Möge die Gesinnung, welche ich ausgesprochen habe, von uns Allen getheilt und festgehalten werden, dann wird unser Werk gelingen und zum Wohl und Heil des geliebten Vaterlandes gereichen. Möge mein Erscheinen unter Ihnen ein günstiges sein; mögen wir vereint die Thätigkeit entwickeln, welche von uns erwartet und gehofft wird. Meine übrigen Geschäfte werden mir nicht erlauben, regelmäßig an Ihren Sitzungen Theil zu nehmen; ich ersuche daher den Herrn Präsidenten, meinen Stellvertreter einberufen zu lassen. Uns Alle aber, meine Herren, leite der Ruf und Wahlspruch der Preußen, der sich so oft bewährt hat:

Mit Gott für König und Vaterland!"

Ein Bravo von der Rechten, so erzählt der stenographische Bericht, folgte der Rede des Prinzen von Preußen. Er sagt nichts von einem Zischen der Linken, durch welches diese das Bravo übertönen wollte.

Nachdem der Prinz die Rednertribüne verlassen hatte, wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Gleich darauf entfernte sich der Prinz aus dem Saale. Als er aus der Singakademie trat, fand er vor dem Eingange derselben eine doppelte Reihe von Männern, welche ihn, sobald er aus der Thür trat, mit einem donnernden Lebehoch empfingen.

In jenen Tagen hielten sich stets in dem Kastanienwäldchen und vor der Singakademie viele Neugierige auf, welche Mittheilungen über die Verhandlungen der National-Versammlung gern aus erster Quelle von den den Sitzungssaal verlassenden Zuhörern erhalten wollten. Es waren zum großen Theil brotlose Arbeiter, echte Berliner Bummler; kaum hörten diese das Hurrahgeschrei und das Lebehoch, als sie sich ebenfalls dem Eingange zudrängten und durch Zischen und Pfeifen die Hurrahs zu ersticken suchten.

Es gab eine widerwärtige Scene. Ein junger Offizier ließ sich durch die Entrüstung über das Zischen zu einer Brutalität hinreißen. Er schlug einem der Pfeifer mit der Faust so heftig in's Gesicht, daß das Blut aus Mund und Nase drang. Ein Wuthgeschrei erhob sich.

Während der Prinz in den Wagen stieg, um schnell davon zu fahren, wurde sein übereifriger Anhänger von der entrüsteten Volksmenge verfolgt. Er lief zwar eilig davon, aber er wurde trotzdem eingeholt und nach einer der Bürgerwehrwachen gebracht. Hier mußte er seinen Namen nennen. Es machte den Bürgerwehrmännern nicht wenig Mühe, ihn vor Mißhandlungen der wüthenden Volksmenge zu schützen.

Nachdem der Prinz die National-Versammlung verlassen hatte, kam in derselben ein Antrag des Abgeordneten Berends zur Diskussion, der schon längst von den Berlinern erwartet worden war und auf dessen Annahme oder Ablehnung das Volk auf das Höchste gespannt war. Er betraf die Anerkennung der Märzrevolution und lautete:

„Die Hohe National-Versammlung wolle in Anerkennung der Revolution zu Protokoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich um's Vaterland wohl verdient gemacht haben."

Schon vom Beginn der National-Versammlung an war von vielen Seiten her der Wunsch laut geworden, die preußische Volksversammlung möge durch einen entscheidenden Beschluß die Anerkennung der Revolution aussprechen. In diesem Sinne waren vielfach Adressen an die Nationalversammlung ergangen; in letzter Zeit erst eine von fünf größern Berliner Bezirksvereinen. Der Abgeordnete Berends folgte daher nur dem Wunsche seiner Wähler als ein wirklicher Volksvertreter, indem er seinen Antrag einbrachte. Dieser rief in der Nationalversammlung eine tiefe Aufregung hervor. Die Mitglieder der Centren und der rechten Seite, selbst viele von der Linken hätten wohl gewünscht, daß ihnen die Gewissensfrage über die Anerkennung der Revolution nicht vorgelegt worden wäre, jetzt aber war sie vorgelegt und sie wagten doch nicht, eine einfache Tagesordnung, wie sie von einer Seite her beantragt wurde, zu beschließen.

Eine lebhafte Debatte entspann sich. Es wurden zahlreiche Amendements eingebracht, welche theils den Berends'schen Antrag abschwächen, theils auch ihm eine weitere Ausdehnung geben wollten; so wünschte der Abgeordnete Schulze aus Delitzsch z. B. nicht nur eine Anerkennung der Kämpfer vom 18. März, sondern auch des Volks von Berlin für seine treffliche Haltung während und nach der Revolution.

Nach mannichfachen Reden meist gegen die Amendements, aber für den Antrag, äußerte der Finanzminister Hansemann den Wunsch, es möge die Debatte bis auf die folgende Sitzung vertagt werden, damit das Ministerium sich berathen könne, ob die Formen des Antrags mit der staatlichen Basis vereinbar wären, auf welcher es stehe; in Folge dieses Antrags wurde denn auch wirklich die Vertagung beschlossen und die Diskussion am 9. Juni in der 14. Sitzung der Nationalversammlung fortgesetzt.

Es konnte nicht fehlen, daß der Berends'sche Antrag in ganz Berlin eine große Aufregung hervorrief. Mit ungeheurer Spannung erwartete das Volk den Ausgang der Debatten, am Abend des 8. und am Morgen des 9. Juni hörte man in den öffentlichen Lokalen und im Lindenklub, welcher an jenen Tagen stets besonders zahlreich besucht war, fast von nichts Anderem sprechen,

als von dem Berends'schen Antrage, selbst die Rückkehr des Prinzen von Preußen und seine Rede in der National-Versammlung trat gegen diese, alle Gemüther beschäftigende, Frage in den Hintergrund.

Schon am frühen Morgen des 9. hatte sich eine große Menge von Leuten vor der Singakademie versammelt, um hier sofort von den etwa aus der Versammlung kommenden Abgeordneten zu erfahren, welches das Resultat der Berathung sei. Gegen Mittag vergrößerten sich die Menschenhaufen immer mehr und mehr, und als die Nachricht sich verbreitete, der Berends'sche Antrag werde wahrscheinlich nicht angenommen werden, da entstand eine allgemeine Entrüstung.

Die Versammelten standen in einzelnen Haufen von 50 bis 60 Mann im Kastanienwäldchen zusammen und beriethen sich, was wohl zu thun sei, wenn der Antrag verworfen werde. Da hörte man denn allerlei drohende Worte und hier und dort fiel sogar die Aeußerung, man müsse diejenigen Abgeordneten von Berlin, welche es etwa wagen sollten, gegen den Antrag zu stimmen, ohne Weiteres aufhängen oder todtschlagen; auch mit dem Ministerium müsse man es so machen! Selbst von einer gewaltsamen Erstürmung der Kammer war die Rede.

Inzwischen wurden denn freilich auch wieder begütigende, versöhnende Worte laut; aber diese fanden nur selten eine günstige Stelle, meistens wurden die, welche hier in dieser aufgeregten Menge zur Versöhnung und Ruhe rathen wollten, sehr scheel angesehen, zum Theil sogar als Reaktionäre verschrieen und verspottet, sie mußten froh sein, wenn sie sich mit heiler Haut schnell entfernen konnten.

So vergingen mehrere lange und langweilige Stunden in gespannter Erwartung. Endlich wurde die Ungeduld der Versammlung zu groß, sie entschloß sich gegen Mittag, eine Deputation an den Kammer-Präsidenten zu schicken, um von diesem sich Nachricht zu erbitten.

Der Eingang in die Singakademie war dem Schutze der Bürgerwehr anvertraut. Diese aber fühlte sich nicht stark genug, um dem Eindringen des Volkes Widerstand entgegenzustellen. Sie verweigerte wohl der Deputation den Eintritt in die Singakademie, gab aber endlich zu, daß sie wenigstens die Vorräume betreten durfte, um den Präsidenten zu sprechen. Herr Milde giebt über das Resultat seiner Rücksprache mit den sogenannten Deputirten des Volks folgenden Bericht:

„Ehe noch das Ergebniß der Abstimmung verkündigt war, wurde mir gemeldet, daß mehrere Leute in dem Garderobezimmer mich zu sprechen wünschten. Als ich in dasselbe hinaustrat, wurde mir gesagt, daß die Angemeldeten sich in das Sekretariat verfügt hätten, um mich dort aufzusuchen. Ich begab mich wieder in den Saal und erhielt bald darauf die zweite Anmeldung, welche mir als Deputation angekündigt wurde. Ich fand bei dem Austritt aus dem Saale vier mir unbekannte Männer, welche erklärten, daß sie als Deputirte hier seien, um mich zu fragen, ob es seine Richtigkeit habe, daß die National-Versammlung die Revolution nicht anerkennen wolle. Auf Befragen nach ihrer Vollmacht erklärten sie sich für Deputirte des souveränen Volkes. Ich entgegnete, daß ich ein solches souveränes Volk, welches sie bevollmächtigt haben könnte, nicht kenne. Die Vertreter des Volkes seien die in dem Saale versammelten Abgeordneten. Durch die freie Presse und den Druck der stenographischen Berichte seien Jedem die Mittel gewährt, sich mit dem Inhalte und den Ergebnissen der öffentlichen Verhandlungen bekannt zu machen. Man möge daher die Ausgabe der stenographischen Berichte erwarten. Persönliche Auskunft zu ertheilen, könne ich mich in meiner Stellung nicht für verpflichtet halten. Auf die Vorstellung, daß die größte Aufregung erfolgen werde, wenn sie nicht eine befriedigende Antwort zurückzubringen hätten, setzte ich ihnen auseinander, daß die Versammlung, als eine auf allgemeiner Wahl beruhende Vertretung des ganzen Volkes, durch Demonstrationen sich nicht werde einschüchtern lassen, und daß ich als Präsident derselben ungesetzlichen Schritten gegen deren Ruhe und Freiheit ohne Furcht auf das Entschiedenste entgegentreten werde. Ich machte ihnen ferner bemerklich, daß der Schritt, welchen sie ergriffen hätten, unbedenklich ein ungesetzlicher sei, worauf sie mir erwiderten, daß das höchste Gesetz des Volkes Wille wäre. Ich entgegnete ihnen auf das Bestimmteste, daß der Wille der vor dem Hause sich befindenden Haufen von mir nun und nimmermehr als ein Volkswille anerkannt werden würde, welcher, wie ich schon früher erklärt hätte, nur in der Versammlung seinen Ausdruck finde. Ich müsse daher auffordern, sich von hier zu entfernen, wo Niemand außer den Abgeordneten und den Beamten der Versammlung einzutreten ein Recht habe.

Dieser Aufforderung entsprechend zogen sich die Volks-Deputirten zurück, um den Draußenstehenden Bericht über das Resultat ihrer Unterredung mit dem Präsidenten zu erstatten, ein Bericht, der keineswegs zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther beitrug.

Während das Volk vor der Singakademie mit gespannter Erwartung stand, hatte sich im Innern des Gebäudes, nachdem einige Formalien abgemacht worden waren, eine interessante und stürmische Debatte entwickelt.

Wieder war der Antrag, zur Tagesordnung überzugehen, gestellt, wieder abgelehnt worden, da trat der Abgeordnete Zachariä auf, und stellte folgenden Antrag auf die motivirte Tagesordnung:

„Die Versammlung geht, in Erwägung, daß die hohe Bedeutung der großen Märzereignisse, denen wir in Verbindung mit der Königlichen Zustimmung den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustand verdanken, auch das Verdienst der Kämpfer um dieselben unbestritten ist und überdies die

Versammlung ihre Aufgabe nicht darin erkennt, Urtheile abzugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren, zur Tagesordnung über."

Der Antrag war klug berechnet. Er gab den Aengstlichen, welche es nicht gern mit dem Volke verderben wollten, Gelegenheit, eine halbe Anerkennung der Revolution auszusprechen und doch geschah dies nicht direkt, nur in einer Form, welche auch das Ministerium nicht beleidigen konnte. Selbst die Rechte konnte einer solchen Anerkennung sich anschließen.

Der Prediger Sydow, welcher dereinst am Grabe der Märzkämpfer die Leichenrede gehalten hatte, sprach sich mit andern Rednern für das Zachariä'sche Amendement aus und dieses wurde endlich nach langer stürmischer Debatte mit 196 gegen 177 Stimmen angenommen. Von den Berliner Abgeordneten hatten Herr Sydow und der Geheime Rath Bauer dafür gestimmt.

Die Volksmenge vor der Singakademie hatte sich inzwischen von Minute zu Minute vergrößert. Sie hatte Nachricht von dem Zachariä'schen Amendement erhalten. Eine Anerkennung der Revolution fand sie aber in demselben nicht, sondern im Gegentheil eine Verleugnung derselben. Eine wahre Wuth erregte es unter dem Volk, als es hörte, daß auch der Prediger Sydow unter den Rednern für das Amendement gewesen sei.

In den einzelnen Gruppen, welche sich in dem Kastanienwäldchen und vor der Singakademie gesammelt hatten, traten Redner auf, welche man sonst noch niemals in Volksversammlungen gesehen und gehört hatte. Niemand kannte sie, aber ihre Worte fanden trotzdem Beachtung, weil sie der Erregung des Augenblickes Rechnung trugen.

Sie sprachen von schweren Strafen, welche die Verräther des Volkes treffen müßten; wenn ein Paar der untreuen und feigen Abgeordneten aufgehängt würden, dann werde schon die andern eine heilsame Furcht packen*).

Die Nachricht von der Annahme des Zachariäschen Amendements verbreitete sich. Sie fand Anfangs keinen Glauben.

Die Menschenmassen verdichteten sich vor dem Eingang zur Singakademie und hielten hier jeden aus dem Gebäude Kommenden an, um neuere Berichte über die Berathung in der Nationalversammlung zu erhalten; aber alle jene Berichte lauteten ganz gleichmäßig, es blieb keinem Zweifel unterworfen, daß sie wahr seien.

So wurde denn auch ein ältlicher Herr von aristokratischem Aeußern, der, seine Cigarre rauchend, aus der Singakademie kam, höflich von den Versammelten gefragt, wie die Abstimmung ausgefallen sei.

Der Herr schaute mit verächtlichen Blicken auf das Volk, und sagte dann kurz und hochmüthig, als habe er die an ihn gerichtete Frage nicht verstanden: — „Was wollt Ihr hier? Was habt Ihr hier zu schaffen? Geht zu Hause an Eure Arbeit, es ist nicht Sonntag!" —

Diese unartige, mit einem stolzen Tone ausgesprochene Antwort mußte das schon aufgeregte Volk erbittern; aber noch hielt es mit Aeußerungen seines Zornes an sich und die Nächststehenden erwiderten auf die Fragen des Herrn sehr ruhig:

„Wir wünschen etwas Genaueres über die Abstimmung in der National-Versammlung zu wissen und bitten Sie, uns darüber Auskunft zu ertheilen."

„Das werdet Ihr morgen früh erfahren; geht zu Haus an Eure Arbeit!" entgegnete der Herr ebenso stolz und grob, wie vorher, und wollte eben seinen Weg fortsetzen, ohne sich weiter um die versammelte Menge zu kümmern, als plötzlich mitten aus dem Haufen eine laute Stimme rief: „Das ist der Minister v. Arnim!"

Ein allgemeines Wuthgeschrei erhob sich. — Hängt den Kerl auf! — Schlagt ihn todt! — und andere ähnliche Redensarten tönten deutlich und vernehmbar genug durch das wirre Geschrei und erfüllten den Minister, der leichenblaß geworden war, mit Schrecken. Ein dichter Menschenknäuel ballte sich augenblicklich um Herrn von Arnim, es entstand ein furchtbares Gedränge, so arg, daß einem Anwesenden die Uhr in der Tasche zerdrückt wurde.

Langsam wälzte sich der Menschenknäuel, in dessen Mitte der Minister so eingepreßt stand, daß er kaum ein Glied zu rühren vermochte, ohne Plan hin und her. Ein allgemeines, wirres Geschrei machte jede Verständigung unmöglich. Jeden Augenblick erschien das Leben des Ministers in der dringendsten Gefahr, denn dicke Knittel wurden in der Luft geschwenkt und es war zu erwarten, daß dieselben bald gebraucht werden würden; aber noch wurden alle Diejenigen, welche sich um Herrn von Arnim gedrängt hatten, von einem gewissen Furchtgefühl abgehalten, ihm etwas zu thun. Keiner wollte gern den ersten Streich fällen, denn Jeder fühlte, daß dieser ein entscheidender sein könnte, daß ihm eine Reihe von Mißhandlungen folgen würden, deren Ende wahrscheinlich der Tod des Ministers gewesen wäre, und die Schuld an einem Todschlag wollte Niemand gern auf sich nehmen. —

Die Zeit der Unentschiedenheit benutzten einige entschlossene junge Männer, unter ihnen auch mehrere Studenten, um den Minister zu retten. Sie drängten sich durch den dichten Menschenhaufen und schaarten sich um Herrn von Arnim,

*) Ich habe an jenem Tage einen mir völlig unbekannten Mann mehrfach beobachtet. Er ging von Gruppe zu Gruppe; überall sprach er von der Nothwendigkeit, ein Beispiel zu statuiren. Am Besten sei es, man hänge die Kerls auf oder schlage sie mit Knüppeln todt. Er sprach, wenn auch in einem unrichtigen Berliner Deutsch, doch fließend und gewandt. Später verlor er sich unter der Volksmasse. Ich habe ihn niemals wiedergesehen.

indem sie fortwährend riefen: „Thut ihm nichts! — Bringt ihn nach der Universität!"

„Nach der Universität! — Nach der Universität!" so ertönte nun sogleich der Ruf des folgsamen Haufens, die schon in die Luft gehobenen Stöcke sanken langsam zu Boden, der Minister war gerettet; denn alle Diejenigen, welche vorher: „Schlagt ihn todt!" gerufen hatten, riefen jetzt: „Thut ihm nichts! — Bringt ihn in die Universität!"

Langsam drängte sich der Haufen, in dessen Mitte Herr von Arnim sich befand, der Universität zu. An der eisernen Barriere, welche das Kastanienwäldchen einschließt, wurde einen Augenblick Halt gemacht. Es hätte zu lange gedauert, wenn man den Durchgang gesucht hätte, der Minister wurde daher ohne Umstände über das Geländer fortgehoben und nun weiter nach der Universität geschleppt.

Hier in der Aula hatte gerade eine große Studenten-Versammlung wegen des Wartburgfestes stattgefunden, welche natürlich durch die unruhigen Auftritte vor der Singakademie unterbrochen worden war. Die meisten Studenten waren dorthin geeilt und hatten sich denjenigen Männern angeschlossen, welche sich bemühten, den Herrn von Arnim vor Mißhandlungen zu beschützen. Sie bildeten vor dem Hinterthor der Universität ein Spalier, durch welches der Minister in die Universität geführt wurde, dann schlossen sie hinter demselben die Thüren, ohne indessen einen Theil des Volks an dem Eindringen hindern zu können.

Herr von Arnim wurde nun, von einigen hundert Leuten aus allen Ständen begleitet, in die Aula geführt, wo er auf einen Sessel halb ohnmächtig niedersank. Die überstandene Angst, sowie auch das furchtbare Gedränge hatten ihn sehr angegriffen, obwohl er in der Zeit der Gefahr sich mit großer Ruhe und Kaltblütigkeit benahm; er ließ nicht einmal die Cigarre, welche er beim Austritt aus der Singakademie im Munde hatte, ausgehen.

Verschiedene Studenten traten nun auf die Rednerbühne und sprachen zum Theil höchst entrüstet über den stattgefundenen Angriff auf die Person des Ministers, andere forderten wieder zu einem gemäßigteren Urtheil auf, bis man mit Sicherheit die Ursachen kenne, aus denen dieser Angriff entsprungen sei.

Endlich hatte sich auch Herr von Arnim so weit erholt, um sprechen zu können. Er dankte den Studirenden für den ihm gewährten Schutz und sprach sich zu gleicher Zeit höchst mißfällig über den Angriff auf die persönliche Freiheit aus, den man an seiner Person gewagt hatte. Noch einige Studenten und auch der Staatsanwalt Temme sprachen, dann nahm Herr von Arnim noch einmal das Wort, um wieder zu danken und um außerdem eine Einladung an alle Anwesenden zu seinen Dienstags-Gesellschaften hinzuzufügen! —

Die Einladung des Herrn von Arnim wurde von einem Theile der Versammlung mit Beifallsklatschen, von einem andern größern aber mit Zischen aufgenommen.

Bald nach diesen Reden fuhr der Minister in seinem Wagen ungefährdet nach Hause.

Während so in der Aula gesprochen wurde, war draußen im Kastanienwäldchen und vor der Singakademie noch immer ein bedeutender Lärm. Die dort befindlichen Volkshaufen hatten sich natürlicherweise fortwährend vergrößert, da sich das Gerücht von der Abstimmung in der Nationalversammlung immer mehr und mehr verbreitete. Auch die einzelnen Reden über den Berends'schen und Zachariä'schen Antrag waren in ihren Umrissen dem Volke bekannt geworden, denn mehrere Zuhörer hatten es sich angelegen sein lassen, dieselben zu wiederholen.

Da konnte es nicht fehlen, daß sich besonders gegen den Abgeordneten Sydow, dessen Rede am Begräbnißtage der Märzhelden dem Volke noch frisch im Gedächtniß war, eine große Erbitterung kund gab.

Es dauerte nicht lange, so kam ein großer hagerer Mann aus der Singakademie und schritt langsam und würdevoll durch die Menge; aber er sollte nicht lange ungehindert weiter gehen, denn sehr bald erkannten einige unter den Anwesenden den Prediger Sydow, und theilten dies dem Volke mit.

Augenblicklich erhob sich wieder ein Geschrei, in einem Moment war Herr Sydow von einem dichten Menschenhaufen umringt und engzusammengepreßt; aber nicht, wie bei dem Minister von Arnim, erhob sich Anfangs der Ruf „Schlagt ihn todt!" u. s. w. Das Volk war schon durch den vorhergegangenen Auftritt von seinen ursprünglichen blutigen Rachegedanken abgekommen, es rief diesmal gleich von Anfang an: „Schlagt ihn nicht! Thut ihm nichts! Nach der Universität mit ihm!"

Ohne weitere Mißhandlungen zu erleiden, wurde auch Herr Sydow nach der Universität geführt und dem Schutze der Studenten anvertraut.

Die Menge kehrte wieder auf den Platz vor der Singakademie zurück und hätte wahrscheinlich noch einigen andern Abgeordneten oder Ministern ihre Sympathieen handgreiflich zu erkennen gegeben, wenn nicht die als Volksmänner bekannten Deputirten Berends, Jung, Temme u. a. sich unter die Volkshaufen gemischt und dieselben zu beruhigen gesucht hätten. Sie wurden mit lautem Jubel empfangen und ihre Ermahnungen wurden sofort befolgt. Die Herren Reichenbach, Brill, Berends und Jung erhielten, während sie durch das Volk gingen, stürmische Lebehochs, welche am Abend vor den Wohnungen dieser und einiger anderer Deputirten der linken Seite wiederholt wurden.

Bald nach dem Schlusse der Sitzung und den eben geschilderten stürmischen Auftritten zerstreuten

sich die vor der Singakademie versammelten Volkshaufen, ohne daß die mittlerweile verstärkte Bürgerwehr nöthig gehabt hätte, einzuschreiten.

Die Verwerfung des Berends'schen Antrags und die Vorfälle vor der Singakademie boten in den nächsten Tagen allen Vereinen und Zeitungen reichen Stoff zu Besprechungen. Beide fanden eine fast einstimmige Verurtheilung.

Die demokratischen Zeitungen und Vereine tadelten ebensowohl die rohe Umlagerung der Singakademie und die Beleidigung von Abgeordneten, als die gemäßigten Zeitungen, wie die National-Zeitung, die Annahme des Zachariä-schen Amendements. Die Bürgerschaft Berlins war ebenso empört über die Verleugnung der Revolution, wie über den Skandal nach der Sitzung.

Die Anerkennung der Revolution war ein Glaubensartikel für die guten Berliner Bürger. Sogar die neue, in der Majorität doch keineswegs freisinnige Stadtverordnetenversammlung konnte sich dem Einfluß der allgemeinen Stimmung nicht entziehen. Sie mußte in ihrer ersten Sitzung am 10. Juni eine förmliche Anerkennung der Revolution aussprechen. Sie that es mit folgender Proklamation:

„Die neugewählte Stadtverordneten-Versammlung, welche heute zusammengetreten ist, fühlt sich gedrungen, der Stadt Berlin offen und ohne Rückhalt auszusprechen, wie sie ihre wichtige Aufgabe auffaßt. Sie ist nach den Gesetzesworten berufen: in der Bürgergemeinde einen festen Vereinigungspunkt zu bilden. Demgemäß betrachtet sie sich, in Gemeinschaft mit dem Magistrate, als die alleinige Autorität der Stadt, welche den Gesammtwillen der Einwohnerschaft von Berlin in allen Angelegenheiten des bürgerlichen Lebens darstellt, und erklärt, daß sie keiner andern Vereinigung das Recht zusteht, sich als Repräsentanten der Stadt Berlin zu betrachten. Sie weiß, daß sie nach einem Gesetze gewählt ist, welches einen großen Theil der Einwohner von der Wahlberechtigung ausschließt. Sie erkennt diesen Mangel an und wird auf Abänderung hinzuwirken bemüht sein. Aber auch in ihrer jetzigen Zusammenstellung wird sie, in Anerkennung der Märzrevolution, als Quelle unserer politischen Wiedergeburt, die Errungenschaften derselben mit Ernst und Entschlossenheit zu bewahren wissen. Sie erblickt in denselben die eigentlichen Grundbedingungen der konstitutionellen Monarchie und der wahren Volksfreiheit. Die Stadtverordneten-Versammlung wird deshalb mit aller Kraft dahin wirken, daß der Unordnung und der Anarchie gesteuert werde, welche sie als die gefährlichsten Feinde der Freiheit erkennt, weil sie unaufhaltsam zur Reaktion führen. Nicht minder erkennt die Stadtverordneten-Versammlung es als ihre Pflicht an, zur Abhilfe der drückenden Nothstände der gewerbtreibenden und arbeitenden Klassen das Ihrige beizutragen. Mit diesem Glaubensbekenntnisse tritt die Stadtverordneten-Versammlung vor ihre Mitbürger hin und fordert Vertrauen in dem Bewußtsein, daß sie es nach ihren Gesinnungen verdient.

Berlin, den 10. Juni 1848.

Die Stadtverordneten-Versammlung."

Wie diese Proklamation dem Geiste der Bürgerschaft in Beziehung auf die Anerkennung der Revolution entsprach, war dies auch bei einer zweiten Kundgebung, welche die Stadtverordneten-Versammlung in Verbindung mit dem Magistrat über die Vorfälle nach der Sitzung erließ, der Fall; sie lautete:

„An unsere Mitbürger! — Je freier der Staat, um so strenger muß die Handhabung der Gesetze sein. Die staatliche Freiheit und die Zeit der gesetzlichen Ordnung sind unter der Bürgschaft einer von dem ganzen Volke gewählten National-Versammlung für uns erreicht worden. Die Freiheit des Volkes liegt aber auch zunächst in der Unverletzlichkeit seiner Vertreter. Dessen ungeachtet ist gestern nach dem Schlusse der Sitzung der National-Versammlung von einzelnen vor dem Sitzungsgebäude versammelten Individuen auf Personen, welche die Versammlung verließen, ein thätlicher Angriff vollführt worden. Durch dieses Verbrechen ist nicht nur im Allgemeinen das heilige Recht der persönlichen Freiheit und Sicherheit, sondern auch zugleich das heilige Recht der freien Meinungsäußerung, die Würde der Versammlung der Vertreter der Nation und die Ehre des ganzen preußischen Volkes, und unserer Stadt insbesondere, auf das Unverantwortlichste verletzt worden. In der festen Ueberzeugung, daß unsere ganze Einwohnerschaft unsere gerechte Entrüstung hierüber theilt, machen wir bekannt, daß zur gesetzlichen Verfolgung der Strafbaren die nöthigen Schritte gethan worden sind, und wir zugleich der National-Versammlung den Schmerz, den alle redlich gesinnten Einwohner Berlins über diesen höchst betrübenden Vorfall mit uns empfinden müssen, ausgedrückt haben. Wir hegen zu unsern Mitbürgern die Erwartung, daß sie, ein jeder an seiner Stelle und Alle insgesammt in ihrer Organisation als Bürgerwehr fortan solchem Attentat auf unsere Ehre und Freiheit mit Entschlossenheit entgegentreten und jeden etwanigen Versuch dazu schon im ersten Entstehen vereiteln werden.

Berlin, den 10. Juni 1848.

Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung.

In ähnlicher Weise wie die städtischen Behörden äußerten sich auch die meisten Klubs, die Urwähler, wie die Wahlmänner Berlins. Den Abgeordneten, welche gegen den Berends'schen Antrag gestimmt hatten, gaben sie Mißtrauensvoten. Nicht weniger aber mißbilligten sie die persönlichen Angriffe auf Abgeordnete. Nur dieser allgemein herrschenden Stimmung war es zu danken, daß eine vom Polizeipräsidenten und dem Major Blesson gemeinschaftlich am 10. Juni erlassene Bekanntmachung, nach welcher jede Ansammlung

von Volksmassen vor der Singakademie an Sitzungstagen verboten wurde, von einem großen Theil der Bürgerschaft gutgeheißen wurde.

Neunzehntes Kapitel.

Politische Gewitterschwüle. — Berliner Abgeordnete zum demokratischen Kongreß zu Frankfurt a. M. — Die Brodvertheilung der demokratischen Klubs. — Der demokratische Klub und der Magistrat. — Revolutionsgerüchte. — Vorbereitungen der Bürgerwehr zum Kampfe. — Der 14. Juni. — Große Volksmassen auf den Straßen. — Die Schloßgitter. — Der Kampf am Brandenburger Thor. — Der Zeughaussturm.

In den Tagen, welche dem 9. Juni folgten, herrschte in Berlin eine politische Gewitterschwüle.

Dunkle, wirre Gerüchte verbreiteten sich. Bald hieß es, der König wolle die Ereignisse des 9. Juni benutzen, um die National-Versammlung von Berlin fort nach Stettin oder einer andern ruhigen Stadt zu verlegen, bald hieß es, der Prinz von Preußen beabsichtige mit der großen Masse der um Berlin zusammengezogenen Truppen einen Angriff auf die Residenz zu machen, um das alte Regiment des Absolutismus wieder einzuführen.

Diese Gerüchte fanden Glauben und erregten eine um so größere Besorgniß, als das Volk noch immer nicht bewaffnet war und der Bürgerwehr keineswegs weder der Muth noch der Wille zugetraut wurde, energisch gegen Regierungsübergriffe zu kämpfen. Das Mißtrauen gegen die Bürgerwehr wuchs mit jedem Tage, es wurde um so dringender, als der Befehlshaber derselben, Major Blesson, allgemein in dem Verdacht stand, er sei ein eifriger Anhänger des büreaukratisch-absolutistischen Systems.

Wie die große Masse des Volkes der Bürgerwehr und der Regierung mißtraute und von dieser Seite her Reaktionsversuche fürchtete, so war auch die eigentliche Bürgerschaft in Sorgen vor einer revolutionären Bewegung, welche, wie es hieß, von den demokratischen Klubs ausgehen solle.

In Frankfurt a. M. tagte der demokratische Kongreß; eine Versammlung, zu welcher alle deutschen demokratischen Vereine Deputirte entsendet hatten. Von Berlin aus waren vom demokratischen Klub Hexamer, vom Volksklub Assessor Gossen, von dem Verein für Volksrechte Adolf Streckfuß nach Frankfurt deputirt worden. Der Kongreß sollte, so erzählte man in Berlin, die zur Begründung einer deutschen Republik nothwendigen Maßregeln berathen und das Losungswort für eine nahbevorstehende allgemeine deutsche Revolution ausgeben.

Die Vereinigung der demokratischen Klubs erschien den konstitutionellen Bürgern hochgefährlich. Auch in Berlin hatte sie stattgefunden. Man wußte, daß eine aus den verschiedenen Vereinen zusammengesetzte Deputation eifrig darüber berieth, wie eine allgemeine Volksbewaffnung herbeizuführen sei. Zu dem gleichen Zwecke fanden auch täglich vor dem Zeughause Ansammlungen von Menschen statt, in denen die Bewaffnungsfrage laut diskutirt wurde.

Die brodlosen Arbeiter, welche in solchen Zusammenrottungen die Hauptrolle spielten, sprachen es unverhohlen aus, sie würden es nicht dulden, daß noch ferner aus dem Zeughause Gewehre fortgeschickt würden. Wolle man ihnen die Waffen nicht gutwillig geben, dann bleibe nichts als der Weg der Gewalt übrig.

Besonders beängstigend war es für die Bürgerschaft und für die Behörden, daß der demokratische Klub gerade in der letzten Zeit ein richtiges Mittel, sich bei den Arbeitern populär zu machen, ergriffen hatte. In der Sitzung vom 6. Juni hatte er beschlossen, Sammlungen für die hungernden Arbeiter zum Ankauf von Brod zu veranstalten.

Eine damals vielgenannte schöne Demokratin, Fräulein Lucie Lenz, hatte von der Tribüne im Auftrage der Damen erklärt, diese seien bereit, von Haus zu Haus zu gehen, um Beiträge einzufordern.

Die Bemühungen der Klubs hatten den besten Erfolg gehabt. Die Damen sammelten fleißig, sie erhielten reiche Beiträge. Außerdem ließ der Klub auf den Straßen bei den Bürgerwachen Becken mit der Inschrift „Für die brodlosen Arbeiter der demokratische Klub" aufstellen und die gesammelten Gelder zu Ankäufen von Brod, Speck und andern Lebensbedürfnissen, welche an die hungernden Arbeiter vertheilt wurden, verwenden.

Die Behörden befanden sich in schwerer Verlegenheit. Es gab recht ernstliche Debatten im Sicherheitsausschuß. Gleich gefährlich erschien es, die Sammlungen zu verbieten und sie zu erlauben. Gefährlich war es, daß der Klub sich täglich beliebter machte und bei den brodlosen Arbeitern einen bedenklichen Einfluß gewann. Fast ebenso gefährlich erschien es auch, die Sammlungen zu untersagen, denn der Haß der Arbeiter wurde sicher dadurch gegen die Behörde erregt. Bei der damals in Berlin herrschenden Sorge vor einer republikanischen Erhebung siegte endlich die Abneigung gegen den demokratischen Klub über jede andere Rücksicht.

Am 13. Juni erschien folgende Proklamation:

„So wenig es in der Absicht liegen kann, die Privatwohlthätigkeit zu beschränken, und so wenig auch Vereinen die Anerkennung versagt werden darf, welche sich die Unterstützung Nothleidender zur Aufgabe gestellt haben, so kann doch hierbei nicht unbeachtet gelassen werden, daß die Sammlung milder Gaben durch Hauskollekten gesetzlich von der obrigkeitlichen Erlaubniß abhängig ist, und daß auch die Stadtbehörde nach den Gesetzen und mit Rücksicht auf die Privatpersonen und Vereine mittelst Ausbeutung der

öffentlichen Wohlthätigkeit einseitig der Ortsarmenpflege vorgreifen, zu deren Ausübung die Armendirektion gesetzlich konstituirt, auch mit denjenigen Einrichtungen und Organen versehen ist, durch welche Mißbräuche verhütet werden können.

Da den Privatvereinen ohnehin die Mittel fehlen, um das wahre Bedürfniß zu erkennen und dasjenige festzustellen, was bereits anderweitig für die zu Unterstützenden geschieht, auch durch einseitige Gewährung von Unterstützungen leicht Verwirrung in die Armenpflege gebracht werden würde — überhaupt aber zum Zwecke der Prüfung der Verhältnisse es dringend nöthig ist, das Zusammenziehen der Armen und Arbeiter in großer Zahl auf einer Stelle zu verhindern, so wird hierdurch zur Kenntniß des Publikums gebracht, daß hierorts für Alle, welche der Unterstützung bedürfen, durch die gesetzlich dazu bestimmten Organe gesorgt wird.

Berlin, den 13. Juni 1848.

Das Polizei-Präsidium.
von Minutoli.
Der Magistrat.
Naunyn. Möwes. Seeger."

Der Klub versuchte es zwar, nach dem Erscheinen dieser Proklamation Brod zu vertheilen; als aber die Polizei diejenigen verhaftete, welche sich mit der Brodausgabe beschäftigten, unterließ er es, indessen nicht, ohne sich bitter über die Rechtsverletzung zu beklagen, welche in dem Verbot der Privatwohlthätigkeit durch den Magistrat lag. Es entspann sich hieraus und aus der später auftauchenden Frage der Bewaffnung von Arbeiterkolonnen mit Piken, ein förmlicher Krieg zwischen dem Magistrat und dem demokratischen Klub.

Auch der provisorische Bürgerwehr-Kommandant, Major Blesson, trat jetzt der revolutionären Partei mit offener Feindseligkeit entgegen. Er bereitete sich zu einem Kampfe mit derselben vor und sprach dies in einer merkwürdigen Bekanntmachung vom 13. Juni fast offen aus:

„Um die Sicherstellung des Nationalversammlungs-Gebäudes zu bewirken und den Anstand in der Umgegend desselben aufrecht zu erhalten, giebt morgen den 14. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, das 19. Bataillon 200 Mann, geführt von 4 Hauptleuten und dem Bataillonskommandeur. Die Aufstellung wird folgende sein: an der gewöhnlichen Stelle vor dem Hause rechts und links 25 Mann, hinter dem Gebäude 20 Mann. Der Platz zwischen dem Finanz-Ministerium, der Königswache und der Fruchthandlung wird nach allen Seiten abgesperrt, daß eine freie Passage nur zwischen der Fruchthandlung und der Universität bleibt, die in gerader Richtung nach dem Bauhofe führt. Zwei Pikets von 10 Mann werden vorgeschoben, das eine nach der Ecke des Finanz-Ministeriums, das andere bis zur Statue von Scharnhorst, um die Passanten anzuweisen, während der Sitzung nicht durch das Wäldchen, sondern um dasselbe herum zu gehen. — Das 8. Bataillon sorgt für die Freihaltung des Kastanienwaldes hinter der Universität, und ist bereit, wenn es nöthig, das Brandenburger Thor zu besetzen. Das 11. Bataillon ist ebenso zur Besetzung des Potsdamer Thores bereit. — Das 7. Bataillon hält sich in Bereitschaft, die Königswache zu verstärken oder nach Umständen die Besatzung des Nationalversammlungs-Gebäudes zu unterstützen. — Das 5. Bataillon ist bereit zur Besetzung des Schlosses. — Alle übrigen Bataillone werden veranlaßt, etwaige zusammentretende Versammlungen durch stete Patrouillen zu zerstreuen.

Ich mache im Voraus darauf aufmerksam, daß der Patrouillendienst wahrscheinlich in den nächsten Tagen lebhaft wird unterhalten werden müssen, worüber ich mir nach der Erfahrung des ersten Tages das Nähere vorbehalte, halte mich aber verpflichtet, die Herren Bataillonskommandeure zu bitten, ihre Aufmerksamkeit auf dergleichen Versammlungen nicht auf die bloße Dauer der Sitzung der Repräsentanten zu beschränken.

Wenn es gleich nicht in der Unmöglichkeit liegt, daß wir von den Waffen Gebrauch machen müssen, so bitte ich, stets eingedenk zu sein, daß es das letzte Mittel ist und es immer unser Zweck sein muß, den Unordnungen durch Aufforderung im Namen des Gesetzes abzuhelfen. Mit großer Ueberlegung wollen daher die Herren Kommandeurs, nicht übereilt, einschreiten und zufällige Aufläufe von solchen unterscheiden, welche eine Besorgniß erregen können.

Die Aufforderung zum Auseinandergehen muß laut und fest ausgesprochen werden, ohne deshalb etwas Barsches und Verletzendes hineinzulegen. Wo der Tambour bei der Hand ist, muß vor jedesmaliger Aufforderung ein dreimaliger Wirbel geschlagen werden und der Gebrauch der Waffen, im langsamen Schritte vorgehend, nur dann eintreten, wenn man hartnäckigen Widerstand findet. Zeigt sich aber die Neigung zum Auseinandergehen, so muß der Marsch so eingerichtet werden, daß die Leute Zeit haben, sich zu entfernen.

Blesson."

Welcher merkwürdige Befehl! Um das Gebäude der Nationalversammlung sicher zu stellen und den Anstand in dessen Umgebung aufrecht zu erhalten, ließ Herr Blesson Bataillone in Bereitschaft stehen, um das Schloß, das Brandenburger und Potsdamer Thor zu besetzen und machte darauf aufmerksam, daß in den nächsten Tagen der Patrouillendienst sehr stark sein, und daß die Bürgerwehr wahrscheinlich in die Nothwendigkeit gesetzt sein werde, von ihren Waffen Gebrauch zu machen.

Die Besorgniß des Major Blesson vor einer Schilderhebung der revolutionären Partei, welche aus dem Tagesbefehl hervorleuchtet, war indessen nicht ohne Berechtigung. Unter den Arbeitern herrschte eine dumpfe Gährung, welche von dem demokratischen Klub genährt wurde.

Die National-Versammlung hatte in der kurzen Zeit ihres Bestehens das Vertrauen beim Volke fast ganz verloren. Dieses sah in ihr eine Bourgeoisversammlung (das Wort war nach französischer Anschauung modern geworden). Es glaubte, die erste preußische Volksvertretung werde sich nie entschließen können, die Rechte des Volkes kräftig wahr zu nehmen, sie werde allen reaktionären Gelüsten eifrig Vorschub leisten. Man sprach in den Klubs ziemlich offen von der Nothwendigkeit, reaktionären Bestrebungen mit gewaffneter Hand entgegenzutreten; nur über die Zeit, wann, und über die Art, wie dies geschehen müsse, war man nicht klar.

Die aus Mitgliedern der verschiedenen demokratischen Klubs bestehende Deputation berieth eifrig über die Mittel, eine allgemeine Volksbewaffnung herbeizuführen. Sie hatte zu diesem Zwecke sogar eine Deputation an den Ministerpräsidenten geschickt, natürlich ohne Erfolg.

Am Morgen des 14. zeigte sich die ganze Stadt in der lebhaftesten Bewegung. Auf allen Straßen sah man die Bevölkerung sich unruhig hin und her bewegen, ganz wie das in den Märztagen vor dem Ausbruch der Revolution der Fall gewesen war.

Hier und dort bildeten sich Gruppen, in denen leise flüsternd die Tagesereignisse besprochen wurden, und überall hörte man Andeutungen darauf, daß es am heutigen Tage zu einem gewaltsamen Umsturz der Dinge kommen werde. Niemand aber wußte etwas Bestimmtes, Niemand wußte, von wem eigentlich die Bewegung ausgehen sollte; nur daß eine Bewegung stattfinden würde, darüber war man allgemein einig.

Besonders unter den Linden und in der Nähe des Schlosses hatten sich im Vorgefühl der kommenden unruhigen Auftritte große Menschenmassen zusammengezogen, welche sich vor der Singakademie massenweis aufstellten.

Das kaum erlassene Verbot gegen Zusammenrottungen vor der Singakademie wurde vom Volke nicht beachtet. Trotzdem wagte die zahlreich vor dem Sitzungssaal aufgestellte Bürgerwehr nicht einzuschreiten. Sie ließ die Volksansammlungen ruhig geschehen.

Die Abgeordneten fanden sich ein, um in das Sitzungslokal zu gehen. Sie wurden, besonders die bekannten Volksmänner, wie Reichenbach, mit stürmischen Lebehochs empfangen, welche sie bis in den Sitzungssaal hinein begleiteten.

Noch war alles ruhig in der Stadt, noch war kein Exceß vorgekommen, da wurde die Aufmerksamkeit der Menschenmassen plötzlich auf einen bestimmten Punkt hingeleitet.

Schon am 28. Mai war durch das Hofmarschallamt bekannt gemacht worden, die Schloßportale sollten, um der Bürgerwehr den Wachtdienst zu erleichtern, durch eiserne Gitterthore verschlossen werden. Der Bürgerwehr-Klub hatte gegen diese Maßregel protestirt. Er fürchtete und das Volk theilte seinen Glauben, daß durch die Gitterthore das Schloß in eine Art Festung verwandelt werden sollte. Er machte auf das uralte verjährte Recht des Volkes aufmerksam, den Durchgang zu jeder Tages- oder Nachtzeit durch das Schloß zu nehmen. Sein Protest aber blieb unbeachtet. Nun bemühte der Major Blesson sich, durch ein Schreiben den Bürgerwehr-Klub über die beschlossene Maßregel zu beruhigen und sie als aus dem Interesse der Bürgerwehr selbst hervorgegangen darzustellen. Er schrieb am 7. Juni an den Bürgerwehr-Klub, daß die Gitter nur angebracht worden seien, damit die Bürgerwehr nicht so viel Posten im Schloß ausstellen müsse, also zur Erleichterung des so beschwerlichen Wachtdienstes.

Herr Blesson besaß so wenig Vertrauen, daß seinen Worten kein rechter Glaube geschenkt wurde. Der Bürgerwehr-Klub beschloß, bei seinem Protest zu beharren. Einen Erfolg aber hatte er davon nicht, denn am Morgen des 14. Juni wurde mit der Einhängung der eisernen Gitterthore begonnen.

Die Nachricht, daß das Schloß gesperrt werde, verbreitete sich gegen Mittag in Berlin. Unter dem in der Gegend der Linden, des Zeughauses und im Kastanienwalde zahlreich versammelten Volke erhob sich gegen 1 Uhr plötzlich der Ruf: „Nach dem Schloß! Die eisernen Gitter müssen fort!"

Wer den ersten Anstoß zu diesem Ruf gegeben, das ist nicht zu ermitteln gewesen, kaum war er aber ausgestoßen, als er augenblicklich allgemeinen Anklang fand und tausendfältig wiederholt wurde. Die Volksmassen drängten sich dem Schlosse zu, trieben die Bürgerwehr, welche sich ihnen entgegensetzen wollte, ohne besondere Mühe zurück und drangen nun in's Schloß ein.

Die Gitter wurden abgerissen und unter ungeheurem Jubel nach der Aula getragen, wo man sie den Studenten zur Aufbewahrung übergab. Gleich darnach verließen die Volksmengen das Schloß wieder.

Das Abreißen der Gitterthore hat später zu einem gerichtlichen Verfahren gegen diejenigen, welche als Führer des Unternehmens betrachtet wurden, Veranlassung gegeben. Sie sind zu schweren Freiheitsstrafen verurtheilt worden, z. B. der Referendarius Gustav Rasch, der bekannte Schriftsteller, zu einem 15monatlichen Festungsarrest.

Das Abreißen der Schloßgitter war schnell und glücklich vor sich gegangen; fast schien es, als wolle das Volk sich mit dem kleinen Sieg begnügen. Es folgte bereitwillig den Aufforderungen der Bürgerwehr, den Platz vor der Singakademie frei zu machen. Nur unter den Linden blieb es zahlreich versammelt und begrüßte mit Lebehochs die nach dem Schluß der Sitzung der National-Versammlung unter ihm erscheinenden Deputirten der Linken; vorzüglich den Grafen Reichenbach.

Die nächste Veranlassung zu unruhigen Auf-

tritten ging von einer kleinen Schaar brodloser Arbeiter aus, welche sich in der Absicht, einen demonstrativen Zug zur Schaustellung ihrer Noth durch die Straßen der Stadt zu machen, auf dem Exerzierplatz vor dem Brandenburger Thor versammelt hatten.

Am Tage vorher hatten die beim Schiffbauerdamm beschäftigten Arbeiter mit polizeilicher Erlaubniß einen Festeszug mit Fahnen und Musik veranstaltet. Den brodlosen Arbeitern aber war die Genehmigung zu ihrem demonstrativen Zuge nicht ertheilt worden. Sie beschlossen, ihn trotzdem zu machen und sie wurden in ihrer Absicht durch einen fein gekleideten Herrn in blauem Frack, der unter ihnen erschien und sie, als sie auf dem Exerzierplatz versammelt waren, mit Geld beschenkte, bestärkt.

Da die kleine, etwa 30 bis 40 Mann starke, Arbeiterschaar keine Fahnen besaß, zog sie vor das Kroll'sche Etablissement und forderte dort von den Besitzern unter stürmischen Drohungen die Leihung einiger Fahnen. Sie wurden gegeben und zwar eine dreifarbige deutsche und eine rothe, auf welcher die Arbeiter ein weißes Feld mit der Inschrift: „Brod- und obdachslose Arbeiter" befestigten. Mit diesen Fahnen zogen sie der Stadt zu.

Das Brandenburger Thor war mit Bürgerwehr besetzt und die heranziehenden Arbeiter wurden zurückgewiesen, ihnen sogar der Befehl ertheilt, die Fahnen abzuliefern.

Sie wollten keines von beiden und machten einen Angriff auf die Bürgerwehr, um den Durchgang zu erzwingen, wurden aber bald, indem nicht unbedeutende Verwundungen auf beiden Seiten vorkamen, zurückgeworfen und einige von ihnen arretirt, sie mußten sich daher unverrichteter Sache zurückziehen.

Während der Zeit, daß dieser kurze Kampf am Brandenburger Thore stattfand, hatten sich die Menschenmassen vor der Singakademie und dem Zeughause mit jedem Augenblick mehr und mehr verdichtet, denn das Gerücht, daß für den Abend ein Kampf bevorstehe, hatte sich bereits durch die ganze Stadt verbreitet und Neugierige sowohl als Kampflustige nach dem Zeughause hingelockt.

In dem dicht gedrängten Volkshaufen wurde jetzt wieder der rege Wunsch nach einer allgemeinen Volksbewaffnung laut, die Arbeiter wollten durchaus Waffen haben und äußerten ungescheut, daß sie dieselben sich nehmen würden, wenn die Regierung sie ihnen nicht gutwillig gebe.

Redner traten auf und hielten donnernde Vorträge über das Recht des Volks auf eine allgemeine Bewaffnung, welche ihnen am 19. März vom Könige versprochen, aber noch nicht gehalten worden sei, da die Bürgerwehr in keiner Weise als die Erfüllung dieses Versprechens angesehen werden könne.

Einige Redner forderten mit ungestümen Worten, daß das Volk, wenn man ihm nicht freiwillig Waffen gebe, in das Zeughaus dringen müsse, um sich dieselben mit Gewalt zu holen, andere wieder ermahnten zur Ruhe, zum Frieden und baten das Volk, einen Deputirten zum Major Blesson zu senden, um durch diesen eine Bewaffnung der Arbeiter in's Werk zu setzen.

Die schon durch die Zelten-Versammlungen bekannten Volksredner Urban, Korn, Löwinson, Siegrist und Andere befanden sich unter den Rednern.

Noch fand der gemäßigte Vorschlag, die Gewalt wo möglich zu vermeiden, Anklang in der Versammlung. Es wurde eine Deputation beschlossen, welche vom Kommandeur der Bürgerwehr eine allgemeine Volksbewaffnung, und die Zurückziehung des Militärs aus dem Zeughause, welches von einer Kompagnie des 24. Regiments besetzt war, fordern sollte.

Die Deputation wurde abgesendet; sie ging, von einer großen Volksmenge begleitet, nach dem Centralbüreau der Bürgerwehr und überbrachte hier dem Major Blesson die Wünsche des Volkes. An der Spitze der Deputation befand sich ein junger Mann, Namens Feenburg, der im demokratischen Klub sich bekannt gemacht hatte, obwohl er erst seit kurzer Zeit aus Holstein zurückgekehrt war, wo er als Offizier eines Freikorps sehr tapfer gegen die Dänen gekämpft hatte.

Herr Blesson erwiderte, als ihm die Wünsche des Volkes mitgetheilt wurden, daß er zur Erfüllung derselben nichts thun könne, und daß nur dem Kriegsminister das Recht zustehe, die vorgebrachten Forderungen zu bewilligen.

Mit diesem Bescheide mußte die Deputation sich zurückziehen, beschloß aber sogleich, zum Kriegsminister zu ziehen, und führte diesen Entschluß unter dem Bravo-Geschrei der Volksmassen, welche nachfolgten, aus.

Als die Deputirten beim Kriegs-Ministerium ankamen, fanden sie dasselbe geschlossen. Es wurde heftig an der Klingel gerissen und Einlaß gefordert. Der Portier weigerte sich indessen, denselben zu gewähren; erst als er sah, daß die Thür gestürmt werden würde, wenn er nicht aufmache, öffnete er und ließ 10—12 Personen, unter denen sich auch Feenburg befand, in das Ministerium, obgleich er fortwährend versicherte, der Kriegsminister sei nicht zu Haus.

„Dann werden wir warten", war die vom Volke mit Jubel aufgenommene Antwort.

Mittlerweile hatte indessen die Bürgerwehr am Potsdamer Thore durch einen Boten des Portiers Nachricht von den Angriffen auf das Kriegs-Ministerium empfangen und eine Kompagnie derselben rückte mit gefälltem Bajonett die Leipzigerstraße herunter, der Volksmenge entgegen. Diese floh auseinander und auch die im Kriegs-Ministerium befindlichen Deputirten schlossen sich der Flucht an, nur Feenburg blieb mit 2 Begleitern, welche mit ihm verhaftet, aber auch bald wieder frei gelassen wurden.

Die fliehende Volksmenge sammelte sich bald wieder, es kam zu Konflikten mit der Bürgerwehr,

welche, nachdem sie durch dreimaligen Trommelwirbel das übliche Zeichen zum Auseinandergehen gegeben hatte, einen Bajonett-Angriff machte, aber mit Steinwürfen empfangen wurde. Die Menge riß die Rinnsteinbrücken auf, warf sie den Wehrmännern vor die Füße und widersetzte sich dermaßen, daß dieselben stille stehen mußten.

Dadurch gewann das Volk Zeit, einen Möbelwagen umzuwerfen, mehrere Brückenbohlen aufzureißen und aus diesen Materialien eine schwache Barrikade zu bauen, hinter welcher vor es auf die Bürgerwehr schimpfte und mit Steinen warf. Erst als noch eine Kompagnie Bürgerwehr zur Hülfe heraneilte, wurde die Barrikade genommen und die Menge zerstreut.

Während dieser Zeit hatten sich vor dem Zeughause immer neue, immer größere Menschenmengen angesammelt, der Ruf nach Volksbewaffnung wurde immer lauter und die Idee rege, das Zeughaus zu erstürmen, um sich mit Gewalt die Waffen aus demselben herauszuholen.

Noch verhielt sich die im Verhältniß zu der ungeheuren Volksmenge schwache Bürgerwehr ruhig, aber plötzlich verbreitete sich unter dem Volke die Nachricht, die Bürgerwehr habe scharf geladen und wolle schießen, da erhob sich ein furchtbarer Sturm und erst als einer der Volksführer, Korn, sich an den Bürgerwehr-Major Benda wandte und von diesem die Erlaubniß empfing, die Gewehre der Bürgerwehr zu untersuchen, erst als er sie sämmtlich ungeladen fand, beschwichtigte sich die Menge wieder, brach jedoch in kurzer Zeit auf's Neue in Lärmen und Toben aus, als die Nachricht sich verbreitete, wenn auch die Gewehre der Bürgerwehr im Augenblick nicht geladen wären, so hätten die Wehrmänner doch alle scharfe Patronen bei sich und wären bereit, dieselben gegen die Arbeiter zu gebrauchen.

Dies erregte neue Erbitterung, welche erst da sich legte, als die Wehrmänner bereitwillig ihre Patronentaschen öffneten, um zu zeigen, daß auch dies Gerücht ungegründet sei.

Der Friede zwischen Bürgerwehr und Volk schien hergestellt, als er plötzlich von Neuem und zwar durch einen jener seltsamen Zufälle, welche so oft die Veranlassung zu bedeutenden Ereignissen geben, gestört wurde.

Ein Schuß fiel. Wer ihn abgefeuert hatte, wußte man nicht, auch verwundete er Niemand. Aber das Volk glaubte, die Bürgerwehr mache von ihren Gewehren Gebrauch. Mit einem Steinhagel drang es auf die Wehrmänner ein. Trotzdem gab der kommandirende Major Benda keinen Befehl zum Feuern; da, wie wir erzählt haben, seine Mannschaften gar nicht geladen hatten. Er ließ nur einen Bajonettangriff machen und drängte die Menge zurück. Ohne einen Befehl aber schossen ein paar Bürger, die sich als Freiwillige dem Bataillon angeschlossen hatten. Sie glaubten, in der Nothwehr sich der Schußwaffen bedienen zu dürfen, obgleich das Volk durch kein Signal vorher gewarnt worden war.

Es fielen zuerst 3, dann noch etwa 6 Schüsse aus den Reihen der in der kleinen Gasse zwischen dem Zeughaus und Gießhaus aufgestellten Bürgerwehr. Sie hatten eine furchtbare Wirkung. Zwei Arbeiter wurden getödtet, mehrere verwundet.

Für den Augenblick wich die Menge entsetzt zurück, dann aber brach sie in ein lautes furchtbares Wuthgeschrei aus, stürzte sich über die Todten, tauchte die weißen Taschentücher in das über das Steinpflaster hinfließende Blut derselben und befestigte sie als rothe Fahnen an Stöcke, dann zerstreute sie sich und durch alle Straßen Berlins liefen Männer, welche mit lauter, furchtbarer Stimme: „Verrath! Verrath! zu den Waffen! zu den Waffen! die Soldaten schießen auf das Volk!“ riefen.

Die schon bedenkliche Aufregung des Volkes wuchs durch dieses unglückliche Ereigniß, welches, je mehr die Nachricht davon sich verbreitete, auch um so mehr entstellt wurde.

In den entfernten Stadttheilen hieß es sogar, das Militär schieße mit Kartätschen auf das Volk, die Stadt sei voll Soldaten, Bürgerwehr und Militär hätte sich gegen die Arbeiter verbündet, um gemeinschaftlich die Revolulion zu bekämpfen.

Ueberall wurde Generalmarsch geschlagen, die Bürgerwehr-Bataillone sammelten sich, aber sie konnten nichts thun, denn sie erhielten keine Verhaltungsbefehle von dem Kommando der Bürgerwehr, welches vollkommen rath- und thatlos war.

Die einzelnen Bataillone standen auf ihren Sammelplätzen, sie wußten nicht, was sie thun sollten und zogen daher theils bald wieder nach Haus, theils blieben sie, in allen Stadttheilen zerstreut, unschlüssig stehen.

Während so der Generalmarsch durch die Straßen Berlins wirbelte und die Bürgerwehr sich versammelte, aber unthätig blieb, war das Volk nicht müßig. Von allen Theilen der Stadt her strömten neue Schaaren den Linden und dem Zeughause zu. In einigen Straßen wurden Barrikaden gebaut, so in der Behren-, Leipzigerund Landsbergerstraße, auch rothe Fahnen wurden aufgepflanzt, einzelne Brauseköpfe riefen sogar die Republik aus, wenn auch ohne Folgen. Ueberall, wo Waffenläden waren, versammelten sich Volkshaufen, sie brachen mit Gewalt in die Läden ein, um sich der Waffen zu bemächtigen; auch die Magazine des Opernhauses und des Königsstädter Theaters wurden vom Volke erstürmt und die darin befindlichen Waffen herausgeholt.

Die Leichen der Gefallenen wurden die eine nach der Universität gebracht und dort zur Schau gestellt, die andere trugen einige Arbeiter durch die Straßen nach der Königsstadt, indem sie wüthend nach Rache riefen. Eine Frau, die am Kopfe verwundet war, wurde auf einem Karren die Linden entlang gefahren; ihre Begleiter schwenkten blutige Tücher und riefen das Volk zu den Waffen.

Außerdem wurde bald nach den beiden Schüssen

ein Akt ungerechter Volksjustiz geübt. Es hieß nämlich, der Major Benda habe das Kommando zum Feuern gegeben, durch welches jene 2 Opfer gefallen seien. Ein großer Volkshaufen stürmte sofort nach der Wohnung des Major's, erbrach dieselbe und ruinirte mit vandalischer Lust Alles, was sich ihm an werthvollen Gegenständen darbot, wodurch dem Herrn Benda ein Schade von mehreren tausend Thalern bereitet worden sein soll.

Erst als eine Abtheilung Bürgerwehr sich zum Schutze der Wohnung des Majors Benda näherte, ließ die Zerstörungswuth nach, und die Tumultuanten zerstreuten sich. Einige blieben zurück und wurden verhaftet, aber wie dies gewöhnlich bei solchen Gelegenheiten zu geschehen pflegt, wurden gerade diejenigen gefangen genommen, welche als Neugierige bei dem Skandal zugegen gewesen waren, und sich im Gefühl ihrer Unschuld nicht geflüchtet hatten. Die gerichtliche Verhandlung hat dies ergeben, bei welcher die Verhafteten freigesprochen worden sind.

Was thaten in dieser Zeit der Aufregung die Behörden? Nichts! Der Sicherheitsausschuß hätte die trefflichste Gelegenheit gehabt, sich zu bewähren. Er trat auch gegen 8 Uhr Abends zusammen; aber er war nicht minder rathlos als das Bürgerwehr-Kommando. Er hielt lange Debatten darüber, ob er das Militär zum Kampf herbeiziehen solle; aber zu einem Resultat kam er nicht.

Es ist später vielfach behauptet worden, die konservative Partei haben den planlosen Volksaufstand, der ihren Plänen sehr dienlich gewesen sei, ganz gern gesehen und ihn absichtlich wachsen lassen. Ihre Pläne seien darauf hingegangen, einen erbitterten Kampf zwischen der Bürgerwehr und den Arbeitern hervorzurufen. Sie habe nur aus dem Grunde kein Militär herangezogen, damit nicht etwa ein Theil der Bürgerwehr sich mit dem Volke verbrüdere. Alle solche Gerüchte, welche damals viel verbreitet waren und welche besonders auf Kosten des Major Blesson erzählt wurden, entbehren, wie wahrscheinlich sie auch klingen mögen, doch der historischen Begründung.

Nicht minder rathlos als die Behörden, waren die Führer der Revolutionspartei. Sie saßen nicht fern vom Schauplatz der Ereignisse im Hinterzimmer eines Gasthauses in eifriger Berathung.*) Alle stimmten darin überein, daß der Augenblick zum Handeln jetzt gekommen sei. Das Zeughaus müsse gestürmt, das Volk bewaffnet, die Revolution begonnen werden. Boten kamen und gingen. Sie brachten Nachrichten von den neuesten Ereignissen.

Es kam darauf an, den Aufstand zu organisiren; aber gerade dies vermochten die Führer der revolutionären Partei nicht. Sie hatten wohl den Muth und das Geschick, die Volksmassen aufzuregen, Unruhen hervorzurufen; aber die Fähigkeit, diese für ihre Zwecke zu benutzen, fehlte ihnen. Sie beriethen ebenso fruchtlos und ungeordnet wie der Sicherheitsausschuß und die Ereignisse vollendeten sich daher ohne ihr Zuthun.

Es war gegen 9 Uhr Abends, als der Handwerkerverein, der ein fliegendes Korps der Bürgerwehr bildete, vor dem Zeughause eintraf. Er fand wieder eine zahllose Volksmenge, welche das Zeughaus umlagerte und nur schwache Bürgerwehr-Abtheilungen zum Schutze desselben; denn nach den verhängnißvollen Schüssen hatten sich viele Bürgerwehrmänner zurückgezogen, weil sie einen neuen blutigen Konflikt mit dem Volke, an dem sie nicht Theil haben wollten, befürchteten.

Die Besatzung des Zeughauses bildete eine Kompagnie des 24. Regiments unter dem Befehle des Hauptmann von Natzmer, welche in den inneren Räumen aufgestellt war.

Schon im Laufe des Abends waren mehrere Bürgerdeputationen beim Minister-Präsidenten und beim Kommandeur der Bürgerwehr gewesen, um zur Vermeidung eines Kampfes mit dem Militär den Befehl zu erwirken, daß die Besetzung des Zeughauses der Bürgerwehr und zwar den beim Volke beliebten Korps derselben, der Studentenschaft und dem Handwerkerverein anvertraut werde. Die Bitten der Deputationen hatten Erfolg gehabt. Gegen 10 Uhr Abends erhielt der Führer des Handwerkervereins, Doktor Rieß, vom Major Blesson den Befehl, die untern Räume des Zeughauses zu besetzen. Durch Vermittelung eines Offiziers, des Lieutenant Techow, der mit dem Hauptmann von Natzmer in Unterhandlung trat, gelang es ihm, die Ausführung seines Befehles zu ermöglichen. Es wurde ihm das hintere Portal des Zeughauses geöffnet. Die Militärbesatzung zog sich in die oberen Räume zurück.

Während dieser Unterhandlungen hatte die sich immer wilder geberdende Volksmenge schon versucht, das Portal am Kastanienwald zu erbrechen. Sie riß die Rinnsteinbrücken auf und benutzte die Bohlen, um den Thorweg einzustoßen. Dies gelang ihr in demselben Augenblick, in welchem das hintere Portal dem Handwerkerverein geöffnet wurde. Von der einen Seite drang das Volk, von der andern der Handwerkerverein in das Haus.

Die aufgeregte Menge vermischte sich mit den Handwerkern und machte diesen im Innern des Hauses ein kräftiges Zusammenhalten unmöglich. Leitern wurden herbeigeschleppt, um auch das obere, noch vom Militärr besetzte Stockwerk zu erstürmen. Der Ruf, man solle Feuer anlegen, um die Soldaten auszuräuchern, ertönte.

Ein wüthender Kampf drohte, wenn das Militär den Versuch, das obere Stockwerk zu vertheidigen, machen wollte. In diesem Augenblick der höchsten Gefahr unternahm es der Lieutenant

*) Ich erzähle hier nicht als Augenzeuge, da ich mich am 14. Juni in Frankfurt a. M. beim demokratischen Kongreß befand. Ein Mitglied jener Versammlung der demokratischen Führer hat mir über dieselbe Mittheilungen gemacht, welche ich für zuverlässig halten muß.

Techow mit dem Hauptmann von Natzmer zu unterhandeln, um diesen zu einem friedlichen Abzug zu bewegen. Hören wir, was er selbst erzählt*):

„In diesem Augenblicke sah ich drei junge Männer in einem inneren Thorwege des Hauses in eifrigem Gespräch zusammenstehen. Ihrer Tracht nach hielt ich sie für Führer des Studentenkorps. Als ich sie um ihre Meinung fragte, erklärten sie mir, daß sie ein Gespräch mit dem kommandirenden Offizier nachsuchen wollten, um ihn zum Abmarsch von seinem Posten zu bewegen. Ich sagte ihnen, daß dies auch meine Meinung sei und daß wir daher zusammengehen wollten. An der Thür des Treppenthurms rief ich wieder meinen Namen hinein und ließ Herrn von Natzmer um noch eine Unterredung ersuchen. Die Thür wurde geöffnet. Einige Menschen wollten mit uns hineindringen. Einer der drei Herren, nach Ausweis der Akten Korn, rief ihnen zu, zurückzubleiben, dagegen ihn zu holen, wenn er in zehn Minuten nicht zurück sei. Indeß ging er gleich darauf doch wieder hinaus, um, wie er sagte, das Volk zu beschwichtigen. Wir drei Anderen fanden den Herrn von Natzmer am Fuße der Treppe und gingen im Gespräch mit ihm in das obere Stockwerk hinauf. Ich nahm zuerst das Wort und sagte ihm etwa Folgendes: „„Das Volk, siegestrunken nach dem ersten Erfolge, werde gewiß nicht ermangeln, auch die Eingänge zu der oberen Etage anzugreifen. Wenn sich hier ein Gefecht entspinne, so werde dasselbe ohnfehlbar von den verhängnißvollsten und traurigsten Folgen für die Stadt und das ganze Land begleitet sein. Denn in der Stadt herrsche die leidenschaftlichste Aufregung, in der Bürgerwehr eine an Auflösung grenzende Unordnung. Wie es scheine, habe er auf schnelle Unterstützung von Seiten des Militärs nicht zu rechnen, denn dasselbe solle schon vor einigen Stunden die Stadt verlassen haben. Obgleich ich als Offizier das Schmerzliche seiner Lage vollkommen zu würdigen vermöge, so müsse ich ihm doch erklären, daß ich an seiner Stelle mich verpflichtet halten würde, auch ohne Befehl den Posten zu verlassen. Denn ich sei überzeugt, daß unter den obwaltenden Verhältnissen er sich dadurch ein größeres Verdienst erwerbe, als durch die tapferste Vertheidigung. Ich bezweifle nicht, daß er sich durch Erfüllung meines Verlangens gesetzlich straffällig machen würde, aber es handle sich hier darum, jede persönliche Rücksicht dem Wohl des Vaterlandes zum Opfer zu bringen."" — Die beiden Herren, welche mich begleiteten — nach Ausweis der Akten die Herren von Restorff, Maler, und Horwitz, Literat — sprachen darauf in demselben Sinne. Einer von ihnen sagte im Hinausgehen noch außerdem: so eben habe sich draußen die Nachricht verbreitet, daß in Potsdam eine Revolution ausgebrochen und der König geflüchtet sei. Nachdem wir im Hin- und Hersprechen an die Eingangsthür der oberen Etage gekommen waren, ging ich in Begleitung des Zeughauswärters die Treppe wieder hinunter, um mich zu überzeugen, daß die Thür des Thurmes wohl verschlossen sei. Als ich darauf nach oben zurückkam, fand ich die Kompagnie auf dem Gange vor den Gewehren aufgestellt, Herrn von Natzmer aber nicht dort. Er war, wie man mir sagte, mit den beiden Herren vom Civil nach einem andern Flügel des Hauses gegangen. Die Mannschaft sprach leise durcheinander. Ich wechselte ein paar Worte mit dem Feldwebel und einigen Unteroffizieren und setzte ihnen in Kürze meine Ansicht von der Sachlage auseinander. Da erschollen Trommeln von der Straße herauf. Es war eine Kompagnie Bürgerwehr. Ich dachte einen Augenblick daran, sie zu Besetzung und Räumung der untern Etage aufzufordern. Ehe ich aber einen Entschluß gefaßt, kam Herr von Natzmer in Begleitung der Herren von Restorff und Horwitz und einiger Bürgerwehrmänner, die noch zurückgeblieben waren, von dem andern Flügel zurück. Er war äußerst erregt, sprach von seiner militärischen Ehre und sagte, indem er sich den Degen auf die Brust setzte, er wolle lieber sterben, als seinen Posten schimpflich verlassen. Ich sagte ihm darauf in kurzen und derben Worten: Er solle endlich zum Entschluß kommen; es handele sich hier nicht um Sterben und auch nicht um militärische Ehre; er weiche nicht vor dem Feinde, sondern wir ständen im eigenen Lande und unter unsern Mitbürgern. Daß er sich dem Buchstaben nach strafbar mache, daß er seine Existenz riskire, das wisse ich. Aber dasselbe Schicksal stehe mir so gut bevor, wie ihm. Nach meiner Ueberzeugung komme es hier eben darauf an, dem Wohle des Vaterlandes unser eigenes Wohl zum Opfer zu bringen. Hierauf entschloß er sich zum Abmarsch."

Nach einem Bericht, welchen 28 Bürgerwehrmänner am 19. Juni dem Generalauditoriat über die Vorgänge im Innern des Zeughauses einreichten, hatte der Hauptmann von Natzmer sich nur schwer entschlossen, das Zeughaus zu räumen. Der Schluß dieses Berichtes lautet:

„Die Herren, die eingelassen wurden, waren Herr Lieutenant Techow, Herr Horn, Herr Studiosus Horwitz und Herr von Restorff vom Künstlerkorps. Diese Herren erklärten: „Die Lage sei eine höchst bedrohliche und gefährliche, es sei die Menge unübersehbar; wenn Hunderte niedergeschossen wären, würden Tausende nachfolgen; die Bürgerwehr hätte rings herum das Zeughaus verlassen; das Militär wäre aus der Stadt gerückt." Einer der Herren sagte: „In Potsdam sei Revolution ausgebrochen und der König bereits geflohen. Der Hauptmann möge bedenken, welches Blutbad durch den Rückzug des Militärs verhindert würde: der König, das Vaterland werde ihm danken." Herr von Natzmer entgegnete, er könne unmöglich seinen Posten verlassen; die Herren mögen, da sie so großes Gewicht auf die Menge hätten, dieselbe beruhigen und zurück-

*) Wolff's Revolutionschronik ist hier wie an vielen andern Stellen benutzt.

führen. Dagegen erwiderte man andererseits, die Autorität auf die Menge sei nicht mehr in ihrer Gewalt, jetzt sei sie nicht mehr zu hemmen; die Sache sei zu weit gediehen. Von da an, wo der erste Schuß der Bürgerwehr gefallen, habe ihre moralische Kraft auf das Volk aufgehört; selbst die im Zeughause anwesenden Bürgerwehrmänner könnten nicht mehr durch sie geschützt werden. Herr Lieutenant Techow versicherte dem Hauptmann auf seine Ehre als Offizier, daß es unmöglich wäre, das Unheil anders abzuwenden, als durch den Rückzug des Militärs.

Diese Unterhandlungen wurden auf der Treppe, die nach dem Waffensaal führt, gepflogen. Der Hauptmann von Natzmer beharrte bei dem gegebenen Worte und ging hinauf. Wir folgten ihm, ebenso die Herren aus der Deputation. Die Menge vor den Thüren drohte indeß immer mehr und pochte stürmisch an dieselben. Von oben herab übersahen wir nach allen Seiten die Massen. Fackeln leuchteten in ihrer Mitte. Wohin wir sahen, konnten wir nur das Volk, unter ihm einzelne Bewaffnete erblicken; aber nirgends compacte Bürgerwehrmassen oder Militär. Im Hofe standen untermischt einzelne Trupps vom Handwerkerverein. Die Herren, die abgesandt waren, drängten immer mehr in den Hauptmann. Nun nahmen selbst die Herren aus der Bürgerwehr Partei, da sie sahen, wie gefährlich die Lage erschien, daß das Zeughaus in Gefahr sei, in Brand gesteckt zu werden, das Schießen auf die untermischte Menge des Volkes und der kommandirten Bewaffneten unmöglich sei; da sie ferner Rücksicht nahmen, daß Militär, Bürgerwehr und Verwundete bei einem Handgemenge im Zeughause zu Grunde gegangen wären, so baten auch sie den Hauptmann dringend, seinen Posten aufzugeben, indem sie Alle sich verbürgten, durch klare Darstellung der Sachlage, Zeugniß für seine Ehre abzulegen und den Rückzug des Militärs zu rechtfertigen.

Der Kampf des Herrn Hauptmanns von Natzmer zwischen seiner Pflicht und seinem Gewissen war ein verzweiflungsvoller. Er versicherte, obwohl er Familienvater, so solle man ihm lieber eine Kugel durch die Brust schießen, als verlangen, daß er seinen Posten verlasse, denn nur an der Ehre des Militärs, nicht an seiner Person sei ihm gelegen. Er forderte nochmals eine halbe Stunde Bedenkzeit. — Umdrängt von Allen, ließ er es zu, daß Einer der Herren, die hinaufgekommen, dem Volke herab verkündete, das Militär werde sich zurückziehen, aber es werde für dasselbe die vollkommenste Achtung gefordert, jede Insulte auf dasselbe mit aller Kraft zurückgewiesen werden. Der Hauptmann, so durch moralische Kraft gezwungen, konnte in seiner Verzweiflung nur mit Mühe zurückgehalten werden, den Degen sich durch die Brust zu stoßen. Währenddeß waren von einer anderen Seite bereits Viele durch Leitern in den Waffensaal gedrungen, und standen, die Fackeln in der Hand, drohend da. Nur mit Mühe gelang es, die Waffen vor der Menge zu schützen, bis der Hauptmann, selbst auf die Bitten seiner eigenen Mannschaft, das Zeughaus verließ."

Nachdem die Soldaten das Zeughaus verlassen hatten, blieb das Volk im ungestörten Besitze desselben, denn der Handwerkerverein und einige andere Bürgerwehr-Kompagnien, welche mittlerweile ohne von dem Kommandanten Blesson Befehl dazu erhalten zu haben, nach dem Zeughause marschirt waren; konnten nichts gegen die Menschenmassen ausrichten.

Es wurden nun Fackeln angesteckt, mit diesen zog das Volk im Zeughaus herum, indem es die Kisten plünderte, die mit Gewehren und Munition angefüllt waren; aber dennoch erreichten bei dieser Plünderung nur Wenige ihren Zweck, nämlich den einer Bewaffnung, da die im Zeughause liegenden Gewehre meistens Zündnadelgewehre waren, die vollkommen unbrauchbar für Jeden blieben, der nicht mit den dazu gehörigen Patronen versehen war.

Nachdem die Kisten mit Gewehren erbrochen und geplündert worden waren, nachdem die Arbeiter sich mit Kugeln und Munition versehen hatten, entfernten sich nach und nach alle, deren Zweck es gewesen war, sich Waffen zu verschaffen und nur ein nichtswürdiger, beutegieriger Pöbel, wie er ja in allen großen Hauptstädten sich vorfindet, blieb im Zeughause zurück, um in blinder Zerstörungswuth und ekelhafter Raubsucht dort zu hausen.

Es wurden die alten zum Gebrauch völlig untauglichen Waffen geraubt, welche nur durch die historischen Erinnerungen, die an ihnen hingen, Werth hatten. Auch die im Zeughause befindlichen Fahnen und Trophäen wurden herabgerissen und das Diebesgesindel scheute sich nicht, von einigen derselben die silbernen Troddeln und Quasten abzuschneiden und dadurch die werthvollen Andenken zu verstümmeln.

So hauste der im Zeughause zurückbleibende Pöbel kurze Zeit, bis zwei Bataillone des 24. Infanterie-Regiments und mehrere Bataillone der Bürgerwehr heranmarschirten und das Zeughaus besetzten.

Das feige Gesindel floh, so schnell es fliehen konnte. Es überließ gern seinen Raub den Bürgerwehrmännern, welche um das Haus eine Chaine gezogen hatten und die aus Thüren und Fenstern Fliehenden empfingen, um ihnen ihre Beute abzujagen, sie dann aber wieder laufen zu lassen, denn es wäre kaum möglich gewesen, die vielen Hunderte zu Gefangenen zu machen. Der Professor Gneist giebt uns als Augenzeuge über die erfolgreiche Thätigkeit der Bürgerwehr in einer Broschüre „Berliner Zustände" die nachstehende, sich weniger durch historischen Ernst, als durch humoristische Darstellung auszeichnende Schilderung.

„Im Innern des Zeughauses war tiefe Finsterniß, und nur aus einem gewissen Summen ließ

sich vermuthen, daß eine große Anzahl Menschen darin thätig war. Die Kompagnieen standen einen Augenblick bewegungslos. Die Führer schienen sich zu besprechen, in welcher Weise es rathsam sei, mit diesen etwa 200 Mann weiter vorzudringen. Da kam der Hauptmann Vogel auf den überaus glücklichen Gedanken, die Tamboure vor dem Zeughaus-Eingang einen Wirbel schlagen zu lassen. Es war ein infernalischer Lärm, indem der Schall in stiller Nacht von den Zeughauswänden mächtig abprallte — ein Lärm, welcher in uns allen, wenn nicht kriegerische, jedenfalls lebhafte Empfindungen hervorrief. Dieser Akt war entscheidend, und augenblicklich verwandelte sich die Scene. Sofort nämlich begannen aus den einzelnen Fenstern Selbstbewaffner herauszuhüpfen, und mit bewundernswürdiger Geschwindigkeit an der Wand entlang davonzulaufen. Kaum mochten fünf oder sechs entwischt sein, als die Wehrmänner meiner Sektion nicht mehr zu halten waren. Sie sprangen zu, um die Fliehenden zu erwischen, und ein solcher Eifer war plötzlich in uns gefahren, daß drei Wehrmänner auf einmal mit ihren Bayonneten auf einen siebzehnjährigen Jungen losstachen, der noch raisonniren wollte. Ich sprang dazwischen: es war aber auch so böse nicht gemeint. Sonstige Waffenthaten zu vollbringen, wollte uns beim besten Willen nicht gelingen. Es strömten von nun an unausgesetzt Menschen zu den Fenstern heraus. Die ersten versuchten wir zu verhaften; da es aber an Leuten zum Transport fehlte, ließen wir bald gern laufen, was nur laufen wollte. Immer mehr aber wurde es die Regel, daß die Abziehenden ein Gewehr bei sich hatten und mitnehmen wollten. Die größere Hälfte gab es jedoch auf Erfordern sogleich ab; manche waren verwundert über eine solche Zumuthung; manche raisonnirten und bekamen eine Ohrfeige, wogegen sie das Gewehr ablieferten; sehr wenige endlich suchten sich gewaltsam durchzudrängen, bekamen dann Rippenstöße und gaben das Gewehr endlich auch ab. In das Zeughaus selbst einzudringen, schien für den ersten Augenblick noch unheimlich. Indessen zwei Männer mit Schützenmützen stiegen muthig in eines der niedrigen Fenster hinein, um den Abziehenden schon vor dem Ausgang die Gewehre abzunehmen. Einige Minuten später rückte die Bürgerwehr weiter vor und die vordersten Sektionen zum Thor in das Zeughaus hinein, so daß ich unmittelbar vor das Thor an den Fuß der dort stehenden Feuerleiter postirt wurde, wo ich bis zum Schluß, also etwa im Mittelpunkt des ganzen Drama's, gestanden habe. In der Zwischenzeit waren von der Seite des Kastanienwäldchens mehrere Kompagnieen Bürgerwehr herangerückt, welche jedoch keinen thätigen Antheil an der Entwaffnung zu nehmen schienen. Es fehlte so sehr an einer Disposition, daß wir sogar von Zeit zu Zeit von weit überlegenen Volksmassen eingeschlossen waren, welche indessen keine ernste Absichten zu haben schienen. Einige von ihnen wandten sich ganz verwundert an mich und Andere mit der Frage, wie wir dazu kämen, die Volksbewaffnung zu hindern. Es entstand zuweilen ein umständlicher Disput über die Frage; auch gab es noch öfter Ohrfeigen. Sehr selten bedurfte es wirklicher Gewalt, um einem Einzelnen das Gewehr wegzunehmen. Während wir mitten hierin beschäftigt waren, rückte ein Bataillon des 24. Regiments mit Fahne und klingendem Spiel vor dem Finanzministerium vorbei in die Mollersgasse hinein und machte vor dem dortigen Zeughauseingang Halt. Fortwährend strömten indessen die Ausreißer aus dem Zeughause heraus, und das Erdgeschoß mochte so ziemlich ausgeleert sein, als das Linien-Bataillon mit Trommelschlag einrückte. Dies was das Signal für die im oberen Stock befindlichen, etwa hundert bis zweihundert Menschen, sich schleunigst aus dem Staube zu machen. Alle Fenster öffneten sich, man stieg auf das breite, vor den Fenstern befindliche Gesims hinaus, und drückte sich das Gesims entlang bis zu der Feuerleiter, auf welcher die Einzelnen nun herunterkletterten. Naiver Weise brachte die Mehrzahl auch von diesen ein Gewehr mit, welches natürlich jedem Einzelnen sofort abgenommen wurde, meistens gegen Empfang einer Ohrfeige."

Mit gleichem Erfolg war die Bürgerwehr während der ganzen Nacht bestrebt, auf den Straßen die bewaffneten Arbeiter anzuhalten und ihnen die Gewehre abzunehmen. Auch an den folgenden Tagen wurden durch Haussuchungen noch manche der gestohlenen Gegenstände wieder erbeutet. Wie wenig es übrigens dem größern Theile der in's Zeughaus Eingedrungenen um eine wirkliche Volksbewaffnung zu thun war, geht am Besten daraus hervor, daß von vielen die Gewehre fast unmittelbar nach dem Raub für wenige Groschen verkauft wurden. In der ganzen Nacht bis zum nächsten Morgen streiften Bürgerwehrpatrouillen durch die Stadt und stellten endlich die Ruhe wieder vollständig her.

Zwanzigstes Kapitel.

Die Folgen des Zeughaussturms. — Verhaftungen. — Fräulein Lucie Lenz. — Die Aufruhr-Prozesse. — Allgemeine Theilnahme für den Hauptmann v. Natzmer. — Lieutenant Techow. — Die Untersuchungs-Kommission der Bürgerwehr. — Unfähigkeit des Herrn Blesson. — Der Major Rimpler als interimistischer Bürgerwehr-Kommandant. — Allgemeine Verurtheilung des Zeughaussturms. — Der demokratische Kongreß. — Monarchie oder Republik. — Der republikanische Klub. — Verhandlungen der Stadtverordneten. — Der demokratische Central-Ausschuß in Berlin. — Die Organisation der demokratischen Partei. — Geringe Opferfreudigkeit. — Verlegenheit der Zeitungs-Halle.

Der Zeughaussturm hatte verhängnißvolle Folgen zunächst für die bei demselben direkt Betheiligten, sodann aber auch für die gesammte politische Entwickelung Berlins. Nur wenige der vielfachen Ausschreitungen der revolutionären Partei im Sommer 1848 haben die kräftig emporstrebende Reaktion so gestärkt, wie gerade der Zeughaussturm. Am schwersten hatten für den Augenblick diejenigen von dem verunglückten Unternehmen zu leiden, welche bei demselben betheiligt waren, die bekannten Volksmänner, welche vor dem Zeughaus Reden gehalten und zur Volksbewaffnung aufgefordert hatten. Sie wurden gefänglich eingezogen und Kriminaluntersuchungen gegen sie eingeleitet.

Außer andern weniger bekannten Personen waren es die Herren Urban, Korn, Siegrist, Löwinson und der Student Feenburg, gegen welche die Gerichte wegen der Aufforderung zur Erstürmung des Zeughauses einschritten. Im Ganzen wurden 26 Personen verhaftet, gegen die Mehrzahl konnte indessen nur die Untersuchung wegen eines Waffenraubes eingeleitet werden; die Meisten der Verhafteten wurden bald, weil sich nichts gegen sie ermitteln ließ, wieder entlassen, so unter andern auch die bekannte schöne Demokratin Fräulein Lucie Lenz, die in männlicher Verkleidung mit einem aus dem Zeughaus entnommenen Gewehr auf dem Molkenmarkt verhaftet worden war, aber auf Befehl des Polizei-Präsidenten sofort wieder in Freiheit gesetzt wurde. Es ist später in Berlin vielfach erzählt worden, die junge Dame habe der Reactionspartei als Spionin gedient und im Auftrage derselben habe sie häufig aufreizende Reden gehalten, deshalb sei sie von jeder Verfolgung verschont geblieben.

Die Verhafteten waren zum Theil so bekannte Volksführer, daß die Behörden fürchteten, das Volk werde das Gefängniß stürmen, um sie zu befreien, es wurde daher in dasselbe eine besondere Bürgerwehrwache gelegt und während der Nacht mit einer militärischen Besatzung verstärkt. Es erfolgte indeß kein Versuch zur Befreiung, die Verurtheilung und die Ausführung der Strafe konnte ohne Störung vor sich gehen und hierdurch wurde abermals der Beweis gegeben, wie wenig tief gewurzelt die Macht der sogenannten Volksführer war; sie wurden fast vergessen, sobald sie im Gefängniß saßen, die Sympathien ihrer Anhänger beschränkten sich auf einige Reden in den Klubs und Volksversammlungen und auf zahlreichen Besuch der öffentlichen Gerichtsverhandlungen; zu einer That, die mit Gefahr verbunden gewesen wäre, schwangen sie sich nicht auf.

Der Student Feenburg, dessen Proceß getrennt von der Untersuchung gegen die andern Aufrührer verhandelt wurde, war zu gleicher Zeit wegen des Tumultes vor dem Hotel des Kriegs-Ministers angeklagt, er wurde wegen versuchten Aufruhrs mit einjährigem Festungsarrest bestraft und außerdem Landes verwiesen, da er kein geborner Preuße, sondern ein Russe war.

In dem gegen Urban, Löwinson, Korn und Siegrist schwebenden Prozesse, der durch zwei Instanzen geführt wurde, erzielten Urban und Löwinson bei der Appellation eine Freisprechung, Korn wurde mit 2jähriger, Siegrist mit 4jähriger Festungsstrafe belegt.

Ein schwereres Schicksal als die eigentlichen Zeughausstürmer hatten die Offiziere, welche bei der Uebergabe der oberen Zeughausräume betheiligt waren. Im Volke von Berlin äußerte sich für sie eine allgemeine Theilnahme, welche sich besonders für den Hauptmann von Natzmer, der durch seinen Rückzug vielleicht einen schweren Kampf verhindert hatte, kund gab.

Die Zeitungen, unter ihnen auch das Organ des Bürgerthums, die Vossische Zeitung, erklärten, die Handlungsweise des Herrn von Natzmer könne wohl nach militärischen Gesetzen verdammlich erscheinen, als Mensch und Bürger aber habe er seine Pflicht erfüllt. In den Klubs wurde das Benehmen des Offiziers hoch gepriesen, der Bürgerwehrklub gab ihm eine öffentliche Ehrenerklärung, der demokratische Klub sandte eine Deputation, welche von Herrn Rudolph Schramm geführt wurde, zum Kriegs-Minister und forderte, das Vaterland solle eine That anerkennen, durch welche das Vergießen von Bürgerblut verhindert worden sei. Eine Versammlung von Deputirten sämmtlicher Bürgerwehr-Kompagnien ging noch weiter, sie richtete an den König eine Adresse, welche nach einer Rechtfertigung des Herrn von Natzmer mit der Bitte schloß:

„Hochdieselben wollen geruhen, die gegen den Hauptmann von Natzmer einzuleitende kriegsrechtliche Untersuchung Allergnädigst niederzuschlagen."

Hätte der Zeughaussturm eine siegreiche Revolution zur Folge gehabt, dann würde wohl das dankbare Volk von Berlin dem humanen Offizier, der kein Bürgerblut vergießen wollte, eine Bürgerkrone geweiht haben, wie dies ein an den Straßenecken angeschlagenes Plakat mit den Worten forderte: „Herr von Natzmer hat das Vaterland gerettet, Herrn von Natzmer eine Bürgerkrone!" Der Erfolg würde die nach militärischen Gesetzen

verdammliche Uebergabe des Zeughauses gerechtfertigt haben, aber der Zeughaussturm hatte keinen Volkssieg zur Folge und die Militärbehörden waren daher auch nicht gezwungen, sich den Anschauungen der Bürgerschaft zu beugen, sie konnten die Strenge der Kriegsgesetze walten lassen gegen ein militärisches Vergehen, welches, wenn es unbestraft blieb, wohl geeignet war, die Disciplin im preußischen Heere zu erschüttern.

Herr von Natzmer wurde bestraft, obwohl verhältnißmäßig milde genug, er erhielt wegen Fahrlässigkeit im Dienst 10 Jahre Festungsarrest, ein Lieutenant von Arnould desselben Vergehens wegen 2 Jahre. Beide wurden aus dem Dienste entlassen; Herr von Natzmer erhielt indeß schon im Jahre 1849 seine Freiheit wieder, weil er, wie man hörte, die aufrichtigste Reue zeigte.

Weit schwerer war die Strafe, welche den Lieutenant Techow traf, durch den der Hauptmann von Natzmer zur Uebergabe des Zeughauses überredet worden war. Auch für Techow sprach sich die Volksstimme aus. Eine große Anzahl von Bürgerwehrmännern beabsichtigte, ihn zum Bürgerwehr-Kommandanten zu wählen und diese Wahl wäre vielleicht auch zu Stande gekommen, hätte sie nicht der Urtheilsspruch des Kriegsgerichts unmöglich gemacht.

Techow verdiente gewiß ebensowohl die Theilnahme der Bürgerschaft wie die Strafe durch das Kriegsgericht in weit höherem Grade als selbst Herr von Natzmer, denn während dieser durch Zureden und durch falsche Nachrichten gedrängt zu einem Entschluß gekommen war, der halb unfreiwillig erschien, war Techow's Handlungsweise wohl überlegt.

Techow war mit vollem Bewußtseim, daß er seine ganze Zukunf auf's Spiel setze, verfahren. Er giebt uns über seine Motive selbst folgende Auskunft:

„Nach wenigen Minuten mußte eintreten, was ich damals für unser Vaterland als das Schrecklichste befürchtete — der Kampf des Volkes mit den Soldaten. Was konnte der Offizier thun, der im Innern kommandirte? Sollte er in dem stockfinstern Hause und getheilt auf den verschiedenen Fronten, wie seine Mannschaft war, dem Volke mit dem Bajonnet entgegengehen? Da lief er Gefahr, von der Menge überfluthet und in ein bedenkliches, jedenfalls blutiges Handgemenge verwickelt zu werden. Es blieb ihm also Nichts übrig, als feuern zu lassen. Die Wirkung dieses Feuers mußte mörderisch sein. Aber sie wurde durch die Dunkelheit den Augen des Volks entzogen, von außen wurde nachgedrängt, nach der ersten Salve mußte es also immer noch zum Handgemenge kommen. Oder das Volk wich in Folge der Salve zurück. Würden dann die Handwerker und Studenten feige genug sein, ihre Brüder im Stich zu lassen, deren Angriff sie jetzt mit Gewehr bei Fuß ruhig zusahen? Wird nicht der erste Schuß Tausende versammeln, die Bürgerwehr für und wider Partei nehmen, die ganze Stadt in die Aufregung des Kampfes unausbleiblich hineingezogen werden? Diese Gedanken zogen in rascher Folge durch meine Seele. Aber was war zu thun? Nach den Dispositionen, die ich von früher her kannte, und nach den Erzählungen von Augenzeugen vermuthete ich die Truppen vor der Stadt am Unterbaum. Ehe sie herbeikommen konnten, hatte sich der Kampf enssponnen, sie holen hätte also geheißen Oel in's Feuer gießen. Und die Bürgerwehr? Das Ober-Kommando befand sich kaum 300 bis 400 Schritt entfernt. Es wußte seit zwei Stunden das Zeughaus von einer aufgeregten Menschenmenge umgeben, unter dem Schutz einer Militärbesatzung, von der das Volk nichts sah, deren Dasein ihm also erst in dem Augenblick furchtbar wurde, wo die Waffen selbst zu wirken begannen, und doch hatte es seit zwei Stunden Nichts gethan. . . Was blieb zu thun übrig? Ich hatte keinen Einfluß auf das Volk und auf die anwesenden Studenten und Handwerker; ich konnte den Angriff, der in diesem Augenblicke gemacht wurde, nicht aufhalten. Dagegen war es vielleicht möglich, durch meinen Einfluß den im Zeughause kommandirenden Offizier zum Abmarsch von seinem Posten zu bewegen. Wenn derselbe dann von der Abtheilung des Handwerkervereins besetzt wurde, so war es allerdings wahrscheinlich, daß einige Hundert, vielleicht mehr Gewehre an das Volk ausgegeben wurden. Aber was lag daran im Vergleich zu einer Frage, welche nach meiner Ansicht über Wohl und Wehe des Vaterlandes, über Freiheit und Absolutismus entschied. Jedenfalls enthielt dieser Versuch dasjenige Mittel, welches den zu befürchtenden Konflikt zwischen Volk und Soldaten am sichersten verhinderte, jedenfalls war für mich dies der einzige Weg, auf welchem ich persönlich etwas zur Rettung des Ganzen beitragen konnte. Doch entschloß ich mich dazu nicht ohne einen schweren, wenn auch kurzen inneren Kampf. — Es war mir klar, welches auch der Ausgang meiner Vermittelung sein würde, daß man gerichtlich oder außergerichtlich mich mein Beginnen schwer werde büßen lassen, daß ich mit demselben mein äußerliches Glück vollständig vernichtete. Und das bedeutete etwas für mich! Beim Beginn einer Zeitepoche, in welcher die Kriegsflamme schon an verschiedenen Punkten Europas emporzuckte, deren weitere Entwickelung ohne große europäische Kriege nicht denkbar war, stand ich durch meine Versetzung zum Generalstab an der Schwelle einer glänzenden Karriere, welche zugleich den schönsten Träumen meiner Jugend Genüge versprach — dazu kam das Bild meiner hochbetagten Mutter, der Gedanke an eine geliebte Braut, deren Verbindung mit mir in wenigen Wochen bevorstand. — Aber ich war nur einen kurzen Augenblick unschlüssig. Je größer die Opfer, um so edler schien mir die That."

Solche Erwägungen mochten beim Volke An-

erkennung finden, das Kriegsgericht würdigte sie nicht, es verurtheilte Techow zu fünfzehnjährigem Festungsarrest und Entlassung aus dem Offizierstande. Techow wurde nach Magdeburg geführt, aber schon im ersten Jahre seiner Gefangenschaft gelang es ihm, aus der Festung zu entfliehen.

So allgemein die Volksstimmung sich für Herrn von Natzmer und für den Lieutenant Techow ausgesprochen hatte, ebenso einstimmig wendete sie sich gegen Herrn Blesson, den interimistischen Kommandeur der Bürgerwehr, dessen Unentschlossenheit und gänzlicher Unfähigkeit man das Gelingen des Zeughaussturmes zuschrieb, ja man ging weiter, von vielen Seiten wurde sogar behauptet, Herr Blesson habe absichtlich die Bürgerwehr-Bataillone so ungeschickt aufgestellt, daß sie ganz außer Stande gewesen seien, den Zeughaussturm zu verhindern, er habe ein Einschreiten des Militärs, einen Kampf desselben mit dem Volke und in Folge dessen eine Contrerevolution beabsichtigt.

Mit schonungsloser Härte wurde das Verhalten des Herrn Blesson verurtheilt, am schärfsten von der Bürgerwehr selbst.

Schon am 16. Juni versammelten sich die Hauptleute und Zugführer der Bürgerwehr und setzten eine Untersuchungs-Kommission nieder, welche Zeugen verhörte und später einen ausführlichen Bericht über die Resultate ihrer Thätigkeit veröffentlichte. In demselben äußerte sie sich unter anderem über den Major Blesson, daß dieser sich durch die von ihm ergriffenen Maßregeln als für seine wichtige Stellung durchaus unfähig gezeigt habe, und im entscheidenden Augenblicke durch Ueberschätzung der Gefahr in eine Rath- und Thatlosigkeit gefallen sei, die den übelsten Eindruck auf die einzelnen Korps der Bürgerwehr ausgeübt habe.

Das gleiche Urtheil wurde von der gesammten Bürgerwehr über Blesson gefällt und er selbst gab für die Richtigkeit desselben in schlagender Weise am 15. Juni einen neuen Beweis durch zwei Schreiben an den Präsidenten der Nationalversammlung.

Der Präsident Milde hatte an Herrn Blesson folgendes Schreiben gerichtet:

„Das interimistische Kommando der Bürgerwehr ersuche ich ergebenst, mir sofort anzuzeigen, was für Maßregeln Wohldasselbe getroffen hat, um ausreichenden Schutz für die heutige Sitzung der Nationalversammlung derselben zu gewähren.

Berlin, den 15. Juni 1848."

Herr Blesson antwortete durch nachstehende Randbemerkung, welche der Präsident der Nationalversammlung zu deren Ergötzen vorlas:

„Nach Lage der Dinge bin ich nicht im Stande (Gelächter) irgend eine Garantie zu übernehmen. Zwar ist Mannschaft bestellt, ob sie aber erscheinen wird, weiß ich nicht (Heiterkeit), noch weniger, ob sie ihrer Pflicht genügt, nach den Erfahrungen von gestern.

Berlin, den 15. Juni 1848.

(gez.) Blesson."

Anderthalb Stunden später hatte Herr Blesson schon eine andere Ueberzeugung gewonnen, er schrieb an den Präsidenten:

Ew. Hochwohlgeboren zeige ich hierdurch gehorsamst an, daß sich soeben das vierte, fünfte und siebente Bataillon der Bürgerwehr freiwillig zur Besetzung des Ständehauses gemeldet haben, und glaube ich, daß auf dieselben gerechnet werden kann.

Berlin, den 15. Juni 1848.

Das interimistische Kommando der Bürgerwehr.

(gez. Blesson.)

Die erste Erklärung des Herrn Blesson erregte unter der Bürgerwehr die heftigste Aufregung; sie rief eine Menge von Protesten hervor, welche sich in ungezügelten Worten über die Unfähigkeit des interimistischen Kommandeurs, der inzwischen sein Amt niedergelegt hatte, ergingen. Sie zwangen Herrn Blesson zu der folgenden beschämenden, durch Eckenanschläge veröffentlichten Erklärung:

„Der Wahrheit und meiner Ehre erachte ich mich schuldig, zu erklären, daß meine Eröffnung am Rande des Briefes des Herrn Präsidenten Milde, am 15. früh, als schnell hingeworfene Bemerkung, nach einer höchst aufgeregten Nacht, unter den schmerzhaften Eindrücken geschrieben wurde, welche das Verlassen des Postens Seitens Mannschaften der Bürgerwehr und die mir gemeldete Entwaffnung 2c. anderer auf mich hervorbrachten. Von der großen Verantwortung erdrückt, dem Präsidenten der National-Versammlung gegenüber eine Garantie zu übernehmen, die mir augenblicklich zweifelhaft schien, bezog ich daher scheinbar auf Alle, was nur Einzelne treffen konnte. Freudig beeilte ich mich aber, in dem ausführlichen Schreiben eine Stunde später, den Sinn zu ergänzen, indem ich darin die Zuversicht aussprach, die mir durch das Anerbieten dreier am Tage vorher sehr angestrengter Bataillone in dem geknickten Gemüthe wieder erwachte. — Was meine Disposition in jener Nacht anbelangt, so werde ich sie in einem ausführlichen Memoire vorlegen, und damit dem öffentlichen Urtheile, übergeben, das mich vielleicht tadeln, aber meinen festen Willen, nach besten Kräften zu nützen, nicht bezweifeln wird. — Blesson.

Herr Blesson erfüllte sein Versprechen; er hat sich später vielfach bemüht, seine Dispositionen am 14. Juni durch Druckschriften und Zeitungsartikel zu rechtfertigen, gelungen aber ist es ihm nicht. Anerkannt muß indessen werden, daß er dem allgemeinen Unwillen nicht trotzte, sondern schon am 15. Juni sein Amt niederlegte, als er erkannte, daß er bei der Bürgerwehr kein Vertrauen mehr besitze.

An Stelle des Herrn Blesson wurde in aller Eile der Major Rimpler durch die Offiziere der Bürgerwehr zum interimistischen Kommandeur gewählt.

Hatte der Zeughaussturm schwere Folgen für alle Diejenigen, welche bei den Ereignissen des 14. Juni sowohl durch den Angriff wie durch die

Vertheidigung betheiligt waren, so wurde er doch noch weit verhängnißvoller für die Ausbildung des politischen Parteiwesens in Berlin.

Die Bürgerschaft war empört über die Beraubung des Zeughauses; die frechen Diebstähle eines nichtswürdigen Gesindels schrieb sie der demokratischen Partei zu, welche ihre Unfähigkeit dadurch bewiesen hatte, daß sie nicht im Stande gewesen war, die revolutionäre Bewegung zu leiten, die Geister, welche sie hervorgerufen hatte, auch wieder zu bannen.

Nichts konnte den Gegnern der Demokratie erwünschter sein, als diese Gelegenheit, die demokratischen Führer zu schmähen und zu verdächtigen. Alle Zeitungen stimmten überein in der Verurtheilung des unglückseligen Ereignisses. Die Straßenecken bedeckten sich mit Plakaten, in denen gleichmäßig über die Bürgerwehr, über den Major Blesson, über die frechen Zeughausstürmer und über die Reaktionäre geschimpft wurde.

Die städtischen Behörden sprachen öffentlich ihre tiefe Entrüstung aus und beschlossen die Einsetzung eines eigenen städtischen Sicherheitsausschusses, einer übrigens todtgeborenen Schöpfung. Der konstitutionelle Klub suchte von sich jeden Verdacht einer Schuld abzuwälzen und diese lediglich der demokratischen Partei aufzubürden. Er erließ folgende Proklamation:

„Mitbürger! Das Volk von Berlin hat sich durch die Märzrevolution, durch seine Mäßigung nach dem Siege, durch seine Ausdauer in der Wahrung des Errungenen die Bewunderung aller freien Nationen erworben. Wir durften stolz sein. Wir konnten den Schmähungen aus den Provinzen durch den feierlichen Kultus unserer Todten antworten. Als wir an jenem Sonntage in unabsehbarem Zuge in erhabener Ruhe zu ihren Grabstätten wallten — damals war der Ruhm der Märztage noch unbefleckt. Er ist es nicht mehr. Wir haben es erleben müssen, daß Mitglieder der National-Versammlung, die vor Allem heilig zu halten ist — denn sie ist die Trägerin des Volkswillens — in ihrer Sicherheit auf's Ernstlichste bedroht wurden. Wir haben es jetzt sogar geschehen lassen, daß das Eigenthum des Volks verbrecherisch angegriffen, daß der kriegerische Ehrentempel unserer Nation geschändet, daß die Siegeszeichen unserer glorreichen Kriege von frevelnden Händen angetastet wurden. Das war nicht der Kampf des Volks um das Recht der Volksbewaffnung, das war das verwerfliche Thun einer irregeleiteten Masse, die von Einzelnen zu ihren Zwecken mißbraucht wurde. — Brüder! Die Schmach jener nächtlichen Ereignisse ist unauslöschlich. Wen die Hauptschuld des Frevels trifft, wer wollte es jetzt schon zu entscheiden wagen, wo aus dem Gewirre der widersprechendsten Berichte kaum etwas Sicheres festzustellen ist? Scheint es doch, als ob es durch die vielfach begangenen Fehler derer, welchen zu handeln oblag, zu diesem Aeußersten hätte kommen sollen, damit wir endlich einmal der Gefahren inne würden, die in unsern Zuständen liegen. Aber eben, weil die Verantwortlichkeit an keiner einzelnen Stelle haften kann, trifft der Makel uns Alle. Zu tilgen ist er nimmer! Laßt uns versuchen, ihn durch unsere fernere Haltung zu sühnen. Wir vermögen es nur dadurch, daß wir der Reaktion jeden Vorwand nehmen, jenes Ereigniß zur Schmälerung der Freiheit des Volks auszubeuten, daß wir von nun an mit unerbittlicher Strenge jedes anarchische Gelüste niederhalten, daß wir uns in Einmüthigkeit um das Banner unserer jungen Freiheit schaaren und nicht dulden, daß der im Dunkeln schleichende böse Geist der Zwietracht die frechen Hände nach ihr ausstreckt. Darum laßt uns nicht länger die Schmach ertragen, daß eine selbstsüchtige Partei, die den heiligen Namen des Volkes freventlich mißbraucht, die Ehre der Revolution beflecke und unter dem Schilde der Freiheit selbst verrätherische Streiche führe. — Der konstitutionelle Klub."

Die guten Bürger Berlins hörten von allen Seiten, daß die verruchte demokratische Partei allein die Schuld trage an dem Sturm des Zeughauses und dem Raube der Trophäen, sie sahen, daß sich die Stadt entvölkerte, daß viele vornehme und reiche Familien Berlin verließen, weil sie sich in der Hauptstadt nicht mehr für sicher hielten, daß gerade in den besten Stadtgegenden unzählige Wohnungen leer standen, daß die Miethspreise mit erschreckender Schnelligkeit tief herabsanken, daß Handel und Gewerbe stille standen, da mußten sie denn wohl ein tiefes Grauen vor der demokratischen Partei empfinden, durch welche all' dies Unglück herbeigeführt worden war. Es kam hinzu, daß gerade in jenen Tagen die demokratische Partei entschiedener und klarer ihre Prinzipien aussprach als jemals früher.

In Frankfurt a. M. hatte am 14., 15. und 16. Juni ein Kongreß der demokratischen Vereine Deutschlands unter dem Vorsitze von Julius Froebel getagt, auch Berlin war bei demselben vertreten*). Der Kongreß hatte eine Erklärung dahin abgegeben, er halte die demokratische Republik für die einzige für Deutschland haltbare Verfassung. Um die Macht der demokratischen Partei zu erhöhen, war eine feste Organisation aller deutschen demokratischen Vereine beschlossen worden; Julius Froebel, Rau und Kriege waren zu Mitgliedern eines Central-Ausschusses erwählt worden, welcher seinen Wohnsitz in Berlin nehmen sollte, um von hier aus die Partei zu organisiren und Propaganda durch die Presse sowie durch die Vereine zu machen.

Der Beschluß des Kongresses, die demokratische Republik sei die einzige für Deutschland haltbare Staatsform, erregte in Berlin eine tiefe Aufregung. Zum ersten Mal wurde die Frage, ob

*) Der demokratische Klub hatte den Dr. Hexamer, der Volksklub den Assessor Goffen deputirt, vom Verein für Volksrechte war ich nach Frankfurt entsendet worden.

Monarchie ob Republik in Vereinen, Zeitungen, Flugschriften und Plakaten öffentlich erörtert.

Die aus Frankfurt zurückgekehrten Kongreß-Deputirten statteten in Klubs und Volks-Versammlungen Bericht ab und es gab stürmische Verhandlungen für und gegen. Im Verein für Volksrechte, der ursprünglich nur die Linke des konstitutionellen Klubs umfaßt, nach und nach aber sich mehr der Demokratie zugeneigt hatte, waren die Debatten am wildesten*), sie führten endlich zu einer Anerkennung des Frankfurter Beschlusses und zu dem Rücktritt des Vorsitzenden Professor Jacoby und einiger Freunde desselben. Vom demokratischen Klub, vom Volksklub sowie von einer eigends nach den Zelten berufenen Volksversammlung wurde der Beschluß des Kongresses dagegen mit einstimmiger Anerkennung begrüßt.

Es bildete sich zugleich in Berlin ein republikanischer Klub, der sich vorläufig nur auf eine geringe Anzahl von Mitgliedern beschränkte, aber dennoch nicht ohne Bedeutung war, er umfaßte die zuverlässigsten Führer der demokratischen Partei. Bei der Aufnahme der Mitglieder wurde mit großer Strenge verfahren**), unentschiedene Politiker wurden ebensowohl fern gehalten wie jene Straßendemokraten, welche sich bei allen Volksaufläufen und vorzugsweise im Lindenklub als Redner betheiligten. Der republikanische Klub verzichtete für den Augenblick auf eine öffentliche Wirksamkeit, welche er sich für spätere Zeiten vorbehielt, er wollte eine Verbindung der einflußreichen Führer, ein gemeinsames Handeln derselben nach dem gleichen Ziele vorbereiten.

Daß ein republikanischer Klub in Berlin gebildet werden konnte, daß der auf dem Frankfurter Kongreß gewählte Central-Ausschuß in der preußischen Residenz seinen Wohnsitz nehmen wollte, gab der Bürgerschaft Grund zu großen Besorgnissen; einmüthig erhob sie sich gegen alle republikanischen Bestrebungen; die Zeitungen tadelten diese mehr oder weniger heftig, Straßenplakate und Broschüren sprachen sich im gleichen Sinne aus, die konservativen Vereine, der patriotische und der Preußen-Verein erhoben laut ihre Stimmen und auch der konstitutionelle Klub zeigte sich thätig, er beschloß einen konstitutionellen Kongreß nach Berlin zu berufen, um die Kräfte der gesammten konstitutionellen Partei gegen die Republikaner zu einigen.

Die städtischen Behörden glaubten ebenfalls mit Entschiedenheit gegen alle republikanischen Tendenzen Front machen zu müssen, sie thaten es in jener unklaren Weise, welche so viel dazu beigetragen hat, das Vertrauen der Bürgerschaft gegen ihre Vertretung zu erschüttern. Die Darstellung*) einer Verhandlung der Stadtverordneten über die brennende Frage mag davon Zeugniß geben.

Herr Seidel theilt folgendes Schreiben des Magistrats mit:

„Durch die denkwürdigen Ereignisse der Märztage ist dem preußischen Volke das langersehnte Gut der politischen Freiheit und Mündigkeit errungen worden. Das Prinzip derselben ist öffentlich und feierlich anerkannt, wir befinden uns bereits faktisch im Besitze der weitesten politischen Freiheit, und durch die Wahl des ganzen Volkes ist in der National-Versammlung das Organ gegeben, vermittelst dessen das preußische Volk mit seinem Könige die Freiheit des Landes regeln und gegen Uebergriffe nach allen Seiten hin sichern wird. Die Grundlage für die neue Gesetzgebung ist das Resultat der Märzereignisse, die konstitutionelle Monarchie; eine andere Grundlage könnte nur durch eine Revolution geschaffen werden. Dessenungeachtet will eine Partei hier in Berlin und Deutschland diese Grundlage nicht. Sie will die Republik und bereitet diese energisch vor. Sie stellt unser ganzes Staatsleben in Frage und erkennt keine zu Recht bestehende Ordnung und Obrigkeit mehr an. Ihr Mittel zu diesem Zweck ist die beständige Aufregung der Massen und Bearbeitung derselben zu ihrem Zwecke. Abgesehen davon, daß die republikanische Regierungsform Preußen als Gesammtstaat sofort vernichten, den Fall Preußens, den Untergang Deutschlands herbeiführen und es zum Raube seiner Nachbarn machen würde: ein unabsehbares Unglück und Blutvergießen würden nur die Vorläufer dieses Endes sein und es kann einer Partei nicht gestattet werden, ihr Ziel dadurch zu erstreben, daß sie der Ordnung und dem Gesetz, dem Willen und der Wohlfahrt der Mehrheit fortdauernd den Krieg erklärt. Die National-Versammlung ist die einzige kompetente Stelle, welche die Verfassung des Landes gesetzlich zu bestimmen hat, der allein es auch nur zusteht, das Land gegen die revolutionären Versuche von Fraktionen durch Strafgesetze sicher zu stellen. Bis

*) Der Vorsitzende des Vereins für Volksrechte, Professor Jacoby, der gerade deshalb aus dem konstitutionellen Klub getreten war, weil er geäußert hatte, ihm graue vor dem Worte Republik nicht, beantragte im Verein gegen mich ein Mißtrauensvotum; der Verein sollte erklären, ich hätte durch Zustimmung zu dem Kongreßbeschluß meine Vollmacht überschritten. Nach stundenlangen heftigen Debatten wurde nicht nur der Antrag des Vorsitzenden abgelehnt, sondern der Verein erklärte sogar mit großer Majorität, ich hätte ganz in seinem Geiste gesprochen und gestimmt und daher den Dank der Vereinsmitglieder verdient.

**) Ich enthalte mich absichtlich jeder Nennung von Namen. Manche Mitglieder des republikanischen Klubs, deren ich mich entsinne, gehören heut der nationalliberalen Partei an; sie würden vielleicht nicht gern an ihre Mitgliedschaft, welche sie jetzt wohl als eine Jugendthorheit betrachten müssen, erinnert werden

*) Wolff's Revolutions-Chronik.

dies aber geschehen ist, erscheint es als die dringendste Nothwendigkeit, sofort allem ungesetzlichen und revolutionären Treiben entgegenzutreten, das besonders Berlin bedroht, welches, wenn ihm nicht bald ein Ende gemacht wird, unfehlbar unsere Stadt in namenloses Elend stürzen wird. Dies kann aber nur geschehen, wenn bis dahin, wo die neue Gesetzgebung des Landes festgesetzt sein wird, die bestehenden Gesetze auf das kräftigste gehandhabt, Ruhe und Ordnung in der Stadt energisch aufrecht erhalten und die erforderlichen exekutiven Mittel mit Entschiedenheit in Anwendung gebracht werden. Der Magistrat hält dafür für erforderlich, daß eine gemischte Deputation diese Angelegenheit überhaupt in Berathung nehme, auch insbesondere erwäge, auf welchem Wege die Staatsregierung anzugehen sein dürfte: unter nochmaliger feierlicher Proklamirung aller dem preußischen Volke errungenen und sicherzustellenden Rechte, die gesetzliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit des Vaterlandes und der Hauptstadt auf Grund der jetzt bestehenden Landesgesetzgebung durch eine interimistische Diktatorialgewalt zu schützen und zu erhalten, um zu verhüten, daß nicht Preußen mit seiner Hauptstadt, indem es sich jetzt gerade auf dem Wege befindet, seine Freiheit, seine Wohlfahrt und seine und Deutschlands nationale Größe durch Verfassungsgesetze neu zu begründen und aufzubauen, noch mitten auf diesem Wege durch Gesetzlosigkeit und Faktionen an den Rand des Abgrundes geführt werde und zu Grunde gehe."

Herr Riedel führt an, daß der Antrag des Magistrats veranlaßt sei durch die maßlose Vermessenheit einer in Frankfurt a. M. zusammengetretenen Partei, die Berlin zu ihrem Vorort erwählt, auch Delegirte hierher senden wolle, um die ausgestreute Saat weiter zu fördern. Die traurigen Erscheinungen, welche jetzt hervortreten, seien Folgen der Fehler und Schwächen der Lokalbehörden, und die beste Regierung könne Nichts thun, wenn die Lokalbehörden nicht mit derselben Hand in Hand gehen. Zu den letzteren gehöre außer dem Magistrat auch die Polizeiverwaltung, die ebenfalls ihre Schuldigkeit thun müsse. Er wünsche, daß Jeder fortan seinen Verpflichtungen nachkomme, daß namentlich der Magistrat einen neuen Geist sich aneigne. — Der Magistrats-Kommissarius Hedemann klagt den Staatsanwalt und vor allen Dingen das Polizeipräsidium an, daß sie nicht ihre Pflicht erfüllten; weil diese rathlos gewesen, seien wir in anarchische Zustände hineingerathen. Das Ministerium müsse handeln, den Lokalbehörden mit gutem Beispiele vorangehen. Was die Lokalbehörden thun sollten, wenn sie nicht einmal auf die Bürgerwehr sich immer verlassen könnten, die erst kürzlich den Magistrat bei einer gewöhnlichen Arbeiter-Emeute im Stich gelassen habe? Er verwahre sich daher gegen die Aeußerung des vorigen Redners, der den Geist des Magistrats getadelt; der Geist desselben sei stets ein guter. — Herr Riedel freut sich, eine Bestätigung seiner Ansicht in der Erwiderung des Magistrats-Deputirten gefunden zu haben: es stehe fest, daß die Lokalbehörden ihre Schuldigkeit nicht gethan; Niemand solle sich aber dem süßen Glauben überlassen, daß der Geist allein von oben herab käme. Herr Ulfert ist der Meinung, man beabsichtige die Republik zu proklamiren; dies sei der konstitutionellen Monarchie gegenüber Hochverrath. Man müsse einschreiten und die Häupter dieser Schilderhebung verhaften lassen. — Herr Krüger will keinen Diktator; dies sei eine gefährliche Maßregel. Er hoffe, die vorhandenen Gesetze würden ausreichen, sie müßten nur von der Centralgewalt in Anwendung gebracht werden. Jeder Zweifel gegen das neue Ministerium müsse schwinden, da es die Gerechtigkeit verlange, daß man erst abwarten müsse, was dasselbe thun werde. — Herr Holbein ist entschieden für den Antrag des Magistrats. Er führt an, daß die Häupter eines Klubs durch die Anstrengungen und durch den Muth der Bürgerwehr verhaftet gewesen, dieselben aber nach zwei Stunden wieder entlassen worden seien. Das habe natürlich nachtheilig auf den guten Geist der Bürgerwehr wirken müssen. — Herr Gneist bedauert, das Wort ergreifen zu müssen, weil er fast voraussehe, daß er in der Minorität bleiben werde. Es sei hier fortdauernd davon die Rede, die Ruhe aufrecht zu erhalten; auch er sei dafür; der Kommunalverwaltung gezieme aber vor allen Dingen selber Ruhe, die er hier vermisse. Diese ganze Angelegenheit müsse ruhiger in's Auge gefaßt werden, und dazu sei der geeignetste Weg der, die Sache durch eine Deputation erst in Vorberathung nehmen zu lassen, denn die Zustände seien nicht so schlimm, wie man voraussetze. — Herr Hartwig führt an, daß allerdings Gefahr im Verzuge sei, die rothe Fahne sei schon zu verschiedenen Malen entfaltet; der demokratische Klub wolle eine Volksbewaffnung mit Piken auf eigene Hand veranstalten, und es seien von diesen Piken bereits Proben bei der Volksversammlung vor den Zelten vorgewiesen worden. Man sei noch weiter gegangen: diese Piken seien ruhig daherziehenden Militärpersonen vorgehalten und dabei Drohungen gegen dieselben ausgesprochen worden. Die Gefahr werde noch vermehrt durch das massenhafte Zuströmen der Arbeiter nach Berlin, das jede Kontrole fast unmöglich mache. Es sei unumgänglich nothwendig, auf den Antrag des Magistrats einzugehen. Berlin's Zustände hätten Aehnlichkeit mit Paris. Man solle sich der dortigen Nationalwerkstätten erinnern, wo die Zahl der Arbeiter von Tag zu Tag gewachsen; auch bei uns überfluthe die Zahl der Arbeiter alles; es seien aber unter ihnen auch Müßiggänger, die nicht Zucht und Ordnung achteten, und wenn jetzt für den Augenblick auch noch

vielleicht Beschäftigung gefunden werde, die Noth noch nicht so hervorgetreten, wo das Klima das Uebernächtigen auf freiem Felde begünstige, so denke er mit Entsetzen an die kommenden Tage des Winters; 45,000 Thlr. monatliche Ausgaben würden schon erfordert, von denen man nicht wisse, woher sie nehmen. Er sei daher für Ausnahme-Gesetze, die so lange gültig sein müßten, bis die Verfassung hergestellt sei. — Herr Lewald will die Versammlung wieder auf den Antrag des Magistrats zurückführen. Soviel stände fest, die Aufgeregten und Nichtaufgeregten stimmten beide für die Deputation. Der Sicherheits-Ausschuß habe dieses Ausnahme-Gesetz befürwortet, überhaupt diesen Antrag des Magistrats hervorgerufen, da er gerade am besten Gelegenheit hatte, zu erkennen, daß Staatsanwalt und das Polizei-Präsidium außer Stande seien, bei den vorhandenen Gesetzen mit günstigem Erfolge einzuschreiten. Nach den gegenwärtigen Verhältnissen sei es schwer, Jemandes Verurtheilung herbeizuführen, jede derartige Anklage würde fast gewiß mit Freisprechung endigen. Man hätte keine Gesetze, die Ansichten verurtheilen könnten, namentlich könne man keinen Republikaner deshalb verurtheilen, weil er Republikaner sei, ebenso wenig einen Professor, der vielleicht vom Katheder herab die republikanische Staats-Verfassung als die beste seinem Auditorium anpreise. Erst dann sei ein erfolgreiches Einschreiten der Behörden gesichert, wenn man etwa die Republik mit Gewalt der Waffen erzwingen wolle; vollkommen theile er die Ansicht, daß zu der beabsichtigten Deputation der Sicherheits-Ausschuß zuzuziehen sei. — Herr Seidel führt nochmals in warmer Ansprache die Gründe an, die für diese Deputation sprechen, macht auf den Nothstand einer vor kurzer Zeit noch so blühenden, schönen Stadt aufmerksam, die in leeres Nichts zurücksinken werde, wenn nicht mit muthiger Hand Uebelständen entgegengetreten würde, die länger zu dulden nicht anginge; er führt Camphausen's letztes Wort an den Sicherheits-Ausschuß an, der scheidend den heißesten und innigsten Wunsch ausgesprochen habe, daß in Berlin die Ruhe wiederkehre, da sonst die Stadt verloren sei. — Die Abstimmung erfolgt nun, der Antrag auf eine Deputation wird fast mit Einstimmigkeit angenommen und zu der Deputation die Herren Fournier, Gneist, Ulfert und Bock erwählt, die zu dem Sicherheits-Ausschuß hinzutreten und so die gewünschte Deputation bilden würden."

Die radikal-demokratische Partei ließ sich inzwischen weder durch die Drohungen der Presse, noch durch die der konservativen Klubs und der städtischen Behörden abhalten, ihre Verhandlungen über die Frankfurter Kongreßbeschlüsse fortzusetzen. Es war das Gerücht verbreitet, der Central-Ausschuß werde von der Polizei nicht in Berlin geduldet werden, den Mitgliedern desselben stehe, sobald sie nach der Hauptstadt kämen, eine Verhaftung bevor. Vom Verein für Volksrechte wurde deshalb eine Deputation an den Polizei-Präsidenten geschickt, um zu fragen, ob das Gerücht begründet sei.

Herr von Minutoli empfing die Deputation mit der ihm eigenen höflichen und zuvorkommenden Freundlichkeit; er erklärte, daß er zwar nur als Privatmann antworten könne, denn er habe sein Amt niedergelegt und sein Nachfolger sei im Begriff, dasselbe zu übernehmen, aber er könne die Versicherung abgeben, daß das Polizei-Präsidium wie bisher auch ferner streng gesetzlich handeln werde; so lange der demokratische Central-Ausschuß sich lediglich auf theoretischem Boden halte, stehe seinem Aufenthalt in Berlin nichts entgegen, von einer Verhaftung der Herren Fröbel, Rau und Kriege könne daher gar nicht die Rede sein. Ebenso aber verstehe sich auch von selbst, daß das Polizei-Präsidium keinenfalls Aufforderungen zur Herbeiführung der Republik, gleichgültig ob dieselben durch die Presse verbreitet oder ob sie sich in Vereinen kundgeben würden, dulden könne.

Nach diesem Grundsatz verfuhr das Polizei-Präsidium auch wirklich. Die Herren Fröbel, Rau und Kriege kamen am 29. Juni nach Berlin, sie konstituirten sich als Central-Ausschuß, ihnen wurden durch die demokratischen Klubs noch der Dr. Eduard Meyen und der Dr. Hexamer als weitere Mitglieder des Ausschusses zugestellt. Die neue demokratische Behörde hielt ihre Sitzungen in einigen im Hause des Restaurateurs Waßmann in der Leipzigerstraße gemietheten Zimmern. Sie versuchte es, die demokratische Partei zu organisiren. Deutschland wurde in abgegrenzte Kreise eingetheilt, die demokratischen Vereine jedes Kreises sollten einen Kreis-Ausschuß erwählen und von Zeit zu Zeit Kreis-Kongresse halten, die Kreis-Ausschüsse sollten mit dem Central-Ausschuß in steter inniger Verbindung bleiben. Für die Mark Brandenburg, welche einen Kreis bildete, wurde sofort von dem Berliner Verein ein provisorischer Kreis-Ausschuß gewählt, derselbe bestand aus folgenden Deputirten der vier Berliner Klubs: Adolf Streckfuß, Stein, Jansen und Lange.

Das Polizei-Präsidium konnte zur Stärkung der konservativen Partei nichts Klügeres thun, als daß es die demokratischen Vereine ruhig gewähren ließ, während es zugleich dafür sorgte, daß der Staatsanwalt jede wirkliche Verletzung der Gesetze sofort verfolgte. Gerade durch den jetzt offen ausgesprochenen republikanischen Charakter der radikalen Demokratie verlor diese unter der einflußreichen Bürgerschaft viele Anhänger; dies zeigte recht augenscheinlich das Schicksal ihrer Zeitungen. Während die Vossische Zeitung an Abonnenten außerordentlich zunahm, sie zählte deren 24,000, während die National-Zeitung, das Organ der zahmen Demokratie, gedeihlich emporblühte, während sogar die eben entstehende Neue Preußische Zeitung, die Kreuz-Zeitung mit Gott

für König und Vaterland, das Organ der feudalen Reaktion*), gleich bei ihrer Begründung zahlreiche Leser fand, kränkelten die demokratischen Zeitungen. Die von Dr. Retslag, dem späteren national-liberalen Redakteur der Magdeburger Zeitung, herausgegebene Berliner Abend-Zeitung konnte sich aus Abonnentenmangel nur 2 Monate halten. Julius, der bewährte Redakteur der Zeitungshalle, rief vergeblich die demokratische Partei zur Unterstützung seines Blattes auf, welches der Demokratie bisher am treuesten gedient hatte.

Julius hatte ein nicht unbedeutendes Vermögen geopfert, um die Zeitungs-Halle zu gründen und zu erhalten; daß sie trotzdem nicht einmal die Kosten zu decken vermochte, daß die demokratische Partei nicht die verhältnißmäßig geringe Summe von etwa 10—20,000 Thaler aufbringen konnte oder wollte, um ihr bedeutendstes Organ zu halten, war ein recht klarer Beweis für die materielle Schwäche der viel gefürchteten Partei.

Die Demokraten besuchten wohl gern die Klubs und Volks-Versammlungen, sie hielten und hörten dort mit Vergnügen möglichst radikale republikanische Reden und faßten hochklingende Beschlüsse, sie schraubten sich zu einer künstlichen Begeisterung empor, aber von einer tiefen Ueberzeugung, von einem wahren Enthusiasmus für ihre Prinzipien, welcher Opferfreudigkeit erzeugt, war bei den Berliner Republikanern nicht viel zu spüren; wenn es galt den allerdings ziemlich schmalen Beutel für Parteizwecke zu öffnen, blieben sie meist gern zu Haus. Gefährlich war eine so geartete Partei wohl nicht.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Konservative Stimmung der Berliner. — Einberufung der Berliner Landwehr. — Abdankung Minutoli's und Krausnick's. — Der Wachsmuth-Waldeck'sche Antrag. — Ministerkrisis. — Das Ministerium der That. — Die neuen Minister. — Das Abgeordnetenfest in Potsdam.

Es ging nach dem Zeughaussturm ein konservativer Zug durch die Stadt Berlin und durch das ganze Land. Die Regierung benutzte ihn in kluger Weise, sie schaffte sich die Mittel zum kräftigen Handeln für die Zukunft, sie machte durch Kriminalprozesse einige der kühnsten Volksführer unschädlich, während sie doch nicht mit so schroffen Reaktionsmaßregeln vorging, daß hierdurch die Bürgerschaft zu schwer hätte verletzt werden können; fast schien es sogar, als folge die Regierung nur den Wünschen der Bürgerschaft, indem sie sich die Mittel zu einer weiteren Machtentwickelung schaffte.

Die Landwehr der drei Berliner Bataillone wurde schon am 15. Juni einberufen. Die unscheinbare Maßregel war doch von Bedeutung. Befanden sich auch unter den Landwehrmännern manche radikale Demokraten und Republikaner, so erschienen sie doch in Reih und Glied unter militärischer Disziplin nicht gefährlich; die Landwehr konnte zur Unterstützung und wenn es nöthig werden sollte, selbst gegen die Bürgerwehr verwendet werden; die Regierung schwächte durch die Einberufung der Landwehr die republikanische Partei, indem sie ihr eine nicht unbedeutende Zahl kräftiger Männer für den Fall einer Revolution entzog. Und doch erschien die ganze Maßregel recht freisinnig und es hörte sich recht gut an, als der Minister-Präsident Camphausen in der Sitzung vom 15. Juni erklärte:

„Die Landwehr der drei Berliner Bataillone ist einberufen und wird noch heute zusammentreten, um in Gemeinschaft mit der Bürgerwehr zum Schutze der Stadt verwendet zu werden. Berliner werden hiernach mit Berlinern dem Gesetze Schutz zu verschaffen haben."

Was konnten die Berliner mehr verlangen? Auch eine neue Polizei wurde ihnen verheißen, eine Bürger-Polizei nach englischem Muster. Darüber verhandelte die Regierung eifrigst mit dem Magistrat und dieser hatte schon die Aufforderung an die Bürger ergehen lassen, sich zur Einreihung in das Konstablerkorps zu melden.

Auch dies war recht schön, aber weniger wollte es den Berlinern gefallen, daß an der Spitze der neuen Polizei nicht der bisherige, allgemein hoch geachtete und beliebte Polizei-Präsident von Minutoli stehen sollte. Die Stellung des Herrn von Minutoli war schon seit langer Zeit unhaltbar geworden, der am Hofe zu Potsdam mächtigen Partei erschien er nicht entschieden genug, man warf ihm vor, daß er der Revolution zu häufig Rechnung getragen habe und fürchtete wohl sogar, daß ihn der Ehrgeiz bewegen könne, sich der herrschenden Partei feindlich zu zeigen, wenn etwa die Revolution Aussicht auf einen dauernden Sieg haben sollte. Herr von Minutoli, der selbst fühlte, daß er sich als Polizei-Präsident nur halten könne, wenn ihm von obenher unbedingtes Vertrauen geschenkt werde, bat um seine Entlassung und erhielt sie am 27. Juni. Sein Nachfolger war der Herr von Bardeleben.

Der Abgang des Herrn von Minutoli wurde von den Berlinern aller Parteien sehr bedauert; man schenkte dem Scheidenden die gerechte Anerkennung, daß er in einer höchst schwierigen Stellung sich stets taktvoll und human gezeigt habe. Der Wunsch, seine Dienste der Stadt zu

*) Es versteht sich von selbst, daß auch die Kreuz-Zeitung, obgleich sie von Anfang an ziemlich offen Reaktion predigte, doch vor der Hand eine konstitutionelle Maske tragen mußte. In der ersten der berühmten Rundschauen, welche in der Probenummer veröffentlicht wurde, äußerte sich der Rundschauer Herr von Gerlach, daß die Zeitung konstitutionell sei und jeden Absolutismus irgend eines Menschen, irgend eines Fürsten, auf das Entschiedenste von sich ablehnen müsse.

erhalten, war allgemein; man hätte den beliebten Mann sicher zum Kommandeur der Bürgerwehr mit großer Majorität gewählt, aber er lehnte die Annahme dieses Ehrenamtes auf das Entschiedenste ab.

Weniger Bedauern erregte der fast zu gleicher Zeit erfolgende definitive Rücktritt eines andern bekannten Mannes, des Oberbürgermeisters Krausnick. Wir haben schon früher erzählt, daß Herr Krausnick seine Ansprüche auf die Oberbürgermeister-Stelle keineswegs aufgegeben hatte, obgleich sein Rücktritt vom Magistrat zur Beruhigung der Bürgerschaft proklamirt worden war. Der Magistrat erkannte seine Ansprüche an, auch die Stadtverordneten-Versammlung vermochte sie nicht zu bestreiten, obgleich sie es bei dem gegen Herrn Krausnick in der Bürgerschaft herrschenden, theilweise sehr ungerechten Vorurtheil nicht für möglich hielt, daß er sein wichtiges Amt ferner mit Erfolg führen könne. Es wurde deshalb eine Einigung versucht und sie gelang. Herr Krausnick ließ sich seine Pensionirung unter ziemlich günstigen Bedingungen gefallen.

Wichtiger als der Rücktritt des Herrn von Minutoli und des Oberbürgermeister Krausnick war der des Ministeriums Camphausen, der zwar nicht als eine Folge des Zeughaussturmes, wohl aber als eine Folge der durch denselben mit hervorgerufenen politischen Krisis betrachtet werden kann.

Das Ministerium Camphausen war der am Hofe zu Potsdam mächtigen Partei entbehrlich geworden, man konnte es fallen lassen und es war leicht, den ehrlichen Minister-Präsidenten zum Rücktritt zu bewegen.

Der sich verschärfende Kampf der Parteien fand seinen Ausdruck auch in der National-Versammlung. Während aber im Volk die Strömung der konservativen Entwickelung günstig war, ging sie merkwürdigerweise in der National-Versammlung den entgegengesetzten Weg, die Versammlung neigte sich mehr und mehr in ihrer Majorität und daher auch in ihren Beschlüssen der Linken zu. Es zeigte sich dies schon in der ersten Sitzung nach dem Zeughaussturm.

Die Mißhandlung der Deputirten am 9. Juni, die unruhigen Auftritte am 14. Juni hatten einen Theil der Versammlung sehr ängstlich gemacht, man forderte Maßregeln zum Schutz der Versammlung, aber die Majorität lehnte dieselben ab, sie stimmte für einen vom Abgeordneten Uhlich, dem bekannten freigemeindlichen Prediger, gestellten Antrag, die Versammlung wolle erklären, daß sie keines Schutzes Bewaffneter bedürfe, sondern sich unter den Schutz des Berliner Volkes stelle.

Vertrauen erzeugt Vertrauen. Die National-Versammlung, welche bisher bei den Berlinern keineswegs beliebt gewesen war, wurde es nach der Annahme des Uhlich'schen Antrages. Wichtiger noch war ein Beschluß, welchen sie in derselben Sitzung faßte, ein Beschluß, der im ganzen Lande großen Jubel erregte; er betraf die Behandlung des von der öffentlichen Stimme, von allen Parteien einstimmig verurtheilten Verfassungs-Entwurfs des Ministeriums Camphausen.

Der Abgeordnete Wachsmuth, ein Mitglied des Centrums, jener gewiß nicht extravaganten Fraktion des Hauses, vereinigte sich mit dem Abgeordneten Waldeck von der Linken, beide gemeinsam stellten den Antrag: die Versammlung möge eine Kommission von 24 Personen ernennen, welche unter Zugrundelegung des Regierungs-Entwurfs über denselben und eventuell über dessen Umarbeitung berathe und den neuen Entwurf den Abtheilungen zufertige. Auch dieser Antrag erhielt die Majorität der National-Versammlung. Er war hoch bedeutungsvoll, denn er schloß bei aller Milde der Form doch ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium in sich. Freilich beabsichtigte dies der größte Theil der für den Wachsmuth-Waldeck'schen Antrag Stimmenden nicht, der Verfassungs-Entwurf wurde ja nicht direkt verworfen, er sollte den Berathungen der Kommission zu Grunde gelegt werden, damit glaubte die ministerielle Fraktion den Ministern Genüge geleistet zu haben, es ließ sich indessen unschwer errathen, daß man beim eigentlichen Regierungs-Entwurf in den Kommissionsverhandlungen nicht stehen bleiben würde, daß die Umarbeitung eine vollständige Vernichtung des Entwurfs zur Folge haben müsse, und so faßten auch die Gegner des Ministeriums auf der Linken den Antrag auf.

Die Linke und die Centren stimmten für den Wachsmuth-Waldeck'schen Antrag; einer der freisinnigsten Abgeordneten aber, der bisher für besonders zuverlässig gehalten worden war, Herr von Kirchmann, wurde seiner Partei untreu, er hat darüber später vielfach Vorwürfe von den Parteigenossen hören müssen.

Gar manche von denen, die für den Wachsmuth-Waldeck'schen Antrag gestimmt hatten, erschraken über den von ihnen gethanen Schritt, als sie hörten, im Ministerium habe derselbe heftige Debatten erregt. Das Gerücht verbreitete sich, eine ernste Krisis im Ministerium bereite sich vor, und daß es nicht unbegründet war, zeigte sich schon in der Sitzung vom 17. Juni, in welcher der Minister-Präsident der Versammlung die Mittheilung machte, der Minister des Krieges, der auswärtigen und der geistlichen Angelegenheiten hätten ihre Entlassung eingereicht. Da es nothwendig sei, daß das Ministerium vollständig vor der Versammlung erscheine, bat Herr Camphausen um eine kurze Vertagung. Die Versammlung beschloß diese bis zum 20. Juni.

Die Tage vom 17. zum 20. Juni waren eine Zeit banger Erwartung für die Anhänger des Ministeriums Camphausen. Man hörte, der Minister-Präsident bemühe sich vergeblich, ein einheitliches Ministerium der freisinnigen Partei zu bilden, er stoße am Hofe auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Es wurde erzählt, in Potsdam habe sich eine geheime Regierung gebildet, welche dem Könige Bericht über die Staats-Angelegen-

heiten erstatte und von ihm Befehle empfange, von denen das Ministerium nichts wisse; mit Uebergehung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten und des Minister-Präsidenten empfange der König auswärtige Depeschen und beantworte sie, das Ministerium trage wohl die Verantwortlichkeit für alle Regierungshandlungen Seiner Majestät, ohne aber in die eigentlich am Hofe herrschende Politik eingeweiht zu sein.

Ob etwas Wahres an solchen Gerüchten sei, vermochte man nicht zu ergründen, sie wurden aber vielfach geglaubt und erschienen wahrscheinlich genug. Am 20. Juni erhielt die National-Versammlung vom Minister-Präsidenten ein Schreiben, welches ihr die unerfreuliche Nachricht brachte, es sei ihm nicht gelungen, das Ministerium zu ergänzen, er habe deshalb Se. Majestät um seine Entlassung gebeten; zugleich ersuchte er um Aussetzung der Sitzung bis zur Konstituirung des neuen Ministeriums und den gleichen Wunsch sprach der Minister von Auerswald im Namen aller seiner Kollegen aus.

Der Antrag des scheidenden Minister-Präsidenten erregte zwar eine heftige Debatte, mehrere Abgeordnete protestirten dagegen, daß die Versammlung auf unbestimmte Zeit hin vertagt werde, sie wollten höchstens eine Aussetzung auf 1 bis 2 Tage sich gefallen lassen; aber sie drangen mit ihren Wünschen nur theilweise durch, die Versammlung beschloß, ihre Plenarsitzungen bis zum 26. Juni zu vertagen. Innerhalb dieser Zeit erfüllte sich denn auch das Geschick des Ministeriums.

Am 26. Juni erschien an den Straßenecken Berlins ein Extrablatt des preußischen Staatsanzeigers, welches folgende königliche Botschaft veröffentlichte:

„Nachdem der Präsident des Staats-Ministeriums, Staats-Minister Camphausen, sowie die Staats-Minister Graf von Schwerin, von Auerswald, Bornemann und Freiherr von Schleinitz, ingleichen der Chef des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Freiherr von Patow, von Mir auf ihren Antrag aus ihren bisherigen Stellungen entlassen worden sind, habe Ich 1) den Ober-Präsidenten von Auerswald zum Präsidenten des Staatsministeriums und zugleich interimistisch zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, 2) den Präsidenten der National-Versammlung, Abgeordneten Milde, zum Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, 3) den General-Landschaftsrath, Abgeordneten Rodbertus, zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und 4) den Kriminalgerichts-Direktor Maercker zum Justiz-Minister ernannt. 5) Von dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten soll die Verwaltung der landwirthschaftlichen Angelegenheiten getrennt und ein eigenes Ministerium für diese Angelegenheiten gebildet werden, dessen Leitung Ich dem Stadtsyndikus Abgeordneten Gierke, unter Ernennung desselben zum Staats-Minister, übertragen habe. 6) Die Leitung des Ministeriums des Innern habe Ich dem Regierungs-Präsidenten Kühlwetter, jedoch auf seinen Wunsch nur interimistisch, übertragen. Der Finanz-Minister Hansemann und der Kriegs-Minister Freiherr v. Schreckenstein bleiben in ihren bisherigen Stellungen. Mein gegenwärtiger Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. — Sanssouci, den 25. Juni 1848. — (gez.) Friedrich Wilhelm. (kontras.) Hansemann."

Die Veröffentlichung der neuen Ministerliste machte in Berlin bei allen Parteien einen ungünstigen Eindruck. Die radikale Demokratie, welcher das Ministerium Camphausen als ein reaktionäres erschienen war, konnte durch das neue Ministerium in keiner Weise befriedigt werden, eben so wenig die konservative Partei, welche höchstens auf den Kriegs-Minister von Schreckenstein glaubte rechnen zu können. Nicht minder unzufrieden war aber auch die konstitutionelle Partei in allen ihren Fraktionen mit dem Ministerium.

Es war seit dem 20. Juni vielfach behauptet und geglaubt worden, Camphausen habe sein Portefeuille hauptsächlich deshalb niedergelegt, weil er zu der Einsicht gekommen sei, ein Ministerium könne sich nur halten und gedeihlich regieren, wenn es sich auf eine starke ihm durchaus ergebene Majorität in der Volksvertretung zu stützen vermöge, er habe vergeblich versucht, ein Ministerium aus hervorragenden Führern der National-Vesammlung zu bilden, dies sei ihm nicht gelungen und er habe deshalb dem Minister Hansemann die Zusammensetzung des Ministeriums überlassen müssen. Man erzählte sogar, die Bemühungen Camphausen's seien vorzugsweise aus dem Grunde vergeblich gewesen, weil ihnen der ehrgeizige Hansemann im Geheimen entgegengearbeitet habe.

Das Ministerium war endlich gebildet, aber ein Kammer-Ministerium war es ebensowenig wie das frühere, gehörten doch nur vier seiner Mitglieder, Hansemann, Milde, Rodbertus und Gierke der National-Versammlung an, und von diesen war Gierke, ein Mitglied des Centrums, so unbekannt sowohl im Publikum wie in der Versammlung selbst, daß die Tages-Witzblätter mit Recht die Frage aufwerfen konnten: Wer ist Gierke? Rodbertus gehörte dem linken Centrum an, er hatte sich einen Namen als tüchtiger Landwirth und freisinniger Staatswirth erworben, merkwürdigerweise war ihm, dem Landwirth, das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten anvertraut, während der Jurist Gierke das Ministerium des Ackerbaues, von welchem er, wie man hörte, gar nichts verstand, erhielt. Auch der neue Minister Kühlwetter war wenig bekannt, und von dem Minister-Präsidenten von Auerswald, dem Bruder des bisherigen Ministers, wußte man nur, daß er ein früherer Spielgefährte des Königs und diesem unbedingt ergeben sei. Man traute

ihm weder die Fähigkeit noch den Willen zu, die Regierung selbstständig zu leiten.

Die konstitutionelle Partei fühlte daher eben so wenig ein großes Vertrauen zu dem Ministerium, wie die Demokraten und Feudalen, aber sie war trotzdem entschlossen, es zu stützen, weil sie in dieser Zeit der Krisis glaubte, jedes Ministerium stützen zu müssen.

In der 20. Sitzung der National-Versammlung vom 26. Juni traten zum ersten Male die neuen Minister auf. Während sie auf der Ministerbank Platz nahmen, hatten die ausgetretenen Herren Camphausen und Auerswald ihre Sitze als Abgeordnete im Centrum eingenommen.

Am Beginn der Sitzung ergriff Herr Camphausen das Wort, um in einer langen Rede die Prinzipien des abgetretenen Ministeriums noch einmal darzulegen, er schilderte sie allerdings sehr richtig, indem er sagte, es wäre kein Ministerium der That, sondern ein Ministerium des Uebergangs, der Vermittelung gewesen, welches es sich zur Aufgabe gemacht habe, nicht schroff hineinzuspringen in die neuen, aus dem 18. März entsprossenen Zustände, sondern sie anzuknüpfen an die alten Gesetze.

Er sagte:

„Wollen Sie einen Namen suchen für die Sache, so nennen Sie die Verwaltung, an deren Spitze ich stand, ein Ministerium der Vermittelung, des Ueberganges, und wenn nunmehr diese Versammlung und das Land zu Gericht geht über das, was ich gethan, und was ich unterlassen, so darf ich den Anspruch machen, auf dem Boden gemessen zu werden, auf dem ich gestanden habe. Freudig will ich darauf verzichten, daß dem Urtheile über mich nicht zu Gute komme, was ich verborgen an Kräften aufgewendet, um auszugleichen, zu vermitteln, zu beschwichtigen, zu versöhnen, denn das Volk verlangt mit Recht, nur nach den offenen, in die Erscheinung tretenden Resultaten zu richten."

Mit diesen wenigen Worten deutete Camphausen die schweren Kämpfe an, welche er im Geheimen zu bestehen gehabt hatte gegen eine Partei, die noch immer am Hofe herrschte, ohne daß ihre Führer offizielle Aemter bekleideten. Mit anerkennenswerther Diskretion ging er nicht weiter auf diesen Punkt ein. Aber man verstand ihn, denn seine Andeutung betraf ja ein öffentliches Geheimniß.

Herr Camphausen ging dann über auf die Gründe, weshalb er gerade jetzt, und nicht früher und nicht später sein Amt in die Hände des Königs zurückgegeben habe. „Das Ministerium der Vermittelung mußte sich in ein Ministerum der Ausführung umwandeln, und dazu bedurfte es einer festen Majorität in der Versammlung, die ich ohne Verstärkung aus ihr selbst nicht gesichert hielt. Dies ist der wesentlichste Grund meines Rücktritts aus dem Ministerium. — — — Für mich persönlich giebt es noch eine andere Rechtfertigung. Ich hatte das Amt übernommen mit dem Entschlusse auszuharren, so lange meine Dienste nützlich sein könnten. Ob der Augenblick gekommen, wo ich ausscheiden dürfe und müsse, diese Frage habe ich nach Entwickelung meiner Ansichten über die Lage meinen Kollegen vorgelegt. Die Mehrheit des Ministeriums hat ja geantwortet. Dessen will ich noch gedenken, daß zwei Gründe meinen Rücktritt nicht bedingt haben. Erstens nicht die auswärtigen Verhältnisse.

Es waren vielmehr an demselben Tage, wo ich meine Entlassung erbat, beruhigende Nachrichten eingelaufen und die Erhaltung des Friedens wahrscheinlicher geworden als vorher. Zweitens nicht die Beschränkung in der Wahl der Mitglieder des Ministeriums, denn ich habe ausgedehnte, vollkommen ausreichende Vollmacht besessen."

Nach Herrn Camphausen ergriff der Finanz-Minister Hansemann das Wort, er bestätigte die Angaben seines „verehrten Freundes" Camphausen, der König, so erklärte er, habe ihm die Bildung des neuen Ministeriums übertragen und ihm dabei durchaus freie Hand gelassen.

„Ich habe bei der Bildung des Ministeriums die Grundsätze befolgt, die mein verehrter Freund Ihnen eben auseinandergesetzt hat. Der Zweck mußte sein, eine größere Majorität für die Maßregeln der Regierung zu bilden, eine Majorität, die in kleinen Nüancen nur auseinanderweicht, aber in den wesentlichen Fragen übereinstimmend ist. Ich gehe nun dazu über, Ihnen die Grundsätze mitzutheilen, über welche das neue Ministerium bei Antritt seines Amtes sich geeinigt hat. Wir wollen die dauerhafte Begründung der konstitutionellen Monarchie. Deshalb halten wir fest an dem Zweikammersystem und an dem Grundsatze, daß die gesetzgebende Gewalt von den beiden Kammern und dem Könige gemeinschaftlich ausgeübt werde. Deshalb wollen wir aber auch, daß die Bildung jeder Kammer in einer Weise erfolge, durch welche ihr ausreichendes Ansehen und Vertrauen beim Volke gesichert wird, zu diesem Zwecke möge die erste Kammer auf eine volksthümlichere Basis, als es in dem von der Regierung vorgelegten Verfassungs-Entwurf vorgeschlagen ist, begründet werden. Wir halten uns überzeugt, daß die Wünsche und Bedürfnisse des Landes die Befestigung der erworbenen Freiheiten, und — zum Schutze derselben sowie zur Wiederherstellung des gestörten Vertrauens — die Stärkung der Staatsgewalt dringend erheischen, damit auf der einen Seite keine Besorgniß vor einem Versuch zur Wiederherstellung des früheren Regierungs-Systems entsteht, auf der anderen Seite die Freiheit nicht in Anarchie ausarte. Soweit die bestehenden Gesetze nicht zur Erfüllung dieser Aufgabe ausreichen, werden wir keinen Anstand nehmen, Ihre Mitwirkung zur Erlangung der nothwendigen Mittel in Anspruch zu nehmen; denn die größten Gefahren im Innern und nach Außen würden für Preußen und für Deutschland daraus entstehen, wenn nicht bald das Vertrauen auf gesetzmäßige Ordnung und auf feste Begrün-

dung der konstitutionellen Monarchie sich allgemein befestigte. Zur Erreichung dieses Zweckes werden wir nicht nur gemeinsam mit Ihnen die Vereinbarung über die Staatsverfassung zu fördern uns bemühen, sondern Ihnen auch in kurzer Zeit diejenigen Gesetze vorlegen, welche am nothwendigsten sind, um die mit der neuen Verfassung nicht vereinbarten Verhältnisse zu ändern und in Harmonie mit derselben zu bringen."

Herr Hansemann kündigte darauf eine Reihe von Reformen an, welche das Ministerium in's Leben zu führen beabsichtige, dann schloß er seine Rede folgendermaßen:

„Zur Belebung der Erwerbsthätigkeit, also zur Beseitigung der Noth der handarbeitenden Volksklassen, giebt es für jetzt kein wirksameres Mittel, als die Herstellung des geschwächten Vertrauens auf Erhaltung der gesetzlichen Ordnung und der baldigen festen Begründung der konstitutionellen Monarchie. Indem wir mit allen Kräften dieses Ziel verfolgen, wirken wir also der Erwerblosigkeit und Noth am sichersten entgegen. Aber die Beschaffung von Beschäftigung durch öffentliche Arbeiten, die dem Lande wahren Nutzen bringen, ist hierzu ebenfalls nothwendig. Wir werden daher in dieser Beziehung den von dem früheren Ministerium bereits begonnenen Weg nach Maßgabe der uns zu Gebote stehenden Mittel verfolgen, jedoch noch weit umfassendere Arbeiten zum Heil aller erwerbenden Volksklassen anordnen, sobald mit Ihrer Unterstützung es uns gelingt, die durch Unruhen und Aufreizungen genährten Besorgnisse vor dem Umsturz der staatlichen Verhältnisse zu beseitigen und das zur Beschaffung der erforderlichen Geldmittel nothwendige allgemeine Vertrauen wieder herzustellen. Also in der Gesetzgebung, in der Verwaltung, in unserem Thun und Handeln — nicht in abstrakten Erklärungen, die verschiedenartiger Deutung ausgesetzt sind, — fassen wir die denkwürdigen Ereignisse des Monat März und unsere Anerkennung der damals stattgehabten Revolution, deren ruhmvoller und eigenthümlicher Charakter darin besteht, daß sie — ohne Umsturz aller staatlichen Verhältnisse — die konstitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht hat. Auf rechtlicher Grundlage steht diese Versammlung, steht die Krone; diese Grundlage halten wir fest."

Die Rede des Ministers Hansemann, der in der National-Versammlung und im Volke als die eigentliche Seele des Ministeriums betrachtet wurde, — Herr von Auerswald hatte nur einen Ehrenposten, — machte, als sie bekannt wurde, großes Aufsehen. Sie klang vortrefflich. Das neue Ministerium erkannte die Revolution an, es zeigte sich entschlossen, mit Reformen in der Gesetzgebung vorzugehen, um hierdurch die konstitutionelle Monarchie dauernd zu begründen. Eine solche Ministerrede hätte wohl die Gemüther beruhigen können, wären nur nicht vielfach Zweifel gegen die Aufrichtigkeit der Worte aufgetaucht. Man glaubte nicht recht an die gegebenen Versprechungen, und das Mißtrauen wuchs, als schon nach acht Tagen das freisinnigste Mitglied des Ministeriums, Herr Rodbertus, sein Amt niederlegte und durch Herrn von Ladenberg ersetzt wurde. Rodbertus erklärte darauf in der National-Versammlung, daß er in der deutschen Frage nicht mit den übrigen Ministern übereinstimme, indeß hoffe er, auch ferner das Ministerium als Abgeordneter unterstützen zu können.

Das Ministerium Auerswald-Hansemann sollte nach den Worten Camphausen's sich bei seinem Wirken stützen auf die Majorität der National-Versammlung. Für diesen Zweck aber that es wenig oder nichts. Die neuen Minister hielten sich von den Abgeordneten so scharf abgesondert, wie die früheren, nur Herr Gierke besuchte mitunter seine alte Fraktion und besprach mit dieser einzelne Regierungsfragen, Herr Hansemann aber, der eigentliche Leiter der Geschäfte, hielt sich von jeder derartigen Berathung fern. Schon in der Sitzung vom 26. Juni hatte er ein Vertrauensvotum der National-Versammlung gefordert, ohne sich vorher der Stimmung derselben vergewissert zu haben. Herr von Unruh erzählt in seinen Skizzen zu Preußens neuester Geschichte:

„Es geschah nichts Wirksames im Sinne des Camphausen'schen Grundsatzes, die Majorität zu befestigen; vielleicht deshalb nicht, weil das Ministerium annahm, daß ihm auch ohne Verstärkung die Majortät nicht fehlen würde.

Es schien in der That so; nur in der ersten Sitzung am 26. wäre der Sturz des eben eintretenden Ministeriums erfolgt, weil der Minister Hansemann es für gut fand, wiederum ohne Vorbereitung und wie es schien ohne Zustimmung seiner Kollegen ohne Weiteres ein Vertrauensvotum von der Versammlung zu verlangen. Obgleich dadurch sehr unangenehm berührt, warben doch viele Mitglieder der Centren Stimmen für das Ministerium, und es gelang, ihm die Majorität zu schaffen. Auch ich gehörte zu diesen Werbern, weil ich dem Lande und der Kammer fast um jeden Preis eine zweite Ministerkrisis ersparen wollte, konnte aber nicht umhin, noch während der Sitzung dem Minister Hansemann zu sagen: wenn er wieder Kabinetsfragen in die Versammlung ganz unvorbereitet brächte, ohne die Möglichkeit zu gewähren, die Sache gründlich in den Parteien zu besprechen, so möge er sich nicht wundern, wenn das Ministerium abgestimmt werde. Der Minister fertigte mich mit einem kurzen: „Ich weiß, ich weiß!" ab. Es wurde indessen zwischen der Regierung und den Centren so gut wie keine Verbindung unterhalten; dennoch befestigte sich das Ministerium und blieb fortwährend in der Majorität."

Die Rechte und die Centren unterstützten es in allen wichtigen Fragen, weil sie jede Ministerkrisis in den noch ungeordneten Zuständen fürchteten und sie hatten darin wohl nicht Unrecht, denn

die Stellung des Ministeriums war nach allen Seiten hin eine sehr schwierige, nach oben wie nach unten, auch ließ sich kaum hoffen, daß etwa ein freisinnigeres Regiment an das Ruder kommen würde, wenn Herr Hansemann und seine Genossen gestürzt würden. Man wußte ja, daß der König in Potsdam umgeben war von den Führern der aristokratischen Partei, daß Männer, wie von Gerlach, von Manteuffel u. A. einen bedeutenden Einfluß ausübten, daß die Hofpartei selbst das gegenwärtige Ministerium eben nur duldete. Wie geringschätzig diese Partei, deren Muth wieder bis zum alten Uebermuth gewachsen war, über die National-Versammlung dachte, wie wenig Anstand sie nahm, das bürgerliche Ministerium zurückzusetzen und zu kränken, zeigte ein am 30. Juli auf den Wunsch des Ministeriums den Abgeordneten gegebenes Hoffest. Herr von Unruh, ein Theilnehmer desselben, schildert es uns:

„Bezeichnend für die Stellung des Ministeriums zum Hofe und dessen Partei und charakteristisch in vieler Beziehung war ein Versuch, den Hof mit der Versammlung in Berührung zu bringen. Den Vereinigten Landtag hatte man bei Hofe gesehen und mit Glanz aufgenommen; offenbar auf den Wunsch des Ministeriums sollte dieselbe Ehre auch der Versammlung zu Theil werden. — — — Die Versammlung erschien fast vollzählig, selbst die äußerste Linke, auch die meisten Polen. Am Wildpark verließ man die Eisenbahn, eine Reihe Wagen stand bereit, voran der bekannte Zeltwagen, welcher zu jedem Zuge nach und von der Eisenbahn fährt; dann zwei Hofequipagen, deren sich Hofbeamte im Geschäft zu bedienen pflegen; endlich eine Reihe zum Theil schlechter gemietheter Privatfuhrwerke, zum Theil Droschken, ja anscheinend einige Charlottenburger Wagen, und doch zu wenige. Manche Abgeordnete mußten vorn bei dem Kutscher Platz nehmen.

Der Gartendirektor Lenné führte den Zug; es fehlte ihm aber an einigen Dienern, welche die Gäste zurechtwiesen.

Man machte eine Spazierfahrt von fast zwei Stunden durch die Gärten. Leider war die Hitze noch groß und entsetzlicher Staub erhob sich. Die Demokraten wurden zu Hoffiguren zur Zeit Ludwig's XIV. eingepudert. Vom Hofe nahm Niemand an diesem eigenthümlichen Vergnügen Theil.

Endlich langte der Zug wieder am neuen Palais, und zwar dick bestaubt, an. Von der andern Seite sah man den Wagen des Königs bereits herankommen. Die im Vestibul stehenden Lakaien schienen keine Neigung zu haben, den Abgeordneten beim Wegschaffen des Staubes behilflich zu sein, und Niemand hielt es auch für nöthig, Befehle dazu zu geben. So mußten denn die Abgeordneten in Gegenwart des Publikums Einer dem Andern zur Noth den Staub abklopfen, um vor dem Könige nicht schmutzig zu erscheinen.

Dem Könige und der Königin wurden der Präsident, die Vize-Präsidenten und viele Abgeordnete vorgestellt. Mit diesen sprachen beide freundlich und wohlwollend länger als eine Stunde. Der König war sich also des Zwecks dieser Vorstellung wohl bewußt und behandelte demgemäß seine Gäste, die Vertreter der preußischen Nation, bei denen es offenbar nicht darauf ankommen durfte, welchem Stande sie sonst angehörten.

Die anwesenden Königlichen Prinzen, unter denen sich mehrere der beliebtesten: der Prinz Wilhelm, Oheim des Königs, der Prinz Friedrich &c. befanden, schienen abzuwarten, ob die Abgeordneten sich ihnen würden vorstellen lassen. Die Meisten von diesen kannten diesen Gebrauch nicht, Andere nahmen Anstand, sich vorzustellen, sich abzusondern. Beim vereinigten Landtag sollen die Prinzen kein Bedenken getragen haben, die Abgeordneten ohne Weiteres anzureden, oder die Veranlassung zur Vorstellung Einzelner zu geben. — — — Die Andern zum Hofe gehörenden Personen blieben den Abgeordneten fern und fremd und letztere hatten in der That keine Veranlassung, dem Hofpersonal gegenüber die Initiative zu ergreifen.

Die Thür der Seitengallerie wurde geöffnet; der Hofmarschall forderte zur Kollation auf. Man hatte auf der Eisenbahn und bei der Spazierfahrt 3—4 Stunden Staub, Hitze und Durst erlitten; die Aufforderung war also willkommen. Aber Niemand vom Hofe, kaum ein Kammerherr, folgte in den Speisesaal. Der König blieb im großen Muschelsaal, von den Ministern und vielen Abgeordneten umgeben. Hier fand eine für die Minister sehr peinliche Erörterung über den Straßenkrawall statt, der in Berlin wegen der deutschen und preußischen Fahnen vorgefallen war.

Als der König den Saal verließ, fuhren die Abgeordneten wieder unter Führung des Direktors Lenné durch den Garten von Sanssouci nach den Fontainen, welche mit bengalischem Feuer erleuchtet werden sollten. Es hatten sich sehr viele Zuschauer eingefunden, man bestieg die Terrassen und Herr Lenné beeilte sich, so viel als thunlich den Abgeordneten mitzutheilen, daß man durch das Schloß von Sanssouci gehen solle, und auf der andern Seite an der großen Rampe die Wagen finden würde. Es erschienen aber nur wenige. Einige Abgeordnete fanden später einzelne Wagen an der Bildergallerie, andere mietheten Droschken, zum Theil dieselben, welche von Herrn Lenné angenommen, jedoch, ohne Aufsicht, es vorzogen, zweimal Bezahlung zu empfangen. Die Abfahrt des Eisenbahnzuges rückte heran; mehrere Abgeordnete mußten zu Fuß in großer Eile nach dem entfernten Bahnhof, um den Zug nicht zu versäumen."

Die Abgeordneten, selbst manche Konservative, fühlten sich verletzt über die Mißachtung, welche sie am Hofe gefunden hatten, aber sie ließen dieselbe dem Ministerium nicht entgelten. Bei

allen wichtigen Abstimmungen stützten sie es, so daß es bis zum September stets eine sichere Majorität für sich hatte, ohne sich darum zu bemühen.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Konservative Politik des Ministeriums. — Zerfahrenheit der demokratischen Partei. — Thätigkeit des Polizei-Präsidenten. — Einführung der Schutzmannschaft. — Die deutsche Frage. — Der Reichsverweser. — Die deutsche Frage in der National-Versammlung. — Der Jacoby'sche Antrag. — Schwarzweißer Patriotismus. — Schwarzweiße Demonstration. — Neue Straßenexzesse. — Verbot des Lindenklubs. — Streitigkeiten mit den Konstablern. — Schulze-Delitzsch über die Konstabler. — Major Rimpler, Bürgerwehrgeneral. — Held's Kandidatur.

Wäre das Ministerium Auerswald-Hansemann wirklich ein Ministerium der That gewesen, wie es sich angekündigt hatte, so würde es bei der kräftigen Unterstützung durch die National-Versammlung vielleicht vermocht haben, sich nach oben Geltung und Achtung zu verschaffen. Dies aber gelang ihm nicht, weil Herr Hansemann ebenso wie früher Camphausen, stets bereit war, sich nach oben nachgiebig zu zeigen, weil seine einzigen Thaten darin bestanden, daß er die Regierungsgewalt nach unten zu kräftigen suchte. Ihm hätte es klar sein müssen, daß die konstitutionelle Monarchie, welche fest zu begründen er versprochen hatte, weit mehr gefährdet war durch die Bestrebungen der Hofpartei, als durch die verschwindend kleine republikanische Fraktion, welche in Berlin und noch mehr im gesammten preußischen Staate ganz machtlos war, oder durch einige Straßendemokraten, welche wohl einen Skandal hervorrufen konnten, aber beim Volke in so geringem Ansehen standen, daß es stets leicht war, sie unschädlich zu machen.

Herr Hansemann sah entweder die Gefahr nicht, wo sie wirklich war, oder er wollte sie nicht sehen; statt die Macht der National-Versammlung zu stärken und dadurch die konstitutionelle Entwicklung zu fördern, kräftigte er die Reaktion, indem er sich nach Kräften bemühte, den preußischen Militär- und Polizeistaat neu zu beleben. Dazu bot sich gerade damals die beste Gelegenheit.

Die demokratische Partei war bei der Bürgerschaft in Mißkredit, im Andenken an den Zeughaussturm wünschte diese selbst eine straffe Handhabung der Gesetze; die Verhaftung der Zeughausstürmer, die Verfolgung einiger Schriftsteller, welche einen übermäßigen Gebrauch von der Preßfreiheit gemacht hatten, fanden ihren vollen Beifall, sie sah es nicht ungern, daß wieder eine gehörige Militärmacht nach Berlin gezogen wurde, sprachen doch die Stadtverordneten am 6. Juli ausdrücklich ihren dahin gehenden Wunsch aus. Auch die Herstellung einer tüchtigen Polizeimacht erschien der Bürgschaft, welche sich gleichmäßig vor den Republikanern und vor den Arbeitern fürchtete, recht erfreulich, so lange sie nämlich noch nicht die genauere Bekanntschaft der neuen Polizeischöpfung gemacht hatte. Bei der Bürgerschaft konnte daher das Ministerium auf jede Unterstützung konservativer Maßregeln rechnen, allerdings nur so lange, als die Bürger überzeugt waren, dieselben seien nur gegen die Republikaner, nicht gegen die aufrichtigen Anhänger einer konstitutionellen Freiheit gerichtet.

Von der demokratischen Partei hatte das Ministerium augenblicklich einen ernsten Widerstand nicht zu befürchten, denn dieselbe befand sich in einem Zustand tiefer Zerrüttung. Sie war trotz ihrer scheinbar angebahnten Organisation zerfallen in unzählige Fraktionen und Fraktiönchen. Die Führer der demokratischen Klubs hielten allerdings trotz mancher Meinungsverschiedenheiten einigermaßen zusammen, um so größer war die Zerfahrenheit unter der zahlreichen, außerhalb der Klubs stehenden Masse. Da gab es zahme Demokraten, welche durch die republikanischen Bestrebungen eingeschüchtert waren, und neben ihnen wieder die rothen Sozialdemokraten, von denen selbst die Mitglieder des republikanischen Klubs mit dem Spottnamen „Blaue" bezeichnet wurden, da gab es die Anhänger Held's, welche in ihrem Führer den Apostel der Demokratie sahen und alle diejenigen für Reaktionäre hielten, denen der Glaube an den großen Held fehlte, daneben die Straßendemokraten, welche ihren Ehrgeiz darin fanden, den Lindenklub durch ihre Reden zu beherrschen, außerdem endlich eine ziemliche Anzahl feuriger, unbesonnener junger Enthusiasten, die jeden Tag für geeignet zu einer neuen Revolution hielten und stets geneigt waren, loszuschlagen, ohne einen Begriff davon zu haben, zu welchem Ziele eine unzeitige Volkserhebung führen könnte, die auch durch den Jammer des Zeughaussturmes nicht belehrt worden waren und alle diejenigen für Rückschrittler verschrieen, die nicht bei jedem dritten Worte von Revolution sprachen.

Wahrlich kein Zeitpunkt konnte geeigneter sein, um mit konservativen Maßregeln vorzugehen und das Ministerium benutzte ihn. Der Polizei-Präsident von Bardeleben zeigte dies täglich. Gegen die revolutionäre Presse schritt er theils durch Verhaftungen ein, theils dadurch, daß er die fliegenden Buchhändler, die Knaben, welche Broschüren und Plakate auf den Straßen verkauften, in Strafe nahm; gegen die Volksversammlungen wirkt er durch eine Bekanntmachung, daß Jeder, der eine Volksversammlung unter freiem Himmel ohne vorher eingeholte polizeiliche Erlaubniß zusammenberufen oder sich als Redner bei derselben betheiligen würde, mit 5—50 Thaler oder verhältnißmäßigem Gefängniß bestraft werden solle. Zum Gesetz vermochte zwar der Polizei-Präsident seine Anordnung nicht gleich zu machen, ja er konnte sie nicht einmal sofort zur

Ausführung bringen; es fanden noch einige Volksversammlungen ohne polizeiliche Genehmigung statt und es war nicht möglich, die Leiter und Redner zur Strafe zu bringen. Aber gewonnen war trotzdem viel. Die Zahl der Volksversammlungen verminderte sich merklich, weil doch manche Redner Bedenken trugen, sich einer möglichen Strafe auszusetzen.

Wichtiger als diese kleinen Anordnungen war die Errichtung einer neuen Polizei-Mannschaft für Berlin, der versprochenen Bürgerpolizei. Am 22. Juli erließ der Polizei-Präsident eine Bekanntmachung, in welcher er der Bürgerschaft anzeigte, daß die neuen Polizei-Mannschaften „die Schutzmänner" nun ihren Dienst antreten sollten. Er sagte in dieser Proklamation:

„Das Polizei-Präsidium spricht vertrauensvoll die Erwartung aus, daß die Bürgerschaft Berlins dem neu gegründeten Institute ihr Wohlwollen und ihre Unterstützung nicht versagen wird. Nach einer Revolution und nachdem die ausübende Polizei längere Zeit hindurch fast ganz gelähmt gewesen, tritt die Schutzmannschaft in's Leben. Sie ist ihrer äußern Gestaltung wie ihrem inneren Gehalte nach eine durchaus neue Schöpfung und kann an früher Gewesenes nicht anknüpfen. Der Boden, in welchem allein das neue Institut Wurzel schlagen kann und will, ist der lebendige Sinn des Volkes für Ordnung und Gesetz. Auf eine feste Begründung hierin wird aber um so zuversichtlicher gerechnet, als zahlreiche Stimmen aus der Bürgerschaft schon längst ein energisches Auftreten der Polizeigewalt gefordert haben und deshalb eine Organisirung derselben, welche schnelles und kräftiges Einschreiten sichert, gewiß willkommen heißen werden. Je freier ein Volk, desto unerschütterlicher muß die Macht des Gesetzes feststehen und desto kräftigere Organe sind zu dessen Schutz und Vollziehung in Thätigkeit zu setzen. In diesem Sinne ist das Institut der Schutzmänner errichtet. Weit entfernt davon, die Freiheit der Bürger beeinträchtigen oder das ängstliche Bevormundungssystem des Polizeistaats zurückführen zu wollen, soll es nur der Wächter und Vorkämpfer für das Gesetz sein. Es werden aber die Schutzmänner ihre schwere Aufgabe zu lösen nur dann im Stande sein, wenn sie in dem Vertrauen ihrer Mitbürger, aus deren Mitte sie hervorgegangen und für deren Interesse sie zu wirken berufen sind, einen kräftigen Stützpunkt finden."

Die Worte des Polizei-Präsidenten klangen so bürgerfreundlich, daß die Berliner erwarteten, in den neuen Polizisten das Ebenbild englischer Konstabler zu erhalten, deshalb gaben sie ihnen auch diesen Namen.

Am 24. Juli erschienen zuerst die Schutzmänner in ihren blauen Röcken mit zwei Reihen Knebelknöpfen, den Säbel an der Seite, den numerirten schwarzen Hut auf dem Kopfe in den Straßen Berlins. Während der ersten Tage zeigten sie sich noch etwas schüchtern, bald aber begannen sie einen Polizeieifer zu entwickeln, der sogar den der früher in Berlin so unbeliebten Gensd'armen überbot.

Anfangs richteten sie ihre Polizeigelüste vorzugsweise gegen die zahlreich Abends auf den Staßen umherstreifenden lüderlichen Dirnen. Dies ließen sich die Berliner gern gefallen, denn die Prostitution hatte bei der mangelnden Polizei-Aufsicht in den letzten Monaten so sehr überhand genommen, daß die Dirnen wirklich schaarenweise die belebtesten Straßen unsicher machten. Mißfällig erschien es allerdings, daß die Schutzmänner bei der Verhaftung auf den Straßen allein umherstreifender Mädchen oft mit brutaler Rücksichtslosigkeit verfuhren, ja daß sie sogar einzelne anständige Damen mit Straßendirnen verwechselten und zum Polizeiarrest abführten. Aber man entschuldigte solche Uebergriffe mit der noch mangelnden Polizeiübung und erst, als die Polizisten nach und nach zum Bewußtsein ihrer polizeilichen Würde gekommen waren, und nun auch ihren Eifer gegen die Bürgerschaft selbst entfalteten, fing diese an zu begreifen, daß sie bei der Vertauschung der Gensd'armen gegen die Konstabler nicht gerade etwas gewonnen habe.

Die Schutzmänner erhielten bald Gelegenheit, ihre polizeilichen Talente genügend zu zeigen, da gegen Ende Juli die seit dem Zeughaussturm ziemlich ruhigen Straßen Berlins allabendlich wieder der Schauplatz unruhiger Auftritte wurden, welche vielfach durch das Gebahren der Schutzmänner selbst, wenn nicht hervorgerufen, doch befördert wurden.

Die viel besprochene deutsche Frage gab der Straßendemokratie Veranlassung zu lärmenden Demonstrationen. In Frankfurt a. M. hatte das deutsche Parlament in den letzten Tagen des Juni Beschlüsse gefaßt, welche in ganz Deutschland einen heftigen Parteikampf entzündeten. Kraft der Souveränetät des Volkes, als deren Trägerin sich die deutsche National-Versammlung betrachtete, hatte sie eine provisorische Regierung für Deutschland geschaffen und an deren Spitze einen unverantwortlichen, an die Beschlüsse der National-Versammlung nicht gebundenen Reichsverweser gestellt, das Reichsverweseramt hatte sie dem Erzherzog Johann von Oesterreich übertragen.

Die Demokratie war tief erzürnt über die Beschlüsse der deutschen Volksvertretung, sie warf dieser vor, daß sie die Freiheit Deutschlands an Oesterreich verkauft habe; eine Verfassung für Deutschland zu schaffen sei sie berechtigt gewesen, nicht aber eine Fürstendiktatur zu proklamiren. In allen Klubs wurden fulminante Reden gehalten, man beschloß Mißtrauensvoten gegen die des Vertrauens nicht mehr würdigen Volksvertreter und erklärte öffentlich, solchen Beschlüssen dürfe sich das deutsche Volk nicht fügen.

Die Stimmung änderte sich indessen bald. In den Zeitungen erschienen wüthende Proteste der Reaktionspartei gegen die National-Versammlung, nicht deswegen, weil diese einen unverantwort-

lichen Diktator geschaffen hatte, sondern weil die Wahl auf einen österreichischen Erzherzog und nicht auf einen preußischen Prinzen gefallen war; vom Standpunkt des preußischen Partikularismus aus protestirte die Reaktion und vorzugsweise der Militäradel, er erklärte, Preußen dürfe sich dem Beschluß nicht fügen.

Waren die Gründe der beiden extremen Parteien für den Protest verschiedene, im Protestiren stimmten sie überein; den Stimmführern der demokratischen Klubs erschien eine solche Bundesgenossenschaft nicht unbedenklich, sie änderten schnell ihre Taktik. Ueber die National-Versammlung schimpften sie zwar nach wie vor, ebenso über deren Beschluß, dagegen aber erklärten sie, die preußische Regierung habe kein Recht, sich gegen die deutsche Volksvertretung aufzulehnen, sie müsse sich den Beschlüssen derselben unterwerfen.

Am 4. Juli trat der Minister-Präsident von Auerswald in der Berliner National-Versammlung auf, um dieser Mittheilung über die Entschließung der Regierung in der deutschen Frage zu machen. Er erklärte, die Regierung billige sowohl die Einsetzung einer provisorischen Central-Exekutivgewalt, als die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser. Dieser Billigung aber fügte er ausdrücklich einen Vorbehalt für die Zukunft hinzu, indem er sagte:

„Wenn übrigens die deutsche National-Versammlung ihre Beschlüsse über die Konstituirung einer provisorischen Centralgewalt ohne Mitwirkung der deutschen Regierungen gefaßt hat, so verkennt die Regierung Sr. Majestät nicht, wie die Veranlassung dieses Verfahrens in der außerordentlichen, von mannichfachen Gefahren bedrohten Lage Deutschlands und in der nunmehr bestätigten Ueberzeugung zu suchen ist, daß alle deutschen Regierungen Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann ihre Stimme für das Reichsverweseramt geben würden. Die Regierung zweifelt deshalb nicht, daß aus dem Verhalten der deutschen National-Versammlung in diesem außerordentlichen Falle für die Zukunft Consequenzen nicht werden gezogen werden."

Grabow, der neue Präsident der National-Versammlung, ergriff nach dem Minister-Präsidenten das Wort, um Namens der Versammlung zu sprechen. Er sagte:

„Wir Alle begrüßen gewiß mit lebhafter Freude die in der deutschen National-Versammlung erfolgte Wahl Sr. Kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Johann zum deutschen Reichsverweser und die von den deutschen Regierungen dieserhalb durch die Bundes-Versammlung abgegebenen Erklärungen als den ersten Akt der Begründung eines freien, einigen und starken deutschen Bundesstaates. Ich ersuche die Versammlung, ihre Freude über dieses hochwichtige Ereigniß durch ein äußeres Zeichen zu erkennen zu geben und sich zu dem Behufe mit mir von den Sitzen zu erheben."

Die ganze Versammlung erhob sich und brachte ein dreimaliges donnerndes „Hoch auf das einige Deutschland" aus.

Der Minister-Präsident und mit ihm die National-Versammlung hatten im Gegensatz zu den demokratischen Stimmführern die Beschlüsse der National-Versammlung ihrem Inhalte nach gebilligt, die Regierung sich aber gegen alle aus dieser Billigung etwa zu ziehenden Konsequenzen verwahrt, da sie keineswegs geneigt war, ein auf die Volkssouveränetät sich stützendes selbstständiges Konstituirungsrecht des deutschen Parlaments anzuerkennen.

Die Erklärung des Minister-Präsidenten gab dem fernern Verhalten der demokratischen Führer eine bestimmte Richtung. In allen Klubs traten dieselben jetzt für das Recht der deutschen National-Versammlung ein; nicht nur für jetzt, sondern für alle Fälle sollte das Parlament ohne Rücksicht auf die etwaigen Einwendungen einzelner Regierungen das deutsche Verfassungswerk aus sich heraus bilden dürfen, von einem Protest gegen die Einsetzung des Reichsverwesers sprach man nicht mehr, wenn man auch nach wie vor diese als einen unheilvollen Schritt hinstellte.

Konsequenter als die demokratischen Klubredner, welche um Opposition zu machen, ihre früheren Anschauungen verleugneten, waren die Organe der Reaktion; sie tadelten die Fügsamkeit des Ministeriums und sprachen es offen aus, Preußen dürfe nun und nimmermehr sich zum Vasallen eines österreichischen Reichsverwesers herabwürdigen, es wäre eine Schmach für die preußische Armee, wenn sie je unter anderer Führung als unter preußischer in's Feld rücken sollte. Friedrich der Große werde sich im Grabe umdrehen, wenn er höre, wohin es mit Preußen gekommen sei.

Die deutsche Kokarde, welche so lange an den Hüten auch der reaktionärsten Beamten geprangt hatte, wurde jetzt herabgerissen und durch schwarzweiße ersetzt, das Preußenlied:

„Ich bin ein Preuße,
Kennt Ihr meine Farben —"

kam wieder zu hohen Ehren, man hörte es in den Kasernen singen und die patriotischen Vereine ließen es bei ihren Versammlungen ertönen.

Durch Anfeuerung des partikularistisch-preußischen Patriotismus suchte die Reaktion nicht ohne Erfolg Propaganda zu machen.

Die Berliner National-Versammlung hatte in der Sache selbst zwar keinen Beschluß gefaßt, aber dennoch eine indirekte Zustimmung zu der Rede des Minister-Präsidenten gegeben, indem sie sich einmüthig auf die Aufforderung Grabow's erhoben hatte. Die Linke fühlte sich hierdurch veranlaßt, um Mißdeutungen ihres Verhaltens vorzubeugen, einen Beschluß der National-Versammlung in der deutschen Frage herbeizuführen. Dr. Johann Jacoby gab der jetzt in der demokratischen Partei allgemein herrschenden Ansicht durch folgenden Antrag einen Ausdruck:

„Die preußische konstituirende Versammlung

kann den von der deutschen National-Versammlung gefaßten Beschluß nicht billigen, durch welchen ein unverantwortlicher, an die Beschlüsse der National-Versammlung nicht gebundener Reichsverweser ernannt wird, die preußische konstituirende Versammlung erklärt sich aber zugleich dahin, daß die deutsche National-Versammlung vollkommen befugt war, jenen Beschluß zu fassen, ohne vorher die Zustimmung der einzelnen deutschen Regierungen einzuholen, daß es daher der preußischen Regierung nicht zustand, Vorbehalte irgend einer Art zu machen."

In zwei stürmischen Sitzungen am 11. und 12. Juli wurde über den Antrag Jacoby's berathen. Die entschiedene Linke kämpfte mannhaft für ihn. Waldeck hielt eine glänzende Rede, aber die Centren, welche entschlossen waren, das Ministerium unter jeder Bedingung zu stützen, schlossen sich der Rechten an und bei der namentlichen Abstimmung erhielt Jacoby's Antrag nur 53 gegen 262 Stimmen. 48 Abgeordnete hatten sich unter ziemlich nichtigen Vorwänden der Abstimmung enthalten, mehrere Andere, unter ihnen auch Herr von Kirchmann und Rodbertus durch Fehlen derselben entzogen. Mit Ja hatten u. A. folgende Mitglieder der entschiedenen Linken gestimmt: Julius Berends, Brill, Dr. Elsner, Nees von Esenbeck, Dr. d'Ester, Assessor Jung, Johann Jacoby, Kaufmann Krackrügge, Graf Reichenbach, Landrath Reuter, Dr. Stein aus Breslau, Temme, der damals noch Staats-Anwalt war, und der Geh. Rath Waldeck. Unter den mit Nein Stimmenden befanden sich u. A. folgende Abgeordnete, welche später zur entschiedenen Opposition übergegangen sind: Kaplan von Berg, Harkort, Dr. Kosch, Assessor Parrisius, Oberbürgermeister Philipps, Assessor Pilet, Regierungs-Rath von Unruh. Unter denen, welche sich der Abstimmung enthalten hatten, weil sie weder gegen das Ministerium Opposition machen, noch auch gegen Jacoby's Antrag stimmen mochten, sind Lothar Bucher und Schulze (Delitzsch) zu nennen.

In der National-Versammlung hatte die deutsche Frage durch die Verwerfung des Jacoby'schen Antrags ihre vorläufige Erledigung gefunden, nicht aber im Volke von Berlin. Die Debatten in den Klubs wurden heftiger als früher, die Radikalen stellten sich meist auf den Jacoby'schen Standpunkt und griffen von demselben aus das Ministerium oft in herbster Weise an. Die schwarz-roth-goldenen Farben, welche in letzter Zeit von den meisten Demokraten abgelegt worden waren, wurden wieder hervorgeholt.

Die Aufregung wuchs, als am 16. Juli vom Reichs-Minister General Peuker eine Aufforderung an sämmtliche deutsche Bundestruppen erlassen wurde, dem Reichsverweser am 6. August durch eine Parade und ein dreimaliges Lebehoch bei derselben eine Ehrenhuldigung darzubringen. Die patriotischen Preußenvereine ergingen sich in giftigen Worten über eine solche Anmaßung der deutschen Centralgewalt, sie forderten, die Regierung dürfe unter keinen Umständen dulden, daß der Kriegsruhm des preußischen Heeres befleckt werde durch die Huldigung des Reichsverwesers. Alle Straßenecken bedeckten sich mit Plakaten, von denen viele von preußischem Patriotismus übersprudelten. Die Vossische Zeitung enthielt zahlreiche Eingesandts in gleichem Sinne, während die demokratischen Klubs mit Publikationen im deutschen Interesse vorgingen und hierin auch durch den konstitutionellen Klub unterstützt wurden.

Der heftige Meinungskampf, der sich im Volke entwickelte, führte wieder zu Straßenexzessen. Die Ruhe, welche zur Freude der Bürgerschaft längere Zeit geherrscht hatte, wurde auf's Neue gestört. Die erste Veranlassung hierzu gaben diesmal nicht die Straßendemokraten, sondern die übereifrigen preußischen Patrioten. Am Abend des 29. Juli zog eine Schaar derselben die Linden entlang, indem sie mit lauter Stimme das Preußenlied sang. Viele Häuser, auch die Artillerie- und Ingenieur-Schule waren mit mächtigen schwarz-weißen Fahnen geschmückt. Man hat später erzählt, diese Demonstration sei ausdrücklich zu dem Zwecke veranstaltet worden, um Unruhe zu erzeugen, der in Potsdam mächtigen Partei sei die in Berlin herrschende Ordnung höchst unbequem gewesen. Der König sowohl als der Prinz von Preußen waren von den städtischen Behörden Berlins gebeten worden, nach der Residenz zurückzukehren, diesen Wunsch hätten sie kaum umhin gekonnt zu erfüllen, wenn die Ruhe der Stadt befestigt worden wäre. Mit der Rückkehr des Hofes nach Berlin aber würde die Hofpartei sehr an Einfluß verloren haben, deshalb seien von ihr die Straßenexcesse provocirt worden, um dem Könige den Beweis zu liefern, daß er in der Hauptstadt noch nicht mit voller Sicherheit der Person residiren könne.

So wahrscheinlich diese Angaben klingen, sind sie doch niemals durch sichere Beweise erhärtet worden.

Die schwarz-weiße Demonstration reizte das zahlreich unter den Linden versammelte Volk zu Gegendemonstrationen auf, es rottete sich zusammen und unter dem Gesange der sogenannten deutschen Marseillaise, eines damals beliebten Volksliedes, sowie der Lieder: „Schleswig-Holstein meerumschlungen", und „Was ist des Deutschen Vaterland?" zog ein Volkshaufen vor die mit schwarz-weißen Fahnen geschmückten Häuser und forderte stürmisch die Einziehung derselben. In der Artillerie- und Ingenieurschule, wo dem Wunsche der Menge nicht gleich Genüge geleistet wurde, warfen einige Gassenbuben die Fenster ein, dann zog die singende und lärmende Schaar nach dem Palais des Prinzen von Preußen und brachte dem National-Eigenthum ein Lebehoch.

Die Konstabler, welche Anfangs dem Unfug ruhig zugesehen hatten, schritten endlich ein, sie thaten es in so rücksichtsloser Weise, daß der Skandal nur vergrößert wurde und erst als end-

lich auch die Bürgerwehr hinzukam, gelang es spät in der Nacht, die Ruhe wieder herzustellen.

Das Polizei-Präsidium fand sich durch die Vorgänge des 29. Juli veranlaßt, am 31. ein Verbot der Versammlungen unter den Linden, namentlich des sogenannten Lindenklubs an Kranzler's Ecke, zu erlassen. Es goß hierdurch Oel in's Feuer. Jedermann war überzeugt, der Lindenklub werde sich nicht gutwillig auflösen lassen. Die Neugierde trieb deshalb Abends unzählige Zuschauer nach den Linden, man wollte doch gern sehen, was wohl aus der Sache werden würde.

Der Lindenklub war zahlreicher als je früher versammmelt, aber Alles blieb ruhig, bis die Konstabler versuchten, der Anordnung des Polizei-Präsidiums Geltung zu verschaffen und zwar wieder in wenig freundlicher Art. Da gab es denn arge Tumulte, die Konstabler wurden mit Steinen geworfen und nur mit Mühe vermochte die Bürgerwehr endlich Ruhe zu schaffen.

Aehnliche Auftritte wiederholten sich fortan allabendlich in gleicher Art.

Das Volk stand in dichten Massen zusammen, schrie, tobte und sang die sogenannte deutsche Marseillaise, indessen meistens nur den letzten Vers: „Vorwärts, vorwärts mit Gott für's Vaterland!" —

Die Konstabler standen in geschlossenen Reihen kompagnienweise dem Volke gegenüber und schritten immer erst dann ein, wenn sich bedeutende Massen gesammelt hatten. Diese stoben bei dem ersten Angriff unter Schreien, Pfeifen, Lachen und Singen auseinander, liefen an den Reihen der Konstabler vorbei und sammelten sich hinter denselben wieder. So gab es eine fortwährende Jagd, bei welcher sich das Volk (welches übrigens zum größten Theil aus zusammengelaufenem Gesindel, Lehrjungen und dergleichen, verstärkt durch eine große Masse neugieriger aber unthätiger Zuschauer bestand) vortrefflich amüsirte, während die Konstabler bei jeder Verhöhnung, bei jedem vergeblichen Angriff auf diese flüchtige, wie Spreu auseinanderstiebende Menge immer ärgerlicher wurden.

Es konnte nicht fehlen, daß die geneckten Konstabler viele Verhaftungen vornahmen, aber diese waren oft sehr ungerechtfertigt, denn sie trafen meistens nur ruhig Vorübergehende, welche keinen Grund zur Flucht zu haben glaubten, während die eigentlichen Skandalmacher längst geflohen waren und nicht verhaftet werden konnten.

An einem der folgenden Abende befanden sich auch einige Abgeordnete, die Herren von Berg und Rodbertus, unter den Verhafteten, sie wurden natürlich sofort wieder in Freiheit gesetzt.

Das Unwesen wurde täglich ärger; die Konstabler erzeugten durch ihr oft unzeitiges Einschreiten gegen sich eine tiefe Abneigung, so daß selbst die Bürgerwehr, welche schließlich stets einschreiten mußte, auffäßig wurde und keine Lust mehr zeigte, zur Unterstützung der neuen Polizei zu dienen. Auch eine Bekanntmachung des Obersten der Schutzmannschaft, welche die Uebergriffe der Schutzmänner mit ihrer Neuheit im Amt entschuldigte, vermochte die erbitterte Bürgerschaft nicht zu besänftigen.

Die vielfachen Uebergriffe der Polizei boten dem Abgeordneten Schulze-Delitzsch Gelegenheit, das Ministerium dahin zu interpelliren, auf welche gesetzliche Bestimmungen die neue Schutzmannschaft begründet worden sei. Er that es in einer glänzenden Rede, in welcher er u. A. sagte:

„Kaum daß die Aufregung, wie sie mit einem so plötzlichen Bruche mit einer unerträglichen Vergangenheit nothwendig Hand in Hand gehen mußte, — kaum daß sich diese Aufregung zu legen beginnt, daß die Behörden wieder erstarken, geschieht dieser unselige Schritt, der von allen Seiten, in der Provinz und in der Hauptstadt, die höchste Mißbilligung gefunden hat; der nur dazu geeignet ist, das Mißtrauen, welches mit Mühe beseitigt war, wieder von Neuem zu erwecken, und der, wie er dem Wohlmeinendsten ernste Besorgnisse einer Reaktion einflößt, so den Uebelwollenden einen thatsächlichen Halt- und Stützpunkt für Verdächtigungen und Aufreizungen aller Art darbietet. Denn, so fragen wir uns mit Recht, ist dies der Anfang, der Uebergang vom Polizeistaate in würdigere, freiere Verhältnisse? Nimmt deshalb der Bürger die Wehr zur Hand? War diese Maßregel in dem Augenblicke geboten, wo man Militär in genügender Masse herbeigerufen hatte und die Bürgerwehr anfing, sich an ihren Dienst zu gewöhnen? Mußte man da eine Verstärkung, Verdoppelung der bisherigen Polizeimannschaft in's Leben rufen? Lag dazu in den besonderen Verhältnissen hier eine Aufforderung vor, jetzt gerade, wo nach und nach die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt wurde, und das Vertrauen auf die öffentliche Gewalt sich von Neuem belebt? Sind dies, so fragt man mit Recht, etwa die Schmetterlinge, die den neuen Volksfrühling, den wir Alle sehnlichst erwarten, verkünden?

(Bravo!)

Dann muß ich Ihnen offen gestehen, daß die alten Wintervögel, die Gensd'armen, nicht so lästig waren, nie ihre Gegenwart dem Publikum auf so widerwärtige Weise aufdrängten, als diese neue Schaar der in's Leben getretenen Polizeiwächter."

Der Minister Kühlwetter beantwortete die Interpellation, er berief sich auf das Recht der Executive, Polizeibeamte, soweit es die Nothwendigkeit erfordere, anzustellen, und behauptete, daß gerade für Berlin das Institut der Schutzmannschaft ein höchst nützliches sei.

Die National-Versammlung hätte, wie Herr von Unruh uns mittheilt, schon damals in ihrer Majorität wohl gewünscht, daß die Befugnisse der Schutzleute durch ein Gesetz geregelt würden, aber sie fürchtete, durch eine schroffe Forderung dem Ministerium Verlegenheiten zu bereiten, deshalb stand sie von derselben ab, sogar der Antrag des Abgeordneten Schulze-Delitzsch, an die Interpellation eine Debatte zu knüpfen, wurde mit 176 gegen 176 Stimmen abgelehnt. Zur Be-

ruhigung der Berliner trug diese Nachgiebigkeit nicht bei.

Die kleinlichen Neckereien und Zänkereien mit den Konstablern dauerten fort, schließlich mußte die Bürgerwehr jedesmal einschreiten und da die Bürgerwehrmänner, geärgert durch den lästigen Dienst, sich ebenfalls Brutalitäten erlaubten, wurde wieder eine große Gehässigkeit, ein Zwiespalt zwischen dem niedern skandalsüchtigen Volk und der bewaffneten Bürgerschaft erzeugt.

Es wäre damals besonders wünschenswerth gewesen, daß die Bürgerwehr sich in der Volksmeinung befestigt hätte, denn sie befand sich ebenfalls in einer Krisis. Am 2. August war der interimistische Kommandant, Major Rimpler, definitiv zum Bürgerwehrgeneral gewählt worden, aber erst nach manchen harten Kämpfen. Es waren außer ihm viele Kandidaten aufgestellt und warm befürwortet worden, unter ihnen auch Herr Held, der sich bei den Arbeitern wieder einer großen Popularität erfreute.

Held hatte es nicht lange ausgehalten, in freiwilliger Zurückgezogenheit von der politischen Agitation zu leben, er war von Neuem nicht nur in der Presse als Redakteur der Lokomotive, sondern auch in Vereinen aufgetreten. In dem von ihm begründeten Sozial-Verein, der viel Zulauf hatte, predigte er radikale Reformen der gewerblichen Verhältnisse, er lockte hierdurch die unzufriedenen Arbeiter und selbst einen Theil der zur Bürgerwehr gehörenden kleinen Gewerbetreibenden an sich; außerdem wirkte er durch viel gelesene Riesenplakate, in denen er der Reaktion scharf zu Leibe ging. Sein Einfluß war vermöge seiner geschickten Agitation schnell wieder so sehr gestiegen, daß seine enthusiastischen Anhänger ernstlich daran dachten, ihn zum Bürgerwehr-Kommandanten zu wählen.

Die Stimmen, welche sich für ihn erhoben, waren so zahlreich, daß die ruhige Bürgerschaft, welche sich vor Held wie vor dem Bösen fürchtete, in ernsteste Besorgniß gerieth. Sie bekämpfte voll Eifer Held's Kandidatur, dabei gebrauchte sie nicht immer die redlichsten Waffen, oft genug griff sie zu Verleumdung und Verdächtigung, ganz unglaubliche Geschichten wurden über das Privatleben und die Geldverhältnisse des einflußreichen Mannes verbreitet, um ihm die Achtung seiner Anhänger zu entziehen.

Wie gefährlich die Kandidatur Held's auch den höheren Behörden erschien, geht daraus hervor, daß sich der Staats-Anwalt veranlaßt sah, ein Plakat zu erlassen, welches offenbar nur darauf berechnet sein konnte, Herrn Held unschädlich zu machen. Die merkwürdige Bekanntmachung lautet:

„Herr Held hat in der Nachschrift zu einem in diesen Tagen verbreiteten Plakate:

„„Ganz Berlin und halb Preußen
in Anklagestand““

wörtlich Folgendes gesagt:

„Soeben erhalte ich aus glaubwürdiger Quelle die Nachricht, daß von Seiten der Reaktion mehrere geheime Vereine gebildet worden sind, welche den Zweck haben, durch falsche Anklagen und falsche Zeugenaussagen (Meineide) die Stimmführer der liberalen Partei auf die Festungen zu bringen. Dies dem Volke zur Kenntnißnahme.“

Geheime Vereine, deren Zweck dahin gerichtet ist, eine Reaktion herbeizuführen oder zu falschen Anklagen und zum Meineide zu verleiten, sind wider die Gesetze. Ich habe deshalb die gerichtliche Vernehmung des Herrn Held über seine ganze Wissenschaft veranlaßt. Hierbei hat derselbe erklärt:

„daß er über das Bestehen von dergleichen geheimen Vereinen zur Zeit **Nichts** wisse“

und

„daß er mit der Behauptung: „„**jene Nachricht aus glaubwürdiger Quelle erfahren zu haben**““ nur bezweckt habe, seine Angabe in den Augen des Publikums wahrscheinlicher zu machen, zumal diese Phrase bei Zeitungsnachrichten eine sehr gewöhnliche sei.“

„Zur eidlichen Bekräftigung seiner gerichtlichen Aussagen hat er sich nicht verstehen wollen, weil er, — wie er angegeben hat, — keinen Gott anerkenne und ihm sein moralisches Bewußtsein also jede Eidesleistung verbiete.

Ich habe mich für verpflichtet gehalten, zur Würdigung des vorgedachten Plakats auch dies zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, am 29. Juli 1848.

Der Staats-Anwalt
beim Königlichen Kammergericht.“

Die Bekanntmachung des Staats-Anwalts hatte eine bedeutsame Wirkung. Held suchte sich zwar durch ein Plakat zu rechtfertigen, aber es gelang ihm nicht; er hatte durch leichtsinnige Behauptungen seinen Gegnern zu gute Waffen in die Hand gegeben; besonders entzog ihm der Vorwurf der Gottesleugnung viele Anhänger unter der kleinen Bürgerschaft. Er fiel bei der Wahl zum Bürgerwehr-Kommandanten glänzend durch; nur die Arbeiter blieben ihm treu, diese hingen ihm sogar mit noch größerer Verehrung als früher an, weil sie ihn für einen Märtyrer seiner Ueberzeugung hielten.

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Die Klub-Deputirten in der Villa Colonna. — Das deutsche Fest am 6. August. — Die Bürgerwehrparade. — Wachsender Muth der Reaktion. — Das Junkerparlament. — Der demokratische Kreiskongreß. — Der Skandal vor den Ministerhotels. — Das Gesetz gegen die Volksversammlungen. — Revolutionäre Agitationen. — Große Volksversammlung unter den Zelten. — Polizeimaßregeln. — Allgemeine Mißstimmung. — Der Arbeiterkongreß.

Während allabendlich in Berlin der thörichte Kampf zwischen einer lärmenden Volksmenge und den Konstablern spielte, während alle Straßenecken mit Plakaten bedeckt waren, in welchen die Parteien sich gegenseitig in den gehässigsten Worten anfeindeten, bereitete sich zum 6. August eine großartige Demonstration vor, in welcher die demokratische und die konstitutionelle Partei sich zu einigen hofften.

Es war bekannt geworden, daß die Regierung unter keiner Bedingung die von dem Reichs-Minister von Peuker geforderte Ehrenhuldigung des Reichsverwesers durch Paraden beim Militär gestatten werde. Die Studentenschaft forderte aus diesem Grunde die Berliner Klubs auf, Deputirte zu erwählen, welche gemeinschaftlich ein zu Ehren des Reichsverwesers am 6. August in der Residenz zu gebendes Fest berathen sollten. Die demokratischen Klubs sagten sofort ihre Mitwirkung zu, auch der konstitutionelle Klub sendete Deputirte nach der Villa-Colonna, wo die Vorberathungen stattfinden sollten, obgleich von konservativer Seite, vom patriotischen und Preußen-Verein her ein wahres Verdammungsgeschrei gegen das beabsichtigte Fest erhoben wurde.

Die Versammlung der Klub-Deputirten in der Villa-Colonna führte zu einem traurigen Ziel; die Parteien bekämpften sich mit heftigen Worten, sie verloren bei den wilden Debatten oft genug den Zweck aus den Augen. Man hatte sich endlich dahin geeinigt, daß ein Festzug, an dem alle Klubs, die Studentenschaft, die Gewerke und das gesammte Volk Theil nehmen sollten, nach dem Kreuzberge arrangirt werde. Aber diese Einigung war nur von kurzer Dauer. Rudolph Schramm, der Präsident des demokratischen Klubs, machte einen Vorschlag, der sofort zu neuen stürmischen Debatten Veranlassung gab. Er wollte, der Zug solle sich auf dem Opernplatze versammeln und von dort aus denselben Weg nehmen, den dereinst der König genommen hatte, als er mit den deutschen Farben geschmückt durch die Straßen Berlins geritten war, an denselben Stellen, wo der König gesprochen, sollten jetzt Volksredner auftreten und dadurch jenen viel versprechenden Königlichen Umritt, an den sich so große nicht erfüllte Erwartungen geknüpft hätten, persifliren.

Schramm's Vorschlag fand die Majorität, obgleich die Studentenschaft, der konstitutionelle Klub und von den demokratischen Klubs auch der Volks-Klub sich weigerten, an dem zum Possenspiel herabgewürdigten Feste Theil zu nehmen. Ohne Resultat mußte die Versammlung geschlossen werden und erst im letzten Augenblicke, am Vormittag des 6. August, wurde schließlich festgestellt, daß Reden nur von der Treppe des Opernhauses und auf dem Kreuzberge gehalten werden sollten. Jetzt schlossen sich auch mit Ausnahme des konstitutionellen Klubs die übrigen Vereine dem Festzuge an.

Am Sonntag, den 6., Morgens, hatten in aller Frühe mehrere Kompagnien der Bürgerwehr, der Handwerker-Verein, das Studentenkorps und das Künstlerkorps auf ihre eigene Hand eine Parade zu Ehren des Reichsverwesers gehalten, da der Bürgerwehr-Kommandant, Herr Rimpler, eine allgemeine Bürgerwehrparade nicht auf den 6., sondern auf den 8. August festgesetzt hatte.

Sonntag Mittag war halb Berlin in Bewegung, eine ungeheure Volksmasse hatte sich auf dem Opernplatz versammelt.

Man sah dem Festzuge nicht ohne Besorgniß entgegen, denn man wußte, daß der spezifisch preußisch gesinnte Teltower Bauern-Verein gerade am 6. August ebenfalls, aber mit schwarz-weißen Fahnen nach dem Kreuzberge ziehen wollte, um dort Lebehochs auf Preußen auszubringen. Ein Zusammenstoß beider Festzüge war zu besorgen, an den sich leicht blutige Scenen knüpfen konnten. Die Besorgniß war indessen unbegründet, denn die Teltower Bauern hatten ihren Zug so früh eingerichtet, daß sie längst wieder auf dem Weg nach der Heimath waren, als der Berliner Zug sich dem Kreuzberg nahte.

Gegen 12 Uhr setzte sich der endlose Zug in Bewegung, nachdem der Student Voßwinkel von der Treppe des Opernhauses aus eine kurze Rede gehalten hatte. Voran ging das Studentenkorps, dann kamen die Klubs, denen sich mehrere Züge mit Damen angeschlossen hatten, diesen folgten die Gewerke, die Arbeiter und mehrere Bürgerwehr-Kompagnien sowie eine zahllose Menge von Volk. Viel Vergnügen machten zwei rothe Fahnen, deren eine die Aufschrift „der souveräne Lindenklub", die andere die „politischer Eckenklub" trugen und welche von dem bekannten Lindenmüller als eine Demonstration gegen das polizeiliche Verbot des Lindenklubs angeschafft worden waren.

Ein Schwarm der sogenannten fliegenden Buchhändler, die eine Standarte mit der Vignette eines Berliner Witzblattes, der „Tante Voß mit dem Besen" trugen, machte den Beschluß des Zuges.

Unter Jubel und Gesang zogen die Festtheilnehmer nach dem Kreuzberge. Hier sammelten sie sich auf dem Plateau. Held hielt eine kurze, mit donnerndem Bravo aufgenommene Rede, nach derselben kletterte ein kühner Zimmermann unter augenscheinlicher Lebensgefahr an dem

Monument in die Höhe und befestigte an der äußersten Spitze desselben eine gewaltige deutsche Fahne trotz des heftigen Windes, der in jedem Augenblick den kühnen Kletterer herabzustürzen drohte.

Es war beabsichtigt, das Fest bis zum Abend fortzusetzen, aber ein heftiges Unwetter brach plötzlich ein, welches die Festtheilnehmer auseinandertrieb.

Dem Festzuge folgte am 8. eine Bürgerwehrparade, zu der wenigstens 20,000 Wehrmänner erschienen waren. Der Kommandeur brachte bei derselben ein Hoch auf die Vereinigung Deutschlands aus. Der Minister-Präsident von Auerswald nahm die Parade ab.

Der Festlichkeit am 6. und 8. August folgten wieder unruhige Tage und Abende. Die Skandalscenen unter den Linden wiederholten sich fast täglich, die Kühnheit und die Erbitterung der lärmenden Haufen wuchs, da es unmöglich erschien, ihren Ausschreitungen Einhalt zu thun. Hierdurch aber gewann die konservative Partei täglich mehr Boden in der Bürgerschaft und sie konnte es wagen, energischer als jemals früher aufzutreten.

Ihre Sprache in den Zeitungen und Plakaten wurde kühner; Denunziationen gegen die bekannten Volksführer liefen bei der Staats-Anwaltschaft in Masse ein, sie forderten mit ungestümen Worten die Bestrafung der Volksaufwiegler. Was die konservativen Führer bisher nicht hatten wagen dürfen, wagten sie jetzt, sie hielten in Berlin eine viel besuchte Zusammenkunft, um auch ihrerseits eine Organisation der Partei zu begründen, wenn auch andere Zwecke öffentlich zur Berathung geschrieben waren.

Das Junker-Parlament, so nannten die Berliner den Kongreß der Konservativen, tagte unter dem Namen „General-Versammlung des Vereins zur Wahrung der materiellen Interessen aller Klassen des preußischen Volks“ vom 18. bis 20. August im Mielentz'schen Saale. Viele einflußreiche Männer hatten sich bei demselben eingefunden, unter ihnen die früheren Minister Graf Arnim-Boytzenburg und von Bodelschwingh, die Herren von Kleist-Retzow, Scharnweber, Präsident von Gerlach, Herr von Bismarck-Schönhausen und der Graf Breßler, der später als agent provocateur sich einen Namen machen sollte.

Der offizielle Zweck der Vereinigung war: die Erhöhung der Grundsteuer und die Aufhebung der Feudallasten zu hintertreiben, aber bei den Reden die gehalten wurden, that sich der eigentliche Kern des Junkerparlaments kund. In leidenschaftlichen Ausdrücken wurde das Krämer-Ministerium, die revolutionäre Regierung, getadelt; man beschloß, die Offensive gegen die revolutionäre Bewegung zu ergreifen, das Proletariat zu gewinnen, um die Macht des Adels wieder herzustellen. Man erwählte einen Ausschuß, um die ferneren Schritte der revolutionären Regierung zu überwachen, die Organisation der Partei sollte hierdurch begründet werden. Eine Adresse an den König wurde beschlossen.

Die Verhandlungen waren so maßlos, die Redner ergingen sich in so scharfen Worten, daß die Staats-Anwaltschaft wohl Veranlassung zu Anklagen hätte finden können.

Dem Junker-Parlament folgte unmittelbar ein demokratischer Kongreß, der vom Kreisausschuß für die Mark Brandenburg berufen und von allen märkischen demokratischen Vereinen beschickt worden war. Der Kongreß trat am 20. August im Klubhause in der Leipziger Straße zusammen; er berieth ein Statut für die Organisation der Demokratie der Mark Brandenburg, dessen einleitende Paragraphen folgende Fassung erhielten:

„§ 1.

„Die Demokraten der Mark erkennen als leitenden Grundsatz ihrer politischen Thätigkeit die Durchführung der Volkssouveränetät in allen ihren Konsequenzen. Sie erkennen damit zugleich die gleiche politische Berechtigung Aller, als zur Verwirklichung dieses Grundsatzes unumgänglich nothwendig.

§ 2.

Gestützt auf das unveräußerliche Recht und die Pflicht jeder Minorität, durch Wort und Schrift und unbeschränkte Vereinigung ihre Grundsätze zur Herrschaft zu bringen, werden die märkischen Demokraten ihre Thätigkeit verfolgen.“

Nachdem der Kongreß das Organisations-Statut berathen hatte, erwählte er einen neuen definitiven Kreis-Ausschuß, bestehend aus dem Schriftsteller Adolph Streckfuß, dem Assessor Rudolph Schramm, dem Schriftsteller Eichler, dem Assessor Herzfeld und dem Rentier Schönemann.

Die zweitägigen Verhandlungen des Kreis-Kongresses waren trotz mancher stürmischer Debatten doch ohne Störung verlaufen, die Versammlung würde vielleicht einen günstigen Eindruck auf die Bürgerschaft Berlins gemacht haben, hätte sich nicht an sie durch eine zufällige Veranlassung ein Skandal geknüpft, dessen Schuld von den Gegnern der demokratischen Vereine diesen zugeschoben wurde, obgleich sie an demselben höchst unschuldig waren.

In Charlottenburg hatte sich seit Anfang August ein kleiner demokratischer Verein, der nur aus etwa 20 Mitgliedern bestand, gebildet. Der hochkonservativen Bürgerschaft Charlottenburgs erschien ein solches Unternehmen als ein Hochverrath. Die Vereinsmitglieder wurden von den Bürgern verhöhnt und als sie am 20. August trotzdem eine Sitzung halten wollten, fiel ein Haufen wüsten Gesindels, zu dem übrigens auch angesehene Bürger gehörten, über sie her und mißhandelten die verhaßten Demokraten. Aber auch damit nicht genug, die wüthende Masse drang sogar in die Wohnungen namhafter Demokraten ein und beging hier arge Exzesse, die Gebrüder Bruno und Egbert Bauer, welche vor allen Andern den Haß der Charlottenburger auf

sich geladen hatten, wurden in ihren Wohnungen überfallen und durchgeprügelt, ein Kaufmann Jacoby sogar schwer verwundet.

Die Nachricht von den Exzessen in Charlottenburg kam nach Berlin, als gerade der demokratische Kongreß versammelt war. Er beschloß sofort eine Deputation an den Minister Herrn Kühlwetter zu entsenden und ihn aufzufordern, er möge Leben und Eigenthum der Charlottenburger Demokraten schützen und eine strenge Untersuchung gegen die Excedenten einleiten. Der Minister versprach, er werde sein Möglichstes thun.

Nach Anhörung des Deputationsberichts entsendete der Kongreß einige Mitglieder nach Charlottenburg, welche sich überzeugen sollten, ob Maßregeln zum Schutz der bedrohten Demokraten getroffen seien, dann wurde gegen 10 Uhr Abends die Sitzung geschlossen.

Im Klubhause blieben noch einige Mitglieder des Kongresses zurück, um den Bericht der nach Charlottenburg geschickten Deputirten zu hören, außerdem blieben auch die Zuhörer versammelt. Es bildete sich bald eine mit dem Kongreß gar nicht mehr zusammenhängende Versammlung, zu der sich auch viele Fremde von der Straße her einfanden. In dieser Versammlung traten Redner auf, welche die Vorfälle in Charlottenburg schilderten. Es entspann sich eine Debatte über die Maßregeln, welche zu ergreifen seien, um bie beleidigte Demokratie zu rächen. Die wahnsinnigsten Vorschläge wurden gemacht, ein Redner beantragte, die Versammlung solle in Pleno nach Charlottenburg ziehen und das ganze reaktionäre Nest in Brand stecken. Dieser Vorschlag wurde allerdings nicht angenommen, dagegen ein anderer, nach welchem Edgar Bauer, der Bruder der in Charlottenburg gemißhandelten Bruno und Egbert Bauer, einer der thatenlustigsten Straßendemokraten*) Berlins, beauftragt wurde, ein Plakat zu entwerfen, um die Berliner über die Missethaten der Charlottenburger aufzuklären. Außerdem wurde der Beschluß gefaßt, am folgenden Tage eine große Volksversammlung auf dem Opernplatz abzuhalten.

Edgar Bauer kam dem ihm ertheilten Auftrage nach. Er erließ mit der Unterzeichnung des demokratischen Klubs, obgleich dieser von dem Plakat nicht ein Wort wußte, am 21. August eine Proklamation, welche ganz im Sinne der Versammlung vom vorigen Abend abgefaßt war. Sie rief fast mit klaren Worten das Volk zur Revolution auf.

Am 21. August Nachmittags versammelten sich Tausende von Menschen auf dem Opernplatze, um der angekündigten Volksversammlung beizuwohnen. Gegen 7 Uhr trat ein junger Mann auf die Treppe des Hauses und hielt von dort aus eine donnernde Rede gegen die Reaktion, welche sich in letzter Zeit in Preußen so mächtig gezeigt habe. Andere Redner folgten ihm, sie sprachen im gleichen Sinne, am feurigsten und eindringendsten der bekannte deutsch-katholische Prediger Dowiat, der sich seit kurzer Zeit in Berlin eingefunden und durch eine glühende Beredtsamkeit schon Bedeutung beim Volke gewonnen hatte.

Dowiat forderte die Volksmassen auf, sie möchten mit ihm zu den Hotels der Minister ziehen, um diese zur Abdankung zu zwingen. Jubelnd folgte die Menge, die Linden entlang zog sie nach dem Hotel des Minister Kühlwetter.

Die Fenster des Hauses waren hell erleuchtet, beim Nahen des Volkes aber wurden sie plötzlich dunkel. Die Thore des Hotels waren verschlossen, sie wurden vom Volke erbrochen, schon wollte die Masse in das Haus dringen, als aus dem Fenster heraus die Versicherung gegeben wurde, der Minister sei nicht zu Hause. Man glaubte diesen Worten nicht, eine Deputation drang in das Haus ein, sie durchsuchte alle Zimmer, da sie aber den Minister nicht fand, kehrte sie zurück.

Der Zug wälzte sich nun nach dem Hotel des Justiz-Minister Märker. Hier sowohl wie vor dem nicht weit davon gelegenen Hotel des Minister-Präsidenten sammelte sich eine zahllose Volksmasse. Ein paar junge Leute, welche sich selbst zur Deputation aufwarfen, ließen sich zum Justiz-Minister führen. An ihrer Spitze stand Dowiat.

Die Deputation forderte Abdankung des Ministeriums, völlige Amnestie für alle wegen politischer Vergehen Verurtheilten, die Freilassung der politischen Gefangenen, die sofortige Einführung der Geschworenengerichte und Entlassung der Konstabler.

Der Minister antwortete ausweichend, er konnte auf die ungestüme Forderung naturgemäß keine bestimmte Antwort geben. Bisher hatte das Volk auf den Straßen, wenn auch getobt und gesungen, doch noch keine Excesse begangen, plötzlich aber änderte sich die Scene. Eine Abtheilung Konstabler erschien, sie drängte sich auf die Rampe des Minister-Hotels und suchte mit Gewalt sich Bahn zu brechen.

Der Ruf: die Deputation ist verhaftet! wurde ausgestoßen. Sofort erhob sich ein allgemeines Wuthgeschrei und zwischen Constablern und Volk begann ein kurzer, aber wilder Kampf.

Die Konstabler drangen mit scharfen Hieben auf die Menge ein, diese antwortete mit Steinwürfen und Stockschlägen. In einem Augenblick waren die eisernen Rampengitter niedergerissen, die Laternen wurden umgebrochen, man zündete das herausströmende Gas an, welches eine weit leuchtende Feuersäule bildete, das Straßenpflaster ward aufgerissen und unzählige Steine flogen in die Fenster des Minister-Präsidenten, die Thore des Hotels desselben wurden zertrümmert.

Bei Herrn von Auerswald war gerade eine glänzende Gesellschaft versammelt. Die vornehmen

*) Später ist Herr Edgar Bauer ein treuer Kämpfer für die Partei der Neuen Preußischen Zeitung geworden.

Gäste, Herren und Damen, mußten hinter den Fensterpfeilern Schutz suchen vor den Steinen, die in die Zimmer flogen, Andere flüchteten sich eiligst nach dem Garten, trotzdem wurde Mancher durch Steinwürfe, wenn auch leicht, beschädigt.

Von der Wilhelmsstraße aus drängte sich das Volk nach den Linden; mit wahrer Riesenkraft wurden die steinernen Pfeiler des Geländers umgebrochen, man riß die eisernen Stangen heraus. Eine Barrikade wurde gebaut, aber bald wieder verlassen, als auf den Ton des Signalhorns die Bürgerwehr herbeieilte. Sie kam ziemlich spät, da zufällig die meisten ihrer Offiziere sich im Kroll'schen Lokale bei einem Feste befanden, welches sie ihrem Kommandanten zu Ehren gaben.

Den Anstrengungen der Bürgerwehr gelang es erst gegen 1 Uhr in der Nacht die Ruhe völlig wieder herzustellen, sie soll dabei, wie vielfache Veröffentlichungen in den Zeitungen besagen, ziemlich rücksichtslos zu Werke gegangen sein. Getödtet wurde in dem kurzen Kampfe Niemand, wohl aber wurden etwa 20 Konstabler, mehrere Bürgerwehrmänner und viele der Excedenten mehr oder weniger schwer verwundet. Auch einige Schüsse fielen, von wem sie abgefeuert wurden, ist nie ermittelt worden.

Der Pöbelskandal am 21. August rief gegen die demokratische Partei wieder ein Wuthgeschrei der Konservativen hervor. Das Ministerium glaubte, die allgemeine Entrüstung, welche auch unter der Bürgerschaft über das wahnsinnige Gebahren herrschte, ausbeuten zu müssen. Der Augenblick schien richtig gewählt, um ein Gesetz, welches die Volksversammlungen ganz unter die Willkür der Polizei stellen sollte, zu erlassen.

Der Minister des Innern Kühlwetter gab am 22. August der National-Versammlung eine ziemlich stark und parteiisch gefärbte Schilderung der traurigen Vorgänge, welche auch ohne Uebertreibung ganz geeignet gewesen wären, die National-Versammlung geneigt zu machen, auf die Berathung eines vom Minister-Präsidenten ihr angekündigten Gesetzes gegen Straßenunruhen einzugehen. Herr Kühlwetter schloß seine Rede mit den Worten:

„Es wird, meine Herren, dieser Vorfall nicht wenig Erstaunen anderwärts erregen. Es waren die Vertreter der fremden Mächte da, welche als Augenzeugen Kunde zu geben im Stande sind von dem, was in Berlin sich zutragen kann. Ich enthalte mich aller weiteren Folgerungen über die Thatsachen, die ich eben angeführt habe; das aber läßt sich nicht verhehlen, daß solche Zustände nicht länger bleiben dürfen und daß etwas geschehen muß, um andere Verhältnisse herbeizuführen. Der gestrige Tag hat bewiesen, daß in Berlin dem Bürger nicht der genügende Schutz seiner Person und seines Eigenthums gewährleistet ist, wie Jeder ein Recht hat zu beanspruchen, mag er Demokrat oder Minister sein."

Mit großer Spannung erwartete man in Berlin das vom Minister-Präsidenten angekündigte Gesetz. Das Volk befand sich in einer fieberhaften Aufregung, welche genährt wurde durch das Erscheinen revolutionärer Plakate, von denen eins, welches von Edgar Bauer unter der Firma des demokratischen Klubs veröffentlicht wurde, mit zügelloser Energie die Abdankung der Minister forderte und die Männer Berlins aufrief, die gewaltige Revolutions-Arbeit zu nähren und zu fördern.

Die Aufregung des zahlreich unter den Linden und in den benachbarten Straßen versammelten Volks war so groß, daß es am Abend des 22. August wohl wieder zu unruhigen Auftritten gekommen wäre, hätte nicht ein häßlicher naßkalter Regen besser als Konstabler oder Bürgerwehr dafür gesorgt, daß die Menge auseinanderging.

Am Mittwoch, den 23., wurde die Gesetzvorlage bekannt, welche der Minister-Präsident der National-Versammlung angekündigt hatte. Sie coursirte sofort in zahlreichen Abschriften unter dem Volke. Alle Volksversammlungen sollten der Genehmigung der Polizei unterworfen und dieser das Recht, sie zu verbieten oder aufzulösen übertragen werden. Bewaffnete Volksversammlungen verbot die Gesetzvorlage durchaus, gegen alle Zusammenrottungen auf den Straßen verhängte sie schwere Strafen und übertrug der öffentlichen Macht das Recht, mit Waffengewalt einzuschreiten, wenn die zusammengerottete Menge nach dreimaligem Trommel- oder Trompetensignal nicht sofort auseinandergehe.

Die Mitglieder des demokratischen Central- und Kreisausschusses, die Vorstände der verschiedenen Klubs und viele Redner derselben fanden sich gegen Mittag am 23. August im Klubhause zusammen, sie beschlossen, noch an demselben Abend eine Volksversammlung zu berufen um Aufklärung über die Gefahren, mit welchen das Gesetz die Volksfreiheit bedrohe, zu verbreiten. Die Führer der revolutionären Partei hofften, daß diese Volksversammlung den Beginn einer kräftigen Revolutionsbewegung machen werde.

Sie täuschten sich über die Stimmung der Berliner Bevölkerung, welche sie nur nach den öffentlichen Aeußerungen eines kleinen scandalsüchtigen Theils derselben beurtheilten. Sie sahen, daß allabendlich den Konstablern vom Volke ein heftiger Widerstand geleistet wurde, daß auch die Bürgerschaft sich mit der neuen Polizeimannschaft höchst unzufrieden zeigte, sie hörten, daß die Bürgerwehr vielfach mißvergnügte Aeußerungen that, weil ein der National-Versammlung zur Berathung vorgelegtes Bürgerwehrgesetz ihren Erwartungen und Forderungen keineswegs entsprach.

Das Ministerium hatte, dies ließ sich nicht bezweifeln, weder in der Bürgerschaft noch im Volke irgend welche Sympathien, das neue Gesetz gegen die Volksversammlungen konnte die allgemeine Mißstimmung nur vergrößern. Kein Zeitpunkt konnte nach der Ansicht der revolutio-

nären Führer geeigneter sein*) als der damalige, um die Revolution zu vollenden, das Ministerium zu stürzen und die Bildung einer aus der Linken gewählten Regierung nöthigenfalls mit Gewalt zu erzwingen; man war überzeugt, daß die Bürgerwehr für den Fall eines Kampfes zum Theil zum Volke übergehen, zum Theil sich neutral halten, keinenfalls aber sich mit dem Militär verbinden werde, um das Ministerium zu stützen.

Man lebte in einer merkwürdigen Selbsttäuschung über die Kraft und Zahl der revolutionären Partei. Die Führer, welche täglich in den Klubs und nach denselben in geselliger Vereinigung sich trafen, nie mit der eigentlichen Bürgerschaft und noch weniger mit der Reaktionspartei in Berührung kamen, bildeten sich ein einseitiges grundfalsches Urtheil über die politische Stimmung der Hauptstadt. Sie sahen ihre Klubs von Tausenden besucht, sie hörten, daß die extremsten revolutionären Reden stets mit dem größten Beifall aufgenommen wurden und hieraus schlossen sie auf die revolutionäre Volksstimmung; die Verwünschungen aber, welche von der Bürgerschaft noch fortwährend gegen die Ruhestörer ausgestoßen wurden, hörten sie nicht. Ueber die Gesinnung des ruheliebenden, höchst friedfertigen und antirevolutionären größeren Theils der Berliner Bevölkerung konnten sie keine Anschauung gewinnen, denn die Ruhesüchtigen besuchten keine Klubs und Volksversammlungen, sie erließen höchstens einmal einen Protest in Zeitungen oder Plakaten, der aber blieb unbeachtet oder wurde der Reaktion zugeschrieben.

Die Aufforderung zu einer großartigen Volksversammlung wurde in aller Schnelligkeit verbreitet, schon machte dies die Organisation der demokratischen Partei möglich. Man ließ sie sofort drucken und an die Ecken ankleben. Wichtiger noch waren die mündlichen Aufforderungen, welche vermöge der bestehenden Organisatiou durch Vertrauensmänner in wenigen Stunden durch die ganze Stadt gingen.

Der Erfolg war ein den Erwartungen der Klubführer entsprechender. Am Abend des 23. August versammelte sich eine Volksmenge von wohl 10,000 Köpfen unter den Zelten.

Während sonst bei den Volksversammlungen die Redner beliebig sich zum Worte meldeten, und ziemlich wirr durch einander, selten zur Sache sprachen, hatten heut die Vorstände der Klubs ihre besten Kräfte, die feurigsten und revolutionärsten Redner veranlaßt, in geordneter Reihenfolge und nach einem bestimmten Plan zu sprechen. Die Redner hatten die Aufgabe, zu zeigen, daß die Regierung systematisch die durch den 18. März errungenen demokratischen Freiheiten zu untergraben suche, als ein Symptom dieses Strebens sei auch das vorgeschlagene Gesetz zu betrachten. Man müsse gegen dasselbe protestiren, gelinge es aber auf dem Wege der Petition nicht, die Verwerfung des Gesetzes in der National-Versammlung, deren Majorität als eine servile, ministerielle bezeichnet wurde, zu erzielen, dann sei es an der Zeit, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen und durch eine neue Revolution die schon halb verlorene Freiheit zurück zu erkämpfen.

In diesem Sinne sprachen sämmtliche Redner. Dowiat erregte durch eine glänzende feurige Ansprache die große Versammlung zu einem donnernden Beifallsrufe. Die Stimmung hob sich und als am Schluß Mai, der eben sowohl seiner Haarfarbe als seiner Gesinnung wegen der rothe Mai genannt wurde, das Volk aufforderte, mit erhobener Hand einen Schwur zu leisten, daß es mit Gut und Blut, mit Leib und Leben die Freiheit wahren wolle, da erhoben sich Tausende von Händen und weithin schallte der laut gesprochene Eid, der wie so mancher andere nicht gehalten, sondern bald vergessen wurde.

Nach 9 Uhr trennte sich die Versammlung und ging stille zu dem Thore hinein in die Stadt, wo sich unter den Linden wieder dichte Haufen bildeten, die im leisen Gespräche die Tagesfragen besprachen. Oft hörte man dort die Frage: — Also heute noch nicht? — Nein, Uebermorgen! war die ernste Antwort, und dann trennten sich die Massen, um sich immer wieder neu zu vereinigen. Nach und nach indessen verliefen sie sich und gegen 11 Uhr war es bereits wieder ganz still auf den Straßen.

Daß die durch die glänzenden Reden erzeugte Begeisterung eine künstliche gewesen war, zeigte sich schon in den folgenden Tagen. Aus dem „übermorgen" wurde nichts. Die National-Versammlung, der das Gesetz über die Volksversammlungen am 24. August vorgelegt worden war, weigerte sich, auf die sofortige Berathung einzugehen. Die Stimmung der Versammlung gab eine Rede des dem Centrum angehörigen Abgeordneten Wachsmuth treffend wieder. Nachdem Wachsmuth seinen tiefen Unwillen über den unwürdigen Pöbelskandal vor den Minister-Hotels ausgesprochen hatte, fuhr er fort:

„Unter dem Eindruck dieser Gefühle legt uns die Staats-Regierung einen Gesetz-Entwurf vor, der in enger Beziehung zu einem anderen der hohen Güter freier Völker steht, dem Recht der freien Volksversammlung.

Meine Herren! Unter dem Eindrucke solcher Gefühle ist man nur zu geneigt, Mißgriffe zu thun, nur zu geneigt, den Unschuldigen mit dem Schuldigen büßen zu lassen, nur zu geneigt, nach der Freiheit zu zielen, während man den Mißbrauch der Freiheit treffen will."

Die Versammlung beschloß, die Berathung über das Gesetz so lange zu vertagen, bis der

---

*) In der Versammlung der Vorstände der demokratischen Vereine wurden ähnliche Ansichten ziemlich offen ausgesprochen; der öffentliche Zweck der Volksversammlung ging dahin, Aufklärung über das Gesetz zu verbreiten, der geheime: die Aufregung zu vergrößern, eine revolutionäre Bewegung vorzubereiten.

Bericht der Central-Abtheilung sich gedruckt in den Händen der Mitglieder befinde.

Durch den Beschluß der National-Versammlung war der Revolutionspartei der Vorwand für eine Volkserhebung genommen worden. Zwar forderten in den Klubs noch einige exaltirte Redner, man solle trotzdem losschlagen; im Volksklub beantragte sogar Einer unter dem donnernden Beifall der zahlreichen Versammlung, der Klub möge durch Straßen-Plakate zu einer bewaffneten Volksversammlung auffordern, um in dieser die Revolution zu proklamiren, aber die Verblendung ging doch nicht soweit, daß ein solcher Antrag angenommen worden wäre. Durch einen Scherz, der die Versammlung lachen machte, wurde die Begeisterung für die vorher proklamirte Revolution zerstört.*)

Der unnatürlichen Aufregung folgte die natürliche Abspannung. Die Polizei benutzte dies, sie ging energisch mit Verhaftungen derer vor, welche bei dem Sturm der Ministerhotels und bei der großen Volksversammlung betheiligt gewesen waren.

Ottensoser und Mai wurden in die Stadtvoigtei gebracht, auf Egar Bauer, Karbe und Dowiat fahndete man, und Letzterer wurde, obgleich er allnächtlich seine Wohnung wechselte, endlich in einer Restauration eingefangen.

Die übrigen Volksmänner, welche verhaftet werden sollten, wußten sich ihrer Verhaftung theils durch einen kurzen Aufenthalt außerhalb Berlins, theils dadurch zu entziehen, daß sie sich versteckt hielten und nur dann öffentlich zeigten, wenn sie durch eine große Volksmasse vor jedem Angriff der Polizei geschützt waren. So ging namentlich der alte Karbe nicht aus, ohne eine solche Bedeckung bei sich zu haben. Edgar Bauer verdankte seine Freiheit nur einem Mißverständniß, indem nämlich ein Freund sich statt seiner verhaften ließ.

Die Verhaftung vieler unbekannter Theilnehmer des Skandals vor den Ministerhotels konnte ohne Widerstand bewirkt werden. Die neuen Schutzmänner entwickelten dabei eine anerkennenswerthe Thätigkeit, durch welche sie freilich ihre Unbeliebtheit um so mehr förderten, als gerade damals durch Held's Lokomotive die geheimen Instruktionen für die Schutzmänner, welche ein ausgebildetes Spionirsystem enthüllten, veröffentlicht wurden. Sie bewiesen, daß der alte Polizeistaat wieder zur Blüthe trieb, dafür zeugten auch die zahllosen Denunziationen, welche täglich bei der Staatsanwaltschaft einliefen und die Haussuchungen, welche auf Grund derselben bei Verdächtigen, z. B. auch im Berliner Handwerker-Verein vorgenommen wurden.

Alle diese Polizeimaßregeln bewirkten, daß die Unzufriedenheit gegen das Ministerium der That, welches seine Thatkraft in der Wiederherstellung des Polizeistaats zeigte, auch in den Kreisen der Bürgerschaft sich mehr und mehr verbreitete. Der nichtrühmliche Waffenstillstand, welcher im dänischen Kriege geschlossen wurde, auf den wir in der Geschichte Berlins nicht näher eingehen können, trug ebenfalls dazu bei, die Miß-

---

) Es war eine höchst eigenthümliche Scene, deren ich mich immer noch mit Vergnügen erinnere. Die weiten Räume des Klubhauses in der Leipziger Straße waren Kopf an Kopf gefüllt. Durch stürmische Debatten hatte sich die Versammlung zu einer künstlichen Aufregung heraufgeschraubt und diese benutzte ein Herr R, ein tüchtiger redlicher Demokrat, der aber in jugendlicher Unbesonnenheit stets zu den extremsten Maßregeln rieth. Er hielt eine feurige Rede, in welcher er den Antrag stellte, eine bewaffnete Volksversammlung, welche die Proklamirung der Revolution zur Folge haben solle, möge vom Klub durch Straßenplakate berufen werden.

Der Beifall, welcher den Worten des Redners folgte, war so stürmisch, die Versammlung befand sich in einer so wilden Aufregung, daß der Vorsitzende Professor Agathon Benary in schwere Verlegenheit kam; er mußte fürchten, der unsinnige Antrag werde zum vielleicht einstimmigen Beschluß der Versammlung erhoben werden. „Ich bitte Sie um Gottes Willen," sagte er leise, sich zu mir wendend, „sprechen Sie gegen den Antrag." Das war nun freilich ein schweres Stück Arbeit. Als ich das Wort nahm und die Versammlung aus dem Eingang meiner Rede merkte, ich würde den R*'schen Antrag bekämpfen, begann ein furchtbarer Lärm, man wollte mich kaum zum Worte kommen lassen und nur mit Mühe verschaffte ich mir Ruhe. „Was wollen Sie denn," rief ich den Schreiern zu, „ich spreche gar nicht gegen, sondern für Ihren Wunsch. Sie wollen die bewaffnete Volksversammlung. Nun wohl, ich will Ihnen die Mittel angeben, sie zu berufen. Wollen Sie, daß sie zahlreich besucht werde, dann müssen Sie nicht nur durch Plakate, sondern auch durch Inserate in der Vossischen Zeitung dazu auffordern." In ähnlicher Weise fuhr ich, den Vorschlag des Herrn R. ironisch befürwortend, fort, bis ich endlich schon einen Theil der Versammlung gewonnen hatte. Dann wagte ich durch einen drastischen Scherz das ganze Projekt lächerlich zu machen und es gelang. Ich erzählte nämlich, daß eine solche vorher proklamirte Revolution schon einmal in Berlin habe stattfinden sollen und zwar bei der berühmten Feuerwerks-Revolution im Jahre 1835. Ich erinnerte daran, daß damals zum Tage des Stralauer Fischzuges auch eine Revolution vorher proklamirt worden sei, daß aber am Morgen des 24. August die nach Stralau eilenden Revolutionäre am Thore einen Anschlag gefunden hätten: „Wegen Unpäßlichkeit des Schusterjungen Herrn Friedrich Schulze kann heut die große Berliner Revolution nicht stattfinden." „Ich fürchte," so schloß ich meine Rede, „wenn Sie nun heut auch vorher eine Revolution proklamiren, so werden wir am Brandenburger Thor die Inschrift finden: „„Wegen Unpäßlichkeit des Herrn R. kann heut die große Berliner Revolution nicht stattfinden!"" Ein schallendes Gelächter folgte meinen Worten. Vom Antrag des Herrn R. war keine Rede mehr. Herr R. wurde seitdem längere Zeit spottweise der Schusterjunge genannt.

stimmung zu erhöhen. Es blieb trotzdem in der nächsten Zeit ziemlich ruhig in Berlin. Einige kleine Pöbelexzesse fielen zwar vor, sie sind aber nicht erwähnenswerth.

In den letzten Tagen des August trat ein Arbeiterkongreß in Berlin zusammen, welcher sich hauptsächlich mit sozialen Fragen beschäftigte. So große Bedeutung dieser Kongreß gewiß sonst gehabt hätte, war doch in der Aufregung des Augenblicks das Interesse an ihm gering, man hörte wenig oder gar nicht von den Verhandlungen sprechen.

Die wichtigen politischen Tagesfragen absorbirten die Aufmerksamkeit so sehr, daß selbst die in jener Zeit schon ziemlich stark in der Residenz wüthende Cholera, welche in früheren Jahren alle ängstlichen Gemüther in Bewegung gesetzt hatte, kaum beachtet wurde.

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Die National-Versammlung im Juli und August. — Ministerielle Haltung der Centren. — Der Stein'sche Antrag. — Weigerung des Ministeriums ihn auszuführen. — Das Volk von Berlin und der Stein'sche Antrag. — Bürgerwehr-Adresse. — Vermittelungsversuche des Herrn v. Unruh. — Der 7. September. — Annahme des Stein'schen Antrags. — Volksjubel. — Die Ministerkrisis. — Das Ministerium Pfuel. — Wrangel, Ober-Befehlshaber in den Marken, sein Armeebefehl. — Zwistigkeiten innerhalb der demokratischen Partei. — Herr Held, seine Verbindung mit der Hofpartei. — Held's Idee. — Die Demokraten und die Soldaten. — Das Vaterland in Gefahr.

Die National-Versammlung entfaltete im Juli und August einen regen Arbeitseifer. Während in der Verfassungs-Kommission eine auf demokratische Prinzipien begründete konstitutionelle Verfassung vorgearbeitet wurde, — der von der Regierung vorgelegte Entwurf diente dabei nur als schätzbares, aber ziemlich unbrauchbares Material, — beschäftigte sich das Plenum mit der Berathung über das Bürgerwehrgesetz, mit der Abschaffung der Todesstrafe, der Feststellung einer Habeas-Korpus-Akte sowie mit Verhandlungen über manche andere wichtige Fragen, auf welche wir hier nicht näher eingehen können, da sie der Spezialgeschichte Berlins zu fern liegen.

In allen Sitzungen zeigte es sich, daß die Majorität bestrebt war, das Ministerium zu stützen, obgleich dieses, wie wir erwähnt haben, ebensowenig wie das Ministerium Camphausen sich mit den Fraktionen in Verbindung setzte, und seinerseits wenig oder nichts that, um sich eine feste Majorität zu schaffen.

Die Centren, in denen Herr von Unruh die einflußreichste Person geworden war, suchten bei allen Streitfragen stets zu vermitteln und zu begütigen nach Rechts und Links, um dem Ministerium seine Majorität zu erhalten. Dies gelang ihnen auch vollständig. Für viele ziemlich unpopuläre Paragraphen des Bürgerwehrgesetzes erzielten die Centren ministerielle Abstimmungen.

Alle diese Bemühungen des Centrums konnten indeß nicht verhüten, daß endlich von der National-Versammlung Beschlüsse gefaßt wurden, welche den Sturz des Ministeriums zur Folge haben sollten, weil die Minister es verschmähten, sich zur rechten Zeit klar und deutlich über das, was sie wollten, auszusprechen.

Es war in Schweidnitz bei Gelegenheit einer dem Kommandanten gebrachten Katzenmusik das Militär eingeschritten, obgleich die Bürgerschaft sich schon thätig zeigte, um die Tumultuanten zu vertreiben. Ohne das gesetzliche Warnungszeichen zu geben, hatten die Soldaten geschossen, 14 Todte und viele Verwundete waren auf dem Platz geblieben, auch mehrere Bürgerwehrmänner, die bestrebt gewesen waren, die Ruhe wieder herzustellen, waren gefallen.

Das unglückselige Ereigniß gab am 9. August dem zur entschiedenen Linken gehörigen Abgeordneten Dr. Stein Veranlassung, den nach ihm benannten berühmten folgewichtigen Antrag zu stellen:

„Der Herr Kriegsminister möge in einem Erlaß an die Armee sich dahin aussprechen, daß die Offiziere allen reaktionären Bestrebungen fern bleiben, nicht nur Konflikte jeder Art mit dem Zivil vermeiden, sondern auch durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zeigen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollen."

Der Abgeordnete Schulz (Wanzleben) stellte das Amendement, dem Stein'schen Antrage folgende Worte hinzuzufügen:

„und es denjenigen Offizieren, mit deren politischen Ueberzeugungen dies nicht vereinbar ist, zur Ehrenpflicht zu machen, aus der Armee auszutreten."

Die Minister widersprachen weder dem Antrag Stein noch dem Amendement Schulz, sie schwiegen; die Centren konnten daher unmöglich glauben, daß eine Kabinetsfrage aus der Annahme erwachsen würde. Sie schlossen sich dem Antrage Stein, zum Theil auch dem Amendement Schulz an, beide wurden von der National-Versammlung, das Amendement allerdings nur mit 1 Stimme Majorität angenommen.

Obgleich die Minister bei der Berathung gegenwärtig gewesen waren und geschwiegen hatten, weigerten sie sich doch, den Antrag zur Ausführung zu bringen. In einem Schreiben vom 2. September, welches in der Sitzung am 4. September verlesen wurde, erklärte das Ministerium: Der Kriegs-Minister habe niemals anti-konstitutionelle Tendenzen im Bereiche seiner Verwaltung aufkommen lassen; die Befehlshaber seien durch geeignete Erlasse auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht worden, jedem Bestreben entgegenzutreten,

durch welches das Prinzip der konstitutionellen Freiheit, sei es im reaktionären oder im republikanischen Sinne, beeinträchtigt werden könne. In gleicher Weise werde der Kriegs-Minister bei vorkommender Veranlassung auch ferner belehrend, rügend und wenn es sein müsse, strafend einschreiten. Er hoffe, daß sein Wirken auch ferner nicht ohne Erfolg bleiben werde, dieser aber würde durch einen allgemeinen Erlaß, wie ihn die Versammlung wünsche, nicht erreicht werden, allgemeine Erlasse seien dem Wesen und dem Geiste einer Armee nicht entsprechend.

Der Abgeordnete Stein hatte zu der Sitzung am 4. September eine Interpellation an den Kriegs-Minister in Bezug auf seinen Antrag angemeldet, statt derselben stellte er jetzt einen zweiten Antrag, der dahin lautete:

„Die National-Versammlung wolle beschließen, daß es die dringendste Pflicht des hohen Staatsministeriums sei, denjenigen Erlaß, welchen die National-Versammlung am 9. August in der 37. Sitzung beschlossen hat, ohne Weiteres zur Beruhigung des Landes und zur Erhaltung des Vertrauens, wie zur Vermeidung eines Bruches mit der National-Versammlung ergehen zu lassen.“

Die Versammlung erkannte die Dringlichkeit des Stein'schen Antrags an. Die Linke wollte die sofortige Beschlußfassung, Herr von Unruh beantragte dagegen, da es sich nicht nur um den Sturz des Ministeriums, sondern um die wichtigste Frage, die es geben könne, um einen Zwiespalt in der Versammlung selbst handle, die Vertagung der Debatte, und seine Ansicht gewann die Majorität, obgleich Waldeck mit Feuereifer dagegen sprach. Er sagte:

„Wie kann das Ministerium sich weigern, dies Wenige zu geben, was wir im Namen des Landes und des Volkes verlangt haben. (Bravo!)

„Ich sage Ihnen, mit Ehren können wir hier nicht eine Minute länger sitzen bleiben, wenn es nicht geschieht. Was bedarf es noch der Ueberlegung? —

(Bravo!)

„Da ist nicht die Rede von Abtheilungen, von Fachkommissionen, es ist die Nation, welche es verlangt.“

(Stürmisches, anhaltendes Bravo!!)

Trotz des stürmischen Beifalls, welchen die Worte Waldeck's fanden, beschloß doch die Versammlung die Vertagung der weiteren Debatte bis zum 7. September.

Die Tage vom 4. bis 7. vergingen für die Berliner in banger Spannung. Alle politischen Klubs, die Bezirks-Vereine, selbst die Bürgerwehr-Kompagnien hielten in dieser Zwischenzeit ernste Berathungen darüber, was geschehen solle, wenn am 7. die National-Versammlung entweder den Antrag Stein's ablehnen oder wenn das Ministerium Auerswald-Hansemann sich der Ausführung eines erneuerten Beschlusses der Versammlung widersetzen und trotzdem auf seinem Posten bleiben würde. Es herrschte in Berlin in dieser Frage eine Einmüthigkeit, wie sie lange Zeit zwischen den Parteien nicht gewaltet hatte.

Die demokratischen Klubs, der konstitutionelle Klub und die Bürgerwehr zeigten sich entschlossen, in einem Zwiespalt zwischen der National-Versammlung und dem Ministerium auf Seiten der Volksvertretung zu stehen; alle Straßenecken bedeckten sich mit Plakaten, welche das Volk zum Muth, zur energischen Vertheidigung seiner Freiheit aufforderten.

Man rüstete sich überall, Munition wurde angeschaft, Kugeln gegossen, ein ernster Kampf, so glaubte man, stehe bevor.

Eine besonders wichtige Frage war es, ob auch der Kommandeur der Bürgerwehr von gleichem Geiste wie die Bürgerschaft beseelt sei. Dies wurde von vielen Seiten her bestritten und Herr Rimpler erhielt manche Mißtrauensadresse; wie es schien aber mit Unrecht, denn er erklärte offen, daß er entschlossen sei, jedem Beschluß der National-Versammlung Folge zu leisten und um einen Beweis dafür zu geben, verbreitete er selbst in den Bezirken eine Adresse an die National-Versammlung, welche zahlreiche Unterschriften fand, folgenden Inhalts:

Hohe National-Versammlung!

Das Staats-Ministerium hat in der Sitzung vom 2. d. M. verweigert, einen Beschluß, welchen eine hohe National-Versammlung bereits am 9. August in Betreff eines Erlasses an die Offiziere der Armee gefaßt hat, auszuführen. Mit gerechtem Erstaunen und Bedauern haben wir diese Weigerung vernommen. Die Abgeordneten sind die einzigen und alleinigen Vertreter des Volkes. — Wir können dem Ministerium nimmermehr das Recht zugestehen, dem Willen des Volkes entgegen zu treten. Wir erklären daher, daß wir durch die in der Sitzung vom 2. d. M. ausgesprochene Weigerung des Ministeriums die Ehre und Würde der National-Versammlung für bedroht erachten und dieselbe in ihren Beschlüssen mit allen unsern Kräften beschützen und aufrecht erhalten werden.

Berlin, den 5. September 1848.

Während das Volk von Berlin sich rüstete, für die Beschlüsse der National-Versammlung einzustehen, waren auch die Abgeordneten nicht unthätig, sie verhandelten die hochwichtige Frage auf das Eifrigste in den verschiedenen Fraktionen, welche durch Deputationen mit einander in Verbindung traten; zu einem bestimmten Beschlusse aber konnten sie nicht kommen. Herr von Unruh suchte wieder zu vermitteln, er gewann die Centren für ein Amendement, von dem er hoffte, daß es die Versammlung zufrieden stellen und von den Ministern angenommen werden könne. Es lautete:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen:

In Erwägung, daß die Beschlüsse vom 9. August keine Erforschung der Gesinnung, keinen Gewissenszwang, sondern nur die im konstitutionellen Staate nothwendige Ueber-

einstimmung zwischen Volk und Heer herbeizuführen, so wie fernere Konflikte zwischen den Bürgern, welche zum Heere, und denen, welche zum Civilstande gehören, zu vermeiden bezwecken,

erklärt die Versammlung:

daß das Ministerium das Vertrauen des Landes nicht besitzt, wenn es ferner Anstand nimmt, einen jenem Sinne der Beschlüsse vom 9. August entsprechenden Erlaß an das Heer ergehen zu lassen."

Am 7. September sollte die Verhandlung über den Stein'schen Antrag stattfinden. Schon vom frühen Morgen an waren die Straßen der Stadt wie an einem Festtage belebt. Die Singakademie wurde wieder von zahllosen Volksmassen umlagert, diese aber zeigten eine musterhafte Ruhe; Niemandem fiel es ein, durch Toben und Schreien oder gar durch Drohungen einen Beschluß der National-Versammlung erzwingen zu wollen.

Sie Sitzung begann. Die Tribünen waren von Zuhörern überfüllt, welche den Verhandlungen mit höchster Spannung zuhorchten. Der Andrang nach Einlaßkarten war an jenem Tage so bedeutend gewesen, daß diese, welche sonst von den mit ihnen Handel treibenden Arbeitern für etwa 10 Silbergroschen ausgeboten wurden, an diesem Tage 3—5 Thaler kosteten.

Die Volksmasse vor dem Sitzungslokale vergrößerte sich von Stunde zu Stunde, Tausende standen dicht gedrängt im Kastanienwäldchen und auf dem Opernplatz. Trotzdem hörte man kaum ein Geräusch, nur ein leises Summen, welches durch das Flüstern der Tausende erzeugt war.

Während das Volk in gespannter Erwartung des Beschlusses seiner Vertreter harrte, war im Innern des Sitzungssaales eine erregte Debatte im Gange. Der Minister-Präsident v. Auerswald hatte zuerst das Wort erhalten. Er erklärte, die Regierung habe gegen den materiellen Inhalt des Antrages kaum etwas einzuwenden, da sie von freien Stücken Alles thue, um reaktionäre Bestrebungen in der Armee nicht aufkommen zu lassen, aber sie müsse der Versammlung das Recht bestreiten, sich in Verwaltungs-Maßregeln zu mischen, welche allein der Exekutivgewalt anheimfielen; die National-Versammlung habe sich auf das ihr zustehende Recht der Gesetzgebung zu beschränken.

Der Rede des Minister-Präsidenten folgte eine stürmische Debatte, ihr Resultat war, daß der von Unruh'sche Vermittelungs-Antrag verworfen wurde. Die Rechte und die Linke stimmten gemeinschaftlich dagegen; ebenso wurde auch ein Antrag der Rechten verworfen, der Stein'sche Antrag dagegen wurde mit 219 gegen 143 Stimmen angenommen.

Als die Nachricht von dem Resultat der Verhandlung dem Volke draußen bekannt wurde, erhob sich ein stürmischer Jubel, ein Hurrah- und Bravogeschrei ohne Gleichen. Die Volksmassen bildeten vor dem Eingange des Sitzungssaales Spalier, durch dieses ließen sie die Abgeordneten ziehen. Die Anhänger des Ministeriums, die Mitglieder der Rechten, wurden mit Zischen und Pfeifen, die der Linken mit donnernden Lebehochs empfangen.

Als der Minister Hansemann erschien, begrüßte ihn ein lautes Zischen; ein kleiner fliegender Buchhändler drängte sich vor und bot dem Minister eine Karrikatur zum Kaufe an. Diese stellte einen Galgen vor, an welchem die sieben Minister aufgehängt waren; ein Platz war an demselben noch leer.

Unter dem Lachen des Volkes kaufte Herr Hansemann das Bild, dann ging er weiter. Niemand belästigte weder ihn, noch einen der andern Minister.

An jenem Tage war Alles nur Jubel und Freude. Als Stein, der Antragsteller, erschien und am Opernplatz in eine Droschke steigen wollte, um nach Hause zu fahren, spannte das enthusiasmirte Volk die Pferde aus und zog den Gefeierten jubelnd durch die Straßen.

Das Ministerium hatte eine so schwere Niederlage erlitten, daß es weichen mußte, darüber waren alle Parteien einig. Man sah es ohne Bedauern scheiden, über die Personen aber, welche das neue Ministerium bilden sollten, stritt man heftig. Die von ihrem Siege berauschte demokratische Partei hoffte auf ein Ministerium Waldeck, in den besser unterrichteten Kreisen sprach man von einem Ministerium Grabow oder Beckerath, Andere wollten wissen, die am Hofe herrschende Partei sei es müde, mit der Revolution zu liebäugeln, sie fühle sich stark genug, um ein Ministerium aus ihrer Mitte an die Spitze des Staats zu stellen, um endlich die Maßregeln zur Vollendung der Contrerevolution vorzubereiten.

Solche Schwarzseher wurden in den ersten Tagen nach dem 7. September ausgelacht und fast schien es, als sei jede derartige Furcht unbegründet, denn in der Sitzung vom 11. September theilte der Minister-Präsident zwar mit, daß das Ministerium seine Entlassung erbeten habe, weil die konstitutionelle Monarchie nicht bestehen könne, wenn die National-Versammlung sich in Verwaltungsmaßregeln mische und daß Se. Majestät unter Anerkennung dieses Grundsatzes das Entlassungsgesuch gebilligt habe, aber er fügte zugleich die Nachricht hinzu, Herr von Beckerath, der bekannte Altliberale, sei zu Sr. Majestät berufen worden.

Diese Mittheilung erregte eine tiefe Sensation in der Versammlung. Der König hatte es geradezu ausgesprochen, daß er den Beschluß der National-Versammlung für inkonstitutionell halte. Die National-Versammlung konnte, ohne sich zu entehren, diesen Beschluß nicht zurücknehmen, es schien also offenbar, daß ein Bruch zwischen der Versammlung und der Krone stattfinden müsse.

Auch die in Aussicht gestellte Ernennung eines Ministeriums Beckerath vermochte diese Besorg-

nisse nicht zu zerstreuen. Beckerath hatte als Abgeordneter in Frankfurt a. M. gezeigt, daß er auf dem Standpunkt des Altliberalismus stehen geblieben sei; er war ein Gesinnungsgenosse der Camphausen, Hansemann 2c., und es ließ sich daher kaum erwarten, daß er eine größere Energie als die bisherigen Minister entfalten werde. Trotzdem wurde die Berufung des Herrn von Beckerath dennoch wenigstens insofern als ein nicht ungünstiges Zeichen der Zeit begrüßt, da sie zeigte, daß der König beabsichtige, wieder ein liberales und nicht, wie von den Schwarzsehern behauptet wurde, ein reaktionäres Ministerium zu berufen.

Die Hoffnungen, welche auf das Zustandekommen eines Ministeriums Beckerath gesetzt wurden, verschwanden indeß bald; man hörte, daß die Verhandlungen mit dem berühmten Altliberalen sich zerschlagen hätten, weil das zu freisinnige Programm desselben vom Könige nicht angenommen worden sei und daß der General Pfuel mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt worden sei. Herr v. Pfuel zeigte dies selbst am 21. September der National-Versammlung an und am Abende desselben Tages brachte der Staatsanzeiger die Kabinets-Ordre, nach welcher der General der Infanterie von Pfuel zum Minister-Präsidenten und Kriegs-Minister, der Ober-Präsident der Rheinprovinz Eichmann zum Minister des Innern, der Ober-Präsident der Provinz Sachsen, von Bonin zum Finanz-Minister, der frühere Bundestagsgesandte Wirkliche Geh. Rath Graf Dönhoff interimistisch zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt wurden. Die übrigen Ministerien blieben vorläufig unbesetzt. Einige Tage später erhielt der Geh. Rath Kisker das Ministerium der Justiz.

Die Aufregung war groß in Berlin, als die neue Ministerliste bekannt wurde. Es konnte jetzt kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß die Zeit des schwächlichen Liberalismus vorüber sei, denn die neuen Minister wurden sämmtlich als Anhänger der entschiedensten Reaktion betrachtet. Die Ueberzeugung, daß in der nächsten Zukunft eine Kontrerevolution bevorstehe, drängte sich selbst den ruhigsten Bürgern auf, rüstete sich doch offenbar die Regierung zum Kampfe. Schon hatte sie im Laufe des September große Truppenmassen rings um Berlin zusammengezogen und den General Wrangel zum Oberbefehlshaber in den Marken mit diktatorischer Gewalt ernannt. Wrangel hatte dies durch einen berühmt gewordenen Armeebefehl proklamirt, in welchem er sagte:

„Meine Aufgabe ist, die öffentliche Ruhe in diesen Landen, da, wo sie gestört wird, wieder herzustellen, wenn die Kräfte der guten Bürger hierzu nicht ausreichen. Die Aufgabe ist schwer und mit großer Verantwortung verknüpft, das verkenne ich nicht, aber sie wird ausgeführt werden."

Alles war zum Kampfe vorbereitet, das wußten die Berliner, was aber that in dieser Zeit der höchsten Gefahr die demokratische Partei, deren Existenz auf das Schwerste bedroht war? Sie hielt Klubsitzungen und Volksversammlungen, in denen die einzelnen Redner sich gegenseitig anfeindeten, in denen wilde und stürmische Debatten sich an rein persönliche Fragen knüpften. Sie war zerfallen und zerfahren, kraft- und machtlos, außer Stande, sich Achtung bei der Bürgerschaft zu erringen.*)

Die Hauptschuld an den Zwistigkeiten, durch welche damals die demokratische Partei sich schwächte, trug Herr Held, der Liebling der Berliner Arbeiter.

Schon am 7. September hatte Held ein Plakat erlassen, in welchem er das Volk vor dem Vertrauen auf die National-Versammlung warnte, er hatte auf die die Stadt umringenden Bajonette

*) Mein Urtheil über die demokratische Partei des Jahres 1848 mag manchem der Leser hart klingen und vielleicht mir den Vorwurf zuziehen, ich sei der Partei, der ich so viele Jahre angehört habe, untreu geworden. Dies ist nicht der Fall. Als Geschichtsschreiber habe ich die Pflicht, meiner Ueberzeugung nach die Wahrheit zu sagen, auch wenn dies zu Ungunsten der Partei, der ich auch heut noch mit voller Ueberzeugung anhänge, geschehen muß. Daß dieser Grundsatz mich stets geleitet hat, muß jede Seite dieses Werkes beweisen. Meine Anschauungen über die gänzliche Unfähigkeit der demokratischen Führer im Jahre 1848 ist übrigens nicht erst in neuerer Zeit entstanden, ich habe sie schon im Jahre 1848 scharf und rücksichtslos genug in meinem früher erwähnten Erstlingswerk: „Das freie Preußen" mit folgenden Worten ausgesprochen:

„Anstatt die Partei zu einigen und zu kräftigen, verloren sich die Führer der demokratischen Partei in den Klubs in endlose Phrasen, welche ihnen allerdings manches schallende Bravo einbrachten, aber der Partei nur schadeten, nichts nützten. Kleinliche Streitigkeiten, verletzter persönlicher Eitelkeit wegen, trennten die einzelnen Führer, welche innig vereint hätten sein sollen und außerdem zeigte es sich schon jetzt, daß die demokratische Partei in Berlin allerdings manche glänzende Redner, aber gar keine großartigen Talente in sich faßte, welche es vermocht hätten, durch ihren Einfluß die große, aber zerfahrene Masse zu einem einigen, innig zusammenhängenden Ganzen zu machen.

Der Schreiber dieser Zeilen befindet sich bei dieser Darstellung in einer üblen Lage. Er selbst ist viele Monate lang und noch bis zu jenem Augenblicke Mitglied und Vorsitzender des demokratischen Kreisausschusses für die Mark Brandenburg gewesen und ihn treffen daher alle die der demokratischen Partei gemachten Vorwürfe ebenfalls und vielleicht in erhöhtem Grade; aber er glaubte trotzdem nicht schweigen zu können, er glaubte verpflichtet zu sein, in diesem Werke, welches dem spätern Geschichtsschreiber zum Anhaltspunkt dienen soll, unparteiisch auch die Schwächen seiner eigenen Partei aufzudecken, da sie es hauptsächlich gewesen sind, welche einen so glänzenden Sieg, wie ihn die Reaktion in neuester Zeit gewonnen hat, möglich machen konnten."

aufmerksam gemacht und versucht, Zwiespalt innerhalb der demokratischen Partei zu erregen, indem er mit geheimnißvollen Worten seinen Anhängern versprach, sie sicher dem gehofften Ziele „Arbeit und Brod," wenn auch auf ungewöhnlichem Wege, zuzuführen.

Schon damals war Verdacht gegen Held entstanden, daß er mit der Gegenpartei und zwar besonders mit der des Prinzen von Preußen in Verbindung stehe, und sich zum Werkzeug derselben hergebe. In einer Volksversammlung am 11. September war Held deshalb interpellirt worden, aber er hatte sich auf keine Antwort eingelassen, sondern nur darauf hingewiesen, daß er in sehr kurzer Zeit dem Volke seine Pläne offenbaren werde; bis dahin aber müsse er Vertrauen fordern.

Und er fand Vertrauen. Die Arbeiter folgten dem Manne, welchen sie für einen echten Freiheitsapostel hielten, mit gläubigster Verehrung; sein Einfluß wuchs in so bedenklichem Maße, daß die übrigen demokratischen Führer, die ein tiefes Mißtrauen gegen Held hegten, ihm mit den ernstesten Mitteln entgegenzutreten sich verpflichtet hielten. Sie hatten hierzu die beste Gelegenheit, denn der Verdacht, daß Herr Held mit der aristokratischen Partei in geheimer Verbindung stehe, wurde durch vollgültige Beweise bestätigt.

Eine Dame, welche sich viel im demokratischen Klub bewegte, Fräulein Ottilie von Hake, theilte dem Professor Agathon Benary und dem Schriftsteller Ernst Dohm mit, Held habe in ihrer Wohnung eine Zusammenkunft mit einem übel berüchtigten Manne, einem Herrn von Katte, dem Präsidenten des Preußen-Vereins, gehabt und sich gegen Katte, der sich für einen Agenten des Prinzen von Preußen ausgab, verpflichtet, die Arbeiter Berlins für die Partei des Prinzen zu gewinnen.

Auf ihre Einladung wurde Dohm ein versteckter Zeuge einer Unterredung Held's mit Herrn v. Katte. Professor Benary und Ernst Dohm veröffentlichten die Resultate der Verhandlung, welche der große Volksführer mit dem Präsidenten des reaktionären Preußen-Vereins gehabt hatte.

Es gab einen grenzenlosen Skandal. Held, der Anfangs behauptet hatte, seine Unterhaltung mit Herrn von Katte sei durch eine zufällige Zusammenkunft bei Fräulein Hake bedingt worden und der Politik durchaus fremd geblieben, konnte jetzt seine Unterhandlungen mit der Aristokratie nicht mehr leugnen, er suchte sich zu rechtfertigen, indem er öffentlich erklärte, die Herrschaft der Aristokratie sei ihm immer noch lieber und weniger drückend für die Arbeiter, als die der geldstolzen Bourgeoisie, welche im Ministerium Hansemann ihren Ausdruck gefunden habe*).

Ein Theil der Arbeiter fühlte sich durch die Held'sche Erklärung durchaus befriedigt, im Maschinenbauer-Verein wurden Oppenheim und Hexamer, welche gegen Held auftraten, nur mit Mühe durch diesen selbst vor Mißhandlungen geschützt, der größere Theil der demokratischen Partei aber wendete sich von einem Manne ab, den viele für einen gekauften Verräther hielten und Herr Held sah wohl ein, daß er gut thue, wie schon früher so auch jetzt, sich für einige Zeit der agitatorischen Thätigkeit zu enthalten. Er verkündete, daß er sich in's Privatleben zurückziehen werde, zum Abschiede aber ließ er eins seiner Riesenplakate, welches er „meine Idee für die Verfassung Preußens und Deutschland" betitelte.

Wir würden der Idee des Herrn Held eine zu große Wichtigkeit beilegen, wollten wir sie auch nur im Auszuge unsern Lesern mittheilen, interessant aber ist der Weg, den Held für die Einführung seiner projektirten Verfassung vorschlug. Er sagte:

„Nachdem die Krone dem Volke die nöthigen Garantien gegeben hat, entläßt sie die Minister und löst die National-Versammlung auf, während zugleich das in einer friedlichen Bewegung begriffene Volk den Mann seines Vertrauens unter dem Namen eines Volkstribun zum verfassungsgebenden Diktator ausruft, in welcher Eigenschaft er von der Krone bestätigt wird. — Sein Mandat lautet auf nur vier Wochen, und er haftet für die treue Erfüllung desselben mit seinem Kopfe.

Während dieser vier Wochen muß der Volkstribun nicht blos die Verfassungs-Urkunde, sondern auch alle darauf ruhenden organischen Gesetze fertig machen und durch die Sanktion der Krone in Rechtskraft treten lassen. — Ist seine Mission in dieser Weise erfüllt, so tritt er ab und überläßt die etwaigen Veränderungen und Verbesserungen der Verfassung und der darauf ruhenden Gesetze dem neuen verfassungsmäßigen Wege."

Am Schlusse des Plakats behandelte Held die Frage, ob König Friedrich Wilhelm IV. wohl geneigt sei, seine Idee zur Ausführung zu bringen, er bezweifelte dies, sprach aber verblümt die Hoffnung aus, der König werde zu Gunsten seines legitimen Nachfolgers, des Prinzen von Preußen, abdanken und dieser, der vollkommen mit der Vergangenheit gebrochen habe, werde sich durch große und liberale Koncessionen das Vertrauen des Volkes erringen.

Mit der Veröffentlichung seiner Idee am 18. September trat Held vom Schauplatz seiner politischen Agitation zurück, aber, wie wir sogleich zu erzählen haben werden, nur für sehr kurze Zeit.

---

*) Herr Held hat später sich über sein Verhalten im Jahre 1848 zu rechtfertigen versucht; ich finde indessen keine Veranlassung, auf die Details dieser Angelegenheit weiter einzugehen, da ich nur Thatsachen mittheile und es mir eben so fern liegt, Herrn Held anzuklagen, als ihn zu entschuldigen. Ich würde die ganze persönliche Angelegenheit unerwähnt gelassen haben, wäre die Erzählung derselben nicht nothwendig, um die Zerfahrenheit der demokratischen Partei in jener Zeit zu erklären.

Der Streit mit Held hatte die demokratischen Klubs so sehr beschäftigt, daß sie in der Zeit der Krisis nur wenig zu thun vermochten. Es wurde zwar in den Versammlungen viel gesprochen, aber gar nicht gehandelt. Statt die demokratische Organisation zu fördern und dadurch die Partei für die Eventualitäten eines Kampfes vorzubereiten, ergingen sich die Klubredner in den bekannten gehässigen Zänkereien; ihre Wirksamkeit war nur insofern von einiger Wichtigkeit, als sie damals zuerst versuchten, unter dem Militär Propaganda für die demokratischen Ideen zu machen.

Der demokratische Urwählerverein, der Volksklub, der Centralausschuß und der märkische Kreisausschuß traten zusammen, um eine Ansprache an die Soldaten abzufassen, welche in 10,000 Exemplaren gedruckt und mit Hilfe der demokratischen Deputirten der National-Versammlung in alle Provinzen, alle Garnisonstädte des preußischen Staates vertheilt wurde. Ebenso wurde eine Petition an die National-Versammlung vom Volksklub ausgehend überall zur Unterschrift verbreitet, in derselben wurden die Forderungen der Demokraten für die Soldaten an die Volksvertreter gestellt.

Außerdem suchten die demokratischen Führer in direkten persönlichen Verkehr mit den Soldaten der in Berlin garnisonirenden Regimenter zu kommen. Sie hielten auf dem Exercierplatz bei der einsamen Pappel eine Volksversammlung ab, deren Zweck die Verbrüderung des Militärs mit dem Volke sein sollte. Viele Soldaten betheiligten sich an derselben. Der Volksklub richtete an Sonntag-Nachmittagen eigene für die Soldaten bestimmte Sitzungen ein, in denen militärische Angelegenheiten und die Reformen im Heerwesen besprochen wurden.

Ein kräftigeres Leben entfaltete sich in den Klubs erst wieder, als die Ernennung des Ministeriums Pfuel bekannt wurde. Am Abend des 21. September waren alle Klubs gedrängt voll, wilde feurige Reden wurden gehalten, man glaubte, daß der folgende Tag ein entscheidender sein werde.

Das Gerücht, das Ministerium beabsichtige, die National-Versammlung aufzulösen, wurde verbreitet und fand Glauben. Das Volk, so lautete der übereinstimmende Ruf aller Redner, dürfte sich dies nicht gefallen lassen, es müsse mit bewaffneter Hand seine Vertreter schützen.

Nach dem Klub traten noch spät am Abende die demokratischen Parteiführer zusammen, sie beschlossen einen Aufruf an das Volk von Berlin, der in der Nacht gedruckt und am frühen Morgen des 22. September an alle Straßenecken angeschlagen wurde. In diesem Aufruf spiegelt sich die Stimmung, welche in den demokratischen Kreisen herrschte, so klar wieder, daß wir ihn hier wörtlich folgen lassen. Er lautet:

An das Volk von Berlin!

Volk von Berlin! Gestern ist der National-Versammlung offiziel mitgetheilt worden, daß der General Pfuel mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden ist, derselbe Pfuel, welcher bis zum 18. März die Truppen gegen Dich kommandirte.

Volk von Berlin! Das Vaterland ist in Gefahr! Du kennst die ungeheure Truppenzusammenziehung um unsre Hauptstadt, Du kennst die Diktatur, welche dem General Wrangel ohne alle Veranlassung zuertheilt worden, Du kennst den Armee-Befehl, welchen er erließ, und durch den Berlin und die Marken preisgegeben worden.

Heute fallen die Würfel!

Die National-Versammlung, berufen, die Freiheit des preußischen Volkes gesetzlich festzustellen, ist Deinem Muthe, Deiner Entschiedenheit anvertraut, in ihr hast Du die Freiheit des ganzen preußischen Volkes zu schützen. Auf Dich und Deine Haltung blicken in diesem wichtigen Augenblicke die Provinzen, auf Dich blickt das Deutsche Vaterland, blickt Europa! —

Heute wird

das Ministerium der bewaffneten Reaktion

der National-Versammlung gegenübertreten. Die National-Versammlung wird ihre Pflicht thun. Sie und ganz Preußen rechnen auf Dich, — das Volk. Du wirst Deiner Märztage eingedenk sein.

Die National-Versammlung wird heute von dem Ministerium Rechenschaft fordern, weshalb der General Wrangel mit seiner Diktatur bekleidet, weshalb Berlin mit Truppenmassen umstellt ist.

Das Ministerium Pfuel kann nicht mit der Versammlung gehen, es muß sich den Vertretern des Volkes feindlich gegenüber stellen, es wird die Freiheit des Volkes vernichten.

Dir, Volk von Berlin, sind Ehre und Freiheit der preußischen Nation anvertraut. Heute ist der Tag der Entscheidung! Sei Deines jungen Ruhmes würdig!

Berlin, 22. September 1848.

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Der 22. September. — Herr Held „treu dem Volke." — Das Ministerium Pfuel in der National-Versammlung. — Pax'sche Interpellation. — Vorbereitungen der Parteien für den 25. September. — Unruh'sche Vermittelungsversuche. — Der 25. September. — Erklärung des Minister-Präsidenten. — Geschickte Agitation des Herrn von Unruh. — Sieg des Ministeriums. — Unzufriedenheit der demokratischen Partei. — Skandal am Abend des 25. September. — Verhaftung des Grafen Breßler.

Schon am frühen Morgen des 22. September waren die Straßen Berlins außerordentlich belebt, viele Arbeitsstätten waren geschlossen, weil Jedermann darauf vorbereitet war, es werde der 22. ein Tag der Entscheidung, vielleicht des Blutes sein. Die Bürgerwehr war konsignirt und stand

kampfgerüstet da, fest entschlossen, die Entscheidung der berufenen Vertreter des Volkes abzuwarten und die Versammlung in Schutz zu nehmen, falls sie angegriffen werden sollte, sowohl gegen die Regierung, als gegen das Volk von Berlin.

Die Führer der verschiedenen demokratischen Klubs, welche einen Ausschuß zur Berathung derjenigen Maßregeln ernannt hatten, welche im Falle eines Konflikts zu treffen wären, blieben auch am 22. im Waßmann'schen Lokale in Permanenz versammelt, während einige derselben fortwährend in und vor der National-Versammlung bleiben und Bericht abstatten mußten.

Vor dem Schauspielhause*) hatten sich schon vom frühen Morgen an bedeutende Menschenmassen angesammelt, welche begierig auf die Beschlüsse der Versammlung harrten und bereit waren, wenn von der Versammlung das Signal zum Aufstande gegeben werden sollte, dies sofort nach allen Richtungen der Stadt zu verbreiten.

Eine merkwürdige Erscheinung war es, daß von der großen Masse des vor dem Schauspielhause versammelten Volks nur ein sehr kleiner Theil dem eigentlichen Arbeiterstande angehörte; man sah dort fast nur Leute, deren Kleidung zeigte, daß sie dem Bürgerstande angehörten.

Die Straßenecken waren an jenem Morgen mit einer Unzahl von Plakaten, welche meistens von der demokratischen Partei ausgingen, bedeckt; jedoch zeigten sich auch einige reaktionäre, unter anderen eines, welches die Ermordung des Fürsten Lychnowsky und des Herrn von Auerswald in Frankfurt a. M. in den grellsten Farben darstellte, und welches viel Eindruck, besonders auf die sogenannten ruhigen Bürger, machte.

Von den demokratischen Plakaten wurde besonders eins viel gelesen und zum Theil bespöttelt, von Andern aber mit großem Jubel aufgenommen, es rührte von Herrn Held her und trug die Ueberschrift: „Treu dem Volke." Herr Held erklärte, der Entscheidungskampf sei nahe, das endliche Resultat desselben könne nur die absolute Monarchie oder die Republik sein, in einer solchen Zeit würde es als Feigheit oder Verrath erscheinen, wenn er seinen Entschluß, sich vom politischen Schauplatz zurückzuziehen, durchführe. Er schloß mit der Versicherung, daß er mit dem Volke siegen oder untergehen werde.

Außer den gedruckten Plakaten erschien gegen Mittag noch ein geschriebenes, vom demokratischen Kreisausschuß (Streckfuß, Eichler, Herzfeld, Schönemann und von Hochstetter) unterzeichnetes, welches an allen Ecken des Schauspielhauses angeklebt und von Eichler von der Treppe der französischen Kirche mehrfach verlesen wurde.

Es war veranlaßt durch das an die bei Waßmann versammelten Führer der Klubs gelangte Gerücht, einige exaltirte Köpfe wollten die Aufregung des Volks benutzen, um die Massen zu einem verfrühten Kampfe zu verführen.

Das Plakat warnte vor einem solchen unsinnigen Unternehmen und schloß mit den Unterstrichenen Worten:

Erst dann ist die Revolution gerechtfertigt, wenn die Regierung sich weigert, die Beschlüsse der National-Versammlung auszuführen! —

Die Verlesung des Plakats wurde vom Volk mit Jubel begrüßt.

Während so das Volk in gespannter Erwartung vor dem Schauspielhause stand, während fortwährend Bürgerpatrouillen durch die Straßen zogen, während Alles auf einen möglichen Kampf gerüstet war, wurde in der Versammlung lebhaft debattirt.

Die Versammlung wurde durch den Vize-Präsidenten Phillips eröffnet. Auf der Ministerbank saßen die neuen Minister von Pfuel, Eichmann, von Bonin, Graf Dönhof; Alles blickte auf sie, theils nur neugierig, theils in der gespanntesten Erwartung.

Der neue Minister-Präsident, Herr v. Pfuel, machte durch sein ruhiges, würdiges Benehmen, sein ehrwürdiges Aeußere, die weißen Haare, das edle schöne Gesicht einen angenehmen Eindruck, den er auch in der kurzen Zeit seines Ministeriums vollständig bestätigt hat. Er hat selbst die demokratische Partei zu dem Zugeständniß genöthigt, daß sie in ihm einen Ehrenmann erkenne, daß er das, was er bei seinem Regierungsantritt versprochen, vollständig gehalten habe.

Herr von Pfuel eröffnete sein Ministerium mit der folgenden abgelesenen Ministerrede:

„Wir treten vor diese hohe Versammlung mit der Versicherung, daß, indem wir dem Rufe Sr. Majestät des Königs folgten und die uns angebotenen Stellen einnahmen, wir fest entschlossen sind, auf dem betretenen konstitutionellen Wege fortzuschreiten. Wir wollen die dem preußischen Volke gewährten Freiheiten kräftig wahren und reaktionäre Bestrebungen mit aller Macht unseres Amtes zurückweisen. Insonderheit werden wir in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes im Civil und im Militär, für die strengste Befolgung dieser Grundsätze ernste Sorge tragen.

Die Verfassung, welche die hohe Versammlung mit der Krone zu vereinbaren im Begriff steht, wird, wie wir hoffen, die Bürgschaft in sich tragen, daß das preußische Volk in der innigsten Vereinigung mit der ganzen deutschen Nation, einträchtig und stark, frei und geordnet in ungehemmter Entfaltung aller seiner Kräfte und Gaben, mit sicherem Schritte einer großen Zukunft entgegengehen, und seinen weltgeschichtlichen Ruf erfüllen werde.

Dieser freien Entwickelung mit ganzer Seele zugewendet, werden wir nicht vergessen, daß es die Pflicht einer jeden Regierung ist, den Ausbrüchen der Anarchie und Ungesetzlichkeit zu steuern,

*) Die National-Versammlung war kürzlich aus der Singakademie nach dem Konzertsaal des Schauspielhauses übergesiedelt.

eine Pflicht, deren strenge Erfüllung vom ganzen Lande gefordert, in der Ueberzeugung, daß die wahre Freiheit nur in der gesetzlichen Ordnung gedeiht und mit ihr die Gewerbthätigkeit der Bürger, der Ackerbau, der Handel und die Industrie.

Lassen Sie uns bedenken, daß wir dem Winter mit seinen Bedrängnissen entgegengehen! Je weiter die Zeit vorrückt, desto dringender tritt die Nothwendigkeit hervor, die Verfassungs-Urkunde, nach dem sehnlichen Verlangen des Volkes, festzustellen. Wir werden auf die Beschleunigung derselben, so weit es in unserer Macht steht, hinwirken und zu dem Ende, neben der Berathung des Bürgerwehr-Gesetzes und der Gemeinde-Ordnung, die Vorlegung des Entwurfs der Kreis- und Bezirks-Ordnung nach Möglichkeit beschleunigen. Wie die Rechte und die Freiheit des Volkes, ebenso werden wir auch die Rechte und die Würde der Krone stets hoch und heilig halten und mit gleicher Kraft vertheidigen. Pflichtmäßig werden wir Ihnen, meine Herren, der Vertretung unseres Volks, über unsere Verwaltung Auskunft geben und den in Beziehung auf dieselbe von Ihnen geäußerten Wünschen schuldige Rechnung tragen. Ebenso erkennen wir es aber auch für unsere Pflicht, auch dabei die Rechte der Krone, als der einzigen Trägerin der ausübenden Gewalt, gewissenhaft zu wahren.

Wir treten unser schweres Amt, das wir im vollen Bewußtsein der damit verknüpften Verantwortlichkeit übernommen haben, mit der Hoffnung und dem Vertrauen an, daß die Größe der gemeinschaftlichen Aufgabe und eine gleiche vaterländische Begeisterung uns in allen wesentlichen Punkten einig machen werde."

Die Ministerrede machte in der Versammlung einen tiefen Eindruck. Man hatte etwas ganz anderes, eine Art Kriegserklärung gegen die National-Versammlung, eine Zurechtweisung derselben über ihre Annahme des Stein'schen Antrages erwartet und deshalb in den Fraktionen eifrig darüber berathen, ob man nicht selbst den Kampf beginnen, und dem Ministerium mit einem scharfen Mißtrauensvotum entgegentreten wolle. Sogar im Centrum hielten manche Abgeordnete einen solchen Schritt für politisch geboten, sie waren nur mit großer Mühe durch Herrn von Unruh überzeugt worden, daß bei einem Bruch zwischen National-Versammlung und Regierung derjenige Theil sich selbst schade, der zuerst angreife.

Die Rede des Minister-Präsidenten gab zu Angriffen gar keine Veranlassung. Das leicht zu gewinnende Centrum wurde durch dieselbe sehr befriedigt und auch die Linke mußte anerkennen, daß die Versprechungen des Herrn von Pfuel, wenn sie ehrlich gemeint seien, ganz geeignet schienen, ein günstiges Vorurtheil für das Ministerium zu erwecken.

Auf der Tages-Ordnung der Versammlung stand außer mehreren anderen wichtigen Angelegenheiten eine Interpellation des Abgeordneten von Kirchmann wegen des vom General Wrangel erlassenen Armeebefehls. Herr von Pfuel beantwortete sie mit der ihm eigenen, offenen und ehrlichen Art, er bestätigte, daß rings um Berlin eine bedeutende Truppenmacht zusammengezogen sei, dies aber hätte bei der herrschenden Aufregung, um auf alle Eventualitäten gerüstet zu sein, geschehen müssen. Den diktatorischen Ton in dem Armeebefehl desavouirte der Minister-Präsident und erklärte ausdrücklich, daß der General Wrangel nach wie vor seine Befehle vom Kriegsministerium zu empfangen habe und daß das Militär bei Unordnungen erst dann werde einschreiten dürfen, wenn die Bürgerschaft zum Schutze der Gesetze nicht mehr ausreiche und wenn es von den Civilbehörden requirirt werde.

Durch die einfache und offene Beantwortung der Interpellation hatte Pfuel schon so festen Boden in der National-Versammlung gewonnen, daß ein von Waldeck gestellter Antrag, das Staatsministerium möge den General Wrangel zur Zurücknahme seines Armeebefehl anweisen, zwar unterstützt wurde, daß aber die Versammlung bei der namentlichen Abstimmung beschloß, ihn nicht vor der Tages-Ordnung zu diskutiren. Da der Antrag Waldeck's durch diese Hinausschiebung seine Wirksamkeit verlor, wurde er zurückgezogen. Vor dem Schluß der Sitzung stellte noch der Abgeordnete Pax folgende wichtige Interpellation.

> Ich frage das hohe Ministerium, welche Stellung es in Bezug auf die nach dem Antrage der Abgeordneten Stein und Schulze von der National-Versammlung am 9. August und 7. September gefaßten Beschlüsse eingenommen, ob es zur Ausführung derselben bereits Schritte gethan, oder, wenn nicht, diese überhaupt zu thun gedenke?

Diese Interpellation war es, welche das Schicksal des Ministeriums Pfuel entscheiden sollte, auf den Ausfall derselben harrte das Volk von Berlin, harrte das ganze Land mit der gespanntesten Erwartung, denn sie sollte entscheiden, ob die National-Versammlung oder die Regierung in dem Streite gesiegt habe, den die Beschlüsse vom 9. August und 7. September hervorgerufen hatten.

Um diese Interpellation gar nicht mehr vorbringen zu lassen, hatte die dienstbeflissene Rechte viele zeitraubende namentliche Abstimmungen veranlaßt; aber sie hatte sich vergeblich bemüht.

Auch jetzt noch suchte der Abgeordnete Baumstark von Greifswald, einer der Führer der Rechten, durch einen Antrag auf Schluß der Sitzung diese Interpellation abzuschneiden, und rief dadurch eine stürmische Scene in der Versammlung hervor.

Trotz aller Bemühungen der Rechten gelang es nicht, die Verlesung der Interpellation zu verhindern, der Minister-Präsident erklärte indessen auf den Rath, den ihm ein Mitglied des Centrums gegeben hatte, er könne erst am nächsten

Montag (25. September) antworten, da ihm noch einige wichtige Schriftstücke fehlten. Hiermit mußte sich der Interpellant begnügen und die Sitzung wurde um 4 Uhr Nachmittags geschlossen.

Das Volk, welches auf dem Gendarmenmarkt wartete, war mit dem Resultate der Berathung in der National-Versammlung nicht sonderlich zufrieden, zu Demonstrationen aber hatte es keine Veranlassung; wohl oder übel mußten die Führer der Demokratie beruhigend wirken, denn die gesammte Bürgerschaft würde bei einem Aufstande Partei gegen die Aufrührer ergriffen haben; sie war entschlossen, treu bei der National-Versammlung auszuharren. Der Bürgerwehr-Kommandant Rimpler gab nur ihren Gefühlen Ausdruck, indem er sich am Morgen des 25. September in einer Proklamation an sie wendete, in welcher er sagte:

„Die National-Versammlung, die Vertreterin der Volksrechte, ist dem Schutze des Berliner Volkes — also auch unserem anvertraut. Zur Unterdrückung jedes Versuches, die Hohe Versammlung mit roher Gewalt einzuschüchtern, oder zu zersprengen, komme er von welcher Seite er wolle, rechne ich auf Ihren Beistand!"

Herr Rimpler erwarb sich durch dieses Wort sowie durch eine energische Protestation, welche er an den Grafen Wrangel wegen seines Armeebefehls richtete, großes Vertrauen bei den Bürgerwehrmännern.

Die Tage vom 22.—25. September waren eine Zeit der Aufregung und Spannung für Berlin. Die Parteien rüsteten sich zum Kampf. Die Demokratie wie die Reaktion suchte durch Wort und Schrift sich Anhänger zu verschaffen; eine wahre Plakatenfluth überschwemmte die Straßenecken. In zahlreichen Proklamationen suchten die demokratischen Führer das Volk zum Muth und zur Ausdauer anzuregen; sie hielten außerdem Vereins- und Volksversammlungen, in denen sie namentlich bestrebt waren, auf das Militär in ihrem Sinne zu wirken. Dagegen verdächtigten andere Plakate die Revolutionspartei, daß sie die Absicht habe, im Bündniß mit der Linken zu Frankfurt a. M. die rothe Republik herbeizuführen.

Die Mitglieder des Preußen-Vereins, unter ihnen vorzugsweise ein Graf Schlippenbach, suchten sich bei den Arbeitern einzuschmeicheln, indem sie die Armen Berlins mit Suppen-Anstalten zu beglücken versprachen.

Die Regierung war ebenfalls nicht unthätig, sie traf Vorbereitungen für einen Straßenkampf.

Die widerstrebenden Elemente zu versöhnen, den gefährdeten Frieden zu erhalten erschien den Mitgliedern des Centrums der National-Versammlung als ihre wichtigste Aufgabe. Der Ministerpräsident hatte sich schnell das Vertrauen dieser Fraktion erworben, sie wünschte ihn unterstützen zu können, noch aber stand, wie Herr von Unruh sagt, die schwere Wetterwolke des Stein'schen Antrages am politischen Himmel. Herr von Unruh erzählt:

„Am Abend wurde darüber viel im Centrum verhandelt. Man wünschte dringend, den Konflikt, noch dazu einen auf die Armee bezüglichen, zu beseitigen, und es war davon die Rede, mit dem Ministerium zu verhandeln. Diese Maßregel schien der Partei als solcher nicht angemessen, da das Ministerium sich nicht näherte und man eine Zurückweisung besorgte. Mir schien dennoch viel darauf anzukommen, den Vorwand zu einem Bruch mit der Verfassung fortzuschaffen. Ohne mit Jemand zu sprechen, schrieb ich noch in derselben Nacht einen Erlaß des neuen Kriegs-Ministers an die Korps-Kommandeure zur Publikation an die Offiziere und faßte den Inhalt so, daß der Ehre der Armee dadurch in keiner Art zu nahe getreten und doch die Versammlung befriedigt wurde.

Am andern Morgen um 8 Uhr besuchte ich einen hohen Offizier im Kriegs-Ministerium und sagte ihm, das Ministerium sei versöhnlich aufgetreten, es beabsichtige offenbar einen aufrichtigen Versuch, eine parlamentarische Stellung zu gewinnen, den konstitutionellen Boden festzuhalten; auch jener Konflikt müsse gehoben werden. Der Offizier theilte meine Ansicht, besorgte aber, es würde kein Schritt möglich sein, der jetzt noch die Versammlung befriedigen und dennoch mit der Stellung der Armee verträglich sei. Darauf zeigte ich ihm meinen Entwurf. Der Offizier schien verwundert über meine Annahme, daß die Versammlung sich damit begnügen werde; ich versicherte aber, obgleich ich noch mit Niemand gesprochen, daß ich nicht einen Augenblick an einer starken Majorität zweifle, vielleicht würde Einstimmigkeit eintreten. Er gestand zu, daß in dem Entwurf nichts Verletzendes für die Armee liege. „Was Sie auch von dem Sohne eines alten Soldaten nicht erwarten können!!" setzte ich hinzu und bat den Offizier, der sich sofort zum Minister-Präsidenten begab, meinen Namen dort nicht zu nennen, damit man mir nicht ehrgeizige Absichten unterlege.

An demselben Tage war Ministerrath. Der Entwurf wurde mit wenigen formellen Abänderungen angenommen. Er soll als ein rein ministerieller Akt schon am Sonntag Morgen an die kommandirenden Generale abgegangen sein. Um 12 Uhr Mittags fuhr General Pfuel zum Könige nach Potsdam. Niemand von meinen politischen Freunden sagte ich damals Etwas von meiner Mitwirkung."

Am Morgen des 25. September waren wieder wie man 22. September, alle das Schauspielhaus umgebenden Straßen von einer dichten Menschenmenge bedeckt; wieder standen Tausende auf dem Gensd'armenmarkt, um die Berathung der National-Versammlung abzuwarten, wieder sprach man allgemein von einem Kampf, der entstehen würde, wenn das Ministerium der National-Versammlung in ihren Beschlüssen vom 9. August und 7. September nicht nachgebe; aber doch bemerkte der aufmerksame Beobachter, daß die

Stimmung eine wesentlich andere war, als am 22. September, daß die Berliner Bürger, durch die lange Aufregung ermattet, einen Kampf nicht mehr wünschten. Es herrschte nicht mehr die freudige Kampfeslust, wie vor einigen Tagen. Eine auffallende Erscheinung war es ferner, daß das ganze Schauspielhaus mit einer großen Anzahl Konstabler (mehrere Hundert Mann) dicht besetzt war.

Diese Besetzung des Schauspielhauses wurde denn auch in der National-Versammlung selbst, welche um 10 Uhr begann, sehr übel bemerkt. Grebel machte darauf aufmerksam, daß sie einem früheren Beschluß der Versammlung, sich nur unter den Schutz der Berliner Bürgerschaft zu stellen, geradezu widerspreche, und in Folge dieser Bemerkung wurden die Konstabler durch den Vize-Präsidenten von Unruh veranlaßt, sich aus dem Schauspielhause zu entfernen.

Es wurde hierauf auf Unruh's Antrag der Pax'schen Interpellation der Vorrang vor der Tagesordnung bewilligt.

Nach einer kurzen Rede, durch welche der Abgeordnete Pax seine Interpellation einleitete, erhob sich der Minister-Präsident und Kriegs-Minister von Pfuel. Er verlas zuerst einen Erlaß des früheren Kriegs-Ministers von Schreckenstein vom 13. September an die kommandirenden Generäle, in welchem ausgesprochen wurde, daß die Regierung keine reaktionären Tendenzen habe und aufrichtig entschlossen sei, den konstitutionellen Weg zu verfolgen. Diesem Erlasse sich anschließend habe das gegenwärtige Kriegs-Ministerium, so erklärte Herr von Pfuel, am 23. September das Programm der Regierung den kommandirenden Generälen mitgetheilt und daran einen Erlaß geknüpft, in welchem unter Hinweisung auf die Kundgebung des früheren Kriegs-Ministers gesagt wurde:

„Einverstanden mit diesen Ansichten, und entschlossen, reaktionäre Tendenzen nicht zu dulden, ersuche ich Ein ꝛc., das gute Einvernehmen zwischen Civil und Militär nach Kräften zu fördern, und, wo sich reaktionäre Bestrebungen wider Erwarten bei den Wohldemselben untergebenen Truppen zeigen sollten, denselben entschieden entgegenzutreten. Ein ꝛc. wolle zu dem Ende von meinem gegenwärtigen Erlasse die Wohldemselben untergebenen Offiziere aller Grade zur Nachachtung in Kenntniß setzen.

Dieselben sind zugleich darauf aufmerksam zu machen, daß sie, nach dem von Sr. Majestät der National-Versammlung vorgelegten Verfassungs-Entwurfe, gleich den Civilbeamten zur Aufrechterhaltung der Verfassung seiner Zeit eidlich werden verpflichtet werden, und daß mit der Uebernahme solcher Verpflichtung alle antikonstitutionellen Bestrebungen, wie sie überhaupt mit der Stellung eines Offiziers in der Armee unverträglich sind, in Widerspruch stehen würden."

Herr von Pfuel erklärte schließlich, das Ministerium halte mit diesem Erlaß die Sache für erledigt.

War sie wirklich erledigt? Das von der National-Versammlung angenommene Schulze'sche Amendement lautete, der Kriegsminister solle es denjenigen Offizieren, mit deren politischer Ueberzeugung Verwirklichung eines konstitutionellen Rechtszustandes nicht vereinbar sei, zur Ehrenpflicht machen, aus der Armee auszutreten. Das Amendement hatte den Hauptstreitpunkt zwischen der National-Versammlung und dem Ministerium Auerswald-Hansemann abgegeben, in dem neuen kriegsministeriellen Erlaß war es mit keinem Worte erwähnt worden.

Konnte sich die National-Versammlung nach den vorhergegangenen Beschlüssen mit dem, was geschehen war, zufrieden erklären? Herr von Unruh kannte seine Leute; er hatte wohl gewußt, mit wie wenigem sie sich begnügen würden, wie groß ihr Wunsch war, den lieben Frieden zu erhalten und dem Ministerium eine goldene Brücke zu bauen. Wir wissen, daß von ihm der kriegsministerielle Erlaß herrührte und daß er daher wohl gut vorbereitet sein konnte, ihn zu vertheidigen, die National-Versammlung aber wußte es nicht, und sie hörte mit Unbefangenheit die Rede an, in welcher er, nachdem die Debatte über die Interpellation eröffnet war, scharfsinnig und spitzfindig bewies, daß in dem Erlaß der Beschluß der National-Versammlung vollständig zur Ausführung gebracht worden sei. In Bezug auf den Stein'schen Antrag war dies leicht, schwieriger aber ließ sich nachweisen, daß Herr von Pfuel auch die Forderung des Schulze'schen Amendements ausgeführt habe. Indeß selbst hierfür wußte Herr von Unruh Rath. Er sagte:

„Es handelt sich jetzt noch um das Amendement des Abgeordneten Schulz. Ich muß darauf zurückkommen, daß der Herr Abgeordnete Schulz sich selbst vor dem Verlangen einer Inquisition der Gesinnung verwahrt hat, und wenn ich dies ausschließe, so ist der Kern des Schulze'schen Amendements der, daß die Offiziere, welche mit den konstitutionellen Prinzipien nicht einverstanden sind, nicht mehr im Heere dienen können. Sehen Sie unbefangen den Erlaß an die Offiziere an, so müssen Sie allerdings die Bestimmung darin finden; es ist ausdrücklich gesagt, daß reaktionäre Tendenzen nicht geduldet werden sollen, es ist ferner gesagt, daß dergleichen Bestrebungen unverträglich seien mit der Stellung des Offiziers in der Armee. Es kann also kein Zweifel darüber obwalten, wenn sich Offiziere dennoch reaktionären Bestrebungen zu Schulden kommen lassen, ja wenn sie nur reaktionäre Tendenzen verfolgen, daß der Herr Kriegsminister durch seine eigenen Worte gebunden ist, sie aus der Armee zu entfernen. Ich kann also nicht umhin, unumwunden auszusprechen, daß ich durch den Erlaß an die Offiziere unsern Beschluß vom 7. September für erledigt erachte."

Dieser Anschauung des Herrn von Unruh schlossen sich nicht nur die Mitglieder des Cen-

trums, sondern auch die der Linken, sogar die Antragsteller Stein und Schulz an, sie waren zufrieden gestellt, weil sie zufrieden gestellt sein wollten.

Wie tief die National-Versammlung durchdrungen war von dem Wunsche, den Frieden aufrecht zu erhalten, zeigte sich in den nächsten Tagen. In Köln a. Rh. war infolge von Unruhen der Belagerungszustand erklärt worden. Mehrere Rheinische Deputirte, unter ihnen d'Ester, ein Mitglied der äußersten Linken, stellten den Antrag: das Ministerium solle aufgefordert werden, den ungesetzlichen Zustand sofort wieder aufzuheben. Obgleich d'Ester der National-Versammlung prophetisch zurief:

> Stimmen Sie gegen den Antrag oder für die motivirte Tages-Ordnung, so erklären Sie, daß es jedem General freisteht, die Rechte des Volkes nach eigener Willkür aufzuheben, so erklären Sie damit, daß, wenn es heute dem Kommandanten von Berlin einfällt, Berlin in Belagerungszustand zu versetzen, er eben so gut erklären kann, die National-Versammlung ist aufgehoben,

ging dennoch die Versammlung zur motivirten Tages-Ordnung über, und eben so versöhnlich zeigte sie sich bei der Interpellation, welche von dem Abgeordneten Brill über eine durchaus unkonstitutionelle Bekanntmachung des General Grafen von Brandenburg zu Breslau eingebracht worden war. Obgleich, wie Herr von Unruh in seinen Skizzen sagt, die Bekanntmachung des Grafen von Brandenburg derart war, daß in England ein General, der einen solchen Befehl auf eigene Hand erlasse, sofort aus dem Dienst entfernt werden würde, begnügte sich doch die Versammlung mit einer ausweichenden Erklärung des Minister-Präsidenten; sie wollte eben damals Frieden um jeden Preis.

Die Bürgerschaft Berlins war mit diesem Verhalten der Volksvertretung sehr zufrieden, desto unzufriedener aber zeigten sich die beiden extremen Parteien, die demokratische und die reaktionäre. Beide hatten gehofft, die ungenügende Beantwortung der Pax'schen Interpellation werde zum Kampfe führen, beide glaubten des Sieges sicher zu sein.

Nachdem die National-Versammlung sich mit dem Erlaß des Kriegsministers zufrieden erklärt und den Konflikt mit der Regierung vermieden hatte, erkannten die einsichtigern Führer der Demokratie, daß sie ihrerseits bestrebt sein müßten, jeden Aufstandsversuch zu vereiteln; sie grollten zwar den Volksvertretern und vorzugsweise ihren Parteigenossen von der Linken,*) aber willig oder unwillig mußten sie sich den Beschlüssen derselben fügen, da jeder Versuch, gegen die National-Versammlung sich aufzulehnen, hoffnungslos erschien. Sie wirkten deshalb beruhigend und hierzu hatten sie schon am Abend des 25. September die beste Gelegenheit.

Auf dem Gendarmenmarkt blieb nach dem Schluß der National-Versammlung noch eine aufgeregte Volksmenge zurück, in welcher heftige Reden gegen die schwache Versammlung, welche die Rechte des Volkes vernichte, gehalten wurden. Ein bei den Arbeitern beliebter, unter dem Namen „Vater Karbe" bekannter Straßenredner sprach begütigend und redete den Leuten zu, ruhig nach Hause zu gehen; und schon schien es, als wolle das Volk seinem Rufe folgen, da erhob sich plötzlich der Ruf: „Wir wollen die politischen Gefangenen befreien, nach der Stadtvogtei!"

Unter wüstem Geschrei zog der wilde Haufen, größtentheils aus betrunkenen Arbeitern bestehend, nach dem Molkenmarkt. Die engen auf den Platz auslaufenden Straßen waren bald von einer tobenden Menge angefüllt; an der Ecke der Post- und Königsstraße wurde der Versuch gemacht, eine Barrikade zn erbauen.

Die Führer des Klubs befanden sich eben in einer Berathung über das Verhalten, welches die Partei nach den Beschlüssen der National-Versammlung einzunehmen haben werde, als sie die Nachricht von dem Skandal auf dem Molkenmarkte erhielten. Sie schickten sofort einige Deputirte aus ihrer Mitte nach dem Schauplatz der Unruhe; August Braß, der Professor Agathon Benary und ich erhielten den gerade nicht angenehmen Auftrag, das Volk zu beruhigen. Dies gelang uns auch nach einiger Mühe, wir wurden unterstützt durch die heranrückende Bürgerwehr,

---

*) Im Verein für Volksrechte erregte das Benehmen der Linken und vorzugsweise das des Abgeordneten Stein einen Sturm der Entrüstung. Stein hatte wenige Tage vor dem 25. September im Verein als Gast eine fulminante Rede gehalten und in derselben ausgesprochen, er würde mit der ganzen Linken auf der wortgetreuen Ausführung der Beschlüsse vom 9. August und 7. September bestehen, die National-Versammlung müsse ihren Willen aufrecht erhalten und sollte darüber auch die Monarchie zu Grunde gehen. Daß nach solchen Worten Stein sich mit dem Erlaß des Kriegsministers zufrieden erklärt hatte, erregte im Verein für Volksrechte einen solchen Unwillen, daß ein Antrag, man wolle so ungetreuen Volksvertretern den Besuch der demokratischen Vereine nicht mehr gestatten, viele Stimmen für sich fand und nur durch einen fast noch beleidigenderen Beschluß beseitigt werden konnte. Der Verein erließ ein Plakat, welches an die Straßenecken Berlins angeschlagen wurde, folgenden Inhalts:

> Der unterzeichnete Verein erklärt, daß es den Deputirten der Linken, trotz ihrer Abstimmung vom 25. September, doch ferner noch gestattet werden solle, den Verein zu besuchen und in demselben zu sprechen, nicht weil der Verein es sich zur Ehre rechnete, sondern damit die Deputirten von dem Volke lernen sollen, wie man sich energisch zu benehmen habe.
>
> Verein für Volksrechte.

welche sich sehr taktvoll benahm. Ohne Gewalt anzuwenden wurde das Volk zerstreut.

Der kleine Skandal wäre der Erwähnung nicht werth, hätte er nicht Gelegenheit gegeben, den Verdacht zu bestätigen, daß der reaktionären Partei Straßenunruhen gerade in jener Zeit willkommen waren. Unter der Volksmenge trieben sich am Abend des 25. September mehrere Männer umher, welche bestrebt waren, die Arbeiter zur Gewaltthätigkeit, zur Widersetzlichkeit gegen die Bürgerwehr anzureizen. Es gelang, einen derselben, der zum Bau einer Barrikade aufforderte, zu verhaften. Man erkannte in ihm einen Grafen Breßler, ein thätiges und einflußreiches Mitglied des Preußen-Vereins, einen Mann, der sich auch, wie wir bereits erwähnten, bei dem Junker-Parlament auf das Eifrigste betheiligt hatte.

Sechsundzwanzigstes Kapitel.

Reaktionsgerüchte — Die Parteien in der National-Versammlung. — Das Bürgerwehrgesetz. — Die Eseldemonstration. — Berathungen über den Verfassungsentwurf. — Von Gottesgnaden. — Schulze-Delitzsch und die bankerotte Firma. — Königs Geburtstag. — Improvisirte Reden des Königs. — Held's Eindringen in die demokratischen Klubs.

In den letzten Tagen des September und in der ersten Hälfte des Oktober herrschte in Berlin eine gewitterschwüle Ruhe. Man hörte wenig von Straßen-Exzessen. Die Ordnung schien in der Hauptstadt wieder hergestellt, der Frieden gesichert, aber dennoch waren alle Parteien darüber einig, daß in kürzester Frist der Sturm auf's Neue ausbrechen, ein entscheidender Revolutionskampf beginnen werde. Wußte man doch, daß höheren Orts für denselben alle Vorbereitungen getroffen waren, daß die rings um Berlin lagernden Truppen, wenigstens die Offiziere derselben, sehnlichst wünschten, für die Niederlage des 18. März eine späte Rache zu nehmen.

Der Oberbefehlshaber in den Marken, General Wrangel, hatte bei einer am 20. September abgehaltenen Parade in einer Rede, welche den Tageswitzblättern viel Stoff zum Spott gab*), deutlich genug auf den nahen Kampf hingewiesen, indem er darauf aufmerksam machte, die Schwerter der Soldaten seien haarscharf geschliffen, die Kugeln im Gewehr.

Der Kampf war nahe, darüber walteten bei Niemandem Zweifel, und doch schien es gerade damals, als hätten alle Parteien, mit Ausnahme der republikanischen Demokratie und der extremsten Reaktion, den Wunsch, sich zu versöhnen, sich gegenseitig nachzugeben.

Das Ministerium erschien über alle Erwartungen konstitutionell. Es hatte den Steinschen Antrag, wenn auch beschränkt genug, doch zur Zufriedenheit der National-Versammlung zur Ausführung gebracht und den Wrangel'schen Armeebefehl desavouirt, es publizirte die von der Versammlung beschlossene Habeas-Corpus-Akte und hob den Belagerungszustand in Köln auf, ohne dazu gedrängt zu werden. Trotz aller Angriffe, welche von der Linken oft in herbster, sogar in ungerechter Weise gegen das Ministerium geschleudert wurden, zeigte es sich versöhnlich; der greise Minister-Präsident von Pfuel erwarb sich sogar durch die ruhige Würde, welche er den gehässigsten Anschuldigungen entgegensetzte, allgemeine Anerkennung. Durch sein konstitutionelles Auftreten gewann das Ministerium wohl das Vertrauen der Zentren in der National-Versammlung, nicht aber das der demokratischen Partei; wie diese über die Minister dachte, zeigte folgender Artikel der Reform:

„Warnung an Berlin.

Eine notable Person unserer Partei schreibt uns aus Paris: Der ganze Operationsplan Pfuel's ist hier (durch die preußische Gesandtschaft) bekannt und man bittet mich dringend, Euch darauf aufmerksam zu machen. Er wird Konzession über Konzession machen, um die Bourgeoisie zu gewinnen und sich nicht zu kompromittiren. Er will am Ruder sein für den Tag der Entscheidung! Er wird nachgeben, wo nur immer für einen Minister Nachgeben möglich ist, unterdessen aber indirekt eine Kollision herbeiführen, seine Hände dann in Unschuld waschen und der Bürgerschaft sagen: „Ihr seht, ich hab' Alles gethan, um die Kollision zu vermeiden u. s. w. Nun aber muß ich auch Alles thun, um die Anarchie, um die Revolution zu unterdrücken." — Geht in keine Falle, übereilt Euch nicht! Aber sucht dies Ministerium los zu werden trotz seiner Konzessionen; es macht nur Sammtpfoten, um desto sicherer zu kratzen. — Im Uebrigen wißt Ihr selbst das Alles viel besser; ich gebe lediglich einer dringenden Aufforderung nach, indem ich diese Zeilen schreibe, die vielleicht unnöthig sind, vielleicht gar zu spät kommen."

Dem Minister-Präsidenten, der durch seine ehrliche Soldatenart sich schnell Achtung erworben hatte, trauten die Parteien zwar einen Plan, wie ihn die Reform enthüllte, nicht zu, wohl aber seinen Genossen im Ministerium. Man hörte, daß der Hof höchst unzufrieden mit Herrn v. Pfuel sei, in welchem er sich getäuscht habe, und erwartete daher eine baldige Aenderung des Ministeriums, wenigstens der leitenden Person desselben. Auch unter den einflußreichen Abgeordneten in der National-Versammlung herrschte eine gleiche Ueberzeugung.

---

*) Die Witzblätter amüsirten sich besonders darüber, daß General Wrangel sich geäußert hatte, „wie traurig sehe ich Berlin wieder, in den Straßen wächst Gras!"

Die Parteien in der Versammlung hatten sich schärfer als früher gesondert. Die äußerste Rechte trat jetzt oft unverholen mit ihren reaktionären Tendenzen hervor, es war ein öffentliches Geheimniß, daß sie in steter geheimer Verbindung mit der Hofpartei in Potsdam stehe; die Zentren dagegen mit einem kleinen freisinnigen Theile der Rechten wünschten jeden Konflikt mit der Regierung zu vermeiden; sie wollten der National-Versammlung Ansehen im Volke und Macht durch eine wahrhaft demokratische Gesetzgebung verschaffen. Auch die Bauern, welche bisher der politischen Bewegung am fernsten gestanden hatten, welche am Meisten geneigt gewesen waren, die Reaktion zu stützen, sollten durch Befreiung von den auf ihren Stand drückenden Feudal-Lasten gewonnen werden.

In allen kleinern Fragen waren die Zentren entschlossen, dem Ministerium nachzugeben, sie wollten ihm so selten wie möglich Opposition machen, um nur endlich die Verfassung zu vollenden, welche in den Abtheilungen vorberathen worden war und am 12. Oktober in das Plenum der Versammlung kam.

Die Thätigkeit und Arbeitskraft, welche die National-Versammlung in dieser Zeit entfaltete, war wahrhaft bewundernswerth. Fast täglich hielt sie lange Sitzungen ab, und außerdem arbeiteten ihre Mitglieder bis tief in die Nacht hinein in den Kommissionen und beriethen in den Fraktionen.

Eine Reihe folgewichtiger Gesetze wurde berathen und beschlossen. Wir nennen nur das Gesetz über die unentgeltliche Aufhebung der Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, über die Feudallasten und das Bürgerwehrgesetz.

Der Bürgerwehr endlich eine feste, gesetzlich geregelte Stellung zu geben, erschien ebensowohl zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe in Berlin, als zum Schutze der errungenen Freiheiten gegen die drohende Reaktion dringend geboten. So lange der Dienst fast in das Belieben jedes Einzelnen gestellt war, ließ sich weder nach der einen, noch nach der andern Seite hin auf die Bürgerwehr rechnen. Die Wehrmänner kamen oder blieben zu Haus, wie es ihnen paßte und wenn sie im Ganzen und Großen bisher ihre Pflicht erfüllt hatten, so bot dies doch keineswegs eine Gewähr für die Zukunft.

Die Zentren stimmten deshalb, um nur das Gesetz überhaupt erst zu Stande zu bringen, manchem Paragraphen desselben zu, welchen sie wohl demokratischer gewünscht hätten, sie gewährten der Regierung Rechte, welche sie gern mehr eingeschränkt haben würden. Sie erregten hierdurch eine tiefe Entrüstung bei der Linken, welche lieber gar kein Gesetz, als ein solches wollte*).

Noch im letzten Augenblick stellte der Abgeordnete Schulz (Wanzleben) von der Linken ein Amendement:

„Die Ausführung dieses Gesetzes bleibt suspendirt, bis die neue Kommunal-Ordnung beschlossen sein wird."

„Das ist ein Hohn auf die Versammlung!" rief Parrisius.

„Das Bürgerwehrgesetz ist ein Hohn auf die Märzverheißungen!" entgegnete Schulz (Wanzleben).

Das Schulz'sche Amendement fiel durch.

Das Gesetz wurde am 4. Oktober vorbehaltlich der Generalabstimmung beschlossen und am 13. Oktober endgültig mit einer Majorität von 233 gegen 116 Stimmen angenommen, indem fast nur die äußerste Linke gegen dasselbe stimmte.

Bei der Berliner Bevölkerung, selbst bei der Bürgerwehr machte die Annahme des Gesetzes viel böses Blut. Es waren bei der National-Versammlung unzählige Petitionen gegen dasselbe eingegangen, die Vereine und Volksversammlungen hatten sich in letzter Zeit viel mit Berathungen darüber beschäftigt. Die Gegner klammerten sich an einige unpopuläre Bestimmungen und übersahen die ungeheure Tragweite, welche eine feste Organisation der Bürgerwehr gerade in Berlin für die Sicherung der Volksfreiheit haben mußte. Selbst die einsichtigsten Männer lebten im Jahre 1848 in Idealen, es wurde ihnen schwer, oft unmöglich, mit der Wirklichkeit zu rechnen.

Wie das Volk von Berlin über das Gesetz dachte, zeigte es in drastisch-komischer Weise; der Volkswitz nahm sich der Sache mit einer fast kindischen Demonstration an, welche namenlose Schmähungen über die Demokratie hervorrufen sollte.

Am Nachmittag des 5. Oktober sammelte sich auf dem Alexanderplatz eine Volksmenge, welche lachend einen dort stehenden Esel betrachtete. Am Schwanz des grauen Thieres befand sich ein großes pappenes Schild mit der Inschrift: „Bürgerwehrgesetz vom 4. Oktober 1848." Zwischen den Ohren des Esels, dessen Hals mit einem düstern Trauerflor umwunden war, hatte man das Gesetz befestigt.

Die Volksmenge ordnete sich zu einem Zuge: Voran ging ein Fahnenträger mit der preußischen Fahne, dann ein Herold, der eine Standarte mit der Inschrift: Bürgerwehr-Gesetz vom 4. Oktober 1848 trug. Dann folgte der Esel, zu seinen Seiten gingen zwei Arbeiter mit Marschallstäben, diese waren mit Trauerflor umwickelt, an den Spitzen trugen sie zwei schwarz-weiße Bänder. Eine große Schaar von Arbeitern folgte im geordneten Zuge, der sich von Minute zu Minute vergrößerte.

Vom Jubel und Gelächter des Volks empfangen, bewegte sich der Zug durch die Königs-

*) Wir können leider des beschränkten Raumes wegen auf den Inhalt des Bürgerwehrgesetzes hier nicht näher eingehen, wollen aber nur bemerken, daß wir heutzutage den Erlaß des damals so viel angefeindeten Gesetzes als den wesentlichsten Fortschritt begrüßen würden.

straße über den Dönhofsplatz und die Leipzigerstraße nach dem Gensd'armenmarkt.

Fast schien es, als solle die kindische Demonstration tragisch enden, denn die Alarmhörner der Bürgerwehr erschallten in der ganzen Stadt. Der bekannte Straßendemokrat Lindenmüller, der den Zug kommandirte, ließ sich indessen durch den Alarmruf nicht schrecken, er führte den Zug nach dem Gensd'armenmarkt, hier wurde vor dem Schauspielhaus Halt gemacht. Müller nahm dem Esel das Bürgerwehrgesetz ab und verbrannte es vor den Thoren des Hauses, in welchem es berathen und beschlossen worden war; auch die preußischen Bänder der Marschallstäbe wurden in die Flammen geworfen. Der Schauspieler Meier, der Präsident des demokratischen Bürgerwehr-Vereins, Einer der allezeit fertigen Redner der Straßendemokratie, und Vater Karbe hielten hierauf Reden an das Volk, welche mit lautem Jubel aufgenommen wurden.

Zu weitern Excessen kam es nicht. Die Bürgerwehr, welche aufgeboten worden war, um dem Scandal ein Ende zu machen, weigerte sich, gegen das waffenlose Volk einzuschreiten, als sie hörte, daß es sich nur um die Verbrennung des Bürgerwehrgesetzes handelte. Erst spät am Abend verlief sich die Volksmenge.

Die allerdings alberne, aber in einer so aufgeregten Zeit gewiß sehr unschuldige Demonstration gab der Reaktion Veranlassung, abermals das Füllhorn ihres Zornes auszugießen über die pflichtvergessene Bürgerwehr, welche sich geweigert hatte, die lachenden Tumultuanten mit Bajoneten auseinander zu treiben. Der Minister des Innern Eichmann nannte die Eseldemonstration die empörendste Verhöhnung eines der wichtigsten Gesetze, ja der Staats-Regierung selbst, einen Skandal, der jedenfalls, wenn er nicht verhindert werden konnte, energische Ahndung durch die Bajonete der Bürgerwehr hätte finden müssen. In einem Schreiben, welches er durch den Polizei-Präsidenten an das Bürgerwehr-Kommando sandte, äußerte er sich: Der Eindruck der Demonstration könne kein anderer sein als der, daß der Glaube an das Vorhandensein einer pflichtgetreuen, kräftigen, öffentlichen Macht und Autorität in Berlin immer mehr schwinde und dagegen die Ueberzeugung immer mehr Raum gewinne, daß die National-Versammlung und die Staats-Regierung unter dem terroristischen Einfluß einer revolutionären anarchischen Partei stehe.

Hatte die Annahme des Bürgerwehrgesetzes die National-Versammlung bei der Demokratie Berlins mißliebig gemacht, so gewann dieselbe wieder um so größere Sympathien, als sie den Verfassungsentwurf vom 12. Oktober zu berathen begann und schon bei ihren Beschlüssen über die Eingangsformel zeigte, daß sie sich ganz und gar auf demokratischen Boden zu stellen beabsichtige. Es handelte sich um das Wort „von Gottes Gnaden" im Titel des Königs, welches der Abgeordnete Schneider (Schönebeck) zu streichen beantragt hatte.

Eine lebhafte Debatte für und gegen erhob sich. Schulze (Delitzsch) sprach in derselben die berühmt gewordenen Worte:

„Man pflegt, wenn ein Handlungshaus bankerott geworden ist, die Firma nicht mit in das neue Geschäft hinüber zu nehmen. Nun glaube ich, daß in der Geschichte der Absolutismus mit der alten Firma „von Gottes Gnaden" vollständig Bankerott gemacht habe. Der Gesellschafter, „die Gottes Gnade", welche einst hen mußte für seine Verpflichtungen, scheint sich aus dem Geschäft ganz zurückgezogen zu haben, und dadurch mag eben dasselbe vollständig Bankbruch erlitten haben. Ich rathe daher, wir nehmen die alte bankerotte Firma nicht in das neue Geschäft hinüber."

Die Zentren wünschten, und mit Recht, daß die Abstimmung über die Verkündigungsformel und daher auch über die Worte „von Gottes Gnaden" bis nach der Berathung der ganzen Verfassung ausgesetzt werde, sie wollten in einer Zeit der Krisis den König nicht persönlich verletzen, und sie wußten, daß die Annahme des Schneider'schen Antrages dies sicherlich thun werde; sie stellten deshalb einen auf die Aussetzung des Beschlusses bezüglichen Antrag, aber die Rechte und Linke vereinigte sich. Beide forderten die Abstimmung, diese wurde beschlossen und die Worte „von Gottes Gnaden" mit 217 gegen 134 Stimmen gestrichen. Für die Streichung hatten jetzt auch die Zentren gestimmt, selbst Herr von Unruh, der sich von seiner Partei nicht ausschließen konnte und wollte.

Es war ein verhängnißvoller Beschluß. Die National-Versammlung hatte durch denselben die Brücke hinter sich abgebrochen. Diese Abstimmung konnte ihr König Friedrich Wilhelm IV. niemals verzeihen!

Für den romantisch-religiösen Sinn des Königs hatten die Worte „von Gottes Gnaden" einen tiefen Sinn, ihm waren sie keine leere Formel, die Streichung derselben mußte ihm als ein Angriff auf sein legitimes Recht, als eine Entweihung der Königlichen Würde erscheinen. Solchen Beschluß hätte mit einer Aussicht auf Erfolg die National-Versammlung vielleicht in den ersten Monaten der Revolution fassen können, jetzt aber war er nur geeignet, den Kampf, welchen die Zentren so gern vermieden hätten, schneller heraufzubeschwören.

Wie ernst Friedrich Wilhelm IV. den Beschluß der National-Versammlung auffaßte, wie wenig er geneigt war, demselben nachzugeben und auf das Wort von Gottes Gnaden im Königlichen Titel zu verzichten, zeigte er schon nach einigen Tagen durch eine Rede, mit welcher er am 15. Oktober die an ihn gerichteten Geburtstags-Beglückwünschungen der Abgeordneten erwiderte.

Der Geburtstag des Königs sollte diesmal,

so wünschte die konservative Partei, besonders feierlich und festlich begangen werden.

Schon einige Tage vorher war in den Zeitungen die Aufforderung an alle gutgesinnten Preußen ergangen, den Geburtstag des Königs zu einem Freuden- und Versöhnungsfest zu machen. Die Stadt sollte illuminirt werden, im Thiergarten wollte man große Konzerte zum Besten der Deutschen Flotte geben und zum Ueberfluß sollte General Wrangel mit seinen aus Schleswig zurückgekehrten Garden am 15. mit Kränzen geschmückt in Berlin einziehen, damit die Berliner mit ihren Feinden vom 18. März her einen schönen Frieden schließen könnten.

Aber aus allen diesen schönen Plänen wurde — nichts. Eine Versammlung, welche zur Besprechung dieses Friedens- und Versöhnungsfestes im Odeum abgehalten wurde, verlief ohne Resultat. In den demokratischen Vereinen wurde beschlossen, den 15. Oktober wie jeden andern Tag vorübergehen zu lassen, ohne Demonstrationen für oder gegen zu veranstalten.

Am Morgen des 15. Oktober kam der König nach Berlin. In voller Uniform, begleitet von seinen Generälen, fuhr er nach dem Dom, um dem Gottesdienste beizuwohnen. Eine ziemlich zahlreiche Volksmenge hatte sich vor der Kirche versammelt, sie begrüßte den König mit Freudenrufen, welche ihm augenscheinlich sehr wohl thaten. Nach dem Gottesdienst fuhr Friedrich Wilhelm IV. nach dem Schloß Bellevue, hier wollte er die Glückwünsche der Behörden empfangen.

Unter den Zelten tagte gerade eine Volksversammlung; sie berieth über das Bürgerwehrgesetz, dem sie den Gehorsam zu versagen beschloß, und über diejenigen Schritte, welche das preußische Volk zu Gunsten der in Wien ausgebrochenen Oktober-Revolution zu thun verpflichtet sei. Die nach Bellevue jagenden Hofequipagen wurden gezwungen, im Schritt zu fahren, damit die Volksredner nicht gestört würden.

Während im Schloß die Behörden so wie die Volksvertreter ihre Glückwünsche darbrachten und dem Könige ihre Treue und Anhänglichkeit versicherten, ertönte zum Schluß der Volksversammlung ein donnerndes Lebehoch auf die Republik! —

Der König hatte mit dem Minister-Präsidenten die Ansprachen, mit denen er die Beglückwünschungen der National-Versammlung, der städtischen Behörden und der Bürgerwehr erwidern wollte, vorher verabredet. Er durchbrach indessen diese konstitutionelle, seine Willensfreiheit einengende Form. In der Erregung des Augenblicks antwortete er nicht in den vorher verabredeten nichtssagenden huldvollen Redensarten, sondern mit kräftigen, ihm aus dem Herzen kommenden improvisirten Worten.*)

Herr Rimpler, der, begleitet vom Stabe der Bürgerwehr, deren Glückwünsche darbrachte, hatte in echt bürgerlicher Weise gesprochen:

„Zum ersten Male werden Ew. Majestät an diesem Freudentage durch mich von Berlins bewaffneten Einwohnern begrüßt. Gehoben durch die errungene Freiheit, ist der größte Stolz der Berliner Bürgerwehr, die Feststellung der zugesagten Verfassung zu schirmen, die gesetzliche Ordnung zu wahren. Majestät! Dieser gesunde Sinn unserer Mitbürger ist die sicherste Garantie für die Rechte eines Jeden, für die Rechte Ew. Majestät. Das beste Geschenk, das ich Ew. Majestät an diesem Tage zu bringen glaube, ist die Bürgschaft dieser Gesinnungen der Bürgerwehr Berlins."

In der Antwort, die der König auf diese Anrede gab, hieß es unter Anderem:

„Ich weiß, daß ein heldenmüthiges und tapferes Volk auch ein treues ist. Aber vergessen Sie nicht, daß Sie die Waffen von mir haben, und ich es als eine Pflicht fordere, daß Sie für die Wahrung der Ordnung, des Gesetzes und der Freiheit einstehen.

Noch kräftiger und deutlicher sprach der König sich gegen die Deputation der National-Versammlung aus:

„Sagen Sie Denen, die Sie entsendet haben, daß ich die Bedeutung ihrer Wünsche zu würdigen wisse, und ich dafür aufrichtig Dank sage. Ja es ist ein großes, stolzes und weltgeschichtliches Werk, zu dessen Aufbau wir berufen sind. Wahrlich ich bringe ein redliches Herz, den besten Willen, die vollste Hingebung und die größte Liebe zu meinem Volke mit zu diesem großen Bau. Gebe Gott, daß heut' über's Jahr das große Werk vollendet sei zum Segen unseres theuern Vaterlandes! Es ist manches Gefahrvolle in unserer Lage, aber Eines besitzen wir, um das uns andere Völker beneiden; wir haben noch, und darauf mache ich besonders aufmerksam, angestammte Obrigkeiten von Gottes Gnaden, die mit großer Macht ausgerüstet sind, weil sie das Vertrauen des Volks besitzen. Auch sie werden uns helfen zur Vollendung unseres Werks, daß wir es aufbauen auf dem unzerstörbaren Fundament der Treue. Und brauchen Sie, meine Herren, eine Stütze, einen wohlmeinenden Freund, so wenden Sie sich vertrauensvoll an mich. Sie werden mich immer bereit finden, Ihnen entgegenzukommen."

Deutlicher konnte der König nicht sprechen. Die scharfe Betonung der Worte von Gottes Gnaden zeigte der National-Versammlung, was ihr Beschluß zu bedeuten habe, und wie ihn Friedrich Wilhelm IV. auffaßte. Ein Abgeordneter der Linken, Schramm, gab am folgenden Tage seinem Gefühl über die Königlichen Worte einen energischen Ausdruck, indem er ausrief: „Der Konflikt mit der Krone ist bereits ausgebrochen, die Krone hat uns, den Vertretern des Volks, gestern in's Gesicht geschlagen!" Schramm erhielt zwar

---

*) Der Staats-Anzeiger hob ausdrücklich in seinem Berichte hervor, daß die Antworten Sr. Majestät des Königs improvisirt gewesen seien.

vom Präsidenten einen Ordnungsruf, aber die Worte waren gesprochen und verfehlten ihre Wirkung auf das Volk nicht.

Die Volksfeier des Königlichen Geburtstages wich sehr von der früherer Jahre ab; die Straßen waren zwar belebt, die Jugend machte sich das beliebte Vergnügen, Feuerwerkskörper abzubrennen und zu schießen, auch zogen Schaaren von Arbeitern durch die Stadt, welche das Preußenlied und „Heil Dir im Siegerkranz" sangen, dagegen aber antworteten andere Arbeiterschaaren mit dem Liede: „Was ist des Deutschen Vaterland" und mit der deutschen Marseillaise.

In den Kasernen jubelten und zechten die Soldaten, sie hatten die Fenster der mächtigen Gebäude erleuchtet, sonst aber sah man nichts von einer Illumination. Einem Privatmann, der den Versuch dazu machte, wurden vom Pöbel die Fenster eingeworfen. Zu ernstlichen Konflikten zwischen den feindlichen Parteien kam es indessen an jenem Abende nicht.

Die Antwort des Königs auf die Beglückwünschung der National-Versammlung hatte klar genug gezeigt, daß der Konflikt zwischen der Krone und der Volksvertretung nicht mehr zweifelhaft, daß es nur eine Frage der Zeit sein könne, wann er gewaltsam zum Ausbruch kommen werde. Niemand in Berlin zweifelte mehr daran, daß die Regierung nur den Ausgang der in Wien ausgebrochenen Oktober-Revolution erwarte, um, jenachdem das Volk oder die Regierung in Oesterreich siegen würde, ihre Schritte zu thun.

In solcher Zeit wäre es das dringendste Gebot für alle die Parteien, welche das Recht der National-Versammlung aufrecht erhalten wollen, gewesen, sich fest zu einigen, um mit geschlossener Macht jeden Angriff gegen die Volksvertretung abzuweisen. Gerade das Gegentheil aber war der Fall.

Die Parteien bekämpften sich erbitterter, als je früher. Der Zwiespalt zwischen der republikanischen Demokratie und der konstitutionellen Partei, zwischen den Arbeitern und der Bürgerschaft wurde mit jedem Tage tiefer und schroffer.

In den ersten Oktoberwochen hatte sich die kleinliche Zerfahrenheit der demokratischen Partei wieder recht augenscheinlich gezeigt. Herr Held hatte abermals die Veranlassung gegeben, daß die Klubs sich zwei kostbare Wochen hindurch fast nur mit persönlichen Zänkereien beschäftigten. Begleitet von einer lärmenden Schaar seiner Anhänger zog er von Klub zu Klub, in jedem forderte er Aufnahme; im demokratischen Bürgerwehrklub wurde sie ihm sofort gewährt, man erwählte ihn sogar zum Comitémitgliede, in den übrigen Vereinen aber widersetzten sich die Vorstände der Aufnahme eines Mannes, dem der Vorwurf gemacht wurde, er stehe im Solde der feindlichen Partei.

Daß Held, nachdem er erst vor wenigen Tagen erklärt hatte, er wolle sich in das Privatleben zurückziehen, jetzt plötzlich Mitglied aller Klubs zu werden forderte, daß er mit seinen Anhängern in die Vereine drang, um heftige persönliche Debatten zu erregen und daß er in einer Zeit der Krisis neuen Zwiespalt in den Reihen der Demokratie hervorrief, schien den Verdacht, der auf ihm ruhte, zu bestätigen. Man erzählte, Held handle im Auftrage der Reaktion, seine Aufgabe sei es, die Macht der Demokratie durch inneren Hader zu brechen. Den Vorständen der meisten Vereine gelang es zwar durch Abstimmung der Vereins-Mitglieder, Held von der Mitgliedschaft auszuschließen, aber sie vermochten nicht zu verhindern, daß die Anhänger Held's 14 Tage lang durch Lärmen und Schreien jede geordnete Debatte fast unmöglich machten, daß die Klubs durch die in ihnen herrschende Uneinigkeit in der Achtung der Bürgerschaft noch tiefer sanken, als dies ohnehin der Fall war, daß selbst die Arbeiter, welche fest an Held hingen, ihnen entfremdet wurden, und gerade dies sollte verhängnißvoll werden.

Siebenundzwanzigstes Kapitel.

Die Arbeiteremeute am 16. October. — Darstellung des Polizei-Präsidenten. — Einzelheiten des Kampfes. — Bemühungen der Demokraten, den Frieden herzustellen. — Der städtische Sicherheits-Ausschuß. — Die demokratische Kommission im Klubhause. — Die Arbeiter-Petition. — National-Versammlung und die Arbeiter. — Das Begräbniß. — Der Baurath Helfft und sein Plakat. — Die Volksversammlungen vor dem Schauspielhaus und der Meusebach'sche Antrag.

Die großen Arbeitsstätten, auf denen Tausende von Arbeitern auf Kosten theils der Stadt, theils des Staates bei den Erdarbeiten beschäftigt waren, boten schon seit Monaten den verschiedenen Parteien Gelegenheit zur Entfaltung einer eigenthümlichen politischen Thätigkeit. Es war gleichmäßig das Bestreben der Reaktion wie der Demokratie, die nervigen Fäuste, welche bei einem etwaigen Straßenkampf vielleicht den Ausschlag geben konnten, für sich zu gewinnen. Die Arbeitsstätten wurden deshalb von den politischen Agitatoren, nicht der besten Art, vielfach besucht.

Die Anhänger socialistischer Lehren hielten den Arbeitern aus dem Stegreif Vorträge über die Unterdrückung des unglücklichen vierten Standes zu Gunsten einer blutsaugerischen Bourgeoisie, über die Uebermacht des Kapitals, welches durch seine Maschinen die Arbeiter zu weißen Sklaven herabwürdige. Solche Lehren wurden natürlich bereitwillig angenommen. Auf der andern Seite bemühten sich Sendlinge des Preußen-Vereins, die Arbeiter zu patriotischen Zwecken zu gebrauchen, wenn es galt, schwarz-weiße Demonstrationen zu machen; sie sparten dann kein Geld und da sie die durstigen Seelen stets gut bewirtheten, fanden sie für ihre Zwecke immer Leute genug, die bereit waren, Abends durch die Straßen zu ziehen und daß Preußenlied zu singen.

Die Arbeiter sahen, daß alle Parteien sich schmeichelnd um sie bemühten, mit ihnen kokettirten; sie erhielten hierdurch ein übermäßiges Bewußtsein ihrer Macht und nur ungern unterwarfen sie sich der auf großen Arbeitsplätzen nothwendigen Subordination, welche sie für eine Entwürdigung der Rechte des souveränen Volkes hielten; sie waren stets geneigt, sich in Masse gegen die Aufseher und Schachtmeister aufzulehnen. Alle Anordnungen der Behörden nahmen sie mit Mißtrauen auf.

Im Oktober kam die Unzufriedenheit der Arbeiter zu einem offenen Ausbruch, als auf dem Köpenicker Felde eine Dampfmaschine aufgestellt wurde, um die dort beim Kanalbau Beschäftigten vor dem Grundwasser zu schützen. Die Maschine, so hieß es, solle dazu dienen, Arbeitskräfte entbehrlich zu machen.

Der von den Sozialisten gesäete Maschinenhaß trug jetzt seine Früchte: in der Nacht zum 13. Oktober wurde die Maschine zerstört. Die Folge war, daß den Arbeitern angekündigt wurde, eine Anzahl von ihnen müsse entlassen werden.

Natürlich wuchs hierdurch die schon herrschende Aufregung. Sie erhielt am 16. Oktober einen gewaltsamen Ausbruch. Hören wir über die Vorfälle jenes ereignißreichen Tages zuerst die Darstellung des Polizeipräsidenten, welche er in einer Bekanntmachung am 17. gab:

„Da in Folge der muthwilligen Zerstörung einer Dampfmaschine die Entlassung einer Anzahl von Kanalarbeitern auf dem Köpnicker Felde nothwendig geworden war, und diese Maßregel, bei welcher man nach dem früheren Vorgange auf thätlichen Widerstand zu rechnen Grund hatte, am gestrigen Tage zur Ausführung kommen sollte; so waren in dem benachbarten Exerzierhause in der Schäfergasse eine Abtheilung Schutzmänner und ein Bürgerwehr-Bataillon zur Beobachtung aufgestellt worden. Etwa um halb 11 Uhr zog eine Arbeiterabtheilung unter Vortragung einer rothen Fahne und Hurrahgeschrei von Schacht zu Schacht, und wollte demnächst ihren Zug in die Stadt hinein fortsetzen. Hieran wurden die Arbeiter durch die Schutzmannschaft und die Kompagnie Bürgerwehr verhindert, welche das Exerzierhaus verlassen und die nach der Stadt führenden Straßen besetzt hatten. Die Arbeiter zogen hierauf nach dem Exerzierhause und zum Theil in dieses hinein, wo sie den Abzug der Bürgerwehrabtheilung verlangten. Als die Bürgerwehr dies verweigerte, wurden von den Arbeitern Drohungen gegen sie ausgestoßen, die Arbeiter demnächst aber durch einige von der Bürgerwehr ausgeführte Schwenkungen aus dem Exerzierhause hinausgedrängt. Nachdem die Arbeiter draußen ihre Drohungen anfänglich fortgesetzt hatten und von der Bürgerwehr noch weiter zurückgedrängt worden waren, kam eine Verständigung zwischen beiden Theilen dahin zu Stande, daß man sich auf beiden Seiten friedlich zurückziehen wolle. Die Arbeiter erfüllten jedoch ihr Versprechen nicht, verfolgten vielmehr die Bürgerwehr, als diese Kehrt gemacht hatte.

Inzwischen war ein zweites Bataillon Bürgerwehr herangerückt und im Verein mit diesem trieb das erste Bataillon die in wachsender Zahl andringenden Arbeiter, von welchen Steinwürfe ausgeführt wurden, zurück. Da die Steinwürfe immer heftiger und dichter wurden, eine Anzahl von Bürgerwehrmännern bereits verwundet war und die Arbeiter, ungeachtet des Vorrückens der Bürgerwehr nach vorgängigem Trommelschlage und nachdem die Gewehre Angesichts ihrer geladen worden waren, sich nicht zurückzogen, ihren Angriff vielmehr fortsetzen, so machte die Bürgerwehr Halt und es wurde von ihr ein Feuer gegen die Arbeiter gerichtet, in Folge dessen drei Todte und mehrere Verwundete auf dem Platze blieben. Von den letzteren sind kurz darauf noch zwei gestorben. Die Bürgerwehr ging darauf durch die Dresdnerstraße nach der Stadt zurück; in der Roßstraße sah sie sich genöthigt, gegen erneuerte Angriffe der Arbeiter abermals von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, wodurch wiederum zwei Arbeiter getödtet wurden. Gegen 3 Uhr Nachmittags hatten die Arbeiter an der Ecke der Alten Jakobs- und Roßstraße eine starke Barrikade errichtet, die von Bewaffneten, zum Theil mit Schießgewehr, vertheidigt wurde. Die Bürgerwehr nahm diese Barrikade, welche nach ihrem Abzuge immer wieder hergestellt wurde, zu wiederholten Malen und behielt dieselbe am späten Abend im Besitz. Bei diesem Kampf wurden von den Vertheidigern der Barrikade drei getödtet. Auf Seiten der Bürgerwehr blieb der Hof-Vergolder Schneider und der Major Vogel wurde lebensgefährlich verwundet. Im Laufe des Nachmittags zog ein zahlreicher Haufe, welchem die Leichen von mehreren der gefallenen Arbeiter vorgetragen wurden, mit einer rothen Fahne und unter dem Geschrei: „Es lebe die Republik“ durch die Stadt. Die Leichen wurden in das Königliche Schloß gebracht und dort, um das Weitertragen zu verhindern, einstweilen zurückbehalten. Später ist derselbe Volkshaufe in die Rosenthalerstraße gezogen, um gegen das dort belegene Haus des Bürgerwehr-Hauptmanns, Bäckermeisters Schulze, Gewaltthätigkeiten auszuführen, was jedoch durch die herzukommende Bürgerwehr verhindert wurde. Auch die Schutzmannschaften sind an mehreren Punkten von den Arbeitern angegriffen und dabei der Hauptmann Holbein durch einen Steinwurf, und ein Schutzmann durch einen Schuß in den Hals gefährlich verwundet worden. Ebenso ist das Wachtlokal in der Köpenickerstraße ohne alle äußere Veranlassung von den Tumultuanten erstürmt und demolirt worden, nachdem sich die schwache Besatzung mit Lebensgefahr gerettet hatte. Endlich haben auch die Tumultuanten, als von ihnen die Leichen durch die Breitestraße getragen wurden, hier den Waffenladen des Kaufmanns Noack gewaltsam erbrochen und geplündert, ohne daß dies verhindert werden konnte. Spät am Abend wurde die

Ruhe nicht weiter gestört, indem die überall aufgestellte Bürgerwehr jeden Versuch zu Excessen mit Energie zurückwies. Alle Schritte sind gethan, um eine genaue gerichtliche Untersuchung über das beklagenswerthe Ereigniß, welches, so weit es bis jetzt zu ermitteln gewesen, 11 Menschenleben gekostet hat, herbeizuführen."

Wir haben der im Ganzen richtigen Darstellung des Polizei-Präsidenten von Bardeleben nur einige Erläuterungen und Ausführungen hinzuzusetzen.

Die Arbeiterschaaren, welche durch Herumziehen mit einer rothen Fahne von Schacht zu Schacht die Veranlassung zu jenem unglücklichen Kampf gaben, hatten ursprünglich gar keine bösen Absichten; sie feierten nach der auf den Arbeitsplätzen eingerissenen Sitte den Amtsantritt eines neuen Schachtmeisters. Die schon halb trunkenen Arbeiter hatten sogar den Wunsch, mit der Bürgerwehr zu fraternisiren und sie fühlteu sich schwer beleidigt, als sie vielleicht mit etwas zu viel Bürgerstolz von den Wehrmännern zurückgewiesen wurden.

Es kam zu Schimpfworten und gegenseitigen Drohungen, endlich zu Steinwürfen und zum todbringenden Einschreiten der Bürgerwehr.

Die Arbeiter flohen zwar Anfangs, als die Bürgerwehr auf sie schoß, dann aber sammelten sie sich wieder, sie hoben ihre Todten auf und legten sie auf schnell bereitete Bahren, auf diesen trugen sie die blutigen Leichen durch die Stadt, überall die ihnen begegnenden Arbeiter zur Rache, zum Kampfe gegen die mörderische Bürgerwehr aufredend.

„Zu den Maschinenbauern!" ertönte der Ruf. Sie zogen über den Monbijouplatz und dort wollten sie die Militärwache entwaffnen, indeß gelang es dem ruhigen Auftreten des wachthabenden Unteroffiziers dies zu verhindern. Er erklärte, daß er nun und nimmermehr die Waffen abgeben werde. Um die Leichen zu ehren, ließ er indessen seine Mannschaft in's Gewehr treten und präsentiren. Später wurde er deshalb zur Verantwortung gezogen, es sollte eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet werden, weil behauptet wurde, er habe die Ehre des preußischen Soldatenstandes verletzt. Er rechtfertigte sich, indem er nachwies, es könne für das preußische Militär nicht entehrend sein, vor den Leichen der gefallenen Arbeiter zu präsentiren, da am 19. März dies alle Truppen gethan hätten, da selbst Se. Majestät der König die Leichen der Gefallenen durch Abnehmen der Mütze ehrend begrüßt habe.

Durch die ihren Gefallenen bewiesene Ehrenbezeugung besänftigt, zogen die Arbeiter weiter nach dem Oranienburger Thor zu den Maschinenbauwerkstätten, um die Arbeiter der Bor sig'schen Fabrik zur Theilnahme am Kampfe aufzufordern. Diese aber weigerten sich, sie erklärten, daß sie die Waffen nun und nimmermehr gegen die Bürgerwehr gebrauchen würden, jeder Kampf in diesem Augenblicke müsse im höchsten Grade verderbenbringend sein.

Unverrichteter Sache mußte der Arbeiterhaufen vom Oranienburger Thore zurückkehren. Er wendete sich nach dem Schlosse, dort wurden die Leichen niedergelegt. Die dem Zuge unterwegs begegnenden Bürgerwehrpatrouillen wurden von den Arbeitern meist entwaffnet, auch einige Waffenläden, wie der von Noack in der Breitenstraße waren erbrochen und geplündert worden.

Die Bürgerwehr hatte sich inzwischen gesammelt. In der Köpenicker-, Dresdner-, Roß- und der Alten Jakobstraße waren von den Arbeitern Barrikaden erbaut worden, meist nur flüchtig und schlecht, so daß sie einem ernsten Angriff kaum widerstehen konnten. Die Arbeiter waren aber entschlossen, sie blutig zu vertheidigen. Den Erfolg des Kampfes kennen unsere Leser aus der polizeilichen Bekanntmachung.

Der Arbeiteraufstand vom 16. Oktober ist vielfach von der Reaktion sowohl als von der Bürgerschaft der demokratischen Partei Schuld gegeben worden. Wahrlich mit Unrecht! Wenn auch vielleicht einige jener exaltirten Demokraten, welche keine Gelegenheit zu Ruhestörungen ungenutzt vorübergehen ließen, sich mit aufreizenden Reden unter die Arbeiter gemischt haben mögen, so waren doch die sämmtlichen namhaften demokratischen Führer, die Vorstände der Klubs nicht minder erschreckt über den ungeahnten blutigen Konflikt zwischen den Arbeitern und der Bürgerwehr, als die Bürgerschaft selbst. Sie waren unablässig bestrebt, durch gütliches Zureden auf beiden Seiten die Ruhe wieder herzustellen, den Frieden zu vermitteln.

Im Klubhause, in der Leipzigerstraße 48, wurde am Abend des 16. eine Volksversammlung gehalten, von dieser aus wurden die namhaftesten Volksredner entsendet, um die Arbeiter zu versöhnen. Man vergaß sogar den Zwist mit Herrn Held, dieser erhielt und übernahm den Auftrag, seinen Einfluß zur Verhinderung weiterer Kämpfe aufzubieten. Die Versammlung setzte außerdem eine Kommission nieder, in welche sie die beliebtesten Volksredner wählte und ertheilte dieser den Auftrag, während der Nacht und in der folgenden Zeit in Permanenz zu tagen, damit die Arbeiter bei ihr Rath erholen könnten, man hoffte hierdurch den unheilvollen Einflüssen entgegen zu wirken, welche, wie man sich erzählte, bei diesem Arbeiteraufstande walten sollten. Fein gekleidete Herren, Mitglieder des Preußenvereins, hätten, so wurde in der Versammlung versichert, sich unter die Arbeiter gemischt, und sie zu energischem Widerstand gegen die Bürgerwehr ermuthigt, durch Geld- und Schnapsgaben hätten sie einen gefährlichen Anhang gewonnen. Ihr Plan gehe dahin, einen blutigen Kampf herbeizuführen, damit die Bürgerwehr das Militär zur Hilfe herbeirufe. Ein Theil der Bürgerwehr, der Handwerkerverein und andere demokratische Korps würden sich dann mit den Arbeitern, ein anderer Theil

mit den Soldaten verbinden und das in zwei feindliche Parteien zerfallene Volk werde leicht besiegt werden. Die Vollendung der Contrerevolution müsse die unzweifelhafte Folge der Herbeiziehung des Militärs sein.

Solchem Unheil vorzubeugen, waren die von der Volksversammlung abgesendeten Deputirten ebenso wie die meisten andern namhaften Demokraten Berlins eifrig bestrebt. Sie mischten sich unter die Arbeiter, aber alle ihre Bemühungen, diese zum Verlassen der Barrikaden zu bewegen, waren vergeblich. Die demokratischen Führer hatten bei den Arbeitern nicht mehr den früheren Einfluß und ihren vernünftigsten Vorstellungen wurde stets die Frage: Sollen wir uns ungerächt morden lassen? entgegengestellt; sogar die beliebten Abgeordneten Waldeck und Julius Berends vermochten mit ihren Ermahnungen zur Ruhe nicht durchzudringen.

Was sie bei den Arbeitern nicht durchsetzen konnten, hofften die Führer der Demokratie bei der Bürgerwehr zu erreichen. Sie verbreiteten noch am Abend des 16. folgendes kleine schnell gedruckte Plakat:

Bürgerwehr!

Ein blutiger Moment war's, der Euch mit den Arbeitern in den Kampf gestürzt hat. Bedenkt, daß dieser Kampf nur unseren gemeinsamen Feinden nützen kann. Sucht den Frieden wieder herzustellen. Sendet Parlamentäre mit weißen Fahnen aus. Zeigt Euch zur Sühne bereit und laßt dies Zerwürfniß des Volkes nicht den Untergang unserer Freiheit herbeiführen.

(gez.) Die Demokraten Berlins.

Die Bürgerwehr hätte gern der Ermahnung Folge geleistet, sie fühlte selbst, welche Gefahren für die Volksfreiheit dieser unglückliche Kampf im Gefolge tragen konnte, deshalb wünschte sie den Frieden und nur wo sie gezwungen wurde, griff sie an.

So stand das Bataillon des Major Vogel mehrere Stunden vor der Barrikade in der Roßstraße, ohne sie anzugreifen. Herr Vogel selbst redete den Arbeitern gütlich zu, er ließ zu vielen Malen die Allarmtrommel rühren, ohne indessen den Befehl zum Angriff zu geben und erst als ein Arbeiter, der vor Wuth ganz außer sich war, von seinen Kameraden nicht mehr zurückgehalten werden konnte, hinter der Barrikade her auf den Major schoß und diesen lebensgefährlich verwundete, erst da entschloß sich das Bataillon zum Kampf.

Aehnlich benahm sich die Bürgerwehr an jenem Abend überall: Am besten beweist dies wohl ein Vorfall, den Arnold Ruge in seinem Tagebuch erzählt:

„Abends zwischen 9 und 10 Uhr war der Schloßplatz dicht mit Menschen gefüllt. Die Bürgerwehr hatte das Schloß besetzt, und hielt traurige Wacht bei den Leichen des Volks. Die Menge stand theils in bunten, wilden Gruppen, theils bewegte sie sich hier- und dorthin, wo irgend ein Geräusch neue Nachrichten versprach. In den Gruppen hörte man bald ängstliches Geflüster, bald die grollende Stimme eines Arbeiters, der fliehend und racheschreiend seinen nackten Arm emporstreckte, bald Spott- und Schimpfworte auf die vorüberziehende oder stationirte Bürgerwehr. Die Bürgerwehr selbst benahm sich gerade hier musterhaft; sie erduldete die Schimpfworte und Beleidigungen des empörten Volkes, obgleich diese Kompagnien selbst nicht im Kampfe waren, und für Andere zu leiden hatten. Einer trat sogar aus den Reihen und sagte: „Schimpft uns nicht Mörder; wir haben noch keine Waffe gegen das Volk gerührt, und werden es nicht thun; es ist nicht unsere Schuld, daß dieses unselige Ereigniß stattfand." Plötzlich entsteht ein Lärm; ein wilder Knäuel Menschen kommt heran mit Fackeln. Sie tragen einen Todten. Als sie in die Nähe des Schlosses kamen — es waren Arbeiter, welche die Leiche trugen — riefen sie der Bürgerwehr und dem Volke zu: „Macht Platz euren eignen Todten, die ihr selbst gemordet habt. Nehmt die Hüte ab! Präsentirt das Gewehr!" Alles nimmt die Hüte ab; die Bürgerwehr macht eine Gasse und präsentirt. Der Todte war ein Scharfschütze der Bürgerwehr, wie sie sagten der Vergolder Schneider; er war auf die Barrikade der Arbeiter gesprungen, um die rothe Fahne herabzunehmen, und wurde in demselben Moment von der Bürgerwehr, die hinter ihm eine Salve gab, erschossen."

Dem versöhnlichen Geist, der unter der Bürgerwehr herrschte, verdankte die Bürgerschaft Berlins, daß der Kampf keine größeren Umrisse gewann, daß er nicht durch Heranziehung von Militär zu einem unlösbaren Konflikt geführt wurde.

Im Schlosse saß der städtische Sicherheitsausschuß in Berathung, dem auch Herr Rimpler als Oberst der Bürgerwehr angehörte. Zwei Mitglieder des Ausschusses, der Bürgermeister Naunyn, und der Stadtrath Hedemann befragten den Kommandeur der Bürgerwehr, ob er wohl hoffe, mit dieser allein den Tumult bewältigen zu können. Er verneinte es. Infolge seiner Antwort erhielt ein Offizier Befehl, das Militär zu requiriren. Schon war dieser im Begriff, seinen Auftrag auszuführen, als ihn ein Offizier des Handwerkervereins daran verhinderte; der Bote wurde verhaftet und nach dem Schlosse zurückgebracht. Hier war die Nachricht, daß das Militär requirirt worden sei, bereits zu den auf dem Hofe aufgestellten Bürgerwehrbataillonen gedrungen. Diese sprachen so energisch, so rückhaltslos ihre Entrüstung über einen solchen Befehl aus, daß Herr Rimpler sich veranlaßt sah, den Sicherheitsausschuß zur Rücknahme der gegebenen Ordre zu veranlassen. Hierzu wirkten auch die Vorstellungen der beiden Abgeordneten Temme und Elsner, welche sich ebenfalls auf das Schloß begeben hatten, und des Dr. Hexamer, der vom demokratischen Klub gesendet im Sicherheitsausschuß erschien, und diesem erklärte, es würde möglich sein, die Arbeiter zu beruhigen, wenn man sie nur einstweilen im Besitz der Barrikaden lasse

und nicht angriffsweise gegen sie verfahre. Daß diese Ansicht eine begründete war, zeigte sich bald. Die Arbeiter zogen sich, wenn auch erst spät am Abend zurück und der Kampf war beendet.

Am 17. fürchtete man in Berlin neue Unruhen. Die städtischen Behörden beeilten sich, das Volk in Proklamationen zum Frieden aufzufordern*), das Gleiche that auch der demokratische Klub, freilich in möglichst ungeschickter und aufregender Weise, indem er die ganze Schuld der Unruhen in seiner blinden Theilnahme für die Arbeiter auf die Bürgerwehr wälzte.

Mehr Erfolg, als diese Kundgebungen, hatten die Bemühungen der von der Volksversammlung zur Wiederherstellung der Ruhe niedergesetzten Kommission, welche im Klubhause in Permanenz tagte. Sie empfing zahlreiche Deputationen, welche von verschiedenen Arbeitsplätzen zu ihr entsendet wurden, um Rath über das zu erholen, was von den Arbeitern zu thun sei.

Die Kommission machte den Arbeiter-Deputirten ernste Vorstellungen, sie möchten sich jeder weiteren Unruhen enthalten; sie erlangte endlich das Versprechen, die Deputirten wollten ihren ganzen Einfluß aufbieten, um ihre Kameraden von Gewaltschritten zurückzuhalten; dies Versprechen aber gaben die Arbeiter nur unter der Bedingung, daß die Demokraten ihnen eine Petition an die Nationalversammlung aufsetzten, in welcher sie folgende Forderungen stellten: 1) Eine sofortige gerichtliche Untersuchung und Bestrafung der schuldigen Bürgerwehrmänner; 2) eine ehrenvolle Bestattung der Todten auf öffentliche Kosten; 3) Pflege der Verwundeten und Unterstützung der Hinterbliebenen der Gefallenen gleichfalls auf öffentliche Kosten.

Die Petition wurde den Arbeitern auf ihren Wunsch aufgesetzt, mit ihr kehrten die Deputirten zu den Arbeitsstätten zurück; sie erklärten vorher, daß die Petition von den gesammten Arbeitern der National-Versammlung überreicht werden würde. Vergeblich rieth die Kommission von einer solchen Demonstration ab, sie wurde dennoch in's Werk gesetzt.

Die Nachricht, daß große Arbeiterhaufen beabsichtigten, nach der National-Versammlung zu ziehen, verbreitete sich schnell durch Berlin. Die Bürgerwehr wurde allarmirt, sie besetzte den Gendarmenmarkt, um die National-Versammlung gegen etwaige Angriffe zu schützen, ehe die Besetzung jedoch vollständig geschehen konnte, rückte schon der Zug der Arbeiter heran.

Fast wäre es wieder zu Konflikten zwischen der Bürgerwehr und den Arbeitern gekommen; in dem Gedränge wurden einige Bürgerwehrmänner entwaffnet, da aber die übrigen von ihren Gewehren keinen Gebrauch machten, ließen sich die Arbeiter besänftigen, sie gaben sogar die Gewehre zurück.

Der Zug der Arbeiter hatte das Schauspielhaus erreicht, er stellte sich auf der breiten Treppe desselben auf; hier sammelten sich die theils rothen, theils schwarz-roth-goldenen, theils schwarzen Fahnen. Eine Deputation der Arbeiter gab die Petition ab, die Abgeordneten Berends und Waldeck nahmen sie im Sekretariat in Empfang. Berends begab sich auf die Freitreppe und hielt eine kurze, mit Jubel aufgenommene Rede an die Arbeiter, in welcher er versicherte, die National-Versammlung werde die vorgebrachte Petition zu der ihrigen machen. Er ermahnte darauf die Anwesenden, ruhig nach Hause zu ihrer Arbeit zurückzukehren und den Erfolg der Bemühungen ihrer Vertreter abzuwarten.

Dies geschah denn auch; die Arbeiter marschirten in geordnetem Zuge fort.

Sehen wir, welchen Eindruck die Ereignisse des 16. Oktober auf die National-Versammlung gemacht hatten.

In der Sitzung am 17. hatte der Minister des Innern einen kurzen, ziemlich ungenügenden Bericht über die Vorfälle des 16. gegeben; am Ende der Sitzung brachte Julius Berends die Petition der Arbeiter ein. Eine Berathung derselben erfolgte nicht sofort, sie wurde der Petitions-Commission übergeben. Diese stattete am folgenden Tage, den 18., Bericht ab. Sie erklärte, der Deputirte Berends habe noch zwei Punkte den Wünschen der Petenten hinzugefügt, nämlich Auszahlung des Lohnes für Montag den 16. und Dienstag den 17. Oktober und Befreiung der beim Kampfe gemachten und noch festgehaltenen Gefangenen.

Die Petitions-Commission schlug noch in ihrer Majorität vor, die Wünsche der Arbeiter um Untersuchung dem Justizminister, um Begräbniß auf öffentliche Kosten, sowie Unterstützung der Hinterbliebenen dem Minister des Innern zu übergeben, bezüglich der Befreiung der beim Kampfe gemachten Gefangenen aber zur Tagesordnung überzugehen.

Der Abgeordnete Waldeck nahm sich der in der Arbeiter-Petition ausgesprochenen Wünsche in glänzender Rede an, auch Jung, Berends, d'Ester und andere Abgeordnete der Linken sprachen für dieselben; aber die Centren fürchteten, durch die Annahme einen Konflikt mit dem Ministerium hervorzurufen. Die National-Versammlung beschloß daher, die Petition einfach dem Justizministerium zur Mittheilung an das Untersuchungsgericht zu überreichen.

Die ungünstige Aufnahme, welche die Petition in der National-Versammlung gefunden hatte, erregte unter den Arbeitern wieder eine Aufregung, welche von den demokratischen Führern nur mit großer Mühe beschwichtigt werden konnte, es gelang dies indessen der Kommission im Klubhause, welche fortwährend mit Arbeiter-Deputationen konferirte.

Um den Frieden zwischen den Arbeitern und der Bürgerschaft vollständig wieder herzustellen,

*) Auch ein Königlicher Dank an die Bürgerwehrmänner für die kräft'ge Aufrechthaltung der gestörten Ordnung erschien am 17.; einige Tage darauf ein Protest gegen diesen Dank vom demokratischen Bürgerwehrverein.

beabsichtigte die Kommission ein gemeinschaftliches Begräbniß des gefallenen Bürgerwehrmannes und der gebliebenen Arbeiter auf öffentliche Kosten. Sie vermochte dies indessen nicht zu erreichen, denn sie fand da Widerstand, wo sie ihn am wenigsten erwartet hatte, bei den städtischen Behörden, die sich zwar bereit erklärten, für ein anständiges Begräbniß der Gefallenen Sorge zu tragen, aber nur unter der Bedingung, daß die Gefallenen nicht auf einem Kirchhof gemeinsam, sondern Alle einzeln auf den verschiedenen Gottesäckern, zu denen sie gehörten, begraben würden.

Die Kommission vermochte auf eine solche Forderung nicht einzugehen, denn ihr war es auf das Genaueste bekannt, daß die Arbeiter von neuen Excessen nur durch die Hoffnung auf ein feierliches Leichenbegängniß ihrer Gefallenen zurückgehalten würden. Sie berief deshalb eine große Versammlung nach dem Klubhause, zu welcher Deputirte aller Klubs, aller Arbeitsschachte, aller Gewerke eingeladen wurden. Hier wurde ein gemeinsames feierliches Begräbniß aller gefallenen Arbeiter beschlossen und eine Kommission ernannt, welche die Vorbereitungen zu demselben treffen sollte. Diese bemühte sich nach Kräften, dahin zu wirken, daß auch der gefallene Bürgerwehrmann mit den Arbeitern gemeinschaftlich beerdigt würde, aber überall stieß sie auf Hindernisse; der Polizei-Präsident verbot sogar die Versammlung des Leichengefolges auf dem Opernplatze als eine unerlaubte Volksversammlung.

An eine solche Anordnung kehrte sich indessen die Beerdigungs-Kommission nicht. Da es ihr nicht möglich geworden war, ein gemeinschaftliches Begräbniß herbeizuführen, so sorgte sie wenigstens dafür, daß bei der Beerdigung des Bürgerwehrmanns Schneider am Vormittag des 20 Oktober Tausende von Arbeitern dem Zuge folgten. Am Nachmittage wurden die gefallenen Arbeiter auf dem Friedhofe vor dem Halle'schen Thor bestattet. Ein unermeßlicher Zug folgte trotz des kalten Regens den zehn Särgen. Alle Gewerke, die sämmtlichen Klubs, die meisten Bataillone der Bürgerwehr, der demokratische Central- und Kreisausschuß, die Deputirten der Linken und viele Tausende von Arbeitern bildeten das Leichengefolge, welches unter Choralmusik von dem Opernplatze, wo es sich versammelt hatte, durch die Friedrichsstraße nach dem Kirchhofe zog.

Auf dem Opernplatz hielt August Braß eine Rede, auf dem Kirchhofe wurde über das Grab der Gefallenen gefeuert und zwei Geistliche sprachen am Grabe Nach beendeter Feierlichkeit zerstreute sich das Leichengefolge.

Am Abend brachten die Arbeiter den Abgeordneten der Linken aus Dankbarkeit für ihre Theilnahme bei dem Begräbnisse einen Fackelzug vor Mylius Hotel, dem Versammlungsort der Linken.

Der Frieden zwischen Bürgerschaft und Arbeitern war durch die angestrengtesten Bemühungen endlich hergestellt, als er von Neuem durch eine Maßregel der Baubehörden bedroht wurde. Das Beerdigungs-Comité erhielt die Nachricht, der Baurath Helfft beabsichtige am folgenden Tage an allen Arbeitsplätzen ein Plakat anschlagen zu lassen, in welchem er den Arbeiteru androhe, daß zur Strafe für die begangenen Excesse eine große Anzahl von ihnen entlassen werden würde.

Eine solche Maßregel in einem solchen Augenblick zu erlassen, konnte die traurigsten Folgen nach sich ziehen. Das Beerdigungs-Comité sendete sogleich eine Deputation an Herrn Helfft, um ihn dringend zu bitten, wenigstens im Augenblick die Aufregung nicht durch eine solche Herausforderung der Arbeiter zu erhöhen, da die Folgen derselben nicht abzusehen seien. Der Herr Baurath war indessen durch die vorgebrachten Gründe von seinem Vorsatz nicht abzubringen. Von den demokratischen Führern wurde deshalb am folgenden Tage, am 21., folgendes Plakat erlassen.

„Bürger Berlins!

In diesem Augenblicke, wo wir glaubten den traurigen Kampf zwischen den Arbeitern und der Bürgerwehr beseitigt und über den Gräbern der Todten die Versöhnung hergestellt zu haben, bereitet die Reaktion einen neuen Schlag vor. Es ist im Werke, die Arbeiter durch Entlassung und Lohnentziehung für die jüngsten Ereignisse zu strafen. Diese, im Augenblicke unselige Maßregel soll die Arbeiter zum Aufruhr reizen, und in einem wiederholten Bürgerkampfe durch Anarchie Gelegenheit geben zur Herbeiziehung des Militärs, Verhängen des Belagerungszustandes mit allen seinen schrecklichen Folgen, zur Entwaffnung der Bürgerwehr und zum Verlust aller Freiheiten. Seid wach! Geht nicht in die Netze! Vergeßt Eure Menschenpflichten nicht! Vereinigt Euch mit allen Gutgesinnten, thut Alles, um den Bürgerkampf zu vermeiden und das drohende Unglück abzuwenden!"

Fast zu gleicher Zeit mit diesem Plakat erschien die Bekanntmachung des Baurath Helfft, welche am Morgen des 21. an allen Arbeitsplätzen angeschlagen wurde:

Bekanntmachung. Die im Köpenickerfelde beschäftigten Kanal-Arbeiter haben sich am 12. d. M. einen groben Exceß zu Schulden kommen lassen, indem sie die dort aufgestellte Dampfmaschine zerstörten. Die gewöhnliche Untersuchung ist eingeleitet, und es wird die Schuldigen demnächst die verdiente Strafe treffen. Da aber die ausgedehnte Betheiligung der Arbeiter bei dieser Zerstörung der Maschine, durch welche sie sich selbst den größten Nachtheil zufügten, weil sie sich dadurch die Aussicht auf längere Beschäftigung entzogen, eine weitergehende Ahndung erheischte, so ist angeordnet worden:

a) daß alle diejenigen Arbeiter, deren unmittelbare Betheiligung bei dem erwähnten Exceß im Laufe der eingeleiteten Untersuchung sich noch ergeben oder sonst festgestellt werden wird, sofort entlassen, auch die Gründe der Entlassung in den Arbeitsbüchern vermerkt;

b) daß heute am Sonnabend gegen 100 Ar-

beiter aus der Gesammtheit der Arbeiter im Köpenicker Felde entlassen werden sollen.

Im höheren Auftrage wird dies zur Kenntniß der auf hiesigen Baustellen beschäftigten Arbeiter gebracht und dabei zugleich bemerkt, daß zur Sicherung der Ordnung auf allen Baustellen vorgeschrieben ist, daß Arbeiter, welche sich einen Exceß irgend einer Art auf der Baustelle zu Schulden kommen lassen, oder sich bei Excessen an anderen Orten betheiligen, nicht länger in Arbeit behalten, sondern unnachsichtlich entlassen werden sollen.

Zugleich ist höheren Orts bestimmt worden, daß denjenigen Arbeitern, welche sich am Montag und Dienstag den 16. und 17. d. M. von den Arbeitsstellen entfernt haben, für die Zeit ihrer Abwesenheit kein Lohn zu zahlen sei, da auf die öffentlichen Baufonds für Arbeiten, die nicht geleistet sind, Zahlungen um so weniger angewiesen werden können, als auch die National-Versammlung diesen Antrag zur Berücksichtigung nicht geeignet gefunden, die Staatsverwaltung demnach eine solche Ausgabe nicht zu rechtfertigen vermöchte.

Berlin, 21. Oktober.

Der Baurath Helfft.

Der Abgeordnete Waldeck nahm Veranlassung, auf Grund des Helfft'schen Plakats das Ministerium zu interpelliren, er charakterisirte ganz der Anschauung der Berliner Bürgerschaft entsprechend die Bekanntmachung als eine Aufhetzung der Arbeiter zum Aufruhr.*)

Der Finanz-Minister von Bonin beantwortete die Waldeck'sche Interpellation sogleich. Er ließ sich auf das Plakat selbst nicht weiter ein, ebenso wenig auf die von Waldeck gebrauchte Bezeichnung desselben, sondern erklärte nur trocken, die Entlassung der Arbeiter sei eine nothwendige Konsequenz der Zerstörung der Dampfmaschine.

Waldeck wünschte, daß über die Interpellation eine Debatte eröffnet werde, die Majorität verweigerte dies und auch als Julius Berends den dringenden Antrag stellte, die Versammlung wolle das Staats-Ministerium ersuchen, die Maßregel, betreffend die Entlassung der Arbeiter auf dem Köpenickerfelde zu suspendiren, stimmte für denselben nur die entschiedene Linke, der Antrag wurde mit großer Majorität verworfen, da auch die Centren sich gegen denselben erklärten.

Wenn die Centren, um einen Konflikt mit dem Ministerium zu vermeiden, den Antrag der Linken abgelehnt hatten, so wünschten sie doch zu zeigen, daß sie dies keineswegs aus Furcht vor den Arbeitern gethan hätten. Sie versagten in derselben Sitzung einem Antrage des Abgeordneten von Meusebach, daß das Ministerium ersucht werde, mit Strenge für die Aufrechterhaltung der Ordnung vor dem Sitzungssaale der National-Versammlung Sorge zu tragen, die Dringlichkeit, obgleich gute Gründe wohl für diesen Antrag sprachen.

Die Unsitte, daß bei allen wichtigen Fragen sich große Volksmassen vor dem Sitzungssaale versammelten, um das Resultat der Abstimmung abzuwarten, hatte von Neuem sehr überhand genommen; die Lage des Schauspielhauses auf dem geräumigen Gendarmenmarkt beförderte dieselbe. War die Sitzung der National-Versammlung geschlossen, dann wurden die Deputirten von dem zahlreich versammelten Volk mit Begrüßungen verschiedener Art empfangen, die der Linken mit Bravos und Lebehochs, die der Rechten mit Spott und mitunter auch mit Drohreden, hinter denen freilich kein sonderlicher Ernst steckte, die aber immerhin ungeziemend und beleidigend waren.

Schon am 19. Oktober hatte der Abgeordnete von Meusebach in einer persönlichen Bemerkung den herrschenden Unfug, wie er am 18. zu Tage getreten war, mit folgenden Worten treffend geschildert:

„Als wir das Haus verließen nach der Sitzung, fanden wir eine Menschenmenge in einem Spaliere vor der Thür aufgestellt, welches wir zu passiren hatten. Wir mußten in gewohnter Art, wie es der Volkswitz jetzt schon nennt, „Spießruthen laufen." Meine Freunde und ich wurden mit dem Rufe empfangen: „Da sind wieder welche von der Rechten." Wir wurden mit Spott und Hohn überhäuft. Ich will der Schimpfreden, welche in Bezug auf unsere gestrige Abstimmung fielen, nicht gedenken. Auf beiden Seiten aber standen Männer, welche Bündel mit Stricken in den Händen hielten, sie uns vorhielten und uns zuriefen: „Daran müssen Alle von der Rechten aufgehängt werden."

(Gelächter links.)

Meine Herren! Sie sollten nicht lachen, denn es kann ja auch leicht einmal aus Versehen ein Un-Rechter davon betroffen werden. Aber lassen Sie uns zu dem Ernst dieser Sache zurückkehren. Der Unfug dauerte noch eine geraume Zeit fort; es waren allerdings einige Herren von jener Seite,

(auf die Linke deutend)

welche sich der dankenswerthen Mühe unterzogen, wie es mir schien, die Menge zu beruhigen und sie von weiteren Excessen abzuhalten. Ich gestehe aber, daß ebenso wenig, wie es Mitgliedern der National-Versammlung zugemuthet werden kann, die Polizeiaufsicht für dieses Haus auf der Straße zu handhaben, es noch weniger uns zugemuthet werden kann, daß wir uns dem Zufall aussetzen sollen, ob wirklich die Macht und der Einfluß jener Herren ausreiche, einer aufgeregten Menge gegenüber.

So einleuchtend die Nothwendigkeit war, die Abgeordneten aller Parteien vor Beleidigungen durch eine irregeleitete Volksmenge zu schützen,

*) Diese Auffassung war damals in Berlin die vorherrschende; man hörte überall den Verdacht aussprechen, das Plakat sei nur zu dem Zweck erlassen, einen neuen blutigen Konflikt, der von der Hofpartei in Potsdam gewünscht werde, herbeizuführen. Solche Gerüchte erhoben sich in jener Zeit nur zu leicht und mit Blitzesschnelle verbreiteten sie sich, wahre und falsche, über die ganze Stadt.

ging doch vorläufig die National-Versammlung auf den am 21. Oktober eingebrachten Meusebach'schen Antrag nicht ein, weil sie vor allen Dingen selbst den Schein, als fürchte sie das Volk von Berlin, vermeiden wollte.

Achtundzwanzigstes Kapitel.

Held's Riesenplakat. — Berlin muß verproviantirt werden. — Rüstungen der Parteien. — Der Militär-Reform-Verein. — Der Kongreß der Linken. — Der zweite deutsche Demokraten-Kongreß. — Die Volks-Versammlung des Kongresses. — Die National-Versammlung. — Abschaffung des Adels, der Orden und Titel. — Herr von Unruh, Präsident der National-Versammlung. — Die Petition zu Gunsten der Wiener Revolution. — Der 31. Oktober. — Die Ueberreichung der Petition. — Der Skandal vor dem Schauspielhause. — Die Wiener Frage in der National-Versammlung. — Blutige Konflikte auf dem Gendarmenmarkt.

In der zweiten Hälfte des Oktober rüsteten sich die Parteien für den Kampf, den sie jetzt sämmtlich für unausbleiblich und nahe hielten, sie warteten nur auf den Ausgang der Wiener Oktober-Revolution, der entscheidend auch für Berlin werden mußte. Held gab der herrschenden Stimmung einen Ausdruck durch ein Riesenplakat mit der Ueberschrift: Berlin muß verproviantirt werden! Er sagte in demselben:

„Die Ereignisse Wiens haben eine Wendung genommen, die uns für Berlin, für Preußen, für Deutschland, Alles fürchten oder Alles hoffen läßt. Und wie die Würfel in unserer deutschen Schwesterstadt auch fallen mögen, wir Berliner dürfen, ja wir müssen in jedem Moment auf ein Ereigniß gefaßt sein, welches den Belagerungszustand Berlins zur Folge hat. Denn siegt in Wien die Partei des Volkes: so kann es nicht fehlen, daß auch Berlin sich zum letzten Kampfe gegen die Reaktion erhebt; siegt in Wien aber die Partei des Kaisers: so wird dies unserer Reaktion den Muth geben, den längst vorbereiteten Staatsstreich auszuführen, woraus ebenfalls ein Kampf entspringen muß. In beiden Fällen werden wir mit einer Blockade, mit einer Belagerung unserer Hauptstadt bedroht sein."

An diese Prophezeihung knüpfte Held die Aufforderung an die Berliner, sich Lebensmittel anzuschaffen und sich auf eine lange Belagerung vorzubereiten.

Lachten auch die guten Bürger über diese Zumuthung, gab sie auch den Tages-Witzblättern vielfach Stoff zu Sticheleien auf Kosten Held's, so erschien doch der Rath so übel nicht. Berlin verproviantirte sich zwar nicht, aber die Bürgerschaft rüstete sich. In den Vereinen wurden Sammlungen zu nicht näher angegebenen Zwecken veranstaltet. Jedermann wußte, sie waren zur Anschaffung von Gewehren und Munition für die Arbeiter bestimmt.

Frieden zwischen der Bürgerschaft und den Arbeitern, inniges Bündniß Beider gegen die drohende Reaktion! Dies war das Losungswort, welches man in den letzten Tagen des Oktober von allen Seiten hörte. Herr Rimpler, der Kommandant der Bürgerwehr, sprach es verblümt in einer Bekanntmachung aus, der Maschinenbauarbeiter-Verein proklamirte es mit folgenden Worten:

„Die Reaktion will Bürgerkrieg! sie trägt Bedenken, die Demokratie mit offener Gewalt von außen zu bekämpfen, darum will sie dieselbe mit Hinterlist im Innern zerfleischen. Und dieserhalb erklären Wir Maschinenbau-Arbeiter als eherne Stützen des demokratischen Fortschrittes offen und fest entschlossen: „„Bei dem Ausbruch eines neuen Kampfes zwischen Bürger und Arbeiter stellen wir uns sämmtlich unbewaffnet, als Schutz- und Trutzwehr der brüderlichen Einigkeit zwischen die kämpfenden Parteien und nur über unsere Leichen führt der unglückliche Weg zum Bruderkampfe. Wagt aber die Reaktion einen offenen Kampf gegen die gute Sache der Freiheit — dann Bürger und Arbeiter! stehen wir bewaffnet mit Euch in einer Reihe! —""

Die Proklamation des Maschinenbauarbeiter-Vereins wurde von der Bürgerschaft mit wahrer Freude begrüßt. Daß der Verein der tüchtigsten, intelligentesten und thatkräftigsten Arbeiter solche Gesinnungen hegte, gab eine Bürgschaft für die Aufrechthaltung des Friedens zwischen Arbeitern und Bürgern.

Außer den Waffenrüstungen traf die demokratische Partei auch andere Vorbereitungen für den bevorstehenden Kampf, sie war jetzt eifrigst bemüht, die Soldaten für sich zu gewinnen.

Vom demokratischen Kreisausschuß wurde ich beauftragt, einen Militär-Reform-Verein zu begründen. Schon bei der ersten Sitzung betheiligten sich etwa 2—300 Soldaten und mehrere Offiziere. Der Zulauf nahm mit den folgenden Sitzungen zu, es fanden sich bald so viele Soldaten ein, daß das Vereinslokal überfüllt wurde, ja daß die Zuhörer bis vor die Thüren hinaus standen. Mehrere Offiziere, Unteroffiziere und Gemeine nahmen lebhaften Antheil an den Debatten, welche ausschließlich militärische Reformen betrafen.

Das schnelle Wachsthum des Vereins erschien den höheren Offizieren, von denen einige sich persönlich von den Fortschritten desselben überzeugt hatten, so bedenklich, daß am 30. Oktober beim Appell ein Gouvernementsbefehl verlesen wurde, der den Soldaten den Besuch des Vereins verbot. Als ich am Abend des 30. Oktober in der Sophienstädtischen Reitbahn, in welcher eine Sitzung des Militär-Reform-Vereins stattfinden sollte, eintraf, fand ich vor der Thür des Vereinslokals einen Haufen von mehreren hundert Soldaten. Sie theilten mir den Gouvernementsbefehl mit, erklärten aber, daß sie den Verein dennoch besuchen würden und nur mit Mühe gelang es mir,

sie von dem Beschluß abzubringen. Ein paar Unteroffiziere erzählten mir offen, sie hätten Befehl, die Namen aller derjenigen Soldaten ihrer Kompagnien zu notiren, die das Verbot übertreten würden. Erst als ich versprach, die Deputirten der Linken mit dem Gouvernementsbefehl bekannt zu machen, und sie zu einer Interpellation und zu dem Antrage auf Rücknahme des Befehls zu bewegen, zogen sich die Soldaten zurück.

Ich eilte sofort in die Partei-Versammlung der Linken, hier erhielt ich von dem Abgeordneten Schulz-Wanzleben das Versprechen, er wolle eine Interpellation an den Kriegsminister richten. Diese kam indessen nicht zu Stande, sie wurde durch spätere wichtigere Ereignisse verhindert.

Das Verbot des Vereins erfolgte für die Regierung zur richtigen Zeit, denn er hatte schon eine bedenkliche Wirkung gehabt. Man hörte, daß die ohnehin mit den Quartieren in den Dörfern rings um Berlin unzufriedenen Soldaten vielfach murrten, daß ihre Mißstimmung durch diejenigen Kameraden, welche sich bei dem Verein betheiligt und schon demokratische Grundsätze in sich aufgenommen hatten, genährt wurde.

Nächst den Bestrebungen, das Militär zu sich heranzuziehen, beschäftigte die Organisationsfrage die demokratische Partei von Neuem. Sie hoffte viel von einem Kongreß der oppositionellen Abgeordneten aller deutschen Volksversammlungen, der zum 27. Oktober nach Berlin eingeladen war, und von einem allgemeinen Kongreß aller deutschen demokratischen Vereine, welchen der Centralausschuß zum 26. Oktober berufen hatte.

Beide Kongresse fanden statt. Von dem der oppositionellen Abgeordneten hörte man wenig, er verlief, ohne sonderliche Resultate zu gewähren. Desto bedeutsamer war der demokratische Kongreß, auf welchem sich die völlige Zerfahrenheit der Partei so augenscheinlich zeigte, daß der Kongreß, statt der Demokratie zur Stärkung zu dienen, nur die Schwäche derselben zweifellos klar legte.

Am 26. Oktober wurde der Congreß im englischen Hause durch das Mitglied des Centralausschusses, Kriege, eröffnet. Viele bekannte, ja berühmte Demokraten von außerhalb waren zum Kongreß nach Berlin gekommen, aus der Hauptstadt selbst waren alle namhaften Demokraten als Deputirte der verschiedenen Klubs entsendet, auch Held war als Vertreter des demokratischen Bürgerwehrvereins anwesend.

Schon am ersten Tage zeigte sich jene wilde Regellosigkeit, jener ungezügelte Enthusiasmus, der in den folgenden Tagen sich übergipfeln und dem Kongreß den Stempel der Lächerlichkeit aufdrücken sollte. Zwei sich heftig bekämpfende Parteien traten sich gegenüber, eine wenig zahlreiche Rechte, welche die konstitutionell-demokratischen und diejenigen republikanischen Deputirten, die mit Ruhe und vernünftiger Ueberlegung handeln wollten, umfaßte, und eine Linke, die aus den sogenannten rothen Republikanern bestand; sie hatte auf dem Kongreß die große Mehrheit.

Wild, feurig, stürmisch wollten die Rothen mit glühendem Eifer vorwärts, ohne die Verhältnisse im geringsten zu berücksichtigen; sie täuschten sich über ihre Stärke und ihren Anhang im Volk, sie glaubten, die Zeit zur Vollendung der Revolution, zur Einführung der sozialen Republik sei gekommen und diese mit allen Mitteln herbeizuführen, waren sie fest entschlossen.

Auf dem Kongreß hielt diese Partei fest und geschlossen zusammen, sie siegte daher über die wenig zahlreiche Rechte bei jeder Frage. Gründliche Debatten, eingehende Erörterungen duldete sie nicht, sie erzwang stets schnelle Abstimmungen ohne Gegengründe der Rechten zu hören. Viele Mitglieder der letzteren Partei traten deshalb schon am zweiten Tage aus dem Kongreß.*)

Näher auf die Verhandlungen des Kongresses einzugehen, würde uns zu weit führen, wir wollen nur bemerken, daß er einen neuen Centralausschuß von drei Mitgliedern, d'Ester, Graf Reichenbach und Dr. Hexamer für die Oberleitung der gesammten Demokratie in Deutschland erwählte, im Uebrigen aber die alte Organisation mit den Kreisausschüssen 2c. bestätigte. Als leitenden Grundsatz für die Thätigkeit der Demokratie stellte der Kongreß folgende Resolution auf:

„In Erwägung, daß die materielle Wohlfahrt des gesammten Volkes Grundbedingung der wahren Freiheit sei, in Erwägung, daß sämmtliche Organe der Partei von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß nur die volle und ganze politische Freiheit dem Volke diejenigen Mittel der Selbstorganisirung und diejenige Kraft der Selbstbestimmung verleihen kann, welche der totalen Reform der Erwerbsverhältnisse vorangehen muß,

erklärt der zweite deutsche Demokraten-Kongreß: daß nur in der demokratischen Republik die Lösung der socialen Frage möglich ist."

Ein anderes Aktenstück, welches der Kongreß erließ, war die Robespierre'sche Erklärung der Menschenrechte.

Außer mit der Organisation der Partei und mit den Grundsätzen, welche für die Vereinigung der Demokratie leitend sein sollten, beschäftigte sich der Kongreß lebhaft mit der Frage, wie die Revolution der Wiener zu fördern und zu kräftigen sei. Er erließ eine Proklamation an das deutsche Volk, in der er sagte:

„Helfet selbst! Die Männer, die Ihr nach Frankfurt gesendet, um die Freiheit zu gründen, haben die Aufforderung, Wien zu helfen, mit Hohngelächter zurückgewiesen. An Euch ist es jetzt zu handeln!

Fordert Ihr es mit dem kräftigen und un-

*) Auch ich gehörte zu den Austretenden, obgleich ich mich offen und rückhaltslos für die demokratische Republik als das Endziel der Bestrebungen der demokratischen Partei erklärt hatte, war mein Platz doch auf der äußersten Rechten des Kongresses

wandelbaren Willen von Euren Regierungen, daß sie sich Eurer Majorität unterwerfen und die deutsche Sache und die Sache der Freiheit in Wien retten. Eilt! Ihr seid die Macht, Euer Wille ist Gesetz!

Auf! Ihr Männer der Freiheit, auf! in allen deutschen Landen, und wo sonst der Gedanke der Freiheit und der Humanität edle Herzen durchglüht! Auf, ehe es zu spät ist! Rettet die Freiheit Wiens, rettet die Freiheit Deutschlands. Die Gegenwart wird Euch bewundern, die Nachwelt mit unsterblichem Ruhm belohnen!"

Am 30. Oktober wurde der Kongreß geschlossen, obgleich viele Mitglieder der linken Seite desselben große Lust hatten, ihn als ein Gegengewicht gegen die National-Versammlung, die man für durchaus reaktionär hielt, in Permanenz zu erklären. Diese Ansicht aber drang denn doch nicht durch, der Schluß wurde angenommen. Die gegen denselben protestirenden Mitglieder der äußersten Linken blieben in Berlin, sie betheiligten sich lebhaft bei den Ereignissen des 31. Oktober, die wir bald zu erzählen haben werden.

Die öffentlichen Verhandlungen des Congresses, die wilden, stürmischen, regellosen Debatten, waren ganz geeignet, die Bürgerschaft von den Bestrebungen der demokratischen Partei zurückzuschrecken, noch mehr aber geschah dies durch eine Volks-Versammlung, welche der Kongreß am 29. Oktober unter den Zelten abhielt. Sie war von Tausenden von Zuhörern besucht. Die Neugierde trieb fast alle Mitglieder der demokratischen Partei nach den Zelten; sie wollten gern die fremden berühmten Redner hören. Bayrhofer aus Marburg präsidirte.

Manche tüchtige Redner traten auf, fast alle aber gehörten der äußersten Linken des Kongresses an und im Sinne derselben sprachen sie. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete die Frage, wie den Wienern zu helfen sei. Man hatte die Nachricht, Wien werde bombardirt, erhalten. Arnold Ruge forderte jetzt das Volk auf, die Sache Wiens zu der seinigen zu machen und an die National-Versammlung eine Monstrepetition zu richten, daß sie sich Wiens annehme. Auch die Bürgerwehr sollte zu dieser Petition aufgefordert werden. Silberstein aus Wien, Senin aus Dresden, Brausewetter aus Königsberg, der bekannte Freischärler Bracklow aus Holstein u. A. sprachen für den Antrag Ruge's, der vom Volke mit endlosem Jubel aufgenommen wurde*).

Von der Volks-Versammlung aus zogen die Mitglieder des demokratischen Kongresses Arm in Arm zusammengehend, vom Volke begleitet, nach der Stadt; sie waren durch die rothen, an ihren Hüten steckenden Kongreßkarten, kenntlich. Als sie am Brandenburger Thor ankamen, ließ der Offizier des Handwerker-Vereins, der die Thorwache besetzt hatte, herausrufen. Die Deputirten nahmen dies für eine ihnen und ihren Bestrebungen gewidmete Ehrenbezeugung an, während, wie Dr. Ries, der betreffende Offizier, später in den Zeitungen erklärte, er nur eine Vorsichtsmaßregel beim Nahen der großen Volksmasse getroffen hatte.

Während die demokratische Partei eine echt revolutionäre Thätigkeit entfaltete, ging die National-Versammlung auch in der zweiten Hälfte des Oktober auf dem Wege fort, welchen sie in der letzten Zeit eingeschlagen hatte. Sie suchte die Verfassung so demokratisch wie möglich auszubilden und dennoch einen Konflikt mit der Regierung zu vermeiden. Ihre Beschlüsse waren zum Theil radikal genug.

Wie sie die Worte „von Gottes Gnaden" aus dem Königlichen Titel gestrichen hatte, schaffte sie am 31. Oktober auch den Adel, die Titel und Orden ab. Das Ministerium erklärte sich zwar dagegen, ohne aber eine Cabinetsfrage aus diesen Abstimmungen zu machen.

Die Versammlung ging durch ihre Beschlüsse weiter links, als man dies bei ihrer Zusammensetzung je hätte erwarten können. Auch durch die Präsidenten-Wahl zeigte sie, daß sie entschlossen sei, mit Entschiedenheit auf dem demokratischen Wege zu verharren. Als der der gemäßigten Rechten angehörige Präsident Grabow unbedeutender Veranlassung wegen am 26. Oktober sein Amt niederlegte, wurde an seiner Stelle der Regierungsrath von Unruh, der einflußreichste Führer des Centrums, zum Präsidenten gewählt.

Die Versammlung trat durch diese Wahl wieder einen Schritt weiter nach links und dies sollte bedeutungsvoll werden. Stimmten auch, wie Herr von Unruh uns selbst mittheilt, Grabow und er in ihren politischen Grundsätzen durchaus überein, so war doch Herr von Unruh weit kräftiger und energischer als sein Freund, er hatte ein revolutionäres Temperament, wenn auch seine politischen Ansichten ihn weit von der Linken schieden.

Herr von Unruh wußte, daß das Ministerium Pfuel am Hofe auf einen steten Widerstand stieß, daß die äußerste Rechte der Nationalversammlung in geheimer Verbindung mit der Hofpartei stand, daß diese nur auf die günstige Gelegenheit wartete, um offen den Bruch zwischen Krone und National-Versammlung zu erklären. Er erzählt uns in seinen Skizzen:

„Schon in der ersten Hälfte des Oktober schrieb ich einem hochstehenden Provinzial-Beamten, daß ich den Conflikt zwischen der Krone und der Versammlung nicht allein als vorhanden, sondern auch als unheilbar betrachtete. Wenn ein Ministerium Eichmann-Bonin fortwährend auf Hindernisse in Potsdam stieße, so müsse man die Bildung eines wirklich konstitutionellen Ministeriums auf einer breiten Kammermajorität für ganz unmöglich erkennen. — — — Bei der Abstimmung

*) Die gehaltenen Reden waren so überschwenglich und boten der Staatanwaltschaft so reichen Stoff zu Anklagen, daß schon am folgenden Tage Silberstein und Senin verhaftet wurden. Auch auf Bracklow wurde gefahndet, er entkam jedoch.

über den Adel, über die Orden und Titel war die Königliche Loge und die der Diplomaten stark angefüllt mit Mitgliedern der Aristokratie und aus ihren Mienen ließ sich deutlich erkennen, ob man den Konflikt von oben herab heilen oder den Knoten mit dem Schwerte durchhauen wolle. Die Abstimmungen erregten auf jenen Gesichtern kein Mißvergnügen, sondern augenscheinlich eine höhnische Freude. Von dem Augenblicke an war mir die nächste Zukunft nicht mehr zweifelhaft."

Daß ein Mann, der so klar die Verhältnisse überschaute, der fest entschlossen war, das Recht der National-Versammlung der Krone gegenüber aufrecht zu erhalten, wenn er auch dringend wünschte, auf gütlichem Wege der Unterhandlung einen Konflikt zu beseitigen, jetzt das Präsidium der National-Versammlung erhielt, mußte von bedeutsamen Folgen werden.

Am 30. Oktober waren die Straßen Berlins wieder sehr bewegt; auf allen freien Plätzen, an allen Ecken standen Menschengruppen. Das Schicksal Wiens bildete das Tagesgespräch. Man erzählte sich, daß am folgenden Tage der National-Versammlung eine Petition des Volkes im Interesse der Wiener überreicht werden solle und zwar von einer Deputation, der eine große Volksmenge folgen werde.

Die von der Versammlung unter den Zelten beschlossene Petition cirkulirte in den Klubs und in den Vereinen der Stadt, unter der Bürgerwehr und Bürgerschaft, überall, besonders im Handwerker- und Maschinenbauer-Verein fand sie rege Theilnahme. Sie lautete:

„Hohe National-Versammlung!

Die Bevölkerung der Stadt Berlin in allen ihren Theilen macht die Sache Wiens zu der ihrigen, sie hat sich daher zu der Aufforderung an die Vertreter des Volkes vereinigt, daß sie den Beschluß fasse, das preußische Volk und die Regierung unseres Staates steht ein für die Sache Wiens und der deutschen Brüder in Oesterreich und erhebt sich mit Macht gegen die barbarischen Feinde unserer Schwesterstadt Wien. Die Bevölkerung der Stadt Berlin hegt das Vertrauen zu den Vertretern des Volks, daß ihr einmüthiger Wille, dem jeder Deutsche und jedes freie Herz im ganzen Lande zujauchzen wird, nicht ohne Eindruck auf ihre Beschlüsse bleiben und zur Rettung der deutschen Freiheit in Wien und zur Wiederherstellung der Ehre der deutschen Nation führen wird."

Am 31. Oktober gegen Mittag sammelten sich auf dem Alexanderplatz die Unterzeichner der Petition, um die Deputation zu begleiten, welche die Schrift der National-Versammlung übergeben sollte. Ein großer Zug von wohl mehreren Tausend Männern setzte sich nach Zwölf in Bewegung und schritt die Königstraße entlang beim Schloß und der katholischen Kirche vorbei nach dem Gendarmenmarkt. An der Spitze des Zuges schritten als die Führer desselben Arnold Ruge, der Vater Karbe und Linden-Müller.

Die meisten namhaften Berliner Demokraten hatten sich geweigert, an einer Demonstration Theil zu nehmen, bei der sie mit Linden-Müller und dem Vater Karbe gemeinschaftlich hätten wirken müssen. Arnold Ruge, der erst seit kurzer Zeit in Berlin lebte, war weniger bedenklich gewesen.

Vor dem Schauspielhause machte der Zug Halt und eine Deputation, an deren Spitze sich Arnold Ruge befand, begab sich in das Gebäude, um die Petition zu überreichen. Eine ungeheure Volksmasse hatte sich während dieser Zeit auf dem Gendarmenmarkt gesammelt und erwartete daselbst den Bericht der Deputation. Die Treppen des Hauses waren förmlich belagert von den Wartenden, der große Platz glich einem wogenden Menschenmeer.

Nach kurzer Zeit kam die Deputation zurück, Ruge stellte sich auf die große Freitreppe des Schauspielhauses und erstattete von dort aus Bericht über das Ergebniß seiner Sendung. Er hatte die Petition dem Abgeordneten d'Ester übergeben, am Abend schon solle sie in der Abendsitzung der National-Versammlung zur Sprache kommen, Waldeck, der allgemein verehrte Deputirte Berlins, werde einen Antrag im Sinne der Petition stellen.

Ruge fügte seinem Bericht eine Einladung an das Volk bei, sich am Nachmittage des folgenden Tages vor den Zelten einzufinden, um dort nähere Nachricht über den Erfolg der Abendsitzung zu empfangen.

Das aber war keineswegs nach dem Sinne der Versammelten, welche zum Theil aus Neugierigen, zum größeren Theil aber aus den unruhigsten, alle Zeit schlagfertigen Elementen der Berliner Straßen-Demokratie bestanden.

Unter wüstem Geschrei wurde gefordert, die National-Versammlung solle gleich berathen, der unvernünftige Vorschlag fand indessen wenig Anklang, desto mehr hingegen der, daß man sich am Abend wieder zur Stelle finden wolle, um das Resultat der Berathung abzuwarten. Vergeblich sprachen verschiedene Redner zur Beruhigung des Volkes, ihre Stimmen verhallten in dem Lärm zum Theil ungehört, gewiß aber unbeachtet.

Während dieser Zeit waren auch die Mitglieder des Handwerker- und Maschinenbauer-Vereins, welche die Petition mit unterschrieben hatten, angekommen, um bei der Uebergabe derselben gegenwärtig zu sein. Dem Einfluß dieser ruhigen und vernünftigen Männer gelang es, eine ruhigere Stimmung zu erzeugen, und so verlief sich bald die Menge; aber mit dem festen Vorsatz, am Abend wieder zu kommen. Bevor die Versammlung auseinander ging, theilte noch ein Redner einen kurzen Bericht über die Verhandlungen der eben geschlossenen National-Versammlung mit, in welcher der Adel und die Orden abgeschafft worden waren, dies erregte einen allgemeinen stürmischen Jubel.

Während des ganzen Tages herrschte auf dem

Gendarmenmarkt ein reges Leben. Gegen Abend aber, als es zu dunkeln begann, koncentrirte sich ein Volkshaufen, der etwa 2—3000 Mann stark sein mochte, um das Schauspielhaus. Er wuchs in den ersten Abendstunden nicht zu größerer Zahl, denn ein kalter Regen hielt die Neugierigen ab, im Freien zu verweilen.

Anfangs verhielt sich die Menge ziemlich ruhig, je weiter aber der Abend vorrückte, je tumultuarischer zeigte sie sich. Sie wurde erregt durch eine Anzahl von Rednern, die sich unter das Volk mischten und es aufforderten, die National-Versammlung zu zwingen, für die Sache der Revolution einzutreten, wenn sie es nicht gutwillig thue.

Manche von diesen Rednern mochten wohl aus Ueberzeugung sprechen, es befanden sich unter ihnen einige Abgeordnete des demokratischen Kongresses. Einer von diesen behauptete, er habe mit dem Deputirten d'Ester gesprochen, dieser lasse das Volk auffordern, es möge das Sitzungslokal der Nationat-Versammlung wohl überwachen, damit keiner der volksfeindlichen Deputirten der Rechten unbemerkt sich entfernen könne; bei dem Waldeck'schen Antrage zu Gunsten der Wiener werde auf namentliche Abstimmung angetragen werden, damit das Volk Gelegenheit habe, seine Feinde kennen zu lernen. Es ist wohl kaum nöthig, zu bemerken, daß der Redner diesen Auftrag vom Abgeordneten d'Ester nicht empfangen hatte, seine Angaben sollten nur als Mittel zum Zweck dienen, sie sollten das Volk fanatisiren; und dies gelang im vollsten Maße.

Vergeblich bemühten sich mehrere der namhaftesten Demokraten Berlins, die Masse zu beruhigen, ihre Worte fanden kein Gehör. Immer wilder und tobender wurde der Volkshaufen, der das Schauspielhaus umringte. Einige Arbeiter brachen in die nahe gelegenen Spritzenhäuser ein, aus diesen holten sie die vorräthig liegenden Fackeln hervor und kehrten mit denselben nach dem Schauspielhause zurück. Die Fackeln wurden angesteckt, mit ihrem rothen grellen Lichte beleuchteten sie die dicht gedrängte Menge.

Abends nach 8 Uhr erschienen ein paar rothe Fahnen, diese wurden vor der Haupteingangsthür aufgepflanzt, sie bildeten den Mittelpunkt, um den sich eine wilde Bande sammelte, ein Pöbelhaufen, wie man ihn sonst nur selten in Berlin sah, Männer aus der untersten Volksklasse, in Lumpen gekleidet, jenes Gesindel, welches schon beim Zeughaussturm sich hervorgethan hatte; es bildete den Kern der Volksmasse und von ihm wurde natürlich jeder Rath zur Ruhe und Ordnung höhnisch zurückgewiesen. Selbst der beliebte Deputirte der Linken, Julius Berends, erhielt kein Gehör.

Unter dem Gesindel trieben sich außerdem einige Männer umher, welche Niemand kannte: „Heut sei der Tag," erklärten diese, „an welchem das Volk von Berlin seine Macht zeigen müsse, es möge ein Beispiel statuiren, die Abgeordneten der Rechten und die volksfeindlichen Minister müßten aufgehängt werden." Solche Worte wurden mit Jubel aufgenommen, einige Arbeiter versahen sich mit Stricken und erklärten, nach der Abstimmung wollten sie sie schon gebrauchen.

Allen ruhigeren und besonneneren Demokraten war es klar, daß hier fremde Einflüsse walteten; ihre Worte, die sonst willig Gehör fanden, wurden heut verlacht, die Arbeiter lauschten um so begieriger den Einflüsterungen jener Unbekannten, welche die demokratischen Führer für Emissaire der reaktionären Partei hielten. Sie bemühten sich, dieselben zu entlarven und es gelang dies. Herr von Hochstetter ergriff einen Menschen, der sich für einen Polen ausgab und laut Skandal und Hängen predigte, auf frischer That; er verhaftete ihn, mehrere Bürger leisteten ihm Beistand.

Der Verhaftete entpuppte sich später als ein Lehrer, er ist wegen Aufruhrs verurtheilt worden, ob er aber, wie man damals annahm, ein Emissär der Reaktion gewesen, hat sich nicht feststellen lassen.

Während aller dieser Vorgänge vor dem Sitzungssaal war in demselben eine hoch wichtige Debatte im Gange. Schon nach 5 Uhr hatte der Präsident von Unruh die Sitzung eröffnet. Die Wiener Frage bildete den Inhalt der Verhandlungen. Verschiedene Anträge waren gestellt, zuerst der von Waldeck und Genossen folgenden Inhalts:

„Die hohe National-Versammlung wolle beschließen: das Staats-Ministerium aufzufordern, zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte schleunigst aufzubieten."

Zu diesem Antrage hatte der Abgeordnete Rodbertus mit seinen Freunden das Amendement gestellt:

„Die Versammlung wolle beschließen: Sr. Majestät Regierung aufzufordern, bei der Central-Gewalt schleunige und energische Schritte zu thun, damit die in den deutschen Ländern Oesterreichs gefährdete Volksfreiheit und die bedrängte Existenz des Reichstages in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde."

Für Waldeck's Antrag sprachen die Abgeordneten der Linken mit Feuereifer, indem sie ausführten, es sei die Pflicht Preußens, die in Wien von der Camarilla gefährdete Volksfreiheit zu retten, auf die deutsche Centralgewalt dürfe man aber dabei nicht rechnen, weil diese schon längst sich nur als Centralpolizei gezeigt habe. Dagegen erklärten die Mitglieder des linken Centrums, wie von Berg, Rodbertus, Schulze (Delitzsch), man dürfe die Centralgewalt nicht umgehen, weil der Krieg in Oesterreich ein wesentlich nationaler sei.

Bei der Abstimmung wurde der Waldeck'sche Antrag mit 230 gegen 113 Stimmen verworfen, nur die Linke stimmte dafür, das Rodbertus'sche Amendement wurde mit 261 gegen 52 Stimmen angenommen. Alle Parteien vereinigten sich zu demselben, selbst der greise Minister-Präsident von Pfuel gab als Abgeordneter seine Stimme

dafür ab, nur die äußerste Rechte stimmte mit Nein.

Das Volk vor dem Sitzungssaale war von dem Gange der Debatte fortwährend unterrichtet worden. Als die Nachricht sich verbreitete, der Waldeck'sche Antrag sei verworfen, wahrscheinlich aber werde das Rodbertus'sche Amendement angenommen werden, brach die Wuth der Arbeiter in wilden Worten aus; immer stürmischer und tobender wurde die Menge, immer enger umschloß sie das Haus. Einige Arbeiter erklärten laut, die Volksverräther dort drinnen sollten exemplarisch bestraft werden, erst wenn man ein Paar von ihnen aufgehängt habe, würden die Andern wohl zu Kreuze kriechen.

Unsere Leser werden, wenn sie dem Laufe unserer Erzählung gefolgt sind, mit Recht die Frage aufwerfen: Was geschah während dieser ganzen Zeit von den Behörden? Wo war die Bürgerwehr, deren Aufgabe es sein mußte, die Ordnung und das Gesetz, die durch die Excesse bedrohte Freiheit der Abgeordneten zu schützen?

Die Antwort ist schwer zu geben, ein unerklärtes Dunkel liegt auf den Vorgängen jenes Abends. Schon am Mittage wußte Jedermann in der Stadt, daß es am Abend tumultuarische Auftritte vor dem Schauspielhause geben würde. Es wäre leicht gewesen, den Gendarmenmarkt mit der Bürgerwehr zu besetzen und die Volksmasse fern zu halten. Nichts davon geschah. Eine Abtheilung der Bürgerwehr war allerdings in das Schauspielhaus gelegt worden, um die Deputirten vor einem etwaigen Ueberfall zu schützen, Herr Rimpler selbst hatte sich mit seinem Stabe in das Haus begeben, er wurde mit den Deputirten eingeschlossen, eine Zeit lang vermochte er nicht einmal Befehle ergehen zu lassen.

Erst gegen Abend ertönte das Signalhorn der Bürgerwehr und endlich gegen 9 Uhr rückte ein Bataillon vor, um dem Unfug zu steuern. Was beim Beginn der Unruhen leicht gewesen wäre, wurde jetzt zu einer schwierigen Aufgabe, denn auf dem Gendarmenmarkt stand am späten Abend eine dicht gedrängte Menschenmasse Kopf an Kopf. Trotzdem machte die Bürgerwehr sich Platz, sie drängte das Volk vor sich her und marschirte nach dem Schauspielhause.

Ein Kampf drohte zu entstehen, denn die fanatisirten Arbeiter wollten nicht ohne Weiteres weichen, einige Bürgerwehrmänner wurden durch Schläge mit brennenden Fackeln nicht unerheblich verletzt.

Da plötzlich erschienen die Maschinenbauer unbewaffnet mit einer weißen Fahne, um sich zwischen Volk und Bürger zu stellen und so einen Kampf, der von Verderben bringenden Folgen sein mußte, unmöglich zu machen. Sie wurden mit Jubel begrüßt sowohl vom Volk als von der Bürgerwehr. Fast schien es, als solle die Ordnung ohne Blutvergießen hergestellt werden. Schon hatten die Maschinenbauer das Schauspielhaus besetzt, die Abgeordneten konnten dasselbe ruhig verlassen. Herr Rimpler hatte die wackeren Arbeiter freudig begrüßt und ihnen eine Stellung zum Schutze des Haupteinganges angewiesen, da drang urplötzlich eine Bürgerwehr-Kompagnie auf die waffenlosen Friedensstifter ein, aus welchem Grunde ist unerklärt geblieben. Ein Offizier der Bürgerwehr hieb auf den Träger der weißen Friedensfahne ein und verwundete ihn, mehrere Wehrmänner gebrauchten ihre Bajonete. Ein Maschinenbauer wurde durchbohrt, so daß er schon nach wenigen Stunden starb, andere erhielten mehr oder weniger schwere Bajonetstiche.

Der mörderische Ueberfall erregte unter den Arbeitern eine tiefe Entrüstung. Mit einem Wuthgeschrei zogen sich die Maschinenbauer zurück, um ihre Gewehre zu holen; nur den dringenden Bitten ihrer Führer, welche das Unglück einem schrecklichen Mißverständniß zuschrieben, gelang es, sie von dem Vorsatz, einen Kampf mit der Bürgerwehr zu beginnen, abzubringen*).

Der Angriff auf die Maschinenbauer hatte die Aufregung unter dem Volke vermehrt. Die Verwundeten waren in die benachbarten Häuser getragen worden, vor diesen standen dichte Menschengruppen, in denen man wilde Reden hörte. Bis tief in die Nacht hinein blieben die Volksmassen versammelt, obgleich jetzt die Bürgerwehr den Gendarmenmarkt besetzt hielt: Spät in der Nacht gegen 3 Uhr kam es sogar noch einmal zu unruhigen Auftritten.

In der National-Versammlung hatte sich, während die eben erzählten Ereignisse sich zutrugen, ebenfalls eine eigenthümliche Scene entwickelt. Die Sitzung war geschlossen, die Bänke der Abgeordneten begannen sich zu leeren, da plötzlich erklärte der Abgeordnete Sommer, die Versammlung befinde sich im Belagerungszustand, man könne nirgends hinaus; auch Abgeordnete der Linken bestätigten dies. Inzwischen waren die Maschinenbauer angekommen, die Eingänge waren frei geworden, die Thüren wurden geöffnet.

Die Deputirten verließen jetzt das Haus, das Volk bildete ein Spalier, um sie passiren zu lassen. Die Abgeordneten der Linken wurden mit Jubel empfangen, die der Rechten mit Zischen und Pfeifen. Der greise Minister-Präsident, der fürchtete, von der Menge insultirt zu werden, wurde von den Abgeordneten Jung und Jacoby nach Jung's Wohnung in der Charlottenstraße geführt, von hier aus geleiteten ihn die Deputirten der Linken nach seinem Hotel.

Nicht so gut kamen einige Abgeordnete der Rechten weg; sie wurden weidlich geschimpft und

*) Das Verhalten des Bürgerwehrkommandeurs an jenem Tage ist ein noch heut ungelöstes Räthsel. Herr Rimpler hat durch öffentliche Bekanntmachungen vielfach versichert, daß ein Befehl zum Angriff auf die Maschinenbauer von ihm nicht ergangen sei, während umgekehrt das Kommando des 8. Bataillons der Bürgerwehr ausdrücklich die Versicherung abgab, es sei nur dem ihm ertheilten Befehle nachgekommen.

wie man später gehört hat, sogar gedrängt und gestoßen.

Die Pöbelexcesse vor dem Sitzungslokal der National-Versammlung haben der Reaktion Gelegenheit gegeben, zu behaupten, die Abstimmung der Versammlung an jenem Abend sei keine freie gewesen, die vom Volke belagerte und bedrohte Versammlung habe sich beeinflussen lassen. Eine Widerlegung verdient diese Behauptung kaum, denn sie widerlegt sich von selbst dadurch, daß die Versammlung mit gewaltiger Majorität den vom Volke geforderten Waldeck'schen Antrag verworfen und das vom Volke verdammte Rodbertus'sche Amendement angenommen hatte.

„Diesen Thatsachen gegenüber gehört eine eigenthümliche Kühnheit zu der Behauptung: die Beschlüsse der Versammlung seien unfrei gewesen, die drohenden Volkshaufen hätten auf sie influirt. Wenn die persönliche Furcht Einfluß auf die Abstimmung gehabt hätte, so mußte dieselbe im Sinne der Volksmassen, dem Inhalt der Sturmpetition gemäß, ausfallen. Zur Ehre der Versammlung mußte das Gegentheil hier nachgewiesen werden."

So charakterisirt Herr von Unruh die später von der reaktionären Partei aufgestellte Behauptung, die National-Versammlung habe sich durch den Pöbel beeinflussen lassen.

Neunundzwanzigstes Kapitel.

Die Folgen des 31. Oktober. — Das Eichmann'sche Plakat. — Eichmann's Schreiben an Herrn Rimpler. — Proteste dagegen. — Abdankung des Ministeriums Pfuel. — Graf Brandenburg mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt. — Die National-Versammlung am 2. November. — Die Adresse der Versammlung an den König. — Die Deputation der National-Versammlung vor dem Könige. — Jacoby's Wort: Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen! — — — Die National-Versammlung am 3. November. — Die Antwort des Königs auf die Adresse der National-Versammlung.

Die Pöbelexcesse des 31. Oktober gaben der Reaktion wieder die trefflichste Gelegenheit zu wüthenden Angriffen gegen die Demokratie, welche von ihr beschuldigt wurde, die Belagerung des Schauspielhauses und die Beleidigung der Abgeordneten veranlaßt zu haben. In Zeitungsartikeln und Plakaten wurde die demokratische Partei in lügenhaftester Weise angegriffen. Daß außer Arnold Ruge, der mit den Verhältnissen Berlins noch ziemlich unbekannt war, da er sich erst seit kurzer Zeit in der Hauptstadt befand, kein namhafter Demokrat sich bei der Ueberreichung der Petition an die National-Versammlung betheiligt hatte, daß am Abend des 31. Oktober fast alle Führer und Vorstandsmitglieder der Klubs und des demokratischen Kreisausschusses auf das Eifrigste, wenn auch vergeblich bestrebt gewesen waren, den Skandal zu verhüten, die aufgeregte Volksmasse zur Ruhe zu mahnen, daß die Verhaftung eines der Rädelsführer gerade durch ein einflußreiches Mitglied der Partei vorgenommen wurde, alles dies wurde verschwiegen.

Die Entrüstung der Bürgerschaft über die Vorgänge auf dem Gendarmenmarkt war groß, sie würde vielleicht zu scharfen Demonstrationen gegen die Demokratie geführt haben, hätten nicht schon die Ereignisse der folgenden Tage das Volk von Berlin, soweit es überhaupt irgend einer freisinnigen Partei angehörte, zur Einigkeit gezwungen.

Schon am Mittag des 1. November erschien an den Straßenecken folgendes Plakat des Ministers des Innern Eichmann:

Die Vorgänge des gestrigen Tages während der beiden Sitzungen der National-Versammlung legen der Regierung die unabweisbare Pflicht auf, zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und zur Verhütung und Unterdrückung ähnlicher Excesse, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung zu bringen. Es sind demgemäß die betreffenden Behörden angewiesen worden, in allen derartigen Fällen, sobald die zunächst zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung berufene Bürgerwehr dieser ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und vollständig genügt, **sofort die bewaffnete Militärmacht zu requiriren** und nach § 78 des Bürgerwehrgesetzes vom 17. v. Mts. in Thätigkeit treten zu lassen. — Es wird dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 1. November 1848.

Der Minister des Innern.

Eichmann

Gleichzeitig mit diesem Plakat hatte der Minister ein Schreiben an den Kommandeur der Bürgerwehr gerichtet, um diesem die Gründe mitzutheilen, wegen deren er sich bewogen fühle, eine derartige Bekanntmachung zu erlassen. Der Minister machte Herrn Rimpler ernste und gerechte Vorwürfe, er stellte die Ereignisse des vergangenen Tages zusammen, das Kommando der Bürgerwehr hätte, so erklärte der Minister, vorbereitet auf die Skandalscenen des Abends sein müssen, da schon am Mittage von Volksrednern zu einer Versammlung am Abende auf dem Gendarmenmarkt aufgefordert worden sei; es sei Pflicht des Kommandeurs gewesen, Vorsorge zu treffen, daß die gesetzliche Ordnung geschützt werde, zu diesem Zwecke aber sei nichts geschehen. Die Bürgerwehr sei erst spät am Abend eingeschritten, als schon ein großer Theil des Volkes sich verlaufen hätte. Das Schreiben schloß mit den Worten:

„Unter diesen Umständen kann die Regierung ihre Verpflichtung, für die Sicherheit der Personen, für die Unabhängigkeit der Volksvertretung und für die öffentliche Ordnung zu sorgen, nicht anders erfüllen, als dadurch, daß bei Ruhestörungen in hiesiger Stadt, sobald die zur Aufrecht-

haltung der gesetzlichen Ordnung zunächst berufene Bürgerwehr dieser ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und vollständig genügt, sofort militärische Hilfe requirirt und nach § 87 des Bürgerwehrgesetzes in Thätigkeit gesetzt wird. Indem ich wünsche, daß der Fall einer solchen stets bedauerlichen Nothwendigkeit nicht eintreten möge, habe ich den Magistrat und das Polizei-Präsidium von diesem Erlasse zur Nachachtung in Kenntniß gesetzt."

Das Eichmann'sche Plakat wurde von den Bürgern als die erste Kundgebung der beginnenden Contrerevolution betrachtet, es bewirkte, daß der Unwille der Bürgerschaft von den Pöbelexcessen des 31. Oktober abgelenkt wurde, daß er sich nach der Seite richtete, von der ein Angriff gegen die Volksfreiheit erwartet wurde.

Ein Protest, den Herr Rimpler gegen die Bekanntmachung des Ministers erließ, eine Proklamation, welche er an die Bürgerschaft richtete und in der er zur Eintracht zwischen Bevölkerung und Bürgerwehr mit ernsten Worten aufforderte, fanden allgemeine Zustimmung.

Wüste Gerüchte durchflogen die Stadt. Man hörte, Wien sei gefallen, in der österreichischen Hauptstadt habe die Reaktion gesiegt, und jetzt sei die Zeit gekommen, wo sie auch in Preußen den letzten entscheidenden Schlag zu thun bereit sei. Daß diese Gerüchte nicht ganz unbegründet seien, zeigte sich schon in der Sitzung der National-Versammlung vom 2. November.

Als die Abgeordneten sich gegen 10 Uhr versammelten, fanden sie den Ministertisch leer. Der Präsident von Unruh ließ nach der Eröffnung der Sitzung zwei Schreiben des Minister-Präsidenten von Pfuel und des General-Lieutenants Grafen Brandenburg vorlesen, in denen Herr von Pfuel mittheilte, er habe aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung genommen, Graf Brandenburg, er sei mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt und stelle daher anheim, die Sitzungen der National-Versammlung für einige Tage auszusetzen.

Die Nachricht, daß Herr von Pfuel durch den Grafen Brandenburg ersetzt werden solle, erregte eine tiefe Sensation in der Versammlung. Herr von Pfuel hatte durch seine Redlichkeit und Biederkeit sich Vertrauen erworben; hielt man ihn auch nicht gerade für einen besonders demokratisch oder auch nur liberal gesinnten Mann, so war die National-Versammlung überzeugt, er werde nun und nimmermehr seine Einwilligung zu irgend einem ungesetzlichen Schritte, zu irgend einer Verletzung der Königlichen Verheißungen geben. Durch seine letzte Abstimmung am 31. Oktober hatte er gezeigt, daß seine Anschauungen auch in der deutschen Frage mit denen der Majorität harmonirten. Es gehörte wahrlich Muth für einen alten Soldaten und für den Minister-Präsidenten dazu, seine Stimme für das Rodbertus'sche Amendement abzugeben!

Es war längst kein Geheimniß mehr, daß der Minister-Präsident von der Hofpartei in Potsdam mit scheelen Augen angesehen wurde; daß er gerade in dieser kritischen Zeit seine Entlassung nahm, daß er ersetzt wurde durch einen Verwandten des Königlichen Hauses, durch den Grafen Brandenburg, der sich durch seinen keineswegs konstitutionellen Erlaß bekannt gemacht hatte, war sicherlich bedeutungsvoll.

Der Abgeordnete Philipps gab der Stimmung des Hauses einen Ausdruck; er erklärte, in dieser kritischen Zeit könne man auf das Verlangen des Grafen Brandenburg, die Sitzungen der National-versammlung auszusetzen, unmöglich eingehen, man müsse gründlich darüber berathen, was zur Sicherung der Freiheit und Ehre der Nation geschehen solle. Deshalb beantragte er:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen: die Sitzung in Betracht der Ernennung des General-Lieutenants Grafen von Brandenburg zum Minister-Präsidenten und der Bekanntmachung des Ministers des Innern, in Betreff der Requisition des Militärs, bis 1 Uhr zu vertagen, um dann über die Lage des Landes zu berathen und Beschluß zu fassen."

Die Abgeordneten von Berg und Elsner stellten das Amendement dazu:

„und die Gegenwart der Minister zu verlangen."

Es war eine eigenthümliche Erscheinung, daß hier zwei Mitglieder sehr verschiedener Parteien, „der äußersten Linken" und „des linken Centrums", einen gemeinsamen Antrag stellten, der beste Beweis dafür, daß die Versammlung jetzt beabsichtigte, mit Entschiedenheit und Einigkeit vorzuschreiten.

Diese Anträge waren nicht im Sinne der Rechten, der Abgeordnete Reichensperger wollte daher auch die Vertagung der National-Versammlung durchsetzen; aber vergeblich war sein Bemühen. Die Versammlung nahm den Philipps'schen Antrag mit großer Majorität an, ebenso das Berg-Elsner'sche Amendement.

Die Sitzung wurde gegen 11 Uhr geschlossen, nachdem die Versammlung vorher noch das Anerbieten des Berliner Bürgerwehr-Kommandanten, das Sitzungslokal mit einer Ehrenwache der Berliner Bürgerwehr zu umgeben, acceptirt hatte.

Die Abgeordneten benutzten die Stunde der Vertagung, um in den Fraktionen eifrigst über die Schritte zu berathen, welche sie der drohenden Gefahr gegenüber thun sollten, denn, so sagt uns Herr von Unruh, Allen war es klar, daß es sich um die Existenz der National-Versammlung, um die Vereinbarung der Verfassung handele. Die gleiche Ueberzeugung hatte auch das Volk von Berlin.

Die National-Versammlung wurde vom 2. November an der Mittelpunkt der politischen Bewegung in der Hauptstadt. Ihren Verhandlungen lauschten die Zuhörer auf den Tribünen mit der gespanntesten Aufmerksamkeit, vor dem Hause waren fortwährend Tausende versammelt, welche mit banger Erwartung auf die Beschlüsse der Versammlung harrten.

Selbst wenn die Sitzungen längst geschlossen waren, herrschte noch immer das regste Leben auf dem Platze. Man blieb zusammen und sprach von den Debatten. Diejenigen, welche als Zuhörer im Schauspielhause gewesen waren, mußten wieder und immer wieder erzählen, was dort vorvorgegangen sei.

Es war nicht mehr wie am 31. Oktober ein Pöbelschwarm, der sich vor dem Sitzungssaale versammelt hatte, um zu lärmen, zu drohen und Excesse zu begehen, es war die Bürgerschaft Berlins selbst, welche die Volksvertretung durch ihre Theilnahme an ihren Verhandlungen stärkte.

Die vertagte Sitzung des 2. November wurde gleich nach 2 Uhr Mittags wieder eröffnet.

Der Ministertisch war fast vollständig besetzt, nur der Minister-Präsident von Pfuel war der von der Versammlung an das abgetretene Ministerium ergangenen Einladung nicht gefolgt. — Der Präsident theilte nun der Versammlung eine Kabinetsordre mit, welche auf's Neue die Ernennung des Grafen Brandenburg zum Minister-Präsidenten erklärte; die Cabinetsordre war vom Minister Eichmann contrasignirt, und dieser erklärte, das Ministerium betrachte sich, nachdem Herr von Pfuel seine Entlassung gefordert, für aufgelöst, es führe eben nur die Geschäfte noch fort und habe deshalb gebeten, die Sitzungen für einige Tage auszusetzen.

Zwei hochwichtige Anträge kamen demnächst zur Diskussion.

Der eine von Jacobi, Temme und Waldeck, also von der Linken gestellt, lautete:

„Die Versammlung wolle beschließen, sofort durch das Plenum eine Kommission von 21 Mitgliedern, nach der bei der Wahl des Vice-Präsidenten vorgeschriebenen Art zu ernennen und dieser den Auftrag zu ertheilen, die in der obwaltenden bedrohlichen Lage des Landes geeigneten Mittel vorzuschlagen, und die Sitzung nicht eher zu schließen, als bis die Kommission ihren Bericht erstattet hat, und darüber Beschluß gefaßt ist."

Der andere Antrag ging vom linken Centrum (Arntz, Philipps, Rodbertus, von Berg und Wachsmuth) aus:

„Die National-Versammlung wolle beschließen: Es solle eine aus 25, vom Präsidenten zu ernennenden Mitgliedern der National-Versammlung und dem Präsidium zusammengesetzte Kommission beauftragt werden, sofort der National-Versammlung den Entwurf einer Adresse über die Lage des Landes an Se. Majestät den König vorzulegen und nach Annahme derselben unter Vortritt des Präsidiums sie Sr. Majestät zu überreichen."

Johann Jacoby unterstützte seinen Antrag durch eine Rede, welche einen tiefen Eindruck auf die Versammlung machte. Er sagte:

„Meine Herren! Die ernste und bedrohliche Lage, in welcher sich nach unser aller Meinung das Land befindet, ist das traurige Erbtheil dreier Ministerien, die entweder nicht die Fähigkeit hatten, oder denen es an Muth gebrach, einer verderblichen Faktion, den Bestrebungen einer unheilvollen Camarilla entgegenzutreten. Meine Herren! Verfallen wir nicht in denselben Fehler! Die Krone hat durch die Ernennung des Herrn Brandenburg, eines Mannes, von dem das ganze Land weiß, daß er dienstwilliger Vertreter des Absolutismus ist, durch diese Ernennnng hat die Krone dieser unserer Versammlung, hat sie dem ganzen Lande den Fehdehandschuh hingeworfen. Meine Herren! Täuschen wir uns nicht, es handelt sich hier einfach darum, ob wir durch entschiedene Schritte den König warnen, ob wir durch entschiedene Schritte ihn von einem Wege abbringen wollen, der die Krone und das Land in's Verderben stürzen wird, oder ob wir durch unsere Unentschiedenheit dazu Anlaß geben, ob wir die Schuld auf uns laden wollen, daß das Volk, welches bisher unserer Versammluug vertraute, dann in seinem gerechten Mißtrauen gegen uns, sich selber helfe durch eine zweite Revolution.

Das ist die Frage, die wir hier zu entscheiden haben. Ich werde mich gegen alle Schritte erklären, welche die Entscheidung nur hinaus schieben. Es ist vorgeschlagen, — ich weiß nicht, ob hier oder außerhalb der Versammlung, — eine Deputation, eine Adresse und dergleichen an den König zu senden. Ich glaube, dergleichen Schritte führen zu nichts. Wien ist für uns eine Warnung.

Wien würde jetzt von den Söldlingen des Kaisers nicht bombardirt werden, wenn es nicht so viele Deputationen und Adressen an den Kaiser gesendet hätte. Ich schlage Ihnen vor, meine Herren, sofort eine Kommission zu ernennen, damit dieselbe uns die in der Gefahr drohenden Lage des Landes geeigneten Mittel vorschlage. Meine Herren! Das Vaterland ist in Gefahr! Es ist nicht an der Zeit, lange, schöne Reden zu halten; es handelt sich darum, schnell, ohne Verzug, entscheidende Beschlüsse zu fassen."

Trotz des großen Anklangs, welchen die Rede Jacoby's in der Versammlung fand, fiel sein Antrag doch, nur die reine Linke stimmte dafür, von Berg erklärte den Grund sehr richtig, indem er sagte:

Die Linke betrachte die Krone und die Versammlung als zwei sich entgegenstehende Mächte, die übrige Versammlung aber betrachte sie als zwei zusammen gehörige, zwischen welche sich das Ministerium Brandenburg als eine feindliche Macht eingeschlichen habe.

Deshalb stimmten die Centren gegen den Temme-, Waldeck-Jacoby'schen Antrag und dieser wurde verworfen, während der Antrag des linken Centrums mit großer Majorität angenommen wurde.

Der Präsident von Unruh ernannte sofort die Kommission aus Mitgliedern aller Fraktionen.

Auch die Rechte war bei derselben stark betheiligt, erwähnenswerth ist besonders ein Mitglied, der Abgeordnete Rintelen, der später in das Ministerium Brandenburg-Manteuffel als Justiz-Minister eingetreten ist, am 2. November sich aber so oppositionell zeigte, wie die ganze National-Versammlung.

Nachdem der Abgeordnete d'Ester noch den Minister Eichmann wegen seines Plakats interpellirt und die Antwort erhalten hatte, die zur Requisition des Militärs berufenen Behörden seien der Magistrat, der Sicherheitsausschuß und auch das zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung verpflichtete Polizei-Präsidium, wurde die Sitzung abermals auf eine Stunde vertagt, um der Kommission Zeit zur Entwerfung der Adresse zu lassen.

Um 4¾ Uhr eröffnete von Unruh die Versammlung zum dritten Male am 2. November. Die von der Kommission einstimmig angenommene Adresse, auch Rintelen hatte für sie gestimmt, lautete:

Majestät!

„Infolge der Benachrichtigung, daß der Graf Brandenburg mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt ist, hat die National-Versammlung in ihrer heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt, aus ihrer Mitte eine Deputation an Ew. Majestät zu entsenden, um Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß dieser Schritt Ew. Majestät die größten Besorgnisse im Volke erregt und unabsehbares Unglück über das Land zu bringen droht. Schon seit Wochen haben unheilvolle Gerüchte Ew. Majestät treues Volk über die Absichten der Reaktion erschreckt, und die Ernennung des jetzt abgetretenen Ministeriums hatte diese Gerüchte nicht zu schwächen vermocht. Eine Regierung unter den Auspicien des Grafen Brandenburg, welche wiederum ohne Aussicht ist, eine Majorität in der Versammlung und Vertrauen im Lande zu gewinnen, würde die Aufregung unzweifelhaft zum Ausbruche steigern und unendlich traurige, an das Geschick eines Nachbarstaates erinnernde Folgen für Ew. Majestät Hauptstadt und Land nach sich ziehen.

Ew. Majestät sind von Ihren bisherigen Räthen über den Zustand des Landes nicht wohl unterrichtet worden, wenn man Ihnen diese Gefahr für Thron und Land verschwiegen hat. Wir legen daher die eben so ehrfurchtsvolle als dringende Bitte an Ew. Majestät Herz, das stets für das Wohl des Volkes geschlagen hat, dem Lande durch ein volksthümliches Ministerium eine neue Bürgschaft dafür zu geben, daß Ew. Majestät Absichten und die Wünsche des Volkes in Einklang stehen."

Diese Adresse wurde mit großer Majorität ohne Debatte angenommen; die Deputation verließ bald darauf die Versammlung, um sich nach Potsdam zum Könige zu begeben. Für den sie führenden Präsidenten von Unruh übernahm der Vice-Präsident Philipps das Präsidium.

Die Abgeordneten Schulze-Delitzsch und Pilet stellten den Antrag, die Sitzung nicht eher zu schließen, bis die Deputation aus Potsdam zurückgekehrt sei, aber sie vermochten hiermit nicht durchzudringen, es verließen so viele Mitglieder der Rechten den Saal, daß die Versammlung beschlußunfähig wurde, sie mußte in der Nacht um 1 Uhr bis Morgens 9 Uhr vertagt werden.

Die Deputation der National-Versammlung war inzwischen mit einem Extrazuge nach Potsdam gefahren, sie hatte sich nach Sanssouci begeben, dort aber traf sie keinen Minister, obgleich das Ministerium bei den Verhandlungen über die Absendung der Deputation gegenwärtig gewesen war und wohl hätte bereit sein können, den Empfang der Deputirten zu vermitteln. Herr von Unruh war daher genöthigt, sich an den dienstthuenden Flügel-Adjutanten Major von Manteuffel zu wenden und diesen zu ersuchen, daß er die Deputation bei Sr. Majestät anmelde.

Der Adjutant erwiderte, es sei bereits seit Monat März der Befehl ertheilt worden, Deputationen nur durch Vermittelung verantwortlicher Minister bei Sr. Majestät einzuführen. Herr von Unruh ersuchte hierauf den Major, ihn persönlich beim Könige zu melden. Der Adjutant erklärte sich dazu bereit, kam aber nach wenigen Minuten zurück und sagte, er könne der Deputation die angenehme Nachricht mittheilen, daß so eben eine Depesche des Ministeriums eingegangen sei, in welcher Sr. Majestät dringend gebeten werde, die Deputation zu empfangen. Von einer persönlichen Audienz des Herrn von Unruh konnte daher natürlich keine Rede sein.

Die Deputation wurde in das Audienzzimmer geführt, nachdem zuvor dem Könige die Adresse durch den Adjutanten übergeben worden war. Nach einiger Zeit trat Friedrich Wilhelm IV. in das Zimmer, er begrüßte die Deputation mit nicht eben sehr freundlichen Blicken. Herr von Unruh verlas die Adresse. Bei den Worten: „Ew. Majestät sind von Ihren bisherigen Räthen über den Zustand des Landes nicht wohl unterrichtet worden, wenn man Ihnen die Gefahren für Thron und Land verschwiegen hat," wurde das Gesicht des Königs, welches während der ganzen Verlesung nicht gerade freundlich gewesen war, noch düsterer, eine Wolke des Unmuths flog über seine Stirn, unwillig drehte er der Deputation fast den Rücken zu. Er verblieb in dieser Stellung, bis der Vorlesende an die Worte kam: „Wir legen die so ehrfurchtsvolle als dringende Bitte an Ew. Majestät Herz, ein Herz, das stets für das Wohl des Volkes geschlagen hat." Bei diesen Worten hellte sich das Gesicht des Königs wieder einigermaßen auf, er wendete sich der Deputation wieder zu.

Da der König das Original der Adresse schon durch die Hand seines Adjutanten empfangen und sie wahrscheinlich bereits gelesen hatte, so ist wohl anzunehmen, er habe nicht ohne Absicht gehandelt und durch Miene und Stellung der Depu-

tation zeigen wollen, wie er über die Adresse denke, ohne es auszusprechen.

Nachdem Herr von Unruh die Verlesung beendet hatte, nahm der König ihm heftig das Papier aus der Hand und drehte dann der Deputation den Rücken, um das Zimmer zu verlassen. Der Präsident schwieg, schon befand sich der König im Fortgehen, da ergriff plötzlich ein Mitglied der Deputation, der Abgeordnete Johann Jacoby, das Wort und sagte:

„Wir sind nicht nur hierher gesandt, um Ew. Majestät eine Adresse zu übergeben, sondern auch um Ihnen über die wahre Lage des Landes mündlich Auskunft zu ertheilen. Gestatten Ew. Majestät uns Gehör?"

Der König wendete sich an der Thür kurz um und sagte sehr heftig: „Nein!"

Er wollte dann unmittelbar das Zimmer verlassen, als er schon im Hinausgehen war, rief Jacoby mit ruhiger, klarer Stimme die denkwürdigen Worte: „**Das ist eben das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!**"

Der König erwiderte nichts, er ging schnell weiter. Nach kurzer Zeit trat sein Adjutant in das Zimmer und sagte, mit Bezug auf die letzten Worte des Herrn Jacoby könne Se. Majestät für jetzt keine Antwort geben, die Deputation sei entlassen.

Die Kühnheit Johann Jacoby's hatte viele Mitglieder der Deputation mit starrem Erstaunen, ja mit Entrüstung erfüllt; sie sahen in der Aeußerung des Volksvertreters eine Verletzung der dem Könige schuldigen Ehrfurcht; mehrere protestirten, so daß der König im Hinausgehen es noch hören konnte, gegen die Worte Jacoby's. Der Abgeordnete Rodbertus bat den Adjutanten, er möge Se. Majestät bitten, die Worte eines Einzelnen und die Adresse der National-Versammlung zu unterscheiden.

Jacoby mußte von seinen Collegen schwere Vorwürfe hören, nur Einzelne wie Waldeck und d'Ester billigten den männlichen Muth, den er im entscheidenden Augenblick gezeigt hatte.

Die Deputation war entlassen, einige Mitglieder derselben aber, die Abgeordneten Gierke, Kühlwetter und Maetzke blieben noch zurück, sie baten um eine Audienz bei Sr. Majestät dem Könige, welche ihnen noch im Laufe des Abends gewährt wurde.

Der König erklärte sich in dem keinen öffentlichen Charakter tragenden Gespräch, daß er fest entschlossen sei, das konstitutionelle Prinzip aufrecht zu erhalten; er halte es mit diesem aber nicht für verträglich, der Deputation irgend eine Antwort zu geben, wenn kein verantwortlicher Minister zugegen und diese Antwort nicht vorher mit dem Ministerium besprochen sei. Der König sprach zugleich die Erlaubniß aus, daß die drei Abgeordneten ihren Collegen den Inhalt des Gesprächs mittheilen dürften, er erklärte, er habe den Befehl gegeben, daß die verantwortlichen Minister sich mit dem ersten Zuge am 3. November nach Potsdam begeben sollten, um mit ihm Rücksprache über die der Versammlung zu ertheilende Antwort zu nehmen.

Ueber die Resultate der Deputation berichtete der Präsident von Unruh in der Sitzung am 3. November, er erwähnte die Aeußerung des Abgeordneten Jacoby nicht. Aber d'Ester that dies ergänzend und rief hierdurch eine stürmische Debatte hervor.

Mehrere Abgeordnete der Rechten protestirten energisch gegen die Aeußerung Jacoby's und nur Wenige, unter ihnen Waldeck, hatten den Muth, dem allgemeinen Unwillen zu trotzen. Ein Resultat hatte die wilde Debatte nicht.

Die Antwort des Königs auf die Adresse der National-Versammlung traf erst in der Nachmittagssitzung des 3. November ein. Sie lautete:

„**Wir Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c.

haben die am gestrigen Tage Uns überreichte Adresse der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung in reifliche Erwägung gezogen und eröffnen derselben darauf Folgendes:

Fest entschlossen, den von Uns in Uebereinstimmung mit den Wünschen Unseres getreuen Volkes betretenen konstitutionellen Weg unverrückt zu verfolgen, haben Wir den General-Lieutenant Grafen von Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, weil Wir, nach seinen Uns bekannten Gesinnungen, überzeugt sind, daß er der festen Begründung und gedeihlichen Entwickelung der konstitutionellen Freiheiten mit Freudigkeit seine Kräfte widmen und sich bemühen werde, die ihm von Uns gestellte Aufgabe in entsprechender Weise zu lösen. Wenn ihm dies gelingt, so wird das neue Ministerium, wie Wir hoffen, sich Ansprüche auf das Vertrauen des Landes zu erwerben wissen. Einem anderen Ministerium, als einem solchen, von welchem Wir dies erwarten können, werden Wir — davon dürfen die Vertreter Unseres getreuen Volkes sich überzeugt halten — niemals die Leitung der Regierung anvertrauen. Wir können Uns daher weder durch die in der Adresse vom gestrigen Tage ohne nähere Begründung angedeuteten Gerüchte, die in keiner Handlung Unserer Regierung Bestätigung finden, noch durch die ausgesprochenen Besorgnisse bewogen finden, den in Folge Unserer wohlerwogenen Entschließung dem Grafen von Brandenburg ertheilten Auftrag zurückzunehmen.

Mit Genugthuung haben Wir aus der Uns überreichten Adresse das Anerkenntniß entnommen, daß Unser Herz stets für das Wohl des Volkes warm geschlagen hat. Das Wohl des Volkes bleibt auch ferner das einzige Ziel Unseres Strebens. Wir hoffen, bei dessen gewissenhafter Verfolgung Uns stets in Einklang mit den Wünschen des Volkes zu befinden und

rechnen dabei auf die kräftige Unterstützung der Vertreter desselben.

Gegeben Sanssouci, den 3. November 1848.
(gez.) Friedrich Wilhelm.
(gez.) Eichmann."

Die Adresse war, wie die Königliche Antwort zeigte, fruchtlos gewesen. Die Versammlung war sich dessen bewußt, sie fühlte, daß sie den Kampf um ihre Existenz zu bestehen haben werde, aber sie wollte denselben nicht beginnen, da sie ihn nicht gegen ein Ministerium, sondern gegen die Krone selbst führen mußte. Die entschiedene Linke allein war hierzu bereit. Waldeck, Temme und Schulz (Wanzleben) erneuerten ihren schon am 2. November gestellten Antrag in etwas veränderter Form:

„Die hohe National-Versammlung wolle beschließen: sofort durch das Plenum eine Kommission von 21 Mitgliedern in der bei der Wahl des Vize-Präsidenten vorgeschriebenen Art zu erwählen, und derselben den Auftrag zu ertheilen, die bedrohliche Lage des Landes in Berathung zu nehmen und darauf bezügliche geeignete Vorschläge innerhalb der Kompetenz der National-Versammlung zu machen."

Waldeck vertheidigte seinen Antrag mit beredten Worten, aber vergeblich, denn die Centren waren entschlossen, demselben sogar die Dringlichkeit zu versagen. Der Abgeordnete Ziegler kämpfte gegen ihn, indem er sagte:

„Ich muß einräumen, daß in dem Verfahren gegen uns etwas Betrübendes liegt. Aber ich sehe durchaus keinen Eingriff in die wohlerworbenen Rechte des Volkes, ich sehe keine Willkür. In solchen Fällen aber allein halte ich außerordentliche Maßregeln für nöthig."

Die Majorität der National-Versammlung theilte wohl diese Ansicht nicht, aber sie wollte unter keiner Bedingung den Kampf ihrerseits beginnen, deshalb verweigerte sie die Dringlichkeit mit 247 gegen 110 Stimmen. Unter denen, welche gegen Waldeck stimmten, finden wir von Kirchmann, Lothar Bucher, Ziegler, von Unruh, Schulze-Delitzsch, von Berg u. A.

Mit diesem Beschluß hatte die Versammlung ausgesprochen, daß sie auf die Initiative verzichte, daß sie die Entwickelung der Ereignisse ruhig abwarten wolle. Und sie that es, sie widmete sich in den folgenden Sitzungen bis zum denkwürdigen 9. November so eifrig ihrer gewohnten gesetzgeberischen Thätigkeit, als existire kein Konflikt zwischen ihr und der Krone.

Außerhalb der Sitzungen aber wirkten die Abgeordneten mit äußerster Anstrengung: die der Linken in Berathungen über den ernsten Widerstand, den die National-Versammlung und das Volk jedem Eingriffe in die Volksrechte entgegenstellen sollten, die des Centrums in fruchtlosen Vermittelungsversuchen, die der entschiedenen Rechten in Unterhandlungen mit der Hofpartei über die Durchführung der Contrerevolution, welche sie ihrerseits kräftig zu unterstützen bereit waren.

Dreißigstes Kapitel.

Angriffe gegen Johann Jacoby. — Huldigungen, welche ihm dargebracht werden. — Die Zeit vom 3. bis 9. November. — Ernennung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel. — Vorbereitungen der demokratischen Partei zum Kampfe. — Bemühungen des Herrn v. Unruh, den Frieden zu vermitteln. — Reaktionsgerüchte. — Die National-Versammlung am 9. November.

Die National-Versammlung hatte sich durch ihr energisches Auftreten gegen das in der Bildung begriffene Ministerium Brandenburg, welches vom Volk schon im Voraus den Namen des Ministeriums der Contrerevolution erhielt, große Sympathie bei der Berliner Bürgerschaft erworben. Man hörte in der Hauptstadt nur eine Stimme des Lobes über die Adresse der Versammlung. Nicht so ungetheilt aber waren die Ansichten über das Benehmen der Adreß-Deputation.

Von vielen Seiten, selbst von ziemlich mäßigen Männern, machte man Herrn von Unruh einen Vorwurf daraus, daß er als Präsident der Versammlung nicht das Wort genommen und hierdurch Johann Jacoby veranlaßt habe, sich direkt an den König zu wenden.

Noch streitiger aber waren die Parteien über Jacoby's Auftreten. Daß die Kreuzzeitung von dem frechen Juden Jacoby sprach, der es gewagt habe, den König in seinem eigenen Hause zu beleidigen, war nur natürlich; nicht viel glimpflicher aber drückten sich auch andere Zeitungen aus, so auch die Vossische Zeitung, deren Einfluß bei der Bürgerschaft sie zu einer beachtenswerthen Gegnerin machte, und die Deutsche Reform, das von Oldenberg redigirte Organ des Exministers Milde, welches mit der Ruge'schen Reform nicht zu verwechseln ist.

Für die schweren Angriffe, welche Johann Jacoby zu erdulden hatte, wurde er entschädigt durch viele Zeichen der Anerkennung, ja der Verehrung. Mehrere Abgeordnete der Centren der National-Versammlung, welche in dieser selbst den gehässigen Streit nicht weiter fortgeführt wissen wollten, gaben Johann Jacoby folgende Ehrenerklärung:

„Verehrter Kollege! Die Unterzeichneten können sich nicht versagen, Ihnen über Ihr männliches und würdiges Auftreten als Mitglied der zu des Königs Majestät entsendeten Deputation ihre vollste Anerkennung auszudrücken, und zwar um so mehr, als man Sie von mehreren Seiten in der National-Versammlung deshalb angegriffen hat. Mit Staunen und Unwillen haben wir von der Tribüne herab Grundsätze gegen Sie geltend machen hören, welche wir seit den Märztagen nicht mehr für möglich hielten.

Ihre Haltung, Ihre Worte waren es, welche die Würde der Deputation, die Würde der Versammlung wahrten, welche im ganzen Lande dem Andenken eines großen geschichtlichen Moments eine würdige Aufbewahrung sichern.

Nur der Umstand, daß die Beziehungen, welche sich an das Begebniß knüpfen, aus höheren Rücksichten uns die Wiederaufnahme der Verhandlungen darüber verbieten, hindert uns, Ihnen diese unsere Anerkennung öffentlich vor der ganzen Versammlung zu erklären, wie wir es von Herzen gewünscht hätten.

Schultze (Delitzsch), Bergmann, Hildenhagen, Wolf, Witt, Born, Uhlich, Pilet, Ludewig, Albrecht, Ullrich (Anklam), Bucher, Liesener, Pax, Piegsa, Jacobs, Kuntz, Dramburg, Jentzsch, Thilo, v. Reetzow, Dörck, Teske, Teichmann, Heisig, Müller (Brieg), Köhler (Marienwerder), Kämpf."

Auch außerhalb der National-Versammlung wurden ehrende Demonstrationen für Johann Jacoby vorbereitet; die demokratischen Zeitungen sprachen sich mit offener Anerkennung für den muthigen Volksvertreter aus. Der demokratische Klub erließ ein Plakat, in welchem er den Empfang der Deputation schilderte und schließlich sagte: „Der Abgeordnete Jacoby hat sich den Dank des gesammten Vaterlandes verdient."

Sogar der Berliner Witz nahm sich der Sache an. Am 6. November fand man am Schauspielhause folgenden geschriebenen Zettel angeklebt:

Anfrage an die General-Intendantur des Königlichen Theaters.

Warum blieb bei der gestrigen Aufführung der Zauberflöte im Königlichen Opernhause folgende Stelle im 1. Akt fort:

„Die Wahrheit ist nicht immer gut,
Weil sie den Großen wehe thut."

Berlin, den 6. November 1848.

Bedeutsamer war eine Volkshuldigung, welche am Sonntag den 5. November, dem von so Vielen hoch verehrten Manne dargebracht wurde.

Gegen 8 Uhr bewegte sich vom Alexanderplatz fort ein glänzender Zug von mehr als 1000 Fackeln nach Mylius Hotel, dem Versammlungsort der Linken. Zwei Standarten wurden dem Zuge voraus getragen, die eine mit der Inschrift auf weißem Grunde:

„Dem Abgeordneten Jacoby zur Erinnerung an den 2. November;" und auf der Rückseite: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie nicht die Wahrheit hören wollen."

Die andere mit der Inschrift:

„Dem Verfasser der vier Fragen!"

auf schwarz-roth-goldenem Grunde.

Die Fackelträger, von einer ungeheuren Volksmenge begleitet, stellten sich vor Mylius Hotel auf; einige Redner, Streber und Mai, brachten Hochs aus auf Jacoby und die gesammte Linke, in welche die Volksmenge mit donnerndem Jubelruf einstimmte.

Der Fackelzug, welcher Johann Jacoby gebracht wurde, ist fast das einzige erwähnenswerthe Ereigniß in der Woche vom 2.—9. November. Es herrschte in dieser Zeit eine tiefe Ruhe in Berlin; die Parteien wollten nicht in nutzlosen kleinen Plänkeleien ihre Kräfte zersplittern, sie rüsteten sich auf den ernsten Kampf, in welchem Bürgerschaft und Arbeiter, die konstitutionelle und die demokratische Partei enschlossen waren, einig für das Recht der National-Versammlung einzutreten.

Die Hauptbeschäftigung vieler Berliner in jener verhängnißvollen Woche war, Kugeln zu gießen und Patronen zu machen. Die Bürgerwehr hielt fast täglich Kompagnie-Versammlungen, in denen einmüthig der Entschluß ausgesprochen wurde, mit der National-Versammlung zu stehen und zu fallen; die fliegenden Korps hatten sich vereinigt und sich einen gemeinsamen Kommandeur, dem sie vertrauten, in dem Rittmeister Vorpahl gewählt, zu ihnen war ein neu gebildetes Freikorps getreten, welches ursprünglich die Absicht gehabt hatte, nach Wien zu ziehen, jetzt aber, da Wien gefallen war, seine Dienste der National-Versammlung widmen wollte.

Die Klubs hielten täglich Sitzungen, in denen offen über den nahen Entscheidungskampf gesprochen wurde; nach den Sitzungen kamen die Mitglieder der Vorstände und des demokratischen Kreisausschusses gewöhnlich in Waßmann's Lokal in der Leipzigerstraße zusammen, um gemeinschaftliche Schritte zu berathen. Durch den Kreisausschuß standen sie in Verbindung mit den demokratischen Vereinen der brandenburgischen Städte, durch den Centralausschuß mit denen des ganzen Landes, sie hofften wenn es Noth sei, ein gemeinsames Handeln der gesammten demokratischen Partei veranlassen zu können.

Am Abend des 8. November erschien im Staats-Anzeiger endlich die Kabinets-Ordre, welche die definitive Bildung des neuen Ministeriums bekannt machte. Sie lautete:

Nachdem der bisherige Minister-Präsident und Kriegs-Minister, General der Infanterie, von Pfuel, sowie die Staats-Minister Eichmann und von Bonin und der Wirkliche Geheime Rath, Graf von Dönhoff, von Mir auf ihr Ansuchen von der Leitung der ihnen anvertrauten Ministerien entbunden worden sind, habe Ich 1) den General-Lieutenant Grafen von Brandenburg zum Minister-Präsidenten, 2) den bisherigen Minister-Verweser von Ladenberg zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, 3) den bisherigen Direktor im Ministerium des Innern, von Manteuffel, zum Ministern des Innern und 4) den Kommandanten von Saarlouis, General-Major von Strotha, zum Kriegs-Minister ernannt. 5) Die Verwaltung des Justiz-Ministeriums wird einstweilen der bisherige Justiz-Minister Kisker beibehalten. Zugleich habe Ich dem General-Lieutenant Grafen von Brandenburg die interimistische Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und dem neu ernannten Minister des Innern die interimistische Leitung des Ministeriums für die

landwirthschaftlichen Angelegenheiten übertragen. Mit der Wahrnehmung des Finanz-Ministeriums habe Ich vorläufig den General-Steuer-Direktor Kühne und mit der Wahrnehmung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vorläufig den Wirklichen Geheimen Ober-Finanz-Rath von Pommer-Esche beauftragt.

Mein gegenwärtiger Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Sanssouci, den 8. November 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.
(cont.) Graf von Brandenburg.

An das Staats-Ministerium.

Ueber die bevorstehende Thätigkeit des neuen Ministeriums konnte kein Zweifel mehr walten; die Männer, welche es bildeten, waren ja bekannt genug, und man wußte, daß der eigentliche geistige Chef desselben der Minister des Innern von Manteuffel sein werde, der als Abgeordneter auf dem Vereinigten Landtage der äußersten Rechten angehört hatte, dem selbst der schwächliche Liberalismus des Landtags als excedente Demokratie erschienen war.

Die am Abend des 8. November in Waßmann's Lokal versammelten Demokraten hatten in Erfahrung gebracht, daß am folgenden Tage die Vertagung und Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg vom Ministerium bei seinem ersten Auftreten in derselben ausgesprochen werden würde. Durch ihre Verbindung mit den Mitgliedern der National-Versammlung war es den Vorständen der demokratischen Vereine ebenfalls bekannt geworden, daß die verschiedenen Fraktionen der National-Versammlung darüber einig seien, daß die Krone die Berechtigung, die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen nicht besitze. Die Majorität der Versammlung war, dies ließ sich voraussehen, entschlossen, gegen die Verlegung nach Brandenburg zu protestiren und die Sitzungen in Berlin fortzusetzen.

In diesem Falle, daran ließ sich nicht zweifeln, würde die Krone ihr Recht mit Gewalt der Waffen zur Geltung zu bringen versuchen; bei der in Berlin herrschenden Aufregung, bei der Entschlossenheit der Bürgerwehr, für die National-Versammlung einzutreten, stand ein blutiger Konflikt mit dem Militär in fast bestimmter Aussicht.

Der Zeitpunkt schien gekommen, wo die Organisation der demokratischen Partei sich bewähren sollte. Die in Waßmann's Lokal versammelten Demokraten beschlossen deshalb sofort Briefe in die Provinzen zu entsenden und die Vereine der Provinzen zu benachrichtigen, damit sie bereit seien, wenn in Berlin die Revolution losbreche, ebenfalls die Waffen zu ergreifen. Mir wurde als Vorsitzendem des demokratischen Kreisausschusses der Mark Brandenburg die Aufgabe, diese Briefe zu unterzeichnen, sie erhielten folgenden Inhalt:

Mitbürger!

Morgen wird das Ministerium Brandenburg definitiv in die National-Versammlung eintreten, um dieselbe zu vertagen und nach Brandenburg zu verlegen. Die National-Versammlung wird hiergegen energisch protestiren.

Morgen schon wird Berlin wahrscheinlich der Schauplatz des Kampfes sein. Bürgerschaft und Arbeiter sind einig.

Wir werden unsere Schuldigkeit thun, thut Ihr die Eurige!

Berlin, am 8. November 1848.

Adolph Streckfuß.

Ehe wir zur Erzählung der Ereignisse des 9. November und der folgenden Tage übergehen, haben wir noch der vergeblichen Bemühungen zu gedenken, denen sich die Abgeordneten des Centrums unterzogen, um den gefährdeten Frieden zwischen der Krone und der National-Versammlung wieder herzustellen. Herr von Unruh erstattet uns in seinen Skizzen über diese Versuche Bericht.

Am Nachmittage des 3. November erhielt Herr von Unruh in seiner Wohnung einen Besuch des Minister-Präsidenten Grafen Brandenburg und des Minister Eichmann. Er erzählt uns über die Unterredung, welche er mit dem Grafen Brandenburg hatte, Folgendes:

„Die bekannte königliche Botschaft, welche die Antwort auf die Adresse der National-Versammlung enthielt, war so eben in meine Hände gelangt, als der Graf Brandenburg zu mir kam. Offen theilte ich ihm mit, daß der Inhalt der Botschaft nur dann befriedigen könne, wenn seine Erklärung, von der Bildung eines Ministeriums abzustehen, nachfolge. Auf diese Weise würde jeder Konflikt vermieden, ohne die Prärogative der Krone irgendwie zu beeinträchtigen. Am bedenklichsten war mir die Stelle der königlichen Botschaft, welche davon sprach, daß sich das neue Ministerium Ansprüche auf das Vertrauen des Landes zu erwerben wissen werde.

Der Graf Brandenburg versicherte, daß er vollkommen konstitutionell gesinnt sei und handeln werde. Ich antwortete ihm, daß es von vorn herein das konstitutionelle Prinzip verletze, wenn er nach jener Adresse, welche ein starkes Mißtrauensvotum gegen ihn enthielte, und von der ganzen Versammlung fast einstimmig angenommen worden sei, es dennoch unternehme, ein Ministerium zu bilden. Der Graf meinte, das Mißtrauen sei ein unbegründetes; er habe in Schlesien sich das Vertrauen der Stadt Breslau und der Provinz erworben, und er hoffe, daß ihm das auch hier gelingen werde. Vergebens versuchte ich, dem Grafen vorzustellen, daß der Minister-Präsident in einem constitutionellen Staate nicht erst das Vertrauen der Majorität der Kammer zu erwerben habe, sondern besitzen müsse; nur so könne er zum Wohle des Landes und der Krone wirken, nur so den durchaus nöthigen Einfluß ausüben. Zum Erwerben des Vertrauens und zum Wider-

legen des Mißtrauens sei keine Zeit; die Ereignisse drängten; auch handle es sich hier nicht um das Vertrauen zur Person, sondern um die politischen Grundsätze. — — — —

Der Graf Brandenburg blieb bei seiner Ansicht, nach welcher er, wie es mir schien, die Bildung eines Ministeriums nicht sowohl als einen politischen Akt, sondern als die Ausführung eines vom Könige dem General Brandenburg ertheilten Befehls betrachtete. Der General machte auf mich den Eindruck eines biederen, einfachen Soldaten, dem das constitutionelle Staatsleben durchaus fremd, fast unverständlich ist, weil es in Widerspruch mit den Ideen steht, in denen die alten Offiziere der Armee aufgewachsen sind."

Hatte diese Unterredung auch nicht den geringsten Erfolg gehabt, so glaubten doch die Mitglieder des Centrums noch immer nicht den Versuch einer Vermittelung aufgeben zu dürfen. Herr von Unruh erzählt:

„Am 4. November drangen mehrere Abgeordnete, namentlich Bornemann, Kirchmann, Philipps in mich, eine Privataudienz beim Könige nachzusuchen, um die muthmaßlich gegen die National-Versammlung und deren Absichten ausgestreuten Verleumdungen zu widerlegen und wenn irgend möglich, den König zu überzeugen, daß die große Majorität der Versammlung zwar außer Stande sei, von den der Nation im März zugestandenen Rechten etwas zu vergeben; daß sie aber dringend wünsche, einen Konflikt mit der Krone zu vermeiden.

Es ist ein alter Brauch in allen wirklich konstitutionellen Staaten, daß die Krone nach dem Abgang eines Ministeriums, sowie in großen Krisen die Meinung des Präsidenten der Kammer anhört, ohne an dessen Rath, wie sich von selbst versteht, gebunden zu sein. Der gewählte Präsident der Kammer ist aus der Majorität hervorgegangen; es liegt in seiner Stellung, daß er die Majorität und ihre Parteien und die hervorragenden Mitglieder derselben genau kennt, also am geeignetsten dazu ist, der Krone vollständige Auskunft zu geben, welche doch unter keinen Umständen, am wenigsten in einer so schwierigen Lage, wie die damalige, ohne Bedeutung ist. Selbst die Ansichten eines Feindes kennen zu lernen, ist von Wichtigkeit.

Diese Gründe bewogen mich und den Vice-Präsidenten Bornemann dazu, im Interesse der Krone und des Landes durch den General Willisen eine Audienz nachzusuchen. Der General übernahm es, meine Bitte Sr. Majestät unmittelbar vorzutragen und den König davon zu unterrichten, daß ich Nichts beabsichtigte, als die obwaltenden Verhältnisse treu und ehrerbietig vom Standpunkt der Versammlung aus als wahrer Anhänger der konstitutionellen Monarchie zu schildern.

Am Abend schrieb mir der General Willisen: „daß Seine Majestät ihm auf die gemachte Anfrage erwidert habe, Allerhöchstdieselben bedauerten, die Herren nicht sprechen zu können, da Allerhöchstdieselben sehr beschäftigt wären." — — —

Die Antwort des Königs zeigte klar genug, daß die Zeit der Unterhandlungen vorüber sei, daß die der Thaten beginnen werde. Ueber die Art, wie das Ministerium gegen die National-Versammlung vorgehen wolle, blieb Herr von Unruh nicht lange im Zweifel. Ein Deputirter der Rechten, welcher ihn am 5. oder 6. November besuchte, theilte ihm mit, daß das neue Ministerium die Absicht habe, die Versammlung nach Brandenburg zu verlegen und zu diesem Zweck für einige Zeit zu vertagen, daß auch die rechte Seite mit dieser Maßregel einverstanden sei, ja dieselbe für nothwendig halte.

Es ging aus dieser Mittheilung unzweifelhaft hervor, daß die Rechte, wenigstens ein Theil derselben, bereits mit einem Ministerium, dessen Mitglieder noch nicht einmal bekannt waren, in Unterhandlungen getreten sei. Aus dem Zusammenhange des Gespräches konnte Herr von Unruh schließen, daß das Ministerium eigentlich die Versammlung habe auflösen wollen, daß es aber aus Rücksichten für die Abgeordneten der Rechten von diesem Vorsatze abgestanden sei.

Durch die Verbindung mit der Rechten hatte das Ministerium eine Stütze in der National-Versammlung selbst gewonnen. Es hoffte, — so hörte man, — die Linke werde sich der Vertagung widersetzen, dem Rufe nach Brandenburg nicht folgen, und hierdurch werde die rechte Seite in der Versammlung die Majorität haben und schnell einige folgewichtige Beschlüsse in ihrem Sinne fassen können, ehe sich die Linke zum Wiedereintritt in die verlegte National-Versammlung entschließe. Daß auch die Centren sich einer Verlegung widersetzen würden, daran dachte man auf der Rechten nicht, hatten doch bisher die Centren augenscheinlich genug gezeigt, daß sie entschlossen seien, jeden Konflikt mit der Krone zu vermeiden.

Es wurde außerdem erzählt, man habe die Hoffnung, die Linke werde ganz aus der Versammlung austreten, ein Minoritäts-Parlament bilden und die Bevölkerung Berlins zu Gewaltschritten treiben, die mit den aufgebotenen Truppenmassen um so leichter unterdrückt werden konnten, da der größte Theil der Bürgerschaft stets auf Seite der Majorität der National-Versammlung stand. Die Bürgerwehr würde, darauf konnte man mit Bestimmtheit hoffen, jeden Beschluß unterstützen, den die National-Versammlung in ihrer Majorität faßte, auf Seiten der Linken stand sicherlich nur ein kleiner Theil der Arbeiter und die radikale Demokratie, diese aber hatte ihre Ohnmacht auf dem demokratischen Kongreß so klar gezeigt, daß man sie nicht mehr zu fürchten brauchte.

Auch die Vorgänge in Wien ermunterten das Ministerium zu einem derartigen Vorgehen.

In Bezug auf das Centrum hatte sich das Ministerium freilich getäuscht. Als von der Rechten Unterhandlungen über die Verlegung oder Vertagung der National-Versammlung angeknüpft

wurden, erklärten die Centren sich entschieden dagegen.

Der Graf Brandenburg machte persönlich am 8. November noch einen Versuch, den Präsidenten der National-Versammlung für seine Ansichten zu gewinnen; er besuchte Herrn von Unruh, aber Beide konnten sich, wie Herr von Unruh uns mittheilt, nicht verstehen, ihr politischer Standpunkt war ein zu verschiedener. Auch diese Unterhandlung zerschlug sich, sie war durchaus fruchtlos, denn Herr von Unruh erklärte mit Bestimmtheit, eine Majorität von mindestens 250 Abgeordneten werde sich der Verlegung und Vertagung nicht fügen. Der Graf Brandenburg aber bestand ebenso bestimmt auf der Ausführung der Königlichen Befehle, an denen er nichts gedeutelt wissen wollte.

So kam der denkwürdige 9. November heran. Am Morgen dieses Tages um 9¾ Uhr wurde die National-Versammlung durch den Präsidenten von Unruh eröffnet.

Der acht Tage lang leere Ministertisch war heut besetzt, man sah an demselben die neuen Minister, Graf Brandenburg, von Strotha, von Ladenberg und von Manteuffel.

Nach Verlesung des Protokolls und der Kabinetsordre, durch welche das Ministerium ernannt worden war, verlas der Schriftführer Bauer folgende königliche Botschaft:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc.

„Nachdem schon früher zu wiederholten Malen einzelne Mitglieder der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung wegen ihrer Abstimmung thätlich gemißhandelt worden waren, ist am 31. v. M. von aufgeregten Volkshaufen das Sitzungslokal der Versammlung förmlich belagert und unter Entfaltung der Zeichen der Republik der Versuch gemacht worden, die Versammlung durch verbrecherische Demonstrationen einzuschüchtern. Solche beklagenswerthe Ereignisse beweisen nur zu deutlich, daß die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung, aus deren Schooße die Grundlagen einer wahren, die allgemeine Wohlfahrt bedingenden Freiheit hervorgehen sollen, der eigenen Freiheit entbehrt, und daß die Mitglieder dieser Versammlung bei den, zu Unserem tiefen Schmerze nicht selten wiederkehrenden anarchischen Bewegungen in Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin nicht denjenigen Schutz finden, welcher erforderlich ist, um ihre Berathungen vor dem Scheine der Einschüchterung zu bewahren. Die Erfüllung Unseres lebendigen, von dem Lande getheilten Wunsches, daß demselben sobald als möglich die, auf Grund Unserer Verheißungen zu erbauende konstitutionelle Verfassung gewährt werde, kann unter solchen Verhältnissen nicht erfolgen und darf von den Maßregeln nicht abhängig gemacht werden, welche geeignet sind, in gesetzlichem Wege die Ordnung und Ruhe in der Hauptstadt wieder herbeizuführen. Wir finden Uns daher bewogen, den Sitz der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung von Berlin nach Brandenburg zu verlegen und haben Unser Staats-Ministerium beauftragt, die dazu nöthigen Vorkehrungen so schleunig zu treffen, daß die Sitzungen vom 27. d. M. ab in Brandenburg abgehalten werden können. Bis dahin wird die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung hierdurch vertagt.

„Wir fordern daher die Versammlung auf, ihre Berathungen nach geschehener Verlesung Unserer gegenwärtigen Botschaft sofort abzubrechen und zur Fortsetzung derselben am 27. d. M. in Brandenburg wieder zusammen zu treten.

Gegeben Sanssouci, den 8. November 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(contr.) Graf von Brandenburg

Botschaft
an die zur Vereinbarung der Verfassung
berufene Versammlung."

Unmittelbar nach der Verlesung dieser Königlichen Botschaft, welche mit starrem Schweigen von der Versammlung angehört wurde, erhob sich der Graf Brandenburg und ergriff das Wort.

Aber nur die wenigen Sylben: — An diese Allerhöchste Botschaft — — — vermochte er verständlich hervor zu bringen, da unterbrach ihn ein stürmischer Lärm von allen Seiten des Hauses.

„Er hat das Wort nicht!" — so tönte es von allen Bänken, und der Minister-Präsident mußte sich wieder niedersetzen.

Nach wiederhergestellter Stille sagte der Präsident von Unruh mit ruhiger Würde:

„Ich habe dem Herrn Minister-Präsidenten das Wort noch nicht ertheilt und ersuche ihn, dasselbe nicht eher zu ergreifen, als bis ich ihm das Wort ertheilen werde.

(Stürmisches Bravo der Versammlung.)

Ich habe zunächst zu erklären, daß ich mich nicht für ermächtigt halte, die so eben eröffnete Sitzung ohne Zustimmung der hohen Versammlung zu schließen. Ich werde daher die hohe Versammlung fragen:

ob sie beschließt, daß die Sitzung sofort aufgehoben werden solle?

Abgeordn. Dr. Jacoby vom Platz: Es ist ein Antrag eingereicht worden.

Präsident: Es ist mir in diesem Augenblick noch kein Antrag vorgelegt.

(Herr Minister-Präsident Brandenburg bittet um's Wort und zu gleicher Zeit verschiedene Abgeordnete.)

Der Herr Minister-Präsident hat das Wort.

Minister-Präsident Graf von Brandenburg: Durch die soeben verlesene Allerhöchste Botschaft ist die Versammlung von des Königs Majestät aufgefordert worden, ihre Berathungen sofort abzubrechen. Ich muß daher jede Fortsetzung der Verhandlungen, welche vor dem 27. d. Mts. stattfindet, wo die Versammlung wieder zusammen-

tritt, als eine ungesetzliche bezeichnen und hiermit Namens der Krone feierlich dagegen protestiren.

Präsident: Ich habe darauf dem Herrn Minister-Präsidenten zu antworten: ich habe mich nicht für berechtigt gehalten, die Sitzung zu schließen.

Kaum hatte der Präsident diese Worte gesprochen, als die Minister sich erhoben, um den Saal zu verlassen, ein Theil der Rechten folgte ihrem Beispiel.

Dieses Aufstehen rief in der Versammlung einen furchtbaren Tumult hervor. — „Hierbleiben! Hierbleiben!" — ertönte es auf der Rechten und im Centrum. — „Man muß sie verhaften!" — rief eine Stimme von der Linken.

Endlich legte sich der Lärm etwas und die Worte des Präsidenten: — „Ich ersuche das Staats-Ministerium, meine Antwort zu hören!" wurden verständlich, ehe sich noch das Ministerium entfernt hatte; aber es kehrte sich an diese Mahnung nicht, sondern verließ, ohne sich weiter um die National-Versammlung zu kümmern, mit seinem getreuen Troß den Saal.

Wieder entstand ein furchtbarer Lärm, verschiedene Abgeordnete, besonders von der Rechten, unter ihnen auch Herr Reichensperger, bestürmten die Tribüne, um das Wort zu ergreifen, wurden aber vom Präsidenten unter Bravoruf von der Versammlung mit ruhiger Würde zurückgewiesen. Endlich war die Ruhe einigermaßen wieder hergestellt und Herr von Unruh fuhr fort: —

„Ich habe dem Staats-Ministerium, welches soeben diese Sitzung verlassen hat, erklären wollen, daß es sich lediglich darum handle, ob ich befugt sei, diese Sitzung zu schließen. Eine Königliche Botschaft in einem konstitutionellen Staate, contrasignirt von verantwortlichen Ministern, ist ein ministerieller Akt, und Niemand kann daran zweifeln, daß die Vertreter von 16 Millionen berechtigt sind, zu prüfen, ob dieser Akt eines ihnen verantwortlichen Ministeriums ein gesetzlicher oder ein ungesetzlicher ist."

Als nun der Präsident die Frage wegen Schließung der Sitzung stellen wollte, ergriff der der Abgeordnete Reichensperger das Wort zur Fragestellung und erklärte, daß er noch nicht wisse, ob das Ministerium Brandenburg gesetzlich ernannt sei, er müsse sich deshalb der Abstimmung enthalten, dasselbe erklärten später auch Baumstark, Rehfeldt und Schütte in einem Seperatvotum.

Unter Lärmen und nach vielen Unterbrechungen kam man endlich zur Abstimmung und die Versammlung erklärte sich mit 252 gegen 30 Stimmen für Fortsetzung der Sitzung, nur Mitglieder der äußersten Rechten hatten dagegen gestimmt.

Verschiedene Anträge waren gestellt, der wichtigste, welcher über das Schicksal der National-Versammlung entscheiden sollte, trug die Unterschriften von Mitgliedern fast aller Fraktionen, mit Ausnahme der äußersten Rechten. Man las die Namen Gierke und Dunker neben Waldeck, **Jacoby und d'Ester.** Er lautete:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen:

1) daß sie für jetzt keine Veranlassung habe, den Sitz ihrer Berathungen zu ändern, sondern sie in Berlin fortsetzen werde.
2) daß sie der Krone nicht das Recht zugestehen könne, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen:
3) daß sie diejenigen verantwortlichen Beamten, welche der Krone zur Erlassung der eben verlesenen Botschaft gerathen haben, nicht für fähig erachte, der Regierung des Landes vorzustehen, vielmehr dafür hält, daß dieselben schwerer Pflichtverletzung gegen die Krone, gegen das Land und gegen die Versammlung sich schuldig gemacht haben.

Motive:

Die eben verlesene Botschaft.

Nur wenige Redner sprachen, Alle mit gleicher Entschiedenheit, man konnte an jenem Tage kaum einen Unterschied zwischen den Mitgliedern des Centrums und denen der äußersten Linken finden. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag mit großer Majorität angenommen und beschlossen, ihn sofort drucken und publiziren zu lassen.

Die Versammlung ging dann zur Berathung des Ablösungsgesetzes über und wurde erst um 7½ Uhr Abends bis zum andern Morgen 9 Uhr vertagt, nachdem zuvor der Beschluß gefaßt worden war, daß die Mitglieder der Büreaus abwechselnd im Sitzungssaal die Nacht über verbleiben sollten.

Vor dem Schluß dankte die Versammlung dem Herrn von Unruh auf Antrag des Abgeordneten von Berg durch ein stürmisches lang anhaltendes Bravo, in welches auch die Zuhörer auf den Gallerien einstimmten, für die ruhige Würde und energische Besonnenheit, mit welcher er das Präsidium geführt habe.

Einunddreißigstes Kapitel.

Berlin am 9. November. — Die Linke an das Volk. — Das Vaterland ist in Gefahr! — Kundgebungen der Reaktion. — Entschlossenheit der Bürgerwehr. — Magistrat und Stadtverordnete. — Die National-Versammlung am 10. November. — Der passive Widerstand! — Proklamation der National-Versammlung an das preußische Volk. — Das Volk von Berlin am 10. November. — Berathungen der Bürgerwehr über den passiven Widerstand. — Das Einrücken des Militärs. — Empfang Wrangel's. — Der Oberfeldherr und der Bürgerwehr-Kommandeur. — Die National-Versammlung verläßt das Schauspielhaus. — Die Nacht vom 10. zum 11. November.

Berlin, die preußische Residenz, das gährende unruhige Berlin, der Sitz der Anarchie, war so ruhig, so friedlich, wie noch nie im ganzen verflossenen Sommer.

Wohl war auf den Straßen ein reges Trei-

ben, wohl war am 9. November der Gendarmenmarkt mit einer großen Menschenmenge bedeckt; aber alle diese Menschen waren ernst und ruhig, sie sprachen meistens nur leise mit einander und warteten begierig auf die folgewichtigen Beschlüsse der National-Versammlung. Jeder aus dem Schauspielhause Kommende wurde sogleich befragt und mußte Mittheilungen machen von dem, was er gehört, mit angstvoller Gespanntheit wartete das Volk.

Als aber nun die Annahme des Antrags von Gierke, Elsner u. s. w. bekannt wurde, da war die Freude allgemein, mit Jubel wurde dieser erste wahrhaft energische Schritt der Volksvertreter begrüßt, und alle Stände stimmten in die allgemeine Freude ein, die Arbeiter, wie die Bürger, welche unter Waffen die Sicherheitswache für die National-Versammlung bildeten.

Das Volk von Berlin war entschlossen, den Beschlüssen der Volksvertretung Geltung zu verschaffen. Zahlreiche Plakate, welche von den verschiedensten Korporationen und Vereinen ausgingen, bezeugten dies.

War aber auch die National-Versammlung gewillt, ihre Beschlüsse energisch zur Durchführung zu bringen und wenn es nöthig sein sollte, das Volk aufzubieten, daß es mit gewaffneter Hand einstehe für seine Vertretung?

Fast schien es so, wenigstens sprach dafür folgender Aufruf, der, von der Linken der Versammlung erlassen, in vielen Exemplaren über die Wahlkreise verbreitet wurde.

Mitbürger!

Das Vaterland ist in Gefahr! Gegen den am 2. d. Mts. fast einstimmig ausgesprochenen Willen der Versammlung ist heute das Ministerium Brandenburg ernannt worden und hat seine Wirksamkeit mit einem Staatsstreiche begonnen. Es hat verlangt, die Versammlung der Volksvertreter solle vertagt werden, um später an einem andern Orte zusammenzutreten. Mitbürger! Die National-Versammlung, berufen, Euren Willen zu vertreten, kann weder vertagt, verlegt, noch aufgelöst werden. Wir sind fest entschlossen, solchen Gewaltstreichen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln energischen Widerstand entgegen zu setzen. Vertraut auf uns, seid einig in der Wahrung der errungenen Freiheit, und bedenkt, daß besonnener Muth jede Gefahr überwindet.

Berlin, 9. November 1848.

Forderte im Schlußsatz dieses Aufrufes die Linke das Volk zur Einigkeit in Wahrung der errungenen Freiheit, zum besonnenen Muth auf und deutete sie dadurch auf den nahen Kampf hin, so protestirte die ausgetretene Rechte in Plakaten und in einem Inserat der Vossischen Zeitung gegen alle von der National-Versammlung nach der Vertagung etwa noch zu fassenden Beschlüsse, sie bemühte sich, die Verlegung der Versammlung nach Brandenburg zu rechtfertigen, aber ihr Bemühen verfehlte ebenso sehr seine Wirkung auf das Volk von Berlin wie ein paar reaktionäre Plakate, von denen eins mit den Worten schloß:

„In Brandenburg wird die Versammlung die Verfassung frei berathen und mit dem Könige vereinbaren.

Ein Verräther am Vaterlande, wer dem Ruf seines Königs nach Brandenburg nicht folgt!!!

Volk von Preußen! schaare Dich um Deinen konstitutionellen König."

Ueber derartige Kundgebungen der Reaktion lachte theils das Volk von Berlin, theils riß es sie auch ärgerlich von den Wänden ab und warf die Papierfetzen in die Rinnsteine.

Hochbedeutungsvoll war die Stellung, welche die Bürgerwehr der National-Versammlung gegenüber einnehmen sollte. Die Kompagnien versammelten sich in ihren Bezirken und fast einstimmig beschlossen sie überall, mit Gut und Blut für die Beschlüsse der Volksvertretung einzustehen.

Die Majore und Hauptleute der Bürgerwehr, unter denen sich noch immer viele konservative Elemente befanden, hatten sich schon am Mittage zu einer Berathung versammelt und sie blieben bis tief in die Nacht zusammen, da man in jedem Augenblick die Mobilmachung erwarten konnte.

Herr Rimpler hatte, wie verlautete, der Linken in der National-Versammlung die Dienste der Bürgerwehr angeboten, er wurde von einigen stark konservativen Majoren deshalb gefragt; aber diese konnten bei der Majorität nicht durchdringen.

Herr Rimpler hatte die Versammlung der Hauptleute und Majore hauptsächlich deshalb zusammen gerufen, um ihnen mitzutheilen, daß der Minister Manteuffel bei ihm habe anfragen lassen, ob er sich getraue, die National-Versammlung welche gegen alles Recht ihre Sitzungen fortsetze, mit Waffengewalt aus einander zu treiben, wenn dieses nicht der Fall sei, werde das Ministerium zum Militär seine Zuflucht nehmen müssen.

Die Versammlung beschloß, daß die Antwort nur mündlich gegeben werden solle, da die Anfrage nur mündlich gewesen sei. Der Kommandeur möge erklären, daß man die National-Versammlung nicht auflösen, wohl aber ihre Mitglieder wie auch die Minister gegen etwaige Insulten schützen werde.

Das Ministerium war mit dieser Antwort nicht zufrieden gestellt, es beauftragte deshalb den Polizei-Präsidenten, das folgende Requisitionsschreiben an Herrn Rimpler zu richten:

„Der Herr Minister des Innern hat in Erwägung:

daß ein Theil der zur National-Versammlung berufenen Mitglieder, ungeachtet der auf Befehl Sr. Majestät des Königs erfolgten Vertagung, die Berathung fortgesetzt und dadurch die der Versammlung zustehenden Befugnisse überschritten und die Rechte der Krone verletzt hat,

mir die Weisung ertheilt, Ein Hochlöbliches Kommando zu ersuchen, die Fortsetzung dieser ungesetzlichen Berathungen zu verhindern. Es wird

Einem Hochlöblichen Kommando bekannt sein, daß einige Mitglieder der National-Versammlung über Nacht in dem bisherigen Sitzungssaale verbleiben, und daß die Berathung morgen früh um 9 Uhr fortgesetzt werden sollen. Es kommt daher zunächst darauf an, allen nach dem Sitzungssaale zurückkehrenden Abgeordneten der National-Versammlung den Zutritt zu diesem Lokale zu versagen und zu diesem Zweck alle Zugänge zu demselben abzusperren, dabei jedoch auf den ungehinderten Ausgang der innerhalb des Gebäudes befindlichen Abgeordneten Rücksicht zu nehmen.

Indem ich mich beehre, Ein Hochlöbliches Kommando zu ersuchen, diese Maßregel durch ein starkes Kommando Bürgerwehr in Ausführung zu bringen, bemerke ich ergebenst, daß ich beauftragt bin, einer gefälligen Antwort bis morgen früh um 6 Uhr entgegenzusehen. Für den Fall, daß eine solche in der gedachten Zeit nicht eingeht, soll angenommen werden, daß Ein Hochlöbliches Kommando nicht beabsichtigte, dieser Requisition Folge zu geben, vielmehr den Königlichen Behörden lediglich überlasse, die geeignet scheinenden Maßregeln selbst zu ergreifen.

Berlin, den 9. November 1848.

Das Polizei-Präsidium.
von Bardeleben.

An das Hochlöbliche Kommando der Bürgerwehr.

Herr Rimpler antwortete darauf im Auftrage der Majore:

Der wesentliche Beruf der Bürgerwehr sei es, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen, in der Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg aber und in der Vertagung derselben könne die Bürgerwehr nur eine Gefährdung der durch Gesetz und Königliches Versprechen dem preußischen Volke gewährleisteten Rechte und Freiheiten erblicken, sie müsse daher für sich die Aufgabe erkennen, für diese Freiheit, nicht gegen dieselbe einzutreten; auch könne das Bürgerwehr-Kommando aus dem Bürgerwehrgesetz für den Minister des Innern kein Recht, die Requisition der Bürgerwehr durch eine Königliche Behörde anzubefehlen, ersehen. Das Kommando bedaure hiernach, der Requisition nicht entsprechen zu können und verwahre sich ausdrücklich gegen jede gesetzwidrige Verwendung militärischer Kräfte zur Beschränkung der Versammlungs- und Berathungsfreiheit der National-Versammlung.

Das Schreiben des Polizei-Präsidiums sowie die Antwort des Bürgerwehr-Kommando's entsendete Herr Rimpler noch in der Nacht nach 12 Uhr an den Präsidenten der National-Versammlung, indem er zugleich bat, Herr von Unruh möge diese womöglich um 5 Uhr nach dem Sitzungssaale berufen, indem es hierdurch der Bürgerwehr am leichtesten sein würde, den Schutz der Versammlung zu übernehmen.

Zugleich wendete sich Herr Rimpler auch an den Magistrat und die Stadtverordneten, er bat den Magistrat, keine Requisition zur Auflösung der National-Versammlung ergehen zu lassen, sondern das Seinige zu thun, um die Regierung zur Zurücknahme der Verlegung und Vertagung der National-Versammlung zu bewegen. Eine ähnliche Bitte war auch von der Berliner Schützengilde an den Magistrat schon gestellt worden.

Um für alle Ereignisse vorbereitet zu sein, blieb das Bürgerwehr-Kommando während der Nacht versammelt, es sendete Patrouillen aus, damit beim etwaigen Ueberfall der Stadt durch das Militär man nicht unvorbereitet betroffen werde. Ein solcher Ueberfall schien nicht unwahrscheinlich, denn die rings um Berlin garnisonirenden Truppen waren schon bis in die unmittelbare Nähe der Stadt zusammengezogen und fortwährend gingen Depeschen vom Kriegs-Ministerium, wo der Ministerrath in Permanenz saß, ab.

Es sollte indeß in der Nacht vom 9. zum 10. November zu keinen Feindseligkeiten kommen. Die Truppen blieben in ihren Quartieren. Das Bürgerwehr-Kommando hatte keine Befehle zu ertheilen, seine einzige Beschäftigung in der Nacht war es, zahlreiche Deputationen von Arbeitern zu empfangen, die sämmtlich versicherten, die Arbeiter Berlins stellten sich der Bürgerwehr für einen etwa ausbrechenden Kampf zur Disposition, sie würden mit Gut und Blut für die National-Versammlung einstehen.

In der Nacht um 12 Uhr wurde auch der Magistrat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengerufen. Die Petition des Bürgerwehr-Kommando's bildete den Gegenstand der Debatte, dieselbe war aber dadurch erledigt, daß der Magistrat noch keine Aufforderung zur Requisition der Bürgerwehr erhalten hatte.

Es lag außerdem noch eine Adresse von den Stadtverordneten an den König vor, welcher beizutreten der Magistrat aufgefordert wurde. Diese Adresse war in der Stadtverordneten-Versammlung am 9. November vorläufig beschlossen worden, sie lautete:

„Majestät! Der Konflikt, in welchen die durch das Vertrauen der Nation gewählte Versammlung mit den Ministern der Krone getreten ist, hat die Vertreter der Hauptstadt mit tiefer Besorgniß erfüllt und drängt dieselben zu der ehrerbietigsten Bitte, es möge Ew. Majestät gefallen, ein mit dem entschiedenen Willen der gesetzlich bestehenden Versammlung in Widerspruch getretenes Ministerium konstitutionellem Gebrauche gemäß zu entlassen und der Einsicht der Nation vertrauend, ein neues Ministerium zu ernennen, welches durch seinen politischen Standpunkt die Majorität der National-Versammlung besitzt. Auch die Ehre und das Recht Ew. Majestät Residenzstadt, welche der neuen Zeit schon so große Opfer gebracht hat, werden gleichzeitig durch die von dem Ministerium des Grafen von Brandenburg beantragte Verlegung hart bedroht und legen uns die Pflicht auf, die Gewährung unseres Gesuches und die Zurücknahme jener Maßregeln Ew. Majestät so dringend als ehrerbietigst an's Herz zu legen.“

Der Magistrat beschloß der Bitte um Belassung der National-Versammlung in Berlin beizutreten und diese Bitte dem König durch eine aus den Herren Naunyn, Jacobson und Moewes bestehende Deputation schriftlich und mündlich zugehen zu lassen, zu gleicher Zeit aber auch den Präsidenten der National-Versammlung durch dieselbe Deputation zu einer friedlichen Ausgleichung mit der Krone zu ermahnen. Der Bitte um Entlassung der Minister schloß sich der Magistrat nicht an.

Schon am frühen Morgen gegen 4½ Uhr hatte der Präsident Unruh die Mitglieder der National-Versammlung wieder zusammengerufen, um die gestern vertagte National-Versammlung wieder zu eröffnen, wichtige in der Nacht an Herrn von Unruh gebrachte Nachrichten hatten ihn zu diesem ungewöhnlichen Schritt veranlaßt.

Gegen 5 Uhr hatte sich die hinreichende Anzahl von Mitgliedern eingefunden, und Herr von Unruh eröffnete die Sitzung.

Er ließ zuerst der Versammlung eine Anzahl eingegangener Schriftstücke vorlesen:

Den Brief des Bürgerwehr-Kommandeurs an den Präsidenten sowie das abschriftlich beigefügte Schreiben des Polizei-Präsidenten und die Antwort auf dasselbe, ebenso auch eine Adresse der Arbeiter an die National-Versammlung. Außerdem theilte Herr von Unruh der Versammlung mit, daß die gestrigen Beschlüsse der Versammlung dem Minister-Präsidenten überantwortet seien. Es sei ihm hierauf eine Antwort, welche nicht an den Präsidenten der National-Versammlung, sondern einfach an den Regierungsrath von Unruh gerichtet sei, geworden.

Der Graf Brandenburg erwiderte Herrn von Unruh in dem Briefe, welcher verlesen wurde, daß alle Beschlüsse der Versammlung nach der Vertagung völlig ungesetzlich und deshalb nichtig seien, daß diejenigen Abgeordneten, welche an denselben Theil genommen hätten, sich der Anmaßung von Hoheitsrechten und eines Vergehens wider die Verfassung schuldig gemacht hätten. Er gab zu erwägen, daß sowohl Herr von Unruh wie alle Abgeordneten, durch welche die Rechte der Krone so schwer verletzt worden seien, die volle Verantwortung treffe.

Nach der Verlesung dieser Schriftstücke gab Herr von Unruh in einer ausführlichen Rede Rechenschaft über seine Thätigkeit in der vergangenen Nacht. Er sagte:

„Es ist ferner noch eine Deputation des Magistrats vor kurzer Zeit hier gewesen. Ich habe die Herren Vice-Präsidenten Bornemann, Philipps und Waldeck ersucht, zugegen zu sein. Die Deputation des Magistrats theilte mit, daß der Magistrat eine Adresse an Se. Majestät den König noch am heutigen Morgen richte, worin er auf das Dringendste bäte, die Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg zurückzunehmen, und den Konflikt, der seit gestern eingetreten ist, zu beseitigen. Die Deputation fügte hinzu, daß sie nicht umhin könne, den Wunsch auszusprechen, es möchten auch von Seiten der hohen Versammlung versöhnende Schritte geschehen, und namentlich möge die National-Versammlung auch dahin wirken, daß nicht Blut vergossen werde. Ich habe darauf der Deputation erwidert: daß ich ihr zunächst nur meine persönliche Ansicht mittheilen könne. Was den letzten Theil ihrer Aeußerung anlangte, so stimmte ich damit vollkommen überein; ich wäre entschieden der Meinung, daß ein von der National-Versammlung provozirtes Blutvergießen der guten Sache nur schaden könne. Ich wäre der Meinung, daß die Ruhe, welche gestern den Tag über in Berlin stattgefunden hat, das Interesse der guten Sache gefördert und daß es jeden Vorwand zu Zwangs- und Gewaltmaßregeln, zur Erklärung eines Belagerungszustandes 2c. fortgenommen hat. Ich würde für meine Person es ferner für meine Pflicht halten, in diesem Sinne zu wirken, ich wäre entschieden der Meinung, daß hier nur passiver Widerstand geleistet werden könne, und daß die wahre Entscheidung über die schwere Krisis, welche durch die jetzigen Rathgeber der Krone hereingebrochen ist, in der Hand des Landes liege. So lange die Presse, so lange das Assoziationsrecht nicht von Neuem geknebelt sei, habe das Land die Mittel in Händen, ohne Blutvergießen den Sieg über die jetzigen Bestrebungen der Reaktion herbeizuführen.

(Lebhaftes Bravo der ganzen Versammlung.)

Wenn die Presse, wenn alle Assoziationen, wenn alle Wahlbezirke, wenn alle größeren Städte sich auf das Entschiedenste erklären, wenn sie unserer Ansicht beitreten, wenn sie protestiren gegen das Benehmen des jetzigen Ministeriums, wenn, sage ich, dies vom ganzen Lande geschieht, dann ist kein Zweifel, daß dies Erfolg haben muß. Ist das Land oder ein großer Theil des Landes dieser Meinung nicht, nun, meine Herren! dann hat das Land es zu verantworten, wenn die eben aufblühende Freiheit wieder verdorrt. Ich habe auf den ersten Theil der Aeußerung des Magistrats erwidert, daß ich es nicht der Würde der National-Versammlung angemessen fände, irgendwie Schritte zu thun, welche auf ein Nachgeben der National-Versammlung hindeuteten. — — — —

(Lebhaftes Bravo.)

In Beziehung auf den Inhalt der verlesenen Schriftstücke kann ich von Neuem nur wiederholen, daß es nach der reiflichsten Ueberlegung meine feste Ueberzeugung ist, wir dürfen, wenn wir den Boden im Lande nicht verlieren wollen, den Gewaltschritten der Krone nur passiven Widerstand entgegensetzen. Jeder Tropfen Blut, durch unsere Schuld vergossen, kann die Lage der Dinge nicht verbessern, er kann nur schaden. Ich habe vorher meine Motive bereits näher auseinandergesetzt. Ich kann auch den Beschluß, den Sie am 2. November wegen des Schutzes der Versammlung gefaßt haben,

nicht so verstehen, als ob ich in Folge dieses Beschlusses verpflichtet wäre, die Bürgerwehr zum Kampf für uns irgendwie zu veranlassen. Ich kann jenen Beschluß nicht so verstehen, als ob Sie, meine Herren, sich umgeben wollten mit einer Mauer bewaffneter Bürger, welche nach der Ansicht tapferer, aber einsichtsvoller Männer der überlegenen rohen Gewalt nicht zu widerstehen im Stande sind. Dasselbe werden wir erreichen, wenn wir nur passiven Widerstand leisten und uns hier nur durch die Gewalt von unsern Plätzen vertreiben lassen. — — —

(Allgemeines Bravo.)

Die Versammlung ging nach der Ansprache des Präsidenten an ihre Geschäfte. In mehrfachen, durch kurze Vertagungen unterbrochenen Sitzungen beschloß sie eine Proklamation an das preußische Volk, über welche der Abgeordnete von Berg sagte:

„Wir wissen nicht, wie bald unserer Versammlung die letzte Stunde schlägt. Wohl, dann sei sie ein Testament, welches wir dem Lande hinterlassen, aus welchem sich von Neuem der Baum der Freiheit grünend erhebe, wenn es jetzt seinem Feinde gelingen sollte, ihn an der Wurzel abzuhauen."

Die Proklamation, welche der Abgeordnete Pilet als Mitglied der zu ihrer Abfassung niedergesetzten Kommission verlas, lautete:

An das Preußische Volk!

„Das Ministerium Brandenburg, welches gegen die fast einstimmig ausgesprochene Erklärung der National-Versammlung die Leitung der Geschäfte des Landes übernommen, hat seine Thätigkeit damit begonnen, daß es einseitig die Vertagung der Sitzungen der Versammlung und die Verlegung derselben nach Brandenburg befohlen. Die Versammlung der preußischen Volksvertreter hat diesen Eingriff in ihre Rechte dadurch zurückgewiesen, daß sie mit großer Majorität den Beschluß gefaßt hat, ihre Berathungen in Berlin fortzusetzen. Sie hat zu gleicher Zeit erklärt, daß der Krone das Recht nicht zustehe, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen, und daß sie diejenigen verantwortlichen Beamten, welche der Krone zu Erlassung jener Botschaft gerathen haben, nicht für fähig erachte, der Regierung des Landes vorzustehen, vielmehr dafür halte, daß dieselben schwerer Pflichtverletzung gegen die Krone, gegen das Land und gegen die Versammlung sich schuldig gemacht. Das Ministerium Brandenburg hat in Folge dieser Ereignisse die Versammlung für eine ungesetzliche erklärt und die Anwendung militärischer Gewalt angedroht, um die Fortdauer ihrer Berathungen zu hindern. — In dem schweren Augenblicke, wo die gesetzliche Vertretung des Volkes durch Bajonete auseinander gesprengt wird, rufen wir Euch zu: Haltet fest an den errungenen Freiheiten, wie wir mit allen unseren Kräften und unserem Leben dafür einstehen, aber verlaßt auch keinen Augenblick den Boden des Gesetzes. Die ruhige und entschlossene Haltung eines für die Freiheit reifen Volkes wird mit Gottes Hilfe der Freiheit den Sieg erringen."

Ein stürmischer, lang anhaltender Beifall von der Linken der Versammlung sowohl, als von der Tribüne folgte der Vorlesung; viele Abgeordnete, Zuhörer und Zuhörerinnen schwenkten Tücher oder Hüte zum Zeichen einer begeisterten Akklamation, und fast einstimmig erhob sich unter abermaligem, stürmischem Beifall von der Versammlung und der Tribüne das ganze Haus, um die Proklamation, wie sie war, ohne Debatte anzunehmen.

Auch der Druck und die Vertheilung dieser Proklamation in 40,000 Exemplaren wurde beschlossen, dann fuhr die Versammlung in der Tagesordnung der Berathung über das Gesetz wegen unentgeltlicher Aufhebung bäuerlicher Lasten fort.

Ehe wir weiter gehen in der Erzählung der Verhandlung, müssen wir kurz die Ereignisse des 10. November nachholen.

Schon am frühen Morgen bot die Stadt ein Bild des bewegtesten Lebens dar. Alle Straßen waren gefüllt mit Menschen, welche hier und dort in kleinen Gruppen stehen bleibend, sich die Ereignisse der vergangenen Nacht erzählten.

Besonders lebhaft war es auf dem Gendarmen-Markt vor dem Schauspielhause. Dorthin strömte das Volk, um die Nachrichten von den Beschlüssen seiner Vertreter, auf die es jetzt in Furcht und Hoffnung die Augen gerichtet hatte, aus erster Hand zu erhalten. Das Schauspielhaus war mit einer Chaine von Bürgerwehr umgeben. Die Bürgerwehrmänner hatten aber die Gewehre zusammengesetzt und plauderten hier und dort mit den Männern des Volkes, denn ein Angriff war von dieser Seite sicherlich nicht zu fürchten.

Die Bezirke hatten schon am frühen Morgen Appell gehabt.

Es war der Bürgerwehr mitgetheilt worden, der Präsident der National-Versammlung habe sich mit Entschiedenheit dahin ausgesprochen, die Bürgerwehr dürfe, auch wenn gegen die National-Versammlung durch die Militärgewalt ein Angriff erfolgen sollte, diesen durchaus nicht mit Waffengewalt zurückweisen, sie sei nur zum passiven Widerstande berechtigt.

Das Wort: „passiver Widerstand" war plötzlich hineingeschleudert in das zur That entschlossene Volk von Berlin. Welche Erfolge hatte es?

Die radikale Demokratie lachte darüber. Der Kladderadatsch übersetzte später den passiven Widerstand in aktive Feigheit. Die Arbeiter meinten, der aktive Widerstand werde sich schon von selbst finden. Herr von Unruh*) könne natürlich nicht

*) Daß Herr v. Unruh es mit seiner Aufforderung, nur passiven Widerstand zu leisten, recht ernst meinte, zeigt er in seinen „Skizzen zu Preußens

direkt zur Revolution auffordern, die werde sich aber wohl machen, wenn das Militär komme. Und das Gleiche glaubten die Führer der Demokratie, sie bereiteten sich zum Kampfe noch energischer als an den Tagen vorher vor.

Einen ganz andern Eindruck machte das schöne Wort „passiver Widerstand" bei der Bürgerschaft Berlins. In den Bürger-Versammlungen wurde es mit wahrem Enthusiasmus begrüßt. Wenn auch einzelne Feuerköpfe sich gegen die Passivität auflehnten, die große Mehrzahl fand in derselben ihre geheimsten Wünsche erfüllt.

Die Berliner Bürger sind zu allen Zeiten gern mit dem Wort vornweg gewesen, mitunter haben sie es auch durch die That unterstützt und vielleicht hätten sie dies am 10. November ebenfalls gethan, wenn die National-Versammlung statt des passiven von ihnen den aktiven Widerstand verlangt hätte; mit welchem Erfolge, muß freilich dahin gestellt bleiben. Viel bequemer aber und angenehmer als die gefahrvolle That war der passive Widerstand. Man konnte bei ihm protestiren nach Herzenslust, konnte mannhaft mit Worten kämpfen, ohne doch das liebe Leben in Gefahr zu bringen; die Passivität war so anlockend, daß sie schließlich zur Hauptsache wurde — da vergaß man denn endlich den Widerstand ganz.

In einer Versammlung der Majore der Bürgerwehr wurde der passive Widerstand mit Einstimmigkeit freudig beschlossen; Herr Rimpler veröffentlichte dies durch eine Proklamation, und Magistrat und Stadtverordnete rühmten das herrliche Wort und mahnten zur Ruhe. Um aber etwas zu thun, beschlossen sie eine Deputation an den König, natürlich vergeblich, denn sie wurde nicht empfangen.

Der Magistrat leistete, wenn auch passiven, doch wirklichen Widerstand. Als der Minister des Innern ihn aufforderte, die Bürgerwehr behufs der Auflösung der National-Versammlung zu requiriren, verweigerte er den Gehorsam.

Der passive Widerstand sollte sich noch an demselben Tage, an welchem er erfunden worden war, bewähren. Man erwartete in Berlin mit tiefer Spannung das Einrücken der Militärmacht. Herr von Bardeleben, der Polizei-Präsident, hatte bekannt gemacht, daß die Truppen im Laufe des Tages nach Berlin kommen und einen Theil der Wachen besetzen würden, er hatte auch in Verbindung mit dem Generalmajor von Thümen einige Bestimmungen über den Waffengebrauch des Militärs in die Erinnerung zurückgerufen.

Die Bekanntmachung des Polizei-Präsidenten kontrastirte seltsam mit den zahllosen neben ihr angeschlagenen Plakaten, die fast sämmtlich*) das Volk zum Schutz der National-Versammlung oder wenigstens zum beharrlichen passiven Widerstand aufforderten. Nur eines mahnte zum freundlichen Empfang der Truppen, die, aus dem Volk entsprossen, nicht Feinde des Volkes sein könnten.

Der Vormittag des 10. November verging, ohne daß das erwartete Militär in die Stadt gerückt wäre, in jedem Augenblick aber konnte es kommen, denn es stand bereits, wie gemeldet wurde, bis nahe dem Brandenburger und Potsdamer Thor auf der Charlottenburger und Potsdamer Chaussee.

Endlich gegen drei Uhr setzten sich die Truppen in Bewegung und zogen in Schlachtordnung, die Infanterie-Regimenter voraus, dann die Artillerie mit ihrer Bedeckung in die Stadt zum Brandenburger und Potsdamer Thore ein.

---

neuester Geschichte", in denen er seine guten Gründe dafür folgendermaßen angiebt:

„Zu einem Siege gegen die Truppen war gar keine Aussicht und es ist nichts als eine romantische Idee, daß eine Niederlage der Bürgerwehr und des Volkes in Berlin eine siegreiche Revolution im Lande hervorgerufen haben würde. Einige blutige Aufstände wären vielleicht an einigen Punkten erfolgt und ohne allen Zweifel niedergedrückt worden; dann stand die Regierung im Rechte des Sieges gegen den Besiegten. Was sie gab, war wieder eine Gnade, ein freiwilliges Geschenk. Gesetzt aber auch, die Bevölkerung hätte gesiegt, oder die Truppen hätten wie im März den Kampfplatz verlassen müssen — Annahmen, an welche im November nicht zu denken war — dann hätte die Sache in Berlin einen andern Verlauf als im März genommen. Die Führer des siegenden, wenigstens nicht besiegten Volkes hätten sich wahrscheinlich zu Schritten oder Erklärungen gegen die Dynastie, vielleicht gegen die monarchische Regierungsform hinreißen lassen und das wäre das Signal zur Erklärung der alten Provinzen gegen Berlin gewesen, vielleicht auch eines großen Theils von Sachsen und Rheinland. Nichts war geeigneter, den preußischen Staat zu zerstückeln, als Bürgerkrieg in Berlin und in einzelnen Provinzen. Sehr konservative, besonnene Rheinländer haben im Sommer schon gegen mich geäußert: „Nicht die Liebe zu Friedrich Wilhelm IV. oder zu seinem Hause knüpft uns an Preußen; wir wollen dem größten und mächtigsten deutschen Staate angehören. Fängt dieser zu zerfallen an, wird er machtlos, so müssen wir zusehen, wo wir bleiben." Die National-Versammlung in ihrer großen Mehrheit war nicht nur patriotisch deutsch, sie war auch der Majorität nach patriotisch preußisch. Wer das leugnet, weiß es entweder nicht besser — oder redet die Unwahrheit."

*) Aus der Fluth von Plakaten, welche an jenem Tage erschienen, ist ein eigenthümliches von Herrn Held ausgehendes doch erwähnenswerth. Herr Held machte in demselben dem Volke klar, wohin es durch die Führung unfähiger Leiter gerathen sei, es möge sich jetzt in der Zeit der Gefahr an diejenigen wenden, welche es bisher geleitet hätten. Er nannte die Namen der bekanntesten Klubführer, welche gegen ihn in den Klubs feindlich aufgetreten waren. Die Gegner Held's haben später behauptet, das Plakat sei nichts anderes als eine Denunciation der betreffenden demokratischen Führer bei den Behörden und vorzugsweise bei dem einrückenden Militär gewesen. Eine solche Absicht ist indessen kaum anzunehmen, da die genannten Namen alle so bekannt waren, daß Herr Held nicht nöthig hatte, sie zu denunziren.

Der General von Wrangel mit dem General von Möllendorf und seinem Stabe ritt durch das Brandenburger Thor; an der Friedrichsstraßenecke ließ er die Truppen im Parademarsch an sich vorüber marschiren.

Der Empfang der Truppen und besonders des Generals Wrangel war ein höchst eigenthümlicher und ein ganz anderer, als irgend ein Soldat, wie ich dies später aus dem Munde vieler gehört habe, erwartet hatte.

Von ihren Offizieren war den Soldaten erzählt worden, sie würden die Thore durch furchtbare Barrikaden verrammelt finden und erst nach blutigem Kampfe in die aufrührerische Stadt eindringen können, in welcher die vollkommenste Anarchie herrsche. Auch die Befehlshaber hatten einen gleichen Empfang im Voraus berechnet und wie versichert wurde, waren in der Decker'schen Geheimen Hof-Buchdruckerei bereits die Plakate gedruckt, welche den in Folge der beim Einmarsch der Truppen vorgekommenen blutigen Konflikte über die Stadt verhängten Belagerungszustand proklamirten, der beste Beweis, daß die Regierung und das Militär auf einen Kampf vorbereitet waren.

Aber wie sehr hatte man sich getäuscht!

Auf den Straßen, vor den Thoren fand man keine Barrikaden; wohl waren die Straßen angefüllt mit einer zahllosen Menschenmenge, aber die Berliner schritten so ruhig einher, wie immer früher, wenn Militär in die Stadt einrückte. Da war keine Spur von der vorgespiegelten Unordnung und wilden Anarchie, welche in Berlin herrschen sollte.

Staunend blickten die Soldaten um sich, als sie in die Stadt einzogen, sie glaubten fast zu träumen, so ganz anders war Alles, als sie es sich vorgestellt hatten.

Sehr freundlich war der Empfang der Soldaten allerdings nicht. Dem General Wrangel wurden beim Einreiten manche Spottworte mit Beziehung auf seine früher von uns mitgetheilte Paraderede zugerufen. Er wurde gefragt, ob er etwa komme, um Gras in den Straßen zu ernten, ob die Kugeln auch noch immer im Gewehr und die Schwerter noch haarscharf geschliffen wären und dergleichen mehr.

Unter den Linden wehten aus Fenstern von den aristokratischen Bewohnern den einziehenden Soldaten weiße Tücher entgegen; dies wurde aber vom Volke sehr übel vermerkt, und fast wäre es über diese mißliebige Demonstration zu kleinen Exzessen gekommen, ebenso wurden auch einige Herren, welche beim Vorbeireiten des General Wrangel ein freudiges Hurrah ertönen ließen, vom Volke tüchtig durchgeprügelt. Dies und an manchen Stellen ein durchdringendes Zischen beim Vorbeimarsch der Soldaten waren aber auch die einzigen Zeichen, durch welche das Volk seinen Unwillen über den Einzug des Militärs kundgab.

General Wrangel*) kümmerte sich um die kleinlichen Kundgebungen des Mißfallens wenig. Er ließ die Gassenbuben Witze reißen, pfeifen und zischen, mit dem ihm eigenen Humor lachte er dazu und wo ihm aus einem Fenster mit einem weißen Tuche gewinkt wurde, besonders wo es von schöner Hand geschah, grüßte er höchst gemüthlich.

Von den Linden aus zog das Militär direkt nach dem Gendarmenmarkt, es umstellte das Schauspielhaus, in der Jäger- und Mohrenstraße wurden die Geschütze aufgefahren; ein Theil der Soldaten marschirte nach dem Schloß. Die Bürgerwehr, welche das Schauspielhaus besetzt hielt und rings um dasselbe aufmarschirt war, trat unter das Gewehr.

Als die Truppen aufgestellt waren, kam der General von Wrangel zu Pferde mit den ihn begleitenden Offizieren. Er ritt unter den Soldaten umher und sprach hier und da mit ihnen. Wo er sich zeigte, ertönte aus dem in zahlloser Menge versammelten Volk ein durchdringendes Zischen.

Zu gleicher Zeit erschien zu Fuß, von einem lauten Jubelruf des Volkes empfangen, der Major Rimpler mit mehreren Bürgerwehr-Offizieren. Die Masse drängte sich auseinander und machte ihm ehrerbietig Platz. Herr Rimpler ging auf den General Wrangel zu und zwischen beiden entspann sich jetzt folgendes Gespräch:

Rimpler. Welchen Zweck hat die Aufstellung dieser bedeutenden Truppenmacht?

Wrangel. Ich wünsche sehnlichst, meine Truppen bald in die Quartiere führen zu können.

Rimpler. Dem steht Nichts im Wege.

Wrangel. Wozu ist die Bürgerwehr hier?

Rimpler. Zum Schutz der National-Versammlung.

Wrangel. Die will ich auch schützen.

Rimpler. Wie lange wird der General Wrangel mit seinen Truppen am Schauspielhause verweilen?

Wrangel. Meine Truppen sind gewohnt zu bivouakiren, sie werden hier stehen bleiben und wenn die Versammlung acht Tage zusammen bliebe.

*) Der Berliner Witz, der auch in den ernstesten Zeiten nie zum Schweigen zu bringen ist, machte in jenen Tagen den General Wrangel zu seinem beliebtesten Stichblatt. Unzählige gut erfundene und zum Theil recht witzige Anekdötchen wurden über komische Aeußerungen erzählt, welche der Oberbefehlshaber in den Marken beim Einzuge in Berlin gethan haben sollte. Eins der beliebtesten derselben mag zur Kennzeichnung jener Tage hier seine Stelle finden. Man erzählte, die Stettiner hätten dem General mitgetheilt, wenn er es wagen würde, mit einem Heere in Berlin einzuziehen, dann würden sie an demselben Tage seine in Stettin zurückgebliebene Gattin aufhängen. Mit Bezug auf diese Drohung habe der General Wrangel beim Einzuge sich an seinen Adjutanten wendend gesagt: „Soll mir doch sehr wundern, ob sie ihr hängen werden."

Rimpler. Dann wird die Bürgerwehr vierzehn Tage hier bleiben, wenn es sein muß!

Damit war das Gespräch der beiden feindlichen Befehlshaber zu Ende.

Wir kehren jetzt zur National-Versammlung zurück.

Der Präsident von Unruh machte der Versammlung Mittheilung von dem Gespräch, welches der Bürgerwehr-Kommandeur mit dem General Wrangel gehabt hatte. Er erklärte, daß er Herrn Rimpler mitgetheilt habe, die Versammlung begehre keinen anderen Schutz als den der Bürgerwehr, namentlich keinen militärischen, dies habe Herr Rimpler dem General gemeldet und hierauf die mündliche Antwort erhalten:

„Die Truppen werden unter keinen Umständen zurückgezogen werden, der Austritt aus diesem Lokal sei gestattet, nicht aber der Eintritt der Abgeordneten, da der General eine National-Versammlung nicht mehr kenne. Die National-Versammlung sei durch den Grafen Brandenburg vertagt. Das Schreiben des Präsidenten der National-Versammlung, welches, wie ich bemerke, nicht an den General Wrangel, sondern an das Commando der Bürgerwehr gerichtet war, könne er nicht entgegennehmen, weil er auch einen Präsidenten der National-Versammlung nicht kenne. Das Haus würde durch ihn verschlossen werden, sobald die Herren, welche sich darin befänden, aus demselben sich entfernt hätten."

Ich habe nun, meine Herren, fuhr Herr von Unruh fort, hinzuzufügen, daß das Kommando der Bürgerwehr erklärt hat: es fordere die Ehre der Bürgerwehr und die Rücksicht auf die, auch von diesem Platze hier ausgesprochenen Ansichten, daß die Bürgerwehr in keinem Falle abmarschire und die National-Versammlung hier verlasse. Es könne also nur die National-Versammlung und die Bürgerwehr oder keine von beiden sich entfernen. Ich, meine Herren, bin der Ansicht, daß durch jene Erklärung des Generals Wrangel, die ich nicht weiter qualifiziren will, der Akt der Militärgewalt eingetreten ist. Wir sind cernirt, und der General Wrangel verstattet uns wohl den Ausgang, nicht aber den Wiedereintritt. Unter diesen Umständen bin ich der Meinung, daß die hohe Versammlung eine Erklärung darüber abgiebt, daß sie nur der militärischen Gewalt gewichen sei, daß sie gegen die Anwendung der militärischen Gewalt protestire und die hohe Versammlung demnächst gemeinschaftlich mit der Bürgerwehr das Haus und dessen Umgegend verläßt.

(Allgemeines Bravo.)

Nachdem Herr von Unruh Namens der Versammlung ausdrücklich ausgesprochen hatte, die Versammlung protestire gegen die ihr gegenüber angewendete militärische Gewalt und erkläre, daß sie den Sitzungssaal nur in Folge der Anwendung militärischer Zwangsmaßregeln verlasse, vertagte er die Sitzung bis zum 11. November, Morgens 9 Uhr.

Der Ruf: „Das Präsidium voran!" ertönt und der Präsident folgt diesem Rufe. Er stellt sich an die Spitze der Abgeordneten und unter seinem Vortritte verlassen diese paarweise in einem langen Zuge den Saal und das Haus, die Beamten der National-Versammlung schließen sich ihnen an.

Um 4¾ Uhr, es war schon fast vollständig dunkel geworden, traten die Abgeordneten aus dem Hause. Die Bürgerwehr bildete eine Chaine, durch welche der Zug der Deputirten sich bewegte, Herr von Unruh ging Arm in Arm mit Herrn Rimpler.

Ein ungeheurer, unermeßlicher Jubel empfing die Abgeordneten von Seiten des Volkes. Der Ruf: „Es lebe die National-Versammlung!" wollte gar nicht enden.

Die Mehrzahl der Deputirten, besonders der linken Seite, begab sich in die Weinhandlung von Jaraschewitz am Gendarmen-Markt, hier hielt Waldeck aus dem Fenster eine Anrede an das Volk, in welcher er für die gezeigte Theilnahme dankte; zu gleicher Zeit aber auch zum Auseinandergehen aufforderte. Der Aufforderung wurde Genüge geleistet.

Auch Herrn von Unruh, der sich nach dem Central-Büreau der Bürgerwehr begab, begleitete eine ungeheure Volksmenge unter fortwährendem Jubelruf, die Menge zerstreute sich indessen auch sofort, als sie Herrn von Unruh an den Ort seiner Bestimmung gebracht hatte und von ihm nach einem herzlichen Dank zum Auseinandergehen aufgefordert worden war.

Als die National-Versammlung auseinander gegangen war, zog auch die Bürgerwehr von dem Posten ab, auf dem sie vierzehn schwere Stunden ausgeharrt hatte. Dem Wache habenden Bataillon war eine Ablösung angeboten worden; aber es hatte erklärt, daß es seinen Ehrenposten nicht verlassen wolle. Erst als ein längeres Bleiben unnütz war, verließ es unter Trommelschlag den Gendarmenmarkt.

Bald nach dem Abzuge der Bürgerwehr zog auch das Militär fort, meist in die Quartiere bei den Bürgern, welche den Soldaten angewiesen waren. Mehrere Stunden hatten die Soldaten auf dem Gendarmenmarkt stehen müssen, in dieser Zeit hatten sie sich viel mit den Bürgern unterhalten, welche ungenirt in ihren Reihen umherstreiften.

So war denn der erste Tag seit dem Einrücken des Militärs gegen jede Erwartung ruhig, ohne den geringsten Konflikt vorübergegangen, und hätten nicht in der Nacht zahlreiche Patrouillen und Piquets auf den öffentlichen Plätzen die Anwesenheit des Militärs verrathen, so würde man kaum bemerkt haben, daß Berlin am 10. November von einer kampfgerüsteten Armee besetzt worden war.

Alles blieb in der Nacht ruhig, freilich gährte es deshalb nicht weniger im Volk, der kleinste Konflikt konnte eine Erhebung zu Stande bringen,

denn in allen Bezirken waren die Bürger versammelt und harrten nur darauf, daß der Ruf: „zu den Barrikaden!“ ertöne, um die Waffen in die Hand zu nehmen.

Das einzige erwähnungswerthe Ereigniß in der Nacht vom 10. zum 11. November war die Besetzung des Schauspielhauses vom Militär.

Zweiunddreißigstes Kapitel.

Der 11. November. — Der Sitzungssaal der National-Versammlung durch Militär besetzt. — Die National-Versammlung im Hotel de Russie und im Schützenhause. — Auflösung der Bürgerwehr Berlins. — Ungesetzlicher Protest der National-Versammlung. — Anträge auf Steuerverweigerung. — Proklamation des Königs. — Die Bürgerwehr nach dem Auflösungsdekret. — Die Nacht vom 11. zum 12. November. — Die Majorsversammlung. — Sonntag, der 12. November. — Magistrat und Stadtverordnete. — Die Kampfpläne. — Die National-Versammlung am 12. November. — Verhängung des Belagerungszustandes. — Protest der National-Versammlung. — Revolutionäre Anträge der Linken. — Vorsichtige Zurückhaltung der National-Versammlung.

Am Morgen des 11. November war Berlin schon sehr früh munter. Bei Tagesanbruch waren die Straßen bereits mit Menschen bedeckt. Alles strömte nach dem Gendarmenmarkt, um dort den Einzug der Deputirten in das Schauspielhaus zu sehen. Männer und Frauen aller Stände waren in dichten Massen versammelt, alle einig in ihrem Enthusiasmus für die National-Versammlung.

Die Deputirten hatten sich in Mylius Hotel versammelt, um gemeinschaftlich nach dem Sitzungssaal zu gehen. Gegen 9 Uhr zogen sie, den Präsidenten an der Spitze, nach dem Schauspielhause, um sich zu überzeugen, daß ihnen der Eintritt mit Gewalt versagt werde. Eine ungeheure Volksmenge begleitete sie unter anhaltendem Jubelruf.

Der Präsident von Unruh trat an die Eingangsthür zum Konzertsaale des Schauspielhauses und versuchte sie zu öffnen. Sie war geschlossen. Eine Stimme von Innen fragte, wer Einlaß begehre. „Der Präsident der National-Versammlung“, antwortete Herr von Unruh. „Ich werde nicht durch die verschlossene Thür verhandeln; öffnen Sie oder senden Sie Jemand zu mir.“ —

Darauf erwiderte die Stimme von Innen: „Ich bin Kommandant des Hauses und beauftragt, diesen Posten zu halten; ich habe Befehl vom hohen Staatsministerium, dieses Haus zu besetzen und Niemand einzulassen. Ich werde nicht öffnen.“

Herr von Unruh wendete sich darauf zu den ihn umgebenden Mitgliedern der National-Versammlung und rief: „Ich protestire feierlichst gegen die wider uns angewendete Gewalt und ersuche die Mitglieder der National-Versammlung, sich mit mir in ein anderes Lokal zu begeben.“

Unter dem Vortritt des Präsidenten zogen hierauf die versammelten Deputirten nach dem Saale des Hotel de Russie.

Das Volk begleitete sie unter fortwährendem Hurrahgeschrei und dem Jubelruf: „Es lebe die National-Versammlung! Es leben die Vertreter des Volkes!“ Selbst auf die pflichtgetreuen Mitglieder der Rechten, auf diejenigen, welche sich von ihrer Partei getrennt hatten und bei der Versammlung in Berlin geblieben waren, wurden Lebehochs ausgebracht, vielleicht die ersten, welche Männer der Rechten vom Berliner Volke empfangen hatten. Gegen 10½ Uhr redete Herr von Unruh die im Hotel de Russie versammelten Deputirten an, ohne die Sitzung zu eröffnen. Er theilte mit, daß ihm Zustimmungsadressen für die National-Versammlung von vielen Seiten zugekommen seien und fragte an, ob er am Nachmittage eine Versammlung nach dem Schützenhause berufen solle. Dieser Verzögerung widersetzten sich verschiedene Abgeordnete, unter ihnen auch Harassowitz von der Rechten.

Waldeck sprach die mit tönendem Beifall von der Versammlung begrüßten Worte:

„Meine Herren! Nicht die Mauern, nicht die Steine bilden die National-Versammlung, sondern wir, wir mit unserm Herzen, wir mit unserem Willen, wir mit der Kraft und dem Einfluß, welchen wir auf das Volk haben.

Es ist daher kein Zweifel, daß wir in dem jetzigen Augenblick, wie der Abgeordnete Dane so schön gesagt hat, die National-Versammlung schon sind. Die Eröffnung der Sitzung ist eine Formalität, aber wir müssen auch die Formalitäten ehren. Es ist eine Formalität, ob die Worte gesprochen werden: „Ich eröffne die Sitzung;“ denn der Herr Präsident hat uns schon jetzt mehrere Gegenstände zur Berathung vorgeschlagen, mehrere sehr wichtige Gegenstände: die Aufnahme eines Protokolls über den widergesetzlichen Akt, den die Gewalt gegen uns vorgenommen hat, die Berathung darüber, wie wir uns für die nächste Zukunft zu benehmen haben. Alle diese Berathungen können wir vornehmen als National-Versammlung. Ich ehre den Zweifel des Präsidenten. Er in seiner Stelle ist vollkommen gerechtfertigt.

Aber, meine Herren! Ich bitte Sie, jetzt sämmtlich aufzustehen, und durch Akklamation den Herrn Präsidenten zu ersuchen, die Worte zu sprechen: „Ich eröffne die heutige Sitzung.“

Herr von Unruh konnte nicht umhin, auf den so allgemein ausgesprochenen Wunsch der Versammlung einzugehen, unter dem stürmischen Beifall der ganzen Versammlung sprach er die Worte:

„Die Sitzung ist eröffnet:“ —

Es wurde nun der Namensaufruf vorgenommen, der die Anwesenheit von 242 Mitgliedern, die Versammlung also als beschlußfähig ergab.

Zwei Protokolle wurden verlesen, das eine betraf die Besetzung des Schauspielhauses in der

Nacht von Militär, welches den dort wachehabenden Bürgerwehr-Offizier vertrieben hatte. Der Abgeordnete Wachsmuth knüpfte hieran den Antrag: Die Versammlung möge gegen den ungesetzlichen Akt der Militärbehörde protestiren; ihm entgegnete der Abgeordnete Bornemann: man möge nicht fort und fort protestiren, am Ende würde das Protestiren fast zur Karrikatur.

Er hatte wohl Recht, aber die Versammlung sah dies damals noch nicht ein, sie nahm einstimmig den Protest an.

Am Nachmittag des 11. November hielt die National-Versammlung eine zweite Sitzung im Schützenhause. Der Präsident zeigte an, daß die Stadtverordneten-Versammlung ihre sämmtlichen Lokalitäten zur Disposition gestellt habe. Demnächst wurde Bericht über die verschiedenen an die Versammlung ergangenen Zustimmungsadressen erstattet. Sie waren zahlreich genug, besonders zeichnete sich die Stadt Magdeburg durch vier Adressen aus, von denen eine von den Stadtverordneten, eine zweite von der Bürgerwehr ausging. Auch die Bürgerwehr von Spandau, der früher als so reaktionär verschrieenen Stadt, hatte eine Adresse entsendet, sie erklärte sich bereit, für die National-Versammlung mit Gut und Blut einzustehen.

Mehrere wichtige Anträge lagen zum Theil bereits vor, zum Theil kamen sie im Laufe der Sitzung ein. Wir führen sie meist eben nur an, ohne auf die Debatten näher eingehen zu können. Auf Antrag der Abgeordneten von Berg und Rodbertus beschloß die Versammlung, durch eine Kommission eine Denkschrift ausarbeiten zu lassen und in dieser die Verfassungsverletzung klar darzulegen, deren sich das Ministerium durch Vertagung und Verlegung der National-Versammlung schuldig gemacht habe. Auf den Antrag Wachsmuth's gab sie der Kommission zugleich den Auftrag, zu prüfen, ob eine Anklage gegen das Ministerium zu begründen sein dürfte.

Bedeutungsvoller als die theoretische Denkschrift, welche ausgearbeitet werden sollte, war ein Beschluß, der durch die Nachricht, die Bürgerwehr Berlins sei aufgelöst worden, hervorgerufen wurde. Ein Adjutant hatte der Versammlung die Abschrift folgender, an das Bürgerwehr-Kommando ergangenen Kabinets-Ordre, gebracht.

„Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

Nachdem wir die Verlegung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung nach Brandenburg a. H. angeordnet, hat ein Theil dieser Versammlung dieser Anordnung zuwider in ungesetzlicher Weise hier die Berathung fortgesetzt. Die Bürgerwehr der Stadt Berlin hat aber nicht nur durch eine Erklärung ihres Kommandeurs die Weigerung ausgesprochen, den Maßregeln der Staats-Regierung gegen dieses gesetzwidrige Beginnen die erforderliche Unterstützung zu gewähren, sondern auch thatsächlich die ihre ungesetzlichen und wirkungslosen Berathungen fortsetzenden Mitglieder der National-Versammlung fortgesetzt unter ihren Schutz genommen. So sehr Wir es nun beklagen, gegen die Bürgerwehr Berlins, welche bei einzelnen Gelegenheiten in anerkennenswerther Weise für die Ruhe und Sicherheit der Stadt gewirkt hat, mit den Uns obliegenden gesetzlichen Maßregeln voranschreiten zu müssen, so sind Wir dennoch verpflichtet, einem solchen die Ordnung gefährdenden Widerstreben ein Ziel zu setzen. Wir verordnen daher auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums und in Gemäßheit des § 3 des Gesetzes über die Errichtung der Bürgerwehr vom 17. Oktober d. J., welcher dahin lautet:

„Durch Königliche Verordnung kann aus „wichtigen, in der Auflösungs-Ordre anzu„gebenden Gründen, die Bürgerwehr einzel„ner Gemeinden oder Kreise ihres Dienstes „enthoben oder aufgelöst werden. Die Dienst„enthebung darf nicht länger als sechs Monat „dauern. Im Fall einer Auflösung muß „die Verordnung wegen der neuen Organi„sation der Bürgerwehr binnen drei Monaten „erfolgen,"

was folgt:

Die Bürgerwehr der Stadt Berlin ist hiermit aufgelöst und die betreffenden Behörden sind mit der sofortigen Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Gegeben Sanssouci, den 11. November 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(contr.) Graf Brandenburg.

v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha.

Die Versammlung hatte so eben der Bürgerwehr Berlins für ihr Verhalten im Verfassungsstreit auf Antrag von Rodbertus, Blöm u. A. einstimmig erklärt, sie habe den Dank des gesammten Vaterlandes verdient. Konnte sie jetzt diese selbe Bürgerwehr im Stich lassen, die aufgelöst wurde, weil sie für die National-Versammlung einstand? Waldeck beantragte mit mehreren Freunden:

„Die hohe National-Versammlung wolle beschließen:

1) daß die von dem Ministerium Brandenburg beschlossene Auflösung der Berliner Bürgerwehr eine durchaus ungesetzliche Maßregel sei;
2) daß jeder Bürger, Civil- und Militärbeamte, welcher zur Ausführung dieser Maßregel mitwirken möchte, sich des Verraths am Vaterlande schuldig machen würde;
3) daß dieser Beschluß sofort durch den Druck bekannt zu machen.

Waldeck hielt für seinen Antrag eine glühende Rede, welche mit lang anhaltendem donnernden Beifall von der Versammlung begrüßt wurde; er nannte die Auflösung der Bürgerwehr eine Fortsetzung des begangenen Hochverraths und stützte sich darauf, daß beim Erlaß des Bürgerwehrgesetzes die National-Versammlung nicht beabsichtigt habe, der Regierung zu gestatten, daß sie auf Grund eines von ihr selbst begangenen Hochverraths die

Bürgerwehr auflösen dürfe. Zu Waldeck's Antrag stellte im Geist des passiven Widerstandes der Abgeordnete Wachsmuth folgendes Amendement:

„1) Die Staats-Regierung aufzufordern, den Befehl zur Auflösung der Bürgerwehr sofort zurückzunehmen.

2) Die Bürgerwehr und die Bevölkerung Berlins aufzufordern, der Zurücknahme dieses Befehls in ruhiger Haltung entgegen zu sehen."

Antrag und Amendement wurden beide mit großer Majorität fast einstimmig angenommen.

Die National-Versammlung hatte einen folgewichtigen Beschluß gefaßt. Die gesetzestreuen Männer der Centren hatten unzweifelhaft ihre Machtvollkommenheit überschritten und sich auf revolutionären Boden gestellt. Schon die Frage: ob die National-Versammlung überhaupt dem Wortlaut des Gesetzes nach berechtigt sei, sich einer Verlegung und einer Vertagung zu widersetzen, war bei der Unklarheit der ganzen Vereinbarungstheorie eine mindestens zweifelhafte, die Krone und die Versammlung nahmen Beide das Recht für sich in Anspruch; unzweifelhaft aber war es, daß durch das von der Versammlung selbst angenommene und von der Krone proklamirte Bürgerwehrgesetz durch Königliche Verordnung die Bürgerwehr aufgelöst werden konnte und daß der National-Versammlung kein Recht zustand, diese Auflösung für eine ungesetzliche Maßregel zu erklären.

Es ließ sich zwar voraussehen, daß das Ministerium keineswegs beabsichtige, die Bürgerwehr innerhalb der gesetzlichen Frist neu zu organisiren, aber eine solche Voraussetzung, wie richtig sie auch durch den Erfolg sich gezeigt haben mag, konnte keinenfalls die National-Versammlung berechtigen, den klaren Wortlaut des Gesetzes vernichtende Beschlüsse zu fassen. Indem sie es dennoch that, stellte sie sich auf den Boden der Revolution, sie verließ den des von ihr selbst proklamirten gesetzlichen passiven Widerstandes.

Daß die Versammlung durch die Annahme des Wachsmuth'schen Amendements ihren revolutionären Beschluß abzuschwächen suchte, daß sie, indem sie indirekt die Revolution proklamirte, dennoch eine unnütze Aufforderung an die Staats-Regierung um Zurücknahme des Auflösungs-Befehls erließ, und die Bürgerwehr sowie das Volk von Berlin zum ruhigen Dulden und Abwarten mahnte, war sicherlich ein schwerer politischer Fehler.

Nur durch eiserne Consequenz konnte die Versammlung in dem schweren Kampf, den sie zu bestehen hatte, siegen. Sie mußte fest auf dem Rechtsboden stehen bleiben, jede Zumuthung, nicht durch das Gesetz begründete Beschlüsse zu fassen, mit Energie von sich abweisen, ohne sich darum zu bekümmern, ob sie hierdurch vielleicht die Sympathien eines Theils der Bevölkerung verlieren könnte. Blieb sie diesem Grundsatze treu, dann konnte sie möglicherweise siegen oder wenigstens mit Ehren untergehen; aber sie vernichtete sich nicht selbst, sie gab dem Gegner nicht die schärfsten Waffen zum Kampf gegen sich in die Hand!

Noch einen andern Weg gab es, der ebensowohl zum Siege wie zum ehrenhaften Untergang führen konnte, den Weg der offenen Revolution; diesen aber durfte die Versammlung nur betreten, wenn sie entschlossen war, ihn durch alle Konsequenzen zu verfolgen. Gerechtfertigt konnte er nur durch den Erfolg werden, denn zu allen Zeiten haben Revolutionen nur dann eine Rechtfertigung gefunden, wenn sie geglückt sind.

Der falscheste Weg, den die National-Versammlung einschlagen konnte, war der, den sie beschritt: sie verließ den Rechtsboden, sie faßte revolutionäre Beschlüsse, und in demselben Augenblick, wo sie es that, brach sie ihnen die Spitze ab und forderte zum Verharren im passiven Widerstande auf! Die äußerste revolutionäre Linke suchte die Versammlung auf dem Boden der Revolution vorwärts zu treiben, aber die Centren und der kleine zurückgebliebene Theil der Rechten hingen als Bleigewicht an ihr. So entstand jenes Schwanken zwischen zögernder Vorsicht und revolutionärer Energie, durch welches die Versammlung, indem sie den Ausbruch einer Revolution verhinderte, sich selbst vernichtete. Als sie dann endlich, wie wir bald zu erzählen haben werden, im Augenblick der höchsten Aufregung den Steuerverweigerungs-Beschluß faßte, der nichts anderes als die Proklamation der Revolution enthielt, hatte sie längst die Macht, diese hervorzurufen, verloren.

In dem Kampfe zwischen Ministerium und National-Versammlung mußte endlich wohl das Erstere siegen, denn ebenso energielos, inkonsequent, unklar und zögernd wie die National-Versammlung sich zeigte, ebenso energisch, besonnen und kräftig ging das Ministerium vorwärts auf der Bahn, welche es sich vorgezeichnet hatte. Es benutzte klug jeden Fehler, den der Gegner machte.

Wohl fühlte das Ministerium, daß der Kampf, wenn er überhaupt ausbrach, ein schwerer, entscheidender sein mußte. Es hatte deshalb alle Maßregeln getroffen, um seine ganzen Kräfte gegen Berlin zu konzentriren, zugleich aber suchte es, wenn möglich, den Kampf überhaupt zu vermeiden.

Die Heißsporne der Reaktion trieben wohl zu gewaltsamem Handeln, aber das Ministerium ließ sich nicht drängen; Schritt für Schritt ging es vorwärts, niemals eine neue Position einnehmend, ehe es sich nicht in der alten befestigt hatte.

Hätte das Ministerium alle die Maßregeln, welche es im Laufe der nächsten Tage ergriff, schon am 9. November in's Leben gerufen, dann wäre ein Kampf, dessen Ausgang doch immerhin zweifelhaft war, sicherlich nicht zu vermeiden gewesen, es hütete sich daher vor Ueberstürzung; das Einrücken des Militärs, die Auflösung der Bürgerwehr, die Erklärung des Belagerungszustandes, die gewaltsame Auflösung der National-Versammlung folgten auf einander in schneller

Reihe, jede Maßregel aber erst dann, wenn die vorhergegangene gesichert war.

Bei diesem energischen Vorschreiten zeigte das Ministerium eine kluge ruhige Mäßigung; es suchte die Anordnungen, welche es zum Siege über die Revolution für unumgänglich nothwendig hielt, anfänglich so wenig drückend auf die Bürgerschaft, wie möglich zu machen, es wollte nicht zur Revolution provoziren und dieser Mäßigung verdankte es den schnellen glänzenden Sieg ohne Kampf. Erst nachdem es gesiegt hatte, ließ es die Besiegten die Niederlage fühlen, dann erst entsagte es den Rücksichten, die es bisher genommen hatte.

Wehe den Besiegten!

Kehren wir nunmehr zu den Vorgängen in der National-Versammlung zurück.

Schon in der Vormittagssitzung vom 11. November wurde von Jacoby, Waldeck, d'Ester und andern Mitgliedern der äußersten Linken der Antrag der Steuerverweigerung gestellt:

„Eine hohe Versammlung wolle beschließen, daß das Ministerium Brandenburg weder zur Verwendung der Staatsgelder noch zur Erhebung von Steuern berechtigt ist."

So lautete der Antrag der Linken, der, wenn er an jenem Tage angenommen worden wäre, wenn sich nach seiner Annahme die Versammlung jeder weitern Thätigkeit enthalten hätte, unzweifelhaft eine Revolution im Gefolge gehabt haben würde*).

Wollte die Versammlung konsequent sein, dann mußte sie den Steuerverweigerungsantrag direkt ablehnen oder ihn sofort annehmen. Sie that Beides nicht. Die Centren bebten zurück vor entscheidenden Beschlüssen; sie hofften auf die im Lande sich zu ihren Gunsten erhebende Volksstimme, die den Ausschlag im Verfassungskampfe geben sollte. Herr von Unruh verwarf zwar die Steuerverweigerung nicht direkt, er nannte sie sogar höchst seltsamerweise eine friedliche Maßregel des passiven Widerstandes, bezeichnete sie aber als das letzte Mittel desselben, welches man erst ergreifen dürfe, wenn der Zeitpunkt dazu gekommen sei. Deshalb empfahl er die Verweisung des Antrages an eine Kommission und die Versammlung beschloß diesem Antrage gemäß.

Die Sitzung wurde am Abend um 7¼ Uhr geschlossen, nachdem die nächste Sitzung auf Sonntag Mittag 2 Uhr wieder im Schützenhause festgestellt worden war. Die Bedenken, Sonntags Sitzung zu halten, erledigte von Berg mit folgenden Worten:

„Es ist Ihnen bekannt, daß ich Geistlicher bin; ich weiß, daß der Sonntag dem Gottesdienste gewidmet ist, ich rechne es aber ebenfalls zum Gottesdienst, für das Wohl des Volkes zu wirken."

Während die National-Versammlung im Hotel de Russie und im Schützenhause ihre Sitzungen hielt, war es in Berlin so ruhig, wie selten früher. Nirgend war ein Lärm hörbar, die Bewohner der Residenz schienen zu fühlen, daß es in dieser hochwichtigen Zeit eine Ehrensache für sie sei, eine ruhige, würdige Haltung anzunehmen.

Aber dennoch herrschte in Berlin eine fast fieberhafte Aufregung. An allen Ecken sah man kleine Gruppen von Menschen stehen, welche sich eifrig besprachen und in allen diesen Gruppen war der Gegenstand des Gesprächs derselbe.

Besonders lebhaft wurde an denjenigen Punkten debattirt, an denen die Plakate angeschlagen waren.

Unter der Eckenliteratur zeigte sich besonders ein Anschlag von fünf Stettiner Klubs als bemerkenswerth, welcher die Zustimmung der Stettiner zu den Schritten der National-Versammlung aussprach. Er machte um so mehr Aufsehen, als er von Pommern, der als Wohnsitz der Reaktion am meisten verschrienen Provinz, ausging.

Am Nachmittag erschien die Verordnung wegen Auflösung der Bürgerwehr, welche der Leser bereits kennt, und außerdem folgende Königliche Proklamation an den Ecken:

Proklamation.

Der in Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin seit geraumer Zeit herrschende gesetzlose Zustand, der das ganze Land in den Abgrund der Anarchie zu stürzen drohte, hat Mich genöthigt, auf den Rath Meiner verantwortlichen Minister, die zur Vereinbarung der Staatsverfassung berufene Versammlung nach Brandenburg zu verlegen und dieselbe, damit diese Maßregel ausgeführt werden könne, bis zum 27. d. Mts. zu vertagen. Aus demselben Grunde habe Ich die Truppenmacht in dieser Meiner Haupt- und Residenzstadt ansehnlich verstärken, auch die dortige Bürgerwehr mit Rücksicht auf ihr ungesetzliches Verhalten in Gemäßheit des § 3 des über die Errichtung der Bürgerwehr unter dem 17. Oktober d. J. ergangenen Gesetzes bis zu deren Reorganisation auflösen müssen. Ich bin Mir wohl bewußt, daß diese Maßregeln mannigfacher Mißdeutung ausgesetzt und von einer Umsturzpartei dazu mißbraucht werden können, auch bei sonst gut gesinnten Staatsbürgern Besorgnisse über den Vollbestand der Meinem Volke gewährten Freiheiten hervorzurufen. Ich bin Mir aber ebenso klar bewußt, daß Preußens und Deutschlands Zukunft diesen Schritt von Mir und Meiner Re-

---

*) Ueber den wahrscheinlich unglücklichen Erfolg einer Revolution hat Herr von Unruh sich in den von uns bereits citirten Worten ausgesprochen. In der That war geringe Aussicht auf einen siegreichen Ausgang einer revolutionären Bewegung vorhanden, umsoweniger aber durfte die National-Versammlung Beschlüsse fassen, welche einen revolutionären Charakter trugen und leicht dazu dienen konnten, wenn ein unglücklicher Zufall sich einmischte, die Revolution zu erzeugen, deren nothwendige Folge uns Herr von Unruh wahr genug schildert.

gierung zu fordern berechtigt war. Ich wende Mich deshalb in dieser entscheidenden Zeit an das ganze Land, an Euch Meine treuen Preußen Alle, mit der Zuversicht, daß Ihr den ungesetzlichen Widerstand, den ein Theil Eurer Vertreter, uneingedenk ihrer wahren Pflichten gegen Volk und Krone, der Verlegung der National-Versammlung entgegenstellt, ernst und entschieden mißbilligen werdet. Ich mahne Euch, nicht Raum zu geben den Einflüsterungen, die Euch glauben machen, Ich wolle Euch die in den Märztagen verheißenen Freiheiten verkümmern, Ich wolle wieder ablenken von dem betretenen konstitutionellen Wege!

Preußen! Ihr, die Ihr noch feststeht in dem alten guten Vertrauen zu Mir, Ihr, die Ihr noch ein Gedächtniß habt für die Geschichte Meines Königlichen Hauses und Seiner Stellung zum Volke, Euch bitte Ich, daran ferner festzuhalten, in guten wie in bösen Tagen! — Ihr aber, die Ihr schon darin zu wanken beginnt, Euch beschwöre Ich, Halt zu machen auf dem betretenen jähen Pfade und abzuwarten die Thaten, die da folgen werden! — Euch Allen aber gebe Ich nochmals die unverbrüchliche Versicherung, daß Euch nichts verkümmert werden soll an Euren konstitutionellen Freiheiten, daß es Mein heiliges Bestreben sein wird, Euch mit Gottes Hülfe ein guter konstitutioneller König zu sein, auf daß Wir gemeinsam ein stattliches und haltbares Gebäude errichten, unter dessen Dache, zum Frommen Unseres preußischen und ganzen deutschen Vaterlandes, Unsere Nachkommen sich ruhig und einträchtig der Segnungen einer echten, wahren Freiheit Jahrhunderte lang erfreuen mögen! Dazu wolle Gott seinen Segen verleihen!

Sanssouci, den 11. November 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(contr.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Strotha. von Manteuffel.

Die Auflösung der Bürgerwehr, welche so oft sich im angestrengten Dienste für die Regierung erhoben hatte, erregte in Berlin bei allen Klassen des Volkes eine tiefe Erbitterung, obgleich diese Maßregel der Regierung keineswegs unerwartet getroffen worden war.

Auch dem Magistrat ging die Auflösungsordre zugleich mit dem Befehle vom Ministerium des Innern zu, für die Abnahme der Waffen Sorge zu tragen, der Magistrat verweigerte indessen die Ausführung dieses Befehls einstimmig, weil nach dem Bürgerwehrgesetz der Gemeindebehörde wohl die Organisation, in keinem Falle aber die Auflösung der Bürgerwehr obliege.

Sehen wir nun, wie sich die Bürgerwehr selbst gegen den Befehl zu ihrer Auflösung verhielt, zuerst was that Herr Rimpler, der Kommandeur der Bürgerwehr, der Mann, welcher von den reaktionären Zeitungen als rother Republikaner verschrieen wurde? —

Herr Rimpler legte, sobald ihm die Auflösungsordre zukam, seine Stelle als Kommandeur nieder, er zeigte dies sofort dem Magistrat an und der Magistrat, der Berliner Magistrat, antwortete ihm darauf, daß er die Niederlegung des Amtes durch Herrn Rimpler nicht annehmen könne, und daß er sich über einen solchen Schritt zu einer solchen Zeit sehr wundern müsse.

Die Bürgerwehr selbst war von einem ganz andern Geiste beseelt, als ihr Kommandeur. Kaum wurde der Auflösungsbefehl bekannt, als in allen Bezirken die Kompagnien zusammentraten und berathschlagten, was zu thun sei. Ueberall, selbst in den Stadttheilen, welche ihrer konservativen Gesinnung wegen am bekanntesten waren, hörte man nur eine Stimme der Entrüstung über das Auflösungsdekret, überall beschloß die Bürgerwehr sich demselben nicht zu fügen, die Waffen nicht abzugeben und dieselben nöthigenfalls mit aller Kraft zu vertheidigen.

Außerdem wurde in den meisten Bezirken beschlossen, daß diejenigen Bürgerwehrmänner, welche wegen Kränklichkeit oder wegen Familienrücksichten an einem etwa entstehenden Kampfe nicht Theil nehmen könnten, deshalb doch die Waffen nicht an das Militär, sondern an ihre Hauptleute, Zug- oder Rottenführer abliefern sollten, damit diese sie gesinnungstüchtigen Arbeitern übergäben. Dieser Beschluß ist denn auch vielfach ausgeführt worden.

Die Bürgerwehrmänner blieben während der Nacht vom 11. zum 12. November fast in allen Bezirken in Permanenz zusammen, sie trennten sich erst gegen Morgen, als erwiesen war, daß ein Kampf in den nächsten Stunden nicht ausbrechen würde; aber auch da blieben einige bevollmächtigte Vertrauensmänner versammelt, um jeden Augenblick die Kompagnien zu berufen, denn man hielt den Ausbruch des Kampfes von Minute zu Minute für möglich.

In der That hatte sich auch in Berlin in Folge des Auflösungsdekrets der Bürgerwehr die Aufregung gewaltig vermehrt. Dumpfe Gerüchte durchliefen die Stadt, in Breslau sollte ein Kampf losgebrochen sein, ebenso in Potsdam und Magdeburg, überall sollte das Volk siegreich kämpfen.

Auf allen Straßen standen Menschengruppen bis tief hinein in die Nacht zusammen, auch viele Bewaffnete zeigten sich unter diesen Gruppen. Militairpatrouillen zogen durch die Straßen, das Volk ließ sie schweigend vorüberziehen.

Die Soldaten lagen in jener Nacht noch meistens in Privatquartieren bei den Bürgern. Plötzlich in der Nacht nach 12 Uhr wurden die ermüdeten Leute durch ihre Unteroffiziere geweckt und mußten sich aus den Häusern ziehen. Es war zu der Militärbehörde das Gerücht gedrungen, die Soldaten sollten in ihren Quartieren einzeln überfallen und ermordet werden.

Daß dies Gerücht ein falsches war, haben wir wohl kaum nöthig zu erwähnen, aber doch war es nicht ganz unbegründet.

Es war nämlich in einem demokratischen Klub in öffentlicher Sitzung der Vorschlag gemacht

worden, das Militär in den Häusern zu entwaffnen, an Ermordung dachte Niemand.

Da dieser Vorschlag in öffentlicher Sitzung gemacht worden war, wurde er natürlich sofort den Behörden verrathen, die Soldaten rückten aus den Häusern und standen nun kampfbereit, jedes auf eine Ueberraschung des Militärs zielende Kampfsystem war daher durch diesen unsinnigen Vorschlag vereitelt.

Die Majore der Bürgerwehr, mehrere Abgeordnete, unter ihnen Waldeck, Julius Berends u. A., sowie Deputirte von Berliner und auswärtigen Vereinen hielten in der Nacht vom 11. zum 12. November im Café de Bavière eine Versammlung, um zu berathen, was dem Auflösungsbefehl der Bürgerwehr gegenüber zu thun sei. Diese Major-Versammlung hat später bei dem berüchtigten Prozeß gegen Waldeck viel Aufsehen erregt.

Es wurden wilde feurige Reden gehalten; nicht alle Majore waren der Ansicht, daß der von der National-Versammlung geforderte passive Widerstand auch ferner aufrecht erhalten werden könne. Wenn die Bürgerwehr, so meinten sie, erst faktisch aufgelöst sei, dann werde von einem Widerstande durchaus nicht mehr die Rede sein können.

Die Abgeordneten, welche Rath ertheilen sollten, hielten sich, namentlich Waldeck, in vorsichtiger Zurückhaltung, sie überließen die Entscheidung der Bürgerwehr selbst. Nach langen Debatten kam endlich der Beschluß zu Stande, die Bürgerwehr solle sich dem Willen der Nationalversammlung fügen und sich mit dem passiven Widerstand begnügen.

Durch diesen Beschluß war die Gefahr eines blutigen Konfliktes mit dem Militair und in Folge dessen das Ausbrechen einer Revolution noch keineswegs beseitigt; ein Zufall, das Losgehen eines Gewehrs, der Streit eines Uebermüthigen mit einer Militärpatrouille, die unbesonnene That irgend eines der jugendlichen Enthusiasten, die mit Sehnsucht den Ausbruch der Revolution erwarteten, konnte die Veranlassung zu einem Kampfe geben, dessen Folgen unberechenbar waren.

Befanden sich doch in jener Nacht vom 11. auf den 12. November die Berliner aller Stände in der fast sicheren Erwartung, daß vielleicht schon im nächsten Moment der Ruf zu den Waffen durch die Straßen ertönen werde, waren doch viele Tausende bereit, diesem Rufe zu folgen.

Die Abgeordneten der Linken der National-Versammlung hielten während der Nacht bei Mylius Sitzung. Sie empfingen Deputationen der Arbeiter, die sich ununterbrochen ablösten, deren jede den Abgeordneten versicherte, das Volk werde aufstehen, um zu kämpfen, sobald die National-Versammlung es rufe.

Die Maschinenbauer hatten sich in der Gartenstraße bei Wiedeck versammelt, sie harrten der Aufforderung zum Kampfe; gut bewaffnet, waren sie entschlossen, ihr Leben für das Recht der National-Versammlung einzusetzen.

Die Führer der demokratischen Clubs waren in einem Lokal am Petriplatz zusammen gekommen; Boten gingen ab und zu, um die Verbindung mit den andern während der Nacht berathenden Versammlungen zu unterhalten.

Ein Funke, dann erfolgte die Explosion — aber der Funken fiel nicht. Es gab keinen Konflikt zwischen den Bürger- und Militärpatrouillen, die ruhig und friedlich durch die Straßen zogen. Trotz der furchtbaren in der ganzen Stadt herrschenden Aufregung blieb doch Berlin ruhig.

Auch am folgenden Tage, am Sonntage, den 12. November, dauerte die Erregung und die Kampferwartung der Berliner fort. Alle Behörden blieben in fast permanenten Sitzungen, sie erwarteten den Ausbruch des Kampfes. Viele Berliner ersehnten ihn, Niemand aber wagte es, ihn zu beginnen und die Verantwortung für die aus der Revolution entspringenden unübersehbaren Folgen zu übernehmen.

Magistrat und Stadtverordnete hielten trotz des Sonntags angestrengte Sitzungen, sie beschlossen, den König durch eine Deputation dringend um Zurücknahme des Auflösungsbefehls der Bürgerwehr zu bitten.

Vergebliches Bemühen! Der König verweigerte den Empfang jeder Deputation und auf die Bitte beim Minister-Präsidenten, dieser möge doch vermitteln, daß die städtischen Behörden sich Seiner Majestät nahen dürften, wurde ihnen die Antwort: der Minister-Präsident sei zwar nicht abgeneigt, der Deputation Eingang beim Könige zu verschaffen, wenn der rechte Zeitpunkt dazu gekommen sein werde, augenblicklich aber könne er nicht zugeben, daß jetzt eine Deputation das Gefühl des Königs rege mache, um Maßregeln zu verhindern, welche das verantwortliche Ministerium auszuführen für nöthig erachte!

In diesen wenigen Worten spiegelt sich ein Stück der Geschichte jener Tage. Der König war umgeben von der Hofpartei, er empfing keine Deputationen, weder die der städtischen Behörden, noch andere, von denen zu erwarten stand, sie würden ihn durch Bitten von weiteren Schritten, die zur Durchführung der Contrerevolution nothwendig erschienen, abzuhalten versuchen.

Magistrat und Stadtverordnete sahen sich durch den Nichtempfang ihrer Deputation verhindert, Weiteres zu thun, sie mußten sich damit begnügen, sich an das Volk von Berlin zu wenden. Sie thaten dies, indem sie es beschworen, ruhig zu bleiben, der Gewalt keinen offenen Widerstand entgegenzusetzen, weil jeder derartige Schritt nur die Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin zur Folge haben könne.

Die Proklamationen beider städtischer Behörden wurden im Laufe des Tages an den Straßenecken angeklebt. Eine Wirkung hatten sie nicht, denn wenn das Volk von Berlin auch ruhig blieb, durch die Mahnungen des Magistrats wurde es wahrlich nicht abgehalten, die Waffen zu ergreifen.

Das Volk lebte an jenem Sonntage auf den

Straßen und in den Vereinen, die sämmtlich Sitzung hielten. Aus einer Vereinsversammlung eilte man in die andere, um hier und dort Neuigkeiten, vielleicht Verhaltungsmaßregeln für den neuen Kampf sich zu holen, dann wieder ging man auf die Straße, las die wenigen Plakate, belachte eine Aufforderung des Polizei-Präsidenten, welche die Erwartung aussprach, daß am Abend 5 Uhr sämmtliche Gewehre der Bürgerwehr abgeliefert sein würden und kehrte endlich ruhelos nach dem oder jenem Vereine zurück.

Am Nachmittage, so hieß es, würde der Kampf ausbrechen. Die Bürgerwehr war zum großen Theil entschlossen, sich von demselben nicht zurückzuziehen. In den Compagnie-Versammlungen der Friedrichsstadt wurde der Beschluß gefaßt, die ihrer langen und geraden Straßen wegen schwer zu haltenden Stadttheile ihrem Schicksale zu überlassen und die ganze Kraft der Bürgerwehr in der Königsstadt zu konzentriren.

Auch die Königlichen Behörden glaubten, daß der Sonntagnachmittag die Entscheidung bringen werde; General Wrangel gab deshalb die nöthigen Befehle, er wollte den Kampf nicht provoziren, aber er war entschlossen, ihn anzunehmen und mit Energie durchzuführen.

Beide Parteien hatten, so erzählen uns mehrere Berichte, ihren Kampfplan fertig; die wohlberichtete Wehrzeitung theilt den des General Wrangel mit, die unter der Firma eines Herrn Piersig und unter Mitwirkung der Koryphäen der Kreuzzeitung erschienenen Mysterien der Demokratie gaben den der Demokraten wieder. Die Kreuzzeitung hatte das unsinnige Machwerk, welches im Kopfe eines Spions entstanden war, von welchem aber außer dem Fabrikanten Niemand etwas wußte, für gutes baares Geld erkauft.

Wir wollen unsere Leser weder mit dem Unsinn des sogenannten demokratischen Kampfplans ermüden, noch auch mit den Details, welche die Wehrzeitung anführt, es wäre nutzlos, da es nicht zum Kampfe kommen sollte.

Der Vormittag verging, der Nachmittag kam, aber die Ruhe wurde in Berlin nicht gestört. Die National-Versammlung konnte sich im Schützenhause versammeln und an ihre Geschäfte gehen. Sie hielt eine kurze Sitzung, in welcher nur die Neuwahl des Präsidenten und der Vice-Präsidenten von Wichtigkeit war. Herr von Unruh erhielt von 248 Anwesenden 245 Stimmen; unter donnerdem Beifall proklamirte ihn der Vice-Präsident Philipps von Neuem als Präsident.

Mit zum Schwur erhobener Hand rief Herr von Unruh der Versammlung zu:

„In solch' einem Moment können Sie eine Rede nicht von mir erwarten, wohl aber das heilige Versprechen, daß ich von dieser Stelle, die Sie mir angewiesen, freiwillig nun und nimmer weichen werde.

(Allgemeines, lang anhaltendes Bravo.)

Abgeordn. Temme: Wir Alle schwören dasselbe, freiwillig nicht von dieser Stelle zu weichen.

Die Sitzung wurde um 5 Uhr Nachmittags geschlossen, und die nächste Sitzung für den folgenden Tag um 11 Uhr Vormittags bestimmt; aber schon früher sollte der Präsident, durch die wichtigen Zeitereignisse gedrängt, Veranlassung haben, die Versammlung wieder zusammen zu rufen.

Die National-Versammlung hatte eben ihre Sitzung geschlossen, die Menschenmenge, welche sich in den dem Schützenhause nahe gelegenen Straßen versammelt hatte, war durch die Königsstraße zurückgekehrt, auf dem Schloßplatz herrschte ein reges, bewegtes Leben. Da marschirte aus dem Schloß eine Abtheilung Soldaten hervor, der Offizier ließ dreimal trommeln und verlas dann, unter dem lautlosen Staunen der zahlreich versammelten Zuhörer, die Erklärung Berlins in den Belagerungszustand.

Das ähnliche Manöver wurde auf fast allen größeren Plätzen gemacht und zu gleicher Zeit die Proklamation an allen Ecken gedruckt angeschlagen.

Die Proklamation lautete folgendermaßen:

Die in hiesiger Stadt eingetretenen Ereignisse haben die ordentlichen Civilbehörden außer Stand gesetzt, dem Gesetze die gebührende Geltung zu verschaffen. Das unterzeichnete Staats-Ministerium darf daher nicht Anstand nehmen, zu außerordentlichen Maßregeln zu schreiten, und erklärt hiermit die Stadt Berlin und deren zweimeiligen Umkreis in Belagerungszustand. Die in dieser Beziehung zu treffenden nähern Anordnungen werden demnach fortan von dem General der Kavallerie v. Wrangel, welcher die Truppen in den Marken kommandirt, ausgehen.

Berlin, den 12. November 1848.

Das Staats-Ministerium.

Graf von Brandenburg. von Ladenberg.
von Strotha. von Manteuffel.

An diese ministerielle Proklamation schloß sich die folgende des General Wrangel:

Im Verfolg des Erlasses des Königlichen Staats-Ministeriums vom heutigen Tage, wodurch die Stadt Berlin und deren zweimeiliger Umkreis in Belagerungszustand versetzt worden ist, verordne ich hiermit: 1) Alle Klubs und Vereine zu politischen Zwecken sind geschlossen; 2) bei Tage darf keine Versammlung von mehr als 20 Personen, bei Nacht keine von mehr als 10 Personen auf Straßen und öffentlichen Plätzen stattfinden; 3) alle Wirthshäuser sind um 10 Uhr Abends zu schließen; 4) Plakate, Zeitungen und andere Schriften dürfen nur dann gedruckt, öffentlich verkauft oder durch Anschlag verbreitet werden, nachdem das hiesige Polizei-Präsidium die Erlaubniß dazu ertheilt hat; 5) alle Fremde, welche sich über den Zweck ihres hiesigen Aufenthalts nicht gehörig legitimiren können, haben bei Vermeidung der Ausweisung binnen 24 Stunden die Stadt und deren Gebiet zu verlassen; 6) Fremden, welche bewaffnet ankommen, sind von den Wachen die Waffen abzunehmen; 7) die Bürgerwehr ist nach der Königlichen Verordnung vom

11. November vorbehaltlich ihrer Reorganisation aufgelöst; während des Belagerungszustandes kann diese Reorganisation nicht erfolgen; 8) während des Belagerungszustandes dürfen Civilpersonen nur dann Waffen tragen, wenn es ihnen von mir oder dem Polizei-Präsidium ausdrücklich gestattet ist. Wer sich mit Waffen betreffen läßt, ohne eine solche Erlaubniß erhalten zu haben, wird sofort entwaffnet; 9) die gesetzlich bestehenden Behörden verbleiben in ihren Funktionen und werden bei Ausführung der von ihnen zu treffenden Maßregeln, insofern sie den vorstehenden Bestimmungen entsprechen, von mir auf's kräftigste unterstützt werden; 10) die Stadt Berlin haftet für allen Schaden, welcher bei Unterdrückung eines offenen oder bewaffneten Widerstandes gegen die bewaffnete Macht an öffentlichem oder Privateigenthum verübt wird; 11) der Betrieb der bürgerlichen Geschäfte, der Königlichen und Privatarbeiten, des Handels und der Gewerbe wird durch Erklärung des Belagerungszustandes nicht weiter beschränkt.

Berlin, den 12. November 1848.

Der Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken.
General der Kavallerie von Wrangel.

Die Kunde von der Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin verbreitete sich mit Blitzesschnelle über die ganze Stadt.

Am Vormittage noch hatten die Sadtverordneten zur Ruhe ermahnt, weil sonst der Belagerungszustand über Berlin verhängt werden würde. Die Ruhe war nirgends gestört worden und jetzt wurde derselbe trotzdem proklamirt.

Der Eindruck, welchen die Proklamation des Belagerungszustandes auf die Berliner machte, war ganz eigenthümlich. Sie erregte keine Entrüstung, keine Erbitterung, sondern reizte nur zum Spott an.

Alle Straßen waren gefüllt, alle Ecken waren besetzt mit Menschengruppen, welche die bei Nacht erlaubte Zahl von zehn weit überschritten, und in diesen Gruppen hörte man fast nichts als gute oder schlechte Berliner Witze über den Belagerungszustand. Soldaten zogen in zahlreichen Patrouillen durch die Stadt; aber nirgends störten sie an diesem Abend die Zusammenrottungen des Volkes, sie zogen ruhig ihres Weges, oft vom Volk mit durchdringendem Pfeifen und Zischen verfolgt.

Das Militär nahm es überhaupt an diesem Abend mit der Befolgung der Gesetze nicht sehr streng, auch die Wirthshäuser und Restaurationen blieben geöffnet bis spät in der Nacht, und die fliegenden Buchhändler durchzogen mit ihren Flugblättern die Stadt wie immer, nur an einigen Stellen wurden einzeln gehenden Bewaffneten durch die Militärpatrouillen die Waffen abgenommen, das war aber schon am Abend vorher vorgekommen.

Am Abend des 12. November gegen 9 Uhr kamen die Deputirten der National-Versammlung abermals im Schützenhause zusammen. Der Präsident hatte sie zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen gerufen, sobald ihm die Proklamation des Belagerungszustandes bekannt geworden war.

Wieder, wie in der Nachmittagssitzung, hatten die Wehrmänner der fliegenden Korps den Schutz der National-Versammlung gegen etwaige Angriffe des Militärs übernommen. Sie standen kampfbereit.

Eine Abtheilung Militär marschirte an und machte Halt, als sie auf die bewaffnet in Reihe und Glied stehende Schutzmannschaft der National-Versammlung stieß. Der Offizier der Truppen forderte die Wehrmänner auf, Platz zu machen, der Bürgerwehroffizier verweigerte dies, der Offizier ließ darauf laden, der Bürgerwehroffizier that das Gleiche, der Offizier kommandirte: „Schlagt an!" ebenso der Bürgerwehroffizier.

So standen sich beide Abtheilungen einige Sekunden feindlich gegenüber, dann kommandirte der Offizier: „Gewehr bei Fuß!" und marschirte mit seinen Soldaten ab, indem er wohl einsah, daß er nicht ohne Kampf weiter vordringen konnte, und dazu mochte er wohl keinen Befehl haben.

Dieses kleine Intermezzo ausgenommen blieb die National-Versammlung am Abend des 12. November vom Militär völlig unbelästigt.

Um 9 Uhr eröffnete der Präsident von Unruh die Versammlung. Der Namensaufruf ergab 202 Deputirte als anwesend, die Versammlung also als noch eben beschlußfähig.

von Unruh verkündigte das Resultat der Vicepräsidenten-Wahl. Gewählt waren Philipps mit 241, Waldeck mit 241, Bornemann mit 234, Plönnis mit 219 Stimmen.

Abgeordn. Plönnis: Meine Herren! Indem Sie auch mich zu Ihrem Vicepräsidenten gewählt haben, kann ich darin zunächst nur ein Anerkenntniß dieses Prinzips der Mäßigung erblicken, welches unsere jetzt nur zu sehr geschwächte Partei bisher stets befolgt hat. Meine Herren, das Anerkenntniß dieses Prinzips der Mäßigung, wenn wir ihm stets treu bleiben, wird gewiß unsern Beschlüssen keinen Nachtheil zufügen. Wie wir aber mäßig sein wollen in unseren Beschlüssen, so wollen wir auch fest sein, fest, wenn es gilt, einzustehen für die Rechte des Landes, fest, wenn es gilt, einzustehen für die Freiheit des Volkes.

(Bravo.)

Zuerst zur Debatte kam ein Antrag von den Abgeordneten Schultz (Wanzleben), Jacoby, Hildenhagen, Schneider, Zenker, Reuter, D'Ester, Lisiecki. Er lautete:

„Die National - Versammlung wolle beschließen:

Daß die durch das Ministerium Brandenburg erfolgte Erklärung des Belagerungszustandes der Stadt Berlin eine ungesetzliche Handlung ist und demnach als nicht rechtsgültig zu betrachten."

Die Abgeordneten der in der Versammlung zurückgebliebenen Rechten stellen zu diesem Antrag das Amendement:

„Daß gleichwohl die Bewohner Berlins aufzu-

fordern seien, dem Belagerungszustand keinen thätlichen Widerstand entgegenzusetzen."

Von Neuem also ein nutzloser Protest und dabei die Aufforderung zur Ruhe! Die letztere aber fand keinen Beifall mehr bei der Versammlung; die Abgeordneten fingen an zu begreifen, daß ihre Mahnungen zur Passivität nur zu gut befolgt wurden, den Antrag nahmen sie an, das Amendement wurde zurückgezogen.

Die Linke drängte zu weiteren energischen Schritten, noch war es vielleicht Zeit, das in der Hauptstadt schon verglimmende Feuer von Neuem anzufachen. Hatten auch bis jetzt die Berliner die Auflösung der Bürgerwehr und selbst die Verhängung des Belagerungszustandes in Folge der Mahnungen der National-Versammlung ruhig hingenommen, hatten sie nur passiven, d. h. keinen Widerstand geleistet, war auf die übergroße, lange dauernde Erregung schon die natürliche Abspannung, welche sich in der Frivolität des Spottes zeigte, gefolgt, so ließ sich doch durch energische Beschlüsse der National-Versammlung die revolutionäre Energie des Volkes von Neuem erwecken. Heut vielleicht noch, morgen wahrscheinlich nicht mehr!

Der Steuerverweigerungs-Antrag sollte abermals zum revolutionären Mittel dienen; von der erregten Versammlung hoffte die Linke seine Annahme. Sie täuschte sich. Herr von Kirchmann, der als Berichterstatter der eingesetzten Kommission sprach, erkannte zwar der National-Versammlung das Recht, die Steuern zu verweigern, zu, aber er warnte vor einem so gefährlichen Schritt und mahnte zur ruhigen Besonnenheit. Einer der wenigen Abgeordneten, welche von der Rechten bei der Versammlung geblieben waren, Schulz (Minden), erklärte von der Tribüne, er und seine politischen Freunde würden gezwungen sein, den Saal zu verlassen, wenn die Versammlung auf einem derartigen Beschluß verharre.

Die Linke mußte von ihrem Verlangen zurückstehen, um nur die Versammlung nicht beschlußunfähig zu machen. Die wenigen Mitglieder der Rechten gaben hierdurch in dieser hochwichtigen Frage vorläufig den Ausschlag.

Ein ähnliches Schicksal wie der Steuerverweigerungsantrag hatte ein anderer Antrag der Linken, der, eine Proklamation an das Heer zu erlassen. Ziegler sprach sich empört über die Lockerung der Disciplin aus, welche eine derartige Proklamation zur Folge haben müsse; er hielt eine Lobrede auf das herrliche Kriegsheer.

Vergeblich rief Waldeck im bittern Zorn aus: „Die Disciplin dürfe nun und nimmermehr den Soldaten zwingen, das Gesetz zu verletzen, auch der Soldat müsse die Verfassung ehren und achten, seine heiligste Pflicht sei es, nicht zu gehorchen, wenn ihm befohlen werde, die Verfassung zu verletzen!"

Solche Worte fanden zwar Anklang bei der Linken, nicht aber bei den Centren und der Rechten. Der Antrag, eine Proklamation an das Heer zu erlassen, mußte zurückgezogen werden, seine Annahme würde die Nationalversammlung auseinandergesprengt haben.

Unter diesen Debatten war es $12\frac{1}{2}$ Uhr in der Nacht geworden; da keine weiteren Anträge vorlagen, schloß der Präsident von Unruh die Sitzung.

Dreiunddreißigstes Kapitel.

Die letzten Sitzungen der National-Versammlung in Berlin. — Die Denkschrift der National-Versammlung. — Die Vertreibung der Deputation der National-Versammlung aus dem Sitzungssaal. — Wanderungen der National-Versammlung. — Die letzte Sitzung im Mielentz'schen Saal. — Der Steuerverweigerungsbeschluß. — Proklamation der Linken.

Am 13. November um 12 Uhr Mittags kam die National-Versammlung im Schützenhause wieder zusammen, mit der sichern Erwartung, am heutigen Tage durch das Militär aufgelöst zu werden, denn das freie Versammlungsrecht, welches allein die Vertreter des preußischen Volkes vor den Angriffen der Militärgewalt schützte, war ja durch den am 12. proklamirten Belagerungszustand aufgehoben.

Auf den Wunsch des Präsidenten der National-Versammlung hatten sich die treuen Wächter derselben, die Mitglieder der fliegenden Corps, nicht wieder zum Schutze der Versammlung aufgestellt. Herr von Unruh wollte keine Veranlassung zu einem Blutvergießen geben, welches leicht eine allgemeine Erhebung des Berliner Volkes zur Folge haben konnte.

Nur die Mitglieder der Berliner Schützengilde bildeten eine Ehrenwache der National-Versammlung, um dieselbe vor einem zu großen Zudrang von Zuhörern zu schützen.

Um $12\frac{1}{2}$ Uhr wurde die Versammlung durch den Präsidenten von Unruh eröffnet.

Den wichtigsten Inhalt der Sitzung vom 13. November bildete nach der Verlesung zahlreicher Zustimmungsadressen, welche aus allen Theilen Preußens eingegangen waren, die Beschlußfassung über die Denkschrift, welche von der Commission in Bezug auf die durch das Ministerium begangenen Verfassungsverletzungen aufgesetzt war, und über welche der Abgeordnete Waldeck Bericht erstattete.

In dieser Denkschrift wurden mit scharfen Worten alle die vom Ministerium in den letzten Tagen erlassenen Anordnungen: die Maßregeln gegen das Forttagen der National-Versammlung, die Auflösung der Bürgerwehr, die Verhängung des Belagerungszustandes u. s. w. als Attentate gegen die Vertreter des Volks, gegen die blutig errungene Freiheit, gegen Recht und Gesetz gekennzeichnet. Die Denkschrift schloß mit folgenden Worten:

„Die Verfassung ist schwer verletzt, die Existenz der Volksvertreter gewaltsam bedroht, der Volks-

vertreter, deren ungestörte Wirksamkeit einen Bestandtheil der jetzigen Verfassung des Landes bildet.

Die Reihenfolge dieser Attentate fällt daher schon nach den bestehenden Gesetzen unter den Begriff des Hochverraths, welchen der § 92 Th. II. Tit. 20 des Allgemeinen Landrechts dahin feststellt: ein Unternehmen, welches auf eine gewaltsame Umwälzung der Verfassung abzielt, ist Hochverrath."

Die Versammlung nahm die Denkschrift mit großer Majorität an, sie beschloß, sie drucken und im Lande vertheilen zu lassen, außerdem wurde eine Abschrift auch dem Staats-Anwalt Sethe mit der Ermahnung, seine Pflicht zu thun, mitgetheilt.

Die Denkschrift der National-Versammlung ist ein höchst merkwürdiges und für jene Zeit charakteristisches historisches Aktenstück. Aus der Auffassung der Majorität hervorgehend, überhäufte sie das Ministerium mit Beschuldigungen und Anklagen; ein solches Schriftstück mußte, im Lande vertheilt, wenn sein Inhalt Glauben und Billigung beim Volke fand, die tiefste Aufregung erzeugen.

Vom Standpunkt der äußersten Linken aus, welche die Revolution für die Consequenz des Verfassungsstreites hielt, mochte die Vertheilung gerechtfertigt sein; wie sie aber die Centren beschließen konnten, die nach den Aussagen des Herrn von Unruh durchaus keine gewaltsame Volkserhebung beabsichtigten, ist wahrhaft unbegreiflich. Die Erlassung und Vertheilung der Denkschrift war wieder einer jener halben revolutionären Schritte, zu denen die Versammlung in der Aufregung des Moments sich hinreißen ließ, ohne doch den Willen und die Kraft zu haben, ihm die consequenten Folgen zu geben. Die Versammlung verfiel in denselben Fehler, durch welchen die demokratische Partei während des Sommers 1848 das Vertrauen und die Achtung der Bürgerschaft Berlins verloren hatte; sie reizte auf, ohne den Muth und den Willen zu haben, sich an die Spitze einer revolutionären Bewegung zu stellen.

Nachdem die Denkschrift beschlossen war und die Versammlung Bericht über viele der eingegangenen Adressen gehört hatte, wurde die Sitzung bis zum 14. November Vormittags 11 Uhr vertagt.

Der Vizepräsident Plönnis mit den drei Sekretären Hildeshagen, Schneider und Schornbaum blieben indessen im Sitzungssaale zurück, theils um etwa ankommende Deputationen im Namen der National-Versammlung empfangen, theils auch um nöthigenfalls in jedem Augenblicke die National-Versammlung zusammenrufen zu können.

Die Sitzung war etwa eine Stunde geschlossen, als sich ein gewaltiger Lärm und das Geschrei: „Die Soldaten kommen!" auf der Straße erhob. Sogleich nahmen der Vizepräsident Plönnis und die Sekretäre ihre Plätze ein.

Eine Abtheilung Militär war in der That die Linienstraße entlang gerückt, hatte vor dem Schützenhause Halt gemacht und die Eingänge desselben besetzt.

Ein Oberst, dem mehrere Offiziere und Soldaten folgten, trat in das Haus, im Vorzimmer traten ihm einige Mitglieder der Berliner Schützengilde in den Weg.

„Wo sind die Herren, welche zur gewesenen National-Versammlung gehören?" fragte der Oberst und wurde darauf in den Sitzungssaal geführt. Ueber die Vorgänge im Sitzungssaal hören wir am besten das von den Betheiligten aufgenommene Protokoll:

„Verhandelt Berlin, den 13. November 1848.

Nachdem die heutige Sitzung der National-Versammlung gegen 2 Uhr Nachmittags geschlossen war, blieb dem Beschlusse der Versammlung gemäß eine Kommission, bestehend aus dem Vizepräsidenten Plönnis und den Schriftführern Hildenhagen, Schornbaum und Schneider, im Sitzungslokale zurück, zu dem Behufe, etwaige Deputationen zu empfangen.

Nach 3 Uhr erschien vor dem Hause des Schützenlokals eine bedeutende Truppenmacht, stellte sich daselbst auf und besetzte die nächsten Straßeneingänge.

Die Kommission der National-Versammlung war auf dem Büreau thätig, als mehrere Offiziere und ein Offizier der Constabler, gefolgt von einigen Soldaten, ohne Anmeldung in den Sitzungssaal traten. Herr Frenkel, Mitglied der hiesigen Schützengilde, trat hierauf an das Büreau heran und theilte dem Präsidenten mit, daß ein Militär-Kommando erschienen sei mit dem Auftrage, die National-Versammlung solle den Saal verlassen. Auf die Entgegnung, daß die zu diesem Zweck Erschienenen sich ihres Auftrages selbst entledigen möchten, traten die Offiziere näher. Einer der Offiziere stellte sich als Oberst-Lieutenant von Sommerfeld vor und erklärte, den Auftrag zu haben, die Mitglieder der National-Versammlung aufzufordern, sofort auseinander zu gehen. Der Vize-Präsident Plönnis erwiderte hierauf, daß er als Vize-Präsident der National-Versammlung mit drei Schriftführern hier im Sitzungslokale der National-Versammlung anwesend sei, um etwaige Deputationen zu empfangen, und daß sie ihrer Pflicht gemäß verbleiben würden. Auf die Anfrage des Offiziers der Constabler: ob die Versammlung auseinander gegangen sei, erhielt derselbe die Antwort, daß der Präsident und das Büreau die Versammlung repräsentirten, worauf der Offizier der Constabler entgegnete, daß er alsdann im Auftrage des Ministerii des Innern hiermit die Versammlung als eine gesetzwidrige erklären und im Namen des Gesetzes auffordern müsse, auseinander zu gehen. Der Vize-Präsident Plönnis erwiderte, er könne nicht zugeben, daß die Versammlung eine ungesetzliche sei. Als der Oberst-Lieutenant von Sommerfeld hierauf fortfuhr, daß er, so lange die Kommission der National-Versammlung verbleibe, ebenfalls verbleiben müsse, erwiderte der Vize-Präsident Plönnis: er müsse es seiner Beurtheilung überlassen, inwiefern er sich für berechtigt halte, ohne Erlaubniß der National-

Versammlung in dem Sitzungslokale der National-Versammlung zu verweilen. Nachdem der Oberst-Lieutenant von Sommerfeld seinen Vorsatz, bleiben zu wollen, erklärt hatte, fuhren der Präsident und die Schriftführer in ihren Geschäften fort; der Oberst-Lieutenant, die übrigen Offiziere und Soldaten verließen dagegen den Saal.

Nach ungefähr einer halben Stunde erschien der Oberst-Lieutenant von Sommerfeld in Begleitung einiger Offiziere von Neuem und zeigte nunmehr einen schriftlichen Befehl vor, mit der Erklärung, er habe das Frühere gemeldet und jetzt von dem General von Wrangel und dem Minister des Innern diesen schriftlichen Befehl erhalten. Derselbe lautete im Wesentlichen folgendermaßen:

„Auf Grund der gemachten Meldung, daß die im Sitzungslokale versammelten Mitglieder der vertagten National-Versammlung sich als die aktiven Repräsentanten der National-Versammlung dort aufhalten, beauftrage ich Sie hierdurch, die Herren aus dem Saale führen zu lassen, ohne jedoch Waffengewalt gegen sie anzuwenden."

Der Oberst-Lieutenant von Sommerfeld fügte hinzu, daß er der Kommission als bloßen Privatleuten den Aufenthalt gestatten könne, aber als Repräsentanten der National-Versammlung müßten sie den Saal sofort verlassen.

Der Vize-Präsident Plönnis erklärte hierauf:

„Ich protestire feierlich gegen das unbefugte Eindringen in diesen Saal und gegen jeden Zwang, der hier ungesetzlicher Weise gegen die Kommission der National-Versammlung ausgeübt wird;"

und die ganze Kommission, diesem beitretend, erklärte, sie werde ihre Plätze nicht verlassen, wenn sie nicht durch physische Gewalt dazu gezwungen werde.

Auf die Aufforderung seitens der Offiziere, doch die moralische Gewalt anzuerkennen, da die Mannschaften da wären, und dieser Gewalt zu weichen, entgegnete die Kommission, daß sie es darauf ankommen lassen müsse, ob man es wage, an die unverletzlichen Vertreter des Volks Hand anzulegen. Der Oberst-Lieutenant erwiderte hierauf, daß, wenn die moralische Gewalt nicht hinreichend sei, er so viele Sektionen Soldaten in den Saal kommandiren werde, bis die Abgeordneten hinausgedrängt seien.

Demnächst rückten zwei Sektionen Militär in den Saal, der Offizier kommandirte vier Mann, welche sich auf das Büreau hinaufbegaben und, dem wiederholten Kommando gemäß, Hand an die Mitglieder der Kommission legten. Unter Protestationen gegen die an den unverletzlichen Vertretern des Volks verübte Gewalt verließen, von den Militärs theils geführt, theils begleitet, die Mitglieder der Kommission den Saal und das Haus.

G. w. o.

(gez.) Plönnis. Schneider. Hildenhagen. Schornbaum."

Die Vertreibung der Kommission der National-Versammlung aus dem Sitzungssaal war der erste offene Gewaltakt des Militärs gegen die Volksvertretung, andere sollten bald nachfolgen.

Am 14. November war die National-Versammlung zu einer Sitzung in den Saal der Stadtverordneten berufen worden; als die Abgeordneten aber sich nach dem Kölnischen Rathhause begaben, fanden sie das Haus von Militär umstellt, und der Eintritt wurde ihnen verweigert.

Einige Abgeordnete, unter ihnen z. B. Jacoby, fragten den kommandirenden Offizier, einen Lieutenant von Wussow, ob er angewiesen sei, die Deputirten an dem Eintritt in den Sitzungssaal mit Gewalt zu verhindern.

Der Offizier erwiderte, daß er allerdings diesen Befehl vom kommandirenden General, Herrn von Thümen, erhalten habe, jedoch erst dann solle er zur Gewalt schreiten, wenn er mit Bitten nichts ausrichte. Er bat die Abgeordneten, ihm seine ohnehin schwere Pflicht nicht noch zu erschweren.

In Folge dieser Besetzung des Kölnischen Rathhauses war ein Lokal in der Kaiserstraße zum Sitzungslokal bestimmt worden, und dort kamen die Abgeordneten zuerst zu einer Privatbesprechung zusammen.

Das Lokal war ein höchst ungünstiges, als daher in Erfahrung gebracht wurde, daß das Kölnische Rathhaus wieder vom Militär verlassen sei, berief der Präsident von Unruh die Versammlung nach diesem ihrer weit mehr würdigen Lokal, welches zu einer Sitzung schon deshalb weit geeigneter war, weil es sich mehr im Mittelpunkte der Stadt befand.

Mittags 1½ Uhr wurde die Sitzung von dem Präsidenten von Unruh wieder eröffnet. Nach Vorlesung des Protokolls trug der Abgeordnete Dane darauf an, der Regierung Anzeige von der Versammlung zu machen, damit nicht der Schein auf sie fiele, als käme sie heimlich zusammen.

Herr von Unruh erwiderte darauf:

„Ich antworte zunächst dem Abgeordneten Dane, daß sich nach der gestrigen Sitzung Vorfälle*) ereignet haben, über welche ein Protokoll aufgenommen ist, das zur Kenntniß der Versammlung gebracht werden wird. Diese Vorfälle waren von der Art, daß es zweifelhaft erschien, ob wir dem gestrigen Beschlusse gemäß uns hier versammeln können. Ich war daher auch nicht in der Lage, der Regierung eine Anzeige zu machen, um so weniger, als mir von den zur Versammlung gehörigen Boten gemeldet wurde, daß das Rathhaus das Gemeindehaus der Residenzstadt militärisch besetzt sei, weil man vermuthete, daß man eine Sitzung halten wolle. Ich hielt es für nothwendig, mich selbst zu überzeugen, begab mich mit dem Vizepräsidenten Plönnis und mehreren Abgeordneten hierher, fand das Lokal nicht besetzt; die Herren Stadtverordneten hatten Sitzung; ich

*) Die Vertreibung des Vizepräsidenten Plönnis aus dem Schützenhause.

ließ den Herrn Stadtverordnetenvorsteher Seidel bitten, sich nach dem Vorzimmer zu mir zu begeben. Dies geschah; ich fragte: ob etwas im Wege stände, daß wir unsere gestern hier anberaumte Sitzung abhalten könnten, und ob sie vielleicht ihre desfallsige Offerte zurückgenommen hätten. Der Stadtverordnetenvorsteher Seidel erwiderte mir: es bliebe dieser Beschluß, wonach das Lokal uns zur Disposition gestellt ist, in voller Kraft, und er sei bereit, zu jeder Minute die Sitzung der Stadtverordneten zu schließen und uns das Lokal einzuräumen. Auf Grund dessen berief ich schriftlich die Herren Abgeordneten zu der Sitzung, weil einem Theil der Abgeordneten bereits bekannt war, daß das Haus besetzt sei. Nachdem diese Einladung an die Abgeordneten ergangen war, sagte mir der Stadtverordnetenvorsteher Herr Seidel, es hätten einige Stadtverordnete Bedenken geäußert folgender Art: Sie hätten das Lokal militärisch besetzt gefunden, sie hätten dagegen protestirt und demnächst den Offizier gefragt, ob er den Befehl habe, die Zusammenkunft der Stadtverordneten zu hindern. Dieser hat erklärt, dazu habe er keinen Befehl, und wenn die Stadtverordneten sich versammelten, so würde er das Lokal räumen; in Folge dessen zog das Militär ab, und die Stadtverordneten hielten hier Sitzung. Sie hatten aber Bedenken, daß diese Sitzung vielleicht als heimlich mißgedeutet werden könnte, wie der Abgeordnete Dane sehr richtig bemerkt hat, und deswegen theilte mir Herr Seidel dies mit. Ich sagte dem Stadtverordnetenvorsteher Herrn Seidel, wir wären weit entfernt, irgendwo heimlich zu tagen, dies vertrage sich nicht mit der Würde der National-Versammlung. Ich forderte ihn daher auf, dem Kommandanten der Stadt hiervon Anzeige zu machen: In Bezug auf die von mehreren Stadtverordneten gegen den kommandirenden Offizier gemachten Aeußerungen zeige er dem Kommandanten an, daß nunmehr die Sitzung der Stadtverordneten geschlossen sei, und daß die Stadtverordneten keine Veranlassung hätten, ihr Anerbieten, welches sie in Folge eines Beschlusses gemacht hätten, zurückzunehmen, das Anerbieten gegen die National-Versammlung, ihr Lokal zu benutzen. Die Behörde, welche in Folge des Belagerungszustandes, der Gewalt nach wenigstens, als die kompetente faktisch gilt, hat Anzeige von unserer Sitzung."

Es wurde nun das Protokoll über die gewaltsame Entfernung des Büreaus der National-Versammlung aus dem Schützenhause, welches dem Leser bereits mitgetheilt ist, verlesen, und es knüpften sich daran erläuternde Erzählungen der Abgeordneten Schneider, Jacoby u. A. sowohl über die Ereignisse des 13ten, als über die Besetzung des Kölnischen Rathhauses durch Militär.

In Folge der verschiedenen Angriffe auf die National-Versammlung, welche dieselbe zwangen, von einem Lokal zum andern zu wandern, sah sich der Präsident von Unruh zu folgender Erklärung veranlaßt:

„Die hohe Versammlung hat beschlossen, daß sie sich an dem Ort und in dem Lokal versammeln werde, an welchen und in welches das Präsidium sie berufen wird. Nachdem bereits zweimal unmittelbar physische Gewalt angewendet worden ist, um uns von dem Orte unserer Berathung zu vertreiben, halte ich es nicht mehr der Würde der Versammlung angemessen, sie noch weiter ähnlichen Gewaltthätigkeiten auszusetzen, und ich glaube auch, daß wir dem Lande schuldig sind, dieselben zu vermeiden. Ich halte es demnach nicht angemessen, die Versammlung nochmals zu berufen, wenn ich nicht sicher bin, daß dergleichen Angriffe auf die Freiheit unserer Berathungen sich nicht wiederholen werden. Ich betrachte also, so lange diese Brutalität herrscht, diese Sitzung als die letzte. Ich fordere Sie aber auf, Berlin nicht zu verlassen, ich ersuche Sie, zusammen zu halten. Ich werde mich dagegen nicht eher befugt halten, eine Sitzung anzusetzen, bis nicht vollkommene Sicherheit für uns stattfindet, weil durch solche Auftritte, wie sie bereits wiederholt vorgekommen sind, nicht bloß unsere, d. h. die Würde dieser Versammlung, sondern die des ganzen Volkes bloßgestellt wird!" —

Diese Erklärung, so gerechtfertigt sie war, denn in der That verlor die National-Versammlung an Ansehen durch ihr Zusammenkommen in Lokalen, welche der Würde der Versammlung nicht entsprachen, rief doch einen heftigen Widerspruch bei der Linken hervor.

Waldeck und mit ihm seine Freunde forderten, daß die National-Versammlung fortfahre, Sitzungen zu halten, daß sie, aus einem Lokal vertrieben, ein anderes suche, ja daß sie jeden Tag zusammenkomme. Herr von Unruh mußte dem Antrage der Linken nachgeben, er versprach, die Sitzungen so lange fortzusetzen, bis die Versammlung selbst einmal durch Waffengewalt auseinandergesprengt werde.

Die folgenden Debatten der, wie der Namensaufruf ergab, 238 Mitglieder starken Versammlung waren wenig interessant, sie wurden wesentlich ausgefüllt durch einen Bericht der Petitions-Kommission über die zahlreichen ihr neuerdings wieder zugegangenen Zustimmungsadressen.

Interessant war es nur, daß abermals die Debatte über den Beschluß der Steuerverweigerung vertagt wurde; noch immer vermochten sich die Centren zu einem so revolutionären Schritt nicht zu entschließen, der Präsident von Unruh verschob die Diskussion des Steuerverweigerungs-Beschlusses bis auf die nächste Sitzung, welche auf den 15. November Morgens 11 Uhr im Saale der Stadtverordneten angesagt wurde.

Die National-Versammlung hatte ihre Sitzung nach 3 Uhr Mittags am 14. November eben geschlossen, die meisten Mitglieder hatten sich bereits entfernt, fast nur der Präsident mit den Sekretären waren noch im Sitzungssaal anwesend, beschäftigt mit dem Aufräumen von Papieren, als das Kölnische Rathhaus abermals von Militär umstellt wurde.

Der kommandirende Offizier, ein alter Major, Herr von Biedenfeld, begab sich in Begleitung

eines andern Offiziers in den Sitzungssaal, in welchen er mit dem Helme in der Hand eintrat. Mit höflicher, rücksichtsvoller Stimme forderte er Herrn von Unruh auf, die Versammlung aufzuheben. Herr von Unruh erklärte, daß die Versammlung bereits geschlossen sei, daß er aber Protest einlege gegen die Gewalt, welche abermals gegen die National-Versammlung beabsichtigt worden.

Herr von Biedenfeld bat den Präsidenten der National-Versammlung, ihm seine schwere Pflicht nicht noch mehr zu erschweren, sondern nachzugeben und den Saal zu verlassen, welcher Aufforderung Herr von Unruh auch mit der größten Bereitwilligkeit nachkam.

Am folgenden Tage hatten sich im Mielentz-schen Saale Nachmittags 3 Uhr die Abgeordneten zu einer vertraulichen Sitzung versammelt. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß Herr von Unruh noch eine offizielle Sitzung berufe, in welcher die Steuerverweigerungsfrage zum Beschluß gebracht werden solle. Herr von Unruh weigerte sich dessen; nur wenn die Majorität der Versammlung eine Sitzung bei ihm beantrage, wolle er dieselbe berufen.

Die Versammlung nahm eine Abstimmung auf Zetteln vor, auf welche jeder seinen Namen schrieb, und es ergab sich eine Zahl von mehr als 202 Abgeordneten für die Berufung einer Sitzung.

Da konnte denn Herr von Unruh freilich nicht umhin, die Sitzung zu berufen, es lag ihm nur die Wahl offen, entweder dem Willen der Majorität zu folgen oder seine Präsidentur niederzulegen, das letztere wäre in der Zeit der Gefahr eine Maßregel gewesen, welche Herrn von Unruh in den Verdacht der Feigheit gebracht hätte, als Ehrenmann durfte er sich diesem Verdacht nicht aussetzen, um so weniger, da alle Parteien in der National-Versammlung ihn dringend zu verschiedenen Malen gebeten hatten, die Präsidentur nicht niederzulegen.

So sah sich denn Herr von Unruh veranlaßt, für den Abend eine offizielle Sitzung der National-Versammlung auszuschreiben, er eröffnete dieselbe um 7¼ Uhr im Milentz'schen Saale. —

Der Namensaufruf ergab 226 Mitglieder als gegenwärtig.

Es wurden zuvörderst wieder Mittheilungen gemacht über die zahllosen Zustimmungsadressen, welche mit jedem Tage an die National-Versammlung eingingen.

Dann kam die Steuerverweigerungsfrage zur Debatte. Herr von Kirchmann trat als Berichterstatter der Kommission auf.

Die Kommission hatte sich bisher zwar für das Recht der National-Versammlung, die Steuern zu verweigern, aber gegen die Zweckmäßigkeit eines derartigen Beschlusses ausgesprochen. Durch die Vorgänge der letzten Tage war indeß die Majorität der Kommission anderer Ansicht geworden, sie meinte, der Zeitpunkt der Steuerverweigerung sei jetzt gekommen; die Befürchtung, daß mit diesem Beschluß Anarchie in das Land getragen werde, sei unbegründet, denn schon herrsche eine durch das Ministerium selbst erzeugte Anarchie, die gerade durch die Steuerverweigerung gesetzlich bekämpft werden solle. Es sei widersinnig, einem Ministerium, welches den Bürgerkrieg vorbereite, die Mittel zur Führung desselben in den Steuern zu gewähren. Die Kommission trug deshalb darauf an, die Versammlung möge beschließen, daß kein Ministerium berechtigt sei, Steuern zu erheben, bis dieser Beschluß wieder von der National-Versammlung aufgehoben sei.

Herr von Kirchmann rechtfertigte den Kommissions-Antrag durch eine lange glänzende Rede, und die Abgeordneten Schulze-Delitzsch, Schornbaum, Philipps und Blöm stellten zu demselben folgendes Amendement:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen:
daß das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sei, über Staatsgelder zu verfügen und Steuern zu erheben, so lange die National-Versammlung nicht ungestört in Berlin ihre Berathungen fortzusetzen vermag, und tritt dieser Beschluß mit Ablauf des 17. November d. J. in Kraft und Wirksamkeit."

Als man eben in der Debatte war und gerade der Abgeordnete Fischer von Münster gegen die Steuerverweigerung sprach, entstand plötzlich in der Versammlung eine gewaltige Unruhe, denn es verbreitete sich die Nachricht, daß das Haus vom Militär besetzt sei.

Der Ruf: Schluß! Schluß! ließ sich stürmisch vernehmen, und die Abgeordneten Jacoby und Temme erklärten deshalb, um die Debatte abzukürzen, daß sie sich dem Amendement von Schulze (Delitzsch) und Schornbaum anschlössen.

Der Präsident war eben im Begriff, über den Schluß der Debatte abstimmen zu lassen, als ein Major, Herr von Herwarth, begleitet von vier Offizieren und einem Piket mit Gewehren bewaffneter Soldaten, in den Saal trat.

Eine ungeheure Aufregung bemächtigte sich der ganzen Versammlung. Die Deputirten sprangen von ihren Sitzen auf und ein wildes Schreien machte jedes Wort unverständlich, bis endlich der Ruf: Sitzenbleiben! Auf die Plätze! durch das Geräusch hörbar wurde. Die Abgeordneten nahmen sogleich ihre Plätze wieder ein, und eine tiefe Stille entstand, so daß die Worte des Präsidenten jetzt deutlich vernehmbar wurden.

Der Major von Herwarth war während des Lärms allein an den Präsidentenstuhl getreten und hatte leise mit Herrn von Unruh gesprochen, dann fragte ihn der Präsident laut:*)

Ich frage zunächst den Herrn Major von Herwarth, welcher in diesen Saal, also in ein Privathaus, mit der Erklärung eingetreten ist, daß er Befehl vom General Wrangel habe, diese Ver-

*) Wir theilen in Folgendem die letzten Augenblicke der National-Versammlung in Berlin, dem stenographischen Berichte gemäß, wortgetreu mit, weil jedes gesprochene Wort von historischer Wichtigkeit ist.

sammlung aufzulösen, ob er mit einer schriftlichen Ordre versehen ist?

Major von Herwarth: Ich habe keinen schriftlichen Auftrag, indem der General Wrangel es nicht für nöthig gehalten hat, mir einen schriftlichen Befehl zu ertheilen. Ich rechne darauf, daß Sie meinen Worten Glauben schenken werden, wenn ich sage, daß ich wirklich diesen Auftrag habe.

Präsident: Es kann hier nicht darauf ankommen, ob ich einem preußischen Major zu glauben habe oder nicht; das ist eine rein persönliche Angelegenheit. Es kommt nur darauf an, ob die Maßregel eine gesetzliche ist.

(Ruf aus der Versammlung nach Abstimmung.)

Meine Herren! Wir waren in der Abstimmung über den Schluß der Debatte. Wir werden jedoch durch militärische Gewalt, durch Bajonette, die in den Saal eingedrungen sind, unterbrochen. Ich werde in Gegenwart der Bajonette nicht zur Abstimmung schreiten.

(Lebhafter Beifall.)

Der Herr Major von Herwarth hat erklärt, daß er keine schriftliche Ordre habe; er hat nur darauf provozirt, daß wir ihm Glauben schenken mögen. Ich zweifle an der Glaubwürdigkeit des Herrn Majors durchaus nicht; wir befinden uns aber auf dem Boden des Gesetzes, und ich muß deshalb den Herrn Major bitten, eine schriftliche Ordre von dem General Wrangel einzuholen.

Major von Herwarth: Dies würde insofern vergeblich sein, als der General von Wrangel mir den schriftlichen Befehl verweigert hat; er hat nur gesagt: Gehen Sie hin und erklären Sie, daß der General Wrangel Ihnen befohlen habe, die Versammlung aufzulösen.

Präsident: Ich frage den Herrn Major, wohin seine mündliche Ordre lautet?

Major von Herwarth: Sie lautet dahin: die Versammlung aufzufordern, dies Lokal zu verlassen!

Präsident: Dieser Aufforderung wird die Versammlung keine Folge leisten können.

Major von Herwarth: Dann erlaube ich mir zu bemerken, daß ich mit Militär aufmarschirt bin.

(Aufregung in der Versammlung.)

Ich ersuche Sie dringend, meine Herren, es nicht darauf ankommen zu lassen, daß andere Maßregeln ergriffen werden müssen. Ich erfülle hier nur meine Pflicht und handle durchaus parteilos; ich bin gewohnt, die Befehle meiner Vorgesetzten auszuführen.

Der erste Vizepräsident, Abgeordnete Waldeck, erhebt sich von seinem Platze, tritt an den Präsidentenstuhl heran und ruft mit lauter Stimme: Kein Soldat darf die Gesetze verletzen.

Präsident: Ich frage den Herrn Major, ob er gesonnen ist, diesem Befehle: die Versammlung mit Gewalt zu vertreiben, nachzukommen?

Major von Herwarth: Ich rechne mit der größten Zuversicht darauf, daß Sie es nicht auf das Aeußerste ankommen lassen werden, daß es Ihnen genügen wird, wenn ich die Erklärung abgebe, daß ich den Befehl habe, nöthigenfalls Gewalt anzuwenden.

Präsident: Ich muß den Herrn Major um eine bestimmte Erklärung bitten, ob er gesonnen ist, diesen Befehl, die Versammlung mit Gewalt zu vertreiben, auszuführen.

Major von Herwarth (zögernd): Ja, das bin ich.

Präsident: Unter diesen Umständen erkläre ich, daß wir abermals der Gewalt weichen . . .

(Die ganze Versammlung erhebt sich, mit wie zum Schwur erhobenen Händen, von ihren Plätzen; von allen Seiten ertönt der Ruf: nein! nein! Die größte Aufregung herrscht im Saale. Von mehreren Abgeordneten hört man den Ruf: Niemand verläßt seinen Platz! Wir lassen uns niederschießen, ehe wir diesen Saal verlassen! Wir weichen nicht eher, bis wir den Beschluß gefaßt haben.)

Abgeordn. Graf Reichenbach: Kein Abgeordneter gehe von seinem Platze! Wir werden nur der Gewalt weichen.

Abgeordn. Waldeck tritt an den Major von Herwarth heran, welcher noch immer allein an dem Präsidentenstuhl steht, mit erhobener Stimme ruft er: Holen Sie Ihre Bajonette und stechen Sie uns nieder! Ein Landesverräther, wer diesen Saal verläßt.

(Major von Herwarth wendet sich abermals zu dem Präsidenten und spricht mit demselben, ohne daß es jedoch möglich war, die Worte zu verstehen; darauf kehrt er bis in die Mitte des Saales zurück. Der Abgeordnete Rodbertus tritt zu ihm heran und spricht mit ihm. Noch immer herrscht die größte Aufregung in der Versammlung.)

Abgeordn. Plönnis (besteigt die Rednerbühne und versucht einige Augenblicke vergeblich, sich Gehör zu verschaffen. Mit erhobener Stimme):

Ich trage darauf an, daß wir die anwesenden Störer als nicht anwesend betrachten und ruhig in unserem heiligen Werke fortfahren.

(Lebhafter Beifall. Allmählich stellt sich die Ruhe im Saale wieder her; die Mitglieder nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Präsident: Meine Herren! Ich ersuche Sie dringend, die in diesem Augenblicke nöthige Ruhe zu beobachten.

Wir waren in der Abstimmung über den Schluß der Debatte. Ich frage die hohe Versammlung:

„Ob sie den Schluß der Debatte annimmt?"

und ersuche Diejenigen, welche dies wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Der Schluß der Debatte ist mit großer Majorität angenommen. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag selbst. Ich ersuche den Herrn Schriftführer, ihn nochmals zu verlesen.

(Das Militär steht immer noch in dem Saale. Abermals erheben sich die Mitglieder von ihren Plätzen. Von verschiedenen Seiten hört man den Ruf: Wir können nicht abstimmen, so lange die Bajonette im Saale stehen.)

Der Major von Herwarth, welcher bis zu diesem Augenblicke mit dem Abgeordneten Rodbertus gesprochen hat, tritt nochmals an den Präsidentenstuhl heran und spricht mit dem Präsidenten, ohne daß jedoch die Worte zu verstehen waren. Während dieser Zeit verliest der Schriftführer Schneider mit fester, erhobener Stimme das Amendement Schornbaum, Schulze (Delitzsch), Bloem, Philipps.

Schriftführer Abgeordn. Schneider:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sei, über die Staatsgelder zu verfügen und die Steuern zu erheben, so lange die National-Versammlung nicht ungestört in Berlin ihre Berathungen fortzusetzen vermag, und tritt dieser Beschluß mit Ablauf des 17. November 1848 in Kraft und Wirksamkeit."

Während Verlesung dieses Antrages spricht der Major von Herwarth mit dem Präsidenten, jedoch in leisem Tone und verläßt darauf in Begleitung der übrigen Offiziere sowie des aufgestellten Pikets den Saal, so daß mit dem letzten verlesenen Wort auch der letzte Soldat den Saal verlassen hat.

Präsident: Ich frage nunmehr die hohe Versammlung:

„Ob sie diesen soeben verlesenen Antrag annehmen und zum Beschluß erheben will?"

und ersuche Diejenigen, welche es wollen, aufzustehen.

Sämmtliche Mitglieder erheben sich. (Donnernder, lang anhaltender Beifall ertönt aus dem Saale und von den Tribünen. Die Abgeordneten umarmen sich einander. Die auf den Tribünen anwesenden Zuhörer schwenken die Hüte und wehen mit den Tüchern. Erst nach Verlauf mehrerer Minuten gelingt es dem Präsidenten, die Ruhe wieder herzustellen.)

Präsident: Ich ermahne Sie dringend, meine Herren, in diesem Augenblick die äußerste Ruhe zu bewahren.

Der Beschluß ist rechtsgültig gefaßt, die Bajonette hatten den Saal verlassen. Ich werde nunmehr die Sitzung schließen und behalte mir vor, die Abgeordneten von der nächsten Sitzung in Kenntniß zu setzen.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Im Moment der höchsten Aufregung, bedroht von den Soldaten, die bereit waren, mit Gewalt die Volksvertreter auseinander zu jagen, hatte die Versammlung den verhängnißvollen Beschluß gefaßt, der in der Geschichte den Namen des „Steuerverweigerungsbeschlusses" erhalten hat. Wie gewaltig den Abgeordneten selbst ihre That erschien, bewies der Jubel, mit welchem sie dieselbe begrüßten, die tiefe Bewegung, welche sich nach derselben ihrer bemächtigte, und welche zu dem seltsamen Schauspiel führte, daß die Abgeordneten sich gegenseitig umarmten, daß frühere Gegner sich die Hände schüttelten mit dem festen Versprechen, fortan unerschütterlich treu neben einander zu kämpfen für das Recht und die Freiheit.

In einem Rausch der Begeisterung und der höchsten Aufregung war der Beschluß gefaßt worden, und Herr von Unruh, der sonst so überlegende und berechnende Präsident der National-Versammlung, hatte ihn als rechtsgültig gefaßt proklamirt; aber rechtsgültig gefaßt war er nicht, denn er hätte nach dem § 43 des Reglements einer zweiten Abstimmung unterliegen müssen, und eine solche hat niemals stattgefunden, konnte auch nicht stattfinden, da eine nochmalige Einberufung der National-Versammlung eine Unmöglichkeit war; hätte der Präsident dieselbe wirklich versucht, dann würde die Versammlung zweifellos nicht beschlußfähig geworden sein, denn die wenigen Mitglieder der Rechten, welche der Versammlung treu geblieben waren, und eine recht beträchtliche Anzahl der Mitglieder der Centren bereuten den Beschluß, nachdem der Begeisterungsrausch verflogen war, sie würden sich nie dazu verstanden haben, ihn durch eine zweite Abstimmung zu bestätigen, — wie sie sich nicht dazu verstanden haben würden, ihn zu fassen, wenn nicht die Empörung über das Eindringen des Militärs in den Sitzungssaal sie zu ruhiger Erwägung für kurze Zeit unfähig gemacht hätte.

Der Beschluß war nicht rechtsgültig gefaßt! Er durfte nicht in Wirksamkeit treten, ehe er nicht durch eine zweite Abstimmung bestätigt war. Herr von Unruh gesteht dies in seinem berühmten Buche „Skizzen aus Preußens neuester Geschichte" selbst ein, er erzählt auch, daß angeregt worden sei, es möge von Seiten des Präsidiums eine Bekanntmachung in diesem Sinne erlassen werden, daß aber eine solche Bekanntmachung in einer Präsidial-Konferenz abgelehnt worden sei, weil die National-Versammlung nicht die Pflicht habe, Belehrungen über ihr Reglement zu veröffentlichen.

So blieb denn das Volk in dem Glauben, die National-Versammlung habe einen rechtsgültigen Steuerverweigerungsbeschluß gefaßt, obgleich die Versammlung thatsächlich gar nicht den Beschluß der Steuerverweigerung gefaßt hatte; ihr Beschluß war ein aus einer seltsamen Mischung von revolutionärer Energie, zaghafter Zurückhaltung und diplomatischer Schlauheit hervorgegangenes Mittelding, — die Versammlung hatte nur theoretisch beschlossen, daß das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sei, über Staatsgelder zu verfügen und die Steuern zu erheben, eine Aufforderung, diese nicht zu zahlen, sondern zu verweigern, hatte sie nicht beschlossen; aber selbstverständlich mußte die große Masse des Volkes den Beschluß als eine Aufforderung zur Steuerverweigerung auffassen. Dies war auch die Absicht der revolutionären Mitglieder der Linken, die in einer durch die Verhältnisse erzeugten Selbsttäuschung hofften, im ganzen Lande würde die Steuer verweigert und das Ministerium Brandenburg hierdurch zum Rücktritt gezwungen werden.

Es war eine traurige Selbsttäuschung der Linken der National-Versammlung, wenn sie glaubte, das ganze Volk stehe hinter ihr und werde mit Gut

und Blut eintreten für die Vertheidigung seiner Rechte; veranlaßt war diese Täuschung durch Tausende von Adressen, die aus dem ganzen Lande einliefen und die sich einstimmig für die National-Versammlung aussprachen, durch zahllose Deputationen von Vereinen, Clubs u. s. w. aus Berlin und den benachbarten Städten, deren demokratische Führer nicht hochtönende Worte genug finden konnten für die Versicherung, daß sie mit ihrem Leben einstehen würden für die Volksvertretung. — Es mußte in der That scheinen, als sei das Volk im ganzen Lande entschlossen zum Kampfe gegen das Ministerium Brandenburg, so vereinzelt erklangen die gegnerischen Stimmen, so zahlreich die Stimmen der Freunde. — Wie weit es ist vom Wort zur That, davon sollte die National-Versammlung sich überzeugen durch die Wirkungslosigkeit ihres Steuerverweigerungsbeschlusses, der wohl eine große Aufregung im ganzen Lande erzeugte, hier und dort sogar zu kleinen Emeuten führte, die manches Menschenleben kosteten, der aber nirgends im größeren Maßstabe zur Durchführung gekommen ist und nur den Erfolg gehabt hat, daß sich die große Partei der Ruhebedürftigen mehr und mehr abwendete von der National-Versammlung, welche sich, erst als es zu spät war, aufzuschwingen vermochte zu dem revolutionären Beschluß der Steuerverweigerung, ohne doch selbst diesem revolutionären Beschluß die volle Konsequenz zu geben.

Vierunddreißigstes Kapitel.

Die Herrschaft des Belagerungszustandes. — Der erste Tag. — Milde Ausführung. — Verbot der demokratischen Zeitungen. — Der 14. November. — Die erste Clubauflösung. — Die Entwaffnung der Bürgerwehr. — Polizei-Präsident von Hinkeldey. — Strenge Polizei-Maßregeln.

Der Belagerungszustand war für die Hauptstadt erklärt. — Der Fremde, welcher am ersten Tage nach der Proklamation desselben nach Berlin gekommen wäre, würde kaum irgend eine Veränderung im Volksleben gefunden haben. Die Hauptstraßen bildeten nach wie vor für die sich in kleineren oder größeren Gruppen sammelnden Menschen den besten Platz zum Diskutiren und Politisiren; wilde, die Nothwendigkeit der Revolution mit überschwenglichen Worten behandelnde Reden wurden überall gehalten und überall mit dem höchsten Beifall aufgenommen, die Straßenecken waren bedeckt mit Plakaten revolutionären Inhalts, die Restaurationen waren bis tief in die Nacht hinein besuchter als jemals früher, selbst die Vereine versammelten sich Abends und es wurde in ihnen mit solcher Freimüthigkeit, ja mit so großer revolutionärer Energie gesprochen, als ob es gar keinen General Wrangel und gar kein Militär in Berlin gäbe; selbst die Bataillone und Kompagnien der Bürgerwehr hielten, trotz der Verordnung über den Belagerungszustand, fortwährend Versammlungen in allen Theilen der Stadt. Viele von diesen Versammlungen blieben permanent, alle standen durch Deputirte in reger Verbindung mit einander. Fast überall wurde beschlossen, unter keiner Bedingung die Waffen freiwillig abzugeben und den Fall der gewaltsamen Abnahme als den Beginn des Kampfes zu betrachten.

General Wrangel ließ am ersten Tage des Belagerungszustandes das Volk ruhig gewähren. — An jenem Tage war die Aufregung noch so groß, daß leicht auch ein geringfügiger Zusammenstoß zwischen Militär und Volk zu einem erbitterten Kampfe führen konnte, zu einem Kampfe, dessen Ausgang zwar kaum zweifelhaft sein konnte, der aber doch jedenfalls schwere Opfer an Menschenleben auf beiden Seiten gekostet haben würde, denn noch stand die Auflösung der Bürgerwehr nur auf dem Papier, noch befanden sich die Wehrmänner im Besitz ihrer Waffen, waren doch bis zum Abende des 13. November nur etwa 36 Gewehre abgeliefert worden.

Wenn es möglich war, sollte ein blutiger Zusammenstoß mit der Bürgerwehr vermieden werden, kam es doch offenbar der Regierung darauf an, die ruheliebende Bürgerschaft für sich zu gewinnen; sie ging in diesem Bestreben so weit, daß sie sogar sich zu einer Art von Entschuldigung für die Auflösung der Bürgerwehr herbeiließ, indem sie die nachstehende Bekanntmachung veröffentlichte:

„Im Auftrage des Herrn Ministers des Innern wird nachfolgende Bekanntmachung desselben hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht: Die auf Grund des Gesetzes vom 17. Oktober d. J. angeordnete Auflösung der Bürgerwehr in kürzester Zeit ist außer den in der Allerhöchsten Verordnung vom 11. d. M. enthaltenen, dieselbe vorzugsweise veranlassenden Gründen, unter den neuesten Umständen auch deshalb nothwendig, weil bei etwa eintretender bewaffneter und massenhafter Auflehnung gegen Gesetz und Ordnung, die zum Schutze der Rechte der Krone in der treuesten Absicht herbeieilenden Bürgerwehrmänner in ihrer bürgerlichen Kleidung von den Militär-Kommandos auch beim besten Willen nicht immer von einer aufrührerischen Menge unterschieden und daher im Fall des Waffengebrauchs leicht von einem beklagenswerthen unverschuldeten Unglück betroffen werden könnten. Nach Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und unter Beobachtung der gesetzlichen Fristbestimmungen wird die Reorganisation der Bürgerwehr mit möglichster Beeilung erfolgen, und Niemand wünscht aufrichtiger als des Königs Majestät und die Staatsbehörden, daß die Maßregeln, welche in Folge der Erklärungen des Kommandeurs der Bürgerwehr Namens derselben gegen das Korps im Allgemeinen zur Aufrechthaltung der Rechte der Regierung erlassen werden mußten, auf demjenigen Theile der Bürgerwehr nicht lange lasten mögen, dessen Treue und Eifer die bereits in der Allerhöchsten Verordnung vom 11. d. M. ausgesprochene Anerkennung verdient und von dem mit Sicherheit

erwartet werden kann, daß er in seinem bewährten Bürgersinne auch ferner verharren werde.

Berlin, den 13. November 1848.

Königl. Polizei-Präsidium,
von Bardeleben."

Zugleich mit dieser Bekanntmachung erschien eine zweite, vom Polizei-Präsidium ausgehende, in welcher nochmals zur Ablieferung der Gewehre aufgefordert wurde; der Termin, bis zu welchem die Waffen abgeliefert werden müßten, wurde bis zum 14. November Nachmittags 5 Uhr verlängert und bekannt gemacht, daß fortwährend Militär-Patrouillen durch die Straßen ziehen würden, um diejenigen Bürger, welche ihre Waffen abzuliefern wünschten, vor Beleidigungen durch das Volk zu schützen.

Solche Patrouillen zogen denn in der That durch die Stadt, sie hatten zugleich den Befehl, größere Menschenansammlungen auf den Straßen nicht zu dulden, sondern zu zerstreuen. Sie thaten dies auch an vielen Stellen, meist aber mit großer Schonung, an einzelnen Stellen nahmen sie auch Verhaftungen vor; aber die Verhafteten wurden von der Militärwache, zu welcher sie gebracht wurden, immer nach kurzer Zeit wieder entlassen. — Eine größere Strenge zeigte die Militärmacht am 13. November noch nicht, wohl aber drohte sie dieselbe für die Zukunft an durch folgende Bekanntmachung:

„In der auf Grund des staatsministeriellen Erlasses vom 12. d. M., wodurch der Belagerungszustand für Berlin ausgesprochen wird, ergangenen Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken von demselben Datum werden die Versammlungen auf der Straße von mehr als 20 Personen bei Tage, von mehr als 10 Personen bei Nacht deutlich untersagt.

Demungeachtet dauern die Straßen-Attroupements fort, den anrückenden Truppen wird für den Augenblick Platz gemacht, um unmittelbar nachher dieselben neckend und höhnend zu umschwärmen. Dies unwürdige Benehmen, an welchem sich eine Masse vergeblich gewarnter Neugieriger betheiligt, und welches die hiesigen mehr oder minder anarchischen Zustände seit acht Monaten erhält, insbesondere aber die zur Herstellung der Ordnung auftretenden Kräfte recht absichtlich ermüden will, muß endlich zum Wohle der Stadt Berlin sein Ziel finden.

Gleichzeitig mit dem Erscheinen dieser letzten Verwarnung ist daher den Truppen der Befehl ertheilt worden, gegen die sie in der angegebenen Weise verhöhnenden Volksmassen die Schußwaffe in ihrem ganzen Umfange zu gebrauchen, sobald nach erfolgtem Signal zum Auseinandergehen nicht augenblicklich genügende Folge geleistet wird.

Berlin, den 13. November 1848.

von Thümen,
General-Major und Kommandant."

Vorläufig stand die Drohung, die Schußwaffe zu gebrauchen, nur noch auf dem Papier, ausgeführt wurde sie noch nicht, dagegen aber schritt General Wrangel schon am 13. November energisch gegen die Presse ein; acht demokratische Organe wurden für die Dauer des Belagerungszustandes durch eine Bekanntmachung des Generals suspendirt und zwar: Die Reform, die Zeitungshalle, die Lokomotive, die Republik, die Volksblätter, die Ewige Lampe, der Krakehler und der Kladderadatsch.

Es waren durch diese Bekanntmachung alle Organe der Demokratie vernichtet. Allerdings versuchte es die Reform, dies Verbot zu übertreten. Sie erschien am 14. November noch einmal, an ihrer Spitze mit groß gedruckten Buchstaben der Satz:

„Der General Wrangel erklärt in einem Plakat unsere „Zeitung" für suspendirt. Wer ist Wrangel, der es wagt, die „Preßfreiheit" aufzuheben?"

Aber diese kühne Frage, diese rücksichtslose Verhöhnung der Wrangel'schen Autorität hatte nur die Folge, daß die Expedition der Reform militärisch besetzt wurde, und daß der Redakteur Arnold Ruge sich schleunigst aus Berlin flüchten mußte, um einer Verhaftung auf Befehl des Militärdiktators zu entgehen.

Nur die kleinen Blätter, die Ewige Lampe und der Kladderadatsch, setzten es durch, auch ohne die Erlaubniß des General Wrangel zu erscheinen, sie wurden heimlich durch die fliegenden Buchhändler verbreitet. Kladderadatsch parodirte in einem spätern Artikel dabei den General Wrangel sehr gut, indem er sein Ehrenwort darauf gab, trotz aller Verbote des General Wrangel fort zu erscheinen. Er setzte hinzu: „Und Kladderadatsch hat noch nie sein Wort gebrochen!"

Die Bekanntmachung des General-Major von Thümen und die Suspendirung der demokratischen Zeitungen waren das erste Anzeichen dafür, daß General von Wrangel die strengen Bestimmungen der Verordnung über den Belagerungszustand zur Ausführung bringen werde, trotzdem aber glaubte das Volk von Berlin mit dem ihm eigenthümlichen Leichtsinn, es leicht nehmen zu können mit dem Belagerungszustand, den es fast nur für eine hohle Farce hielt; es war seit dem verflossenen Sommer so wenig an eine Beschränkung seiner Freiheit gewöhnt, daß es dieselbe in der That für kaum möglich hielt; aber es sollte gar bald gewahr werden, daß der Belagerungszustand in der That Ernst, sehr bitterer Ernst war.

Noch am 14. November kehrte sich Niemand recht eigentlich an die Vorschriften des General Wrangel. Die fliegenden Buchhändler durcheilten noch die Straßen mit ihren Plakaten, aber schon wurden viele von ihnen arretirt; die Restaurationen blieben so lange offen wie gewöhnlich, bis Nachts 2 und 3 Uhr, aber viele und besonders die als Sammelplätze der Demokratie bekannten wurden gewaltsam geschlossen.

Auch in dem Clubhause sollte am Abend des 14ten wie gewöhnlich eine Volksversammlung stattfinden. Folgendes im Laufe des Nachmittags angeschlagene Plakat lud dazu ein:

Das (sogenannte) Ministerium Brandenburg hat sich, im Vertrauen auf die Bajonette und Kanonen, veranlaßt gefunden, den Belagerungszustand zu proklamiren. Diese Maßregel ist an und für sich ungesetzlich und auch ausdrücklich von der National-Versammlung für rechtsungültig erklärt worden. Wir würden uns des Verbrechens des passiven Verraths schuldig machen, wenn wir uns einem brutalen Staatsstreiche fügten; wir würden verdienen, die am 18. März erkämpften Rechte als Gnadengeschenk zu erhalten, wenn wir dieselben jetzt nicht behaupteten. Die Unterzeichneten fordern daher zu einer Berathung über die jetzige Sachlage auf heut Abend um 7 Uhr im Clubhause, Leipzigerstraße Nr. 48, auf.

Berlin, den 14. November 1848.

L. Buhl. May. Stein.

In Folge dieser Aufforderung hatte sich denn auch in der That eine bedeutende Menge von Zuhörern im Clubhause eingefunden, die Zahl derselben mochte wohl über 1000 betragen.

Die Sitzung hatte indessen nicht längst begonnen, als sich plötzlich im Saale das Gerücht vom Herannahen einer Abtheilung Militär verbreitete, und in der That war dies Gerücht begründet, die Eingänge des Clubhauses selbst und die ganze Leipzigerstraße waren mit Militär besetzt.

Als diese Nachricht im Clubhause bekannt wurde, entstand für einen Augenblick eine große Verwirrung. Viele Furchtsame sprangen von ihren Plätzen auf, um die Versammlung zu verlassen, andere Muthigere riefen dazwischen: Sitzen bleiben! Nicht ausreißen!

Diese Ermuthigung wirkte, bald war die Ruhe wieder hergestellt.

Nach kurzer Pause trat ein Major in den Saal und wendete sich nach der Rednertribüne; die dicht gedrängt stehenden Zuhörer machten ihm mit freundlicher Bereitwilligkeit Platz.

„Im Namen des Gesetzes löse ich die Versammlung auf!" rief der Major. „Wo ist der Präsident derselben?"

„Wir haben hier keine Versammlung, sondern eine Betstunde!" antwortete mit gutem Berliner Witz eine Stimme von der Galerie.

Ein schallendes Gelächter ertönte von allen Seiten des Hauses und der Major stimmte herzlich ein; als sich die Ruhe wieder etwas hergestellt hatte, sagte der Major, noch immer lachend:

„Nun, dann bitte ich mir wenigstens den Vorbeter aus!"

(Abermaliges schallendes, langanhaltendes Gelächter.)

Der Kriminalaktuarius Stein, ein unter dem Namen „der dicke Stein" sehr bekannter Demokrat, gab sich als Vorbeter zu erkennen und wurde verhaftet, aber nach einigen Tagen auf Requisition des Kriminalgerichts wieder freigelassen.

Die übrigen Mitglieder mußten den Saal verlassen, ohne daß sie indessen weiter inkommodirt wurden.

Auch mit der Entwaffnung der Bürgerwehr ging General Wrangel jetzt entschiedener und rücksichtsloser vorwärts.

Folgende Bekanntmachung leitete dieselbe ein:

„Da die zur freiwilligen Ablieferung der Waffen festgesetzte Frist abermals vorübergegangen ist, ohne daß der Aufforderung genügt worden, die der Bürgerwehr vom Staate verabreichten Königlichen Dienstwaffen zurückzuliefern, so wird es nunmehr Pflicht der Behörde, mit der Abnahme der Waffen alles Ernstes vorzuschreiten. Es soll hierdurch zugleich vorzugsweise verhindert werden, daß den Bürgern noch ferner die Waffen von Unbefugten auf die gewaltsamste Weise abgenommen werden, wie dies bisher vielfältig geschehen ist. Auf Anordnung der Kommandantur werden demnach morgen früh von 9 Uhr ab in den Straßen Militär-Patrouillen erscheinen, welche Transportwagen mit sich führen. Sobald von den Patrouillen ein Zeichen mit der Trommel gegeben worden, müssen in allen Häusern sämmtliche gelieferte Waffen nebst Munition auf den Hausfluren zusammengebracht werden, von wo sie durch Kommandirte in Empfang genommen werden sollen. Sollte auch dieser Aufforderung nicht nachgekommen werden, so haben die Hauseigenthümer und die Besitzer von Waffen sich die unvermeidlichen Folgen selbst beizumessen, welche mit einer Hausdurchsuchung und gewaltsamen Waffen-Fortnahme verbunden sind. Die Militärbehörde erwartet indeß von dem ehrenwerthen Sinn der Bürgerschaft und namentlich von einer geeigneten Mitwirkung der Bezirksvorsteher, daß dieselbe den Truppen in ihrer schwierigsten Aufgabe entgegenkommen und nicht durch unerwarteten Widerstand die größten Gefahren über die Stadt und das Vaterland herbeiführen werde. Für jede abgelieferte Waffe wird eine Marke ertheilt.

Berlin, den 14. November 1848.

von Thümen,
General-Major und Kommandant."

Mit dieser Proklamation wurde denn auch am Nachmittage des 15. November Ernst gemacht. Eine Militärabtheilung, begleitet von Packwagen, zog durch die Straßen. Alle 200 bis 300 Schritt wurde Halt gemacht, die Trommel ertönte, und Unteroffiziere und Soldaten gingen in die Häuser und fragten nach, ob Gewehre vorhanden seien.

Sehr kluger Weise begann man diese Maßregel der Entwaffnung in einem Stadttheile, in welchem man mit ziemlicher Sicherheit auf eine große Willfährigkeit der reaktionären Bewohner rechnen konnte, in der Friedrichstadt.

In der That lieferten denn auch die Bewohner der Mittelstraße und Dorotheenstraße, der Linden und der Behrenstraße eine so große Menge von Gewehren ab, daß oft die Wagen voll waren.

Das Gerücht von der Waffenabgabe in der Friedrichstadt verbreitete sich schnell in der ganzen Stadt und erregte überall zwar eine lebhafte Mißstimmung, aber auch eine große Entmuthigung.

Dieselben Männer, welche vor wenigen Tagen noch großprahlend es ausgesprochen hatten, daß sie

die Fortnahme der Waffen als das Signal zum Kampfe betrachten würden, begannen schon jetzt zu schwanken; überall, in allen Stadttheilen hörte man die Meinung öffentlich äußern: Wenn die Friedrichstadt ihre Waffen abgeliefert hat, weshalb sollen wir uns der Gefahr des Zurückhaltens aussetzen! — Und in der That, diejenigen, welche so sprachen, hatten Recht, das Zurückhalten der Waffen war nur mit einer nutzlosen Gefahr für den Einzelnen begleitet, denn die Zeit des Kampfes war vorüber. Die Berliner Bürgerschaft war entmuthigt, abgespannt, an einen Kampf war nicht mehr zu denken.

So wurden denn überall in der ganzen Stadt die Waffen zum größten Theil freiwillig, ohne allen Widerstand abgegeben.

Sehr kluger Weise ließ General Wrangel diejenigen Bezirke, in denen er mit Wahrscheinlichkeit auf eine Widersetzlichkeit rechnen konnte, bis zuletzt. Dies waren besonders die Bezirke vor dem Oranienburger Thor, in welchen die thatkräftigen Mitglieder des Maschinenbauarbeitervereins wohnten.

Als an die Entwaffnung dieser Männer gegangen wurde, ließ General Wrangel eine bedeutende Militärmacht aufbieten und sogar Artillerie ausrücken; aber diese Vorsorge war vergeblich. Die Maschinenbauer sahen sehr wohl ein, daß es ein Wahnsinn von ihnen gewesen wäre, sich, nachdem die ganze Stadt sich ruhig hatte entwaffnen lassen, allein zu widersetzen. Sie hatten nicht Lust, sich aufzuopfern für die Bürger, welche ihnen so oft feindlich entgegengetreten waren; sie gaben ebenfalls friedlich den größten Theil ihrer Waffen ab.

So war denn diese schwierige und gefährliche Maßregel von der Regierung mit großer Klugheit und Energie durchgeführt worden, ohne daß ein Tropfen Blutes geflossen wäre.

Von 23 360 Gewehren wurden nicht weniger als 19 681 in jenen Tagen zurückgeliefert, nur ein kleiner Bruchtheil der der Bürgerwehr überlassenen Waffen stand noch aus. Die Bürgerwehr hatte durch Zurückgabe der Gewehre deutlich genug gezeigt, daß sie sich unterwerfe, an einer revolutionären Erhebung konnte sie sich nicht mehr betheiligen. Die Regierung hatte bei weiterer Durchführung der Zwangsmaßregeln gegen das revolutionäre Berlin einen früher vielleicht nicht ganz ungefährlichen Kampf nicht mehr zu fürchten, der unblutige Sieg war ihr sicher. General Wrangel konnte daher jetzt mit größerer Entschiedenheit und Strenge den Belagerungszustand aufrecht erhalten; er wurde hierbei auf das Eifrigste unterstützt durch die Polizei.

Herr von Bardeleben, der bisherige Polizei-Präsident, hatte seine Bedenken gegen die Verhängung des Belagerungszustandes höheren Ortes nicht verhehlt und denselben sogar einen Ausdruck gegeben, indem er sich weigerte, die ihm übertragene Polizeicensur über Plakate und andere Druckschriften auszuführen. — Ein solcher von konstitutionellen Bedenken geplagter Mann eignete sich nicht zur Ausführung contra-revolutionärer Maßregeln, er mußte einem mehr energischen Beamten weichen, einem Manne, der in der Wahl der Mittel zur Bekämpfung der Revolution sich nicht durch gesetzliche Bedenken beeinflussen ließ. Einen solchen, für seine Zwecke vorzüglich geeigneten Mann hatte das Ministerium in dem Herrn von Hinkeldey gefunden.

Am 18. November verkündete der neue Polizei-Präsident seinen Dienstantritt durch folgende Proklamation:

Mitbürger von Berlin!

Seine Majestät der König haben mich zum Polizei-Präsidenten ernannt. — Jeder neu eintretende Beamte pflegt alle, die mit ihm in Beziehung treten, um ihr Vertrauen zu bitten. Auch ich müßte dies! — Aber Vertrauen ist ein herrliches Gut, welches man nicht auf bloße Bitten empfängt; es will mit redlichem Willen, mit offenem Herzen, mit unbestechlicher Gerechtigkeitsliebe verdient und erworben werden! — Diese Eigenschaften bringe ich mit in mein neues schweres Amt! Ich will ein offenes Ohr haben für Klagen und Beschwerden, ich werde unerschütterlich treu sein Sr. Majestät dem Könige und den konstitutionellen Freiheiten, welche der König seinem Volke gelobt hat; ich werde aber auch, und darin erkenne ich eine der wesentlichsten Pflichten meines Amts, mit allen Kräften aufrechthalten Gesetz und Ordnung! In dieser Beziehung, Mitbürger von Berlin, darf ich nicht vergeblich zu Ihnen rufen! Die Haltung der Stadt in den letzten schweren Tagen, welche das Vaterland durchlebt hat, bürgt mir dafür, daß die Freiheit nur auf dem Wege des Gesetzes und der Ordnung erstrebt werden soll.

Berlin, den 18. November 1848.

Der Polizei-Präsident von Hinkeldey.

Es ist höchst charakteristisch für die Contre-Revolution des November 1848, daß selbst Herr von Hinkeldey, der erbitterte Feind jeder freiheitlichen Bewegung, sein Amt mit der Versicherung antreten mußte, daß er treu der konstitutionellen Freiheit bleiben wolle. Wie er diese konstitutionelle Freiheit verstand, das zeigte er sofort durch zahlreiche Verhaftungen politisch Verdächtiger, durch strengste Ausübung der Fremdenpolizei und Ausweisung der in Berlin nicht ortsangehörigen demokratischen Agitatoren, durch Konfiskation von Schriften und Schließung von Druckereien. Die Polizei zeigte sich fortan bei der Ausführung der drückenden Maßregeln, welche der Belagerungszustand im Gefolge haben mußte, viel härter, strenger und willkürlicher als das Militär.

Berlin nahm immer mehr und mehr das Ansehen einer belagerten Stadt an. Die Straßen verödeten mehr und mehr und man begegnete auf denselben nur ernsten, betrübten Gesichtern. Die Mitglieder des Preußenvereins allein, die erklärten Reaktionäre, waren froh über ihren Sieg, dem sie aber auch gleichwohl wieder nicht vollkommen trauten. Handel und Gewerbe lagen darnieder, denn der Aufenthalt der Fremden, welche bisher noch einiges Leben in den Verkehr gebracht hatten, war

so sehr erschwert, daß nur wenige sich in Berlin aufhielten. Das Schloß war dicht mit Militär besetzt, es glich mit seinen zugemachten Gitterthüren, hinter denen die eingeschlossenen Soldaten hervorschauten, einer Festung; ebenso alle anderen öffentlichen Gebäude, welche alle mit Besatzung belegt waren. Um die Wachen wurden Schutzgitter gemacht, um eine plötzliche Ueberrumpelung derselben zu verhindern.

Die Soldaten selbst ließen sich wenig sehen, sie waren meist in den Kasernen konsignirt, und wenn sie ausgingen, so waren sie bewaffnet, sie hatten den Befehl, nie ohne Seitengewehr auszugehen, und außerdem noch eine besondere Verwarnung erhalten, weil das Volk von Berlin den treuen Dienern des Königs nach dem Leben trachte.

Fünfunddreißigstes Kapitel.

Umschwung der Stimmung im Lande. — Die Berliner Stadtverordnetenversammlung. — Herr Gneist in der Stadtverordnetenversammlung. — Protest der Stadtverordnetenversammlung gegen die Steuerverweigerung. — Herr Bassermann über Berlins Zustände. — Reaktionäre Proklamation des Berliner Magistrats.

Seiner klugen Mäßigung zur rechten Zeit hatte das Ministerium den unblutigen Sieg der Contre-Revolution in Berlin zu danken, aber dieser Sieg hatte keine Bedeutung, wenn er nur dazu diente, die revolutionäre demokratische Partei in der Hauptstadt zu unterdrücken, er konnte erfolgreich und dauernd nur werden, wenn es dem Ministerium gelang, der großen Partei der Ruheliebenden im Lande und in der Hauptstadt gegenüber seine Maßregeln zu rechtfertigen, diese Partei für sich zu gewinnen. Es war dies keine leichte Aufgabe, denn die Freiheitsbewegung hatte seit dem März tiefe Wurzeln im Volke geschlagen, selbst die Konservativen in Stadt und Land hatten sich ihrem Einfluß nicht entziehen können, die große Mehrzahl von ihnen war konstitutionell gesinnt, — die Zahl der Anhänger eines absolutistischen Regiments war verschwindend klein. Wollte das Ministerium Brandenburg-Manteuffel sich auf die breite Masse des Volkes stützen, dann mußte es der herrschenden Stimmung Rechnung tragen, es mußte den Schein treuer Anhänglichkeit an alle dem Volke zugesagten konstitutionellen Freiheiten aufrecht erhalten. Dies geschah denn auch in vollstem Maße. Alle die zahlreichen Erlasse des Ministeriums während der Zeit der Contre-Revolution sind voll von Versicherungen, daß die dem Volk verheißenen Freiheiten niemals die geringste Schmälerung erleiden sollten.

Um die Nothwendigkeit der Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg und der Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin zu beweisen, mußte natürlich die Hauptstadt als der Herd der wüstesten Anarchie dargestellt werden; dies geschah in zahllosen von dem Ministerium theils direkt, theils indirekt ausgehenden Schriftstücken, sowie in offiziösen Artikeln, die allen reaktionären oder gesinnungslosen Zeitungen zur Veröffentlichung zugeschickt wurden; auch die Vossische und die Spenersche Zeitung in Berlin, die Organe des eigentlichen Bürgerthums, gaben sich zur Aufnahme derartiger Artikel her, die Kreuzzeitung, das Organ der herrschenden Partei, nahm sie natürlich mit Freuden auf, sie erging sich in den wüthendsten Schmähungen gegen die ungehorsame National-Versammlung, die sie nicht anders als den Club Unruh nannte.

Es kam darauf an, Stimmung zu machen; der Staatsanzeiger, die Kreuzzeitung und andere reaktionäre Blätter, denen sich auch die Vossische und Spenersche Zeitung, sich der Macht beugend, zugesellten, veröffentlichten daher täglich zahlreiche Petitionen und Zustimmungsadressen, welche der Regierung vom Preußen-Verein und patriotischen Verbindungen aus der Provinz zugegangen waren, und die zu einer wahren Fluth anschwollen, als die National-Versammlung durch den sogenannten Steuerverweigerungsbeschluß sicherlich die Grenzen ihrer Macht, vielleicht auch, nach der Anschauung vieler, selbst freisinniger Konstitutioneller, die Grenzen ihres Rechtes überschritt.

Der Steuerverweigerungsbeschluß trug in der That dazu bei, einen Umschlag in der Stimmung eines großen Theiles des Volkes, wenigstens des sich nach einer ruhigen friedlichen Entwickelung sehnenden Theiles, auch in Berlin zu Gunsten des Ministeriums zu bewirken; dies zeigte sich recht augenscheinlich bei den städtischen Behörden der Hauptstadt.

Die Stadtverordneten-Versammlung hatte bisher ganz auf Seiten der National-Versammlung gestanden, sie hatte protestirt gegen die Ernennung des Ministerium Brandenburg-Manteuffel, gegen die Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg und gegen die Aufhebung der Bürgerwehr, und zu diesem Zwecke Deputationen*) an

*) Wie unpolitisch und wenig diplomatisch die Herren Stadtverordneten bei diesen Deputationen verfuhren, erzählt uns Herr Gneist, der zu den leitenden Größen der damaligen Stadtverordneten-Versammlung gehörte und Mitglied der Deputation war, welche dem Könige eine gegen das Ministerium und gegen die Abschaffung der Bürgerwehr gerichtete Petition übergeben sollte, aber nicht vom König, sondern nur von dem versammelten Staatsministerium empfangen wurde. — Herr Gneist sagt in seiner Schrift „Berliner Zustände" wörtlich:

„Nach kurzer Besprechung erklärten hierauf die Staatsminister, daß sie die Zulassung der Deputation an den König nicht befürworten könnten. Die Haltung des Staatsministeriums war, wie ich anerkennen muß, in diesem etwas kritischen Augenblick eine durchaus ruhige und würdige, nur für uns trat ein fataler Zwischenfall ein. Der Stadtverordnete nämlich, welcher zuerst das Wort ergriffen hatte, glaubte, unsere Anträge mit der (mir ganz neuen) Erklärung einleiten zu müssen:

das Ministerium und selbst an den Prinzen von Preußen gesendet, dessen Vermittelung in dem zwischen dem Ministerium und der National-Versammlung entstandenen Konflikt sie erbitten sollten. Ihre Bemühungen waren natürlich vergeblich gewesen, der Prinz hatte sie zwar empfangen, aber jede Vermittelung abgelehnt, wenn er ihnen auch zum Schluß der Audienz sein heiliges und feierliches Versprechen und fürstliches Wort darauf gab,*) daß die Königlichen Verheißungen vom März buchstäblich erfüllt werden würden.

Vermochten die Stadtverordneten Berlins mit ihren Adressen, Protesten, Petitionen und Deputationen nichts zu erreichen, so blieben sie doch der National-Versammlung treu, sie überließen derselben sogar, wie schon erzählt ist, den eigenen Sitzungssaal zur Fortsetzung der Berathungen; aber ihre der National-Versammlung so günstige Stimmung erlitt schon einen Umschwung, als nur die Nachricht sich verbreitete, die National-Versammlung sei im Begriff, einen Steuerverweigerungsbeschluß zu fassen. Herr Gneist war es, der diese Nachricht am 15. November der Stadtverordneten-Versammlung in einer geheimen Sitzung mittheilte; er hatte, ohne dazu beauftragt zu sein, mit dem Stadtverordnetenvorsteher Seidel und dem Stadtverordneten von Rohr gemeinschaftlich die Fraktionen der Abgeordneten besucht, um bei diesen seinen Einfluß gegen den Steuerverweigerungsbeschluß aufzubieten. Seine Worte hatten keine Wirkung gehabt, selbst die Drohung, daß die Stadtverordneten-Versammlung Protest gegen einen Steuerverweigerungsbeschluß einlegen werde, hatte nicht gefruchtet, — der Abgeordnete Waldeck hatte ihm sogar schwere und im gegebenen Augenblick wohl berechtigte Vorwürfe darüber gemacht, daß er die Pläne der Abgeordneten durchkreuze in dem Augenblick, in welchem es gelte, den muthigen und entscheidenden Schritt für das Vaterland und die Freiheit zu thun.

Herr Gneist ließ sich durch die ernste Mahnung Waldeck's, in einem so kritischen Zeitpunkt nicht Unfrieden zu säen, nicht beirren, er forderte, nachdem seine Bemühungen bei den Fraktionen fruchtlos gewesen waren, daß die Stadtverordneten-Versammlung eine Adresse an die National-Versammlung richte, in welcher sie gegen einen Steuerverweigerungsbeschluß protestire, und seinem Einfluß gelang es, eine allerdings noch immer die Sympathie der Stadtverordneten für die National-Versammlung in beredten Worten aussprechende Adresse durchzusetzen.

Diese Adresse, welche der National-Versammlung sofort übermittelt wurde, lautete:

Hohe National-Versammlung!

Die Rechte der Nation sind durch die Minister der Krone gekränkt, verletzt durch Minister, welche das Vertrauen des Landes nie gehabt haben und nie haben werden, welche in unglücklicher Täuschung das Vaterland an den Abgrund des Verderbens führen. Die heiligen Rechte der Nation sind ehrenvoll erkämpft, durch Königswort besiegelt, und die Bürgerschaft Berlins wird die letzte sein, welche sie aufgiebt; sie war die erste, welche offen erklärte, daß sie auf Seite der National-Versammlung stehe. Es ist der Wille unserer Bürgerschaft, der Wille einer großen Nation, welcher daran festhält:

wir wollen eine Verfassung vereinbaren, nicht aber als Geschenk empfangen.

Dazu haben wir Sie gewählt, Sie — die Männer unseres Vertrauens — gehören uns, und kein Diener der Krone soll Sie uns nehmen, Niemand Ihre Vollmacht deuten, welche Sie von der Nation haben. Wir sind nie stärker gewesen als unter der Gewalt der Waffen, in dem Bewußtsein unseres guten Rechts.

Aber eben dieses Bewußtsein wird Ihrer hohen Versammlung die Kraft geben, mit Festigkeit und Ausdauer den Weg zu verfolgen, welcher unsere gute Sache zum Siege führt. Sie werden im Bewußtsein des eigenen Rechts auch die hohen Rechte der Krone zu wahren und die Leidenschaft zu zügeln wissen, welche über diese Grenze hinausführt. Sie werden auch in Ausübung Ihrer Befugnisse nicht solche Schritte thun, welche das Vaterland in das Verderben stürzen. Darum bitten und beschwören wir Sie, den Antrag auf Steuerverweigerung einmüthig zurückzuweisen. Wir sind zu stark, um einen Schritt der Verzweiflung zu thun, welcher Krone und Land in unabsehbares Elend und jahrelange Verwirrung stürzen und unserer Sache die Herzen abwenden würde. Wir beschwören Sie, die Rechte der Krone zu ehren, und die Krone wird die unsrigen achten und ihre Rathgeber künftig aus Männern wählen, welche das Vertrauen der hohen Versammlung haben.

Wir bitten und beschwören ehrerbietigst Eine hohe Versammlung, die Hand zu einem ehrenvollen Vergleich zwischen Krone und National-Versammlung — den gleichberechtigten Mächten — zu bieten, — ein für die Krone unehrenvoller Vergleich würde ihr nicht nur die Herzen, sondern auch die Ueberzeugungen des Landes abwenden; wir beschwören Sie, dahin zu streben, in treuer duldender Ausdauer festzustehen gegenüber der Gewalt der

„Es seien soeben, wir wüßten nicht wie, viele tausend Waffen der Bürgerwehr in die Hände des demokratischen Clubs und der Arbeiter gekommen, und wir müßten daher, um ein schreckliches Blutvergießen zu verhüten, gegen die Auflösung der Bürgerwehr und den angedrohten Belagerungszustand petitioniren."

Bei dieser diplomatischen Einleitung leuchtete natürlich augenblicklich ein Sonnenblick der freudigen Ueberraschung über das Antlitz der Staatsminister, und es erfolgte denn nun auch die Erklärung: daß das Ministerium eben mit Rücksicht auf diese höchst dringlichen Umstände sich veranlaßt sehe, den Belagerungszustand sofort zu erklären.

Auch meine letzte Bitte um eine Fristbewilligung wurde abgeschlagen, unsere Audienz war zu Ende und der Belagerungszustand ausgesprochen."

*) Herr Gneist, der auch Mitglied dieser Stadtverordneten-Deputation war, erzählt dies in seinem schon erwähnten Buch „Berliner Zustände".

Waffen und der Leidenschaften, festzuhalten an unserm guten Recht, dem Lande aber den Frieden zu geben und dem Volke eine freie Verfassung!

Berlin, den 15. November 1848.

Stadtverordnete zu Berlin.

Die Adresse war fruchtlos; der Steuerverweigerungsbeschluß wurde gefaßt, und ein Umschlag in der Stimmung eines großen Theiles der Stadtverordneten war die fast unmittelbare Folge.

Dies zeigte sich schon nach sehr kurzer Zeit. — Es erregte damals in Berlin ein Bericht peinliches Aufsehen, welchen der Unterstaats-Sekretär und Reichskommissarius Bassermann in der Frankfurter Verfassung gebenden Versammlung erstattete über die in der preußischen Hauptstadt herrschenden Zustände. — Herr Bassermann hatte es übernommen, eine Vermittlung zwischen der National-Versammlung und der preußischen Regierung anzubahnen, aber er hatte nicht einmal den Versuch einer solchen Vermittlung gemacht, sondern einfach die Unterwerfung der National-Versammlung gefordert, und als er nun nach Frankfurt zurückgekehrt war, entrollte er dort ein wahrhaft fürchterliches Bild von der Anarchie, die nach seiner Anschauung in Berlin herrschen sollte. Der Bericht strotzte von lächerlichen Uebertreibungen,*) selbst von Unwahrheiten; er erregte die Entrüstung der Berliner Bürgerschaft in einem solchen Grade, daß aus mehreren Stadtbezirken an die Stadtverordneten-Versammlung der Antrag erging, eine öffentliche Erklärung gegen den Bericht zu erlassen, der als das amtliche Urtheil eines Reichskommissarius doch eine Bedeutung hatte, und gegen welchen deshalb die Abgeordneten der Linken der National-Versammlung einen geharnischten Protest und eine eingehende Widerlegung veröffentlichten.

Vor wenigen Tagen noch hätte sicherlich die Stadtverordneten-Versammlung ihre tiefste Entrüstung ausgesprochen, jetzt aber hatte sich nach dem Steuerverweigerungsbeschluß die Stimmung geändert, jetzt hörte man in dieser Versammlung viel mehr Anklagen gegen den Terrorismus des Volks, gegen die anarchischen, von der Demokratie geschaffenen Zustände, als gegen die Ungesetzlichkeit des Belagerungszustandes. — Die heimlichen Anhänger des Ministeriums Brandenburg führten jetzt schon das große Wort, und sie setzten es durch, daß die Stadtverordneten-Versammlung mit 50 gegen 40 Stimmen eine ihr vorgeschlagene öffentliche Erklärung gegen den Bassermann'schen Bericht ablehnte und hierdurch die Richtigkeit desselben, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt, durch Stillschweigen anerkannte. —

Viel entschiedener noch als in der Stadtverordneten-Versammlung zeigte sich der Umschwung der Stimmung und der Meinungen im Magistrat, der jetzt, nachdem der Sieg des Ministeriums Brandenburg nicht mehr zweifelhaft sein konnte, sich beeilte, die liberale Maske abzuwerfen und sich der herrschenden Partei dienstwillig zu zeigen. Er that es durch eine Proklamation, die ein ungeheures Aufsehen nicht nur in Berlin, sondern weit mehr noch in den Provinzen machte und sehr viel dazu beitrug, der National-Versammlung die Sympathien zu rauben, die noch ein großer Theil des Volkes trotz des Steuerverweigerungsbeschlusses für sie fühlte. Die Proklamation des Magistrats von Berlin ist hierdurch ein wichtiges historisches Aktenstück geworden, sie lautet:

An unsere Mitbürger!

Die Krisis, in welche die Entwickelung unserer öffentlichen Zustände seit dem 9. d. M. getreten ist, hat uns die unabweisbare Pflicht auferlegt, nach ernster, besonnener und gewissenhafter Erwägung der in Betracht kommenden rechtlichen Verhältnisse, sowie der Lage unseres Vaterlandes und des Zustandes unserer Stadt uns über den Standpunkt zu entscheiden, den wir nach Pflicht und Gewissen der Krone, dem Lande und unserer Stadt gegenüber einzunehmen hätten. Wir sind zu einer bestimmten Ueberzeugung hierüber gekommen und haben ihr entsprechend gehandelt. Sie findet mehr und mehr in unserer einsichtsvollen Bürgerschaft ihre richtige Würdigung, und halten wir es daher jetzt, da die Aufregung des Augenblicks der vorurtheilsfreien Ueberlegung Raum gegeben hat, für unsere Pflicht, die Motive unseres Verhaltens unseren Mitbürgern rücksichtslos offen zu legen.

Es ist unseren Mitbürgern bekannt, wie wir seit den Tagen des März das Erwachen unseres Volkes zu nationaler Freiheit und politischer Mündigkeit mit Freude begrüßt haben; wie wir sodann zur Feststellung der errungenen Freiheiten und Rechte des Volkes durch unsere Mitwirkung an der Entwickelung des öffentlichen Lebens überhaupt und namentlich bei der Organisation der Bürgerwehr, sowie bei der Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung an unserm Theile nach besten Kräften beigetragen und die schwere Aufgabe zu lösen gesucht haben, in der Zeit allgemeiner Geschäftslosigkeit unseren ärmeren Mitbürgern lohnende Arbeit zu verschaffen. Wir durften hoffen, daß, sobald in der Vertretung des Landes dem Nationalwillen sein Organ gegeben wäre, die Wogen der Revolution sich legen, der Friede und die Ordnung in unserm Vaterland wieder einkehren und die in ihrem Zufluß gehemmten Quellen der bürgerlichen Nahrung und des Wohlstandes sich wieder öffnen würden. Wir hofften, daß die Vertreter des Landes die neuen Prinzipien unseres sozialen Lebens in weisen Gesetzen ausprägen und Preußen so zum zweiten Male der Welt das große Schauspiel einer aus der sittlichen Erhebung der Nation hervorgegangenen Wiedergeburt geben würde. Unsere Hoffnungen sind nicht in Erfüllung gegangen. Nach den welterschütternden Ereignissen, die wir erlebt hatten, konnten wir freilich nicht sofort die Ruhe in den

---

*) Das geflügelte Wort „Bassermann'sche Gestalten" entstammt dem Volkswitz, der sich über den Bassermann'schen Bericht ergoß. Herr Bassermann wollte nur zerlumpte, unheimliche, Grauen einflößende Kerle, welche die Stadt beherrschen, in Berlin gesehen haben.

Gemüthern und die Ordnung in den öffentlichen Zuständen erwarten, welche nur aus der Befriedigung der Bedürfnisse der Nation durch die vereinten patriotischen Bestrebungen der Vertreter des Volkes und der Regierung hervorgehen können. Aber das durften gewiß alle Edeldenkenden im deutschen Vaterlande mit uns erwarten und verlangen, daß die Bewegungen, welche nothwendig die neue Gestaltung unserer staatlichen Verhältnisse begleiten müssen, sich innerhalb der Schranken hielten, welche überhaupt einen staatlichen Zusammenhalt und eine bürgerliche Ordnung möglich machen; — daß sie die unwandelbaren Grundsätze der Gerechtigkeit und Sittlichkeit nicht gänzlich verließen und die Freiheit, welche ihr Endziel sein soll, nicht in ihrer Wurzel vernichteten. Ueber diese nothwendigen Schranken hat sich aber eine anarchische Fraktion in Deutschland und in Preußen hinweggesetzt.

Wiewohl bei weitem die Mehrheit der Nation in der konstitutionellen Monarchie die einzige Gewähr für das Bestehen und die Wohlfahrt unseres Vaterlandes sowie für die Freiheit Aller erkennt, will diese Fraktion dennoch, theils aus Verblendung, theils aus selbstsüchtigen Zwecken, der Nation die Republik aufzwingen und schreckt, um diesen Zweck zu erreichen, vor keinem Mittel der List und der rohen Gewalt zurück. Zu diesem Ende suchte sie mit rücksichtsloser Konsequenz Preußens Macht, die Hauptstütze Deutschlands, zu brechen und zu vernichten. Unter dem gleißnerischen Vorgeben einer Verbrüderung mit dem Volke sollte unser durch Disziplin und Tapferkeit ausgezeichnetes Heer seinen Führern ungetreu gemacht und demoralisirt werden. — Jeder Zwischenfall wurde benutzt, die Gesetzgebung zu verzögern, die Regierung zu schwächen, die Bevölkerung in Unruhe zu versetzen und zu empören. In Baden, Köln, Frankfurt sahen wir den offenen Aufruhr, in Begleitung von Meuchelmord und Gräuelscenen. Männer, welche ihren Abscheu vor diesen Gräueln offen aussprachen und ihre warnende Stimme erhoben, wurden als bornirte Moralisten der Verachtung der Menge preisgegeben, und man scheute sich nicht, in Volksversammlungen öffentlich zu erklären, daß die Rotte, welche in Frankfurt den deutschen Namen und das deutsche Volk in seinen Vertretern geschändet, sich um das Vaterland wohl verdient gemacht habe.

Von den Vertretern der deutschen Nation in Frankfurt verworfen, glaubte diese Fraktion den geeignetsten Boden ihres ferneren Wirkens in Berlin zu finden. Leider konnte der äußere Anblick unserer Stadt einen solchen Wahn wohl möglich machen. Die preußische National-Versammlung hatte es nicht als ihre erste und dringendste Aufgabe erkannt, das Grundgesetz des Landes mit der Krone festzustellen, um der unheilvollen Unsicherheit aller Lebensverhältnisse schleunigst ein Ende zu machen. Sie nahm nicht darauf Bedacht, die durch die Erschütterung der obersten Staatsgewalt wankend gewordene gesetzliche Ordnung zu stärken, die Unordnung stieg vielmehr, indem man sie ruhig gewähren ließ. Die Regierungsgewalt wurde geschwächt durch Eingriffe in Funktionen, welche nur der ausübenden Macht zustehen. Ja, so wenig hatte die Erkenntniß, daß ohne Ordnung keine Freiheit möglich sei, die National-Versammlung durchdrungen, daß sie es nicht einmal der Mühe werth erachtete, Vorkehrungen zu treffen, um ihre Mitglieder vor brutaler Gewalt und die Freiheit ihrer Berathungen zu schützen; die Folge dieses Verhaltens war natürlich, daß die Begriffe von Recht und Ordnung im Volke immer mehr verwirrt und das Gefühl für Gesittung abgestumpft wurde. Angesichts der Denkmale hoher menschlicher Bildung mußten wir in Berlin Scenen der Barbarei erleben, die noch vor wenigen Monaten für unmöglich gehalten waren. Mit Mühe gelang es den redlichen, aufopfernden Anstrengungen unserer Bürgerwehr, die letzten Spitzen der Exzesse abzubrechen, welche das allgemeine Wohl bedrohten. Verhüten konnten sie deren immer öftere Wiederholung nicht, da die geschwächte Regierungsgewalt dem Gesetze keine Achtung mehr verschaffen konnte. Vier Ministerien hatten es versucht, das Staatsschiff durch die Stürme zu lenken, welche keine äußere Macht oder Gewalt, nein, das Volk selbst zu seinem eigenen Untergange heraufbeschworen hatte. Sie vermochten es nicht, weil sie von der National-Versammlung nicht unterstützt wurden. — Diese hielt es nicht für ihre Pflicht, ganz abgesehen von unserer konstitutionellen und legislatorischen Entwickelung, die Staatsgewalt so zu stärken, daß dem Gesetze wieder seine Achtung wurde. Sie stellte sich unter den Schutz der das Sitzungslokal belagernden Massen, denen sie den Ehrennamen Volk beilegte, und aus ihrer Mitte heraus wurden sogar Verbindungen mit demselben unterhalten. Sie gab dadurch sich und die Regierung dem Einfluß und dem Terrorismus derer preis, welche jene Massen regierten. So geschah es, daß in der Hauptstadt des preußischen Staats, in dem Mittelpunkte unserer Bildung, wir einer Gesetz- und Zügellosigkeit zu unterliegen schienen, welche nicht nur ein Hohn der Freiheit war, deren wir uns rühmten, welche auch den Preußischen Staat, das Werk der edelsten norddeutschen Volksstämme und ihrer größten Fürsten, die Schutzmauer Deutschlands nach Nord, Ost und West, die Pflegerin deutscher Gesittung und Größe, in den Grundpfeilern erschütterte und uns dem sichern Untergange entgegenführte. Wir standen am Rande des Verderbens. Da war es die heilige Pflicht derer, in deren Hände die Geschicke unseres Landes in dieser verhängnißvollen Zeit gelegt sind, das Vaterland zu retten. Es gab dazu nur ein Mittel: der National-Versammlung die Freiheit wieder zu geben, die sie unter den Einflüssen der eingerissenen Zügellosigkeit in der Hauptstadt verloren hatte, und unsere Stadt wiederum zum Bewußtsein der Oberherrschaft des Gesetzes zu bringen. Indem die Regierung dieses Mittel ergriff, war sie nicht nur in ihrem schwer zu bestreitenden formellen Rechte, sondern hatte auch das höhere Recht auf

ihrer Seite, welches in ihrer heiligen Pflicht lag, das Vaterland aus der Gefahr zu retten, in welche die Anarchie es gestürzt hatte. Mit tiefem Schmerze empfanden wir die Strenge der Maßregeln, welche zur Rettung unseres Vaterlandes in unserer Stadt ergriffen werden mußten. — Insbesondere betrübte es uns, durch die angeordnete Entwaffnung unserer Bürgerwehr Gefühle verletzt zu sehen, die wir nur als edle anerkennen konnten. Die Bürgerwehr verschuldete nicht, was Einzelnen in derselben oder ihrer Oberleitung zur Last gelegt werden konnte. Sie hatte stets mit Aufopferung von Gut und Blut dem Dienste unserer Stadt und des Vaterlandes sich gewidmet. Wir hielten es deshalb auch für unsere dringendste Pflicht, Alles zu versuchen, um Maßnahmen abzuwenden, welche das wohlberechtigte Ehrgefühl unserer pflichtgetreuen Bürgerwehr verletzen konnten. Wir mußten indessen dem Drange der Umstände nachgeben und Trost in der Ueberzeugung finden, daß allerdings noch größere Gefahr für das Vaterland in halben Maßregeln lag, welche, ihres Zweckes verfehlend, den ganzen Staat vernichten konnten.

Aber noch tiefer mußten wir das Verhalten eines Theiles der National-Versammlung in der eingetretenen Krisis beklagen. Statt, wie es das Heil und die Rettung des Landes gebot, sich eben hierzu mit der Krone in das engste Einvernehmen zu setzen und den in der Freiheit und Ordnung gesicherten, ersehnten Frieden dem Lande zu geben, sehen wir diese Fraktion unserer Volksvertreter, selbst die Fahne der Gesetzlosigkeit erhebend, die Staatsgewalt an ihrem Theile vernichten, ja durch die ausgesprochene Steuerverweigerung die Fackel des Aufruhrs in das Land werfen.

Dieser Theil der National-Versammlung hat eben so sehr seine Stellung und seine Befugnisse als die Stimmung und den Willen des Landes verkannt. Er hat uns durch sein Verfahren an einen Abgrund geführt, vor dem wir und, wir sprechen es mit voller Zuversicht aus, alle edlen Preußen zurückschaudern. Die Bahn zum blutigen Bürgerkriege, die damit eröffnet ist, wird das Volk nicht betreten. Es wird nicht den Untergang Preußens und Deutschlands in dem Versuche wollen, eine Republik herzustellen, der es an allen sittlichen und politisch-sozialen Grundlagen fehlt, es wird den festen Willen nicht aufgeben, ein konstitutionelles Preußen aufzubauen, im engsten Bunde mit Deutschland, gestützt auf die Entwickelung des deutschen Geistes und seiner Civilisation in einer ruhmreichen Geschichte von Jahrhunderten. Dies ist unsere Ueberzeugung; Mitbürger von nah und fern, wir hoffen zuversichtlich, auch die Eurige! Wir wollen freie Männer sein, wir wollen keins der Rechte, keine der Freiheiten uns verkümmern lassen, welche die unabweisbaren Forderungen unserer Zeit sind. In dem festen Glauben an die Macht der großen Ideen, welche unsere Zeit bewegen, halten wir jede Reaktion für unmöglich, wenn nicht schon die erneuten feierlichsten Zusicherungen jede derartige Befürchtung abwiesen. Aber wir wollen nicht die Gräuel der Verwüstung, nicht die Herrschaft der rohen Gewalt, nicht den Untergang unseres edlen Volkes durch Selbstmord. Darum Mitbürger, schaaren wir uns um den Einheitspunkt unseres Vaterlandes, den konstitutionellen Thron. Kräftigen wir unser Volk, indem wir die Krone kräftigen! Laßt den Frieden und die Einigkeit wieder einkehren in unser Land, den Frieden mit dem Königshause! — Und die Liebe und das Vertrauen, welche wir zeigen, wird mächtiger sein, als alle Gewalten, sie wird uns und mit uns Deutschland groß, frei und glücklich machen, wie wir es in dem Maße früher nie gewesen sind und in anderer Weise niemals werden können.

Berlin, den 21. November 1848.

Der Magistrat.

Sechsunddreißigstes Kapitel.

Die Fraktionen der National-Versammlung nach dem Steuerverweigerungsbeschluß. — Revolutionäre Proklamation der Linken. — Adresse der Berliner Professoren an den König gegen die National-Versammlung. — Die deutsche Reichsversammlung gegen die National-Versammlung. — Vermittelungsversuche zwischen der National-Versammlung und der Regierung. — Der König will keinen Vergleich. — Grabow. — Die Reichskommissarien. — Die Proklamation vom 27. November. — Wrangel's Verbot der Fraktionsversammlungen der National-Versammlung. — Sprengung der Fraktionsversammlungen durch Militär. — Die Rechte in Brandenburg. — Die Mehrzahl der Abgeordneten beschließt, nach Brandenburg zu gehen. — Die National-Versammlung in Brandenburg, ihre letzte Sitzung. — Proklamation der Rechten an das Volk. — Auflösung der National-Versammlung in Brandenburg. — Denkschrift des Ministeriums. — Oktroyirung der Verfassung vom 5. Dezember.

Die National-Versammlung konnte nach dem am 15. November gefaßten sogenannten Steuerverweigerungsbeschluß während der Dauer des Belagerungszustandes in Berlin keine offizielle Sitzung mehr abhalten, darüber waren alle Fraktionen einig. Es war der Würde einer solchen, das ganze Volk repräsentirenden Versammlung nicht angemessen, von einem Sitzungslokal zum andern zu ziehen, immer in der Gefahr, durch Militär auseinander getrieben zu werden. Es ließ sich außerdem auch leicht voraussehen, daß manche Mitglieder nicht die Energie haben würden, fortgesetzten Verfolgungen Trotz zu bieten, und daß es daher schwer möglich sein werde, in Berlin überhaupt eine beschlußfähige Versammlung wieder zusammen zu bekommen; wenn dies aber nicht möglich war, dann mußte sich für die Abgeordneten naturgemäß die Frage aufwerfen, welche Maßregeln sie in dem ausgebrochenen Kampf zwischen Ministerium und National-Versammlung ergreifen sollten, — diese

Frage beschäftigte denn auch in der nächsten Zeit nach dem 15. November die Fraktionen, die täglich viele Stunden in Berathung waren.

Die Fraktion der Linken stellte sich bei diesen Berathungen naturgemäß auf den Boden der Revolution. Eine friedliche Lösung des Konflikts erschien ihr nicht mehr möglich. Sie hoffte auf die Unterstützung des Landes, auf die Ausführung der Steuerverweigerung. Die zahllosen, mit vielen Tausenden von Unterschriften bedeckten Zustimmungsadressen, welche die National-Versammlung vor dem Steuerverweigerungsbeschluß erhalten hatte, die Proklamationen und Resolutionen, welche zum Theil nicht nur von demokratischen Clubs, sondern selbst von einigen Stadtverordneten-Versammlungen und Magistraten in Provinzialstädten erlassen worden waren, gaben der Linken den Muth zu solchen Hoffnungen; sie wendete sich deshalb mit einer echt revolutionären Proklamation an das Volk, welche mit den Worten schloß: „Die Anklage des Ministeriums wegen Hochverraths ist eingeleitet und demselben die Erhebung der Steuern durch einstimmigen Beschluß vom 15. November untersagt. So haben wir das letzte parlamentarische Mittel erschöpft. An dem Volke ist es, unsere Beschlüsse auszuführen!"

Diese Proklamation, welche die zur Linken gehörigen Abgeordneten am 18. November in ihre Wahlkreise sendeten, hatte, wie der Steuerverweigerungsbeschluß, nur den Erfolg, daß an einzelnen Stellen im Lande ein schnell verflackerndes Feuer aufflammte; daß einzelne Magistrate, wie die von Breslau und Görlitz, die Ablieferung der bereits erhobenen Steuern an die Staatskasse inhibirten, daß es in anderen Städten, wie in Erfurt, zu Kämpfen kam, in denen die Regierung leicht siegte, daß aber auf der anderen Seite die Proteste gegen das revolutionäre Gebahren der National-Versammlung sich vervielfachten, und daß die Stimmung nicht nur in den Provinzen, sondern zum Theil auch in Berlin selbst gegen die National-Versammlung umschlug; so wendeten sich nicht weniger als 62 Professoren der Berliner Universität, darunter alle 7 Professoren der juristischen Fakultät, am 24. November mit einer Adresse an den König, — sie sprachen sich in derselben für das volle Recht der Krone, die National-Versammlung zu vertagen, aus. —

Noch verhängnißvoller war es für die National-Versammlung, daß auch in der Frankfurter Reichsversammlung, in der Vertretung des gesammten deutschen Volkes, die Stimmung gegen die preußische National-Versammlung umschlug. Am 14. November hatte die Reichsversammlung mit 239 gegen 189 Stimmen folgenden Antrag angenommen:

„Die Reichsversammlung wolle in Uebereinstimmung mit den von dem Reichsministerium beschlossenen Maßregeln erklären, daß sie es für nöthig erachte: 1. Die Königlich preußische Regierung dahin zu bestimmen, daß sie die angeordnete Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg zurücknehme, sobald solche Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicher zu stellen. 2. Daß die preußische Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt und die Besorgnisse vor reaktionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beseitigen geeignet ist."

Mit diesem Beschluß hatte sich die Reichsversammlung für die preußische National-Versammlung ausgesprochen, durch den Steuerverweigerungsbeschluß aber wurde sie zu einem entgegengesetzten Beschluß veranlaßt. Sie faßte ihn am 20. November mit großer Majorität, er lautet:

„Die Reichsversammlung, im Verfolg ihrer Beschlüsse vom 14. d. M. und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Ereignisse, fordert die Centralgewalt auf, durch die in Berlin anwesenden Reichskommissarien hinzuwirken auf Ernennung eines Ministeriums, welches das Vertrauen des Landes besitzt. Sie erklärt den auf Suspension der Steuererhebung gerichteten, offenbar rechtswidrigen, die Staatsgesellschaft gefährdenden Beschluß der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung ausdrücklich für null und nichtig. Sie erklärt endlich, daß sie die dem preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde."

Dieser Beschluß des deutschen Reichstages war ein schwerer Schlag für die National-Versammlung, er trug sehr viel dazu bei, ihr die Sympathien der Mittelparteien zu rauben, da für diese die Reichsversammlung die höchste Autorität war.*)

Am 9. November hatte die Mittelpartei überall im ganzen Lande auf Seiten der National-Versammlung gestanden, nach dem 15. November wurde sie derselben untreu; wenn sie sich ihr auch nicht gerade feindlich zeigte, mißbilligte sie doch das allzuscharfe Vorgehen derselben und sie bemühte sich, eine Vermittelung da zu bewirken, wo doch eine Vermittelung unmöglich war.

Herr Grabow, der frühere Präsident der National-Versammlung, hatte eine solche Vermittelung schon früher versucht. Er hatte eine Audienz beim König erbeten und sie war ihm gewährt worden; aber erreicht hatte er nichts, denn sein Vorschlag,

---

*) Der Beschluß der deutschen Reichsversammlung war den erfolgreichen Bemühungen des Abgeordneten Peter Reichensperger zu danken, der von seiner Partei, der Rechten der National-Versammlung, im Einverständniß mit dem Minister von Manteuffel nach Frankfurt a. M. gesandt worden war, um bei dem deutschen Parlament Stimmung für das Ministerium und die Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg zu machen. Es war ihm dies vortrefflich gelungen, während die Herren Schulze-Delitzsch und Rodbertus, welche von ihrer Partei am 23. November nach Frankfurt gesendet wurden, um womöglich den Beschluß vom 20. November rückgängig zu machen, nichts erreichten, als einen Protest von 147 Mitgliedern der Frankfurter Linken.

die National-Versammlung möge in Berlin belassen und ein Kammer-Ministerium gebildet werden, dem die Majorität sicher sei, konnte nicht angenommen werden, die Erfüllung desselben wäre ja gleichbedeutend mit einer Niederlage der Krone in dem entstandenen Kampfe gewesen.

Herr Grabow würde übrigens, auch wenn er wirklich möglicher Weise annehmbare Vermittelungsvorschläge hätte machen können, doch keinen Erfolg gehabt haben, denn König Friedrich Wilhelm IV. wollte keinen Vergleich. Er war erfüllt von einer tiefen Erbitterung gegen eine Versammlung, deren demokratische Tendenz ihm in der Seele zuwider war, die ihm nicht erschien als die Repräsentation des Volkes, sondern als die des niedrigen gemeinen Pöbels, — gegen eine Versammlung, welche die seine Seele erfüllenden Ideale in den Staub herabgezogen hatte, die das Königthum von Gottes Gnaden abschaffen und eine Volksherrschaft an die Stelle des königlichen Regiments setzen wollte. — Nur durch den Drang der eisernen Nothwendigkeit waren ihm die dem Volke gemachten Zusagen abgerungen worden, er hatte trotzdem seiner Ueberzeugung nach diese Verheißungen treu erfüllt und war auch Willens, sie ferner zu erfüllen, aber nicht darüber hinaus zu gehen. — Jede Nachgiebigkeit gegen die verhaßte National-Versammlung wurde dem König von seinen Räthen als eine Entehrung der Krone dargestellt, die Zustände in Berlin wurden ihm in den schwärzesten Farben geschildert, viel schlimmer, als sie jemals gewesen waren; die Krone hatte jetzt die Kraft, die Macht der National-Versammlung zu brechen, und der König war entschlossen, dies zu thun; er wollte keinen Vergleich.

Vermochte Herr Grabow beim Könige mit seinem Vermittelungsversuch nichts zu erreichen, so waren ebenso vergeblich die Vermittelungsversuche, welche zwei von Frankfurt nach Berlin gesendete Reichskommissarien, die Herren Simson und Hergenhahn, ebensowohl beim Ministerium als bei den verschiedenen Fraktionen der National-Versammlung machten. — Sie drangen darauf, die Versammlung solle sich entschließen, nach Brandenburg überzusiedeln; aber sie konnten für diese Nachgiebigkeit keinen Preis bieten. Wenn sie auch ihre Hoffnung aussprachen, das Ministerium Brandenburg werde zurücktreten, sobald die National-Versammlung dem Rufe des Königs Gehorsam leiste und am 27. November in Brandenburg erscheine, so vermochten sie auch für diese Hoffnung, die sicherlich chimärisch war, nicht die geringste Garantie zu übernehmen. Hatte Grabow die Vermittelung durch eine Niederlage der Krone bewirken wollen, so bedeutete die Annahme der Vorschläge der Reichskommission eine Niederlage der National-Versammlung, gegen welche sich die Männer sträubten, welche bisher mit dem Aufgebot ihrer ganzen Kraft das Recht der National-Versammlung hoch gehalten hatten.

Allerdings waren die Verhältnisse inzwischen andere geworden, als beim Beginn des Konflikts. Damals, am 9. November, konnten die Abgeordneten sich noch der Täuschung hingeben, daß das ganze Volk auf ihrer Seite stehe und daß sie die Macht haben würden, die Krone zur Nachgiebigkeit zu zwingen, jetzt, — unmittelbar vor dem 27. November, — war schon der Umschwung in der Volksstimmung eingetreten, die National-Versammlung war bereits in dem Kampfe unterlegen, in Berlin konnte sie während des Belagerungszustandes nicht einmal zusammenkommen. Wollte die Versammlung überhaupt noch irgend eine Wirksamkeit ausüben, dann blieb ihr nichts übrig, als nach Brandenburg zu gehen, dafür sprachen sich denn auch in der Fraktion die Abgeordneten Bucher und Parrisius aus, zwei Männer, die zu den freisinnigsten und entschiedensten Abgeordneten gehörten, sie erklärten, die Versammlung müsse nach Brandenburg gehen, weil ihr kein anderer Kampfplatz für die im März errungene Freiheit bleibe.

Hätten die sämmtlichen Fraktionen den Parrisius-Bucher'schen Vorschlag angenommen, hätte der Präsident von Unruh die Versammlung zum 27. November nach Brandenburg berufen, dann würde für das kontrerevolutionäre Ministerium eine außerordentlich schwierige Stellung geschaffen worden sein. Die Herrschaft der Linken war in Brandenburg gesichert, selbst wenn einige, vielleicht zwanzig oder dreißig Mitglieder der äußersten Linken, der Berufung durch den Präsidenten nicht gefolgt wären, denn die beiden Centrumsparteien hatten sich durch den gemeinsamen Kampf gegen das Ministerium ganz mit der Linken vereinigt und bildeten mit ihr zusammen eine Majorität, gegen welche die regierungstreue Rechte vollständig machtlos sein mußte. — Gegen diese Majorität mußte dann das Ministerium einen neuen Kampf beginnen. — Daß das Ministerium die Absicht hatte, die ihm feindliche Versammlung zu sprengen oder aufzulösen, mußte damals schon Jedem klar sein, aber es verlor dazu selbst den Schein des Rechtes, wenn die Versammlung beschlußfähig in Brandenburg tagte, und konnte dann nicht mehr behaupten, daß die Versammlung in ihren Beschlüssen unfrei sei, daß sie terrorisirt werde von einem revolutionären Pöbel, es konnte sich auch nicht, wie dies bald geschehen sollte, darauf stützen, daß die Versammlung ihrer Zahl nach beschlußunfähig sei.

Solche Erwägungen hätten wohl die National-Versammlung zur Uebersiedelung nach Brandenburg bewegen sollen, vielleicht würde sie auch einen derartigen Beschluß gefaßt haben, wenn es ihr möglich gewesen wäre, sich zu vereinigen; da sie aber nur getrennt in den Fraktionen berathen konnte, siegten in diesen, vorzugsweise im linken Centrum und in der Linken, die unbeugsamen Führer der Opposition, welche jede Nachgiebigkeit, jedes Rechnen mit den gegebenen Verhältnissen verwarfen. Die gemeinschaftliche Uebersiedelung nach Brandenburg wurde in den Fraktionen verworfen, aber eine Proklamation an das Volk beschlossen, welche allen Abgeordneten zur Unterschrift vorgelegt werden sollte. Sie erhielt indessen nur 168 Unterschriften, weil, so wird von der radikalen

Partei behauptet, die militärische Besetzung des Büreaus der National-Versammlung und der Privatwohnung des Sekretärs Hildenhagen, dem die Sammlung der Unterschriften oblag, eine weitere Einzeichnung der in Berlin anwesenden Abgeordneten verhinderte, in der That aber, weil schon viele Mitglieder der Opposition sich sagten, daß jetzt die Zeit der Anklagen und Proteste vorüber sei und daß durch diese die halb verlorene Sympathie des Volkes nicht mehr wiedergewonnen werden konnte.

In der Proklamation vom 27. November stellten die Abgeordneten noch einmal das Sündenregister der Gewalthaber zusammen, sie schloß mit den Worten:

„Jetzt, wo die regelmäßige Zusammenkunft der Volksvertreter hier durch ungesetzliche Gewalt verhindert wird, vereinigt die Regierung die Abgeordneten, welche ihren Auftrag verkennen, zu einer jedes gesetzlichen Ansehens entbehrenden Versammlung in Brandenburg. Sie bedenkt nicht, daß Alles, was die Minderheit vornehmen mag, von vornherein null und nichtig ist, daß auch die etwaige Vermehrung der jetzt so geringen Zahl der dort Versammelten an der Gesetzlichkeit nicht das Mindeste ändern könnte, daß die einzige Grundlage derselben die Bajonette bleiben werden. Sollte, wie behauptet wird, die Gewalt im schlimmsten Falle dem Lande eine Verfassung oktroyiren (aufdrängen) wollen, so würde eine solche Verfassung nicht die geringste Giltigkeit haben. — Denn es ist die Errungenschaft des März, daß nur mit den gewählten Vertretern des Volks die Verfassung festgestellt werden darf. Nur wir, die hier in Berlin konstituirte National-Versammlung, sind jetzt diese Vertreter. Jede Auflösung dieser Versammlung ist ungesetzlich und daher rechtlich wirkungslos. Feierlich protestirt die National-Versammlung gegen alle Akte der Regierung, welche durch die außerordentlichen Militär-Anstalten wöchentlich Millionen des Staats-Vermögens vergeudet, lediglich zur Knechtung der Nation. Feierlich erklärt dieselbe, daß die Regierung, ganz abgesehen von der bereits beschlossenen Steuerverweigerung, vom 1. Januar 1849 ab über keinen Pfennig verfügen darf, da wir das Budget noch nicht bewilligt haben. — Harret, Ihr Mitbürger, indessen muthig aus, scheidet die Selbstsucht aus Eurer Mitte, stählt Eure moralische Kraft, welcher das gesetzlose Beginnen Eurer Unterdrücker endlich unterliegen muß."

Diese Proklamation ist das letzte Aktenstück der National-Versammlung in Berlin, denn nach dem 27. November vermochte dieselbe auch nicht mehr in den einzelnen Fraktionen ungestört zu berathen.

General Wrangel erließ am 27. November folgende Bekanntmachung:

„Nachdem die Wiedereröffnung der National-Versammlung am heutigen Tage in Brandenburg stattgefunden hat, kann der Zusammentritt einzelner Abgeordneter, welche sich jener Versammlung nicht angeschlossen haben, zu Berathungen am hiesigen Orte während des Belagerungszustandes ferner nicht geduldet werden.

Indem ich dies zur öffentlichen Kenntniß bringe, weise ich zugleich sämmtliche Inhaber öffentlicher Gastlokale innerhalb des dem Belagerungszustande unterworfenen Bezirks hierdurch gemessenst an, solche Zusammenkünfte bei sich auf keine Weise zu dulden, und werde jedes Lokal, wo dergleichen dennoch vorkommen, sofort und für die Dauer des Belagerungszustandes gänzlich schließen lassen. Angebliche Nichtkenntniß der Eigenschaft der Versammelten als Abgeordnete wird hierbei als Entschuldigung nicht zugelassen werden. Ebenso sollen auch anderweite Privatlokale, welche von Abgeordneten etwa zu ihren Zusammenkünften besonders gemiethet werden möchten, derselben Maßregel unterworfen sein.

Berlin, den 27. November 1848.

Der Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken.
(gez.) von Wrangel."

Mit dieser Proklamation machte General Wrangel auch in der That gleich Ernst. Schon am Morgen des 27. November ließ er die in Mylius' Hotel versammelte Linke durch Militärgewalt auseinandersprengen. Ueber den Hergang bei diesem neuen Attentat auf die National-Versammlung geben wir das im Lokale von Jaroschewitz von den Deputirten selbst aufgenommene Protokoll:

Verhandelt Berlin, den 27. November ½1 Uhr, im Lokale bei Jaroschewitz.

In der Morgen-Sitzung der in dem Hotel Mylius sich versammelnden Fraktion Abgeordneter der National-Versammlung und in Anwesenheit von etwa 80 Mitgliedern derselben wurde durch den Wirth, Herrn Mylius, die Nachricht gebracht, daß die Straße militärisch besetzt sei und daß die Soldaten soeben die Kupferhüte auf die Gewehre setzen, daß ferner ein Major das Verlangen stelle, und zwar „im Namen des Gesetzes", in den Saal geführt zu werden.

Es wurde hierauf von vielen Seiten bemerkt, daß man nicht nöthig habe, hierauf eine besondere Antwort zu ertheilen.

Nach einiger Zeit drang ein Major, dem eine Anzahl Soldaten, Gewehr am Fuß, folgten, dem Anschein nach einige dreißig Mann, geführt von mehreren Lieutenants, in das Zimmer, und der Major richtete die Aufforderung an die Versammlung, im Namen des Gesetzes das Lokal sofort zu verlassen.

Der Abgeordnete Jacoby nahm das Wort und fragte den Major: Was wollen Sie?

Major: Ich komme im Namen des Gesetzes.

Jacoby: Im Namen welches Gesetzes?

Major: Im Namen des höchsten Gesetzes!

Jacoby: Von welchem Gesetze sprechen Sie?

Major: Ich spreche im Namen des konstitutionellen Gesetzes.

Jacoby: Ich kenne kein Gesetz, welches uns verbietet, uns am Tage in einem Gasthofe einzufinden.

Elsner: Selbst die Proklamation des Herrn

Wrangel enthält nichts von einem derartigen Verbote. Wir sind kein Klub.

Major: Das geht mich nichts an, ich handle im Auftrage meiner Behörde.

Jakoby: Wie ist Ihr Name?

Major: Ich bin der Major Graf Blumenthal.

Jakoby: Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben?

Major (nach einer Pause): Meine vorgesetzte Behörde.

Verschiedene Stimmen: Nennen Sie die Behörde!

Major (nach einer Pause): Meine Herren! Setzen Sie mich nicht in Verlegenheit.

Jakoby: Nun, so erkläre ich Ihnen, Sie handeln nicht im Namen des Gesetzes, sondern im Namen der Gewalt, und es ist traurig, daß die Soldaten zu solchen Gewaltthaten gemißbraucht werden.

Major: Meine Herren, ich handle meinem Auftrag gemäß.

Jakoby: Ich wiederhole Ihnen, daß Sie lediglich kraft der Gewalt handeln. Sie sind verantwortlich für dieselbe und Alle, welche Ihnen den Auftrag gegeben; Sie werden seiner Zeit zur Rechenschaft gezogen werden.

Major: Ich bitte mir nun alle Papiere aus, die hier liegen.

Verschiedene: Das ist unser Eigenthum, und Niemand kann Ihnen das Recht geben, unser Eigenthum anzugreifen.

Major: Diese Papiere werden Ihnen zurückgegeben werden.

Anwandter: Unter allen Umständen könnten Sie diese Papiere nur nach Aufnahme eines Verzeichnisses nehmen, thun Sie es nicht, so rauben Sie.

Borchardt: Mindestens müssen Sie diese Papiere versiegeln.

Major: Meine Herren! Es kann ja Einer von Ihnen mit auf die Kommandantur gehen, da kann das Alles geschehen.

Jakoby: Auf diese Weise können uns Papiere weggenommen oder verbrecherische Papiere untergeschoben werden.

Der Major griff hierauf nach einem Pack Druckpapier und ersuchte einen der ihm zunächst stehenden Abgeordneten, einen entfernten, auf dem Tische liegenden Stoß Druckpapier ihm zuzustellen. Dies wurde verweigert. Nur die Gewalt, wurde entgegnet, walte hier. Nehmen Sie die Papiere selbst und konstatiren Sie dadurch den Raub.

Der Major ergriff darauf auch diese Papiere.

Rüdiger (— ein Greis — zu den Soldaten gewendet, weinend): Freunde, ich habe auch Söhne unter Euch und Ihr wollt hier die Väter des Landes mit Gewalt vertreiben? Stecht oder schießt mich nieder!

Einige: Laßt sie die Gewalt anwenden, wir weichen nicht.

Simon: Meine Herren, die Gewalt ist konsummirt.

Viele (zugleich): Gehen wir auseinander, die Gewalt ist konsummirt. Es entfernten sich hierauf die Anwesenden und fanden vor dem Hause und in dessen Nähe einige Kompagnien aufgestellt.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben:
H. Simon. M. Elsner. Berends. Dr. Jakoby.
D. Ester. Anwandter. Borchardt. Reuter.
Schultz (Wanzleben). Keiffenheim. Thiede.

Nachdem selbst die ordnungsmäßigen Fraktionsberathungen unmöglich gemacht worden waren, mußten sich die Abgeordneten wohl sagen, daß sie in Berlin irgend eine politische Wirksamkeit nicht mehr ausüben konnten, wollten sie nicht auf eine solche ganz verzichten, dann mußten sie nach Brandenburg gehen.

In Brandenburg war am 27. November die dem Rufe des Ministeriums getreue Rechte der National-Versammlung zusammen gekommen und von dem Minister-Präsidenten Grafen Brandenburg als National-Versammlung begrüßt und eröffnet worden. Ein Alters-Präsident, Herr von Brünneck, übernahm die Leitung der Versammlung, welche Beschlüsse nicht fassen konnte, da sie nur 154 Abgeordnete zählte; bezeichnend für den schon erfolgenden Umschwung der Meinung war es, daß doch unter diesen 154 Abgeordneten sich mehrere Mitglieder der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung, so die Abgeordneten Zacharias und Dane, befanden.

Auch in einer zweiten Sitzung am 28. und in einer dritten am 30. November ergab sich keine Beschlußfähigkeit, aber die Zahl der Mitglieder war am 28sten auf 159 und am 30sten auf 182 gewachsen, auch der Abgeordnete Parrisius hatte sich eingefunden. Er erregte einen rohen Sturm der Wuth bei der Rechten, als er dieser zur Motivirung seines Eintritts in die Versammlung zurief:

„Meine Herren, ich bin hierher gekommen, um, so viel an mir liegt, diese Versammlung zur beschlußfähigen National-Versammlung zu machen und um hier Terrain und Macht zu gewinnen, gegen ein volks- und freiheitfeindliches Ministerium weiter zu kämpfen, welches das Land in Unheil gestürzt hat."

Die Zahl der Mitglieder vermehrte sich mit jedem Tage in Brandenburg; es war vorauszusehen, daß die Versammlung bald beschlußfähig werden und durch Einberufung der Stellvertreter für die nicht erscheinenden Abgeordneten sich den Charakter der rechtmäßig tagenden National-Versammlung geben werde, der ihr ja ohnehin von der Krone und einem sehr großen, vielleicht schon einem überwiegend großen Theil der Bevölkerung zuerkannt wurde. In einer solchen Versammlung, in welcher die äußerste Rechte eine überwiegende Majorität hatte, mußte das Ministerium Brandenburg die kräftigste Stütze haben, mit derselben konnte es eine Verfassung vereinbaren ganz nach seinem Sinne! Jetzt mußten sich wohl die noch in Berlin zurückgebliebenen Abgeordneten entschließen, nach Brandenburg zu gehen, wenn sie nicht dem Ministerium die Möglichkeit gewähren wollten, für alle seine kontrerevolutionären Maßregeln, für die Verlegung der Versammlung nach Branden-

burg, die Auflösung der Bürgerwehr, die Verhängung des Belagerungszustandes in Berlin, die Sprengung der National-Versammlung, die Zustimmung der bald beschlußfähigen Versammlung zu erhalten. — Dies zu verhindern war immer noch möglich. Auch wenn etwa 30 Mitglieder der radikalen Linken, Männer wie Waldeck, Jakoby und Andere, sich definitiv weigerten, dem Rufe nach Brandenburg zu folgen, behielt doch selbst ohne diese Dreißig die linke Seite die entscheidende Majorität.

Der Beschluß der Uebersiedelung nach Brandenburg wurde gefaßt, der Präsident von Unruh beauftragt, die Mitglieder der Versammlung nach Brandenburg zu berufen.

Wäre dieser Beschluß vor dem 27. November gefaßt und ausgeführt worden, dann würde es dem Ministerium schwere Verlegenheiten bereitet haben, jetzt war dies nicht mehr der Fall. Das Ministerium hatte schon in voller Uebereinstimmung mit der Rechten seine Beschlüsse gefaßt, die in Kraft treten sollten, wenn die Linke etwa wieder in Brandenburg die Majorität erhalten sollte. Herr von Unruh erzählt, daß am 30. November ein hervorragender Abgeordneter der Rechten sich bei einem Mitgliede des Centrums erkundigt habe, ob es wahr sei, daß auch die Linke nach Brandenburg kommen werde. Auf die bejahende Antwort sagte der mit der Absicht des Ministeriums vertraute Herr: Dann miethe ich mir gar keine Wohnung in Brandenburg! — Er wußte, daß die Tage der National-Versammlung gezählt seien.

Am Morgen des 1. Dezember trafen etwas mehr als 80 Abgeordnete in Brandenburg ein, sie hielten in einem Privatlokale eine Berathung, dann verfügten sich etwa 70 von ihnen nach der Versammlung, in welcher der Abgeordnete Schneider für seine Parteigenossen in deren Auftrage das Wort nahm. Er sagte:

„Meine Herren! Ich habe im Namen mehrerer meiner politischen Freunde und in meinem eigenen Namen Ihnen folgende Erklärung vorzutragen:

„Wir Unterzeichnete erklären, daß wir, festhaltend an dem Beschlusse der National-Versammlung vom 9. November, fortdauernd der Krone die Befugniß bestreiten, die National-Versammlung wider ihren Willen zu verlegen, zu vertagen oder aufzulösen. Nachdem die Fortsetzung der Berathungen der National-Versammlung in Berlin durch Militärgewalt verhindert worden, und nachdem die Absicht erklärt ist, die hiesige Minorität der Versammlung durch Einberufung der Stellvertreter, wenn auch auf ungesetzlichem Wege, vollzählig zu machen, erscheinen wir in Brandenburg, alle anderen Rücksichten dem Wohle des Landes opfernd, nun auch hier die Rechte desselben zu wahren.

Brandenburg, den 1. Dezember 1848."

Nach Verlesung dieser Erklärung fuhr Herr Schneider fort: „Ich habe hier zu bemerken, daß ich im Auftrage der Präsidenten von Unruh, Philipps und Plönnis . . .

(Unruhe.)

welche die Erklärung mitunterzeichnet haben, Ihnen mitzutheilen habe, daß dieselben nicht haben erscheinen können, weil sie mit der Einberufung der Mitglieder der National-Versammlung nach Brandenburg noch beschäftigt sind. (Einzelnes Lachen.) Wir, die wir hier erschienen sind, sind bereits einberufen worden und sind diesem Rufe gefolgt."

Die Versammlung war durch den Eintritt von über 70 Abgeordneten beschlußfähig, sie zählte 260 Mitglieder, aber noch hatte die Linke nicht die Majorität. Die Rechte beschloß deshalb, die günstige Zeit zu benutzen, um sich schnell durch Wahl eines ihr zugehörigen Präsidiums zu konstituiren, sie beschloß dies mit 145 gegen 113 Stimmen, obgleich Parrisius einen Vertagungsantrag gestellt hatte. Da erhob sich abermals der Abgeordnete Schneider; er forderte seine Freunde auf, den Saal zu verlassen, und sie folgten ihm, nur 172 Mitglieder blieben zurück. Die Versammlung war abermals beschlußunfähig, aber sie beschloß trotzdem, das Ministerium zur Einberufung der Stellvertreter für die nicht erschienenen Abgeordneten aufzufordern. Dieser wunderbare Beschluß wurde von der äußersten Rechten mit 73 gegen 1 Stimme gefaßt, 82 Anwesende enthielten sich der Abstimmung, weil sie an einem rechtswidrigen Beschluß keinen Antheil haben wollten. Um dem Ministerium Zeit zur Einberufung der Stellvertreter zu lassen, vertagte sich die Versammlung bis zum 7. Dezember.

Die National-Versammlung hatte ihre letzte Sitzung gehalten. Die hervorragenden Mitglieder der rechten Seite wußten dies, sie hatten längst mit dem Ministerium über eine Auflösung der Versammlung unterhandelt. Jetzt, nach den Vorgängen des 1. Dezember, hatten sie jede Hoffnung verloren, in der National-Versammlung jemals eine Majorität zu erlangen. Hatten bisher noch manche Führer der Rechten Bedenken darüber getragen, ob die Krone berechtigt sei, die zur Vereinbarung einer Verfassung berufene Versammlung gegen deren Willen aufzulösen, so schwanden jetzt diese Bedenken gegenüber dem Gebot der Nothwendigkeit, — denn eine Versöhnung zwischen der Majorität der National-Versammlung, welche den Steuerverweigerungs-Beschluß gefaßt hatte, und dem Ministerium Brandenburg war nicht mehr möglich. Entweder das Ministerium mußte weichen und einem liberalen Kammerministerium Platz machen oder es mußte zu einem Staatsstreich, zur Auflösung der Versammlung schreiten, mit der eine fernere Vereinbarung über den Erlaß von Gesetzen oder gar über die Verfassung undenkbar war; ein Weichen des Ministeriums aber in einer Zeit, in welcher im Lande immer höher die Fluth der konservativen Kundgebungen schwoll, in welcher das Ministerium einen unzweifelhaften Sieg über die Majorität der National-Versammlung errungen hatte, erschien undenkbar. — Die Rechte und das

rechte Centrum traten daher jetzt vollständig auf die Seite des Ministeriums, sie bereiteten dessen fernere Schritte vor durch eine Proklamation an das Volk, welche sie am 2. Dezember erließen. Den Schluß und zugleich den Hauptinhalt dieser Proklamation bildete ein heftiger Angriff gegen die Majorität der National-Versammlung wegen der Erklärung, daß sie nur auf die Berufung ihres Präsidenten Unruh sich in der Versammlung eingefunden hätten.

„Durch jene Erklärung," so schließt die Proklamation, „ist also von den bis dahin Ausgebliebenen unumwunden ausgesprochen, daß sie im schroffsten Widerspruch zur Staatsregierung beharren, daß sie an ihren vom 9. bis 27. November vorgenommenen ungesetzlichen Akten und Wahlen unbedingt festhalten, und daß sie nicht eine Berufung nach Brandenburg durch die Krone, sondern nur eine Berufung durch ihren angeblichen Präsidenten von Unruh gelten lassen. Dadurch ist eine offene Auflehnung gegen die Krone erklärt, der Bürgerkrieg in den Dom zu Brandenburg verlegt und eine Regierung Unruh gegenüber der Regierung Friedrich Wilhelm IV. aufzurichten unternommen worden. — Bewohner des Preußenlandes! Ihr habt uns auf den Ruf des Königs entsendet, mit Ihm eine Verfassung zu vereinbaren, mit Ihm ein Werk der Eintracht und des Friedens zur Begründung wahrer Volksfreiheit zu stiften. Urtheilt selbst, welche Hindernisse uns bei Lösung unserer Aufgabe entgegenstehen. Männer und Jünglinge des Vaterlandes! Schon einmal haben wir Euch die Worte zugerufen: „Entbrennt die Zwietracht trotz unserer heißen Wünsche, so stehen und fallen wir mit der konstitutionellen Monarchie!" Das ist unser Panier. Haltet zu demselben mit uns in dieser Zeit der Gefahr! Zeigt Euch deutscher Treue und der Freiheit würdig! Gott erhalte den König und das theure Vaterland."

Durch ihre Proklamation wollte die Rechte das Volk vorbereiten auf die bevorstehende Auflösung der National-Versammlung, welche denn auch nicht auf sich warten ließ.

Am 5. Dezember erschien in der Staats-Zeitung die Denkschrift, in welcher das Staats-Ministerium dem Könige die Auflösung der National-Versammlung und die Oktroyirung einer Verfassung anempfahl. — Es beschuldigte in dieser Denkschrift die Mehrheit der National-Versammlung, daß sie durch den Steuerverweigerungs-Beschluß die Brandfackel der Anarchie in das Land geschleudert und offen mit der Krone gebrochen habe; es berichtete dann über die Vorgänge in der Sitzung vom 1. Dezember, die Erklärung des Wortführers der bisher ausgebliebenen Abgeordneten und darüber, daß diese die Versammlung verlassen und hierdurch beschlußunfähig gemacht hätten.

Die Denkschrift schließt:

Dieser Vorgang, welcher auf den pflichtgetreuen Theil der Versammlung, wie auf jeden dabei anwesenden Freund des Vaterlandes, einen tief verletzenden Eindruck machte, giebt den deutlichen Beweis, daß von derjenigen Fraktion der Abgeordneten, die nach dem 9. v. M. in Berlin fortgetagt hat, ein großer, noch immer die Mehrzahl der ganzen Versammlung bildender Theil in offener Auflehnung gegen die von Ew. Königlichen Majestät in der Botschaft vom 8. v. M. getroffenen Anordnungen, mithin auf einem Standpunkte verharrt, welcher nach unserer pflichtmäßigen Ueberzeugung die Möglichkeit einer Vereinbarung mit der Krone ausschließt. Bei der numerischen Stärke dieser Partei würde es jederzeit von ihrem Belieben abhängen, die Versammlung — wie es am 1. d. M. geschehen ist — beschlußunfähig zu machen, ohne daß gegen ein solches Beginnen die früher beabsichtigte Einberufung der Stellvertreter, die ohnehin während der Anwesenheit der Abgeordneten gesetzlich nicht zu begründen wäre, genügenden Schutz gewähren könnte.

Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung befindet sich hiernach in einem Zustande so tiefer innerer Zerrüttung, daß mit ihr die Verfassungsberathung ohne Verletzung der Würde der Krone nach unserer Ansicht nicht länger fortgesetzt werden kann. Wir beklagen dies um so schmerzlicher, je zuversichtlicher wir von der Fortführung der Vereinbarungs-Verhandlungen mit denjenigen Abgeordneten, welche der von Ew. Majestät ergangenen Berufung nach Brandenburg, zum Theil selbst unter Aufopferung früher verfochtener Ansichten, schuldige Folge geleistet hatten, ein für das Vaterland gedeihliches Resultat erwarten durften. Gleichwohl glauben wir eine nochmalige Wiederholung des in der vorigen Woche fünfmal mißlungenen Versuchs einer neuen Konstituirung der Versammlung pflichtmäßig widerrathen zu müssen, weil sich mit großer Wahrscheinlichkeit voraussehen läßt, daß dabei die tiefe Zerrissenheit der Versammlung und ihre unverkennbare innerliche Auflösung in ähnlicher Weise, wie am 1. d. M., zur Trauer aller wahren Vaterlandsfreunde hervortreten würden.

Ew. Königl. Majestät können wir demnach nur die sofortige Auflösung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung anrathen und erlauben uns, den Entwurf der diesfälligen Verordnung zu Ew. Königl. Majestät Allerhöchster Vollziehung ehrfurchtsvoll beizufügen.

Gewiß ist diese Vereitelung des vor länger als sechs Monaten begonnenen Versuchs der Vereinbarung einer Verfassung zwischen der Krone und den Vertretern des Volks ein sehr beklagenswerthes Ereigniß. Wahrhaft verderblich aber würde es sein, wenn, um dieser Vereitelung willen, die Sehnsucht des Landes nach einer Verfassung, von welcher es Wiederherstellung eines festen Rechtszustandes und des in allen Verhältnissen des öffentlichen Lebens gestörten Vertrauens mit Recht erwarten darf, noch längere Zeit unbefriedigt bleiben sollte. Ew. Königl. Majestät können wir daher nur pflichtmäßig rathen, Ihrem Volke eine Verfassung, die zur Begründung, Befestigung und Erhaltung wahrer Freiheit geeignet ist, unverzüglich unter dem

Vorbehalt zu gewähren, daß dieselbe von den zunächst und zwar sofort zu berufenden Kammern einer Revision zu unterwerfen sei. Wir haben eine solche Verfassung unter strenger Festhaltung der von Ew. Königl. Majestät im März d. J. ertheilten Verheißungen entworfen und dabei nicht nur die Vorarbeiten der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung, sondern auch die bisherigen Beschlüsse der deutschen National-Versammlung, deren fernere Beschlüsse auch bei der vorzubehaltenen Revision zu beachten sein werden, sorgfältig berücksichtigt. Indem wir diesen Entwurf nebst dem Entwurf eines Wahlgesetzes hierbei unterthänigst vorlegen, stellen wir Ew. Königl. Majestät die Vollziehung derselben ehrfurchtsvoll anheim.

Schließlich behalten wir uns vor, bei Ew. Königl. Majestät den provisorischen Erlaß verschiedener, zur Befriedigung dringender Bedürfnisse des Landes erforderlichen Verordnungen in den nächsten Tagen unterthänigst zu beantragen.

Berlin, den 5. Dezember 1848.

Das Staatsministerium.

Konnte ruhiger, sachlicher, wohlmeinender die Auflösung der National-Versammlung und die Oktroyirung einer Verfassung motivirt werden? Eine solche Motivirung mußte den besten Eindruck auf alle ruheliebenden friedlichen Bürger machen, und wenn sie ehrlich gemeint war, wenn das Ministerium wirklich redlich bestrebt war, die Sehnsucht des Landes nach einer Verfassung und einer Wiederherstellung eines festen Rechtszustandes zu stillen und dabei alle die Freiheitsverheißungen aus den Tagen des März zu erfüllen, dann durfte es der Zustimmung, ja des Dankes eines großen Theiles der Nation sicher sein, wenn auch die von ihm angerathene Maßnahme sich vielleicht nicht vollständig mit dem Rechtszustand deckte.

Daß der König durch die Ausführungen seines Staatsministeriums überzeugt worden war, bewies das in der Staats-Zeitung am 5. Dezember veröffentlichte Auflösungsdekret der National-Versammlung und die Oktroyirung der Verfassung am 5. Dezember.

XV. Abtheilung.

Berlin in der Reaktionszeit.

Erstes Kapitel.

Die demokratische Verfassung vom 5. Dezember. — § 105. — Oktroyirte Gesetze. — Die Urtheile der Parteien über die Verfassung. — Loyalitäts-Adresse des Ober-Tribunals. — Das Ober-Tribunal und Waldeck. — Kämpfe in der Stadtverordneten-Versammlung. — Loyalitäts-Adresse der städtischen Behörden. — Die demokratische Partei und die Verfassung. — Begründung einer neuen demokratischen Organisation in Berlin. — Der „Trauerband" der Mißtrauensadresse gegen den Magistrat. — Strengere Ausführung des Belagerungszustandes. — Wrangel's persönliche Liebenswürdigkeit. — Die Vossische Zeitung im reaktionären Lager. — Der Zuschauer der Kreuz-Zeitung. — Goedsche und Ohm. — Die Enthüllungen. — Held's Denunciation, seine politische Puppen-Komödie. — Heros der Große. — Politische Prozesse. — Manteuffel's Wahlreskript. — Manteuffel und Peter Reichensperger. — Der König und die Urwähler von Nessin. — Der König und die Handwerker. — Der Handwerkerkongreß und das oktroyirte Gewerbegesetz. — Erlaubniß der Urwähler-Vorversammlungen. — Demokratische Wahlmännerwahl in Berlin zur II. Kammer, konservative zur I. Kammer. — Reges politisches Leben in Berlin. — Partei-Wahlprogramme. — Demokratischer Wahlsieg. — Der König über die Wahlen Berlins. — Aberglaube in Berlin. — Luise Braun, das Wunderkind.

Die in der Staats-Zeitung vom 5. Dezember veröffentlichte oktroyirte Verfassung erfüllte alle Parteien im Lande mit dem höchsten Staunen. — Es war zwar schon seit einigen Tagen ein öffentliches, in Berlin in allen Kreisen viel besprochenes Geheimniß, daß die National-Versammlung aufgelöst und eine Verfassung oktroyirt werden würde, wie aber diese Verfassung beschaffen sein werde, davon wußte man nichts; die Wenigen, welche vom Ministerium ins Vertrauen gezogen wurden, hatten geschwiegen.

Der Sieg des Ministeriums Brandenburg über die Revolution war so vollkommen und unbestritten, daß allgemein geglaubt wurde, die Regierung werde ihre Macht ausnutzen zur Oktroyirung einer durchaus reaktionären Verfassung, einer Verfassung, in welcher, den romantischen Neigungen des Königs entsprechend, die alten Stände mit allen ihren Privilegien wieder aufleben würden; um so höher war das Staunen, welches alle Stände, alle Parteien durchdrang, als nun die Verfassung vom 5. Dezember bekannt wurde, eine Verfassung, welche auf der breitesten demokratischen Grundlage ruhte, durch welche alle die Märzverheißungen des Königs vollauf erfüllt schienen.

Der Verfassungsentwurf, wie er aus den Kommissionsberathungen der aufgelösten Abgeordnetenhäuser hervorgegangen war, lag der Verfassung vom 5. Dezember zu Grunde; alle die vielbesprochenen Grundrechte des Volkes waren in dieselbe aufgenommen: vollständige Gleichheit aller Preußen vor dem Gesetz, Unverletzlichkeit der Wohnung, Aufhebung der Ausnahmegerichte, Freiheit der Auswanderung, vollständige Religionsfreiheit, gleiche Berechtigung aller Religionen, Freiheit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Volksschule, Freiheit des Versammlungsrechts, vollste Preßfreiheit u. s. w. — Auch die Verantwortlichkeit der Minister stand in der oktroyirten Verfassung, und um das Ganze zu krönen, war sogar das demokratische allgemeine, gleiche Wahlrecht mit geheimer Abstimmung für das Abgeordnetenhaus aufgenommen und die Wahl für die erste Kammer den Provinzial-, Bezirks- und Kreisvertretern übertragen; nach einem interimistischen Wahlgesetze vom 6. Dezember erfolgte sogar zunächst die Wahl zur ersten Kammer nach einem das allgemeine gleiche Wahlrecht nur durch einen nicht zu hohen Census einschränkenden Wahlmodus, und wählbar in die erste Kammer war jeder Preuße, der das 40. Lebensjahr zurückgelegt hatte. Ein Census für die Wählbarkeit lag allerdings darin, daß die Abgeordneten für die erste Kammer keine Diäten zu beziehen hatten.

So freisinnig, ja durch und durch demokratisch die Verfassung vom 5. Dezember war, einige bedenkliche Paragraphen enthielt sie doch, vor allem den Artikel 110, nach welchem für den Fall eines Krieges oder Aufruhrs gerade die wichtigsten, für die Freiheit Gewähr leistenden Artikel der Verfassung

außer Kraft gesetzt werden konnten und Artikel 105, der dem Staatsministerium gestattete, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, wenn die Kammern nicht versammelt seien.

Daß das Ministerium von diesem § 105 den ausgiebigsten Gebrauch zu machen und sich nicht auf im Augenblick etwa gebotene, dringende Gesetze zu beschränken gedachte, bewiesen eine Reihe von Verordnungen, die im Laufe der nächsten Wochen erlassen wurden, die aber meistens längst aufgestellten Volksforderungen Rechnung trugen, so die Verordnung über Aufhebung des Zeitungsstempels vom 8. Dezember 1848, die Verordnung über Aufhebung der Privat-Gerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes sowie über die neue Gerichtsorganisation vom 2. Januar 1849 und die Verordnung über Einführung des mündlichen und öffentlichen Gerichtsverfahrens mit Geschworenen vom 3. Januar 1849.

Der Eindruck, welchen die Oktroyirung der Verfassung vom 5. Dezember in Berlin machte, war je nach den verschiedenen Parteien sehr verschieden, dies zeigte sich schon am 6. Dezember. — In einzelnen Gegenden der Stadt wurde illuminirt, in den anderen waren nur einzelne Häuser beleuchtet, der größere Theil der Stadt aber blieb am Abend dunkel, die Bürger waren noch nicht recht einig mit sich, ob sie sich erfreut zeigen sollten über eine Verfassung, an welcher im Großen und Ganzen wenig auszusetzen schien, oder erzürnt darüber, daß diese Verfassung eine Oktroyirung, nicht aus freier Vereinbarung mit der National-Versammlung hervorgegangen war.

Unzufrieden mit der Verfassung selbst zeigte sich im ersten Augenblick eigentlich nur die Partei der äußersten Rechten, deren Organ, die Neue Preußische Zeitung (Kreuz-Zeitung), darüber klagte, daß der König in der oktroyirten Verfassung sich zu treu an die gegebenen Verheißungen gehalten, daß er nicht vielmehr jene „tiefer gehende Treue“ geübt habe, die „ein auf üblen Rath oder in unbewachter Eile gegebenes Wort nicht unbedingt hält!“ Aber die Kreuz-Zeitung tröstete sich selbst und ihre Leser damit, daß ein Gebäude, welches auf „solchen“ willkürlichen und revolutionären „Grundlagen“ stehe, leicht zusammenstürze, — wie die Verfassung durch Oktroyirung entstanden sei, könne sie auch durch Oktroyirung ihr Ende finden.

Die Regierungspresse, zu der jetzt auch die Vossische Zeitung gehörte, war dagegen natürlich voll des Lobes für die Verfassung und des Dankes für das Ministerium Brandenburg und für den König, sie suchte auch den Einwand fortzudisputiren, daß die Verfassung oktroyirt sei, indem sie hervorhob, daß Artikel 106 ausdrücklich eine Revision vorbehalte, indem die Verfassung auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden könne, jede Veränderung der Verfassung sei daher auf dem Wege der Vereinbarung zwischen Krone und Volksvertretung möglich.

Zahlreiche Dank- und Anerkennungs-Adressen wurden an den König und an das Ministerium für die Verleihung der Verfassung gerichtet; wichtig war es, daß sich auch der höchste Gerichtshof des Landes, das Ober-Tribunal, parteinehmend an dem Adressensturm betheiligte, indem es eine Loyalitäts-Adresse erließ, welche die oktroyirte Verfassung „ehrerbietigst dankend“ als Grundlage des zukünftigen Rechtszustandes anerkannte. — Das Ober-Tribunal ging sogar in seiner Parteinahme noch weiter, es erließ an den anerkannten Führer der Partei der Linken in der National-Versammlung, den Geheimen Ober-Tribunalsrath Waldeck, am 16. Dezember ein Schreiben, welches es durch die Zeitungen veröffentlichte. Es heißt in diesem von dem Präsidenten des Ober-Tribunals, Mühler, unterzeichneten Schreiben:

„In einer anderen Stellung haben Sie sich zu Ansichten bekannt und diese mit Beharrlichkeit durchzuführen gesucht, welche mit den Auffassungen, die wir über Recht, Pflicht und Treue haben und unbedingt festhalten werden, in dem Maße entschieden und schroff im Widerspruche stehen, daß es uns, wie Ihnen, nur auf das Aeußerste peinlich sein könnte, eine Gemeinschaft äußerlich fortzusetzen, die innerlich nicht mehr besteht. Ich soll Sie daher auf einstimmiges Verlangen sämmtlicher Mitglieder des Kollegiums, mit Ausnahme des nicht zugezogenen Präsidenten Bornemann, dringend auffordern und ersuchen, Ihrerseits Schritte zu thun, welche zur Auflösung dieser Gemeinschaft führen können. Zu dieser dringenden Aufforderung sind wir aber verpflichtet, nicht allein und nicht hauptsächlich in Rücksicht auf unsere Person, auch nicht blos in Rücksicht auf Sie selbst, sondern vor allem in Beziehung auf den höchsten Gerichtshof, dem wir angehören. Vor Gott und Menschen sind wir schuldig, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß diesem Gerichtshofe das Vertrauen und die Achtung des Landes erhalten werde. Das wäre aber unmöglich, wenn irgendwie die Vermuthung Anhalt erhielte, daß in demselben Ansichten Eingang oder auch nur Nachsicht gefunden hätten, bei denen man nicht ohne Grund Recht und Gerechtigkeit, die man in Anspruch nimmt, gefährdet finden würde.“

In einfacher und würdiger Weise wies Waldeck die an ihn gestellte ungerechtfertigte Zumuthung zurück.

„Ich habe die heilige Pflicht, mein Amt zu behaupten im Interesse des ganzen Richterstandes, im Interesse des höchsten Gerichtshofes selbst, im Interesse des bei der Rechtspflege betheiligten Publikums, im Interesse der Volksvertretung!“ so schloß er seinen ebenso ruhigen wie entschiedenen Protest gegen den Beschluß des Ober-Tribunals.

Wie das Ober-Tribunal und schon vor diesem wollte auch der Magistrat von Berlin eine Loyalitäts- und Dank-Adresse für die Verleihung der Verfassung erlassen, er wendete sich deshalb an die Stadtverordneten-Versammlung, um sie zur Theilnahme an diesem Schritt zu veranlassen. Die Berathung über den Erlaß einer solchen Dankadresse, welche in vier langen Sitzungen die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte, giebt uns ein

klares Bild von der Stimmung, welche damals die Bürgerschaft Berlins beherrschte. Einer der einflußreichsten Stadtverordneten, der Professor Gneist, der in seinem wechselreichen politischen Leben damals der gemäßigten demokratischen Partei sehr nahe stand, aber sich mit großer Entschiedenheit gegen den Steuerverweigerungs-Beschluß der National-Versammlung ausgesprochen hatte, wendete sich mit gleicher Entschiedenheit gegen den Erlaß einer Adresse; er sagte:

„Die Stimmung für eine solche Adresse ist mir allerdings erklärlich. Wir haben sieben Monate lang in einem Zustand des Schwankens, der Unruhe, der Besorgniß gelebt und finden plötzlich mit einem Federstrich eine Reihe von Wünschen erfüllt, vielleicht übertroffen, und dem Zwiespalt ein Ende gemacht. Wir glauben, daß nun auch Ruhe im Lande, Vertrauen und Sicherheit im Handel und Gewerbe wiederkehren wird. — Unser Gefühl sagt uns, daß der König, indem er diese Verfassung verlieh, als Sieger großmüthiger war, als seine Gegner gewesen sein würden. — Aber es ist bei diesem Akt eine Gesetzesverletzung begangen, und darum lassen Sie uns wohl überlegen, daß wir als die Vertreter der Hauptstadt nicht Schritte thun, welche wir später nicht verantworten können. — — Unsere Gesetze und Königlichen Verheißungen haben einmal eine Vereinbarung der Verfassung zugesagt. Dem ersten Schritt von diesem Rechtsboden abwärts sind unaufhaltsam weitere gefolgt. Die Krone giebt jetzt eine Verfassung, sie vereinbart nicht weiter. Das Vereinbaren hatte thatsächlich schon aufgehört, als mit Gewalt gegen die National-Versammlung eingeschritten wurde; jetzt folgt die offene Erklärung: daß die Krone sich an die früheren Versprechungen nicht mehr gebunden halte. Diese Wendung der Sache ist viel bedenklicher, als für den Augenblick scheint. Die Ruhe und Befriedigung, welche der Augenblick gewährt, ist eine gefährliche, hinter welcher eine zweifelhafte Zukunft ruht. Was ist die beste Verfassung ohne Gewähr für die Zukunft, und welche Gewähr kann eine Verfassung geben, die mit einem Bruch heiliger Versprechungen anfängt? Zur Zeit der Freiheitskriege, in den Tagen der Noth wurde uns eine Verfassung verheißen, und das Versprechen wurde gebrochen, als die Noth vorüber war. Nach dem 18. März wurde die Versicherung gegeben, kein Gesetz mehr zu erlassen ohne die Volksvertreter, und jetzt wird das wichtigste Gesetz gegeben mit Verletzung der in der Stunde der Noth gemachten Zusage. Von nun an bleibt uns nur noch ein Versprechen übrig, das Versprechen, daß diese Verfassung ehrlich gehalten werde. Wird es erfüllt werden? — Die Wohlthat eines gesetzlichen Zustandes beruht nicht blos auf dem Buchstaben des Gesetzes, sondern auf dem Vertrauen darauf. Wer ist denn an eine solche Verfassung gebunden? — Die Krone nicht, sie kann nach wenigen Monaten sie wieder aufheben, wenn sie sich noch einmal von der „Nothwendigkeit einer Aenderung" überzeugt, — der Thronfolger nicht, — ebensowenig irgend eine dem Throne feindliche Partei. Hunderte von Interessen werden sich bald genug verletzt fühlen, und schweigend Gekränkte werden laut reden, und Alles wird sich sammeln und schaaren um den Satz: „Unsere Verfassung ist nicht zu Recht beständig." — — — Eine Vereinbarung zwischen Krone und Volksvertretung war im Gange. Eben mit der Verfassung beschäftigt, wird die Versammlung aber einseitig verlegt, vertagt, mit Gewalt auseinandergetrieben. Als die Majorität sich dennoch fügt und nach Brandenburg geht, folgt eine Auflösung. Trotzdem liegt das Königthum so tief in den Gemüthern, daß von allen Seiten Adressen der Treue und des Vertrauens aus dem Lande einlaufen. Und womit beantwortet man diese Adressen? — Mit einem offenen Aufgeben des gesetzlichen Bodens, mit einer Oktroyirung der Verfassung! Wir können dafür als Vertreter der Hauptstadt des Landes nicht danken. Eine andere Adresse als Dank oder Protest ist aber nicht möglich. Ich bin daher gegen jede Adresse überhaupt."

Die Worte, welche Herr Gneist gesprochen hatte, entsprachen ganz den Anschauungen, welche ein großer Theil der Berliner Bürgerschaft hegte, dem Mißtrauen, von welchem Viele erfüllt waren, ob das Ministerium die Verfassung ehrlich und treu zur Ausführung bringen werde, — sie blieb deshalb nicht ohne Wirkung in der Stadtverordneten-Versammlung, fast die Hälfte der Stadtverordneten stimmte gegen jede Adresse, die Majorität aber beugte sich dem Druck der Verhältnisse, sie ließ sich mit fortreißen von dem Drange, eine loyale Gesinnung zu beweisen. Eine Kommission zur Vorberathung einer Adresse wurde gewählt. Es gab nun noch in drei Sitzungen heftige, stürmische Debatten, bei denen auch die Zuhörer durch Beifall oder Murren ganz gegen die Geschäftsordnung ihre Gefühle kundthaten, in jeder Sitzung sprach Gneist gegen die Adresse, aber vergeblich; am 14. Dezember wurde die Adresse mit kleiner Majorität, mit 47 gegen 44 Stimmen, angenommen. Sie lautete:

„Königliche Majestät!

Die beklagenswerthen Ereignisse der letzten Zeit haben für den Augenblick die Unmöglichkeit hervorgerufen, zum Aufbau der Verfassung auf dem Wege der Vereinbarung zu gelangen. Wir betrauern tief die Thatsachen, welche schließlich zur Auflösung der National-Versammlung geführt haben. Eine Verirrung, wie jene von den Vertretern des Volkes ausgesprochene Steuerverweigerung, mußte unwiderruflich die Nation trennen von ihnen, die entsandt waren zum Werke des Friedens, nicht des Zerwürfnisses. Dies anzuerkennen gebietet uns die Pflicht und unser Gewissen. Ew. Majestät haben Ihrem Volke eine Verfassung verliehen, welche noch der Revision unter Mitwirkung der neuen Landesvertretung unterliegen soll. Das Prinzip der Vereinbarung ist dadurch gewahrt. Es ist aber auch dadurch ein Boden gewonnen, von dem aus unser schönes Vaterland nach den Stürmen der Vergangenheit im Innern sich von

Neuem aufbauen und zugleich mit Freudigkeit der Ereignisse gewärtig sein mag, welche die Größe und den Ruhm noch erhöhen werden, der ihm bis jetzt geworden unter dem Geschlecht der Hohenzollern. — Möge unser Hoffen und unser Glauben Erfüllung finden."

Die dissentirenden Stadtverordneten erließen am 17. Dezember eine Erklärung für ihr Votum, sie sagten zum Schluß derselben: „Erst wenn die Verfassung durch die Vereinbarung vollendet sein wird, kann dafür aus vollem Herzen gedankt werden, und wir werden dann die ersten sein, dies mit Aufrichtigkeit und Wärme zu thun!"

Diese Erklärung war von vierzig der angesehensten Stadtverordneten unterzeichnet, auch der Name Kochhann steht unter derselben.

Ein Dank wurde der Stadtverordneten-Versammlung für ihre Adresse nicht, sie wurde höchsten Ortes kalt aufgenommen, eine Deputation der Stadtverordneten wurde nicht zu der erhofften Audienz zugelassen.

Nahm schon die liberale Bürgerschaft Berlins die Verfassung vom 5. Dezember mit solchem Mißtrauen auf, daß die ihr zugehörenden Stadtverordneten sich weigerten, eine Dankadresse zu votiren, so mußte naturgemäß dies Mißtrauen sich noch viel stärker zeigen in der durch alle Schichten der Berliner Bevölkerung verbreiteten demokratischen Partei, bei den begeisterten Anhängern der aufgelösten National-Versammlung.

Daß die Verfassung vom 5. Dezember in ihren wesentlichsten Bestimmungen eine echt demokratische sei, vermochten auch die entschiedensten Demokraten nicht zu leugnen, aber sie glaubten nicht an eine ehrliche Ausführung der Gesetze, sie waren von tiefstem Mißtrauen gegen die Regierung beseelt. Es lag ihnen die Entscheidung darüber ob, ob die demokratische Partei die Verfassung anerkennen dürfe, trotzdem daß dieselbe nicht vereinbart, sondern oktroyirt worden war, und darüber, ob im Falle der Nichtanerkennung eine Wahlverweigerung geboten oder nützlich sei.

Eine solche Entscheidung war schwer zu treffen, da in Berlin unter der Herrschaft des Belagerungszustandes eine große allgemeine Parteiversammlung unmöglich war; man mußte sich daher darauf beschränken, in Cöthen eine größere Versammlung abzuhalten, aber schon ehe dieselbe stattfand, hatten sich durch die Berathung in kleinen Kreisen die Ansichten dahin geklärt, daß eine Wahlverweigerung, durch welche die demokratische Partei aus der nach der neuen Verfassung zusammentretenden Kammer ausgeschlossen werden würde, nicht stattfinden dürfe. Selbst die Abgeordneten der äußersten Linken der aufgelösten National-Versammlung sprachen aus, so lange das Volk nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht wählen könne, müsse es wählen; obgleich die oktroyirte Verfassung nicht zu Recht bestehe, könne dieselbe den künftigen Verfassungsberathungen in der zweiten Kammer zu Grunde gelegt werden, die Aufgabe der Volksvertreter werde es dann sein, die Freiheitsrechte des Volkes in der Verfassung zu sichern.

Diese Anschauung machte sich schnell in weiten Kreisen geltend, sie zur herrschenden in der Stadt und womöglich im ganzen Lande zu machen, mußte jetzt die Aufgabe der Parteiführer sein. Es war eine schwere Aufgabe, zu deren Erfüllung vor allen Dingen eine Organisation der demokratischen Partei nothwendig erschien, denn die alte, vom demokratischen Kongreß im Oktober beschlossene Organisation*) war ein Luftgebilde ohne festen Boden; aber die Keime zu einer neuen wirkungsreichen Organisirung der demokratischen Partei waren vorhanden durch die noch aus der Bürgerwehr her bestehenden persönlichen Verbindungen; daß diese, geschickt benutzt, schnell zu einem Resultat führen konnten, hatte sich in den Tagen vor dem 5. Dezember glänzend erwiesen. Trotz des Belagerungszustandes, der jede demokratische Vereinigung unmöglich machte, war es in wenigen Tagen gelungen, Tausende von Unterschriften für eine Mißtrauens-Adresse gegen den Berliner Magistrat zu gewinnen. — Diese höchst merkwürdige für die in jenen Tagen unter einem großen Theil der Bürgerschaft herrschende Stimmung bezeichnende Adresse lautete:

„An den Magistrat!

Mit tiefster Entrüstung haben die unterzeichneten Einwohner Berlins die bis zur eingetretenen Militär-Herrschaft verschobene, dann aber endlich an's Licht getretene Gesinnungsäußerung des Magistrats vom 21. d. M. aufgenommen. Unsere Entrüstung war um so größer, als der Magistrat mit diesem, lediglich der Macht huldigenden Manifest sich in den offensten Widerspruch mit den Stadtverordneten gesetzt hat, aus deren Wahl er hervorgegangen, und die in edlem Aufschwunge sich dazu erhoben hatten, die entgegengesetzte, freie und edle Gesinnung durch Wort und That an den Tag zu legen.

Wir müssen es auf das schmerzlichste beklagen, daß die oberste Verwaltung der Stadt einem Kollegium von Männern der in dem Manifest vom 21. d. M. kundgegebenen Gesinnung anvertraut worden ist.

Berlin, den 27. November 1848."

Diese Adresse überbrachte am 6. Dezember eine aus dem Ober-Landesgerichtsrath Pfeiffer, dem Fabrikanten Thouret, dem Kaufmann Oestmann, dem Mechanikus Greiner und dem Kaufmann Reinecke bestehende Deputation mit den in einem stattlichen, von der Deputation selbst „Trauerband" genannten Bande vereinigten Unterschriften dem Magistrat.**) Später wurde demselben noch ein

*) Der demokratische Centralausschuß (s. Seite 1151) mußte Berlin verlassen, er dekretirte von Cöthen und demnächst von Halle aus, ohne daß indessen seine Dekrete irgend eine Wirksamkeit gehabt hätten.

**) Der Magistrat veröffentlichte selbst am 8. Dezember in der Vossischen Zeitung die merkwürdige Adresse sowie die Rede, welche der Sprecher der Deputation, Herr Pfeiffer, zu halten beauftragt war und zu amtlichem Protokoll bekundete. Diese Rede schloß

zweiter, wieder viele Tausend Unterschriften enthaltender Trauerband übergeben.

Die alte Organisation der Bürgerwehr, welche es möglich gemacht hatte, im Laufe weniger Tage Tausende von Unterschriften für die Mißtrauensadresse zu sammeln, wurde von den Leitern der demokratischen Partei benutzt, um für die bevorstehenden Wahlen eine demokratische Organisation zu schaffen, welche allerdings wesentlich auf die persönliche Einwirkung basirt war, denn größere Versammlungen der demokratischen Partei konnten nicht abgehalten werden; man mußte sich mit Zusammenkünften, die aus einer geringen Anzahl von Personen bestanden, begnügen. Ein Lokalcomité bildete sich aus angesehenen, einflußreichen Demokraten, — für jeden der früheren Bataillonsbezirke der Bürgerwehr trat ein Mitglied in dasselbe, — die einzelnen Mitglieder setzten sich mit einflußreichen Männern in jedem zum Bataillonsbezirke gehörenden Stadtbezirk in Verbindung, die wieder in kleineren Kreisen wirken mußten. So entwickelte sich denn schon unmittelbar nach der Oktroyirung der Verfassung in der scheinbar politisch todten, durch den Belagerungszustand an einer äußeren Thätigkeit behinderten demokratischen Partei wieder ein reges politisches Leben. Konnte sie nicht größere öffentliche Versammlungen halten, so hielt sie kleine geheime Zusammenkünfte, konnte sie ihre Ansichten nicht durch Zeitungen und Straßenplakate kundgeben, so that sie es durch Broschüren, von denen damals eine große Zahl erschienen und die auf dem Wege der neuen Organisation unter das Volk gebracht wurden.

Mit dieser stillen Thätigkeit mußte sich die demokratische Partei begnügen, denn der Belagerungszustand machte sich mit jedem Tage für sie fühlbarer geltend.

General Wrangel bemühte sich zwar, das Kriegsrecht in nicht allzu scharfer und harter Weise zu gebrauchen, er zeigte sich sogar, wo er persönlich mit der Bürgerschaft in Berührung kam, beim Empfange von Deputationen u. s. w. freundlich und zuvorkommend, so daß er sich eine gewisse Popularität erwarb, im Kampfe gegen die Demokratie aber durfte er keine Schonung üben, in der Unterdrückung der demokratischen Presse mußte er streng sein. Zeitungsverbote, Konfiskationen von Flugblättern, Schließung demokratischer Druckereien u. s. w. folgten schnell hintereinander, täglich berichteten die konservativen Zeitungen mit großer Freude von denselben und von den Ausweisungen solcher Demokraten, welche in Berlin nicht ortsangehörig waren. Bei allen diesen Maßregeln wurde die Militärbehörde nicht nur unterstützt, sondern überboten durch die Polizei. Während General Wrangel sich wohl streng, aber niemals brutal, oft sogar gutmüthig, versöhnlich und entgegenkommend zeigte, ließ der Polizei-Präsident von Hinkeldey keine Gelegenheit vorübergehen, um der von ihm mit unversöhnlichem Haß verfolgten Demokratie die Polizeimacht drückend fühlbar zu machen.

Und mit der Polizei verband sich der Abschaum der konservativen Partei, die feige Menge, welche während der revolutionären Bewegung des vergangenen Sommers sich nicht zu regen gewagt hatte, die jetzt aber rachegierig sich wieder hervordrängte mit Anklagen gegen die überwundene revolutionäre Partei. Die ganz in das Regierungslager übergegangene Vossische Zeitung enthielt täglich in ihren Beilagen ganze Spalten voll solcher Anklagen, der Zuschauer der Neuen Preußischen Zeitung machte sich ein Geschäft daraus, durch lügnerische Denunziationen die Polizei und die Gerichte gegen die namhaften Demokraten zu hetzen; Herr Gödsche, ein früherer Postsekretär, jetzt Hauptredakteur des Zuschauers, hatte ein verkommenes Subjekt, einen Handlungsdiener Namens Ohm, durch Geld gewonnen. Ohm hatte sich bei allen demokratischen Clubs betheiligt, er war zwar niemals zu einer Geltung gekommen, weil man dem zudringlichen, schwatzhaften, unbedeutenden Menschen mißtraute, aber er hatte doch Gelegenheit gehabt, mancherlei aus hingeworfenen Aeußerungen zu errathen. Er verkaufte sich Herrn Gödsche und lieferte ihm für den Zuschauer der Neuen Preußischen Zeitung Berichte, in welchen Wahrheit und Lüge gemischt waren, ja er enthielt sich auch der frechsten Lügen nicht, und gerade diese fanden den höchsten Beifall seiner hohen Gönner und wurden geflissentlich auch in Flugblättern in die Welt geschleudert. Unter dem Titel: „Enthüllungen“ und unter der Unterschrift „Verein zur Wahrung der Interessen der Provinzen“ wurden solche Flugblätter auch der Vossischen Zeitung unentgeltlich beigelegt, sie enthielten abenteuerliche, lügenhafte Denunciationen gegen eine Reihe namhafter Demokraten wegen eines fabelhaften Schlachtplans der Revolution.

Wenn Gödsche und Ohm anonym denuncirten, so that es Herr Held, der früher selbst eine hervorragende Rolle in der Demokratie gespielt hatte, öffentlich; in langen Artikeln, welche er in der Vossischen Zeitung veröffentlichte, klagte er die demokratischen Führer an. Er versuchte es noch einmal, eine Rolle als Volksmann zu spielen, und die Polizei duldete es, daß er sich als solcher in demokratischen Redensarten erging, weil er zugleich als Denunciant gegen die demokratischen Parteiführer und gegen die Mitglieder der aufgelösten National-Versammlung auftrat. Es wurde ihm sogar gestattet, in der Weihnachtszeit 1848 in Mylius' Hotel, in dem ehemaligen Sitzungssaale der Linken der aufgelösten National-Versammlung, eine politische Puppenkomödie gegen 5 Sgr. Eintrittsgeld zu zeigen, in welcher er die demokratischen Clubredner, die Bürgerwehr, die Deputirten der National-Versammlung in giftiger und unanständiger Weise verspottete; einen Erfolg aber hatte Herr Held durch sein Auftreten nicht. Er wurde

mit der Aufforderung an den Magistrat, dieser möge von der obersten Stadtverwaltung zurücktreten und Männern des Vertrauens Platz machen.

als Renegat von allen Parteien verachtet, er verfiel dem Fluch der Lächerlichkeit.*)

Die Angriffe und Denunciationen, welche von allen den untergeordneten Parteigängern der Regierung gegen die Demokratie erhoben wurden, waren nicht ganz bedeutungslos, sie trugen ihre Früchte, indem auch die Gerichtsbehörden jetzt energisch gegen diejenigen Männer vorgingen, die sich bei der revolutionären Bewegung des Sommers hervorragend betheiligt hatten. Eine ganze Reihe von politischen Prozessen wurde eingeleitet. Der wichtigste derselben richtete sich gegen die sogenannten Steuerverweigerer, gegen diejenigen Abgeordneten, welche an dem Steuerverweigerungs-Beschluß sich betheiligt hatten. Man erfuhr in Berlin, daß viele Vernehmungen stattgefunden hätten, und das Gerücht ging um, daß sämmtliche Theilnehmer an dem Steuerverweigerungs-Beschluß, ohne Rücksicht auf die ihnen gesetzlich garantirte Unverletzlichkeit, auf Veranlassung des Ministeriums als Hochverräther angeklagt werden sollten.

Das Ministerium Brandenburg war im Dezember 1848 und in den ersten Monaten des Jahres 1849 noch eifrig bestrebt, die politischen Mittelparteien für sich zu gewinnen, sich den Schein der Verfassungstreue zu geben, um womöglich eine Majorität in der zu wählenden zweiten Kammer zu erhalten. Zu diesem Zwecke legte der Justizminister Rinteln Protest ein gegen die verbreiteten bösen Gerüchte; er erklärte öffentlich durch die Zeitungen, daß die Regierung in keiner Weise eine Verfolgung der Abgeordneten veranlaßt habe, daß sie sich durchaus nicht in die Thätigkeit der Gerichte mische.

Direkt auf die Wahlen suchte der Minister des Innern, von Manteuffel, einzuwirken durch ein Reskript vom 28. Dezember 1848, welches allen Regierungs-Präsidenten zur Nachachtung übersendet, aber auch durch die Zeitungen veröffentlicht wurde. Er sagt in diesem Reskript:

„In unserer aufgeregten Zeit genügt es nicht, dem Kampfe der politischen Leidenschaften theilnahmlos zuzusehen; es müssen sich die Königlichen Behörden die entscheidende Wichtigkeit der bevorstehenden Deputirtenwahlen und den Einfluß klar machen, den jene feindliche Partei darauf zu gewinnen sucht; sie müssen eine Stellung einnehmen, welche die Anhänger der konstitutionell-monarchischen Regierungsform mit Achtung und Vertrauen erfüllt, in zaghaften Gemüthern den Muth der Ueberzeugung belebt und befestigt und den Freunden der Ordnung und wahrer Freiheit den Muth giebt, den politischen Kampfplatz zu betreten, um das Bestehen der Verfassung durch die Wahl patriotischer und einsichtsvoller Abgeordneten sicher zu stellen. Weit entfernt, auf den Ausfall dieser Wahlen einen direkten Einfluß auszuüben oder gar durch ungesetzliche Mittel einen unlauteren Eifer kund zu geben, ist es vielmehr die Aufgabe der Behörden, jede Einschüchterung, jede Verführung von den Wahlen fern zu halten, jedem unredlichen Mittel, jeder Art der Korruption und Allem, was derselben in Form und Wesen ähnlich ist, entgegen zu treten, welcher augenblickliche Erfolg auch damit zu erzielen sein möchte. Nicht im eigenen Interesse, sondern im Interesse der bleibenden Beruhigung des Landes, zur Wiederherstellung seiner tief erschütterten Wohlfahrt, im Interesse der höchsten Güter des Volks, welche der Erörterung der zu bildenden Kammern werden unterworfen werden, hat die Regierung mit ihren konstitutionellen Organen darüber zu wachen, daß in den bevorstehenden Wahlen der durch die schweren Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit hoffentlich geläuterte Volkswille seinen ungetrübten Ausdruck finde. Es liegt im Interesse der Regierung wie des Landes, daß jeder Urwähler und jeder Wahlmann die große und folgenschwere Bedeutung seines hohen Berufes richtig erkenne und die Gefahren einer schlechten Wahl zu würdigen verstehe. Die Behörden sind demnach verpflichtet, mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln dahin zu wirken, daß die Freiheit der Meinungsäußerung über die Wahlen und die Wahlkandidaten keine ungesetzliche Beschränkung erleide; sie haben ihre Aufmerksamkeit und ihre Thätigkeit darauf zu richten, daß jeder Versuch, die öffentliche Meinung hierüber irre zu leiten, vereitelt, daß jede Täuschung, jede falsche Vorspiegelung oder Verleumdung in Schrift und Rede ihre Widerlegung und, wo das Strafgesetz es gestattet, ihre nachdrückliche Ahndung finden; sie haben insbesondere zu hindern, daß über diejenigen Eigenschaften eines Wahlmannes und Abgeordneten, welche zur würdigen und erfolgreichen Erfüllung seiner patriotischen Mission unerläßlich sind, falsche Vorstellungen Boden gewinnen, und sie müssen es zur allgemeinen Ueberzeugung zu bringen suchen, daß voreilige, in der Regel unerfüllbare Verheißungen der Wahlkandidaten, für persönliche Wünsche der Wähler und für örtliche Sonderinteressen thätig sein zu wollen, den Mangel ihrer höheren politischen Einsicht, ihrer Gesinnungstüchtigkeit und patriotischen Hingebung an das Gemeinwohl des Vaterlandes nimmermehr ersetzen können."

Wie der Minister von Manteuffel die Pflicht der Behörden zur Vereitelung „jedes Versuchs, die öffentliche Meinung irre zu führen", auffaßte,

*) Dasselbe Mittel, welches Herr Held brauchte, um die demokratischen Parteiführer zu verdächtigen, wurde kurze Zeit darauf auch gegen ihn angewendet, aber nicht von demokratischer Seite her. Am 18. Februar 1849 wurde auf dem Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater zum ersten Male eine „Zeitgemäße Posse mit Gesang in drei Abtheilungen nebst einem Vorspiel: „Meine Idee", und einem Nachspiel: „Die Stadtvogtei", unter dem Titel: „Eigenthum ist Diebstahl oder der Traum eines rothen Republikaners", gegeben. In diesem die Demokratie verspottenden Stücke spielte Herr Held unter dem Namen „Heros, der Große genannt" die Hauptrolle. — Anton Ascher, der damals anfing, sich einen berühmten Schauspielernamen zu machen, kopirte Herrn Held meisterhaft. Die sonst sehr unbedeutende Posse trug wesentlich dazu bei, den letzten Rest der Anhänglichkeit zu zerstören, welche noch manche Arbeiter für ihren „Held" hatten.

zeigte er sehr klar durch eine Verhandlung mit dem konservativen früheren Abgeordneten Herrn Peter Reichensperger. Dieser*) erzählt uns:

„Nach einem Diner beim Minister von Manteuffel wurde ich von demselben in eine Fensternische geführt, wo er mir mittheilte, daß in den nächsten Tagen eine Schrift des früheren Abgeordneten und Ministers Rodbertus erscheinen werde, in welcher er das Verhalten des Rumpfparlamentes eingehend vertrete und die Regierung wegen der Verlegung und demnächstigen Auflösung der National-Versammlung heftig angreife. Er sprach den dringenden Wunsch aus, daß ich, als besonders dazu berufen, baldthunlichst eine Gegenschrift abfasse, damit der Angriff alsbald abgeschlagen und die öffentliche Meinung nicht irre geführt werde. Er überraschte mich zugleich durch die Mittheilung, daß die beiden ersten Korrekturbogen jener Schrift bereits in seiner Hand seien und daß die folgenden ihm zu gleicher Zeit wie dem Herrn Rodbertus zugehen würden. Indem er mir die ersteren übergab und die sofortige Zusendung der folgenden in sichere Aussicht stellte, wiederholte er seine dringende Bitte und fügte die Versicherung hinzu, daß alle Vorkehrungen getroffen werden würden, um meine Schrift in der denkbar kürzesten Frist erscheinen zu lassen."

Herr Reichensperger ging auf den Wunsch des Ministers ein; fast unmittelbar nach der Rodbertus'schen Broschüre erschien die Widerlegung durch Reichensperger, der, wie er selbst sagt, sich nicht gezwungen glaubte, den rechtmäßigen Erwerb der ihm übergebenen, unzweifelhaft durch die Untreue eines Setzers oder des Druckers in die Hand des Ministers gelangten Korrekturbogen vertreten zu müssen.

Auch andere, sonst in konstitutionellen Staaten nicht übliche Mittel wurden aufgeboten, um auf die Wahlen für die zweite Kammer zu wirken. Königliche Worte sollten die Stimmung des Volkes beeinflussen.

Ob wohl die Urwähler einer Dorfgemeinde, ein Schulze und einige Tagelöhner, sich aus freiem Antriebe direkt an den König gewandt haben mögen, um von ihm eine Lösung ihrer politischen Zweifel zu erbitten? Interessant und charakteristisch für die Zeit ist es jedenfalls, daß der König ihnen nicht nur eingehend antwortete, daß auch diese Antwort mit dem Inhalt der Anfrage durch den Preußischen Staatsanzeiger veröffentlicht wurde. Das wichtige Aktenstück lautet:

Die Urwähler der Dorfgemeinde Nessin bei Kolberg hatten sich mit einer Vorstellung an Se. Majestät den König gewandt, um eine Lösung der Zweifel zu erhalten, in welche sie durch heimlich und angeblich im Allerhöchsten Auftrage verbreitete Flugschriften versetzt worden waren. Sie fragten in dieser Vorstellung namentlich an, ob, wie ihnen in solchen Flugschriften mitgetheilt worden, Se. Majestät der König wirklich durch Seine Rathgeber gezwungen worden sei, die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung aufzulösen und die Verfassung vom 5. Dezember zu verleihen; ob es ferner der Allerhöchste Wille sei, das Grundeigenthum zu theilen und den Besitzlosen zuzuwenden, und ob nur die Gutsbesitzer und Beamten der Ausführung dieser Absicht hindernd entgegenträten, ob sie endlich nach dem Willen Sr. Maj. bei den bevorstehenden Wahlen, mit Ausschluß der größeren Grundbesitzer, nur Leuten aus ihrer Mitte ihre Stimmen geben sollten? Die Bittsteller erbaten sich die unmittelbare Belehrung Sr. Maj. über diese Punkte sowie eine bestimmte Anweisung über die Person des zu Wählenden, indem sie nur zu Allerhöchstdemselben in dieser Beziehung volles Vertrauen hätten und das, was ihnen von Sr. Majestät angerathen werde, unbedingt ausführen würden. Se. Majestät der König haben hierauf folgendes Allerhöchstes Schreiben an die Bittsteller erlassen:

„Auf die Vorstellung vom 5. d. M., deren treue und vertrauensvolle Worte Meinem Herzen wohlgethan haben, eröffne Ich Euch Folgendes: Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung habe ich auf den Rath Meiner Minister, aber in eigener freier Entschließung aufgelöst. Niemand anders hat mich dazu gezwungen, als jene Versammlung selbst, indem die Mehrzahl ihrer Mitglieder Meinem Rufe, in Brandenburg ihre Berathung fortzusetzen, nicht folgte und durch gesetzwidrige Beschlüsse den Staat und Mein Königliches Haus in die äußersten Gefahren brachte. Ich durfte es nicht dulden, daß durch die Verirrungen jener Abgeordneten die von Mir verheißenen Freiheiten länger dem Lande vorenthalten und Ruhe und Ordnung länger gestört und dadurch das Gedeihen der Gewerbe und die Wohlfahrt des Landmannes beeinträchtigt wurden. Ich habe demnach bei Auflösung jener Versammlung ebenfalls aus freier, eigener Bewegung Meinem Volke ausgedehnte Rechte und Freiheiten in einer Verfassungsurkunde feierlich verbrieft. Die nochmalige genaue Prüfung und jede mögliche Verbesserung der Verfassung sind vorbehalten und werden unter Mitwirkung der jetzt zu wählenden Abgeordneten ausgeführt werden. Nachdem solchergestalt ein geordneter Zustand gegründet, und nachdem auch das mehrfach erschütterte Ansehen des Gesetzes wieder hergestellt worden, wird, so hoffe ich zu Gott, das preußische Volk neuem Ruhm und erhöhtem Glücke entgegengehen, und die Segnungen einer wohlgeordneten, sorgsamen und kräftigen Regierung werden allen Einwohnern des Staates, vornehmlich auch den Armen und Besitzlosen, deren Lage zu verbessern Ich eifrigst bemüht bin, zu statten kommen. Diejenigen täuschen Euch aber und verdienen Euer Vertrauen nicht, welche Euch sagen, es sei Meine Absicht, die Besitzenden ihres Eigenthums zu berauben und es an die Besitzlosen zu vertheilen. Damit würde Niemandem geholfen, wohl aber Recht und Gerechtigkeit, welche

*) Erlebnisse eines alten Parlamentariers im Revolutionsjahre 1848, von Peter Reichensperger.

aufrecht zu erhalten Mein von Gott Mir ertheilter heiliger Beruf ist, in schmählicher Weise verletzt werden. Fragt Ihr endlich, wen Ihr wählen und als Abgeordneten nach Berlin senden sollt, so habe ich zwar darüber bestimmte Vorschriften nicht zu ertheilen und hoffe, daß Mein biederes und treues Volk seiner würdige Vertreter ausersehen wird; Meinen Rath aber will ich Euch nicht versagen: lenkt Eure Wahl auf Männer, die eine wahrhafte Liebe zum Vaterlande beseelt, vor denen Ihr aufrichtige Achtung wegen ihres ehrbaren und tadellosen Wandels hegt, die ein warmes Herz für die Noth der Armen durch Thaten bewährt und genügende Einsicht und Willenskraft haben, um bei der Gesetzgebung des Staats zum Glück und Heil seiner Einwohner gedeihlich mitzuwirken. Solche Männer wählt, wo Ihr sie findet, unter Gutsbesitzern oder Bauern, unter Niederen oder Hohen; hütet Euch aber vor denen, welche Euch mit unerfüllbaren Hoffnungen schmeicheln, welche Haß und Unfrieden säen und Euch die verdächtigen, welche Ihr Zeit Eures Lebens als zuverlässig und redlich kennen gelernt habt. Eure Bitte in Gnaden gern gewährend, habe Ich diesen Bescheid, dessen Veröffentlichung Ich Euch gestatte, eigenhändig vollzogen und lasse ihn Euch unmittelbar zufertigen.

Berlin, den 12. Januar 1849.

(gez.) Friedrich Wilhelm.
(gegengez.) von Manteuffel.

An den Schulzen Krengel, den Tagelöhner Gräber und die übrigen Urwähler in Nessin bei Kolberg."

Wie die Zweifelnden beruhigt, die Bauern und Tagelöhner durch königliche Worte gewonnen werden sollten, galt es auch, die Handwerker der Regierung geneigt zu machen und ihre Stimmen für die Wahl zu gewinnen. — Am 18. Dezember 1848 empfing der König eine Deputation von Handwerkern aus den verschiedenen Provinzen und unterhielt sich sehr gnädig mit derselben. Als ein Deputirter seine Ansicht dahin aussprach, die Bildung von zeitgemäßen Innungen sei dringend nothwendig, erwiderte der König: „Das ist ganz meine Idee!" dann äußerte er sich weiter zu der Deputation: „Ihr Wohl liegt in Ihrer Hand! — Sorgen Sie für eine geeignete Vertretung, sorgen Sie, daß Männer in die Kammer kommen, die das Wohl des Handwerkerstandes ernstlich wollen!"

Daß die Minister „das Wohl des Handwerkerstandes ernstlich wollten," bewiesen sie, indem im Januar ein Kongreß von Handwerkern zusammenberufen wurde, mit welchem die Regierung die Handwerkerverhältnisse berieth, und indem sie in Folge dieser Berathung am 9. Februar 1849 ein neues Gewerbegesetz auf Grund des Artikels 105 der Verfassung vom 5. Dezember 1848 erließ, ein Gesetz, welches die Einsetzung von Gewerberäthen und Gewerbegerichten bestimmte und die Gewerbefreiheit wesentlich beschränkte, indem es die Meisterschaft von Prüfungen abhängig machte, die Ausübung des selbständigen Gewerbebetriebs nur den Innungsmeistern und geprüften Meistern gestattete und hiernach die Verhältnisse der Meister, Gesellen und Lehrlinge regelte.

Während die Regierung in dieser Weise außerordentlich thätig war, um sogar durch die Hineinziehung des Königs in die Wahlbewegung auf die Wahlen zu wirken, während in Berlin die konservativen Vereine durch Wort und Schrift auch in größeren Versammlungen der Vereine die Wahlagitation betreiben konnten, war es der Opposition nur möglich, im Stillen zu wirken, dies aber geschah mit großem Eifer und großem Geschick. Sie setzte es durch, daß Magistrat und Stadtverordnete sich beim General Wrangel dahin verwendeten, daß das Verbot öffentlicher Versammlungen während des Belagerungszustandes zurückgenommen werde und daß in der That am 9. Januar die Erlaubniß des Generals zur Abhaltung von Vorversammlungen der Urwähler proklamirt werden konnte. Allerdings waren diese Vorversammlungen großen Beschränkungen unterworfen; es durften nur Urwähler einer Wahlabtheilung zusammenkommen, zu den Versammlungen durfte nicht durch Zeitungen oder Plakate eingeladen werden, ein Stadtverordneter oder Bezirksvorsteher mußte gegenwärtig sein und dafür sorgen, daß nur über Wahlangelegenheiten gesprochen werde, und pünktlich um 10 Uhr Abends mußten die Versammlungen geschlossen werden; aber trotz aller dieser Beschränkungen gewährten die zahlreich besuchten Versammlungen doch das Mittel, die Wahlen der Wahlmänner genügend vorzubereiten; daß dasselbe von der demokratischen Partei im vollsten Maße ausgenutzt wurde, bewiesen die am 22. Januar 1849 stattfindenden Wahlen der Wahlmänner. Fast alle die bekannten Führer der Opposition, die Redner und Stimmführer der demokratischen Clubs wurden zu Wahlmännern gewählt, nur Waldeck und Jung unterlagen in ihren konservativen Bezirken, aber auch Herr Held, der sich große Mühe gegeben hatte, gewählt zu werden, fiel glänzend durch.

Die demokratische Partei hatte trotz des Belagerungszustandes einen Sieg errungen, dies ließ sich schon unmittelbar nach der Wahl übersehen, aber der Sieg war kein glänzender, so meinten wenigstens die konservativen Zeitungen. Die Vossische Zeitung tröstete sich und ihre Leser, indem sie proklamirte, die Majorität der demokratischen Wahlmänner werde keine große sein, und überdies habe die gemäßigte Demokratie, nicht die radikale, gesiegt. Einen besseren Trost noch gaben der konservativen Partei die Wahlen der Wahlmänner zur ersten Kammer am 29. Januar, dieselben fielen durchgängig konservativ aus.

Ein sehr reges politisches Leben entwickelte sich trotz des Belagerungszustandes unmittelbar nach der Wahlmännerwahl wieder in Berlin; die Versammlungen der Wahlmänner, ihre Berathungen, die Reden der Kandidaten bildeten den Mittelpunkt desselben.

Die demokratischen Wahlmänner in den vier verschiedenen Wahlbezirken konstituirten sich zuerst; es wurde ihnen anfangs kein Hinderniß in den

Weg gelegt, sie konnten als Parteiprogramm für die Wahl proklamiren, daß die Verfassung vom 5. Dezember nicht für rechtsbeständig erklärt, daß aber diese Verfassung als Vorlage von den Deputirten benutzt werden solle, während im Gegensatz hierzu von der konservativen Partei die unbedingte Anerkennung der oktroyirten Verfassung als Partei-Grundsatz aufgestellt wurde.

Die demokratische Partei hatte während des Belagerungszustandes eine gute Schule durchgemacht, dies zeigte sich bald. Die Berathungen der demokratischen Wahlmänner zeichneten sich durch eine musterhafte Ordnung und Ruhe aus, während es in den konservativen Versammlungen oft so stürmisch wie in den Clubs des Sommers 1848 herging. Das Resultat dieser Verschiedenartigkeit der Berathungen war, daß sich viele der freisinnigen Bürgerschaft angehörige Wahlmänner aus den konservativen Versammlungen zurückzogen, während die der Opposition mit jedem Tage stärker wurden. Das Anwachsen der demokratischen Wahlversammlungen wurde so bedenklich, daß General Wrangel sich veranlaßt fand, ein Machtwort zu sprechen. Er verbot die Parteiversammlungen während des Belagerungszustandes, nur solche Versammlungen sollten gestattet sein, in welchen Wahlmänner aller Parteischattirungen zugelassen würden.

Gegen diesen Erlaß des Generals Wrangel protestirten nicht nur die demokratischen, sondern selbst die konservativen Wahlmänner, er erregte auch bei den letzteren eine solche Entrüstung, daß Viele von ihnen zur demokratischen Fahne übergingen und daß die demokratische Partei beim Wahlakt selbst am 5. Februar mit größerer Majorität siegte, obgleich ihren Kandidaten von der konservativen Partei Gegenkandidaten gestellt waren, welche der gemäßigten Demokratie sehr nahe standen, wie der frühere Präsident der National-Versammlung, Grabow, und der Professor Gneist,*) der sich als Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung gern den Anschein eines gemäßigten Demokraten gegeben hatte, sich jetzt aber als Gegenkandidat gegen Temme und Jakoby aufstellen ließ. Waldeck, Rodbertus und Johann Jakoby wurden jeder zweimal, Behrends, Philipps und Temme jeder einmal in Berlin gewählt.**)

*) Herr Gneist hatte viel Unglück. Er erzählt uns selbst in seiner interessanten Broschüre „Berlins Zustände", daß er die Ehre gehabt habe, in sieben Wahlkreisen als Kandidat aufgestellt zu werden und durchzufallen, und zwar in vier Berliner Wahlbezirken als Kandidat der Rechten gegen die Linke, in drei Provinzkreisen als Kandidat der Linken gegen die Rechte.

**) Waldeck wurde nicht nur in Berlin zweimal, sondern auch noch in den Provinzen viermal, im Ganzen sechsmal gewählt. Durch die Doppelwahlen und die aus denselben erfolgenden Ablehnungen wurden vier Nachwahlen für Berlin nothwendig, diese erfolgten am 1. März. Es wurden gewählt: Heinrich Simon, Landrath Reuter, Oberbürgermeister Ziegler und Assessor Jung, sämmtlich Kandidaten der radikalen Demokratie.

Der Ausfall der Berliner Wahlen machte nicht nur in Berlin selbst, sondern im ganzen Lande ein ungeheures Aufsehen. Die konservativen Zeitungen erhoben ein wahres Wuthgeschrei. — „Berlin ist in der zweiten Kammer der Abgeordneten nicht vertreten!" proklamirte die Vossische Zeitung. Sie forderte die Aufhebung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Andere Zeitungen nannten die Wahl eine Schmach für Berlin, und auch an höchster Stelle wurde sie so betrachtet. In einem vertraulichen Brief an Alfred von Reumont*) äußerte sich der König: „Berlin hat gestern wie ein Rabenstein gewählt, nämlich lauter ausgeprägte Galgenvögel; das Land umher aber gut, zum Theil vortrefflich."

Auch das Resultat der Wahlen zur ersten Kammer, welche in Berlin durchaus konservativ ausfielen,**) schwächte weder den tiefen Mißmuth der konservativen Partei, noch die Siegesfreude der demokratischen Partei ab, denn beide Parteien waren überzeugt, daß der Schwerpunkt der politischen Entwickelung des Landes nicht in der ersten, sondern in der zweiten Kammer liege, beide Parteien sahen deshalb mit höchster Spannung dem Zusammentritt der Kammern am 26. Februar entgegen.

Es herrschte in jenen letzten Wochen des Februar 1849 in Berlin wieder eine politische Gewitterschwüle, in allen Kreisen der Bevölkerung bildeten die Wahlen und die zweite Kammer den Hauptgegenstand des Interesses, neben ihnen aber wurde dieses wunderbarer Weise gefesselt durch den Aberglauben, der noch tief in allen Ständen herrschte und gerade damals Gelegenheit fand, sich in albernster Weise zu offenbaren.

Nicht weniger häufig als die Namen Graf Brandenburg, Wrangel, Manteuffel, Waldeck, Jakoby und Unruh wurde in jenen Tagen und in den nächsten Monaten der Name Luise Braun genannt. Das 11jährige Wunderkind, die Tochter eines Holzaufsehers, wohnte in der Schifferstraße am Unterbaum. Es stand im geistigen Verkehr mit einem höheren Wesen, es ließ die Krüppel und die Lahmen, die Gebrechlichen und die Kranken zu sich kommen, ermahnte sie zum Vertrauen auf Gottes Hilfe und versprach ihnen dafür die Heilung ihrer Leiden.

Tausende und Abertausende wanderten hinaus nach der Schifferstraße, vor dem kleinen Braunschen Hause etablirten sich Händler mit Lebensmitteln, um den Tausenden, die dort warteten, leibliche Nahrung zu reichen. Nicht nur arme, ungebildete Leute zogen nach der Schifferstraße hinaus, sondern auch die Reichen und die sogenannten Ge-

*) Aus König Friedrich Wilhelms gesunden und kranken Tagen. Von Alfred von Reumont. S. 334.

**) Es wurden in Berlin zur ersten Kammer gewählt: General-Steuerdirektor Kühne, Kaufmann Dannenberger, Minister Camphausen und Oberst-Lieutenant v. Griesheim zweimal.

bildeten. Lange Reihen glänzender Equipagen standen wartend in den benachbarten Straßen.

Die abergläubischen Massen verehrten das Wunderkind wie eine Heilige! — Glücklich der, welchem es gelang, bis in das Haus zu dem gottbegnadeten Kinde zu dringen! — Nur verhältnißmäßig Wenige aus der ungeheuren Menschenmenge konnten zugelassen werden, meist nur diejenigen, welche ihren Besuch am Tage vorher mit Angabe ihrer Krankheit gemeldet hatten.

Wahre Wundergeschichten wurden über die Heilungen erzählt, welche Luise Braun bewirkt habe, und mit jedem Tage wuchs daher der Strom der Abergläubischen, der in keiner Weise von der Polizei gehemmt wurde. Die Polizei duldete den Unfug nicht nur, sie gewährte ihm sogar gewissermaßen eine Unterstützung. Eine Anzahl Konstabler war stets vor dem Hause postirt, um die Ruhe aufrecht zu erhalten und um die schriftlichen Anmeldungen der Kranken zu besorgen.

So dauerte denn die Völkerwanderung nach der Schifferstraße lange Zeit fort, und in jener politisch aufgeregten Zeit wurde oft das Interesse an der Politik fast überwuchert von dem Interesse, welches das Wunderkind Luise Braun*) den abergläubischen Berlinern einflößte.

Zweites Kapitel.

Die städtischen Behörden und der Belagerungszustand. — Erste Versammlung der freisinnigen und der konservativen Abgeordneten. — Die Bildung der Parteien. — Die Kammereröffnung. — Die Thronrede. — Die erste Sitzung der zweiten Kammer. — Stellung der Parteien. — Grabow's Wahl zum Präsidenten der zweiten Kammer. — Die Adreß-Berathungen in der ersten und in der zweiten Kammer. — Fraktionsbildungen der Linken. — Die Denkschrift über den Belagerungszustand. — Gewitterschwüle in Berlin. — Die Feier des 18. März. — Das rothe Lied von August Braß. — Unruhige Auftritte am 18. März.

Der Tag der Kammereröffnung nahte. Sollte die Volksvertretung zusammentreten in der noch immer unter dem Belagerungszustand stehenden Stadt? Diese Frage beschäftigte in jenen Tagen alle Berliner und sie wurde, je nach der Parteistellung, sehr verschieden beantwortet.

Schon unmittelbar nach der Oktroyirung der Verfassung hatten sogar viele Konservative behauptet, jetzt, nachdem ein fester Rechtsboden durch die Verfassung geschaffen und Berlin beruhigt sei, bedürfe die Regierung einer solchen Ausnahmemaßregel nicht mehr. Mit den vorhandenen Polizei- und Militärkräften könne auch ohne Belagerungszustand die Ruhe leicht aufrecht erhalten werden. Es waren von vielen Bezirken an die Stadtverordneten-Versammlung und den Magistrat Petitionen eingegangen, damit die städtischen Behörden sich für die Aufhebung des Belagerungszustandes verwenden möchten.

Am 4. Januar fand eine Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung statt, in welcher eine von dieser zur Vorberathung der eingegangenen Petitionen niedergesetzte Kommission Bericht erstattete. Die Kommission erklärte sich einstimmig dafür, daß jetzt, nachdem zwei Monate ohne die geringste Störung der Ordnung vorübergegangen seien, nachdem selbst der Minister des Innern in einem Erlaß anerkannt habe, „die Macht des Gesetzes ist überall wiedergekehrt", der Belagerungszustand ohne irgend welche Gefahren aufgehoben werden könne.

Eine überaus stürmische Debatte folgte dem Antrage der Kommission, für die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes zu wirken. Als der Stadtverordnete Sehlmacher erklärte, die Anarchie und das republikanische Treiben würden sogleich nach der Aufhebung wieder erwachen, ertönte ein durchdringendes Zischen auf der Zuhörertribüne, und darüber erhob sich ein wahrer Sturm der Entrüstung auf der Rechten der Versammlung. Die Rufe: Sitzung schließen! Zuhörer hinaus! ertönten. Die Stadtverordneten der Rechten und Linken schrien wüthend durcheinander; ein wüster Lärm machte längere Zeit eine geordnete Debatte unmöglich.

Als die Debatten endlich fortgesetzt wurden, zeigte es sich, daß die Stimmung sich stark verändert hatte. Die meisten Redner, unter ihnen der Vorsteher Seidel selbst, der Stadtverordnete Ulfert und andere einflußreiche Stadtverordneten erklärten sich gegen eine Aufhebung des Belagerungszustandes, ehe nicht Gesetze zur Niederhaltung der Anarchie gegeben seien, und bei der Abstimmung ergaben sich für den Antrag der Kommission nur 30 Stimmen, dagegen 56 Stimmen.

Der Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung erregte unter der Bürgerschaft Berlins eine so tiefe Entrüstung, die Stadtverordneten, welche denselben gefaßt hatten, wurden von allen Seiten so heftig angegriffen, daß unter ihnen bald ein neuer Umschlag der Stimmung sich zeigte. Schon am 25. Januar wurde wieder eine Deputation niedergesetzt, um ein Gutachten darüber abzugeben, ob die Aufhebung des Belagerungszustandes von der Stadtverordneten-Versammlung zu beantragen sei, und als nun am 6. Februar die Deputation einen befürwortenden Bericht erstattete, stellte in der folgenden lebhaften Debatte der Vorsteher Seidel selbst den Antrag: „In der Voraussetzung, daß die bestehenden Gesetze ausreichen, Ruhe, Ordnung und Sitte in Berlin aufrecht zu erhalten, wird der Magistrat ersucht, auf das Schleunigste Schritte für die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes zu thun." — Es fand sich für diesen Antrag die Majorität, allerdings nur die Majorität von einer Stimme, der Antrag wurde mit 37 gegen 36 Stimmen angenommen.

*) Luise Braun ist später, nachdem sie ihre Rolle als Wunderkind längst ausgespielt hatte, als Betrügerin auch auf anderen Gebieten entlarvt und bestraft worden.

Die Stadtverordneten-Versammlung hatte sich den Anschauungen der Bürgerschaft Berlins gebeugt, der Magistrat that es nicht, er lehnte es durch Schreiben vom 13. Februar ab, Schritte zur Aufhebung des Belagerungszustandes zu thun, da seiner Ansicht nach die bestehende Gesetzgebung keineswegs ausreiche, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, und da es deshalb darauf ankomme, die Emanation der in Aussicht gestellten Gesetze zum Schutze der Ordnung und Sicherheit abzuwarten. Er ersuchte deshalb die Stadtverordneten-Versammlung, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen.

Das Magistratsschreiben erregte große Entrüstung in der Versammlung, viele Stadtverordnete wollten selbständig mit Anträgen an das Ministerium vorgehen, die Mehrheit aber fürchtete sich vor solcher direkten Parteinahme, sie war froh, einem Vermittelungsantrage zustimmen zu können, dieser lautete:

„Indem die Versammlung die Aufhebung des Belagerungszustandes in der Voraussetzung beantragt hat, daß die bestehenden Gesetze zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung ausreichend sind, hat dieselbe beabsichtigt, die Entscheidung darüber, ob die bestehenden Gesetze ausreichen, dem Ministerium anheimzustellen, keineswegs aber sich vorweg gegen die Zulänglichkeit der bestehenden Gesetze aussprechen wollen. Die Versammlung beschließt nunmehr, in der Erwägung, daß die Kammern schon binnen acht Tagen zusammentreten, die Sache auf 14 Tage ruhen zu lassen und inzwischen abzuwarten, ob das Ministerium den Belagerungszustand aufheben wird oder die Kammern die Initiative ergreifen werden."

Die Entscheidung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung machte viel böses Blut in Berlin, sie wurde selbst von recht konservativen Bürgern nicht gebilligt. Das Bedürfniß nach einer freieren politischen Bewegung hatte sich in Folge der Wahlen herausgestellt, das politische Leben, welches während zweier Monate geschlafen hatte, war erwacht; nicht weniger als fünf neue Zeitungen, welche mit dem Tage der Kammereröffnung erscheinen sollten, wurden begründet, es waren: die Konstitutionelle Zeitung, eine neue lithographirte Korrespondenz, die Kammerzeitung, die Parlamentszeitung von Horwitz und die Tribüne von Dohm und Stein begründet. General Wrangel hatte Anfangs Anstand genommen, die Erlaubniß zum Erscheinen der neuen Zeitungen zu geben, deren Herausgeber zum Theil sehr bekannte Demokraten waren, aber er hatte schließlich seine Genehmigung ertheilt, nachdem die Redakteure ernstlichst vermahnt worden waren, sich vor jedem Preßexzeß zu hüten.

Mit höchster Spannung sahen die Berliner dem Zusammentreten der neuen Kammern oder vielmehr dem Zusammentreten der neuen zweiten Kammer entgegen, denn für die erste Kammer fühlte eigentlich Niemand ein rechtes Interesse. Man wußte, daß die Wahlen zur ersten Kammer fast im ganzen Lande streng konservativ ausgefallen seien, daß die Deputirten sich verpflichtet hatten, das Ministerium Brandenburg-Manteuffel kräftig zu unterstützen; nur als eine Stütze der Regierung betrachtete man die erste Kammer, das gesammte Interesse des ganzen Volkes, aller Parteien wendete sich deshalb der zweiten Kammer zu, in welcher der Schwerpunkt der künftigen politischen Entwickelung liegen mußte.

Die zur zweiten Kammer gewählten Abgeordneten fühlten das Bedürfniß, sich schon vor Eröffnung der Kammer mit den Parteigenossen über eine gemeinsame politische Thätigkeit zu verständigen. Sie kamen deshalb zum großen Theil schon vor dem 26. Februar nach Berlin.

Bei den Wahlen waren zwei große Fragen maßgebend gewesen: Anerkennung oder Nichtanerkennung der oktroyirten Verfassung als zu Recht bestehendes Landesgesetz und Unterstützung oder Bekämpfung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel. — Diese Fragen mußten auch der Parteibildung in der zweiten Kammer zu Grunde gelegt werden, wenn überhaupt feste Parteien sich herausbilden sollten. Vollkommen klar über die Beantwortung beider Fragen waren die Mitglieder der früheren Linken in der National-Versammlung und auch die meisten Mitglieder des Centrums. — Für sie bildete der Kampf gegen das Ministerium Brandenburg-Manteuffel den Hauptinhalt der parlamentarischen Thätigkeit, die Verfassung betrachteten sie nur als eine Vorlage der Regierung, über welche eine Vereinbarung mit der Volksvertretung stattfinden müsse.

Zum 24. Februar hatten die Berliner Abgeordneten Berends und Waldeck zu einer Versammlung derjenigen Abgeordneten, welche der Opposition beitreten wollten, in dem Mielentz'schen Saal eingeladen. Eine stattliche Zahl von Abgeordneten erschien, aber schon in dieser ersten Versammlung stellte es sich heraus, daß die künftige Linke der Kammer aus sehr heterogenen Elementen zusammengesetzt sei, und daß die Keime für eine künftige Zersplitterung im Schooße der Versammlung ruhten. Die neugewählten Abgeordneten fühlten sich gedrückt durch die Ueberlegenheit der alten Parlamentarier, sie fürchteten, daß diese einen Protest gegen die Verfassung erlassen und sich auf den Boden des Steuerverweigerungs-Beschlusses stellen würden. Und auch unter den alten Abgeordneten zeigten sich die Keime der Zersplitterung. Den Männern wie Kosch, Parrisius, von Unruh, Rodbertus und Anderen wurde es schwer, zusammen zu gehen mit Waldeck, Jakoby, Jung, d'Ester und den übrigen Führern der radikalen Demokratie. Es war vorauszusehen, daß die Einigkeit der jetzt vereinigten Linken nicht lange Bestand haben werde, für den Moment aber wurde sie erhalten, denn die äußerste Linke zeigte sich mäßiger, als man hatte erwarten können, sie erklärte sich sogar bereit, der Eröffnung der Kammern im königlichen Schlosse beizuwohnen. „Es wird mir schwer, in die Burg Wrangel's zu gehen; aber unter den jetzigen Umständen halte ich es für meine Pflicht!" sagte Waldeck; und seinen

Worten gab seine Partei großes Gehör. Ein Zerfallen der Opposition in verschiedene Fraktionen wurde vor der Hand vermieden, vereint sollten sie in den parlamentarischen Kampf eintreten; ob sie in diesem siegen würden, ließ sich nicht voraussehen, wohl aber, daß sie auf eine imponirende, von der Rechten nur um wenige Stimmen überflügelte Minorität rechnen könnten.

Noch schwieriger als die feste Vereinigung der Linken erschien die der Rechten. — Auch für diese fand am 24. Februar die erste vorbereitende Versammlung und zwar in der ‚Stadt London‘ statt. — Es war eine bunt zusammengewürfelte Versammlung, die nur einig war in der tiefen Abneigung gegen die Revolution und darin, daß die Konservativen die oktroyirte Verfassung als rechtsgiltiges Grundgesetz des preußischen Staates betrachten wollten, um endlich einen festen Boden für die politische Entwickelung zu finden und allen revolutionären Bestrebungen die Spitze abzubrechen.

Konnten Männer wie der Graf von Arnim, von Bismarck-Schönhausen, von Kleist-Retzow, für die Dauer zusammengehen mit von Auerswald, von Vincke und Graf Schwerin oder gar mit alten Demokraten, wie Grabow, Harkort und Zimmermann? — Die Einen waren empört über die freisinnigen Paragraphen der Verfassung und wünschten diese bei der Revision im feudalen Sinne umzuformen, die Anderen wollten die Verfassung aufrecht erhalten und waren entschlossen, das Ministerium zu diesem Zweck zu unterstützen, obgleich es ihnen keineswegs sympathisch war, die Dritten wollten zwar die Verfassung anerkennen und sie in freisinnigem Geiste weiterbilden; aber eine Unterstützung des Ministeriums um jeden Preis lag ihnen fern. — So lag der Keim des Zerfalls auch in der Rechten, aber im Augenblick hielt sie zusammen, sie einigte sich über ein nichtssagendes Programm, welches, da es weiter nichts enthielt als Anerkennung der Verfassung und Aufrechterhaltung des Prinzips der konstitutionellen Monarchie, von Männern der verschiedensten Parteirichtungen unterschrieben werden konnte, — und über ein Geschäftsreglement, welches den Verhandlungen der zweiten Kammer zu Grunde gelegt werden sollte.

Am 26. Februar wurden im Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin die Kammern eröffnet. Ein Mitglied der ersten Kammer, Ferdinand Fischer, ein Mann, der in der zweiten Kammer seinen Platz auf der Rechten gehabt haben würde, berichtet uns über die Eröffnungsfeierlichkeit:

„Der Eröffnung der Kammer ging ein Gottesdienst voraus. Der katholische Gottesdienst fand in der St. Hedwigskirche statt; der protestantische Gottesdienst, welchem auch der König beiwohnte, erfolgte im Dome. Herr von Gerlach predigte; seine Worte aber waren nicht Worte der Versöhnung und der christlichen Liebe, vielmehr konnten dieselben den Parteihaß, der im Volke überall hervortaucht, nur anfachen, nicht vernichten. Nach seiner Predigt war das deutsche Volk von Gott abgefallen und zum ersten Male ein Weihnachtsfest gefeiert worden, wo dasselbe das Christenthum aufgegeben habe. Er verlangte nicht von den Abgeordneten, daß sie, von christlicher Liebe geleitet, das Werk der Versöhnung in die Hand nehmen sollten, sondern er forderte sie zum Kampfe für die orthodoxe Kirche auf.

Um 11 Uhr versammelte man sich im Weißen Saale. Die linke Seite hatte diesmal die kleinliche Opposition gegen das Erscheinen im Schlosse fallen lassen und sich zahlreich eingefunden. Eine bedeutende Volksmasse war auf dem Schloßplatz versammelt; sie soll den König, als er aus dem Dom kam, mit lautem Hoch empfangen haben. Auch einzelnen früheren Abgeordneten, wie von Unruh, Waldeck, Temme, Behrends, soll Beifall, anderen dagegen, wie von Vincke, Mißfallen vom Volke zu erkennen gegeben worden sein.

Die prächtigen Gemächer des Schlosses waren mit Leibwachen in glänzender Uniform besetzt, an allen Thüren fanden sich Kammerdiener und Bediente in kostbarer Livrée. Alles schien aufgeboten, um Pracht und Glanz zu zeigen. Um 11¼ Uhr erschien der König in Uniform und von seinen Prinzen, Ministern und Kammerherren umgeben. Die Versammlung begrüßte ihn mit einem dreifachen Hoch. Der Minister-Präsident, Graf von Brandenburg, überreichte ihm die Thronrede, und der König las dieselbe sitzend ab."

Die Thronrede war matt und farblos, wie es die Thronreden zu sein pflegen. Von der Erbitterung, welche der König gegen die revolutionäre Bewegung, wie allgemein bekannt war, fühlte, zeigte sich keine Spur in den ruhigen Worten.

Der König saß, während er die Rede vor der stehenden Versammlung ablas, mit tief in das Gesicht gedrücktem Helm auf dem Haupte; er, der sonst so eindrucksvoll und mächtig sprechen konnte, wenn ihn der Inhalt seiner Rede ergriff, sprach matt und ausdruckslos; nur, als er des Heeres, seiner Kriegstüchtigkeit und Ergebenheit lobend gedachte und als er aussprach, der Weg zur Verständigung aller deutschen Fürsten mit der National-Versammlung in Frankfurt sei angebahnt, erhob er die Stimme und gab hierdurch der Zusicherung, daß seine Regierung sich bemühen werde, eine weitere Verständigung herbeizuführen, größeres Gewicht.

Als der König zu Ende*) war, ertönte nicht

---

*) Die Thronrede war ihrem wesentlichen Inhalt nach in Berlin längst bekannt, ehe sie gehalten wurde. Schon am Abende des 25. Februar waren Tausende von Druckexemplaren derselben überall in der Stadt verkauft worden, merkwürdiger Weise aber enthielten dieselben einen Passus über den Belagerungszustand, der in der wirklichen anders und viel milder lautete. In der durch irgend eine Indiskretion bekannt gewordenen und in die Oeffentlichkeit gelangten ursprünglichen Thronrede lautete der Passus über den Belagerungszustand:

„Um die Herrschaft der Gesetze wieder herzustellen, hat über die Hauptstadt und ihre nächsten Umgebungen der Belagerungszustand verhängt werden müssen.

das übliche Lebehoch. Erst als der Minister-Präsident die Eröffnung der Kammern erklärt hatte und der König sich entfernen wollte, begleitete ihn ein donnernder Lebehochruf, in welchen auch viele Mitglieder der alten Opposition mit schallender Stimme einfielen.

Die erste Sitzung der zweiten Kammer fand am 27. Februar unter dem Vorsitz des Alters-Präsidenten Lensing statt, sie war, wie jede erste Sitzung eines Parlaments, bedeutungslos durch den Inhalt der in ihr gefaßten Beschlüsse, eine Bedeutung aber erhielten die erste und die zweite Sitzung am 28. Februar doch dadurch, daß schon in den ersten, rein geschäftliche Angelegenheiten betreffenden Debatten der Parteihaß sich durch spitze Worte geltend machte und daß die Abstimmung über eine anzunehmende Geschäftsordnung die Zahlenverhältnisse der beiden sich gegenüber stehenden Parteien klar legte.

Für die Geschäftsordnung war seitens der Rechten durch den Abgeordneten von Viebahn ein Entwurf vorgelegt worden, nach welchem provisorisch die Geschäfte geführt werden sollten, dagegen beantragten am 28. Februar mehrere Abgeordnete, welche sämmtlich nicht der National-Versammlung angehört hatten, daß deren Geschäftsordnung provisorisch, bis ein neues, durch eine Kommission zu entwerfendes Geschäftsreglement zu Stande gekommen sei, für die zweite Kammer gelten solle. Nach ziemlich erregter Debatte wurde mit 169 gegen 148 Stimmen der Viebahn'sche Entwurf angenommen, die Rechte hatte also gesiegt, aber nur mit 21 Stimmen. Nach der alten Erfahrung, daß sich die Parlamente stets mit der Zeit nach links verschieben, ließ sich leicht voraussehen, daß sich die kleine Majorität der Rechten schon nach kurzer Zeit zerbröckeln werde.

Noch kleiner zeigte sich die Majorität der Rechten bei der für die Parteistellung im Hause entscheidenden Frage über die Präsidentenwahl, am 6. März. Obgleich die Rechte mit großem Takt und großer Mäßigung zu ihrem Präsidentschaftskandidaten den allbeliebten Grabow aufgestellt hatte, der in seinen politischen Anschauungen der Linken sehr nahe stand und der in der National-Versammlung derselben Fraktion wie Herr von Unruh angehört hatte, aber nicht an dem sogenannten Steuerverweigerungs-Beschluß betheiligt gewesen war, — gelang es ihr doch nur, für diesen Kandidaten 171 Stimmen zu gewinnen, gegen 158, welche auf Herrn von Unruh fielen. Zum ersten Vize-Präsidenten wurde der frühere Minister von Auerswald mit 170 gegen 154 Stimmen, welche Waldeck erhielt, und zum zweiten Vize-Präsidenten Lensing mit 168 gegen 158 auf Phillipps fallende Stimmen erwählt. — So war denn schon nach wenigen Tagen bei der definitiven Konstituirung des Hauses die Majorität der aus den widerstrebendsten politischen Elementen zusammengesetzten Rechten auf 16 Stimmen (170 gegen 154 bei der Wahl Auerswald gegen Waldeck) zusammengeschmolzen.

Die erste wichtige politische Frage, mit welcher sich die Kammer zu beschäftigen hatte, war die über den Erlaß einer Adresse an den König zur Beantwortung der Thronrede. Für die Rechte war der Erlaß einer Adresse gewissermaßen eine Lebensfrage, sie erhielt durch dieselbe Gelegenheit, eine Anerkennung der oktroyirten Verfassung auszusprechen; die Linke dagegen, welche eine solche Anerkennung unter allen Umständen vermeiden wollte, mußte deshalb gegen jede Adresse sein.

In der ersten Kammer war schon in der zweiten Sitzung der Beschluß auf Erlaß einer Adresse gefaßt worden. Bei der großen Gleichartigkeit der Zusammensetzung der Kammer konnte eine Einigung über den Inhalt der Adresse nicht zweifelhaft sein; wenn auch die Debatten über denselben sich durch eine Reihe von Sitzungen hinzogen, wurde doch selbstverständlich die Adresse ganz im Sinne des Ministeriums abgefaßt. Gegen den wichtigsten Passus, der die Anerkennung der Verfassung betraf, wurden im Ganzen nur 23 Stimmen, diese 23 bildeten die sogenannte Linke der ersten Kammer, abgegeben. Der Passus lautete:

„Die Verfassung vom 5. Dezember v. J., auf deren Grund wir gewählt und berufen sind, erkennen wir als das zu Recht bestehende Staats-Grundgesetz an und gewahren mit Dank, daß durch die Verleihung derselben das Vaterland vor drohender Zerrüttung geschützt und ein öffentlicher Rechtszustand wiederhergestellt worden ist."

Am 16. März wurde in der ersten Kammer die Redaktion der Adresse beendet und diese am 17. März durch eine große Deputation dem Könige übergeben. Der König empfing die Deputation sehr freundlich und sprach mit allen Mitgliedern, außer mit zweien, welche von der königlichen Gnade ausgeschlossen waren. Diese Beiden waren der Präsident Bornemann, der sich durch seine Stellung zu den Parteien im Jahre 1848 die königliche Gnade verscherzt hatte, und der Präsident von Forckenbeck, der zu den 23 Mitgliedern der Linken in der ersten Kammer gehörte.

In der zweiten Kammer beantragte in der Sitzung vom 8. März v. Vincke, es möge eine

---

Derselbe kann nicht eher wieder aufgehoben werden, bevor nicht die noch immer bedrohte öffentliche Sicherheit, für welche jene Maßregel unerläßlich war, durch kräftige Gesetze dauernd geschützt ist. Die Entwürfe zu solchen Gesetzen werden Ihnen unverzüglich zugehen."

In der wirklich gehaltenen Thronrede ist dieser Passus dahin abgeändert worden:

„Zu meinem Bedauern hat über die Hauptstadt und ihre nächsten Umgebungen der Belagerungszustand verhängt werden müssen, um die Herrschaft der Gesetze und die öffentliche Sicherheit wieder herzustellen. Es werden Ihnen hierauf bezügliche Vorlagen ohne Verzug zugehen."

Diese Aenderung war auf Anrathen einflußreicher Abgeordneten vorgenommen worden, diese hatten erklärt, daß viele Mitglieder der Rechten in der zweiten und selbst in der ersten Kammer sich gegen die Fortsetzung des Belagerungszustandes während der Dauer der Kammersitzungen erklärt hätten.

Kommission erwählt werden, welche eine Adresse an den König als Antwort auf die Thronrede entwerfen solle. Der Antrag rief eine stürmische Debatte hervor, aber er wurde endlich mit 172 gegen 159 Stimmen, also mit einer Majorität von nur 13 Stimmen, angenommen. Es wurde zur Entwerfung der Adresse eine Kommission niedergesetzt, die sofort in Berathung trat, aber bei den sich diametral entgegenstehenden Ansichten der Parteien mancher Sitzung bedurfte, um über einen Adreßentwurf einig zu werden, so daß der 19. März herankam, ehe die zweite Kammer in die Berathung der Adresse selbst eintreten konnte.

Diese Zwischenzeit vom 8. bis 19. März war für die Klärung der politischen Parteien nicht ohne Bedeutung, sie wurde durch recht wichtige Berathungen theils innerhalb der Kammern selbst, vorzugsweise aber in den Partei-Sitzungen ausgefüllt.

Tag für Tag wurde in den Sitzungen der Linken über die Stellung der Oppositionspartei zur Adresse berathen, und da stellte es sich denn klar heraus, daß die Ansichten sich zu schroff gegenüberstanden, um die Einheit der Linken aufrecht zu erhalten. Es gab so scharfe Differenzen zwischen den Parteiführern, daß sich die Nothwendigkeit einer Trennung herausstellte. Gerade zur Aufrechthaltung der Einigkeit der Rechten gegenüber mußte die räumliche Trennung der in der Linken vertretenen Fraktionen erfolgen, wenn die aus den oft harten Meinungskämpfen entspringende Verbitterung nicht schlimme Folgen haben sollte. Man beschloß, getrennt zu marschiren, aber vereint zu schlagen. Es bildeten sich innerhalb der Linken drei Fraktionen, — die am weitesten rechts stehende, welche als linkes Centrum betrachtet werden konnte, unter Kosch, die gemäßigte Linke unter Rodbertus, von Berg, von Unruh und von Kirchmann, und die äußerste Linke unter Waldeck, d'Ester, Temme u. s. w. — Diese drei Fraktionen blieben jedoch durch ein gemeinschaftliches Comité in innigster Verbindung, — die beiden zahlreichsten Fraktionen tagten sogar in demselben Hause, in der sogenannten Konversationshalle am Dönhoffsplatz, so daß bei wichtigen Verhandlungen eine augenblickliche Verständigung möglich war.

Die bedeutsamste Frage, welche während der Adreßberathungen in der Kommission die zweite Kammer beschäftigte, war die über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin.

Auch in der ersten Kammer war bei Gelegenheit der Adreßdebatte der Belagerungszustand zur Sprache gekommen, und merkwürdiger Weise hatte sich ein hoher Militär, der General von Willissen, dahin ausgesprochen, daß eine Nothwendigkeit, denselben aufrecht zu erhalten, nicht mehr vorliege. Es werde vollkommen genügen, wenn man dem Ministerium die Befugniß ertheile, in außerordentlichen Fällen das Versammlungsrecht zu suspendiren. — Ein solcher Ausspruch aus dem Munde eines berühmten alten Soldaten mußte wohl Eindruck auf die erste Kammer machen, nicht geringeren Eindruck aber machte es, als ein Vertreter der Stadt Berlin, ein Mitglied des Berliner Magistrats, der Stadtrath und Syndikus Möves, mit der größten Lebhaftigkeit für die Nothwendigkeit der Beibehaltung des Belagerungszustandes sich aussprach. — Die erste Kammer enthielt sich deshalb eines Urtheils über den Belagerungszustand in der Adresse.

In der zweiten Kammer machte am 8. März der Minister des Innern eine Reihe von Vorlagen in Betreff des Belagerungszustandes der Hauptstadt. Es waren drei Gesetzentwürfe: 1. ein Gesetz zur Verhütung eines die gesetzliche Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Vereinigungs- und Versammlungsrechts; 2. ein Gesetz betreffend das Anheften von Plakaten und den Verkauf von Flugschriften; 3. ein Gesetz über das Recht, durch Wort, Schrift und bildliche Darstellung seine Gedanken frei zu äußern. Der Minister bat um möglichste Beschleunigung der Berathung dieser Gesetze. Er erklärte, die Regierung habe nur, durch die äußerste Noth gezwungen, ungern den Belagerungszustand über Berlin verhängt; würden die drei Gesetze von der Kammer angenommen, dann werde auch der Zeitpunkt der Aufhebung des Belagerungszustandes schneller herbeigerückt werden. Er übergab zugleich der Kammer eine Denkschrift über den Belagerungszustand, in welcher die Gründe entwickelt waren, welche zur Verhängung desselben geführt hatten und welche für jetzt noch die Aufhebung verhinderten.

Der Minister sagte in dieser Denkschrift:

„Das Staatsministerium hat die Stimmen nicht überhört, welche den Zweck des Belagerungszustandes für erfüllt und die Aufhebung desselben für zeitgemäß halten. Es hat, eingedenk der Verpflichtung, die Dauer dieser Maßregel nicht über die äußerste Nothwendigkeit zu verlängern, stets von Neuem mit Gewissenhaftigkeit sich die Frage vorgelegt, ob und inwieweit der öffentliche Zustand die Aufhebung gestatte; aber, obwohl jede mögliche Milderung eingetreten ist, so verbieten es doch Gründe der gewichtigsten Art, schon jetzt der Bevölkerung der Hauptstadt den Schutz gegen die Wiederholung der anarchischen Zustände ganz zu entziehen, welche durch eine achtmonatliche Dauer nur zu tiefe Wurzeln geschlagen haben. Erst wenn ein solcher Schutz durch entsprechende Gesetze ertheilt oder durch die Stimmung der Bevölkerung gewährleistet ist, kann die Beseitigung eines Ausnahmezustandes gerechtfertigt erscheinen, welcher einstweilen das einzige Mittel bleibt, der wuchernden Unordnung Halt zu gebieten. Leider treten die Merkmale noch nicht wiedergekehrter Besonnenheit nur zu deutlich hervor: dem Verbote entgegen haben die politischen Vereine der gefährlichsten Färbung nicht aufgehört, als solche ihre Wirksamkeit zu äußern, und einzelne Schichten der Bevölkerung in einer Spannung erhalten, welche sich bei jeder irgend dargebotenen Gelegenheit, selbst jetzt, in offener Widersetzlichkeit Luft zu machen sucht. Ja, es liegen dem Staatsministerium Thatsachen der bedrohlichsten Art vor,

welche gegenwärtig, theils weil sie Gegenstand gerichtlicher Untersuchung sind, theils weil Rücksichten des Staatswohls entgegenstehen, noch nicht veröffentlicht werden können. Nur so viel mag angedeutet werden, daß zuverlässiger Nachricht zufolge die Fäden der Parteibestrebungen, welche dem Bestand der Monarchie Gefahr drohen, in Berlin zusammenlaufen. Entfesselt man sie hier, bevor die öffentliche Ordnung ausreichende Garantieen erhalten hat, so entwaffnet man die Regierung gegen die Feinde der Gesellschaft, so willigt man in Wiederkehr der trostlosen Zustände des verwichenen Jahres und giebt die Mitglieder der Kammern und ihre Berathungen den Unbilden preis, welche die National-Versammlung im vorigen Jahre zu bestehen hatte."

Die Gesetzentwürfe, welche der Minister des Innern eingebracht hatte, konnten der Geschäftsordnung gemäß nicht sofort zur Berathung kommen, sie mußten gedruckt und der Abtheilung des Hauses überwiesen werden, deshalb erklärte der Abgeordnete Waldeck, der im Verein mit Behrends, Phillips, Rodbertus, Ziegler, Jung und Jakoby einen Antrag auf sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes eingebracht hatte, er ziehe seinen Antrag bis zum 12. März zurück, damit alle Mitglieder bei der Berathung im Besitz der gedruckten Denkschrift und der drei Gesetze seien.

Am 12. März fand die Berathung des Waldeck'schen Antrags statt. — Waldeck vertheidigte ihn mit der glühenden Beredsamkeit, welche ihm eigen war, wenn er von den Fragen, über welche er sprach, tief ergriffen war, er erklärte, der Belagerungszustand sei die organisirte Anarchie, Gesetzlosigkeit und Willkür, welche das Rechtsbewußtsein im Volke vernichten. Er forderte deshalb die sofortige Aufhebung.

Mit anerkennenswerther Ruhe erwiderte hierauf der Minister des Innern der langen eingehenden Rede Waldeck's nur mit wenigen Worten, daß er selbst eine eingehende Erwägung der Frage wünsche, er fügte aber hinzu, daß die Regierung den Belagerungszustand nicht eher aufheben könne, ehe sie nicht Garantieen gegen die Wiederkehr der Anarchie habe, und daß sie deshalb die drei Gesetze eingebracht habe.

Die Kammer beschloß hiernach einstimmig die weitere Erwägung des Waldeck'schen Antrages, der einem Ausschuß zur Berathung überwiesen wurde.

Während in der zweiten Kammer die Parteien sich rüsteten zu dem wichtigen Kampfe um die Aufhebung des Belagerungszustandes, zeigte sich in Berlin trotz desselben wieder ein regeres politisches Leben. — Die Wahlversammlungen hatten nicht wenig dazu beigetragen, es zu erzeugen, und es dauerte fort, auch nachdem die Wahlen vollendet waren. Das revolutionäre Feuer glühte noch immer unter der Asche und es wurde genährt und angeschürt durch die Erbitterung, welche die immer weiter sich verbreitende Verfolgung der revolutionären Elemente erzeugte. Immer neue Strafprozesse wurden eingeleitet gegen alle diejenigen Demokraten, welche sich an den Unruhen im Jahre 1848 betheiligt hatten; fast täglich fanden politische Gerichtsverhandlungen statt, die Ausweisungen Mißliebiger und die Verhaftungen häuften sich, — der neue Polizei-Präsident von Hinkeldey zeigte in dieser Beziehung eine rastlose Thätigkeit. — Gegen ihn und gegen die unter ihm stehende, oft mit großer Brutalität verfahrende Schutzmannschaft richtete sich daher der glühende Haß eines großen Theiles der Berliner Bevölkerung, viel weniger gegen das Militär und gegen den General Wrangel, dessen Gutmüthigkeit und Duldsamkeit vielfache Anerkennung fand.

Es lag in jenen Märztagen eine drückende Gewitterschwüle über Berlin. Man fürchtete, der 18. März, der Jahrestag der Revolution, werde nicht vorübergehen ohne Scenen der Gewaltthätigkeit, vielleicht nicht ohne eine Erhebung der Arbeiter, die schon mehrfach im Februar und März sich zusammengerottet hatten und sogar in Schaaren vor das Rathhaus gezogen waren, um Beschäftigung zu verlangen.

Es hatte sich ein Comité zur Feier des 18. März gebildet, ein großer Festzug nach der Grabstätte der im Freiheitskampf Gefallenen im Friedrichshain sollte veranstaltet werden, und es war vorauszusehen, daß viele Tausende sich an dem Zuge betheiligen würden; nur mit Mühe gelang es den Führern der demokratischen Partei, eine solche Demonstration, die sicherlich zu blutigen Konflikten führen mußte, zu verhindern und es zu bewirken, daß die Feier des 18. März nur in kleinen Kreisen und ohne öffentliche Demonstration begangen werde. In der jüdischen Reformgemeinde und in der christkatholischen Gemeinde sollten die Geistlichen Dr. Holdheim und Brauner kirchliche Gedächtnißfeiern abhalten, auch im Handwerkerverein sollte eine ähnliche Feier stattfinden, und außerdem wurden Festmahle in verschiedenen Lokalen zur Feier der Revolution veranstaltet, eines z. B., an welchem die meisten Führer der demokratischen Partei und einige Abgeordnete Theil nehmen sollten, im Café l'Europe, wo sich damals gewöhnlich die demokratischen Führer zu zwangloser Vereinigung zusammenfanden.

Die Festfeier in den kleinen Kreisen wurde ganz der vorherigen Verabredung gemäß am 18. März vorgenommen und sie verlief überall ungestört von Polizei und Militär in einfacher, würdiger Weise, nur im Café l'Europe nahm sie am Schluß einen revolutionären Charakter an. Als beim Festmahl der Wein die Köpfe schon etwas erhitzt hatte, wurde unter den Gästen ein gedrucktes Lied, „das rothe Lied", von August Braß,*) vertheilt und im Chor mit Begeisterung gesungen. — Das Lied war recht bedenklichen Inhalts und erklärte, wes-

---

*) August Braß, der 1848 zu den radikalsten Berliner Demokraten gehörte, flüchtete sich, um der politischen Bestrafung zu entgehen, nach der Schweiz, um später nach seiner Rückkehr ins Vaterland sich der Regierung als konservativer Zeitungsredakteur zur Disposition zu stellen.

halb das mit Blut gefärbte Roth die Farbe des Banners der Revolution und wie dieses aus der schwarz=roth=goldenen Fahne entstanden sei.

„Das Gold der Freiheit stahl man draus,
Das Schwarz wir warfen's selbst hinaus,
Das Roth nur ist geblieben!"

so hieß es in dem Liede, und weiter:

„Wir färben echt, wir färben gut,
Wir färben mit Tyrannenblut,
Dies Mal soll's nicht verderben!"

Der Absingung des Liedes folgte ein gewaltiger Jubel, ein stürmisches Anstoßen mit Gläsern, hier und da ertönte ein Hoch auf die Republik; aber zu weiteren Demonstrationen kam es nicht. Die Versammlung ging nach Beendigung des Festmahls friedlich auseinander.

Trotz der Maßregeln, welche die ruhigen und einflußreichen Führer der demokratischen Partei getroffen hatten, um den Festzug nach dem Friedrichshain und jede andere öffentliche Demonstration zu verhindern, ging doch der 18. März 1849 in Berlin nicht ganz ohne Ruhestörungen vorüber.

Der Regierung war von verschiedenen Seiten her die Nachricht zugegangen, es werde am 18. März eine neue revolutionäre Erhebung stattfinden, sie hatte deshalb Vorsorge getroffen, um jeden Versuch eines Aufstandes im Keime zu unterdrücken.

Schon am 17. März waren bedeutende Truppenmassen in allen Dörfern und Vorstädten um Berlin aufgestellt worden, alle Höhen waren mit Artillerie, die zur Stadt führenden großen Wege überall mit Kavallerie besetzt. In allen königlichen Gebäuden lagerte Infanterie zum sofortigen Ausrücken bereit. Die Ausweisungen Verdächtiger fanden am 17ten massenhaft statt; die Thore der Stadt und die Bahnhöfe waren mit Schutzmannsabtheilungen besetzt. Kein Fremder, der sich nicht gehörig legitimiren konnte, wurde in die Stadt gelassen. — In den Straßen marschirten fortwährend Schutzleute auf und nieder, welche den Befehl hatten, jede Menschenansammlung zu verhindern, und wenn ihre Kraft dazu nicht ausreichte, militärische Hilfe zu erfordern. — Besonders stark war die Anhäufung von Militär, Infanterie und Kavallerie, und Schutzmannschaften in der Umgebung des Friedrichshains.

Mit stummer Neugier schauten am 17. März die Berliner alle diese Vorbereitungen zu einem etwaigen Kampfe an, aber sie ließen sich durch dieselben nicht abhalten, in der Nacht vom 17ten auf den 18ten die Gräber der gefallenen Freiheitskämpfer auf dem Kirchhof im Friedrichshain mit Blumen und Kreuzen zu schmücken, und als der Morgen des 18. März anbrach, da zogen trotz des schneidend kalten unfreundlichen Wetters Tausende und wieder Tausende nicht im geordneten Zuge, aber doch in dicht gedrängten Massen nach dem Friedrichshain. Die meisten der Wallfahrer nach dem Kirchhof trugen Abzeichen der Trauer, neben diesen aber schwarz=roth=goldene Kokarden. Es waren hauptsächlich Arbeiter und Leute aus den niederen Volksklassen, aber auch die höheren Stände waren dabei vertreten.

In würdiger Ruhe bewegten sich die Besucher des Kirchhofs zwischen den Gräbern, kein Versuch, Reden zu halten oder auf andere Weise zu demonstriren, wurde gemacht, — die Besucher kehrten ruhig nach der Stadt zurück. — Vielleicht wäre der Tag ohne Ruhestörungen vorübergegangen, wenn nicht an verschiedenen Orten der Stadt die Schutzmannschaften einen Kampf gegen die ausgehängten schwarz=roth=goldenen Fahnen begonnen hätten; sie drangen, wo sie solche sahen, in die Häuser und rissen die Fahnen herunter, trotz der vom Publikum unterstützten Proteste der Hausbesitzer, die sich darauf beriefen, daß schwarz=roth=gold die offiziell vom Könige anerkannten Farben seien. Darüber kam es hier und dort zu Reibungen zwischen Volk und Schutzmannschaft, und als nun gegen 4 Uhr Nachmittags das Landsberger Thor derart geschlossen wurde, daß wohl die von außen Kommenden eingelassen, aber Niemand mehr nach dem Friedrichshain herausgelassen wurde, entstand eine so große Aufregung, daß der Ausbruch eines Kampfes zwischen der innen zahlreicher sich sammelnden, nach Tausenden zählenden Menge mit der Schutzmannschaft und der zur Unterstützung derselben herangerückten Infanterie nur noch vom Zufall abhing. Es wurde versucht, an der Ecke des Büschingsplatzes und der Landsbergerstraße eine Barrikade zu bauen, aber dem sehr ruhig und gemäßigt auftretenden Militär gelang es, dies zu verhindern.

Die Ruhe wurde trotzdem nicht gleich wieder hergestellt, denn von Neuem wurde der Unwille der Volksmengen dadurch erregt, daß die Schutzmänner viele Verhaftungen vornahmen und ihre Gefangenen nach der Schutzmannswache in der Weberstraße und von dort nach der Stadtvoigtei brachten. Eine ungeheure Menschenmenge sammelte sich jetzt in der Weberstraße, die Schutzmannswache wurde gestürmt, es kam zu einem Kampfe, bei welchem es auf beiden Seiten Verwundungen gab. — Das Wachlokal wurde vollständig demolirt und erst als dies geschehen war, rückte Militär an, dem es bald gelang, die erregte Menge auseinander zu treiben.

Es war ein unbedeutender, hauptsächlich durch das gehässige Auftreten der Schutzmänner erzeugter, fast nur von jungen, unreifen, zu jedem Unfug aufgelegten Burschen ausgehender Skandal, der durchaus keinen politischen Charakter trug, der aber doch die traurige Wirkung hatte, bei gar manchem ruhigen Bürger Berlins den Glauben zu befestigen, daß die Aufrechthaltung des Belagerungszustandes in unserer Stadt noch immer für die Sicherheit derselben zur Unterdrückung der Revolution nothwendig sei.

Drittes Kapitel.

Stürmische Adreß-Debatte in der zweiten Kammer. — Anerkennung der oktroyirten Verfassung durch die zweite Kammer. — Sieg der Rechten bei der Abstimmung über die Adresse. — Huldreiche Antwort des Königs bei Ueberreichung der Adresse.

Am 19. März begann in der zweiten Kammer die Berathung über die an den König in Beantwortung der Thronrede zu richtende Adresse. Der Adreßkommission war durch d'Ester, Waldeck und andere Mitglieder der Linken ein Adreßentwurf eingereicht worden, in welchem die politischen Anschauungen der Linken in den schärfsten Worten niedergelegt waren, und der nicht mehr und nicht weniger als eine direkte Kriegserklärung gegen das Ministerium enthielt. Ein solcher Entwurf konnte von der in der Majorität aus Mitgliedern der Rechten bestehenden Kommission nicht angenommen, nicht einmal zur Grundlage ihrer Berathungen gemacht werden, die Kommission lehnte ihn ab und legte der Kammer einen eigenen Entwurf vor, der sich durch große Mäßigkeit auszeichnete. Es blieb daher der Linken nichts Anderes übrig, als ihren Entwurf Satz für Satz als Amendements bei der Adreßberathung einzubringen und zu vertheidigen, obgleich sie hierbei auf einen Erfolg nicht rechnen konnte, denn die energische Sprache des d'Ester'schen Entwurfs fand fast nur bei der äußersten Linken vollständige Billigung, — die gemäßigte Linke und die wenigen Mitglieder des linken Centrums waren entschlossen, durch eigene Amendements Vermittelungsversuche zu machen. So war denn schon bei dem Beginn der Adreßdebatte die Opposition in sich gespalten, während die rechte Seite des Hauses einmüthig entschlossen war, für den Kommissionsentwurf einzutreten und alle Amendements, auch die vermittelnden, zu verwerfen.

Schon bei der einleitenden Debatte platzten die Gemüther heftig aufeinander, die Linke nannte den Adreßentwurf der Kommission ein Echo der Thronrede, die nichtssagende Adresse einer ministeriellen Partei, sie wehrte sich heftig gegen die Zumuthung, durch die Adresse die oktroyirte Verfassung vom 5. Dezember als rechtsgiltig anzuerkennen. Johann Jakoby rief dem Hause zu, es handle sich darum:

ob durch eigenen Willen freie Männer?
ob freigelassene durch Königs Gnaden?

dagegen nannte die Rechte den d'Ester'schen Adreßentwurf eine in das Volk geschleuderte revolutionäre Brandfackel, um jeden Passus, um jedes Wort sei ein breites rothes Band geschlungen.

Mit derselben Heftigkeit wie in der allgemeinen Diskussion wurde in den nächsten Sitzungen des Hauses weiter gekämpft bei den Debatten um die einzelnen Absätze der Adresse, — der heftigste Kampf aber fand statt gleich bei den ersten wichtigsten Absätzen, welche die Anerkennung der Verfassung vom 5. Dezember 1848 und die Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin betrafen. Die betreffenden Sätze lauteten im Kommissionsentwurf:

„Königliche Majestät!

Durchdrungen von dem Verlangen nach der Wiederkehr eines öffentlichen Rechtszustandes hat das preußische Volk die Feststellung desselben durch die Verfassung vom 5. Dezember v. J. dankbar erkannt.

Auf Grund derselben zum ersten Male versammelt, werden die Mitglieder der zweiten Kammer voll Ehrfurcht und Treue gegen Ew. Königliche Majestät und feststehend auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie sich der Revision dieser Verfassung — des nunmehr gültigen Grundgesetzes des preußischen Staates — auf dem im Artikel 112 daselbst vorgezeichneten Wege, mit dem dieser großen Aufgabe entsprechenden Eifer unterziehen.

Die in Beziehung auf den über die Hauptstadt verhängten Belagerungszustand uns gemachten Vorlagen werden wir mit gewissenhaftem Ernste prüfen und uns dabei von der Ueberzeugung leiten lassen, daß wahre Freiheit nicht ohne gesetzliche Ordnung bestehen kann."

Die als Amendements eingebrachten Sätze des d'Ester'schen Entwurfs lauteten dagegen:

„Majestät!

Die Preußische National-Versammlung ist in Folge von Ereignissen, welche dem Lande noch in frischem Gedächtnisse sind, von Ew. Majestät am 5. Dezember v. J. wider ihren Willen aufgelöst worden. Ihr bald vollendetes Werk, eine der Bildungsstufe, den Anforderungen und Bedürfnissen des Volkes entsprechende Verfassung, ist dadurch unterbrochen, der öffentliche Rechtszustand tief erschüttert und die Hoffnung auf baldige Erfüllung der von Ew. Majestät im März v. J. ertheilten Verheißungen hinausgeschoben worden.

Das Volk hat abermals durch Ausübung des allgemeinen Stimmrechtes Vertreter gewählt, um das unterbrochene Werk der National-Versammlung zu vollenden, die von Ew. Majestät am 5. Dezember v. J. veröffentlichte Verfassungsurkunde, welche ohne die Zustimmung der Volksvertreter keine Rechtsgültigkeit hat, zu berathen, den Anforderungen des Volkes Geltung zu verschaffen und so mit Ew. Majestät die zukünftige Verfassung des preußischen Staates festzustellen.

Schmerzlich hat es das ganze Volk empfunden, daß über die Hauptstadt und viele Orte des Landes der Belagerungszustand verhängt worden ist, die gesetzlich gewährleisteten Grundrechte des preußischen Volkes aufgehoben worden sind, an die Stelle der Herrschaft der Gesetze die der Gewalt und der Willkür getreten ist. Es ist unsere erste Pflicht, Ew. Majestät zu erklären, daß wir die Fortsetzung des Belagerungszustandes an den Orten, wo er noch besteht, für unverträglich mit der Rückkehr der Herrschaft der Gesetze und der Wohlfahrt des Landes halten, vorzüglich aber in der Hauptstadt, wo wir, die Volksvertreter, jetzt unsere für die Zukunft des preußischen Volkes so wichtigen Berathungen beginnen sollen."

Die Debatte, welche sich über diese ersten Sätze der Adresse erhob, war von höchster Bedeutung, sie gab der Linken, selbst den Mitgliedern der gemäßigten Linken, Gelegenheit zu erbitterten Angriffen auf das Ministerium; so sagte z. B. der Abgeordnete von Kirchmann:

„Ich habe weder Vertrauen noch Furcht, ich habe nur Mißtrauen und zwar zunächst diesem Ministerio gegenüber. Es giebt einen alten Kirchenvater, ich glaube, es ist der heilige Augustin, der sagt von den Tugenden der Heiden: „sie seien nichts, als glänzende Laster." Meine Herren, ich glaube, wir können mit vollem Rechte von den politischen Tugenden unserer Herren Minister ebenso sagen: „sie sind nichts, als glänzende Laster". Dasjenige, was sie dem Lande gegeben haben an Freiheiten, es ist nicht ihr Werk, es ist vielleicht gegen ihren Willen gegeben, aber das, was sie zugethan haben, gleicht dem vergiftenden Hauche, der die Blume der Freiheit hat verdorren machen. Ich kann kein Vertrauen haben, wenn die Militärherrschaft nur äußerlich das Land in Ruhe hält. Ich kann kein Vertrauen haben, wenn diese Verfolgungswuth in einer Unzahl von politischen Prozessen fortdauert, welche tausend und abertausend Familien in Sorgen und Kummer stürzt. Jene Demagogenzeit unter dem Herrn Minister v. Kamptz ist ein Kinderspiel gegen die jetzige Zeit."

Gegen diese Worte erhob sich in höchster Aufregung der Minister-Präsident, er forderte den Ordnungsruf gegen den Redner, und der Präsident Grabow willfahrte ihm; er rief hierdurch einen Sturm der Entrüstung bei der Linken hervor, während der Heißsporn der Konservativen, der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen, ihn vertheidigte, indem er der Linken zurief:

„Gegen politische Ansichten können die Minister etwas erwidern, gegen Grobheiten ist der Antrag auf Ordnungsruf ihre einzige Waffe!"

Herr von Bismarck erhielt für das Wort „Grobheiten" selbst den Ordnungsruf.

Bei der mit großer Lebhaftigkeit weiter geführten Debatte stellten sich die Redner der Rechten ganz auf die Seite des Ministeriums; auch Herr von Vincke, der geistreiche, schneidige Berichterstatter der Commission, that es, er sprach den Ministern sogar seinen Dank aus, daß sie Muth und Selbstaufopferung genug gehabt hätten, um im Kampfe gegen die Revolution durch die Octroyirung der Verfassung ihr Leben und ihre Ehre zur Rettung des Vaterlandes zu wagen. Sie hätten das gefährliche Spiel gewonnen, denn das Volk habe durch seine Wahl zur 2. Kammer die Verfassung anerkannt.

Die Abstimmung bewies, daß Herr von Vincke im Geiste der Majorität gesprochen hatte, nur 62 gegen 255 Stimmen sprachen sich für den Passus der d'Esterschen Entwürfe über die octroyirte Verfassung aus; auch alle vermittelnden Amendements der gemäßigten Linken und des linken Centrums wurden verworfen und die Anerkennung der octroyirten Verfassung wurde dem 2. Absatz der Commissionsentwürfe gemäß mit 175 gegen 158, also mit einer Majorität von 17 Stimmen, angenommen.

Eine noch größere Majorität erhielt der Passus der Commissionsentwürfe über die Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin. Noch hatte die zur Berathung über den Waldeckschen, die Aufhebung des Belagerungszustandes bezweckenden Antrag niedergesetzte Commission ihre Vorberathungen nicht vollendet; viele Mitglieder selbst der gemäßigten Linken meinten daher, es sei nicht zweckmäßig, bei Gelegenheit der Adresse entscheidende Beschlüsse über die Nothwendigkeit und Gesetzmäßigkeit des Belagerungszustandes zu fassen; außerdem wirke auf manchen Unentschiedenen auch wohl die Erinnerung an die unruhigen Scenen, deren Schauplatz Berlin vor wenigen Tagen, am 18. März, gewesen war. — Herr v. Bismarck-Schönhausen erklärte in der ihm eigenen herausfordernden Weise, daß der Geist des Aufruhrs noch keineswegs aus Berlin geschwunden sei, er citirte zum Beweise dafür das im Café de l'Europe in Gegenwart von Abgeordneten gesungene Lied: „Wir färben ächt, wir färben gut, wir färben mit Tyrannenblut", — und rief durch seine herausfordernden Reden eine große Aufregung und lebhafte Entgegnungen hervor, aber das Resultat der Debatten war doch, daß der nichts entscheidende Absatz des Adreßentwurfs der Commission mit 184 gegen 144 Stimmen, also mit 40 Stimmen Majorität, angenommen wurde.

So interessant auch die übrigen Debatten des Hauses über die anderen Sätze der Adresse waren, müssen wir uns doch versagen, auf dieselben näher einzugehen. In der Sitzung der 2. Kammer vom 28. März wurde die Adresse fast genau dem Commissionsentwurf entsprechend mit 186 gegen 145 Stimmen, also mit einer Majorität von 41 Stimmen angenommen, auch einige Mitglieder der gemäßigten Linken und des linken Centrums, z. B. von Kirchmann, hatte für dieselbe gestimmt. Am 30. März wurde die von der Kammer mit der Ueberreichung der Adresse betraute Deputation im Rittersaal des Königlichen Schlosses vom König empfangen. Der Präsident Grabow verlas die Adresse, — der König antwortete nicht in freier Rede, sondern die Antwort ablesend:

„Meine Herren!

Ich sage der zweiten Kammer für die Mir überreichte Adresse Meinen aufrichtigen Dank. Gern erkenne Ich in dem Inhalte derselben eine Gewähr dafür, daß die zweite Kammer die hohe Aufgabe, zu welcher sie in dieser ernsten Zeit berufen ist, in ihrer vollen Bedeutung erkannt hat und daß sie mit Treue und patriotischem Eifer darnach streben wird, diese Aufgabe auf eine für das Land wahrhaft gedeihliche Weise zu lösen. — Möge der göttliche Segen ihre Wirksamkeit begleiten! Dann wird das große Werk, an welchem die zweite Kammer mitarbeitet, wohlgelingen. — Dann werden die Hoffnungen auf eine schönere Zukunft unseres theueren Vaterlandes in Erfüllung gehen!"

Am 30. März 1849 gab der König diese huldvolle Antwort. Wer hätte damals wohl geahnt,

daß kaum kurze vier Wochen später dieselbe Kammer, welche nach dem königlichen Wort die hohe ihr gewordene Aufgabe in ihrer vollen Bedeutung erkannt hatte und mit Treue und patriotischem Eifer bestrebt war, sie zu lösen, als ganz unfähig zu dieser Lösung bezeichnet werden würde! —

Die rechte Seite der Kammer hatte durch die Annahme der Adresse einen scheinbar glänzenden Sieg errungen, sie hatte es erreicht, daß jetzt die Verfassung vom 5. December das zu Recht bestehende Grundgesetz des Landes geworden war, beide Kammern hatten es als solches anerkannt, die Vereinbarung zwischen Krone und Volk war erfolgt, Preußen war eingetreten in die Reihe der constitutionellen Staaten. Bis zur definitiven Abstimmung über die Adresse am 28. März war der gesellschaftliche Vertrag zwischen der Krone und der Volksvertretung noch nicht rechtsgültig vollzogen, jetzt aber, da beide Kammern die von der Krone proklamirte Verfassung als das zu Recht bestehende Grundgesetz des Landes anerkannt hatten, war der neue Rechtsboden geschaffen.

Die Rechte hatte gesiegt; aber gerade ihr Sieg trug den Keim ihrer Zerstörung in sich, denn das Ziel, zu dessen Erreichung alle Fractionen der Rechten sich verbunden hatten, war jetzt erreicht, die Verfassung vom 5. December 1848 war mit allen ihren guten und fehlerhaften Bestimmungen anerkannt, es galt jetzt nur noch sie zu revidiren, nach einer oder der anderen Richtung hin auszubauen, und dabei mußte die tiefe Kluft offenbar werden, welche die einzelnen Fractionen der Rechten von einander trennte. Es war unmöglich, daß die feudale Partei länger im innigen Einvernehmen bleiben konnte mit den ehrlichen Konstitutionellen, daß Männer wie von Bismarck-Schönhausen, von Kleist-Retzow, Graf Renard oder auch nur Graf Arnim-Boitzenburg fortan beim Ausbau der Verfassung vereint bleiben konnten mit den Herren von Vincke, von Auerswald, Harkort oder gar mit Grabow, Wentzel, Immermann und anderen. Es gab zwischen allen diesen Männern keinen festen Vereinigungspunkt mehr, mit der Erreichung des einzigen gemeinsamen Zieles konnte ihr Bündniß nur noch künstlich aufrechterhalten werden, es mußte in nächster Zeit zerfallen, dies zeigte sich denn auch in der That schon wenige Tage nach dem errungenen Siege.

Viertes Kapitel.

Die Verhandlungen der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt a. M. über die deutsche Verfassung. — Der Welcker'sche Antrag. — Stimmung in Berlin. — Die Wahl des Königs Friedrich Wilhelm IV. zum deutschen Kaiser. — Deutscher Enthusiasmus der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. — Heinrich von Gagern, Ehrenbürger von Berlin. — Adresse der Stadtverordneten und des Magistrats an den König. — Stellung der Parteien in beiden Kammern zur deutschen Frage. — Die Erklärung des Ministeriums über das Verhalten der Regierung in der deutschen Frage. — Der Empfang der Frankfurter Kaiser-Deputation in Berlin. — Die Stellung des Königs in der deutschen Frage. — Die Ablehnung der deutschen Kaiserkrone durch den König. — Stürmische Debatte in der 2. Kammer. — Zerfall der Partei der Rechten. — Unthätigkeit der Regierung. — Der Rodbertus'sche Antrag. — Parteikämpfe in der deutschen Frage. — Graf Brandenburg in der Kammer. — Niemals, niemals, niemals! — Die Bismarck'sche Rede. — Der verhängnißvolle Beschluß der 2. Kammer am 21. April.

Mit hochgespannter Aufmerksamkeit hatten im Monat März 1849 die Berliner die Verhandlungen und Abstimmungen der zweiten Kammer verfolgt, noch größer aber war das Interesse, welches alle Parteien der zur Neubegründung eines Deutschen Reiches durch eine deutsche Verfassung berufenen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. gerade in jener Zeit widmeten. Die Berliner haben sich zu allen Zeiten ausgezeichnet durch ihre Begeisterung für die deutsche Einheit, es war daher nur natürlich, daß sie der Frankfurter Reichsversammlung ihr höchstes Interesse zuwendeten, da diese in den Märztagen des Jahres 1849 vor dem endlichen Abschluß des deutschen Verfassungswerkes und vor der Entscheidung der Frage stand, ob künftig an Oesterreich oder an Preußen die Führung Deutschlands fallen, oder ob vielleicht wieder, wie zu den Zeiten des Bundestages, die beiden deutschen Großstaaten im fortwährenden Kampf um den herrschenden Einfluß bleiben sollten.

Mit Furcht und Hoffnung schauten die Berliner nach Frankfurt. Die National-Versammlung hatte nach langen inneren Kämpfen eine demokratisch-monarchische Verfassung geschaffen, eine Verfassung, in welcher die Erblichkeit der deutschen Kaiserwürde ausgesprochen und dem Kaiser ein absolutes Veto gegen die Beschlüsse der deutschen Volksvertretung zugebilligt war, die aber zugleich in ihren Grundrechten eine Reihe von ächt demokratischen Bestimmungen enthielt, welche die Freiheit des Volkes sicherten und die Macht des Herrschers einschränkten. Aber diese Verfassung stand nur noch auf dem Papier, sie hatte erst eine Lesung überstanden und war noch weder von den deutschen Fürsten noch von der National-Versammlung selbst als zu Recht bestehend anerkannt, und es war sehr fraglich, ob sie eine solche Anerkennung von irgend einer Seite finden würde, — denn die preußische Regierung hatte in einer Circularnote vom 23. Januar 1849 ausdrücklich erklärt, daß sie keineswegs auf ein Zustimmungsrecht verzichte und Oesterreich hatte den Verfassungsentwurf geradezu verworfen, weil derselbe nicht einen Bundesstaat, sondern einen einheitlichen Staat begründe. Oesterreich wollte mit allen seinen außerdeutschen Ländern als Gesammtstaat in das neu zu gründende Deutsche Reich aufgenommen werden und zu dem an die Spitze desselben zu stellenden

Staatenhaus mehr Abgeordnete entsenden, als die gesammten übrigen deutschen Länder zusammen. In der soeben (am 4. März 1849) in Oesterreich octroyirten Verfassung war nun ausgesprochen, daß sämmtliche österreichische Kronländer zusammen eine untheilbare österreichische Erbmonarchie bilden sollten.

Selbst den eifrigsten Anhängern Oesterreichs, den sogenannten Groß-Deutschen, die bisher gegen die erbliche Kaiserwürde und deren etwaige Uebertragung an Preußen mit der höchsten Erbitterung gekämpft hatten, weil hierdurch ein Klein-Deutschland mit Ausschluß von Deutsch-Oesterreich geschaffen werde, mußte es klar werden, daß eine Vereinigung von Ungarn, den slawisch-österreichischen Ländern, der Lombardei und Venetiens mit Deutschland ein Unding sei, — sie wurden in ihren bisher auf Oesterreich gesetzten Hoffnungen durch die Octroyirung der Verfassung vom 4. März und durch die Forderung des Umsturzes der gesammten Reichsverfassung auf das Tiefste verletzt. Einer der bisherigen Führer der großdeutschen Partei, Welcker, der bisher am eifrigsten gegen Klein-Deutschland und die erbliche Kaiserwürde gekämpft hatte, gab dem Gefühl, welches viele seiner Parteigenossen beherrschte, Ausdruck, indem er am 10. März 1849 folgenden Antrag stellte:

„1) Die deutsche Reichsverfassung, wie sie nach der ersten Lesung von dem Verfassungsausschusse mit Berücksichtigung der Wünsche der Regierung redigirt vorliege, durch Gesammtbeschluß anzunehmen und jede etwa heilsame Verbesserung dem nächsten verfassungsmäßigen Reichstage vorzubehalten und

2) die in der Verfassung festgestellte erbliche Kaiserwürde dem Könige von Preußen zu übertragen."

Der Welcker'sche Antrag erregte in ganz Deutschland wie in Oesterreich außerordentliches Aufsehen, das größte in Berlin. Die Hoffnung, daß Preußen an die Spitze Deutschlands treten, daß Berlin schließlich die deutsche Reichshauptstadt werden würde, erhielt hier eine neue Stütze.

Mit höchster Spannung sah man in Berlin der Berathung und Abstimmung über den Welcker'schen Antrag entgegen, das Resultat desselben war ein anderes, als man erwartete und vielfach hoffte. — Die großdeutsche Partei folgte nicht unbedingt ihrem bisherigen Führer, sie löste sich von diesem, sie fand eine Unterstützung bei denjenigen Abgeordneten, welche für den Abschluß der Verfassung und die Uebertragung der deutschen Kaiserkrone an den König von Preußen eine vorherige Vereinbarung mit den Regierungen forderten, und bei denjenigen Abgeordneten, welchen das in der Verfassung aufgenommene absolute Veto des Kaisers als unannehmbar erschien. So bildete sich denn aus den verschiedenen Parteien eine Majorität gegen den Welcker'schen Antrag, der bei der Abstimmung am 19. März mit 31 Stimmen in der Minorität blieb. Den Ausschlag hatten etwa 20 meist preußische demokratische Abgeordnete unter der Führung von Heinrich Simon und Temme gegeben, sie erklärten, daß ihr demokratisches Gewissen ihnen nicht gestatte, für das erbliche, preußische Kaiserthum zu stimmen, wenn nicht der Volksfreiheit durch völlig unbeschränktes Wahlrecht mit geheimer Abstimmung und durch die Umwandlung des absoluten Veto in ein nur suspensives eine Bürgschaft gegenüber der kaiserlichen Gewalt gewährt werde.

Als die Nachricht von der Verwerfung des Welcker'schen Antrags nach Berlin kam, erregte sie besonders unter der Mittelpartei eine stürmische Entrüstung. Von den Demokraten wurde das Auftreten Heinrich Simon's und Temme's vollständig gebilligt, aber die Mittelpartei, die in der Bürgerschaft stark vertreten war, konnte es nicht verschmerzen, daß Männer, für welche sie zum Theil selbst bei den Wahlen zur 2. Kammer gestimmt hatte, beigetragen hatten, ihre Hoffnungen zu vereiteln. In den meisten öffentlichen Lokalen der Stadt wurde ein mit breitem Trauerrand versehenes Verzeichniß derjenigen preußischen Abgeordneten ausgelegt, welche gegen die Uebertragung der deutschen Kaiserwürde an den König von Preußen gestimmt hatten, — obenan standen die Namen Heinrich Simon und Temme.

Die Ablehnung des Welcker'schen Antrages hatte die Folge, daß die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. zu einer zweiten Lesung der Verfassung und zu einer Abstimmung nach einzelnen Paragraphen schreiten mußte. Man fürchtete, daß vielleicht wieder lange Zeit vergehen werde, ehe eine Einigung der Parteien erzielt werden könne, da aber entschlossen sich viele patriotische Abgeordnete zu einem Akte der Entsagung. Um die demokratische Linke für das Erbkaiserthum zu gewinnen, entschlossen sie sich, das absolute Veto fallen zu lassen und das suspensive Veto in die deutsche Reichsverfassung aufzunehmen, ja viele bedeutende Männer der Centren gaben sogar zur Beruhigung der Linken folgende Erklärung ab:

„Zur Beseitigung möglicher Zweifel erklären die unterzeichneten Mitglieder der National-Versammlung, daß sie die Verfassung, wie solche von der National-Versammlung beschlossen werden wird, für dergestalt endgültig erkennen, daß sie für irgend wesentliche Abänderungen oder irgend erhebliche weitere Zugeständnisse, von welcher Seite dieselben auch verlangt werden sollten, nicht stimmen werden."

Diese Adresse wurde Heinrich Simon zugestellt, unter den Unterschriften fanden sich Namen vom höchsten Klang wie Heinrich v. Gagern, R. Mohl, Mathy, Welcker, Biedermann, Lette, Mittermayer, Soiron u. s. w.

Der Erfolg eines so selbstlosen Vorgehens war, daß Heinrich Simon und seine Genossen für das erbliche Kaiserthum stimmten, und daß dieses wieder eine Majorität, wenn auch nur von 4 Stimmen, erhielt, daß es gelang, in wenigen Sitzungen, schon am 27. März die zweite Lesung der deutschen Reichs-

verfassung zu vollenden und daß am 28. März von 538 anwesenden Mitgliedern 290 den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum deutschen Kaiser erwählten, während 248 sich der Abstimmung enthielten.

Biedermann erzählt uns:

„Präsident Simson verkündete mit bewegter Stimme, bei feierlicher Stille im ganzen Hause, das Resultat der Abstimmung und begleitete diesen hochbedeutsamen Akt mit den schönen Worten aus Goethes Hermann und Dorothea:

„Nicht dem Deutschen geziemt es, die fürchter„liche Bewegung fortzuleiten und auch zu „wanken hierhin und dorthin. Dies ist „unser! — so laßt uns sagen und so es be„haupten!“

„Möge,“ fügte er hinzu, „der Genius Deutschlands walten über dieser Stunde.“

Darauf brachte er ein dreimaliges Hoch auf den deutschen Kaiser aus. Mit lautem Jubel fiel die große Mehrheit in der Versammlung und auf den Gallerien in diesen Ruf ein, der so lange nicht mehr in deutschen Landen gehört worden war. Der Jubel pflanzte sich fort aus der Paulskirche in die Reihen der außerhalb gespannt harrenden Menge und weiter und weiter durch die Straßen der alten Wahl- und Krönungsstadt Frankfurt. Mit hellem Klange fielen die Glocken des ehrwürdigen Domes und der anderen Kirchen ein.“

Und weit hinaus in alle deutschen Länder pflanzte sich der Jubelruf fort, überall ertönte er, wohin die Nachricht von der Kaiserwahl drang; ein Freudenrausch erfüllte die große Menge des deutschen Volkes; fast nur die verbitterten Reactionäre und die starren Republikaner blieben unberührt von dem Jubel. — Es gab in jenen Tagen in Deutschland nur wenige nüchterne Männer, welche klaren Geistes die Verhältnisse überschauten und sich nicht durch trügerische Hoffnungen täuschen ließen.

In Berlin war trotz des Belagerungszustandes die freudige Aufregung außerordentlich groß. Einstimmig und ohne Debatte beschloß die Stadtverordneten-Versammlung am 29. März, Heinrich von Gagern das Ehrenbürgerrecht von Berlin zu verleihen, einstimmig nahm sie einen Antrag des Magistrats an, feierlich die Deputation zu empfangen, welche von der Frankfurter National-Versammlung gewählt worden war, um Namens der Versammlung dem König die deutsche Kaiserkrone anzutragen; ebenso einstimmig beschloß sie folgende Adresse an den König:

„Majestät! Die deutsche National-Versammlung in Frankfurt hat Allerhöchst Ihnen die deutsche Kaiserkrone angetragen. Mit hoher Freude haben wir, die Vertreter der Haupt- und Residenzstadt Ew. Majestät, dies große Ereigniß begrüßt. Die Einheit unseres deutschen Vaterlandes, die von den Besten angestrebt, für die schon unsere Väter gekämpft, sie soll jetzt nach langen Zeiten der Spaltung zur Wirklichkeit werden. Majestät, das deutsche Volk hofft auf Sie, es erwartet, daß durch eine starke Hand die Geschicke Deutschlands im Innern und nach Außen gewährleistet werden. Entziehen Allerhöchst Sie diesem hohen Beruf Sich nicht. Wahren Ew. Majestät die deutsche Freiheit, so weit sie erreichbar. Heil Ihnen, dem deutschen Oberhaupte!“ —

Diese Adresse wurde dem Magistrat zum Anschluß übergeben, aber zugleich beschloß die Stadtverordneten-Versammlung, sie selbstständig am folgenden Tage dem König nach Charlottenburg zu übersenden, falls der Magistrat Bedenken tragen sollte, sich ihr anzuschließen.

Und in der That, der Magistrat trug solche Bedenken, er wagte es nicht, so entschieden wie die Stadtverordneten-Versammlung vorzugehen und die unbedingte Annahme der Kaiserkrone zu verlangen. Er beschloß zwar auch am Morgen des 30. März eine Adresse an den König, aber er gab ihr eine viel mildere Form. Der Schluß derselben lautet:

„Wir verkennen nicht, daß große Bedenken sich der Entschließung Ew. Majestät entgegen stellen könnten; aber wir vertrauen auch, daß dieser Entschluß Ew. Majestät dadurch erleichtert werden wird, daß der Patriotismus der deutschen Fürsten und Stämme die Hindernisse beseitigt, welche der Begründung selbst eines starken, engeren Bundesstaates und der Gestaltung einer lebenskräftigen Organisation desselben gegenwärtig noch entgegen zu stehen scheinen. Preußens Aufgabe ist es allewege gewesen, sich einzusetzen für die heiligsten Güter des deutschen Volkes; die preußische Nation wird auch jetzt Ew. Majestät zujauchzen bei den Schritten, die Sie als deutscher Fürst für deutsche Kraft und Einheit thun werden.“

Wie die beiden städtischen Behörden Berlins als Vertretung des Volkes von Berlin, meinten auch die beiden Kammern, als die Vertretung des gesammten preußischen Volks berufen zu sein, ihre Stimme in der alle Gemüther bewegenden deutschen Frage zu erheben und in Adressen dem Könige den Wunsch, daß er die deutsche Kaiserkrone annehme, auszusprechen. Theils kühl, theils ablehnend standen dieser Anschauung in beiden Kammern nur die äußerste Rechte und die äußerste Linke gegenüber. Für die äußerste Rechte war die deutsche Reichsverfassung, auf Grund deren dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone angeboten wurde, ein Product der Revolution, und der preußische Particularismus sträubte sich gegen die deutsche Einheitsidee. Die Anhänger des Königthums von Gottes Gnaden verabscheuten eine Krone, welche nicht von den Fürsten Deutschlands, sondern von der Volksvertretung angeboten wurde; — die äußerste Linke dagegen meinte, daß die Annahme der Kaiserkrone den preußischen Absolutismus auf den deutschen Kaiserthron verpflanzen werde. So wenig wie in Preußen werde der König für das Reich constitutionelle Minister ernennen und eine parlamentarische Regierung einführen, alle hierauf gerichteten Hoffnungen seien trügerische. —

Am 2. April fanden in beiden Kammern die Berathungen über die an den König zu richtenden Adressen statt. — In beiden Kammern gab der

Minister-Präsident übereinstimmende Erklärungen über die Stellung der Regierung zu der schwebenden Frage ab. Er sagte:

„Die Regierung hat Ihnen, meine Herren, schon wiederholentlich den Standpunkt mit Offenheit bezeichnet, den sie in der hochwichtigen deutschen Frage einnimmt. Es ist der Standpunkt der Hingebung für Deutschlands Einheit und Freiheit; aber auch der Standpunkt gewissenhafter Achtung der Rechte der deutschen Regierungen. Inmittelst ist ein Ereigniß von der höchsten Wichtigkeit eingetreten: Der bekannte Beschluß der deutschen National-Versammlung. Die Regierung erkennt in diesem Beschlusse einen wesentlichen Fortschritt auf der Bahn der Entwickelung der deutschen Verhältnisse; sie wird Alles aufbieten, daß das erstrebte, jetzt nahe gerückte Ziel bald ganz erreicht werde, aber sie hat deshalb ihren früheren Standpunkt nicht aufgegeben; sie hält also dafür, daß dieser Beschluß nur für diejenigen deutschen Regierungen gültig und verbindlich ist, welche demselben aus freier Entschließung beistimmen, und die Regierung wird ihrerseits nichts unversucht lassen, ein Einverständniß darüber zu fördern."

Diese Erklärung war deutlich genug, sie hätte die Hoffnung, daß der König die deutsche Kaiserkrone bedingungslos annehmen werde, zerstören müssen; sagte doch der Minister-Präsident ausdrücklich, daß der Beschluß der deutschen National-Versammlung nur für diejenigen deutschen Regierungen gültig und verbindlich sei, welche demselben aus freier Entschließung beistimmen; — so aber verstanden die für die Einheit Deutschlands und die Annahme der Kaiserkrone begeisterten Mitglieder der gemäßigten Rechten und Linken die Erklärung des Minister-Präsidenten nicht, sie hielten sich an die letzten Worte desselben, an die Versicherung, daß die Regierung nichts unversucht lassen werde, ein Einverständniß der Regierungen zu fördern.

In beiden Kammern wurden die Adressen angenommen, auch in der Adresse der ersten Kammer wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der König sich der Erfüllung der Hoffnungen der Nation nicht entziehen und in seine starke Hand die Leitung der Geschicke des Vaterlandes nehmen werde, aber es reihte sich an diesen Wunsch die Anerkennung, daß die Schwierigkeiten, welche die Verständigung mit anderen deutschen Regierungen, der Inhalt mehrerer in die Reichsverfassung aufgenommener Bestimmungen und die Anforderungen und Opfer, welche für Preußen aus der neuen Stellung erwachsen können, schwer in der Wageschale der Entscheidung wiegen! — Viel entschiedener lautete die Adresse der zweiten Kammer, welche der Freiherr von Vincke entworfen und gegen einen nicht entschiedenen von der gemäßigten Linken beantragten Entwurf durchgesetzt hatte. Die Schlußworte der Adresse lauten:

„Wir verkennen nicht den Ernst der Stunde, nicht das schwere Gewicht unabweisbarer Erwägungen. Im Angesichte aber der unberechenbaren Gefahren, wenn inmitten des in allen seinen Fugen erschütterten Continents Deutschland ohne lenkende Hand den streitenden Bewegungen der Zeit überlassen bliebe vertrauen wir Ew. Majestät Weisheit und Hingebung für die Sache des Vaterlandes, daß Sie den rechten Weg erkennen und alle Schwierigkeiten überwinden werden. Wir legen ehrfurchtsvoll die dringende Bitte an Ew. Majestät Königliches Herz,

Sich dem Rufe der deutschen National-Versammlung nicht entziehen und die Hoffnungen und Erwartungen des deutschen Volkes erfüllen zu wollen!"

In der Mittagsstunde des 2. April hatten beide Kammern ihre Adressen beschlossen, wenige Stunden später, am Nachmittag gegen 5 Uhr, zeigten sie ihre Sympathien für die deutsche National-Versammlung durch den feierlichen Empfang der großen von der National-Versammlung nach Berlin entsendeten Deputation. —

In der ganzen Stadt war schon seit einigen Tagen viel davon gesprochen worden, daß die von dem Präsidenten Simson geführte, aus 32 Mitgliedern der National-Versammlung bestehende Deputation in würdiger und feierlicher Weise von der Stadt Berlin empfangen werden müsse. Man sprach von einer Ausschmückung aller Straßen mit deutschen Fahnen, von einer allgemeinen Erleuchtung, von der Begrüßung der Deputirten durch das von einem mehrhundertstimmigen Männerchor gesungene Lied des alten Arndt: „Was ist des Deutschen Vaterland?" — Aber jede solche Feierlichkeit wurde durch den Belagerungszustand unmöglich gemacht. Eine Kommission der Kammern hatte sich an das Ministerium gewendet und für den einen Tag eine Milderung der bestehenden Bestimmungen erbeten, aber sie war abschläglich beschieden worden, denn General Wrangel gestattete keine öffentlichen Kundgebungen, welche zu Volksaufläufen Veranlassung geben könnten; selbst der Gesang des Liedes „Was ist des Deutschen Vaterland" auf den Straßen wurde dem Arbeiter-Gesang-Verein verboten. Es blieb hiernach nichts weiter übrig, als die Empfangsfeierlichkeiten auf engere Kreise zu beschränken.

Der Magistrat hatte den Deputirten zwei seiner Mitglieder nach Magdeburg entgegengeschickt, um dieselben als Gäste der Stadt Berlin zu begrüßen. Auf dem Bahnhof hatten sich zahlreiche Kommissionen der beiden Kammern, der Magistrat von Berlin und die Stadtverordneten versammelt. Mit Jubel wurde der in den Bahnhof einfahrende reich mit dreifarbigen Fähnlein geschmückte Zug begrüßt. Die ankommenden Deputirten wurden bewillkommnet durch die Vice-Präsidenten der beiden Kammern v. Wittgenstein und v. Auerswald, sowie den Bürgermeister von Berlin, Herrn Naunyn; Präsident Simson antwortete in bewegten Worten.

In einem endlosen Zuge von Equipagen, welche die Stadt ihren Gästen gestellt hatte, fuhren diese vom Bahnhof durch die Leipzigerstraße und Friedrichstraße nach den Linden, wo in verschiedenen Gasthöfen Zimmer für sie bereit gehalten waren. Das Volk hatte sich zahlreich am Bahnhof und in den Straßen versammelt, besonders stark waren die

gebildeten Klassen vertreten, mit Hüteschwenken und Lebehochs wurden die vorbeifahrenden Deputirten begrüßt.

Es war, verglichen mit den Einzugsfeierlichkeiten, welche sonst wohl in der Hauptstadt bei hervorragenden Gelegenheiten stattgefunden hatten, im Ganzen doch nur ein trauriger und wenig festlicher Empfang, den die „Kaiser-Deputation", so wurde sie allgemein in Berlin genannt, in der preußischen Hauptstadt fand, ein Empfang, der wohl geeignet war, ihre Hoffnungen auf ein Gelingen ihrer Sendung abzuschwächen, aber trotzdem gab sie sich solchen Hoffnungen hin und diese wurden getheilt von der großen Menge des Volkes von Berlin. Alle Wirthshäuser und Restaurationen Berlins waren am Abend des 2. April mit Gästen gefüllt, endlose Lebehochs ertönten auf die „Kaiser-Deputation" und auf den „Deutschen Kaiser Friedrich Wilhelm IV.", die letzteren Lebehochs wurden vielfach auch in Kreisen ausgebracht, welchen seit vielen Monaten derartige Loyalitätsbezeugungen fremd gewesen waren. Auch die einzelnen Deputirten wurden, soweit der Belagerungszustand es erlaubte, gefeiert, besonders der „alte Arndt" und der Präsident Simson. Beide wohnten im Hôtel du Nord. Auf der Straße durfte „Was ist des deutschen Vaterland" nicht gesungen werden, aber auf dem Hof des Hôtels wurde das deutsche Lied von einem Gesangverein trefflich vorgetragen, Arndt und Simson dankten und die Sänger antworteten mit donnernden Hochs auf deutsche Freiheit und Einheit.

Im Mielenz'schen Saal fand an diesem selben Abend eine zahlreiche Versammlung von Mitgliedern der verschiedensten Parteirichtungen der beiden Kammern zur Begrüßung der Frankfurter Deputirten statt. Die Stimmung war eine sehr gehobene, man hoffte mit voller Sicherheit, daß der Empfang der Deputirten beim Könige ein allen ihren Wünschen entsprechender sein werde; — 28 Regierungen hatten ihre Genehmigung zu den Beschlüssen der National-Versammlung bereits erklärt, der Prinz von Preußen, so erzählte man, habe sich für die Annahme der Kaiserkrone ausgesprochen und die Prinzessin schwärme für dieselbe. Es sei gar kein Zweifel mehr, daß der König dem Rufe des deutschen Volkes folgen werde.

Die Deputirten aus Frankfurt und die preußischen Abgeordneten befanden sich in einer wunderbaren uns heute kaum begreiflichen Selbsttäuschung, in welcher auch die mit den Verhältnissen vertrauten, zum Theil der Person des Königs nahe stehenden Abgeordneten der Rechten sich bewegten. Wie diese Männer glauben konnten, König Friedrich Wilhelm IV. könne sich selbst so sehr untreu werden, um sich von der deutschen National-Versammlung auf den Kaiserthron heben zu lassen, ist schwer verständlich. Der König hatte sie nicht getäuscht, er hatte niemals seine tiefe Abneigung, ja seinen Haß und seine Verachtung gegen die revolutionäre Bewegung des Jahres 1848 und Alles, was aus ihr entsprungen war, verhehlt. — Wäre ihm von den Fürsten Deutschlands die deutsche Kaiserkrone geboten worden als ein freies Geschenk, dann würde er sie freudig sich aufs Haupt gesetzt haben, von den Vertretern des deutschen Volkes aber konnte er seinem ganzen Sinn und Wesen nach diese Krone um so weniger annehmen, als er mit der Annahme zugleich sich verpflichtet hätte, die deutsche Reichsverfassung, wie sie in Frankfurt berathen und beschlossen worden war, anzuerkennen.

Wie der König über die von der deutschen National-Versammlung zu vergebende Krone dachte, hatte er schon in einem Briefe vom 12. Dezember 1848 an seinen Freund Bunsen, den damaligen Gesandten in London, ausgesprochen.

„Die Krone," schrieb er, „die ein Hohenzoller annehmen dürfte, wenn die Umstände es möglich machen könnten, ist keine, die eine, wenn auch mit fürstlicher Zustimmung eingesetzte, aber in die revolutionäre Saat geschossene Versammlung macht, sondern eine, die den Stempel Gottes trägt, die den, dem sie aufgesetzt wird, nach der heiligen Oelung „von Gottes Gnaden" macht, weil und wie sie mehr denn 34 Fürsten zu Königen der Deutschen von Gottes Gnaden gemacht hat. Die Krone, welche die Ottonen, die Hohenstaufen, die Habsburger getragen, kann natürlich ein Hohenzoller tragen; sie ehrt ihn überschwänglich mit tausendjährigem Glanze. Die aber, die Sie meinen, verunehrt überschwänglich mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848, der albernsten, dümmsten, schlechtesten, wenn auch Gottlob nicht bösesten dieses Jahrhunderts. Einen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken, soll ein legitimer König von Gottes Gnaden und nun gar der König von Preußen sich geben lassen, der den Segen hat, wenn auch nicht die älteste, doch die edelste Krone, die Niemandem gestohlen worden ist, zu tragen? Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation, die 42 Jahre lang geruht hat, wieder einmal vergeben werden, so bin ich es und meines Gleichen, die sie vergeben werden, und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt."

Dieser wunderbare Brief, der uns die Gesinnung Friedrich Wilhelms IV. ganz klar legt, war allerdings im Jahre 1849 noch nicht bekannt; aber der König hatte gleich offenherzig, wenn auch nicht in so derben Worten, seine Anschauungen gegen viele bedeutende Männer, selbst gegen Heinrich v. Gagern und gegen Arndt geäußert. „Kann man mir zumuthen, eine Krone von Jemand anzunehmen, der sie nicht zu vergeben hat," hatte er mehrfach ausgesprochen, und wie ein rother Faden zieht sich durch alle Regierungserlasse jener Zeit über die deutsche Frage die Erklärung, daß das Recht der deutschen Fürsten, der Reichsverfassung zuzustimmen, nicht gekränkt werden dürfe.

Des Königs Ueberzeugung war so tief und unerschütterlich, daß sie nicht beeinflußt werden konnte durch Erwägungen politischer Zweckmäßigkeit. Diesem brutalen Zwang der Verhältnisse hatte er widerwillig sich für einen Moment gebeugt bei dem berühmten Rundritt durch die Straßen Berlins am 21. März 1848 (s. Seite 1018), jetzt, da er

die königliche Macht wieder gesichert, die Revolution besiegt hatte, konnte er frei seiner Ueberzeugung folgen.

Am Mittag des 3. April sollte die Kaiser-Deputation im Schlosse vom König empfangen werden. Welche Antwort sie erhalten werde, wußte, außer sehr wenigen in das tiefste Vertrauen des Monarchen eingeweihten Männern, Niemand in Berlin. Es wird erzählt, daß selbst der Prinz von Preußen, als er gegen 12 Uhr Mittags nach dem Schlosse fuhr, um dem Empfange der Kaiser-Deputation beizuwohnen, von dem endgiltigen Entschlusse seines königlichen Bruders noch nicht unterrichtet gewesen sei. Am Vormittag war der Ministerrath versammelt, aber auch über seine Berathungen war nichts in weitere Kreise gedrungen, selbst die Kammer-Präsidenten und die einflußreichsten, dem Ministerium stets treu zur Seite stehenden Mitglieder der Rechten beider Kammern waren über die königliche Entschließung nicht unterrichtet.

Um 12 Uhr fuhren die Deputirten nach dem Schloß. Es fiel auf, daß sie nicht durch königliche Equipagen abgeholt wurden, — die Stadt Berlin hatte ihnen die nöthigen Wagen zur Disposition gestellt, — sie wurden von dem zahlreich auf den Straßen versammelten Volke nicht durch laute Freudenbezeugungen, nicht durch Hurrah- und Lebehochrufe, wohl aber durch Abnehmen der Hüte ehrfurchtsvoll begrüßt.

Im Innern des Schlosses bildeten Garde du Corps und Krongardisten in Paradeuniform Spalier auf dem Wege nach dem Rittersaale, nach welchem die Deputation geführt wurde.

Der König empfing unter dem Thronhimmel stehend in voller Uniform, den Helm im Arme, die Deputirten. Er war umgeben von einer glänzenden Versammlung, von den Prinzen des königlichen Hauses, den Ministern, der Generalität und dem Hofstaate.

Auf die kurze Anrede des Präsidenten Simson antwortete der König in freier Rede und mit erhobener Stimme:

„Meine Herren!

Die Botschaft, als deren Träger Sie zu mir gekommen sind, hat Mich tief ergriffen. Sie hat Meinen Blick auf den König aller Könige gelenkt und auf die heiligen und unantastbaren Pflichten, welche Mir, als dem Könige Meines Volkes und als einem der mächtigsten deutschen Fürsten, obliegen. Solch ein Blick, Meine Herren, macht das Auge klar und das Herz gewiß.

In dem Beschluß der deutschen National-Versammlung, welchen Sie, Meine Herren, Mir überbringen, erkenne Ich die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes. Dieser Ruf giebt Mir ein Anrecht, dessen Werth Ich zu schätzen weiß. Er fordert, wenn Ich ihm folge, unermeßliche Opfer von Mir. Er legt Mir die schwersten Pflichten auf.

Die deutsche National-Versammlung hat auf Mich vor Allen gezählt, wo es gilt, Deutschlands Einheit und Kraft zu gründen. Ich ehre Ihr Vertrauen, sprechen Sie ihr Meinen Dank dafür aus. Ich bin bereit, durch die That zu beweisen, daß die Männer sich nicht geirrt haben, welche ihre Zuversicht auf Meine Hingebung, auf Meine Treue, auf Meine Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterland stützen.

Aber, Meine Herren, Ich würde Ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, Ich würde dem Sinne des deutschen Volkes nicht entsprechen, Ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten, wollte Ich, mit Verletzung heiliger Rechte und Meiner früheren, ausdrücklichen und feierlichen Versicherungen, ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter, der Fürsten und der freien Städte Deutschlands, eine Entschließung fassen, welche für sie und für die von ihnen regierten deutschen Stämme die entscheidendsten Folgen haben muß.

An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt, ob die Mir zugedachten Rechte Mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es von Mir fordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen.

Dessen aber möge Deutschland gewiß sein, und das, Meine Herren, verkündigen Sie in allen seinen Gauen: Bedarf es des preußischen Schildes und Schwertes gegen äußere oder innere Feinde, so werde Ich, auch ohne Ruf, nicht fehlen. Ich werde dann getrost den Weg Meines Hauses und Meines Volkes gehen, den Weg der deutschen Ehre und Treue!“

Die königlichen Worte machten auf die Deputirten einen geradezu niederschmetternden Eindruck. Im Anfang der Rede hatten ihre Hoffnungen sich gehoben, als sie jetzt aber hörten, daß der König die Krone nicht auf Grund der deutschen Reichsverfassung annehmen könne, daß diese nach Kämpfen eines langen, schweren Jahres endlich zu Stande gebrachte Verfassung erst noch wieder von den deutschen Regierungen geprüft werden solle, daß der König nicht ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter Deutschlands eine Entschließung fassen wolle, — da erkannten sie, daß alle ihre hochfliegenden Hoffnungen trügerische gewesen seien. Zwischen den Beschlüssen der deutschen Reichsversammlung und der Entschließung des Königs gab es keine Brücke; hatten doch die hervorragendsten Mitglieder der Versammlung durch ihre an Heinrich Simon übergebene Erklärung sich mit ihrer Ehre verpflichtet, keine wesentliche Abänderung der Reichsverfassung zu dulden, keine Zugeständnisse zu machen, von welcher Seite dieselben auch verlangt werden möchten.

Tief erschüttert verließ die Kaiser-Deputation das Schloß und zwei Tage später, am 5. April, Berlin, sie war mit ihren Aufgaben gescheitert! —

Fast in derselben Stunde, in welcher der Kaiser-Deputation die königliche Antwort gegeben worden war, verkündigte diese der Minister v. Manteuffel in der 2. Kammer. Auch auf die preußischen Ab-

geordneten machten die königlichen Worte denselben Eindruck, wie auf die Frankfurter Deputirten. Gerade die Mitglieder der gemäßigten Rechten fühlten sich am schwersten durch dieselben getroffen und fast einstimmig wurde die Dringlichkeit eines sofort durch den Freiherrn von Vincke eingebrachten Antrages angenommen, in welchem ein kaum verstecktes Mißtrauensvotum gegen das Ministerium lag. Der Antrag lautete:

„Die hohe Kammer wolle beschließen: In Erwägung, daß die Antwort, welche die Minister Sr. Majestät dem Könige für die Deputation der Frankfurter National-Versammlung angerathen haben, mit den in der gestrigen Adresse der hohen Kammer gegen Se. Majestät ausgesprochenen Ansichten nicht im Einklange steht, und das Vaterland den größten Gefahren ausgesetzt ist, eine Kommission zu ernennen, welche mit Bezug auf diese Antwort eine Adresse an Se. Majestät zu entwerfen hat, in der die Ansichten der Kammer über die jetzige Lage der Landes ausgesprochen werden."

Die durch den Abgeordneten von Vincke beantragte Kommission wurde gewählt, sie trat in Berathung, aber einig vermochte sie nicht über eine Adresse zu werden. Zwei Adreßentwürfe wurden ihr zur Beschlußfassung vorgelegt, der eine durch den Freiherrn v. Vincke, der andere durch den der gemäßigten Linken zugehörenden Abgeordneten von Kirchmann. In dem Vincke'schen Entwurf wurde gesagt, Se. Majestät wolle die oft bewährte deutsche Gesinnung aufs Neue bethätigen und, unter Voraussetzung der Zustimmung der betreffenden deutschen Regierungen, die Würde eines Oberhauptes des deutschen Bundesstaates ohne Zögerung übernehmen.

Viel entschiedener sprach sich der von Kirchmann'sche Entwurf aus. Es hieß in demselben:

„Mögen Ew. Majestät nicht zögern, mögen Ew. Majestät die Wahl jetzt annehmen und auf Grund der beschlossenen Verfassung den Kaiserthron Deutschlands besteigen. Ein kühnes und entschlossenes Ja, es wird durch ganz Deutschland wiederhallen, ein solches Ja wird dem deutschen Volke die Bürgschaft sein, daß sein Kaiser die volle Einheit, die ganze Freiheit und die wahre Ordnung von ganz Deutschland pflegen und schirmen werde. Die Frage ist groß. Lassen Ew. Majestät groß auch die Antwort sein."

Für jeden der beiden Entwürfe ergaben sich in der Kommission von 22 Stimmen nur 10, eine Einigung war daher nicht zu erzielen, und die Kommission konnte keinen bestimmten Antrag bei der Kammer stellen, sie mußte dieser beide Entwürfe übergeben und ihr anheimstellen, sich für einen derselben zu entscheiden.

Am 5. April, dem grünen Donnerstag, legte die Kommission der Kammer die Adreßentwürfe vor und diese trat in die Berathung ein, aber unter völlig veränderten Verhältnissen, denn innerhalb der zwei Tage war die deutsche Verfassungsfrage wieder in ein neues Stadium getreten; der Minister-Präsident hatte am 4. April der Kammer eine vom 3. April datirte Note mitgetheilt, welche von der preußischen Regierung an die bei den deutschen Höfen akkreditirten Gesandten erlassen worden war. In dieser Note wurde gesagt: der König habe stets daran festgehalten, daß die deutsche Verfassung nur im Wege der Vereinbarung festgestellt werden und die getroffene Kaiserwahl nur durch das freie Einverständniß der Regierungen zur vollen Rechtsgültigkeit gelangen könne. Um auch nicht den Schein eines indirekten Zwanges hervorzurufen, habe die Annahme der Wahl nicht ausgesprochen werden können, selbst nicht unter dem Vorbehalt des noch folgenden Einverständnisses der einzelnen deutschen Fürsten. Der König sei aber bereit, auf den Antrag der deutschen Regierungen und unter Zustimmung der deutschen National-Versammlung die provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen, und würden daher die deutschen Regierungen aufgefordert, Bevollmächtigte nach Frankfurt zu senden zur Abgabe definitiver Erklärungen über ihren Beitritt zum Bundesstaate und über die Stellung der deutschen Regierungen zur National-Versammlung und der von dieser entworfenen Verfassung, sowie zur Vereinbarung über diese Verfassung. Die Königliche Regierung hoffe, daß binnen spätestens 14 Tagen eine definitive Erklärung über die deutsche Frage abgegeben sein werde. —

Da von dem Minister-Präsidenten eine Entscheidung der deutschen Frage binnen 14 Tagen in Aussicht gestellt war, erschien es fast allen Parteien in der zweiten Kammer nicht mehr angemessen, sich jetzt noch ein Mal mit einer Adresse an den König zu wenden. Die äußerste Rechte verlangte deshalb einfache Tagesordnung, aber diese wurde mit großer Majorität verworfen, denn die übrigen Parteien wollten nicht darauf verzichten, ihrer Anschauung über die deutsche Frage Worte zu geben, es gingen deshalb mehrere Anträge auf motivirte Tagesordnung ein, sogar einer von dem ursprünglichen Antragsteller, dem Freiherrn von Vincke:

„In Erwägung,

1) daß die von der Regierung Sr. Majestät des Königs beschlossene Ablehnung der von der deutschen National-Versammlung Sr. Majestät angetragenen Würde eines Oberhauptes des deutschen Reichs das Zustandekommen des deutschen Verfassungswerkes auf eine ferne und ungewisse Zukunft verschiebt und Deutschland wie Preußen der bedenklichsten Lage entgegen zu führen droht;

2) daß aber, nachdem einmal durch die der Kammer mitgetheilte Circularnote vom 3. d. M. die Erklärungen der einzelnen deutschen Regierungen, mit Anberaumung einer Frist von vierzehn Tagen, erfordert sind, der Ablauf dieses Zeitraumes zuvörderst abgewartet werden muß, um die durch diese Note jenen Regierungen gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten nicht zu verletzen,

geht die Kammer über den Antrag der Abgeordneten von Vincke und Genossen für jetzt zur Tagesordnung über."

Dieser motivirten Tagesordnung diametral gegenüber stand eine andere, von der entschiedenen

Linken, von Waldeck und Genossen, eingebrachte folgenden Inhalts:

„In Erwägung,

daß die Einheit der deutschen Volksstämme nur dann einen Werth hat, wenn zugleich die in der Revolution erkämpfte Freiheit zur vollen Geltung gelangt;

daß eine solche deutsche Einheit bei der freiheitsfeindlichen Politik, welche das gegenwärtige Ministerium sowohl in der deutschen Angelegenheit, als besonders in den Angelegenheiten Preußens, seither befolgt hat, durchaus nicht zu erwarten steht;

daß endlich unter diesen Umständen eine neue Adresse an die Krone keinen günstigeren Erfolg verspricht, als die früher beschlossenen,

geht die Kammer über den Antrag zur Tagesordnung über."

Die Rechte, in ihren verschiedenen Fractionen, und die entschiedene Linke waren, freilich aus ganz entgegengesetzten Gründen, einig darüber, daß jetzt eine Adresse an den König nicht zeitgemäß sei, nur die gemäßigte Linke blieb bei ihrer Ansicht und wünschte den v. Kirchmann'schen Adreßentwurf zum Beschluß erhoben zu sehen.

Es kam zu einer sehr erregten stürmischen Debatte, in welcher die Regierungspolitik nur von einigen Mitgliedern der äußersten Rechten vertheidigt, von allen anderen Rednern aber, selbst von dem Stimmführer der gemäßigten Rechten, dem Freiherrn v. Vincke, mit den schärfsten Worten verdammt wurde. Waldeck hielt eine fulminante Rede, den Gipfelpunkt der Erregung aber erhielt die Debatte, als der frühere Minister von Bodelschwingh in einer persönlichen Bemerkung die Behauptung aussprach, es habe am 18. März 1848 in Berlin gar keine Revolution stattgefunden, sondern nur ein Straßenkampf, von dem das ganze Land überzeugt sei, daß er die Hauptstadt und mit ihr das Land entehrt habe.

Kaum hatte der Redner diese Worte ausgesprochen, als sich die ganze Linke unter der größten Aufregung erhob. Allgemein ertönte der Ruf: „Herunter von der Tribüne". Schramm rief: „Das ist Verrath am Volke, herunter von der Tribüne." Schneider (Köln): „Sie entehren die Tribüne." Waldeck: „Sie sind auf Grund der Revolution hier, Sie entehren die Tribüne, das ist eine Schmach." Von der rechten Seite wird der Vicepräsident Lensing, welcher den Vorsitz führt, aufgefordert, zu läuten. von Bodelschwingh bleibt ernst, ruhig und männlich auf der Tribüne und fragt den Präsidenten, „ob er das Wort habe." Von der Linken wird: „Nein, nein!" gerufen. Das Läuten der Glocke ist vergeblich. Ein Hut wird dem Präsidenten zugeschoben und er bedeckt sich. Jetzt endlich tritt Ruhe ein; die Sitzung wird von 4 Uhr 50 Minuten bis 6 Uhr suspendirt."

So schildert uns Fischer die interessante Scene.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung bestieg der frühere Minister von Bodelschwingh abermals die Tribüne, sofort entfernte sich die ganze Linke aus dem Saal, nur Julius Berends blieb zurück, um, nachdem von Bodelschwingh seine persönliche Bemerkung in etwas mäßigeren Worten als vorher wiederholt hat, für sich und seine politischen Freunde folgende Erklärung abzugeben:

„Ich halte mich für verpflichtet, die Gründe anzugeben, weshalb ich hier im Saale geblieben bin und meine politischen Freunde denselben verlassen haben, als der Abgeordnete von Bodelschwingh die Tribüne betrat. Der Abgeordnete von Bodelschwingh hat sich hier in Aeußerungen von der Tribüne herab ergangen, welche eine Beleidigung des ganzen Landes enthalten, worin er sagt, daß der Kampf vom 18. März die Hauptstadt und das Land entehrt hat. Der Abgeordnete von Bodelschwingh hat nicht gewagt, noch einmal diese Worte zu wiederholen, er hat nur gesagt, es wäre ein Straßenkampf gewesen. Ich und meine politischen Freunde haben in dieser Aeußerung eine Entehrung der Tribüne, welche selbst nur ein Kind der Revolution ist, gesehen, denn ohne Revolution wären Sie nicht hier und auch diese Tribüne nicht da."

Berends wurde wegen der Worte, daß die Tribüne entehrt sei, vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, dagegen protestirte von Berg, mit einigen persönlichen Bemerkungen schloß der eigenthümliche, für die unter den verschiedenen Parteien damals herrschenden Anschauungen sehr bezeichnende Zwischenfall, und die Kammer konnte, nachdem noch der Berichterstatter Freiherr von Vincke gesprochen hatte, zur Abstimmung kommen. Diese ergab ein ganz eigenthümliches Resultat. Alle die von den verschiedenen Parteien ausgehenden motivirten Tagesordnungen wurden verworfen, für keine fand sich eine Majorität und endlich wurde auch die Frage, ob die Versammlung überhaupt eine Adresse an den König richten wolle, mit schwacher Majorität verneint, da bei derselben die äußerste Linke mit der Rechten zusammen stimmte.

So hatte denn, da gar kein Beschluß gefaßt worden war, die äußerste Rechte einen Scheinsieg errungen, denn thatsächlich ging jetzt, dem früheren Antrag derselben gemäß, die Kammer mit der einfachen Tagesordnung vor; aber es war eben nur ein Scheinsieg, in Wirklichkeit hatte die äußerste Rechte und das mit ihr verbrüderte Ministerium eine schwere Niederlage erlitten. Während der Debatte hatten fast alle Redner die deutsche Politik der preußischen Regierung verdammt und nicht am wenigsten scharf hatte es der Freiherr von Vincke, der Führer der gemäßigten Rechten, gethan. Die Debatte zeigte, daß auch bei dieser Partei das Ministerium Brandenburg-Manteuffel keine feste Stütze mehr finden könne. Die Rechte fiel in Folge der Debatte auseinander, es zweigte sich von ihr eine äußerste Rechte ab, zu welcher z. B. v. Bismarck-Schönhausen, von Kleist-Retzow, von Meusebach u. s. w. gehörten, auch nach links hin theilte sie sich durch die Bildung von zwei Fraktionen des rechten Centrums unter Wenzel und Harkort. Die Einigkeit der Rechten war durch die Debatte in der deutschen Frage für immer vernichtet.

Das Volk von Berlin nahm die Abstimmung

der zweiten Kammer fast theilnahmlos hin, auch über die Ablehnung der Kaiserkrone hatte es sich schnell beruhigt; die während der Anwesenheit der Kaiser-Deputation in der Hauptstadt herrschende Erregung hatte sich schnell gelegt, um so tiefer und nachhaltiger aber war die Aufregung, welche im ganzen übrigen Deutschland die Politik der preußischen Regierung erzeugte. Ueberall, in allen deutschen Landen fanden Volksversammlungen statt, in Württemberg, Baden, in der Pfalz, in Braunschweig, Sachsen, Westfalen und den Rheinlanden nahm die Aufregung sogar einen gefährlichen Charakter an, überall wurde vom Volke die Anerkennung der deutschen Verfassung ausgesprochen, die deutschen Fürsten wurden mit dem Ausbruch einer neuen Revolution bedroht, wenn sie es wagen sollten, sich der Anerkennung der deutschen Verfassung zu widersetzen.

Die Gährung erschien so bedenklich, daß 28 deutsche Regierungen sich entschlossen, den Volkswünschen Genüge zu leisten; in einer Collectivnote vom 14. April 1849 erklärten sie der preußischen Regierung als Antwort auf die Circularnote vom 3. April ihr volles Einverständniß mit der von der National-Versammlung getroffenen Kaiserwahl und ihre uneingeschränkte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung, sie sprachen zugleich die Erwartung aus, daß die preußische Regierung Abstand nehmen werde von dem bisher festgehaltenen Standpunkt der Vereinbarung, der in seiner konsequenten Durchführung durch eine längere Verzögerung in der Vollendung des deutschen Verfassungswerkes dem gemeinsamen Vaterland große Gefahr bringen müßte! —

28 Regierungen sprachen sich derartig aus, aber zu ihnen gehörten nicht die Regierungen der vier deutschen Königreiche Hannover, Sachsen, Bayern und Württemberg! Die Könige von Bayern und Württemberg ließen es sogar nicht an Kundgebungen darüber fehlen, wie verhaßt ihnen die preußische Spitze in Deutschland sei. König Max von Bayern sprach bei einem Hoffeste, so laut, daß es jeder hören konnte, aus: „Verlassen Sie sich darauf, meine Herren, ein preußischer Präfect werde ich nicht!“ — und König Wilhelm von Württemberg ging noch weiter, er äußerte sich gegen eine ständische Deputation: „Wie ich die Grundrechte zuerst in meinem Lande eingeführt habe, werde ich auch die deutsche Verfassung durchführen, aber dem Hause Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht! — Dem Kaiser von Oesterreich, wenn er gewählt worden wäre, würde ich mich unterworfen haben!“

Noch feindseliger zeigte sich der Kaiser von Oesterreich der Bestrebung, ein einiges Deutschland mit preußischer Spitze zu schaffen. Er erklärte, daß er sich und seine Staaten niemals der von einem andern deutschen Fürsten gehandhabten Centralgewalt unterwerfe und auch auf der von Preußen in der Circularnote vom 3. April aufgestellten Grundlage nicht unterhandeln werde, — die Verfassungsbeschlüsse der deutschen National-Versammlung wurden für null und nichtig erklärt, die österreichischen Abgeordneten zur National-Versammlung zurückgerufen und von der österreichischen Regierung wurde die Behauptung aufgestellt, der alte deutsche Bund, unseligen Angedenkens, bestehe nach wie vor zu Recht.

Während die Feinde Preußens eine fieberhafte Thätigkeit entfalteten und das deutsche Volk aller Orten für die deutsche Reichsverfassung eintrat, gab die preußische Regierung kein Zeichen, daß sie ihr Versprechen, der König werde die provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten übernehmen, zu erfüllen gedenke, sie ließ ungenutzt die kostbare Zeit verstreichen, um so mehr fühlten sich die deutsch-gesinnten Abgeordneten in der zweiten Kammer verpflichtet, trotz der Scheinniederlage, welche sie am 5. April erlitten hatten, die deutsche Frage in der Kammer zur entscheidenden Besprechung zu bringen.

Am 17. April wurde von Rodbertus und den übrigen Mitgliedern der gemäßigten Linken ein folgewichtiger Antrag eingebracht: „Die Kammer möge erklären:

1) daß sie den in dem Circularakte vom 3. April d. J. von der Regierung Sr. Majestät betretenen Weg der Vereinbarung der deutschen Einzelstaaten unter sich und mit der deutschen National-Versammlung als ungeeignet zur baldigen Herbeiführung eines entsprechenden öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland entschieden mißbilligt;

2) daß sie insbesondere in der Verwirklichung dessen, was diese Note über die Modalitäten eines weiteren und die eventuelle Form eines engeren Bundes andeutet, eine Täuschung der Erwartungen Deutschlands erblicken würde;

3) daß sie vielmehr ihrerseits die von der deutschen National-Versammlung vollendete Verfassung, so wie sie nach zweimaliger Lösung beschlossen worden, als rechtsgültig anerkennt und die Ueberzeugung hegt, daß eine Abänderung derselben nur auf dem von der Verfassung selbst vorgesehenen Wege zuläßig ist.“

Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen, er gab die Veranlassung zu recht ernsten Berathungen sowohl innerhalb der Kommission als auch in den Parteiversammlungen der Abgeordneten. Alle Parteien mit Ausnahme der äußersten Rechten und der äußersten Linken waren darüber einig, daß die Kammer in der deutschen Frage eine entscheidende Erklärung abgeben müsse, auch Herr von Vincke verlangte eine solche, eine Mißbilligung der in der Circularnote vom 3. April von der Regierung vorgezeichneten Wege und zugleich die Erklärung, daß die Regierung jetzt auf die Annahme der Kaiserkrone auf Grund der deutschen Reichsverfassung einlenken müsse.

So einig aber auch die Parteien darüber waren, daß die Kammer eine Erklärung über die deutsche Frage abgeben müsse, so weit gingen sie über die Erklärung selbst auseinander. Eine unbedingte Mißbilligung der Circularnote vom 3. April und eine uneingeschränkte Anerkennung der deutschen Reichsverfassung, wie sie Rodbertus beantragt hatte,

erschien doch den meisten Mitgliedern der Rechten hochbedenklich und auch die entschiedene Linke sah in der rückhaltlosen Annahme der deutschen Reichsverfassung mit der preußischen Spitze eine Gefahr für die freiheitliche Entwickelung. Es gab heftige Kämpfe in den Fraktionen, die Linke drohte ganz auseinander zu fallen, und nur mit Mühe gelang es Johann Jacoby, den größten Theil der Mitglieder der demokratischen Linken, Männer wie Berends, Reuter, Bucher, Stein, Elsner u. s. w., zu bewegen, dem Rodbertus'schen Antrag ihre Zustimmung zu geben, damit nicht die Partei gesprengt werde; die äußerste Linke aber ließ sich nicht bewegen, d'Ester, Kinkel, Grün und andere erklärten, daß sie nicht mit der Partei stimmen würden, dasselbe erklärten die polnischen Abgeordneten, welche bisher stets mit der Linken gestimmt hatten.

So lag denn die Gefahr vor, daß durch eine Vereinigung der äußersten Rechten, der äußersten Linken und der Polen mit einem Theil der gemäßigten Rechten der Rodbertus'sche Antrag zu Falle kommen werde, und mit großer Spannung erwartete man daher die Verhandlung in der Kammer, welche am 21. April stattfinden sollte.

Schon bei Beginn der Sitzung am 21. April waren die Tribünen Kopf an Kopf besetzt, ebenso die Diplomatenlogen. Die Minister waren mit Ausnahme des Kriegsministers v. Strotha sämmtlich erschienen und von den Abgeordneten fehlten nur sehr wenige. Alle Parteien waren sich bewußt, daß der bevorstehende parlamentarische Kampf entscheidend für das Schicksal der zweiten Kammer, vielleicht für das des deutschen Parlamentarismus sein werde.

Als Berichterstatter für die Kommission erhielt der Freiherr von Vincke das Wort; er berichtete, daß die Kommission beantrage, den dritten, wichtigsten Theil des Rodbertus'schen Antrages, die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung, zu verwerfen, weil die deutsche National-Versammlung nicht befugt gewesen sei, ohne Zustimmung der deutschen Regierungen eine Verfassung endgültig festzustellen. Wenn hiernach die Kommission sich gegen die Annahme des Rodbertus'schen Antrages mit voller Entschiedenheit aussprach, hielt sie doch eine Erklärung der zweiten Kammer für nothwendig und sie beantragte mit einer Majorität von 13 gegen 7 Stimmen eine solche folgenden Inhalts:

„In Erwägung:

daß bei den Verwickelungen der europäischen Verhältnisse und der eigenen Lage des Vaterlandes die baldige Verwirklichung eines den Erwartungen des deutschen Volkes entsprechenden öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland dringendes Bedürfniß ist;

daß es Pflicht der deutschen Einzelnstaaten ist, zur baldigen Herbeiführung eines solchen Rechtszustandes nach Kräften mitzuwirken;

daß ein solcher Rechtszustand nur dann in kürzester Frist ins Leben gerufen werden kann, wenn die deutschen Einzelnstaaten sich der von der deutschen National-Versammlung beschlossenen Verfassung nicht entziehen,

erklärt die zweite Kammer:

1) daß sie den in der Circularnote vom 3. April d. J. von der Regierung Sr. Majestät betretenen Weg jetzt in seiner weiteren Verfolgung zur baldigen Herbeiführung eines entsprechenden öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland als geeignet nicht erachtet;

2) daß sie vielmehr die Annahme der von der deutschen National-Versammlung Sr. Majestät angebotenen Würde eines Oberhauptes des deutschen Reichs auf Grund der deutschen Reichsverfassung und unter Voraussetzung der Zustimmung der deutschen Regierungen als den geeignetsten Weg betrachtet haben würde, und es als wünschenswerth bezeichnen muß daß auf denselben mit Rücksicht auf die gegenwärtige Sachlage wieder eingelenkt werde."

Ehe die Kammer in die Debatte über den Kommissionsantrag und den Rodbertus'schen Antrag eintreten konnte, erhob sich der Minister-Präsident Graf von Brandenburg, um eine Erklärung der Regierung zu verlesen, in welcher diese sich über die einzelnen drei Punkte des Rodbertus'schen Antrages äußerte, der wichtigste Theil dieser Erklärung war die bestimmte Versicherung, daß das Ministerium dem Könige die unbedingte Annahme der deutschen Reichsverfassung nicht empfehlen könne, daß im Gegentheil die Annahme dieser Verfassung von einigen Aenderungen abhängig gemacht werden müsse.

Nach der Verlesung des Aktenstücks fügte der Minister diesem einige freigesprochene, inhaltreiche Worte hinzu. Er sagte:

„Meine Herren! Es ist hier vielfach die Rede von der Macht der öffentlichen Meinung gewesen. Ich erkenne diese Macht an in vollem Maße; sie erstreckt sich über die ganze bewohnte Erde, sie besteht, so lange die Geschlechter der Menschen leben. Ich erkenne sie aber an in der Art, wie das Schiffsvolk die Macht der Elemente auf hoher See anerkennt, indem es sich nicht den Winden und Strömungen hingiebt und auf diese Weise herrenlos auf der See treibt — denn auf diese Weise wird das Schiff nie den rettenden Port erreichen, der Rettungsanker nie einen festen und sicheren Grund finden. Niemals! Niemals! Niemals!"

Die letzten drei historisch gewordenen Worte: „Niemals! Niemals! Niemals!" sprach Graf Brandenburg mit erhobener Stimme, kein Zweifel sollte den Abgeordneten und dem Volke bleiben, daß das Ministerium sich zu einer Anerkennung der deutschen Reichsverfassung durch die öffentliche Meinung nicht bestimmen lassen werde.

Als erster Redner nach dem Minister-Präsidenten erhielt der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen das Wort zur Vertheidigung des eingegangenen Antrages auf einfache Tagesordnung.

Der Abgeordnete von Bismarck war der Heißsporn der äußersten Rechten und dieser oft recht unbequem, weil er mit rückhaltloser Offenheit, un-

bekümmert darum, ob er Beifall erntete oder einen Sturm der Entrüstung erregte, seine und die Anschauungen seiner Partei vertrat und hierdurch oft deren geheime Ziele enthüllte, welche mancher seiner Parteigenossen noch gern für die nächste Zeit verschleiert gelassen hätte. Kein Redner wurde so oft wie er unterbrochen durch Zurufe, Bravos, Zeichen des Mißfallens oder stürmische Heiterkeit, aber keiner wurde trotzdem so aufmerksam von allen Parteien angehört. Auch der Rede, welche er jetzt zur Begründung der Tagesordnung hielt, folgte die Kammer mit gespanntem Interesse und sie verdiente dasselbe, ja sie verdient es noch heute nach so vielen Jahren, denn sie zeigt uns, daß der deutsche Reichskanzler in vielen seiner Anschauungen unverändert und unveränderlich geblieben ist.

Anknüpfend an die Worte des Minister-Präsidenten erklärte Herr von Bismarck, daß er durchaus keine Veranlassung für die Kammer finde, sich noch einmal über die deutsche Frage auszusprechen, nachdem sie es schon mehrfach gethan habe. Er sagte:

„Ich kann aus dem Titel 5, der von den Rechten der Kammer handelt, nicht die Ueberzeugung entnehmen, daß es unser Beruf sei, das Land durch Adressen, Erklärung von Ansichten und Gefühlen zu regieren, daß es unser Beruf sei, in Fällen, wo die Regierung Sr. Majestät des Königs von den der Krone namentlich im § 46 reservirten Rechten einen Gebrauch macht, der einem Theile dieser Versammlung mißfällt, daß es da unser Beruf sei, auf die Regierung ein anhaltendes Feuer von Adressen, Mißtrauensvoten zu eröffnen, bis das Ministerium die Flagge streicht. Wenn das Ministerium sich einem solchen Verfahren fügen wollte, dann würde es dadurch anerkennen, daß die Executivgewalt direkt auf die zweite Kammer übergegangen sei. Es würde anerkennen, daß die Minister nicht Beamte des Königs, sondern Beamte der zweiten Kammer seien, und daß dem Könige einstweilen die äußeren Zeichen der Macht lediglich verblieben. Es mag dies von Vielen für konstitutionell gehalten werden; ich halte nur das für konstitutionell, was verfassungsmäßig ist. In Preußen ist nur das konstitutionell, was aus der preußischen Verfassung hervorgeht."

Es sei, so fuhr er fort, der Würde der Kammer nicht angemessen, wiederholt Beschlüsse in einer Sache zu fassen, wo es ihr an jedem rechtlichen Mittel fehle, diesen Beschlüssen Nachdruck zu geben.

„Wenn die Kammer die Sache in die Hand nehmen will, so würde, meines Erachtens, der einzige geeignete Weg der sein, daß sie einen Gesetzvorschlag entwerfen ließe, vermöge dessen die Frankfurter Verfassung in Preußen als rechtsgültig anerkannt würde, und für diesen Gesetzvorschlag die Zustimmung der ersten Kammer und der Krone zu gewinnen suchte. Ehe wir jedoch dazu schreiten könnten, wäre es nöthig, daß uns vorher das Frankfurter Verfassungsprojekt in authentischer Ausfertigung vorgelegt würde, um es unserer Prüfung und Beschlußnahme unterwerfen zu können. Ich würde mich des äußersten Leichtsinns zeihen müssen, wenn ich in einer so wichtigen Sache auf den Grund eines dringlichen Antrags, nach flüchtiger Diskussion, eine ganze Verfassung in Pausch und Bogen annehmen wollte, die in allen Punkten der wichtigsten Aufgabe, welche wir haben, nämlich der Revision der preußischen Verfassung, präjudizirlich ist; denn ich kann mir nicht denken, daß in Preußen und Deutschland zwei Verfassungen auf die Dauer neben einander bestehen können, namentlich, da bisher das deutsche Volk des engeren Bundes sehr wenig andere Leute außer den preußischen Unterthanen in sich begreifen wird, so scheint mir, daß zwei in vielen Punkten sich entgegenstehende Verfassungen nicht parallel neben einander bestehen können, so daß die eine für 16 Millionen Preußen, die andere für dieselben 16 Millionen Preußen und außerdem für 4 bis 5 Millionen Deutsche aus dem „Reiche" Geltung hätte. Die preußische Verfassung vom 5. December rechne ich nicht unter die vorzüglichsten, von denen die Geschichte Nachricht giebt; ihr Hauptvorzug ist, daß sie da ist.

Sie läßt der Regierung kaum den nothdürftigen Bestand derjenigen Rechte, ohne welche sich überhaupt nicht regieren läßt. Auch sie erkennt das Prinzip an, daß der Einfluß einer jeden Volksklasse in demselben Maße steigen müsse, in welchem ihre politische Bildung und Urtheilsfähigkeit abnimmt, und giebt damit ein sicheres Bollwerk gegen die Aristokratie der Intelligenz. Indeß die Frankfurter Verfassung hat noch tiefer aus dem Brunnen der Weisheit jener Theoretiker geschöpft, welche seit dem contrat social nichts gelernt und viel vergessen haben, — jener Theoretiker, deren Phantome uns in sechs Monaten des vorigen Sommers mehr an Blut, Geld und Thränen gekostet haben, als ein dreiunddreißigjähriger Absolutismus."

Herr von Bismarck kritisirte nun weiter die deutsche Reichsverfassung, das Prinzip der Volkssouveränität, dessen Stempel sie offen an der Stirn trage, das suspensive Veto und vor allem das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht, über dessen Verwerflichkeit er sich mit den schärfsten Worten aussprach. Dann fuhr er fort:

„Das dritte Uebel, welches uns die Frankfurter Verfassung bringt, ist die jährliche Bewilligung des Budgets. Durch diesen Paragraphen ist es in die Hände derjenigen Majorität, die aus dem Lottospiel dieser direkten Wahlen hervorgehen wird, und welche nicht die mindeste Garantie bietet, daß sie urtheilsfähig oder auch nur von gutem Willen sein wird —

(Heiterkeit)

in die Hände dieser Majorität ist es gelegt, die Staatsmaschine in jedem Augenblick zum Stillstehen zu bringen, indem sie das Budget nicht wieder bewilligt, und so als Konvent die ganze Königliche und jede andere Macht im Staate neutralisirt, und das scheint mir im hohen Grade gefährlich."

Mit scharfem Spott griff der Redner weiter die Forderung an, daß das ganze Deutschland, wie es früher den deutschen Bund gebildet habe, unter dem

deutschen Kaiser vereinigt, daß dieser vielleicht gezwungen werden sollte, den Kaiser von Oesterreich, wenn dieser sich nicht unterwerfen wolle, als Rebellen zu behandeln, — ergoß diesen Spott auch über die 28 kleinen Regierungen, welche terrorisirt und noch von dem Märzfieber des vergangenen Jahres krank seien und deshalb die Anerkennung der deutschen Reichsverfassung wünschten. Er schloß:

„Die Frankfurter Krone mag sehr glänzend sein, aber das Gold, welches dem Glanze Wahrheit verleiht, soll erst durch das Einschmelzen der preußischen Krone gewonnen werden, und ich habe kein Vertrauen, daß der Umguß mit der Form dieser Verfassung gelingen werde."

So glänzend die Bismarck'sche Rede war, einen Erfolg hatte sie nicht, der Antrag auf einfache Tagesordnung wurde mit großer Majorität von der Kammer verworfen.

Eine lebhafte Debatte entwickelte sich nun; es waren mehrere Anträge auf motivirte Tagesordnung und verschiedene Amendements eingegangen, wir müssen uns leider versagen, auf dieselben näher einzugehen, auch auf die Wiedergabe der glänzenden Reden, mit welchen Schultze-Delitzsch den Rodbertus'schen Antrag und der Berichterstatter v. Vincke den der Kommission vertheidigte, müssen wir verzichten.

Die Abstimmung erfolgte, alle die Anträge auf motivirte Tagesordnung, und auch die Amendements wurden nach einander verworfen, ebenso die Anträge der Kommission und die zwei ersten Sätze des Rodbertus'schen Antrags, so blieb denn endlich nur noch der dritte, aber der wichtigste Satz dieses Antrages übrig, der, welcher die deutsche Reichsverfassung als rechtsgültig anerkannte, der, gegen welchen der Minister-Präsident sein: Niemals! Niemals! Niemals! in die Versammlung gerufen hatte.

Mit 175 gegen 159 Stimmen wurde der Antrag angenommen, obwohl die Polen und die äußerste Linke mit der äußersten Rechten und ein Theil der Rechten gegen ihn gestimmt hatten.

Die Abstimmung war entscheidend für das Schicksal der zweiten Kammer. Das Ministerium hatte eine um so empfindlichere Niederlage erlitten, als es selbst diejenigen, welche gegen den Rodbertus'schen Antrag gestimmt hatten, nicht als seine Anhänger und Vertheidiger bezeichnen konnte. Auch von Vincke und seine Freunde befanden sich unter der Minorität, aber gerade von Vincke hatte mit furchtbarer Schärfe die deutsche Politik der Regierung verdammt. — Die zweite Kammer, zu welcher erst vor drei Wochen der König gesagt hatte, daß sie ihre hohe Aufgabe in ihrer vollen Bedeutung erkannt habe und daß sie mit Treue und patriotischem Eifer danach streben werde, sie auf eine für das Land wahrhaft gedeihliche Weise zu lösen, — befand sich in voller Opposition gegen das Staatsministerium, dieses konnte mit einer solchen Kammer unmöglich länger regieren; es blieb ihm nur die Wahl, entweder nach konstitutionellem Brauch zurückzutreten oder die Kammer aufzulösen. Ein Rücktritt des Ministeriums aber wäre in diesem Falle gleichbedeutend gewesen mit einer Niederlage des Königs selbst.

Nicht die Rathschläge seiner Minister hatten den König bestimmt, die deutsche Kaiserkrone abzulehnen, die deutsche Reichsverfassung für unannehmbar zu erklären, er war seiner eigenen tiefsten Ueberzeugung gefolgt, einer Ueberzeugung, die er keinem Kammerbeschluß opfern konnte, ohne sich selbst untreu zu werden. Das Ministerium hatte nur dieser Ueberzeugung Worte gegeben, es war für dieselbe eingetreten im parlamentarischen Kampfe mit der Kammer.

Das Ministerium konnte und wollte unter diesen Umständen nicht zurücktreten, der König konnte und wollte es nicht der Kammer opfern, — so blieb denn nur die letzte Möglichkeit, die Auflösung der Kammer, übrig; aber hochbedenklich erschien es, zum Grund der Auflösung einen Beschluß zu nehmen, der die allgemeine Sympathie nicht nur in der großen Masse des preußischen, sondern des ganzen deutschen Volkes hatte.

Die Auflösung der Zweiten Kammer war nach dem Beschluß vom 21. April unbedingt nothwendig; aber sie erfolgte trotzdem nicht, — das Ministerium wartete auf eine andere günstigere Gelegenheit; es sollte sie bald genug finden.

Fünftes Kapitel.

Die Parteien in der Zweiten Kammer. — Die Preß- und Versammlungsgesetze. — Schwanken von Rechts nach Links. — Kleine Majoritäten. — Waldecks Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin. — Manteuffels Vertheidigung des Belagerungszustandes. — Die Abstimmung. — Sieg der Linken. — Die Auflösung der Zweiten Kammer am 27. April.

Noch nicht zwei volle Monate war die Zweite Kammer in Berlin versammelt, während dieser kurzen Zeit ihrer Thätigkeit aber hatten sich schon in ihr die Parteiverhältnisse völlig verändert. Bei ihrem ersten Zusammentreten schien es, als ob nur zwei Parteien in ihr vorhanden seien, diese beiden Parteien aber hatten sich nach und nach aufgelöst in kleinere und größere Fraktionen, es hatte sich ein Centrum gebildet, welches aber ebenfalls nicht aus einer in sich geschlossenen großen Fraktion, sondern aus mehreren geschiedenen Fraktionen bestand, die sich selbst theils der gemäßigten Rechten, theils der gemäßigten Linken zuzählten, aber doch bei verschiedenen Abstimmungen sich von diesen Parteien loslösten.

Von der Rechten hatten sich zwei Centrumsfraktionen abgezweigt; am weitesten nach links hin neigte sich das Wentzel'sche Centrum, etwas weiter rechts stand die von Harkort geleitete Fraktion, die auch in steter Verbindung mit der eigentlichen Rechten blieb, aber doch sich von dieser scheiden mußte, da Männer wie Harkort, Diesterweg, Oster-

mann und Andere unmöglich länger sich zu einer Partei bekennen konnten, in der die Herren v. Bismarck und v. Kleist-Retzow eine hervorragende Rolle spielten. Hätten sich diese Herren entschließen können, aus der Partei der Rechten definitiv auszuscheiden und eine eigene Fraktion der äußersten Rechten zu bilden, dann würde vielleicht das Harkort'sche Centrum sich von der gemäßigten Rechten nicht getrennt haben; der Graf von Arnim-Boitzenburg hatte deshalb den Vorschlag einer solchen Trennung gemacht, aber ihn nicht durchsetzen können, da zwei geistig hochbedeutende Männer der äußersten Rechten, von Bismarck-Schönhausen und Stiehl, sich entschieden gegen jede Trennung erklärten. Da mußte denn die Trennung des Harkort'schen Centrums von der Rechten erfolgen, und diese verlor bedeutend an Macht, denn naturgemäß neigten sich die Centren mehr und mehr der Opposition zu, nachdem ihr Ziel, die Anerkennung der Verfassung vom 5. Dezember, erreicht war.

Die Linke würde durch die Abzweigung der beiden Centren von der Rechten vielleicht noch mehr an Macht und Einfluß gewonnen haben, wenn nicht auch in ihr sich ein gleicher Zersetzungsprozeß gebildet hätte.

Fast schon bei Beginn der parlamentarischen Thätigkeit zeigte es sich, daß in der Linken die heterogensten Elemente vereint seien; auch hier fühlten sich die Gemäßigten vielfach zurückgestoßen und verletzt durch die ihnen viel zu weit gehenden politischen Forderungen der äußersten Linken und zwar um so mehr, als d'Ester, Jung, Grün und einige Andere eine starke Neigung zum Terrorismus hatten. Durch das herrische Auftreten dieser Parteiführer wurden besonders viele neugewählte Abgeordnete, welche noch nicht an scharfe parlamentarische Kämpfe gewöhnt waren, sehr unangenehm berührt, und nur durch die Verehrung, welche Alle für den ebenfalls zur entschiedensten Linken gehörenden Waldeck fühlten, wurde im Anfang eine Zersplitterung der Partei vermieden; aber für die Dauer ließ sich dieselbe doch nicht verhindern und es sonderte sich von der Linken eine Fraktion, die nach ihrem Zusammenkunftsorte meist die Fraktion des Rheinischen Hofes genannt wurde, aus. Sie bestand zum Theil aus weniger bedeutenden Parlamentariern, die ihrer politischen Stellung nach dem von der Rechten abgezweigten Centrum viel näher standen, als der äußersten Linken; eine zweite kleine Fraktion trennte sich unter der Führung von Kosch von der großen Partei der Linken, blieb aber mit dieser in engerer Berührung, obgleich auch sie von der äußersten Linken in ihren politischen Anschauungen durch eine weite Kluft getrennt war.

Es hatten sich hiernach schon zwei Fraktionen von der großen Partei der Linken abgesondert, ohne sich aber ebenso wenig direkt von ihr zu trennen, wie sich das Wentzel'sche und Harkort'sche Centrum von der Rechten getrennt hatten, aber doch ergab sich bald genug die Nothwendigkeit einer dritten Spaltung. Männer wie Rodbertus, Pilet, v. Unruh, Phillips, v. Kirchmann und Andere konnten sich den Führern der äußersten Linken nicht unterwerfen. Sie waren von diesen wesentlich in ihren Anschauungen über die deutsche Frage getrennt, so bildeten sie denn als gemäßigte Linke eine eigene Fraktion, die aber in steter innigster Verbindung mit der äußersten Linken blieb und sich mit dieser in allen großen politischen Fragen zu einigen suchte. Gegen 60 Mitglieder traten der gemäßigten Linken bei, die Zahl derselben würde noch größer gewesen sein, wenn die Verehrung für Waldeck und Johann Jacoby nicht eine große Anzahl von demokratischen Abgeordneten abgehalten hätte, sich von einer Fraktion zu trennen, welcher diese beiden Männer angehörten.

Die äußerste Linke, welche nach den verschiedenen Abzweigungen vereint blieb, obgleich auch in ihr noch sehr widerstrebende politische Schattirungen verhanden waren, zählte etwa 70 bis 80 Köpfe. Zu ihr gehörte auch ein großer Theil der Polen, der kleinere Theil hatte sich der gemäßigten Linken angeschlossen.

Die Zersplitterung der beiden großen Parteien, welche bei Beginn der Kammerverhandlungen sich gegenüber gestanden hatten, in viele kleine Fraktionen, kam meistens der Linken zu Gute; diese war zwar nicht minder zerspalten als die Rechte und sie konnte daher für Anträge der äußersten Linken nicht leicht eine Majorität erlangen, wohl aber neigten sich ihr die Centren für alle gemäßigten Anträge der Opposition gegen das Ministerium Brandenburg-Manteuffel zu. Ganz anders würde sich das Verhältniß gestaltet haben, wenn nicht gerade dieses Ministerium an der Spitze des Staates gestanden hätte. Jedes wirklich konstitutionelle Ministerium, auch wenn es aus Mitgliedern der Rechten gebildet worden wäre, würde, wie Herr von Unruh in einer lesenswerthen kleinen Schrift schlagend nachweist*), eine sehr starke Majorität in der Kammer gehabt haben; nur die äußerste Rechte und die äußerste Linke, welche zusammen noch nicht 100 Köpfe zählten, würden ihm Opposition gemacht haben. Herr von Unruh theilte, wie er selbst erzählt, dem Führer der Rechten, dem Freiherrn von Vincke, diese Berechnung mit, vielleicht in der Hoffnung, daß der einflußreiche Parteimann auf eine Veränderung des Ministeriums in konstitutionellem Sinne hinwirke; seine Rechnung wurde auch als richtig anerkannt und Herr von Vincke äußerte, daß sich mit dieser Kammer sehr wohl regieren lasse; aber sein Einfluß war entweder nicht groß genug, oder er bot ihn gar nicht auf, um das Ministerium Brandenburg-Manteuffel aus dem Sattel zu heben, und so verschob sich denn in Folge der Bildung der Centren die Majorität der Kammer mehr und mehr nach der Opposition zu.

Es ergab sich hieraus ein eigenthümliches Resultat, ein fortwährendes Schwanken von rechts nach links und von links nach rechts, welches sich

*) v. Unruh: Erfahrungen der letzten drei Jahre. Ein Beitrag zur Kritik der politischen Mittelparteien.

bei den Abstimmungen dadurch kund gab, daß in ganz unberechenbarer Weise eine Majorität von 1 bis 2 Stimmen bald nach dieser, bald nach jener Seite sich neigte. In großen Fragen konnten sich wohl, wenn auch schwer, die Parteien zu einem Zusammengehen einigen, in kleineren aber fielen sie auseinander.

Recht augenscheinlich trat dieser Uebelstand hervor bei der Berathung der Gesetzentwürfe über Plakate und Verkauf von Druckschriften auf öffentlicher Straße und über die Regelung des Versammlungs- und Vereinsrechts, dieser Gesetze, welche das Ministerium der Kammer mit der ausdrücklichen Versicherung vorgelegt hatte, daß es ihrer bedürfe, ehe es den Belagerungszustand aufzuheben vermöge.

In der Sitzung vom 13. April wurde mit der Berathung dieser Gesetze und zwar mit der des Plakatgesetzes begonnen. Die äußerste Linke verlangte die einfache Verwerfung; aber sie drang hiermit nicht durch, das Gesetz wurde paragraphenweis berathen. Schon bei dieser Berathung und noch mehr bei der am 16. April beginnenden über das Vereins- und Versammlungsgesetz zeigte es sich, wie die Annahme oder Ablehnung der einzelnen Bestimmungen mit winzigen Majoritäten von 1 bis 2 Stimmen fast dem Zufall preis gegeben war. So wurde z. B. von der Majorität bei § 4 des Gesetzes beschlossen, daß Polizeibeamte der Versammlung nur in der Dienstkleidung oder unter ausdrücklicher Kundgebung ihrer dienstlichen Eigenschaft beiwohnen dürften, während unmittelbar darauf bei § 5 eine Majorität von 167 gegen 166 Stimmen ablehnte, daß die Ortspolizeibehörde zwei Polizeibeamte oder zwei durch besondere Abzeichen erkennbare Abgeordnete in die Versammlungen entsende.

Die Berathung dieser Gesetze konnte sich in die Länge ziehen, Jacoby hatte deshalb schon am 14. April beantragt, die Berathung über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin auf die Tagesordnung vor dem Gesetzentwurf über das Vereinsrecht zu bringen, sein Antrag war abgelehnt worden, aber am 21. April beschloß die Zweite Kammer, der Waldeck'sche Antrag über Aufhebung des Belagerungszustandes solle allen dringlichen Anträgen vorausgehen und gleich nach Beendigung der Berathungen des Vereinsgesetzes zur Tagesordnung kommen.

Dieser Beschluß erregte bei der Rechten ernste Besorgnisse*). Viele Mitglieder der Rechten hielten selbst die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in Berlin nicht mehr für nothwendig, sie fürchteten daher eine Niederlage ihrer Partei, wenn in dieser Frage, wie vorauszusehen war, die Centren sich mit der Linken vereinigen würden; sie wendeten sich deshalb an das Ministerium mit der dringenden Bitte, den Belagerungszustand vor der Berathung des Waldeck'schen Antrags aufzuheben; aber ihre Bitte fand keine Berücksichtigung. Es wurde ihnen erwidert, das Ministerium habe am Sonntag den 22. April eine Berathung gehabt, zu welcher auch General Wrangel und der Polizei-Präsident von Hinkeldey zugezogen worden seien, — diese beiden Männer hätten übereinstimmend behauptet, es werde bei Aufhebung des Belagerungszustandes zuverlässig ein Aufruhr ausbrechen, der nur mit großem Blutvergießen besiegt werden könne. Um Bürgerblut zu schonen, verweigerte das Ministerium die Erfüllung des ihm von seinen eifrigsten Anhängern vorgetragenen Wunsches.

In der Sitzung vom 25. und 26. April fand die Berathung des Waldeck'schen Antrages in der Zweiten Kammer statt. Der Ausschuß, welcher über denselben vorberathen hatte, hatte den Abgeordneten Lothar Bucher zum Berichterstatter ernannt. Er hatte einstimmig anerkannt, daß das Ministerium zur Verhängung des Belagerungszustandes über die Hauptstadt nach der geltenden Gesetzgebung nicht befugt gewesen sei, daß es daher die Pflicht gehabt habe, die Genehmigung der Kammer sofort nachzusuchen und daß, wenn auch nur eine der Kammern diese Genehmigung versagen sollte, der Belagerungszustand als ungesetzlich erklärt und hierdurch von selbst beseitigt sei. Nicht mit Einstimmigkeit, aber mit Majorität hatte der Ausschuß beschlossen, der Kammer die Annahme des Waldeck'schen Antrages zu empfehlen, „das Ministerium aufzufordern, den seit dem 12. November v. J. über Berlin und dessen zweimeiligen Umkreis verhängten Belagerungszustand sofort wieder aufzuheben." Die Minorität des Ausschusses hielt den Belagerungszustand zwar für ungesetzlich, aber doch zur Erhaltung des Staates, zum Schutze der Krone und zur Schirmung der materiellen Interessen so lange für nothwendig, bis durch Gesetze gegen den Mißbrauch der Presse, sowie des Vereins- und Versammlungsrechts der zu befürchtenden Wiederkehr anarchischer Zustände vorgebeugt sei.

Diesen Anschauungen der Minorität entsprechend waren bei der Berathung mehrere Amendements von Wentzel, Graf Renard und Aldenhoven eingegangen; Aldenhoven wollte den Belagerungszustand erst aufgehoben wissen, nachdem das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel, während der Sitzungsperioden der Kammer, gesetzlich festgestellt worden sei, Wentzel verlangte dies Verbot als Schlußsatz zu dem Antrage und Graf Renard verlangte in diesem Schlußsatz die Vorlegung eines Tumult- und Aufruhrgesetzes.

In der hervorragenden und hochwichtigen Debatte nahm zuerst der Minister des Innern, Freiherr von Manteuffel, zu einer Rechtfertigung des Ministeriums das Wort. Er bestritt zuerst der Kammer das Recht, das Ministerium zur Ausführung einer Verwaltungsmaßregel aufzufordern, erklärte sich aber trotzdem bereit, auf die Sache einzugehen.

Mit ruhigen, aber scharfen Worten wendete er sich gegen den Bericht des Ausschusses. Ueber den Vorwurf, daß das Ministerium verfassungsmäßig nicht berechtigt gewesen sei, den Belagerungszustand über Berlin zu verhängen, sagte er:

*) Urlichs, Zwei Monate in der Zweiten Kammer.

„Meine Herren! Was den ersten Punkt betrifft, so giebt es im Menschen- wie im Völkerleben Momente, wo die gewöhnlichen Mittel nicht ausreichen; es treten Krankheitszustände ein, wo zu außerordentlichen Mitteln geschritten werden muß. Zu solchen Mitteln nicht zu greifen, würde in manchen Fällen eine Verletzung der Pflicht der Selbsterhaltung sein.

In einem solchen Zustande haben wir uns im Laufe des vorigen Jahres befunden. Ich will es ganz dahingestellt sein lassen, durch wessen Schuld, aber ich glaube, die Thatsache ist nicht zu verkennen, daß namentlich im Spätherbst des vorigen Jahres hier Zustände eingetreten waren, welche mit den gewöhnlichen, gesetzlichen Mitteln nicht zu beseitigen waren.

In den Staaten, wo die verschiedenen Staatsgewalten organisch getheilt sind, bestehen Gesetze für solche Ausnahme-Zustände. Der absolute Staat allein kann ihrer entbehren, indem dort das Machtgebot an die Stelle des Gesetzes tritt.

Bis zum 5. Dezember v. J. war Preußen kein konstitutioneller Staat.

(Murren auf der linken Seite.)

Man rang darnach, man hat dies Ziel aber nicht erreicht. Ich lasse es dahingestellt, durch wessen Schuld es nicht erreicht worden ist."

Zum Beweise für die Nothwendigkeit der Verhängung des Belagerungszustandes verlas der Minister ein Schreiben der Frankfurter Centralgewalt über die Zustände in Berlin im November 1848 und ein Aktenstück aus den Akten des Berliner Kriminalgerichts, welches sich auf die Vorgänge in der Versammlung der Majore und Hauptleute der Bürgerwehr im Café de Bavière während der Nacht vom 11. zum 12. November 1848 (siehe Seite 1179) bezog und zwar vorzugsweise auf den Antheil, welchen die demokratischen Abgeordneten an dieser Versammlung gehabt haben sollten. Es war ein höchst merkwürdiges Aktenstück. Die Aussagen ungenannter Zeugen wurden in demselben als vollgültige Wahrheit dargestellt, obgleich sich unschwer errathen ließ, daß diese Zeugen bezahlte Denunzianten gewesen sein mußten, deren Aussagen ganz den berüchtigten „Enthüllungen" glichen. Der interessanteste Theil des Aktenstücks lautete:

„Es entstand nunmehr eine allgemeine Debatte über das Verhalten der Bürgerwehr bei ihrer Entwaffnung und die Frage, ob aktiver oder passiver Widerstand zu leisten sei.

An dieser Debatte betheiligten sich von den Abgeordneten: Waldeck, Berends und Reuter.

Ersterer war in seinen Aeußerungen sehr zurückhaltend, meinte, daß er kein Mann der Waffe sei, und bewegte sich in allgemeinen Redensarten, als:

„Jeder Bürger würde wohl wissen, was er im entscheidenden Augenblicke thun würde."

Er setzte jedoch ausdrücklich hinzu, daß die Maßregeln der Regierung wegen Vertagung der National-Versammlung und Entwaffnung der Bürgerwehr nicht gerechtfertigt wären, und erklärte es für Pflicht, sich den ungesetzlichen Handlungen zu widersetzen.

Reuter sprach gleichfalls über passiven Widerstand und sagte, daß auch das Erschießenlassen dazu gehöre, weshalb er sich in einen aktiven verwandeln müsse.

Noch deutlicher hat Berends für den aktiven Widerstand geredet.

Er soll (der Zeuge sagt: wenn ich nicht irre, war es Berends) namentlich geäußert haben, daß er glaube:

„Die Bürgerwehr werde ihren Standpunkt kennen und sich nicht auf einen Barrikadenkampf einlassen, sondern Mann gegen Mann kämpfen, wenn es darauf ankomme, und selbst wenn kein Stein auf dem andern bliebe, was eine Ehrensache sei."

Waldeck oder Berends sprachen ferner in dem Sinne, wo es die Freiheit gelte, könne auf das Wohl einer Stadt nicht Rücksicht genommen werden.

Die Reden dieser Abgeordneten machten, wie ein Ohrenzeuge sagt, den Eindruck, als wünschten sie den Kampf mit der bewaffneten Macht und wollten sie versuchen, die Versammlung zu einem solchen Schritte zu veranlassen.

Könnten die von den erwähnten Rednern ausgesprochenen Ansichten als zweifelhaft gedeutet werden, so erklärten andere Mitglieder der Versammlung dieselben auf das deutlichste.

So äußerten jüngere Personen, anscheinend zu den fliegenden Corps gehörig, daß sie bis zum letzten Blutstropfen kämpfen würden, und daß Barrikaden gebaut werden müßten.

Der Goldarbeiter Bisky erklärte, daß er mit 10,000 Arbeitern zur Disposition stehe, welche bereit seien, sich mit ihren Leibern den Bajonetten der Soldaten entgegen zu werfen.

Einzelne junge Enthusiasten gingen in ihren Reden so weit, daß sie äußerten, ganz Berlin müsse in einen Schutthaufen verwandelt werden, mindestens 1000 Häuser müßten niederbrennen, der Frauen und Kinder sei nicht zu schonen, aus dem Blute müsse die junge Freiheit sprießen.

Es wurde ferner davon gesprochen, daß die Soldaten in ihren Quartieren zu entwaffnen und zu massakriren seien, und unter dem Beifall der Versammlung wurden Reden so fürchterlicher Art geführt, daß, wie ein Ohrenzeuge meint, einem die Haare zu Berge standen und man zweifeln mußte, im 19. Jahrhundert zu leben.

Besonnene ruhige Reden hatten sich keines Anklangs zu erfreuen. Die gleichfalls in der Versammlung anwesenden Banquier Kirchheim und ein Bürger Krebs sprachen in ruhigem Sinne, erklärten, daß Wien ihnen ein Vorbild sein müsse, und daß es wahnsinnig sei, aktiven Widerstand zu leisten.

Beide mußten unter Hohngelächter abtreten und wurden von dem Präsidenten zur Ordnung gerufen.

Ungeachtet die Aufregung der Versammlung durch die Reden auf das Höchste gesteigert wurde, die Eventualitäten für den Fall eines Konfliktes

mit dem Militär besprochen und sogar der Entwurf eines besonderen Schlachtplanes gefordert wurde, so ergab dennoch die schließlich erfolgende Abstimmung das Resultat: sich mit dem passiven Widerstand zu begnügen.

Schon vor dieser Abstimmung hatten die oben benannten Abgeordneten der Nationalversammlung sich entfernt, wie es schien, nicht sehr zufriedengestellt durch den Erfolg der Bestrebungen, die Mitglieder der Versammlung in ihren Beschlüssen fortzureißen."

Hatte der Minister versucht, durch den Hinweis auf die Vorgänge in Berlin während des November 1848 die Verhängung des Belagerungszustandes zu rechtfertigen, so versuchte er jetzt, die Aufrechthaltung desselben als nothwendig zu zeigen durch Mittheilungen über die revolutionäre Thätigkeit der Umsturzpartei in der ganzen Welt. Er las einen Brief vor, den Dowiat aus Amerika geschrieben hatte, ebenso die Adresse eines unbekannten amerikanischen Vereins, der eine Prämie auf die Ermordung der deutschen Fürsten ausgesetzt haben sollte, dann schilderte er die Vorgänge auf dem demokratischen Kongreß, der im Oktober in Berlin stattgefunden und der sich für die demokratische Republik ausgesprochen hatte (s. Seite 1151), er verfehlte nicht, bei dieser Gelegenheit scharfe Seitenhiebe auszutheilen gegen die Abgeordneten Kinkel und d'Ester, die an dem Kongreß theilgenommen hatten; besonders gegen d'Ester, das entschiedenste und thätigste Mitglied der äußersten Linken der Zweiten Kammer, wurden dieselben gerichtet.

Um zu zeigen, wie groß noch im gegebenen Augenblick die Gefahr sei, mit welcher die Umsturzpartei den Staat bedrohe, verwies der Minister auf die Vorgänge des 18. März 1849, auf die Absingung des Liedes: „Wir färben roth, wir färben gut", auf die Unruhen, welche an jenem Tage beabsichtigt worden seien, und daß der gefährliche Ausbruch nur verhindert worden sei durch den Belagerungszustand. Er verlas endlich ein amtliches Schreiben des Polizei-Präsidenten von Hinkeldey:

„Ew. Excellenz habe ich bereits die Ehre gehabt, mündlich Vortrag zu halten über die Entdeckung einer hochverrätherischen Verbindung, welche mir schon vor mehreren Wochen denunzirt worden war. Es war zu meiner Kenntniß gekommen, daß eine Verbindung existire, welche auf Erstrebung der demokratisch-socialen Republik hinwirke, und daß ein Mitglied derselben im Besitze von Waffen und Handgranaten sich befinde, welche bei entstehender Revolution gegen das Militär benutzt werden sollten. Eine am 30. v. M. veranlaßte Recherche bestätigte dies. Bei dem Schuhmacher Hätzel wurden fiskalische Waffen nebst Munition, sieben Handgranaten, eine messingene Form, sowie Zink zur Anfertigung derselben vorgefunden. Ebenso fanden sich vier lithographirte Statuten des Vereins und eine Kiste mit Papieren vor, welche dem Abgeordneten d'Ester gehören.

Hätzel ist verhaftet worden, desgleichen sein Schlafwirth Schmidt sowie der Maler Wegner, welcher die Statuten lithographirt haben soll. Ein gewisser Bendler, welcher den Briefwechsel des Vereins vermittelt haben sollte, ist zwar ebenfalls verhaftet, aber in Mangel näherer Beweise wieder entlassen worden. Was Hätzel über die Anschuldigung erklärt, wollen Ew. Excellenz aus der anliegenden Abschrift des gerichtlichen Protokolls hochgeneigtest entnehmen."

In dem erwähnten Protokolle, welches der Minister ebenfalls vorlas, sagte der verhaftete Schuhmacher Hätzel aus, daß er einer geheimen revolutionären Verbindung angehöre, deren Zweck die Einführung der social-demokratischen Republik sei, er erklärte, daß er die Handgranaten für den Fall einer Revolution gegen die Feinde der Arbeiter habe gebrauchen wollen und daß es seine Absicht gewesen sei, noch mehr Handgranaten anzufertigen. Er weigerte sich, die Namen der mit ihm zu der revolutionären Verbindung gehörigen Personen zu nennen, erklärte aber, daß die bei ihm vorgefundene Kiste mit Druckschriften dem Abgeordneten d'Ester gehöre, der sie ihm zur Aufbewahrung übergeben habe.

Nach der Verlesung des Protokolls fuhr der Minister, seine lange Rede beschließend, fort:

„Die Handgranaten, von denen ich ein Exemplar hier vorzeigen kann, sind einer Untersuchung unterworfen worden. Sie sind mit 7 Loth sehr gefährlichem Brennstoff gefüllt, sind aus Zinn und, da das Instrument, mit welchem sie gegossen werden, auch bei der Hand war, sehr gut zu vervielfältigen. Außerdem sind in neuerer Zeit mehrfach sowohl solche Waffen gefunden worden, welche aus dem Zeughaus entwandt worden sind, als auch fremde Waffen eingeführt worden. Ueberhaupt ist man einer bedenklichen Agitation wieder auf der Spur, und der März-Verein in Frankfurt that das Mögliche, um sie zu fördern.

Bei Erwägung aller dieser Umstände mußte man das Fortbestehen der Gründe anerkennen, welche die Verlängerung des Belagerungszustandes nothwendig gemacht haben. Man hat es sich daher versagen müssen, jetzt schon den Belagerungszustand zu beseitigen, man mußte namentlich so lange damit Anstand nehmen, als nicht in Beziehung mit den Versammlungen auf den Straßen und freien Plätzen bestimmte Vorschriften sanctionirt waren.

Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß ein Theil der hohen Versammlung für sofortige Beseitigung des Belagerungszustandes aus dem Grunde stimmen werde, weil er wünscht, daß auf eine energische Weise die Ruhe hergestellt werden möge. Diese Freunde der Ordnung glauben, daß bei der Fortdauer des Belagerungszustandes in der milden Form, wie er gehandhabt wird, es an Gelegenheit fehlt, die Sache zum Austrag zu bringen.

Wir haben auch diese Rücksicht erwogen; das Ministerium kann aber dieser Ansicht nicht beitreten. Das Ministerium sieht mit Befriedigung darauf zurück, daß es ihm gelungen ist, hier in Berlin ohne Blutvergießen, ohne Wiener Zustände die

Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, und hat die Ueberzeugung, daß ihm dies von vielen Seiten gedankt wird. Es glaubt sich dieser Verpflichtung auch fernerhin nicht entschlagen zu können; es fühlt sehr wohl die große Verantwortlichkeit, welche durch die Fortdauer des Belagerungszustandes auf ihm lastet, und möchte dieser je eher, je lieber, überhoben sein. Es hat aber die Ueberzeugung, daß es nach Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung und nach den vorhandenen thatsächlichen Zuständen diese Verantwortlichkeit zur Zeit noch tragen muß."

Der Eindruck, welchen die Rede des Ministers machte, war ein ganz eigenartiger; erschallte auch nach dem Schluß derselben, wie der stenographische Bericht meldet, Beifall von der Rechten, so war dies doch nur ein fast erzwungenes Anerkennungszeichen, denn schwächer, als durch die Ministerrede, konnte schwerlich die Nothwendigkeit der Aufrechthaltung des Belagerungszustandes in Berlin vertheidigt werden. Die Hinweisung auf verleumderische Enthüllungen und auf die protokollirten Aussagen eines ganz unbedeutenden Schwärmers, der mit 7 Handgranaten eine Revolution vorbereiten wollte, konnte unmöglich einen Eindruck auf die Kammer machen, — fast schien es, als habe der Minister dies auch gar nicht beabsichtigt. Viele Mitglieder der Rechten schüttelten den Kopf über die schwache Vertheidigung, die der Linken zuckten die Achseln und lächelten.

Eine aufgeregte, scharfe Debatte folgte der Vertheidigungsrede des Ministers; wir können leider auf die hochinteressanten einzelnen Reden nicht näher eingehen; Neues konnte allerdings in denselben nicht viel erörtert werden, die Redner der Rechten konnten nur die Anschuldigungen wiederholen, welche sie so oft schon gegen die Revolution, gegen das revolutionäre Berlin und gegen die demokratischen Parteiführer geschleudert hatten, und ebenso bot sich den Rednern der Linken nur die Gelegenheit, noch ein Mal das Ministerium der Ungesetzlichkeit, der brutalen Gewaltthätigkeit, der höchsten Rücksichtslosigkeit gegen die Volksvertretung zu bezüchtigen und mit Hohn die Angriffe zurückzuweisen, welche in der Rede des Ministers von Manteuffel gelegen hatten.

In einer Sitzung konnte die wichtige Berathung nicht beendet werden, sie wurde am 26. April fortgesetzt und richtete sich nun auch auf ein Amendement, welches inzwischen durch Herrn von Unruh eingereicht und durch die gemäßigte Linke unterstützt worden war; es ging über den Ausschußantrag hinweg:

„Die Zweite Kammer wolle beschließen,

A. zu erklären:

1) daß die Fortdauer des Belagerungszustandes ohne Zustimmung der Kammern ungesetzlich ist;

2) daß sie die Zustimmung zur Fortdauer des Belagerungszustandes nicht ertheilt,

B. das Ministerium aufzufordern:

den seit dem 12. November v. J. über Berlin und dessen zweimeiligen Umkreis verhängten Belagerungszustand sofort aufzuheben."

Nach langer Debatte wurde endlich ein Schlußantrag angenommen; nur Waldeck, als Antragsteller, und Bucher, als Berichterstatter des Ausschusses, erhielten noch das Wort. Beide hielten glänzende Reden für die Aufhebung des Belagerungszustandes. Bucher schloß die seinige mit den Worten: „Der Belagerungszustand ist der Kampf des rückkehrenden Absolutismus gegen die konstitutionelle Freiheit, und daher glaube ich, daß die Trennung, die sonst die beiden Seiten dieses Hauses scheidet, hier nicht in Betracht kommen kann. Wenn Sie, meine Herren von der Rechten, nicht an die Volkssouverainität glauben, das Dogma, was uns scheidet, so seien Sie wenigstens eingedenk, daß Sie von dem ganzen Volke Ihr Mandat erhalten haben. Wenn Ihre Ueberzeugung es einmal so mit sich bringt, so vergessen Sie meinetwegen, daß auch der Arbeiter mit seiner schwieligen Hand seinen Stimmzettel für Sie in die Urne gereicht hat. Vergessen Sie aber nicht, daß auch die Volksschichten, in welchen Sie den Kern des Volkes erkennen, Sie mitgewählt haben, in Ihnen repräsentirt sind, in Ihnen beschimpft werden, wenn die Volksvertretung beschimpft wird. Ich glaube, es kann keine Frage sein, daß in dieser Sache alle Parteien einmüthig gemeinsame Sache gegen den gemeinsamen Feind machen müssen. Wollen Sie dem preußischen Volk das Mißtrauensvotum geben, daß es nicht anders, als durch den Säbel regiert werden kann? Daß in der Hauptstadt Preußens, des wegen seiner Civilisation, seiner Intelligenz gerühmten Preußens, Preußens, das jetzt berufen ist an die Spitze Deutschlands zu treten, daß dort nicht Gesetz und Recht, sondern Willkür herrscht? Indem ich also das Referat der Debatte noch einmal dahin zusammenfasse, daß das Ministerium nicht befugt war, den Belagerungszustand zu verhängen, daß es verpflichtet war, sofort die Genehmigung der Kammern einzuholen, daß keine faktische Nothwendigkeit vorlag, ihn zu verhängen, und vorliegt, ihn fortdauern zu lassen, so bitte ich Sie, den Kommissionsbericht anzunehmen. So werden wir die heiligsten Rechte des Volkes, die uns anvertraut sind, wahren, unserem Mandate nicht untreu werden und eine Verantwortlichkeit ablehnen, die nicht zu ermessen ist."

Lang anhaltender Beifall lohnte dem Berichterstatter.

Man kam zur Abstimmung; Graf Renard hatte sein Amendement zurückgezogen, das von Aldenhoven eingebrachte wurde mit 178 gegen 159 Stimmen verworfen. Die Rechte hoffte jetzt noch auf das Wentzelsche Amendement, für welches sie eine Majorität gesichert hielt, die gemäßigte Rechte meinte, daß das Ministerium den Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes mit diesem vermittelnden Amendement wohl annehmen könne. Ob die Minister wohl das Gleiche dachten? Ob sie vielleicht ein Annehmen des Amendements fürchteten? Sie zogen sich bei der Abstimmung in ihr Zimmer

zurück, obgleich sie wußten, daß wenige Stimmen für oder gegen das Amendement den Ausschlag geben mußten. Auch Herr von Vincke entfernte sich vor der Abstimmung, diese erfolgte, das Amendement wurde mit 168 gegen 165, also mit nur 3 Stimmen Majorität, verworfen.

Das Unruh'sche Amendement gelangte demnächst getheilt zur Abstimmung; mit 184 gegen 139 Stimmen wurde von der Kammer die Fortdauer des Belagerungszustandes für ungesetzlich erklärt, mit 177 gegen 153 das Ministerium aufgefordert, denselben sofort aufzuheben. Viele Mitglieder der Centren und selbst einige der Rechten hatten vorzugsweise bei der ersten Abstimmung mit der Linken gestimmt.

Die gemäßigte Linke hatte einen glänzenden Sieg erkämpft. Ueber die Folgen desselben waren nur wenige, scharfblickende Politiker klar. Daran, daß die Kammer in Folge der Abstimmung aufgelöst werden würde, glaubte nur ein kleiner Theil der Abgeordneten. Selbst hervorragende Mitglieder der Rechten meinten, das Ministerium, welches seine Niederlage in der deutschen Frage nicht mit einer Auflösung beantwortet hatte, werde auch jetzt sich vor einer solchen scheuen; es werde entweder den Belagerungszustand aufheben oder vielleicht auch weiter regieren, ohne sich um einen Kammerbeschluß zu kümmern, den der Minister von Manteuffel bei Beginn seiner Rede als ungesetzlich, außerhalb der Kompetenz der Kammer liegend, bezeichnet hatte.

Am Abend des 26. April fand eine lange, bis tief in die Nacht dauernde Berathung der Minister statt. Das Resultat derselben wurde auch den vertrautesten Anhängern des Ministeriums nicht mitgetheilt, und mit höchster Spannung erwarteten daher alle Parteien die nächsten Kundgebungen der Minister.

Am 27. April war die Zweite Kammer zu ihrer 37. Sitzung versammelt; bald nach Beginn derselben, nachdem Aldenhoven einen dringlichen Antrag auf Erlaß eines die Volksversammlungen unter freiem Himmel während der Sitzungsperioden der Kammern verbietenden Gesetzes eingebracht hatte und die Dringlichkeit des Antrages anerkannt worden war, erhob sich der Minister-Präsident Graf Brandenburg zur Verlesung einer königlichen Verordnung. Diese Verordnung enthielt in lakonischen Worten die Auflösung der Zweiten und die Vertagung der Ersten Kammer; sie war vom 27. April datirt*).

Lautlos, starr vor Staunen, hörten die Abgeordneten die Mittheilung der Auflösungsbotschaft, die in diesem Augenblick Niemand erwartet hatte, an.

„Nach dieser Erklärung, die uns soeben gemacht worden ist, habe ich, meine Herren, hiermit die Sitzung zu schließen", sagte der Präsident; die Minister, welche sich sämmtlich eingefunden hatten, erhoben sich und verließen schweigend den Saal, schweigend und ernst thaten dies auch die Abgeordneten. — Erst draußen, vor dem Sitzungssaal, blieben sie wohl in kleinen Gruppen zusammen stehen. — „Sie haben das wohl vorher gewußt?" fragte Johann Jacoby den Abgeordneten Oberst-Lieutenant v. Griesheim von der äußersten Rechten. „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß ich soeben mit Ihnen zugleich das erste Wort davon gehört habe!" erwiderte Herr v. Griesheim und auch der

---

*) Das ebenfalls vom 27. April datirte Schreiben, in welchem die Minister dem König die Auflösung der Kammer empfahlen, wurde schon an demselben Tage publizirt und ging schon am 28. April durch alle Morgenzeitungen. Es lautete:

„Als Ew. Königliche Majestät durch das Allerhöchste Patent vom 5. Dezember v. J. die beiden Kammern zu der am 26. Februar d. J. eröffneten Session beriefen, geschah dies in der Hoffnung, daß die Verhandlungen derselben zur Befestigung eines gedeihlichen inneren Zustandes führen würden. Diese Hoffnung muß bei dem Gange, welchen in der letzten Woche die Verhandlungen in der Zweiten Kammer genommen haben, leider! aufgegeben werden. Die während dieser Zeit von der Zweiten Kammer gefaßten Beschlüsse beruhen größtentheils auf Abstimmungen, bei welchen eine oder wenige Stimmen bald für die eine, bald für die andere Seite des Hauses in einer Weise den Ausschlag gaben, die keinen Zweifel darüber ließ, daß das Resultat sehr häufig lediglich die Folge zufälliger Umstände war. Wir halten es nach pflichtmäßiger Erwägung für verderblich, die Revision der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember v. J. und die Gestaltung der an dieselbe sich anschließenden organischen Gesetze solchen Zufälligkeiten preis zu geben.

Außerdem sind wir der Ueberzeugung, daß die Zweite Kammer sich nicht immer in den Schranken ihrer Befugnisse gehalten hat. Eine Ueberschreitung ihrer Befugnisse finden wir in dem am 21. d. M. gefaßten Beschlusse, durch welchen die von der deutschen National-Versammlung in Frankfurt beschlossene Verfassung für rechtsgültig erklärt wird und ebenso in dem Beschlusse vom gestrigen Tage, durch welchen nicht nur die Fortdauer des über Berlin verhängten Belagerungszustandes, die wir gegenwärtig noch zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit für unerläßlich erachten, im Widerspruche mit dem Art. 110 der Verfassungs-Urkunde für ungesetzlich erklärt, sondern auch die sofortige Aufhebung desselben gefordert wird.

Aus vorstehenden Gründen halten wir es im Interesse des Landes für nothwendig, daß die Zweite Kammer aufgelöst und demgemäß nach Artikel 76 der Verfassungs-Urkunde gleichzeitig die Erste Kammer vertagt werde. Wir dürfen uns der Hoffnung, daß diese Maßregel von der Mehrzahl der Gutgesinnten im Lande mit Beifall aufgenommen werden wird, um so zuversichtlicher hingeben, als zu unserm tiefen Schmerze die Rednerbühne in der Zweiten Kammer nur zu oft dazu gemißbraucht worden ist, Grundsätze offen zu verkünden, welche geeignet sind, den Umsturz der bestehenden Verfassung und jeder gesetzlichen Ordnung vorzubereiten.

Indem wir Ew. Königlichen Majestät den Entwurf der Auflösungs-Verordnung zur Allerhöchsten Vollziehung ehrfurchtsvoll überreichen, behalten wir uns die in Folge der Auflösung der Zweiten Kammer nach Artikel 49 der Verfassungs-Urkunde erforderlichen weiteren Anträge unterthänigst vor.

Berlin, den 27. April 1849.

Das Staatsministerium."

Freiherr von Vincke antwortete auf eine ähnliche Frage: „Das hat wohl kein Mitglied im ganzen Hause geahnt!"

Die Minister hatten ihr Geheimniß wohl gewahrt, die Auflösung der Zweiten Kammer traf fast wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel Freunde und Feinde, sie erregte ein ungeheures Aufsehen nicht nur in Berlin, sondern in ganz Preußen, ja in ganz Deutschland!

Sechstes Kapitel.

Eindruck der Kammerauflösung in Berlin. — Volksansammlungen auf dem Dönhoffsplatz. — Konflikte mit der Polizei. — Einschreiten des Militärs. — Barrikaden. — Pöbelskandale. — Versuche der Regierung, das liberale Bürgerthum zu gewinnen. — Rechtfertigung der deutschen Politik des Ministeriums. — Deutsche Konferenzen in Berlin. — Revolutionäre Beschlüsse der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt a. M. und ihr Ende. — Revolutionäre Ausbrüche in Dresden und Süddeutschland. — Aufruf des Königs „An mein Volk". — Magistrat und Stadtverordnete in ihrer Stellung zur deutschen Frage. — Abschluß der deutschen Konferenz in Berlin. — Die „Drei Königs-Verfassung". — Die Versammlung in Gotha. — Die Partei der „Gothaer".

Die Zweite Kammer ist aufgelöst! Mit Blitzesschnelle verbreitete sich die Nachricht durch die Stadt; sie flog von Mund zu Munde, und mit ihr zugleich wurden unheimliche Gerüchte erzählt von Gewaltmaßregeln, welche die Regierung gegen alle freisinnigen Abgeordneten ergriffen habe oder ergreifen wolle. Man sprach von Verhaftungen und Ausweisungen der Deputirten, es wurden gerade die Namen der beliebtesten und berühmtesten Volksvertreter genannt. Bestimmtes wußte man nicht, und doch wollte Jedermann gern Genaueres erfahren.

Ueberall in den belebtesten Theilen der Stadt bildeten sich wie im Jahre 1848 auf den Straßen Ansammlungen von Menschen, es wurde erzählt und lebhaft diskutirt; die größte Anziehungskraft hatte naturgemäß der Dönhoffsplatz; dort waren vor den Kammern und vor der Konversationshalle, dem Versammlungslokal der Linken, die Menschenansammlungen am stärksten, — besorgnißerregend aber erschienen sie in keiner Weise. Wurde auch lebhaft gesprochen und laut diskutirt, so zeigte sich unter der dicht gedrängten Menge keine Spur revolutionärer Aufregung, die Versammelten bestanden zum größeren Theil aus anständigen Bürgern, die eben nur von dem Wunsche, Näheres über die Auflösung der Zweiten Kammer zu hören, veranlaßt wurden, beim Passiren des Dönhoffsplatzes stehen zu bleiben und hierdurch die Menschenansammlung dort zu vergrößern.

Es wäre der Militärbehörde und selbst der Polizei ohne militärische Hilfe ein leichtes gewesen, in den ersten Nachmittagsstunden dem durch den Belagerungszustand bedingten Verbote größerer Menschenansammlungen Folge zu verschaffen, ohne irgend eine Schwierigkeit hätte eine Räumung des Dönhoffsplatzes vorgenommen werden können; aber es geschah nichts zu diesem Zwecke. Weder eine größere Polizeimacht noch Militär wurde aufgeboten, da konnte es denn nicht fehlen, daß die Menschenmasse sich fortwährend vergrößerte und bald einen andern Charakter gewann. Das hauptstädtische Gesindel, welches überall da ist, wo es irgend auf Skandal hoffen kann, fand sich ein, — die ruhigen Bürger zogen sich mehr und mehr zurück, sie wurden durch junge Bursche ersetzt, die sich ein Vergnügen daraus machten, zu lärmen und zu schreien: jetzt fingen die Konstabler, die in nicht großer Anzahl auf dem Platz anwesend waren, an, den Ruhestörern entgegenzutreten, sie versuchten es, einige der Schreier zu verhaften, diese aber wurden bald wieder von ihren Genossen befreit und tobten nun um so ärger.

Die Abgeordneten der Linken, welche nach der Auflösung sich noch einmal in der Konversationshalle zusammengefunden hatten, sahen mit Besorgniß die immer sich vergrößernde Menschenmenge und die stärker werdende Unruhe derselben, sie mußten befürchten, daß gerade ihre Anwesenheit in der Konversationshalle Veranlassung zu politischen Demonstrationen der aufgeregten Menge geben werde; sie beschlossen deshalb auseinander zu gehen, nur drei Abgeordnete, die Herren Schellenberg, Pax und Dr. Knauth blieben zurück, um etwa später nachkommenden Abgeordneten Mittheilung davon zu machen, daß keine Versammlung in der Konversationshalle mehr stattfinden werde.*)

Immer größer war inzwischen die Volksansammlung auf dem Platze geworden, immer mehr hatte sich ihr Charakter geändert, schon war es zu vielfachen Konflikten zwischen Konstablern und einzelnen Ruhestörern gekommen, da versuchten es unglücklicher Weise einige Offiziere, die zufällig des Weges kamen, auf die Versammelten einzuwirken, indem sie die Regierung gegen den Vorwurf, die Kammer ungerechter Weise aufgelöst zu haben, in Schutz nahmen. Ihre Worte gossen Oel in das Feuer! Die Offiziere wurden umdrängt, sie mußten zuerst harte, beleidigende Worte hören und sahen sich endlich gezwungen, zu ihrem Schutz die Degen zu ziehen; aber gegen die ungeheure Uebermacht von Tausenden vermochten sie natürlich nichts auszurichten, sie

---

*) Die Vossische Zeitung, welche, wie schon mehrfach erwähnt, sich im Jahre 1849 bereitwillig zum Organ der Reaktion hergegeben hatte, bringt in ihrer No. 100 vom 29. April einen Bericht über die Unruhen am 27. April, der, wie sie behauptet, auf amtlichen Darstellungen beruht, aber von Unwahrheiten strotzt. Es wird in diesem Bericht z. B. behauptet, daß die Gäste der Konversationshalle durch ihr Verhalten aufregend auf die Volksmassen gewirkt hätten; dies ist durchaus unwahr.

konnten sich glücklich preisen, daß sie von der wüthenden Menge nur gestoßen und fortgedrängt, nicht zum Tode gemißhandelt wurden.

Einer der Offiziere eilte nach der in der Kommandantenstraße nahe gelegenen Kaserne des Kaiser-Franz-Grenadier-Regiments (dem heutigen Industriegebäude), um Hilfe zu holen, gleich darauf rückte das erste Bataillon des Regiments aus und räumte den Dönhoffsplatz, es fand dabei nicht den geringsten Widerstand, die Ruhestörer zogen sich vor den heranrückenden Soldaten zurück, zum Theil in die benachbarten Häuser, zum Theil in die Leipzigerstraße, in welcher sie sich wieder sammelten, lärmten, schrieen und die Soldaten mit Schimpfworten beleidigten.

Der Eingang der Leipzigerstraße wurde von dem Militär besetzt, dreimaliger Trommelwirbel erschallte, dann forderte der befehligende Offizier die dicht gedrängte Menge auf, die Straße sofort zu räumen, weil er sonst schießen lassen müsse. Als ihm durch Schmähreden geantwortet wurde, gab er Befehl zum Feuern auf die wehrlosen Schreier.

Die Wirkung des Feuers war verhängnißvoll. Die Volksmenge flüchtete, Niemand dachte daran anzugreifen und sich zu vertheidigen, nur einige Todte und Schwerverwundete blieben zurück. Die Flüchtenden liefen schreiend durch die Straßen, sie riefen zu den Waffen, erzählten den ihnen Begegnenden, daß die Soldaten das wehrlose Volk mordeten.

Ohne irgend einen Widerstand zu finden, besetzte das Militär die Leipzigerstraße, zwei Schwerverwundete wurden nach der Konversationshalle gebracht, in welche sich viele der vom Dönhoffsplatz Vertriebenen zurückgezogen hatten; sie fanden hier ärztliche Hilfe, der Abgeordnete Dr. Knauth nahm sich ihrer an; er war eben im Begriff, die Wunde des einen Sterbenden zu untersuchen, als Militär und Konstabler in die Halle eindrangen und alle Anwesenden barsch aufforderten, das Haus zu verlassen. Vergebens wurde einem höheren Polizeibeamten vorgestellt, man könne doch unmöglich die Schwerverwundeten, bei denen vielleicht noch eine Rettung möglich sei, ohne Hilfe liegen und verbluten lassen. „Sie sind an dem Unglück Schuld, durch Sie sind die Menschen aufgewiegelt worden!" erwiderte der Beamte. — Dr. Knauth, der hilfebereite Arzt, mußte die Sterbenden im Stich lassen und sich mit den übrigen Besuchern der Konversationshalle entfernen. Nach den Mittheilungen, welche die Vossische Zeitung als amtliche bezeichnet hat, wurde die Räumung der Konversationshalle nothwendig gemacht, weil ein Schuß aus derselben gegen das Militär gefallen sei, diese Behauptung aber ist von allen an jenem Tage in der Halle Anwesenden in Abrede gestellt worden. Jedenfalls ist kein Soldat verletzt und auch in der Konversationshalle kein Bewaffneter gefunden worden.

Die vor dem Militär Flüchtenden hatten sich zerstreut, sie hatten die Nachricht, daß auf dem Dönhoffsplatz geschossen worden sei, verbreitet und naturgemäß durch dieselbe die ohnehin in der Stadt herrschende Aufregung noch vergrößert. In allen benachbarten Straßen bildeten sich größere Menschenansammlungen, der Ruf „Zu den Waffen" ertönte, aber er fand keine Beachtung. An einen Kampf mit dem Militär, an eine Revolution dachte wohl Niemand, obgleich an verschiedenen Stellen Haufen von unfuglustigen Burschen sich ein Vergnügen daraus machten, Barrikaden zu bauen.

Auf dem Spittelmarkt war der Lärm am lautesten; dort hatte sich eine Menge wüsten Gesindels zusammen gefunden, es ließ seiner Lust an Unfug freien Lauf. Einige wilde Burschen drangen in die Ställe der in Sparwaldshof (heutige Beuthstraße) wohnenden Fuhrleute ein und holten aus denselben Bunde Stroh herbei, welche auf dem Spittelmarkt auf einen Haufen zusammen geworfen und dann angezündet wurden. Die um das Freudenfeuer Versammelten tobten und schrieen so lange, bis das Militär gegen sie anrückte und von Neuem von der Schußwaffe Gebrauch machte, dann liefen sie in wilder Flucht auseinander, um sich an andern Orten wieder zu sammeln, Barrikaden zu bauen und sofort wieder zu fliehen, sobald sich Militär nahte; auch der Versuch, die Gertraudtenbrücke aufzuziehen, wurde gemacht, aber sofort aufgegeben, als die Soldaten heran marschirten.

Nirgends wurde auch nur der Versuch gemacht, dem Militär Widerstand zu leisten; gegen 11 Uhr Abends war die Ruhe in der Stadt wieder hergestellt, der skandalsüchtige Pöbel, von welchem alle besseren Elemente der Bevölkerung sich zurückgezogen hatten, war auseinander gelaufen. Zu einem wirklichen Kampf war es nirgends gekommen, aber dennoch forderte der traurige Pöbelskandal acht Menschenleben!

Die Aufregung, welche am folgenden Tage in Berlin herrschte, war groß. Die verschiedenen Parteien schoben sich gegenseitig die Schuld an den traurigen Vorgängen zu; der schon mehrfach erwähnte Bericht der Vossischen Zeitung deutete an, daß sie planmäßig hervorgerufen seien, natürlich von der revolutionären Demokratie, selbst das Strohfeuer auf dem Spittelmarkt wurde von der Vossischen Zeitung als „vielleicht ein Alarmsignal" gedeutet, dagegen behaupteten die Demokraten, die reaktionäre Partei habe durch gekauftes Gesindel den Skandal veranlaßt in der Hoffnung, daß er bei der herrschenden Volksaufregung größere Umrisse annehmen und zu einem wirklichen Kampf, in welchem das Volk natürlich besiegt worden wäre, führen werde; die Nothwendigkeit der Fortdauer des Belagerungszustandes habe durch diesen Kampf bewiesen werden sollen.

Für keine der beiden Annahmen haben sich thatsächliche Beweise gefunden, unzweifelhaft aber ist es, daß die Pöbelzusammenrottungen mit Leichtigkeit ohne Blutvergießen am Abende des 27. April hätten auseinander getrieben werden können; den Beweis hierfür lieferten die Vorgänge an den nächstfolgenden Tagen, an welchen ebenfalls in verschiedenen Theilen der Stadt Zusammenrottungen stattfanden, selbst Barrikaden gebaut wurden und anderer

Unfug von muthwilligen Buben verübt wurde. Ueberall wurde mit Leichtigkeit das Gesindel durch Kavallerie oder auch durch Infanterie auseinander getrieben, ohne daß es nöthig gewesen wäre, zu schärferen Maßregeln und zu Blutvergießen zu schreiten.

Einen politischen Hintergrund hatten die Unruhen in Berlin in jenen Tagen nicht, wenn sie auch durch die Auflösung der Zweiten Kammer verursacht waren. Ob die Regierung sie trotzdem für bedenklich hielt? Ob sie befürchtete, ihr Verhalten in der deutschen Frage, sowie die Auflösung der Zweiten Kammer könnte den unter der Asche glimmenden revolutionären Funken wieder zur hellen Flamme anfachen? Daß die Aufregung in der That eine große war, und zwar nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland, beweisen die in Dresden, in Berlin und der Pfalz in den nächsten Wochen aufflackernden revolutionären Bewegungen zu Gunsten der deutschen Reichsverfassung, Bewegungen, die anfangs so erfolgreich waren, daß sie von den Landesregierungen von Sachsen, Baden, Bayern nicht beseitigt werden konnten, daß von diesen preußische Truppen zur Hilfe gefordert werden mußten, um erst nach blutigen Kämpfen die Revolution niederzuwerfen.

Es wäre vielleicht nicht ungefährlich gewesen, wenn zu gleicher Zeit auch in Preußen und zuerst in der preußischen Hauptstadt die revolutionäre Bewegung von Neuem aufgeflammt wäre; die Regierung suchte sich dagegen zu schützen, indem sie sich bemühte, das zwar liberale, aber revolutionsmüde Bürgerthum zu sich heranzuziehen, auf dasselbe durch die Presse zu wirken, es zu beschwichtigen und hoffnungsreich zu machen durch die immer wiederholten Versicherungen, sie werde treu den Königlichen Verheißungen mit aller Energie eintreten für die freiheitliche Einigung Deutschlands und für die Aufrechterhaltung von Freiheit, Gesetz und Recht durch die preußische Verfassung. Die Auflösung der Zweiten Kammer und die Aufrechthaltung des Belagerungszustandes in Berlin wurden von der Regierung nicht nur in dem offiziellen Staatsanzeiger, sondern auch durch ihre Anhänger in den scheinbar unabhängigen, thatsächlich ganz in das Regierungslager übergegangenen Zeitungen, der Neuen Preußischen und der Vossischen Zeitung und der Deutschen Reform, als unabweisliche Nothwendigkeit dargestellt und gerechtfertigt, die Rede des Ministers von Manteuffel über den Belagerungszustand wurde in vielen Tausend Exemplaren im Volke verbreitet, auch der Vossischen Zeitung wurde sie als Gratisbeigabe beigelegt, und durch Flugblätter, Zeitungsartikel und Inserate wurde versucht, auf das liberale Bürgerthum zu wirken.

Vor Allem war die Regierung bemüht, sich in der deutschen Frage die verlorenen Sympathien wiederzugewinnen, ohne doch den Standpunkt aufzugeben, den sie bisher in derselben eingenommen hatte.

Schon am 28. April erklärte die preußische Regierung der National-Versammlung in Frankfurt a. M. die definitive Ablehnung der deutschen Kaiserkrone, sie that es in einem Schreiben, welches wesentlich darauf berechnet war, den liberalen, für eine deutsche Einheit begeisterten Parteien die Zusicherung zu geben, daß der König trotz der Ablehnung der Krone treu festhalte an seinen Verheißungen und an seinen Bestrebungen, ein einiges Deutschland zu schaffen.

In ruhiger, klarer Darstellung schilderte die Regierung ihre vergeblichen Bemühungen, sich mit der deutschen National-Versammlung über die deutsche Reichsverfassung zu verständigen, sie legte dar, daß diese Verfassung das konstitutionell-monarchische Prinzip in seinen Grundfesten erschüttern und in Verbindung mit dem auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht basirten Wahlgesetz zur Republik führen müsse; sie führte aus, daß die Erklärungen der deutschen Fürsten in der Oberhauptsfrage weit auseinander gingen, daß zwar einzelne Fürsten die Annahme der deutschen Kaiserkrone durch den König gewünscht hätten, andere dagegen in dem Erbkaiserthum die größte Gefahr für Deutschland erblickten und entschlossen seien, sich einem andern deutschen Fürsten als Kaiser nicht zu unterwerfen.

Nach diesen Auseinandersetzungen fährt das Schreiben fort:

„Se. Majestät der König hat sich demnach nicht verhehlen können, daß die Vorbedingungen fehlen, welche allein Ihm eine Annahme der auf Ihn gefallenen Wahl möglich machen konnten; und in ernster Erwägung der Pflichten, welche Ihm gegen Deutschland und gegen Sein eigenes Land obliegen, sowie der Verantwortlichkeit, welche auf Ihm persönlich dabei ruhen würde, hat Er Sich in Seinem Gewissen nicht für berechtigt halten können, an Sein Land und Volk diejenigen Anforderungen zu machen, welche diese neue Stellung bedingt haben würde, und hat Sich daher mit dem Rath Seines Staatsministeriums entschlossen, die auf Grund der in Frankfurt beschlossenen Verfassung Ihm dargebotene Kaiserwürde abzulehnen.

Es sind nicht die schweren Pflichten, es sind nicht die Opfer, welche dieselbe Ihm auflegen würde, vor denen der König zurückscheut. Deutschland hat von seinen Fürsten jedes Opfer zu fordern, außer dem des Rechtes, der Wahrheit und der Treue; ein solches Opfer würde niemals zum Heile des gemeinsamen Vaterlandes gereichen. Se. Majestät hegt daher auch das feste Vertrauen, daß sowohl die National-Versammlung wie die ganze deutsche Nation die Gesinnung anerkennen werde, aus welcher Sein Entschluß hervorgegangen ist.

Wie der König selbst unter den Ersten gewesen ist, aus freier Entschließung zu der Neugestaltung Deutschlands zu einem kräftigen Bundesstaat die Hand zu bieten, so wird Er auch der Letzte sein, an dem Gelingen dieses großen Werkes zu verzweifeln. Preußen wird sich unter keinen Umständen von dem Werke der deutschen Einigung zurückziehen, vielmehr auch jetzt alle Kraft aufbieten, um dasselbe zu fördern. Die Königl. Regierung hat zuerst den Weg der Verständigung

eingeschlagen, und wenngleich ihre bisherigen Bemühungen ohne ihre Schuld fruchtlos geblieben sind, so will sie doch dieselben nicht aufgeben und erklärt daher ihre fortwährende Bereitwilligkeit, auf jede Verständigung einzugehen. Wie wir schon am 23. Januar die Ansicht ausgesprochen haben, daß die Aufrichtung einer neuen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden deutschen Einheit nicht nothwendig sei: so können wir auch jetzt nur an der Ueberzeugung festhalten, daß die Ablehnung derselben durch Se. Maj. den König keine Gefährdung, vielmehr eine Förderung dieser Einheit sein werde. Wenn die National-Versammlung uns wirklich in gleichem patriotischen Sinne entgegen kommen will, so liegt es noch immer in ihrer Hand, der Verfassungs-Angelegenheit eine solche Wendung zu geben, daß die Regierungen sich mit ihr verständigen und unter ihrer Mitwirkung und auf dem Wege der Vereinbarung die von einer ruhigen Erwägung der deutschen Verhältnisse geforderten Modificationen zu Stande kommen können."

Gleichzeitig mit diesem Schreiben an die deutsche National-Versammlung, in welchem die Regierung ihre Geneigtheit zu einer Verständigung mit der Versammlung aussprach, und welches sie durch alle Zeitungen veröffentlichen ließ, versandte sie auch an die deutschen Regierungen eine Circularnote, deren Inhalt seltsam mit dem des Schreibens an die National-Versammlung kontrastirte. Sie forderte die deutschen Regierungen zu weiteren Berathungen mit Preußen über die fernere Entwickelung des Verfassungswerkes auf und lud sie zu diesem Zweck zu Konferenzen in Berlin ein.

„Die preußische Regierung", so hieß es in dieser Note, „verhehlt sich nicht, wie wenig Hoffnung vorhanden ist, daß die National-Versammlung zu Abänderungen der von ihr beschlossenen Verfassung die Hand biete. Man muß darauf gefaßt sein, daß durch ein starres Festhalten der Versammlung an ihren bisherigen Beschlüssen in manchen Ländern gefährliche Krisen hervorgerufen werden könnten. Die preußische Regierung wird ihre Maßregeln so treffen, daß sie den verbündeten Regierungen die etwa gewünschte und erforderliche Hilfe rechtzeitig leisten könne."

Es war bezeichnend für die Absichten der Regierung, daß diese Note, welche bewaffnete Hilfe bei etwaigen Aufständen zu Gunsten der deutschen Reichsverfassung versprach, gleichzeitig abgeschickt wurde mit dem Schreiben an die National-Versammlung, daß die Regierung die Beschlüsse derselben gar nicht erst abwartete, sondern die Aussichtslosigkeit der angebahnten Verständigung voraussehend, die Verhandlungen mit den deutschen Fürsten aufnahm.

Aussichtslos war aber in der That jedes Bemühen, eine Verständigung mit der deutschen National-Versammlung herbeizuführen; diese konnte nicht von ihren früheren Beschlüssen zurücktreten, konnte die von 28 deutschen Regierungen anerkannte Reichsverfassung nicht verleugnen, ohne sich selbst zu vernichten. Sie beschloß am 4. Mai, an die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelnstaaten, an das gesammte deutsche Volk die Aufforderung zu richten, die Reichsverfassung zur Anerkennung und Geltung zu bringen, und als nun in Dresden, fast gleichzeitig mit diesem Beschluß, die Revolution zu Gunsten der Reichsverfassung ausbrach, deren Durchführung das Volk vom Könige und von der Regierung verlangte, als preußische Truppen nach Sachsen einrückten, um den Aufstand niederzuwerfen, da beschloß die National-Versammlung am 10. Mai sogar eine Aufforderung an die deutsche Central-Gewalt, dem unbefugten Einschreiten Preußens in Sachsen als einem schweren Friedensbruch mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Mit diesem Beschluß zu Gunsten der Revolution in Sachsen hatte die National-Versammlung sich auf revolutionären Boden gestellt und jede Möglichkeit einer Verständigung mit der preußischen Regierung abgeschnitten, die preußische Regierung benutzte ihn. Wie sie im Dezember 1848 die preußische National-Versammlung aufgelöst hatte, weil eine Vereinbarung über die preußische Verfassung nicht zu erzielen war, so erklärte sie jetzt, sich auf denselben Rechtsgrundsatz stützend, das Mandat der nach Frankfurt entsendeten preußischen Abgeordneten für erloschen, weil die Versammlung nicht mehr auf gesetzlichem Boden stehe und jede weitere Verständigung über die deutsche Reichsverfassung abgelehnt habe. Die Königliche Kabinetsordre, durch welche das Erlöschen des Mandates für die Abgeordneten und die Aufforderung an diese, sich jeder Theilnahme an den weiteren Verhandlungen der Versammlung zu enthalten, verkündet wurde, war am 14. Mai vom Könige unterzeichnet worden*).

Durch die Rückberufung der Abgeordneten aus Frankfurt a. M. hatte die Regierung das letzte Verbindungsglied mit der deutschen National-Versammlung abgeschnitten in einer Zeit, in welcher der deutsche Nationalenthusiasmus in Süddeutschland so hoch aufflammte, daß ihm die süddeutschen Fürsten nicht mehr zu widerstehen vermochten; die revolutionäre Partei hatte durch ihn festen Boden gewonnen, selbst in Preußen, in Schlesien und der Rheinprovinz war es zu revolutionären Ausbrüchen gekommen, nur durch Waffengewalt war es möglich, die Revolution niederzuhalten; dazu rüstete sich die preußische Regierung, zugleich aber war sie bemüht, die gemäßigten Parteien im Volke durch neue Zusicherungen für sich zu gewinnen.

Am 16. Mai brachten alle Berliner Zeitungen an ihrer Spitze einen Aufruf des Königs: „An Mein Volk!" Der König selbst wendete sich an das Volk in so warmen Worten, wie er sie früher gern und oft gesprochen hatte. Er sagte:

---

*) So hochinteressant gerade in jetziger Zeit die fernere Geschichte der deutschen National-Versammlung, ihr schnelles Auseinanderfallen und ihr Ende als Stuttgarter Rumpfparlament ist, müssen wir uns doch versagen, weiter auf dieselbe einzugehen.

„An Mein Volk!

Unter dem Vorwande der deutschen Sache haben die Feinde des Vaterlandes zuerst in dem benachbarten Sachsen, dann in einzelnen Gegenden von Süddeutschland die Fahne der Empörung aufgepflanzt. Zu Meinem tiefen Schmerze haben auch in einigen Theilen unseres Landes Verblendete sich hinreißen lassen, dieser Fahne zu folgen, um unter derselben, im offenen Aufruhr gegen die rechtmäßige Obrigkeit, göttliche und menschliche Ordnung umzustürzen.

In so ernster und gefahrvoller Zeit drängt es Mich, ein offenes Wort zu Meinem Volke zu reden.

Ich habe auf das Anerbieten einer Krone seitens der deutschen National-Versammlung eine zustimmende Antwort nicht ertheilen können, weil die Versammlung nicht das Recht hatte, die Krone, welche sie Mir bot, ohne Zustimmung der deutschen Regierungen zu vergeben, weil sie Mir unter der Bedingung der Annahme einer Verfassung angetragen ward, welche mit den Rechten und der Sicherheit der deutschen Staaten nicht vereinbar war.

Ich habe fruchtlos alle Mittel versucht und erschöpft, zu einer Verständigung mit der deutschen National-Versammlung zu gelangen. Ich habe Mich vergebens bemüht, sie auf den Standpunkt ihres Mandats und des Rechtes zurückzuführen, welches nicht in der eigenmächtigen und unwiderruflichen Feststellung, sondern in der Vereinbarung einer deutschen Verfassung bestand, und selbst nach Vereitelung Meiner Bestrebungen habe Ich in der Hoffnung einer endlichen friedlichen Lösung nicht mit der Versammlung gebrochen.

Nachdem dieselbe aber durch Beschlüsse, gegen welche treffliche Männer fruchtlos ankämpfen, ihrerseits den Boden des Rechtes, des Gesetzes und der Pflicht gänzlich verlassen, nachdem sie Uns um deshalb, weil wir dem bedrängten Nachbar die erbetene Hülfe siegreich geleistet, des Friedensbruchs angeklagt, nachdem sie gegen Uns und die Regierungen, welche sich mit Mir den verderblichen Bestimmungen der Verfassung nicht fügen wollten, zum offenen Widerstande aufgerufen, jetzt hat die Versammlung mit Preußen gebrochen. Sie ist in ihrer Mehrheit nicht mehr jene Vereinigung von Männern, auf welche Deutschland mit Stolz und Vertrauen blickte. Eine große Zahl ist, als die Bahn des Verderbens betreten wurde, freiwillig ausgeschieden, und durch Meine Verordnung vom gestrigen Tage habe ich alle preußischen Abgeordneten, welche der Versammlung noch angehörten, zurückgerufen. Gleiches wird von anderen deutschen Regierungen geschehen. In der Versammlung herrscht jetzt eine Partei, die im Bunde steht mit den Menschen des Schreckens, welche die Einheit Deutschlands zum Vorwande nehmen, in Wahrheit aber den Kampf der Gottlosigkeit, des Eidbruches und der Raubsucht gegen die Throne entzünden, um mit ihnen den Schutz des Rechtes, der Freiheit und des Eigenthums umzustürzen. Die Gräuel, welche in Dresden, Breslau und Elberfeld unter dem erheuchelten Rufe nach Deutschlands Einheit begangen worden, liefern die traurigen Beweise. Neue Gräuel sind geschehen und werden noch vorbereitet. Während durch solchen Frevel die Hoffnung zerstört ward, durch die Frankfurter Versammlung die Einheit Deutschlands erreicht zu sehen, habe Ich in Königlicher Treue und Beharrlichkeit daran nicht verzweifelt. Meine Regierung hat mit den Bevollmächtigten der größeren deutschen Staaten, welche sich Mir angeschlossen, das in Frankfurt begonnene Werk der deutschen Verfassung wieder aufgenommen.

Diese Verfassung soll und wird in kürzester Frist der Nation gewähren, was sie mit Recht verlangt und erwartet: ihre Einheit, dargestellt durch eine einheitliche Exekutiv-Gewalt, die nach außen den Namen und die Interessen Deutschlands würdig und kräftig vertritt, und ihre Freiheit, gesichert durch eine Volksvertretung mit legislativer Befugniß. Die von der National-Versammlung entworfene Reichs-Verfassung ist hierbei zu Grunde gelegt, und sind nur diejenigen Punkte derselben verändert worden, welche aus den Kämpfen und Zugeständnissen der Parteien hervorgegangen, dem wahren Wohle des Vaterlandes entschieden nachtheilig sind. Einem Reichstage aus allen Staaten, die sich dem Bundesstaate anschließen, wird diese Verfassung zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt werden. Deutschland vertraue hierin dem Patriotismus und dem Rechtsgefühle der preußischen Regierung; sein Vertrauen wird nicht getäuscht werden.

Das ist Mein Weg. Nur der Wahnsinn oder die Lüge kann solchen Thatsachen gegenüber die Behauptung wagen, daß Ich die Sache der deutschen Einheit aufgegeben, daß Ich Meiner früheren Ueberzeugung und Meinen Zusicherungen untreu geworden. Preußen ist dazu berufen, in so schwerer Zeit Deutschland gegen innere und äußere Feinde zu schirmen, und es muß und wird diese Pflicht erfüllen. Deshalb rufe ich schon jetzt Mein Volk in die Waffen. Es gilt, Ordnung und Gesetz herzustellen im eigenen Lande und in den übrigen deutschen Ländern, wo unsere Hülfe verlangt wird; es gilt, Deutschlands Einheit zu gründen, seine Freiheit zu schützen vor der Schreckensherrschaft einer Partei, welche Gesittung, Ehre und Treue ihren Leidenschaften opfern will, einer Partei, welcher es gelungen ist, ein Netz der Bethörung und des Irrwahns über einen Theil des Volks zu werfen.

Die Gefahr ist groß, aber vor dem gesunden Sinn Meines Volkes wird das Werk der Lüge nicht bestehen; dem Rufe des Königs wird die alte preußische Treue, wird der alte Ruhm der preußischen Waffen entsprechen.

Steht Mein Volk zu Mir, wie Ich zu ihm, in Treue und Vertrauen einträchtig, so wird uns Gottes Segen und damit ein herrlicher Sieg nicht fehlen.

Charlottenburg, den 15. Mai 1849.

Friedrich Wilhelm.

Graf von Brandenburg."

Die Königlichen Worte verfehlten ihre Wirkung nicht; einen tiefen Eindruck machten sie auf einen großen Theil der Bürgerschaft Berlins, gerade auf

denjenigen, der noch vor wenigen Wochen die Kaiser-Deputation so enthusiastisch begrüßt hatte! Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung entsprachen nur dem Geiste, der diese ruhigen, revolutionsmüden, nach einer friedlichen staatlichen Entwicklung sich sehnenden Bürger erfüllte, indem Beide einen Dank aussprachen für das Königliche Wort. Der Magistrat that es in einer Adresse an den König. Mit harten, verdammenden Worten sprach er sich gegen die National-Versammlung aus, deren Kaiser-Deputation er vor so kurzer Zeit erst mit Verehrung begrüßt hatte. Er warf der Versammlung vor, daß sie sich zu Beschlüssen habe hinreißen lassen, welche nimmermehr die deutsche Einheit fördern können, daß sie die vom Könige ihr gebotene Friedenshand zurückgewiesen habe. An diese „mit patriotischer und sittlicher Entrüstung" ausgesprochene Verdammung knüpfte der Magistrat die Versicherung, daß er mit voller Seele dem Königlichen Worte vertraue, welches Bürgschaft dafür leiste, daß Preußen auch fortan für Deutschlands Einheit und Freiheit einstehen werde.

Diese Versicherung sprach auch die Stadtverordneten-Versammlung aus in einem Aufruf, welchen sie an die Berliner Bürgerschaft richtete. Dazu, ein direktes Verdammungsurtheil gegen die deutsche National-Versammlung zu fällen, konnte sich die Versammlung nicht entschließen, sie trat deshalb der Magistratsadresse nicht bei, aber mit 53 von 91 Stimmen beschloß sie am 19. Mai folgende, in den Zeitungen zu veröffentlichende, für die Stimmung des größeren Theils der Berliner Bürgerschaft, der sie vollständig entsprach, charakteristische Proklamation:

„Mitbürger!

Die wahre Einigung Deutschlands, der seit Jahren die Bestrebungen der Besten galten, ist auch von uns in ihrer vollen Bedeutung aufgefaßt. Nur in ihr finden wir die Bedingungen für Deutschlands dauernde und steigende Macht, die zugleich Preußens Größe ist, nur in ihr den Schluß der deutschen Revolution. Daß wir es ernst mit der Sache des großen Vaterlandes meinen, ist von uns an den Tag gelegt, und von unserer Ueberzeugung gedenken wir nicht zu weichen. Aber eben damit das große Ziel erreicht werde, ist Vertrauen nöthig. Mitbürger! Ein ernstes Wort ist zum Volke gesprochen worden. Preußens Fürst will für die Erreichung der deutschen Einheit die starke Hand sein und so dem Lande Frieden geben. Nehmen wir es an, dieses Wort, als ein Königliches, an dem man nicht deuteln soll. Wir, die wir aus Eurer Wahl als Eure Vertreter hervorgegangen sind, wir haben Vertrauen, habt auch Ihr es! Die Partei des Umsturzes hat das Banner des Vaterlandes gemißbraucht, um dahinter ihre republikanischen Gelüste zur Geltung zu bringen. Sehet nach Dresden, schauet hin nach Baden, wo der Fürst des Landes, der sogar die von der National-Versammlung zu Frankfurt beschlossene Verfassung anerkannt hatte, zur Flucht gezwungen ist. Es ist hohe Zeit, daß die Männer wahrer Freiheit zu einander stehen. Wir halten es ehrlich mit der wahrhaft konstitutionellen Monarchie, wir sind feindlich ihren Feinden und werden von unserem Standpunkte aus diese bekämpfen, mögen sie der einen oder anderen äußersten Partei angehören. Deshalb verbindet Euch mit uns; seid einig mit uns in dem Sinne für ächte Freiheit, für die deutsche Einheit und im Vertrauen zum Könige!

Berlin, den 19. Mai 1849.

Stadtverordnete zu Berlin."

Inzwischen hatten am 17. Mai die Konferenzen begonnen, zu denen die preußische Regierung durch ihre Circularnote vom 21. April eingeladen hatte, Preußen war bei denselben vertreten durch Herrn von Radowitz, der dem König Friedrich Wilhelm IV. persönlich sehr nahe stand und das königliche Vertrauen in hohem Maße genoß.

Die Zahl der Theilnehmer an den Konferenzen war sehr gering. Die 28 kleinen Regierungen, welche die deutsche Reichsverfassung anerkannt hatten, konnten sich nicht betheiligen, ebenso wenig Württemberg, welches noch in letzter Stunde die Anerkennung der Reichsverfassung ausgesprochen hatte; so waren denn nur von Oesterreich, Bayern, Sachsen und Hannover Bevollmächtigte nach Berlin entsendet worden, und bald schmolz die Zahl der Bevollmächtigten noch mehr zusammen, denn Oesterreich und Bayern wollten von einem Bundesstaat mit einheitlicher preußischer Spitze nichts wissen und so blieben denn nur noch die preußischen, sächsischen und hannoveranischen Bevollmächtigten übrig, und auch diese vermochten sich schwer zu einigen, denn die Vertreter von Sachsen und Hannover gingen nur nothgedrungen auf irgend eine Einigung ein, ihre Regierungen sehnten sich nach dem alten deutschen Bundestag zurück, ihre Sympathien waren viel mehr bei Oesterreich, als bei Preußen.

Herr von Radowitz spielte bei den Konferenzen eine unglückliche Rolle; eine Einigung sollte und mußte schnell erzielt werden, da blieb denn dem Vertreter Preußens nichts übrig als Nachgiebigkeit gegen die Forderungen der beiden kleinen Königreiche. So kam mit dem Abschluß der Konferenzen am 26. Mai die neue Reichsverfassung, die vom Volk den Namen „Drei Königs-Verfassung" erhielt, zu Stande. Die drei Könige einigten sich zur Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands; die vorläufige Oberleitung des neuen deutschen Reichs wurde Preußen übertragen, das Volk erhielt eine Reichsverfassung mit freiheitlichen Grundrechten, deren meiste Bestimmungen der Frankfurter Reichsverfassung entnommen waren; ein Reichstag sollte einberufen werden, um diese Verfassung mit den deutschen Regierungen zu vereinbaren, und ein Bundesschiedsgericht sollte auch zum Schutze der verfassungsmäßigen Rechte eingesetzt werden.

Diese Verfassung, der übrigens Sachsen und Hannover nur gezwungen und unter heimlichem Vorbehalte beigetreten waren, wurde sofort an sämmtliche deutsche Regierungen versendet und in den

Zeitungen veröffentlicht, durch eine vom 11. Juni datirte Denkschrift wurden die Einzelbestimmungen der Verfassung erläutert.

Die Aufnahme, welche die „Drei Königs-Verfassung" beim deutschen Volke fand, entsprach durchaus nicht den Erwartungen, welche man höheren Orts gehegt hatte. Daß die große demokratische Partei, der kaum die Frankfurter Reichsverfassung genügt hatte, jetzt die neue Verfassung unbedingt verwarf, daß alle demokratischen Organe sie als einen unerhörten Eingriff in die Rechte des Volkes, als gänzlich unannehmbar, als ein trauriges, unbrauchbares, diplomatisches Flickwerk bezeichneten, war nur natürlich, bedeutungsvoller aber erschien es, daß auch die gemäßigt Liberalen, die Männer, welche bisher am entschiedensten gegen die revolutionäre Demokratie gekämpft hatten, die aus der Frankfurter National-Versammlung ausgetreten waren, nachdem diese sich auf den revolutionären Boden gestellt hatte, offen ihre Unzufriedenheit aussprachen. Nur die gesinnungslosen, jeder That des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel zujubelnden Trabanten desselben, an ihrer Spitze die Vossische Zeitung, begrüßten mit Enthusiasmus auch die „Drei Königs-Verfassung" wieder als rettende That, als die volle Erfüllung aller vom König Friedrich Wilhelm IV. gegebenen Verheißungen.

Noch stand die „Drei Königs-Verfassung" nur auf dem Papier. Leben und Bedeutung konnte sie nur dann gewinnen, wenn sie die Anerkennung der 28 Regierungen erhielt, welche die von der Frankfurter National-Versammlung geschaffene deutsche Reichsverfassung anerkannt hatten; auf diese Regierungen aber übten die hervorragenden früheren Mitglieder der Frankfurter Versammlung den höchsten Einfluß aus; die Stellung, welche diese Männer zu der neuen Verfassung einnehmen würden, war entscheidend für die Entwickelung derselben.

Heinrich von Gagern, Dahlmann, Mathy und andere hervorragende Führer der deutschen Reichspartei unternahmen es, die Männer, welche die Reichsverfassung geschaffen hatten, zu einer Besprechung nach Gotha zusammen zu rufen.

Am 25. und 26. Juni trafen die Koryphäen der National-Versammlung in Gotha ein, 150 Männer von hohem Ruf, von denen viele in den Regierungen der kleinen Staaten Sitz und Stimme hatten. Die Linke und äußerste Linke waren nicht vertreten, wohl aber die gemäßigt liberale Partei in allen ihren Schattirungen vom rechten bis zum linken Flügel aus allen deutschen Ländern.

Alle diese Männer hatten vor wenigen Monaten erst das deutsche Verfassungswerk in Frankfurt a. M. vollendet, die meisten von ihnen hatten eine Ehrenpflicht übernommen, die damals geschaffene Verfassung unverbrüchlich aufrecht zu erhalten, es war wahrlich für sie eine schwere Aufgabe, durch Anerkennung der „Drei Königs-Verfassung" sich selbst und ihrem gegebenen Worte untreu zu werden, und doch glaubten sie diese Aufgabe erfüllen zu müssen.

Jede Aussicht, die deutsche Reichsverfassung zur Durchführung zu bringen, war verschwunden. Zwar war die revolutionäre Bewegung zu Gunsten derselben noch nicht völlig unterdrückt, aber schon lag sie in den letzten Todeszuckungen, die preußischen Waffen hatten sie besiegt, die Frankfurter National-Versammlung hatte ein trauriges Ende genommen; es gab für die bisherigen Bestrebungen, ein einiges deutsches Reich zu schaffen, keinen Mittelpunkt mehr; die einzige Hoffnung, ein solches ins Leben zu rufen, schien der Versammlung in der Annahme der „Drei Königs-Verfassung" zu liegen. Wie wenig diese Verfassung auch den Wünschen und Forderungen entsprach, wie groß auch das Mißtrauen gegen die preußische Regierung war, von der nur Wenige der Versammlung glaubten, daß sie die gebotene Verfassung ehrlich meine und daß sie die Energie besitzen werde, sie gegen die von Oesterreich, Bayern und Württemberg zu erwartenden Angriffe standhaft durchzuführen, dennoch war die neue Verfassung der einzige Schutz, der übrig geblieben war gegen die Rückkehr zu den alten traurigen Zuständen, zu dem vormärzlichen deutschen Bundestag unseligen Andenkens.

In den schärfsten Worten wurde bei den heißen Berathungen die Politik des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel verdammt; aber das Schlußresultat derselben war dennoch eine von 130 der Anwesenden unterzeichnete gemeinsame Erklärung, durch welche sie aussprachen:

„Obschon festhaltend an der Ueberzeugung, daß die National-Versammlung bei Verkündigung der Reichsverfassung am 28. März derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutschen Dinge ihr anwies, dürfen wir doch die Augen nicht verschließen vor der Thatsache, daß die Durchführung jener Verfassung zur Unmöglichkeit geworden ist.

Nun aber bietet sich in der von den drei Regierungen dargebotenen Verfassung ein neuer Weg, auf welchem der verlorene Einigungspunkt möglicherweise sich wieder finden dürfte. Das Betreten dieses Weges nicht zu verschmähen, mahnt uns das von äußeren und inneren Feinden schwer bedrohte, vom Bürgerkrieg zerfleischte Vaterland. Der Verfassungsentwurf, wie entschieden man auch einzelne seiner Bestimmungen verwerfen möge, enthält doch die unerläßlichen Grundlagen des deutschen Bundesstaates, namentlich ein erbliches Reichsoberhaupt in der Person des Regenten des mächtigsten rein deutschen Staats, ein Staaten- und ein Volkshaus, somit den Kern der Reichsverfassung. Wir betrachten die von den drei Königreichen dargebotene Verfassung als eine der Nation ertheilte unverbrüchliche Zusage."

Durch diese Erklärung, deren weitere Ausführung wir uns versagen müssen, wurde eine neue Partei geschaffen, welche für einen längeren Zeitraum eine recht bedeutsame Einwirkung auf die politische Entwickelung in Deutschland haben sollte, weil ihr bald die Aufgabe zufiel, fast allein den Kampf gegen die überwuchernde Reaktion in allen deutschen Volksvertretungen zu führen.

Von den Konservativen wurde die neue Partei bei ihrer Begründung mit großer Anerkennung, von

den Demokraten, die ihr den Spottnamen „Partei der Gothaer“ gaben, mit bittern Vorwürfen über Abtrünnigkeit und Liebedienerei begrüßt. Eines der als gemäßigt gerühmten demokratischen Blätter, die Berliner National-Zeitung, rief ihr zu:

„Die eigentlichen Schöpfer der deutschen Verfassung sind zugleich die ersten, welche sie aufgeben; dieselben Männer, welche ein Jahr ihres Lebens daran gesetzt haben, sie zu machen, beeilen sich, sie in einer Minute zu vernichten; dieselben Männer, die sich durch mehr als eine förmliche Erklärung, durch schriftliche Verpflichtung, durch feierliche Versicherung, durch die unzweideutigsten, offenkundigsten Zusagen gebunden haben im Angesicht der Nation, die lösen nun mit einem Schnitte all' diese heiligen Bande, mit denen sie sich an das Volk, mit denen sie das Volk an sich gekettet haben.

Das also ist das Ende Eurer glorreichen Laufbahn: Darum also die vielen prächtigen Reden, die Ihr ein Jahr lang gehalten, darum also habt Ihr verschwendet die Fülle deutscher Worte, die Fülle einheimischer und ausländischer Bilder, verschwendet vor Allem die Fülle des reinen Vertrauens, die das deutsche Volk auf Euch gehäuft: Darum also das viele Gepränge auf den Reisen gen Wien und Berlin, der stattliche Pomp der Reichsgesandten und der Reichskommissare; darum also! um so zu enden! Ja, wahrlich, eine großartige Ironie!

Und gerade jetzt dieser jammervolle Rückzug!

Noch stehen die Kabinette nicht gerade in herzlichem Einverständniß; in Württemberg und den kleinen deutschen Staaten wird das Volk nicht so leichten Kaufes sein deutsches Recht sich nehmen lassen, in Hannover sind fort und fort die Vereine, die Städtetage in eifriger Agitation für die deutsche Verfassung, noch hat keine deutsche Kammer ihre Einwilligung gegeben zu dem Entwurfe der drei Königreiche, aber statt der Mittelpunkt der deutschen Bewegung zu bleiben, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, trat die Partei Gagern aus der National-Versammlung aus; statt jetzt noch dieser friedlichen Agitation Kraft und Nachdruck zu verleihen, hat sie sie nun gänzlich fallen lassen; statt, wie sie sich immer gerühmt hat, zwischen dem Fürsten und dem Volke zu vermitteln, hat sie nun die Sache des Volkes der Sache der Fürsten geopfert.

Wahrlich, die Worte des Dichters, der es verstand, der Natur den Spiegel vorzuhalten und der Tugend ihre Züge zu zeigen, die Worte, mit denen Shakespeare eine verlassene Fürstin ihren treulosen Bundesgenossen anklagen läßt:

„Du klein an Thaten, groß an Rederei!
„Du immer stark nur auf der stärkern Seite!
„Auch Du bist eidvergessen
„Und dienst der Größe. Welch' ein Narr bist Du,
„Gespreizter Narr, zu prahlen, stampfen, schwören
„Für meine Sache.
„Hast Du für mich wie Donner nicht geredet?
„Mir Schutz geschworen? mich vertrauen heißen
„Auf Dein Gestirn, Dein Glück und Deine Kraft?
„Und fällst von mir, fällst von Dir selbst nun ab?“

wahrlich, diese Worte kann die deutsche Nation der Partei Gagern entgegenrufen, ohne zu hart, ohne mehr als gerecht zu sein.“

Siebentes Kapitel.

Gesetzesoktroyirungen. — Einsetzung des Kriegsgerichts in Berlin. — Organisationsbestrebungen der demokratischen Partei in Berlin. — Das Lokalwahlcomité. — Das Central-Comité für volksthümliche Wahlen. — Die Volkspartei. — Der Organisationsplan der Volkspartei. — Auflösung der Versammlung der demokratischen Bezirksvertreter bei Stadtrath Runge. — Die Versammlung in der Konversationshalle. — Die „Maigefangenen“. — Waldecks Verhaftung. — Schärfere Durchführung des Belagerungszustandes. — Der Treubund. — Weitere Durchführung der demokratischen Organisation. — Der neue Parteivorstand. — Aufhebung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. — Oktroyirung des „Drei Klassen-Wahlgesetzes“. — Wählen oder Nichtwählen? — Der Kongreß in Köthen. — Der demokratische Kongreß in Frankfurt a. O. — Der konservativ-konstitutionelle Central-Ausschuß. — Große Treubundsfeste. — Der Treubund für Preußens Frauen und Jungfrauen. — Verfolgung demokratischer Agitatoren. — Verurtheilungen durch Gerichte und Geschworene. — Das Kriegsgericht. — Der Prozeß der „Maigefangenen“. — Kriegsgerichtliche Verurtheilungen. — Die Wahlen der Wahlmänner. — Die Cholera in Berlin.

Während das Ministerium Brandenburg-Manteuffel nicht ohne Erfolg bemüht war, die politischen Mittelparteien in Deutschland durch die Begründung einer neuen deutschen Reichsverfassung wenigstens so weit für sich zu gewinnen, daß dieselben von den weiter links stehenden Parteien sich vollständig lösten, während es zu gleicher Zeit das für die Reichsverfassung der Frankfurter Nationalversammlung in der Rheinprovinz, in Sachsen, Baden und der Pfalz sich erhebende Volk siegreich durch preußische Waffen bekämpfte, war es nicht minder eifrig bestrebt, im Innern Preußens den Kampf gegen die Demokratie bis zu deren vollständiger Unterdrückung fortzusetzen, theils durch den Erlaß einer Reihe von Gesetzen, theils durch straffere und rücksichtslosere Durchführung des Belagerungszustandes in Berlin.

Für den Erlaß von tief in das politische Volksleben einschneidenden Gesetzen bot der § 105 der Verfassung vom 5. Dezember 1848 eine bequeme Handhabe. Gestattete er auch dem Ministerium nur in dringenden Fällen den Erlaß von Verordnungen mit Gesetzeskraft, während die Kammern nicht versammelt waren, so ließ sich doch mit dem Schein der Verfassungsmäßigkeit der Erlaß jeder Verordnung, der Erlaß jedes Gesetzes unter den Schutz des vielumstrittenen Paragraphen bringen, wenn er nur gehörig interpretirt wurde. Allerdings verlangte § 105, daß die auf Grund jener Be-

stimmung vom Ministerium erlassenen Gesetze den Kammern bei ihrem Wiederzusammentritt zur Genehmigung vorgelegt werden müßten; aber auch diese Einschränkung hatte keine Bedeutung, wenn es nur der Regierung gelang, willfährige Kammern zusammen zu bringen und zu diesem Zweck einerseits den nöthigen Druck auf die Wahlen auszuüben und andererseits das Wahlgesetz so zu modificiren, daß der Einfluß der demokratischen Partei auf die Wahlen gebrochen werde.

Den Beginn der auf Grund des § 105 vorzunehmenden Octroyirungen machte am 10. Mai der Erlaß eines Gesetzes über die Verhängung des Belagerungszustandes in Kriegs- und Friedenszeiten und die Einsetzung von Kriegsgerichten in den mit dem Belagerungszustand beglückten Orten.

Der schwerste Vorwurf, der bisher dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel gemacht worden war, gründete sich auf die Ungesetzlichkeit der Verhängung und Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes über die Hauptstadt Berlin, nach der Octroyirung des Gesetzes vom 10. Mai 1849 auf Grund des § 105 erhielt die Regierung wenigstens den Schein des Rechts, wenn sie mit aller Energie den Belagerungszustand weiter durchführte; durch die, in diesem Gesetze vorgesehene Einsetzung von Kriegsgerichten erhielt sie außerdem das gewünschte Mittel zu politischen Verfolgungen, zur strengen Bestrafung jedes kleinen gegen die Bestimmungen des Belagerungszustandes gerichteten Vergehens.

Daß das Ministerium Brandenburg-Manteuffel volle Veranlassung hatte, das Machtmittel, welches es sich auf Grund des § 105 geschaffen, energisch auszunutzen, muß der unparteiische Beurtheiler der Verhältnisse anerkennen; es folgte dabei nur dem Gesetze der Selbsterhaltung.

In Berlin gährte noch immer trotz scheinbarer äußerer Ruhe, welche nur durch die Vorgänge nach Auflösung der Kammern eine kurze Unterbrechung erlitten hatte, das revolutionäre Element. Wie tief die demokratischen Ideen in das Volk von Berlin eingedrungen waren, hatte der Ausfall der Wahlen zur aufgelösten Zweiten Kammer bewiesen, die Regierung konnte sich der Wahrnehmung nicht verschließen, daß nicht nur der Arbeiterstand, sondern auch der größte Theil des Kleinbürgerthums in Berlin von demokratischen Gesinnungen durchdrungen und ihr feindlich gesinnt sei. Siegte die Demokratie bei den Kämpfen in Dresden, konnte sie in Süddeutschland sich mächtig erheben, dann erhob sie sicherlich auch in der preußischen Hauptstadt wieder ihr Haupt; an dem Wollen fehlte es ihr nicht, auch war sie durch die erlittene Niederlage nicht entmuthigt, sie hoffte nur auf einen äußeren Anstoß, um wieder offen und energisch hervor zu treten, einstweilen aber war sie bemüht, sich zu organisiren, um gerüstet zu sein für die Zukunft.

Die im Jahre 1848 durch die demokratischen Kongresse geschaffenen Organisationen von oben herab hatten sich als unfruchtbar erwiesen. Der auf dem letzten Kongreß gewählte Central-Ausschuß hatte kaum eine Wirksamkeit ausüben können, selbst so lange er in Berlin residirte; als er die unter dem Belagerungszustand stehende Stadt verlassen mußte, verlor er jede Bedeutung, sein Anschreiben an die Partei und die demokratischen Vereine wurde kaum mehr beachtet und ebenso wenig die des demokratischen Kreisausschusses für die Mark Brandenburg. Die alte Organisation zerfiel gänzlich, dafür aber wurden schon mit dem Beginn des Jahres 1849 die Schritte zu einer Neuorganisation der Partei in Berlin gethan, allerdings vorläufig nur zu dem Zwecke, die Wahlen zur Zweiten Kammer zu organisiren. Eine Anzahl bekannter und einflußreicher Demokraten vereinigte sich zu einem Lokalwahlcomité. Die alte Organisation der Bürgerwehr, deren Eintheilung in Bataillone und Compagnien nach den Stadtbezirken, diente zur Grundlage einer Wahlorganisation, die den besten Erfolg hatte.

Das Lokalwahlcomité hatte mit der Vorbereitung der Wahlmännerwahl seine Aufgabe erfüllt; aber es löste sich trotzdem nicht auf. Es ließ sich leicht voraussehen, daß die Zweite Kammer kein langes Leben haben werde, wenn sie sich nicht willenlos dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel beuge, die Wahlorganisation mußte deshalb für neue bald zu erwartende Wahlen erhalten und verstärkt werden; zu diesem Zwecke veranlaßte das Lokalwahlcomité das Zusammentreten von demokratischen Wahlmännern aus den 4 Berliner Wahlbezirken und die Bildung eines neuen Lokalwahlcomités für Berlin, welches beinahe aus denselben Personen wie das alte bestand. Für die Wahlen im ganzen Lande bildete sich außerdem ein Comité, welches sich den Namen „Central-Comité für volksthümliche Wahlen im preußischen Staate“ gab. Es bestand aus den Abgeordneten Waldeck, Bucher, Rodbertus, Ziegler, von Unruh, Philipps, Berends und Bauer, sowie aus Mitgliedern des Berliner Lokalwahlcomités, Kammergerichtsrath Gottheiner, Stadtrath Runge, Arzt Dr. O. Waldeck, M. Hertz, Oberlehrer Dr. Gercke und A. Collmann.

Der Geheime Ober-Tribunalsrath Waldeck, der bedeutendste, einflußreichste Abgeordnete der Linken, stand an der Spitze dieses Comités, er hatte diese Stellung angenommen, obgleich er sich von allen agitatorischen Parteivereinigungen fern zu halten pflegte, weil das Comité lediglich für die Organisation der Wahlen im Lande gebildet war. Eine öffentliche Wirksamkeit übte das Comité nur selten aus. Von Bedeutung war nur ein Aufruf, den es am 3. Mai nach der Auflösung der Zweiten Kammer an das Volk erließ und in welchem es die Wähler aufforderte, energisch ihr Recht zu wahren, wenn etwa für die bevorstehenden Neuwahlen zur Zweiten Kammer das allgemeine, gleiche Wahlrecht angetastet werden sollte.

Das Berliner Lokalwahlcomité faßte seine Aufgabe weiter als das Central-Wahlcomité; es begnügte sich nicht mit einer Vorbereitung der Wahlen, sondern strebte eine feste Organisation der demokratischen Partei an und zwar aller zu derselben gehörigen Fraktionen, um diese im Kampfe gegen die

Kontrerevolution zu vereinen. Es vermied zu diesem Zweck die durch die Excesse der Straßen-Demokratie bei der freisinnigen Bürgerschaft unliebsam gewordene Bezeichnung „demokratisch", die zu organisirende vereinigte Partei sollte sich „Volkspartei" nennen. — Für die Organisation dieser Partei wurde ein vollständiger Organisationsplan ausgearbeitet, über den eine im Jahre 1849 erschienene kleine Schrift*) folgendermaßen berichtet:

„Das Lokalcomité war bei Entwerfung dieses Planes von dem Grundsatze geleitet, daß die Organisation der Partei von den untern Schichten aus sich in die Höhe steigern müsse, es hatte deshalb die Stadtbezirke in Abtheilungen getheilt, deren jede sich einen Vertrauensmann wählte; die Vertrauensmänner bildeten das erste Glied der Organisation. Das zweite Glied wurde durch die Bezirksvertreter gebildet; die Bezirke waren vereinigt zu einem Volksvereine. Berlin war im Ganzen in 9 Volksvereine eingetheilt; diese waren bestimmt, die Klubs des Jahres 1848 zu ersetzen; in ihnen sollten alle Partei-Mitglieder der zusammengehörigen Stadtbezirke vereinigt sein; sie sollten als selbstständige Vereine dastehen, sollten berathen und beschließen können, sie sollten eine Einwirkung haben auf das ganze politische Leben der Stadt Berlin. Auch die sozialen Fragen sollten in ihnen erörtert werden, sie sollten einwirken auf die etwa neben der Organisation noch bestehenden Vereine, Handwerkerverein, Gesellenverbrüderung u. dgl. m., einwirken auf die Presse, einwirken auf das ganze Leben der sämmtlichen Parteigenossen, um neben einer festen Energie im Handeln doch auch die ruhige Würde, wie sie der Partei nothwendig ist, aufrecht zu erhalten. Die Volksvereine waren die eigentlichen Schwerpunkte der Organisation in Berlin.

An der Spitze der ganzen Organisation standen zwei Behörden, die eine, der Gesammt-Ausschuß der Stadt Berlin, bestand aus sämmtlichen Bezirksvertretern der ganzen Stadt, die andere, der Vollziehungsausschuß, wurde gewählt von dem Gesammt-Ausschuß. Die Aufgabe des Vollziehungsausschusses war es, die sämmtlichen Geschäfte der Partei zu leiten, die Kassenverwaltung zu besorgen und die Maßregeln, welche von dem Gesammtausschuß, der eigentlich berathenden und gesetzgebenden Behörde, beschlossen wurden, in Ausführung zu bringen.

Neben dieser Organisation bestanden die früheren neutralen Bezirksvereine fort, und es wurde sogar zur Aufgabe der Parteimitglieder gemacht, solche Vereine, wo sie noch nicht bestanden, zu gründen und in denselben Propaganda für die Demokratie zu machen. Diese neutralen Vereine waren deshalb um so nothwendiger, weil in denselben die Vorschußkassen begründet waren, deren wohlthätige Wirkung sich während des Jahres 1848 hinlänglich gezeigt hatte; man durfte dieselben unter keiner Bedingung eingehen lassen.

Dieser Organisationsplan, wie er von dem Lokal-Comité ausging, wurde, so viel als dies der Belagerungszustand gestattete, zur Ausführung gebracht; es war natürlicherweise nicht möglich, unter den Kriegsgesetzen Versammlungen der Bezirke u. s. w. zu berufen, aber dennoch wußte man Vertrauensmänner in den Bezirken aufzufinden, indem die demokratischen Wahlmänner oder die Wahlmannskandidaten der demokratischen Partei als solche aufgefordert wurden, die Bezirksvertreter zu wählen. Die Bezirksvertreter traten wiederum zusammen und wählten Vorsitzende eines Volksvereins. Die gesammten Bezirksvertreter wurden zusammen gerufen; es wurde ihnen der Organisationsplan vorgelegt, derselbe wurde genehmigt und von den sämmtlichen Bezirksvertretern ein Vorstand (der Name Vollziehungsausschuß wurde nicht beliebt) gewählt, welcher aus den Herren Dr. Gercke, Stadtrath Runge, Dr. Waldeck, Justizrath Pfeifer und Buchdruckereibesitzer Berends bestand; später wurden noch der Assessor Herzfeld und der Kammergerichtsrath Gottheiner als Mitglieder zu diesem Vorstand erwählt, Herr Gottheiner nahm indessen die Wahl nicht an."

Die demokratischen Organisationsbestrebungen konnten, obgleich sie geheim gehalten wurden, der wachsamen Berliner Polizei nicht verborgen bleiben. Unter den vielen bei der Organisation betheiligten Vertrauensmännern, Bezirksvertretern u. s. w. gab es einige Verräther, welche getreulich der Polizei über die demokratischen Verhandlungen berichteten und vielleicht sogar mehr berichteten, als sie selbst wußten. Machte auch der Oberlehrer Gercke, der die Seele der ganzen Organisation war, in seinen Einladungsbriefen zu den Berathungen die Eingeladenen besonders darauf aufmerksam, daß sie „um polizeiliche Belästigungen zu vermeiden, über Ort und Zeit der Versammlungen Stillschweigen beobachten" möchten, so hatten doch solche Ermahnungen keinen Erfolg, die Polizei war stets genau davon unterrichtet, wo und wann die zur Berathung der Organisation einberufenen Versammlungen stattfanden.

Daß eine straffe Organisation der jetzt Volkspartei genannten demokratischen Partei Berlins nicht nur den Zweck haben könne, eine etwaige Wahlagitation vorzubereiten, lag auf der Hand. Allerdings dachten in jenen Tagen wohl selbst die am weitesten nach links stehenden Demokraten nicht an eine revolutionäre Erhebung in Berlin, wohl aber hofften sie auf den Erfolg einer solchen Erhebung zu Gunsten der Reichsverfassung, auf den revolutionären Geist, der noch in allen Staaten im Volke lebte. Von diesen chimärischen Hoffnungen getragen, unternahmen die demokratischen Führer die Organisation der Volkspartei in Berlin, damit diese gerüstet sei, in einen Kampf einzutreten, wenn die Zeit dazu komme.

Solche Bestrebungen, die für die Regierung höchst gefährlich erschienen in einer Zeit, in welcher an vielen Orten Deutschlands die Flamme der Revo-

*) Die Organisation der Volkspartei in Berlin von Adolph Streckfuß. Berlin 1849 bei Friedrich Gerhard.

lution emporloderte, glaubte die Polizei im Keime unterdrücken zu müssen.

Am 21. Mai fand in der Wohnung des Stadtraths Runge eine Versammlung der Bezirksvertreter statt. Man war eben in bester Berathung, als ein Polizeibeamter erschien und die Anwesenden aufforderte, auseinander zu gehen. Stadtrath Runge protestirte gegen die Verletzung seines Rechtes, Gäste in seiner Privatwohnung bei sich zu sehen, aber der Polizeibeamte kümmerte sich nicht um diesen Protest, er zwang die Versammelten, die Wohnung des Stadtraths Runge zu verlassen; verhaftet wurde Niemand, der Polizeibeamte begnügte sich mit der Auflösung der kleinen Versammlung.

Mehrere der Anwesenden trafen noch an demselben Abend an einem andern Orte wieder zusammen, sie verabredeten sofort, daß am folgenden Abend, am 22. Mai, in der Konversationshalle am Dönhoffsplatz wieder eine Versammlung des Vorstandes der Partei und der sogenannten Vorsitzenden der noch nicht in das Leben getretenen Volksvereine zur weiteren Berathung der Organisation stattfinden solle; die bei der Verabredung nicht gegenwärtigen Herren wurden am nächsten Morgen durch Zettel, welche der Oberlehrer Gercke umherschickte, eingeladen.

Die Eingeladenen erschienen nur zum Theil; es waren an jenem Abend in der Konversationshalle anwesend die Lehrer Gercke, Steidel und Koch, die Doctoren der Medizin Waldeck und Guido Weiß, der Justizrath Pfeiffer, die Obergerichtsassessoren Gubitz und Herzfeld, der Fabrikant Schildknecht, der Thierarzt Mecklenburg, der Rentier Schönemann, der Baumeister Petersen und außerdem zwei nicht eingeladene Herren, die sich zufällig eingefunden hatten: der Apotheker Bernard und der Kandidat von Rosentreter.

Eine lebhafte politische Unterhaltung war im Gange, man sprach darüber, ob es nicht angemessen sei, Geldsammlungen zu veranstalten, um denen, die zum Kampf für die deutsche Reichsverfassung nach der Rheinpfalz gehen wollten, die Mittel dazu zu gewähren, aber der hierzu gemachte Vorschlag fand keine Beistimmung, zu einer direkten Unterstützung der Revolution waren die Meisten der Anwesenden theils zu vorsichtig, theils auch entsprach eine solche revolutionäre Thätigkeit nicht ihrer politischen Parteistellung. Die Versammlung war eben im Begriff zu einem andern Gegenstand der Unterhaltung überzugehen, zu einer Besprechung über die Berufung eines demokratischen Kongresses nach Frankfurt a. Oder und über ein Schreiben an einen namhaften Demokraten in Frankfurt, welches der Oberlehrer Gercke zu diesem Zwecke entworfen hatte, als plötzlich die Verhandlungen durch den Eintritt mehrerer Polizeibeamten unterbrochen wurden.

Diesmal begnügten die Polizisten sich nicht mit einer einfachen Auflösung der Versammlung. Sie traten an den Oberlehrer Gercke, den Leiter der Versammlung, heran und verlangten von ihm die Herausgabe eines vor ihm liegenden Notizbuches und des Briefes, den er in der Hand hielt; als er sich weigerte, den Brief herauszugeben, verhafteten ihn die Beamten, und als er den Brief zerriß, zwangen sie ihn durch Gewalt, die Stücke aus der Hand zu geben. Die Namen aller übrigen Anwesenden wurden von den Polizeibeamten aufgezeichnet und dann erst die Versammlung aufgelöst.

Zwei Tage darauf, am 24. Mai, wurde auf Befehl des General von Wrangel bei allen denen, deren Namen am 22. aufgezeichnet waren, Haussuchung gehalten. Eine große Menge von Papieren, auch verschiedene Waffen wurden mit Beschlag belegt, die Besitzer wurden verhaftet und nach der Stadtvoigtei gebracht, an demselben Abend aber noch nach dem Militär-Arresthaus übergesiedelt.

Die Verhaftung so vieler angesehener Männer machte ein ungeheures Aufsehen in Berlin, ein um so größeres, als sie durch das Gerücht in Verbindung gebracht wurde mit einer anderen Verhaftung, welche wenige Tage vorher, am 16. Mai, stattgefunden und die ganze demokratische Bürgerschaft in die höchste Aufregung versetzt hatte.

Der Geheime Ober-Tribunalsrath Waldeck, der berühmteste und beliebteste der demokratischen Abgeordneten, der einflußreichste Führer der Linken in der National-Versammlung und in der Zweiten Kammer, der Mann des Gesetzes, der mit kühnem Mannesmuth und gewaltiger Kraft auf der Rednertribüne des Parlaments die Völkerrechte vertheidigte, niemals aber sich betheiligt hatte an revolutionären Agitationen, war am 16. Mai plötzlich in seiner Wohnung verhaftet worden. Polizeibeamte hatten alle seine Zimmer nach geheimgehaltenen Papieren durchsucht, mehrere Kisten waren gefüllt mit Briefen, Manuskripten u. s. w. fortgebracht worden.

Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel machte jetzt Ernst mit der Ausnutzung des Belagerungszustandes, mit der energischen Durchführung des Kampfes gegen die Demokratie. Wenn ein Waldeck verhaftet und in das Gefängniß geworfen werden konnte, wenn ihm eine Reihe anderer angesehener Männer folgen mußten, die sämmtlich nicht der Straßen-Demokratie des Jahres 1848 angehört hatten, welcher Demokrat war dann noch seiner Freiheit sicher?

Ja, die Regierung machte Ernst mit dem Belagerungszustand. Bisher hatte sie gegen die geselligen Versammlungen der Bezirksvereine, in denen doch manches politische Wort gesprochen wurde, wenn auch Musik und Tanz die Hauptsache waren, nichts gethan, jetzt wurden auch diese Versammlungen polizeilich überwacht und auseinander getrieben, sobald irgend eine politische Aeußerung fiel. Aber diese Verfolgungen galten nur den demokratischen Vereinen, für die konservativen Vereine galt das Gesetz des Belagerungszustandes nicht; sie durften sich versammeln und öffentlich tagen, ihnen war es gestattet, politisch zu demonstriren. — Im „Treubund für König und Vaterland" herrschte ungebundene Redefreiheit, und sie wurde benutzt zu Schmähungen gegen die aufgelöste Zweite Kammer, gegen die Partei des Umsturzes, gegen die freisinnigen Abgeordneten, zur Glorificirung des

Ministeriums und zur Forderung strenger Gesetze gegen die Demokraten, vor allem aber zur Forderung einer Verletzung der Verfassung. Das Ministerium habe die Pflicht, so predigten die Redner im Treubund, Graf Luckner, Dr. Andreas Sommer, Professor Keller, Herr v. Ledebur und Andere, und die reaktionären Zeitungen, die Vossische an ihrer Spitze, sprachen es nach, durch eine neue rettende That das preußische Volk vor der Revolution zu schützen. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht müsse beseitigt, ein neues Wahlgesetz octroyirt werden.

Dunkle Gerüchte gingen in jenen Tagen von Mund zu Mund. Man erzählte, daß alle die berühmten Deputirten der früheren Linken und alle demokratischen Führer verhaftet und vor die Kriegsgerichte gestellt werden sollten; trotz aller dieser Gerüchte aber und obgleich in Dresden die Revolution durch preußische Truppen blutig niedergeschlagen worden war, verlor doch die Volkspartei den Muth nicht; dies zeigte sich bei den verschiedensten Gelegenheiten.

Als das Kaiser Alexander-Regiment nach der siegreichen Niederwerfung des Dresdener Aufstandes in Berlin wieder einzog, wurde es vom Volke nicht mit Huldigungen, sondern mit Zischen, Pfeifen und mit Beschimpfungen empfangen. Es hätte wohl noch ärgere Excesse gegeben, wenn nicht eine bedeutende Polizeimacht aufgeboten gewesen wäre; mehr als 20 Verhaftungen fanden statt.

In friedlicherer Weise zeigte sich die Widerstandskraft der demokratischen Partei in Berlin durch die weitere Durchführung der Organisation. Nur für wenige Tage brachte die Verhaftung der Führer der Bewegung, des Parteivorstandes, ein Stocken der organisatorischen Thätigkeit zu Stande, dann aber übernahmen andere Männer an Stelle der Verhafteten deren Aufgabe.

Ganz in der Stille traten in den Bezirken die Mitglieder der Partei zusammen, nicht zu großen Versammlungen, diese machte der Belagerungszustand unmöglich, sondern zu kleinen Vereinigungen, ein neuer Vorstand der Partei wurde gewählt und die nun Gewählten nahmen die Wahl an, obgleich sie der Ueberzeugung waren, daß sie in kurzer Zeit ebenso wie ihre Vorgänger verhaftet und dem Kriegsgericht überliefert werden würden. Es wurden gewählt für den 1. Volksverein: Schriftsteller Dr. Eduard Meyen, für den 2ten: Schriftsteller Adolph Streckfuß, für den 3ten: Kaufmann Pohl, für den 4ten: Arzt Dr. Simon, für den 5ten: Arzt Dr. Tappert, für den 6ten: Buchdruckereibesitzer Weidle, für den 7ten: Dr. Belgard, für den 8ten: Janson, für den 9ten: Kaufmann Steinberg.

Waren die Mitglieder des neuen Vorstandes darauf gefaßt, das Schicksal ihrer Vorgänger zu theilen, so wollten sie dasselbe doch nicht muthwillig heraufbeschwören; sie vermieden es, in öffentlichen Lokalen zusammen zu kommen; die Sitzungen des Vorstandes wurden in den Privatwohnungen zuverlässiger, aber wenig bekannter Parteigenossen abgehalten und niemals lange vorher verabredet. Verborgen konnten die Versammlungen der Polizei nicht bleiben, aber diese erfuhr erst, wenn sie stattgefunden hatten, den Versammlungsort.

Die nächste Aufgabe des neuen Vorstandes war die schnelle Durchführung der erst in ihren Anfängen begründeten Parteiorganisation; für diese war es vor allem nothwendig, eine feste Grundlage zu finden, ein Parteiprinzip, durch dessen Anerkennung diejenigen bezeichnet wurden, welche wirklich zur demokratischen Partei gehörten. Da man die Bezeichnung demokratische Partei aus Zweckmäßigkeitsrücksichten in Volkspartei umgewandelt hatte, war es nöthig, eine bestimmte Grenze zu ziehen, um die schwächlichen, schwankenden Liberalen, die stets bereit waren, zur Gegenpartei überzugehen, von der neuen Parteibildung auszuschließen. Die Regierung selbst gab dem Vorstand das Mittel hierzu durch die Octroyirung eines neuen Wahlgesetzes, welches die Vernichtung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts aussprach. An die Spitze der Organisationsstatuten konnte nun der Satz gestellt werden: „Mitglied der Partei kann nur derjenige werden, der sich entschlossen erklärt, auf gesetzmäßigem Wege für die Wiedererlangung des allgemeinen gleichen Wahlrechts wirken zu wollen."

Am 1. Juni hatten die Berliner Morgen-Zeitungen zwei hochwichtige Aktenstücke zur Kenntniß des Publikums gebracht: das auf Grund des § 105 der Verfassung octroyirte neue Wahlgesetz vom 30. Mai, die Motivirung desselben, und die verfassungswidrige Hinausschiebung der Wahlen zur Zweiten Kammer über die gesetzmäßige Frist hinaus durch das Staatsministerium.

Durch das neue Wahlgesetz wurde das allgemeine, gleiche Wahlrecht mit öffentlicher Abstimmung beseitigt und das Drei Klassen-Wahlsystem mit öffentlicher Abstimmung, wie es noch heute für die preußischen Landtagswahlen besteht, eingeführt. Durch eine andere Verordnung vom 30. Juni wurde der Termin zur Wahl der Wahlmänner auf den 17. Juli, der zum Zusammentritt der Kammern auf den 7. August festgestellt.

Die Octroyirung des Drei Klassen-Wahlgesetzes wurde von den reaktionären Zeitungen Berlins, von der Kreuz-Zeitung, der Vossischen und Spenerschen Zeitung, als rettende That mit Jubel begrüßt, die Konstitutionelle Zeitung, das Organ der altliberalen Partei, sprach zwar ihre Bedenken über die durch die Oktroyirung begangene Verfassungsverletzung aus und warf die Frage auf, ob wohl das Ministerium wieder ein neues Wahlgesetz oktroyiren werde, wenn auch das jetzige ihm keine Majorität in der Zweiten Kammer schaffe; aber sie zeigte sich sonst mit den Grundsätzen des neuen Wahlgesetzes ziemlich einverstanden, die demokratischen Organe dagegen, an ihrer Spitze die National-Zeitung, verurtheilten mit gemäßigten, aber ernsten Worten das Verfahren der Regierung, sie bezeichneten die Oktroyirung als einen Bruch der Verfassung vom 5. Dezember. Diesen Zeitungsstimmen entsprechend war auch die Aufnahme des Wahlgesetzes beim Berliner Volke, eine besondere Entrüstung erregte es auch bei den am weitesten

nach links vorgeschrittenen Parteien nicht, denn diese waren längst darauf vorbereitet, daß die Regierung ihre Macht zur Vernichtung des allgemeinen gleichen Wahlrechts ausnutzen werde. Fraglich war es nur, welche Stellung die jetzt sich Volkspartei nennende demokratische Partei bei den auf Grund des Drei Klassen-Wahlgesetzes vorzunehmenden Wahlen einnehmen solle.

Sollte man unter Protest wählen? Eine derartige Wahl konnte keinen Erfolg haben, denn das Wahlgesetz schrieb in den Paragraphen 23 und 31 ausdrücklich vor, daß sowohl für die Wahlmänner als für die Abgeordneten die Annahme unter Protest oder Vorbehalt als Ablehnung gelte. Sollte man ohne Protest und Vorbehalt wählen? Dann erschien die Wahl als eine Anerkennung der Gesetzmäßigkeit der Octroyirung, dann mußten konsequenter Weise auch die Beschlüsse der neu zu wählenden Kammer als verfassungsgemäß und rechtsgültig anerkannt werden, obwohl sich leicht voraussehen ließ, daß die Majorität in dieser Kammer viel weiter nach rechts verschoben sein würde, als in der aufgelösten Zweiten Kammer.

„Wozu sollen wir wählen?" so hörte man in jenen Tagen in Berlin überall, wo in den zur Linken sich neigenden freisinnigen Bürgerkreisen über Politik gesprochen wurde. „Es nützt ja nichts. Bekommen wir trotz des Wahlgesetzes die Majorität, dann löst die Regierung die Kammer wieder auf und octroyirt ein neues, noch mehr reaktionäres Wahlgesetz." —

Der ruhige, gemäßigte Theil der Bürgerschaft war müde, des Wählens satt, der revolutionäre Theil aber setzte seine Hoffnung darauf, daß durch die Nichtbetheiligung bei der Wahl eine reaktionäre Kammer geschaffen werden würde. „Es muß erst recht schlecht kommen, dann werden auch die Bürger wieder revolutionär!" so hörte man damals in Berlin oft sprechen.

Es ist später und besonders in neuester Zeit den Leitern der demokratischen Bewegung des Jahres 1849 der schwere Vorwurf gemacht worden, sie hätten durch die Nichtbetheiligung an der Wahl nach dem Drei Klassen-Wahlgesetz den größten politischen Fehler begangen. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Die demokratischen Führer, die bisherigen Abgeordneten und die Leiter der demokratischen Vereine, waren zum großen Theil der Ansicht, daß gewählt werden solle, aber sie mußten bald genug einsehen, daß sie ohnmächtig seien gegen die nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Lande sich mächtig geltend machende Volksstimmung. Sie würden, wenn sie zur Wahl aufgerufen hätten, nur schwache Nachfolge gehabt haben, da zogen sie es denn vor, ihrer Meinung nach zu schieben, während sie in der That geschoben wurden.

Da in Berlin der Belagerungszustand das Zusammenkommen eines Parteikongresses verbot, auf welchem über die Frage „Wählen oder Nichtwählen?" für die ganze Partei entschieden werden sollte, wurde ein solcher Kongreß nach Köthen berufen. Zahlreiche frühere Abgeordnete nahmen an demselben Theil, auch das Berliner Central-Komité, der Vorstand der Berliner Volkspartei, war durch einen Deputirten vertreten. Nach langen Berathungen entschied man sich für die Nichtwahl. Unter anderen Gründen wurde für diese auch geltend gemacht, daß die altliberale Partei (die Gothaer) in einer Kammer, in der keine demokratische Linke sich befände, gezwungen werden würde, endlich Farbe zu bekennen, sie werde in die Opposition gedrängt und dadurch werde der Regierung eine kräftige Stütze entzogen.

Ein zweiter Kongreß von Deputirten sämmtlicher demokratischen Vereine der Mark Brandenburg, welcher bald darauf (am 18. Juni) in Frankfurt a. O. stattfand und auf welchem das Berliner Central-Komité ebenfalls durch einen Deputirten*) vertreten war, bestätigte die Beschlüsse des Köthener Kongresses und beschloß eine neue Organisation der Vereine der Mark nach einem vom Berliner Central-Komité vorgelegten Organisationsplane, damit die Agitation für die Nichtwahl planmäßig durchgeführt werde. — Mit dieser Agitation ging denn auch das „Komité der Berliner Volkspartei" kräftig vorwärts. Eine Erklärung der Gründe, weshalb nicht gewählt werden dürfe, wurde in 25 000 Exemplaren gedruckt und vertheilt; schon war in aller Stille die Organisation so weit vollendet, daß durch zahlreiche Vertrauensmänner die Erklärung tief in die Bürger- und Arbeiterkreise hinein Verbreitung finden konnte.

Während in Berlin die Volkspartei Propaganda für die Nichtbetheiligung an der bevorstehenden Wahl zu machen suchte, war die Regierung unterstützt von der konservativen und der altliberalen Partei auf's Aeußerste bemüht, für die Betheiligung an den Wahlen zu wirken. Die konservativen Zeitungen enthielten täglich lange Artikel, in welchen dargelegt wurde, es sei eine Feigheit, ein Verrath am Vaterlande, sich der Wahl zu enthalten, das Wahlrecht schließe zugleich die Wahlpflicht ein.

Die konservativen und konservativ-konstitutionellen Vereine, welche auch während des Belagerungs-

*) Es ist bezeichnend für die damals in Berlin herrschende Stimmung, daß das Komité, welches in jedem Augenblick erwartete, verhaftet und wie das frühere Komité vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden, es doch wagte, einen Deputirten auf den Kongreß in Frankfurt a. O. mit dem Auftrag zu senden, dort die Berliner Volkspartei offen zu vertreten. Ich wurde nach Frankfurt a. O. deputirt und nahm das Mandat an; da ich bestimmt glaubte, bei der Rückkehr nach Berlin auf dem Bahnhof verhaftet zu werden, berichtete ich vor der Abreise von Frankfurt aus brieflich dem Komité über das Resultat des Kongresses, auf dem ich mich rückhaltlos als Mitglied des Berliner Central-Komité's vorgestellt hatte. Zu meiner größten Verwunderung konnte ich ungehindert nach Berlin zurückkehren und hatte auch später keine Anfechtungen wegen meiner Theilnahme an dem Kongreß, obgleich alle Berliner Zeitungen über diesen und darüber, daß ich als Deputirter der Berliner Volkspartei dort gewesen sei, berichteten.

zustandes ungehindert tagen und berathen konnten, schlossen sich nach dem Beispiel der demokratischen Organisation enger an einander, sie wählten Vertrauensmänner und durch diese einen konservativ-konstitutionellen Central-Ausschuß, der die Wahlagitation kräftig in die Hand nehmen sollte. Sehr vorsichtiger und kluger Weise wurden in diesen Central-Ausschuß nicht die Vertreter der äußersten Rechten, sondern meist hochgeachtete Männer gewählt, welche bei der Berliner Bürgerschaft theils als gemäßigte Konservative, theils sogar als gemäßigte Liberale bekannt waren, wie die Justizräthe Geppert und Furbach, der Goldwaarenfabrikant Vollgold, der Bauinspektor Cantian, Dr. Burtz und Dr. Firmenich; nur einige Vollblut-Konservative wie die Herren Wolf, Graf Oriola, Herr von Holleben wurden ihnen zugesellt.

Zur Unterstützung der politischen Agitation veranstaltete der Treubund große Festlichkeiten für seine Mitglieder und für Gäste, über welche die Zeitungen enthusiastische Berichte brachten; über eines dieser Feste berichtete z. B. die Vossische Zeitung:

„Das vorgestern vom Treubund in Tivoli veranstaltete Concert war ungemein besucht; vom frühen Nachmittage an pilgerten ganze Karavanenzüge von Droschken und Fußgängern durch die Friedrichstraße dem Kreuzberge zu. Ueberall erblickte man nur die preußischen Farben. Die Damen trugen weiße Kleider mit schwarzen Schleiern, die Männer weiße Beinkleider mit schwarzen Röcken. Die preußische Kokarde fehlte an keinem Hut. Tausende füllten das Etablissement, Hunderte suchten in den benachbarten Gärten Unterkommen und viele mußten umkehren, weil sie auf dem ganzen Kreuzberge nirgends mehr Aufnahme fanden. Man hatte in den Zeitungen bekannt gemacht, daß das Einlaßbillet an der Kasse 10 Sgr. kosten werde, da an Ort und Stelle aber nur Entree nach Belieben erhoben wurde, so diente dies, den Andrang in's Enorme zu erhöhen, und keine Hitze, kein Staub mehr schreckte die Besucher ab. Die Ausschmückung des Gartens war mit ziemlich bedeutenden Kosten, man spricht von 400—500 Thalern, bewerkstelligt worden. Am Eingang, in den Gängen des Gartens, auf dem Etablissement, überall wehten zahlreiche preußische Fahnen. Mitten im Garten war aus schwarzem und weißem Flor eine große tempelartige Frontseite aufgerichtet. An derselben befanden sich folgende Inschriften. In der Mitte um das eiserne Kreuz das Motto: „Mit Gott, für König und Vaterland"; rechts: „Es lebe der Prinz von Preußen, der Sieger von Waghäusel"; links: „Es leben die treuen tapferen Söhne des biederen preußischen Volkes". Davor sah man auf schwarz-weißem Flor-Postament im Halbkreise die Büsten des Königs, des hochseel. Königs, des Prinzen von Preußen, Friedrichs des Großen, Gneisenau's, Bülow's von Dennewitz, Kleist's, Blücher's und Scharnhorst's. Preußische und bunte Fahnen mit den Jahreszahlen 1813, 14, 15, zierten die Tempelfronte von beiden Seiten. Im Garten amüsirte man sich mit Glücksbuden, Bolzenschießen, Rutschpartien und Musik. Letztere wurde von vier im Garten vertheilten Musikchören exekutirt. Patriotische Kompositionen, besonders das Preußenlied, bildeten den Hauptheil der Ausführungen. Letzteres wurde wiederholt gespielt, gesungen und jedesmal mit endlosen donnernden Hurrah's auf das Königshaus, auf Preußen, seine Kriegshelden u. s. w. beschlossen. Den höchsten Gipfel erreichte aber die Begeisterung, als gegen Abend ein Feuerwerk abgebrannt wurde und die vorgedachte Tempelhalle in wirklich imponirender Weise im bengalischen Feuer erstrahlte. Alle Musikchöre wurden vereint und unter endlosen Hurrah's abermals das Preußenlied gesungen und gespielt." —

Die Frauen und durch sie die Männer zu gewinnen, war der Zweck solcher Feste, welche den patriotischen Führern des Treubundes viel Geld kosteten, aber dafür auch seine Mitgliederzahl erhöhten. Es gab ja in Berlin genug der Vergnügungslustigen, denen es gleich war, ob sie eine schwarz-weiße oder eine schwarz-roth-goldene Kokarde trugen, die aber freilich nicht immer die zuverlässigsten Mitglieder des Treubundes wurden. Dieselben gesinnungslosen Elemente, welche bisher sich zur Straßendemokratie aus Lust zum Skandal gehalten hatten, hielten sich nun zum Treubund, der nicht müde wurde, für das Vergnügen seiner Mitglieder zu sorgen.

Ein Abklatsch der Treubrüder war der Treubund für Preußens Frauen und Jungfrauen, welchen Graf Otto von Schlippenbach in jenen Tagen stiftete. Die Vossische Zeitung berichtet über ihn:

„Er wird als ein Orden betrachtet, welcher gestiftet und hervorgegangen ist aus treuer Liebe zu König und Vaterland. Aufgenommen wird in denselben jede achtbare Frau und Jungfrau, die den Muth in sich fühlt, den Weg mit dem Könige zu gehen, der gesagt: „Ich und mein Haus wollen dem Herrn dienen." Die besondere Aufgabe des Vereins ist, die socialen Fragen würdig lösen zu helfen, auf welche die vielgestaltige Noth der Zeit so dringend hinweist. Zunächst beabsichtigt er die Stiftung eines Musterhauses zur Erzielung wohlfeileren und sittlicheren Lebens, sowie bessere Erziehung der Kinder für die ärmere Volksklasse. Er besteht aus vier Graden: 1) der Henrietten-Grad, Farbe grün, nach der Gemahlin des großen Kurfürsten; 2) der Sophien-Grad, Farbe weiß, nach der Gemahlin des Königs Friedrich I.; 3) der Louisen-Grad, Farbe rosenroth, nach der verstorbenen Königin; 4) der Elisabeth-Grad, Farbe himmelblau, nach der regierenden Königin. Bundesfeste sind: 1) Stiftungstag des preußischen Königthums, den 18. Januar; 2) Geburtstag des Königs, den 15. Oktober; 3) Geburtstag der Königin, den 13. November; 4) Geburtstag des Thronerben, den 22. März; 5) Stiftungstag des Treubundes, den 17. Juli."

Die Versammlungen dieses weiblichen Treubundes boten dem gesunden Berliner Witz außerordentlich

viel Stoff, er verfiel bald und mit ihm sein Stifter dem Fluch der Lächerlichkeit.

Wenn auf der einen Seite die konservative Partei bestrebt war, durch die geschilderten Mittel die Mitglieder der Volkspartei in Berlin zu sich herüberzuziehen und hierdurch diese Partei zu schwächen, verfolgte die Regierung zu gleicher Zeit dasselbe Ziel auf anderem Wege, sie suchte durch die Verfolgung der demokratischen Agitatoren die Partei zu schrecken und bot zu diesem Zwecke alle Mittel auf, welche ihr irgend das am weitesten ausgelegte Gesetz gestattete.

Der Belagerungszustand wurde mit verschärfter Strenge aufrecht erhalten, nur die Mitglieder der konservativ-konstitutionellen Partei verspürten nichts von ihm, sie konnten sich in vollster Freiheit bewegen, während jede freiere Regung unterdrückt wurde, selbst gesellige Vereine anderer Parteien wurden rücksichtslos aufgelöst. Die Fremdenpolizei auf den Bahnhöfen wurde verschärft, Verhaftungen Verdächtiger wurden massenhaft vorgenommen. — Der Polizeipräsident von Hinkeldey entfaltete eine außerordentliche Thätigkeit und verstand es zu einer solchen auch die untergeordneten Polizeibeamten, die Konstabler, anzufeuern. Wo diese eine rothe Kokarde, eine rothe Feder oder ein rothes Bändchen sahen, da wurde der Inhaber sofort verhaftet, selbst die Träger auffallender sogenannter Demokraten-Hüte, der weichen schwarzen und grauen Filzhüte mit breiter Krempe, wurden zur Wache sistirt; dabei gab es dann freilich manche komische Mißverständnisse, einige recht hochgestellte Herren, welche die bequemen Hüte trugen, hatten ebenfalls das Schicksal, verhaftet und nach der Wache geschleppt zu werden.

Eine redliche Unterstützung fand die Regierung bei der Verfolgung der Demokraten durch die Gerichte und zur großen Enttäuschung der Volkspartei auch durch das neu gebildete Geschworenen-Gericht, das Kind der Revolution. —

Polizeipräsident von Hinkeldey hatte es vortrefflich verstanden, bei der Feststellung der Geschworenenliste alle diejenigen Elemente zu entfernen, von denen zu besorgen war, daß ihre Anhänglichkeit für die Demokratie sie parteiisch machen könne.

Am Montag, den 14. Mai 1849, fand in Berlin die erste Sitzung des Schwurgerichtes statt, zu der sich eine ungeheure Zahl von Zuhörern eingefunden hatte, so daß der enge Zuhörerraum gedrängt voll war. — Der Präsident des ersten Schwurgerichtshofes war der Direktor Harrassowitz, als Staatsanwalt fungirte Ober-Staatsanwalt Sethe, als Vertheidiger waren bei dem ersten vor den Geschworenen verhandelten Prozesse thätig die Herren Justizrath Amelang und Dr. Stieber, der später so viel genannte Polizeirath, der damals aber noch sich als Demokrat vom reinsten Wasser aufspielte. Auf der Anklagebank saß der bekannte Schriftsteller Robert Springer. Er hatte in einem am 7. November 1848 erschienenen Blatt „Die Lokomotive“ einen fulminanten Artikel mit der Ueberschrift: „An den Tyrannen“ veröffentlicht. In diesem Artikel hatte sich Springer nach der Anklage einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht, da sich derselbe seinem ganzen Inhalte nach nur gegen die Person des Königs Friedrich Wilhelm IV. richten konnte.

Der Angeklagte leugnete, den König als Tyrannen bezeichnet zu haben, er behauptete, sein Artikel sei eine Dichtung, ein freies poetisches Erzeugniß der Phantasie; auch die Vertheidigung suchte aus dem Artikel selbst nachzuweisen, daß der Angeklagte mit dem Tyrannen gar nicht den König Friedrich Wilhelm IV. gemeint haben könne; die Geschworenen aber wurden nicht überzeugt, sie sprachen ihr „Schuldig“ und Robert Springer wurde wegen Majestätsbeleidigung zu zweiundeinhalbjährigem Festungsarrest und zum Verlust der Nationalkokarde verurtheilt.

Dies war das erste Urtheil des Geschworenen-Gerichts in Berlin, es machte ein ungeheures Aufsehen; es bewies, daß das vielersehnte Volksgericht doch ein zweischneidiges Schwert sei. — In der nächsten Zeit richtete es seine volle Schärfe gegen alle politisch Angeklagten. Zahlreiche politische Prozesse wurden in den nächsten Monaten vor den Geschworenen verhandelt und in allen, ohne Ausnahme, sprachen sie das „Schuldig“, auch in solchen Prozessen, in denen sicherlich ein Richterkollegium der schwachen vorliegenden Beweise wegen eine Freisprechung beschlossen haben würde. — Damals errang sich das Geschworenengericht den höchsten Beifall der konservativen Partei und der Machthaber, es verlor denselben aber bald wieder, als die immer höher gehenden Wogen der Revolution die Revolutionsfurcht und den Demokratenhaß des konservativ-konstitutionellen Bürgerthums, aus welchem die Geschworenen gewählt werden mußten, erschüttert hatten.

Ein besseres Mittel noch zur Verfolgung der Demokraten, als das Geschworenengericht, vor welchem nur schwerere politische Vergehen verfolgt werden konnten, bot während der Dauer des Belagerungszustandes das neu begründete Kriegsgericht, ihm konnten die von keinem anderen Gericht zu beurtheilenden Verletzungen der Bestimmungen, welche nur für den Belagerungszustand eine Gültigkeit hatten, vorgelegt werden.

Die erste Sitzung des Kriegsgerichts fand am 23. Juni 1849 im Hausvoigteigebäude statt. — Als Präsident des Gerichts fungirte der Stadtgerichtsrath Hufeland, mit ihm gemeinschaftlich bildeten drei Offiziere und ein bürgerlicher Richter Scheffler den Gerichtshof. Der Divisions-Auditeur Justizrath Schlitte wirkte als Staatsanwalt.

Der erste und wichtigste Prozeß, der vor dem Kriegsgericht sich abspielte, war der gegen die sogenannten Maigefangenen, gegen die in den letzten Tagen des Mai verhafteten Organisatoren der Volkspartei. —

Die reaktionären Zeitungen hatten unmittelbar nach der Verhaftung der Maigefangenen, Oberlehrer Gercke und Genossen, viel davon gefabelt,

daß eine weit verbreitete hochverrätherische Vereinigung entdeckt worden sei, in welche wohl alle hervorragenden Führer der Demokraten verwickelt wären. Eine ähnliche, durch falsche Denunciationen von Spionen erzeugte Anschauung mochte wohl auch höheren Orts herrschen; man hatte wohl gehofft, durch die Haussuchungen bei den Verhafteten Papiere zu finden, durch welche der Beweis der Schuld der Gefangenen geführt werden könne; aber diese Hoffnung wurde betrogen. Es fanden sich nur unbedeutende Briefe und Schriftstücke, Einladungsschreiben zu Konferenzen u. s. w., aber kein Papier, welches auch nur im Entferntesten darauf hindeutete, daß die Gefangenen einen anderen Zweck, als den der Organisation der Volkspartei verfolgten.

Das wichtigste und interessanteste Schriftstück, welches die Polizei erbeutete, war der Brief, den der Oberlehrer Gercke bei seiner Verhaftung in kleine Stücke zerrissen hatte, die ihm gewaltsam abgenommen worden waren. Dieser Brief, dessen einzelne Stücke wieder zusammengesetzt worden waren, lautete:

„Geehrter Herr!

Sie haben während Ihres Aufenthaltes in Berlin die hiesige Stimmung hinlänglich kennen gelernt, um zu begreifen, daß Berlin im gegenwärtigen Augenblicke sich nicht an die Spitze der Bewegung, wenn auch nur der Mark Brandenburg, stellen wird. Die Stimmung ist gedrückt; noch liegt uns der passive Widerstand entnervend in den Gliedern. Das Panier, um das sich die Bewegung jetzt schaaren muß, ist die deutsche Sache und — trotz aller Mängel — die Reichsverfassung; was ebenfalls dazu beiträgt, daß Berlin diesmal nicht die Initiative ergreifen wird, da, wie Sie wissen, hier ursprünglich gar keine Sympathieen für Frankfurt und die Reichsverfassung vorhanden waren.

Auch hier begreift man indessen jetzt, daß mit der Reichsverfassung auch die Freiheit fällt, und wird deshalb im Kampfe für dieselbe nicht zurückstehen, wenn nur von außen her ein energischer Anstoß erfolgt.

Die Volkspartei ist, soweit es der Belagerungszustand möglich macht, organisirt und handelt in Uebereinstimmung; doch würden alle energischen Maßregeln, die man ergreifen möchte, um der Sache eine entscheidende Wendung zu geben, theils am Belagerungszustande, theils aber und besonders an der gedrückten Stimmung der Bevölkerung selbst scheitern, wie alle Versuche, die angestellt sind, hinlänglich beweisen und namentlich der Umstand, daß die letzten Maßregeln der Regierung keine größere Aufregung hervorgebracht haben. Eine Erhebung ist gegenwärtig unmöglich, und dennoch müssen die östlichen Provinzen Preußens und namentlich das bisher ganz unthätige Brandenburg ein Lebenszeichen von sich geben, soll die deutsche Sache nicht verloren gehen, indem es sonst den Anschein gewinnt, als wären die alten Provinzen wenigstens soweit mit der Regierung einverstanden, daß sie dieselbe ohne kräftigen Widerstand gewähren lassen. Ist eine siegreiche Erhebung unwahrscheinlich und unmöglich, so müssen wir wenigstens bemüht sein, die Unterdrückungsmittel der Erhebung in anderen Gegenden in Schach zu halten.

Ein Brandenburgischer Städtetag scheint unausführbar und —. Wir fordern Sie daher auf, von Frankfurt aus einen Kongreß sämmtlicher Vereine der Provinz, die an der Reichsverfassung festhalten wollen, sobald als möglich zu berufen, um über die zu ergreifenden Maßregeln Beschluß zu fassen. Ist freilich nicht zu erwarten, daß der Kongreß ungehindert stattfinden wird; ist selbst im Falle, daß er stattfindet, von seinen Beschlüssen kein unmittelbares Resultat zu hoffen: so wird doch Einiges mit Sicherheit erreicht, die bis jetzt in der Mark zersplitterte Bewegung bekommt eine einheitliche Richtung, die Aufregung wird sowohl durch das Verbot, als durch das Zusammenkommen des Kongresses vermehrt, die Regierung wird beschäftigt und ihr Einschreiten an anderen Orten gelähmt, die Stimmung im Südwesten Deutschlands, die gegen Berlin und Preußen sehr erbittert ist, wird gehoben.

Sollten Sie mit uns einverstanden sein, so schlagen wir die Pfingstwoche als die geeignetste Zeit für den Kongreß vor.

Genehmigen Sie die Versicherung unserer aufrichtigen Hochachtung.

Berlin, den 19. Mai 1849.

Der Vorstand des Gesammt-Ausschusses
der Berliner Volkspartei."

Daß aus diesem Briefe Rückschlüsse auf eine revolutionäre Stimmung des Schreibers gezogen werden konnten, war nicht zu verkennen, aber irgend einen Anhalt dafür, daß von ihm irgend eine gesetzwidrige revolutionäre Handlung wirklich vorbereitet worden sei, bot er nicht, und alle Mühe, welche sich der Untersuchungsrichter gab, von Gercke und den anderen Maigefangenen eine derartige Andeutung zu erhalten, war fruchtlos. Da blieb denn für die Beurtheilung des Kriegsgerichts nichts übrig, als eine recht zweifelhafte Verletzung der Gesetze des Belagerungszustandes; nur gegen eine solche richtete sich die Anklage des Divisions-Auditeurs, der auseinandersetzte, daß die Angeklagten einem Verein mit politischen Zwecken angehört und hierdurch das gleich bei Proklamation des Belagerungszustandes erlassene Verbot, daß alle Vereine und Klubs zu politischen Zwecken nicht mehr stattfinden dürften, verletzt hätten. Die Versammlung in der Konversationshalle wurde als die Versammlung eines solchen Vereins betrachtet. In seiner Anklagerede hob der General-Auditeur die große Gefährlichkeit der demokratischen Vereinigung und Organisation hervor, indem er sich auf alle die Proklamationen stützte, welche einst vom Demokratischen Central-Ausschuß, nicht von den Angeklagten, sondern von dem auf dem Berliner Demokraten-Kongreß im Oktober 1848 gewählten Ausschuß d'Ester, Graf Reichenbach und

Heramer (s. Seite 1151) erlassen und verbreitet worden waren.

Die Angeklagten verleugneten in keiner Weise ihre organisatorischen Bestrebungen, aber sie stellten in Abrede, daß die Versammlung in der Konversationshalle den Charakter eines geschlossenen politischen Vereins gehabt habe, — die Vertheidiger beriefen sich auch darauf, daß während des Belagerungszustandes fortwährend politische Versammlungen des Treubundes stattfänden. — Interessant und charakteristisch für den Geist, der damals die Polizeibeamten beherrschte, war die Aussage eines derselben, der als Zeuge geladen war. Einer der Vertheidiger fragte den Zeugen, Polizeirath Winckler, ob es ihm bekannt sei, daß politische Versammlungen des Treubundes und der konstitutionellen Vereine während des Belagerungszustandes stattfänden und daß diese Vereine für die Wahl agitirten. — Der Zeuge antwortete hierauf: „Das ist mir nicht bekannt!" und nahm diese Aussage auf seinen Amtseid.*)

Nach dem Inhalt der ganzen Verhandlung, nach der Aussage der Zeugen, den Auslassungen der Angeklagten, den glänzenden Reden der Vertheidiger schien die Freisprechung aller Angeklagten so sicher, daß einer derselben, der Dr. Guido Weiß, als er vom Präsidenten gefragt wurde, ob er noch etwas zu sagen habe, erwidern konnte: „Ich verzichte auf das Wort, um den Augenblick nicht zu verzögern, wo Sie uns freisprechen."

Alle die zahlreich versammelten Zuhörer erwarteten mit Sicherheit die Freisprechung; sie wurden bitter enttäuscht durch den Urtheilsspruch des Kriegsgerichts, der dahin lautete, daß der Oberlehrer Gercke wegen Uebertretung eines im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Gebotes mit einjähriger Gefängnißstrafe zu belegen sei. Die Angeklagten Schönemann, Herzfeld, Gubitz, Berends, Weiß, Dr. Waldeck, Pfeiffer, Koch und Mecklenburg wurden ebenfalls wegen Uebertretung eines im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Gebotes mit dreimonatlicher Gefängnißstrafe belegt, nur die Angeklagten Schildknecht, Steide und Petersen wurden freigesprochen, weil es nicht erwiesen sei, daß sie einem Verein zu politischen Zwecken angehört hätten. —

Das harte Urtheil des Kriegsgerichts machte ungeheures Aufsehen in Berlin. Die zu so schwerer Strafe Verurtheilten erschienen ihrer Partei, für welche sie sich geopfert hatten, als Märtyrer, — alle Parteigenossen bemühten sich, ihre Haft zu erleichtern. Wein, Cigarren, Delikatessen aller Art wurden ihnen in das Gefängniß geschickt, und wer nur irgend mit einem der Verurtheilten bekannt war, suchte ihm seine Theilnahme persönlich zu versichern. Zu den Sprechstunden wurde die Hausvoigtei nicht leer von Besuchern.

Nach der Verurtheilung der Maigefangenen ließ sich leicht voraussehen, welcher Art die fernere Thätigkeit des Kriegsgerichts sein werde; es erfüllte im vollsten Maße die ihm übertragene Aufgabe. Wenn die Polizei nicht müde wurde, alle Träger demokratischer Abzeichen, rother Bänder, Federn und Kokarden, die Verkäufer demokratischer Schriften u. s. w. zu verhaften, so wurde das Kriegsgericht nicht müde, sie zu verurtheilen. Ein Diebstahl wurde von den ordentlichen Gerichten milder bestraft, als das Tragen einer rothen Feder am Hut vom Kriegsgericht, — sechs Wochen, drei, selbst sechs Monate Gefängniß wurden je nach der Schwere des Falles für kleine Verletzungen der Gebote des Belagerungszustandes verhängt, meist gegen unreife Burschen, die das Kriegsgericht am meisten beschäftigten. —

Die Härte, mit welcher die Polizei und das Kriegsgericht verfuhren, hatte doch nur einen sehr fragwürdigen Erfolg, für den Moment unterdrückte sie wohl die öffentliche Kundgebung der Volksstimmung, diese aber zu beeinflussen vermochte sie nicht. Dies zeigte sich bei den Ergänzungswahlen für die Stadtverordnetenversammlung, welche Ende Juni stattfanden, es wurden zwar 18 Konservative, aber auch 12 Demokraten gewählt, obgleich die konservative Partei mit Hochdruck gearbeitet hatte.

Wie tief im Volke Berlins der demokratische Geist wurzelte und wie wenig alle Gewaltmaßregeln, alle Drohungen vermochten, ihn auszurotten, sollte sich recht klar bei den Wahlen für die Zweite Kammer zeigen.

Die vereinigte konservativ-konstitutionelle Partei hatte mit allen Mitteln darauf hingearbeitet, Propaganda für eine möglichst große Betheiligung bei der Wahl nach dem neuen Drei Klassen-Wahlgesetz zu machen. Es war für sie schon ein Sieg, wenn überhaupt eine starke Betheiligung stattfand, da von der Volkspartei die Nichtwahl proklamirt war. Die Regierung unterstützte kräftig die Bestrebungen der Konservativen. — Um der Volkspartei die Möglichkeit einer Agitation zu entziehen, gestattete zwar der General von Wrangel die Abhaltung von Wahlversammlungen, in diesen aber durfte nur über Wahlangelegenheiten gesprochen werden, und jede Versammlung, in welcher die Frage, ob überhaupt gewählt werden solle, zur Berathung kam, wurde sofort aufgelöst. —

Der Wahltag, der 17. Juli, kam heran; man fürchtete Unruhen an diesem Tage, die ganze Polizeimacht war deshalb aufgeboten und das Militär in den Kasernen konsignirt; aber alle diese Vorsichtsmaßregeln waren vergeblich; schon war die

*) Es machte in Berlin ungeheures Aufsehen, daß ein höherer Polizeibeamter nichts von der Thätigkeit des Treubundes wußte, über welchen doch alle Zeitungen täglich berichteten. — Herr Winckler sah sich hierdurch veranlaßt, in den Zeitungen eine Erklärung zu erlassen, daß er keineswegs die Existenz des Treubundes amtseidlich abgeleugnet habe, was ihm keineswegs vorgeworfen wurde; dieser Erklärung stellte die National-Zeitung den Wortlaut des amtlichen stenographischen Berichts, der über die Verhandlungen aufgenommen worden war, gegenüber, sie bewies hierdurch klar, daß Herr Winckler wirklich die Aufsehen erregende Erklärung abgegeben habe.

Organisation der Volkspartei so weit vorgeschritten, daß überall in der Stadt die Vertrauensmänner das Losungswort „Keine Störung der Wahl“ hatten verbreiten können. — Zu Landpartien nach den verschiedenen Vergnügungsorten rings um Berlin sollte der Wahltag von den Nichtwählern benutzt werden.

Und so geschah es! — Während die Konservativen und die von ihnen abhängenden Beamten und kleinen Handwerker sich in den Wahllokalen versammelten, zogen die Anhänger der Volkspartei zu vielen Tausenden hinaus vor die Thore. Sogar die im Sommer 1849 in Berlin sehr wild wüthende Cholera konnte die Demokraten nicht abhalten, an jenem Tage sich im Freien zu vergnügen.

Das Resultat der Wahlmännerwahl war eine Minoritätswahl in allen Bezirken, ein Wahlkampf hatte nirgends stattgefunden, überall waren konservative oder konservativ-konstitutionelle Wahlmänner gewählt worden.

Achtes Kapitel.

Oktroyirung des Vereins- und des Preßgesetzes. — Wahl der Berliner Abgeordneten. — Aufhebung des Belagerungszustandes. — Verschärfung der Fremdenpolizei. — Neues politisches Leben in Berlin. — Waldeck's Geburtstagsfeier. — Grundsteinlegung für das Denkmal Friedrich Wilhelms III. — Vollendung der demokratischen Organisation.

Schon längere Zeit vor den Wahlmännerwahlen hatte sich in Berlin das Gerücht verbreitet, der Belagerungszustand werde endlich aufgehoben werden und die Wahl stattfinden, ohne daß die Wählenden durch die für den Ausnahmezustand gültigen Gesetze bei der Ausübung des Wahlrechts beschränkt würden. Dieses Gerücht schien eine Begründung zu finden durch die Oktroyirung der beiden Gesetze, welche, nach den Erklärungen des Ministeriums in der aufgelösten Zweiten Kammer, der Aufhebung des Belagerungszustandes vorausgehen müßten, eines Gesetzes, die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauches des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes betreffend, und eines Preßgesetzes.

Diese beiden Gesetze, welche in der Zweiten Kammer nicht mehr hatten zur Beschlußfassung kommen können, wurden auf Grund des § 105 der Verfassung am 29. und 30. Juni oktroyirt.

Als die beiden Gesetze in Berlin bekannt wurden, erregten sie ein großes Aufsehen. Es war längst bekannt, daß ein Versammlungsgesetz und ein Preßgesetz oktroyirt werden würden. Die demokratische Partei hatte befürchtet, daß beide Gesetze das Versammlungsrecht und die verfassungsmäßige Preßfreiheit illusorisch machen würden, zu ihrem Erstaunen aber fand sie sich getäuscht und sie erkannte dies ehrlich an. Die demokratische National-Zeitung begann ihren Leitartikel vom 7. Juli mit folgenden Worten:

„Wir befinden uns seit dem 5. Dezember v. J. zum ersten Male in der angenehmen Lage, einer von der Regierung auf Grund des Artikels 105 der Verfassung erlassenen Verordnung nicht mit entschiedener Opposition entgegentreten zu müssen, ja sogar dieselbe als einen erfreulichen Fortschritt in der Entwickelung unserer Verhältnisse zu begrüßen.

Nicht deshalb allein sind uns diese Verordnungen willkommen, weil sie uns nach der ausdrücklichen Erklärung des Ministeriums die sicheren Bürgen für das alsbaldige Aufhören des Ausnahmezustandes sind, unter welchem die Freiheit der Presse und das Versammlungsrecht der absoluten Willkür preisgegeben war, sondern weil durch dieselben einem dringenden Bedürfniß der Gegenwart entgegengekommen und auf dem wichtigsten Gebiet des neugestalteten politischen Lebens wenigstens vorläufig ein Rechtsboden geschaffen wird, der einer freien und natürlichen Entwickelung desselben keine allzu engen Schranken entgegenstellt.

Der Geist, der in diesen Verordnungen waltet, scheint uns ein solcher, der nicht — wie die jüngsten Vorlagen der französischen Regierung — nur noch den Schein der Preßfreiheit und des Versammlungsrechts übrig läßt, sondern mit Ausschluß einiger einzelnen Bestimmungen ein solcher, der diese verfassungsmäßigen Grundrechte der Nation aufrecht erhält, während er der freigewordenen Presse gegenüber strenge Repressivmaßregeln gegen ihre Ueberschreitungen anordnet, den Mißbrauch des Versammlungsrechts durch sorgfältige Kontrole der Sicherheitsbehörde zu verhindern sucht.“

Die beiden Gesetze enthielten in der That nur wenige bedenkliche Bestimmungen; wenn sie die Grundlage für das Verfahren der Polizei und der Gerichte wurden, wenn die Polizeibeamten die Gesetze nicht überschritten, die Gerichte sie nicht willkürlich auslegten, drohte durch dieselben weder der Preßfreiheit noch dem Versammlungsrecht eine Gefahr.

Daß Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckten, verpflichtet waren, ihre Statuten der Polizei mitzutheilen, daß diese das Recht haben sollte, zwei Beamte in die Versammlungen zu schicken und letztere aufzulösen, wenn in ihnen Anträge oder Vorschläge erörtert wurden, die eine Aufforderung oder Aufreizung zu strafbaren Handlungen enthielten, — nur in diesem Falle gewährte das Gesetz den Polizeibeamten das Recht zur Auflösung, — konnte für Vereine und Versammlungen, die sich innerhalb der Schranken des Gesetzes hielten, nur bedenklich werden, wenn die Polizei die ihr durch das Gesetz gewährte Rechtsbefugniß überschritt, auch das Verbot von Volksversammlungen unter freiem Himmel innerhalb von zwei Meilen von dem Ort der jedesmaligen Residenz des Königs oder des Sitzes der Kammern für die Dauer der Sitzungsperiode derselben ließ sich wohl aus den Erfahrungen des Jahres 1848 rechtfertigen. — Ebensowenig gefährlich

erschienen die Bestimmungen des Preßgesetzes, welches zwar für Preß-Verbrechen und -Vergehen strenge Strafen festsetzte, aber den größeren Theil derselben der Kompetenz der Schwurgerichte überwies.

Die beiden Gesetze, an deren Erlaß einst das Ministerium die Aufhebung des Belagerungszustandes für Berlin geknüpft hatte, waren veröffentlicht, man hoffte deshalb allgemein in Berlin, daß jetzt der Ausnahmezustand endlich beseitigt werden würde. Die Stadtverordneten-Versammlung gab diesem Wunsche Ausdruck durch eine Deputation, die sie an den General von Wrangel und den Minister von Manteuffel entsendete, sie bat um schleunigste Aufhebung des Belagerungszustandes, damit wenigstens die Wahl der Abgeordneten frei stattfinden könne.

Die Deputation wurde sehr freundlich empfangen, aber einen bestimmten Bescheid erhielt sie nicht. — General Wrangel versprach seinen Einfluß zur Erfüllung des Wunsches der städtischen Behörden aufzubieten und der Minister von Manteuffel ließ in seiner Antwort durchschimmern, daß er nicht die Absicht habe, den Belagerungszustand bis zum Zusammentritt der Kammer aufrecht zu erhalten, aber auf irgend ein Versprechen ließ er sich nicht ein.

So mußten denn die Vorversammlungen der Wahlmänner noch unter der Herrschaft des Kriegsgesetzes stattfinden; einen Einfluß auf die Verhandlungen und auf die Wahl hatte dasselbe allerdings nicht, denn die Wahlmänner gehörten ja mit wenigen Ausnahmen der Partei an, der während des Belagerungszustandes volle Freiheit der politischen Agitation gelassen worden war, — ihre Versammlungen waren daher von vornherein wirkliche Parteiversammlungen; dies mußten einige Wahlmänner erfahren, die untreu der Partei, der sie früher angehört hatten, nicht nur selbst gewählt, sondern auch ein Wahlmannsmandat angenommen hatten. Zu diesen Wenigen gehörte der bekannte Professor Gneist, der nach den Stürmen des Jahres 1848 als Stadtverordneter sich schon mehr und mehr von der demokratischen Partei getrennt und jetzt durch seine Betheiligung an der Wahl gezeigt hatte, daß er bereit sei, noch weiter nach rechts hinüber zu schwenken.

Die demokratische Vergangenheit des Herrn Gneist wurde ihm nicht vergessen; als er Theil nehmen wollte an den Vorwahlberathungen der Wahlmänner, wurde er nicht zugelassen, da er nicht zur konstitutionell-monarchischen Partei gehöre. Er legte in Folge dieser Zurückweisung sein Wahlmannsmandat nieder.

Bei der Zusammensetzung der Wahlmannskörper konnte das Resultat der am 27. Juli stattfindenden Wahl nicht zweifelhaft sein; ohne Wahlkämpfe ging dieselbe freilich nicht ab, diese aber betrafen mehr die Personen- als die Principienfrage, denn alle Kandidaten gehörten der jetzt vereinigten konstitutionell-monarchischen Partei an, wenn sie auch in dieser mehr oder weniger weit rechts standen. Für die auf der äußersten Rechten stehende feudale Junkerpartei hatten die Berliner Wahlmänner des Jahres 1849 keine Sympathien, aber ebensowenig auch für die zur Linken sich hinüber neigenden freisinnigen Mitglieder der Partei, welche in der aufgelösten Zweiten Kammer das rechte Centrum gebildet hatte. Es wurden am 27. Juli in Berlin gewählt im 1. Wahlbezirk: Justizrath Geppert, General von Reiher, Direktor Fröhner; im 2. Wahlbezirk: Minister a. D. Camphausen, General Stockhausen; im 3. Wahlbezirke: Oberstlieutenant von Griesheim, Geheimrath Stiehl; im 4. Wahlbezirk: Minister von Manteuffel und Justizrath Ulfert. —

Die Wahl der Abgeordneten fand am 27. Juli noch unter der Herrschaft des Belagerungszustandes statt, aber am folgenden Tage, am 28. Juli, verkündeten die Berliner Zeitungen, daß das Staats-Ministerium durch Erlaß vom 26. Juli den Belagerungszustand zum 28. Juli aufgehoben habe. An demselben Tage erschienen zwei Bekanntmachungen des Polizei-Präsidenten von Hinckeldey, deren eine eine Verschärfung der Fremdenpolizei enthielt. Sie ordnete an, daß alle in Berlin einpassirenden Reisenden sich auf den Eisenbahnhöfen resp. an den Stadtthoren über ihre Person ausweisen und, wenn sie länger als zwei Tage in der Stadt bleiben wollten, Aufenthaltskarten lösen müßten. Auch die Anmeldevorschriften wurden durch die Polizeiverordnung verschärft. Eine zweite Polizeiverordnung verbot das Tragen aller äußeren Verbindungs- oder Vereinigungszeichen von ausschließlich rother Farbe oder solcher Abzeichen, in denen die rothe Farbe vorherrsche. —

Der Belagerungszustand war aufgehoben! — Magistrat und Stadtverordnete beeilten sich, dem General Wrangel, der vom Könige zum Gouverneur von Berlin ernannt worden war, ihren „innigen und aufrichtigen Dank" auszusprechen für die „Milde und Schonung", mit welcher die außerordentlichen Maßregeln gehandhabt worden seien, und ihm die Versicherung zu geben, daß die Bürgerschaft und die städtischen Behörden erfüllt seien von „wahrhafter Verehrung".

Die städtischen Behörden hatten für ihren Dank volle Veranlassung, denn es ließ sich in der That nicht in Abrede stellen, daß der „alte Papa Wrangel", so wurde der General schon damals genannt, den Berlinern viel schwerere Tage hätte bereiten können, als es geschehen war.

Die Bestimmungen des Belagerungszustandes waren nicht mit allzugroßer Härte durchgeführt worden, aber doch athmeten die Berliner auf, als das Ausnahmegesetz außer Gültigkeit gesetzt wurde, obgleich der Charakter der Stadt auch jetzt noch ganz der einer belagerten Stadt oder einer solchen, in welcher eben ein Aufruhr unterdrückt worden war, blieb.

Der Fremde, der nach Berlin kam, fand die Bahnhöfe besetzt mit einer starken Militärabtheilung und zahlreichen Schutzleuten, deren Reihen er passiren mußte, auch die Thore waren stark besetzt, und mit der Legitimation des Fremden nahmen es die Polizeibeamten sehr streng. — Die militärischen Vorsichtsmaßregeln wurden nicht verringert, sondern

im Gegentheil erhöht, die Wachen erhielten stärkere Besatzungen, so die Schloßwache, welche von 200 Mann auf 400 Mann verstärkt wurde, und zwar mußten die Mannschaften jedesmal mit geladenem Gewehr zur Wache ziehen. — Auch die Schutzmannschaft zeigte sich ebenso energisch und rücksichtslos, wie früher, bei der Jagd auf Verdächtige, auf die sogenannten fliegenden Buchhändler und die Träger revolutionärer Abzeichen, hier gingen sie sogar soweit, daß sie junge Leute zur Wache brachten, die nach einer kürzlich aufgetauchten Mode eine rothe Nelke im Knopfloch trugen.

Das politische Leben aber konnte sich trotz dieser kleinlichen Polizeimaßregeln doch wieder freier in Berlin regen. Es gab keine gesetzliche Bestimmung mehr, durch welche die demokratische Partei verhindert werden konnte, ihr Organisationswerk zu vollenden, sich fester an einander zu schließen und wieder Vereine zu gründen und Versammlungen zu halten. Das Central-Comité der Volkspartei, welches bisher nur im Geheimen hatte wirken dürfen, konnte jetzt ungehindert an die Oeffentlichkeit treten, und dies geschah schon am 31. Juli, an dem Geburtstage Waldecks, des hochverehrten Volksmannes, der noch in Untersuchungshaft saß und der gerade deshalb von der Volkspartei als ein Märtyrer der Freiheit betrachtet wurde.

Das Comité hatte schon längst im Geheimen durch die Vertrauensmänner der Partei Sammlungen veranstaltet, um eine silberne Bürgerkrone anfertigen zu lassen, welche am Geburtstage Waldecks, oder falls dieser bis dahin die Freiheit noch nicht erhalten hätte, später diesem übergeben werden sollte. Diese Bürgerkrone war noch nicht vollendet, das Comité mußte sich daher bescheiden, im Namen der Partei eine Adresse an den gefeierten Volksmann zu richten. Da es, wie allerdings zu erwarten stand, von dem Untersuchungsrichter nicht die Erlaubniß erhielt, dem Gefangenen seine Geburtstagswünsche darzubringen, beschloß es, der Gattin Waldecks die Adresse zu übergeben.

Schon am frühen Morgen des 31. Juli hatten sich in der Dessauerstraße vor dem Wohnhause Waldecks viele Menschen versammelt, man erwartete eine Volksdemonstration zu Gunsten des gefangenen Volksmanns, die Polizei war deshalb auch zahlreich vertreten, um womöglich jede Demonstration zu verhindern; dagegen, daß das Haus Dessauerstraße 3 festlich mit Blumen und Kränzen im Innern ausgeschmückt wurde, konnte die Polizei nichts thun, den äußeren Schmuck des Hauses aber verbot sie, und als nun aus dem gegenüberliegenden Hause eine größere Anzahl junger Damen, welche sich dort versammelt hatten, in geordnetem Zuge sich nach dem Waldeck'schen Wohnhause begeben wollten, um der Gattin Waldecks ihre Glückwünsche darzubringen, wurde diese Demonstration verhindert. — Es kam bei dieser Gelegenheit zu Reibereien zwischen dem zahlreich versammelten Volke und den Polizeibeamten, die nun schärfer einschritten, und 6 Personen, darunter auch den Eigenthümer des Hauses, in welchem Waldecks Wohnung sich befand, verhafteten. Die Ruhe wurde bald wieder hergestellt.

In der Wohnung Waldecks hatten sich inzwischen zahlreiche Gäste eingefunden, die einzeln das Haus erreicht hatten; zu ihnen gehörten auch die Mitglieder des Comités der Volkspartei, welches bei dieser Gelegenheit zum erstenmal als solches in die Oeffentlichkeit trat. Der Präsident des Comités, Dr. Tappert, begrüßte die Gattin Waldecks und brachte ihr die Glückwünsche der Volkspartei, — dann wurde die an Waldeck gerichtete Adresse verlesen, deren Schluß lautete:

„Sie haben sich selbst dem Volke zum Opfer gebracht; aber mit treuer Liebe, mit innigster Verehrung hängt deshalb auch das ganze Volk an Ihnen. Bei Ihrem Namen schlägt höher das Herz aller Derer, die mit Ihnen für die Freiheit kämpfen, die mit Ihnen bereit sind, sich selbst diesem hohen, herrlichen Ideale zu opfern. Sie sind ein leuchtendes Vorbild geworden für Preußens Jünglinge, für Preußens Männer, und wenn auch jetzt düstere Kerkermauern Sie umfangen, Ihr freier Geist lebt dennoch fort im Volke, ihn vermag keine Kette zu fesseln, den Geist, den Sie durch Ihre Reden, ihre Thaten dem Volke eingeflößt haben.

Sie sind unter uns, Ihr Geist lebt in uns, wenn auch Ihr Körper der Freiheit beraubt ist! Mögen auch die Feinde des Volkes immerhin sich bemühen, Ihr Andenken zu beflecken, es wird ihnen nie, nie gelingen; die Liebe zu Ihnen, dem Märtyrer für die Freiheit, die Verehrung für Sie lebt unauslöschlich fort in unserer aller Brust und die Zeit wird kommen, wo das freie Volk sich seinen Waldeck zurückfordern wird!

Die Volkspartei Berlins."

Dr. Tappert übergab der Gattin Waldecks die Adresse, er schloß an die Verlesung derselben ein Lebehoch auf Waldeck, in welches mit Tausenden von Stimmen auch das Volk auf der Straße einstimmte.

Deputationen von Bezirksvereinen und der Maschinenbauer folgten dem Comité der Volkspartei mit ihren Glückwünschen; die der Maschinenbauer überbrachte der Gattin Waldecks eine silberne Bürgerkrone auf einem rothen Sammetkissen, in welches die Worte gestickt waren: „Niemals, niemals werden wir Dich verlassen."

So gestaltete sich die Feier des Geburtstages des verhafteten Volksmannes, gegen den, wie man hörte, der Hochverraths-Prozeß schwebte, zu einer bedeutungsvollen demokratischen Demonstration, welche die Polizei nicht zu verhindern vermochte.

Wenige Tage später, am 3. August, dem Geburtstage des verstorbenen Königs Friedrich Wilhelm III. fand dagegen eine großartige patriotische Feier statt, an welcher der gesammte königliche Hof, viele hohe Beamte und Militärs und zahlreiche konservative Bürger Berlins Theil nahmen. Die Feier galt der Grundsteinlegung für das Monument, welches dem Könige Friedrich Wilhelm III. im Thiergarten in der Nähe der Luiseninsel errichtet werden sollte.

König Friedrich Wilhelm IV., die Königin, die in Berlin anwesenden Prinzen und Prinzessinnen betheiligten sich persönlich bei der Feier. Der König that die üblichen ersten drei Hammerschläge auf den eingesenkten Grundstein. Der Bischof Dr. Neander hielt die Weiherede.

Es war eine glänzende Feier; aber sie wäre wohl durch eine größere Theilnahme des Volkes noch glänzender geworden, wenn nicht die Ungunst des gerade an jenem Tage herrschenden Regenwetters viele Aengstliche zurückgehalten hätte, sich einer Erkältung auszusetzen, die bei der in Berlin heftig wüthenden Cholera gefährlich werden konnte.

Eine zweite patriotische Feier reihte sich an demselben Tage der Grundsteinlegung an: die Einweihung des von der Stadt Berlin mit einem Kostenaufwand von 250 000 Thalern begründeten, von dem Stadtbaurath Kreyher gebauten, für 600 Personen berechneten Friedrich Wilhelm-Hospitals. Es war dies eine rein bürgerliche Feier, an welcher nur Magistrat und Stadtverordnete, sowie zahlreiche Kommunalbeamte und Bürger Theil nahmen.

Die ersten der Aufhebung des Belagerungszustandes folgenden Wochen waren für die Entwickelung des politischen Lebens in Berlin von hoher Bedeutung; die demokratische Partei trat plötzlich wieder in den Vordergrund desselben; jetzt aber nicht mehr als eine ordnungslose Masse ohne inneren Zusammenhang, sondern in geschlossener, straffer Organisation.

Das Central-Comité der Volkspartei hatte kräftig vorgearbeitet, die Eintheilung der Berliner Volkspartei in 9 Volksvereine, die Untereintheilung in die Bezirksvereine war vollendet, — die Statuten für diese Vereine waren fertig, so daß sie nur noch der Sanktion durch die Vereine selbst bedurften; die geeigneten Personen, welche als Vertrauensmänner fungiren konnten, und auf welche die Wahl der Vereine zu lenken war, hatten sich gefunden, nur des Abschlusses durch die Berufung der Vereine bedurfte noch das Organisationswerk und diesen Abschluß erhielt es sogleich nach der Aufhebung des Belagerungszustandes.

Die neun Berliner Volksvereine wurden durch die neun Mitglieder des Central-Comités schnell hinter einander zu großen Versammlungen berufen, diese fanden in ordnungsmäßiger Weise statt. Bei keiner Versammlung fanden die überwachenden Polizeibeamten irgend einen Grund zum Einschreiten, in allen verliefen die Berathungen in ruhigster, parlamentarischer Ordnung. Sämmtliche Vereine nahmen die ihnen vorgelegten Statuten an, nur in einem Vereine entstand ein Bedenken über den Satz: „Mitglied der Partei kann nur derjenige werden, der sich entschlossen erklärt, auf gesetzmäßigem Wege für die Wiedererlangung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts wirken zu wollen,“ — der Verein strich die Worte „auf gesetzmäßigem Wege“, nahm sie aber später wieder auf. — Ebenso wurden in fast sämmtlichen Vereinen zu ersten, das künftige Central-Comité der Volkspartei bildenden Vorsitzenden die eigentlichen Begründer der Organisation, die noch in kriegsgerichtlicher Haft befindlichen sogenannten Maigefangenen gewählt, zu ihren Stellvertretern aber die Männer, welche sie bisher schon vertreten hatten, das bisherige Central-Comité.

Auch die Bezirksvereine wurden sofort berufen, sie erwählten ihre Vorsitzenden, die in der Organisation die Stellung als Vorstandsmitglieder der Volksvereine einnahmen; die Organisation vollendete sich so schnell, daß schon nach vier Wochen kaum ein unbedeutendes Glied mehr in derselben fehlte.

Neuntes Kapitel.

Die Eröffnung der Zweiten Kammer. — Theilnahmlosigkeit der Berliner. — Die Landrathskammer. — Die Parteien in der Kammer. — Herr von Bismarck. — Die Präsidentenwahl. — Die Fraktionen. — Zustimmung der Kammer zu den Oktroyirungen. — Drohender Zerfall des Drei Königs-Bündnisses. — Gleichgültigkeit der Berliner in der deutschen Frage. — Der deutsche Antrag der Gothaer. — Bismarcks glänzende Rede. — Schwächen der Regierung in der deutschen Frage. — Zerfall des Drei Königs-Bündnisses. — Reaktionäre Verfassungsrevision. — Furcht vor der Demokratie und Furcht vor der Reaktion. — Konflikte zwischen dem Ministerium und der Kammer.

Am 7. August fand die Eröffnung der Kammer statt. Von der Erregung und hochgespannten Erwartung, mit welcher sonst der Wiederzusammentritt der Volksvertretung die Berliner erfüllt hatte, war diesmal keine Spur zu bemerken. Am Abend des 6. August hatten wohl auf dem Dönhoffsplatz einige Menschen sich versammelt, ein paar wüste Burschen hatten gelärmt und geschrieen, ein Betrunkener hatte Waldecks Wahl zum Abgeordneten verlangt, aber der Skandal war nur von kurzer Dauer gewesen; nachdem einige Verhaftungen vorgenommen worden waren, hatten sich die Ruhestörer zerstreut. Eine politische Bedeutung hatte der Skandal nicht gehabt und er erneuerte sich am 7. August nicht.

Vor dem Schloß, wo die Abgeordneten sich Mittags versammelten, standen nur einige Neugierige, welche die ankommenden Equipagen erwarteten, kaum 100 Personen, nicht mehr als bei jeder anderen Gelegenheit; die neue Kammer flößte eben den Berlinern keine besonderen Sympathien ein, selbst die Konservativen sahen ihrer Eröffnung mit keinem großen Interesse entgegen. Dies zeigte sich auch im Weißen Saale, dem Schauplatz der Eröffnungsfeierlichkeit, die Zuschauertribünen waren nur mäßig, meist nur von Damen besetzt.

Gegen 12 Uhr fanden sich allmählich die Deputirten ein. Es war charakteristisch, daß sich schnell die rechte Seite des Saales füllte, fast schien es, als hätten die neuen Volksvertreter einen

Abscheu vor der linken Seite, diese wurde nur allmählich und sehr schwach besetzt. Schon das äußere Gepräge der Versammlung war ein ganz anderes, als das der früheren Volksvertretung, das jüngere Geschlecht fehlte fast ganz, man bemerkte, daß die Deputirten meist Männer in vorgerückten Jahren waren, daß sich zahlreiche greise Häupter unter ihnen befanden. Ungewöhnlich zahlreich war der Beamtenstand vertreten, die Brust vieler Volksvertreter war mit Orden bedeckt und auch viel mehr glänzende Uniformen als früher zeigten sich.

Von den parlamentarischen Berühmtheiten aus der National-Versammlung des Jahres 1848 und aus der aufgelösten Zweiten Kammer erschienen nur wenige am 7. August im Weißen Saale wieder; von dem früheren Präsidenten Grabow an bis zur äußersten Linken hin hatten Alle es abgelehnt, sich wählen zu lassen; hatte doch selbst der schneidige Freiherr von Vincke, der vielgenannte Führer der altliberalen Rechten, sich geweigert, ein Mandat anzunehmen, weil er die Oktroyirung des Drei Klassen-Wahlsystems für einen Rechtsbruch, für eine ungesetzliche, verfassungswidrige Maßregel hielt.

Um 12½ Uhr erschienen sämmtliche Minister in Uniform. Der verhüllte Thronsessel hatte den Deputirten schon gezeigt, daß der König die Kammer nicht persönlich eröffnen werde, an seiner Stelle trat der Ministerpräsident Graf Brandenburg vor und verlas die Thronrede, welche schweigend von der Versammlung angehört wurde. Sie enthielt nichts Neues, obgleich sie ausführlich die Verhältnisse der Gegenwart besprach; mit besonderer Ausführlichkeit wurde die deutsche Frage verhandelt und die oft ertheilte Versicherung wiederholt, daß die Regierung festhalte an der Grundidee eines nationalen Bruderstaats mit einheitlicher Spitze und an der Hoffnung einer Verständigung der deutschen Regierungen. Diese Versicherung fand kein Echo in der Versammlung, auch die Rechtfertigung der inneren Politik der Regierung, der Oktroyirung des Drei Klassen-Wahlgesetzes und der verspäteten Einberufung der Kammer über den verfassungsmäßigen Termin hinaus wurde schweigend von den Abgeordneten hingenommen. Nur die Erwähnung, daß die Finanzlage des Staates eine günstige sei, rief einige Bravos hervor.

Mit einem dreimaligen Hoch auf den König schloß nach Verlesung der Thronrede die farblose Feierlichkeit.

Eine Kammer, in welcher die frühere Linke ganz fehlte, die von der konservativen und altliberalen Partei stets in gehässigster Weise der prinzipiellen Opposition beschuldigt worden war, hätte von diesen Parteien wohl mit Freude begrüßt werden müssen, dies aber war keineswegs der Fall. Eine Begeisterung für die neue Kammer sprach sich in keinem der Organe der öffentlichen Meinung Berlins aus, allen Parteien fehlte das rechte Vertrauen zu derselben. — Selbst die Vossische Zeitung konnte nicht umhin, ihrer Besorgniß Worte zu geben, ob eine fast nur aus Beamten*) bestehende Kammer die Interessen des Landes werde vertreten können.

„Ob nun die diesjährige zweite Session der Volksvertreter kräftig genug sein werde, die wichtigsten Aufgaben unseres Staatslebens so bewältigen zu helfen, daß der vor den Thüren der beiden Häuser mit brennender Neigung harrende Radikalismus nicht wieder Veranlassung finden werde, massenweise in dieselben einzudringen, das steht dahin! — Auch die Zweite Kammer ist diesmal überfüllt mit Beamten, und wir bleiben dabei, daß eine zahlreiche Wahl von Civil- und Militärbeamten zur Volksrepräsentation immer eine traurige Verzichtleistung der bürgerlichen Volkselemente auf die eigene Intelligenz und Fähigkeit in sich schließt. Jene Herren haben vor und nach jeder Session unbedingt den Ministerien zu gehorchen und jedenfalls von denselben die Förderung ihrer persönlichen Lagen zu erwarten. Taugen sie daher am besten, das volle nationale Supplement oder auch Correctiv zu den ministeriellen Entwürfen abzugeben? Taugen sie am besten dazu, sich staatsmännisch über die geschäftlichen Amtsgesichtspunkte zu erheben? — Ferner werden jene Herren zweifach vom Lande remunerirt. Sie empfangen die hiesigen Diäten, dazu die oft hohen Amtsgehälter; das zusammen ist sehr viel für eine einfache Leistung, gegen deren kräftigstes Vollbringen die obigen Zweifel dastehen."

Mit diesen Worten begrüßte die Vossische Zeitung die Landrathskammer schon bei ihrem ersten Zusammentreten. —

Die Zweite Kammer befand sich bei Beginn ihrer Verhandlungen in einer ganz eigenen, sehr schwierigen Lage. Sie schien ein homogenes Ganze zu bilden und doch war sie durch Parteiungen zerklüftet, wie je eine frühere Kammer; nur geeinigt waren im Momente alle ihre Parteien durch die gemeinsame Furcht vor der Demokratie, welche sie beherrschte, diese Scheineinigung aber machte es sehr schwer, die Grenze zu finden, innerhalb welcher die nothwendige Fraktionsbildung erfolgen könne, für diese Programme aufzustellen, die wirklich die feste Vereinigung der zu einander gehörigen Elemente ermöglichte. Da gab es in der Versammlung eine große Anzahl der reinen Absolutisten, denen nicht nur die demokratisch angehauchte Verfassung vom 5. December, sondern jede Verfassung ein Gräuel war, die am liebsten das absolute Königthum in Preußen wieder hergestellt hätten. Zu diesen Männern wurde damals auch der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen gerechnet, er galt als ihr schneidigster Vorkämpfer.

Den reinen Absolutisten am nächsten standen die Feudal-Aristokraten, welche wohl eine Beschränkung der königlichen Gewalt, aber nur durch eine

*) Die Zweite Kammer erhielt bald ihrer Zusammensetzung entsprechend von den Berlinern den Spottnamen die „Landrathskammer", der ihr geblieben und geschichtlich geworden ist.

aristokratische Vertretung der Stände wünschten, als Führer dieser Partei galt der Graf v. Arnim.

An diese Vertreter des Absolutismus und Feudalismus schloß sich, meist durch keine bestimmten Grenzen von ihnen geschieden, die breite Masse der gesinnungslosen Beamten, welche jedem höheren Ortes gebilligten Programm ihre Zustimmung gegeben hätten und bereit waren, für jede Forderung der Regierung zu sprechen, zu wirken und zu stimmen.

Etwas weiter nach links standen die Altliberalen, die Männer, die seit Jahren für eine Verfassung geschwärmt hatten, die begeisterten Anhänger der deutschen Kaiseridee, die in Gotha neuerdings sich zum Wirken für dieselbe geeinigt hatten, Männer wie Auerswald, Beckerath und Andere. Das Mögliche zu erreichen, war ihr Grundsatz, die feste Begründung der Verfassung ihr Ziel. Um dieses Ziel zu erreichen, waren sie bereit zu jeder Nachgiebigkeit, selbst zur Aufgabe der Parteiprinzipien, für welche sie früher mit anerkennenswerther Energie gekämpft hatten.

Noch weiter nach links standen in kleiner, für eine Parteibildung zu geringer Zahl die Anhänger der demokratisch angehauchten Verfassung vom 5. December, die in ihrer Furcht vor der Revolution wohl die Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts durch das Drei Klassen-Wahlgesetz billigten, sonst aber die Verfassung vom 5. December als das zu Recht bestehende Grundgesetz des Landes betrachteten und nicht an derselben rütteln wollten. Der Abgeordnete Wenzel galt als der Führer dieser kleinen Partei. —

Von einer derart zusammengesetzten Kammer war zu erwarten, daß das Ministerium Brandenburg-Manteuffel in ihr eine feste Stütze finden, ja daß sie bestrebt sein werde, allen Wünschen des Ministeriums entgegenzukommen. Diese Erwartung wurde denn auch in der ersten Zeit nach dem Zusammentritt der Kammer nicht getäuscht. Schon bei der Präsidentenwahl zeigte es sich, wie großen Werth die Abgeordneten auf die Regierungswünsche legten. Die größten Sympathien hatte in der Kammer der Abgeordnete Simson; er hatte zu den hervorragendsten Mitgliedern der Frankfurter Nationalversammlung gehört, sein Präsidialtalent war bekannt, er erschien als der natürliche Präsident der Kammer und wurde als solcher allgemein betrachtet; da aber erfuhr man plötzlich, daß das Ministerium seine Wahl nicht wünsche, weil Herr Simson zu denjenigen Frankfurter Deputirten gehörte, welche in den Novembertagen des Jahres 1848 von Frankfurt nach Berlin gesendet worden waren, um für eine Versöhnung zwischen der Krone und der National-Versammlung und für den Rücktritt des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel zu wirken.

Der Wunsch des Ministeriums war entscheidend. Bei der Wahl zum ersten Präsidenten am 11. August wurde Graf Schwerin mit 176 Stimmen gewählt, Simson erhielt nur 84 Stimmen; gegen seine Wahl zum zweiten Präsidenten hatte das Ministerium keine Einwendung erhoben, dieselbe erfolgte daher mit 140 Stimmen, sein der äußersten Rechten angehöriger Gegenkandidat Graf Arnim erhielt 102 Stimmen.

In den ersten Wochen des Zusammenseins der Kammer hatte die Bildung der Parteigruppen, wie wir sie dargestellt haben, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, es war kaum möglich, für dieselben bestimmte Programme aufzustellen. Die Herren Beckerath, von Auerswald und Andere versuchten es, als sie aber die Unterstützung des Ministeriums in der deutschen Frage an die Spitze des Programms stellten, mußte dieses in politischen Fragen möglichst farblos gehalten werden, es konnte zu einer Sammlung der Partei nicht führen.

Wie wenig genügend das aufgestellte Programm sei, zeigte sich bei der konstituirenden Sitzung der neuen Fraktion Beckerath-Auerswald; es traten derselben nicht nur die weit nach links von ihm abweichenden Abgeordneten Wentzel und Genossen bei, — es erschienen sogar die zur äußersten Rechten gehörigen Herren von Bismarck-Schönhausen und von Kleist, sie erklärten, daß sie das Programm unterschrieben hätten und daher zu der neugebildeten Partei gehörten. — Es kam zu nicht gerade erquicklichen Verhandlungen, bei denen Herr v. Bismarck die Frage aufwarf, ob die neue Partei gesonnen sei, dem Ministerium Opposition zu machen. Herr von Beckerath erwiderte: „So lange nicht, als das Ministerium sich an die Verfassung vom 5. December 1848 und an die deutsche Vorlage vom 28. Mai 1849 hält!“ — Diese Antwort genügte denn doch Herrn von Bismarck nicht, er nahm an den weiteren Verhandlungen nicht mehr Theil und entfernte sich bald mit seinen Freunden*). Die zurückbleibenden Abgeordneten konstituirten sich als Fraktion, die Namen ihrer Führer Beckerath, Auerswald, Simson u. s. w. geben dieser mehr ein bestimmtes Gepräge, als das Programm, welches in der That eigentlich von jedem nicht demokratischen Abgeordneten unterschrieben werden konnte. Diese Namen wirkten denn auch so anziehend, daß die neue Fraktion bald die an Mitgliedern stärkste der Kammer wurde.

Auch eine andere Fraktion, welche sich bald darauf bildete, erhielt eine recht beträchtliche Mitgliederzahl, obgleich sie als Programm aufstellte, daß sie eigentlich gar kein Programm bedürfe; jeder Abgeordnete könne ihr beitreten, der entschlossen sei zur aufrichtigen Unterstützung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, dessen bisherige Handlungen ein vollkommen genügendes thatsächliches Programm seines politischen Systems seien. —

---

*) Das Erscheinen des Herrn von Bismarck in der sich gründenden Fraktion Beckerath-Auerswald wurde damals von der Zeitung der Gothaischen Richtung bezeichnet als „ein wohlerwogener Versuch, Zwiespalt zu erregen“. Eine solche Absicht hatten wohl die hochkonservativen Abgeordneten nicht; ihr Besuch galt wohl mehr einer Verspottung des farblosen Programms der neuen Fraktion.

Die nächste Aufgabe der nun zusammengetretenen Zweiten Kammer war deren Stellungnahme zu den vom Ministerium Brandenburg-Manteuffel oktroyirten Gesetzen und insbesondere zu dem oktroyirten Drei Klassen-Wahlgesetz, auf welchem ihre Existenz beruhte. Hätte eine Majorität der Kammer die verfassungsmäßige Zustimmung abgelehnt, dann wäre eine abermalige Kammerauflösung die unzweifelhafte Folge gewesen, und wahrscheinlich würden der Auflösung noch weitere Schritte nach rückwärts gefolgt sein; solche Schritte aber fürchteten auch diejenigen Altliberalen, welche die Oktroyirung des Wahlgesetzes für verfassungswidrig hielten. Es wurde daher dem Ministerium leicht, die verfassungsmäßige Zustimmung für alle seine Oktroyirungen zu erhalten.

Von nicht minder hoher Bedeutung für die Stellung der Kammer zur Regierung war die deutsche Frage, in dieser gingen die Parteien in der Kammer weit auseinander. —

Es hatten sich in den letzten Monaten immer mehr Hindernisse aufgethürmt gegen die Durchführung einer deutschen Reichsverfassung mit preußischer Spitze. Oesterreich, welches bisher durch innere Kämpfe in Ungarn und Italien machtlos gewesen war, erstarkte immer mehr, sein Protest gegen das „Drei Königs-Bündniß" erhielt eine immer höhere Bedeutung; die Hoffnung, daß die süddeutschen Staaten Bayern und Württemberg dem Drei Königs-Bündniß beitreten würden, war schon völlig verschwunden, ja es drohte sogar im Anfang September schon die Gefahr, daß Sachsen und Hannover von dem Bündniß abfallen und Preußen daher beschränkt sein werde auf die Bundesgenossenschaft der unbedeutenden deutschen Kleinstaaten; es wurde bekannt, daß Sachsen und Hannover nur unter Vorbehalt dem Drei Königs-Bündniß beigetreten waren. Dieser Vorbehalt besagte, „daß wofern nicht zur Berufung des Reichstags wenigstens alle deutschen Staaten außer Oesterreich, insbesondere Bayern, dem Bündniß beigetreten sein würden, neue Verhandlungen betreffs der Oberhauptsfrage angeknüpft werden müßten." Bayern zu gewinnen, schien ganz unmöglich, es neigte sich, nachdem es mit preußischer Hilfe die Revolution in der Pfalz niedergeworfen hatte, wieder ganz zu dem alten Nebenbuhler Preußens, zu Oesterreich. So schien denn schon zu Anfang September 1849 ein vollständiger Zerfall des Drei Königs-Bündnisses zu drohen.

In der breiten Masse des Volkes und besonders des Berliner Volkes erregte der drohende Zerfall weder Schreck noch Freude; dem Volke war es gleichgültig, ob von dem „Klein-Deutschland" auch noch Sachsen und Hannover abfielen, es sah ohne Interesse der Entwickelung der deutschen Frage zu; um so höher aber war das Interesse, welches die neu begründete Partei der Gothaer an derselben nahm, diese Partei, welche in der Zweiten Kammer durch die Fraktion Auerswald-Beckerath repräsentirt wurde; ihr kam es darauf an, um jeden Preis einen deutschen Bundesstaat unter preußischer Führung zu Stande zu bringen und die für diesen Bundesstaat vorgeschlagene Verfassung, wie sie der Entwurf des „Drei Königsbundes" enthielt, definitiv in's Leben zu rufen. Dem Gothaischen Programm gemäß trat daher die Fraktion Auerswald-Beckerath in den Preußischen Kammern mit aller ihr zu Gebote stehenden Energie für die deutsche Politik des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel ein und zwar viel energischer, als es vielleicht dem Ministerium lieb war.

Am 6. und 7. September war die deutsche Frage der Gegenstand der Verhandlungen in der Zweiten Kammer. Die Regierung hatte am 25. August durch ihren Kommissarius, den General-Lieutenant von Radowitz, Aktenstücke vorlegen lassen, welche einen Ueberblick über die seit der Auflösung der Zweiten Kammer in der deutschen Frage gethanenen Schritte gewährte. Herr von Radowitz galt für den Vertrauten und einflußreichsten Rathgeber des Königs, er wurde als der eigentliche Träger der deutschen Politik Preußens betrachtet.

Die Kammer hatte die Aktenstücke einer Kommission zur Prüfung übergeben, und diese Kommission, in welcher die Anschauungen der Fraktion Beckerath-Auerswald maßgebend gewesen waren, ernannte den Herrn von Beckerath zu ihrem Referenten, um am 6. September folgenden Antrag der Kammer zu unterbreiten und zu vertheidigen:

„Nach Einsicht der am 25. August d. J. von der Regierung Seiner Majestät des Königs gemachten und durch den Königlichen Kommissarius erläuterten Vorlagen, betreffend die deutsche Verfassungs-Angelegenheit, ertheilt die Zweite Kammer ihre Zustimmung zu dem von der Königlichen Regierung am 26. Mai d. J. mit Sachsen und Hannover abgeschlossenen Bündniß; sie erklärt sich bereit, der Regierung auf dem durch dies Bündniß in der deutschen Verfassungs-Angelegenheit betretenen Wege ihre volle Unterstützung zu gewähren, und erkennt an, daß der Art. 111 der Verfassung vom 5. December v. J. auf die Verfassung Anwendung findet, welche die verbündeten Regierungen mit dem von ihnen zu berufenden Reichstag für den deutschen Bundesstaat vereinbaren werden."

Der § 111 der Verfassung vom 5. Decbr. 1849 enthielt die Bestimmung: „Sollten durch die für Deutschland festzustellende Verfassung Abänderungen des gegenwärtigen Verfassungsgesetzes nöthig werden, so wird der König dieselben vornehmen und diese Verordnungen den Kammern mittheilen. Die Kammern werden dann darüber Beschluß fassen, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der deutschen Verfassung in Uebereinstimmung stehen."

Dieser Verfassungsparagraph, der bei seiner Aufnahme in die Verfassung vom 5. December darauf berechnet war, jedes etwaige Hinderniß gegen die Durchführung der Verfassung des gesammten deutschen Reiches zu beseitigen, sollte jetzt nach den Wünschen der gothaischen Partei auch Anwendung finden für die nur noch im Entwurf vorliegende Verfassung von Klein-Deutschland. —

Eine lebhafte, hochinteressante Debatte erhob sich in der Zweiten Kammer über den Kommissionsantrag, und besonders interessant ist es, daß die Gegner dieses Antrags die Männer der äußersten Rechten waren, an der Spitze derselben kämpfte der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen, der sich wohl mit einem Vertrauensvotum für die Regierung, nicht aber damit einverstanden erklärte, daß die preußische Verfassung verändert werden dürfe zu Gunsten der noch nicht zu Recht bestehenden sogenannten deutschen Reichsverfassung. Er vertheidigte in glänzender Rede seine Anschauung.

„Dem ersten Theil des Gutachtens des Kommissions-Entwurfs (dem Vertrauensvotum) schließe ich mich an," so sagte er, „weil ich in dem Umstande, daß ich mit dem Verfassungs-Entwurfe, welcher dem Drei Königs-Vertrage zu Grunde liegt, nicht vollkommen einverstanden bin, keinen Grund finden kann, einem Ministerium meine Unterstützung zu entziehen, in welchem ich die Repräsentanten gesellschaftlicher und staatlicher Civilisation, gegenüber der Demokratie, anerkenne und ehre. Jedoch kann ich dabei den Wunsch nicht unterdrücken, daß es das letzte Mal sein möge, daß die Errungenschaften des preußischen Schwertes mit freigebiger Hand weggegeben werden, um die nimmersatten Anforderungen eines Phantoms zu befriedigen, welches unter dem fingirten Namen von Zeitgeist oder öffentlicher Meinung die Vernunft der Fürsten und der Völker mit seinem Geschrei betäubt, bis Jeder sich vor dem Schatten des Anderen fürchtet und Alle vergessen, daß unter der Löwenhaut des Gespenstes ein Wesen steckt von zwar lärmender, aber wenig furchtbarer Natur. — — — Ich verkenne nicht, daß die Verfassung gegeben ist in einem Augenblick, wo die politische Lage Deutschlands eine andere war als heute, und daß die Verfassung vielleicht eine andere geworden wäre, wenn man damals die Lösung der politischen Wirren in derselben Klarheit, wie jetzt, hätte voraussehen können. Aber gerade der Umstand, daß die Verfassung unter ungünstigen Auspizien gegeben wurde, veranlaßt mich umsomehr, sie nur unter der Bedingung anzuerkennen, daß eine Revision und die Zustimmung der preußischen Kammern vorbehalten bleibe. Es versteht sich daher von selbst, daß ich gegen den letzten Theil des Kommissions-Entwurfs, welcher eine Interpretation des § 111 enthält, stimme. Der Antrag sagt mit anderen Worten so viel, daß wir, die preußischen Kammern, die Zukunft unseres Vaterlandes unwiederbringlich an den Beschluß einer Reichs-Versammlung binden sollen, deren Zusammensetzung wir noch nicht kennen; und an die Entscheidung eines zukünftigen Ministeriums, das wir auch noch nicht kennen; denn wer bürgt uns dafür, daß das Ministerium, das jetzt zu unser Aller Freude an der Spitze der Verwaltung steht, zu dem vielleicht sehr entfernten Zeitpunkt, wo diese Frage zur Entscheidung kommen wird, noch diese Stelle behauptet? Wer bürgt uns dafür, daß es bis dahin nicht Männern von derselben Richtung Platz mache, wie jene, welche vor noch nicht langer Zeit unserem Könige die abgelehnte Krone von Frankfurt antrugen?"

Er kritisirte dann mit scharfen Worten das unhaltbare Verhältniß, in welchem der neue Bundesstaat zum deutschen Bunde stehe, und die Verfassung des Drei Königs-Entwurfes und fuhr dann fort:

„Das preußische Ministerium würde herabsinken zu einer Provinzialbehörde unter der Leitung eines Reichs-Ministeriums, welches wiederum abhängig ist von einem Parlamente, in dessen Oberhause von Rechts wegen und im Unterhause mit Hülfe der einheimischen Demokratie die preußischen Interessen in der Minorität sein würden, die ehrenvollsten und wichtigsten Rechte der preußischen Kammern würden auf das Reichs-Parlament übergehen, und was bietet man uns als Entschädigung für solche Verluste, bei denen ich nicht weiß, wie Jemand, der dafür stimmt, sein Votum preußischen Wählern gegenüber rechtfertigen will? Man bietet uns die mit einer mageren Exekutive bekleidete Reichsvorstandschaft, welche von Sachsen und Hannover, vielleicht auch von den übrigen Staaten des engeren Bundes, deren Beitritts-Erklärungen nicht beiliegen, als eine offene Frage betrachtet wird, ein Vorbehalt, aus dem zu entnehmen ist, daß die preußische Vorstandschaft von der Seite starke Angriffe bei der Revision erfahren wird."

Ein Vertrauensvotum wollte Herr v. Bismarck der Regierung geben; aber in seinen Worten lag eine schneidende Verurtheilung derselben, als er gegen das Kommissions-Gutachten sich wendend sagte:

„Es ist hier heute mehrfach die Politik Friedrichs des Großen erwähnt und diese sogar identifizirt worden mit dem Antrage der Kommission. Dies ist eine Gleichstellung, an die ich nicht glaube; Friedrich II. hätte das Gutachten nicht gemacht; ich glaube vielmehr, daß er sich an die hervorragendste Eigenthümlichkeit preußischer Nationalität, an das kriegerische Element in ihr, gewandt haben würde, und nicht ohne Erfolg. Er würde gewußt haben, daß noch heute, wie zu den Zeiten unserer Väter, der Ton der Trompete, die zu den Fahnen des Landesherrn ruft, seinen Reiz für ein preußisches Ohr nicht verloren hat, mag es sich nun um eine Vertheidigung unserer Grenzen, mag es sich um Preußens Ruhm und Größe handeln. Er hätte die Wahl gehabt, sich nach dem Bruch mit Frankfurt an den alten Kampfgenossen, an Oesterreich anzuschließen, dort die glänzende Rolle zu übernehmen, welche der Kaiser von Rußland gespielt hat, im Bunde mit Oesterreich den gemeinsamen Feind, die Revolution, zu vernichten. Oder es hätte ihm frei gestanden, mit demselben Recht, mit dem er Schlesien eroberte, nach Ablehnung der Frankfurter Kaiserkrone den Deutschen zu befehlen, welches ihre Verfassung sein solle, auf die Gefahr hin, das Schwert in die Wagschale zu werfen. Dies wäre eine nationale preußische Politik gewesen. Sie hätte Preußen im ersten Fall in Gemeinschaft mit Oesterreich, im anderen Fall durch sich allein die richtige Stellung gegeben, um Deutschland zu der Macht zu helfen,

die ihm in Europa gebührt. Der vorliegende Verfassungs-Entwurf aber vernichtet das spezifische Preußenthum."

Er fügte an diese Worte eine begeisterte Verherrlichung des spezifischen Preußenthums und der preußischen Armee und schloß dann:

„Wir Alle wünschen, daß der preußische Adler seine Fittige von der Memel bis zum Donnersberge schützend und herrschend ausbreite, aber frei wollen wir ihn sehen, nicht gefesselt durch einen neuen Regensburger Reichstag und nicht gestützt an den Flügeln von jener gleichmachenden Heckenscheere aus Frankfurt, von der wir sehr wohl uns erinnern, daß sie erst in Gotha zu einem friedlichen Instrumente umgeschmiedet wurde, während sie wenige Wochen vorher in Frankfurt als drohende Waffe gegen das Preußenthum und gegen die Verordnungen unseres Königs geschwungen worden ist. Preußen sind wir, und Preußen wollen wir bleiben; ich weiß, daß ich mit diesen Worten das Bekenntniß der preußischen Armee, das Bekenntniß der Mehrzahl meiner Landsleute ausspreche, und hoffe ich zu Gott, daß wir auch noch lange Preußen bleiben werden, wenn dieses Stück Papier vergessen sein wird, wie ein dürres Herbstblatt."

Die eben so oft vom Beifall der Rechten wie vom Murren der Linken begleitete Rede des Abgeordneten von Bismarck machte einen tiefen Eindruck auf die Kammer, aber einen anderen Erfolg hatte sie nicht. In der Sitzung vom 7. September wurde der Kommissionsantrag unverändert angenommen und zwar der erste Theil, — das Vertrauensvotum für die Regierung, mit 291 gegen 3 Stimmen, der zweite Theil, gegen den Herr von Bismarck gesprochen hatte, mit 221 gegen 73 Stimmen.

Die Partei Auerswald-Beckerath hatte einen glänzenden Sieg errungen, sie hoffte, durch ihr Vertrauensvotum die Regierung zu einem energischen Vorgehen in der deutschen Frage drängen zu können, aber ihre Siegesfreude war nur von kurzer Dauer, denn die Regierung vermochte diejenige Energie, welche sie bei der Niederdrückung der Revolution im eigenen Lande und vorzugsweise in Berlin bewiesen hatte und bewies, nicht gegenüber den widerstrebenden Regierungen des deutschen Bundes zu zeigen. Sie hatte ihre Kraft im inneren Kampfe erschöpft, auf die Unterstützung des deutschen Volkes wollte und konnte sie nicht rechnen, sie mußte deshalb dem Drucke weichen, welchen das wiedererstarkte, von Bayern und Württemberg und zuerst im Geheimen, dann aber offen auch von Hannover und Sachsen unterstützte Oesterreich auf sie ausübte. Am 5. Oktober 1849 löſten sich Sachsen und Hannover thatsächlich von dem Drei Königs-Bündniß, etwas später sagten sie sich formell von demselben los. Der preußische Plan, ein alle deutschen Staaten außer Oesterreich umfassender Bundesstaat, der unter preußischer Führung mit Oesterreich nur durch das Band völkerrechtlicher Union zusammenhängen sollte, war gänzlich gescheitert, die preußische Regierung mußte ihn selbst aufgeben; um nur etwas, wenigstens den Schein zu retten, suchte sie die kleinen deutschen Staaten, die sich dem Drei Königs-Bündniß angeschlossen hatten, zusammen zu halten zu einem engeren Bündniß innerhalb des alten, todtgeglaubten, nun wieder zu neuem Leben erwachten und von Preußen als zu Recht bestehend anerkannten Deutschen Bundes. —

Am 24. Oktober 1849 mußte Herr v. Radowitz der Zweiten Kammer die beschämende Mittheilung von der traurigen politischen Niederlage machen, welche die preußische Regierung in der deutschen Frage erlitten hatte. — Es war ein schlechter Trost für die in ihren schönsten Hoffnungen getäuschten Altliberalen, wenn Herr von Radowitz aussprach, daß die Regierung unverändert dem alten Ziele zustreben werde, daß sie daran festhalte, den Reichstag nach Erfurt zu berufen und die Wahlen zu demselben im Januar 1850 vorzunehmen, — die Thatsache, daß der Plan gescheitert sei, ein einiges Deutschland durch Zusammenwirken und freies Zugeständniß der deutschen Regierungen zu schaffen, ließ sich durch schöne Worte und halbe Versprechungen nicht aus der Welt schaffen.

Durch die Schwäche und Thatlosigkeit, welche das Ministerium in der deutschen Frage bewiesen hatte, wurde das ohnehin sehr schwache Vertrauen, das es bei der liberalen Fraktion genoß, auf das Tiefste erschüttert. Ueber die Grundsätze, welchen das Ministerium in der inneren Politik huldigte, mußte den Liberalen jede Illusion schwinden, wenn sie sich nicht absichtlich verblendeten, sie mußten erkennen, daß das Ministerium sich die Aufgabe gestellt habe, alle die Concessionen, welche im Jahre 1848 dem Volksgeist gemacht worden waren und welche auch in der Verfassung vom 5. December 1848 Aufnahme gefunden hatten, zurückzunehmen, die Beschränkung, welche die Macht der Krone durch die Verfassung erlitten hatte, wieder aufzuheben und höchstens einen Schein-Konstitutionalismus bestehen zu lassen, durch den der Form nach die Verheißungen vom März 1848 ihre Erfüllung finden sollten. — Mit dürren Worten sagte der Minister von Manteuffel in der Zweiten Kammer, daß die Bestimmungen der Verfassung vom 5. December zur augenblicklichen Beschwichtigung der aufgeregten Gemüther erlassen worden seien und daß es nothwendig sei, jetzt unter veränderten Verhältnissen diese Bestimmungen wieder aus der Verfassung zu entfernen; unter der vollsten Zustimmung der Rechten forderte das Ministerium bei den Berathungen über die Revision der Verfassung die Abänderung aller die Freiheit verbürgenden und die Macht der Volksvertretung begründenden Bestimmungen, die verfassungsmäßige Zulassung von Beschränkungen der Presse, eine stärkere Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts, Veränderung der Gesetze zum Schutze der persönlichen Freiheit, Verlängerung der Fristen für die Kammerauflösungen, Veränderung der Zusammensetzung der Ersten Kammer, Verzicht auf das unbedingte Steuerbewilligungsrecht der Kammer, u. s. w.

Die altliberalen Abgeordneten konnten nicht allen diesen Forderungen ihre Zustimmung geben, ohne den Traditionen ihrer Vergangenheit untreu zu werden, sie wurden selbst gegen ihren Willen hineingetrieben in die Opposition; aber ein großer Theil von ihnen wagte es nicht, in derselben zu beharren; eine doppelte Furcht bestimmte die schwachen Geister, ihrer Ueberzeugung untreu zu werden und gegen diese für alle reaktionären Maßregeln und die Rückwärts-Revidirung der Verfassungsparagraphen zu stimmen. Sie wurden geschreckt durch das Gespenst der Demokratie und mehr noch durch das der äußersten Reaktion.

Es war bekannt, daß der König umgeben war von einem hochkonservativen Kreise, daß seine Vertrauten ihm offen riethen, ein Ende zu machen mit der das Königthum von Gottes Gnaden beschränkenden Verfassungswirthschaft. Ein entscheidender Sieg über das Ministerium Brandenburg-Manteuffel konnte die Ernennung eines Ministeriums Gerlach zur Folge haben und mit diesem die Auflösung der Kammer, die Suspendirung der Verfassung, die Rückkehr zum Absolutismus. Eine solche Eventualität hatte der Minister von Manteuffel in der Sitzung vom 9. Oktober mit ziemlich klaren Worten in Aussicht gestellt, als die Liberalen einen Anlauf nahmen, um den Paragraphen 105 der Verfassung, — den Oktroyirungsparagraphen, — zu beschränken. „Wenn ein nicht konstitutionelles Ministerium an die Regierung kommt,“ so hatte er geäußert, „ein solches, welches darauf ausgeht, die Constitution zu brechen, nun, dann wird von dem Artikel 105 auch nicht viel die Rede sein!“ —

Vor solcher Drohung zogen sich die Schwachen scheu zurück, die Furcht vor einem Ministerium Gerlach machte sie zu jeder Nachgiebigkeit bereit, und wenn einige Männer von größerer Charakterstärke trotzdem es wagten, dem Ministerium Opposition zu machen, so blieben sie meist in der Minorität; gelang es ihnen aber auch wirklich in einer wichtigeren Frage die Majorität der Kammer zu gewinnen, und bei der Revision der Verfassung kam dies mehrfach vor, dann hatte selbst ein solcher Oppositionssieg keine Bedeutung. Der Minister von Manteuffel erklärte trocken der Kammer, er wisse, daß das Volk in seiner ungeheuren Majorität hinter ihm stehe, und in diesem Bewußtsein kümmerte er sich nicht weiter um die Beschlüsse der Zweiten Kammer, wenn dieselben gegen das Ministerium ausgefallen waren; er bewies hierdurch recht klar und augenscheinlich, wie wenig begründet die Furcht war, das Ministerium werde konstitutionellem Brauch gemäß zurücktreten, wenn es nicht mehr von der Kammermajorität gestützt werde.

In den letzten Monaten des Jahres 1849 wurden die Konflikte zwischen dem Ministerium und der Kammermajorität häufiger, so daß mehrfach das sich nicht bestätigende Gerücht, die Kammer werde abermals aufgelöst werden, die Zeitungen beschäftigte. — Wie nachgiebig auch die altliberale Opposition gegen alle ministeriellen Wünsche bei der Verfassungsrevision war, so konnte sie doch denselben, ohne sich selbst moralisch zu vernichten, nicht vollständig Genüge leisten, sie konnte nicht bewilligen, daß die Erste Kammer in eine erbliche Pairskammer umgewandelt werde, alle die freiheitlichen Bestimmungen, welche die Verfassung vom 5. December 1848 enthalten hatte, konnte sie nicht preisgeben. In den ersten Monaten ihres Bestehens war die Zweite Kammer bei ihren Berathungen und Beschlüssen vorzugsweise beeinflußt worden durch die Furcht vor der Demokratie, dafür aber, daß diese Furcht mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt wurde, daß dafür die Furcht vor der sich immer schwerer fühlbar machenden Reaktion einen Einfluß auf die Altliberalen gewann, hatte die Regierung selbst durch die Maßregeln gesorgt, welche sie im Herbst 1849 gegen jede Regung eines freieren Geistes zur Durchführung brachte. Die Rückkehr zum alten vormärzlichen Polizeistaat war trotz aller gegentheiligen Versicherungen des Ministers Manteuffel das Ziel des Ministeriums, dafür gab die Polizeiwirthschaft in Berlin, deren Zeugen täglich die Abgeordneten sein mußten, den klar überzeugenden Beweis, der nicht ohne Einfluß auf die Kammer bleiben konnte.

Zehntes Kapitel.

Wachsen der Volkspartei in Berlin. — Festversammlungen der Volkspartei. — Comité zur Unterstützung politisch Verfolgter. — Die Freilassung der Maigefangenen. — Die Arbeiterfrage. — Die freie Selbsthilfe. — Der Gesundheitspflegeverein. — Die National-Zeitung. — Die Urwähler-Zeitung. — Die Bürger- und Bauern-Zeitung. — Die demokratische Zeitung. — Die Kreuz-Zeitung. — Die Vossische Zeitung. — Die Spenersche Zeitung. — Die deutsche Reform. — Die konstitutionelle Zeitung. — Meinungsumschwung unter der Berliner Bürgerschaft. — Minister Manteuffel in der Schluderschen Bierstube. — Auflösung der demokratischen Vereine. — Rechtlosigkeit der Vereine. — Der Polizei-Wachtmeister Kaiser. — Die Blumfeste. — Der Prozeß Waldeck.

Ein sehr reges politisches Leben hatte sich nach der Aufhebung des Belagerungszustandes schnell wieder in Berlin entwickelt. Unbehindert durch das Vereinsgesetz vom 30. Juni, genau sich innerhalb der Bestimmungen desselben haltend, war, wie wir bereits erzählten, die Organisation der demokratischen Partei, jetzt Volkspartei genannt, vollendet worden, hatten sich die neuen Volksvereine konstituirt. Zahlreiche Versammlungen dieser Vereine, der Bezirksvereine u. s. w. fanden in allen Theilen der Stadt täglich statt, so daß der Polizei aus der Ueberwachung des Vereinslebens eine schwere Arbeit erwuchs, denn nach den Bestimmungen des Gesetzes sollte jede Versammlung durch zwei Polizeibeamte überwacht werden.

Die Vorstände der Vereine beugten sich dem Gesetz. Die Polizeibeamten wurden von den Vereinsvorsitzenden mit großer Höflichkeit empfangen, es wurden ihnen die besten Plätze eingeräumt, oft am Vorstandstisch selbst; sie zeigten sich dafür dankbar, indem auch sie nicht über die ihnen vom Gesetz eingeräumten Befugnisse hinausgingen und nicht störend in die Verhandlungen eingriffen, die sich überall streng innerhalb der gesetzlichen Schranken hielten. Sprachen auch die Redner oft mit scharfen Worten gegen die Regierung und ihre Maßregeln, so verletzten sie doch die durch das Gesetz gezogenen Grenzen nicht.

Durch diese streng gesetzliche Haltung faßte die Volkspartei schnell noch festeren Boden in der Berliner Bevölkerung, immer zahlreicher wurden ihre Versammlungen, immer weiter breitete ihre Organisation sich in allen Kreisen aus, und da sie bestrebt war, auch dem rein geselligen Bedürfniß ihrer Mitglieder Rechnung zu tragen, gewann sie auch die Frauen des Arbeiter- und des kleineren Bürgerstandes für sich. —

In Tivoli vor dem Halleschen Thore, im Hofjäger im Thiergarten und in anderen großartigen Vergnügungslokalen, welche Tausende von Menschen fassen konnten, wurden Vereinsversammlungen abgehalten, zu welchen auch Frauen Zutritt hatten; gewöhnlich wurde in solchen Versammlungen ein für die weiblichen Gäste berechneter Vortrag gehalten, nach demselben folgte Concert und endlich ein Tanz. Da die Höhe des Beitrags zu diesen Festen ganz in das Belieben der Mitglieder gestellt war, und da auch durch Mitglieder eingeführte Gäste in unbegrenzter Zahl zugelassen wurden, war der Zudrang zu den von den Volksvereinen veranstalteten Festversammlungen ein ungeheurer, bei einigen Versammlungen in Tivoli wurden über 6000 Personen gezählt.

Die Erfahrungen des Jahres 1848 waren nicht spurlos an der Volkspartei Berlins vorübergegangen, sie schöpfte aus denselben, indem sie bemüht war, jetzt eben so ruhig und gesetzmäßig vorzugehen, wie früher stürmisch und revolutionär. Immer fester wurde die Organisation begründet und benutzt zu neuen, die Partei verstärkenden Schöpfungen. Ein Comité zur Unterstützung politisch Verfolgter wurde innerhalb des Rahmens der Organisation in's Leben gerufen und ihm die Aufgabe gestellt, sich die Mittel für seine Wirksamkeit durch Sammlung und Veranstaltung öffentlicher Vergnügungen zu verschaffen. — Auch die Concerte des Unterstützungs-Comité's wurden außerordentlich stark besucht, über eines derselben berichtet die National-Zeitung vom 14. August:

„Das Concert, welches das Unterstützungs-Comité gestern im Hofjäger gab, hatte sich eines außerordentlich zahlreichen Besuchs zu erfreuen; schon von Nachmittag 2 Uhr an strömten Schaaren von Menschen aus dem Potsdamer und Brandenburger Thore dem Hofjäger zu, und der Zuwachs vermehrte sich mit jeder Stunde, so daß gegen 7 Uhr Abends wohl 6—7000 Menschen im Concertlokale versammelt waren.

Auf die Musik wurde in der ungeheuren Versammlung im Ganzen wohl wenig geachtet, obgleich die Leistungen der Kapellmeister Ernst und Meyer und des Männergesang-Chors dies wohl verdient hätten. Das Concert war daher mehr ein Vereinigungspunkt der gesammten Demokratie in Berlin, und man sah hier in der That alle irgend bekannten Demokraten mit ihren Familien einmal wieder fröhlich vereint.

Am Nachmittage gegen 7 Uhr wurde Waldecks Bildniß unter einem schallenden Lebehoch am Hause des Hofjägers befestigt, und sogleich ein frischer Eichenkranz um dasselbe geflochten. Als es zu dunkeln anfing, begann unter ungeheurem Beifall das Musikchor „Was ist des Deutschen Vaterland?" zu spielen, der Männergesang-Chor und ein großer Theil des Publikums fielen ein; bei der Strophe: „Das soll es sein! Das soll es sein!" wurde plötzlich der ganze Hofjäger von bengalischem Feuer erleuchtet. Ein Feuerwerk schloß sich unmittelbar an das Concert.

In der großen Versammlung, aus wie verschiedenen Ständen dieselbe auch bestand, herrschte doch der beste Geist; nicht die geringste Störung war vorgekommen. Wir sehen schon jetzt die schönen Früchte, welche die geselligen Vereinigungen aller zur Demokratie gehörigen Familien in diesem Jahr getragen haben."

Ein Freudenfest für die gesammte Volkspartei war es, als am 23. August die sogenannten Maigefangenen, die Begründer der demokratischen Organisation ihre vom Kriegsgericht auferlegte dreimonatliche Gefängnißstrafe abgebüßt hatten und nun der Freiheit wiedergegeben wurden.*) Man hatte das Gerücht verbreitet, die Volkspartei werde die Freilassung der Maigefangenen zu einer großartigen politischen Demonstration benutzen, es waren daher, um eine solche zu verhindern, umfangreiche polizeiliche Vorbereitungen, aber ganz vergeblich, getroffen worden. Die eigentliche Festfeier beschränkte sich auf eine Landpartie nach Tegel, wo die Befreiten von den Führern der Partei festlich begrüßt wurden, jeder Einzelne der Befreiten aber erhielt am Abend in dem Bezirk, in welchem er wohnte, von den Parteigenossen den Beweis der Freude über seine Befreiung und der Anerkennung für seine der Partei gebrachten Opfer.

Die der Freiheit Wiedergegebenen übernahmen zum größeren Theil sofort die ihnen reservirten Aemter als Vorsitzende der Volksvereine und widmeten ihre ganze Kraft der demokratischen Agitation und Organisation; um die Arbeiter fester an diese zu fesseln, betraten sie ein neues bisher von der demokratischen Partei gänzlich vernachlässigtes Feld der Thätigkeit.

*) Nur der zu einem Jahr verurtheilte Oberlehrer Gercke blieb noch im Gefängniß zurück.

Den socialen Verhältnissen des Arbeiterstandes hatten die Führer der demokratischen Partei Berlins während des Jahres 1848 nur sehr geringe Aufmerksamkeit gewidmet, nur selten war in Klubs und Vereinen die sociale Frage besprochen worden, mit einigen phrasenhaften Resolutionen hatte man sie abgethan; die ganze Kraft der Vereine war durch die politische Bewegung absorbirt worden. — Der Versuch, socialistische oder gar kommunistische Tendenzen in die demokratische Volksbewegung zu tragen, war in Berlin im Jahre 1848 kläglich gescheitert, bei der Reorganisation der demokratischen Partei im Jahre 1849 wurde er gar nicht gemacht, wohl aber trat jetzt die bisher nur in den meist aus altliberalen und konservativen Elementen bestehenden philantropischen Vereinen behandelte Frage, wie den durch die in Berlin herrschende Geschäftslosigkeit schwer bedrängten Arbeitern zu helfen sei, auch an die Volkspartei heran und wurde vielfach in den Vereinen erörtert. — „Die Arbeiter müssen sich selbst helfen!“ so lautete die demokratische Antwort, — „in ihrer freien Vereinigung müssen sie die Mittel zur Abhilfe ihrer Noth finden, nicht in Wohlthaten, die ihnen von den Reichen oder von den Behörden gewährt werden, nicht in Unterstützungen, welche nur darauf berechnet sind, die Unterstützten abhängig zu machen.“ —

Auf das Princip der freien Selbsthilfe wurde ein neuer Verein begründet, der Gesundheitspflegeverein, der schnell außerordentliche Erfolge erzielte. Jeder Arbeiter war berechtigt, diesem Verein beizutreten; gegen eine Zahlung von monatlich zwei Silbergroschen wurde ihm in Krankheitsfällen freie ärztliche Behandlung und Medizin zu Theil, er löste sich hierdurch los von der Armenpflege, deren Unterstützung in den Augen des Volkes stets mit einem Makel behaftet war.

Der Gesundheitspflegeverein war der erste Versuch auf dem Gebiete der freien Selbsthilfe; obgleich begründet von der Volkspartei, verfolgte er doch in keiner Weise Parteizwecke, er nahm seine Mitglieder auf, ohne je nach ihrer Parteistellung zu fragen, aber naturgemäß war es, daß unter den mehr als 5000 Arbeitern, welche ihm fast unmittelbar nach seiner Begründung beitraten, die meisten der Volkspartei angehörten. —

Die Erfolge, welche die Volkspartei durch ihre feste Organisation und durch ihr jetzt durchaus gesetzmäßiges Vorgehen in Berlin erzielte, sprachen sich klar aus durch die stets wachsende Zahl ihrer Mitglieder; die Parteizeitungen gewannen eine immer größere Verbreitung. Die wichtigste und bedeutendste dieser Zeitungen war die National-Zeitung, die fast ohne Kapital von einer Gesellschaft freisinniger Männer 1848 begründet, trotz der zeitweisen Unterdrückung während des Belagerungszustandes, sich doch schon im Herbst eine achtunggebietende Stellung erworben hatte. Sie war eine große Zeitung geworden. Mit kraftvoller Entschiedenheit, zugleich aber auch mit ruhiger Mäßigung trat sie für die demokratischen Grundsätze in die Schranken, führte sie den politischen Kampf gegen die Regierung. Mit jedem Tage dehnte sich ihr Leserkreis aus, mit jedem Tage gewann sie einen größeren Einfluß und zwar in den gebildeten Kreisen. Die freisinnigen Beamten, Kaufleute u. s. w., welche durch die Ausschreitungen der Demokratie im Jahr 1848 erschreckt, sich von derselben abgewendet hatten, wurden ihr durch die National-Zeitung wieder gewonnen. Täglich brachte diese unter der Rubrik Zeitungsschau eine Zusammenstellung der wichtigsten Aeußerungen der konservativen und altliberalen Zeitungen, sie bot ihren Lesern dadurch Gelegenheit, sich auch im gegnerischen Lager umzuschauen, ohne daß sie nöthig hatten, sich die betreffenden Zeitungen zu halten, sie wurde deshalb von diesen grimmig gehaßt und maßlos angegriffen, aber gerade diese Angriffe schufen ihr immer neue Leser und zahlreichere Freunde.

Was die National-Zeitung für die wohlhabenden, höher gebildeten Klassen der Bevölkerung war, wurde die von Dr. Bernstein redigirte kleine Urwähler-Zeitung für den Kleinbürger- und Arbeiterstand. Sie wurde außerordentlich viel gelesen; durch vortreffliche Leitartikel wirkte sie für die Volksbelehrung und für die Ausbreitung der demokratischen Grundsätze. — Ihr zur Seite stand die nicht ganz so weit verbreitete, von Otto Ruppius redigirte Bürger- und Bauern-Zeitung. —

Nicht so einflußreich war die von Dr. Eduard Meyen redigirte Demokratische Zeitung, das Organ der radikalen Demokratie. Sie erregte durch ihre ungezügelte Sprache, durch die Maßlosigkeit ihrer Angriffe gegen jede andere Meinung, durch die Verspottung aller gemäßigt Liberalen und durch viele Taktlosigkeiten oft selbst in der eigenen Partei Mißfallen; obgleich ihre geistsprühenden Artikel meist viel interessanter waren, als die ruhigen der National-Zeitung, verringerte sich doch ihr Leserkreis, der herrschenden Volksstimmung entsprechend, in demselben Maße, wie der der National-Zeitung wuchs.

Gegen diese demokratischen Zeitungen kämpften mit wilder Erbitterung die Berliner Organe der konservativen und altliberalen Partei, an der Spitze derselben außer dem officiellen Organe der Regierung, dem Staatsanzeiger, — die Neue Preußische oder Kreuz-Zeitung, das Organ der äußersten Rechten. — Sie wurde redigirt von dem Assessor Wagner, der auch in religiöser Beziehung zur äußersten Rechten seiner eigenen Partei gehörte. Er hatte sich der kleinen, aber in der Reaktionszeit sich mehr und mehr ausbreitenden und ihre Bekenner gerade in den höchsten Gesellschaftskreisen gewinnenden Sekte der Irvingianer angeschlossen, in der er den Rang eines Erzengels bekleidet haben soll. — Die Kreuz-Zeitung führte mit rücksichtsloser Energie den Kampf nicht nur gegen die Revolution und gegen die Demokratie, sondern gegen jede freie Staatsentwickelung, sie scheute sich nicht, ihre Waffen auch gegen die Regierung zu richten, wenn sie diese einer Anwandlung der Schwäche oder der Nachgiebigkeit zeihen konnte. In dem Haupttheil der Zeitung war die Sprache hart, rücksichtslos,

aber sie entbehrte oft nicht einer gewissen Vornehmheit, die ihrem Leserkreis angemessen war; ganz entgegengesetzt zeigte sie sich in dem Theil unter dem Strich, in dem „Zuschauer", in welchem ein früherer Postsekretär Goedsche das Regiment führte. — Der „Zuschauer" der Kreuz-Zeitung war angefüllt mit meist gänzlich aus der Luft gegriffenen hämischen Anschuldigungen gegen alle mehr oder weniger bekannten politischen Gegner der Zeitung. Erfundene oder mit Erfindungen vermischte pikante Geschichten aus dem Privatleben der Führer der Demokratie wechselten mit Denunciationen. Die Lügenhaftigkeit des Zuschauers war in Berlin so allgemein bekannt, daß nur selten ein anständiger Mann es der Mühe werth hielt, sich irgendwie zu vertheidigen, wenn über ihn der Zuschauer irgend eine infame Beschuldigung enthielt. Der Zuschauer erhielt hierdurch gewissermaßen ein Privilegium für Lüge, Verleumdung und Denunciation.

Kaum weniger scharf, als die Neue Preußische Zeitung, wenn auch nicht mit den gleichen Waffen kämpfte gegen die Demokratie die einst liberale Vossische Zeitung, das Organ des Berliner Spießbürgerthums. — Sie war zur getreuen Bannerträgerin des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel geworden, nur sehr selten hatte sie eine kurze Anwandlung ihres früheren Liberalismus, der sie zu einer momentanen Opposition verführte, aber stets veranlaßte, dann um so heftiger gegen die heillose Demokratie zu Felde zu ziehen.

Etwas, aber nur um eine geringe Färbung liberaler, schillerte das zweite Organ des Berliner Bürgerthums, die Spenersche Zeitung, noch weiter links standen die Organe der Altliberalen, die Deutsche Reform und die Konstitutionelle Zeitung; im Kampfe gegen die Demokratie aber waren sie alle einig, und für alle war die sich immer mehr kräftigende Organisation der Volkspartei und deren wachsender Einfluß ein Gegenstand des Schreckens; — am meisten für die Vossische Zeitung, welche schon im August eine Revision des Vereinsgesetzes vom 30. Juni forderte, d. h. eine Revision, die gleichbedeutend sein sollte mit der Vernichtung des Rechts der freien Vereinigung. Der Artikel, in welchem schon am 17. August die Vossische Zeitung ihre Forderung motivirte, ist so charakteristisch für die damalige Stimmung der jetzt ältesten und bedeutendsten Berliner Zeitung und im Hinblick auf die späteren Socialistengesetze so interessant, daß er wenigstens in seinem Haupttheil hier seine Stelle finden möge.

„Wir sehen vor unseren Augen die sogenannte Partei des Volkes sich je mehr und mehr organisiren, angeblich um auf legalem Wege das verlorene Terrain wiederzugewinnen, da aber dies unmöglich ist, so bleibt zu besorgen, daß die Partei, wenn sie einmal in voller Organisation dasteht, selbst nicht im Stande sein möchte, den legalen Weg innezuhalten, sondern in offenem Ausbruche zu Attentaten auf die bestehende Ordnung und die anerkannte Regierungsform fortgerissen werden könnte.

„Jede Staatsform ist es sich schuldig, für die Erhaltung ihrer selbst zu sorgen; die Unterlassung dessen würde der größte Fehler sein, mit welchem sie ihren Untergang verdient hätte. Preußen ist eine konstitutionelle Monarchie; die Organisation aller Vereine und Gesellschaften, welche auf Sturz dieser Regierungsform abzwecken und eine andere einführen wollen, sei es nun die absolute Monarchie oder die Republik, muß von staatswegen gehindert werden können. Kein Staat, auch der freieste nicht, kann jemals die Konspiration gegen ihn selbst, die offene so wenig als die geheime, dulden und zulassen; das ist er dem Volke schuldig, für welches und durch welches er besteht.

„Es muß im Sinne dieser natürlichen Selbsterhaltung Gesetze geben, welche der Konspiration zum Umsturz einen festen Damm entgegenstellen. Daß es solche gebe, dabei ist das ganze Volk auf das Lebhafteste interessirt. Seine Vertretung hat also dahin mitzuwirken.

„Es werden die Kammern sich auch mit der Revision der Klub- und Plakatgesetze beschäftigen. — Sie werden gewiß anerkennen, was dem Lande noth thut, sie werden die Interessen der Ordnung und des Friedens im Innern wahrzunehmen, sie werden Freiheit von Willkür und Zügellosigkeit zu unterscheiden wissen. Allein wie man das Versammlungs- und Vereinsrecht im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt auch beschränken möge, es ist, wie tägliche Erfahrung lehrt, die Besorgniß nur zu begründet, daß man alle gesetzlichen Schranken unter immer anderen Vorwänden, in immer neuen Erfindungen werde zu umgehen suchen. Darum ist, damit der Hauptzweck nicht unerreicht bleibe, vor allen Dingen als Ergänzung ein klares Gesetz erforderlich, welches alle auf Umsturz der bestehenden Regierungsform hinarbeitenden Vereine und Gesellschaften, sie mögen groß oder klein, unter diesem oder jenem Vorwande versammelt sein, für unerlaubt und strafbar erklärt. Ohne ein solches allgemeines Gesetz werden alle speziellen Paragraphen nur leere Formen sein, man wird unaufhörliche Neckereien haben, der Staat wird nicht gesichert sein, der Wille des Volkes nicht zum Vollzug kommen."

Die konservativen Zeitungen kämpften redlich gegen die Volkspartei, aber sie vermochten es doch nicht zu verhindern, daß diese täglich in Berlin festeren Boden gewann, daß der Schrecken vor dem rothen Gespenst sich unter der ruhigen Bürgerschaft mehr und mehr verlor; ein Umschwung der Stimmung in derselben war unverkennbar, dies zeigten auch die Geschworenengerichte, bei denen die Regierung nicht mehr der Verurtheilung aller wegen politischer Vergehen Angeklagten sicher sein konnte. Die Geschworenen hörten nicht mehr nur auf die Anklage, sondern auch auf die Vertheidigung, und obgleich bei der Auswahl der Geschworenen sehr strenge verfahren wurde, damit nicht Demokraten einen unberechtigten Einfluß auf den Wahrspruch ausüben sollten, kamen doch verschiedene politische Freisprechungen vor.

Vergeblich versuchte die konservative Partei die Volksstimmung*) zu beeinflussen, sie gegen die Volkspartei und für die Regierung zu gewinnen, es gelang ihr nicht. Die Treubundesfeste fanden nicht mehr den vollen Anklang und an den patriotischen Festen, welche z. B. am 9. November zur Feier der einjährigen Verwaltung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel stattfanden, betheiligten sich hauptsächlich nur Beamte, Offiziere und längst als eifrige Konservative bekannte Männer, der Kern der Bürgerschaft Berlins blieb ihnen fern. — Wenn auch bei einem großen im Krollschen Saal veranstalteten Festmahl der Bürgermeister Naunyn,

*) Viel Aufsehen machte es in jenen Tagen in Berlin, daß auch der Minister des Innern von Manteuffel die konservative Partei in ihrem Bemühen, das Ministerium beliebt zu machen, redlich unterstützte. — Er stieg, um ein in späteren Jahren berühmt gewordenes Wort zu gebrauchen, — persönlich zum Volke herab. Ueber den von dem guten Berliner Witz lange Zeit hindurch gründlich verarbeiteten Besuch des Ministers in einer sehr gewöhnlichen Weißbierkneipe giebt die National-Zeitung vom 13. November 1849 folgenden Bericht:

„Die Schluder'sche Bierstube in der Linienstraße, in der Nähe des Schönhauser Thores in einem einstöckigen Hause gelegen, ist ein niedriges, wenig geräumiges Lokal. Man spielt dort Puff und Domino, raucht aus Stammpfeifen und trinkt harmlos seine „gute Weiße". Unweit der Schänke steht ein sogenannter „Raisonnirtisch", auf dem man neben der „Spenerschen" und der „Kreuz-Zeitung" auch die „National-Zeitung" und den radikalen „Urwähler" findet. An diesem Tisch ist die Politik vertreten, jedoch in einer durchaus ungefährlichen Weise, da die Mehrzahl der Gäste, zu denen auch der Polizeisergeant des Reviers gehört, schon in dem Lebensalter steht, das sie für die künftige preußische Pairskammer qualifizirt. An diesem Tische, den Rücken dem Fenster zugekehrt, hat auch jener geheimnißvolle „Müller" gesessen, von dem man sagt, daß er das geistige Haupt des preußischen Ministeriums gewesen sein soll.

Der Stickmuster-Kolorierer Malméné, bekannt durch seine sogenannte Knabenbeschäftigungs-Anstalt und durch sein Illuminations-Cirkular, welches er vor dem 18. Oktober in den Häusern herumschickte, verkehrt gleichfalls bei Schluder. Am Sonntag, den 28. Oktober (dies ist der denkwürdige Tag), hatte er schon Vormittags verschiedene Andeutungen fallen lassen, daß am Abend sich „etwas ereignen" würde. Nachmittags war er noch zu mehreren Bekannten gegangen und hatte sie eingeladen, doch am Abend zu Schluder zu kommen; es werde dort „etwas vorgehen". In Folge dieser ausgestreuten räthselhaften Bemerkungen hatte sich denn am Abend die Bierstube bei Schluder ziemlich gefüllt und man harrte mit einiger Spannung der Dinge, die da kommen sollten. Endlich öffnete sich die Thür und Herr Malméné tritt ein, begleitet von einem kleinen korpulenten Mann mit blondem Haar und einer schwarzen Brille auf der Nase. Herr Malméné ist sehr zuvorkommend gegen diesen, und man ahnt gleich, daß in ihm etwas verborgen stecke. Beide nehmen Platz an dem großen „Raisonnirtisch". Herr Malméné läßt eine „Weiße" geben, trinkt zuerst und reicht das Glas dann dem Fremden, der ehrlich Bescheid thut. Herr Malméné lächelt dabei sehr geheimnißvoll, und seine Mienen drücken viel Wichtigkeit aus. Er nennt den Fremden „lieber Herr Müller" und bittet ihn um seine Meinung über ein Thema, das gerade an dem Tisch verhandelt wird (leider konnte ich dieses Thema nicht erforschen). Der kleine Mann mit der schwarzen Brille fängt darauf so gelehrt zu sprechen an, daß die redlichen Bürger hinter ihrem Glase Weißbier plötzlich in ehrerbietiges Schweigen versinken und auf der Stelle ahnen, in dem Manne müsse was Großes stecken. Endlich erhebt er sich, um zu gehen. Jetzt steht aber auch Herr Malméné auf, ergreift ein Glas Bier, hebt es hoch empor und ruft: „Es lebe das Ministerium! Es lebe Se. Excellenz der Herr Minister von Manteuffel, der sich herabläßt, zu seinen Mitbürgern zu kommen!" Der kleine Mann mit der schwarzen Brille läßt sich die Huldigung gefallen; er sagt nicht, daß er wirklich der Minister ist, aber er widerspricht auch nicht. Allein, als sich die Gäste in der Bierstube soweit wieder gesammelt haben, um ihn erfurchtsvoll zu bitten, von Neuem Platz zu nehmen und ihnen noch länger seine beglückende Nähe zu schenken, da sagt er: „Nein, meine Zeit ist mir zugemessen." Darauf entfernt er sich in einer Droschke, die Herr Malméné sich beeilt hat herbeizuholen.

War dieser „Herr Müller", der kleine Mann mit dem blonden Haar und der schwarzen Brille, — war er Minister und hieß er von Manteuffel? Herr Malméné hat's gesagt; kein Mensch, außer ihm, weiß es. Niemand, außer Herrn Malméné, hat ihn gekannt; nachher wollte man sich freilich wohl erinnern, daß das Gesicht des Fremdlings dem Portrait des Ministers gleiche, wie es in den Kunstläden zur Schau aushänge. Die Identität zwischen Müller und v. Manteuffel beruht also lediglich auf der Angabe des Herrn Malméné selbst. Wie dieser mit dem Minister zusammenkam? — Herr Malméné hat darüber Folgendes erzählt: Er sei schon am Vormittage in dem Hotel des Ministers gewesen und habe ihn eingeladen, mit ihm eine „Versammlung" zu besuchen. Herr v. Manteuffel habe gesagt: „Warum nicht?" und so habe er ihn dann am Abend abgeholt und sich mit ihm in eine Droschke gesetzt. Der große Staatsmann hatte sich dem „Inhaber einer Knabenbeschäftigungs-Anstalt" dermaßen auf Diskretion übergeben, daß er erst in der Droschke fragte: „Aber lieber Freund, wohin werden Sie mich denn führen?" Herr Malméné erwiderte, daß Se. Excellenz dies schon sehen werde, wenn sie vor der Thür halten würden. Diese Thür war denn endlich die des Gastwirths Schluder in dem einstöckigen Hause in der Linienstraße. Ohne Zweifel war das nicht mehr als billig, denn Herr Malméné ist ja Stammgast hier! Folgenden Tags ist Herr Malméné wieder bei Excellenz v. Manteuffel gewesen und hat ihn gefragt, ob ihm der verflossene Abend leid thue. Herr v. Manteuffel hat dies lebhaft verneint, hat sich beifällig über die Aufnahme ausgesprochen, die er bei Schluder gefunden und bestimmt versprochen, wieder hinzukommen, sobald es seine Zeit erlaube. So hofft man denn täglich in der Schluderschen Bierstube auf das Wiedererscheinen des kleinen Mannes mit der schwarzen Brille, wie die Irvingianer auf das Wiedererscheinen des Messias. Inzwischen hat sich Herr Malméné in das Glas, woraus er mit dem Fremden getrunken und womit er „Sr. Excellenz dem Herrn von Manteuffel" ein Hoch ausgebracht, das Wort „Andenken" einschleifen lassen und es darf Niemand außer ihm daraus trinken. Die Beiträge für seine „Knabenbeschäftigungs-Anstalt" aber sollen seitdem beträchtlich gestiegen sein und auch Herr Schluder verspürt einen vermehrten Besuch seiner Weißbierstube."

der Stadtverordneten-Vorsteher Seidel und einige andere konservative Stadtverordnete Theil nahmen und sehr patriotische Trinksprüche ausbrachten, so blieben doch viele andere, auf die man mit Sicherheit gerechnet hatte, aus. Es ließ sich nicht verkennen, daß auch in der Stadtverordneten-Versammlung, der recht eigentlichen Repräsentantin des gemäßigten ruhigen Berliner Bürgerthums, sich wieder eine mehr nach links gehende Strömung zeigte; hatte doch diese Versammlung den Muth gehabt, das ihr gewordene Ansinnen, den Minister-Präsidenten Grafen Brandenburg zum Ehrenbürger von Berlin zu ernennen, mit der Motivirung zurückzuweisen, daß ein solcher Beschluß den Charakter eines allgemeinen politischen Urtheils und den unvermeidlichen Schein einer Demonstration annehmen würde.

Dieser Erfolg war eine Frucht der gemäßigten, streng sich innerhalb der Gesetze haltenden Agitation der demokratischen Partei in ihren an Mitgliederzahl stets wachsenden Vereinen; dies hatten die maßgebenden Leiter der Kontrerevolution längst erkannt. Der Angstruf der Vossischen Zeitung war nicht ungehört verhallt, die Erkenntniß, daß der freien demokratischen Vereinsthätigkeit ein Halt geboten werden müsse, hatte sich geltend gemacht. — Wenn die klaren Bestimmungen des Vereinsgesetzes zu diesem Zwecke nicht ausreichten, mußte durch Interpretation derselben die Aushilfe geschaffen werden.

Gegen Ende August 1849 änderte sich plötzlich der Charakter der Polizeibeaufsichtigung in den Versammlungen der Volkspartei. Die Polizeibeamten, welche bisher den Verhandlungen der Vereine ruhig zugehört, niemals störend in dieselben eingegriffen hatten, suchten nach irgend einer Veranlassung, um die Versammlungen aufzulösen. — Als in der zahlreich besuchten Versammlung des Friedrichstädtischen Volksvereins der Vorsitzende Dr. Meyer die Wirksamkeit des Treubundes besprach und dabei äußerte, der Fluch der Lächerlichkeit, der auf jenem Bunde laste, werde allein erreichen, daß er absterben müsse, — erhob sich der überwachende Polizeibeamte und erklärte die Versammlung für aufgelöst, weil die Aeußerung des Redners gegen § 5 des Preßgesetzes verstoße, der verbiete, den öffentlichen Frieden dadurch zu stören, daß man die Angehörigen des Staats zum Haß und zur Verachtung gegen einander aufreizt.

Mit dem höchsten Staunen hörten die Versammelten die Entscheidung des Polizeibeamten, aber sie leisteten derselben keinen Widerstand, in größter Ruhe und Ordnung verließen sie den Sitzungssaal.

Die Auflösung der Versammlung aus dem nichtigen angegebenen Grunde machte großes Aufsehen in Berlin. — § 5 des Vereinsgesetzes vom 30. Juni 1849 lautet klar und bestimmt: „Versammlungen, in denen Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Aufreizung zu strafbaren Handlungen enthalten, sind die Abgeordneten der Polizeibehörde sofort aufzulösen befugt". Wie war es möglich, aus diesem Paragraphen das Recht der Auflösung des Vereins herzuleiten! Der auflösende Polizeibeamte hatte sich einer Ueberschreitung seiner Amtspflicht schuldig gemacht, seine vorgesetzte Behörde, das Polizei-Präsidium, hatte die Pflicht, ihm dafür mindestens eine Rüge zu ertheilen, so meinte der Vorstand des Vereins, er wendete sich beschwerdeführend über die Gesetzesverletzung an den Polizei-Präsidenten v. Hinckeldey, aber dieser hatte keine Ohren für derartige Beschwerden. „Es giebt ein höheres Gesetz, als das geschriebene!" antwortete er einer Deputation, die ihre Klagen bei ihm mündlich vorbrachte.

Der ersten Auflösung folgten bald andere, alle unter den nichtigsten Gründen. Hier wurde eine Versammlung aufgelöst, weil eine Denkschrift über die Frage: Wählen oder Nichtwählen! vorgelesen wurde, dort, weil der Vorsitzende die Versammlung erst um drei Viertel auf acht eröffnet habe, während sie auf halb acht Uhr angemeldet worden sei. In einer anderen Versammlung gab die im Fragekasten befindliche Frage: „Wo kommen die vielen Aepfel her?" Veranlassung zu großem Gelächter, zugleich aber auch zur Auflösung, weil sich der Polizeibeamte durch dieselbe beleidigt fühlte. — Er hatte früher, vor seinem Eintritt in den Polizeidienst, einen Obstkeller besessen und deshalb von der Straßenjugend den Spottnamen Aepfelfritze erhalten! —

Mit den seltsamsten Gründen wurden die Auflösungen von den Polizeibeamten motivirt, keiner dieser Gründe entsprach dem § 5 des Gesetzes. — Anfangs gaben die Polizeibeamten noch Gründe an, bald aber thaten sie auch dies nicht mehr, — sie lösten auf, wenn es ihnen gerade gefiel. Eine besonders erfolgreiche Thätigkeit zeigte bezüglich der Auflösungen ein Wachtmeister Kaiser; wo er, gewöhnlich begleitet von dem sogenannten „Aepfelfritz" erschien, erfolgte fast regelmäßig bald die Auflösung.

Ein anderes Mittel, die Vereinsthätigkeit zu lähmen, fand das Polizei-Präsidium in einer Aufforderung an die Vorsitzenden der Vereine, ihm ein Mitglieder-Verzeichniß derselben einzusenden. Die Vorsitzenden waren meist gar nicht in der Lage, einer solchen Aufforderung genügen zu können, denn in den meisten Vereinen existirte kein Mitglieder-Verzeichniß, und außerdem legte ihnen nirgends das Gesetz vom 30. Juni die Verpflichtung auf, ein solches zu führen oder, wenn es geführt wurde, dem Polizei-Präsidium einzureichen; trotzdem bestand der Polizei-Präsident auf seiner Forderung, er drohte Geldstrafen und Exekution an, wenn sie nicht erfüllt werde, und vollstreckte die Exekution wirklich. — Die Beschwerde der Vorsteher beim Ministerium gegen die widerrechtlich von ihnen eingezogene Strafe blieb vergeblich und auch der Rechtsweg wurde ihnen abgeschnitten, denn das Polizei-Präsidium legte erfolgreich den Kompetenzkonflikt ein.

Es konnte nicht fehlen, daß die zahlreichen unmotivirten Vereinsauflösungen Unzufriedenheit, ja Erbitterung bei denen hervorrufen mußten, welche durch die Polizeimaßregeln getroffen wurden. Die in ihrem gesetzlichen Recht Gekränkten fügten sich zwar dem Auflösungsbefehl, aber sie thaten es nur widerwillig; manch zürnendes Wort wurde laut unter denen, die nach der Auflösung das Versammlungslokal verließen, und vor demselben sammelten sie sich oft auf der Straße, um das eben Vorgefallene zu besprechen.

Es ließ sich leicht voraussehen, daß früher oder später die Aufregung der tief erbitterten Menschen sich gewaltsam Luft machen werde. Diese Besorgniß veranlaßte die Vorsteher der Vereine und die Führer der Volkspartei, ihren ganzen Einfluß aufzuwenden, um einen gewaltsamen Widerstand gegen die Polizeibeamten zu verhindern; die demokratischen Zeitungen unterstützten sie in diesem Bestreben, sie forderten die Parteigenossen täglich auf, sich nicht durch ungesetzliche Auflösungen zu Gewaltthätigkeiten verführen zu lassen und hierdurch den Feinden des freien Versammlungsrechts eine scharfe Waffe in die Hand zu geben. Es sei die Absicht der Reaktion, das Volk zur Gewaltthat zu reizen, um einer Verschärfung der Vereinsgesetze, vielleicht sogar einer Wiedereinführung des Belagerungszustandes den Schein einer Berechtigung zu geben. —

Solche Warnungen trugen ihre Früchte, schien es doch wirklich, als ob sie nur zu sehr begründet seien, denn mit jedem Tage wurde die Maßregelung der Vereine schärfer, immer rücksichtsloser traten die Polizeibeamten und vor allen Anderen der Polizei-Wachtmeister Kaiser auf. Es schien wirklich, als suche er geflissentlich einen gewaltsamen Widerstand hervorzurufen. Die Schärfe und Rücksichtslosigkeit wuchs zu einem solchen Maße, daß sie kaum mehr zu ertragen war. — Zwei Berichte der sehr gemäßigten National-Zeitung, die mit außerordentlicher Strenge darüber wachte, daß ihre Berichterstatter sich keiner Uebertreibung schuldig machen durften, geben uns ein anschauliches Bild der Polizeithätigkeit, welche damals in Berlin gegen die Vereine der Volkspartei aufgeboten war. — Beide Berichte fallen in die Zeit, in welcher sich der polizeiliche Kampf gegen die Vereine übergipfelte, in die beiden ersten Novemberwochen, in denen die konservative Partei Berlins den Regierungsbeginn des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, die Volkspartei das Andenken Robert Blum's*) durch festliche Versammlungen zu feiern bemüht waren. —

Der Bericht der National-Zeitung vom 9. November lautet:

„Gestern, am 8. November, wollte in der Friedrichstädtischen Halle der 1. Volksverein eine feierliche Sitzung zu Ehren Robert Blum's abhalten; dieselbe wurde jedoch vor ihrem Beginn aufgehoben und zwar durch Herrn Wachtmeister Kaiser. — Um 8 Uhr eröffnete Herr Meyen die Versammlung; ehe noch ein Wort gesprochen worden war, ehe noch das Protokoll verlesen war, begehrte plötzlich Herr Kaiser von dem Vorsitzenden den Namen eines Mitgliedes zu wissen. Herr Meyen kannte diesen Namen nicht und konnte daher die gewünschte Antwort nicht geben, worauf Herr Kaiser erklärte, daß er in diesem Fall die Versammlung nicht vor sich gehen lassen werde, und sich nun, begleitet von Herrn Meyen, zu dem Mitgliede, dessen Namen er wissen wollte, begab. Er erhielt sofort von dem Mitgliede Auskunft über den Namen. „Das genügt mir nicht," rief er bei der Nennung des Namens. Das Mitglied gab ihm darauf seine Karte, aber auch diese genügte Herrn Kaiser nicht und derselbe gab sich nicht eher zufrieden, bis das Mitglied mit ihm den Saal verließ. Natürlicherweise hatte diese Scene ein bedeutendes Aufsehen in der Versammlung gemacht, die Mehrzahl der Versammelten blieb indessen auf ihren Plätzen und nur Einzelne folgten in den Vorsaal, wo Herr Kaiser mit dem jungen Mann verhandelte, den er aufgefordert hatte, ihm zu folgen. Um ein weiteres Nachströmen zu verhüten, riefen im hinteren Theil des Saales mehrere Stimmen: „hier bleiben! sitzen bleiben!" In Folge dieses Rufes erklärte Herr Kaiser im Vorsaale gegen Herrn Meyen, daß die Versammlung aufgelöst sei. Herr Meyen nahm die Erklärung an so ungehöriger Stelle nicht an, kehrte in den Saal zurück und eröffnete wieder die Versammlung. Gleich darauf erschien jedoch Herr Kaiser im Saal und erklärte auch hier in einer Weise — für die wir keinen Ausdruck haben — die Versammlung für aufgelöst, während man zu gleicher Zeit unten auf der Straße schon die Nothpfeife der Konstabler hörte. Die Nachricht von der Auflösung, unter solchen Umständen und in dieser Art von Herrn Kaiser der Versammlung mitgetheilt, erregte eine leicht erklärliche Aufregung; es mögen wohl einige drohende Worte ausgestoßen worden sein, denn plötzlich sahen wir Herrn Kaiser und einen begleitenden Schutzmann mit gezogenen Säbeln in der Thür stehen; wenige Augenblicke darauf schrie Herr Kaiser, er sei verwundet. Es wurde nun Niemand aus dem Saal, Niemand von außen in den Saal gelassen, bis eine genügende Anzahl von Konstablern mit gezogenen Säbeln die Treppe und die Vorsäle besetzt hatte. Herr Kaiser behauptete Anfangs, er sei durch einen Messerstich verwundet, später behauptete er gegen Herrn Meyen, die Verwundung sei durch einen Stockdegen geschehen, und Herr Meyen habe die

*) Robert Blum, der deutsche Abgeordnete, war von der Linken des Frankfurter Parlaments als Delegirter im Oktober 1848 nach Wien geschickt worden, um dem revolutionären Volke die Sympathien der deutschen Volksvertretung auszusprechen. Er hatte Theil genommen an dem Revolutionskampf, war gefangen genommen und standrechtlich zum Tode verurtheilt worden. Am 9. November 1848 war Robert Blum in der Brigittenau erschossen worden. Er wurde von der demokratischen Partei in ganz Deutschland als ein Märtyrer der Freiheit gefeiert.

Verantwortlichkeit dafür, da er verpflichtet sei, darauf zu achten, daß Niemand mit einem Stockdegen in der Versammlung erscheine. Mehrere Zeugen, welche ganz in der Nähe des Herrn Kaiser in dem Augenblick gestanden haben, wo er den Säbel zog, bekunden, daß Herr Kaiser sich durch seinen eigenen Säbel verwundet habe. Es wurden jetzt die Zuhörer aus dem Saal getrieben, und wiederum mit einer Rücksichtslosigkeit, welche dem früheren Benehmen des oft erwähnten Polizeibeamten entsprach. Es wurden vielfache Verhaftungen vorgenommen, unter Anderen wurde in Gegenwart des Ref. ein Bürger nur deshalb verhaftet, weil er gegen Herrn Kaiser die Möglichkeit äußerte, daß derselbe sich durch seinen eigenen Säbel verwundet haben könnte. In ähnlicher Weise wurden auch die übrigen Verhaftungen vorgenommen, sie dauerten noch lange Zeit nach der Auflösung auf der Straße mit demselben Grund oder Ungrund fort. Herr Meyen, Herr Müller, Herr Streckfuß und Herr Stadtverordneter Bünger begaben sich gleich nach der Auflösung in das Polizei-Präsidium, um wenigstens die Loslassung der Arrestanten zu bewirken; der Polizei-Präsident war indessen nicht zu sprechen, und der Hauptmann Patzke ließ sich in keiner Weise darauf ein; er hatte im Gegentheil den Befehl gegeben, daß die Gefangenen sämmtlich zum Arrest geführt würden."

Ein anderer Bericht der National-Zeitung vom 10. November meldet:

„Gestern wurden abermals mehrere Blum-Feierlichkeiten von der Polizei durch Auflösungen von Vereinen verhindert, so unter Anderen wurde der 2. und 3. Volksverein wegen der Blum-Feierlichkeiten aufgelöst. Die Auflösung des 2. Volksvereins war von so skandalösen Scenen begleitet, wie wir sie bisher noch nicht erlebt haben. Um 8 Uhr sollte der 2. Volksverein in dem Günther'schen Saale eröffnet werden; kurz vor 8 Uhr erschien Herr Kaiser mit einer Abtheilung Konstabler. Er stellte dieselben rings um das Haus auf und gab ihnen den Befehl, sofort in dasselbe einzudringen, sobald er an's Fenster klopfen würde; dann ging er in den Saal. Der Saal war geschmückt mit Blumen und über der Rednerbühne hing eine deutsche Fahne, in deren Mitte indeß ein weißes Feld mit dem Berliner Stadtwappen, dem preußischen Adler, den Landesfarben und dem F. R. prangte. Herrn Kaisers Blicke fielen zuerst auf diese Fahne; sofort begehrte er Herrn Berends zu sprechen, ging mit diesem in den Vorsaal zurück und forderte mit seinem gewöhnlichen befehlenden Tone, daß die Fahne sofort abgenommen werden müsse. Herr Berends fragte natürlicherweise, nach welchem Gesetz eine solche Forderung gestellt werde. „Die Fahne hat hier nichts zu schaffen," erwiderte Kaiser, „und wenn Sie dieselbe nicht augenblicklich abnehmen lassen, so löse ich die Versammlung auf." Herr Berends, der sich einer so willkürlichen Forderung nicht fügen wollte, erwiderte, daß er es Herrn Kaiser überlassen müsse, zu thun, was er verantworten könne. „Die Versammlung ist aufgelöst!" entgegnete Herr Kaiser, „gehen Sie und theilen Sie der Versammlung mit, daß dieselbe auseinandergehen müsse, indem am heutigen Abend kein Verein mehr stattfinden dürfe." Herr Berends überließ es Herrn Kaiser selbst, die Versammlung aufzulösen, erklärte, nachdem Herr Kaiser die Auflösung ausgesprochen hatte, die Gründe, aus denen die Auflösung angeordnet sei und bat die Versammlung, mit der höchsten Ruhe auseinander zu gehen. Diesem Wunsche wurde augenblicklich von der Versammlung gewillfahrt. Mit einer bisher bei Auflösungen beispiellosen Ruhe ging die außerordentlich zahlreiche Versammlung von Damen und Herren auseinander — da klirrte plötzlich eine Scheibe; eine Glasthür, welche nach dem Garten führte, wurde aufgestoßen und herein in den Saal stürzten wohl 12 oder mehr Konstabler, welche den hinteren Raum des Saales einnahmen. Zugleich sprang Herr Kaiser auf die Rednertribüne und schrie der Versammlung zu, sie möge sich augenblicklich entfernen. Der Zuruf geschah in einem Tone, der Erbitterung erregen mußte; nichts destoweniger blieb die Versammlung ruhig und drängte sich dem Eingange zu; dort hörte man plötzlich einen Wortwechsel zwischen einem Schutzmann und einigen der Umstehenden, in demselben Augenblick sprangen Herr Kaiser und seine Konstabler von hinten über Tisch und Bänke dem Eingang zu; sie zogen die Säbel und nun gab es im Saale eine Scene der Brutalität, wie wir sie bis jetzt noch kaum gehabt haben. Der Zuruf: „Haut sie, haut sie, die Hunde!" ertönte vielfach (die glaubwürdigsten Zeugen werden bei der hoffentlich anzustellenden gerichtlichen Untersuchung dies bekunden). Das Gedränge wurde furchtbar, die Konstabler hieben mit einer wahrhaft barbarischen Wuth auf die völlig unbewaffnete, widerstandslose Menge ein. Eine große Anzahl von Verwundungen ist vorgekommen, Verhaftungen wurden ohne allen Grund auf das Willkürlichste vollzogen; ein junger Mann wurde in Gegenwart des Referenten in einer Weise gestoßen und beim Kragen herumgerissen, welche die tiefste Empörung hervorrufen mußte. Diese Scenen der Brutalität setzten sich auch außerhalb des Hauses fort, auch dort kamen eine große Anzahl Verwundungen und grundloser Verhaftungen vor; eine Dame unter Anderem wurde zu Boden gerissen und in den Koth getreten. Zum Schluß ließ sich der Konstabler-Wachtmeister noch die Namen der Musiker sagen, um zu wissen, wer für die demokratische Partei sich zum Spielen hergäbe!"

Lesen wir heute diese Berichte, dann erscheinen sie uns übertrieben, wir sind geneigt zu glauben, derartige Vorkommnisse seien unmöglich, wir können es kaum mehr verstehen, daß gegen die gesetzwidrigen Uebergriffe untergeordneter Polizeibeamten es keinen Schutz gegeben haben sollte; aber ein solcher Schutz existirte in der That nicht, alle Beschwerden gegen den Wachtmeister Kaiser verliefen fruchtlos, nicht die Polizisten, sondern die von ihnen

Verhafteten und Gemißhandelten wurden vor Gericht gestellt und bestraft.*)

Die Thätigkeit der Polizei bei den Vereinsauflösungen im Oktober und November, die Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften, die Unmöglichkeit, gegen die Gesetzverletzungen Recht zu erlangen, warf ein grelles Streiflicht auf die in Berlin herrschenden Zustände; selbst die früher eifrigsten Verehrer des Ministeriums fingen an, darüber bedenklich zu werden, daß die Regierung solche Uebergriffe duldete; — den bisher von der Furcht vor der Demokratie Verblendeten öffneten sich die Augen, sie konnten sich der Besorgniß vor einem Ueberwuchern der Reaktion nicht mehr verschließen.

Von eminenter Wichtigkeit für die Klärung der Anschauungen aller derer, die nicht jedes Gefühl für das Recht verloren hatten, die nicht völlig verblendet durch fanatischen Parteihaß waren, wurde ein politischer Prozeß, der im Anfang December 1849 vor dem Schwurgerichtshof in Berlin verhandelt wurde, — der Prozeß Waldeck.

Schon seit Monaten, seit der Verhaftung Waldecks, hatte die Untersuchung gegen den berühmtesten Führer der Linken in der National-Versammlung und in der aufgelösten Zweiten Kammer die Parteien in Berlin fortdauernd beschäftigt. Die Kreuz-Zeitung hatte wiederholt ihre Freude darüber ausgesprochen, daß durch die Gerichtsverhandlung alle die revolutionären, hochverrätherischen Pläne der demokratischen Partei an das Tageslicht gezogen werden würden, sie hatte längst Waldeck als Hochverräther verurtheilt, und ihrem Beispiel waren auch in mehr oder weniger geharnischten Artikeln die übrigen der Reaktion dienenden Zeitungen gefolgt. — Solche Angriffe konnten nicht ohne Wirkung bleiben. Auch die nicht von Parteihaß verblendeten, ruhigsten Bürger glaubten, es müßten wohl gewichtige Beweisstücke vorliegen, sonst könne unmöglich ein so hochgestellter Staatsbeamter, ein Mitglied des höchsten Gerichtshofes, ein Mann, auf dessen bürgerlichem Ruf bisher auch nicht der leiseste Schatten geruht hatte, viele Monate lang in strenger Untersuchungshaft gehalten werden. — Man war in Berlin auf's Höchste gespannt auf den endlichen Abschluß dieser vielbesprochenen Untersuchung, der, so erfuhr man, Ende Oktober dadurch stattgefunden hatte, daß von der Staatsanwaltschaft wirklich die Anklage am 31. Oktober erhoben worden war.

In der Mitte November wurde die vom Ober-Staatsanwalt Sethe unterzeichnete Anklageakte durch die Berliner Zeitungen in ihrem Wortlaut veröffentlicht, — damals war eine solche Veröffentlichung noch durch keinen Gesetzesparagraphen verboten, — sie wurde durch besondere Beilagen in der ganzen Stadt verbreitet und mit Begierde überall gelesen.

Der Eindruck, welchen das wichtige Aktenstück auf die Leser aller Parteien machte, ist schwer zu beschreiben. Die demokratische Partei jubelte! Auf eine so hohle, nichtssagende, jedes Beweises entbehrende Anklage mußte selbst das reaktionärste Schwurgericht den Angeklagten „nicht schuldig“ finden; die Mittelpartei war geradezu verblüfft, sie vermochte nicht zu begreifen, daß auf eine derartige Anklage hin ein angesehener Mann fast sieben Monate in Untersuchungshaft gehalten werden konnte, und ein gleiches Gefühl hatten auch die Konservativen; nur die Kreuz-Zeitung war noch voll Kampfesmuth, sie rief ihren Lesern am 16. November zu:

„Und was thut die konservative Presse? — Wird sie endlich begreifen sammt dem Philisterthum ihrer Leser, was dieser Prozeß für eine schwere, inhaltsreiche Bedeutung hat? Sollen wir es nochmals in ihre Ohren donnern, daß es sich hier nicht um den Kampf gegen eine einzelne eidbrüchige, verrätherische Persönlichkeit, daß es sich darum handelt, der im Finstern schleichenden Revolution die Larve vergangener Schandthaten vom Gesicht zu reißen, um uns Sicherung zu schaffen, daß das Unheil, welches damals die Hand der Vorsehung abgewandt, nicht jetzt den Sieg feiere.“

Die vielgelesene, vielbesprochene Anklageakte des Ober-Staatsanwaltes gegen den Ober-Tribunalsrath Dr. Waldeck und den Kaufmann Ohm war in der That ein wunderbares Aktenstück.

*) Die Verurtheilungen erfolgten meistens auf Grund des § 16 des Vereinsgesetzes vom 30. Juni 1849. § 16 lautete: Wer sich nicht sofort entfernt, nachdem der Abgeordnete der Ortspolizeibehörde die Versammlung für aufgelöst erklärt hat, wird mit Geldbuße von 5 bis 50 Thaler oder mit Gefängniß von 8 Tagen bis zu 3 Monaten bestraft. — Der Verletzung dieses Gesetzesparagraphen machten sich viele Vereinsbesucher und zwar gerade diejenigen schuldig, welche nicht stürmisch nach dem Ausgange des Versammlungslokals zudrängten. Auch mir hat der § 16 damals eine Verurtheilung eingetragen. — Ich hatte in einer vom Wachtmeister Kaiser mit besonderer Rücksichtslosigkeit aufgelösten Versammlung den Vorsitz geführt und hatte mich nach der Auflösung redlich bemüht, die tief erbitterten Vereinsmitglieder zum ruhigen Auseinandergehen zu bewegen, es war mir gelungen, nur Einzelne hatten ihrer Entrüstung trotz meines Zuredens heftige Worte gegeben und waren verhaftet worden. Es wurde gegen sie die Anklage eingeleitet und ich als Belastungszeuge vorgeladen. Der Wachtmeister Kaiser und die Konstabler sagten bei dem Prozeß aus, daß die Angeklagten trotz meiner dringenden Bitte und wiederholten Aufforderungen sich nicht *sofort* entfernt hätten, sondern unter den letzten gewesen wären, welche den Saal verlassen hätten; ich mußte dies der Wahrheit gemäß bestätigen und die Verurtheilung erfolgte. Kurze Zeit darauf erhielt ich selbst eine Vorladung als Angeklagter. Aus meinen eigenen Aussagen, sowie aus denen der Konstabler gehe hervor, so lautete die Anklage, daß ich länger als unbedingt nothwendig im Saale geblieben sei; wenn ich dabei auch, wie der Wachtmeister Kaiser selbst bestätigt habe, von der Absicht geleitet worden sei, Unheil zu verhüten und die Versammelten zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen zu bewegen, so sei doch durch mich § 16 des Gesetzes, der das sofortige Verlassen des Saales verlange, verletzt und ich daher mit dem Minimum der Strafe — 5 Thaler Geldbuße — zu belegen. — Und so geschah es! — —

Sie begann mit einer Darstellung der Organisation der demokratischen Vereine im Jahre 1848 und der Thätigkeit der demokratischen Klubs und der demokratischen Kongresse, sie suchte nachzuweisen, daß diese Thätigkeit eine durchaus revolutionäre gewesen sei, erwähnte die Aufstände in Dresden, Baden und der Pfalz und die revolutionären Bestrebungen der demokratischen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung, um dann fortzufahren:

„Nachdem die in der ersten Hälfte des Monats Mai erwähnten Aufstände ausgebrochen waren, ging dem Polizei-Präsidium die Nachricht zu, daß der Handlungsdiener Ohm in näherer Beziehung zu den Leitern des am 3. Mai zu Dresden ausgebrochenen Aufstandes stehe und im Besitz von Papieren sei, die darüber Aufschluß zu geben im Stande wären. Am 16. Mai, Morgens um 9½ Uhr, wurde durch die Polizei-Kommissarien Greiff und Maaß mit Zuziehung einiger Schutzmänner die angeordnete Verhaftung Ohm's und die Beschlagnahme seiner Papiere ausgeführt. Ohm wurde in seiner Wohnung — Jägerstraße 13 — im Schlafrock angetroffen. Als man mit Beschlagnahme seiner Papiere verfuhr und Maaß den inneren Theil des Schreibsekretärs herausziehen wollte, suchte Ohm dies zu verhindern. Maaß ließ sich aber nicht abhalten und fand hinter dem inneren Theile des Einsatzes und zu beiden Seiten desselben mehrere Briefe, in denen er die Handschrift D'Esters zu erkennen glaubte. Inzwischen hatte Greiff wahrgenommen, daß Ohm, welcher mit der einen Hand gestikulirte, mit der andern Hand in der Tasche etwas zu zerknittern schien. Er untersuchte den Schlafrock und fand in dessen linkem Aermel einen Brief, dessen Unterschrift zuvor durchstrichen, dennoch aber lesbar war und den Namen D'Ester erkennen ließ. In diesem Briefe heißt es unter anderem:

„Liebster Ohm! Ein Mann schreibt an Dich, der an der Spitze einer Partei steht, der mit den Häuptern derselben Partei in Frankreich verbunden ist. Ein Mann schreibt an Dich, der noch die Idee hat, einen Robespierre zu spielen. Meinen Zweck kennst Du, alle Mittel sind heilig, einen solchen Zweck zu verfolgen, wenn man ihn erlangen will. Wir erlangen ihn sicher, und dazu müssen wir vor Allem den völligen Ruin des preußischen Hohenzollernhauses haben. Zu dieser großen That ist aber auch der Mord ein heiliges Mittel, und deshalb wirst Du beiliegende Statuten, welche den neuen Bund leiten, gerechtfertigt finden."

Nachdem sodann gegen den Angeredeten auf den Fall der Verletzung der ihm anvertrauten Geheimnisse eine angeblich mit dem Blute des Briefstellers niedergeschriebene Drohung ausgestoßen worden, heißt es weiter:

„Jetzt zur Sache. Vor Allem bleibt der Abgeber dieses Dir und Waldeck nur bekannt. Du führst ihn in keine demokratische Gesellschaft, reist mit ihm noch Montag nach Charlottenburg. Weder Egbert Bauer noch Jemand sieht ihn, nur für Dich existirt er. Mit Bestellung der Waffen brauche ich Dir jetzt nichts mehr schriftlich zu sagen, denn morgen 5 Uhr wird Dich einer von der Quelle selbst zur Reise abholen."

Nachdem sodann von einem Plan geredet worden, der bei der „in diesen Tagen" stattfindenden Erhebung in Breslau benutzt werden soll, und das Eintreffen Mieroslawski's in Aussicht gestellt ist; nachdem ferner erwähnt worden, daß es gelingen werde, am Rhein die Landwehrmänner untreu zu machen, heißt es weiter:

„Köln muß die Entscheidung für den Rhein sein, dort soll, wie in allen Hauptstädten, am 20. Mai die Schlacht geschlagen werden. Wegen Papieren kann Alles ruhig sein. Sag' Waldeck, Bakunin ist gut entkommen und hat die Papiere. Morgen reist Du nach Hamburg, wozu Du den Auftrag weißt. Wenn wir am Rhein die Republik haben, da haben uns die Ungarn 10 000 Mann versprochen, deshalb sorg' nur für Waffen. Kanonen haben wir 40 Stück am Rhein. Die Berliner Landwehr hat sich einkleiden lassen, aber an Ort und Stelle wollen wir sehen. Wenn Einer durch den gerechten Zorn fallen muß, so ist es der Prinz von Preußen neben dem Könige zuerst."

Nachdem endlich noch angerathen wird, für Berlin einen neuen Schlachtplan zu machen und überall vorsichtig zu sein, heißt es schließlich:

„Das Quartier für 20 Polen besorge, entweder kommen sie dahin oder sie kommandiren am Rhein. Es lebe unsere heilige Sache. Glückliche Reise."

Außer diesem Briefe wurden noch mehrere andere Briefschaften vorgefunden, welche die Existenz eines Planes zu einem hochverrätherischen Unternehmen vielfach bestätigten. Unter diesen befand sich auch ein Schlüssel zu einer Zeichenschrift, in welcher die Namen der 4 Abgeordneten Jakoby, Waldeck, D'Ester und Reichenbach vorkommen, und diese Zeichenschrift ist in mehreren anderen Schriftstücken in Anwendung gebracht.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Unternehmen, dessen in dem mitgetheilten Schreiben gedacht wird, ein hochverrätherisches ist. Es muß aber auch ferner behauptet werden, daß dieses Schreiben wie die übrigen mit „Karl", mit dem Namen „D'Ester", oder mit dem in dem Schlüssel zur Zeichenschrift aufgeführten D'Ester'schen Zeichen versehenen Schriftstücke von dem ehemaligen Abgeordneten Karl D'Ester herrühren." —

Dieser Behauptung, daß die bei Ohm gefundenen Schriftstücke von dem Abgeordneten Dr. Karl D'Ester herrührten, entgegen erkannte die Anklageakte an, daß die vernommenen Schreibverständigen erklärt hätten, die Handschrift stimme mit der D'Ester's nicht überein, die Schriftstücke könnten nicht von ihm geschrieben sein, blieb aber bei der Behauptung, sie rührten doch von D'Ester her, weil andere Schreibverständige eine Uebereinstimmung

zwischen ihnen und einem gedruckten Faksimile unter einer Lithographie D'Esters gefunden hätten.

D'Ester, so behauptete die Anklage, habe die bei Ohm gefundenen Briefe geschrieben, D'Ester sei die Seele aller möglichen hochverrätherischen Unternehmungen gewesen, welche die Erstrebung einer socialdemokratischen Republik zum Ziele gehabt hätten, von diesen Unternehmungen hätten Ohm und Waldeck Kenntniß gehabt, ohne sie der Obrigkeit anzuzeigen.

Für den vertrauten Verkehr Ohm's mit D'Ester stützte sich die Anklage sowohl auf die bei Ohm gefundenen Briefe, als auf das Zeugniß des Postsekretärs Goedsche. Goedsche hatte die Erlaubniß erhalten, an Ohm Bücher in das Gefängniß zu senden; bei einer solchen Sendung war ein Zettel gefunden worden, aus welchem hervorging, daß Goedsche im Besitz vieler Ohm'scher Papiere sei, diese wurden bei einer Haussuchung wirklich vorgefunden und Goedsche nun veranlaßt, Zeugniß über sein Verhältniß zu Ohm abzulegen. — Er that es, er erzählte, daß Ohm sich ihm als Korrespondent für die „Neue Preußische Zeitung" angeboten und ihm dann fortdauernd Berichte über das Treiben der Demokratie geliefert habe; Goedsche's Aussagen über Ohm's Mittheilungen, sowie Ohm's Papiere bewiesen nach der Anklage Ohm's intimen Umgang mit D'Ester und anderen Revolutionären und seine Kenntniß hochverrätherischer Unternehmungen.

Um die Schuld Waldeck's zu beweisen, griff die Anklage zurück auf dessen ganzes politisches Leben, auf seine Thätigkeit in der Nationalversammlung und in der Zweiten Kammer, auf seine Reden und die vertrauten Briefe, welche er mit vertrauten Freunden gewechselt hatte; — war auch in keinem der Briefe, die Waldeck von berühmten Abgeordneten der Linken empfangen hatte, auch nur ein auf Hochverrath deutendes Wort zu finden, so genügten sie doch, um den Verdacht gegen Waldeck zu begründen. — „In Betracht aller dieser Umstände," so heißt es in der Anklage, „und unter Berücksichtigung der Beziehungen, in denen Waldeck zu D'Ester gestanden hat, erscheint es kaum zweifelhaft, daß Waldeck von den D'Ester'schen und sonstigen hochverrätherischen Plänen Kenntniß erhalten hat."

Die einzige positive Stütze der Anklage bildeten die bei Ohm gefundenen, D'Ester zugeschriebenen Briefe und die Aussagen, welche Ohm, nach dem Zeugniß Goedsche's, diesem über seine vertraute Bekanntschaft mit Waldeck gemacht hatte.

Dies war in flüchtigen Umrissen der Inhalt der Anklageakte, die sich wesentlich stützte auf einen Brief D'Esters, den die Schreibverständigen als nicht von D'Ester herrührend bezeichnet hatten, auf einen Brief, dem auch seinem Inhalt nach der Stempel der Fälschung so scharf aufgeprägt war, daß es unbegreiflich erschien, wie die Staatsanwaltschaft irgend einen Werth auf ihn legen konnte. Jeder Unbefangene mußte auf den ersten Blick erkennen, daß ein fein gebildeter Mann wie D'Ester einen solchen mit orthographischen und grammatikalischen Schnitzern reichlich versehenen Brief gar nicht geschrieben haben konnte, und doch stützte sich die Anklage der Art auf ihn, daß sie in sich selbst zusammenbrach, wenn der Brief nicht von D'Ester geschrieben, sondern gefälscht war. — Nicht minder hinfällig war die zweite Hauptstütze der Anklage, die auf den Mittheilungen ruhte, welche Ohm an Goedsche gemacht, die er aber in der Voruntersuchung sämmtlich abgeleugnet hatte. Ohm war, dies ging aus der Anklageakte unzweifelhaft hervor, der bezahlte Spion der Kreuz-Zeitung gewesen, er hatte für diese an Goedsche seine Mittheilungen gemacht, die nicht die geringste Glaubwürdigkeit hatten.

Daß eine so schwach begründete Anklage überhaupt erhoben werden konnte, erschien unbegreiflich. Mit außerordentlicher Spannung sahen die Berliner der Verhandlung des Prozesses vor dem Schwurgericht entgegen; in konservativen Kreisen wurde die feste Ueberzeugung ausgesprochen, bei der öffentlichen Verhandlung würden sich durch die Zeugenvernehmung noch ganz andere Beweise für die Schuld Waldeck's ergeben, die Staatsanwaltschaft habe ihr Pulver nicht durch Aufnahme in die Anklageakte vorzeitig verschießen wollen.

Großartige Vorbereitungen wurden für den Prozeß getroffen. Die Vossische Zeitung meldete: „Das Ministerium des Innern ist genau von den neuesten Bestrebungen der Demokratie in Kenntniß gesetzt worden, namentlich über das, was am Tage der Aburtheilung über Waldeck geschehen soll; man weiß, wo die Versammlungsorte der Führer und wo die dermaligen Führer sind. Einer der früheren Hauptführer gilt jetzt unter ihnen als Verräther. Laut eingegangener Nachricht war von den Führern die Weisung an die Sektionen ergangen, sich Waffen und Munition zu verschaffen, sonst aber für Geheimhaltung und Stille bis zum bezeichneten Tage Sorge zu tragen."

Solche durch die offiziösen Zeitungen in die Oeffentlichkeit gebrachten drohenden Gerüchte rechtfertigten die Aufbietung von Militär und Polizeikräften zur Unterdrückung etwaiger Unruhen, sie vermehrten die fieberhafte Aufregung, mit welcher der Prozeß erwartet wurde. — Noch nie waren so viel Eintrittskarten zu dem Zuhörerraum des Schwurgerichts begehrt und vertheilt worden, wie zu dem Waldeck-Prozeß, und als am 28. November der Prozeß beginnen sollte, war schon eine Stunde vorher der Zuhörerraum Kopf an Kopf gefüllt, viele Mitglieder der vornehmsten Gesellschaft Berlins, selbst Damen waren unter der dicht gedrängten Zuhörermasse zu sehen und unten auf dem Molkenmarkt strömte das Volk zusammen, um etwas von dem Prozeß zu hören, — die Konstabler konnten nur mit größter Anstrengung die Ansammlung und Aufstauung größerer Volksmassen verhindern. — Alle Zeitungen hatten Vorkehrungen getroffen, um ihren Lesern ausführliche Berichte über die Verhandlungen so schnell wie möglich zu übermitteln, die Deutsche Reform hatte zu diesem

Zwecke im Auftrage der Regierung zwei Stenographen in den Sitzungssaal des Schwurgerichts geschickt, zwei andere Stenographen hatte der Buchhändler Hempel dorthin entsendet und Sorge dafür getragen, daß die Berichte derselben stückweise gesetzt und gedruckt würden, damit sie fast unmittelbar*) nach der Verhandlung dem Publikum verkauft werden konnten.

Am 28. November begannen bald nach 9 Uhr Morgens unter dem Vorsitz des Geheimen Justizrath Taddel die Verhandlungen des denkwürdigen Prozesses, Verhandlungen, welche 5 volle Tage hindurch bis zum Urtheilsspruch am 3. December die Zuhörer in athemloser Spannung erhielten, die so hochinteressant waren, daß neben ihnen die wichtigsten politischen Verhandlungen der Ersten und der Zweiten Kammer jedes Interesse verloren. — Während jener Tage vom 28. November bis zum 3. December und noch manche Tage später war der Waldeck'sche Prozeß mit allen seinen erschütternden Einzelheiten fast der einzige Gegenstand des Gesprächs in allen Kreisen Berlins! —

Schon der Beginn der Verhandlungen am 28. November war durch die Aussagen und das Verhör des Angeklagten Ohm vom höchsten Interesse; die Zuhörer gewannen einen erschreckenden Einblick in das Treiben der Kreuz-Zeitungspartei. — Ohm, der in der Voruntersuchung jede Verbindung mit der demokratischen Partei, jede Betheiligung an revolutionären Bestrebungen abgeleugnet hatte, stellte sich jetzt plötzlich hin als einen bekehrten Demokraten, als einen Patrioten, der durchdrungen sei von einem tiefen Abscheu gegen die verwerflichen demokratischen Grundsätze, und der nur deshalb die demokratische Maske vor dem Gesicht behalten habe, um das Vaterland zu retten vor den hochverrätherischen Plänen der Umsturzpartei. — Mit dem hohlen Pathos eines schlechten Schauspielers hielt er dem Gerichtshof eine wohleinstudirte Rede, welche er vorher sorgfältig ausgearbeitet hatte und aus der er Stücke ablas. Als junger 23jähriger Mann, — so erzählte er, — sei er im März 1848 wie viele andere junge Leute hineingezogen worden in die anarchistische Bewegung, er habe sich der extremsten Richtung angeschlossen und alle die Putsche und Krawalle des Jahres 1848, die er in der ihm eigenen Weise schilderte, mitgemacht, aber nach dem 31. Oktober hätte die Schändlichkeit der Demokratie, die Feigheit und Gesinnungslosigkeit der demokratischen Führer ihn angeekelt, er habe sich deshalb erboten, als Mitarbeiter der Neuen Preußischen Zeitung dieser die demokratischen Schandthaten aufzudecken. Sein Vorschlag sei angenommen worden, er habe durch Vermittelung Goedsche's der Kreuz-Zeitung seine Berichte geschickt; in Goedsche habe er einen entschlossenen Mann, einen eifrigen Anhänger unseres Königshauses kennen gelernt, durch den beständigen Umgang mit diesem sei er in seinen Gesinnungen bestärkt worden, für Goedsche habe er das Material geliefert zu den bekannten Mysterien der Demokratie und den Piersig'schen Enthüllungen.

Das Vaterland müsse ihm Dank wissen, — so erklärte Ohm, — daß er den Demokraten gegenüber auch den Demokraten gespielt habe. „Kann die Enthüllung solcher Verbrechen Verrath an einer Partei sein, die sich zum Zwecke macht, alle gesellschaftliche Ordnung über den Haufen zu stürzen, und die Mittel dazu, Meineid, Brand, Raub, Mord, zur Anwendung bringen will? Ich habe preußisches Blut in meinen Adern und halte es für meine Schuldigkeit, zur Enthüllung dieser politischen Umtriebe beizutragen; ja ich gestehe sogar, daß ich mich mit den Geheimnissen der Linken deshalb vertraut gemacht habe, um dem preußischen Volke zu zeigen und sagen: das sind deine Vertreter! — — Ja, ich verhehle es nicht, ich bin immer mit den Demokraten gegangen, habe mit ihnen gesoffen und alles Mögliche gethan, um ihre Mord- und Schandpläne kennen zu lernen, und sollte ich den Arbeitern da nicht zurufen: Sehet, das sind die Pläne dieser Männer, sie wollen die Städte in Schutthaufen verwandeln und die Einwohner ermorden! — — — Meine Herren! Solche und ähnliche Schandthaten habe ich in der Neuen Preußischen Zeitung veröffentlicht; Schandthaten, die ich mit erlebt habe dadurch, daß ich mit den Demokraten gerade in Verbindung stand und alle ihre Nachrichten empfing!" —

Hatten schon die von Ohm mit theatralischem Pathos vorgetragenen Versicherungen seines Patriotismus, sowie seine sich an dieselben schließenden verwirrten Auslassungen über sein intimes Verhältniß zu dem Abgeordneten D'Ester und über die Pläne der Umsturzpartei den Charakter der Unglaubwürdigkeit getragen, so wurde es durch das folgende Verhör jedem Unbefangenen klar, daß Ohm Lüge an Lüge reihte. Er behauptete jetzt, daß er in dem intimsten Verhältniß mit D'Ester gestanden habe und daß die bei ihm vorgefundenen Briefe von D'Ester herrührten. Wenn der Präsident ihn auf den Widerspruch mit seinen früheren Aussagen aufmerksam machte, erwiderte er kaltblütig mehrfach: „Das habe ich gelogen, das waren Kniffe von mir." — Er behauptete auf die Frage des Präsidenten, mit Waldeck zwar nicht vertraut verkehrt zu haben, aber doch durch D'Ester vielfach mit ihm zusammen gekommen zu sein. — Er behauptete, daß es ihm nach seiner Verhaftung gelungen sei, vom Polizei-Präsidium aus zu entfliehen; über die Details seiner Flucht verweigerte er jede Auslassung, aber er behauptete, als er in einer Droschke nach dem Potsdamer Bahnhofe gefahren sei, vor dem Potsdamer Thor

*) Der Andrang des kaufbegierigen Publikums zu der Hempel'schen Druckerei war so groß, daß drei Dampfpressen den Begehr nach den stenographischen Berichten nicht befriedigen konnten. Die Druckerei wurde durch die sich drängenden Besteller und Käufer förmlich in Belagerungszustand gesetzt; die Drucker mußten, um einen Sturm zu verhindern, polizeiliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Waldeck begegnet zu sein. Dieser sei ihm nach dem Bahnhof nachgekommen und habe ihm auf die Mittheilung, daß die Papiere mit Beschlag belegt seien, zugerufen: „Stellen Sie sich, leugnen Sie, Verräther!"

Schon das Verhör Ohm's hatte auf die Zuhörer im Schwurgerichtssaal einen unbeschreiblichen Eindruck*) gemacht, als nun aber der Angeklagte Waldeck vernommen wurde, als er mit ruhiger Würde in einfachen klaren Worten die Nichtigkeit der gegen ihn erhobenen Anklage zeigte, als er trotz der politischen Gegnerschaft, die er bei Richtern und Geschworenen voraussetzen mußte, fest und entschieden seinen demokratischen Grundsätzen treubleibend, seine Thätigkeit als Abgeordneter des Volkes schilderte, sein gutes Recht vertheidigte und nachwies, daß er stets auf dem Boden des Gesetzes stehend, nicht mit einer That je das Gesetz verletzt habe, — als er auf jede Frage des Präsidenten und des Staatsanwalts einfache, vollgenügende, den Stempel der Wahrhaftigkeit tragende Antworten gab, — da hätte es der Vernehmung der zahlreichen, vorgeladenen Zeugen gar nicht bedurft, um den Geschworenen und den Richtern die Ueberzeugung von der Lügenhaftigkeit der Ohm'schen Aussagen und von der Unschuld Waldeck's zu geben.

Schon der erste Verhandlungstag war für den Ausgang des Prozesses entscheidend, aber doch waren auch die folgenden Tage, welche durch die Zeugenvernehmungen ausgefüllt wurden, von höchster politischer Bedeutung, denn durch diese Zeugenvernehmungen wurde das nichtswürdige Komplot enthüllt, welches geschmiedet worden war, um die Hochverrathsanklage nicht nur gegen Waldeck, sondern gegen die gesammte demokratische Partei zu begründen.

Da erfuhr man durch vollgültige Zeugenaussagen, daß Goedsche dem Polizei-Präsidenten von Hinckeldey versprochen hatte, ihm die nöthigen Beweismittel zu geben, durch welche mehrere Abgeordnete der Linken des Hochverraths überführt werden könnten, — wenn der Polizei-Präsident versprach, daß dem Manne, in dessen Händen die Beweisdokumente seien, keine Verlegenheiten bereitet würden. Herr von Hinckeldey gab, wie er selbst als Zeuge vor Gericht erklärte, dies Versprechen, Ohm wurde ihm als der bezeichnete Mann genannt. Mit Goedsche's Uebereinstimmung wurde Ohm verhaftet, aber nicht in's Gefängniß, sondern in des Polizei-Präsidenten Wohnzimmer geführt und in diesem mit Goedsche allein gelassen. Goedsche zeigte dem Verhafteten den Weg zur Flucht durch das Schlafkabinet des Präsidenten über eine Hintertreppe fort. Ohm floh nach Hamburg, wurde dort aber auf Anordnung des Staatsanwalts verhaftet und nach Berlin zurückgebracht.

Der Polizei-Präsident von Hinckeldey selbst mußte als Zeuge diese Thatsachen dem Gericht mittheilen, er that es, aber er trat bei seiner Zeugenvernehmung mit einer beispiellosen Selbstüberhebung auf, durch welche er zeigte, daß er sich, als Polizei-Präsident, weit erhaben glaubte über dem Gericht und den Richtern; er sprach so laut und ungestüm, zeigte seine Mißachtung gegen das Gericht so unverhohlen, daß der Präsident gezwungen wurde, ihn zurechtzuweisen, ihm zu sagen, daß sein Benehmen sich nicht schicke.

Durch weitere Zeugenvernehmungen wurde zweifellos festgestellt, daß Goedsche recht absichtlich einem an Ohm in das Gefängniß gesandten Bücherpaket einen Zettel beigelegt hatte, von welchem er wußte, daß er gefunden werden müsse, offenbar nur zu dem Zwecke, eine Haussuchung bei sich zu veranlassen, durch welche weitere Ohm'sche Papiere dem Staatsanwalt überliefert werden sollten. — Alle die Papiere waren grobe Fälschungen, sie waren zweifellos von Ohm selbst geschrieben, sie waren so ungeschickt gefälscht, daß es unbegreiflich erschien, wie ihnen vom Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter irgend ein Werth beigelegt werden konnte.

Die Vernehmung des Zeugen Goedsche ließ einen Blick werfen in einen wahren Abgrund von Niederträchtigkeit, gerade der Eifer, mit welchem Goedsche alle Lügen Ohm's, alle falschen Anschuldigungen gegen die Demokratie und gegen Waldeck als reine Wahrheit aufrecht erhielt und sich dabei in nicht zu lösende Widersprüche verwickelte, zeigte klar und augenscheinlich, daß er selbst nicht nur ein Theilnehmer, sondern vielleicht der eigentliche Urheber des gegen Waldeck geschmiedeten Komplots war. — Der Staatsanwalt mußte später nach dem Schluß der Verhandlungen selbst anerkennen, daß dem Zeugniß Goedsche's nicht die geringste Glaubwürdigkeit beigemessen werden könne.

So klar, so überzeugend, so unzweifelhaft wurden durch zahlreiche Zeugen alle gegen Waldeck erhobenen Beschuldigungen widerlegt, daß der Staatsanwalt bei der Schlußverhandlung am 3. December gezwungen war, statt anzuklagen, sich zu vertheidigen, daß er eine Anklage überhaupt eingeleitet habe, — er mußte zugestehen, daß der Anklage jedes Fundament fehlte. — „Es ist

*) Ich habe als Zuhörer dem Prozeß beigewohnt. Ich saß auf einer der vordersten Bänke, neben mir saß eine Dame, die Frau eines hochgestellten Staatsbeamten sehr konservativer Gesinnung. — Wir hatten unsere guten Plätze durch frühzeitiges Kommen erhalten. Bei einem langen Gespräch, welches der Eröffnung der Verhandlungen vorherging, hatte sich die Dame sehr energisch darüber ausgesprochen, daß gar nicht an eine Freisprechung Waldeck's zu denken sei, als eifrige Leserin der Kreuz-Zeitung war sie innig überzeugt von seiner Schuld; aber diese Ueberzeugung brach morsch zusammen schon während der Vernehmung Ohm's. Ihre Wangen rötheten sich, ihre Augen blitzten. „Infam!" flüsterte sie, als Ohm kaltblütig sich selbst der Lüge bezichtigte. — Als Ohm's Verhör zu Ende war, raunte sie mir mit bebender Stimme zu: „Es ist entsetzlich! — Es ist Alles Lüge und falsche Denunciation!" — Der gleiche Eindruck beherrschte wohl die ganze Zuhörerschaft, auch die Geschworenen und selbst die Richter! —

vollständig nachgewiesen, meine Herren," so sagte er, zu den Geschworenen sich wendend, — „daß diese Briefe nicht von D'Ester herrühren, daß sie ein Bubenstück sind, daß sie angefertigt sind, um einen Mann zu verderben! Wir fühlen das tiefste Bedauern, daß es soweit hat gelingen können, und wenn wir von Anfang an nach unserer Ueberzeugung gehandelt, so wollen wir auch heute kein Wort verlieren und unsere Ueberzeugung dahin aussprechen: Meine Herren Geschworenen, Sie werden gegen den Angeschuldigten Waldeck das Nichtschuldig aussprechen!"

Auch gegen Ohm konnte der Staatsanwalt die Anklage nicht aufrecht erhalten, da, wie er ausdrücklich betonte, nicht das Geringste von Allem dem, was Ohm gesagt hatte, für wahr zu halten sei. Er beantragte auch gegen Ohm das „Nichtschuldig", behielt sich aber vor, nach der Abgabe des Verdikts der Geschworenen gegen Ohm und seine Komplicen einen anderweitigen Antrag zu formiren.

Nachdem der Staatsanwalt selbst das „Nichtschuldig" beantragt hatte, zum Vertheidiger Waldeck's geworden war, konnte der Advokat, Anwalt Dorn, auf die Vertheidigung verzichten. Er that es nicht, er hielt eine glänzende Rede, nicht um die schon erwiesene Unschuld des Angeklagten zu beweisen, sondern um selbst als Ankläger aufzutreten gegen die Staatsanwaltschaft, gegen die Polizeibehörde, gegen die Neue Preußische Zeitung und deren Vertreter, den Zeugen Goedsche. Mit überzeugender Klarheit wies er nach, daß auch das blödeste Auge die Fälschung der D'Ester'schen Briefe hätte erkennen müssen, daß auf Grund dieser Briefe nie hätte eine Untersuchung eingeleitet werden dürfen. Er kennzeichnete die Verbindung Goedsche's mit dem Polizei-Präsidenten, mit schneidender Schärfe bewies er, daß Ohm nur Goedsche's Werkzeug gewesen sei, und daß hinter Goedsche wieder Andere gestanden hätten, von welchen diesem die reichlichen Mittel zur Bestechung Ohm's und zu anderen im Interesse der Reaktion gemachten großen Ausgaben gewährt worden seien. Dorn's Vertheidigung war eine vernichtende Anklage gegen Alle, die Theil genommen hatten an der Verfolgung eines unschuldigen Mannes. Er schloß seine gewaltige Rede an die Geschworenen mit den Worten:

„Die Aufgabe, die mir gestellt war, ist vereinfacht, da die Staatsanwaltschaft selbst den Antrag auf „Nichtschuldig" gestellt hat. Ihre Ueberzeugung kann in dieser Beziehung nicht schwankend sein, und ich füge deshalb nur noch zwei Worte bei über die politischen Verfolgungen unserer Tage. Blicken Sie um sich in unserem Vaterlande, wohin Sie sehen, überall politische Prozesse! Sie sind eine Frucht des leidenschaftlichen Hasses, der angeregt und angestiftet wird durch böse, geschäftige Hände. Die besten, die ruhigsten Bürger schütteln das Haupt und sagen, dies sei nicht die Art und Weise, wie man zur Versöhnung und Ruhe gelangt. Schrecken und Trauer werden in die Familien getragen. Der unschuldige Bürger wird fortgerissen von seinem häuslichen Heerd, Monate lang in Fesseln geschlagen und einer traurigen Untersuchungshaft unterworfen, um dann endlich, endlich seine Freiheit wieder zu erlangen. Niemand fühlt sich mehr sicher in seinem Hause, der Bürger zittert vor dem Bürger und fürchtet Verrath. Es ist die traurige Zeit der politischen Verfolgungen! Meine Herren! Sie stehen im Begriff, ein Beispiel zu geben, welches den Ruf Ihrer Festigkeit und Gerechtigkeit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaustragen wird, ein Beispiel, welches zugleich unseren Verwaltungsbehörden eine Lehre sein wird, sich in weisen Schranken zu halten und von Verfolgungen abzustehen, die in der That, wie dieser Prozeß, unserm Vaterland keine Ehre bringen."

Der Spruch der Geschworenen konnte nach dem Verlauf des Prozesses nicht zweifelhaft sein. Er lautete gegen beide Angeklagte auf „Nichtschuldig". Der Angeklagte Waldeck wurde sofort in Freiheit gesetzt, Ohm aber ferner auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Haft behalten, weil gegen ihn der Verdacht vorliege, wissentlich eine falsche Denunciation und Anklage auf Hochverrath eingebracht und begünstigt zu haben.*)

Die Freisprechung Waldeck's, so sicher sie erwartet wurde, erregte doch in dem Berliner Volke einen maßlosen Jubel. Tausende von Menschen waren auf dem Molkenmarkt und in der Umgegend des Kriminalgerichts versammelt; allen Bemühungen der Polizei gelang es nicht, die Menschenmengen

---

*) Gegen Ohm wurde nach Beendigung des Waldeck'schen Prozesses eine Untersuchung eingeleitet, welche ein den Rechtsbegriffen des Volkes durchaus nicht entsprechendes Resultat hatte. Es wurde in dieser Untersuchung festgestellt, daß alle die sogenannten D'Ester'schen Briefe gefälscht waren, die Rathskammer des Stadt-Gerichts beschloß deshalb, daß Ohm in Anklagezustand gesetzt werde, aber von dem Anklage-Senat des Kammergerichts wurde die Anklage abgelehnt. Auf Verfügung des Ober-Tribunals wurde Ohm am 30. Juli 1850 aus seiner Haft entlassen, welche 15 Monate gedauert hatte. Wegen wissentlich falscher Denunciation konnte er nicht angeklagt werden, weil er nicht bei einer Behörde denuncirt hatte, wegen einer Fälschung nicht, weil die D'Ester'schen Briefe nur als Privatschreiben betrachtet werden konnten, — so meldeten die Zeitungen jener Tage. — Auch gegen Herrn Goedsche, den geistigen Urheber des vom Staatsanwalt selbst als „Bubenstück" gekennzeichneten Waldeck'schen Prozesses, wurde keine Anklage erhoben, — das Bubenstück blieb unbestraft. Herr Goedsche hatte die Stirn, nach Ohm's Freilassung durch einen Aufruf in der Neuen Preußischen Zeitung im Interesse des Princips die Patrioten zu Beiträgen aufzufordern, damit dem schwer gebeugten Ohm die Begründung einer Existenz in der Ferne möglich werde. — Wie hoch die Summe der eingegangenen Beiträge gewesen ist, ist nicht bekannt geworden, jedenfalls genügte sie, um die Auswanderung Ohm's zu ermöglichen.

auseinander zu treiben. Ein stürmischer Jubelruf erschallte, als die Nachricht bekannt wurde: Waldeck ist frei! Die Volksmenge wuchs immer mehr an, die Hurrahrufe und Lebehochs wollten nicht enden, und als nun endlich nach längerer Zeit Waldeck erschien und in einen Wagen stieg, in welchem ihn seine Frau und seine Tochter erwarteten, da begleitete die jubelnde Menge den fortfahrenden Wagen, vor, neben und hinter demselben einherschreitend. Eine halbe Stunde dauerte es, bis der Wagen den Schloßplatz erreichte, hier aber mußte er halten, die Pferde wurden ausgespannt und im Triumph zog und schob die jubelnde Menge den Wagen am Schlosse vorbei, über die Schloßfreiheit und die Schloßbrücke die Linden entlang bis zur Friedrichstraße. Hier endlich gelang es, den Wagen frei zu machen. Waldeck flüchtete sich vor der allzu stürmischen Freude seiner begeisterten Anhänger in die Wohnung eines Freundes, des Justizraths Pfeifer. Er konnte erst später, als die Menge sich etwas verlaufen hatte, in seine eigene Wohnung zu seiner Familie zurückkehren.

Während des ganzen Nachmittags und Abends waren die Straßen Berlins belebt, wie an den Tagen großer Volksfeste; in vielen Straßen wurden die Fenster von Privatwohnungen durch brennende Lichter illuminirt. Die Volksfreude aber sollte nicht ungestört bleiben. Die Polizeibehörde schritt energisch ein, die Schutzleute nahmen auf den Straßen zahlreiche Verhaftungen vor, sie drangen in die Wohnungen und befahlen das Auslöschen der an die Fenster gestellten Lichte; sie thaten dies in so barscher Weise, daß vielfache Konflikte die Folge waren, an mehreren Stellen, z. B. auf dem Mühlendamm und in der Dessauerstraße, machten die Schutzleute sogar von ihren Waffen Gebrauch.*)

An den folgenden Tagen trafen Glückwünsche von allen Seiten bei Herrn Waldeck ein; es war eine wahre Sturmfluth von Adressen nicht nur aus Berlin, sondern auch aus den entferntesten Städten des Landes, welche sich über den Gefeierten ergoß. Die Volkspartei Berlins ließ ihm die ursprünglich zum Geburtstagsgeschenk für ihn bestimmte silberne Bürgerkrone durch eine Deputation überreichen, und ähnliche Zeichen der Verehrung wurden dem Gefeierten auch von anderen Anhängern überbracht.

*) Mehrere Petitionen angesehener Bürger an die Stadtverordneten-Versammlung enthielten Mittheilungen über das rohe Benehmen einzelner Schutzmänner und die Bitte, die Versammlung möge sich der Verletzten annehmen. Der Stadtverordnete Kochhann stellte deshalb in der Sitzung vom 6. December den Antrag, die Versammlung möge Schritte zur Feststellung der Thatsachen thun und bei der zuständigen Behörde den Antrag auf Bestrafung der Schutzmänner, welche ihre Befugniß überschritten hätten, stellen. — Dieser Antrag wurde in etwas gemilderter Form angenommen, obgleich mehrere hochkonservative Stadtverordnete und mit ihnen verbunden auch der Stadtverordnete Gneist ihn energisch bekämpften.

Eine Reihe von Festlichkeiten wurde in Volks- und Bezirks-Vereinen veranstaltet, obgleich man fürchtete, die Polizei werde, wie bei der Blumfeier, mit Auflösungen gegen die Festversammlungen vorgehen; aber dies geschah nicht, die Waldeckfeste erfuhren keine polizeiliche Störung.

Nachhaltiger als die schnell verrauschende Festesfreude der leichtlebigen Berliner war der tiefe Eindruck, welchen der Waldeck'sche Prozeß auf diejenigen politischen Parteien machte, welche bisher noch, aus Furcht vor dem rothen Gespenst der Demokratie, treu zur Regierung gestanden hatten. Nur die Kreuz-Zeitung und die servilsten Regierungsblätter*) hatten keine Worte der Entrüstung gegen den Prozeß, gegen die durch denselben entschleierte Polizeiwirthschaft in Berlin, gegen die fanatische Verfolgungssucht, aus der er entsprossen, und gegen die Mittel, mit denen er durchgeführt worden war.

Elftes Kapitel.

Konservative Verfassungsrevision. — Die königliche Botschaft vom 7. Januar. — Die 15 Abänderungsvorschläge der Verfassung. — Verzweiflung der konstitutionellen Partei. — Drohung mit einem konservativen Ministerium. — Wahl oder Nichtwahl zum Erfurter Parlament. — Konservative Wahl in Berlin. — Kräftiges Auftreten der Konstitutionellen. — Manteuffel's Drohungen. — Sieg des Ministeriums. — Brandenburg und Manteuffel Ehrenbürger von Berlin. — Die Beeidigung der Verfassung durch den König. — Bedeutungsvolle Worte des Königs. — Theilnahmlosigkeit der Berliner. — Traurige Illumination.

Die Kammer hatte in den letzten Monaten des Jahres 1849 ihre Hauptthätigkeit der Revision der Verfassung vom 5. December zugewendet. Entsprechend ihrer politischen Parteizusammensetzung hatte sie revidirt, überall hatte sie den Grundsätzen der konservativ-konstitutionellen Partei gemäß die bessernde Hand angelegt. Sie war in ihrem Bestreben, die Regierung zu stärken und die demokratischen Bestimmungen der Verfassung zu streichen oder wenigstens abzuschwächen, allerdings nicht im Stande gewesen, den Anforderungen des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel zu genügen, aber so weit gegangen, daß den ehrlichen Konstitutionellen

*) Die Vossische Zeitung entblödete sich nicht, auszusprechen, eine juristische Freisprechung sei noch keine moralische. Waldeck und die Demokratie seien trotz des Nichtschuldig der Geschworenen gerichtet! — In einem anderen Artikel sprach sie von frommem Betrug, der mit gewissenlosester Gaunerei sich verbunden habe; der Prozeß habe gezeigt, wie weit der blinde Eifer der Kreuz-Zeitungspartei in der Wahl seiner Mittel gegangen sei.

vor ihrem eigenen Werke bange wurde. — Graf Dyhrn, einer der angesehensten Führer der konstitutionell-konservativen Partei, äußerte sich über das Revisionswerk*): „Fünf Monate haben wir hier revidirt und auch der Befangenste in der befangensten politischen Ansicht muß gestehen, wir haben revidirt in gouvernementalem Sinne, wir haben revidirt mehr im Interesse der Ordnung, als im Interesse der Freiheit!" —

Mit dem Ende des Jahres 1849 war die Verfassungsrevision vollendet, nur über die Bildung der Ersten Kammer hatte eine Einigung noch nicht stattfinden können; die Kammern hatten sich zu den Weihnachtsferien vertagt, um im neuen Jahr 1850 schon am 4. Januar ihre Arbeiten wieder aufzunehmen, sie erwarteten, daß jetzt nach Vollendung des Revisionswerkes die preußische Verfassung durch die Eidablegung des Königs auf dieselbe ihren endgültigen Abschluß erhalten werde; aber die Hoffnungen der immer hoffnungsreichen und vertrauensvollen konstitutionellen Partei wurden traurig getäuscht. —

In der am 9. Januar 1850 stattfindenden Sitzung der Zweiten Kammer erschien der Minister-Präsident Graf Brandenburg und übergab dem Hause eine vom 7. Januar datirte königliche Botschaft, — in welcher den Kammern mitgetheilt wurde, daß der König zwar den von den Kammern vorgeschlagenen Abänderungen der Verfassung vom 5. December seine Zustimmung ertheilen wolle, indessen noch andere Abänderungen für nothwendig halte und auch auf eine definitive Festsetzung der Grundsätze für Bildung der Ersten Kammer vor Abschluß des Revisionswerkes hoffe. „Wir wünschen Unsererseits," — so sagte der König, — „den Moment herbei, wo das Verfassungswerk abgeschlossen werde, aber je heiliger Wir das von Uns abzulegende eidliche Gelöbniß halten, um so mehr treten Uns dabei die Pflichten vor die Seele, die Uns für das theure Vaterland von Gott auferlegt sind, und Wir hegen zu der Volksvertretung die Zuversicht, daß sie in Unseren auf „Verbesserung der Verfassung" gerichteten Vorschlägen einen Beweis Unserer königlichen Gewissenhaftigkeit erkennen und würdigen werden." Der König sprach schließlich die Erwartung aus, daß die Kammern die Berathung der Gesetze über die Presse und das Vereinsrecht beschleunigen würden, um die Regierung in den Stand zu setzen, ohne Anwendung von Gewaltmaßregeln Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten.

Mit der königlichen Botschaft wurden der Kammer 15 Abänderungsvorschläge der Verfassung übergeben und verlesen; sie enthielten tiefeinschneidende Veränderungen der Verfassung, die Aufhebung der Bürgerwehr, die Bestimmung, daß die Gerichte die Rechtsgültigkeit der Gesetze nicht zu prüfen haben sollten, die Einsetzung eines Ausnahmegerichts für politische Vergehen, die thatsächliche Vernichtung des Steuerbewilligungsrechtes der Kammern, den Fortbestand der Fideikommisse und die Bildung einer Ersten Kammer mit erblichen Pairs und Pairs auf Lebenszeit. —

Schweigend wurde von der Kammer die Verlesung der königlichen Botschaft und der Abänderungsvorschläge angehört, die letzteren wurden der Verfassungsrevisionskommission übergeben zur Vorberathung. —

Die Aenderungsvorschläge, welche im letzten Augenblick noch vor Abschluß der Verfassung vom Ministerium der Kammer übergeben wurden, machten in Berlin ein ungeheures Aufsehen; sie wurden in allen Kreisen viel besprochen. Werden sie von der Zweiten Kammer angenommen oder abgelehnt werden? dies war die Frage, welche im Januar 1850 alle Parteien beschäftigte. — Mit dem schärfsten Tadel, mit der tiefsten Bitterkeit sprachen sich die Organe der konstitutionellen Partei aus, — so sagte z. B. die „Parlaments-Korrespondenz", welche bisher stets eine starke Regierung auf das Eifrigste vertheidigt hatte:

„Die Zweite Kammer nahm die oktroyirte Verfassung en bloc an — und ward aufgelöst. Die jetzigen Kammern gehören zu den gutmüthigsten Volksvertretungen, welche die Welt je gesehen hat, wer damit nicht mit Lust regieren kann, der ist ein unbrauchbarer politischer Stümper. Diese zahmen Kammern revidirten das Geschenk vom 5. December im Interesse einer starken Regierung; das Werk ist abgeschlossen, das Resultat einfach: da, wo die drei Gewalten nicht einig sind, bleibt die geschenkte Verfassung. Und nun treten die Minister hin, um durch völlig durch und durch reaktionäre Vorschläge — gleich dem Saturn — ihr eigenes Kind zu erwürgen! Sind das die Männer der That, die sich durch einige Dutzend Ritter aus der Mancha völlig aus dem Sattel heben lassen und die Krone kompromittiren? Ungeheuer unpolitisch ist dieser Schritt. Die Kammern können keinen moralischen Selbstmord begehen, sie werden — dem Volke gegenüber verantwortlich — standhaft bleiben, ihre Weigerung wird sie in den Augen der Nation wieder auf ein anständiges Maaß von Ansehen erheben und die andere Schale wird leichter!! Wie konnte man eine solche Pairskammer vorschlagen in dem Augenblicke, wo der Adel noch als Kaste mit dem Volke im Hader liegt über Grundsteuer, Rentengesetz, Gemeindeordnung, Fideikommisse und eine Menge anderer Dinge? Hält man denn das Volk für so verzweifelt dumm, daß es nicht merke, man bedürfe einer solchen Ersten Kammer, um diese Maßregeln rückgängig zu machen, wie im Jahre 1811? Liegt nicht das Grundsteuergesetz als handgreiflicher Beweis vor?"

Die konservativen Zeitungen forderten selbstverständlich die Annahme der Abänderungsanträge; die Deutsche Reform, das Organ der Regierung, drohte ganz offen mit dem Rücktritt des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel und der Bildung

*) Rede des Grafen Dyhrn in der Sitzung der Zweiten Kammer am 25. Januar 1850.

eines Ministeriums der äußersten Rechten, wenn die Kammer sich widerspenstig zeige.

Neben der wichtigen Frage über die Abänderung und Feststellung der Verfassung wurde im Januar 1850 in die politischen Kreise Berlins die Frage geworfen über Betheiligung oder Nichtbetheiligung an der Wahl zum Volkshause des sogenannten deutschen Parlaments, welches nach der inzwischen zur „Ein Königs-Verfassung" zusammengeschrumpften „Drei Königs-Verfassung" endlich im März 1850 in Erfurt zusammentreten sollte. Die Wahl der Wahlmänner war auf den 24. Januar ausgeschrieben. Unter den hervorragenden Führern der Berliner Volkspartei waren die Meinungen darüber, ob die Partei sich bei der Wahl betheiligen solle, getheilt. Die „Urwähler-Zeitung", die sich eines großen Einflusses besonders unter den Arbeitern erfreute, sprach sich offen für die Wahlbetheiligung aus; auch andere gewichtige Stimmen erhoben sich für dieselbe, sie führten aus, daß die Nichtbetheiligung bei der Wahl zur Zweiten Kammer ein genügender Protest gegen das Drei Klassen-Wahlgesetz gewesen sei, daß der damals gefaßte Parteibeschluß, nicht zu wählen, durchaus nicht bindend für alle zukünftigen Wahlen sein könne. — Es sei die Pflicht der Partei, wieder auf den parlamentarischen Kampfplatz zu treten; gelinge es, auch nur wenige tüchtige Abgeordnete in das Parlament zu schicken und durch dieselben die Grundsätze der Demokratie zum Ausdruck zu bringen, so sei dies schon von höchster Wichtigkeit. Die Tribüne des Parlaments sei ja schließlich in einer Zeit, in welcher mehr und mehr die Presse geknebelt und das Vereinsrecht illusorisch gemacht werde, der einzige Ort, von welchem aus ohne Gefahr ein freies Wort gesprochen und in das Volk verbreitet werden könne. —

Die Gegner der Nichtwahl vermochten mit ihren gewichtigen Gründen nicht durchzudringen. — In allen Bezirks- und Volksvereinen sprachen sich fast einstimmig die des fruchtlosen Wählens müden Urwähler gegen die Wahlbetheiligung aus, — die Führer der Partei würden, auch wenn sie einig gewesen wären, eine Betheiligung der großen Menge nicht zu bewirken vermocht haben, sie zogen es deshalb vor, die Losung: „Nicht wählen" als Parteibeschluß zu proklamiren.

So fanden denn die Wahlen der Wahlmänner ohne Betheiligung der Volkspartei statt; sie fielen daher fast ganz konservativ aus, und acht Tage später wurden von den Wahlmännern als Abgeordnete Berlins zum Volkshause des Erfurter Parlaments die Minister Graf Brandenburg und von Manteuffel, Herr von Bodelschwingh und der Gesandte in Hannover, Graf von Bülow, gewählt. —

Am 25. Januar erstattete die Revisions-Kommission in der Zweiten Kammer Bericht über ihre Vorberathung der Königlichen Botschaft vom 7. Januar und der geforderten Verfassungsänderungen. — In der Kommission hatte die konstitutionelle Partei bei den meisten Abstimmungen gesiegt, sie schlug daher die Ablehnung gerade der wichtigsten Aenderungsforderungen der Regierung vor, nur für Annahme einiger weniger bedeutsamer Forderungen sprach sie sich aus.

Eine erregte, eingehende Debatte folgte dem Kommissionsbericht, die bedeutendsten Stimmführer der konstitutionellen Partei sowohl als der Rechten betheiligten sich an derselben. Mit männlichem Muthe, mit kraftvoller Entschiedenheit traten Männer wie Harkort, Beseler, Beckerath, Graf Dyhrn für ihre Ueberzeugung ein. Mit derselben Energie, welche sie früher nur im Kampfe gegen die Demokratie gezeigt hatten, kämpften sie jetzt gegen das Ministerium und gegen dessen Bestreben, die Freiheitsrechte des Volkes aus der Verfassung vom 5. December heraus zu revidiren.

Beseler rief zum Schlusse seiner trefflichen Rede der Kammer zu:

„Wir haben den Auftrag, die Verfassung zu revidiren, sorgfältig und gründlich zu revidiren; aber in dem Sinne und Geiste, wie sie erlassen worden und von dem Volke und der Volksvertretung angenommen ist. Aber bei der Revision Institutionen zu schaffen, die der Verfassung vom 5. December entweder fremd sind oder ihr entgegenstehen, dazu sind wir nicht hierher gesandt worden. Meine Herren! Es ist eine wichtige schwere Stunde, die sich naht. Die Würfel rollen, und bald wird die Entscheidung gefallen sein!

Ich kann nicht anders, ich rufe Allen, die meine Stimme hören wollen, zu: seien Sie stark und fest! Wahren Sie, meine Herren, wahren Sie das Recht des preußischen Volkes und die Ehre der preußischen Volksvertretung!"

von Beckerath sagte unter stürmischem Bravozuruf aus der Kammer:

„Es sieht sehr schlimm und traurig aus in einem Staate, in welchem dem Votum der Volksvertretung entgegen der Wille der Staatsregierung durchgeführt, die Volksvertretung beseitigt, vernichtet wird. Aber noch unendlich schlimmer, noch folgenschwerer ist es, wenn die Volksvertretung sich moralisch selbst vernichtet! — Ich will nicht," so schloß er, „zu denen gehören, die aus bequemer Liebe zur Ruhe den Abschluß um jeden Preis wollen. Ich will nicht, um mich mit der Gegenwart abzufinden, die Zukunft preisgeben!" —

Graf Dyhrn sprach laut mit offenen Worten aus, was schon seit längerer Zeit in kleinen Kreisen geflüstert wurde, ein unsichtbares Ministerium stehe hinter dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel, eine unsichtbare Macht, welcher die offen an der Spitze des Staates stehende Regierung gehorchen müsse, von der sie gezwungen worden sei zu allen den beklagenswerthen Schritten der jüngst vergangenen Zeit. Von diesem unsichtbaren, hinter den Coulissen stehenden Ministerium sei die Ablehnung der deutschen Kaiserkrone, die Unterhandlung mit Oesterreich, die traurige Haltung Preußens

in der Weiterentwickelung der deutschen Frage ausgegangen, diese unsichtbare Macht verlange jetzt auch wieder die Vernichtung der Verfassung vom 5. December.

„Wir aber, meine Herren! wir wollen uns nicht theilhaftig machen der Verantwortung, welche über eine Annahme künftige Geschlechter, die Geschichte, das Volk auf uns wälzen wird. Wir wollen mit guten deutschen Werkstücken bauen, aber nicht mit Terracotta antike, oder gothische Verzierungen schnörkeln. Meine Herren! In diesem Sinne der Geschichte, die da baut und nur das niederreißt, was dem neuen Palaste in dem Wege ist, in diesem echt konservativen Sinne stimme ich gegen jeden Buchstaben der Vorlagen." —

So schloß Graf Dyhrn unter stümischem Bravo seine lange Rede.

Solche kraftvolle Worte der treuen Konstitutionellen machten wohl auf die große Masse der Unentschiedenen in der Zweiten Kammer einen tiefen Eindruck, dieser aber verschwand, als in der Sitzung vom 26. Januar der Minister von Manteuffel das Wort ergriff. Er sagte in seiner Rede:

„Ich weiß, daß die Ansichten der hohen Versammlung über den Werth der vorgeschlagenen Abänderungen in hohem Grade getheilt sind. Ja, es ist nicht undenkbar, daß ein großer Theil dieser hohen Versammlung aus verschiedenen Gründen damit nicht einverstanden ist. Ich weiß, daß ich neue Gründe dafür oder dagegen nicht in die Wagschale zu werfen habe. Dennoch schlage ich Ihnen vor, meine Herren, und bitte Sie, den Vorschlägen Ihre Zustimmung zu ertheilen. Ich appellire dabei vorzüglich und ausschließlich an Ihren Patriotismus.

Die Botschaft ist hervorgegangen aus der Ueberzeugung, daß ihre Annahme zum Heile des Landes nothwendig sei. So wenig ich es versuche, entgegengesetzte Meinungen zu widerlegen, ebensowenig würde der umgekehrte Versuch gelingen.

Ich frage Sie, meine Herren, die Sie der Meinung sind, daß die Annahme nicht wünschenswerth sei, denen aber doch ein warmes Herz für das Wohl des Vaterlandes und für das davon unzertrennliche Ansehen der Krone im Busen schlägt, ich frage Sie, würden Sie nach Ablehnung der Botschaft Se. Majestät rathen, die Verfassung zu beeidigen? Die Verwerfung dieser wesentlichen Punkte wird also, da dies die Revision der Verfassung unvollendet läßt, die Beeidigung derselben in eine unbestimmte Zeit rücken, während das eidliche Gelöbniß nach der Annahme unverzüglich erfolgen muß.

Welche Folgen ein Aufschub für das Land haben muß, habe ich nicht vorauszusehen.

Eine fernere nothwendige Folge der Verwerfung der Botschaft würde der Rücktritt des gegenwärtigen Ministeriums sein. Meine Herren! Wir gehören nicht zu denen, die Personen für unentbehrlich erachten, am wenigsten die unserigen. Wir können darüber um so unbefangener sprechen, als wir unsere Plätze bereitwillig aufgeben. Aber, meine Herren, lassen Sie uns die Thatsache nicht verkennen: wer vermag die Bürgschaft dafür zu übernehmen, daß der Wechsel der Personen in diesem speziellen Falle nicht weitergreifende Folgen nach sich zieht? Die Namen, um die es sich hier handelt, stehen zum großen Theil unter der Verfassung vom 5. December. Diese Namen sind eingesetzt für die Bestrebungen zu Deutschlands Wiedergeburt. Diese Namen sind also unauflöslich verwebt mit dem gegenwärtigen Regierungssystem. Wenn aber je in diesem System ein Wechsel eintreten sollte, dann wird, — dessen bin ich mir klar bewußt, — das Ziel der deutschen Einheit, welches wir vielleicht mit manchen Irrungen und mit schwachen Kräften, gewiß aber mit redlichem Willen angestrebt haben, in weite Ferne hinausgeschoben werden. Ich kenne die Erwiderung, die mir von mehreren Seiten dieses hohen Hauses entgegengestellt werden wird. Man sagt, durch solche Argumente werde der Ueberzeugung Gewalt angethan; es werde die politische Vergangenheit mancher Mitglieder dieses hohen Hauses kompromittirt. — — — — Ja, meine Herren, ich scheue mich nicht, es auszusprechen: der politischen Ansicht eines großen Theils von Ihnen wird Gewalt angemuthet, aber nicht durch uns, sondern durch die Natur der Sache und durch Ihre eigene Vaterlandsliebe. An Ihnen ist es jetzt, zu wählen:

„entweder Ihre politische Ansicht einer höheren, ja höchsten Pflicht unterzuordnen"

oder:

„Ihre Ansichten um jeden Preis zu behaupten!"

Ihnen, den hier versammelten Vertretern des preußischen Volkes, werden die Folgen dieser Wahl angerechnet werden. Aber das vergessen Sie nicht: wer unter Ihnen den zuletzt bezeichneten Weg betritt, dem wird das Zujauchzen aller Feinde der öffentlichen Ordnung entgegenkommen, dem wird der Beifall der Feinde Preußens und der Feinde Deutschlands lohnen; der wird die Anerkennung derer finden, welche Theorien über Alles stellen und die abstrakte Konsequenz als die erste Tugend betrachten. Aber den Dank Preußens, den Dank Deutschlands wird er nicht erwerben.

Meine Herren! Sie haben zu wählen." —

Die Drohung mit der Nichtbeeidigung der Verfassung, mit dem Rücktritt des Ministeriums, mit der Hinausschiebung der deutschen Einheitsbestrebungen in weite Ferne, wirkte zauberisch. In allen den vom Minister selbst als wichtig bezeichneten Punkten erzielten die Abänderungsvorschläge der Regierung die Majorität der Kammer, selbst manche Mitglieder der konstitutionellen Partei, wie Graf Schwerin und Andere, hatten sich erschrecken lassen und stimmten für die Regierung, um nur endlich die Verfassung zum sicheren Abschluß zu bringen.

Das Ministerium hatte einen glänzenden Sieg gefeiert; auch außerhalb der Kammer, im Volke selbst, schien es nach diesem Siege immer festeren Boden zu fassen, selbst in dem oppositionslustigen Berliner Volke. Hatte bisher die Stadtverordneten-Versammlung, die Bürgervertretung, noch immer Anstand genommen, sich für das Ministerium auszusprechen, jetzt that sie es! — Es war bei ihr der Antrag eingegangen, den Ministern Graf Brandenburg und von Manteuffel das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin zu verleihen, am 5. Februar berieth sie in geheimer Sitzung über diesen Antrag.

Es gab eine stürmische Debatte. Eine heftige Opposition erhob sich dagegen, daß diesem Ministerium die höchste städtische Ehre dargebracht würde, als aber trotzdem es sich zeigte, daß der Antrag angenommen werden würde, erhoben sich 31 Stadtverordnete, unter ihnen auch der Professor Gneist, und verließen den Saal, sie wollten sich bei einer solchen Abstimmung nicht betheiligen. Von den zurückbleibenden 68 Stadtverordneten stimmte die große Majorität für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an die beiden Minister.

Der 6. Februar 1850 wurde in Berlin als ein hoher Festtag officiell gefeiert; in allen Kirchen fand Gottesdienst statt, die Gymnasien und Schulen setzten den Unterricht aus, selbst die Börse war an diesem Tage geschlossen. Der Tag, an welchem die Verfassung durch den König beschworen wurde und hierdurch ihren Abschluß erhalten sollte, verdiente wohl die hohe Feier, welche ihr von allen Behörden gewidmet wurde, an welcher sich aber das Volk nicht in gleichem Maße betheiligte.

Der Himmel war am Morgen des 6. Februar schwer umwölkt, es regnete und die Straßen und Plätze Berlins befanden sich in dem traurigsten Zustande; da gehörte denn schon ein guter Theil Enthusiasmus oder Neugier dazu, um längere Zeit auf dem Lustgarten zu stehen und zuzuschauen, wie die Königlichen Herrschaften nach dem Dom und wieder zum königlichen Schlosse fuhren, um die vorüberfahrenden Equipagen der Minister und anderer hoher Staatswürdenträger sowie der Abgeordneten beider Kammern zu beschauen. Es bedurfte keiner Aufstellung von Militair, um die auf dem Lustgarten, vor dem Dom und vor der Schloßterrasse sich sammelnde Volksmasse in Ordnung zu halten, die Schutzmannschaft genügte dazu vollkommen.

Nach dem Gottesdienst im Dom, welchem der König, die Prinzessin von Preußen und die Prinzen des königlichen Hauses, die Abgeordneten beider Kammern, die Minister und viele der höchsten Staatsbeamten beiwohnten, fand im Rittersaal des Königlichen Schlosses die Feierlichkeit der Beeidigung der Verfassung statt, welche am 31. Januar 1850 vom Könige nach den Beschlüssen der beiden Kammern festgestellt worden war.

Die Mitglieder beider Kammern hatten sich im Rittersaal versammelt. Um 11 Uhr eröffnete der Ministerpräsident Graf Brandenburg durch eine kurze Anrede die Verhandlung, dann meldeten die Mitglieder des Staatsministeriums dem Könige, daß Alles zu der bevorstehenden feierlichen Handlung vorbereitet sei; unter dem Vortritt des Staatsministeriums begab sich der König mit seinem Gefolge, in Begleitung der Prinzen des königlichen Hauses nach dem Rittersaal und nahm auf dem Thronsessel Platz, neben welchem sich zur Rechten die königlichen Prinzen, zur Linken die Minister aufstellten. Vor dem Thron lag auf einem Tische die Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850.

Der König hielt darauf an die versammelten Abgeordneten beider Kammern folgende bedeutungsvolle Ansprache:

„Meine Herren!

Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Was Ich sagen werde, sind Meine eigensten Worte, denn Ich erscheine heute vor Ihnen, wie nie zuvor und nie hernach. Ich bin hier, nicht um die angeborenen und ererbten heiligen Pflichten des königlichen Amtes zu üben (die hocherhaben sind über dem Meinen und Wollen der Parteien); vor Allem nicht gedeckt durch die Verantwortlichkeit Meiner höchsten Räthe, sondern als Ich selbst allein, als ein Mann von Ehre, der sein Theuerstes, sein Wort geben will, ein Ja, vollkräftig und bedächtig. Darum Einiges zuvor. — Das Werk, dem Ich heute Meine Bestätigung aufdrücken will, ist entstanden in einem Jahre, welches die Treue werdender Geschlechter wohl mit Thränen, aber vergebens wünschen wird, aus unserer Geschichte hinauszuringen. In der Form, in der es Ihnen vorgelegt worden, ist es allerdings das Werk aufopfernder Treue von Männern, die diesen Thron gerettet haben, gegen die Meine Dankbarkeit nur mit Meinem Leben erlöschen wird; aber es wurde so in den Tagen, in welchen, im buchstäblichen Sinne des Wortes, das Dasein des Vaterlandes bedroht war. Es war das Werk des Augenblicks, und es trug den breiten Stempel seines Ursprungs. Die Frage ist gerechtfertigt, wie Ich, bei solcher Betrachtung, diesem Werke die Sanktion geben könne? Dennoch will Ich es, weil Ich es kann, und daß ich es kann, verdanke Ich Ihnen allein, Meine Herren. Sie haben die bessernde Hand daran gelegt, Sie haben Bedenkliches daraus entfernt, Gutes hineingetragen und Mir durch Ihre treffliche Arbeit und durch die Aufnahme Meiner letzten Vorschläge ein Pfand gegeben, daß Sie die vor der Sanktion begonnene Arbeit der Vervollkommnung auch nachher nicht lassen wollen und daß es unserem vereinten redlichen Streben auf verfassungsmäßigem Wege gelingen wird, es den Lebensbedingungen Preußens immer entsprechender zu machen. Ich darf dies Werk bestätigen, weil Ich es in Hoffnung kann. Das erkenne ich mit allerwärmstem Dank gegen Sie, Meine Herren, und Ich sprech' es gerührt und freudig aus, Sie haben den Dank des Vaterlandes verdient. Und so erklär' Ich, Gott ist deß Zeuge, daß Mein Gelöbniß auf die Verfassung treu, wahrhaftig und ohne Rückhalt ist. Allein Leben und Segen der Verfassung, das fühlen Ihre und alle edlen Herzen

im Lande, hängen von der Erfüllung unabweislicher Bedingungen ab.

Sie, meine Herren, müssen Mir helfen und die Landtage nach Ihnen, und die Treue Meines Volkes muß mir helfen wider die, so die Königlich verliehene Freiheit zum Deckel der Bosheit machen und dieselbe gegen ihren Urheber kehren, gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit; wider die, welche diese Urkunde gleichsam als Ersatz der göttlichen Vorsehung, unserer Geschichte und der alten heiligen Treue betrachten möchten; alle guten Kräfte im Lande müssen sich vereinigen in Unterthanentreue, in Ehrfurcht gegen das Königthum und diesen Thron, der auf den Siegen unserer Heere ruht, in Beobachtung der Gesetze, in wahrhaftiger Erfüllung des Huldigungseides, sowie des neuen Schwurs „der Treue und des Gehorsams gegen den König und des gewissenhaften Haltens der Verfassung"; mit einem Worte: seine Lebensbedingung ist die, daß Mir das Regieren mit diesem Gesetze möglich gemacht werde — denn in Preußen muß der König regieren, und Ich regiere, nicht weil es also Mein Wohlgefallen ist — Gott weiß es! —, sondern weil es Gottes Ordnung ist, darum aber will Ich auch regieren! — Ein freies Volk unter einem freien Könige, das war meine Loosung seit zehn Jahren, das ist sie heut und soll es bleiben, so lange ich athme.

Ehe Ich zur Handlung des Tages schreite, werde Ich zwei Gelöbnisse vor Ihnen erneuern. Das gebietet Mir der Blick auf die zehn verflossenen Jahre Meiner Regierung.

Zum Ersten erneuere, wiederhole und bestätige Ich feierlich und ausdrücklich die Gelöbnisse, die Ich vor Gott und Menschen bei den Huldigungen zu Königsberg und hier geleistet habe. — Ja! Ja! — Das will Ich, so Gott Mir helfe!

Zum Zweiten erneuere, wiederhole und bestätige Ich feierlich und ausdrücklich das heilige Gelöbniß, welches ich am 11. April 1847 ausgesprochen: „Mit Meinem Hause dem Herrn zu dienen." — Ja! Ja! — Das will Ich, so Gott Mir helfe! — Dies Gelöbniß steht über allen anderen, es muß in einem Jeden enthalten sein und alle anderen Gelöbnisse, sollen sie anders Werth haben, wie lauteres Lebenswasser durchströmen.

Jetzt aber und indem Ich die Verfassungsurkunde kraft Königlicher Machtvollkommenheit hiermit bestätige, gelobe Ich feierlich, wahrhaftig und ausdrücklich vor Gott und Menschen, die Verfassung Meines Landes und Reiches fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit ihr und den Gesetzen zu regieren. — Ja! Ja! — Das will Ich, so Gott Mir helfe!

Und nun befehle Ich das bestätigte Gesetz in die Hände des Allmächtigen Gottes, dessen Walten in der Geschichte Preußens handgreiflich zu erkennen ist, auf daß Er aus diesem Menschenwerke ein Werkzeug des Heils machen wolle für unser theures Vaterland: nämlich der Geltendmachung Seiner heiligen Rechte und Ordnungen! Also sei es!"

Der Eidesleistung des Königs folgte die Vereidigung des Staatsministeriums, des Präsidenten und der anwesenden Mitglieder beider Kammern.

Nachdem der Präsident der Ersten Kammer dem König den Dank des Landes für den Abschluß der Verfassung und deren Beeidigung ausgesprochen und nachdem der Präsident der Zweiten Kammer ein Hoch auf Se. Majestät ausgebracht hatte, verließ der König mit seinem Gefolge den Saal. — Die Feierlichkeit im Schloß war beendet; außerhalb des Schlosses in der Stadt Berlin wurde an vielen Orten die Vereidigung auf die Verfassung gefeiert, überall aber trug diese Feier einen offiziösen Anstrich, eine rechte Festesfreude zeigte sich nirgends, mit vollem Herzen konnten weder die Männer der äußersten Rechten, welchen jede Verfassung verhaßt war, noch die Konstitutionellen und die Demokraten, denen die revidirte Verfassung nicht genügte, denen sie nicht als eine Freiheitsbürgschaft für die Zukunft erschien, den Abschluß des Verfassungswerkes begrüßen. — Hatte doch der König in seiner glänzenden seiner innersten Ueberzeugung entsprossenen Rede offen seinem Eid auf die Verfassung eine Bedingung hinzugefügt, die, daß ihm das *Regieren mit der Verfassung möglich gemacht werde!* — Eine solche Bedingung, in solchem Augenblick ausgesprochen, mußte wohl schwere Sorge für die Zukunft bei allen denen hervorrufen, welche in der Verfassung das geringste Maß der dem Volke verheißenen Freiheit verwirklicht sahen.

Wie gering die Freude der Berliner Bevölkerung über den Verfassungsabschluß war, zeigte sich bei der für den Abend des 6. Februar angesagten Illumination. Die Palais der Prinzen, die königlichen öffentlichen Gebäude, die Akademie, Zeughaus, Opernhaus u. s. w., die beiden Rathhäuser, das Berlinische in der Königsstraße und das Cöllnische in der Breitenstraße, die Gesandschaftshotels u. s. w. prangten im prachtvollsten Lichterschmuck; von Privathäusern aber waren vorzugsweise die großen Gasthöfe, die Geschäftshäuser von Hoflieferanten und solchen Kaufleuten, welche Hoflieferanten zu werden wünschten,*) festlich illuminirt. — Auch die Mitglieder des Treubundes und andere konservative Bürger der Stadt hatten außer den abhängigen Beamten ihre Fenster erleuchtet, trotzdem aber machte die Illumination einen recht traurigen Eindruck. —

*) Das erst seit einem Jahre neu ausgebaute Gerson'sche Etablissement, welches durch seine Großartigkeit die Bewunderung der damaligen Berliner erregte, zeichnete sich durch besonders glänzende und geschmackvolle Beleuchtung aus.

Zwölftes Kapitel.

Der Steuerverweigerungs-Prozeß. — Freisprechung der meisten Angeklagten. — Verurtheilung Lothar Bucher's. — Der Hetzel'sche Handgranaten-Prozeß.

Zwei Tage vor der feierlichen Beeidigung der Verfassung hatte in Berlin ein großer politischer Prozeß begonnen, dessen Ausgang mit höchster Spannung nicht nur von den Berlinern aller Parteien, sondern auch von allen politisch denkenden Männern des ganzen Landes erwartet wurde, der sogenannte Steuerverweigerungsprozeß, der gerichtet war gegen 42 zum Theil hervorragende und berühmte Abgeordnete der National-Versammlung des Jahres 1848.

Schon am 7. December 1848, also zwei Tage nach Oktroyirung der Verfassung und Auflösung der National-Versammlung, hatte der Staatsanwalt an das Kammergericht den ersten Antrag auf Untersuchung gegen die sogenannten Steuerverweigerer gerichtet. Er hatte erklärt, daß er gegen alle diejenigen Mitglieder der National-Versammlung, welche am 15. November die Steuerverweigerung beschlossen (s. S. 1188) und diesen Beschluß in den Provinzen verkündet hätten u. s. w., die Anklage zu erheben beabsichtige, und deshalb die Einsetzung eines Untersuchungsrichters beantragt. Die Staatsanwaltschaft hatte ihre weitgehende Absicht indessen bald fallen lassen und sich damit begnügt, nur diejenigen Abgeordneten zu verfolgen, welche durch Veröffentlichung des Steuerverweigerungs-Beschlusses oder in sonstiger Weise für die Ausführung der Steuerverweigerung sich thätig gezeigt hatten.

Diese sehr eingeschränkte Anklage fand nicht die Billigung des Kammergerichts in Berlin. Die Deputation des Kriminalsenats des Kammergerichts, welche damals über die Versetzung in den Anklagestand zu befinden hatte, beschloß am 10. März 1849, daß in dem sogenannten Steuerverweigerungs-Beschluß, in der Verbreitung desselben und in der Aufforderung an das Volk, ihn auszuführen, das Verbrechen des versuchten Aufruhrs, wie es der Staatsanwalt behauptete, nicht liege.

Die Staatsanwaltschaft beruhigte sich bei dieser Abweisung nicht; als am 1. April 1849 die neue Gerichtsorganisation in's Leben getreten war, trug sie bei der nunmehr zuständigen Rathskammer des Stadtgerichts in Berlin auf die Versetzung der betreffenden Abgeordneten in Anklagestand an; die Rathskammer acceptirte die Ansicht der Staatsanwaltschaft, ebenso der Anklagesenat des Appellationsgerichts, und es wurde nun nach und nach die Versetzung von 42 Abgeordneten in den Anklagezustand ausgesprochen. Von vier dieser Angeklagten behauptete die Staatsanwaltschaft, daß sie nicht nur den Steuerverweigerungsbeschluß verbreitet und zur Ausführung desselben, sondern auch zur Anwendung wirklicher Gewalt aufgefordert hätten.

Die Anklage erregte ein ungeheures Aufsehen im ganzen Lande, nicht nur der Personen der Angeklagten wegen, sondern hauptsächlich deshalb, weil jetzt durch einen Gerichtsbeschluß darüber entschieden werden sollte, ob die Abgeordneten verantwortlich gemacht werden könnten für eine Handlung, die sie in Ausführung ihres Abgeordnetenmandates als Vertreter des Volkes vorgenommen hatten.

Am 4. Februar 1850 begann die Verhandlung des hochinteressanten und hochwichtigen Prozesses vor dem Schwurgericht in Berlin, Präsident des Gerichtshofes war der Appellationsgerichtsrath von Caprivi, als Vertheidiger fungirten die Advokat-Anwälte Dorn und Volkmar, der Rechtsanwalt Gall und der damals seiner geschickten Vertheidigungen wegen sehr berühmte Dr. Stieber, der bald darauf in den Dienst der Polizei treten und sich als Verfolger der politisch Verdächtigen ebenso berühmt machen sollte, wie er es bisher als Vertheidiger derselben gewesen war.

Von den 42 Angeklagten waren 6 nicht erschienen, gegen sie konnte deshalb die Verhandlung nicht vor den Geschworenen geführt werden, dem Gesetze gemäß hatte über sie der Gerichtshof allein zu urtheilen, über das Schuldig oder Nichtschuldig der 36 Erschienenen aber hatten die Geschworenen zu befinden.

Unter den 36 auf der Anklagebank sitzenden Abgeordneten befanden sich Männer aller Stände, Prediger, Assessoren, Advokaten, Richter, ein Landrath, ein Stadtgerichtsdirektor, Gewerbetreibende, Gutsbesitzer, Bauern, Lehrer und ein Müllergeselle, Männer mit hochtönenden Namen, aber auch Abgeordnete, die niemals in den Verhandlungen der Nationalversammlung hervorgetreten waren; die bekanntesten und berühmtesten waren der Obergerichtsassessor Hermann Schulze-Delitzsch, der Prediger Hildenhagen, der Kaufmann Oswin Krackrügge, der Landrath Bauer-Krotoschin, der Prediger Wilhelm Baltzer-Nordhausen, der Obergerichtsassessor Lothar Bucher, der Regierungsassessor Pilet, der Kaplan von Berg, der Advokat Messerich. —

Am schwersten belastet durch die Anklage war der Assessor Lothar Bucher*). Ihm wurde zur Last gelegt, daß er eine Proklamation habe drucken und verbreiten lassen, in welcher er die Bürgerwehr zur einmüthigen Erhebung für die Nationalversammlung aufgefordert habe. Einer vom Magistrat und den Stadtverordneten Stettins an den Präsidenten der Nationalversammlung von Unruh abgesendete Deputation habe er erklärt, Magistrat und Stadtverordnete hätten die Pflicht, dafür zu sorgen, daß sie beim Aufstehen der Bauern sich der

---

*) Lothar Bucher ist später, nachdem er Jahre lang als Flüchtling in London gelebt hat, zu den höchsten Staatsämtern emporgestiegen. Der Geheimrath Bucher, der treueste Anhänger des Fürsten Bismarck, hat einen bedeutsamen Einfluß auf die spätere politische Entwicklung ausgeübt.

königlichen Kassen bemächtigen müßten. Gehe es nicht im Guten, so gehe es mit Gewalt. Endlich habe er in einem Schreiben an den Magistrat in Stolp erklärt, er halte es für eine Pflicht der Volksvertreter, überall, wo die Stimmung der Bevölkerung günstigen Erfolg verspreche, dem Gebot der Nothwehr folgend, gegen die bewaffneten Attentate des Ministeriums Brandenburg einen bewaffneten Widerstand zu organisiren. —

Die Verhandlung vor dem Schwurgerichtshof begann mit einem eigenthümlichen Zwischenfall. Der Vertheidiger Dorn legte Protest ein dagegen, daß der Appellations-Gerichtsrath von Caprivi die Verhandlungen als Vorsitzender leite, da ihm die nothwendige Unbefangenheit fehle. Herr von Caprivi habe als Vorsitzender in einem gegen den Abgeordneten Ziegler in Brandenburg geführten Prozeß geäußert, seine Privatmeinung sei, der Steuerverweigerungsbeschluß sei an und für sich gesetzwidrig und müsse als Hochverrath bestraft werden. — Diese Erklärung nehme den Angeklagten das Vertrauen in die Unparteilichkeit des Vorsitzenden und sie machten deshalb von ihrem Recht, gegen denselben zu protestiren, Gebrauch. —

Herr Caprivi erklärte gegen diesen Protest, er sei vom Obergericht beauftragt, das Präsidium zu führen und er dürfe nicht eher seinen Platz verlassen, ehe er nicht abgerufen werde.

Dieser Erklärung gemäß wurde die Verhandlung unter dem Präsidium des Herrn von Caprivi begonnen, — sie dauerte viele Tage lang unter steter hochgespannter Aufmerksamkeit der zahlreichen Zuhörer. — Die Angeklagten traten mit männlicher Würde ein für die Vertheidigung des Rechtes und der Pflicht, die ihnen ihr Mandat auferlegt habe, sie ließen sich nicht ein auf ein Leugnen, eine Beschönigung, eine Entschuldigung, übereinstimmend erklärten sie, daß sie durch die Verbreitung der Steuerverweigerungs-Beschlüsse nur ihre Abgeordnetenpflicht erfüllt hätten. In einer wahrhaft glänzenden, offenbar einen tiefen Eindruck auf die Geschworenen machenden Rede vertheidigte Schulze-Delitzsch sich selbst und seine Freunde; auch Lothar Bucher's Vertheidigungsrede war ein Meisterstück der Beredsamkeit. —

Am 21. Februar war endlich die langwierige Verhandlung soweit gediehen, daß den Geschworenen vom Gerichtshof über jeden Einzelnen der Angeklagten die Frage gestellt werden konnte: „Ist der Angeklagte schuldig, durch Verbreitung des sogenannten Steuerverweigerungsbeschlusses vom 15. November 1848 und der Proklamation vom 18. November 1848 versucht zu haben, eine Klasse des Volkes oder die Mitglieder einer Stadt oder Dorfgemeinde ganz oder zum Theil zusammenzubringen, um sich der Ausführung obrigkeitlicher Verfügungen mit vereinigter Gewalt zu widersetzen oder etwas von der Obrigkeit zu erzwingen?“ —

Von Morgens 9 Uhr an hatte schon die Schwurgerichtssitzung am 21. Februar gedauert, als sich gegen 2½ Uhr Nachmittags die Geschworenen in ihr Berathungszimmer zurückzogen. Erst nach 9stündiger Berathung gegen 12 Uhr in der Nacht traten sie wieder in den hellerleuchteten Sitzungssaal. Der Zuhörerraum war während dieser langen neun Stunden nicht leer geworden, selbst die zahlreich anwesenden Damen hatten getreulich ausgeharrt, um den sehnlich erwarteten Wahrspruch der Geschworenen zu hören. —

Eine tiefe, feierliche Stille herrschte in dem weiten Saale, als sich der Vorsteher der Geschworenen erhob, um den Wahrspruch zu verkünden, und als nun das erste „Nichtschuldig“ ertönte, da ging durch alle Zuhörer eine freudige Bewegung, die erst unterdrückt wurde, als die Klingel des Präsidenten heftig geschwungen wurde. — Und nun ertönte Nichtschuldig nach Nichtschuldig aus dem Munde des Vorstehers der Geschworenen, immer höher hob sich die freudige Stimmung, da wurde sie plötzlich tief niedergedrückt durch das Verdikt „Schuldig“ gegen den Angeklagten Lothar Bucher. — Bei allen übrigen Angeklagten lautete der Ausspruch der Geschworenen auf „Nichtschuldig“.

Am folgenden Tage, dem letzten des Prozesses, am 22. Februar, verhandelte der Gerichtshof in contumaciam gegen die ausgebliebenen Angeklagten, er sprach gegen drei derselben das Schuldig aus und verurtheilte sie zum Verlust der Nationalkokarde und zu 15 Monaten, 6 Monaten und 3 Monaten Gefängniß. Der Assessor Lothar Bucher wurde zum Verlust der Nationalkokarde und seiner Aemter als Ober-Gerichts-Assessor und Stadtverordneter, sowie zu 15 Monaten Festungsstrafe verurtheilt, — sein Vertheidiger, der Advokat-Anwalt Dorn hatte den Richtern vor dem Spruche des Urtheils ein prophetisches Wort zugerufen:

„Meine Herren Richter! Durch den Mund seiner Mitbürger ist aus den Kämpfern des November ein Sühnopfer auserkoren. Ein Volksvertreter ist auserkoren, weil er in den Drangsalen jener Tage männlichen Muth gezeigt, weil er offen seine Ansichten und Erwartungen ausgesprochen hat. Sie nehmen ihm die Freiheit; ich markte nicht mit Ihnen um Monde oder Jahre, — Sie nehmen ihm seine amtliche Stellung, er wird darum dem Vaterlande nicht verloren sein; — Sie nehmen ihm das Zeichen der bürgerlichen Ehre; bald wird der Werth dieses Zeichens schwinden, wenn solche Männer es nicht mehr tragen sollen! — Das Schuldig, welches ich über einen Freund aussprechen hörte, es erfüllte mich gestern mit Wehmuth. Heute blicke ich mit Ruhe darauf zurück. Kerker und Fesseln, sie vermögen den freien Aufschwung nicht niederzuhalten. Es wächst — so sagt ein alter Römer — es wächst die Gewalt der Geister, welche mit Strafen verfolgt werden!

Ich habe für den Verurtheilten nichts mehr zu sagen, ich lege sein weiteres Schicksal in Ihre Hände.“

Der Ausgang des Prozesses, die Freisprechung fast aller Angeklagten machte in Berlin ein mächtiges Aufsehen. Die herrschende Partei hatte eine

empfindliche Niederlage erlitten. Sie hatte stets den Steuerverweigerungs-Beschluß der National-Versammlung als Hochverrath gekennzeichnet; der Staatsanwalt hatte in dem Prozeß Alles aufgeboten, um eine Verurtheilung derjenigen Abgeordneten zu erzielen, welche über die Verbreitung dieses Beschlusses hinausgegangen waren, er hatte den Geschworenen zugerufen, es heiße das Recht der Revolution anerkennen, den Widerstand gegen die Obrigkeit legalisiren, wenn sie nicht das „Schuldig" sprächen. Er hatte seine fulminante Rede mit den Worten geschlossen: „Und wenn ich über die Angeklagten nicht das Schuldig höre, meine Herren Geschworenen, dann muß ich sagen, ist Recht und Gesetz in diesem Staate zu Grabe getragen!" —

Die Geschworenen waren mit großer Sorgfalt aus den konservativsten Bürgern Berlins erwählt, aber trotz ihrer konservativen Gesinnungen und trotz der Mahnung des Staatsanwalts hatten sie doch das „Nichtschuldig" über alle Angeklagten mit Ausnahme des einen, am schwersten Beschuldigten, ausgesprochen und hierdurch den Beweis geliefert, daß sie kein gefügiges Werkzeug in der Hand der herrschenden Partei seien.

Ein solche Selbständigkeit des Urtheils war nach den Anschauungen der damals im Staate allmächtigen Partei hoch gefährlich für eine kräftige Regierung, sie zeigte die Nothwendigkeit, daß die politischen Prozesse den Geschworenengerichten ganz entzogen werden müßten. — Das „Nichtschuldig"*) in dem Prozesse gegen die Steuerverweigerer hat den wesentlichsten Einfluß ausgeübt auf die spätere Beschränkung der Geschworenengerichte.

*) Auch ein anderer Prozeß, der wenige Monate später, am 15. August 1850, vor den Geschworenen verhandelt wurde und mit einem „Nichtschuldig" endete, trug viel dazu bei, das Geschworenengericht bei der im Lande herrschenden Partei zu diskreditiren. Es war der Prozeß gegen den Schuhmachergesellen Hätzel und drei Genossen, welche beschuldigt waren, Theil genommen zu haben an einem Unternehmen, welches auf eine gewaltsame Umwälzung des preußischen Staates abgezielt habe. — Bei Hätzel waren bei einer Haussuchung eine Anzahl Handgranaten, eine Kiste mit dem Abgeordneten D'Ester zugehörigen Papieren und die Statuten eines revolutionären Bundes gefunden worden, er hatte in der Voruntersuchung zugestanden, Mitglied dieses Bundes zu sein. Der Hätzel'sche Prozeß machte trotz der unbedeutenden Persönlichkeiten der Angeklagten großes Aufsehen in Berlin, weil der Minister von Manteuffel sich in der Kammer mehrfach auf die bei Hätzel gemachte Entdeckung einer weitverbreiteten Verschwörung berufen hatte. Auch im Waldeck'schen Prozeß war des Hätzel'schen Bundes Erwähnung gethan worden. Bei der öffentlichen Verhandlung schrumpfte nun dieser gefährliche revolutionäre Bund zu einer sehr ungefährlichen, phantastischen Verbindung zusammen, deren Mitglieder keineswegs beabsichtigten, eine Revolution zu machen, wenn sie auch den Plan hatten, bei einer etwa ausbrechenden Revolution gerüstet zu sein und dieselbe zu ihren Zwecken auszunutzen. Die sehr konservativen Geschworenen konnten nicht anders, als auf die ihnen vorgelegte Frage das „Nichtschuldig" aussprechen, obgleich der Staatsanwalt von ihnen das „Schuldig" mit Aufbietung der ganzen Kraft seiner Beredtsamkeit gefordert hatte.

Dreizehntes Kapitel.

Konservative Gesetzgebung. — Das neue Vereinsgesetz. — Die letzte Hoffnung der Gothaer. — Das Erfurter Parlament. — Der Fürstenkongreß in Berlin. — Theilnahmlosigkeit der Berliner. — Der 18. März. — Vereins-Auflösungen. — Wieder-Einführung der Prangerstrafe. — Attentat auf den König. — Sefeloge. — Verdächtigungen der Volkspartei. — Verhaftungen und Haussuchungen. — Ausnutzung des Attentates durch die Reaktion. — Oktroyirung eines neuen Preßgesetzes. — Verfolgung der demokratischen Presse. — Herr von Hinckeldey und seine Herrschaft. — Umschwung in der Gesinnung der Bürgerschaft Berlins. — Die konservative Stadtverordneten-Versammlung. — Wahlkampf für die Gemeinderathswahlen. — Ein kommunaler Skandal. — Ausschließung der freisinnigen Stadtverordneten. — Glänzender Sieg der Konservativen bei den Gemeinderathswahlen. — Der neue Gemeinderath. — Wahl des Ober-Bürgermeisters Krausnick.

Die beiden Kammern blieben nach der Beeidigung der Verfassung nur noch wenige Wochen in Thätigkeit, am 26. Februar 1850 wurden sie geschlossen; aber diese kurze Zeit benutzten sie zu rastloser Arbeit. Der Etat wurde festgestellt und dem Ministerium einstimmig ein außerordentlicher Kredit von 18 Millionen Thalern für militärische Zwecke bewilligt und zwar 10 Millionen Thaler für den Fall einer Mobilmachung. Das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit wurde berathen und ganz den Wünschen der Regierung gemäß beschlossen, ebenso die neue Gemeindeordnung, die Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung, — die alte Stein'sche Gesetzgebung wurde im Geist des Ministeriums reformirt, das oktroyirte Preßgesetz wurde bestätigt und auf Grund des oktroyirten Vereinsgesetzes ein Vereinsgesetz mit wesentlich verschärften Bestimmungen beschlossen. Die Erfahrungen, welche der Berliner Polizei-Präsident im Sommer und Herbst des Jahres 1849 nach der Aufhebung des Belagerungszustandes gemacht hatte, waren maßgebend für das neue Gesetz, welches den Vorstehern von Vereinen viele lästige Verpflichtungen über Einreichung von Statuten, Mitgliederverzeichnissen u. s. w. auferlegte, die Machtbefugnisse der Polizei verstärkte, Frauen, Schülern und Lehrlingen den Besuch politischer Versammlungen und Vereine verbot und vor Allem darauf berechnet war, die Organisation zu zerstören, welche sich die Berliner Volkspartei geschaffen hatte. Es bestimmte, daß Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, nicht mit anderen Vereinen gleicher Art durch Comités, Ausschüsse, Central-Organe

oder ähnliche Einrichtungen oder durch gegenseitigen Schriftwechsel in Verbindung treten dürften. —

Die konstitutionelle Partei hatte allen diesen Gesetzen nur schwachen Widerstand geleistet, für die Gewährung des außerordentlichen Kredits von 18 Millionen war sie sogar einstimmig eingetreten, in der Hoffnung, daß das Ministerium Brandenburg-Manteuffel die einzige ihr noch gebliebene Hoffnung erfüllen und eine Einigung Deutschlands, wenn auch vorläufig nur „Klein-Deutschlands", gegen den Widerstand Oesterreichs und der vier deutschen Königreiche, nöthigenfalls durch die Drohung mit Waffengewalt, erzwingen werde. In der Aufrechterhaltung der Union, so wurde jetzt das Bündniß der deutschen Kleinstaaten mit Preußen genannt, seit auch Sachsen und Hannover von demselben abgefallen waren, — in der Durchführung der noch immer mit vielen freisinnigen Paragraphen ausgestatteten Unionsverfassung, der früheren Drei Königs-Verfassung, gipfelte die letzte Hoffnung der Gothaer.

Am 20. März 1850 wurde in Erfurt endlich das Deutsche Unionsparlament, auf welches die Gothaer so lange sehnlichst gehofft hatten, eröffnet. Ein deutsches Parlament, welches im Volkshause seiner großen Mehrzahl nach und im Staatenhause fast zur Hälfte aus Preußen bestand, dem die Abgeordneten der deutsch-österreichischen Provinzen und der vier Königreiche Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover ganz fehlten und welches außerdem nur die Bruchtheile der Nation repräsentirte, denn die Volkspartei hatte es abgelehnt, sich an den Wahlen für das Erfurter Parlament zu betheiligen! Dafür aber waren vollzählig die Abgeordneten der Partei erschienen, die kein Deutschland ohne Oesterreich, keine deutsche Reichsverfassung, keine Beschränkung der königlichen Macht durch ein Parlament wollte, sie hatte ihre Koryphäen, die Herren Stahl, von Kleist-Retzow, von Gerlach, von Bismarck-Schönhausen, nach Erfurt gesendet, auch zwei preußische Minister, Graf Brandenburg und von Manteuffel, saßen im Parlament.

Aber die Linke, repräsentirt durch die hervorragendsten Männer aus der Frankfurter National-Versammlung, — Heinrich von Gagern, von Beckerath, Graf Schwerin, von Vincke, Simson, Bassermann, Mathy, Rießer, Hergenhahn, Duncker, Beseler und Andere, hatte doch die Majorität sowohl im Staaten-, wie im Volkshause, und ihr mußte es daher gelingen, das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen und den deutschen Bundesstaat fest zu begründen. Durch die Annahme des Verfassungsentwurfs in Bausch und Bogen, wie er von den Regierungen vorgelegt war, ohne jede Aenderung, hoffte die Linke ihr Ziel zu erreichen.

Aber diese Hoffnung war trügerisch. Nicht nur die absolutistische Rechte, welche die Verfassung als eine Erbschaft der Revolution von 1848, als dem monarchischen Princip und den Interessen Preußens gefährlich betrachtete und verlangte, die deutsche Verfassung müsse nach der viel konservativeren, jetzt nach der Beeidigung durch den König zu Recht bestehenden preußischen Verfassung zugeschnitten werden, forderte die Revision, auch die Kommissarien der preußischen Regierung wiesen die einfache Annahme der Verfassung zurück, und die Majorität des Reichstages mußte sich zu einer Revision entschließen, obgleich Herr von Vincke und andere Redner mit scharfen Worten das unwürdige Spiel geißelten, welches mit dem Parlamente getrieben werde. Eine Anzahl von Anträgen, auf welche hier näher einzugehen wir uns versagen müssen, wurde beschlossen, das Parlament hatte hiermit seine Aufgabe erfüllt und schon am 29. April wurde es geschlossen; der preußische Kommissarius erklärte, die verbündeten Regierungen würden sich demnächst über die vorgeschlagenen Abänderungen zu berathen haben.

Tief entmuthigt, in traurigster Stimmung verließen die Reichstagsabgeordneten Erfurt. In Berlin erregte der traurige Ausgang des Erfurter Parlaments kein sonderliches Aufsehen. Die große Masse des Volkes fühlte kaum mehr ein Interesse für die Entwickelung der deutschen Frage, sie hatte längst die Hoffnung auf eine Einigung Deutschlands durch die preußische Regierung aufgegeben und sie war daher durch die Verhandlungen in Erfurt nicht enttäuscht. Auch als bald nach dem Schluß des Erfurter Parlaments ein Fürstenkongreß in Berlin zusammentrat, um über die Union zu berathen, blieben die Berliner theilnahmlos. Magistrat und Stadtverordnete ernannten zwar eine Deputation, um die erlauchte Versammlung ehrfurchtsvoll zu begrüßen; wenn die fremden Fürsten in ihren glänzenden Equipagen durch die Straßen fuhren, blieben wohl einzelne Menschen stehen, um ihnen nachzuschauen, aber ein weitergehendes Interesse zeigten die Berliner nicht.

Es herrschte in Berlin im Frühjahr 1850 eine apathische Ruhe; alle Parteien und am meisten das politisch indifferente Bürgerthum waren der politischen Bewegung müde, selbst die bisher so rührige Volkspartei war durch die polizeiliche Verfolgung, der sie nun schon seit mehr als einem Jahre ausgesetzt war, mürbe geworden, sie suchte jede Gelegenheit zu vermeiden, welche der Polizei eine Veranlassung zu einem Einschreiten hätte geben können. Als am 16. März der Polizei-Präsident durch eine Bekanntmachung den Besuch des Friedrichshains am 18. März und den folgenden Tagen verbot, erschien am 17. März ein von vier namhaften Führern der Volkspartei, den Herren Berends, Paalzow, Dr. Meyen und Dr. Waldeck unterzeichneter Aufruf an die Partei, in welchem gesagt wurde: „Wir lassen dahingestellt, was der Grund und was der Zweck dieses Verbotes (der Besuch des Friedrichshains) ist. Dasselbe ist ganz dazu geeignet, Konflikte hervorzurufen. Die Volkspartei will sich, das hat sie oft genug bewiesen, auf keinen Konflikt einlassen. Wir fordern alle Mitglieder der Volkspartei auf, von dem Friedrichshain fern zu bleiben, so lange er unter dem Bann

des polizeilichen Verbots steht. Die Volkspartei hat am 18. März 1848 bewiesen, daß sie den Kampf nicht scheut, wenn es an der Zeit ist, zu kämpfen. In diesem Augenblick liegt es im Interesse der Freiheit, keiner Provokation Gehör zu geben. Darum bleiben wir fern vom Friedrichshain. Die tiefste Ruhe ehre das Andenken der Todten. Das Schweigen des Volkes sei auch hier eine Lehre für die Regierung." —

Der Aufruf hatte den gewünschten Erfolg, der 18. März ging ohne irgend eine Ruhestörung vorüber.

Die Volkspartei wollte jeden Konflikt vermeiden, das bewies sie auch bei den zahlreichen Vereinsauflösungen, welche in den ersten Monaten des Jahres 1850 sich fast täglich wiederholten. — Es gehörte zu den Ausnahmen, wenn einer der Vereine der Volkspartei ungestört tagen konnte. Unter den wunderlichsten Vorwänden sprachen die Abgeordneten der Polizei die Auflösungen aus; so löste z. B. der bekannte Wachtmeister Kaiser einen Verein auf, weil — — ein Mitglied der Versammlung ihn höhnisch angesehen habe! — Die Beschwerden beim Polizei-Präsidium gegen solche Rechtsübergriffe der untergeordneten Polizeibeamten waren fruchtlos, mitunter erfolgte wohl die Antwort, das Polizei-Präsidium habe dem betreffenden Beamten wegen der gesetzlich nicht gerechtfertigten Auflösung eine Rüge ertheilt, aber derselbe Beamte wurde nach wie vor mit der Ueberwachung der Versammlungen betraut und löste nach wie vor unter den nichtigsten Vorwänden auf. — Widerstand wurde diesen Auflösungen niemals geleistet; die Versammelten gingen auseinander, — sie gewöhnten sich schließlich so sehr daran, aufgelöst zu werden, daß sie nicht einmal ergrimmt darüber wurden, sondern über die Auflösungen lachten.

Als das neue Vereinsgesetz vom 11. März 1850, welches die Organisation der politischen Vereine verbot, in Kraft trat, löste sich sofort der Gesammtausschuß der Berliner Volkspartei selbst auf; auch die verschiedenen Volksvereine wurden aufgelöst, aber an ihrer Stelle wurden andere Vereine gebildet, sie nannten sich Vereine für Wahrung der Volksrechte, volksthümliche Wahlvereine u. s. w. Sie sendeten dem Gesetze gemäß dem Polizei-Präsidium Statuten und Mitgliederverzeichniß ein und mühten sich, jeder Anforderung des Gesetzes zu genügen, aber zu einem rechten Leben konnten sie nicht kommen, sie wurden aufgelöst, wie früher die Volksvereine, und da die Besucher endlich der ewigen Auflösungen müde wurden, schliefen sie nach und nach ein.

Es herrschte in Berlin eine so tiefe politische Ruhe*), wie kaum seit vielen Monaten, da gab plötzlich ein furchtbares Ereigniß, ein Attentat auf den König, die Veranlassung zu neuer tiefer Erregung des Volkes in Berlin. —

Am 22. Mai 1850 machte ein Wahnsinniger, ein früherer Feuerwerker der Artillerie, Max Joseph Sefeloge, einen Mordversuch gegen den König. Ueber das unselige Ereigniß brachte der Staatsanzeiger vom 23. Mai folgende, den Hergang beschreibende offizielle Mittheilung:

„Die Allerhöchsten Herrschaften hatten mit dem Zuge um 11 Uhr nach Potsdam gehen wollen. Kurz vorher war diese Absicht verändert worden, und Ihre Majestäten entschlossen sich, um 12 Uhr abzureisen. Ganz kurz nach 12 Uhr traf Ihre Majestät die Königin auf dem Bahnhofe ein, unmittelbar darauf Se. Majestät der König. Se. Majestät der König gingen, ohne sich aufzuhalten, unmittelbar durch die königlichen Wartezimmer auf den Perron. Ihm voraus ging der dienstthuende Kammerherr der Königin, Graf Pückler, einen kleinen Schritt hinter dem Könige links Ihre Majestät die Königin, unmittelbar hinter Ihrer Majestät der Königin das Gefolge. In dem Moment, in dem der König die 3 Stufen zum Perron hinuntersteigen wollte, sprang der Mörder vor, streckte die Pistole dem Könige in der Höhe der Brust in der Entfernung von vielleicht nur 2 Schritt entgegen und drückte ab. Der König scheint unwillkürlich seinen rechten Arm entgegengestreckt zu haben, und dadurch ging die Kugel in das Fleisch des Unterarms, etwa 4 Zoll unter dem Ellenbogen. Die Kugel ist bekanntlich 2 Zoll tief in das Fleisch schräg eingedrungen und sofort nebst Pflaster, Stück vom Rock und Hemde, aus der Wunde wieder herausgefallen. Sie wurde nachher neben den Stufen links gefunden. Der König blieb noch einen Augenblick stehen, dann strauchelte er und kam auf die zweite Stufe zu sitzen. Se. Majestät erhoben Sich aber gleich wieder mit Hilfe des zugesprungenen Flügel-Adjutanten Prinzen Philipp von Croy, riefen aber sofort Ihrer Majestät der Königin zu, die bei dem Vorspringen des Mörders sogleich zurückgesunken und von Ihren Damen auf das nächste

*) Es ist charakteristisch für die in Berlin im Jahre 1850 herrschende politische Theilnahmlosigkeit, daß die Wiederherstellung einer verrotteten, mittelalterlichen Institution gar keinen Eindruck auf die Bevölkerung machte. Die entwürdigende Strafe des Prangerstehens, welche in den Jahren 1848 und 1849 nicht mehr vollstreckt worden war, wurde im Jahre 1850 wieder eingeführt oder vielmehr, da sie gesetzlich überhaupt nicht aufgehoben war, wieder vollstreckt. Am 22. April, Morgens zwischen sechs und halb sieben Uhr, wurden zwei Meineidige, ein früherer Bäckermeister und ein Arbeitsmann, auf dem Molkenmarkt vor dem Kriminalgericht auf den Pranger gestellt. Die Verbrecher standen auf einem Tisch dicht vor dem Kriminalgericht, auf der Brust trug jeder von ihnen eine Tafel, auf der Vor- und Zunamen, sowie die Worte standen: „Meineidiger Betrüger". Eine Abtheilung Schutzmänner hatte den Dienst auf dem Molkenmarkt. Der schmähliche Akt ging ruhig vorüber, es hatte sich keine allzugroße Zuschauermenge eingefunden. — Auch bei den ferneren Prangerausstellungen, welche bald nach dieser ersten folgten, wurde die Ruhe durch Schutzleute aufrecht erhalten.

Sopha geführt war, daß er nicht verletzt sei. Se. Majestät zweite Sorge, während die Umstehenden ihn umfaßten und mit Zeichen der Freude über die glückliche Rettung überschütteten — namentlich wurden Se. Majestät durch die Liebesbezeugungen einiger Kinder sehr gerührt, — war die Rettung des Thäters. Se. Majestät gaben den bestimmten Befehl, daß ihm nichts geschehen dürfe. Darauf wandte der König sich um und ging in die Wartezimmer zurück. In dem Augenblick fühlte der König seinen Arm warm werden, und das Blut rieselte die Hand hinab. So wurde erst entdeckt, daß Se. Majestät verwundet waren. Der König ging nun mit festem Schritt in das hintere Zimmer; dort ließen Ihre Majestät die Königin Se. Majestät die erste Pflege angedeihen, wobei der Flügel-Adjutant Ihre Majestät unterstützte. Paletot und Rock wurden ausgezogen und für die Wunde gethan, was in dem Augenblick geschehen konnte. Ihre Majestät die Königin begleitete den König. Der Weg des Königs war mit großen Blutflecken bezeichnet; die Königin wurde mit Blut bedeckt.

Während nach allen Seiten ausgesandt wurde, um Aerzte zu holen, traf der Professor Dr. Böhm, der gerade bei dem Bahnhof vorübergefahren war, etwa 6—7 Minuten nach der That ein, erklärte sofort die Wunde für ungefährlich und legte einen vorläufigen Verband an. Als Dr. Böhm die Art der Verwundung für günstig erklärte, bemerkte Se. Majestät scherzend: „Am Ende muß Ich Mich noch bedanken, daß es so gut gemacht ist.“ Kurz darauf langte auch der Leibarzt, General-Stabsarzt Dr. Grimm, an, später Geheimer Rath Dr. Schönlein und Professor Dr. Langenbeck. Gegen 1½ Uhr konnten Se. Majestät sich wieder in den Wagen setzen und nach Charlottenburg zurückfahren; Ihre Majestät unterstützte Allerhöchstdieselben im Wagen. Die Fahrt nach Potsdam hatten die Aerzte wegen der zu heftigen Erschütterung abgerathen. In dem Augenblicke der That hatte vor Se. Majestät nur der Graf Pückler gestanden; seitwärts außer dem Posten der Bahnhofs-Inspektor, mehrere Schutzmänner und einige andere Personen, unter denen zuerst der Lieutenant Graf von Kanitz vom 1. Garde-Regiment zu Fuß bemerklich geworden ist. Der Thäter suchte zu entfliehen unter dem Rufe: „Es lebe die Freiheit!“ Alles stürzte auf ihn zu, Graf Kanitz scheint ihn zuerst gefaßt zu haben und entrang ihm die Pistole. Bei dem Fluchtversuch erhielt er einen Hieb, und ist er auch bei der Festnahme ziemlich mitgenommen worden. Während er festgehalten und gewürgt wurde, rief er noch mit erstickter Stimme: „Freiheit!“ Es kostete einige Mühe, ihn bis in ein Zimmer zu bringen, da Alles auf den Verbrecher losstürzte, um die gerechteste Wuth an ihm auszulassen. Spuren von Reue hat er nicht gezeigt, im Gegentheil sein Bedauern über das Mißlingen der That ausgedrückt. Eigentlichen Wahnsinn hat er nie gezeigt, nur an Hallucinationen und krankhaftem Hochmuth gelitten, die es unmöglich machten, ihn mit Feuerwerkskörpern umgehen zu lassen, keineswegs aber eine Unzurechnungsfähigkeit begründeten. Er ist daher auch mit einem Civil-Versorgungsschein und Empfehlung zur Anstellung entlassen. Ueber frühere Verbindungen des Menschen läßt sich, ohne der Untersuchung vorzugreifen, noch nichts sagen. Zum Schlusse fügen wir hinzu, daß der gnädige Schutz Gottes, der die Kugel von dem bestimmten Ziele abgelenkt hat, auch den Krankheits-Verlauf behütet. Auch gestern Mittag befanden Se. Majestät Sich den Umständen nach sehr wohl. Ihre Majestät die Königin, für deren Gesundheit die ernstesten Besorgnisse zu hegen waren, befinden Sich gleichfalls bis jetzt noch in leidlichem Wohlsein.“

Die Kunde von dem furchtbaren Ereigniß flog mit Blitzesschnelle durch die Stadt, sie erzeugte eine begreifliche Aufregung, — zahlreiche wirre Gerüchte, eins unwahrscheinlicher als das andere, kreuzten sich; man sprach von einer furchtbaren Verschwörung gegen das Leben des Königs, und als nun gar bekannt wurde, daß fünf namhafte Führer der Volkspartei, der Stadtverordnete von Kunowsky, der frühere Abgeordnete Julius Berends, der Redakteur der Urwähler-Zeitung Bernstein, der Redakteur der demokratischen Abendpost Dr. Meyen und der Schriftsteller Adolf Streckfuß, nachdem Haussuchungen bei ihnen abgehalten worden waren, am Nachmittag des 22. Mai bald nach dem Attentat verhaftet worden seien, gewann das Gerücht von der Entdeckung einer großen Verschwörung den Schein der Bestätigung.

Die Neue Preußische Zeitung und die ihr nahe stehenden Organe beschuldigten offen die Volkspartei des Königsmordes, und obgleich schon am zweiundzwanzigsten bekannt wurde, daß der Verüber der unseligen That seit längerer Zeit wahnsinnig sei, entblödete sich doch auch die Vossische Zeitung nicht, alle die märchenhaften Gerüchte, welche sich bald durchweg als rein aus der Luft gegriffen erweisen sollten, ihrem gläubigen Publikum aufzutischen, um dem Verdacht gegen die Volkspartei neue Nahrung zu geben, sie erzählte:

„Wenn es einerseits unzweifelhaft feststeht, daß der Thäter an Wahnsinn gelitten hat und leidet, so ist damit doch die völlige Unzurechnungsfähigkeit desselben noch nicht erwiesen und auch die Vermuthung nicht widerlegt, daß er ein Werkzeug in der Hand Anderer gewesen. Das Pistol, mit dem er den Schuß gethan hat, ist nicht aufzufinden gewesen, es muß also fortgeschafft sein. Durch wen? . . . Ein zweites Pistol, das man bei dem Thäter gefunden, war bis zum Zerspringen überladen. Es scheint, daß er es für sich selbst bestimmt hatte. — Die ganze Nacht über und diesen Morgen ist er bei durchaus klarem Bewußtsein gewesen, und keine seiner Antworten zeigt Spuren von Geistesverwirrung. — Von den verhafteten bekannten Führern soll einer sich fünfmal am Vormittag der That auf dem Potsdamer Bahnhof gezeigt haben. Dies wäre durch

Zeugen erwiesen. — Man will dort im Augenblick der That sehr freche Aeußerungen gehört haben, ohne derjenigen, die sie gethan, habhaft geworden zu sein. — Dagegen hatte eine Viertelstunde später ein Soldat, der die Retraite besuchen wollte, dort den Eingang versperrt gefunden, und man soll fünf daselbst versteckte Leute entdeckt und verhaftet haben. — In Betreff der Wahl des Tages für das Verbrechen soll einerseits die Absicht Sr. Maj., nach Potsdam überzusiedeln, denselben bestimmt haben, weil später die Gelegenheit nicht so leicht wiederkehren würde, anderentheils vermuthet man, daß die Verschworenen, wenn deren vorhanden, die Meinung gehabt haben, die Abreise des Prinzen von Preußen werde schon erfolgt sein, wodurch die Folgen der gelungenen That allerdings noch größere Verwickelungen herbeigeführt haben würden."

Und weiter:

„In höheren Kreisen gewinnt die Ansicht immer mehr Aufnahme, daß das Attentat des Sefeloge weniger vereinzelt und weniger als Ausfluß einer wahnsinnigen Idiosynkrasie sich darstelle, als man Anfangs anzunehmen geneigt war. Wie wir aus gut unterrichteten Kreisen erfahren, soll man sich dabei auf bedeutsame Momente stützen. Manches gehört in dieser Beziehung den Akten an und wird, insofern es auf Aeußerungen des Sefeloge in seinen ersten Verhören zurückweist, wohl erst später der Oeffentlichkeit übergeben werden. Anderes wird indessen schon jetzt mitgetheilt werden können. So sollen dem Minister des Innern bereits vor etwa 14 Tagen Anzeigen aus London zugegangen sein, daß die politische Emigration sich theilweise damit beschäftige, den Fürstenmord vollständig zu organisiren; man wolle sich aber aller Orten dazu nur solcher Personen bedienen, welche durch äußere Verhältnisse sich möglichst als unzurechnungsfähig darstellten. Ferner ist es Thatsache, daß, als der Sefeloge das Pistol abgedrückt hatte und zu Boden geschlagen war, er sich nicht, wie bisher berichtet worden, schweigsam verhielt, sondern wiederholt ausrief: „Es lebe die Freiheit!" Man behauptet, das habe nicht aus dem Sefeloge ohne Einflüsterung kommen können. Endlich aber — und darauf wird noch mehr Gewicht gelegt — hat der Sefeloge gleich nach der That in dem Wachtzimmer auf die Frage, warum er doch ein so schweres Verbrechen auf seine Seele habe laden mögen, geantwortet: er habe Thränen trocknen wollen, die im Lande flössen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Verhaftungen, welche in den letzten beiden Tagen mehrere der bekannteren Mitglieder der Volkspartei, namentlich die Herren Berends, Streckfuß, Kramer, v. Kunowsky, Meyen, Bernstein und einige Andere getroffen haben, nicht außer Zusammenhang mit dem Attentat des Sefeloge stehen."

Auch der Polizei-Präsident v. Hinckeldey mochte wohl unmittelbar nach dem Attentat wenigstens an die Möglichkeit*) gedacht haben, daß die That des wahnsinnigen Sefeloge von anderer Seite her beeinflußt worden sei, er hatte deshalb die Führer der Volkspartei verhaften und Haussuchungen bei ihnen abhalten lassen; aber jedenfalls hatte sich schon im Laufe des Tages und der Nacht die Gewißheit ergeben, daß die Verhafteten in gar keiner Verbindung mit Sefeloge stünden, denn sie wurden am dreiundzwanzigsten wieder der Haft entlassen, ohne daß nur ein Verhör mit ihnen vorgenommen worden wäre; die Regierungszeitungen aber fuhren trotzdem fort, den Verdacht, daß die That Sefeloge's von der Volkspartei beeinflußt worden sei, weiter zu verbreiten, und die Polizei gab diesem Verdacht neue Nahrung, indem sie mit Haussuchungen gegen eine große Anzahl bei der politischen Bewegung der Jahre 1848—1849 betheiligter Männer vorging. — Bei 15 Mitgliedern des Verwaltungsraths der sogenannten Arbeiterverbrüderung, bei dem Vorsitzenden und den Vorstands-Mitgliedern des Handwerkervereins und des Maschinenbauervereins, in den Versammlungslokalen dieser Vereine und bei vielen namhaften Mitgliedern stellte die Polizei sehr umfassende Haussuchungen an und belegte alle vorgefundenen Papiere mit Beschlag. — Es fand sich nirgends der geringste Anhalt, der auch nur den leisesten Verdacht, daß Sefeloge irgend einen Mitschuldigen gehabt habe, bestätigt hätte. —

Schon unmittelbar nach dem Attentat stellte es sich heraus, daß der Verbrecher ein Wahnsinniger sei. — Sefeloge, der im Militär-Waisenhause in Potsdam erzogen worden war, hatte 11 Jahre in der Artillerie gedient und während seiner Dienstzeit sich stets vorwurfsfrei gezeigt. — Er hatte rastlos gearbeitet, sich wohl zu sehr angestrengt und sich hierdurch ein Gehirnleiden zugezogen, welches bis zur vollständigen Geisteskrankheit sich steigerte. Im Jahre 1848 war er wegen zeitweiser Geistesverwirrung für dienstunfähig, im Oktober 1849 als Invalide entlassen worden mit einer Pension von monatlich 2 Thalern; aber es war ihm verstattet worden, in der Kaserne zu wohnen und seine Uniform weiter zu tragen. Man hielt ihn für unschädlich, seine fixen Ideen, daß er großartige Erfindungen gemacht habe, ungeheure Besitzungen in fremden Ländern sein eigen nenne, der Gründer eines Kolonialstaats sei, erschienen ungefährlich und auch seine Klagen, daß er vernachlässigt werde, daß seine Verdienste nicht anerkannt würden, daß der König ihm endlich gerecht werden müsse, wurden nicht beachtet. — Man ließ ihn frei umhergehen und Niemand ahnte, daß in dem

*) Herr von Hinckeldey dachte nicht selten an solche Möglichkeiten. Er ließ dann die ihm Verdächtigen einfach verhaften und eine Nacht in der Stadtvoigtei sitzen; am folgenden Morgen wurden sie ohne Verhör entlassen. Auf ihre Frage, weshalb sie verhaftet worden seien, erhielten sie keine Antwort, eine Genugthuung für die ungerechtfertigte Verhaftung wurde ihnen nicht gewährt. Der frühere Abgeordnete Julius Berends wurde mehrfach auf solche Weise verhaftet, und auch mir sind derartige Verhaftungen nicht erspart geblieben, ich habe nie erfahren können, welchem Verdacht ich sie verdankte.

kranken Hirn des scheinbar ganz ruhigen Mannes der Gedanke zu einer furchtbaren That aufdämmern könne.

Sefeloge war bei seiner Festnahme von denen, die ihn ergriffen hatten, arg geschlagen und gemißhandelt worden. Schwer, aber nicht gefährlich verwundet, wurde er nach der Stadtvoigtei gebracht dort gefesselt in dem sichersten Gefängniß, der sogenannten Riesenburg, verwahrt und fortwährend von mehreren Polizeibeamten bewacht, um ihn am etwaigen Selbstmord zu verhindern.

Der gerichtliche Physikus, Geheimer Medicinal-Rath Casper, der den Gefangenen untersuchte und beobachtete, fand sofort, daß er unzurechnungsfähig sei, und dieser Ausspruch des tüchtigen Arztes wurde durch die längere Beobachtung und durch die Gutachten der berühmtesten Irrenärzte vollkommen bestätigt. Dem Irrenhaus, nicht dem Zuchthaus, mußte endlich der unzurechnungsfähige Wahnsinnige übergeben werden.

Das Attentat war die That eines Wahnsinnigen, es hatte nicht den geringsten politischen Hintergrund, aber dennoch wurde es ausgenützt von der politischen Reaktion. Die Deutsche Reform, das Organ des Ministers von Manteuffel, schrieb: „Heut schon wollen wir es aussprechen, daß gleichviel, ob die Untersuchung eine direkte Verbindung des Mordversuchs mit der Politik herausstellt oder nicht, die demokratische Partei, und vorzüglich die demokratische Presse, sich von der Mitverantwortlichkeit für jene sittliche und geistige Entartung, die sich gerade im Fürstenmord äußert, nicht so leichten Kaufes mit einigen Redensarten losmachen wird."

Dieser Drohung der Deutschen Reform folgte der Schlag gegen die Freiheit der Presse fast auf dem Fuße. — Am 5. Juni wurde eine neue Verordnung zur Ergänzung des Preßgesetzes vom 30. Juni 1849 oktroyirt, das Ministerium sagte in der an den König gerichteten Denkschrift, die Unzulänglichkeit der bisherigen Preßgesetzgebung habe sich durch die Erfahrungen der letzten Zeit herausgestellt.

„Eine große Menge neuer Blätter ist mit Leichtigkeit in's Leben gerufen, mit Beharrlichkeit verbreitet worden. Leute ohne Beruf und ohne Befähigung, die Dolmetscher der öffentlichen Meinung zu sein, haben durch Gründung neuer oder Betheiligung an schon bestehenden Blättern sich Existenz und Bedeutung zu verschaffen gesucht und aus ihrem eigensüchtigen Standpunkte kein Reizmittel verschmäht, den Kreis ihrer Leser zu erweitern. Die Regel der Schicklichkeit ist keine Grenze mehr, deren Ueberschreitung man scheuen zu müssen glaubt. Das Höchste und Heiligste wird herabgezogen und bis zur Verwirrung der Begriffe über die Grundpfeiler des Christenthums und des Staates, ja bis zur Gotteslästerung in unwürdigster Weise besprochen. Die Partei des Umsturzes erblickt in der ungezügelten Presse ein erwünschtes Mittel der Agitation, sie wird nicht müde, dieselbe ihren Absichten dienstbar zu machen, und es würde nur zu leicht sein, durch eine große Reihe von Blättern und Artikeln darzuthun, in wie verderblicher, bald offener, bald versteckter Weise jene Partei bemüht ist, auf diesem Wege die Gottesfurcht, den Patriotismus, die Achtung vor dem Königthume, vor den Personen der Fürsten und vor der Regierung zu untergraben. Mit großer Vorsicht bestrebt, den bestehenden Strafvorschriften nicht zu verfallen, vermeidet sie das offenkundige Verbrechen in der festen Zuversicht, durch allmähliches unscheinbares Verbreiten vergiftender Lehren ihr Ziel desto sicherer zu erreichen. Von Gewaltstreichen abmahnend, sucht sie falsche Systeme zu begründen, bemüht sich, ihnen durch die Art ihrer Verbreitung in den verschiedensten Volksschichten Eingang zu verschaffen, und arbeitet unausgesetzt daran, die Ueberzeugungen im Volke wankend zu machen, welche die Grundpfeiler staatlicher Ordnung bilden. Man würde sich einer gefahrvollen Täuschung hingeben, wollte man annehmen, daß diese Bestrebungen erfolglos bleiben könnten. Der Umfang des Leserkreises, welcher sich einzelnen jener verderblichen Blätter zugewendet hat, die Eile, mit welcher gerade die schnödesten Artikel ihre Weiterverbreitung durch die kleine Lokal- und Provinzialpresse finden, lassen erkennen, wie weit es bereits gelungen ist, die Empfänglichkeit für die Lehren des Umsturzes rege zu machen, und die thatsächlichen Wahrnehmungen, welche nicht Seitens der Behörden über die in verschiedenen Kreisen verbreiteten Ansichten und Meinungen zur Kenntniß der Regierung gebracht, sondern Jedem sich aufdrängen, der jene Kreise zu beobachten Gelegenheit gehabt hat, stellen es außer Zweifel, daß tiefe Demoralisation, ja politischer Wahnsinn die wohlberechneten und leider mehrfach erreichten Folgen jener heillosen Lehren sind."

Das Gesetz vom 5. Juni gab der Post die Berechtigung, die Annahme von Bestellungen auf Zeitungen abzulehnen, es stellte fest, daß alle Buchhändler, Leihbibliothekare, Verkäufer von Zeitungen u. s. w., Buchdrucker und Lithographen einer Concession bedürften, es forderte die Stellung hoher Kautionen für alle erscheinenden und zu begründenden Zeitungen und Zeitschriften, es bestimmte, daß diese Kaution bei dreimaliger Verurtheilung der Zeitung verfallen und daß außerdem dann das fernere Erscheinen der Zeitung untersagt werden könne, es setzte fest, daß durch einfaches Decret des Ministers des Innern die Verbreitung von Druckschriften jeder Art, welche außerhalb Preußens erschienen seien, verboten werden könne. —

Das Preßgesetz vom 5. Juni wurde rücksichtslos durchgeführt und es übte bald seine vernichtende Wirkung auf die freie Presse aus. Die meisten kleinen demokratischen Blätter vermochten die hohe Kaution nicht aufzubringen, sie mußten eingehen, und die wenigen, welche sich erhielten, waren gezwungen, die größte Zurückhaltung zu beobachten, — fast nur die kleine Urwähler-Zeitung kämpfte tapfer

weiter. Streng sich innerhalb des Gesetzes haltend, trotzte sie den fortwährenden Konfiskationen, mit denen sie von der Polizei bedacht wurde, sie blieb der demokratischen Fahne treu und ihre Leser blieben ihr treu, sie ließen sich nicht abschrecken dadurch, daß ihnen die Zeitung kaum wöchentlich drei- bis viermal regelmäßig geliefert werden konnte, weil sie an den anderen Tagen konfiscirt und erst nach längerer Zeit, wenn die in ihr enthaltenen Nachrichten veraltet waren, wieder freigegeben wurde, da kein Grund zur Anklage gefunden werden konnte.

Auch die National-Zeitung, das einzige große demokratische Blatt, wechselte die Farbe nicht; aber sie zeigte eine Mäßigung, die ihr von der radikalen demokratischen Abend-Zeitung als Abfall von den demokratischen Grundsätzen vorgeworfen wurde; die Abend-Zeitung aber selbst mußte nach kurzer Zeit eingehen, sie vermochte den gegen sie gerichteten Verfolgungen, Konfiskationen und Anklagen nicht zu widerstehen.

Nicht nur die Zeitungen wurden durch das Preßgesetz betroffen, auch auf das Erscheinen von Broschüren und Büchern übte dasselbe einen schweren Druck aus, denn die Buchhändler verloren den Muth, Schriften zu verlegen oder zu verkaufen, welche der Regierung nicht genehm waren, nachdem der Polizei-Präsident von Hinckeldey einigen Buchhändlern die Concession entzogen, anderen die Concessionsentziehung angedroht hatte.

Mit unbeugsamer Energie führte der Polizei-Präsident den Kampf gegen die demokratische Partei durch. Er konnte mit voller Rücksichtslosigkeit vorgehen, denn seine Macht wurde nach keiner Richtung hin eingeschränkt, selbst der sonst in jener Zeit fast allmächtige Minister des Innern von Manteuffel, sein unmittelbarer Vorgesetzter, durfte es nur in Ausnahmefällen wagen, dem Polizei-Präsidenten entgegenzutreten. Herr v. Hinckeldey besaß das vollste Vertrauen des Königs, er hatte sich dasselbe durch seine Energie und durch die Rücksichtslosigkeit, welche er in der Verfolgung der Demokratie zeigte, erworben. Nicht dem Minister, sondern dem König berichtete er über die in Berlin waltenden Zustände, über die revolutionäre, nur durch Gewalt niederzuhaltende Stimmung der Berliner, über die demokratischen Verschwörungen u. s. w., ganz im Geiste des Zuschauers der „Neuen Preußischen Zeitung“; die Maßregeln, welche er ergriff, um die Demokratie zu vernichten oder wenigstens niederzuhalten, fanden daher die Billigung des Königs, der nur zu geneigt war, auch das Sefeloge'sche Attentat als einen Ausfluß der Demokratie zu betrachten.

Die unermüdliche Thätigkeit des Polizei-Präsidenten trug ihre Frucht. Das Vereinsleben wurde geknickt durch die sich immer wiederholenden Auflösungen, gegen welche es kein Recht gab, die Presse wurde zur äußersten Mäßigung gezwungen, — Haussuchungen bei namhaften Demokraten wurden fast täglich vorgenommen, die Anklagen wegen politischer, noch aus den Jahren 1848 und 1849 stammender Vergehen mehrten sich, und endeten sie auch oft mit Freisprechungen, so hatten doch die Angeklagten Wochen, ja Monate lang die Untersuchungshaft zu erdulden. Viele namhafte Demokraten wurden des ungleichen Kampfes müde, sie wanderten theils aus, um sich in der Schweiz, in England oder Amerika der Verfolgung zu entziehen, oder sie zogen sich von jeder politischen Thätigkeit zurück; alle die zahlreichen Beamten mußten dies thun, wenn sie nicht Gefahr laufen wollten, abgesetzt oder wenigstens gemaßregelt zu werden.

Mehr und mehr erstarb in Berlin das freie Leben, es machte sich in der Bürgerschaft ein Umschwung der politischen Anschauungen deutlich fühlbar. Die Gesinnungslosen, die sich stets der Macht beugen, thaten es auch hier, sie bemühten sich, vergessen zu machen, daß sie einst den demokratischen Ideen gehuldigt hatten, indem sie sich jetzt als eifrige Anhänger der sogenannten konservativ-konstitutionellen Partei, d. h. der Regierung des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel zeigten. Am klarsten trat dieser Umschwung in der Bürgervertretung, in der Stadtverordneten-Versammlung hervor, in welcher jetzt die Majorität durch und durch konservativ war und mit wahrer Erbitterung gegen die freisinnige Minorität kämpfte, obgleich diese keineswegs nur aus Demokraten bestand.

Der Parteihaß der konservativen Majorität gegen die freisinnige Minorität wuchs in einem solchen Grade, daß er endlich zu einem gewaltsamen Ausbruch kam und die Majorität zu einem in der Kommunalgeschichte unserer Zeit unerhörten Verfahren veranlaßte.

Die Gemeindeordnung vom 11. März 1850 hatte Gesetzeskraft erlangt, zu ihrer vollständigen Durchführung in Berlin mußte die Stadtverordneten-Versammlung aufgelöst werden und an ihre Stelle der neuzuwählende Gemeinderath treten; bis zu seinem Zusammentritt aber hatte die Stadtverordneten-Versammlung ihres Amtes zu walten, und zu ihren Befugnissen gehörte es auch, die Beisitzer der für die Wahl der neuen Gemeinderäthe vom Magistrat zu ernennenden Wahlvorsteher zu ernennen.

Alle Parteien waren damals in Berlin darüber einig, daß die Wahl des neuen Gemeinderathes von höchster Wichtigkeit für unsere Stadt sei, alle Parteien bemühten sich daher, kräftig auf diese Wahlen einzuwirken; auch die Volkspartei vergaß ihren Abscheu gegen das in die Gemeindeordnung eingeführte Drei Klassen-Wahlgesetz, sie beschloß, sich bei der Wahl zu betheiligen. — Der Wahlkampf innerhalb der Bürgerschaft wurde deshalb ein außerordentlich reger. Bei der früheren Wahl zur Stadtverordneten-Versammlung hatten die Wähler wesentlich die bürgerliche Tüchtigkeit der Kandidaten, ihre Befähigung für die Verwaltung in Betracht gezogen, bei dieser Wahl aber war es vor Allem die politische Parteistellung, welche maßgebend war. — „Kein Demokrat darf in den Gemeinderath gewählt werden!“ so lautete die

Wahlparole des konservativen Central-Wahlcomité's, welches die Wahlagitation mit unermüdlicher Thätigkeit und mit dem Aufgebot aller ihm zu Gebote stehenden Mittel betrieb. Konservative Wahlaufrufe wurden in vielen Tausenden von Exemplaren unter der Bürgerschaft verbreitet und zwar durch die konservativen Bezirksvorsteher, welche ihren ganzen Einfluß für die Wahl aufboten. — Schwankenden wurde mit der Entziehung der Kundschaft gedroht, wenn sie nicht konservativ wählen würden, auch Versprechungen wurden nicht gespart und allen den Wählern, welche abhängig waren, wurde in's Gedächtniß zurückgerufen, daß die Abstimmung eine öffentliche sei.

Von höchster Wichtigkeit für den Erfolg der Wahl erschien die Zusammensetzung der Wahlvorstände, vor denen die Wähler ihre Stimme zu Protokoll geben mußten; es lag im Interesse der konservativen Partei, daß die Beisitzer aus zuverlässigen Konservativen gewählt würden. Zu diesem Zwecke lud der Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung, Herr Seidel (in Berlin bekannt unter dem Namen der Leichen-Seidel, weil er das Leichenfuhrwesen gepachtet hatte), am Tage vor der Sitzung, in welcher die Ernennung der Wahlbeisitzer erfolgen sollte, eine Zahl gesinnungsverwandter Stadtverordneten zu einer Privatkonferenz in seine Wohnung ein. Eine Liste der zu ernennenden Beisitzer wurde aufgestellt, in dieselbe aber entgegen dem bisher herrschenden Gebrauch, kein Stadtverordneter aufgenommen, weil es nicht zu vermeiden gewesen wäre, wenn die Liste die Namen von Stadtverordneten enthielt, auch die freisinnige Minorität der Versammlung zu berücksichtigen.

In der Sitzung vom 15. August 1850 legte Vorsteher Seidel die von der Konferenz aufgestellte Liste als von ihm allein ausgehend der Stadtverordneten-Versammlung vor, er motivirte die Ausschließung aller Stadtverordneten damit, daß die jetzigen Stadtverordneten jeden Schein einer Parteilichkeit, einer Einwirkung auf die Wahl des neuen Gemeinderaths vermeiden müßten. —

Trotz des Scheins der Unparteilichkeit, welche sich der Vorsteher gab, wurde seine Absicht doch durchschaut; der der Minorität der Versammlung angehörige Stadtverordnete Elster forderte deshalb die Vorberathung dieser wichtigen Angelegenheit durch eine Deputation, aber der Vorsteher ging auf diesen Antrag nicht ein, obgleich er dem Gesetz nach dazu verpflichtet gewesen wäre, er weigerte sich selbst, den betreffenden Paragraph der Instruktion vorlesen zu lassen und gegen den Protest der in ihrem verfassungsmäßigen Recht gekränkten Minorität wollte er abstimmen lassen; da aber erhoben sich, ehe die Abstimmung erfolgen konnte, 24 Stadtverordnete und verließen den Sitzungssaal. Die zurückbleibenden Stadtverordneten waren nicht mehr beschlußfähig. —

Der eigenthümliche Vorfall erregte in der Stadt ein kolossales Aufsehen, die konservative Partei schäumte vor Wuth und der Magistrat gab dem Gefühl derselben Ausdruck, indem er schon am 16. August ein Schreiben an die Stadtverordneten-Versammlung richtete, in welchem er sagte: „Das Verhalten der Männer, welche in Parteistrebungen diese Störung herbeigeführt haben, ist in keiner Weise zu rechtfertigen und verdient die strengste Ahndung," und ferner:

„Wir haben daher uns genöthigt gesehen, bei der Königlichen Regierung die Bestrafung derjenigen Stadtverordneten in Antrag zu bringen, welche in der Absicht, die Versammlung unbeschlußfähig zu machen, am gestrigen Tage das Sitzungslokal verließen und dadurch zu erkennen gegeben haben, daß sie weder Gemeinsinn noch den Willen besitzen, gewissenhaft ihre Bürgerpflicht zu erfüllen und sich in die nothwendige Ordnung der Verhältnisse zu fügen."

Für das gesetzwidrige und gewaltthätige Vorgehen des Vorstehers, durch welches die Minorität gezwungen worden war, das einzige ihr zu Gebot stehende Abwehrmittel zu gebrauchen, hatte der Magistrat kein Wort der Mißbilligung!

An die Königliche Regierung in Potsdam hatte sich der Magistrat mit seinem Antrage auf Bestrafung der renitenten Stadtverordneten gewendet, aber die Regierung, welche gewiß nicht von einem Geist der Freisinnigkeit angehaucht war, mißbilligte zwar das Verfahren der Minorität, lehnte aber eine Bestrafung ab. Sie hielt die kommunale Selbstverwaltung höher, als der damalige Magistrat von Berlin, sie hielt der Stadtverordneten-Versammlung vor, daß diese nach der Städteordnung Richterin im eigenen Hause sei. Der Vorsteher könne, so schrieb die Regierung am 21. August 1850, nach §§ 129 und 130 der Städteordnung das ungehörige Verfahren der Stadtverordneten durch eine Rüge ahnden. Außerdem könne auch § 131 der Städteordnung zur Anwendung kommen.

Dieser Paragraph lautete: „Wer zwei- oder gar dreimal hintereinander ohne gehörige Entschuldigung ausgeblieben ist oder wiederholentlich Ordnung und Ruhe gestört hat, kann von der Versammlung durch Stimmenmehrheit entweder für eine bestimmte Zeit oder für immer aus den Versammlungen ausgeschlossen werden."

Um diesen Paragraphen zur Anwendung zu bringen, sollte der Vorsteher den Versuch machen, durch Einberufung der Stellvertreter*) unter Ausschluß der betheiligten Stadtverordneten eine beschlußfähige Versamlung zusammenzubringen und dieser die Beschlußfassung über die Bestrafung der betreffenden Stadtverordneten überlassen.

Und so geschah es! Die Stellvertreter wurden einberufen und zum 27. August die Stadtverordneten-Versammlung, mit Ausschluß der betheiligten 24 Mitglieder zu geheimer Sitzung eingeladen. In dieser geheimen Sitzung wurde von der

*) Die alte Städteordnung bestimmte, daß für die behinderten Stadtverordneten gewählte Stellvertreter eintreten sollten.

konservativen Majorität ein Beschluß gefaßt, der einzig in der Kommunalgeschichte dasteht!

§ 131 der Städteordnung ermöglichte die Ausschließung solcher Stadtverordneten, welche zwei- oder dreimal hintereinander ohne Entschuldigung ausgeblieben waren.

Von den angeklagten Stadtverordneten hatten 18 die Versammlung am 5. Februar (bei Gelegenheit der Ernennung der Minister Graf von Brandenburg und von Manteuffel zu Ehrenbürgern) und am 15. August ohne Entschuldigung verlassen, 6 hatten dies nur am 15. August gethan, — gegen die letzteren Sechs wagte man nicht vorzugehen — die ersteren Achtzehn aber beschloß die Stadtverordneten-Versammlung zu exkludiren. Es waren die Herren Bünger, Dubitzky, Jürgens, Kochhann, v. Kunowsky, Elster, Engel, Försterling, Heyl, Lange, Prince-Smith, Sasse, Sperber, Teuert, Timme, Treue, Vogel und Weidling. Um die Anwendbarkeit des § 131 auf diese Achtzehn zu ermöglichen, erklärte die Stadtverordneten-Versammlung, die Achtzehn hätten durch zweimaliges Verlassen der Sitzung wiederholentlich Ruhe und Ordnung der Versammlung gestört!

Obgleich die Ausschließung der Minorität dem Geist der Städteordnung direkt widersprach, obgleich selbst der Wortlaut des § 131 gewaltsam gedreht werden mußte, um diesen Paragraphen zur Anwendung zu bringen, beeilte sich doch der konservative Magistrat, den Beschluß der Versammlung zu bestätigen.

Auch die Regierung, an welche sich die Ausgeschlossenen beschwerdeführend wendeten, schaffte keine Remedur! Sie erkannte zwar an, daß der Stadtverordneten-Vorsteher durch seine Weigerung, eine Deputation zu ernennen, am 15. August das Gesetz verletzt habe, und sie ertheilte dem Magistrat den Auftrag, ihn auf das Unrichtige seines Verfahrens aufmerksam zu machen, — aber im Uebrigen wies sie die Beschwerdeführer ab.

Es gab keinen Rechtsweg mehr. Die Ausgeschlossenen mußten das ihnen geschehene Unrecht dulden; die Sechs, welche die Majorität nicht auszuschließen gewagt hatte, legten ihr Mandat freiwillig nieder, und so hatte denn die konservative Majorität einen glänzenden Sieg gefeiert und Rache genommen für die Verweigerung des Brandenburg-Manteuffel'schen Ehrenbürgerbriefes!

Durch die Zusammensetzung der Wahlvorstände aus den eifrigsten Konservativen hatte die konservative Partei bei den Wahlen die Möglichkeit gewonnen, die Mittel der Einschüchterung gegen die schwankenden und furchtsamen Bürger mit voller Kraft zu gebrauchen, und sie verstand es, die gewonnene Macht auszunutzen. Die demokratische Partei konnte nicht mit gleichen Waffen kämpfen, sie war an der Agitation gehindert durch die Beeinträchtigung des freien Versammlungsrechts und außerdem stand ihr entgegen der Widerwille, welchen ein großer Theil der Bürgerschaft gegen jedes politische Hervortreten hatte. — Es war ein Umschwung in der Stimmung der Berliner Bürgerschaft eingetreten, das ließ sich nicht verkennen; — gar mancher frühere Demokrat war übergegangen zu den Konservativen, andere waren gleichgültig geworden und weigerten sich, überhaupt an der Wahl Theil zu nehmen, nur eine Minorität folgte unerschütterlich treu der alten Fahne. — Unter diesen Verhältnissen konnte das Resultat der Gemeinderathswahlen nicht zweifelhaft sein. Die konservative Partei erkämpfte einen glänzenden Sieg bei allen Wahlen. Der neue Gemeinderath wurde ausschließlich aus Mitgliedern der konservativen Partei zusammengesetzt.

Die Freude der konservativen Partei über den errungenen Sieg war übergroß; in allen Vereinen wurde der Sieg glänzend gefeiert und die Hoffnung ausgesprochen, daß jetzt wohl endlich der König seine Residenz wieder nach Berlin zurückverlegen würde. Der Vorstand des konservativ-konstitutionellen Wahlvereins gab dieser Stimmung Ausdruck, indem er eine Audienz beim König erbat, um Sr. Majestät die Wünsche der Berliner Bürgerschaft vorzutragen. Seine Bitte wurde gewährt.

Am 14. September reiste eine Deputation des Vorstandes nach Potsdam; sie bestand aus den Herren Professor Hensel, Vollgold, Sametzky und Dr. Firmenich. Der König empfing die Deputation in Sanssouci sehr huldvoll. Nachdem der Sprecher der Deputation, Professor Hensel, in einer Anrede der Verehrung der konservativen Bürger Berlins für den König und dem Vertrauen, welches dieselben auf die Zukunft Preußens und Deutschlands setzten, Ausdruck gegeben und die Bitte ausgesprochen hatte, Se. Majestät möge seine Residenz wieder in Berlin nehmen, — antwortete der König mit sehr gnädigen Worten. Nach einem Bericht des Regierungsorgans „Die deutsche Reform" äußerte er sich ungefähr folgendermaßen:

„Herzliche und erfreuliche Worte seien es, welche die Deputation an Ihn gerichtet. Mit großer Befriedigung müsse Er anerkennen, daß Außerordentliches von den Bürgern Berlins bei den Gemeinderathswahlen geleistet worden. Dem Vorstande, sowie Allen, welche denselben unterstützt hätten, habe Er Seinen besonderen Dank auszusprechen. Er habe es verfolgt, mit welcher Aufopferung die Leiter der Wahlen sich der Sache hingegeben, um ein solches, wirklich überraschendes Ergebniß herbeizuführen. Es habe dieses Seine Hoffnung und Zuversicht zu der Gesinnung der Bürger Berlins neu gestärkt, und Er sehe nun einer freudigen Zukunft entgegen. In Bezug auf den von der Deputation ausgedrückten Wunsch, daß Er und die Königin nach Berlin zurückkehren mögen, so wolle Er denselben jedenfalls willfahren, gerade um dadurch Seine Anerkennung der kundgegebenen Gesinnungen zu offenbaren, wenn auch wegen des Gesundheitzustandes der Königin ein längerer Aufenthalt dem Ermessen der Aerzte anheimgegeben werden müsse. Was den zweiten Punkt, die deutsche Frage, betreffe, so

sei das Innige und Warme, was Er soeben hinsichts der Entwickelung Deutschlands vernommen, Ihm aus dem Herzen gesprochen. Die letzten Erklärungen Preußens seien Seine eigensten Gedanken, und es sei Ihm wahrhaft erfreulich, daß dieselben eine solche begeisterte Zustimmung gefunden hätten. Se. Majestät fuhr dann fort: „Ich bin der beste Preuße, das werden Sie mir wohl glauben, meine Herren. So lange Ich aber denken und reden kann, bin Ich auch der beste Deutsche. Die Bedeutung, als König des preußischen Volkes deutscher Fürst zu sein, habe Ich wohl erkannt. Ich bin Meiner aufrichtigen deutschen Gesinnungen wegen selbst auch im eigenen Land verkannt worden, ja man hat sich sogar zu Schmähungen hinreißen lassen. Das hat Mich aber nie beirren können. Ich bin Meinen ehrlichen und geraden Weg fortgewandelt. Nach Meiner Meinung muß jede wahre Politik ehrlich und gerade sein. Es ist zu bedauern, daß noch vielfach nicht begriffen wird, daß man ehrlich in der Politik sein kann. Mein Weg ist gerade, er ist nicht deshalb der rechte, weil er gerade ist, sondern eben darum gerade, weil er der rechte ist. Ich habe Mich von Niemandem auf denselben drängen lassen. Was Ich für Deutschland vollenden will, ist Mein eigener Herzensdrang. An der deutschen Idee halte Ich fest. Ich werde vorwärts gehen auf der eingeschlagenen Bahn, bis der liebe Gott eine Grenze zieht; Ich hoffe aber, Gott wird es nicht thun. Als König von Preußen werde Ich dem, was Ich für Deutschland erstrebe, Geltung zu verschaffen, — als Freund und Bundesgenosse aber auch zu versöhnen und zu vermitteln wissen, soweit es die Ehre Preußens gestattet, deren treuester Wächter Ich bin. Im Punkte der Ehre darf Ich auf die fünfhundertjährige Geschichte Meines Hauses und auf jene der durch dasselbe glorreich verbundenen deutschen Volksstämme hinweisen." Se. Maj. entwickelte alsdann mit inniger Wärme, wie zur Erfüllung der hohen Aufgabe Preußens für Deutschland allerdings eine feste Erstarkung im Innern vor Allem Noth thue, wie zu Seiner großen Freude von den Bürgern Berlins richtig erkannt werde. Diese Erstarkung sei vornehmlich Sache des Volks selbst. Er rechne dabei auf die Unterstützung der Männer, die bereits so Bedeutsames geleistet. Nach außen werde Er das Seinige thun. „Wenn es zum Aeußersten kommen sollte, so weiß Ich, daß Mein getreues Volk Mir zur Seite stehen wird. Ich nenne keine Macht, Ich nehme keine feindselige Stellung ein, aber halten Sie sich fest überzeugt, meine Herren, daß Ich Preußen nichts vergeben werde." — — Dann deutete Se. Maj. der König darauf hin, daß eine Verständigung in der deutschen Frage wohl zu erwarten sei. Schließlich drückte Se. Majestät die Hoffnung aus, daß die von Ihm fest betretene Bahn die Zustimmung der Kammern, sowie auch des ganzen Volkes haben werde."

Hochbeglückt durch die königliche Huld kehrte die Deputation nach Berlin zurück.

Die Freude der konservativen Partei über ihren Wahlsieg wurde vollständig gerechtfertigt durch das Verhalten des neuen Gemeinderaths, der am 1. Oktober 1850 an die Stelle der früheren Stadtverordneten-Versammlung oder Bürgervertretung trat. Der Gemeinderath zeigte sich in allen seinen Verhandlungen, in allen seinen Beschlüssen streng konservativ ohne alle freiheitlichen Anwandlungen, und er gab dieser Gesinnung einen Ausdruck durch die ihm obliegenden Wahlen der unbesoldeten Stadträthe, nachdem die bisherigen unbesoldeten Mitglieder des Magistrats nach Einführung der Gemeindeordnung vom 11. März 1850 ihr Amt niedergelegt hatten. Auch bei der Wahl des Ober-Bürgermeisters für Berlin zeigte sich glänzend die konservative Gesinnung des Gemeinderathes. Es wurden viele Kandidaten vorgeschlagen, unter ihnen auch hervorragende Männer der konstitutionell-konservativen Partei, wie der frühere Minister Herr von Patow, aber der Majorität des Gemeinderaths standen auch diese Männer noch zu weit links, und als es endlich nach langen Vorberathungen zur wirklichen Wahl kam (am 5. November 1850), blieben, nachdem Herr von Patow eine Kandidatur abgelehnt hatte, nur noch zwei aussichtsreiche Kandidaten, Herr von Selchow, der Kandidat der äußersten Rechten, und Herr Krausnick, der im Jahre 1848 durch die Revolution aus dem Amte verdrängte frühere Oberbürgermeister. Charakteristisch für die neue Versammlung war das Resultat der Abstimmung. Es erhielten von 93 Abstimmenden von Selchow 39, Krausnick 33, von Patow trotz seiner Ablehnung 11, Naunyn, der bisherige Bürgermeister, 8 Stimmen, 2 Stimmen zersplitterten sich. Die für Patow gefallenen Stimmen deuteten die Zahl der kleinen Linken der Versammlung an, die für Selchow abgegebenen Stimmen die Zahl der Mitglieder der äußersten Rechten. Auch eine zweite Abstimmung ergab kein Resultat, und erst bei der dritten Abstimmung siegte Krausnick mit 45 über Herrn von Selchow, der 41 Stimmen erhielt. 7 Gemeinderäthe hatten sich bei der Schlußabstimmung der Wahl enthalten.

Die Oberbürgermeisterwahl bildete gewissermaßen den Abschluß der antirevolutionären Bewegung in Berlin. Magistrat und Gemeinderath gehörten der streng konservativen Partei an, diese hatte fortan für viele Jahre die unbestrittene Herrschaft in der preußischen Hauptstadt. —

Vierzehntes Kapitel.

Deutsche Politik des Ministeriums. — Die Vierkönigs-Verfassung. — Der Kurhessische Konflikt. — Drohender Krieg. — Herr von Radowitz. — Unterhandlungen in Warschau. — Tod des Grafen Brandenburg. — Mobilmachung der Armee. — Der Schimmel von Bronzell. — Die Schmach von Olmütz. — Die Kammern. — Herr von Vincke. — Fort mit diesem Ministerium! — Herr von Bismarck-Schönhausen als Vertheidiger von Olmütz. — Vertagung der Kammern. — Der parlamentarische Sieg des Ministeriums. — Herr von Bismarck-Schönhausen als Vertheidiger des deutschen Bundestages.

Im Kampfe gegen die Revolution, in der Wiederherstellung der monarchischen Gewalt bis fast zur Grenze der absoluten Herrschaft, hatte das Ministerium Brandenburg-Manteuffel im Jahre 1850 glänzende Erfolge erzielt, traurige Niederlagen aber erlitt es in seinem Bestreben, Preußen zum leitenden Staate Deutschlands zu machen, die Zusagen zu erfüllen, welche dem Volke in den Jahren 1848 und 1849 und selbst noch zu Anfang des Jahres 1850 in so feierlicher Weise vom Könige selbst und vom Ministerium gemacht worden waren. Die eingehende und ausführliche Darstellung der politischen Mißerfolge des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel gehört der Landesgeschichte an, eine flüchtige Uebersicht derselben kann aber auch in der Spezialgeschichte Berlins nicht entbehrt werden, weil die Niederlagen des Ministeriums eine tief einschneidende Rückwirkung auf die innere politische Entwickelung und hierdurch auf die Hauptstadt ausübten. —

Das Ministerium hatte das ernste und redliche Streben, die Union aufrecht zu erhalten. War es nicht mehr möglich, Preußen die unbestrittene Herrschaft in Deutschland zu verschaffen, war selbst das Dreikönigsbündniß zersprengt, so konnte doch durch die Union der an der Spitze sämmtlicher deutscher Kleinstaaten stehende König von Preußen einen schwer wiegenden Einfluß ausüben; die Macht Preußens stand in Deutschland mindestens ebenbürtig der Oesterreichs gegenüber, so lange die Union aufrecht erhalten wurde. Dies erkannte auch die Partei der Gothaer in Preußen und den übrigen deutschen Staaten an, und deshalb unterstützte sie das Ministerium, wie fern sie demselben auch sonst in allen anderen politischen Fragen stand. Es war bekannt, daß das Ministerium am preußischen Hofe selbst in seinen deutschen Bestrebungen erbitterte Feinde zu bekämpfen hatte, daß eine antideutsche, der Kreuz-Zeitung nahestehende Partei nichts sehnlicher wünschte, als die Wiederherstellung der alten deutschen Bundesverfassung, die Vernichtung der ganzen mit dem Parlamentarismus innig verbundenen, aus der Revolution stammenden deutschen Bewegung, und daß der König Friedrich Wilhelm IV. große Sympathie für diese Partei fühlte, der viele seiner beliebtesten Rathgeber — das vom Grafen Dyhrn gekennzeichnete unsichtbare Ministerium — angehörten; — wenn dieses unsichtbare Ministerium zum sichtbaren wurde, wenn es das Ministerium Brandenburg-Manteuffel verdrängte, dann war jede Hoffnung zur Aufrechterhaltung auch nur der Union verloren!

Das Ministerium Brandenburg-Manteuffel allein konnte die Union retten; daß es die ernste Absicht dazu habe, hatte es gezeigt. Es war ein öffentliches Geheimniß, daß der Kredit von 18 Millionen Thaler, welchen das Ministerium von den Kammern gefordert und bewilligt erhalten hatte, einer Vertheidigung der Union gegen Oesterreich nöthigenfalls durch Waffengewalt galt. Das Ministerium hatte seine Gesandten aus Stuttgart und Hannover zurückgerufen, als die Könige von Württemberg und Hannover sich der Union offen feindselig zeigten; dies war schon eine halbe Kriegserklärung zu Gunsten der Union, — der leicht eine wirkliche, volle Kriegserklärung folgen konnte, denn Oesterreich nahm keinen Anstand, noch weit energischer gegen, als Preußen für die Union zu wirken, und Oesterreich war im Jahre 1850, nachdem es siegend aus der Revolution der Jahre 1848 und 1849 hervorgegangen war, ein recht gefährlicher Gegner, da es auf die Bundesgenossenschaft der vier deutschen Könige von Württemberg, Bayern, Hannover und Sachsen hoffen konnte.

Schon am 28. November 1849 hatte Oesterreich gegen die Einberufung eines Reichstages der Union förmlich protestirt und behauptet, der deutsche Bund und die deutsche Bundesverfassung, welche keinen engeren Bund einzelner deutscher Staaten untereinander gestatte, bestehe noch zu Recht. Auf diese Note hatte die preußische Regierung am 12. December 1849 in einer eingehenden Denkschrift geantwortet, daß allerdings der deutsche Bund noch zu Recht bestehe, nicht aber die Bundesverfassung; sie hatte die Union aufrecht erhalten, der Reichstag derselben war nach Erfurt berufen worden, hatte getagt und die Bundesverfassung berathen, — die Union war hierdurch scheinbar befestigt worden, aber ihr entgegen hatten Bayern, Württemberg und Sachsen am 27. Februar 1850 in München unter sich den Entwurf einer deutschen Bundesverfassung vereinbart, welche in der Erwartung auf den Zutritt Hannovers die „Vierkönigs-Verfassung“ genannt wurde, und Oesterreich war am 13. Mai 1850 dieser Vereinbarung beigetreten.

Auf dem Fürstenkongreß, zu welchem die Unionsfürsten sich im Mai in Berlin versammelten, vermochte man sich über die definitive Begründung der Union nicht zu einigen, dagegen kamen die Feinde der Union in den Conferenzen, welche von Oesterreich nach Frankfurt a. M. berufen wurden und an denen auch vier kleinere zur Union gehörige Kleinstaaten, Kurhessen, Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg und Hessen-Darmstadt, Theil nahmen, zu dem Beschluß, daß die alte deutsche Bundesverfassung und der deutsche Bundestag zu Recht bestehe, und obgleich die preußische Regierung hiergegen in einer Note vom 25. August 1850 protestirte, wurde der Bundestag von Oesterreich am

2. September 1850 als zu Recht bestehend proklamirt.

So standen sich denn jetzt Oesterreich und Preußen in zwei feindlichen Lagern gegenüber, es war vorauszusehen, daß zwischen beiden Staaten der Kampf um die Oberherrschaft in Deutschland in kürzester Frist entbrennen müsse. — Die Gelegenheit zum Ausbruch des Streites gab einer der Unionsstaaten, Kurhessen. —

In Kurhessen war ein Verfassungskonflikt entstanden; der Kurfürst hatte sein verfassungstreues Ministerium entlassen und ein neues Ministerium gebildet, welches die Aufgabe hatte, durch Gewaltmaßregeln den Willen des Fürsten durchzusetzen; an die Spitze dieses Ministeriums hatte er einen Mann gestellt, der sich den Haß, ja die Verachtung aller Parteien zugezogen hatte, den Herrn von Hassenpflug*). — Der Kurfürst hatte die richtige Wahl getroffen, denn Herr von Hassenpflug war für ihn gerade der rechte Mann, der kein Mittel scheute, den Willen des Fürsten gegenüber dem Recht des Volkes und der Verfassung zur Geltung zu bringen. Hassenpflug hatte den besten Willen, aber die Macht, einen Staatsstreich mit Gewalt durchzusetzen, fehlte ihm, denn das gesammte Volk in Kurhessen hielt treu an der Verfassung, die kurhessischen Behörden weigerten sich, die angeordneten Gewaltmaßregeln auszuführen, und auch das Militair, welches auf die Verfassung vereidigt war, schloß sich dieser Weigerung an, — fast sämmtliche Offiziere der kurhessischen Armee, 241 an der Zahl, darunter 4 Generale, 7 Obersten, 32 Oberstlieutenants und Majore, reichten ihre Entlassung ein, weil sie den Eid auf die Verfassung nicht brechen wollten.

Gegen den einmüthigen Widerstand des gesammten Volkes in allen Ständen und allen Parteien war Hassenpflug ohnmächtig, er suchte daher Hilfe bei dem nun wiederhergestellten Bundestag, sie wurde ihm gern gewährt; am 21. September beschloß der Bundestag, die kurfürstliche Regierung von Hessen sei aufzufordern, alle einer Bundesregierung zustehenden Mittel anzuwenden, um die ernstlich bedrohte landesherrliche Autorität im Kurfürstenthum sicher zu stellen, er behielt sich zugleich vor, auch seinerseits alle zur Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes in Kurhessen erforderlich werdenden Anstalten zu treffen.

Dieser Beschluß des Bundestages war bereits gegen die Union und daher indirekt gegen Preußen gerichtet. Kurhessen gehörte noch zur Union, es hatte sich noch nicht von derselben losgesagt, der Verfassungsconflict in Kurhessen gehörte der Verfassung der Union gemäß vor das Bundes-Schiedsgericht, nicht vor die Entscheidung des Bundestages, Preußen erklärte daher, daß es den Bundestagsbeschluß vom 21. September nicht anerkenne, aber der Bundestag kümmerte sich um diesen Protest nicht, und als Hassenpflug am 15. Oktober das direkte Einschreiten des deutschen Bundes forderte, wurde am 25. Oktober die Bundesexekution gegen Kurhessen beschlossen, nachdem schon am 11. Oktober der Kaiser von Oesterreich und die Könige von Bayern und Württemberg in einer persönlichen Zusammenkunft zu Bregenz sich über die Aufbietung eines Heeres von 200 000 Mann geeinigt hatten. In Böhmen und Mähren wurde eine österreichische Armee zusammengezogen und am 1. November überschritt ein gemischtes österreichisch-bayrisches Corps unter dem Befehl des Fürsten von Thurn und Taxis die kurhessische Grenze, am folgenden Tage, am 2. November, rückten dagegen zwei preußische Corps unter dem General von Gröben und General von Tietzen in Kurhessen ein.

So standen sich denn in Kurhessen zwei deutsche Armeen kampfbereit gegenüber, und mit athemloser Spannung harrten die deutschen Patrioten des Ausganges eines Kampfes, der nicht nur darüber entscheiden mußte, ob das Verfassungsrecht in dem kleinen Lande vernichtet oder geschützt werden sollte, sondern in dem die Entscheidung über die künftige deutsche Verfassung lag und darüber, ob Oesterreich, ob Preußen in Deutschland die leitende Macht sein werde! —

Furcht und Hoffnung bewegten in jenen Tagen die Gemüther aller deutschen Patrioten. Herr von Radowitz, der beim Könige sehr beliebte und hochangesehene Vorkämpfer für ein einiges Deutschland mit preußischer Spitze, war am 27. September 1850 zum Minister des Auswärtigen in Preußen ernannt worden; von ihm hoffte man eine entschiedene Stellungnahme gegen Oesterreich; man wußte, daß auch Bunsen, der treue Freund des Königs, dessen Rathschlägen dieser gern lauschte, zum energischen Widerstand gegen Oesterreich rieth, daß der Prinz von Preußen am Hofe warm für eine thatkräftige Politik sprach und für dieselbe seinen ganzen Einfluß einsetzte, aber man wußte auch, daß der König umringt war von der Partei, die in der Nachgiebigkeit gegen Oesterreich, in der Herstellung des Bundestages den vollständigen Bruch mit der Revolution sah, man wußte, daß es bei der tiefwurzelnden Abneigung Friedrich Wilhelms IV. gegen das konstitutionelle Wesen ihm als eine Verletzung des monarchischen Prinzips erscheinen mußte, wenn Preußen eintrat für das Verfassungsrecht der Kurhessen gegen den Kurfürsten und den Bundestag! —

Schwere Seelenkämpfe mag in jenen Tagen König Friedrich Wilhelm IV. überstanden haben! — Den Ausschlag für seine Entscheidung gab das Wort des Kaisers von Rußland, der sich zum

---

*) Hassenpflug war vom Jahre 1832—1837 Minister in Hessen gewesen und hatte sich schon damals allgemein verhaßt gemacht. Im Jahre 1841 wurde er vom Könige Friedrich Wilhelm in den preußischen Dienst berufen (s. S. 879) zuerst als Ober-Tribunalsrath, dann aber zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in Greifswald befördert. — Diese hohe Stellung mißbrauchte er der Art, daß gegen ihn eine Kriminalklage wegen Unterschlagung von Geldern und Röthigung von Untergebenen zu falschem Zeugniß erhoben werden mußte. Diese Untersuchung schwebte noch, als er von dem Kurfürsten von Hessen zum Minister-Präsidenten berufen wurde.

Schiedsrichter zwischen Oesterreich und Preußen erboten hatte. Prinz Karl, der Bruder des Königs, und der Ministerpräsident Graf Brandenburg reisten nach Warschau, von Wien kam der Kaiser selbst mit dem Fürsten Schwarzenberg, dem Leiter der österreichischen Politik.

Die Unterhandlungen, welche in Warschau stattfanden, waren tief demüthigend für Preußen. Kaiser Nicolaus stand ganz auf Oesterreichs Seite, er warf der preußischen Regierung ein Liebäugeln mit der Revolution vor, er forderte Preußens Unterwerfung in so tief verletzender Weise, daß Graf Brandenburg, ein alter, ehrliebender Soldat, voll Verzweiflung Warschau verließ. Die furchtbare Aufregung warf ihn auf das Krankenlager, in seiner Fieberphantasie rief er nach Helm und Schwert, er wolle kämpfen, dann rief er wieder jammernd aus: „Es ist zu spät!“ — Am 6. November 1850 starb er; man sagte, er habe die Schmach Preußens nicht überleben können.

Im preußischen Ministerium hatten inzwischen heftige Kämpfe stattgefunden, Herr von Radowitz war am 2. November aus dem Ministerium getreten, weil seine Forderung der schleunigsten Mobilmachung der Armee abgelehnt worden war; aber noch einmal schien sich die preußische Regierung zu ermannen, auf die energische Forderung des Prinzen von Preußen wurde die Mobilmachung beschlossen, der Minister von Manteuffel soll selbst für dieselbe gestimmt haben, aber er erklärte an demselben Abend dem österreichischen Gesandten, die Mobilisirung sei nur zur Beruhigung der öffentlichen Meinung beschlossen worden.

Der preußische Kommandierende in Kurhessen, Graf von der Gröben, erhielt mit der Mittheilung des Mobilisirungsbeschlusses die Weisung, nur militärische Rücksichten bei seinem ferneren Verhalten in Kurhessen zu nehmen, aber schon am 8. November erhielt er den Befehl, sich zurückzuziehen und nur die Etappenstraße zu besetzen. Der Rückzugsbefehl kam dem General im entscheidenden Moment zu. Bei Bronzell standen am 8. November die deutschen Truppen einander gegenüber, ein Kampf sollte beginnen, schon waren Schüsse gefallen, das Pferd eines preußischen Trompeters war getödtet worden, da wurde das Gefecht, welches beginnen sollte, plötzlich abgebrochen, die Preußen zogen sich zurück. Die Schlacht von Bronzell*), so wurde mit bitterem Spott später der kleine Zusammenstoß der deutschen Truppen genannt, besiegelte die moralische Niederlage der preußischen Regierung.

*) Die Entrüstung über die Niederlage Preußens war so groß, daß sie sich Luft machen mußte; sie sprach sich aus in allen nicht direkt von der Regierung oder der Kreuzzeitungspartei abhängigen Blättern, selbst in den gemäßigtesten. Den zahlreichen Witzblättern gab die Schlacht von Bronzell und der gefallene Schimmel von Bronzell für lange Zeit Stoff für ihre bitteren Witze und ihre Karrikaturen.

Traurige Unterhandlungen folgten der traurigen Schlacht von Bronzell. Oesterreich forderte und Preußen bewilligte, vergebens erhob der Prinz von Preußen mannhaft seine Stimme, sie wurde nicht gehört. In Olmütz fand am 29. November der Abschluß der Unterhandlungen statt, in dem der Minister von Manteuffel alle früheren Forderungen Preußens preisgab, Preußen fast bedingungslos dem Machtspruch Oesterreichs unterwarf — der Tag von Olmütz, der Tag der Schmach, wird deshalb der 29. November von vielen Geschichtsschreibern genannt. Preußen willigte in die vorbehaltlose Aufhebung der Union, in die Exekution in Kurhessen im Namen des deutschen Bundes, es erkannte die Wiederherstellung des Bundestages bedingungslos an, es gab sich dazu her, die Erhebung Schleswig-Holsteins gegen die dänische Herrschaft als Rebellion zu erklären und festzusetzen, daß Preußen im Verein mit Oesterreich Schleswig-Holstein besetze, das Volk entwaffne und der dänischen Herrschaft ausliefere. —

Die Niederlage Preußens machte einen erschütternden Eindruck auf alle die Parteien, denen das Gefühl für Freiheit und Recht und für die Ehre des Vaterlandes nicht ganz verloren gegangen war. Wie tief ergriffen auch höchstgestellte Personen waren, denen sicherlich eine Parteinahme gegen das Ministerium nicht zugetraut werden kann, davon giebt ein Geschichtsschreiber der Neuzeit*) durch die Zusammenstellung weniger charakteristischer Aeußerungen ein beredtes Zeugniß. Er erzählt:

„Schon vor Olmütz, alsbald nach dem 3. November, der diese unglückselige Politik einleitete, schrieb „eine hochstehende patriotische Frau“ (jedenfalls die Prinzessin von Preußen) an einen Vertrauten: „Am 3. November ward das neue Preußen begraben. Der Prinz von Preußen hat ritterlich für sein Vaterland gekämpft, doch vergeblich.“ Ein preußischer Diplomat, Graf Pourtalès, äußerte in einem Briefe an Bunsen: „Unsere Geschichte kann nichts aufweisen, was mit der Niederlage von Olmütz zu vergleichen wäre. Unsere Kammern und unser Heer zusammenzutrommeln, um in Gala geohrfeigt zu werden, von Concessionen Oesterreichs zu sprechen, weil wir dem Henker Rechberg in Hessen einen Schinderknecht stellen dürfen, als Kuppler und Hehler nach Holstein nachzuhinken, mit Pauken und Trompeten, Protokollen und Urkunden unsere Schande verbriefen lassen zu müssen — das ist so niederschmetternd, daß ich keinen Ausdruck dafür finde.“ Bunsen selbst, dieser langjährige Vertraute des Königs, der von einer fast bedingungslosen Hingebung für seinen königlichen Herrn und Freund war, schrieb an Stockmar: „Kein ehrlicher Mann kann Minister in Preußen sein, so lange der König mit einer so hochverrätherischen Kamarilla regiert.“

Nicht so erbittert, wie die ehrlichen Konservativen, war die demokratische Partei über die

*) Biedermann. Dreißig Jahre deutscher Geschichte.

traurige Niederlage, welche die preußische Regierung erlitten hatte. — Sie hatte nichts anderes erwartet, ihr Vertrauen war nicht getäuscht worden, sie hatte keine Hoffnungen an die Mobilmachung der Armee geknüpft. Wohl fühlte sie es schmerzlich, daß die preußische Ehre tief gekränkt worden war, dies sprachen alle Zeitungen der Partei aus, aber sie konnte es nicht bedauern, daß ein Krieg vermieden worden war, der selbst im Falle preußischer Siege nur die Macht der reaktionären Regierung gestärkt haben würde.

Am tiefsten erschüttert, in ihren heiligsten Gefühlen durch die Schmach von Olmütz verletzt war die konstitutionelle Partei; ihre schönsten Hoffnungen waren durch das Aufgeben der Union geknickt, vergeblich hatte sie so viele Opfer ihrer Ueberzeugung dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel gebracht, vergeblich das ihr im Herzen verhaßte Ministerium im Kampfe gegen die Demokratie unterstützt, vergeblich ihm alle seine weitgehendsten Forderungen bewilligt. — Der Tag von Olmütz führte die konstitutionelle Partei in das Lager der erbitterten Feinde der herrschenden preußischen Regierung. —

Acht Tage vor dem Tage von Olmütz, am 21. November 1850, waren die Kammern im Weißen Saale des Schlosses in Berlin vom König persönlich eröffnet worden. In der Thronrede hatte der König sich über die in jenen Tagen brennende Frage ziemlich unbestimmt ausgesprochen; er hatte gesagt:

„In einem benachbarten deutschen Lande haben Zerwürfnisse der widerwärtigsten Art stattgefunden. Ein von einer Seite gemachter Versuch, in dieselbe einzugreifen, drohte die Rechte Preußens zu verletzen und hat zu Mißverständnissen geführt, in welche wir unmittelbar verwickelt sind. Unsere auf die Bedingungen unserer geographischen und militärischen Lage gegründeten Einwendungen haben bei dem Landesherrn und bei seinen Verbündeten bisher nicht die gehörige Beachtung gefunden. Außerdem haben auch in Gegenden, welche fern von dem Schauplatz jener Verwickelungen liegen, in der Nähe unserer Grenzen, Truppen-Zusammenziehungen stattgefunden, durch welche die Sicherheit der Monarchie bedroht ward. Da habe auch Ich das lange Beanstandete nicht länger aufschieben dürfen, Ich habe die volle Kriegskraft des Landes angerufen; mit Stolz und Freude sehe Ich, daß Mein wehrhaftes Volk sich allenthalben erhebt wie Ein Mann und sich Meinem in Tapferkeit und Treue bewährten Heere anschließt.

In kürzester Zeit werden wir stärker gerüstet dastehen als jemals in alten oder je in neuen Zeiten. Wir suchen nicht den Krieg, wir wollen Niemandes Rechte schmälern, Niemandem unsere Vorschläge aufzwingen, aber wir fordern eine Einrichtung des Gesammt-Vaterlandes, die unserer gegenwärtigen Stellung in Deutschland und Europa angemessen ist und der Summe der Rechte entspricht, welche Gott in unsere Hand gelegt hat. Wir haben ein gutes Recht, das wollen wir vertheidigen und so lange in kräftiger Rüstung unter den Waffen bleiben, bis wir der Geltung dieses Rechts gewiß sind, — das sind wir Preußen, das sind wir Deutschland schuldig!"

Diese Worte hatten immer noch die Hoffnung offen gelassen, daß die Regierung selbst nach dem Tage von Bronzell sich noch ermannen werde, die konstitutionelle Fraction der Kammer hatte deshalb im Verein mit den preußischen Konservativen beschlossen, in einer Adresse an den König auszusprechen, daß das preußische Volk freudig jedes Opfer bringen werde, sobald es gelte, die Ehre Preußens und die gerechten Forderungen der deutschen Nation gegenüber dem Feinde zu vertreten.

Ehe diese Adresse in der Kammer zur Berathung kommen konnte, war die Entscheidung in Olmütz gefallen und die Nachricht von dem Olmützer Abkommen, wenn auch nicht dem Wortlaut, doch dem vollen Inhalt nach in Berlin bekannt geworden; sie hatte eine wunderbare Wirkung auf die Parteien in der Kammer ausgeübt. — Die konstitutionelle Partei war auf das Aeußerste erbittert und entschlossen, das Ministerium zu stürzen, auch die gemäßigten Konservativen schlossen sich ihr an, und selbst die entschiedene, von dem vormärzlichen Minister von Bodelschwingh geführte Rechte glaubte sich verpflichtet, wenigstens eine Mißbilligung der Politik der Regierung auszusprechen, die nur in der äußersten Rechten eine Stütze fand; hatte doch selbst einer der Minister, der des Kultus, Herr von Ladenberg, seinen Abschied gefordert, weil er nicht mit verantwortlich sein wollte für die Demüthigung von Olmütz.

In der Sitzung vom 3. December 1850, in welcher der durch die Ereignisse überholte Adreßentwurf berathen werden sollte, erschien der Minister von Manteuffel in der Zweiten Kammer, um in dieser sich über das Abkommen von Olmütz zu rechtfertigen. — Es war ein vergeblicher Versuch, nur die äußerste Rechte klatschte ihm „Bravo!" zu, als er sagte: „Das Mißlingen eines Planes hat immer etwas Schmerzliches; es wirkt aber verschieden auf den Starken, verschieden auf den Schwachen. Der Schwache gelangt dadurch in eine Gereiztheit; der Starke tritt wohl einen Schritt zurück, behält aber das Ziel fest im Auge und sieht, auf welchem anderen Wege er es erreichen kann."

Niemand auf der Linken wollte dem Minister glauben, daß er der Starke gewesen sei, und selbst sein Hinweis auf die schweren Opfer, welche ein Krieg gekostet haben würde, dessen Erfolg nicht abzusehen gewesen wäre, konnte die aufgebrachte Linke nicht beruhigen.

Herr von Vincke, der Führer der Linken, ergriff das Wort; in einer glänzenden Rede sprach er sich gegen den Adreßentwurf aus, der zu matt, weder den Verhältnissen noch der Würde der Kammer angemessen sei. Mit schneidender Schärfe schilderte er in vernichtenden Worten das Vorgehen der Regierung, auf deren frühere Versprechungen er hinwies. „Fort mit diesem Ministerium!" so schloß

er unter dem stürmischen Beifall des Hauses seine gewaltige Rede.

Auch andere Redner, selbst der konservativen Partei, unter ihnen der später als Vater der reaktionären Schulregulative so bekannt gewordene Stiehl, traten als Gegner des Ministeriums auf, Vertheidiger fand dieses nur in der äußersten Rechten, in den Herren von Kleist-Retzow und von Bismarck-Schönhausen.

Herr von Bismarck ergoß über die jetzt beseitigte Unionsverfassung seinen bitteren Spott, er sprach sich in scharfen Worten gegen einen für dieselbe geführten Krieg aus:

„Warum führen große Staaten heutzutage Krieg? Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik, und es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eigenen Interesse angehört. Zeigen Sie mir also, meine Herren, ein des Krieges würdiges Ziel, und ich will Ihnen beistimmen. Es ist leicht für einen Staatsmann, sei es im Kabinet oder in der Kammer, mit dem populären Winde in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen oder von dieser Tribüne donnernde Reden zu halten und es dem Musketier, der auf dem Schnee verblutet, zu überlassen, ob sein System Sieg und Ruhm erwirbt oder nicht. Es ist nichts leichter als das, aber wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zum Kriege umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist. Ich bin der Ueberzeugung, Sie sehen die Fragen, die uns jetzt beschäftigen, nach einem Jahr anders an, wenn Sie rückwärts durch eine lange Perspektive von Schlachtfeldern und Brandstätten, Elend und Jammer, von 100 000 Leichen und 100 Millionen Schulden blicken werden. Werden Sie dann den Muth haben, zu dem Bauer auf der Brandstätte seines Hofes, zu dem zusammengeschossenen Krüppel, zu dem kinderlosen Vater hinzutreten und zu sagen: „Ihr habt viel gelitten, aber freut Euch mit uns, die Unionsverfassung ist gerettet! Freut Euch mit uns, Hassenpflug ist nicht mehr Minister, unser Bayerhofer regiert in Hessen!?

„Haben Sie den Muth, das den Leuten dann zu sagen, dann beginnen Sie diesen Krieg; aber von vielen Seiten, von Manchen, wo ich erwartete, daß man mit klaren Augen in das blendende Licht sehen würde, sind diese Fragen identicirt worden mit der preußischen Ehre, und darin glaubt man den Hebel gefunden zu haben, der die trägste preußische Faust an den Degengriff führt; da glaubt man das Geheimniß gefunden zu haben, die preußische Armee für dasselbe Prinzip in's Gefecht zu führen, welches sie im März 1848 in den Straßen Berlins bekämpfte. — — —

„Die preußische Ehre besteht nach meiner Ueberzeugung nicht darin, daß Preußen überall in Deutschland den Don Quixote spiele für gekränkte Kammercelebritäten, welche ihre lokale Verfassung für gefährdet halten. Ich suche die preußische Ehre darin, daß Preußen vor Allem sich von jeder schmachvollen Verbindung mit der Demokratie entfernt halte, daß Preußen in der vorliegenden, wie in allen Fragen nicht zugebe, daß in Deutschland etwas geschehe ohne Preußens Einwilligung, daß dasjenige, was Preußen und Oesterreich nach gemeinschaftlicher unabhängiger Erwägung für vernünftig und politisch richtig halten, durch die beiden gleichberechtigten Schutzmächte Deutschlands ausgeführt werde." — —

Es lag gewiß viel Wahres in solchen Worten, aber sie überzeugten die Kammer nicht, in höchster Erregung trennten sich am Schluß der Sitzung die Abgeordneten, um sich am Abend in der Fraktion über die Form zu vereinigen, in welcher ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung in die Adresse aufgenommen werden sollte, denn darüber, daß dies geschehen müsse, waren alle Parteien, mit Ausnahme der äußersten Rechten, einig. —

„Nach dem jetzt bekannt gewordenen Inhalt des Olmützer Abkommens erkennen wir hierin mit tiefem Schmerz einen Weg, der kaum vereinbar mit der Ehre Preußens und seiner Stellung in Deutschland erscheint;" — so lautete der durch Herrn von Bodelschwingh vorgeschlagene Passus der Adresse, die unzweifelhaft in der Sitzung vom 4. December von der Kammer angenommen worden wäre, wenn diese zu einer Beschlußfassung hätte kommen können; aber sie wurde an derselben verhindert, denn am 4. December erschien der Minister von Manteuffel abermals in der Kammer und verlas eine königliche Botschaft, nach welcher die Kammern bis zum 3. Januar 1851 vertagt wurden.

In den vier Wochen, welche bis zum Wiederzusammentritt der Kammern verflossen, war die Regierung eifrig bemüht, sich zu stärken. Die konstitutionelle Partei wieder zu gewinnen, war nicht möglich, sie war durch den Tag von Olmütz für immer von einer Regierung gelöst, die alle ihre Hoffnungen zerstört hatte, wohl aber war auf die gemäßigte Rechte und auf die zahlreichen Beamten zu wirken, welche Abgeordnete waren. Indem der König den Minister von Manteuffel zum höchsten Rath der Krone, zum Minister-Präsidenten ernannte und hierdurch für das Olmützer Uebereinkommen seine volle Uebereinstimmung aussprach, wurde die konservative Partei in die Zwangslage gebracht, in einem Mißtrauensvotum gegen das Ministerium direkt Opposition gegen die Krone zu machen. — Gelang es ihr wirklich, das Ministerium Manteuffel zu stürzen, was dann? — Die Kreuz-Zeitung sprach es offen aus, sie verhehlte ihre Hoffnung nicht, daß endlich ein Ministerium ihrer Partei an die Spitze des Staates berufen werden würde, ein Ministerium, welches unbekümmert um flüchtige Kammermajoritäten regieren werde. Daß eine solche Hoffnung nicht ohne Grund sei, zeigte die Ergänzung des Ministeriums durch zwei der Kreuzzeitungspartei

angehörige Männer, die Berufung des Herrn von Westphalen zum Minister des Innern und des Herrn von Raumer zum Kultusminister. Die Verfolgung der Presse, nicht nur der demokratischen, sondern auch der konstitutionellen, die Ausweisung verschiedener konstitutioneller Führer aus Berlin während der Vertagungszeit bewies, daß die Regierung entschlossen sei, den Kampf auch gegen die konstitutionelle Partei mit aller Energie aufzunehmen. —

Als die Kammer nach der Vertagung wieder zusammenkam, hatte sich in ihr die Stimmung wesentlich geändert. Mehrere Beamte, wie Herr von Viebahn und Andere, hatten ihre Mandate niedergelegt, die konstitutionelle Partei war um mehrere Mitglieder geschwächt, und die gemäßigte Rechte war durch die Furcht vor einem Kreuzzeitungs-Ministerium gelähmt.

Am 7. Januar fand die Fortsetzung der Adreßdebatte statt. Wenn überhaupt eine Adresse erlassen wurde, mußte in diese ein Mißtrauensvotum aufgenommen werden, es lag daher im Interesse des Ministeriums, daß gar keine Adresse, sondern die einfache Tagesordnung beschlossen werde. — Eine scharfe Debatte erhob sich, der Abgeordnete Simson rief der Kammer zu: „Soll zur Ehre Preußens, welche so schwer in Olmütz getrübt worden ist, auch noch die Würde seiner Volksvertretung aufs Spiel gesetzt und dem Hohn aller Feinde preisgegeben werden? — — — Eine Kammer, welche in solcher Lage über die Adreßdebatte zur Tagesordnung überginge, würde über ihr eigenes Recht zur Tagesordnung übergehen und sich selber ad acta schreiben!" —

Simsons Worte machten wohl einen tiefen Eindruck, aber sie vermochten doch die Furcht nicht zu überwinden, welche ein Theil der Rechten vor dem Kreuzzeitungs-Ministerium fühlte. Mit 146 gegen 142 Stimmen wurde dem Willen des Minister-Präsidenten von Manteuffel gemäß die einfache Tagesordnung angenommen, 51 Abgeordnete hatten bei der Abstimmung gefehlt. Eine Billigung der Regierungspolitik konnte, eine Mißbilligung wollte die Majorität nicht aussprechen, sie zog es deshalb vor, — wie der Abgeordnete Simson gesagt hatte, — über sich selbst zur Tagesordnung überzugehen.

Simsons Worte waren prophetisch gewesen, denn von diesem Tage an wurde die Kammer nur ein gefügiges Werkzeug des Ministeriums, sie hatte ihre aufgegebene Selbständigkeit für viele Jahre verloren.

Die Kreuzzeitung jubelte über die Selbstverleugnung der Kammer, für sie und ihre Partei war dieselbe ein Zeugniß für den Rückschritt in die vormärzlichen Zustände, eine Abwendung von dem verhaßten Konstitutionalismus. — Sie war begeistert für den alten deutschen Bundestag, in welchem Preußen fortan wieder die Oesterreich untergeordnete Stellung einnehmen sollte; hoffte sie doch, daß der Bundestag bald die letzte Spur der durch die Revolution des Jahres 1848 begründeten Volksfreiheit und Volksrechte in allen deutschen Staaten vernichten werde.

Dieser Begeisterung für den Bundestag gab auch der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen in der Sitzung der zweiten Kammer vom 6. März 1851 einen Ausdruck durch kräftige Worte. Als der Abgeordnete von Beckerath ein sehr abfälliges Urtheil über den Bundestag gefällt hatte, erwiderte ihm Herr von Bismarck:

„Ich fordere den Herrn Abgeordneten für Krefeld auf, mir seit den Zeiten der Hohenstaufen irgend eine Periode der deutschen Geschichte nachzuweisen, — wenn er von den Zeiten der spanischen Hausmacht Karls V. abstrahirt, — wo sich Deutschland eines größeren Ansehens im Auslande, eines höheren Grades politischer Einheit und größerer Autorität in der Diplomatie erfreut hat, als während der Zeit, wo der Bundestag die auswärtigen Beziehungen Deutschlands gelenkt hat."

Die gläubige Verehrung des Herrn von Bismarck für den Bundestag sollte bald eine wesentliche Beeinträchtigung erfahren. Schon wenige Wochen später lautete sein Urtheil über denselben ganz anders. — Die Verdienste des strebsamen konservativen Staatsmannes wurden endlich belohnt, er wurde zum Geheimen Legationsrath und ersten Sekretär der Bundestagsgesandtschaft in Frankfurt a. M. ernannt und schnell zum Gesandten befördert. — In Frankfurt fand er Gelegenheit, die Würdigkeit und Bedeutung der deutschen Bundesbehörde genau kennen zu lernen; er schrieb über diese an seine Schwester: „Das bekannte Lied von Heine „O Bund, Du Hund, Du bist nicht gesund u. s. w." wird bald durch einstimmigen Beschluß zum Nationallied der Deutschen werden" und in einem Briefe an seine Gattin äußerte er sich über den deutschen Bundestag in nicht minder scharfen Worten: „Kein Mensch, selbst der böswilligste Zweifler von Demokrat glaubt es, was für Charlatanerie und Wichtigthuerei in dieser Diplomatie hier steckt."

Fünfzehntes Kapitel.

„Es soll mit der Revolution gebrochen werden." — Der König und seine Umgebung. — Die Rückwärtsrevidirung der Verfassung. — Die Revolutionäre in Schlafrock und Pantoffeln. — Berlins konstitutionelle Wahlen. — Die „Altpreußische Fraktion". — Der Prinz von Preußen gegen die Reaktion. — Der orientalische Krieg. — Die russische und die westmächtliche Partei.

„Es soll mit der Revolution gebrochen werden!" Am 9. Januar 1851 hatte im Herrenhause der Minister-Präsident von Manteuffel in diesem vollwichtigen Satze das Programm für die künftige Regierung in Preußen zusammengedrängt, ein Programm, welches die begeisterte Zustimmung der

Kreuzzeitung und ihrer Parteien erhielt, ein Programm, dem auch der König seine volle Zustimmung ertheilte. —

Ueber dies Programm war das Ministerium einig mit der gesammten, jetzt auch in der zweiten Kammer herrschenden konservativen Majorität, nicht die gleiche Einigkeit aber herrschte über die Tragweite des Programms und über die Ausführung desselben, selbst im Innern des Ministeriums bestand unter den einzelnen Mitgliedern eine Meinungsverschiedenheit darüber.

Daß alle die Gesetze, welche seit dem März 1848 entstanden waren und welche nach den Anschauungen der herrschenden Partei einen revolutionären Charakter trugen, aufs Neue revidirt und dieses Charakters entkleidet werden müßten, daß diese Revision auch ausgedehnt werden müsse auf die Verfassung selbst, — darüber war die herrschende Partei in ihrer Gesammtheit einig, — die Kreuzzeitungspartei aber verlangte noch mehr, sie verlangte die vollständige Aufhebung der Verfassung, die Vernichtung des konstitutionellen Systems, eine neue feudale auf die alten Stände begründete, vom Könige durch ein Machtwort zu octroyirende Verfassung; hierfür den König zu gewinnen, war die Aufgabe, welche sich die ältere konservative Partei stellte und für welche sie in den nächsten Jahren ihre beste Kraft aufbot.

König Friedrich Wilhelm IV. hatte niemals ein Hehl gemacht aus den Sympathien, die er für eine feudal-aristokratische Verfassung fühlte, er hatte niemals den Abscheu verborgen, den ihm der moderne Konstitutionalismus einflößte, — er hatte, als er am 6. Februar 1850 den Eid auf die Verfassung leistete, dies nicht bedingungslos gethan, sondern ausdrücklich ausgesprochen, daß die Lebensbedingung seines Eides die sei, daß ihm das Regieren mit diesem Gesetze möglich gemacht werde. Mit der Verfassung, wie sie als Grundgesetz des Staats verkündet war, glaubte der König nicht regieren zu können, er sprach sich darüber offen in einem Brief aus, welchen er im Januar 1852 an den Gesandten in London, seinen vertrauten Freund Bunsen schrieb:

„Das aber müssen Sie, mein alter, treuer Freund, wissen, daß mein Gewissen allein mich bestimmt; dieses läßt keine andere Deutung meines Gelöbnisses zu. Dessenungeachtet und meine Treue nicht antastend, steht mir die volle und feste Ueberzeugung, daß der Ausdruck des modernen Konstitutionalismus in der Verfassungsurkunde Preußens Tod sein muß! Man hüte sich also im Auslande, meine Gelöbnißtreue über den Inhalt der Verfassungsurkunde hinaus zu deuten. Was ich im Gegentheil irgend vermag, um auf konstitutionellem Wege mit Konsens beider Kammern die Verfassung zum Besseren zu ändern und zu wandeln, werde ich redlich und con amore, ja mit gewaltigstem Ernste als ein König von Gottes Gnaden versuchen und thun."

Die Verfassung auf dem verfassungsmäßigen Wege des modernen Konstitutionalismus zu entkleiden, sie nach dem Ideal umzuformen, welches ihm stets vorgeschwebt hatte, war das Streben des Königs; vor einem gewaltsamen Bruch der Verfassung, — wie ihn seine ultra-konservativen Rathgeber, die kleine aber mächtige, ihn umgebende, seinen vertrautesten Umgang bildende Partei, wünschte, warnte ihn sein Gewissen. Wie geneigt er sich auch fühlen mochte, den Rathschlägen zu folgen, welche die Stimmführer der Reaktion, die Gerlach, Stahl u. s. w. in der Presse und im intimen Verkehr gaben, er widerstand dennoch dem Andrängen der Kamarilla.

„Es fehlt ein Mensch, der in Treue und Liebe zum Könige ihm offenherzig sagt, daß ein ehrlicher Mann nicht sein Minister sein kann, wenn er fortfahren will, mit einer hochverrätherischen oder stockdummen Kamarilla zu regieren, daß das konstitutionelle System auf dem Festland Europa's nur darum eine Lüge ist, weil die Fürsten nicht ehrlich genug sind, es in seiner Wahrheit zu begreifen."

So äußerte sich Bunsen über die Kamarilla am preußischen Hofe in einem Briefe an den Baron von Stockmar; glücklicherweise aber hatte er nicht ganz recht, denn in ihm selbst hatte Friedrich Wilhelm IV. einen solchen aufrichtigen Freund, an den der König sich in Gewissensfragen wenden konnte und wendete. Als der Kabinetsrath Marcus Niebuhr, der Sohn des großen Geschichtsschreibers, einer der Vertrauten des Königs, einen fertigen Plan für die Umgestaltung der Verfassung nach dem altständischen Muster vorlegte, verlangte der König das Gutachten Bunsen's.

Bunsen beschwor den König, abzustehen von einem Plane, der unvereinbar sei mit dem vom Könige beschworenen Eide, mit dem feierlich dem Volke vor ganz Europa verpfändeten königlichen Worte. — Bunsen war tief erschreckt über die verwegenen, verbrecherischen Pläne der Kamarilla; aber er hoffte, diese Pläne würden scheitern „an der Gewissenhaftigkeit des Königs und an dem treuen Rathe des Prinzen von Preußen".

Und seine Hoffnung wurde nicht getäuscht. — Vergeblich bemühte sich die Umgebung des Königs, auf dessen Phantasie zu wirken durch die Vorspiegelung von geheimen Verschwörungen, — vergeblich predigte Herr von Gerlach: dem Eide auf die Verfassung stehe die höhere Pflicht gegen Gott entgegen, die Pflicht des Königs von Gottes Gnaden, ein gottloses, seinen königlichen Willen sündhaft einschränkendes menschliches Gesetz zu vernichten, — vergeblich stellte auch Stahl, der geistreichste Führer der Reaktion, der das geflügelte Wort „die Wissenschaft muß umkehren" als Rektor der Berliner Universität gesprochen hatte, — zur Gewissensberuhigung des Königs eine neue Theorie auf. Er sagte: „Wie der allmächtige Gott sich in den Naturgesetzen eine Schranke seines Waltens gesetzt habe, so habe eine gleiche Schranke sich auch der irdische König von Gottes Gnaden durch die Verfassung gegeben, aber wie Gott, wenn es zum Heil der Menschheit nothwendig sei, durch

ein Wunder die Schranken der Naturgesetze durchbreche, müsse auch der König von Gottes Gnaden die Schranken der Verfassung zum Heile seines Volkes durch eine Oktroyirung durchbrechen, wenn es nothwendig sei." —

Solche Theorien mochten wohl dem König sympatisch sein, aber ihren Zweck erfüllten sie nicht. Friedrich Wilhelm IV. ließ sich nicht bewegen, seinen auf die Verfassung geleisteten Eid durch die Oktroyirung einer neuen Verfassung zu brechen, wenn er auch getreu seinem gegen Bunsen ausgesprochenen Vorsatz mit „gewaltigstem Ernst" die Aenderung der Verfassung nach seiner Ueberzeugung „zum Besseren" auf konstitutionellem Wege unter Consens beider Kammern durchzusetzen bemüht war. —

Das erfolgreiche Streben der Rückwärtsrevidirung der Verfassung und aller der seit dem März 1848 erlassenen Gesetze zieht sich als ein rothes Band durch die letzten Jahre der Regierung des Königs, — das Ministerium Manteuffel-Westphalen diente ihm, und die Kammern erfüllten nicht nur die bekannten Wünsche des Königs, sie gingen in der Rückwärtsrevidirung oft noch über dieselben hinaus. Auf die zahlreichen in den Jahren 1851 bis 1858 erlassenen Gesetze können wir nicht näher eingehen, nur einige derselben mögen Erwähnung finden. Die Unabhängigkeit der Richter wurde erschüttert durch ein Gesetz, betreffend die Dienstvergehen der Richter und die unfreiwillige Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand; die gutsherrliche Polizeiverwaltung wurde wieder hergestellt, und die alten, durch die Verfassung aufgehobenen Provinzialstände wurden wieder einberufen. Ein Disciplinargesetz gegen die Beamten machte diese durchaus abhängig, die politischen Prozesse wurden den Geschworenen entzogen und ein verschärftes Preßgesetz erlassen. Die Gemeinde-, Bezirks- und Provinzial-Verfassung wurde nun unter Fortfall der werthvollen verfassungsmäßigen Garantie festgestellt, die Gemeindeordnung von 1850 wurde wieder beseitigt, und in der Städteordnung vom 30. Mai 1853 die bürgerliche Selbstverwaltung so viel wie möglich beschränkt, die Macht der Aufsichtsbehörde vergrößert. Ein Staatsgerichtshof wurde zur Aburtheilung der Verbrechen des Hochverraths eingesetzt und zwar unter voller Zustimmung der Kammern, obgleich die Verfassung ausdrücklich die Herstellung von Ausnahmegerichten verbot. Die Erste Kammer wurde fast gänzlich von der Krone abhängig gemacht, indem dieser die Ernennung der Pairs in unbeschränkter Zahl zustand. — Durch ihre feudale Zusammensetzung wurde sie vollständig vom Volke gelöst. — Um auch die Erinnerung an ihre einstige Stellung zu beseitigen, erhielt sie den bezeichnenden Namen Herrenhaus, die Zweite Kammer wurde Haus der Abgeordneten genannt und beide Häuser zusammen wurden als Landtag bezeichnet. —

Die konstitutionelle Partei kämpfte in der Kammer wacker gegen die reaktionäre Gesetzgebung. War sie schwach und nachgiebig gegen die Konservativen gewesen, so lange sie die Furcht vor der Demokratie beherrscht und die Hoffnung auf die Gründung eines einigen deutschen Reiches beseelt hatte, so fand sie jetzt, da alle ihre Hoffnungen zertrümmert, ihre Befürchtungen vor dem zu stürmischen demokratischen Fortschritt verflogen waren, die verlorene Kraft wieder. Männer wie Vincke, v. Auerswald, Simson u. A. waren redlich bemüht, zu retten von den freisinnigen Gesetzen, was zu retten war; mit anerkennenswerthem Muth traten sie der Reaktion entgegen, aber die Zeit war vorüber, in welcher ihre Worte maßgebend gewesen waren, sie vermochten keinen Erfolg mehr zu erzielen, die Gesetzgebung ging über sie fort.

Der zähe Widerstand, welchen die konstitutionellen Führer leisteten, bewirkte nur, daß sie selbst jetzt von der herrschenden Kreuzzeitungspartei als Apostaten verketzert, dem Könige als Revolutionäre „in Schlafrock und in Pantoffeln" geschildert wurden und daß der König wirklich sie als solche betrachtete.

Als im Jahre 1855 das Abgeordnetenhaus neu gewählt werden mußte, richtete sich die Agitation der konservativen Partei ebenso energisch gegen die Konstitutionellen, wie sie früher sich gegen die Demokraten gerichtet hatte. Die Landräthe schleuderten gegen die alten konstitutionellen Parlamentarier dieselben Verdächtigungen, welche die Konstitutionellen früher im Kampfe gegen die Demokraten gebraucht hatten; — Graf Schwerin, der Mäßigste der Mäßigen, wurde als Königsfeind denuncirt und mit ähnlichen Beschimpfungen wurden seine Parteigenossen bezeichnet.

Die Konstitutionellen unterlagen der gegen sie gerichteten Agitation, sie konnten sich nicht zur Majorität in der „Landrathskammer" aufschwingen, nur in Berlin blieb ihnen die große Mehrzahl des konservativ-konstitutionellen Bürgerthums treu. Obgleich sich auch im Jahre 1855 die demokratische Partei von den Wahlen fernhielt, wurde doch Graf Schwerin in drei und sein Gesinnungsgenosse, Herr von Patow, in zwei Wahlbezirken zum Abgeordneten gewählt.

„Berlin ist noch ebenso rebellisch wie im Jahre 1848!" rief die Kreuz-Zeitung aus, als das Wahlresultat bekannt wurde, und auch der König sprach sich ähnlich, wenn auch nicht ganz so scharf, aus. In der Antwort, welche er den Berliner Stadtverordneten auf ihre Geburtstags-Gratulationsadresse gab, sagte er:

„So erfreulich Ihr Ausdruck unwandelbarer Treue und Hingebung Meinem landesväterlichen Herzen gewesen ist, so betrübend mußte der Eindruck sein, den die kurz vorher in derselben Stadt vorgenommenen Wahlen zum Hause der Abgeordneten auf Mich gemacht haben. Ihr edler königstreuer Sinn wird dies mit Mir empfinden, zumal in einer Zeit, wo die Kräftigung der Regierung das erste Bedürfniß des Landes ist."

Die konstitutionelle Partei war ohnmächtig gegen die überfluthende Reaktion, obgleich sie eine

Stütze erhielt durch eine sich von der konservativen Partei ablösende neue Fraktion, welche sich die „Alt-Preußische“ nannte und das „Preußische Wochenblatt“ zu ihrem Organ in der Presse machte.

Eine Anzahl hoher Staatsbeamten, die bisher das Ministerium Manteuffel treu unterstützt hatten, löste sich von der Politik desselben, als durch die verfassungswidrige Einberufung der Provinzialstände das Bestreben, die Verfassung völlig zu untergraben, sich klar zeigte. An der Spitze der neuen Fraktion stand Herr von Bethmann-Hollweg. Er schrieb in einem großes Aufsehen erregenden offenen Brief: „Ich beklage tief diese Berufung der Provinzialstände, wodurch die Gewissen verwirrt werden. Ich halte es für meine Pflicht, der immer weiter einreißenden Rechtsverwirrung an meinem geringen Theil entgegenzutreten und deshalb an der bevorstehenden Wahl mich nicht zu betheiligen.“

Wenn Männer, welche wie Bethmann-Hollweg und seine vertrauten Freunde Graf Pourtales, von Usedom u. A. in den höchsten Staatsstellungen sich befanden, sich abwandten von der herrschenden Reaktion, mußte diese wohl einen schweren Druck auf ihr patriotisches Empfinden ausüben, denn leicht konnte es solchen Männern nicht werden, überzugehen in eine nur geringe Aussichten auf Erfolg bietende Opposition. Eine Beruhigung fanden diese Männer darin, daß auch an höchster Stelle ihre Anschauungen getheilt wurden.

Der Prinz von Preußen verhehlte es nicht, daß er zu der herrschenden Partei in einem Gegensatz der Ueberzeugung stehe; er sprach dies bei mehreren Gelegenheiten offen aus, obgleich er wußte, daß seine Worte sicher durch die Presse im ganzen Lande Verbreitung finden würden.

Bei einer Audienz, welche er am 28. April 1853 den pommerschen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses unter Führung des Grafen Schwerin gewährte, sprach er die denkwürdigen Worte: „Es sind nicht immer die besten Patrioten, welche am lautesten die Rückkehr zu alten Zuständen fordern!“ — Und als ein Jahr darauf ihm der reaktionäre ostpreußische Preußenverein eine Huldigung darbringen wollte, lehnte diese der Prinz mit den klaren Worten ab: „Ich kenne keinen Preußen-Verein, ich kenne nur ein preußisches Volk!“

Einen wesentlichen Einfluß auf die Spaltung der konservativen Partei übte außer dem allzu stürmischen Rückwärtsdrängen der Kamarilla und der mit ihr verbündeten Kreuzzeitungspartei die auswärtige Politik. —

Als im Jahre 1853 der orientalische Krieg begann, in welchem die Westmächte England und Frankreich zum Schutze der schwachen Türkei gegen Rußland kämpften, theilte sich die konservative Partei in zwei Lager, das russische und das westmächtliche.

Der König war durch innige Freundschaft mit dem Kaiser Nicolaus von Rußland verbunden, seiner Verehrung für den Kaiser hatte es keinen Abbruch gethan, daß dieser durch seinen Machtspruch in Warschau Preußen zur Niederlage von Olmütz gezwungen hatte, seine Sympathien waren für Rußland, und trotz der Friedensliebe, welche den Grundzug seines Charakters bildete und ihm die Aufrechterhaltung einer strengen Neutralität erwünscht machte, neigte er sich doch Rußland zu.

Die Neigung des Königs wurde befördert durch die Kamarilla. Alle die Träger der ultrareaktionären Partei verehrten in dem Kaiser von Rußland die kräftigste Stütze der Reaktion in Europa, sie haßten in England den Staat des Parlamentarismus, sie wünschten, daß Preußen mit seiner vollen Kraft eintrete in den Kampf als Bundesgenosse des russischen Kaisers.

Im Ministerium, wie in der großen konservativen Partei, waren die Meinungen getheilt. Der Minister von Westphalen, der eifrigste Anhänger der Kreuzzeitungspartei, schwärmte wie diese für Rußland, der Kriegsminister von Bonin für die Westmächte, auch der Minister-Präsident von Manteuffel neigte sich wohl diesen zu, war aber schwankend.

Auch unter den höchsten Beamten war die Stimmung getheilt; der Berliner Polizei-Präsident von Hinckeldey gehörte der westmächtlichen Partei an, Bunsen wirkte im Verein mit dem Grafen Pourtales für ein inniges Einverständniß mit England, während der General von Gerlach, der vertrauteste Rathgeber des Königs, ganz zur russischen Partei gehörte und sogar mit dem Wissen des Königs hinter dem Rücken des Minister-Präsidenten eine geheime Korrespondenz mit dem russischen Hofe führte, in welcher er sich erfolgreich bemühte, allen antirussischen Bestrebungen der offiziellen Diplomatie die Spitze abzubrechen.

Bei diesem Widerstreit der Meinungen in den höchsten Regionen war es schwer zu ermessen, welche Stellung endlich Preußen einnehmen werde, und als am 18. April 1854 der Minister-Präsident von Manteuffel wegen der herrschenden Kriegsgefahr bei der Kammer einen Antrag auf eine Anleihe von 30 Millionen und auf Erhöhung der Einkommensteuer um 25 Procent einbrachte, schien es zwar, als neige sich die Regierung in Verbindung mit Oesterreich dem Anschluß an die Westmächte zu, aber sie hatte darüber keine Zusage gegeben, und sie konnte daher den Kredit, wenn er ihr bewilligt wurde, ebenso gut zu Gunsten eines Anschlusses an Rußland verwenden.

Es war eine starke Zumuthung an die Volksvertretung, viele Millionen zu bewilligen, ohne daß sie wußte wofür. Der Minister-Präsident stellte diese Forderung, indem er von der Kammer verlangte, sie solle ohne weitere Erwägungen und Resolutionen ihren Beschluß fassen und sich der Einmischung in die äußere Politik enthalten.

Herr von Vincke protestirte mit scharfen Worten gegen eine solche Forderung, er sprach offen sein tiefes Mißtrauen gegen das Ministerium Manteuffel aus. Er erinnerte daran, daß die Kammer vor wenigen Jahren 18 Millionen zum Kriege gegen Oesterreich bewilligt und dann den Gang nach Olmütz erlebt habe. Keine Geldbewilligung, ohne daß die Kammer zuvor eine Gewißheit über die Haltung Preußens habe! —

Die Vincke'sche Rede war glänzend, aber einen Erfolg hatte sie nicht! — Ohne Resolutionen und Erwägungen sprach die Kammer die Bewilligung des Kredits aus, und fast schien es, als sollte dieser in der That benutzt werden zu Gunsten des Anschlusses an Rußland, denn acht Tage nach dem Kammerbeschluß erhielt der den Westmächten geneigte Kriegsminister von Bonin seinen Abschied und auch Bunsen wurde aus seiner einflußreichen Stellung als Gesandter in London entlassen.

Die Gefahr, daß Preußen in einen Krieg verwickelt werden würde, war groß, aber das Land blieb vor diesem Unglück bewahrt. Der Tod des Kaisers Nicolaus am 2. März 1855 und die schweren Niederlagen, welche die Russen erlitten, waren wohl die Grundursache, welche Preußen von einem unheilvollen Bündniß abhielt.

Seine europäische Großmachtstellung hatte Preußen durch seine schwankende Politik nicht gefördert; aber es hatte wenigstens den Frieden gewahrt, keine blutigen Opfer gebracht für einen Krieg, dem das Volk fremd war. —

Sechszehntes Kapitel.

Herrschaft der Reaktion in Berlin. — Niederdrückung der Presse und der Vereine. — Verfolgung der humanen Vereine und der freireligiösen Gemeinden. — Verbot der Kindergärten. — Reaktion auf allen Gebieten des staatlichen Lebens. — Die Polizei steht über dem Gesetz. — Prinz Leo von Armenien. — Dr. Stieber und seine Wirksamkeit. — Das Kroll'sche Etablissement. — Schuldenregulirung der Offiziere durch die Polizei. — Eindringen der Polizei in das Privatleben. — Stieber und Charlotte von Hagen. — Spionenwesen. — Der Techen'sche Depeschendiebstahl. — Stieber's Verdienste als Verschwörungsentdecker. — Die sogenannte Gercke-Ladendorf'sche Verschwörung. — Die Polizeispione Steinberg und Hentze. — Die Märzverhaftungen in Berlin. — Der Prozeß der Märzgefangenen vor dem Staatsgerichtshof. — Hinckeldey's Tod.

Die Herrschaft der Reaktion lastete schwer auf dem ganzen preußischen Lande, am drückendsten fühlbar aber wurde sie in der Hauptstadt, in Berlin.

War auch die Revolution besiegt, die demokratische Partei unterworfen, so glühte doch nach den Versicherungen, die der Minister von Manteuffel vielfach der Kammer gab, noch immer der Funken unter der Asche. Wagten die Demokraten nicht mehr offen ihre revolutionären Lehren zu predigen, so wühlten sie im Geheimen, — in geheimen Verschwörungen suchten sie die Revolution von Berlin aus im Lande zu organisiren. Der Polizei-Präsident von Hinckeldey versicherte dies bei seinen persönlichen Vorträgen dem Könige und der Minister von Manteuffel proklamirte es bei jeder passenden Gelegenheit in der Kammer.

Mit eiserner Energie mußte das Wiederauftreten der Demokratie unterdrückt, jede freiere Bewegung mußte niedergehalten werden. Nur durch die weiteste Auslegung der Gesetze war dies möglich, und genügten die Gesetze nicht, dann durfte eine thatkräftige Regierung sich nicht scheuen, auch über die Bestimmungen derselben hinauszugreifen.

Die Freiheit der Presse wurde zum Schatten herabgedrückt. Konfiskation folgte auf Konfiskation, — die konstitutionelle Zeitung wurde mit denselben nicht weniger bedacht, als die demokratische Urwähler-Zeitung; die Redakteure, auch die konstitutionellen, wurden ausgewiesen, wenn sie nicht in Berlin ortsangehörig waren; alle oppositionellen Zeitungen zu Grunde zu richten, war das offene Bestreben der Regierung. — Die Leser mußten ja ermüden, wenn ihnen ihre Zeitung so unregelmäßig geliefert wurde, daß sie nie darauf rechnen konnten, sie an einem bestimmten Tage oder gar zu einer bestimmten Stunde zu erhalten. Die kleine Urwähler-Zeitung wurde in einer Woche drei Mal konfiscirt, ohne daß es dem gewiß konservativ gesinnten Staatsanwalt möglich gewesen wäre, eine Anklage zu erheben; sie mußte freigegeben werden, den Lesern aber nützte dies nichts, denn sie erhielten nun die Zeitung erst, nachdem deren Nachrichten seit Wochen veraltet waren.

Selbst diese weiteste Ausdehnung des Preßgesetzes genügte der Regierung nicht; um das freie Wort in der Presse völlig abzuschneiden, waren noch weitere Maßnahmen nöthig. Der Justizminister Simons erließ deshalb an den Oberstaatsanwalt von Sethe ein Reskript, in welchem er forderte, die Staatsanwaltschaft solle in der Erhebung von Anklagen weniger bedenklich sein als bisher, sie solle auch dann die Anklage erheben, wenn voraussichtlich sei, daß eine Verurtheilung durch das Gericht nicht erfolgen werde.

Zu solcher Verletzung der Pflicht gab sich der Oberstaatsanwalt von Sethe nicht her, er legte sein Amt nieder und an seine Stelle trat der Oberstaatsanwalt Schwark, ein Mann, der ganz den Intentionen des Justizministers entsprach. —

Die Berliner oppositionelle*) Presse vermochte den gegen sie gerichteten Verfolgungen, den

*) In der Zeit des orientalischen Krieges, als Preußen zwischen dem Anschluß an Rußland oder an die Westmächte schwankte, erschien auch die Kreuz-

Konfiskationen, Anklagen und Verurtheilungen, den Concessionsentziehungen für Buchhändler, den Ausweisungen der Schriftsteller nicht zu widerstehen. Sie wurde immer vorsichtiger und rücksichtsvoller, nur selten wagte sie ein kräftiges, freies Wort rückhaltlos zu sprechen. Selbst die muthige Urwähler-Zeitung erlag der Verfolgung, an ihrer Stelle wurde die Volks-Zeitung begründet, welche ohne den demokratischen Grundsätzen untreu zu werden, doch mit der möglichsten Vorsicht vorging und der trefflichen Bernstein'schen Leitartikel wegen zahlreiche Leser im Arbeiter- und Bürgerstande fand.

Auch das Vereinsgesetz genügte trotz seiner strengen Bestimmungen der Regierung nicht, deren Bestrebungen darauf hinaus gingen, zwar für die konservative Partei das Vereinsrecht zu wahren, den Gebrauch desselben aber der demokratischen Partei fast unmöglich zu machen. — Alle Vereine, welche nur im Verdacht demokratischer Bestrebungen standen, wurden rücksichtslos aufgelöst, und dies Schicksal traf sogar Vereine, welche lediglich der Geselligkeit gewidmet waren. Ein Beispiel hierfür ist die Sprengung eines Balles, welchen der Maschinenbauer-Verein im März 1851 gab. Als der Tanz im besten Gange war, trat ein Polizei-Offizier mit vielen Schutzleuten in den Saal, er forderte die Anwesenden auf, sich zu legitimiren; da sie natürlich keine Legitimationspapiere bei sich führten, wurden sie nach dem Polizei-Präsidium transportirt. Die Herren im Leibrock, die Damen in Ballkleidern, Blumen im Haar und leichten Tanzschuhen an den Füßen, mußten mitten in der Nacht vom Oest'schen Lokal in der Schönhauser Allee nach dem Molkenmarkt wandern, um dort auf dem Polizei-Präsidium einfach ihre Namen zu nennen und dann entlassen zu werden.

Einem politisch oppositionellen Verein anzugehören, eine politische, nicht vom Treubund ausgeschriebene Versammlung zu besuchen, wurde für die Berliner zum Wagestück; ein freies Wort zu sprechen, erschien kaum mehr möglich, — da beugte sich denn die demokratische Partei der herrschenden Gewalt, die politischen Vereine und Versammlungen hörten von selbst auf.

Dies aber genügte der herrschenden Macht nicht, auch die Vereine, welche überhaupt demokratische Elemente in sich trugen, mußten gesprengt werden. — Der Handwerker-Verein, der soviel zur Volksbildung beigetragen hatte, war aufgelöst, aber der von der Volkspartei begründete Gesundheitspflege-Verein bestand nicht nur, er wuchs täglich an Mitgliederzahl und Bedeutung, im Jahre 1853 zählte er schon zehntausend Mitglieder. Der Verein hatte höchst wohlthätig gewirkt, in mehr als 25 000 Krankheitsfällen hatte er seine Hülfe geleistet, er hatte niemals irgendwie eine politische Thätigkeit ausgeübt, aber seine Mitglieder waren Arbeiter und meistens Demokraten, auch die vom Verein angestellten Aerzte waren als freisinnige Männer bekannt, — Grund genug, den Verein, der vielleicht ein Sammelpunkt der Demokratie werden konnte, aufzulösen, wenn auch ein gesetzlicher Grund für die Auflösung fehlte.

Am 3. April 1853 wurden die Vorstände des Vereins auf die Polizei geladen und ihnen zu Protokoll erklärt, der Verein sei aufgelöst, weil sich herausgestellt habe, daß derselbe verbrecherische Tendenzen verfolge und zur Begünstigung eines hochverrätherischen Komplotts mißbraucht worden sei. —

Die Kreuz-Zeitung begrüßte freudig die Auflösung des wohlthätigen Vereins, sie beschuldigte die Demokratie, daß diese sich mit dem Gewande der christlichen Liebe bekleidet habe, um damit ihre verbrecherischen Zwecke zu verhüllen.

Vergeblich erließen die Aerzte des Vereins eine öffentliche Erklärung, in welcher sie nachwiesen, daß der Verein niemals irgend welche politische Tendenzen gehabt habe, — der Verein blieb aufgelöst durch das Machtwort der Polizei, — eine Anklage gegen ihn erfolgte nicht, — sie konnte nicht erhoben werden! —

Auch gegen die Vereine der freien religiösen Richtung wendete sich die Verfolgung. Die freireligiösen Prediger wurden ausgewiesen, die Versammlungen der freireligiösen Gemeinde wurden aufgelöst, wenn Frauen und Kinder an denselben Theil nahmen, — auf Grund des Vereinsgesetzes, welches die Theilnahme von Frauen und Kindern an politischen Versammlungen verbot. Die freien Gemeinden galten als revolutionär, wie Alles revolutionär erschien, was nicht der herrschenden orthodox-reaktionären Richtung in politischer und religiöser Beziehung entsprach, — sogar die unschuldigen Kindergärten wurden verboten, weil der Kultusminister von Raumer in einem fast komischen Irrthum glaubte, ihr Begründer sei der socialistische Julius Fröbel, er verwechselte den würdigen Friedrich Fröbel mit dem der konservativen Partei so anrüchigen Demokraten, dem Präsidenten des ersten demokratischen Central-Ausschusses im Jahre 1848 (s. S. 1109).

Die Reaktion herrschte in der Politik, in der Kirche, in der Schule; die Stiehl'schen Regulative, an denen vom Jahre 1854 an die Schule viele Jahre gekrankt hat, gaben davon ein Beispiel. Auch in die Wissenschaft drang sie ein. In einer Zeit, in welcher Stahl, der Führer der kirchlichen Reaktion, zum Rektor der Berliner Universität gewählt wurde, konnte der Berliner Prediger Knak im vollen Ernste die Forderung stellen, die Wissenschaft solle nach dem Ausspruche Stahl's wirklich umkehren und der falschen Lehre Galilei's entsagen. Nach dem Ausspruch des Alten Testaments bewege sich

---

Zeitung in ihrer Begeisterung für Rußland und ihrem Haß gegen die Westmächte eine Zeit lang dem westmächtlich gesinnten Polizei-Präsidenten von Hinckeldey so oppositionell, daß er sie unerbittlich konfisciren ließ. — Herr von Gerlach fand sich hierdurch veranlaßt, in der Kammer für die Preßfreiheit einzutreten! — (1855).

die Sonne um die Erde, und dies müsse die Christenheit glauben! —

Reaktion auf allen Gebieten des staatlichen Lebens! Selbst in die Gerichtshöfe drang sie ein! Der Justizminister Simons wußte dafür zu sorgen, daß die Abtheilung des Berliner Stadtgerichts, welche über politische und Preßvergehen abzuurtheilen hatte, zusammengesetzt wurde aus seiner Ueberzeugung nach politisch zuverlässigen Männern; nicht so leicht gelang es ihm, auch das Kammergericht mit der nöthigen Anzahl zuverlässiger, konservativer Richter zu besetzen. — Die Berliner Gerichts-Verhandlungen jener Zeit gewähren ein ganz eigenartiges Interesse, sie zeigen uns eine Reihe ganz unbegreiflicher Verurtheilungen in den zahllosen politischen und Preßprozessen, denen dann fast regelmäßig die Freisprechung in der zweiten Instanz vor dem Kammergericht nachfolgte.

Die traurigste Frucht der Reaktionsherrschaft war die Loslösung von dem Gesetz, welche der Polizeigewalt eine Ausdehnung gab, wie sie selbst im absoluten Staat vor dem Jahre 1848 kaum je bestanden hatte. Die Polizei war in den traurigen Jahren von 1851 bis 1858 fast allmächtig in Berlin, sie durfte weit über die von dem Gesetz gezogenen Schranken ihrer Macht hinausgreifen. — Diese Allgewalt wurde nicht nur zur Unterdrückung der oppositionellen Parteien gebraucht, sondern oft auch von den Polizeibeamten in drückendster Weise mißbraucht zu Zwecken, welche der Politik ganz fremd waren.

Der Polizei-Präsident von Berlin, Herr von Hinckeldey, nahm eine Ausnahmestellung im Staate ein. War auch der Minister sein direkter Vorgesetzter, so empfing doch Herr von Hinckeldey oft vom König direkte Befehle, er berichtete auch mit Umgehung des Ministers direkt an den König und erhielt hierdurch eine Selbständigkeit, wie sie mit seinem Amte sonst nicht verbunden war. — Er vor allen anderen Beamten war verantwortlich für die Sicherheit des Königs und des Staates, seine Macht durfte daher nicht durch die kleinlichen Schranken des Gesetzes beengt werden, ohne die Sicherheit des Staates zu gefährden. —

Das Gesetz vom 12. Februar 1850 zum Schutze der persönlichen Freiheit bestimmte:

„Jeder vorläufig Festgenommene muß spätestens im Laufe des folgenden Tages entweder in Freiheit gesetzt, oder es muß in dieser Zeit das Erforderliche veranlaßt werden, um ihn dem Staatsanwalt bei dem zuständigen Gerichte vorzuführen."

Der Zweck dieses Gesetzesparagraphen war, daß zum Schutze der Verhafteten die Nothwendigkeit der polizeilichen Verhaftung zuerst durch den Staatsanwalt und demnächst erst durch den Untersuchungsrichter geprüft werden sollte. Das Gesetz war sonnenklar, aber Herr von Hinckeldey behauptete, es sei in Berlin undurchführbar, wenn er für die Sicherheit einstehen solle. Er ließ die Verhafteten fast regelmäßig erst am zweiten Tage nach der Festnahme dem Gericht vorführen und dann auch nicht dem Staatsanwalt, sondern dem Untersuchungsrichter. — Als der Ober-Staatsanwalt dies im Jahre 1853 als ungesetzlich rügte, fand auf Befehl des Justizministers Simons am 4. März 1853 eine Konferenz zur Berathung über das künftige Verfahren der Polizei statt; an derselben nahmen Theil: der Polizei-Präsident von Hinckeldey, der Polizei-Direktor Stieber, der Ober-Staatsanwalt Schwarck, der Staatsanwalt beim Stadtgericht, der Stadtgerichts-Präsident Schröder und der Untersuchungsrichter Schlötke. Das Resultat dieser Konferenz war, daß die höchsten Gerichts- und Polizeibeamten beschlossen, die Polizei solle auch ferner bei ihrer ungesetzlichen Praxis bleiben; über den dem Wortlaut und dem Sinn des Gesetzes direkt widersprechenden Beschluß ein Protokoll aufzunehmen, wagte die Konferenz nicht.

Auch dieser weitgehende Beschluß der Konferenz genügte Herrn von Hinckeldey noch nicht; wo es nothwendig erschien, ging er auch über diesen Beschluß hinaus und zwar auf Befehl des Justizministers Simons und mit Vorwissen des Ober-Staatsanwalts Schwarck. Es wurden politisch verdächtige Personen Wochen, ja Monate lang in Polizeihaft gehalten, ohne daß die Verhafteten vom Richter vernommen worden wären.*) —

---

*) Ein von den Berliner Zeitungen viel besprochenes großes Aufsehen machendes Beispiel von der Polizeiwirthschaft jener Tage bietet die Verhaftung des sogenannten Prinzen Leo von Armenien. Der Prinz, ein eleganter schöner junger Mann, lebte im Jahre 1855 als Fremder in Berlin; er verkehrte in den höchsten Gesellschaftskreisen. Plötzlich wurde er verhaftet, offiziöse Artikel in den Zeitungen meldeten, er sei als ein gemeiner Betrüger entlarvt worden, von anderer Seite aber wurde behauptet, die Verhaftung sei auf Veranlassung der russischen Regierung erfolgt. Es schwebt über der Verhaftung des Prinzen ein Geheimniß, welches auch durch die nach dem Tode des damaligen Kriminalpolizei-Direktors Stieber herausgegebenen Denkwürdigkeiten desselben nicht vollständig aufgedeckt worden ist. — Thatsache ist, daß der Staatsanwalt beim Stadtgericht, Herr Nörner, es ablehnte, eine Anklage gegen den Prinzen wegen verübter Betrügereien und wegen Führung falscher Titel, Würden und Orden einzuleiten, daß aber trotzdem die Verhaftung aufrecht erhalten, der Prinz in's Arbeitshaus abgeliefert und hier auf besonderen Befehl des Polizei-Präsidenten wie ein gemeiner Sträfling behandelt und volle drei Monate lang festgehalten wurde. — In den Stieber'schen „Denkwürdigkeiten" wird erzählt: „Da er während dieser Zeit beharrlich jede wahre Auskunft über seine Herkunft und Geburt verweigerte und Hinckeldey von Tag zu Tag immer mehr zu der Einsicht gelangte, daß der „Prinz" kein politischer Agent, sondern ein gemeiner Betrüger war, der es nur verstanden hatte, sich ein politisches Ansehen zu geben, um desto mehr in hochstehenden Kreisen Eingang zu finden, so verfügte Herr von Hinckeldey Anfangs 1856 die Entlassung des Betrügers aus dem Arbeitshause und dessen Transport über die preußische Grenze." — Die schmachvolle Behandlung des Prinzen machte nicht nur in Berlin, sondern auch in ganz Europa ungeheures

Ein außerordentlich brauchbares Werkzeug für sein Polizeiregiment fand Herr von Hinckeldey in dem Kriminalpolizei-Direktor Stieber, der am 16. November 1850 auf Anordnung des Ministers von Manteuffel als Polizei-Assessor angestellt und schnell zum Dirigenten der Kriminalpolizei befördert worden war.

Dr. Stieber hatte schon in vormärzlicher Zeit, damals als Kammergerichts-Referendarius, seine Befähigung zum politischen Polizeidienst glänzend erwiesen (s. S. 935), in den Jahren 1848 und 1849 hatte er sich als gesinnungstüchtiger Demokrat hervorgethan und als scharfsinniger Vertheidiger in politischen Prozessen einen Namen gemacht; gerade seine Verbindung mit den früheren Parteigenossen ließ ihn besonders geeignet für die Verfolgung derselben und den Polizeidienst erscheinen, und Stieber erfüllte denn auch redlich die Erwartungen, welche Herr von Manteuffel in ihn gesetzt hatte. — Sein Gewissen wurde nicht durch Verletzungen des Gesetzes beunruhigt, wenn ihm dieselben von seinen Vorgesetzten oder gar von höherer Stelle aus befohlen wurden, — er zeigte sich bald nach allen Richtungen hin so brauchbar, — daß er sich auch an höchster Stelle großes Vertrauen erwarb. — Wie der Polizei-Präsident v. Hinckeldey, wurde auch Stieber zum Könige befohlen, um diesem Vorträge über wichtige Kriminalfälle und über geheime Verschwörungen der Demokraten zu halten und auch, um Aufträge des Königs auszuführen, welche eine besonders diskrete Behandlung verlangten. Diese Aufträge waren oft ganz eigener Natur, theils weit abliegend vom eigentlichen Polizeidienst*), theils direkt oder indirekt mit demselben zusammenhängend.

Einer der eigenartigsten Aufträge, welche Stieber vom Könige erhielt, war der, die Schulden eines großen Theils der aus den vornehmsten Adelsfamilien stammenden Gardeoffiziere mit Benutzung der Polizeimacht zu ordnen. Stieber führte den ihm gewordenen Auftrag mit der Rücksichtslosigkeit durch, welche die Polizei in jenen Tagen so oft zeigte. Die Gläubiger der Offiziere, meist berüchtigte Wucherer, wurden verhaftet, die Wechsel oder Ehrenwortscheine der Offiziere wurden bei ihnen mit Beschlag belegt, — zeigten sie sich zu einem Vergleich, der ihnen vorgeschlagen wurde, geneigt, dann erhielten sie aus der königlichen Kasse das Geld, welches sie wirklich gezahlt hatten, nicht aber die etwa aufgelaufenen, die Schuld vergrößernden Wucherzinsen zurück und wurden entlassen, weigerten sie sich des Eingehens auf den Vergleich, dann wurden sie ebenfalls entlassen, aber die strafrechtliche Wucheranklage gegen sie eingeleitet.

Daß bei solchem der gesetzlichen Grundlage entbehrenden Verfahren große Willkürlichkeiten unterlaufen mußten, liegt auf der Hand; aber solche Willkürlichkeiten waren überhaupt in jenen Tagen fast die Regel für das Verfahren der Berliner Polizei, welche niemals Anstand nahm, in die Privatverhältnisse einzugreifen, wenn dies dem Polizei-Präsidenten zu einem an und für sich zu billigenden Zwecke nothwendig schien.

Auf besondere Anordnung des Polizei-Präsidenten übernahmen die Polizeibeamten eine sogenannte schiedsrichterliche Thätigkeit, sie griffen ein, wenn ein Schuldner von seinem hartherzigen, vielleicht wucherischen Gläubiger zu scharf gedrängt wurde, oder wenn ein Gläubiger befürchtete, von einem betrügerischen Schuldner um sein Geld gebracht zu werden. Das sogenannte schiedsrichterliche Vergleichsverfahren begann damit, daß der betreffende Gläubiger oder Schuldner, den die Polizei zu einem Vergleich zwingen wollte, verhaftet wurde. Ließ sich der Verhaftete durch die Drohungen einschüchtern, dann wurde er, nachdem der Vergleich abgeschlossen worden war, entlassen; — blieb er fest, dann wurde er ebenfalls entlassen und in dem über den Vorgang aufgenommenen Protokoll vermerkt: „Der gegen den p. p. vorliegende Verdacht hat sich nicht bestätigt.“ —

Aufsehen. — Es gelang der Polizei nicht, für ihre beweislose Behauptung, daß der Prinz ein gemeiner Betrüger gewesen sei, Glauben zu finden, obgleich dieselbe sehr eifrig durch Zeitungsartikel verbreitet wurde; hätte die Polizei ihm wirklich irgend eine Betrügerei oder auch nur die Führung eines falschen Namens nachweisen können, so würde sie dies sicher schon zu ihrer eigenen Rechtfertigung gethan haben; — diese Logik erschien so schlagend, daß die Entrüstung über die widergesetzliche Einsperrung eines Unschuldigen in das Arbeitshaus, welche sich vorzüglich in auswärtigen Blättern kundgab, die Regierung zwang, den Beschwerden des Prinzen gegen das Berliner Polizei-Präsidium Rechnung zu tragen. Es wurde eine Disciplinar-Untersuchung eingeleitet, welche aber fruchtlos verlief, da der Polizei-Präsident von Hinckeldey inzwischen aus dem Leben geschieden war, und der Polizei-Direktor Stieber sich auf die ihm von seinem Vorgesetzten ertheilten Befehle berufen konnte.

*) Ein solcher Privatauftrag des Königs war z. B. die Erhaltung des prächtigen Kroll'schen Etablissements. Auf Befehl des Königs übernahm Stieber die Verwaltung desselben vom Januar 1854 bis zum April 1855, um während dieser Zeit die Verhältnisse des mit der Subhastation bedrohten Etablissements zu ordnen. — Kroll hatte die Prachtgebäude auf fiskalischem Grund und Boden, der ihm zu diesem Zweck, aber nicht zum Eigenthum überlassen worden war, erbaut. Nach seinem Tode fand sich eine solche Schuldenlast, daß sein Schwiegersohn, Musik-Direktor Engel, gegen die auf Subhastation drängenden Gläubiger Schutz suchend, sich an den König wenden mußte. Der König wünschte das prächtige Etablissement der Hauptstadt Berlin zu erhalten, er ließ deshalb den Gläubigern eröffnen, daß der Ersteher des Etablissements nur die Gebäude zum Abbruch erwerben könne, weil ihm die Benutzung des fiskalischen Grund und Bodens nicht ferner gestattet werden würde. — Die Gläubiger wurden hierdurch gezwungen, auf die Subhastation zu verzichten und sich den Bedingungen zu fügen, welche Stieber als Verwalter ihnen stellte. Im April 1855 konnten der Musik-Direktor Engel und seine Gattin, die Tochter des verstorbenenen Kroll, die Leitung der Geschäfte wieder selbständig übernehmen.

Auch in andere Sphären des Privatlebens griff die Polizei ein, wenn es einflußreichen Personen gelang, ihr Interesse zu gewinnen. So wendete sich z. B. die berühmte Schauspielerin Charlotte von Hagen, welche mit einem Baron von Oven verheirathet war, aber getrennt von ihrem Gatten lebte, an den Polizei-Direktor Stieber und ersuchte ihn, ihr für ihren Ehescheidungsprozeß die Beweise zu verschaffen, daß ihr Gatte die Ehe gebrochen habe und einen unsittlichen Lebenswandel führe. Stieber kam diesem Wunsche bereitwillig nach und seiner Geschicklichkeit gelang es, der noch immer schönen, in den höchsten Kreisen beliebten Dame so vollgültige Beweise*) gegen ihren Gatten zu verschaffen, daß die Ehe geschieden wurde.

Solche Thätigkeit der Polizei, das nicht auf gesetzliche Befugnisse begründete Eindringen derselben in Privatverhältnisse, ihr Vorgehen im Auftrage und zum Nutzen von Privatpersonen, die Rücksichtslosigkeit, mit welcher zu Verhaftungen geschritten wurde, erzeugte in Berlin ein drückendes Gefühl der Rechtsunsicherheit. Man sprach von bedeutenden Summen, welche einzelne Polizeibeamten für ihre Bemühungen erhalten hätten, daß ein Heer von Spionen, welche in alle Lebenssphären einzudringen wüßten, besoldet würde, und solche Gerüchte schienen sich zu bestätigen, als bekannt wurde, daß selbst die höchstgestellten Personen nicht verschont wurden von der Ueberwachung durch bezahlte Spione, die im Dienste bald dieser, bald jener Partei standen.**)

*) Die Stieber'sche Thätigkeit in dem Interesse der Frau Baronin von Oven gab Gelegenheit zu einer Entdeckung, welche in Berlin großes Aufsehen erregte und ein grelles Streiflicht auf die in den besseren Gesellschaftskreisen nur zu sehr verbreitete tiefe Unsittlichkeit warf. — In den „Denkwürdigkeiten" Stieber's wird berichtet:

„Es wurde ermittelt, daß Herr von Oven öfter bei einer Frau Krause, welche eine große, reich ausgestattete Wohnung in der Dorotheenstraße bewohnte, verkehrte, und daß fast allabendlich in der Krause'schen Wohnung junge Männer aus den wohlhabenden Ständen, sowie junge Damen sich einfanden und in der Regel erst tief in der Nacht sich wieder entfernten. Da nun die gegründete Vermuthung bestand, daß diese Zusammenkünfte, an denen von Oven betheiligt war, einen unsittlichen Charakter hatten, so begab sich in einer Nacht gegen Mitternacht Stieber mit mehreren Kriminal-Kommissarien und anderen Beamten nach der Krause-schen Wohnung, drang daselbst plötzlich ein und wurde Zeuge eines Bachanals, wie es schamloser nicht erdacht werden kann. Von den Ueberraschten stürzten einige Herren, als sie sahen, daß sämmtliche Thüren von Polizeibeamten besetzt waren, zu den Fenstern und sprangen nach der Straße. Die meisten Herren und Damen wurden zur Wache sistirt und mußten sich dort legitimiren. Zur höchsten Ueberraschung der Kriminalbeamten befanden sich unter den Damen verheirathete Frauen und junge Mädchen aus den besten Gesellschaftskreisen Berlins."

**) Die „Denkwürdigkeiten" Stiebers und ein werthvolles kleines Buch von Dr. Bernstein: „Die Jahre der Reaktion", enthalten sehr interessante Mittheilungen über das Spionirsystem in den höheren Kreisen. Von dem Minister-Präsidenten von Manteuffel wurde ein früherer Lieutenant, Namens Techen, ein Greis von etwa 70 Jahren, als geheimer Agent beschäftigt. Er mußte dem Minister Berichte über die beim Könige in höchster Gnade stehenden Häupter der Kreuzzeitungspartei, den Kabinetsrath Niebuhr und die beiden Brüder von Gerlach, den Appellationsgerichts-Präsidenten und den General liefern. Es kam Herrn von Manteuffel darauf an, stets genau über die Pläne dieser Männer, welche hinter seinem Rücken gegen ihn intriguirten, gut berichtet zu sein. — Techen setzte sich mit der Dienerschaft der hochgestellten Staatsbeamten in Verbindung, durch den Leibdiener des Generals von Manteuffel wurde er in dessen Arbeitszimmer eingeführt, er verschaffte sich Nachschlüssel zum Schreibbureau und entwendete aus demselben wichtige Briefschaften; dem Diener spiegelte er vor, daß es im Auftrage der Polizei geschehe. Von den mit Hilfe des Dieners entwendeten Briefen nahm er Abschriften, dann wurden die Originale wieder an Ort und Stelle gelegt. — Die Briefe behandelten zum großen Theil die geheime Verbindung, in welcher Gerlach auf Befehl des Königs mit Rußland stand, zum Theil aber betrafen sie auch andere wichtige Fragen. Aus einem derselben ging hervor, daß der General von Gerlach den Prinzen von Preußen bei dessen Aufenthalt in Minden durch einen gewissen Lindenberg, einen übel berüchtigten Agenten der Kreuzzeitungspartei, genau hatte überwachen lassen. Lindenberg hatte über das ganze Benehmen des Prinzen und über jedes Wort, welches derselbe gesprochen, einen möglichst genauen, aber natürlich dem Geiste der Kreuz-Zeitung nach gefärbten Bericht erstattet, der in dem Ausspruch gipfelte, daß der Prinz die Interessen der konservativen Partei stark geschädigt und offen ausgesprochen habe, er werde sich niemals zur Kreuz-Zeitung rechnen. Er beabsichtige offenbar, die konservative Partei zu stürzen und ermuthige durch sein Verhalten die Liberalen. — Die Abschrift dieser Lindenberg'schen Briefe kam durch nicht bekannt gewordene Zufälligkeiten in fremde Hände, sie wurde vervielfältigt und endlich zur Kenntniß des Prinzen gebracht. Da Techen inzwischen auch dem französischen Gesandten Abschriften hochwichtiger, dem General von Gerlach entwendeter Papiere verkauft hatte, darunter auch mehrere Berichte des preußischen Militärbevollmächtigten in Petersburg an den König, welche der General in seinem Gewahrsam hatte, mußte ihm das Spionhandwerk gelegt werden, er wurde am 29. Januar 1856 durch den Polizei-Direktor Stieber verhaftet. Mehrere andere Personen, mit denen er in Verbindung gestanden hatte, theilten sein Schicksal.

Ehe die eigentliche gerichtliche Untersuchung gegen Techen eröffnet wurde, fand wieder ein ganz eigenthümliches Verfahren statt, wie es in jener Zeit so oft beliebt wurde. — Im Einverständniß mit dem Justizminister wurde dem Gesetz entgegen im Interesse der strengsten Geheimhaltung die Untersuchung polizeilich geführt, die der Mitschuld an dem Verrath Techens beschuldigten Personen mußten Wochen, ja Monate lang in der Polizeihaft sitzen, ehe sie, da ihnen keine Schuld nachgewiesen werden konnte, entlassen werden konnten; nur gegen Techen wurde endlich die gerichtliche Untersuchung wegen Landesverraths eingeleitet, er wurde vor den Staatsgerichtshof gestellt, und da seine Schuld

In allen Gesellschaftskreisen Berlins wucherte während des Hinckeldey-Stieber'schen Polizeiregimentes das Spionen- und Denunciantenwesen, es

wurde von dem Polizei-Präsidenten ausgenutzt, um wo möglich die besiegte Demokratie völlig zu vernichten und zugleich um den Einfluß, welchen er bei Hofe ausübte, zu erhöhen.

Der König war überzeugt, daß die revolutionäre Partei trotz ihrer scheinbaren Unterwerfung noch keineswegs entmuthigt sei, daß sie nur auf eine bessere Zeit warte, um von Neuem ihr Haupt zu erheben, und daß sie dieselbe durch geheime Verschwörungen herbeizuführen suche. Sein Glaube, daß sein Leben und damit die Sicherheit des Staates bedroht sei durch demokratische Verschwörer, wurde genährt durch die Berichte, welche er fortwährend durch den Polizei-Präsidenten erhielt. — Das große Ansehen, welches der Polizei-Direktor Stieber beim Könige genoß, ruhte wesentlich auf dem Vertrauen, welches Friedrich Wilhelm IV. auf den Scharfsinn des einstigen Demokraten setzte, — dem es gelungen war, in Paris und London die geheimen Fäden socialistischer und kommunistischer Verbindungen zu entdecken, und dessen Verdienst es auch war, daß in Köln gegen mehrere namhafte Demokraten ein Hochverraths-Prozeß eingeleitet werden konnte, der sogenannte Kölner Kommunisten-Prozeß, der mit der Verurtheilung des Dr. Becker, des späteren Oberbürgermeisters von Köln, des Dr. Bürgers, des späteren Abgeordneten, und Anderer zu mehrjähriger Festungsstrafe endete (1852).

Auch in Berlin eine gefährliche demokratische Verschwörung zu entdecken und die Verschwörer zur Bestrafung zu bringen, war eine Lebensaufgabe für die Polizei, die Lösung derselben wurde ermöglicht durch die Unbesonnenheit einiger namhafter Demokraten, die sich selbst in der Zeit der strengsten Reaktion noch immer mit phantastischen Zukunftshoffnungen trugen.

Die demokratische Partei in Berlin gab in jenen Tagen kaum noch irgend ein Lebenszeichen, sie überließ den Kampf mit der Reaktion ganz der konstitutionellen Partei. Die Vereine waren aufgelöst, die demokratische Presse unterdrückt, an den Wahlen betheiligte sich die Demokratie nicht, da blieb denn in der That der besiegten Partei nichts anderes übrig, als ein ruhiges Warten auf eine bessere Zeit in der Hoffnung, daß die Reaktion durch ihren Uebermuth, ihre Verfolgungssucht, ihre immer drückender werdende Herrschaft sich endlich selbst vernichten werde. Von dieser Hoffnung getragen, hatten die meisten derjenigen früheren Leiter der demokratischen Bewegung, die nicht ausgewandert oder aus Berlin ausgewiesen waren, sich von jeder politischen Agitation zurückgezogen; sie lebten ihren bürgerlichen Beschäftigungen, und nur im kleinsten Freundeskreise verkehrten sie mit ihren Gesinnungsgenossen.

Nur eine kleine Anzahl der früheren demokratischen Führer hatte eine andere Anschauung und trug sich mit weiter gehenden Hoffnungen; diese, meist Vorsitzende der alten demokratischen Bezirksvereine, waren der Ueberzeugung, die Herrschaft der Reaktion müsse in kurzer Zeit zusammenbrechen, sie meinten, daß in Frankreich sich eine neue Revolution vorbereite, daß dort die junge Republik siegreich die Versuche Louis Napoleon's, sich ein Kaiserreich zu begründen, zurückweisen und daß eine Revolution in Frankreich ihren Widerhall, wie im Jahre 1848, in Deutschland finden werde. — Es war nach ihrer Ueberzeugung die Pflicht der demokratischen Partei, sich vorzubereiten, um für den Fall einer neuen allgemeinen Volkserhebung dieser nicht rathlos gegenüber zu stehen, die frühere demokratische Organisation müsse benutzt werden, um die einzelnen Demokraten zur Anschaffung von Waffen zu veranlassen. Um einer bei Ausbruch einer Revolution zuerst sicher eintretenden Anarchie steuern zu können und der revolutionären Bewegung eine Richtung zu geben, müsse eine Anzahl bewährter, dem Volke bekannter treuer Führer vorhanden sein, um welche die Massen sich schaaren könnten. —

Für solche phantastische Pläne schwärmte besonders der Oberlehrer Dr. Gercke, der sich im Jahre 1849 um die Organisation der demokratischen Partei große Verdienste erworben hatte und deshalb vom Kriegsgericht zu längerer Freiheitsstrafe verurtheilt worden war. — Durch sein Martyrium, durch seine Redlichkeit, seine Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit, seine unerschütterliche Gesinnungstreue und durch den Mannesmuth, welchen er jederzeit bewiesen hatte, erfreute er sich des höchsten Vertrauens seiner Parteigenossen, und seine Bemühungen, Anhänger für seine Ansicht zu gewinnen, konnten daher nicht ganz ohne Erfolg sein. Er fand einen kleinen Kreis gleichgesinnter Männer, die sich um ihn sammelten. Man kam in Privatwohnungen, zuerst in der eines Dr. Hofmann zusammen, um sich zu besprechen; — an diesen freien Versammlungen nahmen Männer sehr verschiedener Lebensstellung Theil: ein Arzt Dr. Falkenthal, zwei Gelehrte, Dr. Ladendorf und Dr. Collmann, mehrere Handwerker und Kaufleute, wie Kaufmann Levy, Buchhalter Neo, Buchhändler Weidle, Drechsler Pape und Modelltischler Geisler.

Als die nächste Aufgabe erschien es, noch mehrere tüchtige, beim Volk in Ansehen stehende Demokraten zu gewinnen; Gercke unterzog sich dieser Aufgabe, aber ohne Erfolg. — Er wendete sich an verschiedene hervorragende Demokraten, an Abgeordnete der ehemaligen National-Versammlung und der 1849 aufgelösten Zweiten Kammer, an Männer der Presse u. s. w., aber überall wurde ihm fast gleichlautend entgegnet, die Aufgabe der Demokratie sei es im gegebenen Augenblick nur, volksbildend zu wirken, hierin aber werde sie durch

---

klar erwiesen war, zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt. — Da der Prozeß vor dem Staatsgerichtshof unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt wurde, ist über den Inhalt der von Techen an den französischen Gesandten verrathenen Schriftstücke nichts Genaueres bekannt geworden. —

die sich überstürzende Reaktion trefflich unterstützt; Johann Jacoby, — der alte muthige Vorkämpfer für die Freiheit, — antwortete auf Gercke's Frage, wie er sich denn bei Ausbruch einer Revolution verhalten werde, sehr einfach und kurz: „Ueberflüssige Neugier!"*)

Es konnte nicht ausbleiben, daß in einer Zeit, in welcher das Spionen- und Denunciantenwesen so üppig blühte, die Polizei sehr bald über die Pläne Gercke's und seiner Freunde unterrichtet werden mußte; sie erhielt ihre Nachrichten durch zwei Männer, welche damals für ganz zuverlässige, gesinnungstreue Demokraten gehalten wurden.

Der eine der beiden Spione war ein Schnürleibfabrikant Namens Steinberg. Er war früher wirklich ein zuverlässiger Parteimann gewesen, im Jahre 1849 hatte ihn das Vertrauen seiner Parteigenossen sogar zum Vorsitzenden eines Volksvereins gemacht, einen bedeutenden Einfluß aber hatte er nie besessen. In seiner Stellung als Volksvereins-Vorsitzender hatte er Gelegenheit gehabt, die Leiter der Volkspartei persönlich kennen zu lernen, in ihr Vertrauen aber war er nie eingeweiht worden, da er geistig zu unbedeutend war, um ihn zu wichtigeren Berathungen zuzuziehen. Immerhin war es für die Polizei von Wichtigkeit, einen mit vielen Verhältnissen und Persönlichkeiten der demokratischen Partei bekannten Mann zu gewinnen; — der Polizeirath Schultz erwarb sich das Verdienst, Steinberg zum Dienst für die Polizei zu zwingen.

Schultz machte die Bekanntschaft Steinberg's, er stellte sich diesem im Kroll'schen Lokal als Kaufmann Zimmermann vor und zeigte sich als ein Demokrat mit weit vorgeschrittenen Anschauungen, Steinberg nahm deshalb keinen Anstand, sich gegen ihn frei auszusprechen; als er dann bald darauf zu einem Verhör vor die Polizei geladen wurde und nun in dem gestrengen Polizeirath Schultz den Kaufmann Zimmermann wiederfand, sah er sich in einem Netz gefangen, aus welchem er keinen Ausweg sah. Er erkaufte sich die Sicherheit vor polizeilicher Verfolgung dadurch, daß er Polizei-Spion wurde und fortan Alles, was er von der Demokratie, ihren Personen und deren Plänen wußte und erfuhr, getreulich dem Herrn Polizeirath berichtete. Es war nicht viel, aber seine Berichte gaben doch der Polizei manche werthvollen Andeutungen, — sie erfuhr, daß Versammlungen namhafter Demokraten stattfanden, daß diese mit dem Plane umgingen, den demokratischen Parteigenossen billige Waffen zu verschaffen, daß er, Steinberg selbst, eine Büchse für 4 Thaler gekauft habe; — die Namen derjenigen Männer, welche mit Gercke und dem Dr. Ladendorf in inniger politischer Verbindung standen, wurden ihr genannt. —

Weit wichtigere Mittheilungen erhielt die Polizei von einem zweiten Polizei-Spion, der, wie es scheint*), freiwillig sich zum Polizeidienst anbot. Ein Offizier a. D., Lieutenant Hentze, war im Jahre 1848 bei der demokratischen Bewegung am Rhein betheiligt gewesen, er war deshalb sogar gerichtlich verfolgt, aber von dem Schwurgericht in Hamm freigesprochen worden. — Er besaß kein Vermögen, hatte aber trotzdem während seines Aufenthalts in Paris recht luxuriös gelebt, und als er im Jahre 1850 mit seiner Familie nach Berlin übersiedelte, um hier die Prüfung als Baumeister abzulegen, nahm er ein theures Quartier und richtete sich wieder höchst elegant ein. Er wurde aus Berlin ausgewiesen, aber auf seine an den Minister von Manteuffel direkt gerichtete Bitte wurde der Ausweisungsbefehl zurückgenommen; auch eine Haussuchung wurde gegen ihn verhängt, und diese gab ihm, — wenn der mehrfach erwähnte amtliche Bericht zuverlässig ist — Gelegenheit, mit der Polizei Berlins in Verbindung zu treten. Er beschwerte sich beim Polizeirath Schultz und direkt beim Polizei-Präsidenten von Hinckeldey über die Haussuchung, dabei versicherte er, daß er zwar selbst kein Demokrat, wohl aber über die Pläne der Demokratie unterrichtet sei. — Von dieser Zeit an übernahm es Hentze, der Polizei ausführliche Mittheilungen über das Treiben der Berliner Demokraten zu machen, und er erfüllte sein Versprechen; fast täglich brachte er dem Polizeirath Schultz Berichte, welche nicht nur die vom Kaufmann Steinberg gemachten Mittheilungen ergänzten, sondern an Wichtigkeit weit übertrafen.

Hentze war mit dem Dr. Gercke dadurch bekannt geworden, daß Letzterer ihm einen an ihn gerichteten Brief des als politischer Flüchtling in London lebenden Lieutenant a. D. von Willich, eines zuverlässigen Demokraten, übermittelte. Die Bekanntschaft wurde bald eine intimere, denn Hentze verstand es, sich in das Vertrauen des allzu unbefangenen und ehrlichen Gercke einzuschleichen. Er zeigte sich gegen Gercke höchst entgegenkommend, mit großer Offenherzigkeit sprach er sich über seine sehr radikalen demokratischen Gesinnungen aus, gleich beim ersten Besuch Gercke's händigte er diesem 10 Thaler als einen Beitrag zu politischen Zwecken aus. Hentze war offenbar ein sehr wohlhabender Mann, ein radikaler Demokrat, ein Freund Willich's, ja ein Mann, der seiner politischen Gesinnungen wegen schon angeklagt gewesen war, und der auch in der Zeit der Reaktion der demokratischen Partei so treu blieb, daß er sich sogar erbot, dieser mit seinem militärischen Wissen

*) Der amtliche stenographische Bericht über den Ladendorf'schen Prozeß, welcher das authentische Material über die sogenannte Gercke-Ladendorf'sche Verschwörung enthält, ist leider vielfach amtlich zugestutzt; aber selbst in seiner Verstümmelung, trotz des Ersatzes vieler wichtiger Aussagen durch Punkte . . . . ., enthält er doch eine Fülle des Interessanten.

*) Nach dem amtlichen stenographischen Bericht über den Ladendorf'schen Prozeß, dessen Zuverlässigkeit allerdings nicht unzweifelhaft ist. — Es ist wohl möglich, daß Hentze Veranlassung gehabt hat, darüber zu schweigen, ob er schon früher, vielleicht schon in Paris, Verbindungen mit der Polizei gehabt habe.

beizustehen. — Es war sicherlich ein großer Gewinn für die Partei, wenn ihr ein solcher Anhänger zugeführt wurde! — Dies that Gercke, er machte Hentze bekannt mit dem Dr. Falkenthal, der eine große Vorliebe für Feuerwerksfabrikate, für die Herstellung von Raketen und Handgranaten hatte und führte ihn dann auch ein in die Versammlungen der kleinen demokratischen Gesellschaft, welche über die Zukunftsorganisation der Demokratie ihre phantastischen Pläne machte. Hentze wurde bald die Seele dieser Gesellschaft, er feuerte an zur Beschleunigung der Volksbewaffnung, er rieth zu einer Vervollkommnung der Handgranate, er sprach über einen Plan, nach dem im Falle eines revolutionären Kampfes verfahren werden müsse, er regte Ladendorf an, in einer Denkschrift sich über die revolutionären Grundsätze auszusprechen, er machte Reisen nach außerhalb und es gelang ihm, auch in Rostock mehrere Demokraten für die Volksbewaffnung und zur Bestellung von Handgranaten zu gewinnen, kurz, er zeigte sich als das belebende, zur Thätigkeit und zum Handeln antreibende Element der kleinen Versammlungen.

Ueber Alles, was er hörte und erlebte, erstattete Hentze ausführlich Bericht an den Polizeirath Schultz, indem er, um seine Berichte werthvoller zu machen, sie in geeigneter Weise färbte. Nach seinen Berichten bestand in Berlin ein revolutionäres Central-Comité, dessen Plan dahin ging, eine Revolution vorzubereiten, die Republik in Deutschland einzuführen, im Falle des Sieges den König, die königlichen Prinzen und die höchsten Staatsbeamten gefangen zu nehmen und zu ermorden, alle königlichen und prinzlichen Domänengüter zu konfisciren und zum Besten des Staates zu verkaufen u. s. w. u. s. w.

Der Polizei-Präsident war durch Hentze's und Steinberg's Berichte auf das Genaueste unterrichtet über die Personen und die Pläne der kleinen demokratischen Fraktion, welche von Hentze als Revolutionscomité bezeichnet wurde, er wußte genau, wo die geringen Vorräthe der angeschafften Handgranaten und anderer Waffen verborgen gelagert wurden, — er konnte Gercke und seine Freunde in jedem Momente verhaften und, da er sie einer hochverrätherischen Verschwörung für schuldig hielt, dem Staatsanwalt übergeben; aber er that dies nicht, länger als ein Jahr ließ er sie ruhig gewähren, sie waren ihm ja sicher genug, und er hatte gute Gründe dafür, nicht vorschnell zuzugreifen. — Der Verhaftung mußte in diesem Falle die gerichtliche Verurtheilung folgen, sonst hatte die Entdeckung der großen Verschwörung nur geringen Werth; eine Verurtheilung der Verschwörer aber erschien mehr als zweifelhaft, so lange der Prozeß vor einem Schwurgerichtshof verhandelt werden mußte. — Daß die Geschworenen, auch bei der sorgsamsten Auswahl, nicht immer ihr „Schuldig" sprachen, hatten sie bei mehreren politischen Prozessen gezeigt. Das „Nichtschuldig" bei dem berühmten Steuerverweigerungsprozeß stand noch in frischem Andenken.

Im Bürgerthum Berlins lebt ein gesunder, kräftiger Abscheu gegen Spione und Denuncianten; Zeugen wie Hentze und Steinberg konnten vor Geschworenen nicht als glaubwürdig erscheinen; nur ihre Aussagen lagen gegen die Verschwörer vor, und selbst aus diesen Aussagen ging nur hervor, daß die sogenannten Verschwörer sich vorbereiteten, eine etwa in Zukunft ausbrechende Revolution für ihre Zwecke zu benutzen, nicht daß sie selbst eine Revolution hervorzurufen beabsichtigten. — Wie bedenklich auch die Anschaffung von Waffen rc. erscheinen mochte, gesetzlich strafbar war dieselbe nicht, und von einem Schwurgericht war daher ein „Nichtschuldig" zu erwarten. — Erst nach Verweisung der Hochverrathsprozesse an den Staatsgerichtshof erschien um so mehr der Zeitpunkt zu einem energischen Einschreiten für die Polizei gekommen, als sich inzwischen die Verhältnisse wesentlich geändert hatten. Wenn jetzt nicht gegen Gercke und seine Genossen vorgegangen wurde, drohte die ganze von Hentze konstruirte Verschwörung von selbst in nichts zu zerfließen.

Durch den Sieg Louis Napoleons über die Republikaner in Frankreich waren die Hoffnungen der enthusiastischen Demokraten auf eine revolutionäre sich auch über Deutschland verbreitende Bewegung in weite Ferne hinausgeschoben, und es erschien nutzlos, sich auf solche entfernt liegende Eventualität vorzubereiten; Gercke und seine Freunde waren geneigt, ihre fruchtlosen Bestrebungen aufzugeben; sie fühlten sich außerdem auch nicht mehr sicher. Der Verdacht, daß ein Verräther in ihrer Mitte sei, war erwacht und hatte sich gegen Hentze gerichtet, der als Zeuge in dem Kölner Kommunisten-Prozesse eine zweifelhafte Rolle gespielt*)

*) Von den in Köln Angeklagten hatten Bürgers und Nothjung in Berlin Bekanntschaften anzuknüpfen gesucht und zu diesem Zweck im Jahre 1850 auch mich besucht; dies war der Polizei bekannt geworden, und ich wurde deshalb als Belastungszeuge nach Köln citirt, obgleich ich schon bei einer eidlichen Vernehmung in Berlin erklärt hatte, daß ich mich keiner Spezialitäten der während der beiden Besuche stattgefundenen Unterhaltungen nach Verlauf von zwei Jahren zu erinnern vermöchte. — Ich war während meines Aufenthalts in Köln täglich in Hentze's Gesellschaft; da meine Zeugenvernehmung vor der Hentze's stattfand und ich die Erlaubniß erhielt, der ferneren Verhandlung als Zuhörer beizuwohnen, hatte ich Gelegenheit, Hentze's Auftreten als Zeuge zu beobachten. Zu meinem höchsten Staunen ging Hentze in seinen Aussagen weit über die Verpflichtungen hinaus, welche das Gesetz dem Zeugen auferlegt. Er sagte nicht nur, was er wußte, sondern knüpfte an seine Aussagen noch verdächtigende Vermuthungen. — Sein ganzes Auftreten, wie vorsichtig er auch war, erweckte in mir den Verdacht, daß Hentze mit der Polizei in innigster Verbindung stehe. Beweise für meine Anschauung hatte ich nicht; aber ich fühlte doch die Verpflichtung, sofort nach meiner Rückkehr den mir befreundeten Dr. Gercke, von welchem ich wußte, daß er intim mit Hentze verkehre, zu warnen. Gercke glaubte nicht an die Richtigkeit meiner Beobachtung, erst als diese auch von anderer Seite her und durch

und durch seine Aussagen viel zur Verurtheilung Becker's beigetragen hatte.

Hentze wurde von den demokratischen Freunden nicht mehr zu ihren Versammlungen zugezogen, diese fanden überhaupt nur noch selten statt und wären wohl mit der Zeit von selbst ganz eingeschlummert, wenn nicht der Polizei-Präsident von Hinckeldey sich zur rechten Zeit für seine Zwecke entschlossen hätte, jetzt endlich den entscheidenden Schlag zu thun.

Am Sonnabend den 2. März 1853 wurden die Berliner überrascht durch ein großartiges Aufgebot der gesammten Polizeimacht. — Zahlreiche Verhaftungen und Haussuchungen wurden schon am frühesten Morgen in allen Theilen der Stadt vorgenommen. Die Polizei kannte genau die Namen aller derer, welche mit Gercke in irgend einer politischen Verbindung gestanden hatten, aber sie beschränkte sich bei ihren Verhaftungen nicht auf die Wenigen; um der Entdeckung einer demokratischen Verschwörung einen großartigeren Anstrich zu geben, mußte die Zahl der Verhafteten eine möglichst große*) sein; — sie wußte auch genau den Ort, wo in der „Hauschild'schen" Fabrik die beschafften Waffen- und Handgranaten-Vorräthe versteckt waren, ein genauer Plan mit Einzeichnung der Verstecke lag ihr vor, trotzdem aber ließ der Polizei-Direktor Stieber das ganze Haus durchsuchen und sogar das Dach abdecken, um endlich durch das Aufgebot des größten Scharfsinns den bekannten Versteck zu finden. Die Straße, welche zu der Fabrik führte, wurde während der Durchsuchung mit Militär besetzt, fast schien es, als stehe Berlin vor einer neuen Revolution, vor der es jetzt durch die Findigkeit und die Energie der Polizei gerettet werden sollte.

Eine ungeheure Aufregung verbreitete sich in Folge der zahlreichen Verhaftungen in Berlin. — Der Glaube, daß wirklich eine hochgefährliche Verschwörung entdeckt worden sei, war allgemein und wurde genährt durch officiöse Artikel, welche von der Vossischen und der Spenerschen Zeitung verbreitet wurden. Man sprach sogar von der Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin, von weiteren noch viel umfangreicheren Verhaftungen, von großartigen Entdeckungen, die in Folge der Haussuchungen gemacht worden seien; als aber im Verlaufe einiger Wochen die Verhafteten fast sämmtlich wieder entlassen wurden, zeigte es sich, wie übertrieben die umlaufenden Gerüchte gewesen waren. —

Nur zehn Männer blieben endlich noch in der Untersuchungshaft zurück, und es erschien sogar zweifelhaft, ob es möglich sein werde, gegen diese zehn am schwersten Beschuldigten einen Prozeß durchzuführen. — Der Untersuchungsrichter, Herr Schlöttke, hielt die vorliegende Anklage materiell nicht für genügend, er bezeichnete die Zeugen Hentze und Steinberg als unglaubwürdig; — aber es fand sich ein anderer Untersuchungsrichter in der Person des Herrn Holzapfel, der später für seine Verdienste mit der Beförderung zum Direktor des Berliner Stadtgerichtes belohnt wurde. Auch der Staatsanwalt Herr Nörner, der keineswegs für sonderlich bedenklich galt, weigerte sich eine Hochverrathsanklage zu erheben, für ihn übernahm es der Ober-Staatsanwalt Herr Schwark.

Mehr als ein und ein halbes Jahr vergingen, ehe endlich der Prozeß der zehn in der Untersuchungshaft zurückgebliebenen Gefangenen am 16. Oktober 1854 vor dem Staatsgerichtshof unter dem Vorsitz des Appellationsgerichts-Präsidenten Koch zur öffentlichen Verhandlung kommen konnte.

Es war ein trauriger Prozeß, der wieder ein grelles Streiflicht auf die Mittel warf, deren sich die Polizei in jener Zeit im Kampfe gegen die Demokraten bediente.

Die Zeugen Hentze und Steinberg spielten eine klägliche Rolle, die kläglichste der frühere Offizier Lieutenant Hentze, der nach dem Vorbild, welches ihm der berüchtigte Ohm im Waldeckschen Prozeß gegeben hatte, sich mit dem Nimbus eines pflichttreuen Patrioten umgeben wollte. Wie dereinst Ohm, behauptete er, von seinen früheren demokratischen Ansichten zurückgekommen zu sein, seitdem er sich überzeugt habe, von welchen Gefahren der Staat durch die Demokraten bedroht werde. Er habe es für seine Pflicht als Offizier gehalten, die Behörden zu warnen, deshalb sei er auf den Wunsch des Herrn von Hinckeldey eingegangen, deshalb habe er die vertraute Verbindung mit Dr. Gercke und Dr. Falkenthal unterhalten, sei er in das Comité eingetreten und habe er den Demokraten gespielt; aber er habe dies erst gethan, nachdem ihm auch der Kriegsminister von Bonin dazu den ausdrücklichen Befehl ertheilt habe.

---

die Zeitungsberichte über den Kölner Prozeß bestätigt wurden, regten sich auch in ihm Zweifel an der Redlichkeit seines Freundes.

*) Auch ich theilte das Schicksal vieler anderer Demokraten, in jenen Tagen verhaftet zu werden, allerdings nicht unter den ersten, sondern gelegentlich. — Ich brauchte etwas Schreibpapier und wollte dasselbe in dem Laden des Papierhändlers und Leihbibliothekars Müller in der Leipzigerstraße kaufen. Als ich in den Laden trat, empfing mich ein mir unbekannter Herr, ich fragte nach Herrn Müller, erhielt aber statt einer Antwort die Mittheilung, daß ich verhaftet sei. Der Leihbibliothekar Müller war durch seinen Freund Steinberg der Theilnahme an den Waffenanschaffungen verdächtigt und deshalb verhaftet worden, seinen Laden hatte die Polizei als eine sogenannte „Mäusefalle" eingerichtet, — jeder Demokrat, der ihn im Laufe des Tages eines kleinen Einkaufes wegen besuchte, wurde verhaftet und nach der Stadtvoigtei gebracht. Dies Schicksal hatte ich ebenfalls und bald noch einer der bekannten früheren Abgeordneten, Julius Berends. Wir wurden beide zusammen in eine Zelle gesperrt; am folgenden Tage gegen Mittag wurden wir wieder entlassen, auf unsere Frage nach dem Grunde unserer Verhaftung war ein Achselzucken und die Bemerkung, der Beschwerdeweg stehe uns offen, die einzige Antwort. — Anderen mit gleichem Ungrund Verhafteten erging es viel schlimmer, sie mußten zum Theil viele Tage, selbst Wochen in der Haft bleiben, ehe sie entlassen wurden.

Vor einem Schwurgerichtshof würde der Zeuge für unglaubwürdig gehalten worden sein, der Staatsgerichtshof aber erkannte seine Glaubwürdigkeit an, allerdings mit einer Beschränkung, indem er in der Begründung seines Urtheils sagte, daß nur diejenigen belastenden Momente für erwiesen angenommen worden wären, bei welchen der Zeuge Hentze sich keines Widerspruchs schuldig gemacht habe und welche anderweitig noch durch Beweis unterstützt worden seien.

Der Staatsgerichtshof fand neun von den zehn Angeklagten schuldig, vorbereitende Handlungen zu einem Unternehmen begangen zu haben, welches auf die gewaltsame Aenderung der preußischen Staatsverfassung abzielte. Freigesprochen wurde nur einer der Angeklagten, der Schlossermeister Härter, gegen den nichts erwiesen war, als daß er im Auftrag Hentze's zwölf Raketenhülsen angefertigt habe, ohne zu wissen, zu welchem Zwecke. Es wurden zu fünfjährigem Zuchthaus verurtheilt: Dr. Gercke, Dr. Ladendorf und Dr. Falkenthal; zu vierjährigem Zuchthaus Dr. Kollmann, Buchhalter Neo, Kaufmann Levy und Modelltischler Geisler; zu dreijährigem Zuchthaus der Buchhändler Weidle und der Drechsler Pape. —

Mit diesem strengen Strafurtheil war der traurige Prozeß beendet. Dr. Bernstein erzählt in seinem Werk „Die Jahre der Reaktion", daß der Polizei-Präsident von Hinckeldey die Gefangenen, nachdem ihnen der Urtheilsspruch verkündet worden war, mit einem Umweg beim Schloß vorüber nach dem Gefängniß habe zurückführen lassen, und daß der König am Fenster erschienen sei. —

Der Erfolg des Gercke-Ladendorf'schen Prozesses erhöhte noch das Ansehen, in welchem der Polizei-Präsident von Hinckeldey beim Könige stand; aber selbst die große königliche Gunst konnte ihn nicht schützen gegen den Haß, welchen die Kreuzzeitungspartei gegen ihn offen zeigte, als er aufhörte, ihr dienstwilliges Werkzeug zu sein und es wagte, eine eigene, der Junker- und Kreuzzeitungspartei entgegengesetzte Meinung zu haben. Von dem Augenblick an, wo er während des orientalischen Krieges die Kreuz-Zeitung fleißig konfisciren ließ, wenn sie in ihrer ungezügelten Sprache für das Bündniß mit Rußland eintrat, wurde er von der Partei als ihr Feind, als der Bundesgenosse der Liberalen betrachtet und verfolgt. —

Es war ein wunderbares Walten des Schicksals, daß Hinckeldey, so lange er mit allen Mitteln der Gewalt und selbst weit über die gesetzlichen Grenzen hinweggehend, die demokratische Partei verfolgte, immer mehr an Macht und Einfluß wuchs, daß er zum General-Polizeidirektor ernannt wurde und eine der höchsten Stellen im Staate einnahm, daß er aber in demselben Augenblick, in welchem er, treu dem Gesetz, dieses gegen die bisher fast über dem Gesetz stehende Junkerpartei anwenden wollte, — zu Grunde gehen, seinen Tod finden mußte bei der Verletzung des Gesetzes. —

Das Hazardspiel hatte schon seit längerer Zeit in Berlin unter der vornehmen Gesellschaft in erschreckender Weise überhand genommen. Viele junge Edelleute aus den ersten Familien des Landes hatten sich bei demselben moralisch und finanziell ruinirt. — Hinckeldey beschloß, energisch gegen die Spieler vorzugehen. — Die Brutstätte des wildesten Spieles war der Jockey-Klub, dessen Mitglieder dem höchsten Adel angehörten; gegen diesen Klub, der heimlich im Hotel du Nord Unter den Linden seine Spielhölle hielt, schritt der Polizei-Präsident ein, er ließ ihn im „Namen des Gesetzes" durch einen Polizeibeamten auflösen.

Ueber diese Auflösung kam es zwischen einem Mitgliede des Herrenhauses, dem Herrn Hans von Rochow-Plessow, und Herrn von Hinckeldey zu einer peinlichen Auseinandersetzung, in der so beleidigende Worte fielen, daß Herr von Hinckeldey seiner Edelmannsehre nur durch ein Duell glaubte genügen zu können. Der mit der Aufrechterhaltung des Gesetzes betraute höchste Polizeibeamte des Landes beging den Frevel gegen das Gesetz, den Herrn von Rochow auf Pistolen zu fordern.

In der Jungfernhaide bei Berlin, nicht fern vom Försterhause Königsdamm, fand am 10. März 1856 der Zweikampf statt, Herr von Hinckeldey fiel bei demselben.

Unmittelbar vor dem Duell hatte Hinckeldey einen Brief an den König geschrieben, in welchem er diesen um Verzeihung bat, daß er das Duell angenommen habe, ohne die allerhöchste Genehmigung eingeholt zu haben. Bald nach dem Eintreffen dieses Briefes in Charlottenburg, wo der König gerade residirte, kam Herr von Münchhausen, Hinckeldey's Sekundant, und überbrachte dem tieferschütterten König die Nachricht von dem unglücklichen Ausgange des Duells, zugleich übergab er im Auftrage des Verstorbenen die Schlüssel zu einer im Arbeitszimmer Hinckeldey's befindlichen Kassette, in welcher viele königliche Handschreiben und andere wichtige Papiere aufbewahrt waren. Diese Kassette wurde noch an demselben Tage durch den Polizei-Direktor Stieber dem König übermittelt.

Wie tief ergriffen der König von dem Schmerz über den Verlust seines treuen Dieners und Rathgebers war, zeigte er durch die ehrenvolle Theilnahme, welche er dem Todten widmete. Er wohnte der Leichenfeier im Trauerhause bei und vergoß Thränen, als er an dem Sarge stand.

Nicht so tragisch betrachtete die im Herrenhause vereinte Elite der Nation den schrecklichen Tod des Mannes, der von einem ihrer Mitglieder getödtet worden war. Nicht dem Getödteten, sondern dem edlen Hans von Rochow galten die Worte des Bedauerns, mit denen der Fürst von Hohenlohe, der Präsident des Herrenhauses, diesem die Mittheilung von dem Duell und seinem Ausgange machte. Er sagte:

„Meine Herren! Ich habe Ihnen ein betrübendes Ereigniß mitzutheilen. Eines der edelsten

Mitglieder dieses Hauses ist in die traurige Lage gekommen, zu wählen zwischen den Geboten seines Ehrgefühls oder gegen die Gesetze des Landes zu handeln. Derselbe hat, um das Bewußtsein seiner Ehre zu erhalten, gegen die Gesetze des Landes gefehlt. Er hat sich selbst angezeigt und der Behörde überliefert. Der Artikel 84 der Verfassung gestattet der Behörde, ihn zu verhaften. Die Untersuchung geht vor sich. Wir können nur bedauern, den edlen Hans von Rochow, ihn, der durch Verhältnisse gezwungen wurde, so zu handeln, nicht in unserer Mitte zu sehen!"

Als diese Worte in Berlin bekannt wurden, erregten sie eine tiefe Entrüstung. — Herr von Hinckeldey war wahrlich in Berlin nicht beliebt gewesen, aber eine gewisse Achtung hatte ihm doch die Bürgerschaft nicht versagen können. Wie gewaltthätig und oft gesetzverletzend er auch gehandelt hatte, niemals war dies zu seinem eigenen persönlichen Vortheil geschehen. Während das Gerücht ging, daß andere höchste Staatsbeamte ihre einflußreiche Stellung und ihre intime Kenntniß der Verhältnisse zu ihrer Bereicherung mißbrauchten, hatte nie auch nur der leiseste Hauch den reinen Ruf des Polizei-Präsidenten befleckt. Arm, wie er gewesen war, als er sein Amt übernahm, starb er, und doch wäre es ihm sicher ein Leichtes gewesen, selbst ohne direkte Pflichtverletzung sich ein Vermögen zu erwerben. Seine Gewaltthätigkeit verzieh ihm die Berliner Bürgerschaft, hatte er dieselbe doch nicht nur gegen die politischen Feinde, sondern oft auch dann angewendet, wenn es zum Vortheil der Stadt ihm nothwendig erschien, um die schwachen, mit ihren Beschlüssen ewig zögernden städtischen Behörden, den Magistrat und die Stadtverordneten, zu manchen dem allgemeinen Wohl dienenden Einrichtungen zu zwingen. Die ganz verrottete, nichtsleistende Feuerwehr hatte er, gewaltthätig in die Rechte der städtischen Behörden eingreifend, reorganisirt, er hatte es bewirkt, daß Berlin endlich eine Wasserleitung bekommen hatte, die Wasch- und Badeanstalten verdankten ihm ihre Entstehung. — Es lebte in ihm ein tüchtiger Sinn für gemeinnützige Anstalten, und wenn er diesen auch in seiner ihm eigenen gewaltthätigen Weise bethätigte, so hatte er dabei doch stets das allgemeine Beste, nie seinen eigenen Vortheil im Auge. — Solcher Eigenschaften wegen wurde ihm von der Berliner Bürgerschaft viel verziehen, sein schrecklicher Tod söhnte sie mit seinen Fehlern aus, und da jede seinem Andenken dargebrachte Huldigung zugleich ein Protest gegen die Junker- und Muckerpartei war, schlossen sich selbst viele der von ihm stets mit erbittertem Haß Verfolgten den bürgerlichen Ehrenbezeugungen an, welche dem Dahingeschiedenen galten. — Es wurden Sammlungen für seine Familie veranstaltet und mit glänzendem Erfolg durchgeführt. Schon vor dem Begräbnißtage waren mehr als 10 000 Thaler zusammengekommen. —

Siebzehntes Kapitel.

Umschwung in der politischen Stimmung des Berliner Bürgerthums. — Opposition auch in der Landrathskammer. — Das Ehegesetz. — Erkrankung des Königs. — Intriguen am Hof. — Stellvertretung oder Regentschaft? — Der Prinz von Preußen übernimmt die Stellvertretung. — Keine Aenderung im System. — Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm mit der Prinzessin Victoria. — Festesfreude in Berlin. — Fortschreitende Krankheit des Königs. — Uebernahme der Regentschaft durch den Prinzen von Preußen. — Die Eidesleistung des Prinz-Regenten.

Die in den Jahren von 1850 bis 1857 immer höher steigende Macht der Reaktion, der Uebermuth, die Härte und Verfolgungssucht, welche die herrschende Kreuzzeitungspartei gegen alle nur im entferntesten einer freieren politischen oder religiösen Richtung Verdächtigen ausübte, dazu die Trauer über die machtlose Stellung, welche Preußen seit Olmütz in Europa einnahm, hatte nach und nach einen Umschwung in den Gesinnungen des Volkes hervorgerufen, der auch in den höheren Kreisen bemerkbar wurde, und dem sich selbst die gehorsame, gefügige Landraths-Kammer nicht verschließen konnte.

Wie bedeutsam dieser Umschwung in Berlin war, hatte schon das Resultat der Wahlen zum Abgeordnetenhause im Jahre 1855 gezeigt. Trotz des Dreiklassenwahlgesetzes, trotz der Nichtbetheiligung des größten Theiles der Demokratie waren die Wahlen liberal ausgefallen. — Die Bürgerschaft wendete sich mehr und mehr ab von der herrschenden Partei, sie war erfüllt von einer tief wurzelnden Unzufriedenheit, — die völlig besiegte Demokratie flößte ihr keinen Schrecken mehr ein, die Zahl der Verehrer des Ministeriums Brandenburg schmolz mehr und mehr zusammen. Vor allem zuwider war dem stets einer freien religiösen Richtung huldigenden Berlin der Glaubenszwang, den die orthodox pietistische herrschende Partei ausüben wollte, gegen diesen Zwang kämpften in der Presse gerade diejenigen Zeitungen, welche das eigentliche Berliner Bürgerthum vertraten. — Auch die Vossische Zeitung folgte dem Gesinnungsumschwung, der sich in der Bürgerschaft vollzog, sie wendete sich, wenn auch mit der höchsten Vorsicht, doch mehr und mehr der Opposition gegen die Regierung zu.

Wie bedeutsam diese Opposition war, das zeigte im Jahre 1857 eine Verhandlung in der Landrathskammer, der die Berliner mit hochgespannter Aufmerksamkeit folgten, die Verhandlung über eine Reform der Ehegesetzgebung im Geiste der pietistisch orthodoxen Revision.

Ganz dem Gesetz der katholischen Kirche gemäß sollten die freisinnigen Bestimmungen des preußischen Landrechtes aufgehoben werden, nach denen eine tief zerrüttete Ehe vom Richter aufgehoben werden kann. Für die Unlöslichkeit der Ehe, für die Aufhebung der Bestimmungen des „gottlosen" Land-

rechtes kämpfte schon seit Jahren die orthodoxe Partei, begünstigt durch den König Friedrich Wilhelm IV., der schon kurz nach seinem Regierungsantritt (s. Seite 894) dem Staatsrath ein neues Ehegesetz vorgelegt hatte, welches aber von diesem verworfen worden war. Der König hatte seinen Lieblingsplan, eine Reform der Ehegesetzgebung, nicht aufgegeben, er hing an der Reform mit ganzer Seele, und er gab dem Reformplan Ausdruck in einer Vorlage, welche die Regierung im Frühjahre 1857 dem Abgeordnetenhause vorlegte; in diese Vorlage war auch die dem katholischen Gesetze entsprechende Trennung von Tisch und Bett aufgenommen, welche an die Stelle der Ehescheidung treten sollte, wenn die unumgängliche Nothwendigkeit die Lösung der Ehe erforderte.

Im Abgeordnetenhaus entspann sich über das Gesetz ein heftiger Kampf, wie er seit Jahren nicht im Hause ausgetragen worden war. Die äußerste Rechte trat mit höchster Energie für die Vorlage ein, aber schon hatte sich die Zahl derer, die ihr und der Regierung blind folgten, gelichtet. Mit 174 gegen 134 Stimmen wurde das Ehescheidungsgesetz verworfen. — Es war dies die erste Niederlage der Regierung und der orthodox-reaktionären Partei seit langer Zeit, sie bewies, daß der im Volke sich vollziehende Gesinnungsumschwung sich auch schon im Abgeordnetenhaus geltend machte.

Es kann nicht so bleiben, eine Aenderung muß eintreten! Diese Ueberzeugung beherrschte im Jahre 1857 die gesammte Nation, mit Ausnahme der immer mehr zusammenschrumpfenden Kreuzzeitungspartei. — Wie aber diese Aenderung eintreten sollte, das wußte Niemand.

In dieser Zeit einer allgemeinen Unzufriedenheit, einer drückenden politischen Gewitterschwüle verbreitete sich plötzlich im Oktober 1857 das Gerücht in Berlin, der König sei schwer erkrankt, ein Gehirnschlag habe ihn getroffen, sein Geist sei hoffnungslos zerrüttet. — Die amtlichen Nachrichten, welche in den Zeitungen veröffentlicht wurden, sprachen allerdings nur von einem Unwohlsein, sie brachten hoffnungsreiche Darstellungen über den Zustand des hohen Kranken, aber die traurigen Gerüchte verbreiteten sich trotzdem, ja sie schienen sogar eine Bestätigung dadurch zu finden, daß auf ausdrückliche Anordnung des Ministers von Westphalen der Polizei-Präsident Freiherr von Zedlitz diejenigen Zeitungen konfisciren ließ, welche es wagen wollten, das Volk zu beunruhigen durch übertriebene Berichte über die Krankheit des Monarchen, und welche an die Berichte vielleicht gar die Betrachtung knüpften, daß im Fall einer dauernden Krankheit des Königs die Verfassung die Einsetzung eines Regenten erfordere.

Die in Berlin verbreiteten Gerüchte waren nur zu begründet. Schon seit Monaten hatte der Gesundheitszustand des Königs seiner Umgebung zu ernsten Befürchtungen Veranlassung gegeben. — Im Juni 1857 hatte Friedrich Wilhelm IV. eine Kur in Marienbad gebraucht. Nach Beendigung derselben hatte er am 7. Juli bei glühender Hitze eine Reise nach Wien angetreten. — Die rasche Reise, die Aufregung während des Aufenthalts in Wien, die Anstrengung der Rückreise so bald nach der vollendeten Badekur übten auf den König die ungünstigste Wirkung aus. Er wurde plötzlich in Pillnitz krank, Stunden lang lag er in einem Zustand zwischen Träumen und Wachen, ohne die Fähigkeit, sich aussprechen zu können, heftige Aufregung und Ermattung folgten auf einander und ließen das Schlimmste befürchten; aber dieser Zustand dauerte nicht lange, es trat eine Besserung ein, so daß die Rückreise nach Potsdam angetreten werden konnte.

Der König schien vollständig hergestellt, aber daß die Krankheit doch noch in ihm schlummerte, zeigte sich bei manchen Gelegenheiten. Sein getreuer Vorleser, der zum Geheimrath beförderte frühere Hofschauspieler Louis Schneider berichtet, daß der König im August bei den Vorlesungen eine merkwürdige Vergeßlichkeit gezeigt habe, im September habe ihm sogar mitunter das Verständniß für das Vorgelesene gefehlt. — Aber solche Krankheitserscheinungen traten nur vereinzelt auf, der König zeigte gerade in dieser Zeit ein hochgespanntes Interesse und Verständniß für die schwebenden politischen und religiösen Fragen, er schien geistig und körperlich so rüstig wie früher.

Im Anfang Oktober, dem Gerüchte nach am 3. Oktober, nach den amtlichen Nachrichten am 8. Oktober, trat die traurige Katastrophe ein, durch welche der reiche Geist des Königs für immer gelähmt wurde. Eine Hoffnung, daß der Kranke je wieder in den Vollbesitz seiner geistigen Kräfte kommen werde, gab es nach menschlichem Ermessen nicht, wohl konnte er nach der Eigenart der entsetzlichen Gehirnkrankheit noch lange Jahre leben; wenn ihm jede geistige Anstrengung und Aufregung fern blieb, konnte er sich für einige Zeit wieder erholen, um dann nach und nach immer tiefer in die geistige Nacht zurückzusinken.

Die bisher am Hofe herrschende Partei wurde durch die Krankheit des Königs in eine furchtbare Lage versetzt; vergeblich bemühte sie sich, dieselbe durch amtliche Berichte leichter erscheinen zu lassen, als sie wirklich war, vergeblich wurden die Berliner Zeitungen konfiscirt, auswärtige Blätter brachten doch die Wahrheit, denn verborgen konnte der Zustand des Monarchen nicht bleiben, unmöglich konnte das Ministerium für längere Zeit selbstständig die Staatsgeschäfte führen, — die der kranke König nicht mehr zu leiten vermochte.

In der Verfassung war für einen derartigen Unglücksfall durch Bestimmungen der Paragraphen 56 und 58 Fürsorge getroffen. § 56 lautet:

„Wenn der König minderjährig oder sonst dauernd verhindert ist, selbst zu regieren, so übernimmt derjenige volljährige Agnat, welcher der Krone am nächsten steht, die Regentschaft. Er hat sofort die Kammern zu berufen, die in vereinigter Sitzung über die Nothwendigkeit der Regentschaft beschließen."

Eine Ergänzung hierzu enthält der Art. 58 der Verfassung, der wie folgt lautet:

„Der Regent übt die dem Könige zustehende Gewalt in dessen Namen aus. Derselbe schwört nach Einrichtung der Regentschaft vor den vereinigten Kammern einen Eid, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren. Bis zu dieser Eidesleistung bleibt in jedem Falle das bestehende Staats-Ministerium für alle Regierungshandlungen verantwortlich."

Nach diesen Verfassungsparagraphen hatte der Prinz von Preußen, der älteste Bruder des Königs, das Recht, die Regentschaft zu übernehmen, um als Prinz-Regent zwar in des Königs Namen, aber mit voller königlicher Selbständigkeit zu regieren. Nahm der Prinz dies Recht in Anspruch, dann fühlte die herrschende Partei sich verloren, sie wußte, daß mit dem Regierungsantritt des Prinzen von Preußen ihre Macht zu Ende sei, — deshalb klammerte sie sich an die Hoffnung, daß noch eine Besserung in dem Befinden des Königs möglich sei, deshalb verbreitete sie die gefärbten Krankheitsberichte, denn so lange eine Wiederherstellung des Kranken möglich erschien, konnte die Verhinderung des Königs, selbst zu regieren, nicht, wie § 56 der Verfassung es erforderte, als dauernd betrachtet werden. War die Behinderung des Königs nur eine augenblickliche, dann konnte der Monarch für die Zeit seiner Behinderung einen Stellvertreter einsetzen, dieser regierte dann nicht in seinem Namen, sondern in seinem Auftrage; der Stellvertreter hatte nicht die volle königliche Selbständigkeit, er mußte die Regierung im Geiste des Königs führen, ein Bruch mit dem bisher herrschenden System konnte von ihm nicht ausgehen. — Eine solche Stellvertretung herbeizuführen, war die herrschende Partei bemüht, aber dieselbe war nur dann möglich, wenn der König selbst seinen Stellvertreter ernannte; er konnte dies jedoch nur thun, wenn er dispositionsfähig war.

Der Prinz von Preußen hätte die Intriguen, welche in jenen Tagen am königlichen Hofe spielten, durch ein Machtwort durchbrechen können; er that es nicht. Mit der ihm eigenen treuen Gewissenhaftigkeit nahm er Anstand, so lange auch nur noch eine denkbare Möglichkeit für eine Besserung im Zustande des Königs vorhanden war, die verfassungsmäßige Regentschaft zu übernehmen. Er erklärte sich zur Stellvertretung bereit*), wenn der König sich innerhalb eines Monats soweit geistig erhole, daß er im Stande sei, eine Disposition zu treffen.

Ein solcher Zeitpunkt trat bald ein. Am 23. Oktober 1857 konnte Friedrich Wilhelm IV. das Dekret unterzeichnen, durch welches er dem Prinzen von Preußen die Stellvertretung übertrug. Es lautete:

„Da Ich nach Vorschrift der Aerzte Mich wenigstens drei Monate von allen Regierungsgeschäften fern halten soll, so will Ich Ew. Königlichen Hoheit und Liebden, wenn nicht wider Erwarten Meine Gesundheit wiederum früher befestigt werden sollte, während dieser drei Monate Meine Stellvertretung in der oberen Leitung der Staatsgeschäfte übertragen. Ew. Königlichen Hoheit und Liebden ersuche Ich hiernach, das Erforderliche zu veranlassen.

Sanssouci, den 23. Oktober 1857.

Friedrich Wilhelm.

v. Manteuffel. v. d. Heydt. Simons.
von Raumer. v. Westphalen. v. Bodelschwingh.
von Massow. Graf Waldersee. von Manteuffel II.

Ob der König wirklich am 23. Oktober soweit Herr seiner Kräfte war, um die volle Tragweite seiner Unterschrift zu ermessen? Es wurde in jenen Tagen von Vielen bezweifelt und die Behauptung aufgestellt, daß ihm die Hand zur Herstellung der Unterschrift habe geführt werden müssen; dieser Behauptung aber widerspricht das von drei berühmten und gewissenhaften Aerzten unterzeichnete Bülletin über das Befinden des Königs, welches am 24. Oktober Vormittags 11 Uhr ausgegeben wurde. Es lautete:

„In den letzten 24 Stunden ist das Befinden Sr. Majestät in hohem Grade befriedigend.

Dr. Schönlein. Dr. Grimm. Dr. Weiß."

Der Prinz übernahm die ihm übertragene Stellvertretung, er zeigte dies dem Staatsministerium in dem folgenden Erlaß an:

„Dem Staats-Ministerium lasse Ich in der Anlage das Original einer von Sr. Majestät dem Könige an Mich gerichteten Allerhöchsten Ordre mit der Weisung zugehen, dieselbe nebst Meinem gegenwärtigen Erlasse durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

In Beziehung auf die von des Königs Majestät Mir aufgetragene und von Mir übernommene Stellvertretung erkläre Ich hiermit, daß es Mein fester Wille ist, unter gewissenhafter Beobachtung der Landes-Verfassung und der Landes-Gesetze nach den Mir bekannten Intentionen Seiner Majestät Meines Königlichen Bruders und Herrn so lange die Regierungsgeschäfte zu führen, als Seine Majestät dies für erforderlich erachten. Ich erwarte, daß das Königliche Kriegsheer, die Beamten, sowie alle Unterthanen Sr. Majestät Mir schuldigen Gehorsam leisten und namentlich die Staatsminister sich allesammt und jeder einzelne ihrer vollen Verantwortlichkeit bewußt bleiben werden. Die Geschäfte sind sowohl im Staats-Ministerium und in den einzelnen Ministerien, als auch im Militair- und Civil-Cabinet in demselben Gange fortzuführen, wie es bisher geschehen ist; die Adresse der Immediat-Berichte und Eingaben bleibt die bis-

---

*) Nach den Mittheilungen auswärtiger Blätter, auf welche die Berichterstattung über jene Tage angewiesen ist, da die preußischen Zeitungen nur amtliche, d. h. im Geiste der herrschenden Partei gefärbte Nachrichten verbreiten durften.

herige, und die Vollziehung der Ausfertigung erfolgt unter der Unterschrift:

„Im Allerhöchsten Auftrage Sr. Majestät des Königs:
Prinz von Preußen."

Ich bitte Gott, daß er Mir die Kraft und den Segen verleihen möge, diese Stellvertretung zur Zufriedenheit Sr. Majestät des Königs und zum Heile des Landes zu führen, und daß die Wiederherstellung der zu Meinem und des Landes tiefstem Schmerze erschütterten Gesundheit Meines Königlichen Herrn Mich bald einer Aufgabe überheben möge, welche Ich in Gemäßheit Königlichen Befehles in Hinblick auf Meine Pflichten gegen das Vaterland übernehme.

Berlin, den 24. Oktober 1857.

Prinz von Preußen."

Es war dem Prinzen gewiß schwer geworden, die wenig freudenvolle Stellung eines Stellvertreters zu übernehmen, er sprach dies in der ihm eigenen einfachen Weise in einem Brief*) an Alfred von Reumont aus:

„Sanssouci 10. 11. 57. Für Ihr freundliches Schreiben vom 4. d. M. sage ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank. Es ist ein schweres Verhängniß, welches unsere Familie und das ganze Vaterland getroffen hat.

Es geht mit der Genesung des Königs langsam vorwärts, und namentlich seit einigen Tagen ist die zusammenhängende Klarheit auffallend im Zunehmen, so daß schon ganze und mehrere Sätze ohne Trennung gesprochen werden, welche letzteren sich auf Oertlichkeiten und Namen hauptsächlich beziehen. Ob noch für den Winter die italienische Küste, Venedig, Nizza aufgesucht werden wird, ist ganz unsicher; wenn dies der Fall, so, hoffe ich, zieht man Sie in die Gesellschaft des Königs, da gerade Ihr Umgang demselben ersprießlich sein würde, da Sie es verstehen würden, seinem lebendigen Geiste Nahrung zu gewähren, ohne ihn zu überlasten, was vor allem vermieden werden muß, noch auf lange!

Meine Stellung ist gewiß ein Opfer zu nennen, das ich dem König und dem Staate bringe, denn leicht ist dieselbe wahrlich nicht und wird auch wenig lohnend sein, da der eigene Wille ganz gebunden ist.

Ihr Prinz von Preußen."

Der Prinz von Preußen hatte die Regierung übernommen. — Der Intention des Königs und der Verfassung getreu zu regieren, hatte er versprochen; durch dieses Versprechen war er gebunden, — es konnte und durfte kein Systemwechsel erfolgen, so lange er nur der Stellvertreter seines königlichen Bruders war.

Das Ministerium blieb unverändert, selbst der Minister von Westphalen, der treueste Bannerträger der Kreuz-Zeitung und der Minister von Raumer, der energische Vorkämpfer für die orthodox-kirchliche Reaktion, blieben in ihren Aemtern und wirkten in gewohnter Weise. Nur durch kleine Züge zeigte es sich, daß ein Wechsel in der Spitze des Staates eingetreten war. Die kleinlichen Verfolgungen, welche bisher alle liberalen Elemente durch die Polizei erduldet hatten, hörten auf, auch die Andachtstunden der freien Gemeinde wurden auf besonderen prinzlichen Befehl fortan nicht mehr durch die Polizei überwacht.

Wie gering auch der Fortschritt war, der sich in solchen Anordnungen zeigte, er wurde dennoch vom Volke Berlins freudig begrüßt. Voll Hoffnung blickte das Volk in eine bessere Zukunft, es war erfüllt von Dankbarkeit und Verehrung für den Prinzen von Preußen, — das beste Zeugniß für seine Gefühle war die Theilnahme und die allgemeine Freude, welche sich in Berlin ungeheuchelt kundgab, als Prinz Friedrich Wilhelm, der Sohn des Prinzen von Preußen und künftige Thronfolger, mit seiner jungen Gemahlin, der Prinzessin Viktoria, seinen Einzug in Berlin hielt. —

Am 25. Januar 1858 hatte in London die Vermählung des Prinzen Friedrich Wilhelm mit der Prinzeß Royal Viktoria unter glänzenden Feierlichkeiten stattgefunden. Auch in Berlin war der Vermählungstag festlich begangen worden. Um $2^{1}/_{2}$ Uhr Nachmittags am 25. Januar gab der Donner der im Lustgarten aufgestellten Geschütze den Berlinern die Kunde, daß die Vermählung vollzogen sei; sofort sendete der Magistrat einen telegraphischen Glückwunsch an den Prinzen nach London. Mit einer Reihe von offiziellen Diners und Bällen, mit Festvorstellungen in sämmtlichen Theatern und einem Ehren-Preisschießen der Berliner Schützengilde wurde offiziell und offiziös der Vermählungstag gefeiert, — die große Masse des Volkes aber konnte an solchen Festlichkeiten nicht Theil nehmen, ihre Freude und ihre Theilnahme vermochte sie erst an dem Tage zu zeigen, an welchem der Prinz mit seiner jungen Gemahlin seinen Einzug in Berlin hielt.

Schon vom Vermählungstage an rüsteten sich die Berliner, die Neuvermählten zu empfangen; daß dieser Empfang nicht nur ein glänzender, sondern auch ein herzlicher sein müsse, darüber waren alle Parteien in Berlin einig. Der Empfang sollte der allgemeinen Freude Ausdruck geben, welche das Volk über die Verbindung seines künftigen Königs mit der Prinzeß Royal von England empfand. Es sah in dieser Verbindung eine Loslösung Preußens von dem unheilvollen russischen Einfluß, es knüpfte an dieselbe schöne Hoffnungen für die künftige Entwickelung des Konstitutionalismus im Vaterlande.

Große Vorbereitungen wurden für den Einzug des Prinzen und seiner jungen Gemahlin in Berlin getroffen; die Häuser wurden mit Fahnen, Flaggen und Blumenguirlanden geschmückt, die Gewerke und Innungen holten ihre alten Standarten und Innungszeichen hervor, sie wollten nach alter Sitte das junge fürstliche Ehepaar empfangen. Die städtischen Behörden, — nach langer Zeit zum

*) Aus König Friedrich Wilhelm IV. gesunden und kranken Tagen von Alfred von Reumont.

ersten Male wieder ganz dem Geist der Berliner Bevölkerung entsprechend, traten an die Spitze der Festvorbereitungen.

Am Morgen des 8. Februar schien die Sonne vom wolkenlosen Himmel klar herab auf die festgeschmückte Stadt Berlin. Trotz der grimmigen Kälte herrschte ein reges Leben auf den Straßen Berlins. Die geschäftliche und gewerbliche Thätigkeit war fast ganz eingestellt, alle Bureaux, alle Schulen und die meisten Läden und Werkstätten waren geschlossen, aber durch die Straßen zogen zu Tausenden nach den Linden und nach dem Thiergarten die festgeschmückten Bewohner der Stadt. Wer das Geld hatte, sich ein Billet für die zur besseren Uebersicht des Einzugs erbaute, reich geschmückte Tribüne zu kaufen, that es gewiß, die große Volksmasse aber bildete Spalier auf dem ganzen Wege, den von Schloß Bellevue an das einziehende junge Paar nach dem Schloß nehmen mußte.

Am 4. Februar hatte der Prinz mit seiner Gemahlin auf der Rückreise die preußische Grenze erreicht, in allen Städten, durch welche er reiste, war er mit glänzenden Festlichkeiten empfangen worden. Am 8. Februar, Morgens 9½ Uhr, verließ er Potsdam, um im Wagen direkt nach Schloß Bellevue zu fahren und von hier aus seinen Einzug in Berlin zu halten.

In Schloß Bellevue wurde das junge Paar von dem kranken König, der von Charlottenburg gekommen war, empfangen, erst nachdem der König Bellevue verlassen hatte, stieg es in den bekannten mit acht Rappen bespannten, vergoldeten königlichen Staatswagen, und nun begann der festliche Einzug, von welchem wir eine kurzgefaßte Schilderung*) dem Werke „Friedrich Wilhelm, Kronprinz des deutschen Reiches und von Preußen, von Hermann Hengst“ entnehmen, sie lautet:

„In dem mit acht Rappen bespannten, goldenen königlichen Staatswagen nahmen der Prinz und die Prinzessin Platz, während der Hofstaat und die Adjutanten in fünf prächtig geschirrten Wagen theils voranfuhren, theils folgten. Eine Escadron der Gardes du Corps ritt unmittelbar vor und hinter dem fürstlichen Paare, während Garde-Dragoner die glänzende Reihe eröffneten und schlossen. Am kleinen Stern setzten vierzig Postillone, das Schlächtergewerk und die Kaufmannschaft sich an die Spitze des Zuges, der dem festlich geschmückten Brandenburger Thore sich näherte. Nachdem vor demselben die Meldung des Generalfeldmarschalls v. Wrangel, als Gouverneurs von Berlin, des Kommandanten General-Majors v. Alvensleben und des Polizei-Präsidenten Freiherrn v. Zedlitz-Trützschler entgegengenommen war, überschritt 10 Minuten vor 2 Uhr das erlauchte Paar die Grenze der Stadt und fuhr durch das Thor, während die Kanonen ihren ehernen Gruß sandten und von den Thürmen das Festgeläute der Glocken erklang. Im Namen der Hauptstadt entbot auf dem Pariser Platz der Oberbürgermeister Krausnick, umgeben vom Bürgermeister Naunyn, dem Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Esse und dessen Stellvertreter Krebs ehrfurchtsvollen Willkommengruß, den der Prinz huldreich erwiderte. Der schöne Platz selbst und die Linden, in deren Mitte sich der Festzug langsam bewegte, waren auf das Prächtigste geschmückt; die Gewerke mit ihren Fahnen und Innungsabzeichen, die Studenten und Schützen bildeten an den inneren Seiten Spalier. Die rauschende Musik der Eskorte ging unter in dem begeisterten Jubelsturme der ungezählten Tausende, welche vom Thore bis zum Schlosse die weiten Plätze, Straßen und Tribünen, die Balkone, Fenster und Dächer füllten. Wie schnell war der lange und doch so kurze Weg zurückgelegt, als der goldene Staatswagen durch Portal V in den Schloßhof einfuhr, wo eine Kompagnie des 2. Garde-Regiments z. F. die militärischen Ehren erwies. Am Fuße der Wendeltreppe stand der Prinz von Preußen; freudig mochte das treue Vaterherz schlagen, als er hier den geliebten Sohn empfing, die theure Tochter die Marmorstufen hinaufgeleitete nach dem Schweizersaale, wo der neuen Blüthe am Hohenzollernstamme die Prinzessinnen entgegentraten. Durch die Reihen der Hofstaaten, der Minister und Generale, die in den Paradevorkammern zusammengetreten waren, schritt das erlauchte Paar bis zur rothen (drap d'or) Kammer, um hier der Königin Elisabeth zu huldigen. Nach beendigter ceremoniöser Begrüßung trat, von brausendem Jubel empfangen, das erlauchte Paar auf den Balcon, um sich dem Volk zu zeigen und den Vorbeimarsch der Gewerke zu sehen. Die Galatafel war im weißen Saale aufgebaut; der Prinz von Preußen trank, nachdem er erst der Souveräne gedacht, „auf die glückliche Alliance zwischen Großbritannien und Preußen und das hohe neuvermählte Paar“. In der Abendstunde hielten der Prinz und die Prinzessin noch eine Rundfahrt durch die glänzend beleuchtete, freudig erregte Stadt.“

Eine solche Illumination, wie an jenem Abende, hat in Berlin selten stattgefunden. Da waren in der ganzen, großen Stadt nur wenige Fenster dunkel, selbst in den ärmsten Stadtvierteln, in den entlegensten Straßen strahlten die Häuser im festlichen Lichterglanz. Gerade diese Allgemeinheit der Illumination gab den besten Beweis, daß alle Klassen der Berliner Bevölkerung Theil nehmen wollten an der Feier des schönen Festes. —

Die Festesfreude war verrauscht, aber die gehobene hoffnungsreiche Stimmung im Volke erhielt sich, — sie wurde nicht beeinträchtigt dadurch, daß in der Regierung fast keine Veränderung eingetreten war, daß der Minister von Westphalen nach wie vor mit eisernem Drucke jede freie Meinungsäußerung der Presse niederhielt, daß er die Zeitungen,

*) Die Freunde einer detaillirten Beschreibung derartiger Festlichkeiten finden sie in einem ziemlich starken Buche, welches unter dem Titel: „Preußens und Englands neuester Fest- und Freudentag von Georg Friedrich Bandow“ 1858 erschienen ist.

welche daran mahnten, daß nach der Verfassung eine langandauernde Stellvertretung des Königs unzulässig sei, unbarmherzig confisciren ließ. Selbst die vorgeschrittenen Liberalen erkannten die Schwierigkeiten an, mit welchen der Prinz-Stellvertreter zu kämpfen hatte, daß er ohne seinen Worten untreu zu werden nicht wohl einen Systemwechsel eintreten lassen konnte. — Man hoffte auf eine bessere Zeit, welche eintreten werde, wenn der Prinz die Regentschaft übernehmen werde.

Diese Zeit konnte nicht fern sein. Hatte auch das körperliche Befinden des Königs sich einigermaßen gebessert, — man sah ihn oft in Begleitung der Königin im Thiergarten und in den Straßen Berlins umherfahren, — so hörte man doch die traurigsten Nachrichten über den Geisteszustand des kranken Fürsten. Auch die Hoffnung, daß er durch einen längeren Aufenthalt in frischer, gesunder Gebirgsluft vielleicht geistig und körperlich erstarken werde, war gescheitert. Ein längerer Aufenthalt während des Sommers 1858 in Tegernsee hatte auf den König keine geistbelebende Wirkung ausgeübt. —

Alfred Reumont, der dem König sehr nahe stand, war nach Tegernsee gekommen, um den kranken Fürsten zu besuchen. Er erzählt:

„Die königliche Familie kehrte gegen Abend von einer längeren Spazierfahrt zurück, und ich ging um acht Uhr ins Schloß, um mich vorzustellen. Man versammelte sich eben zum Thee in den schönen Räumen des ersten Geschosses, als ich eintrat. Der König kam mir entgegen, begrüßte mich herzlich und sagte völlig zusammenhängend, er freue sich, daß ich gekommen sei, er habe Schweres durchgemacht, fühle sich aber wohler. Ich war tief bewegt bei diesem Wiedersehen. Der König sah wohl aus, während nur sein Blick mir etwas trüber als gewöhnlich vorkam; seine Bewegungen waren völlig frei, seine Haltung gut. — — — — — — In den ersten Tagen des Aufenthalts in Tegernsee schien eine merkliche Besserung im Zustand des Königs eingetreten zu sein. Er fühlte sich bei weitem freier, war heiterer, in seiner Rede war mehr Fluß und Zusammenhang. Die Königin und Alle um ihn gaben sich der lebendigsten Hoffnung hin. Aber der Fortschritt blieb aus. Wechselnde Stimmung trat ein, auf größere Klarheit folgte wieder ein Sinken; die Traurigkeit, welche vom Beginn der Krankheit an ein Merkmal derselben gewesen war, nahm zu Zeiten überhand. Dennoch war das Befinden ein solches, daß die Hoffnung der Genesung nicht aufgegeben zu werden brauchte. Aehnliche Zustände, wie man sie hier bemerkte, haben sich in solchen Fällen oft genug wiederholt. Das zunächst bemerkbare Zeichen der Störung war das Verwechseln der Worte, welches mit der eintretenden Verwirrung in den gut und klar begonnenen Sätzen zusammenhing. Hiermit war auch Schwierigkeit des Verstehens in größerem oder geringerem Maße verbunden. Mehr als auf anderes bezog sich Beides auf Eigen- und Ortsnamen, sowie auf Zahlen. Die Umgebung des Königs hatte sich mit Papierblättern und Bleistift versehen, um dann, wenn ein Name schwer verstanden wurde, denselben aufzuschreiben, worauf das Verständniß sogleich erfolgte. Denn die Idee war klar, das Gedächtniß war sozusagen ungeschwächt, der Zusammenhang fehlte nicht, wohl aber das Vermögen des Ausdrucks. Der König empfand es nur zu sehr, und dies war der Grund der Trauer, die auf ihm lastete. Es war wie eine Wolke über seiner Stirn, die er mit der Hand zu verscheuchen versuchte. Die Anstrengungen, die er machte, seiner Rede Klarheit zu verleihen, waren zu Zeiten so groß wie peinlich, denn er ließ nicht ab, bis er sich möglichst verständlich gemacht hatte. In freier Luft war ihm am wohlsten; das Vorlegen bildlicher Darstellungen förderte die Unterhaltung am meisten, indem sie ihm auch das Finden des Ausdrucks zu erleichtern schien. Die Welt, die ihn umgab, äußerte auf sein Inneres noch auf lange hin einen belebenden Eindruck, und es war, als ob ein Sonnenstrahl auch noch anders als durch das Auge in ihn dränge."

Die Hoffnungen, zu denen der Aufenthalt in Tegernsee anfangs zu berechtigen schien, erfüllten sich nicht, der König kehrte nach Sanssouci zurück körperlich wohl etwas rüstiger, aber ein geistiger Fortschritt war nicht eingetreten und auch nicht mehr zu erwarten.

Fast ein Jahr war vergangen, seit der Prinz von Preußen die immer wieder auf drei Monate verlängerte Stellvertretung übernommen hatte. War es möglich, dieselbe noch länger fortdauern zu lassen? — Den Bestimmungen der Verfassung mußte zu diesem Zweck Gewalt angethan werden, denn es ließ sich jetzt nicht mehr bezweifeln, daß die Krankheit des Königs eine dauernde sei. — Selbst die Minister waren, Herrn von Westphalen ausgenommen, jetzt der Ueberzeugung, daß die Einsetzung einer verfassungsmäßigen Regentschaft eine Nothwendigkeit sei, und immer lauter erhob sich in der Presse die durch die zahlreichen Zeitungsconfiscationen nicht mehr zu unterdrückende Forderung, daß die verfassungswidrige Stellvertretung ein Ende finden müsse.

Auch die Königin erkannte, wie Alfred von Reumont uns erzählt, diese Nothwendigkeit. — Sie übernahm es, dem König dies zu eröffnen und ihn zur Unterzeichnung eines Erlasses zu bewegen, durch welchen der Prinz von Preußen zur Uebernahme der Regentschaft aufgefordert wurde, und hierdurch den Prinzen zu entbinden von der Erfüllung der traurigen Pflicht, die Regentschaft aus eigenem Recht anzutreten.*)

---

*) Die auswärtigen Zeitungen erzählten von Intriguen, welche die einst allmächtige Kamarilla im Einverständniß mit dem Minister von Westphalen gespielt haben soll, um gegen die Regentschaft des Prinzen von Preußen zu wirken. — Ob diese Erzählungen irgend einen wahren Kern haben, ist bis jetzt noch nicht zu übersehen. Vielleicht bringt eine spätere Zeit uns Enthüllungen über Vorgänge, welche heut noch verschleiert sind.

Am 7. Oktober 1858 unterzeichnete der König den Erlaß, ob mit dem vollen Bewußtsein der Bedeutung desselben, muß dahingestellt bleiben. Das folgewichtige Schriftstück lautete:

„Ew. Königl. Hoheit und Liebden haben Mir in dem seit Meiner Erkrankung verflossenen Jahre durch Meine Stellvertretung in den Regierungs-Geschäften eine große Beruhigung gewährt, wofür Ich Ihnen auf das Innigste danke. Da Ich aber nach Gottes Rathschluß durch den Zustand Meiner Gesundheit jetzt noch verhindert bin, Mich den Regierungs-Geschäften zu widmen, die Aerzte auch für den Winter Mir eine Reise nach südlicheren Gegenden verordnet haben, so ersuche Ich, bei dieser Meiner immer noch fortdauernden Verhinderung, die Regierung Selbst zu führen, Ew. Königl. Hoheit und Liebden, so lange bis Ich die Pflichten Meines Königl. Amtes wiederum Selbst werde erfüllen können, die Königliche Gewalt, in der alleinigen Verantwortlichkeit gegen Gott, nach bestem Wissen und Gewissen in Meinem Namen als Regent ausüben und hiernach die erforderlichen weiteren Anordnungen treffen zu wollen. Von den Angelegenheiten Meines Königlichen Hauses behalte Ich diejenigen, welche Meine eigene Person betreffen, Meiner eigenen Verfügung vor.

Sanssouci, den 7. Oktober 1858.

gez. Friedrich Wilhelm."

Alle Minister hatten den Erlaß gegengezeichnet, nur Herr von Westphalen hatte sich dessen geweigert, — er nahm zur größten Freude aller freigesinnten Männer im Lande seine Entlassung, nur die Kreuzzeitung weinte ihm eine Thräne nach. Er wurde ersetzt durch den keineswegs freisinnigen, aber als ein redlicher, gewissenhafter, gesetzestreuer Mann bekannten Herrn von Flottwell.

Am 9. Oktober verkündete der Prinz von Preußen, daß er in Folge der Aufforderung Sr. Majestät des Königs und auf Grund des Artikels 56 der Verfassung die Regentschaft übernehme, er berufe auf Grund desselben Verfassungsparagraphen zugleich beide Häuser des Landtages, das Herrenhaus und das Abgeordnetenhaus, zum 20. Oktober nach Berlin.

Die Freude, mit welcher die Regentschaft im ganzen Lande und vorzugsweise in Berlin begrüßt wurde, ist schwer zu beschreiben; sie äußerte sich nicht in lauten Jubelausbrüchen, wohl aber gab sie sich kund in der Presse und in zahlreichen Adressen, von denen eine auch die städtischen Behörden Berlins an den Prinzen richteten, um ihrer tiefsten Verehrung, Liebe und Treue für den Regenten, von dem das Vaterland die Segnungen einer gerechten, milden, weisen und starken Regierung hoffe, einen Ausdruck zu geben.

Noch vor dem Zusammentritt des Landtages zeigte sich schon, daß ein anderer Geist die Regierung beseele. Die Zeitungsconfiscationen hörten plötzlich auf, der Ober-Staatsanwalt Schwarck, der bisher der treueste Bannerträger der Reaktion, der willfährigste Hilfeleister der Polizei gewesen war, verkündete, er werde darauf achten, daß die Polizei auf's Schnellste die zu Unrecht confiscirten Zeitungen wieder freigebe. Ein Rescript des Ministers des Innern von Flottwell an die Regierungen mahnte diese, ungebührlicher Einwirkung von Beamten auf die Wahlen entgegenzutreten. — Es sei allerdings wünschenswerth, wenn die im Beamtenstande enthaltene Intelligenz auf dem Landtage verhältnißmäßig vertreten sei, aber kaum sei es ersprießlich, wenn dies in zu starkem Maße der Fall sei, und namentlich wenn zu viel Landräthe gewählt würden.

Am 20. Oktober trat der Landtag*) in Berlin zusammen, um in vereinigter Sitzung des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses über die Nothwendigkeit der Regentschaft zu beschließen. Am 25. Oktober wurde einstimmig und ohne Diskussion diese Nothwendigkeit beschlossen. Mit diesem Beschluß, fast dem einzigen, der die volle Zustimmung des ganzen Landes fand, endete der Reactionslandtag seine ruhmlose Thätigkeit, nur noch einmal versammelte er sich am folgenden Tage, am 26. Oktober 1858, im Weißen Saale des Schlosses, um Zeuge der Eidesleistung des Prinz-Regenten zu sein.

Ohne irgend eine Bedingung, ohne irgend einen Vorbehalt leistete der Prinz-Regent den Eid auf die Verfassung mit folgenden Worten:

„Ich, Wilhelm, Prinz von Preußen, schwöre hiermit als Regent vor Gott, dem Allwissenden, daß Ich die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen regieren will, so wahr mir Gott helfe!"

Nach der Eidesleistung des Prinz-Regenten wurde der Landtag geschlossen. —

Achtzehntes Kapitel.

Sinken der Bedeutung Berlins seit 1848. — Einwohnerzahl. — Kleinstädtische Einrichtungen in Berlin. — Räumliche Ausdehnung. — Die konservativen städtischen Behörden. — Die Stadtverordneten-Versammlung als Vertretung der Hausbesitzer. — Drückende Lage der Hausbesitzer. — Kleinliche Sparsamkeit. — Gewaltthätige Reformen des Polizei-Präsidenten. — Die neue Feuerwehr. — Die englische Wasserleitung. — Die Straßenreinigung. — Straßenbesprengung. — Straßenpflasterung. — Straßenbeleuchtung. — Volksschulen. — Höhere Lehranstalten.

Die Reaktion, welche der sich überstürzenden Freiheitsbewegung des Jahres 1848 folgte, hatte ihren lähmenden und hemmenden Einfluß auch auf die kommunale Entwickelung der Stadt Berlin ausgeübt. — Als Berlin sich im Jahre 1848 an

---

*) Der Kladderadatsch begrüßte in heiterer Lust die Abgeordneten mit den Worten: „Ihr naht Euch wieder, schwankende Gestalten!"

die Spitze der das ganze Land durchdringenden freiheitlichen Bewegung stellte, als die Abgeordneten aus allen Provinzen hier zusammenkamen, wurde die Hauptstadt Preußens erst wirklich der Mittelpunkt des gesammten politischen Lebens im Lande. Berlin erhob sich zur wirklichen Landeshauptstadt, nur in ihr konnten die Geschicke Preußens entschieden werden.

Diese schnell gewonnene Bedeutung verlor Berlin ebenso schnell wieder, als die National-Versammlung nach Brandenburg verlegt wurde und der König in Potsdam seine dauernde Residenz nahm. Zwar tagten die Kammern wieder in Berlin, aber sie hatten nicht mehr die Bedeutung der aufgelösten National-Versammlung. Seit sie kaum mehr etwas anderes waren, als die willfährigen Organe der Regierung, — seit das Volk in seiner großen Masse sich nicht mehr an den Wahlen betheiligte, war das allgemeine Interesse für sie verloren gegangen, — sie konnten der Landeshauptstadt die schnell gewonnene und schnell verlorene Bedeutung nicht wieder geben.

Viele reiche Familien, welche die Hauptstadt zu ihrem Wohnsitz gewählt hatten, um hier angenehm zu leben, waren aus derselben geflüchtet, aus Furcht vor den Revolutionsstürmen des Jahres 1848, andere der freisinnigen Partei angehörige hatten die Stadt verlassen, weil sie sich unheimlich fühlten unter der Herrschaft des Belagerungszustandes und später unter dem Hinckeldey'schen Polizeiregiment, — der früher so starke Zuzug wohlhabender Leute aus den Provinzen nach Berlin hatte sich wesentlich vermindert, — die unheimliche Stadt bot keinen besonderen Reiz mehr für die Uebersiedelung.

An Einwohnerzahl war trotzdem die Stadt gestiegen, im Jahre 1847 hatte sie gehabt:

	410 949	Einwohner
1848:	420 630	"
1850:	427 289	"
1852:	432 720	"
1855:	440 122	"
1858:	458 637	"

So war Berlin seiner Einwohnerzahl nach herangewachsen zur größten Stadt Deutschlands nächst Wien; aber in seiner kommunalen Entwickelung hatte es nicht Schritt gehalten mit den übrigen größeren deutschen Städten, es war vielfach weit hinter denselben zurückgeblieben in den großstädtischen Einrichtungen. Es hatten sich in Berlin Einrichtungen erhalten, welche an die Zustände in kleinen Städten erinnerten, und welche die preußische Hauptstadt zum allgemeinen Spott machten. — Nur in wenigen größeren deutschen Städten waren die Straßen so schlecht gepflastert, herrschte in denselben ein solcher Schmutz, war des Nachts die Beleuchtung eine so jammervolle, wie in Berlin.

Berlin war eine Kleinstadt geblieben trotz der Einwohnerzahl von fast einer halben Million, trotz der immer weiter um sich greifenden Ausdehnung und obwohl große neue Stadttheile innerhalb und außerhalb der Ringmauern entstanden waren. Vom Jahre 1847 an war das sogenannte Köpnickerfeld der städtischen Bebauung erschlossen worden, und seitdem hatten sich, weit in dasselbe hinein, einen bevölkerten Stadttheil bildend, die neuen Straßen erstreckt, auch im Süden und Westen waren neue Vorstädte erstanden, die aber zum Theil noch nicht dem städtischen Weichbild einverleibt waren, obwohl sie dem Charakter ihrer Bebauung und ihrer Einwohnerschaft nach ganz zu Berlin gehörten. —

Daß trotz der wachsenden Einwohnerzahl und Ausdehnung Berlin in jener Zeit weit hinter den Anforderungen zurückblieb, die an eine Großstadt gestellt werden müssen, war die Schuld der an der Spitze der Verwaltung stehenden städtischen Behörden, des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung. —

Nachdem die Stadtverordneten-Versammlung sich durch die Ausschließung ihrer demokratischen Mitglieder gereinigt hatte und diese Ausschließung von der Bürgerschaft durch die Gemeinderathswahl gebilligt worden war, herrschte in dem Gemeinderath und nach dem Inkrafttreten der neuen Städteordnung vom 30. Mai 1853, in der Stadtverordneten-Versammlung ebenso wie im Magistrat die konservative Partei mit uneingeschränkter Machtvollkommenheit. Sie wurde bei dem konservativen Geist, welcher die Berliner Bürgerschaft während der Reaktionsperiode von 1850 bis 1858 beherrschte, bei jeder neuen Stadtverordnetenwahl in ihrer Herrschaft bestätigt, denn die Wähler richteten stets ihr Augenmerk viel mehr auf die streng konservative Gesinnung der Kandidaten, als darauf, daß diese auch die Tüchtigkeit zur Verwaltung des ihnen anzuvertrauenden schweren Amtes besaßen.

Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung in Berlin waren in jener Zeit gleich konservativ, sie leisteten Außerordentliches, wenn es galt, in Adressen, Gratulationsschreiben u. s. w. dem übersprudelnden Patriotismus der Berliner Bürgerschaft Ausdruck zu geben; aber in ihren sonstigen Leistungen blieben sie weit hinter den bescheidensten Ansprüchen zurück, welche an die Verwaltung der werdenden Großstadt gestellt werden mußten. Es fehlte ihnen an Muth, an Selbstvertrauen, an einer kräftigen Initiative; sie fürchteten sich bei entscheidenden Schritten und tief eingreifenden Maßregeln ebenso sehr vor der demokratischen Arbeiterbevölkerung, als vor dem Mißfallen, welches sie höheren Ortes erregen könnten. — Wie sie jedem politischen Fortschritt abhold waren, betrachteten sie jede kommunale Neuerung mit tief eingewurzeltem Mißtrauen. Sie hatten kein Verständniß für die Entwickelung der aufstrebenden Großstadt, ihr einziges Streben war, sparsam zu sein, jede Neuerung, die etwa Geld kosten konnte, zu vermeiden, um die Bürgerschaft nicht mit höheren Steuern zu belasten; unter der Bürgerschaft aber verstanden sie wesentlich die wohlhabenden Klassen der Bevölkerung und vor allem die Hausbesitzer

der Stadt. — In Folge der Bestimmung der Städteordnung, daß mindestens die Hälfte der in einer der drei Wahlabtheilungen gewählten Stadtverordneten Hausbesitzer sein mußten, bestand die große Majorität der Stadtverordneten aus Besitzern von Grundeigenthum, die Stadtverordneten-Versammlung wurde hierdurch wesentlich eine Vertretung der Hausbesitzer, in deren Interesse es lag, die städtischen Lasten möglichst von sich abzuwälzen und sie der großen Masse der nicht besitzenden Steuerzahler aufzubürden.

Daß ein solches Bestreben einige Berechtigung besaß, läßt sich nicht verkennen, denn in der That befanden sich die Hausbesitzer Berlins im Jahre 1848 und in den folgenden Jahren in einer sehr drückenden und schwierigen Lage. — In Folge der Auswanderung vieler wohlhabender Familien und der Stockung in Handel und Gewerbe waren die Miethspreise*) sehr heruntergegangen, viele Wohnungen in den besten Stadttheilen standen ganz leer, Hypotheken waren auf Häuser kaum oder wenigstens nur mit schweren Opfern zu bekommen, viele Häuser kamen daher zur Subhastation. —

Der Noth der Grundbesitzer durch Erleichterung derselben aufzuhelfen, hielt die Stadtverordneten-Versammlung für ihre Aufgabe; aus diesem Streben und aus der Furcht, eine Erhöhung der Steuern eintreten zu lassen, entstand eine kleinliche, engherzige Sparsamkeit, die sich auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung geltend machen mußte, denn die Ausgaben der Stadt waren durch die Anforderungen an diese im Jahre 1848 und durch die Mobilmachung im Jahre 1850 außerordentlich gestiegen, während die Einnahmen sich vermindert hatten.

Sparsamkeit bei allen Ausgaben war die Losung der Stadtverordneten-Versammlung, Sparsamkeit auch bei solchen städtischen Einrichtungen, welche der Polizei-Präsident für unumgänglich nothwendig hielt! — Aus diesem Grundsatz entsprangen zahlreiche Konflikte zwischen den städtischen Behörden und dem energischen Polizei-Präsidenten von Hinckeldey, der trotz seiner konservativen Gesinnungen ein reges Gefühl für den kommunalen Fortschritt hatte und bestrebt war, auch gegen den Willen der städtischen Behörden Berlin durch gemeinnützige Institutionen zum Range der Großstädte zu erheben. Bei allen diesen Konflikten unterlagen die städtischen Behörden zur Freude der Bevölkerung, die ihr Interesse mehr durch den Polizei-Präsidenten, als durch Magistrat und Stadtverordnete gefördert sah.

Die städtische Feuerwehr befand sich im jämmerlichsten Zustande. Jahre lang hatten zwischen den städtischen und den staatlichen Behörden Verhandlungen über eine Reorganisation derselben geschwebt, es war dem Magistrat anheimgestellt worden, die Feuerwehrverwaltung selbständig zu übernehmen, nur dem Polizei-Präsidenten sollte es vorbehalten bleiben, wenn er auf der Brandstätte erscheine, den Oberbefehl zu führen. — Diesen ewigen, niemals zu einem Resultat kommenden Unterhandlungen bereitete der Polizei-Präsident von Hinckeldey ein jähes Ende durch einen Gewaltakt, indem er selbständig, ohne Zuziehung der städtischen Behörden eine neue Feuerwehr schuf. Am 16. August 1850 erklärte er dies dem Magistrat, und er ging sofort an das Werk. Mit dem 27. Januar 1851 trat die militärisch organisirte, von dem Brand-Direktor Scabell kommandirte Feuerwehr in das Leben, sie bestand aus 6 Offizieren, 40 Oberfeuermännern, 180 Feuermännern und 360 Spritzenmännern, die sämmtlich tüchtig technisch eingeübt waren und in straffe Disciplin gestellt wurden.

Diese neue Feuerwehr leistete bald ausgezeichnete Dienste; der widerwärtige, nächtliche Skandal, der bisher bei jeder Feuersbrunst geherrscht hatte, hörte auf, die nächtliche Ruhe wurde nicht mehr durch das Feuerläuten der Nachtwächter gestört, und doch waren die Spritzen stets nach wenigen Minuten zur Stelle, wenn ein Feuer gemeldet wurde. Bald erwarb sich die Berliner Feuerwehr, die bisher überall, auch in Berlin selbst, ein Gegenstand des Spottes gewesen war, einen europäischen Ruf; aber nicht der städtischen Verwaltung kam dieser zu, sondern dem Polizei-Präsidenten und dem Brand-Direktor Scabell, denn die Stadt mußte zwar alle Kosten für die Feuerwehr zahlen, hatte aber gar keinen Einfluß auf das Kommando und die Organisation derselben, nicht einmal das Recht der Anstellung der Offiziere und Mannschaften war ihr geblieben.

Aehnlich wie bei der Feuerwehr verfuhr der Polizei-Präsident bei einer anderen für die Stadt Berlin sehr wichtigen Unternehmung. — Schon seit Jahren hatte sich für die werdende Großstadt Berlin das dringende Bedürfniß der Versorgung mit einem klaren, gesunden Wasser herausgestellt. — Nicht überall in der räumlich mehr und mehr wachsenden Stadt gab es Brunnen, welche ein gutes Trinkwasser lieferten oder welche wasserreich genug waren, den Feuerspritzen die nöthigen Wasserquantitäten zum Löschen zu liefern. — Zu diesem Zwecke und zur Spülung der, fürchterliche, pestilenzialische Gerüche aushauchenden, Rinnsteine war die Zuführung größerer Wasserströme nothwendig. — König Friedrich Wilhelm IV. interessirte sich schon vor dem Jahre 1848 außerordentlich dafür, daß seine Hauptstadt eine gute Wasserleitung erhalte, die städtischen Behörden aber waren nicht zu bewegen, bedeutendere Geldmittel für diesen Zweck zu opfern. Langjährige, zu keinem Ziele führende Unterhandlungen fanden statt, bis der energische

*) Als Beispiel kann ich den Preis einer Wohnung anführen, die ich am 1. April 1850 bei Gründung meines Hausstandes miethete. Die in der Anhaltstraße im 2. Stock belegene, aus 6 Zimmern mit Zubehör bestehende Wohnung kostete damals 135 Thaler, — im Jahre 1873 ist sie mit 650 Thalern vermiethet worden.

Polizei-Präsident denselben durch einen Machtspruch gewaltthätig ein Ziel setzte. Mit der ihm eigenen Rücksichtslosigkeit forderte er die städtischen Behörden auf, endlich die Angelegenheit schleunigst selbst zu betreiben oder sich wenigstens mit einer Million Thaler an der Begründung einer Aktiengesellschaft zur Versorgung Berlins mit fließendem Wasser, für welche er englische Geldmänner gewonnen hatte, zu betheiligen, widrigenfalls er selbständig vorgehen werde, und als die städtischen Behörden mit dem ihnen eigenen langsamen Geschäftsverfahren nicht zu einem schnellen Entschluß kommen konnten, schloß Herr von Hinckeldey mit den Engländern Fox und Crampton einen Vertrag ab, der am 20. December 1852 die königliche Genehmigung fand.

So wurden über den Kopf der städtischen Behörden fort die englischen Wasserwerke begründet, welche später die Stadt mit dem Opfer vieler Millionen erwerben mußte, weil in der traurigen Zeit der Reaktion die städtischen Behörden weder den Muth noch die Kraft hatten, ein großartiges Unternehmen zum Besten der Stadt zu begründen.

Es fehlte den konservativen Stadtverordneten ganz am Muth der Initiative; selbst da, wo sie einmal vorgingen, wagten sie nicht, es vollkräftig und energisch zu thun. — Die Straßenreinigung war in Berlin so ungenügend, daß die preußische Hauptstadt als die schmutzigste Großstadt Europa's galt. — Der Grund zu dieser traurigen Erscheinung lag in der Aufrechterhaltung des alten Gesetzes, welches gebot, daß jeder Hauseigenthümer vor seinem Hause den Bürgersteig und die Hälfte des Dammes rein halten solle. Nur die Straßenkreuzungen und öffentlichen Plätze unterlagen der polizeilichen Straßenreinigung. — Die Hausbesitzer erfüllten ihre Pflicht so schlecht wie möglich, auch die polizeiliche Straßenreinigung ließ viel zu wünschen übrig; es lag auf der Hand, daß ein besserer Zustand nur geschaffen werden konnte, wenn von den Behörden aus eine Reinigung der Stadt nach einem einheitlichen System angeordnet wurde.

Im Jahre 1848 führte der Drang der Nothwendigkeit die städtische Behörde zur Einführung einer allgemeinen öffentlichen Straßenreinigung; sie war gezwungen, den vielen brodlosen Arbeitern eine Beschäftigung zu geben, hierzu bot ihr die Straßenreinigung ein willkommenes Mittel. Sie nahm diese den Hausbesitzern zu deren großer Befriedigung ab, ohne von den Verpflichteten eine Entschädigung zu fordern; hierdurch gewährte sie auf Kosten der sämmtlichen Steuerzahler den Hausbesitzern eine große Erleichterung, wie groß dieselbe war, zeigte sich bald durch die bedeutenden der Stadt erwachsenden Kosten; außerdem ergaben sich auch Konflikte mit der Polizei, welche die polizeiliche Straßenreinigung zu besorgen hatte, die endlich dahin führten, daß der Gemeinderath vom 30. Januar 1851 im Interesse der Hausbesitzer den folgewichtigen Beschluß faßte, die ganze Last der Straßenreinigung definitiv und für immer den Hauseigenthümern ab und als Gemeindelast zu übernehmen, die Administration des Straßenreinigungswesens aber dem Polizei-Präsidenten auf 5 Jahre zu übertragen.

Der Gemeinderath hatte diesen Beschluß in der Hoffnung gefaßt, daß die Straßenreinigung billiger werden würde, wenn sie durch die Mannschaften der Feuerwehr mit Hinzuziehung von anderen Kräften, soweit es nothwendig, ausgeführt werde; er hatte hierdurch einen Theil der Selbstverwaltung aus der Hand gegeben, den wieder zu gewinnen den späteren städtischen Behörden schwere Kämpfe kosten sollte; eine gute Straßenreinigung aber hatte er trotzdem nicht geschaffen, denn das Polizei-Präsidium nahm Anstand, so große Summen zu verausgaben, wie zu einer wirklich befriedigenden Reinigung nothwendig waren.

Berlin blieb noch für viele Jahre die Stadt der schmutzigen Straßen, auf denen im Sommer mächtige, erstickende Staubsäulen aufwirbelten, denn dazu, Geld für eine Straßenbesprengung*) zu bewilligen, vermochte sich die sparsame Stadtverordneten-Versammlung nicht aufzuschwingen; auch die fürchterlichen Rinnsteine verpesteten nach wie vor die Stadt, sie wurden zwar gespült, nachdem die englische Wasserleitung in Thätigkeit getreten war, aber da ihr zugleich die Ausflüsse der neu eingerichteten Klosets zuflossen, wurden sie noch ekelhafter als vorher, und die Wasserläufe, in welche sie sich ergossen, die Spree und die Kanäle, wurden nun auch die Träger der verpestenden Gerüche.

Es war keine Freude, durch die Straßen der Großstadt Berlin zu wandern, noch weniger Genuß aber bereitete es, durch dieselben zu fahren, denn die Straßen waren so schlecht gepflastert, wie in den kleinsten Städten. Die Verpflichtung der Straßenpflasterung trugen nicht allein die städtischen Behörden, sondern zum großen Theil der Fiskus. — Nach einem eigenthümlichen, zwischen Staat und Stadt getroffenen, durch Königliche Kabinetsordre vom 31. December 1838 bestätigten Abkommen hatte der Staat das Pflaster aller derjenigen Straßen zu unterhalten, welche vor dem 1. Januar 1836 innerhalb der Ringmauern Berlins bestanden hatten, während die Stadt alle innerhalb der Mauern neu angelegten und sämmtliche Straßen außerhalb der Mauern zu pflastern hatte. Staat und Stadt wetteiferten in dem Bestreben, das Straßenpflaster so billig wie möglich herzustellen; ein einigermaßen erträgliches Pflaster befand sich nur in denjenigen Straßen, welche oft von den königlichen Equipagen befahren wurden. Dieser traurige Zustand hat noch viele Jahre

*) Eine sehr ungenügende Straßenbesprengung kam endlich dadurch zu Stande, daß auf Anregung der Polizei Privatleute die Gelder zusammenschossen, welche nothwendig waren, um wenigstens die belebtesten Straßen bei sehr trockenem Wetter zu sprengen. Der Brand-Direktor Scabell stand an der Spitze dieses Privatunternehmens und leitete es.

gedauert, ein besseres Straßenpflaster hat Berlin erst bekommen nach der Lösung des unglücklichen Abkommens vom Jahre 1838.

Auch die Straßenbeleuchtung entsprach dem kleinstädtischen Charakter der Großstadt. — Es mußte gespart werden um jeden Preis. Nur selten und schwer entschlossen sich die städtischen Behörden, die Zahl der Laternen über das Maaß des unumgänglich Nothwendigen zu vermehren, und wenn Mondschein im Kalender stand, wurden die Gasflammen ausgelöscht, auch wenn dichte Wolken den Himmel bedeckten und tiefe Finsterniß in der unbeleuchteten Stadt herrschte.

Man mußte sparsam um jeden Preis sein, selbst die natürlichsten Bedürfnisse der Einwohner nahm man Anstand zu befriedigen. Die ersten in jeder Großstadt nothwendigen öffentlichen Bedürfnißanstalten auf freier Straße sind erst in einer späteren Periode, 1863, angelegt worden, bis dahin wurde dem Bedürfniß nur Genüge geleistet durch einige unter Brücken und in versteckten Winkeln angelegte, vor Schmutz starrende Anstalten. Dieser Zustand war so traurig, daß das Polizei-Präsidium glaubte, über den Kopf der städtischen Behörde fort Abhilfe schaffen zu müssen. Die Litfaßsäulen — berüchtigten Andenkens — wurden zu diesem Zwecke concessionirt, aber später anderen Zwecken gewidmet.

Nicht weniger schlecht, als für die Bequemlichkeit, wurde für die Gesundheitspflege gesorgt. Eine Großstadt bedarf der Anlegung von Park- und Gartenanlagen für ihre in den Häusersteinmassen eingezwängten Bewohner, aber Park- und Gartenanlagen kosten Geld, viel Geld! In jener Zeit wußte man nichts von den schönen, grünen Rasenplätzen, welche heute auch im Innern der Stadt eine frische gesunde Luft schaffen. Neue Parkanlagen anzulegen, scheuten sich die sparsamen Väter der Stadt.

Sie meinten, die vorhandenen, Thiergarten und Friedrichshain, genügten dem Luftbedürfniß der Berliner! Ueber ihre äußersten Verpflichtungen hinauszugehen, waren die städtischen Behörden jener Zeit nicht leicht zu bewegen, überließen sie doch selbst den Bau von Krankenhäusern gern dem Staat oder der Privatwohlthätigkeit. Die kranken Armen, für deren Verpflegung sie sorgen mußten, brachten sie in der Charité und, wenn dort kein Raum war, in den übrigen Krankenhäusern unter; dies war billiger, als der Bau eigener Lazarethe. Ein Choleralazareth mußte man allerdings im Jahre 1855 an der Halle'schen Kommunikation begründen und später das Haus Pallisadenstraße 59 für Cholera- und Pockenkranke einrichten, und es erschien schon als etwas Großes, daß man im Jahr 1857 nach Erlöschen der Cholera das Choleralazareth an der Halle'schen Kommunikation zur Aufnahme unheilbarer weiblicher Kranken bestimmte. Die Irrenstation im Arbeitshaus befand sich in einem jeder Beschreibung spottenden, entsetzlichen Zustand, aber es geschah nichts zur Verbesserung, an den Bau eines städtischen Irrenhauses dachte man nicht.

Und wie die leibliche, so litt auch die geistige Wohlfahrt der Bewohner Berlins unter der übermäßigen Sparsamkeit der konservativen Väter der Stadt.

Obgleich die Verfassung den freien Volksunterricht versprach, gewährte ihn doch die städtische Behörde nur den Aermsten, und auch diesen nur widerstrebend. Die Volksschulen waren Armenschulen, in welche kein Bürger, selbst kein Arbeiter, der irgend auf sich hielt und das Schulgeld in einer Privatschule erschwingen konnte, seine Kinder schicken mochte. Die Armencommission schulte die Kinder ein und erhob von den Eltern ein Schulgeld von monatlich 2½, 5 oder 7½ Silbergroschen, welches vielfach durch Exekution eingetrieben werden mußte. Die Zahl der eingeschulten Kinder betrug im Jahre 1862 nur 27 260, von denen im Jahr 87 271 Mark Schulgeld für die Stadtkasse erhoben wurde. Es bestanden noch im Jahre 1862 im Ganzen nur 23 Gemeindeschulen, welche natürlich für die Zahl der einzuschulenden Kinder nicht hinreichten; die Stadt benutzte deshalb die vorhandenen 35 Privat-Elementarschulen und zahlte diesen ein Schulgeld von 15 Silbergroschen pro Monat und Kind. Für einen so geringen Betrag einen guten Schulunterricht zu leisten, war ganz unmöglich. Die Privatschul-Vorsteher, welche doch leben und verdienen wollten, mußten die billigsten Schullokale miethen und konnten keine guten Lehrkräfte bezahlen. Der Zustand dieser Privatschulen war daher ein höchst trauriger.

Mit einer geringen Erhöhung des Schulgeldes hätten sich bessere Zustände schaffen lassen, aber das kostete Geld und man mußte sparsam sein. Sparte man doch auch bei den Lehrergehältern, soweit es möglich war! Man hatte diese im Laufe der Jahre wohl etwas erhöht, aber so wenig, daß die Lehrer kaum zu existiren vermochten. Mit 400 Thaler wurden die Lehrer angestellt, das höchste Gehalt, bis zu welchem sie steigen konnten, betrug 750 Thaler, wenn sie nicht Hauptlehrer wurden; gelang es ihnen, sich bis zu dieser Stellung emporzuschwingen, dann hatten sie die Hoffnung, im hohen Alter das höchste Hauptlehrergehalt von 900 Thalern zu erreichen, aber es gab in ganz Berlin nur 4 so hoch dotirte Stellen.

Die auf den Universitäten vorgebildeten Lehrer der Gymnasien und anderer höherer Lehranstalten waren nicht viel besser gestellt. Die erste Anstellung erfolgte mit 500 Thaler Gehalt, die Oberlehrer erhielten 800 Thaler und konnten bis zu einem Gehalte von 1400 Thaler steigen.

Neu begründet wurden trotz der bedeutenden Bevölkerungszunahme in dem Zeitraum von 1849 bis 1863 in ganz Berlin nur zwei höhere Lehranstalten, das Friedrichs-Gymnasium und die Friedrichs-Realschule, als eine damals zusammengehörige unter einem Direktor stehende Anstalt; die übrigen höheren Lehranstalten blieben bestehen, wie sie seither bestanden hatten, in Lokalitäten, aus denen sie zum

Theil längst herausgewachsen waren. Man erkannte wohl die Unzulänglichkeit derselben, aber eine Besserung eintreten zu lassen, scheuten sich die konservativen städtischen Behörden. Man hatte dazu kein Geld.

Die Großstadt Berlin befand sich während der Reaktionsperiode in einem traurigen Stillstand der kommunalen Entwickelung, und dieser Stillstand dauerte noch über das Jahr 1858 hinaus, denn ein frischer, kräftiger Fortschritt war unmöglich, so lange in der Stadtverordneten-Versammlung die nach rückwärts strebende Partei die unbestrittene Majorität hatte.

Bei allen Stadtverordnetenwahlen waren bis zum Jahre 1858 immer nur die strengsten Konservativen gewählt worden. Die freier gesinnten Bürger hatten sich schließlich bei den Wahlen kaum mehr betheiligt, sie hatten das Interesse an den städtischen Angelegenheiten verloren. Sie schimpften wohl über die in der Stadtverwaltung herrschenden traurigen Zustände, aber sie thaten nichts, um durch die Wahl tüchtigerer Stadtverordneten auf eine Besserung hinzuarbeiten. Im Jahre 1856 war das Interesse an der Stadtverordnetenwahl so schwach, daß sich in der ersten Wahlabtheilung nur 44 Procent, in der zweiten nur 25 Procent und in der dritten gar nur 17 Procent der Wähler betheiligten. —

Erst als im Jahre 1858 in Berlin das politische Leben wieder neu erwachte, machte es sich auch bei den Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung geltend. Es wählten von der ersten Abtheilung 63 Procent, von der zweiten 42 Procent, von der dritten 26 Procent der wahlberechtigten Bürger, und dem Umschwung der Stimmung der Bürgerschaft entsprechend wurden jetzt nicht mehr nur Konservative, sondern auch freigesinnte Männer in die Stadtverordneten-Versammlung entsendet, — dieselben bildeten aber doch nur eine kleine Minorität, welche zwar belebend wirkte, aber der großen konservativen Majorität gegenüber ohnmächtig war. Noch vier Jahre mußten vergehen, ehe durch die regelmäßig alle zwei Jahre stattfindenden Ersatzwahlen je eines Drittels der ganzen Stadtverordneten-Versammlung in dieser die Veränderung in der Gesinnung der gesammten Bürgerschaft Berlins zum vollen Ausdruck kommen konnte, ehe die bisherige konservative Majorität zur Minorität zusammenschrumpfte! — Erst mit dem Jahre 1862 kann daher für die Berliner Stadtverwaltung die Periode der Reaktion als abgeschlossen betrachtet werden.

XVI. Abtheilung.

Die neue Aera.

Erstes Kapitel.

Die neue Aera. — Entlassung des Ministeriums Manteuffel. — Das Ministerium des Fürsten von Hohenzollern. — Das Regierungsprogramm des Prinz-Regenten. — Sanguinische Hoffnungen des Volkes. — Vereinigung der Demokraten und Konstitutionellen in Berlin. — Nicht drängen! — Die Wahlen in Berlin. — Das neue Abgeordnetenhaus. — Die Gesinnungslosen in Berlin. — Anklage Stieber's. — Seine „nothgedrungene" Rechtfertigung und ihre Folgen. — Neubegründung des Handwerkervereins. — Drohender Krieg. — Der deutsche Nationalverein. — Erwachen der Opposition. — Die Heeres-Reorganisation.

Seit dem Tage, an welchem der Prinz von Preußen die Regentschaft übernahm, um mit voller königlicher Machtvollkommenheit, nicht mehr gebunden an die Rücksichten, welche während der Stellvertretung seine freie Thätigkeit lähmten, zu regieren, beginnt für Preußen nicht allein, sondern für das gesammte deutsche Volk eine neue Geschichtsperiode, welche den bezeichnenden Namen der „neuen Aera" schon bei ihrem Beginn von den Zeitgenossen erhalten hat.

Der Eintritt Preußens in die Reihe der konstitutionell regierten Staaten, die Wiedererhebung Preußens zu der durch die Schmach von Olmütz verlorenen Großmachtstellung, die Einigung Deutschlands, die Gründung des verjüngten deutschen Kaiserreichs bilden den Inhalt der neuen Geschichtsperiode, in welcher Berlin mit zauberhafter Schnelle emporwuchs zur deutschen Kaiserstadt, zur Weltstadt. —

Viel edles Blut hat fließen, schwere innere Kämpfe haben durchgerungen werden müssen, ehe das hohe Ziel erreicht worden ist, und auch noch heute liegen die der Befestigung des deutschen Reiches, dem Ausbau der deutschen Reichsverfassung geltenden Kämpfe nicht abgeschlossen hinter uns.

Eine eingehende Darstellung der großartigen Ereignisse, an welchen die Periode der neuen Aera so überreich ist, und der gewaltigen, wahrhaft wunderbaren Entwickelung Berlins in dieser großen Zeit würde ein eigenes bändereiches Werk füllen, wir müssen uns damit begnügen, zum Schluß unserer „500 Jahre Berliner Geschichte" unseren Lesern eine kurze Uebersicht der Ereignisse zu geben, durch welche Berlin zur deutschen Reichshauptstadt emporgehoben wurde. —

Mit hochgespannter Erwartung schauten alle Parteien im Lande den ersten Regierungshandlungen des Prinz-Regenten entgegen, die Anhänger der Kreuzzeitungspartei mit Furcht und Bangen, alle anderen Parteien voller Hoffnung. Konnte das Ministerium Manteuffel auch unter dem Prinz-Regenten noch an der Spitze der Regierung bleiben? — Die konservativen Organe hoben die Verdienste, welche sich Manteuffel als Retter des Staats erworben hatte, mit Begeisterung hervor, sie behaupteten mit heuchlerischen Worten, daß er gegenüber dem bereits aus dem Amt geschiedenen Minister von Westphalen das liberale Element im Ministerium vertreten habe, aber ihre Bemühungen, ihn zu stützen, waren vergeblich, schon am 5. November 1858 verkündete der Staatsanzeiger, daß Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen vom Prinz-Regenten zum Präsidenten des Staatsministeriums ernannt worden sei, und am 6. November enthielt er die Nachricht von der Entlassung der bisherigen Minister. Das von dem Fürsten von Hohenzollern neugebildete Ministerium bestand aus dem Oberpräsidenten a. D. von Auerswald, dem Wirklichen Geh. Rath von Schleinitz (Minister der auswärtigen Angelegenheiten), General-Lieutenant von Bonin (Kriegsminister), Wirkl. Geh. Legationsrath von Patow (Finanzminister). Regierungs-Präsident Graf von Pückler (Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten), Geh. Ober-Regierungsrath von Bethmann-Hollweg (Cultusminister). Aus dem früheren Ministerium gingen in das neue über: der Minister

des Innern Flottwell, der Handelsminister von der Heydt und der Justizminister Simons.

Mit stürmischer Freude wurde die Ernennung des neuen Ministeriums vom Volke begrüßt, die Hoffnungen der freisinnigen Partei waren übertroffen. Man würde sich schon glücklich gepriesen haben, wenn sämmtliche Minister wie Herr Flottwell und Graf Pückler ehrliche, nicht gerade der verfolgungssüchtigen Kreuzzeitungspartei angehörige Konservative gewesen wären, daß aber Männer wie von Auerswald, von Patow und von Bethmann-Hollweg in das Ministerium berufen wurden, übertraf alle Hoffnungen und gab Veranlassung zu hochgehenden Erwartungen, und als nun gar die Ansprache veröffentlicht wurde, mit welcher der Prinz Regent am 8. November 1858 das neue Ministerium in seiner ersten Gesammt-Sitzung begrüßt und in welcher er demselben die Richtschnur für die künftige Regierung gegeben hatte, war der Jubel ganz allgemein auch bei den am weitesten nach links vorgeschrittenen Parteien, obgleich diese bei ruhiger, unparteiischer Würdigung des Regierungsprogramms sich hätten sagen müssen, daß der Prinz-Regent keineswegs willens sei, ihre weitgehenden Hoffnungen zu erfüllen. Mit der ihm stets eigenen Offenheit, Geradheit und Redlichkeit hatte der Prinz-Regent in einfachen klaren Worten seine Absichten ausgesprochen, so deutlich, so über jeden Zweifel erhaben, daß es geradezu unbegreiflich erscheint, wie seine Ansprache zu unberechtigten Erwartungen Veranlassung geben konnte.

„Wenn ich mich jetzt entschließen konnte, einen Wechsel in den Räthen der Krone eintreten zu lassen, so geschah es, weil ich bei allen von mir Erwählten dieselbe Ansicht traf, welche die meinige ist: daß nämlich von einem Bruche mit der Vergangenheit nun und nimmermehr die Rede sein soll. Es soll nur die sorgliche und bessernde Hand angelegt werden, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeigt. — — — Unsere Aufgabe wird in dieser Beziehung keine leichte sein, denn im öffentlichen Leben zeigt sich seit Kurzem eine Bewegung, die, wenn sie theilweise erklärlich ist, doch andererseits bereits Spuren von absichtlich überspannten Ideen zeigt, denen durch unser ebenso besonnenes als gesetzliches und selbst energisches Handeln entgegen getreten werden muß. Versprochenes muß man treu halten, ohne sich der bessernden Hand dabei zu entschlagen, nicht Versprochenes muß man muthig verhindern. Vor allem warne ich vor der stereotypen Phrase, daß die Regierung sich fort und fort treiben lassen müsse, liberale Ideen zu entwickeln, weil sie sich sonst von selbst Bahn brächen."

Konnte der Prinz-Regent klarer als in diesen Sätzen seine konservative Anschauung zum Ausdruck bringen? — Konservativ, aber nicht reaktionär und streng der Verfassung entsprechend wollte er regieren, überall aber die bessernde Hand anlegen, wo es seiner Ueberzeugung nach nothwendig war, dies setzte er weiter in seiner Ansprache auseinander. Ueber die kirchliche Frage sagte er:

„Eine der schwierigsten und zugleich zartesten Fragen, die in's Auge gefaßt werden muß, ist die kirchliche, da auf diesem Gebiete in der letzten Zeit viel vergriffen worden ist. Zunächst muß zwischen beiden Confessionen eine möglichste Parität obwalten. In beiden Kirchen muß aber mit allem Ernste den Bestrebungen entgegen getreten werden, die dahin abzielen, die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen. In der evangelischen Kirche, wir können es nicht leugnen, ist eine Orthodoxie eingekehrt, die mit ihrer Grundanschauung nicht verträglich ist und die sofort in ihrem Gefolge Heuchler hat. Diese Orthodoxie ist dem segensreichen Wirken der evangelischen Union hinderlich in den Weg getreten und wir sind nahe daran gewesen, sie zerfallen zu sehen. Die Aufrechthaltung derselben und ihre Weiterbeförderung ist mein fester Wille und Entschluß, mit aller billigen Berücksichtigung des confessionellen Standpunktes, wie dies die dahin einschlagenden Decrete vorschreiben. Um diese Aufgabe lösen zu können, müssen die Organe zu deren Durchführung sorgfältig gewählt und theilweise gewechselt werden. Alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken, ist zu entlarven, wo es nur möglich ist. Die wahre Religiosität zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen; dies ist immer in's Auge zu fassen und von äußerem Gebahren und Schaustellungen zu unterscheiden."

Ueber die Armee und die auswärtige Politik äußerte sich der Prinz-Regent:

„Die Armee hat Preußens Größe geschaffen und dessen Wachsthum erkämpft; ihre Vernachlässigung hat eine Katastrophe über sie und dadurch über den Staat gebracht, die glorreich verwischt worden ist durch die zeitgemäße Reorganisation des Heeres, welche die Siege des Befreiungskrieges bezeichneten. Eine vierzigjährige Erfahrung und zwei kurze Kriegs-Episoden haben uns indeß auch jetzt aufmerksam gemacht, daß manches, was sich nicht bewährt hat, zu Anordnungen Veranlassung geben wird. Dazu gehören ruhige politische Zustände und — Geld, und es wäre ein schwer sich bestrafender Fehler, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die deshalb im Momente der Entscheidung den Erwartungen nicht entspräche. Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Wagschale legen zu können.

„Und so kommen wir zu Preußens politischer Stellung nach außen. Preußen muß mit allen Großmächten im freundschaftlichsten Vernehmen stehen, ohne sich fremden Einflüssen hinzugeben und ohne sich die Hände frühzeitig durch Tractate zu binden. Mit allen übrigen Mächten ist das freundliche Verhältniß geboten. In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen, durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungs-Elementen, wie der Zollverband es ist, der indessen einer Reform wird unterworfen werden müssen. — Die Welt muß wissen, daß Preußen

überall das Recht zu schützen bereit ist. Ein festes, consequentes, und wenn es sein muß, energisches Verhalten in der Politik, gepaart mit Klugheit und Besonnenheit, muß Preußen das politische Ansehen und die Machtstellung verschaffen, die es durch seine materielle Macht allein nicht zu erreichen im Stande ist."

Aus diesem klaren Regierungsprogramm entnahmen die verschiedenen Parteien jede das, was ihr zusagte. Die Kreuzzeitungspartei klammerte sich an die Zusage, daß mit der Vergangenheit nicht gebrochen werden solle, die liberale Partei bejubelte das Versprechen, daß die bessernde Hand an alte Schäden gelegt werden würde, ihr schienen die Namen der Minister eine Bürgschaft dafür zu bieten, daß die Regierung fortan im liberal-constitutionellen Geist geführt werden müsse, und als schon nach wenigen Monaten der Minister des Innern Flottwell durch den Grafen Schwerin und der Justizminister Simons durch Herrn von Bernuth ersetzt wurden, hob sich die Fluth der unberechtigten Hoffnungen noch höher, obgleich der Prinz-Regent redlich bemüht war, sie zu dem berechtigten Maß zurückzuführen; er that dies auch in einer Antwort, welche er auf eine Adresse des Magistrats und der Stadtverordneten von Berlin gab und in welcher er sagte:

„Wenn Sie erwähnen, daß meine kundgegebenen Absichten, nach denen ich das schwere Amt der Regentschaft zu führen gedenke, freudig begrüßt worden sind, so muß ich auch wünschen, daß dieselben in ihrem richtigen Maße erkannt werden, und Maß halten nach allen Richtungen uns zur Richtschnur diene. Möge die Residenz Berlin hierin mit dem Beispiele vorangehen."

Die gehobene politische Stimmung, welche im ganzen Lande herrschte, gab sich kund bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause. — Zum ersten Mal seit Jahren betheiligte sich die Demokratie wieder bei denselben, eine lebhafte Agitation ging durch das ganze Land, und auch in Berlin fanden wieder die seit Jahren ganz eingeschlafenen politischen Versammlungen statt, in denen nicht nur über die Kandidatur, sondern auch über die allgemeine Politik diskutirt wurde. — In der Freiheit, welche der Ausübung des Versammlungsrechts gewährt wurde, kennzeichnete sich die neue Aera, ebenso aber auch in der eigenthümlichen Veränderung, welche der Charakter dieser politischen Versammlungen trug.

Der Haß, der noch vor wenigen Jahren die liberal-constitutionelle Partei und die demokratische Partei entzweit hatte, schien vollständig ausgeglichen, von der Erbitterung und dem stürmischen Feuereifer, mit welchem früher die Redner in den demokratischen Vereinen gesprochen hatten, war in den Berliner Versammlungen nichts mehr zu spüren, man hörte nur Worte der Verehrung für den Prinz-Regenten, der Anerkennung für die neuen Minister, Mahnungen zur größten Mäßigung; das Losungswort lautete: Man dürfe die Regierung nicht drängen, man müsse sie unterstützen. Die Mäßigung der demokratischen Partei ging so weit, daß sie darauf verzichtete, eigene Kandidaten für das Abgeordnetenhaus aufzustellen. Waldeck erschien in einer Urwählerversammlung seines Bezirkes und erklärte, er sei nur erschienen, um seine Theilnahme auszudrücken an der allgemeinen freudigen Hoffnung, er selbst aber wolle nicht gewählt sein. Auch Rodbertus und Schulze-Delitzsch, welche von Berliner Wahlmännern befragt wurden, ob sie eine Kandidatur annehmen würden, lehnten dies ab, da, — so schrieb Schulze-Delitzsch an die Berliner Wahlmänner, — durch die Wahl demokratischer Abgeordneter den liberalen Ministern der Rückschrittspartei gegenüber manche Schwierigkeit bereitet werden würde. Auch Johann Jacoby, von Unruh, Philips und andere namhafte frühere demokratische Abgeordnete gaben ähnliche Erklärungen und mahnten die demokratischen Wähler zur festen Einigung mit der constitutionellen Partei.

Nicht dieselbe Mäßigung, wie die demokratische zeigte die conservative Partei, sie bemühte sich redlich, die ihr gestattete Wahlfreiheit kräftig auszunützen. Die Landräthe kümmerten sich wenig um den Erlaß des Ministers des Innern, sie agitirten rastlos sogar gegen die Minister selbst; aber sie hatten nach dem Sturz des Ministeriums Manteuffel nicht mehr die alte Macht. Von 352 Mitgliedern des alten Abgeordnetenhauses wurden nur 108 wieder gewählt und zwar meistens Mitglieder der bisherigen Linken, der katholischen Fraction und des linken Centrums. Die Landrathskammer war gesprengt, die Zahl der jedem Wink des Ministeriums Manteuffel-Westphalen gehorchenden Landräthe wurde von 77 auf 27 reducirt. Die dem neuen Ministerium feindselige Rechte der Landrathskammer blieb bei den Wahlen in solcher Minorität, daß der „neuministeriellen Partei" nach den Mittheilungen des „Preußischen Wochenblattes", des Organs des Ministers von Bethmann-Hollweg, eine Majorität von 253 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses gewonnen war. — An einer solchen Majorität mußte das neue Ministerium eine ebenso feste Stütze haben, wie sie früher das Ministerium Brandenburg-Westphalen in der Landrathskammer gehabt hatte.

Die vollste Einigkeit zwischen dem Fürsten, dem Ministerium, dem Landtage, der am 12. Januar 1859 eröffnet wurde, und fast dem gesammten Volke charakterisirte die neue Aera, nur die aus ihrer früheren Machtstellung verdrängte Kreuzzeitungspartei, welche allein noch im Herrenhause dominirte, grollte, — denn auch die zahllosen Gesinnungslosen, welche stets der Macht folgen, waren über Nacht liberal *) geworden.

---

*) Die Berliner hatten in der ersten Zeit der neuen Aera Gelegenheit, den Gesinnungswechsel früherer Stützen der Reaction vielfach zu beobachten. Ein leuchtendes Beispiel gab in dieser Beziehung der Ober-Staatsanwalt Schwark, der in den Reactionsjahren im innigsten Bündniß mit dem Polizei-Präsidenten von Hinkeldey gestanden und zu jeder Gesetzesverletzung durch die Polizei bereitwillig seine Zustimmung gegeben hatte, nun aber ein um so eifrigerer Vertheidiger des

Die alte demokratische Partei schien vollständig aufgegangen in der ihr früher so feindseligen liberal-constitutionellen Partei, — selbst die bisher so radikale Volks-Zeitung unterstützte das Ministerium und hütete sich dasselbe auf der Bahn des Fortschrittes ungestüm vorwärts drängen zu wollen. Die Demokraten Berlins verzichteten auf die Wiedereröffnung der eingeschlafenen demokratischen Volksvereine, um so eifriger aber betheiligten sie sich bei den Bezirksvereinen, in denen mit Ausnahme der Kreuzzeitungspartei alle Parteien ihre Vertretung hatten; in Verbindung mit der constitutionellen Partei begründeten sie im Frühjahr 1859 aufs Neue einen parteilosen Verein, der in der Reaktionszeit vernichtet worden war, den Berliner Handwerkerverein. Sie waren zu der Erkenntniß gekommen, daß die Ausbreitung der Volksbildung die einzige sichere Grundlage des demokratischen Fortschritts sei. Ins Leben gerufen durch Männer wie Präsident Lette, Professor Kalisch, Dr. Ries, Frz. Mücke, Direktor Diesterweg, Dr. Abarbanell, und Andere, wuchs der Handwerkerverein unter dem Vorsitz des Schulvorstehers Steinert zu einer großen Bedeutung und entfaltete eine gedeihliche Wirksamkeit.

Gesetzes wurde. Um dem Volksgeist Genüge zu leisten und seine eigene Vergangenheit vergessen zu machen, trat Herr Schwark als Ankläger gegen den Polizei-Director Stieber auf, und er setzte es durch, daß gegen diesen die Untersuchung wegen verschiedener durch die Polizei begangener Gesetzesverletzungen eingeleitet wurde. — Stieber vertheidigte sich meisterhaft. Mit der ihm eigenen Schlauheit hatte er während seiner Amtsthätigkeit stets die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß einst andere Zeiten kommen könnten, und Sorge dafür getragen, daß er bei jeder willkürlichen Verhaftung, bei jedem Uebergriff der Polizeigewalt, dessen er sich schuldig machte, stets sich auf ihm ertheilte höhere Weisungen berufen konnte. Dies that er, als er jetzt vor Gericht stand. — Er bewies, daß er stets auf Befehl seines unmittelbaren Vorgesetzten, des Polizei-Präsidenten von Hinckeldey, oft sogar auf Spezialbefehl Sr. Majestät des Königs gehandelt habe, er bewies aber auch ferner, daß sein Ankläger, der Ober-Staatsanwalt Schwark der Mitschuldige bei allen gesetzwidrigen Handlungen der Polizei gewesen sei. Die gegen Stieber verhandelten Prozesse brachten schmähliche Skandale zur öffentlichen Kenntniß. — Stieber mußte freigesprochen werden; aber er erkannte, daß er trotzdem nach solchen Veröffentlichungen nicht länger im Amte bleiben könne und er suchte sich deshalb an seinem Verfolger zu rächen und auch ihn zu stürzen. Er veröffentlichte eine „nothgedrungene Rechtfertigung" in den Berliner Zeitungen. In diesem Aufsatz wies er schlagend nach, daß nicht nur der Ober-Staatsanwalt Schwark, sondern auch der Justizminister Simons die Mitschuld an allen Ungesetzlichkeiten der Polizei getragen hatten. Das Resultat dieser Veröffentlichung war von Stieber vorausgesehen; er selbst wurde zur Disposition gestellt, aber Herr Schwark mußte sein Schicksal theilen, er konnte nicht länger im Amt bleiben und auch der Justizminister Simons fand sich bald darauf veranlaßt, um seine Entlassung zu bitten, die ihm auch vom Prinz-Regenten gewährt wurde. —

In diese Zeit der frohen Hoffnungen, der schönen Einigkeit zwischen Fürst und Volk, fiel ein Ereigniß, welches mit Jubel von dem ganzen Volke Berlins begrüßt wurde. Am 27. Januar 1859 verkündete der Donner der Kanonen, daß ein Thronerbe geboren worden sei. Zu vielen Tausenden drängten sich die Bürger um das Palais des Prinzen Friedrich Wilhelm, mit stürmischem Jubelruf begrüßten sie den Prinz-Regenten, als dieser in einer einfachen Droschke nach dem Palais kam, um seinen ersten Enkel zu besuchen. Ein herzlicher Gruß wurde auch dem alten „Papa Wrangel" zu theil, als dieser aus dem Palais trat und dem harrenden Volke zurief: „Es geht alles gut, Kinder, es ist ein tüchtiger, derber Rekrut, wie man es nur verlangen kann!" Zum stürmischen Entzücken aber steigerte sich der Jubel, als der Prinz-Regent und der Prinz Friedrich Wilhelm auf dem Balkon erschienen und das Volk freundlich begrüßten.

Der erste Schatten, welcher auf die das ganze preußische Volk beherrschende hoffnungsreiche Stimmung fiel, war eine drohende Kriegsgefahr. Es war im Frühjahr 1859 kaum mehr zweifelhaft, daß die Bestrebungen des Königs Victor Emanuel, ein einiges Italien zu schaffen und für dieses auch die österreichisch-italienischen Provinzen, in erster Linie die Lombardei, zu gewinnen, zu einem Kriege zwischen Oesterreich und Italien führen mußten; Oesterreich und Italien rüsteten für einen solchen Krieg, sie suchten Bundesgenossen zu erwerben, Italien suchte die Hülfe Frankreichs, Oesterreich forderte die des deutschen Bundes; aber Preußen protestirte gegen das Aufgebot des Bundes für specifisch österreichische Zwecke, für die Sicherung der österreichisch-italienischen Besitzungen.

Eine tiefgreifende Bewegung ging in jenen Tagen durch das ganze deutsche Volk, sie fand ihren Widerhall auch in Berlin und sie bewirkte, daß die kaum geschlossene Einigung der Parteien sich wieder lockerte. In Süddeutschland forderte das Volk fast einstimmig, daß ganz Deutschland und in erster Linie Preußen eintreten solle für Oesterreich, in Norddeutschland aber war die Stimmung getheilt. Die feudalistische conservative Partei trat mit der höchsten Energie für Oesterreich ein, ein nicht kleiner Theil der preußischen Konservativen und der Konstitutionellen neigten sich ihrer Forderung zu, während die alten Demokraten und viele Liberale für die italienischen Freiheits- und Einheitsbestrebungen eine lebhafte Sympathie fühlten. —

Soweit die politischen Meinungen in dieser hochwichtigen Frage auseinander gingen, das Vertrauen zu dem Prinz-Regenten und dem Ministerium der neuen Aera wurde auch durch den Meinungszwiespalt nicht getrübt. Als zuerst schon Mitte April 1859 der Prinz-Regent die Kriegsbereitschaft von drei Armeecorps anordnete, als er dann zu Ende April beschloß, auch die übrigen sechs Armeecorps mobil zu machen, und als die Regierung vom Landtage die Genehmigung einer Anleihe von 40 Millionen Thalern forderte, wurde der gefor-

derte Kredit von beiden Häusern einstimmig bewilligt.

Oesterreich hatte am 29. April den Krieg begonnen, der, wie das österreichische Kriegsmanifest vom 28. April besagte, ein Kampf gegen die Revolution sein sollte, Frankreich hatte am 31. Mai Oesterreich die Kriegserklärung geschickt und Kaiser Napoleon als sein Programm die berühmten Worte: „Italien frei bis zu Adria!“ gesprochen, — der Krieg hatte auch hier den Charakter eines Parteikampfes gewonnen und schärfer als vorher entwickelte sich der Gegensatz der Parteien auch in Deutschland. Die preußische Regierung befand sich dabei in der schwierigsten Lage. — Schaute sie ruhig zu, bis Oesterreich besiegt würde, dann drohte ihr die Gefahr, daß nach dem Siege das ehrgeizige und eroberungslustige Frankreich die siegreichen Waffen gegen Preußen wenden würde, siegte aber Oesterreich mit preußischer Hilfe, dann wuchs die österreichische Machtstellung im deutschen Bunde zu einer gefährlichen Höhe. — Zeigte doch Oesterreich in einer Zeit, in welcher es von der höchsten Gefahr bedroht wurde, die alte Rücksichtslosigkeit gegen Preußen, es verlangte, daß der deutsche Bund den Krieg erkläre, daß dem Bundestage die militärische und diplomatische Leitung vorbehalten bleibe und daß der Prinz-Regent von Preußen zum Bundesoberfeldherrn ernannt werde, der unter der Leitung des Bundestages das Kommando der deutschen Bundestruppen führe. —

Eine solche Forderung mußte vom Prinz-Regenten abgelehnt werden, ein selbstthätiges und selbstständiges Vorgehen Preußens erschien aber der österreichischen Regierung für ihre Machtstellung in Deutschland so gefährlich, daß sie es vorzog, nach schweren erlittenen Niederlagen (20. Mai bei Montebello, 4. Juni bei Magenta, 24. Juni bei Solferino) am 11. Juli den schimpflichen Frieden von Villafranca zu schließen, in welchem Oesterreich auf die Lombardei verzichtete.

Die Nachricht von dem Frieden von Villafranca erregte im ganzen deutschen Lande ein schmerzliches Aufsehen; hatte es sich doch von Neuem gezeigt, daß der deutsche Bund in seiner Zerfahrenheit durch die zwischen der österreichischen und der preußischen Regierung bestehende Eifersucht ohnmächtig war, daß nach der verrotteten Bundesverfassung ein einheitliches Zusammenstehen der deutschen Fürsten gegen den äußeren Feind fast zur Unmöglichkeit wurde. Eine neue Bewegung entwickelte sich aus dieser Erkenntniß. Eine Anzahl, meist der früheren demokratischen Partei angehöriger Abgeordneten trat in Eisenach (am 17. Juli) und in Hannover (am 20. Juli) zusammen, um über die Mittel zu berathen, durch welche die Bildung einer wirklich auf ein Parlament gestützten starken deutschen Centralgewalt hervorgerufen werden könne, sie beriefen eine größere Versammlung einflußreicher deutscher Männer nach Frankfurt a. M., und hier wurde am 15. und 16. September 1859 der deutsche Nationalverein begründet, dessen Zweck die Bildung einer nationalen Partei zur Einigung und freiheitlichen Entwickelung des großen gemeinsamen Vaterlandes sein sollte. Rudolf von Benningsen wurde an die Spitze des Vereins gestellt, der schnell überall in Deutschland Mitglieder und eine besonders rege Theilnahme in Berlin fand, allerdings nicht bei der Regierung, denn diese trat ihm eher hemmend als fördernd entgegen, wohl aber beim Berliner Volke, welches ihm große Sympathie zeigte, besonders nachdem derselbe auf seiner ersten Generalversammlung in Coburg (3. und 4. September 1860) ein bestimmteres Programm angenommen hatte, in welchem gesagt war, daß das deutsche Volk vertrauensvoll die Centralgewalt dem Oberhaupt des größten reindeutschen Staates übertragen werde, wenn die preußische Regierung die unerläßlichen Schritte zur Herstellung der deutschen Macht und Einheit thue. —

Durch die Bildung des deutschen Nationalvereins wurde ein Wiederaufleben, aber zugleich eine neue Gruppirung der politischen Parteien in Preußen begründet. Feindlich zeigte sich dem Nationalverein die gesammte conservative Partei, auch der Theil derselben, welcher wohl eine Einigung Deutschlands forderte, aber gegen jede Initiative des Volkes protestirte, feindlich waren ihm auch die alten sogenannten Gothaer, gleichgültig gegen den Verein zeigten sich auch viele der Anhänger der radikalen Demokratie, — Waldeck hat sich ihm nie angeschlossen, — während in ihm sich die gemäßigten Demokraten und die liberalen Constitutionellen eng vereinten.

Durch diese neue Parteibildung wurde die hoffnungsreiche Freudigkeit, mit welcher das Ministerium der neuen Aera bei seinem Regierungsantritt begrüßt worden war, sehr stark erschüttert, — es bildete sich nach und nach wieder eine Opposition, welche darüber klagte, daß das Ministerium in der deutschen Frage unentschieden und muthlos gehandelt habe, daß es alle die in der Reactionszeit entstandenen Gesetze unverändert lasse, nirgends die bessernde Hand anlege, — alle die Träger der Reaction in ihren einflußreichen Staatsstellungen belasse und sogar dulde, daß die Landräthe und andere Regierungsbeamten offen gegen die Freiheit der Wahlen agitirten.

Solche Klagen hatten ihre Berechtigung; — das Ministerium war zwar redlich bemüht, verfassungstreu zu regieren, keine direkte Gesetzesverletzung durch Polizei und andere Regierungsbeamte zu dulden, aber es schaffte nichts Positives, und es duldete, daß die Reaction immer kühner wieder ihr Haupt erhob. Es zeigte sich nach allen Richtungen hin schwach und bei der einzigen wichtigen politischen Frage, in welcher es eine Initiative ergriff, stand es im Gegensatz zu der allgemeinen Volksstimmung, die sich besonders in Berlin laut gegen die Absicht der Regierung aussprach. —

Durch die Erfahrung, welche bei der Mobilmachung im Sommer 1859 gemacht worden war, hatte sich in dem Prinz-Regenten die Ueberzeugung befestigt, daß die preußische Heeresverfassung einer gründlichen Reform bedürfe, wenn Preußen seine nach Olmütz so tieferschütterte Machtstellung in

Europa wieder gewinnen solle. — Die Reorganisation der Armee ging aus der Initiative des Prinz-Regenten hervor, sie war sein eigenstes Werk, die Ueberzeugung, daß sie zum Wohle des Vaterlandes unbedingt nothwendig sei, war innig mit dem ganzen Denken des Prinz-Regenten verwachsen.

Bei dem sehr populären Kriegsminister von Bonin fand der Prinz-Regent nicht das gewünschte Verständniß für seine Reorganisationspläne, wohl aber bei dem General von Roon, einem ausgezeichneten Organisator. Obgleich Herr v. Roon seiner hochkonservativen Gesinnung nach nicht in das Ministerium der neuen Aera hineinpaßte, wurde er doch zum Kriegsminister ernannt, — der Reorganisation gegenüber mußte jede andere Rücksicht weichen.

Ende Oktober 1859 trat eine Kommission von Generalen, unter ihnen auch der künftige Thronfolger Prinz Friedrich Wilhelm, zusammen, um den Plan zur Umgestaltung der Armee zu berathen. — Das Ergebniß dieser Berathungen war die Forderung, daß die allgemeine Wehrpflicht durch stärkere Rekrutenaushebungen energischer zur Durchführung gebracht und daß die dreijährige Dienstzeit, welche bisher durch die übliche Entlassung nach zwei Jahren thatsächlich aufgehoben war, wieder hergestellt werde. Eine Erhöhung der Reservepflicht von zwei auf vier Jahre, dagegen Verkürzung der Landwehrverpflichtung, Vermehrung der Kadres zur Ausbildung der größeren Anzahl von Rekruten, so wie Vermehrung der Offiziere und Unteroffiziere und daher des Friedensbestandes des Heeres waren die Grundzüge des Planes, dessen Durchführung einen Mehraufwand für die Armee von 9½ Millionen Thaler jährlich erforderte.

Als dieser Heeresreorganisations-Plan bekannt wurde, erregte er peinliches Aufsehen. Die Kreuzzeitungspartei begrüßte ihn mit stürmischem Jubel, sie sah in seiner Durchführung den Wiederbeginn ihrer Herrschaft. War doch schon durch die Berufung des Generals von Roon ihrer Ueberzeugung nach ein Keil in die liberale Mehrheit des Ministeriums getrieben worden, der dieselbe endlich sprengen mußte! — Gerade diese Hoffnung der reaktionären Partei erhöhte nur die Bedenken, die jetzt überall im Lande sich gegen die neue Organisation erhoben und die mit der größten Energie von denen ausgesprochen wurden, die für die Schaffung einer kräftigen deutschen Centralgewalt, für die Wiedergeburt eines machtvollen deutschen Reiches schwärmten, von der vereinigten liberal-constitutionellen und demokratischen Partei. Nicht nur die Mehrbelastung des Volkes mit einer Ausgabe von 9½ Millionen Thaler die durch einen Zuschlag von 25 Procent zur Klassen-, Einkommen-, Mahl- und Schlachtsteuer gedeckt werden sollte, sondern mehr als dies noch die Antastung der Landwehr und die Forderung der vollen dreijährigen Dienstzeit erregten einen wahren Sturm der Entrüstung; alle liberalen Zeitungen gaben dieser Entrüstung Ausdruck durch scharfe Artikel, in allen Bezirksvereinen Berlins und in zahlreichen Versammlungen wurde die neue Heeresreorganisation besprochen und zwar häufig in so heftiger Weise, daß man sich in das Jahr 1848 zurückversetzt glauben konnte.

Auch im Abgeordnetenhause, welches bisher so treu zu dem Ministerium gestanden hatte, fand der Reorganisationsplan keinen günstigen Boden. Die liberale Majorität forderte mindestens die Herabsetzung der Dienstzeit von drei auf zwei Jahre; hierauf aber erklärte die Regierung aus militärischen Gründen nicht eingehen zu können. Es kam schließlich eine Einigung dahin zu Stande, daß die Regierung ihren Reorganisationsentwurf zurückzog aber die Summe von 9 Millionen Thaler auf 14 Monate (bis 1. Juli 1861) zur Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft wegen der noch immer unsicheren politischen Verhältnisse forderte und bewilligt erhielt.

Diese Einigung war verhängnißvoll, sie legte den Grund zu den Verfassungsconflikten, welche bald die glanzvolle Zeit der neuen Aera trüben sollten.

Zweites Kapitel.

Letzte Lebenstage und Tod des Königs Friedrich Wilhelm IV. — Thronbesteigung des Königs Wilhelm. — An mein Volk. — Attentat des Oskar Becker auf den König. — Die Königskrönung. — Neubildung der Parteien. — Jung Lithauen. — Bildung der „Deutschen Fortschrittspartei". — Der Preußische Volksverein. — Stürmische Wahlkämpfe. — Sieg der Fortschrittspartei in Berlin.

König Friedrich Wilhelm IV. hatte nach der Uebernahme der Regierung durch den Prinz-Regenten Potsdam verlassen, um in einem milden Klima wenn auch nicht volle Genesung, auf diese war ja nicht mehr zu hoffen, — so doch Stärkung des Geistes und Körpers zu suchen. Nach einem längeren Aufenthalt in Meran hatte er eine Reise nach Italien angetreten, umgeben von einigen seiner treuen Diener und Freunde, — auch Alfred von Reumont fand sich unter diesen. Mit sorgsamer Liebe gepflegt von seiner Gemahlin der Königin, gewann er so viel Kraft, daß die traurige Krankheit wenigstens keine Fortschritte machte. Sein Geist war getrübt, es wurde ihm schwer zu verstehen und sich verständlich zu machen, er fühlte dies und es schmerzte ihn, oft war er tief niedergeschlagen, aber ganz abgestorben war er doch dem Leben nicht. Er nahm noch immer Theil an der Unterhaltung, er konnte sich freuen über die Meisterwerke der Kunst und die Reise war ihm daher eine Quelle manchen Genusses. — Wenn er niedergedrückt von dem Bewußtsein seiner traurigen Schwäche recht tief unglücklich sich fühlte, dann stand ihm die Königin liebend, tröstend zur Seite. Alfred von Reumont schildert sie uns:

„Der Engel des Friedens und des Trostes aber war die Königin. Bald nach des schwergeprüften Dulders Heimgang habe ich es ausgesprochen, was sie in der trüben Zeit ihm gewesen ist. Nur vor ihr lag sein Inneres offen dar; nur sie, deren Leben das seinige gewesen, vermochte den gestörten Zusammenhang zwischen Gegenwart und Vergangenheit einigermaßen herzustellen, die tiefe Kluft gleichsam zu überbrücken. Namentlich in Rom, das ihr ungesehen bereits vor dem geistigen Auge gestanden war, worin sie heimisch geworden durch die Briefe ihres Gemahls vom Jahre 1828, durch seine Tagebücher, die sie jetzt wieder mit ihm verglich, durch tausend Mittheilungen Jahre hindurch. Sie war es, welche nicht von seiner Seite wich, welcher keiner seiner Gedanken wie keine seiner Empfindungen verhüllt blieb, in deren sicherem unbeirrten Urtheil er auszuruhen gewohnt war, welche ihn auch bei größter Mangelhaftigkeit des Ausdrucks immer verstand und ihm die Pfade ebnete, welche mit sinniger Heiterkeit und auch inmitten der Trübsal klarer Stirn die aufsteigenden Wolken zu verscheuchen wußte, immer ein beschwichtigendes, belebendes, ermuthigendes, tröstendes Wort für ihn hatte, und seine Stütze und sein Schirm wie in traurigsten Tagen sein Arm, sein Mund, sein Auge gewesen, deren Leben das schönste Zeugniß abgelegt hat für des Apostels Wort, daß das Größeste ist die Liebe."

Die günstige Einwirkung, welche der Aufenthalt in Italien auf den Gesundheitszustand des Königs gehabt hatte, währte nach seiner Rückkehr in die Heimath nur kurze Zeit, dann trat wieder eine Verschlimmerung der schrecklichen Krankheit ein, schlagartige Anfälle erfolgten schnell auf einander und schnell flohen die körperlichen Kräfte und mit ihnen das geistige Vermögen. Alfred von Reumont, der im Mai 1860 nach Berlin kam und den König in Sanssouci besuchte, schildert den traurigen Zustand, in welchem er ihn fand:

„In dem Säulenhemicyclus auf der Nordseite des Schlosses saß er in einem Rollstuhl, halb nach der Linken vornübergesunken, im Gesicht geröthet, mit glanzlosem Auge. Ich trat an ihn heran und nannte meinen Namen; er reichte mir die Hand, aber im ersten Augenblick war ich ungewiß, ob er mich erkannt habe. Nach einer Pause aber vernahm ich die Worte: „Rom — schlimm ergangen", und so gewahrte ich, daß das Gedächtniß in ihm lebendig geblieben war. Lange hielt er meine Hand fest, während ich neben ihm stand. Das was das Wiedersehen nach einem Jahre.

Während meines Berliner Aufenthaltes habe ich den Kranken wiederholt selbst mehrere Stunden lang gesehen. Infolge der politischen Verhältnisse augenblicklich Herr über meine Zeit, erbot ich mich in Sanssouci zu bleiben, aber die Königin erwiderte, unter den so traurig veränderten Umständen habe mein dortiger Aufenthalt nicht mehr den früheren Zweck. Und in der That war von irgend einer Conversation oder Mittheilung nicht mehr die Rede. Der König versuchte zu sprechen, aber die Laute fügten sich meist nicht mehr zu Silben, die Silben nicht mehr zu Worten, sondern blieben oft ohne Zusammenhang, gleichsam inarticulirt, was den peinlichsten Eindruck machte. Nur die Anschauung äußerer Objecte brachte noch lebendigeren Eindruck hervor und schien den wie schlummernden innern Sinn zu wecken."

Immer tiefer sanken die Körper- und Geisteskräfte des Kranken, auch die liebevollste Pflege vermochte dem Fortschritt der Krankheit kein Halt zu gebieten, — die letzten Monate des Jahres 1860 waren eine Zeit des langsamen Absterbens. Erst früh am Morgen des 2. Januar 1861 erlöste der Tod den königlichen Dulder von seinen schweren Leiden.

König Wilhelm verkündete in der Proclamation „An mein Volk" den Antritt seines eigenen Regiments. Diese Proclamation gab dem Volke die Bürgschaft, daß der König Wilhelm in denselben Bahnen wandeln wolle und werde, welche der Prinz-Regent bei der Uebernahme der Regierung eingeschlagen hatte. Der König sagte in derselben:

„Meine Hand soll das Wohl und das Recht Aller in allen Schichten der Bevölkerung hüten, sie soll schützend und fördernd über diesem reichen Leben walten. Es ist Preußens Bestimmung nicht, dem Genusse der erworbenen Güter zu leben. In der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernste und der Aufrichtigkeit seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht; nur so vermag es seinen Rang unter den Staaten Europas zu behaupten.

Ich halte fest an den Traditionen Meines Hauses, wenn Ich den vaterländischen Geist Meines Volkes zu heben und zu stärken Mir vorsetze. Ich will das Recht des Staates nach seiner geschichtlichen Bedeutung befestigen und ausbauen und die Institutionen, welche König Friedrich Wilhelm der Vierte ins Leben gerufen hat, aufrecht erhalten. Treu dem Eide, mit welchem Ich die Regentschaft übernahm, werde Ich die Verfassung und die Gesetze des Königreichs schirmen. Möge es Mir unter Gottes gnädigem Beistande gelingen, Preußen zu neuen Ehren zu führen.

Meine Pflichten für Preußen fallen mit Meinen Pflichten für Deutschland zusammen. Als deutschem Fürsten liegt Mir ob, Preußen in derjenigen Stellung zu kräftigen, welche es vermöge seiner ruhmvollen Geschichte, seiner entwickelten Heeresorganisation unter den deutschen Staaten zum Heile Aller einnehmen muß.

Ich werde Mich bemühen, die Segnungen des Friedens zu erhalten. Dennoch können Gefahren für Preußen und Deutschland heraufziehen. Möge dann jener gottvertrauende Muth, welcher Preußen in seinen großen Zeiten beseelte, sich an Mir und Meinem Volke bewähren, und dasselbe Mir auf Meinen Wegen in Treue, Gehorsam und Ausdauer

fest zur Seite stehen! Möge Gottes Segen auf den Aufgaben ruhen, welche sein Rathschluß Mir übergeben hat!"

Mit vollem Vertrauen nahm das Volk die königlichen Worte auf. Es hatte nicht vergessen, daß aus eigenem freien Antriebe, keiner äußeren Nöthigung, nur dem Drange seines Rechtsgefühls folgend, der Prinz-Regent den Thron mit einem volksthümlichen Ministerium umgeben und die Verfassung wieder zur vollen Geltung gebracht hatte. — War auch das Vertrauen, welches das Volk einst zu dem Ministerium der neuen Aera gehabt hatte, schon stark erschüttert, die Liebe und Verehrung für den König Wilhelm war es nicht. Dies zeigte sich bei jeder Gelegenheit, wenn das Volk ein Zeugniß seiner Gesinnungen ablegen konnte.

Am 14. Juli 1861 machte ein überspannter, unklarer, politischer Schwärmer, ein Student aus Leipzig, Oskar Becker, einen Mordversuch gegen den in Baden-Baden zur Kur sich aufhaltenden König, er schoß ein Pistol auf diesen ab, aber glücklicher Weise ohne Erfolg. — Er wurde festgenommen und dem Gericht übergeben. Die Frevelthat erregte in ganz Deutschland die tiefste Entrüstung, die glückliche Errettung des Königs aber eine Freude, welche sich überall laut kund gab. Der König empfing so viele Kundgebungen der Liebe, des Vertrauens, der Verehrung, daß er gerührt sich äußerte: die Frevelthat, die sein Leben bedroht habe, sei ihm zum reichen Gewinn geworden! — Keine politischen Verfolgungen, keine Polizeimaßregeln knüpften sich wie einst bei dem Attentat des wahnsinnigen Sefeloge an den Frevel des Einzelnen, der König ließ sich in seinem Vertrauen auf das Volk nicht durch die Einflüsterungen beirren, daß der revolutionäre Geist wieder erwacht sei und in Oskar Becker's That seine Blüthen treibe, daß diese That nicht vereinzelt bleiben werde. —

Die Verehrung für den König und auch das Vertrauen auf ihn wurden durch das Attentat, wenn es möglich war, noch gesteigert. Auch eine mit dem Zeitgeist nicht recht in Einklang zu bringende, von dem König direkt ausgehende Feierlichkeit vermochte dies Vertrauen nicht zu erschüttern, — die Krönung, welche in Königsberg am 18. Oktober unter großen Festlichkeiten stattfand. Wurden auch manche Bedenken laut gegen diese in der Verfassung nicht vorgesehene, an das frühere absolute Königthum erinnernde Feier, so drangen solche Bedenken doch nicht ein in das Volk, sie erschütterten das Vertrauen zu dem Könige nicht. Der grenzenlose Jubel, mit welchem König Wilhelm am 22. October bei seinem Wiedereinzug in Berlin empfangen wurde, zeigte dies. —

Die Liebe, die Verehrung und das Vertrauen der Berliner für König Wilhelm war unerschüttert und unerschütterlich, das Vertrauen zu seinen Ministern aber hatte eine schwere Schädigung erlitten. Die Vertrauensseligkeit, mit welcher einst das Ministerium der neuen Aera begrüßt worden war, war vollständig geschwunden, — die Mahnung: „Nur nicht drängen" hörte man in Berlin nicht mehr; es wurde als ein politischer Fehler betrachtet, daß sie früher ausgesprochen worden war, — daß die alten demokratischen Abgeordneten freiwillig auf eine Wahl zum Abgeordnetenhause verzichtet hatten. Eine neue Parteibildung hatte sich vollzogen.

Schon am Schluß des Jahres 1860 und in den ersten Monaten des Jahres 1861 waren bei den Nachwahlen einige der demokratischen Partei angehörige Männer in das Abgeordnetenhaus gewählt worden und hatten die Wahl angenommen, so der Kammergerichtsrath Taddel, der bekannte Vorsitzende im Waldeck'schen Prozeß, Waldeck selbst und Schulze-Delitzsch, der in Berlin am 7. März 1861 als erster demokratischer Abgeordneter in der neuen Aera gewählt worden war. Durch diese Nachwahlen hatte eine Anzahl meist aus Ostpreußen stammender Abgeordneten, welche in der großen liberalen, durch den Freiherrn von Vincke geführten Fraktion für ein entschiedenes Auftreten derselben eingetreten waren, eine namhafte Verstärkung erhalten. — Unter der Führung des Freiherrn von Hoverbeck und des Rechtsanwalts von Forckenbeck sonderte sich von der Partei Vincke eine eigene, eine entschiedene Linke bildende Fraktion ab, welcher von Vincke den später historisch gewordenen Namen „Jung Lithauen" spottweise gab. Die Fraktion zählte nur 19 Mitglieder, sie konnte auf die Abstimmungen keinen Einfluß üben, aber sie gewann doch eine hohe Bedeutung durch die Entschiedenheit, mit welcher ihre Mitglieder gegen das Ministerium, vorzugsweise in der wichtigen Frage der Reorganisation der Armee auftraten. —

Das Ministerium hatte in der Stille den Reorganisationsplan so weit durchgeführt, wie dies ohne eine Aenderung der bestehenden Gesetze, der Rekrutirungsgesetze, möglich war; es hatte zu diesem Zweck die ihm zur „Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft" bewilligten Gelder verwendet. — Allerdings wurden alle die getroffenen Maßregeln, die Formirung neuer Regimenter u. s. w. als provisorische, noch der Zustimmung des Landtages bedürfende bezeichnet, thatsächlich aber waren es definitive Maßregeln, die ohne schweren Schaden für den Staat kaum wieder rückgängig gemacht werden konnten.

Diesem Verfahren gegenüber sollte der Landtag nach den überall im Lande laut werdenden Kundgebungen der liberalen Presse und zahlreicher Versammlungen einen energischen Protest erheben; aber zu solcher Entschiedenheit vermochte sich das Abgeordnetenhaus nicht aufzuschwingen, obwohl es die Grundsätze nicht billigte, auf denen die Heeresreorganisation beruhte. — Als das Ministerium dem Abgeordnetenhause in der Session von 1861 den Plan der Heeresreform nicht wieder vorlegte, aber trotzdem von Neuem die für dieselbe nothwendige Summe für die Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft forderte, erhob sich dagegen wohl eine bedeutende protestirende Minorität, aber es wurde am 31. Mai 1861 mit 159 gegen 148 Stimmen der Beschluß gefaßt, die geforderte Summe mit geringem Abstrich zu bewilligen. Zugleich faßte

das Haus eine Resolution: die Regierung sei verpflichtet, falls sie die zur Reorganisation der Armee ergriffenen Maßregeln aufrecht zu erhalten beabsichtige, spätestens dem nächsten Landtag ein Gesetz behufs Abänderung des Gesetzes von 1814 (über die Verpflichtung zum Kriegsdienst) vorzulegen. Durch diesen verhängnißvollen Beschluß hatte die Majorität des Abgeordnetenhauses der Regierung direkt das moralische Recht gegeben, den Reorganisationsplan voll zur Durchführung zu bringen. —

Am 5. Juni wurde der Landtag geschlossen, im November ging die Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses zu Ende, die Neuwahlen standen nahe bevor, und die Parteien rüsteten sich für dieselben. —

In Berlin trat eine Anzahl von Mitgliedern der Fraction Jung Lithauen mit namhaften politischen Gesinnungsgenossen zusammen zur Berathung eines Programms, auf welches hin eine neue Partei gebildet werden könne, die sich zusammensetzen sollte aus den alten Demokraten und den entschieden liberal gesinnten Mitgliedern der constitutionellen Partei; ausgeschlossen sollten bleiben die stets nach rechts schielenden, immer zur Nachgiebigkeit gegen jede Regierungsforderung bereiten, schwächlichen — Gothaer. Die Aufstellung eines solchen Programms war nicht ohne Schwierigkeit; die alten Demokraten forderten, daß die Wiederherstellung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes an die Spitze des Programms gestellt werde, die Konstitutionellen hielten dies für bedenklich, und sie setzten es durch, daß ihrem Willen Rechnung getragen wurde. — Nach mehrfachen, ziemlich stürmischen Berathungen kam am 6. Juni 1861 das Programm der „Deutschen Fortschrittspartei" zu Stande. Es enthielt in möglichst allgemein gehaltenen Sätzen die Forderungen der Liberalen. Nur über die deutsche Frage und die Wehrverfassung sprach es sich bestimmter aus. Es sagte: „Die Existenz und Größe Preußens hängt ab von einer festen Einigung Deutschlands, die ohne eine starke Central-Gewalt in den Händen Preußens und ohne gemeinsame deutsche Volksvertretung nicht gedacht werden kann. Für die Ehre und Machtstellung unseres Vaterlandes, — wenn diese Güter durch einen Krieg gewahrt oder erlangt werden müssen, — wird uns niemals ein Opfer zu groß sein; im Interesse einer nachhaltigen Kriegsführung aber erscheint uns die größte Sparsamkeit für den Militär-Etat im Frieden geboten. Wir hegen die Ueberzeugung, daß die Aufrechterhaltung der Landwehr, die allgemein einzuführende körperliche Ausbildung der Jugend, die erhöhte Aushebung der waffenfähigen Mannschaft, bei zweijähriger Dienstzeit, für die vollständige Kriegstüchtigkeit des preußischen Volkes in Waffen Bürgschaft leisten." —

Durch diesen Satz des Programms trat die neue „deutsche Fortschrittspartei" in den Kampf gegen die Regierung. Sie verwarf den Heeresreorganisationsplan, der recht eigentlich vom Könige selbst ausgegangen war, dessen Vollendung der König zur Aufrechterhaltung der Machtstellung Preußens für unumgänglich nothwendig hielt. — Mochte das Programm auch die Treue für den König betheuern, so hatten solche Betheuerungen doch keine Bedeutung einer Forderung gegenüber, welche der König als gegen sich selbst gerichtet betrachten mußte. — Der König mußte die deutsche Fortschrittspartei als ihm feindlich gegenüberstehend ansehen.

Im Volke fand das Programm, als es veröffentlicht wurde, seiner Allgemeinheit wegen großen Beifall. Fast jeder Liberale, welcher Parteischattirung er auch angehören mochte, konnte es unterzeichnen; fanden sich doch unter den ersten Unterzeichnern unter einander Namen wie v. Hoverbeck, Schulze-Delitzsch, v. Unruh und Professor Mommsen, Delbrück und O. Lindner, Redacteur der Vossischen Zeitung, die schon längst wieder in das liberale Lager übergegangen war und bald das Hauptorgan der Fortschrittspartei werden sollte. — In Berlin erhob sich allerdings gegen das Fortschrittsprogramm eine Agitation. Viele der alten Demokraten*) wollten es nicht unterzeichnen, weil das allgemeine gleiche Wahlrecht nicht erwähnt war; aber die allgemeine nach einer innigen Vereinigung aller liberalen Parteien gehende Strömung war stärker als der Widerstand der Einzelnen, die um eine Spaltung der Partei zu vermeiden, sich fügen mußten. — Ein Central-Wahlcomité der Fortschrittspartei constituirte sich in Berlin unter dem Vorsitz des früheren Präsidenten der National-Versammlung von Unruh, es nahm die Wahlagitation kräftig durch die Verbreitung zahlreicher Flugblätter und Broschüren und die Anregung von Wahlversammlungen in die Hand.

Der Fortschrittspartei entgegen wirkte der in einer nach Berlin zusammengerufenen großen Versammlung der Konservativen am 20. September 1861 begründete Preußische Volksverein, in welchem die Anhänger der Kreuzzeitung sich mit den zünftlerischen Handwerkern vereinten, um ein Gegengewicht gegen die Fortschrittspartei und den deutschen Nationalverein zu bilden; auch von ihm ging eine Fluth von Flugblättern aus, die zu vielen Tausenden im Lande verbreitet wurden.

Als dritte bedeutende Partei traten die Alt-Liberalen, die Anhänger des Ministeriums der neuen Aera, auf den Kampfplatz. Dr. Wehrenpfennig, der noch vor kurzer Zeit weiter links gestanden hatte und Mitglied des National-Vereins gewesen, aber neuerdings zum Leiter der offiziösen Presse avancirt war, vertrat in der Presse diese Partei, die jetzt wieder, wie in den Jahren 1849 und 1850 mit größerer Erbitterung gegen die links von ihr stehende Fort-

*) Auch Waldeck hat das Programm der Fortschrittspartei niemals unterzeichnet, wenn er auch nicht gegen dasselbe protestirt hat. — Die radikale Demokratie hielt sich verletzt von der neu gebildeten Partei zurück, sie stimmte erst bei den Wahlen für dieselbe, aber nur widerwillig, und ein Theil derselben ging zu der bald darauf sich geltend machenden socialdemokratischen Partei über.

schrittspartei, als gegen die Reaktion kämpfte. Die Stern-Zeitung war ihr Organ.

Der Wahlkampf im November 1861 war von außerordentlicher Lebendigkeit. Es wurden täglich in Berlin stürmische Versammlungen abgehalten. Das Resultat war ein glänzender Sieg der Fortschrittspartei, nur ein Ministerieller, der General-Steuer-Direktor a. D. Kühne, wurde am 6. Dezember 1861 zum Abgeordneten gewählt gegen acht Abgeordnete der Fortschrittspartei: Twesten, Taddel, Waldeck zwei Mal, Virchow zwei Mal, Schulze-Delitzsch und Diesterweg. — Für Waldeck und Virchow, welche auswärtige Mandate annahmen, wurden in der Nachwahl vier Fortschrittsmänner, Regierungsrath Krieger, Stadtrath Runge, Major a. D. Steinhardt und Dr. Otto Lüning, gewählt.

Von dieser Zeit an ist Berlin für viele Jahre die feste Burg der Fortschrittspartei sowohl in politischen als in Kommunalwahlen gewesen. Schon die nächsten im Herbst 1862 stattfindenden Ersatzwahlen für die Stadtverordneten-Versammlung bewirkten, daß die Fortschrittspartei in der Bürgervertretung der Hauptstadt die Majorität erhielt, und daß sie durch die Wahl des einst mit excludirten Stadtverordneten Kochhann zum Stadtverordneten-Vorsteher ein Zeugniß dafür ablegen konnte, daß sie mit der kommunalen Mißwirthschaft zu brechen beabsichtige. —

Ein neues Leben begann in der Stadtverwaltung, die Detail-Schilderung desselben, die großartige Entwickelung, welche Berlin seit jener Zeit nahm, muß einer späteren Darstellung vorbehalten bleiben. —

Drittes Kapitel.

Das neue Abgeordnetenhaus. — Fortschritts-Majorität. — Auflösung. — Rücktritt des Ministeriums der neuen Aera. — Das konservative Ministerium unter dem Prinzen von Hohenlohe. — Der Conflict. — Das Ministerium Bismarck. — Verfassungskampf. — Die budgetlose Zeit. — Die Lückentheorie. — Eine neue Reaktionsperiode. — Einmüthigkeit des Volks.

Das neue Abgeordnetenhaus trat am 14. Januar 1862 zusammen, es zeigte ein gegen das frühere wesentlich verändertes Aeußere. Die Reihen der Konservativen waren fast aufgelöst, wenig über ein Dutzend Konservative waren gewählt worden, während die vorgeschrittenen Liberalen meist ihre Sitze erhalten hatten. Die Fortschrittspartei gebot zwar über keine Majorität, wohl aber bildete sie eine solche mit der ihr nahe stehenden Gruppe der sich nach links neigenden unbedingt verfassungstreuen Constitutionellen und den Polen.

Die brennende Frage der neuen Session war wieder die der Heeresreorganisation, — das Ministerium legte dem Landtag, dem Wunsch des vorigen Abgeordnetenhauses folgend, eine Novelle zum Gesetz von 1814 vor, welche die unbedingte Zustimmung des Herrenhauses erhielt, im Abgeordnetenhause aber garnicht zur Beschlußfassung kam, denn dieses wurde plötzlich schon am 11. März 1862 aufgelöst. Die Regierung mochte wohl voraussehen, daß sie im Guten mit dem Militärgesetz nicht durchdringen werde, sie benutzte eine an sich unbedeutende Niederlage, welche sie wenige Tage vorher in einer Etatsfrage erlitten hatte, um das Abgeordnetenhaus aufzulösen; zugleich aber baten die altliberalen Mitglieder des Ministeriums der neuen Aera den König um ihre Entlassung, sie fühlten selbst, daß ihnen die Kraft und der Einfluß fehle, um den sich immer schärfer zuspitzenden Conflict mit der Volksvertretung über die Heeresreform siegreich durchzukämpfen.

Der Prinz von Hohenlohe-Ingelfingen, der bisherige Präsident des Herrenhauses, wurde vom König zum Minister-Präsidenten ernannt; an die Stelle der Herren von Auerswald, von Patow, von Bernuth, Graf Schwerin und Graf Pückler traten die Minister von Jagow, Graf Lippe, Graf Itzenplitz und von Mühler, sämmtlich Männer der streng-konservativen Partei. Der König zeigte durch ihre Ernennung, daß er keineswegs zu einer Nachgiebigkeit geneigt sei, er sprach dies auch indirekt durch einen Erlaß an das Staatsministerium am 19. März 1862 aus, in welchem er sagte:

„Ich halte unabänderlich fest an den Grundsätzen, welche Ich am 8. November 1858 dem Staats-Ministerium eröffnet und seitdem wiederholt vor dem Lande kundgegeben habe; sie werden, richtig aufgefaßt, auch ferner die Richtschnur Meiner Regierung bleiben. Aber die daran geknüpften irrthümlichen Auslegungen haben Verwickelungen erzeugt, deren glückliche Lösung die nächste Aufgabe Meiner gegenwärtigen Regierung ist. In weiterer Ausführung der bestehenden Verfassung soll die Gesetzgebung und Verwaltung von freisinnigen Grundsätzen ausgehen. Es kann aber ein heilbringender Fortschritt nur gedacht werden, wenn man, nach besonnener und ruhiger Prüfung der Zeitlage, die wirklichen Bedürfnisse zu befriedigen und die lebensfähigen Elemente in den bestehenden Einrichtungen zu benutzen weiß.

Es ist Meine Pflicht und Mein ernster Wille, der von Mir beschworenen Verfassung und den Rechten der Landesvertretung ihre volle Geltung zu sichern, in gleichem Maße aber auch die Rechte der Krone zu wahren und sie in der ungeschmälerten Kraft zu erhalten, welche für Preußen zur Erfüllung seines Berufes nothwendig ist, und deren Schwächung dem Vaterlande zum Verderben gereichen würde."

Das neue konservative Ministerium bot die ganze Kraft der Regierungsmaschine auf, um durch Einwirkung auf die Wahlen sich eine Majorität im Abgeordnetenhause zu schaffen. Die Beamten wurden zum Wahlkampf aufgefordert gegen eine Opposition, welche den Schwerpunkt der Regierung von der Krone fort ins Abgeordnetenhaus verlegen wolle; aber diese Wahlbeeinflussung hatte kaum

einen anderen Erfolg, als daß z. B. gegen den Wahlerlaß des Cultusministers von Mühler sämmtliche Universitäten und, den übrigen voran, die Berliner Universität, im Namen der Unabhängigkeit der Wissenschaft protestirten, und daß der Wahlkampf im ganzen Lande heftiger und erbitterter wurde, als je zuvor.

Das Ergebniß der am 6. Mai 1862 stattfindenden Wahlen war eine vollständige Niederlage der Minister, von denen nicht ein einziger in das Abgeordnetenhaus gewählt wurde, während sämmtliche Mitglieder der Fortschrittspartei ihre Sitze erhielten und die Partei noch neue Mandate eroberte. In dem neuen am 19. Mai eröffneten Abgeordnetenhause gebot die Fortschrittspartei in Verbindung mit dem ihr nahe stehenden linken Centrum über eine große Majorität, die konservative Fraktion nur über 11 Stimmen. —

Allein auf diese 11 Stimmen konnte das Ministerium mit Sicherheit rechnen, dies zeigte sich, indem das Abgeordnetenhaus die bedingungslose Bewilligung der Reorganisationskosten mit 308 gegen 11 Stimmen ablehnte und sogar eine bedingte Bewilligung, für welche selbst einige Mitglieder der Fortschrittspartei, vor allen andern Twesten, eintraten, mit großer Majorität verwarf. —

„Man beschließt, was man nicht ausführen will!" rief der Abgeordnete Twesten der Majorität zu, und er hatte Recht, nur das prinzipielle Festhalten an den Rechten der Volksvertretung hatte die Majorität zu einem Beschluß veranlaßt, den sie selbst für durchführbar nicht halten konnte. Die Heeresreorganisation war bereits vollständig durchgeführt, der Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 31. Mai 1861 hatte ja der Regierung hierzu wenn auch nicht das formelle, doch das moralische Recht ertheilt; es war ohne die schwersten Geldopfer, ohne eine Schwächung der Wehrkraft des Landes nicht möglich, die vollendete Reform rückgängig zu machen. —

Der König war fest entschlossen, seine ganze königliche Macht zur Aufrechterhaltung der Heeresreform einzusetzen, er stellte zu diesem Zweck an die Spitze der Regierung einen Mann, auf dessen rücksichtslose Energie er bauen konnte, den bisherigen Gesandten in Paris, den Herrn von Bismarck-Schönhausen, der am 24. September 1862 seine Ernennung zum Minister erhielt. — Graf Eulenburg wurde zum Minister des Innern für Herrn von Jagow ernannt.

Die Ernennung des Herrn von Bismarck erregte im Abgeordnetenhause und außerhalb desselben im ganzen Lande eine hohe Aufregung. „Das ist der Staatsstreich!" — so hörte man in jenen Tagen überall. — Knüpfte sich doch an den Namen Bismarck nur die Erinnerung an seine frühere politische Thätigkeit, an sein schroffes Auftreten gegen jede liberale Meinung. Man erinnerte sich, daß er sich mit Stolz einen preußischen Junker genannt hatte, daß er all' den deutschen Einheitsbestrebungen, sowohl denen der Frankfurter Nationalversammlung in den Jahren 1848—1849, als auch denen der Union mit bitterem Spott entgegen getreten war, — daß er einst sogar die Schmach von Olmütz vertheidigt und den verrotteten Bundestag in Schutz genommen hatte. Er galt für den eifrigsten Anhänger eines absoluten Regiments, als der erbitterte Feind jedes Constitutionalismus; eine höhere, großartigere politische Anschauung zu zeigen, hatte er früher niemals Gelegenheit gehabt. Niemand konnte wissen, welche gewaltigen Zukunftspläne in dem Kopfe des vielgehaßten Mannes schlummerten, Niemand ahnte, daß er der Schöpfer des früher von ihm so hart bekämpften vereinigten deutschen Reiches werden würde.

Wenn der Minister von Bismarck bei seinem ersten Auftreten im Landtage seine Neigung zur Versöhnlichkeit und zu einer Einigung aussprach, so glaubte ihm Niemand; die liberale Opposition war entschlossen, den Verfassungskampf gegen ihn bis zum Aeußersten durchzuführen. Es wurde auf den Antrag des Abgeordneten von Forckenbeck am 7. Oktober mit 251 gegen 36 Stimmen für verfassungswidrig erklärt, wenn die Staatsregierung über eine vom Abgeordnetenhause abgelehnte Ausgabe verfüge, — und als das Herrenhaus das vom Abgeordnetenhaus beschlossene Budget ablehnte und dagegen das Budget annahm, wie es von der Regierung vorgelegt worden war, erklärte am 13. Oktober unmittelbar vor dem Schluß der Session das Abgeordnetenhaus einstimmig: der Beschluß des Herrenhauses verstoße gegen Sinn und Wortlaut der Verfassung und sei deshalb null und nichtig.

Ein Budget war nicht zu Stande gekommen, und der Minister-Präsident sah sich hierdurch genöthigt, am Schlusse der Session auszusprechen, die Staatsregierung befinde sich in der Nothwendigkeit, den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage führen zu müssen.

Mit dieser Erklärung des Minister-Präsidenten beginnt der traurige Verfassungskonflikt, der Jahre lang dauern sollte. Als im Jahre 1863 das Abgeordnetenhaus wieder die von der Regierung in den Militäretat aufgenommene Forderung ablehnte und daher wieder kein Budget zu Stande kommen konnte, erklärte der Minister-Präsident, die Regierung werde ohne vereinbartes Budget weiter regieren, für den Fall eines Krieges werde sie das Geld eben nehmen, wo sie es finde. Zu seiner Rechtfertigung stellte er eine ganz neue Verfassungstheorie auf, indem er behauptete, die Verfassung habe eine Lücke, da sie nicht sage, was geschehen solle, wenn ein Budget nicht zu Stande komme. Die Staatsmaschine dürfe in diesem Falle nicht stille stehen, die Regierung müsse dann auch ohne Budget weiter regieren.

Und sie regierte weiter ohne Budget trotz aller Proteste des Abgeordnetenhauses, welches sich vergeblich mit wiederholten Adressen an den König wendete und sogar um die Entlassung der die Verfassung verletzenden Minister bat, aber ungnädig zurückgewiesen wurde.

Der Verfassungskonflikt dauerte fort, auch durch

die Auflösung des Abgeordnetenhauses wurde er nicht beseitigt, denn das Volk stand zu seinen Vertretern, es wählte fast durchgängig dieselben Abgeordneten wieder und das neue Haus leistete dem Ministerium denselben zähen Widerstand wie das frühere.

Während dieses traurigen Conflicts kehrten Zustände zurück, welche Volk und Regierung beim Eintritt der neuen Aera vollständig überwunden zu haben glaubten; die politischen Verfolgungen begannen aufs Neue, die fortschrittlichen Abgeordneten, welche Beamte waren, wurden gemaßregelt, eine neue Preßverordnung, welche das Forterscheinen politischer Zeitungen fast ganz von dem Belieben der Regierung abhängig machte, wurde octroyirt (1. Juni 1863), den Wahlen freisinniger Stadträthe wurde die Bestätigung versagt, — Concessionsentziehungen fanden statt, eine neue Reactionsperiode schien über Preußen hereinzubrechen; aber sie traf jetzt ein zum politischen Bewußtsein wieder erwachtes Volk, welches sich durch alle die Reactionsmaßregeln nicht bewegen ließ, seinen gewählten Abgeordneten untreu zu werden. — In Berlin wurde eine Zustimmungsadresse für die fortschrittlichen Abgeordneten schnell mit 40,000 Unterschriften bedeckt; die Sammlung zu einem Nationalfonds für gemaßregelte Abgeordnete ergab ungeahnt hohe Beiträge, mehr als 75000 Thaler kamen zusammen. Magistrat und Stadtverordnete von Berlin traten ebenfalls für das Recht des Abgeordnetenhauses in die Schranken, die Stadtverordneten-Versammlung ging sogar so weit, daß sie, als ihr nicht gestattet wurde, freimüthig sich über die unselige Preßverordnung zu äußern, den Beschluß faßte, sich künftig jeder Loyalitätsäußerung, der Geburtstags- und Neujahrsgratulationen, der Adressen bei Familienfesten im königlichen Hause u. s. w. zu enthalten, und sie brachte diesen Beschluß zur Ausführung, indem sie beim Tode des Prinzen Friedrich jede Beileidsbezeugung unterließ.

Welchen traurigen Einfluß der herrschende Conflict auch auf das innige Verhältniß hatte, welches seit dem Beginn der neuen Aera zwischen Fürst und Volk geherrscht hatte, schildert uns Biedermann (Dreißig Jahre deutscher Geschichte) mit folgenden Worten:

„König Wilhelm litt schwer unter diesem Conflicte seiner Regierung mit seinem Volke. „Ich schlafe keine Nacht", sagte er zu Herrn von Beckerath. Fest durchdrungen von der Nothwendigkeit der Heeresreorganisation, die er auf Grund langjähriger, sorgfältiger militärischer Beobachtungen und Erfahrungen, unter dem Beirath so sachkundiger Männer wie General Roon u. A. bis in's Kleinste selbst ausgearbeitet und durchdacht hatte, erschien es ihm unmöglich, daß nicht die Opposition, wenn sie nur wollte, von dieser Nothwendigkeit sich sollte überzeugen können. Er hielt dieselbe für absichtlich mißleitet von einzelnen ihrer Führer. Waren das doch zum Theil dieselben Männer, die 1848 in der damaligen Nationalversammlung der Regierung entgegengetreten! Offenbar wollten diese kein starkes Heer, damit die Krone nicht stark sei! Einem solchen Beginnen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, darüber zu wachen, daß nicht die Zeiten von 1848 sich wiederholten, erachtete der Monarch für seine unveräußerliche königliche Pflicht. Bei der Uebereinstimmung, die zwischen der Regierung und dem Herrenhause, also zweien der gesetzgebenden Faktoren, in der schwebenden Frage herrschte, mußte der dritte Faktor, das Abgeordnetenhaus, nothwendig im Unrecht sein, wenn er verlangte, daß sein Wille allein entscheide. Nach alledem glaubte der König vollkommen darüber beruhigt sein zu können, daß der Vorwurf einer Verfassungsverletzung ihn nicht treffe.

So bestand das budgetlose Regiment fort, und der Bruch zwischen Krone und Volk blieb ungeheilt, ja er steigerte sich bis zu dem Grade, daß selbst die tiefgewurzelte Pietät des Preußen gegen die Person seines Königs und das königliche Haus darunter zu leiden anfing".

Viertes Kapitel.

Bismarcks deutsche Politik. — Schleswig-Holstein. — Bewegung für die Befreiung der Herzogthümer in Deutschland. — Begeisterung in Berlin. — Mißtrauen gegen die Politik der preußischen Regierung. — Verweigerung der Kriegsanleihe. — Der Schleswig-Holstein'sche Krieg. — Frieden zu Wien. — Fortdauer des Conflicts. — Begeisterung für den Herzog von Augustenburg. — Parteinahme der städtischen Behörden Berlins. — Verschärfung des Verfassungsconflicts. — Eiserne Konsequenz Bismarcks. — Spannung zwischen Preußen und Oesterreich. — Volkssympathien für Oesterreich. — Kriegsrüstung. — Der Bismarck'sche Antrag auf deutsche Bundesreform. — Sprengung des deutschen Bundes durch Preußen. — Beginn des Krieges.

Die preußische Regierung hatte durch den Verfassungskonflict, durch die Verfolgungen, denen die liberalen Abgeordneten ausgesetzt waren, durch die wieder mehr und mehr sich schwer drückend geltend machende Reaktion das ihr seit dem Beginn der neuen Aera entgegengetragene Vertrauen des Volkes und der Volksvertretung so vollständig verscherzt, daß jede Hoffnung auf eine von ihr ausgehende Reform der deutschen Verfassung als aufgegeben erschien. Selbst der National-Verein durfte nicht mehr wagen, auf die Herstellung eines deutschen Reiches unter preußischer Führung hinzuarbeiten; schaute doch die große Mehrzahl des deutschen Volkes jetzt mit viel größerem Vertrauen auf die österreichische Regierung, welche aus freiem Antriebe in constitutionelle Bahnen eingelenkt war, als nach Preußen, wo Herr von Bismarck mit eiserner Energie der Volksvertretung gegenüber die Macht der Regierung aufrechterhielt. Daß er die gleiche Energie auch aufbot, um für Preußen die

seit den Tagen von Olmütz verlorene Machtstellung in Deutschland wieder zu gewinnen, wurde ihm nicht gedankt, auch von denen nicht, die früher am heftigsten das Ministerium Manteuffel deshalb bekämpft hatten, weil es die Schuld an der Ohnmacht Preußens trug. —

Als die österreichische Regierung im Sommer 1863 mit dem Plan einer Bundesreform hervortrat, deren durchsichtiger Zweck die Bürgschaft des deutschen Bundes für den Gesammtbesitz Oesterreichs war, als sie zur Begründung dieser sogenannten Reform der Bundesverfassung einen Fürstentag berief, fand zwar dieser Plan Oesterreichs keine freudige Zustimmung; ebensowenig Anerkennung aber fand die Entschiedenheit, mit welcher die preußische Regierung denselben ablehnte und forderte, daß Preußen im Bunde vollständige Gleichstellung mit Oesterreich haben müsse. — Als Herr von Bismarck erklärte: eine Bürgschaft dafür, daß „die wahren Bedürfnisse und Interessen der deutschen Nation" gewahrt würden, sei nur „in einer wahren, aus direkter Betheiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung" zu finden, für eine Bundesreform seien Berechtigung Preußens zu einem Veto, Gleichheit im Vorsitz für Preußen und Oesterreich, und eine aus direkten Volkswahlen hervorgegangene Nationalversammlung die unumgänglichen Vorbedingungen, — ließ Niemand einem solchen kühnen Plan Gerechtigkeit widerfahren. —

Bismarck fand beim Volk und bei der Volksvertretung keine Unterstützung und Anerkennung, obgleich an seinem energischen Widerstand die auf die österreichische Machtvergrößerung hinzielenden Pläne Oesterreichs scheiterten und ebensowenig wurde ihm die so sehr gewünschte Unterstützung, als er eintrat für Erfüllung einer Forderung, welche seit Jahrzehnten wieder und immer wieder vom deutschen Volke erhoben worden war, für die Befreiung Schleswig-Holsteins von der dänischen Herrschaft. —

In der Reaktionszeit, im Jahre 1852, war durch das Londoner Protokoll, durch ein Uebereinkommen der Großmächte, die dänische Thronfolge dahin geregelt worden, daß dem Prinzen Christian von Glücksburg dieselbe mit Einschluß von Schleswig-Holstein und Lauenburg gewährt wurde, der Herzog von Augustenburg hatte für eine Abfindungssumme auf sein Erbrecht verzichtet, Dänemark aber sich den deutschen Mächten gegenüber verpflichtet, die politischen Rechte der Herzogthümer zu achten, namentlich eine Verfassung einzuführen, nach welcher keine Einverleibung Schleswigs in Dänemark stattfinden dürfe, die Gleichberechtigung der Deutschen und Dänen in Schleswig zur Geltung gelange und die Regierung Holsteins nach den rechtlich bestehenden Gesetzen erfolge. Diese Verpflichtung hatte Dänemark nicht erfüllt, sondern im Jahre 1855 eine Gesammtverfassung für das ganze Land eingeführt, durch welches sie verletzt wurde.

Nach vielfachen Unterhandlungen des deutschen Bundes mit Dänemark erklärte die preußische Regierung im Jahre 1863: weder der deutsche Bund, noch Preußen als europäische Großmacht könnten das einseitige Zurücktreten Dänemarks von seinen Verpflichtungen dulden; sie forderte, daß der Bund das Exekutionsverfahren gegen Dänemark einleite und dieser Forderung wurde entsprochen. Die österreichische, preußische, sächsische und hannoversche Regierung wurden mit der Vollstreckung beauftragt. —

In dieser Zeit starb plötzlich am 15. November 1863 König Friedrich VII. von Dänemark, Prinz Christian von Glücksburg folgte ihm als Christian IX. auf den Thron; seine Nachfolge wurde in Dänemark anerkannt, in den Herzogthümern aber fand sie Widerstand, der Erbprinz Friedrich von Augustenburg, der die Verzichtleistung seines Vaters niemals anerkannt hatte, machte seine Ansprüche auf die Erbfolge in den Herzogthümern geltend.

In ganz Deutschland erhob sich sofort eine mächtige Bewegung für die definitive Losreißung der Herzogthümer von Dänemark. In Berlin trat der Ausschuß des National-Vereins zusammen und erließ einen Aufruf an das deutsche Volk, überall in Deutschland ertönte der Ruf: „Befreiung der deutschen Herzogthümer", — das Lied „Schleswig-Holstein meerumschlungen" wurde in allen Vereinen, bei jeder festlichen Zusammenkunft gesungen, — Sammlungen wurden für die Schleswig-Holsteiner veranstaltet, die Bewegung war so allgemein, daß sich ihr auch die Regierungen der deutschen Mittelstaaten nicht entziehen konnten. Eine große Deputation, welche aus den Herzogthümern nach Deutschland kam, um die deutsche Hilfe zu erbitten, wurde überall glänzend empfangen, sie erhielt auch von den mittelstaatlichen Regierungen die besten Versprechungen.

Auch in Berlin herrschte die gleiche Begeisterung für Schleswig-Holstein, wie im übrigen Deutschland, — und sie fand im Abgeordnetenhause ihren Widerhall. Auf Antrag der Abgeordneten General Stavenhagen und Dr. Virchow erklärte am 2. Dezember das Haus mit 231 gegen 63 Stimmen: — Die Ehre und das Interesse Deutschlands erfordern es, daß sämmtliche deutsche Staaten dem Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein in der Geltendmachung seiner Rechte auf die Herzogthümer wirksamen Beistand leisten, und am 18. Dezember wurde eine Adresse an den König im gleichen Sinne vom Hause angenommen. —

Bei solcher Einmüthigkeit, die im Volke herrschte, mußte es neues Mißtrauen gegen die preußische Regierung erregen, daß diese wohl bereit schien, gegen eine Vergewaltigung der Herzogthümer durch Dänemark, nicht aber für das Erbrecht des Herzogs von Augustenburg einzutreten, daß sie in Gemeinsamkeit mit Oesterreich erklärte, sie stehe auf dem Boden des Vertrages von 1852, und nur auf die Erfüllung dieses Vertrages sei die einfache Bundesexekution zu richten.

Ein Sturm der Entrüstung erhob sich gegen eine solche Anschauung. Aus Freundschaft für

Rußland stellte sich Bismarck auf den Boden des Londoner Vertrages, er wollte die Herzogthümer den Dänen überliefern, — so hieß es und die gegentheiligen Versicherungen Bismarck's, daß kein Fußbreit deutscher Erde verloren gehen, kein Titel deutschen Rechtes geopfert werden solle, fanden keinen Glauben; manche Andeutung dahin, daß der Krieg bekanntlich alle Verträge aufhebe, trafen auf kein Verständniß bei der von tiefem Mißtrauen gegen den Ministerpräsidenten erfüllten Majorität des Abgeordnetenhauses. —

Als die Regierung beim Abgeordnetenhause die Genehmigung einer Anleihe für militärische Zwecke forderte, erfolgten wieder die heftigsten Anklagen gegen Bismarck und seine Politik, Angriffe, welche der Ministerpräsident energisch zurückwies, indem er zugleich erklärte, die Regierung werde den von ihr für einzig richtig erkannten Weg unter allen Umständen verfolgen, auch wenn ihr die Anleihe verweigert werden sollte. — Sie wurde verweigert mit 272 gegen 51 Stimmen (22. Januar 1864) und das Abgeordnetenhaus faßte sogar auf Antrag von Schulze-Delitzsch eine Resolution, daß es einer Politik, welche kein anderes Resultat haben könne, als die Herzogthümer abermals an Dänemark auszuliefern, in Deutschland aber den Bürgerkrieg herauszufordern, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten wolle. —

Unbeirrt durch den Widerstand, welchen er fand, verfolgte der Ministerpräsident das Ziel, welches er fest ins Auge gefaßt hatte, welches er aber, wenn er es erreichen wollte, jetzt noch nicht entschleiern durfte. — Er hielt das Bündniß mit Oesterreich zur einfachen Exekution aufrecht, — Holstein war bereits von den Exekutionstruppen besetzt, und da die dänische Regierung der Forderung zur Abschaffung der Verfassung nicht nachkam, rückte am 1. Februar 1864 ein preußisch-österreichisches Corps von 170 000 Mann unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls von Wrangel in Schleswig ein.

Der Krieg, der alle Verträge aufhebt, hatte begonnen, die preußischen Truppen fanden in ihm Gelegenheit, sich glänzend auszuzeichnen; durch die Erstürmung der Düppeler Schanzen (18. April 1864) und den Uebergang nach Alsen (29. Juni 1864) erwarben sie sich unvergänglichen Ruhm.

Das besiegte Dänemark wurde zu einem traurigen Frieden gezwungen, es mußte auf die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg verzichten und alle seine Rechte an dieselben am 30. Oktober 1864 im Frieden zu Wien an den König von Preußen und den Kaiser von Oesterreich abtreten.

Das war ein glänzender Erfolg eines kurzen Krieges, ein Erfolg, der durch die Tapferkeit der deutschen Truppen und zwar vorzugsweise der preußischen errungen war. Den Kämpfern für die Befreiung Schleswig-Holsteins zollte das deutsche Volk seinen Dank; als die siegreichen Truppen am 7. und 17. Dezember 1864 in Berlin einzogen, wurden sie von dem jubelnden Volke empfangen, — die Begeisterung für das tapfere, siegreiche Heer durchdrang die ganze Bevölkerung, alle Stände, alle Parteien. —

Auf diese Begeisterung baute König Wilhelm die Hoffnung, daß jetzt auch die preußische Volksvertretung sich versöhnen werde mit der neuen Organisation des Heeres, die sich so glänzend bewährt hatte, daß endlich der traurige, ihm so schmerzliche Verfassungskonflict sich lösen werde. Er sprach dies gleich bei der Wiedereröffnung des Landtages (14. Januar 1865) aus.

„Nach einer halbhundertjährigen, nur durch ehrenvolle Kriegszüge von kürzerer Dauer unterbrochenen Friedensperiode“, sagte er, „haben sich die Ausbildung und Mannszucht Meines Heeres, die Zweckmäßigkeit seiner Verfassung und seiner Ausrüstung in dem durch Ungunst der Witterung und durch den tapferen Widerstand des Feindes denkwürdigen Kriege glänzend bewährt. Es ist der jetzigen Organisation des Heeres zu verdanken, daß der Krieg geführt werden konnte, ohne die Erwerbs- und Familienverhältnisse der Bevölkerung durch Aufbietung der Landwehr zu beeinträchtigen. Nach solchen Erfahrungen ist es um so mehr Meine landesherrliche Pflicht, die bestehenden Einrichtungen aufrecht zu erhalten und zu höherer Vollkommenheit auszubilden. Es ist mein dringender Wunsch“, fügte der König dann hinzu, „daß der Gegensatz, welcher in den letzten Jahren zwischen Meiner Regierung und dem Hause der Abgeordneten obgewaltet hat, seine Ausgleichung finde. Die bedeutungsvollen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit werden dazu beigetragen haben, die Meinungen über das Bedürfniß der verbesserten Organisation des Heeres aufzuklären. Die Rechte, welche der Bundesvertretung durch die Verfassungs-Urkunde eingeräumt worden sind, bin Ich auch ferner zu achten und zu wahren entschlossen. Soll aber Preußen seine Selbstständigkeit und die ihm unter den europäischen Staaten gebührende Machtstellung behaupten, so muß seine Regierung eine feste und starke sein, und kann sie das Einverständniß mit der Landesvertretung nicht anders als unter Aufrechterhaltung der Heereseinrichtungen erstreben, welche die Wehrhaftigkeit und damit die Sicherheit der Vaterlandes verbürgen. Der Wohlfahrt Preußens und seiner Ehre ist Mein ganzes Streben, Mein Leben gewidmet. Mit dem gleichen Ziel vor Augen werden Sie, wie Ich nicht zweifele, den Weg zur vollen Verständigung mit Meiner Regierung zu finden wissen und werden Ihre Arbeiten dem Vaterlande zum Segen gereichen“.

Die schöne Hoffnung des Königs sollte noch nicht in Erfüllung gehen; nicht der preußischen Regierung, nur den siegreichen Soldaten galt die Begeisterung des Volkes, der Regierung stand das Volk in seiner großen Mehrheit, und auf das Volk gestützt die Volksvertretung, nach dem Wiener Frieden noch ebenso schroff gegenüber, wie vor demselben.

Schon zwei Tage nach dem Wiener Frieden hatte der National-Verein in einer Generalversammlung sich auf das Entschiedenste gegen eine

etwaige Annexion der Herzogthümer durch Preußen ausgesprochen und das Selbstbestimmungsrecht derselben gefordert. Das Selbstbestimmungsrecht! Dies war die Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzogs von Schleswig-Holstein, die Schaffung eines neuen deutschen Kleinstaates! —

Eine künstliche Begeisterung für das Recht des Herzogs von Augustenburg wurde im Volke durch die Anhänger des National-Vereins genährt, die Abneigung gegen die Bismarck'sche Regierung förderte dieselbe, — eine Machtvermehrung Preußens erschien für die deutsche Freiheitsentwickelung weit gefährlicher, als die Begründung eines neuen selbstständigen kleinen deutschen Staates. —

Für das Recht des Herzogs von Augustenburg trat die fortschrittliche und constitutionelle Presse in die Schranken, sprachen in zahlreichen Volksversammlungen die Redner, wurden Resolutionen und Beschlüsse gefaßt, zur Unterstützung des Herzogs wurden sogar Geldsammlungen überall in Deutschland veranstaltet. Auch die städtischen Behörden Berlins ließen sich hinreißen von der durch ganz Deutschland gehenden Strömung. Der Oberbürgermeister Seidel, der Nachfolger des pensionirten Oberbürgermeisters Krausnick, hatte nach dem Stadtverordneten-Saal eine Versammlung berufen, in welcher die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung sich als ein Hilfsverein für Schleswig-Holstein constituirten. Es wurde zwar ausdrücklich betont, daß nicht Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, sondern nur die einzelnen Mitglieder in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen zusammengetreten seien, — da aber durch die Organe der städtischen Selbstverwaltung, die Bezirksvorsteher, die Sammellisten für Schleswig-Holstein verbreitet wurden, galt in Berlin die Sammlung als eine städtische. —

Die überall in Deutschland reichlich zusammenfließenden Gelder wurden verwendet, um es dem Herzog ohne Land möglich zu machen, sich einen Hofstaat und ein Ministerium zu halten, um Uniformen anzuschaffen für eine Armee, welche er nicht besaß, um aufzutreten wie ein souveräner Fürst, — der durch die Ungemessenheit der von ihm gestellten Forderungen die Sympathieen verscherzte, die früher wohl am preußischen Hofe für ihn geherrscht hatten. — Er forderte die Thronfolge in Schleswig-Holstein als sein gutes Recht; in der Hoffnung auf den Schutz Oesterreichs lehnte er daher wie der Kaiser von Oesterreich den Vorschlag (Februar 1865) ab, daß Preußen den Schutz der Herzogthümer gegen jeden Angriff übernehme, daß dafür aber Schleswig-Holstein sich innig an Preußen anschließe, dem Zollverein beitrete, Post- und Telegraphenwesen und den Oberbefehl über seine Militärmacht Preußen übertrage. —

Die Herzogthümer waren allerdings durch den Frieden von Wien von der dänischen Herrschaft befreit; aber eine Einigung über ihre Zukunft war bei den widerstreitenden Interessen Preußens und Oesterreichs, bei der Unerfüllbarkeit der Forderungen, welche der Erbprinz von Augustenburg stellte, schwer zu erreichen; die Freude über die Siege der deutschen Heere wurde durch diesen Zwiespalt verkümmert, das Mißtrauen und die Abneigung gegen die Preußische Regierung erhöht.

An eine Wiederherstellung des Friedens zwischen der Regierung und der Volksvertretung in Preußen war unter solchen Umständen nicht zu denken, der Conflict wurde im Gegentheil noch schneidender und schärfer. Das Abgeordnetenhaus hielt in starrer Konsequenz, gestützt auf sein gutes verfassungsmäßiges Recht und auf die immer auf's Neue sich geltend machenden Kundgebungen des Volkswillens, fest an seinen früheren Beschlüssen. Es verweigerte die nachträgliche Genehmigung der Kosten des ruhmvoll geführten Krieges, es lehnte die ihm vorgelegte Militärnovelle und die Mehrkosten der Armeeeorganisation ab, in allen wichtigen Fragen stand es der Regierung in geschlossener Opposition gegenüber, es erklärte sogar die von Oesterreich gegen eine Abfindung von $2\frac{1}{2}$ Millionen Thaler zugestandene Vereinigung Lauenburgs mit Preußen ohne die verfassungsmäßige Zustimmung des Landtages für ungültig (3. Februar 1866). Ein Budget kam nicht zu Stande und das Ministerium konnte nur gestützt auf die Bismarck'sche Lückentheorie die Regierung weiter führen; sie that dies ohne sich weiter um die Beschlüsse der Volksvertretung zu kümmern. Graf Bismarck, — der Minister-Präsident, war inzwischen für seine Verdienste in den Grafenstand erhoben worden, — führte sein Regiment mit eiserner Konsequenz durch. Als das Abgeordnetenhaus auch nach dem Schleswig-Holstein'schen Kriege in der zähen Opposition verharrte, hatte er gesagt: „Sr. Majestät Regierung hat nur ein Ziel im Auge, die Wahrung der Rechte und der Ehre des Königs und des Landes, so wie sie verbrieft sind, so wie sie neben einander bestehen können und müssen. — — — Sie lebt der Zuversicht, daß der Weg, den sie bisher innegehalten, ein gerechter und heilsamer gewesen ist, und daß der Tag nicht mehr fern sein kann, an welchem die Nation auch durch den Mund ihrer geordneten Vertreter ihrem königlichen Herrn Dank und Anerkennung aussprechen werde". —

Der in diesen Worten ausgesprochenen Ueberzeugung getreu verfolgte Graf Bismarck unbeirrt durch den Volkshaß, der auf ihm lastete, unbeirrt durch den Widerstand, welchen das Abgeordnetenhaus ihm leistete, das großartige ihm vorschwebende Ziel, indem er in der inneren Regierung mit eiserner Faust jeden Widerstand niederdrückte, die äußere Politik aber mit bewundernswerther Feinheit und Klugheit leitete. —

Das unklare Verhältniß, welches durch den Wiener Frieden zwischen Oesterreich und Preußen geschaffen worden war, mußte zu Streitigkeiten zwischen den beiden ohnehin auf einander eifersüchtigen Großmächten führen; vorläufig wurde zwar die Vereinbarung getroffen, daß in Schleswig ein preußisches Gouvernement, in Holstein eine österreichische Statthalterschaft eingesetzt wurde; aber gerade hieraus mußte der Keim zum Streit

erwachsen. Graf Bismarck hatte durch das preußische Kronsyndikat ein Rechtsgutachten ausarbeiten lassen, welches feststellte, daß die Augustenburgischen Ansprüche auf die Herzogthümer durch den einstigen Verzicht des Herzogs erloschen seien, dagegen hatte eine große Zahl deutscher Juristenfakultäten sich zu Gunsten des Erbprinzen ausgesprochen und auf diese Gutachten hin wurden in Holstein große Volksversammlungen abgehalten, in welchen der Prinz als Herzog und rechtmäßiger Landesherr gefeiert wurde. Die österreichische Statthalterschaft begünstigte solche gegen Preußen gerichteten Demonstrationen, sie erwarb sich hierdurch die Sympathien aller Anhänger und Freunde des Herzogs von Augustenburg, zu denen auch die meisten Fürsten der mitteldeutschen Staaten gehörten.

Der zwischen Oesterreich und Preußen herrschende Gegensatz verschärfte sich mit jedem Tage; schon im ersten Frühjahr 1866 zeigte es sich, daß er in kurzer Zeit zum gewaltsamen Austrage kommen müsse. In Oesterreich wurde gerüstet und ebenso in den deutschen, mit Oesterreich im innigsten Bunde stehenden, Preußen stets feindseligen kleinen Ländern: — Graf Bismarck fand sich hierdurch veranlaßt, am 24. März sich mit einer Note an die deutschen Regierungen zu wenden, in welcher er sich über die feindseligen Vorbereitungen Oesterreichs beklagte und die Regierungen fragte, ob und in welchem Falle Preußen auf eine Unterstützung zu rechnen habe, wenn es von Oesterreich angegriffen oder durch unzweideutige Drohungen zum Kriege genöthigt werden sollte. Erhalte Preußen auf diese Frage keine befriedigende Antwort, dann müsse es im preußischen und deutschen Interesse auf eine Bundesreform dringen.

Preußen erhielt auf diese Note keine oder nur ausweichende Antworten. Dies wußte Graf Bismarck voraus, er ging daher schnell einen weiteren Schritt vorwärts, er stellte am 9. April beim Bundestag den förmlichen Antrag, daß eine „aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgehende Nationalversammlung“ einberufen werden solle, welcher der zu vereinbarende Entwurf einer Bundesreform vorzulegen sei. —

Daß ein solcher Antrag vom Bundestag nicht angenommen, sondern in den Berathungen eines Ausschusses begraben werden würde, wußte Graf Bismarck, aber er hatte den Antrag gestellt und hierdurch dem deutschen Volke gezeigt, daß Preußen sich den Forderungen nicht verschließe, welche in den letzten Jahren von der großen Mehrzahl des Volkes erhoben worden waren. Der Antrag war ein Schachzug gegen Oesterreich, welches sich durch Begünstigung des Herzogs von Augustenburg beim Volke beliebt zu machen suchte.

Immer schärfer spitzte sich der Zwiespalt zwischen den beiden Großstaaten zu, der Ton in den zwischen den Regierungen gewechselten Noten wurde immer gereizter, in beiden Ländern wurden die Vorbereitungen zum Kriege getroffen. Am 1. Juni 1866 übergab Oesterreich die schleswig-holsteinische Frage dem Bundestag zur Entscheidung und kündigte an, es werde die Stände Holsteins berufen, um die gesetzliche Stimme des Landes zu hören; hiergegen protestirte Graf Bismarck, und als trotzdem am 5. Juni der österreichische Gouverneur in Holstein die Stände zum 11. Juni einberief, rückten am 7. Juni preußische Truppen unter dem General von Manteuffel in Holstein ein und der General übernahm die Regierungsgewalt im Namen des Königs von Preußen.

Gegen diesen Gewaltschritt rief Oesterreich die Hilfe des deutschen Bundes an, es beantragte die Mobilmachung sämmtlicher nichtpreußischer Bundeskontingente, und mit 9 gegen 6 Stimmen wurde am 14. Juni dieser Antrag gegen den preußischen Protest angenommen, — Oesterreich, Bayern, Sachsen, Würtemberg, Hannover, Hessen-Darmstadt, Kurhessen, Nassau und einige kleinere Staaten stimmten gegen Preußen. Unmittelbar nach der Abstimmung erklärte der preußische Bundesgesandte, Preußen sehe den Bundesvertrag als gebrochen und daher den deutschen Bund als erloschen an und Graf Bismarck theilte sofort den europäischen Mächten mit, daß mit dem 14. Juni der deutsche Bund zu existiren aufgehört habe.

Ein solches Vorgehen war der Krieg! — Richtete Graf Bismarck auch am 15. Juni noch eine Mahnung an Sachsen, Hannover und Kurhessen, forderte er sie auch zur Annahme eines Bündnisses auf, so war dies doch kaum mehr als die Erfüllung einer Form, denn schon am 16. Juni rückten sofort nach der Ablehnung des Antrages die preußischen Truppen in die drei Länder ein, innerhalb dreier Tage waren diese von den Preußen besetzt und am 21. Juni erfolgte die förmliche Kriegserklärung Preußens an Oesterreich. —

Fünftes Kapitel.

Der Bruderkrieg. — Volksaufregung. — Attentat auf den Grafen Bismarck. — Auflösung des Abgeordnetenhauses. — Protest in Berlin und im Lande gegen den Bruderkrieg. — Berliner Hilfsverein für die Armee im Felde. — Glänzende Siege. — Umschwung der Volksstimmung. — Wahlen zum Abgeordnetenhause. — Berlin bleibt der Fortschrittspartei treu. — Der Frieden. — Glänzende Erfolge Bismarcks. — Empfang des Königs in Berlin. — Einzug der siegreichen Truppen in Berlin. — Eröffnung des Landtages. — Bedeutungsvolle Thronrede — Indemnität. — Wiederherstellung des Friedens zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus. — Spaltung der Fortschrittspartei. — Bildung der nationalliberalen Partei. — Die Verfassung des norddeutschen Bundes. — Die direkten Wahlen zum Reichstag in Berlin. — Der erste Reichstag in Berlin. — Das Zollparlament.

In Berlin herrschte im Frühjahr 1866 eine tiefgehende Aufregung, von der alle Stände, alle

Parteien durchdrungen waren. Der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen, der Krieg, der Deutschland in zwei feindliche Heerlager theilen mußte, stand bevor, ein Kabinetskrieg, der nicht geführt werden sollte für die Interessen des Volkes, sondern um den Ehrgeiz der Fürsten zu befriedigen, — so lautete das Urtheil der mit der preußischen Regierung im Konflikt liegenden Parteien, so wurde es ausgesprochen in zahllosen Broschüren und Zeitungsartikeln, — im Privatgespräch und in den öffentlichen Versammlungen. Daß Graf Bismarck höhere Interessen, als die Erwerbung der Provinzen Schleswig-Holstein für die preußische Krone verfolge, wurde ihm nicht geglaubt, sein Antrag auf eine Bundesreform, auf die Berufung eines deutschen Parlaments wurde fast mit Hohn von den feindlichen Parteien aufgenommen; auf ihn wurde die ganze Schuld geschoben dafür, daß ein Bruderkrieg das deutsche Volk bedrohe.

Der Haß gegen den mächtigen Staatsmann führte in Berlin zu einer Frevelthat. — Am 7. Mai 1866 wurden auf den Grafen Bismarck, als er die Straße „Unter den Linden“ entlang ging, zwei Schüsse abgefeuert; er wendete sich um und erblickte hinter sich einen jungen Mann, der eben im Begriff war, einen dritten Schuß aus einem Revolver gegen ihn abzugeben. Mit schneller Entschlossenheit warf sich der Graf auf den Angreifer, packte ihn an der Kehle und am rechten Handgelenk; aber er konnte nicht verhindern, daß während des Ringens noch zwei Schüsse gegen ihn abgefeuert wurden, die ihn indessen, — wunderbar genug! — nur leicht verletzten.

Mehrere Personen, die schnell hinzusprangen, packten den vom Grafen Bismarck festgehaltenen jungen Mann; Soldaten eines eben vorbeimarschirenden Bataillons brachten ihn nach der nächsten Polizeiwache; — von dort wurde er nach dem Kriminal-Kommissariat geführt und einem Verhör unterworfen. —

Julius Cohen, ein Stiefsohn des in London lebenden politischen Flüchtlings Karl Blind, war Student der Landwirthschaft auf der Akademie Hohenheim. In seinem phantastischen, unklaren Kopf hatte sich der Mordplan gegen den großen Staatsmann entwickelt, der seiner Ueberzeugung nach der Urheber des bevorstehenden Krieges, der ärgste Feind der Freiheit Deutschlands war. Um den Mord auszuführen, war Cohen nach Berlin gekommen. Dies gestand er bei seinem ersten Verhör freimüthig ein, dann aber benutzte er einen Moment, in welchem er nicht gehörig überwacht wurde, um sich mit einem Federmesser den Hals zu durchschneiden. Die Wunde war tödtlich; obgleich er sofort verbunden wurde starb er doch noch in derselben Nacht.

Der Mordanfall erregte in Berlin eine tiefe Entrüstung; die Norddeutsche Allgemeine Zeitung machte den Versuch, die „parlamentarischen Parteien“ für denselben verantwortlich zu machen, aber bei diesem Versuch verblieb es, denn Graf Bismarck dachte groß genug, um nicht zu dulden, daß die Frevelthat des Einzelnen zu ungerechtfertigten Verfolgungen ausgenutzt werde.

Am 9. Mai, zwei Tage nach dem Attentat, wurde das Abgeordnetenhaus aufgelöst. — Das Ministerium begründete den auf die Auflösung an den König gerichteten Antrag in ganz eigenthümlicher Weise. Es sagte:

„Das jetzige Haus der Abgeordneten, wenn auch seine Mehrheit angesichts der Gefahren, welche das Vaterland bedrohen, ihre Hingebung für dasselbe gewiß bereitwillig bethätigen, würde, ist doch unter dem Einfluß anderer Verhältnisse gewählt worden, als diejenigen sind, welche heut bestimmend auf die Wähler wirken müssen. —

Ew. Königliche Majestät werden das Bedürfniß fühlen, die Stimmung zu kennen und zum Ausdruck gebracht zu sehen, welche das preußische Volk im jetzigen Augenblick und mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Dinge beseelt!“ —

Es war eine kühne politische That des Grafen Bismarck, das Abgeordnetenhaus in einem Augenblick aufzulösen, in welchem gegen seine Regierung überall in Deutschland und nicht am wenigsten stark in Preußen die heftigsten Angriffe gerichtet wurden; aber er wagte sie in der richtigen Voraussicht, daß schon nach kurzer Zeit die Volksstimmung zu seinen Gunsten umschlagen müsse.

Vorerst war davon freilich nichts zu spüren, es wuchs im Gegentheil die Erregung gegen die Regierung mit jedem Tage, und sie wurde durch die Auflösung des Abgeordnetenhauses noch gesteigert.

In Berlin fand eine große Volksversammlung statt, in welcher die Redner gegen den „Bruderkrieg“ protestirten. — Zahlreiche Adressen wurden an den König gerichtet, sie forderten die Aufrechthaltung des Friedens und sprachen das tiefe Mißtrauen aus, welches das ganze Volk gegen die Bismarck'sche Politik fühle. Auch die Mitglieder des aufgelösten Abgeordnetenhauses schlossen sich den Friedensdemonstrationen an und schürten das Mißtrauen gegen die Regierung, nur Wenige, wie Waldeck und Ziegler, schlossen sich dem Protest gegen den Krieg nicht an.

Mit dem Beginn des Krieges aber erfolgte ein schneller Umschlag der Volksstimmung; zwar war die Fortschrittspartei noch immer nicht versöhnt mit dem Ministerium, das Volk aber folgte mit seinem Herzen dem Heere, und die einzelnen hervorragenden Mitglieder der Opposition fühlten, daß diese schweigen müsse, so lange der Kampf währte. In solcher Zeit durfte es keine Parteien im Lande geben, alle Patrioten mußten sich vereinen in der Sorge für die kämpfenden Söhne und Brüder. Ein Berliner Hilfsverein für die Armee im Felde wurde gebildet und an seine Spitze traten in bunter Mischung hervorragende Männer aller Parteien, die Fortschrittsmänner Stadtverordnetenvorsteher Kochhann, Professor Dr. Virchow, Regierungsrath von Unruh neben den Konservativen: General von Brandt, Schloßhauptmann von Dachröden und Kommerzienrath Vollgold. —

Und als nun die Kunde kam von den glän-

zenden Siegen, welche die preußischen Heere erkämpften, von jenen die Bewunderung der Welt erzwingenden Waffenthaten, von der unübertrefflichen Heeresleitung, die in einem Feldzuge von wenigen Wochen den mächtigen Feind zur Unterwerfung zwang, da machte sich überall im preußischen Lande ein anderer Geist als bisher geltend.

Am 3. Juli, am Tage der ruhmvollen Schlacht von Königgrätz, fanden die Wahlen zum Abgeordnetenhause statt. Sie trugen den Charakter der veränderten Volksstimmung. An vielen Orten war den Kandidaten die Frage vorgelegt worden, ob sie dem Ministerium jede Anleihe zu Kriegszwecken gewähren würden; sie wurden nicht gewählt, wenn sie diese Zusicherung nicht rundweg gaben. Nicht weniger als 123 Konservative wurden gewählt, die Fortschrittspartei und das ihr nahe stehende linke Centrum schmolzen auf 83 und 65 Stimmen zusammen, sie verloren fast die Hälfte ihrer Mitglieder; in Berlin aber, der festen Burg der Fortschrittspartei, behauptete diese auch am 3. Juli ihre Stellung.

Die Berliner Wähler folgten mit nicht geringerer Begeisterung, als die in den Provinzen, dem Siegeszug der preußischen Waffen; aber sie ließen sich durch denselben nicht irre machen in dem Vertrauen, welches sie den Abgeordneten schenkten, die bisher so mannhaft das Verfassungsrecht hoch gehalten hatten, — sie wählten die sämmtlichen zur Fortschrittspartei gehörigen Abgeordneten wieder.

Die Schlacht von Königgrätz hatte den Krieg entschieden; schon am 22. Juli kam die Waffenruhe zwischen Preußen und Oesterreich zu Stande und am 26. Juli wurden die Friedenspräliminarien zu Nikolsburg unter Vermittelung Frankreichs festgestellt, denen am 28. August der Frieden zu Prag folgte, — mit Sachsen und den süddeutschen, an Oesterreich angeschlossenen Staaten wurde der Frieden erst später abgeschlossen.

Bei diesen Friedensschlüssen zeigte Graf Bismarck seine bewundernswürdige Staatskunst, er verband unbeugsame Festigkeit mit rücksichtsvoller Mäßigung. Indem er von Oesterreich keine Gebietsabtretung an Preußen forderte, dem Besiegten keine Demüthigung durch den Einmarsch der siegreichen Truppen in Wien auferlegte, auch auf eine Verletzung der Integrität des Königreichs Sachsen verzichtete, konnte er es durchsetzen, daß der Kaiser von Oesterreich der Auflösung des deutschen Bundes und der Neugestaltung Deutschlands ohne Betheiligung Oesterreichs, der Gründung eines neuen, vorläufig allerdings auf Norddeutschland beschränkten Bundes zustimmte, die Herzogthümer Schleswig-Holstein Preußen überließ und im Voraus anerkannte, daß der König von Preußen über das Schicksal von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. verfüge. Die schon beschlossene Annektirung dieser Länder durch Preußen wurde erst später ausgesprochen.

Schon am 4. August, noch vor dem Friedensschluß, war der König nach Berlin zurückgekehrt. Der Empfang, den ihm die Hauptstadt des Landes gewährte, zeigte ihm, wie innig die fortschrittlichen Berliner ihn verehrten. Es war kein von langer Hand vorbereiteter Empfang, die vielen Tausende, die auf dem Bahnhof und vor demselben sich einfanden, waren dem Zuge des Herzens, nicht offiziellen Einladungen, gefolgt und aus dem Herzen kamen die jubelnden Lebehochs, mit welchen die Volksmenge den König bis zu seinem Palais begleitete. Auch die Illumination, welche am Abend erfolgte, war nicht vorbereitet, aber sie zeugte in ihrer Allgemeinheit für die Freude aller Stände der gesammten Bevölkerung über die Rückkehr des Königs; waren doch bis hinaus in die äußerste Vorstadt fast alle Häuser erleuchtet.

Auch bei dem Einzug, den sechs Wochen später die siegreichen Truppen in Berlin feierten, zeigte sich die Theilnahme der Berliner in schöner Weise. Ludwig Hahn berichtet darüber in seiner Geschichte des Preußischen Vaterlandes:

„Zum festlichen Einzuge in Berlin hatte der König das Garde-Korps, sowie Abtheilungen von allen Regimentern der Armee und von Preußens Verbündeten bestimmt. Der Einzug geschah am 20. und 21. September durch das Brandenburger Thor, auf welchem die berühmte „Viktoria" steht; der Weg von da durch die Linden bis zum königlichen Schlosse war in eine reich geschmückte Siegesstraße umgewandelt. Zu beiden Seiten derselben waren 208 eroberte Geschütze aufgestellt. Der König selbst, umgeben von allen Prinzen, begrüßte die siegreichen Truppen und führte sie im Festzuge in die Stadt ein. Das Erscheinen des ruhmgekrönten Monarchen, der berühmten Feldherren und der herrlichen Truppen wurde von der Bevölkerung mit stürmischer Begeisterung begrüßt. Nach dem Eintritt in die Stadt wurde der König durch die Vertreter derselben in feierlicher Anrede bewillkommt; in seiner Erwiderung sprach er den Wunsch aus, daß der Ehren- und Freudentag nur seinen Truppen gelten möge. Unter den Klängen der Volkshymne und des Preußenliedes, unter endlosen Hurrahs, unter einem dichten Regen von Blumen und Kränzen aus allen Häusern und aus der Volksmenge ging dann der großartige Festzug durch die „Siegesstraße" und schloß mit dem Parademarsch vor Sr. Majestät an der Bildsäule des alten Blücher. Am Nachmittage wurden die Truppen theils in öffentlichen Lokalen, theils in den Häusern der Bürger festlich gespeist. Am Abend war die ganze Stadt glänzend, wie noch nie, erleuchtet."

Am 5. August, am Tage nach der Rückkehr des Königs nach Berlin, war der neu gewählte Landtag eröffnet worden. Die Eröffnungsfeierlichkeit unterschied sich wesentlich von allen früheren. Die Abgeordneten hatten sich fast vollzählig im weißen Saale eingefunden, sie begrüßten nicht nur den König, als dieser in den Saal trat, mit einem dreimaligen, donnernden Lebehoch, auch dem Ministerpräsidenten Graf Bismarck bezeugten sie ihre Achtung durch eine Verneigung.

Auch die Thronrede, welche König Wilhelm an die Abgeordneten hielt, glich nicht den wenig sagen-

den Auseinandersetzungen, mit denen dem Gebrauch gemäß die Landesvertretungen begrüßt werden müssen. In ihrer markigen Kürze war sie inhaltreich und hochbedeutend. — Es sprach sich in ihr der Herzenswunsch des Königs, wieder in Frieden mit der Volksvertretung zu leben, in einfachster Weise aus.

„Unter dem sichtbaren Segen Gottes folgte die waffenfähige Nation mit Begeisterung dem Rufe in den heiligen Kampf für die Unabhängigkeit des Vaterlandes, und schritt unser heldenmüthiges Heer, unterstützt von wenigen aber treuen Bundesgenossen von Erfolg zu Erfolg, von Sieg zu Sieg, im Osten wie im Westen. Viel theures Blut ist geflossen, viele Tapfere betrauert das Vaterland, die siegesfroh den Heldentod starben, bis unsere Fahnen sich in einer Linie von den Karpathen zum Rhein entfalteten. In einträchtigem Zusammenwirken werden Regierung und Volksvertretung die Früchte zur Reife zu bringen haben, die aus der blutigen Saat, soll sie nicht umsonst gestreut sein, erwachsen müssen."

Um dies schöne Ziel zu erreichen, nahm der König keinen Anstand, zu erklären, daß in dem Verfassungskonflikt der vergangenen Jahre das verfassungsmäßige Recht auf Seiten der Landesvertretung gewesen sei. Er sagte:

„Ueber die Feststellung des Staatshaushalts-Etats hat eine Vereinbarung mit der Landesvertretung in den letzten Jahren nicht herbeigeführt werden können. Die Staats-Ausgaben, welche in dieser Zeit geleistet sind, entbehren daher der gesetzlichen Grundlage, welche der Staatshaushalt, wie ich wiederholt anerkenne, nur durch das alljährlich zwischen meiner Regierung und den beiden Häusern des Landtages zu vereinbarende Gesetz erhält. Wenn meine Regierung gleichwohl den Staatshaushalt ohne diese gesetzliche Grundlage mehrere Jahre geführt hat, so ist dies nach gewissenhafter Prüfung in der pflichtmäßigen Ueberzeugung geschehen, daß die Fortführung einer geregelten Verwaltung, die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen gegen die Gläubiger und die Beamten des Staates, die Erhaltung des Heeres und der Staatsinstitute Existenzfragen des Staates waren, und daß daher jenes Verfahren eine der unabweisbaren Nothwendigkeiten wurde, denen sich eine Regierung im Interesse des Landes nicht entziehen kann und darf. Ich hege das Vertrauen, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen werden, die unerläßliche Verständigung insoweit zu erzielen, daß meiner Regierung in Bezug auf die ohne Staatshaushalts-Gesetz geführte Verwaltung die Indemnität, um welche die Landesvertretung angegangen werden soll, bereitwillig ertheilt und damit der bisherige Konflikt für alle Zeit um so sicherer zum Abschlusse gebracht werden wird, als erwartet werden darf, daß die politische Lage des Vaterlandes eine Erweiterung der Grenzen des Staates und die Einrichtung eines einheitlichen Bundesheeres unter Preußens Führung gestatten werde, dessen Lasten von allen Genossen des Bundes gleichmäßig werden getragen werden."

Der König hatte ein großes Wort ausgesprochen, welches einen tiefen Eindruck auf die Volksvertretung und auf das ganze Land machte, das Wort: Indemnität! — In diesem einen Wort lag die Anerkennung der Verfassungstreue des früheren Abgeordnetenhauses, die Anerkennung, daß die Regierung verantwortlich sei für ihre bisherige, nicht der Verfassung entsprechende Verwendung von Staatsmitteln.

Und dieses Wort wurde gesprochen in einem Augenblick, in welchem nach dem glorreich geführten Kriege die Regierung im Vollbesitz der Macht war, — es war eine freiwillige Anerkennung der durch die Verfassung gewährleisteten Rechte des Volkes!

Dies erkannte die große Majorität des Abgeordnetenhauses an, sie zeigte, daß sie auch ihrerseits bereit war, den Verfassungskonflikt zu beenden. Mit 230 gegen 70 Stimmen wurde das dem Abgeordnetenhause vorgelegte Indemnitätsgesetz angenommen, mit 230 gegen 83 Stimmen wurde der Regierung auch ein außerordentlicher Kredit für Militär und Marine bis zur Höhe von 60 Millionen Thalern bewilligt. —

„Schenken Sie uns das Vertrauen, daß wir diese Mittel nur benützen werden, um die Politik so, wie wir sie begonnen, so, wie Sie, wie ich glaube, in der großen Majorität sie gebilligt haben, durchzuführen!" — Mit diesen Worten hatte Graf Bismarck ein Vertrauensvotum des Hauses gefordert und es wurde ihm bewilligt. Ein weiteres Vertrauensvotum war die mit 219 gegen 80 Stimmen beschlossene Bewilligung der Dotation im Betrage von 1½ Millionen Thaler, durch welche Graf Bismarck in Anerkennung der von ihm so erfolgreich geleiteten auswärtigen Politik, der Kriegsminister von Roon wegen seiner Verdienste um die Reorganisation des Heeres und die Helden des Krieges, von Moltke, Herwarth von Bittenfeld, von Steinmetz und Vogel von Falkenstein, bedacht werden sollten.

Alle diese Beschlüsse wurden vom Abgeordnetenhause mit großer Majorität gefaßt, es waren Beschlüsse der Versöhnung und der Anerkennung, die vollständig dem Geiste entsprachen, der damals die große Mehrzahl des preußischen Volkes beherrschte; aber sie wurden nicht einstimmig gefaßt. — Viele Abgeordnete der Fortschrittspartei hielten sich nicht für berechtigt, der Regierung solche Bewilligungen zu machen, so lange dieselbe nicht den thatsächlichen Beweis geführt habe, daß sie die reaktionäre und verfassungswidrige Politik aufgegeben habe, mit welcher sie in den verflossenen letzten Jahren geherrscht hatte; sie verharrten mit eiserner Konsequenz auf dem Standpunkt der Opposition, während andere Mitglieder der Fortschrittspartei zur Versöhnung und Unterstützung des Ministeriums geneigt waren. —

Eine Trennung innerhalb der Fortschrittspartei, die Bildung einer neuen Partei, die sich selbst die

national-liberale Partei nannte, war die Folge dieses Auseinandergehens der Anschauungen. Männer wie von Forckenbeck, Twesten, Unruh, Lasker wollten zwar nichts aufgeben von den alten Freiheitsforderungen des Fortschrittsprogramms, aber sie wollten den Frieden mit der Regierung, sie wollten diese unterstützen bei dem Aufbau des neuen deutschen Einheitswerkes. Es war ursprünglich ihre Absicht, im innigsten Einverständniß mit der Fortschrittspartei ihren politischen Weg zu verfolgen, aber diese Absicht wurde dadurch vereitelt, daß sich ihnen bald als neue Parteigenossen viele Männer anschlossen, die viel weiter nach rechts sich neigten, als sie und die zu den weitgehendsten Concessionen gegen die Regierung auch in den inneren Fragen geneigt waren, Männer wie Gneist und die Abgeordneten aus den annektirten Ländern, von Bennigsen, Miquel, Grumbrecht und Andere.

Von den 9 Berliner Abgeordneten schlossen sich nicht weniger als sechs der nationalliberalen Partei an, die Herren Krieger, Jung, Richter, Vaerst, Lünnig und Lasker, nur Jacoby, Runge und Schulze-Delitzsch blieben der Fortschrittspartei treu. — Die Berliner Wählerschaft war mit dem Uebertritt ihrer Abgeordneten zur neugebildeten national-liberalen Partei durchaus nicht einverstanden, sie stand unerschütterlich treu bei der Fortschrittspartei, für diese stimmte sie, als der Zwiespalt zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlern ein schneidender wurde. In Berlin wurde keiner der National-Liberalen wieder gewählt, im Lande aber erhielt die neue Partei bald einen großen Einfluß, sie hat auf die weitere politische Entwickelung einen mächtigen Einfluß ausgeübt. —

Die Versöhnung mit dem Abgeordnetenhause war ein schöner Sieg der Regierung des Grafen Bismarck; einen nicht minder bedeutenden Erfolg aber feierte sie in der energischen Durchführung des deutschen Verfassungswerkes; Graf Bismarck gab dem preußischen und dem deutschen Volke den Beweis, daß es ihm Ernst gewesen war mit seinen von den feindlichen Parteien viel bezweifelten und bespöttelten Reformvorschlägen für den deutschen Bund.

Schon im August richtete er eine Aufforderung an sämmtliche norddeutsche Regierungen zum Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses, er forderte die Begründung einer Bundesverfassung und die deutschen Fürsten mußten dieser Aufforderung genügen; sämmtliche Regierungen Norddeutschlands, 22 an der Zahl, traten dem Bündniß bei und einigten sich über die vom Grafen Bismarck vorgelegte Verfassung eines norddeutschen Bundes; (19. Februar 1867), einem aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgegangenen Reichstage, sollte der Verfassungsentwurf vorgelegt werden.

Am 12. Februar 1867 fanden die Reichstagswahlen statt. Berlin hatte 6 Abgeordnete zu wählen. — Zum ersten Mal seit dem Jahre 1848 war eine Wahl begründet auf das demokratische allgemeine, gleiche Wahlrecht! — Eine direkte Wahl ohne das Zwischenglied der Wahlmänner! — Im Revolutionsjahre 1848 hatten selbst weit vorgeschrittene Demokraten die direkte Wahl für allzu revolutionär gehalten und jetzt wurde sie durchgeführt auf die Anregung der Regierung des Grafen Bismarck.

Großartige, von vielen Tausenden besuchte Versammlungen fanden in den größten Berliner Sälen statt; es wurden in denselben die Reden der Kandidaten gehört, belebte Debatten knüpften sich daran, es wurden Vorabstimmungen vorgenommen, — in durchaus parlamentarischer Form wurden die ungeheuren Versammlungen geleitet und überall verliefen sie trotz des heftigen Wahlkampfes in musterhafter Ruhe und Ordnung. — Zur Organisirung der Wahlen hatten sich wieder Wahlcomités der verschiedenen Parteien gebildet, noch einmal ging die alte Fortschrittspartei vereint vor, ohne sich in ihre beiden Fractionen National-Liberale und Fortschrittler zu theilen, sie verdankten dieser Einigkeit einen glänzenden Sieg; trotz der äußersten Anstrengungen der Konservativen, welche die berühmtesten Männer des Jahres 1866 als Kandidaten aufstellten (Graf Bismarck, den Kriegsminister von Roon und die Generale von Moltke, Herwarth von Bittenfeld, Vogel von Falkenstein, von Steinmetz), wurden doch mit großer Majorität die Kandidaten der vereinigten Fortschrittspartei gewählt. (Lasker, Waldeck, Moritz Wiggers, Runge, Franz Duncker und Schulze-Delitzsch).

Im Lande war das Resultat der Wahl nicht so günstig für die Fortschrittspartei; in den alten Provinzen zeigte sich das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht als das beste Mittel für die Erzeugung konservativer Wahlen. Die konservativ-ministerielle Partei feierte glänzende Siege und sie würde im Reichstage eine bedeutende Majorität errungen haben, wenn nicht in den neuen Provinzen und in den kleinen norddeutschen Staaten meist liberal gewählt worden wäre.

Der erste constituirende Reichstag des norddeutschen Bundes wurde am 24. Februar 1867 im weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin von König Wilhelm eröffnet und wahrhaft herzlich begrüßt.

„Möge durch unser gemeinsames Werk der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegengeführt werden. — Der Segen Gottes aber, an welchem Alles gelegen ist, begleite und fördere das vaterländische Werk!"

Mit diesen Worten schloß der König seine denkwürdige Anrede.

Der Reichstag zeigte bald, daß er durchdrungen war von der Absicht, das deutsche Verfassungswerk zu fördern und zu vollenden. Der Entwurf der neuen deutschen Bundesverfassung enthielt viele Bestimmungen, welche den Forderungen der liberalen Parteien nicht entsprachen, es fehlte ihm eine verantwortliche Regierung durch ein verantwortliches Reichsministerium und die Garantie der Volksfreiheiten in den Grundrechten, wie sie die Reichsverfassung des Jahres 1849 enthalten hatte, es fehlte ihm vor Allem auch die Bestimmung, daß den

Abgeordneten Diäten gewährt würden. — Alle die liberalen Forderungen wurden während der Verhandlungen des Reichstages mit großer Entschiedenheit geltend gemacht; als aber Graf Bismarck, der in vielen nebensächlichen Wünschen dem Reichstage Zugeständnisse machte, die Hauptforderungen der Fortschrittspartei und der Partikularisten für unannehmbar erklärte und mit ergreifenden Worten die Opposition warnte, das Verfassungswerk nicht zu gefährden, — machten ihm die Liberalen die weitgehendsten Zugeständnisse. Mit einer Majorität von 253 gegen 53 Stimmen wurde die Norddeutsche Bundesverfassung vom Reichstage angenommen, nur die Mitglieder der entschiedensten Fortschrittspartei und die Partikularisten stimmten dagegen.

Ehe das neue deutsche Bundesgesetz in Wirksamkeit treten konnte, mußten auch die Landtage der verschiedenen zum norddeutschen Bunde erweiterten Länder ihre Zustimmung ertheilen; sie zögerten nicht, dies zu thun. Den heftigsten Widerstand fand die neue Verfassung im preußischen Abgeordnetenhause, in diesem traten die berühmtesten Abgeordneten der Fortschrittspartei: Waldeck, Virchow, Hoverbeck, Ziegler und Löwe als preußische Partikularisten gegen die Annahme der Reichsverfassung auf; sie wollten nicht die Grundrechte eines Staates von 25 Millionen Einwohnern opfern für ein Bündniß dieses Staates mit 21 kleinen deutschen Staaten mit einer Gesammtbevölkerung von 5 Millionen Einwohnern. — Mit der Fortschrittspartei verbanden sich die Polen, die Klerikalen und einige Abgeordnete vom linken Centrum, gegen sie aber kämpften siegreich die neuen National-Liberalen im Bündniß mit den Konservativen. Am 31. Mai 1867 wurde die Bundesverfassung in zweiter Lesung mit 227 gegen 93 Stimmen angenommen.

So war denn das Verfassungswerk des norddeutschen Bundes vollendet, 22 norddeutsche Staaten waren durch dasselbe geeinigt und auch den süddeutschen Staaten war durch die Verfassung die Möglichkeit offen gelassen, in den Bund einzutreten. Vorläufig standen sie allerdings noch außerhalb desselben; aber durch seine, kluge Mäßigung mit energischer Festigkeit verbindende —, feine Politik war es dem Grafen Bismarck gelungen, schon jetzt diese spätere Verbindung anzubahnen, indem er beim Friedensschluß geheime Bündnißverträge abschloß, in welchen sich die deutschen Staaten und Preußen gegenseitig die Unverletzlichkeit ihrer Gebiete verbürgten und sich verpflichteten, im Falle eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung zu stellen.

Auch eine innige Verbindung mit den süddeutschen Staaten während des Friedens wurde durch die Wiederaufrichtung des deutschen Zollvereins am 8. Juli 1867 hervorgerufen. Dem König von Preußen wurde durch den Vertrag mit Bayern, Württemberg, Baden und Hessen dieselbe leitende Stellung in Bezug auf die wirthschaftlichen Angelegenheiten übertragen, wie er sie im norddeutschen Bunde auszuüben hatte, — Die Zustimmung des Volkes wurde durch das Zollparlament gewahrt, welches durch den Hinzutritt süddeutscher Abgeordneter zu denen des norddeutschen Bundes gebildet wurde. —

Sechstes Kapitel.

Berlin als Hauptstadt Norddeutschlands. — Freisinnige Gesetzgebung in den Jahren 1867—70. — Eifersucht Frankreichs auf Preußens wachsende Macht. — Die spanische Thronfolge. — Graf Benedetti in Ems. — Die verhängnißvolle Depesche. — Kriegsbegeisterung in ganz Deutschland. — Empfang des Königs in Berlin. — Der Krieg. — Der Sedantag in Berlin. — Das deutsche Kaiserreich. — Schluß.

Es war eine Zeit schöner, friedlicher Entwickelung, welche der Begründung des norddeutschen Bundes folgte.

Berlin war plötzlich emporgestiegen von der Hauptstadt Preußens zur Hauptstadt Norddeutschlands, in der der norddeutsche Reichstag und das Zollparlament tagten; ein großer Zufluß von Fremden fand statt, die Einwohnerzahl*) vermehrte sich schnell und immer neue bedeutsamere Aufgaben erwuchsen für die werdende Weltstadt. Wie die städtischen Behörden Berlins der Erfüllung dieser Aufgaben gerecht wurden, wie im schnellen Fortschritt die norddeutsche Hauptstadt sich glänzend entwickelte, muß einer späteren eingehenden Schilderung vorbehalten bleiben, den Schluß unseres Werkes soll nur die flüchtige Darlegung der historischen Entwickelung bilden, durch welche Berlin zum Range der deutschen Kaiserstadt emporwuchs. —

Zwischen der Regierung und der Volksvertretung herrschte nach der Beendigung des traurigen Verfassungs-Konfliktes ein tiefer Frieden, der auch im Wesentlichen nicht gestört wurde durch die vereitelte Erwartung**), daß das reaktionäre Ministerium entlassen werden würde. Mußten auch einzelne Minister sich harte Angriffe im Abgeordnetenhause gefallen lassen, so wurde doch das Gesammtministerium durch die zum Frieden und zur Nach-

---

*) Berlin zählte Ende	1862:	567 650	Einwohner.
„	1863:	569 390	„
„	1864:	632 500	„
„	1865:	657 690	„
„	1866:	665 710	„
„	1867:	703 120	„
„	1868:	728 590	„
„	1869:	762 450	„
„	1870:	774 310	„

**) Nur der besonders verhaßte Justizminister Graf Lippe wurde durch den Hannoveraner Dr. Leonhardt ersetzt.

giebigkeit sehr geneigte Majorität um so mehr gestützt, als jetzt der Schwerpunkt der inneren Politik nicht mehr im preußischen Abgeordnetenhause, sondern im Reichstag des norddeutschen Bundes lag und als in diesem Graf Bismarck, unterstützt durch den Präsidenten des Bundeskanzler-Amtes Delbrück, eine gesetzgeberische und organisatorische Thätigkeit entwickelte, welche selbst seinen schärfsten Gegnern in der Fortschrittspartei Achtung einflößen mußte und welche die Verehrung der neugewonnenen national-liberalen Anhänger sogar in ungemessener Weise steigerte, während sie den Unmuth der alten Kreuzzeitungspartei erregte, die den Grafen Bismarck als einen seiner früheren Ueberzeugung untreu gewordenen Renegaten betrachtete und befeindete.

Es kamen in dem kurzen Zeitraum weniger Jahre (1876—70) eine ganze Reihe wahrhaft fortschrittlicher Gesetze zu Stande, — das kräftige Zusammenarbeiten von Regierung und Volksvertretung trug seine segensreichen Früchte. Der Regierung wurde es in dieser Zeit möglich, die Heeresverfassung nach allen Richtungen hin kräftig auszubilden, um gerüstet zu sein für einen Kampf zur Vertheidigung der aus dem blutigen Kriege des Jahres 1866 hervorgewachsenen Einigkeit Deutschlands.

Dunkle Gewitterwolken standen während der ganzen Zeit von 1866 an drohend am politischen Horizont, nur eine Frage der Zeit schien es, wann sie sich entladen würden! —

Der siegreiche Feldzug der Preußen im Jahre 1866 hatte in dem ehrgeizigen und ruhmsüchtigen französischen Volk einen maßlosen Neid und Haß gegen Preußen hervorgerufen. Eine Schlacht wie die von Sadowa oder Königgrätz stand fast beispiellos in der Geschichte da und daß sie von den Preußen geschlagen und gewonnen worden war, erschien den Franzosen als Verletzung ihres nationalen Ruhms, — der thörichte Ruf revanche pour Sadova wurde ein Modewort in Frankreich, die alte Forderung, daß das linke Rheinufer den Franzosen zurückgegeben werden müsse, ertönte lauter als jemals! —

Schon im Jahre 1866 hatte Kaiser Napoleon III nach der Friedensvermittelung an die preußische Regierung das Ansinnen gestellt, für die Vergrößerung der preußischen Macht entschädigt zu werden durch die Abtretung deutscher Gebiete auf dem linken Rheinufer an Frankreich, aber dieser Antrag war mit ruhiger Entschlossenheit abgelehnt worden, — die Kriegsdrohung, welche damals Napoleon ausgesprochen hatte, wagte er gegenüber den in voller Kriegsrüstung stehenden, siegreichen Preußen nicht zur Ausführung zu bringen, er hoffte durch fortgesetzte Forderungen und Unterhandlungen in einer oder der anderen Weise den Zweck einer Vergrößerung Frankreichs zu finden. —

In diesen Unterhandlungen zeigte sich Graf Bismarck als ein Meister in der feinen Politik. Er wünschte den Krieg so lange wenigstens zu vermeiden, bis der neue norddeutsche Bund genügend erstarkt und zusammengewachsen war, bis auch die Oesterreich und den Süddeutschen im Kriege 1866 geschlagenen Wunden sich geschlossen hatten und vernarbt waren. Er zeigte gegen Frankreich eine große Nachgiebigkeit, wo es sich um Unwesentliches handelte (Schleifung der Festungswerke von Luxemburg und Herausziehung der preußischen Besatzung aus der früheren Festung), während er doch nicht das kleinste wahre Opfer brachte. — Es gelang ihm durch seine meisterhafte Politik für Jahre einen Krieg hinauszuschieben; erst im Jahre 1870 brachte denselben eine scheinbar unbedeutende Veranlassung. —

In Spanien war nach dem Sturz der Königin Isabella im Jahre 1868 von der Volksvertretung und provisorischen Regierung der Prinz Leopold von Hohenzollern, der Sohn des Herzogs Anton von Hohenzollern-Sigmaringen für die Besetzung des spanischen Königsthrons ausersehen worden, eine Gesandschaft sollte im Juli 1870 nach Deutschland reisen, um dem Prinzen die Krone Spaniens anzubieten. —

Ein wildes Wuthgeschrei erhob sich in Frankreich. Der Sohn desselben Fürsten von Hohenzollern, der im Jahre 1858 an der Spitze des preußischen Ministeriums gestanden hatte, der treueste Anhänger Preußens, sollte König von Spanien werden! — Dies war eine Intrigue Bismarck's, eine Gefahr für Frankreich, eine Beleidigung der französischen Nation! —

Frankreich hallte wider von einem wüsten Kriegsgeschrei und die Regierung goß Oel in's Feuer: sie befand sich in jener Zeit in ziemlicher Verlegenheit. Eine Revolution schien in Frankreich sich vorzubereiten; nur durch einen äußeren Krieg oder wenigstens durch eine der Ruhmessucht der Franzosen schmeichelnde tiefe Demüthigung des verhaßten Preußen meinte die französische Regierung den Kaiserthron erhalten zu können. Der Minister des Auswärtigen, Herzog von Gramont, erklärte in der gesetzgebenden Versammlung, Frankreich könne nicht dulden, daß Preußen das Gleichgewicht der Mächte Europa's störe und so die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährde.

Der französische Gesandte am preußischen Hofe Graf Benedetti mußte sich nach Ems begeben, wo König Wilhelm sich zur Kur befand und die Forderung stellen, der König solle dem Prinzen von Hohenzollern die Annahme der spanischen Königskrone verbieten.

Der König wies diese Aufforderung in würdigster und doch maßvollster Weise zurück, er erklärte, daß er nicht berechtigt sei, auf die freie Entschließung des Prinzen durch einen Befehl zu wirken, der Prinz selbst aber zog seine Thronkandidatur zurück, — um durch dieselbe nicht die Veranlassung zu einem Kriege zu geben.

Die Nachricht von diesen Verhandlungen erregte in ganz Deutschland eine außerordentliche Aufregung. Als die Zeitungen zuerst berichteten, daß die Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern Deutschland mit einem Kriege bedrohe, war die

Stimmung nicht nur in Süddeutschland, sondern auch in Preußen und selbst in Berlin sehr getheilt. Ein Theil der Nation war empört darüber, daß Frankreich es wage, Forderungen zu stellen, zu denen es nicht berechtigt war, ein anderer Theil aber schien noch mehr empört darüber zu sein, daß deutsches Blut vergossen werden sollte für eine das deutsche Volk gar nicht berührende Frage, damit ein junger Prinz die spanische Königskrone sich auf das Haupt setzen könne. Je größer die Abneigung gegen einen solchen Krieg war, um so größer war die Freude, als die Ablehnung des Prinzen bekannt wurde, um so größer auch die Dankbarkeit für den König Wilhelm; denn das Volk war überzeugt, daß auf seine Veranlassung die Ablehnung erfolgt sei, daß seiner würdevollen Mäßigung, seinem taktvollen Einschreiten die Erhaltung des Friedens zu danken sei.

Der Jubel in ganz Deutschland war groß, aber er verwandelte sich sofort in die tiefste Entrüstung, als plötzlich bekannt wurde, die Mäßigung des Königs habe keine Früchte getragen, sie habe sogar das französische Volk und die französische Regierung zu einer neuen Forderung bewogen, deren Gewährung die tiefste Demüthigung Preußens und Deutschlands gewesen wäre.

Graf Benedetti hatte von König Wilhelm gefordert, dieser solle in einem entschuldigenden Schreiben an den Kaiser Napoleon die Zusicherung ertheilen, daß er dem Prinzen von Hohenzollern niemals gestatten werde, auf die spanische Thronkandidatur zurückzukommen! —

Das ganze deutsche Volk fühlte sich beleidigt in der Person des greisen deutschen Fürsten, dem der französische Uebermuth solche Forderung zu stellen wagte und die allgemeine Entrüstung wurde erhöht durch die Nachrichten, welche aus Frankreich über das Gebahren des französischen Volkes kamen. Das Volk wollte den Krieg um jeden Preis. **Revanche pour Sadova**, Züchtigung Preußens, Eroberung des linken Rheinufers! Dies war das Feldgeschrei, welches in Paris ertönte. —

Die Kriegswuth der Franzosen fand ihren Widerhall jetzt auch in Deutschland und als die Nachricht sich verbreitete, König Wilhelm habe die beleidigende Forderung Frankreichs ernst zurückgewiesen, als ein Telegramm*) durch das Land flog, er habe dem wiederholten Andrängen des französischen Botschafters kurz geantwortet, er habe ihm nichts mehr mitzutheilen, — da erkannte zwar das Volk, daß jetzt der Krieg unvermeidlich sei, aber es fürchtete ihn nicht mehr, es betrachtete ihn nicht mehr als einen Kabinetskrieg, sondern als einen Krieg, der geführt werden mußte zur Vertheidigung der heiligsten Interessen Deutschlands, zum Schutz der deutschen Ehre gegen französischen Uebermuth! —

Die Rückkehr des Königs von Ems nach Berlin glich einem Triumphzug; in jeder Stadt, auf jeder Station empfing der greise Fürst die Huldigungen des Volkes, überall wurden ihm Zeichen der Verehrung und des Vertrauens gegeben und als er nun am 15. Juli Abends in Berlin eintraf, da fand die Begeisterung der zu vielen Tausenden am Bahnhofe und unter den Linden versammelten Menge, die ihn erwartete, keine Grenzen. — Immer neue Tausende strömten nach den Linden, um durch ihre Hurrah- und Lebehochrufe dem zurückgekehrten König ihre Anhänglichkeit zu verkünden, — sie drängten sich um unter den Linden aufgestellte Tische, auf denen eine Adresse an den König zur Unterschrift auslag und in kürzester Zeit waren die Bogen mit zahllosen Unterschriften bedeckt.

Die Ereignisse drängten sich in den nächsten Tagen. In der Nacht vom 15. Juli wurde die Mobilmachung der Armee beschlossen, der Reichstag des norddeutschen Bundes wurde zum 19. Juli einberufen, in der Stunde der Eröffnung des Reichstages traf die amtliche Kriegserklärung der französischen Regierung in Berlin ein. —

Einstimmig genehmigte der Reichstag die von den norddeutschen Regierungen für die Kriegsführung verlangten 120 Millionen Thaler, nur die beiden Social-Demokraten Bebel und Liebknecht enthielten sich der Abstimmung. —

Mit beispielloser Schnelligkeit und Sicherheit wurde die Mobilmachung und die sonstige Kriegsrüstung durchgeführt; aber nicht die Regierung allein, auch das Volk rüstete. Die waffenfähigen jungen Leute eilten zu den Fahnen, auch wenn sie noch nicht dienstpflichtig waren, — die ersten Klassen der Gymnasien und die Hörsäle der Universitäten leerten sich, denn die Jünglinge ließen sich nicht zurückhalten, sie traten freiwillig in's Heer. Viele ältere Männer, die längst ihrer Dienstpflicht genügt hatten, folgten dem Beispiel der Jugend, sie erboten sich zu freiwilligen Dienstleistungen. — Hilfsvereine für die Armee im Felde, für die Pflege der Verwundeten wurden gebildet, — die Frauen und Jungfrauen aller Stände traten denselben bei und

---

*) Die berühmte, historisch gewordene telegraphische Depesche, von der später behauptet worden ist, sie sei absichtlich in nicht ganz genauer Abfassung verbreitet worden, um die Entrüstung des deutschen Volkes zu entflammen und die Wuth der französischen Kriegsschreier bis zum Wahnsinn zu steigern, lautete wörtlich: — „Ems, 13. Juli Nachmittags. Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich französischen Regierung von der Königlich spanischen amtlich mitgetheilt worden, hat der französische Botschafter in Ems an Sr. Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Se. Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und dem französischen Botschafter durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät der König dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe."

sie haben während des ganzen Krieges mit Liebe und Aufopferung gewirkt. Im Jahre 1866 hatte nur mit Widerwillen, halb gezwungen das Volk von Berlin den „Bruderkrieg" begrüßt, im Jahre 1870 war es von glühender Begeisterung entbrannt für den „Volkskrieg".

Und diese Begeisterung machte sich geltend im ganzen deutschen Lande, in Süddeutschland, wie in Norddeutschland. König Ludwig von Bayern war der erste deutsche Fürst, der dem König Wilhelm schon am 19. Juli anzeigte, daß er die Mobilmachung der ganzen bayrischen Armee befohlen habe und diese unter den Befehl des Königs stelle. In kurzer Zeit war ganz Deutschland vereinigt zum Kampfe gegen Frankreich.

Und als nun der blutige Kampf begann, da folgte das Volk mit seinem Herzen den deutschen Truppen nach Frankreich. Es war erfüllt von Vertrauen auf die unerschütterliche Tapferkeit seiner Söhne, auf die bewährte Kriegsleitung, es war überzeugt, daß der endliche Sieg dem Recht werden müsse, aber es konnte doch der ernsten Sorge sich nicht enthalten, daß vielleicht im Anfang des Krieges der Sieg nicht immer auf Seiten der Deutschen sein werde, war es doch bekannt, daß die französische Armee besser bewaffnet war, als die deutsche, daß sie ein den deutschen Hinterladern überlegenes Gewehr besaß. —

In Berlin, wie überall in Deutschland, wurden mit athemloser Spannung die ersten Kriegsnachrichten erwartet. Der erste winzige Erfolg des Kaisers Napoleon bei Saarbrücken erregte ernstere Sorge, als er verdiente; aber schnell verflog diese Sorge, sie wich dem Jubel der Begeisterung, als Siegesnachricht auf Siegesnachricht kam. Und dieser Jubel wurde nicht beeinträchtigt durch die Trauer über die fürchterlichen Verluste, welche die deutschen Heere in den blutigen Schlachten erlitten, obgleich auch zahllose Berliner Familien durch diese Verluste betroffen wurden.

Nur wer jene wunderbare Zeit selbst durchlebt hat, vermag sich hineinzudenken in den Geist, der damals das deutsche Volk durchdrang, in die Opferfreudigkeit, welche es bei dem schwersten Verluste zeigte.

Nur der Gedanke an den Krieg erfüllte in jenen Tagen das Volk, die Parteikämpfe schwiegen, von gleicher Opferfreudigkeit und Begeisterung waren alle Stände, alle Parteien durchdrungen; es gab nur wenige Vaterlandslose, welche nicht ergriffen waren von dem Gefühl der innigen Zusammengehörigkeit, welches das ganze Volk erfüllte. — So belebt, wie in der Kriegszeit, waren die Straßen Berlins, besonders die Linden, selten, — noch spät des Abends drängte sich dort das Volk, dort war es vereint in kleinen sich besprechenden Gruppen, es hoffte in der Nähe des königlichen Palais die telegraphischen Depeschen vom Kriegsschauplatz zuerst zu hören. Und wenn sie dann kamen und immer wieder neue Siege verkündeten, Weißenburg und Wörth, Spichern, Courcelles, Vionville und Mars-la-Tour, Gravelotte und St. Privat u. s. w., — dann verbreiteten sich die Freudennachrichten schnell durch die ganze Stadt, dann wurden sie begeistert gefeiert in kleinen und großen Kreisen.

Ihren Gipfelpunkt erreichte die freudige Begeisterung der Berliner, als am 3. September 1870 schon am frühen Morgen die telegraphische Depesche veröffentlicht wurde, durch welche der König der Königin die Kapitulation von Sedan mittheilte. Die Depesche lautete: —

„Die Kapitulation, wodurch die ganze Armee in Sedan kriegsgefangen, ist soeben mit dem General Wimpffen geschlossen, der an Stelle des verwundeten Marschalls Mac Mahon das Kommando führte. Der Kaiser nur hat sich selbst mir übergeben, da er das Kommando nicht führt und Alles der Regentschaft in Paris überläßt. Seinen Aufenthaltsort werde ich bestimmen, nachdem ich ihn gesprochen habe in einem Rendezvous, das sofort stattfindet. Welch' eine Wendung durch Gottes Fügung! Wilhelm."

Die ganze große Armee von Sedan und mit ihr der Kaiser gefangen! — Das war die Entscheidung des Krieges, aus welcher die Hoffnung auf einen baldigen Frieden erblühte!

Mit Blitzesschnelle flog die wunderbare Nachricht durch die große Stadt. Mit welchem Jubel sie aufgenommen wurde, davon mag ein Artikel, welchen die Vossische Zeitung am 4. September unter dem Titel „Ein Siegestag in Berlin" enthält, Zeugniß ablegen:

„Kurz vor 8 Uhr Morgens war die Depesche des Königs von der Gefangennahme Napoleons und Mac Mahons sammt seiner Armee hier bekannt geworden; schon die ungewöhnliche Bewegung auf den Straßen verrieth, daß etwas Entscheidendes beim Heere geschehen sein müsse. Ueberall sah man frohe, lachende Gesichter; der Ruf: „Er ist gefangen! sie haben ihn erwischt!" mit welchem die Jugend zu den Schulen eilte, klärte uns bald über den Grund der Freude auf; und doch wollten wir an das Unerhörte nicht glauben, wir wußten ja, wie schnell die Jugend fertig ist mit Worten und es war uns in den letzten Tagen schon öfter von den Depeschenhändlern das geflügelte Wort entgegen gerufen: „Mac Mahon gefangen!" und hinterher war es nur eine Lockspeise für den schnellen Absatz der Depeschen gewesen. Wie hätten wir also nicht zweifeln sollen, als man uns mit dem 39. Telegramm zugleich seine und des gefürchteten Generals Gefangennahme offerirte! Aber ein Blick in das amtlich beglaubigte Papier gab uns die Gewißheit — und jetzt war auch die ungewöhnliche Aufregung und das von Minute zu Minute wachsende Gewühl auf den Straßen erklärlich. Je mehr wir uns dem Schlosse näherten, desto lauter und dichter wogte die frohbewegte Menge diesem Stadttheile zu; Leute, die sich ganz fremd waren, umarmten sich, in manchem Auge sah man Thränen glänzen und das will bei unserem norddeutschen ruhigen Blut viel sagen, zumal, wenn es am frühen Morgen geschieht; aus allen Häusern lehnten frohe Gesichter; die Kaufleute standen vor

ihren Läden, die Meister und Gesellen waren von ihrer Arbeit auf die Straßen geeilt, um sich Gewißheit über die bis in ihre Werkstätten gedrungene Neuigkeit zu holen; aus den Fenstern und von den Dächern flatterten die Fahnen im frischen Morgenwinde, von der hellen Morgensonne durchleuchtet; es war so recht ein Morgen, an dem man seines Lebens einmal doppelt und dreifach froh werden konnte! — Vom altehrwürdigen Schlosse wehte wieder die große Königsflagge, und das ist jedesmal das Signal, daß Alles, was flaggen kann, eine Fahne heraussteckt. Ueber den Schloßhof, an den noch immer von Hunderten Schaulustiger belagerten französischen Geschützen vorüber, strömte die Menge nach dem Lustgarten und über die Schloßbrücke dem Palais des Königs zu; hier und da trafen sich Bekannte, die frohbewegt allerlei von dem Moment eingegebene flüchtige Herzensergießungen über das große Ereigniß und seine wahrscheinlichen nächsten Folgen mit einander austauschten. Den Mittelpunkt des Jubels aber bildete der Platz vor dem Standbilde Friedrich des Großen, welcher bald nach 9 Uhr von einer zahllosen Menschenmasse bedeckt war, die wiederholt dem tapferen Heere und seinen Führern, dem Könige und dem Kronprinzen wie den verdienten Generalen Lebehochs ausbrachte, dazwischen die „Wacht am Rhein" anstimmend, von der aber kaum die ersten Zeilen gehört wurden, da das fast ununterbrochene Hurrahgeschrei jedesmal den Gesang unterbrach, so oft er auch angestimmt wurde. Bereits vor 10 Uhr erschien die Königin auf dem Balkon, mit dem Taschentuch wehend und überall hin zum Dank sich verneigend, während ein unermeßlicher Jubelruf auch sie begrüßte. Bald aber stieg die allgemeine Begeisterung noch höher. Ein junger Mann, wie uns mitgetheilt wurde, ein Schuhmachergeselle Starnicki, kletterte auf den „alten Fritzen" und befestigte eine deutsche Fahne an dem Reiterbilde, die weit über den Kopf des Rosses hinausflatterte, und endloses Hurrahgeschrei lohnte dem beherzten Patrioten. — — — Eine riesige Blumenguirlande ward herbeigeschafft und unter lautem Jubel aufgehißt; sie umkränzte das Roß des Königs bis zu dessen Füßen niederhängend. Auch die Generale und Gelehrten am Piedestal wurden bekränzt und mit Fahnen und Fähnchen zahlreich geschmückt, so daß nach Verlauf von einer halben Stunde das großartige Königsbild in einem unvergleichlich schönen Schmuck im lachendsten Sonnenschein zu den Tausenden froher, jubelnder Menschen, die seinen Fuß umgaben, herniederschaute — ein Anblick, wie man ihn vielleicht nur einmal erlebt. Inzwischen war die Menschenmenge Unter den Linden zu einer immensen Ausdehnung angewachsen. Bald nach 11 Uhr erschienen die Arbeiter aus verschiedenen Fabriken, so unter anderen die der Schwartzkopff'schen Eisengießerei, der Gesellschaft für Eisenbahnbedarf, die Borsig'schen Maschinenbauarbeiter mit ihren Fahnen, schwarz und russig, wie sie von der Esse, dem Ambos und der Drehbank weggelaufen, in corpore unter dem Gesange der „Wacht am Rhein", um der Königin ihre Huldigung darzubringen. Einer Deputation der letzteren, welche die Königin empfing, sprach die hohe Frau unter Freudenthränen ihre Freude und ihre Theilnahme aus an der hohen Begeisterung, welche diese Nachrichten in dem gesammten Volke hervorgerufen. Auch die übrigen Standbilder der Heerführer aus den Freiheitskriegen, welche den Opernplatz schmücken, hatte man mit Kränzen und Guirlanden geziert. Um $11^3/_4$ Uhr setzte sich ein großer Zug aus der vor dem Palais harrenden Menschenmenge, bestehend aus den Fabrikarbeitern und den Schülern vieler Lehranstalten, welche fast ohne Ausnahme geschlossen waren, mit Fahnen in den verschiedenen Farben der einzelnen deutschen Staaten in Bewegung und begab sich über den Opernplatz und Schloßplatz durch die Königstraße nach dem Rathhause, von dessen Zinnen herab ein Musikkorps patriotische Lieder blies. Die Nationalhymne, das Preußenlied, das deutsche Vaterland, die Wacht am Rhein erschallten, und wurden von der unten harrenden Menge in tiefster Rührung mitgesungen. Jedem Liede schlossen sich begeisterte Hochrufe auf den König, das Heer, die Generale u. s. w. an, die nicht früher endeten, als bis das Musikkorps eine neue Melodie intonirte. Der Choral: „Nun danket alle Gott" schloß um 1 Uhr auch diese Feier; in den Straßen aber wogte die Menge während des ganzen Tages unaufhaltsam hin und her.

Bei den Wanderungen durch die Straßen sah man schon am Tage an den Fenstern und Häuserfronten viele Hände geschäftig mit den Vorbereitungen zu einer schnell zu improvisirenden Illumination, und kaum war der Abend hereingebrochen, so erglänzte ein Haus nach dem andern im Lichtschmuck zahlreicher Kerzen und Gasflammen."

Die Friedenshoffnung, welche die Berliner am 3. September 1870 beseelte, war verfrüht. Noch war der Stolz der Franzosen, noch ihr Muth nicht gebrochen. Ein schwerer, harter Kampf stand den deutschen Heeren noch mit der auf den Trümmern des Kaiserreichs erwachsenden jungen Republik bevor. Erst nach zahlreichen, neuen glänzenden Siegen der deutschen Heere, erst nachdem am 28. Januar 1871 das umlagerte, ausgehungerte Paris kapitulirt hatte, erfolgte nach heldenmüthigem Kampfe die Unterwerfung der besiegten Feinde. Am 26. Februar kamen die Friedenspräliminarien und am 10. Mai 1871 der endgiltige Friedensschluß zu Stande, dessen schönste Frucht die Wiedervereinigung des in trauriger Zeit der Schwäche des deutschen Reiches diesem entrissenen deutschen Landes Elsaß-Lothringen mit dem Mutterlande war.

Vor dem Friedensschluß aber hatte schon der Krieg eine andere glorreiche Errungenschaft für Deutschland gezeitigt —

Die innige Vereinigung der norddeutschen und süddeutschen Truppen im Kampfe gegen den Erbfeind hatte den alten Hader, die nach dem Jahre 1866 noch in vielen Herzen schlummernde Abneigung zerstört und die Nothwendigkeit einer innigen Vereinigung aller deutschen Länder zu einem einigen

großen Bunde der Süddeutschen wie der Norddeutschen zum vollen Bewußtsein gebracht.

Schon bald nach dem Ausbruch des Krieges hatten die Verhandlungen über den Beitritt der süddeutschen Regierungen zum norddeutschen Bunde und zur Begründung eines gemeinsamen deutschen Bundes begonnen, sie führten zu dem gewünschten Ziel, die Verträge zwischen den deutschen Fürsten wurden im November abgeschlossen, um dem zum 24. November berufenen außerordentlichen deutschen Reichstag zur Zustimmung vorgelegt zu werden. — Auf den Antrag des Königs Ludwigs von Bayern wurde von sämmtlichen deutschen Fürsten und freien Städten beschlossen, daß der deutsche Bund den Namen „Deutsches Reich“ und der König von Preußen als Haupt des Bundes den Namen „Deutscher Kaiser“ führen sollte.

Fast einstimmig, nur gegen die Stimmen von 6 social-demokratischen Abgeordneten nahm der Reichstag die Begründung des deutschen Kaiserreiches an; er richtete eine Adresse an den König, welche diesem am 18. Dezember 1870 in Versailles durch eine Deputation übergeben wurde, an deren Spitze der Reichstagspräsident Dr. Simson stand. In dieser Adresse sagte der Reichstag:

„Auf den Ruf Ew. Majestät hat das Volk um seine Führer sich geschaart und auf fremdem Boden vertheidigt es mit Heldenkraft das frevelhaft herausgeforderte Vaterland. Dank den Siegen, zu denen Ew. Majestät die Heere Deutschlands in treuer Waffengenossenschaft geführt hat, sieht die Nation der dauernden Einigung entgegen. — Vereint mit den Fürsten Deutschlands naht der norddeutsche Reichstag mit der Bitte, daß es Ew. Majestät gefallen möge, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen. — Die deutsche Krone auf dem Haupte Ew. Majestät wird dem wieder aufgerichteten Reiche deutscher Nation Tage der Macht, des Friedens, der Wohlfahrt und der im Schutze der Gesetze gesicherten Freiheit eröffnen. — Das Vaterland dankt dem Führer und dem ruhmreichen Heere, an dessen Spitze Ew. Majestät heute noch auf dem erkämpften Siegesfelde weilt. Unvergessen für immer werden der Nation die Hingebung und die Thaten ihrer Söhne bleiben. Mächtig und siegreich hat sich das vereinte Deutschland im Kriege bewährt unter seinem höchsten Feldherrn, mächtig und friedliebend wird das geeinigte deutsche Reich unter seinem Kaiser sein.“

Der König nahm tief-freudig bewegt die ihm von den Fürsten und der Volksvertretung Deutschlands angetragene Kaiserwürde an. Nachdem auch die süddeutschen Landesvertretungen ihre Zustimmung ertheilt hatten, wurde am 18. Januar 1871 in Versailles, mitten im Herzen des feindlichen Frankreich, die Begründung des deutschen Kaiserreiches feierlich verkündet.

Für die Stadt Berlin bildet die Begründung des deutschen Kaiserreiches den Beginn einer neuen Zeit. Berlin wurde fortan die deutsche Reichshauptstadt, hier concentrirten sich die Interessen des ganzen deutschen Reiches, hier tagte der deutsche Reichstag, hier war der Sitz der deutschen Reichsregierung. —

Im Laufe einer 500jährigen Geschichte war Berlin angewachsen

Vom Fischerdorf zur Weltstadt.

Alphabetisches Namen-Register.

(Die in Parenthesen beigefügten Jahreszahlen bedeuten bei Regenten durchweg die Regierungszeit, bei anderen Personen Geburts- und Todesjahr oder die ungefähre Zeit ihrer öffentlichen Wirksamkeit.)

A.

B.

J. (Vokal.)

J. (Konsonant.)

K.

L.

M.

N.

O.

P.

Q.

R.

S.

T.

U.

V.

Druck von Leonhard Simion, Berlin SW